







# Preußische Jahrbücher.

Herausgegeben

von

Hans Delbrück.

---

Einhundertfünfunddreißigster Band.

Januar bis März 1909.



Berlin.  
Verlag von Georg Stilke.  
1909.





# Inhaltsverzeichnis

des

## 135. Bandes der „Preussischen Jahrbücher“.

### Aufsätze.

	Seite
Brieger, Th., Luther und die Nebenehe des Landgrafen Philipp v. Hessen.	35
Bulle, F., Die Elemente des Malerischen und Linearen in der bildenden Kunst	67
Conrad, G., Theater-Korrespondenz . . . . .	380, 538
Daniels, E., Der Ursprung des Krimkrieges . . . . .	385
— „ — Besprechung von R. Binon, L'Europe et l'empire ottoman . . . . .	528
— „ — S. Cunow, Die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs 1789—94 . . . . .	530
— „ — Histoire socialiste tome X. XI. . . . .	530
— „ — L. Dubreuilh, La commune . . . . .	530
— „ — A. v. Romberg, Vor hundert Jahren . . . . .	532
— „ — G. v. Schubert Lebenserinnerungen v. G. v. Schubert . . . . .	532
— „ — A. Supperß, Münster im Siebenjährigen Kriege . . . . .	533
Delbrück, G., Besprechung von M. Lenz, Napoleon . . . . .	144
v. Dobschütz, Besprechung von G. Vollmer, Vom Lesen und Deuten heiliger Schriften. — Ein deutsches Adambuch . . . . .	136
Dreweß, A., Die Realität des Bewußtseins . . . . .	193
Falkenheim, G., Ein zweiter Brief Friedrich Hebbels an Runo Fischer . . . . .	490
Fuhrmann, M., Besprechung von A. Sachheim, E. L. A. Hoffmann . . . . .	155
— „ — M. Maartens, Die neue Religion . . . . .	157
— „ — W. Harlan, Die Sünde an den Kindern . . . . .	158
— „ — M. Prévoßt, Herr und Frau Moloch . . . . .	159
— „ — E. v. Handel-Mazzetti, Deutsches Recht und andere Gedichte . . . . .	161
— „ — G. Pfander, Hellbunkel . . . . .	161
— „ — A. Sapper, Frau Pauline Brater . . . . .	328
— „ — F. Gundelfinger, Henrik Steffens . . . . .	330
— „ — A. v. Villencron, Leben und Lüge . . . . .	331
— „ — J. Frappan-Alumian, Schönwettermärchen . . . . .	332
— „ — R. Presbber, Das Mädchen vom Nil u. a. Novellen . . . . .	333
— „ — W. Harlan, Die Dichterhörte . . . . .	333
— „ — R. Rosner, Der Ruf des Lebens . . . . .	334
— „ — W. Jensen, König Friedrich . . . . .	334



# Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Hartmann, R., Petra, Die Grabstätte Marons . . . . .	496
Koppel=Eilfeld, F., Besprechung von R. Gjellerup, Das Weib des Vollendeten . . . . .	148
Lehmann, R., Lehrerbildung und Schulwesen . . . . .	1
Matthaei, A., Was kann Deutschland von der englischen Sonntagsfeier lernen? . . . . .	50
—, — Besprechung von G. Hoennicke, Das Judenthum im ersten und zweiten Jahrhundert . . . . .	130
—, — Cornill u. Gen., Das Christentum . . . . .	131
—, — A. Deißmann, Licht vom Osten . . . . .	132
—, — Stoll=Lamer, Die Götter des klassischen Altertums . . . . .	139
—, — M. Thiede, Der Kinder Klapperstorch . . . . .	140
—, — G. F. Warmund, Los vom Storch! . . . . .	141
—, — J. Marcuse, Die sexuelle Frage und das Christentum . . . . .	143
—, — D. H. Michel, Die Wohn- und Schlafverhältnisse unserer Schulkinder .	340
—, — Damman, Die geschlechtliche Frage . . . . .	341
—, — F. W. Förster, Sexualethik und Sexualpädagogik . . . . .	342
Müller, R., Zwei Briefe von Ernst Moritz Arndt . . . . .	77
Nicolai, W., Erziehungs- und Unterrichtswesen im Kaiserlichen Rom . .	254
v. Oppeln=Bronikowski, Fr., Flaubert und die Altertumswissenschaft . .	108
—, — Ecce Homo . . . . .	507
Prellwitz, G., Besprechung von E. Hardt, Tantris der Narr . . . . .	518
Rachfahl, F., Windthorst und der Kulturkampf I. II. . . . .	213, 460
Rohrbach, P., Ostafrikanische Studien I. II. . . . .	82, 276
—, — Besprechung von D. Bongard, Staatssekretär Dernburg in Britisch= und Deutschsüdafrika . . . . .	337
—, — D. Köbner, Einführung in die Kolonialpolitik . . . . .	533
—, — Schnee, Unsere Kolonien . . . . .	533
—, — Frhr. v. Dindlage=Campe, Deutsche Reiter in Südwest . . . . .	535
Roloff, G., Besprechung von F. M. Kirchheim, Bibliographie des Napo= leonischen Zeitalters . . . . .	147
—, — W. Esenenow, Kapplata . . . . .	335
Schmidt, F. J., Besprechung von Joh. Weiß, Die Schriften des Neuen Testaments . . . . .	127
Schwarz, P., Besprechung von E. Herzfeld, Samarra . . . . .	525
Wengler, J., Das Unsoziale der gegenwärtigen Arbeiterbewegung . . .	439
Zöllner, Steuern, die es nicht erreichten . . . . .	318

## Besprochene Werke.

Bongard, D., Staatssekretär Dernburg in Britisch- und Deutschsüdafrika.	337
Cornill, E. G. und Gen., Das Christentum . . . . .	131
Cunow, H., Die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs in den Jahren 1789—94 . . . . .	530
Damman, Die geschlechtliche Frage . . . . .	341
Deißmann, A., Licht vom Osten . . . . .	132
v. Dindlage=Campe, Frhr., Deutsche Reiter in Südwest . . . . .	535
Dubreuilh, L., La commune . . . . .	530
Flaubert, Salambo . . . . .	108
Förster, F. W., Sexualethik und Sexualpädagogik . . . . .	342
Frappan=Munian, J., Schönmeyermärchen . . . . .	332
Gjellerup, R., Das Weib des Vollendeten . . . . .	148
Gundelfinger, F., Henrik Steffens . . . . .	330
v. Handel=Mazzetti, E., Deutsches Recht und andre Gedichte . . . .	161
Harlan, W., Die Sünde an den Kindern . . . . .	158
—, — Die Dichterbörse . . . . .	333
Hoennicke, G., Das Judenthum im ersten und zweiten Jahrhundert.	130
Hardt, E., Tantris der Narr . . . . .	518
Herzfeld, E., Samarra . . . . .	525

	Seite
Supperß, A., Münster im Siebenjährigen Kriege . . . . .	533
Jensen, W., König Friedrich . . . . .	334
Taures, J., Histoire socialiste tome X et XI . . . . .	530
Kirchheim, F. W., Bibliographie des Napoleonischen Zeitalters . . . . .	147
Köbner, O., Einführung in die Kolonialpolitik . . . . .	533
Lenz, M., Napoleon . . . . .	144
v. Liliencron, D., Leben und Lüge . . . . .	331
Lißner, J., Zur Klärung tabaksteuerlicher Streitfragen . . . . .	559
Maartens, W., Die neue Religion . . . . .	157
Marcuse, J., Die sexuelle Frage und das Christentum . . . . .	143
Michel, O. S., Die Wohn- und Schlafverhältnisse unserer Schulkinder . . . . .	340
Niepsche, F., Ecce Homo . . . . .	507
Baasche, S., Deutsch-Ostafrika, wirtschaftlich dargestellt . . . . .	97
Binon, R., L'Europe et l'empire ottoman . . . . .	528
Wander, G., Hellbunkel . . . . .	161
Bresser, R., Das Mädchen vom Nil und andre Novellen . . . . .	333
Prévozt, M., Herr und Frau Woloch . . . . .	159
Rathenau, W., Reflexionen . . . . .	84
Kießer, J., Finanzielle Kriegsbereitschaft und Kriegsführung . . . . .	374
v. Romberg, A., Vor hundert Jahren . . . . .	532
Kosner, R., Der Ruf des Lebens . . . . .	334
Sackheim, A., C. Z. M. Hoffmann . . . . .	155
Sapper, A., Frau Pauline Brater . . . . .	328
Schaffpere, W., Julius Cäsar . . . . .	380
—, — Hamlet . . . . .	538
Steinmann-Bucher, A., 350 Milliarden Deutsches Volksvermögen . . . . .	562
Semenow, W., Rakhlata . . . . .	335
Stoll-Lamer, Die Götter des klassischen Altertums . . . . .	139
Schnee, S., Unsere Kolonien . . . . .	533
v. Schubert, S., Lebenserinnerungen von G. v. Schubert . . . . .	532
Ehiede, W., Der Kinder Klapperstorch . . . . .	140
Hollmer, S., Vom Lesen und Deuten heiliger Schriften . . . . .	136
—, — Ein deutsches Adambuch . . . . .	138
Warmund, G. B., Los vom Storch . . . . .	140
Weiß, Joh., Die Schriften des Neuen Testaments . . . . .	127

### Politische Korrespondenz.

D., Kriegsgefahr . . . . .	163
—, — Baronet Edmund Cox über Indien . . . . .	182
Kohrbach, P., Kolonialfragen . . . . .	344
Korodi, L., Der deutsch-tschechische Ausgleich. — Die österreichische Sozialdemokratie. — Bosnien. — Vom Deutschtum in Ungarn. — Bankfrage und Wahlreform . . . . .	364
D., Besserung der internationalen Lage . . . . .	371
—, — Innere Politik. Fürst Bólow und die Konservativen . . . . .	377
Grafmann, J., Die Vereinigung Südafrikas . . . . .	546
Korodi, L., Grundlagen der ungarischen Nationalitätenpolitik. — Magyaren und Deutsche . . . . .	555
D.: Die Finanzreform, Der Kampf um die Nachlaßsteuer . . . . .	559
—, — Wirkung des Besuchs König Eduards. — Das türkische Parlament. Das Marokko-Abkommen . . . . .	565





# Lehrerbildung und Schulwesen.

Von

Konrad Lehmann.

---

Wiederholt bereits hat die Frage der Lehrerbildung nicht nur die Provinzial- und Landesverbände der Volksschullehrerschaft, sondern auch die großen Pfingstversammlungen des deutschen Lehrervereins beschäftigt. Einen Hauptpunkt bildete sie zuletzt auf dem Königsberger Tage am 25. Mai 1904. Außerdem spielt sie noch andauernd in den Fachblättern der Lehrerschaft eine große Rolle, und es ist nicht zu leugnen, daß ihr eine erhebliche kommunal- und sozialpolitische Bedeutung innewohnt, so daß sie auch die übrigen Mitglieder der Staatsbürgerschaft und die Behörden viel an-gehen muß.

Zweifellos ist das Volksschulwesen und die Lehrerschaft im Laufe des letzten Jahrhunderts gewaltig vorwärts geschritten, und mit Recht lehnte man besonders in den neunziger Jahren die Seminarbildung, wie sie damals noch war, als unzulänglich und rückständig ab. Nachdem dann an der Schwelle des neuen Jahrhunderts die grundsätzliche Gleichberechtigung aller höheren Schulen ausgesprochen und damit zugleich anerkannt worden war, daß auch die Lehranstalten ohne Griechisch und Latein als gangbarer Weg zur höheren Bildung gelten sollten, entschloß man sich im Jahre 1901, auch der Vorbildungsanstalt der Volksschullehrer, dem Seminarwesen, eine neue, verbesserte und zeitgemäßere Gestalt zu geben. Was dem Lehrplan zufolge jetzt auf den Seminaren erreicht wird, ist eine Bildung, die hinsichtlich des Umfangs und Inhalts sich der Oberrealschulbildung am meisten nähert und nach Ausgleichung des fremdsprachlichen Minus mit dem pädagogischen Plus hinter ihr nicht mehr allzuweit zurücksteht. Aber neben einer breit angelegten, gebiegenen realistischen Allgemeinbildung ist sie schließlich in der

Hauptsache doch pädagogische Fachbildung, und das Seminar steht immer noch inselartig isoliert da, weil es nicht ausdrücklich als höhere Bildungsanstalt anerkannt und (abgesehen vom einjährig-freiwilligen Militärdienst und der Volksschullehrerlaufbahn) mit keinerlei Berechtigungen ausgestattet ist.

### 1. Die Frage des Universitätsstudiums.

Je mehr die Bildung wächst, desto mehr pflegt sich auch der Anspruch auf Geltung zu steigern. Sollen denn, so wird gefragt, die Zöglinge des Seminars, die durchschnittlich mit dem 20. Jahre die Anstalt verlassen, noch immer so weit zurückstehen hinter denen der staatlich konzessionierten höheren Lehranstalten? Soll ihre Bildung noch immer so minderwertig sein, daß sie erst mit dem Abgang vom Seminar denselben Berechtigungsschein ausgeliefert bekommen, den bereits der 15—16jährige Realschüler nach Absolvierung der Mittelstufe erhält? Dient nicht auch ein erheblicher Teil der Lehrerschaft dem Staate als vollwertige Einjährig-Freiwillige, und werden nicht eine ganze Reihe Mitglieder des Lehrerstandes vom Offizierkorps für geeignet befunden, als Reserveleutnants in seine Reihen aufgenommen zu werden? Tritt nicht auch durch die immer weitere Ausgestaltung des Fortbildungs- und Fachschulwesens an eine große Anzahl Lehrer die Notwendigkeit heran, einen über die Anforderungen der achtklassigen Volksschule hinausgehenden Fachunterricht zu erteilen und für diese Aufgabe einen Ueberblick über die Fragen der Zeit auf den verschiedenen wirtschaftlichen und technischen Gebieten, ein geklärtes Verständnis für das geistige Leben der Nation mitzubringen?

So trat denn schon in den neunziger Jahren immer lebhafter der Wunsch, immer stürmischer das Verlangen hervor nach erweiterter und vertiefter Bildung, nach Universitätsbildung. Dieses Schlagwort beherrschte die große Masse der Lehrerschaft oder wenigstens die einflußreichen Führer der Vereine und Verbände; und nachdem man einmal dieses Idol vor sich aufgerichtet, konnte man den Blick von ihm nicht wieder wegwenden, auch nachdem die Seminare eine den höheren Schulen angenäherte Bildungsordnung gewährt bekommen hatten. Man verlangte eben um so mehr die ausdrückliche Anerkennung des Seminars als höherer Bildungsanstalt und in Hinsicht auf die Berechtigungen seine völlige Gleichstellung mit den anderen höheren Schulen, also den Zutritt zu den hehren Räumen der Akademie. In dieser Stimmung kam man auf der Königsberger

Hauptversammlung mit Stimmenmehrheit zur Aufstellung folgender Sätze: „1. Die Universität als Zentralstelle wissenschaftlicher Arbeit ist die geeignetste, durch keine andere Einrichtung zu ersetzende Stätte für die Volksschullehrerbildung. 2. Für die Zukunft erstreben wir daher die Hochschulbildung für alle Lehrer. 3. Für die Jetztzeit dagegen fordern wir, daß jedem Volksschullehrer auf Grund des Abgangszeugnisses vom Seminar die Berechtigung zum Universitätsstudium erteilt werde.“

Charakteristisch für das kühne Vorgehen der Stürmer und Dränger auf das einmal gesteckte Ziel ist die schwärmerische Unbesümmertheit um den Weg, der die Lehrerschaft zu diesem stolzen Ideal führen soll. „Die Frage (so heißt es in einem Bericht), ob die Universität in ihrer gegenwärtigen Beschaffenheit überhaupt geeignet und imstande sei, diese Ausbildung zu gewähren, wurde in der Debatte zwar berührt (Scherer-Büdingen), blieb aber unerörtert.“ Doch auch dagegen wußten idealistische Reformer in Aufsätzen sofort Rat: Dann müßten eben die Universitäten ihren Charakter ändern oder es wenigstens nicht unter ihrer Würde achten, Neueinrichtungen für die Lehrerausbildung zu schaffen! Und an diesem Ideal halten die Radikalen noch immer fest; verlangte doch Joh. Lenz — in seinem Vortrage über den Lehrermangel — auf der vorjährigen deutschen Lehrerversammlung zu Dortmund eine zeitgemäße Regelung der Lehrerbildung durch Gewährung der allgemeinen Vorbildung auf den allgemeinen Bildungsanstalten (Gymnasium, Realgymnasium und Oberrealschule) und durch Berechtigung zum Universitätsstudium.\*)

Ueber die Gründe des Verlangens nach akademischer Ausbildung des Lehrerstandes ist es nicht ganz leicht etwas Allgemeingültiges festzustellen. Meist sind es sehr idealistische Momente, die vorgebracht werden. R. Muthesius z. B. ruft aus (im stenographischen Bericht über die deutsche Lehrerversammlung in Königsberg i. Pr. vom 23.—26. Mai 1904, herausgegeben vom Presse-Ausschuß, S. 62): „Unser Streben, die Volksschullehrerbildung in

\*) Diesem Streben nach akademischer Bildung mag wohl auch die Adjektivform „seminarisch“, die fast in der gesamten Fachliteratur üblich geworden ist, angemessener erscheinen als „seminaristisch“. Doch diese Analogiebildung ist zweifellos sprachwidrig, da von *seminarium* niemals ein Adjektivum *seminarius*, *seminaris* oder *seminarius* abgeleitet worden ist. Die Form *seminarius* ist zwar vorhanden, aber als Ableitung von *semen* oder *seminium* (der Same), nicht von *seminarium*, das vielmehr seinerseits erst aus dem Adjektiv *seminarius* hervorgegangen ist. „Seminarisch“ ist also ebenso unmöglich wie etwa „gymnasial“.

Verbindung zu bringen mit den höchsten Bildungsanstalten des Staates, gründet sich auf die Ueberzeugung von der trotz aller ständischen Gliederung des Volkskörpers bestehenden Gleichheit der Menschenrechte. Das kostbarste aller Menschenrechte ist aber das Recht auf Bildung. Es ist einer der sieghaftesten Gedanken der modernen Zeit, daß dieses Recht keiner Schicht des Volkes vorenthalten werden kann und vorenthalten werden darf. Je nach den Gaben seines Geistes kann und soll ein jeder, der eines Menschen Antlitz trägt, teilhaben und teilnehmen an allen Geistes-schätzen, an allem, was in Wissenschaft, Kunst und Kultur an Bildungsgut aufgespeichert ist." — Und Brexel ruft unwillig aus (Univerf. und Volksschullehrer. Pädagogische Zeitung 1902, Nr. 1, S. 1): „Soll er (der Volksschullehrer) nicht dort (auf der Universität) mit den anderen Jüngern der Weisheit angeleitet werden, selbst zu forschen, zu untersuchen, sich seinen wissenschaftlichen Besitz selbst zu erarbeiten, um so einen gesicherten Besitz zu haben, auf den er seine erziehende und unterrichtende Tätigkeit gründen kann?" —

Das sind Worte stolzen Klanges, Aeußerungen edlen Dranges, und sie haben gewiß ihre Berechtigung für nicht wenige strebsame Mitglieder des Lehrerstandes. Bestärkt durch die Erfahrungen, die er mit den Teilnehmern an den Universitäts-Ferienkursen für Lehrer gemacht, hat denn auch Professor R. Eucken freudig bekannt (Vohmeyers Dtsch. Monatschrift 1902, abgedruckt Pädgg. Ztg. 1902, S. 858): „Ein solches ernstes und opferfreudiges, einen ganzen großen Stand durchdringendes Streben läßt sich unmöglich auf kleinpersönliche Motive, auf sozialen Ehrgeiz usw. zurückführen. Vielmehr ist der innerste Trieb ohne Zweifel der, die eigene Berufsarbeit zu heben, die Volksschule in eine engere und fruchtbarere Beziehung zum Ganzen des geistigen und nationalen Lebens zu bringen. Im Zusammenhange dieses Strebens, nicht davon abgelöst, will das Verlangen nach der Universität verstanden sein.“

Doch dieses idealistische Streben als ein „den ganzen großen Stand durchdringendes“ Motiv zu betrachten, halte ich für bedenklich. Nach meinen persönlichen Erfahrungen scheint der Bildungsdrang bei der Volksschullehrerschaft sich doch schließlich nur auf einen kleinen Prozentsatz zu beschränken. Die große Masse macht nicht den Eindruck, als ob sie die heutzutage bereits in sehr großem Umfang und zu wohlfeilem Preise käuflichen oder aus Bibliotheken zu entleihenden Bildungsmittel sich zu verschaffen bemüht wäre und zu



diesem Zwecke sich zu wissenschaftlichen Lesezirkeln zusammenzuschließen pflegte. Und diese meine Privatmeinung findet eine Bestätigung in den Worten des großherzoglich hessischen Schulrats H. Scherer in Büdingen, der selbst aus dem Volksschullehrerstande hervorgegangen ist und von Amts wegen die tatsächlich herrschenden Verhältnisse des Standes kennen muß. Er sagt (Lehrerbildung und Lehrerfortbildung. Gießen 1908, S. 70 f.): „Zu der Weiterbildung fehlen dem Volksschullehrer auch außerhalb der Hochschule nicht die Mittel; sie bieten sich jedem Lehrer an und sind auch leicht zu gewinnen! — — Man sollte glauben, daß das laute Rufen nach besserer und erhöhter Bildung auch ein unausgefühtes und eifriges Arbeiten an der Verbesserung und Erhöhung der Bildung des Einzelnen zur Voraussetzung oder zur Folge habe; leider ist das aber vielfach nicht der Fall. Wie viele Lehrer lesen denn außer dem Vereinsblättchen eine größere pädagogische Zeitschrift; wie viele studieren denn außer den für das Bestehen der Prüfung oder für den Unterricht unmittelbar zugeschnittenen Büchern noch wissenschaftliche, pädagogische oder methodische Werke? Die Leitfäden, Präparationen und ähnliche Schriften erleben die meisten Auflagen; die „schwerere“ Ware bleibt liegen! Das ist aber ein Unheil für die Volksschule und kein Ruhm für den Volksschullehrerstand.“

Paulsen (Die deutsche Schule 1904, S. 490) drückt sich erhebtlich vorsichtiger aus, als sein Fachgenosse Eucken: „Was führt zu diesen Bestrebungen (Zugang zur Universität)? — Ist es das Verlangen im Stande der Volksschullehrer nach „wissenschaftlicher“ Bildung? Vielleicht spielt es mit; es liegt in der Zeit und ist gewiß ein achtbares Motiv. — Oder ist es die Standesfrage? Ist es die leidige „Standesehre“, die nun auch die Volksschullehrer nötigt, das „Reifezeugnis“ und die „akademische Bildung“ zu fordern? — Es ist wohl kein Zweifel, daß auch dies Motiv wenigstens mitwirkt.“ Und Universitätsprofessor Rein (Vohmeyers Dtsch. Monatschrift, abgedruckt Pädgg. Blätt. 1904, S. 411) bekennt: „Die Königsberger Sätze sind, wie es scheint, beschlossen worden wesentlich mit Beziehung auf die Hebung des Standes.“

Daß es in der Tat im wesentlichen nicht der Bildungsdrang ist, der zur Forderung des Universitätsstudiums führt, oder wenigstens nicht das idealistische, durch keinerlei Nebenabsichten bestimmte Streben nach vertiefter Bildung, das geht aus gewissen Bemerkungen hervor, wie sie der stenographische Bericht über die Königsberger Versammlung aufweist, z. B. sagte Lews (S. 87): „Schließlich

wird in der Deffentlichkeit der Volksschullehrer ganz wesentlich nach dem bemessen, womit er sich selber mißt.“ — Pautsch (S. 89): „Eins bleibt der Seminarbildung stets anhaften, es ist eine Bildung, die da wächst, wie ein verborgenes Mauerblümchen, es ist eine Bildung, die in den breiten Schichten unseres Volkes, die den Schulbänken des Seminars fernbleiben, nicht die richtige Würdigung finden kann.“ — Langermann (S. 90): „Wir wollen unseren Stand in allen seinen Gliedern heben, das ist das, was die Lehrerschaft immer und immer gefordert hat. Von dieser Forderung läßt sich unter keinen Umständen etwas abdingen. — — Was imponieren soll, muß tatsächlich eine Masse sein.“ — Auch sonst findet man derartige Gedanken vielfach ganz unverhüllt geoffenbart; so habe ich z. B. aus einem Aufsatz von Brezel folgende Stelle notiert: „Solange unser Stand diese Gleichstellung (mit den übrigen wissenschaftlichen Berufen: Medizin, Jura, Theologie usw.) in der Bildung nicht besitzt, wird man ihn im allgemeinen immer für einen subalternen halten, so viel Ansehen sich auch einzelne seiner Glieder erwerben mögen.“ Und wenn man sieht, mit welchem Nachdruck in den Fachblättern darauf hingewiesen wird, wie viele von den Lehrern als vollgültige Einjährig-Freiwillige dienen und wie viele von diesen die Eigenschaft als Offiziersaspiranten erworben haben oder gar wirklich zu Reserveleutnants befördert worden sind, und wenn man ferner allenthalben in den Neuerungskvorschlägen liest, wie geflissentlich gefordert zu werden pflegt, daß der Lehrersstudent auf der Universität nicht ein irgendwie beschränktes Studienrecht erhalten, sondern unter allen Umständen als vollwertiger Student gelten und daß die Gesamtheit der Lehrer, nicht bloß eine Auslese aus ihnen, die Hochschule besuchen soll, so erkennt man, daß es den Anhängern dieser Richtung nicht in erster Linie auf Ausbau der Bildung, auf Zutritt zu den Wissenschaftsquellen, sondern auf Standeserhöhung ankommt.

Meist freilich bekommt dieses Verlangen nach Erhebung auf die gleiche soziale Stufe mit den Akademikern eine wohlklingende, objektiv gestaltete Begründung, z. B. bei Tews (Die dtsh. Schule VII, S. 177): Nur wenn der Volksschullehrer den Abschluß seiner Bildung da finde, wo ihn die übrigen gebildeten Stände, auch die höheren Lehrer, erreichen, erst dann werde ihm das Maß von Ansehen zuteil werden, dessen er bedürfe (ab. zur wirksamen Erfüllung seiner Berufsaufgabe). — Pautsch (Pädgg. Jtg. 1904, S. 737): „Jede Hebung im Niveau der Standesehre — —

enthebt den Stand lästiger sozialer Konflikte und macht ihn frei für positive Kulturarbeit. Um der Volksbildung dienen zu können, dienen wir dem Stande, nicht aus Rücksichten der Etikette." — Dr. Gramzow (Smmhg. pädgg. Vorträge. 1903. Bd. XIII, Heft 3, S. 4): „Das Hauptmotiv, das die Lehrer zu dem Verlangen nach akademischer Bildung treibt, ist das klare Bewußtsein von der Unzulänglichkeit der bisherigen Seminarbildung gegenüber den großen Aufgaben der Volksbildung.“ Indessen auf derselben Seite ist auch ganz unzweideutig die Rede von der „Hebung des Ansehens, der sozialen Stellung, des Einflusses, um dadurch eine entsprechende Verbesserung der materiellen Lage zu erreichen“. Desgleichen wird anderwärts des öfteren mit einer gewissen neidischen Gereiztheit darauf hingewiesen, daß der Unterricht in den nicht fremdsprachlichen Fächern (wie Religion, Deutsch, Rechnen, Mathematik, Geschichte, Erdkunde, Naturkunde) auf der Unter- und Mittelstufe der höheren Schulen mindestens ebenso gut von einem nicht auf der Universität, sondern auf dem Seminar vorgebildeten Lehrer erteilt werden könnte. Und dieselbe Stimmung atmet die etwas titanenhaft stürmische Auslassung eines gewissen „-s“ (D. dtsh. Schule 1904, S. 370): „Nicht jeder Lehrer, der heute auf Grund seiner akademischen Bildung das Recht hat, die Jünglinge in den Oberklassen unserer höheren Schulen zu unterweisen, hat auch die Fähigkeit dazu. Mancher seiner Kollegen in der Dorfschule würde bei geeigneter Vorbildung diesen Platz besser ausfüllen. — — Wenn er (der Beamte und Lehrer) nicht von vornherein an der zweckmäßigsten geistigen Futterstelle (gemeint sind die höh. Schulen mit dem „Reifezeugnis“) gefressen hat, so bleiben alle späteren Bemühungen umsonst. Das ist das Chinesentum, das die Mittelmäßigkeit schützt und den Talenten den Weg versperrt.“

Es wird sich selbstverständlich nicht leicht feststellen lassen, welcher Beweggrund für die Mehrheit derjenigen Lehrer der ausschlaggebende ist, die das Universitätsstudium fordern, und ebenso wenig, ein wie großer Teil der gesamten Lehrerschaft sich wirklich aufrichtig zu dieser Forderung bekennt. Uns interessieren indessen hier lediglich die vorgebrachten sachlichen Gründe nebst der Tatsache, daß die Wortführer und die Fachblätter der Lehrerschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit die Hochschulbildung für die Zukunft als unverrückbares Ziel ihrer Standesbestrebungen mit Nachdruck proklamiert haben.

Ueber die Form freilich, in welcher dieses Ideal verwirklicht werden soll, gehen die Meinungen selbst im Lager der Reformen

nicht unerheblich auseinander. Zunächst scheidet die prinzipielle Frage die Geister: Soll die Universität dem Volksschullehrer zur *Vorbildung* für seinen Beruf oder nur zur *Fortbildung* nach der Seminarzeit dienen?

Die Neuerer strengster Observanz, wie sie in Königsberg 1904 den Sieg davontrugen, wollen die Abschaffung des Seminars oder seine Umgestaltung aus einer Lehrerfachschule in eine höhere Lehranstalt für allgemeine Bildung und mit den gleichen Berechtigungen, wie die übrigen höheren Bildungsanstalten, insbesondere mit dem Anrecht auf uneingeschränkte Immatrikulation für alle Studiengebiete. „Nach dem Königsberger Ideal“, sagt Rein (Pädgg. Blätt. 1904, S. 411), „soll die Volksschullehrerbildung verlaufen wie die der Juristen, Mediziner, Theologen und Philologen: also Absolvierung einer neunklassigen höheren Schule; sodann vierjähriger Universitätsbesuch, Staatsprüfung, Anstellung im Volksschuldienst.“ Unklar bleibt jedoch, ob der Lehrerstudent auf der Universität sich einem allgemeinen pädagogisch-philosophischen Studium oder nach Art des höheren Lehrerstandes einer wissenschaftlichen Vertiefung in Einzelfächer widmen soll. In dieser Richtung liegt auch R. Seyferts Ideal (Vorschläge zur Reform der Lehrerbildung. Pädgg. Blätt. 1906, S. 1 ff.), nur verlangt er für die Fachbildung der Lehrerschaft auf (oder neben) der Universität eine besondere pädagogische Akademie.

Die weniger radikale Richtung, wie sie W. Rein vertritt, erklärt dagegen: „Die Universitäten sind in ihrer gegenwärtigen Verfassung vollständig ungeeignet für die *Ausbildung* der Volksschullehrer, wohl aber erscheinen sie als Zentralstätten wissenschaftlicher Arbeit dazu berufen, der *Fortbildung* der Lehrer zu dienen.“ Diese Gruppe will zwar das Seminar als Berufsschule beibehalten, aber auf Grund des Seminarabgangszeugnisses dem Lehrer den Zutritt geöffnet wissen zu allen Zweigen der philosophischen Fakultät, entweder sofort nach der Abgangsprüfung oder erst nach zweijähriger praktischer Betätigung im Volksschuldienst. Einige verlangen ein wissenschaftliches Studium aller Unterrichtsfächer, andere nur eine universitätsmäßige Beschäftigung mit Philosophie und Pädagogik, nebst wissenschaftlicher Betätigung auf beliebigen anderen Gebieten. Ferner soll nach dem Wunsche der einen Partei das Universitätsstudium überhaupt dem Belieben des einzelnen Standesmitgliedes anheimgestellt bleiben, während die andere es für alle Lehrer als Grundvoraussetzung verlangt, und die vermittelnde Partei es wenig-

stens für die Seminarlehrer und Schulaufsichtsbeamten zur unerlässlichen Vorbedingung machen will. Daneben aber gibt es noch eine Fülle ähnlicher Vorschläge und Zwischennuancen, die wir nicht alle besonders aufzuzählen brauchen. Denn für uns handelt es sich nur um die grundsätzliche Beantwortung der Frage, ob oder inwieweit die Forderung der Hochschulbildung für Volksschullehrer überhaupt berechtigt ist, d. h. 1. ob das universitätsmäßige Studium der Lehrerschaft möglich, 2. ob es nötig, und 3. ob es für die Erfüllung der Berufsaufgabe überhaupt geeignet ist.

Zunächst: ist die Universitätsbildung für die Volksschullehrerschaft möglich?

Gerade weil der akademische Bildungsgang notwendigerweise viel Geld kostet, rekrutiert sich der Lehrerstand wohl fast ausschließlich oder doch vorwiegend aus solchen Kreisen, die dem begabten Sohne zwar eine seinen Fähigkeiten entsprechende, innerhalb der Gemeinde immerhin recht angesehene Stellung verschaffen wollen, aber nicht in der Lage sind, ihn erst 9 Jahre lang eine höhere Lehranstalt durchlaufen zu lassen, für ihn obendrein diese Zeit hindurch Kostgeld in einer Pension der Gymnasialstadt zu zahlen und dann ihn auf die Universität zu schicken, was trotz Möglichkeit der Stundung der Vorlesungsgelder und trotz der langen akademischen Ferien nicht unerhebliche Ausgaben bedingt. Und wenn der Akademiker dann seine Staatsprüfung bestanden hat, so läßt sich der Staat noch keineswegs die Pflicht aufbürden, dem Kandidaten sofort eine Anstellung mit vollem Gehalt zu garantieren. Wenn also von sämtlichen Lehrern Ausbildung auf der Universität verlangt werden soll, wer soll sich dann noch zu der Lehrerlaufbahn entschließen in der Absicht, sein Leben der Gemeinde Hinterfroschdorf oder Hundelust für ein minderes Gehalt zu widmen? Wird dann nicht vielmehr jeder Vater dieses Kapital vorteilhafter anzulegen bestrebt sein und den Sohn jedes beliebige andere Studium ergreifen lassen? Oder soll der Staat den Besuch der höheren Schule und der Universität für die Lehramtsaspiranten bezahlen? Und gesetzt diesen Fall — wäre man dann auch damit einverstanden, daß er sich die völlig freie Verfügung über diese seine akademisch gebildeten Pflinglinge vorbehielte, und zwar gewiß auf eine erheblich längere Zeit als über die auf der Kaiser-Wilhelms-Akademie ausgebildeten Ärzte? Glauben die Führer in ihrem Optimismus, daß der Staat (oder das Reich) diese Summe bereitzustellen geneigt sein wird, um seinen weit mehr als 100 000 Lehrern akademische Bildung angeheißen zu lassen? —

Aber angenommen auch, der Staat sähe in dieser Forderung eine unerläßliche, unaufschiebbare Kulturaufgabe und wäre bereit, die vorhandenen Lehrerbildungsanstalten samt den Werten, die sie darstellen, anderweitig zu verwenden — würde dann nicht, angelockt durch die überaus günstigen Bedingungen eines sehr billigen Studiums, eine Ueberfüllung des Volksschullehramts eintreten, und zwar eine Ueberfüllung mit lauter von Haus aus unbemittelten Anwärtern? Wer wird die Wartejahre bis zur festen Anstellung bezahlen? Oder soll der Staat dann das Recht bekommen, Ueberproduktion zu verhindern durch Zurückweisung derjenigen Zöglinge, die mit dem 14. Jahre noch nicht die in ihnen ruhenden geistigen Kräfte deutlich erkennen lassen und nicht die glänzendsten Zeugnisse aufweisen, deren Reife erst später zutage tritt und die, in der Regel biedere, solide Naturen, gerade für die entfangungsvolle Aufgabe des Elementarunterrichts besser geeignet sind, als die frühreifen und befähigteren Köpfe, die mit dem schwungvolleren Geist nicht selten auch einen unsteteren, temperamentvolleren Charakter verbinden? Würde es sich dann auch wirklich ganz vermeiden lassen, daß die Lehrerstudenten als akademische Bürger zweiten Ranges erscheinen neben den auf eigene Kosten frei und unabhängig Studierenden — was ja doch die Enthusiasten für Standeserhöhung unter allen Umständen vermieden wissen wollen? Ferner — was das Allereinschneidendste wäre — hat der Lehrer erst studiert und noch dazu als vollwertiger Akademiker, dann verlangt er zweifellos vor allem auch ein gleiches Gehalt wie seine akademischen Studiengenossen und Verbindungsbrüder nebst standesgemäßer Wohnung — eine Konsequenz, die den ohnehin schon durch den Schuletat am drückendsten belasteten Gemeindevertretungen ein ziemlich unbehagliches Gefühl zu erregen geeignet sein würde. Und selbst wenn dann Hohensandhausen und Kleinspazenheim das gleiche Gehalt zahlten wie die Großstadt, würde der Lehrer, der auf der Universität durch das Studium wissenschaftlich und ästhetisch angeregt worden ist, der „dort mit den andern Jüngern der Weisheit angeleitet worden ist, selbst zu forschen, zu untersuchen, sich seinen wissenschaftlichen Besitz selbst zu erarbeiten“, der „das kostbarste aller Menschenrechte, das Recht auf Bildung“ erworben und ausgenutzt hat, um „teilzuhaben an allen Geistesfähigkeiten, an allem, was in Wissenschaft, Kunst und Kultur an Bildungsgut aufgespeichert ist“ — würde dieses Lehreriideal wirklich dauernd sein Genüge dabei finden, Tag für Tag seinen Roffäten- und Tagelöhnerkindern, die müde sind von ihrer Helferarbeit auf Hof und Feld, die Elemente

einzurammen? Würde ihn sein wissenschaftliches und künstlerisches Interesse nicht doch bald reizen, sich nach einer höheren Betätigung seiner auf der Hochschule erworbenen Fähigkeiten zu sehnen, während an den Pfarrer und den Arzt jeden Augenblick dieselben vollwichtigen Berufsaufgaben herantreten können wie an ihre Amtsgenossen in der Stadt? Würde dann die Landflucht der Volksschullehrer nicht noch viel häufiger werden als sie es ohnehin schon heute ist, wenigstens bei den nicht so sehr auf Gehaltssteigerung erpichten als nach geistigem Verkehr sich sehnenenden?

Nach alledem kann ich nicht daran glauben, daß der Volksschullehrerstand je auf ein Erreichen solcher Ideale, auf eine Erfüllung so weitgehender Wünsche ernstlich wird hoffen dürfen.

Ferner: ist das Universitätsstudium für den Volksschullehrer wirklich nötig?

Die Reformer bejahen diese Frage mit lebhaftem Eifer, z. B. Gellerßen (Pädgg. Blätt. 1906, S. 188). Ferner Muthesius (Königsberg 1904, S. 67): „Hat das — — Wort Kants, daß Erziehung das größte und schwerste Problem sei, Berechtigung, dann ist auch für den Erzieher die denkbar höchste und vollkommenste Berufsausrüstung nötig. Diese kann ihm folgerichtig nur da zuteil werden, wo die Wissenschaft in ihrem Gesamtumfang die höchste Pflege erhält. Welches sind diese Stätten? Es sind die Universitäten. So führt diese streng aus dem Wesen der Sache, d. h. aus der Aufgabe des Volksschullehrerberufs und aus keinem anderen Bestimmungsgrunde abgeleitete Schlußreihe zu dem unanfechtbaren Ergebnis, daß dem Streben des Lehrerstandes nach Universitätsbildung die grundsätzliche Berechtigung nicht versagt werden kann.“ — Eucken unterstützt diese Ansicht (S. 858f.): „Als Menschenbildner wirken kann der Volksschullehrer nicht ohne eine wissenschaftliche Methode, nicht ohne ethische Ueberzeugungen und psychologische Einsichten, er kann es auch nicht ohne eine größere Freiheit der Bewegung und ohne eine engere Berührung mit dem geistigen Leben seiner Zeit. In der Konsequenz eines solchen Strebens liegt aber unverkennbar die Forderung, den Volksschullehrerstand zur Universität in Beziehung zu setzen.“ Es bleibt freilich unklar, wie man sich das akademische Studium, dessen der Volksschullehrer bedürfe, denkt. „Wer wissenschaftlichen Unterricht erteilen will, muß natürlich selbst wissenschaftlich gebildet sein,“ behauptet Muthesius mit Recht, nur fragt es sich, welcher Grad von Wissenschaftlichkeit für die Erfüllung der Volksbildungsaufgabe vonnöten ist. „Welche Vielseitigkeit und

Gründlichkeit wissenschaftlicher Interessen setzt das (gemeint ist der Unterricht in den Elementen auf der Volksschule) schon voraus, und welcher Grad unausgesetzter geistiger Spannung ist notwendig, um bei dem rastlosen Vorwärtsschreiten der Wissenschaften die Fühlung mit ihnen nicht zu verlieren!" (Muthesius S. 66). — Aber erstens: Will man etwa damit indirekt sagen, daß die bisherige Unterrichtstätigkeit aller der Volksschullehrer, die noch keine akademische Bildung genossen haben, minderwertig gewesen sei? Glaubt man nicht, daß es bislang unter den Lehrern mit nur seminaristischer Bildung nicht auch echte Pädagogen von höchst segensreicher Wirksamkeit gegeben hat? Mir scheint, als sehe man die wichtigste Bedingung wahrhaftigen Pädagogentums in einem gesteigerten Wissen mit etwas mehr oder minder handwerksmäßig angeeigneter Methodik und nicht vielmehr in einer gewandten Regsamkeit des Geistes, einem feinen psychologischen Takt, einem väterlich-freundlichen, das Kinderherz gewinnenden Gemüt und einem imponierenden Charakter. Das Edelerzeugnis der Pädagogik ist doch, im Gegensatz zu der durchschnittlichen Marktware, nicht eine mitteilbare Wissenschaft, sondern eine zwar ausbildungsfähige, aber auf einer Naturanlage beruhende Kunst. Und zweitens: Wie enge stellt man sich die Fühlung mit den Fortschritten der wissenschaftlichen Forschung vor, die für die Berufsaufgabe des Elementarlehrers erforderlich sein soll? Muß der Volksschullehreramtswürter Theologie studieren, um dereinst einen gebiegeenen Religionsunterricht geben zu können? Muß er ferner deutsche Grammatik, deutsche Literatur, Geschichte, Geographie, Naturwissenschaften auf der Universität betreiben, um es vor seinem Gewissen verantworten zu können, wenn er dereinst in seiner Dorfschule alle diese Fächer zu geben hat und sich rechtschaffen bemüht, den unterrichtlichen Aufgaben auf allen diesen Gebieten wissenschaftlich vollauf gerecht zu werden? Auf diese Frage antwortet Paulsen treffend (D. dtsh. Schule 1904, S. 487): „Soll er wirklich alle diese Wissenschaften universitätsmäßig, d. h. wissenschaftlich studieren? so studieren, daß er mit den Spezialisten jedes Fachs, mit den Mathematikern und den Theologen, den Philologen und den Physikern ihre Vorlesungen teilt und in den Seminaren arbeitet? Nun, das ist ja augenscheinlich unmöglich. Zehn Jahre reichten nicht aus, noch zwanzig, und wenn die Jahre reichten, so reichte das Gehirn nicht, auch nicht das des Begabtesten, ja gerade das am wenigsten.“

Als ob überhaupt die Universität die einzig denkbare, „durch keine andere Einrichtung zu ersetzende“ Bezugsquelle sei für die



Wissenschaft, wie sie der Elementarunterricht und die Volksbildung braucht! Und lehrt denn die Erfahrung wirklich, daß, je gelehrter jemand ist, er auch ein desto erfolgreicherer Lehrer sei? Vielleicht hat man sich überhaupt vom Wesen des Universitätsstudiums nicht immer die richtige Vorstellung gemacht, sondern dabei mehr nur an die volkstümlich und gemeinverständlich gehaltenen, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung zu einem allgemein-interessierenden Gesamtbilde zusammenfassenden Vorträge der Universitätsdozenten in den Ferien- und Volkshochschulkursen gedacht.

Die Seyfertsche Richtung hält die wissenschaftliche Fachbildung des Seminars im ganzen für eine ausreichende Grundlage, wenn auch gewiß für ergänzungsbedürftig. Aber für Pädagogik, Philosophie, Ethik, Psychologie nebst psychologischer Pathologie u. dgl. verlangt sie ein ordnungsmäßiges wissenschaftliches Studium. Das wäre in der Tat schon eher zu bewältigen. Aber ist für einen Lehrer zur segensreichen Ausübung seines Berufs wirklich eine mehrjährige Vertiefung in die Spezialfragen und Einzeluntersuchungen dieser Forschungsgebiete mit ihren Theorien und Experimenten nötig? Genügte für ihn nicht vielmehr die Aneignung der durch die Forschung gesicherten Ergebnisse? Und dazu wäre kein ordnungsmäßiges Universitätsstudium erforderlich. Damit soll keineswegs der reaktionäre Grundsatz aufgestellt sein, daß der Volksschullehrer nicht mehr zu lernen brauche, als was er für seinen Unterricht unbedingt nötig habe. Eine derartige Unterstellung möchte ich von vornherein weit von mir weisen. Nur das eine behaupte ich: um sich eine gediegene Allgemeinbildung in allen Gegenständen des Volksschulunterrichts anzueignen, bedarf es nicht eines akademischen Studiums aller Fächer der philosophischen Fakultät oder auch nur des pädagogischen Spezialstudiums. Die gesicherte, von den Forschern erarbeitete Wissenschaft, wie sie der Allgemeingebildete braucht, findet man in volkstümlichen, zusammenfassenden Büchern und Vorträgen, wie sie der wissenschaftliche Berufsforscher an der akademischen Tafel nicht als tägliche Hauptkost, sondern nur gelegentlich als Nachtisch zu spenden pflegt.

Wenn also die akademische Bildung für Volksschullehrer nicht nötig ist, so bleibt noch die weitere, ganz eng damit zusammenhängende und schon mehrfach in vorstehendem berührte Frage zu beantworten, ob sie überhaupt geeignet wäre für diesen Beruf.

Die eigentliche und wesenbestimmende Aufgabe der Universität ist die Pflege und Förderung wissenschaftlicher Erkenntnis um ihrer selbst willen, die wissenschaftliche Forschung, zunächst unbekümmert

um die praktische Verwertbarkeit ihrer Ergebnisse. Durch Einführung in das Werden der Wissenschaft leitet sie ihre Jünger zur selbstständigen Urteilsfähigkeit, zur Aufspürung neuer Kausalzusammenhänge und zur Ermittlung neuer Kräftewirkungen an. Für diejenigen Berufe, die dereinst in erster Linie nicht selbst forschen, sondern die von der Wissenschaft ermittelten Ergebnisse verwerten sollen, richtet sie praktische Übungen ein.

Breßel (Pädgg. Btg. 1904, S. 633 ff.) sieht demgemäß die Aufgabe der Universität ganz richtig 1. in dem Mitteilen und Weitergeben der wissenschaftlichen Ergebnisse (Vorlesungen), 2. in der Anleitung zu eigenen wissenschaftlichen Forschungen (wissensch. Seminare), 3. in der Vorbereitung für bestimmte Berufe (prakt. Übungen). Dann fährt er fort: „Die Sache liegt durchaus nicht so, daß jeder Studierende sich an der Arbeit nach allen drei Seiten hin beteiligt. Gerade zu den wissenschaftlichen Übungen wird vielmehr in der Regel nur eine beschränkte Zahl von Teilnehmern zugelassen. Wir sehen, der Hinweis darauf, daß an dieser rein wissenschaftlichen Arbeit nur eine kleine Anzahl von Studierenden Anteil hat, kehrt immer wieder.“ Das ist jedoch nicht ganz richtig, wenigstens nicht für die objektive Würdigung der akademischen Bildung. Denn diejenigen, die sich mit dem Nachschreiben von einigen Vorlesungen begnügen, laufen gewissermaßen bereits nach der Suppe von der akademischen Tafel weg oder bleiben allenfalls bis zur Vorspeise daran sitzen, verzichten aber, wie unreife Kinder, die die Zeit zum Spielen nicht erwarten können, zum Verdruß der gernspendenden Alma Mater auf den Hauptgang, die kräftigende und vorhaltende Fleischkost. Nicht Schuld der Akademie ist es, wenn diese ihre Besucher nicht rundwangige, muntere, unermüdbliche Söhne der Wissenschaft werden. Auch hätte die Wissenschaft schwerlich Nutzen von Leuten, die zur rechtschaffenen Beschäftigung mit ihren Problemen erst durch Zwangsmaßnahmen geführt werden müßten und nicht von selbst den Eifer mitbrächten, über die steilen Hänge zu den lichten Höhen unter perlendem Schweiß unverdrossen emporzuklimmen. Denn das Universitätsstudium ist vor allem Arbeit, und der dauernde Genuß, den es verleiht, besteht nicht in üppigem Schwelgen von den Früchten der Erkenntnis, sondern in der gesunden Freude am Gelingen der kraftheischenden Arbeit. Wenn Breßel meint, daß nur eine beschränkte Anzahl — um das erste Bild zu vervollständigen — in den Hauptspeisesaal der Wissenschaft, das wissenschaftliche Seminar, zugelassen werde und die große Masse hungrig

wieder abziehen müsse, so irrt er sich einigermassen; denn wer im Hauptsaal keine Aufnahme finden kann, dem stehen eine Menge Nebensäle offen, wo er genau dieselbe Speise wie dort bekommt und sich vielleicht sogar noch ruhiger satt essen kann. Denn der ordentliche Professor, der das Seminar leitet, hat in der Regel den stärksten Zulauf und ist verpflichtet, die zulässige, mit dem Zweck der Einrichtung noch einigermassen verträgliche Zahl aufzunehmen. Doch jeder andere Dozent pflegt ebenfalls wissenschaftliche Uebungen von genau demselben Charakter wie im Seminar abzuhalten, und je weniger Andrang hier herrscht, desto besser kann der Leiter dem einzelnen seine Kraft und Aufmerksamkeit widmen.

Prezel fährt dann fort: „Wenn es nun nicht gegen das Wesen und die Würde der Universität verstößt, für eine Anzahl von Berufen die theoretische und praktische Ausbildung zu übernehmen, so ist nicht einzusehen, daß einerseits ihr Ruf als wissenschaftliche Anstalt leiden, andererseits ihre Fähigkeit versagen würde, wenn es sich darum handelte, zu jenen Berufen noch einen weiteren hinzuzufügen, zumal einen solchen, der für das geistige Leben des Volkes von so hervorragender Bedeutung ist, wie der des Volksschullehrers.“ Mit Vorliebe pflegt man auch das für unkritische Hörer und Leser gewiß sehr eindrucksvolle Argument eines sittlich entrüsteten namhaften Schulmannes zu zitieren, der bekennt, er verstehe nicht, daß der Staat, der für die sachkundige Behandlung des Viehs Hochschulbildung verlangt, die entsprechende Vorbildung nicht auch für nötig halte zur zweckdienlichen Unterweisung der Kinder des Bauern. Doch diese Forderung beruht auf einem Mißverständnis. Die Besucher der tierärztlichen und der technischen Hochschule, die Mediziner, die Theologen und alle Akademiker, für welche praktische Uebungen an der Universität eingerichtet sind, um die Berufsanwärter zur Lösung der praktischen Aufgaben auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnis zu befähigen, bekämen sonst nirgends Gelegenheit dazu und müssen doch, sobald sie die Praxis auszuüben beginnen, befähigt sein zur Erfüllung aller beruflichen Anforderungen ohne wesentlichen Unterschied des Ortes ihrer Praxis. Der Landarzt z. B., der überdies selten einen älteren, erfahreneren Kollegen in erreichbarer Nähe hat, kann sogleich am ersten Tage die kompliziertesten Fälle zu behandeln bekommen; denn die Familien der Bauern in Buschtraudorf und Tiefensumpfheim sind, wenn auch vielleicht nicht so häufig, im allgemeinen doch denselben Erkrankungsgefahren ausgesetzt wie irgend ein Großstädter. Der Zweck der Volksschulbildung ist nun

aber doch einmal ein beschränkter; diese braucht ja gar nicht zu den höchsten Höhen menschlicher Erkenntnis emporzuführen. Der Volksschullehrer kommt im allgemeinen hinreichend vorbereitet in sein Amt, nachdem er auf dem Seminar schon mehrere Jahre hindurch mit praktischen Unterrichtsaufgaben unter fachmännischer Anleitung betraut worden ist. Dazu bedarf es für ihn keines Universitätsbesuchs mehr. Und wenn auch der Volksschullehrerberuf zweifellos „für das geistige Leben des Volkes von hervorragender Bedeutung“ ist, so kann der Lehrer in Niederpoggenwerder doch niemals in die Lage kommen, den ihm anvertrauten Zöglingen Bericht erstatten zu müssen über die neuesten Ergebnisse der Spektralanalyse oder der anorganischen Chemie, der Mikrobenforschung, der Mykologie, der Tiefseeforschung, der Theorien über Gebirgsbildung oder der Kritik altchristlicher Textfunde. Was er an Wissenschaft für seine Unterrichtsfächer vor seinen 6- bis 14-jährigen Kindern braucht, das braucht auch jeder erwachsene gebildete Laie oder kann es sich wenigstens erwerben, ohne daß man von ihm den Besuch der „durch keine andere Einrichtung zu ersetzenden Zentralfstätte wissenschaftlicher Arbeit“ verlangen muß. Was der Lehrer über die Fortschritte der Bakteriologie wissen will und als gebildeter Mensch zu wissen nötig hat, das erfährt er — wenn er sich keine Spezialwerke darüber zulegen kann — zur Genüge aus volkstümlichen Zeitschriften oder findet es in den Sammlungen „Götschen“ oder „Aus Natur und Geisteswelt“ und ähnlichen Aufsatzserien, doch verlangt kein Mensch von ihm, daß er selbst in das Reichsche Institut eintrete, um nach dem Besuch der Vorlesungen persönlich die Instrumente für Reinkulturen in die Hand zu nehmen und selbständig die Forschungsergebnisse des Meisters nachzuprüfen oder womöglich zu ergänzen und zu verbessern. Und wenn man für den Lehrer wenigstens eine universitätsmäßige Vertiefung in die Probleme der Philosophie und Pädagogik verlangen zu müssen glaubt, so ist der Universitätsbesuch darum noch nicht erforderlich und auch nicht einmal angebracht, zum mindesten nicht für die Gesamtheit der Volksschullehrerschaft. Denn auf der Universität handelt es sich in all diesen Dingen um Forschungen, Aufstellung und Prüfung von Theorien, für den Lehrer dagegen kommt nur die Verwertung der durch langwierige und umständliche Studien und Versuche der Forscher gewonnenen und gesicherten Ergebnisse in Betracht. Was in dieser Hinsicht noch fehlt, das für den Lehrerstand zu ergänzen ist nicht Sache der Akademie, sondern des Volksschullehrerseminars oder

der Volkshochschule. Uebrigens haben die Neuerer des Volksschullehrerstandes wohl keine rechte Vorstellung von der ungeheuren und unausgesehten Geistesarbeit, die heutzutage erforderlich ist, um sich auch nur in einem kleinen Gemeindebezirk des Reichs der Wissenschaften gehörig auszukennen, ganz zu geschweigen von den übrigen Gemeinden des Kreises oder von den übrigen Kreisen oder gar von allen Provinzen. Was aber jedem nicht einer Spezialwissenschaft sich Widmenden möglich und für seine Zwecke ungleich wichtiger und wertvoller ist, das ist ein Herumreisen im ganzen Reich, um einen möglichst vollständigen Gesamteindruck zu gewinnen und je nach Kraft und Sehfähigkeit die Hauptplätze kennen zu lernen, allenfalls auch einmal hier und da an einem besonders instruktiven Punkte einen etwas längeren Aufenthalt zu nehmen.

Nun wirft Muthesius ein (Königsbg., S. 63): „Wer in Quarta oder Untertertia einer höheren Lehranstalt Unterricht in Geschichte oder Deutsch, in Naturkunde oder Geographie erteilen will, von dem wird ganz ausnahmslos eine auf akademische Studien gegründete, eine wissenschaftliche Bildung gefordert. Ist irgendein in der Sache liegender Grund beizubringen, daß für den, der die gleichen Fächer in der Oberstufe der Volksschule vertritt, ein geringerer Grad von Bildung genügend sei?“

Die Folgerung, die Muthesius aus dem tatsächlich vorhandenen Unterschied in der Vorbildung zieht, ist falsch. Um den Unterricht in den genannten Fächern auf der Volksschule angemessen und vollwertig erteilen zu können, ist durchaus nicht Hochschulbildung in den einzelnen Disziplinen nötig. Auch der Gymnasial- oder Oberrealschullehrer braucht nicht zu studieren, wenn er nur für den Unterricht auf der Sexta- bis Tertiastufe in Betracht käme. In Wirklichkeit studiert er, um den Lehraufgaben auf der Oberstufe gewachsen zu sein. Der Volksschullehrer hingegen muß unweigerlich in allen Fächern des Volksschulunterrichts beschlagen sein, wenigstens in den Elementen dieser Fächer; der Oberlehrer braucht nicht in allen Zweigen des Gymnasialunterrichts unumgänglich ein gleich vielseitiges Wissen stets prompt zur Hand zu haben, wie ein strebsamer Elementarlehrer, muß jedoch für die Oberstufe in den von ihm zu lehrenden Gegenständen über eine bedeutend vertiefte Fachbildung verfügen, die aber nicht nur in einem erweiterten Wissen bestehen darf, sondern in einer zur Prüfung der neuen Erscheinungen seines Spezialgebietes befähigenden wissenschaftlichen Kritik, wie sie gemeinhin nur auf der Akademie erworben werden kann. Vgl. Paulsen

(Die dtſch. Schule 1904, S. 492): Der Unterricht auf der Oberstufe der höheren Schulen müſſe „notwendig von Fachlehrern erteilt werden, weil kein Lehrer jezt mehr den großen Kreis der Diſziplinen, wie ſie hier zu lehren ſind, zu umfaſſen vermag“. Denn auch hier herrſcht der Grundſatz, daß der Oberlehrer ſich nicht mit dem Wiſſen begnügen darf, daß er den Schülern zu übermitteln hat.

Wenige Monate nach dem Königsberger Tage ſpricht ſich auch Muthesius, indem er ſeinen Standpunkt gegen die radikalen Stürmer, die Sieger des Verſammlungstages, feſtſtellt, folgendermaßen aus (Pädgg. Blätt. 1904, S. 298): „Soviel iſt ſicher, daß, wenn einmal in ferner Zukunft das letzte Ziel, die Ausbildung aller Volkſchullehrer auf der Hochschule in die Nähe der Erreichbarkeit treten ſollte, einerſeits die Hochſchulen weſentliche Ergänzungen ihrer Bildungsmittel vornehmen müßten und anderſeits das Ziel ſelbſt mancherlei Modifikationen erfahren würde. Die Forderung, daß der Volkſchullehrer fähig ſein muß, in allen Fächern zu unterrichten, wird für alle Zukunft beſtehen bleiben. Es wird keine Zeit geben, in der ein Spezialistentum, wie es in der Vorbildung der Oberlehrer mit voller Abſicht und Berechtigung ausgeprägt iſt, für die Volkſchullehrer das Erſtrebenswerte darſtellt.“ Denn die Wiſſenſchaft kommt für den Volkſchullehrer als ſolchen nur nach ihrer Verwendbarkeit als Bildungs- und Erziehungsmittel für Knaben und Mädchen des Volkſdurchſchnitts in Betracht, wie Zillig (Plan zur Reform der Lehrerbildung, Würzburg 1906, S. 25) ganz richtig betont. Wenn er ſich über das durch ſeine Berufsaufgabe geforderte Maß hinaus wiſſenſchaftliche Kenntniſs aneignet, um ſo beſſer und ehrenvoller für ihn und zugleich für ſeinen Stand. Aber als unerläßliche Vorbedingung der Berufsausbildung für alle Lehrer ohne Ausnahme dürfen ſolche Forderungen nicht aufgeſtellt werden und vor allem nicht die Forderung des regelrechten Univerſitätsſtudiums. Vgl. Weber (Pädgg. Blätt. 1907, S. 407.)

Zur Ergänzung des wiſſenſchaftlichen Rüſtzeuges, deſſen der Volkſchullehrer bedarf, kann alſo nicht die Hochschule dienen; denn wie wir geſehen haben, wäre dieſer Bildungsgang für ihn erſtens aus ökonomiſchen Gründen unmöglich, zweitens wegen des beſchränkten Bildungszieles der Volkſchule unnötig und drittens bei der ſpezialiſtiſchen Sonderung der Wiſſenſchaftsgebiete überhaupt nicht geeignet. Mit Recht ſagt daher der dem Lehrerverſtande ſo wohl gefinnte Paulſen mit väterlich-freundlicher Mahnung (D. Dtſch. Schule 1904, Seite 486): „Für den Lehrer an derartigen Anſtalten

(Volksschulen, insbesondere ein- und zweiklassigen) ist nun eine eigentlich wissenschaftliche Ausbildung an sich meines Erachtens nicht erforderlich, d. h. eine Ausbildung, deren Wesen durch das Zurückgehen auf die letzten Quellen oder die Fähigkeit zur selbständigen Erzeugung der Erkenntnis bestimmt ist; erforderlich und ausreichend ist eine mehr enzyklopädische wissenschaftliche Bildung, dazu die Ausstattung mit didaktischer Fertigkeit und, was mehr wäre, mit pädagogischer Weisheit. Alle diese Dinge gibt die Universität nicht, und sie kann sie nicht geben. Sie bietet wohl auch einen Unterricht mehr enzyklopädischen Charakters; vorherrschend ist er nicht, sondern die spezialistische Tendenz. — — Und pädagogische Weisheit — — wird mehr durch Beispiel und Übung als durch Vorlesungen gelernt.“

## 2. Die Stellung des Seminars im Gesamtschulwesen.

Liest man die Fachzeitschriften der Lehrerschaft durch, so sieht man das Verlangen nach Universitätsbildung, teils unbedingt und uneingeschränkt, teils so oder so modifiziert, weitaus vorherrschen. Ob die große Masse der Lehrerschaft auch diesem Ideale nachjagt, ist darum noch nicht gesagt. Vielleicht hindert viele ihr gesundes, natürliches Empfinden, sich von der Notwendigkeit der Forderung zu überzeugen, obschon sie sich nicht veranlaßt fühlen, der Zeitströmung sich entgegenzustemmen. Um so aner kennenswerter ist das offene und ehrliche Eintreten von seminaristisch vorgebildeten Persönlichkeiten gegen die utopistische Forderung akademischer Vorbildung des Volksschullehrerstandes: P. Zillig (Volksschullehrer), Plan zur Reform der Lehrerbildung, Würzburg 1906, und vor allem H. Scherer (großh. hess. Schulrat), Lehrerbildung und Lehrerfortbildung, Gießen 1908. Besonders die letztgenannte Schrift ist sehr beachtenswert und verdient wegen ihres gesunden, nüchternen Sinnes für die Realitäten des Schulwesens in allen wesentlichen Punkten unsere vollste Zustimmung, wie ich ihr denn auch den Anstoß zur Behandlung der Lehrerbildungsfrage verdanke. Auch der Akademiker W. Rein, der warmherzige Freund und Förderer des Volksschullehrerstandes, sieht in der „Königsberger Forderung kein Ideal, sondern ein Ziel, das in die Irre führt“ (Schuberts Bericht über Reins Vortrag im Februar 1905 in Altenburg. Pädgg. Studien, N. F. XXVI, 1905, S. 149—151). Er verlangt schrittweises Vorgehen, Anknüpfung an das historisch Gewordene, Reformen im Seminarwesen. Die positiven Vorschläge, die er in dieser Hinsicht

macht, berühren sich vielfach mit den Billig-Schererschen. Sie betreffen die Frage, der wir nunmehr eine Betrachtung widmen wollen, wie das Seminar als Lehrerbildungsanstalt in Verbindung zu setzen ist mit den übrigen Bildungsanstalten in unserem Staate.

Die jetzige Seminarbildung ist im großen und ganzen zweifellos zweckentsprechend und auch an und für sich gut, wenn sie auch gewiß im einzelnen hier und da noch einer Verbesserung fähig oder auch bedürftig sein mag. Sie bietet eine gebiegene Realbildung eigentlich in einem noch strengeren Sinne als die Realschule, da sie dem Sprachenbetrieb nur einen geringen Raum gewährt. Gewünscht worden sind von berufener Seite wohl mit Recht gewisse Umgestaltungen im Religions- und Musikunterricht, doch in wissenschaftlicher Hinsicht ist seit 1901 die auf dem Seminar verliehene Bildung eine recht befriedigende, eine nicht gelehrte, aber vielseitige, deutsch-vollstümliche Allgemeinbildung. Vielleicht, daß auf die Pflege des Kunstsinns etwas mehr gegeben werden möchte, vor allem aber, daß das nun doch einmal durch die ökonomischen Verhältnisse gebotene Alumnatswesen dem modernen Zeitgeiste ein gewisses Zugeständnis machen könnte durch Berührung mit der gebildeten Außenwelt (Veranstaltung von Konzerten, Theateraufführungen, Tanzkränzchen, Familienausflügen), um den Kasernengeist aus dem Seminar ein wenig zu bannen. So könnte man den zaghaften, zurückgezogenen Jüngling, der nicht schon selbst den Trieb, etwas aus sich zu machen, mitbringt, an gewandte Lebensformen gewöhnen und in ihm das gesellschaftliche Pflichtbewußtsein wecken, damit er dereinst, wenn er in seinen Wirkungskreis tritt, außerhalb der Schulkuthe nicht unangenehm auffällt und durch gesellschaftliche Versehen aneckt — eine nicht ganz unwesentliche Bedingung für die Hebung des Standesansehens. Für die Betätigung des Verneiners braucht daraus noch keine Gefahr befürchtet zu werden, wenn man mit diesem freizeitlichen Entgegenkommen eine straffe und unbeugsame Forderung der Pflichterfüllung verbindet und es etwas mehr als bisher dem Pflichtbewußtsein des Jünglings anheimstellt, sich mit den unerlässlichen Geboten der Berufsausbildung abzufinden oder die unausbleiblichen Folgen zu tragen und ein halbes oder auch ein ganzes Jahr auf der Schule nachzusitzen.

Auch ohne intensiven fremdsprachlichen Unterricht ist die Seminarbildung als eine vollwertige zu betrachten, oder sie kann es wenigstens sein durch die „möglichste Entwicklung der Kräfte der Auffassung und des Urteils“ bei gleichzeitiger „Beschränkung des



mechanischen Auswendiglernen auf das Notwendige“ (Paulsen). „Man wird“, sagt m. E. mit Recht Dr. Weisenfels (Die Bildungswirren der Gegenwart), „in der That gestehen müssen, daß der Umfang und die Gründlichkeit der sprachlichen Kenntnisse kein untrüglicher Bildungsmesser sind, daß aber die Art, wie jemand Sprechend und Schreibend vor allem seine Muttersprache handhabt, einen fast sicheren Schluß auf seinen Bildungszustand gestattet“. Wenn nun Muthesius in seinem Königsberger Vortrage (S. 75) sagt: Der Unterricht in einer Fremdsprache auf den Seminaren „ist, unbeschadet ihres Charakters als deutsche höhere Schulen, ein durchaus notwendiges Erfordernis, da ein gewisser Grad in der Beherrschung einer fremden Sprache heute ganz allgemein als ein Merkmal höherer Bildung überhaupt gilt“ — so halte ich diese Begründung nicht für stichhaltig. Denn wenn die Allgemeinbildung nicht sonst durch den geistigen Gesamthabitus bewiesen wird, so ersetzt auch die Kenntnis einer Fremdsprache den Mangel nicht, und umgekehrt kann jemand, der keine Fremdsprache beherrscht oder auch nur kennt, recht wohl den Ehrentitel eines innerlich durchgebildeten Menschen zugebilligt erhalten. Wenn nun gar Schilling, um die Beibehaltung des Lateinischen auf den sächsischen Seminaren zu empfehlen, meint (Pädagog. Stud. XX, 1899, S. 291): „Es ist bekannt, daß sprachlich Ungebildeten es oft nicht möglich ist, ihre Gedanken klar auszudrücken, und daß sie umgekehrt eine feiner organisierte Sprache, die Sprache der Poesie oder der Wissenschaft nicht verstehen“, so meine ich ganz entschieden, daß die Schuld an solchem Mangel, solcher geistigen Unklarheit durchaus nicht notwendig in dem Fehlen fremdsprachlicher Kenntnisse zu liegen braucht. Hat doch das Volk das wir als das gebildetste verehren, das griechische, wirklich recht erfreuliche Bildungserfolge erzielt gerade auf dem Gebiete der Poesie, Philosophie, der Geschichtschreibung usw., indem es nicht nur der systematischen fremdsprachlichen Studien vollständig entbehrte, sondern sogar die Sprachen aller Ausländer, der Barbaren, verachtete. Zweifellos freilich ist die Beschäftigung mit den Fremdsprachen bildend. Aber abgesehen von der praktischen Wertbarkeit hat die Fremdsprache nur dann rechten Wert als Bildungsmittel, wenn man sie wirklich so beherrschen gelernt hat, daß man die Geisteserzeugnisse des fremden Volkes ohne erhebliche Schwierigkeit in sich aufzunehmen vermag. Das richtige Erfassen, Umdenken und inhaltsgetreue Umgestalten des Originalgedankens erfordert, besonders in den klassischen Sprachen, eine so vielseitige und angespannte Geistes-

tätigkeit, daß bei gleichem Zeitaufwand lediglich mit Hilfe der Muttersprache eine gleich ausgiebige und gründliche logische Schulung wahrscheinlich nicht erreicht zu werden pflegt. Solange jedoch die fremdsprachliche Beschäftigung über die Anfangsgründe, über die Mühen des Aneignens der fremden Sprachform nicht hinauskommt, steht ihr Bildungswert in gar keinem angemessenen Verhältnis zu der aufgewendeten Zeit, die durch Beschäftigung mit Stoffen aus der Muttersprache weit vorteilhafter ausgenutzt werden könnte. Solange die Erfassung der fremden Sprache und die richtige Anwendung ihrer Ausdrucksmittel über die ersten mühsamen und taumelnden Gehversuche nicht hinausgelangt ist und ein fortwährendes Festklammern an Tisch und Stühlen nötig macht, ist trotz aller Anstrengung von einem nennenswerten Vorwärtkommen naturgemäß nicht zu reden.

Nun soll der Volksschullehrer ein ausreichendes Wissen auf allen Gebieten des Elementarunterrichts mitbringen und außerdem eine solide Urteilsfähigkeit, eine gute Orientierung über den „Zusammenhang des Einzelwissens mit dem Ganzen des zur Welt- und Lebensanschauung nötigen Wissens“. Um dieses Ziel auf dem Seminar zu erreichen, bleibt schlechterdings keine ausreichende Zeit übrig zum Betreiben einer Fremdsprache, wie es für Bildungszwecke lohnend wäre, am allerwenigsten zu einer gehörigen Aneignung des Lateinischen. Desto gründlicher also sind hier die unmittelbareren Bildungsmittel auszunutzen, die in der Muttersprache erreichbar sind. Zugleich sind diese deutsch-völkstümlichen Bildungstoffe unstreitig die passendsten gerade für den künftigen Volksschullehrer. Und auch hieraus kann der Geist außer einem besonders wertvollen Wissen eine gebiegene Bildung schöpfen, d. h. erstens die Fähigkeit, klar und richtig zu denken, und zweitens eine gesunde und umfassende Lebens- und Weltanschauung. „Denken lernen wir,“ sagt Scherer S. 30, „vor allen Dingen am Beobachten, Erfassen, Festhalten und Vergleichen der Dinge und Geschehnisse, an dem Herausfinden des Wesentlichen, an dem Auffinden der Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten und an dem Schließen von einem auf das andere; beim Sprechen müssen wir das klar Erkannte und Gedachte in bestimmte sprachliche Form fassen. An den Dingen und dem objektiven Geschehen“ (nebst Analyse abstrakter Begriffe) „muß also das Denken in erster Linie geübt werden, nicht an den sprachlichen Formen“ (Grammatik, obwohl auch diese zweifellos zu formalen Denkübungen sehr vorteilhaft verwendet werden kann).

Wenn nun also das Seminar mit seinen realistisch-deutschvolkstümlichen Mitteln ebenfalls eine hinreichende Allgemeinbildung zu geben vermag, so ist zu fragen, wie diese sich zu der Bildung verhält, welche die übrigen allgemeinen Bildungsanstalten verleihen.

Die Entwicklung des Bildungswesens hat in neuerer Zeit eine immer entschiedenere Abkehr von der Anschauung mit sich gebracht, daß die klassische Bildung der humanistischen Gymnasien die einzige brauchbare für akademische Studien sei. Man gesteht ihr zu, daß sie eine vorzügliche logische Schulung, eine besonders großartige Beweglichkeit und Vielseitigkeit des Geistes, eine Fähigkeit gründlicher, eifriger Vertiefung in eine Sache und eine hehre, idealistische Gesinnung zu verleihen geeignet ist. Aber man verlangt auch die Anerkennung der Tatsache, daß sie nicht für alle Bildungsgattungen, insbesondere nicht für die praktischen Aufgaben der ärztlichen und bautechnischen Praxis, die unmittelbarste Vorbildung gewährt. Ferner betont man mit Recht, daß sie ihren wahren Wert nur denjenigen spenden kann, die für solche Studien die erforderliche Begabung und Neigung haben, die ohne allzu große, zeit- und kraustraubende Mühe sich die alten Sprachen zu eigen zu machen vermögen und sich nicht bis Prima hinauf mit den Elementen beständig herumzuschlagen brauchen. Es ist leider nur zu wahr, daß die eigentliche bildende Kraft des humanistischen Unterrichts furchtbar gehemmt wird durch die Fülle von ungeeignetem Schülermaterial, das viel zu schwach ist, um in der schweren Hoplitentrüstung vorwärtszuschreiten, und das sich keuchend und mißmutig eine Strecke vorwärts schiebt, bis es erschöpft liegen bleibt oder, wenn ihm gestattet wird, die schwersten Ausrüstungsgegenstände abzulegen, sich allenfalls bis zum Ziele hinschleppt, aber marode und wehrunfähig dort ankommt. Denn selbst viele von den heutigen Gymnasialabiturienten haben in Wahrheit von klassischem Geist kaum einen Hauch verspürt. Wieviele von diesen haben ein innerliches Verhältnis zu den Klassikern gewonnen? Wieviele sind es unter ihnen, die nach dem Examen noch einmal ihren Plato, Sophokles, Demosthenes oder Thucydides in die Hand nehmen? Und dabei können sie meistens nicht einmal als Ersatz eine für praktisch-realistische Zwecke genügende Bildung aufweisen. Der humanistische Bildungsweg ist also an und für sich sehr gut, der Fehler ist nur der, daß er wegen Ueberfüllung mit ungeeignetem Material nicht zum segensreichen Ziele führen kann und daß er nicht allen modernen Ansprüchen zu genügen befähigt und berufen ist.

Daher sagt Paulsen (D. dtſch. Bildungswſn., S. 139): „Es gibt Studiengebiete und gelehrte Berufe, für welche die Kenntnis der alten Sprachen ſchwer oder überhaupt nicht entbehrlich iſt, es ſind die hiſtoriſchen im weiteren Sinne des Wortes (die Geiſteswiſſenſchaften, die Wiſſenſchaft von der Geſchichte der menſchlichen Kultur: Theologie, Sprachwiſſenſchaft, Philologie, Kunſt und Literatur, Philoſophie und Geſchichte); es gibt andererseits Studiengebiete und Berufe — es ſind die naturwiſſenſchaftlich-(mathematiſch-)techniſchen mit Einſchluß der Medizin —, für die andere Dinge ſo notwendig ſind, daß für Erlernung der alten Sprachen, wenigſtens beider, nicht mehr ausreichender Raum bleibt.“ Infolgedeſſen (S. 186) „hat ſich ein realiſtiſches Schulweſen neben der alten literariſchen Gelehrtenſchule durchgeſetzt; es iſt nicht zweifelhaft, daß es in der Folge auf Koſten dieſer wachſen wird“ — was auch in allſeitigem Intereſſe dringend zu wünſchen wäre.

Welche Stellung kommt nun der ſeminarſtiſchen Bildung innerhalb des deutſchen Gesamtbildungswefens zu? — Das Seminar iſt eine noch realiſtiſchere Schulgattung als ſelbſt die Oberrealschule, inſofern ſie nur eine Fremdsprache treibt, und obendrein nicht als Hauptfach. Indeffen bei der Gründlichkeit, die es dem Lehrplan von 1901 gemäß den reichen Bildungſtoffen des deutſchen Sprachgutes auf allen Gebieten des modernen Kulturlebens widmet, muß meines Erachtens zugestanden werden, daß der Bildungserfolg auf dem Seminar durchaus nicht weſentlich zurückzuſtehen braucht hinter dem der anderen höheren Schulen, ja, daß gerade bei der deutſchvolkſtümlichen Art ſeines Bildungsganges der Nutzen für alle diejenigen Zöglinge, denen die Aneignung einer fremden Sprache Schwierigkeiten bereitet, ungleich ſicherer, vollſtändiger und befriedigender ſein muß als bei den nur mit Mühe und Nachſicht bis zum Abiturium durchgeſhobenen Zöglingen der anderen Schulgattungen, bei denen durchweg zwei Fremdsprachen zu den Hauptfächern zählen. Ein Zugeständnis iſt allerdings nötig: der internationale Kulturaustausch der modernen Zeit bringt es mit ſich, daß der Gebildete, der am Geiſtesleben aktiven Anteil nehmen will, der modernen Kulturſprachen Franzöſiſch und Engliſch ohne empfindlichen Nachteil nicht wohl ganz entraten kann. Wenn jedoch das Seminar bereit iſt, ſeinen Zöglingen in dieſen beiden Sprachen eine ausreichende Kenntnis mitzugeben, die ſie befähigt, die fremden Geiſteserzeugniſſe richtig zu verſtehen, ohne daß ſie in der produktiven Anwendung der Fremdsprache eine Fertigkeit zu erlangen brauchen, ſo glaube

ich für die Anerkennung des Seminars als vollwertiger und vollberechtigter höherer Lehranstalt eintreten zu müssen. Andernfalls müßte dieser Anspruch wenigstens unter der Bedingung als berechtigt anerkannt werden, daß es den Seminarabiturienten zur Pflicht gemacht würde, sich durch eine Nachprüfung in diesen Fächern als genügend ausgerüstet für akademische Studien auszuweisen. Paulsen sagt sogar ohne Einschränkung (Die dtsh. Schule 1904, S. 494): „Nimmt sie (die Universität) Oberrealschüler auf, so hat sie kaum noch einen Grund, Absolventen des neuen Seminars allgemein auszuschließen.“ Weiter folgert er, „daß dem Volksschullehrerstande der Zugang zur Hochschule geöffnet werden müsse“, da er bekennt, „er halte es für ausgemacht, daß Hochschulbildung für alle Seminarlehrer notwendig werde“. Denn ohne Fachlehrersystem wie an den übrigen höheren Schulen wird man künftighin auch hier schwerlich auskommen. „Daß aber mit hervorragender geistiger Kraft und Willensenergie ausgestatteten Männern mit Seminarbildung der Zugang zur Universität gebahnt wird, das halte ich auf alle Weise für wünschenswert; hemmende Schranken niederzureißen zwischen Gesellschaftsklassen und zwischen Berufsständen ist überall ein löbliches Beginnen“ (Paulsen, Dtsch. Bildungswn. S. 165). In ähnlichem Sinne spricht sich auch Rein über diesen Punkt aus in seinem Altenburger Vortrage vom Februar 1905. Die dritte seiner Gegenthesen gegen den Königsberger Beschluß lautet sogar: „Jeder Lehrer soll auf Grund des Seminarabgangszeugnisses ohne Einschränkung immatrikuliert werden.“

Allzuviel Zulauf zu den akademischen Studien würde ja von den Seminaren kaum zu erwarten sein. Denn wer von Hause nicht die Mittel zum Studieren mitbringt — und das wird gewiß sehr wenigen Seminarabiturienten vergönnt sein — und sie erst etwa durch Privatstunden in den ersten Jahren seines praktischen Volksschuldienstes zusammensparen soll, der muß außer guter Begabung noch eine sehr zähe Energie und eine heilige Begeisterung für die Studien mitbringen, wenn sein Uebertritt auf die akademische Linie nicht verfehlt sein soll. Wohl aber ist grundsätzlich denen, die diese Geistes- und Charakterbegabung aufweisen, jedes Emporsteigen in eine höhere Stellung, in einen akademischen Beruf durchaus zu wünschen. Und wenn der Staat den ihm befähigt Erscheinenden eine Unterstützung für die akademischen Studien auf dem Gebiete der Pädagogik, Philosophie, Ethik, Psychologie und einzelner wahlfreier Spezialwissenschaften der philosophischen Fakultät gewährt, so

kann er sie dafür verpflichten, sich ihm dereinst im Seminarunter-  
richts- und Schulaufsichtsdienst zur Verfügung zu stellen.

Auch für alle diejenigen Seminarabiturienten, die auf einen  
Besuch der Universität, ein regelrechtes akademisches Studium ver-  
zichten und gewillt sind, sich dem Volksschullehramte zu widmen,  
wäre eine wissenschaftliche Weiterbildung sehr erwünscht, auch wenn  
es sich nur um ein Sichvertiefen in einzelne volkstümliche und ge-  
meinverständlich bearbeitete Sonderwissenschaften handelte, um ein  
Kennenlernen der großen zusammenfassenden Hauptwerke der einzelnen  
realistischen Wissensgebiete, der Technik, Aesthetik, des Kunstgewerbes,  
der Musik, nebst Besuch großer technischer Werke, Museen usw.  
Denn „in den Fach- und Fortbildungsschulen erwachsen dem Lehrer  
neue wichtige Aufgaben, die er nur dann zu lösen vermag, wenn  
er selbst mit überschauendem Blick in dem Leben der Zeit steht,  
wenn er in dem wirtschaftlichen und technischen, dem politischen und  
rechtlichen, dem wissenschaftlichen und literarischen Leben der Nation  
orientiert ist. — Von hier aus sind alle Bestrebungen zu begrüßen,  
die von Universitätskreisen ausgehen, um in Ferienkursen und Vor-  
tragszyklen lernbegierigen Lehrern die Berührung mit der Arbeit  
der Wissenschaft zu vermitteln“ (Paulsen, Dtsch. Bildgsw. S. 164f.).  
Und um den weitestgehenden Bedürfnissen nach dieser Richtung ent-  
sprechen zu können, müßten Mittel und Wege gefunden werden, um  
solche wissenschaftlichen Vorträge den Bildungshungrigen auch in  
der Provinz zugänglich zu machen.

Wer auf diesem Wege seine geistigen Fähigkeiten dank Fleiß  
und Begabung mit Erfolg weiter ausbildet, dem könnte m. E. recht  
wohl auch der nichtfremdsprachliche Unterricht auf der Unter- und  
Mitteltstufe aller höheren Schulen zugewiesen werden. Nur glaube  
man ja nicht, daß der Unterricht (bzw. die wissenschaftliche Grund-  
lage desselben) in Religion, Geschichte, Erdkunde und Naturgeschichte,  
wie er dem geistigen Standpunkte der Volksschule in Kleinfußheim  
angemessen ist, ohne weiteres auch für die Tertia des Hauptstadt-  
gymnasiums ausreiche. Der Unterschied der Bevölkerung und dessen,  
was die Großstadtkinder an Wissen sowohl wie auch an Selbst-  
gefühl vielfach bereits von Hause mitbringen, bewirkt es, daß der  
Lehrer hier einerseits wissenschaftlich sattelfester sein muß als dort,  
andererseits auch in pädagogischer Hinsicht eines gewissen im-  
ponierenden Wesens weniger leicht entbehren kann. Denn er kann  
in der Großstadt im allgemeinen zwar mit einer leichteren Auf-  
nahmefähigkeit rechnen, doch ist unzweifelhaft auch eine größere

geistige Gewandtheit und Umsicht nötig, um sich vor dieser Schülerschaft dauernd der Unterrichts- und Erziehungsaufgabe gewachsen zu zeigen. Auch ist es ein sehr bedauerlicher Irrtum, wenn die Unterrichtsmethode des nicht seminaristisch gebildeten Lehrerstandes als minderwertig angesehen und ihm zumeist kein genügendes pädagogisch-methodisches Verständnis zugetraut wird. \*) Wohl aber halte ich es für möglich, daß schwungvolle Persönlichkeiten des Volksschullehrerstandes auch in den Mittelklassen der höheren Schule ihre Stelle ausfüllen können. „Wird auch zurzeit noch“, um wieder mit Paulsen, Dtsch. Bildgsw. S. 185, zu reden, „der Abstand „seminarisch“ und „akademisch“ gebildeter Lehrer hin und wieder mit einiger Schärfe betont, so ist doch gar kein Zweifel möglich, daß beide sich seit hundert Jahren in ihrer Bildung um ein gewaltiges Stück näher gerückt sind. Die Lehrer der neuen Seminare von 1901 werden eine so stattliche wissenschaftliche Ausbildung aufzuweisen haben, daß keine höhere Bürgerschule, auch wenn sie sich unter dem Titel der Realschule dem höheren Schulwesen zurechnet, sich ihrer zu schämen haben wird. Durch Zunahme des Universitätsbesuchs, durch gemeinsame Kurse und Besprechungen, vermutlich doch auch einmal durch Einrichtung eines einheitlichen Oberschulrats, werden wir uns dem Ziel eines durch keine Sprünge und Klüfte gespaltenen einheitlichen nationalen Lehrkörpers weiter annähern.“

Zwar wird und soll das Seminar wegen der pädagogischen Ausbildung, die es gewährt, im wesentlichen stets Fachschule für

---

\*) J. B. Albr. Goerth, Schuldirektor a. D. in Bonn a. Rh., „Ein Wort in betreff der echten Lehrkunst“. (Die dtsch. Schule VI. 1902, S. 234 f.): „Der Vorwurf, der in diesen Worten liegt (mehr als bisher in das Wesen der echten Lehrkunst einzudringen), trifft nicht die seminaristisch gebildeten Seminarlehrer, wohl aber die Herren Akademiker (nab. unter den Seminarlehrern). — Die Hauptaufgabe der echten Lehrkunst liegt in der sorgfältigen Ausbildung der Fragelkunst. — Die Herren Akademiker sind infolge ihrer Gymnasialerziehung samt und sonders von der Ansicht durchdrungen, daß die Fragelkunst sie wenig angehe. — Die Aufgabe der akademisch gebildeten Lehrer bestehe darin, wissenschaftlichen Unterricht zu erteilen, und darum zieme sich für sie einzig und allein die wissenschaftliche Methode. Diese habe aber das Hauptgewicht auf klares Dozieren zu legen und bedürfe der Fragelkunst im Grunde gar nicht.“ — Ich weiß nicht, wo G. seine Erfahrungen gesammelt hat. Hinsichtlich seines verallgemeinernden Seitenhiebcs gegen die gymnastische Unterrichtsmethode muß ich die Entscheidung über die Berechtigung eines so scharfen Urteils einer unparteiischen, berufenener Stelle überlassen. Nach meinen Erfahrungen ist die große Masse der höheren Lehrerschaft nicht nur in fachwissenschaftlicher und allgemeingeistiger Beziehung, sondern auch in rein pädagogischer Fähigkeit und psychologischem Verständnis durchaus nicht so unbedeutend, wie viele Kollegen des Herrn G. in selbstgefälliger Annahme zu glauben scheinen.

Volksschullehrer bleiben. Die anderen höheren Schulen indessen geben ebenfalls nicht eine auf die Lebensberufe der großen Menge der Gebildeten unmittelbar zugeschnittene Ausbildung. Der Schwerpunkt des Gymnasiums liegt in der Beschäftigung mit den alten Sprachen, die charakteristischen Fächer der Oberrealschule sind die mathematisch-naturwissenschaftlichen, und das Realgymnasium bildet eine Mittelform, die dem Schüler je nach Begabung und Reigung freieren Spielraum für sprachliche oder mathematisch-naturwissenschaftliche Betätigung gewährt. Aber alle drei Schulgattungen, auch die Oberrealschule (einschließlich der Realschule) trotz der besseren praktischen Verwertbarkeit ihrer Lehrstoffe, sind gedacht als Vorbereitungsanstalten für die Universität, nicht als Vernanstalten zur Aneignung eines möglichst vielseitigen Wissensmaximums, sondern als Stätten zur Pflege wissenschaftlichen Sinnes und klaren, richtigen Urteils.

Daraus folgt, daß für die große Masse derer, die heutzutage die höheren Schulen besuchen, ohne für gelehrte Studien prädestiniert zu sein, insbesondere für die mittlere Schicht des Beamten-, Kaufmanns- und Gewerbestandes, überhaupt für alle, die das Einjährig-Zeugnis vorweisen müssen, von ungleich höherem Werte die nicht gelehrte, sondern volkstümlich-praktische Vorbildung wäre, wie sie der Volksschullehrer vor seiner Spezialausbildung für seinen Beruf genießt.

Es wäre zugleich ein großer Segen, ein nicht zu unterschätzender Gesundungsprozeß für die bestehenden höheren Schulen, wenn sie von dem ungeeigneten Schülmateriale befreit würden. Besonders das Gymnasium würde gewiß bald eine wohlthuende Entlastung spüren, da sein gegenwärtiger Mißkredit durchaus nicht in einer allgemeinen pädagogischen Minderwertigkeit seiner Lehrer oder in übergroßen Anforderungen begründet liegt, sondern in der Ueberfülle von Elementen, die seinen Bildungsstoffen innerlich fremd und aufnahmeunfähig gegenüberstehen und sich nur zum geringsten Teile das Zeugnis der „Reife“ erringen. Ich berufe mich auch hierfür auf das bewährte Urteil Paußens (Dtsh. Bildgsw. S. 140): Das klassische Studium wird in der Folge „überhaupt nicht mehr als ein notwendiges Stück höherer Bildung angesehen“ werden, sondern „die Kenntnis der alten Sprachen wird nur noch die Bedeutung eines notwendigen Werkzeugs für bestimmte Studien“ haben. „Die Folge wird sein, daß die Zahl der modernen Gymnasien auf Kosten der klassischen wachsen wird, daß Ummwandlungen, so groß noch die



Widerstände dagegen sein mögen, häufiger stattfinden werden, bis schließlich nur noch eine bescheidene Zahl den alten Typus festhalten wird. Und das wird kein Unglück sein." (S. 142): Das realistische Einheitsgymnasium mit fakultativen Lateinklassen „ist ohne Zweifel ein höchst wünschenswertes Ziel; die Zahl derer, die, statt auf einer höheren Bürgerschule ihren Schulkursus zu vollenden, die unteren und mittleren Klassen der klassischen und Realgymnasien füllen, um mit einem in der Mitte abbrechenden Kursus in den alten Sprachen oder wenigstens im Lateinischen die Schule zu verlassen, ist noch immer viel zu groß, zum großen Schaden für diese Schüler sowohl als auch für die Schulen selbst, denen sie als Bleigewicht anhängen." (Deutsche Bücherei, Bd. 31, S. 101f): „In den höheren Schulen kann man überall sehen, wie junge Leute jahrelang zum Lernen von Dingen angehalten werden, für die sie weder Neigung noch Begabung haben. Die Folge ist jene Erscheinung, die neuerdings den Beobachtern unseres Lebens so viel zu schaffen macht: die Halbbildung. — Sie entsteht überall da, wo ohne Rücksicht auf die Naturanlage „Bildungsstoffe“ aufgenötigt werden, die zu assimilieren die Natur sich weigert. Eine solche Bildung ist nun allerdings ein Unglück. Ist ihre Erwerbung eine Plage, so ist ihr Besitz ein Unfegen.“

Das Bedürfnis, den nicht für gelehrte Studien bestimmten Jungen eine gebiegene bürgerliche Allgemeinbildung zu geben, hat sich bereits längst herausgestellt, aber das Mittel, das man anwendete, erwies sich nicht als wirksam. Es ist die sog. Mittelschule, „die vor allem den steigenden Anforderungen bürgerlicher Bildung entsprechen und so zugleich von dem Besuch der unteren und mittleren Klassen der Gymnasien ablenken sollte. — Die Ursache (für das geringe Gedeihen der Mittelschule) liegt offenbar nicht in ihrer mangelhaften Einrichtung, sondern in den sozialen Verhältnissen; sie zählen zu den Volksschulen, nicht zu den höheren Schulen, haben keine akademisch gebildeten Lehrer und tragen nicht den Einjährigenschein und anderweite Berechtigungen ein. Daher werden die Realschulen ihnen vorgezogen" (Paulsen, D. dtsch. B. S. 161f.). Und so hat sich die Kluft zwischen Volksschule und Standesschule immer mehr erweitert. Viele Eltern, die niemals die Absicht hatten, ihren Sohn studieren zu lassen, können sich nicht entschließen, ihn in die Gemeindeschule zu schicken, und übergeben ihn unter großen Opfern der höheren Schule bis Untersekunda, und viele, die auch dieser Opfer nicht fähig sind, müssen selbst darauf verzichten, ihren

Söhnen eine mittlere Bildung angedeihen zu lassen. So hat das soziale Leben auch hier im Schulwesen einen empfindlichen klaffenden Riß bekommen.

Da stimme ich nun durchaus der Forderung Zilligs (S. 21), Scherers (S. 17 ff.) und Reins zu, die Mittelschule zu erweitern und mit der Präparandenanstalt wie auch mit der gegenwärtigen Realschule zu verschmelzen und so eine breit angelegte Mittelstufe zu schaffen, eine neue Bildungsanstalt mit dem Recht, das Einjährigengzeugnis zu erteilen, eine Schule, die nicht nur Lehramtsaspiranten zugänglich wäre und die eine mathematisch-naturwissenschaftliche, historisch-sprachliche und technisch-künstlerische, auch religiös-sittliche (aber unter keinen Umständen dogmatische) Allgemeinbildung verleihe, wie sie gerade dem gebildeten Mittelstand zweckdienlich wäre — mag man dieser neuen Anstalt nun den Namen „Mittelschule“ vorbehalten oder sie „höhere Bürgerschule“ oder vielleicht noch vorteilhafter „Deutschschule“ nennen.

Diese Deutschschule würde eine durchaus realistische Anstalt sein und die modernen Fremdsprachen nur mit dem beschränkten Ziel des Verständnisses, nicht der selbständigen schriftlichen und mündlichen Anwendung des Französischen und Englischen betreiben. Auch könnten an ihr recht gut Lehrer mit seminaristischer Vor- und volshochschulmäßiger Fortbildung Verwendung finden.

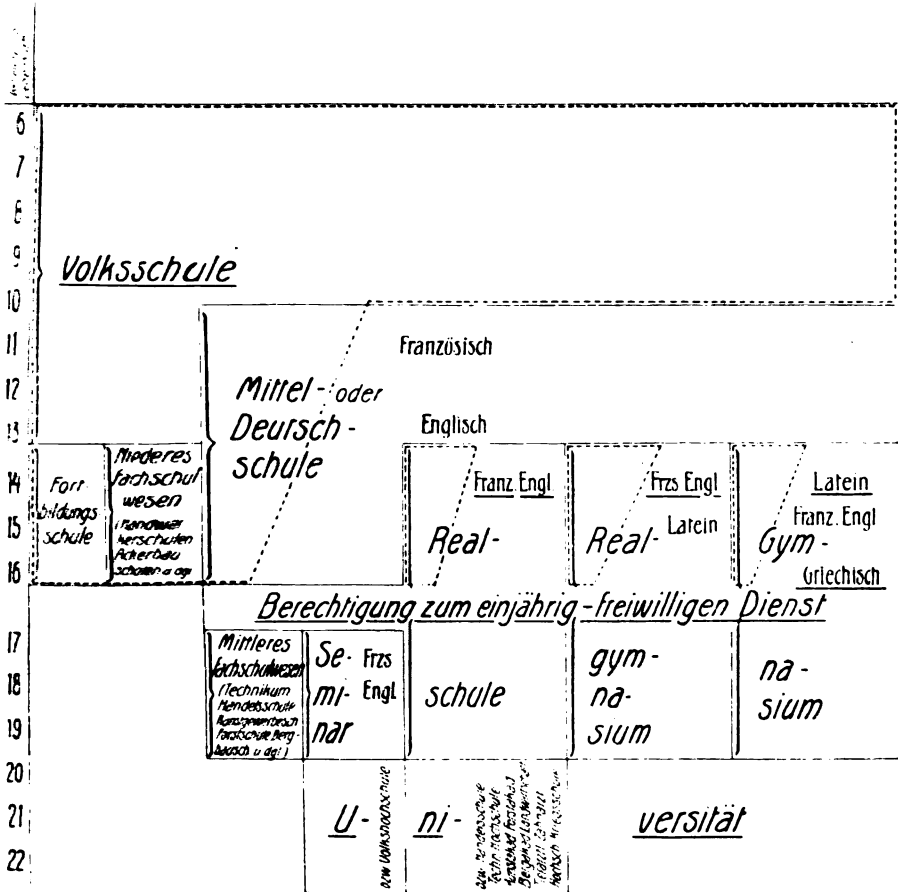
Um jedoch die Entscheidung in der Berufswahl möglichst weit hinauszuschieben und auch allen für akademische Studien bestimmten Schülern die für die moderne Zeit unerläßliche realistische Grundlage der Allgemeinbildung zu verschaffen, wäre es gut, erst allmählich, mit dem vollendeten vierzehnten Jahre des Schülers, die Abzweigung der höheren Schulen eintreten zu lassen. Dann würde hier allerdings eine gesteigerte Entwicklung der Eigenart jeder einzelnen Schulgattung einzutreten haben und sich zweifellos nach erfolgter Abstoßung der ungeeigneten Elemente auch durchführen lassen. Jedem Schüler, der sich dann einer der höheren Lehranstalten zuwendet, würde schon im Laufe des ersten Jahres zweifelsohne Klarheit darüber zuteil werden, ob er für sie geeignet ist, und es würde ihm im anderen Falle ohne erheblichen Zeitverlust der Rück- oder Uebertritt in eine seiner Anlage entsprechendere Schulart möglich werden. Das ist bereits das Prinzip des Reformschulwesens, dessen Vorteilhaftigkeit nicht nur in diesem offenkundigen äußeren Vorzug liegt, sondern auch in der besseren Aufnahmefähigkeit des reiferen Knabenalters für Fremdsprachen, insbesondere für

die alten Sprachen, wofern diese nicht zum Anfertigen von lateinischen und griechischen Aufsätzen und Extemporalien, sondern zum Verstehen und innerlichen Erfassen und Verarbeiten der fremden Geisteserzeugnisse erlernt werden sollen. „Weniger und reifere Schüler wären diesem Unterricht vor allem zu wünschen“, sagt Paulsen mit Recht (Dtsch. Bildgswfn. S. 142), und, wie ich hinzufügen möchte, durchschnittlich geeignetere und interessiertere.

So möchte ich denn folgenden Vorschlag für eine einheitliche Organisation des Schulwesens machen, wobei ich 1. durch punktierte Linien die Gebiete bezeichne, zu denen dem Lehrer mit seminaristischer Vor- und Volkshochschulmäßiger Fortbildung der Zutritt ermöglicht werden soll, 2. für alle Schulen eine je nach Zweck und Art derselben abgestufte Beschäftigung mit den allgemeinen Bildungsfächern (Religionsgeschichte bzw. philosophische Propädeutik, Deutsche Sprache und Literatur, Mathematik, Rechnen, Naturwissenschaften, Kunstverständnis, Zeichnen und Handfertigkeit) stillschweigend voraussetze und nur auf die Unterschiede im fremdsprachlichen Betrieb hinweise (wo als Hauptfach geltend, in Sperrdruck).

Wenn also der Königsberger Beschluß der deutschen Lehrerversammlung vom Jahre 1904 als ein Luftschloß anzusehen ist, so möge der Volksschullehrerstand dem nebelhaften Phantom der akademischen Berufsausbildung nicht weiter nachjagen. Sein Ansehen als Stand erhöht er viel besser dadurch, daß er in der ihm naturgemäß zukommenden Sphäre bleibt und hier möglichst Tüchtiges leistet, ohne eifersüchtig nach anderen Berufsklassen mit anderer Vorbildung hinüberzuschielen. Ansehen und Achtung läßt sich, welchem Stande man auch angehöre, nicht erzwingen, wenn nicht auch zugleich die entsprechende Leistung vorhanden ist; ist aber die tüchtige Leistung da, so fällt ihr der gebührende, unverhohlene Respekt schon von selbst zu. Allen wirklich tüchtigen Mitgliedern des Volksschullehrerstandes wird von den urteilsfähigen und maßgebenden Mitmenschen die ehrliche Anerkennung nicht versagt werden, wie denn jeder wahrhaft Gebildete den nach Vervollkommenung Ringenden gern für seinen Verkehr auswählt und nur den innerlich Hohlen, aber anspruchsvoll Geltungs-Heischenden weit von sich weist. Sache der akademisch gebildeten Schulamtsgenossen des Volksschullehrers wird es allerdings sein, einer Warnung des wohlmeinenden Beraters Paulsen nicht das Ohr zu verschließen, wenn er sagt (Dtsch. Bildgswfn. S. 187): „Im besondern gedeiht der Bildungshochmut viel mehr auf dem Boden des Aesthetizismus, der Buch-

<p>höheres Schulwesen.</p>				
<p>Vollschule</p>	<p>gehobene Höhergeschule oder Mittelschule oder Lehrerschule</p>	<p>Grundständig muß jedem Abiturienten einer höheren Schule der Zutritt zu jedem der höheren Berufe geöffnet werden, wenn er die durch die Eigenart seiner Schulgattung bedingten Mängel für den gewählten Spezialberuf beseitigt und sich nachträglich durch eine Ergänzungsprüfung als genügend vorgebildet ausweist. Doch kommen für die Absolvierung der einzelnen Schularten naturgemäß, d. h. der Eigenart der Vorbildungsanstalt entsprechend, unmittelbar folgende Berufe in Betracht:</p>		
		<p>Seminar</p>	<p>Höhererschule oder dann Lehrerschule</p>	<p>Realschule</p>
<p>Arbeiter, Handwerker, Kleinbauern, niedriger Verwaltungsbienst.</p>	<p>Lehrer, Handwerker, mittlerer Handel, Gewerbetreibend, mittlere technische Berufe, mittlerer Verwaltungsbienst.</p>	<p>Hochschule für Lehramt, Lehramtsanstalt für Fortbildungsbienst, und Hochschule für Lehramt, Seminarlehramt und Lehramtsanstalt.</p>	<p>Höhererschule, Lehrerschule, Handel und Gewerbe; die höheren technischen Berufe, höherer Verwaltungsbienst, Öffnlichkeit, Fachstudium der Geographie, Naturwissenschaften, Mathematik, Nationalökonomie.</p>	<p>Rechts, Jura, Neu- philologie,</p>
				<p>Mathematik, allg. Sprachwissenschaft, Zoologie, Physiologie, Geschichte, Kunst- und Literaturgeschichte.</p>



und Sprachkenntnisse, als auf dem Boden der Naturwissenschaften und der Technik: bei der Arbeit finden sich die Menschen zusammen und lernen sich schätzen, die bei der bloßen Konversation sich niemals verstehen und begegnen. Der eigentliche Bildungshochmut ist bis auf diesen Tag das Privileg der Philologen.“ Will aber der seminaristisch gebildete Lehrer auf eine höhere Rang- und Gehaltsstufe emporsteigen, so möge das Staatsgesetz ihm die Bahn öffnen, damit er die zur Weiterbildung erforderlichen Mittel mit eifriger und gründlicher Energie benutze: wirklich leistungsfähige und aufrichtig strebende Persönlichkeiten werden allenthalben gern eingestellt, woher sie auch kommen mögen. Darin sehe ich die Lösung der Lehrerbildungsfrage.

---

# Luther und die Nebenehe des Landgrafen Philipp von Hessen.

Von

D. Th. Brieger.

---

Nichts hat den Siegeslauf der Reformation, wie ihn das Jahrzehnt nach dem Nürnberger Frieden gesehen hat, empfindlicher gestört als die „türkische Ehe“, welche Landgraf Philipp von Hessen am 4. März 1540 zu Rothenburg a. d. Fulda schloß. Im Jahre 1524 hatte das Evangelium die Hoffnung aufgeben müssen, auf dem Wege einer Reform des Reiches sein Ziel, die religiöse Erneuerung des ganzen deutschen Volkes, zu erreichen. Allein unentwegt verfolgte die Reformation das nämliche hochgesteckte Ziel, nur notgedrungen auf anderem Wege: es galt jetzt die Einzelgebiete des Reiches für die neue religiöse Idee zu erobern. Und wie nahe ist sie doch vor Ausbruch des Schmalkaldischen Krieges der Erreichung dieses Zieles gewesen! Der ganze Norden Deutschlands vom äußersten Osten des Kolonialgebietes bis tief nach Westfalen hinein gehörte dem neuen Glauben; nur ein einziger weltlicher Fürst, Herzog Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel, hielt hier noch an der alten Kirche fest. Und zu gleicher Zeit konnte diese im Süden unter allen weltlichen Territorien nur noch auf das Herzogtum Bayern mit Sicherheit zählen. Aber auch hier war, wie in den österreichischen Erbländern, das römische Kirchentum in voller, wie es schien, unaufhaltsamer Auflösung begriffen. Nicht allein die Masse des Volkes war ihm zum größten Teil entfremdet, nein, auch auf die Bischöfe konnte der Papst sich nur noch ausnahmsweise verlassen: die einen waren verzagt, die anderen gleichgültig oder nur auf ihren persönlichen Vorteil bedacht; ja, es wurde sogar der gefährliche Versuch gemacht, das bisherige geistliche Wahlfürstentum in eine neue evan-

geliche Ordnung der Dinge einzufügen, von keinem Geringeren als einem der ersten Prälaten des Reichs, dem durch und durch evangelisch gesinnten Kurfürsten von Köln, dem Grafen Hermann von Wied — ein Unternehmen, welches, falls es an dieser einen Stelle glückte, gleichbedeutend gewesen wäre mit dem völligen Untergang des römischen Kirchenstaates in Deutschland.

Der Geheimbund, welchen Landgraf Philipp, um vom Kaiser Straßlosigkeit zu erlangen, im Sommer 1541 zu Regensburg mit Karl V. abschloß, war gleichbedeutend mit dem Ende dieser hoffnungsreichen Entwicklung. Der Hesse, jetzt in habsburgischem Dienste stehend, legte die Kraft des Schmalkaldischen Bundes lahm, befreite den Kaiser aus einer nahezu aussichtslosen Lage und erschloß ihm wider Willen den Weg, der ihn zum Siege über die Protestanten führen sollte.

So kann man in der That die unheilvollen Folgen der Doppelche des Landgrafen für die politische Entwicklung des deutschen Protestantismus kaum überschätzen.

Aber hat nicht jener beklagenswerte Vorgang die Reformation auch moralisch geschädigt? Und vor allem dem deutschen Reformator selber einen sittlichen Makel angeheftet?

Auch auf protestantischer Seite hat Luthers Verhalten in dieser Sache meistens eine harte Beurteilung gefunden.

Julius Röstlin, der allezeit seine Worte besonnen abwägende Luther-Biograph, hat den Ehehandel des Landgrafen für den „größten Flecken in der Reformationsgeschichte“ und zugleich einen Flecken im Leben Luthers erklärt: denn er und seine Genossen haben sich in die Mitschuld an diesem schweren sittlichen Uergerniß hineinziehen lassen. Auch ein Historiker wie Konrad Warrentz hat geurteilt, die Reformatoren hätten hier nicht getan, was ihre Pflicht gebot: denn sie, welche in Lehre und Leben eingetreten für die Heiligkeit der Ehe, haben hier kasuistische Erwägungen und Kompromisse in ethischen Prinzipienfragen nicht zurückgewiesen, haben sich in der Festigkeit ihres sittlichen Standpunktes durch Reminiszenzen theologischer Gelehrsamkeit, ja durch Erwägungen der Zweckmäßigkeit erschüttern lassen und damit eine Schuld auf sich geladen, die sich schwer an ihnen gerächt hat. Viel schärfer noch hat der jüngste Biograph des Reformators, Adolf Hausrath, sich geäußert. In einem Kapitel, in welchem wie in einer Gerichtsverhandlung bald der Ankläger, bald der Verteidiger, zumeist aber der Richter das Wort hat, geht ein wahres Hagelwetter von Vorwürfen schwerer



und schwerster Art über den unglücklichen Angeklagten nieder. Neben ihnen können die schwächlichen Entschuldigungsgründe nicht aufkommen; sie sind höchstens geeignet, den Leser zur Anerkennung mildernder Umstände zu bringen.

Treten wir dem Vorstellungskreis Hausraths näher.

Obgleich Luther in dieser Sache auch theologischen Erwägungen (hier greift namentlich sein „Biblizismus“ ein) Raum gegeben hat, so sind doch — und das ist gerade das Verletzende — solche politischer Art das Ausschlaggebende gewesen. Die Drohung des Landgrafen, sich nötigenfalls an den Kaiser und Papst wenden zu wollen, verfehlte nicht ihrer einschüchternden Wirkung. Sein Abfall vom Schmalkaldischen Bunde „bedeutete für die Protestanten eine ungeheure Gefahr“. „Nicht nur die deutsche, sondern die ganze europäische Lage hatte ein anderes Gesicht, wenn der mächtige protestantische Heerführer zum Papste oder Kaiser übertrat.“ Das zu verhindern, darum war es den Wittenbergern eigentlich zu tun. „Philipp mußte um jeden Preis“ festgehalten werden. So sahen sie sich in einen „unlauteren Wettbewerb“ hineingedrängt. Es war die Konkurrenz des Papstes, die sie nötigte, ihre sittlichen Forderungen so tief herabzusetzen, nach „schwächlichen Auskünften“ zwischen ihnen und denen der Politik zu suchen, ja geradezu „eine Ausnahme von der Unbedingtheit des göttlichen Gebotes zuzugeben“. „Der demoralisierende Charakter aller Politik, die oft gar nicht umhin kann, ewige Prinzipien dem Bedürfnis des Augenblicks zu opfern, ist niemals beschämender zutage getreten.“ So trägt die zersetzende Wirkung des politischen Treibens die Hauptschuld an der „großen moralischen Niederlage“, ja dem „Sündenfall“ Luthers, der ihn und die Seinen nun „mit teuflischer Konsequenz aus einer Schmach in die andere stürzte“. „So zeigt der einst so tapfere, aufrechte Kreis der protestantischen Führer einen hippokratistischen Zug. Es will Abend werden, und der Tag hat sich geneigt. Der Herr ihr Gott war von ihnen gewichen.“

Ich kann nicht leugnen, daß mich eine von protestantischer Seite ausgehende Kritik des Verhaltens Luthers in dieser Sache mit einer Art von Genugtuung erfüllt, selbst wenn sie einen Grad der Schärfe erreicht wie bei Hausrath. Es ist gute protestantische Art, die wir von keinem anderen als dem Begründer des Protestantismus überkommen haben, ohne jede Rücksicht auf Ruhm oder Schande der Heroen der Geschichte einzig die Sache ins Auge zu fassen und der historischen Wahrheit die Ehre zu geben.

Aber als Historiker habe ich doch eben diese Frage aufzuwerfen: ist dies historische Wahrheit? Zeigen uns die Quellen wirklich dieses Bild?

Die Summe aller Vorwürfe, welche Hausrath auf Luther häuft, faßt sich in den einen zusammen, der Herold des Evangeliums, der Vorkämpfer der Sittlichkeit habe sich in diesem Falle sein Ziel verrücken lassen durch eine elende Rücksichtnahme auf die Politik. Vergebens aber sieht man sich um nach einem Beweise dafür. Man braucht nur an den kühnen, vor keiner Macht sich beugenden Helden zu denken, den sonst fast in jedem seiner Kapitel Hausrath selber in leuchtenden Farben zeigt, um es von vornherein für durchaus unwahrscheinlich zu halten, der Versuch ihn einzuschüchtern habe diesmal, anstatt seinen ganzen Troß zu wecken, ausnahmsweise Erfolg gehabt.\*) Sa, geradezu ausgeschlossen muß es Jedem erscheinen, der auch nur flüchtig die Eigenart Martin Luthers sich ins Gedächtnis ruft, wie schon klarblickende Zeitgenossen sie erkannt haben. Nur ein Urtheil eines solchen sei angeführt: „Dr. Luther — so schrieb im Sommer 1540 Martin Bucer -- ist gewißlich ein Mann, bei dem ich nit gerathen acht', ihn zu übertreiben; von ihm selbst geht er weiter, führen läßt er sich kümmerlich, treiben gar nicht. Wo ihm aber Gewissensnoth und Gefahr göttlicher Wahrheit mag angezeigt werden, so daß er es wirklich vor Augen sieht, da läuft er von selber und darf ihn Niemand treiben“.\*\*) — Luther ist freilich kein so unpolitischer Kopf gewesen, wie man wohl häufig ihn sich vorstellt; er hat in klugen, staatsmännischen Erwägungen auch noch in den letzten Jahren seines Lebens oft genug seinem Fürsten und dessen berufenen Ratgebern sich überlegen gezeigt. Wenn hier inbezug auf sein politisches Verhalten irgend etwas zu beklagen ist, so dies, daß von einem solchen überhaupt nicht die

\*) Diese Meinung ist freilich noch immer die landläufige. Selbst Rodwell urtheilt so (in dem später anzuführenden Buche S. 95 und 153 f.). Anders zu meiner Freude Erich Brandenburg (Moriz von Sachsen, I, Leipzig 1898 S. 44): „Politische Rücksichten, etwa, daß der Landgraf die evangelische Sache im Falle der Weigerung verlassen könne, sind für Luther jetzt gewiß eben so wenig ausschlaggebend gewesen, wie in anderen schweren Augenblicken seines Lebens.“ — Unter den neueren Luther-Biographen weiß, so viel ich sehe, allein Kolbe nichts von politischen Motiven bei Luther, desto mehr freilich von solchen bei Bucer.

\*\*) So Bucer in eben dieser Sache am 8. August 1540 an den Landgrafen. S. Lenz, Briefwechsel Landgraf Philipps des Großmüthigen von Hessen mit Bucer, I, Leipzig 1880, S. 208. Bucer fährt hier fort: „Dergestalt hat uns der Herr diesen theuren man geben; so müssen wir in auch recht so brauchen, wollen wir sein genießen.“

Rebe sein kann. Denn leider hat er in diesem Handel all und jede politische Rücksicht so ganz und gar aus den Augen gelassen. Sonst hätte er so gut wie der Kurfürst und dessen Kanzler Brück sich sofort sagen müssen, daß für den Bund von Schmalkalden nichts Unheilvolleres sich ereignen konnte als der seltsame Schritt, zu dem Philipp, als er die Wittenberger anging, sich entschlossen zeigte. Denn die Ausführung seines Vorhabens setzte den Landgrafen in den schärfsten Konflikt mit dem Strafgesetz des Reiches und mußte ihn mit Notwendigkeit dem Kaiser in die Arme treiben, es sei denn, daß seine evangelischen Verbündeten entschlossen waren, ihn nicht bloß in Sachen der Religion, sondern auch bei diesem Kapitalvergehen mit ihrer Macht zu decken; wie er das zum Entsetzen des Weimarer Hofes von Anfang an verlangt hat.

Die wahren Ursachen des Entgegenkommens wurzeln in einem ganz anderen Boden als in dem irgend welcher Erwägungen der Zweckmäßigkeit. Allerdings haben auch einige der Charaktereigenschaften Luthers mit hineingespielt: seine Gutmütigkeit, seine naive Leichtgläubigkeit. Allein diese gewannen hier nur einen Spielraum unter Voraussetzungen, die längst aus einer weit entlegenen Quelle aufgetaucht waren: eine theologische Ansicht, welche ohne inneren Zusammenhang mit seinem Glaubensprinzip, ganz an der Peripherie liegend, ihn nachweislich seit fast genau zwei Jahrzehnten durchs Leben begleitet hatte, gewann hier plötzlich eine weltgeschichtliche Bedeutung; eine Praxis, welche er unbefangen seit den ersten Jahren seiner seelsorgerischen Wirksamkeit geübt hatte, griff mit einem Male verhängnisvoll in den Gang der Dinge ein — die eine wie die andere nichts anderes als ein Zeugnis der geschichtlichen Bedingtheit des Reformators.

Allein, bevor wir hierauf eingehen, haben wir uns noch den einfachen geschichtlichen Tatbestand zu vergegenwärtigen.\*)

Im Dezember 1539 erschien zu Wittenberg bei Luther und Melanchthon im Auftrage des Landgrafen sein Vertrauensmann Martin Bucer mit einer Werbung, deren Inhalt uns aus der ihm mitgegebenen Instruktion bekannt ist. Der Fürst schildert in ihr in grellen Farben die Gewissensqual, welche ihm sein unkeusches, lasterhaftes Leben viele Jahre hindurch bereitet habe und gibt seinen

\*) Das früher nur in Bruchstücken bekannt gewordene Altenmaterial über die Nebenehe Philipps liegt seit der Veröffentlichung von Max Lenz (1880, f. o.) so gut wie vollständig vor. Eine Nachlese hat vor einigen Jahren William Roßwell gegeben in seinem ungemein gründlich gearbeiteten Buche: Die Doppelhehe des Landgrafen Philipp von Hessen, Marburg 1904.

festen Entschluß zu erkennen, sich des einzigen erlaubten Mittels zu bedienen, das ihn nach Lage der Dinge „aus den Stricken des Teufels lösen könne“, der Heirat einer zweiten Gattin. Erwägen wir dieses Aktenstück in Ruhe, so kann es uns nicht zweifelhaft sein, daß Philipp von der Zulässigkeit des von ihm beabsichtigten Schrittes fest überzeugt war, somit trotz der lebhaften Schilderung seiner Gewissensnot inbezug auf diesen Punkt keines „Gewissensrates“ bedurfte. Demgemäß wollte er auch keineswegs den Rat der Reformatoren einholen, sondern begehrte einfach ihr Zeugnis, daß sein Vorhaben nicht wider Gott sei. Hierin liegt zugleich, daß er dieses Zeugnißes nicht für sich bedurfte, sondern vielmehr zur Verwendung nach außen hin. Wie er sich diese gedacht hat, können wir heute aktenmäßig feststellen. Er hat zweifellos einen doppelten Zweck verfolgt. Die Reformatoren sollten ihm erstens behilflich sein, die Bedenkslichkeiten der „Person“ zu überwinden, das will sagen, der ehrgeizigen Mutter seiner Erbkoren, der Dresdner Hofmeisterin Frau Anna von der Sals, geb. von Miltitz. Sie sollten ihm zweitens aber auch der öffentlichen Meinung gegenüber Deckung gewähren. Daher seine Forderungen, daß sie öffentlich in Predigt und Schrift die Zulässigkeit seines Vorhabens bezeugen oder wenigstens, falls das nicht opportun, seine heimliche Eheschließung einstweilen schriftlich billigen möchten und darauf bedacht wären, wie später die Sache an die Öffentlichkeit gebracht und die Erwählte als „eheliche“ Nebengattin anerkannt werde.

Wie hat nun die Antwort der Wittenberger darauf gelautet?\*) Der Wittenberger Ratsschlag vom 10. Dezember 1539 ist kein Zeug-

---

\*) Rockwell hat sich sonderbarenweise der Möglichkeit beraubt, das Begehren Philipps und die Antwort der Wittenberger richtig zu verstehen. Er glaubt nämlich, mit Hilfe eines im Marburger Archiv befindlichen, mit Korrekturen versehenen Konzeptes des Wittenberger Ratsschlages die Entdeckung gemacht zu haben, dieses Aktenstück sei nirgends anders als in Hessen aufgelegt, von Melancthon fast ohne jede Veränderung abgeschrieben und sodann von ihm und Luther unterzeichnet worden. Allein der „archivarische Behund“ hat in diesem Falle getäuscht. Die Hinfälligkeit der Annahme Rockwells läßt sich nämlich (auch unter Absehen von den allein schon durchschlagenden inneren Gründen) rein äußerlich erweisen, sobald man nur die uns längst bekannten ältesten Entwürfe Melancthons heranzieht. — Vgl. meine „Untersuchungen über Luther und die Nebenehe des Landgrafen Philipp“, in dem neuesten Hefte der Zeitschrift für Kirchengeschichte, Band XXIX, 2, 174 ff.

Ich darf bei der Korrektur hinzufügen, daß mittlerweile, durch meinen Aufsatz angeregt, der berühmteste Kritiker, der Herausgeber des „Politischen Archivs des Landgrafen Philipp von Hessen“, Herr Archivrat Dr. Rüdiger in Marburg, die Marburger Handschrift noch einmal untersucht hat und zu dem Ergebnis gekommen ist, daß wir es hier mit einem Entwurf des

nis, „der Gelehrten“, wie Philipp es wünschte, sondern ein „Beicht-  
rat“. Denn als eine Beichte faßten sie die offenherzigen Geständ-  
nisse des Landgrafen auf; sie vernahmen aus der ganzen Instruktion  
nur den Schrei tiefster Gewissensnot, und lediglich diesem notleidenden  
Gewissen wollten sie mit ihrem heimlichen Rat zu Hülfe kommen.  
Die Bitte des Landgrafen um ein öffentliches Zeugnis lehnen sie in  
schonender, aber unzweideutiger Art ab: weder jetzt noch später  
darf die Sache in die Öffentlichkeit gebracht werden. Jede öffent-  
liche Anerkennung würde der gesetzlichen Einführung der Polygamie  
gleichkommen, im Widerspruch mit der göttlichen Einsetzung der  
Ehe als der Verbindung zweier Personen. Gewährt werden kann  
nach der Heiligen Schrift nur eine heimliche Dispensation, d. h. die  
heimliche, beichtweise erteilte Erlaubnis zur Eingehung einer zweiten  
Ehe, und auch dieses nur für den Fall der Not. Ob dieser Notfall  
vorliegt, überlassen sie der eigenen Entscheidung des Fürsten, dem  
sie in ernststen und strengen Worten die unerläßliche Pflicht eines  
keuschen Wandels zu Gemüte führen: Sie erteilen aber schließlich  
die Dispensation durch die ausdrückliche Anerkennung, daß die  
Bigamie unter Umständen — dank göttlicher Zulassung — statthaft sei.  
Weiß die Person, die er nimmt, und wissen etliche vertraute Per-  
sonen beichtweise des Fürsten Gemüt, so ist sie zwar vor den Menschen  
nur seine Concubine, vor Gott aber sein ehelich Weib; so ist der  
Landgraf „vor Gott in einem besseren Stand“ und kann mit  
rechtem gutem Gewissen sein Leben führen.

Dabei war die Meinung der Reformatoren nicht, dem Fürsten  
etwas an sich Unrechtes zu erlauben, zur Verhütung einer größeren  
Sünde eine geringere zuzulassen. Denn um etwas unter allen Um-  
ständen Unerlaubtes handelte es sich ihrer Ansicht nach keineswegs.  
Aber wie waren sie zu dieser Anschauung gekommen, wie insbesondere  
Luther?

Wir müssen uns hier vor allem eine Vorstellung von der Ehe  
in der Kürze vergegenwärtigen.

Mit welcher Kraft hatte Luther doch die Ehe als einen Gott  
wohlgefälligen Stand zurückerobert, in wie herrlichen Worten den  
Gottesdienst gepriesen, den die Eltern als Pfleger und Erzieher  
ihrer Kinder vollbringen, das Paradies gefeiert, welches in der

---

Wittenberger Ratschlags zu tun haben, der im Jahre 1560 von Melancthon's  
Schwiegerjohn Peucer dem Landgrafen Wilhelm übersendet und erst in  
Marburg durch Einfügung von Abweichungen und Zusätzen des Originals  
vervollständigt ist. S. die angeführte Zeitschrift, Heft III, S. 403 ff.

Familie sich darstellt. Trotz allem aber hatte Luther nicht in jeder Beziehung mit der katholischen Vorstellung von der Ehe gebrochen; war er deshalb doch nicht imstande gewesen, sich zur völligen sittlichen Würdigung der Ehe emporzuschwingen. Den altkirchlichen Gedanken, daß die Ehe von Gott doch nur als Arznei gegen etwas Schlimmeres gegeben sei, hat er nicht völlig aus sich ausgekehrt, und daher faßt er sie doch immer vor allem nach ihrer Naturseite ins Auge. Und als ein Stück des natürlichen Lebens gehört sie zu den weltlichen Dingen, ein Gedanke, den er noch stärker betont in dem ihm aufgezwungenen Kampf gegen den sakramentalen Charakter der Ehe. Sie ist also eine rein bürgerliche, weltliche Sache, und da greift nun jene Luthersche Grundanschauung ein, in welcher wir den Hauptvorteil seiner Reformation vor der eines Zwingli und Calvin zu erblicken haben: die Wahrung ihres rein religiösen Charakters. Wie scharf hat er doch zu jeder Zeit die Grenzlinie gezogen zwischen dem, was der unmittelbare Inhalt des Evangeliums ist, und dem, was das Evangelium als solches außer Betracht läßt, was der Staat, die Rechtsgelehrten und wer sonst als Sachmann mitzureden hat anordnen und bestimmen müssen.

Aus dieser Anschauung Luthers heraus ist der von Melanchthon formulierte Satz des Wittenberger Ratschlags geboren, welcher, wenig beachtet, den Schlüssel bietet für unser Verständnis von Luthers Haltung: „Was vom Ehestand zugelassen im Gesetz Mosis, ist nicht im Evangelium verboten, welches nicht das Regiment im äußerlichen Leben ändert, sondern bringt ewige Gerechtigkeit und ewiges Leben und fahet an einen rechten Gehorsam gegen Gott und will die verderbte Natur wieder zurecht bringen.“ (In demselben Sinne hat Melanchthon sich bereits i. J. 1531 in seinem Gutachten über die Eheangelegenheit Heinrichs VIII. geäußert.)

Wir hören hier: das Evangelium nimmt sich solcher Sachen nicht an. Nirgends hat es die im Alten Bunde doch unter Umständen gestattete Polygamie verboten, ja an einer Stelle (1. Tim. 3, 2, wo von einem Bischof verlangt wird, daß er Eines Weibes Mann sei) sie für die Laienwelt mittelbar gebilligt. Denn nicht von der Deuterogamie, sondern — wie z. B. Erasmus, Zwingli und sein alter Gegner von Augsburg, der Kardinal Cajetan — von der Mehrhe verstand Luther bekanntlich das Wort des Apostels.

Wollen wir erfahren, was Gottes Wille und Gebot in dieser Sache ist, müssen wir daher das Alte Testament zu Rate ziehen. Und das tut Luther mit voller Unbefangenheit, gut biblizistisch, das

will sagen: ohne die Fähigkeit, die Frage historisch zu erfassen. Denn das ist ja ein hervorstechender Charakterzug jenes bei Luther erklärlichen, nach dem heutigen Stande der Wissenschaft verwerflichen Biblizismus, dessen üble Art auch heute noch nur zu sehr im religiösen Leben der Laienwelt (und nicht bloß der ungebildeten) sich geltend macht, daß Erzählungen der Bibel, auch des Alten Testaments, ohne jede geschichtliche Würdigung naiv für das religiöse und sittliche Leben verwertet werden.

Entscheidend war für Luther die Wahrnehmung, daß einzelne heilige Männer des alten Bundes mehr als ein Weib gehabt haben, ohne daß die Hl. Schrift dieses an irgend einer Stelle tadelte — vorab Abraham, dessen Glaube doch im neuen Testament als Exempel hingestellt wird, und der nach Luther ein rechter evangelischer Mann war und sein ganzes Leben nach Gottes Wort führte, den Luther demgemäß jederzeit für einen wahren Christen gehalten hat.

Luthers Folgerung hieraus, daß die Polygamie unter gewissen Umständen ausnahmsweise zulässig sei, können wir bis zum Jahre 1520 zurückverfolgen. Als er 1523 über das 1. Buch Mose predigte und hier bei Kapitel 16 auf die Nebenehe Abrahams zu sprechen kam, hat er offen auf der Kanzel es ausgesprochen: er könne den Satz, die Polygamie sei verboten, in dieser Allgemeinheit nicht verteidigen, wenngleich er nicht zu ihr raten wolle.

Bald darauf (1524) hat er Gelegenheit gehabt, von seinem Kurfürsten aufgefordert, in einem besonderen Falle sich ganz ebenso zu äußern. Auf Karlsruhs Rat hatte der Mann eines ausfälligen Weibes um die obrigkeitliche Erlaubnis nachgesucht, eine zweite Frau zu nehmen. Luther stellt als unerläßliche Bedingung für die etwaige Gewährung, der Mann müsse in seinem Gewissen aus Gottes Wort die feste Ueberzeugung gewonnen haben, daß ihm dies erlaubt sei; habe er diese Gewißheit noch nicht, so müsse er sie von der Hl. Schrift fundigen Männern (seinem Pfarrer oder Beichtvater) sich verschaffen; denn nur diese, nicht aber der Kurfürst, seien imstande, ihn in seinem Gewissen zu beruhigen. Er, so bekennet Luther von sich, könne einen nicht davon zurückhalten, mehrere Weiber zu nehmen; mit der Hl. Schrift stehe es nicht in Widerspruch. Doch spreche dagegen, daß ein Christ, um Aergernis zu vermeiden, auch auf Erlaubtes verzichten müsse. Noch manches Mal in den nächsten Jahren hat Luther auf besondere Anfragen hin seine Stellung zur Doppelehe darlegen müssen. So namentlich 1531, als die Wittenberger Theologen von England aus zu einem Gutachten über die Eheangelegen-

heit Heinrichs VIII. aufgefördert wurden. In vollem Einklang hatten sich da Luther und Melanchthon (desgleichen der Straßburger Reformator Martin Bucer) dahin geäußert, daß eine Scheidung in diesem Falle unmöglich sei, nicht ganz unmöglich dagegen der früher wohl vom König selber erwogene Ausweg einer Doppelhehe. In diesem unparteiischen, völlig uninteressierten Ratsschlag trafen die Wittenberger — wen sollte es nicht überraschen? — mit dem interessiertesten Diplomaten zusammen, ihrem Antipoden, dem Papst! Es ist bekannt, daß Clemens VII. in die Auflösung der Ehe Heinrichs VIII. mit Katharina von Aragonien unter keiner Bedingung willigen wollte, teils aus Rücksicht auf den Kaiser, ihren Neffen, teils aus Rücksicht auf das Andenken seines Vorgängers Julius II., welcher durch einen päpstlichen Dispens den Abschluß dieser Ehe überhaupt erst ermöglicht hatte. Der Papst kam sich vor wie zwischen Hammer und Amboss. In dieser Lage hat er wiederholt den englischen Gesandten den Weg der Bigamie als gangbar empfohlen. „Viel weniger skandalös als eine Ehescheidung“, so ließ er sich vernehmen, „wäre ein Dispens gewesen, der dem König gestattete, zwei Frauen zu haben.“ Für seine Befugnis, „zur Vermeidung eines größeren Uebels“ einen solchen „Dispens“ zu erteilen, berief sich Clemens auf die Meinung eines „großen Theologen“ der Kurie, zweifellos des Kardinals Cajetan.

Der Papst würde, falls er schließlich dieses Mittel für opportun gehalten hätte, kraft der Vollmacht des obersten Priesters „dispensiert“ haben, Luther, der diesen Dispens wirklich erteilte, handelte nicht minder kraft priesterlicher Vollmacht.

Denn — wir wissen es bereits — seine sonderbare theologische Meinung, welche zwar von Melanchthon und Bucer geteilt, von anderen seiner Anhänger wie z. B. Osiander und Brenz entschieden gemißbilligt wurde, sollte nicht Theorie bleiben. Sie würde sonst heute keine größere Beachtung finden als so manche andere irrtümliche Vorstellung des Reformators, die wir aus seiner Zeit sehr wohl zu erklären vermögen. Luther hatte ja, fern von jedem Argwohn, daß der Landgraf die ungeheure Autorität der Wittenberger nur als Vorspann für sein selbstisches Beginnen mißbrauchen wolle, aus der Beichte des Fürsten nur Eines herausgehört: hier gelte es, einem zermarterten Gewissen zu Hülfe zu eilen. So arg er auch erschrocken sein mochte über die heillose Sache, die leicht das schlimmste Uergernis gebären konnte — er mußte es retten. Nicht „williglich und gern“, so schrieb er ein halbes Jahr später an seinen



Landesherrn, habe er es getan: „Es ist uns herzlich schwer genug gewesen, aber weil wir es nicht haben können wehren, dachten wir doch das Gewissen zu retten, wie wir vermochten.“

Noch immer fühlte er sich als Beichtpriester. Unbefangen hatte er die Tätigkeit eines solchen als Reformator fortgesetzt, nur aus seiner neuen evangelischen Einsicht heraus. So, wenn er, um nur ein Beispiel anzuführen, etlichen Pfarrern, die unter dem Herzog Georg von Sachsen oder auch unter Bischöfen standen, den Rat gegeben, ihre „Köchin“ heimlich zu ehelichen, so daß sie vor Gott Mann und Frau seien und so befreit von ihrem bösen Gewissen. Damit konnte und wollte er sie nicht schützen vor der weltlichen Gewalt, wenn diese, im Unterschied von dem Verfahren des Kurfürsten Friedrich, die Uebertretung des kirchlichen Verbots der Priester-ehe bestrafte.

So unterschied er auch jetzt mit aller Bestimmtheit zwischen dem Gewissensrat, den er geben könne, und der seiner Natur nach schlechtthin heimlich war, und einer öffentlichen (rechtlichen) Erlaubnis, deren Erteilung ihm nicht zukomme; jener sollte sich allein über das aussprechen, was vor Gott gelte, d. h. in besonderer Lage in Gottes Augen nicht Unrecht sei, während eine Erlaubnis von Rechts wegen nur von der höchsten irdischen Gewalt, dem Hüter des positiven Rechtes, dem Kaiser, ausgehen konnte. Es war die landläufige Unterscheidung der mittelalterlichen Beichtpraxis, in der er alt geworden war.

Niemand wird verkennen, daß die Auseinanderhaltung der Sphäre des Gewissens und derjenigen des positiven Rechtes einen guten Sinn hatte. Dennoch mußte es den schwersten Bedenken unterliegen, die Unterscheidung in einem Falle durchzuführen, wo das positive Recht in dem guten Glauben sein durfte, sich nicht nur mit dem christlichen Urteil, sondern auch mit dem natürlichen Rechte zu decken, und wo, was für das Gewissen zugelassen wurde, niemals allgemein geltendes Recht werden konnte noch sollte. Um einen so schwierigen und verwickelten Fall klar zu stellen, sieht Luther sich auf dasjenige angewiesen, was er in seiner Jugend „unter dem Papsttumb“ gelernt hatte.\*) Er greift (trefflich hat das

\*) Darüber ist Luther sich völlig klar gewesen. Zum Beweise dafür teile ich aus seinem Briefe an den Kurfürsten Johann Friedrich vom Juni 1540 einige Sätze mit, die uns auch sonst einen Einblick in seinen Gedankenkreis gewähren: „Ich hab wohl mehr Sachen, beide unter dem Papsttumb, und hernach, beichtweis empfang und Rat gegeben, welche, so sie offenbaret werden sollten, mußte ich Nein sagen dazu oder die Beicht auch

William Rockwell im einzelnen nachgewiesen) zu scharfsinnigen Distinktionen der Scholastik, und, was schlimmer, er übt die mittelalterliche Praxis der Gewissenslenkung, und sofort heftet sich an diese ihr alter Fluch, die Kasuistik! Zwar in einer Beziehung ist er durchaus fern von ihr geblieben. Die Versuchung, nach einer nur zu oft geübten Praxis zur Verhütung eines größeren Übels ein geringeres Unrecht zu gestatten oder zu dulden, trat ja nicht an ihn heran, denn wir haben gesehen, es handelte sich hier seiner Ueberzeugung nach um etwas für den Notfall Erlaubtes. Aber war denn mit Sicherheit die Grenze zwischen Erlaubt und Verboten zu ziehen, wenn die Entscheidung abhing von der Feststellung eines Notstandes? Hatte hier nicht das subjektive Ermessen einen schrankenlosen Tummelplatz? Aber auch das Geheime des „Beichtrates“ konnte leicht gefährlich werden, die Wahrhaftigkeit schädigen. An der Pflicht der Wahrung von Beichtgeheimnis und Beichttrat hat Luther mit der äußersten Strenge festgehalten: handle es sich um Sachen, die er „beichtweise empfangen“, in denen er beichtweise Rat gegeben, so müsse er, „so sie geoffenbaret werden sollten, Nein sagen oder die Beichte auch offenbaren“; „ein frommer Beichtvater soll und muß sagen öffentlich vor Gericht, er weiß nichts darum, was er von heimlicher Beichte gefragt wird“; niemand könne vom Geistlichen verlangen, daß er sich zu seiner ‚Beichtdispensation‘ bekenne; das heimliche Ja habe zu seiner Rehrseite ein öffentliches Nein; wenn die Leute öffentlich sagten, der Landgraf habe eine zweite Frau gehehlicht, so sei es nicht wahr, [denn vor der Welt sei sie nicht sein Weib], obgleich es wahr sei, daß er eine heimliche Ehe geschlossen.“ Welch ein Eiertanz um die Wahrheit. Daneben bricht aber doch das Wahrheitsbewußtsein durch. Er hat bekanntlich im Sommer 1540, als die Sache seit Monaten ruchbar war, dem Landgrafen den Rat erteilt, seinen Schritt schlankweg zu leugnen „umb bessers und der Christlichen Kirche willen eine gute starke Lüge“ zu tun. „Eine Notlüge“, so hat er sich damals auf einer Konferenz zu Eisenach den heftigsten

---

melden. Solche Sachen gehören nicht in's weltliche Gericht, noch offenbar zu machen. Gott hat sein selbst eigen Gericht und muß raten der Seelen, da kein Recht noch Kunst zur Welt helfen kann. Mein Präceptor im Kloster, ein seiner alter Mann, hatte solcher Sachen auch viel und mußte einmal mit Seufzen sagen: Ach, ach, solche Sachen sind so irrig und verzweifelt, daß hier kein Weisheit, Recht noch Vernunft raten kann, man muß sie befehlen Divinae bonitati. Aus solcher Erfahrung hab ich auch hierin nach göttlicher Güte gehandelt.“ S. Seidemann, M. Anton Lauterbachs Tagebuch, Dresden 1872. S. 197.

Räten gegenüber geäußert, eine Muzlüge, eine Hüßlüge, solche Lügen zu tun, sei nicht wider Gott, die wolt er auf sich nehmen," — wie ja auch heute noch von Männern höchsten sittlichen Ernstes über gewisse Formen der Muzlüge ähnlich geurteilt wird.

Luther ist an der prinzipiellen Richtigkeit seines Standpunktes niemals irre geworden. Er hat nicht nur im Sommer 1540 seinem Kurfürsten trotzig geschrieben: „wo mir solche Sache noch heutigtags fürkäme, wüßte ich nicht anders zu raten, denn wie ich getan hab“, sondern sich auch noch in den folgenden Jahren wiederholt ähnlich geäußert. Noch mehr, er hat bei einer besonderen Gelegenheit im Jahre 1542 noch einmal geradezu sich zu der Dispensation des Wittenberger Ratschlags bekannt.

Indessen nur von der grundsätzlichen Zulässigkeit seines Verfahrens ist Luther überzeugt geblieben.

Es ist merkwürdiger Weise in den bisherigen Darstellungen eine Tatsache, welche wir doch bereits seit einem Menschenalter urkundlich feststellen können, nicht zu ihrem Rechte gekommen.

Schon in dem mehrfach berührten Schreiben Luthers an seinen Fürsten vom Juni 1540 läßt er die Einsicht durchblicken, daß er in bezug auf die Notlage des Hessen das Opfer seiner Vertrauensseligkeit geworden: hätte er gewußt, was er jetzt erst erfahren, dann sollte ihn „freilich kein Engel zu diesem Rat gebracht haben“. Und noch unter einem anderen Gesichtspunkte hat er fünf Wochen später sein Verfahren bedauert, nämlich in Anbetracht des ungeheuren Aergernisses, das damals aus der Sache zu erwachsen drohte. Ja, er ist bereit gewesen, für den Fall, daß sein heimlicher Weichtrat an die Öffentlichkeit gelangte, öffentlich seinen Fehler einzugestehen. So die Erklärung, welche er als sein letztes Wort auf der Eisenacher Konferenz dem Landgrafen schriftlich gab. Was ein derartiges öffentliches Eingeständnis für ihn bedeute, empfand er sehr wohl. Er äußerte, er werde wohl damit Schande auf sich laden; aber Gott könne ihm wohl Ehre dafür wiederschenken.

Es ist ihm erspart geblieben, sich in dieser Weise zu demütigen; denn seine Zeitgenossen haben über seine Mitschuld an Philipps Tat niemals etwas Sicheres erfahren. Wohl hat Heinrich von Braunschweig, durch den Dresdner Hof in das Geheimnis eingeweiht, laut genug es ausposaunt. Allein bei seinem bösen Leumund schenkte niemand ihm Glauben.

Fassen wir kurz zusammen, wie wir Luther in dieser eigenartigen Lage seines Lebens gefunden haben. Wohl sprechen uns so manche

Züge an, die uns sonst bei dem Helden der Reformation Bewunderung entlocken: der Mut, mit dem er sich über alle politischen Rücksichten erhebt, die Wärme seines Empfindens, die Unererschütterlichkeit, mit der er an seinem prinzipiellen Standpunkt festhält, nicht zuletzt die Bereitwilligkeit, einen Mißgriff öffentlich einzugestehen. Nach dieser Richtung hin haben wir auch in dieser Sache uns seiner wahrlich nicht zu schämen, sein Schild ist blank.

Aber bei alledem sehen wir ihn nicht auf der Höhe seines Berufes. Er steckt in einem Irrtum, den er nicht erkannt hat, und hat sich eines kapitalen Fehlgriffes schuldig gemacht, welcher ihm seiner wahren Natur nach verborgen geblieben ist.

Zwar die Irrgänge des Theologen würden wir ihm gern zu gute halten, hätte nicht — das dürfte das Entscheidende gewesen sein — an Stelle des Reformators in kritischer Stunde der Beichtpriester von ehemals die Führung gewonnen; und so spielt sich hier in den Anfängen der Reformation ein Stück Mittelalter ab, welches uns, um von dem tragischen Ausgange abzusehen, höchst sonderbar anmutet.

Und das ist das allgemeine Interesse, welches an diesem Ereignis, soweit es Luther in seinen Strudel mit hinabgezogen hat, haftet.

Wir haben hier Gelegenheit, an einem in die Augen springenden Beispiel uns klar zu machen, wie der Reformator doch nicht vermocht hat, das neue religiöse und sittliche Prinzip, welches wir ihm verdanken, zu jeder Zeit und in jeder Lage zur Geltung zu bringen. Denn in der That, nur ein Beispiel von vielen haben wir hier vor uns, wenn auch ein so zu sagen groteskes, wie es sonst nicht vorkommt.

Aber können wir es denn überhaupt anders erwarten? Ist Luther nicht der Anfänger der neuen Zeit? Der Anfänger ist kein Vollender, und er hat wahrlich genug geleistet. Er hat das Wesen des Neuen in lichtvoller Klarheit herausgestellt, so daß es nicht schwer hält, zu prüfen, was in seinen Anschauungen und in seinem Verhalten mit dem Prinzip stimmt, was nicht, und zu erkennen, nicht nur, wo er als fehlbarer Mensch geirrt oder gestrauchelt, sondern auch, wo in zahllosen Einzelheiten ihm selber unbewußt das Mittelalter in ihm fortgewirkt hat.

Denn das war nun einmal sein Los: er hatte zwei Zeitalter in seiner Brust zu tragen, das, welches er selber heraufgeführt, und

daß, in welchem er herangewachsen war. Wohl hatte er dieses zertrümmert, mit gigantischer Kraft. Aber es wäre ein übermenschliches Werk gewesen, nun auch den Schutt der Trümmer der ungeheuren Welt des Mittelalters reinlich hinwegzuräumen und alles auszuheben, was alt und abgetan war. Diese Aufgabe, das evangelische Christentum zu säubern von den Ueberresten einer vergangenen Epoche, hat er den Kindern seines Geistes hinterlassen. Sie mochte wohl leicht erscheinen und klein im Vergleich zu dem, was er getan. Und doch, sie harret noch heute der Lösung. Denn lange hat sie sich verhüllt, und erst unsere Zeit beginnt sie klarer zu erkennen.

---

# Was kann Deutschland von der englischen Sonntagsfeier lernen?

Von

Prof. Dr. Adolf Matthaei-Cuxhaven.

---

Nachdem an mehreren Orten Süds- und Mitteldeutschlands, vor allem in Frankfurt a. M., mittels Ortsstatutes erfolgreiche Versuche mit einer vollständig durchgeführten, auch den Großhandel einschließenden Sonntagsruhe gemacht worden waren, hatte bekanntlich die Reichsregierung eine Novelle zur Gewerbeordnung vorbereitet, welche grundsätzlich den Sonntag als arbeitsfreien Tag aufsaßte und nur für einzelne Handelszweige Sonntagsarbeit bis zu drei Stunden gestatten wollte. Diese Vorlage, welche im November 1907 schon an den Bundesrat gelangt war, dann aber wegen der von den Handelsvertretungen erhobenen Bedenken zurückgezogen wurde, wird zweifellos in anderer Form wiederkehren, um die durch die Bestimmungen der Jahre 1890 und 1892 geregelten Sonntagsruhe zu erweitern. Angesichts dieser Vorgänge und der zu erwartenden Reichstagsdebatten ist es nicht anders möglich, als daß die öffentliche Aufmerksamkeit sich auf die Nation richtet, welche zu verschiedenen Zeiten des Niedergangs unserer eigenen Sonntagsfeier unsere wegen ihrer Absonderlichkeiten zwar viel verlachte, aber doch in vieler Hinsicht vorbildliche, Weg und Richtung weisende Lehrmeisterin gewesen ist.

Um jedoch beurteilen zu können, was sich etwa von der englischen Sonntagsfeier lernen läßt, muß man sich zunächst einmal der irrigen Vorstellung entschlagen, als sei der englische Sonntag etwas ein für alle Mal Gegebenes, von allen Kreisen der Bevölkerung Geteiltes. Mehr als je ist in der Gegenwart der englische Sonntag im Fluß begriffen und im eigenen Lande unendlich ver-

schieden begründet, geschätzt und beobachtet. Alle Waffen des Angriffs und der Verteidigung werden aufgeboten, um das Alte zu stürzen oder zu stützen. Ohne eine allseitige Umschau über Theorie und Praxis kann man also gar nicht einmal ausmachen, was der englische Sonntag der Gegenwart ist.

Irrig schon ist die in Deutschland gewöhnlich gemachte Voraussetzung, als liege dem englischen Sonntag eine einheitliche, biblisch begründete Theorie zugrunde. Eine solche gibt es gegenwärtig in England gar nicht, in Schottland höchstens auf dem Papier. In der Vergangenheit allerdings hat in Schottland die durch das Westminster-Bekenntnis festgelegte und 1649 den Bekenntnisschriften der schottischen Kirche einverleibte puritanische Sonntagslehre unbedingt geherrscht, und England zu erobern war sie damals nahe dran. Diese Lehre, deren letzte Wurzel in der Eigenart puritanischer Frömmigkeit steckt, für welche mit der Sonntagsstimmung keinerlei Arbeit, noch weniger aber irgend welches Vergnügen verträglich war, will bekanntlich als den wahren Sinn des für alle Völker und Zeiten verbindlichen dritten (nach der Zählung des englischen Katechismus des vierten) mosaischen Gebotes erkennen, daß einer der sieben Wochentage, als welchen die christliche Kirche anstatt des den Juden bestimmten siebenten Wochentages den ersten feiert, seiner ganzen Ausdehnung nach Gott geweiht ist, d. h. in öffentlicher und privater Andacht und in Uebungen der Nächstenliebe verbracht werden soll. Diese puritanische Theorie ist in Schottland noch 1890 offenkundig von Lilley, in England noch 1902 von Meyrick, der freilich als Puritaner nicht hätte gelten wollen, schriftstellerisch vertreten worden. Dennoch darf behauptet werden, daß sie in beiden Ländern im Absterben begriffen ist, zu allermeist in England, wo nach der Restauration die Savoy-Konferenz (1661) über das Westminster-Bekenntnis einfach zur Tagesordnung überging und jede Erörterung der Sonntagsfrage abschchnitt, so daß sich bei dem Mangel deutlicher Winke in den älteren Bekenntnisschriften, welche nur einer ernststen praktischen Sonntagsfeier das Wort reden, gar nicht feststellen läßt, was die Kirche von England über den Sonntag lehrt.

Um so riesiger ist die Zahl der dem Sonntag gewidmeten theologischen Schriften, deren keine aber auf kirchliche Autorität Anspruch machen kann, so riesig, daß, um sich durch diese fast alle Möglichkeiten erschöpfende und im einzelnen weit auseinander gehende Literatur zurechtzufinden, ein zweibändiger Führer notwendig geworden ist, den Cox 1865 mit ungeheurem Fleiß zusammengestellt

hat, ohne dennoch nur für die ältere Zeit Vollständigkeit erreicht zu haben. In der neueren Sonntagsliteratur der Engländer kann man trotz mancher neuer von dem selbständigen Denken der Verfasser zeugender Wendungen noch immer die seit Jakobs I. und Karls I. Zeiten mit einander streitenden Gegensätze verfolgen, nämlich abgesehen von der puritanisch-sabbatarischen Theorie die gemäßigt alttestamentliche, welche sich entweder auf Grund von Gen. 2 B. 3 auf ein urzeitliches Sabbatgebot beruft oder einen Rest des dritten Gebotes zu retten unternimmt; die apostolische, nach welcher dem Sonntag ein Vorrang vor den andern Festen wegen seiner vermeintlich apostolischen Einsetzung zukommt; endlich die kirchliche Theorie, welche ihn lediglich wie die Feste auf eine kirchliche Ordnung zurückführt.

Bei der Unentschiedenheit des Kampfes, in welchem die Parteien mit einander ringen, ist begreiflich, daß in England die Laienwelt und zum großen Teil auch die Geistlichen der theoretischen Frage ziemlich skeptisch gegenüber stehen, so daß auch die letzte, bemerkenswerteste Sonntagsbewegung, das später genauer zu besprechende *Daymovement*, von theoretischer Grundlegung völlig Abstand nimmt und sich auf die rein praktischen Fragen zurückzieht.

Mit einem solchen Skeptizismus, an dem es ohnehin in Deutschland nicht mangelt, ist uns natürlich wenig gebient. Am bemerkenswertesten ist demgegenüber der Gedanke, ein christliches Prinzip aus dem Marc. 2 B. 27 überlieferten Jesuwort zu gewinnen, nach welchem der Sabbat um des Menschen willen gemacht ist, also um ihn anders als es im Getriebe der Wochenarbeit möglich ist, in der Erreichung vollen Menschthums (im Sinne religiöser, sittlicher, kultureller und intellektueller Entwicklung gedacht) zu fördern. Ansätze dazu finden sich zwar bei den Engländern (z. B. bei Hefsey), wie auch in Deutschland, haben es aber noch nicht zu einem einheitlich durchgeführten Lehrgebäude gebracht.

Die zuletzt angedeutete Lösung würde zugleich eine andere Betrachtungsweise zu ihrem Rechte kommen lassen, welche aber auch selbständig neben der religiösen aufgetreten ist und den Wert des Sonntags nach den sozialen Gütern, die er schafft, bemißt und eben dadurch seine Notwendigkeit begründet. Später als in Deutschland, wo schon 1772 der Göttinger Theologe J. D. Michaelis beachtenswerte Erwägungen dieser Art anstellt, haben sich die Engländer diese Gedankengänge angeeignet, sie dann aber mit dem Scharffinn und der Gründlichkeit verfolgt, welche sie überhaupt an



alle mit dem Sonntag zusammenhängenden Fragen gewandt haben. So finden sich z. B. bei Alexander Oliver die folgenden dem ungefähren Wortlaut nach wiedergegebenen Ausführungen: „Das Ziel unseres Daseins erreichen wir nur durch Entwicklung aller Fähigkeiten, der intellektuellen, moralischen, seelischen und physischen, zu einer gesunden Reife, wozu auch die Pflege und Verfeinerung der sozialen Triebe (Familie, Freundschaft, Geselligkeit) gehört. Das alles ist aber unerreichbar, ohne daß die Plackerei der Wochenarbeit unterbrochen wird; wo solche heilsame Unterbrechung fehlt, wird der Mensch, wie ein Tag für Tag abgeschundenes Pferd frühzeitig abgenutzt.“ Wenn so Erholung zugleich im Sinne einer Erhebung gefaßt wird, so ist dadurch auch mit dem alten Irrtum gebrochen, als wäre Nichtstun schon rechte Sonntagsruhe; „Wechsel der Beschäftigung“, heißt es vielmehr anderwärts, „ist wahre Ruhe.“ Damit wird uns Deutschen ja im Grunde nichts Neues gesagt. Aber was in England Gemeinplatz ist, hat sich dem Denken des Durchschnittsdeutschen noch keineswegs geläufig eingefügt, geschweige denn daß es in seinen ungeheuren Konsequenzen für die Volkswohlfahrt begriffen wäre.

Aber über die grundlegenden Fragen hinwegelend, wird man vor allem zu wissen wünschen, wie es in England um die praktische Gestaltung des Sonntags als eines Tages des Gottesdienstes und der Ruhe steht, und zu dem Zwecke zuerst nach der englischen Sonntagsgesetzgebung fragen. Allein in dieser Fragestellung steckt ein vorhin schon berührtes Mißverständnis. Sonntagsitte und Sonntagsgesetzgebung fallen in dem England der Gegenwart durchaus nicht zusammen. Die wichtigsten englischen Sonntagsgesetze stammen aus dem 17. und 18. Jahrhundert; sie stehen noch in Kraft, aber doch hat es mit ihrer Geltung eine eigentümliche Verwandtnis. Das Gesetz Karls II. v. J. 1677 gestattet am Sonntag nichts weiter als den Milchverkauf zu gewissen knapp bemessenen Stunden, sowie den Gastwirten die Zubereitung und Verabreichung von Fleischspeisen an „solche, die auf andere Weise nicht versorgt werden können“. Sonst ist aller Handel und Verkauf verboten, und danach sollte man meinen, daß auch gegenwärtig in England kein Laden am Sonntag geöffnet werden kann. Aber tatsächlich verkauften in den achtziger Jahren in Glasgow, also einer Handels- und Fabrikstadt des sonst durch Sabbatstrenge ausgezeichneten Schottlands, nicht weniger als 2500 Ladenbesitzer am Sonntag; in London wird ihre Zahl noch viel größer sein. Wie ist das

möglich? Zwei Umstände erklären diesen Widerspruch zwischen Gesetz und Praxis. Erstens hat die im Gesetz Karls II. festgesetzte Geldstrafe von 5 sh, welche nach dem Geldwerte des 17. Jahrhunderts wirksam sein mochte, lange aufgehört, gefürchtet zu werden; während die Beitreibbarkeit der durch die ähnlichen schottischen Gesetze von den Jahren 1579 und 1661 überhaupt zweifelhaft ist, weil darin die Geldstrafen in alter schottischer Münze ausgedrückt sind, die längst außer Kurs gesetzt ist. Ferner ist durch die Sunday Prosecution Act v. J. 1871 die Anhängung einer Klage wegen Uebertretung des englischen Gesetzes, wozu es früher nur einfacher Denunziation einer Privatperson oder eines Beamten bedurfte, abhängig gemacht von der Genehmigung des Polizeichefs oder des Stadtrates des betreffenden Distriktes. Da in den Großstädten eine solche Genehmigung kaum je erteilt wird, so ist in den ärmeren großstädtischen Bezirken der Verkauf von Eßwaren, Tabak und alkoholfreien Getränken unbehindert und im übrigen der Sonntagsverkauf mehr durch die Kaufgewohnheiten des Publikums und den Widerstand des Personals gegen Inanspruchnahme seiner Arbeitskraft am Sonntag als durch das Gesetz beschränkt, wobei jedoch im ganzen genommen auch dem Kleinhandel ein Rest von Sonntagsruhe verbleibt, der das in Deutschland gegenwärtig geforderte Maß weit übersteigt. Der durch diese diskretionäre Handhabung des Gesetzes bedingte Zustand gleicht somit der bei uns seit 1892 bestehenden Ordnung, insofern der Verschiedenheit lokaler Verhältnisse Rechnung getragen werden kann: er hat aber den großen Nachteil, daß nur geduldet wird, was in Deutschland erlaubt ist, und trankt an dem innern Widerspruch, daß das Bedürfnis eines gewissen Geschäftsbetriebes anerkannt, aber doch grundsätzlich an seiner Ungefeßlichkeit festgehalten wird.

Ueber kurz oder lang wird deswegen wohl auch in England, wie in den kontinentalen Ländern, ein den modernen Verhältnissen entsprechendes Gesetz zur Regelung des Sonntagsverkaufes zustande kommen, wie denn auch zu Anfang vorigen Jahres eine Sunday Closing (Shops) Bill vom Oberhause angenommen ist, die aber noch nicht perfekt geworden ist, weil das Ministerium auf die vom Unterhause gewünschten Erleichterungen nicht eingegangen ist. Wenn daselbe, wie vorauszusehen ist, im ganzen nur schon geltende Gewohnheiten sanktionieren wird, so wird auch in England, was unseren Heißspornen doch zu denken geben muß, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe nicht voll durchgeführt sein, sondern es werden vor allem für die Nahrungsmittelbranche Ausnahmen zugelassen werden.

Ähnlich steht es mit dem zweiten unter Georg III. im Jahre 1781 geschaffenen Grundgesetz des englischen Sonntags, welches die Oeffnung eines Lokales am Sonntag zu öffentlichen Unterhaltungen oder Vergnügungen oder zu Debatten über irgend welche Gegenstände, wozu Personen gegen Gelbzahlung oder gegen für Geld verkaufte Eintrittskarten zugelassen werden, bei der hohen Geldstrafe von £ 200 verbietet. Auch diesem Gesetz ist der Stachel weggebrochen, indem durch die Remission of Penalties Act v. J. 1875 die Krone das Recht erhalten hat, auf Grund jenes Gesetzes erkannte Geldstrafen zu erlassen, was allerdings der Veranstaltung anderer als edler Vergnügungen nie zu gute kommen würde. Immerhin wird ein offener Konflikt mit dem Gesetz Georgs III. noch immer ängstlich vermieden; deswegen ist z. B. der Zutritt zu den Londoner Sonntagsnachmittagskonzerten in Albert's Hall und Queen's Hall nominell frei; aber die Unentgeltlichkeit bezieht sich nur auf Stehplätze; wer einen Sitzplatz haben will, muß ihn ebenso teuer bezahlen wie bei jedem anderen guten Konzert. Diese Halbheit erscheint dem Fremden besonders ungereimt, und er pflegt mit Bestimmtheit zu erwarten, daß der Buchstabe des Gesetzes dem Ansturm der Vergnügungslustigen sehr bald erliegen müsse. Allein es ist doch noch nicht abzusehen, ob und wann in England die bisherigen Beschränkungen des Sonntagsvergnügens fallen werden. Zwar lebt der vergnügungscheue Geist des Puritanismus, der das Sonntagsvergnügen als Sünde empfand, nur noch in einer verschwindenden Minderheit des Volkes fort; aber die Ablenkung des Vergnügungsbedürfnisses auf den fast allgemein geschäftsfreien Sonnabendnachmittag und die\*) bürgerlichen Feiertage (bank holidays), die nicht zugleich kirchliche sind, die Abneigung zahlreicher Vertreter des Vergnügungsgewerbes gegen Preisgabe ihrer Sonntagsruhe und die Furcht vor der sittlichen Gefährdung der Jugend durch Theater und Tanzsalon wirken noch kräftig einer Freigabe des Sonntagsvergnügens entgegen. So wird denn der Vergnügungszettel der Großstädte nur langsam anwachsen, der jetzt für den Sonntag nur gehaltvollere Musik (die unter der Marke „sacred music“ passieren kann), den unentgeltlichen Besuch mehrerer Museen und Gemäldegalerien, deren Oeffnung für London erst 1896, für Edinburgh erst

\*) Nach dem Bank Holidays Act v. 1871 (resp. 1875) für England: Ostermontag, Pfingstmontag, 1. Montag im Aug., 26. Dez.; für Schottland: Neujahrstag, Charfreitag (in England kirchliche Feiertage), 1. Montag im Mai und im Aug.

1901 erkämpft worden ist, und einen ebenso kostenlosen Spaziergang durch botanische Gärten bietet. Wir Deutsche haben um so weniger Anlaß, uns über die Vergnügensarmut des englischen Sonntags aufzuregen, als es niemandem in den Sinn kommt, uns in Widerspruch mit unserer ganzen Vergangenheit einen puritanischen Sonntag aufzunötigen.

Da somit sich die ältere englische Sonntagsgesetzgebung für das eigene Land als morsch erwiesen hat, so ist eine Uebertragung ihres Buchstabens auf andere Länder ausgeschlossen. In Frage könnte nur kommen, ob nicht die in dem Gesetz von 1677 unverkennbare Behandlung des Sonntags als eines grundsätzlich arbeitsfreien Tages aneignenswert ist, so daß alle Sonntagsarbeit auch im Handelsgewerbe nur als Ausnahme erschiene. Allein wenn doch zu befürchten wäre, daß die Ausnahmen bis zu einer Verdunkelung des Grundsatzes anschwellen würden, so erscheint es als ziemlich gleichgültig, ob die Reichsregierung diesen Punkt festhalten oder fallen lassen wird.

Ebenso wenig können wir von England für die Einzelheiten einer modernen von sozialem Gesichtspunkt geleiteten Sonntagsgesetzgebung lernen, von der sich dort erst Anfänge finden. Als vereinzelte Maßnahmen dieser Art, welche in England nach einigen früheren Anläufen erst verhältnismäßig spät zustande gekommen ist, kann der *Factory and Workshop Act* v. J. 1901 angeführt werden, welcher die Beschäftigung von Frauen, jungen Personen und Kindern in Fabriken und Werkstätten, mit Ausnahme der Wäschereien, für den Sonntag verbietet.

Dagegen wird bei dem mehr und mehr erkannten Ernst der Temperenzbewegung jede künftige Erörterung der Sonntagsfrage in Deutschland auch die Frage berücksichtigen müssen, was zur Bekämpfung des sonntäglichen Alkoholmißbrauchs geschehen kann. Neben den in Schweden und Norwegen erfolgreich versuchten Maßregeln müssen dann auch die diesbezüglichen Einrichtungen Großbritanniens zur Sprache kommen. Am weitesten sind Schottland, Irland und Wales darin gegangen. In Schottland besteht schon seit 1853 (resp. 1862) der sogenannte *Forbes-Mackenzie Act*, welcher den Verkauf oder Ausschank alkoholhaltiger Getränke, außer an Reisende, für den ganzen Sonntag verwehrt. Wales und Irland (ausgenommen die Städte Dublin, Cork, Limerick, Waterford und Belfast) sind 1878, resp. 1881, mit ähnlichen Bestimmungen gefolgt. Wie durch dies Verbot die äußere Physiognomie eines

städtischen Sonntags beeinflusst wird, zeigt z. B. ein kurzer am Sonntagnachmittag unternommener Gang durch Edinburg. Die von den Restaurationen ausgeschlossene Volksmenge wogt dann in dichtem Gedränge, wie man es sonst nur in Millionenstädten kennt, durch die Straßen, vor allem die Princess Street, oder sammelt sich im Freien um Volksredner.

In England läßt der Intoxicating Liquors Act v. J. 1874 gewisse Stunden, deren Lage und Dauer für den hauptstädtischen Bezirk, Städte oder volkreiche Orte und das Land verschieden bemessen sind, für den Besuch der Wirtshäuser frei. In London z. B. dürfen Spirituosen in den Stunden von 1—11 Uhr nachmittags verschenkt werden. Für Hotels und Bahnhofrestaurationen kommen diese Beschränkungen insofern in Wegfall, als Reisende, welche in der vorausgehenden Nacht an einem wenigstens 3 Meilen entfernten Orte übernachtet haben, und Fahrgäste der Eisenbahn zur Zeit der Ankunft und des Abgangs der Züge ausgenommen sind.

Dieser für das eigentliche England geltende Akt würde trotz des zu erwartenden Widerspruchs der Gastwirte für Deutschland am ehesten in Betracht kommen. Natürlich fehlt es auch diesem Gesetz nicht an Mängeln und Umgehungsmöglichkeiten. In die in England so blühenden Klubs einzudringen, deren Mitglieder am Sonntag wie in der Woche dem Alkohol fröhnen dürfen, bietet es der Polizei keine Handhabe; eher kann sie den Bekehrvereinen aus dem Arbeiterstande beikommen, welche sich unter anderm Aushängeschild bilden, um in Wirklichkeit ihren Mitgliedern am Sonntag in geschlossenem Raume ungehinderten Alkoholgenuß zu verschaffen. Ferner hört man, daß vor beliebten Rneipen zahlreiche Stammgäste schon lange vor der Oeffnung gestattenden Stunde Queue bilden, um dann mit dem Glockenschlage einzutreten und durch hastigeren Trunk die kürzere Zeit auszunutzen. Endlich verstehen sich die Londoner Rneipbrüder auch darauf, sich durch Lösung einer Fahrkarte künstlich die Eigenschaft eines bona fide-Reisenden zu erwerben, und nisten sich nach kurzer Fahrt in einem Bahnhofrestaurant ein, aus dem sie nicht verscheußt werden können. Um allseitige Beurteilung zu ermöglichen, haben diese Schattenseiten des Gesetzes nicht verschwiegen werden sollen, das aber dennoch zweifellos Gutes gewirkt hat; mindestens verbürgt es allen im Gastwirtsgewerbe beschäftigten Personen einen Anteil an der Sonntagsruhe und damit ein menschenwürdiges Dasein.

Von gesetzlichen Bestimmungen hängt ja aber das Gepräge des

englischen Sonntags nur zum geringeren Teile ab; weitgehende Einschränkungen oder Stillstand des Großhandels und Verkehrs sind vielmehr teils durch Gewohnheiten der Geschäftswelt teils durch Maßregeln der Verwaltung bedingt. Sonnabends um 2 Uhr nachmittags schließt die Bank of England ihre Geschäftsräume bis Montags früh. Das zieht den Schluß der übrigen Banken und der Großhandels Häuser nach sich; aber in weiterer Folge hängt damit zusammen, daß ebenso lange alles Börsen und Läden in den Häfen stockt, daß zum guten Teile Fabriken und Detailgeschäfte freiwillig den Betrieb unterbrechen. Post und Telegraph können daher erheblich entlastet werden; die Briefbestellung durch die gewöhnlichen Briefträger ruht ganz, nur Briefe aus den Provinzen und dem Ausland werden in London bei Vorauszahlung einer ziemlich hohen Gebühr durch expressen Boten bestellt. Omnibusse und elektrische Straßenbahnen fahren auch in den schottischen Großstädten regelmäßig, nur daß sie ihre Fahrten wegen des späteren Erwachens des Verkehrs nicht so früh beginnen. Dasselbe gilt von den durchgehenden Eisenbahnzügen. Der Lokalverkehr dagegen, der in Deutschland an den Sonntagen so lebhaft ist, ist in England eingeschränkt. Anstatt der bei uns die Sonntagsausflüge so begünstigenden Sonntagskarten gibt es sogenannte week's end tickets, welche bei kürzeren Entfernungen von Sonnabend bis Montag, bei längeren von Freitag bis Dienstag Gültigkeit haben, ohne am Sonntag benutzt werden zu dürfen. Viele Leute bedienen sich derselben, um den Sonntag auf dem Lande zu verbringen oder auswärts wohnende Verwandte zu besuchen; sie kommen aber naturgemäß mehr den bemittelten Klassen zu gute, weil der gemeine Mann nicht leicht Gelegenheit hat, außerhalb des Hauses zu übernachten. Nicht für die Edinburger, wohl aber für die Londoner, gibt es dennoch sonntägliche Ausflugszüge, welche von der privaten Vereinigung der Sunday League als Extrazüge bestellt werden und dem auch von der Geistlichkeit nicht mehr bestrittenen Bedürfnisse der arbeitenden Klassen, am Sonntag sich aus der Großstadtluft ins Freie zu flüchten, abhelfen sollen. Diese Sonntagszüge der Sunday League wurden im Jahre 1903/4 von 230 284 Personen benutzt, was im Verhältnis zu der mit den Vororten 7 Millionen betragenden Einwohnerchaft Londons eine recht niedrige Ziffer ist.

Dieser Ueberblick über die Sonntageeinrichtungen Englands macht auf vieles aufmerksam, was auch in Deutschland, z. B. für das Postwesen, nachgeahmt werden könnte, besonders sobald, wie es

nicht aussichtslos zu sein scheint, der Großhandel in die obligatorische Sonntagsruhe einbezogen werden wird. Am wenigsten verständlich ist für uns die Zurückhaltung, welche Publikum und Eisenbahngesellschaften noch immer gegenüber den Sonntagsausflügen beobachten, denen wir so große Bedeutung für die Volksgesundheit beizumessen geneigt sind. Entgegen steht die Erwägung, daß das Eisenbahnpersonal durch Mehrleistung an Sonntagsarbeit und das Land durch Einbuße an Sonntagsfrieden den Großstädtern ihren Naturgenuß und die Stillung ihres Lusthunger bezahlen müssen. Diese Nebenwirkungen, welche in Deutschland kaum beachtet werden, werden von den Engländern vielleicht überschätzt.

Noch ist ein Faktor übergangen worden, der, wenn er auch nicht mehr wie vor alters der allbestimmende ist, doch noch immer die Färbung des englischen Sonntags stark mit beeinflußt. Das ist der Kirchenbesuch, der übrigens längst nicht mehr durch die von der Königin Elisabeth eingeführte Geldstrafe (aufgehoben 1846) erzwungen wird. Auf deutsche Protestanten macht es einen großen Eindruck, das Gedränge auf den Straßen um die Kirchzeit und die morgens wie nachmittags gefüllten Kirchen Englands — womit durchaus nicht bloß die Gotteshäuser der Staatskirche gemeint sein sollen — zu sehen. Und doch wird über die Vernachlässigung des Gottesdienstes, besonders des Nachmittagsgottesdienstes, bitter geklagt. Ich habe allerdings auch von Geistlichen das Urteil gehört, daß diese Erscheinung nicht den Schluß auf Abnahme des religiösen Sinnes rechtfertigt, welcher vielmehr in der Gegenwart so stark sei wie je, sondern darauf zurückzuführen sei, daß viele, seitdem sich durch die Einführung der allgemeinen Schulpflicht das Bildungsniveau gehoben habe, in den Gottesdiensten nicht mehr die Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse fänden, weil die Kirche sich bisher der veränderten Lage nicht genügend angepaßt habe. Wie dem auch sei, wenn in den letzten 50 Jahren nach einer ungefähren Berechnung die Ziffer der Kirchenbesucher Londons von  $\frac{1}{3}$  (1851) der Bevölkerung auf  $\frac{1}{6}$  (1905) gesunken ist, so ist ein Rückgang unverkennbar, obwohl die noch verbleibende Zahl für Deutschland, wenigstens für das protestantische Deutschland, beschämend genug ist.

Man sieht, daß in vielen Beziehungen der englische Sonntag sich gegen frühere Zeiten erheblich umgestaltet hat. Am relativ größten ist, obwohl dort das Vorurteil gegen das Neue noch immer stärker ist, die Veränderung, welche seit einem Menschenalter der schottische Sonntag erfahren hat. Während noch bis 1860 in

Edinburg außerhalb der Zeiten vor Anfang und nach Ende der Gottesdienste die Straßen wie ausgestorben waren, ist, wie erwähnt, jetzt das sonntägliche Straßenbild dieser einst rigorosen Stadt ein sehr lebhaftes. Aber was sich in der Öffentlichkeit kund gibt, beruht doch schließlich auf der Stellungnahme der Familien und der Einzelnen zum Sonntag.

Da ist allerdings vieles anders geworden. Selten geworden sind in beiden Ländern die Familien, welche nicht nur regelmäßig zweimal zur Kirche gehen, sondern ihren Sonntag teils in stiller Beschaulichkeit, die auch durch lärmende Spiele der Kinder nicht unterbrochen werden darf, teils plaudernd und lesend verbringen und doch den Sonntag als die „Perle der Woche“ preisen, die es nicht als Zwang, sondern als erquickende Wohltat empfinden, daß der Alltag mit seiner Sorge und Unruhe selbst dem Gespräch fernbleiben darf. Allzu große Angstlichkeit darf man auch in diesen Kreisen nicht voraussetzen. Fragen, ob Sticken und Nähen, ob Klavierspiel am Sonntag erlaubt ist, finden nicht einmal bei Geistlichen engherzige Beantwortung, die auch die Wahl der für die Sonntagslektüre geeigneten Bücher, für die früher ein förmlicher Kanon aufgestellt wurde, der freien Selbstentscheidung überlassen.

Für die meisten Familien aber kann man annehmen, daß sie nach dem Gottesdienst, falls sie einen solchen besuchen, das Bedürfnis nach Zerstreuung oder anregender Beschäftigung empfinden. Denn der Sinn für Beschaulichkeit ist bei der Hast und dem Gewirr des modernen Lebens auch dem Engländer im allgemeinen abhanden gekommen. So ist ihm denn seit langem, ohne daß der Ausländer ihn erst darauf zu stoßen braucht, klar geworden, daß er den Sonntagsfegen mit einem erheblichen Opfer an Langeweile erkaufen muß. „Wozu ist die Woche da?“ lautet eine Scherzfrage, die aber in zahlreichen Variationen wiederkehrt. „Um sich von der Langeweile des Sonntags zu erholen.“ Alle Stände bis hinunter zu den Arbeiterfamilien in London East bemühen sich daher, durch verlängerten Schlaf, dem auch der späte Anfang des Hauptgottesdienstes nicht im Wege steht, den „schwersten“ Tag der Woche zu verkürzen. Im übrigen haben die verschiedenen Gesellschaftsklassen ihre besonderen Methoden. Die oberen Zehntausend, über die man mit auffälliger Einmütigkeit die Klage hört, daß sie am meisten zum Ruin des englischen Sonntags beitragen, haben seit den letzten Jahren die Gewohnheit angenommen, falls sie den Sonntag nicht gerade auf dem Lande verleben, große Dinners zu veranstalten. Die



Entrüstung darüber ist begreiflich, denn es war von jeher der Ruhm der englischen Haushaltung, der auch vom Mittelstande durchaus aufrechterhalten wird, daß die Dienstboten am Sonntag ein wenig entlastet werden, was nicht ohne Vereinfachung der Sonntagsmahlzeit, die sich selbst die Fremden in den boarding houses gefallen lassen müssen, zu erreichen ist. Von sozialem Gesichtspunkte aus ist also das Ueberhandnehmen der Sonntagsdinners, welche die Kräfte der Dienstboten aufs äußerste anspannen, gewiß keine erfreuliche Erscheinung.

Die Bürgerfamilien unterhalten sich durch gegenseitige Besuche, obwohl der Fremde es sich noch immer nicht herausnehmen darf, den Sonntag als Besuchstag anzusehen; sie gehen spazieren, lassen sich die im Freien veranstalteten Konzerte gefallen oder nehmen gar an den Sonntagsnachmittagsunterhaltungen der Sunday League teil. Während der Kaufmann im behaglichen Heim seinen Klaret trinkt oder in den Klub geht, suchen Handwerker und Arbeiter die Wirtshäuser auf. Im Vergleich mit diesem Bilde, das übrigens unendlich viele Schattierungen zuläßt, glauben wir Deutsche an unsern Sonntag etwas weit Vorzüglicheres zu haben. Gewiß wird dem englischen Sonntag mit Recht viel Langschläferei, Stumpfsinn und Zwang vorgeworfen. Aber vergessen wir nicht, daß in Deutschland der Sonntag zugleich der Tag des größten Alkoholmißbrauchs, der verderblichsten Ausschweifungen und der sittlichen Gefährdung der Jugend durch bedenkliche Schauspiele und Schaustellungen ist. Beide Nationen haben eben noch viel zu lernen, um ihren Sonntag würdig auszufüllen. Wenn man denken sollte, daß sie nur dem Frühschoppen, dem Skat oder dem verlängerten Mittagschlaf zu gute kommen sollte, so könnte einem vor dem Geschenk einer erweiterten Sonntagsruhe angst und bange werden.

Gleichgültig steht man auch in England der Aufgabe, dem vom Gottesdienste freigelassenen Teil des Sonntags einen neuen Inhalt zu geben, nicht gegenüber. Seitdem zu Anfang der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts der große Kampf um die sonntägliche Oeffnung des Krytallpalastes, des damals nahe London gegründeten Sammelpunktes der Volksbelustigungen und Volksbildungsinstitute, mit einer Niederlage geendet hatte, haben diese Bestrebungen nie geruht. Ihre Organisation haben sie 1855 in der schon mehrfach erwähnten Sunday League erhalten. Erst nach 40jährigem Kampfe hat sie dem Londoner Publikum, was sie besonders mit der Notwendigkeit befürwortete den Kunstsinne der Handwerker zu heben, die

Museen und Gemäldegalerien für den Sonntag zu erschließen vermocht. Ihr Werk ist auch die Schaffung der andern spärlichen Sonntagsunterhaltungen, deren schon Erwähnung getan ist und denen noch Vortragsabende und Parffkonzerte hinzuzufügen sind. Ähnliche Vereine sind auch an andern Orten auf ihre Anregung ins Leben gerufen, auch in Edinburg, wo jedoch die Edinburgh Sunday Society mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und es überhaupt noch nicht zur Veranstaltung von Sonntagsausflügen gebracht hat. Größeres könnte dort wie in England erst geleistet werden, wenn privatem Unternehmungsgeiste die Sorge für sonntägliche Volksbelustigungen überlassen würde. Allein dem steht nicht bloß das Gesetz vom Jahre 1781 entgegen. Dies würde doch wohl wiederholten Anstürmen erliegen, wenn nicht seine wesentlichste Bestimmung, nämlich das Verbot am Sonntag Eintrittsgeld zu erheben, noch inuner die öffentliche Meinung für sich hätte. Der Sonntag ist kein Tag der Arbeit, und die Puritaner hatten hinzugesetzt: kein Tag des Vergnügens; aber tiefer vielleicht noch wurzelt im englischen Volk — und zwar läßt sich das seit dem Mittelalter verfolgen, die Ueberzeugung, daß der Sonntag nicht zum Geldgewinn mißbraucht werden darf. Am Sonntag Geld verdienen ist — biblisch ausgedrückt — das von Moses (Exod. 16 B. 26) für den Sabbat verbotene Mannasammeln. Die Durchführung dieses Grundsatzes ist ja keine vollständige, wenn z. B. die bei den Sonntagskonzerten Mitwirkenden ihre Gage erhalten und die Gastwirte ihr Geld einstreichen; aber eine weitere Durchbrechung desselben wird immer auf sehr starken Widerspruch stoßen.

Edele und gesunde Sonntagsunterhaltung dem Volke zu verschaffen, ist der einzige Zweck, den sich die Sunday League gesetzt hat. Darin liegt ihre Einseitigkeit und ihre Schwäche. In die Beschuldigung des Atheismus einzustimmen, welche ihre Gegner gegen die Sunday League erheben, wäre lächerlich. Aber weil sie tatsächlich die religiöse Seite des Sonntags aus ihrem Programm ausschaltet, erfreut sie sich nicht des Vertrauens der kirchlichen, ja man kann sagen der ernst denkenden Kreise, und ihre Tätigkeit, zu der freilich noch andere Umstände hinzukommen, hat vielmehr eine weitgehende Beunruhigung erzeugt, als wäre der englische Sonntag in seiner Existenz bedroht. Deshalb haben gerade in den letzten Jahren die englischen Sonntagsfreunde die äußerste Kraft zur Verteidigung desjenigen Tages eingesetzt, dessen Heiligung Gladstone bekannte die Erhaltung seiner außerordentlichen Lebenskraft zu ver-

danke und von dem der aus dem Arbeiterstande hervorgegangene Minister John Burns gesagt hat, daß er in jeder Beziehung ein nationaler Schatz und ein industrieller Vorteil sei. Unverbrochen arbeiten und kämpfen die älteren britischen Sonntagsgesellschaften weiter, von denen die bedeutendsten sind: die schottische Sunday Alliance\*), die Londoner Lords Day Observance Society und die Working Men Sunday Rest Association. Durch Verbreitung von ihrer Sache dienenden Zeitungen, Schriften und Flugblättern (deren z. B. die zuletzt genannte Gesellschaft allein im Februar 1907 nicht weniger als 150000 versandt hat), durch Beteiligung an den Vorarbeiten des betreffenden Parlamentsausschusses, gelegentlich auch durch Klärung der Rechtslage auf dem Wege des Prozesses entwickeln diese Vereine eine erstaunliche Tätigkeit. Bei aller Befangenheit in bestimmten Formen des Christentums und bei aller Abneigung gegen einen mit den alten Traditionen brechenden Fortschritt, den allerdings die Working Men Sunday Rest Association, soweit das Interesse des Arbeiterstandes in Frage kommt, nicht ganz ablehnt, hat sie doch für die Weckung und Hebung des Interesses für den Sonntag Großes geleistet und vor allem die Beschäftigung mit der Sonntagsfrage nicht zur Ruhe kommen lassen. Wenn in England das Verständnis für die leiblichen und geistigen Segnungen des Sonntags seit langem allgemein und ungleich tiefer ist als in Deutschland, so ist das zum guten Teil das Verdienst dieser Sonntagsgesellschaften gewesen.

Eine Agitation noch größeren Stiles hat in der allerletzten Zeit ein neuer der Beachtung Deutschlands besonders zu empfehlender Verein ins Leben gerufen. Das ist das aus spontaner Anregung aus der Laienwelt stammende Lay Movement. Auch die Leiter dieser Bewegung hängen noch am Alten fest, aber sie entwickeln eine hinreißende Begeisterung für ihre Sache und haben es verstanden, ein so weitherziges Programm aufzustellen, daß es für die Anhänger der verschiedensten Parteien annehmbar ist und die Mitgliederzahl innerhalb 6 Jahren auf 40000 (Frühjahr 1907) angeschwollen ist. Die bei der Begründung des Vereins gefaßte Resolution, mit welcher jedes neu eintretende Mitglied sich einverstanden erklären muß, ohne zur Zahlung eines Beitrages verpflichtet

\*) So nennt sich seit kurzem die 1847 gegründete Sabbath Alliance. Diese Umnennung bedeutet nichts Geringeres als die Aufgabe der in Schottland so zähe festgehaltenen alttestamentlichen Grundlegung des Sonntags, läßt aber natürlich seinen religiösen Charakter unberührt.

zu sein, mag ihrem vollen Wortlaut nach mitgeteilt werden, weil nicht einzusehen ist, warum sie nicht auch in Deutschland die Grundlage für eine ähnliche Vereinigung abgeben könnte:

„Ueberzeugt, wie wir sind, daß die großen Grundsätze, auf welchen die rechte Sonntagsfeier beruht, Gottesdienst und Ruhe sind, entschließen wir uns, alles, was in unsern Kräften steht, zu tun, um, soweit als möglich, solche Beschäftigungen am Sonntag abzustellen, wie sie geeignet sind, entweder uns selbst oder unsere Dienstboten oder die Personen, für welche wir verantwortlich sind, davon abzuhalten, diese Grundsätze durchzuführen.“

Wenn auch Laien an der Spitze des Vereins stehen, so legt er doch Wert darauf, mit der Geistlichkeit Hand in Hand zu gehen. So ist es ihm gelungen Tausende von Geistlichen dazu zu gewinnen, an einem bestimmten Tage des Jahres gleichzeitig in allen Teilen des Landes Gottesdienste abzuhalten, in denen die Predigt auf die Wichtigkeit der Sonntagsheiligung hinweist. Auch ist es auf seine\*) Anregung zurückzuführen, daß der Erzbischof von Canterbury und die übrigen Vertreter der großen englischen Kirchengemeinschaften, die katholische eingeschlossen, zu Neujahr 1907 eine gemeinsame „Botschaft an die Nation“, erlassen haben, welche im folgenden Jahre auch die schottischen Kirchen in ähnlichem Wortlaut wiederholt haben (sollte nicht diese wahrhaft gemeinsame Angelegenheit sich zu einer entsprechenden Aktion des deutschen evangelischen Kirchenausschusses eignen?) um der Ueberzeugung Ausdruck zu verleihen, daß „von einer rechten Sonntagsfeier in nicht geringem Maße die Möglichkeit abhängt, die tieferen, heiligeren und dauernderen Interessen der Gesellschaft zu fördern.“

So wenig einheitlich und mustergültig also die Sonntagsgehegung Englands in ihrer augenblicklichen Verfassung ist, gibt es dort doch unzweifelhaft Einrichtungen, Gewohnheiten, Grundsätze, kleine und große Mittel zur Förderung der Sonntagsfeier, aus denen sich noch sehr viel lernen läßt. Und was schwerer wiegt als dies alles, das englische Volk hat seit dem Ende des sechzehnten Jahrhunderts einen so starken Willen gezeigt, einen Sonntag, und zwar einen vollen Sonntag, zu besitzen, daß man sich mit der Ge-

---

\*) Neuerdings freilich hat sich das Lay Movement von der durch den Erzbischof von Canterbury ins Leben gerufenen „Imperial Sunday Observance“ getrennt, welche nach seiner Absicht zur Förderung der Sonntagsfeier möglichst alle religiösen Gesellschaften des Reiches umspannen soll.

schichte des englischen Sonntags und seiner gegenwärtigen Gestalt nicht beschäftigen kann, ohne daß sich einem von diesem Willen etwas mitteilt. „Mit außerordentlicher Eifersucht“, hat Gladstone gesagt, „hütet die arbeitende Klasse ihre Sonntagsruhe und widersetzt sich nicht nur ihrer offenen Aufhebung, sondern allem, was nur indirekt auf diesen Erfolg hinzielen könnte“, so daß immer den Sonntag verkürzende Neuerungen, wie die Versuche Sonntagsausgaben der Tageszeitungen oder für die vornehme Welt einen Sonntagskorso im Hyde Park einzubürgern, zu elementaren Ausbrüchen der Volksbitterung geführt haben.

Begreiflicherweise nicht mit der gleichen Stärke, aber doch unverkennbar betätigt sich der Wille zum Sonntag auch in altruistischer Richtung. Weitgehende Rücksicht auf das Sonntagsbedürfnis der Dienstboten, der Verzicht Bessergestellter, die auch Wochentage dazu zur Verfügung haben, auf Sonntagsausflüge, weil durch ihre Verallgemeinerung die Zahl der Sonntagslosen vermehrt werden würde, und manche andere Anzeichen zeigen eine unerwartete praktische Lösung der alten Doktorfrage, ob das dritte Gebot zu den Moralgeboten gehört oder nicht.

Und dann noch eins. Der eigentümliche Zustand, in welchem sich die älteren englischen Sonntagsgesetze befinden, macht auf die Vergänglichkeit aller Gesetzgebung aufmerksam. In jeder Generation versucht die Mehrheit die ihr angemessen erscheinende Sitte durch Gesetze festzulegen und zur Herrschaft zu bringen. Gesetze aber können, und zwar um so weniger, wenn sie nicht von der innern Zustimmung der Gesamtheit getragen werden, auf die Dauer die Umbildung oder Neubildung der Sitte nicht verhindern. Darum soll keine Generation zur Gesetzgebung schreiten, ehe sie nicht ihren eigenen Pulsschlag recht belauscht hat. Das ist der Grund, weshalb die Sonntagsgesetzgebung der Jahre 1890 und 1892 mit weiser Zurückhaltung vieles der lokalen Regelung, dem Versuch und der Bewährung überlassen hat, weshalb auch jetzt die Reichsregierung nur vorsichtig tastend an eine Erweiterung der Sonntagsruhe herangeht.

Wenn aber über kurz oder lang die in Aussicht stehende Novelle zur Gewerbeordnung festerer Gestalt angenommen haben wird, dann möge nicht vergessen werden, daß Sonntagsgesetze nur negativ wirken, d. h. den Sonntag oder den größten Teil desselben der Arbeit entziehen können, daß sie aber an sich außer stande sind, den Sonntag mit positivem, wertvollen Inhalt zu füllen. Jede

Erweiterung der Sonntagsruhe kann daher auch mißbraucht und ihr Zweck ins Gegenteil verkehrt werden. Um dem entgegenzuwirken, müssen unserm Volke die Gottesdienste wieder lieb gemacht, müssen ihm erhebende Kunstgenüsse und bildende, nicht schulmäßige Vorträge geboten, muß die Gelegenheit zu Auge und Herz erfreuenden Ausflügen weiter verbilligt werden. Für Kirche, private Vereine und Verkehrsverwaltungen erwachsen daraus neue, schwierige Aufgaben, die aber in dem Bewußtsein nicht früh genug in Angriff genommen werden können, daß es sich um nichts Geringeres handelt, als unserm Volk einen Tag der Weihe des Lebens zu schaffen und zu erhalten.

---

# Die Elemente des Malerischen und Linearen in der bildenden Kunst.

Von

Ferdinand Bulle.

---

In dem historisch gegebenen Gegensatz der italienischen Malerei der Renaissance und der holländischen des 17. Jahrhunderts stehen sich zwei grundverschiedene Richtungen des künstlerischen Schaffens gegenüber. Bei den Italienern Idealismus, bei den Holländern Realismus, bei den Italienern ein architektonisch-lineares Schaffen, bei den Holländern eine Wirkung durch rein malerische Werte. Bei den Italienern ein streng mathematisch aufbauender Stil, über alle Wirklichkeit hinausgehobene Kunst, bei den Holländern scheinbar ein getreues Bild der sie umgebenden Natur: der reizvollen Landschaft wie der bunten Fülle ihres Lebens.

Es liegt auf der Hand, nach einem inneren Zusammenhang unter den formal wie inhaltlich gleich bedeutenden Verschiedenheiten der beiden Kunstgattungen, die sich so rein und geschlossen, jede vollkommen in ihrem Wesen, gegenüberstehen, zu suchen, und es sei hier gestattet, die Mannigfaltigkeit ihrer Gegensätze nur unter dem Begriff ihrer formalen Verschiedenheit zusammenzufassen und, abgesehen von allen geschichtlichen, geographischen, kulturellen Faktoren, sie als lineare einerseits und malerische Kunst andererseits zu unterscheiden.

## I.

Lineare Kunst ist alle Malerei, die ihr Wesentliches nicht durch die Farbe, sondern durch Flächen und Linien zum Ausdruck bringt. Selbst Flächen haben hier, soweit sie nicht als Wand, als etwas Zudeckendes, sondern durch die Form wirken, durchaus linearen

Charakter. Diese Form ist in ihrem Ausdruck bestimmt durch die ihr einschreibbaren Kurven oder Geraden. So spricht eine Nische zu uns durch die runde Linie ihres Querschnittes, die Gestalt einer Vase durch ihre Silhouetten.

Linear ist in der Malerei alles, was erzählt, beschreibt. Die Linie berichtet von jedem Einzelfein, gibt uns das Wesen jedes Dinges, soweit sich dasselbe in seiner Form ausspricht. Jede Charakteristik eines individuellen Seins durch seine individuelle Form kann der Maler nur durch die Linie geben. Ihren seelischen Ausdruck erhält sie dadurch, daß sie von dem Auf und Ab der Schwere, von dem Triumph oder dem Unterliegen der allgemeinen Gravität im Kampf mit der Dichtigkeit des Stoffes berichtet. Wir fühlen in ihr das Empordrängen der Säule und das Lasten des Architravs, wir sehen allein durch die Linie, wie ein schweres Gewand die senkrechte Gewalt der Schwerkraft in bauschigen Falten zerbricht. Wir erfahren durch sie von dem steten Kampf des individuellen Willens gegen den in aller Materie wirkenden Drang, zu fallen und immer zu fallen. Die Kraft, die aus einem wagerecht gestreckten Arm spricht, wird uns lebendig, wenn wir motorisch nachempfinden, welche Anstrengung zu dieser wagerechten Haltung nötig ist. Diesen Gegensatz zwischen Schwerkraft und individuellem Willen oder individueller Materie fühlen wir in der Form jeden Dinges, in dem Neigen eines Astes wie dem Fallen einer Ranke, und die Linie, die uns diesen Ast und diese Ranke zeigt, empfinden wir nur dann als lebendig, wenn sie die Art, wie der Stoff des Astes oder der Ranke auf die Schwerkraft reagieren muß, unserer empirischen Kenntnis gemäß veranschaulicht. So entsteht die überzeugende Gewalt jeder Geste, jeder Bewegung. Die Linie besitzt also einen Ausdruckswert.

Weniger einfach ist der Begriff des Malerischen und seine Bedeutung für das Kunstwerk. Wir sprechen von einem malerisch gekleideten Zigeuner und meinen damit die Romantik der Farben und Falten seines Rocks. Mit dem Worte „Malerisch“ bezeichnen wir Feinheiten des Kolorits, Reichtum der Palette oder auch den interessanten Wechsel von Licht und Schatten in einem Schwarz-Weißblatt.\*) Erst diese Anwendung des Begriffes bedeutet ein künst-

\*) Hieraus geht hervor, daß die Frage nach der Bedeutung des Malerischen von der nach der Bedeutung der Farbe im Bilde verschieden ist. Wie die Linie hat auch die Farbe als solche nur einen Ausdruckswert; sie gibt aber nicht die Idee des Dinges, sondern kann seinen Stoff verbildlichen. Fleisch, Samt, Seide, Pelz, Silber lassen sich nur durch die Färbung, d. h. durch den Wechsel von Licht und Schatten geben. Hierbei ist es nur ein Unter-



lerisches Urteil, während jene nur eine Art von Volksethymologie, ein laienhaftes Umbiegen seines fachmännischen Sinnes in den allgemeinen des Interessanten ist. Schon in dieser rein künstlerischen Bezeichnung liegt ein Urteil über die Komposition des Bildes verborgen. Ein bloßes Rot bezeichne ich als schön, dagegen ein Rot neben einem Grün kann malerisch wirken, wenn beide Farben gut zueinander gestimmt sind. In dem neuen Bilde der Berliner Galerie von Roger van der Weyden, einem Frauenporträt, ist die Art, wie das weiße Kopftuch zu dem violettbraunen Kleid paßt und wie die feinen Hände in dem Farbenklang des Ganzen mittönen, von hohem malerischen Wert. In einem Rubens, z. B. der Befreiung der Andromache (Berlin), ist das Gleiten von Farbe zu Farbe, das Leuchten eines hellen Leibes vor einem dunklen Fels, die Art, wie dann der Gesamttön hinübergreift zu einem grauen Pferderücken und endlich in einem glühenden Luftton verflingt, in diesem Sinne malerisch.

Das Wort „malerisch“ bedeutet hier schon ein Werturteil, und es scheint sich deshalb zu einer Gegenüberstellung mit der Bezeichnung Linear, einem rein technischen, nur definierenden Begriff, nicht zu eignen. Es handelt sich daher darum, den rein technischen Sinn des Malerischen aus diesem Werturteil zu lösen. Wir sahen, daß die Bezeichnung Malerisch eine Angabe über die Komposition des Bildes macht, dieses also als Ganzes betrachten muß. Sie hat also im Gegensatz zu dem „Ausdruckswert“ der Linie einen „Kompositionswert“. Die angeführten Beispiele waren Bilder, die ein individuelles Sein schilderten, einmal von einer Frau erzählten, ein andermal von dem Raub der Andromache berichteten, sie bedurften also nach der obigen Ausführung der Linie, um ihrer Hauptaufgabe gerecht zu werden; das Malerische konnte in ihnen nur Dienerin, nur artistische Zutat sein. Wie kommt der lineare Maler zu diesem Schmuck?

Betrachten wir das Extrem rein linearer Kunst, eine Miniatur. Dreierlei wird uns auffallen: das Fehlen des Raums, eine gewisse Stilisiertheit und — wenigstens in den frühesten — das Fehlen der Farbe. Gegeben ist nur die nackte Tatsache: so sah der Abt Wandalgarius aus. Ebenso wie auch wir wohl zur Abkürzung

---

schied der Brauchbarkeit, ob der Pinsel oder der Bleistift das Werkzeug ist. Die künstlerische Bedeutung dieser Verwendung der Farbe zur bloßen Wiedergabe eines Wirklichen ist gering, erst durch die mögliche Verbindung mit einer eigenartigen Lichtwirkung gewinnt sie einen Wert für das Bild.

einer umständlichen Beschreibung die notwendigsten Umriffe eines Menschen auf ein Papier zeichnen, ohne zur Mitteilung des Tatsächlichen des Raumes und der Farbe zu bedürfen. Erst aus einem künstlerischen Bedürfnis nach mehr Realität und mehr Sinnlichkeit gab man der bloßen Abstraktion, die die Zeichnung bot, durch Hinzufügung der Farbe, und erst später auch des Raumes, mehr Körper. An technischer Unvollkommenheit lag es, wenn die Darstellung des Raumes noch sehr lange in dem Abtasten einer linearen Perspektive stecken blieb, während die Behandlung der Farbe, von der natürlichen Sinnenfreude des Künstlers unterstützt, große Fortschritte machte. Doch immer blieben in einem linearen Werk Perspektive und Farbbehandlung die artistischen Bestandteile, die der linearen Wiedergabe der Fabel als dienende Elemente beigeordnet waren. Selbst in Bildern der klassischen Periode ist der Raum oft nur ein Anhängsel des geschilderten Geschehnisses. In der heiligen Familie von Raffael (München) wirkt die Landschaft durch ihren schönen, stillen Klang; aber sie gehört nicht notwendig zum Bild, sie wird sofort als erst hinter die Gruppe gestellt empfunden, die sich auf der vorderen Bühne aufbaut. Ja, die geschlossene, architektonisch vertikale Anordnung der drei Körper steht zu der ausgegossenen horizontalen der Landschaft in einem leicht befremdenden Widerspruch.

Gerade die Darstellung des Raumes durch Licht und Farbe ist nun aber Gegenstand der rein malerischen Kunst der Holländer. In ihren Interieur- und Landschaftsbildern wird der Begriff des Malerischen von einem bloßen „Kompositionswert“ zu einem „Raumwert“. Raum und Farbe sind hier nicht mehr getrennte Bestandteile eines fremden Ganzen, sondern bilden als feste Einheit den eigentlichen Inhalt des Kunstwerkes. Hier bezeichnen wir ein Bild als malerisch, wenn es in schneller und eindrucksvoller Weise die Einheit und Klarheit seiner Räumlichkeit offenbart; und es ist ungenau, wenn wir die Schönheit seiner Farbigkeit mit demselben Wort bewerten. Dem „Ausdruckswert“ linear stelle ich im Folgenden Malerisch nur in seiner Bedeutung als „Raumwert“ gegenüber.

Das Stilleben, doch auch ein Produkt der rein malerischen Darstellung, scheint in dieser Definition keinen Platz zu finden. Ohne Beziehung zu dem Raum hat seine Farbigkeit nur eine Bedeutung als Kompositionswert. Als rein artistisches Produkt verdankt es seine Entstehung derselben Sinnenfreude, wie die Farbe in dem rein linearen Gemälde, und wie dort will sie nur als Ober-

fläche und sinnlicher Genuß oder als Feinheit der technischen Gewandtheit verstanden und gewürdigt werden.

Ihren tiefen künstlerischen Sinn bekommt die Farbe erst in Verbindung mit dem Raum, erst wenn ein malerisches Bild ausdrucksvolle Raumwerte besitzt, gewinnt es eine Bedeutung, die über den bloß sinnlichen, wenn auch vielleicht köstlichen Genuß hinausgeht. Erst wenn das Malerische als „Raumwert“ das herrschende Prinzip im Bild geworden ist, kann es als Charakteristikum einer Kunstgattung gelten, die der linearen Malerei selbständig gegenübergestellt werden kann. Wenn am Abend ein einsames Haus dunkel in die Nacht ragt und hinter ihm die Ebene sich endlos dehnt, drängt sich uns das Gefühl der ungeheuren Geräumigkeit der Welt auf, und uns erschüttert der Eindruck einer auf engem Raum zusammengedrängten, grenzenlosen Weite. In der einfachen Komposition aus einer Vertikalen und Horizontalen besteht der malerische Wert dieser Landschaft, und auf ihm baut sich dieses Erlebnis auf. Dieses Schema gibt dem Bilde Liebermanns: Altes Weib mit Ziegen (München) seine große Intensität. Erst durch den starken Kontrast, den die senkrecht gestellte Gruppe zu der sich im Wesentlichen horizontal dehnenenden Ebene bildet, gewinnt das Gemälde den Charakter grandioser Einsamkeit. Wir werden weiter unten sehen, wie sich die Holländer dieses Mittel der Raumgestaltung zunutze gemacht haben.

## II.

Der Gegensatz von Linear und Malerisch als Ausdruckswert und Raumwert bedingt aber noch eine weitere Differenzierung der beiden Begriffe und begründet eine ganz verschiedene Art der künstlerischen Konzeption und Schaffensweise.

Da die Linie Ausdruckswert besitzt, d. h. da es in ihrem Wesen liegt, zu berichten, zu erzählen, ist klar, daß an den rein linear schaffenden Künstler nie eine Einheit, nie ein Ganzes herantritt, sondern daß er dieses Ganze erst fügen, erst modellieren muß, da er vermittels der Linie auf einmal nur immer von einem Einzelnen, von einem Individuellen des Gesamtvorganges oder der Gesamtsituation berichten kann. Auf der Bildfläche bedeutet also für ihn, den Zeichnenden, das Nebeneinander dasselbe, was das Nacheinander dem Sprechenden Erzähler ist. Die lineare Kunst muß das Ganze erst schaffen, sie ist daher architektonisch, sie baut auf. Der Italiener drängt die Figuren in eine kompakte Gruppe, setzt sie zu geometrischen

Figuren über- und nebeneinander, hinter ihnen rundet er eine Nische oder türmt ein Pfeilersystem als Rahmen auf, oder er leitet den Blick von den Figuren in einen fernen, sehnächtigen Horizont, um seinen Menschen die melancholische Stille der Landschaft zu geben. Immer bleibt sein Schaffen architektonisch. Unmittelbar erfasst er nur das Einzelne, das Ganze muß erst in klugem Komponieren entstehen.

Die wesentliche Richtung eines architektonischen Aufbaues ist die Vertikale, infolgedessen gliedert der linear schaffende Italiener in erster Linie die Fläche, ein lebendiges Vermachen des dargestellten Vorganges mit dem sich in die Tiefe bauenden Raum gelingt ihm nur an der Hand der Architektur. Ein Bild der Berliner Galerie ist hierfür besonders charakteristisch. Eine frühe Himmelfahrt Mariä, Schule von Siena, zwischen 1450—80 entstanden. Am unteren Bildrande, ganz im Vordergrund stehen die Jünger um das leere Grab der Maria, hinter diesem dehnt sich völlig leer eine hügelige Landschaft, die bei geringer Bildfläche eine große Tiefe besitzt. Trotzdem füllt der über ihrem Horizont aufsteigende Himmel, der sich also ganz im Hintergrund des Bildes befinden müßte, die vordere Bildfläche als Goldgrund für Maria und die sie umschwebenden Engel, die auf ihm rein planimetrisch angeordnet sind. Eine solche Inkongruenz ist in der späteren Zeit unmöglich, trotzdem bleibt die vertikale Gliederung und damit einseitiges Füllen der vorderen Bühne die Regel, so bei den Bildern Santos, bei der Transfiguration Raphaels. Eine befriedigende Lösung des Raumproblems findet der Italiener erst an der Hand der Architektur, also erst dann, wenn er den Raum ebenfalls linear darstellen und abstufen kann. An dem schönen Beispiel der Schule von Athen, in den Raphaelischen Stenzen, wird dies besonders deutlich. Hand in Hand mit den Teilungen der Architektur werden wir von Gruppe zu Gruppe geführt und erfahren so in doppelter Weise die Tiefe der Räumlichkeit.

Während die horizontale Landschaft durch ihre breite Leere zu dem vertikalen Aufbau der Figuren stets in leisem Widerspruch stand, bringt erst die ebenfalls vertikal und rein linear wirkende Architektur die eigentliche Harmonie, indem sie zu einer Art von Echo wird, das den Klang des Dargestellten aufnimmt.

Erst in der Art der Anordnung besteht der eigentlich künstlerische Wert eines Bildes, erst durch sie wird der nur Berichtende zum Schöpfer. An den Mitteln des Linearen liegt es, wenn diese Anordnung notwendig zum Stil wird. Dadurch, daß hier die Archi-

tektur das wesentliche Mittel, einen Raum zu schaffen, ist, wird da, wo das Dargestellte einen solchen verlangt, der Stil eben schon durch die Architektur als Stil stark hervorgehoben. Die Gründe für seine Notwendigkeit liegen tiefer: da die Linie immer das Wesentliche eines Einzelbildes, immer einen schon objektiv vorhandenen Wert, eine Art von Fabel gibt, hat der linear schaffende Künstler sehr viel Stoffliches zu überwinden, er muß Dingen, die in der Realität einen objektiv festen Wert haben, einen anderen, nur in seinem Kunstwerke geltenden, geben. So wie der Juwelier erst zum Künstler wird, wenn er die objektiv bekannte Kostbarkeit des Goldes der Idee der von ihm erfundenen Form unterordnet. Je stärker also der Stoff spricht, desto mehr Stil wird aufgewendet werden müssen, um ihn künstlerisch zu gestalten, desto greifbarer muß auch der Stil als Stil wirken. So finden wir ihn am ausgesprochensten in der Karrikatur. Je sinnlicher, d. h. je augensinnlicher der Inhalt vor der künstlerischen Gestaltung ist, desto geringer werden die Anstrengungen des Stils sein, während alles Gedankliche — und dies bildet den Hauptgehalt der Karrikatur — eines viel höheren Grades künstlerischer Energie bedarf, um Form zu werden.

Mehr noch als in dieser psychologischen Begründung ruht die Notwendigkeit des Stils in linearen Werken auf ihrem ursprünglichen Charakter als Flächenkunst. Das lineare Bild durfte nicht auf der Bildfläche herumschwimmen; sondern jede Linie bekam erst dadurch, daß sie außer einem hohen „Ausdruckswert“ auch einen ganz sicheren „Kompositionswert“ erhielt, ihre künstlerische Notwendigkeit. Erst als die naturalistische Wiedergabe des Gegenstandes zu dem Rahmen des Gemäldes in eine nicht mehr verrückbare, in sich notwendige Beziehung trat, entstand ein fertiges Kunstwerk, ein Ganzes. Diese Aufgabe lösten die frühen Italiener in naiver Weise durch eine rein mathematische Gliederung der Fläche, ihren modernen, für unsere Vorstellungen vollendeten Meister fand sie in Beardsley. Sobald man statt der linear umschriebenen Figuren wirkliche Körper darstellen konnte, mußte der rein flächenmäßige Stil zu einem architektonisch räumlichen werden, aber stets als Stil deutlich bleiben. Wie stark aber selbst dann noch die Vorstellung der Fläche mitsprach, haben wir gesehen. So hat Raphael, der in der Schule von Athen ein großes Beispiel linearer Raumdarstellung gegeben hatte, in der Transfiguration den Raum so gut wie vernachlässigt. Das Uebereinander der Figuren, das durch die planimetrische Anordnung der Auffahrenden und der Jünger noch besonders betont

wird, spricht hier so stark, daß die immerhin vorhandenen Vertiefungen zwischen den Gruppen der unteren Bildfläche nicht zur Geltung kommen. (Selbst diese sind wohl auf den mehr malerisch denkenden Giulio Romano zurückzuführen.)

Wir haben bis jetzt die Art eines linearen Kunstwerks analysiert, haben gesehen, wie der Italiener immer von einem Vorgang berichtet, wie er aus Einzelnem erst das Ganze fügen muß, wie er in seiner Kunst der Wirklichkeit eine monumentale Einheit von ausgesprochenem Stil gegenüberstellt. Und ferner, daß ihm die Fläche zur Darstellung viel notwendiger ist als der Raum.

Ganz anders entsteht ein Bild für die malerische Schweise. Der Holländer, als Typus der rein malerischen Kunst, will nicht von einem Einzelnen, einem Individuum berichten, sondern dieses bekommt ihm erst durch die Verbindung mit seinem Milieu einen Wert. Er zeigt uns kein isoliertes Dasein, schildert aber die Eigenart der dieses Individuelle umschließenden Gesamtheit. In den Bildern Brouwers, Ostades, Hoochs, Steens, Vandermeers interessiert uns nicht die Person als solche, als Einzelwesen; sie ist gar nicht die Hauptsache. Der rote Vorhang, das Licht, das still durch ein Fenster fällt, das freundliche Blinken der Kupferpfannen interessieren uns nicht als Einzelnes. Was gehen uns rote Vorhänge und Kupferpfannen an? Erst durch ihr Sein in dem dargestellten Raume, und zwar durch ihr Sein als Farbe bekommen diese Dinge Leben. Für den malerisch schaffenden Künstler sind Raum und Farbe die Träger der Idee; der Raum als Ganzes spricht durch seine Stimmung zu uns. Unser Blick haftet nicht am Einzelnen, sondern übersieht auf einmal die ganze Fläche, empfindet die Ausdrücklichkeit der Kontraste von Hell und Dunkel, das Sineinandergehen der Farben, die Luft als etwas, was den Raum füllt und formt zugleich. Vor dem Bilde des Jan Vermeer: Junge Frau mit Perlenhalsband (Berlin) fragen wir nicht, was ist das für eine Frau, was tut sie, sondern das helle Gelb, das stille Blau und das Leuchten des ganzen Bildes geben den Inhalt, den wir genießen. Doch nicht als bemalte Flächen, als Farbe neben Farbe, sondern als im Raum geordnet, diesen Raum mitgestaltend und belebend empfinden wir diese Inhalte. Das künstlerische Erlebnis ist hier ein ganz anderes als bei dem Florentiner, der Holländer baut das Ganze nicht wie ein Haus aus Einzelnem auf, sondern er nimmt die Einheit seines Gemäldes aus der Wirklichkeit selbst und verhilft dem, was er in ihr empfunden hatte, zu größerer Eindringkraft. Er empfindet eine

im Raume schon vorhandene Harmonie, eine Einheit von Luft und Licht und sucht diese wiederzugeben. Dieses Ganze wird er bei der Wiedergabe zu klären, aufzuhellen, abzustufen, eben malerisch, d. h. räumlich wirkungsvoll zu gestalten haben. Er ordnet das Einzelne im Ganzen, der Italiener, der lineare Maler, das Einzelne zum Ganzen.

Eine sichere Lösung des Raumproblems hatte der Italiener erst an der Hand der Architektur gefunden. Er konnte ihn nur zur Einheit mit dem Dargestellten bringen, indem er ihn ebenfalls linear umschrieb, ihn klar gliederte, als individuelles Gebilde charakterisierte. Der Raum des Holländers ist ein ganz anderer. Ueber einem niedrigen Horizont wölbt sich der Himmel hoch und rund, meistens bewölkt, als etwas ganz Allgemeingültiges, scheinbar Grenzenloses. Selbst bei Interieurschilderungen vermischt das Dunkel in den Ecken häufig die klare Form, oder vielfache Ueberschneidungen Durchblicke in andere Zimmer — z. B. bei Pieter de Hooch — geben dem Raum ein regelloses Ansehen und beweisen die Gleichgültigkeit des Holländers gegen feste Linien. Für die Gestaltung seines Raumes hat er andere Mittel. So in einem Bild van de Kapelles: „Stille See“ (Berlin). Vorn auf der hellen, ganz ebenen Flut stehen Boote mit schlaffen Segeln und hoch in die Luft ragenden Masten. Die Tiefe des Bildes erfahren wir aus dem Kontrast der tiefdunklen Boote und der helleren Wasserfläche, dem Gegensatz zwischen der starken Senkrechten der Maste und der Horizontalen des Meeres, die Höhe des Himmels aus der Ueberschneidung der ganzen Atmosphäre durch die schwarze Linie der Maste. Vor allem benutzt er das Licht selbst zur Klärung der Perspektive, durch ein Abtönen der verschiedenen Luftschichten, so daß ein Hell nach vorne rückt, ein Dunkel im Hintergrunde bleibt; tritt nun ein Dunkel vor ein Hell, wie man es fast immer bei Rembrandt findet, so wird gerade durch die Zurückschiebung des vordrängenden Hellen die Tiefe besonders deutlich.

Die Grundsätze der malerischen Komposition wurzeln ganz im Taktgefühl des Künstlers, es ist deshalb schwer, sie auf begrifflichem Wege darzutun; das ist auch der Grund, weshalb der Laie rein malerische Werke oft als stillos empfindet.

Der Holländer mußte notwendig Realist werden. Um sich her sah er einen bezaubernden Einklang der Farbtöne, er begriff das Ganze, die Einheitlichkeit, das Bildmäßige seiner Umgebung. Wenn er die weite, leuchtende Ebene sich hinter einer stummen Mühle ins

Endlose dehnen sah, empfand er den Reiz dieses starken, räumlichen Kontrastes. Gerade das Wesentliche seiner Kunst findet er nur in der ihm gegenüberstehenden Realität, er konnte es nicht als Produkt seines künstlerischen Denkens in sich selbst finden. Den Raum mit seinem Licht und seinen Farben sieht er vor sich, die Inhalte seiner Kunst findet er in der Wirklichkeit in ähnlicher Anordnung wie im Bild, doch willkürlich verstreut ohne innere Notwendigkeit, ohne jene Spannkraft, die im Kunstwerk jedes Einzelne dem Ganzen untertan macht.

Daß ihm jener strenge Stil des Italieners fehlt, erklärt der Mangel jedes architektonischen Elementes, erklärt vor allem die Augensinnlichkeit, das Anschauliche seines Stoffes. In der Harmonie eines malerisch konzipierten und komponierten Bildes, dem farbigen Einklang, der Einheitlichkeit des Lichtes und des Raumempfindens liegt schon soviel Künstlerisches, die Wirklichkeitsdaten sind in so mannigfacher Weise Kunst geworden, daß der Stil als solcher nicht mehr deutlich bewußt wird. Das rein Gefühlsmäßige, allem logischen Zugreifen Entgleitende seines Stoffes ist der Beurteilung durch den Maler so willig entgegengekommen, daß sein Werk leicht für eine bloße Nachahmung der Natur gehalten wird, während man vergißt, daß das Ganze, so wie es vor uns steht, nie und nirgends in der Natur zu finden ist, daß es eine nur von einem individuellen Künstler gefundene Form hat und als solches Träger eines ebenso individuellen Gehaltes ist.

---



## Zwei Briefe von Ernst Moritz Arndt.

Veröffentlicht von

Dr. Rudolf Müller, Leipzig.\*)

---

Greifswald den 3. Mai 11.

Empfangen Sie, meine theure Freundin, meinen herzlichsten Dank für die zarte und leise Erinnerung alter Zeiten und Gefühle. Die Welt hat sich verwandelt seitdem, und wir haben uns mehr oder weniger mitverwandeln müssen. Ich bin noch hier, werde aber wohl nach Jahresfrist anderswo seyn, es sei denn, daß sich andere Dinge aufthäten, als wir jetzt sehen. Mich ekelt unser deutsches Treiben und der äffische Halbheit in allen unseren Dingen: eine Elendigkeit, die mich fremde Völker recht anschaulich gelehrt haben. Unsere Litteratur, unsere Kunst, unsere neueste Mystik und Romantik, kurz alles alles ist voll bewußter und unbewußter Lügen; unsere Schäden sind so groß, daß sie nicht anders geheilt werden können, als durch das Eisen, und zwar durch unser eigenes Eisen. Ich hoffe auf dergleichen noch immer wie in einem prophetischen Traum; ohne jene Hoffnung mögte und könnte ich nicht leben.

Jenes Buch, welches Sie wünschen, habe ich selbst nicht mehr, kann es auch jetzt nicht aufreiben; vielleicht gegen Johannis. Ich wünschte, daß viele fürstliche Seelen wenigstens das Herz desselben ertragen könnten, so mögte uns Gott noch wohl einmal erretten von Schande und von dem Hohn schlechterer Völker und Völkchen, die der großen Nation gern nachbeten.

Ich werde die Muße, die ich diesen Sommer noch zu behalten hoffe, anwenden, einige kleine Verse zu sammeln und herauszugeben auf Subskription, wodurch ich früherer Versuche Mangelhaftigkeit zu verdrängen wünsche. Wissen Sie in Schwerin jemand, der mein

---

\*) Die Briefe befinden sich im Besitz der Littoichen Buchhandlung in Leipzig.

Freund ist, so bitten Sie ihn gütigst, für mich einige Namen zu sammeln, und mir gegen die Mitte des nächsten Monats dieselben hierher zuzusenden. Der Preis des Büchleins wird seyn 1 Rthaler 8 Groschen in Gold, und es wird zu Michaelis erscheinen.

Leben Sie recht macker, und melden mir, an wen ich das Buch richte, falls ich sein habhaft werde.

Ihr

E M Arndt.

Die in dem Briefe enthaltenen Urtheile über die Zustände der Zeit sind uns nicht neu. Fast mit gleichem Wortlaut spricht sie Arndt in einem schon gedruckten Brief an seinen Freund Georg Reimer vom 8. Mai 1811 aus: „Unsere deutsche Aefferei und Elendigkeit in allen Dingen kann nur durch das Eisen getilgt werden, und zwar durch unser eigenes Eisen.“\*) Schon 1806 hatte er das „Lob des Eisens“ gefungen, dem er nachrühmt:

„Wir wären alle Sklaven,  
O Eisen, ohne dich!“

Und wiederum ein Jahr nach den Greifswalder Briefen entstand sein Vaterlandslied mit dem berühmten Anfang: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte.“

Wertvoller noch als Arndts politische Aeußerungen erscheinen mir an unserem Briefe die Angaben über seine Gedichtsammlung, die 1811 bei J. H. Eckhardt in Greifswald gedruckt worden ist. Wir erhalten über die Zeit des Druckes und der Herausgabe genaueste Auskunft. Dafür, daß der Michaelistermin eingehalten worden ist, spricht der Umstand, daß Arndt am 18. Oktober seine Professur niedergelegt und Greifswald verlassen hat.

Die Adressatin des Briefes ist nicht genannt. Einen Fingerzeig, sie zu finden, gibt uns Arndts Bitte an die Freundin, in Schwerin Subskribenten für seine Gedichtsammlung zu werben. In deren Verzeichniß, das der Ausgabe der Gedichte beigelegt ist, findet sich aus Schwerin außer dem Erbprinzen und einem Prinzen von Mecklenburg-Schwerin nur ein Fräulein Sufette von Both. Im gesellschaftlichen Kreis dieser Familie begegnen wir einer Dame, die nicht nur mit Arndt befreundet war, sondern auch solche literarischen Interessen hegte, wie sie Arndts Brief bei der Adressatin voraussetzt: das war die Schriftstellerin Fanny Tarnow, deren Erzeug-

\*) Meißner u. Gnerds: E. M. Arndt. S. 63. Berlin, 1898.

nisse damals außerordentlichen Anklang fanden, heute jedoch nahezu vergessen sind. Daß sie in der That die Adressatin war, ersehen wir aus den biographischen Mittheilungen, die ihre Nichte Amely Bölte über sie veröffentlicht hat.\*) In ihnen spielt ein Brief Arndts an die Schriftstellerin eine große Rolle. Daß es unser Brief ist, geht aus der Antwort hervor. Diese zeigt uns im Verein mit dem Rankenwerk der Tagebuch-Auszüge, die uns A. Bölte bietet, daß der vorliegende Arndt-Brief und die Antwort darauf ein Kapitel aus einem Roman genannt werden könnten, eines Romans, der sich allerdings ziemlich einseitig abgespielt hat, da sich der Liebe heißes Verlangen nur auf der weiblichen Seite offenbarte.

Adr.: Herrn Karl Reimer. Leipzig.

Bonn 1<sup>er</sup> Christmonds 35.

Lieber Karl. Das war nun wirklich nicht hübsch, daß Du uns so sorglos vorbeigeflossen bist. Da ich durch Georg Dich in England wußte, so hoffte ich, Du werdest doch bei uns ein Bonner Absteherchen machen.

Deine Anweisung habe ich von Weber ausbezahlt erhalten. Schon Martial sagt: *habent sua fata libelli*.

Du hast mich ein paarmal wegen Steins Biographie erinnert. Ich glaube, ich hätte sie wahrer schreiben können als mancher Andere; sie ist mir vorbeigegangen. Ohne Einwilligung der Familie konnte ich es nicht wollen. Ich hoffte ihrer gewiß zu seyn; aber der hanoversche Theil derselben (die Kielmanseggen) hat gesiegt, und sie ist an Perz gekommen, der sie verfassen soll, mit Hülfe von Familienpapieren; doch wird sie noch unter dem Scheffel liegen, bis ein 4 oder 6 Augen sich werden für diese Erde geschlossen haben.

Gott hat uns beide, lieber Karl, die letzten Jahre tief betrübt. Ich liege unter einer grauen Schwermuth, die mich oft fast ganz übermeistern will: meinen schönsten stärksten hoffnungsreichsten Knaben verlor ich unter Umständen und mit einem Vor- und Nachspiel des Sammers, die mir die alte Freude auf immer scheint geraubt zu haben. Gott helfe mir! ach wir arme Menschen können fast nichts.

Wir grüßen Euch alle sehr: grüße besonders von mir mein Mnnchen Hirtzelchen.

Dein E M A.

\*) Amely Bölte: Fanny Tarnow. Ein Lebensbild. Berlin 1865.

Der Empfänger des Briefes Karl Reimer, der älteste Sohn von Arndts Jugendfreund Georg Reimer in Berlin, besaß seit dem Jahre 1830 zusammen mit Salomon Hirzel als Teilhaber die von seinem Vater 1822 erworbene Weidmannsche Buchhandlung in Leipzig. Diese hatte bis zum Jahre 1835 schon mehrere Schriften von Arndt verlegt: 1. Die Frage über die Niederlande und die Rheinlande, 1831. 2. Mehrere Ueberschriften nebst einer Zugabe zum Wendtschen Musenalmanach für 1832, im November 1831. 3. Belgien und was daran hängt, 1834. Um das Honorar für die letzte Schrift wird es sich bei der Anweisung handeln, die der befreundete Bonner Buchhändler Weber ausbezahlt hat.

Karl Reimer wünschte auch eine von Arndt verfaßte Lebensbeschreibung des am 29. Juni 1831 gestorbenen Freiherrn vom Stein zu verlegen und kam mit solchem Verlangen den Absichten seines Freundes ganz und gar entgegen. Dieser hatte schon 1.—5. September 1831 in der Allgemeinen Zeitung „einen kleinen Abriß“ von Steins Leben veröffentlicht, den er später den „Erinnerungen aus dem äußeren Leben“ als Anhang beifügte, und in dem 1832 von K. Reimer herausgegebenen Büchlein: „Mehrere Ueberschriften usw.“ als ersten Artikel einen poetischen Nachruf für Stein gebracht. Aber Arndts Sinn stand noch nach Größerem. Er gedachte unter Verwendung urkundlichen Materials „etwas Ordentliches, aus vollem Block Gehauenes“ auszuarbeiten. Seine Absicht hatte er schon im Anfang des Jahres 1832, wie ein Brief an K. Reimer vom 12. Januar 1832 zeigt, Steins Töchtern dargelegt, von denen die älteste, Henriette, an den Königlich Bayerischen Reichsgrafen v. Giech in Franken, die jüngste, Therese, an den Grafen Ludwig v. Kielmannsegge in Hannover vermählt war. Er hielt es danach für möglich, daß er im bevorstehenden Sommer von der Familie aus den Papieren des Freiherrn Materialien bekommen werde. Die gleiche Meinung äußerte er gegenüber dem drängenden Karl Reimer noch in einem Brief vom 3. Mai 1832. Nur wollte ihm damals der Zeitpunkt für die Veröffentlichung eines „nach seiner Weise ehrlich“ geschriebenen Lebens noch nicht gegeben erscheinen, da er befürchtete, es werde zur Zeit „gewaltiges Geschrei machen und ihm vielleicht neue demagogische Umtriebe zuziehen“. — Arndts Pläne sind nicht ganz so, wie er sie gehegt hatte, in Erfüllung gegangen. Ohne Zuhilfenahme Steinscher Papiere, nur aus eigenster, wennschon reicher Erinnerung heraus schrieb er nach langen Jahren die 1858 von K. Reimer verlegten „Wanderungen und Wandelungen

mit dem Reichsfreiherrn v. Stein“. Woran die ursprünglichen, großen Pläne gescheitert sind, das offenbart uns unser Brief. Und darin beruht seine Bedeutung.

Arndts Schreiben endigt mit einer Klage. Am 26. Juni 1834 war sein jüngster, sechster Sohn Willibald, ein Kind von neun Jahren, vor den Augen des Vaters beim Baden im Rhein ertrunken. Erst nach mehreren Tagen wurde die Leiche einige Stunden stromabwärts gefunden, vom Vater selbst in einem Boote heraufgeholt und in Bonn bestattet. Der Schmerz um den Verlust des innig geliebten Knaben hat Arndt schwer daniedergebrückt und jahrelang beherrscht. In tiefempfundenen Liebern hat er ihm Ausdruck gegeben.\*) Sie zeigen uns, wie das Bild des Heimgegangenen nie von ihm wich: das Rauschen des Waldes rief ihm den Namen Willibald zurück; im Frühling lauschte er dem Säuseln der Blätter, ob etwa der Liebste niederstürbe; wenn am Abend die andern Kinder „gute Nacht!“ sagten, glaubte er des Verstorbenen Stimme zu hören; im September des Jahres 1838 sah er auf einer Reise zwischen Neuß und Jülich seinen allerschönsten Kleinen unter funkelnden Sternen ihm zuwinken und mit den Augen blinken, als wolle er ihm etwas Frohes sagen. So legt denn auch fast jeder Brief an Nächsterstehende Zeugnis von der Schwermut ab, die des Vaters Seele gefangen genommen hatte.

---

\*) Vgl. Langenberg: Ernst Moritz Arndt. S. 134. Bonn. 1865.

# Ostafrikanische Studien.

Von

Paul Rohrbach.

---

## I.

Nach mehr als dreijährigem Aufenthalt in Südwestafrika in amtlicher Tätigkeit und nach einer längeren privaten Studienreise in unseren westafrikanischen Tropenkolonien, Kamerun und Togo, ergab sich für mich die Notwendigkeit, auch von den Verhältnissen in Deutsch-Ostafrika eine persönliche Anschauung zu gewinnen. Da hierfür in unbegrenztem Maße weder Zeit noch Mittel zur Verfügung standen, so war eine Auswahl des zu besuchenden Gebiets notwendig, und nach Lage der Dinge konnte diese Wahl nicht zweifelhaft erscheinen. Da der Bau der Zentralbahn von Dar-es-Salam nach Tabora (d. h. in Wirklichkeit zum Tanganjikasee) vom Reichstag im Frühjahr 1908 bewilligt war, so konnte es nur nutzlos erscheinen, das Zentralbahngebiet jetzt in eisenbahnlosem Zustande auf einem mühsamen Fußmarsch kennen zu lernen, wo doch nichts sicherer ist, als daß in fünf Jahren, wenn die Bahn Tabora erreicht hat, ein so vollständiger Wechsel der Zustände eingetreten sein wird, wie nur irgend möglich. An dem Bau der Zentralbahn hängt auch die Aufschließung des Tanganjika- und höchst wahrscheinlich die des Njassagebiets. Vorher jene entfernten Hinterlandsgebiete aufzusuchen, deren Öffnung für den Weltverkehr erst in Frage kommen wird, wenn die Zentralbahn in ihre Nachbarschaft gelangt ist, kam also auch nicht in Frage. Mit der Ugandabahn an den Viktoria-Nyanza zu fahren und einige Ausflüge im Seegebiet zu machen, ist eine sehr einfache, aber jetzt nicht mehr besonders nützliche Sache. Im ganzen deutschen Einzugsgebiet der Ugandabahn liegen die Verhältnisse so einfach und sind überdies durch die Reise des Staatssekretärs Dernburg und die im Anschluß

darán erfolgten amtlichen Publikationen so weit geklärt, daß ein Nachtreten dieser Pfade kaum mehr als touristischen Wert beanspruchen kann.

Die akuten Probleme Ostafrikas liegen zur Zeit in Usambara, am Kilimandscharo und westlich davon. Hierher hat sich deshalb auch die in der Ausführung begriffene Expedition des Unterstaatssekretärs von Vindequist zuerst gerichtet. Die Gründe dafür sind folgende. Usambara ist das wirtschaftlich am intensivsten in Angriff genommene Stück von Ostafrika. Sowohl kapitalistische Plantagenunternehmungen größeren Stils, als auch mittlere, von einzelnen Unternehmern ins Leben gerufene Pflanzungen und ausgesprochene Kleinwirtschaften haben bereits den größeren Teil des verfügbaren Bodens belegt und in Kultur genommen, oder sind im Begriff, es zu tun. Um die Rentabilität und Rationalität dieser Siedlungen und Plantagen von Usambara dreht sich zum größten Teil der Streit, der sich im Anschluß an den Besuch des Staatssekretärs in Usambara erhob, und es kann nicht gesagt werden, daß die Debatte von hüben und drüben bisher schon zu einer endgültigen Klärung geführt hat. Am Kilimandscharo und Meru liegen die Dinge heute so, wie sie in Usambara vor dem Baubeginn der Usambarabahn lagen: d. h. eine ziemlich beträchtliche Anzahl weißer Pflanzler und Ansiedler hat sich dort niedergelassen und behauptet, wenn ihnen erst eine Eisenbahn hingebaut würde, so würden sie vorzüglich prosperieren; das Land selbst sei das beste Stück der Kolonie. Das Gouvernement von Ostafrika und bis zu einem gewissen Grade auch die Kolonialverwaltung stehen dagegen dem absoluten Wert des Kilimandscharogebiets zweifelnd gegenüber und tragen Bedenken, die Last des Eisenbahnbaus, für deren Verzinsung die Kolonie mit aufkommen müßte, zu übernehmen. An dem Bau oder Nichtbau der Kilimandscharobahn hängt aber auch die Aufschließung der weiter westwärts gelegenen Länder. Die Entdeckung oder die Meinung, daß es dort zwischen dem Kilimandscharo, der englischen Grenze, dem Viktoriassee und der Zentralbahn überhaupt noch für Weiße besiedlungsfähige Gebiete gäbe, und vollends solche von ganz erheblicher Ausdehnung, ist noch neu; in Deutschland wenigstens wird in weiteren Kreisen kaum schon etwas bekannt sein. Einzelne fundige Ostafrikaner haben es allerdings schon früher behauptet; jetzt aber drängt eine stärkere Besiedlungstendenz vom Kilimandscharo weiter nach Westen, wie sie einstmalß über Usambara hinaus auf den Kilimandscharo vorzudringen anfang. Es handelt sich also um verschiedene Probleme, die sich allesamt zu der einen Frage zuspißen:

soll die Usambarabahn bis zum Kilimandscharo weiter gebaut werden oder nicht? Diese Frage, samt den Voraussetzungen, aus denen sie sich ergibt, ist zurzeit, nachdem die Zentralbahn beschlossen und das Südbahnprojekt zum Njassa ins Unbestimmte vertagt ist, die wichtigste Sache, die es in Ostafrika zu entscheiden gibt. Sie wird das namentlich auch dadurch, daß hier die Spannung, die zwischen den beiden verschiedenen Prinzipien der ostafrikanischen Kolonialwirtschaft, Negerkultur und weißer Ansiedlung besteht, in den Entschlüssen des Kolonialamts zu einem vorläufig entscheidenden Austrag gebracht werden muß.

Diese Erwägungen ließen mich Usambara und den Kilimandscharo, mit einer Ausdehnung des Marsches möglichst darüber hinaus bis auf die Westseite des Meru, als Expeditionsziel wählen. Daneben kam, wenn auch nicht maßgeblicherweise, so doch mit in Betracht, daß bei dieser Route die größte physikalische Mannigfaltigkeit und eine fast vollständige Bekanntschaft mit den wichtigeren Bodentypen Deutsch-Ostafrikas zu erwarten stand. Die Primitivität der Transportmittel — im wesentlichen Fußmarsch — und die Notwendigkeit, sich so eingehend wie möglich umzusehen, bedingten es, daß zur Zurücklegung der etwa 800 Kilometer betragenden Marschstrecke über anderthalb Monate erforderlich waren. Dazu kamen noch einige hundert Kilometer auf der Usambara- und der Ugandabahn.

Es liegt im Zusammenhang der Dinge begründet, wenn eine Erörterung kolonialwirtschaftlicher Fragen auf dem Boden Ostafrikas an die Situation anknüpft, die durch das Eingreifen des Staatssekretärs Dernburg dortselbst geschaffen ist. Das wird noch erleichtert durch eine jetzt erschienene, ihm nahestehende Publikation, die sich speziell mit den ostafrikanischen Wirtschaftsfragen beschäftigt. Es ist die Schrift des Freundes und Reisebegleiters des Staatssekretärs in Ostafrika, Dr. Walther Rathenau: „Erwägungen über die Erschließung des deutsch-ostafrikanischen Schutzgebiets“.\*) Die Vorrede, die Dr. Rathenau in Form eines Briefes an den Staatssekretär seiner Arbeit vorausschickt, besagt, daß der Inhalt des Ganzen gemeinsames geistiges Eigentum des Verfassers und des Adressaten ist. „Was ein jeder von uns zuerst angeregt oder ausgesprochen, das kann und soll heute nicht mehr ermittelt

\*) Der Aufsatz ist in einem Sammelbande „Reflexionen“ enthalten, der verschiedene Essays und Aphorismen desselben Verfassers vereinigt (Leipzig, bei S. Hirzel, 1908), und auf der Rückfahrt von Dar-es-Salaam nach Neapel, also unmittelbar unter dem Eindruck der afrikanischen Studien, geschrieben.



werden. Vercint, wie sie entstanden, mögen unsere Meinungen niedergelegt bleiben als ein Zeugnis gemeinsamer Arbeit, Sorge und Zuversicht." (Rathenau, S. 143/44). Man wird also unter diesen Umständen berechtigt sein, mindestens an allen wichtigen Punkten die Meinung Rathenaus gleich der Meinung Dernburgs zu setzen. Nur an einer Stelle scheint eine gewisse Unstimmigkeit vorhanden zu sein. Während Rathenau für die Weiterführung der Usambarabahn zum Kilimandscharo womöglich gleichzeitig mit dem Bau der Zentralbahn eintritt, ist in das ostafrikanische Eisenbahnprogramm des Kolonialamts im Frühjahr 1908 bekanntlich nur die Verlängerung der Usambarabahn um ein unbedeutendes Stück, etwas über 40 km, von ihrem jetzigen Endpunkt Mombo bis an das Knie des Pangani unterhalb des Paregebirges, aufgenommen worden, und der Staatssekretär hat sich nicht ganz klar über seine Anschauung betreffend den Weiterbau ausgesprochen.

Der wesentliche Inhalt der Rathenauschen Arbeit -- vgl. die von dem Verfasser selbst gegebene Zusammenfassung S. 194 -- ist folgender: An der Spitze steht der mit besonderem Nachdruck von Anfang bis zu Ende durchgeführte Satz: Verschiebung des Schwerpunktes der gesamten Wirtschaftspolitik in der Richtung der Eingeborenenkultur. D. h. also, Ostafrika soll in erster Linie nicht Ansiedlungskolonie, sondern Handelskolonie sein. „Zwei Wege der wirtschaftlichen Erschließung können beschritten werden: der eine, bei dem die arbeitenden Kräfte des Landes wesentlich als passive Hilfsmittel angesehen werden, der andere, bei dem diese Kräfte zu selbständigem Wirken bestimmt sind. Der erste Weg, der dem Europäer die schaffende, dem Eingeborenen die mechanische Arbeit zumeist, ist derjenige der Plantagen- und Ansiedlungswirtschaft; der zweite, der dem Europäer die Führung und Vermittlung, dem Eingeborenen selbständige Arbeit und Wirtschaft überträgt, ist derjenige der kommerziellen Erschließung. Zwischen beiden Methoden, die einander durchaus nicht völlig ausschließen, die aber, wie leicht ersichtlich, abgesehen von ihren wirtschaftlichen Konsequenzen, verschiedenartigen historischen Auffassungen entsprechen,\*) ist der richtige Schwerpunkt zu finden. Daß dieser

\*) Die Bedeutung dieser Wendung erscheint nicht ganz klar. Sofern oder soweit der Verfasser damit hat sagen wollen, daß man nicht auf wirtschaftsgeographischer und ethnographischer Basis, sondern nur auf „historischer“ Grundlage den Neger als wesentlich zu mechanischer Arbeit befähigt und bestimmt ansehen könne, wird er bei näherem Nachdenken selbst schwerlich geneigt sein, sie aufrecht zu erhalten.

Schwerpunkt in den vorliegenden Ausführungen näher bei der kommerziellen als bei der agrarischen Wirtschaftsmethode gesucht worden ist, darf schon jetzt ausgesprochen werden." (Rathenau, S. 148.)

Den zweiten Hauptpunkt des Programms bilden praktische Schutzmaßnahmen im Interesse der Eingeborenen und Regelung der Arbeiterbeschaffung für die Plantagen durch verstärkte behördliche Aufsicht.

Für die allgemeine Landeskultur werden gefordert: Extensive Aufforstung, Auffuchung neuer und Schutz vorhandener Wasserstellen, Landesaufnahmen, Krankheitsbekämpfung, schließlich ein besonderes Landeskulturamt.

Ueber das Eisenbahnbau- und das spezielle koloniale Verwaltungsprogramm wird noch zu handeln sein.

Im allgemeinen ist die Arbeit Rathenaus eine nicht nur durch die besonderen Umstände interessante, sondern an sich sehr achtungswerte Leistung. Die Klarheit des Aufbaus, die Kürze und Treffsicherheit in der Charakterisierung der Probleme, die Verbindung von kaufmännisch rechnender Nüchternheit und idealer Humanität in der Auffassung der kolonialwirtschaftlichen Ziele zeigen, daß sich hier kein unbedeutender Geist einer ihn lockenden Aufgabe zugewandt hat. In der wiederholten und akzentuierten Hervorhebung gewisser Schattenseiten im Leben unserer weißen Afrikaner spricht vielleicht noch ein etwas gereizter Nachklang persönlicher Eindrücke, namentlich in Usambara mit. Dieses Stück der Reise des Staatssekretärs hat durch ein bedauerliches Zusammentreffen von Umständen bezüglich der Verständigung mit den Ansiedlern unter keinem guten Stern gestanden — aber an dieser Stelle würde es keinen Zweck haben, geschehene Dinge nochmals aufzurühren.

Gegenüber der Anerkennung, zu der die Rathenausche Behandlung des ostafrikanischen Themas auf der einen Seite nötigt, erhebt sich aber auf der anderen doch auch ein starker kritischer Einwand. Dieser bezieht sich nicht auf Einzeldifferenzen gegenüber dieser oder jener These des Verfassers. Hier ist vielmehr durchweg gemeinsamer Boden zur Verständigung vorhanden, und in sehr vielen Punkten ist gar keine weitere Diskussion nötig. Der anfechtbare Punkt ist vielmehr die Art, in der der Satz „Verschiebung des wirtschaftspolitischen Schwerpunkts in der Richtung der Eingeborenenkultur“ so gut wie unbalanziert durch andere notwendige Erwägungen vorangestellt wird und die Darstellung ausgesprochen wie unausge-

sprochen beherrscht. Dabei handelt es sich zunächst noch gar nicht um die gegensätzliche Alternative: Die Eingeborenen- und Handelskolonie — die Siedlungs- und Plantagenkolonie! Auch die Erörterung der Streitfrage über das Maß der geistig-sittlichen Entwicklungsfähigkeit des Negers kann hier ausgeschaltet werden. Rathenau spricht sich hierüber an einer Stelle selbst so aus, daß seiner Tendenz durchaus beigeppflichtet werden kann. Er schreibt: „Der Neger unterscheidet sich geistig vom Okzidentalen durch weit herabgesetzte Fähigkeit zur Abstraktion und Konzentration. Allgemeine und ideelle Begriffe sind seinem im Handgreiflichen nicht ungewandten Denken nahezu unfassbar; andauerndes, bis zum Endergebnis nachgehaltenes Interesse und Nachdenken macht ihm Schmerzen; er weicht ihm aus. Deshalb wird eine festgegründete geistige Entwicklung des Negers für alle absehbare Zeit ein frommer Wunsch bleiben; wollte man sie forcieren, so könnte leicht durch mißverstandene Nachahmung okzidentalen Wesens ein ähnliches Zerrbild hervorgerufen werden, wie es der amerikanische Nigger bietet. Erziehung wird daher, soweit sie nicht auf Erlernung einzelner Fertigkeiten, Notionen\*) und Handgriffe hinausläuft, sondern ihren idealen Weg als Geisteskultivation verfolgt, ein für die afrikanische Wirtschaftsentwicklung wenig bedeutender Faktor bleiben; es darf daher ihre Betrachtung aus dieser Darstellung ausgeschaltet werden.“

Das ist ein, namentlich in dem Schlußsatz, so radikaler Standpunkt, daß ich meinerseits Bedenken tragen würde, ihn mir voll anzueignen, denn er soll doch wohl besagen, daß der Neger im allgemeinen nicht über die Ausbildung seiner verstandesmäßigen und technischen Fähigkeiten hinaus zu einem innerlich-sittlichen Erziehungs- und Entwicklungsziel bestimmt ist. In der Einschränkung, daß diese Entwicklung beim Neger schwerlich je zu demjenigen Maß von moralischem Anrecht auf Selbstbestimmung führen wird, das der weißen Rasse innewohnt, werden fast alle afrikanischen Kolonialpraktiker Rathenau zustimmen; zu einer so absoluten Negation wie er werden nicht viele kommen. Vielleicht ist aber eine solche auch nicht die eigentliche Meinung des Verfassers, und der betreffende Passus enthält die von beinahe allen Afrikanern eingenommene grundsätzliche Stellung nur etwas scharf ausgedrückt.

Sei dem wie es wolle: Rathenaus Vorstellung von den geistigen und moralischen Qualitäten des Negers ist jedenfalls unter dem

---

\*) Kenntnisse?

Gefichtspunkte praktisch wichtig und beachtenswert, daß sie den Gedanken daran ausschließt, als könnte die geforderte Verschiebung des wirtschaftlichen Schwerpunkts von Ostafrika in der Richtung auf die Eingeborenenkultur vielleicht ein Ausfluß sogenannter negrophiler Ideen sein. Davon kann nach dem Gesagten nicht die Rede sein, und das ist aus dem Grunde bedeutsam, weil es früher nicht unmöglich war, den Standpunkt des Staatssekretärs in diesem Sinne mißzuverstehen. Er ist tatsächlich in Deutschland, namentlich aber in Afrika, von durchaus ernsthaften Leuten, die Gelegenheit zu persönlichem Verkehr mit Dernburg hatten, in dieser Weise mißverstanden worden. Wenn irgendwo, so wird man aber an dieser wichtigen Stelle annehmen dürfen, daß die Ansichten Rathenaus und Dernburgs sich decken. Liegt dem Satz: „das Negerland für die Negerkultur“ kein gefühlsmäßig-ethnologisches, sondern allein ein ökonomisch erwägendes Urteil zugrunde, so ist auch alle Aussicht vorhanden, daß an diesem Punkte die gegenseitige Verständigung auf der Basis objektiv wirtschaftlicher Argumente und Gegenargumente erfolgt. Rathenau denkt kommerziell, und seine ausschließlich im kommerziellen Sinne wirtschaftliche Betrachtungsweise ist es, die ihn, wie es scheint, die vorher angedeutete Notwendigkeit übersehen läßt: seine These vom Schwerpunkt der Wirtschaft in der Eingeborenenkultur durch einen aus anders gearteter Wurzel stammenden, gleichzeitig ideell und praktisch gerichteten Ergänzungssatz zu balancieren. Dieser Satz müßte etwa lauten: Die Entwicklung der Eingeborenenkultur ist dort nicht das zuerst anzustrebende Wirtschaftsziel, wo die natürlichen Verhältnisse eine dauernde Sekthaftmachung deutscher — wohlverstanden nicht „weißer“, sondern „deutscher“ — Ansiedlung ermöglichen. Dieser Satz will ausdrücklich so verstanden werden, daß die Vorfrage nicht lauten soll: ist die deutsche Besiedlung das im Augenblick kommerziell vorteilhaftere Geschäft? — vielmehr soll sie einfach lauten: ist es mit erschwinglichen Kosten und mit rationeller Aussicht auf schließlichen Erfolg überhaupt möglich, dieses und jenes Stück von Ostafrika zu einem deutschen Siedlungsgebiet zu entwickeln?

Die Gründe für diese, die Rathenauschen Thesen ergänzende Stellungnahme liegen in der markierten Gegenüberstellung von „weißer“ und „deutscher“ Ansiedlung angedeutet. Rathenau gibt zu, daß es eine starke Uebertreibung wäre, zu sagen, daß Deutsch-Ostafrika lediglich ein Land für Schwarze sei und nicht für Weiße. Er glaubt feststellen zu müssen, daß Plantagengroßbetriebe nur be-

dingte und Ansiedlung von Kleinbetrieben in der Regel gar keine Aussichten hätten, daß also die Regierung zu solchen Experimenten weder auffordern noch ermutigen dürfe, wie es früher wohl der Fall gewesen sei. „Verschiebt sich somit der Schwerpunkt des Verwaltungsinteresses nach der Seite der Eingeborenenkultur, so muß nicht vergessen werden, daß deutsches Kapital und deutsche Arbeit in gutem Glauben und, abgesehen von gewissen geschäftspatriotischen Entreprisen, in ernstem Streben in der Kolonie seit Jahren gewirkt hat, und daß dies tätige Vertrauen den Schutz und das Wohlwollen der Regierung in schweren Zeiten beanspruchen darf.“ (S. 156.) Das ist das einzige Zugeständnis: weil die Leute teilweise in gutem Glauben und nicht ohne moralische Mitverantwortlichkeit der Regierung den Fehler gemacht haben, daß sie sich in Ostafrika festlegten, darum muß man ihnen helfen, soweit es geht. Dieser Standpunkt übersieht aber gar zu sehr die realen Werte, die in der Möglichkeit enthalten liegen, dauernde Ableger unseres Volkstums in ein zunächst und auf absehbare Zeit politisch mit uns verbundenes Ueberseegebiet einzusenken. Diese Werte sind so groß, daß es sich voll verantworten läßt, selbst erhebliche Opfer dafür zu bringen. Man darf dabei prinzipiell nicht von vornherein den Gesichtspunkt des englischen Geschäftsmanns anwenden, den Rathenau an einer anderen Stelle so gut charakterisiert: Will it pay? Auch diese Erwägung wird freilich am letzten Ende auf ihre Kosten kommen. Rathenau weist selbst darauf hin, daß die Kapkolonie einer mehrhundertjährigen holländischen und englischen Bewirtschaftung bedurft habe, um auf ihren heutigen Stand zu gelangen. Es wird ihm sicher auch nicht unbekannt sein, wie unvergleichlich viel größer im Verhältnis die kommerziellen Werte sind, die sich im Verkehr des Mutterlandes mit einer Siedlungskolonie gegenüber dem mit einer Eingeborenen- und Handelskolonie entwickeln. Australien mit etwas über 4 Millionen weißer Bewohner hat eine Einfuhr, die hinter der Indiens mit einer Viertelmillion Weißer und zivilisierter Mischlinge und 300 Millionen Eingeborener nicht so sehr zurücksteht. Gesezt den Fall, wir haben einmal in Ostafrika 200 000 Weiße und 20 Millionen Schwarze, so ist es noch sehr die Frage, auf welche von beiden Seiten das größere wirtschaftliche Schwergewicht fallen wird. Ein solches Ziel für schwarze und weiße Populationspolitik können wir uns in Ostafrika getrost setzen. Den Nachweis hierfür sollen die weiteren Ausführungen bringen. Einstweilen mögen die Zahlen als gegeben gelten. Wenn nun diese

200 000 Weiße in der Hauptsache Deutsche sind — so bedeutet das eine so wertvolle Verstärkung für die psychische und materielle Festankerung unseres Nationalgefühls jenseits der Meere, daß wir selbst erhebliche Aufwendungen für dieses Ziel nicht scheuen dürfen. Wieviel ist bei uns darüber geklagt worden, daß unsere Auswanderung uns national verloren geht! Wenn wir nun nichts daran ändern können, daß der einstige Deutsche in Amerika Amerikaner wird, so sollten wir doch wenigstens die Gelegenheiten ergreifen, die sich uns bieten, um ein uns zugehöriges überseeisches Deutschtum zu schaffen. Das ist es, worauf es ankommt. Das bloße Schlagwort von der Hinlenkung der deutschen Auswanderung in die deutschen Schutzgebiete trifft nicht den Kern der Sache. Darum ist auch der Einwand Rathenaus gegen die Auswanderungstheorie in diesem Sinne kein Einwand gegen das, was wir verlangen. Er schreibt: „Unsere heimische Bevölkerung ist ein Schatz, den nur schwere wirtschaftliche Krisen verringern können und dürfen. Bleibt die gegenwärtige industrielle Evolution nur einigermaßen erhalten, so erhebt sich weit mächtiger die (der Forderung nach Aufnahmegebieten für überschüssige heimische Arbeitskräfte) entgegengesetzte Aufgabe, dem Heimatlande neue Quellen menschlicher Kräfte zuzuführen.“ (S. 146.) Das wird zurzeit niemand bestreiten, aber ebenso unbestreitbar ist, daß unsere Kolonien dadurch, daß sie vorhanden sind und daß sie durch die Ereignisse der letzten Jahre etwas populärer geworden sind, in steigendem Maße eine Anziehungskraft auf diejenigen Elemente innerhalb unseres Volkstums ausüben, die nun einmal in die Ferne streben. Die Motive für dieses Streben können im einzelnen von der verschiedensten Art sein, als Gesamterscheinung ist es aber in unserem Volke vorhanden und seinem inneren Wesen nach unabhängig von bestimmten ökonomischen Zusammenhängen. Solche beeinflussen es wohl in seinen Äußerungen, aber sie schaffen es nicht. Es ist eine ursprüngliche, natürliche Energieäußerung des deutschen Volkstums, im Gegensatz zu der Enge und spießbürgerlichen Kleinlichkeit, die durch unsere unglückliche politische Geschichte so tiefe Wurzeln in uns geschlagen haben, daß man oft ganz versucht sein könnte, diese zweite Seele für unsere ursprüngliche und natürliche zu halten. Das Entstehen einer national und politisch wirklich deutschen überseeischen Welt, von der die Siedlungsgebiete Ostafrikas ja nur einen Teil bilden werden, muß unter diesem Gesichtspunkt als ein geradezu unschätzbarer Wertfaktor betrachtet werden. Er wird unser Volkstum innerlich mehr bereichern,

als es die kommerziell vielleicht viel gewichtigeren Erfolge deutscher Kaufleute, deutscher Banken, deutscher Industrien in aller fremder Herren Länder zu bewirken vermögen. Nur diejenigen Kolonien, die wir wirklich bis zu einem gewissen Grade kolonisieren können, werden ein Bestandteil des überseeischen, dem Blute nach mit der Heimat zusammengewachsenen Deutschlands werden; die anderen wird man uns immer amputieren können.

Es ist nicht Aufgabe dieser Arbeit, die Frage nach der Besiedlungsfähigkeit der deutschen Kolonien im allgemeinen zu stellen, sondern allein für Ostafrika. Darauf aber muß auch in diesem Zusammenhange hingewiesen werden, daß an sich ein einheitlich geartetes Problem von größerem Umfange vorliegt. Daß Südwestafrika, mit Ausnahme seiner nördlichsten Striche, ein Siedlungsland ist, wissen wir. Von Kamerun ist es für umfangreiche Gebiete im Nordwesten möglich, zum Teil direkt wahrscheinlich, doch liegt noch keine Erprobung vor. Die besiedlungsfähigen Teile Ostafrikas repräsentieren zusammengenommen als Ansiedlungsland, räumlich zwar eine geringere, dem wirtschaftlichen Nutzwert nach aber mindestens die gleiche Größe wie Südwestafrika. Von weitergehenden Möglichkeiten, die in der Richtung gesundheitlicher Melioration innerhalb der Tropen oder politischer Konstellationsänderungen liegen, soll hier nicht gesprochen werden. Man wird aber auch ohne das einsehen, daß es sich hier, im ganzen betrachtet, doch bereits um Verhältnisse von beachtlichem Maßstab handelt. Ein Mißverständnis liegt vielleicht noch nahe: daß die „Kolonisierung“ oder „Besiedlung“ innerhalb unserer afrikanischen Besitzungen auf dem Wege einer raschen Masseneinwanderung in Staatsregie erstrebt würde. Nichts könnte irrtümlicher sein als das. Die wirkliche Einwanderung ist in den überseeischen Kolonisationsgebieten der weißen Rasse durchweg eine geringe, meist eine sehr geringe Größe gewesen gegenüber der natürlichen Vermehrung der Ansiedlerbevölkerung, sobald das kolonisierte Anfangsstadium überwunden war. Wir haben überall zuerst dasselbe Bild: große, oft gewaltige Einzugsareale, eine kleine Anzahl Pioniere, sehr schwierige Anfangsverhältnisse, die ersten Erfolge und die Chancen des wirtschaftlichen Gedeihens umgekehrt proportional dem Verhältnis der Kolonistenzahl zu dem verfügbaren Raume, und andere wirtschaftliche Erscheinungen dieser Art. Südafrika hat Jahrhunderte, Australien hat Generationen gebraucht, um dieses Vorstadium der Besiedlung zu überwinden. Lügen die Verhältnisse auf der Erde heute noch so wie vor hundert Jahren, dann

würde die Besiedlung Ost- oder Südwestafrikas für uns eine sehr langfristige Sache werden. Vollziehen würde sie sich freilich auch dann. Der grundlegende Unterschied zwischen heute und damals wird aber erstens durch das mächtige Erschließungsmittel der Eisenbahn, zweitens durch die Beschleunigung des Seeverkehrs und drittens durch die quantitativ und qualitativ veränderte Beschaffenheit von Welthandel und Weltmarkt bedingt. Ein wenig gefanntes aber gewichtiges Beispiel für die natürliche Vermehrungsfähigkeit einer überseeischen Kolonistenbevölkerung bieten die deutschen Auswanderer in Südbrazilien dar. Hier läßt sich einigermaßen feststellen, wieviel Deutsche bis zu dem plötzlichen Abbrechen der Auswanderung nach Brazilien infolge des v. d. Heydt'schen Reskripts dort hingelangt sind. Ich kann die Zahl hier in Afrika nicht genau feststellen, aber wenn ich mich recht erinnere, so liegt sie nicht oberhalb der Grenze des zweiten Zehntausends. Die Bewegung begann in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Heute, also nach rund drei Generationen, leben in den brasilianischen Sübprovinzen nach der geringsten Annahme rund dreihunderttausend Deutsche, ohne daß ein in Betracht kommender Zuwachs durch Absorption romanischer oder gar eingeborener Elemente aus dem Lande stattgefunden hätte. Der Kinderreichtum der weißen Rasse im buri'schen Südwestafrika ist sprichwörtlich; daß unsere deutschen Farmer in Südwestafrika auf dem besten Wege sind, es den Buren gleichzutun, kann ich aus eigener Kenntnis bezeugen. Für den Kolonisten sind innerhalb eines längeren Stadiums, das jede extensive Ansiedlungswirtschaft durchlaufen muß, Kinder ein sehr wertvoller Vermögenszuwachs, sobald sie ein Alter erreicht haben, das ihre Mitbeteiligung in der Wirtschaft gestattet.

Rathenau bestimmt das kolonifatorische Ziel als solches dahin, „daß ein kolonialer Idealzustand, bei dem das Land unter Entfaltung aller seiner Kräfte in sich zur Blüte gelangt, alle Einzelwünsche des Mutterlandes nach Zeit und Bedarf befriedigen wird, gleichviel ob es sich um Einfuhr und Ausfuhr, um Einwanderung und Ansiedlung, um Verwaltungskosten und Ruhegehälter, um politischen und merkantilen Einfluß handelt. Der Zustand der Blüte aber müßte so definiert werden, daß eine dem Flächenraum entsprechende Einwohnerzahl unter Aufbietung aller wirtschaftlichen Kräfte und unter Befriedigung aller verständigen Bedürfnisse die gegebenen Naturkräfte und Produkte in Werte umsetzt, daß diese Werte ohne transportliche Reibungsverluste und konkurrenzfähig den



Weltmarkt erreichen, und daß die weitere Entwicklung adäquat den Errungenschaften der Technik in friedlichen Bahnen vorschreitet." (S. 147.) Diese Definition kann vollkommen akzeptiert werden, wenn sie durch folgenden Satz, der mit keinem ihrer Postulate und Prämissen in Widerspruch steht, eine Ergänzung erfährt: „Die kolonialisatorische Arbeit und das kolonialisatorische Endziel sind dabei im ganzen und im einzelnen maßgeblich bedingt durch die Rücksichtnahme auf das höchste nationale Ziel, dem sie gleich jeder anderen nationalen Arbeit zu dienen haben: Vermehrung der ideellen und materiellen Kraftfülle und Lebensbetätigung der Nation.“

Niemand wird sich darüber täuschen können, daß durch die konsequente Anwendung dieser letzten kolonialpolitischen Norm in unserem Falle Schwierigkeiten, Konflikte und Verantwortungen geschaffen werden, die großenteils vermeidbar erscheinen, wenn man die Definition des kolonialen Endzwecks ausdrücklich innerhalb der Grenzen eines kommerziell orientierten Gedankenganges hält. Die erste und keineswegs unbeachtliche Schwierigkeit ist die, daß man sich leicht zu materiellen Aufwendungen, Kapitalsanlagen aus öffentlichen Mitteln usw. genötigt sehen wird, gegen die vom rein kommerziellen Standpunkt der Einwand der Unwirtschaftlichkeit erhoben werden kann. Dieser Einwand wird aber in der Regel nicht nur im Falle der evidenten Ertragslosigkeit einer Aufwendung gemacht werden, sondern häufig auch dann, wenn es sich um Maßnahmen handelt, deren schließlich materieller Effekt entweder sehr langfristiger Art ist, oder bei denen die geschäftliche Kalkulationsmethode von Natur schwer anwendbar erscheint. Unter dem rein kommerziellen Entwicklungsprinzip werden sich solche Maßnahmen wahrscheinlich überhaupt vermeiden lassen; bei Mitheranziehung des nationalen Prinzips in dem oben von uns bestimmten Sinne sicher nicht.

In noch höherer Art verantwortlich werden aber diejenigen Entscheidungen sein, bei denen es sich um einen Konflikt zwischen unserem so verstandenen nationalen Interesse und den Interessen der Eingeborenen handelt. Derartige Fälle werden sich, von besonders zu erledigenden Einzelsachen abgesehen, dann schwerer ereignen, wenn man entweder sagt: Das kommerzielle Erschließungsprinzip im Sinne der reinen geschäftlichen Kalkulationsmethode ist ohne Rücksicht auf konkurrierende Postulate anderer Herkunft für sich maßgebend, oder: das nationaldeutsche Interesse findet an sich eine moralische Schranke an der ideellen Gleichberechtigung der Eingeboreneninteressen, oder:

Ostafrika kommt aus physikalisch-klimatischen Gründen für eine umfassendere deutsche Ansiedlung nicht in Betracht. Das erste hat Rathenau nirgends in seinem Essay gesagt; von dem zweiten hat er ungefähr das Gegenteil gesagt, und für das dritte wäre ihm, falls er es behaupten wollte, die Beweisführung unmöglich, der Gegenbeweis von unserer Seite aber nicht schwer zu führen.

Besprechen wir zunächst Usambara. Der Name Usambara bezeichnet ein inselförmiges Hochlandsgebiet von mäßigem Umfang in der Nordostecke von Ostafrika, im Winkel zwischen der Küste und der Grenze des englischen Gebiets gelegen. Man unterscheidet das kleinere, küstennähere Ostusambara und das größere, binnenwärts gelegene Westusambara. Zwischen beiden schneidet das von Norden nach Süden gehende Tal des Luengeraflusses so tief ein, daß genau genommen von einer Doppelinsel gesprochen werden müßte, die sich mit hohem Steilabfall aus dem sie rings umgebenden Tieflande des ostafrikanischen Küstenstrichs erhebt. Faßt man Ost- und Westusambara als Einheit auf, so handelt es sich um ein Bergland von etwa 2500 Quadratkilometern Umfang, also ungefähr von der Größe des Harzes, mit dem Usambara auch in seiner äußeren Umrißlinie etwas Ähnlichkeit hat. Ostusambara erhebt sich, von einzelnen höheren Gipfeln abgesehen, 800—1100 Meter, Westusambara 1200 bis 1800 Meter hoch. Charakteristisch für beide Teile, namentlich aber Ostusambara, ist die außerordentliche Zersurchung der Oberflächenformen. Nur selten findet sich halbwegs ebenes Terrain in Ausdehnung von mehr als einigen Hektaren. Alles ist eine ununterbrochene Folge von Höhenrücken, Kuppen, Abhängen, Tälern und Schluchten, das Gelände ist meistens steil geböscht, von mächtig entwickelter Urwaldvegetation bedeckt und sehr wasserreich. Der Boden ist überwiegend Laterit auf Gneisgrundlage. Westusambara bietet in seinen höchsten Teilen mehrfach etwas größere plateauartige Verebnungen und breitere Talmulden dar. Es ist auch stärker bewohnt und der Urwald ist zum großen Teil gerodet und durch Eingeborenenkulturen oder, wo diese wieder verödet sind, durch einen niedrigen, aber struppigen und schwer durchbringlichen Buschwald ersetzt. Die höchsten Teile von Westusambara tragen nicht mehr tropischen Laubwald, sondern subtropische Cedern- und Podocarpusbestände, sind auch bedeutend ärmer an Wasser.

Als Ostafrika deutscher Besitz wurde, war Usambara bewohnt von dem Negerstamm der Waschamba. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts, als die deutschen Missionare Krappf und Reimann als d.

ersten Europäer in diesen Teil Ostafrikas eindringen, wobei sie Usambara und die Schneeberge am Äquator entdeckten, hatten sie den Eindruck einer kräftigen und stark bevölkerten eingeborenen Herrschaft, deren Oberhäuptlinge in Bugiri westlich über dem Luengertal saßen. Darnach aber trat eine Zeit der Bedrängnis durch die Massais ein. Die älteren Leute in Usambara wissen noch zu erzählen, daß viele Strecken, auf denen heute sichtlich junger Wald steht, in ihrer Jugend noch bebaut und bewohnt waren. Die Massais aber kamen beständig aus der Steppe, erstiegen nachts den Abfall des Hochlandes und brachen dann mit Tagesgrauen in die Dörfer ein, um zu plündern und zu morden. Auf diese Weise verödete namentlich Ostusambara zum großen Teil. Noch heutigen Tages ist es äußerst schwach bevölkert, und dieser Umstand ist mit ein Hauptgrund für die Unmöglichkeit, den Arbeiterbedarf der Plantagen an Ort und Stelle zu decken. In Westusambara gelang es den Waschamba etwas besser, sich der Massais zu erwehren; sie bauten sich in starken natürlichen Schutzlagen fest verpalisadierte Dörfer und verteidigten sich so gut sie konnten. Trotzdem litten sie auch hier stark unter den Raubzügen aus der Steppe.

Der erste Europäer, der Usambara nach der Erklärung der deutschen Schutzherrschaft wieder näher besuchte und beschrieb, war zu Anfang der neunziger Jahre der österreichische Konsul in Sansibar, Baumann. Seine Schilderungen im Verein mit der relativ leichten Erreichbarkeit der Landschaft von der Küste aus hatten dann die ersten deutschen Versuche zur Folge. Auch das Hügelland zwischen Usambara und dem Hafen Tanga, das Vondeiland, wurde mit in diese einbezogen. Heute sind das Küstenvorland und Ostusambara (der Bezirk Tanga und ein Teil des Bezirks Pangani) bis auf die Eingeborenen- und Waldreservate so gut wie vollständig vergeben; nur in Westusambara ist noch einiger freier Raum für europäische Unternehmungen vorhanden. Uebrigens sind auch große Stücke von Ostusambara zwar in festen Händen, aber sie werden nicht produktiv bebaut, sondern gehören Gesellschaften, die entweder gar nichts oder nur kleine Parzellen von dem Lande, das sie besitzen, auch ausnutzen, während das übrige anscheinend zu spekulativen Zwecken daliegt. Die drei Verwaltungsbezirke, die das Plantagen- und Ansiedlungsgebiet von Usambara und dem südlich daran grenzenden Gelände umfassen, sind Tanga, Pangani und Wilhelmstal; für sie bürgert sich neuerdings die zusammenfassende Bezeichnung „Tanganital“ ein.

Ursprünglich, während der 90er Jahre, dachte man seitens der Pflanzler ausschließlich an die alten, sozusagen klassischen Kolonialkulturen, vor allen Dingen Tabak und Kaffee, während der Kakaobau an der Westküste, in Kamerun, für zukunftsverheißend galt. Es war dies die Zeit, wo in Deutschland an allen kolonialfreundlichen Stellen die Parole galt, daß man in unseren Kolonien, nun wo wir glücklich echte Tropengebiete in Besitz hätten, vor allen Dingen mit dem Anbau der Kolonialprodukte im engeren Sinne, der von dem heimischen Massenkonsum verlangten tropischen Genuß- und Nahrungsmittel, vorgehen müsse, um Deutschland in dieser Beziehung von den fremden Produktionsländern unabhängig zu machen. Darin steckte aber erstens ein prinzipieller Fehler des Urteils, und zweitens wurden bei den ersten Versuchen zur Ausführung der gefaßten Pläne zuweilen sehr starke Fehler gemacht — Fehler sachlicher und persönlicher Art. Bei unserer vollkommenen praktischen Unbekanntschaft mit kolonialen Wirtschaftsmethoden konnte auch nicht viel anderes erwartet werden. Das Schlimme ist nur, daß solche Fehler immer viel Geld kosten und daß die anfangs erlittenen Verluste die Pflanzungen, auch wenn sie später besser gedeihen, noch auf lange hinaus belasten. Die Versuche mit Tabak erwiesen sich, man möchte fast sagen glücklicherweise, schon nach kurzer Zeit als aussichtslos, und als die Standardkultur für Usambara wurde nun Kaffee proklamiert. Gesellschaften und Private pflanzten Kaffee, und bevor noch die hier und da angestellten, meist als günstig betrachteten Bodenanalysen eine Erprobung durch praktische Versuche von einiger Ausdehnung erfahren hatten, waren bedeutende Summen in Kaffeeplantagen investiert. Dabei ist in mehr als einer Richtung übereilt vorgegangen worden. Ostusambara war damals ein fast unbesohntes, wegeloses, mit undurchsichtigem tropischen Hochwald bedecktes Land, in dem noch gar keine Erfahrungen mit dem Anbau diffiziler fremder Kulturpflanzen gemacht worden waren. Schon allein die Auswahl des Rodungslandes für die Pflanzung in dem total unbekannten und unübersichtlichen Gelände war eine höchst verantwortliche Sache, die oft von unerfahrenen Leuten kurzerhand nach Gutdünken erledigt wurde. Oft mußten kostspielige Wegeanlagen aus den Bergen in die Ebene hergestellt werden, um überhaupt erst die notwendigen Materialien auf die projektierte Pflanzung bringen zu können, und in der Ebene vermittelten auch bloße Trägerpfade im primitivsten Naturzustande die Verbindung nach den mehrere Tagemärsche entfernten Küstenplätzen Tanga oder Pangani. Bei

allem wären die Ergebnisse doch noch bessere gewesen, als schließlich der Fall war, wenn nicht auf dem Weltmarkt ein starker Sturz der Kaffeepreise stattgefunden hätte. Zu Anfang und bis zur Mitte der 90er Jahre war der Preis für gewöhnlichen Kaffee in Hamburg rund 158 *M.* für den Doppelzentner.\*) 1897 ging der Preis mit einem Male auf 85 *M.* hinunter, um 1903 den tiefsten Stand mit 56,70 *M.* zu erreichen — also den dritten Teil dessen, was zehn Jahre vorher hätte erzielt werden können. Seitdem ist wieder eine kleine Aufwärtsbewegung eingetreten, aber auch diese bedeutet bestenfalls nur ein Schwanken um die Grenze von 80 *M.* für den Doppelzentner.

Sehr treffend faßt Paasche\*\*) das Urteil über die Usambara-Kaffeeplantagen zusammen, wenn er schreibt: „Erst allmählich sah man ein, daß nicht jeder Bergeshang, auf dem die Urwaldbäume zu ungewöhnlicher Höhe emporgewachsen waren, auch für Kaffeeplantagen geeignet sei, und lernte beurteilen, wieviel für das nachhaltige Gedeihen der Plantagen sorgfältige Vorbereitung des Bodens, sachgemäße Aufzucht der Pflänzlinge und rationelle Pflege des heranwachsenden Baumes zur Ergiebigkeit der Plantage beiträgt. Vielfach hatte man ungeeignetes Land gewählt, unnötig den Urwaldbestand gelichtet, Wind und Sonne zu reichlichen Zutritt zu den jungen Pflanzen gewährt, und der Mangel an Arbeitskräften, die richtig zu behandeln nicht jedem Pflanzungsleiter gegeben war, trug nicht selten dazu bei, daß die Felder verunrauteten und die Ernteergebnisse auch nicht entfernt den Erwartungen entsprachen, die man in der Heimat gehegt hatte. Pflanzliche und tierische Feinde, zeitweise Ungunst der klimatischen Verhältnisse durch Ausbleiben des erwarteten Regens, trugen das ihrige dazu bei, einen weiteren Teil der Hoffnungen zu zerstören, und die unerhört tief sinkenden Kaffeepreise des Weltmarktes machten erst recht alle Ertragsberechnungen illusorisch.“ Unmittelbar nach diesem Urteil fügt derselbe Verfasser aber dann doch hinzu: „Trotz alledem wird man nach einem Besuch der jetzigen Kaffeeplantagen zu dem Schluß berechtigt sein, daß man ungeachtet aller Hindernisse und Schwierigkeiten doch verhältnismäßig Gutes geschaffen hat, das, richtig und unter Vermeidung der früheren Fehler weitergeführt, bei leidlich günstiger Marktkonjunktur sehr wohl eine wenn auch mäßige Rente

\*) Durchschnitt der Jahre 1890—1896.

\*\*) Hermann Paasche, *Deutsch-Ostafrika*, wirtschaftlich dargestellt, Berlin 1906, S. 325.

dem aufgewendeten Kapital bringen kann.“ Dieser Meinung würde ich auch meinerseits mit der — von Baasche an einer anderen Stelle selbst gemachten — Einschränkung beistimmen, daß einige Kaffeepflanzungen doch vollständig und andere zum Teil aufgegeben werden müssen, weil die speziellen Verhältnisse hier zu ungünstige sind.

Indes: dieses ganze Urteil hat wie das Gebiet, auf dem es sich bewegt, nur eine indirekte Beziehung zu dem Thema, das uns eigentlich vorschwebt, zur Besiedlungsfrage. Der Kaffeebau in Usambara wird überwiegend als Plantagenkultur im Sinne kapitalistischer Unternehmungen betrieben, die ihren Besitzern oder Teilhabern eine entweder schon jetzt oder später einmal in der Heimat, nicht in Afrika, zu verbrauchende Rente bringen sollen. Es gibt zwar auch einzelne Kaffeepflanzler, bei denen nach ihren eigenen Äußerungen oder nach Lage der Dinge anzunehmen ist, daß sie sich als Ansiedler betrachten, die dauernd im Lande bleiben wollen. Solche Leute sind es, die uns hier vorzugsweise interessieren, nicht so sehr die Gesellschaften und Großunternehmungen, die zwar umfangreiche Ländereien besitzen, deren Land aber bei der bestehenden Betriebsweise für Siedelungszwecke und für das deutsche Afrika, an das wir denken, weniger in Betracht kommt. Damit soll gar nicht gesagt sein, daß solche Unternehmen in nationalem Sinne für die Kolonien wertlos seien. Das sind sie durchaus nicht, und ganz besonders nicht auf solchem Boden, der aus klimatischen Gründen keine dauernde, familienhafte Sesshaftmachung deutscher Ansiedler gestattet. Wo das aber der Fall ist, da müssen wir unserem Prinzip entsprechend allerdings eine verschiedene Betrachtungsweise eintreten lassen. Für diejenigen Betriebe, deren faktische Besitzer entweder ganz in Deutschland leben oder nur solange in Afrika bleiben wollen, bis sie sich die erwünschte Rente gesichert haben, gilt auch uns jener Rathenausche Standpunkt als maßgeblich: das deutsche Kapital und die deutsche Arbeit, die in gutem Glauben und in ernstem Streben in der Kolonie seit Jahren gewirkt haben, dürfen, zumal die Regierung sie früher selbst zu einer derartigen Betätigung aufgefordert hat, in schwierigen Zeiten zwar auch fernerhin Schutz und Wohlwollen beanspruchen, aber sie haben keinen Anspruch darauf, daß ihre Tätigkeit grundsätzlich unter anderen als kommerziellen Gesichtspunkten gewertet wird. Dagegen erheben wir einen solchen Anspruch für die wirklichen Ansiedler, ohne Rücksicht darauf, ob es sogenannte Klein- oder Großsiedler sind. Das einzige Kriterium ist das, ob sie zu dauernder oder zu vorübergehender Betätigung

nach der Kolonie gekommen sind und Land in ihr erwerben wollen oder erworben haben. Je nachdem, welche Art von Bewirtschaftung erstrebt wird, gewinnen einige wichtige Fragen ein recht verschiedenes Gesicht, so z. B. die Erwerbsbedingungen für Kronland, die Arbeiterfrage, die Frage der staatlichen Ansiedlungsbeihilfen, die Ertragsfähigkeit verschiedener Kulturen, und manches andere, wovon noch später zu reden sein wird.

Das kleine Ostufambara, das übrigens auch einige Ansiedlungen besitzt, die auf dauernden Verbleib des Besitzers in Afrika abzielen, ist, wie bereits bemerkt, so gut wie vergeblich: überwiegend an gesellschaftliche und einzelbesitzliche Großbetriebe. Außerdem liegt hier das landwirtschaftlich-biologische Regierungsinstitut Umani, dessen weiterer Ausbau beiläufig nur sehr empfohlen werden kann. Gesundheitlich genügt Ostufambara in seinen höheren Teilen allen notwendigen Anforderungen, aber auch die etwas tieferen Partien stehen, wenn sie gleich nicht vollkommen malariefrei sind, doch erheblich besser da, als das Tiefland am Fuß des Usambaragebirges, in dem sich auch eine Reihe zum Teil blühender Pflanzungen befinden, das aber durchaus kein Siedlungsland in unserm Sinne ist.

Im weiteren Gang der wirtschaftlichen Entwicklung des Gesamtgebiets von Usambara, abseits von den Enttäuschungen der Kaffeekultur, boten sich den Pflanzern zwei andere Kulturobjekte dar, die größere und sicherere Gewinne versprechen: Sisal und Manihot. Die Sisalpflanze ist eine in Mittelamerika einheimische Agave, deren dickfleischige, nach dreijährigem Wachstum  $1\frac{1}{2}$ —2 Meter lange Blätter eine hanfartige Faser von erheblichem Handelswert liefern. Der Sisal hat den Vorteil, daß er anspruchslos in bezug auf den Boden ist und daß die Pflanzung bei sachgemäßem Betrieb schon vom Ende des dritten Wirtschaftsjahres an in das Stadium des normalen Ertrags eintritt, während beim Kaffeebau in Usambara die Wartezeit eine erheblich längere ist. Die Nachteile sind ein ziemlich großer Arbeiterbedarf und die Notwendigkeit maschineller Anlagen: Feldbahngleise zum Transport der sehr schweren Blätter und größere Entfaserungsapparate. So kleine Sisalpflanzungen anzulegen, daß man sich ohne Gleise und mit Maschinen zum Handbetrieb für wenige tausend Mark begnügen kann, ist nicht rationell. Der Sisal ist also ein Produkt für den Großbetrieb, und außerdem gehört die Kultur mehr in das heiße, regenärmere und nicht besiedlungsfähige Tiefland, als in das eigentliche Usambara. Die Preise für die Tonne Sisal waren zeitweilig bis auf 960 Mark gestiegen, was

eine glänzende Verzinsung des Kapitals gewährleistete, aber diese Höhe war nur von kurzer Dauer. Gegenwärtig bewegen sie sich um 500 Mark für die Tonne, nachdem sie vorübergehend bis nahezu 400 Mark gefallen waren. Dieser letztere Preis wird im Tangabezirk zurzeit als die Grenze angesehen, unterhalb welcher die Kultur keinen hinreichenden Gewinn mehr bringen könne. Es ist auch Ueberproduktion befürchtet worden, aber es heißt, daß Sisal noch zu lohnenden Preisen als Rohstoff für Papierfabrikation geliefert werden kann. Wenn das der Fall ist, so erscheint natürlich die Sorge um Ueberproduktion gegenstandslos. Dem Werte nach beläuft sich die Jahresproduktion an Kaffee und Sisal zur Zeit auf rund  $1\frac{1}{2}$  und  $1\frac{1}{2}$  Millionen Mark. Da die Sisalpflanzungen aber in starker Ausdehnung begriffen sind und Jahr für Jahr neue Anlagen produktionsreif werden, so wird die Menge des exportierten Sisals in den nächsten Jahren wohl noch erheblich zunehmen, während das für Usambara vom Kaffee weniger zu erwarten steht.

Am intensivsten haben sich die Pflanzler nicht nur in Usambara und dem Usambara-Vorlande, sondern auch in vielen anderen Gegenden von Ostafrika auf den Anbau des Manihotkautschuks geworfen. Der Manihotbaum, der in Brasilien einheimisch ist, liefert einen zweitklassigen Kautschuk, gewährt aber den Vorteil, daß er schon nach drei Jahren, d. h. viel früher als alle anderen Kautschukbäume, zapfbar wird. Bei allgemein starker Nachfrage nach Kautschuk auf dem Weltmarkt und hohem Preisstand ist die Wertdifferenz zwischen Manihot- und Heveakautschuk (*Hevea Brasiliensis* liefert das wertvollste Produkt) auch nicht so sehr groß; bei Rückgang der Konjunktur und fallenden Preisen werden dagegen die zweiten Sorten unverhältnismäßig stärker betroffen, als Primaware. Diese Erfahrung müssen die ostafrikanischen Kautschukpflanzler jetzt machen. Die Preise sind im Zusammenhang mit der amerikanischen Krisis für Manihot so sehr gefallen, daß nach der Meinung der meisten Pflanzler die Kultur in den produktionsfähigen Anlagen jetzt hart an der Grenze der Rentabilität steht. Jedermann hofft, daß der Preisrückgang nur ein vorübergehender sein wird, und wenn die Kautschukpreise von 1906/07 in der Tat wieder erreicht werden sollten, so könnten die Pflanzler beruhigt sein. Der Manihotbaum ist an sich mehr ein Tieflandsgewächs und die größten Bestände sind auch nicht in Usambara, sondern in dem Vorlande gepflanzt, aber er kann auch noch etwas oberhalb der 1000 Metergrenze kultiviert werden, wie neuere Versuche in Ostafrika gezeigt haben, und der Anbau ist,



rationelle Bewirtschaftung und normale Arbeiterverhältnisse vorausgesetzt, im Kleinbetrieb eher noch vorteilhafter, als im Großbetrieb. Die Verhältnisse auf dem Kautschukmarkt gehen aber von einer anderen Seite her wahrscheinlich einer Entwicklung entgegen, die, wenn sie sich verwirklicht, für den ostafrikanischen Kautschukbau eine viel schwerere Krisis bedeuten wird, als ein vorübergehender Preisrückgang. Es handelt sich erstens um die Verbesserung der Methoden zur Wiederaufarbeitung gebrauchten Kautschuks und zweitens um die wachsende Menge erstklassigen Heveakautschuks, der auf Pflanzungen anderer tropischer Länder erzeugt wird.\*) In Ceylon, Indien Birma, Malakka, Sumatra, Java und Samoa waren bis zum Jahre 1908 nach den von dort veröffentlichten Angaben im ganzen ca. 100 000 Hektar mit 50 Millionen Heveabäumen bepflanzt, und es werden immer noch neue Heveapflanzungen angelegt. Diese 50 Millionen Bäume würden im Jahre 1917, nach der normalen Ertragsquote berechnet, zwischen 70 000 und 80 000 Tonnen Kautschuk liefern. Der gegenwärtige Jahresbedarf der Welt an Kautschuk beläuft sich auf etwa 74 000 Tonnen. Im Jahre 1902 betrug er ca. 55 000 Tonnen; er ist also im Jahresdurchschnitt während einer Periode rascher wirtschaftlicher Entwicklung jedesmal um etwas mehr als 3000 Tonnen gestiegen. Dabei will bedacht werden, daß gegenwärtig immer noch bei weitem der größte Teil des verarbeiteten Kautschuks aus den wildwachsenden Beständen Südamerikas und Afrikas her stammt. Wenn wir annehmen, daß in 8 Jahren der Kautschukbedarf der Welt 100 000 Tonnen im Jahr beträgt, so werden hierfür, außer der Gewinnung von wildem Kautschuk (das meiste davon liefern Brasilien und der Kongo), über 70 000 Tonnen aus den südasiatischen und australischen Pflanzungen bereit stehen — ungerechnet deren weitere bis dahin noch zu erwartende flächenmäßige Vergrößerung. Bei diesem Angebot wird man einen zukünftigen dauernden Preisrückgang für wahrscheinlich halten müssen, und wie wir bereits sahen, werden in diesem Falle die zweitklassigen Kulturen, zu denen fast alle ostafrikanischen Kautschukpflanzungen gehören, verhältnismäßig am empfindlichsten getroffen. Am schwersten werden dabei die großen Betriebe mit hohen Generalunkosten, mit einem Stabe von weißen Angestellten in Afrika, Aufsichtsrat, Abschreibungen für

\*) Vgl. für die folgenden Angaben den Aufsatz von D. Sandmann: „Die Gewinnung des Parakautschuks am Amazonas und seine Zukunft“, im Tropenpflanzer 1908, S. 424 ff.



in den Ansiedlungsgebieten finden? Welche Politik soll gegenüber den ansässigen Eingeborenenstämmen innerhalb dieser Landstriche stattfinden? Wie denkt man sich überhaupt die Wirtschaftsmethode der Ansiedler und die Sicherung ihrer Existenz?

Auf alle diese Fragen ist zuerst zu erwidern, daß sie samt und sonders erst zur Beantwortung gestellt werden können, sobald eine bestimmte Vorfrage, die wichtiger ist als sie alle zusammengekommen, in positivem Sinne erledigt ist: nämlich Verkehr und Absatz. Hieran sind Groß- und Kleinbetriebe gleich interessiert. Was diese beiden Arten betrifft, so wird man an sich bestrebt sein müssen, sie in einem gesunden Verhältnis mit einander zu mischen. Ebenfogut ist natürlich denkbar, daß bestimmte Gebiete durch ihre Natur mehr auf das Eine oder das Andere hinweisen. Ohne Absatz kann aber keine Wirtschaft leben, und der Absatz ist von den Verkehrswegen abhängig. Denken wir uns zunächst der Einfachheit halber eine deutsch-ostafrikanische Bauernwirtschaft, also nach dortigen Verhältnissen eine Kleinsiedlung. Die Ansiedler dieser Kategorie werden alle nach dem Prinzip wirtschaften müssen, daß sie erstens ihren eigenen Bedarf an Fleisch, Milch, Butter, Geflügel, Gemüse usw. erzeugen, und daß sie zweitens Vereinnahmen aus dem Verkauf irgendwelcher Produkte haben müssen, um ihre übrigen Bedürfnisse zu befriedigen: Wohnung, Kleidung, wirtschaftliche Meliorationen, Arbeiterlöhne, Geräte, bare Rücklagen, Luxusartikel und so fort. Diese Varmittel können wir uns auf sehr verschiedene Weise beschafft denken. Die Ansiedler können Fleisch und andere Viehzuchtprodukte zum Verkauf stellen, sie können Kartoffeln und Gemüse verkaufen, Milch, Butter, Eier und anderes mehr. Ist für diese Dinge ein ausreichender Markt vorhanden, wenn die Produzenten in Westusambara sitzen? Das erste Erfordernis hierfür ist, daß das Wegenetz weiter ausgebaut wird. Hiervon später mehr. Die zweite Voraussetzung ist die, daß der Produzenten nicht zuviel sind. Eine beschränkte Anzahl wird genügenden Absatz im Gebiet der Usambarabahn bis hinunter nach Tanga finden, eine größere nicht mehr. Wächst die Menge der Ansiedler, so können nicht alle Kohl und Kartoffeln bauen oder Butter machen. Das ist aber auch bei weitem nicht der wirtschaftliche Zweck der Idee. Das Richtige ist vielmehr, daß die Varmittel durch den Anbau subtropischer und halbtropischer Nutzpflanzen im Kleinbetrieb, mit geringen Investierungs- und Gewinnungskosten und dadurch gesicherter Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Plantagen- und eventuell auch Eingeborenenkulturen, beschafft werden. Solcher

Pflanzen gibt es für Westusambara eine große Menge. Genannt seien zunächst Mais, Kaffee, Tabak, Gerberakazien. Diese Dinge wachsen in Westusambara gut und sind zu lohnendem Preis in beliebiger Menge absetzfähig, sobald sie mit rationellen Kosten an die Bahn hinuntergebracht werden können. Auch andere Produkte kommen in Betracht. So haben z. B. Versuche an verschiedenen Punkten Westusambaras gezeigt, daß der Kampherbaum überraschend gedeiht und daß auch die Chinchona, der Chininbaum, fortkommt. Aber lassen wir diese beiden der Einfachheit halber noch beiseite und vergegenwärtigen wir uns einen Usambara-Bauernhof der Zukunft — hoffentlich einer nicht zu fernen Zukunft. Der würde etwa so aussehen. Der Ansiedler hat, sagen wir 25 Hektar Grundbesitz. Darauf steht ein Haus nach Landesart gebaut (in Westusambara gehört für die kalte Zeit auch ein Ofen oder ein Kamin dazu!), stehen Wirtschaftsgebäude, ein Stall, eine Viehkoppel. Das Vieh besteht aus Zugochsen, einigen Milchkühen, Kleinvieh, Schweinen, Geflügel. Die Ochsen dienen zum Pflügen und um die Produkte so nahe an die Eisenbahn heranzubringen, wie die Gefahr der Tsetsefliege es gestattet; ins Tiefland selbst an die Bahn dürfen die Ochsen nicht hinunter. Ein Teil des Landes ist mit Futtermitteln bestellt, ein anderer mit Mais, Kartoffeln, Roggen, Hafer. Ich habe weder in Deutschland noch in Rußland je ein so prachtvolles Roggenfeld gesehen, wie bei einem deutschen Bauern in der Nähe von Wilhelmstal in Westusambara. Neben dem Roggen wuchs auf der einen Seite Hafer, auf der anderen Kaffee. Ich kann mir lebhaft vorstellen, daß jemand, der das liest, zweifelnd den Kopf schüttelt. Ich habe den Hafer, den Roggen und den Kaffee aber nebeneinander gesehen, und sie waren alle drei gut. Auf der andern Seite des Weges wuchsen Gerberakazien. Fünf Hektar Kaffee können im Kleinbetrieb, wo die Familie mithilft und einige schwarze Tagelöhner vorhanden sind, leicht bearbeitet werden. Sie mögen in Westusambara insgesamt 40 Doppelzentner Kaffee bringen. Der Usambarakaffee ist gut, und wenn die Marke eingeführt, der Absatz geregelt ist, mag er an Ort und Stelle 80 Mark für den Doppelzentner werten. Andere fünf Hektar sind mit Gerberakazien bepflanzt (*black wattle*, *acacia decurrens*). In Natal werden die Farmer jetzt wohlhabend an Gerberakazien, und die Rinde in Usambara enthält, wie nachgewiesen, mehr Gerbstoff, als die in Natal. Der Baum wächst 5—6 Jahre, dann wird er gefällt, die Rinde abgeschält, getrocknet und verkauft; das Holz ist Brennholz. Man macht 5—6 Schläge

und pflanzt den abgetriebenen Schlag jedesmal wieder nach. Der Ertrag beläuft sich auf ca. 200 M. vom Hektar; Anlage- und Betriebskosten einer solchen Akazienpflanzung sind höchst gering. Man wird sich hiernach ein Bild von dem Betrieb einer Kleinsiedlung in Westusambara machen können. Solcher Siedlungen können dort einige tausende entstehen, und sie werden alle blühen und gedeihen — sobald ein Wegenetz hergestellt ist, das den Leuten erlaubt, ihre Produkte fortzuschaffen. Einstweilen existiert als Anfang dazu nur die noch nicht ganz fertige, aber im übrigen gut gebaute Straße von Mombo, dem jetzigen Endpunkt der Usambarabahn, nach Wilhelmstal, ca. 1600 Meter hoch in Westusambara gelegen und Sitz der Bezirksverwaltung.

Wo sollen denn die Tausende von Ansiedlerstellen in Westusambara herkommen, werden die Skeptiker fragen. Westusambara ist ungefähr 2000 Quadratkilometer groß. Ein Fünftel davon mag von vornherein als Eingeborenenbedarf gelten, ein weiteres Fünftel als Waldreservat und abermals ein Fünftel als vorläufig wegen zu großer Unebenheit des Geländes noch schwer kultivierbar. Auch hierfür aber werden sich Verwertungsmöglichkeiten finden, z. B. Bepflanzung der Hänge mit Kampher- und Chinchonabäumen. Es bleiben 800 Quadratkilometer übrig, d. h. 80 000 Hektare. Hier von rechnen wir — schematisch — 2000 eigentliche Kleinsiedlerstellen mit zusammen 50000 Hektaren und den Rest auf größere Betriebe verschiedenen Maßstabes. Natürlich will diese ganze Rechnung nicht als ein fertiges Programm verstanden werden, sondern als ein Versuch, die Größenverhältnisse und die Ansiedlungsmethode, an die gedacht wird, in den Umrissen klarzumachen. Es ist durchaus nicht nötig, die einzelnen Landstellen von vornherein auf 25 Hektar zuzuschneiden. 50 Hektar, 100 Hektar können ruhig an einen einzelnen Ansiedler verkauft werden, wenn er über genügende Mittel verfügt, um einen angemessenen Teil davon in Bewirtschaftung zu nehmen. Die Verkleinerung der Stellen wird sich schon von selbst vollziehen, wenn die Kinder heranwachsen und der Hof geteilt wird. Mit Recht wird geltend gemacht, daß gerade die ersten Ansiedler, die das Ganze aus dem Rohen herausbauen müssen, einen gewissen Anspruch auf reichlichere Landzuteilung haben. Ebenso versteht es sich von selbst, daß auch größere Betriebe, nach heimischen Verhältnissen also Rittergüter, zwischen den bäuerlichen Siedlungen im richtigen Verhältnis gemischt, für die wirtschaftliche Entwicklung des Ganzen von Vorteil sein werden. Schon deshalb, weil wir die

entsprechende soziale Schicht in Deutsch-Ostafrika fogut wie in der Heimat gebrauchen, dürfen wir da keine Riegel vorschieben. Alles aber versteht sich unter der einen unbedingten und unausweichlichen Voraussetzung des Straßenbaus. Straßenbau ist die wirksamste, rationellste Methode der Ansiedlungsbeihilfe. Jetzt führt die Usambarabahn am Süd- und Südwestfuß des Hochlandes entlang, aber mit Ausnahme der bereits genannten Straße nach Wilhelmstal ist das ganze Innere des Massivs von Westusambara nur durch Negerpfade zugänglich, die hier und da etwas gebessert, aber nicht fahrbar sind. Die Fahrbarkeit für leichte Ochsenkarren ist aber ein absolutes Erfordernis dafür, daß aus der Besiedlung Westusambaras, sei es in welcher Form auch immer, jemals etwas wird. Die Kosten hierfür muß die Regierung tragen. Für den einzelnen Kolonisten ist es die leichteste Sache von der Welt, sich seine Ochsen zum Ziehen anzulernen und sich eine Karre zu beschaffen. Hat er Ochsen und Karre, so kann er seine Produkte fogut wie ohne Unkosten bis an die Tsetsegrenze befördern; soll er hierfür auf Träger angewiesen sein, so ist die Besiedlung von vornherein ein verfehltes Experiment. Die Tsetsegrenze liegt an verschiedenen Punkten des Abfalls von Usambara zum Tieflande verschieden hoch — wie ich hörte, nimmt man an, daß oberhalb 800 Meter die Tsetse selten ist, unterhalb 500 Meter aber die Regel. Die Gefahr läßt sich überall dadurch sehr verringern, daß in weiterem Umkreise jeglicher Busch niedergeschlagen wird. In buschfreiem Gelände vermag die Tsetse nicht zu existieren. Die Wege müssen also aus dem Inneren des Berglandes an bestimmten Austrittsstellen ins Tiefland zusammenlaufen, und auf den von da zur Bahn weiterführenden Sammellinien muß für die kurze Reststrecke ein geregelter Selbstfahrerdienst für Frachtenbeförderung vorgesehen werden.

Eine Entwicklung, die in der ange deuteten Art verlaufen soll, setzt natürlich ein Ansiedlermaterial von etwas höherer Intelligenz voraus. Bei der Darstellung der Verhältnisse im Kilimandscharogebiet werden wir noch näher von dem Versuch zu reden haben, dort sogenannte Deutschrussen aus den deutschen Kolonien in Süd- und Ostafrika anzusiedeln. Dieser Versuch ist aus dem Grunde fogut wie vollkommen gescheitert, weil die Intelligenz und der geistige Horizont der Leute so eng waren, daß sie sich durchaus nicht den veränderten Voraussetzungen für ihre Kulturen anpassen konnten. Sie wollten am Meruherge durchaus dasselbe pflanzen, genau so wohnen, essen, trinken usw. wie in Rußland, und wo das nicht

ging, warfen sie verzweifelt die Flinte ins Korn. Natürlich gehört eine gewisse Fähigkeit geistigen Sichzurechtfindens dazu, wenn der Mann, der bisher nur mittel- oder nordeuropäische Landwirtschaft gesehen hat, mit einem Male sich klarmachen soll, daß Chinarinde, Kaffee oder Kautschuk für ihn dasselbe sein sollen, wie das fettgemachte Schwein, Raps, Zuckerrüben oder Kleesaat für den Bauern zu Hause. Auch daß Mais wahrscheinlich die wichtigste Getreideart sein wird, mag dem norddeutschen Einwanderer zunächst fremdartig vorkommen.

Es erhebt sich nun die bedeutsame Frage, wieviel Mittel denn zur Begründung einer solchen Besiedlung in Westusambara gehören? Darauf muß prinzipiell erwidert werden, daß es im Grunde solange gegenstandslos ist, in die Behandlung dieses Spezialthemas einzutreten, wie es an der *conditio sine qua non*, den Wegen und Straßen, bis auf einen geringen Anfang fehlt. Es sei noch einmal unmißverständlich betont: der Wegebau muß in planmäßiger Durchführung in jedem Distrikt von Usambara der Ansiedlung vorangehen, sonst ist alles von vornherein verdorben. Den Wegebau aber muß die Regierung leisten, und um zu diesem Entschluß zu gelangen, muß die Regierung vorher von der Nützlichkeit und Notwendigkeit deutscher Ansiedlungen in Ostafrika in dem von uns vertretenen Sinne überzeugt sein. Das ist einstweilen, wie es scheint, nicht der Fall. Wäre es in erkennbarer Weise der Fall, dann würde sich ein großer Teil dieser Ausführungen von selber erübrigen. Ähnlich steht es mit der Behandlung der Arbeiterfrage. Soll eine Ansiedlung wie die geschilderte in Usambara stattfinden, dann müssen auch in der Eingeborenenpolitik zum Teil etwas andere Wege eingeschlagen werden, als es jetzt der Fall ist. Die Verständigung über diese und noch einige andere Schwierigkeiten bleibt aber am besten vorbehalten, bis die Hauptvoraussetzung für nationale Besiedlungspolitik — das Vorhandensein größerer geeigneter Landflächen in Ostafrika — gründlich erwiesen ist. Wir wenden uns daher, bevor wir zu der prinzipiellen Rußanwendung des nationalpolitischen Besiedlungsprinzips auf die ostafrikanische Verwaltung übergehen, zunächst der Besprechung der außer Usambara noch vorhandenen Ansiedlungsgebiete zu. Unter diesen bietet sich uns als erstes der Kilimandscharo dar, und demnächst die östlich davon gelegenen Landschaften.

---

# Flaubert und die Altertumswissenschaft.

Eine Studie.

Von

Friedrich von Oppeln-Bronikowski.

---

Der Dichter, der historische Stoffe gestaltet, kann nach Goethes bekanntem Wort so wenig mit dem Historiker konkurrieren, wie der Ringkämpfer mit dem Faustkämpfer. Er soll den Geist der Zeiten widerspiegeln, aber keine historische Detailforschung treiben; und wer dem Dichter gewollte oder ungewollte Verstöße gegen den gesicherten Stand der Forschung nachweist, hat damit sein Werk noch nicht zu Falle gebracht. In diesem Sinne schreibt auch Gustave Flaubert, der Autor des altkarthagischen Romanes „Salambo“, mit Recht an seinen Kritiker Sainte-Beuve: „Wenn die Farbe nicht einheitlich ist, wenn die Details nicht zusammenstimmen, wenn die Sitten nicht aus der Religion und die Taten nicht aus den Leidenschaften entspringen, wenn die Charaktere nicht folgerichtig sind, wenn die Trachten nicht den Sitten und die Architekturen nicht dem Klima angepaßt sind, so bin ich im Unrecht; sonst nicht.“ Es galt für ihn also nicht nur, einen antiken Stoff zu behandeln, eine gegebene Fabel dichterisch auszuspinnen, sondern vor allem auch, antike Kulturgeschichte zu treiben und die Idee von der bedingenden Macht des Milieus und des Klimas, die in Stendhals Kopf gekeimt war und die gerade damals in den gelehrten Werken seines größten Schülers, Hippolyte Taine, konsequente Anwendung fand, künstlerisch auszuwirken. Flaubert wollte, wie er selbst sagt, „das Verfahren des modernen realistischen Romans auf das Altertum anwenden“, er wollte eine antike „Madame Bovary“ schreiben. Ein solches Werk aber kann füglich nicht aus sich heraus gewertet werden, wie eine moderne Phantasieschöpfung, deren Grundlagen bekannt



sind; vielmehr läßt sich ein objektives literarisches Urteil darüber nur auf Grund seiner Vorlagen gewinnen, zumal kaum ein Roman der Weltliteratur so sehr mit der Prätention mühsam erarbeiteten Wissens auftritt wie „Salambo“, wo sogar gelegentliche gelehrte Exkurse (z. B. über die Ballisten) nicht fehlen. Nicht als Archäologe oder Orientalist, der die Richtigkeit seiner Darstellungen nachprüft, kann und will ich Flauberts Verhältnis zu seinen Quellen beleuchten, sondern nur die rein literarische Frage klären, was überhaupt geschichtliche Vorlage ist, wie diese benutzt wurde, welche poetische Lizenzen sich Flaubert erlaubt und was er aus Eigenem hinzugebichtet hat.

Bekanntlich hatte er kurz nach dem Erscheinen seines berühmten Romans einen harten Strauß zu bestehen mit einem Deutschen, Dr. Froehner, dem Herausgeber einer in Paris erscheinenden „Revue contemporaine“, der ihn in einem langen, gehässigen Artikel der größten Unkenntnis des karthagischen Altertums zieh. In einem ausführlichen offenen Brief, der in der „Opinion nationale“ erschien, schlug Flaubert diese Angriffe Punkt für Punkt ab und wies jenem nicht eben sattelfesten Pseudogelehrten seinerseits grobe Unkenntnis und Leichtfertigkeit nach,\*) mit einer vornehmen Grazie und Ironie, die den vernichtenden Spieß wie spielend gegen den frivolen Gegner umdrehte. Wer keine Lust verspürte, ein zweiter Dr. Froehner zu werden, ließ es sich seitdem an dieser Abfuhr genügen und staunte kritiklos die Fülle gelehrten Wissens und die Schar antiker Gewährsmänner an, die Flaubert zu seiner Verteidigung aufgeboten hat. Andere dagegen, obwohl gleichfalls im Banne dieser Suggestion stehend, lehnten das barbarische Buch mit seinen bis zum Schluß gesteigerten Grausamkeiten a limine ab und verdammten es ebenso kritiklos, wie jene es bewunderten. Und doch liegt die Wahrheit auch hier nicht in den Extremen: das Gemälde, das Flaubert von Karthago entwirft, ist nicht so unantastbar, wie er meinte; und ebenso darf die Verabscheuung des grausamen Zuges in „Salambo“ nicht dazu führen, ihre sonstigen Dualitäten zu negieren.

Flaubert selbst hat allen Angriffen gegenüber eine bequeme Verteidigungsstellung eingenommen. Er hat einerseits erklärt, er

\*) Dieser Briefwechsel, sowie der mildere mit Sainte-Beuve ist den neueren Ausgaben von „Salambo“ angehängt, auch meiner Verdeutschung von „Salambo“, die soeben bei F. C. C. Bruns in Minden erscheint und die mich zu dieser Studie angeregt hat.

habe „nur einen Roman“ geschrieben und auf gelehrte Nachprüfung nicht gerechnet, anderseits aber doch seine archäologischen Kenntnisse, sobald sie bezweifelt wurden, heftig verteidigt. Da er verhängt sich gelegentlich hinter seinen Stoff und dessen historische Daten und wehrt Sainte-Beuves Vorwurf von der „sabbistischen Würze“, die er seinem Buche verliehen habe, mit den Worten ab: „Ich kann doch nichts dafür, daß diese molochoistische, barbarische Welt so ist, wie sie ist. Sollte ich mildern, fälschen, franzöfizieren?“ — Gewiß nicht; er brauchte aber auch nicht das Gegenteil zu tun, wie er es in einem Briefe an Feydau sich vornimmt. „Warum willst du in sanften Tönen schreiben?“ heißt es hier. \*) „Seien wir im Gegenteil wild! Gießen wir Branntwein auf dies zudrige Jahrhundert; ertränken wir den Bourgeois in einem Grog von elftausend Grad, und wenn ihm die Kehle davon brennt, so mag er brüllen. Das ist vielleicht ein Mittel, ihn aufzumöbeln.“ Hier gesteht Flaubert also selbst ein, daß nicht der Stoff, sondern er der Schuldige ist. Und selbst wenn er seinen Stoff nicht übertrumpft hätte, so verriete er sich durch seine Wahl doch. Dieses düstere, wilde, kraftstrotzende Leben unter der glühenden Sonne Afrikas, die alle menschlichen Instinkte zur heftigsten Kraftäußerung, zur nacktesten Ungeschminktheit hervortreibt, reizte den „egotischen“ Romantiker Flaubert zur Gestaltung; und der Nihilist und Selbstquäler Flaubert, der sich in seiner Kunst zeit lebens — und nicht zum mindesten hier — die größten Hindernisse getürmt hat, wählte sich just die blutigste Episode aus Karthagos reicher Ueberlieferung aus, die die Historie als den „unfühnbaren“ Krieg bezeichnet.

Wenn Flaubert anderseits oft erklärt hat, der Stoff wäre ganz belanglos und alles läge an seiner Bewältigung durch die schöne Form, so ist dieser Widerspruch — ebenso wie das Schaukelsystem seiner Selbstverteidigung — leicht erklärbar aus der eigentümlichen Doppelheit seines Charakters, in dem bald das romanische, formenfreudige Element, bald das germanische, das sachliche und inhaltsvolle (Wissenschaftlichkeit und Pyriismus) zur Geltung kommt. So steht seinem bis zur Selbstquälerei gesteigerten Streben nach schöner Form das nach strenger Dokumentierung des Inhalts ebenbürtig zur Seite (wir kennen hunderte von Proben dafür aus Flauberts Briefen und aus dem schönen Aufsatz von Zola); und seine bekannte Boutade,

---

\*) Correspondance III, 214.

eine schöne Phrase Chateaubriands wäre mehr wert als alle exakte Milieuschilderung, kann uns darüber nicht irreführen, daß kaum ein Dichter so langwierige Vorarbeiten und Orientierungsreisen gemacht hat wie Flaubert.

Den Stoff seiner Fabel lieferte ihm lückenlos die römische Geschichte des Polybius, die hier in großen Zügen wiedergegeben sei. Der erste unglückliche Krieg Karthagos gegen Rom ist beendet; der Feldherr Hamilkar hatte seinen Oberbefehl in Sizilien niedergelegt, — jedenfalls um einer Anklage der ihm feindlichen Friedenspartei, die jetzt in Karthago ans Ruder kam, zu entgehen (die Karthager pflegten erfolglose Generale zu kreuzigen); und der Kommandant von Lilybäum, Gisgo, hat die Zurückführung des karthagischen Soldheeres übernommen. Der Rat schuldet den Söldnern, die größtenteils Karthago unterworfenen Libyer, daneben auch Iberer, Kelten, Ligurier und Griechen sind, Sold und Getreide. Trotz Gisgos Warnungen duldet der Rat das Zusammenströmen größerer Söldnermassen in der Stadt: hofft er doch, wenn sie erst alle beisammen sind, sie bestimmen zu können, etwas von den hohen Rückständen abzulassen. Diese kurzfristige Krämerpolitik sollte sich rächen! Noch vor Eintreffen des ganzen Heeres kamen ernste Ausschreitungen vor, und der Rat schickte die Anwesenden, um sie los zu werden, unter Zahlung eines Goldstückes nach Sicca, bis die nötigen Mittel beschafft seien. Er beging die neue Torheit, die Abziehenden zur Mitnahme von Weibern, Kindern und Habe zu zwingen, die jene gern in der Stadt zurückgelassen hätten und die für den Rat wertvolle Geiseln gewesen wären. In Sicca löste sich die schon in Lilybäum stark gelockerte Disziplin vollends auf. Gestützt auf die übermäßigen Versprechungen, die Hamilkar den Söldnern in Sizilien gemacht hatte, um ihre Treue zu befestigen, gaben sie sich den ausschweifendsten Hoffnungen hin; — da erschien der Feldherr Hanno, der Große genannt, der den Libyern ohnedies durch seine drakonische Strenge verhaßt war, und suchte ihnen im Auftrage des Rates sogar den vereinbarten Sold herunterzuhandeln! Jetzt brach der Aufruhr offen aus; die Meuterer rückten vor Karthago und besetzten das nahe Tunis. Der Rat suchte sie nun durch schwächliche Zugeständnisse zu beschwichtigen, die den Söldnern erst die Augen öffneten, was sie sich alles erlauben konnten. Man ertrug ihre unverschämten Zumutungen und sandte den beim Heere beliebten Gisgo zur Auszahlung des Soldes ins Lager. Dies alles hat Flaubert streng nach seiner Vorlage sehr anschaulich geschildert. Auch die

beiden Häupter der Meuterer, Mathos und Spendius, treffen wir bei Polybios. Der letztere ist ein entlaufener kampanischer Sklave, dem Flaubert eine wechselreiche Lebensgeschichte andichtet und den er zu einem verschlagenen Schwächling stempelt, während er bei Polybios als starker, verwegener Mann auftritt. Diese Eigenschaften aber besitzt auch Matho, ein libyscher Häuptling; Flaubert brauchte sie nicht zweimal, und deshalb machte er Spendius zu Mathos Gegensatz und Ergänzung: zu einem schwachen, listenreichen Graeculus, der sein einstiges Kupplergeschäft im Heere auf andere Weise fortsetzt. Beide heßen gegen Karthago aus persönlichen Gründen (Matho bei Polybios nicht aus Liebesraerei, sondern aus Furcht vor Strafe für seine Meuterei); beide werden von den Unzufriedenen zu Anführern erwählt; diese mißhandeln und fesseln Gisgo und seine Begleiter, rauben das noch unausgezahlte Geld und plündern ihr Gepäck. Damit sind alle Bande frommer Scherzerrissen. Ganz Libyen erhebt sich gegen seine Tyrannin Karthago: die blutige Unterdrückung des letzten Aufstandes beim Einfall des Regulus ist noch in aller Gedächtnis. Die Söldner erhalten einen Zuzug von 70 000 Mann; selbst die Frauen opfern unter dem Schwur, nichts verheimlichen zu wollen, allen Schmutz. Gegen Zusage weiterer Bezahlung schließen sich auch die nichtlibyschen Söldner dem Aufstand an. Nur die alten Phönikerstädte Utica und Hippo Diarrhytos bleiben Karthago treu.

Beide Städte werden nun von den Rebellen belagert, Utica jedenfalls von Spendius, Hippo von Mathos, während Karthago sich unter Hannos methodischer Leitung zum Widerstand rüstet. Söldner anwirbt und eine Bürgerwehr aushebt. Mit diesem Heer rückt Hanno zum Entsatz von Utica heran, schlägt die Belagerer mit Hilfe seiner Elefanten, nutzt aber den Sieg nicht aus, sondern begibt sich zu seiner Erholung nach der befreiten Stadt. Die Rebellen überfallen nun sein sorgloses Heer und drängen es von Utica ab; die Gelegenheit, diese Schlappe auszuweken, die sich bei Gorza bietet, verpaßt Hanno mehrfach. Damit verschwindet er für eine Weile aus der Ueberlieferung.

Hannos Mißerfolge bringen in Karthago wieder die Gegenpartei, die sich auf das Heer und den Demos stützt, empor. Ihr Haupt, Hamillar, erscheint nun in Karthago, wo er die Verantwortung über den sizilischen Feldzug vor seinen Feinden nicht mehr zu fürchten hat, und übernimmt den Oberbefehl. Er bringt ein Heer von 10000 Mann auf und es gelingt ihm — dank einer von

Flaubert genau wiedergegebenen Kriegslist — mit seinem Corps über den Bagradas zu setzen und den Feind zu überraschen. Durch einen verstellten Rückzug seiner Avantgarde verlockt er die beiden von verschiedenen Punkten vorrückenden feindlichen Heere zu ungeordnetem Angriff und schlägt sie trotz ihrer großen Ueberzahl völlig. An 6000 Barbaren kommen um; 2000 (bei Flaubert 300) werden gefangen. Utica ist befreit; Hamillkar aber zieht im Lande umher und unterwirft die abgefallenen Ortschaften.

Hier taucht nun zum erstenmal als Führer einer Schar von 2000 Kelten ein Autharitus auf. Er und Spendius erhalten von Mathos den Rat, sich an Hamillkars Fersen zu heften, aber mit Rücksicht auf deren Ueberlegenheit an Elefanten und Reiterei auf den Höhen zu bleiben. Spendius erhält Zuzug von Tunis, Libyen und Numidien, und es gelingt ihm, gerade als diese Hilfstruppen eintreffen, Hamillkar in einen Bergkessel völlig einzuschließen. Matho freilich beteiligt sich — im Gegensatz zu Flaubert, der ihn für seine Liebesintrige brauchte — nicht an diesen Operationen; er belagert nach wie vor Hippo. Die Karthager scheinen verloren; das ganze Land fällt wieder den Söldnern zu — da findet Hamillkar unverhofften Beistand. Ein numidischer Häuptling Narabas tritt mit 2000 Mann zu ihm über und Hamillkar verspricht ihm, um ihn in Treue zu erhalten, die Hand seiner Tochter.

Nun fühlt der karthagische Feldherr sich stark genug, die Schlacht anzunehmen. In der Ebene kommt es zum Kampfe, in dem die Barbaren völlig besiegt werden; 10000 fallen, 4000 werden gefangen. Die Gefangenen stellt Hamillkar theils in sein Heer ein, theils entläßt er sie mit kluger Berechnung in die Heimat. Die Anführer der Rebellen besorgen nun, ihre Leute möchten alle zu Hamillkar überlaufen, und reißen sie deshalb zu einer unsühnbaren Greuelthat fort. Durch zwei falsche, von Spendius abgesandte Boten lenken sie den Haß und Argwohn des Heeres auf Gisgo und die anderen gefangenen Karthager, 700 an der Zahl, die nach grausamen Martern getötet werden. Herolde der Karthager, welche die Auslieferung der Toten fordern, werden unter schrecklichen Drohungen abgewiesen; damit ist das letzte Band der Menschlichkeit zerrissen.

Diese Greuelthat erweckte in Karthago große Bestürzung. Alles schrie nach schleuniger Rache. Hanno wurde dem Hamillkar mit Verstärkungen zugesandt; aber die Parteigegensätze führten zu Zwistigkeiten zwischen den Feldherren, zu denen noch andere Verhängnisse traten: der Verlust der beiden Städte Utica und Hippo

und der Untergang einer Flotte, die Karthago mit Zufuhr versehen sollte. Deshalb diese Städte sich jetzt den Barbaren angeschlossen und die punischen Besatzungen, die seit dem letzten Siege Hamilkar in ihren Mauern waren, töteten, ist nicht ersichtlich; jedenfalls aber waren sie nun bis zum Ausgang des Krieges an die Barbaren gekettet. Diese lagerten sich vor Karthago selbst, fanden aber an den starken, von Flaubert genau beschriebenen Festungswällen einen unbezwinglichen Widerstand.

In seiner Bedrängnis ließ der Rat nun das Heer selbst zwischen den beiden Feldherren wählen, und da die Wahl auf Hamilkar fiel, wurde Hanno zurückgerufen und durch einen Hannibal ersetzt, der mit Hamilkar einmütig zusammenwirkte. Eine Zeit aufreibender Märsche folgte. Während Mathos vor Tunis lagerte, suchten 50000 Mann unter Spendius, Autharit und dem Libher Zargas, der wahrscheinlich Zuzug herbeigeführt hatte (bei Flaubert ist dieser ein wilder Baleare), den Karthagern, die von Naravas wirksam unterstützt wurden, trotz ihrer Minderzahl umsonst beizukommen. Vielmehr gelang es Hamilkar, den Feind in eine von Bergen eingeschlossene Ebene, genannt „die Säge“, zu locken, ihn dort einzuschließen und mit Verschanzungen zu umgeben. Die Belagerten hofften vergebens auf Ersatz von Tunis. Nach langem Harren und Hungern, während dessen sie schließlich Sklaven und Gefangene verzehrten, knüpften sie Unterhandlungen an. Hamilkar bekam durch einen bei Flaubert genau wiedergegebenen Treubruch ihre Führer Spendius, Autharit und Zargas in seine Gewalt. Nun versuchten die verratenen Söldner durchzubrechen; sie wurden, noch reichlich 40000 an Zahl, völlig vernichtet.

Hamilkar und Hannibal unterwarfen jetzt die abermals abgefallenen Landstriche und legten sich dann, der eine nördlich, der andere südlich vor Tunis, um dieses zu erobern. Hannibal ließ im Angesicht der Stadt den Spendius und dessen Mitgefangene kreuzigen, um den Mut der Belagerten zu brechen, erreichte damit aber nur das Gegenteil. Mathos, durch die Sorglosigkeit im feindlichen Lager gereizt, machte einen Ausfall, trieb die Karthager in die Flucht, nahm den Hannibal und dreißig Ratsherren, die bei ihm weilten, gefangen und tötete sie. Hamilkar, durch den See von Tunis von diesem Heeresteil getrennt, kam zu spät, um Hilfe zu bringen, und mußte die Belagerung aufgeben.

Dieser Rückschlag so nahe am Ziel war sehr empfindlich. Der Parteihader flammte anscheinend wieder auf, und der Rat sah sich

schließlich genötigt, die beiden Parteien zu versöhnen, indem er den Hanno wieder als Feldherrn einsetzte. Dreißig Ratsherren begaben sich mit diesem ins Feldlager und brachten zwischen beiden Heerführern eine Einigung zustande; in der Folge wirkten sie ebenso einträchtig wie erfolgreich zur endgültigen Niederwerfung des Feindes zusammen. Mathos, durch Märsche und kleine Scharmügel müde gemacht, bot schließlich die offene Entscheidungsschlacht an, und die Karthager gingen hierauf ein. Die Aufständischen wurden völlig vernichtet; ein Rest, darunter Mathos, warf sich in eine ungenannte Stadt, in der er sich bald ergeben mußte. Mathos wurde später im Triumph in Karthago aufgeführt und unter Martern getötet.

Ein Vergleich mit dem Hergang des Romans zeigt, daß Flaubert die historischen Vorgänge mit großer Treue reproduziert hat, soweit sie ihm künstlerisch brauchbar schienen. Er hält sich — wie schon angedeutet — sogar oft so streng an die pragmatische Darstellung der Polybios, daß er darüber eine glaubhafte psychologische Motivierung der einzelnen Handlungen vergißt, (z. B. bei dem schon erwähnten Uebergang der Marr'habas zu Hamillar), gerade in dem Augenblick, wo dieser verloren scheint. So wird seine Darstellung manchmal trocken wie ein Geschichtsbuch, manchmal aber auch sprunghaft und unvermittelt wie ein Abenteuerroman, und dies im Fortgang des Buches in immer stärkerem Maße, während die Persönlichkeiten fast ganz zurücktreten. Bei einem historischen Bericht, der nur das wirklich feststehende Tatsachenmaterial liefern kann, ist dies kein Fehler; von einem Roman verlangt man überzeugende Motivierung und lückenlose Handlung. Insofern hat also der gewissenhafte Anschluß an die Vorlage Flaubert ästhetisch geschadet: der Künstler ist bisweilen im Pragmatischen stecken geblieben.

Wo sich hingegen Korrekturen der Geschichte — *licentia poetica* — finden, sind sie meist von künstlerischen Notwendigkeiten diktiert. So ändert Flaubert, wie gesagt, den Charakter des Spendius, um ihn gegen Mathos zu kontrastieren. So setzt er Marr'habas von vornherein in Familienbeziehungen zu Hamillar, indem er eine allgemeine Andeutung des Polybios geschickt spezialisiert. So unterdrückt er die Episode von der Uebernahme des Kommandos durch Hannibal, „die den Leser nur verwirren würde“, und läßt Hanno den Großen an seiner Statt sterben, und zwar ihn wie die dreißig

Katzenherren auf dieselbe Weise wie den Spenbius und seine Mitgefangenen, am Kreuz, während Polybius ganz allgemein von ihrem Tode spricht. In dem Parallelismus der Todesart aber liegt eine „poetische Gerechtigkeit“, die man bei aller Grausamkeit gutheißen kann.\*) Endlich verkürzt Flaubert den Schluß des Krieges, indem er Matho als alleinigen Ueberlebenden in der Feldschlacht gefangen werden läßt, und zwar durch Marr' Havas, — den Liebhaber durch den Bräutigam Salambos.

Zu diesen Geschichtskorrekturen, die den Zweck künstlerischer Abrundung verfolgen, treten andere, die zur Aufhöhung dienen sollen. So werden dreihundert Balcaren von den Karthagern hinterlistig ermordet, um von Anfang an die Erbitterung zu steigern. Als Gegenraße werden dann die Gefährten des Gisgo von den Barbaren heimtückisch erdrosselt. Später werden den karthagischen Gefangenen die Beine zerschmettert, damit sie nicht entfliehen können, und Hannos Härte wird an blutigen Beispielen illustriert. Ebenso schließen die Barbaren Karthago nicht nur ein, sondern sie belagern es erbittert; und als sie im Engpaß „der Säge“ (oder „des Beils“) eingeschlossen sind, arten sie zu einer regelrechten Menschenfresserbande aus. Ebenso enden bei Flaubert die letzten griechischen Syntagmen durch einen abscheulichen brudermörderischen Gladiatorenkampf; und vollends in dem letzten grausamen Kapitel erfahren wir nicht nur haarklein alle Martern, die Matho am Hochzeitstage seiner Geliebten erduldet, sondern auch noch diverse Vorschläge, wie er hätte gemartert werden können . . . Man sieht, Sainte-Beuve hat mit seinem Vorwurf sadistischer Phantasie nicht so unrecht. Noch Stendhal, obwohl er die Bluttaten des Cinquecento mit Genugthuung ansieht, sagt angesichts der Scheußlichkeiten des Marschalls de Rais, eine solche Darstellung hätte noch kein Schriftsteller gewagt . . . Er vergißt dabei freilich de Sade; aber er meinte wohl nur Schriftsteller, die nicht als Sadisten, sondern als Literaten genommen werden wollen, und da hat er freilich recht. Erst Flaubert

\*) Flaubert sagt in seinem Briefe an Sainte-Beuve: „Hanno wurde allerdings durch die Söldner gekreuzigt, aber in Sardinien.“ Er verwechselt hier Hanno den Großen mit einem andern, sonst nicht genannten Hanno, der freilich von den ausländischen Söldnern in Sardinien gekreuzigt wurde. Aber, sagt Otto Meißner in seiner „Geschichte Karthagos“ (II, 380), „Die Stelle, an der Polybius die Erwähnung dieser Ereignisse einfügt, und die Formel, deren er sich gewohntermaßen dabei bedient, weisen darauf hin, daß dieser Zustand in Sardinien bereits eingetreten war, als die zuletzt erwähnten Vorgänge in Libyen“ (die Schlacht nach dem Uebertritt des Marr'Havas zu Hamilkar) eintraten.“



wagte die Schilderung solcher Greuel mit den Ambitionen eines großen Schriftstellers zu vereinen, wie sein Freund und Leidensgenosse Baudelaire, der gleich ihm wegen literarischen Verstoßes gegen die guten Sitten angeklagt wurde, und der fränkhafter Passionen zum ersten Male lyrisch besungen hat. Eine Generation später hat dann F. R. Fuhsmanns — bei gleichen ästhetischen Präntensionen — in seinen Romanen „A Rebours“ und „Là-Bas“ die Perverstäten beider mit einander vereint und damit der Dekadenz erst die Krone aufgesetzt.

Neben diesen meist grausamen Aufhöhungen, die den „Bourgeois“ aufmöbeln oder zum Wutgebrüll reizen sollten, wie Flaubert sich launig ausdrückt, finden wir allerhand Entlehnungen aus andern Phasen der karthagischen oder überhaupt der antiken Geschichte, welche die Handlung beleben oder bereichern sollen, und die den Dichter als außerordentlich belesen und findig erscheinen lassen. So die — freilich wiederum grausame — Episode der gekreuzigten Löwen, die Polybius an der Seite des jüngeren Scipio — also viel später — mit eignen Augen gesehen hat, oder der Brand der libyschen Lagerhütten, den Flaubert gleichfalls aus dem letzten Verzweiflungskampf Karthago gegen Rom übernommen hat. Dasselbe Vorkommnis, für den siegreichen Reichsfeind gleich verhängnisvoll wie in Flauberts Roman, lieferte ihm auch die Invasion des Agathokles. Aus diesem Kriege stammt schließlich auch das große Molochopfer mit allem, was ihm vorangeht: als Agathokles im Jahre 310 die Karthager vor Tunis geschlagen hatte, erwachten bei ihnen — nach Diodors Bericht — religiöse Neugefühle; sie hielten diese Niederlage für die Folge der Vernachlässigung ihres geistigen Oberherrn, des tyrischen „Herfules“ (d. h. Melqart), dem man seinen jährlichen Tribut nicht gesandt hatte. Dies wurde nun eilends nachgeholt und zugleich opferte das verängstigte Karthago dem heimischen „Kronos“ (d. h. Baal-Moloch) 200 Kinder aus den vornehmsten Häusern; und da es bei früheren Opfern vorgekommen war, daß vornehme Bürger gekaufte Kinder an Stelle der eignen untergeschoben hatten — worin man ebenfalls einen Grund für den Zorn Baals sah —, so opferten sich freiwillig noch 300 Jünglinge, die im Verdacht standen, zu diesen Freigekauften zu gehören. — So erfolgt auch bei Flaubert die Tributsendung an den tyrischen Melqart, so beschließt der Rat die Opferung von 300 Kindern der Vornehmen; so rettet Hamillkar seinen einzigen Sohn Hannibal, seinen Trost und seine Hoffnung, vor dem Feuertod: seinen zwei

jüngeren Söhnen hat Flaubert, anscheinend zur Steigerung der Gefahr, das Lebenslicht ausgeblasen. Schließlich entnahm er die Abschneidung der Wasserleitung aus dem Vandalenkrieg des Belisar (die führte damals tatsächlich zur Uebergabe der Stadt) und die Unbrauchbarmachung der großen Angriffsmaschine des Demetrios Poliorketes aus dessen Belagerung von Rhodos.

Andere Entlehnungen dienen nicht sowohl zur Ausschmückung der historischen Fabel, als vielmehr zur Gestaltung der Liebesintrige, die Flaubert in seinen Roman eingeflochten hat; so, um auf die Wasserleitung zurückzukommen, das Eindringen des Matho und Spenbuis in Karthago durch die Rinne des Aquädukts, die eine Reminiszenz an eine „Kriegslist“ Polyens ist. Trotzdem mutet die Uebertragung, wie Sainte-Beuve mit Recht sagt, phantastisch an, zumal Flaubert sich bewußt war, daß es damals keine Wasserleitung in Karthago gab, und daß man sich mit Zisternen behelf.\*) — Zuletzt sei nur ganz kurz auf die Fülle religiöser, folkloristischer und kulturhistorischer Einzelheiten verwiesen, die Flaubert zur Schilderung von Land und Leuten aus teils ganz abliegenden Quellen herangezogen hat: er hat die letzteren in seiner an Dr. Froehner gerichteten „Apologie“ zum größten Teil genannt. Diese den Laien verblüffende Detailkenntnis — die wohl auch z. T. darauf berechnet war, den verhassten „Bourgeois“ zu verblüffen — macht dem Fleiß und der Gewissenhaftigkeit des Dichters alle Ehre, wiewohl es klar ist, daß in dieser schwierigen, fernliegenden Materie, in der selbst die gelehrten Meinungen noch stark auseinandergehen, zahlreiche Fußangeln für den Dichter lagen, der weder Archäologe noch Orientalist war und deshalb bei all seinem Fleiß und Geist bisweilen gestrauchelt ist.

Kürzlich versuchte sogar ein Landsmann Flauberts, Maurice Bézard, vom Standpunkt des Orientalisten aus nachzuweisen, daß Flauberts Darstellung der punischen Kultur durchgehends höchst phantastisch sei. Dieser Aufsatz\*\*) mit seiner Gebärde gelassener Ueberlegenheit gemahnt freilich manchmal an den des Dr. Froehner; er beginnt da

\*) Dies nimmt auch die Wissenschaft teilweise an (s. Melzer, Geschichte Karthagos, II, 217; dagegen Davis, „Karthago und seine Ueberreste“, 268 ff., das Gegenteil zu begründen sucht). Jedenfalls ist das großartige Aquädukt, dessen Trümmer Flaubert mit eignen Augen sah, ein Bau des späteren römischen Karthago, während die großen, noch heute vorhandenen Zisternenanlagen von den Römern wohl nur instandgesetzt oder ausgebaut worden sind.

\*\*) Mercure de France vom 16. XI. 1907.

mit, die gesamte griechisch-römische Ueberlieferung ins Fabelbuch zu schreiben, und läßt nur Rückschlüsse aus anderen semitischen Kulturen auf die punische gelten! So werden die Menschenopfer negiert — trotz der Fülle von Nachrichten durch alle Phasen des Altertums bis zu den Tagen Augustins; so wird die Verehrung des sidonischen Eschmun kurzerhand abgewiesen, wiewohl Polybius den hochragenden Tempel dieses Gottes, den die Griechen mit Asklepios identifizierten, mit eignen Augen gesehen hat; auf ihn haben sich die letzten Verteidiger karthagischer Freiheit zurückgezogen! In Einzelheiten freilich behält Bézard recht. Die Schlange war keine karthagische Hausgöttheit, kein *genius familiaris*.\*) Die ältesten assyrischen Münzen, die bei Flaubert „klein wie Fingernägel sind“, haben überhaupt nicht existiert, da Assyrien nur ungeprägte Gelbbarren kannte. Ebenso bemängelt Bézard die falsche Anwendung hebräischer Pluralformen für die Einzahl (z. B. Schalischim, Schahabarim). Salambos „Haartolle“ und ihr turmartiger Haaraufbau widersprechen der durch Denkmäler belegten Sitte, das Haar in Flechten zu tragen; desgleichen sind ihre türkischen Pluderhosen ein „Karnevalsstück“; die Frauen von Thyrs und Karthago trugen ärmellose Tuniken und waren in dicke Schleier gehüllt. Dann geht er zu größeren Unstimmigkeiten über. Anstelle der schlichten und wenig originalen Bauwerke dieses Handelsvolkes, die — wie Darstellungen auf Motivstelen zeigen — dem ägyptischen oder griechischen Stil nachgebildet waren, hat Flaubert lauter „Kurfasinos“ und „Alhambras“ geschildert, die in „Tausend und eine Nacht“ gehören. Er hat die auf den Stelen überlieferten Göttersymbole nicht beachtet, die Tempel vielmehr zu wahren „Basaren“ voller Wunderlichkeiten gemacht und ein Bild der Tanit mit Federn, Schuppen und Blumen bedeckt, wie das Idol eines wilden Stammes. Die Felder von Motivsteinen, welche die Tempel umgaben (wie noch heute die heiligen Steine in Mekka), hat er ignoriert, dagegen Gräberstraßen in der Stadt angelegt, während die Punier ihre Toten nach ägyptischem Brauch in Felsgräbern bestatteten oder eingemauert in unterirdischen Kolumbarien beisetzen. Die Punier, sagt Bézard, hingen, wie alle Semiten, zäh am Leben und fürchteten

\*) S. auch Baudissin, „Studien zur semitischen Religionsgeschichte“, I, 266. „Was wir über die mythologische Bedeutung der Schlange bei den Phöniziern erfahren, beschränkt sich auf spätere Nachrichten und unsichere Kombinationen.“ Flaubert entnahm die seine jedenfalls aus dem von ihm viel benutzten *Novels*, der, wie Baudissin spottet, „den phönizischen Olymp mit Schlangengöttheiten eigener Erfindung bereichert hat.“

den Tod und alles, was an ihn gemahnte: die Toten führten im Scheol unterschiedslos ein trauriges Schattendasein. Der buddhistische Gedanke der ewigen Wiedergeburt, den Flauberts Molochpriester in ihren Hymnen preisen, ist also durchaus unpunisch; „nirgends tritt das Unverständnis für den Geist einer Rasse stärker hervor als in diesen wenigen Zeilen des X. Kapitels“. Schließlich stimmt auch der karthagische Olymp nicht: die beiden Hauptgottheiten waren Baal Hammon (bei Flaubert Rhamon) und Tanit, der Flaubert die Namen aller identischen Gottheiten Mesopotamiens, Syriens und Kleinasiens unterschiedslos anhängt. Sie bedeuteten freilich das männliche und das weibliche Prinzip, aber nicht in gegensätzlicher, feindlicher Weise, sondern als Mann und Weib. Die übrigen Gottheiten Flauberts (auch Eschmun fälschlicher Weise) verweist Bézard aus Karthago: Melqart wurde in Tyrus verehrt, Moloch existierte als besondere Gottheit gar nicht, sondern war identisch mit Baal. Ein grober Mißverständnis ist es ferner, daß Flaubert die Priesterinnen der Tanit in Sicca ihren Tempelbezirk verlassen und den Söldnern zum Willkommensgruß entgegenziehen läßt; ebenso falsch ist es, wenn die heiligen Buhlerinnen der karthagischen Tanit ihre Unzucht in der Vorstadt Malqua üben; sie hätten in Wahrheit ihren heiligen Bezirk nie verlassen. — Es würde zu weit führen, alle Einwendungen Bézards hier zu reproduzieren und auf das richtige Maß zu beschränken. Sie sind teilweise gewiß berechtigt; allerdings verdankt Bézard seine Weisheit vielfach neueren Funden und Forschungen, deren Unkenntnis er Flaubert füglich nicht zur Last legen kann; und vieles in dieser schwierigen Materie ist auch heute noch strittig und ungewiß. Vieles konnte Flaubert überhaupt nur auf dem Wege des Rückchlusses aus verwandten Kulturen (z. B. aus der Bibel oder aus gewissen „ewigen“ klimatischen Bedingungen des Orients und noch heute vorhandenen Sitten rekonstruieren. Vieles schließlich mußte er frei erfinden, weil alle Anhaltspunkte fehlten, so vor allem Hamilkars Tochter Salambo und ihre Liebesgeschichte, die nach Flauberts eignen Worten reine Phantasieschöpfung ist, zumal kein Mann, weder ein antiker, noch ein moderner, das orientalische Weib je zu Gesicht bekommen hat.

Bei allen diesen mehr oder minder freien Erfindungen sei im Voraus zugegeben, daß Flaubert sie als echter Romantiker phantastischer gemacht hat, als es recht und gut war; der geheimnisvolle schwarze Erdteil, vor allem aber wohl die Mysterien der nahen ägyptischen Kultur und mancher dunklen orientalischen Kulte, mögen ihn verlockt

haben, auch das nüchterne Kaufmanns- und Piratenvolk der Karthager in dem gleichen mystischen Zwielicht zu sehen. Sobald der Realist Flaubert, der mehr oder minder gesicherte Daten mehr oder minder richtig gestaltet, mit seinen Mitteln am Ende ist, taucht allemal der phantastische Romantiker Flaubert — seine andre Wesenshälfte — auf und verblüfft uns mit den seltsamsten Dingen. Aber jedesmal entscheiden zu wollen, wo er zu weit geht und bis wie weit er hätte gehen dürfen, das würde zu endlosen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen führen und ein zweites Buch vom Umfang des seinen erfordern. Sehen wir hier also von den historischen Unmöglichkeiten oder Unwahrscheinlichkeiten ganz ab und werfen wir nur einen Blick auf die psychologischen.

Kurz gesagt, gruppieren sich diese Unwahrscheinlichkeiten um die Phantasiegestalt Salambo. Schon ihr erstes Auftreten unter den betrunkenen, mordbrennenden Söldnern — sie lebte jedenfalls abgeschlossen in ihrem Frauengemach — ist befremdend; noch befremdender der besänftigende Zauber, den ihr mystischer Singsang auf diese rohen Gesellen, denen nichts heilig ist, ausübt. Als bei Matho endlich die Eier aufschäumt (und nur bei ihm), ist sie schon verschwunden. Völlends erstaunlich ist die Romeoliebe des Barbaren, die sich aus diesem „Blitzschlag der Leidenschaft“ entwickelt und die sein Leitstern durch das ganze Buch wird. Doch lassen wir den Streit über die Möglichkeit dieses Liebesempfindens ruhen und wenden wir uns größeren Unwahrscheinlichkeiten zu. Wie Romeo die Strickleiter, benutzt Matho die Wasserleitung, um bei seiner Liebsten einzubringen (doch ohne von ihr wiedergeliebt noch erwartet zu werden). Der Raub des heiligen Schleiern der Tanit, der mit diesem nächtlichen Besuch verknüpft ist, gibt ihm an Unwahrscheinlichkeit nichts nach. Beide Male findet das Heldenpaar Matho-Spendius offene Türen, beide Male entkommt es mit heiler Haut! Wir befinden uns hier bereits ganz im Bannkreise des Grafen von Montecristo und Victor Hugoscher Theatercoups. Dann kommt der Ausflug Salambos ins feindliche Lager, ohne andre Eskorte als die eines Tempeldieners. Schon daß sie frei aus- und eingehen kann, widerspricht den Gewohnheiten des Orients, auf die Flaubert sich so gern beruft; die Tochter dieses Vornehmen war jedenfalls besser bewacht und behütet. Völlends ihr mehrtägiger Ritt durch das verheerte, von wilden Horden durchstreifte Land ist bare Unmöglichkeit. Die Lüge des Tempeldieners, sie sei ein kranker Knabe, der zu einem Heiligtum pilgerte, hätte ihr nichts genutzt. Die Barbaren hätten der verhaßten Karthagerin

jedenfalls den Schmutz, mit dem sie buchstäblich überladen ist, und die kostbaren Gewänder geraubt und dabei ihr Geschlecht erkannt! Trotzdem gelangt sie ins feindliche Lager und unangefochten bis in Mathos' Zelt. Begreif's, wer's kann! Der ungewohnte Ritt durch Sonnenbrand und Wüstenstaub scheint das zarte, sensitive Mädchen durchaus frisch erhalten zu haben; ja ihre raffinierte Toilette ist so tadellos geblieben, als hätte sie ihr Ankleidezimmer eben verlassen: selbst der merkwürdige Mechanismus ihrer Ohrringe funktioniert noch und tropft schier unerschöpfliche Wohlgerüche auf ihre bloßen Schultern. Das alles ist Operettenstil! Die nun folgende Zeltzene ist allerdings für unsern modernen abgebrühten Geschmack recht harmlos. Die theatrale Sentimentalität Mathos', der sich als ein Vorgänger von Maeterlins' Prinzivalli zu entpuppen scheint, bilden eine höchst dezente Einleitung; und das übrige geht in Salambo's Ohnmacht unter. Wieviel brutaler und krasser hätte z. B. Flauberts Schüler und Bewunderer Zola diese Szene zwischen dem wilden, brünstigen Feldhauptmann und dem lockenden Dämchen geschildert! Hier ist also Flaubert, der in naturalistischer Ausmalung von Martergreueln so groß ist, ein idealisierender Romantiker und „Schönfärber“ geblieben! Freilich bildete wohl auch die Anklage wegen Verstoßes gegen die guten Sitten, die ihn erst kürzlich wegen „Madame Bovary“ ereilt hatte, ein heilsames Gegengewicht. Nur daß dies alles sich in betonter Nähe von Hamillars Zelte vollzieht, ist eine kleine perverse Würze! Uebrigens ist diese Zeltzene ebenso brav wie künstlerisch schwach. Man denke an die wuchtige Art, wie Hebbel seine Judith im Zelte des Holofernes schildert: dies wilde Hin- und Hergerissenwerden zwischen Haß und Rache oder Sinnesstauern! Mit ihr verglichen, ist Salambo nicht einmal eine „sentimentale Elvira“, wie Sainte-Beuve meinte, sondern einfach ein Gänschen, das sich selbst wundert, von dem vernarrten Feldherrn als Göttin betrachtet zu werden. Vollends das Ende dieser Szene gehört in die Operette. Das Gewitter, dessen symbolische Bedeutung man bei Flaubert (Brief an Sainte-Beuve) nachlesen möge, zieht ab und die Schilfhütten der Libher geraten in Brand. Matho eilt fort, Gisgo taucht aus der Versenkung auf, um Salambo zu verfluchen; diese benutzt die Verwirrung des nächtlichen Brandes zur Flucht. Mit dem Zaumpfe angetan, erreicht sie den Wall des karthagischen Lagers, findet dort zufällig sofort den Tempeldiener mit den beiden Pferden und betritt bei Morgengrauen ihres Vaters Zelt! Die eingeschlossenen Punier machen grade einen Durchbruchversuch, als

Narr'Havas mit seinen Leuten zu ihnen übergeht. Hamillkar hocht trotz des tobenden Kampfes noch immer im Zelte, so daß Narr'Havas und Salambo bei ihm zusammentreffen. Durch die aufgehobenen Zeltzipfel erblickt das ganze große punische Heer und ein großer Teil der Barbaren den wiedergewonnenen Zäimph und bricht je nachdem in Wut- oder Freudengeheul aus! Den Beschluß dieses Operettenakts bildet dann die feierliche Verlobung der Demi-vierge Salambo mit dem ahnungslosen Narr'Havas! Erst nach diesem frohen Familienereignis bequemt sich Hamillkar dazu, die Schlacht zu lenken, wobei der „Zäimph“ als „moralischer Faktor“ eine große Rolle spielt! Die Barbaren werden völlig besiegt; wie Salambo nach Hause findet, verschweigt der Dichter; es wird jedenfalls nicht schwieriger gewesen sein, als in tabelloser Hochzeitstoilette bis zu Matho zu gelangen.

Dieser einmal eingerissene Melodramenstil bricht bis zum Ende des Buches immerfort wieder durch. Der Feldherr Matho, der bei der Verfolgung des nach Karthago abziehenden Gegners weinend stehen bleibt und nach Salambo jammert, die Münchhausenade, durch welche Hamillkar die ihm auf den Fersen befindlichen Barbaren hindert, mit ihm in die Stadt zu dringen (ein durchgehender Gaul besorgt dies Geschäft bei so gewaltigen Heeresmassen), das geschlossene Auftauchen einer ungeheuren unappetitlichen Menagerie afrikanischer Hilfsvölker, die treffenweise wie bei einer großen Parade anrücken, das Anbandeln der Söldner mit ihren früheren, von Matho verjagten Weibern, die jetzt in den karthagischen Eehafen eingelaufen sind und mit ihren früheren Gatten durch die Mauerspalten der belagerten Stadt (!) Zwiesprache halten, ja auf dem gleichen Wege ausknäusen, ohne daß die Belagerer versuchen, auf diesem Wege in die Stadt zu dringen, vielmehr eine regelrechte Belagerung vorziehen! — Dies und manches andere ver setzt den Leser in immer heftigeres Kopfschütteln. Man sieht sich enttäuscht nach dem gewissenhaften Darsteller belegter Tatsachen um, als der Flaubert am Anfang erschienen war, und wundert sich, an einer Stelle einen Operetten- oder Zirkusdirektor wiederzufinden, der den ganzen „schwarzen Erdteil“ zu einer Monstre-Schaustellung anbietet . . .

Aber noch einmal steht der Vermishte auf: in der historisch zwar nur angedeuteten, aber durchaus plausiblen Belagerung. Hier vereinigen sich Phantasie und Tatsachenkenntnis ein letztes Mal zu einem imposanten Bilde. Auch die Motivierung des

grausigen Molochopfers hält sich streng an einen bereits erwähnten analogen Fall: das große Sühnopfer während der Invasion des Agathokles. Nur eins ist phantastisch: die belagernden Barbaren blicken über die Mauern weg dem scheußlichen Götzendienste voller Grausen zu: in Wahrheit hätten sie diese Feier benützt, um die Stadt zu stürmen! Eroberungen von Städten im Festtaumel sind in der antiken Geschichte ja keine Seltenheit.

So blickt auch zuguterletzt der Feind echter Dichtung, romantische Effektsucht und Verzerrung, noch einmal über die soliden Mauern des Flaubertschen Realismus. Wir staunen über die Art, wie Flaubert sich die Einschließung der Barbaren im „Engpaß des Beiles“ denkt. So operettenhaft, so aller militärischen Möglichkeiten bar sind die Dinge denn doch nicht verlaufen! Polybios erzählt von einem Bergtal, in das sich das Barbarenheer locken ließ, und von einer Umzingelung durch karthagische Truppen und Verschanzungen. Bei Flaubert wird daraus eine wahrhafte Mausefalle mit himmelhohen, glatten Felswänden und zwei schmalen Eingängen, deren einer bequem durch herabgewälzte Felsblöcke, der andere sogar durch eine abgepaßte Sturmegge gesperrt wird! Die Karthager schlagen ihr Lager denn auch in beträchtlicher Entfernung auf und brauchen ihre Feinde nicht durch Posten zu umstellen. Erst am 19. Tage erscheint ein karthagischer Spion. — Wohl ihnen, daß sie die Menschenfresserei in dieser „Asa-grube“ nicht mit zu erleben brauchen, wie wir! — Nachdem die zehn Anführer am 22. Tage der Belagerung in Hamilkars Falle gegangen sind, kommen die Barbaren endlich auf den Einfall, ihren Hexenkessel zu verlassen — und siehe da, es geht jetzt mit einem Male, obwohl sie alle vor Hunger und Erschöpfung halbtot sind! Später prallen sie freilich auf den Gegner, der auf einer Hochebene lagert, und werden vernichtet. Nur ein paar griechische Syntagmen werden „vergessen“: am Abend spät erblickt der umsichtige Hamilkar sie endlich in bedrohlicher Nähe, weiß sie aber dadurch schadlos zu machen, daß er sie bestimmt, sich gegenseitig abzuschlachten — ein weit-ausgesponnenes Schauspiel, das zu den unnötigen Grausamkeiten Flauberts gehört. Die Kreuzigung der Geronten vor Tunis und die Hinrichtung Mathos bilden dann die letzten höchsten Oktaven in dieser Tonleiter der Grausamkeit.

Doch genug des grausamen Spiels! Unsere an den Fehlern und Schwächen dieses Buches geschärften Augen lehren doppelt dankbar zurück zu allem, was vor unserm künstlerischen Geschmack



standzuhalten vermag: zu der prachtvollen, gedrungenen Sprache mit ihrem strengen, ehernen Brangen, zu den klassischen Landschaftsbildungen\*), zu dem gedulbigen Zusammensetzen eines Mosaiks von tausend *petits faits*, die freilich dem großen Zuge des Werkes und der Charakterzeichnung mehr und mehr Abbruch tun. Flaubert selbst empfand dieses Diebstahl als zu breit für die auf ihm stehenden Figuren, und in der Tat haben nur zwei Gestalten: Hanno und Hamiskar, ihre volle Ausgestaltung gefunden, und von diesen auch nur die erstere bis zum Schluß. Hamiskar verliert als Mensch zuletzt unser Interesse, weil Flaubert das seine nicht mehr vertritt. Er ist nur noch der siegreiche Heerführer, der *deus ex machina*; und doch hätte gerade die Entwicklung der großen staatsrettenden Pläne Hamiskars nach Beendigung des libyschen Aufstandes, jetzt, wo wir die Schäden Karthagos kennen, auf seinen Charakter erst den letzten Accent gesetzt und uns mit Bewunderung entlassen.

Bewunderung freilich war nicht Sache dieses Nihilisten und Menschenhassers — und darum gelang ihm auch unter all seinen Figuren am besten die zwar abstoßende, doch in ihrer Art großartige Frage der Hanno. Fast liebevoll, möchte man sagen, hat er dieses Scheusal aus den historischen Gegebenheiten entwickelt und ihm schließlich durch einen tapferen Tod einen Rest von Achtung gesichert. Auch die minutiöse Schilderung der verrotteten karthagischen Zustände ist äußerst lebensvoll; sie mutet uns oft an wie eine Vorahnung der Pariser Kommunezeit und der Bourgeoisrepublik des Panamastandals, wo das Geld alles bedeutete. Die Ähnlichkeit zwischen den karthagischen Ratsversammlungen schließlich und den Zuständen im amerikanischen Parlament zur Zeit des Sklavenkrieges, die Flaubert unmittelbar vor Augen hatte, ist von ihm selbst betont worden (Brief an Sainte-Beuve).

So bleibt diesem berühmten Roman trotz aller Wenss und Abers doch eine hervorragende Stellung in der Literatur des 19. Jahrhunderts. Wie Flaubert selbst mit einem Wein in der Romantik, mit dem andern im Realismus stand, so bildet auch dies

\*) Ein enthusiastischer Artikel „Flaubert et l'Afrique“ von Louis Bertrand in der „Revue de Paris“ vom 1. IV. 1900 betont nicht nur die „klassische“ Darstellung afrikanischer Landschaften in ihrer Mischung von erschlassender Lebbigkeit und alles verzehrender Sonnenglut, sondern auch die Ewigkeit der ethnischen Verhältnisse; die stets semitisch bestimmte Kultur und das buntschichtige Völkergewimmel, dessen Typen sich in Nordafrika noch heute so finden, wie sie Flaubert geprägt hat. Dieser Aufsatz ist in der vorzüglichen Verdeutschung von Dr. E. W. Fischer, dem verdienstvollen Flaubert-Forscher, meiner oben genannten Uebersetzung von „Salambo“ vorausgeschickt worden.

Werk eine Brücke zwischen beiden Zeitströmungen. Einen Schritt weiter auf dem Wege des antiquarischen Realismus — und wir stehen vor einem Meisterwerk wie „Thaïs“ von Anatole France. Und selbst wer „Salambo“ aus gelehrten, psychologischen oder ästhetischen Gründen als kein rundes Meisterwerk ansieht, muß doch den zähen Fleiß des Meisters bewundern, der sich so grobstoffliche Hindernisse türmte und sounermüßlich nach Vollendung der Form wie des Inhalts rang. Und darum soll man, ehe man mit kritischer Schärfe gegen ihn vorgeht, sich vor ihm respektvoll verneigen, wie der Scharfrichter König Karls I. vor ihm niederkniet und ihn um Verzeihung bat, ehe er ihm das Haupt abschlug.

## Nötizen und Besprechungen.

### Theologie.

Die Schriften des Neuen Testaments, neu übersezt und für die Gegenwart erklärt von L. Baumgarten, W. Bouffet, H. Gunkel, W. Heitmüller, G. Hollmann, A. Jülicher, H. Knopf, Fr. Koehler, W. Lueken, Joh. Weiß. Herausgegeben von Johannes Weiß, — Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1905.

In einem Fragment, das sich in dem handschriftlichen Nachlaß Schellings fand, verkündete dieser Denker am Ende seiner Erdentage: „Die deutsche Nation strebt mit ihrem ganzen Wesen nach Religion, aber ihrer Eigentümlichkeit gemäß nach Religion, die mit Erkenntnis verbunden und auf Wissenschaft gerichtet ist. Wiedergeburt der Religion durch die höchste Wissenschaft, dieses eigentlich ist die Aufgabe des deutschen Geistes, das bestimmte Ziel aller seiner Bestrebungen.“ Es ist nicht wohl zu verkennen, daß die denkenden Köpfe unseres Volkes bereits seit geraumer Zeit sehr ernstlich an der Arbeit sind, diese universelle Bestimmung des deutschen Protestantismus zu verwirklichen. Das ist nicht bloß eine Aufgabe der Theologie, sondern aller auf das Ganze des Lebens gerichteten Geistesstätigkeiten; aber den Theologen kommt es kraft ihres Amtes zu, diese Idee in allen Schichten unseres Volkes zu entzünden und deshalb zunächst einmal alle Hindernisse hinwegzuräumen, die der denkenden Erfassung der Religion und vornehmlich derjenigen der religiösen Urkunden noch immer hemmend entgegenstehen. In dieser Hinsicht tut vor allem das Eine not, daß das Neue Testament aus einem papierenen Götzen wieder zu einer lebendigen Macht Gottes werde.

Es kann deshalb mit Freuden begrüßt werden, daß Johannes Weiß in Verbindung mit einer Anzahl theologischer Gelehrter das Ziel der Wiederverlebendigung des Neuen Testaments in der vorliegenden Uebersetzung und Erklärung dieser heiligen Schriften klar und bestimmt ins Auge gefaßt hat. Unser Volk muß erst einmal unterscheiden lernen, was in diesen Grundschriften unserer Religion ewiger Gehalt und was nur geschichtliche, temporär bestimmte Ausdrucks- und Darstellungsform ist.

Denn nur wenn dies geschieht, wenn die Kirche und die Schule dazu erzieht, alle Christenmenschen von dem bloß der Vergangenheit angehörigen: Außerlichen, Zeitlichen, Geschichtlichzufälligen an der erstmaligen Gegenwartigung des unveränderlichen Wesens der christlichen Religion unabhängig zu machen, ist es wieder allgemein möglich, die geschichtlich veränderte Form unseres heutigen Lebens abermals allseitig und mit verjüngter Kraft in diesen ewigen Gottesgeist zu verklären. Es ist der große Irrtum, zu fordern, daß wir die neutestamentlichen Schriften heut ebenso lesen sollen, wie sie bei ihrer Entstehung gelesen worden sind, denn die Vorstellungsweise jener Tage ist nicht mehr unsere Vorstellungsweise; wie sich damals äußere Form und ewiger Gehalt unmittelbar deckten, so decken sie sich heut nicht mehr, und daher bedarf die urchristliche Vorstellungsweise, in welche anfänglich die christliche Wahrheit gekleidet wurde, jetzt der historischen Vermittlung. Und den Bibelleser durch solche vermittelnden Erklärungen von der geschichtlichen Gebundenheit an jene veraltete Vorstellungsweise zu befreien, das ist die vornehmste Absicht der vorliegenden Ausgabe. Durch diese von Johannes Weiß besorgte Arbeit ist die Möglichkeit an die Hand gegeben, daß das Neue Testament wieder ein allen zugängliches Volksbuch werde.

Die Uebersetzung und die Erklärungen sind so gehalten, daß sie den ganzen Ertrag der wissenschaftlichen Forschungen benutzen, um einerseits die Schwierigkeiten des sprachlichen Verständnisses zu beseitigen und andererseits die zeitgeschichtlich bedingte Veranschaulichung des religiösen Geistesgehaltes durch Aufklärung der damaligen Vorstellungsweise deutlich zu machen. Den einzelnen Gruppen der Schriften sind außerdem noch sehr gut orientierende Einleitungen vorangestellt, und das ganze Werk wird eröffnet durch eine das Unternehmen bestimmt charakterisierende Abhandlung von Otto Baumgarten „über den praktischen Wert einer geschichtlichen Auslegung des Neuen Testaments“ und durch eine sehr instructive Zusammenfassung Adolf Jülichers über die Geschichte des neutestamentlichen Kanons. In jener Darlegung erklärt Baumgarten: „Das wesentlichste Merkmal des vorliegenden Bibelwerkes soll die geschichtliche Auffassung und Würdigung des Neuen Testaments sein. Indem wir uns aber bemühen, die Ergebnisse der geschichtlichen Erforschung des Neuen Testaments der weiteren Gemeinde zu ihrer Selbstbelehrung über die Quellen unseres evangelischen Glaubens darzubieten, glauben wir damit nicht lediglich einem intellektuellen Bildungsbedürfnis vieler Glieder der Gemeinde zu genügen, das übrigens im Lebensgebiet des Protestantismus eine volle Berechtigung hat auch gegenüber den Urkunden unseres Glaubens. Wir sind vielmehr überzeugt, daß wir dadurch dem praktischen Bedürfnis der Erbauung aus der heiligen Schrift einen wesentlichen Dienst leisten. Es gehört doch zu den unverlierbaren Charakterzeichen eines protestantischen Christen, daß er nicht glaubt um der Rede, auch nicht um des Lebenszeugnisses eines anderen willen, sondern nur, weil er sich durch

eigenes Suchen in der heiligen Schrift von der Wahrheit, von Geist und Kraft dessen überzeugt hat, was uns vom Evangelium, von der Geschichte und ewigen Wahrheit der Verkündigung Jesu überliefert ist.“ So sehr ich mich dieser und der weitergehenden Darlegung Baumgartens anschließen kann, so hätte ich doch mehr, als es geschehen ist, betont zu sehen gewünscht, daß die geschichtliche Erklärung nicht um ihrer selbst willen religiöse Bedeutung hat, sondern daß sie nur das Mittel ist, die religiöse Wahrheit als solche von ihrer Einkleidung in die überholte Anschauungsweise des Urchristentums zu unterscheiden und ihr übergeschichtliches Wesen auch unter den geschichtlich veränderten Umständen lebendig zu erhalten. Denn je tiefer die Theologie den Geist der Historie durchdringt, desto nachdrücklicher muß sie den alles verwirrenden Irrtum fernzuhalten suchen, daß in der geschichtlichen Erkenntnis an sich schon der wahre Geist des Christentums erfassbar sei. In diesem Punkte werden jedoch die Ausführungen Baumgartens aufs glücklichste durch diejenigen Zülichers ergänzt. Dieser erklärt beispielsweise betreffs der Festsetzung der kanonischen Schriften durch die Kirche: „Ueber die Zusammensetzung der Grundschriften der christlichen Religion durfte nicht historische Kritik als letzte Instanz entscheiden, wie es in der Konsequenz jenes imponierenden Prinzips von der Kanonizität des gesamten apostolischen Schriftennachlasses läge. Vielmehr ist das Neue Testament das Ergebnis eines Kompromisses zwischen grundsätzlichem Nachdenken und der Gewohnheit der Gemeinden.“ Und inbezug auf Luther wird von ihm gesagt: „Ganz anders geartet als bei den Humanisten ist die Kritik, die Luther am überlieferten Neuen Testament geübt hat. Er fragt nicht danach, was früh und was später aufgenommen worden ist, sondern nach dem religiösen Wert der einzelnen Bücher. — Das Große an der Sache ist, daß er überhaupt einzig religiöse Maßstäbe anwendet, wo alle anderen gelehrte Untersuchungen über Verfasser, Zeit der Abfassung, Alter der kirchlichen Anerkennung anstellten; er fühlte einmal wieder, daß mir heilige Schrift nicht sein kann, was mir die Kirche als solche in die Hand legt, sondern was vor meinem christlichen Gewissen sich als göttlich betätigt, indem es „Christum treibt“, oder: zum Neuen Testament kann nur gehören, was in mir den Geist der neuen Religion erweckt und stärkt.“ Solcher Hinweise aber bedarf es, um den Geist des Ewigen nicht in der Veränderlichkeit der geschichtlichen Erfahrung verflüchtigen zu lassen. Was immer die Hauptsache ist, muß auch am stärksten betont werden.

Wie dieses treffliche Bibelwerk allen nachdenklichen Bibellefern aufs wärmste empfohlen werden kann, so wäre namentlich zu wünschen, daß es sich in den Pfarrhäusern und Schulbibliotheken einbürgerte.

Berlin.

Ferdinand Jakob Schmidt.

G. Hoennicke, Das Judenthum im ersten und zweiten Jahrhundert. Berlin 1908. Verlag Trowitsch & Sohn. 419 S.

Mit der genialen, aber von den Voraussetzungen Hegelscher Geschichtsphilosophie geleiteten Konstruktion, welche F. Chr. Baur von der Urgeschichte des Christentums gegeben hat, haben sich seitdem alle namhaften Vertreter der theologischen Wissenschaft bis auf Ab. Harnack und zuletzt Seeberg (1908) auseinandergesetzt. Als Ergebnis der 60jährigen Debatte darf trotz mannigfacher Abweichungen im einzelnen gelten, daß die mehr vorausgesetzte als aus den überlieferten Tatsachen erwiesene Auffstellung Baur's, nach welcher sich aus dem Kampfe zwischen einem jüdisch-partikularistischen Christentum der Urapostel und der universalen, gesetzesfreien Auffassung des Paulus, wie Synthese aus These und Antithese, das zwar universale, aber gesetzlich gerichtete Christentum der altkatholischen Kirche aufgebaut hätte, aufgegeben werden muß.

Der Verfasser der vorliegenden Schrift, der Berliner Privatdozent G. Hoennicke, prüft noch einmal in gründlicher, sorgsam abwägender Untersuchung das ganze in Betracht kommende Material und gelangt, obwohl er bei der Beschaffenheit der Quellen manches als „unklar“ hinstellen muß, ebenfalls zu dem Schluß, daß das Judenthum in dem Sinne einer alles Heil nur an die Vermittlung des Judentums bindenden Verkündigung des Evangeliums weder nachweislich von den Aposteln vertreten worden ist, noch die Entwicklung des Christentums wesentlich bestimmt hat, weil es bald nach der Zeit des Paulus und der Zerstörung Jerusalems zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist.

Damit soll aber durchaus nicht in Abrede gestellt sein, daß im Gewebe christlicher Glaubensvorstellungen und kirchlicher Einrichtungen sich vielfache jüdische Bestandteile zeigen; aber diese Fäden sind nicht erst durch die Judaisten eingefügt, sondern stammen aus dem Einschlag jüdischen Volkstums und der alttestamentlichen Gedankenwelt, mit welchem das Christentum auch in seiner paulinischen Form von Anfang an verknüpft war. Mit diesen Nachwirkungen des Judentums im Christentum beschäftigt sich das lange, zugleich den ganzen religiös-sittlichen Vorstellungskreis der apostolischen Väter aus demselben Gesichtspunkt durchmusternde 4. Kapitel des Hoennickeschen Buches. Wem auch hier das einzelne nicht neu ist, wird doch überrascht sein von dem Umfang der vom Verfasser gegebenen Nachweisungen. Nicht nur daß der allgemeine Charakter des Christentums als einer durch mündliche Tradition ergänzten Buchreligion, daß die Art der Schriftauslegung und der Verwendung aus dem Zusammenhang gerissener Schriftstellen auf das jüdische Schriftgelehrtenum zurückgeführt wird, wird auch für den Aufbau des Gottesdienstes und beziehungsweise der Gemeindeverfassung der gleiche Nachweis unternommen: ja es wird das christliche Abendmahl (Agape) mit der jüdischen Speisemahlzeit, die christliche Taufe mit dem jüdischen Reinigungsbad oder mit der schon für vorchristliche Zeit vorausgesetzten jüdischen Proselytentaufe in

Parallele gestellt. Dieser Abschnitt ist so geeignet auch über die Fachkreise hinaus Interesse zu wecken, daß sein Inhalt wohl verdient hätte, irgendwie schon in dem Titel des Werkes zur Geltung zu kommen (etwa „Das Judenthum und die Nachwirkungen des Judentums“).

Auf Nachprüfung der Einzelheiten einzugehen, ist hier nicht der Ort. Nur kann ich, weil dadurch ein bei mir starkes Interesse beanspruchender Punkt bedroht wird, mir nicht versagen, die etwas vorschnelle Behauptung des sonst besonnenen Forschers zu beanstanden, daß für die Christen schon damals „mit dem Kultustage der Ruhetag zusammenfiel“. (S. 262.) Für diese Annahme, daß die alte Kirche den Sonntag von vornherein als einen arbeitsfreien Tag angesehen habe, läßt sich für den von Hoennicke behandelten Zeitraum gar nichts, für die spätere Zeit nur eine zweifelhafte Tertullianstelle anführen.

Das Christentum. Fünf Einzeldarstellungen von E. H. Cornill, E. v. Dobschütz, W. Hermann, W. Staerk, E. Troeltsch (Nr. 50 aus der Sammlung „Wissenschaft und Bildung“). Verlag von Quelle & Meyer. Leipzig, 1908. 164 S.

Wenn hervorragende Forscher einmal dazu schreiten, sich für ihr Fach auf den wesentlichen Ertrag ihrer und fremder Arbeit zu besinnen und ihn in knapper, gemeinverständlicher Form darzubieten, so bedeutet das für sie selbst eine Tat und verspricht für die Nichtfachgenossen eine Quelle reicher Belehrung. Beides trifft, so billig es ist, in vollem Maße zu für das vorliegende kleine Buch, worin fünf Vorträge vereinigt sind, welche die genannten Theologen in München vor religiös interessierten Laien gehalten haben. Schon die Titel der Vorträge sind geeignet, die Begeisterung aller zu wecken, welche erfahren möchten, was die moderne Theologie über das Christentum und seine Vorgeschichte zu sagen hat. Es sind folgende:

- I. Israelitische Volksreligion und die Propheten (Cornill);
- II. Judentum und Hellenismus (Staerk);
- III. Griechentum und Christentum (v. Dobschütz);
- IV. Luther und die moderne Welt (Troeltsch);
- V. Die religiöse Frage der Gegenwart (Hermann).

Ueber alle diese Fragen hat es in den letzten Jahrzehnten in weiteren Kreisen noch nicht genügend bekannte ertragreiche Debatten gegeben, an welchen die Vortragenden selbst bedeutenden Anteil genommen haben. Cornill legt mit großer Wärme dar, wie sich unter den Voraussetzungen der Graf-Wellhausen'schen Hypothese, welche das sogenannte mosaische Gesetz an das Ende (exilische und nachexilische Zeit), den Prophetismus in die Mitte der Entwicklung rückt, die Bedeutung des letzteren für die Religion Israels herausstellt. Wie bedeutend das Judentum der Diaspora dem Christentum vorgearbeitet hat, erfährt man aus Staerks Vortrag. Ueberzeugend weist v. Dobschütz nach, wie mannigfache Einflüsse der Hellenismus auf das Christentum geübt hat, und ergänzt somit die oben

befprochenen Untersuchungen Hoennikes, der umgekehrt auf die jüdischen Elemente im Christentum sein Augenmerk richtet. Die brennendsten Fragen endlich behandeln die Vorträge von Troeltsch und Hermann; unternehmen sie es doch, dem modernen Menschen die richtige Stellung zum Luthertum und zum christlichen Gottesglauben überhaupt zu weisen.

Gewiß ist gerade bei Vorträgen religiöser Art der Leser dem Hörer gegenüber im Nachteil; man denke sich z. B. zu den abstrakten Gedankengängen Hermanns seine sittlichernste, überzeugungsste Persönlichkeit hinzu. Aber ohne einen nachhaltigen Eindruck davonzutragen, wird auch der Leser schwerlich diese gedruckten Vorträge aus der Hand legen.

Adolf Deißmann, Licht vom Osten. Das Neue Testament und die neuentdeckten Texte der hellenistisch-römischen Welt. Mit 59 Abbildungen im Text. Tübingen, 1908. Verlag: F. C. W. Mohr. 364 S.

Ein Buch von ungewöhnlicher Anziehungskraft, das, wie ich bezeugen kann, in diesen Monaten schon manche Bibelfreunde so gefesselt hat, daß sie, ohne davon loskommen zu können, es Seite für Seite und Zeile für Zeile lesen mußten, ist Deißmanns im Frühling dieses Jahres erschienenes „Licht im Osten“. Den Fachgenossen eine willkommene Ergänzung und vorläufig abschließende Zusammenfassung seiner „Bibelstudien“ und Papyriusforschungen, enthält es für nicht theologisch geschulte Leser, für die es durch Darstellungsweise, Uebersetzung aller griechischen Texte und Ausstattung durchaus mitberechnet ist, eine Fülle von Ueberraschungen und interessanten Einzelheiten. Verwertet werden darin nämlich, wie der Untertitel besagt, für die Erkenntnis des Neuen Testaments und des Urchristentums die neuentdeckten Texte der hellenistisch-römischen Welt, d. h. neben manchen Inschriften besonders die oft unscheinbaren Papyriusblätter und die noch unscheinbareren Ostraka, Stücke zerbrochenen Geschirrs, die von den Ärmsten des Volkes als Schreibmaterial benutzt wurden. Diese im Orient, meist in Ägypten, gefundenen Schriftstücken oder befristelte Scherben, ebenso viele Lebensäußerungen der Welt, in welcher das Christentum entstanden und gewachsen ist, sind das „Licht vom Osten“. Aber dieser Titel soll, wie die Einleitung zu verraten scheint, zugleich den Dank zum Ausdruck bringen, den Deißmann einer im Frühjahr 1906 unternommenen Orientreise schuldet, auf der ihm an den Fundstätten und in ihrer noch immer von der gleichen Sonne beschienenen Umgebung die Augen heller geworden sind, um in die Seelen der Papyri- und Ostraka-schreiber zu blicken und so mit vertieftem Verständnis das Neue Testament zu lesen. Denn um aus diesen Blättchen und Stückchen Gewinn zu ziehen, ist nicht nur die allerdings auch sehr mühevoll Arbeit des Philologen erforderlich, der die Schriftzüge entziffert, Lücken ergänzt und die Entstehungszeit der Urkunden bestimmt, sondern vor allem die sinnige Betrachtung des Seelenforschers, der sich liebevoll in die Gedankenwelt der



Schreiber versteht. Darin scheint die eigenartige Begabung Deißmanns zu liegen, der seine Orientreise noch zugute gekommen sein mag, womit aber nicht gesagt sein soll, daß er nicht auch in der philologischen Kleinarbeit ganz zu Hause ist. Und was ist der wesentliche Ertrag dieser doppelten Arbeit? Das erste ist die Erkenntnis einer nahen Verwandtschaft zwischen dem Griechisch der Papyri und Ostraka einerseits und dem des Neuen Testaments anderseits; es gibt nicht, wie früher Theologen mit Vorliebe annahmen, eine besondere neutestamentliche Sprache, sondern diese ist wirklich damals lebendige Volkssprache, freilich nicht die Sprache der nach attischer Reinheit strebenden Gebildeten, sondern die der kleinen Leute, die ja vorwiegend die Verfasser der von Deißmann zu Ehren gebrachten Dokumente sind. Natürlich läßt sich das nicht in vollem Umfang für den ganzen Sprachschatz des Neuen Testaments beweisen; aber Deißmanns These gewinnt doch dadurch hohe Wahrscheinlichkeit, daß der Nachweis bereits für eine ganze Reihe von Wörtern geglückt ist, welche wie z. B. *πρωτότοκος* = Erstgeborener (z. B. Lff. 1 v. 5), *συγκληρονόμος* = Miterbe (z. B. 1. Petr. 3 v. 7), *ἀρχιποίμην* = Erzhirte (1. Petr. 5 v. 9) bisher Sondergut einer heiligen Sprache zu sein schienen.

Ferner legt Deißmann großen Wert auf den Charakter der paulinischen Briefe als wirklicher, urwüchziger Briefe im Gegensatz zu Vorderschriften, die nur in die Form des Briefes gekleidet sind, wie der Hebräerbrieft. Um diesen Punkt zu erhärten, läßt er eine Sammlung von 21, meist den Papyri entnommenen griechischen Originalbriefen folgen. Hier findet man neben andern köstlichen Stücken den Brief des ägyptischen Lohnarbeiters Hilarion an seine in der Stadt zurückgelassene Frau, die angewiesen wird, das erwartete Kind, wenn es ein Mädchen ist, auszusetzen, den Brief des ägyptischen Rekruten Apion, den er aus Misenum an seinen Vater schreibt; den an seinen Vater gerichteten Zorneserguß des kleinen Theon, der sich als das ärgste enfant terrible erweist, das die Weltgeschichte kennt. Man muß diese Schriftstücke selbst lesen, um sie voll genießen und im Sinne Deißmanns verwerten zu können. Nur auf einen dieser Briefe, wohl den wertvollsten wegen der Berührung seines Inhalts mit dem Gleichnis vom verlorenen Sohn, möchte ich etwas näher eingehen, weil ich mir die Einzelheiten der Situation ein wenig\*) anders

\*) Bei meiner Deutung gehe ich aus von dem Anlaß des Schreibens, der unzweifelhaft durch die Kunde von dem dem Schreiber geleisteten schlechten Dienst gegeben war. Daß die Mutter schon ehe sie auf diesem Wege von der schlechten Aufführung des Sohnes gehört hat, ihn in der Hauptstadt gesucht haben soll, will mir um so weniger in den Sinn, als der Sohn augenscheinlich dort gar nicht wohnt. Ich möchte daher alle Tempora von *ἤλπιζον* bis *ἀνταρῶσα*, zwischen die allerdings mit nicht ungewöhnlicher Inkongruenz das Präsens *περιπατῶ* hinein-schneit, als Präterita des Briefstils betrachten. Ferner scheint mir in 3. 13 die Ergänzung *Ἰσοστόμου* nicht glücklich zu sein. Auf Grund desselben Arguments, dem Deißmann S. 114 Note 4 zustimmt, müßte man nach dem Artikel *τοῦ* nicht einen Eigennamen, sondern ein Appellativum erwarten. Etwa *τοῦ ἀδελφοῦ μου*?

deute als Deißmann. Nach meiner Auffassung ist der Sachverhalt folgender:

Der junge Ägypter Antonis Longos hat, man weiß nicht, aus welchem Grunde, seine ländliche Heimat verlassen. In der Fremde ist es ihm über die Maßen schlecht ergangen, nicht ohne eigene Schuld; denn so viel läßt der Brief merken, daß er durch Leichtsinns all das Seine und noch mehr vergeudet hat. Nun hat irgend jemand die Mutter im Gau von Arinos getroffen und alles ausgeplaudert, was der Sohn sich hat zu schulden kommen lassen. Die Kunde davon, daß der Mutter nichts mehr verheimlicht werden kann und daß sie nun nichts mehr von ihm wissen will, ist der Anlaß des stehenden Briefes, den er aus einem in der Nähe Arinos gelegenen Orte schreibt. Alles ist ihm an einem Zusammentreffen und mündlicher Aussprache mit der Mutter gelegen. Er kann nicht erwarten, daß sie demnächst nach der Hauptstadt kommt, wo er sie auffuchen könnte, aber zu ihr in die Heimat zu reisen, kann er sich auch nicht entschließen, weil er sich zerlumpt vor seinen Dorfgenoßen nicht sehen lassen mag. Die einzige Bitte (ohne daß die Nebenabsicht, daß die Mutter seine Schulden bezahlen soll, dahinter zu stecken braucht), die er an die Mutter richtet, ist daher: Komm selbst zu mir (nach seinem vielleicht näher als Arinos gelegenen Aufenthaltsort) und sei mir wieder gut! Dieser Bitte verleiht er Nachdruck durch den Hinweis, daß er wirklich jetzt ein anderer geworden ist, so daß er lieber ein Krüppel werden möchte, als einem Menschen noch einen Obolos schulden.

Nicht aber diese herzbewegenden Einzelheiten der Briefe sind im Deißmann die Hauptsache, sondern die Vergleichbarkeit ihrer Form mit der der Briefe des Paulus. Hier sei es mir jedoch gestattet, ein Bedenken auszusprechen. Bei allem Dank, der Deißmann dafür gebührt, daß er durch die beigebrachten Proben unliterarischer Briefe noch nachdrücklicher, als es sonst geschehen ist, den Blick auf das Persönliche, Lebendige, Impressionistische in den paulinischen Briefen gerichtet hat, wird doch vielleicht zu sehr der Unterschied verwischt, daß nur einer derselben, der an Philemon (aus den übrigen neutestamentlichen Briefen kommen noch der 2. und 3. Johannisbrief hinzu), an einzelne Personen; die anderen aber an ganze Gemeinden gerichtet sind, freilich an bestimmte, dem Apostel meist persönlich bekannte Gemeinden, nicht, wie die katholischen Briefe, an die christliche Gemeinde überhaupt. Muten uns eigentliche Briefe an, wie ein intimes mit einem Freunde geführtes Gespräch, so gleichen die katholischen Briefe, denen die von Paulus an die ihm noch unbekannten Epheser, Kolosser und Römer geschriebenen nahe kommen, Reden, die für die breiteste Öffentlichkeit bestimmt sind. Eine Zwischenstufe aber möchte ich für die Mehrzahl der paulinischen Briefe in Anspruch nehmen, sie sind

Dann würde eine weitere Ähnlichkeit mit dem evangelischen Gleichnis darin liegen, daß auch hier der Bruder es ist, der dem verlorenen Sohn einen schlechten Dienst leistet.

Ansprachen vergleichbar, die in einem dem Prediger vertrauten Kreis gehalten werden, voller Beziehungen auf die besonderen und augenblicklichen Bedürfnisse dieses Kreises, aber doch zu einer Höhe emporgetragen, auf welcher das in besonderer Veranlassung gesprochene Wort in den Herzen aller Anwesenden einen Widerhall findet.

Noch möchte ich hier gleich hinzufügen, daß auch die von Deißmann an Paulus hervorgehobene Volkstümlichkeit eine starke Einschränkung dadurch erleidet, daß er nicht nur der Handwerker, sondern auch der ehemalige jüdische Schriftgelehrte ist, ein Umstand, der doch die ganze Art seiner Gedankenbewegung und Ausdrucksweise wesentlich beeinflusst.

Trotz der ausgesprochenen Bedenken bleibt bestehen, daß gerade dies 3. Kapitel des Deißmannschen Buches, welches auch die Brieffammlung umfaßt, der reizvollste Abschnitt des ganzen Werkes ist, der noch durch zahlreiche photographische Nachbildungen von Papyrusbriefen besonders anschaulich gestaltet ist.

Aber das Interesse des Lesers wird gewiß auch nicht erlahmen bei dem wichtigen 4. Kapitel, das die Bedeutung der neuentdeckten Texte für das kultur- und religionsgeschichtliche Verständnis des Neuen Testaments darlegt. Hieraus mag nicht so sehr das Neue, an dem es keineswegs fehlt herausgehoben werden, wie dasjenige, was am meisten zu denken gibt, nämlich die Uebereinstimmung der von Christus gebrauchten Prädikate mit denjenigen, welche gleichzeitig oder schon vorher beim Kaiserkult aufgefunden waren. Hier werden aus Inschriften, die zum Teil bis an das Ende des letzten vorchristlichen Jahrhunderts zurückgehen, die Belege dafür gegeben, daß dem Kaiser die überschwänglichen Bezeichnungen  $\sigma\omega\tau\eta\varsigma\ \tau\omicron\upsilon\ \kappa\acute{o}\sigma\mu\omicron\nu$  = Heiland der Welt,  $\nu\acute{\iota}\omicron\varsigma\ \tau\omicron\upsilon\ \theta\epsilon\omicron\upsilon$  = Sohn Gottes,  $\theta\epsilon\acute{o}\varsigma$  = Gott,  $\theta\epsilon\acute{o}\varsigma\ \epsilon\kappa\ \theta\epsilon\omicron\upsilon$  = Gott aus Gott,  $\kappa\acute{\upsilon}\rho\iota\omicron\varsigma$  = Herr beigelegt worden sind. Natürlich benutzt Deißmann auch diese überraschende Tatsache für seine These, daß das Christentum den Sprachschatz der hellenistischen Umwelt, in die es eintrat, übernommen hat, in diesem Falle freilich so, daß es unter bewußter und entschiedener Ablehnung des Kaiserkultes die bei demselben üblichen Hoheitsattribute Christus hat zueignen wollen.

In dieser kurzen Uebersicht wird man nichts gefunden haben, was die bisherigen Erklärungen entscheidender Bibelstellen umstieße. Auch von dem Buche selbst darf man dergleichen nicht erwarten. Aber durch die Aufhellung zahlreicher kleiner Züge und Schattierungen der Wortbedeutungen, wie durch die Einfügung in den geschichtlichen Rahmen, in den es gehört, ist das Neue Testament und das älteste Christentum doch in eine neue, hellere Beleuchtung gerückt. Das ist in dankenswerter Maße schon jetzt erreicht. Vielleicht werden, wo Ausgrabungen und Entdeckungen jeden Tag neues Material liefern können, an der Forscherarbeit, der Deißmann in einem besonderen Abschnitt Ziel und Methode weist, neben ihm auch andere teilnehmen, denen er selbst aber als Pfadfinder und Lichtträger gelten darf.

Prof. Dr. Ad. Matthaei.

Hans Vollmer, Lic. th., Vom Lesen und Deuten heiliger Schriften. Geschichtliche Betrachtungen. Religionsgeschichtliche Volksbücher für die deutsche christliche Gegenwart. IV. Reihe, 9. Heft. Herausgegeben von D. theol. F. M. Schiele. Tübingen, J. C. B. Mohr, 1907. 64 S. M. 0,50.

ders., Ein deutsches Adambuch. Nach einer ungedruckten Handschrift der Hamburger Stadtbibliothek aus dem XV. Jahrhundert herausgegeben und untersucht. Mit 2 Illustrationsproben. Gelehrtenschule des Johanneums zu Hamburg. 1908 (Progr. Nr. 951). VI u. 51 S. gr. 8.

Trotz des unheimlich gesteigerten wissenschaftlichen Betriebes unserer Zeit gibt es immer noch einzelne Gebiete, wo kaum die erste Rodarbeit begonnen hat: dazu gehört eine Geschichte der Bibel in der christlichen Kirche, wie sie M. Röhler skizziert hat. Wohl wird die Geschichte des Bibeltextes und der Bibelübersetzungen meist in der sog. Einleitung getrieben; Ed. Reuß zog auch die Geschichte der Auslegung in seine Geschichte der heiligen Schriften hinein; die Hermeneutik, in der sie oft den geschichtlichen Unterbau für die prinzipiellen Erörterungen bildete, ist (leider) ganz aus der Mode gekommen. Aber alles dies, wie auch Dieckels treffliche Geschichte des Alten Testaments in der christlichen Kirche (1869) behandelt die Bibel doch nur als das Buch der Theologen: was sie dem christlichen Volke war, davon erfährt man nur wenig. In einer Zeit aber, wo die Forderung immer allgemeiner erhoben wird, die Kirchengeschichte in Geschichte des Christentums, die Dogmengeschichte in Frömmigkeitsgeschichte umzuformen oder doch diese jener zur Seite zu stellen, darf eine solche Behandlung der von der Bibel auf das gesamte Kulturleben der christlichen Völker ausgegangenen Wirkungen nicht fehlen. Die Aufgabe ist ungeheuer groß und umfassend, und wer wie der Referent seit Jahren daran arbeitet\*), da empfindet überall auf das peinlichste den Mangel an Vorarbeiten. Um so dankbarer begrüßt er jeden Beitrag in dieser Richtung.

Zu den rührigsten Mitarbeitern auf diesem Felde gehört neuerdings Viz. H. Vollmer in Hamburg. Er hat zunächst in einem der Schiele'schen religionsgeschichtlichen Volksbücher „Vom Lesen und Deuten heiliger Schriften“ (III. Reihe, 9. Heft, 1907) einen populären Ueberblick über ein weites Gebiet geboten, das unsern Laien meist noch sehr unbekannt ist, und auf dem gerade die neueste Forschung sehr viel interessante Gesichtspunkte entwickelt hat. Nach einer kurzen Darlegung des zwiefachen Inspirationsgedankens der Antike (I) wird dem Leser ein anschauliches Bild erst der von der spätgriechischen Philosophie entwickelten Mythenallegorie, der physikalisch-psychologisch-ethischen Umdeutung Homers, geboten (II), sodann des analogen Verfahrens der Rabbinen und jüdischen Philosophen Alexandriens inbezug auf ihr heiliges Buch, das Gesetz Moses (III).

\*) Einstweilen sei auf eine Skizze für Hastings Encyclopedia of religion and ethics, vol. II, hingewiesen.

Hierauf wird dargetan, daß auch das Urchristentum in seinem Verständnis des Alten Testaments ganz gleichartig verfuhr (IV). Diese vier Abschnitte nehmen etwa die Hälfte des Heftes ein. Die zweite Hälfte füllen zwei längere Abschnitte, welche das wichtigste aus dem immensen Stoff des Schriftgebrauchs und der Schriftauslegung in der Kirche von ca. 200 bis 1500 und über den Umschwung in der Neuzeit bieten, wie er sich von lange her durch die mittelalterlichen Sekten, durch die Reformation anbahnt und dann im 18. Jahrhundert vollzieht.

Der große Vorzug der Vollmer'schen Darstellung besteht in ihrem stofflichen Reichtum: es wird dem Leser wenig vorreflektiert, aber in einer fast überreichen Fülle treten die Beispiele vor ihn hin. Die Quellen selber reden. Sich sein Urteil darüber zu bilden, bleibt vielfach dem Leser überlassen. Mag sein, daß mancher Leser für etwas mehr Führung, Anleitung zum Verstehen und Beurteilen dankbar wäre. Diese Art der Darstellung aus Quellenbelegen ist jedenfalls sehr instruktiv, scheinbar auch ganz objektiv. Dabei mischt sich freilich schon in der Auswahl und Gruppierung das eigene Urteil des Verfassers unvermeidlich ein. Referent würde hie und da etwas anders betont haben: so gleich zu Anfang, daß das Urchristentum, weil es lebendige Inspiration in seinem Kreise kannte, auch über die Schriftinspiration anders, lebensvoller, weniger mechanisch dachte als Griechen und Juden der gleichen Zeit: Gott hat sein Evangelium zuvor verheißen durch seine Propheten in heiligen Schriften Röm. 1, 2; Gott hat vorzeiten geredet zu den Vätern durch die Propheten Hebr. 1, 1 — Propheten hatte man in der eignen Mitte! Statt von einer Steigerung der Inspirationsidee im Hebräerbrief zu reden, könnte man darauf hinweisen, daß Paulus, der Palästinenser, immer mit „es steht geschrieben, die Schrift sagt“ operiert, während in dem alexandrinisch gefärbten Hebräerbrief „Gott spricht“, „der heilige Geist sagt“. Gelegentlich denken dabei beide ganz menschlich — geschichtlich: wie Paulus angibt, daß das Gesetz erst 430 Jahre nach Abraham kam (Gal. 3, 17). so Hebr. 4, 7 f., daß Davids 95. Psalm jünger ist als die Josuazeit. Bei derartigen Beispielsammlungen liegt immer die Gefahr nahe, daß das absonderliche einen größeren Spielraum erhält als ihm zukommt und so seine Bedeutung leicht überschätzt wird. Vollmer betont gern und oft, wie fremd uns die urchristliche Art anmutet. Das ist gewiß richtig. Zu voller geschichtlicher Würdigung aber gehört, daß ebenso scharf die Unterschiede von der sonstigen antiken Art hervorgehoben werden: daß wir im Urchristentum so viel mehr Typologie als Allegorie haben, liegt doch im Grunde daran, daß hier alles auf die geschichtliche Erscheinung Jesu Christi bezogen wird. Die Neigung zur vereinfachenden Identifikation ist der ganzen antiken Exegese eigen: der Rabbi findet in allem die Torah, Philo in allem den Logos, die Christen in allem Christus — aber wie viel kongenialer war dies meist als jene beide Deutungen. In Jesu eigener Freiheit spürt Referent nicht so sehr den Odem der alten Propheten als den eignen Geist unmittelbarer

Gotteserkenntnis, und so in der bekannten Antwort an die Sadducäer nicht rabbinische Subtilität, sondern die kraftvolle Ueberlegenheit eines neuen lebendigen Gottesbewußtseins. Doch das sind Differenzen der Stimmung. Nur weil mir Vollmers Darstellung so außerordentlich wertvoll erscheint, möchte ich betonen, daß die urchristliche Art, das Alte Testament zu lesen, nicht nur als eine Spezies antiker Deutung, sondern zugleich als etwas eigenartiges, neue Motive ergebendes zu beurteilen ist. In der weiteren Geschichte des Bibelverständnisses könnte man noch schärfer, als Vollmer es tut, hervorheben, daß die Prinzipien der theologischen Exegese sich von ca. 250—1750 fast gleich bleiben, daß aber dabei das religiöse Verständnis sich fortwährend ändert, am durchgreifendsten in der Reformation, daß daher, ähnlich wie wir es eben am Urchristentum aufzeigten, bei gleicher Auslegungsmethode das Auslegungsziel sich gänzlich verschiebt: das macht dann doch einen tiefgreifenden Unterschied. Ich würde die humanistische Kritik eines Cajetan mit ihrem historischen Kriterium der Tradition und Luthers kühne Glaubenskritik nach dem rein subjektiven Maßstab des inneren religiösen Wertes gerade umgekehrt einschätzen. Aber all dies kann das Lob des Büchleins nicht schmälern, das zum erstenmal einem weiten Kreise ein den allermeisten (auch Theologen) bisher wohl ganz unbekanntes und doch so wichtiges Gebiet erschließt. Die Fülle des auf engstem Raume Zusammengedrängten läßt bei dem Verfasser eine bewundernswerte Kenntnis des weitverzweigten Stoffes erkennen, wie sie nur durch langjähriges eignes Studium der vielfach entlegenen Quellen erlangt wird.

Proben solcher Studien hat Vollmer in seinen Beiträgen zur Geschichte des biblischen Unterrichts\*) gegeben. Dazu kommt eben seine als Programm der Gelehrtenschule des Johanneums zu Hamburg veröffentlichte Ausgabe eines deutschen Adambuchs (Hamburg 1908). Hier handelt es sich um eine apokryphe Ausmalung der biblischen Geschichte, die jüdischen, vielleicht vorchristlichen Ursprungs, von christlicher Frömmigkeit übernommen, in alle christlichen Literaturen sich verbreitet hat. Vollmer gibt einen der jüngsten Ausläufer, den Prosatext der einst in Goezes Besitz befindlichen deutschen Handschrift in Hamburg (mit Varianten einer Wiener und einer Berliner Handschrift); da dieser sich als Prosaauflösung einer Reimform, und zwar der sog. Schwellhandschriften der Weltchronik unter dem Namen des Rudolfs von Ems, erweist, ist für das erste Drittel deren Text nach einer Berliner und vier Wiener Handschriften beigegeben, für den Rest Stichproben, darunter noch Auszüge aus der mutmaßlichen lateinischen Quelle. Acht Seiten Anmerkungen mit wertvollen Hinweisen auf z. T. fern abliegende Quellen dienen der Sacherklärung; der Geschichte und dem Verhältnis der einzelnen Handschriften ist außer der Einleitung ein Schlußabschnitt (S. 46—51) gewidmet. Zur Nennung des Methodius als Verfassers des

\*) Mitteilungen der Gesellschaft für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte. XIV, 1904, 278—305; vgl. auch Monatschrift für die kirchliche Praxis, 1904, 472—479.

Adambuches möchte Referent darauf hinweisen, daß es neben den „Revationes“ unter diesem Namen noch eine apokryphe Chronik gegeben haben muß, welche uns in den *Annales S. Disibodi* (Ps.-Marianus) und in englischen Kompilationen entgegentritt.

Was Vollmer hier geboten hat, ist ein höchst interessantes Spezimen aus dem einst von Reuß und von Merzdorff in Angriff genommenen, aber nach heutigen Begriffen nur eben angegriffenen Gebiet der Historienbibeln, einem der bedeutsamsten Kapitel aus der Geschichte der populären Bibelaneignung. Es wäre sehr zu wünschen, daß dieses aufs neue in vollem Umfang nach der literar- wie nach der kunstgeschichtlichen Seite in Arbeit genommen würde, und H. Vollmer scheint, nach dieser Probe zu urteilen, ganz der Mann dazu. Erst wenn Walthers groß angelegtes Werk über die deutsche Bibel des Mittelalters eine entsprechende Ergänzung nach dieser Richtung Seite erfahren hat, wird man über den Umfang und die Art mittelalterlicher Bibellenntnis ganz urteilen können.

Strasßburg.

von Dobschütz.

### P ä d a g o g i k.

H. W. Stoll, Die Götter des klassischen Altertums. 8. umgearbeitete Aufl. von Dr. Hans Lamer. Mit 92 Abbildungen. Verlag: B. G. Teubner in Leipzig, 1907. 356 S.

Den doppelten Dienst, den poetischen Reiz der antiken Mythen genießen zu lassen und dem Verständnis der Schulklassiker durch zusammenhängende Belehrung über die Götter und Heroen des Altertums zu Hilfe zu kommen, hat Stolls „Populäre Mythologie der Griechen und Römer“ ein halbes Jahrhundert lang zahlreichen Altertumsfreunden und einer Reihe von Generationen der Gymnasien geleistet. Bei der notwendig gewordenen 8. Auflage, welche Hans Lamer besorgt hat, ist aus triftigen Gründen eine Trennung der schon jüngere Leser fesselnden Heroensagen und der eigentlichen Mythologie vorgenommen worden. Bei dem vorliegenden Teil, der nur „die Götter des klassischen Altertums“ behandelt, war die Schwierigkeit der Neubearbeitung wegen der großen Umwälzung, welche seitdem auf dem Gebiete der Religions- und Mythenkunde sich vollzogen haben, keine geringe. Es ist aber anzuerkennen, daß der Bearbeiter nach Möglichkeit den Fortschritten der Religionsgeschichte, wie der Archäologie und der Ausgrabungen Rechnung getragen hat.

Daß die Ueberarbeitung gleichmäßig geraten ist, wird man vielleicht nicht ebenso finden. Vielfach wird ohne erkennbaren Grund der von Stoll gewählte Wortlaut verlassen, während anderseits manche Sonderbarkeiten Stolls einfach übernommen werden. Als solche sehe ich z. B. die Eingeschätzung der Orphiker (Stoll S. 20 v., Stoll-Lamer S. 18 u.) an, über welche E. Rohde und Gruppe ganz anders geurteilt haben, und die Behandlung der römischen Genien an einer ganz unerwarteten Stelle, nämlich im Anschluß

an die griechischen Dämonen, während sie hineingehören in den Zusammenhang mit den römischen Penaten, Laren und den Kultus des Kaisers, dessen Genius es bekanntlich anfangs nur war, der in Rom göttliche Ehren genoss.

Für diese kleinen Mängel entschädigt aber bei Lamer eine Kunst der Erzählung, welche, wie z. B. bei der Geschichte von der Entführung der Europa, der Stollis ebenbürtig ist, so daß alles in allem diese neue Auflage, die auch in der Illustrationskunst sich die moderne Technik zu nutze gemacht hat, als willkommener und zeitgemäßer Ersatz für das völlig vergriffene Stollische Buch begrüßt werden darf.

Maria Thiede-Paris. Der Kinder Klapperstorch. Ein Buch für Erwachsene und die reifere Jugend. Berlin-Leipzig, 1908. Modernes Verlagsbureau Curt Wigand. 43 S.

Doktor G. J. Warmund. Los vom Storch! oder des Kindes Ursprung. Leipzig-Gohlis, 1908. Bruno Volger, Verlagsbuchhandlung. 68 S.

Julian Marcuse. Die sexuelle Frage und das Christentum. Leipzig, 1908. Verlag: Dr. Werner Klinckschmidt. 87 S.

Mündliche Belehrungen über sexuelle Dinge sind in den letzten Jahren der Jugend, besonders im Zeitpunkt des Abganges von der Schule, schon vielfach geboten worden. Den Vorträgen folgen nunmehr auch demselben Zweck bestimmte Jugendchriften, zu denen die beiden ersten oben verzeichneten gehören.

Auf die Gefahr hin, allstränktisch zu erscheinen, muß ich zunächst rundweg erklären, daß ich diesen ganzen neuen Zweig der Literatur bedauernd während das im großen Kreise gehörte Wort des Vortragenden wenigstens für den Augenblick alle gemeinen Regungen zu bannen vermag, ist doch zu befürchten, daß im Stillen gelesene und von Hand zu Hand weiter gegebene Bücher, so edel und frei von aller Leichtfertigkeit ihre Sprache auch sein mag, einer unsauberen Phantasie nur zu willkommene Nahrung geben. Bei Büchern ist ferner nie abzusehen, in welche Hände sie geraten. Wer will z. B. Frau Thiede dafür bürgen, daß ihr Schriftchen der Bestimmung des Titels gemäß nur von „Erwachsenen und der reiferen Jugend“ gelesen wird? und wie will der pseudonyme Verfasser der andern Schrift, Doktor Warmund, verhüten, daß die von ihm auf verschiedene Altersstufen verteilten Abschnitte seiner Belehrung nicht von unreifen Kindern auf einmal verschlungen werden? Nein, wenn schon etwas geschehen muß, dann lieber durchs Wort als durch Schrift!

Diese allgemeinen Bedenken werden durch den besonderen Inhalt der beiden Schriften keineswegs entkräftet. Frau Thiede kleidet den Stoff in die Form einer Erzählung und eines Gespräches einer Mutter mit ihren 6, 8 und 14 Jahre alten Kindern, wobei sie aber durchaus nicht immer der Psychologie der Kindesseele gerecht wird. Denn wenn sie z. B. beim Anblick des aus der eingepflanzten Bohne hervorbrechenden Keimes fragt: „Kommt nun auch der Klapperstorch, Mutti?“, so ist diese Frage bezug auf ein „Bohnenkind“ gewiß nie einem Kinde in den Sinn ge-



kommen. Was aber in Frau Thiebes Erzählung am meisten abstößt, das ist, daß die Mutter ihre Tochter, welche übrigens ohne Urlaub aus der Pension angereist kommt, um ihr anzuvertrauen, daß bei ihr sich zum ersten Male die Funktion weiblicher Reife eingestellt hat, Zeugin des Geburtsaktes mit all seinem Weh und seiner Blöße werden läßt, als sie selbst bald darauf noch einem weiteren Kinde das Leben schenkt! Und das alles soll geschehen, um die Tochter „vom sexuellen Verderben“ zu retten!

Die feinere Kunst der Darstellung und der sich dem Kindesinn anpassenden Sprache steht jedenfalls auf seiten Warmunds, bei dem aber wieder über die Weise nicht hinwegzukommen ist, in welcher er von der Vereinigung zwischen den Gatten spricht als von „einer innigen Umarmung, ähnlich, aber doch edler als ihr das zuweilen wohl bei Tieren gesehen habt, welche sich paarten“.

Weshalb wollen denn nun die Verfasser, wie überhaupt die modernen Aufklärer, womöglich mit dem 6. Lebensjahr beginnend, die Kinder über so peinliche, ihre Phantasie gefangen zu nehmen drohende Dinge belehren? Der eine von ihnen ins Feld geführte Grund ist die Pflicht der Wahrhaftigkeit, welche mit dem Storchmärchen aufzuräumen zwingt. Darauf ist zu antworten, daß auch diese radikalen Apostel der Aufklärung ohne Beschönigung gewisser Dinge nicht auskommen. So läßt Frau Thiede die Mutter, als die Kinder einen Terrier mit ihrer Hündin in unbeschreiblicher Situation beobachtet hatten, ihnen auseinanderlegen: „Der Terrier hat es gar nicht böse mit Trudchen (der Hündin) gemeint. Er hat das Trudchen eben sehr lieb. . . . Darum hat er so oft vor unserer Tür gefressen. Er hat eben nur auf den Augenblick gewartet, um Trudchen recht innig zu umarmen, wie ich dich jetzt umarme.“ Und auch Warmund wird doch zum Schweigemund, wenn er über die heikelsten Dinge mit der Wendung hinweggeht, sie seien „für Kinder zu schwer faßbar“ (S. 40). Es wird also doch dabei bleiben müssen, daß Kulturmenschen, so wenig sie je dazu schreiten werden, im Ballsaal sich nackt zu bewegen, darauf verzichten, über gewisse Dinge den Schleier der Grazie zu breiten.

Ferner wird geltend gemacht (Warmund S. 13), daß „die Kinder beizzeiten lernen sollen natürliche Vorgänge eben natürlich aufzufassen. Deswegen schlagen beide Verfasser den Gang ein, daß sie von der Befruchtung und Keimung der Pflanzen ausgehend, zur Paarung und zum Brutgeschäft der Vögel fortschreiten, um dann zur Fortpflanzung der Säugetiere aufzusteigen. Gewiß läßt sich auf diesem Wege reiferen Schülern ein lehrreicher Einblick in die wunderbare Werkstatt der sich stets neu erzeugenden Natur verschaffen. Aber schwerer wiegt vielleicht die bei einseitiger Naturbeobachtung entstehende Gefahr, daß das in ihr ausschließlich herrschende Triebleben zum Maßstab des menschlichen Geschlechtsverkehrs gemacht wird, was dann nicht weniger als das Recht zum zügellosen Sichausleben bedeuten würde.

Endlich heißt es, daß vor dem unsaubern Selbstforschen des Kindes und vor der rohen „Klugmacherei“ der Altersgenossen die Belehrung durch wohlmeinende Erwachsene oder ein ernst gehaltenes Buch bei weitem den

Vorzug verdient. Dabei wird aber übersehen, daß bei aller Aufklärung diejenigen Fragen, auf welche sich die leidenschaftlichste Neugierde des Kindes naturgemäß richtet, unbeantwortet bleiben. Das Kind wird also doch, entweder für sich allein oder in Gesellschaft leichtfertiger Kameraden weiter forschen, und das um so unbedenklicher, als ja diese Richtung seines Forschens, dessen es sich vorher wenigstens geschämt hat, durch die Belehrung der Erwachsenen geradezu sanktioniert ist. Oder wollte man dem durch Darbietung der letzten theoretischen Kenntnis zuvorkommen, so würde der Drang nur um so übermächtiger werden, von da zur Anschauung und von der Anschauung zum Selbsterleben überzugehen. Es kehren also, nur in verstärktem Maße, alle die Gefahren wieder, denen man hat entgehen wollen, und bedrohen das ein immer zarteres Alter; denn man glaube nur ja nicht, daß trotz aller guten Vorsätze die von ihren Erziehern belehrten Kinder mit ihrer Weisheit dicht halten und sie nicht bei jüngeren Geschwistern und Spielgefährten anbringen werden.

Indessen hat diese ganze auf sexuelle Aufklärung gerichtete Bewegung des letzten Jahrzehnts das eine Gute gehabt, daß sich mehr und mehr die auch in den eben besprochenen Schriften stark betonte Ueberzeugung durchgesetzt hat, daß man die Jugend über bestimmte Gefahren nicht in Unwissenheit lassen darf. Gewiß sind Vertiefung des religiösen Sinnes und Befestigung des Schamgefühls die stärksten Waffen zur Bändigung des gebieterischen aller menschlichen Triebe, denen gegenüber die intellektuellen Mittel der Belehrung nur untergeordnet sind. Aber ungewarnt dürfen die Kinder nicht bleiben; sie müssen wissen, daß Nachgiebigkeit gegen diesen Trieb ungleich unheilvollere Folgen nach sich zieht, als andere Verichlungen des Leichtsinns oder der Begehrlichkeit. Daher müssen Eltern und Lehrer schon früh auf die für die geistige und körperliche Gesundheit erwachsender Gefahren aufmerksam machen, welche mit der Verletzung des Schamgefühls am eigenen Körper verbunden sind. Gegen die Zeit der Pubertät müssen dann weitere möglichst kurze, aber eindringliche Warnungen folgen, welche wie Fr. W. Förster (Süddeutsche Monatshefte 1907, S. 534) empfiehlt, am besten in den „Rahmen einer ethisch-religiösen Lebensanschauung“ eingefügt werden, aber keine Einführung in das Detail der menschlichen Naturgeschichte nötig machen. Jedes Kind wird, auch wenn es mit dem ihm Entgegengebrachten hoffentlich noch keine klaren Begriffe verbinden genug verstehen, wenn man von einem durch Schamhaftigkeit und Sinn umzäunten Gebiet spricht. Es bedarf dann bloß des Hinweises, daß der diesen Zaun dem andern Geschlecht gegenüber durchbrechende Jüngling oder Jungfrau die ungeheure Verantwortung auf sich ladet, sich der Gefahr einer bis in die folgende Generation nachwirkenden Krankheit auszusetzen, oder ein junges Wesen in die Welt zu setzen, dem die warme Liebe der Familie und die ausreichende Fürsorge des Vaters versagt ist. Dem ernstesten Auge des Erziehers gegenüber wagen die Kinder nie nach den Zwischengliedern zu fragen, die zwischen Verletzung der Schamhaftigkeit und den geschilderten Folgen liegen, Aber sie ahnen den Zusammenhang und — sind gewarnt.

Mit diesen kurzen Darlegungen wird nun freilich der Streit nicht aus der Welt geschafft sein, der vielmehr in einer grundsätzlich verschiedenen Auffassung von Liebe und Ehe wurzelt. Welche Kunst zwischen der Beurteilung des katholischen Christen, der das Ideal in absoluter Keuschheit sieht, also die Geschlechtsliebe, wenn nicht der Sünde, doch einer untergeordneten Stufe der Sittlichkeit zuweist, und dem Protestanten, der mit Luther die Ehe als eine gottgewollte Ordnung betrachtet, innerhalb deren dieser die physische Vereinigung genau so unbedenklich genossen werden kann wie jede andere Naturgabe, nur daß Jüngling wie Jungfrau sich bis zur Ehe rein erhalten sollen, wozu Beherrschung der Phantasie die Vorbedingung ist. Auch zwischen den Vertretern der modernen Ethik, welche die Geschlechtsliebe auch ohne eheliches Band als berechtigt angesehen wissen wollen, sofern sie nur nicht von Seelenliebe getrennt auftritt, und dem gemeinen Lüftling, der keine andere Schranke für die Betätigung seines Triebes kennt als Gesundheit und Geldbeutel, ist noch ein himmelweiter Unterschied. Ferner spielen die Fragen mit hinein, wie weit Belehrung überhaupt auf den Willen einzuwirken vermag, und ob die Schamhaftigkeit nur ein erzogenes Gefühl, die Ehe ein durch die Sitte einer bestimmten Kulturperiode geschaffenes Institut ist oder ob beides auf ewigem Sittengesetz beruht.

Man sieht, daß man im Grunde eine Sexualpädagogik nicht aufstellen kann, ohne sich über eine Sexualethik klar geworden zu sein. In diesen Zusammenhang nun gehört das dritte der oben verzeichneten Bücher, das von W. Marcuse, hinein, welches sich als einen Waffengang mit Fr. W. Försters bedeutender Schrift „Sexualethik und Sexualpädagogik“ hinstellt. Der Titel dieser Streitschrift, der „Die sexuelle Frage und das Christentum“ lautet, läßt aber mehr erwarten als sie bietet. Denn hören wir darüber den Verfasser sich in der Einleitung (S. V) selbst äußern: „Wenn ich bei Formung des Titels dieser Arbeit das Stichwort Christentum gewählt habe, so ist dies nur eine Konzession an sprachliche Gewohnheiten: Schärfer präzisiert hätte es heißen müssen: Katholizismus; denn was Förster vertritt, ist der reistlose Standpunkt der katholischen Glaubens- und Heilslehre.“ Also sprachlicher Gewohnheit soll die Gleichung Christentum-Katholizismus entsprechen! Das wagt ein in Deutschland gedrucktes Buch den 35 Mill. protestantischer Christen Deutschlands zu bieten? In der Tat rückt der Verfasser auch nur dem katholischen Keuschheitsideal Försters, man kann zugeben nicht ohne Scharfsinn und geschichtliche Kenntnis, auf den Leib, um dann sein Ideal einer „auf sittlich-reinem Fundament aufgebauten“ Einehe, zu der es aber „weder des himmlischen Eros noch des priesterlichen Segens noch der Verheißung vom Jenseits bedarf“, zu entwickeln. Auf diese übrigens mehr hingestellten als begründeten Gedankengänge einzugehen, erübrigt, solange der Verfasser sich selbst nicht mit der protestantisch-christlichen Anschauung von Ehe und Sittlichkeit auseinandergesetzt hat.

Prof. Dr. Ad. Matthaei.

## Geschichte.

Napoleon. Von Max Lenz. Mit 92 Abbildungen, 13 Facsimiles und 2 Karten. Zweite, verbesserte Auflage. (Monographien zur Weltgeschichte in Verbindung mit anderen herausgeg. v. Ed. Hent. Viefelsb und Leipzig. Verl. von Velhagen und Klasing. 1904 4 Mark.

In denselben Tagen, in denen ich in unserm vorigen Heft den kleinen Aufsatz über die Kontroverse zwischen Ernst v. Meier und Max Lehmann veröffentlichte, erschien im Buchhandel die zweite Auflage von Lenzens „Napoleon“, die in ihrer Vorrede eine solche Parallelität des Gedankenganges mit jenem meinem Aufsatz zeigt, daß man ausdrücklich feststellen muß, daß beides unabhängig von einander, und auch ohne daß wir etwa im persönlichen Verkehr dergleichen gemeinsam erörtert, geschrieben worden ist. Es handelt sich um das Verhältnis der deutschen Historiographie zu Ranke. Ganz wie ich es in jenem Aufsatz getan, bekennet sich auch Lenz zu der Auffassung, daß Ranke bereits die richtigen Ideen gehabt, daß wir mit Dunder, Sybel und Treitschke von ihnen abgeirrt sind und jetzt wieder zu ihnen zurückzukehren hätten. Inbezug auf die preußische Geschichte, wovon ich gesprochen habe, handelt es sich um das Prinzip, die Ranke'sche Objektivität, nicht um seine konkreten Auffassungen, da der Meister selbst hier noch nicht bis zum Letzten durchgedrungen war und wo deshalb Max Lehmann das große Feld seiner Tätigkeit gefunden hat; inbezug auf Napoleon, wo Lenz nun das Feld forbert, hat Ranke auch in concreto schon das Richtige ausgesprochen und es handelt sich jetzt nur noch darum, diese Auffassung, in die man sich anfänglich gar nicht recht hineinzudenken wagte, durchzukämpfen. Der Franzosen-Bandal hat durch neue Publikationen von Urkunden diesen Kampf sehr erleichtert. In Deutschland ist es neben Lenz namentlich Gustav Holf gewesen, der zuerst in diesen Jahrbüchern (Oktober-Heft 1891) „Napoleons Plan eines Feldzuges nach Indien“ und später in seiner grundlegenden „Kolonial-Politik Napoleons“ (1899) und in seiner kleinen Napoleon-Biographie, die ersten breiten Brechen in das System der einseitigen deutsch-patriotischen Vorstellungen von dem furchtbaren Weltoberer gelegt hat. Jetzt steht Lenz im Vordergesicht und hat namentlich durch die quellenmäßige Analyse der Jugendgeschichte und Jugendentwicklung Napoleons die psychologische Grundlage für die richtige Auffassung geschaffen. Die späteren Partien der Biographie, die Zeiten des Kaiserreichs, die uns ja ohnehin bekannter und geläufig sind, sind nur skizziert. Der Accent liegt auf dem Werden dieses unheimlichen Charakters und dem Ursprung seines Kampfes mit dem Schicksal, in dem der Titan endlich erliegt. Wo ist der Ursprung dieses Kampfes zu suchen? Wir wissen es jetzt: aus seine späteren Kriege mit Oesterreich, mit Rußland, mit Preußen, mit Spanien sind nicht Ausflüsse einer unersättlichen Machtgier, sondern er

Konflikt entspringt immer mit Notwendigkeit aus dem andern und alles führt schließlich zurück auf den Wiederausbruch des Krieges mit England im Jahre 1803, der seinen Ursprung in der Rivalität der Engländer und Franzosen um die Seeherrschaft hat.

Nichts kann auch für die tiefere Einsicht in die Krise, in der wir augenblicklich in Europa stehen, instruktiver sein als das Studium des Ursprungs dieses Konflikts, der Napoleon auf die Höhe seines Ruhmes, schließlich aber nach St. Helena führte, und den Engländern die Seeherrschaft gab, wie sie sie noch heute behaupten. Lenz enthält sich jeder Bezugnahme auf die Gegenwart; ihm ist es rein um das historische Problem zu tun, aber bei der Bedeutung, die dieses Problem hat, und der Entschiedenheit, mit der die richtige Auffassung noch immer bestritten wird, hat er in der jetzt vorliegenden zweiten Auflage, die sonst die erste nur in Einzelheiten verbessert wiedergibt,\*) an dieser Stelle einige Seiten eingeschoben, die bestimmt sind, jeden Zweifel, der noch geäußert werden kann, zu zerstreuen.

Zu diesem Zweck zieht der Verfasser namentlich die Berichte des englischen Gesandten in Paris Lord Whitworth heran, die bereits seit Jahren veröffentlicht, doch von der Forschung (ausgenommen Holoff) nicht genügend beachtet waren, und in denen mit runden Worten zu lesen ist: „Der erste Konsul wünscht sicher nicht den Krieg, er weiß, daß er uns nichts abgewinnen kann und daß er das ganze Land gegen sich hat“. Ferner wies der Gesandte hin auf die Schwäche der französischen Finanzen. Ebenso meldete er seiner Regierung, als diese wegen der Rüstungen, die in Hollands und Frankreichs Häfen veranstaltet wären, die Miliz einberief und eine Aushebung von 10000 Seeleuten verkündigte, daß in den französischen Häfen überhaupt keine Kriegsschiffe lägen und daß ihre Werften und Magazine von allem entblößt seien. Das bestätigte ihm auch ein Agent der englischen Regierung, der in diesen Tagen von London nach Paris hinüberkam. Die Kriegs- und Transportschiffe, die Napoleon hatte, waren draußen auf der Fahrt nach Ost- oder Westindien, zu den französischen Kolonien. Diese Kolonien auszubauen und das durch die revolutionären Bewegungen und Umwälzungen so schwer mitgenommene Wirtschaftsleben Frankreichs im Innern wieder herzustellen, war die Arbeit, die Napoleon damals vor allem am Herzen lag und die die Nation auch vor allem von ihm erwartete.

Grade diese innere Erholung Frankreichs aber war es, die die Engländer fürchteten. Lenz legt vielleicht etwas zu viel Gewicht auf die wirtschaftliche Rivalität der beiden Völker. Jedes Schiff, sagt er, das die französischen Häfen verließ, jede Ladung, die aus Ost- oder Westindien ankam, entging den Kaufherren an der Themse, den Webstühlen und

\*) Die erste Auflage ist sehr eingehend besprochen von G. Holoff in diesen „Jahrbüchern“. Bd. 123 S. 149 (1906).

Schmieden, die in Leeds und Birmingham zu tausenden standen. Sollte England abwarten, bis Frankreichs Industrie das Festland eroberte, bis auf den ionischen Inseln, am Bosporus und in Alexandria sein Einfluß immer fester werden, in Indien selbst neben ihnen neu erstarken würde?

Es ist ja richtig, daß die damals noch herrschenden wirtschaftlichen Theorien der Vorstellung huldigten, daß, was das eine Volk gewinne, dem andern entgehe. Daß ein reiches Frankreich auch für das industrielle England ein guter Kunde und Abnehmer werden könne und müsse, bedachten die maßgebenden Politiker damals noch nicht. Aber man wäre zu der von Adam Smith längst theoretisch gefundenen Einsicht wohl praktisch eher durchgedrungen, wenn nicht hinter der wirtschaftlichen Rivalität die politische gesteckt hätte. Der letzte Grund, weshalb sowohl die leitenden englischen Staatsmänner wie die öffentliche Meinung es für eine unausweichliche Notwendigkeit hielten, den furchtbaren Krieg, der nun schon zehn Jahre lang alle Kräfte in Anspruch genommen und den man eben für einen Augenblick beendet, von neuem zu beginnen, das war die ungeheure Ausdehnung der französischen Macht auf dem Kontinent: Belgien, das linke Rheinufer, Piemont waren direkt von Frankreich annektiert; Holland, die Schweiz, das obere und mittlere Italien in Abhängigkeit oder Personalunion. Wenn dieses Riesenreich wirtschaftlich erstarkte, die altfranzösische Kolonialpolitik wieder aufnahm, wozu Napoleon nicht nur in Louisiana, in West- und Ostindien alle Anstalten machte, sondern auch in der Expedition nach Egypten einen neuen Weg gezeigt hatte, so konnte England sich in Zukunft nimmermehr gegen eine solche Uebermacht behaupten. Das in der letzte und wirkliche Grund, weshalb die Engländer, gewiß nicht leichtem Herzens, beschloßen, in den Kampf einzutreten, ehe die französische Flotte ihnen zu stark geworden war. Man kann die Frage aufwerfen, ob Napoleon nicht doch durch Nachgiebigkeit die Kriegsgefahr noch hätte beschwören können. Es handelt sich schließlich um nichts als um das Felsenland Malta, das die Engländer sich im Frieden von Amiens (1802) verpflichtet hatten dem alten Ritterorden zurückzugeben, trotz dieser Verpflichtung aber besetzt hielten, weil sie den Franzosen nicht das Mittelmeer und den Weg nach Egypten freigeben wollten. Wie vor die Häfen des Kanals und des Ozeans wollten sie auch vor die der südlichen französischen Küste ihr Schloß legen. Das wollte sich Napoleon nicht gefallen lassen, und die Uebergriffe, die er sich seinerseits auf dem Kontinent erlaubte, gaben den Engländern Gründe und Vorwände genug, auf Malta zu beharren, und brachten schließlich auch Rußland und Oesterreich gegen die Franzosen in die Waffen. Wenn Napoleon diese Uebergriffe, namentlich die definitive Annexion Piemonts und die personelle Vereinigung der italienischen Republik mit der französischen, indem er sich auch dort zum Präsidenten und später zum König wählen ließ, unterlassen und über Malta irgend einen, wenn auch noch so ungünstigen Kompromiß geschlossen, es wäre vielleicht das Klügere gewesen, oder man darf auch sagen, es wäre

sicherlich das Klügere gewesen, aber den Krieg hätte er deshalb schwerlich vermieden, und wenn er auf irgend einen Gebietssteil, irgend eine Einflußsphäre verzichtet hätte, so war vorauszusehen, daß sie in dem bevorstehenden Kampf dem Feinde zuwachsen würden. Er war aber überhaupt der Mann, wie Sorel gesagt hat und Venz mit Recht wiederholt, die Ereignisse, welche drohten, nicht abzuwarten, sondern vielmehr ihnen zuvorzukommen. Hier ist der Punkt, wo sich das Sachliche und das Persönliche, die Konsequenz der Verhältnisse und der Charakter des entscheidenden Staatsmannes unlöslich miteinander verbinden. Wie weit Napoleon sich darüber klar war, zukünftig einmal den Kampf um die See- und Kolonialherrschaft mit England aufnehmen zu müssen und zu wollen, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls, als er sah, daß die Engländer nicht gesonnen waren, ihm zu weitausholenden Rüstungen die Zeit zu lassen, zögerte er nicht, sondern nahm den hingeworfenen Fehdehandschuh trotzig und selbstbewußt auf.

Dies ist die wahre Genesiß der Kriegsepoche, in die auch unser Vaterland bald genug hineingezogen wurde, in der es in Trümmer ging, um verjüngt wieder aufzustehen. In diesen Jahrbüchern (Bd. 47) hat einst Max Duncker die Ansicht verteidigt, der große Plan Napoleons, mit seiner Armee nach England hinüberzugehen, sei ihm nie der oberste Zweck gewesen, sondern zum mindesten zugleich eine Deckung, um sich nach vollendeten Rüstungen mit seiner unersättlichen Eroberungsgier auf den Kontinent zu werfen. Wir wissen es jetzt besser. Rankes Einsicht, daß der Kampf mit England d. h. der Kampf um die See- und Kolonialherrschaft der eigentliche Kernpunkt der immer wieder ausbrechenden Konflikte war, daß Napoleons Wort: „Die Engländer zwingen mich, den Kontinent zu erobern“ berechtigt war, hat auch hier wieder das Richtige getroffen. Man kann diese Epoche nicht sorgsam genug studieren: die Analogien und Schlüsse für die Gegenwart liegen nur gar zu nahe.

Delbrück.

---

Friedrich M. Kircheisen, Bibliographie des Napoleonischen Zeitalters einschließlich der Vereinigten Staaten von Nordamerika. (In zwei Bänden.) 1. Band. Gr. 8°. XLVIII und 412 Seiten. 12,50 M. Berlin, E. S. Mittler, 1908.

Bereits i. J. 1901 hat Friedrich Kircheisen eine 200 Seiten starke Bibliographie zur Napoleonischen Geschichte herausgegeben, die — nicht entfernt auf Vollständigkeit berechnet — für alle Spezialstudien gutes Ausgangsmaterial bot. Seitdem hat der unermüdliche Sammler seine Arbeit fortgesetzt und, wie er mitteilt, aus zahllosen Katalogen, Zeitschriften und Sammelwerken etwa 70000 Titel ausgezogen, die auf die Geschichte Napoleons und seiner Zeit Bezug haben. Gedacht ist die Bibliographie als Vorarbeit zu einer umfangreichen Geschichte Napoleons und seiner Zeit,

in der er eine erschöpfende Darstellung von Napoleons universaler Wirksamkeit geben will; deshalb beschränkt er sich mit seiner Bibliographie nicht auf die Geschichte Frankreichs und die Persönlichkeit Napoleons, sondern er berücksichtigt die der ganzen Welt, soweit sie vom Strudel der Napoleonischen Politik erfaßt worden ist. In den zwei Bänden gibt er eine Auswahl der wertvollsten Arbeiten, etwa 8000, und es ist kein Zweifel, daß er dabei Geschick und Urteil bewiesen hat; unentbehrliche Werke dürften kaum übersehen sein. Mag der Verfasser sein geplantes großes Werk vollenden oder nicht, für das hier gebotene gute Hilfsmittel kann ihm die Forschung dankbar sein. Es ist erfreulich, daß das Erscheinen des 2. Bandes schon im nächsten Jahr erfolgen soll. G. Klotz.

### Literatur.

Das Weib des Vollenheten. Ein Legendendrama von Karl Gjellerup.  
(Literarische Anstalt von Rütten u. Lohning (Frankfurt a. M.).

Als im Herbst im gleichen Verlag des nämlichen Verfassers Legendendrama „Der Pilger Kamanita“, der inzwischen in mehrere Sprachen übersetzt, neu aufgelegt und von der Gesamtkritik deutscher und dänischer Junge glänzend aufgenommen wurde, erschienen war, berief ich mich in meiner Besprechung an dieser Stelle auf folgenden Ausspruch Karl E. Neumanns aus dem Nachwort zu seinem „Wahrheitspfad“: „Die letzten Jahrzehnte, die letzten Jahre haben uns erst Aufschluß darüber gegeben, wer der Buddha war und was er uns gelehrt hat. . . . Die Poesie des Buddhismus, sein Innerstes ist uns aber noch ein Buch mit sieben Siegeln. Eins nach dem andern muß gelöst werden, wollen wir sein Herz verstehen lernen. Nachdem die Gelehrten das Ihrige getan haben, komme nun der Dichter und tue das Seinige. Dann erst wird die Buddhalehre auch bei uns zum Leben erwachen, wird deutsch unter Deutschen blühen. . . .“ Wie recht hab' ich behalten, indem ich damals diesen Ausspruch durch die Behauptung ergänzte: „Wohlan, der Dichter ist gekommen und in seinem Pilger Kamanita hat er einen so gelungenen Anlauf genommen, das Seinige zu tun, daß man auf alles Weitere von ihm mit Recht gespannt sein darf.“ Aber nicht etwa, daß ich heute einer rechthaberischen Anwandlung nachgäbe, indem ich hiermit noch einmal auf meine Behauptung zurückgreife. . . . O nein, „die Sache will's!“ Vor 15 Jahren konnte der große Indologe Karl Eugen Neumann freilich noch nicht wissen, daß in Karl Gjellerup der Dichter, an den er appelliert hatte, erstanden sei. Das Erscheinen des „Kamanita“ aber, in dessen Schlußnote der Dichter in einem Atem bescheiden erklärte, daß ohne die großartigen Uebersetzungswerke Neumanns seine Dichtung nicht hätte entstehen können, und daß es ihm ein Herzensbedürfnis gewesen sei, ein echtes Bild buddhistischer Lebens- und Weltanschauung aufzurollen, hat der kongeniale Herausgeber der „Buddhistischen Anthologie“



gewiß als den vielversprechenden Anfang der Erfüllung seines Wunsches angesehen, und heute bin ich seiner Zustimmung sicher, wenn ich behaupte, daß Gjellerups „Weib des Vollendeten“ von den „sieben Siegeln, die eins nach dem andern gelöst werden müssen, wenn wir das Herz des Buddha verstehen lernen wollen“, gerade das Hauptsiegel gelöst und uns das volle Verständnis für Buddhas „Herz“ erschlossen hat. Es ist dies eine dichterische Großtat ersten Ranges, und diese Tatsache wollte es, daß ich zum Anfang meiner heutigen Besprechung auf das Zitat in meiner frühern Bezug nehme. Jetzt aber — in medias res!

Die Legende berichtet: Am Hof des Königs Cuddhobana zu Kapilavastu im Land der Sakyer sei drei Tage nach der Geburt des Prinzen Siddharta ein Wahrsager erschienen und habe prophezeit, der Neugeborene werde, wenn er im Treiben dieser Welt verbleibe, ein Welteroberer, oder aber, wenn er, noch nicht dreißig Jahre alt, der Welt entsage, ein Weltüberwinder, ein allerhöchster Buddha werden. Auf diesem llegendarischen, an die mythisch-dunkeln delphischen Orakelsprüche gemahnenden Entweder—Oder hat der Dichter das Vorspiel „Die große Entfagung“ (dieser Untertitel ist die buddhistische Bezeichnung für die Flucht des Prinzen vom Königshof) aufgebaut — und wie aufgebaut! In gedrängter Fülle tief-sinnig erfaßter und dichterisch angeschauter Bilder urcht-altindischen Lebens werden das Hauptmotiv des Ganzen, wie die Einzelmotive des Spiels und Gegenspiels drastisch und spannend einander gegenüberstellt. Der König setzt alle Hebel in Bewegung, den Prinzen, der — es ist periculum in mora — im dreißigsten Lebensjahr steht und dessen zu religiöser Beschaulichkeit neigender Geist bereits durchschaut hat, daß alles Leben nichts als Leiden sei, für die Laufbahn des Welteroberers zu begeistern. Er entkühlt seiner Schwiegertochter Mäghoddhara, der von der Furcht besangenen, daß Siddharta sie nicht mehr liebe und darum die Einsamkeit aufsuche, die viel größere Gefahr, die ihr bevorstehe, wenn der Prinz sich für die Weltüberwindung entscheide, und stachelt sie förmlich auf, ihn mit allen Mitteln weiblicher Verführungskunst zu bestriicken. Der Augenblick ist günstig, der König hat Siddharta an den Hof befohlen, ein Krieg mit dem wilden Nachbarvolk ist ausgebrochen, die ganze Heeresmacht ist aufgeboten, Siddharta soll ihr Anführer sein. Auf dem Höhepunkt des kriegerischen Festes, das mit Gesängen der Varden, Tanzreigen der Bajaderen und der Erscheinung der Schönheitsgöttin „Sri“ zu einem echt orientalischen, orgiaistisch-rituellen, an die wildentfesselte Erotik der Venusbergsgenen erinnernden Betäubungstaukel ausartet, sieht sich der Prinz vor die schwerste Entscheidung seines Lebens gestellt. Alles reißt an seinem Herzen, Bitten und Drohen des Vaters und Königs sowie des ganzen Volkes, Kriegerstuf und Hörnerstall, die lockende Macht des Schwertes in seiner Faust, der angeerbte Drang nach Ruhm und Ehre, und stärker als alles der stumme, stehende Blick der geliebten und ihn über alles liebenden Frau, aber er ist taub für alle Lockung der Welt- und Sinnenlust, in seinem Ohr tönt nur der Schmerzens-

schrei aller Erdenkreatur nach Erlösung und die Stimme aus unendlichen Fernen, die ihm verheißt, ein allerhöchster Buddha zu werden. Er reißt sich los von allem, denn dies alles ist Trug und Wahn, und auch der herzzerreißende Abschiedsklageruf seines zusammenbrechenden Weibes vermag ihn nicht zu halten.

Acht Jahre nach diesen Begebenheiten des Vorspiels hat der Prinz sein Ziel erreicht. Der Ruf des Buddha geht durch die Lande. Als gelber Mönch mit der Almosenschale kommt der ci-devant-Prinz, jetzt „der Vollendete“, an seines Vaters Hof. Dieser, von je nur die rückgratlose Wetterfahne auf dem Thron, ein auf zwei Achseln tragender Schlemmer, Heuchler und ein falscher, dialektischsechtender Intrigant, hat eine unheimliche Angst vor seinem göttlichen Sohn, will's aber auch mit seinen Priestern, die den Vollendeten und seine Ketzerei verfluchen, nicht verderben, gestattet das blutige Opferfest und befiehlt zu gleicher Zeit, daß seinem jüngsten Sohn Nanda und allen Prinzen das Haupt geschoren werde und daß sie in den heiligen Orden treten. Mit dieser Wendung setzt das eigentliche Drama „Das Weib des Vollendeten“ ein und es dreht sich von jetzt an alles darum, ob es Naschoddhara gelingt, den Vollendeten zu sich, in die Welt und die Arme der weltlichen Liebe zurückzubringen. Und nachdem sie den asketischen Mönch umsonst auf den Knien gebeten hat, sie nicht zu verstoßen, nimmt sie den Kampf mit heroischem Entschluß auf:

„Dein Mitleid will ich nicht, ich will dich selbst.  
Du wähnst den Kampf vorbei? Er fängt erst an,  
Es wird mit Deiner kalten Heiligkeit  
Die warme Liebe Deiner Gattin ringen. . .“

Die Opferpriester nahen mit den blutbesprühten Götterbildern, die Messer schwingend, unter korybantischem Getöse — und Naschoddhara, von wildem Weh erfaßt, ruft die Schlangenmaid mit der Somatrankschale zu sich heran, und mit dem „heil'gen Raß“ sich Stirn und Brust benegend, weiht sie sich dem Leben und dem Tod und schwört den Eid:

„ . . . Gautama, merl' ihn wohl!  
Und ob Du auch die ganze Welt bekehrtest . . .  
— — — — —  
Naschoddhara jedoch bekehrst Du nie!“

Wütende Civa=Kufe, Kali=Schreien der Bajaderen, ein Höllenlärm und die ganze Szene ein von Blut, Feuer, Gold und Juwelen umrahmter Höllenbreughel. Und für dies alles hat in der Stille der nach und nach eintretenden Pause der Buddha nur die Worte:

„Friede mit Dir, du arme kranke Seele,  
Und mit euch allen! mit der ganzen Welt,  
Mit Erdenwesen, Göttern und Dämonen,  
Mit dem Brahman, dem allerhöchsten — Frieden,  
Des Leidens Ende und Nirvana's Ruhe!“

Nach diesem bewegten Aktluß übernimmt im zweiten Aufzug die Führung des Gegenspiels der königliche Vetter Prinz Devadatta, dieser „Erzfeind“ und in Wahrheit der vollendete Widerpart des „Vollendeten“, der mit Siddharta nichts gemein hat als die Liebe zu Māchoddhara. Diese hat eine instinktive Furcht vor Devadatta, und so oft sie sich im Konflikt mit ihrer reinen Liebe zu Siddharta gegen ihr eigenes besseres Ich aufbäumt, fühlt sie sich von dämonischer Gewalt zu dem personifizierten Prinzip der Bejahung aller niedern Lebensinstinkte hingezogen. Devadatta faßt nun den von dem Oberpriester gutgeheißenen Voratz, durch auf die Spitze getriebene asketische Bußübungen ein höchster Zauber-Yogi zu werden, der durch Wunder menschliche Gesichte nach seinem Willen zu lenken und selbst Götter zu ängstigen vermag. Als er es soweit gebracht hat, wird der bis zur Schwachsinigkeit verlebte König in aller Stille von den Priestern aus dem Leben befördert und Māchoddhara als Königin ausgerufen. Noch einmal versucht sie's jetzt, den „Vollendeten“, der nach Zug und Recht jetzt König sei, zu bewegen — abermals umsonst. Den günstigen Moment ihrer Verzweiflung darüber benutzt Devadatta, der sie schon vorher davon zu überzeugen wußte, daß er sich nur zum Wundermann hinaufkastei habe, um sie zu erringen, und imstande sei, seine ganze Macht für ihre Gegenliebe dahinzugeben. Und wirklich, sie reicht ihm die Hand, da sie sich selbst als vom Buddha geschieden ansieht und will dem Prinzen Devadatta folgen, doch mit widerstrebendem Herzen, und den Blick auf ihre sterbende Liebblingsdienerin gerichtet, die Buddhistin geworden ist und von der der Vollendete sagt: „Ihr Tod ist Leben und dein Leben Tod . . . Du siehst — sie ruht“, zögert sie und sagt für sich: „Sie ruht . . . und ich?“ — Da ergreift Devadatta energisch ihren Arm: „Du herrschest . . . und mit mir!“ und zieht sie mit sich fort.

Der dritte Akt bringt die Niederlage Devadattas und der verräterischen Priester, die heldenhafte Aufraffung Māchoddharas, ihre Läuterung, die Apotheose Buddhas und seiner Lehre des Heils. Noch ehe es zur feierlichen Einsegnung des unnatürlichen und selbst dem Volk verhassten Ehebundes zwischen Devadatta und der Königin kommt, durchläuft die Stadt das Gerücht, der Buddha sei von einem niederbrechenden Baumaß erschlagen worden. Māchoddhara, die der Priester ruchlose Tätigkeit bereits durchschaut hat und sofort ahnt, daß sie auch hier die todbringende Hand im Spiele gehabt haben, erwacht aus ihrer Willenlosigkeit, verurteilt Devadatta, der gar nicht leugnet, und den Oberpriester zum Tode. Sie selbst, nun eigentlich erst Witve geworden, will dem toten Buddha nach dem Sati-Ritus in den Tod nachfolgen und läßt den Scheiterhaufen schichten. Da im gesteigertesten Moment eines dramatisch höchst gelungenen Ensemble-Crescendos erscheint der totgeglaubte Buddha, vom Jubel des Volkes begrüßt. Er begnadigt, die ihm nach dem Leben getrachtet, Devadatta zieht den Selbstmord vor, Māchoddhara aber, die unter der milden Belehrung des Buddha sich in einer alle Herzen ergreifenden Seelenwandlung

von allen Schlacken der Lebensbejahung löslöst, wird als Gründerin des buddhistischen Nonnenordens ein treue Helferin und sozusagen jetzt erst im höchsten Sinn der Verneinung das geistige „Weib des Vollendeten“.

Dieser knappen Inhaltsangabe, die nur ein Notbehelf sein kann, verlohnt es sich vielleicht, ein paar erläuternde Worte über die Motive der Heldin und deren psychologische Analyse und Synthese anzugliedern. Die durch die Prophezeiung geschaffene Situation, wie die Legende sie berichtet, ist an sich ja wohl rührend und ein trauriges Schicksal. Tragisch aber wird sie erst durch die Art, wie der Dichter Nischoddhara gestaltet und mit sich selbst in Widerspruch, Kampf und Selbstbezwungung bis zur völligen Entfugung gebracht hat. Es ist erstaunlich, was der Dichter aus dieser ein über Raum und Zeit erhabenes typisches „Frauenliebe und -leben“ verkörpernden Figur gemacht hat. In ihren Seelenkämpfen rollt sich mit der Realistik eines kinematographischen Bildes die weltentiefte Verneinungs- und Versöhnungslehre Buddhas vor unsern Blicken ab. Neben dieser großzügigen Entwicklung aber nimmt uns noch mehr gefangen die mit einem großen Reichtum von Gedanken und Gefühlsanregungen verflochtene Charakterentfaltung der Nischoddhara.

Im Vorspiel hat sie noch den naiven Glauben, daß Buddha und Gatte in und dieselbe Person für sie sein könnten, und sie ist ganz selig in diesem Glauben. Voll Entzücken sagt sie dem König:

„Ein Lehrer aller Menschheit, ja ein Heiland,  
sich selbst und andere rettend, ein in höchster,  
heiligster Sicherheit Vollendeter,  
von dem die Götter selbst Erlösung hoffen,  
ein Buddha, wie sie sagen, daß in längst  
entschwundenen Zeiten ihn die Erde kannte,  
wie groß, wie herrlich, wie unsäßbar hehr!  
Und er . . er — mein Siddharta soll das werden?!

Aus diesem Stadium reiner Torheit wird sie durch des Königs Warnung, der Buddha könne nie und nimmer zugleich ihr Gemahl sein herausgerissen. Aber da sie der sinnlichen Liebe zu Siddharta ihrem angeborenen Naturell zufolge schlechthin nicht entraten kann, zugleich aber auch ihn als Buddha auch in seiner heiligen Größe versteht und verehrt und aus ihres innersten Herzens reinsten Liebe heraus darum absolut nicht wünschen kann, daß er seine Heiligkeit ihrer erotischen Weltlust opfere, ist sie, eine echt tragische Figur, allen Schrecken des Gewissens und allen Stimmungswechseln des himmelhoch jauchzenden, bis zum Tode betrübten Kampfes zwischen Sinnenlust und Seelenfrieden preisgegeben. Im wilden Trotz wirft sie dem Heiligen den Fehdehandschuh hin und weicht sich selbst mordlaunig dem Tod und dem Leben — und als Siddharta=Buddha nicht allein nicht mehr Gatte seines Weibes, sondern sogar nicht einmal der König seiner Königin sein will, da verfällt sie dem Bann Davadattas. Vor

jeher hat sie ihn mit dämonisch-sexueller Scheu gefürchtet, unheimlich phosphoresziert, irrlichteriert es über den Szenen, wo sie in Momenten des Grauens vor dem Gespenst der Verneinung Zuflucht bei ihm suchen muß, der aus toller Liebe zu ihr seine Zaubermacht über Himmel und Erde abschwört und dem sie doch nur mit dem trüben Erdenrest ihres „an der Erde kriechenden“ Seins angehört, mit dem allein, was an ihr dem Buddha nicht gehört. Und so ist denn auch ihr scheinbar stolzes Ihm=die-Hand=reichen nur ein willenloses Ihm=in=die-Arme=sinken — ganz so, wie der blickgebannte Vogel in den Rachen der Schlange flattern muß. . . Aber selbst in solchem Augenblick fatalistischen Sich-selbst=aufgebens faßt sie ihrer bessern Ichheit ganzer Schauder, und die unzerstörbare Zuversicht auf den Buddha hat sie niemals ganz verlassen. Die Worte im letzten Akt, wo sie dies selbst ausspricht, sind so bezeichnend für meine Auffassung und für die psychologische Analyse von so maßgeblicher Wichtigkeit, daß ich sie aus ihrem Zusammenhang heraus hierher setzen muß.

Maschoddhara hat verkündigen lassen, daß sie nach dem Sati-Ritus sich mit den Gebeinen des Buddha, dessen Witwe sie jetzt sei, verbrennen lassen wolle; der Scheiterhaufen wird geschichtet, da werden der zum Tod verurteilte Oberpriester und Devadatta zur Exekution vom Fenster vorgeführt und der Prinz richtet eine letzte Mahnung an sie, jetzt, da der Buddha nicht mehr erstehe, „in keinerlei Gestalt wird er geschaut von Menschen oder Göttern. Dann sind wir zwei allein, dann bist du mein!“ Da fährt Maschoddhara, wie von einer Ratter gestochen, entsezt zurück:

„Entsetzlicher Gedanke: Weh mir . . . !  
 Allein mit ihm und keine Stütze mehr . .  
 Ihm, ihm verfallen . . ohne Retter!!  
 Ich weiß es jetzt, nie hätt' ich mich getraut,  
 dem Wilden in die Arme mich zu werfen,  
 wenn nicht der Buddha, wie ein fester Fels  
 im Wogenschwall vor mir gestanden hätte.  
 Denn eine inn're Stimme raunte mir  
 ja zu: Er wird dich nicht verkommen lassen!  
 Fürsorglich folgt sein Geist dir, wohin auch  
 Du irrst, und seine Hilfe schreitet ein . . .

Und in diesem Augenblick, wo keine Seele daran zweifelt, daß der Buddha wirklich tot sei, hat der Dichter, ähnlich wie Schiller in der Schlussszene im Tell, die allgemeine Aufmerksamkeit nach dem Hintergrund, auf den Fenster und die Verurteilten gelenkt, damit echt dramatisch und ohne plumpe Ueberrumpelung die „einschreitende“ Hilfe in der Person des von rechts auftretenden Buddha von den handelnden Personen des Dramas erst im letzten und höchsten Moment der dramatischen Spannung bemerkt werde. Maschoddhara, die sich einst, „vom Leidenswahn berauscht, dem Leben und dem Tod geweiht, entweiht und läutert wieder sich im Feuerbad . . . bring' her die Fackel! . .

Nun schaut Ihr alle her und seid mir Zeugen!  
 Auch dessen überzeugt Euch im voraus,  
 daß ich den heiligen Sati-Nitus nicht  
 durch bange Schmerzensschreie stören werde,  
 so wenig wie der Schmerz mich zwingen soll,  
 wenn jetzt die Flamme meine Hand verbrennt.

Wie einst ich diese Hand mit bösem Schwur  
 in Kalis blutige Opferchale tauchte  
 tauch' ich sie jetzt . . .“

Und da ein Mark und Wein durchdringender Aufschrei, ein Freudenscrei, und alle Blicke sind nach rechts gewendet und alle Herzen zielen dem Buddha zu, der dort die Treppe heraufgekommen ist:

. . . „Du lebst — o Gautama!“

Buddha:

. . . Nicht stirbt ein Buddha,  
 Bevor ein Buddhawerk vollendet ist.“

Das ist ein Wiedersehen, ein umgekehrter „Fidelio“-Moment, den man erleben, auf der Bühne erleben muß. Und das Große und Schöne an der Sache ist, daß es sich hier nicht um eine äußerliche Rettung aus Lebensgefahr durch einen auf sein Stichwort prompt auftretenden Lebenären handelt, einen billigen Bühnentralleffekt . . .

Solcher banalen Auffassung beugt Buddha selbst sofort vor, indem er mit einem wunderbar gefundenen Wort die ganze Situation auf den Kopf stellt, indem er zu Nischoddhara sagt:

„ . . . sieh in dir selber  
 Die Lebensretterin des Buddha.“

Und wie nun dieses Rätselwort und seine Ausführung Schuppen um Schuppen von den Augen Nischoddharas fallen läßt, bis sie, vom Buddha Wort um Wort geführt, zur Erkenntnis kommt, daß ihre letzte Todessehnsucht (nach dem Scheiterhaufen) wie die erste und wiederholt sie wandelnde nie etwas anderes war, als die noch unvollkommene Forderung der Verneinung des Lebens, — das muß man in ungekürztem Zusammenhang selber lesen oder am liebsten hören und lebendig zu Lebenden sprechen vorgehen sehen. Dann wird man zweifellos zu der Ueberzeugung, die ich hiermit ausspreche, gelangen, daß es ganz und gar dem Charakter des Buddhismus und damit dem Grundgedanken dieses echten Buddhadrmas entspricht, wenn als Ergebnis dieser gedrängten analytischen Entwicklung die Synthese aufgestellt wird: Nischoddhara muß ihrem Wesen nach eine Buddhistin werden, ist es auch, aber nicht durch Predigtworte, sondern durch Erleben geworden und gerade durch den Kampf mit dem Buddha.

der doch nur ein Zweikampf der zwei in ihrer Brust lebenden Seelen gewesen ist. Wer konnte es eindringlicher sagen, als sie selbst zuletzt?

„Nimm, o Gautama, Erhabenster,  
Was du, der Wesenskennner, wohl gewußt . . .  
Als ich mit dir auf Tod und Leben rang,  
da wußt' ich — o, vom ersten Anfang an  
fühlt ich's , daß solcher Sieg, den ich begehrte,  
für mich die größte Niederlage war . . .

— — — — —  
Heil mir, daß ich im Kampfe unterlag!  
Daß nicht das Weib und nicht die Königin  
Zum Wanken dich gebracht; daß du mich zwangst,  
zu dir hinaufzusteigen und feststehend  
mir hilfst, wo meine eigne Kraft versagt.  
Denn so bricht meiner Lippen letztes Siegel:  
Zum Buddha nehm' ich meine Zuflucht jetzt!  
Zur heil'gen Lehre nehm' ich meine Zuflucht,  
Zum heiligen Orden nehm' ich meine Zuflucht “

Und so sei denn mein letztes Wort: mit diesem Werk denkenden Schauens und schauenden Denkens scheint mir von den sieben Siegeln, die nach Karl E. Neumann uns das Verständnis des Buddhaherzens bislang verschlossen haben, das stärkste gebrochen, denn nicht bloß des Buddhageistes, sondern auch seines Herzens einen Hauch verspürt der Leser dieses dramatischen Werkes — ich darf wohl sagen „unseres“ dänischen Dichters. Daß ein Däne so deutsch schreibt, empfindet und dichtet, wäre beschämend, wenn es nicht zugleich ein Beweis dafür wäre, daß es ein Schönes gibt, das sich auch für einen fremdsprachigen Mann, der unserer Muttersprache mächtig ist, halbwegs annähernd nur im Deutschen, dieser metaphysischsten aller Sprachen, ausdrücken oder andeuten läßt. Dem unsres „geliebten Deutsch“ aber so geradezu bodenständig mächtigen Buddhismusdichters Gjellerup möchte ich's gönnen, daß das seine vorbildliche literarische Führung behauptende Königliche Schauspielhaus zu Dresden wieder einmal den deutschen Bühnen mit einer bahnbrechenden Uraufführung voranginge.

Dresden.

Dr. Franz Koppel-Ellfeld.

E. I. A. Hoffmann. Studien zu seiner Persönlichkeit und seinen Werken. Von Arthur Sakheim. Mit zwei Abbildungen. Leipzig 1908. H. Haessel Verlag.

Ein Buch, das Zeugnis ablegt von einer staunenswerten Belesenheit, von tiefgründiger Forschung, die alles zusammengetragen hat, was je im In- und Auslande über Hoffmann geschrieben worden ist, und von der Fähigkeit des Verfassers, sich so einzufühlen in Hoffmanns Persönlichkeit und Werke, wie es vor ihm vielleicht niemand getan hat. Aber was der

vor mehr als einem Jahrzehnt erschienenen Hoffmannbiographie von Elmar und der später von Griesbach veranstalteten und mit einer begeisterten Vorrede versehenen Herausgabe von Hoffmanns sämtlichen Werken gelungen ist: diese für das zwanzigste Jahrhundert wieder lebendig zu machen und ihnen einen weiten Leserkreis zu verschaffen, das wird ebenso wenig gelingen. Das psychologische Problem des Menschen Hoffmann und seine Irrfahrt durchs Leben, der erblich Belastete, der in seinem Blute rang, bei Tage ein gewissenhaftes Pflichtleben führte und der Nacht beim Wein ein Feuerwerk von Witz und Phantasie verpuffte, wird stets eine große Anziehungskraft für alle haben, die es nicht für die Verdienste höchstes halten, sich stets der so rentablen Korrektheit bei- zu haben, aber für seine Novellen (abgesehen von „Meister Martin und seine Gefellen“) mit ihrer Verquickung von hausbackener Alltäglichkeit und phantastischer Geisterwelt, ihrem Durcheinander von Wahnsinn und Wirklichkeit, und nun gar für seine Märchen mit ihrem Hineinspielen in plattesten Prosa in eine Phantastik, die uns das Unentbehrlichste zumutet und die niemals in uns das Gefühl einer frei und selig waltenden ästhetisch befreienden, sondern immer nur das einer sich in wirren Dimensionen gefallenden krankhaften Phantasie erwecken, haben die meisten Heutigen wenig übrig, und sie werden kaum andre Leser finden, als rarische Forscher, die es sich zur Aufgabe gestellt haben, das Rätsel der kompliziertesten aller Romantiker zu lösen, seine Spiegelung bei den nachgeborenen Dichtern nachzuweisen und diese philologisch und psychologisch nach ihrem Hoffmanngehalt zu untersuchen. Ihnen hat H. Sathemir rastlosem Fleiß vorgearbeitet, indem er nicht nur zusammenggetragen hat, was Deutsche über ihn gesagt haben (Eichendorffs Urteil, daß er nur geschrieben habe, um zu trinken, und getrunken habe, um zu schreiben, — doch wohl etwas hart!), und welche deutschen Dichter er beeinflusste, sondern auch seine Wertung und Wirkung in England und Frankreich, jenseits des großen Wassers und in Rußland, Polen und Dänemark. Und die einen mühelosen Genuß von einem Buche dieser Art verlangen, werden durch diese Studien enttäuscht sein, denn sie sind keine leichte Lektüre. Ihren Schluß bilden 43 enggedruckte Seiten Anmerkungen, die man nachschlagen muß: gleich auf der ersten halben Seite wird man auf eine, auf der zweiten sogar auf sieben hingewiesen, und so geht es fort, man muß sich beständig im Lesen unterbrechen: fände man sie auf der betreffenden Seite unter dem Strich, wäre die Unterbrechung wenig ärgerlich. Auch der an Inversionen, Parenthesen und Einschübseln aller Art überreiche Stil erschwert das Lesen, und manche wenig glückliche Wortschöpfungen wie „hoffmannesk, brentanesk, donjuanesk“ oder „tiedt, chanijsot, eichendorffit“ und der Mißbrauch von Fremdwörtern imitieren, verziert, mirakulös, Expression, Tragismen, fair, and so fränken unser Sprachgefühl. Unerwähnt darf ebenfalls nicht bleiben, daß der Verfasser, um geistreich und prägnant zu sein, Bilder und Vergleiche



anwendet, die weder geschmackvoll noch ganz klar sind. So sagt er z. B. in dem Kapitel vom Volksmärchen und Kunstmärchen, als er von dem französischen Märchendichter Perrault spricht: „Er hatte — man erwartet es auch nicht anders — größtenteils weibliche Gefolgschaft. Es sind natürlich keine einzigartigen Persönlichkeiten, Feen von übernatürlicher Schönheit und Tugend des Herzens, sondern mehr oder weniger geschickte Hochkünstlerinnen von aristokratischem Gepräge, sit venia verbo, unfruchtbare Ammen, die möglicherweise in diesen Märchen ihre ungestillte Muttersehnsucht austoben: die Gräfin d'Aureuil, Mlle. de la Force (eine dame savante, die man als Thalia neben die Egeria Maintenon rangierte) und — die begabteste, scheint es, — Gräfin d'Aulnoy.“ Und das Kapitel vom Stil der Hoffmannschen Märchen schließt mit folgenden Sätzen: „Ich möchte sagen: Hoffmann der Sprachkünstler zelebrierte Liturgien der Schönheit und hegt diese Schönheit dann mit Kniffen und Püffen tot; er läßt die romantischen Hymnen seiner Seele sich im Gift einer gleichgültig leidenschaftslosen Realität auflösen. Die freundliche Gewohnheit des Verstümmelns ist immerhin eine edle Kunst, denn sie ist eine stilistische Möglichkeiten von neuem, abenteuerlichen Glanz erzwingende, schaffende Kunst. Nur darf sie selbst nicht totgekniffen werden.“ So erregen diese „Studien zu Hoffmanns Persönlichkeit und seinen Werken“ sehr gemischte Empfindungen. Man bewundert ihre Gründlichkeit und bedauert, daß uns ihre Ergebnisse nicht in einwandsfreierer Form überliefert werden.

Die neue Religion. Ein moderner Roman von Maarten Maartens.  
Köln am Rh. Verlag von Albert Mhn. Berlin=Leipzig=Paris.

Maarten Maartens ist durch seine ausgesprochene Eigenart: eine seltene Vereinigung von Geist und Gemüt, von nachsichtigem Wohlwollen für Allzumenschliches und dessen ironischer Verpottung, von Welt- und Seelenkenntnis, in wenig Jahren zu einem viel gelesenen Schriftsteller aller Kulturvölker, der germanischen wie der romanischen, geworden. Auf die Handlung kommt es bei ihm wenig an, ihr Aufbau läßt sogar oft viel zu wünschen übrig, aber seine Satire hat etwas so Gesundes und Befreiendes, der Widerstreit in den Seelen vieler seiner Gestalten zwischen tapferer Selbstverneinung und schwächlicher Nachgiebigkeit gegen ihre natürlichen Neigungen wird mit so viel Feinheit geschildert, der Nachweis, daß Kopf und Herz vielfach wenig mit einander zu tun haben, daß es mit dem ersteren glänzend und mit dem letzteren armselig bestellt sein kann und umgekehrt, wird so überzeugend geführt, und last not least der Stil ist von solcher Prägnanz, daß man seine Bücher trotz der Längen, die sie haben, bis zur letzten Seite mit wachsendem Interesse liest. Die neue Religion, gegen die Maarten Maartens sich in seinem neuen Roman vendet, ist die zum Uebermaß entwickelte Fürsorge für die Gesundheit, der Glaube an berühmte Spezialisten und den Aufenthalt in Sanatorien. Er hat ihn, wie wir auf dem Titelblatt lesen, „für diejenigen geschrieben,

die krank sind, für diejenigen, die krank zu sein glauben, für diejenigen, die länger als andere leben möchten, für niemand anders“. Allen diesen Gesundheitsuchern rät er, keinen Spezialisten aufzusuchen und das eigene Heim mit seinen natürlichen Pflichten nicht aufzugeben, um an berühmten Heilstätten ausschließlich ihrer Gesundheit zu leben. Ein sehr zeitgemäßer Rat, denn die wachsende Zahl derer, die, wenn sie das Geld dazu haben, die leibliche Gesundheit zum Mittelpunkt all ihres Denkens und Tuns machen und anstatt zu Hause ein nützliches und tätiges Leben zu führen, Heilstätten aufsuchen, die meist nicht einmal welche sind, fängt nachgerade an, eine Gefahr für die sittliche Gesundheit weiter Kreise zu werden, aber welcher andre Schriftsteller würde uns nicht durch einen Roman zu einer so ausgesprochenen Tendenz tödlich langweilen? Die Macht seiner Persönlichkeit und seiner dichterischen Gestaltungskraft jedoch ist so groß, die Ironie in dem Kulturgemälde, das er uns vorführt, so ergötzlich, daß wir ihm gern verzeihen, wenn er Zwecke verfolgt, die außerhalb der selbstgenügsamen Harmonie des Schönen liegen, und z. B. die Regel, daß die Handlung eines Romans nicht nur voll eingeläutet werden, sondern auch voll austönen muß, gänzlich außer Acht läßt. Für Romane gilt eben das Wort *Tout genre est bon hors le genre ennuyeux* und langweilig ist Maarten Maartens' Genre niemals.

**Die Sünde an den Kindern.** Eines Schulmeisters Leben, Sterben und Fahrt in das Allherz. Von Walter Harter. Egon Fleischel & Co. Berlin 1908.

Auch ein Tendenzroman, und ein durchaus nicht langweiliger. Der Verfasser will die Gewissen der Eltern für die Sünde schärfen, die sie durch an ihren Kindern begehen, daß sie diese um des Zwanges willen, den die Landeskirche ausübt, konfirmieren lassen, obgleich sie selbst nicht das Apostolikum glauben und sehr wohl wissen, daß die Kinder es entweder nur gedankenlos nachsprechen, oder weil sie nicht den Mut haben, sich dagegen aufzulehnen. Professor Stof, der Held des Buches, ist Lehrer der Mathematik an der Fürstenschule zu Meissen und eine leidenschaftlich religiöse Natur. Da er den offiziellen Glauben der sächsischen Landeskirche und Schule nicht mehr teilt und ein zu wahrhafter Mann ist, als daß er seinem Sohne, der vor der Konfirmation steht und mit Zweifeln ringt, zu reden könnte, das Bekenntnis abzulegen, weigert er sich, ihn konfirmieren zu lassen, verliert darüber sein Amt und muß sich kümmerlich als Privatgelehrter durchbringen, bis ihn ein frühzeitiger Tod über alle Erden hinaushebt, was gerade in den Tagen geschieht, in denen ihm eine un erwartete Erbschaft zufällt, die ihm die Freiheit verschafft hätte, ausschließlich der Wissenschaft und seinen Idealen zu leben. Ueber das reformatorische Problem des Romans hat sich gleich nach dessen Erscheinen der kürzlich verstorbene Professor Friedrich Paulsen, den „die gedankenanstregende Erzählung innerlich sehr beschäftigt hatte“, in einem vielgelesenen Tage-

ausgesprochen, und dem, was er darüber gesagt hat, ist hier um so weniger etwas hinzuzufügen, als an dieser Stelle die ästhetische Würdigung des Romans die Hauptsache ist. Daß dieser die Grenzlinie, die eine Dichtung von einer Streitschrift scheidet, nicht immer innehält, und daß die Harmonie zwischen Form und Inhalt mehrfach durch zu lange Reflexionen und Gespräche beeinträchtigt wird, ist sicher; anderseits aber ist die Schilderung alles Zuständlichen so anschaulich, die psychologische Analyse der darin auftretenden Personen ist so fein — auch alle Nebenpersonen sind lebenswahre, unbefangene erschaute und mit wenig Strichen lebendig gemachte Typen — und die Handlung ist so spannend, daß kein dichterischer Wert nicht gering anzuschlagen ist und daß auch solche ihre Freude daran haben werden, die von einer Dichtung vor allem einen künstlerischen Genuß verlangen und wenig übrig haben für den Kampf eines Edelmannes mit den Existenzbedingungen, die ihn einengen, wenn die Schilderung dieses Kampfes sie nicht auch in ästhetischer Hinsicht befriedigt. Besonders das Schlußkapitel, das das Sterben des Helden schildert — der Dichter nennt es seine Fahrt ins Altherz —, ist von hoher poetischer Schönheit.

Marcel Prévost. Herr und Frau Moloch. Roman. Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Französischen von F. P. Fischer. Albert Langen. Verlag für Literatur und Kunst. München 1908.

Daß ein angesehener Schriftsteller ein Buch schreibt, dessen literarischer Unwert seine Bewunderer in peinliche Verlegenheit setzt, ist schon öfter dagewesen; daß es aber nicht nur einmal, sondern zweimal in die Sprache des Landes übersetzt wird, von dem es ein durchaus entstelltes, tendenziöses Bild entwirft, dürfte zwar selten sein, kommt jedoch vor, wie die zweimalige Uebersetzung des Romans „Herr und Frau Moloch“ von Marcel Prévost beweist. Die erste Uebersetzung ist im vergangenen Jahre in einem Wiener Tageblatt „Die Zeit“ erschienen, aber mit mehrfachen Kürzungen, d. h. mit Weglassung der ungerechtesten Urteile über Deutschland. Das wird jedoch von einem gewissen Herrn F. P. Fischer nicht gebilligt; er übersetzt das Buch flugs noch einmal, denn er hält es „für seine Pflicht dem Autor und Leser gegenüber, die unterdrückten Stellen wieder vollkommen einzusetzen“. Nach seiner Ansicht hat der Roman die Tendenz, „die Verschiedenheit der germanischen und lateinischen Rasse aufzuweisen, Verschiedenheit, die notwendigerweise auch in der Anschauung und Beurteilung historischer Tatsachen zum Ausdruck kommen muß“, und er hält es nicht für berechtigt, auf „mögliche Empfindlichkeit Rücksicht zu nehmen“, und so müssen wir denn alles über uns ergehen lassen, was Marcel Prévost über das vom Preußentum durchseuchte Deutschland und über den Charakter des Fürsten Bismarck sagt, ja, er fügt als Nachwort zu dem Buche auch noch einen Brief hinzu, den der Verfasser an einen Herrn Bruck Gilbert gerichtet hat, der eine Broschüre über Monsieur et Madame Moloch et la Presse allemande geschrieben hat und der in

„jenem reizenden Luxemburg geboren ist, das heute zwar deutsche Fürsten regieren, in dem aber noch immer französische Kultur blüht“, obgleich man aus dem Briefe nichts anderes erfahren, als was wir schon aus dem Roman wissen: daß der Franzosenhaß in Deutschland von Jahr zu Jahr anschwillt, daß unser Sedanfest nicht die Wiederherstellung des Deutschen Reiches feiert, sondern nur in beleidigender Weise die Franzosen an ihre Niederlage erinnern soll, daß es nur noch ein Deutschland der Glorie gibt, und daß auch seine Denker fast ausnahmslos im Dienste der Götter stehen. Und wenn wir für diese und ähnliche chauvinistische Entgehnungen wenigstens in etwas durch eine glücklich erfundene spannende Handlung und durch psychologische Feinheiten, wie sie so vielen französischen Romanen eigen sind, entschädigt würden! Aber man urteile selber: Schauplatz der Handlung: Eine Sommerfrische und ein Schloß in einem Duodezfürstentum auf der thüringisch-fränkischen Grenze. Hauptpersonen: Ein französischer Sprachlehrer und seine Schwester, ein vierzehnjähriger Nachfahre, die beide in sich alle Vorzüge des Leibes und der Seele vereinigen; eine deutsche Fürstin, die durchaus von dem Sprachlehrer, der ihrem Sohn französischen Unterricht gibt, entführt sein will, worauf er aber in letzter Stunde aus Edelmuth nicht eingeht; ein Professor aus Jena, der ein weltberühmter Naturforscher ist, aussieht wie ein Narr und sich unglaublich lächerlich macht; ein dreizehnjähriger, aber in seinem Militärgouverneur verprügelter Erbprinz, der sich von dem Tyrannen durch ein Bombenattentat zu befreien sucht, als dessen Ueberlebender aber der Gelehrte angesehen wird, bis die Wahrheit an den Tag kommt, worauf er aus dem Gefängnis entlassen wird. Auch der Stil hält nicht frei von Geschmacklosigkeiten. Die Tatsache, daß er die Fürstin einer offenen Tür geküßt hat, drückt der französische Sprachlehrer so aus: „Die Tür umrahmte für einen Augenblick die uralte Gebärde, Frankreich seit Jahrhunderten das Zeinwort lieben auf Menschenlippen Fleisch und Blut.“ Als er eine Schar Sommerfrischler mit zahlreichen Kindern an der Wintertafel einen gesunden Appetit entwickeln sieht, hat er „das Gefühl, inmitten einer mächtigen, menschlichen Zuchtanstalt, eines tüchtig gedüngten Feldes zu sitzen.“ Manche Stilblüten, wie z. B., daß ein alter Kleiderjhrant geöffnet wird, „den Geruch von verwelktem Fleisch im Zimmer verbrennen“, oder „daß die Haare, der Nacken, das Gesicht und die ganze Gestalt der Fürstin jenes Fluidum ausstrahlen, das die Süddeutschen Gemüthlichkeit nennen“, kommt wohl auf das Konto des Uebersetzers, der in Paris zu leben scheint und dort das Deutsche etwas vergessen hat, sonst schrieb er weder ein „zehnmonatiger“ Aufenthalt, noch „die Freundin wagte nicht, der Herrscherin den Brief lesen zu lassen“, noch anderes gleich Fehlerhaftes. Ein Verdienst aber hat der Roman. Wir können daraus lernen, wie auf uns die sogenannte Schneidigkeit so vieler unsrer Beamten und wie oft so mangelhaften Manieren unsrer Mittellasse im Auslande verurtheilt und welchen Schaden alldeutsche Bücher, wie „Großdeutschland und Norddeutschland“

europa um das Jahr 1950" anrichten. Aus diesem Buche hat Marcel Prévost nach seiner eignen Angabe die großsprecherischen Phantastereien abgeschrieben, die wir auf Seite 229 seines Romans lesen, und die nach seiner Ansicht nur aussprechen, was alle Deutsche denken: „In einem Zeitraum weniger Jahre werden wir es sehen: die deutsche Flagge wird über 86 Millionen Deutsche wehen, und diese werden ein Gebiet beherrschen, das 135 Millionen Europäer bewohnen. Auf diesem großen Gebiete werden allein die Deutschen politische Rechte haben, allein die Deutschen im Heer und in der Flotte dienen, allein die Deutschen Landbesitz erwerben können. Und die Deutschen werden dann, wie im Mittelalter, ein Herrenvolk sein, das gnädig erlauben wird, daß die seiner Oberherrschaft unterworfenen Völker die niedrigen Arbeiten verrichten.“

Deutsches Recht und andere Gedichte von E. v. Handel-Mazzetti.  
 Rempten und München. Verlag der Jos. Kösel'schen Buchhandlung. 1908.

Auf keinem Gebiete der Literatur feiert der Dilettantismus größere Orgien als auf dem der Lyrik. Jeder, dem dann und wann Gelegenheitsgedichte gelungen sind, die im Familien- und Freundeskreise Bewunderung gefunden haben, hält sich für verpflichtet, sie der Mit- und Nachwelt nicht vorzuenthalten und sie drucken zu lassen. Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll, diese Naivetät oder den Mut der Verleger, die immer wieder hoffen, für solche Ware Käufer zu finden. Auch E. v. Handel-Mazzetti, die sich durch ihre beiden Romane „Jesse und Maria“ und „Meinrad Helmpersgers denkwürdiges Jahr“ so schnell einen geachteten Namen in der literarischen Welt erworben hat, zeigt sich in der Lyrik nur als Dilettantin und hat durch das Bändchen „Deutsches Recht und andere Gedichte“ ihrem Ruhmeskranze kein neues Blatt hinzugefügt. In dem „Volkslied aus Stadt Steyr: Deutsches Recht“ ist die Form oft von geradezu unverzeihlicher Nachlässigkeit und auch die anderen Gedichte, Kinderlieder, religiöse Lieder und Gelegenheitsgedichte wie „Der Tod der Kaiserin Elisabeth von Oesterreich“ und „Das Herz des Kaisers“ zeugen weder von Beherrschung der künstlerischen Mittel noch von künstlerischer Eigenart. Kaufmännisch ausgedrückt kann man sie nur als Duzendware bezeichnen.

Helldunkel. Gedichte und Bekenntnisse von Gertrud Pfander, mit einer biographischen Einleitung herausgegeben von Karl Hendell. Der „Passiflora“ zweite vermehrte Auflage. Bern. Verlag von A. Francke. 1908.

Diesen von Karl Hendell herausgegebenen Gedichten und Bekenntnissen einer früh Verstorbenen dagegen entströmt der Duft echter lyrischer Ursprünglichkeit. Sind sie auch nicht immer tadellos in der Form, so  
 Preussische Jahrbücher. Bd. CXXXV. Heft 1. 11

atmen sie doch, wie ihr Herausgeber sagt, „den untrüglichen Hauch künstlerischer Notwendigkeit und aufrichtigen oftmals zwingend gestalteten Lebensausdruckes“. Sie liebte die Musik leidenschaftlich, und ihre Gedichte zeichnen sich nicht nur durch tiefe oft leidenschaftliche Empfindung, sondern auch durch eine innige Verschmelzung plastischer und rhythmisch musikalischer Elemente aus. Sie ist nach leidvoller Kindheit und Jugend erst vierundzwanzig Jahre alt in Davos an der Schwindsucht gestorben. Wären ihr mehr gesunde Tage und ein längeres Leben beschieden gewesen, würde die Nachwelt sie sicher neben die ersten deutschen Dichterinnen stellen, so aber wird ihr Name trotz Karl Hendells Bemühungen, ihn vor dem Vergessen werden zu bewahren, in kurzer Zeit wohl nur noch in ihrem Heimatlande der Schweiz, öfter genannt werden. Wer ihre Gedichte kennen lernt, wird mit ihren persönlichen Bekannten und Freunden darüber trauern, daß ihrem schönen Talent nicht die Zeit vergönnt gewesen ist, sich zu der Höhe zu entwickeln, die es hätte erreichen können. Aber schon Confucius hat geklagt:

„Daß Keime nicht zu Blüten werden,  
 Ach, das kommt vor!  
 Daß Blüten nicht zu Früchten werden,  
 Ach, das kommt vor!“

## Politische Korrespondenz.

### Kriegsgefahr.

Die Kriegsbesorgnis, die schon längere Zeit zwar nicht eigentlich die öffentliche Meinung, aber doch die feinfühligere Politiker in Europa erfüllte, ist im Laufe des Dezember allmählich etwas zurückgetreten. Oesterreich hat sich Rußland gegenüber in der Frage der Balkankonferenz entgegenkommend gezeigt und ebenso hat die österreichisch-türkische Spannung, die in dem Boykott der österreichischen Waren einen so markanten Ausdruck fand, etwas nachgelassen.

Aber wenn man näher zusieht, so ist es doch sehr fraglich, ob es sich um viel mehr als um einen Zuckerbäcker-Frieden handelt. Die Gefahr eines österreichisch-türkischen Krieges war doch wohl tatsächlich nie vorhanden. Die Türken können sich nicht einbilden, Bosnien zurückzuerobern; denn selbst angenommen, es gelänge ihnen, die Oesterreicher hinauszutreiben, so würde Serbien, und nicht die Türkei das Land gewinnen. Die Sache ist so klar, daß es nicht ganz leicht ist zu verstehen, weshalb die Türken sich überhaupt gegen Oesterreich aufgeregt haben, und wie es den politischen Führern gelungen ist, die Massen mit einer solchen Animosität gegen Oesterreich zu erfüllen. Gerade wir Deutschen wissen ja, wie schwer selbst bei stark erregten politischen Leidenschaften ein nationaler Boykott durchzuführen ist: die Polen, wie die Dänen haben ihn mehrfach gegen uns versucht und er ist stets mißlungen. Wie hat man die türkischen Lastträger bis nach Syrien hin dazu vermocht, österreichische Waren zu verschmähen wegen einer staatsrechtlichen Veränderung in Bosnien, die praktisch in keinerlei Weise in die Erscheinung trat und sogar vermöge der Räumung Novi-Bazars mit einer Abrundung des türkischen Gebietes verbunden war?

Der Zusammenhang dürfte dieser sein. Die Verfassungsbewegung in der Türkei, die dem unerträglichen Mißregiment ein Ende zu machen bestimmt ist, rechnet und muß rechnen mit der Vorstellung, daß in der künftigen freien Türkei die verschiedenen Völkerschaften und Religionen friedlich und freundlich im Genuße ihrer Menschenrechte miteinander leben werden. Allgemeine Gleichheit, gegenseitige Toleranz, wirtschaftliches Gedeihen, Recht und Ordnung verheißt den türkischen Reformern die Zukunft

Eine bloße Erweiterung dieses Gedankens ist der Balkanbund. Wenn Bulgaren und Griechen, Türken und Armenier sich im türkischen Reich und türkischen Parlament mit einander vertragen, so können auch Türken und Griechen, Bulgaren, Serben und Albanesen zusammen die Selbstständigkeit der Balkanhalbinsel gegen ehrgeizige Nachbarn verteidigen und hüten. Was für unmögliche Illusionen! sind wir geneigt auszurufen. Was für ein freundliches, neckisches Schäferspiel spielen doch die Tschechen und Deutschen mit einander in Prag und Wien, verglichen mit dem Kampf, den alle diese Jahre hindurch die Bulgaren und Griechen, Serben und Albanesen in Macedonien und Umgegend miteinander geführt haben. Die Tschechen begnügen sich, auf die Deutschen zu spucken, die Bulgaren werfen auf ihre Gegner mit Bomben. Nur durch die realpolitische Verständigkeit der Sozialdemokraten hat das österreichische Parlament noch eben in Gang gehalten werden können, wie sollen wir uns da einen aktionsfähigen Balkanbund vorstellen? Revolutionäre sind stets in hohem Grade illusionsfähig, aber selbst die Illusionen der Jungtürken wären wohl nicht so weit gebieher, wenn sie nicht planmäßig von London und Paris aus genährt, auch wohl im materiellen Sinne genährt worden wären. Die Jungtürken sind in die Bewegung eingetreten in der Vorstellung, daß sie ihre natürliche Anlehnung bei den liberalen Westmächten zu suchen hätten, und in England hat man sich beeilt, aus der türkenfeindlichen Haltung, die man in den letzten Jahrzehnten eingenommen, zu einer türkenfreundlichen überzugehen. Mit wohlberrechneter Absicht ist man von London aus deshalb der antiösterreichischen Bewegung zu Hilfe gekommen, aber daß die Türken sich hätten bis zu einem Kriege gegen Oesterreich fortreißen lassen können, scheint doch ausgeschlossen, und jetzt, wo das türkische Parlament eröffnet ist, werden dort vermutlich bald genug Szenen und Nöte entstehen, die die erste russische Duma und den österreichischen Reichsrat in Schatten stellen und jeden Gedanken an auswärtige Aktionen ausschließen.

Die wahre Kriegsgefahr dürfte deshalb an dieser Stelle nie bestanden haben; sie ist an einem andern Punkt zu suchen, nämlich bei Serbien. Was wollen denn diese Serben eigentlich? pflegt man bei uns zu fragen. Was haben sie denn für Ansprüche, sei es historischer, sei es völkerrechtlicher, sei es moralischer Art? Sie haben einst tapfer um ihre Freiheit gegen die Türken gekämpft, aber das Königreich umfaßt doch nur einen kleinen Bruchteil der gesamten Nationalität, deren Hauptmasse unter habsburgischem Szepter lebt und in jeder Beziehung, auch innerlich, politisch wie kulturell, der überlegene Teil ist. Wenn aber noch irgend eine Sympathie in der zivilisierten Welt für das Königreich vorhanden war, so ist sie durch den grauenhaften Königsmord sicher für immer vernichtet.

Damit man versteht, wie trotz alledem die Serben den Gedanken eines Krieges gegen Oesterreich haben fassen können und was für Ziele sie dabei im Auge haben, will ich hier teils auszugsweise, teils wörtlich einrücken, was jüngst im „Russischen Invaliden“, einer offiziellen Zeitschrift, der



ungefähr unserm Militär=Wocheblatt entspricht, zu lesen stand und mir von einem unserer Mitarbeiter (T. v. T.) zugestellt worden ist.

Der „Russische Invalide“ also schreibt:

„Die jungtürkische Bewegung, die Frage der rumelischen Bahnen, die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens, die Angliederung von Kreta an Griechenland, die Einverleibung Bosniens und der Herzegovina von seiten Oesterreichs, die Gärung in Serbien, die Gerüchte über die Einverleibung Aegyptens von seiten Englands, über Unabhängigkeitsbestrebungen der Albanesen und über die von verschiedenen Mächten beanspruchten Kompensationen — alles dies folgt sich mit schwindelerregender Schnelligkeit, und augenscheinlich ist der Moment gekommen, der — sei es auf dem Wege eines Kongresses oder durch Eisen und Blut — die Entscheidung über die Frage des Nahen Ostens herbeiführt.

Eine Betrachtung dieser Sachlage hat zunächst drei Fragen zu beantworten:

1. Weshalb ist die Frage des Nahen Ostens — die Balkanfrage — gerade jetzt reif geworden?
2. Weshalb war gerade Oesterreich auf diese Entscheidung vorbereitet?
3. Worin besteht das Wesen der Orientfrage?

Weshalb gerade jetzt die Frage reif geworden zur  
Entscheidung.

Der russisch-japanische Krieg hat den Schwerpunkt der Weltpolitik auf die Balkan=Halbinsel verlegt.

Weshalb? Das liest man aus zahllosen Aeußerungen der ausländischen Presse heraus: weil wir aus jenem Kriege geschwächt und zerrüttet hervorgingen.

Das mächtige Rußland, das seit 1878 ohne das Schwert zu ziehen seine Kräfte sammelte zur Entscheidung zahlreicher Weltfragen, war seinen Gegnern ein Dorn im Auge.

England hegte Befürchtungen wegen Indien und betrachtete argwöhnisch das Anwachsen unserer Flotte; Oesterreich und Deutschland fühlten sich durch uns auf der Balkan=Halbinsel und in Kleinasien behindert. Je weiter wir über den Ural hinaus nach Osten gingen, zu je gefährlicheren Feinden für uns sich Japan und China entwickelten, um so schadenfroher wurden die Auslassungen unserer „Freunde“.

Als wir Port Arthur in Besitz genommen, hieß es in einem österreichischen Blatte: „Die ganze zivilisierte Welt muß sich gemeinsam freuen, daß Rußland sich so tief in die Angelegenheiten des Fernen Ostens eingelassen hat, wodurch Europa und besonders die Balkanfrage auf lange von seinem harten und hochmütigen Einfluß befreit sind.“

Dies war im allgemeinen die Stimmung des Westens. England hatte mit unserm Blut die Sicherheit Indiens erkaufte, Oesterreich die Aktions=

freiheit auf der Balkan-Halbinsel, Deutschland Ellenbogenfreiheit für seine Bestrebungen auf der Balkan-Halbinsel und in Kleinasien. Alle waren an der Arbeit, jeder in seinem Interesse.

Da platzte die jungtürkische Bewegung herein, durch welche die Jungtürken ihrem Lande Größe, Glück und Ruhe verschaffen wollten — und diese Bewegung wurde die zweite Ursache, welche die Frage des Nahen Ostens zu schnellerer Reife brachte.

Weshalb war gerade Oesterreich auf die Entscheidung vorbereitet?

Oesterreich war weitsichtiger als alle andern; es richtete seine Bemühungen nicht auf die Stärkung der Türkei — in welchen Fehlschlüssen Deutschland verfiel —, sondern auf die Zertrümmerung des Türkenthums.

Seit den Zeiten des Prinzen Eugen hatte Oesterreich seine Waffen nach Bosnien und Serbien hineingetragen; Oesterreichs ganzes Staatswesen ist gewissermaßen erblich belastet mit dem „Drang nach dem Süden“, nach der Balkan-Halbinsel, mit dem Ägäischen Meer und Saloniki im Hintergrund. Dieses Ziel erschien für Oesterreich jetzt um so leichter zu erreichen, weil Deutschland bereit war, seinem Freunde und Verbündeten jetzt im voraus den Lohn zu gewähren für die künftige Verwirklichung des Pangermanismus.

Worin besteht das Wesen der Orientfrage?

Diese Gesamtfrage zerfällt in die slavische Frage (welche die mazedonische, die serbische und die bosnische Frage in sich einschließt) und die Frage der Meerengen.

Durch die erste wird Rußland nur im allgemeinen berührt, durch die letzte aber in seinen wichtigsten geschichtlichen Aufgaben.

Die allgemeine slavische Frage auf der Balkan-Halbinsel in ihrer jetzigen Gestalt ist ein Ergebnis des Befreiungskrieges von 1877/78 und der darauf folgenden Einmischung Westeuropas.

Der Vertrag von S. Stefano, der tatsächlich dem Kriege ein Ende machte, setzte die Unabhängigkeit von Serbien und Montenegro fest und für beide Länder einen nicht bedeutenden Gebietszuwachs. — Der Hauptgedanke des Vertrages war aber, zwischen der Donau und der Türkei ein kräftiges, nominell dem Sultan unterstelltes Fürstentum zu schaffen, welches jetzt unter dem Namen „Das Bulgarien von S. Stefano“ in der Geschichte und in den Träumen der Bulgaren benannt wird.

Dieses Bulgarien umfaßte das spätere Fürstentum mit Ostrumelien sowie den größten Teil von Mazedonien.

Mangelhafte Kenntnis über Mazedonien und seine Bevölkerung — die Rolle der Bulgaren in dem eben beendeten Kriege — die traditionelle Unzuverlässigkeit der serbischen Politik — die allgemeine Stimmung in Rußland — schließlich der politische Vorteil, der sich unzweifelhaft

Rußland ergab, wenn zwischen der Türkei und Oesterreich eine starke, mit Rußland befreundete und ihm zu ewigem Dank verpflichtete slavische Macht geschaffen wurde — alle diese Gründe rechtfertigten damals allerdings die unzweifelhafte Parteilichkeit des Vertrages von S. Stefano für die Bulgaren zum Nachteil der Serben.

Die durch die Schaffung eines Groß-Bulgariens für Rußland sich ergebenden politischen Vorteile erweckten die Mißgunst unserer politischen Gegner, und der Berliner Kongreß zerstörte die Grundzüge des Vertrages von S. Stefano. Er bestätigte allerdings die Unabhängigkeit Serbiens und Montenegros, beschränkte aber den ihnen zugebachten Gebietszuwachs und zerstückte das geplante Groß-Bulgarien in das Fürstentum Bulgarien und in die autonome türkische Provinz Ostrumelien, während Mazedonien ganz unter türkischer Herrschaft verblieb.

Gleichzeitig wurde Oesterreich mit der „Verwaltung“ der alten serbischen Länder Bosnien und Herzegowina betraut und erhielt außerdem das Recht der militärischen Besatzung im Sandschak Nowibasar, der Serbien von Montenegro trennt.

Sämtliche Bestimmungen des Berliner Kongresses ließen deutlich die Absicht erkennen: die Slaven zu trennen und zu schwächen, den Einfluß Rußlands auf der Balkan-Halbinsel zu schwächen, Oesterreich dort festzusetzen und hierdurch das Vordringen des Deutschtums nach dem Ägäischen Meer und nach Kleinasien zu erleichtern. Das Schlagwort: „Die Balkan-Halbinsel ist nicht die Knochen eines einzigen pommerischen Grenadiers wert!“ war nur bestimmt, die wahren Absichten Bismarcks zu verhüllen. Die warme Unterstützung der Ansprüche Oesterreichs auf Bosnien und Herzegowina gab schon damals den Schlüssel zum Verständnis der Ziele des „ehrlichen Mädlers“: Deutschland sollte auf seinem zukünftigen Wege nach Kleinasien und dem persischen Meerbusen nicht auf selbständige slavische Staatengebilde stoßen, sondern nur auf Slaven, die Oesterreich unter seiner eisernen Faust hielt.

Oesterreich wurde von Berlin aus auf die Balkan-Halbinsel angewiesen; die Slaven wurden ihm als Entschädigung angeboten für den Verlust der führenden Stellung in der alldeutschen Welt.

Das beschnittene und zerstückelte Bulgarien konnte sich natürlich nicht zufrieden geben mit dem gewaltigen Unterschied zwischen den Festsetzungen von S. Stefano und von Berlin: Die Ereignisse des Jahres 1885 führten zur Vereinigung des Fürstentums Bulgarien mit Ostrumelien; das unter König Milans Führung stehende Serbien hatte vergeblich die Vereinigung zu hindern versucht.

Mazedonien blieb unter der Türkenherrschaft, und das „Bulgarien von S. Stefano“ erschien als heiliger Traum des bulgarischen Volkes und seiner Regierung.

Als Vorbereitung zur Verwirklichung dieses Traumes haben die Bulgaren große Anstrengungen gemacht: ausschließlich in diesem Sinne ver-

teidigen sie so hartnäckig das 1870 gegründete bulgarische Exarchat (Einführung eines von dem griechischen Patriarchen in Konstantinopel unabhängigen bulgarischen Kirchenfürsten mit dem Titel Exarch); in diesem Sinne arbeitet, dem Schein nach auf eigene Faust, tatsächlich mit Zustimmung und Billigung der bulgarischen Regierung das sogenannte „Mazedonische Komitee“.

Bulgariens Ansprüche auf Mazedonien, Serbiens Opposition gegen diese Ansprüche, dazu die Stellung des griechischen und albanischen Elements in Mazedonien und die Beziehungen der europäischen Mächte zu Mazedonien. — Alles dies zusammen bildet die mazedonische Frage.

Fassen wir die Lage der Slaven auf der Balkan-Halbinsel kurz zusammen wie sie sich seit dem Berliner Kongreß gestaltet und bis zu den allerneuesten Veränderungen behauptet hat.

Bulgarien, seit 1885 mit Ostrumelien vereinigt, war nominell allerdings von der Türkei abhängig, tatsächlich so gut wie unabhängig. Der Grundzug seiner Politik ist ohne Zweifel die Gewinnung der Grenzen Bulgariens von S. Stefano.

Serbien erhielt die Unabhängigkeit, aber seine Hoffnungen auf Vereinigung des ganzen serbischen Volkes oder wenigstens die Vereinigung mit Serbiens mit dem Königreich war nicht verwirklicht.

Auf drei Seiten von Oesterreich umfaßt, in wirtschaftlicher Beziehung von dem deutsch-österreichischen Druck erstickt, und vom Meer abgeschnitten, ist Serbien nach langem mühevollen Wege zu der Ueberzeugung gelangt, von der Notwendigkeit der russischen Freundschaft, und auf diese geachtet, hofft es endlich sein Ziel zu erreichen: Schaffung eines großen serbisch-kroatischen Reiches mit dem Wege zum Meer.

Montenegro war in territorialer Beziehung ebenfalls nicht gut abgelaufen: auf drei Seiten von Oesterreich umfaßt, dem außerdem die Ueberwachung der Uferstrecke innerhalb der montenegrinischen Grenzen anvertraut stand.

Bosnien und die Herzegowina (1 600 000 Seelen, fast ausschließlich serbisch-kroatischer Abstammung, teils orthodox, teils muhamedanisch und sogar ein Teil von Alt-Serbien war von Oesterreich „okkupiert“: aber Oesterreich beschränkte sich nicht auf die einfache Okkupation, sondern eignete sich diese altserbischen Länder völlig an. Die Tätigkeit der österreichischen Verwaltung war darauf gerichtet, in der Bevölkerung den orthodoxen Glauben und das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum Slavenstamm zu zerstören. Glücklicherweise hat diese Politik nur negative Resultate gezeitigt. Die Bevölkerung ist allmählich zu nationalem Bewußtsein erwacht und nach dem Urteil zahlreicher Landeskenner gewinnt der Gedanke an die Notwendigkeit der Vereinigung aller Serben und Kroaten zu einem Reich unter Abschüttelung des österreichischen Jochs von Jahr zu Jahr an Kraft. Serbien seinerseits sieht Bosnien und Herzegowina nicht für sich als ver-

loren an; die aufgeklärten serbischen Kreise machen für diesen Gedanken nicht nur innerhalb Serbiens, sondern auch in Bosnien und der Herzegowina Propaganda.

Mazedonien und Alt-Serbien (3000000 Seelen) sind vom Berliner Kongreß unter türkischer Herrschaft belassen. Die Nationalität der Bewohner, ob Bulgaren oder Serben, ist im Hinblick auf die zahlreichen mehr oder weniger verwandten und verschiedenen lokalen Dialekte und auf das allgemeine Durcheinander der Nationalitäten = Gemisches nur schwer zu bestimmen. Außerdem hat das ebenfalls in Mazedonien anjässige albanesische Element auf Kosten der benachbarten slavischen Bevölkerung eine solche Stellung gewonnen, daß sogar die persönliche Sicherheit der diplomatischen Vertreter der europäischen Mächte in Mazedonien und Alt-Serbien „unter dem Schutze“, d. h. mit andern Worten „in der Gewalt“ der Albanesen stehen.

Ob nun bulgarisch oder serbisch — jedenfalls müssen Mazedonien und Alt-Serbien slavische Länder bleiben; die Haupt=Schwierigkeit der Lösung der mazedonischen Frage besteht darin, die Ansprüche zu bewerten, die von den verschiedenen Interessenten an diesen gewichtigen Teil der türkischen Erbschaft erhoben werden.

Der Vertrag von S. Stefano, der Berliner Kongreß, die Okkupation Bosniens, die Ereignisse von 1885, das bulgarische Exarchat und die bulgarische Propaganda haben in diese slavische Frage Leidenschaft und Verwirrung hineingetragen, und die neuesten Ereignisse haben sie noch komplizierter gestaltet.

Die Bulgaren gründen ihre Ansprüche auf Mazedonien: auf den Vertrag von S. Stefano, auf die Geschichte, auf die Ethnographie, auf ihre dreißigjährigen Bemühungen, die Masse der mazedonischen Bevölkerung zur Erkenntnis ihrer Lage aufzurütteln. Dabei gehen die Bulgaren von der Annahme aus, Mazedonien sei fast ausschließlich von Bulgaren bevölkert — und in dem glühenden Wunsch, dies zu beweisen, schrecken sie vor Fälschungen und Täuschungen nicht zurück. Jedenfalls macht auf die Masse der Bevölkerung es einen nicht zu verkennenden Eindruck, wenn fortwährend der im Vertrage von S. Stefano zum Ausdruck gekommene Wunsch Rußlands betont wird.

Die Serben, von Oesterreich umklammert und abgeschlossen vom Meer, haben das brennende Verlangen, sich zu diesem einen Zugang zu verschaffen, und gleichzeitig in erweiterten Grenzen volle ökonomische und politische Unabhängigkeit zu erlangen.

Nachdem der Zugang zum Meere durch Bosnien und die Herzegowina in fremde Hände gefallen, war es natürlich, daß Aufmerksamkeit und Hoffnung der Serben sich auf den Weg zum Ägäischen Meer richtete, der durch Mazedonien führt, das einst einen Teil des großen serbischen Reiches bildete. In ihren wissenschaftlichen Begründungen blieben auch die Serben nicht bei der Wahrheit; auch sie behaupten steif und fest, Mazedonien sei

faßt ausschließlich von Serben bevölkert — und bei dem Verweise für die Behauptung nehmen sie ebensogut wie die Bulgaren zu Täuschungen und Fälschungen ihre Zuflucht.

Auf welchem Wege kann nun die mazedonische Frage entschieden werden im Interesse der Gerechtigkeit, der geschichtlichen Wahrheit, endlich im Interesse des Allgemeinwohls der ganzen Slaven-Welt?

Zur Beantwortung dieser Frage werden nur drei Möglichkeiten ergehend besprochen.

Erster Vorschlag. — Mazedonien erhält die Autonomie. Das wäre keine Lösung, sondern nur eine Verschiebung der Lösung, denn schließlich müßte in diesem Falle Mazedonien doch entweder den Serben reichern zufallen oder den Bulgaren, denen die dreißigjährige Wirksamkeit des bulgarischen Exarchats und die Propaganda der mazedonischen Komitessen zugunsten kommen würden.

Zweiter Vorschlag. — Mazedonien wird meridional geteilt, indem man sich an die sprachliche Dialekt-Grenze und an die sogenannte „natürliche Sphäre der Anziehungskraft“ hält.

Den Serben und Bulgaren wird in diesem Falle der Weg zum Ägäischen Meere geöffnet, dabei aber, um Zwiespalt zu verhindern, der Hafenplatz Saloniki und die dorthin führende Eisenbahn neutralisiert.

Bei dieser Methode würden sich aber Serben und Bulgaren auf zwei Wegen kreuzen, und Saloniki, dem Namen nach Freihafen und neutral, würde tatsächlich in den Händen der Oesterreicher sein.

Gegen eine solche rein ethnographische Teilung spricht außerdem das Gesetz der Geschichte: Die Länder gehören heute nicht den Stämmen sondern den von der Geschichte herausgearbeiteten Nationen.

Allerdings war die Balkan-Halbinsel früher der Wohnplatz zahlreicher slavischer Stämme, jetzt aber ist sie das Land zweier geschichtlicher Nationen, der Serbo-Kroaten und der Bulgaren; zwischen ihnen muß das slavische Gebiet Südeuropas geteilt werden.

Dritter Vorschlag. — Den Serben wird durch Bosnien und Herzegowina der Weg zum Adriatischen Meer geöffnet; den Bulgaren, welche Mazedonien mit Saloniki erhalten, der zum Ägäischen Meer.

Außerdem ist es notwendig, die ruhige Entwicklung der zukünftigen abgerundeten slavischen Staaten zu sichern durch Zurückweisung der Albanen in ihre gesetzlichen Grenzen.

Die Ausführung dieses Vorschlages würde sich nun gestalten wie folgt:

1. Bosnien und die nördliche Herzegowina fallen an Serbien, dem der Weg zum Adriatischen Meer geöffnet wird, entweder über Dalmatien oder über das serbische Dibra auf der Küstenstraße südlich der montenegrinischen Grenze bis zum Schkumb. Serbien erhält außerdem ganz Albanien und das Uferland mit Alessio (Viesch), Dulcigno (Mjizin) und Durazzo (Dratich).

2. Die Bulgaren erhalten das ganze weiter südlich liegende Gebiet mit Saloniki.

3. Montenegro erhält den Sandschak Nowibasar und den südlichen Teil der Herzegowina mit dem anliegenden Teil von Dalmatien.

4. Die Albanesen müssen Dulcigno räumen, bilden dafür aber ein unabhängiges Fürstentum in den geschichtlichen Grenzen des Bezirkes von Berat zwischen Schkumb, Ochrida-See und Adriatisches Meer.

Die hier vorgeschlagene Teilung Mazedoniens hat auch den Vorteil, daß er die künftig sicher in Aussicht stehende Vereinigung von Serbien und Montenegro zu einem starken serbischen Reich vorbereitet, dem später dann auch Kroatien anzugliedern ist.

Die Betrachtungen des „Russischen Invaliden“ gehen nun über zur Meerengenfrage.

Die sehr interessante geschichtliche Entwicklung dieser Frage, welche bis auf die Zeit Peters des Großen zurückgeht, wollen wir hier, als zu weit führend, übergehen, um uns den Betrachtungen zuzuwenden, welche an die Meerengenfrage geknüpft werden.

Das, was man die orientalische Frage und die Frage der Meerengen nennt, ist nichts anderes als die Frage zwischen Rußland und dem übrigen Europa.

England ist uns immer und überall in den Weg getreten aus Furcht für Indien; an diesem Verhältnis hat sich kaum etwas geändert durch die allerneueste „Entente“.

„Brod und Salz zusammen, aber Tabak besonders“ — dieses Sprichwort gilt nicht nur bei uns in Rußland.

Nach Indien kommen für England dann die Fragen wegen Sicherheit des Suezkanals (Gründung des Staates „Afrika von Kairo bis zur Kap“), der Transit über Arabien nach Indien, endlich die Rivalität mit Deutschland und Nordamerika inbetriff des Seehandels — alles Fragen, bei denen es nicht in Englands Interesse liegt, unsere Flotte aus dem Schwarzen Meer herauszulassen.

Oesterreich ist ein ungarisch-slavisches Reich geworden, das bereits Bosnien und die Herzegowina an sich gerissen und das später vielleicht auch nach Polen seine Hände ausstreckt — dafür die ganze deutsche Welt dem Deutschen Reich überlassend.

Italien ist durch die historische Vergangenheit, durch Stammesverwandtschaft mit den Rumänen, durch dynastische Verwandtschaft mit Montenegro, durch Glaubensverwandtschaft mit Albanesen und Dalmatinern darauf hingewiesen, am östlichen Ufer der Adria sich festzusetzen und durch Dalmatien, Albanien und Montenegro zur Donau und zum Schwarzen Meere vorzudringen, hierbei die Bahn von Adrianopel nach Rumänien in seine Hand zu bringen und so ein Gegengewicht zu erhalten gegen die nach Süden gerichtete deutsch-österreichische Bahnlinie.

Frankreich ist uns in allen Fragen des Nahen Ostens stets feindlich entgegengetreten; es war stets gegen irgendwelche Hegemonie auf der Balkan-Halbinsel, vielmehr für die Bildung kleiner — also schwacher — unabhängiger Staaten.

Deutschland ist beschäftigt, Kleinasien seinem Einfluß zu erschließen durch Ueberschwemmung mit seinen Waren, durch Bezug von Getreide dorthier und durch Teilnahme am indisch-europäischen Transit zusammen mit England unter Ausschluß von Rußland.

Unzweifelhaft ist es Deutschlands Wunsch, Rußland möglichst wenig im Westen und möglichst stark im Fernen Osten engagiert zu sehen, um auf Rußlands Kosten die Pangermanische Aufgabe leichter durchführen zu können.

Die Bahnlinie durch die ganze Balkan-Halbinsel mit der Brücke über den Bosporus zur Verbindung mit der Bagdadbahn — das ist eines der Mittel, um uns den Weg zu sperren und Ketten anzulegen.

Für Rußland besteht der Kern der orientalischen Frage in der moralischen Oberherrschaft über die Slavenvölker der Balkan-Halbinsel und in der freien Durchfahrt durch die Meerengen.

Was die Diplomaten auf der in Aussicht genommenen Konferenz — falls eine solche zustande kommt — tun werden, ist ihre Sache. Hoffentlich denken sie an Rußland, an seine wahren Aufgaben, hoffentlich bewahren sie die unserm Herzen so nahe stehenden jungen Balkanstaaten vor unnötigen Erschütterungen.

Wir wollen daran erinnern, daß Oesterreich 1891 bereit war, für Bosnien und die Herzegowina uns das östliche Galizien abzutreten.

Jetzt, gestützt durch den Rückhalt in Berlin, hat Oesterreich allen Theiligten den Erisapfel zugeworfen, reibt sich ruhig die Hände und wartet seines Spieles sicher, die Entwicklung der Dinge ab.

In dieser Lage haben wir bei der bevorstehenden Liquidation der Balkanfrage nur einen Gedanken, nur eine Hoffnung:

Möge uns das Schicksal verschonen mit privaten Kompensationen für das Unglück des Slaventums im allgemeinen;

mögen wir verschont bleiben von einem vorzeitigen Kriegsgewitter das nur Anderen Nutzen, uns selbst nur Schaden bringen würde;

mögen die Kräfte unseres schwer leidenden geliebten Vaterlandes aufgespart werden bis zu dem historischen Moment, wenn unsere Hauptgegner vom Kampfe erschöpft sind, und wenn wir imstande sind, das entscheidende Wort zu sprechen für das Glück der uns stammverwandten Balkan-Slaven und für ihre Entwicklung unter der Schutzherrschaft Rußlands, der Vormacht der Balkan-Halbinsel!"

So weit der „Russische Invalide“. Keine Frage, daß die amtliche russische Diplomatie solche Pläne durchaus ableugnen würde, bekannt aber auch auf der andern Seite, daß fast die ganze russische Presse ..



einem noch viel leidenschaftlicheren Ton mit mehr oder weniger starker panslavistischer Nuancierung gegen Oesterreich und Deutschland heßt. Von diesem Hintergrund aus muß man die serbischen Aspirationen zu verstehen suchen und lassen sie sich auch verstehen. Wie soll ein solches Völkchen ruhig bleiben, wenn ihm auf der einen Seite vor Augen steht, daß es jetzt, durch Oesterreich-Ungarn von zwei Seiten umklammert und definitiv vom Meer abgeschnitten, allmählich in völlige Abhängigkeit von dieser Großmacht geraten muß, auf der andern ein Volk wie das russische ihm seine Hilfe in Aussicht stellt, um einmal mit Bosnien zusammen auch Dalmatien und die Küste der Adria, zukünftig vielleicht auch einmal Kroatien zu erwerben und ein haltbares serbisches Großreich zu errichten, während der bisherige Rival, Bulgarien, durch die Zuweisung der anderen Meeresküste, der ägäischen, befriedigt wird?

Noch viel realistischer aber werden uns die serbischen Ideale erscheinen, wenn wir sie nun auch in ihrer Beziehung zur italienischen und englischen Politik betrachten.

Die Italiener sind von einer wütenden Eifersucht auf die österreich-ungarische Balkanpolitik erfüllt. Schon im Mittelalter haben Venedig und Ungarn immer von neuem um die Herrschaft über die Ostküste des Adriatischen Meeres gerungen. Wenn Oesterreich heute Dalmatien zu seinen Provinzen zählt, so ist das das letzte ihm verbliebene Stück aus dem Erbe Venedigs, das ihm 1797 zufiel. Diese traditionelle Gegnerschaft multipliziert sich jetzt mit dem italienischen Iridentismus, dem Wunsch der Italiener, die italienischen Landschaften Oesterreichs, Trient und Triest, ihrem Nationalstaat einzuverleiben. Diese natürlichen Reibungen zwischen Oesterreich und Italien sind so stark, daß, wie der Fürst Bülow neulich aus dem Munde des italienischen Staatsmannes Nigra wiederholt hat, diese beiden Großmächte nur entweder verbündet oder verfeindet sein können. Kein Zweifel, daß die italienische Volksstimmung wahrhaft brennt auf einen Kampf mit Oesterreich. Die deutsche Presse hat sich bemüht, die jüngste, große Rede des Ministers Tittoni als Friedensrede aufzufassen, weil sie schloß mit der Versicherung, daß Italien am Dreibunde festhalte. Aber diese Versicherung erwuchs leider keineswegs mit organischer Notwendigkeit aus dem gesamten Inhalt der Rede, sondern war nur ein äußerlich angefügtes Anhängsel. Ohne diesen Schluß wäre die Rede eine unverblühte Kriegsdrohung gewesen. Tittoni legte dar, daß der Dreibund den Frieden sichere — ganz recht. Aber er fügte ausdrücklich hinzu, daß Italien wohl den Frieden wolle, aber nur „den Frieden mit Ehren“, und sagte nicht, daß, wenn es nun doch zum Kriege komme, Italien auch dann auf der Seite des Dreibundes stehe und an ihm festhalten werde. In den Augen des italienischen Ministers ist also der Dreibund sozusagen nur ein Friedensüber kein Kriegsbund und hat deshalb Italien auch nicht verhindert, gewisse Abmachungen auch mit den derzeitigen Gegnern des Bundes, England und Rußland, zu treffen. Tittoni verlangt von Oesterreich, daß es als Kompen-

sation für die definitive Annexion Bosniens auf gewisse Rechte, die der Berliner Vertrag von 1878 bezüglich der montenegrinischen Eisenbahnen und Küstenpolizei gewährt, verzichte. Es ist doch sehr fraglich, ob Oesterreich geneigt ist, das zu tun, nachdem es schon durch den Vertrag auf Novi-Bazar der Türkei eine sehr anständige Kompensation für den Verzicht auf die Küstenpolizei und völkerrechtliche Abwandlung gewährt hat. Aber selbst wenn Oesterreich bereit sein sollte, hier noch ein Stück entgegenzukommen, so sind die Vorstellungen der Serben und Montenegriner von ihrer nationalen Zukunft ist das ganz irrelevant, wenn Oesterreich Bosnien behält, und wenn sie dieserhalb den Kampf mit Oesterreich beginnen, so wird auch die öffentliche Meinung in Italien sich sicherlich nicht begnügen, ihnen zuzurufen: Ihr hättet Euch doch mit der Modifikation der Paragraphen 10 und 11 des Berliner Vertrages zufrieden geben sollen.

Noch wichtiger aber ist die Stellung Englands. Der Artikel „Russischen Invaliden“ richtet sich nicht bloß gegen Oesterreich und Deutschland, sondern auch gegen England, und England könnte in Balkanfragen ganz gewiß eher mit Oesterreich zusammengehen als mit Rußland. Aber England sieht heute als seinen eigentlichen Gegner und Rivalen das Deutsche Reich an, und es gibt auf der Insel eine Partei, die es für nötig hält, um zukünftigen Gefahren vorzubeugen, schon heute den Wagnis mit Deutschland zu wagen und zu provozieren. Wie einmündig der Siebenjährige Krieg erzeugt wurde nicht aus dem einfachen Gegensatz Preußens und Oesterreichs im Deutschen Reich, sondern aus der Komplikation dieses Gegensatzes mit dem Kampf der Engländer und Franzosen um den Besitz von Nordamerika, so gewinnt heute die Balkanfrage eine eigentümliche Gestalt erst dadurch, daß sie sich kompliziert mit der ganz fernliegenden Rivalität zwischen England und Deutschland zu. Seit Jahren wirbt König Eduard rings um uns herum um Bundesgenossen; er ist bereits weit genug gelangt mit seiner Einkreisung, aber nicht weit genug, um uns wirklich zu Leibe gehen zu können. In diesem Sommer schien es, als ob er den Zaren, den er in Reval persönlich besuchte, hätte hinter sich herziehen wollen, daß ihm das mißglückt sei, daß die persönliche Zusammenkunft, die er darauf mit unserm Kaiser in Kronberg hatte, vorläufig wieder Ruhe verbürgte. Da brachen die Balkan-Wirren aus und plötzlich ist alles verändert. Unzweifelhaft wird weder der Zar Nikolaus noch einer der Staatsmänner, die ihn umgeben, die Neigung, noch den Wunsch, in den schweren Waffengang mit Deutschland einzutreten, aber wie, wenn man sie dazu zwingen könnte? Wenn die Serben und Montenegriner in wilder Leidenschaft den Kampf gegen Oesterreich beginnen und, wie zu erwarten, von der Uebermacht besiegt werden, werden die nationalen Instinkte in Italien und Rußland dann nicht aufwogen wie ein vom Sturm gepeitschtes Meer? Und Oesterreich, wenn es Serbien einmal besiegt hat, das Land überlassen wieder verlassen, um sich in einiger Zeit einer ähnlichen Attacke aus-

setzen, und können Italien und Rußland zugeben, daß Oesterreich sich so immer weiter in die Balkanhalbinsel hineinfrisst? Ist nicht Nikolaus II. ein schwacher, bestimmbarer Herr und ist nicht auch einst Alexander II. wider seinen Willen durch die stärker und stärker anschwellende panslawistische Bewegung in den Türkenkrieg hineingezogen worden? Wie leicht ist es, solchen Volksbewegungen auch von außen mit Geld und etwas geschickter Preßmacht zu Hilfe zu kommen, und wenn nun die Volkswut erst genügend aufgestachelt ist, so daß die Minister und Monarchen sich geschoben, gedrängt und bedroht fühlen, und das englische Ministerium dann mit einem Bündnis- und Subsidien-Anerbieten an sie herantritt? Ist es nicht deutlich, daß Herrn v. Iswolskis Politik schon heute unter dem Zeichen der Furcht vor den Panslawisten steht? Deutschland kann aber nicht dulden, daß Oesterreich etwa von Rußland und Italien gemeinsam angegriffen und erdrückt werde. Das leidet weder unsere Vertragstreue noch unser politisches und nationales Interesse. Es wäre die definitive Ausschließung des deutschen Einflusses vom Orient, denn trotz der großen Majorität seiner Slaven, Magyaren und Rumänen ist das deutsche Element in Oesterreich-Ungarn immer noch das stärkste, und eine Niederlage Oesterreichs gegen Rußland oder Italien schließt deshalb auch unter allen Umständen eine Niederlage des Deutschtums ein. Für die deutsche Politik gibt es kein höheres Gesetz als die Treue zu Oesterreich. Gerade weil uns das Schicksal gezwungen hat, die deutschen Brüder in Oesterreich im Jahre 1866 vom Deutschen Reiche auszuschließen, sind wir um so mehr verpflichtet, für sie im internationalen Wettkampf einzustehen und ihnen den Rücken zu decken. Unsere eigene nationale Zukunft hängt an Oesterreich mit seinem Deutschtum. Treten also Rußland und Italien für Serbien gegen Oesterreich in die Schranken, so stehen wir neben Oesterreich, und in demselben Augenblick gehen nach Bismarcks Ausdruck die Gewehre in Frankreich von selber los, England aber schließt uns die Küsten und hat seinen Willen erreicht. Das allgemeine Bündnis gegen Deutschland ist da: vier Großmächte stehen gegen zwei.

Sind Anzeichen vorhanden, daß man in England wirklich auf ein solches Ziel hinarbeitet? Woher kommt denn der wahnwitzige, so unglaublich zähe Boykott der österreichischen Waren in der Türkei? Woher kommt die Zuversicht, mit der das kleine Serbenvolk das gewaltige Oesterreich herausfordert? Woher kommt das Geld für die serbischen Rüstungen? Weshalb verspricht man den Serben fortwährend Compensationen, ohne daß doch jemand zu sagen wagt oder weiß, worin diese Compensationen bestehen sollen oder können? Woher kommt es, daß die größten englischen Tagesblätter gerade jetzt wieder voll sind von den wildesten Heparitikeln gegen Deutschland, und die Phantasie der englischen Journalisten einen uner schöp flichen Strom von Geschichtchen über das Land ergießt, die den Briten die Größe und Nähe der deutschen Gefahr, die Lücke des deutschen Charakters, die Unerfättlichkeit der deutschen Begierden und Absichten vor

Augen führen? Alle die vielfältigen gegenseitigen deutsch-englischen Beistand haben nur vorübergehenden Erfolg gehabt, und ohne daß von unserer Seite irgend etwas feindseliges geschehen oder gesagt wäre, speit die englische Presse Gift und Galle gegen Deutschland.

Wenn man so berichten hört, wie der kleine Serbe gegen Österreich die Zähne blökt, ist man geneigt, zu lachen über den Gernegroß, aber man die europäische Situation sorgfamer ins Auge gefaßt hat, dem vergeht der Sarkasmus, und er fragt sich, in einem welchen Zustand leben wir, daß der Friede der Welt in die Hand dieses Häufleins eben erst aus der Barbarei aufgetauchter Tollköpfe gegeben ist?

Als man in Österreich sah, wie unbequem und gefährlich die Lage nach der Annexion Bosniens wurde, fingen die guten Leute an, nach alter wohlbewährter Methode auf Herrn von Aehrenthal zu schimpfen, und fanden den Fehler bei ihm, dem sie zuerst zugejubelt hatten. Aber wie kann Herr von Aehrenthal diese Entwicklung vermeiden können? Man kann Österreich hätte schon die Zeit des japanischen Krieges wahrnehmen sollen und die Annexion aussprechen, als Rußland unfähig war, sich zu widersetzen. Eine sehr verkehrte Ansicht, denn wenn Rußland auch im Augenblick nichts hätte tun können, so hätte Österreich damals doch jeden Grundes für die Vertragsverletzung ermangelt und es wäre der Rache die Heimtücke nicht entgangen. Ein Vandalenkrieg läßt sich von Serbien in Bosnien zu jeder Zeit organisieren. Heute kann Österreich mit Recht behaupten, daß die Verfassungsänderung in der Türkei eine Aenderung in Bosnien notwendig nach sich ziehen mußte. Hätte Herr v. Aehrenthal nicht mit gewartet, bis das türkische Parlament zusammengetreten war, so hätte er sich durch Verhandlungen so lange hinziehen lassen, so ist es klar, daß ein unentwirrbarer Konflikt entstanden wäre. Auf Grund der formellen Souveränität des Sultans in Bosnien hätten die eifrigen türkischen Patrioten verlangen können, daß auch die dortige Bevölkerung wähle, und Österreich-Ungarn niemals zugestehen konnte. Kaiser Franz Joseph war also tatsächlich in einer Zwangslage: die beste Entschuldigung, die es gibt, ist eine einseitige Verfassungsänderung. Hätten die österreichischen Staatsmänner nicht rechtzeitig gehandelt und ein klares Verhältnis geschaffen, so hätten sie den europäischen Frieden in noch viel höherem Maße gefährdet, als es jetzt der Fall ist.

Ist denn aber die Gefahr, die über unsern Häuptern schwebt, wirklich so groß? Suchen wir uns auch alle die Momente, die den Ausbruch verhindern, das Gewitter wieder zerstreuen können, vor die Augen zu führen.

Zunächst ist es klar, daß nur, wenn die vier andern Großmächte gegen Deutschland und Österreich zusammenstehen, sie den Krieg wagen könnten; versagt sich nur eine von ihnen, z. B. Italien, so sind die drei andern nicht stark genug, uns niederzuzwingen. Prüfen wir sie also in der Reihe.

Zunächst Frankreich. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das fran-

jüdische Volk in seiner ungeheuren Majorität keinerlei Neigung zu einem Waffengang mit Deutschland hat. Der Nebanhegedanke ist so weit zurückgetreten, daß man vor zehn Jahren sogar nicht abgeneigt war, mit uns zusammen gegen England vorzugehen. Dazu ist Frankreich der Bankier Europas; sein Volkswohlstand beruht auf den Zinseingängen für die russischen, österreichischen, türkischen, u. u. Anleihen. Ein allgemeiner europäischer Krieg könnte eine große Zahlungs-Einstellung zur Folge haben, die Frankreich aufs allerschwerste treffen würde. Die Marokko-Differenzen sind viel zu unbedeutend, um so große Nationen wie die französische und deutsche gegeneinander in Krieg zu treiben. Aber wenn sich die Möglichkeit böte, in einer allem Anschein nach weit überlegenen europäischen Koalition Deutschlands Uebermacht für alle Zeit zu brechen und Frankreich durch die Rückeroberung des Elsaß wieder auf die gleiche Höhe mit Deutschland zu bringen — einer solchen Versuchung würde das französische Volk doch sicherlich nicht widerstehen.

Rußland hat nirgends einen direkten Reibungspunkt mit Deutschland; aber im russischen Volk lebt ein geradezu fanatischer Deutschenhaß. Man haßt in uns die geistige und wirtschaftliche Ueberlegenheit, von der man sich emanzipieren will, und den Bundesgenossen Oesterreichs, das die Sammlung aller slawischen Völker unter der russischen Hegemonie verhindert. Das Motiv ist nicht stark genug, direkt zu einem Kriege zu treiben. Es kommt hinzu, daß die russische Armee noch immer recht desorganisiert ist und die revolutionäre Stimmung im Lande, nur äußerlich beruhigt, unter der Decke fort und fort brodelte. Aber wenn die Engländer das nötige Geld geben, ist Rußland noch immer imstande, mit ungeheuren Heeren ins Feld zu rücken. Was etwa von Geschützen, Waffen, Munition und sonstiger Ausrüstung seit dem japanischen Kriege noch nicht wieder ergänzt ist oder sonst fehlt, können die englischen Fabriken in kürzester Frist liefern. Die Türkei und das türkische Heer war im Jahre 1876, Frankreich in den Jahren 1792—1794 in noch viel höherem Grade desorganisiert und von revolutionären Bewegungen zerrüttet, und wie viel haben diese Staaten trotz allem noch im Kriege geleistet! Man vergesse auch nicht zu bedenken, daß die Einführung der Verfassung in Rußland die Kriegstendenz in hohem Maße gesteigert hat. Der naive Liberalismus glaubte wohl gar, daß mit der Einführung einer Volksvertretung selbstverständlich die Herrschaft friedlicher Gesinnungen in Rußland gegeben sei. Ob das eingetreten wäre bei einem wirklich freien Wahlrecht, mag dahingestellt bleiben; jetzt aber tagt in Petersburg jedenfalls eine Duma, in der die nationalistische Richtung die Oberhand hat und den Ton angibt. Wenn der Panславismus schon im Jahre 1876 durch bloße Agitation so viel zum Ausbruch des Krieges beigetragen hat, so besitzet er jetzt in der Duma ein Organ, das sich noch ganz anders geltend machen wird. Kommt es zu einer Krisis, so wird diese Duma, deren Präsident Chomkoff ein wilder Moskowiter ist, ganz gewiß nicht ein hemmendes, sondern  
Preussische Jahrbücher. Bd. CXXXV. Heft 1.

ein treibendes Element darstellen und das ihrige dazu beitragen, daß nur rationelle politische Berechnung, sondern Leidenschaft der russischen Politik die Richtung gibt. Die große Masse des russischen Volkes mag eben friedlich gesinnt sein, wie die des französischen und des deutschen, aber die Sicherheit gewährt uns das nicht.

Auch die große Masse des englischen Volkes wünscht ganz gegen den Krieg nicht, ist aber doch erfüllt von Furcht und Abneigung gegen Deutschland, und aus der Furcht sind von den großen Kriegen der Weltgeschichte vielleicht die allermeisten entstanden. Nun ist, wie vielfältig auch in diesen Jahrbüchern (Novemberheft) nachgewiesen, die Furcht tariäht unbegründet; sowohl durch seinen Besitz an Schiffen, wie durch seine Möglichkeit zu bauen, wie auch namentlich durch die Fähigkeit, viel schneller zu bauen als wir, ist England vollauf gesichert. Aber nicht nur quält die patriotische Phantasie mit der Vorstellung von Kombinationen und Allianzen, die diese Sicherheit doch eines Tages aufheben könnten, sondern allem empfindet der englische Steuerzahler unsere Rivalität schon heute sehr peinlich an seinem Geldbeutel. Wenn Deutschland keine Kriegsschiffe bauen könnte auch England sich darauf beschränken, seinen jetzigen Bestand zu erhalten, und brauchte nicht die ungeheuren Geldmittel aufzuwenden, die notwendig sind für die Steigerung. Wir fangen es ja jetzt selber an zu merken, wie kostbar es ist, sich eine Flotte zu halten, und wer sich recht in England geredet hat gegen irgend eine unserer neuen Steuervorlagen, sei es Einkommen-, Bier-, Tabak-, Elektrizitäts- oder Gesellschaftsteuer, der muß diese Stimmung auf den englischen Staatsbürger übertragen, um dem die Abneigung gegen uns zu verstehen: denn unsertwegen, so lehren ihn täglich seine Zeitungen, werden solche Forderungen an ihn gestellt. Kommt nun eine europäische Kombination, die, wie es scheint, England erlaubt die Sicherheit und ohne gar zu große Kosten die deutsche Seemacht zu limitieren, so ist doch wohl zu besorgen, daß auch die Masse des englischen Volkes zu solcher Politik fortreißen lassen würde. Freilich würde England dadurch auch seinen eigenen Handel sehr wesentlich schädigen, denn mit Einrechnung der Kolonien geht über ein Sechstel seines Exports (über 1800 Mill. Mark) nach Deutschland. Aber dieser Verlust würde wettgemacht werden dadurch, daß der große Export, den Deutschland heute an Industrieprodukten hat, dann wesentlich auf England übergehen würde. Schließlich ist in jüngster Zeit ein neues Moment aufgetaucht, das leicht England ebensowohl zum Kriege treiben wie auch davon abhalten kann. Das ist die offenbar immer lauter sich meldende Gefahr eines großen Aufstandes in Indien. Schon ist man genötigt gewesen, Ausnahmemaßregeln in großem Stile zu treffen, Verhaftungen und Exilierungen zu verfügen. Die „Nineteenth Century“ hat über diese Verhältnisse aus der Feder eines ehemaligen hohen Polizeibeamten in Bombay, Sir Edmund C. Cox, einen höchst instructiven Artikel gebracht, aus dem ich anhangsweise hier einen Auszug anfügen werde, in dem die Gefahr so groß wie nahe erscheinen läßt. Die einmütige Gesinnung

Indiens läßt sich nach Cox etwa so charakterisieren, wie einst die Lombardo-Venetianer sich zur Herrschaft Oesterreichs stellten: wir wollen nicht, daß Oesterreich uns besser regiere, sondern daß es gehe. Wicht nun der Aufstand schon in allernächster Zeit aus, so ist es klar, daß England alles thun wird, um gleichzeitige europäische Konflikte zu vermeiden; ist man aber in England der Ueberzeugung, daß man den Zustand in Indien noch einige Jahre hinziehen kann, so kann man leicht den Schluß ziehen, daß es in Englands Interesse liegt, den europäischen Konflikt so schnell wie möglich zu provozieren, um später den Rücken frei zu haben für die Wändigung der Indier.

In eben diesem Heft habe ich eine neue Auflage der Napoleon=Biographie von Lenz besprochen und dabei namentlich betont, wie eigentlich Napoleon in seine Weltoberungsrolle hineingetrieben worden ist: nicht er ist es gewesen, der diese Politik beschloß und gewollt hat, sondern England war es, das ihn dazu gezwungen hat, weil es sah, daß er im Begriff war, die alte französische See- und Kolonial-Politik wieder aufzunehmen. Gewiß nimmt Deutschland heute nicht entfernt die übermächtige Stellung ein, die Frankreich im Jahre 1803 befaß, ebenso wenig trägt es sich mit solchen Bestrebungen — aber, verhehlen wir es uns nicht: sie werden uns zugeschrieben. Bald in Dänemark, bald in Holland, bald in der Schweiz erhebt sich eine Stimme, die das eigene Volk und ganz Europa vor unserem Ehrgeiz warnt. Solche Stimmungen sind der gefährlichste Nährboden für einen Kriegeentschluß, den es gibt.

Werfen wir schließlich noch einen Blick auf Italien, so ist hier wohl in Volke die Kriegsneigung stärker als irgendwo anders und wird nur zurückgehalten einerseits durch das Gefühl der Schwäche, anderseits durch die politischen Erwägungen, die es zweifelhaft erscheinen lassen, in welchem Bündnis Italien mehr zu riskieren oder mehr zu gewinnen hätte.

In diesen politischen Berechnungen dürfte schließlich überhaupt noch unsere beste Friedensgarantie liegen. Denn die Quadrupelallianz, wenn sie sich auch gern zur Niederdrückung Deutschland=Oesterreichs vereinigte, geht in ihren einzelnen Bestrebungen doch gar zu weit auseinander, um sich so leicht zusammenzufinden. Die Engländer wollen vor allem die deutsche Seemacht brechen, aber die Franzosen und Russen müssen im Gegentheil sogar wünschen, daß Deutschland England gegenüber als Seemacht seinen Platz behaupte.

Rußland möchte Oesterreich und mit ihm auch den deutschen Einfluß aus der Balkanhalbinsel verdrängen, aber für England könnte es nichts unerwünschteres geben, als wenn hier an die Stelle Deutschlands und Oesterreichs allein Rußland träte. England ist es, das Rußland die so sehr gehrte Ausfahrt aus dem Schwarzen Meer verschließt. Deutschland und Oesterreich können dem Zaren in diesem Punkt sehr weit entgegenkommen. Unser Interesse geht nicht weiter, als daß die Sicherheit von Konstantinopel nicht bedroht wird. Was sollten wir also dagegen haben, wenn z. B. be-

stimmt wird, daß die russischen Kriegsschiffe, denen jetzt die Fahrt völli unter sagt ist, einzeln durchfahren können mit der Maßgabe, daß das russische Schiff erst in den Bosporus einfahren darf, wenn das erste die Dardanellen wieder verlassen hat und umgekehrt?

Ueberhaupt stehen in allen Fragen des türkischen Reiches, sei es des Einflusses, sei es bei einer etwaigen Aufteilung, die Interessen jeder Nation gegen jede andere, und es ist leicht möglich, daß der junge türkische Konstitutionalismus, statt das Reich zu stärken, es binnen kurzem in Anarchie stürzt und auseinander sprengt, so daß neue Probleme auftauchen, die die eben geschlossenen Verbindungen zwischen Frankreich und England, England und Rußland, Rußland und Italien wieder zerreißen.

Diese inneren Diskrepanzen innerhalb der zu fürchtenden Quadrupelallianz würden auch dann noch für uns eine starke Hilfskraft sei, wenn es wirklich zum Kriege kommen sollte. Verbündete wirken nie ganz harmonisch zusammen und desto weniger, je mehr es sind. Wie stark wurde selbst in der Not der Franzosenherrschaft unter Napoleon das Zusammenwirken der Russen, Preußen, Oesterreicher und Engländer durch ihren gegenseitigen Argwohn und innere Zwistigkeiten gehemmt! Addiert man einfach die militärischen Kräfte des vorausgesetzten Vierbundes zusammen, so ist klar, daß sie denen des Zweibundes weit überlegen sind, wenn nicht Marokko den Franzosen vielleicht einen unangenehmen Nebenkrieg macht. Die Friedens-Präsenz der Russen beträgt 1305 000, der Franzosen 563 000, der Italiener 273 000, zusammen 2 141 000; die Friedenspräsenz der Deutschen beträgt 585 000, der Oesterreicher-Ungarn 379 000, zusammen 964 000. Die österreichische Armee würde durch Italien, Serbien und Montenegro zu sehr absorbiert sein, und Deutschland hätte fast allein gegen die von den Engländern unterstützten Franzosen auf der einen und die Russen auf der andern Seite zu kämpfen. Daß wir Frankreich schnell überrennen könnten, das kann gar keine Rede sein; dazu gehört eine Ueberlegenheit, die wir überhaupt kaum besitzen und am wenigsten, wenn wir die halbe Armee gegen die Russen schicken müssen. Ueberdies ist Frankreich durch sein gewaltiges System von Sperrforts, Grenzfestungen und Lagerfestungen von der Nordsee bis zu den Alpen auf eine fast undurchdringliche Weise gepanzert. Die artilleristische Ueberwindung jedes einzelnen Sperrforts ist ein Stück Arbeit, und ehe sie vollendet ist, kann die französische Feldarmee schon wieder Gegenmaßregeln getroffen haben, um den Durchbruch oder die Umgehung an diesem Punkt doch noch zu verhindern. Bringt man schließlich durch und sucht die Entscheidung im offenen Felde, so vergeht darüber doch immerhin eine ziemliche Zeit, und ehe mehr Zeit vergeht, wenn man nach dem ersten Siege vor den gewaltigen Lagerfestungen zum Stehen kommt, und mittlerweile haben die ungeheuren Massen der Russen und beanspruchten Gegenarmeen, so daß die Franzosen uns gegenüber die große numerische Ueberlegenheit gewinnen. Weiter bis zu einer glücklichen Verteidigung unserer eigenen Grenzen würden



es auch im besten Falle schwerlich bringen können — vielleicht, daß wir gleich im Beginn die Chance eines Sieges über die Russen in Polen hätten, ehe diese ihre Mobilmachung vollendet haben. Es wäre äußerst verkehrt, sich etwa in nationaler Selbstverblendung über dieses Kräfteverhältnis Täuschungen hinzugeben. Die Sache ist so ernst wie nur möglich. Zu fürchten haben wir nichts; wir sind mit Aufgebot des Landsturms stark genug, den Strauß zu bestehen. Die Aussichten auf einen schließlichen glücklichen Ausgang aber liegen in der Politik; sie liegen darin, daß wir sicher sein dürfen, daß der Vierbund unter keinen Umständen wirklich bis zum Ende zusammenhält, und weil man das heute schon mit Sicherheit voraussehen kann, brauchen wir auch nicht die Hoffnung aufzugeben, daß er überhaupt nicht zustande kommt. Nur wenn Deutschland und Oesterreich völlig niedergekämpft würden, hätten Frankreich, Rußland und Italien Aussicht, ihre Zwecke zu erreichen. Kame es dagegen wie beim Siebenjährigen Kriege so, daß beide Teile endlich vor Ermattung vom weiteren Kämpfen abstehen und alle Grenzen unverändert bleiben, so ist der ganze Kontinent ruiniert und England der alleinige Gewinner. Ja, England würde von dem Augenblick an, wo Deutschlands Seewesen und Wohlstand genügend geschwächt sind, überhaupt an der Fortsetzung des Kampfes kein Interesse mehr haben. Man darf annehmen, daß man sich in Paris wie in Petersburg über diese Verhältnisse nicht im unklaren ist und keinerlei Neigung verspürt, vielleicht mit ungeheuren Opfern bloß für England zu arbeiten. Ginge also die Politik bloß von den Diplomaten ab, so könnten wir gewiß ruhig schlafen, aber wir müssen zu unserm Ausgangspunkt zurückkehren, zu den Volksleidenschaften, die in dieses ganze Getriebe hineinspielen und alle Berechnungen zusehends machen können. Beginnen die Serben den Kampf mit Oesterreich, so steht alle Hoffnung auf Erhaltung des Weltfriedens auf der Mäßigung Oesterreichs. Schon jetzt ist es ja nichts Unerwartetes, daß eine Großmacht wie dieses Kaisertum ruhig zusieht, wie an seiner Grenze das Völkchen der Serben droht, rüstet und heßt. Schreiten die Serben mit den Montenegrinern wirklich zum Angriff, so müßte man im Interesse des europäischen Friedens von Oesterreich verlangen, daß es womöglich die feindlichen Grenzen gar nicht überschreitet, sondern sich begnügt, die Truppen, die herüberkommen, abzufangen und unschädlich zu machen, oder, falls das militärisch unausführbar ist, daß sie das Land, sobald der militärische Zweck erfüllt ist, sofort wieder verlassen. So haben es die Franzosen zweimal gemacht, als sie in Belgien intervenierten und die Holländer hinaustrieben, 1831 und 1832, und unter dem Verdacht standen, das Land für sich behalten zu wollen. Freilich zwischen Serbien und Oesterreich würde die Sache immerhin noch etwas anders stehen. Oesterreich ist der angegriffene Teil und es ist eine starke Zumutung für eine Großmacht, sich von einem Kleinstaat anfallen zu lassen und ihn bloß abzuwehren, ohne ihm für alle Zeit Wiederholungen unmöglich zu machen. Aber hinter Serbien und Montenegro

stehen Rußland und Italien und hinter Rußland und Italien steht England und an England hängt Frankreich. Die Gefahr ist groß; mit es der Weisheit der Staatsmänner gelingen, sie doch noch zu beschwören.

\* \* \*

Während so die schwersten Gewitterwolken den Himmel Europas überziehen, haben die deutschen Reichsboten Reden über Reden gehalten. In wohl soviel Beiträge von den Reichsbürgern eingezogen werden können, daß das Deutsche Reich im Frieden sein Dasein fristen kann ohne Schaden zu machen. Mit Freuden darf man sagen, daß in den großen Verfassungsdebatten der Reichstag sich so wacker wie verständig gehalten und dadurch das Ansehen des Reiches im Ausland wieder gehoben hat. Aber das Lob verschwindet völlig, wenn man zu den Verhandlungen über die Finanzreform übergeht. Der krasse Geiz bei den Besitzenden, die die Nachsteuer nicht bewilligen wollen, und die kleinlichsten Wahlrückzichten auf verschiedenen Gewerbe, die bei den indirekten Steuern in Mitleidenchaft gezogen werden, beherrschten die Diskussion. Der Gesamteindruck ist wahrhaft kläglich. Große gesetzgeberische Reformen von weittragender ethischer Bedeutung, Reform des Strafrechts und des Straßenvwesens, Witwen- und Waisenversicherungen, Reorganisation des Klassenwesens. Preußen die Wahlreform, harren der Lösung, und die Volksoverturen verbrauchen ihre Arbeitskraft und werden sie, wenn es so weiter geht, so lange ausschließlich gebrauchen für die Fragen der Verteilung der Staatslast. Selbst der Kredit Deutschlands, den wir im Kriegsfall so reich haben, leidet unter dieser Zerfahrenheit und unter dieser, jede höhere Verantwortung verleugnenden Selbstsucht der Parteien.

23. 12. 08.

#### Nachschrift.

Die Rede Tswolskis mit den Verhandlungen in der russischen Delegation haben die Situation nicht verändert. Von allen Seiten hat man die Serben abgewinkt, denn das offizielle Rußland wünscht den Krieg mit. Aber was für tatsächliche Kompensationen die Serben beruhigen sollen, hat der russische Minister auch jetzt nicht gesagt, und die Frage bleibt offen, ob andere Mächte nicht doch noch die Serben zur Aktion mit dem Hinweis, daß Rußland und Italien sie auf keinen Fall im Stich lassen können, wenn der Kampf nur erst begonnen hat.

28. 12. 08.

Delbrück.

#### Baronet Edmund Cox über Indien.

(Nach der Nineteenth Century, Nr. 382, Seite 941.)

Der Indier ist heute der Ansicht, daß die Tyrannei der englischen Regierung und ihrer Beamten in Indien alles übertrifft, was man jetzt in Rußland gehört hat. Dschingiskan und Nadir-Schah waren Engel, verglichen mit den heutigen englischen Gouverneuren und Kommissaren. In

Eingeborenenpresse, die Reden der wandernden Agitatoren, die kreuz und quer durch das Land ziehen, die Flugblätter, die öffentlichen und privaten Versammlungen, die Privatkorrespondenzen, die hin- und hergehen, sind alle eingestellt auf den einen Punkt, daß die britische Regierung in Indien aus Männern besteht, denen jede menschliche Empfindung, Gewissen, Ehre oder Moral völlig fremd sind, deren einziger Zweck ist, den letzten Pfennig aus dem unterdrücktesten und elendesten Volk der Welt herauszupressen. Es ist ganz gleichgültig, was die Regierung tut. Was sie auch immer tut oder unterläßt zu tun, immer sieht man dahinter das böseste Motiv. Die Engländer haben mit Absicht die Pest und die Cholera verbreitet, um die Bevölkerung zu vermindern, und zu dem Zweck die Brunnen vergiftet. Das Einimpfen der Pocken betreiben sie ganz öffentlich. Die Rechenpfennige, an denen die Kinder in der Schule lernen, sollen einmal das Mittel werden, das ganze wirkliche Geld dem Volke zu entziehen. Gebildete und ungebildete Klassen sind einig in dieser Gesinnung, die einzige Differenzierung ist, daß die einen gemäßigt sind und die andern radikal, und der einzige Unterschied zwischen den Gemäßigten und Radikalen, daß diese verlangen, wir sollen morgen gehen, und jene übermorgen.

Man hat sich in England immer darauf verlassen, daß die Indianer keine Nation seien. Indien hat soviel Einwohner wie Europa und soviel verschiedene Nationen und Religionen wie Europa. Vor der englischen Herrschaft war es niemals unter einer einheitlichen Regierung und würde daher auch jetzt nie einheitlich handeln.

Jung-Indien antwortet darauf, daß das Land heute so gut eine einheitliche Nation bildet, wie es die Schweizer tun. Mag das Englische die einzige Sprache sein, in der die Bengalen und Mahratten sich unterhalten können, so genügt es ja, daß ein solches gemeinsames Idiom, das alle Gebildeten beherrschen, existiert. Europa hat keine gemeinsame nationale Empfindung, Indien aber hat sie; sie zeigt sich in dem einen, allen gemeinsamen Wunsch nach nationaler Unabhängigkeit. Die Erinnerung an den Unabhängigkeitskampf vor zweieinhalb Jahrhunderten, den die Mahratten gegen den Großmogul führten, ist heute gemeinsames nationales Heiligtum, auch in denjenigen Gegenden, die aufs fürchterlichste durch die Mahratten zu leiden hatten.

Die freie Presse, mit der die englische Regierung Indien beglückt hat, hat das Ergebnis gehabt, daß alle Blätter, sei es in einer der Eingeborenen-sprachen, sei es in der englischen, voll sind von den giftigsten Verleumdungen der englischen Regierung und des englischen Volkes, und wird ein Journalist einmal eingesperrt, so hat man aus ihm einen Märtyrer gemacht, der die allgemeine Verehrung genießt.

England hat Indien bedeckt mit Schulen und große Mittel darauf erwandt; der Erfolg dieses Unterrichtssystems ist gewesen, daß die jungen Indianer alle ihre überlieferten religiösen, politischen und moralischen Vorstellungen verloren und keine anderen dafür eingetauscht haben, es sei denn

den Haß gegen die Unterdrücker. Auf politische Versammlungen zu gehen ist die höchste Leidenschaft des jungen englisch erzogenen Inder, und aus der englischen Geschichte, von der Magna Charta an bis zur Vertreibung Jakobs II. und zum Unabhängigkeitskrieg der Nordamerikaner, hat er vor allem gelernt, was für eine hohe Tugend der Widerstand gegen Tyrannen ist. Entsprechende philosophische Lehren über Freiheit und Selbstregierung hat er den Mill, Spencer und Huxley entnommen.

Ehedem schreckte Hindus und Muhammedaner gleichmäßig der Name der Russen; jetzt, seit die Russen von den Japanern besiegt sind, schrecken auch die Inder nicht mehr; im Gegenteil, sie sehen jetzt, daß auch ein asiatisches Volk eine Großmacht werden kann und halten sich für wahrlich nicht weniger als die Japaner.

Aber es ist nicht allein der japanische Krieg, durch den die Russen den Indern eine neue Anregung gegeben haben. Ist nicht auch der russische Despotismus durch den Freiheitsdrang des russischen Volkes gestürzt worden? Tagt nicht auch in Petersburg jetzt eine Duma? Die Waffen, durch die man das erreicht hat, waren geheime Gesellschaften, Anarchismus, Nihilismus, Streiks, Boykott, Mord, Mord und vor allem Bomben. Was in Rußland geholfen hat, wird auch in Indien helfen. Müßen es Bomben sein, so nehme man Bomben. Nicht bloß die Russen haben jetzt eine Konstitution, sondern sogar die Perser und Türken. Zagen die Inder weniger? Wir unsererseits mögen noch so sehr überzeugt sein, daß der Erfolg der Aufhebung der englischen Herrschaft in Indien alle meine Anarchie, Bürgerkrieg, furchtbares Blutvergießen, Verwüstung und Hungersnot sein muß, der Inder traut sich zu, das Land ebenso gut zu verwalten wie wir, da er ja daselbe gelernt hat. Jedenfalls, schlechter als es jetzt ist, kann es ja nicht werden. Wir wissen, wie schlimm es in Indien vor der Errichtung unsrer Herrschaft ausgesehen hat, wie Krieg, Despotismus, Pest und Hungersnot das Land dauernd verwüsteten; da wir Frieden, Ordnung, Recht, Schulen, Straßen, Eisenbahnen, Kanäle, Sanitätspolizei, Wohlstand ins Land gebracht haben. Der Inder gläubt uns das alles nicht, und wenn man es ihm nachweist, so hat er immer noch die eine Antwort, daß doch wenigstens das Geld früher im Land blieb. Daß, wenn man auch das von England importierte Kapital verzinsen muß, das Land doch noch immer dabei gewinnt, leuchtet ihm nicht ein, besonders wo er darauf hinweisen kann, daß die alten indischen Handwerker durch die Einführung der fabrikmäßigen Maschinenweberei um das Brot gebracht worden sind. Ebenso sieht er in der von den Engländern eingeführten rationellen Forstkultur, die für das Land eine so außerordentliche Wohltat ist, nichts als das Unrecht, daß der Mensch, der Baum oder Brennholz gebraucht, es nicht mehr wie in alten Zeiten beliebig aus dem Walde holen darf.

Die Muhammedaner halten im allgemeinen mehr zum englischen Regiment als die Hindus, aber das englische Verwaltungssystem hat den

eigenthümlichen Erfolg, sie gegen die Hindus zu benachtheiligen. Das liegt an dem Prinzip, die Beamtenstellen zu besetzen nach dem Schema des Ergebnisses der Konkurrenzprüfungen. Bei diesen Konkurrenzen haben erfahrungsmäßig die Hindus, die ein besonderes Talent für Einpauken besitzen, den Vorsprung. Das trägt nicht dazu bei, sie für die englische Regierung zu gewinnen, treibt aber die Muhammedaner in die Opposition. Ganz schlimm aber ist der Ueberschuß an Examinirten, der im Beamtenthum nicht untergebracht werden kann, in die Advokatur oder Journalistik geht, und recht eigentlich die Adresse der Agitation gegen die Fremdherrschaft bildet. Zu den Klubs und der englischen Gesellschaft ist auch dem gebildetsten Theil der Zutritt so gut wie vollständig verschlossen.

Reisende Engländer, wie das Parlamentsmitglied Mr. Hardie und ehemalige indische Beamte, die publizistisch die dortigen Zustände kritisieren, haben ungeheuer viel dazu beigetragen, die oppositionelle Stimmung und Leidenschaft zu verstärken.

In den indischen Vasallenstaaten finden die Agitatoren naturgemäß immer einen Unterschlupf, wenn schon diese Fürsten im Ernstfalle auf der Seite der Regierung stehen würden.

Der einzige Halt für die Regierung ist und bleibt die Armee. Auch die eingeborenen Regimenter sind durchaus treu und zuverlässig. Aber werden sie es immer bleiben? Diese Soldaten gehen doch hervor aus der mit leidenschaftlicher Unzufriedenheit erfüllten Bevölkerung, und die Offiziere empfinden es als eine Unbilligkeit, daß ihre Karriere beschränkt ist und sie oft viel jüngeren englischen Offizieren unterstellt werden. Sie wissen es sehr gut, daß bei den Russen und Franzosen der muhammedanische Offizier mit den Christlichen rangiert und avanciert und hochgeborene russische oder französische Offiziere unter seinem Befehl haben kann. Auch die indische Armee bleibt daher eine empfindliche und gefährliche Maschinerie, die irgend ein kleiner Fehler in der Behandlung gegen uns wenden kann.

---

Von neuen Erscheinungen, die der Redaktion zur Besprechung zugegangen, verzeichnen wir:

- Agahd, Konrad.** — Ueber die soziale Bedeutung des hauswirtschaftlichen Unterrichts und seine Einführung in alle Mädchenschulen. 50 Pf. Halle a. S., Hermann Schroedel.
- „Soll die Lehrerschaft in Jugendfürsorge-Organisationen mitarbeiten? (Vortrag auf der Deutschen Lehrerversammlung in Dortmund Pfingsten 1903.) Halle a. S. Arbeiter-Bibliothek. — Heft 2: Die christlichen Gewerkschaften, 40 Pf. M. Gladbach 1903. Verlag der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung G. m. b. H.
- „Heft 11: Arbeitgeberverbände. 20 Pf. M. Gladbach. Verlag der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung G. m. b. H.
- Benndorf, Friedrich, Kurt.** — In fremde land' dahin. Impressionistische Reiseblätter. M. 250, in Halbpergament geb. M. 3.50. Leipzig, Xenien-Verlag.
- Brie, Marie.** — Gedichte. M. 2.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Cornelius, Hans.** — Elementargesetze der bildenden Kunst. M. 7.—. Leipzig, B. G. Teubner.
- Diedrich, Wolfram.** — Ein Opfer. Trauerspiel in vier Aufzügen. M. 150. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Dippel, Alma, E.** — Sylvesterglocken und andere Novellen. M. 1.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Dressler, Adolf, jun.** — Elisabet. Die Tragödie einer jungen Liebe, 4 Akte. M. 180. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- „Der Lebensgarten. Ein Novellenkranz. M. 1.50. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Deutsche Arbeit.** — Monatschrift für das geistige Leben der Deutschen in Böhmen. Jahrgang 7, Heft 12. M. 1.20. Prag, Karl Bellmann.
- Eberstadt, Dr. Rudolf.** — Die städtische Bodenparzellierung in England und ihre Vergleichung mit deutschen Einrichtungen. Mit 16 Text-Abbildungen. Berlin, Carl Heymann.
- Falke, Gustav** — Hamburg. Mit Unschlagzeichnung von E. Eitner und 8 Vollbildern. M. 2.—, geb. M. 2.50. Stuttgart, Carl Krabbe.
- Flake, Otto** — Strassburg und das Elsass. M. 2.—, geb. M. 2.50. Mit Umschlagzeichnung von G. Ritteng und 8 Vollbildern. Stuttgart, Carl Krabbe.
- Fried, Alfred H.** — Die Grundlagen des revolutionären Pacifismus. 68 S. Tübingen, J. C. B. Mohr.
- „Das internationale Leben der Gegenwart. Aus Natur und Geisteswelt. Band 223. M. 1.25. Leipzig, B. G. Teubner.
- Friedrichowicz, Josef.** — Der verhängnisvolle Fund. Schauspiel in 5 Akten. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- „Der Bund der Vier. Schauspiel in 5 Akten. M. 1.20. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Fuchs, Eduard.** — Illustrierte Sittengeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Erster Band. Renaissance. Lief. 1. M. 1.—. München, Albert Langen.
- Gerlach, Kurt.** — Vom Anfang. Gedichte. 60 Pf. Berlin-Leipzig, Kurt Wigand.
- Germar, Karl.** — Die Wahrheit auf philosophischem, religiösem und politischem Gebiete, für Denkende und Vertreter deutscher Kultur-Interessen, I. Teil. 1. Band. M. 4.—. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Hamm, Wilh. Alex.** — Der Fall Portz in seiner aktenmässigen Entwicklung. (Material zum Studium preussischer Rechtsverhältnisse. Viersen, Gesellschaft für Druck und Verlag.
- v. Heister, Bruno Chlodwig.** — Auf der Wanlerung. Verse. M. 1.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Hildebrand, Gustav.** — Herr, mach uns frei! Roman. M. 3.50. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Hitze, Dr.** — Abriss der Agrarfrage. (Soziale Tagesfragen. Zwanglose Hefte, herausgegeben vom Volksverein für das katholische Deutschland, Heft 13.) 65 Pf. M. Gladbach, Volksvereins-Verlag.
- Hochland.** — Monatschrift für alle Gebiete des Wissens, der Literatur und Kunst. Herausgegeben von Karl Meeth, 12. Heft. M. 1.50. München und Kempten. Jos. Kösel.
- Hoffmann, B. A.** — Grundlinien einer sozialen Bank. M. 1.—. München, M. Steinebach.
- Hoffmann, Karl Georg.** — Lieder und Gedichte. M. 1.50. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Jaroljmek, Edmund.** — Von Leidenden und Befreiten. Dämmerstundenträume. Gedichte. M. 1.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Jahresbericht und Mitteilungen der Handelskammer zu Köln 1908. Heft 2.** Köln, M. Du Mont Schauberg.
- Ignis Ardens.** — Pius X. und der päpstliche Hof. Autorisierte Uebersetzung aus dem Italienischen von Maria Textor. M. 8.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Iltz, Walter Bruno.** — Sinfonia erotica und andere Novellen. M. 2.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Kautsch, E.** — Die Heilige Schrift des Alten Testaments. Lfg. 4.—. 80 Pf. Tübingen, J. C. B. Mohr.
- Kesseler, Kurt.** — Die Vertiefung der kantischen Religionsphilosophie durch Rudolf Eucken. Bunzlau, G. Kreuschmer.

- v. Klingsgräff, Konrad. — Die Tartarenschlacht bei Liegnitz. Ein dramatisches Stück deutscher Geschichte. M. 3. —. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Klab, Auguste. — Frau Dorothee. Novelle. M. 250. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Lente, Josef. — Wahrmond vor Pilatus und dem K. K. Staatsanwalt. Illustrationen zum Falle Wahrmond aus dem Leben eines katholischen Seelsorgers. 63 S. Frankfurt a. M., Neuer Frankfurter Verlag.
- Lenhard, Friedrich. — König Arthur. Trauerspiel in fünf Aufzügen. Dritte Auflage. Stuttgart, Greiner & Pfeifer.
- Löche, Georg Paul. — Bergtod. Erzählungen aus den Alpen. M. 2. —. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Lyn, Adolf. — Es werde Gott. Drama in 5 Aufzügen. M. 3. —. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Maartens, Maarten. — Die neue Religion. Ein moderner Roman. M. 5. —. Köln a. Rh., Albert Ahn.
- Merkhof, Alwin. — Ein Sylvestertraum. Lustspiel in 3 Bildern. M. 250. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Messner, Karl. — Es fehlte der Sonnenschein. Gedichte. M. 1. —. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Lederbogen Fr. Dr. — Friedrich Schlegels Geschichtsphilosophie. Ein Beitrag zur Genesis der historischen Weltanschauung. M. 4. —. Leipzig, Dürrsche Buchhandlung.
- Lehmann, E. — Mystik im Heidentum und Christentum. Aus Natur und Geisteswelt. Geb. M. 1. —, geb. M. 1.25. — Leipzig, B. G. Teubner.
- Lisser, Dr. Julius. — Zur Klärung tabaksteuerlicher Streitfragen M. 1.40. Leipzig, A. Deichert.
- Mailath, Josef. — Hungaricae Res M. 150. Berlin, Hermann Walther.
- Malpert-Newville, Marie Const. F.f.r. v. — Schottische Landschafts-Bilder in Verbindung mit Geschichte und Sage. Blätter aus einem Reisetagebuche. II. verbesserte Auflage. M. 2. —. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Meereskunde. — Sammlung volkstümlicher Vorträge zum Verständnis der nationalen Bedeutung von Meer und Seewesen. II. Jahrgang. Heft 10 bis 12. Jedes Heft 5 Pf. Berlin, E. S. Mittler & Sohn.
- Mitteilungen der Handelskammer Grauden. Herausgegeben von der Handelskammer als ihr amtliches Organ. 4. Jahrg. Nr. 1. Grauden, September 1908.
- Muthuis, Karl. — Goethe und Pestalozzi. M. 450. Leipzig, Dürrsche Buchhandlung.
- Niebergall, Dr. F. — Die evangelische Kirche und ihre Reformen. (Wissenschaft und Bildung, Bd. 39.) M. 1. —, in Originalleinenb. M. 1.25. Leipzig, Quelle & Meyer.
- Perry, R. D. — Die amerikanische Universität. (Aus Natur und Geisteswelt.) M. 1.25. Leipzig, B. G. Teubner.
- Reisem, Carl. — Mit Schiller durch das Jahr. Berlin, Concordia, Deutsche Verlagsanstalt.
- Sapper, Agnes. — Frau Pauline Brater. Lebensbild einer Deutschen Frau M. 4. — München, C. H. Beck.
- Schleier, Friedrich Michael. — Die Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch in gemeinverständlicher Darstellung unter Mitwirkung von Herm. Gunkel und Otto Schel herausgegeben. 1. Lfg. Tübingen, J. C. B. Mohr.
- Schwarzkopff, Dr. Paul. — Gibt es einen Gott? M. 1. —. München, C. H. Beck.
- Schwetschke, Eugen. — Gustav Schwetschke Ein Lebens- und Zeitbild. M. 6. —. geb. M. 7.50. Halle a. S., Gebauer-Schwetschke.
- Schwindraschel, Oskar. — Kunst-Wanderbücher (von alter zu neuer Heimatkunst), geb. M. 2. —, geb. M. 3. —. Hamburg, Gutenberg-Verlag.
- Seyff von Pilsach, Arnold. — Aus Bismarcks Werkstatt. Studien zu seinem Charakterbild. 163 S. Stuttgart und Berlin, J. G. Cotta Nachf.
- Mein, Erwin. — Wenn wir Dichter lieben. Roman M. 250. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Straßer, Th. — Wenn es tagt. Ein Hoffnungssang aus den Nachtgesichten des Sacharja. 80 Pf. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Stedie zur Deutschen Kunstgeschichte. — Inhalt und Besprechung von Heft 1–100. Strassburg i. E., J. H. Ed. Heitz (Heitz & Mündel).
- Stolz, Dr. Ulrich. — Kirchenrechtliche Abhandlungen. 51. Heft. — Die väterliche Erhebewilligung. M. 7.50. Stuttgart, Ferdinand Enke.
- Vergils Aeneis. — Deutsch von H. Draheim. M. 4. —. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung.
- Verwaltungsbericht der Landes-Versicherungsanstalt Berlin für das Rechnungsjahr 1907.
- Weber A. O. — Graf Schim von Panse. Mit lustigen Zeichnungen von Hanns Anker. M. 250. Berlin, Gustav Riecke.
- Wehrstein, M. B. — Entstehung der Welt und der Erde nach Sage und Wissenschaft. Aus Natur und Geisteswelt M. 1.25. Leipzig B. G. Teubner.
- Wielandt, R. — Der politische Liberalismus und die Religion. 50 Pfg. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht.
- Wolgemuth, Anna. — Der Edelknabe. Schauspiel mit Gesang in fünf Aufzügen M. 1.25; Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Brückner, Lic. Dr. Martin. — Der sterbende und auferstehende Gottheiland in den orientalischen Religionen und ihr Verhältnis zum Christentum. (Religionsgeschichtliche Volksbücher.) M. 050, gebunden M. 080. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen.

- Dahlmann, Joseph.** — Indische Fahrten. I. Bd. Von Peking nach Benares. II. Bd. Von Mehli nach Rom. M. 18.—, geb. M. 28.—. Freiburg i. Br. Herder'sche Verlagsbuchhandlung.
- Dinshelberg, Hugo.** — Kriegererlebnisse eines Kaiser Alexander-Garde-Grenadiers im Felde und im Lazarett 1870/71. 2. Aufl. M. 580. München, Beck'sche Verlagsbuchhandlung.
- Geldsteln, Dr. Ferdinand.** — Die Übervölkerung Deutschlands und ihre Bekämpfung. M. 2.50. München, Ernst Reinhardt.
- Gumbel, Theodor.** — Erinnerungen eines freiwilligen Krankenpflegers vom Kriegsschauplatz 1870. 2. Aufl. M. 2.80. München, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung.
- Hähnel, C. L.** — Bei den Fahnen des XII. (K. Sachs.) Armeekorps M. 2.50. München, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung.
- von Halle, E.** — Die Weltwirtschaft. Ein Jahr- und Lesebuch, III. Jahrg. I. Teil M. 6.—. Leipzig, B. G. Teubner.
- Heldrich, Kurt.** — Preussen im Kampfe gegen die französische Revolution bis zur zweiten Teilung Polens. M. 9.—. Stuttgart, J. C. Cotta'sche Buchhandlung Nachf.
- von Humboldt, Wilhelm und Caroline in ihren Briefen.** — Herausgegeben von Anna v. Sydow. Dritter Band: Weltbürgertum und preussischer Staatsdienst. 1808. 1810. Mit einem Bildnis. 1909. M. 9.—, geb. M. 10.—. Berlin, E. S. Mittler & Sohn.
- Kantusch, E.** — Die Heilige Schrift des Alten Testaments, Lieferung 5—6, M. 1.80. Tübingen, J. C. B. Mohr.
- Kayser, Friedr. und Ernst M. Roloff.** — Aegypten einst und jetzt. M. 7.—, geb. M. 9.—. Freiburg i. Br., Herder'sche Verlagsbuchhandlung.
- Krag, Wilhelm.** — Wandersmann, M. 3.—, geb. M. 4.—. Leipzig, Georg Meiseburger.
- Kirchheim, Friedrich M.** — Bibliographie des Napoleonischen Zeitalters. In zwei Bänden. Erster Band. M. 12.50. Berlin, E. S. Mittler & Sohn.
- Kronenberg, Dr. M.** — Geschichte des Deutschen Idealismus, I. M. 7.—. München, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung.
- Kulmann, W.** — Die Berufsvereine. Bd. I—III. M. 17.—, geb. M. 20.—. Jena, Gustav Fischer.
- Mitteilungen der Literarischen Gesellschaft Bern; Jahrgang III, Heft 1—6** Preis à 75 Pfg. Dortmund, Fr. Wilh. Ruhfus.
- Blosser, Dr. J.** — Finanzielle Kriegsbereitschaft und Kriegsführung M. 2.—. Jena, Gustav Fischer.
- v. Bomberg, Amalie.** — Vor Hundert Jahren. Erinnerungen der Gräfin Sophie Schwerin, geb. Gräfin Dönhoff. Berlin, J. A. Stargardt.
- Sombart, Werner.** — Die deutsche Volkswirtschaft im Neunzehnten Jahrhundert. M. 10.—, geb. M. 12.50. Berlin, Georg Bondi.
- v. Seybold, Cattina.** — Aus warmen bunten Ländern. M. 3.50. München, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung.
- Stier, Ernst.** — Unter Prinz Friedrich Karl. Erlebnisse eines Musketiärs vom X. Armeekorps im Feldzuge 1870/71. 8. Auflage, M. 2.50. München, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung.
- Tillemann, Dr. Hero.** — Tagebuchblätter eines deutschen Arztes aus dem Burenkriege. M. 5.—. München, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung.
- Weydmann, J.** — Die Wanderarmenfürsorge in Deutschland. M. 0.85. M. Gladbach, Volksvereins-Verlag.
- Bewer, Max.** — Sparfeld. Ein Vorschlag für Armees und Volk. Einzelpreis 50 Pf., 25 Exemplare 10 M. Dresden, Verlag der Geschäftsstelle des „Kamerad.“
- Borgius Dr. Walther.** — Warum ich Esperanto verliess. Eine Studie über die gegenwärtige Krisis und die Zukunft der Weltsprachen-Bewegung. Berlin, Liebheit & Thiesen.
- Brausewetter, Arthur.** — Die Halbseele. Roman. Berlin, Otto Janke.
- Bruno, Max.** — Die Gedichte (1893—1908). Minden i. W., J. C. C. Bruns.
- Buchanan, Dr. Arthur.** — René Descartes' philosophische Werke. Dritte Abteilung. Die Prinzipien der Philosophie. Mit 47 Figuren im Text. Dritte Auflage. Mit einem Anhang, enthaltend Bemerkungen René Descartes' über ein gewisses in den Niederlanden gegen Ende 1647 gedrucktes Programm. Geh. M. 5.—, geb. M. 5.60. (Band 28 der Philosophischen Bibliothek.) Leipzig, Dietrich'sche Buchhandlung.
- Charvat, R.** — Oesterreichs innere Geschichte von 1848—1907. (Aus Natur und Geisteswelt Bd. 242.) M. 1,25. Leipzig, B. G. Teubner.
- Credner, Dr. Karl.** — Grundriss der deutschen Grammatik nach ihrer geschichtlichen Entwicklung für höhere Lehranstalten und zur Selbstbelehrung. M. 8.—. Leipzig, Veit & Co.
- Cunow, Heinrich.** — Die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs während der Jahre 1789—1794. M. 5.50. Berlin, Buchhandlung Vorwärts.
- Dähnhardt, Dr. O.** — Naturgeschichtliche Volksmärchen. 2 Bände à M. 2.40. Leipzig, B. G. Teubner.
- Deutsche Arbeit.** — Monatsschrift für das geistige Leben der Deutschen in Böhmen. Jahrgang 8, Heft 3. M. 1.20. Prag, Karl Bellmann.
- Deutsche Bücherei.** — Band 93—99 à 60 Pf., geb. M. 1.20. Berlin, Verlag Deutsche Bücherei G. m. b. H.
- „Wahlund und Wanderungen. Band 102—105 à 60 Pf., geb. M. 1.20. Berlin-Verlag Deutsche Bücherei, G. m. b. H.



- Falkenberg, Dr. Richard. — Geschichte der neueren Philosophie M. 8.—. Leipzig, Veit & Co.
- Gaudig, Dr. H. — Didaktische Ketsereien. M. 2.—, geb. M. 2.60. Leipzig, B. G. Teubner.
- , — Didaktische Präludien. M. 8.60, geb. M. 4.40. Leipzig, B. G. Teubner.
- Germanikas. — Fürst Bülow und seine Zeit. M. 5.—, geb. M. 6.50. Berlin, Spree-Verlag.
- Goldbeck, Eduard. — Briefe an den Deutschen Kronprinzen. M. 8.—. Berlin, Marquardt & Co.
- Grasie, M. E. Della. — Heilige und Menschen. Roman. Leipzig, Breitkopf & Härtel.
- Hassmann, Conrad. — Das persönliche Regiment vor dem Tribunal. Rede, gehalten im Reichstag am 11. Nov 1908, 83 S. München, Albert Langen.
- Hefmiller, Josef. — Versuche. M. 2. München, Deutsche Monatshefte G. m. b. H.
- Hemms, Ilias. — Odyssee. Lederband M. 10.— (Kr. 12.—). Wien, Carl Konegen.
- Higit, Emil. — Die Jungfrau. Eine Dichtung. Brosch. M. 2.—, eleg. geb. M. 8.—. Schkonditz, W. Schäfer.
- Jäger, Karl. — Weissen Frauenhänden. M. 2.—, geb. M. 2.50. Wiesbaden, Rudolf Bechtold & Co.
- Kaiser Jullians Philosophische Werke. — Uebersetzt und erklärt von Rudolf Asmus. (Philosophische Bibliothek Band 116.) Brosch. M. 8.75, geb. M. 4.25. Leipzig, Dürr'sche Buchhandlung.
- Köhler, Josef. — Szenen und Sinnsprüche aus Dantes Heilige Reise. Freie Nachdichtung der Divina Commedia. 142 S. Köln a. Rh., Albert Ahn.
- Krag, Wilhelm. — Wandersmann. Brosch. M. 8.—, geb. M. 4.—. Leipzig, Georg Merseburger.
- Krumbacher, Karl. — Populäre Aufsätze. M. 6.—, geb. M. 7.—. Leipzig, B. G. Teubner.
- Kultur der Gegenwart I. — Abt. XI. Herausgegeben von Paul Hinneberg. M. 12.—, geb. M. 14.—. Leipzig, B. G. Teubner.
- Ladwig, Albert. — Schiller und die deutsche Nachwelt. M. 12.—. Berlin, Weidmann'sche Buchhandlung.
- Mahner Volks- und Jugendbücher. — Herausgeber Wilhelm Kotsda. 1.—7. Band, geb. à M. 3.—. Mainz, Jos. Scholz.
- Markowitsch, Dr. B. — Die serbische Auffassung der bosnischen Frage. 14 S. Berlin, Emil Ebering.
- May, Walther. — Ernst Haeckel. Versuch einer Chronik seines Lebens und Wirkens. M. 5.80, geb. M. 6.60. Leipzig, Johann Ambrosius Barth.
- Mendelssohn-Bartholdy, Felix. — Briefwechsel mit Legationsrat Karl Klingemann in London. In Glanzleim. geb. M. 6.—. Essen, G. D. Baedeker.
- Moser, Dr. August. — Einführung in die Erkenntnistheorie. M. 2.40. Leipzig, Dürr'sche Buchhandlung.
- Mitteilungen aus der livländischen Geschichte. 18. Bd. 2. Heft und 20. Bd. 2. Heft, Riga, Nicolai Kimmel's Buchhandlg.
- Müller, Leonhardt. — Die Breslauer politische Presse von 1742—1861 nebst einem Ueberblick über die Dekade 1861—1871. Breslau, Goerlich & Coch.
- Palten, Robert. — Der Schusterfranzl. Aus dem reichen Leben eines armen Teufels. M. 3.50, geb. M. 4.20. Dresden u. Leipzig, Heinrich Minden.
- Schleiermachers Weihnachtsfeier. — Kritische Ausgabe. Mit Einleitung und Register versehen von Lic. H. Mulert. M. 2.—. Leipzig, Dürr'sche Buchhandlung.
- Schmidt, Konrad. — Das Geheimnis der griechischen Mythologie und der Stein von Lemnos. 136 S. Gleiwitz, Neumanns Stadtbuchdruckerei.
- v. Schubert, Dr. Hans. — Lebenserinnerungen von Gustav v. Schubert, Kgl. Sächs. Generalleutnant. Aus seinem Nachlass herausgegeben. 596 S. Stuttgart und Leipzig, Deutsche Verlagsanstalt.
- Sitzungsberichte der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde der Ostseeprovinzen Russlands aus dem Jahre 1907. Riga, N. Kymmell.
- Schwarz, Otto. — Die Steuersysteme des Auslandes. (Sammlung Götschen Nr. 426.) Geb 80 Pf. Leipzig, G. J. Götschen.
- Speck, Hermann. — Die finanzrechtlichen Beziehungen zwischen Reich und Staaten. M. 7.20, Breslau, M. & H. Marcus.
- Steinmann-Bucher, Arnold. — Zur Reichsfinanzreform. Eine Betrachtung über Volksvermögen, Volkseinkommen und Volksvermehrung in Deutschland. (Sonderabzug aus Nr. 45 der Deutschen Industrie-Zeitung). 16 S. Berlin, Deutscher Verlag.
- Sternherr, Leo. — Neue Gedichte. Stuttgart und Berlin, J. G. Cotta Nachf.
- v. Timon, Akos. — Ungarische Verfassung und Rechtsgeschichte. 2. Aufl. M. 12.—. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht.
- Weber, Georg Friedrich. — Das demokratische, soziale deutsche Kaisertum. 50 Pf. Berlin, Hermann Walther.
- v. Wetschtern, Adolf. — Heiligenblut. M. 8.50, geb. M. 4.50. Berlin, Vossische Buchhandlung.
- Wielands Gesammelte Schriften. Erste Abt.: Werke, 1. Band M. 9.—. Zweite Abt.: Übersetzungen. 1. Bd. M. 7.20, 2. Bd. M. 9.—. Berlin, Weidmann'sche Buchhandlg.
- Zur Psychologie des Militarismus. — Von einem deutschen Soldaten. 88 S. Leipzig, Otto Wigand.
- Adoré, Adolphe. — Le Drapeau ou la Foi. Roman. Paris, Calmann-Lévy.
- Andre, A. — Das offene Tor. Ein Wiener Roman. München Süddeutsche Monatshefte.
- Abrecht, Wilhelm. — Die Ehebrecherin. Schauspiel in 4 Aufzügen. M. 1.50. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- v. Altrock, Dr. Walther. — Gedanken über die Reichserbschaftsteuer vom Standpunkt des ländlichen Grundbesitzes. 25 S. Berlin, Borussia, Druck- und Verlagsanstalt.

- Andrejew, Leonid.** — Die Geschichte von den sieben Gehenkten. München, R. Piper & Co.
- Anrud, Hans.** — Erzählungen. Brosch. M. 8.—, geb. M. 4.—. Leipzig, Georg Meckeburger.
- Archiv für Volkswohlfahrt.** Jahrg. 2, Heft 1, Oktober 1908. Berlin, Deutscher Verlag für Volkswohlfahrt.
- Ashjöranson, P. Chr., und Moa, Jörgen.** — Nordische Volks- und Hausmärchen. Mit vielen Zeichnungen von Th. Kittelsen und Otto Sinding. 8 Sammlungen. Preis jeder Sammlung M. 225, geb. M. 350. — Alle Sammlungen gleichzeitig M. 6.—, geb. M. 10.—. München, Albert Langen.
- Assma, Rudolf.** — Kaiser Julians philosophische Werke. Uebersetzt und erklärt. (Philosophische Bibliothek Bd. 116.) 222 S. Leipzig, Dürrsche Buchhandlung.
- Bandisch, Annie Gräfin.** — Vera Hagen. Aus dem Tagebuch einer Dreissigjährigen. M. 250. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Below.** — Leitfaden der Pädagogik. M. 250. Leipzig, Dürr'sche Buchhandlg.
- Beth, Karl.** — Der Entwicklungsgedanke und das Christentum. M. 875, geb. M. 475. Gr.-Lichterfelde-Berlin, Edwin Runge.
- Beadixen, Dr. Friedrich.** — Die Reichsfinanzreform ein nationalökonomisches Problem. M. 1.—. Hamburg, Lucas Gräfe & Sillem.
- Berger, Karl.** — Schiller. Sein Leben und seine Werke Band II. Geb. M. 8.—. München, C. H. Beck.
- Bergengrün, Alexander.** — Staatsminister August Freiherr von der Heydt. M. 8.—, geb. M. 9.—. Leipzig, S. Hirzel.
- Bergson, Henri.** — Materie und Gedächtnis. Essays zur Beziehung zwischen Körper und Geist. Autorisierte und vom Verfasser selbst durchgesehene Uebersetzung von W. Windelband. Brosch. M. 8.—, geb. M. 950. Jena, Eugen Diederichs.
- Bessemmer, Hermann.** — Sumpffieber. Novelle. München, Albert Langen
- Biese, Alfred.** — Deutsche Literaturgeschichte. II Band. M. 550 München, C. H. Beck'sche Verlagsbh.
- Höhmer, Emma.** — Wenn die Sonne untergeht. Roman. M. 850, geb. M. 450. Berlin, Concordia, Deutsche Verlags-Anst., Hermann Ebbeck.
- Borcht, Dr. R. van der.** Die Entwicklung der Reichsfinanzen. (Sammlung Götschen No. 427.) Geb. 10 Pf. Leipzig, G. J. Göschen.
- Brick, H.** — Die Telegraphen- und Fernsprechtechnik. (Aus Natur und Geisteswelt.) Leipzig, B. G. Teubner
- Briefe aus dem Irrenhause, nach wahren Begebenheiten mitgeteilt.** M. 2.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Braunhuber, Dr. Rob.** — Das deutsche Zeitungswesen. (Sammlung Götschen No. 400.) Geb. 80 Pf. Leipzig, G. J. Göschen.
- Burgas, E.** — Winterliche Leibesübungen in freier Luft. M. 1.—. Leipzig, B. G. Teubner.
- Bussan, Paul.** — Arme Gespenster. Historische Novellen. München, Albert Langen.
- Darmstaedter, Ludwig.** — Handbuch zu: Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik. In chronologischer Darstellung. Zweite umgearbeitete und vermehrte Auflage. Berlin, Julius Springer.
- Darmstaedter, P.** — Die vereinigten Staaten von Amerika. Ihre politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung. M. 860, geb. M. 4.—. Leipzig, Quelle & Meyer.
- Deutscher Frühling.** Eine Halbmonatschrift für freies deutsches Volkstum, Kulturwissenschaften und Kulturpolitik. Vierteljährlich M. 3.—, Einzelheft 60 Pf. Leipzig, Verlag Deutsche Zukunft.
- Diercks, Gustav.** — Das moderne Spanien. M. 9.—, geb. M. 10.—. Berlin, Hermann Paetel.
- Doren, Alfred.** — Studien aus der Florentiner Wirtschaftsgeschichte. Bd. II. M. 16.—. Stuttgart u. Berlin, J. C. Cotta Nachf.
- Drüsser, Elinor.** — Die technische Entwicklung der Schwefelsäurefabrikation und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung. M. 450, geb. M. 550. Leipzig, Dr. Werner Klinkhardt.
- Düsseldorf.** — Beiträge der Industrie zu den Kosten der Handwerker Ausbildung und Handwerkerwohlfahrtspflege. Bearbeitet von der Handelskammer zu Düsseldorf. Düsseldorf, August Hagel.
- Eisenhaus, Dr. Th.** — Charakterbildung. (Wissenschaft und Bildung, Bd. 82.) Geb. M. 1.—, in Originalleinenb. M. 125. Leipzig, Quelle & Meyer.
- Falke, Gustav.** — Die Kinder aus Ohlsens Gang. M. 450. Hamburg, Alfred Janasen.
- Festschrift zu Gustav Schmollers 70. Geburtstag.** Beiträge zur brandenburgischen und preussischen Geschichte. M. 11.—. Leipzig, uncker & Humblot
- Melchers, Gust. Adolf.** — Die Vergangenheit unserer Zukunft? Der Verfall unserer Vornamen. M. 8.—. Berlin-Düsseldorf, Zeit-Verlag G. m. b. H.
- Mittellungen zur Statistik der Stadt Düsseldorf.** Im Auftrage des Oberbürgermeisters herausgegeben durch das Statistische Amt der Stadt Düsseldorf. No. 4. Die Niehrheinheimischen in Düsseldorf nach der Volkszählung vom 1. Dez. 1905. Bearbeitet von Dr. Otto Most. Düsseldorf, L. Voß & Cie.
- Mortier, Walter.** — Sie beist. Burlesker Schwanck in 4 Akten. M. 250 Leipzig-Gohlis, Brunow Vogler.
- Müller, Friedrich.** — Stimmungslieder. M. 1.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Neumann, Dr. Otto.** — Das Freimaurertum, seine Geschichte und sein Wesen. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.—. Berlin, Alfred Unger.
- Ostersetzer, Siegfried.** — Melancholien. Verse. M. 1.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Otto, Berthold.** — Kindesmundart. M. 2.—, geb. M. 280. Berlin, Modern-Pädagogischer und Psychologischer Verlag
- Pantenius, Th. H.** — Geschichte Russlands von der Entstehung des russischen Reiches bis zur Gegenwart. Mit einer Karte. 462 S. Leipzig, R. Voigtländer.
- v. Pflügk-Hartmann, J.** — Splitter und Späne aus Geschichte und Gegenwart. M. 5.—, geb. 650. Berlin, Allgemeiner Verein für Deutsche Literatur.

- Podlebrad, Luisa.** — Kinematographenbilder. — M. 2.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Reiche-Arbeitsblatt** — Herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt Abteilung für Arbeiterstatistik. Schster Jahrg. Nr. 8 u. 9. Einzelnummer 10 Pf. Berlin Carl Heymans.
- Romana, Hellma.** — Modernisten. Zeitroman. M. 3.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Radell, W.** — Fühlingsweben. Roman. M. 4.—. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Salzer, Dr. Anselm.** — Illustrierte Geschichte der deutschen Literatur. 27. Lieferung, M. 1.—. München, Allgemeine Verlags-Gesellschaft m. b. H.
- Sandler, M. E.** — Moral Instruction and Training in Schools I u. II. London, Longmans & Co.
- Sasse, Bruno.** — Rudbert und Irmgard. Ein Trauerspiel. M. 1.20. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Schalk, Kuno.** — Richard Wagner in Tibet. Eine dramatische Gärtnersage. M. 2.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Schall, Karl.** — Die Erben. Ein Zweiakter. M. 1.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Schied-r, Hermann.** — Tief in Ruh. Gedichte. M. 1.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Schmidt-Wollny, Gertrud.** — Allerlei Kraut und Blüten. Gedichte. M. 1.50. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Schmoller, Gustav.** — Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 82. Jahrg. 3. Heft M. 8.20. Leipzig, Duncker & Humblot.
- Schneider, Dr. Ferd. Josef.** — Die Freimaurerei und ihr Einfluss auf die geistige Kultur in Deutschland am Ende des 18. Jahrhunderts. Prolegomena zu einer Geschichte der deutschen Romanik. Prag, Taussig & Taussig.
- Schulewsky, Dr. Alexander.** — Beobachtungen über die Psyche der Menschenaffen. M. 1.50. Frankfurt a. M., Neuer Frankfurter Verlag.
- Seif, Karl.** — Deutsche Kolonial-Baumwolle. Berichte über die Entwicklung der Baumwollkultur 1900–1903. Mit 2 Karten, 11 Diagrammen und 21 Abbildungen. Berlin, E. S. Mittler & Sohn.
- Thiede-Paris, Maria.** — Der Kinder Klapperstorch, ein Buch für Erwachsene und die reifere Jugend. M. 1.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Tramp, E.** — Zerbin und Leila. Romantische Tragikomödie M. 2.50. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Wasmund, Dr. G. Z.** — Los vom Storch! oder „Kindes-Ursprung“. M. 1.50. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Wersajew, W.** — Meine Erlebnisse im russisch-japanischen Krieg. Geb. M. 6.—. brosch. M. 5.—. Uebersetzt von Dr. J. Bürl und L. Meirowitsch. Stuttgart Robert Lutz.
- Werner, Max.** — Das Christentum und die monistische Religion M. 2.—. Berlin, Karl Curtius.
- Zakal, Josef.** — Leutnantspoesie. M. 1.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Zeitschrift für deutsches Altertum.** Bd. 50. Heft 1/2. Berlin, Weidmann'sche Buchh.
- Zucarni, Giovanni.** — Das Brandmal Roms. Roman. M. 8.—, geb. M. 4.—. Leipzig, Arthur Cayrel.
- Festschrift für Gustav Schmoller.** — Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im neunzehnten Jahrhundert. 2 Teile. M. 25.—, geb. M. 80.—. Leipzig, Duncker & Humblot.
- Fischer, Dr. E. L.** — Der Grossgeist das höchste Menschenideal. M. 4.—. Berlin, Gebrüder Paetel.
- Fuchs, Carl Johannes.** — Gemeindebetriebe. Neuere Versuche und Erfahrungen über die Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit in Deutschland und im Ausland. M. 10.—. Leipzig, Duncker & Humblot.
- Fuchs, Eduard.** — Illustrierte Sittengeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Bd. I, Lieferung 2–6. Preis der Lieferung M. 1.—. München, Albert Langen.
- Gemeindefinanzien.** — I. Band System der Gemeindebesteuerung in Hessen, Württemberg, Baden, Elsass-Lothringen, Bayern, Sachsen, Preussen. M. 7.—. Leipzig, Duncker & Humblot.
- v. Gerlach, H. August Bebel.** Ein biographischer Essay. 64 S. München, Albert Langen.
- Gerth, Frdr. M. Gerhardt.** — Liss Laass. Dramatisches Stück. M. 1.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Gildemeister, Otto.** — Aus den Tagen Bismarcks. Politische Essays. M. 4.40, geb. M. 4.80. Leipzig, Quelle & Meyer.
- v. Gleichen-Russwurm, Alex.** — Sieg der Freude. Eine Aesthetik des praktischen Lebens. M. 6.—, geb. M. 7.50. Stuttgart, Julius Hoffmann.
- Görlach, August.** — Aushänge-Bogen zu Franz Liszt. M. 9.—, geb. M. 11.—. Berlin, Marquardt & Co.
- Grossmann, Robert.** — Die technische Entwicklung der Glasindustrie in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung. M. 3.50, geb. M. 4.50. Leipzig, Werner Klinkhardt.
- Gundelf, Friedrich.** — Shakespeare in deutscher Sprache. Herausgegeben v. T. neu übersetzt. Gesamte Ausstattung von Melchior Lechter. Erster Band: Die Römerdramen. Brosch. M. 6.—, Leinen geb. M. 7.50, Leder 12.50. Berlin, Georg Bondi.
- Hahn, Ernst.** — Der physiologische Weg zur Lösung der Frauenfrage. 80 Pf. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Hampe, K.** — Deutsche Kaisergeschütze im Zeitalter der Salier und Staufer. M. 8.00, geb. M. 4.—. Leipzig, Quelle & Meyer.
- Hausman, Kaut.** — Benoni. Roman. M. 4.—, geb. M. 5.—. München, Albert Langen.

- Hartwich, O. — Generalfeldmarschall Moltke. Eine Charakter-Studie. 86 S. Hannover, Norddeutsche Verlagsanstalt.
- Henzen, Wilhelm. — Grossfriedrichsburg. Ein deutsches Kolonialfestspiel in vier Aufzügen M. 1,20. Essen-Ruhr, G. K. Badeker.
- Hildebrand, Hans. — Wie Menschen lieben können! Kurze Erzählungen. M. 2.— Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Hochland. — Monatsschrift für alle Gebiete des Wissens, der Literatur und Kunst. Herausgegeben von Karl Muth, 6. Jahrgang. 2. Heft. Vierteljährlich M. 4.—. Einzelheft M. 1,50. München und Kempten, Jos. Kösel.
- Hohlbaum, Robert. — Gedichte. M. 1.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Hupperts, Dr. Aegidius. — Münster im Siebenjährigen Kriege. M. 12.—, geb. M. 14.—. Münster i. W., Franz Coppenrath.
- Janssens Jahrbuch 1908. M. 1.—: Hamburg, Alfred Janssens.
- Jenssens, Wilhelm. — König Friedrich. Ein geschichtlicher Roman. 8 Bände M. 10.—. Berlin, Gebrüder Paetel.
- Jusel Almanach auf das Jahr 1909.
- Johannsen, Albert. — Fata Morgana. Roman. M. 8.—, geb. M. 4.—. Leipzig, J. J. Weber.
- Keimer, Franz. — Ueber ein Jahr. Novelle. M. 1.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Kern, Franz. — Germanenglaube. Dramatisches Gedicht. M. 2.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Kessler, Kurt. — Die Lösung der Widersprüche des Daseins durch Kant und Eucken in ihrer religiösen Bedeutung. 75 Pt. Bunzlau, G. Kreuschmer.
- Kirchenrechtliche Abhandlungen. Herausgegeben von Dr. Ulrich Stutz, 52–55. Heft: Die Quinquennalfakultäten pro foro externo. M. 23.—. 56. Heft: Der Begriff der Investitur in den Quellen und der Literatur des Investiturstreites. M. 5,50 Stuttgart, Ferdinand Enke.
- Könnecke, Gustav. — Deutscher Literatur-Atlas, geb. M. 6.—. Marburg, N. G. Elwert.
- Köppe, Dr. Hans. Am Vorabend der neuen Reichsfinanzreform. M. 2.—. Leipzig, Duncker & Humblot.
- Krägelin, Paul. — Heinrich Leo, Teil I. M. 6,20. Leipzig, Voigtländer's Verlag.

Manuskripte werden erbeten an Herrn Dr. Gustav Roloff, Berlin-Charlottenburg, Königsweg 8.

Einer vorübergehenden Anfrage bedarf es nicht, da die Entscheidung über die Aufnahme eines Aufsatzes immer erst auf Grund einer sachlichen Prüfung erfolgt.

Die Manuskripte sollen nur auf der einen Seite des Papiers geschrieben, paginiert sein und einen breiten Rand haben.

Rezensions-Exemplare sind an die Verlagsbuchhandlung, Dorotheenstr. 72/74, einzuschicken.

Der Nachdruck ganzer Artikel aus den „Preussischen Jahrbüchern“ ohne besondere Erlaubnis ist untersagt. Dagegen ist der Presse freigestellt, Auszüge, auch unter wörtlicher Uebernahme von einzelnen Abschnitten, Tabellen und dergl., unter Quellenangabe ohne weitere Anfrage zu veröffentlichen.

---

Verantwortlicher Redakteur: In Vertr.: Dr. Gustav Roloff,  
Berlin-Charlottenburg, Königsweg 8.

Verlag von Georg Stilke, Berlin NW., Dorotheenstr. 72/74.

Druck von J. S. Preuss, Kgl. Hofbuchdr., Berlin S., Dresdenerstr. 48.

# Die Realität des Bewußtseins.

Von

Prof. Dr. Arthur Drews (Karlsruhe).

---

Der Begriff des Bewußtseins gehört erst dem neueren Denken an. Die antike und die mittelalterliche Philosophie besaßen diesen Begriff noch nicht. Ihnen war die Philosophie ein Denken des Seins, sei es, daß sie das Sein als sinnlich-stoffliche Natur auffaßten, wie die vorsokratische Naturphilosophie, sei es, daß sie die Wirklichkeit als ein Reich für sich seiender Gedanken oder Ideen bestimmten, wie Plato, sei es, daß sie, wie Aristoteles und die Stoiker, beide verschiedene Ansichten mit einander zu verschmelzen suchten. Das Denken aber betrachteten sie nicht als innerlichen subjektiven Vorgang, sondern als eine Art objektiven Naturprozeß, wie denn seit Plato die objektive gedankliche Wirklichkeit den Philosophen mit ihrer subjektiven Nachbildung oder Wiederholung im menschlichen Denken unmittelbar eins zusammenfloß. Der Begriff des Seins, lehrt Plato, ist der Begriff des Seins, d. h. der Begriff, den der Philosoph vom Sein hat, ist der Begriff, den das Sein selbst hat oder der es vielmehr ist: das Sein als Begriff, die Identität des Seins und des Begriffs; der Begriff des Seins ist das Sein des Begriffs. Nur unter dieser Bedingung, wenn der Begriff als solcher zugleich objektive Bedeutung hat, scheint die Möglichkeit einer apodiktischen Erkenntnis der Wirklichkeit gewährleistet. Das aber ist das treibende Prinzip der gesamten Philosophie seit Sokrates und Plato, das Sein nicht bloß überhaupt, sondern mit zweifelloser Sicherheit, es in einer solchen Weise zu erkennen, daß diese Erkenntnis jeden Zweifel an ihrer Wirklichkeit und Wahrheit ausschließt.

Alle wirkliche Philosophie ist aus innerer Not, aus einem tiefen Gefühl der Unzulänglichkeit der bisherigen Erkenntnis entsprungen.

In Griechenland hatte die Sophistik den Boden der alten Denkart fast bis zum gänzlichen Zusammenbruche aller herrschenden Anstalt und Ordnung unterhöhlt, als Sokrates in die Bresche sprang und das Banner des Begriffs dem hereindrängenden Ansturm einer pietätlosen Negation und einer skeptischen Zersetzung alles Denkens überhaupt entgegenstellte. Um dieses Banner suchte Plato die Begeisterung seines Volkes zu sammeln, um den drohenden Untergang des griechischen Geistes abzuwehren; und wenn er gleich die bisherige Grundvoraussetzung dieses Geistes, seinen Glauben an die alleinige Realität des sinnlich-stofflichen Daseins, preisgab, weil er diesen der Art der Sophisten rettungslos verfallen sah: er war doch überzeugt, dem Geiste statt dessen eine neue höhere Wirklichkeit, ja, die einzig wirkliche Wirklichkeit, seine wahre Heimat in der Sphäre des Begriffs erschlossen zu haben, die jedem Angriff einer rücksichtslosen Skepsis stand hielt.

Der Begriff des Seins ist das Sein des Begriffs: der Begriff ist selbst ein Sein, er ist das Sein als solches. Im Denken des Begriffs geht das Sein ins Denken über, schmelzen beide gleich im Uberschwang der Liebeseligkeit in eins zusammen; und dann ist hier die Kluft beseitigt, die unser Denken von der Wirklichkeit trennt, und im Hinblick worauf die Sophisten dem Denken die Wirklichkeit bestritten haben, eine wirkliche Erkenntnis, eine Erkenntnis der Wirklichkeit zustande zu bringen.

Die ganze antike Philosophie nach Plato ist nichts anderes als ein Fortspinnen des hiermit angefangenen Gedankenfadens, ein Entwickeln der in jener Voraussetzung enthaltenen gedanklichen Möglichkeiten, so z. B. wenn Aristoteles das Denken der Gegenstände von seiten des Philosophen mit einem Denken der Gegenstände selbst identifiziert und das Wesen der Gegenstände darin liegt, die in ihnen enthaltene Stofflichkeit durch immanentes Denken zu überwinden und sich hiermit zu immer höheren Stufen des geistigen Daseins zu erheben. Die höchste Stufe ist dann erreicht, wenn das Denken auch den letzten Rest von Stofflichkeit in solcher Weise hinweggearbeitet und es nur noch mit sich selbst zu tun hat. Allein auch das „Denken des Denkens“ des Aristoteles, das die Spitze und die unerläßliche Bedingung des gesamten Denkprozesses bildet, ist doch keineswegs von ihm als Bewußt-Sein, als eine von objektiven Sein verschiedene Seinsart oder Sphäre, als Subjektivität und Innerlichkeit verstanden worden, sondern bedeutet ihm vielmehr die auf sich selbst reflektierte abstrakte Allgemeinheit der Denkart.

heit, einen objektiven Gedankenprozeß, für den es als solchen zufällig ist, daß die leere Form des Denkens seinen Inhalt bildet.

Das Denken des Seins ist das Denken des Seins, oder Sein und Denken sind identisch. In immer neuen Wendungen, in immer ühneren und eigenartigeren Anläufen, sich vermittelt seiner in den Besitz einer zweifellosen Erkenntnis der Wirklichkeit zu setzen, klingt einer Satz durch die gesamte antike Philosophie hindurch. Schon verschlingt sich mit der philosophischen die religiöse Gedankenentwicklung und sucht, sich jener Identität auf mystischem Wege zu versichern. Hinter der metaphysischen Wirklichkeit urbildlicher Gedanken, zu welcher sich der Mensch im Denken des Seins erhebt, taucht das „reine Sein“ als solches, als vordenklicher Träger, Subjekt, Grund und Halt des welt schöpferischen Denkprozesses auf und lockt die Denker, wie mit magischer Gewalt, sich auch noch über das Denken selbst emporzuschwingen und sich rückhaltlos in diesen Abgrund (Bythos) hinabzustürzen, um in der Vereinigung mit der Wurzel, mit dem Urquell alles Seins, sich die Wirklichkeit verbürgen zu lassen, die Herrschaft über sie erst wahrhaft zu gewinnen. Das Denken des Seins ist das Denken des Seins; aber das Sein ist schon nicht mehr bloß die Denktätigkeit als solche, sondern der Genitiv ist hier zugleich ein Genitivus subjectivus in dem Sinne, daß das Sein ein für sich selbständiges Subjekt ist, das die Tätigkeit des Denkens ausübt.

In der großartigen Philosophie Plotins finden alle bisherigen Auffassungen der Identität des Denkens und des Seins ihre einheitliche Zusammenfassung und extremste Zuspitzung. An der höchsten Stelle steht der platonische „Begriff des Seins“, aber als vordenkliches, übervernünftiges Eines. Damit ist aber zugleich auch der Begriff des Seins als absolute Vernunft, Intellekt, als Logos, als vorweltliches und überweltliches Reich urbildlicher Ideen gegeben, und dieses ist selbst ein Denken des Seins im Sinne des Aristoteles, so zwar, daß das Sein der intelligiblen Wirklichkeit nur ist als Denken und das Denken wiederum nur ist als Sein der übersinnlichen Ideen. Das Denken des Seins ist das Denken des Seins. Das Sein ist also nicht ein bloßer toter Begriff, der nur durch uns erkannt wird, wie Plato die Sache aufgefaßt hatte. Die Tätigkeit wird nicht etwa bloß vom Menschen an die intelligible Wirklichkeit erangebracht, die an sich selbst aller eigenen Tätigkeit entbehrt, sondern jene ist eben nur als dieses Leben, als dieser immanente Ausfluß sich selbst erzeugender Begriffe oder Ideen; und diese

ursprüngliche Identität des Denkens und des Seins, diese vorweltliche und überweltliche Selbstanschauung des Intellekts oder „intellektuelle Anschauung“, bei welcher das Angesehene und das Anschauende unmittelbar in eins zusammenfallen, diese Selbstverwirklichung des Intellekts durch sein sich selber Denken ist die eigentliche wahre Wirklichkeit, das Reich der Wahrheit, die absolute Wahrheit und Wirklichkeit, sofern in ihr der Gedanke das Sein, das Wesen oder die Anschauung der Sache unmittelbar die Sache selbst ist.

Man pflegt den sich selbst denkenden Intellekt des Plotin gewöhnlich als absolutes Selbstbewußtsein aufzufassen und es jenen Philosophen als Verdienst anzurechnen, daß er, als der erste nach Aristoteles, den Begriff des Bewußtseins als in sich reflektierte Denktätigkeit erfaßt und dem allgemeinen Gedankenreich der Menschheit eingefügt habe. Mit ihm, so sagt man, gelangte das antike Denken an den Punkt, wo es sich selbst in seiner eigentlichen Besonderheit als objektives, anschauliches, gleichsam plastisches Denken aufhebt und die Subjektivität und Innerlichkeit sich als die Wahrheit der objektiven Wirklichkeit ausweist. Plotin zuerst hat das Bewußtsein als eine besondere selbständige Art des Seins erkannt und als das eigentliche wahre Sein zum Träger und zur Quelle aller übrigen Wirklichkeit erhoben haben. In allen lateinischen Ausgaben des Plotin pflegt daher auch das Sichselbstdenken des Intellekts mit dem Ausdruck „Bewußtsein“ wiedergegeben zu werden und selbst diejenigen, die an der „Verstiegenheit“ und Kühnheit seiner metaphysischen Spekulation keinen Gefallen finden, können doch nicht umhin, den Begründer des Neuplatonismus zugleich als den „Vater der Bewußtseinsphilosophie“ zu rühmen.

Daß diese Auffassung des antiken Denkers mit dem mathematischen Sinne seiner Gedanken in keiner Weise übereinstimmt, habe ich in meinem Werke „Plotin und der Untergang der antiken Weltanschauung“ (1907) nachgewiesen. Es ist nicht richtig, daß die Selbstanschauung und Selbstverwirklichung des plotinischen Intellekts von ihrem Entdecker als Bewußtsein oder Selbstbewußtsein aufgefaßt ist. Dagegen spricht schon die Art und Weise, wie Plotin das absolute Denken des Intellekts ausdrücklich von der diskursiv zeitlichen Reflexion des endlichen Geistes unterscheidet, es als ewige simultane Intuition, als reflexionslose Allwissenheit, als intellektuelle Anschauung bestimmt und jeden Vergleich des urbildlichen schöpferischen Denkens mit dem abbildlichen menschlichen Denken abweist. Wie Aristoteles das „Denken des Denkens“ aus abstrakt begrifflicher



Spekulation hervorgegangen und nur eine letzte systematische Konsequenz seiner Auffassung der Denktätigkeit, aber ohne irgendwelche Beziehung auf ein Bewußtsein ist, so ist auch die plotinische Identität des Denkenden und des Gedachten, die Auffassung des Intellekts als in sich zurücklaufende, sich selbst erfassende Denkbewegung auf rein logischem Wege, aus der Reflexion auf die Gegensätzlichkeit des intelligiblen zum sinnlichen Sein gewonnen worden und hat daher auch gleichfalls für Plotin eine rein objektive und gegenständliche Bedeutung. Das Denken des Seins ist das Denken des Seins: das Denken denkt sich, indem es das Sein denkt, das Sein ist nur als Denken der Ideen. Das Sein der Ideen ist ihr Gedachtwerden vom Intellekt, das Sein des Intellekts ist sein Denken der Ideen: Denkendes und Gedachtes, Sein und Denken sind identisch, aber nur indem das Gedachte die Herausstellung des Inhalts des Denkens, das Denken dasselbe in Tätigkeit gedacht ist, was das Sein in Ruhe darstellt. Die Selbstreflexion des Intellekts ist also nur seine Selbstentfaltung, die Wirklichkeit, die er ist und durch sein Denken setzt, eine vom objektiven Denken verschiedene, sondern eben nur er selbst als Denken.

Man sieht, den Begriff des Bewußtseins im Unterschiede von einem objektiven Denken-Sein besitzt auch Plotin noch nicht, so nahe er ihm immerhin mit den angeführten Bestimmungen kommen mag; und wenn das ganze Mittelalter den Schwerpunkt seiner Spekulation in die intelligible Wirklichkeit hineinverlegt, wenn es das Leben des Intellekts als trinitarischen Prozeß der Gottheit und die drei Momente des Intellektes bei Plotin, das Denkende, das Gedachte und die Identität der beiden, als ein Ineinanderspielen dreier objektiver Gestalten oder göttlicher „Personen“ (Hypostasen) auffaßt, so liegt auch darin ausgedrückt, daß dem Mittelalter der Begriff des Bewußtseins selbst noch gänzlich fremd ist.

Erst mit Descartes, der in dieser Hinsicht mit dem entsprechenden Gedanken seiner Vorgänger, eines Augustinus, Occam, Wiclif, Montaigne und Campanella, ernst macht, beginnt die Philosophie des Bewußtseins. Es war in der Philosophie eine ähnliche Lage, wie die, durch welche Sokrates und Plato zur logischen Begründung der Philosophie des Seins veranlaßt wurden. Die mittelalterliche Scholastik hatte ausgelebt und sich durch ihre eigenen inneren Widersprüche aufgehoben. Die Hoffnung, auf dem Wege der Vernunft den Inhalt der kirchlichen Offenbarung bezünden zu können, hatte sich als Illusion erwiesen. Aber auch die

Versuche, durch Zurückgreifen auf die philosophischen Ideen d. Altertums eine der neuen Zeit entsprechende Weltanschauung aufzustellen, waren fehlgeschlagen. Eine tiefe Mutlosigkeit in philosophischer Beziehung hatte sich weiter Kreise der Gebildeten mächtig. Wieder blühte der Skeptizismus, wie in den Tagen Sophistik, auf und kämpfte mit einem frassen Aberglauben um Herrschaft. Da machte Descartes das festgeratene Fahrzeug d. philosophischen Gedankens von neuem flott, indem er die Möglichkeit einer wirklichen Erkenntnis, einer apodiktischen Erkenntnis d. Wirklichkeit auf die Tatsache des eigenen Ich gründete.

Das Denken des Seins, hatte Plotin gelehrt, ist das Denken des Seins. In der in sich zurücklaufenden Denkbewegung d. Intellektes ist die Identität des Denkens und des Seins und d. absolute Wirklichkeit enthalten, und diese ist auch für uns erreichbar, weil unser Denken des intelligiblen Seins das Sein d. Intelligiblen selbst ist. Aber dann, erklärt Descartes, ist die Identität von Sein und Denken keine überweltliche, d. transzendenten Sphäre des Metaphysischen angehörige, sondern subjektive Denken als solches, als das Bewußt-Sein im Sein; jene Identität ist uns unmittelbar in der Realität unseres eigenen Ich gegeben. Das Denken des Ich und Denken des Ich, d. h. der Gedanke, den ich von meinem Ich habe, ist selbst das Ich. Indem ich mich denke, denkt sich das Ich in sich. Indem ich auf mich selbst reflektiere, reflektiert mein Selbst auf sich. Meine Selbstreflexion ist als solche selbst mein Sein. Selbstdenken und Sein fallen im Ich unmittelbar in eins zusammen. Mein Ich ist die von Plotin behauptete Identität des Denkens und des Seins. Ich brauche nicht aus mir hinaus in eine transzendente Welt zu schwärmen, sondern nur in mich hineinzugehen, so finde ich das gesuchte absolute Wirklichkeit. Ich denke, also bin ich, cogito ergo sum.

Plotin hatte gemeint, die letzte und höchste Wirklichkeit, die der Träger und das Subjekt des Denkens auch noch über das Denken selbst hinausliegt, durch eine Art Selbstaufhebung d. Denkens, durch mystische Versenkung in den Urgrund aller göttlichen Wirklichkeit ergreifen zu können. Wenn aber das Ich das Subjekt ist, das die Tätigkeit des Denkens ausübt, und dies Sein auch zugleich das Objekt ist, das von mir gedacht wird, und wenn Denken und Sein zusammenfallen, dann bin ich selbst offenbar die Quelle und der Mittelpunkt aller Wirklichkeit. Es gibt alsdann:

keine sicherere Erkenntnis der Wirklichkeit, als wie sie der Gedanke meines Ich mir aufschließt.

Aus der überfinnlichen und vorweltlichen Sphäre, in welche sie von Plotin veretzt war, und wo sie das ganze christliche Mittelalter gesucht hatte, wird die Wirklichkeit mit dieser Erwägung in die Sphäre der Erfahrung selbst hereingenommen. Das Denken wird mit ihr vom Himmel auf die Erde herabgeholt und durch die wieder entfachte Hoffnung auf eine apodiktische Erkenntnis der Wirklichkeit zu neuen Abenteuern in die Welt hinausgesendet. Denn freilich konnte die neuere Philosophie nur alsdann auf eine völlige Ueberwindung der kirchlichen Weltanschauung hoffen, nur dann sich als eine selbständige Macht neben der Offenbarung behaupten wollen, wenn sie die gleiche absolute Sicherheit, wie die letztere, gewähren konnte. Diese Möglichkeit aber glaubte man dadurch gewährleistet, daß die absolute Vernunft des Plotin im Ich gleichsam in die individuelle menschliche Vernunft hineinschien. Hier schien der Punkt gegeben, wo das subjektive Denken des Menschen mit dem objektiven göttlichen Denken und dadurch mit dem Sein zusammenfloß. Im Ichgedanken trat die Selbstreflexion des Denkens, die als solche die absolute Wirklichkeit in sich schloß, unmittelbar in die Erscheinung. Hier eröffnete sich eine Sphäre des Seins, die dem Denken nicht fremd gegenüberstand, sondern, als Selbstreflexion, selbst Denken war, und doch auch nicht ein bloßes objektives, vom menschlichen Subjekt unabhängiges Denken, sondern das Denken dieses Subjektes selbst, ein ichliches Denken im Unterschiede von dem überichlichen Denken des vorweltlichen und überweltlichen plotinischen Intellekts. An die Stelle des plotinischen Intellekts oder objektiven Denkens tritt das subjektive Denken des Menschen. An die Stelle des Einen tritt das Ich, das die Tätigkeit des Denkens ausübt. An die Stelle des Seins tritt das Bewußtsein.

Ich denke, also bin ich, und zwar nicht als ein bloßer Gedanke, sondern als das Subjekt dieses Denkens selbst, als Sein. Mein Bewußtsein ist als solches selbst ein Sein, eine selbständige für sich bestehende Realität, genau wie die Wirklichkeit der Körper, vielleicht eine höhere Realität als die sogenannte körperliche, a, die einzige wahre Realität und jedenfalls so unabhängig und ursprünglich, wie diejenige der natürlichen Gegenstände und Faktoren. Erst so hat die Subjektivität und Innerlichkeit die Anerkennung ihrer Eigenart, ihrer Selbständigkeit und ihres Eigenwertes im Unterschiede von der objektiven Wirklichkeit, sei es der sinnlich stoff-

lichen Natur, sei es der metaphysischen Gedankenwelt, auch von Seiten der Philosophie gefunden, nachdem sie diese durch die christliche Religion schon längst in der Inbrunst der Andacht, im Verfunken in die Tiefen der eigenen Brust, im verborgenen Leben des menschlichen Gemüts erhalten hatte.

Eine neue Epoche der Philosophie ist hiermit eingeleitet. Das Denken des Seins ist das Denken des Seins: das war die Grundvoraussetzung der bisherigen Philosophie gewesen. Das Bewußtsein des Seins ist das Bewußtsein des Seins, das Sein ist selbst Bewußtsein: unter dieser Devise werden die Kämpfe der neueren Philosophie seit Descartes ausgefochten. Die antike Philosophie hat in ihren verschiedenen Systemen nur die Möglichkeiten entwickelt, die in jener Voraussetzung enthalten waren. In dem gleichen Sinne ist auch die neuere Philosophie, wie ich in meinem Werk über „Das Ich als Grundproblem der neueren Philosophie“ (1897) gezeigt habe, nur die fortschreitende Explikation und besonders Durcharbeitung der möglichen Auffassungsweisen des Bewußtseins in seiner Eigenschaft als Identität von Sein und Denken.

Das Cogito ergo sum besagt, daß im Ich Bewußtsein und Sein unmittelbar in eins zusammenfallen. Dies kann nun aber entweder heißen, daß unser eigenes reales Sein Bewußtsein, oder daß unser Bewußtsein selbst als solches ein reales Sein ist. Das läßt jedoch der Ausdruck Bewußtsein selbst wiederum eine doppelte Bedeutung zu. Entweder nämlich versteht man darunter den jeweiligen Bewußtseinsinhalt, unsere Gefühle, Empfindungen, Wahrnehmungen und Vorstellungen usw., sofern sie eben bewußte seelische Gebilde sind. Oder aber man versteht darunter die Bewußtseinsform, die gemeinsame Bewußtheit aller bewußten Inhalte. Im ersteren Falle bedeutet die Behauptung der Identität des Bewußtseins und des Seins, daß der Inhalt unseres Bewußtseins, die Gesamtheit der psychischen Phänomene als solche selbst ein reales Sein, eine letzte ursprüngliche Wirklichkeit ist, zu welcher u. a. auch das Ich gehört. Im letzteren Falle drückt sie aus, daß die Wirklichkeit nur in und an unserem Bewußtsein, als ideeller Inhalt, aber an und für sich realen Form des produktiven und aktiven Bewußtseins ist, die wir so als unser Ich bezeichnen. Im ersten Falle erkennen wir die Wirklichkeit unmittelbar und darum mit zweifelloser Sicherheit, weil die Bewußtseinsinhalte, die das Material unserer Erkenntnis bilden, zugleich die realen Gegenstände unserer Erkenntnis darstellen. Im letzteren Falle erkennen wir sie unmittel-

bar, weil das Subjekt unserer Erkenntnis, das Bewußtsein oder Ich, zugleich das Objekt derselben ist und folglich auch die Produkte dieses Ich nur unsere eigenen Erzeugnisse darstellen.

Nun ist der Inhalt unseres Bewußtseins allerdings ein Sein, und ich werde mir dieses Seins im Augenblick der Reflexion auf jenen Inhalt unmittelbar inne. Allein da er eben nur Bewußtseinsinhalt ist, so ist das Sein, dessen ich mir dabei inne werde, auch eben nur Bewußt=Sein, ideelles oder Vorstellungssein; und auch das Ich, das jenem Inhalt angehört, ist lediglich eine Vorstellung unter Vorstellungen. Die Behauptung, daß das Bewußt=Sein oder ideelle Sein als solches selbst schon das reale sei, würde voraussetzen, daß die gesamte Wirklichkeit mit all ihrem Reichtum von Beziehungen, mit all ihrer Tätigkeit und Bewegung aus bloßen Bewußtseinsinhalten erklärlich wäre. Indessen diese Annahme scheitert an der tatsächlichen Beschaffenheit des Bewußt=Seins. Unsere Bewußtseinsinhalte stehen in keinem durchgängigen Zusammenhange unter einander, wie die Wirklichkeit ihn fordert. Sie spiegeln wohl streckenweise einen solchen vor, aber nur, um plötzlich abzureißen und neuen Zusammenhängen Platz zu machen, die zu jenen in keiner Beziehung stehen und nur aus einer Realität außerhalb des Bewußt=Seins, einem vom Bewußt=Sein verschiedenen Sein erklärt werden können. Unsere Bewußtseinsinhalte wirken auch als solche nicht auf einander, sondern folgen nur auf einander oder assoziieren sich untereinander, ohne daß es gelingt, auch nur die Möglichkeit einer solchen Assoziation aus bloßen Bewußtseinsdaten zu begreifen. Was nicht auf einander wirkt, das ist aber eben deshalb auch nicht wirklich. Und was nur ist, sofern und solange es aktuell, d. h. Inhalt eines gegenwärtigen Bewußtseinsaktes ist, aber aufhört, zu sein, sobald es von einem andern Inhalt abgelöst wird, das ist auch nicht im Sinne eines realen, ursprünglichen, selbständigen und absoluten Seins. Wie solcherweise geartete substantielle Bewußtseinsinhalte, wie bloße psychische Phänomene zur inneren Einheit eines Ich mit einander sollten verschmelzen können, durch dessen tatsächliches Vorhandensein ihre Substantialität und Realität doch vermittelt ist, das ist ebensowenig begreiflich, wie es verständlich ist, daß rein passive, wirkungsunfähige und zuständige Gebilde, wie die Bewußtseinsinhalte, auch nur den Schein einer Aktivität, der Bewegung und des Lebens sollten erzeugen können.

Und doch ist nur wenn das Bewußtsein selbst tätig ist, das Leben und die Tätigkeit einer reinen Bewußtseinswelt verständlich.

Das tätige Bewußtsein aber fällt mit dem Ich, der konstanten Bewußtseinsform im Unterschiede von ihrem wechselnden Inhalt zusammen. Die Frage ist also, inwiefern die Form des Bewußtseins als Sein bezeichnet werden kann; und diese ist wiederum mit der andern einerlei, ob wirklich das Ich, als Objekt, ob unser Gedanke des Ich mit dem realen Subjekt unserer Denktätigkeit zusammenfällt, oder in welchem Sinne die Bewußtseinsform als Identität des Denkens und des Seins, des Bewußtseins und der Wirklichkeit angesehen werden kann.

Nun gibt es bekanntlich ebensowenig eine Bewußtseinsform, als nicht als solche Form eines bestimmten Bewußtseinsinhalts man wie es einen Bewußtseinsinhalt gibt, der losgelöst von der Form des Bewußtseins existierte. Das ist nur ein anderer Ausdruck für die bekannte Tatsache, daß es kein Subjekt ohne Objekt und umgekehrt gibt. Als Form eines bestimmten Bewußtseinsinhalts angesehen gehört sie nicht der Sphäre des Seins, sondern derjenigen des Bewußt-Seins an, da eben gerade sie es ist, die den Unterschied des realen und des ideellen Seins begründet. Muß sie aber der Sphäre des Bewußt-Seins zugerechnet werden, dann nimmt sie auch an der Diskontinuität, Zusammenhangslosigkeit und zeitweiligen Unterbrechung teil, die wir für das Bewußt-Sein charakteristisch fanden. Zwar ist die Form der Bewußtheit immer mit sich selbst identisch, wann und wo sie gegeben ist, aber es ist ein bloßer Schein, daß sie etwas beim Wechsel ihrer Inhalte Konstantes und Beharrliches sei. Jeder Schlaf, jede Ohnmacht, jeder Zustand der zeitweiligen Bewußtlosigkeit unterbricht den Zusammenhang unserer Bewußtseins. Ist die innere Einheit unserer Bewußtseinsinhalte und ihre Zugehörigkeit zu einem und demselben Individuum nur aus einer vom Bewußtsein selbst unterschiedenen Ursache zu erklären, so kann dies auch mit der Form des Bewußtseins nicht anders sein. Sie entsteht immer zugleich mit dem Inhalt des Bewußtseins und vergeht mit diesem; und nur die Stetigkeit dieses Wechsels, das teilweise Verschmelzen der Bewußtseinsinhalte und das gedankenlose Absehen von den Zuständen der Bewußtlosigkeit erzeugen den Schein, als ob die überall mit sich identische Bewußtseinsform eine stetige und dauernde Einheit im Wechsel ihrer Inhalte wäre.

Demnach ist die Bewußtseinsform auch gar keine einfache Einheit, die als solche die Vielheit ihres Inhalts aus sich selbst hervorbringt, sondern eine bloße Folge stetig aneinandergereihter Bewußtseinsformen, die an den wechselnden Bewußtseinsinhalten haften.

und ihre Aktivität und Produktivität ist genau so ein bloßer Schein, wie ihre Einfachheit und stetige Dauer gegenüber der Mannigfaltigkeit und dem Wechsel ihres Inhalts. Denn da sie, wie gesagt, der Sphäre des Bewußt-Seins angehört, das letztere aber absolut unproduktiv und passiv ist, so muß dies auch von der Bewußtseinsform behauptet werden. Das Ich oder die Bewußtseinsform ist folglich auch keine ursprüngliche, sondern eine abgeleitete, synthetische Einheit. Nicht das Ich oder Subjekt, so habe ich in meinem Werke über „Das Ich“ dies auszudrücken versucht, produziert das Objekt. Das Objekt steht überhaupt nicht in ursächlichem Verhältnis zum Subjekt, sondern beide sind nur die entgegengesetzten Pole einer und derselben Sphäre oder Art des Seins, indem sie eben in diesem korrelativen Verhältnis zu einander diejenige Form des Seins konstituieren, die wir Bewußt-Sein im Unterschiede vom realen Sein nennen. Das Bewußtsein ist eine Eigenschaft unserer Vorstellungen, aber nicht deren tragendes Subjekt, ein Zustand des Geistes, aber nicht der Geist selbst, eine Form unserer Vorstellungen, die als solche nicht aktiv, nicht produktiv, sondern schlechthin passiv und unproduktiv ist, sich allem gegebenen Inhalte gleichmäßig anschmiegt und, wie ein Schatten, die lebendige Fortbewegung ihres Inhaltes begleitet. Wie der Schatten nichts Selbständiges und Substantielles, sondern immer nur an seinem Gegenstande ist und nur mit diesem sich fortbewegt, genau so auch die Form des Bewußtseins: sie haftet den bewußten Vorstellungsinhalten unzertrennlich an und erhält nur von diesen eine scheinbare Lebendigkeit geliehen. Man kann das Ich allenfalls als logisches, d. h. gedachtes, bewußtseinsimmanentes, Subjekt dem Objekt oder dem Bewußtseinsinhalte gegenüberstellen; allein ein reales Subjekt, der substantielle Träger und Produzent des Bewußtseinsinhalts ist es nicht, vielmehr wird die Form des Bewußtseins selbst, und zwar immer zugleich mit ihrem Intellekt produziert und kann nur durch die von Kant sogenannte „Subreption des hypostasierten Bewußtseins“ zu einem realen produktiven Subjekt, d. h. zur Seele, aufgebaut werden.

Ist nun die Bewußtseinsform bloß logisches, aber nicht reales Subjekt, dann mag man das Ich immerhin als Identität des Subjekts und des Objekts bestimmen: es wird doch durch diese Bestimmung für seine Realität und Selbständigkeit nicht das Geringste bewiesen. Auch kann die Identität der beiden doch niemals eine unmittelbare, sondern höchstens nur eine mittelbare sein, da das Subjekt in dem gegenwärtigen Bewußtseinsakte naturgemäß immer

nur der subjektive Repräsentant oder die Vorstellung der Bewußtseinsform eines vergangenen, durch die Erinnerung vergegenwärtigten Bewußtseinsaktes, aber niemals derjenige des gegenwärtigen Bewußtseinsaktes sein kann. Es ist ein Widerspruch, daß die Form des gegenwärtigen Bewußtseinsaktes zugleich ihr eigener Inhalt sein sollte. Als Inhalt des Bewußtseins bedarf sie vielmehr einer neuen Form, die nun aber eben nur die Form dieses neuen Bewußtseinsinhalts sein kann. Gesezt also, das reale vorstellende Subjekt oder der Träger des Bewußtseins wäre selbst Bewußtsein, so könnte ich ihn schon deshalb nicht unmittelbar vorstellen, weil er das Prius meiner Vorstellung von ihm wäre. Um ihn vorzustellen, müßte er selbst diese meine Vorstellung von ihm erst produziert haben; so aber würde ich ihn auch nur als Produkt der Vorstellungstätigkeit, aber nicht als Produzenten vorstellen.

M. a. W. ich kann den Produzenten meiner Vorstellungen nur im Spiegel des Bewußtseins, aber niemals als Produzenten, niemals als realen oder vorstellenden vorstellen. Ich kann folglich auch die Wirklichkeit meiner selbst so wenig, wie irgend eine andere Wirklichkeit „unmittelbar erleben“. Was ich erlebe, ist immer nur die Tatsache des Vorhandenseins von Spiegelbildern, d. h. Bewußtseinsinhalten: ich erlebe ein Bewußt-Sein. Das Sein oder die Wirklichkeit als solche hingegen kann niemals unmittelbar erlebt werden, sondern höchstens nur mittelbar erschlossen werden. Davon macht auch unsere eigene Wirklichkeit keine Ausnahme. Wie sagt doch Schiller? „Warum kann der lebendige Geist dem Geist nicht erscheinen? Spricht die Seele, so spricht — ach! — schon die Seele nicht mehr.“

Das Bewußtsein, wenn darunter die Form des Bewußtseins im Unterschiede von ihrem Inhalt verstanden werden soll, ist hier nach eine bloße Abstraktion ohne irgendwelche Selbständigkeit und Aktivität. Ich kann mir die Bewußtseinsform zwar losgelöst von ihrem Inhalt denken, die Bewußtheit im Gegensatz zu den bewußten Vorstellungen, sowie ich mir das „Alleinsein“, das „Identischsein“, die „Pferdheit“ im Unterschiede von den konkreten Pferden denken kann, aber eben nur durch Zergliederung meines Bewußtseinsinhalts, unter Absehung von allen besonderen Bestimmungen dieses Inhalts. So wenig ich bei dieser Zergliederung auf ein reales Sein, sondern immer nur auf Inhalte meines Bewußt-Seins stoße, so wenig kann auch die Abstraktion der Bewußtseinsform als solche auf irgendwelche reale Bedeutung oder selbst-



ständige Existenz ihrem Inhalte gegenüber Anspruch erheben. Diese Form des Bewußtseins ist ja nur bewußte Bewußtseinsform, ist selbst nur meine Vorstellung und folglich unfähig, mir über das Verhältnis der Form des Bewußtseins zu ihrem Inhalt irgendwelche Aufklärung zu verschaffen. Weit entfernt, das reale Subjekt, der Träger, das Substrat des Bewußtseinsinhaltes zu sein, gehört sie selbst mit zum Bewußtseinsinhalt und setzt folglich das Bewußtsein schon voraus. Weit entfernt, konkreter oder realer als der sonstige Inhalt des Bewußtseins zu sein, ist sie vielmehr, als Abstraktion, noch weit leerer und formaler als jener. Gilt dies schon von der individuellen Bewußtseinsform, dem sogenannten „empirischen Ich“, als der Form des empirisch bestimmten Bewußtseinsinhaltes, so gilt es von der absoluten Bewußtseinsform, dem überindividuellen, unpersönlichen Bewußtsein, dem sogenannten „Bewußtsein überhaupt“ erst recht. Denn dieses ist gar nur eine Abstraktion von Abstraktionen, die Abstraktion nämlich von der numerischen Verschiedenheit der Bewußtseinsformen der verschiedenen Individuen. Als solche aber ist sie ganz und gar nur ein Inhalt meines individuellen Bewußtseins, ein immanentes Objekt, mein Produkt und folglich nichts weniger als der Träger, Produzent und die reale übergreifende Form des Individualbewußtseins. Freilich ist dieses Bewußtsein unpersönlich und überindividuell, aber nicht anders, wie der Begriff etwa des Menschen, der ja ebenfalls durch Abstraktion von den menschlichen Individuen gewonnen ist. Es ist das wunderlichste Quidproquo, eine Auffrischung des platonischen Begriffsrealismus oder abstrakten Idealismus, wenn die sogenannten „erkenntnistheoretischen Monisten“ diesen abstrakten Begriff eines „weltumfassenden Bewußtseins“ für das reale Prius, den substantiellen Träger und den Urquell alles bestimmten Bewußtseinsinhaltes ausgeben. Es ist Selbsttäuschung, wenn sie den überindividuellen Grund des Individualbewußtseins, den absoluten Träger der Weltnormen und Gesetze mit Fichte als „absolutes Bewußtsein“ auffassen in der Meinung, daß sie damit die Prinzipien eines erkenntnistheoretischen Kritizismus im Kantischen Sinne innehielten. Wir kennen das Bewußtsein nur als Individualbewußtsein, als Bewußt-Sein, als subjektives zuständliches Sein. Mit der Annahme eines Trägers oder absoluten Grundes dieses Seins überschreiten wir die Grenzen der Erfahrung. Damit legen wir dem Begriffe des Bewußtseins eine ganz andere Bedeutung unter, als die es erfahrungsgemäß allein besitzt. Dann haben wir aber auch kein Recht, den überempirischen,

überindividuellen Grund, den Träger des Bewußtseins selbst wieder als Bewußtsein zu bezeichnen. Nun behauptet freilich ein Teil der Anhänger des „Bewußtseins überhaupt“, daß dieses gar keine Realität, weder eine transzendente noch eine immanente, sondern lediglich einen „Begriff“ darstelle, den wir im logischen Interesse benötigen, zu bilden. Allein abgesehen davon, daß diese letztere Behauptung doch höchst anfechtbar ist, benutzen auch sie jenen „Begriff“ tatsächlich dazu, um die Gleichung des Seins und des Bewußtseins zu begründen und den erkenntnistheoretischen Realismus abzuweisen. Dazu ist aber nicht der bloße Begriff eines überindividuellen Ich, sondern nur ein reales Ich imstande, so daß also der wirkliche Gebrauch, den die Anhänger des „Bewußtseins“ von jenem Begriff machen, im Widerspruche steht zu ihrer ausdrücklichen Erklärung. (Vgl. meine Besprechung von Rickerts „Gegenstand der Erkenntnis“ in Preuß. Jahrbücher Bd. 117, 2. Heft.)

Man mag es anfangen, wie man will: es ist nicht möglich dem Bewußtsein als solchen eine reale und selbständige Bedeutung zuzuschreiben, ganz gleichgültig, ob man es als Inhalt oder als Form betrachtet. In beiden Fällen weist dies Sein auf eine von ihm verschiedene Wirklichkeit zurück, deren Eigenschaft, Zustand oder Produkt es darstellt, und die als solche erst eigentlich den Namen der Wirklichkeit im substantiellen Sinne verdient. Das ist aber auch nur selbstverständlich. Denn die Behauptung des Cogito ergo sum, die Annahme, daß wir im Bewußtsein selbst das reale Sein besäßen, verstößt gegen eine andere, die den unverrückbaren Ausgangspunkt, das unerschütterliche Fundament und den wahren Prüfstein aller erkenntnistheoretischen Untersuchung bildet; und diese ist der Satz der erkenntnistheoretischen Immanenz, der lautet: Alles Sein, was Inhalt des Bewußtseins ist, ist Bewußtseinsinhalt. Bewußt-Sein oder ideelles Sein; alles Bewußtsein ist Bewußt-Sein. Es ist dies der einzige Satz von apodiktischer Gewißheit, der eine Aussage über das Sein enthält, und man sieht leicht, daß seine Apodiktizität auf seiner tautologischen Beschaffenheit oder darauf beruht, daß jener Satz ein identischer oder analytischer im Kantischen Sinne des Wortes ist, sofern Subjekt und Prädikat bei ihm dasselbe besagen. Keine erkenntnistheoretische Ansicht kann „kritisch“ heißen, die gegen diesen Satz verstößt. Das gerade aber tun alle diejenigen erkenntnistheoretischen Behauptungen, die dem Bewußtsein eine reale selbständige Bedeutung zuschreiben.

Alles Sein, was Inhalt des Bewußtseins ist, ist Bewußt-Sein

autet der Satz der Immanenz. Alles Sein, was Inhalt des Bewußtseins ist, ist Inhalt der an und für sich realen Form des Bewußtseins, so legt derjenige Standpunkt dies aus, der die Wirklichkeit unmittelbar in der Bewußtseinsform zu finden glaubt: der Bewußtseinsspiritualismus. Alles Sein, was Inhalt des Bewußtseins ist, alles Bewußt-Sein ist als solches selbst ein reales Sein, Sein ist Bewußt-Sein, *esse* gleich *percipi*, behauptet der Standpunkt, der das Bewußtsein als psychisches Phänomen, als Inhalt des Bewußtseins deutet: der Bewußtseinsidealismus. Beide mögliche Auffassungsweisen des *Cogito ergo sum* widersprechen dem Satz der Immanenz, sind also falsch. Nicht das *Cogito ergo sum*, sondern der Satz der Immanenz ist das wahre Fundament aller kritischen Erkenntnistheorie. Die Selbstreflexion im eigenen unmittelbaren Ichbewußtsein ist also ebenso wenig imstande, uns eine apodiktische Erkenntnis der Wirklichkeit zu liefern, wie die Selbstreflexion im absoluten Denken, das mit dem endlichen Denken eins ist.

Das ist aber auch gar nicht zu verwundern, da das *Cogito ergo sum*, wie gesagt, nur die moderne Zuspitzung jener Grundvoraussetzung des antiken Denkens bildet, wonach das Denken des Seins als solches selbst das Denken des Seins, das Sein mithin selbst Denken ist. Diese Behauptung aber ist nicht geeignet, die gesuchte Wirklichkeitserkenntnis von zweifelloser Sicherheit zu begründen. Wenn wir uns nämlich fragen, worauf die apodiktische Gewißheit eines Satzes beruht, so lautet die Antwort auch hier: auf seiner tautologischen Beschaffenheit. Betrachten wir indessen jenen Satz genauer, so zeigt sich, daß er zwar dem Wortlaute nach ein identischer Satz ist, daß jedoch der Sinn seiner beiden gleichlautenden Bestandteile ein ganz und gar verschiedener ist. Das Denken des Seins ist das Denken des Seins, — aber dort ist der Genitiv „des Seins“ ein Genitivus objectivus, hier ist er ein Genitivus subjectivus. Mein Denken des Seins ist das Denken des Seins selbst, das Sein als Denken. Mein Gedanke, mein Begriff, vom Sein ist als solcher selbst das Sein. Der subjektive Gedanke vom Sein ist die objektive Betätigung der Wirklichkeit als solcher. Das Sein ist Begriff, Gedanke, Denken. Das ist das antike Seitenstück der neueren Behauptung, daß das Bewußt-Sein selbst das Sein ist. Mein Denken des Seins ist die Tätigkeit eines vom Denken selbst verschiedenen Seins, das sich im Denken auswirkt. Darin spiegelt sich in antiker Fassung die moderne Behauptung

wieder, daß unser Ich ein denkendes Bewußtsein und dieses selbst als solches ein reales Sein ist. Mein Denken des Ich ist das Denken meines Ich. Der Gedanke, den ich von meinem Ich habe, ist zugleich das Subjekt meines Denkens. Das Bewußtsein von meinem Sein ist das Bewußtsein meines Seins. Das Sein ist selbst Bewußtsein: das Selbstbewußtsein ist das Sein — immer form ich nur dadurch über eine nichtsagende Tautologie hinaus, daß ich zwei grammatisch verschiedene Genitive dem Sinne nach als identisch setze. Immer bringe ich nur dadurch eine Identität des Denkens oder des Bewußtseins mit dem Sein zustande, daß ich den Gedanken oder der Vorstellung des Seins, dem Sein als bewußtseinsimmanentem Objekt, das wirkliche Sein, das Sein als vom Bewußtsein oder Denken verschiedenes reales Subjekt unterstellt. Das aber ist die von Kant gerügte „Subreption des hypostasirten Bewußtseins“, deren Durchschauung freilich Kant selbst nicht abgehalten hat, sie trotzdem seiner gesamten Vernunftkritik und dem Namen der „synthetischen Einheit der transzendentalen Apperzeption“ zugrunde zu legen, die Fichte zu seinem absoluten Ich, Schelling zu seiner Identität des Idealen und Realen geführt, Hegels Selbstbewegung des Begriffs und metaphysische Logik herbeigebracht hat und die Philosophen bis auf den heutigen Tag dazu veranlaßt, das Bewußtsein in den Rang eines selbsttätig funktionierenden Subjektes zu erheben und es mit dem Sein, der Wirklichkeit schließlich identisch zu setzen.

Bisher verstand man unter einer „wirklichen“ Erkenntnis eine Erkenntnis von apodiktischer Gewißheit, indem man hierbei den Nachdruck auf den Begriff der Erkenntnis legte. So hat die Philosophie seit Plato sich mit der Aufgabe abgemüht, eine apodiktische Erkenntnis der Wirklichkeit zu gewinnen, und sich hierbei des Taschenspielerkniffs der Vertauschung der beiden verschiedenen Genitive bedient. Wirklich in dem angeführten Sinne aber konnte die Erkenntnis nur heißen, wenn die Erkenntnis vom Wirklichen zugleich die Erkenntnis des Wirklichen war. In den Augenblicke, wo der hierin liegende Widerspruch aufgedeckt wird, ergibt sich jenes Streben selbst als hinfällig: die „wirkliche“ Erkenntnis kann alsdann nur mehr als Erkenntnis des Wirklichen als solchen verstanden werden, wobei der Nachdruck auf dem Begriffe des Wirklichen liegt, und die Frage der Erkenntnistheorie kann nicht mehr lauten: Wie ist apodiktische Erkenntnis des Wirklichen (wie für synthetische Urteile a priori) möglich? sondern: Wie ist überhaupt ein

wirkliche Erkenntnis möglich? Die Antwort hierauf aber lautet: sie ist nur möglich, wenn das Wirkliche mit dem Gedanken nicht identisch, wenn Bewußt=Sein und Sein zwei verschiedenen Daseins=sphären angehören, wenn mit andern Worten das Bewußtsein selbst kein Sein im Sinne eines selbständigen substantiellen Realen, sondern bloß die Art und Weise ist, wie das reale Sein sich in einem von ihm selbst verschiedenen geistigen Wesen spiegelt.

Bewußt=Sein, so sagten wir, ist selbst kein reales Sein, sondern nur der bloße Zustand eines Seins. So ist es absolut passiv und unproduktiv und ebensowenig in sich selbst lebendig, wie das Bild eines lebenden Menschen im Spiegel, der mit den Händen in der Luft herumfuchelt, sich gewaltig aufspreizt und aufgeregt vor dem Spiegel hin- und herrennt, oder wie die Bilder des Kinetographen, die auch eine eigene Lebendigkeit vortäuschen, obwohl sie doch nur eine Folge passiver Einzelbilder darstellen, die von einem Apparate außerhalb ihrer selbst in Bewegung gesetzt werden. Als zuständliches Sein aber fällt das Bewußt=Sein mit dem Empfindungs=Sein zusammen, wie es durch die kausale Einwirkung der Dinge an sich, der physiologischen Reize auf unsere vorbewußte und unbewußte Seele von dieser selbst zustande gebracht wird. Bewußt=Sein ist Empfindungs=Sein, die Seinsart, der passive Zustand unserer Empfindungen im Gegensatz zu den sie hervorrufenden Reizen oder physischen Aktionen. Bewußtsein aber, als einheitlicher Komplex alles Bewußt=Seins oder aller Empfindungen einer bestimmten individuellen Leiblichkeit, ist die Zusammenfassung dieser Empfindungen auf Grund vorbewußter und unbewußter Intellektualfunktionen (Kategorien), mithin ebenso unproduktiv und passiv, wie sein empfindungsmäßiger Inhalt. Das Ich aber ist nur die subjektive Widerspiegelung der einheitlichen Bewußtseinsform im Inhalt des Bewußtsein. Es ist nicht das reale Subjekt, das, als Träger des Bewußtseins, selbsttätig mit den Empfindungen schaltete, wie der Bewußtseinsspiritualismus annimmt, sondern lediglich bewußtseinsimmanenter und daher vorstellungsmäßiger Repräsentant des vorbewußten und unbewußten realen Subjekts der Empfindungen.

Die Ansicht, daß Denken oder Bewußt=Sein und Sein unmittelbar identisch seien, ist die Grundvoraussetzung des naiven Realismus. Der naive Realist bildet sich ein, in seinen Vorstellungen die Gegenstände unmittelbar als solche zu besitzen. Er unterscheidet also nicht zwischen den Gegenständen und seiner Vorstellung von ihnen. In diesem Sinne ist die gesamte Philosophie

des Altertums und Mittelalters naiv realistisch gewesen, wenn sie das Denken des Seins mit dem Sein der Gedanken identisch gesetzt und das letztere als eine Wirklichkeit objektiver Gedanken aufgefaßt hat. Die neuere Philosophie hat gemeint, den naiven Realismus überwunden zu haben, indem sie die subjektive Vorstellungswelt von der realen Welt der Dinge unterscheidet. Allein tatsächlich ist auch sie über den naiven Realismus trotz alles ihres Strebens auf Grund doch nicht hinausgekommen, sofern sie das Sein um seiner apodiktischen Erkenntnis willen doch wieder mit dem Bewußt-Sein gleich gesetzt und dem letzteren eine selbständige, substantielle und funktionelle Bedeutung zuerkannt hat. Die Naivität ist aber ganz die gleiche, wenn ich das Bewußt-Sein, wie der unphilosophische Mensch mit dem Sein, oder wenn ich das Sein, wie der erkenntnistheoretische Idealist, mit dem Bewußt-Sein gleichsetze. Der Kern des naiven Realismus ist ebensowenig durchschnitten, wenn ich das Sein, wie der Bewußtseinsidealist, in bloße psychische Phänomene auflöse, wie wenn ich in der begrifflichen Abstraktion der Bewußtseinsform oder im Ich das reale Subjekt der seelischen Tätigkeit als solches unmittelbar zu erfassen oder zu „erleben“ glaube, wie der Bewußtseinsspiritualist. Alle Philosophen haben bisher in irgendeiner Form die eine oder die andere dieser beiden Verwechslungen mitgemacht. Auch die Kantische Philosophie hat trotz ihrer Einsicht in die Verkehrtheit dieses Satzes sich auf das *Cogito ergo sum* gestützt und die Erkenntnis des Bewußtseins, d. h. die Erkenntnis, die wir von unserm Bewußtsein haben, mit einer Erkenntnis des Bewußtseins selbst verwechselt. Unter diesen Umständen muß man sagen, daß die Philosophie bisher im Prinzip überhaupt noch nicht über den naiven Realismus hinaus gelangt ist. Alle Philosophie hat sich bisher in irgendwelchem Sinne auf die unmittelbare Identität des Seins und des Bewußtseins gestützt. Wenn aber dies naiver Realismus und erkenntnistheoretisch unhaltbar ist, so mag man daran ermessen, was darauf zu geben ist, wenn die bisherige Philosophie die Annahme einer unbewußten Wirklichkeit gerade vom erkenntnistheoretischen Standpunkte aus gemeint hat, verwerfen zu müssen.

Es ist naiver Realismus, an eine intellektuelle Anschauung, ein unmittelbares Zusammenfallen unseres Denkens, unseres Bewußtseins und der Wirklichkeit in irgend einer Form zu glauben. Wenn es so etwas wie eine intellektuelle Anschauung gibt, so kann sie doch jedenfalls nicht unsere Anschauung, sondern höchstens nur eine meta-

physische Hypothese zur Erklärung unserer Anschauung sein. Das hat schon Kant ganz richtig eingesehen und sich nur durch das Vorurteil des *Cogito ergo sum* dazu verleiten lassen, trotzdem seinen ganzen sog. Kritizismus auf intellektueller Anschauung aufzubauen. Es ist naiver Realismus, ein unmittelbares Innwerden unserer feelischen Wirklichkeit in der Innenwahrnehmung zu behaupten, ganz gleichgültig, ob man diese Wirklichkeit mit Hegel und Herbart als Vorstellung, mit Schleiermacher als Gefühl oder mit Schopenhauer als Wille bestimmt — als ob das Bewußtsein eine andere Wirklichkeit als diejenige von Empfindungen oder Gefühlen sein und dann etwas anderes als Bewußt-Sein sein könnte! Es ist naiver Realismus, von „Bewußtseinsfunktionen“, von einem „aktuellen“ Bewußtsein in einem andern Sinne als in demjenigen des jeweilig gegebenen Bewußtseinsinhaltes zu sprechen, da das Bewußtsein eben nur Gefühls- oder Empfindungs-Sein und dieses immer nur rein unproduktiv und passiv sein kann. Es gibt kein Bewußtsein an sich, weder als individuelles, noch als absolutes, weder als schöpferisches Subjekt der psychischen Funktionen, noch als Träger und Ort der sog. Normen, Werte und Gesetze. Es gibt daher auch keine Tätigkeit „des“ Bewußtseins, weder als synthetische noch als potenzierende, noch als reflexive, weder als verschmelzende oder integrierende noch als summierende. Was uns als Tätigkeit des Bewußtseins erscheint, das ist in Wahrheit ein unmittelbares Aufeinanderfolgen und sich Ablösen passiver Bewußtseinsinhalte, die nur durch die Schnelligkeit ihrer Folge den Schein einer eigenen Aktivität und Lebendigkeit vortäuschen. In unserer Zeit der Kinematographen und der Vorführung „lebender Photographien“ sollte diese Auffassung des Bewußtseins keiner so völligen Verständnislosigkeit begegnen. Unsere Denker aber sitzen vor dem Vorhange des Bewußtseins, wie die Kinder, die sich einbilden, daß es die Bilder auf dem Vorhange unmittelbar selbst seien, die sich bewegten, während doch in Wahrheit von einer hinter ihnen befindlichen Laterne die Bilder so schnell auf den Vorhang geworfen werden, daß die Mächte der Zusammensetzung sich dem Blick entziehen. Unsere ganze Philosophie und Weltanschauung ist bisher naiv realistisch gewesen, und solange wir dies nicht klar erkannt haben, ist das Pochen auf „Kritik“ und das Schelten auf den Dogmatismus“ nichts weiter als Selbstbetrug, ein Spiel mit Worten.

Dem naiven Realismus in erkenntnistheoretischer Beziehung entspricht in kosmologischer Hinsicht die Meinung, daß die Erde im Mittelpunkt des Weltalls sich befinde und die Sonne sich um die

Erde drehe. Die Einsicht in die Verkehrtheit dieser kosmologischen Behauptung pflegt als die große Grenzüberschreitung vom Mittelalter zur Neuzeit angesehen zu werden. In erkenntnistheoretischer und metaphysischer Beziehung hingegen stehen wir noch immer im Mittelalter, wenn wir uns einbilden, im Bewußt-Sein unmittelbar das Sein zu besitzen und demnach einen zentralen Standpunkt im Umkreis der Wirklichkeit einzunehmen. Wir rühmen zwar Kopernikus, mit dem Nachweis der exzentrischen Stellung unserer Planeten uns in kosmologischer Hinsicht über das Mittelalter hinausgeführt zu haben, und lächeln über die ohnmächtigen Verirrungen der Geister des Mittelalters, uns gewaltsam in der ptolemäischen Weltanschauung festzuhalten. Allein tun wohl diejenigen etwas anderes, die auf die zentrale, aktive und substantielle Bedeutung des Bewußtseins pochen, jeden Einspruch hiergegen entweder flüchtig überhören oder a priori mit dem akademischen „Kardus in banne“ des „Dilettantismus“ und der „Unwissenschaftlichkeit“ belegen und die gegenteilige Behauptung keiner Beachtung würdigen? Ist es nicht vielmehr endlich Zeit sein, nicht bloß die Natur, sondern auch den Geist aus den Fesseln des Mittelalters zu erlösen?

Die Philosophie, als Philosophie des Bewußtseins, ist heute auf erhöhtem Geistesniveau genau bei dem Punkte wieder angekommen, den sie als Philosophie des Seins im Altertum in Plotin erreicht hatte. Sie hat alle Möglichkeiten ihrer Entwicklung durchlaufen und steht vor einem entscheidenden Wendepunkte. Nachdem sie im letzten halbes Jahrhundert hindurch mit der Naturwissenschaft um den Vorrang gestritten hat, schickt sie sich nunmehr an, die verlorene Herrschaft im Zeitbewußtsein zurückzugewinnen. Nur in Einem ist ihr die Naturwissenschaft noch immer voraus: in der Erkenntnis der exzentrischen Stellung unserer Erde zur Sonne, als dem Ursprung und Quell alles Seins und Lebens; ihr hat sie im Geistigen die entsprechende Erkenntnis noch nicht zur Seite gestellt. Bleiben wir hierin hinter jener nicht zurück! Lernen wir begreifen, daß die Sonne unseres Geistes, unser wahres Selbst, der Urgrund und der Schöpfer unseres Innenlebens außerhalb dieses unseres Bewußtseins sich befindet! Erst dann sind wir wahrhaft aus dem Mittelalter hinaus. Erst dann erfaßt sich der Geist in seiner Wahrheit, wenn der Glaube an die Realität und Ursprünglichkeit des Bewußtseins zerstört, wenn das Bewußt-Sein in seiner Unselbständigkeit und zuständigen Beschaffenheit durchschaut und das „ewig Unbewußte“ Schellings als „die Sonne im Reiche der Geister“ anerkannt ist.



# Windthorst und der Kulturkampf.

Von

Felix Nachfahl.

Der nachstehende Essai ist aus einem Artikel erwachsen, der für die „Allgemeine deutsche Biographie“ bestimmt war. Mußte dort in Rücksicht auf den verfügbaren Raum die Darstellung möglichst knapp gehalten werden, so schien es dem Verfasser doch angezeigt, die Wirksamkeit Windthorsts im Rahmen des Kulturkampfes in einer etwas breiter angelegten Skizze vor einem größeren Leserkreise zu schildern.

Einer wirklichen Biographie Windthorsts stehen leider noch sehr rohe Schwierigkeiten im Wege. Es ist nicht nur die Frage, ob die Zeit für eine einigermaßen objektive Beurteilung des merkwürdigen Mannes schon gekommen ist; störend wirkt vor allem der Mangel jeglichen schriftlichen Nachlasses von Windthorst; welches dafür die Gründe sind, werden wir später auseinandersetzen. Daher fehlt es an dem intimeren Quellenmateriale, und das macht sich bei den vorhandenen Lebensbeschreibungen des Zentrumsführers geltend. Es gibt ihrer mehrere, die sogar sehr umfangreich sind;\*) sie bauen sich im wesentlichen auf seinen Parlamentsreden auf; daneben haben ihnen Mitteilungen von Mitgliedern der Familie vorgelegen, und zwar die gleichen, so daß sie in manchen Partien übereinstimmung aufweisen. Sie stammen sämtlich aus der Feder von Parteigenossen und sind von der Absicht getragen, das Andenken des Vorkämpfers der Fraktion im Kreise ihrer Mitglieder wach zu halten und diese zur Nachahmung des verstorbenen Führers anzufeuerern.

\*) Johann Menzenbach, Ludwig Windthorst in seinem Leben und Wirken insbesondere in seiner politischen Tätigkeit. Trier 1892. J. Knopp, Ludwig Windthorst. Ein Lebensbild. Dresden und Leipzig 1898. Dr. Ed. Hüsgen, Ludwig Windthorst. Köln 1907.

Für denjenigen, der die Dinge, unabhängig von jeder Festschablone, von rein historischem Interesse geleitet, betrachtet, ist der Versuch nicht ohne Reiz, die Persönlichkeit und die Wirksamkeit des Mannes, der von so großem Einflusse auf die inneren Geschichte des neuen Reiches gewesen ist, auf dem Hintergrund der allgemeinen Entwicklung zu schildern. Wenn er sich auch die Gedanken nicht verhehlt, die sich aus der schon gekennzeichneten Schaffenheit des Stoffes ergeben, so wird er sich doch darüber hinwegsetzen können in der Erwägung, daß eine Vermehrung des Materials aus dem Nachlasse Windthorsts selbst ausgeschlossen ist. Intimere Quellen für die Geschichte des Zentrums fließen zum Glück in den Werken von Pfülf über Mallindrodt und Pastor über Reichensperger. Zwar sind ja diese Bücher nicht weiter als rohe Materialsammlungen; aber eben deshalb sind sie ganz besonders wertvoll als zuverlässige und ausgiebige Fundgruben für die Forschung. Man darf sagen, daß nur sie es sind, die zu der Zeit einen wirklichen Einblick in die Geschichte des Zentrums und seines Führers gewähren; ihnen verdankt es die nachfolgende Darstellung, wenn sie etwas tiefer in den Kern der Dinge eindringen vermag.

\*     \*     \*

Ludwig Windthorst wurde geboren am 17. Januar 1812 auf dem Gute Caldenhof bei Osterkappeln im alten Fürstentum Osnabrück, das aber damals unmittelbar zu Frankreich, und zum Departement der Oberems, gehörte. Er erblickte also das Licht der Welt als französischer Untertan; er war auch nicht Niederländer und eigentlicher Hannoveraner, sondern von westfälischer Herkunft. Der Vater, Franz Josef Benedikt, den er schon früh verlor, war Dr. juris, Advokat und Rentmeister des Gutes Caldenhof, und befand sich im Besitze der Grafen von Droste-Vischering. Windthorst stammte aus einer alten katholischen Familie; traditionell war er sich dem katholischen Glauben verbunden; die Unterwerfung unter das kirchliche Autoritätsprinzip war der unverrückbare Pol seiner Weltanschauung. Seine erste Ausbildung erhielt der Knabe in dem Gymnasium Carolinum zu Osnabrück; noch ist uns sein maturitenaufsatz erhalten, ein Zeugnis der streng kirchlichen Gesinnung, die den Jüngling erfüllte. \*) Auf den priesterlichen Beruf war

\*) Abgedruckt bei Joh. Menzenbach, S. 39 ff.

Neigung zuerst gerichtet; schließlich entschied er sich für die Laufbahn des Vaters. Er studierte seit 1830 in Göttingen, Heidelberg und abermals in Göttingen die Rechte; 1836 ließ er sich als Rechtsanwalt in Osnabrück nieder. Dank seinem forensischen Rednertalente wurde er hier bald einer der gesuchtesten Anwälte; die Ritterschaft der Landschaft Osnabrück wählte ihn zu ihrem Syndikus. 1838 vermählte er sich mit der um sieben Jahre älteren Julie Engelen. Seine Ernennung 1842 zum Vorsitzenden Räte des katholischen Konsistoriums in Osnabrück beweist, daß über seine kirchliche Stellung nicht der geringste Zweifel obwaltete. Am 17. Juli 1848 wurde er vom Osnabrückischen Provinziallandtage zum Oberappellationsräte im Kriminalsenate in Celle gewählt; es gab in diesem Gerichtshofe sowohl königliche als auch ständische Stellen.\*)

Durch die Bewegung des Jahres 1848 wurde Windthorst in den Strudel des politischen Lebens hineingezogen. Auf Grund der neuen Verfassung vom 5. September 1848 wurde er im Januar des folgenden Jahres in seiner Heimat, im ersten ländlichen Wahlbezirke des Fürstentums Osnabrück, in die zweite hannoversche Kammer gewählt. Sein politischer Standpunkt war der eines gemäßigten Konstitutionalismus. Er stand sogar unter dem Banne der Doktrin von der Volkssouveränität; erklärte er doch eben damals das Recht des Volkes als „das ursprüngliche und erste“.\*\*) Er zählte zu jenen katholischen Politikern, welche sich das liberale Prinzip, insofern es formaler Natur ist, nämlich gerichtet auf die Herstellung des modernen Verfassungsstaates, zu eigen machten, indem sie hofften, daß die neu errungene politische Freiheit auch der Kirche zu gute kommen, diese nämlich aus den Banden staatlicher und bureaukratischer Bevormundung erlösen würde. Vom romantischen Einschlage, der so viele seiner damaligen Gefinnungsgeoffen charakterisierte, ist bei Windthorst freilich nichts zu merken; sein Wesen war, wie es scheint, nicht gerade auf das phantastisch-mystische Element gestimmt. Als er Ende 1848 vorübergehend in Osnabrück weilte, lernte ihn der junge Bennigsen kennen; er nannte ihn in einem Briefe an die Mutter einen „interessanten Radowizianer“. Der Ausdruck ist schwerlich so zu verstehen, als ob Windthorst die romantischen und nationalen Anschauungen des „Garderobiers“ der Phantasie Friedrich Wilhelms IV. geteilt

\*) Vgl. E. v. Meier, Hannoversche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte 1680–1866. 1898 I, 429.

\*\*) Renzenbach a. D. 54.

hätte; offenbar will Bennigsen mit dem erwähnten Beiworte nur Windthorst's politischen Katholizismus kennzeichnen. Denn im Gegensatze zu Radowiz teilte Windthorst, was sein Verhältnis zur deutschen Frage anbelangte, die großdeutsche Gesinnung der weitaus meisten politischen Kapazitäten des Katholizismus in jenen Tagen. Ohne Oesterreich, so meinte er, gebe es kein kräftiges Deutschland, und ohne Oesterreich müsse Hannover früher oder später eine französische Provinz werden. Man merkt die Reminiszenz an die Lage der Dinge zur Zeit seiner Geburt; er legte sich aber nicht die Frage vor, wie denn Oesterreich, wenn es wirklich daran dachte, der Schild Deutschlands gegen Frankreich zu bleiben, 1813 aus seiner Stellung am Oberrhein ausscheiden konnte.

Als Windthorst in das politische Leben eintrat, war in Hannover das Ministerium (Graf) Bennigsen-Stüve im Amte, dessen Seele Stüve war. Mit Stüve traf sich Windthorst, was das konstitutionelle und großdeutsche Programm anbelangte, und so schloß er sich denn in der Kammer der Regierungspartei an. Die Mehrheit des Landtages stand allerdings im Gegensatze zu den großdeutschen Anschauungen des Ministeriums. Ein Antrag betreffend Publikation der von der Frankfurter Versammlung beschlossenen Grundrechte auch in Hannover wurde von der zweiten Kammer mit allen Stimmen gegen die Windthorst's angenommen. Dagegen wurde der Vorschlag Stüves, daß die Frankfurter Beschlüsse, die von der Provisorischen Zentralgewalt verkündigt wären, für Hannover verbindlich sein sollten, erst nachdem sie vom Könige promulgiert seien, mit allen gegen fünf Stimmen abgelehnt; bei der kleinen Minderheit befand sich auch Windthorst. Das Entlassungsgeſuch des Kabinetts wurde darauf abgewiesen; die Kammer wurde vertagt, und als etwa 100 Abgeordnete den König durch eine Petition zur Zustimmung zur Frankfurter Kaiservahl zu veranlassen suchten, Ende April aufgelöst. Wenige Wochen später sah sich Ernst August freilich durch den Drang der Umstände zum Anschlusse an die Union genötigt.

Ende 1849 trat zu Hannover eine neue Kammer zusammen, in der die Ministeriellen, die um Stüve, die Oberhand hatten. Ihr Führer nach außen war der Landdrost Meyer; in Wahrheit war Windthorst ihr Leiter. Er entfaltete bereits damals jene staunenswerte Taktik und Geschicklichkeit, durch die er später dem Zentrum eine so hohe parlamentarische Bedeutung zu erringen verstand. Während in den Vorberatungen der Partei unbedingte Diskussionsfreiheit herrschte, jede Terrorisierung vermieden, vielmehr durch das

Gewicht der Gründe auf die Ueberzeugung einzuwirken versucht wurde, wurde in den Kammerverhandlungen selbst eine stramme Fraktionsdisziplin geübt; insbesondere verstand es Windthorst, die Zusammensetzung der Kommissionen zu beeinflussen und dafür zu sorgen, daß diejenigen Personen, auf die man sich bei den Vorberathungen geeinigt hatte, im Plenum von der Partei einhellig gewählt wurden. Als ein Antrag auf Anerkennung der von der Baukskirche beschlossenen Verfassung nebst dem Reichswahlgesetze vom 28. März beraten wurde, vertrat Windthorst in einer großen Rede am 5. Januar 1850 den großdeutsch-partikularistischen Standpunkt mit offensichtlicher Stellungnahme gegen die Union. Er bewirkte die Annahme eines Gegenantrages, der mit schönen Worten über die Notwendigkeit „einer den wirklichen Bedürfnissen Deutschlands entsprechenden und auf dem Wege der weiteren Entwicklung des bestehenden Rechtes zu erstrebenden Verfassung Deutschlands“, in Wahrheit Alles beim Alten lassen wollte. In der That wäre ja auch eine Annahme der Reichsverfassung um diese Zeit eine leere Demonstration gewesen, und der bald darauf erfolgte Rücktritt Hannovers von der Union dürfte ganz nach Windthorsts Herzen gewesen sein.

War Windthorst in der auswärtigen Politik ganz mit Stübeinig, so machte sich allerdings in der inneren Politik zwischen ihnen der Gegensatz der Weltanschauungen geltend. Im Juni 1850 wurde den Ständen ein Volksschulgesetz vorgelegt, welches der Schule ihren konfessionellen Charakter bewahrte, auch der Geistlichkeit einen gewissen Einfluß, zumal auf den Religionsunterricht, gewährte, aber im wesentlichen den staatlichen Charakter der Schule garantierte. Sowohl von orthodox-protestantischer als auch von katholischer Seite ward gegen diesen Entwurf ein Petitionssturm ins Werk gesetzt. In den Eingaben von katholischer Seite ward die unbedingte Unterwerfung der Lehrer unter die Bischöfe gefordert, so daß für die Regierung nur noch die Pflicht der Befoldung übrig blieb. In der zweiten Kammer übernahm Windthorst die Führung der katholischen Mitglieder. Er bezeichnete die Vorlage als den Rechten und der Wahrheit der Kirche zuwiderlaufend; er ließ also in Hannover das Schlagwort erschallen, das im Sturmjahre 1848 die Versammlung der deutschen Bischöfe ausgegeben hatte. Er stellte den Grundsatz auf, der im Preussischen Landtage seit den siebziger Jahren unendlich oft variiert werden sollte: „die Gesellschaft könne nur gerettet werden, wenn die Religion (d. h. der Konfessionalismus) zum Fun-

damente der gesamten Erziehung gemacht würde.“ Die bürgerlichen Elemente suchte er durch die Perspektive zu schrecken, „auch für die Finanzen des Landes würde die Maßregel gefährdend, das unzweifelhaft in ihrer Konsequenz auf unentgeltlichen Unterricht hindränge“. Seine Warnungen verfehlten ihren Eindruck auf die Mehrheit; seine Anträge, die von der Tendenz getragen waren, die Kirche ihre bisherige Macht über die Schule ungeschmälert zu erhalten, wurden abgelehnt. Die Regierungsvorlage wurde angenommen. Windthorst gab mit fünf anderen Katholiken einen schriftlichen Protest zu Protokoll, der, als Stütze ihn für ungültig erklärte, in ein einfaches votum dissensus abgeändert wurde. Auffallend ist die Kontinuität zwischen dieser Politik in Hannover und derjenigen, die Windthorst später in den siebziger und achtziger Jahren in Preußen trieb; ein Unterschied der Art ist nicht vorhanden, höchstens des Grades. Daß Windthorst zur Vertretung der katholischen Interessen erst durch das Zwischenglied des Welfentumsgedankens sei, läßt sich nicht behaupten; er hat im welfischen Staat genau dieselbe Kirchen- und Schulpolitik getrieben, wie später in Preußen. Nur waren die Gegensätze damals noch nicht so gewaltig, sie hielten sich noch im Hintergrunde, und so konnte sich ein dauernder Konflikt noch nicht entwickeln. Seine Haltung in konfessionellen Dingen war weder für die Regierung noch auch für die herrschende, liberal gesinnte Kammermehrheit ein Anlaß zu ernstlicher Entfremdung; es war eine Meinungsdivergenz von vorübergehender Bedeutung, welche die Eintracht auf die Länge nicht stören vermochte.

Nur ungern hatte König Ernst August 1848 in den liberalen Kurs eingelenkt, und seiner besonderen Sympathien hatte sich das Ministerium Bennigsen-Stüve nie erfreut. Jetzt häuften sich die Gegensätze. Die Vollziehung von Gesetzen, welche die Kammer nicht genehmigt hatte, wurde verzögert; feudal-reaktionäre Umtriebe am Hofe erschütterten die Stellung des Kabinetts. Während die Preussische Regierung der kurhessischen Interventionsfrage eine ablehnende Haltung nahm, stimmte der Vertreter am Bundestage, Detmold, der wahrscheinlich durch einen Spezialbefehl Ernst Augusts gedeckt, hinter dem Rücken seines Ministeriums hierin seine eigenen Wege ging, das letzte aller Märzministerien in Deutschland, reichte das Kabinett Bennigsen-Stüve seine Entlassung ein; sie wurde am 28. Ok-

\*) Stüve war darüber sehr befriedigt; vgl. Briefwechsel zwischen Stüve und Detmold, hg. von G. Stüve 1903 S. 335 und 337.

1850 genehmigt. Ein Systemwechsel sollte damit nicht verbunden sein; in das neue Ministerium Münchhausen traten die Führer der bisherigen Regierungspartei, Meyer und Lindemann, ein. Sie sollten eine Bürgschaft dafür bieten, daß die Geschäfte auch weiterhin in liberalem Geiste geführt würden.

Wie wenig sein Auftreten in streng konfessionellem Sinne Windthorsts Geltung bei den Liberalen beeinträchtigt hatte, das sollte jetzt sein schnelles Emporsteigen zeigen. Als die Stände wieder zusammentraten (12. Februar 1851), wurde er zum Präsidenten der zweiten Kammer gewählt. Im November des Jahres starb Ernst August; sein Nachfolger Georg entließ das Ministerium Münchhausen und bildete ein Kabinett, dessen Vorsitz der bisherige Bundestagsgesandte, der Freiherr von Schöle, übernahm; das Innere erhielt v. Borries, die Justiz Windthorst. Seine Ernennung war augenscheinlich eine Konzession an die Liberalen: er war übrigens der erste katholische Minister im protestantischen Hannover.

Von Anfang an machten sich im neuen Kabinette zwei Richtungen geltend, eine reaktionäre und eine liberal-verfassungstreue; Windthorst hielt sich zur zuletzt genannten. Die Ritterschaften des Landes strebten nach einer Aenderung der Verfassung von 1848, durch welche die erste Kammer ihren Charakter als einer besonderen Adelskammer verloren hatte und der Vorherrschaft des bäuerlichen Elementes ausgeliefert worden war; daneben betrieben sie die Wiederherstellung der 1848 abgeschafften Provinziallandschaften, die, mit selbständigem Gesetzgebungsrechte ausgestattet, im Gegensatz zum allgemeinen Landtage so eingerichtet waren, daß der Adel hier ganz unter sich war. Noch bei Lebzeiten Ernst Augusts hatten sie sich mit der Bitte um Restauration ihrer 1848 verlorenen Rechte an den Bundestag gewandt: der hatte sich ja durch Beschluß vom 13. August 1851 die Befugnis zugelegt, die Verfassungen der Einzelstaaten zu revidieren. Die Feudalen suchten jetzt auf Georg V. dahin zu wirken, daß er trotz des Eides, den er beim Regierungsntritte auf die neue Verfassung geleistet hatte, ihre Wünsche erfülle; sie stellten ihm vor, daß, wenn die Aenderung der Verfassung vom Bundestage ausgehe, sein Wort unverletzt bleibe. Borries und der Handelsminister von der Decken unterstützten diese Umtriebe; Schöle und Windthorst aber widersetzten sich der Einmischung des Bundes. Sie wußten, wie es scheint, zuerst den König davon zu erzeugen, daß die landesherrliche Autorität durch eine solche Intervention des Bundestages verlieren und das Vertrauen zwischen

Volk und König gestört werden würde. Auch in der Frage des Anschlusses Hannovers an den preussischen Zollverein standen sich Windthorst und Schele auf der einen, Borries und Dedek auf der andern Seite gegenüber; im österreichischen Interesse arbeiteten ihm die beiden letztgenannten entgegen, während ihn Windthorst im Hinblick auf die ökonomischen Interessen des Landes für nötig erachtete; am 23. Januar 1852 stimmte er dafür. Ein einheitliches Zusammenwirken im Kabinette war bei solchen Divergenzen unmöglich. Zunächst siegten Schele und Windthorst; Borries und Dedek erhielten am 10. April 1852 ihre Entlassung. Die Hauptleistung Windthorsts aus der Zeit seines ersten Ministeriums ist die unter seiner Regide durchgeführte Justizorganisation; sie gipfelte in der Trennung der Verwaltung von der Justiz und in der Einführung des mündlichen Verfahrens. Zwar stammte sie bereits aus der Stüveschen Zeit; aber daß sie nun perfekt wurde, war lediglich der „großen Energie“ zuzuschreiben, die der neue Justizminister entfaltete; zumal die „glückliche Erledigung der Personenfrage“ bei dieser Gelegenheit wird gerühmt.\*)

Der Erfolg, den Schele und Windthorst über Borries und Dedek davongetragen hatten, barg nicht in sich die Gewähr eines dauernden Bestandes. Die Agitation der ritterschaftlichen Kreise wurde immer ungestümer, die Haltung des Monarchen immer zweifelhafter. Das Ministerium gab sich redliche Mühe, eine Einigung zustande zu bringen. Es berief Notabeln zu einer sog. „Verständigungskommission“; es betrieb bei der Kammer eine mäßige Revision der Verfassung, um sie in Einklang „mit dem Bundesrechte“ zu setzen, in Wirklichkeit um hinsichtlich der Zusammensetzung der ersten Kammer den Wünschen der Ritterschaft entgegenzukommen; zugleich sollten die gesetzlichen Bestimmungen über die Aufhebung der Provinziallandschaften beseitigt werden, die noch gar nicht zur Ausführung gelangt waren. Windthorst trat warm für die Revision

\*) In einem offenbar offiziellen Artikel in den Grenzboten (1872, I 1, S. 507) wird Windthorst Parteilichkeit in der Regelung der Personenfrage, zumal Bevorzugung von Katholiken, Versetzung mißliebiger Protestanten an entferntere Orte, vorgeworfen. Glaubwürdig sind diese Anklagen schwerlich. Windthorst war viel zu klug, um sich durch solche Parteilichkeit in einem vorwiegend protestantischen Lande mißliebiger zu machen. Oppermann (Zur Geschichte des Kgr. Hannover 1862 II, 383), ein auf diesem Gebiet sehr unterrichteter Zeuge, weiß von solchen Dingen nichts; er rühmt im Gegenteil die Gewandtheit, die Windthorst in der Personenfrage entwidelt habe. U. a. ernannte Windthorst seinen späteren Gegner Bennigsen zum Obergerichtsassessor und Vertreter der Staatsanwaltschaft in Hannover.



ein; er machte darauf aufmerksam, daß man schwerlich, falls man sich ganz passiv verhalte, der Einmischung des Bundestages entgegen würde. Man verlangte von ihm die Erklärung, daß, wenn man die jetzt gewünschten Konzessionen mache, eine weitere Abbröckelung von der Verfassung ausgeschlossen sei; als er sie nicht geben konnte, wurden die Regierungsvorschläge abgelehnt. Die Folge der mißglückten Aktion des Kabinetts war die Auflösung der zweiten Kammer (30. Juni 1853), sowie zum Ende des Jahres der Sturz des Ministeriums selber.

Nicht ohne Einfluß auf die Entlassung Scheles und seiner Genossen war der Preussische Bundestagsgesandte Otto von Bismarck-Schönhausen. Er riet Georg V., den Bundestag anzurufen, indem er dafür die Unterstützung Preußens in Aussicht stellte. Im September 1853 wurde darauf bei ihm sondiert, ob er in das hannoversche Ministerium eintreten wolle\*); er erklärte, daß er das als geborener Preuße nur unter der Bedingung tun könne, daß Hannover in der auswärtigen Politik mit Preußen ginge. Darauf ließ der König zwar diesen Plan fallen, aber er erbat sich von Bismarck ein Gutachten über die hannoversche Verfassung und über die Schele-Windthorst'schen Abänderungsvorschläge; Bismarck mußte es alsbald in des Königs Gegenwart in einem Zimmer des Schlosses niederschreiben. Es lautet dahin, daß jene gegen das monarchische Prinzip und die Bundesverfassung verstoße, diese nicht weit genug gingen und namentlich die gerechten Ansprüche der Ritterschaften nicht befriedigten.\*\*\*) Schon die Bedingung, unter der Bismarck seine

\*) Es geschah dies durch den Minister Bacmeister, den Bismarck (Ged. und Erinn. I, 89) irrthümlich damals bereits aus dem Kabinett ausgetreten sein läßt; vgl. E. v. Meier II, 152. Meier (ebd.) meint, daß es sehr zweifelhaft sei, ob Bacmeister im Auftrage des Königs gehandelt habe, und zwar deshalb, weil Georg V. bei den bald darauf folgenden Besprechungen mit Bismarck das Projekt nicht berührt habe. Daß er das vermied, läßt sich bei der Antwort verstehen, die Bismarck kurz vorher Bacmeister gegeben hatte.

\*\*) Oppermann II, 397, Meding, Memoiren zur Zeitgeschichte I, 311, Neuerung Windthorsts im Preuß. Abgeordnetenhaus vom 29. Januar 1886 („Hat der Herr Reichskanzler denn die Szene vergessen, wo er dem verstorbenen König von Hannover ein Privatissimum darüber las, wie er die Politik zu ändern habe, und wie er das Ministerium beseitigen könne, dem ich zum ersten Male angehörte?“), nunmehr bestätigt durch Bismarck selbst, Ged. u. Erz. a. D. Eine interessante Anekdote über eine andere Einmischung Bismarcks in die hannoveranischen Verhältnisse gibt Oppermann (a. D.) „gläubhaft“ wieder. Darnach hatte Bismarck schon vorher an seinen Korpsbruder Dammers, Deputierten von Rienburg, geschrieben: „er möge doch nicht so oppositionell in der Kammer auftreten, nicht mit den Burdenschaften gemeinsame Sache machen; das ziemt sich nicht für den alten Hannoveraner Senior.“

Geneigtheit zum Uebergange in den hannoverschen Staatsdienst damals erklärte, zeigt zur Genüge, unter welchem Gesichtswinkel sich Bismarck in die inneren Verhältnisse Hannovers einmischte, nämlich unter dem des preussischen Interesses. Wiewohl er jetzt das Recht der hannoverschen Ritterschaft ausdrücklich anerkannte, hatte er zwei Jahre zuvor (Oktober 1851) seiner Regierung den Rat erteilt, gegen die Ritterschaft das liberale Ministerium Münchhausen anzuerkennen, da er dessen Bestand für den Anschluß Hannovers an den Zollverein für günstig erachtete. Jetzt nahm er eine entgegen gesetzte Haltung ein; er schürte den Verfassungstreit, da er davon eine Schwächung der Autorität Georgs V. und der hannoverschen Aktionsfähigkeit erwartete.

Nach seiner Entlassung zog sich Windthorst nach Osnabrück zurück; hier nahm er die frühere Tätigkeit als Anwalt wieder auf. Für den kirchlichen Eifer, der ihn jederzeit belebte, zeugen der Anteil, den er in jenen Jahren an der Wiederherstellung der Diözese Osnabrück (1857) nahm, sowie seine eifrige Mitarbeit an der deutschen Volkshalle in Köln, dem damaligen Hauptorgane des politischen Katholizismus in Deutschland; er ließ daselbst zahlreich Artikel erscheinen, die, wie ein Parteigenosse sagt, „ebenso gründlich wie geistvoll die Rechte und Anschauungen der Katholiken verteidigten“ und bei den Mitgliedern des deutschen Episkopates auf fielen und Anerkennung fanden.\*) In der Kammer schlug er sich zur Opposition gegen die reaktionären Ministerien Lütken (bis 1855) und Rielmannssegge-Borries. Unter der Autorisation des Bundestages wurden die dem Könige mißliebigen Verfassungsgesetze aus den Jahren 1848 bis 1851 aufgehoben; dazu kam der Streik um die Erhöhung der Krondotation. Zweimal verfiel die zweite Kammer dem Schicksale der Auflösung (1855 und 1856); nach dem zweiten wurde der parlamentarischen Tätigkeit Windthorsts durch die sog. „Ausführungsverordnung zum Staatsdienergesetze“ ein Ende gemacht, nach welcher auch pensionierte Staatsdiener zum Eintritte in die Kammer die Erlaubnis des Königs einholen mußten. Zwar wurde Windthorst wieder gewählt; aber Georg V. verbot ihm die Ausübung des Mandates. Durch den unerhörten Druck, den Borries ausübte, kam jetzt allerdings eine gefügige Kammernmehrheit zustande, mit deren Hilfe eine Regierung geführt werden konnte, die in Wahrheit eine Kette von Rechtsverletzungen war.

\*) Hübner S. 357.

Führung der in die Minderheit gedrängten Opposition übernahm jetzt Bennigsen; es scheint, als ob sich im Laufe der nächsten Jahre die Beziehungen Windthorsts zu ihr gelockert hätten.

Bis 1862 dauerte das Regime Bories; am 21. August dieses Jahres erteilte Georg V. dem Minister von Goslar aus seine Demission. Von hier begab sich der Monarch nach Osnabrück, wo er die Exminister Stübe und Windthorst mit besonderer Auszeichnung behandelte; mit diesem knüpfte er Verhandlungen an, die einen Wiedereintritt in den Staatsdienst betrafen. Am 10. Dezember wurde ein neues Kabinett gebildet, worin Graf Platen den Vorsitz führte und Windthorst abermals die Justiz übernahm. In der deutschen Frage, die durch die Wirksamkeit des Nationalvereins abermals wieder in den Vordergrund trat, hielt Windthorst am deutschen Standpunkte fest; was seine allgemeine politische Richtung anbelangte, so wurde er wohl noch zu den Liberalen gerechnet, entsagte diese aber bald durch sein Auftreten. Die Wahlen von 1863 brachten, da sie ohne Druck von oben verliefen, eine liberale Mehrheit in der zweiten Kammer, die nach Beseitigung der reaktionären Errungenschaften der fünfziger Jahre und nach Wiedereinstellung der Verfassung strebte. Windthorst wußte, daß Georg V. solchen Konzessionen abgeneigt war. Das Kabinett konnte dem Könige nur die Genehmigung zu einem Entwurfe abringen, durch den das Wahlrecht für die zweite Kammer unter Herabsetzung des Alterszusatzes erweitert wurde; nachdem der Landtag zugestimmt hatte, hob der Monarch indes die Unterzeichnung hinaus. Energisch stellte ihm Windthorst die Notwendigkeit der Vollziehung vor; Georg V. nahm das sehr übel auf. Zwar hielt er den Minister zunächst für konservativ; er hatte aber zu ihm kein rechtes persönliches Vertrauen und war jedenfalls der Ansicht, es sei nicht mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß sich Windthorst seinen Direktiven und Intentionen immer unbedingt unterordne. Er blieb bei seiner lehrenden Haltung, und als er gar (21. September 1865) Bories wieder in Gnaden aufnahm, indem er ihn zum Präsidenten des Staatsrates ernannte, gab Windthorst abermals seine Demission. Er ließ sich in Hannover als Rechtsanwalt nieder; schon im Mai 1866 aber wurde er zum Kronoberanwalt (d. h. Oberstaatsanwalt) am Oberappellationsgerichte zu Celle berufen. Kaum hatte er diese Stellung angetreten, da brach das welfische Staatswesen zusammen. Georg V. verließ das Land seiner Väter, welches nunmehr dem Preussischen Staatsgebiete einverleibt wurde.

## II.

In seinem Amte verbleibend, trat Windthorst nach der Oeffnung Hannovers zuerst in den preußischen Staatsdienst über. Schnell war es freilich seine Absicht, in der Gebundenheit durch die Pflichten, die dem Beamten auferlegt sind, der Entwicklung der Zeit zuzusehen. Anfang 1867 schied er mit der gesetzlichen Pension aus seiner Stellung aus, um als Bevollmächtigter Georgs V. die Verhandlungen über dessen Abfindung mit der preußischen Regierung zu führen. Seinen Bemühungen war der Vertrag vom 29. September 1867 zuzuschreiben, durch den dem Könige eine Apanage von 700000 Thl. und zu deren Deckung ein Kapital von 16000000 Thl. bewilligt wurden, — ein Abkommen, das allerdings, wie bekannt ist, alsbald wegen der welfischen Agitation suspendiert wurde. Wie sein ehemaliger Herrscher, so auch mochte er hoffen, daß die internationale Lage über kurz oder lang die Wiederherstellung des Welfenreiches begünstigen würde; inzwischen beschloß er, die welfische Sache auf dem Boden zu vertreten, auf den ihn persönliche Erfahrungen und langjährige Erfahrungen wiesen, — im Parlament. Er dachte anders wie viele seiner Landsleute, welche die politischen Zustände für rechtlos erklärten und daher jede Beteiligung am politischen Leben ablehnten. Er verglich diese Abstinenzpolitiker mit Menschen, welche die Eisenbahn für eine Erfindung des Teufels ansahen und daher zu benutzen verschmähten; er selbst dagegen fügte er hinzu, besteige die Lokomotive, um sie zu lenken, wenn er wollte. So ließ er sich denn 1867 sowohl für den konstituierten Norddeutschen Reichstag, als auch für das Abgeordnetenhaus der Provinz Westphalen im Wahlkreise Meppen-Lingen-Bentheim zum Abgeordneten wählen.

Der Eintritt Windthorsts in die parlamentarische Thätigkeit nunmehr in größerer Sphäre vollzog sich unter den denkbar günstigsten Umständen. Durch die Verhandlungen, die er für die Vermögensinteressen Georgs V. führte, hatte er mancherlei Beziehungen zu einflußreichen Stellen und Persönlichkeiten im preußischen Leben gewonnen. Man nahm keinen Anstoß an seiner Anhänglichkeit an das angestammte Herrscherhaus; war man doch an maßgebenden Orten geneigt, die „treuen Hannoveraner“ persönlich hoch zu schätzen, als diejenigen Männer, die sich aus vollem Herzen den neuen Verhältnissen schickten. Kurz nach der Eröffnung des Reichstages

\*) Näheres über seine Wirksamkeit in dieser Angelegenheit bei C. A. v. Thun, Das Preussische Verfahren in der Vermögenssache des Königs von Hannover, Wien 1869.

nentes sagte die Königin Augusta zu ihm bei einem Empfange der Abgeordneten im königlichen Schlosse: „Wir sind von Ihrer hohen Begabung überzeugt und wünschen, daß Sie dem Vaterlande Ihre Kräfte widmen möchten; in welcher Weise dies geschehen soll, das überläßt Se. Majestät Ihnen selbst zu bestimmen.“ Noch in den letzten Jahren seines Lebens hat Windthorst selbst erzählt, daß ihm die Königin damals einen „hohen Posten“ angeboten habe. Und auch im Parlamente selbst ward ihm ein nicht unfreundlicher Empfang zuteil. Aus der Zeit seiner Opposition in Hannover umgab ihn ein gewisser Nimbus des Liberalismus. Der Führer der Fortschritts-Partei, Waldeck, hatte mit ihm manche Berührungspunkte, so vor allem die gemeinsame westfälische Heimat und die gemeinsame katholische Ueberzeugung: „Waldeck scheint in ihm fast ein nur etwas gemäßigteres demokratisches Gegenstück zu sich selbst gesehen zu haben.“\*)

Keine der damals bestehenden Fraktionen war geeignet, Windthorst zum Beitritte einzuladen. Für die Konservativen war er, was seine Stellung zu den Verfassungsfragen anbelangte, zu liberal; von der großen Mehrheit der Liberalen trennte ihn seine Weltanschauung, — von Konservativen und Liberalen zugleich seine großdeutsch-welfische Gesinnung. Eine parlamentarische Vertretung der Katholiken fehlte damals. Die Fraktion Reichensperger, die es in der Konfliktzeit übrigens mit der Regierung gehalten hatte, war verschwunden; mehrere sehr angesehene katholische Abgeordnete schlossen sich jetzt unter dem Einflusse Savignys der neuen „freikonservativen“ Partei an. Zusammen mit etwa sechzehn Partikularisten, Welfen, Schleswig-Holsteinern und einem Oldenburger, gründete Windthorst daher eine eigene Partei, den „bundesstaatlich-constitutionellen Verein“; es gehörten diesem seine früheren hannoverschen Ministerkollegen Münchhausen und Ergleben, sowie der ehemalige preussische Ministerresident Schleiden an; als einziger Altpreuße schloß sich ihm Hermann von Mallinckrodt an. Windthorst wurde „Präsident“ der Vereinigung; er entfaltete alsbald sein unvergleichliches parlamentarisches Talent. Innerlich am nächsten stand ihm Mallinckrodt, der sofort erkannte, welcher Gewinn der hannoversche Exminister für die Opposition gegen die neuen Zustände war. „Windthorst“, so schrieb er seinem Schwager, „ist sehr echt und sehr bedeutend und sehr wichtig und eine Brücke zur Verbindung mit großdeutschen, nicht-katholischen Elementen.“

\*) Grenzboten 1872, S. 510.

Gerade dieses Moment wurde für die nächste Zeit von Bedeutung, die Verbindung des katholischen und des großdeutschen Elementes. Windthorst machte kein Hehl daraus, daß er das Ausscheiden Oesterreichs aus Deutschland, wie es durch den Krieg von 1866 bewirkt worden war, gerade vom katholischen Standpunkte aus bedauerte. Offen sprach er vor Bennisgen aus, „daß er von den Standpunkte der Interessen der katholischen Kirche, der Interessen der Katholikenkorporation und der einzelnen katholischen Staatsbürger mit der größten Sorge dieses Ausscheiden von Oesterreich aus dem Deutschen Reiche sehe“. Aus demselben Grunde hatten eine große Menge der preussischen Katholiken, zumal des Westens, den „Bruderkrieg“ von 1866 mißbilligt, und sie vermochten sich seinen Folgen noch lange nicht auszusöhnen. Sie besorgten, daß der neue Bundesstaat, je mehr sein Schwerpunkt in Preußen lag, als eine Art von Großpreußen einen ausgesprochen protestantischen Charakter annehmen würde: daher war ihr Sinnen und Trachten darauf gerichtet, dem Bunde einen stark föderativen Charakter zu bewahren: Kampf gegen jede Zentralisation, welche ja doch der Subsidiarität Preußen zugute kommen würde, möglichst vollkommene Selbständigkeit der Einzelstaaten und daher tunlichste Beschränkung der materiellen Bundeskompetenz, sowie nach der formalen Seite hin eine Organisation der Bundesgewalt, derzufolge die Prärogative einer weitgehenden parlamentarischen Bevormundung unterworfen würde, — durch Einführung liberal-konstitutioneller Verfassungsformen, nämlich eines verantwortlichen Bundesministeriums, eines Zweikammersystems, ausgedehnten parlamentarischen Bundesrechtes, eines Bundesgerichtes zur Schlichtung von Zwistigkeiten unter den Bundesgliedern, sowie von Verfassungsstreitigkeiten, „damit nicht in solchen Angelegenheiten die Macht [d. h. Preußen] anstatt des Rechtes entscheide.“ Oberhaus und verantwortliches Reichsministerium waren ja durch Bismarck bereits aus Bücherschen Entwürfe gestrichen worden, da sie ihm den partikularistischen und parlamentarischen Tendenzen allzugroßen Einfluß gestatten schienen; eben deshalb wurden sie freilich von Windthorst und seiner Fraktion gefordert. Indem sie nach Kräften für die Interessen der katholischen Kirche zu sorgen strebten, traten sie den Antrag ein, die Artikel der Preussischen Verfassung über die Unabhängigkeit der evangelischen und katholischen Kirche in der norddeutschen Bundesverfassung zu übernehmen; die Mehrheit des Reichstages verhielt sich dagegen ablehnend. Mit bemerkenswerter

Gründen bekämpfte Windthorst damals das geheime Stimmrecht: „Ich für meinen Teil bin entschieden für die öffentliche Stimmgabe, und alle, die dagegen kämpfen, geben damit das direkteste Zeugnis gegen die Zulässigkeit des allgemeinen direkten Wahlrechtes. Denn wenn die sozialen und sonstigen Verhältnisse noch nicht erlauben, die öffentliche Stimmgabe einzuführen, dann erlauben sie auch noch nicht, den Leuten das allgemeine direkte Stimmrecht in die Hand zu geben.“ Die Bundesverfassung in der Form, wie sie schließlich aus den parlamentarischen Beratungen hervorging, mit der Institution von Bundesrat und Bundeskanzler, diesem „Großvezirate“, ohne entsprechende Garantien für die „Freiheit der Kirche“ war für Windthorst unannehmbar; mit Mallinckrodt und Reichensperger stimmte er dagegen.

Wie von jeher, so war der konfessionelle Einschlag seiner Politik unverkennbar; aber vorwiegend war sie doch damals noch durch das großdeutsch-partikularistische Moment charakterisiert. Die föderativen Tendenzen waren bei ihm noch viel schärfer ausgebildet, wie bei Mallinckrodt. Zwar bekämpften beide Ende 1869 den Miquelschen Antrag betreffend die Ausdehnung der Kompetenz des Norddeutschen Bundes auf das gesamte bürgerliche Recht; doch waltete zwischen ihnen der Unterschied ob, daß Windthorst im Gegensatz zum Freunde sogar die Berechtigung zur Erweiterung der Kompetenz auf Grund von Artikel 78 der Verfassung aus formellen Gründen bestritt. Daß auch da die Besorgnis vor einer preußischen Machterhöhung das treibende Motiv war, sprach Mallinckrodt geradezu aus: „Man tröstet sich mit dem Sage: durch die Einheit zur Freiheit. Aber die Herren scheinen mir nicht genügend aufmerksam darauf zu sein, daß inzwischen die Freiheit an die Bajonette des Militärstaates zu hängen kommt.“ Ward es schon damals offenbar, daß das Werk Bismarcks, die Reichsgründung, in der Form, wie er sie haben wollte, in Windthorst einen grundsätzlichen Widersacher fand, so verkehrten doch beide gesellschaftlich auf dem Fuße persönlicher Achtung. Windthorst nahm Teil an den parlamentarischen Abenden, die Bismarck 1869 veranstaltete, und es kam vor, daß sie Meinungsverschiedenheiten scherzweise erörterten.

Wenn Mallinckrodt dem Beitritte Windthorsts zur Opposition deshalb besonderen Wert beilegte, weil er als eine Brücke der Vermittlung zwischen den katholischen und nichtkatholischen Elementen großdeutscher Gesinnung zu dienen geeignet sei, so ward sein Vertrauen auf Windthorst in diesem Punkte durch das Zollparlament

von 1868 glänzend gerechtfertigt. Um den katholischen Weltschmerz scharten sich alle katholischen und partikularistischen Elemente sowohl aus dem Süden, wie auch aus dem Norden. Wie einer der Süddeutschen bemerkte, lag „eine Amalgamie“ nicht nur in seiner Politik, sondern auch „in seiner Natur und Wesenheit“: „In ihm waren die beiden, sich nicht immer gleichmäßig fühlenden Völkertypen [d. i. der Nord- und Süddeutschen] derart in einander aufgegangen, daß keiner ihrer Vertreter jemals in ihm den Landsmann vermist.“ Als die „Süddeutsche Fraktion“ im Hotel zum Petersburger Hof gegründet wurde, da war er zugegen; er trat als Hospitant an, da er als Hannoveraner nicht Mitglied werden konnte, und bot sich als Ratgeber in den für die Süddeutschen unbekannten parlamentarischen Verhältnissen Preußens an. „Es war eine sehr gemischte Gesellschaft, welche sich unter dem abgetragenen großdeutschen Fittchen zusammenfand: die bayerischen Reichsräte, die badischen und bayerischen Ultramontanen, die sächsischen Sozialdemokraten, mit Bebel und Liebknecht, gleichfalls als Hospitanten, wie Windthorst. Wer weiß, ob ohne ihn das nachherige Zentrum sich nicht landsmannschaftlich geteilt hätte oder unter diesem Titel allmählich auseinander gegangen wäre? Er aber wußte sie alle mit wunderbarer Klugheit und Geschicklichkeit zusammenzuhalten, die in Bismarck und Preußen ihre natürlichen Gegner sahen: Norddeutsche und Süddeutsche, Katholiken und Protestanten.“ Und schon ermahnte er die Süddeutschen zum Widerstande gegen ihre liberalen oder preußenfreundlichen Regierungen. Mit Sepp ging er „schon Arm in Arm, um ihn zu fragen, weshalb man nicht in Bayern das liberale Ministerium Hohenlohe beseitigen wolle“. Wenn ihm Sepp darauf die Gegenfrage stellte, ob eventuell Hohenlohes Nachfolger als Ministerpräsident von Bayern werden wolle, so war das vollkommen ernst gemeint. In demselben Sinne drang in ihn Schäßle, und nach Jörgs Zeugnis „hätte man im Petersburger Hofe (d. h. bei der süddeutschen Fraktion) dazu keine Eifersucht gefannt, wenn Windthorst an die Spitze des bayerischen Ministeriums berufen worden wäre“. Windthorst antwortete aber verneinend; ob sein Bescheid ebenso gelautet hätte, wenn eine wirkliche Anfrage an ihn gelangt wäre?\*)

Politischer Art waren die Ziele, die Windthorst damals in erster Reihe verfolgte; daher wollte er nach Möglichkeit alles vermeiden sehen, was die Einigkeit im katholischen Lager stören, \*

\*) Hohenlohe (Denkwürdigkeiten I, 319 f.) meint, man hätte sogar mit Windthorst unterhandelt.



eine Entfremdung zwischen den katholischen und protestantischen Partikularisten hervorrufen konnte. Schon deshalb konnte ihm gewiß nichts unerwünschter kommen, als die Vorbereitungen zur Proklamierung des Dogmas der Unfehlbarkeit, die damals auf dem Vatikanischen Konzil betrieben wurden. Windthorst gehörte mit den Gebrüdern Reichensperger zu denjenigen Katholiken, die sich dadurch aufs höchste beunruhigt fühlten. Es bildete sich ein engeres Komitee, dem außer Windthorst u. a. auch Peter Reichensperger, sowie Jörg angehörten. Am 17. Juni 1869 versammelten sich achtundzwanzig katholische Männer in Berlin, die hier aus Anlaß des Zollparlaments verweilten. Es wurde auf diesem sog. „Laienkonzile“ beschlossen, an die deutschen Bischöfe eine Vorstellung zu richten, die Bedenken, die in weiten Kreisen der deutschen Katholiken gegen die Erklärung des Dogmas vorherrschten, auf dem Vatikanum vorzutragen. Gegen diejenigen, welche zu energischerem Vorgehen geneigt waren, gewann die Ansicht die Oberhand, daß man erst die Bischöfe vertraulich anfragen sollte, in welcher Form ihnen die Resolution übermittelt werden sollte. Darauf wurde der Wunsch geäußert, daß weder Unterschriften gesammelt, noch in der Presse Mitteilung von dem geplanten Schritte gemacht, sondern die Eingabe ganz vertraulich und im geheimen den Bischöfen in Fulda zugestellt würde, wo sie gerade tagten. Eine Aktion so zahmen Charakters konnte einen Einfluß auf den Gang der Dinge nicht haben.

Man kann die Frage aufwerfen, von welchen Motiven sich Windthorst bei seinem Widerspruche gegen das Dogma leiten ließ. Unter allen Umständen hielt er es für „inopportun“. Er fürchtete, daß es einen Kampf entfesseln, daß dieser die Opposition schwächen könnte, die sich um ihn geschart hatte, daß der Protestantismus und die preußische Regierung den widerstrebenden Elementen innerhalb des Katholizismus zu Hilfe kommen, „und daß weder der Klerus, noch der katholische Adel überall, bei der zermalmenden Natur des preussischen Staatswesens, einem solchen Ansturm gewachsen sein würden“. Er sah sich aber seine Opposition gegen das Dogma auf die Bestreitung der „Opportunität“ der Proklamation beschränkt? So hat er nachher selbst erklärt und hinzugefügt: „In der Sache selbst, über den Inhalt des Dogmas, habe ich damals ein festes Urteil nicht geäußert. Dazu bin ich nicht Theologe genug und hatte notwendig, mich darüber erst zu unterrichten.“ Diese Aeußerung ist stark verfeinert; klipp und klar, das kann man aus ihr herauslesen, wollte konnte Windthorst zum mindesten nicht in Abrede stellen, daß

seine Stellung zum Dogma von vornherein nicht frei von Bedenken war. Noch im Winter 1869/70 meinte er, das sei eine Sache, welche die Gewissen Tausender mit Qual und Sorge erfülle. Er schien zu den Männern zu gehören, „welche die Dogmatifizierung der Unfehlbarkeit und des Universalpäpistopats als einen Bruch mit Lehre und Verfassung der Kirche betrachteten“; er versicherte: „Auch wenn sie mir den Kopf abschlagen, ich glaube nicht an die Unfehlbarkeit.“\*) Am 18. Juli 1870 fiel der Spruch des Konzils. „Ich habe“, so stellte er Anfang 1874 seinen Standpunkt im Abgeordnetenhaus fest, „nachdem das Konzil gesprochen, für mich als Katholik die Ueberzeugung, daß das, was dasselbe gesprochen hat, die wahre und richtige Lehre der katholischen Kirche ist. Ich will mich daran festhalten und mich in keiner Weise beirren lassen.“ Aber es scheint doch zweifelhaft, ob er zu diesem Standpunkte so schnell gelangt ist. Nach dem berühmten Diner bei Savigny, auf dem Ende 1870 die Gründung der Zentrumspartei verhandelt wurde, ließ sich Windthorst vom Breslauer Kanonikus Dr. Künzer nach Hause bringen; Künzer erzählt darüber:\*\*) „Ich begleitete Windthorst nach Hause, tröstete ihn wegen seiner Zweifel an der päpstlichen Unfehlbarkeit und suchte seinen Ingrimm gegen die Jesuiten, die für schuldig an allem erklärte, und gegen deren Vertreibung keinen Finger rühren würde, zu besänftigen.“ Einer von den Biographen Windthorsts, der auf dem politischen Standpunkte kein Heldens steht, erkennt an, daß dem nicht widersprochen ist, und begnügt sich mit der Bemerkung:\*\*\*) „Wenn Windthorst das nicht gesagt hat, dann hat er es später, 1872 und alle die folgenden Jahre, auch reichlich wieder gutgemacht.“ Jedenfalls wird kein Widerspruch erheben dürfen, wenn von „wohlunterrichteter und glaubhafter Seite“ versichert wird: „Wenn es auf ihn angekommen wäre, hätte das Konzil den Ausspruch nicht getan.“

### III.

Für einen Mann der Organisation und der Tat, wie Windthorst es war, war nichts geeigneter, die Frage der Unfehlbarkeit in den Hintergrund treten zu lassen, als die Bildung der Zentrumspartei, die sich eben damals vollzog, und der dadurch eröffnete Kampf.

\*) F. Stieve, Abhandlungen u. s. w. 1900, S. 368 und 377 f.

\*\*) Vgl. Schultheß, Geschichtskalender 1874, S. 36.

\*\*\*) Knopp S. 274, Hüsken setzt sich weder mit den Berichten Künzers noch Stievers auseinander.

der Preussischen Regierung. Es ist für das bessere Verständnis dieses Vorganges erforderlich, einen kurzen Rückblick auf die kirchenpolitische Entwicklung Preußens seit 1848 zu werfen. \*)

Als im Jahre 1848 „Freiheit“ die allgemeine Losung war, da erscholl auch der Ruf nach „Freiheit der Kirche“, nach Emanzipation der Kirche von der Obergewalt des Staates und der Bureaucratie zu voller Selbstregierung. Die wahre Konsequenz dieses Verlangens war freilich die Trennung von Staat und Kirche, und in diesem Sinne waren auch die Radikalen für die Trennung von Staat und Kirche, indem sie die bisher staatlich anerkannten und privilegierten Kirchen ganz ebenso, wie alle anderen Religionsgesellschaften, behandelt wissen wollten. Daran aber lag den hierarchischen Organen nichts. Auf der Versammlung der Bischöfe des Kölner Metropolitansprengels, die im Mai 1848 unter Geißels Vorsitz tagte, wurde das Programm vereinbart, das fortan für die kirchlichen Forderungen maßgebend ward. Nicht Trennung des Staates von der Kirche wurde gefordert — denn man brauchte allzu sehr den Arm des Staates —, sondern Aufhebung des staatlichen Aufsichtsrechtes. Man wollte auch nicht auf die Herrschaft über die Schule verzichten, sondern sich diese erst recht durch die Vermittlung des Staates sichern. Als sich der Bischof Müller von Münster für völlige Schulfreiheit aussprach, indem er zugleich die Herausgabe der beschlagnahmten Kirchen- und Schulfonds verlangte, stellte Geißel vielmehr die Errichtung eines besonderen katholischen Kultusministeriums als das erstrebenswerte Ziel auf. Etwas Ähnliches bestand ja bereits in Preußen, die sogenannte „katholische Abtheilung“ im Kultusministerium, die ihrer Haltung zufolge Vielen weniger als eine staatliche Behörde, wie vielmehr als ein Organ der Kirche zur Wahrnehmung ihrer Interessen im Schooße des Ministeriums erschien.

Alle Mittel, welche die neuen liberalen Verfassungsformen, aber auch die vertraulichen Beziehungen zu den alten Machthabern, den Höfen und Regierungen, boten, wurden benutzt, um der Kirche die ersehnte „Freiheit“ zu erringen. Im Frankfurter Reichstage bildete sich, als der dritte Artikel der Grundrechte (betreffend die religiösen Rechte der Staatsbürger) beraten wurde, der katholische Klub, 30 bis 40 Abgeordnete, unter dem Voritze von Radomiz, keine be-

\*) Pfütz, Cardinal Geißel I, 521 ff. und 529 ff., Pastor, Reichensperger I 261 und Struck, Preuß. Jahrb. 111, S. 116 ff.

sondere Partei, aber nicht ohne Einfluß auf die einzelnen Parteien. Nur unvollkommen drang er freilich durch. Zwar wurde beschlossen, daß jede Religionsgesellschaft ihre Angelegenheiten selbständig ordnen und verwalten dürfe; es wurde jedoch der Zusatz hinzugefügt, daß sie „den Staatsgesetzen unterworfen bleibe.“ Er war nicht ohne Bedenken, wie Döllinger fand: denn unter „Staatsgesetzen“ konnte man auch solche verstehen, die sich auf religiöse Angelegenheiten bezogen, also auch solche staatskirchlicher Natur, „wo es dann mit der kirchlichen Freiheit ein Ende hätte.“ Immerhin widersprach die Auslegung „der Entwicklung, womit der Antragsteller seinen Antrag begleitete“. Aber sie war nach dem Wortlaute nicht strikt ausgeschlossen, und so war man in den kirchlichen Kreisen mit dem Artikel nicht recht zufrieden. Größeren Nutzen hatte man von anderen liberalen Errungenschaften, wie von der Vereins- und Versammlungsfreiheit. Volksvereine wurden in großer Anzahl gegründet. Im Oktober tagte die erste Generalversammlung der deutschen Katholiken in Mainz. Ihr folgte wenige Wochen später die Versammlung der deutschen Bischöfe zu Würzburg; sie wiederholten die Forderung, welche auf der Kölner Partikularversammlung ausgesprochen war: nicht Trennung von Staat und Kirche, sondern Freiheit der Kirche. Und alsbald wurde diese Parole in Preußen verwirklicht. Matthias Aulick, der Direktor der katholischen Abteilung, die dem hinwiederum Geißel stand, brachte bei seinem Landtagskollegen Waldeck zustande, daß dieser in seinen Verfassungsentwurf einen Passus aufnahm, der dem dritten Artikel der Frankfurter Grundrechte unter Fortlassung des der Kirche anstößigen Zusatzes entsprach. Durch seinen Einfluß bei Krone und Regierung bewirkte Geißel hinwiederum, daß diese und einige anderen Festsetzungen, die in ähnlichem Geiste gehalten waren, Aufnahme in die oktroyierte Verfassung vom 5. Dezember 1848 fanden; von da gingen sie in die Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 (Artikel 15, 16 und 17) über. Es war durch sie und die dazu gehörigen Ausführungsbestimmungen, zumal in der Schulfrage, ein Rechtszustand geschaffen, den Bismarck später dem Bischöfe von Ketteler gegenüber, als die Forderung ihrer Verpflanzung in die Reichsverfassung begehrte, „als ein staatsverfassungsmäßiges Recht seiner Kirche, d. h. der Geistlichkeit, auf Verfügung über den weltlichen Arm“ kennzeichnete.

\*) Majunko, Geschichte des Kulturkampfes, S. 6, 16, 20. Mejer, Naturgeschichte des Zentrums. 1882, S. 28.

Unter keinem Hohenzollern war die Lage der katholischen Kirche in Preußen eine bessere, als unter Friedrich Wilhelm IV.; er hat ihr KonzeSSIONen gewährt, wie sie selbst in katholischen Ländern unbekannt waren. Aber man erblickte darin nichts als ein gutes Recht, und man leitete daraus nicht etwa irgendwelche besondern Verbindlichkeiten gegen Preußen ab. Ist doch gerade von dieser Seite der stärkste Widerstand gegen die deutschen Pläne Friedrich Wilhelms IV. ausgegangen, und der Umstand, daß der streng-katholische Radomiz der Hauptberater des Königs in der deutschen Frage und eine zeitlang der Leiter der preußischen Politik war, hat diese Kreise in ihrem Widerstande gegen die deutschen Hegemoniebestrebungen Preußens und die Unionspolitik nicht zu beirren vermocht. Die Kurie war mit den kirchlichen Verhältnissen in Preußen sehr zufrieden. Als ein hochgestellter englischer Staatsmann Antonelli fragte, was seine Regierung für die irischen Katholiken tun solle, entgegnete der Kardinalstaatssekretär: „Führen Sie nur die preußischen Kirchengesetze ein!“ Auch Pius IX. äußerte vor 1870: in Preußen befinde sich die katholische Kirche besser als anderswo. Trotzdem bildete sich schon in der Frühzeit des preußischen Parlamentarismus (1852) eine besondere „katholische Fraktion“, 63 Abgeordnete stark, unter Führung der Brüder Reichensperger. Den Anlaß dazu gab ein Versuch des Kultusministers Raumer, die Propaganda und den Einfluß der Jesuiten zu beschränken, nämlich der Erlaß (vom 22. Mai 1852) über die Beaufsichtigung der Volksmissionen und das Verbot (vom 16. Juli) des Studiums am Collegium Germanicum. In den fünfziger Jahren zählte die neue Partei über ein halbes Hundert Mitglieder; in der Konfliktzeit sank sie (1862) auf 27 und später (1866) auf fünf herab; 1867 verschwand sie, wie schon erwähnt wurde, gänzlich. Aus den bestehenden kirchenpolitischen Zuständen konnte sie einen Grund für ihre Existenzberechtigung nicht ableiten; der Katholizismus war bis zu einem gewissen Grade das Aushängeschild, unter dem sie, Westfalen und Rheinländer, ihre partikularistischen und preußenfeindlichen Tendenzen erstreckten. Und gerade jetzt, da die politische Organisation des Katholizismus in Preußen also zu bestehen aufgehört hatte, sollte er plötzlich wieder aufleben und zu einer früher unerreichten und ungeahnten Bedeutung gelangen.

Schon in der Paulskirche hatte sich der Gegensatz der Bekenntnisse und der Weltanschauungen geltend gemacht; in den sechziger Jahren spitzte er sich scharf zu. Gewisse Aktionen der Kirche, zu-

mal der Syllabus von 1864, wurden als Demonstrationen, als Akte der Feindseligkeit gegen den Geist des Protestantismus und der modernen Weltanschauung aufgefaßt. Als im Sommer 1869 eine Niederlassung der Dominikaner in Moabit gegründet wurde, kam es zu Ausschreitungen. Man fürchtete eine Ueberschwemmung des Landes mit Klöstern, und Petitionen wurden beim Abgeordnetenhaus eingereicht; die Mehrheit der Petitionskommission bekundete ihre Abneigung gegen das Klosterwesen. Wenn Windthorst und seine Genossen die Uebernahme von Artikel 15 usw. aus der preußischen Verfassung in die des Norddeutschen Bundes betrieben, so verlangte man auf der anderen Seite die Streichung dieser Bestimmungen für Preußen. Alle diese Momente, nicht minder die steigende Erregung über das Infallibilitätsdogma ließen eine Ausrückung kirchenpolitischer Kämpfe voraussehen. Man war auf katholischer Seite der Meinung, daß man dabei die Regierung gegen sich haben würde, daß daher eine Erneuerung der katholischen Fraktion im kirchlichen Interesse liege, und daß dieses jedenfalls bei den bevorstehenden Wahlen zum Landtage maßgebend sein müsse. Im Frühjahr fand eine „Besprechung katholischer Männer aus den verschiedenen Teilen des Landes“ in Berlin statt; in dem Wahlprogramm, das daſelbſt aufgestellt wurde, fanden sich die alten „liberalen“ Forderungen der Beschränkung der Dienstzeit und der militärischen Ausgaben, sowie der Durchführung der Selbstverwaltung; vor allem aber wurde begehrt die Aufrechterhaltung der Verfassungsartikel über die „Freiheit“ der Kirche, eines streng konfessionellen Volksschulunterrichts und endlich die Statuierung des föderativen Charakters der Bundesverfassung. In einem Artikel, der aus der Feder Peter Reichenspergers stammte und am 11. Juni 1870 in der „Kölnischen Volkszeitung“ erschien, wurde dieses Programm öffentlich verkündigt: es wurde auf einer Versammlung der katholischen Volksvereine in der Rheinlanden und Westfalen zu Essen (29. Juni), sowie in einer Wahlversammlung der westfälischen Katholiken zu Soest (28. Oktober) angenommen, präzisiert und um einige sozialpolitische Sätze zum Schutze des Mittelstandes und des Arbeiterstandes bereichert. Mehr als ein halbes Hundert Abgeordnete wurden im Herbst auf dieses Programm hin gewählt.

Am 27. November trat der neue Landtag zusammen. Sofort wurde der Versuch gemacht, die auf das erwähnte Programm gewählten Abgeordneten zu einer Partei zu sammeln. Im Hause Savignys fanden bei Gelegenheit eines Diners

vertrauliche Vorbesprechungen statt. Der geistliche Rat Müller trat für eine einfache Erneuerung der alten „katholischen Fraktion“ ein. Es wird berichtet, daß die anwesenden Parlamentarier davor warnten, zumal Windthorst und Peter Reichensperger; dieser sagte von der Bildung einer solchen Fraktion laut über die ganze Tafel: „Das wäre ein großes Unglück für uns Katholiken.“ Auf der andern Seite soll August Reichensperger den Rat „eines gut katholischen Mitgliebes“, auf die Bildung einer eigenen Partei zu verzichten, energisch bekämpft haben. Der Hergang dürfte sich wohl so abgespielt haben, daß man — von wenigen Ausnahmen abgesehen — darüber zwar einig war, wie sehr man eine besondere Fraktion brauche, daß die Parlamentarier es aber für unangebracht hielten, ihren konfessionellen Charakter schon durch den Namen zum Ausdruck zu bringen. In der Tat wurde noch am selben Abende — in Abwesenheit Windthorsts, der inzwischen nach Hause gegangen war — der Beschluß gefaßt, zu einer neuen Partei christlich-konservativer Richtung zusammenzutreten. Mallindrodt, der zuerst für die Bezeichnung „katholische Volkspartei“ eingetreten war, plädierte in der Folgezeit für den Namen „konservative Volkspartei“ und fand dafür die Zustimmung Savignys, Windthorsts und Schorlemers; auch davon nahm man Abstand, da man besorgte, es könnten daraus Mißverständnisse entstehen; auf den Vorschlag Savignys und A. Reichenspergers wählte man schließlich die farblose Benennung „Zentrumsfraktion (Verfassungspartei)“. Am Abende des 13. Dezember wurde die Konstituierung der neuen Partei vollzogen; es traten ihr sofort 48 Abgeordnete bei, zu denen sich bald darauf noch sechs andere gesellten, darunter Windthorst.

Wiewohl er an den Vorberatungen in allen Stadien teilgenommen hatte, hielt sich Windthorst von der neuen Partei zuerst fern, angeblich um sie nicht dem Verdachte „welfischer Bestrebungen“ auszusetzen. Seine Zurückhaltung währte freilich nicht lange; die Führer richteten an ihn ein gemeinsames Schreiben, worin sie ihn um seinen Beitritt ersuchten. Er fügte sich, indem er bei der Annahme die ausdrückliche Erklärung abgab, daß er sich auf den Boden der bestehenden Verhältnisse stelle. Wie in der bundesstaatlich-konstitutionellen Fraktion des Norddeutschen Reichstages, so auch stand er im Zentrum Mallindrodt am nächsten; in einem Briefe aus den Kreisen der Partei schon in den ersten Wochen ihres Bestandes heißt es: „Windthorst ist mit Mallindrodt ein Herz und eine Seele. Sie sind der Nerv der Fraktion, die ohne sie in disparate

Elemente auseinander fallen würde.“ Windthorst und Mallindrodt waren eben damals, im Dezember 1870, die einzigen Katholiken im Norddeutschen Reichstage, die gegen die Verträge mit den süddeutschen Staaten stimmten, durch welche das Reich geschaffen wurde. Das Motiv war dasselbe, wie bei der Ablehnung der Norddeutschen Bundesverfassung: sie entsprachen ihrem föderalistischen Programm nicht zur genüge. Beide vermischten eine klare Scheidung zwischen Reichsgewalt und Staatsgewalt, nicht minder Garantien für die kirchliche Freiheit; sie nahmen Anstoß an der Stellung des Kanzlers und meinten, daß der Bundesstaat auf Militarismus und Imperialismus hinsteure. Insbesondere Windthorst äußerte Bedenken in milderer Art; er erklärte den Reichstag als nicht kompetent zur Genehmigung der Verträge und nannte den Einheitsbau im Hinblick darauf, daß die Verträge nacheinander zum Abschlusse gelangten, einen „Terrassenbau“, der „leicht ein Fuchsbau“ werden könnte. Aber man mußte sich in die neuen Verhältnisse zu schicken. Am 11. Januar 1871 trat das Zentrum in die Agitation für die Wahl zum ersten deutschen Reichstag mit einem Aufrufe ein, der auch die Unterschrift Windthorsts trug.

Von Anfang an hat sich das Zentrum auf den Standpunkt gestellt, daß es keine konfessionelle, sondern eine politische Partei wäre. Wenn aber irgend etwas über den Charakter einer bestimmten Organisation sicheren Aufschluß gewähren kann, so die Vorgänge bei ihrer Entstehung. Ausdrücklich wird ja in der Reichenspergerschen Artikel vom 11. Juni 1871 gesagt, daß die Katholiken einer „eigenen Partei um so weniger entbehren könnten als sie an sich nur eine Minorität darstellten und nicht bloß ihre staatsbürgerlichen Rechte und Interessen, sondern überdies ihre vielfach angegriffene und bedrohte kirchliche Freiheit und Lebensbetätigung ernstlich zu verteidigen hätten“. Unverhohlen also wird hier die Verteidigung der konfessionellen Interessen als der Zweck derjenigen Bewegung angegeben, deren schließliches Ergebnis die Entstehung des Zentrums war; es ist dabei ganz gleichgültig, ob man von dieser Ansicht ausging, sich lediglich unberechtigter Angriffe erwehren zu müssen. Im Anfange der Verhandlungen war auch immer die Rede von der Gründung einer „katholischen Partei“; man mußte knüpfte man an die einstmalige „katholische Fraktion“ an, und nur ungern verzichtete Mallindrodt auf den Namen der „katholischen“ Volkspartei. Wenn man auf das Wort „katholisch“ verzichtete, so nur aus opportunistischen Gründen, da man



„mit diesem Namen\*) bereits früher recht unangenehme Erfahrungen gemacht hatte“.

Wenn man das Zentrum, so ist wohl gesagt worden, schon deshalb eine katholisch-konfessionelle Partei nennen will, weil die auf das Essen-Soester Programm gewählten Abgeordneten Katholiken waren, so kann man auch von den ostpreussischen Konservativen als von einer evangelisch-konfessionellen Partei sprechen, weil sie lediglich protestantische Mitglieder aufweist.\*\*) Nun gibt es zunächst keine Partei der ostpreussischen Konservativen, und selbst wenn die konservative Partei nur aus Protestanten bestünde, so wäre sie deshalb noch keine konfessionelle Partei. Denn der konfessionelle Gesichtspunkt hat für sie nicht annähernd dieselbe Bedeutung, wie für das Zentrum; mit dem individualistischen Charakter des Protestantismus hängt es ferner zusammen, daß es für eine Partei, auch wenn sie sich aus lauter Protestanten zusammensetzte, keine so bestimmte Marschroute in konfessionellen Fragen geben könnte, wie das beim Zentrum der Fall ist; tatsächlich ist auch das Ferment der konservativen Parteibildung ganz anderswo zu suchen, als in einem gemeinsamen konfessionellen Interesse. Es wird weiterhin darauf hingewiesen, daß das Zentrum die „Freiheit der Kirche“ nicht bloß für den Katholizismus, sondern schlechthin, auch für den Protestantismus, fordere, daß sein Programm nichts enthalte, „woran ein protestantischer Christ als solcher hätte Anstoß nehmen können“, daß ausdrücklich auch Nichtkatholiken der Eintritt gestattet sei, und daß später tatsächlich gläubige Protestanten als Zentrumsandidaten aufgestellt und gewählt worden seien, wie der alte Champion der feudalen Reaktion und der protestantischen Orthodogie, der „Rundschau“ der „Kreuzzeitung“, Ernst Ludwig von Gerlach. Nun ist freilich die Feststellung des Begriffes des „gläubigen Protestanten“ ziemlich schwierig, jedenfalls nicht so einfach, wie das beim Katholizismus der Fall ist, und das Programm, wie es in der konstituierenden Versammlung vom 13. Dezember 1870 formuliert worden war, war vielleicht auch nicht von der Art, daß sich jeder „protestantische Christ als solcher“ damit hätte einverstanden erklären wollen und können, selbst mit der Forderung der „Freiheit aller Konfessionen“. Denn diese konnte, — so fand gar mancher „protestantische Christ als solcher“, der sich recht wohl als „gläubig“ betrachtete, — für die einzelnen Konfessionen

\*) Nämlich einer „katholischen Fraktion“. Vgl. Hüsens S. 87.

\*\*) Eb. S. 89.

darauf hinauslaufen, „unbehelligt vom Staate, dessen Funktionen möglichst reduziert sind, die Stärke ihrer verschiedenen Organisationen für die praktische Wirksamkeit zu versuchen: dann muß der Triumpf der jesuitisch-päpstlichen Organisation zufallen, deren Machtapparat am kunstreichsten, am besten dem Durchschnitt der menschlichen Leidenschaften angepaßt, am sichersten zur einheitlichen Leitung eingerichtet ist.“ Unverkennbar war dem Zentrum durch die Art und Weise seiner Entstehung der Charakter einer konfessionellen Partei aufgeprägt; sein Ferment war das katholisch-kirchliche Interesse und dessen parlamentarische Vertretung war die oberste Aufgabe der neuen Partei.

Der Abwehr „unberechtigter Angriffe“ auf die Kirche sollte die junge Fraktion dienen, und den Anstoß zu ihrer Gründung haben. Eben die Ueberzeugung gegeben, daß man in der bevorstehenden Ära kirchenpolitischer Kämpfe „die Regierung gegen sich haben würde“. Aber lagen die Dinge, damals als die Bewegung einsetzte im Frühjahr und Sommer 1870, wirklich so, daß diese Befürchtung bereits begründet war?

Was das Dogma von der Unfehlbarkeit anbelangt, so merkte Bismarck von Anfang an, daß sich Preußen als nichtkatholischer Staat möglicher Zurückhaltung befleißigen müsse. Im Frühjahr 1869 hatte Bayern unter der Regide des durch Döllinger beratenen Fürsten von Hohenlohe den Versuch gemacht, die europäischen Mächte zu einer Aktion gegen das Konzil mit sich fortzureißen.\*) In einem Rundschreiben ward darauf aufmerksam gemacht, daß das projektierte Konzil in zwei Punkten das Verhältnis von Staat und Kirche berühren würde, einmal durch die beabsichtigte Proklamierung der Infallibilität, sodann durch die zu erwartenden Entscheidungen in staatskirchlichen Fragen; es war zu ihrer Vorprüfung bereits eine besondere „kirchenpolitische Kongregation“ vom Papste eingesetzt, welche die im Syllabus verworfenen Sätze über die Beziehungen zwischen Staat und Kirche dem Konzil in positiver Form zur Beschlußfassung unterbreiten sollte. Oesterreich und Frankreich versagten die Mitwirkung. Bismarck legte gegen die kirchenpolitische Kommission entschiedenen Protest ein, und in der Tat mußte sie bereits im Sommer 1869 durch den Papst aufgelöst werden. In der Frage der Unfehlbarkeit war er bereit, einen etwaigen Widerstand der Bischöfe und der Katholiken überhaupt gegen

\*) Hohenlohe, Denkw. I, 351 ff. Friedrich, Geschichte des Vat. Konzils I 785 ff.

„Änderung der kirchlichen Verfassung“ zu unterstützen; aber er vermochte nicht mehr, als die Bischöfe des Schutzes Preußens zu versichern; den Kampf mußten sie selbst ausfechten, und als sie ihrerseits nicht festhielten, da schwand die Voraussetzung für ein Eingreifen Preußens zu ihren Gunsten. Nichts hatte die Berliner Regierung unversucht gelassen, um den preußischen Bischöfen den Rücken zu steifen. Sie hatte ihnen zu Gemüte geführt, daß die Kirche nach der Annahme der Infallibilität nicht mehr identisch mit jener katholischen Kirche sei, mit der man dereinst Verträge abgeschlossen, und für die man schützende Paragraphen in die Verfassung aufgenommen habe; sie wurden ermahnt, sich in ihrer Opposition nicht durch das Drohwort eines „Schisma“ einschüchtern zu lassen: Pius IX. würde sich eher in das Privatleben zurückziehen, als den deutschen Episkopat exkommunizieren, und im schlimmsten Falle könnte sich dieser mit dem künftigen Papste wieder ausöhnen. Es wurde kein Hehl daraus gemacht, daß man die Proklamation des Dogmas als eine Kriegserklärung ansehen würde, und es wurden die Mittel bereits angekündigt, deren sich die Regierung im Kampfe zu bedienen gedächte: Streitigkeiten bei den Bischofswahlen, Austreibung der Jesuiten, Beschränkungen des Ordenswesens, Verbot des Studiums in Rom und Beseitigung der kirchlichen Aufsicht über die Schule.\*)

Gewiß ist das bereits das Programm des Kulturkampfes; aber man geht fehl, wenn man daraus schließt, daß dieser selbst damals bereits „eine längst beschlossene Sache war.“\*\*) Es war von solchen Drohungen bis zur Tat noch ein weiter Weg, und als sie ihren Zweck verfehlten, indem sich die Konzilsopposition schließlich doch unterwarf, erfolgte nichts, was Repressalien der Regierung gegen die Konzilsbeschlüsse auch nur im entferntesten ähnlich sah. Weder gegen das Papsttum noch auch gegen den Katholizismus regte Bismarck im Winter 1870/71 eine grundsätzlich feindselige Stimmung. Damals betrieb Ledochowski in Versailles eine Intervention Preußens zugunsten der territorialen Interessen des Papstes;\*\*\*) Bismarck war nicht abgeneigt, falls dagegen Pius IX.

\*) Brief Arnims an einen deutschen Oppositionsbischof vom 18. Juni 1870 bei Nicolaus Siegfried (Pseudonym für Victor Cathrein S. J.), Altenstücke betreffend den Preussischen Kulturkampf 1872, S. 78 ff. (gedruckt nach einer von Arnim selbst herrührenden Veröffentlichung in der „Wiener Presse“).

\*\*) Majunke S. 88.

\*\*\*) Bismarck, Ged. und Erg. II, 123, Buschs Tagebuchblätter I 367, 372 f. Majunke S. 108, Anm. 1 bestreitet die Angabe Buschs, daß Ledochowski im Auftrage des Papstes in Versailles erschien, und daß Pius IX. von der

für die baldige Wiederherstellung des französisch-deutschen Friedens beim französischen Klerus tätig wäre. Dabei wurde auch die Möglichkeit berührt, daß der Papst um ein Asyl in Deutschland nachsuche. König Wilhelm wollte davon nichts wissen; denn er besorgte, daß dann „alles katholisch in Preußen werden würde“. Der Bundeskanzler entgegnete, daß es damit keine so große Gefahr habe, und fügte hinzu: „Na, und schließlich, wenn auch etliche Leute in Deutschland wieder katholisch würden — ich werd's nicht — so hätte das nicht viel zu bedeuten, wenn sie nur gläubige Christen würden.“ Von irgend welcher Animosität gegen Papst und Katholizismus ist in diesen Auslassungen nichts zu spüren. Hat im Anfange des Jahres 1870 eine gewisse Kampfeslust gegen das neue Dogma bestanden, so war sie jetzt geschwunden. (Wir von wohl unterrichteter Seite hören,\*) war man in der Tat im katholischen Lager bis in die Mitte des Jahres 1870 der Meinung, „daß man mehr gegen die liberale Partei als gegen die Regierung würde kämpfen müssen“, und der offiziöse Geschichtsschreiber des Zentrums\*\*) erkennt unumwunden an, daß Bismarck zuerst das Zentrum befehlete und dann des Zentrums wegen mit den Liberalen den Kulturkampf führte. Damit ist das Motiv angedeutet, das Bismarck tatsächlich nachher zur Eröffnung des „Kulturkampfes“ bewog.

## IV.

Daß das Zentrum eine konfessionelle Partei war, das beweisen unzweideutig nicht nur die näheren Umstände seines Entstehens, sondern auch sein Verhalten bei den Wahlen zum ersten deutschen Reichstage und nach dessen Zusammentritt. Eine Versammlung der „patriotischen“ Partei in Bayern beschloß am 7. Februar 1870, daß für den Reichstag nur solche Abgeordnete gewählt werden sollten, die sich bereit erklären würden, sich der „katholischen Fraktion“ anzuschließen: schon begann das konfessionelle Prinzip seine Anziehungskraft auf die partikularistischen Elemente in vollem Umfange zu entfalten. Die Einführung der Artikel 15 ufm. in die preußische Verfassung in die Reichsverfassung wurde in Süddeutsch-

Reise des Erzbischofs irgendwelche Kenntnis hatte. Vgl. auch Bismarck, Aus drei Vierteljahrhunderten 1887 II, 480, wonach Bismarck im Sommer 1871 Beust erzählte, die Verhandlungen mit Ledochowski hätten in solchen Verlauf genommen, daß er sich schließlich für den „Gefoppten“ entschied.

\*) Majunke a. D. 127.

\*\*) M. Spahn, Das deutsche Zentrum. S. 49.

land als Wahlparole ausgegeben; denn wenn die „Freiheit der Kirche“ nach preußischem Muster für das ganze Reich verwirklicht wurde, fielen die noch bestehenden staatskirchlichen Einrichtungen in den süddeutschen Staaten; hier entpuppte sich die Zentrumsparlei als Vorkämpferin der Zentralisation und Unifizierung nach preußischem Beispiele. Noch eine zweite Aufgabe ward dem Reichstage zuge-  
dacht; er sollte gegen die Einverleibung des Kirchenstaates mobil gemacht werden.

Am 3. März 1871 fanden die Wahlen statt; zum Ende des Monats wurde der erste deutsche Reichstag eröffnet. Um den Bestrebungen des Zentrums hinsichtlich einer Intervention in der Römischen Frage einen Niegel vorzuschieben, ward in den Entwurf der Adresse, die der Reichstag als Antwort auf die Thronrede erließ, der Passus eingerückt: „Die Tage der Einmischung in das innere Leben anderer Völker werden, so hoffen wir, unter keinem Vorwande und in keiner Form wiederkehren.“ Das Zentrum beantragt die Streichung dieses Satzes; besonders sprachen auf seiner Seite A. Reichensperger und Windthorst, der den Standpunkt seiner Partei mit den Worten kennzeichnete: „Das ist des Pudels Kern; Sie wollen erklären, die vitalen Interessen Ihrer katholischen Mitbürger unberücksichtigt zu lassen. Ja, es ist ein Lebensinteresse, ein Recht, auf das die katholischen Deutschen Anspruch haben, daß ihr geistliches Oberhaupt selbständig und unabhängig sei.“ Die Adresse wurde in ihrer ursprünglichen Fassung angenommen; ebenso erfolglos war der Versuch, die Uebertragung der preußischen Verfassungsbestimmungen über die Freiheit der Kirche in die Reichsverfassung zu bewirken. Die Führung bei dieser Aktion hatte P. Reichensperger; Windthorst ging nur halb gezwungen mit vor, — vermutlich wegen des unitarisch-zentralistischen Charakters des Antrages. Das hinderte ihn freilich nicht, sich lebhaft an der Diskussion zu beteiligen. Er warf insbesondere Treitschke vor, er hätte den Staat „als die alleinige Quelle des Rechtes“ erklärt; dem setzte er den für seine Staatsanschauung charakteristischen Satz entgegen: „Das ist der Staat keineswegs, vielmehr nur Schutz des bestehenden Rechtes. Diese staatliche Omnipotenz führt folgerichtig zum Kommunismus.“ Noch in einem andern Punkte wich Windthorst zum Schlusse der Session von Peter Reichensperger ab, nämlich bezüglich der Dotation für die Heeresführer im letzten Kriege. Windthorst stimmte nicht nur mit der Mehrheit der Fraktion dagegen; sondern er drohte auch, als Reichensperger bei dieser Gelegenheit eine Rede hielt, welche „die

Dankbarkeit gegen den König als ein zwingendes Motiv zur Einwilligung mit etwas starken Farben hervorhob“, mit seinem Austritt aus der Partei; Savigny glückte es, den Streit zu schlichten. Beide Differenzen sind charakteristisch für die Haltung sowohl Reichenspergers als auch Windthorst's: jener zeigt sich mehr als nicht nach der kirchenpolitischen Seite hin interessiert, zugleich aber auch den nationalen und patriotischen Instinkten in höherem Grade zugänglich. Es war dieselbe Zeit, zu der die welfisch gesinnte Mehrheit der Bürgervorsteherschaft der Stadt Hannover, des Wohnsitzes von Windthorst, den Empfang des Kaisers beim Siegeseinzuge der Truppen ablehnte.

Ueber Charakter und Ziele der neuen Partei konnte nach ihrem ersten parlamentarischen Auftreten kein Zweifel mehr bestehen. Daraus war aber auch die Stellung vorgeschrieben, die Bismarck ihr gegenüber einnehmen mußte. Als er aus Frankreich zurückkehrte, war er noch der Ansicht, daß die Regierung an der katholischen Kirche eine Stütze haben werde, — vielleicht eine unbequeme und vorsichtig zu behandelnde; aber an einen prinzipiellen Kampf mit ihr dachte er keineswegs. Was das Zentrum anbelangte, so betrachtete er es allerdings bereits gemäß seiner Entstehung als eine „rein konfessionelle Fraktion auf rein politischem Boden“. Es hatte zweifelloso Anhänger der Regierung, auch gläubige Mitglieder der katholischen Kirche, wenn sie das neue Programm nicht annehmen wollten, aus ihren Sitzen verdrängt, und auf einen Wink von Berlin her hatten die Centrumswähler Männer akzeptiert, die ihnen persönlich ganz unbekannt waren. Zunächst wollte Bismarck noch abwarten. Es schien ihm noch nicht ausgeschlossen, daß das Zentrum nicht in allen Fällen den konfessionellen Gesichtspunkten diejenigen der Politik unterordnen würde; er hielt es nicht für unmöglich, daß es sich wenigstens „zum Teile auf dem Boden konservativer Prinzipien und einer ehrlichen Förderung der nationalen Interessen mit der Reichsregierung vereinigen und dieselbe unterstützen würde“. Schon in Rücksicht auf die Person Savignys, seines früheren Mitarbeiters, meinte er, daß er bei der neuen Partei einigen Beistand finden würde. Jedenfalls wollte er erst zusehen, ob sie ihm helfen oder ihn angreifen würde; daher enthielt sich die Regierung jeden Einspruches gegen die Forderung einer deutschen Intervention in Italien, wie sie bei der Adreßdebatte gestellt wurde.

Nicht lange währte es, und die Situation wurde geklärt: Bismarck und das Zentrum erkannten sich als Gegner. Dieses nahm

es als eine Art von Kriegserklärung auf, daß die Regierung nicht seine Anträge unterstützt hatte; zudem ging aus privaten Unterhandlungen, die Ketteler bei der Eröffnung des Reichstages von 1871 mit Bismarck führte, mit Gewißheit hervor, daß der Kanzler weder für die römische Intervention noch auch für die kirchlichen Grundrechte in der Reichsverfassung zu haben war. In den Wünschen, die ihm Ketteler vortrug, erblickte Bismarck die Aeußerung eines Anspruches auf den weltlichen Arm für die hierarchischen Zwecke. Das Auftreten des Zentrums im Reichstage lieferte für ihn den Beweis, daß die neue Partei alle nationalen und selbst die auswärtigen Interessen des Staates dem konfessionellen Momente zum Opfer zu bringen gewillt sei; er empfand es als eine Aggressive, die nur die Fortsetzung der Angriffe sei, mit denen die gesinnungsverwandte Presse schon längst die Regierung überschüttet hätte, und meinte, daß diese dadurch „in eine Defensiv gedrängt würde, in welcher sie um wirksamer Abwehr willen sich genötigt sehen könne, auch ihrerseits aggressiv gegen die Partei aufzutreten“.

Es stellte sich Bismarck im Klerus ein Machtfaktor in den Weg, dessen Existenz ihm nicht im Einklange mit den staatlichen und nationalen Interessen und Bedürfnissen zu stehen schien; in dieser Ueberzeugung sah er sich bestärkt durch die Verbindung des Zentrums mit all den fremdartigen föderativ-partikularistischen Elementen, die, wenn auch nicht alle der Nation und dem Reiche, so doch mindestens der Reichsgründung in der Form, wie sie sein Werk war, abgeneigt und feindselig gegenüberstanden, und die sich alsbald oder später um die neue Fraktion scharten, mit den Welfen, den Reichsländern, den ehemaligen bayerischen Patrioten und den Polen. Durch Windthorst und die Welfen war die Brücke zu gewissen feudalistisch-konservativen, orthodox-protestantischen Kreisen geschlagen; ohne Zweifel fürchtete Bismarck, daß die Partei, die ja die Freiheit nicht nur der katholischen, sondern aller christlichen Kirchen auf ihr Programm gesetzt hatte, durch diesen Vorwurf Anhang bei den extremen Konservativen gewinnen und diese zu gemeinsamer Opposition gegen ihn fortreißen würde. Niemand aber schien unter den Alliierten des Zentrums Bismarck gefährlicher, als die Polen, und der Kampf gegen sie ward für ihn der Uebergang und das Vorspiel zum „Kulturkampfe“.\*) Die Schuld an den Fortschritten des Polentums

\*) Vgl. Ged. und Erg. II, 127 ff. Gegen diese Partien erhebt Bedenken F. X. Kraus, Münch. Allg. Zeit. 1900, Beil. Nr. 225, S. 2. Poschinger II, 185 (Anm. 1) stellt eine Reihe von Zeugnissen über den

in Posen und Westpreußen gab er den Einwirkungen der „katholischen Abteilung“ und ihres Direktors Krätzig, den er im Verdachte naher Beziehungen mit dem am Hofe einflußreichen Fürsten Bogusław Radziwiłł, dem Oberhaupte der polnischen Aristokratie, hielt. Es schien ihm die Aufhebung der katholischen Abteilung unbedingt erforderlich, nicht minder die Befreiung der Volksschule in den polnischen Landesteilen von der Lokalaufsicht des Klerus: das waren die Maßregeln, welche den Widerstand der katholischen Kirche und des Zentrums herausfordern mußten.

Unverzüglich erschien Bismarck aus allen diesen Gründen die Beseitigung der Zentrumspartei, und zwar versuchte er es zunächst ihrer mit Hilfe der Kurie selber Herr zu werden. Durch den deutschen Geschäftsträger in Rom, den Grafen Trautmannsdorf, verlangte er beim Kardinalstaatssekretär, daß die Zentrumsfraktion von Rom aus desavouiert wurde. Antonelli äußerte sich gegen Trautmannsdorf in einem Sinne, den Bismarck als eine Billigung der Partei durch Rom auffassen zu dürfen meinte. Als er das in die Öffentlichkeit brachte, wandten sich die Führer der Partei ihrerseits an Antonelli, und dieser erklärte, er sei ungenau informiert gewesen, habe auch nur privatim seine Ansicht gegen Trautmannsdorf dahin aussprechen wollen, daß er das Aufheben des Zentrums im Reichstage in der Interventionsfrage für verwerflich erachte, und keinesfalls habe er der Fraktion einen Tadel zu sprechen wollen. Formell lehnte er es am 23. Juni 1871 ab, die Haltung des Zentrums irgendwie einzuwirken. Wie hätte die Kurie ihre Armee in Deutschland selbst entwaffnen können?

In Berlin wurde diese Weigerung des Kardinalstaatssekretärs als „ein Akt der Feindseligkeit von seiten der Kurie“ angesehen. Bismarck hatte sie im Sinne, wenn er einige Wochen später in Gastein zu Beust sagte: „Sie haben in Rom ruchlos an uns gehandelt.“ Die nächste Antwort war die Aufhebung der „katholischen Abteilung“ (6. Juli); sie erfolgte gegen den Widerstand der Radziwiłłschen Einflüsse und des Kultusministers Mühler, welcher darüber ins Wanken geriet. Jetzt erst verwandelte sich der Kampf gegen das Zentrum, gegen die politische Organisation der Katholiken Deutschlands, in einen solchen gegen die katholische Kirche; jetzt erst entspann sich der „Kulturkampf“. Bismarck nahm die Bundesgenossen, wo er sie fand; alle Waffen waren

Einfluß der Polenfrage auf den Beginn des Kulturkampfes vgl. auch Hohenlohe, Denkw. II, 171.



eben recht. Er benutzte den Konflikt zwischen liberal-moderner und mittelalterlich-katholischer Weltanschauung, wie er seit dem Erscheinen des Syllabus verschärfte Formen angenommen hatte; ohnehin war er ja für den parlamentarischen Feldzug gegen den politischen Katholizismus auf die im Reichstage herrschende liberale Partei angewiesen, welche die hauptsächlichste Vertreterin der modernen Bildungs- und Aufklärungstendenzen war. Vielleicht auch wollte er die Liberalen, indem er die Fehde entfesselte, nach der ihr Sinn stand, und indem er sich darin zu ihrem Vorkämpfer aufwarf, aufs engste an sich ketten, indem er sie sich dadurch zu verpflichten und an ihnen eine dankbar ergebene und zuverlässige parlamentarische Gefolgschaft zu erlangen hoffte: noch sind seine geheimsten und tiefsten Motive bei der ganzen Aktion nicht völlig zu durchschauen; doch dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß sie in der Rücksicht auf die Entwicklung der parlamentarischen Machtverhältnisse zu suchen sind. Er rief die Erinnerungen an die uralte Fehde zwischen Staat und Kirche, zwischen Kaisertum und Papsttum mit Canossa und all den anderen beschämenden Demütigungen wach, zu denen römische Priesterherrschaft dereinst deutsche Mannhaftigkeit gezwungen hatte; er entfesselte die Geister des extremsten Konfessionalismus, indem er an die Gefühle des Abjehus appellierte, wie sie Luther dereinst gegen die Tyrannei des ömischen Papsttums in die Herzen der deutschen Nation hineingesenkt hatte; er zog gegen den Papst als den „Feind des Evangeliums los“ und sprach von „unserer durch das Papsttum gefährdeten Seligkeit“. Nicht minder setzt er bei dem Zwiespalt ein, der im Schoße des Katholizismus selber durch die Proklamierung des Unfehlbarkeitsdogmas entstanden war. Er war auf öffentlichen Widerspruch gestoßen, zwar nicht so sehr bei der Priesterschaft, um so mehr bei den gebildeten Laien des katholischen Bekenntnisses, zumal in Schulkreisen. In Preußen hatten den Reigen der Direktoren und mehrere Lehrer des katholischen Gymnasiums zu Breslau durch einen öffentlichen Protest gegen die Unfehlbarkeit eröffnet; unter Hinweis auf den stiftungsgemäß katholischen Charakter der Anstalt erregte der Bischof von der Regierung, daß sie jene Männer zum Widerruf auffordere oder versetze; die Forderung war abgeschlagen worden. In Bonn und Braunsberg bereiteten sich ähnliche Konflikte vor. Die Bischöfe riefen die Hilfe des Staates gegen die Widerspenstigen an; die staatlichen Gewalten mußten darüber urteilen, die Unfehlbarkeit derart als integrierender Bestandteil des

Katholizismus anzusehen sei, daß ihre Leugnung einen Bruch mit der Kirche bedeute, ob die förmliche und feierliche Exkommunikation den Betroffenen das Verbleiben in Kirchen- und Lehrräumen unmöglich mache. Nach dem Vorgange Bayerns nahm sich Bismarck der „altkatholischen“ Bewegung an; er überschätzte ihre Werkkraft und Zukunft. So trat er der Kirche überall entgegen, nicht nur auf den Grenzgebieten, sondern auch auf ihrem eigentlichen dem kirchlich-religiösen Gebiete, und doch lagen gar nicht in der die wahren Motive seines Kampfes mit der Kirche: es handelte sich schließlich doch um einen Machtkampf mit der politischen Organisation der Katholiken Preußens und ganz Deutschlands, um das Zentrum. Das hat einer der hervorragendsten Richter des Streits aus jener Zeit anerkannt, August Reichensperger; er sprach von jeher der Ansicht, „daß der Kanzler nicht aus eigentlichem Haß gegen die Kirche, sondern nur aus politischen Gründen den Kulturkampf begonnen habe“.\*) Und sein Ziel war es dabei, die katholische Kirche Deutschlands zwar nicht von Rom loszulösen, aber doch „nationalisieren“. Darauf weisen vornehmlich die Gesetze über die Anstellung und Vorbildung der Geistlichkeit hin: dadurch sollte der Klerus, der ja die permanente Organisation des Zentrums für Welt und Machtzwecke war, dem Zentrum entzogen werden. So ließ dieses den Boden unter den Füßen verlieren, den „Gegnern“ des Reiches und der Regierung der Suffkurs der katholischen Bevölkerung geraubt werden. Die Geistlichkeit sollte durch Fernhaltung jesuitischer Einflüsse in freierem und staatlich-patriotischem Geiste erzogen, in ein inneres Verhältnis mit der Staatsgewalt gebracht und ihr zugleich auch straffer zur Verfügung gestellt werden: gallikanische und nationale Tendenzen waren es, die den Kanzler leiteten. Aber täuschte sich über die Erreichbarkeit dieses Ziels, und noch mehr ging er fehl in der Wahl der Mittel, durch die er es zu erreichen hoffte.

## V.

Durch die Aufhebung der katholischen Abteilung leitete Bismarck im Sommer 1871 den Kulturkampf ein, und schon war der ganze Feldzugsplan gefaßt. Er teilte ihn eben damals Beust in Galizien mit: infolge der Unfehlbarkeitserklärung werde man jetzt in Preußen das staatliche Prinzip mit der größten Schärfe zur Anwendung

\*) Pastor a. O. II, 387.

bringen; man werde alle Priester von staatlichen Funktionen entfernen, die Trennung der Schule von der Kirche durchführen, die geistlichen Schulinspektoren beseitigen und die Zivilehe einführen. Zum Ende des Jahres folgte auf Antrag Bayerns der Kanzelparagraph (10. Dezember), — bei dessen Beratung Windthorst dem Minister Lutz zurief: „Seit wann flüchtet sich der bayrische Löwe unter die Fittiche des preussischen Adlers?“ --, danach (am 19. Dez.) die Thronrede, welche die Gesetze über Eheschließung und Standesregister, über die rechtlichen Wirkungen des Austrittes aus der Kirche und über die Schulaufsicht ankündigte, Januar 1872 die Ersetzung Mühlers durch Falk. In den letzten Tagen eben dieses Monats fand das erste große Rededuell zwischen Bismarck und Windthorst statt. Bei der Beratung des Kultusetats tadelte Mallinckrodt die Aufhebung der katholischen Abteilung; ihm sekundierte Windthorst, indem er die nunmehrige Kirchenpolitik als „eine nagelneue, von den preussischen Traditionen abweichende, mit den preussischen Traditionen absolut brechende“ kennzeichnete. Darauf ergriff Bismarck das Wort; er erklärte das Zentrum als eine konfessionelle Partei und kirchliche Mobilmachung wider den Staat; er griff es wegen seiner Verbindung mit den Polen und Welfen, insbesondere mit Windthorst, an; er stigmatisierte diesen als heimlichen Welfen, Preußen- und Reichsfeind. Noch heftiger wurden seine Ausfälle bei der Debatte über das Schulaufsichtsgesetz (8. und 10. Februar). Windthorst beschuldigte den Kanzler des Abfalls vom monarchisch-christlichen Staatsprinzip, da die Verweisung der Kirche aus der Schule auf die Statuierung eines „durchaus religionslosen, unreligiösen, heidnischen Staates“ hinauslaufe, sowie wegen seines Zusammengehens mit der liberalen Mehrheit des Ueberganges zum parlamentarischen Regime; der Kanzler antwortete, indem er dem Zentrum vorhielt, es lasse sich durch Windthorst für dessen besondere Zwecke mißbrauchen, und es aufforderte, seine Sache von der des Welfen zu trennen. Mallinckrodt nahm sich der „Perle von Meppen“ an, die erst durch ihre Zugehörigkeit zum Zentrum die „richtige Fassung“ erhalten habe; er erklärte im Namen der Partei, daß diese sich niemals von einem so hervorragenden Mitgliede würde abdrängen lassen. Ebenso fruchtlos blieb der Versuch, durch persönliche Einwirkungen auf A. Reichensperger Windthorst als Welfen zu diskreditieren, der sich jetzt nur die katholische Maske vorhalte: die Partei wußte zu gut, was sie an dem hannoverschen Exminister hatte.

Die letzte Brücke zur Verständigung ward abgebrochen, als der Papst (Frühjahr 1872) die — ohne vorhergegangene Anfrage — erfolgte Ernennung des Kardinals Hohenlohe zum Botschafter des Deutschen Reiches beim hl. Stuhle verwarf. Man faßte sie in den kirchlichen Kreisen lediglich als einen „Schachzug“ auf, dazu bestimmt, die Kurie in jedem Falle ins Unrecht zu setzen und zu benachteiligen. Bismarck hätte dadurch entweder einen ergebenen Vertreter bei der Kurie gewinnen oder einen willkommenen Streitfall schaffen wollen, um der Katholikenhege neuen Zündstoff zu geben.\*) Der Zwischenfall rief im Reichstage eine Diskussion hervor, in der Windthorst die Wahl Hohenlohes als ungehörig bezeichnete, da der Papst denselben „Dienstherr“ sei; er mußte sich dafür von Bismarck fragen lassen, wer der „Dienstherr“ Richelieu und Mazarins gewesen sei, die doch im Dienste ihres Souveräns, des Königs von Frankreich, obgleich Kardinäle, in Streitfällen mit der Kurie verhandelt hätten. Jetzt kam die Reihe jetzt an die Jesuiten, denen Bismarck die Schuld an den letzten „Neuerungen“ innerhalb der Kirche beilegte. Röggen-Mallinckrodt wandte sich vornehmlich Windthorst gegen das Jesuitengesetz. Dabei gab er zu einer Zeit, da beständig, auch seitens der Bischöfe, hervorgehoben wurde, daß das hierarchische System des Mittelalters eine längst überwundene Phase der geschichtlichen Entwicklung wäre, unumwunden zu, daß es auch noch für die Gegenwart Geltung habe. Um nämlich die Behauptung zu widerlegen, daß Syllabus und Infallibilitätsdogma „Neuerungen“ seien, führte er gegen den Abgeordneten Wagener aus: „Er hat gemeint, es datiere sich der Streit, der jetzt entbrannt ist, von dem vatikanischen Konzil, er datiere vom Syllabus und der Enzyklika. M. H., das ist absolut unrichtig. Der Satz, der auf dem vatikanischen Konzil ausgesprochen ist, soweit das Verhältnis der Kirche zum Staat in Frage steht, bereits in der vom Herrn Abgeordneten selbst angeführten Bulle unam sanctam enthalten.“ Der häufigste Ausdruck der hierarchischen Ansprüche, die Bulle Bonifaz VIII., welche das geistliche und weltliche Schwert dem Nachfolger vindizierte, ward somit als Norm für das Verhältnis von Staat und Kirche anerkannt, d. h. für den Staat im Prinzip die vollständige Existenzberechtigung geleugnet.

Im Herbst des Jahres 1872 wurden im Kultusministerium jene Vorlagen ausgearbeitet, welche nachher als die Maigesetze

\*) Ebd. 67 f.; vgl. dagegen F. X. Kraus a. D. Nr. 225 S. 2.

des Jahres 1873 perfekt wurden: unter Aenderung der Artikel 15 und 18 der Verfassung über die Grenzen der kirchlichen Straf- und Zuchtgewalt, über die Vorbildung, Anstellung und Entlassung der Geistlichen usw. Die wesentlichsten Punkte waren das Verbot der öffentlichen Exkommunikation, die Errichtung eines aus Laien bestehenden Gerichtshofes für Appellationen von kirchlichen Entscheidungen, die Abschaffung der bischöflichen Knabenseminare und Gymnasialkonvikte, Einführung des akademischen Trienniums und des „Kulturexamens“ für die Studierenden der Theologie, der staatlichen Aufsicht über die Priesterseminare, der Anzeigepflicht und des staatlichen Einspruchsrechtes. Die Anzeigepflicht bestand im Elsaß und in Bayern; sie wurde von den Bischöfen von Breslau und Olmütz für den österreichischen Anteil ihrer Sprengel geübt. Zum Teile waren die Neuerungen von zweifelhafter Brauchbarkeit, so z. B. diejenigen, welche eine bessere Erziehung des Klerus in nationalem Sinn verbürgen sollten; zum Teile griffen sie, wie die Einsetzung des Gerichtshofes in kirchlichen Angelegenheiten, in das innerste Leben der katholischen Kirche ein. War somit auch vieles für die Bischöfe unannehmbar, so doch nicht alles. Reichensperger gab (Ende 1873) zu, daß diese in manchen Punkten hätten Folge leisten können; aber er meinte, daß man das als Schwäche angesehen oder doch als solche ausposaunt haben würde. Sowohl die Bischöfe als auch die parlamentarische Fraktion entschlossen sich zu strikter Negation. In dieser letzteren wurden zuerst Stimmen laut, einen parlamentarischen Streik zu inszenieren, nämlich nicht auf weiteres den Sitzungen fernzubleiben. Die Führer, darunter Windthorst, verwarfen jedoch diesen Vorschlag als nutzlos und gefährlich; auf ihre Anregung hin brachte vielmehr der protestantische Belfe Brühl, der der Partei als Hospitant angehörte, eine Reihe Amendements ein, die, zum Teile im Plenum angenommen, der Kirche einige Erleichterungen gewährten.

Bereits in der Diskussion hatte Windthorst angekündigt, daß die Kirche den neuen Gesetzen passiven Widerstand leisten würde. Schon war es wegen der Verhängung der Exkommunikation über altkatholische Kleriker, desgleichen wegen der Weigerung, den Altkatholiken die Mitbenutzung katholischer Kirchen zu gestatten, zu Konflikten zwischen den Organen der geistlichen und weltlichen Gewalt gekommen. Die Zusammenstöße mehrten sich. Die Anzeigepflicht wurde durch die Bischöfe nicht befolgt; die Regierung erklärt hinwiederum die zivilischen Amtshandlungen solcher, gesetzwidrig fungierender Kleriker, B. ihre Trauungen, für bürgerlich null und nichtig; gegen die

Bischöfe wurde mit Geldstrafe, Pfändung, und wenn diese fruchtlos ausfiel, mit Gefängnis, mit Temporalien Sperre und selbst mit Absetzung eingeschritten, ohne daß sie doch deshalb aufhörten, sich als Oberhirten ihrer Diözesen auch weiterhin zu betrachten. Durch die Maigesetzgebung von 1874 suchte die Regierung den Widerstand zu brechen. Ihre wichtigsten Akte waren im preußischen Landtage die Deklaration über die Anzeigepflicht, die jeden Kleriker, auch wenn er nur in Stellvertretung oder Hülfeleistung fungierte, ohne daß die Anzeigepflicht Genüge geleistet war, für geistliche und rein persönliche Handlungen mit Strafe bedrohte, sowie der Entwurf über die Verwaltung erledigter Bistümer. Seinen Bestimmungen zufolge sollte in den „erledigten“ Bistümern, wenn die Kapitel, wie es auszusehen war, den Fall der Sedisvakanz bei Absetzung nicht anerkennen und die Wahl eines Verwesers verweigern sollten, ein staatlicher Kommissar für die Verwaltung des Diözesanvermögens eingesetzt werden; die Gemeinden erhielten eventuell das Recht, ihren Pfarrer zu wählen, und zwar mit Stimmenmehrheit der bei der Wahl erschienenen Mitglieder: dadurch sollte der bereits beginnende Verfall der Pfarreien vorgebeugt werden. Ergänzt wurden diese Festsetzungen im Reichstage durch das Gesetz über die Internierung oder Ausweisung von Geistlichen, die nach der Entlassung aus dem Amte noch Amtshandlungen vornähmen. Windthorst kämpfte die Vorlage als „die neueste, purste und nackte Gewalt, wie sie seit den Zeiten der Jakobiner nicht mehr geübt worden“. Es wurde ihm freilich vom Tische des Bundesrats entgegengehalten, daß die Maßregeln der Internierung und Externierung geradezu dem höchst persönlichen Regimente des Kirchenstaates vielfach entwandt worden waren, zumal in Fällen gemischter Ehe, wobei eine Frau in ein Kloster gesteckt, der Mann über die Grenze gebracht wurde, daß noch 1859 nicht weniger als 15000 Personen aus dem Kirchenstaate ausgewiesen worden waren.

Vermochte auch das Zentrum am Gange der kirchenpolitischen Gesetzgebung in den Parlamenten nicht viel zu ändern, so wurde doch der Regierung mehr als einmal sehr unbequem. Wirklich jedenfalls als der parlamentarische Streik, den einige seiner Parteigenossen empfohlen hatten, war die Taktik der „Nadelstiche“. Windthorst bei jedem Anlasse Bismarck gegenüber zur Anwendung brachte, — so bei der Debatte über die Verwaltung der Reichskasse (16. Mai 1873), durch die Interpellation betreffend die Kumulation der Ämter des Reichskanzlers und des Ministerpräsidenten.

Preußen (22. Nov. 1873) und die damit zusammenhängende Aktion für die Errichtung eines verantwortlichen Reichsministeriums. In Berücksichtigung seines Parteiinteresses stellte jetzt Windthorst (26. Nov.) den Antrag auf die Einführung des allgemeinen und geheimen Stimmrechtes in Preußen; wir wissen, wie er über dieses noch kurz vorher gedacht und sich sogar geäußert hatte. Es waren dies alles Maßnahmen, durch die er einen Keil zwischen das Ministerium und die Liberalen zu treiben, diesen letzteren den Wind aus den Segeln zu nehmen und sie bei den Massen zu diskreditieren hoffte. In ähnlicher Tendenz bewegte sich der Antrag betreffend die Abschaffung des Kalender- und Zeitungsstempels (3. Dez.), der zur Annahme gelangte. Ueberall trat der negierende Standpunkt des Zentrums unter Windthorsts Führung hervor, bei den Etatsberatungen, bei den Gesetzen über den Landsturm und die Reichsbank. Bei der Beratung des Bennigsen'schen Septennatsantrages (von 1874) trat Windthorst für jährliche Budgetbewilligung, auch für die Armee ein, indem er in dieser Frage die Antithese zwischen konstitutioneller Monarchie und absolutes Militärstaate erblickte. Seinen partikularistischen Standpunkt wahrte er, indem er sich den Anträgen auf Erhebung Deutschlands zu einem einheitlichen Rechtsgebiete widersetzte. Am empfindlichsten wurde es für Bismarck, als das Zentrum sogar seine auswärtige Politik der Kritik unterwarf. Am 4. Dezember richtete Jörg an den Bundesrat die Anfrage, wie es mit dem Bundesratsausschusse für auswärtige Angelegenheiten stehe; er rügte, daß sich in der auswärtigen Politik ein „greifbar persönliches Regiment“ bemerkbar machte. Dabei kam das Kullmannsche Attentat zur Sprache; es erfolgten heftige Auseinandersetzungen Bismarcks vornehmlich mit Windthorst; der Kanzler machte dem Zentrum den Vorwurf moralischer Mitschuld an diesem Verbrechen, und in der Art und Weise, wie Windthorst dagegen protestierte, erblickte Bismarck „eine Nichtachtung seiner Person und seines Lebens“.

Die Maigesetzgebung von 1875 bezeichnete den Höhepunkt des Konfliktes. Kurz zuvor (am 5. Febr.) hatte Pius IX. durch die Bulle *quod nunquam* die jüngste kirchenpolitische Gesetzgebung in Preußen für ungültig erklärt; die Regierung antwortete mit neuen Kampfesvorlagen. Durch das Gesetz betreffend die Verwaltung des Vermögens in den katholischen Gemeinden wurde das geistliche Element eiseite geschoben, den Laien, nämlich den Gemeindevertretungen, eine Beteiligung eingeräumt, die Entscheidung der Regierung überlag. Windthorst widersprach unter der Begründung, daß das

der Weg zur Säkularisation und Konfiskation sei. Daran reibte sich das Sperrgesetz, welches die Regierung ermächtigte, die Leistungen an die katholische Kirche und deren Diener einzustellen; in der Diskussion kennzeichnete es Windthorst als einen Vertragsbruch und als einen Ausfluß der Staatsomnipotenz, dessen Endergebnis deren die Herrschaft der Sozialdemokratie sein würde. Durch das Klostersgesetz wurde allen Orden die Niederlassung verboten; nur denjenigen, die sich mit der Krankenpflege beschäftigten, konnte eine stets widerrufliche Erlaubnis erteilt werden. Windthorst verteidigte die Existenzberechtigung der Orden u. a. mit dem Argumente, daß die Benediktiner mehr für die Wissenschaft geleistet hätten, als alle deutschen Universitäten. Gleichsam als Konsequenzen der ganzen Entwicklung stellen sich dar die Einführung der obligatorischen Zivilehe im Reich (6. Febr. 1875) sowie in Preußen, das Altkatholikengesetz (4. Febr. 1875) und endlich die Aufhebung der Artikel 15, 16 und 18, die die Regierung der Preussischen Verfassung von ihren „Fehlstellen“, wie Bismarck sich ausdrückte. Hier platzten in der Hauptdebatte noch einmal die Geister in ungebändigter Heftigkeit aufeinander. Bismarck gerade bei dieser Gelegenheit das „Evangelium“ und den „Schlachtruf“ gegen das „Papsttum“ erhob, führte Windthorst dagegen aus, daß zwar nach katholischer Auffassung die protestantische Kirche ein „Irrtum“ sei, daß aber nur der ein Rezer wäre, „welcher mit besserem Wissen der Wahrheit widerstrebe“; er sagte: „Wenn Sie wider besseres Wissen, also obwohl Sie glauben, daß die katholische Kirche recht hat, es doch nicht bekennen wollen, dann sind Sie Rezer.“ Das bedeutete eine Auflösung des traditionellen Glaubensbegriffes in der katholischen Kirche; denn in diesem Sinne würde es überhaupt nicht viel „Rezer“ geben. Schwerlich wird ein Mann, der „glauben, daß die katholische Kirche recht hat“, — oder das wenigstens eine eigentümliche Spezies von „Rezern“ sein, die allzuoft vorkommen dürfte. Offen erklärte damals Windthorst dem bestehenden Zustande, wenn eine Besserung durch Unterhandlungen mit der Kurie nicht möglich sei, die Trennung von Staat und Kirche vorzuziehen sei, daß dann „der Friede nur erreicht werden könne, indem man die begonnene Trennung des Staates von der Kirche konsequent und nach allen Richtungen hin durchführe.“

In allen diesen Kämpfen hatten sich sowohl die Stellung des Zentrums, dessen Stimmen mit jeder neuen Wahl wuchsen, als auch innerhalb der Fraktion hinwiederum die Windthorsts gehalten. Seit dem Tode Mallinckrodt's (26. Mai 1874) hatte er die



strittene Führerschaft. Solange Mallinckrodt noch lebte, bildete er, der „streitbare Judas Makkabäus“, in der Partei ein Gegengewicht gegen Windthorst: er hatte einen größeren Anhang als dieser, und auch einen größeren Anteil an der Bekämpfung der neuen Kirchenpolitik. Erst nach Mallinckrodt's Hinscheiden rückte Windthorst an den ersten Platz. Die alten Häupter des politischen Katholizismus in Preußen, die Gebrüder Reichensperger, traten, nicht ohne daß es ihnen innere Ueberwindung kostete, hinter Windthorst zurück; sie mußten sich mit der zweiten Stelle begnügen. Sie waren Männer der alten Schule; in die Dinge, welche die neue Zeit mit sich brachte, wie soziale Reformideen und Agitation auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes, vermochten sie sich nicht mit der Schmiegsamkeit hineinzufinden, die Windthorst zu eigen war. Nicht immer waren sie mit der Art und Weise einverstanden, wie Windthorst in der Fraktion seine Ansichten zur Geltung brachte; aber sie machten keine Fronde und erkannten seine politische Ueberlegenheit an.

Sein Werk war es vor allem, daß das Zentrum zäh am Standpunkte negierender Opposition festhielt; eben daher nannte ihn damals der Staatssekretär Stephan den „Vater aller Hindernisse“. Und daß dem in der Tat so war, gibt ein seiner Partei angehöriger Biograph\*) unumwunden zu: „Stephan hatte damals nicht so ganz Unrecht. Doch hatte Windthorst immer und in allem nur das eine große Ziel, den endlichen Friedensschluß, im Auge . . . Windthorst sprach es schon damals (so in der Rede über das Sperrgesetz) aus, daß Fürst Bismarck der einzige Mann sei, der den Frieden herbeiführen könne . . . . Bei Bismarck aber, das wußte Windthorst, halfen keine schönen Reden; dem eisernen Kanzler imponierte nur die parlamentarische Macht.“ Und nun eröffnete ich dem klugen Parteiführer eine parlamentarische Situation, in der ich der Kanzler auf die Unterstützung des Zentrums angewiesen war. Bismarck war genötigt, den Frieden zu suchen, und zwar, wie Windthorst bereits in der Rede über die Verfassungsrevision gefordert hatte, „auf dem korrektesten Wege, in der Tat mit der Kurie zu verhandeln“. Die konsequente Befolgung dieses Rates wäre allerdings auf eine direkte Verständigung zwischen Regierung und Kurie, über die Köpfe von Windthorst und dem Zentrum hinweg, hinausgelaufen.

(Schluß folgt.)

\*) Knopp 177.

# Erziehungs- und Unterrichtswesen im Kaiserlichen Rom.

Ein Vortrag von

**Wilhelm Nicolai.**

---

Ich will Sie am heutigen Abend nach Rom führen. Ich führe Sie nach Rom, der heiligen Stadt mit ihren 400 Kirchen, die die Leiche des Paulus und Petrus birgt, wo der Petersdom und die Scala santa dem Gläubigen unzähligen Ablass verspricht und Christus seine höchste Spitze findet, auch nicht nach Rom, der Stadt der Kunst, wo Rafael und Michel Angelo schufen, und nicht nach Rom, wo Kunstfönn und edler Sammeleifer die Wunderwerke der Antike sammelten, wo die deutsche Kunst immer wieder frische Kraft geizt hat, sondern nach dem Kaiserlichen Rom, der Völkcrbeherrschend, dem Kulturzentrum, der Sonne der alten Welt. Das ist doch die größte Rom gewesen. Wer als sein Herrscher von der Höhe des Palatin auf den Säulenwald des Forums oder auf die vergoldeten Dächer des Kapitols blickte, der durfte sagen, ich gebiete über die Welt, was nicht zu meinem Reich gehört, das gehört kaum der Menschheit an, es nimmt nicht an den edeln Gaben der Kultur.

Denn das Kaiserliche Rom war zwar nicht kulturschöpfend, wohl aber in hervorragender Weise kulturverbreitend. Man kann ich Ihnen von diesem Kaiserlichen Rom nur einen kleinen Ausschnitt zeigen, ich aber meine, recht charakteristischen Ausschnitt zeigen, ich will Ihnen

Bildungs- und Erziehungsweisen im Kaiserlichen Rom auf Grund des Studiums der Schriftsteller der silbernen und goldenen Latinität zu Ihnen sprechen.

In den Zeiten, die Roms Größe begründet haben, in den drei Jahrhunderten der Republik lag die römische Erziehung

den Händen der Familie. Nur kräftige Kinder wurden aufgezogen. Dem Vater wurde nach der Geburt das Kind vorgelegt, er mußte entscheiden, ob es aufgezogen oder ausgelegt werden sollte; in ältesten Knaben und das älteste Mädchen mußte nach dem Befehl der Vater aufziehen, falls sie gesund waren, sonst war seine Willmacht eine so starke, daß ihm völlige Freiheit blieb. Die Mutter führte die Kinder selbst und leitete die erste Erziehung; auch in späteren Jahrhunderten, als die Sitte schon längst der Mutter die Sorge für das neugeborene Kind abgenommen und einer Amme übertragen hatte, gab es treffliche Mütter, die nicht nur die Kinder nährten und erzogen, sondern auch fähig waren, sie sprachlich zu bilden. Die Mutter der Gracchen sprach eine gebildete und geübte Sprache, die auch wohl später in ihren veröffentlichten Briefen bewundert wurde, die Töchter eines Laelius und Hortensius, beide berühmte Redner waren, zeigten gleichfalls eine außerordentliche Redegabe. Nach den ersten Jahren fiel der Unterricht den Knaben zum größten Teil dem Vater zu, das Schreiben, Lesen, Rechnen, später auch die körperlichen Übungen des Schwimmens, Fechtens lernte der Sohn beim Vater: darüber ging in den ersten Jahrhunderten der Republik der Unterricht nicht hinaus, er griff das öffentliche und Staatsleben selbst ein. Jeder Römer mußte Kriegsdienst zu leisten, jeder bildete sich im Rechtsleben und nahm durch direkte Teilnahme aus; kannte doch das antike Leben das Rechts- und Staatsleben eine Öffentlichkeit, die uns fremd ist.

dem Forum wurden die Rechtsentscheidungen gefällt, hier sprach der Ankläger und Verteidiger, auf dem Forum wurden die großen Staatsreden gehalten. Oft schlossen sich junge Römer berühmten Jurisgelehrten und Rednern an und begleiteten sie auf allen ihren Wegen. Das war bei dem praktischsten Volk der Welt in der Zeit der Republik auch eine wirklich praktische Schulung.

Römer von altväterischer Strenge hielten auch in späterer Zeit an der Sitte fest, daß der Vater den Unterricht zu erteilen: der ältere Cato unterrichtete seine Söhne selbst, der Vater Pomponius Atticus gab dem begabten Sohne selbst den ersten Unterricht. Wie gesund waren diese Grundsätze, wie vernünftig für das Volk, dessen einfache Bildungsbedürfnisse noch nicht den Forderungen erforderten, sondern das die Erziehung zu Respekt, Bescheidenheit, körperlicher Tüchtigkeit und Festigung des Willens als Hauptsache ansah. Gründe verschiedener Art waren es, die die Erziehungsweise unmöglich machten: seit dem Ende des zweiten

punischen Kriegen entwickelte sich Rom zur Weltmacht, es bedurfte gewiefter Diplomaten, die in griechischer Sprache mit den Gesandten der östlichen Herrscher verhandeln konnten, so verlangte Politik nach einer Erweiterung der Bildung, andererseits schon seit der Berührung mit den Griechenstädten Unteritaliens und Siziliens den Römern in ihren bedeutendsten Vertretern — innere an den älteren Scipio — eine Ahnung aufgegangen von der Herrlichkeit griechischer Kunst und Literatur, das begabte italienische Volk bekam Geschmack an Homer und Sophokles, an Menander und Plato, so verlangte Geschmack und Wissensdurst neue Wege, endlich drang von Osten eine neue laszivere Sitte in die römische Familie ein, so daß sie zur Erfüllung der übernommenen Aufgabe nicht mehr fähig war. Quintilian, einer der berühmtesten Lehrer der Beredsamkeit in der römischen Kaiserzeit klagt: So wie wir nicht einmal unserm Liebling aus Alexandria geben würden, nehmen wir bei unsern Kindern mit Lachen und Ausreden und das müssen wir auch, denn wir haben sie diese gelehrt und uns haben sie diese gehört. Unsere Freundinnen, unsere Töchter, unsere Genossinnen sehen sie, jedes Gelage tönt wieder von antiken Liedern: Dinge, die man sich zu sagen schämt, müssen sie hören. Daraus entsteht Gewöhnung, dann wird es ihnen zur zweiten Natur. Sie lernen diese Dinge, bevor sie wissen, daß es Laster sind. Die Reinheit der Familie, ohne Zweifel der Fels, auf dem die Größe sich gründete, war geschwunden. Unter diesen Umständen war es natürlich, daß die Erziehung aus dem Hause in die Öffentlichkeit verlegt wurde; schon in frühester Kindheit waren es Sklaven, denen das Herrenkind überlassen wurde, eine gefauerte Sprache von der man verlangte, daß sie nicht zu grobe Sprachfehler machte, damit die Aussprache des Babys nicht leide, und ein griechischer Hofmeister, den die Bezeichnung Pädagog zieme, einige sonst unbrauchbare Sklaven leiteten die ersten Schritte des Kindes.

Wie schon in den frühesten Jahren das Herrenkind erzogen wurde, schildert uns Quintilian ganz ergötlich. Schon das kleine Kind, das auf dem Boden kriecht, wird in Scharlach und Purpur gekleidet und mit Lockereien verwöhnt, in der Sänfte wächst es, sobald das Kind laufen will, strecken sich ihm rechts und links hilflose Hände entgegen; alles Dinge, die natürlich sind. Man bedenken, daß das Haus einer Senatorenfamilie in der Kaiserzeit etwa 400 Sklaven aufwies. Wenn die Kinderstubensorgen

wunden waren, und der junge Aristokrat inzwischen zu einem etwas vermöhnten und festen Bengel herangewachsen war, der — wenn wir Tacitus glauben dürfen — wie ein Alter über Schauspieler, Gladiatoren und Pferde spricht, etwa mit dem 6. oder 7. Jahre wird der Knabe in die Elementarschule gebracht. Wenn wir etwa annähmen, daß der Knabe dahin selbst ginge, seine Wachstafel und die Kapsel mit Rechensteinen unter dem Arme tragend, so würden wir uns gründlich irren. Natürlich begleitet ihn der Pädagog und zwei Sklaven folgen, welche die Schulutenfilien tragen. Kommt er zu dem Elementarlehrer, genannt Grammatista oder Buchstabenmeister, einem griechischen Freigelassenen oder etwa einen früheren römischen Centurio, so muß er bald das *L M N* lernen.

So nannte man bei den Römern in älterer Zeit das Alphabet und formte daraus das Wort *elementum*. Wie mechanisch der Unterricht war, kann man daraus schließen, daß man darüber stritt, ob man zuerst lesen lernen und dann das Alphabet auswendig lernen sollte oder erst das Alphabet und dann lesen lernen. Wie das Alphabet geübt wurde, lehren uns Kinderfrüheilen an den Wänden in Pompeji; dort ist das Alphabet von *A* bis *Z* ohne *Y* und *B*, vorwärts und rückwärts mit *X* begonnen, angeschrieben, aber auch so, daß auf den ersten der letzte Buchstabe folgt, auf den zweiten der vorletzte und so fort. Zur Erleichterung des Lesenslernens schlägt Quintilian die Benutzung eines elfenbeinernen Alphabets zum Spielen vor. Der Unterricht fand sehr früh statt, so daß von den Sklaven der Knaben Lichter mitgebracht werden mußten und Martial zürnen konnte:

O du verdammtes Schulmonarch, den Knaben ein Greuel  
Und den Mädchen verhaßt! Sage, was taten wir dir?  
Noch nicht störte die Ruh' das Krähen der behelmten Hähne,  
Und schon donnerst du los, brüllend und prügelnd im Zorn.

Quintilian hatte als Ideal für den ersten Jugendunterricht hingestellt, daß er eine Art Spiel sei; man sollte viel loben und dem Kinde die Vorstellung beibringen, daß es schon mancherlei wisse. Die Lust am Wettstreit der Schule sollte geweckt werden.

Daß die milden Lehren Quintilians keineswegs immer befolgt wurden, zeigt das von Martial entworfene Bild des brüllenden und prügelnden Elementarlehrers. Dem Lehrer standen drei verschiedene Züchtigungsarten zur Verfügung mit der Rute *ferula* und mit zwei Arten Peitschen (*scutica* und *flagellum*), und das Züchtigungsrecht wurde über den Elementarunterricht hinaus auch

noch von den wissenschaftlichen Lehrern geübt. Quintilian macht dagegen geltend: das Schlagen ist häßlich, es kommt nur den Sklaven zu, ferner ist es unwirksam; der Knabe, der nicht durch ernststen Tadel geändert wird, wird auch ein dickes Fell haben gegen über dem Schläge; endlich das Schlagen ist überflüssig bei einem Lehrer, der seinen Beruf gründlich versteht; auch weist Quintilian auf gewisse sexuelle Momente bei der körperlichen Züchtung hin.

Was hier der verständige Römer ausführt, dürfte auch heute noch unter ganz veränderten Verhältnissen Geltung haben.

Das Lesen wurde nach der Syllabiermethode gelernt, erlernte man einzelne Sylben lesen, die man dann zu Wörtern zusammensetzte. Ältere Schüler unterstützten den Lehrer, indem sie die einzelnen Sylben deutlich vorsprachen. Auch das Chorsprechen wurde geübt.

Die ersten Schreibübungen wurden auf Wachstafeln gemacht. Quintilian schlägt vor, die Buchstaben in die Tafeln in möglichst vollkommener Form einzuschneiden, damit der Schüler zunächst den so vorgezeichneten Zügen folgen kann. Auf schöne Schrift wurde Wert gelegt, das richtige Schreiben wurde durch zahlreiche Diktation geübt. Auf das Schreiben auf der Wachstafel folgte das Schreiben auf Papier mit dem Schreibrohr. Sprüche mit moralisch wertvollem Inhalt und seltenen Ausdrücken wurden gleich beim Schreiben auswendig gelernt.

Auf Rechnen wurde sehr viel Wert gelegt, und die kleinen Römer hatten, wenn wir Horaz glauben dürfen, dafür ein besonderes Talent. Horaz beschreibt uns eine Rechenstunde: der Lehrer fragt den Sohn des Wucherers Albinus: „Wenn man von  $\frac{5}{12}$  Aß  $\frac{1}{12}$  hinwegnimmt, wieviel bleibt?“ „ $\frac{1}{3}$ ,“ antwortet schlau fertig der Knabe. „Und wenn man  $\frac{1}{12}$  hinzusetzt?“ fährt der Lehrer fort. „ $\frac{1}{2}$  Aß,“ erwidert prompt der Schüler. „Du wirst dein Vermögen zusammenhalten können,“ lobt der Lehrer den Schüler. Horaz beklagt dieses Wertlegen auf Besitz bei Lehrer und Schüler; es stimmt die römische Kaiserzeit mit ihren Idealen an diesem Punkt ziemlich mit der unsrigen überein, denn auch Petron, ein wichtiger Satiriker aus Neros Zeit, erzählt eine Rede, die ein Vater an seinen Sohn hält und die etwa folgendermaßen lautet: „Erstgeborener, glaube nur: was du lernst, das lernst du für dich. Du siehst den Rechtsanwalt Phileron; wenn er nicht gelernt hätte, würde er heute den Hunger nicht von seinen Lippen treiben können.“

Noch eben trug er auf seinem Rücken Lasten, die er verkaufen wollte, jetzt reckt er sich selbst gegen Norbanas. Die Wissenschaft ist ein Schatz und die Kunst stirbt niemals.“

Freilich gab es unter den Knaben auch Idealisten, denen  $1 + 1 = 2$ ,  $2 + 2 = 4$  ein widerliches Geleier war, wie dem heil. Augustinus.

Durch die unvollkommenen römischen Zahlzeichen war das Rechnen freilich sehr erschwert, und man pflegte mehr als heute im Kopf zu rechnen, dabei bediente man sich der Finger als Hilfe — die lateinischen Zahlzeichen sind uns ein Zeugnis dafür, da sie die einzelnen Finger oder die ganze Hand darstellen —, auch hatte man Rechentafeln und Rechensteine.

Nach wenigen Jahren war dieser Elementarunterricht vollendet, und der Knabe des 3. Standes begnügte sich mit dieser Vorbildung; er wurde nun Salzfishändler, Barbier, Ausrufer, Auktionsbote oder Pächter; der Sohn des Ritters oder Senators hatte noch einen weiten Weg zurückzulegen, er erhielt nun seine wissenschaftliche Ausbildung etwa bis zum vollendeten 16. Jahre bei dem Grammatikus, dem Sprachlehrer, dann die höhere Bildung bei dem Rhetor. Zur Begründung des grammatischen Unterrichts hatte in der Reichshauptstadt ein eigentümlicher Zufall den Anlaß gegeben.

Zwischen dem 2. und 3. punischen Kriege war von Attalus II. von Pergamon ein gelehrter Grieche, Krates von Mallos, in diplomatischer Sendung nach Rom geschickt worden. Am Palatinus war dieser in die Deffnung der Cloaca maxima, der römischen Wasserleitung, gestürzt, hatte das Bein gebrochen und benutzte nun die Zeit der unfreiwilligen Muße, um Vorlesungen zu halten und Disputationen zu veranstalten; er hatte ungeheuren Zulauf und bald fanden sich andere Gelehrte, die seinem Beispiel folgten und sogenannte grammatische Schulen eröffneten. Manche brachten lediglich Dichtwerke, die wenig bekannt waren, zur Vorlesung, andere gaben förmlichen sprachlichen Unterricht, wie die beiden römischen Ritter Q. Aelius Lanuvius und Servius Claudius, und bald blühten in der Stadt über 20 gelehrte Privatschulen; der Staat bekümmerte sich vorläufig um das Bildungswesen nicht.

Das Ziel der römischen höheren Bildung war die Erziehung und Ausbildung lediglich für zwei Berufe, für den des Offiziers und den des Juristen — wenn die Rittersöhne auch vielfach den Beruf des Großkaufmanns ergriffen, so waren doch die Schulen keineswegs bestrebt, sie dafür vorzubilden, dazu mußte die Praxis, der Aufent-

halt in den Handel treibenden Städten des Ostens helfen, auch der Jurist erwarb sich seine Rechtskenntnisse in der Praxis beim Rechtsanwalt, der Offizier im Lager des Konsuls, Prokonsuls oder Praefurators und in den militärischen Vorübungen auf dem Marsfeld, was aber für den römischen Militär und höheren Beamten unerlässlich war und was die höhere Bildung vermittelte, war die Beherrschung zweier Sprachen und kunstmäßige Beredsamkeit. Diese ist gar nicht mit unserer parlamentarischen Redefertigkeit zu vergleichen. Wer im Parlament die eigenen Gedanken klar und überzeugend auszudrücken vermag, wer seine Gegner schlagfertig zurückweist, den nennen wir, einen guten Redner: damit waren die alten Römer noch lange nicht zufrieden, auch ihre Staats- und militärische Beredsamkeit erforderte eine derartige Vorkenntnis in allen Feinheiten des Ausdrucks, eine so feine Disponierkunst, einen so schauspielerischen Vortrag, daß man darüber dicke Bücher schreiben konnte, und jahrelang darin Unterricht genießen mußte. Den Gang des grammatischen Unterrichts, der Griechisch, Latein als Hauptfächer, Geometrie, Astronomie, Musik, Einführung in die Philosophie als Nebenfächer umfaßte, können wir uns ziemlich genau vorstellen. Wegweiser ist uns dabei wiederum Quintilian, der das erste Buch von 12 Büchern über die Beredsamkeit dem Unterricht des Grammatikus gewidmet hat. Die Behandlung des Griechisch und Latein war fast die gleiche. Man unterschied zwei Teile des Unterrichts nach dem Griechischen *methodice* und *historice* genannt, wir würden Grammatik und Lektüre sagen. Die Grammatik umfaßt eine für unsere Begriffe freilich etwas primitive Lautlehre — die Laute und ihre Bezeichnungen in der Schrift: Vokale, Halbvokale, Konsonanten, ferner Wortklassen und ähnliches wurde da gelernt, dann ging man zu Deklination und Konjugation über, die Begriffe der Analogie und Anomalie spielten hier eine Rolle, auch die Anfänge der Etymologie wurden gelehrt; daß dabei oft die Phantasie und Willkür herrschte, dafür gibt uns Quintilian ergötzliche Beispiele, nicht nur das bekannte vom *lucus*, der seine Benennung *a non lucendo* erhielt, sondern auch von *coelebs* ehelos, dem Wort, das ja im Jölibat fortlebt; dieses leitete einer der damaligen Grammatiker von *coelites* die himmlischen ab, weil die Ehelosen die schlimmste Last entbehrten und ein himmlisches Leben führten. Auf Reinheit im Gebrauch der Muttersprache wurde außerordentlich viel Wert gelegt, und die Knaben mußten sich aller Barbarismen und Solözismen entwöhnen, d. h. sie mußten provinziale Ausdrücke, Nachlässigkeiten in Aus-



sprache und Flexion, Umstellen von Konsonanten sich abgewöhnen — das waren Barbarismen — und sie mußten die Fehler im Wortgefüge vermeiden — das waren die Solözismen. Was die Lektüre betraf, so wurde besonderer Wert auf eine wohlklingende Aussprache und sinngemäßes Lesen gelegt. Das Atemholen, die Behandlung des Verses, die gleichweit entfernt war von einer Auflösung des Metrums in Prosa und vom leierigen Rhythmisieren, das Heben und Senken der Stimme, die Abwechslung zwischen langsam und schnell lesen, zwischen dem erregten und leichten Ton wurde sorgfältig geübt. Es ist kein Zweifel, daß man auf alle diese Dinge größeren Wert gelegt hat, als es in unseren höheren Schulen bei der Fülle des Stoffes möglich ist. Beim Lesen der Dramen wurde es als notwendig angesehen, daß der einzelne die Personen unterscheiden lerne. Manche verlangten alle Manieren des Schauspielers vom Schüler und forderten, daß er in der Aussprache des Wortes gleichsam dessen Sinn verdeutliche, anderen schienen wohl mit Recht diese Forderungen zu weit zu gehen.

Der Kanon der Lektüre war von dem unsrigen insofern verschieden, als fast ausschließlich Dichter gelesen wurden. An der Spitze stand Homer, den man griechisch und in der altertümlichen Uebersetzung des Livius Andronicus las. Freilich entstellte man den Dichterheros hös durch allegorische Deutungen: dann waren, wie uns Horaz lehrt, Achill das Bild des Fähzorns, die Sirenen wurden zu der Stimme der Verführung, Circes Becher eine Allegorie des Trankes der Wollust; daneben las man mit Begeisterung Vergil — der Kirchenvater Augustin berichtet uns noch aus dem 4. nachchristlichen Jahrhundert, wie er Teile der Aeneis auswendig gelernt hat, wie er über den Tod der Dido weinte, und wie die Schüler ihm als Beifall „Euge, Euge“, zuriefen, wenn er Vergil deklamirte oder in Prosa verwandelt vortrug. Die griechischen Tragiker Aeschylus, Sophokles, Euripides wurden gleichfalls gelesen, auch die Komödiendichter, besonders den Griechen Menander, bevorzugte man, die Lyriker möchte Quintilian nur mit Auswahl und die Elegiker wegen ihrer Verherrlichung unsittlicher Verhältnisse ganz ausschließen, die älteren Dichter wie Ennius und Lucilius erhalten etwa den gleichen Platz im Kanon wie bei uns die mittelhochdeutsche Dichtung; auch an den Fabeldichter Aesop sollen deklamatorische Uebungen angeschlossen werden.

Die Unterrichtsweise in der Lektürestunde ist uns auch in ihren Hauptzügen bekannt: man machte Gliederungsübungen, verlangte

Inhaltsangaben; doch meint Quintilian, diese dürften sich nicht zu sehr ins einzelne verlieren; es komme vor, daß der Lehrer behaupte alles zu wissen und dabei zum Lügner werde: so wurde untersucht, ob Homer oder Hesiod der früher lebende gewesen sei, ob Hecuba oder Helena älter sei, an welche Ufer Odysseus verschlagen sei, ob Penelope ihre Keuschheit bewahrt habe; Uebungen in der Metrik, Erklärungen seltener Ausdrücke, der Bilder und Redefiguren gehörten zur Interpretation: schließlich folgte das Vorlesen des Lehrers, das der Epigrammatiker Martial wenig respektvoll charakterisiert, wenn er fragt: Soll ich etwa eine Tragödie schreiben oder epische Verse donnern, die der aufgeblasene Schulmeister dann vorliest, damit die erwachsene Jungfrau und der gutmütige Knabe gegen mich empfindet! Auch sonst redet Martial von der heiseren Stimme des Lehrers; es muß also ein chronischer Halskatarrh an den charakteristischen Eigenschaften des Lehrers gehört haben. Zu sehen übrigens auch aus der angeführten Martialstelle, daß auch Mädchen am Unterricht der Grammatiker teilnahmen.

Neben dem sprachlichen Unterricht konnten die Nebenfächer ein bedingtes Interesse beanspruchen, ja viele Eltern fragten: Was hilft denn Geometrie und Musik oder gar Astronomie meinem Sohn zu seinem künftigen Berufe? Und der Beweis, den Quintilian gibt, um die Notwendigkeit dieser Fächer zu beweisen, kommt sehr schwächlich vor: der Gedanke, daß die Bildung als Ganzes ein Kunstwerk sei, das Vielseitigkeit beanspruche und Ausblicke in verschiedene Fächer, ist ihm nicht aufgegangen, er meint nur, ein vollständiges Wissen sei erwünscht. Der Gedanke, daß zu viel eine Ueberbürdung bedeute, wurde schon damals ausgesprochen. Geometrie — damals Arithmetik zugleich einschließend — wurde praktisch betrieben, so daß der Großgrundbesitzer zugleich die Flächenberechnung seines Landgutes lernte, Arithmetik hielt man für notwendig für den Kapitalisten, um die Geldgeschäfte besser besorgen zu können. Quintilian meint, daß man Folgerichtigkeit aus der Mathematik für die Rede lernen könne. In der Musik wurden die Tonarten gelernt, freilich nicht unsere, auch Gesangsübungen fanden statt, wie römische Jünglinge und Jungfrauen sie für die Feste ihrer Götter brauchten. Astronomie wurde etwa soviel gelernt, wie in unserer mathematischen Geographie, nur nach einem anderen Sonnensystem. Endlich hielten auch einige Eltern die Uebung der Söhne in der Palästra für durchaus erforderlich und einige Stunden bei einem Schauspieler. Die Uebung in der Palästra ist zu un-

scheiden von der täglichen körperlichen Uebung der jungen Römer; sie geht darüber hinaus, indem sie nicht der Kraft und Gesundheit, sondern der Schönheit und Eleganz dient. Die eigentlich römischen Uebungen, in welche die Schüler von Jugend auf eingeführt wurden, waren Laufen und Springen, Reiten und Schwimmen, Waffenübung und Ballspiel. An diesen Uebungen, die täglich auf dem Marsfeld ausgeführt wurden, hielten, wie die Jugend, auch die Greise noch in wunderbarer Rüstigkeit fest, wenn ein Knabe oder Jüngling diese Uebungen mied, fiel es auf, und er holte sich wohl den Spottnamen eines Sybariten und kam in den Verdacht, sterblich verliebt zu sein, wenn er nicht mehr „unter seinen Kriegskameraden einherrscht und die gallischen Rosse mit Stachelzaum lenkt, wenn er nicht mehr die gelben Fluten des Tibers berührt“. Ein alter Veteran mit Mauer- oder Bürgerkrone geschmückt, übte wohl, wie der jüngere Plinius erzählt, die jüngere Generation in der Kunst des Waffenhandwerks. Wie das Schwimmen geübt wurde, zeigt z. B. der Wettstreit zwischen Julius Cäsar und dem späteren Cäsarmörder Cassius, den Shakespeare mit den Worten wiedergibt:

Als wild die Tiber an das Ufer tobt,  
 Sprach Cäsar zu mir: Wagst du, Cassius, nun  
 Mit mir zu springen in die zornige Flut  
 Und bis dorthin zu schwimmen? Auf dies Wort,  
 Bekleidet wie ich war, stürzt ich hinein,  
 Und hieß ihn folgen, wirklich tat er's auch.  
 Der Strom brüllte auf uns ein; wir schlugen ihn  
 Mit wadern Sehnen, warfen ihn bei Seit',  
 Und hemmten ihn mit einer Brust des Tropes.  
 Doch eh' wir das gewählte Ziel erreicht,  
 Rief Cäsar: Hilf mir Cassius! Ich sinke.  
 Ich wie Aeneas, unser großer Ahn,  
 Aus Trojas Flammen einst auf seinen Schultern  
 Den alten Vater trug, so aus den Wellen zog ich  
 Den müden Cäsar.

Das Ballspiel war so beliebt, daß Maecenas, der unverantwortliche Ratgeber des Kaisers Augustus und zugleich der Beschützer der Künstler, es nicht nur in Rom oft mit Horaz spielte, sondern sogar auf Reisen, sobald er irgendwo Station machte, dazu zum Spielplatz ging. Für einen Staatsmann, der die Last der Verwaltung eines Weltreiches auf seinen Schultern trug, läßt sich etwas dergleichen wieder nur in England denken.

Die Uebungen der Palästra — der Ringschule — oder des Uebungsplatzes, des Gymnasiums, waren griechischen Ursprungs und

fanden bei den eigentlichen Römern nur zögernd Eingang, denn einmal waren sie nicht wie die römischen Übungen direkt auf den praktischen Nutzen gerichtet, und dann wurden sie nackt ausgeführt, das widersprach dem Schamgefühl, das die Römer sich weit länger als die Griechen bewahrten. Der alte Ennius hatte ausgesprochen: „Unter Bürgern sich entblößen, Anfang ist's der Schlechtigkeit.“ Cicero pflichtete ihm bei, und selbst die Griechen meinten, daß der Sittenverfall bei ihnen mit der Kultur des nackten Körpers zusammenhänge. Diese Gedankengänge interessieren in einer Zeit, in der man von neuem in Sonnenbädern und gymnastischen Übungen die Nacktkultur zu beleben sucht. In Griechenland endete die Palästra, allerdings die Vorbedingung der herrlichen griechischen Plastik, in dem traurigen Laster der Knabenliebe, wohin werden die modernen Bestrebungen gleicher Art führen? Je näher Rom der Verfall kam, um so mehr drang griechisch-orientalisches Wesen ein und mit ihm die Palästra mit ihren Schattenseiten, die manche jungen Römer ganz gefangen nahm. Wie es bei uns Studenten gibt, die nur den Becherschwung und das Fechtrapier kennen, entrüstet sich Quintilian über die älteren Schüler, denen ein Teil ihres Lebens im Del — man salbte sie zur Palästra —, ein Teil im Wein dahingeht, die ihren Verstand durch die Kultur des Körpers ruiniert haben. Eines bleibt rätselhaft, wie nämlich die römischen Schüler bei sechsstündigem Unterricht — denn der Nachmittag unterrichtet ist nicht eine boshafte Erfindung der Neuzeit, sondern existierte schon im alten Rom — Zeit für die körperlichen Übungen des Marsfeldes und der Palästra und für das tägliche Bad gefunden haben, die Sache wird jedoch einigermaßen erklärlich, wenn man bedenkt, daß es, abgesehen davon, daß der Privatunterricht natürlich individuelle Gestaltung zuließ, sehr reichliche Ferien gab und zwar von der Mitte des Juni bis zu den Iden des Oktobers. Zu diesen vier Monaten kamen mehrere kurze Ferien: die Weihnachtsferien, um in unserer Berechnung zu bleiben, am Feste der Saturnalien und die Osterferien am Quinquatrusfest vom 19. bis 25. März. Das erste dieser Feste hatte mit unserm Weihnachtsfest auch die Ähnlichkeit, daß es ein Freudenfest mit Geschenken und Verwandten und Freunden war, das zweite war der Minerva geweiht und war für die Lehrer ein besonderes Freudenfest, weil ihm an diesem, wo das Schuljahr beendet wurde, das jährliche Honorar gezahlt wurde; in Provinzialschulen war wohl auch monatliche Zahlung üblich. In dem Unterricht vermissen wir einige Fächer,

wir uns aus der höheren Schule nicht wegdenken können. Wo blieb z. B. die religiöse Unterweisung bei einem so frommen Volke, wie die Römer es ursprünglich waren? Offenbar hat die Familie, die Praxis der Religionsübung und die Dichterlektüre zusammen gewirkt, um die nötigen Kenntnisse zu vermitteln. Die Naturwissenschaften fehlten bis auf Astronomie ihrer Bildung völlig: das ist der schwächste Punkt im antiken Unterricht und der antiken Wissenschaft überhaupt. Bei dem Grammaticus blieb der Schüler oft bis zum Anlegen der Männertoga, was in früher Zeit nach vollendetem 16. Jahre, in später Zeit nach vollendetem 15. Jahre geschah. Diese feierliche Handlung, durch die der Jüngling in den Kreis der Erwachsenen trat, war ein wichtiger Abschnitt im Jünglingsleben, den man mit unserer Konfirmation oder mit dem Abiturientenexamen vergleichen könnte. Für diese war das Fest der Liberalia bestimmt, am 16. März. Im Hause wurde an diesem Tage an Stelle der purpurverbrämten Toga, deren Fuß nun wie Kindertand erschien, die einfache weiße Toga angelegt, dann wurde in feierlichem Geleite von zahlreichen Verwandten und Freunden der Jüngling auf das Forum geführt, wo er dem Prätor vorgestellt und in die Bürgerliste eingetragen wurde, dann ging es nach dem Kapitol, wo die religiöse Feier stattfand und ein Opfer dargebracht wurde. Nun gehörte der Jüngling zu den Bürgern und konnte an allen Rechten und Pflichten derselben teilnehmen; aber meist nahm er an den Rechten noch nicht teil, sondern arbeitete aufnehmend, lernend, übend weiter: es war eine Ausnahme, wenn der junge, schneidige Cotta an dem Tage, wo er die Männertoga anlegte, sobald er vom Kapitol herabgestiegen war, den Carbo vor Gericht forderte, der seinen Vater verurteilt hatte. Im allgemeinen begann nun die höhere Ausbildung, deren Wege mannigfach waren: der Rhetor und Philosoph vervollständigte die theoretische Ausbildung, der Rechtsanwalt die praktische Bekanntschaft mit dem Gerichtswesen, die körperlichen Uebungen werden fortgesetzt und erweitert. Die Rhetorik war bei den Römern auf das feinste ausgebildet, freilich nach Vorgang der Griechen, und diese Ausbildung erhielt allmählich immer mehr etwas Schematisches. Die vom Grammaticus kommenden jungen Studenten hatten vielfach schon die Anfänge der Rhetorik gelernt, sie mußten gleichwohl noch einmal von vorne anfangen, und zwar mit Lektüre der Historiker, besonders des Livius und Sallust, auch die Anfänge historischer Kritik wurden getrieben, so wurde untersucht, ob ein Kabe auf dem Haupte

des Valerius Corvus bei einem Kampf mit einem Gallier getötet habe und andere mythische und sagenhafte Zutaten geprüft. Die Lektüre des Cicero und anderer Redner seiner und der früheren Zeit vermittelten den Uebergang zur eigentlichen Rhetorik. Da lernte der Student die Gattungen der Rede kennen: die Gerichtsrede, die beratende und lobende Rede, wie sie das öffentliche Leben in Rom vor dem Richter, im Senat oder bei den Leichenbegängnissen verlangte, hier lernte er, daß es bei jeder Rede auf 5 Punkte ankomme: auf die Erfindung, d. h. die Beherrschung des Stoffes, die Anordnung oder Disposition, die Darstellung oder Form der Rede, die Kunst des Memorierens und den Vortrag — Germane ist viel zu sehr ein Mann der Freiheit, als daß er in seinen Redeübungen in solche spanische Stiefeln hätte zwängen lassen lassen, Römer und Griechen schätzten dagegen die Form sehr hoch, daß sie dieses einmal als richtig erkannte Schema fast nie verließen. Selbst die Disposition der Gerichtsrede stand einmal allemal fest; sie mußten z. B. mit der peroratio, einer letzten, kraftvollsten und an das Gefühl appellierenden Steigerung schließen und oft eine Handlung damit verbinden, selbst die Erregung dieses Affektes mußte den jungen Studenten beigebracht werden, und sie mußten vor Fehlern gewarnt werden. Da erzählte Quintilian ganz eigentümliche Unfälle, die bei der Peroratio passiert sind. Ein Bruder wird die rechtliche Verpflichtung, für seine Schwester zu sorgen; er hat dies unterlassen und wird von dem Rechtsvertreter der Schwester angeklagt: zum Schluß nimmt dieser das Mädchen, um sie dem gegenüberstehenden Bruder auf den Schoß zu legen, aber dieser hat inzwischen eiligst den Platz verlassen, und der Redner muß mit einem unruhigen Rückzug antreten. Ein anderer wendet sich zu seinem Gegner mit dem Worte: „Warum siehst du mich mit so finstlicher Miene an, Severus?“ Da steht Severus auf und sagt: „Was habe ich es nicht getan, aber wenn es so in deiner Rede steht, so werde ich's noch tun.“ Bei der Flut der rednerischen Übungen des Altertums interessieren uns besonders die zwei letzten Punkte, die die rednerische Ausbildung betreffen, nämlich die Schulung des Gedächtnisses und der Vortrag.

Was wir in den rhetorischen Schriften des Altertums über die Übung des Gedächtnisses finden, können wir fast durchweg heute noch unterschreiben. Quintilian meint dazu: Eine gute Disposition unterstützt das Gedächtnis wesentlich, regelmäßiges und fleißiges Auswendiglernen, womöglich täglich, ist eine gute Hilfe. Das

Gelernte haftet weniger sicher, besser schon ist es, wenn wenigstens eine Nacht zwischen Vortragen und Lernen liegt. Ob man wörtlich eine Rede memorieren soll, fragt Quintilian und bejaht dies, wenn Zeit genug vorhanden ist — sonst soll man nur eine Disposition ausarbeiten — denn halb wörtlich nach einem Konzept, halb frei reden, macht die Rede stöckerig. Der Vortrag wurde in der Rhetorenschule bis ins feinste ausgefeilt. Die Stimme muß geübt werden durch Auswendiglernen von Gedichten, die wechselnde Affekte enthalten, sie darf nicht zu dunkel sein, nicht zu dünn, nicht zu rauh, nicht zu breit, nicht zu hart und gepreßt: der Redner erreicht das durch Spazierengehen vor der Rede, durch Enthaltung von Liebesgenuß, durch Mäßigkeit im Essen und Trinken. Die Aussprache muß deutlich sein, Silben dürfen nicht verschluckt werden, ein eintöniger Vortrag ist ebenso zu vermeiden, wie zuviel Schauspielerei; das Atemholen muß förmlich gelernt werden; manche modern gesinnte Lehrer der Beredsamkeit verlangten ein wirkliches Rofettieren mit dem Organ, welches man Singen nannte; eine Modulation der Stimme, wie sie wohl gelegentlich der Schauspieler anwendet; besonders am Schluß der Rede war dies bei Redetechnikern beliebt. Quintilian meint, dann fehlt nur noch, daß sich diese Leute auch von Musikern begleiten lassen.

Ganz fabelhaft ist für uns, was über die Actio, die Bewegung beim Sprechen gelehrt wird. Vor allem wird eine durchgebildete Mimik verlangt: die Mienen des Redners müssen die Affekte, die der Redner erregen will, ausdrücken, sie müssen also bald bittend, drohend, schmeichelnd, finster, heiter, bald stolz oder demütig sein, die Augen tun dabei das Meiste, aber auch die Augenbrauen müssen bald zusammengezogen, bald ausgebehnt werden, viele Redner benützen selbst Nase und Lippen beim Affekt. Eine mäßige Bewegung der Schultern fand man schön, für die Hände hatte man aber fast ebensoviele Variationen im Gebrauch, wie es Worte gab, mit ihnen sollte man fordern, versprechen, rufen, fortschicken, drohen, flehen, fragen, versagen, Furcht und Abscheu, Zweifel, Geständnis, Reue ausdrücken — kurz nur ein moderner Italiener aus dem Volke, dem es mißlungen ist, einen Fremden zu pressen, kann ähnlich beredt mit den Händen sein, wie es von einem römischen Redner verlangt wurde. Selbst die Beine mußten durch geringe Vorwärts- und Rückwärts-Bewegung dem rhetorischen Ausdruck mit dienen. In allen diesen äußeren Dingen waren die Studenten der Beredsamkeit, aber auch schon Knaben von kaum 15 Jahren, hochfein



dressiert. Aber wir sind neugierig, eine solche Redeübung, die ein lateinischer Rhetor mit seinen etwa 30 Schülern veranstaltet, zu hören, wir betreten deshalb eine Seitenhalle der prachtvollen Thermen des Caracalla, um den berühmten Arellius oder Triarius oder Porcius Latro zu hören. Es ist gerade ein gewaltiger Wettbewerb um den monatlich ausgesetzten Preis: es handelt sich darum, wer die beste Suasorie, beratende Schulrede, hält, um die 300 Spartaner aufzufordern, bei den Thermopylen auszuharren — oder falls der Schüler einen solchen Löwenmut hat — um ihnen davon abzuraten. Daß man es mit der Geschichte nicht genau nimmt, entnehmen wir daraus, daß die ganz unhistorische Voraussetzung die ist, daß alle griechischen Staaten je 300 Mann gegen die Perser an die Thermopylen gesandt haben, daß die Kontingente aller Staaten abgezogen sind und die Spartaner allein zögern. Ein schlanker Knabe mit leichtem Schritt, fein gekräuseltam Haar, eleganter ganz weißer Toga, also schon über 15 Jahre, betritt die Rednertribüne mit erstaunlicher Sicherheit. Nach kurzer Einleitung beginnt er: Es bedeutet eine große Schuld an die Tugend, als Spartaner geboren zu sein: zu sicherem Siege wären alle zurückgeblieben, zu sicherem Tode nur Spartaner. Sparta ist nicht von Mauern umgeben: tapfere Männer sind seine Mauern. Wir wollen lieber die fliehenden griechischen Brüder zurückrufen, wie ihnen folgen. „Aber Xerxes durchbohrt Berge, sagt ihr, er verhüllt durch die Menge seiner Schiffe das Meer.“ Da erwidere ich Euch: nie hat ein so stolzes Glück festen Bestand gehabt und die Herrscher der gewaltigsten Reiche sind von ihrem Gipfel herabgesunken, wenn sie die Schwäche des Menschen vergaßen. In diesem Tone redete der erhabene Jüngling weiter unter dem größten Beifall seiner klatzenden und rufenden Altersgenossen. Was uns im weiteren Verlauf in Erstaunen setzte, war die große Einförmigkeit der Leistungen: da war Keiner, der nicht hätte reden können, Aussprache, Bewegung, Vortrag meisterhaft, aber die Eintönigkeit der Gedanken auch außerordentlich: noch einige Wendungen, die besonders angestaut wurden, sind uns im Gedächtnis geblieben: Ein besonderer Knabe machte selbst den Einwurf: wir sind nur 300 und antwortete, nur 300 aber Männer, aber Spartaner, aber an den Thermopylen: ich habe nie mehr 300 gesehen: wütender Applaus lohnte den Einfall, daß 300 je nach dem Verhältnisse viel oder wenig sein könnten. Ein anderer rief laut: ich freue mich, ich freue mich! Alle wunderten sich, was dem Redenden denn so Gut-



passiert wäre, da fuhr er fort: der ganze Kerges gehört nach Abzug der anderen uns. So milde Uebertreibung erregte doch auch in diesem Kreise Gelächter. Zum Schluß erschien dann der Meister selbst, kritisierte die Leistungen seiner Schüler mit viel Komplimenten — das erforderte schon der pekuniäre Vorteil, sonst gingen sie zu einem anderen der 300 Rhetoren Roms — er führte dann eine große Anzahl von Stellen aus anderen Rhetoren vergangener Zeit an, die das gleiche Thema behandelten, ganz wie Seneca, der mir überhaupt den Stoff zu dieser Schilderung gegeben hat, um endlich selbst das Wort zu einer Schlußrede zu ergreifen. Wie verzückt flüstern die Studenten: der Meister redet heute selbst: natürlich hat er sich ein anderes Thema gewählt, wie die Schüler es behandelten, er spricht über die Frage, ob die Beredsamkeit des republikanischen oder des kaiserlichen Roms den Vorzug verdient. Er ist natürlich ein eifriger Verfechter der Meinung, daß die neue Zeit erst die wahre Beredsamkeit entdeckt habe, sein Beweis dafür ist eigenartig genug. Er fragt: was meint ihr unter Beredsamkeit des republikanischen Roms, etwa die ersten Zeiten der Republik? Ohne Zweifel nicht, ihr meint die Zeit eines Cicero, Cäsar, Calvus, Asinius, Corvinus. Ihr tut sehr unrecht, diese Zeit von der unserigen zu trennen. Wenn Cicero in seinem Hortensius das Weltenjahr innerhalb dessen der gleiche Stand des Himmels und der Planeten wieder eintritt, auf 12954 unserer Jahre berechnet, so ist ja seit der Zeit des Cicero bis zu uns ein recht kleiner Teil eines Jahres verlaufen, unsere Zeit gehört also zu jener, ihr Ruhm ist der unsere. „Eine schöne Taschenspielerlei denke ich im stillen.“ Nun aber fährt der Redner fort, die einzelnen rednerischen Größen der letzten Zeit der Republik durchzugehen, und seine Bosheit läßt Raum an einer derselben etwas Gutes. Die hohe Bewunderung der Schüler zeigt dem Redner, daß boshafter Witz stets ein Publikum findet. Das Unlogische: daß der Redner einmal zu den Bednern der Ciceronischen Zeit gerechnet zu werden wünschte, und daß er anderseits diese Zeit, also sich selbst auch mit herabzog, merkte keiner der Schüler bemerkt. Beglückt gehen die Schüler nach Hause, bereichert um manche seltene und wirksame rhetorische Wendung. Nach den Leistungen bei dieser Deklamation erhalten sie die Plätze. In diesem Falle waren es nur Suasorien, beratende Reden, die geübt wurden: für weit schwerer gelten die Kontroversien, die über Streitfälle; hier bedurfte es oft eines jesuitischen Scharfsinns, um eine annehmbare Entscheidung zu treffen. Die Themata,

die damals in der Schule behandelt wurden, wirken heute auf uns wie die Witze des Simplizissimus, z. B.: Eine geraubte Jungfrau soll entweder den Tod des Räubers verlangen oder daß er sie überhaupt Mitgift heiratet. In einer Nacht hat er nun 2 Jungfrauen geraubt, die eine wünscht seinen Tod, die andre die Ehe; was soll geschehen? Der Redner Porcius Latro ruft da voll Entrüstung aus: Er rüstete sich schon gegen die dritte und hätte sie geraubt, wenn nicht die Nacht zu kurz gewesen wäre: „rächt, ihr Väter, rächt, ihr Brüder, rächt ihr Gatten.“ Ein anderer Fall: Ein alter Greis wird zum Verschwenker, als er seinen Sohn verschwenden sieht, der Sohn will seine Entmündigung wegen Unzurechnungsfähigkeit durchsetzen. Der Vater klagt den Sohn als die Ursache seines Lasters an. Ist dem Vater oder dem Sohne recht zu geben? Besonders beliebt waren die Kontroversien, die mit Tyrannenmord zusammenhingen. Es war klar nach damaligen Begriffen, daß man für einen Tyrannenmörder nicht etwa nur für Straflosigkeit zu sorgen konnte, sondern für ehrenvolle Auszeichnungen jeder Art. Dagegen war folgender Fall kompliziert: es gilt der Grundsatz, daß ein Tyrann, der einen Tyrannen getötet hat, soll ehrenvoll auf dem Marktplatz bestattet werden. Bei einer Pest war in einem tyrannisch regierten Staatswesen das Orakel ausgegeben worden: wenn die Pest hören sollte, müsse der Tyrann getötet werden. Da tötet der Tyrann sich selbst: soll er nun, wie seine Verwandten verlangen, als Tyrannenmörder auf dem Forum begraben werden? Da gab sich die schönste Gelegenheit, gegen den Tyrannen zu donnern.

Diese Deklamationen fanden ein Interesse in Rom, wie es in unserer Zeit Musikvorträge: ganz Rom war ein großes Auditorium geworden. Aber was lernten die Jünglinge hier eigentlich? Hatte nicht der Censor Crassus ganz recht, wenn er — noch in den Zeiten der Republik — die Rhetorenschule als Schule der Unschämtheit schließen ließ? Und stimmen wir nicht den Klagen Tacitus bei, wenn er meint: wie unglaublich sind die Fälle, die hier behandelt werden: Belohnung für Tyrannenmörder, Bestrafung schändeter Jungfrauen oder Mittel gegen Pest: wenn die Redner dann in Berührung mit der rauheren Wirklichkeit treten, dann sagen sie. Ähnlich spottet Petron, ich glaube, daß die Redner den Schulen recht töricht werden, da sie nichts von dem, was wirklich vorkommt, hören oder sehen, sondern von Seeräubern, die gefesselt an den Ufern stehen, von Tyrannen, die Edikte erlassen, daß die Söhne ihrer Väter Häupter abschneiden sollen, etc.

Drakeln, die befehlen, für die Best drei oder mehr Jungfrauen zu opfern. Das war der größte Fehler der Rhetorenschulen, daß sie sich zu weit von der Wirklichkeit entfernten: ein bloßes Spiel mit Gedanken und Worten wurde hier getrieben; unter den Gründen, die den Untergang des römischen Reiches herbeigeführt haben, ist ohne Zweifel auch der ganz unpraktische Unterricht in den Rhetorenschulen zu nennen. D. Seeck führt das Wort an: „Hätte man den Germanen mit Sprengstoffen statt mit den Schwertern der Legionen entgegenzutreten können, so wären sie niemals Sieger geblieben.“ Positive Kenntnisse aber, besonders in den Naturwissenschaften, wurden so wenige erworben, eigenes schöpferisches Denken wurde so wenig gepflegt, daß an ein geistiges Fortschreiten nicht gedacht werden konnte: der Kreis der Vorstellungen, so auch der in der Rhetorenschule behandelten Themata war ein erstaunlich enger, die Ueberschätzung der Form eine kolossale. Es liegt nahe, daß wir hier einmal einen Blick auf unsere eigenen Verhältnisse werfen. Sind wir etwa in Gefahr, einer ähnlichen Erstarrung zu verfallen, oder ist bei uns irrisches Leben? Ich glaube, man kann einen Vergleich der römischen erennenden Jugend und der unsrigen dahin formulieren, daß man sagt, die Römer konnten mehr und wußten viel weniger, unsere Jungen können weniger und wissen viel mehr. Die flinke Bereitschaft mit dem Wort, das sichere Auftreten, die Beherrschung des äußeren Menschen besaßen die jungen Römer ungleich mehr, ein begründiges Wissen, ein innerliches Interesse haben unsere Knaben und Jünglinge voraus. Natürlich ist dieser innere Fond unserer Jugend das, was für die Zukunft Gewähr bietet. Besonders war in Romern jedes Verhältnis zur Gegenwart verloren gegangen: die historischen Themata der Rhetorenschule reichen gerade bis zum ceros Tod: die ganze Kaisergeschichte, die so große Momente setzt, fehlt; warum? weil man vor einer Kritik des Kaiserstaates viel Angst hatte, die Beziehung zu der Gegenwart ging so allmählich verloren, ein Fehler, von dem sich zeitweise auch unser jetziges Schulwesen nicht ganz frei gehalten hat.

War die Rhetorenschule, die römische und griechische absolviert, waren die Möglichkeiten der Weiterbildung mannigfache.

Der Jüngling ging auf Reisen, lernte Athen, Rhodus, Ephesos, Antiochia und andere Städte des Ostens, ihre Kunstwerke, ihre Sitten und Philosophen kennen, oder er wurde einem Kaiserlichen Legaten, der zum Heere an die Grenze ging, zugeteilt, oder er blieb in der Hauptstadt aus der Hand des Rhetors in die des

Philosophen, zuweilen auch des Juristen. Ob der junge Römer in dem Krieg und bei dem Heere etwas lernen wollte, blieb nach seinem Ermessen überlassen, besonderer Zwang wurde nicht ausgeübt, immerhin konnte diese Schulung etwas für ihn bedeuten, auch bei einem Juristen, deren es in Rom auch in späterer Zeit noch ganz vortreffliche gab, konnte er etwas lernen. Weniger günstig war es, wenn er zum Philosophen in die Schule ging. Die Römer haben nie einen produktiven Philosophen hervorgebracht, sie waren in dieser Beziehung in einer sklavischen Abhängigkeit von den Griechen. Von deren Philosophie hatten sie nur den praktischen Teil, die Moralphilosophie, entlehnt, die mit unendlichen Beispielen und beständigen Ausfällen gegen andere Schulen vorgetragen wurde. Für den Gebildeten ersetzte sie die Religion, die Vorträge gefeierter Lehrer waren die Predigten für gebildete Römer jung und alt; der Philosoph Seneca klagte in einem seiner Briefe, daß er auf dem Weg zu dem Auditorium eines Philosophen einem überfüllten Zirkus vorübergegangen sei, während der Vorlesung des Philosophen nur mäßig besucht wurde; so klagt wohl heute der Theologe über leere Kirchen, während die Theater gefüllt seien. In der Philosophie setzte man für eine Hebung der Moral die weitestreichendsten Hoffnungen. Schon Cicero preiste sie: O Philosophie, du Führerin des Lebens, du Erforscherin der Tugend, du Verschmeckerin des Lasters. Was hätten wir, ja was hätte das menschliche Leben ohne dich werden können? Du hast Städte gegründet, die zerstreuten Menschen zur Gemeinschaft gesammelt, hast sie in Wohnsitzen verbunden, die Ehe gestiftet, eine Gemeinschaft der Sprache geschaffen, du warst die Erfinderin der Gesetze, Lehrerin der Sitte und Zucht, zu dir flüchten wir, von dir verlangen wir Hilfe, dir übergeben wir uns ganz. Ein einziger Tag nach deinen Vorschriften verbracht, bedeutet mehr als eine hundertjährige Unsterblichkeit! Konnte die Philosophie wirklich das leisten. Hier von ihr verlangt wurde? Es ist wahr, für manchen hat sie bedeutete sie viel, manchen hat sie mutig sterben gelehrt, wie Paetus Thrasea und Cato von Utica; für andere dagegen nur ein philosophisches Kolleg Pflicht und Modestunde. Quintilian rät doch stellt er seinen Schülern frei, welcher Schule sie sich anschließen wollen und meint, daß die Akademiker, Stoiker, Peripatetiker einen gewissen Anspruch auf Beachtung haben. Der Schüler schwört auf keines Worte, sondern dem ihm zusagenden Lehrgang in jedem einzelnen Falle folgen: ein dilettantischer Eklektizismus.

aber tatsächlich befolgt wurde, denn auch bei den Philosophen suchte man Beredsamkeit, nicht Wahrheit.

Zum Schluß noch einiges über Schüler und Lehrer.

Nach den Nachrichten, die wir über das Schülmateriel, die Schülerunarten und Schülerinteressen aus dem Altertum haben, müssen sie unseren nicht unähnlich gewesen sein. So schildert auch Horaz den halberwachsenen Jungen.

„Der Jüngling glatt an Kinn und Lipp' und Wange,  
Entflogen endlich gar zu hartem Zwange,  
Hat seine Lust an Pferden und an Hunden,  
Für jeden schlimmen Eindruck sehr empfänglich,  
Der Sittenpredigt meistens unzugänglich,  
Langsam, wo's not tut, auf Erwerb zu denken,  
Doch allzeit flink zu borgen und zu schenken,  
Voll hohen Muts, verliebt in jedem Städtchen  
Und jedes Halbjahr in ein anderes Mädchen.“

Die Lust an Pferden und an Hunden, überhaupt an der Rennbahn war groß; wenn wir die Hörsäle betraten, meint Tacitus, was hören wir denn anders für Unterhaltungen, als über Schauspieler, Gladiatoren, Pferde, selbst die Lehrer sprechen mit ihren Schülern darüber. Die Schüler ergreifen erregt Partei für die Wagenlenker, die bald, je nach ihrer Partei, grün, blau, rot oder weiß tragen. Der spätere Kaiser Nero klagte einst, daß ein Schüler von der grünen Partei geschleift sei, als sein Lehrer ihn fragte, was er zu seinem Nachbar gesagt hätte, antwortete er schlagfertig: Ich habe davon gesprochen, wie Hector von Achill geschleift wurde. So gab es auch damals schon Schülerbetrug, z. B. strichen sich Schüler die Augen mit Del ein, um den Unterricht nicht besuchen zu müssen. Augustin bekennet in seinen Konfessionen, seinen Lehrer unzählige Male getäuscht zu haben, um mit Rüssen, Bällen, Vögeln spielen oder Schauspiele besuchen zu können. Schulfreundschaft spielte eine ebenso große Rolle, wie bei uns und reichte oft bis ins Mannesalter, wie die Freundschaft zwischen Plotius Numida, Lamia und Horaz, die sich auch, nachdem ihre Wege sie auseinander geführt hatte, froh beim Becher wieder begrüßten.

Von Schülerwizen ist das lustige Testament des M. Grunius Morocotta „Hans Grunzers, des Schweines“ erhalten.

Die Lehrer faßten naturgemäß ihren Beruf auch sehr verschieden auf. Es gab Idealisten, wie Annaeus Florus, den Lehrer Marc Aurels, der aussprach, wie königlich ist es, wie herrenpreussische Jahrbücher. Bd. CXXXV. Heft 2.

mäßig, vom erhöhten Plaze aus gute Sitten und die heiligen Wissenschaften zu lehren! Anders dachte Juvenal darüber, der auch einst die Knaben gelehrt hatte: er meinte, „ewig derselbe Klob ist Tod für den armen Magister, voll ist die Klass' und jeder erwürgt grausame Tyrannen, denn was sitzend soeben er las, flamiert er im Stehen. Die langen Ferien, die Freundschaft der gebildetsten Männer und ein entschiedenes Ansehen entschädigte etwas für die Last des Berufs. Die Schulen waren anfänglich zur Zeit der Republik und der ersten Kaiser Privatschulen. Später gab es auch staatliche und städtische Schulen. Der erste Kaiser, der eine Staatsstelle für Rhetorik schuf, war der ernste und sparsame Vespasian im 1. nachchr. Jahrhundert; die Stelle war glänzend dotiert, denn der erste Rhetor, der diese Stelle bekleidet — es war der schon mehrfach genannte Quintilian —, erhielt ein Jahresgehalt von 22 000 Mark, d. h. soviel wie ein Provinzialstatthalter dritten Grades, Quintilian wurde später auch Prinzenenerzieher der Cäsaren Domitians und erhielt die Abzeichen eines Konsuls — das war für einen Rhetor eine seltene Karriere. Es gab auch noch andere wenige Glückskinder, die ein hohes Gehalt erreichten, glänzende Talente, denen alles zulief. Ein solches muß Remmius Palaemon gewesen sein. Dieser war als Sklave geboren, hatte den Söhne des Herrn zur Schule begleitet und so an vornehmer Bildung teilgenommen. Freigelassen, eröffnete er selbst eine Schule und war bald der beliebteste Lehrer in Rom, obwohl er äußerlich lasterhaft war und Unsummen für zarte Verhältnisse verausgabte, aber ein glänzendes Gedächtnis, Liebenswürdigekeit im Verkehr, die Gabe, Verse zu extemporieren, gewann ihm Zuhörer. Auf andere Gelehrte, z. B. auf M. Terentius Varro, sah er so herab, daß sie mit dem Ehrentitel Schwein belegte, und er war so eingebildet, daß er meinte, mit ihm würden die Wissenschaften untergehen. Sein jährliches Einkommen wurde auf 88 000 Mark geschätzt, neben der Schule betrieb er freilich auch einen gros Kleiderhandel und besaß große Weinberge, trotz alledem kam er nie mit feinem Gelde aus.

Das waren in dem einfachen und arbeitsamen Stande seltene Erscheinungen, häufiger kam der Typus des strengen, verdrossenen Schulmeisters vor, für den der mit soviel Hohn überschüttete Lehrer des Horaz, L. Orbilius Pupillus, ein typisches Beispiel war.

So waren Lehrer und Schüler. Eine ganze Anzahl der Zeitgenossen, die beide zeigen, sind typisch für alle Zeiten, andere gehören zu

nur der römischen Kaiserzeit an. Während aber die Lehrer stolz sich als Kulturträger fühlten, während die Schüler mit einigen Brocken rhetorischen Klinklanks und philosophischer Aftersweisheit das höchste Wissen zu besitzen meinten, bereitete sich im Stillen eine Bewegung vor, die alle Werte dieser Bildung in Frage stellte. Ganz im Geheimen hat es angefangen: von der Via Appia, wo arme Leute ihre Begräbnisplätze hatten, hörte man zuweilen wunderbare Gefänge erschallen, manche Sklaven trugen plötzlich ein stilles, melancholisches Gebaren zur Schau, einige Soldaten meuterten, indem sie sich weigerten, Weihrauch an den Büsten des Kaisers zu verbrennen, endlich sah man Verbrecher auf Scheiterhaufen hinrichten, oder den wilden Tieren vorwerfen, die man mit einem fremden, aus dem Osten stammenden Namen benannte, aber wer achtete darauf oder wer konnte ahnen, daß sich eine neue Weltanschauung vorbereitete, für die es nicht das Höchste war, von einer großen Schar Klienten begleitet auf das Marsfeld zu gehen, um sich um hohe Ämter zu bewerben, oder dem Gegner glänzende Antithesen, niedererschmetternde rhetorische Fragen an den Kopf zu schleudern, sondern Hungrige zu speisen und Durstige zu tränken, Fremde zu beherbergen, Nackte zu kleiden, Kranke und Gefangene zu besuchen, wer konnte wissen, daß Nazareth über Rom siegen würde?

---

# Ostafrikanische Studien.

Von

Paul Rohrbach.

## II.

An Usambara hat die Diskussion über das Besiedlungsproblem in Ostafrika zuerst angeknüpft. Von dort ist die Frage fortgeschritten zum Kilimandscharo und zum Meru. Jetzt erstreckt sie sich in den Norden der Kolonie bereits bis über die Grabenzone ins Innere hinein, und ganz in der Ferne taucht bereits das Problem der weißen Einwanderung nach den Hochländern im äußersten Nordwesten, Ruanda, Urundi und ihren Nachbargebieten, auf. Aber man hat bei Usambara einer eingehenden prinzipiellen Behandlung und Entscheidung der Frage allenfalls mit der Begründung ausgemerkt, daß es sich doch um ein Gebiet von recht beschränkter Größe handelt, so trifft diese Meinung auf die weiter westwärts gelegenen Gebiete durchaus nicht mehr zu. Am ehesten ist es noch am Kilimandscharo selbst der Fall. Das Kilimandscharomassiv bedeckt einen Flächenraum, der es nicht nur seiner Erhebung, sondern auch seinem Aussehen nach eher einem Gebirge als einem einzelnen Berge ähnelt. Wie bei den meisten vulkanischen Aufschüttungen, so ist auch am Kilimandscharo der Böschungswinkel des Aufsteigens am Fuß der Erhebung ein sehr geringer, so gering, daß er unmerklich in eine annähernd horizontale Ebene ringsumher übergeht. Nimmt man die Grenze des Berges gegen die Ebene dort an, wo die Erhebung merklich zu werden beginnt, so ist der Umfang des Kilimandscharomassivs annähernd ebenso groß wie der von ganz Usambara, das, wie man wähnt, an Größe ungefähr mit dem Harz verglichen werden kann. Am Kilimandscharo ist aber ein geringeres Areal für Kulturland verfügbar, als in Usambara. Erstens reicht der Nordostfuß des Berges ein Stück über die deutsch-englische Grenze nach Br



Ostafrika hinein. Zweitens liegen der Nord- und Westabhang im Regenschatten des Massivs und sind daher sehr wasserarm, teilweise direkt als wasserlos zu bezeichnen. Die Feuchtigkeit, die mit den von der Küste kommenden Luftströmungen herangezogen wird, verdichtet sich als Regen und Schnee auf der Ost-, Südost-, Süd- und Südwestseite; nördlich und westlich vom Gipfel sind die Winde so trocken, daß es dort fast gar keinen Regen mehr gibt. Eine analoge Erscheinung ist es bekanntlich, die im Verein mit der kalten Polarströmung an der Westseite des Erdteils das Innere von Südafrika so trocken macht. Von dem Gesamtumfang des Kilimandscharo würden also auf diese Weise bereits annähernd zwei Fünftel für Kulturzwecke nicht in Betracht kommen. Ebenso wenig kann an eine Nutzbarmachung der oberen Region gedacht werden. Der Kilimandscharo ragt nicht nur mit seinen beiden Gipfeln Kibo (ca. 6000 m) und Mawenzi (ca. 5400 m), sondern mit seinem gesamten oberen Drittel in eine klimatisch vollkommen unbewohnbare Kälteregeion hinein. Auf den ewigen Schnee und die fast nackte Steinwüste folgen, von oben nach unten gerechnet, die Zone der Erikasträucher, der Urwaldgürtel, das von den Eingeborenen angebaute Land und endlich die Steppe, in der der Fuß des Berges und die Ebene ineinander übergehen. Die Waldregion reicht ungefähr von 2000 bis zu 3500 m Höhe; das kultivierte oder unmittelbar kultivierbare Gebiet reicht im Durchschnitt von der 2000- bis zur 1000-Metergrenze hinunter; die Eingeborenen wohnen aber nur an wenigen Stellen niedriger als 1200 Meter. Der Bogen vom Ngare Nairobi im Westen bis Kombo im Osten bildet auf dieser Höhenlinie ungefähr einen Halbkreis und ist nicht ganz 200 Kilometer lang. Auf dieser Strecke finden sich die Ansiedlungen, teils dichter geschlossen, teils locker zerstreut. Die Kilimandscharoleute gehören dem Stamme der Wadschagga an. Wie sich aus den meteorologischen Verhältnissen am Berge ergibt, konnte die Eingeborenenkultur sich nicht ringsherum, sondern nur an den Regen empfangenden Seiten entwickeln. Die Zahl der Wadschagga wird auf etwa 100 000 Köpfe einschließlich der Frauen- und Kinder geschätzt. Ihre wichtigste Nahrungspflanze ist die Banane, die innerhalb des in Kultur befindlichen Gebietes ungeheure Bestände bildet. Höchstwahrscheinlich hat man sich vorzustellen, daß die Wadschagga das heute von ihnen bewohnte Land durch Roden und Brennen des Urwaldes gewonnen haben, der ursprünglich weiter nach abwärts gereicht haben wird. Daß sie dabei nicht weiter aufwärts vorgeedrungen sind, als tatsächlich geschehen ist

und den Wald nicht in viel größerem Umfange vernichtet haben, liegt daran, daß infolge der steten Massaiüberfälle ihre Zahl gering blieb. Die Massais haben eine ähnlich entvölkernde Wirkung wie am Kilimandscharo rings um ihr einstiges Herrschafts- und jetziges Wohngebiet ausgeübt. Von Usambara haben wir dieselbe Bemerkung bereits bei der Besprechung der dortigen Verhältnisse gemacht. Am Kilimandscharo und Meru hat etwas ganz Ähnliches stattgefunden; ebenso in den an sich zum Teil sehr begünstigten Landschaften am jenseitigen Rande des Grabens.

Wenn wir die Frage nach der Ansiedlungsmöglichkeit für Weiße am Kilimandscharo stellen, so ergibt sich also zunächst in räumlicher Beziehung eine dreifache Möglichkeit: erstens Rodung im Waldgebiet, zweitens Niederlassung in der steppenhaften Zone unterhalb des Wadschaggalandes, drittens Einengung der Wadschagga. Was zunächst die erstere Möglichkeit betrifft, so wird man in der Praxis keinen großen Gebrauch von ihr machen können. Die Urwaldregion ist bereits zum größten Teil als unangreifbares Waldreservat erklärt worden, und das mit Recht. Die Gründe hierfür verknüpfen sich mit Rücksicht auf den jahreszeitlich möglichst gleichmäßigen Ablauf der Gewässer des Berges von selbst. Eine starke Verringerung des Waldbestandes würde in dieser Beziehung sehr schädliche Folgen haben. Das Steppengebiet unten am Kilimandscharo, das demnächst in Betracht kommt, müssen wir uns nicht als Grassteppe vorstellen, sondern als sogenannte Buschsteppe, deren Charakter zwischen starkem Ueberwiegen der freien Grasflächen und waldartiger Höhe und Geschlossenheit des Baumbestandes wechselt. Manche Partien der ostafrikanischen Steppe erinnern in so ausgesprochener Weise an die Dornbuschlandschaften des Hererolandes, daß man vollständig den Eindruck der südwestafrikanischen Landschaft hat, nur daß der Grasreichtum in Ostafrika im Durchschnitt ein bedeutend größerer ist. Nach dem, was ich auf der Westseite des Pare-Gebirges, am Kilimandscharo und Meru und im Britisch-Ostafrika in der Nähe der deutschen Grenze gesehen habe, müßte ich das ostafrikanische Weideland in diesen Gegenden auf den riesigen Reichtum an Futter gegenüber dem südwestafrikanischen Hererolande und im Windhuker Gebiet schätzen, stellenweise noch auf mehr. Die sogenannte Steppe am Fuß des Kilimandscharo ist aber durchaus nicht nur als Weideland zu benutzen, sondern bietet auch sehr günstige Gelegenheit zu ackerbaulicher Produktion. Dabei muß ein Zwiefaches berücksichtigt werden: die Regen-

Bewässerungsfrage und die klimatischen Verhältnisse. Unterhalb einer gewissen Höhengrenze wird, wenigstens wie die Dinge jetzt liegen, die Malaria-gefahr ein starkes Besiedlungshindernis bilden. Die Station Moschi, der Sitz der Verwaltung des Kilimandscharo-gebiets, deren Höhenlage mit 1130 oder 1170 Metern angegeben wird, ist bereits malariefrei, d. h. es sind dortselbst, soweit die Beobachtungen reichen, keine an Ort und Stelle entstandenen Malariafälle vorgekommen. Natürlich kann es geschehen, daß Malariaerkrankungen im Tieflande erworben werden und an Plätzen, die selbst malariefrei sind, zum Ausbruch gelangen, aber das hat mit der gesundheitlichen Beurteilung einer Vertlichkeit nach dieser Richtung hin nichts zu tun. Moschi liegt nicht mehr am eigentlichen Fuß des Kilimandscharo, sondern bereits ein ziemliches Stück an der Basis des Berges hinauf, aber noch immer innerhalb der Steppenregion. Etwas höher beginnen die Wohngebiete und Pflanzungen der Wabtschagga. In ähnlicher Weise zieht sich ein für Weiße ohne Sorge zu bewohnendes buschsteppenartiges und von den Wabtschagga nicht eingenommenes Gebiet rings um die klimatisch begünstigten Seiten des Berges. Seine Grenze ist nach oben mit dem Beginn der Bananenpflanzungen, nach unten mit dem regelmäßigen Auftreten der Malaria gegeben. Vor der Ankunft der ersten europäischen Ansiedler war dieser Strich unbewohnt; jetzt enthält er die große Mehrzahl der bisher am Kilimandscharo gegründeten europäischen Niederlassungen, Pflanzungen und Farmen. Je nachdem, welche Art von Gewächsen angebaut wird, kann man dort die Kultur entweder allein auf den Regenfall gründen oder auch künstliche Bewässerung zu Hilfe nehmen, denn die Regenzeit ringt zwar für gewöhnlich genügende Niederschläge, um Mais und andere ähnlich veranlagte Pflanzen reifen zu lassen, aber wenn man sich während der Trockenperiode irgend etwas bauen will, so muß man bewässern. Die Menge des vom Berge herabkommenden Wassers ist, wie bei den meisten Vulkanen, so auch am Kilimandscharo verhältnismäßig nicht bedeutend. Der sehr durchlässige vulkanische Boden schluckt einen bedeutenden Prozentsatz der Niederschläge in sich und läßt das Wasser in große Tiefen versinken. Trotzdem gibt es im ganzen eine ziemliche Anzahl von Bächen und kleinen Flüssen zu Tal. Diese Gewässer vereinigen sich in der Ebene am Fuß des Berges zum Pangani, der südlich von Tanga in den Indischen Ozean mündet. Die Fruchtbarkeit des Bodens ist sehr gering. Er ist zum Teil durch Verwitterung des anstehenden vul-

fanischen Gesteins, zum Teil aus Produkten, die von größerer Höhe hinabgeschwemmt sind, entstanden. Hier und da schiebt sich in den tiefgründigen dunkelrotbraunen lehmigen Verwitterungsboden eine Strecke ein, in der das Gestein in Form von Blöcken und Klippen zutage tritt und nur eine flache, zu Pflanzungszwecken nicht ausreichende Bodenschicht dazwischen liegt.

Die dritte Möglichkeit für Ansiedlungszwecke würde sich, wie wir sahen, durch eine stärkere Einengung der Wadschagga-Bevölkerung darbieten. Diese Einengung könnte auf doppelte Weise geschehen: durch räumliche Beschränkung des Wadschagga-Reservats und durch Nötigung der Wadschaggas zur teilweisen Aufgabe der Bananenkultur. Man hat gesagt, die Banane sei je nach der Auffassung der größte Segen oder der größte Fluch des tropischen Afrika. Sie ist ein Segen insofern, als sie den Eingeborenen eine reichliche und in der Regel auch hinreichend sichere Nahrungsgewinnung darbietet, und sie ist ein Fluch, indem sie vor den Gewinn der Nahrung nicht den Schweiß der Arbeit setzt. Der Neger, der tatsächlich Bananen besitzt, braucht in der Tat so gut wie garnicht zu arbeiten. Die Bananenpflanze braucht 12—16 Monate von ihrer ersten Entwicklung bis zur Reife der Frucht. Dann wird die Frucht abgenommen und die Pflanze, die damit wertlos geworden ist, abgehauen. Während ihres Wachstums hat sie ringsum von sich Schößlinge verschiedenen Alters getrieben, die nun ihrerseits einzeln wachsen, Früchte bringen, neue Schößlinge treiben, verschwinden und so fort in ununterbrochener Folge. Ein geschlossener Bananenhain unterdrückt in seinem Schatten fast von selber den größten Teil des Unkrauts, sodaß selbst für die Reinhaltung der Kultur keine nennenswerte Arbeit übrig bleibt. Dazu kommt, daß die Bananenkultur für die Hervorbringung einer bestimmten Menge von Nährstoff ganz unverhältnismäßig viel Boden beansprucht. Wenn man einen schönen Bananenhain betritt, hat den Eindruck, daß die Pflanzen ziemlich dicht stehen, aber sobald er die Aufmerksamkeit darauf lenkt, wieviel von ihnen bereits im Stadium des Fruchttragens oder der Reife sind, wird er bemerken, daß dies nur ein kleiner Teil des ganzen Bestandes ist. Ist die Bananentraube geerntet und abgehauen, so bietet sie für eine normale Negerfamilie je nach ihrer Größe Nahrung für einen oder einige Tage, vorausgesetzt, daß die Leute essen können, soviel sie wollen. Damit eine einzelne Familie sich ein Jahr lang von Bananen ernähren kann, sind mindestens hundert, in der Regel aber mehr fruchttragende Pflanzen

erforderlich, und diese nehmen im Verein mit ihren Schöfllingen soviel Platz ein, daß auf demselben Raum Mais oder eine andere ausgiebigere Nahrungspflanze für eine mehrfach größere Anzahl von Menschen kultiviert werden könnte. Allerdings würde das eine bedeutend größere Arbeit erfordern, und das ist es, was die Neger freiwillig nicht wollen. Im vorigen Jahr herrschte am Kilimandscharo große Bananennot und die Leute mußten zum Teil hungern, weil die vorhergehende Regenzeit knapp gewesen war und die Bananen infolgedessen erheblich später und spärlicher reiften. Unter dem Druck dieser Not legten die Eingeborenen hier und da Maisfelder an, und auch abgesehen von solchen Ausnahmefällen geht das Bestreben der Verwaltung und der Missionen dahin, sie zum Anbau von Mais und anderen Kulturgewächsen neben ihren Bananen zu ermutigen, aber der Erfolg ist, wenn auch vorhanden, so doch noch nicht sehr groß. Wenn reichlich Regen gefallen ist und eine sichere Bananenernte in Aussicht steht, so werden die Maispflanzungen wieder stark zurückgehen. Bevor die deutsche Herrschaft die Wadschaggas von den Räubereien der Massais befreite, hatten die Leute am Berge selbst gar kein Vieh. Ein deutscher Missionar, der seit über ein Jahrzehnt am Kilimandscharo sitzt, erzählte mir, daß zur Zeit, da er ins Land kam, am ganzen Berg kaum einige Duzend Rinder existiert hätten. Das ist jetzt anders geworden. Die Wadschaggas sind noch nicht reich an Vieh, aber hier und da finden sich doch ganz stattliche Bestände in den Gemeinden, und ihre Zahl vergrößert sich fort und fort. In der Bananenregion wächst aber kein Gras, und das Wadschaggavieh kann daher nicht auf die Weide gehen, sondern wird überwiegend mit Stallfütterung unterhalten. Die Weiber müssen morgens stundenweit hinunter in die Steppe, wo das Gras steht, müssen dort Futter schneiden und es in lange schwere Bündel gebunden auf dem Kopf zur Hütte hinauftragen. Diese Graslasten sind oft so schwer, daß man darüber staunt, wie die schwächtigen und nicht selten schlecht genährten Weiber, ja nicht nur solche, sondern auch kleine Mädchen und Kinder, die Bündel bergauf schleppen können. Würde man einem Neger zumuten, eine solche Last für einen Weißen zu tragen, er würde sich entrüstet weigern. An dieser Grasbeschaffung beteiligen sich aber fast nie Männer; es ist mühselige Tagesarbeit, folglich Weiberarbeit.

Das gegenwärtige Gouvernement von Ostafrika nimmt den Standpunkt ein, daß eine Beengung der Wadschaggas auf keinen

Fall stattfinden dürfe. Die Leute sollen in jeder Beziehung nach Möglichkeit bei ihrer Art gelassen werden und sie sollen nicht nur kein Land an die Weißen abzugeben brauchen, sondern sogar noch eine weitere Ausdehnungsmöglichkeit für den Fall, daß ihre Volkszahl wachsen sollte, behalten. Zu dem Zweck dürfen sich die Ansiedlungen der Weißen unterhalb des Wadschaggagebiets nicht Stück an Stück aneinander schließen, sondern es müssen an verschiedenen Stellen freie Räume zwischen ihnen bleiben, durch die die Wadschagga die Verbindung mit der Steppe behalten; ja nicht nur das, sondern es werden auch die Grenzen des eigentlichen Wadschaggareservats reicher bemessen, als für die jetzige Zahl des Volks unbedingt erforderlich wäre. Außer dem wirklich bebauten Land werden auch bedeutende, noch ungerodete Busch- und Waldstrecken innerhalb der Bananenregion den Eingeborenen vorbehalten. Dem gegenüber tritt die weiße Bevölkerung am Kilimandscharo den Standpunkt, daß es besser wäre, die Wadschagga in engere Grenzen einzuschließen. Daraus würde sich für die Leute die Notwendigkeit ergeben, bei wachsender Zahl mehr Arbeitsgelegenheit bei den Weißen anzunehmen, die durchweg auf Eingeborenearbeiter angewiesen sind. Die Schwierigkeit, von den Wadschagga Arbeiter für die Farmen und Pflanzungen zu erhalten, liegt darin, daß jene erstens überhaupt viel lieber bei sich zu Hause bleiben und Bananen essen, als auf Arbeit gehen, und daß sie sich zweitens ungern um des Arbeitsverdienstes willen weit von ihren Wohnplätzen entfernen. Diejenigen weißen Betriebe, die unmittelbar an das Wadschaggaland angrenzen, wo also die Eingeborenen morgens zur Arbeit kommen und abends nach Hause gehen können, sind besser daran, als diejenigen, die stunden- oder tageweit abwärts von den Wadschagga liegen. Würde die Regierungspolitik das Ziel verfolgen, durch stärkere Beschränkung der Gebietsgrenzen einen Druck auf das große Eingeborenenreservoir auszuüben, daß sein Inhalt notgedrungen überfließen und ein Teil der Leute sich überhaupt von dem alten Stammland trennen und im weißen Ansiedlungsgebiet sich niederlassen müßte — wozu die Farmer mit der größten Bereitwilligkeit die Hand bieten würden — so wäre die Arbeiterfrage ein gutes Stück weiter gebracht. Noch radikaler ist es ein viel zu radikaler Standpunkt, wenn einzelne Ansiedler davon reden, man solle binnen eines gewissen Zeitraums die gesamten Bananenbestände am Kilimandscharo niederschlagen, um die Eingeborenen dadurch zu einer erhöhten Produktion von Nahrungsmitteln und zur Arbeit bei den Farmern zu nötigen. Jener Uebertreib-



liegt aber die durchaus richtige Einsicht zugrunde, daß reichliche Bananennahrung und Bereitwilligkeit zu produktiver Arbeit, sei es für eigene Rechnung, sei es gegen Lohn, beim Eingeborenen sich direkt entgegenstehen. Auch in anderer Beziehung läßt sich nicht behaupten, daß die eigene Einsicht und wirtschaftliche Praxis der Ansiedler in der Arbeiterfrage durchweg auf der Höhe stände. So verschmäht es z. B. die große Mehrzahl der Weißen immer noch, auf ihren eigenen Ländereien Nahrungsgewächse zur Verpflegung der eingeborenen Arbeiter anzubauen. Die Folge ist, daß die Arbeiter auf der Farm oder Pflanzung keine genügende Gelegenheit zum Einkauf von Lebensmitteln haben. Die Beschaffung der Nahrung aus der weit entfernten Bananenregion ist natürlich auch schwierig, und so ergibt sich die Mangelhaftigkeit der Verpflegungsorganisation auch als ein wichtiger Grund für die Abneigung der Eingeborenen zu regelmäßiger Arbeit im entfernteren Farmgebiet.

Bedeutend günstiger als am Kilimandscharo liegen die Verhältnisse für die Besiedlung am Meru. Vom Fuß des Kilimandscharo bis zum Fuß des Meru sind es auf der Straße von Moschi nach Aruscha drei Tagemärsche. Der Meru ist bei weitem nicht ein so gewaltiges Massengebirge wie der Kilimandscharo. Wie dieser ist er ein erloschener Vulkan, und seine Spitze, der höchste Punkt eines mächtigen eingestürzten Kraterwalls, ragt bis über 4700 Meter über der See, also etwa Montblanc-Höhe, empor. Aruscha, Militärstation und Distriktsstelle auf den ersten Vorhöhen am Fuß des Berges, liegt ca. 1500 Meter hoch. Der Meru ist eigentümlicherweise trotz seiner vulkanischen Natur an den Wetterseiten sehr wasserreich; selbst auf der Seite des Regenschattens entspringen einige dauernd fließende Quellen und Bäche. Die Gesamtmenge der Gewässer, die nach Süden vom Meru abströmen, ist wahrscheinlich größer als die Wassermenge am ganzen Kilimandscharo. Ein Teil des Meruwassers sammelt sich zum westlichen Quellarm des Pangani, ein anderer verläuft sich südwestwärts in die Steppe und bildet dort zur Regenzeit große Sümpfe. Die beiden Eingeborenenstämme am Meru sind die Wameru im Süden und die Waruscha im Südwesten, insgesamt ca. 10000 Seelen. Sie wohnen in ähnlich zusammengedrängter Weise wie die Waschagga am Kilimandscharo, aber ihr Gebiet hat nicht wie dort die Gestalt eines langen zusammenhängenden Kulturstreifens, sondern es bildet zwei isolierte Stücke. Der Boden am Meru ist von etwas anderer Beschaffenheit als der am Kilimandscharo, und nach den bisherigen

Erfahrungen vielleicht mehr zur Hervorbringung europäischer Getreidearten geeignet, als für Plantagengewächse, wie Kaffee oder Kautschuk und ähnliches der Art. Abschließendes läßt sich darüber noch nicht sagen. Das reichlich verfügbare fließende Wasser ermöglicht es, am Meru bis weit in die Steppe mit der Besiedlung hineinzugehen. Auch liegt die ganze Gegend rund um den Berg höher, als die Steppe um den Kilimandscharo, und die Malaria-gefahr ist also auch in der Steppenregion geringer. Wie der Kilimandscharo zeigt auch der Meru einen, wenn auch nicht ganz so geschlossenen Waldgürtel, der auf der Wetterseite aus stattlichen Laubbäumen, auf der Trockenseite aus Juniperus, sogenannten Cedern, besteht. Schnee ist auf dem Gipfel nur ausnahmsweise zu sehen.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Besiedlung am Kilimandscharo und Meru ist folgendes zu sagen. Von einzelnen wenn bedeutenden Experimenten, von der Gründung von Militär- und Missionsstationen abgesehen, kamen die ersten Ansiedler ganz zu Ende der neunziger Jahre und in den ersten Jahren des laufenden Jahrzehnniums an den Kilimandscharo. Unter ihnen zeichneten sich von Anfang an einige Griechen und Italiener durch besondere wirtschaftliche Tüchtigkeit und entsprechenden Erfolg aus. Die Leute legten sich sämtlich Kaffeeplantagen an, zuerst in ganz kleinem Maßstab, dann in etwas größerem. Es zeigte sich, daß der Kaffee vom Kilimandscharo von ganz hervorragender Güte war. Vielleicht hängt diese besondere Qualitätsentwicklung damit zusammen, daß, wie wir meinen, die Heimat des sogenannten arabischen Kaffeebaums überhaupt in Ostafrika zu suchen ist, wenn auch etwas weiter nördlich im Gebiet der Gallaländer. Soviel bekannt ist, sind aber dort sowohl klimatischen als auch die Bodenverhältnisse sehr ähnliche wie am Kilimandscharo. Nicht nur die Güte, sondern auch der Ertragsreichtum des Kaffeebaums ist hier bemerkenswert. Während die Plantagen in Usambara trotz der guten Qualität des Produkts ihrer Rentabilität darunter leiden, daß die Bäume nicht reich genug tragen, ist am Kilimandscharo das Gegenteil der Fall: die Kaffeebäume tragen leicht übermäßig reich, so sehr, daß sie Gefahr laufen ihre Kraft zu rasch zu erschöpfen. Das kann aber durch geeignete Behandlung hintan gehalten werden. Wenn in Usambara ein Kaffeebaum im Durchschnitt eine Ernte von einem halben Pfund bringt, so gibt es am Kilimandscharo z. B. in der Kaffeeplantage der katholischen Mission von Riboscho zehnjährige Bäume, die 5, 6, bis zu 8 Pfund Kaffee bringen, allerdings bei regelmäßiger Düngung.



und Bewässerung. In einigen gut bewirtschafteten Griechenpflanzungen, die ohne eine solche intensive Kultur arbeiten, beträgt die Ernte aber auch im Durchschnitt zwei Pfund von mehrjährigen Bäumen, was als ein durchaus gutes Ergebnis zu betrachten ist. Auch ist die Zeit, die von der Pflanzung des Bäumchens bis zur ersten Ernte verfließt, am Kilimandscharo eine zwei- bis dreimal kürzere, als in Usambara. Diese Kaffeekultur, die immer noch vorzugsweise von einer größeren Anzahl Griechen und von einigen Italienern betrieben wird, ist trotz der sehr schlechten Transportverhältnisse noch lohnend, wobei stark unterstrichen werden muß, daß es sich bis jetzt auch bei den größten dieser Pflanzungen im Vergleich zu kapitalistischen Großbetrieben immer noch um Kleinwirtschaften handelt, die der Besitzer selbst mit einigen Duzend Arbeitern versieht. Eine oder die andere Pflanzung wird vielleicht im Lauf der nächsten Jahre eine gewisse Mittellstufe zwischen Klein- und Großbetrieb erreichen; von mehr kann vorläufig nirgends am Kilimandscharo die Rede sein. Der Kaffee wird in Säcken mit Eselwagen 4—7 Tagereisen weit nach Voi an der Ugandabahn gebracht und über das englische Mombassa verschifft. Vorläufig geht er, weil unenthülst, nach Hamburg, wo er endgültig aufbereitet wird, aber nur den durchschnittlichen Marktpreis erzielt. Die Pflanzler wollen aber Enthüllungsmaschinen anschaffen und ihren Kaffee dann nach Marseille oder Konstantinopel schicken, wo für solche Qualitäten Extrapreise bezahlt werden, aber marktfertige Ware verlangt wird. Bisher haben sich auch am Kilimandscharo weniger Kaffeeschädlinge gezeigt, als in Usambara. Es ist vorgekommen, daß die Bäume sich übertrugen, auch hat man eine Wanze beobachtet, die aber nur die Früchte, nicht die Bäume beschädigte, so daß höchstens der Ernteausschlag, nicht die Pflanzung selbst in Gefahr geriet. Es mag nochmals betont werden, daß wir uns gerade in den Griechenpflanzungen am Kilimandscharo überwiegend eine sehr respektable Arbeit vorstellen müssen, bei der bemerkenswert ist, daß die jetzigen Besitzer ihre Kulturen meist mit einem geringen Kapital und unter intensiver eigener körperlicher Mitarbeit angefangen haben. Es wäre also vollkommen verkehrt, die Griechen am Kilimandscharo als ein für Ostafrika kulturell minderwertiges Element zu betrachten: im Gegenteil, die deutschen Ansiedler können von den Griechen, wenigstens was Fleiß, Bedürfnislosigkeit, geschickte und ausdauernde Anpassung an die Verhältnisse des Landes und nicht selten auch richtige Behandlung der Eingeborenen anbetrifft, viel lernen. Ähnliches gilt, wenn auch

nicht ganz in demselben Maße, von den wenigen dort ansässigen Italienern.

Außer Kaffee wird neuerdings am Kilimandscharo von Griechen und Deutschen auch Manihot zur Kautschukgewinnung gepflanzt. Das Kautschuk- und speziell das Manihotproblem ist für Ostafrika was wir bereits im ersten Teil dieser Studien (Band 135, Heft 1, Seite 100ff.) sahen, ein sehr ernsthaftes. Ob die Kautschukpflanzungen am Kilimandscharo unter den dort geschilderten allgemeinen Verhältnissen, wie sie auf dem Kautschukmarkt bevorstehen, besonders Erfolg haben werden, steht dahin. Ebenso muß die Zukunft der Sisalpflanzungen, die auch am Kilimandscharo geplant, teilweise auch schon in der Verwirklichung begriffen sind, hier ebenso nach der allgemeinen Marktlage beurteilt werden, wie in Usambara und den Tieflande um Tanga und Pangani. Mit Baumwolle sind am Kilimandscharo noch keine umfassenderen Versuche gemacht worden. Kleinere Experimente scheinen zu zeigen, daß ein sehr gutes Produkt gedeihen würde, aber ernsthaftere Unternehmungen nach dieser Richtung hin sind solange unmöglich, wie die jetzigen mangelhaften Transportbedingungen dauern. Dagegen ist gar kein Zweifel, daß überall dort, wo am Kilimandscharo überhaupt Land kultiviert werden kann, Mais sehr gut gedeiht. Auf meiner Reise im Oktober 1908, als wie gesagt, die Verpflegungsverhältnisse wegen der Verspätung und Knappheit der Bananenernte selbst für kleinere Karawanen recht schwierig waren, habe ich selbst mehr als einmal den Vorteil davon gehabt, wenn ein Farmer sich ausnahmsweise auch auf die Maiskultur gelegt hatte. Wo man Mais kaufen konnte, war die Verpflegungsfrage sofort in Ordnung, und Mais konnte man überall dort kaufen, wo es jemand der Mühe für wert gehalten hatte, ein Stück Land damit zu bestellen. Der Reichtum des Ertrages der Maisfelder war dabei ganz außerordentlich, und wenn man eine Berechnung auf Grund des Verhältnisses zwischen dem einzelnen Saatkorn und der Menge der in jedem Maiskolben enthaltenen Körner anstellen wollte, so würde man zu einer ganz märchenhaften Ertragsquote gelangen.

Soweit bisher Versuche mit dem Anbau europäischer Getreidearten und Gemüse am Kilimandscharo und Meru gemacht worden sind, haben sie durchweg ein günstiges Ergebnis gehabt. Am Meru ist im zweiten oder dritten Jahr die Weizenernte durch Rost zu großen Teil vernichtet worden, aber der Rost kommt bekanntlich auch in Europa und Amerika vor. Seine besondere Schädlichkeit ist

entlegenen Anbaugebieten wie im Innern von Afrika beruht darauf, daß es schwer und bis zur nächsten Saatzeit oft garnicht möglich ist, neue gesunde Ausfaat zu beschaffen. Sobald das möglich ist, wird die Rostkrankung am Kilimandscharo schwerlich eine andere Bedeutung haben als anderswo. Mit Hafer und Roggen sind meines Wissens an den beiden Bergen noch keine Versuche gemacht worden, aber da diese Getreidearten in Usambara in den entsprechenden Höhenlagen gedeihen, so werden sie es wahrscheinlich am Kilimandscharo auch tun. Europäische Kartoffeln gedeihen gut, und zwar soll es im Unterschiede zu Südwestafrika bisher nicht nötig gewesen sein, das Saatgut wegen Entartung der Knolle aus Europa, das Palmas oder dem Kapland zu erneuern. Am meisten haben bisher in der Akklimatisierung der europäischen Gartengewächse die Missionen geleistet. Wer sich die umfangreichen Küchengärten der evangelischen Mission in Madschame oder der katholischen Mission Riboscho ansieht — beide Anlagen sind bereits seit über einem Jahrzehnt in Betrieb — wird durch den Augenschein ohne weiteres davon überzeugt sein, daß nach dieser Richtung hin ausgesprochen günstige Verhältnisse vorwalten. In Riboscho gibt es sogar reichlich europäische Erdbeeren. Bekanntlich gehört unsere Gartenerdbeere ebenso wie die Walderdbeere zu denjenigen Pflanzen, deren Akklimatisierung in Afrika regelmäßig die größte Schwierigkeit macht.

Am Kilimandscharo hat sich, wie wir sahen, die Ansiedlung der Weißen bisher ganz selbständig vollzogen. Wenn man die erst in der Gründung begriffenen Farmen und Pflanzungen mit hinzurechnet, so wird die Zahl der europäischen Niederlassungen am Berge, ausschließlich der Missionsstationen beider Bekenntnisse und der Regierungs- und Militärposten, etwa 60 betragen. Hiervon ist ein einziges Unternehmen kapitalistisch-gesellschaftlicher Art: die Kilimandscharo-Pflanzungs-Gesellschaft G. m. b. H. Die Größe der von der Regierung verkauften Grundstücke beträgt im Durchschnitt einige hundert Hektar. Nimmt man die noch verfügbaren Ländereien und die benachbarten höher gelegenen und der künstlichen Bewässerung zugänglichen Teile der sogenannten Steppe hinzu, so kann das Besiedlungsareal vielleicht noch verdoppelt werden. Wird die Bewässerungskultur weiter in die Steppe hinein vorgeschoben, so kann die Gesamtfläche noch mehr vergrößert werden. Die Fruchtbarkeit des Bodens und die Menge des Wassers genügen hierfür; der Malaria-gefahr könnte außer durch systematische Bekämpfung der Anophelesmücken dadurch begegnet werden, daß die Wohnungen im

höheren Gebiet, die Kulturländereien dagegen tiefer liegen. Während des Tages ist die Infektionsgefahr unerheblich; die Anophelesmücken stechen vorzugsweise in der Dämmerung oder nachts. Dieses System der räumlichen Auseinanderlegung von Wohnung und Arbeitsgebiet wird in den tropischen Ländern dort, wo die Höhenverhältnisse es ermöglichen, schon jetzt häufig und mit Erfolg angewendet; in Ostafrika könnte es nicht nur am Kilimandscharo, sondern auch an vielen anderen Stellen befolgt werden. Einiges Land zur Besiedlung für Weiße kann auch noch im Urwaldgebiet an denjenigen Stellen gewonnen werden, die nicht als Waldreservate proklamiert sind, und um einen weiteren, nicht unbedeutenderen Zuwachs würde es sich handeln, wenn die Wadschagga auf das jetzt tatsächlich von ihnen benutzte Land beschränkt werden und der mit Busch und Wald bedeckte Boden im Eingeborenenreservat freigegeben wird. Von einem Zwang zum Verlassen der Bananenkultur brauchte es bei noch nicht einmal die Rede sein.

In der Diskussion über die Besiedlung des Kilimandscharo-Meru-Gebiets hat während der letzten Jahre die Ansiedlung der sogenannten Deutschrussen bei Leganga am Fuße des Meru (Leudorf) eine besondere Rolle gespielt. Ueber den Erfolg oder Mißerfolg dieses Unternehmens ist in der kolonialen Presse teilweise heftig gestritten worden, und der Besuch von Leudorf bildet daher von Anfang an einen festen Punkt meines Reiseprogramms. Von vornherein und ohne merklichen Unterschied lautete im ganzen Bezirk von Moschi das Urteil über den Ausfall des Versuches negativ, und diese Meinung hat sich auch mir an Ort und Stelle bestätigt. Auch Hauptmann Leue, der gegenwärtige verbiente Vertrauensmann des Besiedlungskomitees der deutschen Kolonialgesellschaft in Leudorf, betonte mir gegenüber ohne Umschweife schon, daß das Ansiedlermaterial, mit dem er zu arbeiten habe, überwiegend ein ganz unbrauchbares sei. In der Tat ist dies der Hauptgrund für den Mißerfolg. Die Idee, deutsche Kolonisten aus Ostland, die unter den dortigen politischen Verhältnissen littren, überseeische Ansiedlungsgebiete zu verpflanzen, die unter der Flagge des Reiches ständen, mag gut gemeint gewesen sein, aber sie ist von Anfang an von dem doppelten Fehler gedrückt gewesen, daß Vertreter dieses Gedankens weder die deutschen Kolonien kannten noch die Leute die sie dort hinbringen wollten. Es gibt unter deutschen Kolonisten in Süd- und Südwestrußland, die hauptsächlich unter Katharina II. und Alexander I. dorthin ausgewandert

sehr verschiedenartige und verschieden zu bewertende Elemente. Im eigentlichen Südrußland, in der Nachbarschaft von Odessa, in den Gouvernements Cherson, Bessarabien und Taurien befindet sich die Mehrzahl der deutschen Kolonien in blühendem Zustand, und unter den Kolonisten sind viele wohlhabende Leute. Ganz anders ist das Bild an der unteren Wolga. Die deutschen Wolgaansiedler sind im großen und ganzen stark heruntergekommen, faul, nicht frei von Trunksucht und im allgemeinen Kulturstand wie in ihren landwirtschaftlichen Arbeitsmethoden den benachbarten russischen Bauern nicht mehr merklich überlegen. Hätten die Leute nicht ihre deutschen evangelischen Pastoren, so wäre wahrscheinlich auch der letzte Rest von Tüchtigkeit, der noch in ihnen steckt, verschwunden. Der Niedergang dieser Kolonien hat zum Teil entschulbbare Gründe, aber es ist an dieser Stelle nicht möglich, diese Fragen eingehender zu behandeln; Tatsache ist jedenfalls, daß jene Kolonisten als Kultur-elemente so gut wie wertlos sind. Im Kaukasus, der dritten Stelle, wo die russische Regierung in früherer Zeit die Kolonisation durch reichsdeutsche Einwanderer gefördert hat, ist das Bild ein verschiedenes. Die deutschen Ansiedlungen haben dort durchweg schwere Zeiten durchgemacht, aber sie sind jetzt zum Teil in blühendem Zustande. In anderen Dörfern, namentlich im diesseitigen Kaukasusgebiet, ähnelt das Bild mehr dem der Wolgakolonien. Die sogenannten Deutschrussen am Meru stammen zum größten Teil vom Kaukasus, einige auch von der Wolga. Mit wenigen Ausnahmen bilden sie einen wertlosen Ausschuß aus einem an sich minderwertigen Material. Die meisten sind Analphabeten. Ihr Kulturstand wird schon durch die Tatsache beleuchtet, daß sie sich größtenteils weigern, ihre Kinder in die Schule zu schicken, die ihnen die Regierung samt Lehrer kostenfrei hingestellt hat: das Lernen sei eine überflüssige Quälerei, für die ihnen ihre Kinder zu leid taten! Als die Ansiedler in Leganga ankamen, waren sie sehr erstaunt, daß sie arbeiten sollten; sie hatten geglaubt, in Afrika würden sie ein Herrenleben führen und die Schwarzen würden für sie arbeiten. Da sie von Südrußland her an Weizenbrot gewöhnt waren, so verweigerten sie zunächst den Gebrauch anderen Brotkorns. Von Gemüsen, die ihnen neu waren, wollten sie nichts wissen: all das extrahierte Wurzel- und Blattzeug gäbe doch keine Kraft, der Mensch müsse Brot und Fleisch haben. Von Gesellschafts wegen wurde ihnen an Häuschen mit Nebenräumen gebaut, Gartenland und Acker an- und wiesen, bei der Urbarmachung auf jede Weise geholfen, Ruhe und

Preußische Jahrbücher. Bd. CXXXV. Heft 2.

Kleinvieh geliefert, Saatgut, Handwerkszeug, Verpflegung während des ersten Jahres, kurz alles, was die Leute irgend nötig hatten gegeben. Geleistet haben sie so gut wie gar nichts. Die Gärten vor den Häusern sind alle völlig verwildert und enthalten nur „Kulturpflanzen“ kaum etwas anderes als Malven und Sonnenblumen, die beiden für jedes Hausgärtchen in Südrussland typisch Gewächse. Alle Bemühungen der Vertretung des Besiedlungskomitees, die Leute zu einer andauernden und verständigen Arbeit, zur Anpassung an die neuen Verhältnisse zu bringen, waren vergeblich. Die Kinder litten natürlich unter der allgemeinen Plage im tropischen Afrika, den Sandflöhen. Reinlichkeit, ordentliches Schuhzeug und ein paar ganz einfache Handgriffe zur richtigen Entfernung der Plagegeister genügen aber, um so gut wie frei von ihnen zu bleiben. Das waren den Deutschrussen unfaßliche Dinge. Die Kinder bekamen die Füße voller Wunden; die Wunden verschmutzten, fingen an zu eitern, und ein großes Jammern über dieses fürchterliche Land, das „alle ägyptischen Plagen“ aufwies, fing an. 1907 hatten einige Ansiedler eine leidliche Weizenernte erzielt, und die Stimmung wurde etwas besser. 1908 kam der Rost in den Weizen und alles warf wiederum die Flinte ins Korn. Im großen und ganzen ist den Deutschrussen der Landbau in Afrika, dessen Förderung der ganze Versuch ja dienen sollte, so widerwärtig, daß sie lieber jede andere Arbeit suchen und schlimmstenfalls hungern. Mehrere von ihnen sind Handwerker, Zimmerleute, Schuster und dergleichen, aber sie liefern jammervolle Pfscharbeit. Unter 15 Familien, die im ganzen an den Meru gekommen sind, haben wir eine einzige leidlich tüchtige gefunden. Diese kommt auch von dort und wenn diese Menschen auch über dies und jenes zu klagen haben und es eigentlich immer noch zu Hause in Rußland schöner hat, so sind sie doch im ganzen auf dem Wege einer geordneten Akklimatisierung. Verschiedene andere haben, weil auf keine Weise Auskommen mit ihnen war, in ihre Heimat zurückbefördert werden müssen; andere wieder haben ihre Heimstätten in Leudorf verlassen und arbeiten als Bauhandwerker in der Nachbarschaft bei deutschen Ansiedlern. Möglicherweise werden einige jüngere Leute von dort mit der Zeit sich zu brauchbaren Elementen entwickeln. Im ganzen genommen liegt aber ein so gut wie vollständiger Mißerfolg vor und das Beste, was das Besiedlungskomitee tun kann, wäre, die Deutschrussen, die den Wunsch dazu äußern, in ihre Heimat zurückzuschicken, damit das ganze unerfreuliche Bild weggeräumt wird.

Eine oder zwei Familien und vielleicht noch ein paar einzelne junge Leute werden dableiben, und aus denen wird dann auch etwas werden; aus dem Ganzen je etwas Erträgliches zu machen, wird weder dem Besiedlungskomitee, noch irgendeiner andern Stelle gelingen. Mit den erwähnten Ausnahmen bedeutet die Ansiedlung Leudorf in ihrem jetzigen Zustande nichts weiter, als daß sie bessere Elemente hindert, das Land zu besetzen und auszunützen. Mit diesem Urteil soll übrigens kein Vorwurf gegen das Besiedlungskomitee erhoben werden. Niemand von den dazugehörigen Herren hat gewußt, wie minderwertig das Material war, und hätte der Gedanke nicht scheinbar soviel für sich gehabt, so wäre man ihm sicher nicht näher getreten. Gerade darum aber sollte jetzt so schnell wie möglich ein Ende mit dem verunglückten Experiment gemacht werden.

Leudorf liegt am Südfuß des Meru auf dem Wege von Moschi nach Uruscha. Auf der anderen Seite von Uruscha, im Westen, Nordwesten und Norden des Berges liegt die Mehrzahl der Burenansiedlungen im Merudistrikt. Die Einwanderung der Buren geschah unter der Verwaltung des Gouverneurs Grafen Götzen. Zuerst kamen nach Beendigung des südafrikanischen Krieges einige Rundschaffter aus Transvaal, besahen sich das Land, fanden es ihren Wünschen entsprechend und erhielten nach kurzen Verhandlungen mit dem Gouvernement in Daressalam die Erlaubnis zur Einwanderung und das Versprechen reichlicher Landzuteilung (zirka 2000 ha pro Farm) zu billigen Preisen. Die Idee des Grafen Götzen war hauptsächlich die, durch diese Bureneinwanderung zunächst einmal eine Probe darauf zu machen, ob das damals in bezug auf seine Besiedlungsfähigkeit noch ganz unbekannte Gebiet für den primitiven weißen Afrikaner eine Möglichkeit des Fortkommens biete. Die Buren sollten sozusagen die Schrittmacher und Pioniere der kommenden Besiedlung mit Deutschen sein. Es muß auch zugegeben werden, daß sie in dieser Beziehung der Erwartung, mit der man sie einließ, zum Teil entsprochen haben; außerdem haben sie sich ein entschiedenes Verdienst durch die Einführung des Ochsenwagenverkehrs im Kilimandscharo-Meru-Gebiet erworben. In diesem Stück des ostafrikanischen Hochlandes kann der Ochsenwagen, hier und da mit geringfügigen Verbesserungen der natürlichen Wegeverhältnisse, meistens aber ganz ohne solche, ähnlich wie in Südafrika verkehren. Eine Grenze ist ihm überall dort gesetzt, wo die Tsetsefliege vorkommt. Die Tsetse ist nach den neuesten Untersuchungen,

die namentlich in Ostafrika jetzt mit großem Eifer betrieben werden, wie es scheint, an das Vorhandensein von dichtem Busch gebunden, ähnlich wie auch die verwandte Fliege, durch deren Stich die Schlafkrankheit hervorgerufen wird, in den Buschgürteln am Ufer der Gewässer haust. Am Kilimandscharo und Meru ist das Gelände zum größten Teil tsetsefrei, wenn auch hier und da, namentlich in den tiefer gelegenen Teilen der Buschsteppe, Tsetseherde vorkommen und die Transporte gefährden. Gefährdet in hohem Grade dagegen ist die Gegend am jetzigen Endpunkt der Usambarabahn. Wenn die Ochsenwagen dorthin gehen, um Fracht für Moschi und Aruscha zu holen, so verlieren sie nicht selten einen großen Teil ihrer Gespanne. Die Folge ist natürlich eine entsprechende Verteuerung der Frachtkosten. Auch die Anlernung des ostafrikanischen Buckelrindes zum Ziehen nach südafrikanischer Art hat den Buren keine Schwierigkeiten gemacht, und gegenwärtig verbreitet sich das Renntnis des Fahrens mit Ochsenwagen unter dem Einfluß der Buren auch bei den deutschen und griechischen Ansiedlern.

In anderer Beziehung gewährt der Stand der Burenansiedlungen am Meru aber doch keine Befriedigung. Ursprünglich sollen etwa 150 Familien, fast alle aus Transvaal, nach Deutschostafrika gekommen sein. Von diesen ist der größere Teil jetzt in die Gegend des englischen Nairobi an der Ugandabahn fortgezogen. Die englische Regierung hat dort einen umfassenden Besiedlungsplan in Angriff genommen, und da in unmittelbarer Nähe der Eisenbahn die allgemeinen Wirtschaftsbedingungen natürlich günstigere sind, so sind die Leute dorthin gegangen. Bei uns hat man keine Versuche gemacht, sie zu halten, obwohl sich gerade unter den Fortgezogenen einige kapitalkräftige und tüchtige Elemente befanden. Von den auf deutschem Gebiet Verbliebenen, die im ganzen noch mehrere hundert Köpfe stark sind, läßt sich das nur zum sehr geringen Teil sagen. Wohlhabende und höher kultivierte Buren sind nur wenige aus Transvaal nach Ostafrika gekommen, überwiegend sind es noch in einer Art Halbnomadentum stehende Familien aus derjenigen Schicht, die sich auch in Südafrika bei ihren höherstehenden Landsleuten nur einer geringen Achtung erfreut. Die durchschnittliche Existenzform der Meruburen ist eine, die, daß die Familie, nicht selten eine Anzahl verwandter Familien nahe bei einander, sich eine sehr bescheidene Unterkunft baut, ein kleinigkeit Land urbar macht, Mais, Kürbisse, bestenfalls noch eine Anzahl Fruchtbäume und Kartoffeln pflanzt, um davon den un-



mittelbaren Nahrungsbedarf zu befriedigen, während das nötige Bargeld von den Männern durch den Ertrag der Jagd beschafft wird. Geschossen werden Elefanten, Nashörner, deren Haut und Horn einen guten Preis hat, Antilopen zur Verwertung von Fell und Gehörn, Raubzeug um der Schußprämie willen; außerdem ist natürlich das gefalgene und getrocknete Wildfleisch ein Hauptposten in der Ernährung. Die Viehhaltung ist meist nicht bedeutend. Wohlhabendere Buren oder solche, die vom Transportfahren leben, haben ein oder zwei Ochsengepanne. An Zuchtvieh findet man selten mehr als einige Duzend Rinder und einige hundert Stück Kleinvieh. Es fehlen die Mittel, um einen größeren Stamm anzuschaffen, und es fehlt vor allen Dingen das Bestreben nach einer durchgreifenden Besserung und Hebung der Lebenshaltung. Die Leute wollen gar nicht viel mehr als „ihr Leben machen“, und dazu genügt der Besitz von etwas Vieh, die Bestellung einiger Morgen Land und die Jagd. Der Bur produziert also keine eigentlichen Werte für die Entwicklung des Landes. Merkwürdig über diesem Durchschnitt steht im ganzen Merugebiet vielleicht nur ein halbes Duzend Burenfamilien. Nun haben aber die Buren bei ihrer Einwanderung meistens große Farmen von der Regierung verkauft bekommen. 2000 ha Weideland am Meru sind dasselbe, was 10 000 ha im Hererolande sind, und außerdem ermöglichen die klimatischen Verhältnisse hier in Ostafrika einen sehr viel ausgedehnteren Ackerbau als in Südwest. Selbst die mit ihrem Regenschall am ungünstigsten gestellten Teile im Bezirk Moschi-Aruscha (mit Ausnahme natürlich der direkt im Regenschatten liegenden Abhänge des Kilimandscharo) bieten z. B. für den Mais- und Kartoffelbau immer noch reichlich so gute Chancen, wie die regenreichsten Gegenden Südwestafrikas, der Grootfonteiner Bezirk und das Amboland. Außerdem aber fließt an den beiden ostafrikanischen Vulkanen viel mehr Wasser, als in ganz Südwestafrika und der alten Kapkolonie, mit Ausnahme ihres südlichen Küstenstrichs, zusammengekommen. Wenn nun auch die Buren im ganzen das wasserärmste Stück am Meru besetzt haben, so ist doch andererseits gerade dort das Weideland von bester Beschaffenheit, und die Menge des fließenden Wassers ist immerhin selbst dort ausreichend, um tausende von Hektaren Ackerland unter Kultur zu nehmen. Alle diese wirtschaftlichen Möglichkeiten werden von den Buren nur zum verhältnismäßig geringen Teil ausgenutzt. Der deutsche Farmer würde, sobald er die nötige afrikanische Erfahrung gewonnen hat, hier alsbald

ganz andere Werte schaffen. Die Schwierigkeit den Buren gegenüber liegt hauptsächlich darin, daß sie mit Genehmigung, zum Teil sogar mit direkter Aufmunterung der deutschen Verwaltung hergekommen sind, und daß man sie aus diesem Grunde nicht gut gegen ihren Willen wieder abschieben kann. Andererseits ist ihnen das zugewiesene Land nicht bedingungslos, sondern unter der ausdrücklich stipulierten Voraussetzung überlassen worden, daß sie es in angemessener Weise bewirtschaften und verwerten. In allen denjenigen Fällen, wo auch nach geschehener Aufforderung eine gar zu große Differenz zwischen der Wirklichkeit und der übernommenen Verpflichtung zur Kultur des Landes bestehen bleibt, wäre es also doch wohl möglich, den Buren nahe zu legen, daß sie ihren Platz räumen eventuell unter Ersatz der nachweislich stattgehabten Verbesserungen. Auf jeden Fall wird es aber, um Unbilligkeiten zu vermeiden, nötig sein, mit großer Vorsicht zu verfahren. Einen Zweck hätten besondere Maßnahmen nach dieser Richtung überhaupt nur dann, wenn in der Verkehrsfrage für das Kilimandscharogebiet die Entscheidung im Sinne des Bahnbaus nach Moschi-Uruscha fällt. Geschieht das nicht, dann ist es für absehbare Zeit ziemlich gleichgültig, ob die Buren ihre bisherige Lebensweise am Meru fortsetzen oder nicht, denn es dürfte alsdann auch nicht davon die Rede sein, deutsche Ansiedlungen, deren Blüte auf nichts anderem als auf gesicherten Export- und Zufuhrmöglichkeit beruhen könnte, dort hinein zu rufen.

Die Lebensfrage für den Kilimandscharo und Meru, mit der Entscheidung die dortige Entwicklung steht und fällt, bildet die Eisenbahn. Die bisherige Geschichte des Projekts einer Kilimandscharobahn ist eine etwas eigentümliche. Als zu Beginn des vorigen Jahres der Staatssekretär Dernburg die große koloniale Eisenbahnvorlage einbrachte und mit so glänzendem Erfolge vor dem Reichstag vertrat, war in kolonialen Kreisen, zumal solchen, die mit ostafrikanischen Verhältnissen vertraut sind, ein gewisses Befremden darüber vorhanden, daß zwar Togo, Kamerun, Südwestafrika und die ostafrikanische Zentralbahn in die Vorlage aufgenommen waren, die Kilimandscharobahn dagegen nicht. In dieser Richtung war nur eine unbedeutende Verlängerung der Usambarabahn um etwa über 40 Kilometer, die Strecke Mombo—Pangani, angefordert. In dieser Verlängerung ist aber für den Kilimandscharo so gut wie gar nichts gewonnen. Der jetzige Endpunkt der Bahn am Pangani liegt noch gerade so innerhalb des Tsetsegebiets, wie die bisherige

Endstation Mombo, und auf die Gesamtentfernung bis Moschi (Mombo—Moschi ca. 180 Kilometer) oder Aruscha (Mombo—Aruscha ca. 270 Kilometer) macht die Ersparnis von zwei Tagemärschen für Trägerkaramanen oder Ochsenwagen wenig aus. Von seiten der Regierung wird die Zurückhaltung gegenüber der Kilimandscharobahn mit der vermeintlich zweifelhaften zukünftigen Rentabilität der Bahn motiviert. Der Herr Gouverneur Freiherr von Rechenberg, dem ich persönlich zu außerordentlichem Danke für die lebenswürdige und vorurteilsfreie Aufnahme und für die Förderung meiner Studien durch die amtlichen Stellen verbunden bin, faßte seinen Standpunkt mir gegenüber im Gespräch etwa folgendermaßen zusammen. Auf dem kleinen Stück von Mombo bis zum Pangani, um das die Usambarabahn jetzt verlängert wird, besteht noch die Möglichkeit zur Anlage von Plantagen und ähnlichen Unternehmungen, und es ist auch bereits der größte Teil des dort verfügbaren Landes hierfür vergeben. Die Einrichtung dieser Pflanzungen und der Transport ihrer zukünftigen Erträge gestatten es, auf dieses Eisenbahnstück noch dieselben Gesichtspunkte anzuwenden und eine ähnliche kommende Rentabilität zu erwarten, wie bei der Usambarabahn selbst. Weiter landeinwärts hört aber wegen der zunehmenden Trockenheit des Klimas und der steppenhaften Beschaffenheit des Bodens die Möglichkeit des Plantagenbaus auf. Das Paregebirge, das sich von Usambara bis zum Kilimandscharo nassiv, von beiden je durch eine scharf eingeschnittene Lücke getrennt, wie eine hohe schmale Mauer hinzieht, bietet auf seiner Westseite gar keine und auf der Ostseite nur sehr mäßige Chancen für die Entstehung europäischer Kulturen. Von Westen her tritt die Massai-Steppe bis unmittelbar ans Gebirge heran, und die Trockenheit ist so groß, daß man auf dem dortigen Wege Tagemärsche bis zu neun Stunden ohne Wasser zurückzulegen hat. Im Osten läuft etwas mehr Wasser vom Paregebirge ab und es entstehen an den größeren Wasserläufen unmittelbar am Fuße der Berge bewässerte und kulturfähige Flecken von einiger Ausdehnung. Um deren Ausnutzung zu ermöglichen, wird eine für Lastautomobile fahrbare Straße dem Gebirge entlang angelegt. Diese Straße wendet sich vom Endpunkt der Bahn auf die Ostseite des Paregebirges, erschreitet dieses in der Mitte in einer tiefen Einsattelung und soll dann auf der Westseite bis zum Kilimandscharo weiter geführt werden. Auf diese Weise denkt man zugleich die Verbindung nach Moschi-Aruscha zu erleichtern und das Plantagenland in Ostpare

aufzuschließen. Wollte man eine Eisenbahn zum Kilimandscharo bauen, so käme hierfür wegen der Geländeschwierigkeiten nur eine Trace ganz im Westen des Gebirges in Frage. Weil aber der Bahnbau zunächst keine Erhöhung der Hüttensteuer, die in den Bezirken von Wilhelmstal und Moschi bereits ganz aufkommt, zur Folge haben werde, so erschiene die Verzinsung unwahrscheinlich. Den Bau der Zentralbahn nach Tabora ist in finanzieller Beziehung die Rücksicht auf das Mehraufkommen an Hüttensteuern mitentscheidend gewesen, da man innerhalb des Wirkungsbereichs der Zentralbahn diesseits Tabora ein Plus an Hüttensteuern auf heute von etwa einer Million Rupien erwarten zu dürfen glaubte. Damit ist bereits ein wesentlicher Teil der Verzinsungskosten dieser Bahn gedeckt. Wo dagegen, wie am Kilimandscharo, ein erleichternde Moment in Fortfall käme, müsse die Frage des Bahnbaus mit viel größerer Zurückhaltung behandelt werden. Die koloniale Finanzpolitik, speziell die Eisenbahnbauten, beruht überall dort, wo nicht rein strategische Gesichtspunkte in Frage kommen, auf dem Prinzip, daß die Finanzen der Kolonie für die Bau- und Verzinsungskosten der Bahnen haftbar seien. Für Tabora sei das Risiko zu groß, sich eine Bahn aufzuhalten, die voraussichtlich dauernde Zuschüsse aus den eigenen Mitteln der Kolonie fordern würde. Bekäme diese die Kilimandscharobahn vom Reich oder von sonst jemand geschenkt, dann freilich würde man ihren Dank annehmen, da die Deckung des Betriebsdefizits nicht mehr auf die Schultern des Schutzgebiets fiele.

Es bleibt sehr zu bedauern, daß Staatssekretär Dernburg sein Vertrauensmann Dr. Rathenau nicht die Zeit gefunden hat, auf ihrer ostafrikanischen Reise auch den Kilimandscharo und Tabora zu besuchen. Hätte sich das ermöglichen lassen, so wäre auch ein Urteil im Kolonialamt über die Aussichten, die manche Teile Ostafrikas für die deutsche Ansiedlung bieten, und besonders über die Notwendigkeit der Kilimandscharobahn, sicherlich ein positives geworden. Dabei fällt es auf, daß in der Schrift Dr. Rathenau über Ostafrika noch durchaus mit dem Bahnbau zum Kilimandscharo gerechnet wird. Auch in der Eisenbahndentschrift des Reichsfinanzamts, die dem Reichstag im April 1907 vorgelegt wurde, war die Verlängerung der Usambarabahn nach Kruscha im Bezirk Moschi noch als eine wirtschaftliche Notwendigkeit bezeichnet. (Seite 10)

Man vergegenwärtige sich zunächst einige räumliche Verhältnisse und die Baukosten. Die Usambarabahn ist bis Mombasa

Kilometer, mit Einschluß des jetzt im Bau befindlichen Stückes bis zum Pangani 172 Kilometer lang. Vom Panganiknie bis Moschi sind es etwas über 160 Kilometer Luftlinie; die Länge der Trace wird sich auf 180 Kilometer stellen. Ganz bis nach Moschi würde der Schienenweg nicht herangeführt werden können, da die letzte Steigung zu stark ist. Man würde daher besser einige Kilometer unterhalb in der Steppe bleiben. Ein Interesse daran, die heutige Station Moschi selbst mit der Bahn zu berühren, liegt nicht vor, da der Platz seinerzeit nur nach Gesichtspunkten der militärischen Verteidigung ausgewählt worden ist und keine natürliche wirtschaftliche Bedeutung hat. Es stehen auch weiter keine Anlagen dort, als ein sehr baufälliges Stationsgebäude, ein aus leichtem Material gebautes Askaridorf, einige Snderläden und ein sogenanntes Hotel. Bei zweckmäßigen Vorkehrungen gegen die Malaria könnte das alles weiter unterhalb wieder aufgebaut werden. Die Boma wird wahrscheinlich sowieso im Lauf der nächsten Jahre einfallen. Von Moschi nach Aruscha würde es sich dann noch um weitere 80 Kilometer Bahn handeln. Was die Frage einer späteren Verlängerung über Aruscha hinaus betrifft, so mag schon jetzt bemerkt werden, daß es sich dabei in keinem Falle um die Fortsetzung bis zum Viktoriassee, also eine deutsche Parallellinie zur Ugandabahn handeln dürfte. In dieser Beziehung ist der Standpunkt des Kolonialamts, daß die Ugandabahn wirtschaftlich für Ostafrika denselben Wert hat, wie eine Erschließungsbahn bis zum Viktoriassee auf deutschem Gebiet, und daß es deshalb verkehrt wäre, eine deutsche Konkurrenzlinie zu bauen, der allein richtige.

Um für eine Berechnung des Verkehrs auf der zukünftigen Kilimandscharobahn eine haltbare Basis zu finden, wird es erforderlich sein, zunächst einen ungefähren Ueberblick über die Menge des Landes zu gewinnen, das in der Gegend am Kilimandscharo und Meru bereits in Kultur genommen oder der unmittelbaren Besiedlung und Kultivierung zugänglich ist. Dabei werden wir einen Unterschied zwischen reinem Acker- und Pflanzungsland, ferner solchen Strichen, die für einen gemischten Betrieb geeignet sind und schließlich denen, die nur als Weideland in Betracht kommen, zu machen haben. Je nachdem, zu welcher dieser drei Kategorien das Land gehört, wird die Normalgröße für den einzelnen Betrieb verschieden sein. Außerdem müssen für die Ermittlung der Produktionsfähigkeit des ganzen Gebiets auch noch einige Teile, die wegen ihrer tiefen Lage nicht dauernd besiedelbar, für tropische Pflanzungen aber trotzdem geeignet sind, mit in Betracht gezogen werden.

Die Frage nach der Bedeutung der Kilimandscharobahn ist aber in wirtschaftlicher Beziehung noch keineswegs erschöpft, wenn wir allein das kulturfähige Gebiet unmittelbar am Fuß der Berge und in ihrer näheren Nachbarschaft zur Grundlage der Berechnung machen. Westwärts und südwärts vom Meru dehnt sich die Massai-  
 steppe aus, innerhalb deren die Massais neuerdings durch eine Verfügung des Gouvernements von Ostafrika auf ein engeres Reservat beschränkt worden sind. In diesem Gebiet soll keine Niederlassung von Weißen stattfinden und es besteht das Bestreben, das ganze Volk, soweit es auf deutschem Gebiet sitzt, möglichst in die Reservatsgrenze zusammenzuziehen. Was die Eingeborenen betrifft, so steht also einer Ausdehnung der Besiedlung weiter nach Westen nichts im Wege. Bis an den großen ostafrikanischen Graben, vier Tagesmärsche westwärts von Aruscha, ist das Land überhaupt nicht bewohnt. Es ist Steppe, ähnlich wie die eigentliche Massai-  
 steppe weiter im Süden und Südosten. Für die Begriffe der meisten Ostafrikaner, hat die „Steppe“ wenig wirtschaftlichen Wert. Wer aber südafrikanische Verhältnisse kennt, wird dieser Meinung nicht beistimmen. Das Vorurteil gegen die Steppe, das uns in Ostafrika so häufig begegnet, zeigte sich auch in dem allgemeinen Erstaunen darüber, daß der Unterstaatssekretär v. Lindequist zu Ende des vorigen Jahres seine Studienreise auf deutschem Gebiet mit einer Durchquerung der wegen ihres Wassermangels gefürchteten, von Weißen so gut wie nie betretenen Ndassékera-Steppe, zwischen dem Viktoriassee und dem ostafrikanischen Graben in der Gegend des Natronsees, begann. In Daresälam fürchtete man geradezu für die Expedition. Auch die Massai-  
 steppe ist in der Trockenheit bei Trägern und Reisenden wegen der Gefahr des Wassermangels verrufen. Sie ähnelt in dieser Beziehung wie in ihrer Vegetation ganz und gar Südafrika, speziell dem deutschen Südwestafrika. Wie die Hereros und die Hottentotten, so kennen auch die Massais die zerstreuten natürlichen Wasserstellen, an denen sie ihr Vieh tränken können, und gleich den südwestafrikanischen Eingeborenen verstehen sie es, wo während der Trockenheit kein Wasser von selbst mehr zutage tritt, Tränkbrunnen zu graben. Von Europäern ist die Massai-  
 steppe bisher nur auf wenigen Karawanenpfaden durchkreuzt worden. Als Weidegebiet steht sie, wie bereits früher bemerkt, erheblich über dem südafrikanischen Durchschnitt. Um auch persönlich eine Anschauung von der Natur des ostafrikanischen Weidefeldes in diesen Gebieten zu bekommen, habe ich von Aruscha aus einen Mari-  
 a



rund um den Meru gemacht, weil nach Angabe meiner landeskundigen Gewährsmänner der Charakter der noch weiter gegen Westen, Südwesten und Nordwesten gelegenen Gebiete ein ganz ähnlicher sein soll. Darnach kann ich allerdings nur bestätigen, daß die Zukunft der Viehwirtschaft, speziell der Großviehzucht, in einer solchen „Steppe“, sobald erst einige Erfolge in der Bekämpfung der Tsetse erzielt sind und sobald Eisenbahnverbindung mit der Küste besteht, als eine sehr günstige angesehen werden muß. Dasselbe habe ich auch aus den Erzählungen der Buren am West- und Nordfuß des Meru entnommen. Die Buren vergleichen jene Gebiete natürlich nicht mit den ärmeren Teilen Südafrikas, sondern mit dem sogenannten Hochfeld von Transvaal, östlich von Pretoria und Johannesburg. Dieses ist, was den Graswuchs betrifft, innerhalb Südafrikas das reichste und beste Weideland, das es gibt. Ich habe mir auch von den Buren, die darin naturgemäß gut Bescheid wissen, den verschiedenen Wert der einzelnen ostafrikanischen Grasarten für Großvieh, Kleinvieh und Pferde erklären lassen. Es gibt darnach nur wenig Hart- und Sauergras, das vom Vieh nicht gern gefressen wird. Der Anblick dieser wogenden Grasflächen am Meru ist für den Südafrikaner ein ganz herrlicher. Wie eine zusammenhängende Decke liegt, von den westlichen Vorbergen des Meru aus gesehen, das Gelb des reifen Grases während der Trockenzeit über dem ganzen Land gegen Westen, soweit das Auge reicht. Der Mangel an dauernden offenen Wasserstellen hat hier keine größere Bedeutung als in Südafrika; hier so gut wie dort kann man ihm durch Staudämme und Brunnen beikommen und auf diese Weise die ganze Steppe in ein zusammenhängendes Gebiet rationeller Viehwirtschaft verwandeln. Dabei braucht die Frage des Massaireservats für absehbare Zeit noch nicht in anderem Sinne behandelt zu werden, als die Regierung bisher getan hat. Nur darüber darf man sich nicht im unklaren sein, daß die Massais, die während der Zeit ihrer tiefen Verarmung in den Jahren nach der großen Minderpest sehr bettelhaft und klein geworden waren, jetzt bereits mit dem erneut steigenden Reichtum an Vieh auch wieder anfangen, bedeutend selbstbewußter zu werden. Der Massai ist der unerschütterlichen Ueberzeugung, daß auf der ganzen Welt allein das moralische Recht auf Viehbesitz hat, und daß alles Vieh anderer Leute kraft dieses moralischen Rechts eigentlich ihm hört. Während der Zeit ihrer Selbständigkeit hatten es die Massais auch folgerichtig dahin gebracht, daß die Völkerschaften

rings um sie her, die Waschamba, Wadschagga usw., meistens gar kein Vieh mehr hatten, soweit sie nicht imstande waren, sich des Gegners mit der Waffe in der Hand halbwegs zu erwehren. Mit dem Viehreichtum wächst auch die Begehrlichkeit der Massai in entsprechender Proportion, und bereits wissen die Buren und die übrigen weißen Ansiedler am Kilimandscharo und Meru ein wenig von den zunehmenden Viehdiebstählen der Massais zu singen. Ebenso ist es bekannt, daß die Massais außer ihrer alten Bewaffnung mit mächtigen, schön geschmiedeten Eisenspeeren eine nicht unbedeutende Anzahl Gewehre, darunter auch moderne Hinterlader besitzen. Diese letzteren kommen über die englische Grenze, wo überhaupt herüber und hinüber ein ziemlich lebhafter Schmuggelhandel mit Vieh, Elfenbein, Waffen und Munition getrieben wird. In der Bildung des Massaireservats entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, daher eine stete scharfe Beaufsichtigung des Stammes sein, und wird sich niemand bei uns wundern dürfen, wenn über kurz oder lang die Nachricht von Massaiunruhen kommt. Aufgabe der richtigen Massaipolitik wäre es, den Besitz der Massais namentlich an Rindern so niedrig wie möglich zu halten, was am ehesten der Freigabe eines gut kontrollierten Handelsverkehrs in ihrem Gebiet geschehen kann. Auf die Dauer gibt es gar kein unbequemes Eingeborenenelement für eine geregelte, wirtschaftliche Werte pflegende Kolonialverwaltung, als ein wohlhabender, kriegerisch gesinnter und von Natur stets unruhiger Halbnomadenstamm, wie es in Westafrika die Hereros waren und wie es in Ostafrika die Massais sind.

Die deutsche Massaisteppe wird nach Westen zu durch den großen ostafrikanischen Graben begrenzt, dessen westlicher Rand bedeutend schärfer ausgeprägt ist, als das östliche. Man bezeichnet daher auch den vom Natronsee im Norden mauerartig nach Südosten verlaufenden Abfall der westlichen Hochländer als die ostafrikanische Bruchstufe. Zu beiden Seiten des Grabens findet sich eine ausgedehnte vulkanische Bodenbedeckung. Der Kilimandscharo und der Meru sind nur die beiden größten unter den massenhaften Auswurfsschüttungskegeln und Kraterbildungen zu beiden Seiten der Bruchstufe. Vom Westabhang des Meru aus gesehen ist die ganze Zone mit flach kegelförmigen vulkanischen Erhebungen, kleinsten, mittelgroßen und mächtigen Maßstabes erfüllt. Dem Meru gerade gegenüber liegt jenseits des Grabens der gewaltige ovale Ringwall des Ngorongoro, wahrscheinlich das größte Kratergebilde der Welt.



dessen beide Achsen etwa 20 und 30 Kilometer lang sind. Das Innere bietet Raum für eine ganze Anzahl von Viehzuchtfarmen; es enthält reiche Weide und Wasser. Gegenwärtig sitzt erst ein einziger deutscher Ansiedler, der aber, wie es heißt, bereits mehrere tausend Stück Vieh sein eigen nennt, im Innern des Ngorongoro.

Die Grabensohle selbst ist wegen ihrer tieferen Lage, nur etwa 1000 Meter über dem Meeresspiegel, und wegen der stagnierenden meist salzigen Gewässer, die sich dort finden, ziemlich ungesund. Für die Zukunft wird eines dieser laugehaltigen Becken, der Nuiro- oder Natronsee, wahrscheinlich von Bedeutung für die Gewinnung von Salzen für industrielle Zwecke werden. Südlich vom Natronsee erhebt sich unmittelbar von der Grabensohle aus der schöne Vulkankegel des Dönyo-Ngai; noch weiter südlich liegt wiederum ein großes salziges Becken, der Manharasee. Vom Westufer des Manharasees steigt man zu der fruchtbaren, gut bewässerten und vieldereichen Landschaft Traku auf; südwärts liegen Ufiomi und Trangi. Trangi wird wie Traku als ein Land gerühmt, das ausgezeichnete Bedingungen für die Viehzucht und stellenweise auch gute Ansiedlungsmöglichkeiten für Ackerbauer darbietet. Die Meereshöhe in diesen Landschaften ist durchweg eine bedeutende. Mbulu, der Hauptort von Traku, liegt über 1700, Kondoa-Trangi ca. 1500 Meter hoch. Noch weiter gegen Westen steigt die durchschnittliche Höhe des Landes zum Teil noch mehr. Bis an den Abfall der Plateaulandschaften von Turu und Framba gegen den tiefen und eiten Einbruch der Weinbäresteppe herrscht durchweg ein kühles, kundes Klima. Allerdings sind hier, außerhalb des früheren Reichthums der Massais, die Landschaften zum Teil ziemlich stark von Eingeborenen bevölkert. Das ist namentlich in dem Gebiet von Turu der Fall, wo die Leute sich überdies von jeher der deutschen Herrschaft gegenüber auffällig verhalten haben. Bekanntlich ist es im vorigen Jahre notwendig geworden, eine militärische Expedition das Turugebiet zu unternehmen, die mit der Festnahme und Vernichtung der Hauptträdelsführer geendet hat. Ob die Turuleute jetzt endgültig zur Ruhe gebracht sind, darf bezweifelt werden. In Framba sind bisher die bedeutendsten Goldfunde von Ostafrika gemacht worden. Gegenwärtig ist dort die Aufstellung des ersten ostafrikanischen Hochwerks von 10 Stempeln im Werke. Die ganze Einrichtung für den Bergbaubetrieb ist mit der Uganda- nach Port Florence geschafft worden, von dort mit Dampfern zum Viktoriassee, und nun wird sie, im ganzen über 100 000

Lasten, allmählich durch Träger zwei Wochen weit von Muania bis an die Mine geschleppt. Trotzdem hofft das Syndikat auf Rentabilität des Abbaus.

Die Begrenzung des ganzen, seiner Höhenlage nach für dauernd bewohnbaren Gebiets im Nordosten der Kolonie würde also etwa so gestalten, daß gegen Norden, vom Kilimandscharo in die Nähe des Viktoriaesees, die deutsch-englische Grenze es umschließt, gegen Westen der Abfall des Hochlandes zur Wembäresteppe gegen Süden die Senkung von dem Turuplateau nach Uyanji und Ulgogo, während gegen Osten die Höhenlinie von 1000—1100 Metern die man hier als ungefähre Gesundheitsgrenze annehmen kann, einiger Entfernung parallel dem oberen Pangani über die etw. sagenhafte Seelandschaft von Niniarok in der eigentlichen Masai steppe verläuft. Im ganzen handelt es sich also um ein Gebiet von über 100 000 Quadratkilometern. Allerdings müssen hierzu vorläufig noch erhebliche Teile gestrichen werden, vor allen Dingen das Massaireferpat, ferner der größte Teil der Grabensohle, die bereits stark von Eingeborenen bevölkerten Länder, wie Turu, und die vollkommen wasserlosen Gebiete, wie z. B. Ndassékera. Auf Dauer braucht freilich auf diese letzteren nicht verzichtet zu werden. Selbstverständlich soll auch von dem verbleibenden Rest nicht behauptet werden, daß er jetzt schon überall zur unmittelbaren Annahme deutscher Ansiedler brauchbar sei; es soll vielmehr annäherungsweise die klimatische Grenze bezeichnet werden, innerhalb derer Europäer bei geeigneter Lebensführung und bei einigen nicht schwer durchzuführenden gesundheitlichen Vorsichtsmaßnahmen existieren können. Das meiste Land innerhalb des vorhin bezeichneten Gebiets ist zur Viehzucht geeignete Steppe. Persönlich habe ich von dem eigentlichen Steppengebiet nur den Strich westlich nördlich vom Meru gesehen, außerdem aber mit verschiedenen Gewährsmännern gesprochen, die den Nordosten der Kolonie kennen und zum Teil selbst dort ansässig sind. Von allen Herren wurde mir übereinstimmend versichert, daß das Land sehr gut zur Viehzucht sei und daß es, von der Verkehrsfrage abgesehen, nur darauf ankomme, die von der Tsetse heimgesuchten Striche für Viehfindig zu machen und auf irgend eine Weise für den Zutritt mit Vieh zu sperren. Die nächsten Maßregeln müßten die Stationierung von Tierärzten und Eisenbahnverbindung an der Küste sein. Sucht man vorläufig nur die besten Stücke innerhalb des näher nach dem Meru zu gelegenen Gebiets, einjoch-

Irangi, Iratu und Ngorongoro heraus, so ergeben sich nach den von mir erhaltenen Auskünften etwa 100 000 Hektar direkt kulturfähigen freien Landes; dazu noch, unter Einrechnung der vorläufig an Buren vergebenen Farmen, etwa ebensoviel in der unmittelbaren Umgebung des Meru. Diese 200 000 Hektare sind für gemischte Betriebe, Viehzucht und Ackerbau, d. h. also für Farmen von einem mäßigen Gesamtumfange, verwertbar; die Menge des für extensive Viehzucht nutzbaren freien Weidelandes ist natürlich sehr viel größer als 200 000 Hektar, und ebenso kann für Ackerbauzwecke auf noch erheblich mehr Land gerechnet werden, sobald erst an eine systematische Abgrenzung und Aussonderung des verfügbaren Kronlandes in den Strichen mit stärkerer Eingeborenenbevölkerung gegangen wird. Am Kilimandscharo sind bisher ca. 15 000 Hektar Plantagenland verkauft. Etwa 5000 sind ohne Inanspruchnahme der Waldzone und des Wadschaggareservats noch in der oberen Ansiedlungsregion verfügbar, weiter in der Steppe, noch oberhalb der Malaria Grenze, weitere 14—15 000 Hektar Pflanzungsland, meist Schwemmboden an den Flüssen. Abwärts am Pangani sind nach einer Schätzung des Bezirksamts Moschi noch ca. 30 000 Hektar Plantagenland abzugeben, doch ist dieses bereits als ungesund zu betrachten. Es kommt also nicht für die dauernde Besiedlung, wohl aber für die Berechnung der zukünftigen Exportproduktion des Bezirks von Moschi in Betracht; ebenso am Paregebirge noch 3000 Hektar. Rechnet man die nicht zu Waldbreservat erklärten Teile des Urwaldgürtels und das in Wirklichkeit von den Wadschagga nicht benutzte Land innerhalb des ihnen vorbehaltenen Gebiets hinzu, so vergrößert sich die für weiße Ansiedlungen verfügbare Fläche unmittelbar am Kilimandscharo noch um ein Erhebliches, mindestens um 20 000 Hektar. Von bevorstehendem Landmangel am Kilimandscharo kann also nur unter der Voraussetzung gesprochen werden, daß weder an den Wald noch an das Wadschaggareservat gerührt werden, noch die Besiedlung in den gesunden Teil der Steppe vorgeschoben werden soll. Selbst angenommen, daß sich nach den beiden erstgenannten Richtungen eine gewisse Beschränkung rechtfertigen ließe, so kann doch in letzterer Hinsicht sicher nichts Stichthaltiges zuungunsten weiterer Ansiedlungen angeführt werden. Dazu kommen die gesamten wunderbaren Ländereien am Meru und vorhin skizzierte vorläufige Auswahl besonders bevorzugter Striche weiter gegen Westen und Südwesten.

Wie steht es nun unter Berücksichtigung aller dieser Ver-

hältnisse mit den voraussichtlichen Erträgen einer Kilimandscharo-Eisenbahn? Die Strecke Moschi—Aruscha würde rund 260 Kilometer lang werden. Nimmt man die Baukosten vorsichtshalber hoch mit 80 000 Mark für den Kilometer an (die Usambarabahn kostete 75 000 Mk. pro Kilometer), so ergibt das eine Bausumme von 20 800 000 Mk. Fünf Prozent für Verzinsung und Amortisation bedingen den jährlichen Aufwand von 1 040 000 Mk. Den durchschnittlichen Beförderungstarif kann man nach dem Vorbilde der übrigen afrikanischen Kolonialbahnen auf 22 Pfennig für die Tonne und den Kilometer veranschlagen, den Betriebskoeffizienten auf 50 der Gesamtausgabe, was gleichfalls vorsichtig gerechnet ist. Es ergibt sich also, daß unter diesen Voraussetzungen auf der Strecke rund 40 000 Tonnen jährlich zur Beförderung gelangen müssen, um das vorhin genannte finanzielle Ergebnis zu zeitigen. 40 000 Tonnen sind 4000 Waggonladungen zu je 10 Tonnen. Natürlich kann niemand beweisen, daß diese Gütermenge fertig vorhanden sein wird, sobald die Bau Spitze der Kilimandscharobahn Moschi oder Aruscha erreicht. Die Frage ist nur die, ob in nicht zu langer Zeit, sagt man im Verlauf einiger Jahre, eine solche Steigerung der Produktion mit Bestimmtheit zu erwarten ist, daß die Betriebs- und Verzinsungskosten gedeckt werden. Uebrigens braucht auch für die ersten Jahre nach der Betriebseröffnung und bis zu einem gewissen Grade noch für die Bauzeit selbst keineswegs auf alle Einkünfte verzichtet zu werden. Sobald erst mit dem Bau Ernst gemacht wird, werden die Ansiedlungen und Pflanzungen im Kilimandscharo-Meru-Gebiet rasch selber einen starken Aufschwung nehmen, und es werden sofort Transportgüter für die neuen Gründungen in der Richtung nach einwärts, als auch Produkte von den bereits bestehenden Unternehmungen nach der Küste zur Verfrachtung gelangen. Nach der Zusammenstellung, die von einem Ausschusse der jetzigen Ansiedler im Wirkungsbereich der zukünftigen Kilimandscharobahn gemacht worden ist und die dem Unterstaatssekretär v. Vindequist bei seinem Besuche in Moschi überreicht werden sollte, rechnet man von den jetzt schon im engeren Kilimandscharogebiet vorhandenen Pflanzungen für das Jahr 1913 auf ca. 6400 Tonnen Exportfrachten, ferner aus dem Merugebiet auf ca. 10 000 Tonnen, von den Kleinsiedlungen im gesamten Gebiete auf 1500 Tonnen, von Holztransporten zur See auf 3000 bis 4000 Tonnen, für Eingeborenenprodukte auf 1000 Tonnen. An Handelsprodukten, wie sie die Indianer aufkaufen (Elfenbein, Häute und dergleichen), werden für 1913 ca. 500 Tonnen

Ausfuhr und an europäischen Waren insgesamt 2000 Tonnen Einfuhr — immer für 1913 — berechnet. Das ergäbe im ganzen über 30 000 Tonnen, also fast schon den zur Erreichung der Rentabilität errechneten Betrag, aber es können die Angaben der Ansiedler, auf denen diese Rechnung beruht, im einzelnen doch wohl nicht den Anspruch auf bindende Gültigkeit erheben. Sie sind so zustande gekommen, daß eine Rundfrage an alle gegenwärtig vorhandenen Betriebe erlassen wurde. Auf dem Fragebogen waren in besonderen Rubriken Auskünfte darüber zu erteilen, wie groß das Gesamtareal der betreffenden Wirtschaft sei, wie groß die bereits mit Kulturgewächsen bebaute Fläche, wieviel davon schon heute ertragsfähig, und wie hoch nach der Schätzung des Besitzers oder Verwalters der Ertrag im Jahre 1913 sein würde. Ausdrücklich ist dabei vermieden worden, Pläne zur Erweiterung der jetzigen Anbaufläche, wie sie tatsächlich in erheblichem Umfange bestehen, mit zur Grundlage des für 1913 geschätzten Ertrages zu machen. Die gegenwärtigen Pflanzungen am Kilimandscharo sind in erster Linie auf Kaffee und Gummi eingerichtet. Von diesen kann man den Kaffeepflanzungen menschlicher Voraussicht nach nur ein günstiges Prognostikon für die nähere Zukunft stellen; wie sich die Kautschukfrage entwickeln wird, hängt, wie bereits mehrfach betont, von der Gestaltung der Verhältnisse auf dem Weltmarkt ab, und hier wird die Preislage hauptsächlich durch die Heveapflanzungen in Südostasien beeinflusst werden. Wenn auch von jeder Voraussage vorläufig noch abgesehen werden muß, so ist es doch möglich, daß sich die Kautschukproduktion am Kilimandscharo weniger günstig gestalten wird, als die Ansiedler, die Manihot gepflanzt haben, jetzt annehmen. Was die Frachtverhältnisse anbetrifft, so würde die Folge davon nur die sein, daß an die Stelle des Kautschuks auf dem gerodeten und in Kultur genommenen Gelände andere Gewächse treten, z. B. Sisal oder Baumwolle. Die Baumwolle ist in die Berechnung der Pflanzler vorläufig so gut wie gar nicht aufgenommen worden, da gegenwärtig nur einige geringfügige Versuche mit der Staude gemacht worden sind. Sobald aber eine Eisenbahnverbindung da ist, wird sich der Baumwollbau, für den sowohl das Klima als auch der Boden im Gebiet der beiden Berge wohl geeignet sind, stark entwickeln. Den Beweis dafür kann man dem Fortschreiten der Baumwollkultur in den ostafrikanischen Küstengebieten entnehmen, wo weder der Boden noch die Regenverhältnisse, meistens auch nicht die Möglichkeiten für rationelle Bewässerung, so günstig liegen, wie am Kilimandscharo.

und Meru. Für die Farmen am Meru werden nicht so sehr Kautschuk und Kautschuk, sondern Mais und Weizen als Ausfuhrprodukte für 1913 angenommen; als Erzeugnisse der Eingeborenenkultur gleichfalls Mais und andere Feldfrüchte. Vielleicht ist auch die Annahme von 10 000 Tonnen Frucht von der Eingeborenernte zu optimistisch, denn man müßte zu dem Zweck daran glauben, daß die Bemühungen die Wadschagga von der Begründung ihrer Existenz auf die Bananen etwas abzubringen und die Maiskultur unter ihnen zu fördern, zu einem besonders günstigen Erfolg begleitet sein werden. Daraus kommt aber so sehr viel nicht an. Auch wenn die Bahn ihr erstes Betriebsjahr, 1913, mit nur 20 000 oder 25 000 Tonnen Fracht eröffnen kann, so ist das schon ein ganz befriedigendes Ergebnis, denn es kann mit Sicherheit auf eine rasche und starke Vermehrung der Frachten gerechnet werden. Die beiden entscheidenden Gesichtspunkte dafür sind folgende. Die Gesamtfläche der jetzt im Betrieb befindlichen Pflanzungen am Kilimandscharo beträgt etwa 15 000 Hektar. Von diesen 15 000 Hektar rechnen die Ansiedler für 1913 auf eine Exportproduktion von 6400 oder sagen wir rund 6000 Tonnen. Diese Rechnung beruht auf solider Basis, wie ein Einblick in die durchschnittliche Produktionsstatistik der Pflanzungen ergibt. Beim Ersatz des Kautschuks durch Sisal oder Baumwolle, oder durch beides, würde sich natürlich noch eine bedeutende Vermehrung des Beförderungsgewichts der Produktion ergeben. Die zweite ebenfalls standfeste Tragglieder der Rechnung ist die Maiskultur, gleichgültig, ob sie von Weißen oder Eingeborenen ausgeübt wird. Die Anbauverhältnisse für den Mais sind so günstig, daß das Korn zu konkurrenzfähigen Preisen in großen Mengen bis an die Küste geliefert werden kann. Das Ertragsgewicht einer Maispflanzung ist natürlich je nach der Qualität des Bodens und nach seiner Stellung sehr verschieden. Nehmen wir selbst nur einen schwachen Mittelsertrag von 2000 bis 3000 Kilogramm, also 2 bis 3 Tonnen pro Hektar, an, so würden 10 000 Hektar Maisland allein schon mehr als die Hälfte jenes Frachtquantums von 40 000 Tonnen liefern, dessen die Bahn bedarf. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei übrigens nochmals darauf hingewiesen, daß die wirkliche Gestaltung der Frachtverhältnisse natürlich nicht allein von der 260 Kilometer langen Strecke zwischen Aruscha und dem Pangani, sondern durch die Gesamtentfernung Aruscha—Tanga, einschließlich der jetzigen Usambarabahn, bestimmt werden wird. Für die Entscheidung in der Frage des Bahnbaus zum Kilimandscharo trägt diese Aenderung der Rechnungsbasis aber nichts.

Worauf es ankommt, um den richtigen Standpunkt gegenüber dem Problem der Kilimandscharobahn zu gewinnen, ist vor allen Dingen eine zutreffende Vorstellung von der Menge des dort oben für Kulturzwecke verfügbaren Landes und von der Güterproduktion, die sich auf ihm mit Naturnotwendigkeit entfalten wird, sobald erst das Vorhandensein der Bahn die wirtschaftliche Inangriffnahme des ganzen Gebiets in größerem Maßstabe ermöglicht. Was die natürliche Fruchtbarkeit betrifft, so ist der vulkanische Boden am Kilimandscharo und Meru den Produkten der Gneißverwitterung in Usambara überlegen. Dem äußeren Eindruck nach erinnert er sehr an die vulkanischen Verwitterungsböden in Nordwestkamerun, am Manenguba und in der Vulkanregion auf dem Hochlande um Bamenda; nur daß in Kamerun, der größeren Regenmenge entsprechend, die Umwandlung der Laven und Basalte in braunrote Lehmerde stellenweise noch tiefer vorgeschritten ist, als am Kilimandscharo und Meru. Der Meru hat nach der Vermutung von Professor Uhlig seine vulkanische Tätigkeit vielleicht bis in die neueste Zeit hinein fortgesetzt. Uhlig hat im Merukrater Lava gefunden, deren Alter er nur auf einige Jahrzehnte schätzt. Möglicherweise hängt auch die Sterilität des steinigen Steppenbodens an einigen Stellen in der Mitte zwischen den beiden Bergen damit zusammen, daß es sich um jüngere, noch wenig verwitterte Ergüsse aus dem Meru oder seinen parasitären Nebenfratern handelt.

Die nähere Besprechung der Wirtschaftsverhältnisse in der Region zu beiden Seiten der großen Bruchstufe im Nordosten der Kolonie hat uns nun auch die vorläufige Grundlage zur Entscheidung der Frage gegeben, die wir im ersten Teil dieser Abhandlung aufwarfen: ob nicht für die Entscheidung der Wirtschafts- und Besiedlungsfragen in Ostafrika neben dem rein kommerziellen Gesichtspunkt auch noch nationalpolitische Erwägungen in maßgeblicher Weise mit heranzuziehen seien? Es kann nach dem Gesagten nicht mehr zweifelhaft erscheinen, daß jene Frage zu bejahen ist, und zwar speziell in dem Sinne, daß die von Dr. Rathenau in seinen Betrachtungen über die wirtschaftliche Erschließung Ostafrikas stark betonte wirtschaftliche Aussichtslosigkeit der Kleinbetriebe keineswegs so verallgemeinert werden darf, wie es dort geschieht. Allerdings ist es notwendig, um alle Mißverständnisse zu vermeiden, sich vorher genau über den Begriff des Kleinbetriebs zu verständigen. Gleich Dr. Rathenau sind wir der Meinung, daß der Ausdruck Kleinwirtschaft sich im

Gegensatz zu dem kapitalistisch organisierten Großbetrieb versteht, und daß er überall dort am Platze ist, wo die betreffende Wirtschaft auf persönliche Rechnung, sei es eines einzelnen Besitzers, sei es einiger Kompagnons mit geringen oder doch mäßigen Mitteln betrieben wird und ihr Ertrag nicht so sehr als kapitalvermehrender Gewinn aus einer freien Vermögenslage erscheint, sondern zum persönlichen Lebensunterhalt des Besitzers oder der Besitzer der Wirtschaft dienen soll. Natürlich ist dabei nicht ausgeschlossen, daß sich falls der Betrieb Ueberschüsse bringt, auch das Kapitalvermögen vergrößert. Außerdem müssen wir als an einem weiteren Erfordernis auch noch daran festhalten, daß es sich um eine dauernde Ansiedlung deutscher Elemente auf kolonialem Boden, um einen Beitrag zur Schaffung jenes bodenständigen deutschen Afrikanertums handelt, von dem wir bei früherer Gelegenheit gesprochen haben. Innerhalb der so bezeichneten Grenzen kann der Umfang der einzelnen Wirtschaften ein recht verschiedener sein. Am wünschenswertesten wird es sein, wenn die Extreme weder nach oben noch nach unten überwiegen und wenn zunächst die Landzuweisung an Ansiedlungslustige nicht zu ängstlich und zu knapp geschieht, vielmehr die allmähliche Verkleinerung der Wirtschaftseinheiten der natürlichen Entwicklung überlassen bleibt. Die Wirtschaftsweise an den Betrieben wird im einzelnen eine sehr verschiedene sein, je nachdem, ob es sich um rein extensive Weidewirtschaft handelt — für diese müssen natürlich bedeutend größere Landflächen bewilligt werden, als sonst im Durchschnitt — oder um gemischte Produktion bei der Viehzucht und Landbau sich ungefähr das Gleichgewicht halten, oder um reine Landbestellung. In jedem Falle aber muß es das Bestreben der Ansiedler sein, die Naturalverpflegung für sich und ihre Angehörigen wie für ihre eingeborenen Arbeiter möglichst aus dem eigenen Betrieb zu entnehmen. Alle übrigen Ausgaben für den persönlichen Bedarf und für die Unterhaltung und Erweiterung der Wirtschaft müssen dagegen aus dem Verkauf der Wirtschaftsprodukte erzielt werden. Dieser Verkauf wird für Viehfarmer wie für Landbauer ohne Schwierigkeiten und mit Vorteil möglich sein, sobald die Eisenbahnverbindung mit der Küste vorhanden ist. Die Aufnahmefähigkeit sowohl der Küstenstriche als auch der benachbarten Teile Ostafrikas für Fleisch und Feldfrucht ist groß. Für den Export über See werden Kaffee, eventuelle Hautschuf, Baumwolle, Mais, Gerberrinde die wichtigsten Produkte ausmachen. Bei allen diesen Objekten liegt kein Grund für



Befürchtung vor, als könnten sie in Wirtschaften kleineren Maßstabes nicht mit Vorteil erzeugt werden. Soweit Erfahrungen unter Verhältnissen, wie sie am Kilimandscharo bestehen, selbstverständlich bei gleichzeitigem Vorhandensein von Bahnverbindung, vorliegen, sind sie der Prosperität von Kleinbetrieben in dem von uns festgelegten Sinne durchaus günstig, so z. B. in Natal. Was unter Berufung auf den minder günstigen Stand der Dinge in Usambara dagegen angeführt wird, kann deshalb keine durchschlagende Beweiskraft beanspruchen, weil es dort erstens an der wichtigsten Vorbedingung, die wir aufgestellt haben, an der genügenden Aufgeschlossenheit des Produktionsgebiets in verkehrstechnischer Beziehung, fehlt, und weil zweitens gerade auf das Konto von Usambara alle diejenigen Mißgriffe, Irrtümer und Fehler fallen, die mit dem Neubeginn einer derartigen Kolonisation auch in anderen überseeischen Ansiedlungsgebieten stets verbunden gewesen sind. Wir betonen nochmals, daß es nicht unsere Meinung ist, als ob die Regierung mit künstlichen Mitteln, mit baren Ansiedlungsbeihilfen und dergleichen, die Besiedlung der von uns bisher genannten Hochlandsgebiete in die Hand nehmen sollte; es genügt vielmehr vollkommen, wenn aus öffentlichen Mitteln der bloße Anschluß dieses von der Natur begünstigten Gebietes an den Weltverkehr durch eine Eisenbahn erfolgt. Als vorläufiger Zielpunkt der Bahn muß Aruscha am Meru gelten. Unserer Ueberzeugung nach wird sich allerdings alsbald nach der Erreichung dieses Punktes herausstellen, daß es vorteilhaft sein wird, die Linie etwa bis an den Fuß der ostafrikanischen Bruchstufe, südlich vom Manyarasee, weiter zu führen. Ob sich auch der Aufstieg auf die jenseitige Höhe zunächst wirtschaftlich lohnen wird, steht noch dahin, kann auch nicht einmal vermutungsweise beantwortet werden, bevor eine Vorstellung von den technischen Schwierigkeiten auf dieser Strecke besteht. Soweit aber vorläufig rein theoretisch von einer Weiterführung der Bahn ins Innere gesprochen werden kann, würde als Zielpunkt nicht der Viktoriasee, sondern Tabora oder ein anderer Punkt des Zentralbahnsystems in Aussicht zu nehmen sein. Sollten sich die jetzt in Betrieb genommenen Goldminen auf dem Trambahochlande in bedeutenderem Maßstabe entwickeln, so wird es ohnehin notwendig sein, eine Bahnverbindung zwischen Tramba und der Küste herzustellen. Es ist nicht unmöglich, daß eine solche dann vorteilhafter in der Richtung auf den Kilimandscharo, als auf die Zentralbahn hin erscheint. Eine weitere Ausspinnung dieser Erwägungen wäre aber verfrüht.

Bekanntlich spielen in der Diskussion über die Besiedlungsfrage in Ostafrika nicht nur Usambara und der Kilimandscharo, sondern auch noch verschiedene andere Gegenden eine Rolle. Vor allem Dingen handelt es sich noch um Uhehe, das etwa in der Mitte zwischen der jetzigen Bau Spitze der Zentralbahn bei Kilossa und dem Nordende des Nyassasees liegt, und weiter um verschiedene Landschaften im Norden und Nordwesten des Nyassa selbst. Ueber diese Gebiete kann ich aus eigener Anschauung nicht urteilen. Die Meinung derjenigen, die sie selbst näher kennen gelernt haben, ist nicht ganz einheitlich. Auf der einen Seite hört man speziell über Uhehe sehr günstige Urteile, auf der andern wird darauf hingewiesen, daß das Gelände außerordentlich uneben gestaltet und die Fruchtbarkeit nur eine mäßige sei. Von keiner Seite bestritten wird die klimatische Geeignetheit aller höher gelegenen Teile auch jenes Landes. Zugänglich ist Uhehe weniger von Südosten her, wo es steil von einer fruchtbaren aber ungesunden Tiefebene abfällt, als von Nordwesten her. Auf dieser Seite steigt es aus der Ruahajen in mehreren Stufen empor.

Einheitlicher als über Uhehe ist das Urteil über die nördlich und nordöstlich vom Nyassa gelegenen Hochländer. Sie sind gleich Uhehe meist nicht so fruchtbar, wie die vulkanischen Böden an Kilimandscharo, aber sie würden in landwirtschaftlicher Beziehung eine Ansiedlung doch lohnen. Als Betriebsweise wird die gemischt gleichzeitig auf Ackerbau und Viehzucht gegründete Wirtschaft empfohlen. Exportprodukte aus den Uhehe- und Nyassaländern würden nach dem überwiegenden Urteil der Landeskenner hauptsächlich europäische Getreidearten sein; daneben Baumwolle, die vom Hochlande aus in tiefer gelegenen Gebieten angebaut werden kann. Sowohl die Ulangaebene als auch die Ruahajen werden von Sachverständigen für die Zukunft zu den besten Baumwollböden gerechnet, die es in Ostafrika und überhaupt auf der Erde gäbe. Die Frage des Anschlusses an den Eisenbahnverkehr kann Uhehe und den Nyassa nur im Zusammenhange entschieden werden. Weder an der einen noch an der andern Stelle wird aber ein praktischem Herantreten an die Besiedlungsfrage die Rede sein können, bevor das Problem der Bahnverbindung mit der Küste gelöst ist. Es ist möglich, daß sich auch auf den besiedlungsfähigen Hochländern im Südosten der Kolonie mit der Zeit ein deutsches nationales Kolonisationszentrum von nicht geringerer Bedeutung und vielleicht mit noch ausgesprochener heimatlichem Charakter

wickelt, als im Nordosten und am Kilimandscharo, wenn auch die Natur vorläufig eine lergere zu sein scheint. Grundsätzlich und auf jeden Fall muß nur darauf bestanden werden, daß der Versuch einer umfassenderen deutschen Ansiedlung hier wie dort geschieht, und zwar, wie schon betont, ohne staatliche künstliche Förderung, allein durch die Gewährung der Eisenbahn. Wenn sich alsdann die Besiedlung, unter Voraussetzung einer diesen Zielen Rechnung tragenden Eingeborenenpolitik, nicht von selbst und auf natürlichem Wege entwickelt, so haben nicht wir, sondern diejenigen recht, die dem Typus des selbständigen und bodenständigen weißen Ansiedlers auf den Hochländern Deutsch-Ostafrikas die wirtschaftliche Existenzberechtigung absprechen. Wir sind aber überzeugt, daß nicht jene, sondern wir durch den Erfolg recht behalten werden. Werden allerdings jene Grundvoraussetzungen, der Bahnbau nach den Ansiedlungsgebieten und eine dem deutschnationalen Interesse dienende Eingeborenenpolitik, seitens der Kolonialverwaltung von vornherein verweigert, so wird die Verwaltung leichtes Spiel haben, zu „beweisen“, daß solche Ansiedlungen zu keiner besonderen Blüte gelangen könnten, und daß Deutsch-Ostafrika kein landwirtschaftliches Kolonisationsgebiet für uns sei!

Diejenigen Teile Deutsch-Ostafrikas, die wir in den bisherigen Ausführungen als zur Besiedlung mit deutschen Einwanderern brauchbar bezeichnet haben, sind im ganzen genommen mindestens soviel Einwanderer aufzunehmen fähig, wie das gesamte Südwestafrika. Wenn man Südwestafrika nach Durchführung der Wassererschließung in den bisher wasserlosen Teilen auf rund 50 Millionen Hektar brauchbaren, wenn auch sehr verschiedenwertigen Weidelandes schätzt, so ergibt das bei nicht zu knapper Bemessung der einzelnen Farmen etwa 5000 Wirtschaftseinheiten auf der Basis extensiver Viehzucht. Neben diesen Farmen werden die sogenannten Kleinsiedlungen, die auf Ackerbauproduktion beruhen, nach ihrer Zahl wie nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung immer nur eine nebensächliche Rolle spielen. Natürlich wird sich mit der Entwicklung der Verkehrs-, Produktions- und Absatzverhältnisse die Zahl der selbständigen Farmwirtschaften allmählich durch Verkleinerung des Umfangs bei gleichzeitig wachsender Intensität des Betriebs vermehren, wie das auch in englischen Südafrika und in den früheren Burenstaaten der Fall gewesen ist. Die Zahl 5000 soll also nur einen haltbaren Ausgangspunkt für die Beurteilung der gegenwärtigen Zustände gewesen sein. Ganz ebenso muß es auch für Ostafrika aufgefaßt werden.

wenn wir annehmen, daß dort, sobald das Kilimandjarogebiet, Uhehe und das deutsche Nyassauland durch Eisenbahnen dem Verkehr und der Produktion geöffnet sind, mindestens 5000 deutsche Ansiedlerfamilien Platz finden werden. Diese Zahl erscheint klein, daß der Unkundige leicht glaubt, es verlohne überhaupt nicht darum viel Redens zu machen. In Wirklichkeit sieht die Sache anders aus. Eine südwestafrikanische Farm kann, sobald sie ihren normalen Entwicklungsstand erreicht hat, so gut wie eine im Ausland oder im alten Oranjesfreistaat, an lebendem, geschlachtetem oder verarbeitetem Vieh, an Wolle und Mohair, an Häuten und Straußenfedern für 10 000 — 20 000 Mark jährlich Exportwaren produzieren — welchem Betrage eine entsprechende Aufnahmefähigkeit für den Güterimport aus Europa gegenübersteht. Nehmen wir also an, daß wir uns für die Zukunft auch das Verhältnis der insgesamt produzierten Werte zur Zahl der Wirtschaften in den ostafrikanischen Ansiedlungsgebieten vorstellen. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß bei einer Besiedlungsweise wie der südafrikanischen neben den Farmen auf dem flachen Lande auch eine Anzahl kleiner Städtchen und Flecken an den natürlichen Mittelpunkten der einzelnen Farmgebiete entsteht, daß es auch in einem reinen Farmlande Kaufleute, Händler, Frachtfahrer und dergleichen gibt, und daß die Ansiedlerfamilien in den klimatisch der weißen Bevölkerung überhaupt zugänglichen Teilen Afrikas erfahrungsgemäß sehr zahlreich sind. Dieser Kinderreichtum gibt ja später einen Hauptgrund für die Verkleinerung der Wirtschaften und die Verringerung der relativen Betriebsintensität ab. Wenn wir also schematisch von 5000 landwirtschaftlichen Betriebseinheiten sprechen, so müssen wir uns darunter der Kopfzahl nach eine Ansiedlerbevölkerung vorstellen, die an die hunderttausend heranreicht. Nochmals aber sei betont, daß nichts unserer Ansicht nach verkehrter wäre, als sich vorzunehmen, während des nächsten Jahrzehnts oder selbst während des nächsten Menschenalters sollten 100 000 Menschen von Deutschland nach Ostafrika auswandern. Es ist vollkommen genügend, wenn nach Erbauung der Bahnlinien in die verschiedenen Ansiedlungsgebiete jährlich einige hundert Kolonisten sind, seien es einmal junge Leute, die die Familiengründung erst vorhaben, sobald ihnen drüben hinreichend geglückt ist, sei es ein ganzer Haushalt. Die allmähliche Ausfüllung der für uns dauernd bewohnbaren Landstriche mit deutschen Familien muß, wie es in allen europäischen Ansiedlungsgebieten der weißen Rasse der Fall gewesen

wesentlich auf dem Wege der natürlichen Vermehrung des ersten Ansiedlerstammes erfolgen. Es liegt gar kein zwingendes Interesse vor, diesen ersten Stamm besonders zahlreich zu machen, da die Kinder, die in Afrika groß geworden sind, es zweifellos von vornherein leichter haben werden und rascher kolonisatorische Werte schaffen werden, als es im Durchschnitt der ersten Ansiedlergeneration möglich sein wird. Die Gründung des überseeischen afrikanischen Deutschland, auf die wir bei diesem Gedankengange prinzipiell abzielen, kann unmöglich eine Sache kurzfristiger Berechnung werden, sondern sie fordert Menschenalter. Nur darauf kommt es an, daß man jene äußere und innere Erweiterung unseres Volkstums nach deutschen überseeischen Ansiedlungsgebieten als eine Notwendigkeit erkennt und will. Hunderttausend Deutsche in Südwestafrika, hunderttausend in Ostafrika und vielleicht noch hunderttausend auf den inneren Hochlandsgebieten von Kamerun\*) sind in materieller wie in ideeller Beziehung für das überseeische Deutschland außerordentlich viel. Ich brauche dabei nicht zu verschweigen, daß von anderer Seite, z. B. von einem unserer ältesten mir persönlich befreundeten Ostafrikaner, bereits die jetzige Aufnahmefähigkeit Deutsch-Ostafrikas für eine dauernde Ansiedlung um ein Mehrfaches höher eingeschätzt wird, als ich mit der Zahl von 5000 Wirtschaften getan habe. Diese Ziffer soll ja auch gar nicht einen Anspruch auf Exaktheit erheben, sondern sie soll nur die Maßstäbe verdeutlichen, die in Frage kommen, und das tut sie auch, wenn in Wirklichkeit schon jetzt brauchbares Land nicht für 5000, sondern für 10 000 oder auch selbst für 20 000 Wirtschaften vorhanden ist. Wie man über die Raumfrage denkt, hängt unter anderem davon ab, wie man sich zu einer zukünftigen deutschen Besiedlung in den dicht bevölkerten Hochländern der äußersten Nordwestecke, Urundi, Ruanda und Uhha, stellt. Nach der gegenwärtigen Schätzung, die allerdings als außerordentlich hoch angesehen werden muß, wohnen in jenen drei Landschaften etwa 4 Millionen Menschen, also mindestens die Hälfte der Gesamtbevölkerung von Deutschostafrika, auf einem Flächenraum von höchstens 70 000 Quadratkilometer. Das würde eine so hohe Bevölkerungsdichte — zwischen 50 und 60 Menschen auf den Quadratkilometer — ergeben, wie sie für Afrika, wenigstens soweit reine Negerländer in Betracht kommen,

\*) Ich habe bereits bei früherer Gelegenheit bemerkt, daß es sich für bezüglich der dauernden Ansiedlung für Weiße vorläufig erst nicht genügend erprobte Möglichkeit handelt.



bis jetzt unerhört ist. In Deutschland würden Ostpreußen und Pommern mit 55 und 56 Einwohnern, im übrigen Europa Rumänien mit 50, Serbien mit 55, Portugal mit 56 Einwohnern auf den Quadratkilometer in diese Kategorie fallen. Wenn man außerdem hört, daß die Eingeborenen jenes Nordwestgebiets keineswegs allein von Körnerfruchtbau, sondern zum großen Teil auch von Bananen und Viehzucht existieren, so erscheint es in der Tat schwer verständlich, daß auf Urundi und Ruanda überhaupt noch als auf Einwanderungsgebiete für Europäer gerechnet werden kann. Auf der anderen Seite ist die Autorität von Sachverständigen, wie z. B. des Residenten von Ruanda, Dr. Randt, der jahrelang im Lande selbst gelebt hat, die Verhältnisse eingehend kennt und jene hohe Bevölkerungszahl mit Bestimmtheit vertritt, so groß, daß man sich eines endgültigen Urteils hier wohl solange enthalten müssen wird, bis jene Länder noch in ganz anderem Maße aufgeschlossen und Gegenstand einer bevölkerungsstatistischen Untersuchung geworden sind. Ihre Deffnung für die Besiedlung steht vorläufig schon wegen ihrer räumlichen Entlegenheit und vollkommenen Unergeschlossenheit für den Verkehr in weitem Felde und müßte außerdem mit Rücksicht auf die jedenfalls sehr große Zahl der dortigen Eingeborenen erst Gegenstand prinzipieller politischer Erwägungen sein. Besonders Befürchtungen wegen kriegerischen Widerstands würde man sich übrigens trotzdem kaum hinzugeben brauchen, da die dortige Eingeborenenbevölkerung keine einheitliche ist: den stolzen und aristokratischen Watussi, einem hamitischen Eroberervolk, das die Herrschicht bildet, steht die Masse der unterworfenen, zu den Bantunegern gehörigen Vorkbewohner gegenüber.

Wir hatten im ersten Teil dieser Abhandlung (Band 13 S. 93) die Definition des kolonisatorischen Ziels in Ostafrika, die Dr. Rathenau in Übereinstimmung mit dem Staatssekretär Derrburg in seinen „Erwägungen über die Erschließung des deutsch-ostafrikanischen Schutzgebiets“ aufstellt, durch den Satz ergänzt: „Die kolonisatorische Arbeit und das kolonisatorische Endziel sind dabei im ganzen und im einzelnen maßgeblich bedingt durch die Rücksichtnahme auf das höchste nationale Ziel, dem sie gleich jeder anderen nationalen Arbeit zu dienen haben: Vermehrung der ideellen und materiellen Kraftfülle und Lebensbetätigung der Nation“. Wir hatten dabei gleich bemerkt, daß bei einer solchen Ergänzung des Rathenauschen rein kommerziellen, geschäftlich kalkulatorischen Erschließungsprinzips durch den nationalpolitischen Gesichtspunkt:

der Verwaltungspraxis der Kolonie Schwierigkeiten und Reibungen eintreten würden, die zum größten Teil vermieden werden könnten, wenn man unsere Idee vom überseeischen Deutschland in den Kolonien von vornherein fallen ließe. Die Schwierigkeiten ergeben sich, wie leicht ersichtlich, am stärksten auf dem Gebiet der Eingeborenenpolitik. Dr. Rathenau vertritt als seinen und Herrn Dernburgs Standpunkt den Satz, daß der Schwerpunkt der gesamten Wirtschaftspolitik in Ostafrika in der Richtung auf die Eingeborenenkultur verschoben werden müsse, und zwar durch Gewöhnung der Eingeborenen an selbständige Arbeit und Wirtschaft unter Führung und Vermittlung der Europäer. Wir haben dem die weitere These hinzugefügt, daß die Entwicklung der Eingeborenenkultur in diesem Sinne überall dort nicht das zuerst anzustrebende Wirtschaftsziel sei, wo die natürlichen Verhältnisse eine dauernde Sesshaftmachung deutscher Ansiedler ermöglichen. Der Nachweis, daß es in der Tat in Ostafrika umfangreiche Gebiete gibt, in denen solche natürlichen Verhältnisse vorliegen, hat bisher den Gegenstand unserer Ausführungen in diesem Hefte gebildet. Wie nun aber, wenn zwischen den Interessen der Eingeborenen und denen der deutschen Bevölkerung der Kolonie — der gegenwärtig vorhandenen wie der noch kommenden deutschen Bevölkerung — ein Gegensatz eintritt? Hier liegt der fatale Punkt, an dem bisher trotz der nun schon bald zwei Jahre dauernden Auseinandersetzung eine rückhaltlose Übereinstimmung zwischen der gegenwärtigen Leitung des Kolonialamts und den Forderungen der großen Mehrzahl unserer kolonialen Praktiker noch nicht zustande gekommen ist. Wir wiesen bereits früher darauf hin, daß in der Rathenauschen Schrift, die, wie gesagt, auch als ein Ausfluß der Anschauungen des Staatssekretärs betrachtet werden muß, die geistigen und moralischen Qualitäten des Negercharakters in einer geradezu radikal negativen Weise eingeschätzt werden. Erziehung des Negers, sagt Rathenau, werde, soweit sie nicht auf Erlernung einzelner Fertigkeiten hinausläuft, sondern ihren idealen Weg als Geisteskultivation verfolgen volle, ein für die afrikanische Wirtschaftsentwicklung so wenig bedeutender Faktor bleiben, daß sie aus der praktischen Darstellung der Verhältnisse ausgeschaltet werden dürfe. Ohne in eine Spezialisierung über das Thema eintreten zu können, müssen wir doch unseren Standpunkt nochmals dahin fixieren, daß wir den Negercharakter zwar tief, aber doch nicht so tief wie Rathenau einschätzen sollen glauben. Umso merkwürdiger mutet, um ein besonders

deutliches Beispiel zu nennen, eine andere Äußerung an, die sich in dem Rathenauschen Essay gelegentlich der Besprechung der Arbeiterverhältnisse in Westusambara findet. Dort ist in Uebereinstimmung zwischen den Ansiedlern, den christlichen Missionen und der Verwaltung die Praxis eingeführt worden, daß die Eingeborenen verpflichtet sind, in je vier Monaten 30 Tage nach freier Wahl und nach frei zu vereinbarenden Lohnbedingungen bei einem weißen Ansiedler zu arbeiten; tut ein Arbeitsfähiger das nicht, so hat der Fiskus Anspruch auf diejenigen Arbeitstage, die nicht bei einem weißen Arbeitgeber zur Verwendung gelangt sind. Von dieser außerordentlich gefunden und in der Praxis gut bewährten Maßnahme sagt Rathenau: sie gemahnen einigermaßen an Staats-  
 sklaverei! Wenn das wirklich der Standpunkt nicht nur des unverantwortlichen und nichtamtlichen Vertrauensmannes des Staatssekretärs, sondern auch derjenige der offiziellen Kolonialverwaltung sein sollte, dann allerdings können wir auch für die Zukunft keine Möglichkeit einer gedeihlichen Verständigung zwischen dem Kolonialamt und den Vertretern einer nicht nur kommerziell, sondern auch national bestimmten Wirtschafts- und Eingeborenenpolitik in Ostafrika erblicken. Ohne Eingriff, und wenn es sein muß, auch mit und feste Eingriffe, in das persönliche und wirtschaftliche Selbstbestimmungsrecht des Regers können wir weder in Ostafrika noch sonstwo innerhalb unserer Kolonien eine Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik treiben, die unsere kolonialen Besitzungen in dem Sinne wie wir es verlangen müssen, zu Trägern unseres gesamten Volkstums entwickelt. Kein verständiger Kolonialpolitiker wird es bestreiten, daß für alle diejenigen Gebiete nicht nur Ostafrikas, sondern auch der übrigen Kolonien, die klimatisch für ein bodenständiges Deutschthum unzugänglich sind, die Dernburg-Rathenauschen Prinzipien rückhaltlos angewendet werden sollen, daß ihre Anwendung in sachverständiger Hand unser gesamtes überseeisches Besitztum immer wertvoller machen wird. Einen Standpunkt aber, der im Namen des Selbstbestimmungsrechts und der persönlichen Freiheit des Regers solche Gebiete, in denen Deutsche wohnen können, dem Regers vorbehalten wissen will, sei es mit welcher Motivierung auch immer, müßten wir auf das schärfste bekämpfen. Wo der Deutsche in Ostafrika dauernd wohnen kann, dort soll und muß der Regers Platz machen. Sache einer nicht nur tatkräftigen, sondern auch praktischen und gut unterrichteten Verwaltung wird es sein, diese Politik in der Praxis so zu gestalten, daß sich darüber, im g



genommen, keine schädlichen Gewaltthaten und wirtschaftlichen Verluste ergeben. Wir sagen nicht, daß von heute auf morgen überall in Ostafrika mit derartigen Maßregeln begonnen werden muß. Wir sagen auch nicht, daß zurzeit eine prinzipielle Dokumentierung jenes von uns abgelehnten negrophilen Standpunkts seitens der Kolonialverwaltung vorliege. Wir sehen aber, daß Einzelheiten der Verwaltungspraxis und Äußerungen einflußreicher Personen, die ihre Meinung ausdrücklich mit derjenigen des verantwortlichen Leiters unserer Kolonialpolitik identifizieren, sich schwer mit einer grundsätzlichen Anerkennung des besseren Rechts der in unserem Sinne nationalen Interessen gegenüber dem Regimentsinteresse vereinigen lassen. In der Rathenauschen Schrift werden ausschließlich wirtschaftliche Motive für die Ablehnung weitergehender Rücksichten auf die deutsche Besiedlung in Ostafrika angegeben. Diese wirtschaftlichen Motive sind, wie wir gesehen haben, weder in dem Sinne vorhanden, daß bodenständige deutsche Ansiedlungen kleineren und mittleren Umfangs bei Schaffung ausreichender Verkehrsverhältnisse nicht prosperieren könnten, noch in dem Sinne, daß die klimatischen Verhältnisse durchweg ein Hinderungsgrund für sie wären. In dieser Beziehung hat auch das Reichsgesundheitsamt, unter Zuziehung ostafrikanischer Sachverständiger, sein von der Kolonialverwaltung eingefordertes Gutachten unmißverständlich gestaltet. Vielleicht haben wir die Studienexpedition des Staatssekretärs von Lindequist nach Ostafrika als eine vorbereitende Maßnahme im Sinne einer unzweideutigen Anerkennung des kolonialen Besiedlungsinteresses auf diesem Gebiet aufzufassen. Nach der Rückkehr des Herrn von Lindequist, die im Frühjahr erfolgen soll, wird es daher an der Zeit sein, abschließend auf die Gesamtheit der ostafrikanischen Probleme zurückzukommen.

## Steuern, die es nicht erreichten.

Von  
einem Böllner.

---

Am Sylvesterabend bewegten mich diesmal ernste Betrachtungen. Stand doch nicht nur für den Finanzpolitiker die Wende des Jahres im Zeichen der Reichsfinanzreform. Das Steuerbuckett, das im alten Jahre gewunden und vom Unwetter einer unerfreulichen Interessenpolitik arg zerzaust ist, soll im neuen Jahre zur Blüte stehen und womöglich schon die ersten Früchte zeitigen. Wird es gelingen, all' den Blümlein, die jetzt zum Teil so traurig, als ob ihre letzte Stunde gekommen, die Köpfe hängen lassen, die Lebenskraft zu erhalten, auf daß ihnen ein langes und wirksames Dasein beschieden ist? Wem es ernst ist um das Wohl des Vaterlandes, und wer weiß, wie sehr bei der Auswahl jeder einzelnen Steuer — soweit nur irgend möglich — die Sorge um die Wahrung der berechtigten Interessen und Wünsche der beteiligten Volkskreise der leitende Gedanke war, dem nimmt beim Jahreswechsel der Wunsch die erste Stelle ein, daß das Steuerbuckett, wie es von den Verbündeten Regierungen im alten Jahre geboten ist, im neuen vom Reichstage angenommen werden möge.

Noch tagelang ging ich diesen Neujahrsgedanken nach und immer wieder von der Warte eines langen, seit Jahren abgeschlossenen Berufslebens im grünen Rock Umschau, was für wider die Erfüllung meines Wunschs spreche. Da wollte es vielleicht als Belohnung für meine vaterlandstreue Gesinnung ein dankeswerter Zufall, daß ich Zutritt zum Salon der Zutritswiesenen erhielt d. h. Gelegenheit fand, einen Blick in die Eingänge und Zuschriften zu werfen, in denen Angehörige aller Volkskreise den an der Durchführung der Reichsfinanzreform beteiligten Staatsräthen mitteilen, was sie von der Regierungsvorlage halten und wie sie sie besser machen würden, wenn sie im Räte der Verbündeten Regierungen Sitz und Stimme hätten.

Das Bild, das sich meinem erstaunten Auge darbot, enthält in Form und Farbe so viel des Interessanten und Sehenswerten, daß ich es nicht übers Herz zu bringen vermag, den Schleier einige Augenblicke nicht auch für weitere Kreise zu lüften, zumal die Darstellung in allen Teilen durchaus naturgetreu ist.

Auf einer weiten grünen Wiese — wohl derselben, auf der nach der Lehre Rousseau's die Urmenschen dereinst zur Grundlegung des ersten aller Staaten sich brüderlich die Hand gereicht — hat die Sorge um die finanziellen Grundfesten des Reiches Tausende deutscher Männer und Frauen aus allen Schichten des Volkes zusammen geführt. Die meisten sehen ernst und hoffnungsvoll in die Zukunft und sind zu persönlicher Mitarbeit gerüstet und bereit, Hacke und Spaten an der Stelle anzusetzen, an der sie die ergiebigste Goldquelle vermuten. Nur einige wenige stehen abseits mit unzufriedener Miene. Es sind die Männer der rein negativen Kritik. Sie entfernen aus dem Steuerstrauß Blüte für Blüte, ohne die entstehenden Lücken auszufüllen. Die einen sagen, es seien der Blumen zu viele, als daß sie alle im Wirtschaftsleben des deutschen Volkes, ohne dieses zu entkräften, Nahrung finden könnten; andere fürchten, die Steuern würden nicht an der Stelle Wurzel fassen, für die sie bestimmt seien, und wieder andere rügen, daß die Mehrzahl auf alte — schon genügend belastete — Stämme gepfropft werden solle, während so viele junge, lebenskräftige Sprößlinge ungenutzt am Wege stehen. Dabei versichern sie lebhaft und eindringlich, wie sehr ihnen die Not des Reiches zu Herzen gehe und wie sehr schleunige und gründliche Hilfe erforderlich sei, und wer sie hört, schüttelt ungläubig den Kopf und denkt: „Man spricht vergebens viel, um zu versagen, der andre hört von allem nur das Nein!“

Auch unter der großen Menge derer, die sich mit der Ablehnung des Dargebotenen nicht begnügen, sondern bemüht sind, zu der glücklichen Lösung des Finanzproblems ihr Scherflein beizusteuern, herrscht hinsichtlich der Einnahmequellen, deren Erschließung sie für geboten halten, nichts weniger als Einigkeit. Die Zahl der von einander verschiedenen Wünsche ist fast so groß, wie die Zahl der Wünschenden selbst. Nur hier und da stehen mehrere zu kleinen Gruppen vereint und alles in allem genommen wäre ich versucht, nicht in die Zeiten der Sprachverwirrung zu Babel zurückversetzt zu lauben, wenn ich nicht gerade kurz vorher den Beginn des Jahres 909 am eigenen Leibe erlebt hätte.

Schon die Begleitumstände, unter denen die Vorschläge mitgeteilt werden, sind bei den einzelnen grundverschieden. Nicht alle geben ihr Geheimnis rückhaltlos und bedingungslos preis. Noch weniger verfahren sie dabei so selbstlos wie jene, die sich erbieten, zu einer freiwilligen Sammlung für das Reich — etwa in der Form einer Weihnachtsspende von Groß und Klein — beizutragen, oder gar wie eine in Dienst und Arbeit ergraute Köchin, die vorschlägt, von ihren eigenen Standesangehörigen eine Jahressteuer von 10<sup>6</sup> des Monatslohnes zu erheben. „Wir leben im Zeitalter des bezahlten Patriotismus“, schreibt jemand und wünscht daher seinen Rat mit klingender Münze vergolten zu sehen. Andere tun das Gleiche und beobachten nur insofern ein verschiedenes Geschäftsgebaren, als die einen von dem Erfolg die Zahlung des Preises abhängig machen, die anderen, um ganz sicher zu gehen, schon zur Preisgabe ihrer Idee nur Zug um Zug gegen Gewährung eines Entgelts erbötig sind. Bei der Wahl des letzteren bleiben viele in bescheidenen Grenzen. Der eine ist zufrieden, wenn nur die Steuer nach seinem Namen benannt wird; ein anderer bittet um Zuweisung eines kleinen Ackers in der Ostmark. Auch die Forderung einer Beschäftigung im Reichsschatzamt, mit einem Mindestjahreseinkommen von 20 000 Mk. ist, obwohl sie nach den etatsmäßigen Gehaltsjahren auf nichts weniger als die Stelle des Unterstaatssekretärs abzielt, noch verhältnismäßig anspruchslos zu nennen, zumal ich nicht bezweifle, daß die Arbeitsleistung des Einsenders das Reich für eine solche Aufwendung vollauf entschädigen würde. Meist halten sich die Ansprüche nahe an 100 000 Mk. und schrecken selbst vor den Vielfachen davon nicht zurück. Auch mittelbar wird nicht selten ein Vorteil erstrebt, wie z. B. in den Fällen, in denen eine Konstruktion staubfreier und feuersicherer Alsheimer, ein Patent auf Schreibmaschinen und Blitzschiffe, ein Geheimmittel gegen Maul- und Klauenseuche, ein Verfahren zur Abtötung von Krankheitskeimen in der Milch oder zur Verwertung von Müllabfällen für die Zwangskolonisation dem Reiche zur Monopolverwaltung gegen Erfinder gegen prozentuale Beteiligung angeboten wird. Indes will ich nicht in Abrede stellen, daß auch bei allen diesen für die Vorschläge in letzter Hinsicht die Sorge um des Reiches Wohlergehen die treibende Kraft gewesen sein mag.

Was im einzelnen als Heilmittel für die Gesundung der Reichsfinanzen angeraten wird, davon vermag selbst eine rege Phantasie sich schwerlich eine Vorstellung zu machen, und auch ich würde mich

wagen, mit ihnen vor die Öffentlichkeit zu treten, wenn ich mich nicht selbst davon überzeugt hätte, daß jeder der nachfolgenden Vorschläge den Weg zu einer der mit der Reform der Finanzen befaßten Stellen gefunden hat. Soviel ist sicher: wenn sie dereinst alle verwirklicht sein werden und dann nochmals eine Finanznot sich einstellt, wird denen, die an deren Beseitigung mitzuwirken haben, nicht viel mehr übrig bleiben, als die Steuern einzuführen, für die schon jetzt jemandem die Zeit gekommen erscheint:

Eine Steuer fürs Schlafen,  
Eine fürs Wachen,  
Eine fürs Weinen  
Und eine fürs Lachen

Zu allen Vorschlägen mag vorweg bemerkt werden, daß, wenn man der Versicherung der Einsender glauben darf, jeder einzelne vollkommen hinreicht, den gegenwärtigen Bedarf zu decken oder gar noch einen Ueberschuß zu erzielen, ohne daß zu besorgen wäre, mit seiner Vorlage bei der Volksvertretung eine unwillkommene Aufnahme zu finden oder mit der Durchführung der Steuer dem Volke lästig zu fallen.

Unter den empfohlenen Monopolen hat die Verstaatlichung des Versicherungswesens bei weitem die meisten Anhänger. Viele auch sprechen sich für die Einführung eines Zündholz- oder Petroleummonopols aus. Vereinzelt werden, abgesehen von den schon erwähnten Erfindungen, als geeignete Gegenstände der Monopolwertung vorgeschlagen: Benzin, Wasserglas und Eisenvitriol, Getreide- und Kohलगroßhandel, Seifenfabrikation, Brotversorgung, Automaten, Briefumschläge, Schuhwaren, Spielkarten, Luftschiffe, Lotterien- und Rabattvereinswesen, Hypothekenbanken, städtische Schlachthäuser und die Beerdigung.

Von den bisherigen Reichssteuern scheint außer den im Regierungsprogramm enthaltenen vor allem die Automobilsteuer und die Spielkartenabgabe vielen der Erhöhung bedürftig. Andern ist die Börsensteuer, der Lotteriestempel, der Wechselstempel und der Kaffeezoll zu niedrig, und ein Dritter befürwortet eine Erhöhung der Zuckersteuer, just wenige Monate, nachdem deren Ermäßigung gesetzlich festgelegt war.

Größer ist die Zahl derer, die, um dem Reiche neue Nahrung zuzuführen, in die Steuertöpfe der Einzelstaaten zu greifen gedenken. Hierbei ist ihnen die Gewerbesteuer in den mannigfachen Formen besonders begehrenswert. Neben einer allgemeinen Be-

Preussische Jahrbücher. Bd. CXXXV. Heft 2. 21



triebssteuer wird die Belastung des Schankgewerbes, des Verlags- und Kolportagebuchhandels, des Verdingungs- und AbzahlungsweSENS, des Apotheken- und Zeitungsbetriebes angeregt, und selbst die Berufstätigkeit der Aerzte und Rechtsanwälte soll mit einer Abgabe bedacht werden. Einige wollen die Steuerlast nach der Zahl der Maschinenmotore und Dampfkessel bemessen, und manchen scheint hierfür die Zahl der Fabrikshornsteine — aller oder nur der rauchenden — der sicherste Maßstab. Auf der Grenze zwischen Gewerbe- und Einkommensteuer, die ebenso wie die Vermögenssteuer in zahlreichen Zuschriften immer wieder empfohlen wird, steht der Plan einer Heranziehung der Arbeitgeber, bemessen nach der Anzahl oder dem Lohn aller oder wenigstens der fremdländischen Arbeiter ihres Betriebs. Dem zunächst erfreut sich der Gedanke großer Beliebtheit, die Lustbarkeitssteuer auf das Reich zu übertragen und auszubauen. Meist wird dabei an eine Abgabe für Theater, Konzerte oder ähnliche Veranstaltungen oder auch für entgeltliche Eintrittsarten schlechthin gedacht. Viele wünschen die öffentlichen Tanzbelustigungen — etwa in der Form einer obligatorischen Tanzsteuerschleife — zur Steuer heranzuziehen, und einige scheuen nicht, den Steuererheber als ungeladenen Gast sogar in die Privatgesellschaften zu entsenden, damit er sogleich an Ort und Stelle das Maß des Aufwandes feststelle, der im Essen und Trinken aufgetrieben wird, und neben der Abgabe von dem Gastgeber zugleich für die Einladung eine solche von den Gästen erhebe. Wenn das Nachtleben ein Vergnügen ist, für den mag in das Gebiet der Lustbarkeitssteuer auch der Vorschlag gehören, das Recht, zur Nachtzeit in öffentlichen Lokalen zu verweilen, von dem Besitz einer Steuerkarte im Werte von 10 Pfg. pro Lokal und Nacht abhängig zu machen.

Anderere lenken ihre Aufmerksamkeit ernstern Dingen zu und halten es an der Zeit, dem Reiche die Besteuerung des unverdienenden Wertzuwachs zu sichern, noch bevor sie in den Einzelstaaten und Kommunen festen Fuß gefaßt hat. Vielfach wird daneben die Reichsjagdschein- und Hundesteuer das Wort geredet, während vereinzelt der Gedanke hervortritt, die Warenhäuser, den Immobilienumsatz, die Urfunden und die Verleihung von Titeln der Reichsdiensftbar zu machen.

Den weitaus größten Raum in der Rüstkammer der Steuerreformvorschläge nehmen ohne Zweifel die Ideen ein, die bisher nur von den Einzelstaaten noch von den Kommunen verwirklicht

sind und die nach der Ueberzeugung ihrer Einsender bisher nur deshalb nicht längst Gesetz geworden sind, weil sie den Reiz völliger Neuheit besitzen und bisher noch niemand an sie gedacht hat. Nicht in allen Fällen trifft diese Annahme das Richtige, und noch weniger wird da, wo sie es tut, gegen die Verbündeten Regierungen der Vorwurf mangelnder Erfahrung und Umsicht erhoben werden dürfen. Leuchtet doch selbst dem, der im Steuerwesen einigermaßen zu Hause ist, nicht ohne weiteres ein, wie sehr sich gerade Kränze, Guirlanden, Christbäume, Angehörige und Geistliche einzelner Bekenntnisse zum Gegenstand einer Reichssteuer eignen, wieviel von der Belastung von Präservativmitteln, Prostituierten und Fremdwörtern in öffentlichen Anzeigen oder Zeitungen sich erwarten ließe, wie leicht das Reich einen Teil des Kringelbeutelinhalt's, der Zellerkollekten oder des Peterspfennigs an sich ziehen könnte, und warum nicht gar die Tierwelt: Bienen, Papageien, sonstige Zimmervögel und — schon wegen ihrer Freundschaft mit den Hunden — auch die Ragen sich den Reichsfinanzen nutzbar erweisen sollten. Nicht sehr nahe liegt auch der Gedanke, als besonders geeignetes Steuerobjekt anzusehen, wer auf einer Auslandsreise Belehrung und Erholung sucht oder wer genötigt ist, alle Qualen eines Umzugs über sich ergehen zu lassen. Die letztere Abgabe würde der Zufriedenheit des einzelnen sicher ebenso förderlich sein, wie die erstere die internationalen Beziehungen zu heben geeignet wäre, zumal wenn man damit zugleich den Vorschlag verwirklichen würde, von dem Ausländer für jede Nacht seines Aufenthalts im Inlande eine Abgabe zu fordern. Ja, selbst von dem altbewährten Grundsatz, daß da, wo nichts ist, der Kaiser sein Recht verloren hat, wird abgewichen und geraten, diejenigen einer besonderen Besteuerung zu unterwerfen, die, um ihren eigenen Bedarf zu decken, die Mittel anderer in Anspruch zu nehmen genötigt sind.

Allein nicht nur das Schuldenmachen, sondern die ganze menschliche Lebensbetätigung von der Wiege bis zum Grabe würde, wenn allen Vorschlägen Folge gegeben sein wird, nicht unerheblich im Preise steigen. Wirst du als Ältester oder auch nur in anderer Eigenschaft deinen Eltern geboren, so sollen sie schon dafür neben Hebamme und Arzt den Steuerfiskus bedenken, und nicht lange darauf wird von ihnen eine zweite Abgabe erhoben, wenn du von dem Impfwang befreit in oder, mit dem Luxus mehr als eines Vornamens behaftet, durchs Leben ziehen willst. Bleibst du der einzige Sohn deiner Eltern, so folgen dir — je nach deren Vermögen — nicht mindestens

2—8 Geschwister nach, dann erhebt das Reich für jedes nicht vorhandene Kind eine besondere Steuer, und diese steigert sich nach ins Ungemessene, sofern deine Eltern gar überhaupt kinderlos bleiben sollten. Wirst du schulpflichtig, so können sie dich eine höhere Schule nur besuchen lassen, wenn sie dem Fiskus erneut ein Opfer bringen, und kommst du gar zur Universität, dann will für die Immatrikulation nicht nur der Quästor, sondern auch das Reich an deinem Wechsel einen Anteil haben. Aus dem Jüngling wird ein Mann. Wehe dem, der auf Abwege zu geraten droht. Ihm rath ich mit Wilhelm Busch künftighin nicht nur sein Gewissen, sondern auch der Steuerfiskus mahnend zu:

„Ich warne dich als Mensch und Christ,

„O hüte dich vor allem Bösen,

„Es macht Plaisir, wenn man es ist,

„Es macht Verdruß, wenn man's gewesen.“

Für Trinker und Raucher — als die harmlosesten Sünder — soll zwar in einer Verschwendungskarte eine Art Abonnement angesehen werden, und leichtsinniges Kreditgeben und Schuldenmachen halten nur einige für beststeuerungsbedürftig. Darüber hinaus erhöht jeglicher Fehltritt schonungslos die Einnahmen des Reichs, allerdings beim Junggesellen nicht in gleichem Maße, als wenn jemand dazu herbeiläuft, der Frau und Kinder hat, und zwar auch nur dann, wenn der Standesbeamte späterhin Veranlassung findet, den Fall in seinem Register urkundlich festzuhalten. Ist er 25 oder gar 30 Jahre alt geworden, ohne sich eine Frau genommen zu haben, der muß, so lange dieser Zustand anhält, in den Staffeln der ganz besonders oft und warm empfohlenen Junggesellensteuer höher und höher klimmen, bis er mit etwa 45 Jahren sich zum Abstieg rüsten kann. Nicht wenige halten analoge Anwendung dieses Verfahrens auch auf die Jungfrauen zulässig — solange sie ledig bleibt. Will jemand sich dieser Steuer durch die Heirat entziehen und nimmt er zu diesem Behufe einen Heiratsvermittler seine Zuflucht, so begehrt der Steuerfiskus von neuem bei ihm Einlaß. Hast du die Ehe geschlossen oder kirchlich einsegnen lassen, dann sollst du dem Fiskus die Steuer wiederum öffnen, um ihn zugleich an deiner Mitgift, sofern die solche geworden, teilnehmen zu lassen. Alsdann beginnt für dich der gleiche Steuerreigen, den deinetwegen deine Eltern durchlaufen mußten. Daneben hast du für jeden Titel und jeden Orden den du älter wirst, eine Abgabe zu entrichten, und falls dich



Fesseln der Ehe allzusehr drücken, kannst du dich aus ihnen wiederum nicht ohne Zahlung einer Steuer befreien. Wenn du endlich einst gestorben sein wirst, soll noch aus deiner Bestattung das Reich seinen Nutzen ziehen, und selbst der Grabstein, der von deinem Erdenleben der Nachwelt Kunde gibt, wird einen Steuerstempel an sich tragen.

Indessen nicht nur das nackte Dasein oder Nichtdasein eines Menschen soll mit einer Steuer umkleidet werden. Auch was er an sich trägt — Kleidungsstücke, Stiefel, Handschuhe, Taschenuhren, Damenhüte, die dazu gehörenden Schleier, und besonders Korsetts — halten viele für besteuierungsbedürftig. Ein Gleiches gilt von dem, was den meisten sonst zum Leben nötig ist, wie: Wohnungen, Gardinen, Teppiche, Telephon und Telegramme, Kalender und Kassenschränke, Flaschen und „Stöpsel“, Ansichtskarten und Automaten, Papier und Zündhölzer, Schreibmaschinen und Schreibfedern, Spielwaren, Geheimmittel und W.-C. Sogar alle Getränke und Nahrungsmittel, oder wenigstens Wild, Geflügel, Salz, Hefe, Konfitüren und Austern sollen fürderhin nicht mehr unversteuert genossen werden, und dem Freund von Bier und Wein erscheint besonders steuerkräftig und -bedürftig, wer im Mineralwasser sich erquickt. Daneben bieten Sport und Spiel den Stoff zu mancherlei Anregung. Man könnte nach der Meinung vieler Jagd- und Rennbesuch, Waffen und Munition, Segelboaten und Fahrräder, Regelpbahnen und Billards, Photographien und Kartenspiel mit einer Steuer belegen und brauchte vor allem vor den Musikinstrumenten, die so vielen nur zur Marter geboren, wie Klavier, Grammophon und Phonograph, nicht halt zu machen.

Mit ganz besonderer und durchaus begreiflicher Vorliebe richten sich die Blicke der Steuersucher auf die Gegenstände des reinen Luxus. Von ihnen vereinigen Fuhrwerke und Pferde die meisten Stimmen auf sich. Nicht weit stehen ihnen die Wohnungseinschattungen, Schmucksachen und Dienstboten nach, und einzelne sollen unter dem gleichen Gesichtspunkt Fenster und Schaufenster, Kisten und Kurlagen, ja sogar Parfüm und Bartwachsmittel diesen angefügt wissen.

Mehr noch als all' diese Steuerobjekte und etwa in gleichem Maße wie das Alleinleben der Junggesellen soll das dem ausschlichen Glücke nicht minder gefährliche Zusammenleben in Vereinen jeglicher Art eine Reichsabgabe vertragen können, und es zt sich ihren Befürwortern nicht abstreiten, daß auch bei mäßigen Einnahmen etwas Erkleckliches herauskommen könnte, ohne daß bei der

berühmten Vereinsfreudigkeit der Deutschen eine merkwürdige Abnahme dieser Tugend zu besorgen wäre.

Auf dem Gebiet des gewerblichen Lebens wird der Umsatz — und zwar der Waren- und Geldumsatz schlechthin — der Giro-, Bankverkehr, oder auch nur der Umsatz beim Ausverkauf, bei Zwangsversteigerung und im Genossenschaftswesen für besonders steuerfähig gehalten, und es fehlt nicht an solchen, die durch solche Abgabe allein den ganzen Bedarf zu decken gedenken. Nach der Ansicht anderer verdient neben der Heranziehung der Auslandsfabrikate und Landesprodukte die Belastung einzelner Zweige der Industrie den Vorzug; hier werden genannt: Zement, Kohle, Soda, Ziegelsteine, Tonröhren, Anilin, Eisen, Rohbaumwolle, Gerbstoffe, Glas, künstliche Kohlensäure, Holz — gefällte Waldbäume — und chemische Fabrikate jeder Art.

Von sonstigen Steuervorschlägen verdienen die vielfachen Anregungen einer Dividenden- oder Konsumsteuer, sowie die steuerliche Belastung der Versicherungsgesellschaften oder aller Aktiengesellschaften und der diesen verwandten Kapitalsvereinigungen besondere Beachtung. Im übrigen genügt es, darauf hinzuweisen, daß außer der vielgeschmähten Quittungssteuer und außer den Vermögensteuern der Landes- und Standesherrn, sowie den Gütern der toten Hand noch geeignete Steuerobjekte empfohlen werden: die Eisenbahnüberschüsse, Postpaketadressen, Provisionen, Schecks, Rechnungen, Polster, Handelsbücher, Prozesse und Urteile, Depositen, Gewinne und Effektenpekulation, Firmen und Filialen, Neubauten, Wasserkräfte und Wasserverbrauch, Buchmacher, Reisende, Beamte und Millionäre, sowie der Landgütererwerb durch Staatsbeamte. Auch von emigrierenden Ausstellungen lebender Photographien zum Besten des Reichs verspricht sich jemand eine erhebliche Einnahme. Andere raten zum gleichen Zwecke zur Portoerhöhung, zur Einführung des Postbuchhandels, zur Aufnahme einer 2—2 $\frac{3}{4}$  %igen Prämienanleihe und zur Ausgabe gebührenpflichtiger Raucherlaubnisse und Reichslegitimationskarten. Wieder andere empfehlen eine Abgabe für säumige Reichstagswähler einzuführen, die Steuerprivilegien, Stellenzulagen und Wohnungsgeldzuschüsse der Beamten ganz oder teilweise zu beseitigen, eine Reichssparkasse zu errichten oder jedem Bürger die Möglichkeit zu eröffnen, gegen Hingabe seines Kapitals und den Seinigen für 100 Jahre eine 4 %ige Rente zu erhalten.

Das sind die Wünsche — erheblich über 200 ihrer Art — weit mehr als 1000 der Zahl der Eingaben nach —, deren S

wirklich auf einem anderen als dem von der Regierungsvorlage betretenen Wege nach der Ansicht Angehöriger aller Volkskreise zu einer durchgreifenden und gesunden Reform der Reichsfinanzen verhelfen soll. Daß, wenn sich ihnen allen Rechnung tragen ließe, die Reform eine durchgreifende sein würde, will ich nicht bezweifeln. Ob sie auch eine gesunde wäre, mag dahingestellt bleiben. Ich möchte meinen, die Unzahl der verschiedenen Wünsche und die Unmöglichkeit, sie alle oder auch nur einen erheblichen Teil von ihnen zu verwirklichen, muß zu dem Gedanken zurückführen, bei dessen Verfolgung ich meine finanzpolitischen Neubetrachtungen abgebrochen hatte, daß die Verbündeten Regierungen mit ihren Vorschlägen doch wohl den besseren Teil erwählt haben und daß man diesen Vorschlägen für das neue Jahr daher nur die unveränderte Annahme wünschen kann. — „Allen Menschen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.“ —

---

## Notizen und Besprechungen.

### Literatur.

Frau Pauline Brater. Lebensbild einer deutschen Frau. Von Agnes Sapper. Mit zwei Bildnissen. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung Oskar Beck. München 1908.

Bücher, die uns das Lebensbild hochgefinnter Menschen vorführen, sind wichtige soziale Faktoren. Bei den meisten Menschen ist das gute Beispiel ebenso mächtig wie das böse, und manchem, der liebt, wie ein Edelmann in seinem, vielleicht nur beschränkten, Kreise mit dazu beitragen, daß das Gute wirke, wachse, fromme, und daß der Tag dem Ende endlich komme, stärkt dies den Willen, ihm nachzueifern. Die Frau, die wir durch das vorliegende Buch kennen lernen, ist nie berühmt gewesen, und bis jetzt haben verhältnismäßig wenige von ihr gewußt; aber hier wo soviel mehr von den Rechten der Frau als von ihren Pflichten gesprochen und geschrieben wird, ist es eine Freude, eine kennen zu lernen, die immer nur an diese und nie an jene gedacht hat, und die, ohne je die Öffentlichkeit getreten zu sein, auch außerhalb ihrer Familie einen großen Einfluß ausgeübt und vielen, die sie kennen lernten, neuen Mut und Schwung im Streben nach dem Guten gegeben hat. Eine Tochter des Erlanger Professors der Astronomie und Mathematik Wilhelm Brater und seiner aus Schwaben stammenden, mit einem köstlichen Humor gesegneten originellen zweiten Frau, wuchs sie in einem großen Kreise von Geschwistern auf, deren anspruchslose Bescheidenheit ebenso groß war wie ihre geistige Begabung und deren sorglose Fröhlichkeit niemals durch pedantische Erziehungsmaßregeln getrübt wurde. Die Mutter, die unermüdlich schaffen mußte, damit das schmale Einkommen reichte, und keiner Hilfe verlagte, um die sie von Reich und Arm, Alt und Jung gegangen wurde wegen ihrer reichen Erfahrung und ihres seltenen Verständnisses für Nöte aller Art, legte wenig Gewicht auf Dressur und auch keine Zeit dafür; so ließ sie ihre Töchter ebenso wie ihre Söhne in ängstliche Behütung heranwachsen auf die Gefahr hin, daß ihre Unnehmungslust und Unbefangenheit sie auf Einfälle bringen könnte. Als junge artigen und wohlerzogenen Professorentöchtern nicht geziemten. Als jun-

Mädchen gewann Pauline durch die Anmut ihrer Erscheinung, die Frische ihres Wesens, ihre praktische Tüchtigkeit und ihr ideales Streben die Liebe Karl Braters, des Bürgermeisters von Nördlingen, und ihre Ehe mit diesem ausgezeichneten Manne, der ein Vorkämpfer für die deutsche Einheit unter preussischer Führung war, als dieser Kampf in Bayern noch fast für Hochverrat galt, war eine vorbildlich glückliche. Ihre Liebe umgab ihn mit einer stärkenden Lebenslust, wie er sie in seinen Kämpfen brauchte, und ihr erfrischender Humor versagte bei keiner Schwierigkeit. Sie blieb ihm stets zur Seite in gleichem Schritt und Tritt, auch als er um seiner nationalen Gesinnung willen sein Amt verlor und sich auf den unsicheren Erwerb politischer und volkswirtschaftlicher Schriftstellerei angewiesen sah, was der jungen Hausfrau Entbehrungen auferlegte, die manche andere hätte wünschen lassen, daß ihr Mann dem offenen Kampf für seine Ideen ferngeblieben wäre. Im Jahre 1859 übernahm er die Herausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ und trat dadurch in freundschaftliche Beziehung zu vielen ausgezeichneten Männern, wie, um nur einige zu nennen, Bluntschli, Baumgarten, der Dichter Leuthold, Adolf Wilbrandt, Häusser, Stauffenberg; aber den herzlichsten Anteil an seinen Arbeiten nahm nach wie vor seine Frau, und kein Manuscript eines Artikels wanderte in die Druckerei, bevor sie ihn gelesen hatte. Wenn er die Zeitung nicht benutzen wollte, um die Verleumdungen zu widerlegen und die Grobheiten zurückzugeben, mit denen andere Blätter ihn Tag für Tag überschütteten, war sie oft ärgerlich und hatte ihm am liebsten einige kräftige Worte in die Feder diktiert; aber im Grunde war sie doch stolz auf seine vornehme Kampfweise, und als sich nach dem Kriege von 1866 die Feindschaft gegen ihn mehr und mehr verlor, freute sie sich, daß er sich nie darin hatte beirren lassen. Die glorreiche Erfüllung seiner schönsten Hoffnungen hat er nicht mehr erlebt; er starb nach längerem Siechtum im Herbst 1869. Das Anerbieten wohlhabender Freunde nach seinem Tode, ihr finanziell zu Hilfe zu kommen, lehnte sie dankend ab, sie wollte nicht ohne den geliebten Mann „in Wohlstand leben, nachdem sie mit ihm zusammen gesorgt und gespart und sich so manches versagt hatte, allerdings ohne daß es dem Glück ihres Lebens Eintrag getan hätte“. Die Anerkennung, die ihm in allen Blättern zuteil wurde, auch in solchen, die seine Richtung immer bekämpft hatten, und die Briefe, die sie aus Nord und Süd erhielt, und die seinen Tod als einen schweren Verlust für das Vaterland beklagten, erfüllten sie mit wehmütiger Freude, vermochten aber nicht, sie zu trösten; erst die Siegesnachrichten aus Frankreich und die Proklamierung des Deutschen Reiches ließen sie das eigene Leid über den allgemeinen Jubel etwas vergessen. Sie überlebte ihn um viele viele Jahre, denn sie erreichte das biblische Alter und ist erst vor kurzem gestorben; auch alle ihre Geschwister und ihre Jugendfreunde sah sie vor sich hingehen in das Land from whoseourn no traveller returns; aber weder diese Verluste noch schmerzhaften Krankheiten vermochten ihrer temperamentvollen Eigenart etwas anzuhaben.

Bis zuletzt blieb sie der belebende Mittelpunkt eines großen Kreises und jeder, der ihr nahe kam, empfing von ihr, was er gerade brauchte: „Klarheit in schwierigen Lebensfragen, Erheiterung in bedrückter Stimmung, Aufrüttelung der Energie, Hinweisung auf das Göttliche.“ Daß sie dem Tod mit heiterem Mut entgegen sah, obgleich ihr Glaube an das Hernach keine felsenfeste „Zuversicht“ des war, was man hoffet und nicht sieht“, sondern mehr ein sehndes Verlangen nach dem „Erläutern zu schönerem Los“, bedarf wohl kaum der Erwähnung. — Für diejenigen Leser, die den ethischen Wert einer Lebensgeschichte weniger hoch einschätzen als den des Zeitgemäles, das sie vor uns entrollt, sei zum Schluß noch bemerkt, daß sie auch reich ist an Kulturbildern, besonders an solchen, die Zeugnis ablegen von der Anspruchslosigkeit der Zeit vor dem Milliardenunfuge. So hatte der Professor Pfaff kein Studierzimmer, sondern arbeitete im Wohnzimmer mitten im Kinder- und Wirtschaftstrübel; der Teil des Zimmers, wo sein Schreibtisch stand, war durch einen dicken Kreidestrich von dem übrigen getrennt, und außer der Hausfrau durfte ihn niemand übertreten. Drei der „Pfaffsbuben“ hatten zusammen nur einen Sonntagsanzug und nur wer ihn des Morgens zuerst erwischt, konnte am Tage seinem Vergnügen außer dem Hause nachgehen. Daß das Rauchen auf der Straße noch im Jahre 1850 in München für das Zeichen einer verpönten Gesinnung gehalten wurde und polizeilich verboten war, setzt uns in Erstaunen; aber wenn man heut am Sonntag so manchen Knirps mit der Zigarre im Munde einherstolzieren sieht, möchte man wünschen, der Schutzmann hätte das Recht, es ihm zu verbieten. Ueberhaupt kann man sich bei aller Anerkennung für die Vorzüge der Gegenwart manchmal, natürlich nur manchmal, nicht enthalten, etwas nach der Bedürfnislosigkeit und der behördlichen Bevormundung einer Zeit zu seufzen, in der es wenig Millionäre gab und noch niemand davon sprach, daß jeder, auch der Letzte, das Recht hat, sich auszuleben.

Henrik Steffens. Lebenserinnerungen aus dem Kreis d. Romantik. In Auswahl herausgegeben von Friedrich Gundelfinger. Verlegt bei Eugen Diederichs. Jena 1908.

Der Deutsch=Däne Henrik Steffens war einer der phantasievollsten und lebenswürdigsten Jünger Schellings und der philosophisch=naturwissenschaftliche Mystiker der deutschen Romantik. Seinerzeit einer der beliebtesten Universitätslehrer in Breslau, entzückte er auf dem Katheder seine Hörer durch seine fast priesterlichen Vorträge und seine edle Begeisterung und im Privatleben durch die Lauterkeit seines Wesens und den naiv=kindlichen Plauder seiner Unterhaltung. Er hat zehn Bände Erinnerungen hinterlassen, die den Titel tragen: „Was ich erlebte“, und die mehr eine biographische Umrissdarstellung seiner christlichen Religionsphilosophie und seines patriotisch=politischen Pathos sind als eine Erzählung dessen, was er erlebt hat. Außer literarischen Forschern liest sie heute wohl niemand mehr; denn

gleich nicht uninteressant als Spiegel seiner persönlichen Entwicklung und seiner Zeit, ermüden sie gar zu sehr durch ihre Länge und sind auch nicht farbig und lebendig genug. Dafür, daß er aus diesem für weitere Kreise ungenießbaren Buch durch eine geschickte Auswahl ein lesbares, menschlich und geschichtlich wertvolles Zeitdokument geschaffen hat, werden sicher viele Gebildete dem Herausgeber der Lebenserinnerungen dankbar sein. Sind unter ihnen solche, die nicht die Muße haben, die immerhin noch vierhundert eng gedruckten Seiten dieser Auswahl ganz zu lesen, so können sie sich nach der vorzüglichen „Chronologischen Uebersicht von Steffens Leben“, die er ihnen vorausgeschickt hat, leicht die Stellen herausuchen, von denen sie sich die meiste Anregung versprechen und die vermutlich die sein werden, die Tatsächliches enthalten, Bilder geschichtlicher Ereignisse vor uns entrollen und von den vielen berühmten Persönlichkeiten erzählen, mit denen Steffens in seinem wechselvollen Leben in Berührung gekommen ist. Das Interessanteste des ganzen Buches aber ist unzweifelhaft die Einleitung, die Gundelfinger zu dem Buche geschrieben hat und die in prägnantester Kürze und in geistvollster Weise das Wesen und die Bedeutung des zu einem Deutschen gewordenen nordischen Dichters und Denkers erschöpft, der „zum Dichter zu viel ungestaltete Idealitäten und vage Begriffe, zum Philosophen zu wenig Helligkeit und Ordnung, zum Forscher nicht genug Stoff und Tatsachenkunde, kurz, in jeder Provinz mehr Besigungen hatte, als er bewirtschaften konnte“. Sie zu lesen ist ein ungetrübter Genuß.

**Leben und Lüge.** Biographischer Roman von Detlev von Liliencron. Verlegt bei Schuster & Loeffler. Berlin und Leipzig.

Als Goethe sich entschloß, seinen Lebensgang zu erzählen, war es, wie er später an Zelter schrieb, sein ernstestes Bestreben, „das eigentlich Grundwahre möglichst darzustellen, das, insofern er es einsah, in seinem Leben obgewaltet hatte“. Da es aber unmöglich ist, einzelnes genau so wiederzugeben, wie es sich ereignet hat, und immer wieder der Fall eintritt, wo die Einbildungskraft zu wirken anfängt und das dichterische Vermögen aushilft, so fügte er dem Titel „Aus meinem Leben“ den Untertitel „Dichtung und Wahrheit“ hinzu. Detlev von Liliencron, dem ähnliches vorgeschwebt haben mag, als er sein Buch schrieb, nannte es „Leben und Lüge“ und fügt hinzu „Ein biographischer Roman“. Beide Titel sind nicht glücklich gewählt. Lüge ist eine bewußte Unwahrheit, durch die man sich einen Vortheil zu verschaffen oder etwas, das man fürchtet, abzuwenden sucht, und nicht ein Spiel der Phantasie, und „Erlebtes und Erfundenes“ oder „Erlebtes und Erdichtetes“ wäre richtiger gewesen. Doch dem sei, wie ihm volle; jedenfalls ist „Leben und Lüge“ weder eine Biographie noch ein Roman. Die Spuren des Erlebten sind darin vielfach absichtlich verwischt und mit Erfundenem verquickt und von dem Dichter-Selbst wird nur wenig enthüllt; es enthält auch keine spannende Handlung, die sich vor

unsern Augen aus verschlungenen Motiven entwickelt und löst, sondern nur eine Folge von oft ganz zusammenhangslos aneinander gereihten Begebenheiten, die der Verfasser erlebt hat, wie die Kriegsereignisse von 1866 und 1870, oder auch nicht erlebt hat wie die Geschichte von Wiebke Blunt, von der man sich umsonst fragt, wie sie eigentlich hineinkommt. Ziliencron ist viel zu sehr Lyriker, um ein schlichter Erzähler und erfolgreicher Fabulierer zu sein, und gerade das Lyrische darin gibt seinem Buche den Hauptreiz. Die Kindheitsgeschichte, die sich in einer weltabgeschiedenen kleinen Festung an der deutsch-französischen Grenze abspielt, ist ganz reizend, und in dem Tagebuch des Leutnants werden die Kriegsereignisse in anschaulichster Weise und mit dramatischer Lebendigkeit geschildert, soweit ein Leutnant sie aus seinem beschränkten Schwinkel heraus sehen und schildern kann. Auch manches andere noch liest man mit Freude und Genuß; das vorherrschende Gefühl des Lesers aber wird, wenn er das Buch weglegt, das der Wehmuth sein; denn es ist das Vermächtnis eines durch viele herbe Lebenserfahrungen still und müde gewordenen Dichters und Idealisten, dessen Weltfreude sich in entsagungsvollen Pessimismus verwandelt hat.

Schönewettermärchen. Märchen, Erzählungen, Skizzen und Novellen von Ilse Frapan-Munian. Berlin. Verlag von Gebrüder Paetel 1908.

Bei manchen Werken Ilse Frapans hat man die Empfindung, daß ihre Kraft nicht ganz ausgereicht hat zu der künstlerischen Beherrschung des Stoffes, den sie mit energischem Mut dem vollen Menschenleben der Gegenwart entnimmt. Die vorliegenden Märchen, Erzählungen, Skizzen und Novellen aber lassen diese Empfindung nicht aufkommen. Die Märchen sind allerliebste, niemals süßlich oder kindisch wie so viele Aukmährchen, sondern phantastisch und zugleich naiv, ohne alles Lehrhafte und doch eine Bedeutung andeutend hineinspielen lassend, reizvoll sowohl für Kinder wie für Erwachsene. Auch von den meisten Geschichten läßt sich Gutes sagen. Besonders „Die Preisarbeit“, deren Gegenstand dem Universitätsleben entnommen ist, das sie als Studentin kennen gelernt hat, zeichnet sich durch einen frischen, alles Weichliche und Konventionenmeidenden Ton und einen raschen und spannenden Fortgang der Handlung aus. Aus allen spricht eine wohlthuende gesunde Lebensbejahung, wie sie bei Menschenkindern natürlich ist, die in einem sonnigen Elternhause aufgewachsen sind und in ihrer Jugend nur Frohsinn und Güte kennen gelernt haben. Zu solchen Glücklichen gehörte Ilse Frapan nach ihrer eigenen Aussage. Als Schriftstellerin brauchte sie nicht lange und mühselig nach Ehre und Anerkennung zu ringen, wie so manche andere, die sie an Leistung übertreffen; als Gattin war sie, wiederum nach ihrer eigenen Aussage, vor tausenden begnadet, und doch fand sie nicht die Kraft, Ansehen und Geldsorgen die Stirn zu bieten, sondern ging freiwillig in den Tod. Wie läßt sich's begreifen?



Frau Dorothea. Novelle von Auguste Klob. Berlin=Leipzig. Modernes Verlagsbureau. Curt Wigand. 1908.

Diese Novelle verrät einen gewissen Ernst des Strebens und, wenn es ein Erstlingswerk ist, ein erfreuliches Talent. Das Motiv ist der Gegensatz zwischen den berechtigten Forderungen einer in geordneten Verhältnissen und guter Familie aufgewachsenen Frau, der Unordnung und Schulden ein Greuel sind und denen ihres leichtlebigen Mannes, eines gezeierten Künstlers, der dem Kultus des Schönen huldigt und dessen Lebensprinzip die Freude ist. Wie beide sich mehr und mehr auseinanderleben und nahe daran sind, sich zu verlieren, sich dann aber nach bitteren, ihre Seelen tief erschütternden Erfahrungen wiederfinden, wie der Mann zu einer ernsteren Auffassung des Lebens in der Kunst gelangt, und die Frau erkennt, daß sie oft schroff und lieblos gewesen ist und der Eigenart ihres Mannes nicht genug Rechnung getragen hat, wird mit psychologischem Takt und mancher feinen Nuance erzählt. Zeugt die Erfindung auch nicht von reicher Phantasie, so ist die Entwicklung der Handlung doch folgerichtig, und fehlt es der Darstellung hier und da an Geist und Schwung, so entschädigt dafür die Klarheit und Wärme der Empfindung.

Das Mädchen vom Nil und andre Novellen. Von Rudolf Presber. Berlin W. 30. Concordia Deutsche Verlagsanstalt-Hermann Ebbeck.

Die neun Geschichten des vorliegenden Bandes haben nichts von dem sonnigen Frohsinn und der Schalkhaftigkeit der bisher von Rudolf Presber erschienenen vier Novellenbücher, durch die er so viele Freunde erworben hat. Vielleicht hat er beweisen wollen, daß er auch ernst sein kann; aber lustige Geschichten, die Wärme und Behagen verbreiten und ein fröhliches Lachen hervorrufen, entsprechen seinem Talent mehr als ernste oder gar gespenstische wie „Beter Gideon“ oder „Alexei“, die zwar nicht schlechter, aber auch nicht besser sind als tausend andere, die alljährlich den Büchermarkt überschwemmen. Sollte seine Mark Tweinsche Ader bereits versiegt sein? Die beiden Geschichten „Theobalds Vaterfreuden“ und „Die Tante des Seraphs“ lassen es fast befürchten; denn der Humor darin ist nicht echt und übt daher auch keine befreiende Wirkung aus.

Die Dichterbörse. Roman von Walter Harlan. Illustriert von Ernst Stern. 1908. Buchverlag fürs Deutsche Haus. Berlin—Leipzig.

Dieses Buch gewährt uns einen sehr unterhaltenden Einblick in das Literatentum mit seinem glücklichen und liebenswürdigen Leichtsinne einerseits und seinem alles Idealismus baren Strebertum andererseits, für das der Ausdruck des Helden Erich Adam „Pöbeldienst und Schachertum“ wohl kaum ein zu harter ist. Die Erfahrungen, die dem Roman zugrunde

liegen, hat Walter Harlan wahrscheinlich als Vorsitzender einer literarischen Gesellschaft in Leipzig gemacht, die unter seiner Leitung zu großer Blüte gelangt sein soll. Vielleicht ist es eine Selbstbefreiung, die er damit vollzog; manche darin geschilderten Leiden und Freuden machen in ihrer Lebendigkeit den Eindruck des persönlich Erlebten. Es enthält eine Fülle geistreicher und ergötzlicher Einfälle und anmutiger Momentbilder, die den Leser in fröhlichster Stimmung erhalten, und die verschiedenen Personen, die uns darin vorgeführt werden, sind so anschaulich geschildert, daß wir ihr Inneres ebenso wie ihr Äußeres so genau kennen, als wären wir lange mit ihnen umgegangen. Alles in allem ein fesselndes, amüsantes Buch, das aber doch zu mancherlei ernststen Betrachtungen Veranlassung gibt und nicht zu den Büchern gehört, die man vergißt, sowie man sie zu Ende gelesen hat.

Der Ruf des Lebens. Roman von Karl Mosner. Zweite Auflage. Berlin W. 30. Concordia, Deutsche Verlagsanstalt. Hermann Eshbock.

Durch diesen Roman, der, nebenbei bemerkt, nur eine Novelle ist, wird Karl Mosner manche der Freunde enttäuschen, die er sich bisher erworben hat. Es ist nichts darin von der feinen und tiefen Kunst, mit der er in „Georg Wangs Liebe“ das stille Pathos und die zarte Schönheit eines anspruchslosen Alltagslebens geschildert hat, nichts von dem milden und sanften Leuchten der Herzensgüte, die das Kleine und Enge verklärt. Er versetzt uns in ein Sanatorium, in dem ein junger Gelehrter, der allein in der Welt steht, in den letzten Stadien der Schwindsucht ruht und gelassen seinem Tode entgegensteht, bis die Liebe über ihn kommt und ihn ein Mädchen begehren läßt, das seine Gefühle nicht erwidern kann. Mit Aufbietung seiner letzten Kraft reißt er sie bei einer Zusammenkunft, die sie ihm gewährt hat und die an einem See stattfindet, mit hinab in die Flut und den Tod. Eine Familienblattgeschichte, die trotz eines gewissen Unterstroms tiefer Empfindung und mancher liebenswürdigen Einzelheit nicht lange im Leser nachklingt, weil keine neue Saite des Menschenherzens darin angeschlagen wird und unsre Kenntnis von dem „was im Labyrinth der Brust wandelt in der Nacht“, in keiner Weise dadurch vermehrt wird.

König Friedrich. Ein geschichtlicher Roman. Von Wilhelm Jensen. Berlin. Verlag von Gebrüder Paetel.

Ein geschichtlicher Roman, der in vaterländischem Boden wurzelt und zum Titel den Namen eines Helden trägt, bei dessen bloßem Klang alle Herzen höher schlagen, findet meist selbst dann viele Leser, wenn die Geschichtliche darin wenig mehr ist als Dekoration für die Schicksale erfundener Gestalten, und er auch die Aufgabe uns zu zeigen, wie wir handeln und empfinden durch die Bedingungen der Kulturverbäl-

ihrer Zeit bestimmt wird, nur in geringem Maße erfüllt, sein künstlerischer Wert also nicht eben groß ist. Auch W. Jenseus Roman „König Friedrich“ (warum nicht Friedrich der Große? Der Titel wäre viel anziehender gewesen, und man brauchte sich nicht erst zu überlegen, was für ein König Friedrich gemeint ist) wird sicher den lesehungrigen Abonnenten von Leih- und Volksbibliotheken eine sehr willkommene Unterhaltung bieten, und sie werden auch Freude daran haben; wer aber in einem geschichtlichen Roman mehr sucht als einen angenehmen Zeitvertreib wird enttäuscht sein. Nicht nur in der Darstellung von Friedrichs des Großen Persönlichkeit, sondern auch in der Schilderung der Anschauungen und Sitten, der ganzen Atmosphäre jener Zeit bleibt er weit zurück hinter den Leistungen hervorragender Historiker und kann sich z. B. mit denen Gustav Freitags in „Aus dem Staate Friedrichs des Großen“ (IV. Band. Bilder aus der deutschen Vergangenheit) in keiner Weise messen. Die farbenreichen Schlachtgemälde, deren Wirkung durch den massenhaften Heroismus darin übrigens sehr abgeschwächt wird, und die anschaulichen Landschaftsbilder, an denen der Roman reich ist, vermögen nicht uns dafür zu entschädigen. Auch die frei erfundenen Gestalten und ihre Schicksale sind nicht einwandsfrei. Manches ist abenteuerlich bis zur Unglaubwürdigkeit und so phantastisch, daß man den festen Boden unter den Füßen vollkommen verliert. Des Königs Verhalten gegen Dettmar von Kampen und dessen Schwester Ulrike ist schwer vereinbar mit dem, was wir sonst über ihn während seines siebenjährigen Kampfes auf Tod und Leben wissen, der dem von allen Seiten umstellten Löwen wenig Zeit ließ, auf den Herzschlag des ewig Menschlichen zu lauschen. Der naive Leser jedoch, besonders der jugendliche, wird das kaum merken, und wenn er liest, daß der König auch im Feldlager die Flöte blies und zärtliche Briefe an den Marquis d'Urgens schrieb, wird er es ihm auch zutrauen, daß er sich bemühte, dem von wunderbarem Glück begünstigten Dettmar von Kampen die rechte Frau und dessen Schwester den rechten Mann zu verschaffen; der bunte und spannende Wechsel zwischen geschichtlichen und erdichteten Ereignissen wird seiner Phantasie, und die Bestrafung der Bösen und Belohnung der Guten seinen Gerechtigkeitsinn befriedigen. Aus vaterländischen Gründen sind dem Roman viele solcher Leser zu wünschen. Marie Fuhrmann.

### Geschichte.

**Raßplata.** Von Wladimir Esemenow, Kapitän 2. Ranges. Kriegstagebuch über die Blockade von Port Arthur und die Ausreise der Flotte unter Rojestwenski. Auf Veranlassung der Schriftleitung der Marine-Mundschau übersetzt von Oberlt. z. S. Gerke. Berlin. Mittler. 1908. 504 S. 6 M.

„**Raßplata**“ — Abrechnung — nennt der Verfasser seine Aufzeichnungen; um mit den Fehlern, die die russische Niederlage verschuldet

haben, abzurechnen, übergibt er sie der Öffentlichkeit. Ausdrücklich betont er, daß seine Darstellung im scharfen Gegensatz zur offiziellen Geschichtsschreibung stehe, und in der Tat ist sein ganzes Buch eine herbe Anklage gegen die politische und militärische Leitung in Rußland. Wir erhalten hier nicht lapidare Tagebuchnotizen über einzelne persönliche Erlebnisse, sondern eine vortrefflich geschriebene zusammenhängende Erzählung der wichtigsten Begebenheiten des Seekrieges, aber Sjemelow versichert wieder, daß ihr nur unmittelbar gleichzeitige Notizen zugrunde lägen, und daß er aus dem Gedächtnis nichts Tatsächliches hinzugefügt habe. Es ist so kein Zweifel, daß — die bona fides des Verfassers vorausgesetzt — wir es hier mit einer historischen Quelle ersten Ranges zu tun haben. In eine kritische Untersuchung, wie weit seine Urteile und Behauptungen zutreffen, können wir hier nicht eintreten, wir wollen nur kurz einige besonders interessante Punkte hervorheben.

In Übereinstimmung mit der allgemeinen Anschauung sieht der Ver. im Statthalter Alexejew den Haupturheber alles Übels. Sein Prinzip war, jede Störung des alltäglichen Dienstes und jede ernsthafte Antretung zu vermeiden und nach Kräften zu sparen. Deshalb verhinderte er größere maritime Übungen und behandelte die Kriegsschiffe als „schwimmende Kasernen“: die Folge war, daß das Personal und Material an Leistungsfähigkeit verlor. Wenn ein Kapitän über Schäden auf seinem Schiff berichtete, war er ein „unbequemer Untergebener“. „Der Statthalter wollte, so lange er regierte, keine anderen Berichte sehen als solche, denen es hieß: „Alles in bester Ordnung“. Dann konnte er selbst alles untertänigst melden, „die ihm anvertraute Flotte sei in völliger Geleitsbereitschaft und werde jeden Angriff des türkischen Feindes mutig zurückweisen“. Es konnte nicht ausbleiben, daß bei diesem System alle selbstständigen Geister aus den maßgebenden Stellen verschwanden und durch Alexejews Kreaturen ersetzt wurden, sowie daß die unternehmenden Unterchefs ihre Initiative einbüßten. Jeder hütete sich, irgend etwas zuzuordnen oder zu versuchen ohne schriftlichen Befehl: so ein Stück Formalismus ist ein Heiligtum, hieß es in Port Arthur. Nach dem Kriegsausbruch war daher oberster Grundsatz, nichts zu riskieren. Einen Lichtblick in dieser trüben Schilderung bildet die Charakteristik der Mannschaft der Subalternoffiziere. Trotz aller Übelstände, trotz des allgemeinen Mißtrauens in die höchste Leitung behielt das Gros guten Mut. Er zeigte sich, als nach etwa einmonatlicher Blockade Admiral Makarow, der Kommandeur in Kronstadt, den Befehl über die Flotte überbrachte (7. März 1904) und sofort mit dem bisherigen System des Nichts brach. Vom ersten Tage an war er inselbedessen bei Offizieren und Mannschaften populär; der beste Beweis, daß ein guter Geist in ihnen war, denn bei schlechten Truppen muß auch die Suggestionskraft eines Narren oder Blücher versagen. Makarow erscheint bei Sjemelow als ein Nelson, aber es war ihm nicht vergönnt, eine ernste Probe zu bestehen.

schon nach wenigen Wochen (am 13. April) fand er auf dem „Petro-pawlowsk“ durch eine japanische Mine seinen Untergang. Wie seine Ankunft bewies auch sein Verschwinden die Macht der Persönlichkeit im Kriege: sogleich fiel das Geschwader wieder in die frühere Untätigkeit zurück, da der Nachfolger, Witthöft, bei aller persönlichen Bravour nicht der Mann war, Alexejew's unheilvollen Einfluß zu paralysieren. So ließ die Flotte mehrere günstige Gelegenheiten verstreichen und machte endlich ohne Zuversicht am 10. August den Versuch, aus Port Arthur nach Wladiwostok zu gehen, wobei sie die große Niederlage erlitt und fast vernichtet wurde.

Semenow rettete sich mit seinem Kreuzer nach Saigon und gelangte von hier nach Desarmierung seines Schiffes mit französischer Hilfe grade rechtzeitig nach Libau, um auf dem baltischen Geschwader Rojestwenskis eine neue Tätigkeit zu finden. Was er von dieser Unglücksflotte erzählt, klingt fast noch trüber als das aus Port Arthur: die Schiffe alt, die Mannschaften fast durchweg Rekruten, die oberste Leitung in Petersburg und der Stab des Admirals blind und taub gegen alle Lehren der letzten Monate und ebenso bürokratisch feindselig gegen jede Initiative wie Alexejew. Wiederum ist er des Lobes voll über den guten Willen der Mannschaften und Subalternoffiziere; auch der Oberbefehlshaber Rojestwenski wird als ein Mann von großer Tatkraft und Einsicht geschildert, aber diese günstigen Momente reichten nicht aus, jene Schäden auszugleichen. So war die Fahrt des Ostseegeschwaders ein ewiger Kampf mit Havarien und sonstigen Unglücksfällen; wie natürlich, litt darunter die Disziplin, und vor der Entscheidungsschlacht bei Tschuschima waren alle von der Unvermeidlichkeit einer Katastrophe überzeugt. Diese selbst wird nicht mehr geschildert.

Naturgemäß sucht man in der Schilderung der Fahrt Rojestwenskis mit besonderer Spannung nach einer Erklärung der Beschädigung der Hüller Fischerboote in der Nordsee, die für japanische Torpedoboote gehalten wurden. Hier bringt aber der Verf. nichts Neues, und er ist sogar geneigt, auf Grund einiger vager Gerüchte an einen wirklichen japanischen Torpedoangriff zu glauben. Die Frage, wie diese Japaner unbemerkt in die Nordsee gekommen und wo sie geblieben sind, wirft er nicht auf. — Mag auch das Urteil des Verf. an dieser und an anderen Stellen durch Voreingenommenheit getrübt sein, mögen seine Notizen manche Fehler enthalten: er Historiker wird sich damit abzufinden wissen, und der Laie wird das auch gern und mit reichem Gewinne bis zu Ende lesen. G. Koloff.

### Koloniales.

• **Oskar Bongard.** Staatssekretär Dernburg in Britisch- und Deutsch-Südafrika. Berlin. Verlagsbuchhandlung Wilhelm Süsserott. 141 Seiten. 8°.

Der Verfasser, der seinerzeit bereits einen ähnlichen Bericht über die Reise Dernburgs nach Ostafrika veröffentlicht hat, war früher im Kolonial- und deutschen Jahrbücher. Bd. CXXXV. Heft 2. 22

dienst sowohl in Ost- als auch in Südwestafrika tätig. Beide Bücher bestehen aus einer Zusammenstellung von Reisebriefen, die vorher in verschiedenen Zeitungen erschienen sind und weisen daher eine kleine Unstimmigkeit auf, die allen derartigen Veröffentlichungen leicht anhaftet: die einzelnen „Briefe“, die durch längere Zwischenräume getrennt, in einem Tageblatt ruhig einen ganz verschiedenen Charakter tragen können, stoßen sich, in einem Buche unmittelbar hintereinander gelesen, zuweilen durch die totale Verschiedenheit des Tons, der einmal leicht plaudernd, persönlich belustigend ist, das andere Mal mit Zahlen und Daten stark gewappnet einhertritt. Indes auch diese Ausstellung mag mehr oder minder Geschmackssache sein. Im ganzen genommen ist die Lektüre des Bongardschen Buches sehr instruktiv und gibt nicht nur eine gute Vorstellung von der Art des Staatssekretärs zu reisen und sich zu informieren, sondern wir treffen auch ein ruhiges, richtiges und gut begründetes Urteil über wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Verhältnisse. Der Verfasser bemerkt dabei ausdrücklich, daß er nicht als offiziöser Schriftsteller arbeite, sondern sich, wo erforderlich, auch abweichend von den Meinungen Dernburgs äußere. Der Staatssekretär ist ja verhältnismäßig sehr lange (ca. 4 Wochen) auf britischer Boden gewesen, und er hat nicht nur diejenigen Teile des englischen Südafrika besucht, in denen die Verhältnisse ähnlich liegen, wie in Südafrika, sondern z. B. auch Natal, was sich damit erklären wird, daß bei Gelegenheit dieses Besuchs natürlich auch Material für die anderen Kolonien gesammelt werden sollte. Auch Bongard bestätigt übrigens, was ich selbst vor kurzem beim Besuch in Durban und Kapstadt aus vielerlei Angaben und Berichten entnahm: daß die holländisch sprechenden Afrikaner gewöhnlich das Heft in Südafrika in der Hand haben.

Naturgemäß entfällt aber das größere Interesse auf den südafrikanischen Teil des Reiseberichts. Hier merkt man vielfach den landkundigen Südwestafrikaner. Was über Eingeborenbehandlung, über Prinzipien der Viehzucht, über die Schwierigkeiten des gegenwärtigen Zwischenstadiums gesagt ist, wo das Land anjängt, zu viel zum eigenen Konsum zu produzieren, aber noch zu wenig für die Organisation des Exports von Vieh und Viehzuchtprodukten, das ist durchweg richtig. Das Urteil über die Kleinsiedlungen ist unbeeinflusst von der Politik früheren Gouverneurs. „Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Kleinsiedlungen ein verfehltes Experiment sind,“ schreibt Bongard (Seite 9). „Man hatte gehofft, sie würden das Mittel sein, das Land in kurzer Zeit zu bevölkern, daß eine Bürgerwehr vorhanden wäre, welche eine Schutztruppe unnötig mache und in der Lage sein würde, einen etwa neuen Aufstand sofort im Keim zu ersticken. Man dachte sich auch, sei der günstige Platz, um die vielen auswanderungslustigen Kleinrentner aufzunehmen, welche in Deutschland bei schwerer Arbeit ein kümmerliches Dasein fristen, während sie hier draußen sich eine bessere Existenz verdienen könnten und ihre Arbeitskraft und die durch sie erzeugten wirtschaftlichen

Werte der Entwicklung der Kolonie zugute kommen würden. Um dieses doppelte Ziel möglichst rasch zu erreichen, wurde eine Ansiedlungsbeihilfe in der Höhe bis zu 6000 Mk. ausgesetzt . . . Die Aussicht auf diese Beihilfe zusammen mit den billigen Landpreisen lockte massenhaft Leute ins Land. Aber was da kam, hatte nur zum geringen Teil das Zeug zu einem tüchtigen Kolonisten in sich und daher ist das Meiste des ausgezahlten Geldes unwiederbringlich verloren.“ Bongard schätzt den Betrag der verloren gegangenen Ansiedlungsbeihilfen allein für Kleinsiedler auf 160 000 Mark, was ungefähr stimmen wird. Er führt das Mißglücken des Experiments sehr richtig auf das Fehlen genügenden Absatzes, auf die persönliche Untüchtigkeit der Kleinsiedler und auf die klimatischen Schwierigkeiten des Schutzgebietes zurück. Auch der Staatssekretär, sagt er, habe einen trüben Eindruck von der verfehlten Anlage bei Otahandja erhalten.

Besonders ausführlich spricht der Verfasser über die Swakopmunder Hafenfrage. Er befürwortet eine eiserne Landungsbrücke, ähnlich den Brücken von Port Elisabeth. Eine solche scheint ihm eine Lösung zu bieten, die sowohl den verkehrstechnischen als auch den wirtschaftlichen Anforderungen genügt. Dabei übersieht er aber doch einen wichtigen Punkt. Für die Zukunft Südwestafrikas spielen die Erze des Landes eine sehr wichtige Rolle. Zu dem großen Kupferlager von Tsumeb-Otavi kommen fortgesetzt neue Funde an Erzen. Ganz neuerdings ist im Rhangebirge, nur etwas über 50 Kilometer von der Küste und unmittelbar an der Staatsbahnstraße Swakopmund—Windhuk, ein Kupfererzvorkommen entdeckt, das denselben Charakter zeigt, wie die Minen von Otiep in der Kapkolonie, nur daß das Erz im Khan reichhaltiger ist. Nördlich von Otaruru, wenige Kilometer von der Otavibahn, sind vor kurzem bedeutende Lager von Manganerz aufgefunden worden; bei der Station Kalkfeld etwa 50 Kilometer weiter ein Eisenerzlager. Wenn auch für Eisenerz die Transportkosten nach Europa sich auf jeden Fall zu hoch stellen würden, so ist das beim Mangan nicht ohne weiteres der Fall, vorausgesetzt, daß die Verschiffung billig ist. Außerdem wird noch an vielen anderen Stellen des Landes geschürft und größere Erfolge stehen durchaus im Bereich des möglichen. Billige Massenerze über eine Landungsbrücke verladen zu müssen, stellt aber in vielen Fällen von vornherein die Rentabilität des Abbaus in Frage. Der Weg von der Brücke zum Leichter und vom Leichter ins Schiff ist um soviel kostspieliger, als die direkte Uebergabe vom Waggon in den Dampfer, daß die Frage Brücke oder Molenhafen doch nicht so einfach liegt, wie Bongard es darstellt.

Am wichtigsten sind die beiden letzten Kapitel: „Schlußfolgerungen“. Der Verfasser erklärt für das wichtigste Ergebnis der Dernburgschen Reise die Erkenntnis an leitender Stelle, daß die zuletzt in Südwestafrika eingeschlagene Besiedlungspolitik verkehrt ist und dazu beigetragen hat, die **is** in hohem Maße zu verstärken, welche hier wie überall und von je einem Kriege folgen mußte“. Er betont gleichfalls, daß die Mehrzahl

der Farmer, die mit geringen Mitteln herausgekommen sind, keinen guten Zeiten entgegengeht. Die Farmen seien vielfach zu klein, das Kapital ungenügend, die Ansiedlungsbeihilfe von 6000 Mk. für afrikanische Verhältnisse eine zu geringe Summe, um damit allein die Leute zu stützen. „Das Hererovolk ist durch eine kurzsichtige und grausame Politik vernichtet worden, seine Herden sind dahin und der Handel ist aus.“ „Südwestafrika ist das Land der extensiven Viehzucht, zu deren Betrieb der unausbleiblichen Fehljahre wegen ein größeres Kapital erforderlich ist.“ „Noch ist nicht viel an Bargeld verloren, denn die Summe der unnütz verausgabten Ansiedlungsbeihilfen mag sich (insgesamt) auf ca. 200 000 Mk. beziffern. Aber jeder neu hinzukommende mittellose Farmer, Kleinsiedler, Handwerker verschärft augenblicklich die Lage, und es muß verhindert werden, daß mehr von ihnen ins Land kommen, sowohl des Schutzgebiets als auch der Auswanderungslustigen wegen. Zu erreichen ist dies nur, wenn nicht nur der private, sondern auch von amtlicher Seite dringend vor der Auswanderung nach Südwest ohne genügende Mittel gewarnt und mit dem System gebrochen wird, als Prämie wirkende Ansiedlungsbeihilfe an Leute zu vergeben, deren finanzielle Lage es unwahrscheinlich macht, daß sie als Farmer und Kleinsiedler bestehen können.“

Das sind sehr bestimmte, aber auch sehr richtige Sätze. Auch was im Schlußabschnitt über die Selbstverwaltung und die Eingeborenenfrage ausgeführt ist, verdient Beachtung, zumal da man an diesen Stellen eine prinzipielle Übereinstimmung zwischen dem Verfasser und dem Verfasser unserer Kolonien wird vermuten dürfen. Paul Rohrbach.

### Pädagogik.

Michel, O. S., Die Wohn- und Schlafverhältnisse unserer Schulkinder (in „Sammlung pädagogischer Vorträge“, herausgegeben von W. Meyer-Markau). Minden i. W.: Verlag C. Marowsky. 33 S.

Die ähnlichen Zustände, wie sie in den Großstädten bestehen, sind schon oft beleuchtet worden. In diesem Vortrag legt der Verfasser für eine kleine, 10 000 Einwohner zählende Fabrikstadt Minden die Wohn- und Schlafverhältnisse der Volksschüler dar. Was er teils durch Beobachtungen, teils durch Angaben seiner Schüler, welche ihm in häuslichen Aufsatzen ihr Schlafzimmer beschreiben mußten, ermittelt ergibt, durchaus kein erfreuliches Bild. Die wichtigsten Ergebnisse sind folgende: 1. Ungefähr die Hälfte der in Betracht kommenden Kinder mußte sich mit Küche und 1—2 Wohnräumen begnügen, die von 10 bis 12 Personen geteilt wurden. 2. Im Schlafraum blieben 12 % der Kinder unter 10 Jahren hinter dem polizeilich festgesetzten Mindestmaß von 5 cbm Luftraum (in den Kasernen 15 cbm).



Mann) zurück. 3. Nur 33 % der Kinder hatten ein Bett für sich allein, die übrigen teilten es mit 1—2 Personen desselben oder anderen Geschlechtes; eins schlief sogar zuviert! 4. Die Schlafzeit war, besonders bedingt durch die Zubettgehezeit der Erwachsenen, mit denen sie zusammen schliefen, für 38 % der Kinder unternormal.

Mit Recht macht der Verfasser auf die schweren Gefahren aufmerksam, welche aus diesen Verhältnissen für die körperliche Gesundheit, besonders durch Verbreitung der Tuberkulose, für die Sittlichkeit und die Leistungsfähigkeit der Kinder in der Schule entstehen, und schlägt zur Bekämpfung dieser Mißstände vor, daß jeder Lehrer, dem daher am besten die Leitung derselben Generation durch die ganze Schulzeit hindurch überlassen werde, sich das Studium der häuslichen Verhältnisse seiner Schüler zur Aufgabe machen solle, wozu auch Elternabende und Besprechungen mit Arzt und Seelsorger dienen können. Leider kann auch der Referent zu diesen verständig, aber wenig durchgreifenden Heilmitteln nur den einen Ratsschlag hinzufügen, daß man durch Förderung der Bau- und Sparvereine, durch Gewährung niedrig verzinsbarer Darlehen zur Beschaffung von Arbeiterhäusern den Eltern bessere und billigere Wohnungen, und damit den Kindern größeren Anteil an Luft und Licht verschaffen möge.

Dr. Dammann, Die geschlechtliche Frage. Aufklärungen über ein dunkles Gebiet für jedermann, insbesondere für unsere reifere Jugend. Leipzig (Teutonia-Verlag), 1908. 185 S.

H. W. Förster, Sexualethik und Sexualpädagogik. Eine Auseinandersetzung mit den Modernen. Rempten und München (Jos. Köfel), 1907. 95 S.

Mit diesen beiden Schriften, die ungleich wertvoller sind als die im Januarheft besprochenen, lehren wir noch einmal zu der in der Gegenwart so viel erörterten Frage der Sexualpädagogik zurück.

Bei Dammann fällt auf, daß er einerseits unter unverhüllter Schilderung der sittlichen und hygienischen Gefahren des Vordellwesens den jungen Leuten von allem außerehelichen Geschlechtsverkehr abrät, andererseits aber es für einen unnatürlichen Zustand erklärt, wenn ein gesunder junger Mann über das 23. oder 25. Lebensjahr hinaus enthaltsam bleibt, so daß es für ihn in der Gegenwart, in der, wie er wohl weiß, die Männerwelt in den seltensten Fällen so früh zur Heirat schreiten kann, aus diesem Dilemma keinen Ausweg zu geben scheint. Wert aber hat diese populäre Schrift des kundigen Nerven- und Seelenarztes unzweifelhaft für Eltern und Erzieher durch ihre ernst und klar gehaltenen Belehrungen über die Fortpflanzung dienenden menschlichen Organe, über das regelrechte Geschlechtsleben, über Geschlechtskrankheiten mit Einschluß der Verirrungen des Geschlechtstriebes, über die Ehe und andere Formen des Geschlechtsverkehrs. In den Rahmen unserer sexualpädagogischen Betrachtungen würde dieses Buch überhaupt nicht fallen, wenn der Verfasser es nicht im Titel

„insbesondere der reiferen Jugend“ gewidmet hätte und wenn er es in einem kürzeren Abschnitte (S. 168—172) unternähme, diese Bestimmung und die vermeintliche Notwendigkeit einer frühzeitigen geschlechtlichen Aufklärung zu begründen. Wenn er dabei hauptsächlich den Gesichtspunkt betont, daß das Geschlechtsgebiet für die Jugend aufhören müsse den Kreis des Verbotenen zu haben, so zeigt sich wieder einmal, daß ein Arzt der nicht kompetenter Beurteiler dieser Erziehungsfragen ist. Ein Mediziner von Fach, der sich in jahrelangem Studium kühn mit diesen Dingen befaßt hat, pflegt das Verständnis dafür zu verlieren, wie übermächtig, auch in Geheimnis und Verbot in Wegfall kommen, der Geschlechtstrieb auf die Phantasie, wenn ihr nach dieser Richtung nur irgend Nahrung gegeben wird, einwirkt und daß daher auch so sachliche Auseinandersetzungen, wie Dammann sie z. B. über Geschlechtsorgane und Geschlechtsakt gibt, wenn auch nicht augenblicklich, so doch in ihren Nachwirkungen auf die Phantasie diejenigen Gefahren steigert, welche er selbst verhüten möchte.

Das ist nur ein Gegengrund, der Dammann gegenüber geltend gemacht werden kann. Man könnte aber gegen ihn auch fast das ganze oben an zweiter Stelle genannte Buch ins Feld führen, das ich, obwohl der Verfasser einen katholischen Standpunkt in einer bei einem Protestanten befremdenden Bemerkung über Luther und den Zölibat (S. 53) bekundet, nicht ansethe als das tiefste, ernsteste und überzeugendste zu bezeichnen, was mir auf diesem Gebiete begegnet ist.

Zuerst fertigt Förster die vielen unberufenen Apostel der Sexualpädagogik ab, denen man entweder anmerkt, daß sie selbst zu stark von der Sinnlichkeit beeinflusst sind, um auf diesem Gebiete objektiv denken zu können, oder doch nur über eine sehr einseitige Lebenserfahrung verfügen. Ich möchte hinzufügen, daß eigentlich niemand über diese Fragen mitreden sollte, der nicht heranwachsende Kinder sein eigen nennt. Ich weiß nicht, daß es besonders Ärzte gibt, die doktrinär genug sind, um bei Kindern mit der sexuellen Aufklärung voranzugehen. Aber gar viele, die jetzt den Mund voll nehmen, würden verstummen, wenn sie eigenen Kindern gegenüberstünden; da soll aber fremde Jugend für sie auch nicht das einzige vile sein, an dem sie meinen, ungeschont experimentieren zu dürfen!

Sodann läßt Förster eine Sexualethik folgen, durchaus notwendig, im Januarheft ausgeführt, weil ohne eine solche jede Sexualpädagogik der Luft schwebt. Verhältnismäßig kurz, und darum nicht erschöpfend dieser Teil; aber es kommt doch darin der Hauptgedanke in mehr Variationen zum glücklichen Ausdruck, daß die Monogamie notwendig ist, weil in ihr allein die „höheren sozialen und geistigen Interessen der Menschennatur zu gebieterischer und gesicherter Vertretung gebracht werden“ gegenüber der Uebermacht der bloßen Gattungstribe, und daß die Monogamie eine Rechtsinstitution bleiben muß, weil, wie Auguste Comte ausdrückt, „unsere Herzen so wetterwendisch sind, daß die Gesellschaft nicht zutreten hat, damit Wankelmuth und Laune niedergehalten werde, da

menſchliche Daſein in eine jämmerliche Reihe ziel- und würdeloſer Experimente entarten ließe“. Darin liegt zugleich der andere Satz eingeſchloſſen, daß jede außereheliche Geſchlechtsverbindung als abſolut verboten anzusehen iſt.

Natürlich gewinnt durch dieſe Feſtſtellung, daß alles darauf ankommt, die jungen Leute beiderlei Geſchlechtes mit Kräften auszurüſten, die ſie befähigen, ihre ſinnlichen Triebe zu bekämpfen, bis die Ehe ihnen ein berechtigtes „Sichausleben“ verſtattet, gegenüber der modernen Förſters ſexualpädagogiſche eine ganz andere Geſtalt. Mit vollſtem Recht erklärt er es für einen nur in unſerm Zeitalter des Intellektualiſmus möglichen Irrtum, als wäre aufklärende Belehrung, die er nicht ganz verwirft, aber der er nur untergeordnete Bedeutung beimißt, das Allheilmittel. Er ſelbſt will vielmehr eine ſexualpädagogiſche nur in enger Verbindung mit der geſamten Erziehung des Willens, für die Uebung im Verzicht z. B. auf Eſſen und Trinken unentbehrlich iſt und betont daneben die bewahrende Kraft des Schamgefühls, die Notwendigkeit einer Hygiene der Phantaſie, der eine verfrühte Aufklärung aber nur entgegenwirkt, und die pädagogiſche Bedeutung der körperlichen Arbeit. Zuſetzt ſpricht er als ſeine „tieſte pädagogiſche Ueberzeugung“ aus, die zwar den Widerſpruch Marcuſes herausgefordert hat, die aber alle teilen werden, die ſich überhaupt in ihrem ſittlichen Leben an einen höheren, überweltlichen Willen gebunden wiſſen, daß „die größte ſexual-pädagogiſche Kraft die Religion iſt“.

Vermißt habe ich in dem Förſterschen Buch den von Dammann mit aller wünſchenswerten Schärfe gegebenen Hinweis (S. 119—121) auf den gefährlichen Zuſammenhang zwiſchen Alkoholgenuß und geſchlechtlicher Ausſchweifung. Sonſt wird der Leſer dort auch im einzelnen eine Fülle vorzüglicher praktiſcher Winke finden, wie es von dem Verfaſſer der „Lebenskunde“ und der „Jugendlehre“ von vornherein erwartet werden konnte.

Prof. Dr. Ad. Matthaei.

## Politische Korrespondenz.

### Kolonialfragen.

In der Fortsetzung meiner „Ostafrikanischen Studien“ im ersten Te dieses Heftes habe ich mich über dasjenige Problem, das gegenwärtig als das wichtigste innerhalb unserer Kolonialpolitik angesehen werden darf über die Besiedlungs- und Eingeborenensfrage in Ostafrika, näher ausgesprochen. Außerdem beanspruchen immer noch die Verhältnisse Südwestafrikas eine fortlaufende Aufmerksamkeit. Um mich über die jetzige Lage dort genauer zu orientieren, wählte ich für die Heimreise von Ostafrika den Weg über Kapstadt und Swakopmund, und hielt mich drei Wochen in Südwest auf. Im Unterschied zu Ostafrika ist für Südwestafrika die Besiedlung nicht nur ein Problem unter anderen, sondern das Problem schlechthin. Südwestafrika ist bis zum Ausbruch des großen Eingeborenen aufstandes im Januar 1904 überhaupt noch nicht „planmäßig“ besiedelt worden. Schon die Geringfügigkeit der früher für Besiedlungszwecke im engeren Sinne verfügbaren Mittel verbot das. Das Hauptkontingent der Farmer rekrutierte sich bis zum Aufstande aus der Zahl derjenigen, die als Schutztruppler, als Angestellte beim Eisenbahn- und Hafenbau, als Handwerker oder Händler bereits Jahre in der Kolonie zugebracht und praktische Landeskennntnisse erworben hatten. Ursprüngliches Wirtschaftskapital war bei diesen Ansiedlern nur in den seltensten Fällen vorhanden. Erst ganz in der letzten Zeit begann ein langsamer Zufluß von Ansiedlungslustigen, die von vornherein mit etwas Kapital ins Land kamen und in der Lage waren, alsbald nach ihrer Ankunft soviel Vieh und sonstige Wirtschaftsinventar anzuschaffen, um gleich mit dem Farmbetrieb zu beginnen. Entscheidend für die Möglichkeit, auf die alte Weise Farmer in Südwestafrika zu werden, war das Vorhandensein eines ziemlich bedeutenden Viehreservoirs bei den Eingeborenen, namentlich bei den Hereros. Wer jetzt wollte, erwarb sich den Grund und Boden zu billigem Preise von der Regierung oder von den Eingeborenen, häufig zusammen mit einem Kompanion, und sah dann zu, wie er allmählich zu Vieh und nebenbei den notwendigsten Varmitteln für Hausbau, Wasseranlagen, Eingeborenenlöhnung, Proviant usw. kam. Die Abwesenheit aller Eisenbahnverbindungen

mit Ausnahme der Schmalspurbahn von Windhof nach Swakopmund, ermöglichte in höherem Grade als heute laufenden baren Verdienst durch Frachtfahren für Truppe, Gouvernement oder Private. Der Grundstock an Vieh wurde meistens allmählich von den Hereros eingehandelt. Die Mehrzahl der Farmer war früher einmal Händler gewesen. Nicht wenige besaßen und bewirtschafteten bereits eine Farm, handelten aber daneben noch weiter mit den Hereros, weil ihr Viehstand zu gering war. Kaum ein einziger von denen, die noch als reine Händler, wie man damals zu sagen pflegte, im Handelsfeld umherzogen, hatte ein anderes Ideal als das, sobald er genügend Vieh beisammen hatte, Farmer zu werden. Veranlassung dazu, von Regierungswegen auf das Vorweisen eines bestimmten Betriebskapitals beim Erwerb von Kronland zu bringen, war kaum vorhanden; die Minimalsumme, die von den früheren Schutztruppelern verlangt wurde, wenn sie nach ihrem Ausscheiden aus der Truppe die üblichen 5000 Hektar kostenfrei überwiesen erhalten wollten, war sehr gering. Trotzdem waren die Erfahrungen, die man mit dem allmählichen Emporarbeiten dieser ganzen Kategorie von Ansiedlern machte, überwiegend gute. Was den Leuten voranhalf, war die Menge praktischer Erfahrung, die sie schon vorher während eines jahrelangen Aufenthalts im Lande gesammelt hatten, und die Möglichkeit vorteilhaften Vieheinkaufs bei den Eingeborenen. Die Kaufleute, von denen die Händler zunächst mit Waren, oft auch mit Wagen und Gespannen ausgerüstet wurden, um die Tätigkeit im Handelsfeld aufzunehmen, wußten, daß sie im großen und ganzen auf Abtragung der gewährten Kredite rechnen konnten. Drückend war der allgemeine Mangel an Bargeld, aber es ging trotzdem langsam voran. Naturgemäß suchte sich jedermann den besten Platz aus, den er bekommen konnte, und die Farmen lagen daher vielfach nicht geschlossen neben einander, sondern weit zerstreut, namentlich in den von Windhof und der Eisenbahn weiter entfernten Gegenden.

Kurz vor Ausbruch des Aufstandes beschloß die damalige Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes, einen schnelleren Zug in die südwestafrikanische Ansiedlung zu bringen. Zu dem Zweck wurde die Gründung einer besonderen Ansiedlungskommission in Aussicht genommen, zu deren Vorsitzenden ich bestimmt wurde. Die von mir ein Jahr nach Uebernahme meiner Stellung aufgestellten Prinzipien für die staatliche Förderung des Besiedlungswesens in Südwestafrika mußten natürlich von vornherein der veränderten Tatsache Rechnung tragen, daß mittlerweile durch den Aufstand fast das gesamte Eingeborenenvieh und der größte Teil der vordem von den Farmern besessenen Bestände vernichtet war und daher Import von Zuchtvieh in Aussicht zu nehmen war. Dies vorausgeschickt, war ihr Inhalt, der sowohl die Billigung des damaligen Gouvernements von Südwestafrika als auch des Chefs der Kolonialverwaltung fand, im wesentlichen folgender. Der mit Futtergewächsen verschieden reich bestandene und teils ohne weiteres, teils nach künstlicher Wasserbeschaffung zu Weidezwecken ver-

jügbare Teil des Schutzgebiets wurde zu rund 500 000 qkm oder 50 Millionen Hektar angenommen. Die durchschnittliche Farmgröße sollte 10 000 Hektar betragen, wobei im Norden, d. h. im Bezirk Grootfontein, bis auf 5000 Hektar herabgegangen werden konnte, im Süden aber viel mehr Land für eine gedeihliche Wirtschaft zugrunde gelegt werden mußte. Es ergaben sich also, rein schematisch gesprochen, rund 5000 Besiedlungseinheiten oder Farmen. Als notwendiges Betriebskapital zum Beginn der Wirtschaft wurden für neu zuziehende Einwanderer, die nicht mehr daran denken konnten, auf die frühere Weise sich allmählich im Lande selbst etwas Kapital zu erwerben, 20 000 bis 25 000 Mk. angenommen. Hiervon sollten etwa 40 Stück Rinder (rund 8000 Mk.), einige hundert Stück Kleinvieh (zu 15 Mk. das Stück), ein größeres oder kleineres Gespann Ochsen mit Karre oder Wagen (3000 bis 6000 Mk.) gekauft, ein einfaches kleines Haus gebaut, Brunnen und Garten angelegt, Proviant, Arbeiterverpflegung und Arbeiterlöhnung für die ersten ein bis zwei einnahmearmen Wirtschaftsjahre beschafft werden. Mit einem geringen Startvieh anzufangen, lohnt in Südafrika aus dem Grunde nicht, weil noch der Zeitpunkt, wo der Farmer seine laufenden Betriebsausgaben aus dem Ertrage der eigenen Wirtschaft zu decken anfangen kann, ins Unabsehbar hinausrückt. Dieses Prinzip erfreut sich auch bei allen wirtschaftlichen Sachverständigen, Deutschen, Buren und Engländern, in Südafrika unter sonst normalen Verhältnissen einhelliger Anerkennung.

In welchem Tempo mit der Besiedlung auf dieser Grundlage vorgegangen werden sollte, hing natürlich davon ab, wieviel Ansiedlungslustige mit ganz oder teilweise genügendem eigenen Kapital sich zur Niederlassung in Südwest bereitfanden und welche Summe der Reichstag für staatlichen Zuschüsse zu dem Besiedlungswerk bewilligen würde. Grundsätzlich sollte daran festgehalten werden, daß Leute ohne eigenes Betriebskapital, die also vollständig auf staatliche Ansiedlungsunterstützung angewiesen waren, überhaupt nicht zuzulassen seien, da bei solchen oft keine genügende Wahrscheinlichkeit für eine zielbewußte, energische und sparsame Wirtschaftsführung vorhanden war. Ausnahmen in besonderen Fällen konnten natürlich vorbehalten bleiben. Eine südafrikanische Farmwirtschaft mit wenigen tausend Mark zu beginnen, hat keinen Zweck, weil die Produktion des Ertrags bei dem System der extensiven Weidewirtschaft, auf das der Ansiedlungsplan zugeschnitten sein mußte, ganz anders ist, als bei der Kolonisation von Ackerbaugebieten, wie z. B. in Kanada, den Vereinigten Staaten, Südbrasilien oder Argentinien. Dort genügt ein geringeres Anfangskapital, da der Landbau nach Urbarmachung und Bestellung eines gewissen Fläche bereits im ersten, spätestens im zweiten Wirtschaftsjahr die materielle Existenz der Ansiedlerfamilie im wesentlichen sichert. In Südwestafrika ist das nicht der Fall. Abgesehen von Fleisch, das der sparsame Farmer womöglich auch nicht der eigenen Herde, sondern dem Wildbeute entziehen wird, von Milch in der Regenzeit, und von etwas Getreide,



gemüse, dessen Ertrag auch zunächst sehr unsicher ist, müssen die Nahrungsmittel importiert und bar bezahlt werden. Das Wirtschaftsziel für die Kolonie wurde dabei in der Entwicklung zu einem Fleisch und Fleischprodukte exportierenden Wirtschaftsgebiet gesehen. Geologische und meteorologische Erforschung des Schutzgebiets, Wassererschließung, Landesvermessung, Eisenbahnbau, mußten das Besiedlungswerk, nach welchen Prinzipien es auch immer unternommen werden sollte, notwendig begleiten, wenn auf Erfolg gehofft werden sollte. Für die Agrarproduktion des Landes waren in diesem Programm durchaus enge Grenzen vorgegeben. Mit Ausnahme der nördlichsten Striche, wo der immer noch unregelmäßige und unsichere Regenfall Maisbau ohne künstliche Bewässerung zum Teil ermöglicht, bedingen die Wasserverhältnisse eine hohe Kostspieligkeit der Bodenbestellung. Außerdem mußten und müssen auch heute noch die Absatzverhältnisse im Lande selbst als viel zu beschränkte angesehen werden, um eine größere Ausdehnung des Landbaus zu ermöglichen; an Export kann vollends nicht gedacht werden. Nur in nächster Nachbarschaft größerer Plätze sind die Existenzbedingungen für eine nicht zu große Anzahl sogenannter Kleinsiedler gegeben; außerdem können einzelne Kulturen, wie z. B. Tabak, für den bei Weißen wie bei Eingeborenen in ganz Südafrika starker Bedarf vorhanden ist, besonders gepflegt werden.

Mit dem Wechsel im Gouvernement von Südwestafrika wurden diese Prinzipien der Besiedlung, die im übrigen keineswegs mein besonderes geistiges Eigentum waren, sondern sich einfach an die von der Natur gegebenen Wirtschaftsverhältnisse und an die so gut wie einstimmig bezeugte praktische Erfahrung aller Südafrikaner anlehnten, in wesentlichen Punkten verworfen und neue an die Stelle gesetzt. Anstatt ein Wirtschaftskapital von der angegebenen oder einer ähnlichen Höhe zu fordern, glaubte man Kronland auch an Kauflustige mit viel geringerem, zum Teil mit ganz unbedeutendem eigenen Kapital, zu Farmzwecken abgeben zu können, wobei die staatliche Ansiedlungsbeihilfe auf den — in der Regel voll bewilligten — Höchstbetrag von 6000 Mark festgesetzt wurde. Bezüglich der Farmgröße begann eine Tendenz zu möglichster Verkleinerung der Wirtschaftseinheiten vorzuwalten. Nicht nur im eigentlichen Nordbezirk, sondern im ganzen Hererolande wurden statt 10 000 Hektar 5000 für ausreichend erklärt, und entsprechend im Süden. Schließlich wurde noch ein besonderes Programm für Kleinsiedlung aufgestellt. In vielen Gegenden des Schutzgebiets wurden wasserhaltige Schwemmlandstriche oder Ländereien mit perennierenden Quellen aus dem übrigen Farmbesiedlungsplan herausgenommen und für Kleinsiedlungen reserviert; an einigen Punkten, namentlich in der Nähe von Okahandja, wurde auch schon mit der tatsächlichen Ansetzung von Dutzenden von Kleinsiedlern vorgegangen.

Diesem ganzen Systemwechsel in der Besiedlungsfrage lag das **Streben** zugrunde, die Zahl der weißen Bevölkerung so rasch wie möglich zu vermehren und auf diese Weise die Kolonie bezüglich ihrer Wehrfähig-

keit schneller selbständig hinzustellen, als es sonst der Fall sein konnte. Der Krieg in Südwestafrika, die Menge der dort kämpfenden Angehörigen so vieler heimischer Familien, der Aufschwung des kolonialen Interesses nach der Reichstagsauflösung vom Dezember 1906, wirkten zusammen, um zahlreiche Ansiedlungslustige ins Land zu bringen. Sie fanden bereitwillige Aufnahme und konnten meist ohne nähere Prüfung ihrer Vermögensverhältnisse und sonstigen wirtschaftlichen und persönlichen Qualitäten unter den neuen Bedingungen unschwer Land zum Farmen erwerben. Was die alten Farmer betraf, die ihre Wirtschaft noch vor dem Kriege begründet hatten, so begünstigte der schließliche Ausfall der Schadenshaltung durch den Reichstag den Wiederbeginn ihrer Wirtschaft in hohem Grade. Ebenso nahm das Gouvernement gleich anfangs überwiegend mit Energie und Glück die Beschaffung von Zuchtvieh aus dem britischen Südafrika für die alten und neuen Ansiedler in die Hand. Das war der Stand der Dinge, als ich Ende 1906 Südwestafrika verließ.

Jetzt nach zwei Jahren, während welcher Zeit abermals ein Wechsel im Gouvernement stattfand, fand ich bestätigt, was ich gleich den meisten Kennern der Verhältnisse von Anfang an vorausgesehen hatte: die Verwaltung hat sich in fortschreitendem Maße von dem Prinzip der Beschleunigung auf jeden Fall wieder abwenden und zu den früher skizzierten Grundsätzen zurückkehren müssen. Was zunächst den wichtigsten Punkt, die Notwendigkeit eines ausreichenden Betriebskapitals betrifft, so ist es nicht uninteressant zu sehen, wie das Gouvernement sich zu immer entscheidenderen Maßnahmen auf dem angedeuteten Wege genötigt gesehen hat. So heißt es z. B. in einer in der Südwestafrikanischen Zeitung wiedergegebenen Verfügung des Gouverneurs v. Schuckmann vom Oktober 1907, daß bisher zwar davon abgesehen worden sei, bei neuen Ansiedlern einen bestimmten Kapitalsnachweis zu verlangen, daß vielmehr im allgemeinen Farmen an solche Leute verkauft worden seien, denen nur sehr geringe Geldsummen zur Verfügung standen. Eine bestimmte Kapitalsumme unbedingt zu fordern, bleibe mißlich, im allgemeinen aber werde fortan doch darauf gesehen werden müssen, daß 10 000 Mark das mindeste seien, womit ein Farmbetrieb begonnen werden könne. Nur bei besonderer Landeserfahrung des Bewerber's dürfe davon abgesehen werden. Im Januar 1908 wird dies erneut und in verschärfter Form darauf hingewiesen, daß die 10 000 Mark die Mindestsumme darstellten; wo sie nicht nachgewiesen würden, könne kein Vertrag mit einem Farmkäufer abgeschlossen werden. Im Oktober 1908 heißt es dann: In Zukunft ist der Nachweis von 15—20 000 Mark verfügbaren Betriebskapitals je nach der Farm zu fordern. Dieses verlangte Betriebskapital sei das allergeringste, was ein alter Afrikaner, das einfachste Leben gewöhnt, haben muß. Neuankömmlinge seien zu warnen, mit zu wenig Kapital anzufangen. Damit ist also jene Anfangssumme von 20 000—25 000 Mark bereits so ziemlich erreicht, denn



15 000—20 000 Mark werden ausdrücklich als nur für alte und erfahrene Afrikaner zum Anfange ausreichend bezeichnet.

Ähnlich ist es mit den Kleinsiedlungen gegangen. Schon als die Idee einer besonderen Förderung des Kleinsiedlungswesens zu Anfang 1906 zuerst auftauchte, wandte sich hiergegen ganz besonders der warnende Widerspruch erfahrener Afrikaner. Außer auf die Unsicherheit der Wasserverhältnisse, durch die in Jahren besonderer Dürre die Kleinsiedlungskulturen Gefahr laufen würden, radikal zugrunde zu gehen, wurde auf die Gesundheitse Gefahr, auf die Schwierigkeit der Absatzverhältnisse, auf die Un- erfahrenheit der neuen Ansiedler und auf andere bedenkliche Punkte hingewiesen; freilich vergebens. Gouverneur v. Schuckmann war dann vorsichtig genug, von einer weiteren Entwicklung der geplanten Kleinsiedlungsbezirke, mit Ausnahme der bereits geschenehen Gründung bei Okahandja, abzusehen und das Ergebnis jenes einen Versuchs zu erwarten. Jetzt kann mit aller Bestimmtheit das Urteil abgegeben werden, daß es im wesentlichen negativ ausgefallen ist. In dem bereits erwähnten Erlaß vom Oktober 1907 hieß es schon, die Kleinsiedlungen sollten nicht forciert werden; es schiene vielmehr bedenklich, mit den Kleinsiedlungen zurzeit noch weiter vorzugehen. Die Beihilfen sollten die Leute nicht verleiten, Kleinsiedler zu werden, die nachher doch nicht existieren könnten, und mit den Anträgen auf Beihilfe sei daher besonders sorgsam zu verfahren und zu prüfen, ob das Geld dem Staat nicht verloren gehen würde. Das Reich habe diese Mittel nicht dazu bewilligt, daß die Ansiedler alte Schulden damit bezahlten und es sorglos wegwürfen, sondern es solle ihnen zur Grundlage für eine dauernde Existenz im Schutzgebiet dienen. Diese damals ausgesprochene Besorgnis, daß die staatlichen Beihilfen zum großen Teil verloren gehen würden, kann als verwirklicht angesehen werden. Schon in dem offenen Brief, mit dem die „Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung“ (Nummer 53 vom 4. Juli 1908) den Staatssekretär Dernburg bei seiner Ankunft in der Kolonie begrüßte, hieß es, in Uebereinstimmung mit dem allgemeinen Urteil im Lande: „Der Versuch, durch Kleinsiedlungen eine dichte Besiedlung zu fördern, gilt allen Kennern des Landes für fehlgeschlagen. Nach dem einfachen volkswirtschaftlichen Gesetz von Angebot und Nachfrage werden sich die Kleinsiedlungen in dem Umfange von selbst ergeben, der zur Befriedigung des Bedarfs an Bodenprodukten nötig ist, darüber hinaus sind die Kleinsiedlungen Treibhauspflanzen, die durch künstlichen Auftrieb durch Regierungsbeihilfen sehr bald zusammenfallen müssen, sind sie Schädlinge mit allen mißlichen Folgen einer künstlich großgezogenen Ueberproduktion.“ Als die Südwestafrikanische Zeitung so schrieb, bestand noch die Befürchtung; daß dem einen bereits fehlgeschlagenen größeren Versuch bei Okahandja noch ähnliche Experimente am Waterberg, bei Omaruru usw. folgen würden. Diese Furcht hat sich zum Glück nicht als begründet erwiesen. Bei Okahandja waren, größtenteils 1906 und 1907, im ganzen etwa 50 Kleinsiedlungen von durchschnittlich kaum zehn

sektar Umfang, mit gemeinsamer Weidenutzung, entstanden, davon die meisten auf einem zusammenhängenden Strich in der Nähe des alten Hereroplages Osjona. Wie sich jetzt übersehen läßt, wird sich, günstig gerechnet, ein Drittel der Leute halten können, die übrigen sind zum Teil bereits weggezogen, zum Teil stehen sie vor dem Zusammenbruch oder kümmern mühsam dahin. Diejenigen, die voran kommen, tun das zum Teil dadurch, daß sie einen gewerblichen Nebenbetrieb haben oder als tüchtige und energische Wirtschaftler sich ihren Absatz als Konkurrenten der Kleinsiedler von Windhuk und Omaruru in deren natürlichem Versorgungsgebiet suchen. Die Folge davon ist ein merklicher Preisfall für Kartoffeln, Gemüse und andere Bodenprodukte — an sich ja keine unerwünschte Erscheinung in Südwestafrika, aber natürlich erst recht nicht geeignet, die Existenzbedingungen der minder kapitalkräftigen und minder energiegelassen Ansiedler zu verbessern. Ebenjowenig wird man den eigentlichen Farmern in der Umgebung der größeren Plätze verbieten können, den dortigen Markt mit Vollerzeugnissen, Eiern, Kartoffeln und Gemüse zu beschicken. Daß unter diesen Verhältnissen für soviel neue Kleinsiedler keine Existenzmöglichkeit vorhanden war und daß daher der Versuch bei Okahandja mit dem Verlust des größten Teils der aufgewandten Staatsgelder enden würde, hat so ziemlich jeder Mensch in Südwestafrika von Anfang an vorausgesehen. Vor kurzem gelangte eine Kleinsiedlung bei Okahandja wegen einer geringfügigen Schuld des Ansiedlers von ca. 190 Mk. zur öffentlichen Versteigerung. Der einzige Bieter war der Gläubiger, der das Grundstück mit Wohnhaus, Brunnen und Garten für jenen Betrag erstanden. Nachträglich wurde eine halbamtliche Hilfsaktion für den Schuldner eingeleitet, und der Käufer, ein Kaufmann aus Okahandja, erklärte sich bereit, für den Betrag jener Schuld und seiner Kosten das Grundstück dem Eigentümer zurückzugeben, weil er weder selbst eine Verwertung noch für, noch Aussicht auf einen andern Abnehmer habe. Dieses praktische Beispiel zeugt genügend von dem gegenwärtigen Stande der Sache.

Ähnlich wie hier treten jetzt allmählich auch die Folgen der Zerkümmertung, die mit dem Verkauf von Farmland an zu schwach bemittelte Einwanderer gemacht worden sind. Trotz aller Bemühungen von verschiedener Seite, in der Heimat richtige Vorstellungen über die finanziellen Erfordernisse einer südwestafrikanischen Farmwirtschaft zu verbreiten, kam die Anzahl der Ansiedlungslustigen nach dem Kriege, und schon vor seiner vollständigen Beendigung 1906, mit wenigen tausend, manchmal auch nur mit ein paar hundert Mark in der Tasche in Swakopmund an. Diese glaubten die Leute eine Landwirtschaft beginnen oder sonst einen Fortschritt finden zu können, wo man sie mit offenen Armen aufnehmen würde. Schon die ersten Tage in einem Swakopmunder oder Windhuker Hotel brachten nicht wenigen eine traurige Ueberraschung. Wenn sie dann erfuhr, daß das Gouvernement ohne viel Prüfung der Verhältnisse er-

jeden an Ansiedlungslustige soundsoviel tausend Hektar Farmland und 6000 Mark Beihilfe dazu, auf 10 Jahre zinsfrei, abgebe, so glaubten sie, damit könnte es ihnen doch an nichts fehlen. Die Beihilfen sollten eigentlich nur auf Grund eines Verwendungsnachweises gezahlt werden. Mit diesem Nachweis wurde es aber an sich wenig genau genommen, auch war es viel zu schwierig, mit dem vorhandenen Beamtenpersonal an den amtlichen Kassen eine Kontrolle auszuüben, und in Wirklichkeit sind in nicht wenigen Fällen die 6000 Mark in der Form eines hypothekarisch eingetragenen Kredits bar und im voraus an Farmkäufer gezahlt worden. Die Folge war, daß das Geld öfters unwirtschaftlich verwendet wurde, teils aus Leichtsinne, teils aus Unerfahrenheit. Wie der Gouverneur in der bereits zitierten Verfügung selbst andeutet, haben manche das Geld dazu gebraucht, um in Deutschland die Schulden zu bezahlen, vor denen sie sich nach Afrika „gerettet“ hatten. Andere haben vorweg ein tüchtiges Stück der Beihilfe für Champagner verwendet, der seitdem in Südwest die ironische Benennung „Farmer-Weiß“ erhalten hat. Auch die „Zuchtschafe“, deren Erwerb einem solchen angehenden Farmer von dem Verkäufer mit 20 Mk. pro Stück zur Erbringung des Verwendungsnachweises bescheinigt wurde, sollen gleichfalls hier und da Schafe mit silbernen Höpfen gewesen sein. Man braucht solche Witze nicht einmal wörtlich zu nehmen, um sie doch als eine Charakterisierung der Verhältnisse zu würdigen. Die alten Farmer standen diesem neuen Zustuß, den sogenannten 6000 Mk.-Farmern, durchweg sehr kritisch und mit der Erwartung gegenüber, daß die Leute bald abgewirtschaftet haben würden. Daß es in allen Fällen, in denen kein genügendes Betriebskapital und kein genügender Ernst dahinter war, wirklich so kommen würde, daran konnte auch niemand zweifeln. Das öffentliche Urteil, das beim Erfolg wie beim Mißerfolg in gleicher Weise zur drastischen Ausdrucksweise neigt, übertreibt wahrscheinlich auch in Südwestafrika etwas die Erfahrungen, die mit den 6000 Mk.-Farmern gemacht worden sind. Es ist eine ganze Anzahl neuer Farmer mit leidlichen Geldmitteln und mit soliden Lebensgrundsätzen seit dem Kriege in das Schutzgebiet gekommen, und diese haben sich die Gelegenheit eines zinsfreien Vorschusses auf zehn Jahre natürlich ebenso gut zunutze gemacht, wie die andern, in deren Betriebskapital die 6000 Mk. von vornherein den einzigen oder doch den wichtigsten Posten bildeten. Man braucht auch nicht in Abrede zu stellen, daß hier und da einer sich auch mit geringen Mitteln redlich quält und vielleicht doch noch, wenn er Nebenerwerb zu suchen versteht, oder einen tüchtigen Kompagnon hat, der währenddessen auf der Farm sitzt, in die Höhe kommen wird. Unberechtigt ist nur der Versuch, die unerfreulichen Folgen leugnen oder vertuschen zu wollen, die sich durchschnittlich aus der Annahme von Ansiedlern ohne Kapital und aus der allzu bedenkenfreien Zuweisung der staatlichen Ansiedlungsbeihilfen ergeben haben. Nochmals sei darauf hingewiesen, daß für jeden, der mit afrikanischen Verhältnissen vertraut war, von Anfang an nichts anderes

als ein Mißerfolg dieser Politik zu erwarten stand. Wer mit einigen Duzend Stück Kleinvieh und mit 10 oder 12, ja, wie mir mit Bezug auf verschiedene „Farmer“ versichert worden ist, mit 5 oder 6 Stück Kühen in Südwestafrika zu wirtschaften anfängt und keinen dauernden Nebenerwerb hat, aus dem er seinen Lebensunterhalt und den fortlaufenden Zukauf von Vieh bestreiten kann, für den ist es unmöglich, sich länger zu halten, als seine baren Reserven oder sein Kredit bei den Kaufleuten im Lande reichen, denn seine Einkünfte aus einem so geringen Viehstande müssen jahrelang gleich null sein. Nehmen wir z. B. an, es farme jemand mit 20 Rindern und 200 Schafen, also einem Viehbestand, bis zu dem es eine ganze Anzahl der 6000 Mk.-Farmer nie gebracht hat. Zur Anschaffung des Viehs braucht er bei heutigen Preisen etwa 5000 Mk. An Einnahmen erzielt er im ersten Jahre nichts. Im zweiten Jahre kann er günstigsten falls gegen 100 junge Schlachthammel verkaufen, denn den weiblichen Nachwuchs muß er selbstverständlich zur Vergrößerung der Stammberde schonen. Für das Schlachtvieh wird er 1200 bis 1300 Mk. Erlösen in nächsten und dem darauffolgenden Jahr entsprechend mehr, je nach der Zunahme der Stammberde, wobei aber auf der anderen Seite mit einer fortwährenden Sinken der Preise für Schlachtvieh gerechnet werden muß. Vom Rindvieh hat er den ersten Ertrag frühestens nach 4 Jahren, der erst nach dem vollendeten dritten Lebensjahr kann ein junger Stier als Schlachtvieh oder als Zugtier zu einem rationellen Preise verkauft werden. Der Farmer muß also, unter der Voraussetzung, daß er von vornherein noch Geld genug hatte, um ein Haus zu bauen, Brunnen und Garten anzulegen, ein Gespann samt Gefährt und Lebensmittel für die ersten Monate zu kaufen, aus jenem Ertrage des Kleinviehs seinen eigenen Lebensunterhalt zunächst ganz bestreiten, dazu Lohn und Verpflegung für einige eingeborene Arbeiter, ohne die er weder seinen Garten verbessern, noch sein Vieh pflegen kann. Die Eingeborenenlöhne in Südwestafrika sind seit dem Aufhören des Kriegszustandes keineswegs niedrig, und auch bei den härtesten Ansprüchen vermag ein Weißer, wenn er sich gesund und arbeitskräftig halten will, nicht unterhalb eines gewissen Minimums an Nahrung und Kleidung zu existieren. Dazu kommen die unvermeidlichen Bedürfnisse an Alkohol und Tabak, denen der junge Ansiedler in Südwestafrika erfahrungsgemäß so gut wie nie zu entsagen imstande ist. Bedenklich ist aber im Lande nur zu sehr hohen Preisen zugänglich, da die Zölle für derartige Genußmittel mit Recht stark in die Höhe gesetzt sind. Es ist also unmöglich, daß er mit den wenigen tausend Mark, die ihm insgesamt während der ersten Jahre an Einnahmen aus dem eigenen Betrieb zufließen, die Kosten für seinen Unterhalt und für die Wirtschaft bestreiten kann. Die Folge ist, daß er versucht, Kredit zu bekommen, solange er geht, und dann, wenn die Zahlungsunfähigkeit da ist, entweder Subhastation oder freihändiger Verkauf der Farm. In beiden Fällen bleibt die Farm mit den 6000 Mk. Ansiedlungsbeihilfe, denen selten nennenswerte Zinsen

besserungen auf dem Grundstück gegenüberstehen, belastet. Der zweite Käufer erwirbt also erstens diese Farm um 6000 Mk. teurer und kann zweitens infolge der bereits bestehenden Belastung auf keine Ansiedlungsbeihilfe mehr rechnen. Der Gedanke, der als Argument gegen eine gar zu pessimistische Darstellung der Verhältnisse wohl geäußert wird, die Farmer, die sich nicht halten könnten, würden wahrscheinlich so gute Preise für ihre Farmen bekommen, daß sie schließlich noch mit einem Gewinn das Land verlassen, ist darum nicht richtig, weil er die Verschuldung der Leute nicht berücksichtigt, zu der sie der Mangel an Kapital von Anfang an getrieben hat; außerdem liegt es auf der Hand, daß jemand, dem das Messer an der Kehle sitzt, nicht in der Lage ist, auf einen guten Preis für sein Land zu halten. Ebenso lehrt die Erfahrung, daß gegenwärtig südwestafrikanische Farmen auf dem Substationswege billig fortgehen. Eine Wertsteigerung für Farmland ist im allgemeinen eingetreten, und sie ist zum Teil sogar ganz beträchtlich, aber sie bezieht sich nur auf gut gelegenes, farmwirtschaftlich erprobtes oder mit Wasseranlagen und Gebäuden bereits versehenes Land. Ausschlaggebend ist dabei die Lage zu den gegenwärtigen oder zukünftigen Verkehrswegen und Verdichtungspunkten der Bevölkerung.

Der dritte Punkt, an dem sich die Praxis der Verwaltung seit dem Beginn der neuen Ära in Südwestafrika im Gegensatz zu dem allgemeinen Urteil im Lande befunden hat, ist die Größe der Farm. In dieser Beziehung scheint das Gouvernement immer noch auf dem Standpunkt zu stehen, daß die Wirtschaftseinheiten klein bemessen werden müssen. So werden, wie oben bemerkt, für den Norden im Durchschnitt nur 5000 Hektar Farmland bewilligt. Nimmt man z. B. im Hererolande 10 bis 15 Hektar als die für ein Rind (oder 10 Stück Kleinvieh) erforderliche Weidefläche an, so ergibt sich, daß auf einer Farm von 5000 Hektaren gegen 400 Stück Großvieh gehalten werden könnten. Davon entfällt der vierte Teil, ca. 100 Stück, auf die Zuchtkühe, das übrige sind Kälber, Jungvieh und Tredochsen. Erfahrungsgemäß rechnet man in Südwestafrika mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 50—60 Prozent vom Muttervieh. Sobald also die Farm voll bestockt ist, kann eine Wirtschaft von 5000 Hektaren jährlich 50—60 Stück schlachtreifes Großvieh verkaufen. Auch das gilt nur für bessere, nicht für mittlere und schlechtere Weide. In Wirklichkeit werden sich natürlich Weidefläche und Einnahmen auf Groß- und Kleinvieh in wechselndem Verhältnis verteilen. Gegenwärtig betragen die Preise für Großvieh noch ca. 200 Mk., für Kleinvieh ca. 15 Mk. pro Stück. Sie sind aber in dauerndem Fallen begriffen, und wenn das südwestafrikanische Vieh einmal auf dem Weltmarkt verwertbar sein soll, so darf für Großvieh höchstens mit 100—110 Mk., für Kleinvieh mit 10 Mk. Ertrag pro Haupt gerechnet werden. Die Liebig-Kompagnie, die für ihre südwestafrikanische Gründung, die „Deutsche Farmgesellschaft“, zur Zeit 50 000 Hektar eigenes Land erworben hat und die mit den Schlachtungen und der Fabrikation von Fleischextrakt und Corned Beef beginnen will.

sobald der jährliche Antrieb ca. 30 000 Rinder beträgt, hat gleichfalls einen um die Grenze von 100 Mk. pro Stück liegenden Preis für Schlachtrinder zur Grundlage ihrer Kalkulation gemacht. Undernfalls wäre es ausgeschlossen, daß Südwestafrika mit Argentinien, Australien und anderen Produktionsgebieten konkurrieren kann. Selbst also wenn wir annehmen, daß durch die Zucht von Wollschafen und Mohairziegen, durch den Verkauf von Gartenprodukten (wobei aber wieder die Konkurrenz mit den Kleinsiedlern in Frage kommt), hier und da auch durch Straußenzucht der zukünftige Durchschnittsertrag einer 5000 Hektar-Farm auf 10 000 Mk. gehoben werden kann, so ist damit nur bewiesen, daß ein Farmbetrieb in Südwestafrika nichts für jemanden ist, der sich in materieller wie in sozialer und geistiger Beziehung eine höhere Lebenshaltung zum Ziel gesetzt hat. 10 000 Mk. Jahreseinnahme, wovon die Betriebskosten der Wirtschaft zu decken sind, müssen für deutsche Verhältnisse als eine recht stattliche Summe erscheinen; für Südwestafrika sind sie es nicht. Wer mit Familie, und mit einer Familie von südafrikanischer Kinderzahl, davon existieren will, der kann es nur, vergleichsweise, nach der Art unserer wohlhabenden heimischen Bauern. Wer behaglicher wohnen und in seiner Lebensführung nicht auf diejenigen Kulturgenüsse, die in der Kolonie zu beschaffen sind, verzichten will, wer seinen Kindern eine gute Erziehung geben, einen oder den anderen Sohn oder eine Tochter in Deutschland einer höheren Ausbildung teilhaftig werden lassen und in längeren Zwischenräumen selbst zu den Seinigen die alte Heimat besuchen will, der muß in Südwestafrika etwa auf das doppelte Einkommen, d. h. auf die doppelte Farmgröße rechnen können. Wir können es nicht als eine glückliche Politik betrachten, wenn zwar die alten Farmer, die noch unter der früheren Verwaltung ihren Grund und Boden erworben haben, reichlich mit Land ausgestattet sind und frohen Mutes für sich und ihre Kinder in eine wirtschaftlich und sozial gehobene Zukunft blicken können, die neuen Ansiedler dagegen zu einer Art Bauerntum festgehalten werden. Das Gesunde ist in Südwestafrika wie anderweitig eine richtige Mischung von größerem und mittlerem Grundbesitz. Von denen, die jetzt in der Hoffnung auf zukünftigen Wohlstand den Farmerberuf in Südwestafrika ergreifen, sind nur wenige imstande, mit aller Klarheit ein Bild der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Kolonie und ihrer eigenen Verhältnisse zu machen. Sie haben die Vorstellung, daß 5000 Hektar auf jeden Fall eine gewaltige Menge Land ist, und sie hoffen ins Unbestimmte hinein, daß die Viehpreise nicht nur nicht dauernd fallen, sondern durch irgendwelche nicht näher zu definierenden Ereignisse sogar wieder steigen würden. Viele von ihnen werden sich enttäuscht finden, wenn, sagen wir nach einem Jahrzehnt fleißiger Wirtschaft, am Ziele ihrer Mühe eine Existenz steht, die sich in keiner Weise mit ihren einstigen Hoffnungen vereinigen läßt. Will die Regierung Südwestafrika zu einem ausgesprochenen Bauernlande machen, so hat sie die Verpflichtung, das auch deutlich und öffentlich zu sagen und diejenige

Anfiedlungslustigen, die als Angehörige einer höheren gesellschaftlichen Schicht mit höherem Kapital und mit dem Wunsch auf eine zukünftige entsprechende Existenz kommen, darauf aufmerksam zu machen, daß das alles nicht in den Absichten der Verwaltung liege. Soviel über die Besiedlungsfrage.

Es ist ein eigentümliches Zusammentreffen, daß Südwestafrika, diejenige Kolonie, von der früher fast am wenigsten die Rede war, seit einer Reihe von Jahren bei weitem das meiste Interesse im Mutterlande erweckt: erst durch den Aufstand und die Kriegsjahre, jetzt durch die Diamantenfunde. Wer heutzutage aus Südwestafrika heimkehrt, wird unfehlbar zu allererst auf die Diamanten von Lüderichbucht angesprochen. Trotzdem oder vielmehr darum ist es bis jetzt nur möglich, sich mit Zurückhaltung über die Diamantenfrage zu äußern. Das, was vorläufig am meisten auffällt, ist die Tatsache, daß man zu Hause so spät begriffen hat, worum es sich handelt. Als der Staatssekretär Dernburg und sein finanzpolitischer Vertrauensmann Dr. Rathenau im Sommer auf den Diamantfeldern bei Lüderichbucht waren und sich persönlich davon überzeugten, daß tatsächlich Diamanten im Sande steckten, erwartete in Südwestafrika jedermann, daß nun das heimische Kapital in kürzester Frist die Angelegenheit in die Hand nehmen und einheitlich organisieren würde. Statt dessen geschah das Gegenteil. Zu Hause kümmerte sich kein Mensch ernsthaft um die Diamanten und in Lüderichbucht entstand eine ganze Anzahl von kleinen, wenig kapitalkräftigen Gesellschaften mit einer Menge zerplitterter Anteile. Diese Entwicklung hatte schon begonnen, als Dernburg in Südwestafrika war. Damals war es ohne Frage möglich, mit einer verhältnismäßig geringen Summe, die eben hätte riskiert werden müssen, alle bis dahin erworbenen Rechte in einer Hand zu vereinigen und dann mit der Ausbeute unter den vorteilhaftesten Voraussetzungen zu beginnen. Warum das eigentlich nicht geschehen ist, danach fragt man sich heute vergeblich. Erst als die Nachrichten aus Südwestafrika immer bestimmter lauteten, als tausende von Karat Lüderichbuchter Diamanten versandt wurden, als Versuche offenbar wurden, das Lüderichbuchter Vorkommen unter die Kontrolle des britischen Kapitals zu bringen und die Interessenten in Britisch-Südafrika sich aufregten, da erst kam Leben in die heimischen Kreise. Jetzt natürlich, bei der immensen Wertsteigerung der Lüderichbuchter Anteile, bei den vielfach unterdessen eingetretenen Besitzverschiebungen und bei dem zweifellos stattgehabten Uebergang nicht weniger Anteile in ausländische Hände, ist es viel schwerer, die einheitliche Organisation, an der unter Führung des Reichskolonialamts gearbeitet wird, zustande zu bringen. Glücklicherweise ist wenigstens ein erheblicher Teil, wie es heißt ein Drittel, des vorläufig als diamanthaltig zu betrachtenden Areals in staatlichem Besitz verblieben.

Die Hauptfrage ist natürlich, wie groß der Wert des ganzen Lagers ist. Leider ist es nicht möglich, darauf zurzeit eine hinreichend begründete Auskunft zu geben. Eine private Schätzung, die mir aber auch von sach-

verständiger Seite als möglicherweise zutreffend bezeichnet worden ist, nimmt die Gesamtmenge der in der Diamantenzone vorhandenen Steine auf etwa 3 Millionen Karat an, die alle in der obersten Sandschicht zerstreut liegen. Bei den Lüderigbucht Steinen liegt eigentümlicherweise, von den ganz kleinen Splittern abgesehen, das Gewicht der Stücke zwischen den Grenzen von  $\frac{1}{8}$ — $\frac{7}{8}$  Karat. Die meisten der besseren Steine, die man zu haben bekommt, sind etwa  $\frac{1}{4}$  Karat schwer. Unsortiert werden die Lüderigbucht rohen Diamanten jetzt mit 30—32 Mk. pro Karat gehandelt; sortierte Steine je nach Qualität mit 6—60 Mk. pro Karat; in Ausnahmefällen der Preis allerdings noch erheblich höher. Ausgesuchte gute Qualität ist in geschliffenem Zustande in Amsterdam auf 200—240 Mk. pro Karat geschätzt worden sein. Sollte also jene Annahme 3 Millionen Karat für die gesamte Feld annäherungsweise zutreffen, so würde der Wert des Vorrates nahe an 100 Millionen Mk. heranreichen. Dieser Betrag ist an sich nicht unbedeutend, erscheint aber sehr bescheiden, sobald man ihn mit der Diamantenproduktion des britischen Südafrika vergleicht, denn er ist kaum an den Wert einer einzigen Jahresausfuhr der Kapkolonie, Transvaal und Oranjes an Diamanten heran. Die Kleinheit der Funde beeinträchtigt ihren Wert nicht; im Gegenteil, gerade die Größen, die in der Lüderigbucht gefunden werden, sind gut marktgängig und leiden am wenigsten unter den Krisen, die den Diamantenhandel im übrigen je nach der steigenden oder fallenden Konjunktur des allgemeinen Wirtschaftslebens treffen. Sie können schätzen auch die Qualität der Lüderigbucht Steine als eine der durchschnittlich hohe ein; ihr Feuer in geschliffenem Zustande ist ein außerordentliches und ich habe es selbst zu wiederholten Malen erlebt, daß die ihnen ich rohe südwestafrikanische Steine zeigte, sie bei flüchtigem Ansehen bereits für geschliffen hielten.

Es fragt sich, ob das, was bisher in der obersten Sandschicht der Lüderigbucht nachgewiesen ist, den ganzen vorhandenen Vorrat repräsentiert oder ob noch mehr davon gefunden werden kann. Diese Frage hängt natürlich auf das engste mit der weiteren zusammen, ob die Lüderigbucht Diamanten an der Stelle liegen, wo sie entstanden sind, oder ob sie durch irgendwelche Einwirkungen an den Fundort transportiert worden sind. Im letzteren Falle würde es sich darum handeln, wo die Ursprungsstätte zu suchen ist. Darüber ist aber bisher keinerlei haltbare Vermutung laut geworden. Die Geologen sind sich nur über die eine Tatsache einig, daß die Lüderigbucht Vorkommen bisher in jeder Beziehung ein Unikum darstellt. Es hätte daher auch gar keinen Wert, an dieser Stelle die verschiedenen Möglichkeiten, an die man gedacht hat, aufzuzählen.

Außer durch seine Diamanten hat Südwestafrika in letzter Zeit auch durch eine Reihe neuer Hottentottenüberfälle auf Ansiedler und Schutztruppenposten von sich reden gemacht. Diese letzteren Vorkommnisse bestätigen die im Lande selbst allgemein geteilte Ueberzeugung, daß die Gefahren namentlich im Süden noch durchaus nicht als wiederhergestellt gelten können.



Nachdem ich die Kolonie selbst von neuem besucht und mich an unterrichteter Stelle eingehend informiert habe, muß ich meine vor einem Jahr hier ausgesprochene Meinung, daß die Verhältnisse in Südwestafrika wohl eine Verringerung der Schutztruppe auf 2000 Mann erlauben würden, berichtigen.

Zu Ende des Jahres 1908 waren noch 3000 Mann in Südwestafrika vorhanden, davon zwei verstärkte Eisenbahnbau-Kompagnien (360 Mann). Vom 1. Januar 1909 ab war es beabsichtigt, die Truppenstärke auf 2500 Mann herabzusetzen, darunter natürlich die Eisenbahner. Die Kosten der Schutztruppe betragen gegenwärtig alles in allem 4000 Mk. pro Mann, wobei Aus- und Rückreise, sowie sämtliche sonstigen indirekten Ausgaben für die Aufrechterhaltung der Gesamtzahl in Südwestafrika mit einbegriffen sind. 2500 Mann bedeuten demnach eine Belastung des südwestafrikanischen Etats mit etwa 10 Millionen Mark. Die letzten Ueberfälle im Süden, die glücklicherweise dank dem Zusammenwirken zwischen uns und der Kapkolonie zu einem raschen vorläufigen Ende gebracht zu sein scheinen, werden die Kolonialverwaltung aber doch wohl veranlassen, mit der Heimsendung der 500 Mann, um die zum 1. Januar die Verringerung eintreten sollte, noch etwas zu warten. Wenn auch vorläufig keine weiteren unangenehmen Vorfälle passiert sind, so können sie darum doch jeden Augenblick eintreten, und vor allen Dingen, was das Wichtigste ist: jene Pottentottenputzche haben gezeigt, daß von einer friedlichen Gesinnung unter den halbbesiegten Namastämmen des Südens noch nicht die Rede sein kann. Wer daran geglaubt hat, hat sich in einer gewissen Selbsttäuschung befunden, einer Selbsttäuschung, die in Deutschland begreiflich sein mag, die aber in Südwestafrika nicht vorhält. Es ist ein Irrtum, wenn man von den Bondelzwarts annehmen wollte, sie fühlten sich überwunden. Das tun sie nicht; sie empfinden vielmehr ihr Verhältnis zu den Deutschen als ein rein vertragliches, dessen Innehaltung lediglich davon abhängt, wie sie sich von unserer Seite behandelt fühlen und welche praktischen Chancen sie bei einem erneuten Bruch mit uns zu haben glauben. Eine Anzahl Bondels arbeitet an der Südbahn, aber es sind das lange nicht alle arbeitsfähigen Männer, und die da arbeiten, tun es meistens nur vorübergehend und kurze Zeit. Die Hauptmenge der Bondels sitzt in den ihnen zugewiesenen Reservaten und ist der Ueberzeugung, daß es unsere Pflicht sei, für ihren Unterhalt zu sorgen. Bekanntlich haben die Leute, als sie sich zu Weihnachten 1906 durch Vertrag ergaben, mehrere tausend Stück Kleinvieh in ihrem Unterhalt bekommen. Dieses Kleinvieh war dazu bestimmt, den Stamm für einen zukünftigen größeren Viehbesitz zu bilden, der zusammen mit dem Ertrag von Lohnarbeit im Dienst der Regierung und Privater die Existenz des Volks sichern sollte. Es gibt aber kaum einen von den Bondels, der ehrlich der Meinung ist, es gälte nun vom Ertrage des Viehs zu leben, vielmehr denkt jedermann: Wir essen was wir haben, und arbeiten soviel wir Lust haben, und was uns fehlt, muß

uns die Regierung geben. Sehen wir, daß wir nichts mehr bekommen wollen wir wieder Nama mit den Deutschen sprechen! Im Süden wird vielfach behauptet, daß die Regierungskommissare in den Bondelsreideren zu nachgiebig gegen die Leute seien und ihnen alles gäben und verschämten was sie wollten. Wie weit diese Behauptung richtig ist, muß ich dahingestellt lassen. An sich glaubhaft, weil auf einer regelmäßig sich wiederholenden Erfahrung beruhend, ist die andere Klage, daß die Kommissare bei Differenzen zwischen Weißen und Eingeborenen gewöhnlich die Partei der letzteren nähmen. Diese Erscheinung kehrt bei den meisten Emancipierten und Beamten in Südwestafrika wieder, denen besondere Verwaltungskompetenzen unter der Eingeborenenbevölkerung zugewiesen sind. Die Herren fühlen sich alsbald in der Rolle der wohlwollenden Kuratoren des vermeintlich schwächeren Teil und werden in dieser Idee von den schlauen Eingeborenen mit dem größten Geschick bestärkt. Die Folge ist, daß die weißen Ansiedler ebenso regelmäßig über Bevorzugung der Eingeborenen klagen. Daß sich aus diesen Zuständen innerhalb der südafrikanischen Eingeborenenfrage und speziell bei den Bondels wirkliche Gefahren ergeben können, darf nicht geleugnet werden. Die Bondels besitzen Waffen soviel sie wollen, denn die sogenannte Waffenabgabe nach dem Naalkfontein-Frieden war doch mehr Komödie. Im ganzen Süden hat auch schon vor den letzten Ereignissen fortwährende Viehdiebstähle stattgefunden, und wenn man da jedesmal ernsthaft hintergefaßt hätte, so ist man sich in kürzester Frist in einem erneuten kritischen Stadium der gesamten Bondelsfrage befunden. Die Zahl der kriegsfähigen Bondels beträgt 400 bis 500 betragen. Verstärkt wird das fatale Gefühl angesichts der Lage noch durch die Zustände bei den Versaba-*Hottentotten*. Die *Witboois* und ein Teil der *Bethanier* haben den Aufstand nicht mitgemacht, obwohl sie ihren Landsleuten, namentlich den *Witboois*, allerlei Vorschub leisten. Bei den Versabaern haben die *Witboois* wahrscheinlich auch den größten Teil ihrer Gewehre vor der Uebergabe versteckt. Die Zahl der kriegsfähigen bei den Versabaern wird nicht viel geringer sein, als bei den Bondels, und auf jeden Mann kommen hier sicher mehrere Gewehre. Die Haltung der Versabaleute ist gegenüber den Weißen in letzter Zeit die höchst selbstbewußte, hier und da eine direkt freche geworden. Im Hinblick von Verwicklungen mit einer anderen europäischen Macht haben wir den sofortigen Aufstand der Bondels und der Versabaer zu erwarten, außerdem auf bedeutenden und gut bewaffneten Zuzug von jenseits der Grenze rechnen können.

Eine weitere Schwierigkeit bildet das Vorhandensein des Häuptlings Simon Copper mit den Resten seines Stammes, der *Gochas-Hottentotten*. Simon Copper sitzt 150—200 Kilometer weit jenseits der deutsch-englischen Grenze. Auch das siegreiche Gefecht, in dem Anfang 1908 Häuptling von Erdfert fiel, fand auf englischem Gebiet statt. Die kapländische Regierung hat diese Tatsache aus leicht verständlichen Gründen ignoriert.

beiden Seiten der Grenze dehnt sich in jener Gegend viele Tagereisen weit die wasserlose und, mit Ausnahme der Jahreszeit, in der die wilde Ischamas-Melone reift, unbewohnbare und unbewohnte Kalaharisteppe aus. Auch die deutsch-englische Grenzvermessung hat seinerzeit davon absehen müssen, in dieser Region die Grenze zu vermarken, weil es unmöglich war, Wassertransporte hinzudirigieren. Erst die Ausbildung unserer Kamelreiter-Detachements während der letzten Zeit des südwestafrikanischen Krieges und in den Monaten der Vorbereitung auf die Erdertsche Expedition haben es ermöglicht, diesen Schwierigkeiten erfolgreich Troß zu bieten. Vorläufig zwingt uns Simon Copper noch dazu, etwa 500 Mann allein auf die Grenzbesetzung gegen die Kalahari zu verwenden. Der Zweck dieser starken Sicherungslinie ist es, die Hottentotten am Viehraub innerhalb des deutschen Gebiets zu verhindern und sie dadurch allmählich auszuhungern. Sie selbst haben nur noch sehr wenig Vieh, und wenn sie keins mehr im deutschen Gebiet erbeuten können, so werden auch keine englischen Händler mehr zu ihnen kommen, um ihnen Munition und sonstige dringliche Lebensbedürfnisse zu verkaufen. Ein einziger erfolgreicher Beutezug in das deutsche Farmgebiet würde sie dagegen wieder auf längere Zeit hinaus mit dem Notwendigsten versehen. Während meines Aufenthaltes in Südwestafrika hieß es, daß die Copperleute bereits so sehr in Not geraten seien, daß sie sich auf den Weg nach Osten begeben hätten, um sich den Behörden in Britisch-Betschuanaland zu stellen. Sobald das wirklich geschieht, würde ein Teil der Grenzbesetzung an der Kuob- und Nosoblinie zurückgezogen werden können, aber vorher wird man wohl noch bestimmtere Nachrichten über den Verbleib Simon Coppers abwarten müssen.

Der entscheidende Grund für die Bedenken, denen nach der jetzigen Lage der Dinge jede Truppenverminderung in Südwestafrika begegnen muß, ist das Fehlen einer durchgehenden Eisenbahnverbindung von Norden nach Süden. Wäre eine solche vorhanden, so wäre es möglich, für die ganze Kolonie mit einem einzigen Hauptdepot auszukommen, von dem aus Mannschaften und Vorräte im Bedarfsfalle dorthin dirigiert werden könnten, wo sie nötig sind. Für den Norden und die Mitte genügt ein einziges solches Hauptdepot, weil die beiden Bahnlinsen Windhuf—Swakopmund und Swakopmund—Tsumeb, die sich bereits bei Karibib treffen, für etwa notwendig werdende Truppentransporte nach allen wichtigeren Punkten verfügbar sind. Was den Süden betrifft, so hört man nicht selten die Idee äußern, daß die neue Bahn von Lüderitzbucht nach Keetmanshoop mit ihrer südlichen Abzweigung ins Vondelsgebiet in Verbindung mit dem Seewege von Swakopmund nach Lüderitzbucht allen praktischen Anforderungen zu genügen imstande sei. Das ist ein Irrtum. Um, sagen wir, 1000 Mann Truppen mit Pferden und aller sonstigen Ausrüstung auf der vorhandenen Kleinbahn von Windhuf nach Swakopmund zu befördern, um dann alles in Swakopmund auf den Dampfer zu verladen, nach Lüderitzbucht zu bringen, dort auszushippen und schließlich nach Keetmanshoop zu

fahren, würden rund drei Wochen vergehen. Während der Zeit könnte die Truppe auch per Fußmarsch von Windhuk nach Keetmanshoop gelangen. Wenn aber der Fall einmal eintreten sollte, daß im Süden bedeutende Verstärkungen nötig sind, dann werden sie sehr schnell nötig sein, und nicht erst nach drei Wochen. Diese Sachlage nötigt uns also, ein zweites Hauptdepot in Keetmanshoop zu unterhalten und von vornherein soviel Truppen im Süden zu stationieren, daß die dort vorhandene Macht für jede Eventualität allein auf sich gestützt begegnen kann. Eine direkte Bahnverbindung zwischen Windhuk und Keetmanshoop würde es nach dem Urteil der verantwortlichen militärischen Autoritäten ermöglichen, die Schutztruppe auf 2000 Mann zu vermindern. 1000 Mann Ersparnis bedeuten 4 Millionen weniger im Etat von Südwestafrika, 500 Mann Ersparnis 2 Millionen. Bekanntlich hat das Kolonialamt die Erbauung der Zweiglinie der Südbahn von Seeheim nach Kalkfontein unter anderem hauptsächlich damit motiviert, daß die Betriebs- und Verzinsungskosten durch die Ersparnis an dauernder Truppenhaltung im Süden aufgewogen werden würden. Das ist vollkommen richtig, aber dieselbe Motivierung gilt auch für die Bahn Windhuk—Keetmanshoop. Für diese würde gleichfalls der größte Teil der laufenden Betriebs- und Verzinsungsausgaben durch die Truppenersparnis gedeckt werden, und außerdem würde erst solche Bahn erst die wirtschaftliche Entwicklung des Farmgebietes im ganzen Gibeoner Bezirk ermöglichen. Von der Wollschafzucht, auf die dort amtlich und außeramtlich große Hoffnungen gesetzt werden, wird ohne Zweifel nicht viel zur Wirklichkeit werden. Daß Eisenbahnen in solchen Gebieten extensiver Viehzucht, wie Südwestafrika, erst mit der Zeit rentieren, und daß sie die Besiedlung und wirtschaftliche Ausnutzung des Landes, in ihnen späterhin ihre Frachten gibt, erst selbst schaffen müssen, das ist nun nachgerade ein so landläufiger Erkenntnisfaß geworden, daß es darüber keiner langen Ausführungen mehr bedarf.

Auch die Ovambofrage hat neuerdings ein etwas anderes Gesicht gewonnen, als es noch vor kurzem schien. Das Amboland kommt für uns in Betracht als Lieferant von Arbeitskräften, sowohl für den Minenbetrieb als auch für sonstigen privaten Wirtschaftsbedarf in der nördlichen Hälfte des Landes. Die Idee, im Ambolande einmal größere Baumwollkulturen oder ähnliches zu verwirklichen, ist eine phantastische und setzt sich über die realen klimatischen und Bodenverhältnisse wie über die Rücksicht auf die verfügbaren Arbeitermengen hinweg. Als Arbeiter aber sind uns die Ovambo für Jahr nach Süden ziehenden Ovambos wichtig, ja unentbehrlich. Nachdem der deutschfeindliche Häuptling Nchale, der im Januar 1904 den Ueberfall der Militärstation Namutoni veranlaßt hatte, vor kurzem gestorben war, entsandte das Gouvernement den Hauptmann Francke in das Amboland, um die Häuptlinge zu besuchen und die deutsche Schutzhegemonie in Erinnerung zu bringen. Francke, der nur mit einigen wenigen Begleitern reiste, führte diese Aufgabe in sehr glücklicher Weise aus. Er

die Ovambos durchaus friedlich und gutwillig, stieß aber überall auf Klagen über die Portugiesen. Portugal entfaltet seit einigen Jahren im nördlichen Teil des Ambolandes, der zu seiner Kolonie Angola gehört, eine lebhafteste militärische Tätigkeit, die bisher, wenn auch noch nicht von endgültigem, so doch erheblichem Erfolge gekrönt gewesen ist. Portugiesische Patrouillen haben dabei zu wiederholten Malen die Grenze überschritten und bei den innerhalb unseres Schutzgebietes lebenden Ovambos Vieh und andere Lebensmittel requiriert. Außerdem ist eine Menge portugiesischer Händler mit Waffen, Munition, Schnaps, Tabak und anderen Waren vom Norden her ins Land gekommen und beutet es aus. Von unserer Seite ist, um Zusammenstöße und Verwicklungen mit den Ovambos vorzubeugen, die Grenze für den Handel gesperrt, so daß keine deutschen Händler zu den Ovambos hineindürfen. Die Folge des jetzigen Zustandes ist also, daß dieser Teil unserer Kolonie zwar den Portugiesen, nicht aber den Deutschen zur Ausnutzung offen steht. Ganz neuerdings war ein fremder Händler mit mehreren hundert Stück Ochsen aus dem Amboland bis nach Karibib gekommen, wo er die Tiere zum Verkauf stellte. Grande hatte seinerzeit den Ovambos gesagt, er würde nach einer Weile mit einer Truppenabteilung wiederkommen und den Ovambos die Soldaten zeigen, die sie gegen die Portugiesen beschützen würden. In Berlin war man aber zu ängstlich, um diese Expedition, die vollkommen friedlich verlaufen und den Ovambos nur die deutsche Macht vor Augen führen sollte, zu gestatten; ebenso wurde der Gedanke an eine Residentur im Amboland wieder fallen gelassen. Das ist sehr zu bedauern. Natürlich kann man keine weiße Kompanie in dem klimatisch ungesunden Gebiet stationieren, sondern man muß dem Residenten entweder eine in Ostafrika, Kamerun oder Togo zu rekrutierende farbige Truppe an die Seite stellen, oder aber es muß eine hinreichend starke Abteilung der Schutztruppe an der Südgrenze des Ambolandes, wo die Malaria-Gefahr noch nicht so bedeutend ist, zur Verfügung des Residenten gehalten werden. Falsch ist es nur, die Ovambos, nachdem man sie einmal durch einen hervorragenden und populären Truppenführer hat besuchen lassen, jetzt wieder sich selbst zu überlassen, und ebenso wenig darf daran gedacht werden, die Ovambogrenze ohne einen genügenden militärischen Schutz zu lassen.

Neben der Entwicklung dieser militärisch-politischen Dinge wird man in Südwestafrika mit Spannung den Ergebnissen entgegensehen dürfen, welche die Verhandlungen des Reichskolonialamts mit den verschiedenen Land- und Bergwerksgesellschaften zeitigen werden. Am wichtigsten darunter sind erstens die Organisation der Diamantengewinnung in Lüderitzbucht und zweitens das Abkommen mit der South West African Company über die Schürffreiheit in ihrem Konzessionsgebiet. In der Diamantenfrage wird es sich darum handeln, eine solche Form zu finden, bei der eine angemessene Beteiligung des Fiskus an den Erträgen des Abbaus gesichert und ausländische Einflußnahme ferngehalten wird.

Der South West African Company gegenüber kommt es vor allen Dingen darauf an, daß die Gesellschaft genötigt wird, die Schürffreiheit in einer Form zu erklären, die nicht bloß eine nominelle Bedeutung hat. Die Regierung ist ihr gegenüber im Besitz eines kräftigen Druckmittels. Die Kompagnie besitzt zwar die Minenrechte in einem großen Teil des Nordgebietes von Südwestafrika, aber sie besitzt nur innerhalb enger Grenzen das Recht, das dem Staat in Bergwerksfragen gehört: Bergbaufelder, die auf privatem Grund und Boden liegen, zur Verwirklichung des Abbaus zu enteignen. Der Mangel dieses Rechts beraubt die übrigen Minenberechtigten der Gesellschaft zum größten Teil ihres praktischen Wertes, und es sollte daher nicht allzu schwierig sein, gegen die Gewährung von Berechtigungen ähnlich den staatlichen Vorrechten eine wirkliche Freigabe des Schürfens auf dem Konzessionsgebiet der Gesellschaft zu erzielen.

\* \* \*

Abgesehen von Südwestafrika, das durch seine außerordentlichen Militärausgaben und durch den Beginn der Wirtschaftskrisis, von der wir weiter oben gehandelt haben, eine Ausnahmestellung einnimmt, ist das Bild der Entwicklung unserer afrikanischen Kolonien im Augenblick wirtschaftlich ein ziemlich einheitliches. Besonders interessant sind dabei einige Einzelheiten aus Kamerun. Der Kakaobau am Fuß des Kamerunberges, der bereits einem so kritischen Stadium angelangt war, daß verschiedene Pflanzer die Kakaobestände aufzugeben und dafür Kautschuk zu pflanzen angingen, hat nun doch einen nennenswerten Fortschritt gemacht. Die Gesamternte, die im Jahr 1906 nicht ganz 24 000 Zentner fertigen Kakaos betrug, ist 1907 auf über 32 000 Zentner gestiegen. Für 1908 ist noch keine abgeschlossene Statistik vorhanden.

Wenn auch Rückschläge durch Insektenfraß, Trocknungs- und Fäulnisverderbnis, sowie infolge unzuweckmäßiger Pflanzung immer noch auftreten werden, so kann man sich des erreichten Resultates doch freuen. Der Gesamthandel von Kamerun ist in überraschender Weise gestiegen. Gegen das Vorjahr um beinahe 10 Millionen Mk., d. h. um über 40 Prozent. Davon hat sich die Einfuhr um etwa 4, die Ausfuhr um fast 6 Millionen Mark vermehrt. Der Handel betrug (in runden Zahlen) im Jahre:

	Einfuhr	Ausfuhr	Zusammen
1906:	13,3 Millionen Mk.	9,9 Millionen Mk.	23,2 Millionen Mk.
1907:	17,3 " "	15,9 " "	33,2 " "

Die Zunahme der Ausfuhr beruht hauptsächlich auf der Produktionssteigerung in Kakaos, Palmkernen, Palmöl und Kautschuk; von der die Einfuhr entfallen die Hauptbeträge auf Textilwaren, Bekleidungsgegenstände und Salz. Mit dem Fortschreiten des Baues der Manenguba-Eisenbahn wird sicher eine weitere starke Vermehrung des Exports von Palmöl, Palmkernen stattfinden. Wäre nicht Ende 1907 der Preissturz des Kautschuks von 8 Mk. auf weniger als 4 Mk. pro Rilo Kistia-Kautschuk erfolgt, so würde die Zunahme des kameruner Handels noch viel augenfälliger

sein. Der Gesamtwert der Kautschukaufuhr hat sich trotz des Preisrückgangs von 1906 auf 1907 um 3 Millionen Mk. vergrößert, weil die Kautschukfirmen bestrebt waren, den Verlust durch Steigerung der Quantität auszugleichen. Leider handelt es sich immer noch fast nur um wilden, durch Raubbau gewonnenen Kautschuk.

Politische Fragen der Eingeborenenbehandlung spielen augenblicklich außer in Südwest= auch noch in Ostafrika eine wichtige Rolle. Inwiefern in Südwestafrika namentlich auf dem Gebiet der Eingeborenenpolitik Grund zu Besorgnissen vorliegt, haben wir bereits erwähnt. Ueber die Frage der dortigen Selbstverwaltung wird zu reden sein, wenn die betreffenden Entwürfe amtlich bekannt gegeben sind. Aus Ostafrika ist aber vor kurzem eine Zeitungsnachricht gekommen, die, wenn sie zutreffen sollte, leider zu sehr starken Bedenken gegen die Verwaltung der Kolonie Anlaß geben würde. Es handelt sich um die Einrichtung einer Kommunalverfassung für diejenigen Wohnplätze, die eine größere weiße Bevölkerung aufweisen. Es heißt nun in dem betreffenden Bericht, daß nach den Absichten des Gouvernements von Ostafrika die kommunale Vertretung in zwei Körperschaften, eine für die Weißen und eine für die Farbigen, gegliedert werden soll. Einiges, was über das Verhältnis dieser beiden Korporationen unter einander und zum Gouverneur gesagt wird, scheint nicht recht klar zu sein, aber es steht z. B. ausdrücklich da, es könne der Fall eintreten, daß die farbigen Kommunalverordneten etwas Entgegengesetztes beschließen, als die weißen. Alsdann soll die Entscheidung beim Gouverneur liegen. Da der Bezirksamtmann, der Vorsitzender des ganzen Stadtrats sein soll, natürlich jederzeit in der Lage ist, die Stimmen der farbigen Vertreter nach seinen Wünschen zu dirigieren, so würde sich also hieraus ergeben, daß sobald dem Gouverneur ein Beschluß der weißen Vertreter nicht paßt, er alsbald durch ihre schwarzen Kollegen Widerspruch erheben lassen und damit die weiße Bevölkerung in ihren Wünschen und Ansichten administrativ matt setzen kann. Wenn tatsächlich ein solcher Plan vorliegen sollte, so wäre er gleichbedeutend mit der gewalttätigen und künstlichen Heranzüchtung der schwarzen Zukunftsgefahr für unsern ostafrikanischen Besitz. Ich müßte es persönlich im höchsten Grade bedauern, einem Mann von der Noblesse und den vortrefflichen Absichten des Freiherrn von Rechenberg entgegenzutreten. Aber in diesem Falle könnte es keine Rücksicht geben. In ganz Ostafrika denkt heute kein Farbiger, weder Araber, noch Indier, noch Suaheli, noch Schensi, daran, daß er irgendwelche Verwaltungs- und Regierungsrechte innerhalb desjenigen Kreises von Angelegenheiten habe, die den Weißen mitgehen. Daß man in Gebieten mit reiner Eingeborenenbevölkerung nicht ohne einheimische Ortsvorsteher und Häuptlinge auskommen kann, ist selbstverständlich; dafür haben die Eingeborenen das natürlichste Verständnis. Ebenso klar ist ihnen, daß der Gouverneur in Daressalam und seine Vertreter ohne weiteres ihren Häuptlingen übergeordnet sind und daß sie alle in Befehl der Beamten Gehorsam schulden. Die Sache der Weißen liegt

aber für die Vorstellung aller Eingeborenen in einer ganz anderen Sphäre, mit der sie nichts zu tun haben. Die Idee, durch gewählte oder ernannte Vertreter mit zur Beratung und Beschlußfassung über Dinge berufen zu werden, die zu den allgemeinen Landes- oder Kommunalangelegenheiten gehören, ist dem Eingeborenen auf seinem jetzigen Bewußtseinsstande vollständig fernliegend. Wenn sie ihm durch eine derartige Organisation der Verwaltung, wie die berichtete, künstlich eingeimpft wird, und er nun die Erfahrung macht, daß er nicht nur seinen Willen gegen den der Weißen setzen, sondern unter Umständen auch die Oberhand über das erhalten kann, was die Weißen wollen, so wird die alsbaldige und unausbleibliche Folge davon eine vollständige Verwirrung der Begriffe bei den Eingeborenen sein. Was der Eingeborene begreift und wonach er ein berechtigtes Verlangen trägt, das ist gerechte Behandlung und Verständnis für seine Bedürfnisse. Wird ihm das zuteil, so ist er zufrieden. Werden aber die Farbigen jetzt zur Kommunalverwaltung mit herangezogen, so kann es gar nicht anders kommen, als daß eine törichte und schädliche Selbstüberhebung, ein maßloser Dünkel sie faßt. Das einzige, was die Leute, zumal die Masse der Eingeborenen, davon verstehen werden, wird die Tatsache sein, daß sie ebenso gut Herren sind wie die Weißen, daß ihr Wort soviel gilt wie das der Weißen — und von da bis zur offenen Widersetzlichkeit gegen behördliche Anordnung ist dann nur noch ein Schritt. Wie stellt sich denn der Gouverneur die Lage in der Kolonie vor, wenn erst eine Anzahl Volksbeglucker und Agitatoren, die von den Herrlichkeiten des Mitregierens gekostet oder gehört haben, im Lande umherziehen und den Schwarzen auf ihre Art klar machen, daß nun ein neues Zeitalter für sie angebrochen sei? Praktisch kann bei der Mitbeteiligung der Farbigen an der Verwaltung unmöglich besseres geleistet werden, als was mit den ständigen und landeskundigen Beamten auch ohne diese Maßnahme geleistet werden kann. Der einzige reale Effekt wird eine rasche und vollständige Verwirrung der Begriffe bei den Eingeborenen, eine Herabsetzung des Ansehens der Weißen und die direkte Herausbeschwörung schwerer politischer Gefahren sein. Es ist unbedingt erforderlich, daß die öffentliche Meinung in Deutschland, Presse und Reichstag, von vornherein gegen eine derart radikale, wenn auch noch so wohlmeinende, so doch völlig verkehrte und gefährliche Negrophilie — um eine solche im typischen Sinne würde es sich hier handeln, wenn die Zeitungsberichte recht haben — den schärfsten Widerspruch erheben.

Paul Rohrbach.

Der deutsch-tschechische Ausgleich. — Die österreichische Sozialdemokratie. — Bosnien. — Vom Deutschtum in Ungarn. — Bankfrage und Wahlreform

Die innere Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie befindet sich augenblicklich mehr noch als sonst im Stadium der Versuche. Solche Zustände



vorsichtiger Zurückhaltung ist vor allem ziemlich für ein ausgesprochenes Beamtenministerium, und das Kabinett Wienert hat von diesem Vorrecht ausgiebigen Gebrauch. Ob freilich auf diesem Wege die seit geraumer Zeit brennendste Frage der cisleithanischen Reichshälfte, der deutsch-tschechische Sprachenstreit, einer grundsätzlichen Lösung entgegengeführt werden kann, wie es der Ministerpräsident beabsichtigt, mag dahingestellt bleiben. Die Tschechen tun ihrerseits das Möglichste, um eine Verständigung zu hintertreiben. Ihre Führer regen keinen Finger, um den immer wieder erneuerten Böbeleien in Prag ein Ende zu bereiten, und so lange dort kein Landfriede herrscht, auch ohne daß er durch das äußerste Machtmittel der Staatsgewalt, die Verhängung des Standrechts, erzwungen wird, solange die Ueberfälle auf deutsche Schulen in tschechisch-deutschen Sprachgebiet und die gesetzwidrige Einschmuggelung der tschechischen Amtssprache bei den oberen Instanzen der Postverwaltung wie bei den administrativen und Justizbehörden die Stimmungsgrundlage schaffen für die von Herren v. Wienert eingeleitete deutsch-tschechische Verständigungsaktion, ist an eine schieblich-friedliche Behandlung der böhmischen Nationalitätenfrage nicht zu denken, und es ist kaum abzusehen, wie das Problem anders zu lösen sei, als durch mehr oder weniger sanften Zwang zur „nationalen Verständigung“. Das muß nicht unbedingt im Wege zeitweiliger Suspendierung der Verfassung geschehen. Wenn aber dies Gespenst in deutliche Nähe gerückt erschiene, würde wohl das zentrale Organ des österreichischen Konstitutionalismus, der Wiener Reichsrat, in seiner gegenwärtigen oder neuen Zusammensetzung dazu zu haben sein, in diesem Punkte endlich einmal ganze Arbeit zu machen. Die Aussichten für eine solche Erledigung sind im heutigen Volkshaufe gewiß besser als vor Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Die Sozialdemokraten haben gerade in letzter Zeit bewiesen, daß sie sich an positiver Arbeit der Gesetzgebung beteiligen wollen. Die Gewährung des Budgetprovisoriums ist ihrer Mitwirkung zu verdanken, und daß sie geneigt sind, sich mit den Forderungen und Formen des monarchischen Verfassungslebens abzufinden, bewiesen sie, indem ihre Partei ihre Einwilligung dazu gab, daß der sozialdemokratische Vizepräsident, Abgeordneter Vernerstorfer, sich von der Vorstellung des Reichsratspräsidiums beim Kaiser nicht ausschloß. Wenn sie sich weiter solcher Unbefangenheit befleißigen, so kann sich unter der Führung eines klugen und zielbewußten Ministeriums im Parlament eine solche Machtverschiebung vollziehen, daß in absehbarer Zeit die national intransigenten, auf dem Standpunkt starrer Negation verharrenden Parteien ihren ganzen Einfluß verlieren müssen.

Schon die allernächste Zeit wird der Sozialdemokratie Gelegenheit geben, für ihre politische Reise die Probe abzulegen und damit eine Mission zu erfüllen, der sich alle früheren Parteien nicht gewachsen zeigten. Denn es steht außer allem Zweifel, daß die böhmische und in weiterer Folge alle übrigen Nationalitätenfragen Oesterreichs in Wien erledigt werden müssen. In den einzelnen Kronländern selbst kommt man erfahrungsgemäß,

wenigstens dort, wo die Deutschen in der Minderzahl sind, über den gefährlichsten Dilettantismus nicht hinaus. Die Aussichten für ein vom Reichsrat zu verabschiedendes Sprachengesetz werden aber um so günstiger sein, je verständlicher, wenn auch in verhältlicher Form, für den äußersten Fall mit absolutistischen Maßregeln gedroht wird. Nur so werden auch die bisher noch recht widerhaarigen tschechischen Sozialdemokraten für die parlamentarische Regelung der Angelegenheit gefügiger gemacht werden können. Und diese täten gerade jetzt sehr klug daran, wenn sie sich zugänglich erwiesen, da die tschechisch-nationalen Parteien nichts unterlassen, um sich dauernd ins Unrecht zu setzen. Das Kollettieren der Tschechenführer mit den serbischen Abenteurern wird man in der Wiener Hofburg nicht leicht vergessen, und ihre glatte Ablehnung der nationalen Abgrenzung tschechischer, deutscher und gemischter Sprachgebiete — einer Forderung, die früher, als die Deutschen am Ruder waren, von tschechischer Seite aufgestellt ward, — macht eine ernste Verhandlung mit ihnen mehr und mehr unmöglich. Und daß diese Abgrenzung zu beiderseitiger Befriedigung praktisch ausführbar ist, beweist die längst vollzogene Scheidung der agrarischen Zentralstelle in Prag, des Landeskulturrates, in eine deutsche und eine tschechische Sektion.

Die verwaltungstechnische Teilung Böhmens wird ohne Zweifel auch den Deutschen Verluste bringen, aber sie wird, wie auch von deutschnationaler Seite zugegeben worden ist, „eine Schutzwehr sein gegen willkürliche sachlich nicht begründete Ansprüche des einen Volksstammes im Gebiete zu ändern.“

\* \* \*

Eine Art nationaler Abgrenzung in anderem Sinne will die österreichische Regierung den Italienern gegenüber anwenden. Die geplante Errichtung einer selbständigen rechts- und staatswissenschaftlichen italienischen Fakultät in Wien dürfte den Deutschen zunächst ohne Zweifel wenig Freude bereiten. Denn gerade die Bestimmung des dem Reichsrat vorgelegten Gesetzentwurfes, daß die Hörer dieser Fakultät bei den Prüfungen die bisher kommende Kenntnis der deutschen Sprache bezeugen müssen, verstärkt die Konkurrenz bei der Bewerbung um Staatsämter. Immerhin ist durch die Verlegung der Fakultät nach Wien die Gefahr verringert, daß sie ein Hindernis der italienischen Irredenta werde; in Südtirol wäre sie es sicher geworden. Die weitere Gefahr einer übermäßigen Produktion italienischer Intellektuellen kann die Regierung durch geschickte Verteilung der hier herangebildeten Beamten auf das ganze Reich paralisieren, und wenn füglich durch das Zugeständnis an die italienische Bevölkerung Österreichs diese für ein besseres Verhältnis zum Deutschtum gewonnen wird, so ist der dafür gezahlte Preis nicht zu hoch. Die österreichischen Deutschen brauchen in Zukunft nicht mehr slawische Bundesgenossen in noch erhöhtem Maße, da durch die Entleerung Bosniens, wie immer dessen staatsrechtliche Stellung sich gestalten möge, das slawische Element eine so bedeutende Stärkung erfahren wird.

späterhin noch weit mehr erfahren könnte, wenn das Königreich Serbien der hinverbrannten Idee, mit Oesterreich-Ungarn die Klingen zu kreuzen, ernstlich näher treten sollte. Derselbe Gesichtspunkt der Interessengemeinschaft mit dem Deutschtum ist doch auch von magyarischer Seite — wenn auch zurzeit nur noch sehr theoretisch! — in Anwendung auf die Deutschen Ungarns aufgestellt worden.

Was Bosnien betrifft, so scheint man sich mit der Angliederung an eine der beiden Reichshälften nicht überstürzen zu wollen. Damit hat es auch vorläufig keine Eile, da doch die Einfügung in bestehende parlamentarische Verhältnisse für die eingebornen Bewohner der Provinz jetzt noch mit großen Schwierigkeiten verbunden wäre. Man gewährt ihnen deshalb eine „Pauzeit“, die sie auf dem jungfräulichen Fectboden ihres Landtags auf eigene Kosten nutzbringend verwerten können. Der Minister für Bosnien, Baron Burian, hofft, daß dieser Landtag schon im Sommer dieses Jahres zusammentreten könne; nach der von Herrn v. Burian ausgearbeiteten Gesetzesvorlage soll für Bosnien an die Spitze der Verwaltung ein politischer Beamter mit ähnlicher Position wie der kroatische Banus gestellt werden. Aber von keiner Seite wird der gesamte für Bosnien jetzt geplante verfassungsmäßige Zustand als in Definitivum angesehen. In Oesterreich taucht jetzt eine neue Idee auf, wie Bosnien künftig zu behandeln sei: es soll mit Kroatien, Dalmatien und einem Teil Südungarns zu einer staatsrechtlichen Einheit verbunden und damit der Dualismus zum Trialismus fortgebildet werden. Dadurch entsteht, so wird argumentiert, ein neues, vorwiegend slawisches Gebilde, dessen Schwerpunkt weder in Agram, noch in Belgrad, sondern in Sarajewo liegt und das auch auf die südlich und östlich wohnenden Slawen — Montenegro, Serbien — große Anziehungskraft ausüben werde. Dadurch würde in absehbarer Zeit Oesterreich als Protettor des Südslawentums Ausland mit Leichtigkeit den Rang streitig machen. Der Gedanke klingt diesem einen Punkt bestechend, aber ob die Anziehung so vieler Explosivstoffe geeignet wäre, das habsburgische Hauswesen behaglicher zu machen, ist billig bezweifelt werden. Wie lange würde es dauern, bis sich im neuen serbisch-kroatisch-bosnisch-dalmatinischen Königreich eine „Unabhängigkeitsliebe“ bilden würde, gegen die der magyarische Rassenhass ein unschuldsloses Ankleben wäre! Nebenbei würden für dies Experiment 800 000 Menschen in Südungarn geopfert, gerade jene Deutschen der Stephanskronen, am ehesten berufen sind, die Forderungen des ungarländischen Deutschtums mit durchschlagendem Erfolg zu vertreten. Sie ließen sich auch gewiß so ohne weiteres ausliefern, — von den Magyaren gar nicht zu reden, die mit vollem Recht mehr als papiernen Protest erheben würden. Der sonderbare Plan erschiene auch gar nicht der Diskussion wert, nicht der Führer einer großen österreichischen Partei, der christlich-österreichischen, Prinz Liechtenstein, den Gedanken im Reichsrat vertreten hätte. Spricht sogar die Vermutung aus, der Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand, stehe dahinter. Gerade von christlichsozialer Seite wurde aber

früher behauptet, noch lange bevor von einer Annexion Bosniens die Rede war, es sei eine Lieblingsidee des Thronfolgers, Bosnien einmal mit Ungarn zu vereinigen, damit sich dort Slaven und Magyaren gegenseitig leichter im Schach halten. Das Haus Habsburg dürfte doch an den Erfahrungen mit der Zerteilung des Reiches genug haben; warum es die Thronerben nach einer Dreiteilung gelüsten sollte, ist nicht abzusehen. Man könnte man annehmen, daß durch diese Drohung die Magyaren zur Scheidenheit in ihren Ansprüchen auf Bosnien gemahnt und ihnen für von Oesterreich zugestandenen Verzicht möglichst gleichwertige Gegenleistung abgepreßt werden sollen.

\* \* \*

Zu Beginn dieses Jahres kam aus der ungarischen Hauptstadt Budapest eine Nachricht, die einen wirklich glauben machte, die Magyaren wollten ihre Sympathien für das Deutschtum, wovon Graf Apponyi gelegentlich der letzten Friedenskonferenz in Berlin so hübsch sprach, recht offen und nachdrücklich betätigen. Es wurde gemeldet, in Ofenpest sei mit Genehmigung des Kultusministeriums eine deutsche Schule errichtet worden. Wenn eine einzige Schule auch nur ein dürftiges Almosen bedeuten sollte, etwa 105 000 Deutsche, die nach der Volkszählung von 1900 über die West- und Ostungarland verstreut leben, so hätte man doch den guten Willen sehen, daß die ungarische Regierung fürderhin dem ungarländischen Deutschtum die Freude an seinem Volkstum nicht mehr zu verkümmern gedenkt. Es ist sich doch der dortige Deutsche bisher, wenigstens im Verlauf des letzten halben Jahrhunderts, allgemach daran gewöhnt, daß alles, was seiner Eigenschaft als Deutschem vom Staate aus widerfährt, ein bewußter Feindseligkeit gegen sein Volkstum sein müsse. Man kann sich hier vorstellen, was für einen tiefen moralischen Eindruck es bei den Deutschen nicht nur in Ofenpest, sondern überall im Lande gemacht hätte, wenn der Staat die Hand dazu reichte, daß den 100 000 in der Landeshaupstadt ansässigen ungarischen Staatsbürgern deutscher Nationalität Gelegenheit zum deutschen Schulunterricht geboten werde. Dies Glück wird ihnen auch in Zukunft versagt bleiben, denn der Besuch der von privaten gegründeten Schule ist ausdrücklich den Kindern ungarischer Staatsangehöriger verboten, obwohl an der Anstalt auch der Unterricht in magyarischer Sprache verbindlich gemacht wurde. Nur die Kinder deutscher Reichsangehöriger dürfen der Segnungen deutscher Schulbildung teilhaftig werden. Die Zahl der in Ofenpest lebenden deutschen Staatsbürger beträgt aber nach der letzten Statistik vom Jahre 1905 bloß 2724, die übrigen Deutschen der Hauptstadt, also mehr als Hunderttausend, sind auch fernerhin ohne deutsche Schule; und doch verfügt § 17 des noch heute formell zu Recht bestehenden 44. Gefespartikels vom Jahre 1868 wörtlich: „Der Unterrichtsminister hat die Pflicht, in den Staatsschulanstalten nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß die in größeren Massen zusammenlebenden Staatsbürger je nach der Nationalität des Vaterlandes in der Nähe der von ihnen bewohnten

sich in ihrer Muttersprache bis zu dem Punkte ausbilden können, wo die höhere akademische Bildung anfängt."

In ganz Ungarn gibt es keine einzige Staatsschule dieser Art für Nichtmagyaren, nicht die kleinste Volksschule, geschweige höhere Schulen, zu deren Errichtung der Unterrichtsminister nach dem Buchstaben des Gesetzes auch verpflichtet ist. Was an deutschem Schulwesen besteht — innerhalb des Gebietes der ev. Landeskirche in Siebenbürgen —, hat sich trotz dem Staat erhalten; die spärlichen deutschen oder halbdeutschen Volksschulen im übrigen Ungarn sind traurige Ueberbleibsel aus einer schöneren Zeit, da es noch nicht als unpatriotisch galt, wenn die Gemeinden deutsche Schulen unterhielten. Eine Abhilfe in dieser Richtung wäre nicht nur eine kulturelle Forderung ersten Ranges, da bekanntlich jetzt die deutschen Kinder im eigentlichen Ungarn durch die Schule weder deutsch noch magyarisches gebildet werden, sondern auch ein Akt weitsehender politischer Klugheit, denn die Deutschen würden der ungarischen Regierung das als edelmütige Tat anrechnen, was ihnen von Gesetzes wegen seit 31 Jahren zugestanden ist, aber nie gewährt wurde.

Wenn man die Sache optimistisch ansehen will, so könnte ja angenommen werden, daß die Zulassung der Schule für Reichsdeutsche in Ofenpest ein vorläufiger Anfang zu weiterer Begünstigung auch des in Ungarn zuständigen Deutschtums sein werde. Nur dann beläme auch die seit einigen Monaten von ungarisch offiziöser Seite in einem Teil der reichsdeutschen Presse vertretene Behauptung die gehörige Unterlage, wonach das Magyarentum ein besseres Verhältnis zum Deutschtum des Landes ernstlich anstrebe. Immerhin werden die führenden Deutschen dort ihre Hoffnungen nicht auf solche vage Versprechungen setzen, werden sich nicht beirren lassen in der Verfolgung ihres Zieles: der Politisierung der breiten Masse ihrer Volksgenossen. Auch in Siebenbürgen tritt man eifriger als früher für die Solidarität mit den Deutschen Südungarns ein. In Hermannstadt geschieht dies mit besonderem Nachdruck seitens einer Gruppe jüngerer aktionsfreudiger Männer, die sich eben in der „Deutschen Bürger-Zeitung“ ein eigenes Organ geschaffen haben, um der Politik unbedingter Gefolgschaft im Dienste der Regierung entgegenzuwirken und die Idee der Zusammengehörigkeit aller ungarländischen Deutschen in weitere Kreise zu tragen.

Auch in Oesterreich lernt man den Wert des Deutschtums in Ungarn öfter einschätzen. Hier bemüht sich um die Sache der junge Wiener „Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“, der neulich in Wiener-Neustadt, also dicht an der ungarischen Grenze, seine zweite Ortsgruppe ins Leben gerufen hat. Die Erkenntnis kommt dort etwas spät; hätte man sich ihr im Jahre 1867 nicht verschlossen, als der erste Ausleich mit Ungarn zustande kam, so bedürfte es heute nicht solcher symopathischer Kuren.

Während diese Zeilen zum Druck gehen, ringt die ungarische Regierung die als „Uebergangsministerium“ sich nun bald ein dreijähriges Leben gefristet hat, hart um ihre Existenz. Die Frage der selbständigen ungarischen Notenbank droht ihr verhängnisvoll zu werden. Ueber die Zweckmäßigkeit dieser Bank äußert sich das führende Organ der zur Koalition gehörigen ungarischen Volkspartei in sehr zutreffender Weise; es heißt dort u. a. „Ernfte Finanzmänner haben ausgerechnet, daß die selbständige Bank in den ersten zehn Uebergangsjahren der Nation einen nach Millionen zählenden Schaden verursachen würde und daß dieser schwere Verlust zum größten Teile die kleinen Landwirte und jene armen Schuldner treffen würde, die auf Sparkassendarlehen angewiesen sind. Jedermann wird begreifen, daß zwei Schuldner zusammen einen größeren Kredit genießen, als einer allein. Die gemeinsame Bank Oesterreichs und Ungarns bekommt auf dem auswärtigen Geldmarkte rascher und billiger Kredit, als Ungarn allein für eine selbständige nationale Bank. Die politische Situation ist heute so, daß wir noch nicht stark genug sind, zur Errichtung der selbständigen nationalen Bank. Wenn aber eine Nation eine ihre Kräfte übersteigende Aufgabe unternimmt, geht es ihr wie dem Frosch in der bekannten Aesopischen Fabel, der sich aufblähen wollte, um so groß zu werden wie ein Ochse und bei diesem Versuche platzte.“ So denken heute auch sehr sehr rechtgläubige Kossuthisten, und es wird ihnen bange bei dem Gedanke, daß sie jetzt als Mitregierende das verwirklichen sollen, wovon sie als Oppositionspartei jahrzehntelang so gefahrlos deklamierten. Darum greift man jetzt zu einem Surrogat der selbständigen Bank. Das System der Kartellbanken soll Ungarn vor wirtschaftlichen Gefahren behüten und dem Lande doch die heißersehnte „Selbständigkeit“ bringen; danach hätten die Staaten, Oesterreich und Ungarn, ihre eignen Bankinstitute, die jedoch die Banknoten gegenseitig die volle Umlaufsfreiheit sichern und sie als gleichwertig behandeln und die auch den Zinsfuß gemeinsam feststellen, so daß er auf dem Gebiete der beiden Banken dieselbe Höhe hätte.

Wer aber bürgt der österreichischen Bank dafür, daß die ungarische nicht unvorsichtigen Kredit gibt — vielleicht unter dem Druck einer politischen Partei oder eines Notstandes oder auch aus bloßem Reichthum — und durch auch den Status der Kartellbank in Mitleidenschaft zieht?

Es ist den Oesterreichern füglich nicht zu verdenken, wenn sie solche durchsichtige Geschäfte nicht eingehen und lieber sich mit der selbständigen Trennung abfinden wollen. So ist es denn möglich, daß die ungarische Regierung aus dieser Sackgasse nicht herausfindet und in dem Falle die ganze selbständige und die Kartellbank und noch einige „nationale Forderungen“ begräbt, deren Erfüllung noch vor wenigen Jahren so gut wie gesichert galt. Gegen die weitere Magyarisierung im ungarischen Teil der gemeinsamen Armee hat man in Oesterreich auch verschiedenes zuwenden, und weil das ungarische Ministerium deutlich fühlt, daß die gehäuften Schwierigkeiten geeignet sind, seinen nationalen Glorienstern

Parlament und vor der Wählerschaft zu verdunkeln, soll auch die Wahlreform vorläufig in der Versenkung verschwinden. Das kann ihr gewiß nicht schaden. Vielleicht kommt sie als lebensfähigeres Gebilde wieder zum Vorschein, wenn die Macht, die den Träumen von der selbständigen Bank und von der nationalen Armee ein Ende zu bereiten berufen ist, in greifbarer Gestalt hervortritt. Aller Augen sind jetzt auf das Belvedere zu Wien gerichtet. Volle Gewißheit über den neuen Kurs wird erst kommen, wenn der Herr dieses in das Dunkel der Jama gehüllten Schlosses in die Hofburg einzieht.

23. Januar.

Euz Korodi.

### Vesserung der internationalen Lage.

Um die Wende des Jahres schienen die Wolken des Krieges schwarz, schwer und drohend über Europa zu hängen. Eben, indem unser letztes Heft hinausging, in welchem ich die Lage in ihrer historischen Genesis rückhaltlos darzulegen unternahm, erschien auch in der „Deutschen Revue“ ein Artikel: „Der Krieg in der Gegenwart“, dessen Auffassung Punkt für Punkt mit der von mir entwickelten übereintraf, in manchen Gedankenjängen geradezu mit ihm parallel lief. Bald erfuhr man, daß dieser Aufsatz von keinem Geringeren als von dem früheren Chef des Großen Generalstabes, dem Generalobersten Grafen Schlieffen, herrühre, und daß er dem üblichen Empfang der kommandierenden Generale zu Neujahr Seine Majestät auf diesen Aufsatz Bezug genommen, Stücke der militärischen Betrachtungen daraus vorgelesen und die Ansichten als mit den seinen bereinstimmend bezeichnet habe.

Es ist in dem Aufsatz des Grafen Schlieffen nichts, was die deutsche Politik irgendwie kompromittiert. Im Gegenteil, es geht daraus sehr schön und deutlich von neuem hervor, wie sehr Deutschland mit allen seinen Leistungen in der Defensive ist und gar keine anderen als Defensivzwecke verfolgen kann. Aber es ist auch ganz ungeschminkt ausgesprochen, von wieviel Feindseligkeit wir rings herum umgeben sind. Nicht Deutschland mit feindseligen Gesinnungen gegen andere, aber andere haben sie gegen uns. Ein Privatmann darf das offen aussprechen, auch ein Chef des Generalstabes außer Dienst, besonders in einem Artikel ohne Namen, aber als man hörte und glaubte, daß der Kaiser selbst sich zu eben diesen Ansichten äußert, da schien man das gar nicht anders aufzufassen, als daß der Kaiser unmittelbar bevorstehe.

Diese Auffassung wurde zwar sofort wieder eingeschränkt, erstens, indem man sich klar machte, daß es sich um eine vertrauliche Äußerung in einem engen Kreise der höchsten Offiziere handelte, die nur durch eine Inzident bekannt geworden war, und noch mehr dadurch, daß amtlich erklärt wurde, Seine Majestät habe überhaupt nicht sich auf den ganzen

Artikel, sondern nur auf die militärischen Abschnitte und Betrachtungen darin bezogen.

Die Indiskretion schien ja auf den ersten Anblick ungeheuerlich. Kann der Kaiser sich nicht mehr im Kreise seiner kommandierenden Generale äußern? Sieht man näher zu, so handelt es sich eigentlich mehr um eine unglückliche Verkettung von Zufällen, für die man kaum irgend jeman eine Schuld beimessen kann. Militärische Betrachtungen, die der Kaiser seinen Generalen anstellt, sind ja gar nichts unbedingt Diskretes, sondern sind bestimmt, eben durch die Vermittlung dieser Generale den Geist und die Auffassung des ganzen Offizierkorps zu beeinflussen. Die Herren, die darüber hier und da gesprochen haben, werden in dem Augenblick gar nicht gewußt haben, daß der betreffende Artikel, auf den der Kaiser sich bezog, auch politische Betrachtungen enthielt. Wieder, als es an andere Zeitungen und an Zeitungen kam, und diese den Artikel in die Hand nahmen, betrachteten sie naturgemäß in erster Linie diese politischen Betrachtungen herausgehoben, ohne sich gleich klar zu machen, welche Tragweite das habe, und sich vergewissern, ob in der That in der Ansprache des Kaisers die Politik dieser Art eine Rolle gespielt. Schließlich geht ja auch das Militärische und Politische immer in einander über.

So hat man sich denn über diesen Zwischenfall, so explosiv er anfänglich wirkte, doch ziemlich schnell wieder beruhigt und durfte das um so mehr, als nun im Laufe dieser Wochen eine Reihe von Momenten hervorgetreten sind, die die Gefahr, wenn auch keineswegs als vergangen, doch als gemindert erscheinen lassen.

Wenig Wert hat, um dies an die Spitze zu stellen, die militärische Stimmung, die von Petersburg her gemeldet wird. Rußland muß noch eine Auslandsanleihe von 1400 Millionen Franken aufnehmen, 800, damit es um fällige Schatzanweisungen zu konvertieren, 600, um sein Defizit zu decken, mit anderen Worten, die alte Methode, sich das Geld zu leihen, um damit seine Zinsen zu bezahlen, wird nach kurzer Unterbrechung wieder in Gebrauch gesetzt, und solange die europäischen Gläubiger dieses Spielchen mitmachen wird es ja auch gehen. Die politische Annäherung an England hat England noch den unschätzbaren Vorteil gebracht, den englischen Markt für diese Geschäfte wieder zu eröffnen. Notwendig aber war dabei, daß das russische Publikum wieder etwas Vertrauen zur Erhaltung des Friedens fassen konnte, die russische Presse ihre Heße gegen Oesterreich und Deutschland einschränkte. J irgendeine Gewähr für die Dauer dieses Zustandes, nach der die Anleihe placiert sein wird, haben wir nicht.

Von stärkerer und längerer Nachwirkung wird zweifellos jenes Naturereignis sein, welches das italienische Volk durch das Erdbeben in Sizilien und Kalabrien getroffen hat. Das Unglück scheint wohl das größte zu sein, das die Weltgeschichte dieser Art bisher kennt. Es liegt ja in der Natur der Dinge, daß, je mehr die Menschenzahl zunimmt und sich verdichtet, je größer und schöner die Städte mit ihren An-



Palästen, Eisenbahnen und sonstigen Rußbauten aufgebaut werden, desto größer auch das Unglück, desto empfindlicher der Schaden wird, den die Gewalt der Natur anrichtet, wenn sie einmal Herr wird über das Gebilde von Menschenhand. Alle Völker sind erfüllt von Mitleid für die Betroffenen, und nirgends hat man gesäumt mit tatkräftiger Hilfeleistung. Politisch aber darf man sagen, daß dieses entsetzliche Unglück vielleicht für den Frieden der Völker einen Gewinn gebracht hat. Denn es ist keine Frage, daß unter den Italienern trotz des Bremsens der Regierung die Kriegslust am allerstärksten war. Bei den Russen ist es ganz gewiß nicht die Masse, die zum Kriege drängt, auch bei den Engländern ist es nur eine gewisse Gruppe von Politikern, entgegen den besseren Volksinstinkten; bei den Franzosen überhaupt niemand. Allein bei den Italienern war eine wirkliche kriegerische Leidenschaft unverkennbar, und das gab für die Serben ein starkes Moment, ihren Wagemut zu steigern und sie zur Aktion zu treiben. Das ist jetzt vorbei. Der materielle Schaden, der zu heilen ist, ist ungeheuer. Man hat auch abermals gesehen, daß die italienische Verwaltung großen Aufgaben doch immer nicht recht gewachsen ist; auch der italienische Volkscharakter hat sich in den betroffenen Gegenden nicht gut bewährt. Die Italiener können sich über all dies keinen Täuschungen hingeben und fühlen sich moralisch deprimiert, so daß die politische Thatenlust dadurch geschwächt ist.

Viel wichtiger als diese Ereignisse, die doch schließlich nur Zwischenfälle sind, die die natürliche Entwicklung wohl aufhalten, aber nicht ändern können, scheint eine prinzipielle Abwandlung zu sein, die in Frankreich eingesezt hat. Die Franzosen, die sich anfänglich so sehr wohl fühlten, in dem eng zusammengeschlossenen Freundschaftsbunde der Vier, haben doch allmählich angefangen, sich klar zu machen, daß sie in diesem Bunde zu Dingen fortgerissen werden könnten, die für sie höchst gefährlich sind. Was wir uns längst klar gemacht haben, daß nämlich bei einem Kriege der Quadrupel-Allianz gegen Deutschland-Oesterreich die Franzosen bei weitem das meiste, die Engländer das wenigste riskieren würden, ist jetzt auch unseren Nachbarn an den Vogesen aufgegangen. Selbst der „Temps“, der lange Zeit die Führung hatte in der scharfen Stellungnahme gegen Deutschland, hat jetzt an die Engländer die spitze Frage gerichtet, ob ihre Balkanpolitik eigentlich darauf hinauslaufe, den allgemeinen Krieg zu entzünden. Sei es nun, daß den Franzosen allmählich etwas bange geworden sei, daß sie von Anfang an die bestimmte Absicht gehabt haben, nur ein Stückchen mitzugehen, in der Hoffnung, auf Deutschland dadurch einen gewissen Druck auszuüben, jedenfalls tun sie jetzt, was in ihrer Macht steht, das Feuer zu dämpfen. Ihre Presse bläzt Beruhigung, ihre Diplomatie sucht zu vermitteln, ja es scheint sogar, als ob sie noch ein besonders Mittel in Anwendung gebracht hätten, um London zur Ruhe zu bringen. Die Französische Bank hat bekanntlich eine viel sicherere Verfassung als die englische und auch als die Deutsche Reichs-

bank. Die französische Regierung hat die ungeheure Klugheit gehabt, als sie die Silberprägungen einstellte, deshalb doch die vorhandenen Fünftalerstücke nicht einzuschmelzen, sondern sie weiter nicht nur im Verkehr zu lassen, sondern sogar den täglichen Verkehr hauptsächlich damit zu bestreiten. In Deutschland haben wir es umgekehrt gemacht, nämlich den Taler mit ungeheurem Verlust eingeschmolzen, die letzten 40 Millionen Mark sogar in dem Augenblick, als eben die höchste Geldknappheit eintrat, welcher Streich jedenfalls sehr viel zur Verschärfung der Krisis im Jahr 1907 beigetragen hat. Der Erfolg ist, daß jetzt dem Publikum die kleinen Papierscheine aufgedrängt werden, die es nicht haben will, daß man die eben eingezogenen Taler jetzt die Dreimarkstücke neu geprägt werden müssen und daß selbst die entschiedensten Verteidiger der reinen Goldwährung zu der Einsicht kommen, für den Kriegsfall müsse man doch einen größeren Vorrat an geprägten Silbermünzen bereithalten.\*) Der Reich seinerseits ist durch seinen ungeheuren Vorrat an Silbermünzen den Stand gesetzt, auch über das Gold sehr frei zu disponieren, hat er längst sich einen Goldschatz angeschafft, der viel größer ist als der englische und im letzten Jahr diesen Goldschatz noch um nicht viel weniger als eine ganze Milliarde vergrößert, indem es seine allenthalben ausstehenden Gold-Guthaben einzog und auch alles Gold was aus Afrika und aus sonstigen Minen ankam, immer wieder an sich brachte, während die Deutsche Reichsbank glücklich ist, ihren Schatz um 200 bis 300 Millionen Mark verstärkt zu haben und nach wie vor den Verkehr mit 4 Proz. Diskont belastet. Wozu aber sammelt das Direktorium der Französischen Bank die Goldmassen an? Die russische Anleihe ist nicht der Grund, denn diese Anleihe wandert ja garnicht nach Petersburg, sondern bleibt in Westeuropa, um die russischen Zinszahlungen zu begleichen. Die wahrscheinlichste Erklärung ist doch wohl die, daß dahinter Politik steckt. Schon mehrfach hat die Bank des kapitalmächtigen Englands die Schmach erlebt, sich bei der an sich viel ärmeren Schwester Frankreich Geld borgen zu müssen, um eine Katastrophe zu vermeiden. Wie ist die französische Regierung auf diese Weise der englischen hat einen klaren Ratschlag geben wollen, wie abhängig sie finanziell von ihr sei? Sie hat bereits dazu schreiten müssen, seinen Diskont wegen des drohenden Goldmangels um ein halb Prozent heraufzusetzen — eine um diese Zeit ganz ungewöhnliche Maßregel. Was wird im Kriegsfall?

Wie dem nun auch sei, jedenfalls haben die Franzosen auf das deutlichste zu erkennen gegeben, daß sie nicht wünschen, durch die eventuellen Treibereien auf dem Balkan in einen Krieg hineingerissen zu werden. Es wäre ein großer Irrtum zu meinen, daß damit die Kriegsgefahr über-

\*) Vgl. die in vieler Beziehung überaus interessante Schrift: *Finanz und Kriegsbereitschaft und Kriegsführung* von Dr. J. A. H. Weheimer, Justizrat und ordentl. Honorarprofessor an der Universität Berlin. 104 S. Jena, Gustav Fischer. 1909.

beischworen sei. Daß die Franzosen nur ungern in den Krieg gehen würden, hat man auch in London natürlich von Anfang an gewußt. Die Frage war nur, ob, wenn der Krieg einmal entzündet wäre, Rußland, Italien, England hineingingen, die französischen Staatsmänner das so leicht erregbare gallische Temperament hätten zurückhalten können. Diese Möglichkeit, Frankreich in den Krieg hineinzureißen, besteht nach wie vor, aber immerhin ist es viel wert, wenn die Franzosen schon von weit her nicht bloß durch Worte, sondern auch durch Taten ihre Abneigung dagegen kundgeben und dadurch die Zuversicht der englischen Kriegspartei dämpfen. Nichts wäre günstiger, als wenn jetzt in Marokko zwischen Deutschland und Frankreich irgendein Abkommen getroffen werden könnte, das den beiderseitigen Interessen in verständiger Weise genügt.

Noch wichtiger nun aber als die Haltung der französischen Regierung ist die Haltung der österreichischen. Unsere im ganzen recht pessimistisch gefärbte Betrachtung im vorigen Heft schloß doch mit der Hoffnung, daß äußerste Mäßigung Oesterreichs schließlich der Hafen sein werde, in dem der europäische Friede seine Zuflucht finden könne. Diese Auffassung hat sich bewährt. Die tolle Kriegstreiberei der Serben beruhte ja neben der Idee der helfenden Quadrupel-Allianz zunächst auf der Vorstellung einer allgemeinen Verbrüderung der Balkanvölker zur Verteidigung gegen die drohende österreichische Unterjochung. So unsinnig uns diese Illusion erscheint, sie war da und war ein starkes Element der Kriegsgefahr. Herr von Mehrenthal hat verstanden, es zu eliminieren. Durch ein Opfer von 50 Millionen Mark hat er die Türken beruhigt und ihre Zustimmung zur Annexion Bosniens erlangt. Ich glaube nicht, daß die Türken wirklich jemals zum Kriege geschritten wären; von diesem Gesichtspunkt aus würde mir das Opfer überflüssig erscheinen: das Entscheidende ist die Auflösung der Idee des Balkanbundes, und das war die 50 Millionen wert. Die Serben fühlen sich jetzt isoliert. Ein Staatsmann, der fähig ist, in dieser Weise Opfer auf sich zu nehmen, dem darf man auch zutrauen, daß er, wenn schließlich trotz allem die Serben im Frühjahr loszuschlagen sollten, den Krieg so führen wird, daß die andern Mächte keine Veranlassung zum Einschreiten finden. Das aber ist ja der Kern der serbischen Hoffnungen und Bestrebungen. Kommt ihnen zum Bewußtsein, daß sie die schweren Opfer des Krieges und der Niederlage nur auf sich nehmen würden, um schließlich doch wieder ungefähr zu dem jetzigen politischen Zustand zurückkehren, so werden sie den Krieg gar nicht unternehmen.

Alle diese Zwischenfälle und Wandlungen zum Besseren erhalten nun schließlich ihren symbolischen und stärksten Ausdruck in dem Besuch, den König Eduard im Begriff ist, seinem kaiserlichen Neffen in Berlin abzutun.

Der tiefe innere Gegensatz, der sich zwischen Deutschland und England bildet hat und den wir oft genug an dieser Stelle charakterisiert haben, wird durch diesen Besuch natürlich nicht aus der Welt geschafft. Die Sen-

sationschriftsteller, die sich soviel Mühe gegeben haben, dem deutschen Volke beizubringen, daß das alles nur auf persönlichen und zufälligen Frictionen, auf diplomatischen Fehlern, die alle bloß auf der deutschen Seite gesucht wurden, auf unüberlegten Worten und Verstimmungen beruhe, müßten jetzt in Seligkeit schwimmen, daß alles ausgeglichen sei und wir dem Zeitalter des dauernden Friedens entgegengingen. Aber die Zeit liegt umgekehrt: der Gegensatz liegt viel zu tief, als daß er auch durch besten persönlichen Beziehungen voll ausgeglichen werden könnte. Die englische Presse, die seit so langer Zeit ihre Aufgabe darin sieht, den Unmuth ihres Volkes gegen uns zu erregen, beginnt wohl jetzt, eine freundlichere Sprache gegen uns zu finden, aber eine Gewähr, daß diese Sprache dauern wird, haben wir nicht, dürfen sie auch gar nicht beanspruchen. Denn ein Zustand der absoluten Ruhe und Spannungslosigkeit zwischen den Völkern ist weder zu erwarten, noch auch sogar zu wünschen. Ein großer Gewinn aber ist es jedesmal, wenn die Spannung bis an den Punkt des Brechens zu kommen scheint und dann doch die leitenden Staatsmänner einen Schritt zurücktun und wieder Beruhigung gewähren. Der Gewinn ist in der Politik sehr viel, häufig alles. Deshalb ist dieser Besuch Königs Eduards ein großes historisches Ereignis. Er ist nichts als ein alt höfischer Eiskette, ein seit langer Zeit erwarteter Akt, aber er ist viel mehr als die besten Worte, die friedlichste Rede. Er ist eine politische Tat, weil er den Völkern zur Anschauung bringt, daß trotz aller Verhetzung der öffentlichen Meinung durch die englische Presse die englische Regierung es zu einem Konflikt zu treiben zunächst nicht gewillt ist. Alles, was vorher aufgezählt und durchgemustert haben, wird dazu beigetragen, um in der englischen Regierung diesen Beschluß, wenn nicht hervorzutreten, doch ihn zu bestärken. Nach allen Seiten, namentlich aber nach dem eigentlichen Brandherd, Serbien, wird dieser Besuch wirken wie der Lichtstrahl einer Löschmannschaft.

Ob er aber das Feuer ganz zum Erlöschen bringen wird? Es wird trotz allem der Beschluß der montenegrinischen Skupstschina gegeben, daß die beiden serbischen Staaten die Annexion Bosniens nicht anerkennen könnten, weil damit früher oder später ihre eigene Unabhängigkeit an Oesterreich verloren gegeben sei. Es ist schwer, sich der Versuchung zu verschließen, daß diese Auffassung richtig ist. Europa und die Kultur wird ja auch nichts dabei verlieren, wenn diese beiden Staaten des südslavischen Volkstums in die Lage gebracht werden sollten, selbstständige, Europa beunruhigende Politik mehr treiben zu dürfen. Sollen sie sich aber ungezwungen, ohne an die Gewalt zu appellieren, finden? Vor vier Wochen schien diese Frage noch verneint werden zu müssen; heute ist man geneigt, sie zu bejahen.

Aber hinter dem serbischen Problem steht das noch viel größere und ganz andere Gefahren in sich schließende der neuen Türkei.

## Innere Politik. Fürst Bülow und die Konservativen.

Liberalismus und Konservatismus sind Gegensätze, die in einem einzelnen, aufgeklärten und patriotischen Manne sich leicht mit einander ausgleichen und ausöhnen. Wie unendlich viele gibt es heute unter uns, die von sich sagen und mit Recht sagen dürfen, daß sie ebensowohl liberal wie konservativ seien! Schon von den Vätern des neupreußischen Staates, den Stein, Hardenberg, Scharnhorst, Gneisenau dürfte man dasselbe sagen. Aber liberale und konservative Parteien stehen sich darum doch scharf gegenüber. Selbst in England, wo die traditionellen Gegensätze praktisch so gering geworden sind, ist doch der Begriff und der Wechsel der Konservativen und Liberalen geblieben. In Deutschland versuchen wir es jetzt mit dem Block, und es geht ja schon zwei Jahre lang, aber es geht verzeißelt schwer. Das wichtigste innere Ministerium in Preußen, das Kultusministerium, kann vorläufig überhaupt nicht besetzt werden aus Rücksicht auf die Blockpolitik. Es sind zwei Persönlichkeiten da, von denen alle Unbefangenen enig sind, daß sie die Qualitäten für diesen Posten in vollem Maße besitzen — aber der eine sagt den Liberalen nicht zu, der andere den Konservativen, und so geht die parlamentarische Kampagne voran ohne den Minister. In Oesterreich nennt man das ein „Beamten-Ministerium“ oder auch „fortwursteln“. Indem man so jeden positiven Anstoß vermeidet, sucht man für die großen positiven Aufgaben die Parteien zusammenzubringen. Aber es ist mühevoll. Die Liberalen, alle Erinnerungen an den Unglücksführer Eugen Richter über Bord werfend, haben sich bereit erklärt, an dem großen patriotischen Werke der Reichssteuerreform mitzuarbeiten: sie wollen indirekte Steuern von bisher nicht dagewesenem Umfang bewilligen und stellen nur die Bedingung, daß daneben auch eine Steuer, die vorwiegend den Wohlstand belaste, mitgeschaffen werde. Die Wissenschaft einstimmig und jede unbefangene Betrachtung steht auf ihrer Seite. Die Regierung hat dafür die denkbar mildeste Form, die Nachlaßsteuer, gewählt und ausarbeiten lassen; sie ist bekannt und wohl bewährt in anderen Kulturstaaten und auch schon in einigen deutschen Einzelstaaten. Die Konservativen, namentlich die Agrarisch-Konservativen widersetzen sich.

Die Liberalen verlangen weiter als Preis für ihre Mitarbeit eine angemessene, maßvolle Reform des preußischen Wahlrechts; die Regierung hat in feierlicher Form in der Thronrede verkündigt, daß sie dieses Bestreben für berechtigt halte. Wiederum sind alle aufgeklärten Patrioten in Preußen derselben Auffassung. Die Konservativen, die den Fort ihrer Macht in der preußischen Dreiklassenwahl sehen, widersetzen sich.

Jetzt ist Fürst Bülow als Ministerpräsident selbst im Abgeordnetenhaus erschienen und hat ihnen ins Gewissen geredet; er hat darauf hingewiesen, daß es noch immer für alle patriotischen Kreise geboten sei, gegen die revolutionäre Macht der Sozialdemokratie zusammenzuhalten: man braucht nur an die nächste Reichstagswahl zu denken, um sich klar zu machen, wie dringend nötig dieses Zusammenhalten ist. Alles aber hat

dem Herrn Reichskanzler nichts geholfen: in eifrigem Schweigen haben die Konservativen seine Rede aufgenommen, die Heißsporne der Partei kündigen ihm von den Provinzen aus die Fehde an, die konservative Presse erklärt sie wünsche dem Bloß weitere Opfer nicht zu bringen.

Die Rede des Herrn Ministerpräsidenten enthielt noch eine weitere Betrachtung, die nicht aus dem Verhältnis zu den Parteien zu erklären ist. Er verteidigte sich gegen den Vorwurf, in der Krisis des letzten Novembers seinen kaiserlichen Herrn nicht genügend gedeckt zu haben. Aber Zweifel, daß die zukünftige Geschichtsschreibung dem Fürsten Bülow für sein Verhalten in der Krisis des persönlichen Regiments ein gutes Zeugnis ausstellen wird. Er hat für die Verteidigung des Kaisers getan, was parlamentarisch möglich war; jede weitere Ausdehnung der Verteidigung hätte schließlich nur noch schärfere Angriffe provoziert, und am allerwenigsten sind die Konservativen berechtigt, ihm einen Vorwurf zu machen, der gerade sie sind es ja gewesen, die durch die ewig denkwürdige und ruhmvolle Erklärung ihres Parteivorstandes den Boden für seine Politik geschaffen haben. Erst durch diese Erklärung, die jede Möglichkeit eines Kanzlerwechsels in diesem Augenblick abschnitt, wurde Fürst Bülow fast genug, seine Forderungen mit Sicherheit aufstellen und durchsetzen zu können. Denn wo hätte sich ein Nachfolger gefunden, der bei solcher Stimmung selbst der Konservativen sich hätte getrauen dürfen oder wollen, das Amt zu übernehmen, ohne ganz dieselben Bedingungen zu stellen, unter der abgehende?

Wie also kommen jetzt die Konservativen dazu, diesem Kanzler, dessen derzeitige Stellung sie recht eigentlich geschaffen haben, Schwierigkeiten zu machen?

Es sind zwei ganz verschiedene Dinge, die hier auseinanderzubehalten sind. Offenbar gibt es eine Höflingsgruppe, die bemüht ist, sich einschmeicheln, indem sie verspricht, das persönliche Regiment in der alten Weise wieder herzustellen. Das will die konservative Partei als solches ganz gewiß nicht; sie will sehr gern den Fürsten Bülow weiter halten und unterstützen — aber sie verlangt ihren Lohn. Sie ist sich bewußt, daß es gewesen ist, die die Krisis des Novembers zugunsten des Kanzlers entschieden hat — jetzt soll er auch nach ihrem Sinn regieren, keine Reichs- und Einkommensteuer, keine Wahlreform von ihr verlangen. Gibt der Kanzler ihnen den Liberalen nach, wie er es ja schon zugesagt hat, so erinnert man sich, daß ihm die stärkste Waffe, mit der ein preussischer Minister seine Stellung verteidigen und seine Ziele verfolgen kann, vielleicht fehlt.

Was wird aber dann aus der Reichsfinanzreform? Was wird aus dem Bloß? Kann man ein solches Verhalten der Konservativen als patriotisch nennen?

Jeder wahre Patriot muß jetzt wünschen, daß Fürst Bülow alles alles setzt. Man weiß, daß unter den Führern der Konservativen nur wenige sind, die es sehr wohl einsehen und wissen, daß es Pflicht ist

mit dem Kanzler zu gehen und den Liberalen ein Stück entgegenzukommen. Die Opposition sitzt namentlich in den vom Bunde der Landwirte verhegten Massen im Lande. Es kommt darauf an, daß die parlamentarischen Fraktionen Disziplin genug haben, diesen Widerstand in ihrer eigenen Gefolgschaft zu überwinden. Man mag es gar nicht ausdenken, in welchen Zustand wir kämen, wenn der Kanzler in diesem Kampfe dennoch unterläge. Welche Kombination der Parteien, welche Persönlichkeit soll an seine Stelle treten? Verwirrung im Innern, Schwächung des deutschen Ansehens im Auslande wäre die Folge. Gerade die Unabsehbarkeit des Unheils, das entstehen müßte, wenn er fiele, muß uns die Zuversicht geben, daß Fürst Bülow doch noch den Sieg behauptet. Mag er mit äußerster Kraft vorgehen, mag er labieren, die konservativen Abgeordneten, in denen doch der patriotische Sinn sehr lebendig ist, werden es sich schließlich überlegen, ehe sie es zum Äußersten treiben, und schon verlautet auch, daß Schritte geschehen sind, die die Politik der konservativen Fraktionen in dieser Richtung festzuhalten geeignet sind.

23. 1. 09.

Delbrück.

## Theater-Korrespondenz.

Josef Rainz als Antonius im Shakespeares Julius Cäsar (Neues Schauspielhaus).

Josef Rainz imponiert durch die feste, in keiner Einzelheit schwankende und in sich konsistente Durchführung des Antonius-Charakters, wie er sich auffaßt.

Für diese Charakteristik kommen nur zwei Szenen in Frage: die der Leiche Cäsars in Gegenwart der Verschwörer und die große Forum-Szene. Gewöhnlich wird Antonius bei aller seiner Schlaueit und politisch kluger Berechnung als ein Mensch von impulsivem, lebhaftem Empfinden dargestellt. Er kommt zu den Mördern Cäsars allein, um ihnen als Freund und Mittkämpfer des großen Mannes den Erfolg, welchen sie durch seine Ermordung erreicht haben, zu entreißen und zu diesem Zweck sich mit ihnen gut zu stellen. Ein großer Plan, der seiner heldenhaften Kühnheit würdig ist. Hätte er ihn nicht, so hätte er als bedeutendster der Anhänger Cäsars niemals diesen Schritt gewagt, sondern wäre mit den andern geflohen. Der energischen Verstellung fähig und zu ihr gerüstet, kann er seinen Jammer dennoch nicht beherrschen, als er den geliebten Freund, den mächtigen Menschen „als ein blutend Stückchen Erde“ vor sich liegen sieht. Er will es auch nicht. Sein Leben setzt er bei dieser Zusammenkunft unter allen Umständen ein — darüber hat er keinen Zweifel; dann möge sie es nehmen, wenn sein Schmerzesausbruch sie im Innersten trifft. Es hilft, Angstlichkeit können in dieser Situation nichts helfen, nur furchtlose Verwegenheit. So bietet er, nachdem er dem toten Helden eine feierliche Huldigung dargebracht hat, ihnen sein Leben an. Kein schöner Tod kann ihm werden als hier bei Cäsar, von keinem „kostbareren Werkzeug“ als ihren Schwertern, die „mit dem besten Blut der Welt vergoldet sind“. Diese noble Kühnheit macht alle betroffen, Brutus, der den Diktator schätzen fähig war und liebte, rührt sie tief, wie die Form seiner Entschuldigungsrede zeigt. — Vielleicht rechnet Antonius ein wenig auf den Einfluß des edelmütigen Brutus; seiner sicher sein in dieser Situation kann er nicht. — Auch Cassius fühlt sich, obwohl mißtrauisch, verpflichtet ihm entgegenzukommen.

Run reicht Antonius den Mördern die Hand zum Ausdruck ihrer beiderseitigen Einigung. Aber der Widerwillen über diese schmähliche, ver-



auch notwendige Handlungsweise, die ihn in den Augen der Verschworenen zum „Feigling oder Schmeichler“ stempeln könnte, treibt ihn, sofort Sühne zu tun an der Leiche Cäsars:

Daß ich dich liebte, Cäsar, ach, es ist wahr!  
 Wofern dein Geist jetzt niederblickt auf uns,  
 Wird's dich nicht kränken, bitterer als dein Tod,  
 Zu sehn, wie dein Antonius Frieden macht  
 Und deiner Feinde blut'ge Hände drückt,  
 Du Edelster, in deines Leichnam's Nähe?

„Antonius!“ ruft Cassius ihm zu, entsetzt über diese Offenheit in ihrer Gegenwart. Als Antonius dann die Erlaubnis erhalten hat, seinem Freunde die Leichenrede zu halten und die Mörder abgetreten sind, da bricht seine Liebe und sein Zorn in jenem erschütternden Monologe aus, an dessen Schluß er in Cäsars Namen den furchtbaren Fluch in diese gottvergeffene Welt schleudert. — Nach dieser Rede scheint kaum ein Zweifel möglich zu sein über das, was in seiner Seele vorgeht, über seine Liebe zu Cäsar und seinen Haß gegen die „Schlächter“ des Liebenswerten, Colen.

Rainz vereinfächtigt den Charakter des Antonius, indem er die Gemüthsseite auslöst und nur den kühl berechnenden Politiker darstellt, den Egoisten, den Uebermenschen, dem bei seinem Machstreben die Ermordung Cäsars einen verhängnisvollen Strich durch die Rechnung gemacht hat. Mitleid, Jammer über den kläglichen Tod des großen Mannes, Empörung über den politischen Unsinn dieser Freveltat, Rachsucht aus Liebe spielen bei diesem Antonius keine Rolle: nur der Ingrimm über den Verlust seiner Vorrechte und Hoffnungen treiben ihn zu der Betätigung einer außergewöhnlichen Verschlagenheit. Blieb Cäsar nach der Niederwerfung aller seiner Feinde noch einige Jahre am Ruder — so denkt der Rainzsche Antonius —, dann war seine eigene Machtstellung unerschütterlich befestigt; wer konnte jenem von allen Anhängern einst folgen, als er selbst? Diese Tat hat seinen ruhig sichern Aufstiege unmöglich gemacht, seine Zukunft vernichtet; er muß sie wieder herzustellen suchen unter Gefahr seines Lebens. Aerger über die Verschlechterung seiner Aussichten und Machteifersucht sind die alleinigen Triebfedern seines Redens und Handelns. Den Verschworenen tritt er entgegen mit dem überlegenen Bewußtsein seiner tieferen List; er behandelt sie so kühl und von oben herab, daß vertrauensvolles Entgegenkommen selbst von des jarmlosen Brutus Seite unverständlich erscheint. Während Brutus und Cassius sich darüber streiten, ob Antonius die Erlaubnis zur Leichenrede erhalten soll, tritt dieser mit verhülltem Haupte an die Leiche Cäsars, lugt aber unter der Verhüllung mit kaltem, scharfem Auge nach den Streitenden us. Die Worte der Trauer und des Mitleids, die er an den toten Imperator richtet, klingen gemacht, wie Reden, die man anstandshalber eben halten muß. Der in wahnwitziger Leidenschaft ausgestoßene Fluch ist das

Wutgebrüll eines in die Enge getriebenen Raubtieres. Daß Shakspeare freilich in diese Reden des Antonius die ganze ihm eigene, unerreichbare Kraft des niederschlagenden, ja zermalmenden Gefühlsausdrucks gelegt haben sollte, wenn er in Antonius einen empfindungsrohen Uebermenschen darstellen wollte, ein solcher Mißgriff ist als absolut ausgeschlossen zu betrachten.

Mit größerer Wahrscheinlichkeit läßt sich ein derartiger Charakter aus der Leichenrede des Antonius herauslesen, und es liegt nahe, daß Raimund von dieser ausgehend, zu seiner Gesamtauffassung der Gestalt gelangt ist. Behandelt er die Verschworenen kühl, so tritt er dem Böbel mit einer kalter verhehlten Mißachtung entgegen: jener ist ihm weiter nichts als ein Werkzeug — nicht zur Rache für die Untat, sondern zur eigenen Selbsthöhung; er weiß, wie dieses Werkzeug zu gebrauchen ist, und er handelt es mit ruhiger, sicherer Meisterschaft. Diese konsequente Virtuosität ist es, welche der Raimund'schen Rede ihre große Wirkung sichert.

Shakspeare weiß, daß auch in dem niederen Menschen ein Herz weht, das gerührt und empört werden kann, und verleiht darum in die sein Raimund rechnete Rede des Antonius mächtige Gefühlswirkungen. Auch Raimund's Antonius weiß das; aber er ist kein Gefühlsmensch und glaubt auch nicht an die nachhaltige Kraft der Empfindung; andere Mittel hält er für wirksam. So spricht er auch die Stellen, welche sonst als spontane Gefühlsentladung vorgetragen werden, ohne besondere Emphase, fast geschäftsmäßig, und er begreift nicht recht, wie diese Stellen, so gesprochen, überhaupt wirken können. Der Tränenausbruch ist so offenkundig erheuchelt, daß er fast komisch wirkt. Nachdem Raimund erklärt hat, daß sein Herz im Sarge bei Cäsar liegt, und er schweigen muß, bis es wiederkehrt, tritt er ab, lehnt sich mit verhülltem Haupt an eine Säule, solange die Plebejer untereinander reden, und betritt dann wieder die Rednerbühne; und es gehört Phantasie dazu, um mit den Plebejern „Augen feuerrot vom Weinen“ an ihm zu bemerken.

Die Hauptsache ist ihm zuerst, Cäsars Edelmut der Herzerzgieigkeit den Verschworenen gegenüberzustellen, und hier entwickelt nun Raimund seine deklamatorischen Pointen in den fort und fort wiederkehrenden Wendungen von dem ehrenwerten Manne Brutus und der Herrschaft Cäsars.

Und Brutus ist — ein ehrenwerter Mann, spricht er mit vielsagender Pause in der Mitte; die letzten Worte ohne irgend welche Betonung. Schließlich, wo an Ehrenwertheit nicht mehr gedacht werden kann, heißt:

Und ist gewiß ein — ehrenwerter Mann.

Ebenso eigenartig und wirkungsvoll wechselnd ertönt der andere Satz:

Der edle Brutus

Hat euch gesagt, daß er voll Herrschsucht war —

Doch Brutus sagt, daß er voll Herrschsucht war —

Doch Brutus sagt, daß er voll Herrschsucht war —

Doch Brutus sagt daß er voll Herrschsucht war.

Das eigentliche durchschlagende Mittel zur Empörung der Plebejer jedoch ist für Rains und sollte es immer sein das Testament Cäsars, welches von ihm mit feinsten Kunst zur Geltung gebracht wird.

Gegen diese hochinteressante und mit vollendetem Geschick durchgeführte Charakterzeichnung ist noch ein mächtiger Einwand zu erheben: Der Antonius der Kleopatra könnte nach dieser Auffassung nicht gespielt werden. Gerade die impulsiven, unberechneten Gefühlsausbrüche bilden bei ihm einen hervorragenden Charakterzug; und wenn man auch zugeben mag, daß ein egoistischer Verstandesmensch von solchem Weibe für eine Zeitlang die Sinne sich knechten lassen könnte: in das Verhältnis der Seelentnechtschaft, in welchem Antonius sich dieser Königin ihres Geschlechts gegenüber befindet, könnte er nicht hinabsinken. Daß aber Shakespeares unfehlbar gestaltende Phantasie zu verschiedener Zeit zwei wesentlich verschiedene Bilder des einen Mannes erzeugt haben sollte, ist nicht anzunehmen.

Hermann Conrad.

Von neuen Erscheinungen, die der Redaktion zur Besprechung zugegangen, verzeichnen wir:

- Kaufmann, Dr. Erich.** — Ueber den Begriff des Organismus in der Staatslehre des 19. Jahrhunderts. M. 1.—. Heidelberg, Carl Winter.
- Kuhn, Dr. Philalethes, Kurd Schwabe und Dr. Georg Fock.** — Taschenbuch für Südwestafrika 1909. Berlin, Wilhelm Weicher.
- Kummer, Friedrich.** — Deutsche Literaturgeschichte des 19. Jahrhunderts. Dresden, Carl Reissner.
- Kunst und Künstler.** — Illustrierte Monatsschrift für bildende Kunst und Kunstgewerbe. Einzelbett M. 2.50. Vierteljährl. M. 8.—. Berlin, Bruno Cassierer.
- Leipziger Kalender 1909.** — Illustriertes Jahrbuch und Chronik. Herausgegeben von Georg Merseburger. 8. Jahrgang. Leipzig, Georg Merseburger.
- Liebsmann v. Sonnenberg, Max.** — Lebenslieder. Gedichte. Vierte Auflage. Geb. M. 4.—. Hagen i. W., Otto Rippel.
- v. Lillencron, Detlev.** — Leben und Lüge. Biographischer Roman. Berlin, Schuster & Loeffler.
- Lill, Dr. Georg.** — Hans Fugger (1581–1598) und die Kunst. M. 5.—. Leipzig, Duncker & Humblot.
- Ludemann, Dr. H. und Dr. A. Südekum.** — Kommunales Jahrbuch. M. 14.—, geb. M. 15.—. Jena, Gustav Fischer.
- Lütke mann, Wilhelm.** — Anwalts-Notariat oder selbständiges Notariat? 72 S. Hannover, Helwing'sche Verlagsbuchhandlung.
- Meyerholz, Charles.** — Zwei Beiträge zur Verfassungsgeschichte der Vereinigten Staaten. M. 8.—. Leipzig, R. Voigtländer.
- Michaells, Karl.** — Der Sohn. M. 2.—, geb. M. 8.—. Dresden-Loschwitz, Max Menzel.
- Münzer, Richard.** — Bausteine zu einer Lebensphilosophie. Wien und Leipzig, Eduard Bayers Nachf.
- Müller, Gustav Adolf.** — Ecce homo! Eine Erzählung aus Jesu Christi Tagen. M. 4.50, geb. M. 6.—. Leipzig, C. F. Amelangs Verlag.
- Nemann, August.** — Aetherio. Eine Planetenfahrt. M. 8.—. Regensburg, W. Wunderling.
- v. Oppenheimer, Dr. Max Frhr.** — Der Tell Halaf und die verschleierte Göttin. Mit einer Kartenskizze und 16 Abbildungen. (Der Alte Orient. 10. Jahrgang. Heft 1.) 60 Pf. Leipzig, J. C. Hinrichs.
- Osborn, Dr. Max.** — Berühmte Kunststätten. Bd. 43. Berlin. Leipzig, E. A. Seemann.
- Patria.** — Bücher für Kultur und Freiheit 1909. Herausgegeben von Fr. Naumann. Berlin-Schöneberg, Buchverlag der „Hilfe“.
- Petersen, Peter.** — Der Entwicklungsgedanke in der Philosophie Wundts. M. 4.40. Leipzig, Voigtländers Verlag.
- Presber, Rudolf.** — Das Mädchen vom Nil. M. 2.50, geb. M. 3.50. Berlin, Concordia, Deutsche Verlags-Anstalt.
- Prévost, Marcel.** — Die junge Frau. Uebersetzt von F. Gräfin zu Reventlow. München, Albert Langen.
- Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches in Mittelalter und Neuzeit.** Herausgegeben von Karl Zeumer. Band III, Heft 1. M. 4.60. Weimar, Hermann Böhlau Nacht.

- Rehm, Herm. Siegf. — Lachende Menschen. M. 250, geb. M. 3.50. Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt, Hermann Ehbock.
- Reichsarbeitsblatt, herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amte, Abteilung für Arbeiterstatistik. Jahrgang VI, Nr. 11. 10 Pf. Berlin, Carl Heymann.
- Repsold, E. — Alte französische Poesie XI. bis XVI. Jahrhundert in deutsche Verse übertragen. M. 1.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Ricebana, Gottfried Kuno. — Abschied. Gnade. Zwei Einakter. M. 1.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Richter, Martin. — Kultur und Reich der Marotte. M. 6.80. Leipzig. R. Voigtländer.
- Rist, Johann Georg. — Lebenserinnerungen. 2 Bände. M. 2.—. Hamburg, Alfred Janssen.
- Rosner, Karl. — Der Ruf des Lebens. Roman. M. 250, geb. M. 3.50. Berlin, Concordia, Deutsche Verlagsanstalt.
- Ruland, Dr. H. — Deutschum und Fransosentum in Elsass-Lothringen. Eine Kulturfrage. 197 S. Straßburger Druckerei und Verlagsanstalt, Filiale Colmar.
- Ruths, Ch. — Heerestragedie und Völkerversöhnung. Aus dem Alexanderszug. 161 S. Darmstadt, H. L. Schlapp.
- Sachs, Dr. Curt. — Musikgeschichte der Stadt Berlin bis zum Jahre 1800. M. 8.—, Halbfrauz geb. M. 10.—. Berlin, Gebr. Paetel.
- Schalk, Kuno. — Christian De Wet. Ein Bauerndrama in vier Aufzügen. M. 2.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Schenkel, Theodor. — Die Blume des Todes. Dichtung. M. 2.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Scherer, Bolph. — Die Heimatlosen. Drei Akte. M. 2.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Schneider, Th. — Wer war Wilhelmus von Nassauen? Ein Vortrag. 24 S. Wiesbaden. Im Selbstverlag.
- Schmoller, Gustav. — Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. 82. Jahrg. 4. Heft. M. 18.80. Leipzig, Duncker & Humblot.
- Schnuppeter, Dr. Joseph. — Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie. M. 15.—. Leipzig, Duncker & Humblot.
- Schurz, Carl. — Abraham Lincoln. M. 2.—. Berlin, Georg Reimer.
- Spranger, Eduard. — Wilhelm von Humboldt und die Humanitätsidee. M. 3.50. Berlin, Reuther & Reichard.
- Stählin, Dr. Karl. — Sir Francis Walsingham und seine Zeit. Erster Band. Mit einem Porträt. 662 S. Heidelberg, Carl Winter.
- Strecker, Dr. E. — Kants Ethik. M. 1.20. Giessen, Emil Roth.
- Streit, Alfred. — Von der Wiege bis zum Frack. M. 250, geb. M. 3.50. Berlin, Concordia, Deutsche Verlagsanstalt, Hermann Ehbock.
- Ternieden, H. — Sonnige Blumen. Gedichte. M. 8.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Thoma, Ludwig. — Briefwechsel eines bayrischen Landtagsabgeordneten. München, Albert Langen.
- Tietzer, Georg. — Gentlelumpen. Skizzen. M. 8.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Treitschke, Heinrich. — Bilder aus der Deutschen Geschichte. 2 Bände. M. 4.50, geb. M. 8.—. Leipzig, S. Hirzel.
- Trimmel, Theodor. — Doktor Narr. Roman. M. 5.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Vates, Allan. — Bibel und Spiritismus. M. 8.—. München, Melchior Kupferschmidt.
- Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte. 7. Band. England, Frankreich, Nordamerika. M. 12.—. Leipzig, Duncker & Humblot.
- Vierordt, Heinrich. — Deutsche Hobbelspäne. Stossseufzer und Stammbuchblätter. Heidelberg, Carl Winter.
- Walden, Friedrich. — Gustav Wasa. Trauerspiel in drei Aufzügen. M. 2.—. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Wernicke, J. — Der Mittelstand und seine wirtschaftliche Lage. M. 1.—, geb. M. 1.25. Leipzig, Quelle & Meyer.
- Wied, Gustav. — Wie die Menschen einmal sind. M. 2.—, geb. M. 3.—. Berlin, Concordia, Deutsche Verlagsanstalt, Hermann Ehbock.
- Wolters & Andreas. — Arkadische Launen. Geb. M. 7.—. Berlin, S. Calvary & Co.
- Abhandlungen zur Verkehrs- und Seegeschichte Bd. II. M. 12.—. Berlin, Karl Curtius.
- Aletheia, E. — Schutz gegen Richterwillkür! 0.60 Pfg. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Brand Georg. — Reise eines jungen Deutschen in Frankreich und England im Jahre 1815. Nach Originalberichten herausgegeben. In Pappband geb. M. 2.—. Leipzig, Georg Wigand.
- Christaller, E. G. — Die Aristokratie der Schönheit. 0.80 Pf. Jugenheim a. d. Bergstr. Suevia-Verlag.
- „— Schlimme Pfarrergeschichten. Geb. M. 3.—. Jugenheim a. d. Bergstr. Suevia-Verlag.
- Cusow, Heinrich. — Die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs während der Jahre 1789–1794 M. 5.50. Berlin, Buchhandlung Vorwärts.
- Deutsche Arbeit. — Monatschrift für das Leben der Deutschen in Böhmen. Jahrg. 8, Heft 4. M. 1.20. Prag, Karl Bellmann.

Verantwortlicher Redakteur: In Vertr.: Dr. Gustav Roloff,  
Berlin-Charlottenburg, Königsweg 8.

Verlag von Georg Stilke, Berlin NW., Dorotheenstr. 72/74.

Druck von J. S. Preuss, Kgl. Hofbuchdr., Berlin S., Dresdenerstr. 48.

# Der Ursprung des Krimkrieges.

Von

Emil Daniels.

---

Der gegenwärtige beunruhigende Stand der orientalischen Frage lenkt den Blick des Geschichtsschreibers zurück auf den Krimkrieg, dessen Genesis aufzuklären der Forschung bisher nicht gelungen ist. Und doch ist die historische Wissenschaft seit einer Reihe von Jahren aus dem Stadium heraus, in welchem der Ursprung des Krimkriegs nur mit Hilfe von offiziellen Depeschen, Memoiren und anderen minderwertigen Quellen zu studieren war; heute verfügt der Historiker über eine Fülle von Privatbriefen vertraulichsten Charakters und über andere Geheimpapiere, welche von den gleichzeitigen maßgebenden Staatsmännern Rußlands, Englands, Frankreichs und Preußens herrühren, und die es mir, wie ich glaube, möglich machen, die Entstehung der ungeheuren Feuersbrunst exakt nachzuweisen.

Der Krimkrieg entwickelte sich aus einem ganz geringfügigen Anlaß, dem Streit der orthodoxen und katholischen Kirche über die heiligen Stätten in und bei Jerusalem. Hier wurde von jeher in den durch die christliche Legende geheiligten Gotteshäusern abwechselnd orthodoxer und katholischer Kultus verrichtet. Aber die Mönche, welche die beiden Religionsparteien vertraten, vermochten sich über die einer jeden an den Heiligtümern zustehenden Rechte nie zu verständigen. Frankreich pflegte dabei die Ansprüche der Katholiken, Rußland die der Orthodoxen zu unterstützen. Die Letzteren drangen seit den Türkenkriegen Katharinas immer weiter vor. Firmane des Sultans erlaubten ihnen innerhalb Jerusalems fast den ganzen weitläufigen Gebäudekomplex ein, welcher die Kirche des Heiligen Grabes bildet. Auch bekamen sie ein Vorrecht auf die oberirdische Kirche in Bethlehem sowie die ausschließliche Befugnis, durch das große Thor des preussischen Jahrbücher. Bd. CXXXV. Heft 3.

genannten Gotteshauses in die unterirdische Grotte hinabzuteigen, wo nach der Sage Jesus geboren war. Schließlich fiel ihnen das ausschließliche Eigentum der unterirdischen Kapelle und des Grabes der Jungfrau Maria zu, welche in Gethsemane am Fuße des Ölberges gelegen sind.\*)"

Aus allen diesen für ihr Prestige unschätzbaren Positionen im Heiligen Lande allmählich verdrängt, erlitt die römische Kirche zuletzt noch im Jahre 1847 den Schimpf, daß aus der unterirdischen Geburtsgrotte zu Bethlehem der aus Marmor, Saspis und Silber verfertigte Stern gestohlen wurde, auf dem geschrieben stand: „*Hic de virgine Maria Jesus Christus natus est.*“ Kein orientalischer Katholik zweifelte daran, daß die Orthodoxen den Raub ausgeführt hätten.

Als nun in Frankreich Louis Napoleon, den Staatsstreich vorbereitend, um die Unterstützung der frommen Katholiken warb, gehörte zu seinen Mitteln auch, daß er bei der Pforte energische Vorstellungen zugunsten der katholischen Ansprüche an die Heiligen Stätten erheben ließ (im Jahre 1850). Nach längerem Sträuben zeigten sich die Türken bereit, dem Präsidenten der Republik die gewünschten Konzessionen zu bewilligen, als (im Oktober 1851) aus Petersburg Flügeladjutant Fürst Gagarin mit einem scharf abmahnenden kaiserlichen Handschreiben eintraf.

Dem Brief des Zaren schien ein gewisser Pulvergeruch anhaftend. Louis Napoleon, dessen Vorgehen in der Frage der Heiligen Stätten eine bloße Velleität gewesen war, fühlte sich sehr unangenehm berührt. Er berief — der Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 war soeben vollzogen worden — zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt den Gesandten in München Thouvenel, der aus vieljähriger Anschauung orientalische Verhältnisse gründlich kannte. Er war bis vor kurzem französischer Gesandter in Arabien gewesen und hatte sich in der Pacificoaffäre\*\*) als Gegner des Palmerstonschen Politik bewährt. Thouvenel erklärte sich ganz entschieden für sofortige Abwicklung des Palästina-Streits.\*\*\*) Allerdings hielt er die Sache nicht für ganz leicht. Das Schreiben des

\*) Vgl. L. Thouvenel „*Nicolas I. et Napoléon III.*“ Les préliminaires de la guerre de Crimée; 1852—1854. D'après les papiers inédits de M. Thouvenel. Paris 1891. Notice historique.

\*\*) Vgl. meinen Aufsatz Band 134 Heft 2 dieser Zeitschrift: „Königin Siam und Lord Palmerston“ I 269.

\*\*\*) Thouvenel „*Nicolas I. et Napoléon III.*“ S. 1. Schreiben Thouvenel an Unterstaatssekretär Eintrat. München 9. Dez. 1851.

Kaisers von Rußland, meinte er, habe die Natur des Streitfalls geändert. Dieser sei kirchlich gewesen und nun politisch geworden. Eine diplomatische Niederlage Frankreichs würde den Ruin des französischen Einflusses im Orient nach sich ziehen. \*)

In Berlin in der Wilhelmstraße hatte man damals aus der russischen Presse schon eine Reihe von Indizien gesammelt, welche den demnächstigen Ausbruch eines russisch-türkischen Krieges wahrscheinlich machten. \*\*) In Paris hatte man das gleiche Gefühl und fürchtete sich umso mehr, in dem Konflikt um die Heiligen Stätten eine kompromittierende Schwäche an den Tag zu legen. Einigermaßen beruhigend wirkte auf die französischen Staatsmänner ein Brief des Gesandten der Republik beim Zaren, Casteljajac, der schrieb, er glaube nicht, daß Rußland auf die Eroberung der Türkei begierig sei. Seit seinem Aufenthalt in St. Petersburg sei er von einer derartigen Vorstellung ganz zurückgekommen. Die Politik Katharinas wäre nicht mehr die des Kaisers Nikolaus. Speziell seit 1848 beschäftige sich der Zar fast nur mit der Wiederherstellung der moralischen und materiellen Ordnung in Europa und der landwirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Hebung eines ungeheuren Reichs; auch mit den sittlichen und administrativen Zuständen desselben. Er finde, da lägen die echten Fundamente russischer Macht und Prosperität, und die Arbeit wäre groß genug, in während seines ganzen Lebens in Anspruch zu nehmen. Der Großfürst Thronfolger hege die gleichen Ideen:

„Kaiser Nikolaus“, fuhr der Marquis fort, „wird niemals erlauben, daß man ihm die Meerenge des Bosporus verschließt . . ., dem sich eine Großmacht Konstantinopels bemächtigt . . ., aber er hat keine Lust, es selbst zu nehmen, in der Ueberzeugung, daß der Besitz Konstantinopels die Auflösung der Einheit des moskowitischen Reiches nach sich ziehen und seine Besitzergreifung das Signal zu einem allgemeinen Kriege geben würde. Halten Sie für gewiß, was

Ihnen sage und glauben Sie mir, daß Rußland vor allen Dingen den Frieden, die friedliche Assimilation Polens und die Einheit seiner inneren Aktion will. Diese Dispositionen müssen aus schließlich den eifrigen Alliierten Frankreichs gegen die Even-

\*) Thoubenel „Nic. I. et Nap. III.“ Thoubenel an Casteljajac. 15. April 1852.

\*\*) Denkwürdigkeiten des Ministerpräsidenten Otto Freiherrn v. Manteuffel. Herausgegeben v. Poschinger, Berlin 1901. II. S. 284. Denkschrift des Geh. Legationsrats Rüppert v. 22. Febr. 1853.

tualitäten machen, welche sich von seiten Englands erheben können. \*)

Bezüglich der letzten Worte Casteljajacs verweise ich auf meinen Beitrag zur Delbrückfestschrift, wo die zu dieser Zeit zwischen England und dem napoleonischen Frankreich obwaltende ungeheure Spannung geschildert ist. \*\*) Indem nun Kaiser Nikolaus für einen eventuellen Krieg in Belgien den Engländern den Beistand von 60000 Russen versprach, \*\*\*) sicherte er sich die diplomatische Unterstützung Großbritanniens in dem Streit um die Heiligen Stätten. Die englische Gesandte am Goldenen Horn, Sir Stratford Canning, respektive sein Vertreter Oberst Rose, gingen unentwegt mit dem russischen Gesandten Dzeroff zusammen, um die Pforte von irgendwelchen bedenkenden Zusagen an Frankreich zurückzuschrecken. †) „Dieses ist der Oberst Rose, ist immer gegen uns“, schrieb der französische Gesandte in Konstantinopel Marquis de La Valette voll ohnmächtigen Grimms nach Hause.

Und dabei erstrebte La Valette inbezug auf die Frage der Heiligen Stätten nichts als, wie er sich ausdrückte, ein Ergebniss erster Klasse. Er meinte damit die eine oder andere Konzession auf Kosten der Orthodoxen, welche den Katholiken in Palästina einen Bruchtheil ihres ehemaligen Besitztandes zurückgaben. Die Türken überwandten ihre Angst vor den Drohungen des Kaisers soweit, daß sie dem Marquis de La Valette zugestanden, die Katholiken sollten die Mitbenutzung der unterirdischen Kapelle und des Grabes der Jungfrau in Gethsemane haben sowie in Bethlehäm einen Schlüssel, um durch das große Thor des Gotteshauses in die unterirdische Grotte hinabsteigen zu können. Als aber der nach Jerusalem entsandte Kommissar der Pforte, Afif Bey, an die Ausführung der Frankreich gemachten Versprechungen herantrat, zeigte Dzeroff, gestützt auf Sir Stratford Canning, wieder vollkommen als Herr der Lage. Afif entschied, gemäß den Instruktionen der

\*) Thoubenel „Nicolas I. et Napoléon III.“. Schreiben Casteljajacs vom 15. April 1852.

\*\*) „Delbrück-Festschrift“, Berlin 1908, S. 263 u. ff. Emil Daniels: „Die Engländer und die Gefahr einer französischen Landung zur Zeit Louis XVIII. und Napoleons III.“

\*\*\*) Generalmajor M. N. Petrow: Der russische Donaufeldzug im Jahre 1853/54.“ Auf Allerhöchsten Befehl herausgegebenes Werk. Deutscher Regenerauer, Berlin 1891, S. 10

†) Thoubenel „Nicolas I. et Napoléon III.“, S. 46. Der Gesandte Sabatier in Konstantinopel an Thoubenel 25. Mai 1852. S. 50. Thoubenel an Casteljajac 15. Juni 1852. S. 65. Gesandter La Valette an Thoubenel 15. Sept. 1852.



von neuem durch Russen und Engländer eingeschüchterten Auftraggeber, daß die katholischen Mönche zwar am Grabe der Jungfrau ihren Kultus verrichten dürften, aber nur auf dem dort bestehenden griechischen Altar. Dies machte die Konzeßion, welche der Marquis de La Valette der Pforte mit der äußersten Anstrengung entrißen hatte, praktisch wertlos. Ähnliche Wirkungen hatte die Interpretation, welche Alf dem zweiten türkischerseits gemachten Zugeständnis angedeihen ließ. Er beschränkte nämlich das Recht der Katholiken, vermittelt eines Schlüssels zum Grabe Christi herabzusteigen auf vier Male im Jahr.\*)

Die Franzosen schickten damals eine Flottenerpedition nach Tripolis, um mehrere von dem dortigen Pascha rechtswidrig in Haft gehaltene Landsleute gewaltsam zu befreien. Als La Valette dem Minister des Auswärtigen Fuad Pascha wegen seines Mangels an Willfährigkeit in der palästinensischen Angelegenheit wieder einmal Vorhaltungen machte, antwortete der Türke höhnisch: „Ich würde es verstanden haben, wenn Ihr für die Heiligen Stätten getan hättet, was Ihr unverständlicherweise für Tripolis getan habt.“ So hoch schlug Fuad Pascha die Furcht des werdenden zweiten Kaiserreichs gegenüber dem russisch-englischen Einvernehmen bezüglich Palästinas an. Und ebenso klar erkannten die Franzosen selber, wie gedrückt ihre politische Stellung in der Levante vorderhand war: „Wir denken nicht an einen Kampf,“ schrieb Thouvenel nach Petersburg an Casteljajac. „Wenn wir nicht engagiert wären, würden wir uns auf die Sache nicht einlassen. Aber da wir es nun einmal getan haben, brauchen wir einen ehrenvollen Rückzug, und was wir verlangen, ist sehr unschuldig.“\*\*)

An und für sich war es den Türken natürlich ganz gleich, wie sich die Mönche der verschiedenen Konfessionen des Christentums im Heiligen Lande schlugen und vertrugen. Als das osmanische Reich noch stark war, hatten die Paschas viel Geld aus den widerspruchsvollen Firmans herausgeschlagen, welche sie den orthodoxen und katholischen Eiferern bezüglich der streitigen Heiligtümer zu bewilligen nicht müde geworden waren. Jetzt hätten die Staatsmänner der Pforte gern für eine politische Transaktion großen Stiles Nutzen aus den Heiligen Stätten gezogen. Am 2. Dezember 1852 wurde

\*) Thouvenel: „Nicolas I. et Napoléon III.“ S. 67 u. 68. Ibidem S. 62. La Valettes Bericht vom 25. August 1852.

\*\*) Brief vom 6. Januar 1853 bei Thouvenel „Nicolas I. et Napoléon III.“ S. 75.

in Paris das zweite Kaiserreich proklamiert. Der Großvezier Ali Pascha gab dem Marquis de La Valette den Wunsch des Sultans nach einer Allianz zwischen den beiden Herrschern zu verstehen. Aber der Marquis de La Valette wollte dieses Mittel, in der palästinensischen Angelegenheit den Sieg über Rußland zu erlangen, nicht ergriffen sehen: „Die Türkei ist ein Mädchen,“ schrieb er nach Haus, „dem man die Cour machen kann, das man sich aber hüten muß, zu heiraten. Die Familie ist zu arm und zu anrühlig.“\*)

Damals hatten sich die Montenegriner, von Rußland aufge reizt, der türkischen Grenzfestung Spuschem am See von Skutar bemächtigt. Der Generalstabschef der Schwarzmeerflotte begab sich wie Casteljajac nach Paris zu melden mußte, auf einem kleinen Dampfschiff infognito nach Ragusa und von hier nach Montenegro. Zugleich machte sich in Bosnien und der Herzegowina eine aufrührerische Bewegung geltend. Jener russische Marineoffizier organisierte mit Hilfe der dalmatinisch-österreichischen Serben einen maritimen Dienst, welcher den Stammesgenossen in den schwarzen Bergen Kriegsmaterial und Lebensmittel zuführte, wodurch die Montenegriner überhaupt erst aktionsfähig wurden.\*\*)

Die Unterstützung des montenegrinischen Angriffs auf die Türkei durch die Russen berührte wichtige Interessen Oesterreichs. Die Macht mußte peinlich empfinden, daß der Zar so handgreifliche Sympathie für die orthodoxen Völkerschaften der nördlichen westlichen Balkanhalbinsel gab. Und als nun gar eine türkische Armee die Montenegriner schlug und mit der Unterwerfung bedrohte, konnte der Wiener Hof schwer umhin, zugunsten Montenegros Konstantinopel zu intervenieren. Wenn aber die Tatsache der österreichischen Einmischung nicht auffallend erscheinen konnte, erregte die Art und Weise, wie der (am 30. Januar 1853) von Wien nach Istanbul entsendete außerordentliche Gesandte General Graf Leiningen den Türken gegenüber trat, bei den europäischen Kabinetten die größte Sensation. Graf Leiningen stieß unverhüllte Kriegsdrohungen aus. Er verlangte die Räumung Montenegros, eine bessere Behandlung der bosnischen Christen, Aufhebung des Holzausfuhrverbotes, Herabsetzung der Grenzzölle u. a. m. 50 000 sich in Dalmatien

\*) Thoubenel: „Nicolas I. et Napoléon III.“ S. 71. La Valette Thoubenel 15. Dezember 1852.

\*\*) Petrow, „Der russische Donaufeldzug i. J. 1853/54“. S. 17. Thoubenel: „Nicolas I. et Napoléon III.“, S. 80 Brief Casteljajacs vom 1. März 1853.

und Siebenbürgen konzentrierende österreichische Soldaten verließen dem Leiningenschen Ultimatum Nachdruck.

„Die montenegrinische Angelegenheit,“ schrieb der preußische Ministerpräsident Manteuffel nach Paris an den Gesandten Hatzfeldt, „scheint unangenehm zu werden. Die Instruktionen des Grafen Leiningen sind keineswegs so friedlicher und versöhnlicher Natur, wie das österreichische Kabinett sie in Paris und London geschildert hat. Der Graf soll schwerste Vorwürfe über das Verhalten der Türkei in den letzten Jahren machen und für gewisse Eventualitäten das Einrücken in Bosnien in Aussicht stellen. Das Verhalten Oesterreichs wird in Rußland als ein diesem erwiesener Dienst betrachtet. Das englische Gouvernement, welches wegen dieser Sache in starker Unruhe zu sein scheint, hat uns darauf aufmerksam gemacht, daß der Vertrag von Sistowa (1795), worin für die Pforte die Souveränität über Montenegro stipuliert worden, unter englisch-holländischer und preußischer Garantie geschlossen sei. Waremnes (französischer Gesandter in Berlin) hat mich auf unser Interesse, das türkische Reich erhalten zu sehen, aufmerksam gemacht; er fügte hinzu, wenn Rußland und Oesterreich sich in die europäische Türkei teilten, würde das europäische Gleichgewicht gestört, und um dasselbe zu erhalten, müsse Frankreich auch eine Vergrößerung haben, welche es freilich nur an seinen Grenzen suchen könne.“)

Ungefähr gleichzeitig mit der Leiningenschen Mission eröffnete der Zar dem britischen Gesandten Sir George Hamilton Seymour, er hielt den Sultan für einen hoffnungslos kranken Mann, und die höchsten Interessen der Menschheit erforderten, daß Rußland und England vor dem Eintritt der Auflösung zu einem Einvernehmen über die Teilung der Erbschaft gelangten. (Unterredungen vom 9. und 14. Januar 1853.) Wir verdanken dem russischen riegshistoriker Generalmajor Petrow die Kenntnis eines Handreibens des Zaren an den russischen Kriegsminister, aus dem ersichtlich ist, wie weit Nikolaus' positive Pläne damals gingen. Der Kaiser wollte die Donaufürstentümer okkupieren und hoffte, daß Oesterreich mit Bosnien und dem Fürstentum Serbien\*\*) das Gleiche

\*) Heinrich v. Poschinger, „Preußens auswärtige Politik 1850 bis 1858. Unveröffentlichte Dokumente aus dem Nachlasse des Ministerpräsidenten Otto Freiherrn v. Manteuffel.“ Berlin 1902. S. 34. Schreiben vom 14. Februar 1853.

\*) Serbien war damals noch ein Vasallenstaat der Türkei, die in Belgrad eine Garnison unterhielt. Moldau und Walachei standen als von einander getrennte Gemeinwesen ebenfalls unter osmanischer Oberhoheit.

tun würde. Bei der Schwäche des osmanischen Reiches hielt Nikolaus I. für möglich, daß die Kaiserhöfe jene Operationen ausführen könnten, ohne daß die Türken sie daran zu hindern wagten. Darüber hinaus nahm der Kaiser von Rußland in Aussicht, die Donaufürstentümer für unabhängig unter russischem Protektorat zu erklären. Wie er erwartete, würde eine solche Rundgebung auf seinem Kunde die gesamte Rajah der Balkanhalbinsel zur Erhebung gegen das Joch der Ungläubigen bewegen und „den Grund zu Zertrümmerung des türkischen Reiches legen. Nur der allmächtige Gott kann dann bestimmen, was daraus erfolgen soll. Wenn Maßnahmen werde ich auch dann noch nicht ergreifen“.

In England war damals der maßgebende Staatsmann Lord Earl of Aberdeen, der dem 1853 die Geschäfte führenden Koalitionskabinet als Premierminister vorfaß. Wie Ali und Fuad der Kaiser der Franzosen um ein Bündnis ersucht hatten, verlangten sie auch von England, daß es ihnen für den Notfall Hilfe gegen die beiden Kaiserhöfe versprechen solle. Aber Lord Aberdeen dachte nicht daran, sich auf ein solches Engagement einzulassen. Es müßte aller Wahrscheinlichkeit nach den Krieg herbeiführen, schrieb er dem Leiter des Hauses der Gemeinen Lord John Russell: „Diese Botschaften haben uns Alle und würden entzückt sein, eine Gelegenheit uns mit den anderen Mächten der Christenheit zu vereinen, um ihrem Vorteil zu ergreifen. Es mag nötig sein, ihnen moralische Unterstützung angedeihen zu lassen und eine Verlängerung ihrer Existenz zu erstreben, aber wir müssen jedes Engagement, welches uns zur Ergreifung der Waffen für die Türken zwingt, als die größte Unglück ansehen. . . .“\*)

Aberdeen war im Jahre 1844, als sich Kaiser Nikolaus in London aufhielt, von dem Autokraten ganz besonders ausgezeiht worden. Das Vertrauen, welches Aberdeen damals zu Nikolaus gefaßt hatte, sowie seine Abneigung gegen die Türkenherrschaft trugen viel dazu bei, daß der englische Premier zu Beginn des Jahres 1853 die Situation im Orient ganz falsch auffaßte. In jenem Briefe Lord John sagte er, vor den ihn widerlegenden Handlungen der russischen und österreichischen Diplomatie gewaltsam die Augen schließend, er glaube nicht, daß momentan irgendeine Macht die Türkei umzustürzen beabsichtige. Der Königin schrieb er, die Hoffnungen des Baren gegenüber Seymour seien Ideen, wie

\*) Spencer Walpole: „The life of Lord John Russell.“ London 1889 u. 1890. S. 178. Schreiben vom 15. Febr. 1853.

Nikolaus schon vor Jahren ausgesprochen habe und jetzt nicht sehr viel gefährlicher als damals.\*) Für bei weitem bedenklicher als den Ehrgeiz der beiden Kaiserhöfe hielt der Earl of Aberdeen die Vorliebe für gewaltsame Mittel, welche er bei Viscount Stratford\*\*) zu entdecken glaubte. Er versagte deshalb dem britischen Gesandten zu Konstantinopel die nachgesuchte Befugnis, nach selbständigem Ermessen die Mittelmeerflotte von Malta herbeizurufen.

Von beiden Westmächten im Stich gelassen unterwarf sich die Pforte den gebieterischen Präentionen der Oesterreicher und nahm das Ultimatum des Generals Leiningen an. Der k. k. Gesandte in Petersburg, Graf Mensdorff, ein Verwandter der Königin Victoria, schickte auf geheimem Wege dem Prinzen-Gemahl einen Brief, aus dem sich ergab, daß man in Wien ganz bestimmt auf einen Bruch mit den Türken gerechnet hatte und über den raschen, durchschlagenden Erfolg beinahe betroffen war.\*\*\*) Auch Manteuffel hatte einen Mißerfolg der Leiningenschen Mission für höchst wahrscheinlich angesehen: „Dann wird die Sache sehr ernst,“ schrieb der Prinz von Preußen aus Koblenz an Herrn v. Bismarck-Schönhausen; „bei dem Anhäufen von Truppen an den Grenzen. Dazu die Zustände in Italien von Mailand bis zum Faro! und Alles steht in Flammen!“

Einzelne Flammen züngelten schon auf, während der k. k. außerordentliche Gesandte noch am Goldenen Horn unterhandelte. In Mailand brach (am 6. Februar 1853) ein Aufruhr der Mazzinisten aus. Die Räufelührer waren aus Frankreich und der Schweiz gekommen, wie man österreichischerseits glaubte, mit der Konnivenz der Behörden jener Länder. Die Emeute wurde binnen weniger Stunden unterdrückt, aber das Vorkommnis beleuchtete grell das offnungslose Bestreben Oesterreichs, seine italienischen Provinzen zu ruhigen. Der Geheime Legationsrat Rüpfert, der im Berliner auswärtigen Amt die Aufgabe hatte, dem Ministerpräsidenten von Manteuffel periodisch über die Abwandlungen der europäischen Politik ausführliche Denkschriften vorzulegen, schrieb an Manteuffel, er halte Stellung der Donaumonarchie in dem gährenden Italien für so gefährdet, daß 80000 Franzosen, an der Alpengrenze konzentriert bereit, den Sardinern und Italienern die Hand zu bieten zur

\*) „Königin Victorias Briefwechsel“, Deutsch Berlin 1908 Band II, 198. Billet vom 8. Februar 1853.

\*\*) Sir Stratford Canning war inzwischen zum Peer erhoben worden mit dem Titel Viscount Stratford de Redcliffe.

\*) Botsinger: „Preuß. ausw. Politik“ II, 52. Bunsen an Manteuffel, London 16. März 1853.

Vereitelung aller auf Serbien und Bosnien gerichteten Pläne Oesterreichs vollkommen genügen würden.\*)

Kurz nach den Unruhen in der lombardischen Hauptstadt eignete sich in Wien eine Gewalttat, welche wieder einmal hartgreiflich bewies, was übrigens auch aus anderen Symptomen evident hervorging, daß nicht allein in Italien, sondern auch in Ungarn die revolutionären Glutten unterirdisch weiter brannten. Als Kaiser Franz Josef von der Vastei aus im Graben exerzierendem Militär zusah, stach ihm ein magyarischer Schneidergeselle László Kemény mit einem langen Messer in den Hinterkopf (18. Febr. 1853). Daß der Mord nicht gelang, war ein Zufall.

Bismarck vermutete in Frankfurt sofort richtig, daß das Attentat in Verbindung mit dem Mailänder Putsch die auswärtige Politik der Habsburgischen Monarchie zu beeinflussen geeignet sei.\*\*). Die inneren Schwierigkeiten, welche sich einem aktiven Vorgehen Oesterreichs am Balkan entgegenstellten, waren in der That ungeheuer. Hinzukam, daß die Eifersucht Preußens auf Oesterreich und die historische Freundschaft des Kabinetts von Berlin für die letzteren Faktoren waren, die möglicherweise schwerer in die Waagschale fallen konnten, als die Furcht Friedrich Wilhelms IV. durch Bekämpfung der Vergrößerungsabsichten Oesterreichs die Einheit des konservativen Osteuropa zu sprengen und die Sache der Konstitutionellen und internationalen Revolutionäre zu fördern. Wenn Rüpfers damals in einem seiner Memoranden äußerte: „Das Interesse Preußens verböte unbedingt, Plänen zur Teilung der Türkei, möchten sie sich engere oder weitere Grenzen stecken, seine Zustimmung zu erteilen,\*\*\*)“ so billigte Ministerpräsident v. Manteuffel diese Ansicht seines Ratgebers durchaus.

Die Regierung des Kaisers Franz Josef ist nicht bloß in der inneren Politik ein Zeitalter vielfacher jährr Systemwechsel gewesen, sondern auch bezüglich der auswärtigen Angelegenheiten waren die überraschenden Umschwünge immer sehr zahlreich. Es kam auch jetzt die so nachdrücklich begonnene orientalische Politik des Kaiserstaats plötzlich zum Stillstand, als die politischen Erdbeben zu Mailand und an der Wiener Vastei dazwischen kamen.

\*) Poschinger zweiter Band der „Denkwürdigkeiten d. Freiherrn v. Manteuffel“, Denkschrift Rüpfers v. 22. Febr. 1853. S. 285.

\*\*) Poschinger, „Preußen im Bundestag 1851 bis 1859“, Leipzig 1882, S. 200. Schreiben Bismarcks an Manteuffel v. 19. Febr. 1853.

\*\*\*), Denkwürdigkeiten des Freiherrn v. Manteuffel II, 286. Denkschrift Rüpfers vom 3. März 1853.

24. Februar 1853 schrieb Freiherr v. Manteuffel noch an den preußischen Gesandten in Paris, Oesterreich schiene sich im Orient dermaßen weit vorgewagt zu haben, daß es kaum zurückzuweichen vermöge, ohne sich zu kompromittieren. Nach den Relationen des Herrn v. Wildenbruch (des preußischen Gesandten in Konstantinopel) betrachteten die Türken Oesterreich als die Avantgarde von Rußland und glaubten, daß beide Staaten gemeinschaftlich auf die Teilung der europäischen Türkei ausgingen.\*) Aber schon am 9. März konnte der Prinz von Preußen erfreut an Manteuffel schreiben: „Die orientalische Frage ist . . . rasch beendet.“\*\*) Der Gesandte Preußens in London, Bunsen, leitete aus dem Zurückweichen der Hofburg den Schluß ab: „Die christlichen Mächte können die Türkenherrschaft in Europa nicht auflösen zu zwei, ebensowenig überhaupt für selbstsüchtige Zwecke.“\*\*\*)

Inzwischen sann in Petersburg der Zar darüber nach, wie er Franz Josef wider seinen Willen zur Teilung des osmanischen Reichs fortzureißen vermöchte. In neuen Unterredungen mit Seymour sagte Nikolaus (am 20. und 21. Februar 1853) dem englischen Gesandten, Großbritannien könne sich darauf verlassen, der franke Mann liege im Sterben. Im Falle der Katastrophe würde Rußland nicht dauernd von Konstantinopel Besitz ergreifen — eine vorübergehende Besetzung der türkischen Hauptstadt durch russische Streitkräfte hatte der Kaiser schon in dem Gespräch vom 9. Januar für möglich erklärt — um so nötiger wäre es, daß England und Rußland sich über die Zukunft der herrenlos werdenden Länderlasse im voraus verständigten. Von Frankreich sagte Nikolaus, man brauche es in den türkischen Angelegenheiten überhaupt nicht mitzupreisen zu lassen. Im übrigen warnte er Sir Hamilton vor den Absichten der Franzosen auf Tunis: „Aber Eure Majestät hat Oesterreich vergessen,“ warf Sir Hamilton ein; „Oh,“ versetzte Nikolaus, ohne sich zu bedenken, „Sie müssen wissen, wenn ich von Rußland spreche, spreche ich auch von Oesterreich; was dem einen vorderlich erscheint, erscheint auch dem anderen so; unsere Interessen sind bezüglich der Türkei durchaus identisch.“

Die Kaiserin Katharina, so trug Nikolaus dem Vertreter Oesterreichs weiterhin seine Auffassungen und Absichten vor, habe sich

\*) Poschinger, „Preuß. ausw. Pol.“ II, 49.

\*\*) Poschinger, „Preuß. ausw. Pol.“ II, 38.

\*\*) Poschinger, „Preuß. ausw. Politik“ II, 48. Schreiben an Manteuffel vom 2. März 1853.

gern allen Arten von ehrgeizigen Träumen hingegeben, aber sein seliger Bruder Alexander I. wäre ganz anders gesinnt gewesen und auch er selber sei von dergleichen Ideen vollkommen frei. Es beweiße wieder sein gegenwärtiges Auftreten bezüglich des Sultans „Der Herr“ bezeige sich in der Streitfrage der Heiligen Stühle wortbrüchig und überhaupt in jeder Hinsicht anstößig. Gleichwohl werde er weiter nichts tun als einen Gesandten nach Konstantinopel schicken und Genugthuung fordern. Er könne anstatt dessen eine Armee senden, die nichts imstande sein würde aufzuhalten, aber beschränke sich auf eine Drohung.

Es ist bekannt, daß der Kaiser am Schluß des Zwiegesprächs den Engländern Aegypten und Kreta anbot. Camille Roussin behauptet in der nach Form und Inhalt ganz ausgezeichneten Anleitung zu seiner „Histoire de la guerre de Crimée“,\*) der er sich in der Unterredung mit Seymour sehr weit vorgewagt zweifellos viel weiter, als er eigentlich gewollt habe und als für Erfolg seiner Taktik nötig gewesen sei; ganz unbedingt wäre Nikols in der Demasierung seiner Batterien zu voreilig gewesen. Nikols spricht damit ein Urtheil aus, welches wohl von sämtlichen Periodisten, welche über die Genesis des Krimkrieges geschrieben haben, getheilt werden dürfte. Wie mir jedoch scheint, ist es seit dem Erscheinen des Buchs des Generals Petrow nicht mehr haltbar.

Ebenso wie österreichische Truppen in Dalmatien und Serbien waren russische Streitkräfte in Bessarabien seit einiger Zeit bereit gestellt. Aber der Befehl aus Petersburg zum Uebertritt über den Pruth erfolgte so wenig wie die Order aus Wien zum Rückzug der Transsilvanischen Alpen und Einrücken in die kleine Walachei. Da die gleichzeitige Besetzung der Donaufürstentümer durch die Russen und Serbiens sowie Bosniens durch die Oesterreicher und das Zaudern der Hofburg sich zurzeit nicht ausführen ließ, beschloß Kaiser Nikolaus, die Vernichtung des osmanischen Reiches auf eine ganz andere Weise zu inaugurieren. Er wollte jetzt vermuthlich einen Angriff der Schwarzmeerflotte auf Konstantinopel und Genua wegnehmen. Gelang dieser Stoß ins Herz der Türkei, so mußte die Oesterreicher, mochte es ihnen lieb oder leid sein, vorwärts gehen und nehmen, was sie bekommen konnten.

Zur Verwirklichung des neuen Aktionsplans des Zaren waren die in Sebastopol stehende 13. und die in Odessa garnisonirte

\*) Paris 1877. Hier findet sich auch eine empfehlenswerte Wiederholung der Gespräche zwischen Nikolaus und Seymour.



14. Infanteriedivision unverzüglich mobilisiert. Für jede Division stellte man 32 Geschütze und ein paar Sotnien Kosaken bereit. Zwieback, Fleisch, Wein und Fourage gaben die Magazine für etwa 40 000 Mann auf sechs Wochen her. Außerdem besorgte die Intendantur 15 000 Säcke zum Fortschaffen von Erde, dann Schanzzeug und Mineurmateriel.

Die 13. Division zählte 13 050 Bajonette, und 124 Schiffe waren für die Beförderung vorhanden. Der Transport der 15625 Bajonette zählenden 14. Division sollte auf 146 Fahrzeugen erfolgen.

Man bestimmte, daß auf jeder Fregatte 500 Mann, auf jedem Zweidecker 1000, auf dem Dreidecker 2000 unterzubringen seien.

Die Sebastopoler Flotte konnte auf Ruderbooten mit einemmal 4250 Mann, die Odeffaer 4710 Mann landen.\*)

Um den 1. März 1853 begannen jene Rüstungen in den russischen Schwarzmeerbäfen, am 2. März schickte der weiße Zar dem Khalifen eine Gesandtschaft, wie sie in den Annalen der Weltgeschichte unerhört war. An der Spitze stand als außerordentlicher Botschafter Fürst Menschikow, gewesener Marineminister, eine der ersten Autoritäten des Zarenreichs in den Fragen des Seekriegs. In Menschikows Gefolge befanden sich der Vizeadmiral Kornilow, Generale und kaiserliche Flügeladjutanten, dazu eine unübersehbare Menge von Marine- und Landoffizieren.\*\*)

Der ostensiblen Zweck der Menschikowschen Gesandtschaft war die Friedlegung des Konflikts wegen der Heiligen Stätten. In Wahrheit aber wollte der Kaiser von Rußland gar nicht jenen Streit unter vernünftigen Bedingungen zum friedlichen Austrag bringen. Vielmehr schickte er einen Marineminister mit großem militärisch-marinem Stab deshalb nach Stambul, weil er die zweckmäßigste Art zur Bewerkstellung der geplanten Kriegsoperationen noch einmal durch die Autopsie von kompetenten Sachmännern festgestellt zu haben wünschte. Menschikow berichtete auf Grund der Refognosierungen seines Stabes (am 18. März neuen St.) nach Petersburg, daß besten lande man bei Bujukdere am Bosporus. Daneben komme auch Kilia am Schwarzen Meere in Betracht, das aber gegen Norden, von wo die vorherrschenden Winde kämen, nicht durch Berge geschützt wäre. Deshalb könne inmitten der Landungsoperationen

\*) Generalmajor Petrow: „Der russische Donaufeldzug 1853/54.“ S. 34. Nach den Akten des russ. Kriegsarchivs.

\*\*) Roussset: „Histoire de la guerre de Crimée“, I, 21.

eintretender Nordwest- oder Nordostwind höchst gefährlich werden. Denn der erste Windstoß aus jenen Gegenden riefte eine solche Brandung hervor, daß die Fahrten der Ruderboote würden unterbrochen werden müssen, ja es sei bei widrigen Luftströmungen mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Transportschiffe sich gezwungen sehen könnten, ihre Rettung unter den Segeln zu suchen. Die Ausfischung bei Bujukdere, so urteilte der Bericht der Menschikowschen Expedition, biete derartige Schwierigkeiten nicht; nur müsse das Landungskorps stark genug sein, um mit Hilfe der Flotte die Uferbefestigungen stürmen zu können.

Was die Dardanellen betraf, so schlug das Gutachten Menschikows vor, etwa bei Maibos, südwestlich von Sestos, zu landen. Nehme man von hier aus die Befestigungen und stelle eine einzige Division bei den Schlössern auf, so vermöge die Schwarzmeerflotte jeder Seemacht der Welt den Eintritt in den Hellespont zu wehren.\*)

Während Sebastopol und Odessa sich mit dem Lärm der Land- und Seerüstungen erfüllten und man in letzterem Hafen antrat auf dem Segelschiff „Perun“ und dem Dampfer „Donau“ die Land- und Ausfischung von Truppen zu üben, schritt Fürst Menschikow zur Lösung des diplomatischen Teils seiner Aufgaben. Wie wir uns erinnern, hatte im Oktober 1852 der nach der Heiligen Stadt abgeschickte Pfortenkommisfar Afif Bey entschieden, daß die Katholiken den Schlüssel zur Kirche in Bethlehem nur vier Tage im Jahr bekommen und hinsichtlich des Gotteshauses zu Gethsemane nicht berechtigt sein sollten, dort die Messe nach ihrem Ritus zu celebrieren. Menschikow machte bezüglich der letzteren Kirche die Konfession, daß die Katholiken ihren Kultus sollten ausüben dürfen, aber immer nur hinter den Orthodoxen. Ferner zeigte er sich geneigt, den Katholiken einen Schlüssel zur Bethlehemitischen Kirche zu überlassen, und zwar für alle Tage im Jahr. Er entwertete jedoch dieses Zugeständnis dadurch völlig, daß er verlangte, in der unterirdischen Grotte der Geburt des Heilands solle an Stelle des 1847 entwendeten lateinischen Kreuzes ein griechisches niedergestellt werden. Gesah dies, so konnten die Befenner der römischen Konfession an dem Ort, von dem geglaubt wurde, daß ihm eine besondere Heiligkeit anhafte, ihre Andacht nicht verrichten.

\*) Bericht Menschikows an d. Großfürsten Konstantin Nikolajewitsch Petrow Seite 36.

Gleichwohl beanspruchte Menschikow, daß zur Entschädigung für jene angeblichen Opfer der orthodoxen Religionsgemeinschaft dem griechischen Patriarchen von Jerusalem das Vorrecht eingeräumt würde, zu entscheiden, welche kirchlichen Inschriften und Embleme bei der Restauration der baufällig gewordenen großen Kuppel der Kirche des Heiligen Grabes gewählt werden sollten. Dieses aus einem unübersehbaren Wirrwarr von Kirchen und Kapellen zusammengesetzte Heiligtum liegt innerhalb der Stadtmauer von Jerusalem; es bildet den Abschluß der Via dolorosa mit ihren 14 Stationen. Nach der Legende befindet sich nicht nur das Grab Christi innerhalb seiner Tore, sondern auch Golgatha.

Die große Kuppel war vor Jahrhunderten auf Kosten Karls V. und Philipps II. aufgesetzt worden und hatte Ähnlichkeit mit den Formen eines katholischen Doms. Menschikow forderte jetzt, daß der orthodoxe Patriarch von Jerusalem berechtigt sein sollte, sie in byzantinischem Stil restaurieren zu lassen.\*)

Alles das kümmerte, wie gesagt, die Türken herzlich wenig, denn Frankreich damit einverstanden war. Diese Macht aber sah sich bezüglich der vernünftigen und bescheidenen Ansprüche, welche in den palästinensischen Angelegenheiten bei der Pforte erhob, so gut wie vollständig isoliert. Nach wie vor unterstützte von den europäischen Gesandten in Konstantinopel die Franzosen niemand der Preuße Herr v. Wildenbruch. Denn Manteuffel blieb dabei,

die Türkei ein wertvoller Stein auf dem Schachbrett der russischen Politik sei und ihre Integrität verteidigt werden müsse: „Wir sind mit Preußen sehr zufrieden gewesen,“ schrieb Thouvenel Casteljajac, „Sie wissen, daß man in Berlin nur daran denkt, zu vergrößern, und man würde niemals zugeben, daß Oesterreich eine Provinz einverleibt, ohne ein Aequivalent zu verlangen.“\*\*\*)

Selbstverständlich konnte Herr v. Wildenbruch am Goldenen keine entscheidende Einwirkung zugunsten Frankreichs hervorbringen, vielmehr fiel dort ausschlaggebend ins Gewicht, daß Oberst den unveränderten Anweisungen seiner Regierung gemäß, die Stationen Menschikows unterstützte. Als Nikolaus 1844 in

---

Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“, S. 109. Thouvenel an Casteljajac 1. April 1853. Auch die Anmerkung zu beachten. Ferner S. 122. Schließlich S. 135 Thouvenel an Casteljajac 14. Mai 1853. Für die gesamte Frage der Heiligen Stätten ist auch die historische Einleitung des Thouvenelschen Buchs beachtenswert.  
Schreiben vom 1. April 1853. Bei Thouvenel „Nicolas I. et Napoléon III.“, S. 109.

London gewesen war, hatte er zu maßgebenden englischen Politikern vielfach geäußert: „Ich weiß, man hält mich für einen Schauspieler allein ich bin es nicht; ich sage, was ich meine und halte mich an das Wort.“\*) Nicht nur Lord Aberdeen, sondern fast alle britischen Staatsmänner standen noch 1853 unter dem Eindruck, welchen die mächtig imponierende Persönlichkeit des Selbstherrschers 1844 auf sie gemacht hatte. Die zweideutigen und nebelhaften Versicherungen, die Nikolaus gegenüber Sir G. Hamilton Seymour jedes Streben nach Vandalenwerb in Abrede gestellt hatte, nahm man an der Themse für bare Münze.

Aus Petersburg, wo der französische Gesandte Casteljau und der preussische Rochow durch das schauspielerische Talent des Kaisers ganz geblendet waren und ihren Regierungen wetteifernd beteuerten, Nikolaus wäre ein ehrlicher Mann und begehre Konstantinopel, gingen entsprechende Berichte auch nach London. Seymour über die Rüstungen Rußlands in den Schwarzmeerbäfen verfaßte keinen anderen Zweck, als die Pforte in der Heiligen Stätten einzuschüchtern.\*\*\*) Einem Besseren hatten die drei Audienzen bei Zaren vom 9. Januar, 20. und 21. Februar ihn nicht beige. Palmerston war als Staatssekretär des Auswärtigen gegen Uebertragung des Petersburger Postens an Seymour gewesen. Königin Victoria hatte ihren Willen durchgesetzt, denn nach dem und ihres Gemahls Urteil war Sir Hamilton ein Diplomat, der unter den schwierigsten Verhältnissen richtig zu handeln verstand.

Unterdessen erging von Nikolaus an die Landungstruppen von Sebastopol und Odessa der Befehl, daß sie sich für den 13. Juni (n. St.) zur Einschiffung bereit halten sollten, die Geschütze voll der Bespannung und einem bespannten Munitionswagen jedes Geschütz; die anderen Munitionswagen ohne Pferde. Das 1. Regiment wurden drei größere Segelschiffe, eine Fregatte und ein Dampfboot für den Transportzweck zugewiesen. Da die D

\*) Ueber Kaiser Nikolaus' Aufenthalt an der Themse im Jahre 1844 vgl. Theodor Martin, „Das Leben des Prinzen Albert“, Deutsch-Gesellschaft v. Lehmann. I. 215. „Königin Victorias Briefwechsel.“ I. 49. Briefe der Königin an den König Leopold I. von Belgien vom 4. Juni 1844. Ch. St. Parker, „Sir Robert Peel from his papers“ III. 162, Schreiben an die Königin vom 20. October 1844. Sir Henry Litton Bulwer (Lord Dalling), „The life of Viscount Palmerston“, III. 121, Schreiben Palmerstons vom 5. Juni 1844.

\*\*) Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“, S. 130. Casteljau an Thouvenel am 30. April 1853.

\*\*\*), „Königin Victorias Briefwechsel“ II. 54. Anm. 15. Schreiben Victoria an Palmerston.

zur Aufnahme großer Lasten ungeeignet waren — der Dampferbau war ja noch viel zu wenig entwickelt — so mußten die Patronenwagen, die Regimentsbagage u. dgl. auf den Segelschiffen untergebracht werden, während die Regimentsstäbe auf den Dampfbooten eingeschifft werden sollten. Für die Offiziersreitpferde schrieben die Petersburger Orders die Charterung von Privatfahrzeugen vor.\*)

So waren alle Details der Landung der Russen an den türkischen Meerengen vorbedacht und geregelt; ein naher Termin war für die Ueberfahrt festgesetzt; drei Tage nach der Abfahrt des Expeditionskorps glaubte man russischerseits bei Konstantinopel landen zu können.

Der englische Staatssekretär des Auswärtigen, Clarendon, sagte in einer Depesche,\*\*) welche Seymour davon in Kenntniß setzte, daß das Kabinett von St. James sich auf Vorbesprechungen über die eventuelle Regulierung der Erbschaft des kranken Mannes nicht einlassen könne: „Wenn die Meinung des Zaren, daß die Tage des türkischen Reichs gezählt sind, richtigbar würde, müßte der Sturz dieses Reichs noch früher eintreten, als Seine Kaiserliche Majestät es zu erwarten scheint.“ Nun ist es bekannt, wie Fürst Menschikow in Konstantinopel auftrat. Vorsätzlich verlegte er in seinem amtlichen Verkehr mit der Pforte und sogar mit dem türkischen Kaiser alle Gebote der Höflichkeit und guten Sitte, und verweigerte den Männern, welche das osmanische Reich regierten, den Respekt, welchen selbst Privatleute im gesellschaftlichen Leben einander unter solchen Umständen erweisen. Von den europäischen Mächten theils verdrängt, theils verlassen, ertrugen die Türken geduldig die moralischen Verleumdungen, welche der außerordentliche Gesandte des Kaisers von Sankt Petersburg ihnen täglich versetzte.

Nikolaus hatte für die Menschikowsche Mission die Zeit abgewartet, wo sich weder der englische noch der französische Gesandte am Goldenen Horn auf seinem Posten befand. Lord Stratford war gerade auf Urlaub in der Heimat, der Marquis von La Valette war abberufen worden, indem sich die französische Regierung der Meinung hingab, daß dieses Opfer den Zaren in dem Streit um die heiligen Stätten nachgiebiger stimmen würde. Den beiden Gesandtensträgern der Westmächte, dem Kolonel Rose und dem Botschaftsrat Benedetti, dem späteren Botschafter bei König Wilhelm,

\*) Petrow: Der russische Donaufeldzug im Jahre 1853/54. S. 36.  
Rousset „Histoire de la guerre de Crimée“, S. 19, Depesche vom 23. März 1853.

entging nicht, daß das Treiben Menschilows die Rajah-Schritten Konstantinopels mit Aufregung zu erfüllen anfang, auch hörten sie das Geräusch der Waffen von dem russischen Nordufer des Schwarzen Meeres herüberschallen. Beiden Diplomaten blieb nicht der mindeste Zweifel darüber, daß die Lage im höchsten Maße kritisch sei und von seiten ihrer respektiven Regierungen unverzüglich Maßregeln der Abwehr erheische. In diesem Sinne wendete sich Kolonel Russell direkt an den Kommandeur des britischen Mittelmeergeschwaders in Malta, den Vizeadmiral Dundas, und ersuchte ihn (am 6. März 1853), mit seinen Schiffen nach dem Archipel zu kommen. Benedek wendete sich mit der entsprechenden Bitte nach Paris.

Dundas hielt sich nicht für berechtigt, aus eigener Machtvollkommenheit den Schritt zu tun, welchen Rose von ihm verlangte. In Malta sah er die Gewitterwolken nicht, welche über den Schwarzen Meer lagerten. Auch mochte der Admiral wissen, daß Rose das Vertrauen Lord Stratfords, des besten Kenners in orientalischen Politik, mitnichten besaß. Die Minister in London waren Dundas sehr dankbar dafür, daß er erst bei ihnen antrat. Sie betrachteten die Lage Osteuropas, wo anlässlich des Mönchengazänks um die Heiligen Stätten bei Fürsten, Diplomaten und Völkern so viel *fancy* zutage trat mit sorgenlosem Humor. In diesem Sinne schrieb (am 18. März 1853) Lord Clarendon an Lord Aberdeen: „Eine gute Wirkung davon, daß Rose nach der Türkei geschickt hat, dürfte sich insofern herausstellen, als Lord Stratford wünschen wird, ohne sie auszukommen.“\*) Wie es Bunsen betonte, fragten die Engländer nach der Erhaltung der Türkei sehr viel gar nicht mehr: „Auf eine vernünftige Teilung“, wie er seinem Chef, „wobei Rußland Garantien gäbe gegen Westen und England zu rechter Zeit am Ende doch eingehen. Und „*Paris pour la Syrie*“ ist ja des Kaisers Napoleon Wiegenlied.“\*\*)

Nachdem Napoleon III. durch siegreiche Beendigung des Krieges sich eine imposante Stellung im Abend- und Morgenland geschaffen hatte — er restaurierte damals auch die große Kirche der Heiligen Grabes-Kirche ganz im Sinne eines katholischen Kaisers — projizierte er in der Tat eine Teilung der Türkei und trat im Bunde mit Rußland gegen England.\*\*\*)

\*) Spencer Walpole, „The life of Lord John Russell“ II, 179.

\*\*) Poschinger, „Preuß. ausw. Pol.“ II, 48, Schreiben vom 2. März 1853.

\*\*\*) Vgl. Graf Josef Alexander von Hübnert, „Neun Jahre der Ereignisse eines österreichischen Botschafters in Paris unter dem zweiten Kaiser“.

er isoliert war, als keine Großmacht, um mit seinem Unterstaatssekretär Thouvenel zu reden, ihn anders denn mit der Zange anfaßte,\*) wollte der Kaiser von dem Umsturz der im Orient bestehenden Gebietsverteilung nichts wissen. Trotzdem ihm das Kabinett von St. James davon abriet,\*\*) befolgte er den Rat Benediktis und entsendete die französische Mittelmeerflotte nach der Levante. (Ende März 1853.) Alle Segel beiseigend, erreichte sie rasch die griechischen Gewässer und ging im Meerbusen von Salamis vor Anker.

Es gehörte rühmliche Entschlossenheit zu solcher Initiative von seiten eines Herrschers, der sich seiner Isolierung so bewußt war wie der Kaiser der Franzosen. Eine gewisse Beruhigung mochte es ihm gewähren, daß der französische Gesandte in London, Graf Walewski, scharfblickend nach Hause schrieb: „Wenn die Eventualität des Sturzes des osmanischen Reiches näherücken sollte, verbürge ich mich mit meinem Wort dafür, daß England so mit uns gehen würde, wie wir es haben wollten.\*\*\*)

Um sich bis zu diesem unbestimmten Termin wenigstens einigermaßen Spielraum zu verschaffen in seiner Eintreibung, beschloß Napoleon, das russisch-englische Einvernehmen bezüglich der Heiligen Stätten zu sprengen, es koste, was es wolle. Die französische Regierung konzedierte also der russischen die Wiederherstellung der großen Kuppel auf der Kirche des Heiligen Grabes in Jerusalem. Sie gestand ferner zu die Niederlegung eines griechischen Kreuzes in der Grotte der Geburt des Heilands zu Bethlehern. Bezüglich der Kirche über dem Grabe der Jungfrau Maria zu Gethsemane orderte Menschikow, daß dort die katholischen Mönche nach den orthodoxen die Messe zelebrieren sollten. Thouvenel hätte die Rotation per Tag gewünscht, da aber Menschikow auf der Rotation der Stunde bestand, unterwarfen sich die Franzosen auch dieser den Katholizismus demütigenden Präntention des Moskowiters. Der französische Unterstaatssekretär des Auswärtigen schrieb resigniert: Ich will nicht sagen, daß alles dies sehr wichtig ist. Wir wünschen

Berlin 1904. Band II, passim. Dazu meine Besprechung des Hübnerschens Buchs „Preuß. Jahrb.“ Band 118, S. 516 sowie meinen Beitrag zur „Delbrück-Festschrift“, S. 275.

\*) Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“ S. 33. Schreiben Thouv. an Castelbajac vom 15. April 1852.

\*\*) Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“ S. 128. Thouvenel an Castelbajac am 30. April 1853.

\*\*\*) Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“ S. 102. Schreiben vom 24. März 1853.

aufrichtig, ein Ende zu machen, aber anstatt mit einer Einigung zu schließen, wird die Debatte in bitteren Worten enden. Wir müßten es geschehen lassen, aber scheltend. Hätte man dagegen unsere Vorschläge angenommen, so wären wir genötigt gewesen, zu schweigen oder uns sogar, und das wäre mein Rat gewesen, für „zufrieden gestellt“ zu erklären.“\*)

So endigte die erste diplomatische Offensive Napoleons durch dem Zusammenhalten der Russen und Engländer mit einer ekklatanten Niederlage.

Der an Stelle des geopfertem La Valette zum französischen Gesandten bei Abdul Medschid ernannte Monsieur de la Cour kam am 5. April 1853 in Konstantinopel an, kurz nach seinem englischen Kollegen Viscount Stratford de Redcliffe, jenem berühmtesten britischen Diplomaten, der seit vielen Jahren eine außerordentlich einflußreiche Stellung am Goldenen Horn behauptete. Die Russen schoben damals den auf den 13. April festgesetzten Termin der Landung an den türkischen Meerengen hinaus. General Peters belehrt uns nicht warum, aber man weiß ja überhaupt, daß Kaiserlands Staat, Heer und Flotte keine zu blitzartigen Schlägen geeigneten Werkzeuge des kaiserlichen Willens darstellen. Ob schon damals die Annäherung der französischen Flotte lähmend auf die russische Bosphorus-Expedition gewirkt hat, ist nicht bekannt worden.

Mitnichten gab der Zar aber seine großen Pläne auf. Die Abfahrt der Truppen von Odessa und Sebastopol wurde anstatt den 13. April auf den 13. Mai (n. St.) festgesetzt. Inzwischen trat Menschikow, nachdem die Franzosen der Unterhandlung, wodurch allein er angeblich nach Konstantinopel entsendet worden, durch absolute Nachgiebigkeit ein Ende gemacht hatten, mit neuen Forderungen in den turbulentesten Formen an die Minister und Großherrscher heran. „Die Nachrichten aus Konstantinopel sind durchaus noch nicht beruhigend,“ schrieb Manteuffel (am 28. April 1853) an Hatzfeldt nach Paris. „Wildenbruch schreibt, die Engländer Stratford und de la Cour könnten das, was sie dort sehen, in Einklang bringen mit den Versicherungen, welche aus Petersburg ihren Höfen zugegangen. Ich fürchte, wir erleben dort noch schlimme Dinge . . . Oesterreichs ist der Kaiser Nikolaus ganz gewiß . . .

\*) Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“, S. 135. Derselbe, Castelbajac. 14. Mai 1853.

\*\*) Poschinger, „Preuß. ausw. Pol.“ II. 61.



So kam der 13. Mai 1853 heran, an welchem sich 30 000 Russen in Sebastopol und Odeffa einschiffen sollten, um das Kreuz auf der *Aja Sofia* aufzupflanzen. Auch der Marquis de Castelbajac in Petersburg, obwohl er nach wie vor Thouvenel gegenüber auf die Redlichkeit und territoriale Wunschlosigkeit des Zaren schwor, mußte, daß: „Rußland durch seine Position am Schwarzen Meere immer auf die Türkei drücken und eine große Gefahr für ihre Hauptstadt bilden wird, wegen der Strömungen und Winde dieses Meeres, welche die russischen Flotten reißend schnell nach dem Bosphorus tragen können.“\*) Binnen drei Tagen, wie gesagt, hoffte man russischerseits die Seeresfahrt zurücklegen zu können.\*\*)

Aber weder am 13. Mai noch zu einem späteren Termin erfolgte das mit so bewunderungswürdiger Verstellungskunst seines kaiserlichen Urhebers vorbereitete Unternehmen, welches, wenn es gelang, zwar nicht Europa, wohl aber den Orient kosakisch machte. Vielmehr gab Nikolaus die Idee, Konstantinopel durch die Flotte zu erobern, vorläufig auf. General Petrow behauptet, das Projekt der maritimen Expedition gegen Konstantinopel und Gallipoli sei deshalb auf unbestimmte Zeit vertagt worden, weil die Türken Wind von dem beabsichtigten Ueberfall bekommen hätten. Diese Auffassung ist ganz unhaltbar. Schon gleich nach der Ankunft Menschikows hatten die Türken, von panischem Schrecken ergriffen, Rose und Benedetti angefleht, gegen die in den russischen Häfen offenkundig betriebenen Rüstungen die Mittelmeergegeschwader der Westmächte herbeizurufen. Eine ganze Wolke russischer Offiziere kam mit Menschikow, ließ sich um Konstantinopel und Gallipoli nieder und nahm gründlichst das Gelände auf. In den vierten Monat hinein wurden diese Vorbereitungen betrieben, und da sollen die Russen geglaubt haben, die Türken, welche sie durch eine unerhört geräuschvolle Diplomatie vor jeder Möglichkeit, einen Augenblick einzuschlafen, wirksamst betäteten, überraschen zu können?

Nein! Die Resignation des Zaren hatte einen ganz anderen Grund. In den Berichten Menschikows aus Konstantinopel hieß es ämlich, die Türken verfügten zum Schutz von Stambul über fünf Linienenschiffe und sieben Fregatten. Diese Seemacht wäre infolge ihres verfallenen Zustandes zur Verwendung auf hoher See kaum eignet, vermöge aber zur Verteidigung von Stambul nützlich

\*) Thouvenel: „Nicolas I. et Napoléon III.“ S. 201. Schreiben Castelbajacs an Thouvenel vom 28. August 1853.

\*\*) Petrow S. 35.

Dienste zu leisten.\*) Nun sagt Geh. Legationsrat Rüper in einer seiner Denkschriften für Manteuffel, gestützt auf Beobachtungen, die er in der türkischen Hauptstadt persönlich gemacht hatte: „Sedehöchstens acht Linienische, welche die türkische Flotte verstärken, würden genügen, um Rußland den Türken gegenüber . . . die Hand zu binden. Dieses Sachverhältnis erklärt es, warum eine Bewegung der ungefähr sechs Linienische starken englischen Mittelmeerflotte nach den Dardanellen zu als Demonstration ihre Wirkung auf das Petersburger Kabinett nie verfehlt hat.“\*\*)

Wir dürfen also wohl ohne Bedenken aussprechen, was Kaiser Nikolaus gezwungen hat, die Landung bei Konstantinopel und Gallipoli auch am 13. Mai 1853 zu unterlassen und dann überhaupt bis ins Unbestimmte hinein zu vertagen, war die Entsendung der gleichfalls etwa sechs Linienische zählenden französischen Mittelmeerflotte\*\*\*) nach der Levante.

Beinahe drei Monate verweilte Fürst Menschikow mit Land- und Marineoffizieren in Konstantinopel. Gegen den Scheitern seines Aufenthaltes hin stellte er ein Ultimatum, welches für den Zaren das Protektorat über die orthodoxen Untertanen des Sultan verlangte. Die Endforderung des Zaren war mit den Differenzen über die Heiligen Stätten kaum durch einen losen Faden verbunden, sodaß der religiöse Eifer der Russen jetzt deutlich seinen Charakter als reiner Vorwand für Eroberungszwecke offenbarte. Wenn der Medschid die ausländische Schutzherrschaft über 11—12 Millionen seiner Unterthanen gut geheißsen hätte, würde er die europäische Türkei der Sache nach russisch gemacht haben. Der Khalif that nicht, sondern verwarf das Ultimatum und ließ Menschikow am 2. Mai abreisen.

Als die Nachricht von diesen Vorgängen nach London gelangte, schrieb Graf Walewski an Thouvenel, das Kabinett diskutiere die Entsendung der Mittelmeerflotte nach dem Orient. Es sei

\*) Petrow S. 37.

\*\*) Polchinger, „Denkwürdigkeiten des Freiherrn v. Manteuffel“. U. d. Denkschrift vom 22. Febr. 1853.

\*\*\*) Die russische Schwarzmeerflotte bestand aus etwa zwölf Linien. Ueber das numerische Verhältniß der drei Flotten siehe Ashley „The of viscount Palmerston“. London 187. Band 1, S. 152. Für Stratford 2. Oktober 1849. Die relative Schwäche der englischen Mittelmeerflotte im Vergleich mit der französischen ist von mir zum Abschluß meines Aufsatzes in der „Delbrück-Festschrift“ gemacht worden. Den Titel hat: „Die Engländer und die Gefahr einer französischen Flotte im Zeitalter Louis Philipps und Napoleons III.“

nicht einig, und die Sache werde sich etwas hinziehen, aber nicht lange.\*) In Wirklichkeit bedurfte es noch eines starken Drängens Palmerstons, der in diesem Ministerium nicht Staatssekretär des Auswärtigen, sondern des Innern war, und Ruffells, der überhaupt kein bestimmtes Portefeuille inne hatte, bevor das Kabinett den Beschluß faßte, an Admiral Dundas in Malta den Befehl zur Vereinigung mit den französischen Kriegsschiffen zu schicken. Diese Operation wurde von Dundas und von dem französischen Admiral (am 14. Juni 1853) in der Besikabei vollzogen, die zwischen Tenedos und der Troas liegt. Napoleon III., der für den Augenblick in seinen Ansprüchen auf außerpolitische Geltung sehr bescheiden war, weil er mußte, zeigte sich sehr erfreut darüber, daß die gemeinsame Flottendemonstration der Westmächte ihn aus seiner internationalen Vereinsamung erlöste.

Durch die Berichte Sir G. Hamiltons und General Casteljajacs in den Glauben an die Ehrlichkeit des Zaren eingelullt, setzte man in Paris und London trotz des russischerseits gestellten Ultimatus voraus, daß die Flottendemonstration bei Tenedos genügen würde, um Rußland vom Angriff auf die Türkei zurückzuhalten. An der Seine wurde angenommen, Nikolaus würde die Forderung, als Protektor der Orthodoxen im türkischen Reiche anerkannt zu werden, dahin einschränken, daß er sich mit der Schutzherrschaft über die Heiligen Stätten begnüge. Durch ein solches Kompromiß wären die diplomatischen Triumphe, die Rußland über Frankreich ersochten hatte, in der Form eines völkerrechtlichen Vertrages für ewige Zeiten befestigt worden. Thouvenel teilte Casteljajac mit, es wäre unzweifelhaft, daß England in jener Weise auf Frankreichs Kosten eine Transaktion erkaufen wolle. Der Unterstaatssekretär eröffnete dem Marquis weiterhin, daß man in Paris nötigenfalls „die bittere Pille schlucken würde“\*\*) In der Erkenntnis, daß die Franzosen der friedfertigen englischen Führung folgen würden und in dem Irrglauben an die persönliche Zuverlässigkeit des Kaisers von Rußland teilte Königin Victoria ihrem Onkel Leopold I. von Belgien mit, der Krieg würde vermieden werden; sie sei davon überzeugt.\*\*\*)

Da zur Bildung der Vorurteile, welche man in Großbritannien ungunsten des Kaisers Nikolaus hegte, die Seymourischen Berichte

\*) Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“. S. 164. Schreiben vom 28. Mai 1853.

\*\*) Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“. S. 167. Schreiben vom 1. Juni 1853.

\*\*\*), „Königin Victorias Briefwechsel“ II. Brief vom 22. Juni 1853.

sehr viel beitrugen, so sei hier der folgende Passus aus einem Schreiben des preussischen Militärbevollmächtigten in Petersburg Grafen Münster, an Ministerpräsidenten v. Manteuffel angeführt. „Selbst Sir Hamilton Seymour findet, daß sein Kollege in Konstantinopel zu weit gegangen wäre (mit dem Ratschlag auf unbedingte Abweisung des Menschikowschen Ultimatums), wenn er selbst auch meine Ansicht teilt, daß das russische Kabinett . . . nicht offen und nicht ganz wahr gewesen sei . . ., aber auch er ist überzeugt, daß Rußland im Grunde genommen auf Eroberungen nicht ausgehe. Dagegen hat Stratford Canning seit ewigen Zeiten die Idee, Rußland trachte nur nach dem günstigen Momente, um die europäische Türkei zu verschlingen. Die Generale Berg und Dierkens, die ihn persönlich in Konstantinopel kannten, charakterisieren ihn als einen sehr klugen, leidenschaftlichen, herrschsüchtigen und mit fest fixen Idee behafteten Menschen, . . . und Hamilton Seymour zeichnete ihn mir selbst als „fort mauvais coucheur“.\*)

Inzwischen setzte der Zar anstatt des vereitelten Anstalts gegen die türkischen Meerengen seinen ersten zugunsten jenes Unternehmens zurückgestellten Aktionsplan ins Werk. Ein starkes Truppenkorps überschritt (am 3. Juli 1853) den Pruth und offensierte Moldau und Walachei, damals noch osmanische Provinzen, die von christlichen Hospodaren verwaltet wurden. In London äußerte Lord John Russell erregt, wenn der Zar auf Konstantinopel anmarschiere, müsse die Türkei durch englische Waffen verteidigt werden. Lord John fand die Zustimmung nur eines Teils der Ministry. Der Premier Aberdeen insbesondere antwortete kühl, er sei für russischen Träumereien abgeneigt und wünsche sich Freiheit des Handels zugunsten der wahren Interessen Englands vorzubehalten.\*\*)

Der Marsch des Zaren auf Konstantinopel, den Rußland fürchtete, stand noch in weitem Felde. Denn jener erste Feldzugsplan, auf den Nikolaus nach der Etablierung der französischen Armee bei Salamis zurückkam, enthielt die Bestimmung, daß die russischen Truppen am Nordufer der Donau stehen bleiben und hier der Erhebung der christlichen Balkanstämme entgegensehen sollten.\*\*\*) Aber nun Aberdeen aber meinte, England müsse ruhig abwarten, sich aus dem russischen Einrücken in die Donaufürstentümer

\*) Poschinger, „Preuß. ausw. Pol.“ II, 86. Schreiben vom 8. Juni 1853.

\*\*) Spencer Walpole, „The life of Lord John Russell“ II, 3. Memorandum Russells vom 19. Juni 1853.

\*\*) S. oben S. 392.

ergebe, es bewahre dadurch seine Handlungsfreiheit, so war Palmerston gerade der entgegengesetzten Ansicht. Er äußerte, man arbeite am wirksamsten für den Frieden, wenn auf der Stelle eine bewaffnete Demonstration angeordnet würde. Die englisch-französische Flotte müsse die Dardanellen passieren und im Bosporus vor Anker gehen. Hier würden die Geschwader ermutigend auf die Türken, deprimierend auf die Rajah wirken, deren Erhebung in allen Provinzen der europäischen Türkei der Kaiser von Rußland erwarte. Aus diesen Gründen sei anzunehmen, daß die Einfahrt der Kriegsschiffe der Westmächte den Zaren einer friedlichen Schlichtung der Streitigkeiten günstig stimmen dürfte.\*)

Palmerston drang mit seinen Argumenten im Ministerrat nicht durch. Anstatt vermittelt militärischer Demonstrationen beschloß das Kabinett, die Räumung der Moldau und der Walachei durch die Teilnahme Englands an diplomatischen Konferenzen zu erwirken, welche zwischen den vier am russisch-türkischen Konflikt nicht beteiligten Großmächten in Wien zu dem Zweck abgehalten werden sollten, zwischen Zar und Sultan zu vermitteln. Den Vorsitz bei diesen Konferenzen führte der k. k. Ministerpräsident Graf Buol, die übrigen Mitglieder waren der englische, französische und preussische Gesandte am österreichischen Hof, Lord Westmoreland, Baron Bourqueney, Freiherr v. Caniz.\*\*\*) Während diese Diplomaten an ihre schwere Arbeit gingen, versuchte Palmerston noch einmal, das Kabinett zur Entsendung der vereinigten Geschwader nach Konstantinopel zu bewegen. Seine Amtsgenossen ehnten das dringend vorgebrachte Ansuchen mit der Begründung ab, Stratford und La Cour besäßen ja schon die Befugnis, die Schiffe nach der Straße von Konstantinopel kommen zu lassen, wenn sie ihrer zu bedürfen glaubten. Palmerston hielt diesen Einwand für eine Finte. Zwar stände es so in den offiziellen Depeschen, schrieb er an Russell, aber er wisse genau, daß Lord Stratford durch Privatbriefe des Staatssekretärs des Auswärtigen die Weisung erhalten habe, von der Berufung der Kriegsschiffe in den Bosporus abzusehen.\*\*\*)

Wirklich waren die britischen Minister bezüglich der orientalischen

\*) Spencer Walpole, „The life of Lord John Russell“, II, 182. Schreiben Palm. an Russ. v. 7. Juli 1853.

\*\*) Letzterer, eigentlich Ministerresident in Darmstadt, vertrat den Grafen Arnim während seiner Brunnenkur.

\*\*\*) Spencer Walpole, II, 182. Billet vom 7. Juli 1853.

Frage in einer Stimmung, welche Manteuffel in einem Bericht an seinen König mit den Worten kennzeichnen zu dürfen glaubte, der stolze Albion wolle Frieden um jeden Preis.\*) Dagegen rief der Einmarsch der Russen in die Donaufürstentümer bei der englischen Nation hitzige Kampflust hervor. In anbetracht solcher Unterströmungen hielten die Minister nichts für wichtiger, als daß die „Times“ vermocht wurde, ihren ungeheuren Einfluß zugunsten des Friedens mit Rußland geltend zu machen. Das wurde den Lord Clarendon und Aberdeen nicht immer leicht.\*\*) An dem Tag, an welchem Palmerston zum zweiten Male das Kabinett aufforderte, die Flotte durch den Hellespont zu schicken, beschloß die „Times“ unter allen Umständen am nächsten Morgen einen kriegerischen Artikel zu bringen; erst um 11 Uhr nachts gelang es den Bedachnungen der Minister, die allmächtige Zeitung von jenem Vorhaben abzubringen.\*\*\*)

An den Wiener Konferenzen verriet schon die Wahl des Verhandlungsorts, daß trotz aller irritierender Vorkommnisse sämtlich vier Mächte dem Kaiser Nikolaus gegenüber in einer konstanten Stellung verharreten. Er sei überzeugt, daß Oesterreich sich mit Rußland verständigt habe, schrieb Manteuffel damals an Friedrich Wilhelm IV.

Das Resultat der Konferenzen Buols mit Westmoreland, Pakenham und Canitz bildete die (am 31. Juli 1853 zustande kommende) „Wiener Note“. Diese diplomatische Konfessionsformel sprach sich in vieldeutigen Redewendungen den Sultan von der russischen Herrschaft über seine orthodoxen Untertanen los, aber die unbestimmte Ausdrucksweise der Urkunde eröffnete dem Zaren die Türen, welche ihm möglich machten, später mit der Behauptung vorzutreten, der russische Protektoratsanspruch hätte durch die Wiener Note die Sanktion aller europäischen Mächte erhalten.

Thouvenel schrieb dem Marquis de Castelbajac, dem Botschafter von Rußland böte sich jetzt eine schöne Gelegenheit, indem er die Wiener Note gut hieße, wieder Fühlung mit Frankreich zu gewinnen. Dieses würde gern über gewisse Dinge mit dem Schutzherrn hinwegfahren, und vielleicht könnte man die Grundlagen zu

\*) Poschinger, „Preuß. ausw. Pol.“, II, S. 118.

\*\*) Ueber das damalige Verhältnis der „Times“ zur engl. Regierung meinen Beitrag zur Delbrück-Festschrift, S. 265.

\*\*\*) Poschinger, „Preuß. ausw. Politik“, II, 117. Bunsen an Manteuffel, 7. Juli 1853.

wirksamen Bündnis herstellen: „Wird man uns an dem Hof verstehen, wo Sie sind?“\*)

Napoleons Unterstaatssekretär meinte mit dieser Anfrage, ob man auch in St. Petersburg wisse, daß der Kaiser Napoleon glücklich sein würde, die Entente mit Großbritannien gegen eine Allianz mit Rußland einzutauschen. Hieraus geht hervor, daß sich der Prinzgemahl von England nicht so ganz im Rechte befand, wenn er meinte, Louis Napoleon scheine hinsichtlich der orientalischen Frage vollkommen ehrlich gegen England zu verfahren.\*\*\*) Allerdings wußte der Kaiser der Franzosen zu schätzen, daß durch das Zusammenliegen der westmächttlichen Flotten bei Tenedos vor sämtlicher Mächte Augen der Bann gebrochen war, in welchen das legitime Europa die wiederhergestellte Dynastie Bonaparte getan hatte. Jedoch brauchte er, um seinem Hause den Besitz der Krone zu sichern, Eroberungen, welche England ihm schwerlich gönnte, während sie leicht die Frucht eines französischen Bündnisses mit Rußland bilden konnten. Diesen Gesichtspunkt verlor Napoleon III. in der orientalischen Frage von Anfang an nie aus dem Auge.

Nikolaus wollte von einer russisch-französischen Allianz nichts wissen, denn das Bündnis mit Napoleon hätte das reaktionäre Tendenzbündnis der drei Ostmächte gesprengt und ihn mit den Engländern unverföhnlich verfeindet. Im Hinblick auf England dünkte dem Kaiser, daß die außerpolitische Machtstellung des britischen Reichs durch das Anwachsen der radikalen Partei untergraben werden würde\*\*\*), vorläufig jedoch imponierte ihm die unerschütterte Haltung, welche die Obrigkeit Englands im Jahre 1848 hatte bewahren können. Er zog hieraus den Schluß, daß, wie er der Königin Victoria im Jahre 1849 schrieb, in der zunächst kommenden Ära Rußland und Großbritannien die Welt beherrschen würden. Aus taktischer Rücksicht auf den Rassenhaß, welcher im englischen Volk hervortrat, nahm Kaiser Nikolaus (am 2. August 1853) die Wiener Note an. „Ohne dies,“ äußerte der Earl of Aberdeen zum Prinzen Albert, „würde nicht einmal ein so friedliebender Premierminister wie er die britische Nation haben vom Kriege mit Rußland zurückhalten können.“†)

\*) Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“ S. 173. Brief vom 15. Juli 1853.

\*\*) Theodore Martin, „Das Leben des Prinzen Albert“ II, 513. Albert an Stodmar, 10. August 1853.

\*\*\*\*) Boischinger, „Preuß. ausw. Pol.“ II passim. Äußerungen des Zaren zu dem preußischen Gesandten General v. Rochow.

†) Martin, „Leben des Prinzen Albert“ II, 513. Albert an Stodmar. 10. August 1853.

Jetzt verbreitete sich ein allgemeines Gefühl der Beruhigung und Befriedigung in der englischen Gesellschaft. Fast jedermann glaubte, daß die orientalische Frage aufgehört habe, akut zu sein und wieder in das Stadium der Versumpfung eintreten würde. Vielleicht, so meinte man, würde der Nachfolger des 57jährigen Nikolaus versuchen, den Doppelsinn der Wiener Note für die Zwecke des russischen Ehrgeizes auszubenten. Vorläufig rechnete die öffentliche Meinung Englands und überhaupt des Westteils bestimmt auf Ruhe; an allen Börsen hoben sich die gesunkenen Kurse kräftig.

Was die russische Besetzung der Donaufürstentümer betraf, gab es dafür einen noch frischen Präzedenzfall. April 1848 besetzten russische Truppen Moldau und Walachei — allerdings unter der Teilnahme einiger türkischer Streitkräfte —, um die nationale und liberale Bewegung bei den Rumänen zu unterdrücken. Palmerston, der damals Staatssekretär des Auswärtigen in England war, mußte bis in das Jahr 1850 hinein drängen, bevor die Fürstentümer den Russen geräumt wurden. Indem die Engländer sich daran innerten, daß die Russen damals am Ende doch aus Moldau und Walachei wieder weggegangen waren, neigten sie zu dem Entschluß, die sofortige Räumung der Donaufürstentümer durch den Zar wohl vorläufig, aber nicht dauernd als eine *Conditio sine qua non* aufzustellen.\*) Eben hierauf kam es dem Zaren an. Er jagte Casteljacob, es würde seinem Ansehen bei den Russen schaden, wenn er die okkupierten Landschaften räume, bevor die Flotte bei Tenedos ihren Rückzug nach Malta und Toulon angetreten hätte. Der übrige werde sich schon alles von selber ordnen, wenn nur über Ehrlichkeit gezeigt würde.\*\*) Zwei Töchter des Kaisers, die damals in London aufhielten, die Kronprinzessin Olga von Württemberg und die Herzogin Maria von Leuchtenberg, gaben die große Enttäuschung darüber zu erkennen, daß jemals einer hätte an Ehrlichkeit ihres Vaters zweifeln können.

Dabei blieb Nikolaus jedoch, wie er gegenüber dem französischen Botschafter in wiederholten Unterredungen aussprach, der Unerbittlichkeit treu, daß die Türkei jeden Tag in das Stadium der Auflösung eintreten könne. Alttürken und Christen, so bemerkte der Zar zu Casteljacob, wären gleichermaßen von Gärung ergriffen.

\*) Martin, „Das Leben des Prinzen Albert“ II, 530. Albert an S. 10. August 1853.

\*\*) Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“. S. 193. Casteljacob an Thouv. v. 13. August 1853.



rüttelten am Throne Abdul Medschids. Wegen der auf der Balkanhalbinsel zu befürchtenden blutigen Anarchie mußten die russischen Truppen vorläufig in den Donaufürstentümern bleiben. Vielleicht würde es sich als notwendig erweisen, daß zur Herstellung haltbarer Zustände auf den Trümmern des osmanischen Reichs alle Mächte mit bewaffneter Hand einschritten, wobei im allgemeinen Interesse seinen Truppen in erster Linie die Aufgabe zufallen dürfte, durch Repression der entbundenen zügellosen Elemente Ordnung zu schaffen.\*) Er verpfändete jedoch sein Ehrenwort dafür, daß er keine Eroberungen wolle, und daß der Sturz des türkischen Reiches ihm mehr Verlegenheit bereiten würde als dem übrigen Europa.\*\*)

Der General Castelbajac, ein alter Veteran von 1812, schenkte dem Souverän, der für die militärischen Eigenschaften und Verdienste es französischen Gesandten ostentative Verehrung zur Schau trug, solches Vertrauen, daß er die Stationierung der westmächtliden Geschwader bei Tenedos politische Gehirnerweichung nannte. Ueberzeugt, wie alle Franzosen, daß die englisch-französische Entente für Frankreich ziemlich unfruchtbar bleiben müßte, brannte er darauf, das nationale Ideal des Bundes mit Rußland zu verwirklichen. In Quai d'Orsay teilte man zwar nicht das unbedingte Vertrauen Castelbajacs zum Zaren, aber der leidenschaftliche Wunsch, zum Alliierten zu gewinnen, herrschte auch hier.

So durfte denn der Zar darauf rechnen, als er im August die jener Note annahm, daß niemand seine Stellung in den Donaufürstentümern anfechten würde, zunächst einmal nicht bis zum Ende nächsten Monats, wo die Herbststürme einzusetzen pflegten, welche Reede von Tenedos unwirtlich machten. Nach den Berichten russischer Konsuln, welche durch Herrn v. Wildenbruch Manteuffel gingen, vertrugen sich in der Besika-Bai die Seeleute der beiden Nationalitäten wie Katzen und Hunde.\*\*\*) Ueberhaupt trat, nachdem glückliche Erfolg der Wiener Note in Petersburg der orientalischen Frage ihre Schärfe genommen zu haben schien, der Gegensatz gegen den Westmächten wieder schärfer hervor. Als die Königin Maria (am 10. August 1853) bei Spithead jene Flotte Revue geben ließ, welche die Engländer nach dem napoleonischen Staats-

Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“. S. 182 und 192. Schreiben Castelbajacs an Thouvenel vom 2. und 13. August 1853.

Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“. S. 199. Brief Castelbajacs an Thouvenel vom 17. August 1853.

Poschinger, „Preuß. ausw. Pol.“ II. 126. Manteuffel an Hasselbt, 11. Aug. 1853.

streiche in aller Eile erbaut hatten, gestaltete sich die Flottenflucht zu einer ausdrucksvollen nationalen Gegendemonstration wider den Bau der mächtigen Festungswerke in Cherbourg und die Invasionspläne, welche das ganze englische Volk bei Napoleon III. voraussetzte. \*)

Alle diese Verhältnisse gaben dem Kaiser Nikolaus ein Recht zu der Annahme, daß die Regierungen Englands und Frankreichs in Anbetracht des Dardanellenvertrages von 1841 nicht wagen würden, beim Eintritt der Herbstwinde ihre Geschwader in den schützenden Hellespont vorwärts gehen zu lassen, sondern daß die Flotte weiter zurückziehen würden, vielleicht bis nach Enez oder Thrazien. \*\*) Da es sich noch um Segelschiffe handelte, so mußte die englisch-französische Seemacht bei sehr ungünstigem Wind militärischermaßen außerstande gewesen sein, einer Stambul überfallenden russischen Flotte rechtzeitig zu begegnen, wenn nicht überhaupt die Rückkehr der westmächtlchen Seestreitkräfte nach Mittelmeer und Toulon erfolgte. Nun legten die Beschlüsse der vier Diplomaten in Wien den Türken, abgesehen von den schon bestehenden Festsetzungen, die Verpflichtung auf, dem Zaren eine Art von Gütergesandtschaft zu schicken. Das war ein schallender Backenstreich und zu welchem der unglückliche Abdul Medschid die Wangen hinhalten sollte. Schon fragten die über die gehäuften Beleidigungen und die Invasion des Reiches erbitterten Muselmänner den Befehlshaber der kaiserlichen Garde Mehemed Ruschdi Pascha, einen zu jeder Tat fähigen Prätorianer-Obersten, ob er die Schmach und das Unheil nicht abwenden wüßte. Zu den Chancen, welche Nikolaus für die Vernichtung der Türkei zu haben glaubte, gehörte auch, daß der Zar gegen alttürkische Empörer die Russen zu Hilfe rief. Um anerkennend zu bekunden, daß die Westmächte gegen die wühlerischen Bestrebungen Rußlands auf der Hut waren, beorderte Stratford, der imposanteren Persönlichkeit Monsieur La Cour sich unterordnete, von der Tenedos-Flotte vier Fregatten in die Straße von Constantinopel.

Diese Anordnung Stratfords fand den Beifall der englischen Regierung, weil der Lord klüglich den polizeilichen Gesichtspunkt

\*) Martin, „Das Leben des Prinzen Albert“. II, 514.

\*\*) Der Wortlaut des Dardanellenvertrages bei Martens-Murhard, *Nouveau recueil général de traités* II, Göttingen 1844, S. 129. Stratford legte den Dardanellenvertrag ebenso aus wie der Zar. Vgl. Ashley, *Life of viscount Palmerston* I, 166. Palm. an Stratford 14. Novemb. 1849.

Vordergrund schob, indem er die Schiffe für nötig erklärte, um gegebenenfalls englische und französische Untertanen, überhaupt christliche Menschenleben zu retten.\*\*) Um so mehr zürnten die britischen Minister, als sie zu ihrem grenzenlosen Erstaunen erfuhren, daß die Pforte am 20. August auf den Rat Lord Stratfords die Wiener Note abgelehnt habe. Nur Palmerston ergriff die Partei des Diplomaten, der gewagt hatte, in einer den Weltfrieden berührenden Frage sich gegen die Instruktionen der Regierung aufzulehnen und bearbeitete die Presse in kriegerischem Sinne.\*\*\*) Dagegen rühmte Aberdeen die Mäßigung des Zaren, welcher nach der Verwerfung der Wiener Note sich von diesem Friedensinstrument hätte lossagen können, was er aber ebensowenig getan habe, wie er die Donaufürstentümer dauernd zu behalten wünsche. Wenn die Türkei nicht nachträglich noch die Wiener Note annehme, müsse man sie ihrem Schicksal überlassen.\*\*\*)

Lord John Russell meinte, die positiven Weisungen an Stratford müßten wiederholt und der Gesandte müßte nötigenfalls gezwungen werden, den pflichtmäßigen Gehorsam zu leisten. Drei Wochen könnten die Flotten noch bei Tenodos liegen. Dann sollten Firmane vom Sultan verlangt werden, daß die Kriegsschiffe innerhalb der äußeren Hellespontoschlösser ankern dürften. „Wenn er das verweigert, ist unsere Ehre gerettet, und wir können uns nach einem guten Ankerplatz weiter weg zurückziehen.“†)

Während die englischen Staatsmänner, ebenso gereizt wie ratlos, mit dem Gedanken spielten, ihre Hand von den Türken abzugiehen, erhoben sich diese ein wenig aus ihrer tiefen Erniedrigung und nahmen an Kraft und Selbstgefühl einigermaßen zu. Denn die Rüstungen, welche nach der Invasion des Reichs durch die Russen angeordnet worden waren, gingen den Umständen nach eidllich vonstatten, obwohl die Türkei damals noch keinen Kredit an

\*) „Königin Victorias Briefwechsel“ II, 211. Victoria an Clarendon am 24. Sept. 1853. Vgl. dazu Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“ S. 231 Thouv. an Castelbajac, 1. Okt. 53. Der Dardanellenvertrag von 1841 (s. oben, S. 414 Anm.) gestattete die Durchfahrt kleinerer Kriegsfahrzeuge durch den Hellespont, wofern diese für den Dienst der Gesandten in Konstantinopel bestimmt waren.

\*\*) „Königin Victorias Briefwechsel“ II, 211. Aberdeen an Victoria. 11. Sept. 53.

\*\*) Spencer Walpole „The life of Lord John Russel“ II, 185 und 188. Schreiben Aberdeens an Russ. vom 26. Aug. u. 16. Sept. 53.

†) Spencer Walpole „The life of Lord John Russel“ II, 184 u. 186. Schreiben Russells an Clarendon vom 20. Aug. 53 und Memorandum Russells für eine Ministert Konferenz v. 3. Sept.

den europäischen Börsen besaß: „Man verlangt von uns“, so schilderte Thouvenel dem General Casteljacob die Situation in Konstantinopel, „türkischerseits Garantien gegen künftige Projekte Rußlands, und, aufrichtig gesagt, man hat darin nicht unrecht . . . Ganz zweifellos trägt Lord Stratford de Redcliffe die Verantwortung für die Niederlage seiner Kollegen, die nichts unversucht gelassen hatten, um ans Ziel zu kommen. Heute haben die Türken Courage. Ihr Heer hat nach dem Urteil unserer Offiziere und der Ausländer, welche es gesehen haben, in den letzten beiden Monaten große Fortschritte gemacht. Die Armee kann einen ersten Ansturm aushalten und die Zuversicht flößt ihr Leidenschaft ein. Wenn sie die Feinde abwehren nicht gegen die Russen gebrauchen darf, ist sie fähig, sie zu schlagen, den Sultan zu richten, und diese Perspektive macht Seine Hoheit nicht zugänglicher für unsere Ratschläge.“\*)

Diese Ratschläge wurden von der französischen Regierung mit dem möglichsten noch größerem Eifer, als Lord Aberdeen zeigte, zugunsten der nachträglichen Annahme der Wiener Note durch die Türken gegeben: „Wir Franzosen sehen nur Konstantinopel“, ließ Thouvenel durch Casteljacob dem Kaiser von Rußland sagen. „England hat das Indien im Auge, und die unkluge Stellungnahme Rußlands macht uns wider unseren Willen zu Gegnern in einer Kampagne, bei welcher es noch um andere Interessen als die unsrigen geht. Warum werden unsere freimütigen Erklärungen über die Heiligen Stätten nicht besser aufgenommen? Vielleicht würden wir heute Alliierte sein!“

Stieß die Türkei in Frankreich und England auf erklärte Unterstützung, so rief der kühne diplomatische Schritt, welchen die Wiener an der Hand Lord Stratfords gewagt hatte, in Oesterreich geradezu stürmische Feindseligkeit hervor. Damals besuchte Nikolaus, der Kaiser Franz Josef anlässlich der Herbstmanöver bei Olmütz. Der bekannte Hofrat Louis Schneider schickte aus Olmütz und nach Wien dem Ministerpräsidenten v. Manteuffel Stimmungsberichte, in denen es hieß, die Aufregung und Erbitterung gegen England wäre allen Schwarzzgelben, einschließlich der Liberalen, auf den Gipfeln gestiegen. Alles schwärme für Teilung der Türkei, sowohl unter türkischen Einflüssen als auch, weil die Armee sich zu bewähren wünschte.

\*) Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“. S. 222. Schreiben vom 18. Sept. 1853.

\*\*) Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“. S. 232. Schreiben vom 1. Oktober 1853.

\*\*\*) Polchinger, „Denkwürdigkeiten des Freiherrn v. Manteuffel“, II, 335. Bericht vom 4. Oktober 1853.

Der Haß der Oesterreicher gegen die italienfreundlichen Engländer bestand schon lange, wenn er aber wegen der Ablehnung der Wiener Note durch die Türkei besonders heftig aufschäumte, so ist dabei zu erwähnen, daß Victoria, Albert und alle britischen Minister bis auf Palmerston das Verfahren Lord Stratfords aufs Entschiedenste mißbilligten: „Wir sind paralysiert“, schrieb Prinz Albert an Stodmar, weil wir nicht wissen, was unser Agent in Konstantinopel tut oder nicht tut.“\*) Den Eigenmächtigen abzuverufen, wagte die britische Regierung freilich nicht, denn die Kriegslust des englischen Volkes entzündete sich unverkennbar von neuem. Den Franzosen fiel an dieser populären Strömung besonders auf, daß sie am stärksten in den Industriebezirken, dem Sitz der Manchesterpartei, zutage trat.\*\*\*) Um so klarer schien es Thouvenel zu sein, daß das Zusammengehen zwischen England und Frankreich eigentlich nicht dem Interesse der letzteren Macht entsprach: „Die wahre orientalische Frage“, schrieb er an Casteljacob, „ist für England die indische Frage, und ich bedaure tief, daß Rußland uns in einer Sache gezwungen hat, sein Gegner zu sein, in der es leicht gewesen wäre, uns zu Freunden oder wenigstens zu wohlwollenden Zuschauern seines Kampfes zu haben.“\*\*\*\*)

So stand denn die Türkei nach der Ablehnung der Wiener Note da, von Rußland und Oesterreich mit der Zerstückung bedroht, während sich Napoleon nur zu gern zu den beiden andern Kaisern gesellt hätte, und die Engländer mit der Versuchung spielten, bezüglich ihrer Mittelmeerflotte dem Verlangen des Kaisers Nikolaus u willfahren, daß, um mit Palmerston zu reden, der Schutzmann vor dem Einbrecher den Lagerraum verlassen solle.†) Was Oesterreich etraf, so machte sich die Finanznot des Staats damals so stark geltend, daß trotz der akuten Orientkrisis eine Reduktion der Armee vorgenommen wurde.††) Für jeden Landzuwachs, den sich Oesterreich im Osten verschaffe, meinte Bunsen, würde Napoleon auf italienischem Boden Kompensationen beanspruchen.†††) Oesterreich könne

\*) Martin, „Das Leben des Prinzen Albert“, II, 528. Am 21. September 1853.

\*\*) Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“ S. 232. Thouvenel an Casteljacob, 1. Oktober 1853.

\*\*) Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“ S. 247. Schreiben vom 14. Oktober 1853.

†) Ashley, „The life of viscount Palmerston“. London 1876, vol. II, S. 33. Palmerstons Memorandum für das Kabinett vom 12. Juli 1853.

†) Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“ S. 247. Thouvenel an Casteljacob, 14. Oktober 1853.

†) Poschinger, „Preuß. ausw. Politik“, II, 136. Bunsen an Ranteuffel. 22. September 1853.

sich kaum dem Bankerott, der Revolution und den Waffen der Weltmächte sowie der Türkei aussetzen, schrieb der Prinz-Gemahl von England, um die ihm vorgespiegelten Vergrößerungen in Bosnien, Serbien usw. zu erlangen.\*)

Mit Recht konnten die Türken in den hier berührten Umständen Momente erblicken, welche die Begierde der hohen k. k. Militärs, im Bunde mit Rußland das osmanische Reich zu teilen, auf unbestimmte Zeit lähmten. Jedenfalls meinte der preussische Ministerpräsident, Oesterreich besitze in Konstantinopel keinen wirklichen Einfluß, denn die Donaumonarchie werde dort weder geachtet noch gefürchtet, und was sie durchsetze, glücke nur mit Hilfe von Intriguen.\*\*)

Dagegen wurde der moralische Druck, den Rußland seit der Entsendung des Fürsten von Menschikow auf die Türkei ausübte, mit jedem Monat unerträglicher. Die kümmerlichen pekuniären Hilfsquellen, welche die Pforte sich für die Rüstungen erschloß, hatte, gingen bald dem Versiegen entgegen.\*\*\*) Zwar stellte die relative Energie, welche die Türken gezeigt hatten, ihnen Vorträge für den Reichsschatz in Aussicht. Napoleon III. war jetzt nämlich nicht abgeneigt, eine türkische Anleihe von 50 Millionen zu garantieren.†) Mit den Erwägungen und Unterhandlungen über dieses Projekt begannen die französisch-türkischen Finanzgeschäfte, welche später für die Wirtschaftsgeschichte Frankreichs von so erheblicher Bedeutung geworden sind. Aber diese goldene Ernte für den Schatz des Sultans stand noch in weitem Felde. Einstweilen drohte, indem sich tapfere, aber der Zentralregierung nicht allzu freundlich gesinnte Türkenheere in Bulgarien und Armenien zusammenzogen, in Istanbul das Geld für den Sold und die übrigen Bedürfnisse der Armee auszugehen.

Dagegen lebten die russischen Okkupationstruppen in Moldau und Walachei größtenteils auf Kosten der arg gebrückten Rumänen. 12 000 Mann Infanterie und vier Batterien schickte der Zar zu den Schwarzmeershäfen aus nach der Festung Achalzik in Transkaukasien. Es fiel der russischen Verwaltung schwer, die für die

\*) Martin, „Leben des Prinzen Albert“, II, 539. Brief vom 19. Oktober.

\*\*) Poschinger, „Preuß. ausw. Politik“, II, 113. Ranteuffel an Bunsen, 7. Juli 1853.

\*\*\*) Poschinger, „Preuß. ausw. Politik“, II, 89 u. 126. Ranteuffel an Bunsen, am 11. Juni 1853, an Hapsfeldt am 11. August.

†) Poschinger, „Preuß. ausw. Politik“, II, 184. Bericht Bunsens an den Kaiser, 28. November 1853.

16 Bataillone mit den wenigen Geschützen erforderlichen Schiffe aufzutreiben, denn was man von Fahrzeugen besaß, blieb in Sebastopol und in Odeffa für den Zweck der Landung an der türkischen Küste konzentriert. Aber sonst hatte Rußland bisher Kriegsrüstungen nicht vorgenommen. Jetzt eröffnete Nikolaus dem preussischen Gesandten v. Rochow sowie dem Marquis de Castelbajac, er werde angesichts der türkischen Truppenkonzentrationen seine Streitkräfte in den Donaufürstentümern und Transkaukasien verstärken müssen, verfolge dabei aber nur defensive Absichten und werde weder die Donau noch die asiatische Grenze seines Reiches überschreiten. Er könne in einer solchen Verteidigungsstellung ganz gut 1½ bis 2 Jahre ausharren. Die Türken dürften das seiner Ansicht nach kaum vermögen. So werde er denn, mit Moldau und Walachei als Unterpfändern, die Arme über die Brust kreuzen und gelassen den Zusammensturz des osmanischen Reichs erwarten.\*)

Der Kaiser sprach zu den Vertretern Frankreichs und Preußens durchaus die Wahrheit. Er hielt eben noch fest an den diplomatisch-militärischen Operationsplänen, welche er im Januar und Februar entworfen hatte, und welche die Aufstellung großer Armeen vor der Hand nicht erforderten. Daß die russische Staatskunst auch ohne dies ihrem Ziel immer näher rückte, dafür sorgten die vielen tausend in den Eingeweiden des kranken Mannes wühlenden Geheimagenten,\*\*) welche den slavischen, griechischen und albanesischen Untertanen des Sultans verkündeten, die Türkei habe nur noch ein paar Jahre, vielleicht nur noch wenige Monate zu leben.

Der Charakter der damaligen türkischen Regierung wurde bestimmt durch den Minister des Aeußeren, Reschid Pascha, den Vater des modernen Jungtürkentums, über den hier einige biographische Notizen eingeflochten werden sollen.\*\*\*) Reschid (geboren 1799) war der Sohn einer Witwe von geringem Vermögen aber aus vornehmer Familie. Als der Knabe einem Hodja (Professor) zur Erziehung ergeben wurde, setzte er diesen durch die Frühreife seines Talents

\*) Vgl. bei Thoubenel S. 241 und Poschinger II, 146 die Gesandtschaftsberichte Castelbajacs vom 7. und Rochows vom 5. Oktober 1853.

\*\*) Vgl. Ashley, „The life of Lord Palmerston“ II, 38. Palmerston an Sidney Herbert, 21. Sept. 1853.

\*) Vgl. seinen Nekrolog aus anonymmer Feder in „Unsere Zeit“. Jahrbuch zum Konversationslexikon II 171. Leipzig, Brockhaus 1858. Der sehr gebildete Verfasser kannte Reschid und die Türkei aus eigener Anschauung und zeigt sich trefflich unterrichtet.

in Erstaunen; namentlich durch seine Begabung für den eleganten Ausdruck, der in den orientalischen Sprachen so geschätzt wird.

Entscheidend für den Lebenslauf Reschids wurde, daß er seiner Schwestern in den Harem von İspartali-Alli-Pascha, Tochter des Statthalters von Morea. İspartali (der Spartaner), wahrscheinlich ein lakonischer Renegat, brachte es bis zum Großvezier und benutzte seinen jugendlichen Schwager als Sekretär. Dann erkannte Sultan Mahmud II. Reschids Talente und ließ ihn zum Minister des Auswärtigen steigen. Aber in dieser Stellung drohte ihm ein vorzeitiger und schimpflicher Tod, als sein Feind und Gönner, der Großvezier Pertem Pascha, einer Palastintrige zum Opfer fallend, auf Befehl Mahmuds enthauptet wurde. In sein Leben kämpfend stand Reschid vor Mahmud, dem furchterregenden Vertilger der Janitscharen und entfaltete soviel Beredsamkeit, Mäßigkeit und Mut, daß der sonst sehr unlenksame Fürst vollständig gestimmt wurde. Nicht der junge Minister des Auswärtigen, sondern seine und des unglücklichen Pertem Feinde.

In der Gunst des Großherrn wieder befestigt, arbeitete Reschid erfolgreich an der Durchführung von Maßregeln, welche viel beitrugen, das osmanische Reich aus einem Lehnstaate in ein geordnetes Gemeinwesen zu verwandeln. Noch höher stieg Reschid unter Mahmuds Sohn und Nachfolger Abdul Medschid. Bald wurde er Minister des Auswärtigen, bald Gesandter in Paris, von wo aus er England kennen lernte sowie auch Oesterreich und Preußen bereiste, bald Großvezier. Charakteristisch für das osmanische Reich ist, daß zu dem Departement des Auswärtigen die Angelegenheiten der Rajah gehörten, welche den weitaus größten Teil der europäischen Untertanen des Sultans bildete. Als Minister des Auswärtigen setzte Reschid nach schweren Kämpfen (1839) den Hattischer Gulhane durch, den ersten Schritt zur Emanzipation der Christen.

Die frommen Moslemin nannten Reschid „Schak“ (Teufel) und „Scheitan“ (Teufel), sowohl wegen seines Strebens als auch, weil er neben den erlaubten Freuden des Harems, die er reichlich genoß, den verbotenen des Champagners gleich im hohen Maße hold war. Da er weit über seine Verhältnisse reich und verschuldet war, behauptete das Volk, er verkaufe die Provinzen an Rußland. Eine ausgehöhlte und mit Edelsteinen gefüllte Kugel (Wassermelone) habe er zum Lohn erhalten. In seinem Schatz lagen ferner versteckt 3000 Ofen (7700 Pfund) Silber, welche dem arglosen Sultan aus seinem Serail gestohlen habe.



würdig ist, daß die Türken Reschid das Gleiche nachsagten wie einst die Franzosen Mazarin, nämlich, daß er mit der Sultanin-Valide (Sultanin-Mutter) ein unlauteres Liebesverhältnis unterhalte.

So oft Reschid unter dem schwachen, bestimmbaren Abdul Medschid sein Amt als Minister oder Großvezier verlor und sich auf den Gesandtschaftsposten in Paris zurückzog, sagten die Bewohner der Gassen in den erztürkischen Stadtvierteln von Tophane und Ejub, mit berechtigtem Pessimismus: „O! Der Teufel kommt wieder auf, denn er hat eine süße Zunge.“ Wirklich soll Reschids geistige Persönlichkeit eine sehr imponierende gewesen sein. Körperlich war er nicht schön; echtes Tatarenblut. Davon, daß er eine Kreatur des Kaisers Nikolaus gewesen sein soll, kann in Wahrheit keine Rede sein. Vielmehr erwies sich der Vater des Jungtürkentums lebenslänglich als ein Parteigänger Großbritanniens nicht nur wider den Zaren, sondern auch gegen Frankreich, trotz des Pariser Anstrichs seiner europäischen Bildung.

An diesen Freund Englands wendete sich jetzt der durch langjährige Beziehungen eng mit ihm verknüpfte Lord Stratford und forderte Reschid auf, zu bewirken, daß Abdul Medschid Rußland den Krieg erkläre. So handelnd, trat der englische Gesandte seine Instruktionen geradezu mit Füßen. Lord Aberdeen mußte aus guter Quelle, daß Stratford in Konstantinopel sagte, die Politik der englischen Regierung sei ehelos, und er werde die Welt erfahren lassen, daß er Canning heiße.\*\*) Dabei maß der Gesandte jedoch sein Auftreten am Goldenen Horn so vorsichtig ab und redigierte die an seinen Chef, Lord Clarendon, geschickten Relationen mit einer derartigen Gewandtheit, daß er kaum zu bezichtigen brauchte, zur Rechenschaft gezogen zu werden.\*\*\*) Der Vorwurf der Unaufrichtigkeit, welchen der Premier gegen ihn erhob,\*\*\*) irrte Stratford nicht, denn er gehörte zu den weltgeschichtlichen Charakteren, welche mit Recht glauben, daß sie den moralischen Maßstab für ihr politisches Handeln in der eigenen Brust tragen.

Der englische Gesandte gab Reschid unter den Fuß, wenn die russischen Rußland angriffen, würde sich England, ob es wolle oder nicht, der Hilfeleistung unter keinen Umständen entziehen können.

\*) Er hieß vor seiner Versetzung ins Oberhaus, wie bemerkt (S. 338), Sir Stratford Canning und war ein Vetter des berühmten Staatsmanns mit dem gleichen Familiennamen.

\*\*) „Königin Victorias Briefwechsel“, II 224. Vic. an Aberdeen, 27. Nov. 1853.

\*) „Königin Victorias Briefwechsel“, II 224. Vic. an Aberdeen, 27. Nov. 1853.

Es muß Meschid nicht ganz leicht geworden sein, zu entscheiden. Stratford die Gesinnung seines Volkes richtig beurteilte. Beispielsweise zeigte sich das britische Kapital damals grundsätzlich geneigt eine türkische Anleihe zu übernehmen, für ausgeschlossen aber erklärten die Londoner Börsenmänner, daß sie den Türken Kredit geben würden, wenn die Pforte nicht Frieden mit Rußland hätte. \*)

Unbeirrt durch solche verhältnismäßig untergeordneten Rücksichten, veranlaßte Meschid den Sultan (am 25. September 1853) die aus 163 Großwürdenträgern bestehende außerordentliche Reichsversammlung einzuberufen und ihr die Frage nach Krieg oder Frieden vorzulegen. Als diese Nachricht nach London gelangte, erkannte man dort, daß die Einberufung der außerordentlichen Reichsversammlung nur eine Formalität und Abdul Medschids Kriegserklärung Nikolaus so gut wie gewiß sei. Daraufhin stellte Palmerston im Kabinett den Antrag, man solle Stratford endlich ermächtigen die Flotte nach Konstantinopel zu beordern. Ferner verlangte Palmerston, daß Stratford die Befugnis eingeräumt würde, wenn ein russisch-türkischer Krieg zum Ausbruch käme: „das Gebiet der Türkei gegen jeden offenkundigen Akt der Feindseligkeit zurückschützen.“ \*\*)

Der englische Gesandte am Goldenen Horn sollte also, wie Palmerston im Ministerrate forderte, der Flotte befehlen dürfen, sie in das Schwarze Meer einzusetzen und, nötigenfalls mit der Schwarzmeerflotte der Russen verhindern, in Europa und Bulgarien, in Asien Sinope, Trapezunt oder Batum anzukommen. Lord Aberdeen wendete ein, Rußland würde das bloße Eintreten englischer und französischer Linienfahrtschiffe in das Schwarze Meer als Kriegserklärung behandeln. Der britische Premier befand sich bei dieser Auffassung durchaus im Recht. Die Empfindlichkeit Rußlands in dem bezeichneten Punkt hing mit den Verhältnissen Kaukasus zusammen. Seit vielen Jahren kämpften die Russen gegen Scherwatsch ohne die kriegerischen Stämme, an deren Spitze der Häuptling Dschamal bezwingen zu können. 180 000 Mann Garnisonen hielten die Russen im Kaukasus, \*\*\*) aber genügte das, wenn in das ungeheuerst gedehnte, von hohen Gebirgen durchschnittene Land überall

\*) Vgl. Poschinger „Preuß. ausw. Pol.“, II 184. Bericht Dunitz 28. Nov. 1853.

\*\*) Martin „Das Leben des Prinzen Albert“, II 537. Albert a. 15. Okt. 1853.

\*\*\*) Thouvenel, „Nicolas I et Napoléon III.“ S. 261. Bericht Galt v. 11. Nov. 53.

Botschaft drang, eine mächtige Flotte von Feinden des Zaren beschuldige ungestraft die kaukasische Küste? Schon die sehr bescheidenen Rüstungen der Türken in Armenien flößten den russischen Generalen in Transkaukasien und Kaukasien lebhafteste Besorgnisse ein:

„Die religiöse Erregung und Raublust der Kurden,“ mußte der Marquis von Castelbajac über diesen Punkt nach Paris zu schreiben, „ebenso wie die Zusammenziehung bewaffneter Türken bei Erzerum erschrecken den Fürsten Bebutoff. Mit großer Mühe hat er 8000 Mann kaukasischer Truppen in Georgien zusammengezogen und erwartet mit Ungeduld die 12 000 Mann . . .\*) Bei Erzerum stehen 25 000 – 30 000 Türken, um eventl. den Kaukasiern und Kurden zu helfen. Wenn der Krieg ausbricht, könnten die Russen dort anfangs eine starke Schlappe erleiden, was hinsichtlich des Kaukasus ihnen sehr empfindlich sein würde.“ \*\*)

Da Rußland seine Stellung im Osten des Schwarzen Meeres für eine so ansehbare hielt, mußten die englischen Minister allerdings darauf gefaßt sein, daß das Schlimmste eintrat, wenn sie die Flotte frei in die Hand Lord Stratfords legten. Dieser brauchte sich nur dem Argwohn hinzugeben, daß die russische Schwarzmeerflotte einen türkischen Küstenplatz angreifen wolle und darauf hin das englische und französische Kriegsgeschwader durch den Bosporus gehen zu lassen, so konnte für Kaiser Nikolaus der casus belli gegeben sein. Nun widerstrebten aber alle Mitglieder des Cabinetts, Palmerston und Russell ausgenommen, dem Krieg mit Rußland nach wie vor entschieden. Die Herzöge von Argyll und Newcastle, die Lords Lansdowne und Granville, Gladstone und die übrigen Minister zeigten sich in jenem Gefühl durchaus einig. Lord Aberdeen sprach ihnen allen aus dem Herzen, als er äußerte, es möge weifellos sehr angebracht sein, den Kaiser von Rußland zu demütigen, aber das Vergnügen sei wohl etwas zu teuer bezahlt, wenn dadurch das Wohlbefinden und Gedeihen des glücklichen britischen Landes Einbuße erleide und Europa mit Blut, Elend und Verderben bedeckt werde.\*\*\*)

Nun ließen aber Palmerston und Russell, obwohl sie in der Form sehr maßvoll auftraten, ihren Kollegen keinen Zweifel darüber,

\*) Bgl. oben S. 418.

\*\*) Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“ S. 240. Bericht vom 7. Oktober 1853.

\*\*) „Königin Victorias Briefwechsel“ II, 212. Aberdeen an Vic. 6. Oktober 1853.

daß sie, wenn der türkisch-russische Krieg ausbreche, Stratford über seine unbeschränkte Disposition über die Flotte erlange, die Regierung durch ihren Austritt sprengen würden. Um nicht am Vorabend schwerer internationaler Verwicklungen eine Kabinettskrise zum Ausbruch gelangen zu lassen, entschloß sich der Earl of Aberdeen nach harten Seelenkämpfen, eine Politik gut zu heißen, welche eigentlich verdammt.\*) Der britische Gesandte in Konstantinopel erhielt von dem Kabinett, das sich der geänderten Stellungnahme des Premiers anbequeme, die Vollmacht zur Beorderung der Flotte in den Bosphorus und gegebenenfalls in das Schwarze Meer.

Der Earl of Aberdeen glaubte seine schließliche Zustimmung zu dem Antrag Palmerstons deshalb verantworten zu können, weil ihm ein maritimer russischer Angriff auf türkisches Gebiet vorläufig nicht wahrscheinlich vorkam.\*\*)

Ganz derselben Meinung war Thouvernel. Er schrieb an Castelbajac, die Zukunft gestalte die Operationen im Schwarzen Meer sehr schwierig und er hoffe deshalb, daß die russische Schwarzmeerflotte weder Varna noch Trapezunt angreifen und überhaupt nicht gegen die Türken operieren, sondern in Sebastopol überwintern werde, was den Türken die Möglichkeit eröffne, im Bosphorus das Gleiche zu tun.\*\*\*)

Soweit stimmte Aberdeen mit dem Quai d'Orsay überein. In Paris beschloß man, Monsieur La Cour, der immer mit Stratford gegangen war, abzurufen und dafür den energischen General Baraguey d'Hilliers als Gesandten bei Abdul Medschid zu entsenden. Lord Stratford de Redcliffe wird fortan einen besonderen feindlichen Gegenübersehen, so erklärte Thouvernel dem Marquis de Castelbajac jenen Personenwechsel.†) In London verlangte die Königin dringend die Abberufung Stratfords von einem Posten, welcher ihm die Möglichkeit biete, alle daheim zugunsten des Friedens gemachten Anstrengungen zu paralysieren.††) In der Tat war die optimistische Annahme Aberdeens, daß Aktionen der Flotte in Sebastopol gegen osmanisches Territorium bis auf weiteres

\*) „Königin Victorias Briefwechsel“ II, 217. Memorandum d. Prinzen v. Wales v. 16. Okt. 53.

\*\*) „Königin Victorias Briefwechsel“ II, 214. Aberdeen an Sir James Clerk Russell 8. Okt. 53.

\*\*\*) Thouvernel, „Nicolas I. et Napoléon III.“ S. 257. Schreiben an Castelbajac 10. Nov. 53.

†) Ibidem S. 255. Schreiben v. 2. Nov. 53.

††) „Königin Victorias Briefwechsel“ II, 220. Vic. an Aberdeen 5. Nov. 53.

befürchtet zu werden brauchten, erst dann eine gebiegene Grundlage erhalten haben, wenn England am Goldenen Horn über einen anderen Vertreter verfügte, aber die innerpolitischen Verhältnisse des Königreichs machten der Königin und dem Premierminister die Heimberufung Stratfords unmöglich.

Mit 160 gegen 3 Stimmen beschloß in Konstantinopel die außerordentliche Reichsversammlung die Kriegserklärung an den Kaiser von Rußland. Darauf ließen Viscount Stratford und der noch in Konstantinopel befindliche La Cour die Geschwader von Tenedos kommen. Von Dampfern ins Schlepptau genommen, passierte die Flotte der Westmächte Hellespont und Propontis und warf vor der türkischen Hauptstadt Anker. Voll unausrottbaren Mißtrauens gegen Napoleon vermochte sich der Prinzgemahl von England, wie er nicht verbarg, nur schwer darin zu finden, daß aus der Entente mit Frankreich eine *Entente cordiale* geworden war.\*\*) Im Bosporus entlud sich die alte Nebenbuhlerschaft zwischen der englischen und französischen Marine in peinlichen persönlichen Konflikten.\*\*)

Der Prinzgemahl von England schrieb dem Prinzen von Preußen, er wünsche, daß die Türken geschlagen werden möchten.\*\*\*) Albert hoffte, durch Niederlagen gewizigt, würde die Pforte die Wiener Note oder ein entsprechendes Arrangement annehmen. Der Kaiser Nikolaus hatte, nachdem ihm vom Sultan der Krieg erklärt worden war, der Königin Victoria ein Handschreiben geschickt, in welchem er noch einmal sein Ehrenwort für seine territoriale Wunschlosigkeit verpfändete.†) Prinz Albert glaubte den ehrenwörtlichen Versicherungen des Zaren nur noch halb, aber er hielt Nikolaus für eine Eroberernatur, die alles an alles setzt. Darin hatte er recht. Wir wissen, daß der Kaiser von Rußland sich geschmeichelt hatte an Umsturz der Türkei durch eine Kombination von mäßigen militärischen Anstrengungen mit diplomatischen Unterhandlungen, öffentlichen Rundgebungen, heimlichen Agitationen und Intriguen bewirken zu können. In jenem Handschreiben an den Kriegsminister (aus dem Januar 1853), in welchem Nikolaus den Plan zur Zer-

\*) Martin, „Das Leben des Prinzen Albert“ II, 539. Albert an Stodmar 19. Okt. 53.

\*\*) Poschinger, „Preuß. ausw. Pol.“ II, 259. Wildenbruch an Manteuff. a. 5. Jan. 54.

\*\*) Poschinger, „Preuß. ausw. Pol.“ II, 177. 12. Nov. 53.

†) „Königin Victorias Briefwechsel“ II, 219. Brief vom 30. Oktober neuen Stiles.

trümmerung des osmanischen Reichs entwickelte,\*) sagte der Kaiser: „Wir dürfen nicht früher vorrücken, als bis der Aufstand der Majah für die Unabhängigkeit einen großen und allgemeinen Umfang angenommen hat. Es muß ein Kampf zwischen Christen und Türken werden, während wir selbst gleichsam in Reserve bleiben.“

Der preußische Gesandte General von Rochow urteilte über Nikolaus — hinsichtlich des psychologischen Momentes durchaus richtig —: „Dem Kaiser geht die Erhaltung des Friedens über alles, den Krieg hält er für eine unsichere Spekulation . . . . Er ist in seinem Lande scharf, sogar hart und kurz angebunden, nach außen dagegen im Handeln behutsam. Nach dieser Seite wird der Kaiser nicht so leicht etwas in Frage stellen.“ \*\*)

Zu demselben General v. Rochow sagte der Zar einmal: „Ich verfüge gegenüber der Revolution über einige Unterdrückungsmittel mehr als Sie im Westen, aber Sie wissen nicht, wie meine Stellung unterwühlt ist.“ Um so verständlicher ist, warum Albert den Türken Niederlagen wünschte. Diese wurden vielleicht dadurch geneigt, sich der Wiener Note zu unterwerfen. Dann begnügte sich Kaiser Nikolaus möglicherweise einstweilen mit dem ihm zugewonnenen Waffenruhm und überließ das übrige der Zukunft. Wenn die Türken aber Siege erfochten — wozu ihre Kräfte selbstverständlich nur im ersten Stadium des Krieges ausreichten —, verbot der Kaiser von Rußland seine Abhängigkeit von der altrussisch-fanatiker Partei, der schließlich doch unterliegenden Türkei unter Bedingungen, welche den Westmächten mit dem europäischen Gleichgewicht verträglich schienen, Frieden zu gewähren.

Auch die Franzosen waren — abgesehen von ihrer latenten theoretischen Russenfreundschaft — des Weltfriedens momentan zu bedürftig, um dem türkischen Friedensbrecher Waffenerfolge zu wünschen. Thoubenel schrieb an Castelbajac: „Der Orient läßt mich das übrige vergessen, aber ich muß Ihnen sagen, daß es in Spanien sehr schlecht geht, und daß in Madrid nichts unmöglich ist. Der Streit der Schweiz mit Oesterreich will kein Ende nehmen. Auf der andern Seite verläßt der österreichische Gesandte Paris. Die Cholera klopft an unsere Tore, die Lebensmittel sind teuer. Alles das sind keine Bausteine für einen sehr vergnügten Winter.“

„Die Russen ziehen Nutzen aus der Torheit der Türken.“

\*) S. oben S. 391.

\*\*) Poschinger, „Preuß. ausw. Pol.“ II, 146. Schreiben an Mantau vom 5. Okt 53.

sich zweifellos schlagen lassen werden, und ihre militärische Ehre wird gerettet sein; ich meine die Ehre der Russen, die keine Schlappe einstecken dürfen, während die Osmanen ihre Niederlage dem Gott des Schicksals auf Rechnung setzen würden.“\*)

Zur unangenehmen Enttäuschung ihrer Quasiverbündeten in Frankreich und England erzielten die Türken, in Europa und Asien die Offensive ergreifend und mit der alten Tapferkeit ihres Volkes streitend, sowohl an der Donau als auch am Kaukasus ansehnliche moralische Erfolge. Kurze, kräftige Vorstöße, welche türkischerseits von Bulgarien aus in die Walachei gemacht wurden, zeitigten für manchen den Angreifern den Weg vertretenden russischen Truppenteil sehr üble Folgen. Allerdings kam die türkische Offensive auf den europäischen Kriegsschauplätzen bald zum Stehen, aber was konnte sich nicht alles aus den glücklichen Gefechten entwickeln, mit welchen die Türken die Invasion Transkaukasiens einleiteten! Der Höchstkommmandierende der russischen Streitkräfte in Transkaukasien und am Kaukasus, Fürst Woronzoff, dachte im ersten Schrecken daran, Mingrelieu und Georgien mit Tiflis zu räumen.\*\*\*) Und auch, als die türkische Offensive, weil sie sich zersplitterte, dem Fürsten Woronzoff nicht mehr unmittelbar die Gefahr schwerer russischer Niederlagen mit sich zu bringen schien, fuhr dieser General fort, die Position Rußlands an der ganzen Ostküste des Schwarzen Meeres für bedroht anzusehen. Vor Ausbruch der Feindseligkeiten, als Woronzoff mehr Truppen verlangt hatte, war ihm vom Zaren geantwortet worden, er glaube nicht an eine Kriegserklärung von eiten der Türkei.\*\*\*) Jetzt mußte Nikolaus durch seinen persönlichen Freund Casteljacob den Kaiser Napoleon ersuchen lassen, er möchte auf die Pforte in dem Sinne wirken, daß die Türken, wie e an der Donau nach Eintritt der kalten Jahreszeit die Operationen ngestellt hätten, auch in Armenien Winterquartiere bezögen.†) Der eneral Baraguey d'Hilliers, dem sein Souverän in der That den issischen Wunsch dringend ans Herz legte, betrieb gleich nach seiner nkunft in der türkischen Hauptstadt die durch das Interesse Rußnds geforderte armenische Waffenruhe mit dem größten Nachdruck.

\*) Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“, S. 234. Schreiben vom 1. Okt. u. S. 254.

\*\*) Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“, S. 298. Casteljacob an Thoub. am 9. Januar 1854.

\*\*) Ibidem S. 298.

†) Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“, S. 269. Brief von Baraguey d'Hilliers an Thoub. Undatiert.

Für das kommende Frühjahr nun mußte Kaiser Nikolaus, wenig ihm das zusagte, in sehr großem Maßstabe Rüstungen vornehmen lassen. Die Engländer wußten, daß der Zar dann hin genug sein würde, die Türken niederzuwerfen. Wenn die russischen Heeresmärsche sich in Thrazien verbreiteten, wurde die Stellung der englisch-französischen Flotte im Bosporus unhaltbar, denn die Russen konnten, auf Gallipoli marschierend und am Hellespont Batterien aufspitzend, die Propontis sperren und die westmächtlige Seeschwader einschließen.\*) Deshalb meinte sogar Aberdeen, wenn die Russen im Frühjahr die Donau überschritten, müßte ihnen auf die Gefahr hin verboten werden, ihre Flagge im Schwarzen Meere zu zeigen.\*\*\*) Da in jenem Zeitalter, wo das südrussische und rumänische Eisenbahnnetz noch nicht existierte, das Schwarze Meer die Basis eines russischen Vormarschs auf Konstantinopel und Gallipoli bildete, genügte eine solche Drohung der Westmächte, um die Möglichkeit weitgreifender Offensivoperationen Rußlands vollständig in Frage zu stellen.\*\*\*)) Daß der Zar aber die Verweisung seiner Marine von der See nicht nur aus diesen strategischen, sondern auch aus moralischen Gründen hätte mit einer Kriegserklärung beantworten müssen, versteht sich von selber.

Victoria, Albert und sämtliche Minister stimmten mit Aberdeen überein. England habe ein starkes Interesse daran, sagte der Premierminister in einer Denkschrift für das Kabinett, Konstantinopel und das türkische Reich nicht in die Hände Rußlands fallen zu lassen. Wenn ein derartiger Umsturz des Gleichgewichts drohe, sei es nicht recht und weise, dem durch Krieg vorzubeugen.†) Daneben mußte man aber auch folgendes in Betracht ziehen, so ging das Memorandum des Prinzen in dem genannten Memorandum weiter. Wenn die Pforte den Krieg, nachdem sie die Westmächte hinter sich gelassen habe, so würde die fanatische Bedrückung der christlichen Untertanen des Sultans nur noch steigen. Darum müsse man von Seiten Großbritanniens und Frankreichs hüten, für die Integrität der Türkei das Schwert zu ziehen. Der Zweck des Krieges könne nur politische Veränderungen auf der Balkanhalbinsel sein: ...

\*) Diese Tatsache steht der Feldzugsplan des Kaisers Nikolaus vom 1. 1854 voraus, der bei Petrow, S. 147, abgedruckt ist.

\*\*) Spencer Walpole, „The life of Lord John Russell“, II 198.

\*\*\*)) Vgl. Petrow, „Der russische Donaufeldzug 1853/54“, S. 131, 132. Die Gutachten der Generale Paslewitsch, Gortschakoff und Berezin vom 14. Juli 1853, 3. Dezember 1853 und Anfang 1854.

†) Martin, „Das Leben des Prinzen Albert“, II 542. Oktob. 1821.



mehr die wohlverstandenen Interessen Europas, des Christentums, der Freiheit und der Zivilisation, als die Wiederauflegung des Joches der unwissenden, barbarischen und despotischen Muselmänner auf den fruchtbarsten und begünstigsten Teil Europas fördern.“

Ganz in demselben Sinne wie der Prinzgemahl äußerte Russell, selbst Lord Stratford mit seinen eminenten Eigenschaften müsse zugestehen, daß seine langjährigen Bemühungen, die türkische Miswirtschaft zu ändern, im wesentlichen erfolglos geblieben seien. Könne ein Mann mit weniger Geschicklichkeit, Kenntnis des türkischen Charakters, Einfluß auf die Pforte hoffen, mehr zu erreichen? Nein! Wenn England im Verein mit Frankreich den Riesenkampf gegen Rußland aufnehme, so dürften die Westmächte nicht sechten für die Muhammedaner, deren „Begehrlichkeit und Haß gegenüber des Sultans christlichen Untertanen“ die Relationen Stratfords so beredt schildere. Vielmehr hätten England und Frankreich in Krieg und Frieden weiter nichts im Auge zu behalten, als das Wohl der Gesamtbevölkerung der europäischen Türkei.\*)

Noch deutlicher kam der Premierminister mit der Sprache heraus. Wenn die türkische Armee geschlagen werden sollte, schrieb er an Palmerston, um diesen einzigen Turkophilen des Kabinetts zu befehlen, und die Christen ständen auf, sollten sie dann durch britische Streitkräfte wieder unter das Joch gebeugt werden? Gewiß dürfe Rußland um keinen Preis Konstantinopel und den Zugang zum Mittelländischen Meer in seine Gewalt bringen. Sollte es jedoch um jene Landschaften zum Weltkrieg kommen, so würde um andere Gegenstände gerungen werden, als um die Integrität der Türkei. Schwer wäre allerdings zu sagen, in wessen Hände die streitigen Länder schließlich fallen würden, aber außer jedem Zweifel stände das Verschwinden der Türken von einem Boden, auf welchem sie im Angesichte der Christenheit so lange ansässig gewesen seien.\*\*)

Durch seinen Gesandten, Baron Brunnow, über die Stimmungen der englischen Gesellschaft ausgezeichnet unterrichtet, wußte er Kaiser von Rußland längst, daß beinahe alle verantwortlichen Staatsmänner Großbritanniens Türkenhasser waren. Er sagte deshalb zu Castelbajac, er würde mit der Ersetzung des türkischen durch

\*) Spencer Walpole, „The life of Lord John Russell“, S. 193. Memorandum für das Kabinett vom 4. Oktober 1853.

\*\*) Martin, „Das Leben des Prinzen Albert“, II 544. Schreiben vom 4. November 1853.

ein byzantinisches Reich einverstanden sein, zu dem feineithalben die Donaufürstentümer und das Königreich Griechenland geschlagen werden könnten.\*) Der Zar vergaß bei diesem Angebot ganz, daß er damit auf die Ideen seiner Großmutter Katharina kam, welche er — wie sein Bruder Alexander I. auch getan hätte\*\*) — zu perhorreszieren behauptete. Im übrigen lag ihm natürlich nicht an einem staatlichen Neubau auf der Balkanhalbinsel mit hellenischer Grundlage, aber vorläufig paßten ihm alle Tendenzen, welche das bestehende türkische Staatsgebäude abtragen wollten. Er hielt für möglich, daß die nach Rußlands Freundschaft begierigen Franzosen ein russisch-französisch-englisches Bündnis zur Vernichtung des osmanischen Reichs zustande bringen könnten. General Petrow hat eine eigenhändige Denkschrift des Zaren veröffentlicht, in welcher alle Gestalten erörtert werden, welche nach der Ansicht des Herrschers der beginnende Feldzug von 1854 anzunehmen vermochte. Nikolaus zählt in diesem Schriftstück vier Möglichkeiten auf, welche sich in bezug auf russische Kriegspläne für das nächste Frühjahr seiner Blicke zeigten. Nummer vier lautet: „Offensive in Europa und Asien gegen die Türken im Bunde mit England und Frankreich.“

Nun war ja ein enormer Kontrast zwischen den Ideen des Beherrschers von England, welche die Befreiung der orientalischen Christen verbinden wollten mit dem Krieg gegen Nikolaus und der Traum eben dieses Fürsten, im Bunde mit Großbritannien die Türkei zu zerstören zu können. Da aber alle europäischen Kabinette von dem Wunsch nach Erhaltung des Weltfriedens durchdrungen waren, ließ sich nicht mit Sicherheit sagen, auf was alles die Regierung Englands eingehen würde, wenn den Winter über die internationale Diplomatie an dem unblutigen Austrag der Differenzen arbeiten. Jedenfalls brachten die inopportunen, unreifen, verfrühten Pläne betreffend die Auflösung der Türkei, welche in London hervortraten, der Politik des Kaisers von Rußland nur Nutzen. So erklärte die türkische Botschafter bei Königin Victoria, Musurus Pascha, als er von einer den Osmanen aufzuzwingenden radikalen Christenemanzipation

\*) Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“, S. 205. Unterredung vom 17. August 1853.

\*\*) Aus dem Buche Vandalis: „Napoléon et Alexandre Ier“ geht hervor, daß in Wahrheit Alexander I. mit Napoleon I. zusammen nach dem Bündnis von Tilsit die Türkei teilen wollte. Nur war er nicht einverstanden, daß der Kaiser der Franzosen Rußland zwar Konstantinopel zuwies, aber Gallipoli für sich zu behalten gedachte.

\*\*\*) Generalmajor Petrow: „Der russische Donaufeldzug in dem Jahre 1854“, S. 135. Kaiserliches Memorandum vom 15. November (neuen Stils).

unter Erhaltung des türkischen Reichs gesprochen wurde, welche Gestalt die verschwommenen Projekte der England regierenden Dilettanten ja auch annehmen konnten, lieber würden die Alttürken sich in die Arme Rußlands werfen. \*) Der preußische Gesandte beim Zaren, General v. Rochow, sagte befriedigt, die Pforte hätte nun die Wahl zwischen den Ratschlägen ihrer Nachbarn Rußland und Oesterreich und den Reformlehren und Aufhebereien von Frankreich und England. \*\*)

Wie derselbe eifrig russenfreundliche Herr gelegentlich auch einmal in seinen Briefen andeutet, erzählte man in der Petersburger Gesellschaft von Lord Stratford, er bekämpfe in Konstantinopel die Politik des Kaisers Nikolaus mit glühendem Haß, weil er in früheren Jahren, sich vom goldenen Horn weg an die Nema wünschend, durch Kaiser Nikolaus als „persona minus grata“ bezeichnet worden sei. Aus Rachsucht habe er die Türken zur Kriegserklärung geizt. \*\*\*) Wir wissen, daß er dies gegen den Willen seiner Regierung tat, weil er die Umtriebe des Zaren dicht vor Augen sah und kein anderes Mittel wußte, sie zu durchkreuzen. Jetzt mußte er erleben, daß man sich in London mit ungeheuren Projekten zur Umgestaltung des Orients beschäftigte, obwohl selbst Stockmar urteilte, es fehle an britischen Staatsmännern an Klarheit und schöpferischer Kraft. †) Es ist kein Wunder, daß Lord Stratford fürchtete, die Utopien Herberts und der Minister würden den Zaren ans Ziel führen, wenn er diplomatische Transaktionen und Zwischenfälle den Winter hindurch das Feld frei bließe. Diese wohlberechtigte Besorgnis trieb Lord zu noch unerhörteren Eigenmächtigkeiten und Macchiavellismen. Kopf und Ehre einsetzend und für hunderttausend Menschen Sterbeglocke läutend, gab er der Weltgeschichte eine neue große Wendung und machte sich einen düstern aber unsterblichen Namen.

Zur Durchsetzung seiner persönlichen Politik bediente sich Stratford wiederum der Freundschaft, welche ihn mit Reschid Pascha verband. Dieser war nach den Siegen der türkischen Heere, zu denen die von ihm empfohlene auswärtige Politik geführt hatte,

) Boschinger, „Preuß. ausw. Politik“ II, 185. Schreiben Bunsens an Manteuffel v. 26. November 1853.

Boschinger, „Preuß. ausw. Politik“ II, 185. An Manteuffel 26. November 1853.

Boschinger, „Preuß. ausw. Politik“ II, 116. Rochow an Manteuffel 5. Oktober 1853.

Martin, „Das Leben des Prinzen Albert“ II, 558. Schreiben vom 5. Januar 1854.

zum vierten Mal in seinem Leben Großvezier geworden. Auch der dankbare Sultan seine älteste Tochter einem Sohne Reschids zu Gemahlin. Der jungtürkische Großvezier und der britische Gesandte schlossen sich fester aneinander als je\*) und schritten Hand in Hand auf heimlichen und gewundenen Wegen vorwärts.

Die Türken verfügten neben fünf verfallenen Linien Schiffen und sieben Fregatten,\*\*) welche zum Teil der Khedive von Aegypten Abbas I., nach Konstantinopel geschickt hatte, als die Verwicklung Rußland die Sicherheit der Reichshauptstadt zu bedrohen anfing. Dieses Geschwader entsendete Reschid nach Batum, um dem armenischen Türkenheer Kriegsmaterial und Proviant zuzuführen, wie die Russen argwöhnten, auch um Vorräte zur Insurrektion der Tschekessen an der Grenze aufzustapeln.†) Da der Kaukasus die Abzweigerse des Zarenreichs bildete, erfüllte die Expedition der osmanisch-ägyptischen Fregatten die Russen mit Sorge und Unruhe.

Ungefähr gleichzeitig schickte Stratford, der das Glück hatte, daß ihm La Cour noch für ein paar Tage zur Seite stand, türkische und französische Fregatten nach Varna und der Zudenmündung.††) Es vollzog sich also jetzt, wenn die westmächtigen Linien Schiffe auch noch im Bosporus liegen blieben, das immer schwerwiegende Ereignis, daß Kriegsschiffe Englands und Frankreichs in das Schwarze Meer einfuhren. Vor den Augen der russischen Okkupationstruppen in den Donaufürstentümern wehten das fordernd der Union Jack und die Trifolore.

Hiermit noch nicht zufrieden, beschloßen Stratford und die drei kleine türkische Kriegsdampfer, welche die hohe See zu durchvermochten, ihren Kurs nach Batum an Sebastopol vorbei nicht zu lassen.†††) Mit provozierender Redheit, um nicht zu sagen Unverschämtheit zeigten die drei erbärmlichen Rußschalen\*†) den Halbmonat dem russischen Truchhafen.

Schon zu Anfang des Jahres hatte Aberdeen die Befürchtung geäußert, Stratford würde die türkischen Barbaren aufftacheln.

\*) Vgl. den oben (S. 419 Anm.) zitierten anonymen Retrospektive Reschids.

\*\*) S. oben S. 405.

\*\*\*) Boshinger, „Preuß. ausw. Pol.“, II 249, Moskau an Manteuffel. 31. 10.

†) Boshinger, „Preuß. ausw. Politik“ II, 247. Moskau an Manteuffel. 1. Dezember 1853.

††) „Königin Victorias Briefwechsel“ II, 223. Aberdeen an Victoria. 1. November 1853.

†††) Ibidem 224. Victoria an Aberdeen 27. November 1853.

\*†) „Königin Victorias Briefwechsel“ II, 224. Victoria an Aberdeen. 1. November 1853.

sie England mit den anderen Mächten der Christenheit verfeindeten. Kein größeres Unglück könnte Großbritannien widerfahren, als wenn es für die Türkei die Waffen ergreifen müßte. Jetzt, wo sich die Borausicht des Premiers unter den unerhörtesten Begleiterscheinungen in Wirklichkeit umzusetzen anfang, forderte Königin Viktoria voll Entsetzens noch einmal das Kabinett zur Abberufung Lord Stratfords auf. Aber die Minister zitterten vor Palmerston, und Lord Aberdeen gestand ratlos und kummervoll: „Wir treiben in den Krieg hinein!“

Es wäre im übrigen auch zu spät gewesen. In Petersburg, wo die öffentliche Meinung durch die Schlappen in der Walachei und in Georgien die militärische Ehre Rußlands als beeinträchtigt ansah, erfuhr man mit Wut und Furcht die Bewegungen der englischen, französischen und türkischen Schiffe im Schwarzen Meere. Das Prestige des Zaren bei allen seinem Szepter untertänigen Muhammedanern schien einer unerträglichen Anfechtung ausgesetzt zu sein. Schon sahen die Russen in ihrer erregten Phantasie Schamyl aus Daghestan hervorbrechen und den Kaukasus in hellem Aufruhr. Sie hätten gern im Winter Waffenruhe gehabt; sowohl aus militärischen Gründen, als auch weil sie vom Stand der diplomatischen Unterhandlungen erwarteten, daß sich die orientalische Frage ohne europäischen Krieg im russischen Sinne würde lösen lassen. Aber durch die Ostentation des Halbmonds vor Sebastopol jriet das Blut der Russen in Wallung, und infolge der Sorge ersagten ihre Nerven. So wurde der Admiral Nachimow beordert, us Sebastopol auszulaufen, das Geschwader der sieben Fregatten aufzusuchen und zu vernichten.

Die Nordwinde, von welchen Nikolaus geträumt hatte, daß sie inem Anschlag auf Konstantinopel und Gallipoli zum Gelingen rhelpen würden, begünstigten mit türkischer Freundlichkeit die Fahrt r russischen Schwarzmeerflotte. Im Hafen von Sinope fand achimow die feindlichen Fahrzeuge und griff sie (am 30. November 1853) mit seinen mächtigen Schlachtschiffen an. Die schwachen egatten wehrten sich mit echt muhamedanischem Heldenmut. Nach rstündigem Widerstand war das ganze Geschwader untergegangen, npsend vom Blut von viertausend Türken und Aegyptern.

Wie meisterhaft Stratford und Reschid diese Intrigue auch gefädel haben, der Erfolg war so ungeheuer, daß er die höchsten anannten Hoffnungen der kühnen und feinen Spieler übertroffen

haben dürfte. Als die Schlächtere von Sinope in der Welt bekannt wurde, erhob sich bei allen gesitteten Völkern ein furchtbare Schrei des Jornes. Nicht gegen die wahren Urheber der ungeheuren Tat richtete sich der europäische Unwille, jene sind vielmehr bis zum heutigen Tage unbekannt geblieben, sondern gegen Rußland. Und doch war weiter nichts vorgefallen, als daß der russische Czar, vorsätzlich gereizt, zur Freude seiner Quäler täppisch zuschlagen hatte. Aber in diesem providentiellen Moment entlud sich brausend über dem Haupte des Kaisers Nikolaus der ganze Haß, welcher sich gegen den Zwingherrn der Polen, den Vändiger von Ungarn, den unnahbaren, siegreichen Erzfeind aller Freiheitsfreunde des Welttheils Jahrzehnte hindurch in sämtlichen Ländern angesammelt hatte. Der heftigste Sturm entstand in England: „die Aufregung in der City ist ungeheuer. Lord Aberdeen könnte sich nicht sehen lassen.“\*\*) Und der Sturm wurde zum Orkan, als die Regierung vernahm, daß Lord Palmerston ausgetreten sei aus der Regierung.

Alle übrigen Politiker Englands, Lord John Russell ausgenommen und auch der nicht unbedingt, stimmten nach wie vor überein in leidenschaftlicher Sehnsucht nach Wahrung des Friedens mit dem Kaiser von Rußland. Der Prinz-Gemahl war nicht friedfertiger als die Minister und umso weniger vorzugsweise verantwortlich für die auswärtige Politik der Regierung, als die Krone bei manchen wichtigen Beschlüssen des Kabinetts gar nicht gefragt worden trotz des Protests der Königin.\*\*\*) Gleichwohl urteilte Palmerston richtig, daß Prinz Albert wegen seiner deutschen Herkunft ein schwacher Punkt der Friedensphalanx sei. Alle liberalen und demokratischen Zeitungen fingen nach dem Rücktritt des Staatssekretärs des Innern an, den Einfluß des Prinzen-Gemahls auf die auswärtige Politik Großbritanniens heftig anzugreifen.\*\*\*\*) Albert war legitimistische Vorurteile und war Moralist; dem Flug der Palmerston'schen Staatskunst vermochte er nie zu folgen, und suchte oft Hindernisse zu bereiten.†) Aber nach der Schlacht von

\*) Poschinger „Preuß. ausw. Pol.“, II 213 und 216. Briefe vom 23. Dezember 1853.

\*\*) „Königin Viktoria's Briefwechsel“, II 215. Memorandum Albert's vom 10. Oktober 1853.

\*\*\*) Poschinger, „Preuß. ausw. Pol.“, II 266. Bunsen an Manteuffel 9. März 1854.

†) Vgl. den Gesamtinhalt meines „Königin Viktoria und Lord Palmerston“.

mußte der edle Prinz, welcher sein Adoptivvaterland aufrichtig liebte, absolut unschuldig sehr schwere moralische Leiden erdulden, indem die britische Nation für den Glauben gewonnen wurde, Albert habe aus legitimistischem Fanatismus seine Zarenfreundschaft bis an die Grenze des Hochverrats getrieben und vielleicht darüber hinaus.

Durch eine geschickte Taktik, die hier nicht näher erörtert werden kann, verstand es Palmerston, das Feuer zu schüren, ohne sich die Hände zu beschmutzen, so daß er jeder Zeit wieder in die Regierung und an den Hof zurückkehren konnte. Inzwischen griffen auf die Inspirationen des ausgetretenen Ministers hin fast alle journalistischen Macher der öffentlichen Meinung den Prinzen-Gemahl heftig an. „Daily News“ behauptete, relativ maßvoll, der Prinz würde niemals lernen, wie ein englischer Liberaler zu denken und zu fühlen, denn er sei erzogen in den Stillstands- und Rückschrittslehren der Niebuhr-Savigny'schen Schule, und die phantastische Servilität Goethes habe seine Jugend vergiftet. Die „Times“ warf dem einfachsten und vernünftigsten aller Prinzen vor, er wolle sich aus Selbstvergötterung bei seinen Lebzeiten in der City eine Statue errichten lassen. Breite Massen des englischen Volkes hielten den Prinzen-Gemahl kurzweg für einen verbrecherischen Schurken, der 1 lebhafter geheimer Korrespondenz mit den festländischen legitimen Dynastien die englischen Staatsgeheimnisse preisgäbe.

Die Stimmung der Briten gegen den Prinzen-Gemahl in der ersten Zeit nach Sinope war so furchtbar erregt, daß sie beinahe mit der der Franzosen gegen Königin Marie Antoinette verglichen werden könnte. Eines Tages verbreitete sich im ganzen Königreich ein Lauffeuer das Gerücht, die Minister hätten Albert verhaftet lassen. Tausende von Menschen umlagerten den Tower, um den Transport des überwiesenen deutschen Hochverraters nach dem alterstaugen Berlief mitanzusehen.\*)

Prinz Albert glaubte im Irrenhause zu sein, wie er sich Stodmar gegenüber ausdrückte. Aber die Minister erklärten ihm, keine Regierung könne ohne Palmerston bestehen, er sei der einzige Minister, in den das Land Vertrauen setze.\*\*\*) So kehrte dieser nach zehn gärungsvollen Tagen als Sieger in das Ministerium zurück. Aus Klugheit und Patriotismus begnügte er sich wieder

\*) Die Bewegung gegen den Prinzen bei Martin „Das Leben des Prinzen Albert“, II 553 ff.

\*) Martin, „Das Leben des Prinzen Albert“ II, 550. Albert a. Stodmar. 27. Dez. 53.

mit dem Staatssekretariat des Innern. Aber die Königin und ihre Räte hüteten sich fortan, ihm die Kontrolle der auswärtigen Politik des Reichs streitig zu machen.

Inzwischen hatte sich der neue französische Gesandte an Goldenen Horn sofort in heftige Streitigkeiten mit Lord Stratford gestürzt. Unumwunden sprach Baraguey d'Hilliers aus, daß Frankreich Indien nicht zu verteidigen gedenke.\*) Nur kam der Kaiser der Franzosen über die harte Tatsache nicht hinweg, daß sich kein Großmacht mit ihm einlassen wollte als England, welches ihn bei der orientalischen Frage brauchte. England war jetzt Palmerston. In Anbetracht des ehernen Gangs der Ereignisse begriff Napoleon, daß es für ihn weder möglich war, sein Wort: „L'empire c'est la paix!“ zu halten noch das Werben um die Gunst des Zaren länger fortzusetzen. Aber das tiefe Bedauern, mit welchem Thouvenel nach Bajaz anzeigte, daß die unbeschreibliche Kriegsleidenschaft der Franzosen den Kaiser Napoleon zwingen, mitzugehen, war durchaus richtig.\*\*) Denn der Krieg gegen Rußland war sehr unpopulär in Frankreich.\*\*\*) Soweit die französische Nation überhaupt auswärtige Unternehmungen wünschte, richtete sich ihr Verlangen auf Italien, Belgien und den deutschen Rhein. Für Eroberungen in diesen Ländern galt den Franzosen eine Allianz mit Rußland als der wichtigste Hebel: „Der Schrei der Natur“ nannte Napoleons III. gelegentlich Victor Hugo das Bündnis der beiden Deutschland begrenzenden Reiche.

Indem Napoleon sich anstatt dessen mit England verbündete, die Hand des ersten besten Landes ergriff, welches aufhörte, „mit der Zange anzufassen“,†) tat er das Notwendige und das Richtige, aber die Politik, welche er machte und machen mußte, war weniger national als dynastisch. Darüber konnte den klugen, vollkommen Parvenü auch die an sich erfreuliche Umstimmung der öffentlichen Meinung nicht trösten, welche hinsichtlich seiner in England vor sich ging. Die Briten hatten den Dezembermann soeben noch ingrimmig gehaßt und eine große Flotte gegen ihn gebaut. Jetzt waren Palmerston und Louis Napoleon die populärsten Männer in Eng-

\*) Boshfinger, „Preuß. ausw. Pol.“ II, 261. Manteuffel an Spacke, 1. Januar 54.

\*\*) Thouvenel, „Nicolas I. et Napoléon III.“ Schreiben vom 1. Januar 54.

\*\*\*) Martin „Das Leben des Prinzen Albert“ III, 7. Sir James Spacke an Sir James Graham, Paris. 24. Jan. 54.

†) S. oben 403.



Unter Palmerstons moralischer Führung pflogen die alliierten Westmächte mit Rußland eine diplomatische Verhandlung, deren Zwischenstufen ich überspringe. Schließlich erklärten England und Frankreich in St. Petersburg, daß russischen Kriegsschiffen das Schwarze Meer untersagt wäre und ihre vereinigten Flotten dem Verbot nötigenfalls mit Gewalt Achtung verschaffen würden. Für die türkische Flagge blieb unter dem Schutze der westmächtliden Geschwader die See nach wie vor frei.

Kaiser Nikolaus hatte durch Ränke und andere kleine Mittel, ohne allzu großes Risiko das russische Kreuz auf der Aja Sofia aufpflanzen wollen. Jetzt stand vor seinen entsehten Augen der Kriegsgott in der furchtbarsten Gestalt. Denn das Machtgebot der Engländer und Franzosen konnte der Zar nicht umhin, mit Krieg zu beantworten. Sein moralischer und physischer Zustand flöhte dem von Petersburg abreisenden General de Castelbajac tiefes Mitleid ein; Nikolaus schien plötzlich um zehn Jahre gealtert.

Wenn schon England und Frankreich eine ganz andere Politik machten, als sie selber beabsichtigt und die Russen irgend geahnt hatten, war der Wechsel in der äusserpolitischen Stellungnahme Oesterreichs noch schroffer und erstaunlicher. Die Hofburg zeigte sich nicht gewillt, an der Seite eines in den Kampf gegen überlegene Weltkräfte verwickelten Rußland auszuharren, sondern schlug sich auf die Seite der Engländer und Franzosen, um anstatt der Westhälfte der Balkanhalbinsel die Moldau und Walachei zu erlangen. 328000 Oesterreicher marschierten in Galizien und der Bukowina auf, und die von dieser Seite her drohende Gefahr erschien den Russen als eine so ungeheure, daß sie 364 Bataillone eger Oesterreich aufstellten und nur 137 nach der Krim zu dirigieren sagten. Zwar konnten sich die leitenden Männer in Wien am letzten Ende doch nicht zur Kriegserklärung an Rußland entschließen (weßhalb ihnen beim Friedensschluß die Donaufürstentümer entgingen), aber die K. K. Staatskunst blieb während der gesamten Dauer des Krieges eine dem Zarenreiche feindliche, so daß man sich in Petersburg genötigt glaubte, an jenem oben skizzierten Schema deruppenverteilung festzuhalten.\*) Dies bildete den entscheidenden Grund für den Fall Sebastopols.

Kaiser Nikolaus war vor der Beendigung des aussichtslosen

\*) Vgl. meine Besprechung des Buches von Friedjung: „Der Krimkrieg und die österreichische Politik“ in Band 129 Heft 1 dieser Zeitschrift.

Kampfes gebrochenen Herzens gestorben, nachdem er, um durch die Wracks den Hafen von Sebastopol gegen die feindlichen Kriegsschiffe zu sperren, seine furchtbare Schwarzmeerflotte hatte in die Luft sprengen lassen. Wie die gehezte Gemse den Jäger, so hatte die Türkei ihn durch ihren verzweifelden Angriff in den Abgrund gestoßen und zerschmettert.

---

# Das Unsoziale der gegenwärtigen Ärztebewegung.

Von

Kreisarzt Dr. Josef Bengler.

---

## I.

### Arzt und Krankenkasse.

Die letzten Jahre haben uns zu den übrigen Koalitionen auch eine Koalition der Ärzte gebracht.

Auch die Ärzte haben sich zu einer Vereinigung zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen zusammengetan. Daß es dahin kommen mußte, war vorauszusehen. Wenn alle gewerbetreibenden eruse sich zum wirtschaftlichen Kampf verbinden, kann sich keiner schließen.

Der direkte Anlaß zum Zusammenschluß der Ärzte war die schlechte Behandlung, welche sie viele Jahre hindurch von den Krankenkassen erfahren hatten. Das Mißverhältnis zwischen den Leistungen, welche die Krankenkassen vom Arzt forderten, und dem Entgelt, den sie boten, war aufs höchste gestiegen. Es spottet jeder Beschreibung, wie die Kassen — wenige Fälle ausgenommen — die Untüchtigkeit, oft auch die materielle Not mancher Ärzte auszunutzen. Die Verhältnisse drängten nach Abhilfe. Die Ärzte zögerten Schritte tun, um sich zu schützen.

An sich war also das Streben der Ärzte nach Vereinigung als Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage gerechtfertigt. Die Form, welche es annahm, richtete viel Unheil an. Die Ärzte hatten sich um ihr höchstes Gut, die individuelle Freiheit, und vergaßen durch die Art ihrer Organisation wesentliche Interessen Allgemeinheit. Sie machten sich einer schweren sozialen Verurteilung schuldig.

Der hochkultivierte Arzt griff nämlich im Kampf ums Dasein zu genau denselben Mitteln, wie der Handarbeiter, zu Streik, Streikfott, Kampftage usw. Das Schema der Arbeiter wurde einfach übernommen. In keinem einzigen Punkte war das Streben bemerkbar, es der Eigenart des Wesens des Arztes anzupassen. Vom wirtschaftlichen Verband der Ärzte in Szene gesetzte Arbeiterbewegung unterscheidet sich in nichts von jeder andern Gewerkschaftsbewegung.

Ein solches Verfahren konnte schon aus inneren Gründen nichts Gutem führen.

Der Beruf des Arztes nähert sich mehr dem Beruf des Künstlers als dem des Arbeiters. Das Wirken des Arztes ist inniges, persönliches, mit tausend Fäden an das Gemüt des Patienten anknüpfendes Verhältnis voraus. Die Anwendung der wirtschaftlichen Kampfmittel des in den allereinfachsten Beziehungsgegend wirkenden Arbeiters ist für den Arzt gleichbedeutend mit dem Verlust seiner wesentlichsten auf der Persönlichkeit beruhenden Wirkungen, gleichbedeutend mit dem Verlust derjenigen Qualitäten, welche ihn erst zum Arzt machen.

Den Ärzten fehlt auch bei ihrem Streiksystem jede innere Rechtfertigung. Streik ist Kampf. Der Kampf hat aber nur eine innere Berechtigung, wenn sich kampfkraftige Gegner gegenüberstellen.

Der streikende Arbeiter befindet sich in einem ehrlichen Kampf. Er hat einen starken ebenbürtigen Gegner, den Verein der Arbeitgeber, der unter Umständen die Produktion des betreffenden Artikels einschränken oder sistieren kann.

Der streikende Arzt hat überhaupt keinen Gegner, sondern ein Opfer, die leidende Menschheit. Die Mächte, welche die Krankheit und den Tod herbeiführen, werden ihre Tätigkeit auf den Geheiß einstellen.

Der Arzt, welcher die ärztliche Hilfe verweigert, oder schwingliche Gegenleistungen fordert, um für sich und seine Kollegen materielle Vorteile zu erzwingen, erinnert mich immer an einen Menschen, der seinen Nächsten in bringender Lebensgefahr und die Rettung an bestimmte egoistische Bedingungen knüpft.

Da die ärztliche Leistung zu den unentbehrlichen Bedürfnissen der menschlichen Existenz gehört, und da das Gesetz die Produktion der ärztlichen Leistung den approbierten Ärzten als Monopol hat, hat die einstimmige Verweigerung der ärztlichen Leistung durch die Ärzte, also der Streik, etwas so furchtbares, die Kraft der

wehr lähmendes, daß die Krankenkassen schon bei der ernststen, auf Macht gegründeten Streilandrohung erschreckt zurückweichen und meist alles gewähren, was die Ärzteorganisation verlangt, mag es auch noch so übertrieben sein und die Grenzen der Leistungsfähigkeit weit übersteigen. Ein solches absurdes Zugeständnis der Kassen den Ärzten gegenüber war z. B. die unbefchränkte freie Arztwahl.

Wird dann den Ärzten selbst der drohende Ruin der ihnen unentbehrlichen Kassen klar, so springen sie helfend ein, aber nicht durch Aufgabe der für sich errungenen Vorteile, sondern dadurch, daß sie an den dem Kranken zu gewährenden Vergünstigungen herumzwacken (Verhinderung der Krankenhausbehandlung, der Bäderkuren usw.).

Der offene Streik der Ärzte wird nur selten zutage treten.

Aber auch vor dem offenen Streik scheuen die Ärzte unter Umständen keineswegs zurück, wie wir jüngst in Köln beobachteten. Die Kölner Ärzte weigerten sich in ihrem Streik, bei welchem es sich um die definitive Einführung der freien Arztwahl des Ärzteverbandes handelte, auch die nicht zur Kasse gehörenden Familienangehörigen der Kassenmitglieder zu behandeln. Die nicht organisierten Ärzte von Köln übernahmen freilich die Behandlung auch der Familienangehörigen der Kassenmitglieder, erhoben aber mit Recht Protest, indem sie die Schuld an den dem Publikum erwachsenden schweren Schädigungen völlig ihren organisierten Kollegen zuwiesen.

Demgegenüber ruft das ärztliche Vereinsblatt für Deutschland, welches die Interessen der organisierten Ärzte vertritt, am 2. Februar 1909:

„Nur keine Gefühlsduselei! A la guerre comme à la guerre!“

Dem Streik der geschlossenen Ärzteschaft gegenüber hat also das Publikum keine Möglichkeit, Gegenmaßnahmen zu treffen. Der Erfolg des Streiks hängt nur allein davon ab, daß es der Streikleitung gelingt, alle Ärzte des Landes für sich zu gewinnen.

Der Staat, dessen Pflicht es ist, einer drohenden sozialen Krisis rechtzeitig durch geeignete Präventivmaßnahmen vorzubeugen, muß also einer Zusammenschließung der Ärzte, welche den Streik in Aussicht nimmt, von Anfang an energisch entgegentreten, anderseits aber durch möglichste Sicherstellung der wirtschaftlichen Lage der Ärzte dafür sorgen, daß sie nicht wieder auf so standesunwürdige, sozial verwerfliche Mittel verfallen. Hat sich der Zu-

sammenschluß der Ärzte erst vollzogen, dann ist nichts mehr zu machen.

Das Hauptmittel, welches die Organisation der Ärzte benutzte, um den dauernden, festen Zusammenschluß zu erzielen, ist das Verbot der Entfremdung zwischen Arzt und Auftraggeber abzielende Vertragsverhältnis der sogenannten freien Arztwahl.

Der Auftraggeber soll es nur mit der Organisation zu tun haben. Im Grunde genommen verabreicht die Organisation die ärztlichen Leistungen. Die einzelnen Ärzte sind nur figurative, willenlose Werkzeuge.

Die sogenannte freie Arztwahl des Ärzteverbandes ist das gerade Gegenteil der erstrebenswerten freien Arztwahl. Die sogenannte freie Arztwahl beruht stets auf einem Vertrage, dessen Bedingungen und Ausführungsbestimmungen den Krankenkassen von den organisierten Ärzten, welche auch allein für die Behandlung der Kassenmitglieder in Betracht kommen, direkt vorgeschrieben werden. Anfangs ließ man den Kassenmitgliedern völlige Freiheit bei der Arztwahl. Bald aber zeigte sich, daß die freie Arztwahl, wenn sie unbeschränkt blieb, wegen der ungeheuren Kosten praktisch undurchführbar war. Es mußten also der freien Arztwahl gewisse Beschränkungen auferlegt werden. Die Art der Beschränkungen wurde aber wiederum den Krankenkassen von der Ärzteorganisation bestimmt und gesetzlich vorgeschrieben.

Der Unterschied der beiden Systeme, des Systems der sogenannten freien Arztwahl und des Systems des fixierten Kassenarztes bestand also jetzt nur noch darin, daß die unbedingt notwendigen Beschränkungen der Freiheit der Arztwahl bei dem System des fixierten Kassenarztes von dem Arbeitgeber, bei der sogenannten freien Arztwahl von den organisierten Ärzten ausgeübt wurden.

Das Mißliche lag in dem letzteren Fall, nämlich bei der Ermächtigung der organisierten Ärzte zur Vornahme der Beschränkung, darin, daß gerade die Personen, welche unter den Umständen für den Kranken zur freien Auswahl verfügbar bleiben mußten, die Ärzte, da sie allmächtig waren, in Versuchung gerieten, die Beschränkung der freien Arztwahl im Sinne ihrer Interessengemeinschaft vorzunehmen. Ziehen die organisierten Ärzte zu

\*) Nähere Aufschlüsse über die sozialen Wirkungen der einzelnen Entwicklungsstadien der freien Arztwahl finden sich in meiner kleinen Broschüre: „Der Arzt in Vergangenheit und Gegenwart.“ Berlin 1906, Hermann Seemann Verlagssbuchhandlung.

Standpunkt der Interessengemeinschaft aus die letzte Konsequenz, und das bleibt nicht aus, da die für die Ärzte aus den Krankenkassen verfügbaren Gelder infolge der bedeutenden, durch die unbeschränkte freie Arztwahl veranlaßten Nebenausgaben stark zusammenschmelzen, — ziehen die Ärzte ihre letzte Konsequenz, dann kommt es dahin, daß sie unter sich nach freiem Ermessen immer einen aus ihrer Mitte bestimmen, welchem der Arbeiter für etwaige Krankheitsfälle zugeteilt ist, gleichviel ob es dem Erkrankten dann recht ist oder nicht.\*)

Bei jeder Wahl unterscheidet man aber doch einerseits Wahlkandidaten, hier die Ärzte, anderseits Wählende, hier der Erkrankte und die ihm Nahestehenden, darunter der Arbeitgeber. Wenn nun die Ärzte über das Amt, dessen Vergebung Gegenstand der Wahl sein sollte, aus freier Hand unter sich verfügen, dann hört eben der Begriff „Wahl“ auf zu existieren. Es fehlt ja der Wahllast, bei welchem ein oder mehrere Wähler, die nicht mit den Wahlkandidaten identisch sind, die Wahl treffen. Die Sache war hinter den Kulissen längst entschieden, wenn der Wähler erscheint.

Es handelt sich also nicht einmal mehr um Wahl, geschweige denn um freie Wahl.

Selbst bei der schroffsten Form des Systems des fixierten Kassenarztes kann man doch nur von einer allzu diktatorischen Wahlbeeinflussung seitens des am körperlichen Wohlergehen seines Arbeiters stark interessierten Arbeitgebers reden. Die Voraussetzungen des Begriffs „Wahl“ sind immer noch gegeben, wenn auch der wählende Faktor unbilligerweise vollständig in der Person eines tarren, unzugänglichen, unbeugbaren Arbeitgebers konzentriert ist.

Uebrigens findet der Kranke, wie wir später sehen werden, dann auf seine Kosten immer noch einen Arzt, wenn er mit dem fixierten

\*) Ich habe selbst seinerzeit in meinem Bezirk bei Einrichtung der freien Arztwahl in der staatlichen Betriebskrankenkasse für das Großherzogtum Hessen, durch ökonomische Rücksichten geleitet, einen Vorschlag in diesem Sinne gemacht, der auch von den Ärzten einstimmig angenommen wurde. Ich befand mich eben noch in der trügerischen Hoffnung, die Härte der Ärzteorganisation mildern zu können. Hätte ich vorausgesehen, daß die Fesselung des Patienten an den von der Organisation bestimmten Arzt eine absolute sein würde, dann hätte ich sicherlich einen solchen Vorschlag nicht gemacht.

Es kam freilich ganz anders. Die staatliche Betriebskrankenkasse führte die sogenannte freie Arztwahl zumeist ohne jede Beschränkung ein. Sie arbeitete aber auch von Anfang an bis jetzt mit erschreckender Unterbilanz, die aus dem Staatsfädel gedeckt wurde. In manchen Gegenden, so im Bezirk Homberg, erreichte der Aufwand für Behandlung in Krankheitsfällen bis 10 % des durchschnittlichen Jahreslohnes pro Kopf des Versicherten, und zwar bei ganz normalen Morbiditätsverhältnissen.

nicht auskommen kann. Bei dem System der sogenannten freien Arztwahl, wenn es sich auf eine festgegliederte Organisation stützt, ist es ihm dagegen unmöglich, einen andern Arzt zu finden, wenn er mit dem ihm von der Ärzteorganisation zugewiesenen nicht zufrieden ist.

Die wirklich humane freie Arztwahl bestünde darin, daß immer diejenigen Personen, welche dem Herzen des Kranken am nächsten stehen, seien es nun Eltern, seien es Freunde, oder sei es der Arbeitgeber, den Arzt frei wählen und wechseln können.

Eine solche freie Arztwahl wird freilich ein Ideal bleiben. Sie wird vollständig nie zu erreichen sein.

Es liegt aber auf der Hand, daß die nur Notzweckdienende, alle nicht organisierten Ärzte ausschließende freie Arztwahl des Ärzteverbandes sich im praktischen Leben nicht im entferntesten zu einer freien Arztwahl in humanem Sinne gehe. Eine freie Arztwahl in humanem Sinne war annähernd bei den früheren Verhältnis zwischen Arzt und Rasse viel eher erreichbar.

In der gegenwärtigen Ära der freien Arztwahl ist es oft genug vorgekommen, daß ein armer Patient, der seinen Kopf vor den Kopf gestoßen oder vollständig das Vertrauen zu ihm verloren hatte, mit seiner Bitte um Hilfe vor der festgeschlossenen Pforte der die Standesrücksicht übertrieben respektierenden Ärzte zurückschallte. Früher war es dem Rassenpatienten immer möglich, einen andern Arzt zu finden, sei es nun mit Genehmigung der Rasse oder auf eigene Kosten.

Heilmittel und Krankengelder standen dem Rassenpatienten ohnehin nach dem Gesetz zu. Er brauchte also eventuell nur den am mächtig gewählten Arzt zu bezahlen. Eine anständige Krankenkasse, wie z. B. die Eisenbahnkasse, übernahm aber nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse stets auch dieses Arzthonorar.

Bei Weiterentwicklung des früheren Systems des bestimmten Rassenarztes, welches naturgemäß nach dem Muster der Einrichtung des Hausarztes entstanden war, hätte man sich dem Ideal der humanen freien Arztwahl immer mehr und mehr genähert.

Der kluge Hausarzt der wohlhabenden Familie setzte ja keineswegs der Zuziehung anderer Ärzte ein Hindernis entgegen. Er konnte dabei nichts verlieren.kehrte man doch immer dankbar und vertrauend zu dem treuen Berater der Familie zurück.

In ähnlicher Weise hätte sich auch allmählich das Verbot des fixierten Rassenarztes zu den Rassenmitgliedern ent-



Dazu gehörte freilich, daß der Arzt innerlich über den Verhältnissen stand und frei war von törichter Empfindlichkeit.

Hie und da konnte man auch schon einen leisen Anlauf zur Verwirklichung der humanen freien Arztwahl entdecken.

Das ist aber jetzt alles illusorisch geworden durch die kalt berechnete, auf systematische Entfremdung zwischen Arzt und Auftraggeber ausgehende Kampfbestimmung der sogenannten freien Arztwahl des Ärzteverbandes. Der einmal gewählte Arzt muß auch für spätere Krankheitsfälle beibehalten werden. Ein anderer Arzt lehnt die Behandlung aus Standesrücksicht ab. Wie kann ein „honoriger Arzt“ durch Uebernahme eines Rassenmitgliedes, das in der Behandlung eines andern war, den Schein erwecken, als glaube er an die Möglichkeit, daß man zu der Kunst eines Standesgenossen das Vertrauen verlieren könne! —

Das System des dem Rassenmitglied von der Ärzteorganisation zudiktierten Rassenarztes ist freilich bis jetzt nur teilweise durchgeführt. Es ist jedoch das Schlußglied in der Entwicklung der sogenannten freien Arztwahl. Zu seiner Verwirklichung drängen unaufhaltsam mit logischer Sicherheit zwei allmächtige Faktoren, erstens die im Wesen der Organisation gegründete gewerkschaftliche Standesrücksicht der Ärzte, zweitens die bei jedem Versuch, der Arztwahl freiere Formen zu geben, sich aus ökonomischen Gründen immer einstellende Notwendigkeit der Beschränkung der Freiwahl des einzelnen.

Die für Krankenbehandlung des Arbeiters vorhandenen Mittel richten sich nach den Ergebnissen des Weltmarktes und sind durch die übrigen Existenzbedürfnisse der Arbeiter begrenzt. Eine weise Volkswirtschaft wird sich daher immer vor die Aufgabe gestellt sehen, die Freiheit der Arztwahl des einzelnen auf eine humane, ihn möglichst wenig drückende Art zu beschränken. Dies ist aber auf einen Fall zu erreichen bei der sogenannten freien Arztwahl, wohl aber zu erreichen bei dem System des fixierten Rassenarztes mit Erlaubnis des Arztwechsels in besonderen Fällen, über deren Vorliegen der Rassenvorstand nach humanen Grundsätzen nachträglich entscheidet.

## II.

### Die ärztliche Organisation.

Die Machtstellung der ärztlichen Organisation hängt allein von der dauernden, unbedingten Unterwerfung sämtlicher Ärzte unter die Beschlüsse der Ärzteführung ab.

Es war keine leichte Arbeit, eine so vollständige geistige Snebelung der Mitglieder des freiesten, individuellsten aller Berufe fertig zu bringen.

Unterstützt wurde freilich das Beginnen der Ärztesführer durch die nüchterne, gefühlsarme, nur auf Erwerb ausgehende Sinnrichtung, welche sich heutzutage allenthalben geltend macht.

Trotzdem aber erschien mir noch vor wenigen Jahren das Ziel des Leipziger Verbandes, welches auf die Herstellung einer geschlossenen Streikorganisation mit unbeschränktem Oberkommando ausgeht, unerreichbar.

Handelte es sich doch um hochgebildete Menschen, die in ihrer geistigen Vielseitigkeit und Mannigfaltigkeit sich unmöglich sämtlich auf das engherzige, nur materiellen Gesichtspunkten folgende Programm des Leipziger Verbandes verpflichten konnten.

Das Rezept für das Verfahren der Herstellung einer allmächtigen Gewerkschaftsleitung lag ja vor. Es war auch von nichtakademischen Gesellschaftsklassen schon mehrfach mit Erfolg angewandt worden.

Aber beim Aufbau der festen widerstandsfähigen Arbeitergewerkschaften stand doch ein gröberes Material zur Verfügung.

Ließ sich mit dem aus komplizierten, hochwertigen Molekülen zusammengesetzten Stoff, der das soziale Gefüge der Ärzteschaft bildete, gefahrlos das Gleiche erreichen? — — —

Ohne sich weiter um solche Fragen zu kümmern, wandten die Führer des Ärzteverbandes das Rezept der Arbeitergewerkschaften unmodifiziert auf die Organisation der Ärzte an.

Es galt zunächst sich das alleinige Monopol für Vertretung und Vertuschung mit Krankenkassen zu verschaffen.

Wehe dem Arzt, der es sich heraus nimmt, selbständig einen Vertrag mit einer Krankenkasse abzuschließen!

Dann ging man daran sich den ganzen Stellenvermittlungsmarkt durch Boykott der widerstrebenden Presse dienstbar zu machen.

Nirgends darf sich ein Arzt niederlassen ohne Genehmigung des Verbandes und seiner Organe.

Schließlich bemächtigte man sich auch noch des ärztlichen Bildungswesens auf sozialpolitischem Gebiet.

Früh müssen die Ärzte die Klugheit ihres Oberhauptes lernen, wie es so geschieht die sozialen Strebungen der Zeit den standesegoistischen Zwecken der Organisation anzupassen mußte.

So richtete die Verbandsleitung allüberall an den Wegen der freien ärztlichen Betätigung Schlagbäume auf.

Dem unabhängigen Arzt, der sich nicht fügen will, ergeht es wie dem verlierenden Könige im Schachspiel. Er findet alle Felder, auf welche er sich retten will, von der Organisation besetzt. Er ist gezwungen, sich zu ergeben.

Früher mußte sich der Arzt seinen Ruf, sein ärztliches Ansehen selbst gründen und erhalten. Es geschah dadurch, daß er seine Tüchtigkeit bewies und sich, soweit es ihm das Gefühl der ärztlichen Würde gestattete, gegen jedermann herzlich und entgegenkommend benahm.

Dem organisierten Arzt von heute ist an der öffentlichen Meinung über seinen ärztlichen Wert nicht viel gelegen. Die Leute müssen ihm doch kommen.

Einer emporstrebenden ärztlichen Kraft liegt die Bahn nicht mehr frei. Das Faule und Verrottete, das früher mühelos über den Haufen geworfen wurde, wird jetzt durch die Organisation geschützt. In seinem berechtigten Drange nach freier Entfaltung seiner Fähigkeiten rennt der junge Arzt überall gegen verschlossene Türen.

Es herrscht die vom Verband gedeckte flache Mittelmäßigkeit. Das nach freiem Schaffen sich sehrende Talent fühlt sich überall urückgestoßen und behindert.

Dagegen kommt der treue Gefolgsmann der Organisation immer in ein gemachtes Bett hinein. Er braucht auch keine Angst zu haben, von einem Tüchtigeren verdrängt zu werden, so lange er nur ein der Verbandsleitung gefügiges Werkzeug bleibt.

Freilich wird er später der so süßen Erinnerungen des früheren Arztes an die Mühen und Kämpfe, welche bei Gründung der Praxis überstehen waren, entbehren.

Mit Unrecht wirft man den früheren Ärzten Mangel an Standesbewußtsein vor. Ihr Standesbewußtsein war sogar viel tiefer und vornehmer als das anderer Stände, weil sich keine materiellen Interessen hineinmischten. Der Arzt, welcher sich früher schamlose und gewissenlose Handlungen zuschulden kommen ließ, war von den Kollegen geächtet. Die Anzahl solcher geächteter Ärzte war zur Zeit, als die Organisation mit ihrer Tätigkeit einsetzte, nicht so gering.

Es war daher eine der ersten Handlungen der Verbandsleitung, Interesse des Zusammenschlusses der Ärzte die Parole auszu-

geben, man solle diese räudigen Schafe wieder in die Herde aufnehmen. So sehen wir heutzutage die früher ausgestoßenen Ärzte Arm in Arm mit den Verbandsleitern marschieren.

Durch jahrelange, unermüdbliche, umsichtige Arbeit an dem Zusammenschluß der Ärzte ist die Verbandsleitung der Erfüllung ihrer Aufgabe neuerdings schon recht nahe gekommen, wie aus ihren Erfolgen in dem Kampfe mit dem Verband der Lebensversicherungsgesellschaften deutlich hervorgeht. Die deutsche Ärzteschaft reagiert bereits zum großen Teil ohne selbständige Prüfung der Verhältnisse blind auf die Tagesbefehle des Leipziger Oberkommandos.

Trotz aller ihrer Erfolge streben aber die Ärztesführer dabei den gegenwärtigen Ärztemangel, ohne den diese Erfolge gar nicht denkbar wären, mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten. Mit jedem Auge blicken sie z. B. auf die humanen Bestrebungen der Erziehung gebildeter junger Männer zur Hilfe bei plötzlichen Unglücksfällen.

Der Generalsekretär des Leipziger Verbands, Dr. Kuhns, macht direkt die Ärzte, für Einrichtungen tätig zu sein, wie die „Samariterkurse, bei denen ein Arzt die Primaner über erste Hilfeleistungen bei Verwundungen und Unglücksfällen belehrt.“ Er fürchtet, daß dadurch das Interesse am Medizinstudium geweckt werde. In Versagen der Hilfeleistungen bei Samariterkursen seitens der Ärzte nennt er „gesunden Egoismus“. — (Siehe den Bericht des Generalsekretärs Dr. Kuhns-Leipzig. Hauptversammlung des Verbandes der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen am 21. 6. 1906 in Halle.)

Auch sonst suchen die Ärztesführer den Andrang zum Medizinstudium mit allen Mitteln zu bekämpfen, trotz des Ärztemangels, welcher namentlich auf dem Lande auf Schritt und Tritt fühlbar ist, und welcher die Lösung der sozialen Aufgaben der Zukunft erschweren, wenn nicht unmöglich machen wird.

Der Leipziger Verband geht darauf aus, durch Abschreckung vor dem Medizinstudium, die mit der Bevölkerungszunahme und dem Wachsen des Bedürfnisses nach ärztlicher Hilfe notwendige Vermehrung der Ärztezahl zu verhindern und durch künstliche Herbeiführung und Erhaltung eines Zustands von Ärztemangel für einen künftigen Generalstreik günstige Bedingungen zu schaffen.

Von Zeit zu Zeit durchlaufen daher anscheinend wohlmeinend von der Interessenvertretung der Ärzte ausgehende Warnungen vor dem Medizinstudium die viel gelesenen Tagesblätter und

Direktorialzimmer der höheren Schulen. Der tatsächliche Ärztemangel auf dem Lande und in den kleinen Städten wird verschwiegen; die als Rückschlag auf die künstlich herbeigeführte Entvölkerung der medizinischen Hörsäle im ersten Lustrium des Jahrhunderts erfolgte aber nicht ausreichende Vermehrung der Medizinstudierenden ungebührlich betont.

Der biedere deutsche Familienvater, namentlich, wenn er dem Beamtentum angehört und nicht aus den weltkundigen Geschäftskreisen stammt, hält die autoritative Warnung des Schuldirektors für ein Orakel. Er weiß nicht, daß hinter jenem die einseitige Interessenvertretung der Ärzte steht, daß jener, wenn auch unbewußt, das Sprachrohr der kleinlichsten ärztlichen Interessenpolitik ist. So wird gerade der für den Ärztestand so wichtige Nachwuchs aus dem Beamtentum verhindert.

Bei keinem anderen akademischen Beruf finden wir diese standesegoistische Methode der Abschreckung. Die Folge ist, daß eine Verschiebung in der Verteilung der Studierenden zu Ungunsten der medizinischen Fakultät eintritt.

Es drängt sich wohl manchem, der diese Zeilen liest, die Frage auf: Woher mögen nur die Mittel kommen, welche die Gründung und die Aufrechterhaltung einer solchen Streiforganisation kostet? Wer leistet z. B. die Entschädigung der früheren Distriktsärzte, welche aus „ethischen Gründen“ zur sogenannten freien Arztwahl übergegangen sind?

Ich kann mich hierbei unter Hinweis auf die Geschichte der Gewerkschaftsbewegungen überhaupt ganz kurz fassen. Man sagt: „Der Krieg ernährt sich selbst.“ Man kann dies mit gleichem Recht vom Streik behaupten. Die Kriegskosten bezahlt der unterliegende Teil, hier das Publikum.

Die ärztliche Organisation verschlingt einen großen Teil des Nationalvermögens und vermindert, da sie ihre Kontribution namentlich aus den Krankenkassen der Arbeiter erhebt, die Konkurrenzfähigkeit des Landes auf dem Weltmarkt.

### III.

#### Arzt und Mensch.

Der Arzt der vergangenen Jahrhunderte war, mochte er auch ideo oder Ungläubiger sein, ein Produkt der christlichen Kultur, welche durch die Macht der Idee alles in ihren Bannkreis zog.

Versetzen wir uns einmal in unserm Geiste ein Vierteljahr hundert zurück und betrachten das Bild des Arztes in der Gesellschaft.

Der Impuls zu helfen ist stets, wohin wir auch blicken, der erste und vornehmste Gedanke des Arztes. Dem Drange, die leidenden Mitmenschen zu heilen und zu trösten, opfert er all andern Rücksichten, die Rücksicht auf seine eigene Gesundheit, auf sein Vermögen, auf kollegiale Empfindlichkeit, auf die Ehrungen des Augenblicks. — So lebt die Gestalt des Arztes in der Phantasie des Volkes, in den Werken der Dichter.

Frei von jeder falschen Rücksichtnahme, ist der Arzt eine der anziehendsten Erscheinungen in der menschlichen Gesellschaft, gleich geschätzt von Reichen und Armen, von Gerechten und Ungerechten. Ein Jeder fühlt: „Der Mann sieht die Dinge, wie sie sind, und beurteilt sie auch so, wenn es gilt, zu helfen.“

Das ist es, was die Gestalt des Arztes so ungemein anziehend macht. Er erscheint wie ein Stück verkörperter Wahrheit.

Und wenn auch mancher Arzt nicht diese sittliche Höhe erreicht, so schwebt ihm doch stets ein solches Ideal vor Augen. Es ist ihm doch stets gegenwärtig, daß sich die Leuchten des ärztlichen Standes durch solches Denken die Anerkennung ihrer Zeit erwerben.

Besucht der Arzt den Kranken, dann befindet er sich immer unter dem Einfluß eines stillschweigend abgeschlossenen Vertrages. Er verspricht dem Kranken: In der kurzen Zeitspanne, während ich dich jetzt behandle, ist niemand für mich vorhanden als du. Ich kenne in diesen Augenblicken keine Rücksichten irgendwelcher Art. Die Herstellung deiner Gesundheit ist mein einziger Gedanke, mein einziges Streben. Kommt das Interesse deiner Gesundheit mit meinen eigenen Interessen oder mit den Interessen anderer in Konflikt, so zögere ich keinen Augenblick, sie zu opfern. Der Arzt aber fühlt die innige Anteilnahme, welche den Arzt an ihn knüpft und welche mit nichts anderem als mit der Sorge der liebenden Mutter für ihr Kind verglichen werden kann, heraus. Er vertritt sich ihm mit Leib und Seele.

Vor dem erbarmenden Blick des Arztes steht der Menich. Er ist wirklich, in seiner ganzen Armseligkeit, gleichviel, ob er sonst im Leben auf einer hohen oder niedern Stufe befindet. Er fällt die Maske, welche die gesellschaftliche Stellung dem Geiste aufdrückt und aufnötigt. Dem Kranken ist wohl dabei. Der Arzt aber kann nun jede Saite im Gemüt des Kranken rühren und

Klingen bringen, wie es ihm gerade im Interesse der Heilung vorteilhaft dünkt. Die Schmerzen verschwinden ohne Morfotika. Der Tod sogar verliert seine Schrecken.

Die geschickte Führung des chirurgischen Messers, die treffende Wahl des Heilmittels, die in der buchstäblichen Fassung so einfache und proaische ärztliche Anweisung sind nicht allein die Ursachen des Umschwungs im Befinden des Kranken zum Bessern. Der Erfolg wäre ausgeblieben, wenn nicht das Hauptagens mitgewirkt hätte, der subjektive Einfluß der Person des Arztes. Auf dem innigen persönlichen Verhältnis des Arztes zum Kranken, sei es nun wirklich vorhanden oder eine vom Arzt geschickt hervorgerufene Illusion, beruhen die meisten Heilwirkungen.

Wird aber dieser Gedanke, diese Illusion nicht erschüttert durch das Fühlbarwerden der Organisation im Hintergrunde des ärztlichen Handelns? Wie verträgt es sich z. B. mit dem eben entwickelten Ideal der Beziehungen zwischen Arzt und Mensch, wenn die Arztführung in ihrem Kampf gegen die Lebensversicherungen an die Ärzte die Weisung ergehen läßt, „daß man in diesem Kampfe durch keine Rücksicht auf Kranke und Gefährdete gebunden sei“? Wird der Glaube des Kranken an die vollständige persönliche Hingabe des Arztes noch bestehen bleiben, wenn er derartiges merkt? — Gewiß nicht.

Kein persönliche Beziehungen zwischen Arzt und Mensch können sich überhaupt nicht entwickeln, wenn jeden Augenblick ein Interesse der Organisation die gesponnenen Fäden zerreißen kann.

Glaubt nur ja nicht, daß Ihr hier etwas erreichen könnt mit Eurem Allermeltsauskunftsmittel bei Differenzen mit der — Kommission“.

In den geheimen Winkel, in welchem die zarten Bande zwischen dem Arzt und dem Kranken geknüpft werden, leuchtet keine Kommission. Wenn sie da mit ihrem Standesformelkram hineintappt, bricht es nur Risse und Felsen.

So verliert der Arzt den Nimbus, der ihn früher in den Augen der Menschheit umgab. Er beraubt sich aus falschem Standesbewußtsein der Fähigkeit, dem Kranken das volle Maß echter Hilfe und ärztlichen Trostes zu bringen.

Wer soll denn nun aber dem Menschen die unvermeidlichen perlichen Leiden erträglich machen, wenn es der Arzt nicht tut? Ist es nicht genug Elend in der Welt, daß man der Menschheit den wenigen Trost kürzen will, der ihr gespendet werden kann?

Ganz besonders erkennbar wird das Eingreifen einer fremden Hand in die Beziehungen zwischen Arzt und Mensch beim Arztwechsel.

In jedem innigen persönlichen Verhältnis kann eine Abtöbler eintreten, ja das Vertrauen kann durch unglückliches Zusammentreffen von allerhand Zufälligkeiten vollständig schwinden, oder daß einer der in Frage kommenden Personen die Schuld bemessen wäre.

Das tritt nun auch oft genug in dem Verhältnis des Kranken zum Arzt ein. Das Wichtigste ist dann natürlich, wenn der Kranke möglichst bald den errettenden Entschluß faßt, sich einen andern Arzt zu nehmen. Dem ursprünglichen Arzt kann es nur eine kleine Erleichterung bereiten, wenn er von einer Behandlung entbunden wird, welche nicht mehr das Vertrauen des Kranken zur Verfügung hat. Das Vertragsverhältnis zwischen Arzt und Kranke wird also friedlich und aus humanen Gründen möglichst schweigend und schonend gelöst.

So ist es früher immer gehalten worden. Die Angehörigen des Kranken hatten nur die Pflicht, den ursprünglichen Arzt von der Tatsache des Arztwechsels in geziemender Weise in Kenntnis setzen. Einem wilden Arztwechsel war so genügend vorgebeugt. Die Sache war damit erledigt.

Der gegenwärtigen Ärzteorganisation kann damit freilich nicht gedient sein. Im Arztwechsel würde ja ein freier Willensakt liegen, der nicht zu dulden ist, schon deshalb nicht, weil die Bevorzugung eines Arztes vor dem andern den Zusammenschluß der Ärzte beeinflussen könnte. Die Organisation verlangt daher von den Ärzten, daß sie bei auftauchendem Wunsch des Arztwechsels auf ein Konsilium dringen sollen.

Ein solches Konsilium, welches doch eigentlich dem Patienten gegenüber in einem Zwangsakt besteht, da er ja nicht einen andern wünschte, sondern einen andern Arzt, ist nebenbei, wenn die beratenden Ärzte ungefähr den gleichen Bildungsgang durchgemacht haben, die reine Komödie, namentlich da der behandelnde Arzt den Konsiliarius selbst aussucht. Man kann da mit vollem Recht mit Hufeland die Beforgnis haben, „daß das Interesse am Kranken durch die Einmischung mehrerer leicht geteilt und vermindert wird.“

Der Organisation ist aber ein solches Konsilium immer noch viel lieber als der Arztwechsel. Vom Arztwechsel will sie gar nichts hören. Sie knüpft ihn an unerfüllbare Bedingungen.



In meinem Bezirk existiert z. B. für den Fall, daß der Patient den Arzt wechseln will, folgende Bestimmung: Der Patient muß dem bisherigen Arzt Nachricht geben. Der neue Arzt muß gleichfalls den bisherigen Arzt in Kenntnis setzen. Der bisherige Arzt muß dem neuen Arzt mitteilen, daß er in gebührender Weise vom Patient in Kenntnis gesetzt worden ist und muß sein Einverständnis zum Arztwechsel geben. Erst dann darf der neue Arzt die Behandlung übernehmen.

Da es sich aber beim Arztwechsel oft um eilige Fälle handelt, ist er durch die genannte, fast komisch klingende Bestimmung tatsächlich unmöglich gemacht.

Was braucht aber auch der Patient zu wechseln! Die ärztlichen Werkzeuge der Organisation sind doch alle gleich gut. Es ist doch wirklich ganz gleich, ob X oder Y das Geschwür aufschneidet, das aufgeregte Nervensystem beruhigt. So Dinge, wie Rücksichtnahme auf das Vertrauen des Patienten, sind doch ein längst überwundener Standpunkt.

Früher trat der Arzt, den das Wohl des Patienten näher anging, als die erwartete Einnahme, gern zurück. Das Gefühl der Zurücksetzung, welches ihn wohl vorübergehend beschlich, verschwand bei dem alles Verstehenden und daher alles Verzeihenden rasch wieder.

Der neu eintretende Arzt aber scheute sich nicht, auch wenn er in Grunde dasselbe anwandte, wie sein Vorgänger, den Anschein zu erwecken, als wenn er im Besitz besonderer Kräfte wäre. Von einer Täuschung konnte dabei keine Rede sein. Dadurch, daß der neue Arzt dem im wesentlichen gleichen Verfahren den Stempel seiner Persönlichkeit aufdrückte, wurde es auch ganz etwas anderes.

Jener Arzt, der die Arzneien seines Vorgängers einfach zum Fenster hinauswarf, überschritt sicher die Grenze des Erlaubten. Aber die Idee, welche ihn leitete, nämlich dem Kranken so recht eigenfälligerweise zu Gesicht zu führen, daß nunmehr erst der Weg zur Heilung eingeschlagen werde, war der richtige. Gerade auf der Überzeugung des Kranken beim Arztwechsel, daß nunmehr nach längerer Verirrung der richtige Weg gefunden sei, beruhte oft die Heilung oder die wesentliche Linderung der Beschwerden.

Wirkliche innere Feindschaft entstand unter den Ärzten wegen ihrer Vorurteile meist nicht, wenn es auch nach außen so aussah. Sie waren ja beide Diener der Natur, auf welche sie gerade durch Beeinflussung der psychischen Stimmungen des Menschen am stärksten einwirkten.

Der auf dem Arztwechsel beruhende Heilsfaktor ist also durch das Wirken der Organisation verloren gegangen. Ihr geht die Rücksicht auf die kollegiale Standesempfindlichkeit über alles.

Einen allerdings sehr zweifelhaften Vorteil hat freilich das neue System. Das soziale Bild der streitenden Ärzte ist verschwunden. Es mußte verschwinden.

Wenn das Wirken der Menschen einen persönlichen Charakter trägt, gibt es immer Streit, wenn auch die Formen des Streits mit zunehmender Kultur feinere werden. So war es auch früher bei den Ärzten der Fall. Je mehr sie in ihrem Beruf aufgingen, je glühender ihr persönlicher Eifer war für das ihnen anvertraute Gut, um so heißer prallten oft die Ansichten aufeinander.

Jetzt, wo das Wirken der Ärzte den persönlichen Charakter verloren hat, kann von Streit keine Rede mehr sein. Die Ärzte haben Frieden geschlossen auf Kosten des Publikums. Das Streitsubjekt ist ja weggefallen. Was liegt heutzutage so manchem Arzt am Vertrauen des Patienten? Der Kranke soll es nur erlauben, sich einen andern Arzt zu nehmen. Wie wird er das machen! —

Früher freilich fand selbst der Ärmste, wenn er mit seinem Arzt nicht zufrieden war, mit Leichtigkeit einen andern.

Gerade die Armen, die wirtschaftlich Schwachen leiden am häufigsten unter dem Druck der Organisation der Mächtigen. Wer die Härten der ärztlichen Behandlung der organisierten Ärzte studieren will, der muß an das Krankenbett der Armen treten. Wie oft wird er da der ohnmächtigen Sehnacht nach einem andern Arzt begegnen! —

Man kann mir vielleicht einwenden: früher kamen auch die bedenkliche und niedrige Gesinnungen bei Ärzten zur Geltung. Aber der wahrhaft humane Arzt war doch stets eine seltene Erscheinung. Das ist richtig.

Aber die Bedingungen für die Entwicklung des wahrhaft humanen Arztes waren doch wenigstens gegeben und, wenn er nicht vorhanden war, erstand, war er vorbildlich. Jetzt würde die Organisation nach den Anschauungen der vergangenen Jahrhunderte den humanen Arzt einfach um seine Existenz bringen. —

Andererseits mag manchem, der sich in seinem engen Kreise umsieht, meine Darstellung für die gegenwärtigen Verhältnisse schwarz erscheinen. Auch das ist für manche Gegenden richtig.

Die Organisation sieht sich vor, für alle Verhältnisse die

jequenz zu ziehen. Sie hält es, wenn auch der Kurs unbeeinflussbar bleibt, doch aus politischen Gründen für geraten, vielfach zu temporisieren. Sie streckt immer erst ihre Fühlhörner aus, um zu erkunden, ob ihr Vordringen aussichtsreich ist und zieht sie unter Umständen rasch wieder ein. Sie gestattet z. B. den Bahnärzten immer noch ihre fixierten Stellen, während sie die fixierten Kassenärzte in Köln mit allen Mitteln verfolgt.

Auch sieht die wachende Vorsehung von Leipzig noch mit gnädigen Blicken auf einzelne Verirrungen ihrer Schäflein herab. Sie weiß wohl, daß ihnen eine bald 2000 jährige christliche Kultur in den Gliedern steckt, die vollständig so rasch nicht herauszutreiben ist. Sie hat immer noch einen gewissen Respekt vor den Schranken, welche das Wirken, der Einfluß und das Beispiel der edlen Ärzte früherer Jahrhunderte in dem ärztlichen Denken aufgerichtet haben. Das Publikum spürt daher gegenwärtig noch nicht die ganze Härte seiner Behandlung durch die ärztliche Organisation.

Wartet nur aber einmal ab, bis das kalte Geschlecht der Ärzte, welches in der Gesinnung des Leipziger Verbandes erzogen ist, die frühere Generation ganz verdrängt hat!

#### IV.

#### Soziologische Beurteilung der Arztbewegung.

An dem bisherigen Typus des Arztes hat eine mehr als 2000 jährige Kultur gearbeitet. Wer es versuchen will, den bisherigen Arzttypus den sozialen Verhältnissen der Gegenwart anzupassen, darf daher nicht mit grober Faust zupacken, er muß mit eifer zarter Hand an die Arbeit gehen, damit er nicht den Zauber erreißt, welcher sich im Laufe der Jahrhunderte um die Person des Arztes gesponnen hat.

Das Wirken des Arztes, wie das des Künstlers, beruht auf dem Eintritt von Beziehungen zwischen Person und Person. Kommen keine persönlichen Beziehungen zwischen dem Künstler und dem Beschauer des Kunstwerks, zwischen dem Arzt und dem Objekt seiner Behandlung zustande, dann ist ihr Wirken vergeblich.

Die individuelle Freiheit, welche man für den Künstler in Anspruch nimmt, muß also auch dem Arzt gewährleistet werden. Dem ist es bei Gefahr des Verlustes seiner wesentlichen Berufseigenschaften verboten, sich mit seinen Berufsgenossen zu einer Ge-

wirtschaft zusammenzuschließen. Er ist also in dem gegenwärtig wütenden wirtschaftlichen Ausgleichskampf waffenlos.

Wie die Königin im Bienenvolke muß die Kunst, zu deren Jüngern — den Begriff Kunst im weitesten Sinne gefaßt — auch der Arzt gehört, von der Gesamtheit geschützt werden. Der Staat muß seinen Schild vorhalten, wenn die einfach gefügten Stände ihre derben Waffen gegen die höher Differenzierten erheben und darf nicht abwarten, bis die Not des allgemeinen Kampfes der feiner Gebildeten Waffen in die Hand drückt, welche in ihrer Derbheit seiner unwürdig und geeignet sind ihn selbst zu verletzen.

Mit andern Worten, der Staat muß den allgemeinen wirtschaftlichen Ausgleichskampf überwachen und sofort sein Veto erlegen, wenn er sich gegen die Stände richtet, die ihrer Natur nach zur Selbsthilfe unfähig sind. In dem Rate aber, welcher über die zu wählenden Schutzbestimmungen zu befinden hat, dürfen nur erfahrene Volkswirtschaftler die entscheidende Stimme haben. Für Leute des Berufs, welcher zu schützen ist, kommen nur als technischer Berater in Betracht. Aber auch von ihnen muß man erwarten, daß sie bei Beurteilung der speziellen Berufsfragen nie das Allgemeinwohl außer Augen lassen.

Es läßt sich nicht leugnen, daß der Staat es in der jüngsten Zeit versäumt hat, bei dem rücksichtslosen Andrängen der Arbeiterkoalitionen gegen den Arztstand die nötigen Gegenmaßnahmen zu treffen. Er hat ruhig zugeesehen, wie die Not der Ärzte immer größer und größer wurde und, als der Arztstand endlich seine höheren Ziele vergaß und sich die Waffe der Streiforganisation aus der Rüstkammer der Arbeiterkoalitionen hervorholte, hat er die von den Ärzten für die wirtschaftliche Selbsthilfe aufgestellten Standesordnungen teilweise sanktioniert.

Es drängt sich hier die Frage auf: Haben denn überhaupt Ärzte das Recht, eine Streiforganisation zu gründen?

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt ist eine Streiforganisation dann unzulässig, wenn der eventuelle Streik in der Verweigerung einer Leistung besteht, die der Menschheit unentbehrlich ist und von niemand andern als von den Mitgliedern der Streiforganisation hervorgebracht werden kann oder darf.

Da nun aber die ärztlichen Leistungen tatsächlich für die Menschheit unentbehrlich und nach dem Gesetz Monopol der privilegierten Ärzte sind, indem ein jeder andre, der ärztliche Leistungen

verrichtet, als Kurfürstler streng bestraft wird, so ist eine Streiforganisation der approbierten Ärzte rechtlich unzulässig.

Die Streiforganisation der Ärzte ist aber auch moralisch unzulässig. Dadurch nämlich, daß die Organisation die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen Arzt und Mensch für sich allein in Anspruch nimmt und so diesem Verhältnis den Charakter des Persönlichen raubt, verliert der Begriff „Arzt“ völlig die Bedeutung, welche er seit Jahrhunderten gehabt hat. Die organisierten Ärzte sind eben weiter nichts als ärztliche Techniker, die wie andere Arbeiter Tauschwerte hervorbringen, um sich Subsistenzmittel zu verschaffen und Ersparnisse zu machen.

Da nun aber die meisten Menschen die Auffassung vom Arzt haben, wie sie früher gang und gäbe war, und da ihr individueller Glückszustand im Innersten getroffen würde, wenn sie bei den unvermeidlichen Leiden des Lebens des „Arztes“ entbehren müßten, so ist eine Organisation unzulässig, welche den Typus „Arzt“ einfach beseitigt und etwas an die Stelle setzt, was bei dem gegenwärtigen Kulturzustand der Menschen absolut unzureichend ist. Es wäre keinem Menschen übel zu nehmen, wenn er sich das, was er unter den approbierten Medizinern nicht findet, nämlich einen „Arzt“, unter den sogenannten Kurfürstlern sucht, selbst auf die Gefahr hin, damit einen ungeheuerlichen Zustand herbeizuführen.

Es ist daher die Pflicht eines jeden sozial empfindenden Menschen, die volkswirtschaftlich und moralisch unberechtigte Streiforganisation der Ärzte unmöglich zu machen.

Zur Erreichung dieses Zweckes müßte zunächst überall bei den maßgebenden Faktoren auf Abschaffung der sogenannten freien Arztwahl bei Krankenkassen gedrungen werden, da sie dem angehenden Arzt, welcher auf Massenpraxis angewiesen ist, das wirtschaftliche Fortkommen außerhalb der Organisation unmöglich macht und ihn zwingt, sich in ihre Arme zu werfen.

Die obligatorische freie Arztwahl, durch welche die Organisation die Regelung der Beziehungen zwischen Arzt und Arbeiter ganz ausschließlich für sich in Anspruch nimmt und zunächst der Vertretung der Arbeiter, schließlich aber auch dem einzelnen Arbeiter jeden Einfluß auf die Wahl des Arztes raubt, ist überdies die einschneidendste und wichtigste Maßnahme der Ärzte in ihrem wirtschaftlichen Kampfe. Sie ist typisch für die andern, welche ja auch alle darauf abzielen, die Regelung der Beziehungen des Arztes zum Menschen zu monopolisieren und vollständig in die Hand der Organisation zu bringen.

Die letzte Konsequenz des Systems ist folgender Zustand, dessen Verwirklichung hier und da auch schon angedeutet ist: Die Ärztesführung des betreffenden Distrikts verteilt die Patienten gerechter Weise an die jeweils vorhandenen Ärzte. Der Kranke ist unentrinnbar an den ihm zugewiesenen Arzt gefesselt. Ein anderer Arzt an den er sich wendet, sucht nur die Achseln und jagt höchstens: „Es tut mir leid. Aber ich kann mich auf die Behandlung nicht einlassen. Ich bin organisiert.“ Sollte aber der betreffende Kranke wegen seiner gesellschaftlichen Stellung bezüglich des von ihm gewünschten Arztwechsels einer besonderen Rücksicht gewürdigt werden, dann tritt eine Kommission von Ärzten zusammen, welche über die Stichhaltigkeit der Gründe des Arztwechsels befindet und ihn mit möglichster Schonung des Arztes in die Wege leitet.

Man achte wohl darauf, daß das eben beschriebene System für den wirtschaftlich Schwachen in bezug auf Wahl des Arztes die vollständigste Unfreiheit bedeutet, der gegenüber z. B. der durch das System des bestimmten Kassenarztes geschaffene Zustand noch ein Ideal war. Denn der Kranke oder die Personen, die sich für ihn interessieren, konnten da immer noch auf ihre Kosten einen anderen Arzt aufreiben, was nun unmöglich ist.

Doch ziehen wir den Vorhang über dieses Bild öder, der losen Jungfergerechtigkeit, welche jede wärmere seelische Regung Busen des Arztes ersticht!

Soll aber der Eintritt des von uns befürchteten Zustandes verhütet werden, dann gilt es, vor allen Dingen die Allmacht der Ärzteorganisation zu beseitigen, welche ihr die obligatorische sogenannte freie Arztwahl den Arbeitern gegenüber verleiht. Damit der Hebel angelegt werden, soll überhaupt etwas erreicht werden. Der Arbeiter hat das Recht, sein Vertragsverhältnis zu den Ärzten selbst zu bestimmen. Er mag sich je nach den Umständen für die freie Arztwahl erklären, bei welcher aber nicht nur die organisierten Ärzte in Betracht kämen, wie die sogenannte freie Arztwahl, sondern alle Ärzte, oder er mag das System des bestimmten Kassenarztes wählen.

Zu gleicher Zeit mit dem Kampfe gegen die Streikorganisation der Ärzte müssen aber auch die für Sicherstellung ihrer wirtschaftlichen Lage geeigneten Schritte getan werden. Die Volksvertreter bringe auf die Einsetzung eines aus erfahrenen Volkswirtschaftlern bestehenden Aufsichtsrats, welcher die aus dem sozialen Ausgleichskampf der Stände für den Arztstand sich jeweils ergebenden

Schädigungen in einer Weise beseitigt, daß dabei jede Art von Selbsthilfe seitens der Ärzte ausgeschlossen ist. Mit halben Maßregeln ist in dieser Frage nichts getan. Ueberläßt man der Möglichkeit der ärztlichen Selbsthilfe auch nur den geringsten Spielraum, etwa in Gestalt einer Standesordnung im Sinne der Koalition, so wird die Organisation durch ihre auf der Unentbehrlichkeit der ärztlichen Leistung beruhende Allmacht bald wieder die Herrschaft an sich reißen.

Dafür, daß die Ärzte ihr entsprechendes wirtschaftliches Auskommen haben, kann allein die weise Einsicht des Staates Bürgerschaft leisten, welcher ein segensreiches Wirken der Ärzte nur dann erwarten kann, wenn sie von den drückenden wirtschaftlichen Sorgen des Lebens befreit sind.

Wenn daher die Ärzteschaft sich darauf beschränkt, bei dem gegenwärtigen wirtschaftlichen Ausgleichskampf der Stände den Schutz des Staates mit Nachdruck zu fordern, weil eine aktive Beteiligung an diesem Kampfe mit der Berufspflicht des Arztes unvereinbar ist, erfüllt sie eine dankenswerte Aufgabe. Wenn sie aber auf dem jüngst betretenen Wege der Selbsthilfe fortschreitet, macht sie sich einer verhängnisvollen sozialen Verirrung schuldig.

---

# Windthorst und der Kulturkampf.

Von

Felix Nachfahl.

---

(Fortsetzung.)

## VI.

Der Tod des unversöhnlichen Pius bedeutete die Beseitigung eines eminent persönlichen Hindernisses für die Wiederannäherung zwischen Rom und Berlin; über die Geneigtheit Leo's XIII. zu einem friedlichen Abkommen konnte kein Zweifel bestehen. Zur Beendigung des Kirchenstreites drängt vor allem der Gang der inneren Politik. Die Wahlen von 1877 und 1878 schwächten die Liberalen ihre unitarischen und parlamentarischen Tendenzen, ihre Opposition gegen seine neue Zoll- und Wirtschaftspolitik, sowie gegen sein damit verbundenen Projekte, das Reich in finanzieller Hinsicht durch die Ausbildung eines indirekten Reichsteuersystems auf eine selbstständige Basis zu stellen, ließen Bismarck ein weiteres Zusammengehen mit den Liberalen im Lichte der Unmöglichkeit erscheinen. Er glaubte zu bemerken, daß sie es gerne sähen, wenn er durch den Widerstand des Zentrums geschwächt würde, daß sich die Nationalliberalen direkt mit dem Zentrum verbänden, und daß selbst die Nationalliberalen geüffentlich vom Kampfe gegen Rom schwiegen. Die Verlegenheiten, die ihm aus dem Kulturkampfe erwuchsen, waren ihnen, so schien es dem Kanzler, gerade recht; sie wollten die Schwächung der Regierung, um selbst an Macht zu gewinnen. Wenn er gemeint, die Nationalliberalen durch das Mittel des Kulturkampfes dem Bannkreise des parlamentarischen Regimes entrücken zu können, so sah er sich jetzt in dieser Hoffnung getäuscht: unter diesen Umständen hatte er erst recht kein Interesse mehr an



Fortführung des Kampfes. So dachte er an Frieden mit Rom, um das Zentrum zu gewinnen oder wenigstens unschädlich zu machen.

Die neuen Bahnen, die der Kanzler im Innern einschlug, waren dem Zentrum nicht unsympathisch. Es war für Bismarcks Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht in allen Stücken zu haben, so keinesfalls für das Tabaksmonopol und für die Verstaatlichung der Eisenbahnen, — schon deshalb nicht, weil dadurch neue Beamtenheere geschaffen, unzählige Arbeiter von den Behörden in Abhängigkeit geraten und dadurch die Machtstellung der Regierung gesteigert werden mußte. Anders war es mit Bismarcks zollpolitischen Plänen; dabei kamen die agrarischen Elemente und die Massen der Industriearbeiter, die sich zum Zentrum hielten, auf ihre Rechnung. Ähnlich geteilt war die Stimmung im Zentrum gegenüber der Sozialpolitik des Kanzlers. Schon in Rücksicht auf die Erfahrungen, die man am eigenen Leibe im Kulturkampf gemacht hatte, war man für Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie nicht zu haben, — wie sich Windthorst ausdrückte: seine Partei werde stets für die bürgerliche Freiheit eintreten. Im übrigen hatte man gar kein Interesse am Verschwinden der Sozialdemokraten aus dem Reichstage, da sie gegebenenfalls für die Bildung oppositioneller Mehrheiten von größtem Werte waren, während auf der anderen Seite unter dem Eindrucke der Attentate das Lösungswort, daß nur Kirche und kirchlicher Einfluß auf die Schule der sozialdemokratischen Bewegung einen festen Damm entgegenzusetzen vermöchten, seine Wirkung bis hoch hinauf nicht verfehlte. Dagegen teilte man die Bismarckschen Bestrebungen behufs Fürsorge für das materielle Wohl der Arbeiter. Sie war ja bereits durch Ketteler und durch das Parteiprogramm seit der Entstehung der Fraktion vertreten worden; hier reichte man gern der Regierung die Hand, während sich der Liberalismus in seinem geringen Verständnis für Wesen und Aufgaben des Staates passiv und selbst abweisend verhielt. Und dazu kam noch ein Moment der auswärtigen Politik. Die Freundschaft mit Oesterreich, der deutsch-österreichische Allianzvertrag oben, wie die Ansichten der süddeutschen Aristokratie, so auch die Windthorsts „über Bismarcks politische und kirchliche Tendenzen nicht unwesentlich modifiziert“.

Es gab somit eine Reihe von Punkten, wo sich das Interesse der Regierung mit dem des Zentrums berührte, und das gab die Basis zu einer Annäherung. Wie es scheint, hätte man im Zentrum schon bei Lebzeiten Pius IX. eine Schwächung der intransi-

genten Einflüsse auf die päpstliche Politik nicht ungern gesehen.\*) und schon Ende 1875 glaubte man zu bemerken, „Windthorst passe nur darauf, sich die Situation zunutze zu machen, mit Bismarck zu verständigen und ihm das Zentrum als konservative Partei zuzuführen.“ \*\*) Bald nach dem Regierungsantritte Leo's XIII. im Frühjahr 1878, ließen Nachrichten aus Rom das Zentrum vermuten, daß der Papst und sein Kardinalstaatssekretär Franchi neigt seien, auf einen *modus vivendi* in Preußen hinzuwirken. Die Gemeinschaft mit den Reichenspergers und dem Freiberger von Frandenstein forderte Windthorst in der Fraktion, daß jener bei den Debatten alles vermieden bleibe, was den Reichensperger persönlich verletzen könnte; er drang damit gegen Schorlemer-Mersch durch, der von Besorgnis erfüllt ward, daß ein solches Verhalten als Zeichen der Schwäche gedeutet werden könnte. Schon am 1. Oktober (11. März) im Reichstage konstatieren, daß das Zentrum „friedliebender und versöhnlicher“ geworden sei; die offiziellen Klagen gegen die „Reichsfeindlichkeit“ des Zentrums hörten auf. Keineswegs war Windthorst's Stellung in diesen Tagen leicht und angenehm. Die welfischen Ultras klagten ihn an, er liefere das Welfentum an die Merikalen aus; die kirchlichen Heißsporne murrten über die Preisgebung der katholischen Sache durch das Zentrum. In diesem selbst gab es eine dissentierende Minderheit, die sich aus Rücksicht auf ihre Popularität hartnäckig gegen die Lebensmängel zöge sträubte; es kostete Windthorst alle Mühe, die widerstrebbaren Elemente leidlich unter einen Hut zu bringen. Ursprünglich ein Freihändler — noch im Sommer 1873 war er für die Aufhebung des Eisenzolles gewesen — hatte er diese Doktrin teils innerlich überwunden; teils war er einsichtig genug, um die Bedeutung dieses Momentes für die allgemeine politische Lage zu erkennen.

Bald setzten die Verhandlungen zwischen Kurie und der Regierung ein. Im Sommer 1878 fanden zu Rissingen zwischen Bismarck und dem Münchner Nuntius Masella Vorbesprechungen statt. Bismarck bestand auf der Anzeigepflicht und wollte dagegen die preußische Gesandtschaft beim Vatikan wiederherstellen. Er verwirklichte weiterhin den Wunsch aus, daß die Kurie beim Zentrum, das eben aus den Neuwahlen als die stärkste Partei des Reiches

\*) Am 10. November 1874 verzeichnet Hohenlohe (Dentsch. II 139) auf Grund von Mitteilungen Miquels: „Windthorst und Reichensperger sind zufrieden mit der päpstlichen Politik, d. h. den Eingebungen der Kurie und sollen in diesem Sinne nach Rom schreiben.“

\*\*) Ebd. 173.

hervorgegangen war, dahin wirke, daß es sich in höherem Grade der Regierung zur Verfügung stelle und vor allem für das Sozialistengesetz stimme. Zwar ging der Nuntius darauf nicht ein; aber ob auch das Zentrum wohl nicht frei von Besorgnissen war, daß sich die Kurie zu allzu großen Konzessionen verstehen könnte, so war doch das Eis gebrochen: die innerpolitische Lage drängte Bismarck, auf der einmal betretenen Bahn auszuharren. Ende März 1879 hatte Windthorst eine einstündige Audienz bei Bismarck, um für die verwitwete Königin Marie von Hannover eine Rente aus dem sequestrierten Welfenfonds zu erwirken; dabei wurden auch der Kulturkampf sowie die Zoll- und Steuerfragen berührt; das Gespräch endigte „zur vorläufigen Zufriedenheit beider Staatsmänner wenigstens in den Hauptpunkten“. Drei Wochen später (20. April) fand eine Konferenz zu Gmunden im Hause von Onno Klopp statt; es nahmen an ihr teil Windthorst, der Nuntius Jacobini, der Uditor Spolverini und Onno Klopp; wahrscheinlich handelte es sich um die Spezialisierung der Friedensbedingungen auf der kirchlichen Seite. Ihr folgte eine neue Besprechung Windthorsts mit Bismarck (am 16. Mai); in den nächsten Wochen kam eine Einigung zwischen dem Kanzler und dem Zentrum zustande; der Preis, den jener der Fraktion für die Zustimmung zu seiner Zollpolitik zahlte, war die sogenannte Frankenstein'sche Klausel mit ihrem ausgesprochen förderativen Charakter.

Schlag auf Schlag vollzogen sich nun die entscheidenden Ereignisse. Den Reigen eröffnete die Niederlegung des Präsidiums im Reichstage durch Jordanbeck und seine Ersetzung durch Seydewitz, während Frankenstein zum Vizepräsidenten gewählt wurde; daran schloß sich die Entlassung von Friedenthal, Hobrecht und Falk. Anfang Juli hatten Windthorst und Frankenstein eine neue Unterredung mit Bismarck. Um dieselbe Zeit fand die berühmte Reichstagsitzung statt, in der Bismarck den Nationalliberalen seine Abgabe aussprach. Nach ihm erhob sich Windthorst, um Protest dagegen einzulegen, daß das Zentrum in den beiden Fragen von Kulturkampf und Zollpolitik zugleich geheime Vereinbarungen geschlossen hätte; er fügte hinzu, daß man sich ja in solchem Falle der Gefahr aussetze, hintergangen zu werden: „Uebrigens will ich Ihnen sagen, wer mich dupieren will, muß ein bißchen früh aufstehen.“ immerhin hatte die Fraktion durch ihre Unterstützung seiner Zollpolitik bei Bismarck den Anspruch auf kirchenpolitische Konzessionen erworben. Diese Taktik war im wesentlichen das Werk Windthorsts,

der seine Partei zusammenzuhalten mußte, während die National liberalen gerade wegen ihres Verhaltens in der Zollfrage zertrümmert wurden und auseinanderfielen. Zwar fehlte es auch im Zentrum damals nicht an Meinungsverschiedenheiten: so war Reichensperger gegen, Windthorst für die Justizreorganisation; aber in der Hauptsache herrschte Einigkeit. Auf der Generalversammlung der Katholiken im Herbst 1879 zu Aachen waren nicht die „Extremen“ maßgebend, sondern die Führer, vor allen andern Windthorst. Er war „unerschöpflich und unermüdlich; wie sein verzwickter Körper den angsterregenden Durcheinander standhalten kann, ist rätselhaft“, so schrieb damals über ihn A. Reichensperger.

Schon der Umstand, daß er des Zentrums im Parlament weiterhin bedurfte, nötigte Bismarck zur Fortsetzung der Verhandlungen mit der Kurie. Mitte September 1879 hatte er mehrere Besprechungen mit dem Wiener Nuntius Jacobini zu Gastein. Es wurden dabei zunächst die Materien bestimmt, über die eingehend beraten werden sollte. Durch die Demission Falks hatte Bismarck freie Hand der Maigesetzgebung gegenüber. Er unterschied jetzt „zwischen einem entbehrlichen und einem unentbehrlichen Teile der Falkschen Gesetzgebung“. Für unentbehrlich hielt er die Beseitigung der Verfassungsartikel, die Kampfmittel gegen den Polonismus und vor allem die Erhaltung des Staates über die Schule; das erschien ihm „wertvoller als die maigesetzlichen Verbote geistlicher Tätigkeit und der juristischen Fängapparat für widerstrebende Priester.“ Man kann dabei nicht die Bemerkung unterdrücken, daß es besser gewesen wäre, diesen Unterschied von Anfang an zu machen, anstatt sich in der Hitze des Kampfes zu Maßregeln hinreißen zu lassen, die auf Dauer nicht haltbar waren. Bekanntlich hat Bismarck später einen Versuch gemacht, die Verantwortung für den „entbehrlichen Teil“ der Maigesetzgebung auf Falk abzuwälzen: Diesem habe er „juristische Detail“ überlassen, ohne sich darum des Näheren kümmern. Bei unbefangener Würdigung der Persönlichkeiten und der Verhältnisse erscheint dieser Hergang der Dinge völlig unverständlich.

Die Ernennung Puttamers wurde vom Zentrum als ein Zeichen des Entgegenkommens begrüßt. „Puttamer ist gutgesinnt, aber Hindernisse bei einem Teile seiner Räte und den Provinzialbeamten.“ Zu diesen Elementen im Ministerium, die den Führern der Reaktion mißfielen, gehörte der Geheimrat Hübler; er wurde im November 1879 zu den in Gastein vereinbarten

verhandlungen nach Wien entsandt. Es gingen ihnen Besprechungen in Gmunden am 21. und 24. Oktober voraus, an denen sich wiederum Jacobini, Spolverini, Onno Klopp und Windthorst beteiligten. Die Wiener Konferenzen zwischen Hübner und Jacobini führten zu keinem Ergebnisse, und zwar wegen der Differenzen hinsichtlich der Anzeigepflicht; die Vermutung dürfte gerechtfertigt sein, daß auf die Haltung, die der Nuntius in diesem Punkte einnahm, die Winke des Zentrums und zumal Windthorsts in Gmunden nicht ohne Einfluß waren; Hübner scheint sich auf vorläufige Festsetzungen eingelassen zu haben, die nachher in Berlin verworfen wurden. So war die Unterhandlung auf ein totes Geleise gelangt, — da schien sie durch die persönliche Initiative des Papstes wieder in Fluß zu kommen. Am 24. März 1880 erließ Leo XIII. ein Schreiben an den Erzbischof Melchers, worin er seine grundsätzliche Zustimmung zur Anzeigepflicht aussprach, ohne auf die nähere Regelung der Frage einzugehen. Geteilt war die Aufnahme, die dieser Schritt beim Zentrum fand. A. Reichensperger und Schorlemer fanden, daß die Regierung bei ihrer Geneigtheit zum Friedensschlusse „ein entschiedenes, tatsächliches Entgegenkommen des Papstes erwarten konnte: nur innerhalb des maigesetzlichen Systems konnte die Anzeigepflicht nicht als solche übernommen werden; für sich allein betrachtet, stellte sie keinen *casus belli* dar“. Frankenstein und andere „ließen den Kopf hängen“, und auch Windthorst war „weit weniger vertrauensvoll“. Er hatte dazu seine guten Gründe. In den letzten Tagen des Februars 1880 hatte er eine Unterredung mit Bismarck gehabt, deren Zweck es war, das Zentrum zur Bewilligung des Septennats zu bestimmen; er konnte daraus schließen, daß das Schicksal der kirchenpolitischen Verhandlungen von der Haltung des Zentrums in den schwebenden Fragen der inneren Politik abhängen würde.

Die Befürchtungen Windthorsts sollten sich bestätigen. Die Differenzen hinsichtlich der Anzeigepflicht blieben in Geltung. Die Kurie wollte sie auf die Pfarrer beschränkt und das Einspruchsrecht der Regierung nach Maßgabe der „Arbeit des Herrn Dr. Hübner“ gestaltet wissen; sie verlangte zugleich Amnestie für die bestraften und exilierten Bischöfe, Zusage einer organischen Revision der Maigesetze und kirchliche Leitung des Religionsunterrichtes in den Schulen. Ehe diese Forderungen noch zur Kenntnis Bismarcks gelangt waren, hatte dieser am 17. März einen Staatsministerialbeschluss des Inhalts veranlaßt: sobald die theoretische Rundgebung

Preussische Jahrbücher. Bd. CXXXV. Heft 3. 30

des Papstes im Briefe an Melchers praktische Folge haben werde, wolle sich die Regierung vom Parlamente diskretionäre Vollmachten zur Milderung derjenigen Bestimmungen der Maigesetzgebung geben lassen, die auf kirchlicher Seite als Härten empfunden würden. Damit hatte sich ein Gegensatz aufgetan, hinter dem selbst die Meinungsverschiedenheiten betreffend die Grenzen der Angelegenheiten zurücktraten: hier die Forderung einer organischen Revision der Maigesetze; dort das System diskretionärer Vollmachten zur Milderung ihrer Härten. Und fragen wir, welches das Motio war, warum Bismarck über dieses Maß nicht hinausgehen wollte, so ist die Antwort darauf sicherlich auf dem Gebiete der inneren Politik zu suchen. Das Zentrum hatte sich im Landtage vielfach der Regierung widersetzt, in der Eisenbahnfrage, bei dem Schanksteuergesetze, bei dem Feldpolizeigesetze und in der Polnischen Frage, nicht minder im Reichstage, und hier gerade in solchen Stücken, die Bismarck für „Existenzfragen“ erklärte, bei den Steuerprojekten, dem Sozialistengesetze und dem Septennat. Er hatte die Zustimmung des Zentrums zu seiner Zollpolitik im Vorjahre unter dem Gesichtspunkt eines Entgegenkommens der Kurie betrachtet; er konnte sich nicht vorstellen, daß eine Partei, „die sich speziell zum Dienste des Papstes bekannte“, ohne direkte Beeinflussung durch Rom eine so weitgehende Opposition treiben würde, und argwöhnte, daß ihn die Kurie durch parlamentarische Kämpfe mürbe machen wolle. Indem er die tatsächliche und selbst die mögliche Einwirkung der Kurie auf die Fraktion bei weitem überschätzte, wuchs sein Mißtrauen gegen die vatikanische Diplomatie. Ein Wort vom Papste oder von den Bischöfen, ein Wort auch nur der diskretesten Mahnung, so meinte er, würde der Opposition des Zentrums ein Ende machen, und die Regierung würde Rom den Dank nicht schuldig bleiben; aber so lange sie in den Grundlagen ihrer Stellung durch die römisch-katholische Fraktion bekämpft würde, sei ein definitiver Frieden durch organische Revision der Maigesetze für sie unmöglich, bedürfe sie des Systems der diskretionären Vollmachten, um je nach der Haltung der Kurie und des von ihr abhängigen Zentrums die Zügel mehr oder minder straff anziehen zu können. Frieden mit Rom und Nichtzucht des Zentrums auf parlamentarische Opposition waren für Bismarck gleichbedeutend.

Bei den diametralen Verschiedenheiten des beiderseitigen Standpunktes war jede Vermittlung ausgeschlossen. Ein Schriftverkehr zwischen Berlin und Rom durch die Vermittlung des Prinzen Kar-

des deutschen Botschafters in Wien, und Jacobinis förderte nur die Unvereinbarkeit der beiderseitigen Ansichten und Ansprüche zutage. Dementsprechend verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Bismarck und dem Zentrum; insbesondere war es Windthorst, der wieder seinen Zorn erregte. Auf dessen Rechnung hatte er schon vorher das fast einstimmige Votum der Partei gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnen gesetzt; tatsächlich hatte der Zentrumsgeneral hier einmal seinen Getreuen freie Hand gelassen. Die ablehnende Haltung der Fraktion nicht nur gegenüber der Sozialisten- und Militärvorlage, sondern auch in der Samoafrage und beim Vorgehen gegen Hamburgs Freihafenstellung verstärkten seinen Groll gegen Windthorst. Er ließ seinen Empfindungen in der parlamentarischen Soiree vom 4. Mai freien Lauf. „Mit deutlicher Anspielung auf die bekannte Renommee Windthorsts“ ließ er die Bemerkung fallen: er stehe meist ebenso früh auf wie andere Leute, zuweilen gehe er überhaupt nicht schlafen; Windthorst sei der Hauptsache nach Welfe, nur der Ueberzug sei ultramontan. Und ähnlich äußerte er sich (am 8. Mai) im Reichstage bei der zweiten Lesung der Elbschiffahrtsakte; er wetterte gegen das Zentrum, „diesen Belagerungsturm, welcher der Regierung ununterbrochen kampfbereit, angriffsbereit gegenüber steht: Für mich liegt in dem Auftreten des Zentrums gegen die deutsche resp. preussische Regierung eine Interpretation für die Intentionen des Römischen Stuhls, ein Barometer für das, was wir von Rom schließlich zu erwarten haben.“

Für mehr als für das System diskretionärer Vollmachten war Bismarck bei seiner Ansicht vom Stande der Dinge, daß nämlich Rom hinter der Opposition des Zentrums stehe, keinesfalls zu haben; damit aber waren die Kurie und das Zentrum nicht zufrieden; sie fanden, daß dadurch der Klerus der Regierung auf Gnade und Ungnade ausgeliefert würde. Trotzdem hielt Bismarck daran fest; ja, er wollte selbst diese Konzession nur unter der Bedingung gewähren, daß die Kurie rechtzeitig die Anzeigepflicht durchführe; davon nahm er freilich in der Folgezeit Abstand. Der Kanzler ging soweit, sein Projekt für eine besonders glückliche aktive Maßregel zu halten; er versprach sich davon nicht mehr und nicht weniger, als daß er dadurch der ihm so lästigen Parteien den Wind aus den Segeln nehmen, sie gefügig und unschädlich machen würde. Er meinte, daß sich das Zentrum nicht weigern könne, die Hand zu ergreifen, die er ihm biete, und daß es dadurch Differenzen mit Rom geraten würde, wo man ja von den dis-

frektionären Vollmachten nichts wissen wollte, — es war das alte Sisyphusbemühen, Zentrum und Kurie gegen einander auszuspielen, wie er es schon so oft versucht hatte und, durch den Mangel an Belehrung, noch so oft unternehmen sollte. Zum mindesten hoffte er, daß sich ein Teil der Fraktion zur Nachgiebigkeit verstehen, und daß die Partei dadurch gespalten werden würde. Mußte nicht, wenn der Kampf aufhörte, das Zentrum allmählich seine Existenzberechtigung verlieren? Das hatte Putzamer im Sinne, als er bald darauf im Landtage den Wunsch ausdrückte, daß das Zentrum allmählich verduften möge. Am 20. Mai wurde die seit Wochen bereits angekündigte „erste kirchenpolitische Novelle“ eingebracht.

Das Zentrum befand sich in einer recht heißen Lage. Das Auftreten im Parlamente, das Bismarcks Verstimmung in hohem Grade erregte, war nicht durch Weisungen aus Rom, sondern durch die Rücksicht auf die Wähler bestimmt worden. Dieser Satz gab A. Reichensperger Ausdruck, indem er im Mai 1880 schrieb: „Obgleich das Zentrum durch die ablehnenden Vota . . . die Ungnade des Kanzlers sich zugezogen hat, bin ich mit dem Resultat nicht unzufrieden, da uns die Hauptstütze, die Zustimmung des katholischen Volkes, geblieben ist. Wenn man sich bei den Bestimmungen anders verhalten hätte, hätte man sich unzweifelhaft die Massen entfremdet, über deren Gefolgschaft man verfügte.“ Besonders unangenehm empfand man es, daß man vollkommen über im unklaren war, wie sich Rom zum System der diskretionären Vollmachten stellte. Im April sprach Reichensperger die Hoffnung aus, daß man bald einmal „ausnahmsweise“ in dieser Hinsicht etwas aus Rom vernehmen würde. Weil jedoch alle Nachrichten ausblieben, reiste Windthorst, ohne daß selbst seine nächsten Freunde etwas davon wußten, in den Pfingstferien nach Wien, um sich von Jacobini Instruktionen für das Verhalten der Zentrumsparthei zu neuen Vorlage gegenüber einzuholen. Der Nuntius mußte erst nach Rom anfragen; hierher hatte sich aber bereits ein anderes Mitglied der Fraktion, der Redakteur Paul Rajunke, direkt gewandt. Als er reiste ganz im geheimen; weder wußte Windthorst von Rajunkes Vorhaben, noch auch war das Umgekehrte der Fall. Rajunke erhielt eine dreistündige Audienz beim Papste; dieser äußerte, daß in kirchlichen Dingen das Zentrum vollkommen freie Hand habe, in kirchenpolitischen Angelegenheiten aber im Einverständnisse mit der Vatikan handeln solle. Was die im Augenblicke brennende Frage der diskretionären Vollmachten anbelangte, so gab Leo XIII.



lange, sehr gewundene und stark verlausulierte Erklärung ab, durch die der Partei im wesentlichen die Entscheidung überlassen war; aber es war zu erkennen, daß der Papst im Prinzipie gegen die Vorlage war; auch betonte er, daß er die Anzeige der „Pfarrer“ nur unter der Bedingung zugestehen würde, daß die Regierung auf die diskretionären Vollmachten verzichte und die Gesetzgebung in einer zu tolerierenden Weise abändere. Denselben Bescheid empfing Windthorst durch die Vermittlung Jacobinis.

Die Absicht Bismarcks, das Zentrum mit dem Papste zu brouillieren, oder sich über den Papst hinweg mit dem Zentrum parlamentarisch zu einigen, war jedenfalls mißglückt. Man faßte im Zentrum den Bescheid Leos XIII. so auf, daß das Gesetz an sich inakzeptabel sei; nur darüber zweifelte man, ob man ihm nicht unter der Voraussetzung zustimmen könne, daß es nur ein Provisorium — von der Dauer etwa eines Jahres — bleiben solle; dafür waren die Reichenspergers. War aber das Zentrum so von vornherein grundsätzlich gegen die Vorlage, so war auch die Stimmung der andern Parteien für sie nicht besonders günstig. Manche waren dagegen, weil sie darin einen „Gang nach Ranoffa“ sahen, — nannte, weil sie die diskretionäre Stellung der Regierung steigere; kurz, die Aussichten waren nicht die besten. Es ist hier nicht der Ort, im einzelnen den Verlauf, an unerwarteten Ueberraschungen reichen Gang der Verhandlungen im Landtage zu schildern. Das Zentrum verhielt sich ablehnend; nur zum Zwecke einer Demonstration, um nämlich zu zeigen, daß die große Mehrheit des Hauses in Prinzip für die Rückberufung der Bischöfe sei, stimmte es unter Windthorsts Führung für den sog. Bischofsparagrafen, der die Institution der abgesetzten Bischöfe bestimmte, — wiewohl dieser Artikel im Plenum einen der Fraktion nicht genehmen Zusatz erhalten hatte, nämlich des Inhaltes, daß diejenigen Bischöfe, die jeder in Gnaden angenommen werden wollten, dafür die Anzeige nicht anerkennen mußten. Wenn man auch grundsätzlich gegen das Gesetz war, so wollte man es doch für den Fall, daß es trotz dem zustande käme, möglichst günstig gestalten helfen. Daher wurde eine Anregung hin, die der Abg. Ibach gegeben hatte, in den Kommissionsverhandlungen das Amendement gestellt, daß den Geistlichen ohne Ausnahme das Messelesen und die Spendung der Sakramente freistehen solle; es wurde zwar mit großer Mehrheit abgelehnt, kehrte aber noch oft in der Folgezeit als „Antrag Windthorst“ in Verbindung mit dem Antrage auf Beseitigung des Sperr-

gesetztes wieder. Bei der Abstimmung über das Ganze fiel das Votum des Zentrums negativ aus, und so wäre das Gesetz verworfen worden, wenn nicht noch in letzter Stunde (24. Juni) ein Kompromiß zwischen den Konservativen und Nationalliberalen unter Bennigsen zustande gekommen wäre. Er nahm vor allem Anstoß am Bischofsparagraphen; indem ihm die Konservativen nicht opferten, wurde mit nationalliberaler Hilfe der Rest der Vorlage in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung gab allerdings eine weitere Ueberraschung, indem dabei — mit nur einer Stimme Mehrheit — auch noch der sog. Vorbildungsartikel (betr. Dispensation bei Anstellung von Geistlichen vom maigesetzlich vorgeschriebenen Bildungsgange) geopfert wurde.

Immerhin blieben noch eine ganze Reihe wichtiger Milderungen oder richtiger gesagt, diskretionärer Befugnisse der Regierung. Milderungen der Maigesetzgebung, bestehen: Dispensation der Stummsverwerfer vom besonderen Treueide, Wiederaufnahme eingekerkelter Staatsleistungen für ganze Sprengel, ministerielle Genehmigung neuer Niederlassungen von Krankenpflegeorden, Aufhebung der Strafverfolgung gegen gesetzmäßig angestellte Geistliche bei Amtübertragungen in fremden Pfarreien. Verwandlung der Absetzung in Erkenntnis auf Unfähigkeit zur Bekleidung geistlicher Aemter. Dauer der außerordentlichen Vollmachten wurde bis zum 1. Januar 1882 festgesetzt; Herrenhaus und Regierung nahmen das Gesetz an, wiewohl von der ursprünglichen Vorlage nur ein Tordirektorat rettet worden war. Hatte auch das Zentrum schließlich zugestimmt, so fehlte es doch in der Fraktion nicht an Elementen, die den Ausgang der Angelegenheit mit Befriedigung empfanden. „Selten hat uns,“ so schrieb A. Reichensperger seiner Gattin nach der Schlußabstimmung, „unter uns gesagt, ein Sieg des Zentrums so gefreut, wie gestern dessen Niederlage mit 4 Stimmen Majorität.“ Man verkannte nicht die großen Erleichterungen, die das neue Gesetz gewährte, und sah in ihm den Anfang einer Wendung zum Besseren. Die kirchenpolitische Entwicklung trat in eine neue Phase in ein Zwischenstadium, dem der endgültige Frieden folgen konnte, insofern von einem solchen überhaupt die Rede sein könnte.

## VII.

Der Kulturkampf war seinem Ursprunge und Wesen nach ein politischer Machtkampf. Zur selben Zeit, als sich das Zentrum

Volk in seiner überwiegenden Mehrheit unter Bismarcks Führung zu einem Einheitsstaate auf nationaler Basis zusammenschloß, trat eine Partei ins Leben, die sich als eine Machtorganisation ersten Ranges darstellte. Ihr Ferment war die Idee des universalen Katholizismus, die ihr ein Born uner schöpfl icher Kraft und uner schütterlicher Herrschaft über die Gemüter ward; der ganze Apparat der katholischen Hierarchie stellte sich ihr zur Verfügung und führte ihr die Massen der katholischen Bevölkerung zu. Ihre Ziele waren kirchlich-politischer Natur: im Innern Stabilisierung und Durchführung des Systems der „Freiheit der Kirche“ mit allen daran geknüpften Aspirationen auf die Mitwirkung des weltlichen Armes, in der äußeren Politik das Eintreten für die weltliche Machtstellung des Papsttums als oberste Norm. Raum entstanden, trachtete die Partei danach, durch ihre Wirksamkeit im Parlamente das neue Reich in den Dienst dieser Bestrebungen zu spannen. In Bismarck löste dieser Versuch, nicht minder die Gemeinschaft der Partei mit den partikularistisch-großdeutschen, den welfischen und polnischen Elementen, den zähesten Gegnern seiner Reichsgründung, die sogar zum Teile die führende Rolle in der Fraktion zu übernehmen schienen, die Instinkte protestantischen Gefühles und moderner Weltanschauung aus, die wohl auch schon vorher gelegentlich in ihm zu Betätigung gedrängt hatten; die Existenz dieser neuen Bildung widerstrebte zugleich seinem preußischen Staatsbewußtsein, der Reichsidee, wie sie ihm vorschwebte. Und er glaubte, das Uebel an der Wurzel anfassen zu müssen. War die Kirche der Boden, aus dem das Zentrum seine Kraft zog, das kirchliche Machtinteresse die Triebfeder und der leitende Gesichtspunkt für das Wirken dieses dem Reiche inkongruenten Parteigebildes, so mußte es bekämpft und unschädlich gemacht werden, indem die katholische Kirche Deutschlands von Grund aus einen anderen Charakter erhielt, indem nämlich das Band zwischen ihr und Rom gelockert, indem sie in schärfere Abhängigkeit von der Staatsgewalt gebracht, indem der Klerus in ein näheres Verhältniß mit den modernen Bildungstendenzen gesetzt und mit nationalem Geist in dem Sinne erfüllt wurde, wie ihn der Kanzler verstand. Der Umstand, daß die Kurie, wiewohl sich Bismarck anfangs mit dieser Hoffnung geschmeichelt hatte, schließlich ihren Beistand zur Unterdrückung des Zentrums versagte, bestärkte ihn in der Ueberzeugung, daß er den Kampf gegen die Partei der Kirche als einen solchen gegen die Kirche selbst führen müsse.

So brach der Kulturkampf aus. Er war eine Phase in dem

uralten, niemals vollkommen ausgefochtenen und auszufechtenden Kampf zwischen geistlicher und weltlicher Gewalt, — hier noch dadurch verstärkt, daß Eingriffe in rein innerkirchliche Verhältnisse, welche die Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung zwischen den Bekenntnissen und den einzelnen Untertanen nicht berührten, von einer Regierung ausgingen, die einen ostentativ protestantischen Charakter trug, und an die protestantischen Gefühle appellierte. Trotzdem war die Schlacht noch nicht verloren, wenn nicht Machtkonflikte und sachliche Gegensätze zumal auf dem wirtschaftspolitischen Gebiete ein weiteres Zusammenwirken der Regierung mit dem Liberalismus unmöglich gemacht hätten. Der leitende Staatsmann erkannte, daß die Beilegung des Streites, zwar nicht ein dauernder Frieden, weil er ja zwischen Staat und Kirche ein Umding ist, wohl aber die Herstellung eines für beide Teile einigermaßen erträglichen *modus vivendi* unumgänglich sei, und in dieser Einsicht traf er sich mit den Bedürfnissen der Kirche selbst, welcher die Fehde schwere Wunden geschlagen hatte, sowie mit den Wünschen der parlamentarischen Vertretung der kirchlichen Interessen, des Zentrums, und ihres Führers, Windthorst's.

War man auch also einig, was das Ziel anbelangte, so war es doch schwer, sich über die Bedingungen zu verständigen. Niemand meinte, mit dem Angebote um so sparsamer sein zu müssen, als man einem Gegner mit so weit gespannten grundsätzlichen Ansprüchen jede Nachgiebigkeit der Regierung als ein Eingeständnis der Schwäche oder gar des Bewußtseins vom eigenen Unrechte erscheinen und immer neuen Forderungen anreizen könnte. Selbst das, was man von vornherein bewilligen wollte, mußte man sich daher erst mühen und nach und scheinbar widerstrebend abringen lassen. Der Kaiser war davon durchdrungen, daß die staatlichen Uebergriffe auf das rein kirchliche Gebiet nicht haltbar seien. \*) Durchaus billigte er den Inhalt des Windthorst'schen Antrages über das Messelesen und Sakramentespenden; aber er bekämpfte ihn aus taktischen Gründen. Ähnlich dachte er über viele Bestimmungen gegen die Orden. Die Anzeigepflicht erschien ihm selbst als eine Waffe von zweifelhaften Werten; im Hinweise auf den Breslauer Bischof Herzog, der vor seiner Erhebung von der Regierung für friedliebend gehalten, ihr nachher aber recht unbequem wurde, meinte er, daß Anzeigepflicht und Einspruchsrecht keine Garantie dagegen böten, daß sich ein Gerücht

\*) Poschinger, I 317 f., III 141 u. a. D.

den man auf Grund seiner bisherigen Haltung zu einem bestimmten Amte zulasse, nicht alsbald in diesem Amte von einer ganz anderen Seite zeige. Wie wenig Gewicht er auch also an sich auf die Anzeigepflicht legte, so meinte er doch, aus taktischen Gründen auf ihr bestehen zu müssen, — im Interesse der staatlichen Reputation, um vor den anderen Parteien nicht ganz und gar als der unterlegene Teil zu erscheinen, und das umso mehr, als ja die Kirche auch in anderen und sogar katholischen Ländern dieser Verbindlichkeit unterworfen war. Zur innerkirchlichen Organisation, wo die Kirche zu autonomer Regelung befugt sein dürfte, rechnete er jetzt auch die Frage der Vorbildung des Klerus. Er gewann die Ueberzeugung, daß eine Modernisierung und Nationalisierung der Geistlichkeit, wie er sie bisher betrieben hatte, dem Wesen der Kirche widerspreche, und daß die Kirche in diesem Punkte grundsätzliche Zugeständnisse nicht machen könne, ohne selbst ihrer Auflösung Vorschub zu leisten.

War bei beiderseitiger Geneigtheit zur Herstellung eines *modus vivendi* somit erst das Maß der Bedingungen festzustellen, so gab es für die Beilegung des Kulturkampfes noch eine andere Schwierigkeit. War der Kulturkampf seinem Ursprung zufolge ein Kampf gegen die Zentrumsparthei, so wollte Bismarck, daß ihm der Frieden auch insofern einen politischen Gewinn brächte, als die Fraktion, wenn auch nicht gerade beseitigt, so doch parlamentarisch mehr oder minder für ihn unschädlich gemacht würde. Im Grunde des Herzens wäre es Bismarck wohl das Liebste gewesen, wenn sie ganz verschwunden wäre; aber er hegte die Besorgnis, daß in diesem Falle „die Mehrzahl zu den Herren Richter und Rädert gehen würde“, und damit war ihm auch nicht gedient. Unter diesen Umständen entsprach seinen Wünschen am meisten eine innere Umwandlung des Zentrums in eine katholisch-konservative Partei, die sich der Regierung in den wichtigsten Fragen der inneren Politik zur Verfügung stellen hätte. Gerade in dieser Hinsicht glaubte er allerdings von den tonangebenden Elementen im Zentrum, insbesondere von Windthorst, wenig erwarten zu dürfen. Daher wich der latente Groll, den er von jeher gegen Windthorst hegte, auch jetzt noch nicht von ihm, als der Frieden mit der Kirche bereits vor der Türe stand, und wie sehr sich der Kanzler auch sonst in Ansehung der Macht, welche der hannoversche Exminister in sich verkörperte, diesem achtungs- und liebenswürdig zu begegnen zwang, so entlud sich doch mitunter seine wahre Stimmung in geräuschvollen Explosionen zur Zeit. Es war mehr als Scherz, wenn er einmal nach wenig

respektvollen Äußerungen über den Zentrumsführer, seiner plötzlich anständig, mit großer Auszeichnung ihn behandelte und, auf das Widerspruchsvolle seines Benehmens aufmerksam gemacht, die Antwort gab: „Wie sollte ich nicht, — bei dem großen Korps, das hinter sich hat?“

Gerade um die parlamentarische Bedeutung und Machtiellur des Zentrums nicht noch zu steigern, wollte er den kirchlichen Frieden nicht durch ein Abkommen mit dieser Fraktion, sondern über ihren Kopf hinweg, ja sogar zu ihr im Gegensatz, hergestellt wissen. Nicht das Zentrum sollte ihm dabei als kontrahierende Partei gegenüber übertreten, sondern die Kurie. Die katholische Fraktion sollte dadurch ausgeschaltet werden: welchen Zweck hatte sie fortan, wenn die Interessen der katholischen Kirche in Preußen und Deutschland durch direkte Verständigung zwischen Regierung und Vatikan genommen wurden? Er hoffte aber, auf diesem Wege noch ein zweites Vorteil zu erreichen: er wollte also den Papst verpflichten um an ihm gegebenenfalls in inneren Nöten eine Stütze gegen das Zentrum zu gewinnen, um nämlich durch ihn, wenn es erforderlich wäre, einen Druck auf die Partei ausüben zu können, damit sie der Regierung in rein politischen Fragen nachgiebig und gefällig zeige. Mußte es nicht das Zentrum bei den deutschen Katholiken diskreditieren, ja sogar ihm „das Rückgrat brechen“, wenn es in nationalen Lebensfragen erst durch den Papst an seine Pflicht gegenüber dem Reiche und der Regierung erinnern ließ?

Das war nun freilich schon an sich ein gefährliches Spiel, nur durch die bedenkliche Fiktion motiviert werden konnte, der Kanzler eben um jene Zeit, in der Reichstagsrede vom 21. November 1881, die katholische Kirche „samt ihrer päpstlichen Stütze“ als eine einheimische Institution betrachtet wissen wollte, und dies litt die Rechnung auch noch an zwei Fehlern. Die Regierung konnte sich die Tatsache nicht verhehlen, daß lediglich der parlamentarischen Wirksamkeit des Zentrums die neue kirchenpolitische Wendung zu verdanken, daß es als parlamentarische Schilde für die kirchlichen Interessen auch in der Folgezeit unentbehrlich war; daher konnte sie in der politischen Bevormundung des Zentrums zugunsten der Regierung niemals so weit gehen, daß die Existenz ernstlich gefährdet wurde. Und es war weiterhin vorzusehen, daß sich umgekehrt die Fraktion selber bei der Bekämpfung des Kenntnis der Verhältnisse im Reiche durch die Kurie nicht zurückdrängen lassen würde, als sie es mit dem Interesse ihres Vereins

und ihrer Machtposition und daher schließlich auch der Kirche selber vereinbar finden konnte. Was Bismarck vorhatte, das war also abermals eine Wiederholung der Taktik, die er gegen das Zentrum alsbald nach dessen Entstehung bei Antonelli in Anwendung gebracht hatte. Durch den Mißerfolg nicht abgeschreckt, versuchte er es jetzt noch einmal mit demselben Mittel, aber trotz größeren Entgegenkommens seitens der Kurie schließlich doch nicht mit besserem Glücke.

Nur gegen Windthorst konnte Bismarck seine Pläne verwirklichen. Auf den ersten Blick mochte es zwar den Anschein haben, als ob der Abgeordnete von Meppen, was den Modus der Friedensverhandlungen anbelangte, ganz dasselbe wollte, wie der Reichskanzler. Als die Wogen des Kulturkampfes noch am höchsten gingen, da hatte Bismarck bereits vor Sybel einmal seine Absicht ausgesprochen, eine Frontwendung vorzunehmen, indem er bemerkte: „Ich werde den Kulturkampf beseitigen, aber nicht auf dem Wege von staatsrechtlichen, nein, von völkerrechtlichen Verhandlungen.“ Stimimte es damit nicht überein, wenn Windthorst noch im Januar 1884 im Landtage sagte: „Der sicherste Weg zum Frieden ist die Verständigung zwischen Friedrichsruh und Rom?“ Trotzdem hatte Windthorst etwas ganz anderes im Auge, als Bismarck, — nämlich keineswegs Ausschaltung des Zentrums. Er stellte sich vielmehr den Gang der Verhandlungen zwischen Rom und Friedrichsruh so vor, daß man von dort aus in stetiger intimer Fühlung mit dem Zentrum, d. h. mit ihm selbst, bleiben, daß man sich hinsichtlich der Bedingungen an den sachverständigen Rat der Fraktion halten, und daß in Wahrheit also er den Frieden diktiert würde. Nachdem der erste Waffenstillstand in kirchenpolitischen Dingen zum Abschlusse gelangt war, dauerte zunächst die enge Verbindung zwischen Windthorst und der Kurie fort. Am 31. Oktober und 1. November 1880 fanden abermals Konferenzen im Hause Kloppts zu Gmunden statt, an denen der Nuntius Vanutelli, der Uditor Spolverini, Kloppt und Windthorst teilnahmen. Aber in der Folgezeit schlug die Kurie ihre eigenen Wege ein, ohne sich um die Direktiven des Zentrums und seines Führers viel zu kümmern, ja sogar ohne ihn über ihre Verhandlungen mit Bismarck in laufender Kenntnis zu erhalten.

Die Hoffnungen Bismarcks, daß sich das Zentrum zu einer katholisch-konservativen Regierungspartei entwickeln möchte, waren keineswegs ganz vager Natur. Es gab in der Fraktion zahlreiche Elemente, die, je mehr der Frieden in Sicht kam, um so mehr

solchen Tendenzen Raum gaben. Ihnen gegenüber vertrat Windthorst den Standpunkt, daß man die alte Unabhängigkeit behaupten müsse, und er drang damit durch. Gerade jetzt bewährte sich seine unvergleichliche Kunst auf dem schwierigen Gebiete der Parteiführung und Parteiführung auf das glänzendste. Oft wurden die Fraktionen so heftig, daß der Bruch unvermeidlich dünkte; immer gelang es wieder, das äußerste zu verhüten. In der Antisemitenfrage kam es schon zum Ende des Jahres 1880 zu sehr heftigen Erörterungen zwischen dem „judenfreundlicheren Windthorst und der großen Mehrheit der Fraktion, die scharf losgezogen wissen wollte. Windthorst stand mit seiner Meinung, das Zentrum solle sich möglichst neutrales verhalten, fast ganz allein; diese ihm so ungewohnte Isoliertheit erregte ihn derart, daß er wiederholt mit der Niederlegung seines Mandates drohte.“ Mit Mühe und Not brachte August Reichensperger zwischen ihm und Schorlemer-Mst, seinem Hauptgegner auch in dieser Angelegenheit, einen Ausgleich zustande. Andere Differenzen ergaben sich im Punkte der Sozialreform; doch herrschte bis im großen und ganzen Einigkeit, abgesehen von einzelnen Fällen wie z. B. in der „stürmischen“ Fraktionsitzung vom 14. Juni 1881 über das Unfallgesetz. Als es sich 1884 um die Verlängerung des Sozialistengesetzes handelte, fiel das Zentrum auseinander. Die Mehrheit unter Windthorst und Schorlemer stimmte dagegen, die Minderheit indes dafür, dabei Frankenstein und die beiden Reichensperger. August Reichensperger erzählt darüber: „Nicht wenige Reinstimmer-Biepmeyer waren sehr froh, daß das Gesetz gegen das Votum angenommen worden; jedenfalls ist unser Zentrum durch das Auseinandergehen nicht in seiner weiteren Einigkeit bedroht oder erschüttert.“\*)

Gingen dieses Mal Windthorst und Schorlemer zusammen, so waren sie sonst Antipoden. Der westfälische Freiherr war der Führer des konservativ-agrarischen Flügels. Prinzipiell konservativ, war er nur durch den Kulturkampf in die Opposition gedrängt worden. Als er die Regierung zum Frieden geneigt sah, plädierte er für möglichstes Entgegenkommen; er wollte, daß sich die Partei im Parlamente der Regierung tunlichst zur Verfügung stelle und enge Beziehungen mit den Konservativen trete. Er unterstützte die Zoll-, Agrar- und Wirtschaftspolitik der Regierung, desgleichen ihre Forderungen, insofern sie den militärischen Aufgaben des

\*) Pastor a. D. II, 191, 200, 212f.



Reiches galten; dadurch geriet er in Gegensatz zum bayerischen Zentrum und zu Windthorst. Er war in höherem Grade, als dieser, für den Schutzzoll; er war für, Windthorst gegen den Rhein-Emskanal. Windthorst wollte der Partei die Herrschaft über die Wählermassen in Bayern, Westfalen und im Rheinlande erhalten; er fürchtete bei allzu weitgehender Nachgiebigkeit gegen die Regierung eine demokratische Sezession. Mit Vorliebe schob er immer wieder die alten Forderungen eines den kirchlichen Ansprüchen geeigneten Volksschulgesetzes und der Aufhebung des Jesuitengesetzes in den Vordergrund, damit sie als Ferment der Fraktion dienten und ihren Charakter als Oppositionspartei rege erhielten. Der Zwiespalt zwischen beiden Männern wuchs, als es Bismarck glückte, zum Aerger Windthorsts eine Verständigung zwischen Rom und Berlin unter Ausschaltung des Zentrums zustande zu bringen. Es gelang dem hannoverschen Exminister schließlich, den westfälischen Freiherrn in der Fraktion beiseite zu schieben; aber es fehlte doch auch diesem nicht an Sympathien. Noch nach Windthorsts Tode sprach sich A. Reichensperger dahin aus, daß Schorlemer „ebensoviel Verdienste“ wie Windthorst habe, und daß dieser jenem gegenüber nicht richtig gehandelt hätte.

Mehr und mehr flaute der Kulturkampf zum Anfange der achtziger Jahre ab, ohne daß doch deshalb der Gegensatz zwischen Bismarck und der Zentrumsparthei aufhörte, oder dieser der Boden bei der katholischen Bevölkerung entzogen wurde. Durch die Reichstagswahlen zum Ende des Jahres 1881 wurde sie zur „dominierenden Fraktion“; die „patriotische Mehrheit früherer Zeiten“ war gesprengt; Windthorst begrüßte den neuen Reichstag mit den Worten, er gefalle ihm sehr gut“. Schon sprach Bismarck vom Eintritte des Freiherrn von Franckenstein in die Regierung; eben damals bezeichnete er die katholische Kirche mit Einschluß des Papstes als eine einheimische Institution“; das veranlaßte Männer, wie Reichensperger, zur Ansicht, man müsse „ihm möglichst entgegenkommen“. Ueigenscheinlich war es seine Absicht, die Kurie und das Zentrum zu gewinnen; aber um auf dieses letztere fortan um so sicherer rechnen zu können, versuchte er Windthorst bei seinen Genossen zu kreditieren, um sie zu zwingen, sich von ihm zu trennen. Auf Grund einiger Bemerkungen, die Windthorst in einer Kommissionsung über die Hamburger Zollangelegenheit gemacht hatte, wurde in einem Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom Dezember 1881 der Preisgabe der „nationalen Unabhängigkeit“

geziehen und als „Anwalt des Auslandes“ gebrandmarkt. Der ungeschickte Vorstoß hatte das Gegenteil von dem zur Folge, was er bewirken sollte; es lag auf der Hand, daß er die harmlosen Worte Windthorst's ganz ungerechtfertigt aufbauschte und ihnen einen Sinn unterschob, der ihnen ganz fremd war. Im Zentrum faßte man den Angriff ganz richtig auf; wie hätte man hier anders handeln können, als sich mit Windthorst solidarisch zu erklären? Es beschloß den gesellschaftlichen Streik gegen den Kanzler, in dessen Hause an demselben Tage eine parlamentarische Soiree stattfinden sollte. Reichensperger schrieb unter dem frischen Eindruck des Vorfalles: „Die dem Fürsten Bismarck untergebene, wenngleich nicht offizielle „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat heute morgen einen langen, unsern Windthorst höchst verletzenden Artikel gebracht, worin derselbe nicht undeutlich des Komplottierens mit dem Auslande beschuldigt ist. Für uns andere bleibt keine Wahl, als entweder uns von Windthorst loszusagen oder den Angriff als zugleich gegen das Zentrum gerichtet aufzufassen. Da die Anklage jeden Grundes entbehrt, ja geradezu einen verleumderischen Charakter an sich trägt, so wird heute abend kein Zentrumsmitglied die Soiree bei Bismarck besuchen. Gewiß eine unerwartete, vielleicht folgenschwere Wendung der Dinge.“ Nicht nur der politische, sondern auch der persönliche Kontakt hörte zunächst zwischen Bismarck und Windthorst auf; ein Jahre lang ließ sich der welfische Exminister nicht mehr im Reichskanzlerpalais sehen.

Die Bombe, welche das Zentrum sprengen sollte, hatte nicht gezündet; nun ging Bismarck daran, mit Hilfe des Papstes die Partei, sei es mit, sei es ohne Windthorst, Herr zu werden. In Vorbedingung direkter Verhandlungen mit der Kurie unter Ausschaltung des Zentrums war die Wiedererrichtung der Preussischen Gesandtschaft beim Vatikan; sie erfolgte Anfang 1882; um dieselbe Zeit ließ sich die Regierung vom Landtage die ihr vor zwei Jahren übertragenen diskretionären Vollmachten verlängern. Zuerst betrachtete man im Zentrum die neue Vorlage (zum sog. „zweiten Friedensgesetze“ vom 31. Mai 1882) für unannehmbar. Windthorst erklärte sich auch jetzt wieder mit aller Entschiedenheit gegen das System der diskretionären Vollmachten: „Auf dem Felde der diskretionären Gewalt ist eine Verständigung unmöglich: wir haben nicht zehn Jahre gekämpft, um nun, wo der Kampf sich zu Ende neigt, statt der in der Kriegsgesetzgebung geplanten gezielten Vernichtung uns der Gnade und Ungnade eines ungewissen

Ministeriums zu ergeben.“ Aber man besann sich bald eines besseren; wohl oder übel, man mußte sich von Bismarck ziehen lassen, wohin er wollte. Es kam ein Kompromiß zwischen Konserativen und Zentrum zustande, der Rauchs Hauptsache Antrag; indem sich Windthorst mit seinen Genossen darauf einließ, unterwarfen sie sich dem Prinzip der diskretionären Vollmachten. Durch das Gesetz in der Form, wie es schließlich perfekt wurde, wurden das Kultuszugewinn und das Institut der Staatspfarrer preisgegeben, die Restitution abgesetzter Bischöfe auf dem Wege der Gnade für zulässig erklärt.

Um die Anzeigepflicht drehte sich der Kampf fortan in der Hauptsache. Windthorst hielt auch sie für unannehmbar; die Kurie stellte sie jedoch in einem Schriftenwechsel, der um die Wende von 1882 zu 1883 zwischen Berlin und Rom erfolgte, in Aussicht. Nur darüber bestanden noch Differenzen, in welchem Umfange sie zu bewilligen sei, wie weit auf der anderen Seite die Revision der Maßgesetzgebung gehen sollte, welche die Regierung dafür vornehmen wollte, und wer von den beiden Parteien mit der praktischen Durchführung der Konzessionen zu beginnen habe, die Regierung oder die Kurie. Bis auf Posen und Köln wurden die preussischen Diözesen inzwischen, teils durch Berufung neuer Bischöfe, teils durch Benennung und Rückkehr der alten Oberhirten, besetzt. Das „dritte Friedensgesetz“ von 1884 brachte eine wesentliche Beschränkung des Gerichtshofes für die kirchlichen Angelegenheiten, sowie die völlige Freigabe der Hilfsseelsorge und damit die endgültige Beseitigung der Anzeigepflicht für die Hilfspriester. Insofern das Zentrum die Initiative zur Abschaffung der Einrichtungen des Kulturkampfes ergriff, verhielt sich Bismarck freilich ablehnend; es fehlte nicht an eifrigen parlamentarischen Zusammenstößen, so zwischen Bismarck und Windthorst im November 1884 beim Antrage auf Aufhebung des Expatrierungsgesetzes.

Um so schroffer konnte Bismarck gegen Windthorst und das Zentrum auftreten, je weiter das direkte Einverständnis zwischen ihm und der Kurie geblieben war, und eben jetzt bereitete sich die dritte Friedensaktion vor. Um die Wende von 1885 zu 1886 wurden auch Köln und Posen besetzt, indem die Kurie Ledochowski und Melchers opferte. Zum Anfang des Jahres 1886 wurde der Bischof Kopp von Fulda in das Herrenhaus berufen, um hier als Vermittler zwischen Kurie und Regierung das Werk des Ausgleichs zu Ende zu führen. Eine Vorlage wurde eingebracht, die eben des-

halb dem Brauche zuwider nicht dem Abgeordnetenhaufe, sondern dem Herrenhause zuing. Windthorst war mit dieser Wendung nicht einverstanden; er fühlte sich vernachlässigt und war der Ansicht, daß man kirchlicherseits in den Zugeständnissen hinsichtlich der Anzeigepflicht zu weit ging. Seine Meinung wurde in Zentrumskreisen vielfach geteilt; die erste Rede Koppß im Herrenhause dünkte manchem allzu konnivent. Der Bischof beantragte eine Reihe von Aenderungen; es stellte sich freilich bald heraus, daß die Regierung und das Herrenhaus nur gegen vorhergehende Gewährung der Anzeigepflicht zu haben waren. Nach einigem Zögern fügte sich die Kurie, nachdem ihr noch eine weitere Revision der Maigesetzgebung in Aussicht gestellt worden war, und so kam das „vierte Friedensgesetz“ zum Abschlusse, das am 21. Mai 1886 seine Sanction empfing. Seine wichtigsten Bestimmungen liefen darauf hinaus: die Vorbildung der Geistlichen dem Ermessen der Kirche wieder anheimzustellen, sowie die direkte Ausübung der päpstlichen Jurisdiktion in Preußen wieder zuzulassen; die Verweigerung der Absolution wurde erlaubt, dem Pfarrer der Voratz im Kirchenvorstande übertragen, das Lesen stiller Messen und das Sakramentespenden allen Priestern freigegeben. Die Anzeigepflicht wurde sofort praktisch ausgeübt, das entsprechende Recht der Regierung jedoch in der denkbar mildesten Form ausgeübt. Dem Zentrum war nichts anderes übrig geblieben, als der Vorlage, wenn sie auch ohne ihre Mitwirkung ja sogar zum Teile im Gegensatze zu ihren Wünschen zustande gekommen war, im Abgeordnetenhaufe ihre Zustimmung zu erteilen; obwohl sich Bismarck nicht die Genugtuung versagen konnte, ihnen und zumal Windthorst durch scharfe und ironische Bemerkungen die Unangenehme ihrer Lage recht empfindlich zum Bewußtsein zu bringen. Nicht lange mehr dauerte es, und Bismarck schien seinem Ziel nahe, mit Hilfe des Papstes das Zentrum zu biegen oder zu brechen.

Am 25. November 1886 ging im Reichstage eine Militärbill ein, die eine beträchtliche Erhöhung der Friedenspräsenzstärke unter Festlegung auf die Dauer von sieben Jahren forderte. Der Ausgangspunkt hing ab von der Haltung des Zentrums. Ein Teil der Fraktion war für das Septennat, ein anderer war unentschieden; ein dritter widerstrebte aus „konstitutionellen Bedenken“, da er einer Bewilligung von so langer Dauer „eine Gefährdung des konstitutionsmäßigen Rechtes“ erblickte. Eben dazu gehörte Windthorst, der von jeher für eine möglichst wirksame Ausgestaltung des

lamentarischen Budgetrechtes war; er betrachtete die Angelegenheit, wie ausdrücklich bezeugt wird, unter dem Gesichtswinkel des Machtkampfes. Unzweifelhaft fürchtete er auch, daß eine allzu konnivente Haltung seiner Partei der Sozialdemokratie Anlaß geben könnte, einen erfolgreichen Einbruch in das Lager der Massen der katholischen Wähler zu unternehmen. Energisch bekämpfte er im Dezember 1886 in der ersten Lesung und in der Kommission den Entwurf; die letztere lehnte das Septennat und einen Teil der Präsenzerhöhung ab. Nicht nur für sich nahm Windthorst diese oppositionelle Haltung ein; er trachtete auch danach, seine Fraktion zu geschlossenem Vorgehen mit sich fortzureißen.

Dagegen rief Bismarck die Hilfe des Papstes an. Beim Weihnachtsempfange bewog Schöler Leo XIII. zu einer Intervention beim Zentrum zugunsten des Septennates; es heißt, daß insbesondere Galimberti auf diesen Entschluß von Einfluß gewesen sei. Am 3. Januar 1887 erging eine Note des Kardinalstaatssekretärs Jacobini an den Nuntius in München. Sie war gewissermaßen die Antwort auf einen Bericht Windthorsts, der über München nach Rom gelangt war: dem Zentrumsführer sollte kein Zweifel darüber gelassen werden, daß die endgültige Revision der Maigesetze in Preußen bevorstehe, und daß der Papst daher den lebhaften Wunsch hege, die Partei möge in Anerkennung dieser Tatsache im Reichstage das Septennat „in jeder möglichen Weise begünstigen“; ausdrücklich wurden die Führer angewiesen, bei ihren Kollegen ihren „ganzen Einfluß“ aufzubieten und ihnen zu versichern, daß sie durch die Annahme des Septennates dem Papste „eine große Freude bereiten würden“. Der Nuntius teilte Franckenstein und Windthorst den Inhalt der Note mit, indem er ihnen einschärfte, davon „mit Diskretion“ Gebrauch zu machen. Dieser Mahnung gaben die Beiden eine Deutung, durch welche der Sinn der Note in das Gegenteil verkehrt wurde; sie legten sie nämlich so aus, als ob sie dadurch ermächtigt würden, die furiale Willensmeinung nicht allen Mitgliedern der Fraktion bekannt zu geben. Sie machten davon nur denjenigen Mitgliedern Mitteilung, die in der Militärkommission saßen, und auch diese waren der Ansicht, daß die Nachricht dem Gros der Partei vorzuenthalten sei. So konnte denn in der Fraktionsitzung vom 11. Januar der Beschluß gefaßt werden, daß das Septennat einhellig zu verwerfen sei; niemals wäre er gefaßt worden, wenn der Inhalt der Note allen Mitgliedern bekannt gewesen wäre.

Offenbar hatte Windthorst damit den Intentionen des Papstes zuwidergehandelt. So sagte denn auch ein Mann wie Majunkle die Sache auf: „Man kann ja darüber streiten, ob es opportun war, daß der hl. Vater die von Berlin aus erbetene Intervention akzeptierte und vollzog; nachdem aber dies einmal geschehen war mußte die Willensmeinung des hl. Vaters unbedingt zur Kenntnis der Gesamtfraktion gebracht (unter Wahrung der erforderlichen Discretion) und nicht auf die Mitglieder der Militärkommission beschränkt werden.“ Er fügte hinzu, daß keineswegs das ganze Zentrum für das Septennat zu votieren brauchte, daß der Papst schon „zufrieden“ gewesen wäre, wenn sich das Zentrum in zwei Hälften gespalten hätte, da das zur Annahme genügt hätte. Und doch leitete Windthorst ein richtiger politischer Instinkt, wenn man die Dinge vom Standpunkte des Zentrumsinteresses aus betrachtet. Ein Einschwenken in der Septennatsfrage noch jetzt wäre, wie Windthorst erkannte, von den Gegnern „als willkommene Waffe benutzt worden, um das moralische Ansehen und selbst den Bestand des Zentrums zu vernichten“. Jedenfalls verlor es dann seinen Charakter als selbständige, zu parlamentarischer Opposition fähige Partei; es wäre ihm „das Rückgrat als politische Partei“ durch Bismarck unter Mitwirkung von Rom gebrochen worden; es wäre dadurch entweder zersprengt oder seine Umbildung zu einer katholisch-konservativen Regierungspartei angebahnt worden, die den Winkler folgte, welche ihr Bismarck durch die Vermittlung des Papstes erteilte. Eben dazu wollte es Windthorst nicht kommen lassen. Möchte es ihm schon oft genug schwer werden, den ohne seine Beteiligung zwischen Rom und Berlin vereinbarten kirchenpolitischen Entwürfen zuzustimmen, so wollte er sich nicht auch noch in rein politischen Dingen das Konzept verderben lassen. Nachgiebigkeit in diesem Falle hätte den äußeren Bestand der Fraktion gefährdet oder doch zum mindesten ihre selbständige parlamentarische Machtposition preisgegeben und sie in die Bahnen getrieben, die Bismarck ihr anweisen wollte: im tiefsten Grunde lag das nicht im Interesse der Kirche, das sie ja auf ihr Banner geschrieben hatte. Und Windthorst in diesem Falle päpstlicher war als der Papst selbst: nützte er jedenfalls seiner Partei und dadurch im letzten Grunde auch der Kirche.

Rom 11. bis zum 14. Januar währte die zweite Lesung: — Emphase betonte Windthorst in der Debatte, daß seine Partei jeder Mann und jeden Großen bewilligen wolle, aber gemäß dem Z-

trage Stauffenberg aus budgetrechtlichen Gründen nur auf drei Jahre. Als der Antrag Stauffenberg angenommen wurde, verkündigte Bismarck die Auflösung des Reichstages. Wiewohl der Kanzler das vorher angekündigt hatte, war Windthorst darüber erstaunt; er wäre schließlich noch bis zu fünf Jahren gegangen.\*) An den Nuntius richtete Franckenstein ein Schreiben, worin er es ablehnte, bei nichtkirchlichen Gesetzen den Direktiven der Kurie Folge zu leisten; er stellte zum Schlusse die drohende Frage: ob etwa beim hl. Stuhle die Ansicht vormalte, das fernere Bestehen des Zentrums im Reichstage sei nicht mehr notwendig, da dann die meisten seiner Freunde kein Mandat mehr annehmen wollten? Das wirkte. Umgehend folgte (am 21. Januar) eine zweite Note Jacobinisch. Sie erkannte die Notwendigkeit einer dauernden „katholischen parlamentarischen Vertretung“ sowohl im Interesse der katholischen Bevölkerung Deutschlands als auch „im Hinblick auf die unerträgliche Lage“ des Papstes, nicht minder die volle Aktionsfreiheit des Zentrums als politischer Partei an und spendete seinen Führern reichliches Lob; die Intervention für das Septennat wurde allerdings nochmals so ausführlich motiviert, daß es unschwer zu erkennen war, wie sehr Leo XIII. noch immer den Wunsch hegte, daß sich das Zentrum in diesem Punkte der Regierung füge.

Mit größter Heftigkeit hatte inzwischen der Wahlkampf eingesetzt. Die Zentrumspresse gab die Losung aus, Niemanden zu wählen, der nicht gegen das Septennat sei. Von dieser Parole wollten freilich manche Elemente in der katholischen Bevölkerung nichts wissen, und es wurde der Versuch gemacht, durch Aufstellung katholischer Gegenkandidaten das Zentrum zu schwächen. Die Verwirrung wurde noch dadurch gesteigert, daß die Jacobinischen Noten veröffentlicht wurden, zuerst die zweite vom 21. Januar, und zwar am 4. Februar: mußte nicht die Tatsache, daß sich der Papst darin für das Septennat aussprach, das Zentrum total bei der katholischen Bevölkerung diskreditieren? Windthorst erhielt von der das Zentrum ompromittierenden Publikation am 5. Februar Kenntnis, als er ben im Begriffe war, nach Köln zu reisen, wo ein Parteitag des Rheinischen Zentrums stattfand. Nicht leicht war für ihn die Lage, in offenen Gegensatz zur päpstlichen Willenserklärung zu

\*) Unkontrollierbar und auch wenig glaubwürdig ist eine spätere der Münch. Allgem. Zeitung (Penzler, Fürst Bismarck nach seiner Auffassung, VII 356), wonach Windthorst in der dritten Lesung einen Zentrums für die Vorlage hätte stimmen lassen wollen.

und zur Nichtbeachtung der päpstlichen Weisungen aufzufordern. Aber sein erfinderischer Geist fand einen Ausweg aus dieser heissen Situation. Am 6. Februar hielt er zu Köln im Gürzenich die berühmte Rede, worin er die zweite Note Jacobinis in seiner Weise interpretierte: der Papst spricht darin den Wunsch aus, daß die Fraktion erhalten bleibe; daher darf sie nicht für das Septennat stimmen, da sie sonst das Vertrauen ihrer Wähler verlieren und ihre Existenz auf das Spiel setzen würde. Allerdings gehörte die ganze dialektische Kunst eines Windthorst dazu, um bei scheinbarem Gehorsam gegen den Papst die Freiheit zu gewinnen, seine ausgesprochenen Wünsche ignorieren zu können. Später hat Windthorst selbst einmal von diesem schweren Tage gesagt, er habe sich damals „mit Gottes Hilfe wacker durchgelogen“. Es mag sich dabei nur um einen Provinzialismus im Sinne von „glücklich durchkommen“ handeln; keinesfalls sollte man an einen vom Momente eingegebenen, vielleicht etwas burlesken Ausdruck den Maßstab moralischer Splitterrichterei anlegen. Sollte Windthorst freilich nicht selbst die Empfindung gehabt haben, daß er die Dinge auf den Kopf gestellt, die Intentionen des Papstes in ihr Gegenteil verkehrt hatte? Etwas daran dachte wohl auch Schorlemer, als er schon am Tage nach der Rede in Berlin äußerte: „Der Kleine hat sich gestern in Köln nett durchgelogen.“

In den maßgebenden kirchlichen Kreisen wurde die Rede jedenfalls als eine Auflehnung gegen die oberste Autorität aufgefaßt, wenn man sich gleich aus leicht begreiflichen Gründen, um das Zentrum nicht ganz unmöglich zu machen, wohlweislich davor hütete, Windthorst öffentlich zu desavouieren. Der Münchener Kurier soll, als er von der Rede hörte, ausgerufen haben: „Mais c'est contre le pape!“ Drei Tage nach der Gürzenich-Versammlung am 9. Februar, erging in Rom ein Schreiben, durch welches das Zentrum und seinen Führern die ausdrückliche Anerkennung des Papstes ausgesprochen wurde. Es muß freilich dahingestellt bleiben, ob man hier, als es beschlossen wurde, schon eine genaue Kenntnis von den Kölner Vorgängen hatte; auch ist zu erwägen, daß die Haltung Deos XIII. nicht allseitig im Vatikan, nicht einmal von allen Kardinälen, gebilligt wurde. Auf Grund des Erlasses vom 9. Februar erklärte sich übrigens die Fraktion, obwohl inzwischen auch die Note vom 3. Januar bekannt gemacht worden war, nicht trübselig (am 4. März) mit dem Verhalten Windthorsts und Fricksteins einverstanden. In Wahrheit war Deo XIII. doch stark



stimmt: „Wenn über die Kirche in Deutschland“, so äußerte er am 24. Februar, „neues Unheil kommen sollte, wird es durch die Schuld des Zentrums geschehen, welches meine Gedanken nicht zu erfassen vermocht hat.“ Die Spitze des Vorgehens Windthorsts war unzweifelhaft gegen Bismarck gerichtet: dieser sollte merken, daß er dem Zentrum selbst mit Hilfe des Papstes nicht beizukommen vermöchte. Der Kanzler wußte wohl, wer die Seele und Triebkraft dieser Vorgänge war. Noch vor der Güzzenichrede nannte er Windthorst den „Vater der Lügen“; er sprach den Wunsch aus, daß ein Nuntius in Berlin residiere, um den Einfluß Windthorsts auf die deutschen Katholiken lahmzulegen, da dieser seine Instruktionen nicht aus Rom, sondern aus Gmunden empfangen. Es war der Aerger darüber, daß er zwar mit der diplomatischen Kunst eines Leo's XIII., nicht aber auch mit der eines Windthorst fertig geworden war.

Durch die Güzzenichrede Windthorsts war für die Neuwahlen ein Lösungswort gefunden worden, das von der besten Wirkung war: Bestand des Zentrums! Fast vollzählig zog die Fraktion in den neuen Reichstag ein, während die übrigen Oppositionsparteien, Freisinn, Welfen und Sozialdemokraten, empfindliche Verluste erlitten. Die Septennatsparteien, Konservative und Nationalliberale, hatten die Mehrheit; damit war das Schicksal der Militärvorlage gesichert. Das Zentrum enthielt sich zum größten Teile der Abstimmung unter dem Vorgeben, daß es noch immer nicht seine „konstitutionellen Bedenken“ zu überwinden vermöchte. Ganz ohne Wirkung war somit die Willensmeinung des Papstes beim Zentrum nicht geblieben, und das schon deshalb, weil ja der Zusammenhang dieser, an sich rein politischen Frage mit dem Gange der kirchenpolitischen Entwicklung betont worden war. Fürs Erste hatte Bismarck das Spiel gewonnen; das Zentrum verlor seine bisherige maßgebende Stellung, — der Sieg war freilich nicht von Dauer. Windthorst schien über die augenblickliche Niederlage nicht allzusehr betrübt zu sein: „Es ist gut, daß es so gekommen ist; ich fühle mich ordentlich erleichtert. Es hing stets ein Damoklesschwert über unserm Haupte, das war unerträglich. Wäre es so weiter gegangen, so hätte Bismarck noch unsere ganze Partei zerrieben.“ Er meinte wohl, daß der Kanzler, jetzt in der Lage, über eine Mehrheit zu verfügen, für die das Zentrum nicht notwendig war, eine Versuche einstellen würde, auf das Zentrum durch die Vermittlung des Papstes einzuwirken. Gerade der Umstand, daß es

bisher den Ausschlag gegeben hatte, schloß in sich eine dauernde Bedrohung seiner Selbständigkeit und sogar seiner Existenz ein: weil er es brauchte, mußte Bismarck immer wieder versuchen, es ganz oder teilweise zu sich herüberzuziehen, und er konnte dabei auf das Entgegenkommen des Papstes und zahlreicher Elemente in der Fraktion selber rechnen; das aber hätte schließlich zur Folge gehabt eine Wandlung in ihrem Wesen oder ihre Sprengung. Uebrigens meinte Windthorst, daß es mit der Herrlichkeit des Kartells nicht allzu lange dauern würde. „Dann aber“, so fügte er hinzu, „kommt für uns die Ernte. Gebe Gott, daß ich das noch erlebe, dann wird es möglich sein, den Katholiken die Rechtsgleichheit mit den Protestanten zu verschaffen und den status quo ante wieder herzustellen, und dann will ich gerne sterben, dann ist mein Tagewerk getan.“ Seine Ahnung betrog ihn nicht; die Zeit der „Ernte“ stand für seine Partei bevor; er freilich sollte an der Schwelle des gelobten Landes sterben, nachdem er sie bis dahin glücklich geführt hatte. Denn durch sein Verhalten in der Septennatsfrage hatte er dem Zentrum die selbständige politische Existenz gerettet, so daß es später in die Lage kommen konnte, die „Ernte“ einzuharsten. Damals hat er gezeigt, daß er „früher aufstehen“ konnte, als Bismarck.

Sowohl bei der Gewährung der Anzeigepflicht, als auch bei der Anrufung der päpstlichen Intervention in der Septennatsfrage hatte Bismarck der Kurie eine organische Revision der kirchenpolitischen Gesetzgebung in Aussicht gestellt; diese Versprechungen sollten nunmehr eingelöst werden. Der Defiderien waren freilich noch recht viele: „verfassungsmäßige Garantie der religiösen Rechte der Katholiken,“ d. h. Wiederherstellung der Artikel 15 u. s. w. der Preussischen Verfassung und ihre Uebertragung auf das Reich, — „eine ihrer Bevölkerungszahl entsprechende Vertretung ihrer Rechte bei der Krone, analog der früheren katholischen Abteilung im Kultusministerium, — ein nach Natur-, Personen-, Völker-, Staats- und Kirchenrecht ihnen zustehender Einfluß auf die Schule,“ — Aufhebung der Orden mit Einschluß der Jesuiten, Aufhebung der Kanzelparagraphen, der Strafandrohung auf öffentliche Exkommunikation, des staatlichen Zwanges zur dauernden Besetzung der Pfarren, Freigebung des theologischen Studiums auf ausländische Anstalten, wie in Rom, Auszahlung der 15 Millionen des Spargelfonds u. a. m.

Das war nun freilich ein Wunschzettel, an dessen vollstän-

Erfüllung nicht zu denken war. Am 22. Februar 1887 legte die Regierung dem Landtage einen Gesetzesentwurf vor, und zwar abermals in Rücksicht auf die dem Bischofe Kopp zugedachte Mittlerrolle zunächst dem Herrenhause; er beruhte im wesentlichen auf Vereinbarungen, die bereits auf diplomatischem Wege mit der Kurie getroffen worden waren. Es handelte sich hauptsächlich um das Einspruchsrecht, um die Rückberufung der kirchlichen Orden (mit Ausnahme derjenigen, die reichsgesetzlich verboten waren), indem ihnen die Erlaubnis zu Niederlassungen im einzelnen Falle durch die Regierung erteilt werden durfte, um die Beseitigung des Zwanges zur dauernden Besetzung von Pfarrämtern und um die unbedingte Freigebung des Messelens und des Sakramentespendens. Sowohl in der Kommission wie im Plenum des Herrenhauses stellte Kopp eine Reihe von Zusatzanträgen, die auch zum Teil angenommen wurden und wesentliche Verbesserungen im kirchlichen Sinne brachten. Das Einspruchsrecht wurde in der Weise geregelt, daß es nur für die dauernde Uebertragung eines Pfarramtes, nicht auch für die Bestellung von Pfarrverwesern gelten sollte; es durfte ausgeübt werden aus Gründen, die „dem bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Gebiete“ angehörten, und zwar unter Angabe der Gründe. Verworfen wurde u. a. die Forderung Kopp's, daß der Einspruch nur erfolgen könne „aus einem ernststen und wichtigen Grunde, welcher dem bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Gebiete angehört und nicht von der rechtmäßigen Erfüllung eines bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Rechtes oder der Erfüllung einer kirchlichen Amtspflicht hergenommen werden darf“. Trotz der Ablehnung dieses und anderer Amendements stimmte Kopp schließlich für die Vorlage unter der Erklärung, daß er nicht die Verantwortung für das Scheitern des Ganzen auf sich nehmen könne.

Noch war aber das Schicksal des Gesetzes keineswegs gesichert. Schon während der Verhandlungen im Herrenhause hatte es Windthorst in der Presse einer scharfen Kritik unterworfen und mit Opposition seitens des Zentrums im Abgeordnetenhause gedroht. Auf die Entscheidung des Papstes kam es schließlich an; es wurden Versuche gemacht, ihn zur Verwerfung zu bestimmen, falls nicht noch die Kopp'schen Amendements betreffend das Einspruchsrecht ämtlich im Abgeordnetenhause hinzugefügt würden. Auf das einstimmige Gutachten der Kardinäle beschloß jedoch Leo XIII. sich mit der unveränderten Annahme in der Fassung des Herrenhauses begnügen; er brachte seine Willensmeinung in Erlassen an den

Freiherrn von Franckenstein und den Erzbischof von Köln zum Ausdrucke, indem er sich dahin äußerte, daß durch dieses Gesetz der „Zugang zum Frieden“ eröffnet worden sei. *Roma locuta, causa finita*: Dieses Mal war es ein Befehl des Papstes in kirchenpolitischen Dingen; Windthorst und seine Partei mußten sich fügen. Bei der ersten Beratung (21. April) verlas Windthorst eine kurze Erklärung in diesem Sinne; am 27. April wurde das Gesetz angenommen, schon zwei Tage nachher vollzogen.

Der Friede war wiederhergestellt. Im Konsistorium vom 23. Mai 1887 erklärte Leo XIII. öffentlich und feierlich die „langwierige und mühevollen Aufgabe“ für „erledigt“, der er sich seit dem Antritte seines Pontifikates gewidmet habe. Das politische Ziel, dessenthalben Bismarck den Kampf begonnen, und das ihm bis zuletzt vorgeschwebt hatte, war freilich nicht erreicht worden, wiewohl ihm schließlich dafür selbst der Papst redlich und eifrig seine Hilfe geliehen hatte: das war durch die verwegene und kluge Taktik Windthorsts verhindert worden. Betrachtet man aber lediglich das strittige Grenzgebiet zwischen Staat und Kirche, so war für jenes das Ergebnis kein ungünstiges. Zwar waren die Eingriffe in das innerkirchliche Gebiet zurückgewiesen worden, das Unternehmen, die katholische Kirche Preußens und Deutschlands in höherem Grade mit modernem Geiste zu erfüllen, national selbständiger zu gestalten und enger mit dem Staate zu verknüpfen, gescheitert; aber die Stellung, deren sich die katholische Kirche in Preußen vor 1871 erfreut hatte, war nicht wiedererobert, geschweige denn der Verlust des Zentrums, durch den dereinst die Fehde eröffnet worden war, die preußischen Verfassungsartikel über die Freiheit der Kirche auf das Deutsche Reich zu übertragen, irgendwie geglückt. Die Veteranen des Zentrums empfanden das vielfach sehr schmerzlich; sie hatten das Bewußtsein, daß sie die Schlacht verloren hätten. Zu ihnen gehörte vor allen anderen Windthorst. Nicht ohne ein gewisses Gefühl der Bitterkeit durchlebte er die letzten Vorgänge: wir lesen bei einem Biographen, der seiner Partei angehört\*): „Als die Entscheidung nahte, als es galt, den Frieden zu schließen, den er mit seinen Vereinen mit seinen treuen Kampfgenossen in sechzehn Jahren unverbrossener und unermüdblicher Verehsamkeit und Taktik hergeführt, wurde die Leitung der Dinge aus seiner Hand genommen. Es war ein harter Schlag. Windthorst hat ihn verwunden.“

\*) Knopp 190.

erkannte die Notwendigkeit; aber es hat ihm doch wohl getan, daß zweimal hohe Abgesandte des Papstes bei ihm erschienen, um beruhigende Erklärungen abzugeben."

Wir haben keinen Grund, der Versicherung nicht zu trauen, daß Windthorst den „harten Schlag“, den ihm der Papst zugefügt hatte, schließlich „verwunden“ habe; aber es ging damit jedenfalls weder sehr schnell, noch auch sehr leicht. Vom Trierer Katholikentage aus im Herbst 1887 schrieb A. Reichensperger an Joh. Janssen: „Windthorst wird auch Dir gegenüber kein Fehl betreffs seiner Verstimmung darüber gemacht haben, daß ihm in etwas brüster Weise der Oberbefehl entzogen worden ist. Obgleich stets bejubelt, blieb er innerlich malcontent, nahm sich aber äußerlich zusammen; von einigen Exzentritäten abgesehen, spielte er seine Rolle gut. Er ist stark verwöhnt; ich erlaubte mir, ihn an das Nil ab omni parte beatum und daran zu erinnern, daß wir „Klerikale“ nicht berufen sind, um hienieden unausgesetzt Vorbeeren zu ernten, daß wir da sind, um zu dienen, namentlich dermalen dem Papste, dessen Weltstellung ihm nun einmal nicht gestattet, uns preussischen Untertanen in allem und jedem den Willen zu tun.“ Es schien Reichensperger, als ob es mit Windthorst allmählich bergab gehe; in einem Briefe vom Katholikentage des nächsten Jahres sagte er: „Windthorst ist eine Kautschuchnatur — in seinen Reden aber nicht mehr der Alte.“

Angenehm dürfte es den gefeierten Parteiführer keineswegs berührt haben, daß er sich von dem alten Freunde so ernstliche Vorhaltungen machen lassen mußte. Das konnte er sich überhaupt nicht verhehlen, daß das eigenmächtige Verhalten in der Septennatsangelegenheit, das innere Widerstreben gegen den Frieden, wie ihn Kopp vermittelt hatte, ihm in den Augen mancher Parteifreunde geschadet hatten, wenngleich sie aus Rücksicht auf seine Person und im Interesse der gemeinsamen Sache mit ihrer Mißbilligung vor der Öffentlichkeit nach Möglichkeit zurückhielten. Dazu gehörten Männer, wie Majunke, Schorlemer und A. Reichensperger. Der war im Gegensatz zu Windthorst im April 1887 „hoch erfreut“, als der Papst „der sich mehr und mehr erhitzenden Diskussion ein Ende machte, indem er dem Zentrum die Annahme der Vorlage empfahl, betonend, es liege in den Regeln der praktischen Klugheit, ein gegenwärtiges und sicheres Gut der zweifelhaften und unsicheren Erwartung eines größeren Gutes vorzuziehen“. Und noch nach Windthorsts Tode betonte er, daß es dem alten Genossen „zuweilen“ an „Weitsichtigkeit“ gefehlt habe,“ wie sich das z. B. bei der Beilegung

des Kulturkampfes zeigte, wo er wegen der Anzeigepflicht alles zugrunde gehen lassen wollte“; eben deshalb glaubte er ihm, das Prädikat eines „Staatsmannes“ vorenthalten zu müssen.\*) Dem sei, wie dem wolle, — in diesem Falle schlug die Divergenz zwischen Leo XIII. und Windthorst dem kirchlichen Interesse zum Guten aus: indem der Frieden zwischen Kirche und Staat unter erträglichen Bedingungen zustande kam, bewahrte doch zugleich das Zentrum seine politische Selbständigkeit und Aktionsfähigkeit; so kam es in die Lage, auch weiterhin die kirchlichen Ansprüche zu verfechten und dereinst noch reichere „Ernte“ einzuheimfen.

(Schluß folgt.)

---

\*) Pastor II 372, 397.

## Ein zweiter Brief Friedrich Hebbels an Runo Fisker.

Von

Dr. Hugo Falkenheim.

Dem Aufsatze über „Runo Fiskers Frühzeit“ im August- und Septemberheft dieser Jahrbücher hatte ich nur gedruckte Quellen zugrunde gelegt. Eine Ausnahme glaubte ich mit dem Briefe Hebbels machen zu sollen, weil er lange vergeblich gesucht worden war und das seit längerem veröffentlichte Antwortschreiben Fiskers erst durch ihn ganz verständlich wurde.

Seither hat aber dieser Aufsatz eine erneute Nachforschung nach weiteren Dokumenten angeregt; insbesondere hat die Tochter Runo Fiskers, Frau Geh. Hofrath Mary Claus in Heidelberg, die Güte gehabt, aus der schwer übersehbaren Masse der nachgelassenen Papiere ihres Vaters alles zusammenzustellen, was zur Ergänzung meiner Darstellung dienen konnte. Manches Wertvolle muß nun als endgültig verloren betrachtet werden; anderes hat sich gefunden, was das bisher bekannte Bild seiner Frühzeit um interessante Einzelheiten bereichert. Man ersieht u. a., daß Fiskers Erstlingschrift „Diotima“ bei den Stimmführern der ästhetischen Kritik jener Tage eine höchst anerkennende Aufnahme gefunden hat; namentlich eine Begrüßung von Seiten Friedrich Fiskers hebt mit merkwürdigem Scharfblick die entscheidenden Züge der Begabung des jungen Autors hervor. — Doch in diesem kurzen Nachtrage soll das Thema nicht von neuem aufgerollt werden; ich möchte mich darauf beschränken, den zweiten Brief Fr. Hebbels, der jetzt zutage getreten ist, wiederzugeben und über einen allen diesen ästhetischen Diskussionen vorausgegangenen Schiller-Vortrag kurz zu berichten.

Hebbels Brief — datiert „Wien, d. 11. Febr. 1859“ — enthält die Erwiderung auf Fiskers Beurteilung seines Epos „Mutter und Kind“ (vgl. Bd. 131, S. 512):

„Reihen Sie mich nicht der Saumseligkeit, hochverehrter Herr, daß ich erst jetzt dazu komme, Ihnen für Ihren freundschaftlichen Brief zu danken. Kann ich mich auch nicht auf meine Arbeiten berufen, denn ich habe in diesem Winter gar wenig von dem gethan, was ich hätte thun sollen, so kann ich Sie dafür versichern, daß ich seit Mitte Decembers kaum einen gesunden Tag gehabt habe. Daran bin ich nun freilich zum Theil selbst Schuld, indem ich, auf eine an sich sehr kräftige Natur trogend, mich im Gebrauch des mir im Winter wie im Sommer unentbehrlichen kalten Wassers arg übernahm; zum Theil lag es aber doch auch am hiesigen Klima, das immer schlecht ist, dieß Jahr aber alle atmosphärischen Gifte, die möglich sind, ausgekocht und dem Tode ein Jubelfest bereitet hat. Wir sind hier gestorben, wie die Fliegen und in meinem nicht eben kleinen Kreise müßte ich nicht Einen zu nennen, der nicht wenigstens krank gewesen wäre, denn vom Süden hat Wien nur den Scirocco, aber nicht die Rosen, die er in Italien ausbrütet und vom Norden zur Abwechslung, nur den Schnee, aber nicht die nervenstärkende frische Kälte, die ihn dort begleitet.

Brauche ich Ihnen noch zu sagen, daß Ihr liebevolles Eingehen auf meine dichterische Art und Weise mir vom höchsten Interesse gewesen ist, und daß ich die weitere Ausführung Ihrer Auffassung in einer Abhandlung, wie Sie sie mir in Aussicht stellen, als einen großen Gewinn betrachten würde? Nicht im Entferntesten kann es mir einfallen, Ihren Gedanken meine eigenen entgegen zu setzen. Sie werden weit sie etwa abweichen sollten, denn es ist mir eben darum zu thun, den reinen Reflex meiner bald achtzehnjährigen Thätigkeit zu erhalten und zu sehen, wie sie sich in einem tief angelegten philosophischen Geist spiegelt, der mir im Allgemeinen vermöge einer gewissen Verwandtschaft in der Grundwurzel seine Sympathieen zuwendet und mir doch persönlich, hoffentlich nur bis jetzt, sehr fern steht. Nur die Eine Bemerkung darf ich mir erlauben, daß ich mich mit ästhetischen Probleme nicht suche, sondern daß sie dem primitiven Act der Phantasie bei mir entspringen, worüber keine Selbsttäuschung möglich ist, da gerade sie immer zuerst vor mir aufsteigen, die Träume, deren Woher und Wohin man nicht kennt. So kam das Grund-Verhältniß in „Mutter und Kind“ schon vor Jahren, wie ein Notat meines Tagebuchs mir zeigt, aber erst erblickte ich damals den Keim einer Tragödie darin und war selbst wenig verwundert, als das längst vergessene kleine Bild auf einmal lebendiger Zudringlichkeit in episch-idyllischem Rahmen wieder hervortrat.



An welchem Ort Sie Sich äußern wollen, ist mir natürlich vollkommen gleichgültig. Doch dürften Kolatscheks „Stimmen der Zeit“, die Sie jetzt gewiß schon aus eigener Anschauung kennen, nicht unpassend seyn. Die A. A. Z.\*) ist mir, obgleich ich ihr im Jahre 1848 sehr wesentliche Dienste leistete und obgleich meine Gedichte bei Cotta erschienen sind, bis auf den Grad gehässig, daß sie jeder Verläumdung meiner Person ihre Spalten öffnet, aber keiner Berichtigung. Das hängt allerdings mit dem Bruchtheil von Jung-Deutschland aufs Engste zusammen, das wir in Wien haben und das sie mit Correspondenten versieht, die anderswo, wie z. B. ein gewisser Kertbenz-Benkert in Weimar, wegen infamer Verbrechen ausgewiesen, wenn nicht abgestraft wurden.

Ich lege ein Blatt bei, auf welchem die bis jetzt von mir erschienenen Schriften verzeichnet sind.\*\*). Was Ihnen davon in Jena nicht zugänglich ist, werde ich Ihnen gerne schicken, wenn Sie mir es nur nennen wollen. Der erste Theil meiner Nibelungen-Tragödie ist noch nicht gedruckt, aber ich könnte Ihnen das Mipt übermitteln; es war auch bereits in den Händen des Großherzogs.

Was sagen Sie zu der Weltlage, was zu der unverkündeten französischen Brochüre, die uns über die Natur der Verträge belehrt?\*\*\*). Darauf gebührte sich eine Deutsche Antwort, aber Oesterreich wird sie nicht geben und nicht bloß darum nicht, weil ihm das große Talent Friedrichs von Geng (sic!) nicht mehr zur Verfügung steht. Ich fange an, das große Deutsche Nationalunglück wie ein persönliches zu empfinden!

Ihr herzlichst ergebener

Fr. Hebbel.

Wien, d. 11. Febr. 1859.

Aus diesem Briefe geht hervor, daß Hebbel zunächst für die Beurteilung seines Epos durch Fischer dankbar gewesen ist. Jene Verstimmung zwischen beiden Männern, die später eintrat, ist wohl aus andern Gründen entsprungen und hat dann nachträglich auch die frühere Meinungsverschiedenheit in verändertem Lichte erscheinen

\*) Augsburger Allgemeine Zeitung.

\*\*) Dieses Blatt liegt bei und zählt Hebbels Dichtungen auf nach den Rubriken: „Dramen“, „Gedichte“, „Novellen“, „Episch“.

\*\*\*). Gemeint ist die Flugschrift von de la Guéronnière: „Napoléon III. et l'Italie“, die damals starkes Aufsehen erregte. Hebbels unmittelbare Quelle ist der Bericht in der Augsburger Allgemeinen Zeitung vom 6. Februar 1859. — Die Preussischen Jahrbücher haben sich mit der Brochüre in Band III S. 311 f. beschäftigt.

lassen: die Erinnerung Runo Fischers, der den großen Leistungen Hebbels seine Wertschätzung zeit lebens bewahrt hatte, lautete zu bestimmen, um die Abweisung eines solchen Zusammenhanges zu gestatten. Einen Fingerzeig gibt eine Aeußerung Hebbels zu einem Korrespondenten, bereits Ende April des gleichen Jahres: „Wie es jetzt in der Welt steht, wird die Poesie sich wohl wieder in den letzten Winkel zurückziehen müssen und schwerlich länger mit zu den „Stimmen der Zeit“ gerechnet werden; ich zweifle daher sehr stark, daß Runo Fischer seinen Plan ausführen wird.“ Ein Stück Mißtrauen hatte also doch Platz gegriffen.

Wichtiger als diese persönliche Seite der Angelegenheit ist eine sachliche Beziehung, die beim Rückblick auf das Verhältnis Hebbels zu Fischer ins Licht tritt: zu den Punkten, in denen sie sich grundsätzlich einig fühlten, gehörte die historische Würdigung Schillers. Fischers Schillerschriften haben keine wärmer zustimmende Anerkennung gefunden, als in den „Literaturbriefen“ Hebbels aus dem Jahre 1858. Noch heute fällt das lapidare Zeugnis Hebbels für Fischers Auffassung der Philosophie Schillers schwer ins Gewicht: seine Meisterhand habe die Ideenwelt des Dichters „auf einen Allbedingenden Mittelpunkt zurückgeführt, ohne ihr die Schönheit und Freiheit der lebendigen Bewegung zu rauben“. Ein erfreulicher Zufall hat gleichzeitig mit dem hier veröffentlichten Briefe aus dem Nachlaß Runo Fischers jenen Schiller-Vortrag zutage gefördert, wegen dessen der Redner im Februar 1850 aus Karlsruhe ausgewiesen wurde. „Ich ließ die Vorlesung drucken, um ihre Unschuld zu beweisen,“ schrieb der Betroffene damals an Dessoir. Es ist wohl das einzige erhaltene Exemplar der kleinen Broschüre, die uns vorliegt. Die in Aussicht gestellte prinzipielle Vorrede ist leider durch das endgültige Polizeiverbot vereitelt worden; doch bleibt der Vortrag auch in seinem fragmentarischen Zustande ein interessantes zeitgeschichtliches Dokument. Die Absicht des Verfassers geht über eine bloße literarisch-ästhetische Behandlung des Gegenstandes hinaus; was ihm am Herzen liegt, ist das Thema: Schiller als Kulturmacht. Als Vorbedingung vollen Verständnisses — so eröffnet er in gedankenreicher Darlegung — sei „nicht das ästhetische Urtheil, sondern das verwandte Lebensgefühl“ erforderlich. Er stellt die Frage, inwiefern Schiller, der „Philosoph und Dichter“, aus diesem Gesichtspunkte als Erfüller einer großen geschichtlichen Aufgabe zu würdigen ist, nach deren Lösung sein Jahrhundert getrunken hat; und zugleich charakterisiert er eindringlich die Auswertung

menschlichen Innenlebens, die wir unseren großen Dichtern in verschiedenartiger Richtung verdanken: „Die großen Menschen lassen uns erfahren, was wir der Möglichkeit nach sind.“

Bei dieser Gelegenheit hat nun der junge Gelehrte die Aufmerksamkeit des Polizeipräsidenten erregt. Indem er nach der Bedeutung Schillers für die Gegenwart fragt und zwischen dem literarischen und dem realpolitischen Zeitalter des deutschen Volkes verbindende Linien zu ziehen sucht, versteigt er sich in Erinnerung an das Scheitern der nationalen Bewegung zu dem staatsgefährlichen Satze: „Können Sie mir die Annahme, daß unser Zeitalter mit dem Bau eines lebendigen Kunstwerks beschäftigt sei, daß es sich nur deshalb so ernstlich mit dem spröden Stoff der Wirklichkeit eingelassen hat, um sie nach einer begriffenen Ordnung zu regeln — damit ich nicht nötig habe, mir die Zukunft unter dem Bilde der Verwüstung zu denken.“ Man sieht: was Runo Fischer aussprach, war die Sehnsucht unserer Besten, in einer durch den Gegenstand bestimmten Form. Aber eben diese Sehnsucht war hier wie anderwärts verdächtig — unmittelbar vorher hatte Friedrich Fischer dem Verfasser der *Diotima* geschrieben: „Wie sehr haben Sie recht, wenn Sie der Zeit gegenüber auf den Grundgedanken von Schillers ästhetischer Erziehung des Menschen hinweisen; wir haben jetzt in Deutschland nur zu gut erfahren, daß der Mangel der wahren Menschheit, wie er in Revolutionen zutage kommt, diese zu einem Schauspiel wechselseitiger Steigerung in Verbrechen zwischen zwei gleich rohen Parteien macht.“ —

Bemerkt sei noch, daß der Verleger Runo Fischers dem im Augustheft ausgesprochenen Wunsche nach einer Sammlung der dort ausgesprochenen Jugendaufsätze bereitwillig entgegengekommen ist; nach der im Druck befindlichen dritten Auflage der „Logik“ sollen die auf die Geschichte der Hegelschen Schule bezüglichen Abhandlungen im Laufe des nächsten Jahres erscheinen.

## Petra, die Grabstätte Aarons.

Von

Dr. R. Hartmann, Tübingen.

Hundert Jahre sind verflossen, seit die erste Kunde von den seltsamen Ruinen von Wādi Mūsa nach Europa kam. Seitdem hat die Araber bewundernd von den „Geisterbauten“ reden hören. Der kühne Johann Ludwig Burckhardt war der erste Europäer, dem es gelang, unter dem Vorwand, dem Aaron ein Denkmal zu setzen, die wunderbare Stadt zu besuchen. Hier durcheilte er die Trümmerstätte; doch der kurze Aufenthalt genügt ihm, um ihm die Gewißheit zu geben: die Felsenbauten von Wādi Mūsa sind die Reste der verschollenen Hauptstadt des Nabatäerreichs, des späteren Mittelpunkts der römischen Provinz Arabia: Burckhardt hat das berühmte Petra wiedergefunden. Seither haben zahlreiche Reisende die Mühen und Gefahren nicht gescheut, die es kostete, um bis Petra vorzudringen. Erst in den letzten Jahrzehnten hat die türkische Regierung durch vorgeschobene Militärposten das Gebiet bis gegen Petra einigermaßen gesichert. Doch kamen noch in wenigen Jahren Ueberfälle auf kleine Reisegesellschaften von Seiten der Beduinen vor. Eine neue Epoche beginnt für das ganze Gebiet mit dem Bau der Meßkabhahn. Die Station Ma'an ist nur eine Tagesreise von Petra entfernt. Die Bahn hätte also einer künftigen wissenschaftlichen Durchforschung des ganzen Ruinengebietes die Wege gebahnt.

Verfasser der folgenden Zeilen hat im Jahre 1906 eine Expedition des deutsch-evangelischen Instituts für Altertumswissenschaften im heiligen Lande von Jerusalem nach Petra unter der Leitung des Professor Dalman (Leipzig-Jerusalem) mitgemacht.

## Der Siġ.

Vor dem Eingangstor von Petra erweitert sich das Thal von Wādi Mūsa zu einem kleinen Kessel, der rings von steilen Felswänden umschlossen ist. Das Rot und Weiß des Sandsteins hat sich an der Oberfläche dem Grau genähert. Fast jede glatte Steinwand, jeder Vorsprung im Berg zeigt Spuren künstlerischer Bearbeitung: lauter Felsengräber! Die Formen der Fassaden sind schon gründlich verwittert. Mächtige Würfel treten freistehend vor die Felswand vor. Sie sind gewachsener Stein, und ringsum ist der Berg abgetragen. Haben hier die Nabatäer die Steine zum Bau ihrer Stadt geholt? Ist vielleicht erst später dieser Kessel zur Nekropole geworden, und sind die stehen gebliebenen Blöcke nachträglich erst zu Denkmälern gestaltet worden? Quer durch den Kessel rinnt das klare Wasser des Bächleins und zaubert zwischen den Wänden der steinernen Totenstätte üppiges Leben hervor. Hohes Oleandergebüsch begleitet den Lauf des Wassers: und über ihm heben sich unsere weißen Zelte, die am ersten Abend hier aufgeschlagen waren, leuchtend ab. —

Wir folgen der Wasserrinne und stehen am Ende des Kessels vor einer mächtigen Spalte im roten Stein. Nur wenige Schritte breit windet sich die Kamm, der Siġ, zwischen turmhohen Wänden durch den gewaltigen Bergrücken, der Petra im Westen deckt. Wohlige Kühle umfängt den Reiter, der draußen im Kessel unter den sengenden Strahlen der Sonne geschmachtet. Die Wasser des Wādi Mūsa halten den schattigen Gang, in den nur selten ein paar Sonnenblicke fallen, stets kühl und frisch. — Es ist ein Ort, da man sich einsam fühlt. Ringsum kein Laut als das stille Rieselndes des Wassers und der dumpfe Hufschlag des Pferdes. Vorwärts und rückwärts reicht der Blick nur wenige Schritte. Dann biegt der Pfad um die Ecke; und rechts und links nichts als die hohen Felsenwände. Nur aus den spärlichen Ritzen im roten Sandstein hängen grüne Oleanderbüsche. Und ganz oben sieht man noch ein Fleckchen vom schönen blauen Himmel, das einzige, was uns in unserer Tiefe noch mit der Oberwelt verbindet. — Da und dort tragen die Wände Spuren des Meißels: Rinnen, durch die einst die Wasser geleitet wurden, kleine Nischen mit erhabenen Pfeilern, seltsame Zeichen, daß einst Menschenhände in dieser stillen Unterwelt tätig waren.

So reitet man in der Tiefe: und mit jedem Schritt wird

einem seltsamer und unheimlicher. Und man denkt an die alten Geschichten vom Eingang zum Hades und an die Zauberländer unter der Erde und an die verwunschenen Städte. Alte Gedanken Erbstücke aus Urväterzeit, über die die Schulweisheit unserer Tage die Nase rümpft, tauchen lebendig in der Seele auf. Man wird immer stiller und ernster. — Da — mit einemmal treten die Felsen auseinander, und man steht überrascht und geblendet vor einem verwunschenen Schloß! Hell fallen die Strahlen der Sonne auf das Wunderwerk vor uns und übergießen den leuchtend roten Sandstein mit Wärme und Glut, daß man glaubt, eben erst habe der Künstler den Meißel aus der Hand gelegt. Eine zweistöckige Fassade ist aus dem lebenden Fels herausgehauen. Auf freistehenden Säulen elegantester Form ruht der untere Giebel; der obere, der Säulen an den Felsen sich anlehnen, ist in der Mitte gebrochen und gibt einem halb heraustretenden zierlichen Rundbau Raum. Die edelsten Formen griechischer Kunst verbinden sich mit eigenartigen anziehenden Motiven des Orients und dem herrlichsten Naturum zu ein Bild von unvergleichlicher Schönheit zu schaffen. Die zerstörten Figuren von Menschen oder Göttern, die christlichem und muslimischem Fanatismus zum Opfer fielen, vermögen den gewaltigen Eindruck kaum zu vermindern. Das frische Grün des Geirans und der blaue Himmel erhöhen noch die berückende Schönheit des Feenschlosses.

Und das alles hier in dieser seltsamen Umgebung, in dieser Einsamkeit! Wer hat das gebaut? Und was ist es? Ist's ein Grab? Ist's ein Tempel? Die Beduinen, die hier vorüberziehen und von denen man einst die Kunde von den Wunderbauten von Petra erhielt, nennen es chaznet fir'aun, Schatzhaus des Pharaos.

Noch einmal geht es ein Stück weit durch die Untertal. Dann öffnet sich das Thal. Rechts und links sind mächtige zinnengekrönte Grabportale in den Felsen gemeißelt. Und vor uns liegt im Halbkreis die Sitzreihe eines antiken Theaters an. Wir stehen auf dem Boden der Stadt Petra.

### Das Stadtgebiet.

Nachdem der Wädi Mûsa die Klamm verlassen hat, durchläuft er eine von Norden nach Süden laufende kleine Fläche, die Westen wieder von den wild zerklüfteten Bergen begrenzt wird. Den Absturz der Hochfläche in die Einsenkung der Araba bildet

Im tiefsten Teil dieser freilich nur relativen Ebene an beiden Seiten des Bachlaufs liegt das Stadtgebiet von Petra. Das Theater lehnt sich an den Ostabhang eines sich von Süden her in die Ebene hineinschiebenden Bergrückens, des letzten Ausläufers des sogenannten Obeliskensbergs, der den Fluß vor dem Austritt in das Flachland zu einer Wendung nach Norden zwingt, und blickt auf die mit monumentalen Felsengräbern übersäte Ostwand des Tals: wahrhaftig die gewaltigsten Kulissen, die je einem Theater zur Verfügung standen. Erst wenn man diesen Vorsprung noch umgangen hat, ist man auf dem Platz, da die Wohnstätten für die Lebenden standen. Die Stadtebene von Petra ist eine leicht gewellte Fläche, von dichtem Buschwerk überzogen, das im Frühjahr in duftiger Blüte prangt. Da und dort ragen verwitterte Reste alten Mauerwerks an die Oberfläche, einzelne Steine liegen zerstreut auf dem Rasen, darunter einige wenige mit interessanten Skulpturen hellenistischer Arbeit, die nur darauf zu warten scheinen, daß findige Beduinen dahinter kommen, sie vollends zerbrechen und die Brocken um teures Geld an amerikanische Touristen verkaufen. Nur ganz im Westen stehen über dem Bachlauf noch wohlerhaltene Mauern eines alten Tempels, von den Eingeborenen *kasr fir 'aun*, „Schloß Pharaos“, genannt. Der schlichte Antentempel ist das einzige größere Bauwerk, das bis auf unsere Zeit gekommen ist. — Auf einem niederen Querrücken, der die Stadtebene im Süden abschließt, ragt noch eine einzige Säule von einem andern Tempel empor; sie trägt bei den Beduinen den seltsamen Namen *zubb fir 'aun* = *phallus pharaonis*.

Das ist das wichtigste, was von der alten Stadt noch steht. Und dieses wenige läßt nicht darauf schließen, daß sie reich an Prachtbauten gewesen sei. Aber freilich, es kann ein Zufall sein, daß nur bescheidene Bauten erhalten blieben, indes die größten und Schönsten verschüttet liegen. Heute, da Petra von Damaskus aus leichter zu erreichen ist, mag die Zeit nicht mehr zu fern sein, da auf dem alten Stadtgebiet der Spaten eingesetzt wird und uns die Rätsel Petras lösen hilft.

### Die Felsen-Gräber.

So wenig uns von den Bauten der Stadt selbst erhalten ist, unzählbar sind die in die Felswände des Kessels gemeißelten Höhlen. Reihenweise in mehreren Stufen übereinander steigen sie den bevorzugten Stellen auf. Die große Masse ist nach einem

und demselben Motiv angelegt: turmartige Bäume mit Zinnenbekrönung. Aber welcher Reichtum an Formen tritt uns in der Einzelausführung entgegen. Da sind schlichte Türme mit einer Zinnenreihe, daneben solche mit zwei Reihen übereinander. Wo andern schrumpft die Bekrönung zu zwei mächtigen Halbzinnen zusammen. Schließlich wird die ganze Front von zwei Pfeilern flankiert: der Bau nimmt die Form eines großen Portals an, in das dann selbst wieder in mannigfachster Ausführung die Türe zur Felsenkammer hineingebrochen ist. Unter der Menge dieser bei aller Verschiedenheit im einzelnen doch in den Grundzügen einheitlichen Monumente nehmen sich syrische Bogen- und griechische Giebelportale wie Fremdlinge aus. Dann aber beginnt die griechische Kunst in ihrem Siegeslauf auch Petra sich zu unterwerfen. Aus den Pfeilern werden Säulen. Ihre Zahl wächst an. Und aus dem Tortur wird die Tempelfront. Alle Uebergänge von den einfachsten Formen bis zu den üppigsten Prachtbauten sind vorhanden. Da sind Tempelanlagen mit vier Türen nebeneinander, mit zahlreichen Fenstern, zwei und drei Stockwerke hoch. Korinthische Säulen tragen gebrochene Giebel, in deren Mitte wie bei der chazne Rundbau gestellt ist. Eleganter zierlicher Stil findet sich neben den schweren schwulstigen Formen der Epigonenzeit. Und nicht blos das Weichbild der Stadt selbst her schmücken sie die Wände; wir bis in die entlegensten Schluchten hinein und bis in die unzugänglichsten Höhen hinauf liegen sie zerstreut in buntester Abwechslung und bieten, umgeben vom saftigen Frühlingsgrün, die reizendsten Bilder. Sind die Formen auch manchesmal grob und unfein, in der Menge wirken die Fassaden doch imponierend: stumme Zeugen einer großen Vergangenheit in diesem weltabgeschiedenen Lande. Leider stumme Zeugen! Kein Bild, kein Wort gibt Auskunft über die, die das alles geschaffen. Nur verschwindend wenige der wichtigsten Bauten machen eine Ausnahme. Ganz wenige Tierstatuen und zerstreute menschliche Statuen sind erhalten. Und noch weniger Inschriften sagen uns, daß hier der und der bestattet sei. Das Denkmal eines römischen Beamten Sextius Florentinus ist so neu, daß unsere Zeit gekommen. Und ein Nabatäer hat eine große Inschrift über einem Grabportal einmeißeln lassen und — sich nicht genügt.

Also Gräber sind alle diese Felsenkammern!? Aber für wen waren denn diese unzähligen Luxusgräber bestimmt? Selbst in der höchsten Blütezeit von Petra konnte doch nicht jeder einfache Bürger die Mittel für die künstlerischen Anlagen aufbringen. An



Reisende haben darum die Felsenbauten meist als Wohnstätten angesehen. Das wird nun freilich nicht das Richtige getroffen haben. Aber vielfach sieht das Innere der Kammer gar nicht so aus, als wenn es nur zum Begräbniß gedient hätte. Stets ist ein großes Gemach ausgehauen, und oft stoßen daran kleinere Kammern und Nischen an. Man müßte eigentlich in diesen Kammern und Nischen etwas gefunden haben, seien es Sarkophage, seien es nur Reste menschlicher Gebeine und der Gaben, die dem Toten stets mitgegeben werden. Und lange nicht alle Felsengelasse weisen solche Nischen auf. Ueberall sind zwischen den „Gräbern“ Altäre ausgehauelt, vielfach sind auch Triflinien bei ihnen zu finden, wie beides ebenso allein rings im ganzen Gebiet von Petra vorkommt. Das oben erwähnte Grab mit der nabatäischen Inschrift mag vielleicht den Schlüssel zur Lösung des Rätsels geben. Der Erbauer weihet die Grabanlage dem Dufares, dem Gott von Petra. Auch die Gräber müssen also im engsten Zusammenhang mit der religiösen Verehrung gestanden haben. Waren die Bauten vielleicht die Stätten des Kultus der engsten Kultgemeinschaft, der Familie, am Familiengrab, oder ist gar die Benutzung als Gräber erst sekundär? Freilich, dann wird die Frage nur noch brennender: woher dann die Unzahl der Bauten? Man muß wohl so oder so darauf hinkommen, daß nach Petra als dem Reichsheiligtum in der Blütezeit der Nabatäerherrschaft zu den Festen die Pilger von allen Seiten des Reichs zusammenströmten und dort in der wirklichen oder ideellen Heimat ihre Familienkultstätte unterhielten. Zu beidem, wenn auch getrennt, finden sich im Alten Testament Parallelen. Und daß z. B. die Nabatäer von Der'a an den Festen in Petra teilgenommen haben, scheinen die Inschriften zu bestätigen. War Petra so eine heilige Stadt, so mag es der Wunsch und die Sehnsucht vieler Gläubigen gewesen sein, dort begraben zu werden.

Mit voller Gewißheit läßt sich natürlich der Zweck aller der Felsenbauten nicht bestimmen, ehe auch ihr Inneres systematisch untersucht worden ist. Vorläufig kann man sich nur wundern über die kühne Sicherheit, mit der die erhaltenen Spuren gedeutet zu werden pflegen.

### Die „Heiligtümer“.

Neben den „Gräbern“ sind im Tale von Petra und den umgebenden Höhen und Schluchten zahlreiche „Heiligtümer“ zerstreut.

Trifflinien in verschiedenen Formen, aus dem gewachsenen Stein gemeißelte Altäre mannigfachster Art, zum Teil mit Felsenkammern verbunden. Daß diese Reste kultische Bedeutung hatten, ist gewiß in den meisten Fällen nicht zu bezweifeln. Jede Einzelheit auf ihren ursprünglichen Zweck zu deuten, ist aber kaum möglich. Wichtige Heiligtümer scheinen in al-Madräs, nahe beim Eingang in den Sik, gelegen zu haben. Auf einer Höhe südwestlich vom Theaterberg, die die Eingeborenen K'rön, „Hörnle“, nannten, haben wir künstlich bearbeitete Felsen getroffen, die zweifellos auch zu einer Kultstätte gehörten. Alle anderen aber werden weit übertroffen an Bedeutung von dem großen Höhenplatz auf dem Felsmassiv en-Negr, dem Theaterberg. Vom Theater aus und ebenso von Westen vom südlichen Teil des Stadttals her sind künstliche Aufgänge zur Höhe angelegt. Aber die zahllosen Sandsteinstufen sind durch die Witterung abgewaschen, und üppig wucherndes Gebüsch versperrt oft fast den ganzen Weg, so daß der Aufstieg sehr beschwerlich ist. Oben fallen zunächst zwei mächtige Obelisken aus gewachsenem Fels auf. Sind es Symbole der Gottheit, Riesenmassen? Oder sind sie nur stehen geblieben zum Gedächtnis daran, wie tief der Stein hier im Steinbruch abgetragen wurde? Nördlich davon in nächster Nähe liegen die Trümmer eines mittelalterlichen Schlosses. Und geht man noch ein paar Meter weiter, so kommt man an einer Zisterne vorbei zu einem geebneten rechteckigen Platz, vor dessen westlicher Längseite aus dem ansteigenden Felsenstreifen ein viereckiger Altar herausgehauen ist, auf den Stufen hinaufführen. Der Altar hat dieselbe Höhe wie der umgebende Felsgrund und ist nur durch einen schmalen, bis auf das Niveau des dahinterliegenden Platzes ausgehobenen Umgang davon getrennt. Die ganze Anlage ist prachtvoll erhalten und, abgesehen von nebensächlicherem Beiwerk, von geradezu überraschender Unzweideutigkeit hinsichtlich der ursprünglichen Bestimmung: das Urbild einer alttestamentlichen bama eines Höhenplatzes.\*) Das ist nicht ein Heiligtum wie alle die anderen. Es ist das Heiligtum von Petra. Und der Altar ist, wie Professor Dalman bemerkte, orientiert — nach dem nebi Härün, dem heiligen Berg. —

\*) Seit diese Zeilen geschrieben wurden, hat Dalman in seinem inbaltreichen Werk „Petra und seine Felsheiligtümer“ die bisher allgemein verbreitete Auffassung des Steinblocks als eines Opferaltars verworfen. Er sieht in ihm das Fundament für ein Pfeiler-Idol. Diese Deutung sowie die Gleichstellung zahlreicher anderer Heiligtümer mit dem berühmten werden wohl zu lebhaften Auseinandersetzungen Anlaß geben.

Wir hatten die Höhe vom Theater aus erstiegen und versuchten gegen Westen hinabzukommen. Nach manchen Irrgängen und mit vieler Mühe gelang es uns, einen Abstieg zu finden. Dabei wurde ein mächtiges Fels-Relief entdeckt, das einen schreitenden Löwen darstellt. Dieses Bild steht einzig da in Petra, durch seine Größe wie durch seinen Gegenstand. Und es sieht nicht wie griechische Arbeit aus. Es könnte zum Ältesten gehören, das wir in Petra sehen. Man wird wohl kaum fehl gehen, wenn man darin ein Gottheitsymbol sieht, zumal ihm seitlich gegenüber ein kleiner Altar steht. Der Löwe als Symbol der überwältigenden Macht ist ja nicht selten Bild der Gottheit. Die Nabatäer scheinen sie freilich eher noch unter der Gestalt eines andern Tieres vorgestellt zu haben. Schlangenbilder begegnen uns an verschiedenen Stellen des Ruinenfeldes. Für Dufares, den Gott der zerklüfteten Šarā — so heißt das Gebirge um Petra — wäre die Gestalt der Schlange eine passende Erscheinungsform.

Es wird uns nun aber überliefert, Dufares sei in der Gestalt eines mehr hohen als breiten Würfels verehrt worden; und an den Felswänden von Petra finden wir in unzähligen Nischen jedere Pfeiler abgebildet, kleine Masseben (?), bald allein, bald mehrere nebeneinander. Diese seltsamen cippi sind offenbar das bräuchlichste Symbol der Gottheit gewesen. Was der Ursprung und Sinn dieses Zeichens ist, bleibt uns aber bis jetzt verborgen.

### Nebī Hārūn.

Wenn man von Šobek her sich Petra naht, so hebt sich schon Rand des östlichen Hochplateaus aus der wild zerklüfteten Felsmasse peträischer Gebirge die scharf umrissene Silhouette des Hauptzuges der ganzen Gebirgsgruppe deutlich heraus, des nebī Hārūn Berges Šor der Bibel, wo bis heute am Grab Aarons fromme Ier ihre Anbetung verrichten. Der große Hauptaltar von Petra nach dem heiligen Berg orientiert. Und von jeder Höhe um Stadt her dienen die zwei ungleichen zackigen Gipfel des nebī in, auf deren höherem das weißgetünchte Grabheiligtum aufsteht, als die bequemsten Richtpunkte.

Der Weg dorthin führt vom Stadtgebiet aus südlich um das Pessel im Osten abschließende Felsmassiv herum und an dem Ältesten Schlangenbild vorbei: auf einem großen plumpen I liegt, in Spiralwindungen sich erhebend, eine riesige

Schlange. Nun hören die Denkmäler der nabatäischen Totenpflege und des Dufares-Kultes auf. Der Ritt bis an den Fuß des Berges ist ziemlich einförmig. Dann wird auf schmalem Saumpfad über Geröll und Felsgrund und zwischen rauhem Gestrüpp durch Stufe um Stufe des Berges erklimmen. Die Pferde sind bald mehr eine Last als eine Hilfe für die Reiter. Man läßt sie auf einer freien Terrasse zurück und erreicht in kurzem aber an strengendem Anstieg vollends die große Hochfläche, auf der der kleinen steilen Gipfel aufsitzen. Schon von hier aus ist die Aussicht in die wilden Schluchten des zur Araba abfallenden Gebirges wunderbar. Zum Heiligengrab steigt man an altem Gemäuer vorbei auf verwitterten Stufen hinauf. Das Grabgebäude war, wo wir droben waren, abgeschlossen. Merkwürdigerweise hatte der Schäch des Heiligtums, der in dem nahen el-Gī wohnt, von unserer Anwesenheit offenbar nichts gehört. Sonst hätte er es sich nehmen lassen, uns selbst auf den Berg zu geleiten und einen gehörigen Wachschiß einzuziehen. Durch eine Spalte der Türe sah man das Kenotaph, das sich in nichts von den andern muslimischen Weli-Sarkophagen unterscheidet. Ueber der Türe erzählt eine arabishe Inschrift von einer Renovation der Kapelle im 13. Jahrhundert.

Jeden Besucher aber wird am meisten die herrliche Aussicht fesseln. Rückwärts überhaut man das Tal von Petra und die graue Steinmasse des Gebirges: ein tolles Gewirr von wild geklüfteten Schluchten und Rissen und zum Himmel aufragenden Felsenburgen. Von diesen ungebändigten Riesenformen der Natur umgeben nehmen sich die imposantesten Werke menschlicher Kunstarbeit hier von der Ferne wie zierliches Kinderspielzeug aus. Jäh stürzt vor uns das gewaltige Hochland ab zu der ebenen grauen sonnedurchglühten Araba. Ein schärferer Kontrast ist kaum gedacht werden: die ungestüm sich aufbäumende unentwirrbare Masse des Berglandes mit den tiefbeschatteten Schrunden und drunten die breite einförmige Wüste bis zum Toten Meer, die ungeschützt den sengenden Strahlen der Sonne ausgesetzt ist. Drüber dem Graben steigt wieder in langen Ketten das Bergland an und begrenzt den ganzen Westhorizont.

Inzwischen haben wir fast vergessen, daß wir an geweihter Stätte stehen: Aarons Grab! Es ist ein seltsamer Platz für ein Grab, hier oben in unzugänglicher weltentrückter Höhe. Aber heute lieben es ja die Beduinen, auf steilen Hügeln mit

Ausblick ihre Toten zu begraben. Ob wirklich Aaron hier ruht, weiß niemand. Daß wir an einer Stätte von uralter religiöser Bedeutung stehen, das ist sicher. Und daß sie die Tradition mit der Geschichte von der Gründung des israelitischen Volks und Glaubens verbindet, macht sie auch uns ehrwürdig.

### Die Bedeutung von Petra.

Die Trümmer von Petra bezeugen es, daß die Stadt einst eine gewaltige Rolle gespielt. Die Blütezeit des Ortes fällt in die ersten vor- und nachchristlichen Jahrhunderte. Man liest häufig, die Stadt verdanke ihre Bedeutung ihrer günstigen Lage an den großen Karawanenstraßen und ihrem blühenden Handel. Nun hat aber Petra leider eine recht ungünstige Lage für einen Handelsplatz. Keine einzige Hauptroute führt über Petra. Der Weg vom Roten Meer zur syrischen Küste läßt Petra rechts liegen. Die Karawanen aus Arabien gehen fünf Stunden weiter im Osten vorbei, über Ma'an, und können nie anders gegangen sein. Die Schätze des fernen Ostens sammelten sich zu jeder Zeit wie heute in Damaskus an. Richtig ist ja gewiß, daß das Nabatäerreich ein gut Teil seiner Macht dem Handel verdankte. Alle die genannten Straßen waren zeitweise in den Händen der Nabatäerfürsten. Und daß von den Schätzen, die durch deren Hand gingen, einiges auch nach dem Reichsmittelpunkt, nach Petra abfloß, ist nur selbstverständlich. Aber wie kam es, daß das so unglücklich als möglich gelegene Petra als Reichsmittelpunkt beibehalten wurde auch in einer Zeit, wo der ganze Hauran und Damaskus in den Händen der Nabatäer waren? Die Anhänglichkeit an den Stammsitz der Vorfahren ist gewiß eine schöne Sache; aber praktischen Gründen gegenüber kann sie nicht standhalten. Es muß etwas Realeres gewesen sein, was die Nabatäer an Petra festhalten ließ. Die unzugängliche Lage ist für den Fall der Not von höchstem Vorteil. Aber dann genügte ein Kastell mit kleiner Besatzung. Die Ruinen selbst geben Auskunft über die Gründe der dauernden Bedeutung von Petra. Sie alle tragen kultischen Charakter. Wenn auch die Mehrzahl der Felsenbauten Gräber sind, so zeigen die Symbole der Gottheit an den Wänden deutlich, daß sie religiöse Bedeutung haben. Und wozu sollen denn die Felsenkammern dienen, wenn nicht zur Versammlung zu kultischen Feiern. Weshalb hätten sich schließlich so viele in Petra begraben lassen — daß es sich nur um Gräber von Peträern handelt, ist doch im Ernst kaum anzu-

nehmen — wenn nicht, weil Petra ein heiliger Ort war. Petra ist eine heilige Stadt! Die Religion, die allerrealste Macht im Leben des Orientalen, fesselte die Nabatäer an diese Stätte. Dem Kult verdankte Petra seine Blüte.

Die Heiligkeit des Ortes reicht wohl vor den Zeitpunkt zurück, seit dem die Nabatäer in Petra saßen. Der große Höhenplatz kann uralt sein. Und er scheint zu beweisen, daß das Allerheiligste der nebī Harūn, der heilige Berg, war: das Grab des Propheten Aaron! Das führt uns in die Entstehungsgeschichte der Religion der Israeliten. Die kritische Theologie hat vermutet, daß nach gewissen Traditionen der Gottesberg Sinai-Horeb wohl in Wirklichkeit auf dem Gebirge es-Sarā zu suchen sei: Wenn das aber richtig ist, so könnte gewiß kein Platz gefunden werden, der für den heiligen Ort geeigneter erschiene, als Petra und seine Umgebung. Der arabische Name Wādī Mūsa könnte dann wirklich recht haben. Und der Gottesberg selbst? Das wäre der nebī Harūn. Aber wir kennen ja doch den Gott von Petra und seinen Kult. Der Dusares der Nabatäer soll derselbe sein wie der heilige Gott des alten Bundes? Dusares ist kein Eigennamen. Jede Gottheit, die in Petra, dem Mittelpunkt von es-Sarā verehrt wird, ist Dhū 's-Sarā. Herr von es-Sarā. Und die Formen der religiösen Verehrung sind auch dem Wechsel unterworfen. Die Art, wie die Nabatäer die Gottheit in Petra verehren, braucht nicht von jeher dort zuhause gewesen zu sein.

Doch das sind vage Vermutungen. Was fest steht, ist, daß Petra seit alter Zeit ein heiliger Ort gewesen ist. Ist Petra ein uralter Kultort, dann ist es selbstverständlich, daß mit den religiösen Festen große Messen verbunden waren. Das ist richtig an der Behauptung, Petra verdanke seine Größe dem Handel. Die heilige Stadt ist das prius, der Handelsplatz die Folge.

Die spätere Geschichte der Stadt scheint diese Auffassung nur zu bestätigen. Das Nabatäerreich brach zusammen. Petra blieb religiöses Zentrum. Die Handelsmetropole Damaskus war in den Händen der Römer. In Petra saß ein Statthalter. Da blühte Petra erst recht auf. Dann mit einemmal hört man nichts mehr von Petra. Es verschwand aus der Geschichte in den Jahrhunderten, da das Christentum Staatsreligion geworden war. Der neue Gott hat siegreich die Unterwelt verlassen; da legte sich der Alte zu den Toten.

# Ecce Homo.

Von

Friedrich von Oppeln-Bronikowski.

---

Vor genau zwanzig Jahren, an der Schwelle des Wahnsinns, schrieb Friedrich Nietzsche seine Selbstbiographie „Ecce Homo“ und drängte den Verleger zu rascher Drucklegung. „Sobald Ecce heraus ist“, schrieb er, „bin ich der erste Mensch, der lebt“. Und er räumte von einem Absatz von „80 bis 40000 Exemplaren“ in französischer Uebersetzung (die Umstellung der Ziffern ist bezeichnend). Die, welche nach seinem geistigen Zusammenbruch über die Herausgabe seiner Schriften zu entscheiden hatten, dachten anders: sie ielten die Veröffentlichung sofort zurück. Nur Bruchstücke daraus kamen in den vier nächsten Lustren ans Licht, während über das ganze allerhand unkontrollierbare Gerüchte umliefen. Erst jetzt, wo Nietzsche rasch aufgeloberte Modernität zu verflachern beginnt, erscheint dieses Schwanenlied seines Geistes — statt in einer Monstre-Ausgabe — in esoterischer Gestalt: in einer schon vergriffenen Luxus-Ausgabe, die Autor und Verlag auf dem Titelblatte verschweigt, ohne die übliche Versendung an die Presse und von einem entschuldigenden, einschränkenden Nachwort des Herausgebers (Raoul Richter) gefolgt, das an „einen hohen Grad philosophischen, künstlerischen, dichterischen und — menschlichen Tactes“ appelliert, um „die Grenzen zwischen den krankhaft bedingten und den übrigen Stellen abzuheben“ . . . „Nicht das Was“, heißt es weiter, „sondern das Wie, der Ton, die Dynamik der Äußerungen ist das Gebiet, auf dem die organische Erkrankung sich ankündigt. Sie treibt, musikalisch gesprochen, zu einem fortissimo, wo sonst ein mezzoforte gestanden hätte, oder zu einem capriccioso, wo ein maestoso am Plage wäre.“ Immerhin handelt es sich dabei um einen Ausfall von „Äußerungen“ . . . „Alles Bedingte wird zu einem Unbe-

dingten" . . . Weiterhin werden „ungefunde Auswüchse des Selbstbewußtseins“, eine „unnatürliche Vereinsamung“, eine „atemlose Hast des künstlerischen Ueberchwanges“ eingeräumt, „Uebersteigerungen, die bald zu grandiosen Ergüssen führen, die im Zustand vollkommener Gesundheit wohl nie erfolgt wären, bald zu peinlichen Aeußerungen, von denen das Gleiche gilt.“ Schließlich wird auch die willkürliche Verzerrung der Perspektive auf den eigenen Lebensgang Nietzsches zugestanden, d. h. das Abhandenkommen der letzten Realität, die er noch sah, bevor er ganz in die Welt des Wahnes einging. Diese Zugeständnisse von seiten des Nietzsches-Archivs sind beträchtlich; sie nehmen auch dem Außenstehenden des Obdium, wenn er die Dinge beim rechten Namen nennt.

Denn schließlich ist „Eccoe Homo“ nur die höchste, in Wahr-  
sinn umschlagende Note von Nietzsches Subjektivismus; er zeigt gewisse Tendenzen seiner Philosophie im Hohlspiegel krankhafter Vergrößerung mit erschrecklicher Deutlichkeit. Wenn auch die Hauptangabe, daß er von jeher nur sich selbst gesehen und beschrieben habe, daß schon seine Jugendschriften über Schopenhauer und Wagner nur Vermummungen seines Ich (oder seines Doppelgängers Zarathustra) seien, als eine jener eben gekennzeichneten Ueberhebungen nur *cum grano salis* zu verstehen ist, so gesteht doch der Herausgeber eine subjektivistische „Unterströmung“ zu; und man kann Nietzsches Werke unter diesem Gesichtspunkt als ebenien-  
Stufen zu einer größeren Herausbildung dieses Ich bis zu seinem pathologischen Endzustande betrachten. In seiner körperlich kränklichen Periode („Menschliches Allzumenschliches“, „Morgenröte“) erhebt zwar eine geistige Reaktion gegen seine Ichsucht, ein Einschlag an objektiver Logik und Vernunft; dann aber kommt die „dirthen-  
bische“ Einsiedlerzeit des „Zarathustra“, in der ihm allmählich objektiven Maßstäbe entgleiten und sein Subjektivismus sich un-  
schränkter, immer ungehemmter entfaltet. Als dann der Prophet der sein eigener Dichter geworden ist, noch einmal das kritische Werkzeug anlegt, tut er es nur noch als Sophist, nicht als Philosoph. Vernunft und Logik dienen zuletzt nur noch seiner imperialistischen Willkür.

Vor allem aber ist das crescendo seines pathologischen Egoismus in dieser letzten Periode beängstigend. „Freund Zarathustra“ anfangs nur das Sprachrohr seiner Sittenlehre und der Andeutung alles dessen, was er selber zu sein wünschte, beginnt in der „unnatürlichen Vereinsamung“ mehr und mehr zu seinem Ende zu kommen.



gänger zu werden und mit dem Ich seines Schöpfers zu verschmelzen. Wenn Goethe seinen Faust zum Träger neuer Menschheitssträume macht — denn auch Faust ist ein „Umwerter aller Werte“, wie er selbst, an der alten Volksfage gemessen, ein Umgewerteter und Erlöser ist —, so hat doch die Distanz zwischen ihm und seinen Phantasiegeschöpfen nie aufgehört; er ist sich stets bewußt geblieben, daß Faust eine poetisch verklärte Fiktion war. Auch Zarathustra scheint anfangs nichts andres zu sein; und so verargen wir es ihm nicht, wenn er (wie Shakespeares Coriolan mit wildem Menschenhaß) mit hypertrophischem Selbstbewußtsein ausgerüstet auftritt, als Weltenrichter, der eine neue Religion gründet. Auch der Schöpfer dieser Phantasiegestalt mag immerhin seine höchsten Aspirationen in dieser Einkleidung ausdrücken; was man aus seinem eigenen Munde als Ausdruck von Größenwahn empfände, ist in solcher poetischen Aufhöhung hinnehmbar; mag man über die Lehre selbst denken, wie man will.

Nun aber verschiebt der Wahnsinn unmerklich die Schranken der Wirklichkeit. Der Dichter-Philosoph beginnt an die Realität Zarathustras zu glauben, sich an diesem Uebermenschen zu berauschen und ein eigenartiges seelisches Doppelleben zu führen, in dem er bald Schöpfer, bald Geschöpf, bald Bewunderer Zarathustras, bald dieser selbst ist. Anfangs war auch dies wohl nur ein Spiel dichterischer Willkür, aus dem er in die Wirklichkeit zurückkehren konnte. Der Verechter des Theaters schlug in seinem Innern eine intime Bühne auf, deren Dichter, Schauspieler und Zuschauer er selbst war. Er wohnte seiner eignen Opferung, seinen eignen Triumphen bei, die er beliebig potenzieren konnte; kurz, er war der tragische Held seiner romantischen Einbildungskraft. War das Spiel zu Ende, so empfand er — genau wie ein überfeinerter Theaterbesucher — die schale Wirklichkeit, die Ohnmacht und Krankheit seines Daseins doppelt schmerzhaft. In solchen Stunden muß er den Abstand zwischen sich und einer Idealgestalt bis zum Irrewerden an sich selbst empfunden haben. Er muß heiß gewünscht haben, diesen Raufzustand, der ihm unerhörte Kraft, Ruhm, Selbstvertrauen vorgaukelte, diesen Zustand des dionysischen Menschen, der in der apollinischen Vision das Leid für das Leben fand, diese Verzüdung des Märtyrers, er mitten in seinen Qualen den Himmel offen sieht, verewigen zu können. Wie vertraut ihm diese Gefühlslogik war, beweist ein Blick sein Erstlingswerk „Die Geburt der Tragödie“. Und er griff zu dem süßen Gift der geistigen Ausschweifung, wie der Haschischraucher

zu seiner Pseife. Hier war das Reich der Freiheit, der Willkür, der Vollkommenheit und des Glückes. Aber mit dem Moment, wo der Traum nicht mehr aufhörte, war der Wahnsinn eingetreten. Seltsame „psychologische, ästhetische und religiöse Grenzvisionen“ — um mit dem Herausgeber von „*Ecce Homo*“ zu reden — mußten das gewesen sein. Das Leben ein romantisches Schattenspiel.

Sehr merkwürdig ist es, zu sehen, wie sein Unbewußtes, die „große Vernunft“ in seiner Sprache, seiner „kleinen Vernunft“ die nötigen Kulissen dazu liefert. Mitten in der Konzeption taucht plötzlich mit pathologischer Unbedingtheit der Gedanke der „Ewig Wiederkunft“ auf, ein Gedanke, den selbst seine leidenschaftlichsten Anhänger respektvoll auf Eis gelegt haben, der für ihn ein voll ungeheurer, kosmischer Mystik war, ja, den er sogar physikalisch-mathematisch zu beweisen sich vornahm. Man begreift, warum die mystische Glaubens Tatsache der „Ewigen Wiederkunft“ rechtfertigt seinen Zarathustra-Wahn vor seiner Vernunft; er war Zarathustra, der wiedergekehrt ist! Zarathustra aber ist der Uebermensch; und wurde der Wahn zum Größenwahn. Ein christlicher Mystiker, der das „Jenseits“ erreicht hat, neigt zur Selbstzerfleischung, zur Aufopferung, zur *imitatio Christi*; Nietzsche neigte folgerichtig zur Selbstvergötterung. Ist es ein Zufall, daß eine Szene aus den letzten Zarathustrafragmenten, die zwischen Zarathustra und den Könige, in den Wahnvorstellungen des Töblichen wiederkehrt und daß er sich plötzlich leiten läßt wie ein Kind, sobald man ihm suggeriert, der König von Italien erwarte ihn zur Audienz? Er hatte sich so völlig mit seiner Idealgestalt identifiziert, daß die fürlichen symbolischen Ereignisse, mit denen er sie umgeben sah, für ihn Wirklichkeit waren oder es in Bälde werden mußten. „Ich schwöre Ihnen zu“, schreibt er an Brandes, „daß wir in den nächsten Jahren die ganze Erde in Konvulsionen haben werden“ (infolge der Verbreitung seiner Lehre). Und wie um sich seinen Geisteshorizont rationell ganz zu verbauen, damit auch kein Schimmer von Wirklichkeit mehr hineinfällt, hantiert er in „*Ecce Homo*“ immerfort mit dem Begriff der Realität, die er allein unter allen Denkmöglichkeiten faßt habe, während der Rest „feige“ Idealisten seien, die in der Wahnwelt die Wirklichkeit sehen. Das Vertauschen von Wahn und Wirklichkeit war die letzte „Umwertung aller Werte“, die Nietzsche vollbracht hat; er ging damit in die Wirklichkeit ein, die nur für ihn existierte.

Die Verzüchtung christlicher Mystiker hat, wie schon betont

gleichen pathologischen Grundlagen, eingerechnet die „unnatürliche Vereinsamung“ — nur sieht ihre Ueberwelt anders aus. Nietzsche selbst rückt zwar mit Entrüstung von allen Propheten, Religionsstiftern und „Idealisten“ ab, „vergift aber“, wie das Nachwort zu „Ecce Homo“ richtig betont, „im Zorne der Kriegserklärung, daß der Prophet einer Religion des Diesseits, der Verkündiger neuer Ideale, nur einer bestimmten Gattung, nicht der ganzen Ordnung die Absage erteilen durfte“. In der Tat liefert gerade diese Autobiographie zahlreiche Dokumente für die mönchisch-asketische Art ihres Schöpfers. Die reizsame, bisweilen altjüngferliche Zimperlichkeit dieses „Titanen“, die freiwillige, „natürliche“ Enthaltung von Weib und Wein, die mystische Gefühlschwelgerei, die, wenn auch nicht durch Orgelklang und Kirchengesang, so doch durch Improvisationen auf dem Klavier und stundenlanges Spielen von Wagners „Tristan“ und „Parsifal“ (!) stimuliert wurde, das alles sind physiologische Grundlagen asketischer Verzückung. Eine psychologische ist die Lehre selbst. Sie will zwar die ungeheure Kraft, das schrankenlose Sich-Ausleben des Ich, aber sie gelangt dazu nur durch rigorose „Ueberwindung“ — genau wie der Asket zu den unendlichen Wonnen, der ewigen Seligkeit seines Paradieses. Der Mensch soll auch nach Nietzsche alles verbrennen, was er angebetet hat, soll Heimat und Familie, alles, woran sein Herz hing, aufopfern, sich in der tiefsten Einsamkeit härten wie ein Anachoret und dann zurückkehren und einem Ideal nachjagen, dessen restlose Verwirklichung ebenso ausgeschlossen erscheint wie die des christlichen Gottesstaates. Zum mindesten für die Gegenwart und eine absehbare Zukunft wird dieses Ideal ebenso unerfüllbar, ebenso quälend, ebenso blut- und tränenreich sein (Nietzsche sieht diese Kämpfe mit Freuden voraus), wie die Religion dessen, der das Schwert in die Welt trug. Und wenn Nietzsche in „Ecce Homo“ die „Folterinstrumente“ der christlichen Heilslehre schmähzt, so vergißt er, daß der wirklich ernst gemeinte Nietzscheanismus noch viel grausamer ist. Was gibt es quälenderes als den Untertitel seines „Zarathustra“: „ein Buch für Alle und einen“, — sobald man darin mehr als ein bloßes Jonglieren mit Worten erblickt! Der sächsische Pfarrerssohn ist wirklich nicht nur heidnischen, „dionysischen“ Sinne ein „Antichrist“; man braucht nur einen Blick auf den Bibelstil seines Hauptwerkes zu werfen, zu wissen, woher die Hälfte seiner Inspirationen stammt . . . .

Es scheint übrigens, daß Nietzsche das Quälende seiner Lehre genug selbst empfunden hat, nicht nur theoretisch, in dieser Lehre

selbst — dafür ließen sich Belegstellen genug anführen —, sondern auch — seinem Grundsatz vom Ausleben der Lehre gemäß — praktisch. In seinen Briefen, wo er sich gibt, wie er ist, nicht in seinen Werken, wo er sich zurecht macht, muß man diesen wahren Nietzsche, diesen schwerkranken, an sich zweifelnden, in seiner Einsamkeit verzweifelnden Menschen suchen. Er hat freilich mit rührender Tapferkeit gegen alle äußeren Notstände angekämpft, mit dem stolzen Grundsatz, daß ein Kranker auf Pessimismus noch kein Recht habe. Aber gerade dieser wilde Wille des ohnmächtigen Kranken zu Macht und Gesundheit wurde ihm zum Verhängnis. Sehr richtig hat sein Jugendfreund Overbeck, der den Menschen Nietzsche gekannt hat wie keiner, ihn einen „Desperado des Optimismus“ genannt. Er hat sich bewundernd vor diesem Willen zur Erde gebeugt, aber er hat ihm in seiner unbestechlichen Ehrlichkeit die Größe selbst nicht vindizieren können. Gerade seine Mängel und Schwächen setzten Nietzsche, wie er selbst einmal betont, Augen für sein Ideal ein; und diese Spannung zwischen Wollen und Können — oder besser Nicht-Können — muß manchmal — wir jagten schon — ebenso unerträglich gewesen sein, wie die stille Selbstermarter des Asketen, der sich in seiner einsamen Zelle im Wahn nach Vollkommenheit („Heiligkeit“) tot quält . . . In dem Wahn freilich, wie aus der schmerzlichen Selbstqual die Verzückung erwacht, wie der beginnende Wahnsinn ihm diesen Gegensatz verschleierte, so auch diese innere Spannung nach; — oder sie entlud sich in unkontrollierten Ausfällen nach außen.\*). In der *unio mystica* Zarathustra ist alles lächelndes Glück, „dionysische“ Heiterkeit, das Hören aller Hemmungen:

„Nur Wille und Spiel.  
Was je schwer war,  
Sank in blaue Vergessenheit . . .  
Wunsch und Hoffen ertrank.  
Glatt liegt Seele und Meer.“\*\*)

\*) Er selbst deutet dieses krankhafte Entladungsbefürnis in „Ecce Homo“ natürlich als „aggressiven“ Kräfteüberschuß einer „starken Natur“ an, einerlei mit wem, namentlich aber mit Freunden, den Streit vom Leben bricht, ohne logischen Anlaß, aus bloßer Willkür. Die „Kriegeslust“ dieses Streitsüchtigen ist sehr lehrreich (S. 26): „Erstens, ich greife nur Sachen an, die siegreich sind, — ich warte unter Umständen, bis sie siegreich sind. Zweitens: ich greife nur Sachen an, wo ich keinen Feind gefunden finde, — wo ich mich allein kompromittiere . . . Ich mache keinen Schritt öffentlich getan, der nicht kompromittierte: das ist das Kriterium des rechten Handelns“ usw. Ein Stück Janiaronnada rechnet — was bei diesem Buche der Willkür überall nötig ist —

Und je näher der geistige und körperliche Zusammenbruch rückt, desto superlativischer tritt dieses Glücks- und Gesundheitsgefühl hervor, desto vollkommener wird die Autosuggestion des Wahnsinns, der für ihn das Land der Erfüllung war — für ihn, den großen Realisten und Feind aller „Hinterweltler“!

Hin und wieder freilich hatte er noch lichte Momente. Dann kam es auch in seinen Werken zu erstickten, furchtbaren Aufschreien, und zwar bezeichnenderweise in seiner Lyrik, in die er seine intimsten unreflektierten Gefühle ergoß. Was gibt es da herzzerreißenderes als das Winterlied „Vereinsamt“?

„Die Krähen schrei'n  
Und ziehen schwirren Flugs zur Stadt.  
Bald wird es schnei'n,  
Weh' dem, der keine Heimat hat!  
Die Welt, ein Tor  
Zu tausend Wüsten stumm und kalt!  
Wer das verlor,  
Was ich verlor, macht nirgends Halt.“

Oder jenen erschütternden Dionysos-Dithyrambus „Unter Raubvögeln“, der den ganzen Abgrund zwischen seinem Wollen und Können mit entsetzlicher Deutlichkeit blickhaft erhellt: „Zarathustra, Selbstkenner, Selbsthenker!“

In „Ecce Homo“, diesem persönlichsten Bekenntnis Nietzsche's, wo auch die letzte Maske, Zarathustra, gefallen ist, wo das „souveräne Ich“ gegen „den revoltierenden Stolz seiner Instinkte“ die besten Hemmungen durchbrochen hat und in freier Willkür sich auslebt, kommt dieser Zwiespalt zwischen Ideal und Leben noch einmal zu Worte. Nietzsche drapiert sich hier zwar höchst heidnisch als „dionysischen Gott“ (er spricht das Wort zum erstenmal offen aus) und beteuert, in seinem Leben wäre absolut nichts von „Ringern“, von „Heroismus“, von „pathetischer Haltung“, ja von „Nerven“ finden — eine Aeußerung, der selbst der Herausgeber eine starke attische Salzes beizumischen rät —, daneben aber stehen unvermittelt in denkbar größtem Widerspruch die wilden Flüche des „Verkannten, Einsamen, auf die Deutschen, die sich an ihm „kompro-

---

doch die Abhängigkeit des Kämpfers von dem Bekämpften ein deutliches Stigma des pathologischen Anarchismus. „Ich bin kein Mensch, ich bin Dynamit“, prahlt er an anderer Stelle.

\*) Dionysos-Dithyramben, „Siebente Einsamkeit“, überschrieben „Die Sonne sinkt!“

mittiert“ haben, und auf das Christentum, den Feind in der eigenen Brust, gegen den es umsonst Sturm läuft. „Dionysos gegen den Gefreuzigten“, so lautet die Formel, die er seinem „Ecce Homo“ anheftet, in dem Sinne, daß der antike Gott der restlosen Daseinsbejahung hier über das asketische Ideal siegt. Und doch entlehrt selbst der Titel sein Pathos dem Christentum, — und hier durchaus nicht parodistisch. Und als er dann kurz darauf seine größten wahnsinnigen Bulletins in die Welt sandte, die den Ausbruch der Krankheit bellarierten, unterschrieb er sie teils mit Dionysos, teils aber auch „Der Gefreuzigte“. Ja, sein verwirrter Geist suchte sogar eine Synthese zwischen beiden, ein „Drittes Reich“, in der dionysischen Mystik, indem er sich mit dem von den Titanen zertrümmerten Zagreus identifizierte. Hier war er beides: Dionysos und der Gefreuzigte. Zwei Seelen haben zeit lebens in Nieß und gekämpft: Dionysos gegen den Gefreuzigten, mochte auch die Oberfläche seiner Werke nur die eine spiegeln; und erst in der Wahnwelt haben beide sich versöhnt. Bis dahin glühten unter der Maske des antiken Gottes zwei schmerzvoll verzückte Augen: Ecce Homo — siehe, welch ein armer Mensch!

Das überraschendste Eingeständnis dieser Zwitternatur findet sich in der Autobiographie selbst. Von teils mystischen „Bewußtseinsumranke“, doch in der Sache von völliger Lucidität, ja Unerbittlichkeit gegen sein Ich, ist diese Selbstanalyse des großen Analogen für den Psychologen, der sich mit ihm befaßt, von grundlegender Bedeutung. Er nennt sich selber ein *mixtum compositum* aus Entartung und gesunden Instinkten, von Leidensmann und Geniesnatur, „gleichsam aus der obersten und der untersten Sprosse der Leiter des Lebens, *décadent* und Anfang zugleich“ . . . „Eine lange, allzulange Reihe von Jahren bedeutet bei mir Genesung — sie bedeutet leider auch zugleich Rückfall, Verfall, Periodik einer *décadence* . . . Ich habe für die Zeichen von Aufgang und Niedergang eine feinere Witterung, als sie je ein Mensch gehabt hat; ich kenne beides; ich bin beides.“ Und das Nachwort des Herausgebers setzt richtig hinzu: „So macht gewiß die Aufmerksamkeit des *Decadence*-Anzeichnens und seines Gegenteils ganze Fluten der Nießsche-Literatur überflüssig, die im Entweder-Oder befangen sind, nur die eine, bald nur die andere Seite zu Gesichte bekommen. Gewiß! Aber juist an dieser Duplizität, an der Nießsche krank ist, an der er sich zerquälte, bis er im Lande des Traumes Entkommen fand, leidet auch seine ganze Lehre und liegt der Grund ihrer :

derblichen Dehnbarkeit. Wenigstens für „Ecces Homo“ gibt dieses schwer entwirrbare Gemisch von Gesundem und Krankem auch der Herausgeber zu, wenn er sagt: „Zwischen den logischen, ästhetischen und religiösen Werten einerseits und den hygienischen andererseits besteht keine direkte Zuordnung, sondern es waltet hier ein sehr verwickeltes und mittelbares Verhältnis.“\*) Das nicht selten krampfhaft Gewollte, Verrenkte, Uebertriebene und Apodiktische seiner Moral, daneben die rauschartige Ueberschätzung der Kraft ohne sittliche oder logische Bestimmung, die romantische Instinktvergötterung auf Kosten geistiger Werte: das alles erklärt sich eben nur aus der Seele eines Dekadents heraus, der um jeden Preis groß und gesund sein will und dies sich und andren zu beweisen fortwährend nötig hat. „Warum ich ein Schicksal bin,“ schreibt er über das gleichlautende Kapitel von „Ecces Homo“ in einem Briefe (d. h. in einem ungeschminkten Selbstbekenntnis). „Daß dies nämlich der Fall ist, wird vermaßen stark bewiesen, daß man zum Schluß bloß noch als ‚Farbe‘, als „fühlenbe Brust“ vor mir dasitzt.“ (Das spielerische Mißverständnis des Zitates aus Schiller ist gleichfalls bezeichnend!) Die zunehmende Paralyse aller Hemmungen einerseits, das dumpfe Schweigen um ihn her andererseits machten seine Äußerungen zuletzt immer schriller und maßloser; er schrie, um gehört zu werden, abgerissenen, leuchtenden Imperativen von unerhörtem Radikalismus. „Höchster Superlativ von Dynamit,“ nennt er sein *Ecces Homo* in einem Briefe an den Verleger. Man kann in Superlativen freilich nicht weiter gehen als in diesem „Ueberdynamit“.

Aber ist ein solcher Anarchist, der sich zum Gotte emporlügt, ein Lehrer der Menschheit? Sind unter Tausend seiner Leser und Anhänger auch nur drei, die all die Abstriche zu machen vermögen, aus diesem zerstörenden Sprengstoff ein anregendes Ferment rauszudestillieren? Und wenn dies geschehen ist, wenn man nicht unmungelos seinen reklamehaft herausgeschmetterten Imperativen vorcht, mit denen sich auch das Aergste beschönigen läßt — was bt dann? Man muß schon das ganze schillernde Gewebe seiner phistif bis auf die letzten Fäden aufdröseln, um zu wissen, was

\*) Andererseits hinkt seine Exemplifikation auf Hölderlin, der im Wahnsinn eins seiner schönsten Gedichte geschrieben hat. Gedichte sind unmittelbare Gefühlsäußerungen, die in sich durchaus ungetrübt sein können. Trotzdem aber lebt der Wahnsinnige in einem engen Kreise, der von der Außenwelt völlig abgeschnitten ist, und alles, was von seiner Psyche oder „Lehre“ auf dieses Außen Bezug hat, ist getrübt oder gestört.

man hat, und wenn der ästhetische Zauber, der bestechende Schein dahin ist — was bleibt dann?

Ein moderner Franzose, Ernest Seillière, ein psychopathologisch geschulter Kopf, hat dieses Problem kürzlich angeschnitten, in seinem verdienstvollen, nur zu wenig beachteten Buch „Apollo oder Dionysos?“\*) worin er reinlich zu scheiden versucht zwischen Dem, was dem besonnenen Sonnengotte und was dem „rasenden“ Weingotte zugehört, zwischen Dem, was bei Nietzsche Vernunft und was pathologisch bedingt ist. Und er hat damit den Weg gewiesen, auf dem allein die wirklichen Werte seiner Lehre von den Schladern scheiden sind.

So beginnt Nietzsche, während seine Fanatiker ihn diskreditieren von der Elite bereits „historisch“ genommen zu werden. Das Streben seiner Aktualität verflacht allmählich, und er sinkt wieder zu seiner „Unzeitgemäßheit“ zurück. Auf die Massen, die er geistlich vor den Kopf stieß, wird seine Religionsstifter-Maschade zu wirken, und die „höheren Menschen“ durchschauern sie längst. Da er trotzdem gewähnt hat, die Mission eines Massenreformers zu Christus zu haben, ohne den Wurzelboden einer verwandten Kultur, deren letzte Blüte Christi Lehre war, das ist eben nur erklärlich aus der Fremdbildung eines Ideologen und dem völligen Mangel an Augenmaß für historische Grundlagen, der schon an Wahnsinn grenzt. Er wähnte mit derselben dichterischen Willkür, mit der er seinen Zarathustra gedichtet hatte, auch die Welt umdichten zu können, und vergaß darüber, daß Zarathustra nur sein eignes potenziertes Ich war und daß man nur sich selbst und eine kleine Adeptenklasse hypnotisieren kann. Daß Zustände wiederkehren können, wie er es erträumt hat, und wie er es im „Ecce Homo“ sich fest einzuräumen soll, trotzdem nicht geleugnet werden. Aber diese „Institutionen“ — wenn anders der Ausdruck auf die Praxis seiner anarchistischen Theorie anwendbar ist — würden nur durch eine tiefe Rückbildung möglich sein: es ist das Ideal der goldenen Horde, die unter der Peitsche ihres Chans zittert, zu dem diese Romantiker führen muß und er selbst wäre dann der erste, sie zu bekämpfen, getreu im

\*) In einem vierbändigen gelehrten Werke „Die Philosophie des Idealismus“ (deutsch bei H. Bahrndorff), rechnet Seillière mit dem mystischen Mystizismus aller Spielarten ab:

- 1) Der Graf von Gobineau und der Rassenimperialismus.
- 2) Apollo oder Dionysos? Kritische Studie über Friedrich Schopenhauer.
- 3) Der demokratische Imperialismus: Rousseau, Proudhon, Karl Marx.
- 4) Die romantische Krankheit: Charles Fourier, Hegel-Stendhal.



Grundsatz, nur siegreiche Sachen anzugreifen. Er ist der geborene Revolutionär und Oppositionsmann und besitzt den Wert jeder Opposition, die in vernünftigen Grenzen gehalten anregend und fördernd wirkt, in hemmungsloser Freiheit aber mit der zerstörenden Kraft eines Wildbaches die mühsam angelegten Kulturen der Menschen vernichtet. In diese Zusammenhänge aber leuchtet sein Schwanenlied „Ecce Homo“ mit dankenswerter Deutlichkeit hinein; es wird vielen die Augen öffnen, die sie bisher andächtig niederschlugen.

---

## Notizen und Besprechungen.

### Literatur.

Tantris der Narr. Drama in 5 Akten von Ernst Hardt. Im Jenaer Verlag. Leipzig 1907.

Das Drama, das von den beiden konkurrierenden Schillerpreisen in überraschender Weise übereinstimmend gekrönt wurde, ist in der That ein Meisterwerk. Insofern nämlich, als es in seiner Art vollendet ist, und darüber hinaus von dieser Art nichts zu erwarten ist, und als der Dichter das Ziel, das er sich gesteckt hat, sei es so hoch, oder so niedrig es ist, völlig erreicht hat.

Wenn nach dem archaisch unbeholfenen, zum Teil reizvollen, aber doch undurchflärten Eingangsliebe Holsens der Text beginnt:

„Nun schwillt das Licht im Land. Die schwarzen Wipfel  
Träufen vom Sturm zermüht ins Moos hinab  
Mit tausend Funken, tausend Tropfen kalt  
Und blank —“

wenn es dann in so starken Anschauungen und schönen Bildern weiter geht:

„Der Kamm  
Rischt wie ein Kiel, die schmalen Zinken finden  
Nicht Grund noch Ufer in dem blonden Meer.“

oder:

„In Tintajol lag blauer Himmel auf dem  
Hafen, ein fremdes Segel, das am Morgen  
Einlief, grad als wir die Tore ließen  
War wie aus Gold, so schien die Sonne drauf.  
Ich habe Heimweh nach dem goldenen Segel!  
Hier fahren schwarze Wolken dicht am Boden  
Wie riesige Gespenster, und die Erde  
Riecht schaurig dumpf und feucht.“

so ist uns die Aufmerksamkeit schon, ohne daß wir's noch merken, auf die Linie der schönen Bilder, der farbigen Anschauung, des Rhythmus, kurz des sprachlichen Ausdrucks verführt worden. In diesem schimmernden Gespinnst zieht es sich dahin, farbig wallend und latend.

Bild zu Bild. Dieser sprachliche Ausdruck aber, so belebt, so auffallend, so neu, so reizvoll, so sorgfältig ausgemeißelt, ist umschillert von düster glänzenden Stimmungen, schwer und schwül, spielend in allen Nuancen von rot und purpurbau und violett, in allen Nuancen der Leidenschaft, Trauer und Melancholie. Da ist der wunderschönen Königin verheimlichte, doch immer zehrend gegenwärtige Liebe zu dem fernen Helden, immer hereinduftend mit allen Wonnen und graufigen Schrecken der Vergangenheit, und vergiftet durch das Rachewunsch wirkende Gefühl: Er ist untreu worden; er hat ein Weib genommen; Gott soll es strafen an ihm. Da ist des Pagen Paranis junge, heiße, zarte, träumende Leidenschaft für die schöne Herrin. Da ist das wilde Begehren des düsteren Herzogs Denovalin, das, weil es unerwidert blieb, in fürchterliche Rachsucht umgeschlagen ist. Da ist des Königs Marke durch Zweifel und Eifersucht krank gewordene Leidenschaft. Da ist der Siechen tierische Begier, und die schwärmerische, zaghafte, zweifelnde Verehrung des Volkes, das Isole gern für eine Heilige nehmen möchte; da ist Tristans zehrende Sehnsucht, seines Schwagers wunderbare Freundschaft und seines Hundes Hündent alles übertreffende Treue; da ist Erinnerung, Sehnsucht, Argwohn, Haß, süße Ahnung, schmerzvolle Vertennung: welch ein wirkungsvolles Ineinanderspielen all dieser Stimmungen, all dieser Farbenvaleurs, begleitet durch die aufleuchtenden und niedertauchenden Wirkungen des schönen, bildhaften Ausdrucks, ließ sich da erzielen!

In der Mitte steht eine Szene voll Lüsternheit und Grausamkeit: Isole wird nackt, nur von ihren langen Haaren umwallt, vom Henker in den Burghof geführt, um den Siechen der Stadt zum gemeinsamen Liebesn ausgeliefert zu werden. Das schwüle Fladerlicht dieser Szene, vom Dichter überaus geschickt mit allerlei Poesiestimmungen verbunden, was zu den mannigfaltigsten Farbenwirkungen von pikantem Reiz führt, — gibt die dominierende Farbe, der sich die Tönung des ganzen Stückes anpaßt. So ist der starke Bann dieser Farbenstimmung nicht immer angenehm! Man möchte sich wohl lösen; aber das schimmernde Gespinnst, in das viel Gold eingewirkt ist, hält uns fest, und wir folgen und tun, was der Dichter will: Wir genießen das Äußere, schwelgen in Bildern und Farben und Klängen, und haben nur manchmal traumhaft das Gefühl: nur nicht nachprüfen! Nach Wahrscheinlichkeit und Möglichkeit, nach Echtheit und Wahrhaftigkeit zu fragen, wäre nicht gut.

Tut man es aber doch, forscht man in das Innere der Dichtung hinein, fragt man nach Wahrscheinlichkeit der Vorgänge, nach Motivierung der Handlung und Konsequenz der psychologischen Führung, so sieht man Alles zusammenbrechen.

Die Menge äußerer Unwahrscheinlichkeiten der Handlung ist fast unüberbietbar. Gleich zu Anfang: Wie kann Isole jenes Lied, das das gefährliche Geheimnis ihrer Liebe zu Tristan verrät, am — offenen Fenster singen, so daß andere es auswendig können? — Die verschiedensten Motive

## Notizen und Besprechungen.

### Literatur.

Tantris der Narr. Drama in 5 Akten von Ernst Hardt. Im  
verlag. Leipzig 1907.

Das Drama, das von den beiden konkurrierenden Schillerpreisen  
überraschende Weise übereinstimmend gekrönt wurde, ist in der Tat  
Meisterwerk. Insofern nämlich, als es in seiner Art vollendet ist.  
darüber hinaus von dieser Art nichts zu erwarten ist, und als der Dichter  
das Ziel, das er sich gesteckt hat, sei es so hoch, oder so niedrig,  
völlig erreicht hat.

Wenn nach dem archaisch unbeholfenen, zum Teil reizvollen  
doch undurchklärten Eingangsliebe Holsens der Text beginnt:

„Nun schwillt das Licht im Land. Die schwarzen Wipfel  
Träufen vom Sturm gewühlt ins Moos hinab  
Mit tausend Funken, tausend Tropfen kalt  
Und blank —“

wenn es dann in so starken Anschauungen und schönen Bildern weiter-

„Der Kamm  
Zischt wie ein Kiel, die schmalen Zinken finden  
Nicht Grund noch Ufer in dem blonden Meer.“

oder:

„In Eintajol lag blauer Himmel auf dem  
Hafen, ein fremdes Segel, das am Morgen  
Einklief, grad als wir die Tore ließen  
War wie aus Gold, so schien die Sonne drauf.  
Ich habe Heimweh nach dem goldenen Segel!  
Hier fahren schwarze Wolken dicht am Boden  
Wie riesige Gespenster, und die Erde  
Nieht schaurig dumpf und feucht.“

so ist uns die Aufmerksamkeit schon, ohne daß wir's noch merken  
auf die Linie der schönen Bilder, der farbigen Anschauung, des  
Rhythmus, kurz des sprachlichen Ausdrucks verführt worden. Es  
schimmerndes Gespinnst zieht es sich dahin, farbig wallend und

Bild zu Bild. Dieser sprachliche Ausdruck aber, so belebt, so auffallend, so neu, so reizvoll, so sorgfältig ausgemeißelt, ist umschillert von düster glänzenden Stimmungen, schwer und schwell, spielend in allen Nuancen von rot und purpurblau und violett, in allen Nuancen der Leidenschaft, Trauer und Melancholie. Da ist der wunderschönen Königin verhehltes, doch immer zehrend gegenwärtige Liebe zu dem fernen Helden, immer herein-  
duftend mit allen Wonnen und graufigen Schreden der Vergangenheit, und vergiftet durch das Rachewunsch wirkende Gefühl: Er ist untreu worden; er hat ein Weib genommen; Gott soll es strafen an ihm. Da ist des Ragen Paranis junge, heiße, zarte, träumende Leidenschaft für die schöne Herrin. Da ist das wilde Begehren des düstern Herzogs Lenonalin, das, weil es unerwidert blieb, in fürchterliche Rachsucht umgeschlagen ist. Da ist des Königs Marke durch Zweifel und Eifersucht krank gewordene Leiden-  
schaft. Da ist der Sieben tierische Begier, und die schwärmerische, zug-  
haftere, zweifelnde Bestrebung des Volkes, das Nihilie gern für eine Erlösung nehmen möchte: da ist Irrens gehante Sehnsucht, Irrens Schwärmes wunderbare Zerküftung und Irrens Hundes Quasi alles Überwindens Treue; da ist Irrens Seltsamkeit, Ängsten, Lüge, Falschheit, Unwissen-  
volle Bestrebung: nicht nur nachlässiges Verwechseln der verschiedenen Stimmungen, sondern beständiges, beständig durch den Widerspruch der niederen Bestrebungen des Volkes hindurchgeleitete, beständig sich ent-  
ziehendes!

[illegible]

Das war eine der ersten Schritte, die wir unternahmen, um die Situation zu verbessern. Wir haben uns für eine Reihe von Maßnahmen entschieden, die die Arbeitsbedingungen verbessern und die Sicherheit der Mitarbeiter gewährleisten sollen. Diese Maßnahmen umfassen die Einführung von Sicherheitsprotokollen, die Bereitstellung von Schutzausrüstung und die Durchführung von Schulungen für die Mitarbeiter. Wir sind überzeugt, dass diese Schritte dazu beitragen werden, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Sicherheit der Mitarbeiter zu gewährleisten.

The above information was obtained from the files of the  
 Bureau of the Federal Bureau of Investigation, Department of Justice,  
 and is being furnished to you for your information.  
 Very truly yours,  
 J. Edgar Hoover, Director

aus der Gottfriedschen Dichtung und aus den Fortsetzungen des Ulrich von Türlheim und von Heinrich von Freiberg sind zusammengetragen worden und verbunden durch zwei Hauptwirkungen, die Ernst Hardt allein angehören: daß König Marke in der Raserei der Eifersucht Isolde an die Aussägigen verschenkt, und daß Isolde Tristan weder in dem rettenden Aussägigen, noch später in dem Narren erkennt. (Bei Ulrich und Hermann kommt Tristan in der Maske eines Aussägigen ins Land und wird von Isolde zuerst nicht erkannt und fortgejagt, empfängt dann aber Botenschaft von ihr, er solle als Narr verkleidet kommen; als er es tut, genießt er ihren Minnelohn vierzehn Tage lang in Markes Abwesenheit, bis er von Gefolge erkannt wird und entflieht.) Aber gerade diese beiden Hauptmotive, die Ernst Hardt selbst dazu gethan hat, bringen das äußerste Unwahrscheinliche in die Handlung. Unmöglich wird ein Mann, und sei er ein noch so grausamer Mütterich — und das soll Marke von jetzt nicht sein! —, diesen Gedanken, das heißgeliebte Weib, von dem er betrogen glauben muß, den Aussägigen zu schenken, wirklich auszuführen mag er ihn auch in sinnloser Wut einmal als Drohung aussprechen. Zumal angesichts dieser vornehmen Haltung Isoldens ihm gegenüber — es ist es nicht nur bestialisch, nicht nur hirnverrückt, es auszuführen, — es ist es unmöglich. Und nun gar mit feierlicher Parade und Gottesdienst! Unmöglich ferner ist das Verhalten Isoldens während dieser Szene. Die sichere, kluge Frau sollte mutterseelenallein und nackt im Burghof stehen bleiben und auf die Aussägigen warten, die sie auf unausdenkbar grausame Weise vernichten sollen? „Sie haben ja zum Töten nicht eine Wunde mir gelassen.“ Lächerlich! Wer so schöne lange Haare hat, braucht doch keine Nadel! Warum erwürgt sie sich nicht? Als dann in der Gestalt eines Siechen Tristan vor ihr steht und alle Aussägigen verstummen sollen wir glauben, daß sie ihn nicht erkennt? Sie ist vielleicht durch die Grausame ihrer Situation zu sehr verstört? Aber als er, enttäuscht und zaghaft, sich für einen Boten Tristans ausgibt: dazu hat sie Kraft, die langen wilden Reden der Eifersucht Tristans Untreue zu tadeln, da er Isolde Weißhand vermählt. Ja sie hat Kraft, ihre Empfindlichkeit darüber zu äußern, daß Tristan, als er verbotener und gefährlicher Weise heim ins Land ritt und dem Todfeinde Denovalin begegnete und entflohen wollte, daß er entflohe, obwohl er bei ihrem Namen beschworen wurde, — während er doch einst mit heiligem Eidschwur gelobt, standzuhalten, — und wann er bei diesem Namen angerufen würde. (Die Sage enthält ein verwandtes Motiv, das aber höchst unglücklich umgebildet wurde.) In einer solchen Stunde, in einer solchen Situation — am gegenwärtigen Stande sind ihr Eifersucht und Empfindlichkeit! Natürlicher wäre es wohl, daß in dieser Schmach und Gefahr den rettenden Geliebten sofort erkennte. Daß ihr alles übrige aber unwichtig wäre. — Auch an der neuen Heldin, daß Tristan den hereindrängenden Denovalin tötet und hundert Schritte tief vom Mauerrand herab springt, — erkennt sie ihn nicht. Sie

dann auch den ganzen Tag nicht mehr darüber nach, wer es gewesen sein könne! Sie weiß, Tristan ist im Land, und kommt nicht darauf, daß er ihr Retter gewesen.

Alle diese Unwahrscheinlichkeiten aber werden noch weit übertroffen, als sie am Abend desselben Tages in der Halle erscheint, um mit dem König, der ihr das geboten — Schach zu spielen. „Zag und fast kindlich“, meint der Dichter, spricht sie zu diesem König!

Noch höher steigt das kühne Gebäude psychologischer Unmöglichkeiten. Tristan tritt auf, als Narr verkleidet, nennt sich Tantris und gibt durch viele poetisch melancholische Andeutungen zu verstehen, daß er Tristan sei. Wir erkennen ihn sofort; aber siehe, die Herren des Hofes, König Marke, der währenddessen Tristan im Walde suchen läßt, und siehe! Isolde, die sich in sehrender Sehnsucht nach ihm verzehrt so manches Jahr — sie erkennen ihn nicht! Er beschreibt in den Farben selig-brünstiger Schauer die Wonnen von Isolde's Schönheit. Aber Isolde ist es nur ein wenig unangenehm, erinnern tut es sie an nichts. Und König Marke findet den Narren nur ein wenig unverschämt, da er ja die Königin geärgert. Er wird ihn prügeln lassen. Wir spüren wohl, der Dichter will, wir sollen uns an den reizvollen, schwebenden, zitternden Stimmungsnuancen weiden, die aus solchem Nichts-Merken kommen, und nicht auch noch verlangen, daß die Situation möglich ist. Lange Zeit sind wir gutwillig und nehmen es hin, bis schließlich die Unwahrscheinlichkeiten gar zu ungeheuerlich werden, so daß es fast unmöglich wird, die Illusion festzuhalten.

Und noch einmal müssen wir es ertragen. Am nächsten Morgen stehen sich Tristan und Isolde wieder allein gegenüber und dasselbe Spiel wiederholt sich, gesteigert bis zum Uebermaß, bis zur Lächerlichkeit. Er ruft den Zauber intimster Liebestunden in ihrer Erinnerung wach; er spricht von den vertrautesten Geheimnissen, die nur er und sie wissen können. Aber sie bleibt dabei: Wer bist du, Narr, wer bist du? Sieh, ich rüttle an deiner Seele wie ein Toler an den Toren der Seligkeit. Sie weiß, Tristan ist im Land und bleibt dabei: Dieser ist ein Narr, der sich einbildet, Tristan zu sein. „Woher mag es nur kommen, daß er weiß, was niemand weiß als ich und Herre Tristan? wie mag das nur kommen, daß Gott ihm das zu wissen gab?“

Also die kluge, die sehr sehr kluge Isolde von Irland!

Und richtig, sie erkennt ihn erst, nachdem sein Hund ihn erkannt. Diesem Beweis allein glaubt sie zuletzt. Da schreit sie vor Entzücken auf, **a** ruft sie ihn zurück. Er aber geht und blickt sich nicht mehr nach ihr **m**. Das war ihm doch zu viel.

Das ist die Schlußwirkung. Für sich genommen ist sie voll Stimmung. Aber **is** Stück paßt nicht dazu. Zu Anfang dieses selben Stückes wird von Isolde's **ebe** im sentimental ehrfürchtigen, extatisch verherrlichenden Tone gesprochen!

Und alle mehr äußeren bisherigen Unwahrscheinlichkeiten der Hand-  
**ng** werden nun nebensächlich, neben der Unwahrheit der Psychologie

und der Unreinheit der Harmonieführung, die offenbar werden, wenn man von dieser Schlußwirkung aus das Stück übersehen.

Eine Auflösung des alten Tristan-Motivs bringt das Stück, wie man sie von unsrer Neuromantik wohl erwartet: Tristan kommt verkleidet zum König Markes Hof, ruft Isolde mit den Zaubertönen ihrer Liebe, wird aber von ihr nicht eher erkannt, als bis er, enttäuscht und ermüdet, von ihr gewandt hat.

Aber der Dichter ist sich über die Art seiner Harmonieführung wohl klar geworden. Nicht einmal die wichtige Frage, ob der Zuschauer Isolde's verbotene Liebe Partei ergreifen soll oder nicht, hat er sich entschieden. Die alte Sage und ihre deutschen Bearbeiter nehmen leidenschaftlich für Tristans und Isolde's Liebe Partei und reizen mit. Freilich ist es eine verbotene Liebe, aber sie rechtfertigt sich durch ihre Kraft. Weil sie allein stark und echt ist und alles andere im Vergleich zu ihr schwächlich, ärmlich, unecht, so empfinden wir sie fast als eine sittliche Macht. Sie hat recht und die ganze übrige Welt ist Unrecht. Wenn wir auch zugleich die Leichtfertigkeit der damaligen höfischen Sitten deutlich erkennen, so ist für unser Gefühl bei dieser Parteinahme die innere Harmonie der Dichtung völlig in Ordnung. Der moderne Dichter aber läßt uns erst für diese Liebe Partei ergreifen und findet es dann poetisch, die Hauptwirkung auf einen Effekt zu bauen. Und uns zu der Auffassung zwingt, Isolde's Liebe ist ja nichts wert! Und durch kommt eine ethische Unwahrheit und Disharmonie in das Stück, die es eminent unsittlich erscheinen läßt.

Ebenso wenig hat sich der Dichter über die psychologische Auffassung der Isolde-Gestalt Rechenschaft gegeben. Eine Frau, die verbotene Liebe liebt, die diese Liebe mit einem listigen Schwur leugnet, um nicht mit dem Geliebten zusammen, sterben zu müssen, sondern getrennt von ihm leben zu dürfen (welch ein Contrast zu Wagners Isolde!), die, als er die Sehnsucht getrieben in einer Verkleidung wiederkommt, ihn auf keine Weise kennt: wie passen zu ihr die ernsthaften, edlen, die sentimentalischen Töne der Trauer und Melancholie, die affektiert gesteigerten Töne der Ehrfurcht, denen er ihre Erscheinung immer umgibt! Etwas Oberflächliches und Leichtfertiges ja Frivoles müßte immer an dieser Isolde spürbar sein, wenn der Dichter nicht gegen sie war. Wie paßt zu ihr, daß sie wirklich, um ihre Unschuld zu beweisen, das glühende Eisen unverletzt in den Händen halten konnte? Meister Gottfried hatte es noch leicht, an Gottesurteile einfach nicht zu glauben, den Ausgang für Zufall zu halten, und zu spotten, daß der tugendreiche Christ windischaffen als ein Kermel ist. Dem modernen Dichter aber mußten, wenn er das Motiv überhaupt brachte, diese Frauenbilder, die vom glühenden Eisen unverfehrt blieben, zum psychologischen Faktor werden. Ja, wenn das alles besiegende Gefühl von ihrem inneren Leben ihr die Kraft gab, dann mochte sie wohl in höchster Ekstase den Geist also den Körper besiegen! wenigstens in der Welt der Poesie.



eine Frau, deren Liebe im Grunde doch nichts wert war — !? Da wird das Motiv possehaft. „Gott spielt mir mir“ dieses Wort Markes ist die ganze Deutung, die der Dichter dem Fall zu geben gewußt.

In Wahrheit scheint Ernst Hardt sich weder um Psychologie noch um innere Wahrhaftigkeit der Handlung überhaupt gekümmert zu haben. Die Stimmungswaleurs der äußeren Darstellung, die Sinnenfälligkeit und der Glanz des Ausdrucks, der um jeden Preis neuartig, um jeden Preis auffallend sein muß, und die Ausstattung des Buches, sie machen ihm das Wesen des Kunstwerks aus. Er zieht tapfer die äußersten Konsequenzen der Prinzipien, die die Richtung, der er angehört, die des *l'art pour l'art*, vertritt. Schön geschliffen muß es sein! Aber warum auch echt? Von ehelich und echt zu reden ist Gefinnungsmeierei, ist ungebildet.

Trotz aller violetten Blut, wie kalt ist diese Kunst! Ein Dichter, der solchen Schicksalen gegenüber sich nicht bewegt fühlt, in die Seelen hineinzuspüren und den inneren Zusammenhängen nachzufühlen, sondern den nur die Farbentöne der äußeren Erscheinung interessieren: wie wenig nahe geht ihm das Menschliche! Bei allem Reichtum und Glanz des Ausdrucks, wie arm und flach ist sein Empfinden.

Tantris der Narr ist ein Meisterwerk in seiner Art. Aber es ist eine arme Art. Die ganze Handlung ist für sie nur ein Gestell, das sie mit ihrem schimmernden, stimmungsvollen Bildgewirk bekleidet, nicht aber ein Stück des wunderbaren Lebens, dessen Rufen der Dichter deuten will. — Ernst Hardt hat das Ziel, das er sich gesteckt, völlig erreicht, aber es bedeutete nur äußere Vollendung. Die Dichtung erwirbt sich Verdienste um unsere Literatur, aber nur in formaler Beziehung.

Äußere Vollendung ist, wiederum, garnicht wenig! Und die echten Schaffenden, die um den Sinn der Lebensrunen werben, haben von dieser Dichtung manches zu lernen.

Und diese blendende äußere Vollendung, sie besticht.

So ist es denn nicht günstig für das Stück, wenn man nach der ersten Bewunderung, die es erregt, es noch allzu ernsthaft auf seinen Gehalt hin prüft. Die Preisrichter haben es sicherlich nicht getan. Aber ihre Entscheidung, die dem Stück plötzlich eine bedeutende Wichtigkeit gab, muß den Kritiker veranlassen, es zu tun.

\* \*

Ich muß gestehen, daß durch diese Entscheidung mein Glaube an die Zweckmäßigkeit jener Preisstiftung, durch welche von Herrscherhaus und Volk die heutige dramatische Kunst gefördert werden soll, heftig erschüttert worden ist.

Ob überhaupt eine Preiskrönung der rechte Weg dazu ist?

Ob überhaupt eine Preisstiftung in Geld bestehen sollte? Ein Dichterlohn kann niemals Geld sein! Ein Dichterlohn ist ein Kranz!

Wenn zwischen dem Fürsten und dem Dichter, oder dem Volke und seinem Dichter von Geld die Rede ist, so kann es immer nur bedeuten:

Deine Kraft ist wert, mitzuschaffen an unserem Leben, Geist und Gemüt. Hier ist Befreiung von Erwerbsrücksichten. Nun schaffe!

Sicherlich ist es heute nötig, daß Geldmittel zur Verfügung gestellt werden, damit die schöpferischen Kräfte der Zeit zu ihrer Wirksamkeit gelangen. — Alles Menschliche ist unter den Begriff Nützlichkeit und Marktwert gebeugt worden; die schöpferische Produktion ist ein Fremdling in einer solchen Welt. — Und wie ist das Leben kompliziert geworden! Will ein Dichter heute das Leben überschauen und verarbeiten — und das muß er doch, wenn anders er es deuten soll; Lebensdeutung aber und nichts sonst ist sein Beruf — so kann er nicht daneben, und am wenigsten der Dramatiker, einen behaglichen bürgerlichen Beruf erfüllen, wie wohl in alten Zeiten. Jeder Beruf erfordert heute für sich selbst ein äußerstes Maß von Kraftanstrengung.

Aber für einen solchen Zweck, durch Geldmittel die schöpferischen Kräfte der Zeit frei zu machen, wird eine Preiskrönung sicherlich nicht der geeignete Weg sein.

Wie widersprechend dem Wesen der Kunst ist die Bedingung, daß das beste Drama ausgewählt werden soll! Diese Bedingung, das beste Drama zu erkennen, ist für die Preisrichter ganz unerfüllbar. Welches der besten Dramen unserer Zeit waren, wird einst vielleicht die Nachwelt erkennen. Wir Menschen sind nicht wahrhaftig und nicht scharf genug in unserer inneren Wahrnehmung, um das Echte und Uechte unterscheiden zu können. Erst wenn die nagende Zeit das Ihre getan hat, wenn das Uechte zerfiel, das Echte aber widerstand, erst dann erkennen wir es.

Und wird denn eine Dichtung dadurch mehr, daß andere ebenso vollkommene zurzeit nicht geschaffen wurden? Wird sie weniger dadurch, daß sie Schwestern hat? Was sollen eigentlich diese kindlich harmlosen Betreuer-Vorstellungen dieser ernstesten Angelegenheit gegenüber, bei der es sich darum handelt, der Menschheit geistige Atmosphäre zu schaffen?

Was will man eigentlich erreichen durch diese Preiskrönung? Soll die dramatischen Dichter zur Produktion ermuntert werden? Ach, das weiß Gott nicht nötig! Oder, daß sie sich auch die gehörige Mühe geben, damit sie etwas Rechtes leisten, — wie Schulkinder? Ich weiß wohl, daß es solche harmlosen Naturen unter allen Künstlern, auch den Dichtern, gibt, die bei ihrem Schaffen tatsächlich durch den Gedanken an einen winkenden äußeren Lohn angeregt werden; sie mögen tatsächlich die Kräfte hüten, die bei ihrem Schaffen tatsächlich durch den Gedanken an einen winkenden äußeren Lohn angeregt werden; sie mögen tatsächlich die Kräfte hüten, wenn ihnen der Schillerpreis winkt. Aber auf diese oberflächlicheren Naturen kommt es gerade weniger an, wenn es gilt, die schöpferischen Kräfte zum Heil unseres Volkes frei zu machen.

Will man aber auf die Bedürfnisse ihrer Natur eingehen, gebe man ihnen doch ihren Dichterlohn: einen Kranz! Den Ruhm, „das beste Drama“ geschrieben zu haben! Den Kranz der Unsterblichkeit womöglich, wenn sie daran glauben, daß der durch Preisrichter verliehen werden kann.

Hat man aber Geldmittel zur Verfügung, um die dramatische Kunst zu fördern, die verwende man in ernsthafterer Weise!

Wo ein Dichter zum dramatischen Schaffen durch ein heiliges Schicksal

sal von innen gezwungen wird, so daß äußerer Lohn nichts dazu noch davon tun kann; wo ein Dichter ein echtes Werk geschaffen hat, (es braucht garnicht das beste zu sein! Aber echt, echt muß es sein; ehrlich und wahrhaftig!) von dem die Preisrichter überzeugt sind, daß es wert ist, zum Volke zu kommen und in die Zeit hineinzuwirken: da sollte die Stiftung des Herrscherhauses und Volkes dem Dichter das Werk ablaufen! Für einen Preis, der ihm die Freiheit zu weiterem Schaffen gibt. Und sie sollte das Werk dem Volke darbieten, damit der Dichter noch zu seinen Lebzeiten zu seinem Volke reden kann.

Das erforderte freilich bedeutendere Mittel, weil viel mehr Werke gekrönt würden. Aber wie unendlich würden sie sich lohnen! Nun könnte man wirklich davon reden, daß die schöpferischen Kräfte des Volkes und der Zeit für das Volk und die Zeit nutzbar gemacht werden, daß die dramatische Kunst gefördert wird.

Und man setze über eine solche Stiftung den Namen Kleists! Wir nähern uns dem Jahre 1911. Wie anders sollen wir denn Kleists Todestag feiern, wenn nicht durch eine solche Stiftung? Gertrud Prellwitz.

### Archäologie.

Samarra, Ernst Herzfeld. Berlin. Behrend & Co. 1907.

Die Arbeiten zur Hebung der Schätze der babylonisch-assyrischen Kultur haben auch das Interesse für die Geschichte des Zweistromlandes im Mittelalter neu belebt. Zunächst erwachte der Wunsch, die Nachrichten der arabischen Geographen zu sammeln und durch Uebertragung in eine europäische Sprache einem weiteren Leserkreise zugänglich zu machen. Dem Uebersetzer folgte der Archäologe. Die Ruinen der Bauten des Mittelalters wurden mit neuem Eifer gemustert. Wichtige Fragen der Kunstgeschichte über den Austausch zwischen Orient und Occident auf dem Gebiete der Architektur schienen hier ihrer Lösung zu harren. So ist es gekommen, daß über eine entlegene, fast verlassene Ortschaft am Tigris, deren Name wenig über den Kreis der Fachgelehrten gedrungen war, in einem Jahre zwei größere Arbeiten erscheinen konnten.

Wer von den Ruinen des alten Ninive nach Bagdad fährt, erblickt **wa** im letzten Viertel der Reise ein Bauwerk, dessen eigenartige Form **ohl** jedem seit der Kindheit vertraut ist durch die Bilder vom Turmbau **Babel**. Es ist die Malwije von Samarra, das Minaret der Haupt-**oschee**, ein letzter Ausläufer der babylonischen Zikkurrat. Es ist ein sehr **äter** Ausläufer, seine Erbauung fällt in die Mitte des neunten Jahr-**nderts** nach Christi. Der abbasidische Chalife Mu'tasim hatte im Jahre **7** die Hofhaltung von Bagdad nach Samarra verlegt. Die alte Stadt-**lage**, die bei Ammian unter dem Namen Sumera erscheint, war damals **on** verfallen, nur ein christliches Kloster bestand an dem Orte. Der **alife** erwarb die Grundstücke durch Kauf, und so gewaltig blühte die

neue Residenz empor, daß schon unter dem Sohne des Erbauers die alte Moschee für die Freitagsgottesdienste zu klein wurde. Eine neue größere Moschee wurde außerhalb der Stadt errichtet; die Malwije ist das Minaret dazu.

Dem schnellen Emporblühen folgte sehr bald der Niedergang. Es war ein Augenblickserfolg, als der Herrscher in dem Bewußtsein der Entfremdung von seinem Volke die Hauptstadt verließ, um nach Samarra zu übersiedeln. Die türkischen Gardien stützten seine Herrschaft, wurden aber sehr bald ihrer Wichtigkeit sich bewußt und suchten unter seinen Nachfolgern die Zügel der Regierung in die eigene Hand zu nehmen. Es sind die dunkelsten Blätter der Geschichte des Abbasidenhauses, auf denen Samarras Entwicklung berichtet wird. Innerhalb der vierzig Jahre, in denen Samarra Residenz war, haben acht Herrscher auf dem Thron gesessen und nur wenige von ihnen sind eines natürlichen Todes gestorben.

Seit dem Jahre 876 ist die Stadt als Residenz aufgegeben. Jetzt liegt eine kleine eng umgrenzte Ortschaft inmitten des weiten fast 33 km langen Ruinenfeldes. Vielleicht wäre auch sie verlassen worden, wenn nicht die Herrscher von Samarra politisch Verdächtige zu besserer Überwachung in ihrer Nähe festgehalten hätten. Zwei Nachkommen des Kalifen waren darunter, sie starben in Samarra und ihre Gräber wurden zum Wallfahrtsort für die Schiiten. Prachtvolle Kuppeln decken ihre Ruhestätten.

Von der alten Residenzstadt haben sich außer der Malwija nur Ruinen der Hauptmoschee und zweier Schlösser über dem Erdboden erhalten. Es sind Ziegelbauten von eigenartigem Charakter. Unverkennbar ist der Stil der jüngeren Sasanidenbauten als Ausgangspunkt der Bauweise, sie zeigen aber auch den Uebergang zur späteren islamischen Baukunst.

Die Hauptmoschee umspannt einen Flächenraum von nahezu 46 000 qm, also etwa elfmal soviel als das Straßburger Münster. Nur die Umfassungsmauern sind erhalten, sie lassen eher an eine Festung denken als an eine Kultstätte: die Fassade ist von Rundtürmen unterbrochen, sie trägt als einzigen Schmuck eine Wandverzierung, bestehend aus einspringenden Kreisen, die von Quadraten umrahmt sind. Das Innere soll nach einem mittelalterlichen Berichte Mosaikschmuck getragen haben. Kleine Schutten deuten jetzt die Lage und Zahl der Längs- und Querschiffe an, von der Bedachung, die wahrscheinlich eine leichte Flachdecke war, ist kein Rest vorhanden. Deutlich erkennbar ist in der Mitte der Innenfläche die Anlage eines Wasserbassins für die religiösen Waschungen mit kleinen Kanälen für die Zuführung und Ableitung des Wassers.

Vom sogenannten Chalifenschlosse auf der Ostseite steht noch der Thronsaal und Reste der beiden Seitenflügel. Der Thronsaal hat eine Grundfläche von 1400 qm, ist gedeckt durch Tonnengewölbe und ist sich auf der ganzen Vorderseite in einem gewaltigen Spitzbogen. S.

Obergeschoß ist nur ein Mauerpfeiler erhalten. Einzelne Spuren weisen auf die Ausschmückung des Innern durch Stuckornamentik, die wahrscheinlich in lebhaften Farben gehalten war. Die Ornamente sind interessant und beweisen, daß die alten Meister nicht wahllos Motive anwendeten, nur um die Mauerflächen zu bedecken. Das Ornament an der Decke zeigt deutlich ein stilisiertes Maschenmuster. Offenbar sollte ein Zeltgewebe nachgebildet werden. Die Verzierung der Seitenwand ist ein Stäbchenmuster, vielleicht die Nachbildung eines Flechtwerkes aus Zweigen oder schmalen Blättern.

Die zweite Schloßruine liegt auf dem Westufer. Sie ist nur in den Grundmauern und einem Teile der Umfassungsmauern erhalten. In Wahrheit ist es eine Festung mit starken Rundtürmen. Ein breiter Graben, der durch einen vom Tigris abzweigenden Kanal gefüllt wurde, verhinderte jede unerwünschte Annäherung, nur auf der Nordseite führte eine Brücke darüber. Die innere Mauerfläche schmückten Arkaden, die im sassanidischen Stile gehaltene Türen als Blenddekoration geben. Interessant ist das Vorkommen des gezackten Spitzbogens, der indessen schon in den Bauten von Seleucia vorgebildet war.

Eine sehr eingehende und sorgfältige Untersuchung hat der deutsche Archäologe E. Herzfeld den Ruinen gewidmet. Er hat sie nunmehr dreimal besucht und legt in seinem Werke: *Samarra, Aufnahmen und Untersuchungen zur islamischen Archäologie*, Berlin, Behrend & Co. 907, die Ergebnisse vor. Sorgfältige Abbildungen unterstützen die Darstellung. Es ist ein anregendes Werk, mit großer Liebe zur Sache geschrieben und mit gutem Geschmack ausgestattet. Mit Freuden folgt der Leser den Ausführungen des Verfassers, der durch weite Reisen eine umfassende Anschauung für die Behandlung der Fragen sich erworben hat. Das warme innere Interesse an der Geschichte der Baukunst durchdringt nicht an mehr als einer Stelle durch. Mag die Folgezeit hier und da an neuen Entdeckungen rütteln, anzuerkennen bleibt die rückhaltlose Ehrlichkeit in den Ausführungen. Dafür sei nur ein Beleg angeführt. Die Innenarchitektur der Schloßruine auf dem Westufer zeigt eine wunderbare Systematik. Die Maße der einzelnen Teile dieser Architektur stehen zueinander in so klaren und einfachen Verhältnissen, daß an der bewußten Durchführung eines Prinzips nicht zu zweifeln ist. Herzfeld gibt ohne weiteres an, daß er erst bei der Ausführung der Zeichnung nach seinen Aufnahmen die Systematik erkannt hat.

Dem archäologischen Teil hat der Verfasser einen historischen angeschlossen. Er hat die arabischen Originalberichte für seine Arbeit benutzen zu machen gesucht. Die Sprache dieser mittelalterlichen Berichte unterscheidet sich ziemlich weit von der im täglichen Verkehr heute gebrauchten. Ein Sachkundiger wird dem Verfasser darum zum Vorwurf machen, daß er dabei zuweilen anstößt. Die Fälle, in denen philologische Versehen auf der Rekonstruktion des alten Samarra rückwirken, sollen demnächst an

anderer Stelle unter Heranziehung weiterer Originalberichte richtig gestellt werden. Für den archäologischen Teil der Arbeit, für die exakten und in trefflicher Ausführung wiedergegebenen Aufnahmen sind wir dem Verfasser zu großem Danke verpflichtet. Vielleicht beschert uns die Folgezeit von seiner Hand eine Untersuchung der Reste Samarras, die jetzt noch unter dem Schutte schlummern.

P. Schwarz.

### Politik.

René Pinon „L'Europe et l'empire ottoman. Les aspects actuels de la question d'Orient“. Paris. Perrin et Cie. 1906.

Das Pinonsche Buch, eine Sammlung von Aufsätzen aus der „Revue des deux mondes“ und den „Questions diplomatiques et coloniales“ ist zur Zeit der Zusammenkunft Eduards VII. und Nikolaus II. bei Paris abgeschlossen worden. Von der türkischen Revolution, der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und der Annexion Bosniens durch Oesterreich weiß Pinon mithin noch nichts. Aber gerade die jüngsten orientalischen Ereignisse bestätigen in mehr als einem wichtigen Punkt die Grundgedanken der Pinonschen Publikation. So sagt der Verfasser (S. 574): „Die muhammedanische Welt befindet sich in Erregung und strebt nach Umformung; sie fühlt das erste Leben neuer Erregungen, Ideen, Leidenschaften. Beweis, die jüngsten Ereignisse in Persien, die arabische Bewegung in Syrien und Jemen, die nationalistische Propaganda in Ägypten . . . Was werden die Türken tun? Wenn sie der Umgestaltung und des Fortschritts so unfähig sind, wie manche denken, müssen wir uns auf bessere Krisen gefaßt machen. Aber sind sie wirklich radikal unfähig? Nach dem, was unsere Generation in Japan, China, Persien gesehen hat, merkt es zu behaupten?“

Die Macht der chauvinistischen Tendenzen in Deutschland übertrifft Pinon wie fast alle Westeuropäer, und er versteht nicht, zwischen den ausschweifenden Phantasien der Alldeutschen und den maßvollen außerpolitischen Bestrebungen der Reichsregierung scharf genug zu unterscheiden. Dennoch sind die Ausführungen des Autors über die Bagdadbahn beachtenswert, sowohl ihres tatsächlichen Inhalts wegen als auch, weil sie ein deutsch-französisches Einverständnis über die Durchführung des ungeheuren Kulturwerks das Wort reden:

„Wer die Bagdadbahn“, schreibt Pinon (S. 336), „als eine lange Linie ansieht, die von Haider-Pascha gegenüber Stambul nach dem Persischen Golf läuft, der verkennet die Bedingungen des Baues und der Ausbeutung, sowie die wirklichen Zukunftsmöglichkeiten. Es wird nicht einen unteilbaren Strom des Handelsverkehrs geben, der von dem Ende dieser ungeheuren Eisenbahn nach dem anderen zieht; vielmehr wird sich eine größere Anzahl von Verkehrsströmungen entwickeln, welche nach dem nächsten Hafen gehen. Der Handel des Irak wird

Persischen Meerbusen hinabsteigen, der von Mosul, Kleinarmenien, der Ebene von Adana wird den Weg nach dem Golf von Alexandrette einschlagen, der des anatolischen Hochlands wird zum Teil nach Merfina, zum Teil nach dem Bosporus gehen, zum Teil auch nach Smyrna . . . . So wird im türkischen Asien das partikularistische und regionale Leben fortbestehen, zu dem es gemäß seiner geographischen Beschaffenheit bestimmt erscheint.

„Wenn Deutschland in seinem Unternehmen Erfolg haben will, dürfte es nicht umhin können, auf die erworbenen Besitztümer, die eingenommenen Stellungen anderer Nationen in Türkisch-Asien Rücksicht zu nehmen . . . Das Tigris- und Euphrat-Becken zerfällt nach Boden und Klima in zwei durch ihre Natur scharf von einander gesonderte Gebiete, das von Babylon-Bagdad und das von Ninive-Mosul. Das ganze Südbecken befindet sich heute tatsächlich unter englischer Herrschaft; der persische Meerbusen endet dem Wesen nach erst bei Bagdad, und eine englische Gesellschaft besitzt auf dem Tigris das Schiffsfahrtsmonopol bis zur Stadt des Kalifen. Der italienische Schiffsleutnant Vanutelli . . . . hat im Irak (dem alten Babylonien) festgestellt, daß die Eingeborenen mit englischen Flinten bewaffnet waren und durch afghanische Agenten im Dienst des Vizekönigs von Indien bearbeitet wurden. Es ist wenig wahrscheinlich, wofern das Gleichgewicht der Kräfte in Europa nicht eine durchgreifende Aenderung erfährt, daß der deutsche Einfluß sich jemals am Persischen Meerbusen festsetzt. „Im Norden haben die Russen ihrerseits Interessen und Absichten . . . . Sie legen ein großes Gewicht darauf, daß der Zugang zum Meerbusen von Alexandrette frei bleibt . . . . In Syrien schließlich und speziell in der Gegend von Beirut und Aleppo hat Frankreich beträchtliche Interessen. Alle hier gegenwärtig konzessionierten Eisenbahnen gehören Franzosen (Netz Damaskus—Hamah—Hauran). . . . Das Feld, auf dem sich die Tätigkeit der Deutschen zu entwickeln strebt, ist so groß und reich, daß sie ohne Beschwerde unsere Rechtstitel im Libanon respektieren können, wie 1860 mit dem Blut unserer Soldaten erworben und unterschrieben sind. . . .

„Gehet Deutschland seine Unternehmung zu Ende führt, wird es noch beträchtliche Hindernisse zu überwinden haben, einerseits infolge von gewissen Widerständen, andererseits wegen Geldmangels, in beiden Fällen konnte es den Beistand Frankreichs, seiner Kapitalien wie seiner Diplomatie, nicht entbehren. Die Umstände selber scheinen darauf hinzudeuten, daß Frankreich in die Lage kommen dürfte . . . , seine natürliche Rolle eines Vermittlers und Versöhners zwischen den rivalisierenden Interessen Deutschlands und Englands wiederaufzunehmen . . . . Die dank Deutschland Initiative quer durch Türkisch-Asien gebahnte Straße wird kein Nebenweg werden . . . . Nur von uns hängt es ab, diese Route zu öffnen für das Vordrängen unserer Sprache, Ausfuhr, Zivilisation und unseres Einflusses . . .“

Preussische Jahrbücher. Bd. CXXXV. Heft 3.

Das Königreich Serbien hält Pinon für einen fortschreitenden, durchaus lebensfähigen und wahrscheinlich einer bedeutenden Zukunft entgegengehenden Staat. Peter I. habe Ordnung in die Finanzen gebracht und eine gewissenhafte, sparsame Verwendung der öffentlichen Einnahmen durchgeführt (S. 408).

Man kann bei Pinon nachlesen (S. 435), wie das nicht ganz unbedeutenderweise gestiegene Selbstbewußtsein der Serben dieses Volk zu erfolgreichen Agitationen in Bosnien und überhaupt unter seinen Doppeladler untertänigen Stammesgenossen geführt hat.

Pinon hat für seine der orientalischen Frage gewidmete literarische Arbeit die Balkanhalbinsel bereist, und zwar speziell Mazedonien. Er schildert die verwickelten politischen Verhältnisse des schönen unglücklichen Landes mit großer Lebendigkeit und Treue, wie überhaupt die Behandlung aller Seiten der orientalischen Frage durch unseren Autor des lebhaftesten Interesses würdig ist.

E. Daniels.

### Geschichte.

Heinrich Cunow, „Die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs während der Jahre 1789—94“. Ein Beitrag zur Geschichte der französischen Klassen- und Parteikämpfe gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Berlin 1908. Verlag Buchhandlung Vorwärts.  
Histoire socialiste sous la direction de Jean Jaurès, tome I. Albert Thomas, „Le second empire (1852—1870)“, tome XI. Jean Jaurès, „La guerre francoallemande (1870—71)“. Louis Dubreuilh, „La commune (1871)“. Paris, Publications Jules Rouff et Cie.

Diese vier sozialdemokratischen Geschichtserzählungen, eine von einem deutschen, drei von französischen Historikern, darunter dem berühmten Jaurès, haben, so verschieden ihre Verfasser sonst geartet sein mögen, doch Charakterzüge gemeinsam, die Langeweile und die Großsprecherei, die Gedankenarmut und Geistlosigkeit machen sich in den Geschichtswerten der roten Internationale noch viel breiter als in denen der schwarzen: Jaurès' „Deutsche Geschichte“ ließt sich unterhaltend im Vergleich zu jenen letzten Ausgeburten eines wissenschaftlich ganz unfruchtbaren, engherzigen Parteigeistes. Verhältnismäßig am meisten Talent von den vier sozialistischen Autoren zeigt Albert Thomas, der in seiner Beurteilung Napoleons III. auch Anwandlungen von Objektivität verrät und überhaupt viel historisch Tüchtiges geleistet hätte, wenn er nicht einer Schule angehört wäre, welche die Geistesfreiheit erstickt und Feinheit sowie Tiefe der Schilderung schlechterdings nicht aufkommen läßt.

Die Sozialisten nehmen in Frankreich einen mehr oder weniger großen Anteil an der Regierung der Republik. Da ist es interessant, Louis Dubreuilhs Geschichte der Kommune festzustellen, daß der Ver-



die Zerstörung der Napoleonstatue auf der Place Vendôme für eine rühmenswerte Handlung erklärt (S. 441). Mit Stolz, meint er, könne die Kommune auf die Verbrennung der Tuilerien zurückblicken, weil damit bis auf die letzte Spur die Wohnstätte verschwunden sei, welche achtzehn Jahre lang das Kaiserreich und seine Saturnalien beherbergt habe (S. 456). Die Ermordung des Erzbischofs Darboy und der anderen Geißeln wird nicht direkt gebilligt, aber unter leichtfertigen Vorwänden entschuldigt (S. 457 und 459).

Sozialdemokratische Geschichtschreibung hat in Deutschland, dessen Weltanschauung noch immer der Historizismus und die Romantik beherrschen, schlechterdings gar nichts auf sich. Deshalb will ich auch weiter nicht auf die hohlen Prahlereien des Herrn Cunow eingehen, der Michelet, Thiers, Taine, Sybel, Carlyle und alle übrigen „bürgerlichen“ Geschichtschreiber der Revolution von 1789 kritisch vernichtet, ohne eine Ahnung davon zu haben, wo die Vorzüge und Schwächen jener Historiker liegen. Cunow schreibt, wie er sagt, für „Politiker und intelligente Arbeiter“, aber diese lassen werden, im Grunde genommen, aus dem anspruchsvollen Cunow'schen Buch, nicht mehr lernen als aus einer beliebigen Nummer des „Vorwärts“, in dessen Verlag die jeden historischen Sinns ermangelnde Veröffentlichung erschienen ist.

Die drei französischen Historiker sind trotz ihrer schweren Mängel von größerer Bedeutung, weil der politische Einfluß des Sozialismus in Frankreich viel stärker ist als bei uns. Daß eine Partei, welche die Mordbrennereien des schloßkratischen Teils der 1870er Kommune literarisch zu rechtfertigen wagt, eine Rolle im öffentlichen Leben Frankreichs spielt, ist nichts weniger als ein Unglück. Vielmehr muß es als ein schöner Erfolg der dritten Republik angesehen werden, daß sie es verstanden hat, durch Einräumung der Gleichberechtigung die Sozialisten relativ zu zähmen und dem Staat als ein positives Element einzufügen. Freilich bleiben die politischen Leidenschaften innerhalb des französischen Volks trotzdem ungeheuer. Man beachte nur die Intoleranz, mit welcher alle drei sozialdemokratischen Geschichtschreiber die katholischen Kongregationen beurteilen. Das stärkste Motiv, welches die tödlich verfeindeten politisch-religiösen Parteien Frankreichs davon zurückhält, sich wieder zu zerfleischen, ist so oft im 19. Jahrhundert, ist offenbar der allen, von den Jesuiten bis zu den Petroleuren, gemeinsame Haß gegen Deutschland. Sowohl die achtstellung des Deutschen Reichs als auch seine innerpolitisch-kirchlichen Stände flößen den meisten Franzosen heftigen Widerwillen ein. Dieses Gefühl äußert sich mit besonderer Leidenschaft in der zum Teil unerträglich streichen Arbeit des Herrn Jaures über den deutsch-französischen Krieg, welche in dem Ausdruck der Rechtsüberzeugung gipfelt, daß Elsaß-Lothringen den Deutschen nicht gehört und ihnen nicht dauernd gelassen werden darf (S. 248). Ueberhaupt machen die hier besprochenen französischen Historiker sozialdemokratischer Tendenz trotz ihres oft mit sehr lauter

Stimme betonten Widerwillens gegen den Militarismus keineswegs der Eindruck, daß die hinter ihnen stehende Partei als eine besonders zuverlässige Stütze des europäischen Friedens angesehen werden kann.

Vor hundert Jahren. Erinnerungen der Gräfin Sophie Schwerin geb. Gräfin von Dönhoff. Nach ihren hinterlassenen Papieren zusammengestellt von ihrer jüngeren Schwester Amalie von Rosenberg. Berlin 1909, J. A. Stargardt.

Die Gräfin Sophie Schwerin war die Gattin des Grafen Wilhelm Schwerin-Wolfshagen, der an der Spitze seiner Kavalleriebrigade bei Velle Alliance fiel. Die hinterlassenen Memoiren Sophies von Schwerin zitierten früher nur in einem engen Kreise, aber auch Treitschke scheint gekannt und für seine „Deutsche Geschichte“ benutzt zu haben. Jetzt hat Archibrat Dr. Schuster sich das Verdienst erworben, das wirklich schöne Buch herauszugeben. Es beruht auf den Tagebüchern der Gräfin und zum Teil auch auf denen ihres Gemahls, den Inhalt bildet die „Franzosenzeit“. Das Unglück der Niederlage und das mit sittlichem Entgenossene Glück der Erhebung ziehen in tief empfundenen und meistens ausgeführten Schilderungen der häuslichen und kriegerischen Ereignisse uns vorüber. Wie ist doch unsere Kultur gesunken, wie hat sich insbesondere unsere Sprache barbarisiert gegenüber einem Zeitalter, in welchem Geister immerhin nicht allerersten Ranges so zu denken und zu fühlen und sich mit solcher ungesuchten Anmut auszudrücken vermochten wie Gräfin und Graf Schwerin-Wolfshagen!

Lebenserinnerungen von Gustav v. Schubert, Rgl. Sächf. Generalleutnant. Aus seinem Nachlaß herausgegeben von Dr. F. v. Schubert, Geh. Kirchenrat, ord. Professor der Kirchengeschichte an der Universität Heidelberg. Stuttgart und Leipzig. Teubner-Verlagsanstalt, 1909.

Ich habe in dieser Zeitschrift Bücher über Göben, Franke und andere preußische Militärs besprochen, die 1866 und 1870 an hervorragender Stelle mitgewirkt haben. Die hier vorliegende Publikation hat einen sächsischen Offizier zum Gegenstand, der den Feldzug von 1866 als Vorsteher des Nachrichtenwesens begann und als Stabschef des Generalstabs beendete, während er gegen Frankreich als Stabschef der 23. Division auszog, um während der Kampagne zum Generalstabschef des XII. Armekorps zu avancieren. General v. Schubert war ein vielseitig gebildeter Mann, seine Memoiren sind sehr gut geschrieben und beziehen sich keineswegs ausschließlich auf militärische Begebenheiten und Probleme. Sondern redend bilden diese Dinge aber den Kern der Veröffentlichung. Schon in der Stellung 1866 wie 1870 brachte es mit sich, daß er viele interessante wichtige Vorfälle beobachten konnte; alles hat er mit großer Genauigkeit aufgefaßt. Auch bezüglich der Eigenart der Rgl. sächsischen Truppen

vieles aus dem Schubert'schen Werk zu lernen. Man erkennt, daß die im Norddeutschen Bunde sich vollziehende Angliederung der sächsischen an die preußische Armee die erstere unzweifelhaft auf eine höhere Stufe gehoben hat (vgl. besonders Anhang I, S. 480, „Operatives“). Andererseits wird jedoch auch deutlich, daß von allen den Heeren der zahlreichen Staaten, welche 1866 gegen Preußen kämpften, das sächsische, alles in allem genommen, die günstigste Beurteilung verdient.

Dr. Aegidius Supperß, „Münster im Siebenjährigen Kriege; insbesondere die beiden Belagerungen des Jahres 1759. Mit Kartenplänen und Bildbeilagen.“ Münster (Westfalen) 1908, Universitätsbuchhandlung Franz Coppenrath. 491 S.

Dieser sehr umfangreiche Band, dem über das engbegrenzte Thema noch ein Quellenpublikationen bringender zweiter und dritter folgen sollen, zeugt von seltenem Fleiß und einer der Nachahmung würdigen Liebe zur deutschen Lokalgeschichte. Die Ausstattung des Werkes ist sehr vornehm. Leider läßt sich mehr Gutes beim besten Willen nicht sagen. Die direkt oder indirekt auf Janssensche Schule zurückzuführende Arbeit sucht an Gedankensarmut und Inhaltslosigkeit ihresgleichen. Daniels.

### Koloniales.

Professor Dr. Otto Köbner, Wirklicher Admiralitätsrat und Vortragender Rat im Reichsmarineamt, Einführung in die Kolonialpolitik. Jena. Verlag von Gustav Fischer 1908. 227 Seiten 8°. Preis broschiert 5 Mk., gebunden 6 Mk.

Dr. Heinrich Schnee, Wirklicher Legationsrat und Vortragender Rat im Reichskolonialamt. Unsere Kolonien. 57. Bändchen aus „Wissenschaft und Bildung“, Einzeldarstellungen aus allen Gebieten des Wissens herausgegeben von Privatdozent Dr. Paul Herre. 1908. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig. 188 Seiten. Kl. 8°, Preis geheftet 1 Mk., gebunden 1,25 Mk.

Köbners „Einführung in die Kolonialpolitik“ ist eine vom Standpunkt unseres gesteigerten kolonialen Interesses aus sehr empfehlenswerte Arbeit. Kurz, ergaßt und gebiegen werden Begriff und Bedeutung der Kolonisation, die äußere Entstehungsgeschichte der modernen Kolonialreiche, insbesondere des deutschen Kolonialbesitzes, die inneren Entwicklungsmomente des deutschen und der fremden Kolonialpolitik, die Rechtsordnung in den Kolonien und die Aufgaben der kolonialen Wirtschaftspolitik abgehandelt. der Regel beschränkt sich Köbner auf die rein historische oder systematische Darstellung des Stoffs, doch nimmt er in dankenswerter Weise an beiden wichtigsten kritischen Punkten unserer bisherigen deutschen Kolonialpolitik: an der Frage der kolonialen Gesellschaften und der damit zu-

sammenhängenden Landfrage, entschiedene Stellung, und zwar im Sinne der Ablehnung von Kolonialgesellschaften mit staatlichen Hoheitsrechten und von Landkonzessionen ohne feste Begrenzung der Gegenleistungen und Verpflichtungen der Gesellschaften zu den allgemeinen kolonialen Ausgaben. Noch in einem Einzelpunkt nimmt Köbner Partei: in der Frage der Höhe der einzelnen Aktienanteile bei kolonialen Unternehmungen. Er ist gegen die 20 Mark-Aktie, denn es läge im Wesen der meisten kolonialen Unternehmungen, daß sie immerhin ein gewisses Moment der Unsicherheit in sich tragen, und daß der Aussicht auf besonders große Gewinne auch die Möglichkeit von Verlusten infolge seitens der Anteilszeichner schwer überwindbaren Faktoren gegenüberstehen. Dieser Einwand ist richtig, aber trotzdem sollte meines Erachtens die 20 Mark-Aktie für unsere Kolonien zugelassen werden. Es ist ja gerade der Zweck der niedrigen Normierung jedes einzelnen Anteils, daß der kleine Mann auch mit kleinen Beträgen sich an kolonialen Dingen beteiligen kann. Wenn er 100 oder 1000 Mk. riskieren könnte und sollte, so läge ja gar kein Bedürfnis nach Anteilen über 20 Mk. vor. Eine so kleine Summe kann aber auch der Droschkenfahrer oder Straßenbahnbesitzer riskieren, ohne sein Haushaltsbudget in Unordnung zu bringen oder im Falle der Verzögerung oder Vereitelung seiner Gewinnhoffnungen aus einem Kolonialfreund ein Kolonialfeind zu werden.

Namentlich die gebildeten Kreise, die sich in einführender Weise in die inneren und äußeren Zusammenhänge aller Kolonialfragen unterrichten wollen, seien auf Köbners Arbeit hingewiesen. Auch der Fachmann kann aber das Buch mit Vergnügen und Vorteil lesen, um sich eben über die Menge des täglichen praktischen Details wieder an die großen historischen und systematischen Zusammenhänge erinnern zu lassen.

Von Einzelirrtümern im Druck sei nur erwähnt, daß es auf S. 137 unter Aa) offenbar nicht Nord- und Süd-Guinea, sondern Nord- und Süd-Nigeria heißen muß.

Das Büchlein von Geheimrat Dr. Schnee bedingt in seiner Tendenz ein ähnliches Urteil wie das Köbnersche Werk. Wie jenes ist es ebenfalls ordentlich exakt gearbeitet und es stützt sich fast durchweg auf amtliches Material, in erster Linie auf die Denkschriften und Etats des Reichskolonialamts. Das Kiautschou-Schutzgebiet, auf das Köbner mehrfach ausführlicher eingeht, ist hier nicht mit behandelt, was entschieden zu dauern ist. Wenn der Leser, und zumal derjenige, auf den eine populäre Darstellung wie die vorliegende berechnet ist, einmal eine Seite mit dem Titel „Unsere Kolonien“ in die Hand nimmt, so erwartet er auch, daß er sich über unseren gesamten Kolonialbesitz darin orientieren kann. Dazu gehört aber auch Tsingtau. Die formalistische Unterscheidung nach Kolonien unter der Verwaltung des Reichskolonialamts und des Reichsmarineamts hat für die weiteren Kreise des Volkes, die sich über die Kolonien unterrichten wollen, überhaupt gar kein Interesse und ist vielmehr einmal bekannt. Die Kolonien werden hintereinander kurz abgehandelt:

bei jeder nach den Abschnitten „Land“ und „Bevölkerung“ die wichtigsten Wirtschaftsprobleme, europäische Besiedelung, Eingeborenenproduktion, Plantagenkultur, Eisenbahnen besprochen. Vorausgeschickt ist ein gedrängter aber recht guter Ueberblick über den Erwerb der Kolonien, die Prinzipien von Verwaltung und Rechtsprechung in den Kolonien die volkswirtschaftliche Bedeutung unseres Kolonialbesitzes usw. Einzelheiten in der Ausdrucksweise sind hier wie an anderen Stellen des Buches wohl darauf zurückzuführen, daß der Verfasser aus eigener Anschauung mit den Kolonien anscheinend wenig vertraut ist. Er würde sonst Südwestafrika nicht als das „eigentliche“ Ansiedlungsland bezeichnen, da sich doch auf den ostafrikanischen Hochländern wahrscheinlich mehr Deutsche ansiedeln können, als in ganz Südwest, und er würde auch nicht die Flüsse Ostafrikas schlecht hin als „nie versiegend“ bezeichnen. Auch der Satz (Seite 69): „Die im deutschen Schutzgebiet verbliebenen Buren, besonders die bei Aruscha, beim Meruberg angesiedelten, haben fleißig gearbeitet und nützliche Kulturarbeit geleistet“ ist in dieser Allgemeinheit doch sehr anfechtbar; ebenso die Schätzung des Engländers Palgrave, daß die Zahl der vor der Rinderpest im Hererolande vorhandenen Rinder 2 Millionen (!) betragen habe. Derartige Einzelheiten ändern aber wenig an dem Gesamturteil über die im Hinblick auf ihren Zweck sehr gut gelungene Leistung.

**Deutsche Reiter in Südwest.** Selbsterlebnisse aus den Kämpfen in Deutsch-Südwestafrika. Nach persönlichen Berichten bearbeitet von Friedrich Freiherr v. Dinklage-Campe, Generalleutnant z. D. Mit zahlreichen Porträts und Illustrationen nach Originalphotographien und Zeichnungen von C. Becker, W. Huen, D. Merté. Berlin, Leipzig, Wien, Stuttgart. Deutsches Verlagshaus Bong & Co. 480 Seiten, Gr. 8<sup>o</sup>.

Dieses Buch, sagt der Herausgeber, solle nicht eine Kriegsgeschichte ähnlich dem bekannten gleichfalls für einen breiteren Leserkreis berechneten Werk des Generalstabs über die Kämpfe in Südwestafrika sein, sondern eine Sammlung von Einzelaufzeichnungen persönlicher Mitkämpfer vom General bis zum Reiter. Jedes Stück ist mit dem Namen des Verfassers unterzeichnet, der den Inhalt erlebt und nach seiner Erinnerung niedergeschrieben hat. „Es ist selbstverständlich nicht ausgeschlossen,“ heißt es im Vorwort, „daß in den Berichten der Mitkämpfer gelegentlich unbeabsichtigt Irrtümer vorkommen — die Ereignisse werden eben im Kriege individuell betrachtet, und es ist eine immer wieder hervortretende Tatsache, daß auch Militärschriftsteller von Fach sich irren oder entgegengesetzte Auffassungen vertreten. . . . Ohne Unterschied des Ranges und des Bildungsgrades wurde jedem Reiter das Wort gegönnt und — wie ergreifend mitunter gerade die einfachste kunstlose Sprache wirkt, das werden die Leser empfinden. Nicht die Redekunst kommt hier zur Geltung. Es sollen die Kämpfe und Nöte, die Toten und Entbehrungen geschildert werden, wie sie der Heim-

gekehrte selbst erzählt, ohne Künstelei, ohne stilistische Mithilfe Unberühmter. Und wie der Offizier vor dem Feinde Schulter an Schulter kämpfte mit dem Reiter, mit dem Unteroffizier, mit dem Gefreiten, wie er mit diesem die letzten Tropfen teilte aus dem Wasserfack, wenn der Durst dem Sterben nahe brachte, wie das letzte Stück Brot vom Manne dem Vorgesetzten geboten wurde, wenn der Hungertod drohte und wie der Offizier freudig die verwundenen Reiter auf das eigene Pferd hob, wenn es galt, sein Leben zu retten, so sollen auch hier die Erlebnisse ohne Rücksicht auf die Rangstufen veröffentlicht werden“.

Auch von mir steht ein kleiner Beitrag in dem stattlichen Band. Ein Bericht über das Angriffsgesecht von Uitkomst bei Grootfontein am 18. Januar 1904, an dem ich als Kriegsfreiwilliger unter Volkmann teilnahm, und durch das der Grootfonteiner Bezirk dauernd von den Feinden frei gehalten wurde. Sehr viele von den Mitarbeitern des Werkes, Offiziere, Ärzte, Kriegsfreiwillige, Reiter und Unteroffiziere sind mir persönlich bekannt; von manchem habe ich die Erzählung, die jetzt in der Dindlagers Sammlung steht, schon in Südwestafrika mündlich gehört. Sehr einfach und trocken gehaltene Aufzeichnungen stehen neben anderen, die eine bedeutende natürliche Darstellungskunst oder auch bewußte Gestaltung zeigen, auch bei Leuten aus dem Unteroffizier- und Mannschaftebereich. Von dem sehr reichlichen Bildermaterial ist natürlich manches „Wechsel und Dichtung“, so z. B. das große Farnbild Seite 376/77: Witboois tödliche Verwundung. Auch an diesem Beispiel, das den Hottentotten-Kapitän nach dem verhängnisvollen Schuß durchs Bein sein Pferd gehoben darstellt, zeigt aber doch, daß der Zeichner sich durch den Bericht der später gefangenen Witboois über die Szene geleitet hat. Auch die anderen farbigen Zeichnungen sind, wenn auch der Platz bei ihnen natürlich viel eingeräumt werden mußte, zum Teil in der Darstellung ganz vortrefflich und lebendig. Nur ein Fehler findet sich bei der aufrechten Darstellung der Kämpfenden. Ein Bild wie das Seite 169 (die Abteilung Heyde bei Waterberg am 11. August) ist für südafrikanische Verhältnisse unmöglich. Wenn unsere Leute so aufrecht ohne Deckung gestanden hätten, so wäre kein einziger von ihnen übrig geblieben. Auf einem anderen Grunde hätte ein Bild wie das neben Seite 232 aufgenommen werden sollen — aber es ist dem Herausgeber wahrscheinlich gar nicht bekannt gewesen, daß die vor dem Pontoof stehenden Hottentottenweiber erst zum Photographiertwerden veranlaßt worden sind, nachdem sie entblößen. Indessen derartige Einzelausstellungen sollen gar nichts für die Anlage und Durchführung des Ganzen sagen. Vielleicht darf auf die zweite Auflage gehofft werden, in dem Falle könnten ja die vorrückenden Winke, so weit möglich, berücksichtigt werden. Es ist ein gutes Soldatenbuch, nicht zum wenigsten wegen seiner Bilder. Auch von Gebildeten aber kann es von Herzen unter dem Gesichtspunkt empfohlen werden, daß sie hier eine lebendige, naturwahre, in allen Hauptzügen

geschminkte und unzurechtgemachte Darstellung der Verhältnisse während des südwestafrikanischen Krieges bekommen. Namentlich tritt hervor, wie absolut die Natur des Landes den Charakter der Kriegsführung beherrscht hat.

Daß die einzelnen Beiträge nicht chronologisch, sondern bunt durcheinander dastehen, stört zunächst etwas, trägt aber bei dem Charakter des Ganzen nicht viel aus.

Paul Rohrbach.

## Theater-Korrespondenz.

Josef Rinz als Hamlet. (Neues Schauspielhaus.)

Hamlet ist ein Jüngling.

Das ergibt sich zu allererst aus der Tatsache, daß er Student ist. Die Vertreter der Ansicht, daß Hamlet ein Mann ist, haben einige Rückschlüsse an die Begründung der Fabel gewandt, daß in jener Zeit die Leute im verhältnismäßig hohem Alter den Universitätsstudien oblagen. Das könnte nur ganz vereinzelte Ausnahmen gewesen sein. In meinem Buch „Hamlets Urbild“ habe ich nachgewiesen, daß die bekannten politischen und literarischen Größen des Elisabethanischen England in sehr jugendlichem Alter die Universität bezogen: Robert Essex, das frühreife Wunderkind von 10, Francis Bacon von 12, der Dichter Beaumont von 13, Raleigh von 14 Jahren; das späteste Alter ist 19 Jahre, der Durchschnitt 15 bis 16.

Daß der Liebhaber der Mädchentrippe Ophelia ein Jüngling ist, wird uns besonders bezeugt. Laertes nennt das „Liebeständeln“ Hamlets eine seiner Schwestern.

Ein Weibchen in der Jugend der Natur,  
Frühzeitig, nicht beständig —

also eine richtige Jünglingsliebe.

Dementsprechend sind alle Äußerungen seines Fühlens und Denkens seine ganze Haltung dem wirklichen Leben gegenüber ausgesprochen jugendlich. Der erste schwere Verlust im Leben beugt ihn zur Erde; er trauert seinen geliebten Vater immer noch nicht vergessen, als seine Mutter längst eines neuen Gatten erfreut. Daß seine Mutter, seines Vaters Gemahlin, sich so schnell mit einem Manne wie sein Onkel hat verheiraten können, erfüllt ihn mit tiefer Scham und leidenschaftlichem Zorn, was sein erster Monolog dieses temperamentvollen Edelmenschen uns lehrt. Ein Mann könnte sich darüber nicht so gewaltig erregen; denn ihm hat das Leben mehr als einen Fall gezeigt, wo die Frau eines besseren Mannes beissen sie nicht würdig ist, schon bei seinen Lebzeiten einen schlechteren Mann heiratet, der ihrer würdig ist, wenigstens in ihr Herz aufnimmt. Hamlet dagegen als Knabe und Jüngling seine schöne, gute und liebevolle Mutter für



Muster aller Frauen gehalten; die Erfahrung: „Schwachheit, dein Name ist Weib“, ist ihm eine neue.

Die Enthüllung des Geistes bringt ihn dem Wahnsinn nahe. Er ist so wenig fähig, den tobenden Kampf der Empfindungen in seine Brust zu verschließen und unter dem Mantel äußerer Ruhe zu verstecken — was der Mann in solcher Lage können muß —, daß er seinem Jammer, seinem Jorn, seiner Menschenverachtung ohne Rücksicht auf Kindespflicht und höfische Sitte freien Lauf lassen muß und wahnsinnig erscheint — denn das ist sein Wahnsinn, weiter nichts. Wie sollte ein Mann, der sich klar gemacht hat, daß er um einer furchtbar ernstern Pflicht willen seine Liebe aufgeben muß, in dem Zustande so fassungslosen Schmerzes von der Geliebten Abschied nehmen, wie Hamlet es tut!

Wer könnte jene wundervolle und genial charakterisierende Rede, die Hamlet an seine sogenannten Freunde gewirft, halten —

Die Erde, dieser treffliche Bau, scheint mir nur ein laßes Vogengebirge usw.

als ein Jüngling, dem die Schönheit dieser Welt wie seiner einst ihn so beglückenden Umwelt rettungslos zerstört ist, dem seine Ideale zerbrochen vor den Füßen liegen. Der kunstliebende Mann genießt die Kunst als eine süße Beruhigung und eine Stärkung für seine ganz anders geartete Lebensstätigkeit; nur der Jüngling hat eine so feurige Liebe für sie und die Schwäche, ihre Bedeutung höher zu schätzen als das wirkliche Leben, wie Hamlet sie den Schauspielern gegenüber zeigt.

„Bin ich denn ein Feigling?“ kann nur ein Jüngling fragen, der seinen Mut noch nicht erprobt hat. Nur für ihn ist die Frage so brennend interessant, warum man denn ein Leben, das einem soviel Leiden auferlegt, nicht eigenwillig verläßt. Nur ein solcher kann sich in die Betrachtung der lächerlichen Vergänglichkeit irdischer Schönheit und Macht versenken und cynisch frohlocken über den Stoffwechsel, der aus dem Staube eines Gewaltigen der Erde den Lehm bereitet, mit welchem der Arme seine Hütte vor dem Nordwinde schützt. Nur ihm ist die kalte, zielbewusste Verstandeskraft versagt, welche ihm aus dem grauenhaften Dunkel, mit welchem die Runde aus dem Jenseits sein Leben überschattet, den Ausweg hätte zeigen können.

Einem Jüngling von unbeherrscht leidenschaftlichem Gefühl ist es möglich, aus der Empfindung der Liebe und des Mitleides, wenn er sich verläßt glaubt, so plötzlich in die der Verachtung überzugehen, wie Hamlet es in der Szene mit Ophelia tut. Nur ihm ist die rührende Überzeugung zuzutrauen, daß man durch die bloße Macht des reinen Gefühls aus einem schwachen, gefallenem Weibe eine sittliche Heldin machen kann. Hier aber, in dieser unbeschreiblich großartigen Szene des Argensringens, liegt auch die unerschöpfliche Kraft der Seele offen zu Tage, die einst, von dem männlichen Willen gezügelt, sich in großen und ten Taten entladen wird.

Die Hauptwucht der tragischen Wirkung liegt in der Tatsache, daß gerade solch ein Jüngling, der auch in seiner Art, wie sein Vater, „alles in allem“ ist und das Höchste als Mann zu werden verspricht, unter ein entsetzliches Schicksal gestellt wird, dem er trotz tapferster Gegenwehr erliegen muß. Ein Mann, der sich in solcher Lage, so schwierig sie sein mag, benehmen würde wie Hamlet, könnte nicht tragisch wirken: er würde nicht männlich genug erscheinen, sondern unreif im Denken, in der Erfahrung, wie in seinem unbeherrschten Empfinden; er würde nur als ein Schwächling oder als einer der verschiedenen Kranken gelten können, die man auf der Bühne für Hamlet auszugeben pflegt. Schwäche und Krankheit sind aber nur bedauernswert, tragisches Mitleid können sie nicht erwecken. Nur ein dreißigjähriger Romeo, der nicht wußte, daß eine unbefriedigte Liebesleidenschaft sich in einem halben oder einem ganzen Jahre abkühlt, daß jene immer nur relative Gleichartigkeit des Wesens, die zur Ehe gehört, in mehr als einer Frau zu finden ist; der die unreife Ansicht hätte, daß die Geschlechtsliebe im Leben des Mannes den höchsten Wert darstellte, ohne daß es nicht lebenswert wäre: könnte nicht tragisch wirken. Im Hamlet wie im Romeo, beruht die Tragik im wesentlichen auf der Jugend der Helden.

So hat es Shakspeare gewollt und durch das ganze Drama in hundert Zügen sein Jünglingsbild meisterhaft durchgeführt. Und nun sollte dieses ganze Bild ausgelöscht werden durch die eine Stelle in der ersten Scene des fünften Aktes, die mit jener anfangs angeführten in unversöhnlichem Widerspruch steht, durch jene Worte des Totengräbers, aus denen man entnehmen könnte, daß Hamlet dreißig Jahre alt sei? Wer will denn bei der bekannten Flüchtigkeit Shaksperes in solchen Außerselbstlichkeiten behaupten, daß er bei der Angabe der dreißigjährigen Amtsdauer des Totengräbers an den zwanzig Zeilen zuvor erwähnten Geburtstag Hamlets, dem sie begonnen haben soll, noch gedacht habe? Um dieser einen Sache willen sollten wir das herrliche Jünglingsbild in das eines kranken Mannes verkehren? Darum sollte sich seine Mutter von fünfzig Jahren von einem wahrlich noch älteren Don Juan haben verführen lassen; darum sollte der alte Hamlet mit dem „schwärzlichen Silbergrau“ seiner Haare sechzig Jahre alt gewesen sein.

Trotzdem scheint es zur Bühnentradition geworden zu sein, daß bei der Darstellung Hamlets das Lebensalter, welches doch sonst meist als entscheidend für die Rollenverteilung gilt, keine Bedeutung haben dürfte. Es ist es denn möglich, daß man fast fünfzig Jahre das Theater besuchen und Hamlets sehen kann, und nicht einen jungen darunter. Der jüngste den ich gesehen habe, war Ende der dreißiger, bei scharf geschnittenen Zügen ein viel zu hohes Alter für einen Jüngling; dann kam ein Dreißiger; die andern waren 50 bis 70 Jahre alt. Das ist ein Mißbrauch, der mit einer der größten Kunstschöpfungen getrieben wird. Ehe wir uns fort Hamlet als geistig anormalen alten Herrn dargestellt sehen, wollen wir gern auf etwas technische Fertigkeit verzichten.

Wir wollen junge Hamlets auf der Bühne sehen.

Zum L o b e des Rainschen Hamlets ist zu sagen, daß er ihn nicht als Feigling, nicht als krankhaften Grübler, nicht als sentimentalen Heuler darstellt, sondern als genialen Menschen, der überall, wo die Situation es fordert, den Mut zeigt, den wir von dem Abkömmling einer kriegerischen Rasse erwarten, und eine impulsive Energie, die stellenweise in Wildheit ausartet. Da aber das Genie seinen Weg an der Grenze des Wahnsinns hinnimmt, so ist es als solches wenig geeignet, zu Thaten des kühlen, scharfen Verstandes: zur Anlage weitausschauender Pläne, zur Wahl der richtigen, wirkamen Mittel, welche ihre schließliche erfolgreiche Ausführung verbürgen. Hamlet ist nach dieser Auffassung schon durch seine geniale Natur verhindert, den richtigen Weg zur Bestrafung seines mörderischen Oheims zu finden. Diese Aufgabe wird ihm ferner erschwert durch sein cholerisches Temperament, das seine Empörung und seinen Zorn über die Vorgänge in seiner Familie unablässig flammend erhält, und durch seinen von denselben Vorgängen erweckten radikalen Pessimismus, der ihm alles Vertrauen auf die Menschen, allen Glauben an das Gute geraubt hat: was hilft es, sagt er sich, in einem einzelnen Falle das Unrecht zu strafen in einer Welt, wo immer nur die Bosheit und Gemeinheit herrscht und alles wüßt, verworren und faul ist!

Bei einem derartigen Menschen, in eine derartige Lage versetzt, kann von konsequentem Handeln nicht die Rede sein: er wird immerfort aus seiner augenblicklichen Stimmung heraus, nach seinen wechselnden Impulsen handeln, und niemand kann voraus wissen, was er in einer gegebenen Situation tun wird. Was uns aber bei dieser Auffassung die Bühne vor die Augen stellt, ist doch wieder jener kranke Mann, den ein großer Dichter niemals zum Helden einer Tragödie gemacht haben könnte. Eine solche Auffassung ist für einen bedeutenden Künstler sehr bequem, sie gibt ihm *carte blanche* für sein Spiel; er kann jede Szene so und anders spielen — wer will beweisen, welches Spiel für ein cholerisches, pessimistisches Genie das richtige ist? —, er kann, ebenso wie der Held, nach augenblicklichen Stimmungen, nach wechselnden Launen agieren und auch seine Venialität freien Lauf lassen. Der Zuschauer aber, dessen ganzer Genuß auf dem Verstehen beruht, sieht die *dissecta membra* einer merkwürdigen, nicht der Größe ermangelnden Persönlichkeit vor sich, aus der er ein einheitliches Bild zu fügen außerstande ist. Das andächtige Schauen und stete Sinnen, das die große Kunst erwecken soll, das eine Behikel zu schaltiger Wirkung, wird ihm durch die Kreuz- und Quersprünge des Helden gleich anfangs gestört, es macht einer stumpfen Neugierde nach dem, was nun kommen wird, Platz; und der Zuschauer ist zufrieden, wenn der Held sich endlich nach 4 $\frac{1}{2}$  Stunden zu Tode geklagt, gespottet und üttet hat.

Dieser Auffassung fehlt ein Element, das Shakspeare gerade zum Mittelpunkt der Natur seines Helden gemacht hat und ohne welches eine gehende Wirkung auch dem vollendetsten Spiel unmöglich ist. Und es

soll nicht geleugnet werden, daß in Rainz' Darstellung vieles vollendet war. Das Spiel während des Berichtes der Geistererscheinung wäre unübertrefflich gewesen, wenn neben der Sensation des Unerhörten auch die immer hervorbrechende Liebe zum Vater stärker in dem Helden zum Ausdruck gekommen wäre. Meisterhaft war der Vortrag von Hamlets gewöhnlich ausgelassener Rede vor dem Erscheinen des Geistes über den einen Fehltritt der den Wert des ganzen Menschen in den Augen der andern hinabjucht. Trotz des fein charakterisierenden Zuges an Hamlets Bild, den sie hat, ist es doch eine Angstrebe, wie man sie in fröstelnder Erwartung spricht, um die Zeit hinzubringen: Rainz spricht abgerissen, achtlos, fast mechanisch einen wirren Knäuel von Satz bis zu der Stelle, wo das Anacoluth eintritt. Hier bricht er plötzlich ab, eilt nach dem Hintergrunde und blickt in die Kulisse, seine Freunde ihm nach — er hat ein Geräusch gehört, aber es ist nichts — dann geht er wieder zurück und vollendet die Rede konstruktionslos. Vortrefflich natürlich war seine Haltung in den beiden Szenen mit dem Geiste von den angstvoll geklüfteten Worten:

Engel und Boten Gottes steht mir bei!

bis zu dem Wiederauftreten der Freunde; hier freilich trat eine unverhüllte kühle Ruhe an die Stelle äußerster Erregung, die doch bis zum Ende der Szene und darüber hinaus bis zum wortlosen Abschied von Ophelia anhalten muß.

Anderes war wieder gesucht und so auffallend, wie man es selbst von einem aus Rand und Band geratenen Genie kaum erwarten kann: so ist übrigens mit feinem Verständnis vorgetragene Monolog „Sein oder Nichtsein“, den Rainz auf einem in die Mitte der Bühne gestellten Kubus in den verschiedensten Stellungen liegend sprach. Wenn es auch falsch ist, wie Davison es tat, der den Prinzen in der Erwägung des eigenen Selbstmordes zeigte, heftig gestikulierend aufzutreten, so ist die Teilnahmslosigkeit, wie sie eine bequeme Lage andeutet, ebenso zu verwerfen. Hamlet kann zwar nicht daran denken, sich das Leben zu nehmen, weil er eine heilige Pflicht zu erfüllen hat; aber die Vorstellung von der Erlösung durch den Tod tritt ihm in seiner entseßlichen Lage persönlich doch sehr nahe. Der Monolog kann nur stehend gesprochen werden, wenn nicht die persönliche Erregung ausschalten und zur unorganisch eingeschobenen Denklübung werden soll.

Die zermalmende Rede an die Mutter hält Rainz zwar mit Stimmstärke und wild mit den Armen fuchtelnd, aber auf einem bequemen Sessel an der Seitenwand des Zimmers sitzend, zehn Schritt von der Mutter entfernt, die sich auf dem andern Ende der Bühne auf einem Stuhl windet und ihm die Seite zukehrt. Es sollte unmöglich sein, die Mutter anders zu sprechen, als vor ihr stehend und sie mit den Blicken vernichtend. Ebenso unverständlich ist der Abschied von der Mutter. Rainz entfernt sich von ihr, dreht sich an der Thür noch einmal um, ruft mit aller Kraft:

Organs „Mutter!“ als wenn er ihr noch eine Welt zu sagen hätte — dann spricht er ganz leise „Gute Nacht!“ und entfernt sich schnell. Das erinnert geradezu an den Aplomb, mit dem schwache Schauspieler Worte sprechen, aus denen sie überhaupt nichts zu machen wissen. Allerdings ist der Nachtrag nach dieser Auseinandersetzung kein gewöhnlicher, und wir erwarten, daß Hamlet, sie an sich ziehend, einen innigen Akzent auf das Wort „Mutter“ legen wird, der ihr sagt: Was auch zwischen uns gesprochen sein mag, du bist doch meine Mutter, und ich liebe dich. Der andre Abschied läßt die Zuhörer auffahren — um nichts.

Besonders gut gelingen Rainz die geistreichen, witzigen Gespräche in Prosa, in denen er eine realistische Natürlichkeit des Tones entfaltet. Bewundernswert ist die liebenswürdig bescheidene Art, mit der er den Schauspielern seine Lehren gibt — in dieser anspruchslos freundlichen Art den so Tiefstehenden gegenüber, die auf seinem und richtigem Empfinden beruht, ist eben Hamlet. Ebenso ansprechend sind die Szenen mit Rosenkranz und Gildenstern; dagegen viel zu absichtlich auf die lächerliche Wirkung angelegt die mit Polonius, und das Umarmen und Streicheln des „großen Säuglings“, der doch auch ein Streber sans phrase und ein aufdringlicher Neuigkeitskrämer ist, zeigt eine der vornehmen Persönlichkeit des Prinzen nicht anhaftende Genialität. Alle Prosapartien, in denen eine starke Empfindung sich ausspricht, mißlingen, wie die gleichartigen Verspartien: die oben angezogene Jünglingslegie über die zerstörte Schönheit dieser Welt, der erste Teil der Szene mit Ophelia, ehe Hamlet ihren lauschenden Vater hinter dem Vorhang bemerkt, sowie die ganze große Szene mit der Mutter, in welcher der Dichter eine dramatische Kraft der Empfindung entfaltet, die in der dramatischen Weltliteratur ohnegleichen ist. Ein schwerer Mißerfolg.

Und hiermit sind wir zu derjenigen Seite gelangt, welche den Kern von Hamlets Wesen bildet und die dem Rainzschen Hamlet zum großen Teile abgeht: der Gemütsseite. Dieses Manko zeigt sich gleich anfangs in der ersten längeren Rede Hamlets:

Nicht bloß mein düst'rer Mantel, gute Mutter

Noch die gewohnte Tracht von ernstem Schwarz usw.

Hamlet von dem Schein der durch äußere Abzeichen dargestellten inneren Fassung zu seiner echten Trauer spricht. Rainz spricht sie schnell und ohne Betonung, als ob er über diese belanglose kindliche Auseinandersetzung hinweggehen möchte; der Mann würde sich mit solcher Betrachtung nicht belassen. Shakspeare legt sie aber in den Mund eines tief fühlenden Jünglings, dem die Beobachtung, die er an seiner Mutter gemacht hat, neue Erfahrung ist: er spricht sie ruhig und ernst, aber mit aller Emphase der Empfindung. Die Rainzsche Vortragsweise, die monoton über eine Reihe von Versen hinweggeht, als ob sie nicht den mannigfaltigsten Gedanken- und Gehalt hätten, fällt immer wieder störend auf, besonders in der Szene mit der Mutter. Und so kommt dieser Grundzug in dem

Wesen Hamlets, dieser ruhende Pol in der Flucht der durch die Situation die Stimmung und Leidenschaft bewegten Handlungen: die reine, tiefe und richtige Empfindung nicht zur Geltung. Rains stellt Hamlet vor allem als Verstandesmenschen dar, als Satiriker, Humoristen, Philosophen und eleganten Redner; das ist ein Stück von ihm, aber beileibe nicht das Ganze.

Alexander von Weilen sagt in seinem ausgezeichneten Buche „Hamlet auf der deutschen Bühne“: „Von keinem [Hamlet-]Darsteller hält es so schwer, ein halbwegs einheitliches Bild zu gewinnen . . . von der Vorstellung zur andern wechselt die Auffassung in sprunghafter launicher Stimmung. Wer imstande wäre, Rains' Hamlet durch jedes Stadium seiner Bühnenform zu verfolgen, würde nicht nur die Geschichte seiner Rolle, sondern das Bild des ganzen Schauspielers zeichnen können.“ Dasselbe besagt das von Weilen zitierte Urteil von Anton Lindner aus dem Jahre 1899: „Rains wird den Hamlet stets neugeartet und anders gespielt in Berlin anders als in Wien, Wochentags anders als Sonntags.“ Ähnliches hat man auch aus den sehr abweichenden Urteilen derer entnehmen können, die ihn jetzt und hier gesehen haben. Natürlich kann jeder den Hamlet beurteilen, den er gesehen hat; und so möchte denn die entwickelte Ansicht von mancher Seite bestritten werden. Aber der Professor Weilen meint, daß sich im Laufe der Jahre doch eine gewisse Einheitlichkeit der Auffassung herausgebildet hat: „Die Gemütsstöße“ — von Anfang an schwach waren — „treten immer mehr zurück gegen die Arbeiten der Nerven,“ und der „dekadente“ Hamlet ist auch derjenige, den ich auf der Bühne des Neuen Schauspielhauses gesehen habe.

Es liegt nicht im Rahmen dieser dem Rains'schen Hamlet gewidmeten Erörterung, den andern Figuren eine eingehende Würdigung zuteil zu lassen; aber es scheint doch unbillig, besonders ansprechende Leistungen nicht hervorzuheben. So war der Polonius von Ernst Arndt in der Art ein ganz einheitliches, vorzüglich durchgeführtes Charakterbild, er auch wohl zu einseitig aufgefaßt: sein Polonius war ein guter, beschränkter alter Mann, Schalkspere hat noch mehr und häßlichere Eigenschaften. Es war eine Freude, wieder einmal nach der Königin des Neuen Sully-Hamlet von vorigem Winter eine schöne junge Frau (Gertrud) als Hamlets Mutter zu sehen, die alles Interesse, alle Liebe der Königin kleines Herz fähig ist, auf ihren glänzenden Sohn konzentriert und die in der großen Szene mit ihm an Stelle der, wie es scheint, rationellen stumpfen Gelassenheit des Alters die nervöse Scham, Neugier, Verzweiflung des jungen Weibes, eben wie jene ausgezeichnete französische Künstlerin, zeigte. Wie man ihr freilich ein Musterbeispiel für die Hamlets vor dem Erscheinen des Geistes, dem die Neigung zum Pöbel aufs Gesicht geschminkt war, zum Gemahl geben konnte, ist nicht ständig. Denn die Trunksucht ist weder die Hauptcharaktereigenschaft Claudius, noch eine solche, welche zarte junge Frauen verführt. Der Schalkspere'sche König ist zwar ein Schurke, aber kein Verbrecher.

ein feiner, kluger und schöner Mann. — Hamlet bezeichnet ihn bekanntlich im englischen Text als „Pfau“.

Die Ausstattung war, wie immer auf dieser Bühne, nicht bloß glänzend und schön, sondern zum Teil sehr stimmungsvoll, wie die Meer- und Schloß-Szenerie, in welcher der Geist erscheint. Zu tadeln war nur das Bühnenarrangement in der Schauspiel-Szene. Die hölzerne Rasenbank, an und auf der sich die kleine Gonzagotragödie abspielt, war mitten auf die Bühne gestellt und verbarg von dem an der Hinterwand entlang sitzenden Hofe gerade die Hauptpersonen, deren Mienenspiel man verfolgen muß: den König, die Königin und Hamlet.

Hermann Conrad.

## Politische Korrespondenz.

### Die Vereinigung Südafrikas.

Wie verheißen, ist der Entwurf der Südafrikanischen Verfassung vom 9. Februar von der „Convention“, dem Ausschuß aller Südafrikanischen Parlamente, veröffentlicht worden. Vorgeschlagen ist nach den telegraphischen Meldungen, daß die Kapkolonie, Transvaal, Natal und der Orange sich vereinigen. Ein Senat und eine Gesetzgebende Versammlung hat die Regierung. Die bisherigen Kolonien behalten eine gewisse Selbständigkeit und stehen unter Provinzialräten. Der Senat wird aus diesen gewählt. Die gesetzgebende Versammlung geht aus direkten Wahlen der Bevölkerung hervor. Die Amtssprache ist Englisch und Holländisch. Die Frage der Hauptstadt — bei den 4 rivalisierenden Staaten die Hauptstadt des Bezirks — hat durch die gemeldete Dreiteilung: Kapstadt, Bloemfontein, Pretoria freilich eine befriedigende Lösung nicht gefunden. Aber man vergesse nicht, daß diese Frage, welche die öffentliche Meinung Südafrikas in Ermangelung irgend welcher positiven Nachrichten, so lange die Convention tagte, — sehr stark beschäftigte, doch im Grunde nur eine Nebenfrage ist. Aus lokalpatriotischen Gründen ist sie für das Einigungswerk vielleicht von einigem Belang, für das vereinigte Südafrika aber von keiner Bedeutung. Was würde etwa in Amerika dadurch geändert werden? New York oder San Francisco die Hauptstadt der Vereinigten Staaten werden?

Mit einem Male taucht nun das Bild eines geeinigten Südafrikas auf. Zunächst freilich nur ein Bild, denn der Verfassungsentwurf ist erst noch der Bevölkerung vorgelegt. Sie hat zu entscheiden, ob er angenommen oder abgelehnt wird. Aber an der Annahme ist nicht zu zweifeln. So spielt sich jetzt, von der Außenwelt wenig beachtet, der letzte Akt des Dramas ab, dessen mit Blut geschriebener dritter Akt, der Südafrikanische Krieg, einst die ganze Welt in atemloser Spannung erhielt. Bei dem großen Interesse, das diese Einigung auch im Hinblick auf Deutsch-Südwest erheischt, ist es daher wohl gerechtfertigt, auf die Verhältnisse, die zur Einigung drängen, einen Blick zu werfen. Man kann wohl sagen: Die Geschichte Südafrikas ist die Geschichte seines Auseinanderfallens und Wiedervereinigung. Von Natur ist kaum ein Land nach gleichmäßiger Mischung seiner Bevölkerung, Ähnlichkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse



und geographischer Bildung so zum Einheitsstaat geschaffen wie Südafrika. Was Südafrika auseinandergerissen hat, ist seine Geschichte. Eine Reihe unbegreiflicher Fehler der Kolonialverwaltung — aus denen nebst anderen dieselbe erst ihre fast sprichwörtliche Kolonialweisheit gelernt hat — trieb die Unzufriedenen unter den Bauern immer weiter nach Norden zu neuen Staatengründungen. Der Gegensatz gegen die Kolonialregierung gab ihnen erst den nötigen Zusammenschluß und eine Festigkeit, die sich am Amajuba selbst gegen den Ansturm Englands stark genug bewies. Mit der Verleihung von Selbstregierung an die Südafrikanischen Kolonien verlor dieser Gegensatz seine Schärfe. Die Anziehungskraft des Burenelements in den freien Staaten bewies sich aber so stark, daß lange Zeit die Frage war: Ein einiges Südafrika unter englischer oder Burenflagge? Diese Frage hat der Krieg für immer entschieden.

Gleich nach dem Kriege wurden die Einigungsbestrebungen von der englischen Regierung wieder aufgenommen: Die Eisenbahnen des früheren Freistaates und Transvaals wurden vereinigt und ihre Verwaltung auch später bei Verleihung der Selbstregierung dem Kolonialamt in London vorbehalten. Ferner wurde eine Kommission von ersten Kennern berufen, um die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Eingeborenen und die sie betreffenden Gesetze in den verschiedenen Staaten festzustellen und Vorschläge für eine gemeinsame gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit in ganz Britisch-Südafrika zu machen. In den Jahren 1903—5 entledigte sie sich dieser sehr schwierigen Aufgabe, bei welcher wohl alle Sachkenner in Eingeborenen-Angelegenheiten zu Rate gezogen wurden. Endlich ließ der High Commissioner Lord Selborne, der oberste Beamte Englands, der sich einer großen Popularität in ganz Südafrika erfreut, aus seinem Bureau eine Denkschrift ausgehen, die in schlagender, unwiderleglicher Weise dartat, daß eine Einigung nötig sei. Es waren dies freilich nur vorbereitende, aber immerhin wichtige Schritte, denn sie trafen den Kernpunkt der Sache. Die Gedanken der Denkschrift sind so einleuchtend, daß sie Allgemeingut in Südafrika geworden sind und in Diskussionen über „closer union“ immer wieder auftauchen. Sie haben entschieden wegbereitend gewirkt. Die zwei Hauptmomente, welche die Denkschrift für die Einigung anführt, sind die Eingeborenen- und die Eisenbahnfrage. Wir wollen daher auf diese beiden Punkte etwas näher eingehen.

In den letzten Jahren ist sich Südafrika bewußt geworden, zum Teil durch Vorgänge in Südwest, welche Gefahr in einer so zahlreichen Kaffernbevölkerung wie der in Britisch-Südafrika liegt. Die Eingeborenen-Gefahr im heutigen Sinn ist für ganz Afrika etwas Neues. In Deutsch-Südwest und Deutsch-Ostafrika haben wir zum Teil mit denselben Erscheinungen zu tun wie im englischen Südafrika. In früheren Zeiten paralysierten die währenden Stammesfehden die Kräfte der Eingeborenen und dezimierten Zahl derselben. Seit die Kolonialregierungen diese verhindern, nimmt Zahl der Eingeborenen außerordentlich schnell zu. Als die Bauern

nach Transvaal kamen und die Matebeles, einen Zulu-Stamm, besiegt hatten, war drei Viertel des Landes fast menschenleer. So hatten die Matebeles gehaust. — Wenige Jahrzehnte später und die Macht Sekukunis, eines Häuptlings der früher geknechteten Nordbasuto, war so gewachsen, daß die Buren sich seiner kaum erwehren konnten. Jetzt lebt über eine Million Eingeborene in Transvaal. Ein ähnliches Bild bieten Natal und der Drangestaat. Die eingeborene Bevölkerung nimmt in höherem Maße zu als die der Weißen trotz der starken Einwanderung der letzteren: In 13 Jahren betrug die Vermehrung in Südbasutoland 59%, im Drangestaat gar über 80%! Das Verhältnis der Zahl von Weiß zu Schwarz ist in Britisch-Südafrika wie 1 : 15. Von rein wirtschaftlichem Standpunkt ist eine solche Vermehrung hochwillkommen, denn sie bedeutet eine Vermehrung der farbigen Arbeiter. Die Entwicklung der Goldminen Johannesburgs hängt ganz von der Zahl der farbigen Arbeiter ab. Es arbeiten in den Minen ca. 130 000 farbige Arbeiter, von denen ca. 70 000 aus portugiesischem Gebiet kommt. Es könnte aber wohl die doppelte Anzahl beschäftigt werden. Die Stadt braucht außerdem ca. 100 000 Arbeiter als Bedienung in den Häusern und als Arbeiter in Geschäften. Aber selbst das birgt dieses Anschwellen der schwarzen Flut die schwersten Gefahren. Man sollte denken, daß die Kaffern von Dank gegen ihre Befreier erfüllt seien, die ihnen Sicherheit für Leben und Eigentum gebracht haben. Das Gegenteil ist der Fall. Nur zu natürlich! Der weiße Mann hat Ruhe unter den Eingeborenen nicht aus philanthropischen sondern aus politischen Gründen geschaffen und sucht nun die Kaffern so teuer wie möglich für die ihnen unzweifelhaft erwiesenen Wohltaten zu lassen. Im Transvaal ist eine Steuer von 40 Mk. auf jeden über 16 Jahre gelegt, dazu kommt eine Paßgebühr von 2 Mk. monatlich für die Arbeiter in den Städten und Minen.

Der Grund und Boden gehört mit Ausnahme der Lokationen (eingeborenen-Reservate) entweder der Regierung oder Privaten. Kaffern auf ihm wohnen, so haben sie Miete zu zahlen. Dieselbe beträgt je nach der wirtschaftlichen Brauchbarkeit des Bodens 40—200 Mk. im Jahr. Oder es sind entsprechende Dienste zu leisten. Der Kaffern ist natürlich die Sache so an: Der weiße Mann hat mir das Land gegeben und will mich selbst noch dazu zum Sklaven machen. Ein glühender Haß gegen den weißen Herrn, den „Baas“, ist die Folge. Die Bewegung ist so elementar, daß sich auch besonnenere Elemente ihr nicht entziehen können. Die Mission ist hier die naturgemäße Vermittlerin. Sie lehrt die Kaffern an uneigennützigem Beweggründe bei dem weißen Manne glauben und ihre eigene Stellung richtiger auffassen. Aber gerade sie hatte den stärksten Stoß auszuhalten, der von dieser Bewegung ausging. Die alte Bewegung ist ja zu bekannt, als daß sie hier noch einmal stigmatisiert werden mußte. — Die Sturmflut, die im ersten Anlauf die jahrhundertlang bestehende Mission wegzuspülen schien, ist verlaufen, oder ebgt wenigstens

zurück. Im Transvaal hat sie kaum Schaden getan. Man unterschätze diesen Erfolg nicht, denn bei den auf niedriger Kulturstufe stehenden Völkern ist die Religion das einzige geistige Interesse, das sie befeelt, und sie besitzt daher, wie die Geschichte zeigt, gewaltige Triebkraft. Aber man überschätze auch diesen Sieg nicht, denn die äthiopische Bewegung ist nur ein Aufschäumen und Zutagetreten eines gewaltigen, verborgenen Stromes. Unter ihm schmilzt der alte Stammeshaß dahin. Die innige Verührung auf den Goldfeldern und Diamantfeldern, wo immer Hunderttausend beisammen sind, stärkt das Solidaritäts- und Massenbewußtsein. „Afrika für die Afrikaner“, d. h. die schwarzen, wird immer mehr die Losung für alle. Das letzte Ziel ist: „Die Weißen in die See zu jagen“. Beim letzten Zuluaufrstand 1906 ließen sich die Fäden einer Verschwörung durch ganz Südafrika verfolgen. Ueberhaupt scheint die Geheimbündelei unter den Rassen sich auszubreiten. Viel von sich reden macht in letzter Zeit die sogenannte „Amalita“: Junge Burschen rotten sich in den Straßen Johannesburgs zusammen und rempeln die weißen Passanten an. Sie gehören alle dem erwähnten Geheimbund an. Ob sonst noch etwas dahinter steckt, weiß niemand. Dieser tiefgehenden Bewegung stehen die Regierungen nicht geschlossen gegenüber. Jede verfolgt ihre eigene Rassenpolitik. In Basuto- und Betschuanaland, Transvaal und Orangestaat hat das Kolonialamt in London die Native-Angelegenheiten sich vorbehalten, diese sind also der Kontrolle Südafrikas gänzlich entzogen.

Dies und die Verschiedenheit der Rassen, der sozialen und politischen Verhältnisse bei den Eingeborenen bietet dem Beobachter ein fast unübersehbares Wirrsal. In der Kapkolonie haben die Farbigen in gewissen Grenzen das Recht, zum Parlament mitzuwählen, ein Recht, das in den anderen Kolonien den Weißen ein Greuel ist. Aber selbst in der Kapkolonie, und gerade hier sind die Verhältnisse sehr verschieden. Die „Cape boys“, eine in jahrhundertlanger Mischung von Rassen, Hottentotten, Weißen und Malaien entstandene Rasse, unterscheidet sich in ihrer Lebenshaltung wenig vom europäischen Tagelöhner. Das andere Extrem ist der weiße Kaffer im nördlichen Kaffraria, der selten einen Weißen zu sehen kommt. Dazwischen gibt es alle Abstufungen. Dieselben Unterschiede, nur in geringerem Maße, zeigen sich in allen anderen Kolonien. Im allgemeinen kann man sagen: Je weiter nach Norden, desto geringer die Kultur des ganzen Landes und mit ihr die des Kaffern. Während die Kapkolonie eine „Hochschule“ für Farbige in Lovedale erfreut und nach einem „University College“ für solche strebt, fehlt im Transvaal selbst unter den Farbigen jedes Verständnis dafür. Während in der Kapkolonie und in Natal ein staatliches blühendes Schulwesen für Farbige existiert, muß diese eventl. das Reisezeugnis für die Universität erwerben können, man im Transvaal erst seit einigen Jahren an Eingeborenen-Schulen hat. Die Fürsorge geht aber über eine geringe Unterstützung der Missionsschulen nicht hinaus. Der dritte Standard (Pensum des dritten

Schuljahres), ist das Ziel, das selten erreicht wird. Eine Ausnahme bilden natürlich die Missionsseminare und die Vorbereitungsschulen für die höherer Ebenen. Ebenso groß sind die Unterschiede in sozialer Beziehung. In Betschuanaland, Basuto-, Zulu- und Swasiland leben die Stämme ganz nach Urväterrecht unter ihren Häuptlingen; freilich sind letztere von englischen Beamten kontrolliert.

Im übrigen kann man vier verschiedene Arten von Siedlungen unterscheiden: 1. In Lokationen von der Regierung ausgesonderten Reservaten, die im wesentlichen den obengenannten Territorien gleichen. In ihnen ist der Boden Kollektiveigentum. 2. Auf selbstgekauften Farmen. Auf ihnen ist das Natal persönliche Eigentumsrechte anerkannt, nicht aber im Transvaal, wo sie Stammeseigentum bleiben. 3. Auf Staats- oder Privatfarmen, die die Kaffern auf Grund eines Kontraktes bewohnen. Plakker oder Squatters, der holländische resp. englische Name für dieselben. Nach altem Transvaalgesetz, der „Plakkerswet“, dürfen nicht mehr wie fünf Familien auf einer Plakke wohnen. 4. In städtischen Lokationen. Bei jeder südafrikanischen Stadt ist ein Quartier für die Farbigen abgesteckt, in dem die indischen Arbeiter wohnen.

Trotzdem sich so durch die Macht der Verhältnisse eine gewisse Stabilität in ganz Südafrika herausgestellt hat, gelten doch auch heute jedem Staate andere Gesetze. Überall ist aber das Streben der Schwarzen, die ihnen von den Weißen gezogenen Grenzen zu überwinden. Die Befürchtungen, welche diese Bestrebungen den Weißen einflößen, werden in Afrika selten in der Öffentlichkeit geäußert. Die Furcht wird auch von den Farbigen gelehrt und jeder Schein von Feindschaft von der anderen Seite würde ihr Selbstbewußtsein noch erhöhen. Die Frage ist das „Skelett im Haus“ für Südafrika. Niemand spricht darüber und jedermann grault sich davor. Jeder weiße Afrikaner weiß, daß die Gefahr von seiten der Kaffern von Jahr zu Jahr wächst und daß die Frage gestellt wird: Südafrika unter weißer oder schwarzer Herrschaft?

Auch die Eisenbahnfrage drängt gebieterisch nach einer Lösung. Durch die Einigung Südafrikas möglich ist. Jeder Staat hat in Südafrika sein eigenes Eisenbahnnetz, und die Finanzen sind zum größten Teil auf die Eisenbahnen basiert. Eine Rente aber können die Bahnen nur bringen, wenn sie Anteil an dem Durchgangsverkehr nach Johannesburg haben. Enorme Summen sind außerdem auf den Ausbau der Eisenbahnen verwandt, die ohne diese Frachten ebenfalls brach liegen. Alles dies um den Verkehr von den Häfen nach Johannesburg, denn die Häfen von Kapstadt und in geringerem Maße Kimberley sind die einzigen, die den Durchgangsverkehr nach dem Innern nötig machen. So lange die Kapstadt den Durchgangsverkehr hatten, florierten sie; jetzt sind sie für den Verkehr ein freßendes Kapital geworden. Im Jahre 1896 betrug die Verzinsung des in Eisenbahnen angelegten Kapitals fast 9%, 1904 wenig über 5%. Auch in Natal geht die Einnahme der Eisenbahnen ständig zurück.

dem der Kohlentransport aus dem Oberland außerordentlich zugenommen hat. Dabei haben Durban und die Natalbahnen noch 35 % des Verkehrs nach Johannesburg, der Anteil der Häfen der Kapkolonie ist auf 15 % gefallen. Volle 50 % gehen über Delagoabay. Dieses tritt als der natürliche Hafen von Transvaal immer mehr in sein Recht. Von dort aber führt die Eisenbahn fast ganz durch Transvaalgebiet. Die ganzen Einnahmen fallen also Transvaal zu.

Man kann es verstehen, daß die innerstaatlichen Beziehungen Südafrikas fast ganz von Verhandlungen und Streitigkeiten über Eisenbahntarife ausgefüllt sind. Fast wäre es zu Präsident Krügers Zeiten zu einem Kriege zwischen Transvaal und der Kapkolonie über einer Tarifffrage gekommen. Es ist nicht leere Drohung, wenn Lord Selborne auf die Möglichkeit eines Krieges zwischen den Staaten Südafrikas auch in der Zukunft hinweist, wenn eine Vereinigung Südafrikas nicht zustande kommt. Die schwere wirtschaftliche Krise, welche seit dem Kriege immer schwerer über Südafrika hereingebrochen ist, hat die im Vorhergehenden geschilderten Verhältnisse fast zur Unerträglichkeit gesteigert. Trotz der äußersten Sparsamkeit, einer Beschnheidung aller Ausgaben, der eine Menge alter Staatsbeamter zum Opfer gefallen ist, beträgt das Defizit in der Kapkolonie 20 Millionen Mark bei einem Budget von 260 Millionen. Dem kleinen Natal fehlen 8 Millionen, während die Transvaalregierung 20 Millionen bar in den Kassen als Ueberschuß hat. Das deckt, wenn eine Einigung zustande kommt, fast das ganze Defizit der beiden ersten. Aber welch ein Entschluß für den Transvaal, der die ganzen Kosten dieser Vereinigung zu tragen hat! Trotzdem bot er nicht nur die Hand zu dieser Einigung, sondern gab auch die erste Anregung zu derselben. Es ist außerordentlich charakteristisch, daß bei der Diskussion dieser Frage im Parlament sich auch eine Stimme des Widerspruches von extremer Burenseite meldete. Auch die öffentliche Meinung tritt je länger desto mehr für die Einigung in. Ein glänzendes Zeugnis politischer Reife bei der Gesamtbevölkerung. Ein Zeichen ferner, daß die Bevölkerung gewillt ist, den alten Hader der Rassen zu vergessen und gemeinsam nach dem höchsten Ziel, das ein Afrikaner sich denken kann, der Vereinigung Südafrikas, zu streben. Das ist um so wunderbarer, als der Afrikaner ein kühler Rechner ist und Geheißpolitik nicht seine Sache ist. Aber trotz der großen Opfer wird auch der Transvaal seinen eigenen Vorteil in dem der Gesamtheit finden.

Erst ein großer, in sich geschlossener Staat kann eine stetige, dauernde Politik verbürgen. Und an einer solchen hat es in den Jahren nach dem Kriege in Transvaal gänzlich gefehlt. Ein vereinigtcs Südafrika ist die erste Forderung von außen oder innen nicht so leicht aufgestellt und vor allem die Einmischungen des Kolonialamtes weniger zugänglich. Eine Vereinigung von Südafrika bedeutet zugleich auch seine Emanzipation von der Fremdherrschaft. Die Goldindustrie in Johannesburg braucht vor allen Dingen stetige Verhältnisse, gegebene Größen, mit denen sie

rechnen kann. Ein großer Teil des jetzigen Niederganges ist wohl auf die früheren Schwankungen zurückzuführen. Und wer garantiert denn dafür, daß nicht morgen oder übermorgen eine neue Regierung oder Verhältnisse eintreten, die tief das Wohl und Wehe der Goldindustrie beeinflussen? Durch eine Einigung Südafrikas sind alle Möglichkeiten innerafrikanischer Verwicklungen, die ja sonst nicht ausgeschlossen waren, aus dem Wege geräumt. Ein weiterer Vorteil ist, daß Südafrika Herr in seinem eigenen Hause wird. Die Britische Regierung wird schwerlich einem vereinigten Südafrika die Regelung seiner Eingeborenen-Gesetzgebung vorenthalten können, ebensowenig wird es die Eisenbahnen des Transvaal und des Freistaates ferner in den Händen behalten können. Weniger ins Gewicht würde der Vorteil des vergrößerten Wirtschaftsgebietes für Transvaal fallen, da die Ausfuhr von Transvaal nach den anderen Kolonien Südafrikas sich zur Einfuhr wie 1 : 16 verhält. Um so wichtiger wird er für das übrige Südafrika sein. Immerhin bringt der Wegfall von 4 Parlamenten, 4 Regierungen und 4 Gouverneuren, die für eine Gesamtbevölkerung von knapp einer Million doch etwas viel sind, gegen ein großes Parlament und eine Zentralregierung, nicht unerhebliche Ersparnisse mit sich.

Der Traum von dem vereinigten Südafrika unter Burenherrschaft ist ausgeträumt, aber auch der Traum Milners: die Einigung Südafrikas unter der unbedingten Vorherrschaft des englischen Elements zustande zu bringen, ist ebenso verflohen. Alle seine Pläne: englische Farmer in großen Massen anzusiedeln, durch eine forcierte Entwicklung der Goldindustrie das Engländerturn so zu stärken, daß ihm die unbedingte Herrschaft im Transvaal und damit auch im anderen Südafrika zufiele — denn der Zulu halten sich englische und burenische Afrikaner etwa die Waage — sind zerfallen und zum Scheitern gekommen. Diese Politik hat vollkommen Fiasco gemacht. Im Gegenteil: die Buren sind augenblicklich Herren der Lage. Sie haben in der Kapkolonie, im Freistaat und im Transvaal die Majorität und haben auch die Regierung in Händen. Offenbar werden sie auch in dem vereinigten Südafrika die Leitung in die Hände bekommen. Es war in Natal, dieser „englischsten“ Kolonie Südafrikas, eine Zeitlang die Neigung gegen eine Einigung sehr stark. Freilich konnte man die Notwendigkeit einer solchen nicht verhehlen. Ein Blick in die eigene Tasche genügte: Ein Defizit von 8 Millionen, eine Staatsschuld von 1 1/2 Milliarde, sinkende Eisenbahneinnahmen. Aber doch nur nicht das verhaßte Burenregiment! Das Geld des Transvaals ließ man schon gefallen. „Federation not unification“ war daher dort das Schlagwort. In der letzten Zeit wurde man aber schon müde. Es liegt ja auf der Hand, daß die Eingeborenen- und die Eisenbahnenfrage einheitlich geregelt werden müssen, auch die Post als Verkehrsmittel. Von dieser Einigung nicht ausgeschlossen sein können, ebenso der Handel mit dem Kolonialamt. Damit ist aber schon ein Einheitsstaat geschaffen. Ob man die Erziehung einheitlich regeln will oder nicht, fällt weniger

Gewicht. Für Transvaal, das ein modernes liberales Schulgesetz hat, würde es ein Rückschritt sein, wieder auf den Standpunkt der Kapkolonie zu kommen. Die Bergwerksgesetzgebung ist so verschieden, daß sie auch wohl schwerlich unter einen Hut gebracht werden kann. Im Transvaal zählt z. B. die Diamantindustrie 60 % ihres Reingewinnes an den Staat, im Freistaat 40 %, in der Kapkolonie meines Wissens nur 10 %. Auch sind De Beers, denen die Diamantgruben in Kimberley gehören, so mächtig in der Kapkolonie, daß wohl nicht auf einen Ausgleich zu rechnen ist. Unter diesen Verhältnissen wird auf eine gewisse lokale Selbstregierung in den einzelnen Staaten kaum zu verzichten sein. Auch würde wohl der Sprung zu einem straff organisierten Einheitsstaat zu groß sein. Erklärlich ist diese allgemeine Einmütigkeit von Buren und Briten nur durch das ungeheure Ansehen, das Botha in ganz Südafrika mit seiner Regierung, vor allem dem Kolonialsekretär Smuts, genießt. Er hat mit seiner Partei den Wahlsfeldzug einst unter der Parole „Versöhnung der Rassen“ gewonnen. Wer hätte das damals nicht für ein billiges Wahlmanöver gehalten? Aber die Regierung machte diese Parole ehrlich zu ihrem Programm und ist auf diesem Wege unentwegt fortgeschritten.

Nur ein Beispiel: Die Schulfrage hat von jeher einen Zankapfel in Transvaal gebildet. Die Schwierigkeit lag in dem Gegensatz einer englisch sprechenden Stadt- und einer holländisch sprechenden Landbevölkerung. Zu Präsident Krügers Zeiten wurde die Sache sehr einfach so erledigt, daß man Johannesburg und den Rand im wesentlichen sich selbst überließ und nur Schulen mit holländischer Unterrichtssprache gründete. Die Regierungssprache war ausschließlich holländisch. Die Schulen wurden von einem Holländer namens Mansveld eingerichtet, der seine Lehrer fast ausschließlich von Holland importierte. Da aber das holländisch ein Dialekt ist, der sich vom Schrift-holländischen sehr wesentlich unterscheidet, und Handel und Verkehr sich ausschließlich der englischen Sprache bedienten, so waren die Buren selbst von diesem System nicht sonderlich erbaut. Denn es gab ihren Söhnen auch nicht die geringste Vorbereitung für irgend einen praktischen Beruf. Das „System Mansveld“ war erledigt, bevor der allgemeine Zusammenbruch des Krieges es hinwegsetzte. In der Ära Milner wurde der entgegengesetzte Weg eingeschlagen: durch die Schule sollte die heranwachsende Burengeneration angliert werden. Die Lehrer – oder vielmehr Lehrerinnen, denn diese arbeiten billiger – wurden un massenweise aus England importiert, wenig zur Freude von Kindern und Lehrern, von denen die Einen kein Englisch und die Anderen kein holländisch verstanden. Die Situation war hoffnungslos, da der Engländer nun einmal prinzipiell keine fremden Sprachen lernt. In großer Anzahl haben damals die Buren ihre eigenen Schulen gegründet, in der richtigen Erkenntnis, daß mit der Sprache den Kindern auch die Nationalität geraubt werde. Das alte Elend der erbärmlich besoldeten „Buren-Lehrmeister“ schien damit für immer wieder aufleben zu sollen. Wir

waren nach der Einführung der Selbstregierung auf erbitterte Kämpfe zwischen Regierung und Opposition der Schule wegen gelaufen. Nichts davon geschah. Das von Smuts vorgelegte Erziehungsgesetz dezentralisiert das Schulwesen. Jeder Distrikt wählt nach dem Modus der Parlamentswahlen einen Ausschuss (board), der innerhalb sehr weiter Grenzen über Gründung und Lehrpläne von Schulen, Berufung und Entlassung von Lehrern zu entscheiden hat. Da, wie gesagt, Buren und Engländer gesondert wohnen, ist damit jeder Nationalitätenkonflikt ausgeschaltet. Die Regierung behält sich nur die Revision der Schulen, die Billigung der Lehrpläne und — last not least — das Bezahlen vor. Das Gesetz schreibt vor: In den ersten 3 Jahren ist jedes Kind nach Möglichkeit in seiner Muttersprache zu unterrichten. Später ist Englisch die Unterrichtssprache. Die Prüfungen werden nicht nach dem lediglich schriftlichen System, sondern in mehr moderner Art abgehalten. Weder von der Opposition noch von Bauernseite wurde auch nur eine Stimme des Widerstandes im Parlament laut. In der Tat ist das Gesetz, unter dem das Schulwesen Transvaals eine außerordentliche Blüte entwickelt, eine geniale Ueberwindung der Schwierigkeit. Es könnte scheinen, als ob Smuts zu weit gegangen wäre, als ob die Bauern mit diesem Gesetz die Zukunft ihrer Nation aufgegeben hätten. In Wirklichkeit ist das Gesetz nur die Anerkennung der tatsächlichen Verhältnisse. Napholländisch ist eine Sprache ohne Literatur, nicht einmal eine solche wie die des Plattdeutschen in our hands. In der Kirche ist zwar das Hocholländische eingeführt. Man desto weniger empfindet der Bure dieses als fremde Sprache. Andererseits ist das Englische die Sprache des Verkehrs und Geschäfts, der höheren Bildung. Eine Unterhaltung über Technik, Literatur, Kunst ist im Napholländischen einfach unmöglich.

Für uns Deutsche ist das Gesetz besonders erfreulich, weil eine deutsche Schule in Johannesburg in dem etwas erweiterten Rahmen des Gesetzes Staatschule werden konnte und damit dem drohenden finanziellen Zusammenbruch entgangen ist. Schulgebäude und Grundbesitz sind vollständig unveräußerlicher Besitz der Deutschen Schulgemeinde geblieben. Der Lehrplan der deutschen Schule ist nichts geändert, keine deutsche Schrift gezeichnet, die Lehrer bis auf einen des Englischen und einen des Napholländischen alle nach wie vor deutsch. Der Unterricht wird auch fernerhin nach dem Lehrplan einer lateinlosen höheren Realschule gegeben. Kinder, die in Deutschland übergetreten sind, sind bisher anstandslos in den entsprechenden Klassen mitgekommen. Freilich überwiegt in der 8.—10. Klasse das Englische, weil hier die Vorbereitung für die Reifeprüfung für die Universität stattfindet. Das Examen ist bereits von einem Schüler der Anstalt bestanden. Die Behörde hat der Schule nie etwas in der Hand gelegt. Das Urteil bei einer der letzten Revisionen war: „Die Leistungen sind vorzüglich“. (The work done is excellent).

Wie schon diese Darlegung über das Schulgesetz beweist, ist eine



nährung, ja eine Versöhnung der beiden weißen Rassen, Buren und Engländer, eingetreten, welche alle Unterschiede stark zurücktreten läßt. Doch es fehlt nicht an anderen Zeichen: Es ist bekannt, wie spröde die Burenkirche, dieser feste Hort buriſch nationalen Wesens, in trüber Zeit sich gegen die englischen Kirchen abschloß. Seit etwa einem halben Jahr ist das vollkommen anders geworden. Gemeinsame Konferenzen und Versammlungen sind an der Tagesordnung. Ja kürzlich wurde in Potchefstroom, der früheren Hauptstadt des Landes, eine gemeinsame Gedächtnisfeier an den Gräbern der gefallenen englischen Soldaten und der in den Frauenlagern gestorbenen Frauen und Kinder gehalten. Zum Schluß wurde die englische Nationalhymne gesungen!! Freilich bemerkt der Berichterstatter für ein extremes Burenblatt: „Es tat einem das Herz weh und man bekam einen schlechten Geschmack im Munde“. Diese Begebnisse sind Zeichen der Zeit und der Widerspruch ist nur leise. Mit einem Worte: die Versöhnung der Rassen vollzieht sich in Afrika überraschend schnell. Wie im Schmelztiegel sind die spröden Erze der Engländer und Buren durch die furchtbaren Erfahrungen des letzten Krieges und in seinem Gefolge durch den beispiellosen wirtschaftlichen Niedergang der letzten Jahre erweicht. Nach einem neuen Beispiel, wohin ein engherziger Rassen- und Interessenstandpunkt führen kann, gelüstet es niemand. Die Elemente sind im Fluß, die Form steht bereit, die für Jahrhunderte einem neuen Volkstum seine Gestalt geben soll. Möge sie ein „Monumentum aere perennius“ sein.

Aber, so kann man fragen: Was geht uns denn in Deutsch-Südwest die ganze Geschichte an? — Auch für unsere Kolonie kann eine Einigung des anderen Südafrika nur förderlich sein. Jedem, der nach Südwest kommt, drängt sich in kurzer Zeit die Erkenntnis auf, daß dieses Land trotz seiner Isolierung durch fast unzugängliche Wüsten doch wirtschaftlich nur ein Glied von Südafrika ist. Kimberley und Johannesburg sind die einzigen Märkte, die bisher von Bedeutung für unsere Kolonie geworden sind und auch wohl bleiben werden. Ein aufblühendes, konsumfähiges Südafrika ist auch für uns von Nutzen. Auch kann uns ein unter englischer Flagge geeintes Südafrika nie gefährlich werden, weil die auswärtigen Beziehungen desselben von London aus geregelt werden. Gegen ein unter Burenflagge geeintes Südafrika hätten wir keine diplomatischen Handhaben wie gegen England. Und vergesse man nicht: Das alte Burenwort: „Gott hat uns Südafrika bis zum Zambesi geschenkt“, umfaßt auch Deutsch-Südwest.

F. Grafmann.

Grundlagen der ungarischen Nationalitätenpolitik. — Magyaren u. Deutsche.

Die bekannten Vorgänge in Prag und deren Begleiterscheinungen im böhmischen Reichsrat mit anschließender Kabinetts- und Parlamentskrise haben mit sich gebracht, daß die allgemeine Aufmerksamkeit in Deutschland sich

fast vollständig den Zuständen in Oesterreich zugewendet hat, während Ungarn mehr in den Hintergrund tritt. Und doch geht dort in letzter Zeit so mancherlei vor, was gerade für die Zukunft des Deutschtums mehr ins Gewicht fällt, als die im Grunde wenig abwechslungsreichen Variationen des böhmisch-österreichischen Themas. Die Magyaren fassen das, was ihnen als Uebel erscheint, gleich bei der Wurzel, indem sie Gesetze schaffen, die der Entwicklung nichtmagyarischer und besonders deutscher Kultur den Lebensnerv unterbinden, während man in Oesterreich nur auf eine Ausgleichung der nationalen Existenzbedingungen bedacht ist. Auf beiden Seiten sind diesseits der Leitha selbst die radikalsten Auser im Streite, je weit sie als zurechnungsfähig zu gelten den Ehrgeiz haben, nicht gesonnen, den andern Volksstamm mit Stumpf und Stiel auszurotten oder den eigenen Volkskörper völlig einzuverleiben, denn dazu fehlen die ethnographischen Vorbedingungen nicht minder als die staatsrechtlichen; aber die gegenwärtigen Machthaber in den Reihen des Magyarentums, die Kossuthjünger aller Schattierungen, streben stetig dem Ziel zu, alle Nichtmagyaren ihres Volkstums zu entkleiden und so die eigene Volkszahl auf fremde Kosten allmählich zu verdoppeln und zu verdreifachen. Den staatsrechtlichen Vorwand dazu bietet ihnen der unendlich dehnbare Begriff der magyarischen „Staatssprache“, ein Begriff, mit dem in Oesterreich an der Hand der Recht bestehenden Gesetze weder die Deutschen noch die Tschechen operieren können, noch sonst eine Nationalität der „im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder.“

Diesen rein formalen Vorzug einer absichtlich recht unklar gehaltenen staatsgrundgesetzlichen Bestimmung nützt das Magyarentum weidlich aus, und in der Wiener Hofburg werden ihm zurzeit keine Hindernisse entgegen gestellt, — ob aus politischem Doktrinarismus, weil nun einmal der Begriff der „Staatssprache“ drüben festgelegt ist, oder aus politischem Kleinmuth, weil man in dem unentwegt fortschreitenden Magyarentum den einzigen Rückhalt zu haben wähnt, wenn einst ein Chaos drohen sollte, ist im Effekt gleichgültig. An der Tatsache läßt sich nicht rütteln, daß die Magyaren in beängstigend beschleunigtem Tempo ein Magyarisierungsgesetz nach dem andern aus dem Bedruckstempel stampfen. Vielleicht ahnen sie dunkel, daß ihrer Produktivität auf diesem Gebiete in absehbarer Zeit von unten oder oben plötzlich ein Ziel gesetzt werden könnte; aber das muß ihnen der Reid lassen: sie nützen die Frist merkwürdlich aus, so lange es für sie Tag ist.

Zwei Schulgesetze von fundamentaler Bedeutung haben sie in den letzten zwei Jahren unter Dach gebracht. Beide übertreffen materiell alles, was seit 1867 nach dieser Richtung überhaupt geleistet wurde. Sind diese Gesetze von Bestand und andauernd mit der entsprechenden Text genugsam vorgesehenen Schärfe durchgeführt werden, so müssen die übrigen Völker des Landes entweder zum Aufstand oder zur bedingungslosen Kapitulation treiben. Die gegenwärtige Regierung fühlt es offenbar instinktiv, daß ein Rückschlag in irgend einer Form über kurz

lang erfolgen muß, und will darum — nicht etwa durch Maßhalten in der Drangsalierung ihre Klienten an die geistige Knechtschaft fachte gewöhnen, sondern legt nun alles darauf an, der zu erwartenden Reaktion noch viel mehr Stoff zur Aufarbeitung anzuhäufen. Nur so ist es zu verstehen, daß dem ungarischen Reichstag schon wieder ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, der wieder geeignet erscheint, die Volksleidenschaften der Nichtmagyaren förmlich aufzupeitschen. Danach sollen in den Dorfgemeinden obligatorische landwirtschaftliche Volksschulen errichtet werden, in denen die Unterrichtssprache ohne Unterschied des Charakters dieser Schulen und der Schulerhalter die magyarische sein muß. Also Unterweisung der Bauernkinder in den für ihren künftigen Beruf wichtigsten Kenntnissen mittels einer Sprache, die sie im gewöhnlichen Leben größtenteils überhaupt nicht hören! Außerdem ernennt nach dem Wortlaut des Gesetzentwurfes der Ackerbauminister (nach Anhörung des Unterrichtsministers) an den Lehrer- und Lehrerinnenseminarien jedwelcher Art die landwirtschaftliche Fachlehrkraft; man will also auf diese Weise die national einheitlichen Lehrerkollegien sprengen oder ihnen mindestens einen ständigen Aufpasser hereinsetzen.

Auch dieser Vorstoß gegen nichtmagyarisches Bildungswesen trifft in erster Linie die Siebenbürger Sachsen, deren gesetzlich gesichertes Selbstverwaltungsrecht in Schulfragen hiermit einfach über den Haufen geworfen wird. Ein führender Mann der Sachsen, der seiner Zeit das politische Zusammengehen mit dem Magyarentum eifrig befürwortet hat, also nicht im Verdachte des „Bangermanismus“ steht, erklärt jetzt im „Siebenbürgisch-Deutschen Tageblatt“, dieser Gesetzentwurf bedrohe, wenn es nicht in letzter Stunde noch gelinge, den schweren Schlag abzuwehren, das deutsche Volksschulleben in Siebenbürgen „mit völliger Zerstümmerung“.

So äußert sich fortgesetzt die schwärmerische Liebe des Kultusministers Apponyi für deutsche Sprache und Kultur, wovon er im Herbst vorigen Jahres, friedenskongreglich gestimmt, in Berlin so berechtigt Zeugnis ablegte!

\* \* \*

Als der Herausgeber der „Preussischen Jahrbücher“ an dieser Stelle einmal gegen die jetzt beliebte opportunistische Politik der siebenbürgisch-sächsischen Führer, die nun so üblen Lohn erntet, seine ernststen Bedenken äußerte, beschwerte man sich in jenen Kreisen sehr bitter über die herbe Kritik Delbrücks, und immer wieder wird in Siebenbürgen hierauf gelegentlich in Zeitungsartikeln und sonstigen politischen Äußerungen Bezug genommen. Der neue Gesetzentwurf der ungarischen Regierung bedeutet eine äußerst fatale Rechtfertigung des damals an dieser Stelle ausgesprochenen Urteils. Aber noch viel gefährlicher erweist sich jene überkluge Politik in ihren Wirkungen nach innen. Das bewies letzthin die Stellungnahme der Anzahl sächsischer Gemeinden zu der von der ungarischen Regierung

wieder ins Rollen gebrachten Ortsnamenfrage. Die Gemeindevertretungen sollten ihre Meinung darüber abgeben, welche Ortsnamen sie für den amtlichen Gebrauch wünschten, und da haben 12 Gemeinden des Hermannstädter Komitates, in denen die Deutschen über die unbedingte Mehrheit verfügen, magyarische Ortsnamen in Vorschlag gebracht. Noch vor 5 Jahren wäre das nicht denkbar gewesen. Die ländlichen Bewohner haben eben die Konsequenzen aus der Politik der Städte gezogen, indem sie dem Utilitätsprinzip in vollem Umfang zum Siege verhalfen. Sie wurden in ihrem Sinne Realpolitiker, sagten sich, es nütze ohnehin nichts, wenn man den deutschen Ortsnamen vorschläge, der Minister des Innern werde ihnen doch wie er es mit den Städten getan, die magyarischen Ortsnamen zubilligen, und so kamen die für die allgemeine sächsische Auffassung ganz ungeheuerlichen Beschlüsse zustande, die bei den Städten, auch bei den erbittertesten Verfechtern der gegenwärtigen sächsischen Politik, eine wahre Revolution hervorriefen. Auch die Autorität der Pfarrer, die bisher immer bestimmenden Einfluß auf die politische Haltung der Bauern zu üben mußten, ist vollständig versagt. Im Kronstädter Komitat sprachen sich sämtliche Gemeinden für die Beibehaltung der deutschen Ortsnamen zum Zwecke des „amtlichen“ Gebrauchs aus, und voraussichtlich wird das auch in den andern sächsischen Gauen geschehen, aber der Umstand, daß gerade in der Umgebung von Hermannstadt, wo die These von der Politik der „sächsisch-magyarischen Interessengemeinschaft“ so recht ausgeheckt worden ist, diese Idee so erschreckend rasch popularisiert wurde, mußte ihren Vertretern denken geben, ob solche Experimente mit dem nationalen Empfinden gemacht werden können, ohne daß die Volksseele schweren inneren Schaden leidet.

\*

\*

\*

Es ist bezeichnend, daß die ungarischen Staatsmänner gerade jetzt sich der politische Horizont der Gesamtmonarchie so sehr verfinstert, das Bedürfnis empfinden und Muth dazu haben, ausgefuchst die Deutschen mit politischen aller Art zu traktieren. Noch sonderbarer ist es, daß auch die in Ungarn lebenden Reichsdeutschen von dieser Behandlung nicht ausgeschlossen werden. Die Frage der Errichtung einer deutschen Auslandsschule in Ofenpest, die nach den Berichten von dort so gut wie erledigt war, nämlich in ein neues Stadium getreten. Es wurde von konstitutioneller Seite eine Interpellation darüber im ungarischen Abgeordnetenhaus eingebracht, und die Folge davon war, daß der Kultusminister — Herr Graf Apponyi! — den betreffenden Abgeordneten durch die Erklärung schwächigte, er werde „das Gesuch um Errichtung einer deutschen Schule nicht bewilligen“. So behaupten die Pesther Blätter und die Reichspresse ist bis zum Augenblick unwiderprochen geblieben. Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, so könnte doch wohl eine solche Verlegenheitsklärung des Ministers nicht sein letztes Wort sein. Wenn es möglich ist, daß in Ofen eine deutsche Schule erhält und daß sie in Paris, Wien, London

Konstantinopel besteht, so liegt doch für die Magyaren kein Grund vor, gegen das Deutsche Reich unfreundlicher zu sein als die Franzosen, unfreundlicher auch als Türken, Chinesen und Marokkaner. Auch Bosnien hat seine reichsdeutsche Ansiedlung — die Windthorstkolonie — mit vier deutschen Schulen, und die Bosniaken haben die Schulgebäude nicht gestürmt. Ist es vielleicht denkbar, daß Graf Apponyi als Deutschenfreund Ursache hätte, um die Sicherheit einer deutschen Schule in der ungarischen Hauptstadt besorgt zu sein? Da wäre er im Angesichte Deutschlands ein schlechter Anwalt seines Volkes, und man darf daher vorläufig die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß im befreundeten Ungarn fürs Deutschtum so viel gewagt werden kann, wie auf dem vulkanischen Pariser Boden, ja wie in Halbasien, in Afrika und im chinesischen und türkischen Reich.

19. Februar.

Luß Korodi.

### Die Finanz-Reform; der Kampf um die Nachlaß-Steuer.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat die schwierige Aufgabe einer allgemeinen Gehaltsaufbesserung für Beamte, Geistliche und Lehrer, verbunden mit der dafür nötigen Erhöhung der Einkommensteuer, glücklich gelöst. Man muß sagen: ollen Respekt; das vielgescholtene Drei-Klassen-Parlament ist besser als sein Ruf. Ich halte nach wie vor eine verständige Wahl-Reform für geboten, aber immerhin, mit dieser Leistung haben die Gegner der Reform sich eine Stellung geschaffen, die noch manchen Sturm aushalten kann. Um so mehr, wenn man sieht, wie schwächlich und unsicher daneben die Parallelaktion im Reichstag, dem eigentlichen Volks Hause des allgemeinen Stimmrechts verläuft.

Die Hoffnung, daß auch hier für die Reichs-Steuerreform noch etwas Brauchbares zustande komme, ist zwar noch keineswegs aufzugeben, aber die Schwierigkeiten sind sehr groß, und es ist nicht einmal so leicht, anzudeuten, wo sie eigentlich stecken. Sie stecken nicht da, wo man sie zunächst ermunten möchte, bei den Demokraten, den Nachkommen Eugen Richters, die dem Staate nie haben geben wollen, was des Staates ist, sondern ganz umgekehrt bei den Konservativen und Nationalliberalen, eben den Parteien, die im Abgeordnetenhaus so gute Arbeit gemacht und sich nicht gescheut haben, durch progressive Gestaltung des Steuerzuschlages an Wohlhabenderen recht erhebliche Opfer aufzuerlegen, im Reichstag aber die Nachlaßsteuer nicht heranwollen.

Ueber die indirekten Steuern hat man sich geeinigt oder wird man einigen. Zwar das beste Stück aus diesem Kapitel, die Zigarren-Pandorolen-Steuer\*), scheint durch die Agitation der Interessenten zu Fall

\*) Bgl. über diese Steuer die Schrift von Julius Litzner „Zur Klärung tabaksteuerlicher Streitfragen“, in der der Verf. seine Begründung der Pandorolensteuer in durchschlagender Weise gegen die Angriffe der Interessenten verteidigt.

gekommen zu sein; ebenso wird die neue Belastung des Branntweins in eine andre und weniger gute Form gebracht werden, als sie das Reichsschatzamt vorgeschlagen hatte, aber schließlich werden sowohl Tabak wie Branntwein wie Bier auf eine annehmbare Weise in das neue Steuersystem hineingebracht werden. Wird Gas- und Elektrizitätssteuer durch eine mäßige Kohlensteuer ersetzt, so ist das eine Verbesserung; Elektrizität ist zwar eine Kraft, die prinzipiell sehr wohl eine Abgabe ertragen kann, aber es gehört dazu, wie Herr Dr. Schacht in einem Aufsatz in diesen „Jahrbüchern“ einleuchtend dargelegt hat, eine prinzipielle Elektrizitätsgesetzgebung, die der ungeheuren Verschwendung, die mit dieser Wirtschaftskraft heute getrieben wird, ein Ende machen würde und von der durch eintretenden Ersparnis ein gutes Stück für die Reichsbedürfnisse abgezweigt könnte. Daß die ganz gut durchführbare und ganz ungeschädliche Inseraten- und Plakatsteuer der vereinigten Macht der Presse, die sie widersteht, zum Opfer gefallen ist, ist zwar bedauerlich, aber nicht weiter zu verwundern, und die Erhöhung des Kaffeezolles, die dagegen eintreten ist leicht zu ertragen, da der Weltmarktpreis für den Kaffee gegen früher sehr herunter gegangen ist.

Der Stein des Anstoßes bleibt die Nachlaßsteuer. Sie ist verhorresziert von dem Gros der Konservativen und von einem Teil der Nationalliberalen. Man schlägt statt dessen vor entweder eine Reichs-Vermögenssteuer oder eine Erhöhung der Matrikularbeiträge mit der Abgabe, daß die Einzelstaaten verpflichtet sind, diese Erhöhung von den Steuerzahlern einzubringen auf dem Wege einer Vermögenssteuer. Für diese Vorschläge ist im Prinzip nichts einzuwenden, denn eine Nachlaßsteuer ist ja nichts als eine aufgeschobene Vermögenssteuer, aber die praktischen Schwierigkeiten der Ausführung sind fast unüberwindlich. Reichsvermögenssteuer setzt eine Einschätzung der Vermögen durch Reichsbeamte voraus. Soll man für diesen Zweck eigne Reichsbeamte einsetzen? Das würde eine grundstürzende Umwandlung im Charakter des Reichs ergeben. Auch für eine Reichs-Erbchaftssteuer braucht man Reichsbeamte, aber ihre Funktionen wären so unbedeutender Art, die Abschätzung eintretenden Erbschaften geschieht so häufig durch andere Behörden, daß sie jetzt oder schließt sich so leicht an die Erbteilungen an, daß die Organisation gar keine Schwierigkeiten hätte. Eine Vermögenssteuer aber mit den während zu erneuernden Einschätzungen und Kontrollen läßt sich nicht. Die Dinge bei uns liegen, nur von und in den Einzelstaaten durchzuführen. Hier aber erhebt sich wieder die Schwierigkeit der ungeheuren Verarmung in dem Wohlstand der einzelnen Staaten. Die Aufbringung der Vermögenssteuer nach dem Maßstabe der Matrikularbeiträge, d. h. der Zahl, impliziert eine solche Bevorzugung Preußens und der Hanseaten gegenüber den ärmeren thüringischen und auch den Mittelstaaten, daß der Bundesrat sie unmöglich annehmen kann. Also ein anderer Maßstab für die Matrikularbeiträge. So ganz unmöglich wäre es wohl nicht, die

finden. Entschloß man sich, die Einschätzung zunächst für drei Jahre einfach einem inappellablen „gerechten Aristides“, sagen wir einem Finanztheoretiker von anerkanntem Charakter wie etwa Adolf Wagner, zu überlassen, so wären alle Schwierigkeiten überwunden. Aber für einen solchen Akt ist die Gesinnungsweise unseres Volkes und namentlich unsrer Bureaukratie zu kleinlich. Man wird also doch wohl wieder auf die Nachlassbesteuerung als die zwar nicht allein mögliche, aber doch praktisch beste Form der Vermögensbesteuerung zurückkommen müssen.

Die Einwände ethischer und gemüthlicher Art, die man dagegen erhoben hat, sind völlig gegenstandslos und durch die Erbschaftssteuern, die in deutschen Einzelstaaten bereits bestehen, auch praktisch widerlegt, und daß in irgend einer Form neben den indirekten Steuern, die die Massen belasten, auch eine Heranziehung des Besitzes stattfinden solle, war von Anfang an unter den Blockparteien abgemacht. Weshalb also widersezt sich jetzt ein Teil dieser Parteien, die doch im Prinzip gewiß die Reform wünschen, dieser einfachsten und natürlichsten Lösung? Als man an das Problem dieser Finanzreform herantrat, durfte man glauben, gerade an dieser Stelle den geringsten Schwierigkeiten zu begegnen, da man ja auf der einen Seite sogar die Sozialdemokraten dafür haben konnte und auf der andern die Organe des „Bundes der Landwirte“, die „Deutsche Tageszeitung“ und das Politische „Handbuch“ des Bundes sich für diese Steuerform ausgesprochen hatten. Gerade der Bund der Landwirte aber hat sich jetzt zum Mittelpunkt des Widerstandes gemacht, und das ist nicht so ganz unnatürlich. Der Bund der Landwirte ist ein demagogisches Institut, und die Führer jeder Demagogie müssen ihr Bestreben immer darauf gerichtet haben, ihre Massen durch Anregung einer Leidenschaft oder eines materiellen Interesses zusammenzuhalten. Die Reichssteuerreform ist von vornherein darauf angelegt, die agrarischen Interessen nach Möglichkeit zu schonen, aber den Führern des Bundes der Landwirte darf das nicht genügen. So wie ihnen bei den neuen Handelsverträgen die ungeheure Erhöhung der Agrarzölle noch immer nicht genügte, sondern sie aufs äußerste dagegen kämpften, um bei ihren Anhängern den Schein zu erwecken, als ob noch mehr zu erlangen möglich gewesen wäre, so fanden sie jetzt den Punkt, wo die Interessen-Opposition anzusetzen hatte, in der Nachlasssteuer heraus, um von der Landwirtschaft auch diese minimale Last abzuwenden. Man denke: die Steuer beginnt überhaupt erst bei Nachlässen über 20000 Mk und ein Gut zu 180000 Mark wird mit nicht mehr als einer Steuer von 264 Mk. 89 Pfennigen für 20 Jahre belastet. Aber nicht umsonst ist der „Bund“ einst gegründet worden mit dem Ruf, sich an der Sozialdemokratie ein Beispiel zu nehmen, und in jeder Klassen- oder Berufsorganisation haben die wildesten Radikalen, für das Standesinteresse die höchsten Forderungen stellen, stets die Führung. Das sehen wir ja jetzt mit Entsetzen selbst an einem so hochstehenden Stande wie den Ärzten in ihrem Streik in Köln. Freilich, Preussische Jahrbücher. Bd. CXXXV. Heft 3.

ganz wie die Sozialdemokratie, hat auch der Bund der Landwirte seine Prinzipien und seine Ideale. Er hat sich ja auch früher für die Nachlasssteuer ausgesprochen, nämlich als man noch nicht die Absicht hatte sie einzuführen. Wenn es aber an die Praxis geht, dann waren diese Äußerungen nur, wie die „Deutsche Tageszeitung“ ganz offen erklärt, „Theorien“. Wir haben es ja in Deutschland längst lernen müssen, in dieser „theoretischen“ und praktischen Patriotismus zu unterscheiden.

Die Vorteile einer nur einmal beim Todesfall festzustellenden Nachlasssteuer, die dann bei Grundbesitz auf Wunsch der Erben in eine jährliche zu zahlende Rente umgewandelt werden kann, sind so augenscheinlich, daß selbst das demagogische Bedürfnis der Führer des Bundes der Landwirte nicht ganz auszureichen scheint, um die Opposition zu erklären. Vielleicht läßt sich das Rätsel durch die folgende Betrachtung lösen.

Unter den mannigfachen Schriften, die zur Reichsfinanzreform erschienen sind, nimmt einen hervorragenden Platz ein: „350 Milliarden deutsches Volksvermögen“ von Arnold Steinmann-Bucher, eine Schrift so wichtig im Inhalt wie hinreißend in der Form, selbst wenn man einige Uebertreibungen in Abzug zu bringen sein sollten.\*) Die Abschätzungen des deutschen Volksvermögens, die man bislang vorgenommen, führten auf etwas über 200 Milliarden, die jüngste in den „Grenzboten“, auf die ich mich auch einmal berufen habe, auf 216 Milliarden. Diese Schätzung ist aufgebaut auf die Veranlagung für die Vermögenssteuer in Preußen, die nach Verhältnis auf das ganze Reich übertragen war. Diese Veranlagung hat im vorigen Jahr 91 Milliarden 653 Millionen ergeben. Rechnet man dazu die Vermögen unter 6000 Mk., die keine Steuer bezahlen, sowie das Staats- und Gemeindevermögen, so kommt man für Preußen auf 130, für das Reich auf 216 Milliarden. Hierbei ist angenommen, daß die Deklarationen 10 % unter dem wahren Wert stehen.

Dieser Rechnung stellt nun Steinmann-Bucher eine andere gegenüber. Er berechnet nach der Versicherungs-Statistik den Wert aller gegen Feuerversicherten Objekte im Reich (Gebäude, Inventar, Waren, Maschinen, Vieh, Ernten) und berechnet auf Grund der Domänenpachten der kaiserlichen und der ländlichen, auf Grund anderer Daten den Wert aller städtischen Grundstücke; dazu kommt der Wert des Staatsbesitzes, der Bergwerke, der Eisenbahnen, des baren Geldes und des deutschen Besitzes an Ausland-Werten. Diese Summe ergibt nicht weniger als 350 Milliarden Mark.

Einiges an den Ansätzen Steinmanns wird man wohl etwas reduzieren haben.

\*) 350 Milliarden deutsches Volksvermögen. Das Volksvermögen Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika. Neue Maßstäbe und Wege für deutsche Politik und Wirtschaft. Von Arnold Steinmann-Bucher. Berlin, 1908. 132 Seiten.



Die Statistik der Brandversicherung ergibt 180 Milliarden; dazu kommen noch eine Anzahl kleinere, statistisch nicht bekannte Versicherungsverbände und alle unversicherte Gegenstände. Es gehen dagegen ab die Ueberversicherungen, die bei Gebäuden wegen des Hypothekentredits oft recht hoch sind. Man wird deshalb über etwa 160 Milliarden vorsichtigerweise nicht hinausgehen dürfen. Auch für die städtischen Grundstücke mit den nicht gegen Feuer versicherten Grundmauern, die St. auf 40—50 Milliarden ansetzt, wird man besser bei dem Minimalansatz von 40 Milliarden bleiben, vielleicht auch auf 33 herabgehen müssen.\*) Schließlich wird mir von Kennern geraten, die 50 Milliarden, die Steinmann für die ländlichen Grundstücke einsetzt, in Anbetracht des viel geringeren Wertes der Wälder, ebenfalls auf 40 Milliarden zu reduzieren. Trotz dieser Reduktionen verbleibt eine Gesamtsumme von 311 Milliarden deutschen Volksvermögens. Das ist größer als das französische (250 Milliarden) und das englische (300 Milliarden), und es ist auch in viel schnellerem Steigen begriffen, als das der beiden Nachbarnationen. Ich habe einigen Zweifel, ob diese Vergleiche zulässig sind, da das Vermögen in den verschiedenen Völkern nach verschiedenen Methoden berechnet ist. Aber nehmen wir selbst an, daß bei anderer Berechnung auch bei Franzosen und Engländern eine viel größere Schlußsumme herauskommen würde und unser Vorsprung nicht so groß sei, wie er bei Steinmann-Bucher und auch noch nach unserer Rechnung erscheint, eins ist völlig einwandfrei nachgewiesen: daß das deutsche Volksvermögen weit größer ist, als man bisher angenommen. Ziehen wir das Eigentum des Staates, der Gemeinden zc. ab, so ergibt sich, daß das Privatvermögen in Preußen statt der etwa 100 Milliarden, die aus der Steuerdeklaration resultieren (91,6 veranlagt und rund 9 Milliarden Verögen unter 6000 Mk), nicht weniger als etwa 166 Milliarden vorhanden sind. Mit anderen Worten: die Steuer-Veranlagungen bleiben in viel höherem

\*) Steinmann rechnet, daß innerhalb des Reichbildes der Stadt Berlin der Quadratmeter im Durchschnitt zu 200 Mk. (gegen 3000 für die Quadrat-Mute) anzusetzen sei. Mir wird versichert, daß das zu hoch sei. Im Jahre 1904 wurde der bebaute Grundwert amtlich auf 2,8 Milliarden geschätzt (Miets'ertragswert abzüglich der Feuerkasse); rechnet man, daß das etwas zu gering geschätzt ist, daß die Werte seitdem noch sehr gestiegen sind und daß die unbebauten Stellen hinzukommen, so kommt man doch schwerlich über 5 Milliarden und nicht 7—8, wie Steinmann will.

Man könnte vielleicht folgende Rechnung aufstellen:

Groß-Berlin und Umgebung	9 Milliarden
das ist auf den Kopf 3000 Mark.	
Die anderen Großstädte (8,5 Mill. Einwohner) mit Umgebung auf den Kopf 1800 Mark	15 Milliarden
Die Mittelstädte mit 20000 bis 100000 Einwohnern (7,8 Millionen) à 600 Mark	4,5 Mill.
Die Kleinstädte mit 5000 bis 20000 Seelen (8,3 Millionen) à 300 Mark	2,5 Mill.
Landstädte (7,2 Mill.) à 150 Mark	1 Mill.
Dörfer, Güter, Schlösser und Villen	1 Mill.

Ca. 33 Milliarden

Bei den Kleinstädten zc. kommen auch die Gärten sehr in Betracht.

Maße hinter der Wirklichkeit zurück, als man bisher angenommen oder wenigstens öffentlich ausgesprochen hat. \*)

Es sind hauptsächlich drei Wege, auf denen die Unterdeklarationen entstehen.

Zunächst gibt es sicherlich recht viele Vermögen, die, obgleich über 6000 Mk. an Wert, zum Teil erheblich darüber, sich doch als zu klein der Deklaration entziehen.

Zweitens werden sehr viele Werte, die von außen nicht sichtbar sind, also namentlich Papiere, direkt und mit Bewußtsein unterschlagen. Das ist sowohl Rentner, wie Bauern, wie andere Leute.

Drittens aber, und das ist die Hauptsache, sind ja bei weitem die meisten Werte, Land, Häuser, Geschäfte, Waren, Vorräte, Viehbestände, bloße Schätzungs- und Schätzungen sind immer in hohem Grade willkürlich. Wer schätzt, um zu verkaufen oder um eine Entschädigung zu verlangen, hat einen ganz anderen Maßstab, als wer sich selbst für eine Last einschätzt. Abschreibungen, Risikoprämien, Geschäftsunkosten kann man sich ganz nach Gutdünken einsetzen: für die Deklaration berechnet sie sich jeder so hoch er irgend kann. Wertsteigerungen, die noch nicht realisiert sind, werden als nicht nachgewiesen, grundsätzlich nicht eingesetzt. Denn „gegen seinen Vater und den Staat soll man in Geldsachen nicht anständig sein; es darf einem feiner.“

Die Unterdeklarationen haben bei Kaufleuten und Gewerbetreibenden insofern eine gewisse Grenze, als sie nicht den Kredit schädigen dürfen. Man nimmt sogar an, daß hier und da ein Geschäftsmann wohl sein Vermögen zu hoch angibt, in der Hoffnung, daß von dieser Deklaration Gebrauch gemacht und dadurch sein Kredit gehoben werde. Aber diese Methode der Kreditverbesserung ist doch zu kostspielig, um häufig zu sein, und fällt völlig bei den Landwirten. Bei diesen spielt ihre Vermögensdeklaration für den Kredit keinerlei Rolle; er hängt von ganz andern Umständen ab. Jeder Nachbar ist imstande, ebensowohl sich eine Meinung über den objektiven Wert eines Landgutes zu bilden, wie die subjektive Wirtschaftskraft des Besitzers einzuschätzen. Ganz umgekehrt, wer sein Einkommen und sein Vermögen hoch deklariert, macht sich dadurch in der Nachbarschaft beliebt, da man fürchtet, nach diesem Beispiel auch schärfer herangezogen werden zu können. Wir sind darüber die erbaulichsten Geschichten aus der Kreise von Guts- und Schloßbesitzern erzählt worden. Die Veranlagungskommissionen sind bei ihren Nachprüfungen milde, denn an ihrer Seite steht der Landrat und der Landrat ist durch Rücksichten der Politik und der Karriere gezwungen, es mit seinem Kreise, d. h. den Grundbesitzern nicht zu verderben.

\*) Ein Zwang zur Deklaration besteht bei der Vermögens- (Einkommen-) Steuer nicht. Nicht selten wird sie deshalb unterlassen und die Veranlagungskommission schätzt dann ihrerseits das Vermögen auf Grund der Deklaration des Einkommens, zu der der Steuerzahler verpflichtet ist.

Versteht man nunmehr, weshalb man in gewissen Kreisen und namentlich in agrarischen findet, daß die Nachlaßsteuer die Heiligkeit des Familienlebens antaste? Es ist ja nicht bloß der materielle Verlust, der entsteht, wenn bei der Schätzung des Nachlasses durch den Reichssteuerinspektor herauskommt, um wieviel das Einkommen oder Vermögen bisher zu gering deklariert worden ist, sondern es ist auch, ganz ohne Ironie gesprochen, moralisch peinlich für die Hinterbliebenen, so gegen den Erblasser, den Vater oder die Mutter, als Zeugen angerufen zu werden.

Der öffentlichen Meinung aber kann die Tatsache, daß die besitzenden Klassen in Preußen statt etwa 155 Milliarden nur 91,653 versteuern, nicht laut genug ins Ohr gerufen werden.

Vielleicht wäre es leichter, die Nachlaßsteuer im Reichstag durchzubringen, wenn man eine Klausel einfügte, daß die letzte Steuerdeklaration des Erblassers auch für die Nachlaßsteuer maßgebend sein soll, oder wenigstens, daß, wenn irgend eine andere Schätzung eintritt, der Fiskus aus ihr ein Recht auf eine Nachforderung in der Vermögenssteuer nicht ableiten darf.

Sollte es wahr sein, daß heut bereits die Nachlaßsteuer als definitiv gefallen angesehen werden muß und man einigt sich über irgend einen verbesserten Maßstab für die Matrikularbeiträge, so darf zum wenigsten von den Freisinnigen erwartet werden, daß sie unbedingt auf der ausschließlichen Heranziehung des Vermögens (nicht auch des Einkommens) für die Aufbringung dieser veredelten Matrikularbeiträge bestehen.

#### Wirkung des Besuchs König Eduards. — Das türkische Parlament. — Das Marokko-Abkommen.

Als im vorigen Herbst die wilde Heze fast aller leitenden englischen Zeitungen gegen Deutschland einsetzte, konnte man sich das kaum anders auslegen, als daß in dem Inselreich eine Kriegspartei zum baldigen Konflikt mit uns dränge. Die Engländer glauben nur die Wahl zu haben zwischen einer ungeheuren Verstärkung ihrer Flotte und ihrer ganzen Seerüstung mit der entsprechenden Steuerbelastung und einem sofortigen Krieg, der Deutschlands Seemacht bräche, ehe sie zu stark wird. Weder das englische Volk, noch die nötigen Bundesgenossen Rußland, Frankreich, Italien wären auf dem Wege des freien Entschlusses zu einem solchen Kriege zu bringen. Aber aus freiem Entschluß stürzen sich die Völker überhaupt nicht so leicht in einen Krieg und haben es nie getan. Geschichte Diplomaten, die einen Krieg wollen, schaffen deshalb eine politische Situation, die ihn erzwingt, selbst gegen den Willen der Beteiligten. Wir bringen in diesem Heft eine Studie über den Ursprung des Krimkrieges von Herrn Daniels, die hierüber sehr lehrreich ist. Es stellt sich heraus, was man bisher gar nicht so gewußt hat, daß weder der Zar, noch der Kaiser Napoleon, noch die englische Regierung diesen Krieg gewollt, sondern daß alle in ihn hineingerissen worden sind durch die persönliche Politik des

englischen Gesandten in Konstantinopel, Stratford, der der russischen Aufwiegelung der Rajah zuvorkommen wollte und die Türken antrieb, ihrerseits die Russen zur Eröffnung des Kampfes zu reizen, in der Sicherheit, daß England und Frankreich sie, wenn es zum Äußersten komme, nicht im Stich lassen würden. Ganz ähnlich rechnen heute die Serben. Hat die englische Presse wirklich auf diesem Wege Europa in einen allgemeinen Krieg hineinreißen wollen?

Wenn sie es gewollt hat, so ist es ihr jedenfalls nicht gelungen, ihre eigene Regierung hinter sich herzuführen. Der Besuch König Eduards in Berlin hat der ungeheuren Gefahr für den Augenblick wenigstens ein Ende bereitet. Die Nachrichten aus Serbien lauten ja täglich wechselnd, gestern hieß es, die Bank und der königliche Hofhalt würden bereits aus der ungeschützten Belgrad in die Festung Nisch verlegt, heute heißt es, die Friedenspartei habe die Oberhand gewonnen, morgen, die Ausrüstung der Banden sei vollendet und sie würden jetzt die Grenzen überschreiten. Ob es schließlich zum Schlagen kommt oder nicht, weiß vermutlich heute König Peter selbst noch nicht. Kommt es aber dazu, so ist doch jetzt die Wahrscheinlichkeit, daß die Italiener und Russen zugunsten der Serben einwirken würden, sehr gesunken. Denn ohne England können sie nichts machen, und auf die Hilfe Englands ist nach dem Besuch des Königs und allen zu seinem befriedigenden Verlauf gegebenen Kommentaren kaum noch zu rechnen. Als dieser Besuch im Januar angekündigt wurde, schrieb darüber, er sei viel mehr als ein gesellschaftlicher Akt, er sei eine politische Tat. Manche Zeitungen haben das als einen übertriebenen Ausdruck abgelehnt, aber ich glaube ihn durchaus festhalten zu dürfen. Die Gefahr, daß von Serbien aus ein allgemeiner Brand entfacht werden könnte, durch ihn beschworen, kommt es hier doch noch zum Blutvergießen, in der Kampf lokalisiert bleiben. Man darf es wenigstens hoffen. Leider das noch kein Grund, überhaupt wieder dem politischen Optimismus zu geben. Es gibt noch mehr Stellen im Orient, wo die Lohes emporschießen kann. Der allergefährlichste Punkt ist Konstantinopel.

Die Türkei ist ein Reich, das aus den aller verschiedensten, entgegengesetzten Elementen zusammengesetzt ist. Nicht einmal die Muslime unter sich einig, denn es besteht ein starker Gegensatz zwischen den arabischen und den arabisch sprechenden Teilen. Neben den Muslimen aber gibt es große mehr oder weniger kompakte Massen Griechen, Bulgaren, Serben, griechische und katholische Albanesen, Armenier, Kurden, christliche Juden. Die nicht muhamedanischen Elemente, obgleich sie zusammen die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, sind doch in dem neuorganisierten Parlament nur von ganz wenigen Abgeordneten vertreten. Das ist eine sehr merkwürdige Tatsache, denn bei der Indolenz der türkischen Regierung, der großen Indignität dagegen der griechischen und armenischen Bevölkerung, die man eher erwarten sollte, daß diese Elemente bei den Wahlen einen großen Prozentsatz der Mandate ergatterten. Die Erklärung wird darin zu

ein, daß sowohl in der muhamedanischen Religion wie in diesem Staatswesen das Autoritätsprinzip sehr ausgebildet ist und bis dahin unbedingt herrschte. Die Revolution bestand deshalb nicht sowohl darin, die bestehende Autorität zu zerstören, als eine andere an die Stelle zu setzen, nämlich die der geheimen Gesellschaft, des jungtürkischen Komitees, das die Revolution vollzogen, dem die Befreiung von dem unerträglichen Regiment zu verdanken war und das mit dem Offizierkorps und der Armee die tatsächliche Gewalt in Händen hat. Diese neue Autorität hat die Wahlen dirigiert, und das Parlament ist fast ausschließlich aus ihren Anhängern zusammengesetzt. Das ist überaus günstig für die Erhaltung eines friedlichen Zustandes — aber wie lange wird es dauern? Dieses Parlament, das ideell das ganze Volk mit all seinen verschiedenen Strömungen und Richtungen vertreten soll, vertritt doch in Wahrheit nur einen ganz kleinen Bruchtheil — nur die Jungtürken, aber weder die Alttürken, die noch an den Koran glauben und an das Recht der Gläubigen, die Herrschaft zu üben über die Ungläubigen, noch die Nicht-Muhamedaner bis auf einige wenige Zulaßene. Zunächst sind diese Nicht-Muhamedaner ja gern mit den Jungtürken zusammengegangen, die ihnen die politische Gleichberechtigung versprochen, aber wenn es mit der Gleichberechtigung erst Ernst wird, dann wird es auch mit diesem Bündnis zu Ende sein, und in dem Augenblick,

die inneren Zwistigkeiten anfangen, werden sofort mit aller Gewalt die Separationsbestrebungen hervordringen. Deshalb sollen denn die Araber, Bulgaren wünschen, Mitglieder eines großen Osmanenreiches zu sein? Die Bulgaren wünschen zu dem schon bestehenden Bulgarenstaat, Griechen zu Griechenland zu kommen, die Araber, selbständig zu werden.

Wie es scheint, gibt sich ja die europäische Diplomatie alle Mühe, den gegenwärtigen Zustand zu erhalten und zu konsolidieren. Es ist wahrhaft rührend zu sehen, wie Oesterreich und Rußland, die schon oft miteinander verhandelt haben, wie sie das Erbe des kranken Mannes teilen wollten, ihm nicht nur mit Freundschaft, sondern sogar mit barem Gelde, man denke,

barem Gelde unter die Arme greifen. Aber kann dieser Zustand dauern? Ist dieses Parlament regierungsfähig? Neben allen anderen Dingen fühlen die neuen Herren der Türkei sich offenbar am meisten bedrückt durch die Vorstellung, daß der alte Herr sich plötzlich wieder aufrichten, dem Spiel ein Ende machen und sie allesamt an den Galgen bringen werde. Man konnte das erkennen an der Art, wie plötzlich der Großkhanil ohne jeden erkennbaren Grund zum Abtreten gezwungen wurde:

Nervosität verrät Angst. Von solcher Angst bis zum Wohlfahrtsaußbruch ist nicht weit, und der Wohlfahrtsausschuß bedeutet Bürgerkrieg, mit Bulgarien, Auflösung des Reiches und höchste Spannung der Erwartung unter den Großmächten, wie die Spolien zu verteilen oder wie mit dessen Hilfe der Restbestand wieder zu konsolidieren.

Deutschland ist heute aus diesem türkischen Wechselspiel fast ausge-

schaltet. Das große Prinzip der deutschen Weltpolitik, nicht auf direkte koloniale Erwerbungen auszugehen, sondern sich in der umfassenden Welt des Islams eine geistig führende und wirtschaftlich fruchtbare Stellung zu verschaffen, scheint auf einen toten Strang geraten zu sein. Wir wollten, daß die muhamedanischen Reiche von Marokko bis Persien sich aus der selbst zivilisierten und europäisierten und dabei an uns einen guten Anstoß hätten. Wenn nun aber die muhamedanischen Reiche sich nicht zu bahnvermögen, sondern zugrunde gehen? So weit ist es noch nicht. Im Islam schlummern ohne Zweifel noch sehr bedeutende Kräfte. Haben auch angeblich die guten Beziehungen der Jungtürken zu den Engländern den deutschen Einfluß zurückgedrängt: noch ist das alles nur als ein Übergangszustand anzusehen, und die Konstellationen können sich überaus leicht schon in den nächsten Monaten wieder ändern.

In diesem Zusammenhang muß auch das jüngste Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich über Marokko betrachtet werden. Das Abkommen scheint ja für Deutschland insofern ungünstig zu sein, als es alle die Uebergriffe, die sich die Franzosen im letzten Jahre erlaubt haben, mittelbar gutheißt und ihnen dadurch eine Art Protektorat über Marokko, das bisher bestritten wurde, einräumt. Aber dem steht gegenüber die positive Abmachungen die wirtschaftliche Beteiligung Deutschlands an der Erschließung Marokkos jetzt sicher stellen, und die Konzession an die französische Hegemonie tut uns gerade in diesem Augenblick in der islamischen Welt keinen Schaden, weil ja diese sich ohnehin zurzeit unter die Führung der Jungtürken gestellt und damit an England angelehnt hat. Solange die Dinge heute liegen, kann die deutsche Politik nichts anderes tun als abwarten, Anlässe zu Explosionen möglichst aus der Welt schaffen und nicht tun oder zulassen, was der Zukunft präjudizierte.

Freilich England kann mehr als wir. Es hat die Zeit, wo es mit sich selbst beschäftigt ist, benutzt, sich abermals drei Provinzen in Siam auf der Halbinsel Malakka abtreten zu lassen. So etwas können wir nicht. Etwa weil die englischen Diplomaten geschickter sind, oder wegen der nütze Selbsttäuschung, die sich die Schwierigkeit der Lage zu verhüllen. Und wenn uns wieder ein Bismarck vom Himmel fiele, auch er könnte nicht aus der Welt schaffen, daß wir von ebenbürtigen Landmächten umgeben sind, England sich bloß zur See zu schützen hat und nur gegen die Meeresmächte. Eben deshalb wollte Bismarck ja die Weltpolitik überhaupt aufgeben und verzichtete auf den Bau von Kriegsschiffen. Von dieser Weisheit wollen wir nichts mehr wissen. Aber auf dem neuen Wege politisch vorwärts zu kommen, ist unsäglich schwer. Geduld und Vorsicht müssen die Leitmotive der deutschen Diplomatie sein, mag auch die öffentliche Meinung darüber zuweilen etwas außer sich geraten.

20. 2. 09.

Von neuen Erscheinungen, die der Redaktion zur Besprechung zugegangen, verzeichnen wir:

- Deutsche Rangliste** (Kleine Rangliste) des aktiven Offizierkorps der gesamten deutschen Armee, Marine-Infanterie und Schutztruppen, sowie des Offiziersnachwuchses, nach dem Stande vom 14. November 1908. Verlag von Gerhard Stalling, Oldenburg i. Gr. Kart. M. 2.75, geb. M. 8.50.
- v. Dincklage-Campe, Friedrich Freiherr.** — Deutsche Reiter in Südwest. Selbsterlebnisse aus den Kämpfen in Deutsch-Südwest-Afrika. Nach persönlichen Berichten bearbeitet. Mit zahlreichen Porträts und Illustrationen. Berlin, Leipzig, Wien, Stuttgart, Deutsches Verlagshaus Bong & Co.
- Ehrenberg, Dr. Richard.** — Landarbeit und Kleinbesitz. Heft 5. Rostock i. M., Carl Boldt.
- Endres, Dr. Fritz.** — Die Errichtung der Münchener Nuntiatur und der Nuntiaturstreit bis zum Emser Kongress. (Sonderabdruck aus „Beiträge zur bayerischen Kirchengeschichte“. XIV. Bd. 5. Heft). Erlangen, Junge & Sohn.
- Eppstein, Dr. M.** — Poesien des Alten Testaments im deutschen Gewande. 1. Teil: Pentateuch und die ersten Propheten. M. 1.—. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Fetters, —** Der neue Kurs und der Zusammenbruch der deutschen Politik. 80 Pf. Leipzig, Verlag Deutsche Zukunft G. m. b. H.
- Fuchs, Karl.** — Schill oder Im Sturm der Zeit. Historische Tragödie M. 2.—. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Glagau, Dr. Hans.** — Zur Abwehr gegen Herrn Professor Wahl in Hamburg. 27 S. Marburg i. H., N. G. Elwert.
- Gelter, Dr. W.** — Religion und Mythos der Germanen. Pappband M. 4.—, Geschenkbuchband M. 6.—. Leipzig, Verlag Deutsche Zukunft.
- von Halle, E.** — Die Weltwirtschaft. Ein Jahr- und Lesebuch III. Jahrg. 08. Teil II M. 4.—. Leipzig, B. G. Teubner.
- Hesse, Heinrich.** — Memoiren. M. 4.—, geb. M. 5.—, in Geschenkbuchband M. 6.—. Berlin, Karl Curtius.
- Hesselt, Karl.** — Kompendium der Kirchengeschichte VI. 1. M. 4.—. Tübingen, J. C. B. Mohr.
- Hinzeberg, Paul.** — Die Kultur der Gegenwart. Des Gesamtwerkes Teil I, Abt. XI, I. Die Romanischen Literaturen und Sprachen mit Einschluss des Keltischen von Heinrich Zimmer, Kuno Meyer, Ludwig Christian Stern, Heinrich Morf, Wilhelm Meyer-Lübke. M. 12.—, geb. M. 14.—. Berlin u. Leipzig, B. G. Teubner.
- Hochland.** — Monatschrift für alle Gebiete des Wissens, der Literatur und Kunst herausgegeben von Karl Muth. Dezember-Heft M. 1.50. München u. Kempten, Jos. Köselche Buchhandlung.
- Kantorowicz, Hermann.** — Zur Lehre vom richtigen Recht. M. 1.—. Berlin u. Leipzig, Dr. Walther Rothschild.
- Klein, Otto.** — Dies und Das. M. 1.20. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Kirchner, Dr. V. G.** — Wider die Himmelsbriefe. Ein Beitrag zur religiösen Volkskunde. M. 1.50. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Korodi, Lutz.** — Deutsche Vorposten im Karpathenland von Lutz Korodi. Hermann Paetels Bücherei, Band II, herausgegeben von Hans Vollmer. Geb. M. 1.25. Berlin, Hermann Paetel.
- Kossmat, Dr. Franz.** — Paläogeographie. Geologische Geschichte der Meere und Festländer. Mit 6 Karten. (Sammlung Götschen Nr. 406.) In Leinw. geb. 80 Pf. Leipzig, G. J. Göschen.
- Krauss, Otto.** — Heldenleben — Heldenziele. Zwei deutsche Heldengeschichten. M. 2.—. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Kühn, Emil.** — Kants Prolegomena in sprachlicher Bearbeitung. M. 2.50. Gotha, E. F. Thienemann.
- Leser, Dr. Guido.** — Untersuchungen über das Wahlprüfungsrecht des Deutschen Reichstags. M. 3.80. Leipzig, Duncker & Humblot.
- v. d. Leyen, Dr. Friedrich.** — Deutsches Sagenbuch. 1. Teil. M. 2.50. München, C. H. Beck.
- Lienhard, Fr.** — Wesen und Würde der Dichtkunst. (Deutsche Wiedergeburt. Schriften zur nationalen Kultur. Herausgegeben von Ernst Wachler. Bd. II.) 54 S. Zürich u. Leipzig, Th. Schöner.
- Mohamed Emin Efendi, Dr.** — Natur und Kultur. Ein psychologisch-ethischer Versuch. M. 8.—. Leipzig, O. Grackauer.
- Moll, Dr. E.** — Die Rentabilität der Aktien-Gesellschaften. M. 6.—. Jena, Gustav Fischer.
- Müller-Lyer, Dr.** — Phasen der Kultur und Richtungslinien des Fortschritts. Soziologische Ueberblicke. Geh. M. 7.—, geb. M. 8.—. München, J. F. Lehmann.
- Murray, T. Desmazis.** — Jeanne D'Arc Maid of Orleans, Deliverer of France. 327 S. London, William Heinemann.
- Ohle, Lie. Dr. E.** — Der Hexenwahn. (Religionsgeschichtliche Volksbücher.) 50 Jf., geb. 80 Pf. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).
- Pölsler, Kurt.** — Tage und Nächte. Gedichte. M. 2.—, geb. M. 3.—. Jauer, Oskar Hallmann.
- v. Poschinger, Heinrich.** — Bismarck und Jhering. M. 1.20. Berlin, Gebr. Paetel.

- Bathgen, Karl.** — Beamtentum und Kolonialunterricht. Rede, gehalten bei der Eröffnungsfeier des Hamburgischen Kolonialinstituts am 20. Okt. 1908. 96 S. Hamburg, Leopold Voss.
- Bunge, Dr. E.** — Wie wandere ich nach Südamerika aus? M. 1.—. Berlin, Wilhelm Süsserott.
- Salszer, Dr. Anselm.** — Illustrierte Geschichte der Deutschen Literatur. 28. Lieferung. M. 1.—. München, Allgemeine Verlags-Gesellschaft m. b. H.
- Schmidt, Elisabeth.** — Luthers letzte Reise. Ein volkstümliches Lutherfestspiel in 5 Teilen. 80 Pf. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Schmidt, Karl.** — Briefe an den Kaiser. Sonderabdruck aus den Jahrgängen 1908—1908 der „Tribüne“. 157 S. Berlin, Verlag der Tribüne.
- Schliff, Emil.** — Wie bessern wir unsere Kolonialwirtschaft? Mit einem Anhang: Wichtige deutsche und fremde koloniale Daten. M. 1.0. München, J. F. L. Hermann.
- Schwertner, Marie Therese.** — Der Einsiedler am Useeu. Novelle. M. 2.00. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Sinzer, J.** — Die amerikanischen Bahnen und ihre Bedeutung für die Weltwirtschaft. M. 3 50. Berlin, Franz Siemenroth.
- Tolstol, Leo N.** — Die Annexion Bosniens und der Herzegowina. M. 1.—. Berlin, Hermann Walther.
- Ular, Alexander und Enrico Insabato.** — Der erlöschende Halbmond. Türkische Enthüllungen. 843 S. Frankfurt a. M., Rütten & Loening.
- Wätjen, Dr. Hermann.** — Die Niederländer im Mittelmeergebiet zur Zeit ihrer höchsten Machtsstellung. (Abhandlungen zur Verkehrs- und Seegeschichte, herausgegeben von Dietrich Schäfer. Bd. II.) M. 12.—. Berlin, Karl Curtius.
- Wagner, Hermann.** — Lehrbuch der Geographie. 1. Band. Allgemeine Erdkunde. M. 14.—, geb. M. 18.—. Hannover u. Leipzig, Hahn'sche Buchhandlung.
- Walloth, Wilhelm.** — Im Schatten des Todes. M. 3.—, geb. M. 4.—. Jüngenheim a. d. Bergstr., Suevia-Verlag.
- Wirth, Dr. Albrecht.** — Deutsches Volkstum. (Deutsche Wiedergeburt. Bd. I.) 48 S. Zürich u. Leipzig, Th. Schröter.
- Zöllner, Margarete.** — Gedichte. Köln a. Rh., Albert Ahn.
- Stavenhagen, Frits.** — Grau und Golden. Hamburger Geschichten und Skizzen. M. 2.—, geb. M. 3.—. Hamburg, Gutenberg-Verlag.
- , — Mudder Mews. Niederdeutsches Drama. M. 2.—, geb. M. 3.—. Hamburg, Gutenberg-Verlag.
- Trietsch, Davis.** — Die Orient-Wirren. Der Umschwung der Dinge im Orient, seine Vorgeschichte, jetziger Stand und Probleme der nächsten Zeit. Frankfurt a. M., Neuer Frankfurter Verlag G. m. b. H.
- Walzel, O. F.** — Deutsche Romantik. (Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 282.) M. 1.95. Leipzig, B. G. Teubner.
- Werdaadl, 2. Jahrg. I. Heft.** Zeit und Streitfragen I. M. 1.80. Leipzig, Frits Eckardt.
- Werner Max.** — Das Christentum und die monistische Religion. Mk. 2.—, geb. M. 3.—.
- Wohlgemuth, Anna.** — Frau von Staël. Drama in 5 Aufzügen. M. 2.—. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte 98. Heft:** Die deutsche Königswahl in corpus iuris canonice von Dr. K. G. Hugelmann. M. 7.20. Breslau M. & H. Marcus.

Manuskripte werden erbeten an Herrn Dr. Gustav Roloff, Berlin-Charlottenburg, Königsweg 8.

Einer vorübergehenden Anfrage bedarf es nicht, da die Entscheidung über die Aufnahme eines Aufsatzes immer erst auf Grund einer sachlichen Prüfung erfolgt.

Die Manuskripte sollen nur auf der einen Seite des Papiers geschrieben, paginiert sein und einen breiten Rand haben.

Rezensions-Exemplare sind an die Verlagsbuchhandlung, Dorotheenstr. 72/74, einzuschicken.

Der Nachdruck ganzer Artikel aus den „Preussischen Jahrbüchern“ ohne besondere Erlaubnis ist untersagt. Dagegen ist der Presse freigestellt, Auszüge, auch unter wörtlicher Uebernahme von einzelnen Abschnitten, Tabellen und dergl., unter Quellenangabe ohne weitere Anfrage zu veröffentlichen.

Verantwortlicher Redakteur: In Vertr.: Dr. Gustav Roloff,  
Berlin-Charlottenburg, Königsweg 8.

Verlag von Georg Stilke, Berlin NW., Dorotheenstr. 72/74.

Druck von J. S. Preuss, Kgl. Hofbuchdr., Berlin S., Dredenerstr. 48.



# Preußische Jahrbücher.

Herausgegeben

von

Hans Delbrück.

---

Einhundertsechsunddreißigster Band.

April bis Juni 1909.



Berlin.

Verlag von Georg Stilke.

1909.



# Inhaltsverzeichnis

des

## 136. Bandes der „Preussischen Jahrbücher“.

### Aufsätze.

	Seite
Donus, A., Alexander V. Stellas gesammelte Werke . . . . .	523
Frölicher, Ch., Besprechung von G. Prellwitz, Vom Wunder des Lebens . . . . .	342
Conrad, H., Theater-Korrespondenz . . . . .	349 540
Maniels, E., Besprechung von Graf Reventlow, Englische Sorgen — Deutsche Gefahr . . . . .	136
„— von Unger, Blücher II . . . . .	137
„— P. Hassel, Josef Maria von Radowiz I . . . . .	138
„— F. Salomon, Die deutschen Parteiprogramme . . . . .	138
„— B. G. Frye, After Waterloo Reminiscences of european travel . . . . .	139
„— A. Bergengrün, Staatsminister August Frhr. v. d. Heydt . . . . .	142
„— R. Waddington, La guerre de sept ans . . . . .	147
„— O. Gildemeister, Aus den Tagen Bismarcks . . . . .	148
„— R. Rühlmann, Politische Bildung . . . . .	148
„— H. Rohst, Die Stellung Norwegens und Schwedens im deutsch- dänischen Konflikt . . . . .	149
„— Replik. Vgl. Suprerr, S. 152 . . . . .	152
Brück, H., Von der Königin Luise, dem Minister v. Stein und dem deutschen Nationalgedanken . . . . .	441
Hermann, M., Besprechung von L. Brieger-Wasservogel, Aus der Ge- dankenwelt großer Geister II . . . . .	344
— A. Brausewetter, Die Halbseele . . . . .	344
— L. Westfirk, Der Marquis von Weyermoor . . . . .	345
— L. Kröger, Aus alter Truhe . . . . .	346
— O. Frommel, Theobald Hüglin . . . . .	346
— R. Michaelis, Betty Rosa . . . . .	347
— E. Nebelong, Unfruchtbar . . . . .	347
— E. Böhmer, Wenn die Sonne untergeht . . . . .	347
— H. Pontoppidan, Das gelobte Land . . . . .	529
— H. Nanrud, Erzählungen . . . . .	531
— H. E. Lange, Am Wege gepflückt . . . . .	531
— F. Stabenhagen, Grau und Golden . . . . .	532
— B. Ch. Asbjörnsen u. J. Roe, Nordische Volks- und Hausmärchen . . . . .	533
— J. Grosse, Ausgewählte Werke . . . . .	534
Rad, A., Pater Denise, Pater Weiß und Luther . . . . .	28
Rieger, K., Eine Organisation zur Erforschung des Deutschtums im Ausland . . . . .	1
ann, K., Zur Geschichte des deutschen Wörterbuchs . . . . .	459
rb, Erwiderung. Vgl. Bd. 135 III, S. 533 . . . . .	152

Lehmann, M., Besprechung von J. Fiefurich, Das Ergebnis der freibergerischen Städteverwaltung und die Städteordnung Steins . . .	330
Matthäei, M., Besprechung von R. Fischer, Erziehung und Naturgefühl . . .	331
—, Fr. W. Foerster, Christentum und Klassenkampf . . .	33
—, R. Muthesius, Goethe und Pestalozzi . . .	33
—, C. Bortolomäus, Das alte Jena und seine Universität . . .	33
—, D. Richter, Deutsche Seebücherei . . .	340
—, H. Gruber, Zeitiges und Streitiges . . .	34
May, W., Lamarck und Darwin . . .	4
Prozel, Die Mängel der Veranlagung zur Einkommensteuer und Vorschläge zu ihrer Beseitigung . . .	24
Rohrbach, P., Besprechung von C. v. Toll, Die russische Polarfahrt der Saria . . .	5
—, L. Frobenius, Im Schatten des Kongostaats . . .	5
—, W. Bajer, Mit dem Hauptquartier in Südwestafrika . . .	52
Roloff, G., Besprechung von Memoiren aus dem spanischen Freiheitskampf. — Die Memoiren Garibaldis . . .	12
—, F. Schulze, die Franzosenzeit in deutschen Landen . . .	12
Prellwitz, G., Besprechung von W. Walloth, Im Schatten des Todes . . .	12
—, R. Münzer, Sein letztes Tagebuch . . .	12
—, L. Andro, Das offene Tor . . .	12
—, H. v. Hippel, Sei so wie ich . . .	12
—, J. J. Horschick, Johannes Rister. — Leiden eines Wanderers. — Reif im Frühling . . .	12
—, K. Hauptmann, Einhart der Lächler . . .	12
—, H. v. Hoimannsthal, Der weiße Fächer . . .	12
—, C. Hiln, Satan . . .	12
Preuß, H., Ein sozialpolitischer Schwanengesang . . .	12
Rachfahl, F., Windthorst und der Kulturkampf III . . .	12
Schiesler, G., Zur Straßprojektreform . . .	12
Schiele, G. W., Ein Vergleich zwischen Stadterweiterung und Landesbesiedlung I. II. . .	117
Schmidt, F. J., Der Kampf der Mechanik gegen den Psychologismus . . .	117
Schroeder, D., Besprechung von W. v. Christ, Geschichte der griechischen Literatur . . .	117
—, P. Cauer, Grundfragen der Homerkritik . . .	117
—, G. Finsler, Homer . . .	117
—, Th. Zielinski, Cicero im Wandel der Jahrhunderte . . .	117
Schultze, C., Ein Besuch in den altgriechischen Heilstätten zu Athen und Epidauros . . .	117
Schulke, C., Die kommerziellen Mißerfolge der Vereinigten Staaten im Stillen Ozean . . .	117
Siegmund-Schulke, F., Das soziale Wert der Heilsarmee in London . . .	117
Smith, Jr., Besprechung von L. M. Hartmann, Theodor Mommsen . . .	117
Soltan, W., Seneca und Paulus . . .	117
Wenland, P., Entwicklung und Motive der platonischen Staatslehre . . .	117
Wengler, J., Die freie Arztwahl. — Entgegnung . . .	117
Wiebel, C., Die soziale Bedeutung der gegenwärtigen Arztabewegung . . .	117
Zeller, G., Ueber Neumanns Rembrandt . . .	117

### Besprochene Werke.

Antud, H., Erzählungen . . .	117
Andro, L., Das offene Tor . . .	117
Asbjörnsen und Moe, Nordische Volks- und Hausmärchen . . .	117
Avebury, Staat und Stadt als Betriebsunternehmer . . .	117
Bailleu, P., Königin Luise . . .	117
Bajer, W., Mit dem Hauptquartier in Südwestafrika . . .	117
Bergengrün, M., Staatsminister August Freiherr v. d. Seydt . . .	117
Böhmer, C., Wenn die Sonne untergeht . . .	117

	Seite
Borkowsky, C., Das alte Jena und seine Universität . . . . .	339
Braunwetter, A., Die Halbleele . . . . .	344
Brieger-Wasservogel, L., Balzac . . . . .	344
Cauer, F., Grundfragen der Homerkritik . . . . .	334
v. Christ, W., Geschichte der griechischen Literatur . . . . .	333
Denifle, H., und Weiß, A. M., Luther und das Luthertum in der ersten Entwicklung . . . . .	28
Diegel, H., Reichsnachlasssteuer oder Reichsvermögenssteuer . . . . .	553
Finsler, G., Homer . . . . .	331
Fischer, R., Erziehung und Naturgefühl . . . . .	335
Foerster, Fr. W., Christentum und Klassenkampf . . . . .	337
Freundenberg, Fr. C., Das Verhältnis von Verschuldung und Mietzins in der Stadt Mannheim . . . . .	124
—, — Grundrente und Grundkredit in Karlsruhe . . . . .	124
Frobenius, L., Im Schatten des Kongostaats . . . . .	518
Frommel, O., Theobald Hüglin . . . . .	346
Frye, W. G., After Waterloo Reminiscences of european travel 1815—1819 . . . . .	139
Garibaldi, Memoiren . . . . .	134
Georgewitsch, W., Die serbische Frage . . . . .	189
Gierke, O., Die Steinische Städteordnung . . . . .	441
Gildemeister, O., Aus den Tagen Bismarcks . . . . .	148
Grosse, J., Ausgewählte Werke . . . . .	534
Gruber, H., Zeitiges und Streitiges . . . . .	341
Hartmann, E. M., Theodor Mommsen . . . . .	149
Hassel, P., Josef Maria von Radowisz I . . . . .	138
Hauptmann, K., Einhart der Lächler . . . . .	161
Hilm, C., Satan . . . . .	537
Hippel, H., Sei so wie ich . . . . .	155
Hofmannsthal, H., Der weiße Fächer . . . . .	343
Horschied, J. J., Johannes Lister . . . . .	157
—, — Leiden eines Wanderers. — Reif im Frühling . . . . .	159
Holland, A. L., Gesammelte Werke . . . . .	523
Hirschsen, F. M., Memoiren aus dem spanischen Freiheitskampfe . . . . .	135
Holt, H., Die Stellung Norwegens und Schwedens im deutsch-dänischen Konflikt . . . . .	149
Höger, L., Aus alter Truhe . . . . .	346
Höge, H. C., Am Wege gepflückt . . . . .	531
Höngoldt, K., Die städtische Bodenfrage . . . . .	118
Hörsing, Fr., Weltbürgertum und Nationalstaat . . . . .	441
Hörsing, K., Betty Rosa . . . . .	347
Hünzler, H., Sein letztes Tagebuch . . . . .	15
Huthaus, K., Goethe und Pestalozzi . . . . .	338
Höbelong, C., Unfruchtbar . . . . .	347
Hömann, K., Rembrandt. — Rembrandt und wir . . . . .	9
Hövikoff, O., Reminiscences and correspondence . . . . .	562
Hönd, Die Einheit des physikalischen Weltbildes . . . . .	390
Höppidan, H., Das gelobte Land . . . . .	529
Höwisch, G., Vom Wunder des Lebens . . . . .	342
Höntlow, Graf E., Englische Sorgen, — Deutsche Gefahr . . . . .	136
Höhter, O., Deutsche Seebücherei . . . . .	340
Hölmann, P., Politische Bildung . . . . .	148
Hömon, F., Die deutschen Parteiprogramme . . . . .	138
Höng, K., Geschichte des Machtverfalls der Türkei . . . . .	377
Hölsz, Fr., Die Franzosenzeit in deutschen Landen . . . . .	135
Hölsperer, W., Ethello . . . . .	349
— Macbeth . . . . .	540
Hönhagen, F., Grau und Golden . . . . .	532
Höhl, Die russische Polarfahrt der Sarja . . . . .	510
Höer, W. v., Blücher II . . . . .	137

Waddington, R., La guerre de sept ans . . . . .	2
Walloth, W., Im Schatten des Todes . . . . .	12
Westfisch, L., Der Marquis von Wehermoor . . . . .	72
Weule, C., Negerleben in Ostafrika . . . . .	72
Ziefurisch, J., Das Ergebnis der friederizianischen Städteverwaltung und Städteordnung Steins . . . . .	72
Zielinski, Th., Cicero im Wandel der Jahrhunderte . . . . .	72

### Politische Korrespondenz.

I.: Volksvermögen und Steuerdeklarationen . . . . .	1
— „ — Lösung und Ergebnis der Balkankrise . . . . .	1
Die Unzulänglichkeit des Reichstages. — Die Berufsvereinigungen in der Politik. — Vergleich der deutschen Zustände mit den englischen und französischen. — Ein neuer Kompromißvorschlag in der Nachschsteuer	
— „ — Konservative Steuern, liberale Regierung . . . . .	1
Kohrbach, P. Koloniales . . . . .	1
Daniels, E., Die türkische Revolution . . . . .	1
— „ — Englische Stimmungen . . . . .	1
Korodi, L., Oesterreich und die ungarische Krise. — Bundesgenossen für das Magharentum. — Erzherzog Franz Ferdinand . . . . .	1

# Eine Organisation zur Erforschung des Deutschtums im Ausland.

Von

R. Hoeniger.

Am 29. Januar d. J. ist zu Berlin die Begründung einer Zentralstelle für Erforschung des Deutschtums im Ausland erfolgt. Sie wendet sich dem deutschen Volkstum außerhalb des Reichs in seinen Verzweigungen über die ganze Erde für Vergangenheit und Gegenwart zu.

Es handelt sich um ein streng wissenschaftliches Unternehmen. Die Anregung ist von dem Herausgeber der Zeitschrift für Deutsche, „Deutsche Erde“, Professor Langhans-Gotha, ausgegangen. Der Gedanke berührte sich aufs engste mit den Bestrebungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland (ehedem „Deutscher Schulverein“), der seit einem Menschenalter der Pflege des Auslandsdeutschtums in erprobter Arbeit dient und der neuerdings unter der Leitung von Staatsminister z. D. Hentig bei peinlichster Wahrung des unpolitischen Charakters ein erweitertes Ausmaß seiner sturellen Betätigung anstrebt. Der Verein hat von Berlin aus e Vorarbeiten aufgenommen und durchgeführt. Nachdem ein ausdehnter Kreis von hervorragenden Mitarbeitern des In- und Auslandes gewonnen war, konnte der Verein, der selbst in erster Linie aktive Arbeit für die Erhaltung deutscher Stammesart in der Fremde leistet, sich zurückziehen. Die Zentralstelle ist unter einem neuen Vorsitzenden — Botschafter a. D. Dr. v. Holleben — und unter voller Sicherung des Rechtes der Initiative als selbständiges Glied des Vereins ins Leben getreten. In den Hauptausschuß sind h. Reg.-Rat Professor Dr. Brandl, Professor Dr. Delbrück, Professor Görde, M. d. R., Dr. Haß, Staatsminister z. D. Hentig, Preussische Jahrbücher. Bd. CXXXVI. Heft 1.

Professor Dr. Hoeniger, Professor Dr. Hoessch, Professor Langhans, Professor Dr. Samassa, Privatdozent Dr. Solger, Generalsekretär des Deutschen Handelstages Dr. Soetbeer gewählt.

Der Gedanke, den die Zentralstelle zu verwirklichen strebt, hat in den ausgedehnten Vorverhandlungen mit heimischen und auswärtigen Fachmännern eine überaus beifällige Aufnahme und umfassende Bereitwilligkeit zur Mitwirkung gefunden. Nur gegen den gewählten Namen und gegen die Begrenzung der Aufgabe sind ganz vereinzelte Bedenken laut geworden. Anstatt des als Fremdwort beanstandeten Ausdrucks „Zentralstelle“ ist „Hauptstelle“ empfohlen worden. Ein Schweizer Mitarbeiter wendet sich gegen die Beschränkung auf nicht reichsdeutsches Gebiet. Bei der erstrebten Beteiligung des gesamten Deutschtums an dem wissenschaftlichen Unternehmen wirke das Wort „Ausland“ störend und irreführend. Es erwecke die falsche Vorstellung, daß es um eine reichsdeutsche Bemühung für die Volksgenossen draußen sich handle, und unterstütze den Irrglauben, als ob alle nicht zum Reichsverbande gehörigen Deutschen die z. T. auf kerndeutschem Boden sitzen, sich als im Ausland sofindlich zu betrachten hätten. Darum wird „Erforschung des Deutschtums“ schlechthin gewünscht. Zu dem gleichen Ergebnis kommen einige andere Betrachtungen, die davon ausgehen, daß bei der Beobachtung des Deutschtums innerhalb des Reichs Ausbeute und Fingerzeige für die Erforschung des Deutschtums draußen zu erlangen sind.

Der ersterwähnte Einwand ist ohne sonderlichen Belang. Wenn „Zentralstelle“ durch „Hauptstelle“ ersetzt wird, erscheint ziemlich nebensächlich. Aber Hauptstelle entspricht doch nicht ganz dem Sinn von Zentralstelle. Eine Hauptstelle setzt Nebenstellen voraus. Eine neue Organisation will von einem Mittelpunkt aus möglichst viele Fäden zu einzelnen Fachmännern spinnen. Schließlich ist man grundsätzlich Fremdwörter, für die ein völlig gleichwertiger Ersatz fehlt, als eine Bereicherung unserer Sprache ansehen dürfen, die auch ein ausgeprägtes Deutschbewußtsein sich nicht verkümmern zu lassen braucht. So darf es bei Zentralstelle sein Verwendung haben.

Von tiefer eingreifender Bedeutung wäre die geforderte Ausweitung auf das gesamte Deutschtum. Es mag dahingestellt bleiben, ob mit dieser wesentlich umfassenderen Absicht nicht auf Kosten eines möglichen Gelingens zuviel angestrebt wäre. Jedenfalls würde die mit der Grundgedanke des Planes verschoben. Die Zentral-



will das Verhalten deutschen Volkstums im Zusammentreffen und in dauernder Fühlungnahme mit fremdem Volkstum und seine Lebensbedingungen außerhalb der mächtigsten staatlichen Verkörperung des Deutschtums untersuchen.

Für die Gegenwart ist das Deutsche Reich der deutsche Kernstaat, in dem ein nationales Sich-auswirken unseres Volkstums als das Selbstverständlich-gegebene erscheint. Das Deutschtum außerhalb des Reichs lebt in national gemischten Staatsbildungen oder in gänzlich fremder Umwelt und unter fremder Staatshoheit; oder es hat in langer geschichtlicher Absonderung eine innere Abwandlung bis zur Ausgestaltung einer neuen Erscheinungsform germanischen Wesens erfahren. Im Hinblick auf diese entscheidenden Gegensätze ist für die Begrenzung der Aufgabe das Wort „Ausland“ gewählt. An irgendwelche unmittelbare Fürsorge für das Auslands-Deutschtum ist bei der rein wissenschaftlichen Wesenheit des Unternehmens ebensowenig gedacht, wie an eine Verschleierung der Tatsache, daß deutsches Land weiter reicht, als unser Deutsches Reich sich erstreckt.

Gewiß gibt es weite Gaue außerhalb des Reiches, in denen der Deutsche sich genau so voll-heimatberechtigt fühlen darf, wie der Deutsche im Reich. Gleichwohl wird auch ihnen gegenüber der vom Reich aus bestimmte Auslandsbegriff insoweit zur Geltung kommen müssen, als die Zentralstelle eben in erster Linie den derzeitigen zahlenmäßigen Bestand, das kulturelle und wirtschaftliche Gewicht der Stammesgenossen auf nicht reichsdeutschem Gebiet ermitteln will. Dabei wird für die Erfassung des Gegenwärtzustandes die Anlehnung an die geltenden staatlichen Grenzen schon darum zu einer unabweisbaren Notwendigkeit, weil die amtliche Statistik mit diesen Grenzen rechnet, und weil für eine private Veranstaltung jede Möglichkeit fehlt, mit ihren Mitteln und Kräften reichwertige Erhebungen nach rein ethnographischen Gesichtspunkten aufzustellen.

Man wird schließlich das Reichsgebiet nicht vollkommen und undsfählich unbeachtet lassen dürfen.

Selbstverständlich wird die Zentralstelle auf keinen Aufschluß verzichten, der aus der Beobachtung unseres Volkstums im Reich das Verständnis des Deutschtums draußen zu gewinnen ist. Ermittlung grundlegend wichtiger Tatsachen, wie die Geschichte Auswanderung und ihrer Gründe, muß sogar unweigerlich vom Land ausgehen. Ebenso selbstverständlich erfordert die Entwick-

lung unseres Volkstums in den Reichsschutzgebieten die sorgfältigste Beachtung. Endlich gibt es im Reich selbst Landstrecken, in denen Deutsche mit anderssprachigen Bevölkerungsteilen gemischt wohnen. An einzelnen Stellen haben wir auch im Reich einen mehr oder weniger ausgesprochenen Sprach- und Nationalitätenkampf zu verzeichnen. Schon nach Maßgabe des leitenden Grundsatzes, daß die dauernde Berührung mit der Fremdwelt als Merkzeichen für die räumliche Begrenzung unseres Arbeitsgebietes zu gelten hat, dürfte die Einbeziehung solcher Gebiete in das Arbeitsfeld der Zentralstelle zulässig erscheinen. Für die geschichtliche Betrachtung nötigt selbst der Auslandstitel nicht zu ihrer Ausschließung. Die staatlichen Grenzen haben durch die Jahrhunderte erheblich geschwankt. Böhmen, Preußen und Posen, Schleswig und Elßaß-Lothringen sind bis in die neuere Zeit in staatlichem Sinne „Ausland“ gewesen. — Das gesamte ostelbische Gebiet ist erst während des Mittelalters deutschen Wesen gewonnen worden. Damit ist auch der ganze Studienbereich mittelalterlicher Kolonisationsgeschichte der Zentralstelle erschlossen. Und selbst die Beteiligung an der volkshundlichen Aufhellung der noch vielfach dunklen Anfänge unseres geschichtlichen Daseins auf der Seite der ersten Verknüpfungen mit dem heutigen Volksboden wird man der Zentralstelle nicht streitig machen. So angeordnet bilden die heutigen staatlichen Grenzen keine starren Schranken, kommen für die Erkundung der Vergangenheit um so mehr in Betracht, je weiter wir zeitlich zurückgreifen.

Man könnte demzufolge die erläuternde Bezeichnung der Zentralstelle erweitert wünschen, etwa: „Erforschung des Volkstums vornehmlich im Ausland.“ Aber alle Unklarheiten wurden damit nicht ausgeschaltet. Und die gegebene Ausdeutung der Bezeichnung genügt wohl, um die Bedenken auswärtiger und heimischer Helfer zu verschüchtern, deren allseitige Mitwirkung allerdings unerlässlich ist. Diese Hoffnung wird nicht täuschen, sofern die Zentralstelle vormaltet, die in dem aus der Schweiz erhobenen Einverständnis zum Ausdruck kommt: „Der Sache bin ich gewogen, wie man auch nenne.“

Für das in Frage stehende Forschungsgebiet liegt eine übersehbar Fülle bunter Veröffentlichungen vor, darunter wertvolle wissenschaftliche Leistungen. Wichtige Bereiche sind in deutschkundlichen Gesichtspunkten bearbeitet, einschlägige Fragen allgemeiner und besonderer Natur von berufener Seite erörtert worden. Ganz auf das Ziel gerichtet, dem die Zentralstelle zustrebt,

vor allem die Veröffentlichungen der „Deutschen Erde“. Im übrigen hat der Zufall die Beiträge ungleichmäßig auf die einzelnen geographischen Abschnitte verteilt. Sehr verschiedenartige Interessen, feuilletonistische Flüchtigkeiten, nationalparteiliche Voreingenommenheit beeinträchtigen zum Teil den Wert dieser Literatur, so weit ihr die strenge Richtung auf einen wissenschaftlichen Endzweck fehlt.

Die neue Zentralstelle wird danach trachten müssen, einen vollständigen und kritisch sichtenden Ueberblick über das bisher Geleistete zu erlangen und weiteren Kreisen zu vermitteln. Zu dem Zweck ist zunächst ein nach sachlichen und örtlichen Gesichtspunkten gegliederter Bericht über die gesamte einschlägige Literatur geplant, dem in späterer Folge regelmäßige Fortsetzungen über Stand und Ergebnisse der Forschung nachfolgen sollen.

Daneben ist ohne Verzug die planmäßig geleitete Weiterführung der Forschung in Angriff zu nehmen.

Für die historische Seite der Aufgabe gilt es: möglichst eindringende Aufschlüsse über die Massenwanderungen vergangener Jahrhunderte und ihre Schicksale zu gewinnen, desgleichen über die zahllosen Einzelabsplitterungen, namentlich, wo sie durch lange Zeiträume auf das gleiche Ziel gerichtet, stetig neu gespeiste Sammelbeden deutschen Einflusses im Ausland bildeten. Welche Einwirkungen und Umgestaltungen hat deutsches Volkstum bei diesen Verpflanzungen erfahren? Sind bestimmte Geseze und Richtlinien der Entwicklung aufzuspüren? Wo, wann, unter welchen Umständen ist das deutsche Volkstum zu entscheidendem Uebergewicht über andere Volkselemente gelangt, oder hat es unter fremder Herrschaft doch Sprache und Sitte den Nachgeborenen erhalten, oder endlich ist es zugrunde gegangen und von fremdem Volkstum aufgesogen worden? Welche Bedeutung hat es in der Fremde gewonnen, und wie weit hat es von seiner neuen Heimat her eine Rückwirkung auf das Mutterland ausgeübt?

Mit diesen flüchtigen Andeutungen kann nicht entfernt die Fülle der sich aufdrängenden Fragen erschöpft werden: Fragen der Rassenmischung, der klimatischen Einwirkung, sprachgeschichtliche, historisch-statistische, wirtschafts- und sozialgeschichtliche, Kultur- und völkischpolitische Fragen. Bei der Unterordnung aller dieser Elemente unter den volkshundlichen Generalnennen ist hier für die deutsche Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung noch fruchtbares Auland zu erobern.

Unsere für breitere Kreise bestimmten und selbst unsere wissenschaftlichen Darstellungen der deutschen Geschichte lehnen sich allzu eng an den Gegenwartsstaat an. Der Deutschen Oesterreich und der Schweiz, der deutschen Balten oder der Siebenbürger Sachsen wird höchstens mit einem flüchtigen Seitenblick gedacht. Von entlegeneren Außenposten, von den geschlossenen deutschen Siedlungen in Süd-Rußland, in Brasilien und Australien, von den Millionen Deutscher in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist in dem gewohnten Zusammenhang der deutschen Geschichte in der Regel mit keinem Wort die Rede. Eine Geschichte des deutschen Volkes aber müßte sie alle mit gleicher Sorgfalt umfassen. Dann wird auch die Form sich finden, in der die Ergebnisse dieser weit verzweigten Untersuchungen nutzbar gemacht werden können. Jedenfalls müßte eine Geschichte des ganzen großen deutschen Volkes den Millionen unserer Stammesgenossen außerhalb des Reichs klarmachen, als es bislang geschieht, zum Bewußtsein bringen, daß ihre deutsche geschichtliche Entwicklung bedingte Sonderung vom neuen Deutschen Reich unbeschadet der Treue gegen ihren Staat und auch die Zugehörigkeit zu der großen Kulturgemeinschaft des ganzen deutschen Volkes aufhebt. Sie müßte den andern Millionen, als Nachkommen deutscher Auswanderer in weiter Ferne zum Bewußtsein durch lange Geschlechterreihen deutsche Sprache und deutsches Leben bewahrt haben, von ihren deutschen Vorfahren und von deren vielfach rühmlichem Anteil an der Geschichte ihrer neuen Heimaten richten. Für diese Auslanddeutschen, denen in ihrer ungetrübten Mehrzahl das Deutsche Reich nie betretenes Fremmland ist, muß die geschichtlichen Erinnerungen des Mutterlandes erst dann einen lebendigen Wert, wenn sie aus ihnen die Zusammenhänge mit ihrem eigenen Dasein heraus hören. Erst dann wird den weitbin splitterten Trägern des deutschen Namens das Gefühl erwachen, daß die besten Wurzeln ihrer Kraft in der Kulturgemeinschaft mit einem mächtigen weitverzweigten Volke liegen.

Auch der Reichsdeutsche, der meist allzu selbstgenügsam in den Kreis seiner nationalen Erwägungen zu ziehen gewohnt ist, wird mit Nutzen lernen, was deutsche Kraft auch außerhalb des Reichs geschaffen, was deutsches Leben draußen für unsere eigenen wissenschaftlichen und kulturellen Interessen bedeutet.

Im Gegensatz zu dem mehr ideellen Wert der geschichtlichen Studien erhellt ohne weiteres die praktische Bedeutung der genaueren Kenntnis der heutigen Verbreitung unseres Volkstums

unserer Sprache, unserer wirtschaftlichen und unserer Geisteskultur. Vor allem reden da die gewaltig sich steigenden Weltwirtschaftsbeziehungen hinsichtlich des Gewichts, das der Erhaltung und Sicherung des Deutschtums im Ausland beizumessen ist, eine Sprache, für die unsere Geschäftswelt feinhöriger zu werden beginnt. Aber auch der schwerer wägbare Einfluß geistiger Kräfte im Völkeraustausch begegnet einem wachsenden Verständnis. Hier liegen zweifellos die schwierigsten Probleme vor, denen vielfach erst unter Anwendung verfeinerter Fragestellung beizukommen sein wird.

Zuvörderst gilt es Zahl und Geltung der Auslandsdeutschen festzustellen und nach Möglichkeit fortlaufend zu beobachten. Aber selbst dieser grobkörnige Stoff läßt sich nach den vorliegenden Quellen nicht so einfach sichten und ordnen. An vielen Stellen sind statistische Daten überhaupt erst zu beschaffen, an anderen ist das vorhandene amtliche Zahlenmaterial für sichere Erkundung der Herkunft, der Abstammung, der Sprache unzulänglich, oder es fehlt doch infolge abweichender Erhebungsgrundsätze die Möglichkeit exakter Vergleiche. Es erscheint dringend erforderlich, eine einheitliche Beeinflussung der statistischen Bevölkerungsaufnahmen in sämtlichen Staaten ins Auge zu fassen. Am nächsten liegt die Anknüpfung an die gleichgerichteten Bestrebungen des Internationalen statistischen Kongresses, der das Problem einer sachgemäßen Erfassung der Nationalitäts- und Sprachverhältnisse wiederholt in den Kreis seiner Erörterungen gezogen hat. Ob die entgegenstehenden Hemmnisse in absehbarer Zeit zu überwinden sein werden, läßt sich freilich nicht voraussagen. Eine gewissenhafte Klarstellung der in Frage stehenden Massenerscheinungen liegt jedenfalls im gemeinsamen Interesse aller Kulturnationen.

So gut es mit den gegebenen Hilfsmitteln ging, hat der Verein für das Deutschtum im Ausland, dem einst Richard Böckh, der erste statistische Ergründer des Auslands-Deutschtums, die Wege gewiesen, das Gegenwartproblem bereits mit praktischer Arbeit aufgegriffen. Das von dem Verein in zwei Auflagen — 1904 und 1906 — herausgegebene „Handbuch des Deutschtums im Ausland nebst einem Adreßbuch der deutschen Auslandsschulen“ bietet eine erste Zusammenfassung des gewaltigen Stoffes. Die Bearbeitung der dritten Auflage ist der Zentralstelle überwiesen und die Weiterführung und vervollkommnung des Werkes wird eine ihrer wichtigsten Arbeitslichten sein.

In dem weit ausgemessenen Arbeitsplan haben also zunächst

nur die „Berichte über Stand und Fortschritt der Forschung“ neben dem schon bestehenden „Handbuch“ festere Gestalt angenommen. Beiträge, die Einzelgebiete und Einzelfragen behandeln, sind der Zentralstelle in größerer Zahl in Aussicht gestellt und zum Teil bereits zugegangen. Zur Veröffentlichung steht die „Deutsche Erde“ und die Monatschrift des Vereins „Das Deutschtum im Ausland“ zur Verfügung. Umfangreichere Untersuchungen und Darstellungen sollen als „Schriften der Zentralstelle“ in zwangloser Folge erscheinen. Genauere Festsetzungen darüber sind noch nicht in Einbart.

Vorerst wird in regionaler Gliederung ein Ausbau der Organisation durchzuführen sein. Geographisch begrenzte Gebiete — erforderlichenfalls auch unter sachlicher Scheidung der zu beobachtenden Tatsachen und Lebensäußerungen — einzelnen Männern überwiesen werden, um eine allseitig eindringende Bearbeitung und Berichterstattung zu sichern.

Es sind bedeutende Ziele, denen die junge Organisation strebt. Sie will der Wissenschaft und also der Wahrheit dienen und durch die Wissenschaft dem Volkstum. Jede Schönfärberei, jede nationalistische Ueberhebung würde letzten Endes nur schädigend und darum schädigend wirken. Dagegen dürften die Ergebnisse einer planmäßigen, rein wissenschaftlich bestimmten Beschäftigung mit den angeregten Fragen für zielbewusste Kulturarbeit im Ausland und wirksame Ausgestaltung unserer wissenschaftlichen Außeninteressen ebenso bedeutsam werden, wie für tiefere Erfassung der Geschichte unseres Volkstums und für reichere Entfaltung unseres nationalen Lebens.

---

## Ueber Neumanns Rembrandt.\*)

Von  
Dr. Gustav Zeller.

---

Jede Analyse eines Kunstwerks hat eigentlich etwas Bedenkliches, Widerspruchsvolles an sich. Sie zerlegt das Ganze in seine Teile, wiegt diese in ihrem Verhältnis zu einander ab und setzt dann das Ganze wieder mühsam zusammen. Und doch existiert das Kunstwerk nur als Ganzes, übt nur als solches seine Wirkung aus, seine Wirkung, deren Wesen gerade bei den größten Kunstschöpfungen in einer eindeutigen, restlosen Fassung im Worte durchaus widerstrebt. Und dies gilt für die Werke Rembrandts in ganz besonderem Sinn. Wir haben es bei ihm weit mehr als bei den Werken anderer Maler mit etwas Undefinierbarem, alle faßbaren Begriffe weit überfliegenden zu tun. Ich möchte daher auch behaupten, daß gerade hier theoretische Betrachtungen, wie sie die Kunstgeschichte und Aesthetik an die Hand geben, zum Eindringen in die Sache selbst nicht so unbedingt nötig sind. Wo künstlerisches Nachspüren vorhanden ist, wirken die Originale ganz von selbst, ähnlich wie eine Bachfuge auch da, wo jede Kenntnis der Gesetze des Kontrapunkts fehlt, ihre Wirkung auszuüben vermag. Ist eine gewisse Weichheit und Elastizität des künstlerischen Empfindens, wie sich etwa in seelenvollem Verkehr mit den Schöpfungen großer Meister entwickeln mag, vorhanden, so bedarf es keiner gelehrten Kenntnisse mehr, um in Rembrandts Kunst einzudringen. Ja, gewisse Kenntnisse, Reflexionen, auch wenn sie rein technische Dinge betreffen, nehmen uns etwas von der Frische unmittelbarer Be-

---

\*) Rembrandt von Karl Neumann. Zweite vermehrte Auflage. Berlin und Stuttgart. Verlag von W. Spemann 1905.

Rembrandt und Wir. Rede bei der Rembrandtfeier der Königlichen Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, gehalten von Karl Neumann. Berlin und Stuttgart. W. Spemann 1906.

rührung mit dem Kunstwerk, sie schieben sich allzuleicht zwischen den Betrachter und das Kunstwerk hinein. Vielleicht wollen die Künstler gar nicht, daß man ihnen nachschleicht und ihre Verfahren beobachtet; sie wollen nur ein zartes, aufnahmefähiges Gemüt, und sie sind glücklich, wenn sie andere beglückt, mit hohen, edeln Empfindungen erfüllt und sie dadurch einen Schritt weiter geführt haben.

Wenn im bisherigen der Standpunkt des kunstbesessenen Lesers der sich herausnimmt, unbekümmert um Kunstgeschichte und Kritik mit eigenen Augen sehen zu wollen, stark, vielleicht etwas zu sehr betont worden ist, so lag der Gedanke zugrunde, daß gerade Rembrandt die Hauptarbeit vom einzelnen selbst geleistet werden muß, ihm von keinem noch so geistreichen Führer abgenommen werden kann, daß Rembrandt nicht aus einem Buch, und wenn auch ein Kunstwerk wäre, zu uns spricht, sondern nur aus dem Originalen selbst.

Treten wir mit diesem Vorbehalt an das Werk Rembrandts heran, so wird es uns allerdings überaus wertvolle Dienste leisten können. Wir erwarten nicht von dem Buch etwas, was es leisten kann, was uns nur die unmittelbare Berührung mit Kunstwerken selbst gewähren kann. Aber gerade vor die Bilder begleitet uns ja das Buch. Es lehrt uns, eine Menge Dinge sehen, die wir in dieser Weise schwerlich von uns aus hätten. Das glänzendste Beispiel hierfür dürfte wohl die ausführliche Behandlung der Nachtwache bieten, die eine ganze Fülle fruchtbarer Anregungen und neuer Gesichtspunkte enthält und dem Umfang wie der Bedeutung nach eine hervorragende Stelle in dem Werk einnimmt. Besonders eindrucksvoll ist die Beschreibung der Figur des Leutnants Ruytenburch, aus der hier einige Stellen angeführt werden mögen: „Offenbar war für Rembrandts künstlerische Leidenschaft, während er an dieser Figur arbeitete, die Stellung von Akzessorischem völlig verschwunden. Ob es nun Gesichter oder Hände oder Waffen und Uniform waren, alles sollte helfen, die Illusion plastischer Stoßkraft um jeden Preis zu erreichen und an dieser Stelle, als an dem Lichtfokus des Gemäldes, den einzelnen Teil so zu entzünden, daß alle diese Lichter zu einer großen Flamme zusammenschlugen. Befah der ungebrochenen Farbenton an sich schon die Kraft des Selbstleuchtens, fast wie der Chalcedon der Sage, dessen Licht in der Nacht scheint, so gab dem wärmsten Ton nun das stärkste Licht von außen hinzu, gab der Gestalt ein Gleißeln und Glühen, als wäre da ein Licht



mitten im irdischen Dunkel aufgegangen“ (S. 302 f.). Und über die hinreißende Gewalt der Farbe, auf die sich dieses grelle Licht konzentriert, berichtet Neumann: „Seine Leidenschaft scheint nur auf eine Stelle gerichtet; er will zeigen, was eine kondensierte warme Farbe, durch ein pralles warmes Licht erhitzt, an Glut erzeugen könne. Wo ist es noch einmal vorgekommen, daß Farbe solch einen Eindruck von Siedhize hervorbrächte? Diese gelben Töne sind förmlich gekocht, sie haben etwas Eruptives, als müsse man jeden Augenblick gewärtigen, Blasen an der Oberfläche erscheinen, Dampf überwallen und hervorbrechen zu sehen. Vor der elementaren Explosivkraft dieses Farben- und Lichtkörpers bleibt der Beschauer wie vor einem Naturschauspiel geblendet.“

Bewundern wir hier die merkwürdige Begabung des Verfassers, künstlerisch zu sehen und für Empfundenes das richtige Wort zu finden, so an anderer Stelle mehr seine geistvolle Art der Deutung von in ihrem Zusammenhang rätselhaften Einzelheiten, zu deren Lösung bisher der Schlüssel fast ganz fehlte. Als Beispiel sei nur auf den Abschnitt „Das Nebenzentrum des Lichtes“ S. 308 ff., hingewiesen, wo die Bedeutung des gleichfalls in helle Töne gekleideten Mädchens, der kleinen „blaublonden Fee“, dargelegt wird. Noch Fromentin, mit dessen einseitiger, aber geistvoller Schilderung der Nachtwache sich Neumann eingehend auseinandersetzt, hatte in dem Dasein dieser Figur nur eine Laune Rembrandts gesehen, „wer nach Gründen sage, erkenne das Abenteuerliche seiner zügel- und regellosen Eindringkraft“. Im Gegensatz dazu sieht Neumann — und nicht allein — in der kleinen Fee in Hinsicht auf die Lichtökonomie des Bildes den „Widerpart“ des Leutnants und beurteilt nun alle Einzelheiten, den Licht- und Farbencharakter dieser Mädchengestalt, wesentlich fühlbar gehalten ist als der des Leutnants und sich mit dem Farbenton, der „Mollweise“ des Hintergrundes besser paßt, ferner die dunkeln, die helle Gestalt überschneidenden Gegenstände, durch welche die Leuchtkraft der Farbe auf raffinierte Weise gesteigert und vor allem die vorn zu grell wirkende nur in den Hintergrund geschoben wird, stets im Hinblick das Hauptlichtzentrum, die ganz nach vorn drängende Gestalt

Leutnants. Was Neumann über das Illusionsmittel jener rückschieber ausführt (den Kolben eines fein Gewehr ladenden Rüßens, das Bein eines nach rückwärts gedrehten schießenden Leuten und die an der rechten Hand des Hauptmanns herabgehenden Handschuhe), die nach seiner Auffassung absichtlich in

unbestimmten flimmernden Umrissen gehalten sind, um durch Konstruktion einer Lichtwirkung die Lichtstärke des Hintergrunds zwar nicht tatsächlich, aber in unserer Illusion zu steigern, dies gehört wohl mit zum Erstaunlichsten, was zur Deutung technischer Einzelheiten von der Kunstwissenschaft geleistet worden ist.

Während Neumann so die Nachtwache nach Lichtwirkung, Farbengebung und Komposition, auch hinsichtlich der dem Bild zugrunde liegenden geschichtlichen Verhältnisse der Bedeutung des Kunstwerks entsprechend aufs eingehendste behandelt, faßt er sich an anderen Stellen weit kürzer und deutet nur vormaltende Richtungen an, die durch wenige Typen illustriert werden. Dabei ist es erstaunlich, wie der Verfasser oft nur mit wenigen Worten den Gehalt eines Kunstwerks herauszuheben versteht; auch ist zu betonen, daß er bei aller Kürze im einzelnen wesentliche Zugewinne Rembrandts nirgends übersieht. Zwei Beispiele mögen das Nähere erläutern.

Es wird häufig nicht genügend beachtet, daß Rembrandt Hell dunkelmalender, der auf dunklem Hintergrund, auf braunem Ton warme, oft überhitzte Farben anzubringen pflegt, in Frühzeit in einer Reihe von Bildern einen ganz andern Weg einschlagen schien. Er zeigt sich da als ausgesprochener Kolorist, einem völlig entwickelten, aufs feinste abgestimmten Farbengedächtnis, aber nicht auf warmer, sondern auf kühler Farbengrundlage. Der Hintergrund, z. B. der Blendung Simsons, ist ganz im Gegensatz zu andern Bildern Rembrandts nicht dunkel, sondern hell, nur der Rahmen ist dunkel. „Die triumphierende Delila und der zu Boden geworfene Simson sind hell beleuchtet, indes die Vorhangsrolle oben und links, die gepanzerten Philister rechts den dunklen Schattenrahmen bilden. Dieser Rahmen ist auf vorwiegend gelber Basis gehalten, wobei die Stoffe zu violett neigen, die Panzer steingrau, indes die Panzer und Waffen dieses Steingrau auf metallischer Grundlage und mit nervöseren Lichtern wiederholen. In der Begleitung neutraler Töne die Hauptfiguren im vollen Licht, beide halb entkleidet. Delila in weißem, weitärmeligem Hemd, blauseidenem, goldgesticktem Unterrock, dessen Leuchtkraft durch helleres Blau des Fonds noch gehoben wird; Simson trägt dem Hemd, das auf der Brust breit geöffnet ist, einen gelblichen Leibrock und graue, kurze Hosen, die von einem braunen Bund gehalten werden. Dazu nun der Gegensatz der bläulichen Rosahaut an den nackten, perlengeschmückten Armen

Frau und des dunkleren Fleischtons Simsons. Alle diese blauen und gelblichblonden Farben sind schließlich durch Schatten und Reflexe in einer Weise belebt, die dieses Bild zu einem koloristischen Meisterwerk Rembrandts erhebt. Von unvergleichlicher Meisterschaft ist die Schattenpartie an Delilas Hemd; wie durch einen durchsichtigen Rauchtöpel scheint die Körperfarbe heraus. Am Simson erinnert das Gemenge zitronengelber, grauer und fleischfarbener Töne mit den rötlichen Reflexen an jenes Wunderstück von Murillos Geburt der Maria, der „Perle des Louvre“, wo das Kind in ein himmlisch delikates Aroma von Farben gebettet ist.“ (S. 372f.).

Nach einer solchen Schilderung könnte man es bedauern, daß Neumann auf andere ebenso farbenprächtige Bilder der Frühzeit, wie den Raub der Proserpina in Berlin und den vor Saul die Harfe spielenden David in Frankfurt nicht näher eingegangen ist (wenigstens nicht nach ihrer koloristischen Seite). Auch über das herrliche Amsterdamer Bild, die Darstellung Jesu im Tempel, ein ihres Schmuckstück an in hellstem Sonnenlicht strahlender Farbe, dürfen wir, wenn der Raum dies gestattete, gerne etwas von Neumann hören. Wie der blaue Mantel des Hohepriesters und des Goldbrokatgewand Simeons in dem hochfalleenden Licht erstrahlt, wie der in viele Strahlen aufgelöste Pfeiler bis zum Giebel hinauf in Goldton glitzert, davon ist durch keine Beschreibung eine Vorstellung zu geben.

Ebenso wie die Farbenpracht einzelner Jugendwerke Rembrandts ist überall genügend beobachtet wird, nimmt der Künstler als Landschaftler noch nicht ganz die ihm gebührende Stelle ein. Ich kenne keinen Landschaftler älterer oder neuerer Zeit zu nennen, der Rembrandt an Stimmungsgehalt, an Weichheit und Zauber des Moments, an Kraft der Erfindung überträte. Auch hier bewährt wieder Neumanns Darstellung in vollstem Maße, ja sie schwingt zu dichterischer Höhe empor, ohne im mindesten rhetorisch oder poetisch zu werden. Der Verfasser behandelt die Landschaftserei im Rahmen der weitausholenden Besprechung der Nachtstücke. Sieht man von der auffallend bevorzugten, auch rein technisch ganz anders als die übrigen behandelten Figur des Leutnants Tenburch (wohl auch des Hauptmanns Wanning Cocq) ab, so sieht man sich durch die Nachtwache eine antiindividuelle, die Individualität der Figuren der Tonschönheit zurückdrängende Tendenz. Einen ähnlichen „Individuum auslöschenden“ Zug finden wir auch in Rembrandts Landschaftsmalerei. Aus dem nur allzu kurzen, hierüber

handelnden Kapitel greife ich die der berühmten Braunschweiger Gewitterlandschaft gewidmeten Worte heraus:

„Sie ist in einen braunroten Gesamtton getaucht; an spärlichen Stellen steht etwas kaltes Grün. Wolken verdunkeln den Himmel und die Erde; nur durch wenige Lücken bricht das Licht und ergießt einen fieberhaft magischen Glanz. Dies ist nicht mehr eine Landschaft im gewöhnlichen Sinn, sondern eine Bühne für landschaftliche Geschehnisse. Ein paar seltsam geformte Ruinen, ein schnittenes Terrain, ein abstürzender Fluß sind wie Fragmente einer unlesbaren und geheimnisvollen Geisterschrift. Man glaubt Beethoven am Klavier sitzen und phantasieren zu hören; Akkorde folgen ergießen sich ohne Melodie und Solo. Die Feinheit der Uebergänge von einer Tonart zur anderen, von Bräunlich und Rötlich zu Grünlich und Bläulich ist im Terrain von einer himmlischen Reinheit. Jedes Sonderrecht des Figürlichen ist ausgelöscht. Ohne Rücksicht auf Lokaltöne ist über Hütten, Reiter, Fußgänger mit Braunkopfgewand gemalt, als müßten diese Gegenstände ihr Kleid wie nach der Beobachtung Darwins gewisse Tiere, der Farbe der Umgebung anpassen.“ S. 235 f.

Während die gemalten Landschaften durch ihre Komposition vor allem durch ihren nur Rembrandt in dieser Weise eigentümlich düsteren Ton, in den ein wie aus einer anderen Welt kommendes Licht hineinfällt, einen heinahe visionären Charakter erhalten, so sind die radierten und die gezeichneten Landschaften meist einfacher, der umgebenden Wirklichkeit entsprechender. Wer die von Lippmann reproduzierten Handzeichnungen durchblättert, wird wohl gerne stehen an der an Landschaften besonders reichhaltigen Sammlung des Herzogs von Devonshire in Chatsworth, in der ungefähr 30 anspruchsvolle Landschaftsskizzen befinden (bei Lippmann etwa die Nummern 53—83). Bei der vorzüglichen, dem Original gleichkommenden Art der Reproduktion, die das der Allgemeinheit leicht zugängliche Lippmannsche Werk bietet, möge auf diese nicht genügend beachtete Seite an Rembrandts Kunstschaffen hingewiesen werden. Wir können hier den Künstler auf seinen einsamen Gängen in Amsterdams Umgebung begleiten, wir wundern uns über viele malerische Ausblicke, wie viele idyllische Fleckchen Erde er entdeckt hat, hier einen breiten Waldweg mit mächtigen Eichen, dort ein paar halbzerfallene Bauernhäuser, die etwas merkwürdig seltsames, Behagliches an sich haben, dann einen Waldestrand mit von Binsen umsäumten See, auf dem in träger Ruhe ein

abingeleitet. Es sind ja die denkbar einfachsten Dinge, aber wie Rembrandt sie gesehen, daß er sie überhaupt gesehen, und wie er sie dargestellt hat, das ist, wie Neumann treffend hervorhebt, das Bunderbare an solchen Zeichnungen.

„Mit Staunen und ohne zu ermüden, betrachtet man die Früchte dieses Eifers (zumal die Zeichnungen der an Landschaftsfizzen besonders reichen Sammlung zu Chatsworth, die aus der Sammlung des Sohnes von Goyert Flinck, dem Rembrandtschüler, stammt), ist nur wenige Striche oder Federzüge, ein paar Bäume, Hütten, ein Kanal, aber jeder Strich ein Treffer; dieser Schnellschrift des Zeichnens entspricht eine ungeheure Fähigkeit, das, worauf es ankommt, zu sehen, die Psychologie der Landschaft zu durchdringen. Hier ist nichts zurechtgerückt und erfunden, nur gefunden, wie denn große Künstler weniger Erfinder als Finder und Entdecker sind.“ (S. 462.)

Rembrandt versteht es, wie nur wenige andere Künstler, uns seine Welt, die er sich neben der wirklichen erbaut, so wie sich der Schöpfer der *Missa solemnis* einen eigenen Geistesdom neben dem zu St. Stephan errichtet hat, hineinzubannen; es ist eine Welt, in der ein zauberhaftes Licht bald grell in tiefes Dunkel dringt, bald weich und einschmeichelnd die Dinge umflößt, wo Dämmer und Nacht in unbeschreiblichem Wohlklang ihre rauhe Außenseite wie ein Sammet umkleidet und verhüllt, und wo die unbegreiflich feinen Ergüsse in Licht und Farbe eine Flut von unbestimmten mit dem Wort auszudrückenden Empfindungen wachrufen. Es sind solche Wirkungen, wie sie die Musik, die ja auch dem Unausgesprochenen Worte verleiht, auszuüben vermag und man könnte die Kunst, wodurch er „Gefühle, die im Herzen wunderbar schliefen“, durch rauschende Harfentöne zu wecken versteht, die musikalische Kunst an Rembrandts Kunst nennen.

Verbindet sich nun eine über solche Ausdrucksmittel verfügende mit tieferem seelischen Gehalt, so entstehen Werke, die eine tiefere Wirkung ausüben. Dazu gehören namentlich auch die Werke, in denen Rembrandt stilles Familienglück, jenen eigentümlichen Frieden, der uns unser Heim so lieb und traut macht, zur Darstellung bringt. Es sind Bilder wie etwa die Heilige Familie in der Krippe, wobei man allerdings nicht an die italienischen Bilder gleichen Namens denken darf. Hören wir wie sich Neumann darüber äußert: „Der heiligen Familien hat Rembrandt in diesen Jahren mehrere Gemälde, alle sehr ähnlich in der Stimmung. Die kleinen Kinderstube-

luft, Stille, die nur vom Schnurren der Raße, vom Zusammen-  
 sinken der Scheite im verglimmenden Feuer, vom Atmen des Säug-  
 lings und etwa vom Anarren der geschaukelten Wiege unterbrochen  
 wird (ab und zu stört die Arbeit des Zimmermanns Joseph, der  
 mit seinem Hacken nicht recht in diese Stille paßt). Maria lieft in  
 einem großen Buch; eine ältere Frau, Anna, ist dabei; alle sind  
 schläfrig; es ist Nacht vor den Fenstern, und, wenn der Schauplatz  
 die große Diele des Hauses ist, so sieht die Nacht „mit tausend-  
 fachen Augen“ auch von den Wölbungen und von den Treppen  
 herunter, die sich in finsternen Räumen verlieren. Noch brennt eine  
 Kerze und zeichnet große Schattenbilder an die Wand; was von  
 Gläsern, Flaschen, Metallsachen da ist, fängt inmitten dieses allge-  
 meinen Einschlafens ein kleines Lichtchen. Oder man findet wirk-  
 lich alle eingeschlafen, Joseph, Maria und das Kind; da erscheint  
 der Engel und mahnt zur Flucht nach Aegypten. Maria hat ein  
 tiefdunkelblaues Kleid wie der Nachthimmel, der Engel ist weiß und  
 blond. Stimmungen dieser Art kamen Rembrandt auch aus dem  
 Buch Tobit entgegen. Hatte er sonst wohl aus diesem Buch den  
 dramatischen Augenblick des sich enthüllenden Wunders und des  
 entschwebenden Engels gewählt, so boten sich ihm nun Züge  
 familienhaften Idylls, woran dieses merkwürdige, kleine Buch reich  
 ist, das, der Zerstreuung der Juden entstammend, die Innigkeit der  
 Familienbände, die Eltern- und Kindesliebe, den engen Zusammen-  
 hang der Glaubensgenossen, die Rechtlichkeit in allem Tun, das  
 friedenreiche Vertrauen in den Herrn und seine Engel, „die die Ge-  
 bete hinauftragen und Zutritt haben zu der Herrlichkeit des  
 Heiligen“, in so ergreifender Weise vor Augen stellt. Da ist also  
 in der dunklen Kammer der alte Tobit, dem seine Frau das  
 Böckchen bringt. Er aber hebt warnend die Hand; denn er miß-  
 traut ihr, daß das Tier am Ende nicht geschenkt, sondern gestohlen  
 sei, um ihrer Armut aufzuhelfen. Wie in dem warmen Dämmer  
 kein Ton zu Unrecht sitzt, so atmet das ganze kleine Bild eine Zu-  
 friedenheit in der Armut und in scrupulöser Rechtlichkeit des  
 Wandels in Gottes Wegen. Oder man sieht die beiden Alten  
 schweigend sich gegenüber sitzen, er am Kaminfeuer, sie das Spinn-  
 rad drehend. Durch das Fenster scheint der blaue Himmel, und  
 die Sonne beleuchtet rote Ziegeldächer. Innen aber ist alles still  
 und gedämpft; kein Ziegelfrot, sondern vom glimmenden Feuer nur  
 erlöschende Töne. Was die zwei Leute sich sagen könnten, haben  
 sie sich längst gesagt; sie haben die nämlichen Gedanken und Ge-

fühle; sie sehnen sich nach ihrem Kind Tobias, das in der Ferne weilt. Der Alte ist blind. Im Fenster hängt ein Vogelbauer. Etwas von Gefangensein, vom Nichtgenießen der blinkenden Sonne und der Luft da außen, von langsamem Sichverzehren tönt aus diesem Bild und legt sich schwermütig schön dem Beschauer auf den Sinn." (S. 359 f.)

Hatte noch zu Beginn der vierziger Jahre der Zauber des goldenen Tons das psychologische Interesse etwas zurückgedrängt, so gewinnt dies im Laufe der Jahre immer mehr an Stärke. Namentlich aus den fünfziger Jahren gibt es eine Reihe von Schöpfungen, in denen Wohlklang von Ton und Farbe (welch letztere nun immer stärkere Klangwirkungen hervorbringt), und geistiger Gehalt sich die Wage halten. Bei den Kompositionen, wo mit Vorliebe biblische Stoffe gewählt werden, tritt der geistige Gehalt mit größerer Deutlichkeit oder richtiger Eindeutigkeit hervor als bei den Bildnissen, die häufig einen geradezu sphingartigen Charakter besitzen.

Es ist erstaunlich, wie Neumann aus dem Hundertguldenblatt, aus dem Samariterbild und dem Emmausbild im Louvre das Seelische, Religiöse herausempfindet; es sind Schöpfungen, in denen die Kunstmittel, die meisterhafte Komposition, weich einhüllendes Dämmerlicht und zart zurückgehaltene Farbe nicht mehr, wie häufig in früheren Werken, Selbstzweck, sondern nur noch Mittel zur Darstellung geistiger Dinge geworden sind. Ueber das Hundertguldenblatt äußert sich der Verfasser nach kurzem Hinweis auf die in der That wundervolle Reichheit des Tons und der Lichtwirkung: „Indessen mag man es unterlassen, die technische Vollkommenheit eines Werkes zu rühmen, dessen höchstes Lob ist, daß es seine Technik vergessen macht. Der Tiefgang des geistigen Ausdrucks ist es, der nicht überboten werden kann. Wenn man die Köpfe des Bildes durchgeht, muß man immer aufs neue über die Menschenkenntnis staunen, die Rembrandt bewährt; in ähnlichem Tiefblick bietet sich nur ein Name dar, eine Vergleichung: Shakespeare . . . Hinter dem Spiel der Gestalten und der Schatten, hinter der ganzen, reizend bewegten Oberfläche der Dinge kündigt sich ein Tiefes, ein unendlich Tiefes an, dem die ewigen und notwendigen Gegensätze dieser Welt sich lösen und befrieden. Daß man es biblisch ausdrücke: Durch das Reich der Welt scheint, bald mit ahnungsvollem Leuchten, bald mit ruhigem Glanz, das Reich Gottes herein.

Werke dieser einzigen Art, an deren innerem Leben gemessen man die Werke der italienischen kirchlichen Kunst leicht äußerlich russische Jahrbücher. Bd. CXXXVI. Heft 1.

und heidnisch erscheinen, ergreifen empfängliche Seelen so heftig, daß man wohl hören kann, eine moralische Wirkung gehe von ihnen aus. Von einem nahe verwandten Werk, dem Gemälde des barmherzigen Samariters im Louvre, ist geurteilt worden, daß es gleichsam eine Schule der Nächstenliebe sei. In solchen Meinungen mag man Äußerungen tiefer Ergriffenheit sehen, Ahnungen eines letzten und tiefsten Zusammenhangs, in dem die schauende Erkenntnis: Daß du! mit dem sittlichen Gebot: Das sollst du!, die Wahrheit mit der Pflicht in ein und dieselbe Offenbarung zusammenmündet. (S. 392 f.)

Rätselhafter, vieldeutiger als die Kompositionen sind die Bildnisse jener Zeit.

Wer vermöchte wohl das Rätsel zu lösen, welches das Bild des Nikolaus Bruyninckh uns aufgibt, ein Bild, das Neumann als das zauberhafteste aller Rembrandt-Porträts, die Deutlichkeit besitzt, bezeichnet? Etwas Träumerisches, Leidendes scheint in ihm von Loden umwallten, in tiefes Dunkel eingehüllten Gesichtes zu liegen. Neumann spricht von „träumender Halbreflexion“, von „überstandnem Leiden, über das wie der Strahl einer lebenerhaltenden Kraft ein Lächeln aufgeht“ (S. 507). Würde man weitergehen und darauf hinweisen, daß ähnliche Charaktere, Träumer, die sich der Welt gegenüber mehr leidend als tätig verhalten, in deren Leben überstandenes Leid in Wehmut noch lange nachklingt, bei denen nicht selten sind, daß unter solchen Gestalten der Dichter häufig ein Stück seines eigenen Ichs darstellt, so wäre man versucht, im geistigen Ausdruck des Bildes eine Art Selbstoffenbarung des Künstlers zu sehen.

Aber man muß sich hüten, in solche Bildnisse zu viel hinein zubeuten. Die Deutung, die Neumann von dem Bild des spätern Bürgermeisters Jan Six gibt, erschien mir, solange ich nur die Fassade kannte, sehr zutreffend zu sein. Hier scheint in der Tat der geistige Ausdruck so überwältigend zu sein und wohl auch in der von Neumann angedeuteten Richtung zu liegen. „Die Seele dieses Mannes ist voll von Bildern, und die Vision all dieser Dinge kann er von seinem Gesicht ablesen. Er will unter die Leute gehen und leicht aufs Rathhaus: Da ziehen wie im Traum alle die Menschen an ihm vorüber, mit denen er regelmäßig zu tun hat: er hört sie reden und hört daneben ihre geheimen Gedanken und Intentionen von denen sie nicht sprechen. Und wie es so vor ihm „marchiert“, da tritt ein überlegenes, etwas melancholisches Lächeln in seine Blicke.“



etwas Weltfremdes und ein bitteres Durchunddurchsehen spielt über seine Züge; und ein Ansaß mitleidiger Güte wie eines Unbetheiligten und Darüberstehenden mengt sich hinein, als Ganzes ein Gemisch von Ausdruck, das in dieser Unerforschlichkeit wohl in keinem zweiten Porträt der Welt begegnet.“ (S. 505.)

Das Original (das, nebenbei bemerkt, seit einiger Zeit dem Publikum im allgemeinen nicht mehr zugänglich ist) schien mir bei meinem allerdings nur einmaligen Besuch der Sammlung Sir merkwürdigerweise dem geistigen Gehalt nach weniger zu sagen als die farblose Reproduktion. Das leuchtende Rot des auf die linke Schulter geworfenen Mantels ist nämlich von einer solchen Stärke, daß es — so war wenigstens mein damaliger Eindruck — den geistigen Gehalt des Gesichts gar nicht recht zum Wort kommen läßt. Es ging mir dabei ähnlich wie bei dem Bildnis eines Greises in der Straßburger Galerie (ebenfalls aus den fünfziger Jahren), wo das weiche, von Dunkel umhüllte Braunrot des Mantels den Blick völlig gebannt hält. In dem Amsterdamer wie in dem Straßburger Bild drängte bei mir beidemale die wunderbare Farbe mit ihrer faszinierenden Leuchtkraft den geistigen Ausdruck zurück.

Im letzten Jahrzehnt vertieft sich Rembrandts Kunst immer mehr. Viele seiner Bilder, die nun ein größeres Format annehmen beginnen, lassen allerdings sorgfältige Feilung, Leuchtkraft der Farbe und Wohlklang des Tones vermissen. Das dramatische Element, das in den dreißiger Jahren eine solche Rolle gespielt hatte, tritt jetzt, von wenigen Beispielen eines scheinbar heftigen Luftbäumens, wie dem Berliner Mosesbild, abgesehen, noch mehr zurück. Etwas wie Vereinsamung liegt häufig über den Gestalten. Dafür spricht das rein Geistige eine um so machtvollere Sprache.

Man vergleiche die beiden Emmausbilder im Louvre, von denen eine (allgemein bekannte und viel besprochene) aus dem Jahr 48, das andere, dessen Echtheit merkwürdigerweise längere Zeit tritten wurde, wohl aus dem Anfang der sechziger Jahre stammt. In beiden sind die Figuren viel weiter von Christus abgerückt und mehr zurück, das Dramatische, das im Augenblick des Ereignisses liegt, ist (anders als in dem früheren Bild) auf ein Minimum eingeschränkt, die vierte Figur (neben Christus und den beiden Jüngern) verschwindet fast im Dunkel. Der Blick ruht ganz auf still verklärten Antlitz Jesu.

Es gibt gewisse Begriffe, die uns längst gangbare Münze ge-

worben sind, mit denen wir keine lebendige Anschauung, sondern vielleicht nur ein gedankenhaft blaßes Bild in unbestimmten Umrissen verbinden. Wie, wenn es der Kunst gelänge, an die Stelle jenes Schemens ein Bild lebendigster Wahrheit zu setzen, das unierem Begriff nicht nur Leben verleihe, sondern ihn über alles Erwartete vergeistigte und vertiefte? So verbinden wir mit dem Begriff Heiligkeit gewöhnlich eine abstrakte Gedankenreihe, aber kein greifbares Bild, das in machtvoller Lebendigkeit vor uns treten und allein durch sein Erscheinen uns seine göttliche Erhabenheit kundtun würde. Wenn von irgend einem Maler, so dürfen wir von Rembrandt derartiges erwarten. Wenn ich hier auf persönliches Erleben hinweisen darf, so kann ich wohl sagen: Was Heiligkeit, durch Leiden verklärte, alles Irdische, Nüchternen weit hinter sich lassende Heiligkeit ist, ist mir an dem Antlitz dieses Christusbildes mit der Macht einer Intuition aufgegangen. Durch das Mittel vergeistigter Schönheit weckt der Künstler eine tiefe Sehnsucht nach jenem Zustand sittlicher Verklärung, wie ihn die Worte der Bergpredigt bezeichnen: Selig sind, die reines Herzens sind; denn sie werden schauen. Wie mußte der Mann wohl sein, der ein solches erschaffen konnte, welche seelische Tiefen muß er erschaut, wie wunderbaren Offenbarungen muß er erfahren haben? Gewiß, ein tiefreligiöser Mensch, ein Mensch, der selbst durch die Nacht des Leidens gegangen ist, konnte dem wiedererstandenen Christus solch ergreifenden Züge verleihen, Züge, wie man sie anderswo als bei Rembrandt vergeblich sucht, jedenfalls umsonst in der an ungeheurer religiösen Bildern so überreichen italienischen Kunst.

Es bleiben uns noch einige Betrachtungen über das Rändelwerk. Spätzeit, die plötzlich auftauchende heftige Farbigeit der letzten Gemälde. Freilich mag es gewagt sein, hierüber eine Meinung zu äußern, ohne das Hauptwerk dieser Periode, die Rückkehr des verlorenen Sohnes, in der Petersburger Eremitage, gesehen zu haben. Immerhin bieten die nach diesem Werk vor allem in Venedig kommenden, später zu nennenden Bilder in Braunschweig und Amsterdam schon gewisse Anhaltspunkte.

Gegenüber der Auffassung, daß die erlöschende Sehnsucht des Meisters die gesteigerte Farbigeit der Spätwerke veranlaßt hat, ist Neumanns Lösungsversuch, der geistige Momente mehr in den Vordergrund schiebt, entschieden zu begrüßen. Er spricht von einem Wiedererwachen jugendlicher Vorliebe für glänzende Farbe bei dem alternenden Künstler, so wie auch sonst im Alter Instinkte der Jugend

neu zu erwachen pflegen. „Man beobachtet wohl an Menschen, wenn sie alt werden, eine Art Rückfall in Charaktereigenschaften des jugendlichen Alters, den man nur uneigentlich unter die Rubrik Atavismus einreihen kann. Indem die Auseinandersetzung mit der Welt aufhört und der Einsamkeit und dem Stillstand des Alters weicht, indem so viele äußere Notwendigkeiten, Rücksichten und Hindernisse, deren Bewältigung dem Verstand die Oberhand verschafft hat, entfallen, findet sich auch die Leidenschaft von mancherlei Hemmungen und Dämpfungen befreit, und so begegnet, sofern nicht Stumpfheit ihren Druck ausbreitet: und den höheren Lebenstrieb unterbindet, bei abnehmender geistiger Energie wohl eine Zunahme leidenschaftlichen Temperaments und ein Aufflammen instinktiven Verhaltens. Alte Neigungen und Leidenschaften werden wach, entringen sich dem Jügel des beaufsichtigenden Verstandes, und so entsteht, was die übereinkömmliche Psychologie gern zugunsten der „Ruhe und Abgeklärtheit“ des Alters übersieht, jene charakteristische Wildheit des Greisentums, die man der Wildheit der Jugend vergleichen darf. Hier berührt sich das Alter, das noch nicht kindisch geworden ist, mit der Kindlichkeit leidenschaftlicher, unerzogener Instinkte, und die Kette des Daseins schließt sich. Ist es nun so, daß der Dämon, der den jungen Rembrandt beherrscht und ihn in allen Versuchen des Licht- und Hellundkelpblems umgetrieben hat, wieder Macht über ihn gewinnt, und daß die Farbe als Elementarkraft eine ähnliche Monomanie des alten Künstlers wird, wie es die Ausdrucksmittel von Licht und Schatten in der Jugend waren? Ständen wir hier wirklich vor dem Rätsel eines Rückfalls in die primitive Magie, da, wie in den Anfängen der Kunst und des Künstleriums, bei Wilden und bei Kindern, ein glänzender Stein, in bunter Lappen, Muscheln und rote Korallen höchstes, zauberhaftes Wohlgefallen erregen? Und wäre es so, daß wir unserer bisher gewonnenen Erkenntnis, wonach Rembrandt mit zunehmenden Jahren sich der Sinnlichkeit entwunden und dafür dem Geistigen und Seelischen immer mehr sich genähert habe, zu widersprechen nötigt würden und eine letzte Befessenheit durch den Dämon sinnlicher Farbe zugeben hätten?“ (S. 525 f.) „In der Tat“, führt er zu einer Schilderung der unglaublichen Farbenpracht auf der Amsterdamer „Judenbraut“ und dem Braunschweiger „Familienbild“ aus, „steht man vor diesen Werken festgebannt, so wie man in die Flammen der glühenden Kohlen eines zusammensinkenden Feuers sieht, oder wie Kinder nach dem Licht starren, geblendet wie ein armer

Schmetterling. Angesichts der unglaublich pastosen Farbentextur dieser Bilder trifft besonders die früher erwähnte Vergleichung mit einem Haufen ausgeschütteter Edelsteine hier zu; zugleich wird man aber erinnert, daß vom ältesten Altertum bis an die Schwelle der Neuzeit an magische Kräfte der kostbaren Steine geglaubt wurde, und daß man ihnen Heilwirkung zuschrieb, was ursprünglich (wie Goethe meint) „aus dem tiefen Gefühl eines unaussprechlichen Wahagens an farbigen Edelsteinen entstanden“ sein mag. In der That erweckt Rembrandts Spätkolorit alle diese Vorstellungen zugleich: Den Eindruck von Glühen und Blitzen der Juwelen und von zauberischen magischen Kräften“ (S. 529).

Je mehr Neumann die Farbenwirkung dieser beiden Bilder hervorhebt, um so dürftiger findet er den geistigen Ausdruck in den Gesichtern. Er findet, „daß die zwei Personen des Amsterdamer Gemäldes in Physiognomie und Gebärde das Gegenteil von ausdrucksvoll sind“ (S. 527). In dem Braunschweiger Familienbild haben die Köpfe etwas „von einer gewissen animalisch-vegetarischen Geistlosigkeit, was den Kindern vorzüglich zugute kommt, wenig aber den Erwachsenen. Der Blick der Mutter ist auf den amnhaften Ausdruck beschränkt; der Vater hat etwas durch-  
Typisches“ (S. 528).

Es handelt sich, wie man aus dieser Darstellung Neumanns sieht, wirklich um ein völlig Neues, etwas in Rembrandts Kunst schaffen in dieser Weise bei ihm noch nie Dagewesenes, mit ihm vorhergehenden Werken scheinbar in unvereinbarem Gegensatz stehendes.

Da mag es angebracht sein, sich einmal in die Gemütsstimmung des Meisters in jener letzten Zeit, so weit wir sie aus Werken und Berichten über sein Lebensschicksal erschließen können, hineinzuversetzen.

Ich gehe aus von jenem Selbstbildnis der Sammlung Carstanjen, wo Rembrandt, was von Jugendbildnissen abgeleitet sonst nie vorkommt, sich lachend, richtiger grinsend darstellt, und nach Bode gänzlich aus der Reihe der übrigen Selbstbildnisse fallenden Werk. „Die Verbindung der hinfälligen Senilität, die sie sich in dem fast geisteschwach freundlichen Mund ausdrückt, mit der ungebrochenen Meisterschaft der technischen Ausführung und der Unerbittlichkeit des Beobachters, der an sich selbst den körperlichen Verfall protokolliert, hat etwas Unheimliches. Man kann angesichts dieser Leistung sagen, daß der Künstler in Rembrandt den Mangel überlebt hat.“ (Neumann, S. 511.)

Weshalb, möchte ich fragen, malt Rembrandt ein solches Bild? Doch schwerlich bloß, wie in seiner Frühzeit, um sich in der Darstellung des wechselnden Gesichtsausdrucks zu üben. Weshalb malt er überhaupt in seiner letzten Zeit so merkwürdig viele Selbstbildnisse, die (man denke etwa an das Rinnairdsche Selbstbildnis) seinen allmählichen Verfall so erschütternd zum Ausdruck bringen? Ferner, weshalb wählt er so düstere Gegenstände in seinen biblischen Bildern? Moses zerschmettert die Gesetzestafeln, Saul im Begriff, gegen David im Wahnsinn die Lanze zu schleudern (ein in seinen wilden Farben und seiner schwülen Gemüthsstimmung unheimlich dämonisches Bild), ferner Pilatus vor dem tobenden Pöbel sich die Hände waschend, weshalb die mehrfache Wahl des Escherstoffs, der Geschichte ungerecht verfolgter Unschuld, weshalb als letztes Wort die Rückkehr des verlorenen Sohnes, wo neben vergebender Gnade Jammer und Verkommenheit mit allen Mitteln der Kunst ausrichtbarste geschildert wird?

Auf eine tief verdüsterte, verbitterte Stimmung lassen solche Bilder doch wohl schließen, und in dieser Auffassung werden wir estärkt, da auch das, was wir von den äußeren Lebensumständen erfahren, der Bankrott, der Tod von Hendrikje und Titus, die zunehmende Mißachtung von seiten der Oeffentlichkeit, die sich in ösartigem Klatsch und in auffallend geringer Schätzung seiner Bilder zeigt, außerdem sein körperlicher Verfall, nach derselben ichtung weist.

Wenn nun ein solcher Mensch die farbenfreudigsten Bilder, in denen die leuchtendste Farbe, das Rot, auffallend häufig wiederholt, malt, so liegt es doch nahe, hier einen Zusammenhang irgend welcher Art zu suchen. Wie wäre es, wenn eben jene mehr und mehr zunehmende Dürsterkeit, eine Mischung von Bitterkeit, Selbstnie und Sehnsucht nach verschwundenem Glück ihm den Pinsel die Hand gedrückt hätte, um den Gegensatz früheren, oder erumten Glückes und seiner jetzigen trostlosen Lage recht schneidend zu stellen?

Sehen wir uns die einzelnen Bilder der Spätzeit näher an.

In dem Braunschweiger Familienbild scheint mir das frühliche ben der Kinder, an denen die in leuchtendes Dunkelrot getete Mutter eine innige Freude zeigt, einen gewissen Gegensatz dem in tiefes Violett gekleideten, scheinbar abseits stehenden r zu bilden, dessen einheitlich tiefdunkel gehaltenes Gewand von hellbeschiedenen Gesichtern und den hellen, grünlich schillernden

Kleidern der beiden Mädchen jäh unterbrochen wird. Dieser Gegensatz, der durch die Wahl der Farben wesentlich unterstützt wird, dürfte wohl den Gehalt des Bildes ausmachen. Etwas melancholische Vereinsamung, eine ungestillte Sehnsucht glaubte ich in dem Gesicht des Vaters lesen zu können. Man kann sich etwa den ver einsamten Rembrandt denken, wie er sich in ungestilltem Verlangen nach verschwundenem Familienglück zurücksehnt, einem Glück, das ihm seine faustische Seele doch wieder nicht ganz ausgefüllt hat mochte.

Einen leisen Gegensatz, die Andeutung einer gewissen Tragik glaubte ich auch in dem Amsterdamer Bild zu beobachten. Der erotischen Handbewegung des Mannes steht ein Etwas in dem wenig träumenden Gesicht der Frau gegenüber, das an die Frau von Goethes Heidenröslein erinnert. Allerdings ist dies nur sehr leise angedeutet. Prachtvoll wirkt auch hier wieder das dunkle an dem Kleid der Frau, der stärkste Anziehungspunkt des Bildes. In heftigstem, aufregendstem Gegensatz zu dieser beruhigenden steht das eichhosenfarbige Grüngelb auf dem breiten Aermel des Mannes; hier wie auf dem Braunschweiger Bild gewiß ein scharfer und nicht bedeutungsloser Farbenkontrast.

Freilich, muß ich gestehen, abgesehen von diesem Rot und auch dem Violett auf dem Braunschweiger Bild, haben mich bei beiden genannten Werke koloristisch ziemlich kühl gelassen. Die unglaubliche Körnigkeit auf dem in grünliches Gelb gekleideten Mann des Mannes in dem Amsterdamer Bild hat mich sogar etwas gestört (was möglicherweise auch damit zusammenhängen mag, daß sich in nächster Nachbarschaft der Judenbraut die feinsten Farbenstücke von Jan Vermeer van Delft und Pieter de Hooch befinden; doch ist es dies gewiß nicht allein). Es ist mir in beiden Bildern gelungen, den Rembrandt, wie er mir aus seinen Werken entgegengetreten war, wiederzuerkennen. Ein ganz anderer Mensch scheint hier zu uns zu reden. Wer sich in den Rembrandt eingelebt hat, muß hier gewissermaßen wieder ganz neu anfangen. Und leicht macht uns der Künstler das Verständnis des völlig Neuen nicht gerade.

Wollte man sich von dem Gedanken an die Symbolik der Farben namentlich des Rot als der Glück verheißenden, verlockenden weiter zur Deutung der Bilder leiten (ich möchte beinahe sagen: führen) lassen, so könnte man etwa die Vermutung wagen: Hier mal stellt der Künstler leuchtendes Rot dar (in dem Braunschweiger

Bild auch Hellrot an dem Kleid des reizenden Kindes auf dem Schoß der Mutter). Beidemale liegt ein leise, kaum merkbar ange- deuteter Gegensatz vor, der sich zwischen Glücksverlangen und An- eignung des Ersehnten zu stellen scheint. Dabei sprechen starke, beinahe schroffe Farbengegensätze deutlicher aus, was die unbestimmt gehaltenen Gesichtszüge nur unsicher ahnen lassen.

Wesentlich eindeutiger als die Porträtwerke ist wiederum die biblische Komposition, das Gemälde von der Rückkehr des verlorenen Sohnes. Hier ist der Gegensatz und die Symbolik der Farbe weit vernehmbarer, in die Augen springender. Auch hier lenkt von den Farben das Rot die ganze Aufmerksamkeit auf sich, das in schärfstem Kontrast zu den schmutzig-weißen Tönen an den Lumpen des Zurück- gefehrten steht. Nur ist jener unausgesprochene seelische Gegensatz, jene kaum angedeutete und doch ergreifende Tragik hier aufge- hoben, aufgehoben durch das vergebende Erbarmen des Vaters.

Hören wir die herrliche, wohl den Höhepunkt des ganzen Werkes bildende Darstellung Neumanns, soweit sie sich auf Charakter und Bedeutung der Farbe des wunderbaren Bildes bezieht:

„Aus dem dunklen Grund lösen sich grünbräunliche Töne. Das Laub, welches die Wand des Hauses überspinnt, die Gewänder, sie klingen in dieser Tonart, allmählich und wie tastend zu einem Ansatze von Rötlich, ja Golden sich steigend. Der Knieende hat über seinem leinenen Unterzeug weißliche Lumpen, die in Lachs- und Olivtöne übergehen . . . Tastend, . . . fragend fluten die Ton- wellen zwischen Grün und Gold, zwischen Grauliv und Rötlich- braun modulierend, heran. Da durchbricht ein mächtiger, bestimmter Farbenwille diese halberstickte und gedämpfte Schwüle und mit unsag- barer Gewalt fährt das grelle Rot, ein gelbrotes Ziegelrot, dazwischen.

Der blinde alte Vater und der alte Mann rechts sind in diese Farbe gekleidet. Gegen die Verlumptheit des jugendlichen Sünders entfaltet sich aller Reichtum der Kleidung auf dem vergebenden Vater; er ist wie ein König. Ueber einem grüngoldenen Gewand, an dem weiße, in Hüfchen endende Ärmel hervorkommen, breitet sich ein mantelartiger zinnoberroter Umhang. An seiner Innenseite sieht man Bänder, durch welche die Ärmel gesteckt sind, um den Umhang festzuhalten. Das Rot ist völlig ungebrochen. . . . Mit jener furchtbaren Gewalt, zyklonischen Blößen gleich, stehen die roten Lappen in dem Bild zutage.

Was bedeutet dies alles? Was sagt diese Farbe, was andeutet sie?

Ein starkes Licht fällt auf die drei Figuren des Vordergrundes; nach hinten kommen nur schwache Streiflichter; ein solches hat der sitzende junge Mann am Nasenrücken und an der rechten Handwurzel. Der Hauptakzent trifft das Gesicht des Vaters; unter dem grünen Käppchen hat die Stirn das stärkste Licht; ehrwürdig umrahmen weißes Haar und weißer Bart ein Antlitz, in dem die Augen erloschen sind; sie haben kein Licht und sprühen keines; alle Empfindung ist nach innen gedrängt, zu einem großen feierlichen Willensakt gesammelt, indes die anderen Seelen ringsum in geheimer Sympathie mitschwingen. Und nun beginnen wir die Symbolik der Farbe zu ahnen. Sie ist das lösende Wort, das Erstgeborene aus dem Urgrund der Seele, was dem Chaos der Gefühle Form und Richtung gibt, und das Wort, das sie aus der Fülle des Majestätischen rechtes, aus unerschöpflicher Macht hervorquellend spricht, lauter Gnade. Nun vernehmen wir die Antwort auf das fragende Bogen aller dieser halbunterdrückten Töne, dieser schweigenden, gebärdelosen Blicke; denn aus dem Schweigen bricht mit einzigartigem Gewicht ein Herzton, der Laut der roten Farbe und kündigt Gnade. Unmittelbarer hat nie das Sinnliche zum Geist gesprochen wie in diesem Bild . . . .

Dies ist Rembrandts letztes Wort. Die höchste Selbsteingebung gelingt ihm in dem Ausdruck der Gnade. Es ist dasjenige, dessen wir letztlich alle bedürfen, das Siegel und die Erlösung unseres Daseins. Es ist das Symbol des Göttlichen in der Welt.

In dieser Ahnung begegnen sich die großen Schauenden, die Seher der Menschheit. Shakespeare und Goethe, Dante und Rembrandt reichen sich die Hände, und sie beugen sich vor dem Genius der Religion als höchste Offenbarung zuteil geworden ist." (S. 542—44.)

Schienen die beiden vorhergehenden Bilder ungestillte Sehnsucht zum Ausdruck zu bringen, vielleicht auch in ihrer koloristischen Eigenart dem Vorwalten solcher Gefühle zu entstammen, so hat der Künstler in diesem letzten, vielleicht größten Werke zur Befriedigung, zu innerer Ruhe hindurchgerungen. Trostlos müssen die letzten Jahre des Meisters gewesen sein. Nun bricht zum Schluss noch durch dunkles Gewölbe ein heller Lichtstrahl. Wir sind mit dem düsteren Schicksal des schwer geprüften Mannes versöhnt.

Wir sehen demnach ein Menschenleben vor uns, das im Anfang mit hellem Blick ins Leben geschaut, dann sich neben der irdischen Welt eine eigene, von Märchenzauber umwobene aufgebaut hat.



schließlich nach dem Zusammenbruch seines irdischen Glückes sich nach tiefer Verbitterung und heftigsten seelischen Kämpfen zum inneren Frieden hindurchgerungen hat.

Zum Schluß noch einige Worte über das Werk Neumanns. Soweit bisher der Verfasser zum Worte kam, handelte es sich stets nur um die Persönlichkeit oder die Werke von Rembrandt selbst. Ganz unberücksichtigt blieben die sehr umfangreichen und sehr bedeutenden historischen Partien. Der Verfasser schenkt nicht nur dem Meister selbst, sondern auch seiner näheren und weiteren Umgebung das lebhafteste Interesse, er stellt ihn in große kulturgeschichtliche Zusammenhänge hinein, schildert mit eindringender Kenntnis der Zeitgeschichte das geistige Leben Hollands nach verschiedenen Seiten, er spricht eingehend von Leyden, Amsterdam, dem Haag, von der damaligen Stellung der Frauen in Holland, von den Problemen der holländischen Malerei und von dem religiösen Leben Hollands. Diese geschichtlichen Partien, die sämtlich auf gründlichsten Quellenstudien beruhen, würden allein noch eine besondere Besprechung rechtfertigen.

Das Werk Neumanns zeigt somit eine wunderbare Vielseitigkeit wissenschaftlicher Interessen, die eine erschöpfende Beurteilung nicht eben erleichtert. Wie gründlich wissenschaftlich der Verfasser vorgeht, zeigt sich auch bei der Behandlung schwieriger psychologischer Probleme, so besonders bezüglich der religiösen Stellung Rembrandts und des Verhältnisses von Mensch und Genius, Probleme, die in den beiden letzten Kapiteln geistvoll und eindringend untersucht werden. Ueberall können wir das Bestreben beobachten, Fragen, deren Behandlung sonst allzu häufig subjektiver Willkür erlassen bleibt, auf objektive Grundlagen zu stellen und in größere Zusammenhänge einzureihen.

So ist es dem Verfasser wie gewiß keinem anderen vor ihm in seinem großzügigen Werke gelungen — und in dieser Richtung bezieht sich auch der überaus feinsinnige „Rembrandt und Wir“ bezogene Vortrag — durch ein scharf umrissenes und höchst lebendiges Bild uns den großen Künstler wesentlich verständlicher zu machen und ihn uns auch menschlich näher zu bringen als dies jemals geschehen ist, einen Künstler und Menschen, dem vielleicht in der Kunst noch eine tiefergehende Wirkung beschieden ist als wir dies zu hoffen wagen.

## Vater Denifle, Vater Weiß und Luther.

Von

Adolf Harnack.

P. Heinrich Denifle O. P. und P. Albert Maria Weiß O. P. und das Luthertum in der ersten Entwicklung. Zweiter Band, bearbeitet von P. Albert Maria Weiß O. P. Mainz, 1909, Verlag von Kirchheim & Co.

Das vorstehende Werk ist das geistige Eigentum von E. Zwar haben, wie die Vorrede besagt, die umfassenden Erläuterungen zur Reformationsgeschichte von Otto Klopsch dem Verleger „höchst wertvolle Hinweisungen und Behelfe“ geliefert; auch ihm die Sammlung von Quellenwerken, die Denifle angelegt zu Gebot; aber „von den überaus reichhaltigen Sammlungen Denifle selbst hinterlassen hat, konnte ich aus Gründen, die dargelegt werden sollen, keinen Gebrauch machen. Sie wenden sich nach einer ganz anderen Seite und hätten wahrscheinlich zu einem neuen großen Ergänzungsband über die sittlichen Vorberate auf die Reformation geführt.“ Wie das „sittlich“ zu verstehen sagt uns der Verfasser auf S. 12. Denifle hatte die Abfälle vom Glauben in der Reformationszeit einfach auf das barmherzige sittliche Verderben zurückzuführen. „Ich zweifle nicht, daß er diese Auffassung ungenügend gefunden hätte, wenn er gegönnt gewesen wäre, diesen Band auszuarbeiten. So aber, da seine Auszüge vorliegen, hat er ein ungeheures, manchmal zu ungeheuerliches Material zusammengebracht, um die Ansicht zu härten, die Reformation sei die „Cloaca maxima“\*) der großen Abzugskanal, durch den das seit langem angebaute Verderben abgeleitet wurde, das sonst, wenn es in der Kirche wäre, alles verpestet und vergiftet hätte.“ So also verstand

\*) Rom Verfasser geiperrt.

das Zeitalter der „Kirchenreinigung“, durch die Luther augen-  
scheinlich der katholischen Kirche den größten Dienst geleistet, indem  
er sie vor dem Verpestungstode bewahrt hat. Weiß vermag dieser  
Anschauung nur „eine teilweise Berechtigung“ zuzuerkennen; er er-  
klärt sie für einseitig und übertrieben. „Es bleibt dem unermesslichen  
Fleiß, den Denifle auf sie verwendet hat, sein Wert und sein Ver-  
dienst gewahrt, wenn wir gleich an diesem Ort von seinen Früchten  
einen Gebrauch machen können.“ Sehr erfreulich! Der Skandal  
wäre zu groß gewesen! Warum dann aber dieses neue Werk als  
weiter Band des bekannten Denifleschen Werks erscheint, darf man  
mit Fug fragen? Ist es Bescheidenheit, wenn Weiß sein Buch in  
den Schatten des Denifleschen gestellt hat, welches so ungeheures  
Aufsehen machte, oder liegt es nicht näher, nach anderen Gründen  
zu suchen? Doch dem sei wie ihm wolle — der Verfasser bringt  
seine eigene Reformationsgeschichte, und lediglich diese haben  
er zu kritisieren. Die Vorrede und die Einleitung (S. 1—9)  
sagen große Dinge erwarten. „Die Ueberzeugung wird wohl niemand  
mehr aus der Welt schaffen, daß man von jetzt an nicht mehr über  
Luther schreibt ohne gründlichere Kenntnis des Mittelalters und der  
Hollastik, und nicht mehr über Reformation und Luthertum ohne  
taues Eingehen auf die kirchenfeindlichen und zersetzenden Lehren  
des 14. und 15. Jahrhunderts. Die Zeiten der privilegierten Er-  
kenntnis über die Gesetze der Geschichtschreibung sind für die  
Reformationsgeschichte vorüber.“ (S. VIII).

Die Reformation ist der Abschluß des ausgearteten  
Mittelalters (S. 11) — das ist die Hauptthese, welche Weiß erhärten  
will. In dieser These liegt eine gewisse Verwandtschaft mit der Skanda-  
lisation des Denifles; aber Weiß will nicht leugnen, daß die Reformation auch  
den Anfang zu einer künftigen Weiterentwicklung enthielt, „nur erfolgte  
diese erst in einer viel späteren Zeit“, und erfreulich ist diese Weiter-  
entwicklung nicht, sondern ein Herabfall zum Nihilismus. Ferner aber  
setzt er darauf hohes Gewicht, daß die Reformation die Irrlehren des  
16. Jahrhunderts nur deshalb so zu kräftigen vermochte, weil sie sie  
den Namen und Schutz der Religion gestellt hat — „zum  
besten Beweis dafür, daß die Religion auch ein Mittel ist,  
um die Religion zu zerstören, und zwar das wirksamste von  
allen.“

Die übrigen Mächte des Umsturzes, die damals an der  
Reformation waren, hätten wohl noch lange nicht, vielleicht nie ihr Ziel  
erreicht, wäre ihnen nicht das Luthertum mit Berufung auf die  
Bibel zu Hilfe gekommen“ (S. 8). Die Behauptung ist ganz

richtig, nur ist das negative Vorzeichen in ein positives zu verwandeln, und Weiß versteht unter „Religion“ bei Luther in den Jahren 1517—21 nur „Religiöse Kunstsprache“ (s. u.).

Weiß hat seinen Stoff in fünf Abschnitte und eine Schlußbetrachtung geteilt; ich folge ihnen in der Berichterstattung und Kritik.

Der erste Abschnitt (S. 10—107) ist überschrieben: „Vorbereitungen auf die Reformation.“ Der Verfasser predert erst mit einigen methodischen Erwägungen und solchen über sittlichen und theologischen Zustände (private und öffentliche Zucht, Beurteilung einer Zeit nach der letzteren; die Zeit, aus der die Reformation herausgewachsen, ist eine schlechte Zeit gemäß Absterben des kirchlichen, des priesterlichen und zuletzt des christlichen Geistes im Klerus; Schlechtigkeit des deutschen Liberalismus, „wie man damals sagte, Humanismus“, Verfall der Theokratie, Herrschaft des Nominalismus, der zum Kritizismus und Skeptizismus geworden war, Eintreten des Laientums in den Kampf gegen die Kirche). Sodann weist er drei Hauptwurzeln für den kirchlichen Abfall, der aus der Untergrabung der kirchlichen Autorität entstanden sei, nach, (1) das große Schisma und seine Folgen, (2) die national-kirchliche Erhebung, (3) die Häresie. Indem er diese Wurzeln aufdeckt und beschreibt, zeigt er, daß sie aufs innigste miteinander zusammenhängen und daß sie sämtlich in der Anfechtung gegen die Gewalt des Papstes zusammenlaufen. Die Theologen und Vertreter der konziliaren Ideen, welche die Kirchenautorität aufs schmäählichste heruntersetzen, sind Gallikaner; näher Pariser; aber auch die Vertreter des Nationalismus der Kirche, die Staatskirchler, sind Gallikaner, bzw. Pariser, mag die ganze Bewegung in England ihren tatsächlichen Ursprung genommen haben. Beide Gruppen aber, beherrscht von dem gleichen Geist Occams, sind Nominalisten. Endlich auch die gelehrten Lehren, nämlich die der Wiclefiten und Husiten, waren in der wichtigsten Stücke nicht minder mit den gallikanischen verbunden. In Deutschland, verglichen mit anderen Ländern, stand es in der Mitte des 15. Jahrhunderts relativ noch am besten; dann wurde es auch dort sehr schlimm. Die Hauptschuld trugen die gelehrten Rechtsgelehrten und Professoren. Sie haben den Konzilien von Konstanz und Basel in die Massen getragen und den Glauben an das Papsttum, die Rücksicht auf die Autorität der Konzilien, schließlich auch die Achtung vor den Konzilien ins Wanken gebracht.

Die Leugung des mit göttlicher Autorität bekleideten Primates und infolge hiervon die Zerstörung der Kirche war das Endergebnis. An ihre Stelle setzte man die Vorstellung von National- und Landeskirchen. Diese aus Professorenverirrung entstandene, verheerende Idee konnte erst aufkommen, nachdem der Glaube an die Kirche ausgerottet war. „Kirchen und Kirche sind ebenso unvereinbar und widersprechend wie Götter und Gott.“ „Durch das Schreckgespenst der Auslieferung an die Welschen ließen sich die Deutschen in jene kirchliche Spießbürgerei hineintreiben, die der bürgerlichen als ebenbürtiges Gegenstück zur Seite steht. Ueberflügelt man nun, daß gleichzeitig der Nominalismus den Glauben in seinem innersten Wesen untergraben, der Gallikanismus aber seine Schutzmauern gestürzt und die hohe Geistlichkeit sich von Rom entfremdet hatte — S. 101 wird ihr sogar die Hauptschuld zugeschrieben —, so kann man sich nicht wundern, daß es in Deutschland zum tatsächlichen Abfall kam, zumal den Deutschen, im Unterschied von den Franzosen, das Gefühl für Gemeinbürgerschaft fehlt und durch Sonderwirtschaft ersetzt wird. Aber auch so wäre vielleicht noch das Äußerste nicht eingetreten, wäre nicht beim Uebergang zum 16. Jahrhundert der deutsche Humanismus erschienen. Im Unterschied von dem religiös indifferenten, ja geradezu heidnischen, italienischen Humanismus, der eben deshalb das sichtbare Gefüge des christlichen Gemeinwesens unangetastet stehen ließ, wurde der deutsche ihr rasch ein ausgesprochener Gegner des Christentums. Weil er in Christentum irre wurde, wurde ihm der Papst wertlos und verachtet (S. 104).\*) Nun ging das Verderben los; es gelang dem Humanismus die sittliche und die kirchliche Verwilderung in ein einziges zu verschmelzen und so die Bresche zu eröffnen, durch die nun Luther eindrang, um die Festung völlig niederzulegen. „Nicht Luther hat eine neue Zeit geschaffen — dieser verunglückte Führer hatte nicht die leiseste Ahnung davon, in welch bedeutsamem Augenblick er sich in den Kampf wagte —, die neue Zeit hat ihn geschaffen; er hat aber ihren Geist besser in sich aufgenommen als die Vornehmern, und darum steht er an ihrer Spitze.“

Das sind die „Vorbereitungen auf die Reformation!“ Sie werden jeden umsichtigen und besonnenen Leser aufs tiefste entsetzen, ja man darf wohl sagen, daß es eine einseitigere und tendenziöser Darstellung der Vorgeschichte der Reformation nicht

) Im folgenden Satze wird freilich genau das Umgekehrte gesagt.

wohl geben kann. Ich hebe folgende drei Kapitalpunkte hervor: Erstlich alle Sünden des Papsttums und alle Beschwerden gegen dasselbe im 15. Jahrhundert sind hier einfach totgeschwiegen während die Sünden aller andern Stände stark betont werden. Das hat bisher m. W. überhaupt noch kein katholischer Historiker — auch Pastor nicht, der im Vergleich mit Weiß ein unparteiischer Geschichtsschreiber ist — fertig gebracht! Sag aber wirklich gegen das Papsttum schlechterdings gar nichts vor, dann sind freilich Vorreformation und Reformation unbegreifliche, ja frivole Revolutionen. Zweitens die gesamte Entwicklung der Vorreformation im 14. und 15. Jahrhundert wird an der fertigen Kirche und an der Papstlehre des nachtridentinischen Zeitalters (ja des Konzils von 1870) gemessen. Welch ein quid pro quo! Daß es die augustinischen Kirchenbegriffe gegeben hat, daß in bezug auf die Sakramente, die Sakramente und die sakramentale Praxis vieles, vieles noch schwankend war, daß zahlreiche thomistische Bestimmungen noch kontervers waren, erfährt man überhaupt nicht. Wie kann man aber die Vorreformatoren beurteilen, wenn man diese Lage verschweigt und Tridentinum und Vatikanum einfach antizipiert? Endlich der Nominalismus und der deutsche Humanismus werden gründlich entstellt und verzerrt, wenn man jenen als Skeptizismus und diesen als Antichristentum bezeichnet und sonst nichts über sie sagen weiß. Manchmal scheint es, als sei die ganze Reformationsgeschichte für Weiß nur „die Brut von Occam und Marsilius“, großgeköpft von Erasmus und den anderen deutschen Humanisten. Das geht noch weit über Janssen hinaus, dessen Darstellung im 1. Band überhaupt und durchweg den Vorzug vor dieser verdient. Es liegt in diesem ersten Abschnitt lediglich ein schwerer Abfall von bescheidenen Höfen vor, die die katholische Reformationsgeschichte bereits gewonnen hatte.

Der zweite Abschnitt (S. 108–212) behandelt „die Lehre des Luthertums in seiner ersten Entwicklung“, d. h. bis zur Wartburgzeit. Der Verfasser will nicht die Entwicklung des Luthertums schildern — er setzt bei den „Thesen“ ein —, sondern die Entwicklung des Luthertums, wie sie sich unter des Reformators Führung vollzogen hat. In dieser Führung war aber Luther, wie Weiß meint, schöpferisch, noch übernahm er den Weg, auf dem er wandelte. Ihn die Uebelstände der Zeit geschaffen haben, war er kein Neuerer, sondern das Werkzeug der herrschenden Zeit und das Opfer der geistigen Influenza. Sein Eigentum:

eigentlich nur die Willenskraft, mit der er die Ideen aufnahm und durchsetzte.

Man kann die Zeit von 1517—1521 so zu deuten versucht sein, daß die Folgezeit des Protestantismus als ihre gradlinige Fortsetzung erscheint; man kann aber auch jene Zeit in scharfem Kontrast zu dieser sehen; man kann endlich sich verpflichtet fühlen, einen Mittelweg in der Beurteilung einzuschlagen. Weiß entscheidet sich ohne Schwanken für die zweite Betrachtungsweise. Nach ihm ist, was sich in jenen Jahren entwickelt hat, der inneren Konsequenz und in vieler Hinsicht auch schon dem ersten Erfolge nach die volle Zerstörung der Kirche und des objektiven Christentums und die Aufrichtung des schrankenlosen Individualismus, Solipsismus und einer sich über alles Gegebene hinwegsetzenden Autonomie des Individuums (dann sei eine schwächliche und inkonsequente Rückbildung eingetreten; den folgenden Abschnitt). Weiß sucht das auf allen Hauptlinien nachzuweisen. Schon die „Thesen“ greifen nach ihm nicht bloß die Kirche an, sondern leugnen das Christentum in seinem wahren Wesen; denn die Vermessenheit, das Christentum unabhängig gegen die Kirche zu stellen, bedeutet seine Zerstörung. Ferner, im Christentum sei die Vereinigung von Natur und Uebernatur das eigentlich Wesentliche. Sofern aber Luther in den Thesen das Hinüberreichen der kirchlichen Macht in die jenseitige Kirche leugnete, indem er die Schlüsselgewalt einzig auf die Milderung der kanonischen Bußen ausgedehnt wissen wollte, war das Werk der Zerstörung, wenn nicht schon vollendet, so doch unvermeidlich begründet, wie bereits die ersten Gegner der „Thesen“ richtig erkannt haben. Hieran schloß sich dann alles Uebrige, zunächst und folgerichtig der wilde Angriff auf den Primat und dann — erst unklar, bald aber mit schrecklicher Deutlichkeit — die Zertrümmerung des Kirchenbegriffs. Nachdem Luther sich die wickliffitischen und husitischen Anschauungen angeeignet hatte, konnte es eine äußerliche Kirche für ihn nicht mehr geben. Eine Kirche, deren ganzes Wesen in dem einzigen Wort Papst gedrückt ist, nimmt das Luthertum nicht an, es müßte sich sonst preisgeben“ (S. 138). Der Haß gegen das Papsttum, dieser Rundgebung des wahren lutherischen Geistes, die auch stets entscheidendes Merkmal bleibt, hat ihn zur Kirchenzerstörung hirt.

Die positive Rehrseite hierzu konnte nicht ausbleiben. Wohl ist das Luthertum jener Zeit vier Worte, die es unaufhörlich im Munde führte — Gewissen, Glaube, Evangelium, Christus —, aber eufische Jahrbücher. Bd. CXXXVI. Heft 1.

diese Begriffe wurden so subjektivistisch verfälscht, daß sie in Wahrheit zu Schöpfungen des Individuums wurden; denn nur was diesem zusagt oder was es sich selbst bildet, hat Gültigkeit. So hat Luther, indem er den objektiven Glauben, das objektive Evangelium und den objektiven Christus abgetan hat, das Individuum zum Schöpfer seiner eigenen Gerechtigkeit, seiner Heilsgewißheit und seines eigenen Heils gemacht. Derselbe Luther, der so unverständlich gegen die Werkgerechtigkeit polemisierte, hat in Wahrheit alles Heilige ein Produkt und Werk des Einzelnen verwandelt und den Sünden „die Ueberzeugung eingeflößt, sie könnten, sie müßten sich selbst ihren Glauben schaffen und dadurch selbst ihr Heil bewirken“ (S. 162). Die Gläubigen aber hat er zu einem Haufen Atomen zer schlagen, nachdem er die Kirche zerrieben hatte. Er selbst wurde in das Reich des Unsichtbaren verwiesen und das Christentum zu einer rein innerlichen und ausschließlich persönlichen Religion oder vielmehr zu einem leeren Dankending gemacht“ (S. 182). Lediglich einen christlichen „doch religiösen“ Schein hat er diesem Treiben verliehen durch biblischen Kunstausdrücke, die er in so großer Anzahl schmeißt. Durch diese täuschenden einzigen Ueberreste aus der jüdischen und der christlichen Religion verstand er es, seiner Lehre Anziehungskraft zu verleihen. Aber statt „Gewissen“ muß man „die Freiheit der Christenmenschen oder den durch Kant und Fichte gebräuchlich gewordenen Ausdruck Autonomie und statt Glaube die moderne Phrase von der persönlichen Religion setzen“; „dann haben wir alles geklärt“ (S. 199 f.). „Verfolgt man die Entwicklung der Dinge von Luther bis z. J. 1521, so findet man, daß sich sein Spinnweb einer Konsequenz, die ihm sonst fremd ist, dem Abgrund zu entgegentwickelt hat. Bis zum Wormser Reichstag, kann man zuverlässig sagen, war das ursprüngliche Werk Luthers vollendet: das Christentum war seines positiven und übernatürlichen Charakters entkleidet, mit anderen Worten entchristlicht“ (S. 198). „Die Zerstörung des Christentums fast bis auf den Nihilismus“ (= die subjektive Anpassung desselben an das eigene Ich = Glorifizierung) das war das Ergebnis. Die Formel, bei der Luther i. J. 1521 stand, kommt also ungefähr auf denselben Inhalt hinaus, auf den die heute vom Bogenchristentum gepredigte Humanitätsreligion das Glaubensbekenntnis eingeschränkt hat“ (S. 209).

Das ist die Charakteristik der Lehren des Luthertums im Jahre 1517—1521! Die Charakteristik der „Vorreformatoren“



war schon schlimm, aber diese Entstellung überschreitet alles Maß! Zwar das sei dem Verfasser zum Lobe gesagt, daß er die inneren Konsequenzen der Lutherischen Lehre in jener Zeit in bezug auf Freiheit und Autonomie richtig erkannt hat — daß Kant und Fichte in diesem Luther stecken, bezeugt hier gegen die lutherische Orthodogie ein Katholik —; aber ich kenne doch keine neuere katholische Darstellung der Reformation von solcher Blindheit! Der religiöse Faktor in Luther ist ausdrücklich ausgeschaltet! „Biblische Kunstausdrücke“, das ist alles, was zugestanden wird! Also überhaupt kein inneres Verhältnis zur christlichen Ueberlieferung, keine Zuversicht zu dem gekreuzigten Christus, kein Glaube, keine Buße! Das soll der Luther aus den Jahren 1517—1521 sein? Man greift sich an den Kopf und fragt sich: Wie ist eine solche Entstellung möglich? Leider ist die Antwort ganz einfach. Dieser Dominikaner kennt — ich brauche seine eigenen Worte — nur, eine Kirche, deren ganzes Wesen in dem einzigen Wort Papst ausgedrückt ist.“ Wo diese Kirche fehlt oder bekämpft wird, da vermag er weder objektives noch subjektives Christentum mehr zu sehen, ja nicht einmal mehr Religion. Nach ihm hat Gott neben diese Kirche lediglich den Nihilismus gesetzt, und in dem grellen Lichte der Kirche gewahrt der Thomasschüler wirklich nichts anderes als ihn. Daß Religion und Freiheit zusammengehen können, ist ihm völlig inverständlich, und jeder Glaube ohne den Papst ist ihm eine Phrase. Von diesem Standpunkt schreibt man Religions- und Kirchengeschichte! So nur konnte ein Lutherbild für die Frühjahre der Reformation entstehen, das in den Augen jedes Historikers — ich hoffe auch der katholischen — sich selbst ad absurdum führt. Die Geschichtschreibung ist hier auf einen Tiefpunkt angelangt, der nicht mehr unterboten werden kann; denn was läßt sich noch schlimmer verkehrtes über Luther sagen, nachdem man ihm jedes christliche und religiöse Element abgesprochen hat?

Indeß der Verfasser widerlegt sich zum Teil selbst, und zwar reits im nächsten Abschnitt. Dieser (S. 213—289) trägt den Titel: „Die Rückbildung des ursprünglichen Luthertums zur Ausbildung des Protestantismus.“ Daß ich es gleich sehe — dieses Kapitel, welches die Entwicklung bis 1530 führt, der bedeutende Ausblick auf die Folgezeit hinzufügt, ist zur größten Überraschung an wichtigen Punkten beifallswert, soweit es nicht die Zeit von 1517—21 zurückschaut. Wie es zu einer protestantischen Kirche gekommen ist, wie zu einer protestantischen Lehre

und einer Formierung der ganzen Bewegung, das ist in der Hauptsache scharfsinnig und richtig, auch mit bemerkenswerter Ruhe dargestellt. Der Anteil, den der Kampf gegen die Schwärmer, die Sorge für Zucht, Ordnung und Unterweisung, das Interesse der Fürsten und die Arbeit der Theologen, vor allem Melanchthons dabei gehabt haben, ist zutreffend abgewogen, und wenn durch die ganze Darstellung die Absicht hindurchgeht, zu zeigen, wie stark die Rückbildung gewesen ist und wie Luther allmählich aus der Rolle des Reformators der Christenheit in die des verehrten und gefürchteten Beraters der neuen Kirchen zurückgedrängt worden ist, weiß ich, abgesehen von einigen allerdings nicht nebensächlichen Punkten, keinen Widerspruch zu erheben. Daß der Protestantismus — schon 1530 — etwas sehr anderes gewesen ist als die von Luther herrschte Bewegung um das Jahr 1520, und daß das Lutherthum dieser Zeit nur noch ein Element, wenn auch ein sehr mächtiges, innerhalb des neuen Protestantismus darstellt, ist richtig. Aber freilich — wo nur immer Luthers selbst bei dieser Entwicklung gedacht wird, da ist alles verkehrt; denn in diesem Abschnitt, der für die Jahre 1521—30, erhalten wir nun einen doppelten Luther, nämlich den früheren, der von Religion und Kirche nichts wollte, sondern sich auch weiter noch in wildem Subjektivismus erging, und einen zweiten, der mit jenem Luther im Streite liegt und dem christlichen Glauben mit innerem Anteil und in ergreifender Weise zu reden weiß. Angenommen, dieser Zwiespalt in Luther wäre richtig beobachtet — und ein solcher innerer Konflikt ist nicht unmöglich —, muß er dann nicht schon in den Jahren 1517 bis 1521 in ihm geherrscht haben? Aber für diese Jahre weiß der Verfasser (s. o.) nichts von einem Zwiespalt und von einem religiösen Element in Luther, das ihn treibt. Also fällt die Charakteristik Luthers in dieser Darstellung einfach auseinander, und der Verfasser übt selbst an seinem für die Jahre 1517—21 geschaffenen Lutherbilde eine vernichtende Kritik. Des Näheren denkt Weiß die Entwicklung Luthers bis 1530 also: Auf der Wartburg sei bei Luther eine „Abspannung und Ermattung“ eingetreten, unter dem Druck der Einsamkeit, des Kirchenbanns und der körperlichen Leiden, „seinem Verhalten einen psychologisch neuen Charakter aufdrückte. Zum erstenmal kam er zu sich selbst.“ (S. 214; 229.) Die Folge war, daß sich seine selbständigen Teufels-Erfahrungen und seine Teufels-Lehre ausbildete, in der sein eigenes unruhiges Gewissen objektivierte. Die Nachrichten

Wittenberg führten ihn weiter dazu, der von ihm eingeleiteten Bewegung eine rückläufige Richtung zu geben und das von ihm großgezogene „Laiantum“ zu beschränken. Die bösen Kinder waren freilich keine echten Kinder, die seine Grundsätze richtig aufgefaßt hatten; aber sie führten die Dinge zum Ausbruch, und den wollte Luther nicht. So beginnt er die Reaktion auf dem Gebiete der kirchliche Praxis. Das reine Laiantum wird gedämpft, und damit fängt etwas ganz Neues an, nämlich die Umwandlung des Luthertums in eine weltliche Autoritätsreligion, d. h. in den Protestantismus. Die Rückbildung ist bereits 1528–29 wesentlich vollendet. „Freilich darf man das Wort Reaktion im Sinne Luthers nicht zu ernstlich auffassen; auch sie ist nur halb“ (S. 250), und vor allem bleibt aus seiner Sturm- und Drangperiode ungebrochen der Haß gegen den Papst zurück, ja wurde mehr und mehr der einzige Leitstern Luthers (a. a. O.). Indessen ist doch nicht zu verkennen, daß eine gewisse religiöse Besinnung den Schwarmgeistern und Zwingli gegenüber bei ihm Platz greift; aber auch hierbei gilt, daß er nie aus positiven Gründen und aus positiven Quellen etwas Positives leistete (von der Bibelübersetzung — um nur diese zu nennen — wird durchweg geschwiegen), sondern daß er immer nur aus Widerpruchsgeist einen Gegensatz aufstellte“ (S. 249). Immerhin bezeichnet der Verfasser „das Bekenntnis vom Abendmahl Christi“ (1528) als ein schönes Bekenntnis und sieht in ihm den Höhepunkt der rückläufigen Bewegung; hier sei die alte Trinitäts- und Christuslehre in Worten ausgedrückt, die von der Ergriffenheit Luthers ehrenvolles Zeugnis geben (S. 251 f.). Da aber in diesem Bekenntnis doch der antikatholische Haß in grellem Mißtone hervorsteche, „so ging auch diese Stunde der Heimsuchung vorüber.“ Aber was Luther und mit ihm das Luthertum einmal gewonnen, wird nun weiter ausgebaut. „In der ersten Periode sind die Formeln Luthers mit seltenen Ausnahmen rein subjektiv und irdisch und dazu alles religiösen Gehaltes bar, in der zweiten (bis ca. 1530) ein seltsames Gemisch von Geistlichem und Irdischem, von Menschlichem und Göttlichem; nun aber werfen sie sich ausschließlich auf das religiöse Gebiet“ (S. 258). Der titanenhafte Plan, ein kirchliches Christentum, das Christentum Christi, als einzige Weltreligion die Stelle der Kirche zu setzen, wird mit dem bescheidenen verzichtet, eine Gegenkirche zu bilden. Damit hört das Luthertum auf, und die protestantische Kirche beginnt. Erst jetzt wird, wie Weiß (S. 265 f.) verrät, die Ausbildung der Lehre von der

Rechtfertigung in Angriff genommen. „Mit der Einführung dieses Lehrpunkts tritt der Protestantismus in die Geschichte ein. Das Luthertum war ja wohl der zugrunde liegende Gedanke von Christus und vom Glauben betont worden, aber diese zu einem System zu verarbeiten, hatte Luther auch nicht einmal versucht.“ Weiß nennt diese Verspätung „das Auffallendste in der ganzen Geschichte der reformatorischen Bewegung.“ Aber auffallend ist es doch nur, wenn man mit dem Verfasser eine Glaubensüberzeugung so lange für eine quantität negligeeable hält, als sie noch nicht zu einem System „verarbeitet“ ist. Wir hören hier lediglich Thomisten sprechen, der sich die Zeugnisse über Christus, Rechtfertigung und Glauben bei dem frühen Luther als bloßes Gerede zur Seite legt, weil sie nicht in wissenschaftlicher Bestimmtheit auftreten. Es wird klar, ob und wie stark Weiß Luther an der neuen Fassung des Kirchenbegriffs für beteiligt hält, durch den der Protestantismus vom alten Luthertum sich so weit entfernt habe, und dasselbe von der heiligen Schrift, ihrer Autorität und Auslegung. In der ganzen hat man den Eindruck, daß diese Entwicklungen nach Luther über den Kopf Luthers hinweggegangen sind, und er geschehen ließ, was er nicht ändern konnte. Aber man muß sich über die Unsicherheiten beklagen, die in diesem Abschnitt walten; denn es ist doch Sätze nicht, nach denen das bei Luther selbst hervortretende religiöse Element an den Umwandlungen beteiligt gewesen sein könnte. Das Fazit wird also gezogen: „Mit dem Auftreten des Protestantismus hat das Luthertum in seiner ursprünglichen Gestalt zu Ende genommen“ (S. 283), aber — wird zu unserer Ueberraschung hinzugefügt (a. a. O.) — „die Abweichungen und Aenderungen waren groß, aber sie waren doch meistens nicht wesentlich, eine Berechnung allerding's abgerechnet.“ „Das Luthertum blieb immer noch manchmal teilweise, manchmal ganz, einer der Bestandteile, aus denen sich der Protestantismus zusammensetzte“ (S. 284). Das ist offenbar, daß schon in der letzten Zeit Luther sehr weit hinter der unfreiwillig von ihm geschaffenen Kirche zurücktrat: „Er bald ihn dort jedermann pries, aber niemand las.“ Das Luthertum geriet sehr schnell in Vergessenheit und schien tot; aber es ist freilich sehr viel später, wieder auferstanden — „der Ausgangspunkt des modernen Protestantismus ist die Rückkehr zum ursprünglichen Luthertum, nicht zwar in der Lehre und im Leben, wohl aber im Denken“ (S. 287). Mit dieser Behauptung wird sich dieser und jener Protestant einverstanden erklären, doch

in dieser Allgemeinheit falsch und erhält eine ebenso böse wie völlig ungeschichtliche nähere Bestimmung durch den Satz, „das anfängliche Luthertum sei jenes reine Christentum gewesen, das Hutten und die Seinigen als Fleisch von ihrem Fleisch und Wein von ihrem Wein zu Worms (!) der Welt vorführten.“

Die Kritik an diesem ganzen Abschnitt ist in der Analyse bereits vollzogen und braucht nicht wiederholt zu werden: Die Entstehung des kirchlichen Protestantismus ist in mancher Hinsicht richtig gezeichnet — neu ist das freilich nicht —, aber in bezug auf Luther ist das meiste teils verzeichnet, weil ein ganz falscher Ansatz zugrunde liegt, teils recht unklar. Wie wenig aber Weiß schließlich doch gewillt ist, auch nur dem Luther der Jahre 1521—30 als religiösem Charakter Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, zeigen die letzten Sätze dieses Abschnitts, in denen er Luthers Entwicklung in jenen Jahren ekapituliert. Hier heißt es (S. 288): „Auf der Wartburg tritt ihm die ganze Gefahr (des bisherigen Ergebnisses seiner Arbeit, nämlich „eines Laien-Christentums, das vom Christentum außer den christlichen Phrasen wenig mehr an sich trägt als der Humanismus von damals“) vor Augen. Das Christliche kehrt wieder zurück. Zuerst im Schrecken vor dem Teufel. Dieser übernimmt jetzt in ihm die führende Rolle. Unter dem Einfluß der Furcht vor ihm, bald aus dem Bestreben, ihn zu ärgern, sucht er nun wieder seiner Lehre einen positiven Charakter zu geben. Die Umsturzwerte auf kirchlichem wie auf politischem Gebiete bestärken ihn auf diesem Wege. Er ist aber und bleibt ferne von jeder positiven Haltung. Seine Glaubensregel wird jetzt der Troß gegen die Ketzer auf der einen, gegen das Papsttum auf der andern Seite.“ Es ist also Luther als religiöser Charakter! Wie der Verfasser ist über „das Bekenntnis vom Abendmahl“ geurteilt, das hat er aber vergessen oder es kommt schließlich doch nicht in Betracht! Der Teufel und der Troß haben Luther zu einer Art von Halbheiden zurückgeführt und den stürmenden Revolutionär zum Rekonvaleszenten gemacht!

Der vierte Abschnitt (S. 290—357) kündigt sich unter der Überschrift „Der Geist des Luthertums“ an. Hier sollen nun endlich die Grundgedanken des Luthertums zur Darstellung kommen; aber der Verfasser bemerkt mit Recht (S. 290), daß er ein tieferes Verständnis für die ganze Bewegung bisher noch nicht erschlossen hat; dabei hat er nur die ursprüngliche Bewegung bis 1521 im

Auge. Abgelehnt wird die Erklärung aus Luthers inneren Kämpfen und Kämpfen als „verspätete Philosophie über einen bereits geschehenen Schritt“ (vgl. Denifle). Die Sorge um einen gnädigen Gott scheidet aus; es muß überhaupt alles Persönliche ausscheiden. „Was haben die Volkshäufen, die in den Kirchen haufen wie Hunnen, mit der Sorge um einen gnädigen Gott zu schaffen?“ Hier die Triebfedern des Luthertums handelt es sich, welches nach Luther identisch war mit Hutten und Sickingen und mit denen, die ein Bauhevangeliem suchten“. Diese Bewegung, die an jüdischer Kraft nur mit dem Islam und der französischen Revolution verglichen werden kann, aber nur wirksam war im Zerreißen und Zersplittern, hat sich gleichsam zu ihrem Wahlspruch das Wort erhoben: Was Gott verbunden hat, das muß der Mensch auseinanderreißen. Auf allen Gebieten hat sie so gewirkt, weil sie grundsätzlich das Natürliche vom Uebernatürlichen getrennt hat. Damit kam sie dem allgemeinen Zug der Zeit entgegen; denn das Uebernatürliche hatte bereits Schaden erlitten, längst bevor Luther auftrat. Halbe und Laue waren im Klerus weit verbreitet. Gallikanismus, Humanismus und Nominalismus hatten dies bedingt. Da die Theologie diese Elemente in sich aufgenommen hatte, lag bei ihr ein sehr großer Teil der Schuld; sie liegt aber auch in dem übertriebenen Konservatismus vieler Theologen, die sich ruhig in formalen Denkfübungen weiter ergingen, während das Haus brannte. In erster Linie sind hier die nominalistischen Theologen verantwortlich zu machen, da das Luthertum zunächst aus dem Schoß des Nominalismus hervorgegangen ist (S. 297). Im Unterschied von ihren besseren Vorgängern hatten die jüngeren Nominalisten aus der philosophischen Frage nach den allgemeinen Gesetzen eine Weltanschauung gemacht, in die sich alles fügen mußte. In dieser Weltanschauung erscheint der menschliche Geist als Schöpfer und Herr der Dinge. Hieraus ergaben sich drei Haupttendenzen: 1. das Verschwinden des Unterschieds zwischen Mystik und Vernunftwahrheiten (der Gedanke an das Uebernatürliche tritt in den Hintergrund), 2. das Verschwinden der h. Schrift und Tradition der Kirche hinter der Logik und Dialektik, 3. das Entstehen eines dünnen Formelwesens und eines leeren Kriticismus, ja eines baren Rationalismus und Skeptizismus. „Man hat das Schelten Luthers, mit dem er seinem Haß gegen die Scholastik Luft macht.“ War doch dieser Nominalismus dasselbe — nur die Anwendung war noch nicht so erweitert — wie das, was sich

als Positivismus, Individualismus, Phänomenalismus und Empirismus darstellt, bzw. auch als Kantianismus. Freilich, die meisten Nominalisten redeten noch nicht so unumwunden wie die heutigen; aber „Occam—Aenesidemus, Carneades und Abälard in einer Person — baute die Lehre mit einer solchen Verwegenheit aus, daß er sich selbst genötigt sieht, den Verdacht der baren Skepsis oder der vollendeten Häresie mit der Ausflucht abzuwehren, es handle sich ja nur um Denkübungen“ (S. 303). Weiß stellt nun die Hauptirrlehren der Nominalisten dar und markiert die ihnen eigentümliche, gefährliche Methode, sich zuletzt unter den Schutzmantel des Glaubens zu retten, nachdem sie die Schwierigkeiten für unlösbar erklärt hatten. „Der Verlaß auf den Glauben wird hier zu einem rein äußerlichen Notbehelf, mit dem die innere eigene Ueberzeugung nichts zu tun hat, eine gute Vorschule für Luthers Glauben“ (S. 307). Er zieht hier einfach die Konsequenz, indem er die „unschuldigen Denkübungen“ im Ernst auf die Glaubenslehren anwendet. Plump und floszig wie er war (während seine nominalistischen Lehrer wie Male waren), führte er, was er vom Nominalismus verstand, in die christliche Praxis ein und öffnete so der Häresie Tür und Tor. Natur und Uebernatur auseinanderreißend und nicht mehr Kritik um der Kritik willen, sondern fürs Leben treibend (S. 309), zerreißt er alles Zusammengehörige nun tatsächlich. Das zeigt sich zuerst in seinem Kirchenbegriff. Luthers Kirche ist ein völlig zerriebenes Ding, eine nominalistische Zeremonie und nichts anderes. Er weist das Uebernatürliche kurzweg aus der Welt heraus. Gott rettet nicht durch menschliche Vermittlung — das wäre unstatthafte Verknüpfung von Göttlichem und Menschlichem —, sondern „jeder muß allein auf eigene Rechnung und auf eigene Gefahr suchen, wie er mit Gott zurecht kommt“. Das „homini homo deus“ gibt es nicht mehr. Allen Ernstes wird der Versuch gemacht, sogar Luthers Lehre von Christi Person und Werk auf den Nominalismus zurückzuführen, ebenso seinen Widerspruch gegen die Autorität, die ja nur dort steht, „wo anerkannt wird, daß Menschen zu Stellvertretern Gottes im Gott eingesetzt sind.“ Nominalistisch (!) ist es auch, daß jeder inn für den Glauben als Gehorsam verloren gegangen ist. Natürlich ist die ganze Sakramentslehre, soweit von einer solchen überhaupt geredet werden kann, nominalistisch, nicht weniger die subjektivistische Lehre von der h. Schrift, die der Bekämpfung des Dogmas dienen muß; die Rechtfertigungslehre Luthers aber ist der Sieg des nominalistischen Subjektivismus. Sie bedeutet, „daß Gott allein

alles, und zwar auf rein geistigem Wege für den Menschen, nur des Menschen und mit jeglichem Ausschluß des Menschen zu lernen hat" (S. 327). „Christus allein unser Heil, nicht der historische Christus, sondern der im Glauben, und zwar ebenfalls nicht im historischen Glauben, sondern im subjektiven Glauben angelegte und zurecht gelegte Christus, von unserer Seite aber nichts, kein Werk, keine Mitwirkung, sondern nur der Glaube, jenes rein innere Gefühl, mit dem das Herz sich herausucht, was es aus dem Heil Christi Trostvolles brauchen kann — eine solche Rechtfertigung konnte sich auch der Nominalist ohne Verletzung seiner Grundidee gefallen lassen.“ Nachdem diese Umsezung vollbracht war, „haben die übrigen Glaubenslehren keine Schwierigkeiten mehr. Die Glaubenslehren wurden zu Glaubensschöpfungen, die Dogmen zu Vorschriften für das Glauben Erzeugnisse des Glaubens. Der Glaube, der früher den Lehren der Offenbarung nachfolgte, geht ihnen jetzt voran und machte sich selbst seine Offenbarung" (a. a. O.).

Aber die relative Konsequenz, die Luther als nominalistischer Lehrer in dieser Tragödie bewährt hat, hat hier ihre Grenze. Effektiver ist er auch vom Realismus abhängig. Der Wirklichkeitssinn des Nominalismus ließ diesen nicht leicht über die sichtbare Kirche hinwegkommen; daher übernimmt Luther von Wiclif und die unsichtbare Kirche — nach Plato ist die Idee das wahr Seiende, also ist auch die Idee der Kirche, d. h. die unsichtbare Kirche, die eigentliche. Nachdem Luther also als Nominalist das Christentum in eine Diesseitigkeitsreligion verwandelt hatte, sah sich jeder für seine Person durch den subjektiven Herzensglauben vom Jenseits hinzudenken mochte, wonach er Bedürfnis empfand. Nachdem er die Kirche in Nationen und sodann in Atome aufgelöst hatte, rief er den Realismus zu Hilfe — freilich mehr unbewußt und statuierte die Idee der Kirche, das gnostische Pleroma der Kirche. Geholfen hat ihm freilich auch das nichts. Das Diesseitige vom Jenseits auseinanderreißend und Christentum und Kirche zertrennend, weil ihm die richtige Grundlage (nämlich die aristotelische Scholastik) fehlte, verlor er beides. Ohne Kirche dort und hier, mußte er sich gefallen lassen, daß die Staatskirche oder vielmehr die Herrschaft des Staats seinen haltlosen Schöpfungen, die als nominalistische und als realistische barer Nihilismus zu werden droht, über den Hals geworfen wurde. „Die Einführung des modernen Begriffs vom Staat ist das Ergebnis des nämlichen Realismus, durch dessen Anwendung Luther die Kirche vernichtet hat" (S. 328).



In einem ausführlichen Exkurs sucht der Verfasser noch nachzuweisen, daß der konsequente Realismus ebenso schlimm sei wie der Nominalismus; denn dieser echte Realismus wird stets zum puren Relativismus. „Ob Zeus, ob Jahveh, ob Odin, was liegt doch an den Worten! Wenn nur alle saßten, daß das Ewige von keinem gesagt werden kann! Die Vorstellung, als ob es nur eine wahre Religion gebe, heißt diese selbst erniedrigen. Auch die beste Gestaltung des Ewigen wird immer nur verhältnismäßig die bessere ein. Jeder Versuch, das Ewige in kirchliche Formen, die Wahrheit in dogmatische Formeln zu bannen, kann nur mangelhaft ausfallen: Diese Lehre ist gar nichts anderes als der echte Realismus“ (S. 351). Sie ist zunächst durch den „Protestantismus“ im Gebiete der Wirkungen Luthers zurückgedrängt worden. „Aber der Protestantismus in seiner neuesten Entwicklung ist, wenigstens auf dem theoretischen Gebiet, die Rückkehr zum Luthertum in seiner ursprünglichen Gestalt“ . . . „Man braucht nur an die Bewegung zu denken, die Harnacks Buch über das Wesen des Christentums hervorgerufen hat. Selbstverständlich mußte sich alles, was noch protestantisch war, gegen dieses Buch erheben. War es die offene Erklärung, daß es dem Protestantismus ein Ende machen wolle. Aber wer hat auch das Luthertum in seiner ursprünglichen Gestalt besser geschildert als Harnack, wenn er es stellt als eine Religion ohne Priester, ohne Opfer, ohne Gnadenwerke, ohne Zeremonien, eine rein geistige Religion? Er hat nur dies hierbei vergessen — er hätte noch hinzufügen sollen: ohne Dogmen. Und abermals, wer hat den Geist des Luthertums gründlicher erfaßt als abermals Harnack und seine Gesinnungsgegnern, wenn sie immer und immer wieder sagen, nach dessen Grundsätzen müsse man durch beharrliche „Reduktion“ und beständige „Ausweisung“ aller der allmählich angelegten Schalen, Hüllen und Mäntel aller späteren geschichtlichen Zusätze, Niederschläge und Vertiefungen das reine „Wesen des Christentums“ herauszubestillieren? Sicher hat niemand den Kirchenbegriff Luthers oder, richtiger gesagt, den von Wiclif und Hus, kurz den Grundgedanken des Realismus besser erfaßt und deutlicher dargestellt, als Harnack in seiner Ausführung. Ganz gewiß, sein Buch ist tödlich für den Protestantismus, aber es ist die Wiederaufweckung des unter seinen Schutt vergrabenen Luthertums“ (S. 354).

Die Konkordanz, die Weiß zwischen dem ursprünglichen Luther und meinem Buche gewahrt, erfüllt mich mit sehr gemischten

Empfindungen; aber darauf kommt es hier nicht an. Es fragt sich, ob Weiß die ursprünglichen Gedanken des Luthertums auch annähernd richtig interpretiert und erklärt hat. Hier muß man allem zuvor über die Unklarheit beschweren, mit der die ganze Aufgabe erfaßt ist. In der Einleitung zu diesem Kapitel wird gesagt, daß es sich nicht um Luther, sondern um das Luthertum handle, und dieses Luthertum wird in beleidigender Weise mit Volkshäufen, die in den Kirchen haufen und ein „Bauchevangelium“ suchen, gleichgesetzt. Darnach erwartet man in diesem Abschnitt eine genaue Untersuchung über die geistige Disposition der Massen, so schnell die Lehre Luthers annahmen und das Luthertum bildeten. Allein darüber wird uns nichts mitgeteilt, vielmehr besteht das Kapitel aus einer Analyse der Quellen, aus denen Luther seine Anschauungen gezogen hat. Also doch Luther und nicht das Luthertum! Lassen wir uns aber dieses quid pro quo — es war natürlich nicht zu umgehen — gefallen, so müssen wir unser höchstes Staunen ausdrücken, daß an die Stelle einer pünktlichen Untersuchung über Luthers Entwicklung bis 1517 und von 1517—21 eine abstrakte Darstellung der angeblichen geistigen Zusammenhänge tritt. Die seltsame These, die ganze Entwicklung Luthers bis 1517 sei ihm nichts an, weil ja das Luthertum erst 1517 aufgetreten ist, wird hier, wo es sich um die Genesis von Geist und Gedanken handelt, zur puren Unwissenschaftlichkeit, die doch nicht dament werden kann, daß Denifle die Selbstzeugnisse Luthers über seine Entwicklung für unglaublich erklärt hat. Selbst angenommen, sie wären es, so kann doch kein verständiger Historiker über Geist und die Gedanken Luthers in bezug auf ihre Ursprünge eine Untersuchung anstellen, ohne sich aufs ernsthafteste mit dem bis 1517 zu befassen. Weiß hat das für unnötig gehalten und im folgenden Kapitel ein ernsthafter Versuch gemacht wurde nachzuholen, werden wir sehen; halten wir uns bis dahin an Gebotene, so völlig unzureichend daselbe auch von vornherein scheinen muß. Was uns geboten ist, erschöpft sich in dem Satz, daß fast sämtliche Grundgedanken Luthers aus dem konsequenten Idealismus und dem echten Realismus abzuleiten. Daß Luther das heftigste gegen die Scholastik zu Felde gezogen ist, wird flüchtig wohl einmal erwähnt, spielt aber sonst gar keine

\*) Auch in dem i. J. 1906 erschienenen Werke desselben Verfassers „Die Psychologie als Schlüssel zur Lutherlegende“ fehlt jede wirkliche Untersuchung über die innere Entwicklung Luthers.

un ist es längst bekannt, daß trotzdem Luther — wie könnte es anders sein? — nicht nur hier und dort, sondern überhaupt von dogmatischen Lehren abhängig gewesen ist, und Denifle hat Wichtiges zu dieser Erkenntnis beigetragen; aber das abstrakte und bedenkliche Verfahren, das gesamte Luthertum als eine Evolution des Nominalismus mit einem wiclistitisch=realistischen Zusatz darzustellen, ist ethisch unstatthaft — weil die These nicht am wirklichen Entwicklungsgang Luthers erwiesen, sondern als *thema probandum* vorausgesetzt wird — und daher völlig eindrucklos. Es soll keineswegs geleugnet werden, daß manches hier zutrifft; aber Weiß hat einfach nichts bewiesen. Denn wer es fertig bringt, Luthers Christologie für nominalistisch zu halten, wer mit solchen völlig verkehrten Allgemeinheiten kommt, Luther habe das Uebernatürliche und das Natürliche auseinandergerissen, wer behauptet, Luther kenne den Geist nicht, *hominī homo deus* (als ob Luther nie gesagt hätte,

Christ solle dem andern ein Christus werden!), wer endlich Luthers Rechtfertigungslehre — also hatte Luther doch eine solche — den Jh. 1517—21, s. dagegen, wie anders es oben lautete! —

ein nominalistisches Schulprodukt erklärt, der hat damit den Boden der wirklichen Geschichte und ebenso jede wirkliche Anschauung von Luther vollkommen verlassen und läuft einem Gespenst nach, das niemals existiert hat. Weil Weiß von vornherein darauf abzielt, irgend ein religiöses Element, sei es auch das geringste,

Luther anzuerkennen, und weil er als unverbesserlicher Schocker alles durch die aristotelische Schulbrille sieht — schließlich ist Leben und Tod von der richtigen Erkenntnistheorie ab! —, ist er zu einer Zeichnung „des Geistes des Luthertums“ gekommen, wissenschaftlich einfach wertlos ist, von den unerträglichen Wiederholungen derselben Gedanken, die schon im ersten Abschnitt reichlich gestreut waren, zu schweigen. Daß Frömmigkeit und religiöser Verstand, Glaube und Unglaube eine Welt für sich sind und nicht unbedingt an irgend eine Philosophie angelehnt sein müssen, dieser Punkt kommt dem Verfasser niemals. Daher fühlt er sich zu Untersuchungen darüber, wo Luther einfach aus den religiösen Erfahrungen spricht, und wo bei ihm die Theologie, wo die Philosophie zu hören ist, überhaupt nicht aufgefordert. Auch das beachtet er nicht, daß, was bei Luther mit Erkenntnissen nominalistischer oder realistischer Theologen zusammengestellt werden kann, nicht doch eine gemeinsame Wurzel hat, was z. B. beim Kirchenbegriff unzweifelhaft der Fall ist. Er kennt nur einen liberalen, nichtsnutzigen Theologen

Luther, der die bis zum Nihilismus entwickelte falsche Scholastik in Praxis umsetzt und einen unbändigen Haß gegen den Papst beifügt.

Der fünfte Abschnitt (S. 358—474) trägt die Aufschrift: „Quellen des Luthertums“; aber was in ihm steht, ist größtenteils ebensogut im vierten, im ersten, bzw. auch im ganzen Abschnitt gesagt sein. Die Anlage des Buchs ist somit grundverfehlt. Wie dem Verfasser die Kunst der pünktlichen Einzeluntersuchung mangelt, so versteht er es auch nicht, den Stoff methodisch disponieren. Er ist eben als Historiker Dogmatiker, und seine Untersuchung nur scheinbar, ja nicht einmal scheinbar, historische.

Als „Quellen des Luthertums“ wird erstlich auf den germanischen Atavismus hingewiesen: indem der deutsche Nationalismus durch Luther das Christentum abwarf, trat der ungebändigte Germanismus wieder hervor; aber dabei blieb es nicht, vielmehr deutsche Sucht, Fremdländisches anzunehmen, getreu, eignete sich nunmehr im Nominalismus, Hussitismus, Gallikanismus, Humanismus die schlechten Produkte Englands, Frankreichs, Italiens an. Also kann von einem spezifisch deutschen Charakter des Luthertums keine Rede sein, außer in geographischer Hinsicht; es ist auch nichts Neues in der Geschichte, sondern eine der Erscheinungen der Auflösung, bedeutender nur als ihr Ende und Sammelpunkt. Dabei ist es wesentlich gleichgültig, was der Hussitische, Gallikanische usw. gelesen hat. Daß er in diesen Bewegungen gestanden hat, ist offenbar; bei der Ausbreitung von Irrlehren spielen häufig unbewußte Zusammenhänge eine Rolle. Uebrigens hat Luther nach seinem Bruch auch mit dem Papst und Absicht bei den älteren Feinden der Kirche Hilfe im Kampf gesucht. War er doch schon um seiner Geistesanlagen willen immer auf andere gewiesen; denn er war kein kalter Solipsist: er gab er zahlreiche Werke älterer Häretiker mit Einleitung heraus, so daß er allmählich „den Geist aller Häretiker aufgenommen hat“ (S. 370). Uebrigens bestätigt dies die alte Tatsache, daß man eine Häresie als Importware von Fremde einführen muß, um ihr Erfolg zu verschaffen. Nach langer Einleitung zeigt Weiß nun erstlich, daß Luther die Irrlehren Occams inbezug auf die Kirche übernommen habe, die schroffe Gegenüberstellung des geistlichen und weltlichen Elements, die Einräumung von sehr großen Rechten in der Kirche.

ie Laien, die Auflösung des Begriffs der Kirchengewalt und Autorität in Glaubenssachen und die Auflösung der Universalikirche zugunsten eines Haufens von National- und Winkelfkirchen. Hieraus ergab sich die Einschränkung des Gebietes dessen, was zu glauben und was häretisch ist, und die Inanspruchnahme des individuellen Rechts der Prüfung und letzten Entscheidung in geistlichen Dingen. Dies alles entnahm Luther von Occam, und so blieb ihm nichts mehr übrig, als auch die bedeutungslos gewordenen Namen Kirche und Autorität einfach abzuschaffen und das allgemeine Priestertum aller Christen zu proklamieren. Als er dann sah, daß alles zerstört war, mußte er die weltliche Macht anrufen, um einigermaßen Ordnung zu schaffen. Das war nicht occamisch, wohl aber im Sinne des Marsilius. Occamisch aber war, nach Leugnung der Kirche und der damit gesetzten Zerstörung der Grundlagen des Glaubens sich auf die dem persönlichen Ermessen preisgegebene Schrift zurückzuziehen.

Ebenso wie zu Occam verhielt sich Luther zu den Gallikanern: auch hier ist die Auflösung der Kirche die alles bestimmende Hauptache, obgleich die Gallikaner auch realistisch bestimmt waren, was er Luther bei der ihm eigenen philosophischen Unfähigkeit nicht merkte. Uebrigens war der Gallikanismus selbst kein geschlossenes System; er wurde aber durch zwei Elemente zusammengehalten, nämlich durch die Absicht, Ausgleiche mit den Gegnern der Kirche zu finden, und durch den Anti-Ultramontanismus. Weiß entzweit nun zuerst die gallikanischen Kirchentheorien, soweit sie nominalistisch bestimmt waren (die Fülle der Gewalten liegt in der Kirche, nicht im Haupte; Konzilstheorie; Majoritätstheorie; aristokratische Republik; der Papst als caput ministeriale der Kirche; Unverserblichkeit über den Primat; Steigerung der Rechte jedes einzelnen Hofes; unmittelbares göttliches Recht der Bischöfe; im späteren Gallikanismus auch Laienvertretung im Kirchenregiment und Rationalismus, überhaupt Verteilung der Fülle der päpstlichen Rechte auf andere Faktoren, zumal an die Professoren und Universitäten: Lehrtendünkel und Herrschaft unter der Hülle der Ergebenheits- und Treueversicherungen an den Papst). In Summa: das größte Unrecht des nominalistischen Gallikanismus bestand darin, daß er sich an der Kirche und der Autorität der Kirche vergriff; aber noch größeres Unrecht er dadurch, daß er seine falschen Grundsätze in die kirchliche Praxis übertrug (S. 408). Sicher haben diese Gallikaner unter dem gläubigen Volk größeren Schaden angerichtet als die Voll-

harden und die Hussiten. Da begreift sich der allgemeine Abfall der Reformation leicht. „Vom Gallikanismus hat Luther eine gründliche Verachtung der Kirche und eine ebenso tiefe Verachtung der Theologie und damit des von ihr gelehrten Glaubens zugleich gelernt“ (S. 410). Die Gallikaner meinten zwar noch, die Autorität der Kirche trotz allem aufrecht erhalten zu können; aber da sie das greifbare Subjekt, an dem diese Autorität hätte haften konnte, beseitigt hatten, war es nur konsequent, daß Luther auch die Autorität selbst in foro externo et interno beseitigte. Hieraus entwickelt Weiß die gallikanischen Theorien, soweit sie realistisch stimmten waren. Die Irrlehre, Christus habe die Fülle der Kirchengewalt der ganzen Kirche unmittelbar übertragen, kann eine naturalistische Grundlage haben; in der Regel aber hat sie eine realistische — die Idee der Kirche ist nicht nur von der Erscheinung zu trennen, sondern auch vor ihr da und ist das Entscheidende. Ebensowenig zwischen dem Apostolischen Stuhl und dem, der auf ihm sitzt, unterscheiden, usw. Diese platonischen Distinktionen ermöglichten unter der Hülle einer gehorsamen Sprache die schärfste Kritik der kirchlichen Wirklichkeit und an dem faktischen Träger der Autorität zu üben. Nahmen doch manche realistischen Gallikaner einen frühen Abfall der Kirche von ihrer Idee an und spielten die himmlische Idee kräftig gegen die unter dem Papst stehende Kirche aus. Weiter kam man von hier zu der Zwei-Häupter-Idee, daß das Fundament der idealen Kirche ist Christus, der Papst ist nur uneigentlich so zu nennende Haupt der Kirche auf Erden. Dann aber war nur noch ein Schritt — auch er ist geschichtlich — zu der Behauptung, daß Christus das Fundament der Kirche ist und daß das genüge. Indes so weit gingen doch nur Wenige. Die Mehrzahl begnügte sich mit einem System der Zurückbildung der Zweideutigkeit und der Halbheit. Aus diesem System entwickelten diese Realisten „die gallikanischen Freiheiten“. Die Kirche sollte durch sie „ideal“ wieder hergestellt werden; sie sollten es zum Ausdruck bringen, daß, wenigstens für Frankreich, nur das „gallikanische Recht“ der Kirche gelte, nicht das der „Kurie“ oder der „Römischen Kirche“. Eben letzteres Recht galt ihnen als ein späteres, in der Universalen Kirche völlig unbekanntes, daher habe man es als Wille der Konzilien abzutun, und deshalb der Name „Freiheiten“. Der philosophisch-historische Grundzug des „Idealismus“ hatte erloschen; auch ernste Männer huldigten ihm und sahen darin, was sie anrichteten, wenn sie das Schlagwort von der Freiheit

Reduktion und Vereinfachung der Kirche gegenüber Neuerungen und Aeußerlichkeiten ausgaben. In Wahrheit „betrogen sie sich selber, indem sie sich den Gedanken einredeten: Je mehr Freiheit von den Satzungen des Papsttums, um so mehr Rückkehr zum reinen Christentum.“ Diese Realisten haben die verhängnisvolle Antithese geschaffen: „Kirche und Kurialismus“; Luther nahm sie auf unter dem Titel: „Kirche und Romanismus (Papismus).“ Denn wenn man fragt, was Luther vom realistischen Gallikanismus genommen hat, so muß man einfach antworten: Alles (S. 426), ja er zieht den Hauptbeweis für sein Recht der „Reformation“ aus der nur gesteigerten These der Realisten, daß in die Kirche seit Langem ein schweres Verderben eingezogen sei und daß der Romanismus daran schuld sei; an eine Verbesserung sei nicht mehr zu denken, ausrotten und wegschaffen gilt allein; Christus als einziges Fundament und einziger Inhalt der Kirche samt der hl. Schrift ist aufzurichten; der Papst ist abzutun. „In diesen Sätzen, zumal in der ausschließlichen und so absichtlich gewaltsamen Betonung des Wortes: „Christus allein und nichts außer Christus“, haben wir den Beweis dafür, daß Luther den Gallikanismus, soweit er Realismus war, vollständig aufgenommen, freilich auch in einer Art weiter gebildet hat, wie dieser niemals gedacht hatte“ (S. 428). Denn der Realismus ließ wenigstens doch die Idee einer sichtbaren, irdischen Kirche bestehen. Um diese auch noch fortzuschaffen, mußte ein neuer Führer herbeigerufen werden. Luther fand ihn in dem Erzrealisten Wiclif, wenn er ihn vielleicht auch nur aus Hus kannte. Weiß gibt nun eine sehr ausführliche Darstellung der platonischen Theorie des „kalten, eisernen“ Theologen Wiclif — „der die göttlichen Ideen wie Ziegelsteine dachte, aus denen das Himmelsgewölbe zusammengesetzt sei, und der seine unsichtbare Kirche, zwar unsichtbar für unsre Augen, viel massiver gedacht hat als irgend ein steinernes Kirchengebäude auf Erden“ (S. 430 f.). Nicht eine Vergeistigung der Religion bedeutete diese von Luther übernommene Lehre Wiclifs, sondern nur eine Entfernung der Religion aus dem irdischen Leben. Immerhin darf man den Einfluß von Hus (Wiclif) auf Luther nicht bertreiben, aber die Bekehrung Luthers zum trassen Realismus ist ein Werk, und jedenfalls hat der Reformator von ihm direkt oder indirekt den Begriff der rein unsichtbaren Kirche, die Erbitterung gegen den Apostolischen Stuhl und den Haß gegen die Mönche übernommen, wenn sie bei ihm auch noch andere Quellen hatten. besonders die maßlose Kritik am Papste (die Entgegensetzung von

Christus und Papst, das Antichristentum des Papstes, Christus als einziges Haupt der Kirche, der Reinscharakter der Papstkirche, wie sie Wiclif geübt, stimmt mit der Luthers so frappant überein, daß ein Zusammenhang bestehen muß. Bei beiden ist der Haß gegen die Kirche der Maßstab für die Liebe zu Christus, die Entfernung von der Kirche der Maßstab für die Annäherung an Christus (S. 44). Und wenn ferner der konsequente Realismus in Wiclif das Christentum als sinnenfällige Religion fast in jeder Richtung bekämpft und alle Vermittlungen abtut — durch dieses Verdikt erweist er im Vergleich mit dem Nominalismus als der schlimmere Gegner — so findet sich das bei Luther genau so wieder. Die ganze Lehre fiel damit dahin; aber der Realismus beider Männer nennt das „Dienst Gottes im Geist und in der Wahrheit“, „Religion der reinen Innerlichkeit und der freien Geistigkeit“, kurzweg „Freiheit“. Konsequent hieß es dann: „Je weniger Gottesdienst, desto besser“ und auch dieses Wenige so einfach und so nüchtern als nur möglich. Aber so gewiß diese gemeinsamen Lehren Wiclifs und Luthers ein Triumph des Subjektivismus und eine Vernichtung der Objektivität darstellen — Luthers objektive Heilswahrheiten sind nicht wahrhaft objektiv, sondern objektiv ist nur die Idee, die ihm der Realismus als das wahrhaft Seiende darstellt (S. 457) —, und so gewiß halbiert der Gläubige, wie Luther ihn will, in Wahrheit kein Gläubiger ist, sondern ein erneuter Schöpfer der Idee auf dem Wege subjektiver rein innerlicher Zurechtlegung: so gewiß hat hier Luther noch einen Schritt weiter als Wiclif getan. Erst er sagt, daß der Mensch durch den Glauben die Gottheit in sich selber schafft, dazu ist Christus, seine Gerechtigkeit und somit seine eigene Religion. „Luther nennt das die Rechtfertigung durch den Glauben. Er hätte besser getan zu sagen Rechtfertigung auf dem Wege rein geistiger, subjektiver Aneignung oder noch besser Rechtfertigung durch die Schöpfung einer eigenen persönlichen Religion. Dann wären viele Mißverständnisse erspart und viele Streitigkeiten vermieden gewesen. Es war ein Mißbrauch, den Luther mit dem Wort Glauben tat“ (S. 459). Diese Lehre vom Glauben ist eine Frucht des Realismus, ist ein Lehrpunkt, in welchem Luther über seine Meister hinausgegangen“ (S. 460).“ „Diese Lehre ist auch die einzige, die dem Luther eigen ist, die einzige, die ihm wesentlich ist, die einzige, die er nicht preisgeben kann, ohne sich selber aufzugeben. Es hat sich vieles von Luther fahren lassen und wird noch mehr fahren lassen. Diese Lehre nennt es nicht umsonst den articulus stantis et cadentis“



ecclesiae, an ihr hält es fest für immer, so lange es selber steht, natürlich nicht dem Wortlaut, wohl aber dem Sinne nach — eine rein subjektive Idealreligion mit christlichen Worten und christlichem Gepräge, oder, wie man kürzer zu sagen pflegt, der christliche Idealismus“ (S. 461). Man nennt es jetzt „Wesen des Christentums“: das ist in der Tat das Wesen des Luthertums.

Gegenüber den bisher besprochenen Elementen ist der Humanismus als Quelle des Luthertums minder bedeutend, aber doch nicht zu unterschätzen. Die ordinären Humanisten, alle ruhigen Bürger mit Schreden erfüllend und überallhin Räube und Ungeziefer verbreitend, waren die Herolde der öffentlichen Meinung, zugleich ihre Knechte, Büttel und Laufburschen. Als Schöpfer der öffentlichen Meinung richteten sie sich hauptsächlich gegen die Priester und Theologen und suchten alles Kirchliche und Heilige lächerlich zu machen; zu einem systematischen Feldzug fehlte es ihnen an Bildung. Der älter gewordene Luther kam ihnen fast gleich, erwieß sich so nadel wie der niedrigste unter den Humanisten und stachelte die ohnen Instinkte des gemeinen Volkes mit vollem Bewußtsein auf. Insofern muß man sagen, daß er, wenn auch nicht in der Form, schlimmer ist als der Humanismus in seiner schlimmsten Gestalt“ (S. 465). Es gab aber auch einen höheren, philosophischen Humanismus; „Natur, Mensch, Ich“ war seine Losung. Daraus ergab sich ein Rationalismus, für den es keine Grenze gab, am wenigsten: des Dogmas, ferner die Idee der natürlichen Religion (Deismus), eine christliche Philosophie = Laienreligion und endlich ein rankenloser Subjektivismus. Auch mit dieser Richtung hat Luther Zusammenhänge, wenn auch sein subjektivistischer Realismus diesen Humanisten gegenüber den jenseitigen Christus als ideale Wirklichkeit festhielt. Aber indem er den Menschen nicht nach Oben steigen ließ, sondern Christus durch subjektive Anpassung nach Unten zog, „hat den letzten Zweck des Humanismus, die volle Verneinung der Jenseitigkeitsreligion und die ausschließliche Geltung der Diesseitigkeitsreligion vorbereitet und durchführen helfen. Und das ist die eigentliche Bedeutung des Luthertums und der Reformation überhaupt, die Vermenschlichung Göttlichen im Gegensatz zur Vergöttlichung des Menschlichen“ (S. 469 f.). Schließlich ist aber nicht zu übersehen, daß Luther, wie wir gesehen haben, von den nachgewiesenen Quellen und Zusammenhängen, die er in seinen verschiedenen Einzellehren aus verschiedenen Quellen (Goch, Wesel, Basel usw.) entlehnt hat.

Der Verfasser beendigt diesen Abschnitt mit einer Zusammenfassung seiner Untersuchungen in vier Hauptergebnissen über das Luthertum (S. 473 f.), die wir hier nicht zu wiederholen brauchen und schließt daran noch einen Schlußabschnitt, „Die Wirkung des Luthertums“ (S. 475—502), der aber in die Gegenwart führt und hier daher unberücksichtigt bleiben muß. Nur hier erwähnt, daß er auch hier von dem Unterschied „Luthertum und Protestantismus“ ausgeht und in der Gegenwart die fortschreitende Auswirkung des echten Luthertums im Gegensatz zum Protestantismus in den evangelischen Kirchen erblickt.

Unstreitig ist der Abschnitt über „die Quellen des Luthertums“, den wir zuletzt betrachtet haben, der wertvollste des Buchs. Über den Nominalismus, den realistischen Gallikanismus und Wiclif ausgeführt ist, beruht auf wirklichen Studien. Allerdings Luther und das Luthertum — zwei Begriffe, die auf diesem Kapitel recht unklar durcheinander wogen — in welchem Maße von diesen Faktoren bestimmt gewesen sind, so hat auch hier der Verfasser dazu getan, um uns darüber zu lehren, wo nun wirklich diese Einflüsse einsetzen. In dieser Hinsicht bleiben wir, wenn wir uns nicht mit Allgemeinheiten begnügen wollen, so klug wie zuvor. Der Verfasser hat die eigentliche Aufgabe kaum in Angriff genommen, geschweige denn. So urteile ich nicht etwa als protestantischer Historiker; ich darf Bestimmtheit annehmen, daß auch umsichtige katholische Historiker derselben Meinung sein werden. Ferner aber ist auch in diesem Abschnitt der Kapitalfehler zu betonen, daß Luther und das Luthertum genetisch behandelt werden, ohne daß von ihren religiösen Tendenzen und ihrem Glauben je ernsthaft die Rede ist. Die schwersten Anstöße, die die Ausführungen so zahlreich bieten, zu heben, ist kaum möglich. Das Problem, ob das germanische Element in Luther in Betracht kommt, wird im Handumdrehen einer für Luther und für die deutsche Nation gleich bedeutenden Wendung gelöst. Ob das „Fremdländische“ im Nominalismus, Gallikanismus und Humanismus überhaupt irgendeine Rolle auf die Rezeption bei Luther und in Deutschland spielt, darf mit allem Fuge fragen. Der Verfasser schreibt ihm a priori große Bedeutung zu. Die Deutung der Tatsache, daß Luther gern auf Vorgänger berufen hat, ist ebenfalls ganz fragwürdig. Die Tatsache selbst aber nicht so rund, wie Weiß annimmt. Daß von den nominalistischen Gallikanern die Verachtung der Ethik

elernt haben soll, ist höchst auffallend. Die Behauptung, daß Luther (durch Hus) ein krasser Realist geworden sein soll, ist neu und nicht bewiesen; dasselbe gilt von der These, Luthers Kirchengriff sei platonisch-realistisch zu verstehen. Aber auch alles, was bezug auf Luthers reinen Spiritualismus durch Abtun alles Sinnenfälligen und aller Vermittlungen in der Religion behauptet ist, ist ganz einseitig und kann fast aus jeder Schrift Luthers widerlegt werden. Dennoch liegt hier eine gewisse Stärke des Buchs. Das Einzige wofür Weiß bei Luther eine Art von Verständnis zeigt, ist Luthers Lehre von der geistigen und religiösen Freiheit. Schon daß Weiß sie so stark hervorhebt und von ihr nicht loskommt, ist bedeutungsvoll, und ich wünsche deshalb, daß unsere protestantischen Mitgläubigen das Buch lesen mögen. Freilich wird das Verständnis in diesen Grundtrieb Luthers bei Weiß aufs schlimmste dadurch beeinträchtigt, daß er sich Religion ohne Heteronomie, Objektivität und Autorität, überhaupt nicht zu denken vermag und daher bei Luther alle religiösen und objektiven Elemente einfach streicht, um einen reinen Luther zu behalten, der sich seine Religion selbst schafft; denn das ist das A und O in dieser Darstellung: Luther war in einem Sinne ein religiöser Charakter, sondern ein Epigone ungenutzter Geister, deren Hervorbringungen er ins Leben übergeführt und zu Elementen eines großen Umsturzes gemacht hat, weil sein Wille stärker und sein Freiheitsstreben zügelloser war als die ihrigen.

Wohnte sich bei solchem Mißverständnisse des Charakters und der Absichten Luthers ein so ausführlicher Bericht? Ich glaube doch; in dieses Buch wird als „Denifle Bd. 2“ nicht nur, wie ich verstehen muß, von Katholiken (und Protestanten) viel gelesen werden, sondern es hat auch einen zwar historisch nicht geschulten, aber geistreichen Mann zum Verfasser, dem es mit jeder Zeile Ernst ist und der also auch verdient, daß man versucht ihn anzuhören.

Wie groß ist doch der Miß, der durch unser deutsches Volk ist, wenn Deutsche Luther so zu sehen vermögen wie Weiß völlig blind sind gegenüber Luthers wirklichen Mäten und seinen wirklichen Kräften und Zielen! Weiß hat es nicht einmal für nötig gehalten, sich mit anderen Anschauungen über Luther und seinen Entwicklungsgang irgendwo auseinanderzusetzen; er streift sie kaum. Er ist also seiner Sache und seiner Methode ganz sicher. Aber so lange in der Geschichtsschreibung die Pflicht gilt, die Entwicklung einer Persönlichkeit oder einer

Bewegung an ihr selbst zu studieren, nicht aber einfach zusammenzustellen, was auf sie Einfluß gehabt haben kann oder hat. Nun endgültige Schlüsse zu ziehen, so lange wird das Werk Weiß als ein völlig mißglückter Versuch gelten. Kaum minder ist aber ist das große Schweigen über das Papsttum des 15. Jahrhunderts im Buch. Nach Weiß hat Luther die Kirche in die platonische Idee verwandelt. Das ist unrichtig; richtig aber hat Weiß selbst in seinem Werk nur ein „ideales“ Papsttum in geschichtlichen Ansatz gebracht hat, weil das wirkliche Papsttum, es um 1500 war, nicht präsentiert werden durfte. Das ist ein Platonismus, aber ein ganz perverter! Wann werden von der katholischen Seite eine Geschichte der deutschen Reformation Luthers erhalten, wie sie Kampfschulte in seiner Calvin-Biographie geschrieben hat! Wie fruchtbar könnte dann die wissenschaftliche Arbeit werden! Wie vieles hätten uns katholische Historiker zu sagen! Diese Darstellung ist nur eine finstre und unfruchtbare Wolke, aus der lediglich die Erkenntnis aufblitzt, daß Luther sich selbst und seine Bewegung auf den Boden der Freiheit und des inneren Erlebnisses gestellt hat. Das Buch schließt (S. 495) mit dem Satz: „Das wichtigste Ergebnis dieses Buches ist der geschichtliche Erweis für die Freiheit, daß die Rückbildung des Protestantismus zum Katholizismus den Sieg der modernen Ideen fördert, und daß der sog. Modernismus in eben dem Maße zunimmt, in dem das ursprüngliche Luthertum wieder zum Durchbruch kommt.“ Dieses Zugeständnis ist zu groß, als daß wir es annehmen könnten — *timeo Danaos et dona ferentes* — in einer bescheidenen Form und mit den nötigen geschichtlichen Differenzierungen ist es eine Wahrheit, die einzige, die dieses Buch in bezug auf Luther enthält! Bewiesen hat der Verfasser es auch sie nicht.

In einem Anhang setzt sich Weiß mit der Römerbriefauslegung Luthers (1515/6), die Ficker soeben in einer musterhaften Ausgabe veröffentlicht hat, auseinander. Im allgemeinen findet er, was ihn zu Änderungen in seiner Auffassung veranlassen. „Persönlich war Luther um den Beginn des J. 1516 nicht katholisch; seine nominalistischen (!) Ansichten über Sünde, Gnade und Gnade hatten ihn bereits zum vollen Widerspruch mit der Kirche gebracht.“ Das ist eine sehr kühne Behauptung. Dann wird einmal die ganz unklare Unterscheidung: „Luther und das Luthertum“ vorgetragen, weil der Kommentar doch zu deutlich auf die Rede

der inneren Verfassung und Entwicklung Luthers für die ganze Bewegung verweist, von der Weiß in seinem Buch keine Notiz nehmen wollte. So erinnert der Verfasser noch in diesen Schlußworten daran, daß er sich ein „ursprüngliches Luthertum“ zurechtgelegt hat, welches beliebig bald als die Quintessenz der Predigt Luthers, bald als ein Luthertum invito vel nescio Luthero, bald als eine Rotte von Bauchdienern und Kirchenstürmern vorgestellt werden kann.

---

# Windthorst und der Kulturkampf.

Von

Felix Nachsahl.

(Schluß.)

## VIII.

Diese „Ernte“ vorzubereiten, das war die Aufgabe, die Windthorst während der letzten Jahre seines arbeitsreichen Lebens setzte. Er wurde nicht müde, immer und immer wieder zu betonen, daß das Zentrum auch jetzt noch seine Existenzberechtigung darin fand, daß noch nicht alle „Ueberreste des unseligen Kampfes“ beseitigt seien; sein Ideal war und blieb die Wiederherstellung des Status quo ante 1871. Manches hat er auch in der That noch erreicht: so weitere Milderungen des Klostergesetzes, die Aufhebung des Patrierungsgesetzes, die Befreiung der katholischen Theologen von der militärischen Dienstpflicht, die Sperrgeldervorlage, die aber erst nach seinem Tode perfekt wurde. Insbesondere rückte er die Schulfrage in den Vordergrund. Er verlangte die Erneuerung des Gesetzes, wie er vor dem Schulaufsichtsgesetze von 1872 existiert hatte: die vollkommene Unterrichtsfreiheit: „Der Kampf um die Schule ist im Grunde der Kampf um das Christentum, der Kampf um das Kreuz; das war das Thema, welches er unaufhörlich variierte. Den Zwang verwarf er als einen den „Volksrechten“ zuwiderlaufenden „Ausfluß“ der ihm verhassten „Staatsomnipotenz“. Er brachte (14. Februar 1889) einen Antrag ein, der von diesen Gesichtspunkten getragen war; doch vermochte er nicht dafür die Mehrheit zu erlangen. Einen „ultramontanen“ Charakter in des Wortes ursprünglicher Bedeutung trug es, wenn er, so noch am 3. Februar 1889 auf dem Rheinischen Parteitage zu Köln, den Fortbestand katholischer Fraktionen in den Parlamenten mit der Notwendigkeit begründete, die Rechte und Stellung des hl. Stuhles zu verteidigen. aller

nicht mit den Waffen, sondern durch den natürlichen Einfluß, den die Mächte haben müssen, insbesondere diejenigen Mächte, welche mit Italien in einem besonderen Bündnis stehen". Noch kurz vor seinem Ende ließ er dem Papste durch den Msgr. de Waal sagen, er sei bereit, „mit Gottes Gnade selbst für das dominium temporale seinen Kopf auf den Block zu legen“.

Im Septennatsreichstage hatte das Zentrum nicht mehr, wie früher, die maßgebende Stellung; es war noch dazu in den Hauptfragen oft gespalten, und nicht immer stand die Mehrheit auf der Seite Windthorsts. Für die Kolonialpolitik empfand er schwerlich eine große Begeisterung; die Brücke ward aber hier für ihn durch das Interesse an der Missionstätigkeit gegeben. Am 14. Dezember 1887 gelangte eine von ihm beantragte Resolution zur Annahme; der Reichstag sprach durch sie seine Bereitwilligkeit aus, die Regierung bei allen Maßregeln zu unterstützen, deren Zweck es sei, Afrika für die christliche Gesittung zu gewinnen; die Folge davon war das Gesetz betreffend die Verhütung des Sklavenhandels und den Schutz der deutschen Interessen

Ostafrika. Auch zur Sozialreform hatte er kein eigentliches Verhältnis; wir hören durch Hitze:\*) „Windthorst war persönlich kein Sozialpolitiker; er war aufgewachsen in den Ideen des liberalen Dekonomismus; aber sein gesunder Sinn und sein feines Verständnis für die Bedürfnisse der Zeit machten es ihm leicht, sich

die neuen Gedankengänge hineinzufinden, die Bedeutung der Fragen zu erfassen und geeignete Kräfte in Dienst zu stellen.“ Vom „Recht auf Arbeit“, wie Bismarck es proklamierte, wollte er nichts wissen. Eine negative Haltung verbot ihm in den Fragen der Sozialreform freilich schon die Rücksicht auf die Arbeitermassen, zur Wählerschaft des Zentrums gehörten. Ein „anscheinend irgewiseiter“ schrieb bei seinem Ableben in den „Historisch-politischen Blättern“: „Windthorst hat der Rücksicht auf die möglichste Einheit

Zentrums häufiger, als gemeinhin geglaubt wird, die eigene Meinung geopfert . . . Man kann sagen, daß er in manchen Fragen mehr sich leiten ließ, als zu leiten versuchte, so z. B. in sozialpolitischen Dingen, in welchen er ja ein Kind der alten Schule war.“

Nicht nur die Nachwirkungen der liberal-ökonomischen Doktrinen es, die ihn zu seiner zögernden, mitunter selbst mißtrauischen Haltung gegenüber der Sozialreform bestimmten, sondern auch der

\*) Süssgens XII.

eben dieser innewohnende staatssozialistische Zug. Er fürchtete, daß durch sie die staatliche Macht noch mehr gesteigert würde. Es war daher war er auch, wie bereits erwähnt wurde, gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Bekannt ist seine Aeußerung: nachdem die Professoren Wagner und Eneccerus gehört habe, begreife er wie es zugehe, daß so viele unserer Jünglinge von den Universitäten mit sozialdemokratischen Ideen zurückkämen. So auch ist es verstanden, wenn er 1889 die Führung der Opposition gegen das Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz übernahm. „Der Reichstagsbeschluss, den die Regierung forderte, erschien ihm als ein Schritt — nicht ins Dunkle — nein! auf dem hell erleuchteten Wege der Sozialdemokratie.“ Wie in den hitzigsten Debatten, im Kulturkampf und Schulfrage, so wettete er auch bei dieser Gelegenheit gegen den „omnipotenten Staat“, der sich jetzt gar „alleinigen Brotherrn“ oder „Brotvater“ aufwerfe. Peter Reichensperger entschlüpfen bei den Verhandlungen die Worte: „Der Staat ist für uns der organisierte Verband des Volkes zur Pflege der leiblichen und geistigen Güter, und das soll in der Vorlage deutlich werden.“ Eine solche Staatsauffassung erschütterte Windthorst aufs tiefste; in ihm paarten sich ja kirchlich-hierarchische Tendenzen in seltsamer Mischung mit individualistisch-liberalen Maximen. Er warf dem Freunde vor, daß seine Worte eine Staatsomnipotenz proklamierten, wie sie mit den Grundanschauungen der Partei unvereinbar sei; er bat ihn, seinen Ausspruch dahin zu ergänzen, zu berichtigen, daß er doch wohl nicht die großen Aufgaben der Kirche auf dem geistigen Gebiete bestreite. Reichensperger entgegnete: staatliche Omnipotenz sei nicht gleichbedeutend mit staatlicher Herrschaft über die geistigen und weltlichen Güter. Auch das genügte Windthorst noch nicht; im Innersten verwundet, schrieb er an einen Freund: „Wie können wir noch überhaupt feststehen, wenn Männer von der Bedeutung Peter Reichenspergers vor der Omnipotenz des Staates das Knie beugen! Als ich ihn seine neueste Definition vom Staat gelassen aussprechen hörte, war es mir, als würde ich vom Blitz getroffen . . . Als ich ihm den Rückweg öffnen wollte, hat er denselben nur halb und widerwillig . . . Wir müssen uns damit seitig ertragen, solange es irgend geht.“\*) Mit knapper Mehrheit wurde die Vorlage angenommen; dreizehn Mitglieder des Reichstages stimmten mit der Majorität.

\*) Ebenda 331 f.



Hatten sich in seiner Politik vielleicht in früherer Zeit das welfisch-partikularistische und das kirchliche Element ungefähr das Gleichgewicht gehalten, so trat jetzt jenes mehr und mehr hinter dieses zurück. Wie gering die Aussichten auf eine Restitution der Welfen in Hannover waren, darüber konnte er sich schwerlich täuschen. Er beteuerte wohl auch, daß er sie zwar wünsche, aber nicht um den Preis eines Krieges, sondern „aus freier Entschließung der Beteiligten“. Persönlich blieb er in enger Verbindung mit dem angestammten Herrscherhause. Bei der Braunschweigischen Sukzession 1884 war er im welfischen Interesse tätig, und wenigstens in der privatrechtlichen Seite der Angelegenheit mit bestem Erfolge; auch für den Vermögensvertrag von 1892 hat er vorgearbeitet. Selbst in gegnerischen Lager wurde anerkannt, daß im Laufe der Zeit Windthorsts Welfentum, je länger, je mehr, verblaßt wäre; jedenfalls war die Art und Weise, wie er es betätigte, in keiner Weise mit seiner Eigenschaft als Angehöriger des Reiches und des preussischen Staates unvereinbar. Allmählich besserte sich auch wieder das äußerliche Verhältnis Bismarcks zu Windthorst und zum Zentrum. Am 18. Mai 1889 äußerte Bismarck im Reichstage, daß das Zentrum mit den Nationalliberalen zu den Konservativen,

b. zu den staatserhaltenden Parteien, zähle: auf einem parlamentarischen Frühstück, das zwei Tage später stattfand, wurde „allseitig die Tatsache bemerkt“, daß der Kanzler Windthorst „besonders ausgezeichnet und überaus freundlich behandelte.“ Die Liebenswürdigkeit, welche Bismarck gegen das Zentrum und seinen Führer spielen ließ, war von jeher ein Gradmesser seines Bedürfnisses nach parlamentarischer Unterstützung von dieser Seite. War vielleicht jetzt wirklich eine Konjunktion zwischen Bismarck und dem Zentrum in Sicht? In der Tat hatte es das Ansehen, als ob sich eine solche in den Schlüssen der politischen Laufbahn des ersten Kanzlers anbahnte.

Wer möchte leugnen, daß die Vorbedingungen dafür durch die politische Situation zum Anfang des Jahres 1890 gegeben waren?

Schon seit einiger Zeit brüchige Kartellmehrheit war durch die Wahlen beseitigt worden; das Zentrum war wieder im Reichs-

das Zünglein an der Wage. In der obersten Instanz des politischen Lebens spielte schon jenes Ringen, das bald mit dem Tode des großen Staatsmannes endigen sollte. Noch war der Ausgang freilich nicht mit absoluter Sicherheit vorauszusehen; für den Fall, daß er blieb, mußte sich der Kanzler darüber einige Gewissheit verschaffen, mit welcher Parteikombination er im neuen

Reichstag zu rechnen habe. Das war um so notwendiger, als sein Plan bezüglich einer Aenderung der Reichsverfassung nach anfänglicher Billigung alsbald durch den Monarchen Ablehnung erfahren hatte;\*) er mußte daher versuchen, sich mit der aktuellen parlamentarischen Situation abzufinden, und da lag dann der Gedanke einer Kooperation mit dem Zentrum mindestens nahe. Die Annahme wäre natürlich absurd, daß der Kanzler mit dem Zentrum eine Stütze gegen den Herrscher zu gewinnen gedachte, oder gar wider ihn einen Pakt mit dieser Partei zu schließen gemeint hätte; nicht minder absurd aber ist die von anderer Seite aufgestellte Behauptung, „daß der verschlagene Zentrumsführer Graf Fürsten Bismarck die Hilfe der ultramontanen Partei um den bestimmten Gegenleistungen des Reichskanzlers anbot, und zwar in den Meinungsverschiedenheiten des letzteren mit seinem kaiserlichen Herren“. War aber nicht die Tatsache, daß der Kanzler die Mehrheit im Reichstage zur Verfügung hatte, immerhin geeignet, seine Stellung von Neuem zu befestigen, ihn — verhandelt wenigstens — unentbehrlich zu machen, so daß seine Entlassung gerade in diesem Augenblick höchst inopportun erscheinen konnte? Man könnte es verstehen, wenn Bismarck daher jenen Versuch gemacht hätte, das Zentrum auf seine künftige Haltung zu sondieren, ja sogar Fühlung mit ihm zu nehmen; man kann es aber auch auf der anderen Seite begreifen, daß gerade ein Versuch dieser Art den Konflikt zu verschärfen, die „Krisis auszulösen“ stande war. In diese Lage hinein fällt die berühmte Unterredung Bismarcks mit Windthorst vom 14. März 1890, die der geistlichen Erkenntnis leider noch so viele dunkle Punkte bietet.

Wenn Windthorst in Berlin weilte, pflegte er Sonntags halb nach dem Besuche des Gottesdienstes in der Hedwigskirche den Bankier von Bleichröder vorzusprechen, — so auch am 9. März 1890. Bei dieser Gelegenheit wurde in Windthorst nach seiner Angabe durch Mitteilungen Bleichröders der Eindruck erweckt,

\*) Vgl. H. Delbrück in dieser Zeitschrift Bd. 126, S. 377 f. und 501 f. Egelhaaf, Gesch. der neuesten Zeit 1908, S. 226.

\*\*) Schon das Datum der Unterredung wird verschieden angegeben. E. von Redern Bismarck 1888—1898, Spahn, Das deutsche Reich (S. 86) 14. März; Hüsgen 335 hat richtig den 10. März, da dieser Tag gewesen sein, da nach Vorjahr die Unterredung Windthorst mit Bleichröder Sonntags, die mit Bismarck am Tage darauf stattfand, der wohl informierte Artikel der Köln. Volkszeitung 1906 6. März Morgen-Ausgabe bezeugt die Tage Sonntag und Montag, legt fälschlich auf den 13. und 14. März.

Bismarck mit ihm eine Besprechung wünsche. \*) Wir hören, daß die „ersten Anführungen sehr vorsichtig gemacht wurden“; \*\*) sie genügten indes, um Windthorsts Bereitwilligkeit zu erregen; nur hat er den Bankier ihn beim Fürsten anzumelden. Sofort ging Bleichröder auf diese Bitte ein, und das bestärkte den Parlamentarier im Glauben, daß jener im Auftrage des Reichskanzlers selber handele. Beide gingen am folgenden Tage zusammen in das Kanzlerpalais; zuerst trat Bleichröder bei Bismarck ein, um die Ankunft Windthorsts anzuzeigen; darauf wurde dieser selbst vorgelassen. \*\*\*) Ohne Zweifel kam der hannoversche Exminister in der Voraussetzung, daß ihn Bismarck erwarte; darin wurde er freilich durch die Art der Begrüßung erschüttert. †) Der Kanzler hat später Ende 1891, also nach Windthorsts Tode, und späterhin geäußert, die ungewöhnliche Form, worin der Zentrumsführer die Unterredung nachsuchte, indem er sich nämlich durch Bleichröder einführen ließ, habe ihn „überrascht“ und „stutzig gemacht“; er hat im Zusammenhange damit sogar den Verdacht ausgesprochen, der von seinen Parteigängern noch weiter ausgeführt worden ist, es habe sich dabei um ein falsches Spiel Windthorsts gehandelt, um ihn beim Kaiser zu kompromittieren, er hannoversche Exminister habe „viel dazu beigetragen“, ihn von dem Monarchen zu trennen. ††) Zeugnet also Bismarck ganz ent-

\*) Es kommt dafür vornehmlich in Betracht ein Bericht von Borsch (bei Benzler III, 24): „Ich kann z. B. sagen, ich bin mit Windthorst zusammen gewesen, ehe er damals zu Bleichröder ging, und ich bin der Erste und einer der Wenigen gewesen, mit dem er sofort darüber vertraulich sprach, was ihm Bleichröder gesagt hätte. Das war an einem Sonntag, und am folgenden Montag hatte er die Unterredung mit dem Fürsten Bismarck.“

Dazu bemerkten die Hamb. Nachr. vom 20. Dezember 1890: „Hier wird ein unwillkürliches Zeugnis dafür abgelegt, daß Windthorst die Initiative zu seinem Besuch beim Fürsten Bismarck ergriffen hat. Das Ergebnis der Windthorstischen Besprechung mit Herrn von Bleichröder war die Mitteilung des letzteren an den damaligen Reichskanzler, daß Windthorst ihn zu sprechen wünschte.“

Es geht aus der Borschschen Erzählung lediglich hervor, daß auf Grund der Unterredung mit Bleichröder Windthorst den Kanzler zu sprechen wünschte, keineswegs jedoch, daß er die „Initiative“ zur Unterredung ergriff.

\*\*) Benzler II, 329 (nach der Germania vom 18. November 1891).

\*\*) Benzler II, 358 (nach der Post). Ebenso bei Redern 185. Blum, Lebenserinnerungen II, 226 Kölnische Volkszeitung vom 6. November 1906 Nummer 949.

†) Spahn, a. D. 86 (direkte Mitteilung Windthorsts).

†) Nach Äußerungen, die Bismarck „gesprächsweise“ am 30. November 1891 zu Kassel machte. Die Hamb. Nachr. bemerkten dazu am 5. Dezember: „Wir halten es für möglich, daß sich Fürst Bismarck, wenn auch nicht wörtlich, so doch dem Sinne nach in dieser Weise geäußert hat.“ (Benzler II, 368).

schieden, vom Besuche Windthorsts vorher das Geringste gewußt, geschweige denn ihn gewünscht oder gar veranlaßt zu haben, so nach Windthorst damals an, „daß Herr von Bleichröder im ausdrücklichen Auftrage des Fürsten Bismarck handele,“ und trotz der fremdenden Begrüßung, die ihm zuteil geworden war, verbat er auch später bei der Meinung, „daß die Anregung des Herrn von Bleichröder jedenfalls den Wünschen des Fürsten Bismarck entsprochen habe“.\*)

Es stehen sich somit, was das Problem anbelangt, von der die Initiative zur Unterredung beider Männer ausging, die ausdrückliche Behauptung Bismarcks und der Eindruck gegenüber, den Windthorst damals sogleich empfangen zu haben erklärte, und an dem er auch später festhielt. Hat nun Bleichröder in Windthorst den Wink mit Bismarck zu reden, im Einverständnisse mit dem Kanzler oder gar auf dessen Weisung hin erweckt? Oder hat Bleichröder in diesem Falle selbständig gehandelt und auf eigene Faust Windthorst Dinge vorgespiegelt, zu denen er durchaus nicht ermächtigt war? Oder geht die Initiative doch von Windthorst aus, und sind die Mitteilungen falsch, daß Bleichröder ihn zum Besuche bei Bismarck unter Berufung auf dessen Wünsche bestimmt habe?

Alle diese Möglichkeiten sind gegeben, sogar noch einige andere, und es hat nicht den Anschein, als ob es schon an der Zeit wäre, sich mit Entschiedenheit für eine von ihnen zu erklären: für die muß man sich noch darauf beschränken, dieses oder jenes Merkmal hervorzuheben, welches einen Anhaltspunkt dafür gewähren könnte, was das Wahrscheinlichste oder Wahrscheinlichere ist. Am einfachsten ließe sich der Gegensatz der Erklärungen Bismarcks und Windthorsts durch die Annahme lösen, daß Bleichröder aus eigenem Antriebe gehandelt habe, und in der That hat der neueste Biograph Windthorsts, obendrein dessen Parteigenosse, diese Vermutung ausgesprochen. Dem steht nun freilich im Wege, daß in der Bismarckpresse das Gegentheil in Anspruch erhoben worden ist, — mit dem Bemerkten, daß Bleichröder „nie um Fraktionspolitik, sondern immer nur um Reichspolitik bekümmert hat“.\*\*\*) Hiergegen verweist Hüsgen auf Stellen in den Hohenloheschen Denkwürdigkeiten, um darzutun, daß Bleichröder sowohl in der inneren wie auch in der auswärtigen

\*) Hüsgen, 342.

\*\*) Ebd. 342, Anm. 1.

\*\*\*) Hamb. Nachr. vom 21. August 1897 bei Penzler VII, 35 n. 2 gegeben aus der Magb. Zeitung.

ist eine ziemlich umfangreiche selbständige Geschäftigkeit ent-  
 et habe. Aber diese Belege sind doch nicht derart, daß man  
 ch sie den Eindruck gewinnen könnte, Bleichröder würde sich  
 erstanden haben, in einer Angelegenheit von so eminenter Be-  
 tung auf eigene Faust vorzugehen. Nehmen wir an, daß Bleich-  
 er es gewagt hätte, das angebliche Gesuch Windthorsts um  
 dienzt vor Bismarck so vorzutragen, als ob er damit lediglich  
 im Ersuchen des Zentrumsführers entspreche, so mußte er fürchten,  
 der wahre Sachverhalt sofort in der Unterredung der beiden  
 das Tageslicht komme; das konnte er schwerlich riskieren. Wie  
 er das aber auch immer zu glauben sein möge, — nach  
 marcks eigenem Berichte\*) hat Bleichröder Windthorst beim  
 zler mit dem Bemerken angemeldet, der Zentrumsführer habe  
 selbst darum gebeten. Danach könnte es in der Tat scheinen,  
 ob der Bankier eigenmächtig gehandelt hätte; aber andererseits  
 er gerade von Bismarckscher Seite dagegen mit allem Nach-  
 fe in Schutz genommen. Mag auch die Angabe der Bismarck-  
 e, Bleichröder habe sich nie um „Fraktionspolitik“ bekümmert,  
 ganz buchstäblich zu nehmen sein, so liegt doch ihr Zweck auf  
 Hand, nämlich Bleichröder in diesem Falle der Verantwortlichkeit  
 ntzheben, und man konnte an der Stelle, von der aus diese Ver-  
 tlichungen dirigiert wurden, über die Rolle, die Bleichröder  
 is spielte, sehr gut Bescheid wissen. Wenn er wirklich der  
 Adige war, welchen Grund hatte man dann wohl, mehrere  
 e nach seinem Tode noch seine Unschuld ausdrücklich zu be-  
 n?

Also müßte die Initiative bei Windthorst liegen? Wir sehen  
 einen Versicherungen ab, die das in Abrede stellen; wir wollen  
 en Zweck erörtern, den Windthorst dabei verfolgt haben müßte,  
 er sich von selbst auf diese ungewöhnliche Weise dem Kanzler  
 ihern versucht hätte. Wollte er die parlamentarische und  
 ein-politische Lage benutzen, um durch das freiwillige Angebot  
 Unterstützung kirchenpolitische Vorteile im Sinne des Zentrums  
 icken? Es würde sehr wenig mit der Eigenart des feinen  
 ugen Diplomaten übereinstimmen, wenn er sich so plump auf-  
 gen versucht hätte; er konnte warten, bis ihm die reife Frucht  
 bst in den Schoß fiel: das war ja nur eine Frage der Zeit.  
 ollte es sein Plan gewesen sein, den Kanzler „durch die Art

der Inszenierung und Ausbeutung seines Besuches zu limitieren?“ Das war doch ein Mittel, dessen Erfolg sehr leicht zu übersehen, ja sogar mehr als unsicher war; er mußte auch noch rechnen, daß ein Wort Bismarcks genügen könnte, um die Fäden zu zerreißen. Wenn er damals wirklich am Sturze gearbeitet, so standen ihm gewiß andere und bessere Wege zur Verfügung. Daß Bismarck später selbst diesem Argwohn Raum gegeben hat, beweist nicht das geringste dafür, daß der Kaiser auch wirklich berechtigt ist. Im Kampfe wider die Gegner, die im Grunde des Herzens haßte, war Bismarck in der Wahl der Waffen nie sehr strupulös, und am wenigsten in der Stimmung, der er sich nach seiner Entlassung befand. Später ist auch die Bismarckpresse in dieser Hinsicht eine Art von Rückzug angetreten worden. Es wurde zwar an der Fiktion festgehalten, daß die Initiative zur Unterredung von Windthorst ausging, aber es wurde diesem ein anderes Motiv zugeschrieben\*): der Hof habe versucht, das Zentrum zu trennen, indem er mit den abhängigen Gliedern der Fraktion mit Einschluß der Polen und Belgiern handelt habe; daher sei es „begreiflich, daß Windthorst das Beste hatte, zu versuchen, ob durch Verhandlungen mit dem deutschen Reichskanzler eine Rückendeckung gegen solche Bestrebungen zu erreichen wäre“. Man denke sich: Windthorst sucht gegen ein Unternehmen, den aristokratisch-konservativen Flügel des Zentrums loszureißen, „Rückendeckung“ beim Kanzler, der eben darauf hinarbeiten vergeblich gearbeitet hat! Eine Taktik dieser Art, die Windthorst im Lichte des verirrtten Schäfchens erscheinen ließ, ist in seiner Herzensangst eine Zufluchtstätte in der Höhle des Löwen.

Wer hat also die Begegnung herbeigeführt? Daß Windthorst sie „nachgesucht“ hat, wie Bismarck wiederholt betonte, steht allem Zweifel, — aber auf wessen Anregung? Sollte Windthorst in dem Eindrücke getäuscht haben, den er alsbald empfing und an dem er auch in der Folgezeit festhielt, daß Bismarck in der Angelegenheit gemäß den Intentionen oder sogar im Namen des Kanzlers handelte? Um auf diese Frage eine Antwort zu geben, könnte man die Unterredung, die zwischen dem Kaiser und dem Kanzler am 15. März stattfand, heranziehen; aber es ist sehr festzustellen, ob und inwieweit die Berichte, die darüber bekannt sind, authentischen Charakter tragen, zumal da sie in einem engher-

\*) Benzler a. O. 351 und 356 ff. (Samb. Nachr. vom 17. und 18. März 1897).

infte von einander abweichen. Nach der einen Version hat Bismarck auf die Vorhaltungen betreffend seine „geheimnisvollen Unterredungen mit Herrn Windthorst“ erwidert: „Es ist wahr, daß ich Herrn Windthorst eingeladen habe, um mich mit ihm zu besprechen,“ — nach der andern: „Es ist wahr und noch einmal wahr, daß ich Herrn Windthorst empfangen habe, um mich mit ihm zu besprechen.“\*) Man sieht sofort, wie wichtig die Abweichung ist: sie bietet Probleme, die zurzeit und beim Stande des Materials unlösbar sind. Wäre der erste Wortlaut verbürgt, so wäre die ganze Angelegenheit im Sinne des Eindruckes entschieden, den Windthorst von Anfang an hatte; aber auch die zweite Fassung empfangen, um mich mit ihm zu besprechen“) würde keineswegs gegen sprechen; tatsächlich hat Bismarck sofort, nachdem Windthorst bei ihm eingetreten war, seinerseits die Diskussion auf die politische Lage gebracht, um den Zentrumsführer zu „fondieren“, sich als ob er nur auf die Gelegenheit dazu gewartet hätte. Ein positives Ergebnis ist eben nicht zu erzielen, und der Hergang kann sich eben auch z. B. in der Weise abgespielt haben, daß er, sei es zufällig oder mehr oder minder absichtlich hingeworfene Bemerkung Bismarcks gegenüber einem Vertrauensmann, sei das in Bleichröder selbst oder noch ein Dritter gewesen, der die Sache wieder an den Bankier weitergab, eben diesen veranlaßte, eine Zusammenkunft der beiden Männer einzufädeln; der Vermittler hatte dabei in einem Uebereifer gehandelt, mit dem der Kanzler jedoch vielleicht von vornherein rechnete. Am nächsten liegt nämlich die Annahme, daß Bleichröder im Auftrage Bismarcks gehandelt hat, indem es ihm allerdings untersagt war, das ausdrücklich abzugeben. Selbstverständlich durfte Bismarck auf Bleichröders Sekretion rechnen; immerhin wurde es später als eine gewisse Pflicht empfunden, Bleichröder gegen den Vorwurf der Eigenmächtigkeit in Schutz zu nehmen.

Wie über die Entstehung der Unterredung, so auch weichen die Versionen, je nachdem sie auf Windthorst zurückgehen oder aus dem gegenseitigen Lager stammen, sehr erheblich voneinander ab, was

Verlauf und den Inhalt der Besprechung anbelangt. Nachdem Bismarck, wie bereits erwähnt wurde, den Zentrumsführer in einer

\*) Die erste Version z. B. bei Knopp 242, die zweite bei Medern, S. 179. In den Blumischen Berichten über den Austritt am Morgen des 15. März fehlt der ganze Passus, und sie sind bisher noch immer als die bestbeglaubigten anzusehen.

Art und Weise begrüßt hatte, die diesem das Recht nahm zu nehmen sollte, in der Folgezeit aus den Umständen des Emblems die Annahme abzuleiten, er sei erwartet oder gar berufen worden. Er brachte er das Gespräch sofort auf die Politik; es dauerte sehr lange eine bis anderthalb Stunden. Der Kanzler „sondierte“, ob und unter welchen Bedingungen das Zentrum für die Unterstützung der Regierung zu haben sei. Schon was das Maß der Forderung Windthorst's betrifft, sind die Quellen untereinander uneins. (In seiner eigenen Erzählung\*) verlangte er die Aufhebung von dem Jesuitengesetze und ein Volksschulgesetz, welches die katholischen Ansprüche befriedige; nach Bismarck aber begehrte Windthorst die Wiederherstellung des status quo ante 1870. Man kann die Differenz vielleicht dahin schlichten, daß Windthorst zwar die notwendigen Bedingungen des Zentrums in der von ihm angegebenen Formulierte, daß jedoch Bismarck aus der ganzen Verhandlung Ueberzeugung gewann, eine kirchenpolitische Reaktion unter Wiederherstellung der Zustände, wie sie vor 1870 bestanden, sei unannehmbar das letzte Ziel Windthorst's und seiner Fraktion. Zu positiven Ergebnisse führten die Verhandlungen nicht. Windthorst wurde nach seiner eigenen Erzählung vom Kanzler so verabschiedet, daß er „den Eindruck seiner Geneigtheit zur Prüfung empfand“. In der Bismarckpresse wurde dagegen später behauptet, daß Fürst Windthorst's „Forderungen rundweg ablehnte“, und unter Berufung auf Bismarck selbst;\*) es heißt sogar in „authentischen Darlegung“, die offenbar aus Friedrichsruh stammt:\*\*) „Der damalige Reichskanzler war durch diese Unterredung zu der Ueberzeugung gelangt, welche er in den nächsten Tagen, die er noch im Amte blieb, nicht verhehlt hat: daß eine schäffliche Annäherung der Regierung an das Zentrum wegen zu weitgehenden Forderungen desselben in der damaligen Lage unthunlich sei. Wir glauben aber nicht, daß die höfliche Unterredung den Fürsten Bismarck dazu geführt haben wird Ueberzeugung Herrn Windthorst gegenüber expressis verbis zu

\*) So Spaahn a. D. 87. Die „Kölnische Zeitung“ gab alsbald die Bedingungen“, die der „Chef des politischen Handlungsapparates, welches Zentrum nennt“, gestellt habe, ganz ebenso an: für das Reich Aufhebung des Jesuitengesetzes oder mindestens eine erhebliche Einschränkung desselben und für Preußen die Unterwerfung der Schule unter das Kirchenrecht.

\*\*) Münch. Allg. vom 16. Nov. 1891 (Penzler II, 329 f.), wozu bemerkt wird, daß die Münch. Allgem. „durchaus berechtigt zu sein“ sich mit ihrer Darstellung auf Bismarck selbst berufen zu können.

\*\*) Hamb. Nachr. vom 25. November 1891 (Penzler II, 334 ff.).



prechen.“ Mit andern Worten: Windthorst war vollkommen berechtigt, mit dem Eindrucke zu scheiden, daß bei Bismarck „Geneigtheit zur Prüfung“ seiner Bedingungen bestanden habe.\*\*) Am 13. März erschien in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ein Artikel, der bereits ganz offen das Programm eines Bündnisses mit dem Zentrum und den Plan ankündigte, sich für die Fortsetzung der Regierung einer Koalition zwischen Konservativen und Zentrum zu bedienen.\*\*\*) Wie dem aber auch immer sei, ob Bismarck damals bereits den Pakt mit dem Zentrum einzugehen fest entschlossen war, oder nicht, — er ist jedenfalls nicht mehr in die Lage gekommen, seine Entschlüsse auszuführen, wenn er etwa solche bereits endgültig gefaßt hatte. Bereits in diesem Gespräche wurde die Frage eines eventuellen Kanzlerwechsels berührt. Windthorst empfahl dem Kanzler zu bleiben, brachte indes für den Fall, daß dieser doch ginge, die Rede auf Caprivi. Als er sich von Bismarck entfernt hatte, meinte er, „vom politischen Sterbebette eines großen Mannes zu kommen“. Von vornherein hatte er übrigens die Empfindung, daß die Unterredung mit ihm „die Situation für Bismarck noch verschlechtern“ würde; daher hat er den Herrn von Rottenburg, der ihn hinausleitete, um Geheimhaltung seines Besuches. Schnell genug erfaßte sich diese Ahnung; die Kunde gelangte zum Monarchen;\*\*\*\*) darauf erfolgte die Aussprache vom 15. März, in der die Windthorst'sche Angelegenheit den letzten Anlaß zum endlichen Bruche zwischen Kaiser und Kanzler gab.

Nur noch ein Jahr ward Windthorst nach dem Sturze seines offenen Gegners vergönnt; das Zentrum stand in dieser Zeit unter dem Zeichen eines unverkennbaren Aufschwunges. Seine Wählermassen wurden durch die Gründung des „Volksvereines für das katholische Deutschland“ (1890) noch fester mit der Partei verknüpft; ward dadurch eine Organisation geschaffen, die den Bestand der

\*) Man sieht jedenfalls, daß in diesem Punkte der Bericht Windthorst's durch den Bismarck's durchaus bestätigt wird; auch sonst erweist er sich als stichhaltig, wo er kontrolliert werden kann. Von den Auslassungen in der Bismarck'schen Presse kann man das nicht gerade sagen; teils sind sie widerspruchsvoll, teils enthalten sie unwahrscheinliche Vermutungen.

\*) Vgl. H. Delbrück a. O. S. 379.

\*) Gegen die von Bismarck herrührende Beschuldigung, daß der Besuch Windthorst's auf dessen eigene Veranlassung in irgend einer hinterlistigen Weise zur Kenntnis des Kaisers gelangt ist, vgl. die überzeugenden Ausführungen in der Köln. Volksztg 1906, Nr. 949. Wenn behauptet wird, der Minister v. Bötticher sei der Zwischenträger gewesen, so darf dazu wohl bemerkt werden, daß man eine besondere Indiskretion gar nicht anzunehmen braucht. Durch den Artikel in der Nordd. Allgem. Zeitg. hatte die Wendung Bismarck's zum Zentrum bereits den Charakter eines Geheimnisses verloren.

Fraktion mit neuen Garantien umgab; Windthorst wurde der Ehrenpräsident. Und indem sie sich also innerlich kräftigte, rückte sie der Regierung näher; Windthorst trat, wie sein Parteigänger Schädler erzählt, in persönliche Beziehungen zum deutschen Reich und wurde selbst an den Hof gezogen. Allerdings entsprach der Schulgesetzentwurf, den Gösler Ende 1890 einbrachte, wenig den Zentrumswünschen; Windthorst befahl ihm in Plenum und Kommission auf das heftigste, und noch hatte er die Genugthuung, im Fall der Vorlage und ihres Urhebers nahen zu sehen; Gösler kannte, wie die „Germania“ ausführte, daß er gehen mußte. Seine Entlassung der Preis war, der dafür gezahlt ward, daß das Zentrum Regierungspartei wurde. So am Vorabende des endlichen Sieges stehend, wurde Windthorst (am 10. März 1891) von einer Lungenentzündung befallen. Das Kaiserpaar, der Papst und die katholische Bevölkerung gaben ihre Teilnahme am Sterbelager. Am Vormittage des 14. März hauchte er den Geist aus. Seine Gebeine wurden nach Hannover überführt und dort in der Marienkirche beigesetzt. Durch denjenigen Durchgang des Brandenburger Tor, der für den deutschen Kaiser reserviert ist, durfte die Schar des „Welfen“, des „ungekrönten Königs des deutschen katholischen Volkes“ passieren, während die Wachen vor dem Trauerzuge mit Gewehr traten. Die Hoffnung, die selbst ein Bismarck begutachtet, daß sein Tod Stellung und Bestand seiner Fraktion beeinträchtigen würde, blieb unerfüllt. Wie der tote Bischof unter den Hussiten, so ist der tote Windthorst unter den Zentrumsleuten; die Zeit der Erfüllung war gekommen.

\* \* \*

Rastloser Schaffensdrang und unermüdlige Arbeitskraft hat Windthorst bis zur Schwelle des Todes erhalten, wiewohl ihm seine starke Kurzsichtigkeit in seiner Tätigkeit arg behinderte. Schon im Umstand, daß er seines schwachen Augenlichtes halber beim Schreiben auf die Hilfe Anderer angewiesen war, nicht minder das ihm entgegen gesetzte Mißtrauen bewirkten, daß er in seiner Korrespondenz und in seinen Mitteilungen überhaupt die peinlichste Vorsicht und Diskretion anzuwenden. Aufzeichnungen irgendwelcher Art hat er nicht gemacht. Der Briefwechsel beschränkte er nach Möglichkeit. Einlaufende Briefe vernichtete er, und er bat die Empfänger, mit den seinigen zu verfahren: Daher fehlt es durchaus an einem schriftlichen Nachlaß, was vom Standpunkte des historischen Interesses aus zu bedauern ist.

Tiefste zu beklagen ist. Von jeder Spur des Eigennutzes frei, stellte er sich ganz und gar in den Dienst der Sache, die er vertrat. Für seine politische Tätigkeit ließ er sich „nicht einen Pfennig ersetzen“; er lebte in bescheidenen Verhältnissen, von seinem Ruhegehalte und von dem, was er sich sonst „als gewiegter praktischer Jurist mit der Feder verdiente“; so war er Vertreter der Fürstlich Arembergischen Familie. Vom Kaiser Franz Josef, als dem Vormunde des minderjährigen Fürsten von Thurn und Taxis, wurde ihm die Cheffstellung an der Vermögensverwaltung dieses Hauses mit einem Einkommen von 100 000 Mark angeboten; er schlug sie unter Hinweis auf seine Pflichten als Zentrumsführer ab. Als ihm seine Freunde zum achtzigsten Geburtstag eine Villa in Hildesheim anboten, lehnte er das Geschenk ab; doch ließ er es gerne geschehen, als zur Feier einer goldenen Hochzeit der Grundstock zum Bau der Marienkirche in Hannover gesammelt wurde. Er äußerte wohl selbst, daß ihm diese Verhältnisse, wenn seine Söhne am Leben geblieben wären, die Durchführung seiner politischen Rolle verboten hätten.

Ueber allen Zweifel erhaben war Windthorsts katholische Devotion; sie überstand sogar die schwere Probe der Verkündigung des Unfehlbarkeits-Dogmas. Seine Weltanschauung war fest und rig umschlossen; sie war gegeben durch die katholische Idee; diese war der Maßstab, den er an alles anlegte, wiewohl er hier und da Kompromisse mit den modernen Gedanken nicht ganz vermeiden konnte und jedenfalls weit davon entfernt war, die Gegensätze übermäßig zu betonen. Die große Liebenswürdigkeit, die er zu entzenden vermochte, bewirkte, daß sich sein persönliches Verhältnis auch

Andersdenkenden angenehm gestaltete. Er war der eifrigste, geandteste und erfolgreichste Vorkämpfer des politischen Katholizismus

19. Jahrhundert, und nicht nur Deutschlands. Welches die Sache war, der er diente, daraus hat er nie ein Hehl gemacht, seitdem er sich politisch zu betätigen begonnen hatte, seit dem Anfange fünfziger Jahre, in Volksversammlung, Presse und Parlament.\*)

---

\*) Bei der Korrektur erhalte ich den soeben erschienenen dritten Band der „Lebenserinnerungen“ von J. F. v. Schulte, der auch einige Mitteilungen über Windthorst bringt. Schulte bezeichnet (S. 314) die Stellung Windthorsts vor 1866 in kirchlicher Beziehung als eine „absonderliche“: er sei bis dahin ein „eifriger Katholik“ nur gewesen, „soweit es sich um persönliche Teilnahme handelte“; darüber hinaus habe sich jedoch sein Katholizismus nicht gezeigt; er habe nie vor 1866, ja vor 1881 eine sog. „katholische Generalversammlung“ besucht; sein Benehmen bis 1866 bzw. 1862 sei „das eines Ultramontanen hinter den Kulissen“ gewesen. Keinesfalls kann man Windthorst den Vorwurf machen, daß er vor 1866 mit seiner kirchlichen Ge-

So ergeben er dem kirchlich-hierarchischen Prinzip war, so ganz war sein inneres Verhältnis zum Staatsgedanken. Ueberall war er die Uebergänge der staatlichen „Omnipotenz“, und eben dann rührte er sich mit dem Liberalismus jener Zeit, dem ja auch ausgesprochen staatsflüchtiger Charakter anhaftete, in seinem nominalistischen Individualismus, in seinem Streben nach parlamentarischer Bevormundung der Regierungsgewalt: auf keinem Gebiete sollte der Staat allzustark sein, damit er eben nicht allzuviel der Kirche gegenüber zu bewähren vermöchte.

Am glänzendsten zeigte sich seine eigentümliche Begabung im Kulturkampfe. Durch seine parlamentarische Wirksamkeit hat er niemals verhindert, daß Bismarck das Ziel erreichte, das ihm schwebte; dazu kamen allerdings die Umstände der ganzen inneren Entwicklung Deutschlands, die der gewiegte Zentrumsstifter unvergleichlicher Geschicklichkeit auszunützen verstand. Seine Reden waren nicht von jenem großen Pathos getragen, welches die Herzen in der Tiefe der Seele erschüttert und bezwingt; sie zeichneten sich aus durch eine geradezu virtuosenhafte Dialektik, durch logische Konsequenz und treffende Pointen, durch eine erstaunliche Schlagkraft, durch einen Witz, der alle Nuancen vom launigen Humour zum heißendsten Sarkasmus umfaßte. Meisterhaft verstand er die Wirkung seiner Worte, sei es im Einzelgespräche, sei es vor der Öffentlichkeit, zu berechnen und sie den Instinkten und Wünschen der Hörer anzupassen; darauf beruhte insbesondere die zwingende Gewalt, die er von der Tribüne herab auf die Massen ausübte. Seine größte Stärke aber lag auf dem Gebiete der parlamentarischen Taktik. Er er sich hier schon in der hannoverschen Kammer die Sporen verdien-

sinnung hinter dem Berge gehalten hätte. Er war auch vor 1866 wegs, um Schultes Ausbruch zu gebrauchen, „ein Ultramontaner bis zu den Knien“: er hat vielmehr in Hannover bereits dieselbe kirchliche Schulpolitik getrieben, wie später in Preußen (vgl. o. S. 218), und in Kammer und Presse mit aller Energie für seine kirchliche Politik eingetreten (ebd. S. 222). Wenn der Besuch „katholischer Versammlungen“ das maßgebende Kriterium wäre, so wäre ja Bismarck nach Schultes eigener Ansicht sogar bis 1881 „Ultramontaner bis zu den Knien“ gewesen. Wenn Schulte weiterhin sagt: „Kein strammer Katholik in Hannover hielt Windthorst für einen Katholiken, der irgend etwas von einem Katholiken tun würde“, so ist das lediglich eine Bestätigung, was ich (oben S. 220 Anm. \*) über die Unrichtigkeit der Behauptung geführt habe, Windthorst habe sich während seiner hannoverschen Wirksamkeit in Parteilichkeit in Perionenträgen zu Schulden kommen lassen. Zu den Bemerkungen über Windthorsts Stellung zum Unfehlbarkeitsdogma (vgl. jetzt noch seine bei Schulte (III 315) mitgeteilte Äußerung: „Das Dogma proklamiert wird, so werde ich in sechs Wochen extenuiert, das kann ich nicht glauben, und das glaube ich auch nicht.“

st sich ihm später im preußischen Landtage und im deutschen Reichstage eine passende Arena. Er schmiedete, um seine Partei einen ehernen Ring, der auch nach seinem Tode nicht zerbrach. Nichts kann seine Wirksamkeit auf diesem Felde so sehr in das rechte Licht rücken, wie eine Aeußerung, die Bismarck zugeschrieben wird: „Es gibt nicht zwei Seelen in der Zentrumsparthei, sondern sieben Geistesrichtungen, die in allen Farben des politischen Regenbogens schillern, von der äußersten Rechten bis zur radikalsten Linken.“ „Ich für mein Teil“, fügte er hinzu in Beziehung auf Windthorst, „bewundere die Unfertigkeit, mit welcher der Rutscher des Zentrums alle diese auseinanderstrebenden Geister so elegant zu lenken versteht.“ Leicht lag das Joch, das er den Fraktionsgenossen auferlegte, nicht immer weichen. Wenigstens wurden mitunter Stimmen laut, die ihn des Ehrgeizes zielehen, und man klagte wohl auch, daß er die jüngeren Leute „vielleicht ungenügend“ verwendete.\*)

Sowohl als Redner, wie auch als Parteiführer hat es Windthorst vollauf verdient, daß man bei seinem Hinscheiden von ihm sagte, er sei „der erste Parlamentarier großen Stiles im Deutschen Reich“. Sein Werk ist es jedenfalls, daß das Zentrum die erste feste Partei blieb, die Bismarck weder zu zertrümmern, noch auch dienstbar zu machen vermochte; selbst im Widerspruche zum Worte hat Windthorst die politische Unabhängigkeit seiner Fraktion gegenüber der Regierung zu wahren gewußt. Auch sie hat sich nicht ganz dem Einflusse Bismarcks entziehen können, und sich für diese ihre innere Wandlung ist gerade ihr Führer, Windthorst. Selbst seine Gegner glaubten anerkennen zu müssen, „der Welse und Partikularist allmählich in ihm an Schärfe vermehrt zu haben scheint“, und mit Genugthuung vernahmen sie aus seinem Munde „die feierliche Versicherung, daß unser ganzer Parteierbe nur häuslicher Zwist unter Brüdern ist, und daß wir alle sind, sobald das Ausland es wagt, die Ehre und Sicherheit Vaterlandes zu bedrohen“. Es wird heutzutage immer wieder (s. 14, 15) das Zentrum sei seinem Ursprunge zufolge eine Partei politischen Charakters, zum Schutze der deutschen Verfassung insbesondere des „bundesstaatlichen Charakters des Reiches“; Versuche gegenüber, die Kontinuität in der Haltung der Fraktion

Spahn, Lieber S. 14.

Rede Peter Spahns in Köln vom 19. Oktober 1905 (Köln Volks-Ztg. 1905 S. 866). Die Ausführungen bei W. Spahn (das deutsche Zentrum S. 4 ff.) variieren die in dieser Rede niedergelegten Gedanken, stehen aber hinter ihr in der Klarheit der Auseinandersetzung erheblich zurück.

auf dem rein politischen Gebiete zu übertreiben, muß doch bemerkt werden, daß die Stellung des Zentrums zum Reichsgedanken und zum Ausbruch des Kulturkampfes eine wesentlich andere war, als diejenige, die dessen Beendigung, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich die Bereitwilligkeit der Fraktion zu positiver Mitarbeit an der Lösung der großen Aufgaben im Reiche und in den Einzelstaaten dieser Frist beträchtlich erhöht hat.

Auch Windthorst stand unter dem Zeichen dieser Entwicklung: nur kann es die Frage sein, ob er auch innerhalb des Zentrums eigentlicher Träger war. Er war ein großer Parlamentarier und Diplomat, aber war er auch ein großer Staatsmann? Daß seine Größe bestritten, kann nicht wundernehmen; aber selbst innerhalb der Partei bestanden darüber Zweifel, und es wird erzählt, daß die jüngeren Elemente zuletzt in der Fraktion vor ihm den Vorsprung gewannen, bei den Jungen und bei den Alten soll er auf manchen Widerstand gestoßen sein. Wir hören, er sei „gerade noch zur rechten Zeit gestorben; ein Weilchen noch, und es wäre mit ihm bergab gegangen sein Einfluß in der Partei war schon bedenklich ins Wankende gekommen“. Es ist für den Außenstehenden schwer, darüber ein nur einigermaßen zutreffendes Urteil zu gewinnen; er ist nicht auf einen angewiesen, was zufällig in die Öffentlichkeit bringt, und doch ist denn hier zum Schlusse auf Äußerungen August Reichenspergers verwiesen; er machte sie, als er von der Beerdigung Windthorsts aus Hannover zurückgekehrt war, also unter dem frischen Eindruck des Hinscheidens des alten Gefährten; sie sind besser, als die anderer, zur Charakterisierung Windthorsts geeignet, da sie aus der intimsten Kenntnis seines Wesens und der ganzen Partei beruhen:

„Er starb zur rechten Zeit: noch höher hätte sein Ansehen steigen können . . . Windthorst muß als ein parlamentarischer Wunder bezeichnet werden. Er war weder ein Orator, noch ein Gelehrter, sondern ein eminenter Debatter, wie es die Zeitgenossen nennen: schlagfertig, kaltblütig, umsichtig und überaus energiegelad. allein war einem Bismarck gewachsen: er beherrschte die Situation, er hatte das feinste Gefühlsorgan für alle politischen Dinge und verstand mit wunderbarer Kunst zu manövrieren. Er war wunderbar wunderbar, wie er sich in jeden, auch den fernsten liegenden Gegenstand hineinzuarbeiten verstand: er verstand, wenn man ihm mit einigen Worten eine Sache dargestellt wurde, sofort eine ausgezeichnete Rede darüber halten. Unvergleichlich

eine kaltblütige Ruhe; in dem größten Tumulte ging er ganz ruhig auf der Tribüne . . . und beschwor den Sturm. Er war ein parlamentarischer Advokat im höchsten Sinne des Wortes, aber kein eigentlicher Staatsmann, obgleich er sich dafür hielt und als solcher erscheinen wollte. Er war der Mann des Moments, aber die Weitsichtigkeit fehlte ihm zuweilen, wie sich das z. B. bei der Beilegung des Kulturkampfes zeigte, wo er wegen der Anzeigenpflicht alles zurunde gehen lassen wollte. Mit dem Verhalten Windthorsts und des Zentrums in den letzten Jahren war ich überhaupt vielfach nicht einverstanden. Eine große Schattenseite Windthorsts war, daß er niemand neben sich ertragen konnte und alles an sich riß. Wenn ein Antrag gestellt wurde, so mußte er seinen Namen tragen; sobald ein Gegner auftrat, meldete er sich zum Worte, damit ihm niemand zuvorkomme. Wie ganz anders v. Frandenstein, der nach meiner Ansicht alle Eigenschaften hatte, um Fraktionsführer zu sein! Gegenüber v. Schorlemer hat sich Windthorst nicht richtig verhalten. Aber trotzdem war die „kleine Erzellenz“ für uns unentbehrlich; es gab Situationen, welchen er allein gewachsen war . . . Er war ein unermüdlicher Vorkämpfer unserer Sache.“

Ein unermüdlicher Vorkämpfer seiner Sache, ein parlamentarischer Advokat im höchsten Sinne des Wortes, aber kein eigentlicher Staatsmann: das Urteil des Freundes wird auch das der Geschichte sein. Dieses und wirkliche Staatsgefühl, Verständnis für das Wesen des Staates, — das ist es, was den „eigentlichen Staatsmann“ kennzeichnet, was ihn vom bloßen Politiker und Diplomaten unterscheidet; sie sind das Fundament wahrer staatsmännischer Größe.

---

# Zur Strafprozeßreform.

Von

Gustav Schiefler.

Die Vorschriften des Strafprozesses ordnen das Verfahren in die Formen, unter denen das materielle Strafrecht auf den einzelnen Fall angewandt wird. Sie erfüllen ihre Aufgabe um so besser, je mehr sie eine gleichzeitig energische und gerechte Justiz gewährleisten. Nur dann soll an eine Neuregelung herangetreten werden, wenn man hoffen darf, diesen Zielen näher zu kommen.

Die öffentliche Meinung glaubt mit den Strafgerichten im Frieden sein zu müssen; der Gesetzgeber, ihr darin offenbar nicht zu folgen, hält eine Reform für notwendig.

Der jetzt vorgelegte Entwurf einer Strafprozeßordnung ist abgesehen von einigen nebensächlichen Neuerungen, nach drei verschiedenen Richtungen grundlegende Veränderungen des Verfahrens rechts vor:

- I. die Umbildung der Gerichte mittlerer Instanz durch die Einführung von Laien;
- II. die Einführung der Berufung gegen die Urteile der ersten Instanz;
- III. einen Kreis von Vorschriften, welche die Stellung des Angeklagten günstiger gestalten und die Unbeschränktheit der Verteidigung schützen sollen.

Das läßt ohne weiteres erkennen, in welchem Sinne die Reform besser zu müssen glaubt.

Nicht die energische Handhabung der Strafjustiz soll mehr gesichert werden, sondern man sucht neue Garantien zugunsten der Angeklagten zu schaffen. Die Tendenz ist demnach eine andere. Das braucht nicht notwendig ein Vorwurf zu sein, aber die Einsicht liegt doch nahe, daß das Gesetz sein Gleichgewicht verliert.



Die Idee der Gerechtigkeit erfordert ebenso sehr, daß der Schuldige bestraft, als daß der Unschuldige geschützt werde. Die Pflicht muß prüfen, ob die neuen Vorschläge nicht die Gefahr einer Verringerung in sich schließen.

Noch ein zweites kommt in Betracht.

Es ist klar, daß das Schwergewicht der ganzen Strafrechtsreform in den Organen liegt, durch welche der Staat sie übt, und deshalb alles, was auf die Gestaltung der Gerichte und auf die Thätigkeit der Richter Bezug hat, im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen muß. Dem gegenüber treten alle Fragen über die Form des Verfahrens an Wichtigkeit zurück. Wenn die Strafrichter in der That wirklich vornehmer Gesinnung und im Vollgefühl ihrer Verantwortung als unerschrocken freie Männer ihres Amtes walten, so ist es gewonnen, und auf die Formen des Verfahrens kommt es wenig an.

Jene Eigenschaften bringt zwar der Richter als Persönlichkeit mit in den Beruf, und es wird deshalb hauptsächlich Aufgabe der Justizverwaltung sein, bei der Auswahl auf diese Dinge acht zu geben. Aber man darf doch nicht verkennen, daß auch die Verfassung der Gerichte und die Vorschriften der Prozeßordnungen auf das richterliche Handeln einen großen Einfluß haben.

Menschenmaterial, welches lebenslang im Banne dieser Formen zu arbeiten hat, nach der guten oder schlechten Seite hin einen bedeutenden Einfluß ausüben. Um zu erkennen, wie die vorgeschlagenen Neuerungen nach dieser Seite wirken, bedarf es psychologischer Betrachtung der richterlichen Thätigkeit, der Ausbildung einer Schule, bei welcher der Richter das Objekt ist. Hier liegt ein Defizient der Beurteilung, welches bisher zu wenig Beachtung gefunden hat. Es ist die Absicht, in dem Nachfolgenden dieses psychologische Moment in den Kreis der Betrachtung hereinanzuziehen.

## I.

Mit der Heranziehung der Laien zu den mittleren Gerichten wird der Entwurf den Klagen Rechnung, welche die öffentliche Meinung gegen die Berufsrichter erhebt. Die Ueberzeugung von der Unzulänglichkeit der Strafkammern in ihrer jetzigen Besetzung ist allgemein verbreitet, daß man ihre Begründung kaum noch nötig hält. Um so mehr ist eine gründliche Erörterung der vorhandenen Mängel geboten, aus welcher sich dann zugleich ergibt, ob von der vorgeschlagenen Reform eine Abhilfe zu erwarten ist.

Wenn auch das Vertrauen des Publikums in die Strafrechtspflege erheblich erschüttert ist, so wird doch dadurch noch nicht bewiesen, daß dieser Zweig der Rechtspflege schlecht oder auch nur mangelhaft geworden wäre. Die Theilnahme des Volkes an öffentlichen Angelegenheiten ist in den letzten Jahrzehnten sehr gewachsen, und neben wichtigen Fragen der großen Politik sind es hauptsächlich aufregende Fälle, welche die Aufmerksamkeit der Zeitungsleser auf sich ziehen. Sie haben gleichzeitig etwas Pikantes und eine scheinbar große Wichtigkeit. Jedes Jahr bringt uns eine Reihe solcher Prozesse. Da die oft wochenlange Dauer der Verhandlung die Leistungsfähigkeit der Gerichtspersonen auf das Äußerste in Anspruch nimmt, kann es bei ihnen noch weniger als sonst vorkommen, daß einmal Fehler und Mißgriffe gemacht werden. Es genügt, besonders in die Augen springen, zieht das Publikum aus dem unangenehmsten, ungerechtfertigten verallgemeinernden Schlüsse. Wenn dann hinzukommt, daß es in leidenschaftlicher Theilnahme Partei ergreift und der Richterspruch nicht nach seinem Sinne ausfällt, ist es bereit, die Schalen seines Hornes über das Gericht und die Strafrechtspflege auszuschütten.

Fallen demnach auch die Gründe der Unzufriedenheit zum großen Teil aus dem Rahmen ernsthafter Kritik heraus, so bleibt doch eine Reihe sachlicher Vorwürfe, welche gewissenhafte Kritik fordern. Sie lassen sich im wesentlichen in folgende zusammenfassen:

1. Die Berufsrichter seien weltfremd, d. h. sie ständen weit ab von dem praktischen und pulsierenden Leben des Volkes und deshalb kasse eine Lücke zwischen ihrer Rechtsgeltung und dem allgemeinen Rechtsempfinden;
2. infolge ihrer beruflichen Beschäftigung mit der Strafrechtspflege seien sie geneigt, von vornherein gegen den Angeklagten Partei zu nehmen;
3. ihr Bestreben, in der Beamtenlaufbahn voran zu kommen, mache sie den auf Verurteilung gerichteten Wünschen der Vorgesetzten gegenüber willfährig;
4. ihre Zugehörigkeit zu den besitzenden Volkskreisen veranlasse sie eine Klassenjustiz zu Ungunsten von Angehörigen des Arbeiterstandes.

\* \* \*

1. Die Behauptung der Weltfremdheit ist zum mindesten übertrieben. Es ist zwar richtig, daß eine beträchtliche Anzahl

htern noch im Amte ist, welche ihre Ausbildung in weit zurück-  
 jender Zeit genossen haben, und daß manche von ihnen der Ent-  
 klung, welche das moderne Leben genommen hat, fremd gegenüber  
 en mögen. Das ist eine natürliche Folge des ungewöhnlich  
 ellen Zeitmaßes, in welchem sich diese Entwicklung vollzogen  
 . Insoweit wird das Mißverhältnis mit der Zeit von selbst  
 schwinden.

Auch abgesehen davon läßt sich nicht verkennen, daß bei der  
 ner zunehmenden Spezialisierung aller Wissenschaften und Berufs-  
 ige der Einzelne dem Gange aller nicht zu folgen vermag. Der  
 hter wird deshalb heute weniger als bei den einfacher liegenden  
 chhältnissen vor etwa fünfzig Jahren in der Lage sein, einen  
 gemeinen sicheren Ueberblick über das Verkehrsleben in allen seinen  
 men und über Sitte und Sittlichkeitsbegriffe in allen Kreisen  
 Bevölkerung zu gewinnen. Daher mag dem einzelnen An-  
 örigen bestimmter Berufs- und Gesellschaftskreise, welcher mit  
 Strafrecht in Konflikt kommt, die Klage gerechtfertigt erscheinen,  
 seine Anschauungsweise dem Richter nicht genügend vertraut  
 . Aber glaubt man, daß diesem Mangel durch Zugiehung von  
 n abgeholfen werde?

Der Laienrichter, welcher doch auch immer einem bestimmten Be-  
 freise anzugehören pflegt, mag in diesem besonderen Bereiche  
 r zu Hause sein, als der Berufsrichter. Aber anderen Menschen-  
 en wird er nicht weniger fremd gegenüber stehen; im Gegenteil  
 r weniger fähig, sich in den Gedankenkreis anderer hineinzuleben.  
 n der Berufsrichter, welcher kraft seines Amtes heute mit diesen,  
 jen mit jenen Verhältnissen in enge Fühlung tritt, gewinnt  
 dadurch eine größere Sach- und Menschenkenntnis als die  
 hörigen aller anderen Berufe; wo es an sachlicher Kenntnis  
 kann er sich durch Heranziehung von Sachverständigen die  
 e Aufklärung verschaffen. Mag deshalb der Richter auch an  
 ialkenntnissen dem Kaufmann, dem Arzt, dem Ingenieur, dem  
 ier, dem Landwirt, dem Handwerker, wie es sich von selbst ver-  
 nachstehen, so befähigt ihn doch gerade die vielseitige Er-  
 ng, welche ihm sein Beruf verschafft, in besonderem Maße, den  
 nderungen gerecht zu werden, welche eine gleichmäßige und  
 Beurteilung heute dieses und morgen jenen Falles  
 ssetzt.

Aus dieser angeblichen Weltfremdheit kann also auch gewiß  
 der behauptete Mangel erklärt werden, daß sich das Rechts-

empfinden des Volkes vielfach nicht mit der Handhabung der Strafrechtspflege deckt. Und doch läßt sich diese Tatsache bis zu einem gewissen Grade nicht leugnen. Dem Volke fehlt das Verständnis für manche Dinge, welche sich am grünen Richtertisch abspielen. So gibt gewisse Strafrechtstheorien, welche mit logischer Folgerichtigkeit aus anerkannten Sätzen des geschriebenen Rechts abgeleitet werden, doch allgemeinen Widerspruch erregen, z. B. die reichsgerichtliche Lehre vom Versuch mit untauglichem Mittel und am untauglichen Objekt oder die strengsten Konsequenzen der Lehre vom Versuchsvorsatz. Hier handelt es sich um Formalismen, mit welchen der gesunde Menschenverstand niemals wird abfinden können. Wir haben schon manche Gerichte auch in der Besetzung mit Richtern auf diesen Gebieten dem Reichsgericht die Heceres folgen weigert; wenn aber der Weiterbildung solcher Rechtsfälle durch Mitwirkung der Laien noch energischere Schranken gezogen werden könnten, würde das mit Freuden zu begrüßen sein.

Jenes mißtrauische Unbehagen des Volkes gegenüber der Strafrechtspflege gewinnt, wie mir scheint, weiter eine wesentliche Stütze aus gewissen äußerlichen Einrichtungen des Strafverfahrens. Es ist ein Beweis des gesunden Rechtsempfindens im Volke, wenn mit dem Gedanken an eine Strafgerichtsverhandlung den Gedanken eines Missetäters verbindet, der eine ehrlose Handlung begangen hat, wie es Mord und Totschlag, Raub und Diebstahl, Fälschung und dgl. sind. Es denkt an den Brecher des Rechts, dessen Tat durch den Arm der Gerechtigkeit gesühnt werden muß. Demgegenüber haben sich die Straffazungen des Staates erweitert und Handlungen in ihren Kreis gezogen, welche keinen Abscheu und das Entsetzen des natürlich empfindenden Volkes erregen. Dahin gehören z. B. schon zum Teil die Delikte gegen die öffentliche Ordnung; wenn auch Hochverrat und Aufruhr einen Charakter tragen, so gibt es doch zahlreiche Fälle des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, wo die Teilnahme des Publikums auf Seiten des Angeklagten als des Beamten ist, und neben diesen ähnlich gearteten Fällen dehnt sich das unendliche Gebiet der Verordnungen, welche rein polizeilichen Charakter haben. Es ist natürlich, daß das Volk einen durchgreifenden Unmut gegen die Beurteilung jener schweren Verbrechen und solcher Verordnungen empfindet, welche nichts Ehrenrühriges an sich haben. Wenn dann wahrnimmt, daß vor den Gerichten alle diese Dinge aufeinanderfolge verhandelt werden, so bedeutet das

irrung der natürlichen Empfindung. Wenn ein Mann, welcher h einer Zumiderhandlung gegen eine Vorschrift der Arbeiterverherungsgesetzgebung schuldig gemacht hat, auf derselben Anklagebank Platz nehmen muß, wo eben ein rückfälliger Dieb gefessen hat, wird ihn das in innerster Seele verlegen. Für den Richter, der täglicher Geschäftserledigung alle die vielen Fälle vor seinem Auge vorüber ziehen sieht, hat der Wechsel nichts Befremdliches, er das Publikum und namentlich der Angeklagte, für welchen die Theiligung an einer Strafhandlung immer etwas Besonderes und fast Ungeheures ist, empfindet anders.

Die Schäden, welche mit dieser Verquickung der Verhandlung verbunden sind, würden sich nur durch eine entschiedene Trennung : Straftaten in wirkliche Verbrechen und Zuchtpolizeisachen betigen lassen.

\* \* \*

2. Die Annahme, daß der Strafrichter durch seine tägliche rufsbeschäftigung dahin geführt werde, von vornherein gegen den geklagten Partei zu nehmen, ist unzutreffend. Wer sie rechtigen wollte, müßte sie mit psychologischen Gründen stützen. Das aber in ernsthafter Weise noch nie geschehen; dazu sind auch l die Kreise, welche den Vorwurf zu erheben pflegen, kaum im ide. Denn, um über diese Dinge richtig urteilen zu können, z man selbst Strafrichter gewesen sein und in genauer Selbstbehtung und Beobachtung der Kollegen die Gedankengänge vert haben, in welchen sich die Ueberzeugung von der Schuld oder huld eines Angeklagten zu bilden pflegt. Die meisten Politiker Publizisten aus dem Stande der Juristen sind Rechtsanwälte; pflegen deshalb die Angelegenheiten des Strafverfahrens aus Verteidigerperspektive zu sehen. Diese Perspektive hat mit der Richters wenig gemein. Der Anwalt wird durch seine Aufgabe ungen, jedes Ding von einer Seite zu sehen, während das : des Richters das Objekt von oben zu fassen hat.

Wo sollte die Ursache liegen, daß ein Strafrichter lieber einen klagten verurteilen als freisprechen sollte? Von vornherein int die Annahme widersinnig und weist auf einen doppelten ung hin: zunächst auf jenen Standpunkt des Verteidigers, der r Klienten unschuldig zu sehen geneigt ist, und dann auf die ilagung demokratischer Politiker, staatliche Einrichtungen in r Beleuchtung zu sehen. Jede Demokratie hat etwas Unvorss; vieles in der sie beherrschenden Gesinnung weist auf den

Umkreis von Verhältnissen zurück, wo sie entstanden ist, und der Haß gegen Mächtigere eines der wesentlichsten Bindemittel der Parteigenossen ist, bleibt die Demokratie geneigt, auch bei den Gegnern und insbesondere bei den Organen des Staates über Stimmungen und Gesinnungen vorauszusetzen. Aber diese Voraussetzungen treffen nicht zu. Auch heute noch herrscht in den deutschen Richterkreisen ein ideales Gefühl für Recht und Gerechtigkeit. In diesem Gefühl ist gerade die Ueberzeugung mächtig, daß die Richter den Unschuldigen zu schützen haben. Damit ist durchaus Bestreben vereinbar, einen Missethäter seiner Verbrechen zu überführen. Ich selbst habe als Untersuchungsrichter vierzehn Tageläng-angestrengt weit über das gewöhnliche Maß hinaus gearbeitet über einem betrügerischen Wucherer, der schon wiederholt strafenden Arm der Gerechtigkeit zu entschlüpfen gewußt hatte. Nach vernichtenden Beweismaterials zusammenzuziehen, und eine große Befriedigung, als er auf Grund dieses Materials einigen Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Aber weit lieber es mir doch, wenn sich herausstellte, daß sich gegen einen Angeklagten genügende Belastungsmomente nicht erbringen ließen. Ich die Haftentlassung der Staatsanwaltschaft in Vorschlag bringen konnte. Eine derartige Gesinnung ist nach meinen Erfahrungen Ausnahme, sondern die Regel. Freilich gibt es auch Richter, deren Strafverfolgungslust im Blute liegt, aber das ist eine angestammte menschliche Veranlagung; das Gegenteil findet man weit öfter. Sanftmütigkeit, Milde, Nachsicht sind Eigenschaften, welche heute hoch geachtet werden, und man begegnet ihnen auch in den Reihen unserer jüngeren Richter mehr als im Interesse einer straffen und gerechten Rechtsprechung erwünscht erscheint.

Es wirken noch andere Momente dahin, den Strafrichter für als gegen den Angeklagten einzunehmen. Es bildet sich zuweilen bei den Gerichten geradezu ein Gegensatz gegen die nachfolgende Behörde heraus. Diese sind in manchen Fällen dazu darüber zu machen, daß die von dem Gesetz zum Schutz des Angeklagten geschaffenen Garantien von der Staatsanwaltschaft beachtet werden. Das macht den Richter zur Kritik geneigt, und er betrachtet der Staatsanwalt die kontrollierende Tätigkeit des Richters mit Eifersucht. So entwickelt sich oftmals zum Nachteil der sachlichen Behandlung ein gereiztes Verhältnis zwischen beiden, welches gewiß nicht zu Ungunsten des Angeklagten in der Entscheidung fällt.

Endlich ist das natürliche Trägheitsgesetz in Betracht zu ziehen. Die Verurteilung eines Angeklagten erfordert bei allen thätigen Personen eine positive Leistung und darum ein größeres Maß von Arbeit als das negative Resultat der Freisprechung. Schon der Staatsanwalt muß mehr Kraft einsetzen, wenn er nach Abschluß der Ermittlungen die Anklage erhebt, als wenn er das Verfahren einstellt oder die Außerverfolgungsehung beantragt. Ebenso ist es in den späteren Abschnitten des Verfahrens: eine Verhandlung, welche zur Ueberführung des Angeklagten gelangt, dauert regelmäßig länger, als eine solche, bei der dies nicht der Fall ist; und die Anfertigung einer schriftlichen Urteilsbegründung, in welcher die Schuld festzustellen ist, nötigt meist zur Aufwendung weit größerer Mühe als ein freisprechendes Erkenntnis. Selbstverständlich soll nicht behauptet werden, daß der Bequemlichkeitshang irgendwie für die Entscheidung ausschlaggebend sein könnte, aber niemand ist geneigt, sich mehr Arbeit als nötig zu machen, und namentlich in den größeren Städten, wo die Staatsanwaltschaft und die Gerichte übermäßig belastet sind, wird man eher die Verurteilung machen können, daß hohe Anforderungen an die Stärke des Beweismaterials gestellt werden als umgekehrt.

\* \* \*

3. Auch der Verdacht, die berufsmäßigen Strafrichter seien ausschließlich auf ihre Beförderung geneigt, lieber die Angeklagten schuldig zu befinden, als sie freizusprechen, entbehrt der Begründung.

Man setzt voraus, daß die Justizverwaltung ein Interesse an der Urtheilung der Angeklagten hätte, einerlei ob diese schuldig seien oder nicht, lediglich um Sündenböcke für begangene Straftaten zu haben. Kann man sich etwas Widersinnigeres denken? Die Idee ist nur erklärlich, wenn man sie aus der Gesinnung von Vorkantisten entspringen denkt, welche in den Regierungen die natürlichen Feinde der Menschen erblickten.

Freilich zwei Momente in dem Umkreise dieser Ideenverbindung verdienen die Beachtung. Es gibt Prozesse politischer Natur mit Beimischung politischen Charakters, in denen der Regierung eine Entscheidung in bestimmter Richtung liegt. Hier ist die Gefahr begründet, daß dem in ihrem Sinne erkennenden Richter ein Lohn winkt, und daß der Richter, wenn er schwachen Charakters ist, sich durch die Aussicht auf besseres Fortkommen leiten läßt. Man braucht dabei gar nicht an den trassen

Fall bewußter Rechtsbeugung zu denken; schon die Möglichkeit bei zweifelhaften Fragen der erhoffte Nutzen, wenn auch der Richter halb unbewußt, in die Waagschale der Entscheidung eingebrachte, würde eine bedenkliche Beeinträchtigung der Unparteilichkeit bedeuten. Hier liegt die Verantwortlichkeit auf den Schultern der Justizverwaltungen. Sie müssen unzweideutig und zwar wohl schiedener als bisher zu erkennen geben, daß ein Richter am Ausfalls seiner Entscheidung willen eine Bevorzugung nicht zu erwarten habe.

Ich glaube nicht, daß die Gefahr eine allzugroße ist. Nach meinen Erfahrungen sind Richter der gedachten Art dürr, und noch ist das Standesbewußtsein reizbar genug, um Streber in diesem Sinne verächtlich erscheinen zu lassen. Ihn hin würden Prozesse politischer Art am ehesten die Zuziehung Laien gerechtfertigt erscheinen lassen, damit völlig unabhängige eine Kontrolle über die Unparteilichkeit ausüben können.

Das zweite Moment führt wieder auf psychologische in die Wertstatt richterlicher Geistestätigkeit. Jeder Entschluß fordert eine gewisse Stärke des Willens und daher des Charakters. Es ist ein Zeichen von Schwäche, sich nicht für eine Entscheidung oder auch nur für eine Ueberzeugung entschließen zu können. In besonderem Maße trifft das für die Urteilsfällung des Richters zu. Dabei erfordert es eine größere Anstrengung, wenn man die Schuld festzustellen hat, weil dafür die Bildung einer positiven Ueberzeugung die Voraussetzung ist, während zur Freisprechung die negative Tatsache führt, daß man zu einer Ueberzeugung überhaupt nicht gelangen kann. Ein interessanter Belag dafür ist die Erfahrung, daß in vorgerückter Tageszeit, wenn die geistigen Kräfte der Richter ermüdet sind, die Aussicht des Angeklagten auf Freisprechung bedeutend wächst, weil die Entscheidungsfähigkeit des Richters gemindert ist. Es ist genau umgekehrt, wie demet Parteiführer meinen, wenn sie behaupten, daß in solchen Fällen die Sache zu ungunsten des Angeklagten über das Knie gehen werde.

Wenn ein junger Richter an sich selbst die Erfahrung gemacht hat, daß die Entscheidungsfähigkeit ein Zeichen von Stärke ist, so neigen, vor sich selbst und vor seinen Kollegen sich zu empfinden, wenn er in Stunden geschwächter Willenskraft sich in einem solchen Stande fühlt, Herr von Bedenken zu werden, von denen er sich gewiß hat, daß sie in Wirklichkeit nicht begründet sind.



eiten frischer Disposition ihn nicht hemmen würden. Diese Er-  
 hrung und Empfindung wird nicht ohne Einfluß auf seine Ent-  
 icklung sein, und der Einfluß muß sich nach der Verschiedenheit  
 er Persönlichkeit verschieden gestalten. Bei einem tüchtigen und  
 iner Verantwortung bewußten Menschen wird eine Stärkung des  
 harakters die Folge sein. Er wird es lernen, auch in Zeiten der  
 rmüdung sich zusammenzureißen und zu resolutem Entschluß, sei  
 zur Ueberzeugung oder zur Nichtüberzeugung von der Schuld  
 kommen. Schwächere Individualitäten können aber in Gefahr  
 raten, wenn ihnen die Verurteilung als solche schneidiger erscheint  
 als die Freisprechung, und es läßt sich nicht leugnen, daß in unseren  
 utigen Zeiten, wo die Wertschätzung militärischer Tugenden in  
 ertungskreise dringt, welche mit diesen speziellen Tugenden wenig  
 mein haben, das Ideal der Schneidigkeit in diesem Zusammen-  
 ng Schaden stiften kann. Das ist in der Form des Witzes in  
 Geschichte geprägt, daß ein Hauptmann einen als Reserveoffizier  
 gezogenen Amtsrichter fragt, ob er schon einmal jemanden zum  
 de verurteilt habe und auf die verneinende Antwort erwidert:  
 Das finde ich aber schlapp.“

Es ist die Frage, ob Beobachtungen der angestellten Art einen  
 anwand gegen die Besetzung der Gerichte mit Berufsrichtern ab-  
 en können. Ich glaube die Frage verneinen zu müssen. Es  
 idelt sich um psychologische Vorgänge allgemein menschlicher Art.  
 en werden ihnen ebenso ausgesetzt sein wie berufsmäßig aus-  
 ildete Juristen. Freilich wird der Laie, der nur hin und wieder  
 Richter einberufen wird, jene Vorgänge in seinem Innern  
 iger beachten, sich weniger über sie klar werden und vor allem  
 e Veranlassung nehmen, an sich selbst zu seiner Kräftigung zu  
 eiten. Auch wenn sie aus Schwäche in ihrer Entschlußfähigkeit  
 t zu einer positiven Ueberzeugung kommen können, werden sie  
 leicht beruhigen; die Verantwortung einer ungerichten Frei-  
 chung werden sie leicht tragen, denn sie sind nicht infolge ihrer  
 iltlichen Tätigkeit von der Notwendigkeit einer energischen staat-  
 n Strafrechtspflege durchdrungen. Das aber ist gerade ein  
 igel in der Person der Laienrichter. Wer freilich das Ideal  
 iner Strafprozeßordnung erblickt, welche den Angeklagten mög-  
 vor einer Verurteilung schützt, muß auch hier dem Laiengericht  
 Vorzug geben.

\*

\*

\*

4. Die Sozialdemokratie beklagt sich über Klassenjustiz. Der verständiger und mit den Zuständen unserer Gerichte vertraute Mann, selbst wenn er Sozialist ist, wird ernstlich die Behauptung aufstellen wollen, daß in nichtpolitischen Prozessen einer Partei deswegen ihr Recht vorenthalten werde, weil sie der Sozialdemokratie angehört. In Wirklichkeit wird man auch kaum einen Richter finden, der in einem Verfahren mit politischem Beigeichenscharfmuß aus parteipolitischen Gründen das Recht beugte. Aber auch der Vorwurf subjektiver Parteilichkeit der Richter unbegründet ist, enthält die Beschwerde doch einen Kern von Wahrheit.

Bei der Schärfe, zu welcher sich der gleichzeitig sozialpolitische Gegensatz zwischen der organisierten Arbeiterkraft und den besitzenden Klassen, insbesondere dem Unternehmertum herausgehoben hat, ist es natürlich, daß sich in den beiden Lagern der Gesamtheit von Vorstellungen, wie er sich zur Weltanschauung rund um wesentlichen Punkten verschieden gestaltet. Diese Unterschiede zeigen sich nicht zum wenigsten in Abweichungen der sittlichen Beurteilung gewisser Tatumsstände. Was bei den einen lobenswert, aufrichtig, voll und ideal erscheint, wird bei den anderen als verwerflich, süchtig und materialistisch bekämpft. Da die Richter zum Teil den Klassen der Besitzenden entstammen, kann es nicht ausfallen, daß sich in ihren Entscheidungen häufig eine Auffassung geltend macht, welche den Ansichten der Sozialdemokratie nicht entspricht und ihrem Rechtsbewußtsein zuwider läuft, z. B. wird noch in früheren Zeiten der Umstand, daß eine strafbare Handlung während eines Streiks begangen wurde, erschwerend in Betracht gezogen sein, und es mag auch manchen Richter die Ueberzeugung der Gefährlichkeit der Sozialdemokratie zu unbegründet hoher Ausmessung geführt haben. Derartiges ist bedauerlich, aber es liegt sich als die natürliche Folge der sozialen Entwicklung der Gegenwart. In ihrem weiteren Fortschreiten werden sich auch diese Folgeerscheinungen wandeln. Schon jetzt sind viele Anzeichen sichtbar; namentlich bei den jungen Juristen befindet sich eine große Anzahl, welche Leidwesen reaktionärer Politiker „mit sozialem Dele geistlich“ zeigt. Wenn heutzutage die Ansicht noch weit verbreitet ist, daß die politischen Bestrebungen der Sozialdemokraten zu tadeln sind, sondern auch die Sozialdemokraten selbst als sittlich mind. anzusehen seien, so muß dahin gewirkt werden, daß bei den Richtern solche Auffassungen nicht von Einfluß sein können. Dies wird um so mehr erreicht werden, je höher zugleich die moral.

id politische Bildung des Richterstandes sich entwickelt. Es ist wesentlich eine Sache der Vorbildung und Hebung des Richterpersonals und fällt darum unter die Aufgabe einer weitgehenden Justizpolitik. Durchaus unrichtig dagegen ist es, wenn man eine Abhilfe von der Mitwirkung der Laien erwartet. Diese haben infolge ihres bürgerlichen Berufes, insbesondere infolge ihrer Zugehörigkeit zur Klasse der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, viel mehr im Parteietriebe, als der Richter, und durch ihre Mitwirkung werden die Gegensätze, welche durch Parteileidenschaft bedingt sind, nicht recht in den Gerichtssaal gezogen werden.

\* \* \*

Es ist das Ergebnis aus dem Vorhergesagten zu ziehen.

Die Mängel, welche den jetzigen Gerichten vorgeworfen werden, haben sich als geringer erwiesen, als gemeiniglich angenommen wird, insofern sie wirklich bestehen, würde ihre Beseitigung von der Heranziehung der Laien nur zu einem geringen Teil erhofft werden dürfen. Nur wenn es sich um eine Gegenwirkung gegen Ausbildung juristischer Doktrinen, welche im Gegensatz zu dem natürlichen Rechtsgefühl des Volkes stehen, oder um einen Widerstand gegen etwaige Beeinflussungsversuche in politischen Prozessen handelt, würde das unbedingt der Fall sein. Dagegen sprechen nicht unwichtige Bedenken gegen die Qualität der Laienrichter. Während der Berufsjurist in der langjährigen Schulung seines Berufes es sich zu einer sicher arbeitenden Objektivität zu entwickeln vermag, fehlt dem Laien, der nur zu einzelnen Sitzungen herangezogen wird, die Möglichkeit dieser Disziplinierung. Er ist unbeeinträchtigten Einflüssen ausgesetzt, welche mit der Sache selbst, d. h. mit der nüchternen Beurteilung des Tatbestandes nicht zusammenhängen. Je nachdem ihn die Tat oder die Verhältnisse oder die Umstände, wo sie geschah, angehen, wird sein Interesse sich vermindern oder verstärken, und wenn es sich gar um Verletzung von Rechtsgütern handelt, welche dem Kreise seiner eigenen Lebensbeziehungen nahestehen, wird er in persönliche Erregung geraten. In politischen Prozessen, wo die Volksmenge leidenschaftlich Partei ergreift, ist der Laienrichter den Einflüssen der öffentlichen Meinung viel mehr ausgesetzt und weniger objektiv als der Berufsrichter. Alles das läßt seine Unparteilichkeit durchaus nicht einwandfrei erscheinen. Eine Unparteilichkeit, die in subjektiver als objektiver Richtung, wie sie als Ideal dem Richter gefordert werden muß, setzt einen kühlen Kopf und eine

mensächlich vornehme Gelassenheit voraus, welche gleich mit herzloser Gleichgültigkeit und persönlichem Interesse entfiert muß. Diese Gelassenheit ist ein Besitz, den sich der Richter in andauernder Beschäftigung mit seinem hohen Amte erwerben muß.

Nach alledem ist die Folgerung berechtigt, daß die Beteiligung des Laienelements zu den Strafgerichten nicht eine Verbesserung, sondern eher eine Verschlechterung bedeuten würde. Trotzdem trete ich unbedingt für sie ein: aus Gründen, welche auf einem andren Gebiete liegen.

\* \* \*

Die Tatsache, daß das Rechtsempfinden des Volkes in der heutigen Strafrechtspflege in keinem lebendigen Zusammenhang ist, ist unbestreitbar. Die Ueberzeugung drängt sich um so unabweislicher auf, wenn man die längst vergangenen Jahrhunderte des Rechtslebens zum Vergleich heranzieht, in denen die Volksgenossen selbst das Urteil fanden. Der Schaden des Zustandes liegt in der Hand, und es ist hohe Zeit, seiner Besserung näher zu treten. Die mangelnde Fähigkeit des Deutschen, politisch zu empfinden und zu denken, hängt zu einem guten Teil damit zusammen, daß die Arbeitsstätte der Rechtsentwicklung aus dem Herzen des Volkes in die Studierstube der Rechtsgelehrten verlegt worden ist. Wo darin Wandel geschaffen werden soll, ist eine Heranziehung des Laien zur Rechtsprechung das beste Mittel, und kein Rechtsgebiet eignet sich so sehr zur Einführung auch des Mannes in die Beschäftigung mit Rechtsangelegenheiten als das Strafrecht, denn die Vorschriften dieses Rechtsgebietes sollen sie anders gesund und zweckdienlich sein, einen allgemeinverständlichen Inhalt haben. Wenn also auch die Gerichte selbst die Mitarbeit der Laien nicht eine Verbesserung erfahren, so doch das Volk, wenn es seine Angehörigen als Richter in Sitzungen zu senden hat, den Gewinn davon tragen. Die staatsbürgerliche Bildung gefördert wird. Aber nicht das. Wenn die Laien künftig nicht nur an den Schöffengerichten und an den Strafgerichten, sondern auch an den Strafkammern teilnehmen, werden die irrigen Meinungen mehr und mehr verschwinden, werden die Geschäftsbehandlung in den Juristengerichten verbreitert, werden die öffentliche Meinung beunruhigen. Man wird sich nicht mehr auf die Gründlichkeit, Unvoreingenommenheit, Menschlichkeit der Richter verlassen und nicht mehr glauben, sie wären gefährlicher als vor welchen die Angeklagten beschützt werden müßten.

## II.

Die Begründung, mit welcher der neue Entwurf die Einführung der Berufung gegen Strafkammerurtheile zu rechtfertigen sucht, ist dürftig; ja die verbündeten Regierungen scheinen zu lauben, einer Begründung ganz überhoben zu sein. Denn sie beschränken sich auf den Hinweis, daß die Notwendigkeit des Schrittes allgemein anerkannt werde. Das mutet um so seltsamer an, wenn man die eingehende Gründlichkeit vergleicht, mit welcher die Motive von 1877 den entgegengesetzten Standpunkt verteidigen. In einer Anlage wurde ein geschichtlicher Ueberblick gegeben, aus welchem man den überzeugenden Eindruck gewann, daß der Abschluß einer längerichitigen Entwicklung der Materie erreicht sei. Nachdem die rufischen Prozeßordnungen allgemein vom schriftlichen Verfahren zum Prinzip der Mündlichkeit übergegangen waren, hatte man überall kannt, das das Rechtsmittel der Appellation damit nicht vereinbar, und diese Ueberzeugung in mehr oder weniger entschiedener Weise in die Praxis übertragen. Die dabei gewonnenen Erfahrungen waren günstig, und der Entwurf von 1877 zog daraus entschlossen

Folgerung, daß mit der Berufung gebrochen werden müsse. Er te dar, daß, wenn das Schwergewicht des ganzen Verfahrens auf mündliche Verhandlung gelegt werde, damit der Möglichkeit der wirksamen Nachprüfung der Thoden entzogen sei, und sicherte die Angeklagten gegen die sich ergebenden Gefahren durch eine Reihe von Garantien, welche die Vorbereitung des Verfahrens, die Gleichheit einer ausgedehnten Verteidigung und die Zulassung der Wiederaufnahme bei Auffindung neuer Beweismittel betrafen. Die verbündeten Regierungen vertraten ihren Standpunkt mit solcher Festigkeit, daß sie das Zustandekommen des ganzen Gesetzes seiner Annahme abhängig machten, und überwandten dadurch Widerstand des Reichstages, dessen Mehrheit schon damals an der Berufung festhalten wollte.

Diesen Thatsachen gegenüber ist es nicht recht erklärlich, woher schon, nach dreißig Jahren, ein so vollständiger Umschwung gehen sein mag, und der Wunsch ist berechtigt, daß sich die Regierungen über seine Gründe, mehr als geschehen, ausgesprochen haben. Denn die Gründe des Entwurfs von 1877 haben ihre zugehende Kraft behalten. Es empfiehlt sich, sie in ihren wesentlichen Punkten noch einmal zusammenzustellen.

Die Appellation hat nur dann einen Sinn, wenn von der ersten Instanz ein besseres und gerechteres Urtheil erwartet werden

darf. Das setzt voraus, daß den befähigteren Kräften des Berufungsgerichts dasselbe Material vorgelegt werden kann, auf welchem das erste Urtheil beruht. Bei schriftlichem Verfahren ist das weiter möglich, weil der Prozeßstoff in den Akten enthalten ist. Mit dem Prinzip der Mündlichkeit tritt aber sofort eine grundlegende Aenderung ein. Denn alle die Eindrücke, welche in der Hauptverhandlung zusammengewirkt haben, um die Ueberzeugung des Richters zu bilden, lassen sich nicht noch einmal wieder herbringen. Es versteht sich von selbst, daß dazu ein noch so geführtes Protokoll nicht imstande ist. Aber auch dann, wenn der Entwurf es vorsieht, die Verhandlung im vollen Umfange dem Berufungsgericht wiederholt wird, muß sich das Bild in vielen Punkten, und zwar zum Nachtheil seiner Zuverlässigkeit schieben. Das schon allein aus dem gewissermaßen rein mechanischen Grunde, daß die Berufsungsverhandlung zeitlich erheblich weiter der That abliegt, als der Termin in der ersten Instanz, und um die Erinnerung der beteiligten Personen sich mehr verhalten muß. Es kommt hinzu, daß die erste Verhandlung in der Gesamtheit vor dem geistigen Auge der Beteiligten das Bild der Vorfälle, über welche sie vernommen werden, von neuem und in einem selbständigen Lichte hervortreten läßt, und es kann ausbleiben, daß dies neue Bild sich an die Stelle des ursprünglichen Erinnerungsbildes schiebt. Es ist ferner mit der Möglichkeit und bei umfangreicheren Sachen sogar mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß dieser oder jener Zeuge stirbt oder durch Krankheit oder andere Ereignisse am erneuten Erscheinen verhindert wird, daß an Stelle seiner persönlichen Vernehmung die Verlesung früherer Aussage treten muß. So würde sich die zweite Verhandlung gestalten, wenn alle Beteiligten den guten Willen der Produktion hätten. Natürlich aber wird der Angeklagte aus der Verhandlung gelernt haben; er wird seine Taktik ändern, neue Hauptargumente aufstellen und neue Beweise antreten. Ein guter Verteidiger wird verstehen, mit einem Entlastungsmoment in der ersten Instanz zurückzuhalten, und, indem er es überraschend in der Berufsungsverhandlung vorbringt, die berechnete und Ueberzeugung von der Schuld ins Wanken zu bringen. Auch Zeugen, welche persönlich an dem Inhalte der Verhandlung interessiert sind, werden durch die Erfahrung von der Wirkung der Aussage oft zu einer Aenderung veranlaßt werden.

Das Berufungsgericht hat also nicht nur nicht auf Grund

leichen, sondern sogar eines weniger zuverlässigen Materials zu entscheiden, als die erste Instanz. Sollte bei dieser Sachlage ihr Urtheil ein gerechteres sein können? Es ist klar, wer den Vorteil aus der geplanten Veränderung ziehen wird; der schuldige Angeklagte, dem es je nach dem Maße seiner Gewandtheit und Geschicklichkeit, die Umstände auszunutzen, leichter gelingen wird, dem Armer der Gerechtigkeit zu entchlüpfen. Zudem bedeutet die Einschlebung der Berufungsinstanz eine beträchtliche Verzögerung in der staatlichen Strafübung, und diese ist für das Ansehen der Justiz von theilweisem Einfluß. Wenn es nach Durchlauf der Instanzen endlich gelungen ist, einen Verbrecher der endgültigen Verurteilung zuzuführen, hat die Strafe selbst zu einem guten Teil ihre Bedeutung verloren. Denn ihre Wirkung wird durch den Ablauf einer unverhältnismäßig langen Zeit beeinträchtigt. Vor den Augen wohl des Angeklagten, wie auch der anderen Beteiligten steht der Anblick einer hin und hergezerrten Sache, und sie gewinnen weniger den Eindruck, daß der starke Arm des Staates ein Verbrechen ahndet, als daß der Verbrecher in einem Streit mit dem Ankläger länger gezogen habe.

\*

\*

\*

Bei der Prüfung des Standpunktes, welchen die Freunde der Berufung einnehmen, wird man erkennen, daß es sich, wie es bei wichtigen Dingen regelmäßig der Fall ist, um einen grundsätzlichen Gegensatz handelt welcher mehr auf Gefühlswerten, als auf Verstandesgründen beruht. Die Möglichkeit der Anfechtung gerichtlicher Urtheile ist so sehr in das Bewußtsein des Volkes eingedrungen, man das Gegentheil als etwas Normwidriges empfindet. Wenn man sieht, daß in den gerinfügigsten bürgerlichen Streitigkeiten Rechtsmittel gegeben werden, so ist es begreiflich, daß es bei oberflächlicher Betrachtung für widersinnig gehalten wird, die Berufung gegen die Urtheile der Strafkammern auszuschließen, zumal sie gegen nicht unwichtigen Erkenntnisse der Schöffengerichte zugelassen wird. Es ist wie eine Art Beklemmung bei dem Gedanken, daß über eine Sache die erste Entscheidung auch zugleich die endgültige sein sollte. Nur bei den Schwurgerichten hat man sich daran gesetzt; das entbehrt zwar nicht einer gewissen Komik, weil bei der Ausfall der Entscheidung am unberechenbarsten ist, erklärt aber durch die Aureole, mit welcher nun einmal das Volk diesen Besitztum umgibt.

Der Widerwille gegen die Abschaffung der Berufung charakterisiert sich als ein instinktiver und nicht ganz klarer Empfindungsgehalt, und das macht wieder die Hartnäckigkeit verständlich, welcher der Standpunkt festgehalten wird: nur Gründe, nicht Gefühle lassen sich widerlegen.

Freilich ist man auch nicht um Gründe verlegen. Untertritt an erster Stelle der Hinweis hervor, daß von dem Mittel gegen die Urteile der Schöffengerichte ein ausgiebiger Gebrauch gemacht, und daß in der Berufungsinstanz die Urteile zu einer unerheblichen Prozentsatz abgeändert werden. Man erblickt den Beweis, daß die Berufung auch gegen Strafkammerurteile notwendig sei. Dabei wird übersehen, daß die Verhältnisse ganz anders liegen. Schon die Vorbereitung der Hauptverhandlung ist etwas weniger gründliche, die Besetzung des Gerichtes eine mindere, lässige und die Garantien der Verteidigung geringer als bei den Verfahren vor den Strafkammern. \*)

Von größerer Bedeutung ist die Beforgnis, der Angeklagte möge gelegentlich im Laufe des Vorverfahrens gar nicht darüber werden, um was es sich handle, und von der Hauptverhandlung und ihrem Ergebnis überrascht werden. Das ist das schmerzliche Argument, welches sich zugunsten der Berufung anführen läßt. Durchschlagend ist es aber nicht. Es mag sein, daß solche Vorkommen können, aber sie gehören zu den größten Seltenheiten. Im Gegensatz zu den schöffengerichtlichen Sachen, bei denen summarische Vorbereitung üblich und am Platze ist, pflegt die Strafkammerverhandlung entweder eine Voruntersuchung oder ein förmliches Vorverfahren voranzugehen, in welchem der Angeklagte Gelegenheit hat, sich eingehend über die Sache zu äußern. Schon im rein geschäftlichen Interesse der Gerichtsbehörde ist sonst die Notwendigkeit der Vertagung und überflüssiger Verzögerung zu erwarten wäre. Im übrigen wird sich bei einer gewissen Handhabung der Sachleitung durch den Vorsitzenden ein Mangel leicht herausstellen, und es wird sich kaum ein Fall finden, welches dann die Sache übers Anie brechen wollte. Sollten auch Gefahren der Art bei dem geltenden Recht bestehen wäre es möglich, ihnen auf andere Weise, insbesondere durch eine obligatorische richterliche Vernehmung des Beschuldigten

\*) Nähere Ausführungen über diesen Punkt siehe bei D. Glodius: „Berufung im Strafverfahren. Praktische Bedenken.“ Altona 1884, lag J. Harber.



Schlüsse des Vorverfahrens oder der Voruntersuchung, besser als durch die Berufung vorzubeugen. Der Entwurf bewegt sich denn auch in dieser Richtung und hat in den §§ 191 und 202 eine entsprechende Anordnung getroffen. Die Motive führen mit Recht auf Seite 262 aus, durch diese Maßregeln sei in Verbindung mit den übrigen Schutzvorschriften den Interessen des Angeklagten Genüge geschehen, und es könne fernerhin nicht mehr behauptet werden, „daß der Angeschuldigte in der Voruntersuchung ohne ausreichenden Schutz dem ihm unbekannten Gange des Verfahrens egenüberstehe.“ Es bedürfte in der Tat des Zusammentreffens anz ungewöhnlicher und unvorhersehbarer Umstände, wenn es möglich sein sollte, daß der Beschuldigte am ausgiebigen Vorbringen es ihm zu Gebote stehenden Entlastungsmaterials behindert wäre. auf solche Möglichkeiten, die außerhalb des Rahmens einer vorläufigen Berechnung liegen, kann das Verfahren nicht aufgebaut werden.

Die Befürchtung, daß eine spätere Auffindung von Entlastungsweisen ohne die Berufung von dem Angeklagten nicht ausgenutzt werden könne, ist grundlos, weil die ausgedehnte Zulassung der Wiederaufnahme des Verfahrens den Angeklagten in genügender Weise schützt; zudem hat die Erfahrung gelehrt, in wie seltenen Fällen die Wiederaufnahme mit Erfolg zur Hand genommen ist.

\* \* \*

Es ist vorauszusehen, daß die Einführung der Berufung eine Verschlechterung der Strafrechtspflege in ihrem innersten Kerne nach sich zieht. Denn sie wird eine Schwächung des Verantwortlichkeitsgefühls bei den Richtern zur Folge haben.

In den Mitgliedern der Strafkammer ist jetzt das Bewußtsein vorhanden, daß von ihrer Entscheidung das Schicksal des Angeklagten abhängt, und dies Bewußtsein wirkt regelmäßig dahin, daß sie ihre Aufmerksamkeit und Urteilskraft so stark wie möglich anstrengen. Wenn sie künftig wissen, daß ihre Entscheidung nicht nur wie schon auf die richtige Anwendung der Gesetze, sondern auch auf die Ordnung des tatsächlichen Materials hin durch ein höheres Gericht nachgeprüft wird, muß das ein Nachlassen in der Anspannung zur Folge haben; das Gefühl der Verantwortlichkeit wird erleichtert, Verantwortung selbst, indem sie sich verteilt, verringert. Kann es ausbleiben, daß bei der Urteilsfällung in zweifelhaften Fällen Irrwege etwa folgender Art Geltung verschaffen: „Der Angeklagte ist offenbar schuldig, und wenn auch ein geringes Maß am

zwingenden Beweis fehlt, so wollen wir ihn nur erst einmal zu urteilen; sollte er sich wider alles Erwarten unschuldig fühlen, so er schon Berufung einlegen"? Gewiß wäre es pflichtwidrig, wenn der Richter in klarer Erkenntnis dieser Erwägungen urteilen würde, aber sie werden oftmals von Einfluß sein, ohne daß sie gewöhnlich die Schwelle des Bewußtseins überschreiten.

Schon der Gedanke, daß bei wichtigeren Sachen mit Sicherheit die Einlegung des Rechtsmittels zu erwarten ist, und sich der Schwerpunkt der Verhandlung in die Berufungsinstanz verlagern muß, das Interesse des ersten Richters ungünstig beeinflussen. Die Aufrollung der Sache vor der Strafkammer, welche an sich gewöhnlich das beste und klarste Bild der That zu geben, wird damit einer Art von Vorspiel degradiert, auf welches es nicht leicht ankommt.

Umgekehrt darf man nicht etwa hoffen, daß die innere Lebendigkeit der Verhandlung vor dem Berufungsgerichte eine erheblich größere wäre. Nicht nur für die Beteiligten hat die Sache nach der Verhandlung an Interesse verloren; auch in sich ist sie abgeklungen, und es ist vorauszusehen, daß sie vor den Augen der Berufungsrichter weniger lebendig erscheint, als für eine energische Strafbewehrung erwünscht wäre.

Durch die Vorschrift, daß in der zweiten Instanz die Verhandlung und Beweisaufnahme mündlich zu wiederholen und nicht mehr durch Verlesung der Protokolle ersetzt werden darf, wird freilich die Gefahr beseitigt, daß sich das Berufungsgericht wesentlich auf die Beurteilung des Vorderrichters beschränke, aber völlig läßt sich das nicht aus der Welt schaffen. Wie in den Motiven ist gesagt, das Berufungsurteil werde, obwohl es sich auf selbständiger Grundlage aufbaue, doch immer den Überprüfungen der Nachprüfung behalten. Der menschliche Geist ist vielen unberechenbaren, unkontrollierbaren Einflüssen zugänglich, es kann nicht ausbleiben, daß ein gut begründetes Erkenntnis der ersten Instanz einen Einfluß auf die Ueberzeugung des Berufungsrichters ausübt; das um so mehr, wenn sich der Berufungsrichter sagen muß, daß das Beweismaterial für dieses Urteil frühzeitig zuverlässiger gewesen sei.

\*

\*

\*

Eine natürliche Folge der zu erwartenden Beeinträchtigung der Strafrechtspflege und untrennbar mit ihr verbunden muß es

hlechterung gerade des guten Richtermaterials überhaupt sein. Das Verantwortlichkeitsgefühl wirkt auf die Persönlichkeit wie die Belastung beim Magneten; je größer diese wird, um so mehr wächst die Kraft. In gleichem Verhältnis mit der Bedeutung der Lebensaufgaben steigert sich die Arbeitsfreudigkeit. Bei nicht niedrig angelegten Naturen wird der Charakter und die Zuverlässigkeit gesteigert, wenn ihnen Vertrauen entgegengebracht wird, und so bedeutet eine Erhöhung der Anforderung in der Dualität der Leistung eine Zunahme an Fähigkeit und Tüchtigkeit. Das Gegenteil ist der Fall, wenn das Verantwortlichkeitsgefühl gemindert wird; es tritt eine Erschlaffung der sittlichen Kräfte ein, welche den Wert der Persönlichkeit empfindlich beeinflusst.

Die Nation hat das größte Interesse, gerade in ihren Richtern die Eigenschaften der Tüchtigkeit, Zuverlässigkeit, Kraft und Würde der Persönlichkeit entwickelt zu sehen, denn das Amt des Richters ordert sie in besonderer Masse. Nach den Worten zu urteilen, wird das auch heute noch allgemein anerkannt; in Wirklichkeit ist es nicht der Fall. Während in früherer Zeit die Rechtspflege das höchste Amt im Volke angesehen und von königlicher Würde gekleidet gedacht wurde, ist man neuerdings immer mehr bestrebt gewesen, das richterliche Ansehen zu mindern. Jetzt ist das Ziel erreicht, den Richter in die Masse aller akademisch gebildeten Staats- und Kommunalbeamten einzuebnen. Geht man lediglich von der Grundlage des Wissens und Könnens aus, so mag das berechtigt sein. Wer glaubt, daß der Richter seine Aufgabe erfülle, wenn er in gleichermaßen handwerksmäßig und schematisch Fall auf Fall erledige,

daß seine Leistungsfähigkeit etwa nach dem Arbeitsquantum zu messen sei, wird gegen die Gleichstellung nichts einwenden können. Er werden nicht an den Richter höhere Anforderungen gestellt? Oder, der nicht nur über Leib, Leben und Freiheit, sondern auch

die Ehre seiner Mitbürger entscheiden soll, nicht in seiner öffentlichen Stellung stärker geartete Garantien bieten, als von den Angehörigen der Berufsclassen verlangt werden? Diese Garantien beruhen auf Eigenschaften des Charakters: Unererschrockenheit der Seele, Festigkeit des Willens, Unererschütterlichkeit der Ueberzeugung, verbunden mit der Fähigkeit, schwerwiegende Entschlüsse zu fassen, gehören ebensosehr zum Rüstzeug seines Amtes als die Beherrschung juristischer Kenntnisse und logischen Denkvermögens. Gesunde Zeitepochen haben immer angestrebt, in den Gerichten diese Güter erhalten zu sehen, und zu hoffen, daß sie die Grundlage sittlichen Volkslebens sind. Die

Einführung der Berufung wird sie nicht festigen, sondern im gegengesetzten Sinne wirken.

\* \* \*

Sollte innerhalb des Umkreises der erörterten Momente Schlüssel für ein tieferes Verständnis jenes Widerwillens zu sein sein, welchen die öffentliche Meinung gegen die Abschaffung der Berufung bewahrt hat? Wäre hier eine mißtrauische Eiserjuden: die erstinstanzlichen Richter im Spiel, welchen man das Verweh: der Unanfechtbarkeit ihrer Sprüche und die damit verbunde: Steigerung ihres Persönlichkeitswertes nicht gönnt? Es sollen keine Behauptungen gewagt, sondern nur Fragen aufgeworfen werden.

Dabei mag der Hinweis auf gewisse Vorgänge in dem Entwicklungszustand förderlich sein, welchen die Bestrebungen auf Einführung der Berufung genommen haben. Die ersten Schritte in den achtziger Jahren gingen von dem Freisinn aus; bald rückte sich ihnen das Zentrum an. Munkel und Reichensperger gaben jenen Anträgen den Namen gegeben. Man sollte glauben, daß der Freisinn vor allem auf die Schaffung und Erhaltung freier, unabhängiger und kraftvoller Richterpersönlichkeiten hätte bedacht sein sollen. In seinem Programm sind die Forderungen der Unabhängigkeit auch immer betont worden. Aber so wie es sich um eine kraftvolle Ausgestaltung des Richteramtes handelte, die Sache schon anders; hier stellt sich einer folgerichtigerweise jene schon oben erwähnte, aus den Wurzeln demokratischer Auffassung erklärte Veranlagung entgegen, welche in jedem Menschen den Feind des Volkes zu sehen geneigt ist und scheute vor dem Gedanken der Macht eines in einziger Instanz erkennenden Gerichtes und wollte einer Nachprüfung seines Urtheils nicht entzogen werden.

Beim Zentrum, welches zahlreiche demokratische Elemente umschließt, mögen ähnliche Gedankengänge wirksam gewesen sein. Dem lieben seine Politiker, daß die Partei als Hort milderer Gesinnung angesehen werde. Vor allem aber dürfte noch ein natürlicher Instinkt mitgespielt haben. Wenn jene Stärkung des Verantwortlichkeitsgefühls eine Kräftigung der Persönlichkeit und eine Vergrößerung ihrer Selbstständigkeit bedeutet, so wird die Richtung auf eine Befreiung des Geistes von konventionellen Autoritätsglauben wirken. Eine solche Tendenz muß dem Selbstherrschaft in appellabler erstinstanzlicher Richterprüfung

Daß die beiden Parteien in den weitesten Volkskreisen Heeres-  
 lge gefunden haben, kann im Grunde nicht wunder nehmen. Es  
 nun einmal der Zug der Zeit: die demokratische Entwicklung be-  
 rdert die Neigung des Gleichmachens; man liebt es nicht, Per-  
 nen und Dinge über das Maß aller hinaus wachsen zu sehen.  
 ollte man der Ausbildung eines Richterstandes günstig gesinnt sein,  
 r nicht nur den Gesetzen der Gerechtigkeit gehorsam ist, sondern  
 ch seine Freiheit und Unabhängigkeit zu machtvoll selbständiger  
 genart ausreifen lassen könnte?

Vielleicht führt der Weg dieser Erwägungen auch zu der Quelle,  
 s welcher die Bereitwilligkeit der Regierungen fließt, dem Wunsche  
 Reichstages entgegenzukommen. Ihnen ist wiederholt in poli-  
 hen Konflikten der selbständige Sinn des Richterstandes unbequem  
 vesen, und das ist nicht ohne Einfluß auf ihre Stellungnahme ge-  
 ben. Durch die Justizgesetze der siebziger Jahre sind freilich  
 fassende Garantien für die Unabhängigkeit der Richter geschaffen,  
 r an verschiedenen Stellen macht sich die Neigung der Landes-  
 izverwaltungen geltend, verstärkten Einfluß zu gewinnen, z. B.  
 ch Erweiterung von Disziplinarbefugnissen und Beschränkung der  
 er den Gerichten gewährten Selbstverwaltung. Das sind An-  
 en für den Wunsch, der Machtfülle des Richters keinen allzu-  
 ten Spielraum zu gewähren.

\*

\*

\*

Die Begründung des neuen Entwurfs gibt zu, daß sich in der  
 afstammerjustiz gelegentlich Mängel bemerkbar gemacht haben,  
 sich indes über die Art dieser Mängel zu äußern. Es ist  
 tverständlich, daß bei einer so großen Anzahl von Gerichten,  
 sie in Deutschland bestehen, Dinge vorkommen, welche als Un-  
 ighlichkeiten empfunden werden. Daraus läßt sich noch nicht  
 Fehler des Systems schließen. Es kann nicht ausbleiben, daß  
 Tausenden von Richtern sich minder fähige und nachlässige  
 nen finden. Es mag auch richtig sein, daß gelegentlich bei  
 Mitgliefern von Strafkammern die Ueberzeugung, die Befetzung  
 inf Richtern bedeute bei der Verhandlung geringfügiger Delikte  
 übermäßige Vergeudung von Arbeitskraft ein Nachlassen der  
 rksamkeit ausgewirkt hat.

Sollte aber der Vorwurf in ausgedehnterer Weise begründet  
 daß die Strafkammern die berechtigten Erwartungen in ihre  
 lichkeit und Gewissenhaftigkeit nicht erfüllt hätten, so würde  
 rantwortung dafür die Landesjustizverwaltungen selbst treffen.

Die Stellen eines Vorsitzenden bei den höheren Strafgerichten bei dem Schwurgericht und der Strafkammer sind die wichtigsten Posten der ganzen Gerichtsverfassung. Von der Art, wie eine Sache leitet und instruiert, hängt das Schicksal des Prozeßes. Es bedingt die gewissenhafteste Vorbereitung, daß alle wesentlichen Momente, welche die Untersuchung sowohl zu Lasten wie zu Gunsten des Angeklagten zutage gefördert hat, zu ihrem Recht kommen in jedem Winkel der Akten muß er zu Hause sein. Die Anordnung des Verhandlungsstoffes in verwickelteren Sachen erfordert ein hohes Maß von Geschicklichkeit, und dabei muß schon hier der Blick für Objektivität walten, damit nicht ein Moment der Entlastung oder Belastung ein ungebührliches ihm nicht zukommendes Licht erhalten. Der Vorsitzende muß aus der Verhandlung geschicklich einen Kunstwerk gestalten, ohne der Eitelkeit zu verfallen, dessen bewußt zu sein. Denn er hat die Aufgabe, das vergangener Ereignisse vor den Augen der Urteilenden als ein neues neu erstehen zu lassen. Die Erfüllung dieser Aufgabe setzt voraus zeitig einen klaren Blick, einen lauterer Charakter, einen festen Willen und einen scharfen Verstand voraus. Wenn schon diese Eigenschaften für den Leiter jeder Gerichtsabteilung von Bedeutung sind, so erscheinen sie doch in der Strafjustiz von so größerer Wichtigkeit, als es sich hier um weit ernstere handelt: die Entscheidung über die Unbescholtenheit und Freiheit und Leben eines Menschen fallen unendlich schwerer, als einfache Vermögensfragen. Darum sollte man sich wünschen, daß immer gerade die besten Mitglieder des Gerichts für diese Stellen ausersehen seien. Das ist aber keineswegs der Fall. Es schwindend selten ist es in der ganzen preußischen Monarchie gekommen, daß der Landgerichtspräsident einer Strafkammer gegessen hat. Bei der Auswahl der Schwurgerichtspräsidenten mit größerer Vorsicht verfahren worden. Im übrigen aber sind in der Strafjustiz vielfach als eine Justiz zweiten Grades angeordnete Strafkammern wurden vielfach älteren und ein wenig bejahrten Direktoren überwiesen, und nicht die Tätigkeit sondern der Voratz in den Zivil- und namentlich in den Handelssachen gilt noch heute neben der Staatsanwaltschaft als das Sprungbrett für weiteres Fortkommen. Auch die in den Strafkammern werden häufig den jüngsten und noch fahrenden oder den älteren und schon etwas abgängigen entnommen. Dem entspricht auch die Einschätzung der

nd kriminalistischen Tätigkeit unter den Richtern selbst. Es ist be-  
reitslich, daß die verwickelsten Gedankengänge juristischer Beweisführung  
if dem Gebiete des bürgerlichen Rechtes für den geschulten Juristen  
nen größeren Reiz haben, aber es ist bedauerlich, daß der psycho-  
gische Einschlag der Strafrechtstätigkeit bisher nicht ein größeres  
nteressse hervorgerufen hat.

Nun ist bezeichnend, welche Maßregeln der Entwurf für er-  
rderlich gehalten hat, um dem Berufungsstenat das nötige höhere  
nsehen zu geben. Es ist bekannt, daß die den Strafkammern  
vergeordnete Instanz bei den Landgerichten selbst gebildet werden  
ll, und es war geboten, ihre Autorität auch äußerlich zu betonen.  
a hat man zu dem Mittel gegriffen, die Heranziehung der besten  
äfte des Gerichts für das Kollegium vorzuschreiben und im be-  
ideren in Aussicht genommen, daß der Präsident den Vorsitz des  
rufungsstenates führe.

Was ist nun damit gewonnen? Ein Gericht, welches in seiner  
heren Form genau mit der früheren Strafkammer übereinstimmt  
d auch in seiner Qualität in nichts von ihr abweichen würde,  
nn man schon früher die Heranziehung der besseren Kräfte für  
noten gehalten hätte. Es handelt sich also in Wahrheit bei Ein-  
rnung der Berufung gar nicht um die Schaffung eines neuen  
eren Gerichtes, sondern vielmehr um die Einschlebung einer  
eren Instanz und um die Zerreißung des Verfahrens in zwei  
leichte Wiederholungen. Wahrlich ein Ergebnis, dessen Dürftigkeit  
großen Apparat nicht rechtfertigt.

\*

\*

\*

### III.

Neben den besprochenen Aenderungen treten die weiteren Vor-  
ge der Novelle zurück. Sie geben im allgemeinen keinen Anlaß  
Widerspruch. Die Veränderungen der Zuständigkeit bewegen  
in einer erfreulichen Richtung; die Einführung der Jugend-  
stshöfe ist eine große Verbesserung, und gegen die neuen Vor-  
ten, welche das Interesse des Angeklagten noch mehr als bisher  
stellen wollen, jede für sich betrachtet, ist wenig einzumenden.  
soll nur von den letzteren die Rede sein. Von einer Kritik  
nzelnen ist abzusehen; faßt man aber, vom Standpunkte der  
igs gekennzeichneten Richterpsychologie aus, die Wirkungen ins  
, welche sie in ihrer Gesamtheit ausüben werden, so sind un-  
liche Folgeerscheinungen vorauszu sehen.

rische Jahrbücher. Bd. CXXXVI. Heft 1.

Der Wunsch, im Interesse des Beschuldigten das Verbrechen mit Garantien zu umgeben, hat schon der Strafprozeßordnung von 1877 einen Charakter gegeben, welcher gelegentlich den Eindruck erweckt, das Gesetz solle nicht so sehr dem Zweck einer energiegelben Strafjustiz dienen, als vielmehr den Verbrecher vor der Ungerechtigkeit der Gerichte schützen. Der Fülle der sachlichen Schutzbestimmungen schließt sich die Reihe der Kontrollvorschriften an, die die Gewähr bieten sollen, daß jene befolgt werden. Diese Kontrollvorschriften haben eine doppelte Funktion: einmal gewähren sie die Möglichkeit der Nachprüfung, daß nach Gesetz und Ordnung verfahren ist; andererseits dienen sie als eine Art Hemmung, welche die fortlaufende Tätigkeit des Richters eingeschoben wird, um zur Selbstprüfung und zum Nachdenken zu veranlassen. Sie wirken wie ein Damm, welcher den Fluß des Wassers stauen, seine Richtung sammeln und verhindern soll, daß es zu schnell über verhältnismäßig tiefen hinabgleitet. Die Zahl solcher Kontrollvorschriften ist groß; bei der Lektüre des Gesetzes springen sie überall in die Augen. Es sei z. B. im allgemeinen an die formale Richtervorschriften, welche der Inhalt des Protokolls für die Rechtsgültigkeit der Verhandlung hat, und, um etwas Einzelnes anzuführen, an die Vorschrift erinnert, daß bei Erlaß von Haftbefehlen wegen Fluchtgefahr in den Beschluß die Tatsachen aufgenommen werden müssen, auf welche sich der Verdacht gründet.

Die Novelle hat die Bestimmungen ähnlicher Tendenz vermehrt. Auch hier brauchen nur Beispiele gegeben zu werden. Jetzt soll auch in den wegen Fluchtverdacht erlassenen Haftbefehlen zum Ausdruck kommen, welche Tatumstände zur Annahme des Verdachts geführt haben.

§ 109 ordnet in seinem 4. Absätze an: „Im Protokoll (der Vernehmung des Beschuldigten) „ist anzugeben, inwieweit der Beschuldigte die ihn belastenden Umstände zugestanden oder bestritten hat, welche Tatsachen er zu seiner Entlastung geltend macht und welche Beweismittel er bezeichnet hat.“

Zu den neuen Kontrollvorschriften gesellen sich die Bestimmungen der Verteidigerbefugnisse, unter denen die sog. Öffentlichkeit bei der Untersuchung von besonderer Bedeutung ist.

Alle diese Bestimmungen haben einen vernünftigen Charakter. In ihrer Gesamtheit aber tragen sie den Keim von Gefahren in sich. Freilich, ihr sachlicher Inhalt ist kaum etwas Neues: was schon früher ordnen, wird jeder gewissenhafte Richter regelmäßig von selbst



ber, daß der Gesetzgeber für nötig hält, alle diese zum Teil selbstständlichen Dinge ausdrücklich zu fordern, hat etwas Befremdendes. § 231 Abs. 4 bestimmt sogar, daß Mitglieder des Gerichts in der Verhandlung einer Kundgebung ihrer Ansicht über die Schuld oder Nichtschuld des Angeklagten enthalten sollen. Man könnte noch hinzufügen können, daß sie aufpassen müssen und nicht schlafen dürfen.

Die neuen Vorschriften machen das Verfahren erheblich weitläufiger. Jede Verlängerung der Protokolle wird der zitierte § 109 zur Last haben, da nunmehr jedes Belastungsmoment in positiver oder negativer Weise erwähnt werden muß. Man könnte füglich dem Richter überlassen und ihm zutrauen, daß er dem Protokoll eine Fassung gibt, welche eine erschöpfende Behandlung der Sache erkennen läßt. Auch die Parteioffenlichkeit bei der Untersuchung wird den größten Weiterungen namentlich dann Anlaß geben, wenn Verteidiger dem Verfahren Hindernisse in den Weg zu legen trachtet. Jeder Richter kennt aus den Zeugenvernehmungen in Zivilprozessen die Neigung der Anwälte, auch dann, wenn der Beweis durch den Richter erschöpfend erledigt ist, Fragen zu stellen, nur nicht untätig zu erscheinen.

Wäre es verwunderlich, wenn alles das zusammen den Richter überhandnehmen machte? Schon die Tendenz des Mißtrauens, welche das Verfahren beherrscht, würde das erklärlich machen. Die sog. Garantien, welche den Angeklagten schützen sollen, bedeuten ebensoviel Fesseln, welche den Richter auf dem Wege zu seinem Ziel, den Schuldigen zur Strafe zuzuführen, beengen. Gewiß bedarf es solcher Garantien, es bedarf auch der Kontrollvorschriften, daß sie eingehalten werden. Eine zu große Häufung verfehlt aber ihren Zweck. Wenn es erlaubt ist, auf das oben gebrauchte Bild zurückzukommen, dient nicht als Damm, welcher das Wasser staut und seine Kräfte bremst, sondern wirkt gleich Steinen, welche in das Flußbett geworfen werden und den Lauf beunruhigen. Nicht im Interesse der Öffentlichkeit oder um ihrer Bequemlichkeit willen muß auf diese Bedenken Rücksicht genommen werden; die Qualität der Arbeitsleistung steht in Frage. Wohl mag man sagen, daß es dem allen gegenüber die Pflicht des Richters und namentlich des Strafrichters ist, seine vornehme Haltung und Gelassenheit zu bewahren, aber auch die Richter sind Menschen mit ihren Schwächen und Nerven, und gerade das Gesetz dem Mißtrauen ist an der Arbeit, die vornehme Gesinnung des Richters zu bewahren.

Schwerwiegender noch ist die Gefahr, daß die Strafrecht immer mehr auf den Weg des Formalismus gedrängt wird. Ist dieser Gefahr mehr als andere Rechtsgebiete ausgesetzt. Der Strafsjurist weiß, welch unverhältnismäßiges Gewicht bei Abwägung der schriftlichen Gründe auf die formale Feststellung der Tatbestandsmerkmale gelegt wird und nach Sachlage gelegt werden muß, daß das Urteil irrevisibel sein soll. Es gilt als eine Ehrenpflicht der Referenten, daß er es hieb- und schußsicher gegen formale Anfechtungsmöglichkeiten mache. Durch dieses Bestreben bildet sich nicht ein klarer juristischer Verstand, als vielmehr eine routinisierte, werksmäßige Geschicklichkeit, und das bedeutet ein Uebermaß äußerlicher Dinge über den Kern der Sache. Ein Beispiel dazu erläutern: In einer Beratung fragte ich den Referenten, ob es nicht bedenklich sei, eine Tatsache, welche er seiner Beurteilungsgrundlage legte, als erwiesen anzusehen. Er erwiderte, „ich bin einfach fest“. Er war ein gewissenhafter Richter und unzweifelhaft von der Richtigkeit dessen, was er feststellen wollte, überzeugt. Es ist bezeichnend, daß er das Schwergewicht des Zweifels in den Bereich der sachlichen Erwägung heraus in das formale verlegte.

Je größer die Zahl von Vorschriften des hier behandelten Charakters wird, um so mehr wächst die Gefahr der Formalität und damit der Veräußerlichung der Strafsjustiz. Wenn der Richter sich durch ein Gestrüpp hemmender Bestimmungen auf seinem Wege behindert sieht, muß er seine Aufmerksamkeit allzusehr auf die äußere Beobachtung richten und wird dadurch von der Sache abgelenkt, so daß dem sich die Gesetzgebung in dieser Richtung weiter entwickeln wird, bis sie zu einem unerwünschten Ziele. Sie nimmt der Strafsjustiz Pulsschlag eines gesunden, kräftigen Lebens und macht den Richter zu verknöcherten Juristen.

\*

\*

\*

## IV.

Nach aller Kritik ist die Frage berechtigt, was für Maßnahmen der Verfasser zur Regelung des Strafverfahrens zu machen hat. In den Hauptzügen ergibt sich die Antwort schon aus den vorhergegangenen Darlegungen. In erster Linie scheint mir, daß eine Neuordnung des Verfahrens als eine Reform in der Person des Richterstandes nottut; die äußere Stellung des Richters muß gehoben, ihre innere Qualität verbessert werden.

Damit jenes geschehen könne, ist nach Mitteln zu suchen, welche eine erhebliche Verminderung der Richterzahl ermöglichen. Mit den Kompetenzverschiebungen, welche die sog. lex Hagemann begonnen hat und der Entwurf weiterführt, ist bereits ein Anfang gemacht; auf dem Wege muß mit Entschiedenheit fortgeschritten werden.

Zunächst sind aus dem eigentlichen Strafverfahren alle Sachen polizeilichen Charakters grundsätzlich auszuschneiden. Mit Recht lehnt das Volksempfinden eine Vermischung ab. Es läßt sich rechtfertigen, daß wegen jeder Polizeiübertretung und vielleicht wegen jeder Uebertretung überhaupt in erster Linie der Erlass einer polizeilichen Strafverurteilung vorgeschrieben würde, gegen welche Widerspruch zulässig wäre. Ueber den Widerspruch hätte ein Polizeirichter zu entscheiden, an Stelle von einem erfahrenen älteren Richter zu besetzen wäre.

Verwerfung des Widerspruchs müßte, damit die frivole Einlegung von Widersprüchen vermieden würde, ohne weiteres die Verurteilung niedriger Geldstrafen und die Erhöhung größerer um die Hälfte oder ein Viertel zur gesetzlichen Folge haben. Berufung gegen die Entscheidung des Polizeirichters dürfte nur zulässig sein, wenn auf eine höhere Strafe als 150 Mark an Geld oder eine längere Haft erkannt wäre.

Von den eigentlichen Straffachen müßten den Strafkammern solche strafbaren Handlungen vorbehalten bleiben, welche sich als schwere Verletzungen des Rechtsfriedens darstellen oder vom Volk als ernsthafte Verfehlungen gegen das Sittengesetz empfunden und darum als ehrlos angesehen werden.

Dem mit dem Amtsrichter und zwei Schöffen zu besetzenden Schöffengericht wären dann etwa unter dem Namen von Zuchtsachen alle anderen Vergehungen und daneben die geringeren Verbrechen der an sich der Strafkammerzuständigkeit unterliegenden Diebstahls-, Unterschlagungs- und Betrugsdelikte zu überweisen.

Während die Entscheidung der mit drei Juristen und zwei Schöffen zu besetzenden Strafkammern ebenso wie die der Schwurgerichte der Berufung entzogen bleiben müßten, wäre das Rechtsmittel gegen die Urteile der Schöffengerichte und die schwereren Verurteilungen des Polizeirichters zuzulassen. Die scheinbare Unrechtfertigkeit, die sich durch die Erwägung, daß die Strafverurteilung vor den Schöffengerichten, soll anders die Strafverurteilung die gewünschte Wirkung haben, eine schnelle und summarische sein und daher nicht eine so sorgfältige Vorbereitung der Hauptverhandlung wie in den Strafkammerfällen ermöglichen. Die Be-

rufungsinstanz wäre ebenso wie die Strafkammer mit drei und zwei Schöffen zu besetzen, nur müßte Vorsorge getroffen werden, daß eine strenge Scheidung zwischen erstinstanzlichen Sach- und Berufungsverhandlungen aufrechterhalten bliebe.

Bei diesem Aufbau der Strafgerichtsverfassung wird die Zahl der Richter beträchtlich vermindern lassen. Das gibt die Möglichkeit, einerseits ihr Gehalt zu verbessern, andererseits ihre Arbeitskraft zu erleichtern. Beides wird dazu beitragen, ihr Ansehen zu erhöhen. Aber nicht das allein: sie können die werdende Zeit benutzen, ihren Blick zu erweitern, indem sie nicht nur im praktischen Leben umtun, sondern auch mehr und mehr mit den geistigen Strömungen der neueren Kultur in Berührung kommen. Das bedeutet schon für sich allein eine erhebliche Steigerung des Höhenstandes ihrer Bildung. Es würde hinzu kommen, daß infolge der Beschränkung der Rechtsmittel das Selbstbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl gehoben und damit die seelische Leistung gestärkt wird.

Die Landesjustizverwaltungen könnten bei der Auswahl der Richterpersonals peinlicher und sorgfältiger verfahren und nur solche Personen anstellen, von denen sie überzeugt sein dürfen, daß sie für den Richter vornehmlich erforderlichen Tugenden besitzend sind. Es wäre auch darauf hinzuwirken, daß auf die Ausbildung dieser Tugenden schon während des Studiums und in der Vorbereitungszeit Gewicht gelegt würde. Vor allem aber müßte sich die Ausbildung der Richter darauf anlegen lassen, die Ueberzeugung zu bekommen, daß die Strafrechtspflege Belohnung nicht zu erwarten habe. Speziell auf dem Gebiete der Strafrechtspflege müßte der Wichtigkeit der stehenden Interessen dadurch Rechnung getragen werden, daß die tüchtigsten Juristen zur strafrichterlichen Tätigkeit herangezogen würden. Bei Ausnutzung aller dieser Möglichkeiten müßte dem Stamm des Richterstandes wieder jene Blüte entnommen werden, welcher im Grunde alles abhängt: das feine richterliche Bewußtsein. Es ist ein Besitz von höchstem Werte, und wenn es verloren geht, ist es ein Schaden und unerfreuliche Erscheinungen, über welche man klagen Veranlassung hat, wie ein Rauch verschwinden.

# Ein sozialpolitischer Schwanengesang.

Von

Professor Dr. Hugo Preuß.

---

Lord Avebury, international bekannt, ja berühmt als Sir John Lubbock, ist ein Mann von vielen Graden, eine Erscheinung, wie sie dieser Art unter den modernen Völkern wohl nur das englische hervorbringt. Der sachfromme Deutsche zumal blickt staunend auf ungeheure Vielseitigkeit der Lebensbetätigung dieses Baronets und Lords, Ritters des Ordens pour le mérite und Kommandeurs der Ehrenlegion, der seit seinem vierzehnten Jahre Bankier war und es sein Leben lang geblieben ist, daneben aber nicht nur als Parlamentsmitglied und Präsident des Londoner Grafschaftsrats,

Kurator des britischen Museums und Präsident der Londoner Handelskammer wie in zahllosen anderen Ehrenämtern wirkte, sondern auch eine literarisch wissenschaftliche Tätigkeit entfaltete, die jedes quantitativ den Reiz auch des fruchtbarsten deutschen Professors ausfordern kann. Ganz unprofessoral aber ist die verblüffende Vielseitigkeit der Gegenstände seiner literarischen Arbeiten, die sich von der Prähistorie, auf Insekten- und Pflanzenkunde, auf Philosophie und populäre Lebensweisheit, auf Nationalökonomie und auf alles andere erstrecken. Alles in allem unzweifelhaft eine berühmte und imposante Persönlichkeit. Am Abend seines reiches hatte der edle Lord noch ein kleines Buch über „Staat und Wirtschaft als Betriebsunternehmen“ veröffentlicht, worin er die neuere ökonomische Entwicklung auf diesem Gebiete, deren bei uns bekannteste Erscheinungsform der sogenannte Munizipalsozialismus ist, einer aus abfälligen Kritik unterzieht. Die Grundanschauung, auf die diese Kritik stützt, entspricht in Reinkultur dem, was man bei uns als radikales Manchesterium bezeichnet oder — wie man wohl sagen darf — ehemals bezeichnet hat. Man wird an prinzipi-

piellen Gesichtspunkten vergebens irgend etwas suchen, was nicht schon bei John Stuart Mill und Herbert Spencer hätte gefunden, bei ihnen freilich viel weniger einseitig und in weit größerem Rahmen. Also auch abgesehen von seinem prinzipiellen Standpunkt ist es eines von jenen Büchern, die nicht durch ihre eigene Bescheidenheit den Ruhm ihres Autors mehren, deren Bedeutung vielmehr darauf beruht, daß sie von einem berühmten Manne geschrieben sind.

Darin liegt nun an sich nichts besonders Bemerkenswertes. Auch diesseits des Kanals kommt es vor, daß ein mit Recht berühmter Mann, namentlich in höherem Alter, eine minder belletrische Leistung produziert. Man wird sich in solchem Falle gar schonender Pietät mit ihr abfinden. Dieses Buch ist jedoch neuerdings ins Deutsche übertragen (Berlin, Carl Heymanns Verlag) und von Professor Richard Ehrenberg mit einem Geleitwort versehen, in dem es heißt: „Wenn ein solcher Mann auf Grund solchen Materials das Wort ergreift, um die Bilanz des nationalen Staats- und Munizipalsozialismus zu ziehen, so haben wir Deutschen ganz besondere Veranlassung, dasjenige, was er reiflich in Erwägung zu ziehen. Denn bei uns ist der Sozialismus noch weit stärker, und die Gefahren, welche er namentlich für die Willenskraft mit sich bringt, sind weit ernstere als in England. Das Büchlein Lord Avebury soll also auf uns als ein Vorbild für die praktische Politik, und in Sonderheit wohl für die Kommunalpolitik wirken; darauf deutet auch die Tatsache hin, daß jedes Mitglied des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung in Berlin mit einem Exemplar beschenkt worden ist. Da erfordert denn allerdings nicht bloß die Pflicht der Dankbarkeit eine freundliche Gabe, das hier Vorgetragene in gründlichere Erwägung zu ziehen, als es sonst wohl nötig gewesen wäre; und ganz besonders unter dem Gesichtspunkt seiner Nutzenanwendung auf unsere gegenwärtigen Verhältnisse.“

Seltzam! Seit einer langen Reihe von Jahren wird bei uns die sogenannte Manchesterschule und Vulgärökonomie als ein überwundener Standpunkt behandelt; die Ausländer — nicht einmal Engländern etwa noch die Franzosen Say und Bastiat — man allenfalls, natürlich ablehnend, zitieren; aber wer wagt es, in der wissenschaftlichen Literatur sich noch auf Prince Smith, oder gar Alexander Meyer zu berufen? Gewiß liegt in dieser herrschenden Meinung über die sogenannte Vulgärökonomie ein Teil ungerechter Unterschätzung; man verkennt über der

Das leichten Klarheit den Wert des aus ihren Darlegungen  
 schenken gefunden Menschenverstandes für die Beurteilung der  
 allen Entwicklungsmöglichkeiten. Wenn ich daher auch überzeugt  
 , daß diese Richtung in gewisser Weise wieder zu Ehren kommen  
 d, so doch wohl jedenfalls nicht in einer Gestalt, die die ganze  
 wischen geleistete Geistesarbeit schlankweg ignoriert. Das aber  
 nde tut das Buch Aveburys. Seine Bekämpfung staatlicher und  
 unmunaler Betriebsunternehmungen enthält in ihren prinzipiellen  
 ichtspunkten nichts, aber auch gar nichts, was nicht die deutschen  
 gärokonomen, in Sonderheit Jaucher und Alexander Meyer  
 aus besser, weil viel weniger einseitig und doktrinär, schon ge-  
 haben. Ein solches Buch könnte heute in Deutschland kaum  
 r geschrieben werden, würde jedenfalls als „made in Germany“

nicht ernst genommen werden. Indem es nun als englische  
 ortware zu uns kommt, soll es offenbar von der nur allzu be-  
 igten Autorität profitieren, die das englische Muster in Fragen  
 öffentlichen Lebens genießt. Dabei wird aber wiederum bei uns  
 Bedeutung völlig verkannt, die gerade im Rahmen des praktischen  
 tlichen Lebens in England einer solchen Schrift tatsächlich eigen  
 Eine Menge von Zahlen und Berechnungen soll den Beweis  
 ngen, daß der staatliche und kommunale Betrieb nicht nur  
 ipiell falsch, sondern auch praktisch verfehlt und finanziell un-  
 dig sei. Ueber die Richtigkeit dieser Zahlen und Berechnungs-

herrscht nun aber in England selbst unter den Mächtigbeteiligten  
 lebhafteste Kontroverse; uns hier fehlt jede Möglichkeit, nachzu-  
 a und zu entscheiden, wer in diesen Einzelheiten recht hat.  
 Erkenntnis aber, daß alle diese Zahlenzusammenstellungen, auch  
 sie richtig wären, für die Prinzipienfrage selbst wenig oder  
 beweisen, setzt eine Vertrautheit mit dem ganzen Milieu  
 z, die jedenfalls dem deutschen Leser regelmäßig fehlt. Dem  
 und soll wohl auch das Ganze als ein exakter Beweis für  
 doktrinen imponieren.

imponieren soll und muß ja schon von vornherein der voran-  
 z Lebensabriß, der alle Ehren und Würden, alle Taten und  
 Lord Aveburys mit gewissenhaftester Gründlichkeit aufzählt.  
 eben nicht jedermanns Sache nach dem Beispiel des wackeren  
 n Thomasius zu verfahren, da er sich vom Banne der  
 tif befreite: „Ich tat deshalb die Augen meines Gemütes  
 nit sie der Glanz menschlichen Ansehens nicht verblenden  
 und gedachte nicht mehr, wer oder wie ein großer vornehmer

Mann es sei, der dieses oder jenes geschrieben, sondern überhaupt nur die Beweisstümer auf beiden Seiten." Wie irreführend auch an sich richtige Tatsachen des Lebensabrisses auf einen ohne nähere Kenntnis der Verhältnisse wirken können, dafür ein Beispiel. Da heißt es: „Bei Einrichtung der Grafschaft bewarb er sich, auf eine von den Führern aller Parteienzeichnete Aufforderung hin, um Vertretung der City und erhielt den zehntausend abgegebenen Stimmen 8900, die größte Anzahl, die im ganzen Lande überhaupt ein Kandidat erhalten konnte. Aus dieser Mitteilung gewinnt der kontinentale Leser den Eindruck, daß der damalige Sir John in ganz besonderer Weise dem Vertrauensmann des kommunalen Bürgertums der gewaltigen Macht gewesen, und daß daher seine Anschauungen über die kommunalen Bestrebungen und Ziele als Exponent der Ansichten dieses Bürgertums von ganz besonderer Bedeutsamkeit sein müssen. Den Ruf der City von London umstrahlt noch der Ruhm, den sich die Bürgerschaft einst in den Jahrhunderte langen Kämpfen um englische Freiheit ehrlich erworben hatte; und nach außen hin repräsentiert ja noch heute die City-Korporation mit ihrem Vordringen Glanz, Macht und Reichtum englischer Bürgerschaft. Als wirklich lebendige Ortsgemeinde mit den einer solchen eigenem Bedürfnissen und Interessen ist die entvölkerte City längst nicht; vielmehr eine wesentlich personelle Korporation mit einer Vermögensverwaltung und zahlreichen Privilegien aus der Zeit, da sie noch eine Gemeinde war. Die kommunalen Bedürfnisse der Metropolis sind nicht die der City-Korporation: zur Befriedigung dieser Bedürfnisse vom Grafschaftsrat beschlossene Ausgaben muß sie aus ihrem Riesenvermögen wenigstens teilweise tragen. Daß daher der erwählte Vertrauensmann der City, weil er dies war, ein Gegner der municipalsozialistischen Politik der früheren Mehrheit im Londoner Grafschaftsrat sein mußte, ist gefähr so selbstverständlich, wie die Tatsache, daß der Vertreter eines agrarischen Landtagswahlkreises aus Ostelbien kein Anhänger Reichstagswahlrechts zu sein pflegt.

Als eine Streitschrift in den Parteikämpfen zwischen den Progressisten und ihren Gegnern um die Mehrheit im Londoner Grafschaftsrat ist das Büchlein Lord Avebury's entstanden und auf diesem Untergrunde ist es richtig zu verstehen. Zu diesem Verständnis ist es nötig, die uns ziemlich fremde Eigenart des englischen Parteikampfes, des politischen wie des kommunalen, zu berücksichtigen.



berade weil der Engländer auf abstrakte Theorien nicht entfernt einen Wert legt wie wir, nimmt er es nicht allzu genau mit etwas extremen theoretischen Behauptungen in der Parteidiskussion. So zählt z. B. Aveburn, wie Lord Bemyß an das Parlamentsmitglied Burns in der Diskussion die Frage richtete, „ob es seine Ansicht ist, daß alles Privateigentum, das er Produktionsmittel nennt, in den Händen des Staates oder der städtischen Verwaltung sein sollte. Burns erwiderte: ja!“. Heute, kurze Zeit später ist dieser scheinbar zielbewußte Sozialdemokrat Präsident des Local Government Board, also eine Art Minister des Innern in England, und daß dieses höchstkapitalistische Land der Erde deshalb dem kommunistischen Zukunftsstaat wesentlich näher gekommen wäre. Natürlich lassen sich nun von der anderen Seite die Gegner in der Parteidiskussion solche willkommenen Blößen nicht entgehen, richten vielmehr ihre Pfeile mit Vorliebe auf diese Stellen. So nehmen wir in diesem Buche die uns nachgerade bis zum Ueberdruß bekannten Argumente gegen das, alle individuelle Freiheit ertötende, große Zwangsarbeitshaus des kommunistischen Zukunftsstaates einen neuen Raum ein, Argumente, deren Richtigkeit doch nicht darüber hinwegtäuschen sollte, daß damit für die zur Erörterung stehende Frage des Betriebes von Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerken und Eisenbahnen durch Gemeinden oder Aktiengesellschaften wirklich nichts bewiesen wird. Wie verhalten sich nun aber trotz solcher Diskussionen die englischen Parteien nach errungenem Siege? Man denke an die gewaltigen politischen Parteidämpfe und Debatten über Fragen des Wahlrechts, der Kornzölle, der Erbschaftsteuer und so es andere. Obgleich Sieg und Niederlage zwischen den Parteien diesem Jahrhundert mannigfach gewechselt haben, kennt die innere Politik Englands in diesem ganzen Zeitraum tatsächlich keine Reaktion.

Siegreiche Partei denkt regelmäßig gar nicht daran, die Institutionen ihrer bekämpften und überwundenen Vorgängerin zugänglich zu machen; meist setzt sie sogar die Entwicklung in der alten Richtung fort, nur etwa in verlangsamtem Tempo und erregter Form. Das Gleiche gilt von den kommunalen Parteien. Als die Grafschaftswahlen von 1907 die bisherige proletarische Mehrheit des Londoner Grafschaftsrats gestürzt hatten, wurde mir ein Führer dieser Mehrheit und Mitglied der Fabian Society: Es ist gut so; der Steuerzahler muß sich auch mal verunsichern; unser Tempo will er auf die Dauer nicht aushalten; die siegreichen Gegner werden nichts wesentliches zerstören von

dem, was wir geschaffen haben; aber sie werden eine Erholungspause eintreten lassen, nach deren Ablauf wir wieder an der Arbeit sind. Das sind feste Traditionen des politischen Lebens in England, in die man sich von unseren ach, so ganz anders gearteten Verhältnissen aus nicht leicht hineindenken kann; in die man sich jedoch hineindenken muß, um nicht eine Streitschrift wie die vorliegende völlig schief zu beurteilen.

Zwischen Staat und Stadt als Betriebsunternehmer macht Auebury keinen Unterschied. Wie er den kommunalen Betrieb: Straßenbahnen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken bekämpft, verwirft er nicht minder die Verstaatlichung von Telegraph und Telephon, die er für unheilvoll erklärt; und er zweifelt nicht daran, „daß die staatliche Verwaltung der Eisenbahnen ein großes Unglück für den Kontinent gewesen ist“. Seine Betrachtungen über Preussens und Staatsbahnsystem sind teilweise recht interessant. Freilich öffnet er den Abschnitt über die deutschen Eisenbahnen mit lapidaren Sage: „Im Jahre 1878 überredete Bismarck den Reichstag zum Ankauf der preussischen Eisenbahnen“!! (S. 120.) Wenn das Reichseisenbahnprojekt, das der edle Lord also für wirklicht hält, nicht vielmehr völlig gescheitert wäre, läge das finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten heute vermutlich ganz anders aus. Ueber solche Entgleisungen braucht auch bei einem gelehrten Engländer nicht besonders zu erinnern; so wenig man von einem alten Römer eine liebevolle Vertretung mit den persönlichen Verhältnissen der *dei minorum gentium* erwarten durfte, so wenig von dem modernen Inselrömer eine innere Kenntnis der kontinentalen Staatszustände. Ein größerer Verdienst trifft den Uebersetzer, der in einer Anmerkung auf Seite 115 erklärt, einzelne Angaben über deutsches Eisenbahnwesen als nicht mehr zutreffend fortgelassen zu haben; „aber die wichtigsten übrigen und damit der entscheidenden Tatsachen wird sich nicht streiten lassen“. Na, nach dieser Stichprobe ist einige Kritik immerhin gerechtfertigt. Im übrigen will ich die Berechtigung mancher kritischen Vorwürfe gegen das preussische Staatsbahnsystem und seine Tarifpolitik bei Leibe nicht bestreiten. Wenn der Leser insbesondere die einseitige Begünstigung agrarischer Interessen vorgehalten wird, so schließe ich mich dem durchaus an. Ich denke darüber anders; und jedenfalls kann man füglich erwarten, daß ein Land, dessen ganzes öffentliches Leben von agrarischen Interessen maßgebend beeinflusst wird, gerade den

ihnweisen davon immun halten könnte. In dieser Hinsicht dürfte sich kein sehr wesentlicher Unterschied zwischen Privat- und Staatsbahnsystem auf die Dauer zu konstatieren sein; das in einem Lande vorherrschende Interesse wird schließlich direkt oder indirekt auch die Mittel zur Beeinflussung von Privatgesellschaften finden. Dafür ist es keinen besseren Beweis als die amerikanischen Eisenbahnverhältnisse, die Abebury selbstamerweise dem Staatsbahnsystem als Ideal der Vortrefflichkeit gegenüberstellt. Die von ihm mit Beifall erwähnte Kontrastierung der „Elastizität Amerikas gegenüber der starren Starrheit Deutschlands“ trifft meines Erachtens für nur zu viele Beziehungen des öffentlichen und privaten Lebens zu; vielleicht gibt es kaum ein anderes Gebiet, auf dem der Vergleich mit so großer Wahrscheinlichkeit zuungunsten Amerikas ausfallen dürfte, als gerade das des Eisenbahnwesens. Wie England trotz seiner tief eingewurzelten und in gewissem Maße sehr unbedingten Abneigung gegen Verstaatlichung doch Telegraph und Telephon verstaatlicht hat, so spricht alle Vermutung dafür, daß sich auch sein Eisenbahnwesen eher in dieser Richtung entwickeln wird, als nach den gegenwärtigen amerikanischen Zuständen hin, die man sich dort mit heißem Bemühen zu überwinden sucht.

III. Das schließt nicht aus, daß die Betrachtungen über staatspolitische Eisenbahn- und Kolonialpolitik von Interesse sind: daß Abebury recht hat, wenn er die große Parade der Lokalschmerzen der parlamentarischen Beratung des Eisenbahnnetzes recht unerschrocken findet; daß die Abhängigkeit immer mehr anwachsender Massen- und Arbeiterheere vom Staate ebenso wie die Vereinigung von Funktionen des interessierten Unternehmers mit der öffentlichen Verwaltung, die finanziell nicht interessiert sein sollte, in der Hand der Staatsbehörde unzweifelhaft große Nachteile des Staatsbahnsystems mit sich bringt.

Aber in allen diesen Fragen wird man nur zum Ziele kommen, wenn man nicht das absolut Gute, das es eben nicht gibt, sondern das kleinere Übel sucht. Und des weiteren ist es die Aufgabe, durch die Entwicklung sichernder Institutionen auch das größere Übel als solches noch nach Möglichkeit zu verkleinern.

Da im übrigen für uns die Frage der Eisenbahnverstaatlichung nicht mehr zu den aktuellen Problemen gehört, so kann der Herausgeber der deutschen Uebersetzung die Autorität Lord Abeburys gegen die Kommunalisierung von Straßenbahnen u. dgl. ins Feld führen wollen. Hier aber verringern sich gerade oder werden sogar größtenteils die Bedenken, die sich mit Recht gegen

den staatlichen Eisenbahnbetrieb erheben lassen. Insonderheit ist der Mangel an kontrollierender Aufsicht über die kommunale Straßenbahnverwaltung eine — jedenfalls in Preußen — nicht in Betracht zu ziehende Gefahr; vielmehr hat uns eine überaus schmerzliche Erfahrung gelehrt, daß den Gemeinden, wenn sie nicht Eigentümer ihrer Straßenbahnen sind, der für die ganze kommunale Entwicklung unentbehrliche Einfluß auf das Verkehrswesen fehlt. Aber Abebury lebhaft für die Verpachtung kommunaler Bahnen, Wasserwerke, Gaswerke usw. eintritt, so ist das eine sekundäre Frage, die mit dem Prinzip der Munizipalisierung noch nicht notwendig im negativen Sinne entschieden ist. Ob die Gemeinde die ihr gehörigen Betriebe zweckmäßiger in eigener Regie oder durch Verpachtung betreibt, wird ganz von der konkreten Lage des einzelnen Falles, von der bestehenden Gesetzgebung und den wirtschaftlichen Verhältnissen abhängen; je nachdem diese Umstände die Möglichkeit geben, die Verträge so zu gestalten, daß sie der Gemeinde den im öffentlichen Interesse notwendigen entscheidenden Einfluß und Anteil sichern. Das allein ist der Zweck der Munizipalisierung: Regie oder Verpachtung sind lediglich nach den Umständen wechselnde Mittel zu diesem Zwecke.

Daß freilich Abebury den Kern der Frage verkennt, das ergibt sich aus einer ganzen Reihe seiner Argumentationen, die in dem folgenden würdigen Satz gipfeln: „Monopole sind schlimm, aber Regierungen und Stadtverwaltungsmonopole sind es noch ganz besonders, weil sie am schwierigsten zu regulieren, zu kontrollieren oder zu beseitigen sind“ (S. 53). Immer wieder fällt er in die Vorurteile zurück, daß es sich darum handle, ob willkürlich künstliche Monopole für die öffentliche Verwaltung zu schaffen seien oder nicht. Aber er kann seine energische Abneigung gegen alle künstlichen Monopole mit seiner lebhaften Begeisterung für die stählende und schöpferische Wirkung der freien Konkurrenz von ganzem Herzen teilen, wie ich es auch und doch für die hier vorliegenden Probleme zu einem dem hier gerade entgegengesetzten Standpunkt kommen. Denn in allen mit diesen Punkten handelt es sich hier keineswegs um willkürliche Monopolisierungen, über deren Schaffung oder Vermeidung man nach Belieben nach Ermessen und bester Einsicht verfügen könnte; vielmehr um Erscheinungen, die aus der wachsenden Verdichtung und Intensivierung des modernen Gemeinlebens entstanden sind, und denen die Entwicklung einen in diesem Sinne natürlichen, unvermeidlichen Monopolcharakter aufprägt. Die Frage ist also nicht, ob diese Monopole

tieren sollen oder nicht, sondern ob sie in der Hand privater werbgesellschaften oder in der der Gemeinwesen sein sollen, mit der Entwicklung und wichtigsten Lebensfunktionen sie untrennbar verknüpft sind. Die seltsame Behauptung Abburys, daß die Eisenbahnen kein Monopol mehr hätten, „da wir Konkurrenzlinien und Straßenbahnen haben, die nicht nur Passagiere, sondern auch Güter fördern“ (S. 95), wird am einfachsten durch den Hinweis auf das von ihm so bewunderte amerikanische Eisenbahnwesen mit seinen Eisentrusts widerlegt. In kleinerem Maßstabe bietet sich überall

Straßenbahnen, Wasser-, Gas-, Elektrizitätswerken das gleiche an. Man hat oft genug versucht, hier — nicht künstliche Monopole, sondern — künstliche Konkurrenz zu schaffen; diese Versuche sind regelmäßig an der immanent monopolistischen Natur dieser Betriebe gescheitert, die zur Syndizierung, Kartellierung und Fusion der heimlich gezüchteten Konkurrenten führen mußte.

Eine ganz besondere Beweiskraft für seine Anschauungen verleiht sich Abbury von der ausführlichen Darstellung der ungesunden Wirkungen des englischen Elektrizitätsgesetzes von 1882, das der Munizipalisierung günstig war; darauf führt er die langjährige Rückständigkeit der englischen Elektrizitätsindustrie gegenüber kontinentalen und amerikanischen zurück. Leider schweigt er sich nicht über den Grund völlig aus, der das wahrlich nicht sozialistische Parlament von 1882 zu den von ihm perhorreszierten Bestimmungen des Aktes veranlaßt, man möchte sagen, gezwungen hat. Natürlich, denn dieser Grund würde seine ganze Argumentation über den Tisch werfen. Es war nämlich der schlanke Weg unerträgliche Zuzüge, den die scheinbar freie Konkurrenz, das wirkliche Privatmonopol der Gasgesellschaften für die meisten englischen Gemeinden geschaffen hatte. Jedem Leser dieses Buches empfehle ich dringend Gegenstück die Lektüre des 8. Kapitels: „Gasversorgung“ in Jugos (Lindemanns): „Städteverwaltung und Munizipalsozialismus in England“; wie denn überhaupt diese ganze Schrift als Warnung gegen eine etwaige Infizierung deutscher Leser durch die englische Lordschafft gute Dienste leisten kann.

Nicht also Monopol oder freie Konkurrenz, sondern *privates* öffentliches Monopol — that is the question. Da kann man den bekannten berechtigten Kern in der sehr scharfen Kritik heraus erkennen, die hier an den schwachen Seiten jeder öffentlichen Verwaltung geübt wird: die Gefahr der Patronage und Korruption, des einflußreichen Dilettantismus, des Ueberwiegens der

Beamten in der Wählerschaft und vieles andere. Gewiß gerade uns in Deutschland ganz besonders Not, die Mahnung beherzigen: „Häufig wird vergessen, daß Regierungsbeamte in Verwaltungssachen auch nur Menschen sind und sich in ihrer Art von anderen Individuen unterscheiden, während die fähigsten und besten Köpfe unter den Staatsdienern durch notwendige bürokratische Normen ganz gewiß bei der Ausführung neuer Ideen mehr gehindert werden als die in Privatunternehmungen stellten“. O wie wahr, jedenfalls im ersten Teil. Was jetzt die Schlusssätze betrifft, so ist doch zu bedenken, daß es sich hier nie um wirkliche Einzelunternehmungen handelt, sondern regelmäßig um Aktiengesellschaften, und zwar meist recht große und immer anwachsende. Je größer aber eine private Erwerbsgesellschaft, desto bürokratischer wird auch sie. Damit verliert überhaupt vieles von dem, was zugunsten der eigentlichen Privatunternehmung angeführt werden kann, wie der Sporn zur Anstrengung und Fleißigkeit, der im privaten Risiko gegenüber dem öffentlichen die Bedeutung der eigenen Tätigkeit des Unternehmers u. dgl. m. Die Beweisraft für die vorliegende Frage. Das Wichtigste bleibt, daß die Seele und innerste Existenzberechtigung aller Unternehmung: die freie Konkurrenz, die *ἀνάγκη, ἐπίς* hier in der immanente Natur der Dinge ausgeschlossen ist. Deshalb all ihrer Schattenseiten die öffentliche Verwaltung gegenüber dem Privatmonopol das kleinere Übel; deshalb drängt eben die immanente Natur der Dinge die Entwicklung mit der wachsenden Dichtung und Intensität des sozialen Gemeinlebens zur Ausgestaltung sozialer Gemeinwirtschaft; *volentem ducunt, nolentem trahunt*. Kein lehrreicherer Beispiel für die Macht dieser Entwicklungsprozesse kann es geben als gerade England. Jene wunderbare — und so fremde — Mischung von trotzig individualistischem Freiheitsbewußtsein und instinktivem Verständnis für die politischen und sozialen Anforderungen des nationalen Gemeinlebens, die die englische Seele charakterisiert, macht seine Entwicklung zu einem ununterbrochenen Quell politischer und sozialer Erkenntnis. Mit seinem Widerwillen gegen alle staatlichen und kommunalen Eingriffe Abolition ganz gewiß auf einen sympathischen Widerhall in der Seele jedes Engländer, dem nichts so zuwider ist wie „*Great Britain government*“. Und doch hat jener Instinkt für politische und soziale Notwendigkeiten auf diesem scheinbar so ungünstigen Boden eine mächtige und vielfach siegreiche Bewegung des Munizipalis-

eugt; hat in Wechselwirkung damit eine friedliche aber radikale demokratisierung der ganzen aristokratischen Munizipalverfassung durchgeführt; eine umfangreiche und einschneidende Sozialgesetzgebung geschaffen; Telegraphie und Telephonie verstaatlicht, was Adebury bekämpft; das Schulwesen endlich in das Bereich der öffentlichen Tätigkeit gezogen, was Adebury schon nicht mehr recht klar bekämpfen magt, obgleich das von ihm so beweglich beklagte Wachstum der öffentlichen Ausgaben zu recht erheblichem Teile auf seine Ursache zurückgeht.

Die unüberwindliche Abneigung gegen bureaukratische Allgewalt und Bevormundung verleiht diesen Ausführungen ohne Zweifel ihre stärkste Kraft; sie ist Adebury mit John Stuart Mill, Herbert Spencer, mit allen englischsten Engländern gemein. Motto könnte über dem Buche die (S. 16/17) zitierte Stelle Mill stehen, von der „Gefahr, daß die direkte Macht und der direkte Einfluß der Regierung unnötigerweise zunehmen und die Gelegenheiten zu Kollisionen zwischen ihren Angestellten und gewöhnlichen Bürgern sich vervielfältigen; und der noch größere Schaden, daß alle Geschicklichkeit und Erfahrung in der Behandlung der Interessen und die ganze in der bürgerlichen Gesellschaft vorhandene Kraft organisierter Tätigkeit sich in einer herrschenden bureaukratie konzentrieren, ein Zustand, welcher die Bürger in ein Verhältnis zu der Regierung bringt, wie es zwischen Kindern und ihren Vätern besteht; er ist die Hauptursache jener geringen Befähigung das politische Leben, durch die sich die zu sehr regierten Länder des Moments, sei es nun in den Formen repräsentativer Verfassung ohne diese, bisher charakterisiert haben“. Immer wieder und mannigfachen Variationen bricht die Sorge vor dem Aufkommen „gigantischen Bureaukratie“ durch, vor dem „Wiederaufleben Despotismus“, wie es Spencer ausdrückt; denn „eine disziplinierte Armee von Zivilbeamten gibt ihrem Oberhaupte ebenso wie eine Armee von Offizieren außerordentlich große Macht, eine Macht, die zu Usurpation geführt hat“.

Diesen leidenschaftlichen Widerwillen gegen bureaukratische Bevormundung, gegen die Allgewalt einer regierenden Schreiberkaste mit den Engländern einer der besten aller Deutschen, der erst vom Stein; recht eigentlich aus diesem Gedankenkreise hervorging, ward das bedeutendste Werk unserer Gesetzgebung, die Reichsverordnung geschaffen. Freilich sagt die Steinsche Städteordnung nichts vom „Munizipalsozialismus“; und von mancher seiner zehnjährigen Jahrbücher. Bd. CXXXVI. Heft 1.

Forderungen wäre vor hundert Jahren der alte Freiheit gewiß nicht erbaut gewesen. Aber indem die Städte-Ordnung Entscheidung über ihre eigenen Angelegenheiten in die Hände der Bürgerschaften selbst legte, gab sie den Kommunen die Anpassungsfähigkeit an die neuen Aufgaben einer neuen Zeit. Wie die Gemeinden von der Bevormundung der absolutistischen Bureaucratie befreien wollte, von der Beherrschung durch die alte Patrimonialität der Räte und Zünfte wirklich befreite, so gab sie ihnen die Möglichkeit, sich auch von der modernen Patrimonialität der Beherrschung ihrer eigenen Gebiete durch das Privatkapital zu befreien. Städte-Ordnung ist in diesem Sinne ebenso die Voraussetzung eines deutschen Munizipalsozialismus, wie es die Demokratie des local government für die Entfaltung des englischen gemeint ist. Welcher von beiden heute quantitativ stärker entwickelt ist, läßt sich mit Zuverlässigkeit kaum entscheiden. Die Tendenz zur Munizipalisierung von Straßenbahnen, Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerken ist beiden gemeinsam; aber während der Plan zur Errichtung einer städtischen Sparkasse in Devonport von Avebury (England) ein ungeheuer kühnes Novum behandelt wird, haben sich die englischen Gemeinden vielfach energischer als die deutschen im heißesten Gebiet der Boden- und Wohnungspolitik gewagt. Der ungeheure Gegensatz der inneren politischen Struktur beider Länder bringt es mit sich, daß der englische Munizipalsozialismus sich nur die Macht des Privatkapitals allein zum Gegner wählt, während wir es noch mehr mit der Bevormundungssucht der städtischen Verwaltung zu tun haben, oft auch beide Gegner in der Hand finden, wie in der Straßenbahnfrage und anderen ähnlichen berliner Sorgen. Jedenfalls muten uns die Klagen Aveburys den mächtigen Einfluß des Verbandes städtischer Körperschaften auf das englische Parlament an wie die Kunde aus einer anderen Welt, in Preußen kommt so etwas nicht vor. In England fürchtet man die Möglichkeit einer bürokratischen Entwicklung infolge des Munizipalsozialismus; bei uns haben wir seit unvordenklicher Zeit Bureaucratie auch ohne Munizipalsozialismus. Und man hat Avebury und seine Gesinnungsgenossen vor die Frage gestellt, die ihm gar nicht in den Sinn kommt, die uns aber so allzu nahe liegt, ob nämlich Staats- oder Munizipalverwaltung kleinere Uebel sei? — So zweifle ich nicht einen Augenblick, daß sie gerade aus ihrer englischen Abneigung gegen Bureaucratie heraus mit Vehemenz für den Munizipalsozialismus optieren.



Abeburnys abfälliges Urteil über die praktischen Erfolge oder mehr angeblichen Mißerfolge der englischen Gemeinden bei ihren triebsumternehmungen könnte uns vielleicht zu der Annahme einer Verlegenheit unserer deutschen kommunalen Organisation über die lische verleiten. Bei uns überwiegt das kommunale Zweikammersystem; und jedenfalls stehen an den leitenden und vielen wichtigen Stellen der kommunalen Verwaltung Berufsbeamte; hat sich doch von dem staatlichen ein ihm nahe verwandtes kommunales Berufsmutentum entwickelt. Die englische Organisation beruht dagegen durchaus auf dem Prinzip des government by committees; die Entscheidungsmacht liegt in allen Dingen allein bei der gewählten Vertretung der Bürgerschaft und deren Ausschüssen; alle Berufsämter sind lediglich ihnen untergeordnete Techniker; wie denn der lischen Gestaltung die Vorstellung des Verwaltungsbeamten als rigkeit durchaus fremd ist; er ist und bleibt ihr der Clerik. Ich anne, daß ich von der Ueberlegenheit der deutschen Organisationsn keineswegs überzeugt bin, vielmehr die englische für das höhere Entwicklungsstadium halte. Freilich lassen sich solche Dinge nicht nachahmen und übertragen; das beweist gerade unsere Entwicklung, die sich von den Absichten Steins, dem viel mehr das lische Muster vorschwebte, sehr erheblich entfernt hat. Die Frage t sich auch nicht nach dem Sage beantworten: an ihren Früchten t ihr sie erkennen. Bei der überaus großen Mannigfaltigkeit Verhältnisse von Ort zu Ort, und bei der Verschiedenheit der ionalen Gewohnheiten und Ansprüche scheint es mir kaum möglich, erläßig zu entscheiden, ob die englischen oder die deutschen Gemeinden, und insonderheit ihre Betriebe besser verwaltet werden. ß Lord Abeburnys Zahlen bestritten sind und sich auf ihre Richtigkeit nicht nachprüfen lassen, wurde schon erwähnt. Doch selbst n sie richtig wären, würden sie keinen Rückschluß auf die Verttheit der Organisation gestatten. Das Prinzip des government committees liegt ja der ganzen parlamentarischen Staatsorganisation Englands zugrunde; und man kann nicht behaupten, dies Land damit schlechte Geschäfte gemacht habe.

Abeburnys Darstellung sucht das Problem auf die Antithese zu legen: absolute Freiheit des Privatmonopols oder absoluter ialismus. Das mag für ein Pamphlet im Parteikampf eine , wirkungsvolle Taktik sein; aber die unbefangene Erfassung der lichen Aufgaben des modernen Gemeinlebens wird dadurch nicht rderbt; es ist der Standpunkt des intransigenten Marxismus,

nur mit umgekehrtem Vorzeichen. So zahlreich und so einflussreich die Anhänger solcher Anschauungen hüten und drücken auch so erlahmt doch ihre Macht an der übermächtigen Logik der Tatsachen, die gerade an den Brennpunkten der Verdichtung des modernen Gemeinlebens, in den Stadtgemeinden, die Formen für dieses Gemeinleben notwendige Durchbringung von Kapitalismus und Kommunismus, von Sozialismus und individueller Bewegungsfreiheit erzeugt. Dieser nicht willkürlichen, sondern organischen Entwicklung gegenüber haben für England wie für Deutschland Klageslieder des Lord Avebury trotz des Beifalls, den sie an bestimmten Stellen finden werden, doch nur die Bedeutung eines sozialpolitischen Schwanengesanges.

---

# Ein Vergleich zwischen Stadterweiterung und Landbesiedlung.

Bon

. med. G. W. Schiele, Stadtverordneter in Naumburg a. S.

---

## 1. Die städtischen Wohnungsreformer.

Es gibt eine städtische und eine ländliche Wohnungsfrage. Die ländliche ist von beiden die wichtigere. Auf dem Lande gilt es neue Wohnungsgelegenheiten zu schaffen; denn bisher hat es daran in den Gegenden gefehlt, und das deutsche Volk ist nur in den Städten gewachsen. Die Schwierigkeit liegt darin, daß die Wohnmöglichkeit gerade dort geschaffen werde, wo es auch Existenzmöglichkeit gibt, welche Aufgabe in den Städten bisher durch die städtische Unternehmung gelöst worden ist. An dem Versuch, das gleiche auf dem Lande zu leisten, wird das ganze Interesse der nächsten Jahrzehnte hängen.

Demgegenüber ist die Besserung des städtischen Wohnens von größerer Bedeutung. Ja man könnte einwenden, daß, je bessere Wohnungsgelegenheiten die Städte bieten, um so weniger die Wohnpolitik des Landes Erfolg haben kann. Aber es wäre unrecht, einer Wohnungsnot in den Städten darum nichts hören zu lassen und sich den Klagen der städtischen Wohnungsreformer zu verschließen. Wenn ein großes Volk seine Zukunft baut, so baut es an vielen Stellen zugleich und beschäftigt viele Kräfte. Wenn der eine Maurer scheel auf das Werk des andern sieht und den Kalk in die Augen werfen möchte, so geschieht doch, daß der Bau an allerlei Stellen vorwärts kommt. Also es soll anerkannt werden, daß es in Deutschland auch eine städtische Wohnungsfrage gibt; auch kann man aus der städtischen Wohnungspolitik, welche ältere Erfahrungen hat, viel wichtiges für die ländliche

liche lernen. Darum wollen wir beide miteinander verglei-  
Denn aus dem Vergleich lernt der menschliche Geist.

Karl von Mangoldt hat ein Buch herausgegeben über die städtische Bodenfrage", Göttingen 1907, das nunmehr wohl als Programm seiner Freunde, der Wohnungsreformer, angeleben muß. Und siehe da, das Interessanteste daran ist, daß der Wohnungsreformer und Bodenreformer Mangoldt die städtischen Terrainspekulanten von schweren Vorwürfen freispricht. Sie sind nicht das böse Prinzip in der wirtschaftlichen Welt. Er sagt: „Nur Unrecht kann man die Terraingroßunternehmer vor allem als die eigentliche Triebkraft des ganzen Stadterweiterungs bezeichnet.“ „Daß die Terrainspekulation im ganzen großen normale Gewinne abwirft, ist kaum anzunehmen. Immerhin man dann vielleicht noch einwenden, daß wenigstens in der gesagt, ja allerdings zahlreichen Einzelfällen, wo solche über Gewinne tatsächlich gemacht werden, von dem endlichen Verkaufspreis eben doch ein gutes Stück auf diese Gewinne zurückgelassen sich ja nun an sich nicht bestreiten, aber man muß das doch ins richtige Licht stellen. Zunächst ist es keineswegs in solchen Fällen notwendig, daß der endliche Baustellenpreis seinem absoluten Betrage wesentlich über den gewöhnlichen durchschnittlichen erhebt. Denn der Extragewinn des Terrainspekulators kann ja nicht nur durch besonders hohe absolute Verkaufspreise gemacht werden, sondern auch durch besonders billige Einkaufspreise gegenüber den Vorbesitzern, durch Ersparnis an laufenden Zinsen u. dgl. Weiter aber, wenn wir uns die Stadterweiterung einmal ausgeschaltet denken, so ist es nicht zweifelhaft, ob wir dann in unsern Fällen hier billigere Erträge bekommen würden — vorausgesetzt natürlich, daß man den Boden unserer üblichen privatrechtlichen Stadterweiterung. Endlich und vor allem aber — und damit schließen wir die vorhin dargelegte Gedankenreihe an -- bedeuten ja die Fälle hoher Extragewinne offenbar keine Erhöhung des allgemeinen Niveaus der Gewinne der Terrainunternehmung über den üblichen Unternehmergewinn hinaus, sondern nur das Gegenstück und den Ersatz für zahlreiche andre Fälle, wo die Endpreise Verluste für die Terrainunternehmer bringen.“ Er sagt nachdem er dargelegt hat, daß unser heutiges Stadterweiterungssystem ein privates Geschäft sei und zum Schaden des öffentlichen Nutzens den Boden verteuere, daß unter diesen Verhältnissen

odenspekulation unvermeidlich, ja zum guten Teil durchaus notwendig und unentbehrlich sei. „Eine Bürgerkrone also den verachtlichen Männern, den Terrainunternehmern, Terraingesellschaften dgl., die das auf sich nehmen.“

Trotzdem redet er immer noch von der „Erpressungstendenz des aufstellenpreises“. Er behauptet, daß der städtische Baustellenpreis „durch verkehrte Rechtsgrundlage und eine falsche Verwaltung, in Grund und Boden verkehrtes Stadterweiterungssystem, künstlich in die Höhe getriebenes, innerlich unberechtigtes Gebilde sei“. Er redet von einem „gefräßigen Miteßer, der von allem, was wir zwingen, seinen reichlichen Tribut haben will und oft die besten Früchte wegschnappt“. Er redet von „falschen Taschen, in welche dem Volke zugedachten Erleichterungen geleitet werden“. „Schweiß, Mühe und Entbehrung eines ganzen Volkes verwandeln sich in verdienten Ertrag für solche, die da ernten, ohne zu säen“, „ein geradezu ungeheuerliches Anwachsen des Bodenkaufwertes“, „ein erhörtes Aufquellen des Reichtums zugunsten weniger und zulasten der Mehrzahl“. Er meint: „es ist ein Ring vorhanden, der sich wie eine umschlingende Schlange um die Brust unsrer Städte legt und sie mit heimlicher Gewalt einschnürt. Alter und Jugend seufzen unter ihm, er hat die Vergangenheit belastet, er ist im Begriff, die Zukunft zu verderben.“ „Unsere Bodenzustände streuen eine Pandora'sche übelriechender Gaben über uns aus.“ Er meint sogar, daß auch die Erpressungstendenz die allgemeinen Warenpreise verteuert. Wenn man hört, was alles nach seiner Anschauung die Folge der Erpressungstendenz sein soll, so möchte man mit ihm aussetzen: O heiliges und uneingeschränktes Privateigentum am städtischen Boden, was hast du alles auf dem Gewissen, nämlich wenn Man-  
 ches recht hat.

Nach Mangoldts Meinung sind die wahren Unheilstifter die wenigen Urbesitzer, denen ihr Land fast für ein Sündengeld abgekauft werden muß“. Er sagt: „Wir behaupten, daß die Besitzer zunächst anschließenden schmalen Randes sich in einer monopolistischen Stellung gegenüber der Nachfrage befinden oder doch wenigstens in einer Stellung, wo sie nur einer sehr beschränkten Konkurrenz ausgesetzt sind.“ Er meint aber, daß alles hieraus resultierende Elend nicht unausweislich sei, sondern „einfach eine Folge der verkehrten Verwaltungs- und Wirtschaftseinrichtung auf dem Gebiet der Stadterweiterung“ und, daß „die öffentliche Stadterweiterung die Baustellen außerordentlich viel billiger zu liefern

vermöchte, als es auf der Grundlage der jetzt üblichen Stadterweiterung, ja auch erheblich billiger, als es auf der einer reformirten privaten Stadterweiterung möglich wäre“. Er fordert daher weiter gehendes, schnelleres und einfacheres Enteignungsrecht für die Gemeinden und eine Stadterweiterungstaxe, welche die umliegenden Grundstücke nur zu ihrem Nutzungswert und nicht zu ihrem Spekulationswert einschätzt und der Gemeinde für alle Zeit zur Verfügung stellt, damit die Stadt im Falle der Enteignung spekulativ gesteigerte Werte schon vorfindet.

Diesen Anschauungen und Ansprüchen gegenüber müssen Grundeigentümer die Waffen aufnehmen, denn es spricht nicht ihnen das reine Wissen der Wirklichkeit, sondern sie sind neugierig, falsch, getrübt von politischem Aberglauben und Gespenstern. Es muß Fehde sein, bis die wirkliche Wahrheit geboren ist und ihrem Taufbecken die Gegner sich die Hand reichen können.

Ich wage mich an dieser Auseinandersetzung zu beteiligen, ich als Arzt eine Art freiwilliger Wohnungskommissar bin. Beruf führt mich in die Wohnung aller Stände. Täglich 10 P. macht 3000 im Jahr und 30 000 in zehn Jahren. Außerdem ich als Stadtverordneter das Geschäft der Stadterweiterung Jahre mitgemacht und halte mich als „Pfleger der Ungeheuer“, wie Mangoldt sagt, für den ganzen Frevel der jetzigen Stadterweiterung, die „fürchterliche Mißhandlung der Volksgesundheit, Schönheit, der Gerechtigkeit, des sittlichen Gewissens und des Wohles, welche unsre gegenwärtigen städtischen Bodenzunahmen bedeuten“, für mit verantwortlich.

## 2. Der Gebrauchswert des Wohnens.

An dem Meilenstein, wo sich die Wege scheiden, erhebt sich die Frage: Entstehen die Bodenwerte aus Monopolrente oder Differentialrente? Sind sie durch unzumutbare veränderbare Bedingungen und Gesetze geschaffen, oder sind sie natürliche Preise?

Zunächst, was heißt Differentialwert? Angenommen Wohnen ist, was es sein soll, nämlich eine Ware, deren Preis nach Angebot und Nachfrage richtet, so kann der Preis immer liegen zwischen dem Gebrauchswert, den das Wohnen für den Käufer hat und dem Herstellungswert, den es für den Verkäufer hat. Kann nie über den ersteren steigen oder unter den letzteren sinken, sonst kommt in der Regel kein Kauf und also auch keine Produktion zustande.

Die landwirtschaftliche Rente entsteht aus der Differenz der Fruchtbarkeit, welche zwei Acker nach demselben Quantum Arbeit ige. Differentialrente aus Vorteil der Lage und ähnliches kann if dieselbe Formel umgedeutet werden. Der eine Acker bringt zwei ad, der andere vier Sack auf die gleiche Arbeit. Also eine in ahlen meßbare Verschiedenheit des Ertrages. Daher der Name ifferentialrente.

Wie diese Acker, so sind auch die Wohnplätze einer Stadt ver-  
chieden. Jeder Platz hat für die Arbeit seine verschiedene Frucht-  
rkeit, seinen besonderen Gebrauchswert. Zum mindesten veranlassen  
: einen verschiedenen Zeitaufwand in Wegen, aber andere Ver-  
chiedenheiten sind noch bedeutender. In einer Großstadt lebt eine  
zellschaft von Menschen, in der jeder einzelne Wirtschaftler seinen  
terhalt aus dem Verkehr aller herausarbeitet, oder allgemeiner  
agt, herauswirtschaftet. Das Wohnen ist ein Teil dieses Wirt-  
aftens, nicht nur für jeden Geschäftsmann, sondern für jedermann,  
jede einfache Existenz. Jeder Wohnplatz erhält seinen ange-  
ffenen Gebrauchswert, der für den einzelnen Verbraucher subjektiv  
r kann, der aber im Verkehr aller einen objektiven Wert erhält.  
r Gebrauchswert „Wohnen“ ist vertauschbar, wie ein Sack Kar-  
ieln gegen den andern vertauschbar ist. Jeder Mieter, der ein-  
l gewählt hat, weiß das. Weil jeder Wohn- und Arbeitsplatz  
r bestimmtes Maß Vorteile und Nachteile hat, und weil der  
tschaftliche Wert des Wohnens an diesen Plätzen im Erfolg ab-  
zhar ist, so wird er mit den andern vertauschbar gemacht, dadurch,  
eine Zulage, ein Gewicht bestimmter Größe, die Grundlast oder  
ndrente jedem besseren zugelegt wird, bis er gleich wiegt dem  
en. Die Grundlast bringt die Plätze auf den gleichen wirtschafts-  
n Wert.

Zeit ist Geld. Besonders in großen Städten wohnen die  
ischen auf der Peripherie der Stadt nicht billiger als in manchen  
nungen im Zentrum. Sie zahlen nur weniger Miete, aber  
u genommen muß man Zeit- und Geldverlust hinzurechnen, um  
Gesamtaufwand für Wohnen zu finden. In einer sehr inter-  
ten Broschüre von Caesar Strauß (Die praktische Lösung der  
nungsfrage mit Hilfe des Erwerbskapitals, 1905, Frankfurt a. M.)  
berichtet, daß, als in Frankfurt a. M. eine Aktiengesellschaft  
Kleinwohnungsbauten Bauland für 500 Familien suchte, sie ein  
r gelegenes, aber sehr viel billigeres Grundstück ablehnen mußte  
nsten eines sehr viel teureren, zentral gelegenen. Die 500

Familien in den Häusern der Gesellschaft hätten auf dem fern gelegenen Block gerade soviel für Beförderung zu zahlen gehabt, wie die jährliche Gesamtverzinsung des andern Grundstücks überbieten beanspruchte. Dieser fern gelegene Boden hätte also umsonst gekauft werden müssen, um mit dem nahe gelegenen zu konkurrieren. Hieraus geht hervor, daß aus dem Zeitverlust schon recht erhebliche Differentialwerte entstehen können. Um des Zeitgewinnes zu tragen jene anderen Wohnungen in der Stadt Differentialrenten zu zahlen.

Und zwar kann dieses jedem Platz zukommende ausgleichende Gewicht nicht durch irgend welche diktatorische bürokratische Schätzung gefunden werden, sondern muß sozusagen auf parlamentarischem Wege, durch die Abstimmung vieler auf dem freien Markt gefunden werden. So sind die Wohn- und Arbeitsplätze wertbare Werte geworden.

Jede Stadt ist ein großer Wirtschaftsmarkt, der sein Zentrum hat und seine Peripherie. Im Zentrum, wo der Verkehr dichtesten ist, wo der Mensch mit der größten Zahl anderer Menschen täglich in Berührung treten kann, da ist die Fruchtbarkeit jeder Beschäftigung, die auf Austausch beruht, am größten. Von dort fällt der Wert der Plätze nach der Peripherie zu.

Für viele Menschen sind Wohnstätte und Arbeitsstätte eins, und dieses kompliziert das Bild, welches der Gebrauchswert uns darbietet. Dagegen für den Gewerbetreibenden und Kaufmann ist Wohn- und Arbeitsplatz meist derselbe, und das ursprüngliche und einfachere Verhältnis. Für diesen Stätte des Wohnens und Arbeitens von größter, entscheidender Bedeutung für das Gelingen und den Erfolg seiner Lebensarbeit. Ein Vorstadtladen oder ein Laden in der Hauptstraße ist für denselben Fleischermeister sehr zweierlei. Darum erreicht der Platz als Arbeitsplatz für die Gewerbetreibenden — und diese sind eigentlich das wirtschaftende Volk — einen viel höheren Gebrauchswert, Gebrauchswert als für die anderen Stände. Die hohen Bodenwerte der bevorzugten Lage entstehen aus dem hohen Gebrauchswert, den das Wohnen an diesen Stellen für den Handelsgewerbe hat. Die Ladenmieten sind diese hohen Werte schaffen — oder vielmehr nicht schaffen, sondern die Miete, sondern das Geschäft schafft diesen Wert. Die Miete macht ihn nur sichtbar. Auch in den allerbesten Lagen sind nur diejenigen Häuser besonders stark im Werte, welche die besten haben oder demnächst haben werden. Dagegen Häuser.



Bohnungshäuser sein können, fallen im Wert, selbst wenn sie mitten im Zentrum einer volkreichen, aufblühenden Stadt liegen. Sie fallen, weil sie unmodern geworden sind, und würden noch tiefer im Werte fallen, wenn sie nicht eben den Vorzug der Lage in den Geschäftsgegenden hätten.

Die verdienstvollen Forschungen von Freudenberg über Karlsruhe und Mannheim haben ein bis ins einzelne klares Bild der Wirklichkeit uns vor Augen geführt. In den Geschäftsstraßen Mannheims werden die besten Plätze belastet mit dem enormen Gewicht eines Grundwertes von 2000 Mark für den Quadratmeter, während auf der äußersten Grenze des städtischen Weichbildes, wo man ans Bauen noch nicht denkt, der Boden noch den landwirtschaftlichen Grundwert von 50 Pfg. für den Quadratmeter hat. Freudenberg gibt eine interessante Tabelle über die Verwertbarkeit des städtischen Bodens in Mannheim je nach seinen Preisen.

Verwertbarkeit des Bodens in der Preislage  
für den Quadratmeter bis:

- |        |             |   |
|--------|-------------|---|
| a) Mk. | 2,—         | Landwirtschaft und Gärtnerei,               |
| b) „   | 2—10,—      | Spekulationsgelände,                        |
| c) „   | 10—50,—     | Spekulationsgelände, auch überbauter Boden, |
| d) „   | 50—120,—    | Baustellen und überbauter Boden,            |
| e) „   | 120—300,—   | überbauter Boden,                           |
| f) „   | 300—1000,—  | Boden, für Wohnungen zu teuer,              |
| g) „   | über 1000,— | allerbevorzugteste Lagen.                   |

Aber die Differenzen sind nicht geometrisch konstruierbar. Dicht an den hochwertigen Plätzen der Geschäftsstraßen, nur um die Ecke, in den Nebenstraßen liegen Grundstücke, deren Wohnwert und Grundwert von jenem in ungeheurem Abstand steht und seit Jahrzehnten auf derselben Höhe stehen geblieben, ja sogar gefallen ist.

Von Wien wird berichtet:

„Auf Grund der vielfachen von uns angestellten Vergleichen sind wir zu dem Ergebnis gelangt, daß die Zinsen nur in jenen Gebieten gestiegen sind, welche sich in Straßen mit stark aufsteigender Steigung befinden, wo also sowohl der Wohnungszins wie der für Geschäftslokale infolge der bedeutenden Besserung der Lage eine Steigerung erfahren hat, daß dagegen in guten, konsolidierten Lagen der Zins nur dadurch auf der gleichen Höhe erhalten hat, daß auszufall bei dem Erträgnis der Wohnungen durch die Erhöhung

des für Geschäftslokale erzielten Zinses aufgewogen wurde, und endlich in weniger günstigen Lagen, in welchen auf einen Zins für Geschäftslokale nicht zu rechnen ist, der Zins mit dem Alter des Gebäudes gesunken ist."

Es folgen Beispiele von anfangs der 1870er Jahre erbauten Häusern, deren Erträgnisse bis 1899 stark gesunken sind. Freudenberg sagt: „Daß die Entwicklung in Mannheim denselben Weg geht, für sind genügend Anzeigen vorhanden“, und ich glaube, jeder, der eine Groß- oder Mittelstadt genau kennt, wird aus eigener Erfahrung Beispiele anführen können, daß der Grundwert in den Gegenden im Zentrum in den letzten Jahrzehnten gefallen ist.

### 3. Der Produktionswert der Baustelle.

Aus dem Vergleich der Vorteile folgt der Gebrauchswert einzelnen Platzes, aber nur als Relativzahl. Der jeweils mit dem Preis entsteht auch noch wie bei jeder Ware aus dem Herstellwert, dem Reproduktionswert des Wohnens. Allerdings jeder einzelne Platz ist nur einmal da und kann nicht reproduziert werden. Aber wir haben ja eben gehört, daß die Wohnplätze vertauschbare Ware sind, daß der einzelne Platz nach Ausgleich seiner Grundlast durch die Grundlast jedem andern gleichgesetzt werden kann. Wohnen als allgemeiner Gebrauchswert ist reproduzierbar; darum kann man wohl von einem Herstellungspreis des Gebrauchswertes „Wohnen“ sprechen.

Um anschaulich zu sein, weisen wir auf die Grenze der Stadt hin, wo beständig neue Häuser, neue Baustellen für neue Menschen stehen, die mit den alten Wohnungen um die vorhandene Wohnmenge werben. Auch diese Wohnplätze, die erst fertiggestellt werden, gleichen einander nicht. Sie unterscheiden sich schon jetzt in ihrem Gebrauchswert durch den Vorteil der Lage, sind schon differenzierbar, tragen also zum Teil schon Differentialrente; aber unter ihnen doch diejenigen, die keine Rente tragen, weil sie den Gebrauchswert „Wohnen“ nur bieten, die also den Herstellungspreis des Gebrauchswertes, nennen wir es kurz den Nullwert des Wohnplatzes.

\*) Fr. C. Freudenberg, Das Verhältnis von Verschuldung und Wert der Stadt Mannheim. Karlsruhe 1906.

\*\*) Fr. C. Freudenberg, Grundrente und Grundkredit in Karlsruhe 1907.

Wo haben wir ihn zu suchen? Zunächst liegt es nahe, als Wert anzusehen den landwirtschaftlichen Gebrauchswert des Landes, den wir, um anschaulich zu sein, auf 50 Pfg. den Quadratmeter oder 1000 Mark den Morgen veranschlagen. Aber Rohland und Baustelle sind sehr zweierlei. Es ist das Verdienst Mangoldts, eingehend gezeigt zu haben, wie kostspielig unter den jetzigen Verhältnissen, nur unter den jetzigen Verhältnissen nach seiner Anwendung, es ist, aus Rohland eine fertige Baustelle zu machen.

deutschen Städte verbieten das wilde Bauen, geben die Baukosten erst, wenn die Baustelle mit Straßenland, Straßenster, Kanal, Wasserleitung, also mit allen städtischen Komforts Wohnens versehen ist. Sie treiben ihre Konsumenten zumeist, um mit allem ihrem hygienischen und anderen Aufwand und sparsam zu wirtschaften, und täten sie das nicht, so wüßten in allen Verwaltungszweigen ihre Unkosten enorm und ihre Einnahmen noch schneller wachsen. Nun legen sie fast alle diese Aufwendungen für Stadterweiterung dem Bauhand als Anliegerbeiträge. Dadurch steigern sie die Kostenpreise des in Baustellen verwandelten Rohlandes.

In unserer Stadt kosten die Anliegerbeiträge, welche erhoben werden für Abtretung des Straßenlandes, Pflasterung, Entwässerung, Beleuchtung der Straße, 60 bis 90 Mark. Mangoldt berichtet an anderer Stelle, daß 1 km neuer Straße von 20 m Breite mit bestem Pflaster unter günstigen Verhältnissen ohne Grunderwerb 1000 Mark kostet, also 100 Mark auf den laufenden Meter rechnet. Auf eine Baustelle von 20 m Tiefe macht das einen Aufschlag von 3 bis 5 Mark auf den Quadratmeter. In großen Städten macht es gewiß noch mehr. Schon die Abtretung von Straßenland muß den ursprünglichen Preis um 50 % erhöhen, wenn die Bautiefe 20 m und die Straßenbreite ebenfalls 20 m ist.

Auch ist der ursprüngliche Wert, mit dem das Land in die Rechnung eintritt, oft nicht mehr der landwirtschaftliche, welcher in der weiteren Umgebung großer Städte regelmäßig den Wert ausmacht etwa 50 Pfg. ausmacht. Für Handelsgärtner oder Zimmerleute und manche Gewerbetreibende hat oft ein kleines Stück in der Nähe der Stadt größeren Gebrauchswert als ein viermal so großes Stück in weiterer Entfernung. In unserer Stadt bleiben an den bebauten Stellen die Handelsgärtnereien am längsten, weil es für einen Handelsgärtner einen Umbau seiner ganzen Anlage und doppelte Jahresarbeit bedeutet, wenn er sein Land

verlegen muß. Auch hat solches Land als Kartoffel- und Gärtenland und Erholungsstätte für kleine Leute einen höheren Gebrauchswert, als dem rein landwirtschaftlichen Wert entspricht. Wenn derartiges Land mit 2 bis 3 bis 4 Mark bewertet wird, so ist das nicht Spekulationswert, vorausgenommener Zukunftswert, sondern kann wirklicher Gebrauchswert sein.

Aber das ist erst ein Teil von den Produktionskosten der Baustelle. Unter den heutigen Verhältnissen ist das Herrichten der Baustellen das Werk der privaten Terrainunternehmung. Sie kauft den zersplitterten Besitz erst zu brauchbarem Bauland zusammen, wobei sie die letzten und nötigsten Stücke am höchsten zahlen muß. Sie trägt jahrelange Zinsverluste, denn die städtischen Behörden sich zur Fluchtlinienfestsetzung entschließen geht oft lange Zeit. Da Kapital, zu 5% gerechnet, in 22 Jahren verdreifacht, so muß der Kostenwert der Baustelle langes Liegen erheblich steigen. Mangoldt führt darüber folgendes Beispiel aus der Praxis an. Er sagt:

„ . . . In dankenswerter Weise ist uns von Männern in Prag eine Schätzung der mittleren Selbstkosten eines Grundstückshändlers zur Verfügung gestellt worden, aus der wir nach Eliminierung eines Verfehls das Folgende entnehmen:

	Pro Lach
Das Land wird gekauft zu . . . . .	6
Ein Drittel desselben ist für die Straßen bestimmt und unentgeltlich abzutreten. Der Ersthebungswert des Restes ist daher um 50 % höher anzusetzen, d. h. auf . . .	9
Das Land liegt dann 10 Jahre zinslos, die Selbstkosten betragen also am Schluß etwa . .	13,5
Die Straßen werden angelegt; durch die entstehenden Ausgaben steigen die Auslagen etwa um 4,5, d. h. auf . . . . .	18
Das Land liegt wieder im Mittel 5 Jahre zinslos, und es betragen die Selbstkosten alsdann . . . . .	22

Aber auch das ist noch nicht alles: Verluste und Zinsen müssen sich nicht nur ausgleichen, sondern das Kapital muß hinaus noch einen Gewinn erwarten können, der dem Gewinn anderer Geschäftszweige gleichkommt, sonst würde es anders

arten, bis der Preis, den die Nachfrage bietet, steigt. Dazu kommen noch als kleinere Unkosten die Gerichtskosten der Diszussion und der Hypothekenbewegung. Das sind die Produktionskosten der Baustelle.

Mangoldt gibt Baustellenpreise aus allerlei Städten Deutschlands. Von Charlottenburg berichtet er, daß im Jahre 1901 in dem Bezirke nördlich der Spree und dem Stadtteil Westend der Wert des Quadratmeters unbebauten Bodens auf weniger als 10 Mark geschätzt wurde; von Breslau, daß im Jahre 1891—95 gelassene unbebaute Parzellen, 2 km entfernt vom Rathause, im Durchschnitt 5 Mark pro Quadratmeter gekostet haben und ähnlich. Aber es ist nicht immer klar, ob diese Notizen fertige Baustellen treffen oder solche, die noch mitten im Produktionsprozeß stehen.

Dagegen finden wir in den beiden schönen Arbeiten Freudenreichs über Karlsruhe und Mannheim genaueste Auskunft. Er gibt nur Baustellenpreise, von denen man ja bis zur Bebauung weiß, ob sie nicht noch steigen werden, sondern er berechnet nach Fertigstellung und im Verkauf des Hauses endlich erzielten Stellenpreis. Von Karlsruhe berichtet er, daß die Preise für 10 Baustellen 35 Mark auf den Quadratmeter betragen und dieser Preis seit 30 Jahren nicht wesentlich gestiegen ist, wohl vorübergehend auf 26 Mark gefallen ist.

In Mannheim dagegen, einer Stadt, die durch den Rhein und der Stadt vollständig eingeeignet liegt, beträgt der Baustellenpreis nicht 59 Mark auf den Quadratmeter. Diese Verschiedenheit finden wir ins Auge fassen in den folgenden Erwägungen:

#### 4. Gebrauchswert und Herstellungswert.

Mangoldt behauptet, daß die Baustelle auf dem Wege aus der Hand des Urbesizers in die des Terrainunternehmers durch das Spiel der Besitzer des schmalen Landes verteuert wird. Hat er Recht? Zunächst weisen wir daraufhin, daß er selbst aus einigen Orten berichtet, daß ein erheblicher Ueberfluß an Baustellen vorhanden ist. So erzählt er von Dresden, daß am 1. April 1906 der siebenfache Betrag des Jahresbedarfes für Bauzwecke vorrätig vorhanden war. In Berlin war zu einer Zeit das Doppelte, in Karlsruhe mehr als das vierfache vorhanden. Aber das beweist nichts. Es können ja in manchen Städten und zu anderen Zeiten die Dinge anders liegen, und wir wollen selbst das

Beispiel von Mannheim heranziehen, über welche Stadt in Freudenberg genau Bescheid wissen. In Mannheim haben wir stellen des äußersten Ringes einen höheren Preis als in R. Ist das ein Monopolwert? Haben hier vielleicht die Beschränkungen des schmalen Randes es möglich gemacht, den Grundwert zum Monopolwert auf deutsch Alleinvertrieb. Logisch ist eigentlich von einem Monopol nur reden, wo es sich um den gesellschaftlichen Willen eines Mannes oder doch um den gemeinsamen Einzelwillen mehrerer handelt. Wenn von mehreren jeder seinen Willen folgt, dann haben wir kein Monopol sondern Polypol. Aber angenommen, die Inhaber des schmalen Randes hätten den gemeinsamen Einzelwillen unter sich hergestellt, so ist doch sicher, daß sie mehr für ihr Bauland erhalten können, als dem Gebrauchsbedarf dieses Landes entspricht. Mannheim ist ja auch kein Staat, sondern lebt im Vergleich und in Konkurrenz mit den Städten Deutschlands. Bredt erzählt aus England ein Beispiel. Zwei Großgrundbesitzer, die sämtliches Bauland in der Umgegend einer Mittelstadt zu eigen haben, haben dort wirklich versucht, den Grundwert zum Monopolwert zu steigern. Sie sind damit nichts weiter erreicht, als daß sie das Gedeihen und die Entwicklung dieser Stadt ersticken. Es ist in unserer Welt nicht möglich, den Wert einer Ware über den höchsten Gebrauchswert zu treiben.

Allerdings der Gebrauchswert der Wohnplätze kann vom Produktionswert derselben erheblich abweichen. Nehmen wir die Fruchtbarkeit in Mannheim hat zur Folge, daß hier der Wert eines Arbeiters soweit über dem einer Vergleichsstadt steht, daß ein Arbeiter 300 Mark für seine Wohnung aufzuwenden muß, gegen 200 wo anders. Nun aber sei der Herstellungswert der Miete einer typischen Wohnung gleich 200. Sind nun die Besitzer des schmalen Randes in der Lage, die Miete der kleinen Wohnung bis 300 M. zu treiben? Allerdings können sie es vermögen, das Angebot an Wohnungen genügend einschränken. Nicht höher, aber soweit wäre es denkbar. Sie verlieren allerdings davon keinen dauernden Vorteil. Denn ihr schmalen Rand wird nun immer der äußerste bleiben und niemals Differentialrente tragen. Auch werden sie Mühe haben, die Miete des nächsten Randes, sowohl wie die aller anderen zentralen, zum Schweigen zu bringen; denn diese alle haben an der Erhaltung der schmalen Randes kein Interesse. Soweit immerhin kann es ein Boden

en, daß es den Produktionswert dem Gebrauchswert der neuen Plätze nähert. Aber das ist ein Grenzfall und bringt außer der Gesamtheit der Grundeigentümer keinen Vorteil. Die Gesamtquantität der Grundrente wird dadurch nicht erhöht, sondern eher auf einer geringeren Größe festgehalten. Sie gleicht einer Wunde, der man die untere Basis abgeschnitten hat. Dagegen, freie Konkurrenz ist, nähert sich der Preis der Wohnplätze Herstellungswert, also in unserm Beispiel der Zahl 200. Zuwächst die Masse der Differentialwerte, das ist die Gesamtsumme der Grundrente.

Aber freilich der Nullwert wird ebenso oft nicht erreicht. Auch es kann auch noch unpersönliche Momente geben, welche verhindern, daß der Nullwert des Wohnens, der Herstellungswert sich einstellt. Es kann z. B., wie es in Mannheim der Fall ist, die Ausdehnung der Stadt durch natürliche Hindernisse, z. B. Zusammenfluß zweier Flüsse beschränkt, und darum nicht so leicht vorhanden sein, als die Nachfrage verlangt. Aber dann ist der Nullwert des Wohnens nur außerhalb des Bezirks, den Mannheim nennt, in den Vorstädten jenseits des Neckars. In der Stadt Mannheim aber haben alle verfügbaren Plätze einen ersten Gebrauchswert, einen Differentialwert. Dasselbe trifft für Berlin zu. Denn was man kommunalpolitisch Berlin nennt, ist nicht, als das Wirtschaftsgebiet Berlin.

Wir haben gesehen, daß der durchschnittliche Baustellenpreis in Mannheim 59 M. beträgt, gegen 35 M. in Karlsruhe. Auch dieser Preis ist nicht willkürlich, sondern natürlich, kein Monopolverpreis, sondern Differentialwert. Freudenberg sagt darüber:

„Wegen des ungenügenden Angebots von Baugelände ist die Verwaltung Mannheim zwar mit Bereitstellung von solchem Land vorggegangen, in der Hoffnung, der Bodenspekulation die Mittel zu bieten. Das ist eine Selbsttäuschung. Es fehlt in Mannheim, dessen City durch Rhein, Neckar- und Bahngelände ausgedehnt ist, ganz außerordentlich an gut gelegenen Bauplätzen. Das wenige, das wirklich gut liegt, ist im Besitze der Stadt, die selbst die größte Terrainbesitzerin ist. Das einzige, was die Stadt kann, um die Bodenspekulation zu bekämpfen, ist, daß sie ihre besten Zeit Bauplätze abgibt, und daß sie dem Käufer die Baupflicht auferlegt, in kurzer Frist selber zu bauen.

Dem Marktpreis für den Boden muß sie aber folgen, und sie darf dessen Marktpreis selbst dann nicht diktieren, wenn sie die statistische Jahrbücher. Bd. CXXXVI. Heft 1.

alleinige Besitzerin des Mannheimer Bodens wäre. In den Mieten bestimmen die Häuserwerte. Sowie die Stadt den unter Wert abgäbe, würde der Bauunternehmer den Ausbeiseln und keinesfalls der spätere Mieter. Die Mietverträge schreiben sich aber weder vorschreiben noch regulieren."

Außerdem kann sein, daß die Fruchtbarkeit der Arbeit aufblühenden Handels- und Industriestadt Mannheim wächst, als die Wohnungsproduktion nachkommen kann. In das Wohnen in Mannheim einen Differentialwert tragen zu Wohnen in anderen Städten, die weniger hoch die Arbeit denn sämtliche deutsche Städte konkurrenzieren als Arbeitsplätze einander.

Zu welchen großen Unterschieden die verschiedene Frucht der Arbeit führt, belegen folgende Stellen aus Mangoldt: „Während in der Stadt Görlitz, einer von den besten bewohnten Stadt Schlesiens, Bauplätze in guter Geschäftslage dem Preise von 7 bis 8 Mark pro Quadratmeter zu verkaufen zahlte man in Königshütte, selbst in den entlegensten Gegenden, wie der Charlottenstraße usw., einer Gegend, wo nur Häuser errichtet werden können, 10 Mark pro Quadratmeter der Kaiserstraße, der Hauptgeschäftsgegend Königshüttes, 30 bis 70 Mark, auf der Kronprinzenstraße 20 bis 40 Mark pro Quadratmeter.“

Mangoldt freilich glaubt, daß die höheren Werte nur Spekulationswerte sind. Wir aber glauben, daß sie auch anderen, Gebrauchswerte sind.

Wenn wir nun nochmals die Frage wiederholen, die wir gestellt haben: Wo liegt der Nullwert des Wohnens? —, so wir antworten, daß in den verschiedensten Städten Deutschlands die geringsten Baustellenwerte schon Differentialwerte sind. Der absolute Nullwert des Wohnens nicht in jedem städtischen Bild zu finden ist. Er wird aber immer zu finden sein. Er ist von dem wirtschaftlichen Zentrum nur einige Kilometer vom Land geht.

Besonders ein Umstand sorgt dafür, daß der Preis des Baustoffes den Herstellungswert nicht immer erreicht. Den wachsenden Wohnungsbedarf des wachsenden deutschen Volkes beständig zu decken das braucht einen ungeheuren Kapitalaufwand. Erbringung wechselt diese Finanzarbeit des Wohnungsbauens mit der Finanzarbeit, der Erweiterung von Industrie und Handel.



ig ab. Etwa so. Erste Phase: Hochkonjunktur; die Industrie ft und reißt ihre Glieder mächtig, zieht ungeheure Kapital- und ischenmassen an sich; zum Bauen ist weder Geld noch Arbeit. Zweite Phase: Die Industrie läßt nach; sie erhält den etwa ichten Leibesumfang, aber sie wächst nicht mehr. Kapital- und eitzuwachs werden frei. Das Geld wird billiger und der eitslohn niedriger. Jetzt geht das Bauen los. In solcher Zeit dem Bauunternehmertum der Kredit geradezu aufgedrängt; ige Jahre drauf wird er ihm ebenso schnell entzogen. Da das en sehr große Kapitalmassen braucht, so ist es von diesen ankungen vollständig abhängig. In Zeiten der Hochkonjunktur men die Menschenmassen den Städten zu; die Arbeit lohnt; der rauchswert „Wohnen“ steigt; aber das Herstellen neuer Woh- gen bleibt aus. Erst langsam kann der Preis des Wohnens er sinken.

Ist das nun ein Monopolwert des Wohnens, der da in der te bezahlt wird? Angenommen der Grundbesitzer verlangte diese h die größere Fruchtbarkeit des Wohnens erhöhte Bodenrente t, bliebe sie darum weg? Sie entstände ganz genau so, nur de sie in den Händen der bevorzugten Mieter, die eben diese hnungen inne haben. So ist auch diese Rente nur Differential- e, nur natürliche Rente.

##### 5. Ueber den natürlichen Ursprung der Rente.

In der Fabrik- und Handelsstadt Mannheim hat das Wohnen eit einen größeren Gebrauchswert, höhere natürliche Fruchtbar- weil dort der Verdienst größer ist, als zum Beispiel in Karls- 2. Darum tragen die Wohnplätze in Mannheim einen Mehr- t oder Vergleichswert gegen Karlsruhe und andere deutsche dte, entsprechend der größeren Fruchtbarkeit der Arbeit in dieser dt. Aber das ist eben eine Differential- und keine Monopol- e. Sie entsteht auf natürliche Weise und nicht durch die Will- der Grundeigentümer. Wir möchten auch hier an Stelle der chen Auffassung des Verhältnisses zwischen Rentengeber und tennehmer die Erkenntnis des kausalen Zusammenhanges, der rlichen Entstehung der Rente setzen, nämlich daß sie entsteht, sie entstehen muß.

Wenn der Mensch von der Beobachtung der Wirklichkeit zu 1 Beherrschung übergehen will, vom Nachdenken zur Tat, so 3 von der weitesttragenden Bedeutung, daß die Grundsätze, die

er aus der Beobachtung entnommen hat, zu Prinzipien führen zu verkehrten Handlungen. größten Wichtigkeit, daß man eine richtige Vorstellung der Rente hat.

Die Rente entsteht nicht aus Willkür und Hunger, durch irgendwelche menschliche Gesetze, die in Kürze geändert werden können, in natürlicher Weise in der Arbeit selbst. Aus der Einzelarbeit von Ort zu Ort und Zeit zu Zeit aus der Verschiedenheit in der Fruchtbarkeit der Erde der Mehrwert. Wenn dieser Mehrwert von der Person und außerdem an einem bestimmten Orte mit grob wiederkehrt, so heißt er Rente. Die Rente entsteht der Verteilung, sondern in der Produktion, ist nicht rechtliche, sondern eine natürliche Kategorie. Ein geschlagen, sondern sie bleibt übrig. Nicht weil Rente verlangt, gibt es Rente, sondern weil die Rente es Rechte an ihr, und der Berechtigte heißt Rentner.

Rentner kommt also von Rente, nicht umgekehrt. Umkehr des kausalen Zusammenhanges, eine Verwechslung Ursache und Wirkung, ein grober Fehler in der Darstellung der wirklichen Welt, wenn man meint, daß der Rentner schufen die Rente. Verlangen kann er erhalten auf die Dauer nur das, was da ist. Nichtern der Wirklichkeit kennen auch dies Verhältnis. So sagt Berg: „die erlösbaren Mieten bestimmen die Häusermieten“.

Man sollte darum nicht vom Monopolwert des Bodens, weil ganz schiefe Begriffe mit diesem Wort sich verwechseln, wenn, so soll man es nicht nur auf den Boden anwenden, auch auf alle anderen Waren. Ehe die neue Ernte der Wert des Getreides in der Hand seiner jetzigen Besitzer ist dann auch Monopolwert. Mit Äpfeln, Kartoffeln, Kupfer und Kohle ist es ebenso. Die Welt ist dann voll Monopolwerten, welche weiter nichts sind, als objektive Werte, die augenblicklich höher liegen, als der zukünftige Herstellungs-

Ein gutes Beispiel, wohin falsche Prinzipien führen, wir in den Ideen, die Mangoldt und andere verbreiten über die Bedeutung der Bodenverschuldung.

\*) G. W. Schiele, Ueber den natürlichen Ursprung der drei Kategorien Zins und Arbeitslohn. Fr. W. Grunow, Leipzig.

Es ist „in der Wirkung unseres Realkreditwesens, des ganzen öffentlichen Mühe aufgebauten und sorgsam gepflegten und Grundbuchsystems eine Verhöhnung des eigentlichen Sinnes dieser Einrichtung“. Er sieht das „Realkreditwesen“ nicht als dienste monopolartiger, unverbienter Gewinne auf die große Masse der schaffenden Bevölkerung zu, sondern als die produktive Tätigkeit zu erschweren, statt sie zu erleichtern. Er will deshalb das „Grundbuch für jede weitere Belastung schließen“, soweit „diese Belastung über den realen Bauwert über einen sehr mäßigen Grundwert von 2 Mark für den Grundbesitzer hinausgeht“. Mit einer solchen Maßregel hofft er, die Wellen einer Verschuldung, die sich auf nichts anderes, als auf reinen, zum Teil fiktiven Bodenwert gründet, einen Aufschub zu verschaffen.

Es ist wieder dieselbe Umkehr des kausalen Zusammenhanges. Grundwerte entstehen nicht aus dem Schuldenmachen, sondern das Schuldenmachen entsteht aus dem Vorhandensein der Grundwerte. Schulden, denen kein wirklicher Grundwert entspricht, werden aus der Rechnung. Sonst würde die Stadt Rom heute die Schulden der Kaiserzeit tragen.

(Schluß folgt.)

## Notizen und Besprechungen

### Geschichte.

Bibliothek wertvoller Memoiren. Herausgegeben von Schulze. — Bd. 7. Memoiren aus dem spanischen Kampfe. Bearbeitet von Friedrich W. Kirc. — Bd. 9. Die Memoiren Garibaldis. Uebersetzt von Dr. Walter Friedensburg. 451 S. — Jena: C. G. Neumann, Neudamm, 1908 und 1909.

Diese Sammlung, deren Zweck schon der Titel an den vorliegenden Bänden recht lesenswerte Stücke und Quellenmaterial für den Historiker. Garibaldis Memoiren eine detaillierte Schilderung seiner kriegerischen Erlebnisse, in der Schwung als man von dem Feuergeist erwarten soll. Garibaldi von seinen Wünschen und Anschauungen aus und Persönlichkeiten werden danach beurteilt, ob sie seine Zwecke günstig sind oder nicht. So werden Cavour und Emanuel mit seiner Umgebung und Napoleon alle kritisiert. Nicht aus Prahlerei, in der Absicht sein Licht leuchten, sondern aus Unfähigkeit, Meinungen und Zielen anderer gegenüber. Diese herrische Subjektivität, dieses stolze Selbstbewußtsein seines Handelns, die Schwäche seiner Geschichtsschreibung kommen weg seine militärischen Gegner wie Erzherzog Albrecht, preußischen Truppen, aber die einseitige Art der Betrachtung auch in der rein militärischen Schilderung. So hat er festgestellt hat, in der Schilderung des Tiroler Feldzugs von 1809 für der Mühe wert gehalten, die Absichten der österreichischen Befehlshaber festzustellen und so ein ganz schiefes Bild vom Gesamtzuge der Schlacht. Es lag ihm eben nur daran, seine Erlebnisse und Eindrücke

Unter den spezifisch-militärischen Betrachtungen sei die folgende hervorgehoben, die die gerade bei Freiwilligenheeren häufige Panikanschaulichkeit schildert: „In gewissen Fällen muß man mit dem Mensch ebenso verfahren, wie mit dem Tiere. Er muß ihm ausbrechen und seines Weges ziehen. Behe Geduld, wenn

ht, seinen Weg zu kreuzen, er würde Euch umstürzen — Noß wie mir 1849 in Velletri begegnete, wo ich nur wie durch meine schwarzgequetschte Haut rettete. Er bricht aus? laßt en, fliehen, enteilen: mischt Euch nicht ein, sondern begnügt , seitwärts oder hinten zu halten; er wird schließlich ein inden, ein Fluß wird ihn aufhalten, ein Berg oder der Hunger, oder ein neuer Schrecken, näher und größer als derjenige, der ließ. Dann ist es Zeit: jetzt bringe, so gut du kannst, die schen wieder in Ordnung, bemühe Dich, für sie Speise und inden und einen Ort der Ruhe, und wenn sie dann satt und — sind und von ihrem Schrecken sich erholt haben, dann wird schimpfliche Flucht und die Hintansetzung ihrer Pflicht und des Leidens um Bewußtsein kommen.“

\* \* \*

Memoiren aus dem spanischen Kriege sind fesselnder geschrieben, ilich nicht von so interessanten Persönlichkeiten her. Ihre Ber- deutsche, französische, englische und spanische Offiziere; meist sind dige, ruhige Beobachter und alle kommen darin überein, daß der beiden Seiten mit großer Barbarei geführt worden ist; es ist weifel der grausamste aller Napoleonischen Kriege. Aufß neue tätigt, daß weniger die militärische Macht der verbündeten und Engländer als die große Ausdehnung des Kriegsschauplatzes, hte Verpflegung und die daraus folgende mangelhafte Disziplin anzen verderblich geworden sind. Also dieselben Uebelstände wie Zahlreiche anekdotenhafte Züge beleben die Erzählung und bringen n Kenner manches Interessante und Lehrreiche. So die Episode, englischer Offizier von seiner Gefangennahme mitteilt: „Amüfant mit welcher Schnelligkeit sich ein lügenhaftes Gerücht in den en Reihen verbreitete. Einer der übrigen englischen Offiziere und man als Bataillonsoffiziere gefangen nahm, trugen volle Epauletten. an die ersten Abteilungen der französischen Brigade an uns vor- gen, hörten wir sie sagen: „Deux chefs de bataillon prisonniers,“ och der Nachtrab herankam, riefen sie: „En avant, l'affaire va deux bataillons pris aux ennemis!“ Vergeblich sagte ich: Je ne ue capitaine.“ Daß Geschrei „Vive Napoléon, deux bataillons ux ennemis!“ dauerte fort.“

franzosenzeit in deutschen Landen. 1806—1815. In Wort und Bild der Mitlebenden. Herausgegeben von Friedrich Schulze. 2 Bände. Leipzig, H. Voigtländer. 1908. 336 und 379 S.

Das Buch gibt eine vortreffliche Zusammenstellung von gleichzeitigen rungen über die Zeitereignisse. Es will keine Quellsammlung für istoriker sein, sondern es will dem Laien durch ausgewählte Beispiele

zeigen, wie die Zeitgenossen die ungeheuren Ereignisse betrachten. Napoleon bald als Wohltäter, bald als Todfeind angesehen wurde. W. besonders nach 1806 Trauer und Schadenfreude, Hoffnung und Zweifelung durch einander wogten. Aus allen Lagern hat der Herausgeber Stimmen zusammengetragen und in der Auswahl historisches Verständnis bewiesen. Wir finden Äußerungen von Gneisenau, E. M. Arndt, Fichte, Clausewitz, Marwitz und anderen bekannten Männern, daneben Zitate aus rheinbündischen Staatschriften und aus Schriften, die heute dem Laien schwer zugänglich sind. In einer neuen Auflage könnten die Rheinbundstimmen wohl etwas vermehrt werden aus den Pöschelschen Annalen und der Allgemeinen Zeitung. Zu loben ist, daß Schulze es verstanden hat, schlechte Memoiren zu vermeiden.\*) Er hat sich nicht etwa nur auf die auswärtigen kriegerischen Dinge beschränkt; auch von den inneren Fragen, von den Zuständen im alten Preußen wie von der preussischen Reformzeit hat er erhalten wir fesselnde Bilder; die Grundideen, von denen Ernst Scharnhorst ausgingen, werden durch ihre Briefe am besten charakterisiert. Wenn hätte ich einige Urteile über die Kontinentalsperre und die inneren wirtschaftlichen Fragen gesehen; die „Minerva“ z. B. hat darüber manches. Von nicht geringerem Interesse als die Uebersetzung ist die bildliche, von der Schulze viele Proben geben dürfte wenige Laien geben, denen die zahlreichen und witzigen Karikaturen von Shadows und englischer Künstler über Napoleon bekannt sind.

Das Buch eignet sich vorzüglich für Schüler höherer Klassen; auch Erwachsene werden manches daraus lernen und vielleicht die Lektüre der hier gegebenen Bruchstücke die Anregung entnehmen, einen oder anderen der hier zitierten Autoren näher nachzugehen.

G. Heinemann.

Englische Sorgen — Deutsche Gefahr. Betrachtungen von Rowland Thirlmeres „The clash of empires“. Von E. Reventlow. Zweite Auflage (4. u. 5. Tausend). Verlag von Karl Curtius. 1907.

Ich habe Thirlmeres deutschfeindliches Ringbuch, dem E. Reventlow ein kritisches Schriftlein gewidmet hat, in Band 133 dieser Zeitschrift besprochen. Graf Reventlow kritisiert jene so viel bietende englische Publikation gewandt und mit gutem Humor. Er auf ausgesprochen alldeutschem Standpunkt; daß er aber auch urteilen kann, beweist die folgende Stelle (S. 43): „Dabei ist zu be-

\*) Dieses Verständnis fehlt in dem Buche von Hans Landesberg, *Die Schriften und Gespräche*. Berlin. 1909, Panverlag. Neben dem sind darin auch wertlose wie Chaptals und Talleyrands Reman-

es in England viele Elemente gibt . . ., die tatsächlich dran glauben. Sie von Kulturmission sprechen, auch glauben, daß England berufen um Weltwächter der Kultur. Es ist das nicht immer Heuchelei, und Leute denken nicht ans Geschäft dabei. Wenn sie Politiker sind, nen sie meist über kurz oder lang mit der Regierung, deren Politik sie billigen, in Konflikt, bilden aber nichtsdestoweniger ein Element, nicht ohne Einfluß ist. Es sind Menschen, die bei großer Weltkenntnis sich idealen Sinn und eine gewisse Schwärmerei bewahrt haben. Ich glaube, daß die durch sie dargestellte Richtung in England für in dieser Hinsicht wohl zu beachten ist."

Graf Bentlow zieht den Kreis dieser Leute zu eng, wenn er sie als urischwärmer charakterisiert. Was dem außerpolitischen Idealismus in Großbritannien den massenhaften Zulauf sichert, ist erst in zweiter Linie Enthusiasmus für Verbreitung der Kultur, in erster Reihe aber eine überaus lebendige kirchliche Frömmigkeit.

In meinem „Gladstone“ habe ich (Band 118, Heft 1, S. 66 dieserchrift) nachgewiesen, daß feuriger christlicher Religionseifer, nicht etwa national-egoistischer Instinkt der entscheidende Grund war, aus welchem bei Wahlen von 1880 die Völker Englands und Schottlands die konservative Orientpolitik verwarfen und den Türkenhasser und Balkanentschwärmer Gladstone auf ihren Schultern zur Macht emportrugen. Die Männer, welche sich den Platz am Steuerruder des britischen Reichs streitig machen, gelangen an das Ziel ihres Ehrgeizes nur, sie nach außen hin dem nationalen Egoismus nützliche Dienste zu leisten. Aber das genügt nicht stets, um einem Parteiführer die Volkskraft zu erwerben. Wem die englische Nation ihre Führung anvertrauen will, das hängt nicht immer allein von politischen, wirtschaftspolitischen und rein realistischen Erwägungen ab, sondern unter Umständen auch von laien Impulsen, welche mehr geistlicher als weltlicher Natur sind. So war bei dem Regierungswechsel von 1880 gewesen, wo der religiöse Eifer der englischen Dissenters und schottischen Presbyterianer mitten in einem ziemlich skeptischen Jahrhundert der Weltgeschichte eine neue Richtung gegeben hat.

Majorleutnant W. v. Unger, „Blücher.“ Zweiter Band. Von 1812 bis 1819. Mit 12 Bildnissen und 29 Kartenskizzen. Berlin 1908. Ernst Siegfried Mittler und Sohn.

Den ersten Band des Ungerschen Buchs habe ich Band 130, S. 163, „Preussischen Jahrbücher“ angezeigt. Der zweite jetzt vorliegende Band der Blücherbiographie General v. Ungers bildet, die Geschichte der Freiheitskriege erzählend, den Kern des ganzen Werks. Es wäre ganz richtig, wenn jemand etwa sagen wollte, daß die Ungersche Blücherbiographie die Ergänzung zu der Delbrückschen Gneisenaubiographie sei. Erstens steht General v. Unger als Geschichtsschreiber nicht auf der

kalten, klaren Höhe der Wissenschaft. Sein Buch repräsentiert eine populäre Literaturgattung, die wärmer und leichter lesbar ist als das gelehrte Genre, allerdings aber auch nicht vermag, die geschichtliche Wahrheit im reinsten und höchsten Sinn des Wortes darzustellen. Ist es nicht Blüchers Persönlichkeit trotz ihrer weltgeschichtlichen Bedeutung nicht von der Art, daß einer wissenschaftlich erschöpfenden zweibändigen Lebensbeschreibung Gneisenaus eine gleichermaßen umfangreiche Lebensbeschreibung ebenbürtig zur Seite treten könnte. Mit diesen Einschränkungen kann ich aber gern an, daß der zweite Band der vorliegenden Blücherbiographie ebenso wie der erste einem weit ausgedehnten Leserkreis empfohlen werden kann. Das Werk des Generals v. Unger ist das Erzeugnis eines Fachmanns, der in einem immerhin nicht gewöhnlichem Grade Einsicht in das Fachwissen mit der Herrschaft über die Sprache und gutem Geschmack verbindet namentlich aber eine in den Fundamenten richtige historische Anschauung besitzt. Schon bei der Besprechung des ersten Bandes war hervorgehoben, daß Unger die unhistorischen Vorstellungen von v. d. Goltz über jene Zeit entschieden ablehnt.

Dr. Paul Hassel, „Josef Maria von Radowicz“ I. 1797.  
Berlin 1905. Ernst Siegfried Mittler und Sohn.

Der Verfasser der vorliegenden Radowicz-Biographie ist zur Vollendung des ersten Bandes hinweggestorben. Wie man über sein Leben auch denken möge, er nimmt einen nicht ganz unbedeutenden Platz in der preußischen Geschichte ein. Ist er doch u. a. der Vater des Reichstagswahlrechts für die preußische Volksvertretung. Im übrigen ist die Erzählung Hassels hier und da den Eindruck, als ob General v. Radowicz nicht der Phantast gewesen wäre, als der er gilt, sondern auch reelle Fähigkeiten besessen habe. Da der vollendete Teil der Biographie Radowicz schon bei dessen Wahl zur Frankfurter Nationalversammlung (Mai 1848) abbricht, also lange vor der Kulmination seiner Karriere im Unionspolitik, so läßt sich über die staatsmännischen Talente des Generals Friedrich Wilhelms IV. nicht mit Bestimmtheit urteilen. Indes kann ich mich auch in jenem Punkte irren sollte, auf alle Fälle ist Radowicz von Josef Maria v. Radowicz als historischer Gegenstand bedeutend genug, um den Wunsch zu rechtfertigen, daß die Hassel aus der verfallene Feder von einem anderen Historiker aufgenommen werden

Dr. Felix Salomon. No. Professor der Geschichte an der Universität Leipzig. „Die deutschen Parteiprogramme.“ Leipzig 1871 bis 1900. Leipzig und Berlin. Bei Teubner 1907.

Eine für den Historiker und Politiker sehr nützliche Sammlung von Parteiprogrammen, Wahlaufsätzen und sonstigen offiziellen Kundgebungen der Parteien Deutschlands aus der Zeit zwischen der Gründung des



dem Jahrhundertwechsel. Das beigegebene „Verzeichniß der partei-  
sichtlichen Literatur“ ist mit Einsicht und Unparteilichkeit zusammen-  
stellt und gerade seiner knappen Form wegen eine vortreffliche Grundlage  
Studiums.

Major W. E. Frye „After Waterloo Reminiscences of european  
travel 1815–1819.“ Edited with a preface and notes by  
Salomon Reinach, member of the institute of France. London,  
William Heinemann 1908.

Der Verfasser dieser ideengeschichtlich wichtigen Reisebeschreibung ist  
englischer Landoffizier, der 1799 gegen die Franzosen in Holland, 1801  
Ägypten sucht. Sechs Jahre lang stand er nachher in Indien und Ceylon.  
Im starkem Bildungsdrang erfüllt, legte er sich die Frage vor, ob er sich  
im Studium der indischen Sprachen und Literaturen widmen sollte, aber  
machte von indischer Kultur so gering wie später Macaulay und übrigens  
Hegel in seiner „Philosophie der Geschichte“. Frye zog es also vor,  
europäischen Sprachen zu erlernen und verfolgte in seiner Ceyloner  
Mission beispielsweise mit Enthusiasmus die Veröffentlichungen Schillers.  
Jahre 1814 ging Hauptmann Frye auf Urlaub nach Europa und be-  
ging sich zur Zeit der Schlacht von Belle-Alliance in Brüssel, ohne aber  
den militärischen Operationen teilzunehmen. Nach der Beendigung  
Krieges machte er eine annähernd vierjährige Reise durch Frankreich  
Schweiz, Italien und Deutschland. Hierbei führte Frye ein Tagebuch,  
an seinem späteren Wohnsitz Paris, nachdem es über fünfzig Jahre  
vergessen in dem Schubfach einer Kommode geschlummert hatte,  
wieder aufgefunden worden und von Salomon Reinach herausgegeben  
worden ist.

Major Frye ist ein Zeitgenosse Lord Byrons, dem er auch durch seine  
fortgeschrittenen politischen Meinungen nahe steht, während er den  
großen romantischen Dichter an universaler Bildung übertrifft. Aber  
es enthält dem demokratischen Fortschrittlertum, dem Major unbewußt, ein  
gewissermaßen reaktionäres Element. Er ist nämlich geistig durchaus  
Sohn des rationalistischen achtzehnten Jahrhunderts, kein Romantiker  
des Anfang des 19. Nicht als ob er für den Reiz des Romantischen  
unempfindlich gewesen wäre; er bewundert die Rheinlandschaft und  
Goethes „Erlkönig“ (S. 399), aber es ist eine unfruchtbare Bewunde-  
rung, die keine originalen Gedanken bei ihm hervorruft, während alles  
Romantische in Literatur, Kunst und Natur eine Fülle von lebendigen,  
individuellen Ideen in seinem Geist erzeugt. Man lese nur (S. 228) seine  
Beschreibung des Eindrucks, welchen der Jupiter Kapitolinus im Vati-  
kanischen Museum auf ihn gemacht hat. Auch der christlichen Kunst gerecht  
werden, bemüht sich Major Frye, so zeigt er Begeisterung für die  
Kathedrale von Ely (S. 224), aber meistens will solchen Objekten gegenüber dem  
strengsten Nationalisten der Ausdruck seiner Gefühle nicht recht gelingen.

Frye ist ein gewaltiger Hasser von „Königs- und Priesterthum“, wie er sich wiederholt ausdrückt. Die Priester hält Frye für noch verderblicher als die Könige. Jener Deutsche, welcher dem vino Montefiascone den Namen gegeben haben soll, und der sonst der Montefiascone zugeschrieben wird, ist bei Frye ein Prälat (S. 209) und im Verlauf der Erzählung von seinem leichtfröhlichen Ende sogar zum Vorschein vor. In Mailand, behauptet unser Autor, ist aller Wein getrunken, nicht, welchen die Geistlichen trinken. Die Reliquienverehrung, wie er in Köln trifft, veranlaßt den englischen Major zur Niederdrückung der Bemerkungen: „Ob die Menschen durch blinde Gläubigkeit zu werden, wie manche behaupten, scheint mir äußerst zweifelhaft zu sein. Ich vermag mir in keiner Weise vorzustellen, inwiefern die Seligkeit in der Ignoranz liegt. . . . Ich bin ein vollkommener Freimaurer, habe alle absurden nationalen und religiösen Vorurteile abgelegt, fühle mich zu Hause, wo auch immer ich reise, und ich beuge mich vor Katholiken, Lutheranern, Muhammedanern, Juden, Hindu und Heiden als Brüdern. . . . (S. 40).“

Diese Aufklärung ist bei Major Frye nicht etwa bloß ein Spiel von verschwommenen und sentimentalen Phrasen, wie uns nach dem Anhören der historischen Schule der ganze Nationalismus zuvorkommen will, sondern eine sehr ernst zu nehmende und beachtenswerte Weltanschauung. Ihr Träger hat sie unter den Völkern des europäischen Continents innerlich erlebt, und sie ist für ihn der Ansporn zur Erreichung einer allgemeinen Bildung geworden, welche unter den Militärs aller Nationen und Völker selten angetroffen wird.

Fast ebenso schlecht wie die Priester beurteilt Frye die historischen Gewalten nicht nur des Continents, sondern auch der Inseln. Für ihn unterliegt es keinem Zweifel, daß der jüngere Pitt das britische Frankreich nur deshalb mit Krieg überzogen habe, um die britischen Inseln und überhaupt in Europa die aristokratisch-monarchischen Interessen gegen die friedlich auflösende Gewalt der Revolution von 1789 zu verteidigen. Wir kennen heute den Ursprung der Revolutionskriege besser und wissen, daß Pitt sich nur widerstrebend auf den Krieg gegen die französische Revolution eingelassen hat, weil sonst ein Ungleichgewicht der Mächte drohte. Aber bei der Richtung des britischen Volk, welche Major Frye vertritt, herrschten über den Krieg die französische Republik und Napoleon so weit abweichende Ansichten. Frye die Niederlage des Kaisers der Franzosen bei Waterloo nicht. Er hielt sich, wie gesagt, zur Zeit dieser Schlacht in Brüssel auf, aber keinen Versuch zur Zulassung in die Reihen der Kämpfer gemacht zu haben. Obwohl schon lange Jahre Soldat und in Ägypten gewesen, wurde er durch den Besuch des Schlachtfeldes unmittelbar nach der Schlacht keineswegs zu patriotischen Empfindungen angeregt, wie sie bei dem scharf demokratischen Byron dem Regiment der hundert Tage

rach, \*) sondern trug in der Hauptsache nur in sein Tagebuch ein, daß ihm Anblick der Opfer der Mezelei übel geworden sei. (S. 27). Das ganze Buch ist durchdrungen und getragen von einem begeisterten Leonkultus. Der Verfasser findet überall, wohin er auf seinen Reisen Europa kommt, Unermeßliches vom Kaiser geleistet und das Gute das bei weitem überwiegend. Nur die Niederwerfung Preußens durch Leon hält er für einen ungeheuren Fehler. Der Kaiser hätte nach weise gehandelt, wenn er mit dieser ihrem Kern nach fortschrittlichen ein Bündnis eingegangen wäre.

Treitschke pflegte von den „sogenannten Ideen von 1789“ zu reden, diese vorurteilsvolle Beurteilung der großen Revolution wird noch von deutschen Gelehrten nachgesprochen, die einen besonders feinen historischen Sinn an sich zu entdecken glauben. In dem Fryeschen erkennt man auf jeder Seite die unermeßliche geistig-sittliche Probität der von den Reaktionärs verachteten französischen Prinzipien. Wir mit dem britischen Major das Europa der Restaurationsperiode wandern und überall den Kampf im Gange sehen zwischen den innerwundene, aber nach außen hin noch gewaltig dastehenden Traditionen Jahrhunderte und den durch die Reaktion gewaltsam unterdrückten, trotzdem machtvoll in der Tiefe fortwirkenden politisch-sozialen Geistes der Franzosen.

Drei Jahre nach der Vollenbung seiner großen europäischen Reise, verkaufte Frye seine Majorstelle in der britischen Armee, und es als ob er seitdem sein ständiges Domizil in Paris und Umgegend hat, wo er 1853 gestorben ist. Wenn Véranger in seinem Grab auf die Julikämpfer ausrief: „Le monde ancien finit; d'un Nouveau La France est reine et son Louvre est Paris“, so spiegelte sich in uns Nachlebenden so prätentios klingenden Versen die Gesinnung tausenden gebildeter Nichtfranzosen, welche die französische Nation als Kämpferin aller europäischen Völker in dem Ringen um die Verwirklichung der Ideen von 1789 verehrten. Auch Major Frye betrachtete im Sinne die Franzosen als das erste Volk der Welt. Aber die als Bildung dieses Kosmopoliten bewahrte ihn vor allzu weit gehender partieller Vorliebe für ein einzelnes Volk. Nie hat ein Ausländer phatischerem Lob über deutsche Sprache und Sitte geurteilt als dieser Offizier. „Die deutsche Sprache“, äußert er, „scheint mir für besser geeignet zu sein als Französisch oder Englisch. . . Was die betrifft, so paßt sich keine Sprache der Welt gewandter allen Einflüssen und Launen der Muse an, da sie viel natürlichen Rhythmus besitzt als dem Griechischen die Bildung zusammengesetzter Wörter gestattet, die Anwendung einer Fülle von Epitheten, und das Deutsche ist

\*) I. die Byron-Üebersetzung Wildemeisters „Harolds Pilgerfahrt“ Stanze 35. erner „Manfred“ Akt zwei, Scene drei.

außerdem so biegsam, daß es sich sowohl allen antiken als auch in neuern Verhältnissen mit vollständigem Erfolg anschmiegt. In der deutschen Sprache das einzige mir bekannte neuere Idiom, welches das Vermag (S. 56). . .

Ich wundere mich, daß das Studium des Deutschen in Frankreich und Italien nicht lebhafter betrieben wird, aber für Deutschland es mir unentbehrlich zu sein. Alle Sitten und Gebräuche sind von den Deutschen genommen, das ganze moderne Europa trägt den teutonischen Stempel. Wir sind alle Nachkommen der teutonischen Völker, welche das römische Reich unterwarfen und Europa einander unterworfen. Sie haben dem Weltteil den großen Charakterstempel aufgedrückt, welcher das moderne Europa von dem antiken und orientalischen unterscheidet; ich meine die Achtung vor den Frauen. Denn welcher Nation verdanken wir sonst die ritterliche Hochachtung vor den Frauen, welche das sicherste Kennzeichen der Zivilisation ist? Den Griechen und Römern war sie unbekannt. . . Dieses uns von untern Völkern überlieferte Gefühl trägt hauptsächlich dazu bei, den europäischen Nationen überlegen zu machen. . ., und diese ist es auch, welche uns die Palme über allen griechischen und römischen Ruhm gibt. . .“

Der Sohn der Aufklärung verläßt mit jenen Ausführungen die Welt der rationalistischen Weltanschauung, in welchem er sonst so tief verwurzelt. Aber der Widerspruch kommt ihm nicht zum Bewußtsein. Tagebücher, durch deren Veröffentlichung sich Salomon Heinemann Verdienst um die Geschichte der europäischen Ideen erworben, sind eine wichtige Geschichtsquelle. Wir schöpfen aus ihr die Gedankenwelt, in welcher zu Anfang der über Revolution und Restauration, als sich die romantischen Anschauungen in der immer weiter Bahn brachen, die internationale Opposition und Bonapartisten lebte und webte.

Alexander Vergengrün, „Staatsminister August Freiherr

Mit einem Bildnis v. d. Heydt. Leipzig. Verlag von C. F.

August v. d. Heydt, dessen Leben Alexander Vergengrün eines im allgemeinen nicht besonders reichen Quellenmaterials desto weniger in recht lehrreicher Weise beschreibt, war der rechte Elberfelder und ein Führer der vormärzlichen Konstitutionellen Bewegung in Preußen. Nach der Bewegung von 1848 wurde der Landmanns-Genosse Hansemanns, Beckerath's, Mevius's und Camphausen's reaktionär, daß er ein würdiges Mitglied des Ministeriums für Westphalen abgab. Es scheint, als ob ein demokratisch-revolutionärer Aufbruch, der im Mai 1849 in Elberfeld ausbrach und zu einer Verrückung der Stadt durch einen revolutionären Zuzug führte, August v. d. Heydt in seinen liberalen Ueberzeugungen

tert hat. Denn die Wut der in Gärung geratenen geringen Leute der großen Fabrikstadt wendete sich mit ganz besonderer Heftigkeit gegen Familie v. d. Heydt, als die vornehmste und reichste der Stadt (S. 126). Auch die streng kirchliche Gesinnung v. d. Heydts wird viel dazu beigetragen haben, daß er sich von der liberalen Partei abwendete. Vor 1848, als öffentliche Meinungsäußerung beschränkt war, konnten die materialistischen, rationalistischen, indifferentistischen Tendenzen, welche in religiöser Hinsicht auf der Linken überwogen, nicht unverhüllt genug hervortreten, um Heydts frommes Gemüt zu erschrecken. Das wurde im Revolutionsjahr 1848. Seine Familie gehörte zu einer Richtung der reformierten Konfession, die der Union als einer Verunreinigung des orthodoxen Glaubens widerstand und eine von der Landeskirche abgesonderte Gemeinde bildete. Von der Mutter war eine Dichterin von Psalmen und anderen geistlichen Liedern. Seine Lieblingschwester, Johanna war mit dem Berliner Oberbürger Dr. Friedrich Strauß verheiratet, dem Gewissenstrat und persönlichen Freund dreier preussischer Könige. v. d. Heydt aus solchen Kreisen stammte, ist es erklärlich, daß er zur Zeit der Ministerien Brandenburg und Manteuffel aus einem Liberalen in einen Konservativen verwandelte. Man kann nicht sagen, der Bourgeois sei konservativ geworden, nachdem die Einführung einer Verfassung seine politischen Wünsche verwirklicht habe, denn in den fünfzig Jahren bestand in Preußen der Konstitutionalismus weder wirklich, noch war auch nur die Fortdauer seiner äußeren Formen irgendwie gesichert. Ueberdies aber ist ausdrücklich bezeugt, daß v. d. Heydt das rechte Hohenzollern, wenn er ihm auch nach langem und heftigem Widerstand beitrug, eigentlich zu liberal fand. Er hätte, nachdem der Ultraconservative entlassen worden war, eine Rekonstruktion des Ministeriums Manteuffel vorgezogen. Manche ostelbische Konservative betrachteten gleichwohl v. d. Heydt mit förmlichem Ingrimm. Das lag nicht bloß daran, daß innerhalb des Ministeriums Manteuffel verhältnismäßig am meisten an der alten Ordnung, zumal auch v. d. Heydt den Demokraten und Liberalen den stärksten Widerstand leistete. Vielmehr war der Handelsminister in den Augen der Junkern weniger als reale Persönlichkeit denn als Symbol. Er repräsentierte in den Augen der aristokratischen Stände das alte Preußen in den fünfziger Jahren trotz des politischen Rückschritts wirtschaftlich emporkommende Großbürgertum. Daß solch ein Mensch, mochte er auch gläubig und königstreu gesinnt sein, in der Regierung des „alten Preußens“ erschien einem Teil der damaligen Konservativen wie eine Herausforderung.

Als sich nun v. d. Heydt nach der Entlassung des Ministeriums Manteuffel durch den Prinz-Regenten entschloß, dem dringenden Wunsch der Konservativen nachzugeben und, von Simons abgesehen, als einziges Mitglied der alten regierenden Regierung einen Sitz in der neuen Verwaltung anzunehmen, war das Junkertum gegen den abtrünnigen Parvenü in heftigen Zorn.

Ein reaktionärer Heißsporn, der noch unter Bismarck viel vorzutreiben machen sollte, v. Dieß (Daber), damals Landrat des Kreises Elberfeld, klagte v. d. Heydt an, er habe am 6. März 1848, in einer Volksversammlung auf dem Engelnberge, den König schwer beleidigt, unter anderem gesagt: „Was will der Mensch; er hat uns so sehr bedrückt, daß wir jetzt Garantien von ihm fordern müssen.“ Dann habe er sogar seinen roten Adlerorden von der Brust gerissen, auf den Boden geworfen und mit Füßen getreten. Alles das gelte in Elberfeld als Wahrheit, werde von der Bevölkerung erzählt und geglaubt und bemerke der Minister sich des öffentlichen Vertrauens unwürdig gemacht habe.

Außerdem beschuldigte Landrat v. Dieß den Handelsminister, er brauche sein Portefeuille, um der Firma v. d. Heydt-Kersten zu einträgliche Geschäfte zuzuwenden; ferner habe v. d. Heydt durch seine Mittel einen Sohn vom Militärdienst befreit. Alles dies leugnete der Landrat, welcher auch bei den Abgeordnetenwahlen von 1858 gegen den Handelsminister in Elberfeld zu kandidieren gewagt hatte, in einer Sitzung der Ministerpräsidenten auseinander. (S. 257.) Er fügte hinzu, daß er bei König Georg von Hannover zu Tisch gewesen sei, habe er die Gegenwart vieler Personen gefragt, ob er den Minister v. d. Heydt kenne. Das sei ein ganz gemeiner Kerl, er begünstige die Eisenbahnen, er sei sein Haus beteiligt sei, und kneife die übrigen.

Der Disziplinarhof erkannte gegen Dieß, bezüglich der Förderung der Elberfelder Bankfirma durch den Handelsminister, eine widerrechtliche Freimachung des jungen v. d. Heydt von seinen gesetzlichen Verpflichtungen habe sich der Angeklagte, indem er jene Anklagen erhob, der Leichtfertigkeit schuldig gemacht. Dagegen erklärte die Disziplinarrichter keine Verfehlung darin, daß Dieß die Thatsachen v. d. Heydt's Auftreten in der 1848er Volksversammlung nicht zu halten habe. Im ganzen verurteilten sie ihn nur zu der eines Verweises.

Vier Jahre darnach trat v. d. Heydt aus dem liberalen Lager in Hohenzollern in das konservative Hohenlohe über, und es fand die Auflösung des liberalen Abgeordnetenhauses Neuwahlen statt. Er trat von der demokratischen Partei mit demselben Mittel gegen den Handelsminister agitiert, welches Dieß nicht ohne Erfolg angewendet hatte. Die Beschuldigungen des Mißbrauchs amtlicher Informationen zu politischen Zwecken und der „Schmierung“ von Militärärzten wurden neuem vorgebracht. Aber in der „Barmer Zeitung“ behauptete der wahrheitsliebender Mann, 1848 mit eigenen Ehren gehört zu haben, v. d. Heydt in einer Versammlung auf der Wilhelmshöhe zu Elberfeld sich nicht entblödet habe, die Landwehrleute durch seine Aeußerungen gegen den König aufzureizen und ihnen in der nämlichen Weise auseinanderzusetzen, daß die Grundlage des preussischen Reichs zerstört worden sei.

Der Redakteur der „Barmer Zeitung“, Dr. Dresemann, wurde vom Minister wegen Beleidigung des Handelsministers gerichtlich belangt. den Ausführungen, die Bergengrün über diesen Prozeß (S. 295) bezüglich der Verhandlungen vor dem Disziplinarhof macht, kann kein sel daran obwalten, daß v. d. Heydt niemals den von ihm mit religiöser Ehrung betrachteten König beschimpft hat. Trotzdem entschied das Gericht, daß der Wahrheitsbeweis, den Dr. Dresemann antrat, gelungen sei und sprach ihn frei. König Wilhelm glaubte kein Wort von den ehrenruehenden Bezeichnungen, welche Demokraten und Reaktionärs wetteifernd den die *ethics of party* mißachtenden Minister erhoben, auch die Beleidigungen der von den politischen Strömungen nicht unberührt gelassenen Gerichtshöfe konnten den Monarchen in seinem Vertrauen zu der scheinlichen Königstreue v. d. Heydts nicht erschüttern, und er ließ unter einer höchst ehrenvollen brieflichen Kundgebung (S. 297) seiner dauernden Hochschätzung und Gnade im Amt. Der Historiker aber aus diesen Vorgängen für seine Methode lernen, daß gegen eine geistliche Persönlichkeit erhobene Beschuldigungen auch dann noch nicht zu sein brauchen, wenn sie fast von einem ganzen Volk ohne Unterbrech der Partei erhoben werden.

3. d. Heydts sachministerielle Tätigkeit im Kabinett Manteuffel und in den nachfolgenden Kabinetten war eine sehr erspriessliche. Trotz der wegzuleugnenden Klugheit des Ministerpräsidenten v. Manteuffel v. d. Heydt das einzige Glied des Reaktionsministeriums, welches etwas geleistet hat. Als er im Dezember 1848 sein Ressort übernahm, zu dem damals auch die Schienenwege gehörten, befand sich das ganze preussische Eisenbahnen, von der kleinen unvollendeten Saarbrücken-Bahn abgesehen, in den Händen des Privatkapitals. Die fertigen und im Bau begriffenen Strecken waren 426 Meilen lang. Hieraus war durch große Staatsbauten ein System von 705 Meilen geworden. Von dem als die Hälfte jenes Netzes wurde vom Staate betrieben. (S. 164 ff.) So hat v. d. Heydt hinsichtlich der Verstaatlichung der Eisenbahnen Bismarck wirksam vorgearbeitet.

Nur handelte es sich bei der Eisenbahnpolitik v. d. Heydts, soweit sie Verstaatlichungsaktionen betraf, nicht um den Ankauf der Privatbahnen unter bestimmten Bedingungen, sondern es wurden die Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn, welche die Regierung ankaufte, und die Oberschlesische, welche sie in Verwaltung übernahm, unter sadenscheinigen Rechtsvordänden unbedingtem regierungsseitigen Druck ausgesetzt und so zur Annahme von bestimmten Bedingungen genötigt. Für die Niederschlesisch-Märkische Bahn (Breslau) beispielsweise zahlte der Staat verhältnismäßig nicht viel für die schlecht rentierende Linie Hamm—Münster und machte diesen rücksichtslosen Coup ein glänzendes Geschäft. Das Kapitel

Bergengrüns Buch über die Eisenbahnpolitik v. d. Heydts (S. 3 u. ff.) ist etwas apologetisch gehalten; man muß es mit kritischen Jahrbücher. Bd. CXXXVI. Heft 1.

lesen, um über den unvergeßlichen Verdiensten des Handelsministers Ministerium Manteuffel seine weniger rühmenswerten Eigenschaften ganz aus den Augen zu verlieren.

Diese flossen aus einer gewissen Schwäche des Rechtsgefühls. Vergengrün gibt zu, daß des Handelsministers Verfahren wenig zum Teil rechtlich ansehnlich gewesen sei, als er die Preussische Eisenbahngesetzgebung von 1838 eine etwas kühne aber zweckdienliche Ergänzung gab. Dieser Paragraph bestimmte nämlich, jede Eisenbahngesellschaft sei verpflichtet, „ihren Betrieb, soweit die Natur desselben es gestattet, die notwendige Uebereinstimmung mit den Bedürfnissen der Postverwaltung zu bringen“. Hieraus folgerte der Handelsminister, daß die Eisenbahn-Nachtbetrieb einrichten müßten. Diese hielten die Maßregel für unbillig und forderten zum mindesten staatliche Entschädigung, die der Minister ihnen verweigerte. Die — damals noch nicht verstaatlichte Niederschlesisch-Märkische Bahn beantwortete, das Ansinnen des Ministers mit der Verfügung, daß die Nachtzüge zwar eingestellt, aber andere Lokomotiven mit Pferden betrieben werden sollten. In dem Eisenbahngesetz hieß es nämlich, sie solle berechtigt sein, den Transport von Dampfwagen oder andere Beförderungsmittel zu bewirken. V. d. Heydt diesen Beschluß der Generalversammlung der Bahn als eine Verletzung der Regierung auf und erzwang durch Strafandrohung seine Zurücknahme.

Es folgten nun Prozesse der Regierung mit der Niederschlesisch-Märkischen Bahn, der Berlin-Stettiner, Köln-Mindener, Rheinischen und Hamburger. Die Aktiengesellschaften erstritten in erster Instanz günstige Urtheile, wurden aber in den höheren Instanzen durchwiesen, so daß die, wenn nicht immer der Form nach, doch unisono die Sache berechtigten Bestrebungen des Handelsministers, welche auch dem Interesse der Bahngesellschaften dienlich waren, einen vollen Sieg errangen.

Als v. d. Heydt das Ministerium des Handels übernahm, beherrschte den Berliner Markt die englische Kohle, da die Eisenbahn-Kohlen in Schlesien zu hoch waren, um dem deutschen Brennstoß die Konkurrenz mit dem britischen möglich zu machen. Kaum hatte v. d. Heydt die Niederschlesisch-Märkische Bahn verstaatlicht, so zwang er die Eisenbahn durch skrupellose Interpretation eines nie zur Anwendung gelangten Paragraphen des 1838er Eisenbahngesetzes, die Kohle Oberschlesiens zu billigen Preisen nach Berlin zu bringen. Die Interessen der Eisenbahngesellschaften scheinen durch v. d. Heydts diktatorische Handlungsweise ziemlich geschädigt worden zu sein, denn nach der Uebernahme der Niederschlesischen Bahn in fiskalischen Betrieb griff der Handelsminister zur Erhöhung der Frachtrate für Kohlen. Dann aber wurde der Preis noch unter den ersten Satz heruntergesetzt, und der Wille des Handelsministers, den Berliner Markt der einheimischen Kohle zu überwinden, triumphierte über alle Hindernisse.



Die Politik v. d. Heydts gegenüber den Privatbahnen entwarf seine Erfolge schließlich auch einen Teil der liberalen Opposition. gestand G. v. Vinke in der Session von 1861, der Handelsminister sei zwar die Eisenbahngesellschaften oft in exorbitanter Weise „gezwiebelt“, er es sei ihm auch gelungen, ihr Interesse dem Staatsinteresse unterzuordnen. Ebenso nützlich für das Gemeinwesen war die dem Bau neuer Staatsbahnen zugewendete Tätigkeit v. d. Heydts, welcher Unternehmungen Angriff nahm, an die das Privatkapital vergebens aufgefordert wurde, zu machen. Die Berlin mit der russischen Grenze verbindende Ostbahn, die dann nach Petersburg und Warschau fortgebaut wurde, war nicht die größte Staatsbahn Preußens, sondern der Welt. Ihre gewaltigen Lückenaufbauten über Weichsel undogat rivalisierten mit Bruck's Semmeringbahn,\*) welche gleichfalls in der Reaktionsperiode der fünfziger Jahre auf Staatswegen geschaffen worden ist.

V. d. Heydt war Schutzzöllner. Dieser handelspolitischen Richtung widigten die Westelbier überhaupt, während sich die ostelbischen Junker als zum Freihandel bekannten. Unter der Führung der Kreuzzeitung bedeten sie den Handelsminister scharf, weil er die Interessen der Landwirtschaft der Industrie aufopfere. (S. 153.) Aber auch ein Mann wie Adolf Delbrück, der für möglichst ungebundene Bewegung der wirtschaftlichen Kräfte leidenschaftlich eingenommen war, sollte dem viel weniger individualistisch gesinnten Handelsminister, wie ich aus guter Quelle erfahre, eine bedingte Anerkennung.

Bergengrün bringt viel neues Material bei über v. d. Heydt als Finanzminister im Kabinett Bismarck, dem jener widerstrebend im Juni 1866 beitrug, als kein anderer imstande war, ohne das Abgeordnetenhaus die Mittel für den Krieg zu beschaffen. Fast ebenso lesenswert sind auch die Schicksale des „Steuerbouquets“, welches v. d. Heydt 1869 dem Norddeutschen Reichstage präsentierte. Charakteristisch für die Grundsätze Bismarckscher Steuerpolitik ist ein Schreiben des Bundeskanzlers an den Finanzminister, in welchem Graf Bismarck eine von v. d. Heydt vorgeschlagene, die Steuerverhältnisse von Brennereien und Zuckerfabriken betreffende Maßregel mit der Begründung ablehnte, sie treffe Gewerbe, deren Vertreter im ganzen mit der Regierung zu gehen pflegten. (S. 364.)

Hard Waddington, „La guerre de sept ans. Histoire diplomatique et militaire“. Tome IV. Torgau — Pacte de famille. (Ouvrage couronné par l'institut). Librairie de Paris. Firmin-Didot et Cie. Imprimeurs-éditeurs Paris.

Waddingtons Geschichte des Siebenjährigen Krieges beruht, was die Ereignisse der Konflagration betrifft, auf der älteren, meiner Meinung nach

\*) Vgl. meinen Aufsatz: „Österreich als deutscher Einheitsstaat unter der Reaktion“, Band 123, Heft 3, S. 89.

vollständig widerlegten Auffassung. Gleichwohl mache ich auf das Herauskommen des vierten Bandes auf das Werk aufmerksam. Der gabte Verfasser hat umfangreiche archivalische Studien angeestellt und einzelnen nützliche Informationen zutage gefördert, beispielsweise auf die Stärkeverhältnisse der Flotte in den wechselnden Phasen der Kriege. Es wäre verkehrt, dieses ganze Material zu ignorieren und die Grundgedanken der wirklich sehr gelehrten Publikation nicht zu

Aus den Tagen Bismarcks. Politische Essays von Otto v. Gildemeister. Herausgegeben von der Literarischen Gesellschaft des Künstlervereins in Bremen. Mit einem Porträt Gildemeisters. 1909. Verlag von Quelle und Meyer in Leipzig.

Otto Gildemeister, der Byron-Übersetzer und bremische Senator, welcher auch Vertreter der Hansestadt im Bundesrat, begann seine politische und glänzende Laufbahn 1845 in der Eigenschaft eines Redakteurs der „Weser Zeitung“. Während er sich in Amt und Würden befand, hat Gildemeister die Mitarbeiterschaft an jenem publizistischen Organ fortgesetzt, bis ihm der Tod 1902 die Feder aus der Hand nahm. Eine Sammlung Gildemeisterscher Zeitungsartikel wird von den Freunden und Bewunderern, welche der feine und fruchtbare Geist in seiner Schrift hinterlassen hat, hiermit dem deutschen Publikum dargeboten.

Die Herausgeber äußern in der warm empfundenen, geschriebenen Vorrede, die Edition alter Zeitungsartikel sei ein in der Literatur wahrscheinlich einzig dastehendes Wagnis. Sie haben es nicht recht. Zeitungsartikel müssen ihren Reiz mit dem Tage verlieren, sie verfaßt sind, und später so ungenießbar werden wie die Semmelbröten zusammen sie auf den Frühstückstisch kommen im Zustand des Alters. Das Richtige haben die Herausgeber aber auch getroffen: sie den mehr essay- als artikelartigen Charakter der Gildemeisterschen Beiträge zur „Weser-Zeitung“ durchschauen und beschloffen, dieselben der Verfasser selber für ephemere gehaltenen Arbeiten in der geistigen Wirkung erstrebenden Buchform der Nation vorzulegen.

Ungeheuer erscheint der intellektuelle Verfall unseres öffentlichen Lebens, wenn wir die Essays Gildemeisters, der doch nur einer unter den politischen Kapazitäten seines Zeitalters war, mit den publizistisch-rednerischen Produktionen der Staatsmänner der neuesten deutschen Geschichte vergleichen. Besonders die nationalliberale Partei, welche eine ganze Reihe solcher Männer hatte wie Otto Gildemeister, von der hier besprochenen Veröffentlichung lernen, wie sie vielleicht dem völligen inneren Absterben zu entgehen vermöchte.

Politische Bildung. Ihr Wesen und ihre Bedeutung. Eine Frage unseres öffentlichen Lebens. Von Dr. P. Mühlmann. Verlag von Quelle und Meyer in Leipzig.

Der Grundgedanke des Verfassers, daß politische Erziehung

genstand zu werden habe, ist sicher verfehlt. Aber Nühlmann entwickelt seine Ansichten in so eigenartiger Weise, mit soviel Bildung und Ideenreichtum, daß man der Schrift zum mindesten Hochachtung nicht verjagen kann und ihr in denjenigen Kreisen, welche politischen Schulunterricht als ernsthaft zu erörterndes Problem ansehen, weite Verbreitung wünschen muß.

Die Stellung Norwegens und Schwedens im deutsch-dänischen Konflikt, zumal während der Jahre 1863 und 1864. Auf Grundlage neuer Aktenstücke dargestellt von Helvdan Koht. Christiania. In Kommission bei Jakob Dybwad. 1908.

Dieses Buch behandelt die Bestrebungen Karls XV. von Schweden, in Dänen in der Krisis von 1863/1864 den Besitz Schleswigs zu sichern, gegebenenfalls durch Kriegshilfe gegen Deutschland, um durch eine solche auswärtige Politik die Union der drei skandinavischen Reiche unter dem Hause Bernadotte herbeizuführen. Koht führt aus, wie jene Staatskunst sowohl der Ungunst der internationalen politischen Verhältnisse als auch an der Zügellosigkeit der Völker des Nordens gegen die „skandinavische Idee“ erlitt, während auch die persönlichen staatsmännischen Eigenschaften des Königs und seiner Ratgeber zur Lenkung des Steuerruders auf einer so unruhigen Fahrt nicht bedeutend genug waren. Der Mißerfolg der auswärtigen Politik des schwedischen Königtums zog durchgreifende innerpolitische Folgen nach sich, indem das repräsentative Prinzip auf Kosten der monarchischen Gewalt starkte. Die Wirkungen dieses Umschwunges öffentlichen Angelegenheiten erstreckten sich auch auf das geistige Gebiet, die Romantik völlig verschwand und einer realistischen Weltanschauung Platz machte.

Die neuen Aktenstücke, auf Grund deren Koht sein Werk verfaßt hat, vornehmlich die geheimen Protokolle der norwegischen Regierung aus den Jahren 1863 und 1864.

E. Daniels.

10 Moritz Hartmann, Theodor Mommsen. Eine biographische Skizze. Mit einem Anhang: Ausgewählte politische Aufsätze Mommsens. Gotha. Friedrich Andreas Perthes. 259 S.

Die vorliegende Schrift Hartmanns ist ein erweiterter Abdruck der Ausgabe von 1906 in Pettelheims „Biographischem Jahrbuch und deutschen Biographen“ erschienenen Mommsenbiographie. Die Persönlichkeit des großen Historikers ist vom Verf. nach ihrer menschlichen und wissenschaftlichen Bedeutung mit liebevoller Anteilnahme gewürdigt worden, ein aufrichtiger Bewunderer des Dahingeschiedenen hat die Feder geführt und dessen Lebensgeschichte fesselnd dargestellt.

Frühzeitig zeigen sich bei Mommsen in harmonischer Vereinigung der scharfdringender kritischer Verstand und schöpferisch aufbauende Phantasie.

Da zu diesen intellektuellen Eigenschaften die schönsten Charaktere: die unbestechliche Wahrhaftigkeit, der eiserne Fleiß und der auf den lichen Sieg des Guten vertrauende Idealismus sich gesellen, so nur wichtigsten Voraussetzungen gegeben, die die Talente des friesischen Sohnes zur Reife bringen konnten. So erwuchs uns der geistreiche der Totes zum Leben erweckende Historiker, der peinliche Editionen- und großzügige wissenschaftliche Organisator, der heißblütige Politiker.

Es wäre für die Hartmannsche Skizze nur ein Vorteil gewesen, der Verf. — ohne Verletzung der schuldigen Hochachtung — zu dem so gewürdigten Manne eine freiere Stellung gewonnen und in der Würdigung etwas skeptischer und weniger zurückhaltend sich verhalten. Es ist gewiß das gute Recht des Biographen, die Römische Geschichte in ihrer streng evolutionistischen Auffassung mit ungemischter Freude zu genießen, und wir dürfen es vollends seine Pflicht nennen, den gegen den Vorwurf der Heroenverehrung und der Anbetung des in Schutz zu nehmen. Er hat auch gut daran getan, auf Aussehen im Einzelnen und Kleinen zu verzichten, wo es vorzüglich darauf an die epochale Bedeutung eines Schatzes der Weltliteratur hervorzuheben; sofern aber Hartmann nur hinsichtlich des ersten Bandes die notwendigen Vorbehalte macht, muß doch bemerkt werden, daß selbst dieses Werk als Gesamtleistung keineswegs ohne Mängel ist. Vor allem hat es mit Leidenschaft geschrieben und ist der mit ihr verbundenen Einseitigkeit nicht immer entgangen. Der Julius Cäsar gewidmethyrambos und die unbillige Behandlung Ciceros und Pompejus baren einen prinzipiellen Schaden, und dieser durfte nicht werden. Hartmann scheint es im Gegenteil für lobenswert zu halten Mommsen die Maxime: *sine ira et studio* bewußt beiseite zu lassen. Fähigkeit unseres Geschichtsschreibers, Menschen zu schildern, als glänzende genannt; es läßt sich aber nicht leugnen, daß sie gelegentlich blenden geeignet war. — Der Verf. macht die zutreffende Bemerkung, daß die große Einzelpersonlichkeit im Rahmen der Mommsenschen Betrachtung nicht das eigentlich Treibende, Schöpferische sein konnte. Historiker war sich vollauf bewußt, daß selbst das hervorragende von Zeit und Ort bedingt bleibt: „Der Staatsmann baut nur, was dem ihm angewiesenen Kreise bauen kann.“ (M.G. II<sup>10</sup> 374). Der Nothwendige soll sich gesetzmäßig vollziehen. Gleichwohl Mommsen des Momentes der sittlichen Freiheit bewußt geblieben diesem Zusammenhange hätte deswegen Hartmann wohl auch anerkennen können, daß aus der Darstellung unseres Geschichtsschreibers immer hervorgeht, daß dort, wo die überragende Persönlichkeit fehlt, manches Nothwendige oder Mögliche verzögert wird oder ungetan bleibt, und auch umgekehrt eine starke Hand in den Ablauf der Begebenheiten eingreifen kann. — Ich kann es mir schließlich nicht verhehlen, auf die wertvollen Auseinandersetzungen des Verfassers hinsichtlich

hienenen vierten Bandes der Römischen Geschichte zu verweisen (Seite —81).

Mit großer Sympathie steht anscheinend Hartmann dem Politiker Mommsen gegenüber. Daraus ist es gewiß zu erklären, daß er anhangsweise seiner Biographie eine Auswahl der im Jahre 1848 für die Schleswig-Holsteinische Zeitung verfaßten journalistischen Artikel des verehrten Mannes beigelegt hat. Die Arbeiten haben z. T. nur provincialgeschichtliches Interesse und beschweren darum ohne Not das Büchlein. Da überhaupt eine vollständige Sammlung nicht angestrebt wurde, so hätte sich der Herausgeber wohl auf die charakteristischsten Stücke beschränken können. Manche Aufsätze sind von nicht geringem Belang, insofern sie den hingebenden Stil und den edlen Enthusiasmus des leitartikelebenden Historikers hellste Licht setzen, so z. B. die schmerzliche Betrachtung: Die Einheit Deutschlands praktisch angewandt (S. 175—179). Ein anderer Artikel, die Ueberschrift trägt: Die provisorische Zentralgewalt und die „Deutsche Union“, ist als Beweis der staatsmännischen Kurzsichtigkeit eines der ersten Köpfe der Nation von erheblichem Interesse (S. 191—200). Mommsen polemisiert an dieser Stelle gegen das Erbklaisertum als eine Einrichtung, die mit dem Bundesstaat innerlich unvereinbar sei. Die vorbrachten Einwände sind nicht gerade unbegründet, sie verschlagen aber nicht gegen die Tatsache, daß dem strengen Logiker unvernünftig dünkende historische Gebilde lebenskräftig, ja notwendig sein können. — Mommsen setzt seinen Gegnern den Vorwurf des Doktrinarismus. Wir können schauend nicht umhin, dem unter die Revolutionäre geratenen Historiker den nämlichen Fehler nachzusagen. Mit Energie verfocht er 1848 die Ansicht, daß die Bundesstaaten, indem sie die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung zuließen, sich ihrer Souveränitätsrechte begaben. Als einzige Inhaberin der deutschen Staatsgewalt könne seitdem nur das Reich in der Paulskirche anerkannt werden. Das war nun freilich eine neue Theorie. Bitter empfand es Mommsen, wenn die Realität der Thaten dieser entgegenstand. Er klammerte sich an die Rechtsprinzipien und verkannte zeitweilig, daß Machtfragen zur Entscheidung standen. Hartmann läßt das unausgesprochen, gibt sogar eine gegenteilige Ansicht kund (S. 40), aber das von ihm beigebrachte Material zur Lebensgeschichte ist in unserem Sinne berechtigt genug. Als Leipziger Professor agitierte Mommsen lebhaft für die Anerkennung der Frankfurter Reichsverfassung. Er hielt sie für durchaus rechtsverbindlich. Ihre Verwirklichung scheint er Demonstrationen und der Macht der Idee erhofft zu haben. Aber trotzdem die Gewalt hätte damals im Kampfe wider lebendige Kräfte wirken können. Indem Mommsen gegen den Aufruhr in Dresden seine Stimme erhob, bewies er, daß seinem politischen Willen, die eiserne Folgebildigkeit abging. Für diese Mäßigung erntete er keinen Dank. Dem zeitbedürftigen Hochschullehrer ist der Prozeß gemacht worden, und erst in zweiter Instanz erfolgte die Freisprechung. Hartmann teilt aus dem

Urteil einen höchst charakteristischen Passus mit (S. 48): „Darüber: Schritte zu diesem Zwecke (Anerkennung der Reichsverfassung) zu tun und wohin diese führen könnten, mögen sich die Intulpaten (Neben und Haupt) wohl nicht klar geworden sein.“ Und entschuldigend hat von den dem praktischen Leben ferne stehenden Männern: „Sie haben Ideen, enthusiastisieren sich für dieselben, ohne die Möglichkeit zu haben, deren praktische Durchführbarkeit beurteilen zu können usw.“ Man wird abstreiten dürfen, daß diesen Ausführungen eine gewisse Berechtigung innewohnt.

Das von Hartmann entworfene politische Porträt Mommsens ist schwerlich in der Erinnerung haften. Es ist etwas matt. Ihm Lichter und Schatten kommt aber nur selten ein eindrucksvoller Zustand.

Fr. Emil

### Zum Referat des Herrn Dr. Emil Daniels über meine Abhandlung „Münster im Siebenjährigen Kriege“:

Herr Dr. Emil Daniels hat in seinem Referat über meine Abhandlung „Münster im Siebenjährigen Kriege“ (Märzheft S. 533) dieser eine Etikettierung „Janssensche Schule“ gegeben. Diese Konfessionalisierung muß ich entschieden ablehnen, und ich verweise dieser Behauptung gegenüber auf den Schlusssatz des Vorwortes und die Zueignung des Buches, welche klar aussprechen, daß ich Schüler von Georg Erler bin, und daß die genannte Arbeit lediglich unter seinem Einflusse entstand. Was aber Herr Geheimrat Erler und seine historische Methode „direkt oder indirekt“ mit der „Janssenschen Schule“ zu tun haben, das lasse ich dem Urteil der Leser der Preussischen Jahrbücher überlassen.

Dr. phil. Hegidius Hartmann

Münster i. W., den 19. März 1909.

### Replik.

Die Historiker, welche Schule machen, wirken zum Teil weniger Tendenz als auf die Methode ihrer Schüler; das zeigen Rantke und viele andere vielfach ganz anderen Weltanschauungen als der Meister huldigenden Schüler. Das Buch des Herrn Dr. Hupperß aber hat unzweifelhaft eine Konfessionalisierung, wenn sie auch dem Herrn Verfasser nicht zum Bewußtsein kommen sein mag. Mir würde jener Charakter des Buches nicht der geringste Anlaß zum Tadel gegeben haben. Was ich angreife, ist die Methode des Herrn Dr. Hupperß, welche in dieser Weise ihre Wurzel nur bei Janssen hat, und zwar handelt es sich, wie aus der oben erwähnten Erklärung des Herrn Dr. Hupperß hervorgeht, um ein indirektes, unbewußtmaßen wirkendes Vorbild. Charakteristisch für die Janssensche Methode ist, daß der mangelnde Reichtum an Gedanken und übermäßigem Gehalt verdeckt wird durch den falschen Schein von Gesamtheit, welchen die nutzlose Anhäufung einer enormen Menge Quellenmaterial hervorbringt. Seine „Abhandlung“, wie Herr Dr. S.

es hier erörterte Werk zu nennen beliebt, ist ein Band von 491 großen Seiten und ein zweiter und dritter Band, Quellenpublikationen bringend, den über das eng begrenzte Thema noch folgen. So stehen Umfang und Inhalt der dreibändigen „Abhandlung“ in einem für diese Schule bezeichnenden Mißverhältnis. Vielleicht geschieht Herrn Dr. Hupperß jedoch ein Befallen, wenn ich in diesem Zusammenhange hervorhebe, daß ein größeres nationalliberales Blatt eine den wissenschaftlichen Wert seines Buchs hoch einschlagende Kritik gebracht hat.

Daniels.

### Literatur.

Silhelm Walloth: Im Schatten des Todes. Roman. Suevia-Verlag. Jüngenheim a. d. Bergstraße 1909.

Richard Münzer: Sein letztes Tagebuch. Verlag Otto Wigand, Leipzig.

Andro: Das offene Tor. Ein Wiener Roman. Verlag Süddeutsche Monatshefte. München.

von Hippel. Sei so wie ich. Roman. Deutsche Verlagsgesellschaft Union. Stuttgart, Berlin, Leipzig.

J. Horschick: Johannes Lister. Amelangs Verlag. Leipzig 1908.

Carl Hauptmann: Einhart der Lächler. Verlag Marquardt, Berlin.

Das Gemeinsame an diesen Büchern ist, daß ihre Helden Schaffende sind, und daß sie, mehr oder minder (und zwar ist es nach der Reihenfolge, der sie genannt sind, in aufsteigender Linie der Fall), ihre Hauptaufgabe darin sehen, die Psychologie des Künstlers zu zeichnen.

Der Roman „Im Schatten des Todes“ ist ein sehr merkwürdiges: außerordentlich talentvoll und außerordentlich unerquicklich. Die Psychologie ist scharf gezeichnet und von streng einheitlicher Führung. Sie bringt überraschende Beobachtungen, sie macht ihren Gegenstand lebendig, drängt uns seine Atmosphäre geradezu auf, aber es ist unsagbar, wie verdrückend diese Atmosphäre ist. Der Verfasser ergreift nicht Partei für seine Menschen, steht aber auch nicht darüber; er gibt ihnen allen unsymmetrische, enge, arme, kleinliche Züge. In der Psychologie der Künstler betont er mit Vorliebe pathologische Züge. Oft haben seine höchst lebendigen Figuren ein Stich ins Lächerliche. Wären dies Nebenpersonen, von denen ein Held, den man mit warmer voller Liebe umfassen können, sich abhobe, so wären die Zeichnungen ganz vortrefflich. Wird aber solche Art der Menschenzeichnung die eigentlichen Träger des Interesses angewandt, so müßte sie mit der Satire verbunden sein, um künstlerische Wirkung zu erzeugen. Und hat der Verfasser leider nicht genug geistige Ueberlegenheit. Er tritt, schilt sogar in einem nörgelnden Tone persönlicher Gefränktheit, anlachend zu geißeln, oder lächelnd den Spiegel vorzuhalten. Wenn es dem sehr talentvollen Verfasser gelänge, zu innerer Freiheit und Ueberheit hinaufzusteigen und mit seinem scharfen Blick für die Schwäche Mitmenschen die nötige Herzenswärme zu verbinden, so könnte er vorläufige Satiren schreiben.

Richard Münzers Buch ist sehr viel leichter und sehr ansprechender. Der Verfasser nimmt es mit der psychologischen Analyse längst nicht so ernst. Die Zeichnung ist nicht sehr scharf, aber der Inhalt ist ehrlich, die Menschen sind interessant, liebenswert und anziehend. Die Sprache ist leichtflüssig. Sehr ansprechende Lebensbeobachtungen und Details sind reichlich in das Buch eingestreut. Hätte der Dichter die Erzählung knapper und straffer gehalten, so würde ja das Ganze künstlerisch sehr vollendet sein. Immerhin zieht uns das Schicksal, das wir mit zwingender Notwendigkeit sich entwickeln sehen, mit der Zeit völlig in seinen Bann. Hier wird ein Dichter gezeichnet, der nicht zu den ganz Glücklichen, sondern zu den monischen unter den Schaffenden gehört; mit dem um seiner Kunst willen ein Schicksal geht. Es ist nichts Pathologisches in ihm, aber er ist reichlich reichum seiner Natur ungeordnet, nicht klar, nicht ehrlich, nicht stark genug, um in dem Zwiespalt seines Lebens zur Klarheit zu kommen und in seinen Schicksalsdrängen Sieger zu bleiben. Es ist der Kampf zwischen der Liebe zur Frau, die man als besten Freund und Vertrauten heimführt, und zu jener andern, die jeder mit Phantasie begangenen Zeit lebens im Herzen trägt, die er nach seinem Illusionsbedürfnis nachbildet und modelt, die aber für ihn immer nur ein unerreichbares Ideal ist.

Der Wiener Roman „Das offene Tor“, dessen Held ein Künstler ist, greift sehr tief in die Psychologie des Schaffenden und stellt ein sehr ernstes Problem: das Verhältnis des schaffenden Künstlers zum Erfolg. Der Held, der große, herrliche Werke geschrieben, ist jahrelang erfolglos geblieben und hat in gedrückter Lage und großer Armut gelebt. Da fangen seine Freunde an zu spüren, daß er ermattet: sie fühlen es die höchste Zeit für ihn ist, einen Widerhall zu vernahmen. Sie ermutigen ihn, einen Erfolg zu haben, der ihm die Last der Erwerbsarbeit von seiner Produktion drückt, abnimmt. Sie tun sich zusammen, und mit großer Bemühungen und Geldmitteln veranstalten sie einen Konzertsaal, um die Aufmerksamkeit plötzlich auf ihn richten soll. Aber seine Kunst ist für sie zu hoch, zu neu, zu eigenartig: es wird ein großer Mißerfolg. Ihm wird sich all sein Inneres neu belebt, tief aufgewühlt, und alle Kräfte konzentriert auf diesen Moment konzentriert. Jetzt geht er hin und macht einen Selbstmordversuch, an dessen Folgen er dann lange krankt. Während sich die Verhältnisse in München für ihn günstig gestalten, so erneuert der Versuch derselben Freunde dort einen großen Erfolg erzielt. Das offene Tor ist offen. Zum großen Schaffen seiner Meisterjahre soll er sich aufrufen, aber obwohl er von seiner Krankheit genesen ist, ist er zu spät. Die Seelenkräfte sind zu tief erschöpft. Als der Erfolg kommt, weckt er nur Lebensverachtung in ihm. „Wenn ich denke, daß ich gelebt habe, daß das die Höhepunkte sind! — Irgendeine Zufälligkeit hat bewirkt, daß irgendwo auswärts ein paar dunkle die Hände applaudierend aneinander schlagen. Jetzt gehen sie dort und die Schafe und entdecken mich — mich, der ich jahrelang unter



gefleht und gebettelt hat um Gehör. Wissen Sie, was ich habe? — sonst nichts!“ . . . „Vielleicht gibt's ein Glück für die, die gleich aufkommen, die nicht darum betteln müssen, denen es in den Schoß fällt. Aber für den, der so lange, so bitter darauf gewartet hat, ist dieses Glück zu schal, zu pover, zu karg, — es ist einfach zu spät . . .“ „Ich hätte nur wissen, ob es den anderen auch so geht, daß sie, bei dem ersten Moment ihres Lebens angelangt, auf den sich all ihr Wünschen und Hoffen seit Jahren konzentriert hat, sich fragen müssen: also das ist es? So sieht das Glück aus? — Schöb'ig, wahrhaftig!“

Er faßt es zu äußerlich. Was ihm dieser Erfolg bedeuten sollte, ist Fassensfreiheit und der befruchtende Austausch mit dem Publikum. Die ist alles, nichts der Ruhm. Nicht den darf er für den höchsten Moment seines Lebens halten, an dem die Menschen ihn anerkennen, ihm abeln; sondern an dem er der Offenbarung gewürdigt wird und das sterbliche Werk schafft, von dem er innerlich fühlt, daß es, ob früher oder später, in Menschenherzen schaffend hineinwirken wird.

So vermag es der Held nicht zu fassen, und vielleicht vermöchte es Dichter nicht. Das Buch endet mit einer unbeantworteten Frage. Der Held geht in seiner Enttäuschung hin und faßt zum zweitenmal den schluß zu sterben, und diesmal glückt es ihm.

Uebrigens ist es ein sehr interessantes und in poetischer Beziehung wert=es Buch. Die Poesie des von Natur einsamen, durch inneres Ueber=zen einsamen Menschen kommt stellenweise zu tief ergreifender, er=ternder Wirkung. Eine Fülle von außerordentlich klugen und feini=igen Bemerkungen steht in dem Buch z. B.: „es braucht einer garnicht anders gekheit zu sein und keinerlei Anregung zu bieten, und man t ihn schätzen um der klugen Dinge willen, die man zu ihm sagt.“

Naturschilderungen sind stets sehr anmutend; und wie wundervoll ist Charakteristik Wiens, wenn sie dem Helden zusammenfließt mit der rakteristik der geliebten Frau, die ihn einst nicht beachtet und nun — zu ! — werdend vor ihm steht: „Wie schön sind Sie! wie gut und lieb warm fühlend! wie indolent und träge und ohne jede Initiative! erst ein anderer alles vormachen, dann gehen sie erst nach. Da liegt sie in unseren Füßen, ein schönes Tier, hold und unverständig, von weicher umflossen, mit Fenstern, die kupferrot leuchten in der Abendsonne. . .“

Die Art, wie Hildegard von Hippel an die Psychologie des issenden geht, ist eine völlig andere. Sie schreibt keine Studien, sondern eigener, warmer, leidens= und wonnevoller Dichterseele schildert sie en und Glück der schaffenden Natur. Auch betont sie kaum, daß ihre en Schaffende sind; das ist ihr nur selbstverständliche Begleiterscheinung earteter Naturen. Was ihr das Wichtige ist, das ist der Drang der ständigkeit, das Schicksal unbewußten Abweichens von aller Norm, im endigen Verfolgen der eigenen naturgedachten Bahn; es ist die Kraft, strahlende Stärke, die göttliche Fröhlichkeit, der innere Reichtum und

die Harmonie; das Lichtvolle dieser Naturen ist es. Eine tiefe Bescheidenheit läßt sie zunächst völlig unbewußt sein über ihren überaus hohen Wert. Nur mit Kämpfen lernen sie sich selbst erkennen. Im Inneren der bürgerlichen Gesellschaft bemühen sie sich ernstlich, sich den herrschenden Normen anzupassen, obwohl sie mit jeder Aeußerung unbewußt abstoßen. Sie begegnen heftigem Mißtrauen, leiden schwer und begreifen es langsam, langsam und mit Widerstreben, daß die Ursache zu dem mißverständlichen Einverständnis in einer eigenen Ueberlegenheit beruht, die von den Andern nicht erkannt wird, nicht erkannt werden kann und darum mißdeutet werden muß. Aber ihre innerste Kraft ist im Bunde mit ihrem Schicksal. Ihre Kämpfe scheinen nur dazu da, um ihre Kraft zu sammeln, zu verfestigen, ihre reichen inneren Anlagen um so edler zu entfalteten, um das Nothwendigste zu entwickeln. Wirkliche Hemmungen kann es für sie nicht geben. Denn völlig selbstlos, treten sie allen Dingen unbefangen gegenüber, wie engere Naturen es nie vermögen. Tief wahrhaftig, finden sie sich mit äußerster Treue an jenen engeren Menschen festgehalten, die sie binden, den Mut und die Kraft, mit scharfem Schnitt sich von ihnen zu lösen, sobald sie das Unfruchtbare dieser Bindung erkannt haben. Sie sind lichtvollen, sittlich sehr ernststen, streng fordernden, unendlich feinfühligsten freien Stimme in ihrem Innern ehrfürchtig treu, ebenso ehrfürchtig einer geheimnißvollen Stimme aus den reinen Fügungen des Lebens gehorchende zugleich und Beherrschende ihres Schicksals, und sie geht mit ihnen. Es ist eine freudige, starke und reine Atmosphäre. Das Buch. Seine Helden erfüllen immer die vornehmsten Möglichkeiten, wie gut diese Dichterin weiß, was seelische Vornehmheit ist! wie sie sie zeichnet! Und mit einer seelischen Vornehmheit, die zugleich von außerordentlicher Wirkung ist, schließt sie selber das Buch mit dem letzten Wort nicht den Helden, den Siegenden, sondern den Schwächeren, Unterliegenden, Entfagenden gönnt sie es, in goldenen Wärme. Jene aber sind geborgen in dem Reichthum ihrer erlösenden liegenden Art. — Wieviel Poesie ist in diesem Schluß!

Nun ist es aber erstaunlich, daß dieses Buch, das seinem Geiste nach dem Ernst und der Tiefe seiner psychologischen und der Wahrhaftigkeit seiner Führung und nach der Poesie seiner Lebensdarstellung, sich völlig auf der Höhe strenger künstlerischer Leistungen hält, stellenweise in einer Sprache geschrieben ist, die unbefangen neben die strupellosesten Unterhaltungsrömane steht. Es ist zwischen Schriftsteller und Schriftsteller ein Unterschied, zwischen Maler und besserem Anstreicher; der eine setzt etwas Stimmungsvoll sein, nach etwas aussehen muß; der andere eine Lebensoffenbarung. Hildegard von Hippel ringt mit Ernst um eine Lebensoffenbarung. Aber auch der Sprachgeist ist ein Stück Lebensoffenbarung und auch mit ihm hat ein Dichter ehrlich zu ringen, damit er eine Lebensoffenbarung segne. Ein Dichter darf nicht die Worte seiner Sprache

er abgeblaßten, anschauungslosen Bedeutung brauchen, die sich im All-  
verkehr der sprachlich undisziplinierten Menschen allmählich herausge-  
det hat. Er muß jedes Wort auf seine ursprüngliche Meinung hin ab-  
zählen. Die Worte müssen ihm nicht Münzen sein, die, ob auch abge-  
ziffert, doch noch gelten, sondern lebendige Wesen, aus denen eine junge  
Einschauung, eine frische Schönheit, ein neues, eigenes Erlebnis mit hellen  
Augen blickt. Ich würde der Dichterin empfehlen, sich gute deutsche Wörter-  
bücher vorzunehmen (Kluge, Herrmann Paul, oder Grimm) und zu ihrer  
Lehre darin zu lesen. So wird sie dem wirkenden Sprachgeist hinter sein  
Heimnis kommen und es dann für selbstverständlich halten, daß sie ihm  
auch ihre eigene Dichtung in die schaffenden Hände gibt. Sie wird dann  
ein Roman, wenn er so weit gediehen ist wie dieser, noch nicht für  
genügend halten, sondern ihn nun noch einmal völlig durcharbeiten, um  
zu prüfen, ob der sprachliche Ausdruck auch überall jung und edel ist.

Das kleine Buch von Horschick, „Johannes Lister“, ist eine sehr  
würdevolle, höchst anziehende und höchst problematische Dichtung. Ihre  
denkenden und handelnden Figuren sind Dichter und Maler. Von ihnen wird  
auch nach dem Anfange folgende interessante Charakteristik gegeben: „Man  
ließe wieder einfacher werden, rustikaler, und die schlummernden Kräfte  
der Erde wecken. Die Stadt ist eine Demokratie, sie nivelliert. Sie aber  
sollen Künstler, Aristokraten sein, und darum wollten sie für ihre Laune  
dankbar; das aber waren Wälder und Ebenen, Lust, Jagd, Freude --  
Entscheidungen. Die Stadt würde ihnen niemals diese Träume geben,  
sonst würden ihre Seelen in den Straßen die Figuren der erträumten  
Wälder sehen, die Stadt war harte Wirklichkeit, Zwang, Unnatur. . . .

... wußten nicht, daß sie mit einem großen Reichtum von abstrakten  
Vorstellungen in die Natur traten, mit Leseerträgen und Phantasien, und daß ein  
Austausch ihrer Gefühle damit beginnen mußte. Das landschaftliche Bild  
deckte in ihnen nur einen längst gedachten Vergleich. Sie fühlten nicht  
ihre eigene Wesen des Landes, sie dachten an Millet und Kalkreuth und  
nicht in den Bauern nur die Pathetiker dieser Maler. . . . Sie waren  
Lebende, verachteten unbewußt die Forderungen der Selbstzucht, . . .

Schönheitsempfinden hatte keinen Unterbau, das Treibende in ihnen  
war die Stimmung des Augenblicks, die nervöse Hast der Zeit, deren  
Worte sie in allen Äußerungen und Gefühlen waren. Sie lebten an der  
Oberfläche und hatten von ihr die Charaktereigentümlichkeiten übernommen,  
Spielerische und Unverantwortliche. . . . Ihre Stirnen sahen niemals  
große Ideale, das in diesen Tagen entstehen sollte, dessen Anzeichen so

Herzen bestürmte und höher schlagen ließ. Wohl vernehmen sie die  
Rufe der neuen Kunst, aber ihnen klangen sie nur wie schöne Signale.  
Wesen der neuen Zeit strich ihre Scheitel; es mied ihre Seelen. . . .

... waren schön, edel, und alle waren unfertig. . . . Maria liebte das  
Neue und versuchte ihre Liebe zu erklären. Sie sprach mit sanfter Stimme,  
sprach sie von sensitiven Stimmungen und fühlen, zarten Farben.

Sie erzählte von den weiten Rübenfluren, deren Blätter wie nebesamt sind, von Hopfenfeldern und goldgelben, schwülen Trauben; heiß und glüh, in der prallen Sonne, auf hohen Stangen hängen. Sie sprach sie von dem schweren Korn, das der Wind zu Wellen formte; ihre Worte verloren sich zögernd, als hörte sie das Wogen der See. Maria träumte sich, während sie langsamer sprach, in dieses Raunen; sie verglich es mit dem Tanze der Lichtgeister aus alten Legenden, wollte gleiten und schweifen, vergaß sich ganz und wurde dann empfunden wie ein Kind, das sich im Walde verirrt. Dann schwieg sie, denn als ginge sie in einer dunklen, alten Allee, wo die Schatten geistig sank in Träumen — lächelte leise und lauschte — lauschte. Auch die Schweigen; höher kam der Mond herauf, hell leuchtete die Venus. Ines begann wieder, suchend und vergleichend: „Er hat die blassblasse Malmaison“ . . . Und als Lister sie ansah, denn alle blickten geschwiegen, zeigte sie gegen den Mond, der jetzt in einer blühenden stand. . . „Der Mond hat ein mädchenblaßes Antlitz, er gleicht den Anemonen, die unter dem Schnee wachsen“. . .

Aber Lister liebte sie. Sie waren für ihn der fruchtbare Boden der Aderscholle, die das Korn trug für das kommende, bessere Geistesleben; waren die Mütter und Väter einer Generation, der vorbehalten war, die Stadt und Land zu verbinden, ein Ganzes, eine Einheit zu schaffen.

War auch dieser Plan ein Traum? war auch er eine Utopie, die man in grüblerische Toren oft empfunden haben? Oder war Johannes nur ein Schwärmer, wie alle die andern? Sann auch er den Gedanken nach? Verauschte auch er sich an dem Glanz des Dichters? Und gab es vielleicht gar keine Unterschiede zwischen ihm und den andern? Oder war es nur die Nuance, die ihn von der Masse trennte?

Also so wird es werden? horchen wir auf. Wird zwischen diesen und jenen anderen ein Unterschied, dieser Unterschied wird gearbeitet werden? Es gibt einen sehr wichtigen, feinen und schwer fassbaren und doch unendlich wirklichen Unterschied zwischen den feinsten Menschen unserer Zeit: Die einen sind nur ästhetisch, die andern hat das Schönheitsempfinden noch „einen Unterbau“. Kann der Dichter diesen Unterschied? Wagt er es, ihn herauszuarbeiten? Ist das eine schwierige, welche eine vornehme Aufgabe!

Aber man glaubt es nur eine Weile, es kommt dann ganz anders. Schon am nächsten Tage, schon an demselben Abend, gleich dort, wo von jenen Menschen, die der Dichter mit so scharfer Kritik kritisiert, mit einer andächtigen, feierlichen Hulldigung gesprochen. Und Lister ja mit Andacht liebt, ist unter ihnen. Und suchen wir das Buch hindurch: es wird auf jenen Mangel nie wieder zurückgegriffen; wird nie aus ihm heraus motiviert. Ein Unterschied ist auch nicht merkbar; der Held erhebt sich in keiner Weise über diese anderen. Ja, und was noch erstaunlicher ist: dies Nur-Aesthetische, das

so treffender Charakteristik an jenen Menschen tadelte — daß sie, statt das Leben unbefangen zu genießen, den klingenden Worten nachzujagen, in gesucht bildhaften Ausdrücken sich bewegten, „Pathos und Pose“ in diese Schwärmer gekommen, etwas Intellektuelles, vielleicht auch „wahres“ —, es ist auf ganz verblüffende Weise das Lebenselement dieses Dichters selber, das in „ungebrauchten“ Worten schwelgt, das sich am Glanz des Dichtervortes berauscht, das in unendlichen Feinheiten zartester sinnlicher Wahrnehmungen „geistert“ (Horschiß liebt das Wort geistern), das einer Sprache redet, die der leisesten Empfindungsnuance wunderbar Ausdruck zu geben weiß und von dem man, bei aller Bewunderung, doch empfindet: es ist doch alles nur ästhetisch, es fehlt doch dasjenige: das ganz Wahrhaftige, das ganz Lebendige. In dieser traumhaften Schönheit, in diesem Pathos ist doch Pose, in diesem Fangballen mit schimmernden Worten ist etwas Kaltes, Intellektuelles, das dem, quillende, unbefangene, das echte Leben fehlt.

Und dann kommen wieder später, bei der Charakteristik der Maler, Allen, aus denen man deutlich merkt, der Dichter will mit Ernst und Kraft aus dem Gezierten, Gemachten und Unerreichten, aus dem Kuriosen hinaus in das viel reichere, vollere Menschendasein hinein, in das Schönheitsempfinden einen Unterbau hat einer sittlichen, zielren und zusammengefaßten Persönlichkeit.

Ich ließ mir, um diesem psychologischen Geheimnis nachzuspüren, die Bücher des Dichters kommen. Es sind zwei: Ein Band von Gedichten: „Leiden eines Wanderers“ und ein Band Novellen: „Reif Frühling“, beide bei Amelang in Leipzig erschienen. Die Gedichte sehr erfreulich und stellenweise geradezu erquickend in ihrer Frische, Innigkeit und Kraft. In einer bedeutenden Mannigfaltigkeit von Tönen zeigen sie ein reiches, zartes und vornehmes Innenleben zum Ausdruck: von ergreifender, schlichter Innigkeit erklingen; feste, ja übermütige fehlen nicht. Wundervoll reine, frische Naturstimmungen reden zu und dem schweigendberedten, ahnungsvollen Hinundher zwischen der unbestimmten Natur und einer reingestimmten Menschenseele findet der Dichter innigen, sehr ansprechenden Ausdruck. Eine außerordentlich feine Wahrnehmungsfähigkeit und Ausdrucksfähigkeit, die zu überzarten Tönen verführt, bei schon bemerkbar. In solchen Gedichten spricht der Dichter dann von Müdigkeit und verfehltem Leben, und man hat das Gefühl, daß die Zeitkrankheit und ihre Kunstform nach dem Dichter greift. Einige angelegte, auf höchstes Ziel gewandte Gedichte zeigen edles Pathos und Kraft, aber diese Gedichte scheinen doch noch nicht ganz durchklärt, nicht völlig ausgereift; da sie schon so viel sind, sollten sie wohl noch werden. Man erkennt da, daß es Horschiß schwerer wird, den reichen Inhalt und umfassenderen Gegenstand zu bewältigen, während seine Gedichte vollendet sind. — Der Novellenband zeigt dieselben Züge einer charakteristischen Dichterindividualität noch stärker. Wenn

Vorsicht geringere und derbere Stoffe wählt, wie frisch und kräftig, herzerfreuend kann er erzählen! Was hat er für eine liebe, ergreifende Hundegeschichte geschrieben! Daneben zeigt sich deutlich ein angelegtes Streben nach Innerlichkeit, Eigenart, Größe. Dabei scheint der Dichter aber für das Wichtigste zu halten, auf Feinheit und Neuheit der Wahrnehmung und des Ausdrucks zu zielen. Da gerät er dann in das Wasser des *L'art pour l'art*, dem gewisse Seiten seiner Begabung gegenkommen, und nimmt von ihm Eigenschaften an, gegen die er im direkten Ausdrücken wehrt, und die in der That zu seiner innersten Natur nicht gehören. Da erscheint auf einmal jener eitle, ehrfurchtsvolle Pedantismus mit seiner Herzenskälte; da verführt es ihn, immerfort die zartesten Saiten zu spielen, bis uns die Nerven reißen wollen, da tritt er in die Herrschaft des selbstlebendigen Stils. Die Ausdrucksweisen setzen dann an, aus sich selbst weiterzuspinnen: es soll dann wie Feuer sein, ist aber nicht ganz durchempfunden, nicht ganz echt, und macht daher warm, sondern weckt kalte Bewunderung oder heimlichen Ueberdruß. Die Ausdrücke sind oft wie Blumen von feiner seltsamer Form und blassen Farben, denen man es ansieht, daß sie im Treibhause groß geworden sind, und denen man nicht glaubt, daß sie je im Garten gewachsen. In seinem dritten Buch hat Horschitz nun seine beiden höchsten Fähigkeiten, die der allerfeinsten Wahrnehmungen und der seltensten noch viel mehr und einseitig ausgebildet. Diese beiden gefährlichen Seiten! Sie sind gewiß Reichtum, doch sie fordern ein starkes Gegengewicht innerer Kraft, klaren Ueberschauens, zielsetzenden Willens, dem Leben der Dichtung nicht schaden sollen. Dies kleine „Johannes Vister“ ist durchaus zu sehr aus der studierenden Pose, zu sehr aus der fließenden Stimmung, und zu sehr aus der Form geschaffen. Die sinnlich-seelischen Wahrnehmungen werden viel zu herrlich. Das ganze Dichterwesen scheint zusammenfließend mit der Natur zu einem einzigen, allempfindenden Wahrnehmungsorgan. bleibt noch „das Ich, das mächtig die Mitte gefaßt hält?“ Und die reiche Wahrnehmung frisst schmarozerhaft an des Dichters frischen Gestaltungs Kräften. Der Dichter sollte sie durchaus eindämmen, und die Form zunächst verachten. Inhalt, Inhalt ist zunächst alles! Die Form so echt, so wahrhaftig wie möglich. Der Dichter sollte von der Intuition klare Rechenschaft fordern, wo sie denn hinaus will mit dem, was sie denn zu gestalten gedenkt. Und die Gestaltung selber! Um der Gestalten willen schaffe er ihre Atmosphäre. Nicht vor lauter Atmosphäre die Gestalten nur noch als Nebel mit gesammelter Kraft aufs Ziel gewandt, bringe der Dichter vor. bleibe nicht stehen und weiche nicht ab nach rechts und links, weil die Wahrnehmungen ihn verführt. Der Ausdruck aber möge immer neu sein, der das fremde, leuchtende Königskind, die junge Schau, das edle hineinführe in diese Welt, so treu wie möglich und selbst ganz

Es ist an Hirschfeld sehr auffallend, daß er in seinem inneren Leben gerade so weit ist wie das, was er schildert. Er steht noch nicht darüber. Seine Seele ist noch in einem tönenden Schwingen von dem Miterleben eisen, was auf dieser Stufe erlebt wird. Das verhindert ihn, zu gestalten ohne zu reden. Seine nuancierte und treffende Charakteristik ist noch ganz irekt. Es liegt noch nicht der ruhige Sonnenglanz geistigen Besitzes über em, was er zeichnet, sondern die heimliche Unruhe des ringenden Frühlings. Er ist noch jung.

„Einhart der Vächler“ ist eins der auffallendsten und bedeutendsten Bücher der letzten Jahre; eins der bedeutsamsten auch seines Autors. Es t ein Lebensroman. Eine bunte, reiche Fülle anziehender Gestalten und ebensbeziehungen tritt darin in Erscheinung. Aber völlig im Vorder- runde steht dem Dichter die Aufgabe, in der Charakteristik des Hel den, nes Malers, die Psychologie eines Menschen zu schaffen, der unmittelbar as den Quellen lebt, im Gegensatz zu dem Menschen der abgezogenen egriffe. Auf höchst intensive Weise geht er diesem schwierigsten und endendsten Problem aller Psychologie zu Leibe: In tastender Studie, in usend feinen Beobachtungen, hingeworfenen, überraschenden Bemerkungen, eindringlichen Auseinandersetzungen, in blühender Darstellung. Und ar faßt der Dichter dieses „aus den Quellen leben“ nur in einer ein- zen, ganz bestimmten und sehr merkwürdigen Bedeutung. Die Be- ziehungen des Willensmenschen sind völlig ausgeschaltet in diesem Buch. de sittliche Beziehung fehlt also. Nur in dem Sinne der unmittelbaren, arzelechten, aus selbsteigner Schau geborenen sinnlich seelischen Wahr- umung, im Gegensatz zur anerzogenen Vorstellung, ist dies „aus den uellen leben“ zu verstehen. Der Held hat sich gegenüber nicht die Welt s konventionellen Menschenbewußtseins, sondern die Lebensmacht selbst, , geheimnisvoll am lichten Tag, zur Offenbarung bereit, ihn anblickt. nhart Sella ist der Sohn eines Geheimrats, eines „gewichtigen Ordnungs- nnes“, stammt aber von der Mutter Seite her von Zigeunern ab: wohl- endende Bürgerleute hatten das Zigeunermädchen an Kindesstatt erzogen. Das turgebundene, innerlich Wilde, Erdhafte lebte ihr heimlich weiter im Blut , erwacht in dem Sohn. Innerhalb der naturfernen Welt der Kultur- schauungen und blassen Begriffe ruft es in ihm, raunt es in ihm, zwingt ihn, so daß er in diese Welt als ein fremder Träumer und Sinnierer end hineinschelt, innerlich völlig fern, völlig versunken und verloren und orgen in einer Welt des schweigenden, trinkenden, genießenden, sehn- ichtigen Lebensaustausches mit der Natur, harmvoll nach ihrem Geheimnis. s Erdig-Wahrhaftige seiner Erschauung preist der Dichter. Es wird all sein en ein einziges Ersehnen, Erharren und Ersaugen des Unbegriffenen, des en Lebensgefühls, das mit der Gewißheit und der Fülle einer hohen enbarung kommt, im Gegensatz zu allem, was man denken und was r wissen kann. Es bekommt dadurch das Buch einen großen, seltenen reussische Jahrbücher. Bd. CXXXVI. Heft 1.

Reiz, es führt durch ein dämmerklares Innenleben immer auf der inneren Grenzlinie zwischen Bewußtem und Unbewußtem. Sehr tiefe Blicke in die Seele des Schaffenden läßt es tun. Und auf Menschen, die in die Welt des Schaffenden gebannt sind, was man schon weiß und besitzt, oder zu wissen und zu besitzen glaubt, und die doch in sich eine Sehnsucht tragen nach etwas Sprüchlicherem, nach Neugeborenem und Verjüngendem, muß dies Buch mit seiner starken Realität solcher Ergebnisse wie eine Offenbarung und wie eine Erlösung muß es wirken auf Künstler und verwandte Leute, die sich in solch eine Art des bodenständigen, im Geheimnis wurzelnden, quellentrinkenden Innenlebens hineinführen und doch nur unbewußt einzutauchen vermögen. Ich habe das Buch so wirken lassen, wie es ist, was Frommes ist in diesem Einhart. Es liegt in dem völligen Dingen sein an die große, geheimnisvolle Lebensmacht; in dem geistigen Sich-selbst-auslöschen gegenüber ihrem stillen Rinnen und Fließen; dennoch wird auf Menschen, denen das „aus der Quelle leben“ noch eine Vertiefung und Neuordnung des Willenslebens bedeutet, eine Reinigung und Richtiggstellung sittlicher Motive und Ziele, das Buch seltsamen Einseitigkeit seiner psychologischen Führung oft wie leer erscheinen. Denn wenn die Schicksale kommen, vermag er doch auch zu träumen und sich dann in seine Schau und sein Malen zu retten. Er ist passiv in seiner Ergebenheit; nicht aber aus gesundem Willensüberfreier Entschließung rückzuwirken und dadurch am Schicksal zu wirken. Eine sehr starke Kraft, so will der Dichter, geht immer beeinflusst durch das Buch auf alle aus, die ihn berühren: und das glauben wir auch seiner Jugend zittert auf seine Genossen, die Schüler der Akademie der Ungebändigten, Drängenden in ihm etwas Revolutionär-machendes zu sehen. Die Lehrer mit Unzufriedenheit sehen. Auch später quält auf Menschen der Welt des Scheins vergebens nach dem Sein sich sehnten, durch das Lebendiges, Weckendes, etwas, das die Reine, die noch nie zum Erdringen, zu unerwartetem Blühen bringt; das Flammen, die unter Asche fast verglimmen, wieder ansacht. Denn aus seinen Augen schaut mit stillem Versunkensein etwas, das in der Welt des unbefriedigten Scheins als echt und tief lohnend anspricht und eine Ahnung davon, daß man „aus aller engen irdischen Notdurft heraus dem ursprünglichen Quellleben sich nahen kann“. Und dennoch ist dieser Mensch im tiefsten Sinne nicht ganz reich, nicht ganz glücklich. Melancholie liegt ihm und Entsagung. In seinem Verhältnis zu der großen Welt kommt er doch eigentlich über das Irrationale ihres Wesens nicht hinaus, obwohl er immer sagt: Seele ist die Welt, in die eigene Seele mitsteigen. Der mit so viel Entzücken und Innigkeit ihre Lebenskräfte einsaugt, hat gar kein religiöses Vertrauens- und Ehrfurchtsverhältnis der Geistharmonie ihres Innenwesens, und umrauscht von ihrer Tiefe ist er im Grunde doch ein einsamer Mensch.

Gegen das Ende des Buches scheint mir ein Bruch spürbar.



Dichter da nicht mehr aus der Gestalt seines Helden, sondern ganz sich rebete. Ganz herrliche Parteen bringt das Werk aber gerade

Tiefe, schöne Aussprüche über das Leben sind mit verschwenderischen enden gegen den Schluß hin eingestreut worden, und wenn man auch nochmal das Gefühl hat, hier redet eigentlich nicht der Maler Einhart Selle, dern der Dichter Carl Hauptmann, — so läßt man sie sich dann freigern gefallen.

Für seinen Autor ist das Buch überhaupt in dem Sinne noch besonders bedeutsam, daß es über des Dichters eigene Art zu schauen und schaffen, manchen Aufschluß gibt. Zwar ist dieser Einhart Selle mit der seltsamen Rassenmischung im Blut eine sehr besondere und augenblicklich nach dem Modell gezeichnete Figur, aber es konnte gar nicht anders sein, als daß viel von der eigenen Art künstlerischen Wesens in die Schöpfung dieses Künstlers mit hineinfließen mußte.

„Das große Bild wird etwas“, sagt Einhart einmal, „Ganz neuartig, mit eignen Harmonien. Das ist sicher. Der Einfall und der Fall! Ich will nur malen, was mich selber überrascht! Den glücklichsten Fall und den seligsten Zufall.“

Ihm gegenüber sitzt ein Gelehrter. „Einfälle und Zufälle machen es Euch“, sagt er, „bei uns ist alles System, System, System! Das ganze System, schrecklich, schrecklich, schrecklich“.

Und gegen den Schluß hin, als Einhart ein Meister geworden, wird ihm gesagt: Es dünkte ihn, daß er in den neuen Werken sich endlich gewaschen von aller Absicht. Ganz nur der göttliche Zufall hatte getet, und der selige Einfall hatte die Gesichte herzugetragen.

Diese Worte geben ein überraschendes Licht auf Carl Hauptmanns Werke und erklären manches Problematische darin.

Es enthalten jene Worte sicherlich eine wichtige Wahrheit, aber es ist ein Teil der Wahrheit. Doch nur der Teil, welcher erhellt wird, wenn man das Kunstschaffen der wissenschaftlichen Denkarbeit gegenüber; oder der begrifflichen Theorie. Es gibt noch einen ganz anderen, unendlich tigen Gegensatz, das ist der, den die Schau des Künstlers einnimmt zur Lebensdes unproduktiven Menschen. Der sieht lauter Einzelheiten, lauter Zusammenhangsloses, lauter Zufälliges. Vor dem Schaffenden liegt eine ganz andere! Er sieht Zusammenhänge, sieht Gesetzmäßiges, sieht Notwendigkeiten, wenn er dieses Leben nun nachbildet — was erlösend wirkt aus in Werk, ist die stumme Sprache dieser seligen Notwendigkeit. Der oduktive Mensch aber, wenn er, technisch ausgebildet, anhebt das Leben uahmen, stellt es mit Zufällen dar.

Den Zufall meint der Dichter doch nicht? Natürlich nicht! Carl tmann selbst würde sich nie verführen lassen, je aus dem Zufall zu sieren, durch Zufälle Lösungen herbeizuführen.

Aber es würde nicht geschehen, daß er mit solcher Härlichkeit das Zufall hegen würde, wenn er an jenen wichtigen Gegensatz auch nu

dächte. Das ist so sehr bezeichnend für ihn und seine Kunst, daß der Gegensatz einer Ewigkeitschau und einer Schau blöder Zufälligkeiten ins Auge faßt. Das Wort Ewigkeitschau klingt ihm schon nach dem das Wort Notwendigkeit würde ihn schon ärgern, und er würde dem richtigen: der Einfall und der Zufall macht's. Ins Auge faßt er nur den Gegensatz zum systematischen Denken und zum bloßen formalen Begriff.

Ob es daher kommt, daß dieser Dichter seinen Schaffensweg von der Kunst gelehrt begonnen? Mit einem höchst vortrefflichen Werk über das Denken zuerst vor der Öffentlichkeit erschien? Daß er nun, wie es dem Unrecht geschehen, immer noch grobend mit der Wissenschaft einander setzt und die Grenzlinien seiner eigentlichen Welt, die Welt seines wahren Schaffens ihr gegenüber betont?

Oder ob die naturwissenschaftliche Doktrin seiner Frühzeit ihm doch noch im Blute umgeht und ihn die naturalistische Doktrin der lebendigen Einzelheit liegt es, in dem mit aller Frische das Symptom! Nur nicht das Ganze erfassen wollen, nur nicht den Sinn trachten!

Wie von einer Verirrung spricht sein Einhart von den Dingen er „mit einer vergrabenen Sucht nach dem Sinn“ gelebt. Leben ist gar keine Idealität, läßt der Dichter ihn einmal sagen. Es ist nur das einfache Leben. Und nun zählt er eine Anzahl reicher, köstlicher Frische geschauter Einzelheiten auf; in denen sucht er das, in denen die Offenbarung. Wirklich im Zufall, wirklich im seligen Einzelnen, daß freilich das Beiwort „selig“ schon wieder erweist, daß es über die Offenbarung eines ewig Notwendigen ist, wenn auch unbewußt. Man klingt auch durch seine Werke das Glockenläuten der Ewigkeitschau. Aber der Dichter achtet es nicht, und das ergibt freilich für sein Werk einen ungeheuren Unterschied.

Diese Eigentümlichkeit seines schaffenden Geistes zieht uns die Linie dessen, was wir von Karl Hauptmann erwarten dürfen. Nicht. Wir dürfen gewiß sein, immer quellenhafte Eigenart, neugeschöpfte Schönheit aus junger Schau zu empfangen, immer leuchtende Blicke des reichen Lebens, die uns mit Offenbarung über die Vollendung dürfen wir von ihm nicht erwarten, nicht die letzte der seliger Notwendigkeiten, nicht Form im ganz reinen, ganz im Sinne.

Den Impressionismus pflegt er; er wird fast ein Virtuoso der Barkeit.

Auch dieses Buch ist das Werk eines Impressionisten. Nur ist es viel mehr. Auch in dieser Dichtung erweise es sich: Hauptmann ist ein so großer Künstler, daß die ewige Notwendigkeit das in seinen Werken raunt, ob er ihr auch nicht Gehörjam und Er-

en will. Er zielt nur auf Unmittelbarkeit. Völliger Ausdruck davon in seiner Sprache. Diese Sprache voll unerhörter Frische und Lebendigkeit, funkelnd von edler Schönheit, frisch ergrabenem Reichtum; aber unklar, ungenügend, quillend; zeugungsfräftig. Wie selten, daß auch ein Satz nur krystallinisch reiner Form sich darstellte! Nicht Krystalle bringt Carl Hauptmanns Sprache und Kunst, sondern Mutterlauge.

Ein Krystall? Dies Ding in seiner Regelmäßigkeit käme ihm schon zu systematisch vor.

Unendlich vielsagend ist es, wenn Karl Hauptmann Einharts Meisterschaft also kennzeichnet: „Einhart war wirklich ein Meister geworden. Wenn Meisterschaft der Name ist nicht für ein rundes, sicheres Können, sondern das zähe Vorwärtzringen zum eigensten Eigentum, für die ewig andauernde Mühewaltung, also daß die Blöcke, die er aus dem Steinbruch holt, manchmal nur halb behauen niederfielen, immer eigenartig genug, oft halb begreiflich zuerst, nicht gleich bekannt und geliebt und glatt, wie dem herkömmlichen Gefühl oft troßten.“ Und diese Meisterschaft ist es, die wir bei Karl Hauptmann selbst zu suchen haben. Ist die eines Beginners, Erneuerers, Entdeckers in der Kunst, nicht eines Vollendenden. Seine Dichtung wurzelt im Naturalismus, und eignet doch auch in ihrer Krone den Naturalismus nicht. Die althergebrachten Formen verachtet er; aber die neue, reine Form schafft er sich nicht. Denn Einzelheiten, frisch lebendige, überraschende, unendlich bereichernde Einzelheiten muß er aus junger Schau immer wieder zu Tage fördern!

Und ob ihm die ewigen Melodien wohl im Herzen klingen, denen gegen das alles zur reinen Form von selbst sich zusammensügen würde, achtet ihrer nicht: „Der Zufall und der Einfall macht's!“

So aber, wie er ist, wird er jedem, der nach echtem Leben sehnfüchtig in Gewinn, und Schaffenden immer ein unererschöpflicher Junghorn-Quell der Erneuerung sein.

Gertrud Prellwitz.

## Politische Korrespondenz.

### Volkvermögen und Steuerdeflationen: Nachlaß-Steuer.

Die Untersuchungen, ob das deutsche Volk nationalökonomisch in der Lage sei, die bevorstehende Steuerlast zu tragen, haben zu einem würdigen Zwischenfall geführt. Während die bisher angenommenen Schätzungen des deutschen Volkvermögens, die sich weitestgehend auf die Steuerveranlagung stützten, auf 200 bis 220 Milliarden kamen, hat Herr Steinmann-Bucher in seiner grundlegenden Broschüre mit einer anderen Methode zu nicht weniger als 350 Milliarden. Herr Steinmann selbst zog daraus zunächst nur den Schluß, daß wir viel reicher als bisher angenommen, reicher sowohl absolut, als auch im Vergleich mit anderen großen Nationen und deshalb sehr wohl imstande, die bevorstehende Steuerlast zu tragen. Aber es lag nahe, aus diesen Zahlen auch noch einen anderen Schluß zu ziehen, nämlich, wenn die aus objektiven Grunddaten ermittelte Schätzung des deutschen Nationalvermögens zu einem viel höheren Betrag kommt, als die auf die Steuerveranlagung beruhende Schätzung, so muß ja unsere Steuerveranlagung weit hinter der wirklichen zurückbleiben, mit anderen Worten, es muß ganz ungemein viel Steuern gegeben, die nicht entfernt das zahlen, wozu sie gesetzlich verpflichtet sind. Ich suchte mir klar zu machen, wie groß die Differenz sei und kam zu dem Resultat, daß die Steinmannschen Ansätze vermöge einer sehr vorsichtigen Reduktion zunächst von 350 auf 311 Milliarden reduzierte, doch noch zu dem Resultat führten, daß allein in Preußen nicht weniger als 63 000 Millionen bares Vermögen unbesteuert bleiben. Diese Rechnung hat eine Kontroverse hervorgerufen, besonders als ich in einem Zeitungsartikel (vom 2. März) die Vermutung aussprach, daß der sachlich so motivierte, kaum verständliche Widerstand des Bundes der Landwirte gegen die Nachlaßsteuer hier ein verstecktes Motiv habe, indem man nämlich die Feststellung beim Erbgang Aufdeckung der Unterveranlagung befürchten würde. Von allen Seiten strömen seitdem Zuschriften bei mir ein, theils bestätigend, einige auch Einwände erhebend. Schließlich äußerte sich auch der Herr Finanzminister, Freiherr von Rheinbaben im Abgeordneten-

dazu, stimmte zwar in der Hauptsache darin mit mir überein, „daß in Stadt und Land viele Leute lange nicht das zahlen, was sie zahlen müßten“, glaubte jedoch meine zahlenmäßige Berechnung über die Größe der Differenz anzweifeln zu müssen und nahm namentlich die Landräte, die Vorsitzende der Veranlagungskommissionen sind, gegen den Vorwurf in Schutz, daß sie wesentlich Schuld trügen an der Untereinschätzung.

Um nun diese Frage vorweg zu nehmen, so habe ich bereits in einer Zeitung („Tägliche Rundschau“ vom 13. März) dargelegt und will es hier wiederholen, daß von einer subjektiven Verschuldung der Landräte kaum die Rede sein kann. Man hat sich auf dem Lande an einen gewissen Durchschnittsatz des Ertrags gewöhnt, über den man auch etwas herauf oder unter Umständen auch herunter geht. Wollte nun ein Landrat anfangen, hart heraufzusetzen, so würde er in Zank und Widerspruch erst mit der Veranlagungskommission und dann mit seinem Kreise geraten. Der Landrat ist politischer Beamter, der seinen Kreis in vieler Beziehung führen soll. Wenn verlautet, daß er sich mit seinem Kreise schlecht stehe, so ergibt sich daraus sehr bald der Schluß, daß er für sein Amt nicht geeignet ist. Eines Tages wird er als Regierungsrat wegversetzt und bleibt Regierungsrat sein Leben lang; für eine politische höhere Stellung ist er nicht qualifiziert. Das sind Dinge, die jedermann weiß, der einmal mit der preussischen Verwaltung Fühlung gehabt hat. Wohl sieht es die Finanzverwaltung gern, wenn der Landrat höhere Steuern aus dem Kreise herausholt, aber das wichtigste ist doch, daß er die väterliche Stellung, die diesem Amte seit alters eigentümlich ist, bewahrt. Was aus meinen Ausführungen zu folgern ist, ist also nicht, daß ich den Landräten, weil sie bei den Steuern Milde walten lassen, Pflichtwidrigkeit vorwerfe, sondern daß der Hauptamt mit diesem Nebenamt innerlich unverträglich ist. Ein inner Finanzbeamter an der Spitze der Veranlagung würde sehr viel mehr leisten.

Wenn die „Kreuz-Zeitung“ (7. März) es also für „grotest“ erklärt, zuzunehmen, daß „in ganzen Kreisen komplotartig Unterbeklarationen abgegeben würden und die Behörden solche Defraudationen vertuschten“, so das freilich eine Darstellung, die auch ich ablehnen würde, die aber auch die Psychologie dessen, was ich behauptet habe, völlig verkennt: es handelt sich nicht um „Komplotte“ und „Defraudationen“, sondern um Gewohnheiten, gegen die der Einzelne nahezu machtlos ist.

Lassen wir also alle Anklagen gegen Behörden oder Personen beiseite und wenden uns der Hauptfrage zu, ob und wie groß die tatsächlichen Unterveranlagungen sind. Diese Frage ist von einer außerordentlichen Tragweite; denn wieviel unseres jetzigen Steuerjammers würden wir los, wenn sich wirklich herausstellte, daß die Unterveranlagungen so um die 50% betragen und man dann ernstlich daran ginge, mit neuen gesetzlichen oder administrativen Mitteln diese 50% beizubringen? Wer hat ein größeres

Interesse daran, als gerade der Herr Finanzminister? Ich richtete die Bitte an ihn, statt der öffentlichen Polemik ein Zusammenarbeiten in die Wege zu fassen. Der Herr Finanzminister acceptierte das, und so habe ich denn, indem ich noch einen bewährten Statistiker hinzuzog, der mich vorher bei diesen Untersuchungen mit Material und Rat unterstützte, am 20. März eine lange Konferenz im Finanzministerium mit dem Generalsteuereindirektor selbst und einem Vortragenden Rat gehabt, und Grund der Mittheilungen, die mir hier mit dem größten Entgegenkommen wie auch noch von anderer Seite gemacht worden sind, habe ich die ganze Rechnung einer genauen Revision unterzogen und lege das Ergebnis vor. Die Grundlage bildet nach wie vor die Broschüre von Stenar Bucher. Es kommt zunächst darauf an, nach dessen Methode eine Schätzung des Volksvermögens zu gewinnen, dann das steuerbare Vermögen festzustellen und schließlich diese Summe mit dem wirklich betragenden Steuerfoll zu vergleichen. Es ist kaum nötig zu bemerken, daß es sich bei der Auffassung handelt, die ich persönlich aus diesem Studium gewonnen habe: die Herren des Finanz-Ministeriums haben mir nur Material zur Aufklärung gegeben und nicht etwa das Nachstehende approbiert. In manchen Stellen blieben auch offene Differenzen bestehen, insbesondere in der generellen Frage, wie groß der Wahrscheinlichkeits-Wert solcher Berechnungen anzunehmen sei. Die Berechnungen gehen zunächst von Preußen, sondern auf das Deutsche Reich.

### Feuerversicherung.

Die Statistik der Feuerversicherungen ergibt, daß im Jahre 1871 171558 Mill. M. Objekte gegen Feuer versichert waren. Nach einer Berechnung, die im vorigen Jahr im Reichsaufsichtsamt für Versicherungen für andere Zwecke gemacht worden ist, ist anzunehmen, daß die Zahl der noch nicht gegen Feuer versicherten Gegenstände in Deutschland 171558 ist, daß man den Gesamtwert dieser Objekte auf 200 Milliarden schätzen kann. Es fragt sich, wieviel von dieser Summe für Ueberversicherung abziehen ist, da, wenn auch die Mobilien im allgemeinen nicht versichert werden, doch die Häuser häufig mit Rücksicht auf den bürgerlichen Kredit zu hoch eingeschätzt sind. Ich habe mich wegen der Frage unter diesen Umständen von dem Ergebnis der Statistik abzuweichen, dem Herrn v. Rosp, Direktor der Bayerischen Versicherungsbank, der analoge Untersuchungen veröffentlicht hat, gewandt und folgende dankenswerte Auskunft erhalten. „Wenn Sie mich fragen, wieviel Ueberversicherung am gesamten deutschen Feuerversicherungskapital abziehen und andererseits als unversichertes Eigentum zuzuzählen ist, so kann ich leider eine präzise zahlenmäßige Antwort nicht geben. Statistische Erhebungen über die Höhe der Ueberversicherung sind so wenig gemacht worden, als Ermittlungen des noch unversicherten beweglichen und unbeweglichen Eigentums. Nicht einmal für begrenzte Bezirke in Preußen“

anden. Wenn ich aber eine ungefähre Schätzung vornehmen soll, so ste ich auf Grund meiner beruflichen Erfahrungen annehmen, daß sich rversicherung und Nichtversicherung im allgemeinen etwa die Wage n. Maßgebend ist für mich bei dieser Annahme, daß die Ueberver= rung nicht die Regel bildet und jedenfalls keinen allzu großen Umfang daß aber anderseits in neuerer Zeit auch das unversicherte Eigentum bedeutend zurückgegangen ist. Sogar in Kreisen der Kleinbauern, ahndwerker und Arbeiter findet man jetzt nur mehr wenig unver= rtes Vermögen. Ich möchte aber nochmals hervorheben, daß meine ahme nur auf allgemeiner Beobachtung und Erfahrung beruht und r keinen Anspruch auf zahlenmäßige Richtigkeit machen kann.

„Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Höhe der nicht versicherten Ver= nsteile die Ueberversicherung sogar überwiegt. Zur Vermeidung von verständnissen möchte ich übrigens darauf hinweisen, daß die gegen r nicht versicherbaren Gegenstände, wie Effekten, Bargeld usw., von Vergleichung ausgeschlossen sind.“

Meine weitere Frage an Herrn von Rasch war, ob die Annahme, etwa die Hälfte der Versicherung auf Mobilien, die Hälfte auf Immobilien lle, richtig sei; er erwiderte mir, daß sie bestätigt werden könne.

In Bayern waren im Jahre 1905 versichert:

Immobilien	Mobilien
M. 6 807 778 000,—	M. 7 196 826 000,—

In Württemberg betrug die Versicherungssumme im Jahre 1907 für

Immobilien	Mobilien
M. 3 704 856 047,—	M. 3 817 432 386,—

Das Ergebnis ist also, daß im Jahre 1907 im Deutschen Reich für ftens 170 Milliarden gegen Feuer versicherte oder versicherbare Ob= vorhanden waren. Bei meiner vorigen Berechnung hatte ich nur Milliarden angesetzt.

### Städtischer Grundbesitz.

Den städtischen Grundbesitz, Wohnungsboden bebaut oder unbebaut mit Brundmauern, die nicht gegen Feuer versichert sind, habe ich im n Heft auf 33 Milliarden berechnet. Gegen diese Berechnung ist mir iftiger Einwand nicht bekannt geworden. Zwar sagt eine Zuschrift Raumburg, daß der für die Städte von 20000 bis 100000 Ein= rn angenommene Satz von 600 Mark auf den Kopf etwas zu hoch 1 aber Raumburg mit 25000 Einwohnern an der unteren Grenze Gruppe steht, so dürfte für den Durchschnitt der ganzen Gruppe die mmene Zahl eher bestätigt sein.

erner ist gegen die Berechnung des Wertes der Umgegend von Berlin andt worden, daß die von der Bebauung ausgeschlossenen Flächen, der Grunewald, nicht abgezogen seien. Das ist richtig, wird aber

reichlich dadurch kompensiert, daß der Kreis der im Wert der Grundstücke bereits viel größer ist, als ihn die Steinmannsche Zählung genommen hat.

### Ländlicher Grundbesitz.

Für den ländlichen Grundbesitz habe ich nach Abzug aller Brand Versicherten 40 Milliarden angesetzt. Hiergegen hat die „Korrespondenz“ eingewandt, daß nicht selten Güter zum einfachen Marktwert und sogar noch darunter verkauft würden. Das ist aber, wie mir von erfahrenen Landwirten gesagt worden ist, möglich, wenn auf leichtem Boden sehr gute Gebäude stehen, und der Verkauf in schlechten Zeiten oder in der Subhastation stattfindet. Solche Güter, die in neuerer Zeit nicht einmal nachgewiesen sind, zu veranschlagen ist offenbar absurd; es würde ja heißen, daß entweder der Boden im Deutschen Reiche überhaupt nichts wert ist oder daß die Landwirte allgemein sich so viel zu hoch versichern, daß es strafbar wäre. Es gibt in Deutschland im ganzen etwa 50 Millionen Hektar nutzbaren Bodens, deren Wert wir so veranschlagen können

- a) 14 Mill. Hektar Wald, à gut 500 M. = . . . 7 Milliarden
- b) 2 „ „ schlechte Weide, à 500 M. = . . . 1 Mill.
- c) 34 „ landwirtschaftlicher Boden und gute Weide, im Osten à 1200 M., im Westen à 2000 M.\*), durchschnittlich 1600 Mark = 54 Milliarden, hiervon ab die Hälfte als Feuerversicherung 27 Mill. Rest 27 Milliarden

Sa. 35 Milliarden

### Deutscher Besitz an ausländischen Werten.

Während der Besitz, der Ausländern an deutschen Werten sehr gering ist, unterliegt es keinem Zweifel, daß der Besitz an ausländischen Werten höchst bedeutend ist. Zu den größten Werten, den deutsche industrielle Anlagen im Auslande haben. Die ausländischen Werte sind in fortwährendem schnellen Wachsen begriffen. Es ergibt sich daraus, daß allein in den drei Jahren 1905 bis 1907 13 Milliarden Mark ausländische Wertpapiere zum deutschen Handel zugelassen worden sind.

Einen Anhalt, wie groß heute tatsächlich die Summe der deutschen Werte ist, können wir aus der Handelsbilanz entnehmen. In jedem Jahr führt viel mehr Waren und meist auch Gold aus. Dieser Ueberschuß des Imports muß bezahlt werden: es geht kein bares Geld außer Landes, sondern der Ueberschuß wird gedeckt durch die von Ausländern bezahlten Erträge der Meereerei, des

\*) In Württemberg ist 2000 M. Durchschnitts-Wert für den Hektar amtliche Annahme.



Ertragnisse der deutschen Werte im Ausland. Die Höhe diese Differenz trägt jetzt etwa 1900 Mill. Mk. und ist seit 1889, dem Jahre, wo mit dem Eintritt Hamburgs und Bremens das jetzige Zollgebiet geschaffen wurde um etwa eine Milliarde gestiegen\*).

	Einfuhr	Ausfuhr	Differenz
1889	4080	3250	830
1890	4270	3410	860
91	4400	3335	1065
92	4230	3150	1080
93	4130	3240	890
94	4285	3050	1235
95	4240	3420	820
96	4555	3750	805
97	4860	3780	1080
98	5440	4010	1430
99	5780	4365	1415
1900	6040	4750	1290
01	5710	4510	1200
02	5805	4810	995
03	6320	5130	1190
04	6855	5315	1540
05	7435	5840	1595
06	8440	6480	1960
07	9005	7100	1905
08	8738	6850	1888 Millionen Mk.

In einem Vortrag über „Die gegenwärtige Lage der deutschen Seefahrt“, den der Generalsekretär der Hamburg-Amerikalinie Herr Hüldermann am 22. März im Deutschen nautischen Verein gehalten hat und den Herr Verfasser noch die Güte hatte, mir brieflich zu erläutern, ist der Umsatzertrag der größeren Reedereien für das deutsche Nationaleinkommen jährlich wenigstens 300 Mill. Mk. geschätzt. Hierzu kommen noch die kleineren Reedereien, so daß die Gesamtsumme an die 400 Millionen betragen mag. Es bleiben also 1500 Millionen als Ertrag der Werte im Ausland. Das sind zu  $5\frac{1}{2}\%$  kapitalisiert 27 Milliarden. Zu der jährlichen Differenz in der Handelsbilanz tritt aber noch die Menge der jährlich in ausländischen Wertpapieren und Unternehmungen neu angelegten deutschen Kapitalien. Daß diese sehr groß sein muß, ersehen wir aus dem fortwährenden Steigen der Differenz in der Handelsbilanz. Sie beträgt im Durchschnitt dieser 20 Jahre je 50 Millionen. Nehmen wir davon gegen 10 Millionen ab für den steigenden Ertrag der Reederei, so bleiben jährlich 40 Millionen, die voraussetzen, daß immer in den vorausgehenden Jahren etwa 750 Millionen von Deutschen neu im Ausland angelegt worden sind. Diese 750 Millionen müssen der Differenz in der Handels-

\*) Die neueste Arbeit darüber ist ein Vortrag von van der Vorghht im Bulletin de l'Institut international de Statistique, Bd. 17. Kopenhagen. 1908. Dort ist auch die ältere Literatur über den Gegenstand angegeben.

bilanz noch hinzugefügt werden. Der Gewinn des deutschen Handels aus ausländischen Werten beträgt also jährlich im Durchschnitt 2200 Mark. Das ist nur möglich, wenn der Besitz an ausländischen Werten nicht 30, wie Steinmann-Bucher annahm, sondern rund 40 Milliarden ausmacht.

Dabei ist der Besitz, den Fremde von deutschen Werten haben, kompensierend in Abzug gebracht, da ja unsere Berechnung sich auf das Ergebnis der Handelsbilanz stützt.

Der Wert des privaten Bergwerksbesitzes ist auf 5 Milliarden zu veranschlagen.

Den Wert der werbenden Reichs- und Staatsanlagen hat Steinmann auf 34, den Wert der Schiffe und der auf dem Transport befindlichen Waren auf 4, des Metallgeldes auf 5 Milliarden geschätzt und diese Schätzungen sind meines Wissens nicht angegriffen worden.

Es treten noch hinzu die von Steinmann nicht berechneten Eisenbahnen, Kleinbahnen, Straßenbahnen, deren Wert mir ein Sachverständiger auf ca. 1 1/2 Milliarden angibt.

Endlich kommt noch in Betracht das Anlage- und Betriebskapital in Gewerben vorhanden, aber nicht mehr sichtbar ist: das Leihgeld, Patente, die zeitweisen Verluste, die Reklamen, die Reisen, die Kosten der Geschäftsverbindungen, die Organisationsarbeit, das Ansehen, der Arbeiterstammes, die in jedem Geschäft stecken und es zu einem Wertobjekt machen, auch ohne daß eine Substanz übergeben wird. Eine Zeitung z. B. kann einen sehr hohen Wert haben, während materiell nur Bureaumöbel und einiges Bargeld für Löhne und Papier vorhanden ist. Hat die Zeitung eine eigene Druckerei, so bildet diese einen Wert, den man sich, wenn man will, abtrennen läßt. Apotheken und gut eingerichtete Geschäfte aller Art werden oft zu einem viel höheren Wert verkauft als die Warenvorräte und die Einrichtung darstellen. Irgend eine annähernde Schätzung für diese im ganzen gewiß in viele Zehner von Millionen gehenden Werte gibt es nicht. Wir müssen aber doch etwas dafür ansetzen, da diese Werte auch bei der Vermögenssteuer in Betracht kommen. Auf der einen Seite zwar nur die „materiellen Werte“ berücksichtigt, auf der anderen aber doch der „gemeine Wert“ zugrunde gelegt. Wir wollen also 10 Milliarden dafür einsetzen.

Summe aller dieser Werte:

Feuerversicherung . . . . .	170
Städtischer Boden . . . . .	33
Ländlicher Boden . . . . .	35
Ausländische Werte . . . . .	40
Staatswerte . . . . .	34
Schiffe etc. . . . .	4

316 Milliarden

## Transport 316

Metallgeld . . . . .	5
Privatbahnen . . . . .	1
Anlage- und Betriebskapitalien außerhalb der obigen Kategorien	10

332 Milliarden.

Die Summe ist also nicht kleiner, sondern noch um 21 Milliarden öfter, als ich sie im vorigen Heft berechnet habe.

Da Preußen drei Fünftel des Deutschen Reiches ausmacht, so kommen für Preußen von diesen 332 rund 200 Milliarden.

Vom Volksvermögen sind nun, um zum steuerbaren Vermögen zu kommen, gewisse Abzüge zu machen, während anderseits auch noch ein erheblicher Posten hinzukommt.

1. Der Reichs- und Staatsbesitz ist oben für Deutschland veranschlagt 34 Milliarden, drei Fünftel davon, also 21 Milliarden, fallen auf Preußen und scheiden aus.

2. Ebenso scheidet aus der Besitz des Staates, soweit er nicht in Nr. 1 enthalten ist (Domänen), sowie der Besitz der Kommunen, Kirchen und Stiftungen, den wir auf 5 Milliarden veranschlagen wollen.

3. In der Feuerversicherung steckt der gesamte Hausrat, der nicht erspflichtig ist und den der Herr Finanzminister auf 20 Milliarden veranschlagt.

3 a. Außer dem Hausrat ist von der Feuerkasse auch der Wert der Ernte abzuziehen, der nur zum Teil Neuproduktion eines Vermögensteils, zum Teil Einkommen bildet. Ballod hat (Jahrb. d. Weltwirtsch. 1906 II S. 9) ganze Ernte für Deutschland (abzügl. der Ausfaat) auf  $6\frac{3}{4}$  Milliardenätzt. Wir werden also bei den gestiegenen Preisen und Mengen jetzt 9 Milliarden, für Preußen auf  $5\frac{1}{2}$  Milliarden kommen und davon bill. absetzen müssen.

4. Nicht steuerpflichtig sind auch allewerbenden Vermögen unter 1000 Mk., sowie diejenigen Vermögen unter 20 000 Mk., deren Besitzerhaupt nicht mehr als 900 Mk. Einkommen haben oder sonst wegen anderer, gesetzlich feststehender Gründe nicht steuerpflichtig sind. Diese Kategorie, die wegen sonstiger Bedürftigkeit steuerfrei ist, ist ziemlich reich; es waren i. J. 1908 304835 mit rund 4 Milliarden Vermögen. Schwieriger sind die ganz kleinen Vermögen unter 6000 Mk. zu bezeichnen. Es gibt in Preußen 11 Millionen Sparkassenbücher, auf die über Milliarden Mark eingezahlt sind. Es gibt auch noch viele ganz kleine Hefen im Besitz von kleinen Leuten. Es gibt über  $1\frac{1}{2}$  Millionen Erbpacht von Landparzellen bis zu 5 Hektar, die, wenn man ihre Hypothekenstracht zieht, zum allergrößten Teil zu den Besitzern unter 6000 Mk. kommen. Es gibt kleine Geschäftsleute und Handwerker in sehr großer Zahl, die mit einem Kapital unter 6000 Mk. arbeiten. Ueberieht man

diese Massen von Kleinbesitz der nicht steuerpflichtig ist, so könnte man aber dagegen, daß es in Preußen überhaupt nur 8 Millionen Haushaltungen gibt, von denen doch ein sehr großer Teil keinerlei werbendes Kapital, sondern nur den Hausrat besitzt, so schrumpft die Summe wieder zusammen. Ich habe im vorigen Heft 10 Milliarden angenommen, genaue Berechnung eines mir kollegialisch nahestehenden Statistikers ungefähr auf dasselbe geführt. Die Herren im Finanzministerium glaubten, erheblich darüber hinausgehen zu müssen. Der Widerspruch so zu lösen sein, daß wir theoretisch, diese aber praktisch im Reichtum Personen, die unter 6000 Mk. werbendes Vermögen haben, mit Preußen tatsächlich kaum mehr als 3—4 Millionen geben und das bei einem Durchschnitt von 3000 Mk. 9—12 Milliarden. Die 11 Millionen Sparkassenbücher mit 9 Milliarden Einlagen beweisen nichts dagegen, sehr viele von diesen Büchern in derselben Hand oder in derselben Familie sind und ein sehr großer Teil auch im Besitz von Wohlhabenden. Gesamtbetrag der Sparkassenbücher unter 600 Mk. hat Evert auf bis 1500 Mill. Mk. geschätzt.

Nun gibt es aber gewiß noch 1—1½ Millionen Personen, die unter 6000 Mk. besitzen, jenen aber sozial so nahe stehen, daß sie von ihnen auf keine Weise zu unterscheiden sind und deshalb in der Finanzverwaltung mit einem gewissen Recht ihnen zugerechnet werden. Macht man, wie ich es tue eine rein zahlenmäßige Berechnung, so daß steuerpflichtige Vermögen in Preußen ist, so muß man natürlich, was über 6000 Mk. besitzt, streng mitzählen, zuzugeben ist aber auch die Weise, daß nahe an der Grenze noch vielleicht 5 oder gar 10 Millionen vorhanden sind, die man auf keine Weise fassen kann. \*)

\*) Ich will, da dieser Punkt sehr wichtig ist, noch eine genauere Berechnung hinzufügen.

Von den Sparkassen-Büchern haben

3 068 076	Einlagen bis zu	60 Mk.
1 574 139	"	von 60 - 150 "
1 408 574	"	" 150 - 300 "
1 636 483	"	" 300 - 600 "

Wenn wir nach den Vorgang von Evert für diese vier Größen 170, 315, 720 Mill. Mk. als Einlage einsetzen = 1295 Mill. dazu noch aus den Büchern mit höheren Einlagen 1½ - 2 Milliarden schlagen, so werden wir vom Sparkassenkapital etwa das dreifache Besitz der Kapitalisten unter 6000 Mk. ist.

Die 1½ Millionen Parzellen-Besitzer besitzen zusammen 14 Hektar, deren Wert wir, nach Abzug der Hypotheken, auf 3—4 Milliarden annehmen. Etwa ebenso hoch wollen wir den Wert des werbenden entsprechenden Gewerbetreibenden veranschlagen. Die drei Kategorien ergeben also rund 10 Milliarden Mk.

Gesamt gibt es in Preußen 14½ Millionen. Davon sind 8 Millionen Haushaltungsvorstände. Von den 6 Millionen "steuernden" (Knechte, Mägde, Lehrburschen, Geiellen, junge

5. Steuerlich nicht faßbar bei der jetzigen Lage der Gesetzgebung r spekulative Wert des unbebauten Bodens in der Umgebung der n Städte. Den Gesamtwert des Wohnbodens der Städte über 100 Einwohner in Deutschland haben wir auf 24 Milliarden veran- t (Märzheft S. 563), davon Berlin auf 9. Rechnen wir 5 Milliarden ie noch unbebauten Grundstücke und hiervon, wegen der eminenten utung Berlins, 4 auf die preußischen Städte, so werden wir gewiß unter der Wahrheit geblieben sein.

6. Ein erheblicher Teil des objektiv ermittelten Vermögens ist ange- n den Lebensversicherungen, eingeschlossen die Volksversicherung, die bnislassen und schließlich die großen Kassen der Sozial-Gesetzgebung. on sind vermögenssteuerpflichtig nur die Rückkaufswerte der eigent- großen Lebensversicherungen, alle die kleinen Versicherungen aber sind ir werden ihre Gesamtheit für Deutschland auf etwa 5, für Preußen  $1\frac{1}{2}$  Milliarden veranschlagen dürfen.

Die fremden Werte im Besitz von Deutschen haben wir auf 40 rden veranschlagt. Der bei weitem größte Teil davon sind Staats- z (Russen, Oesterreicher, Ungarn, Argentinier, Mexikaner, Türken, ter, Japaner, Chinesen usw.) oder Aktien (amerikanische Eisenbahnen, Shares, russische Pfandbriefe usw.). Alle diese sind vermögenssteuer- g. Nicht für diese Steuer herangezogen aber werden Grundstücke iverbliche Anlagen, die Preußen außerhalb des Staates besitzen. troß dürfte der hierfür zu machende Abzug nicht sein, immerhin wir 3 Milliarden ansetzen.

Von den 5 Milliarden Metallgeldes in Deutschland könnte man t fein, 3 bis 4 als in der Reichsbank, in öffentlichen Kassen und invertehr routierend und deshalb für die Steuer ausfallend abzu- iber es stehen gegenüber die Banknoten, Wechsel x., die wieder repräsentieren oder einschließen, die in den obigen Kategorien nicht

pausleute, Schreiber, Beamte, Techniker Kandidaten x.) mag die Hälfte in kleines Sparvermögen besitzen, sagen wir im Durchschnitt 500 Mk. zu- mmen  $1\frac{1}{2}$  Milliarden.

Nehmen wir dazu 3 Millionen kleine Haushaltungen, die im Durch- hchnitt 3000 Mk. werbendes Kapital besitzen, so ergibt das  $10\frac{1}{2}$  Milliarde. Einkommensteuerfrei (weil unter 900 Mk.) ist von den  $14\frac{1}{4}$  Mill. ensfiten die größere Hälfte, nämlich  $\approx 330\ 352$ .

Nach der letzten Veranlagung (Januar 1908) hatten

Gesfiten	ein Vermögen von
731 000 mit 6—20 000 Mk. Vermögen	$7\frac{1}{2}$ Milliarden
463 000 " 20—52 000 " "	15 "
283 000 " 52—500 000 " "	36 "
21 000 " mehr als 500 000 Mk. Vermögen	$32\frac{1}{2}$ "

und 1 500 000 rund 91 Milliarden

Nach dieser Liste können die 13 Millionen Gesfiten ohne oder t Vermögen unter 6000 Mk. kaum über 10 Milliarden besitzen; ja nn die Veranlagung nicht so schlecht wäre, müßte man aus dieser Liste ar schließen, daß die Summe der Vermögen unter 6000 Mk. höchstens illiarden beträgt.

enthalten und jedenfalls viel größer sind als der ganze Vorrat an Geld. Wir wollen das aber als kompensiert gelten lassen.

Von den 200 Milliarden, die wir als preussisches Volksvermögen rechnen haben, fallen also für die Steuer aus:

1. Reichs- und Staatsbesitz . . . . .	21 Mill.
2. Kommunen, Kirchen und Stiftungen . . . . .	5 .
3. Hausrat . . . . .	20 .
3 a. Ernte . . . . .	3 .
4. Verbende Vermögen unter 6000 M. . . . .	10 .
4 a. Vermögen unter 20 000 M., die gesetzlich steuerfrei sind . . . . .	4 .
5. Der spekulative Wert des unbe- bauten Wohnbodens . . . . .	4 .
6. Kleinversicherungen u. . . . .	4 .
7. Grundbesitz u. im Ausland . . . . .	3 .
	<hr/> 74 Milliarden

Diesem Abzug steht gegenüber der Wert der deutschen Staats- und Kommunalanleihen, die nicht zum Volksvermögen da ja die Öffentlichkeit schuldet was der Einzelne besitzt, verpflichtet sind, das sind im ganzen 26 Milliarden, wovon 15—16 fallen.

Der Betrag, der davon etwa noch abgezogen wäre für den Ausländer von unseren Papieren haben, ist nicht nennenswerth.

Das steuerbare Vermögen in Preußen ist daher zu veranschlagen 200 + 16 — 74, das sind 142 Milliarden. Veranlagt für die Veranlagung entzogen haben sich also nicht, wie ich das vorher gegeben habe, 63, sondern nur 50 Milliarden Mark. Der Finanzminister hat darin recht behalten, daß die Abzüge, die zu machen erheblich über das hinausgehen, was ich angenommen. Aber der Revision der Rechnung herausstellte, daß ich bei der Einrechnung des Volksvermögens an manchen Stellen zu zurückhaltend gewesen und sich das Schlussergebnis nur unwesentlich verändert. Es mag es auch jetzt noch anfechtbar ist, aber es kommt wenig darauf an, selbst noch weitere 10 Milliarden schließlich abgesetzt werden und 40 000 Millionen Mark Werte, die sich der gesetzlichen Steuer ziehen, in diese gesetzliche Pflicht endlich einzuspannen, ist es die doch wohl die Mühe lohnen dürfte, und wir werden sieben noch weit saftigere Früchte auf diesem Wege winken. wollen wir gleich hinzufügen, daß das Ziel vollständig natürlich niemals ist. Ein gewisser Spalt, und zwar ein recht bedeutender, zwischen der Berechnung des Volksvermögens und der Summe der Deklarationen und Veranlagungen der Einzelvermögen wird. Besonders ist es eine Stelle, auf die ich oben schon hingewiesen

die auch der Herr Finanzminister das Hauptgewicht gelegt hat, woher ziemlich viel durchträufeln wird; das ist bei den kleineren Vermögen, den Anschein erwecken, als ob sie unter 6000 Mark seien und deshalb der Steuer befreit sind. Es ist also, wie ebenfalls wohl zu merken ist, zu betonen, von vornherein nicht bloß bei den großen, sondern gerade auch bei den kleineren und vermutlich nicht weniger bei den mittleren Vermögen, wo die Ausfälle eintreten, und eben deshalb ist die Summe so sehr groß.

In welchen Verufen stecken nun die 50 Milliarden, die sich so Jahr für Jahr der Vermögenssteuer entziehen?

Hierüber schrieb ich im vorigen Heft, sehr viele Werte, die von außen nicht sichtbar sind, also namentlich Papiere, würden direkt und mit Verschweigen unterschlagen. „Das tun sowohl Rentner, wie Bauern, wie andere Leute.“ In der Hauptsache aber seien ja bei weitem die meisten Grundbesitzer, Land, Häuser, Geschäfte, Waren, Vorräte, Viehbestände bloße Schätzungen, und Schätzungen seien immer in hohem Grade willkürlich. „Wer schätzt, um zu verkaufen oder um eine Entschädigung zu verlangen, hat einen ganz anderen Maßstab, als wer sich selbst für eine Sache einschätzt. Abschreibungen, Risikoprämien, Geschäftskosten kann man ganz nach Gutdünken einsetzen.“ „Die Unterdeklarationen haben bei Grundbesitzern und Gewerbetreibenden insofern eine gewisse Grenze, als sie nicht den Kredit schädigen dürfen; man nimmt sogar an, daß hier und da ein Geschäftsmann wohl sein Vermögen zu hoch angibt, in der Hoffnung, daß von dieser Deklaration etwas ruckbar und dadurch sein Kredit zu heben werde. Aber diese Methode der Kreditverbesserung ist doch zu vielfach, um häufig zu sein und sie entfällt völlig bei den Landwirten. Diesen spielt ihre Vermögensdeklaration für den Kredit keinerlei Rolle; sie hängt von ganz anderen Umständen ab. Jeder Nachbar ist imstande, sowohl sich eine Meinung über den objektiven Wert eines Landgutes zu bilden, wie die subjektive Wirtschaftstüchtigkeit des Besitzers einzuschätzen.“

Man hat diese Worte dahin ausgelegt, daß ich die Unterdeklarationen hauptsächlich oder doch ganz vorwiegend bei den Landwirten suchte. Das habe ich nun in dieser Weise nicht gesagt, ich habe nur, namentlich als ich von den verschiedenen Artikeln im „Tag“ und in der „Täglichen Rundschau“ den Vorwurf für die Nachlasssteuer gegen den Bund der Landwirte aufnahm, die Unterdeklaration ausgesprochen, daß die Unterdeklarationen, die auch bei den Landwirten eine Rolle spielten, ein verstecktes Motiv für die fanatische Aufregung der Regierungsvorlage sein möchten, womit keineswegs gesagt werden sollte, daß in den Städten und bei anderen Verufen die Unterdeklarationen auch vorkämen. Ja, ich habe sogar ausdrücklich betont, daß Unterdeklarationen machten sowohl Rentner, wie Bauern, wie andere Leute, und daß Kaufleuten nur hervorgehoben, daß Unterdeklarationen wegen des Bedürfnisses bei ihnen eine gewisse Grenze hätten. Das alles kann nicht anders sein. *Wienerische Jahrbücher.* Bd. CXXXVI. Heft 1.

ich durchaus aufrecht erhalten, ebenso wie ja so ziemlich die ganze Berechnung der Größe des Mantos. Aber in einem Punkt hat die Konferenz im Finanzministerium tatsächlich eines Besseren belehrt. Es mir gegangen, wie es nicht selten bei wissenschaftlichen Entdeckungen der Fall ist, daß man die Wahrheit wohl gefunden, aber nicht gleich am richtigen Ort gepackt hat. Die agrarischen Blätter, die mit einer unbeschreiblichen Heftigkeit über mich herfielen, behaupteten, an der agrarischen Steuereinkommensteuer überhaupt nichts wesentliches auszufetzen, und das ist so evident, daß auch das Stückchen Wahrheit, das wirklich darin ist, von der Wahrheit überflutet ist und auch von mir nicht gleich erkannt wurde. Der Fehler der agrarischen Steuerveranlagung liegt nämlich nicht so sehr in der Höhe, sondern doch in viel geringerem Maße in der Vermögenssteuer als in der Einkommensteuer. Für die Vermögenssteuer, das heißt die Abschätzung des Wertes eines Gutes, sind so viele äußere Merkmale vorhanden, daß sie gleich mit verkauften oder verpachteten Nachbargütern, daß die Veranlagungskommissionen, wenn sie nur einigermaßen guten Willen haben, die Wahrheit schon ziemlich nahe kommen können. Ausgenommen in den Fällen, wo jemand in bewußt betrügerischer Weise eine Hypothek nimmt oder nicht löschen läßt, für das Geld Papiere kauft, unterdeklariert und sich die Hypothek als Schuld abzieht. Das kommt vor, aber doch wohl nicht zu häufig. Das große Loch enthielt die Unterdeklaration des Ertrages, der nur schwer zu kontrollieren ist in der Einkommensteuer. Wenn dem nun so ist, so haben ja die Konservativen die Nachprüfung beim Erbfall gar nicht so sehr zu scheuen. Es ist es die Konservativen früher auch immer angesehen. Ich habe schon in dem Artikel im „Tag“ darauf hingewiesen, daß bei der großen Steuerreform unter Miquel im Jahre 1891 die Konservativen gerade einen Antrag gestellt hatten, daß bei jedem Erbgang ein schriftliches Verzeichnis des Nachlasses der Behörde eingereicht werden solle. Trotz der Ablehnung durch den Grafen Limburg-Stirum lehnte das Abgeordnetenhaus diese Kontrolle ab.

Wenn also jetzt tatsächlich die Vermögenssteuer auf dem Wege zu einem relativ gesunden Stück unserer ganzen Steuerveranlagung ist, so möchte ich leider hinzufügen, daß diese Gesundheit vielleicht nicht mehr lange halten wird. Auf das Drängen der konservativen Partei hat das Abgeordnetenhaus in das eben zur Verabschiedung stehende Gesetz über die Steuerzuschläge die Klausel hineingebracht, daß von ländlichem Vermögen wie bisher der Verkaufswert, sondern nur das Zehnfache des Ertrages angesetzt werden dürfe. Der Ertrag aber ist, wie wir gleich sehen werden, gerade das Unzuverlässigste, Unterdeklarierte in der Steueran-

Wo hin nun auch die Waage sich neige, mag sich schließlich herausstellen, daß bei der Vermögenssteuer das Schuldkonto der Stadt größer ist, als des platten Landes, das große Manto in der Ver-



Vermögenssteuer ist da, und die, die es angeht, mögen die Köpfe daran fetten und sehen, mit welchen Mitteln sie es, wenn nicht verschwinden lassen, doch verkleinern können.

Nunmehr aber kommen wir zur Einkommensteuer. Eine direkte Kontrollirung, wie weit das veranlagte Einkommen hinter dem wirklich vorhandenen steuerpflichtigen Einkommen zurückbleibt, wie wir sie für die Vermögenssteuer jetzt mit annähernder Sicherheit besitzen, ist für die Einkommensteuer bisher noch nicht gefunden worden. Das aber ist ganz gewiß, daß die Einkommensteuer noch viel schlechter veranlagt ist als die Vermögenssteuer, aus dem einfachen Grunde, weil die Vermögenssteuer niedrig ist, nur  $\frac{1}{2}$  pro Mille (500 Mk. für die Million), so daß es kaum verlohnt, darin falsch zu deklarieren und der Hauptfehler vielleicht dem mangelnden Deklarationszwang liegt. Die Einkommensteuer aber, mit den Kommunal- und Kirchenzuschlägen oft bis zu 15% und noch mehr geht, bei der schnebelt jede einzelne Stufe gewaltig. Bei der Einkommensteuer finden daher die eigentlichen und entscheidenden Unterdeklarationen statt, und wenn bei der Vermögenssteuer das ländliche Eigentum ganz anders besser gefaßt wird als das gewerbliche und das eigentliche Kapital, sprechen viele Zeichen dafür, daß es bei der Einkommensteuer das Land welches den Vogel abschießt. Auch im Finanzministerium wurde mir eigentlich bestritten, daß diese Veranlagungen auf dem Lande sehr zu wünschen übrig ließen und eine wahre Flut von Zuschriften, die ohl bei mir selbst eingegangen, wie in den verschiedensten Zeitungen öffentlich sind, bestätigen die Tatsache, daß zwar auch sicherlich sehr viel in der Stadt, aber nachweislich auch ganz besonders auf dem Lande unterirrt wird.

Nun ist ja, streng genommen, mit solchen Äußerungen so sehr viel bewiesen. Man kann immer dagegen einwenden: das sind bloße Einzelfälle, oder es kommt auf die besondern Umstände an, die man nicht genau kennt. Im Finanzministerium z. B. wurde mir erzählt, man in einem einzigen Jahr dreizehn Fälle gehabt, wo Millionäre deklariert hätten, sie hätten kein Einkommen; aber bei der Nachprüfung habe sich festgestellt, daß das ganz zutreffend war: es waren große Geschäftsleute, Spekulationsfirmen, die aus ihren Büchern nachwiesen, daß sie tatsch im Durchschnitt der drei letzten Jahre mit Verlust gearbeitet hätten. Auch bei Landwirten kommt das nicht selten vor. Mag nun auch dieser oder ähnlicher Weise mancher Einzelfall seine Aufklärung finden, die Fülle der Auslagen ist doch so groß, daß man sich dem Gewicht der nicht entziehen kann und eine weitverbreitete Tendenz zur Unterirung konstatieren muß. Ich stelle eine Reihe der frappantesten Ausfälle die mir zu Händen sind, zusammen, indem ich, um jeden denunziierenden Charakter zu vermeiden, Ort und Personen nur andeute. Einige der gravierendsten Fälle sind mir leider, als gar zu individuell nur zur Verpflichtung zur absoluten Diskretion mitgeteilt worden.

Ein Edelmann aus dem Osten erzählte mir, daß eine ihm verwandte Dame ein Gut besitze von weit über einer Million Werth darauf 500 000 Mk. Hypothekenschulden und sei veranlagt zu 60 Mk. Einkommensteuer.

Ein Ziegeleibesitzer in der Provinz Brandenburg wollte bei der Wohlfahrtsanstalt eine Hypothek aufnehmen und wies zu diesem Zweck nach, daß er eine Jahreseinnahme von 30 000 Mk. habe. Er wurde daraufhin die Hypothek, nachher aber wurde festgestellt, daß er Einkommensteuer für 4500 Mk. zahle.

Ein Landschaftsbeamter aus Schlesiens berichtet mir von einem Landwirt einen Fall von ähnlicher Drahtik und fügt hinzu, daß er aus dortigen Erfahrung mindestens fünfzig Fälle dieser Art mittheilen kann.

Ein mir persönlich als zuverlässig bekannter Herr in Schlesien schreibt mir, er sei auch einmal Mitglied der Veranlagungskommission in seinem Kreise gewesen und habe da folgendes erlebt: Ein Gutsherr hatte 18 Mk. Ertrag vom Hektar und kam mit dieser Deklaration, nachdem er seine Schulden abgezogen, auf fast gar keine Steuer. Man verhandelte darüber und die Kommission setzte ihn auf den Grundbesitzsertrag von 1862, 21 Mk. für den Hektar. Nach einigen Tagen kam ein Bauer aus demselben Dorf (auch noch zu gering, wie mein Herr mir hinzufügt) 82 Mk. für den Hektar; „ich denke,“ wari der Herr in der Kommission ein, „der Boden ist dort so miserabel, daß er resp. 21 Mk. herauskommen“; „ja,“ sagte die Majorität, „das ist es, bei der Separation haben die Bauern die fetten Stücke bekommen, die Großgrundbesitzer das Unland.“

Im nächsten Jahr war der Herr, der so überflüssige Steuer nicht mehr Mitglied der Kommission.

Ein anderer Herr, zugleich Landwirt und Fabrikant, trat nach einem Jahr aus der Kommission aus, weil ihm die Gerechtigkeit, wie er meinte, geübt wurde, zu sehr mißfiel.

Ein höherer Beamter aus einer anderen Gegend von Schlesien schreibt mir: „Großgrundbesitzer, deren Hausstand, gesellschaftliche Stellung, Vergnügungsreisen usw. einen Aufwand von 20 000 Mk. erfordern, werden kaum als mittlere Beamte mit 1500—1800 Mk. schätzt, ja es kommen Fälle vor, daß kaum die Grenze des Einkommens mit 900 Mk. erreicht wird, um zur Einkommensteuer herangezogen zu werden.“

Bezüglich der Bauern fügt der Schreiber hinzu, sie pflegen es nicht kommen das anzugeben, was sie am Schluß des Jahres auf den Feldern kasse bringen. Diese Behauptung findet sich in mehreren Briefen aus verschiedenen Gegenden.

Ein Mühlenbesitzer und Landwirt in der Mark schreibt mir, daß bei den Landwirten durchaus üblich sei, das, was sie in der Mark verbrauchten, nicht zu versteuern, sie hielten das für ihr Recht.

derthen, wenn man sie darauf anrede: „Na, wenn wir das nicht einmal ben sollen!“

Ein Herr aus der Harzgegend schreibt mir, er könne mir auf Wunsch e altenmäßigen Grundlagen dafür liefern, daß meine Behauptung bezüglich der Unterdeklarationen richtig sei.

Ein Geistlicher aus der Provinz Sachsen schreibt mir, daß nach seiner Erfahrung dem Staate sehr viel Steuern dadurch entgingen, daß bei der oreinschätzung Leute mit mehr als 3000 unter 3000 Mark geschätzt irden und dadurch dem Deklarationszwang entgingen; so sei in seinem rt jüngst eine Witwe gestorben, die jährlich 2,50 Mk. Einkommensteuer zahlte und 40 000 Mk. hinterließ. Ganz ähnliches schreibt mir ein Arzt s der Saupitz.

Ein Landrat in der Altmark wird mir zur Abwechselung auch einmal einer Zuschrift gerühmt, daß er schärfer zugreife als andere und alle hre einigen Leuten, die bisher unter der 3000 Mark=Grenze standen, die lbstdeklaration auferlege.

Ein Geistlicher im Thüringischen schreibt mir, ein Kollege habe jüngst einem kleinen Dorf die Heberegister durchgesehen und sei dabei zu Behtungen gelangt, die selbst einen Rittergutsbesitzer zum Kopfschütteln gecht hätten, da zahle z. B. ein Fabrikarbeiter 1,25 Mk., der reichste uer 1,75 Mk. usw.

Aus einer Gegend Schlesiens sind mir ganze Register zugestellt rden unter dem Bemerken, sie seien ohne Verletzung des Amtsgeheim-es hergestellt, aus denen eine überaus geringe Veranlagung deutlich vorgeht.

Aus Ostpreußen wird mir dasselbe geschrieben.

Ein hervorragendes Mitglied der Nationalliberalen schrieb im „Tag“ i 22. 10. 08, Nr. 340:

„Gegen die Erhöhung der Einkommensteuer liegen eigentlich prin-elle Bedenken nicht vor, vorausgesetzt, daß demnächst auch einmal dem Lande das Veranlagungsgeschäft so gestaltet wird, daß man dort Grundbesitz auch in angemessener Weise zu den Staatslasten heran-

Alle Lasten den Städten auferlegen und auch bei der glücklichsten junktur für die Landwirtschaft an der Fiktion des Notleidens unserer zgrundbesitzer festhalten wollen, geht auf die Dauer denn doch wohl die größte Gutmütigkeit der Mehrzahl der preussischen Staatsbürger is.“

Die „Düsseldorfer Zeitung“ (Amtlicher Anzeiger) vom 1. 3. erzählt: „Ein Gewerbetreibender in einer halbpolsnischen Gegend, der in enger istlicher Fühlung mit der gesamten Landwirtschaft seines Kreises steht, t in vertrauter Gesellschaft der nächsten Großstadt von seiner Dekla-r, auf Grund deren er ein Einkommen von zehntausend Mark ver-r. Das anfängliche peinliche Schweigen der Zuhörer, die sämtlich i wissen, daß der Mann etwa den zehnfachen Betrag jährlich zur rück-

legt, bricht schließlich eine schüchterne Frage. „Mein Vieber,“ der Industrielle, „wenn ich es mir beikommen ließe, hunderttausend zu deklarieren, so würde mir erstens einmal, wenn es bekannt würde, Böbel die Fenster einwerfen und mein Haus demolieren. Dann hätte ich eine freundliche Aufforderung des Herrn Landrats zu empfangen, und bei diesem Besuch bekäme ich folgendes zu hören: „Herr, es ist Ihnen ja wohl bekannt, daß unser Reichstagsabgeordneter der größte Besitzer im Kreise, ein Einkommen von zwölftausend Mark. Herr Oberamtmann N., der Pächter des großen Domänenkomplexes, steuert acht, und ich selbst, der ich ja auch etwas Grundbesitz habe, trotz meines Beamtengehaltes nicht höher. Ich darf wohl mit Ihnen annehmen, daß Sie sich bei Ihren Angaben geirrt und eine Null hingeschrieben haben.“ Wollte ich, so sagte unser Gewährsmann, Steuerbehörde gegenüber ein ehrlicher Mann bleiben, so wäre mir gesellschaftliche wie der geschäftliche Boykott sicher und der kontinuierlich blühenden Geschäfts unausbleiblich.“

Der Redakteur dieser Zeitung hat mir dazu geschrieben, er ist jetzt bereit, die Tatsächlichkeit der wiedergegebenen Unterhaltung zu bestätigen.

Im „Flügelrad“, Organ des Vereins mittlerer Staatsseisenbahnen, 13. Febr. 1909 wird mitgeteilt: Bei den Einschätzungen in den Gemeinden geht es durchaus gemächlich zu. Sobald ein Zensit an der Reihe ist, ruft der Vorsitzende: „Ich denke, wir lassen es wie im Vorjahre.“ Entspruch erfolgt meist nicht. Da hat nun in diesem Dorfe ein Grundbesitzer seine beiden Töchter in einem Jahre verheiratet und jeder 9000 Mk. bar und eine Ausstattung im Werte von 3000 Mk. mitgebracht. Das waren zusammen rund 24000 Mk. Als der Vorsitzende den Zensiten wieder sein Sprüchlein: „Ich denke, wir lassen es wie im Vorjahre“, her sagte, fragte ein Mitglied der Kommission, wieviel er denn voriges Jahr an Einkommensteuer gezahlt habe. Da stellte sich heraus, daß er bisher überhaupt keine Einkommensteuer gezahlt hat. Der Unvorsichtige, der sich die letzte Frage zu stellen erdreistete, wurde im nächsten Jahre nicht wieder in die Kommission gewählt.

Die „Deutsche Zeitung“ (14. März) bringt aus vielerlei Orten die ihr von Großgrundbesitzern und Kleingrundbesitzern, Regierungsoberförstern, Geistlichen und Lehrern zugegangen seien, u. a. folgende Abdruck: „Während die Lebenshaltung der meisten Grundbesitzer in Nachbarschaft über die meinige erheblich hinausgeht, machte die letzten Landtagswahl durch einen Blick in die Steuerliste die Wahrheit, daß einer dieser Herren (Haushalt: 2 Inspektoren, 1 Kammerdiener, 2 Mädchen, 1 Kutscher, 1 Stallbursche, 4 Kutschknechte, 2 Reitknechte, übrige dem entsprechend) weniger als den fünften Teil meiner Einkommensteuer bezahlte. Die Mitglieder der ländlichen Steuer-Einkommenkommission meinen, das sei anderwärts auch so: und man zuckt mit den Schultern.“

nicht mit Allen in Krieg zu geraten. Wird Einer einmal gestellt, in man ihm nachweist, daß er als großer Herr lebt und als Kossättert, so erklärt er, vom Kapital zu leben."

Eine Zuschrift in den „Verl. N. Nachr.“ (3. 3.) aus Schlessien stellt: „daß in einem von einer ganzen Anzahl wohlhabender Landwirte besetzten Nachbarorte der Lehrer der höchstbesteuerter Einwohner ist, während einzelne der Gutsbesitzer für ihre Gesellschaften allein mehr aufwenden müssen, als das Jahreseinkommen des Lehrers beträgt".

Ebenso berichtet die „Krefelder Zeitung“, die höchsten Steuerzahler seien nicht die Gutsbesitzer und reichen Bauern, sondern der Pfarrer, der Gendarm und Steueraufsesser zu sein.

Ähnliche Zuschriften wie die beiden genannten haben auch viele andere Zeitungen erhalten, z. B. die „Tägliche Rundschau“, der „Hannoversche Kurier“, die „Königsb. Hart. Zeitung“.

In Danzig fand am 14. März eine nationalliberale Vertreter-Versammlung statt, auf der Professor Heidenhain-Marienburg folgendes erklärte:

Ein Landwirt habe seinen Sohn in der Stadt auf der Schule und lebe für ihn jährlich 1200 Mk. Pension und 300 Mk. für Schule, Bücher, Ununterricht usw. Dieser Landwirt sei nur mit 2400 Mk. Einkommen begünstigt. Ein anderer Landwirt war ebenfalls mit 2400 Mk. eingestuft. Als sein Sohn Kavallerieoffizier werden sollte, mußte er einen jährlichen Zuschuß von 3000 Mk. garantieren. Er schätzte deshalb sein Einkommen auf 4000 Mk. ein und ließ sich vom Landrat bescheinigen, daß er mit dem Rest von 1000 Mk. noch standesgemäß leben könne. Ein anderer Abgeordneter habe einen eigenen Oberförster in seinem Walde, sei aber nur mit 4 Mk. Einkommensteuer veranlagt. Ein anderer Abgeordneter habe von der Wechsel habe herausgerechnet, daß er jährlich Tausende zinsen und gar keine Steuer zahlen könne.

Der „Deutsche Oekonomist“ (6. 3.) schreibt: „Seit vielen Jahren haben wir immer wieder darauf hingewiesen, daß die Steuereinschätzungen (Kontrollationen) in Preußen handgreiflich falsch sein müssen: „Auf dem Lande wird die Drückerei in nicht geringerem Maße betrieben, als in den Städten.“ Diese Wochenschrift weist darauf hin, daß allein die Kontrolle der Mietspreise der Wohnungen in den Städten sicherlich sehr viele Verkündigungen zutage bringen werde.

Regierungsrat Luenfel in einem Vortrag „Die Psychologie in der Finanzreform“ (Berlin, Carl Heymann) sagt wieder (S. 15), daß viel zu erreichen sei „durch eine gründlichere Prüfung der Leistungsfähigkeit namentlich auf dem Lande“. — „Das können Sie einem Praktiker der Einkommensteuer glauben!“

Von den verschiedensten Seiten wird mir versichert, daß die Unterstellungen der Großgrundbesitzer zwar vorhanden seien, aber nicht auf bösem Willen, sondern auf einer falsch konstruierten Buchführung

beruhen. Es sollen eigene Bureaus existieren, die systematisch die Buchführung für Landwirte einrichten und dabei für sich wie Kunden ein glänzendes Geschäft machen.

Von anderer Seite wird auch behauptet, die Niedrigkeit der landwirtschaftlichen Ertragschätzung beruhe gerade darauf, daß die Landwirte klärten: Bücher führe ich nicht, ich kann mein Einkommen nur schätzen und schätze es so und so.

Um die Geringsfügigkeit der agrarischen Leistung objektiv festzustellen wird von einer Seite vorgeschlagen, die Regierung möge eine landwirtschaftliche Statistik aufstellen lassen, wieviel Beamte Staatseinkommensteuer zahlen, wie groß ihre Gesamtleistung sei, und wieviel Landbesitzer (anderwärts mehr als fünf Hektar Besitz) und wieviel Steuer sie zahlten.

Ein Herr, der mir versichert, daß er Erfahrung auf diesem Gebiete habe, und daß nach dieser seiner Erfahrung die Kapitalisten gewöhnlich falsch deklarierten wie die Landwirte, glaubt, daß, um zu einer Besserung zu gelangen, zunächst einmal Amnestie oder eine kurze Verjährung für die Vergangenheit festgesetzt werden müsse. Denn viele, die unrichtig deklariert hätten und die an sich wohl zu bewegen und der Wahrheit überzugehen, können den guten Willen nicht zur Geltung kommen lassen, weil ja dann ihre frühere Veründigung an den Tag kommen und schwere Strafe fallen würden.

Die Zusammenstellen dieser Zeugnisse, die sich leicht in vielfältigen ließen, dürfte genügen, um darzutun, daß auf dem Gebiete der Einkommensteuer tatsächlich eine Tendenz zu Unterveranlagung bei der Einkommensteuer besteht. In den Städten ist wohl ein Gegengewicht gegen diese Tendenz vorhanden in dem Wunsch, den Zuschlagssatz der Kommunalsteuer zu hoch wachsen zu lassen, um wohlhabende Zugügler dadurch zu veranlassen, wiederum aber ist ein großer Teil des städtischen Einkommens aus Wertpapieren, überaus leicht zu verstecken, und auch das Anlage- und Betriebskapital ist sehr schwer zu schätzen. Die Einkommensteuermomente fallen bei der Vermögenssteuer stark ins Gewicht, diese wieder bei ländlichem Eigentum leichter zu kontrollieren. Ich hoffe im nächsten Heft aus der Feder eines auf diesem Gebiete erfahrenen hohen Beamten einen eigenen Aufsatz zu bringen über die Einkommensteuern, vermöge deren man zu einer richtigeren Veranlagung gelangen kann, wenn man sich nicht scheut diese Mittel anzuwenden, so ist es nicht nur finanziell außerordentlich viel gewonnen, sondern auch ein moralisches Uebel und eine schwere Veründigung gegen den Grundsatz der Gerechtigkeit beseitigt. Ein wesentliches Hilfsmittel dabei würde die Erbschaftsteuer sein. Schon jetzt, wo die Erbschaftsteuer nur bei Verwandten existiert, sind im Jahre 1907/8 444 und im Vorjahre 450 der Steuerhinterziehung beim Erbgang aufgedeckt und jedesmal mit einer Summe von etwa einer Viertel-Million festgesetzt worden (Bericht des Finanzministers, Druckfachen des Hauses der Abgeordneten Nr. 65).

3 ein großes Uebel vorhanden ist, dessen Heilung im Interesse aller teien liegt, ist von allen Seiten zugestanden. \*) Streiting ist nur, ob das el wirklich ganz die Höhe erreicht, die ich bei der Vermögenssteuer itisch berechnet habe, und streitig ist ferner, welche Berufsgruppen, nentlich ob Stadt ob Land, die größeren Sünder bergen. Nun ver- che man, welche Stellung die verschiedenen Berufsgruppen zu dem un- iselhaft wirksamsten aller Hilfsmittel für eine gerechte Veranlagung, der btschaftsteuer, eingenommen haben. Der Zentralausschuß Berliner kauf- nnischer, gewerblicher und industrieller Vereine hat in seiner Plenar- ung vom 15. März unter Zustimmung sämtlicher 103 angeschlossenen eine und Verbände zur Frage der Reichs-Finanzreform folgende Er- ung beschlossen: „Der Zentralausschuß erklärt sich in Uebereinstimmung dem deutschen Handelstag und fast sämtlichen Handelsvertretungen be- , der von der Regierung vorgeschlagenen Besteuerung des Besitzes in m einer Nachlaßsteuer oder einer Erweiterung der Erbschaftsteuer im ereffe der Gesundung des Reichshaushaltes zuzustimmen, obwohl er über- t ist, daß auch diese Steuern zum überwiegenden Teile von Handel ndustrie getragen werden müssen, und obwohl die in der Reichs- ungreform vorgesehenen Verbrauchssteuern bereits Handel und Gewerbe er belasten“. Ganz in demselben Sinne hat sich der „Zentralverband icher Industrieller“ für die Regierungsvorlage ausgesprochen.

Der Bund der Landwirte aber ist es, der im ganzen Lande eine leiden- tliche Agitation gegen die Nachlaßsteuer ins Werk gesetzt und da- das große nationale Werk der Heilung der Reichsfinanzen in die rite Gefahr gebracht hat, ohne einen anderen zweckentsprechenden Vorschlag ie Stelle zu setzen. Ich denke, kein Wort ist zu hart, dieses Gebaren e Vereins, der stets mit seiner vaterländischen Gesinnung und seiner rwilligkeit prunkt, zu brandmarken, und ich denke, eine große Berliner ammlung tat recht daran, als sie jüngst auf meinen Antrag folgende lution annahm: Die Versammlung spricht ihre Entrüstung aus über chleppende Art, in der der Reichstag eine so dringende nationale Auf- wie die Reichsfinanzreform behandelt. Sie sieht in einer Nachlaß-

) Nicht ohne Interesse ist es auch, den Parallelismus zwischen der Summe der Feuerversicherung und der Vermögensveranlagung weiter rückwärts zu verfolgen, indem man von der Versicherung im ganzen Reich  $\frac{3}{8}$  auf Preußen rechnet.

Feuerversicherung	Vermögens-Veranlagung
1895 68 Milliarden	64 Milliarden
1907 103 Milliarden	91,6 Milliarden

Die Feuer-Versicherung ist also erheblich schneller gewachsen, als das veranlagte Vermögen. In den letzten Jahren ist im Reich die Feuer-Versicherung um 6—7 Milliarden jährlich gewachsen; der Zuwachs an Vermögen wird nur auf 4 Milliarden berechnet. Da der bei weitem größte Teil des Zuwachses der Feuerversicherung aus neuen Werten entspringt, nur ein ganz geringfügiger aus der Ausdehnung der Versicherung, so ist die Vergrößerung der Divergenz zwischen Versicherung und Steueranlagung ein neues Symptom für un- genügende Veranlagung

oder Erbschaftssteuer der Art, wie sie der Bundesrat vorgeschlagen, durchaus zweckmäßiges und unentbehrliches Mittel, die Finanzverhältnisse auf festen Boden zu stellen. Sie mißt daher die Schuld an der Verhinderung der Verschleppung denjenigen Parteien bei, die sich diesem Haupt- und Stoß der Reform widersetzen. Sie erwartet, daß der Reichstag die Verbündeten Regierungen alle Kraft aufbieten werden, die patriotische Gebaren niederzukämpfen, und fordert alle wahren Freunde auf, sie in diesem Kampfe zu unterstützen.

\* \* \*

Während das Vorstehende gesagt wurde, habe ich eine Einsicht gemacht, wie weit die Wählerschaft im Lande wirklich hinter der verbesserten Politik steht, wie sie unsere Konservativen heute im Reich betreiben. Ich wurde von dem „Verein reichstreuer Männer“ in Weeskow-Storkow aufgefordert, über die Reichsfinanzreform und die Nachlasssteuer zu sprechen. Der Kreis ist so agrarisch wie nur irgendwo in Preußen, und in dem Städtchen Weeskow selbst, wo der Landrat sitzt, wird kaum je eine liberale Wahlmannsstimme abgegeben. Daß ich auf diesem Kreise, nach allem, was die „Deutsche Tageszeitung“ von mir geschrieben, eine solche Aufforderung an mich gelangte, ist als ein Symptom, das ich nicht unbeachtet lassen dürfte: ich nahm die Einladung an, und der Erfolg war so gut, wie er nur irgend werden konnte. Die Zeitungen haben darüber berichtet. Einige Reichstagsbesitzer opponierten, Andre aber eben dieses Standes traten entschieden für die Nachlasssteuer ein, und die überwältigende Mehrheit der Versammlung stimmte ihnen zu. Drei Rittergutsbesitzer unterschrieben sofort den „Aufruf an den Reichstag“. Es ist mir nach dieser Zeit keine Frage, daß die Regierung den Kampf mit den Konservativen aufnehmen kann, wenn sie nur will. Eine einigermaßen lebhaftere Bewegung würde die große Masse der Bauerschaft von den frondierenden Grundbesitzern trennen, und wenn die Regierung zur Auflösung des Reichstags schritte, würde die konservative Partei geradezu in die Luft gehen. Das wäre nun freilich ein Erfolg, den ich keineswegs wünsche. Die Schwierigkeiten, die uns die Partei macht, allen Negerlichkeiten, die uns Junkertum und Agrariertum auferlegen, es stecken in der That doch politisch und sozial so überaus wertvolle Elemente, daß es ein Verlust wäre, wenn sie ganz unterdrückt würden. Aber die Noth ist so groß, die Unmöglichkeit, die Krankheit unserer Reichsfinanz- und Erbschaftssteuer zu heilen, so einleuchtend, daß man, um den unerbittlichen Widerstand der Konservativen zu brechen, auch das äußerste Mittel anzuwenden muß. Wir würden dann eine ganz neue Partei kommen. Die Freisinnigen haben sich, seit sie im Block sind, an dieser Finanzreform so durchaus verständig benommen, daß das Volk nichts dagegen haben würden, sich mit ihnen zu verbinden und zu ihnen überzugehen. Auch weiten Kreisen der Landwirthe...



schwer sein, klarzumachen, daß es nichts als Verblendung, Prinzipienrei und Demagogie sind, die in der agrarisch-konservativen Opposition in die Steuerreform das Wort führen.

Aber ich denke, das Neueste wird uns doch erspart bleiben. Die erkennbare Stimmung im Lande und unter ihren eigenen Wählern wird es konservative Abgeordnete auf die gute Seite hinüberführen, daß die Erbschaftsteuer schließlich in irgend einer Form doch noch durchkommt. Es ist ja noch diese und jene Modifikation, vermöge deren man ihnen den Zugang erleichtern kann. Man kann an die Stelle der einheitlichen Versteuerung des Nachlasses die Versteuerung des Erbfalls nach Portionen einer andern Steuerskala setzen. Man kann auch, wenn es nicht anders geht, eine Klausel hineinbringen, daß da, wo der Erblasser eine Vermögensveranlassung abgegeben hat, diese, falls nicht die Erbteilung selbst sie als Pflicht dardrückt, auch für die Erbschaftsteuer maßgebend sein soll. Es ist nicht, daß damit ein wesentlicher Vorteil dieser Steuer, nämlich die Konzeption, verloren gehe. Das ist aber nur bis auf einen gewissen Grad richtig.

Erstens kann der Erblasser nie wissen, ob nicht durch irgend einen Fall beim Erbgang, z. B. wenn Minorennen vorhanden sind, oder wenn es entsteht, eine falsche Deklaration doch an den Tag kommen würde, zweitens wird auf diesem Umweg die Vermögensdeklaration selber, die eine bloß freiwillige ist, erlangt werden. Gute Kenner unsrer Steuerwesen haben mir versichert, daß, wenn man nur neben der Einkommensveranlassung auch die Vermögensdeklaration erlange, damit für die Kontrolle sehr viel gewonnen sei. Schließlich steht noch ein Vorschlag im Vordergrund, mit dem vielleicht sogar das Gros der Agrarier gewonnen werden könnte, nämlich die Idee des Abgeordneten von Demitz, nicht das Vermögen als ganzes, sondern nur den Vermögenszuwachs, natürlich in einer entsprechend erhöhten Skala, mit der Steuer zu belegen. Ueber die technische Durchführung dieses Vorschlages wollen wir heute noch nicht sprechen; es genügt, daß man sieht, daß noch mancherlei Möglichkeiten vorliegen sind, neue und bessere Kompromisse zu schließen als der, von dem bisher gehört hat, und so wollen wir die Hoffnung auf ein gutes Ende ohne die Krisis einer Auflösung des Reichstags noch nicht aufgeben.

### Lösung und Ergebnis der Balkankrise.

Die Balkankrise scheint endlich ihrer vorläufigen Lösung entgegenzu-

Der Zufall, daß der Tollkopf, der so viel zu ihrer Verschärfung beigetragen, der Kronprinz von Serbien, sich noch im letzten Augenblick unmöglich gemacht hat, hat vielleicht den Ausschlag gegeben, daß die Gefahr des allgemeinen Krieges schon vorüber war, auch das ergießen in dem begrenzten Bezirk zwischen Serbien und Oesterreich nicht bleibt.

Am höchst bemerkenswert ist, welche Haltung England schließlich in der Verwicklung eingenommen hat. Während von dieser Insel aus

anfangs stark mit ins Feuer geblasen wurde, kann es keinem Zweifel liegen, daß die englische Politik zuletzt in höchst anerkennenswerthe ohne gerade den russischen Freund direkt zu verleugnen, doch dazu tragen hat, den Frieden zu erhalten. Es wäre so leicht gewesen, den allgemeinen Kriege zu treiben, wenn die englischen Staatsmänner es wollten hätten. Sie haben es nicht getan. Sie haben eine ungünstige Gelegenheit, Deutschland im Bunde mit den großen kontinentalen Mächten niederzukämpfen, nicht benutzt. Das wird man ihnen nicht vergessen dürfen. England hat den tatsächlichen Beweis geliefert, es ehrlich friedliebend ist und andern Völkern neben sich, trotz Eifersuchtsregungen, das Aufkommen nicht verwehren will. Das fürchtbare Prinzip der Politik, den Rivalen überhaupt nicht berühren zu lassen, sondern dem möglichen Kampf der Zukunft von vorn gegen zu gehen, den Krieg zu provozieren, bloß um den andern zu schwächen, scheint wirklich die Völker nicht mehr so wie früher zu betreffen. Man muß das dem englischen Volke um so höher anrechnen, da gerade wieder von starken Furchtbellehmungen wegen des Annedens deutschen Kriegsschiffe befallen ist. Aber statt sich dadurch zu scheitern hinreißen zu lassen, hat es den eines großen, zugleich selbstbewußten und vorsichtigen Volkes würdigeren Beschluß gefaßt, durch eigene Kräfte jeder zukünftigen Gefahr vorzubeugen. Nun mögen beide Völker sich sehen und umsehen, wie weit sie durch Fortsetzung ihrer Rüstung etwas gewinnen, wie weit sie nur die andern zu derselben Rüstung zwingen, ohne daß eine tatsächliche Machtverschiebung eintritt.

Der eigentliche Treiber in der Balkankrise war Rußland. Kann es den Russen nicht verdenken, daß sie unzufrieden sind. Ihr Blut und Geld haben sie 1876 aufgewandt, um zu erleben, daß die Früchte ihrer Siege durch die europäische Diplomatie wieder verloren worden sind. Das Fürstentum Bulgarien, das ein russischer Satellit werden sollte, emanzipierte sich vom weißen Zaren und machte seine eigene Politik, Oesterreich aber, dem als Preis für seine Neutralität Bosnien zugewiesen wurde, hat sich diese Provinz nunmehr selbst verleibt. Zwar hat Oesterreich diesen Akt in höchst gemäßigter Weise vollzogen: es hat auf seine Rechte in Novi-Bazar freiwillig verzichtet, die noch bestehende formale Hoheit des Sultans in Bosnien aber belassen, welche abgelöst. Aber das Ergebnis ist doch: Oesterreich hat in seinen Aufwendungen weit in die Balkanhalbinsel hinein vorgedrungen, Rußland hat nichts. Herr von Izvolsti hat sich dafür gerächt: Oesterreicher monatelang in Athen gehalten, er hat ihnen durch die Kriegsbeisorgnisse das Wirtschaftsleben und das Wirtschaftsleben von ganz Europa aufs tiefste geschädigt. Er hat damit sozusagen ein Memento aufgerichtet: wenn noch weiter zu gehen; es würde euch teuer zu stehen kommen!

Soweit wäre die russische Politik ganz wohl verständlich und

er wie wird es nun weiter gehen? Wenn nun schließlich Serbien doch

Degen einstechen muß, ohne irgend etwas zu erreichen, was ihm  
 Serbien nicht auch sonst gewährt hätte? Wenn sich die Serben sagen:  
 an ungeheuren Aufwand haben wir vertan und Rußland hat uns  
 schließlich sitzen lassen? Die Politik der Großmächte auf dem Balkan ist  
 wesentlich Prestige-Politik. Es kommt darauf an, wem die ver-  
 zehnten Völker, die Türken oder die Serben, die Rumänen, Bulgaren,  
 eben am meisten vertrauen und an wen sie sich anschließen. Wenn sie

das Facit dieser Winterkampagne ziehen und sich sagen: Rußland kann  
 nicht helfen und große Worte machen, aber es ist ohnmächtig uns wirklich  
 helfen, Oesterreich aber kann seinen Willen tatsächlich durchsetzen, wer  
 dann an Prestige gewonnen oder verloren? Wer das serbische Problem  
 nicht verstehen will, dem ist die jüngst erschienene Broschüre des ehemaligen  
 österreichischen Präsidenten Wladan Georgewitsch „Die Serbische Frage“\*) sehr zu  
 empfehlen. Man ersieht daraus, wie sehr von je die selbstsüchtige russische  
 Politik auf Serbien gelastet hat und wie stark die Momente sind, die es

der serbischen Regierung empfehlen können, sich nicht Rußland, sondern  
 nach Oesterreich anzuschließen. Wer weiß, ob nicht das schließliche Er-  
 gebnis dieses serbisch-österreichischen Konflikts ist, daß Serbien sich von  
 Rußland, von dem es sich verraten sieht, abwendet und einen loyalen An-  
 schluß an Oesterreich sucht? Dann würde sich zeigen, daß die Politik des  
 russischen Zaren doch nur kurzfristig gewesen ist: er hat die Oester-  
 reicher wohl geärgert und geschädigt, aber am letzten Ende auf Kosten des  
 russischen Rußlands unter den Balkanvölkern. Kommt es wirklich so, dann  
 werden sich die Oesterreicher die Unkosten, die ihnen dieser Winter ge-  
 kostet hat, nicht dauern zu lassen. Um so weniger, als mit Beilegung  
 des Konflikts in Bosnien die Balkanfragen nicht erschöpft sind. Bald  
 wird Europa von dieser Gegend aus von neuem in Unruhe ver-  
 setzt werden.

8. 3. 09.

D.

Stuttgart, Berlin, Leipzig. Deutsche Verlagsanstalt.

Von neuen Erscheinungen, die der Redaktion zur Besprechung zugegangen, verzeichnen wir:

- Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik.** — Herausgegeben von Werner Sombart, Max Weber und Edgar Jaffe. XXVIII. Band. 1. Heft. Tübingen, J. C. B. Mohr.
- Arnim-Schlagenthin-Nassenheide, Graf.** — Der preussische Wassergesetzentwurf von 1907. Bericht über die Verhandlungen des Unterausschusses der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft für Wasserrecht im Oktober 1908. (Arbeiten der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft. Heft 151.) 19 S. Berlin, Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft.
- Bartels, Adolf.** — Geschichte der deutschen Literatur. 2 Bände, M. 10.—. Leipzig, Eduard Avenarius.
- „Handbuch zur Geschichte der deutschen Literatur. M. 5.—. Leipzig, Eduard Avenarius.
- Bibliothek wertvoller Memoiren.** — Herausgegeben von Dr. Ernst Schultze. Band 9, Die Memoiren Garibaldis. Uebersetzt und bearbeitet von Professor Dr. Walter Friedensburg. Hamburg, Gutenberg-Verlag.
- Bitterauf, Th.** — Friedrich der Grosse. (Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 246.) M. 1.25. Leipzig, B. G. Teubner.
- Bücher, Karl.** — Arbeit und Rhythmus. 4. Aufl. Geh. M. 7.—, geb. M. 8.—. Leipzig, B. G. Teubner.
- Burgess, John W.** — The German Emperor and the German Government. An address delivered before the Germanistic Society of America. New York.
- Chressen, P. P.** — Prospekte zu Theaterstücken. M. 1.—, geb. M. 1.50. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Da Imeyer, Wilhelm.** — Kleidörn. Plattdeutsche Gedichte heiteren und ernsten Inhalts. M. 1.—. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Darwin, seine Bedeutung im Ringen um Weltanschauung und Lebenswert.** Sechs Aufsätze von W. Bölsche, M. Apel, B. Wille, E. David, R. Pensig, Fr. Naumann. (Moderne Philosophie, herausgegeben von Dr. Max Apel. Bd. 4.) M. 1.—. Berlin-Schöneberg, Buchverlag der „Hilfe“.
- Denifle, P. Heinrich und Weiss, P. Albert Maria.** — Luther und Luthertum in der ersten Entwicklung. Quellenmäßig dargestellt. Zweiter Band bearbeitet von P. Albert Maria Weiss. Geb. M. 7.—, geb. M. 9.50. Mainz, Kirchheim & Co.
- Denkschrift betreffend die Entwicklung des Kiautschou-Gebiets in der Zeit vom Oktober 1907 bis Oktober 1908.** Reichs-Marine-Amt.
- Dietrich, K.** — Byzantinische Charakterköpfe. (Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 241.) M. 1.25. Leipzig, B. G. Teubner.
- Eckert, E.** — Methodisches Handbuch zur Einübung der deutschen Rechtschreibung auf Unter- und Mittelstufe der Volksschule. M. 1.—. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Früze, Dr. Edmund.** — Pädagogische Rückständigkeit und Ketzereien. — M. 3.—. Bremen, Gustav Winter.
- Günther, Ludwig.** — Die Mechanik des Weltalls. Eine volkstümliche Darstellung der Lebensarbeit Johannes Keplers, besonders seiner Gesetze und Probleme. Geb. M. 2.50. Leipzig, B. G. Teubner.
- Hackmann, Lie. W.** — Am Strand der Zeit. Ausgewählte Predigten. Geb. Mk. 3.50. Berlin, Karl Curtius.
- Henning, Max.** — Römische Aferreligion oder „Frankfurter Lümmeleien“? Offener Brief an Herrn Dr. Armin Kausen in München, Herausgeber der „Allgemeinen Rundschau“. 40 S. Frankfurt a. M., Neuer Frankfurter Verlag.
- Heth, Wilhelm.** — Satiren. M. 1.—. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Jahresbericht und Mitteilungen der Handelskammer zu Köln 1908. Heft 4.** (Statistische Uebersichten. Berichte über gemeinnützige Anstalten, Schulen, Vereine. Amtliche Mitteilungen.) Köln, DuMont Schauberg.
- Jstel, E.** — Die Blütezeit der musikalischen Romantik in Deutschland. (Aus Natur und Geisteswelt. B. 239.) M. 1.25. Leipzig, B. G. Teubner.
- Kaboth, Hans.** — Der Friedhof der Heimatlosen. Eine Erzählung. Mk. 2.—, geb. M. 3.—. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- v. Kraft, Ottokar.** — Sich selbst Musik. M. 1.50. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Kuczynsky, Dr. E.** — Die Entwicklung der gewerblichen Löhne seit der Begründung des Deutschen Reiches. 112 S. Berlin, Georg Reimer.

- Külse, O. — Immanuel Kant. 2. Auflage. (Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 146) M. 1.25. Leipzig, B. G. Teubner.
- Kuns, Conrad. — Postereien in Spruch und Dichtung. M. 1.20. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Landleber, Das. — Ein Bauernbuch für Kurse und Haus. Herausgegeben von Arbeiterwohl, Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege. 1. Teil: Feld und Vieh. Geb. Buchschmuck von K. Köster. Jeder Teil 75 Pf., zu swanzig 70 Pf., im Hundert 65 Pf., im halben Tausend 60 Pf., Porto 20 Pf. M. Gladbach, Volksvereins-Verlag.
- Landsberg, Hans. — Napo'eons Schriften und Gesräche. (Napoleon-Bibliothek.) M. 3.50, geb. 4.—. Berlin, Pan-Verlag.
- Langenbeck, W. — Geschichte des deutschen Handels. (Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 237.) M. 1.25. Leipzig, B. G. Teubner.
- Lansburgh, Alfred. — Das Deutsche Bankwesen mit einer vergleichenden Statistik der Bilanzen aller deutschen Actienbanken in den Jahren 1867—1872—1907/8. Berlin-Charlottenburg, Bank-Verlag.
- Liman, Dr. Paul. — Der Kaiser 1888—1909. Ein Charakterbild Kaiser Wilhelms II. Neue umgearbeitete und stark vermehrte Ausgabe. 867 S. Leipzig, Theod. Thomas.
- Menschenkenner, Der. — Moratsschrift für praktische Psychologie, herausgegeben von Dr. R. Rübe und Magdalene Thumm-Kintzel. Jahrgang 1909, Nr. 10. Halbjährlich M. 3.—, Einzelheft 60 Pf. Leipzig, Otto Wigand.
- Meyer, Eduard. — Geschichte des Altertums. 2. Auflage. 1. Band, 2. Hälfte. Die ältesten geschichtlichen Völker und Kulturen bis zum 16. Jahrhundert. Stuttgart u. Berlin, J. G. Cotta.
- Mitteilungen der Literaturhistorischen Gesellschaft Bonn, Jahrg. 3. Heft 7 u. 8 à 75 Pf. Dortmund, Fr. Wilh. Ruhfus.
- Muratori, L. A. — Archivio Muratoriano. Studi e ricerche in servizio della nuova edizione dei „Rerum Italicarum Scriptores“ N. 6. Città di Castello, Scipione Lapi.
- Pearson, Karl. — Ueber Zweck und Bedeutung einer nationalen Rassenhygiene für den Staat. M. 1.—. Leipzig u. Berlin, B. G. Teubner.
- Plate, Dr. L. — Der gegenwärtige Stand der Abstammungslehre. Geb. M. 1.60. Leipzig, B. G. Teubner.
- Poesegen, O. — Das Wahlrecht. (Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 249.) M. 1.25. Leipzig, B. G. Teubner.
- Reichs-Arbeitsblatt. — Herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amte. Abteilung für Arbeiterstatistik. Siebenter Jahrgang Nr. 1. Berlin, Carl Heymann.
- Reuss, Franz. — Lebenslagen. Freie Gedichte eines Weltmenschen. M. 1.20. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Reichert, H. — Schopenhauer. 2. Auflage. (Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 84.) M. 1.25. Leipzig, B. G. Teubner.
- Riehl, Aloys. — Zur Einführung in die Philosophie der Gegenwart. 3. Auflage. Geh. M. 3.—, geb. M. 3.60. Leipzig, B. G. Teubner.
- Schapiro-Neurath, A. — Friedrich Hebbel. (Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 238.) M. 1.25. Leipzig, B. G. Teubner.
- v. Schulze-Gaevernitz. — Gesellschaftssteuer? Zugleich ein Wort zur finanzpolitischen Lage überhaupt. 16 S. Köln, M. DuMont Schauberg.
- v. Alten, Georg. — Handbuch für Heer und Flotte. I. Liefg. M. 2.—. Berlin, Deutsches Verlagshaus, Bong & Co.
- Anales de Instrucción Primaria Tomo V. República oriental del Uruguay. — Montevideo, „El Siglo Ilustrado“ De Marino y Caballero.
- Aradt, Ernst Moritz. — Gesammelte Werke in 4 Bänden, M. 8.—. Leipzig, Max Hesse.
- Berg, Dr. — Moment-Aufnahmen. Gesammelte Skizzen. M. 2.50. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Bernhard, Ernst. — Höhere Arbeitsintensität bei kürzerer Arbeitszeit. Berliner Dissertation. Altenburg, Piersersche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co.
- Bertram, Karl. — Neues und Altes in neuem Gewand. Gedichte. M. 2.—. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Beth, Dr. Karl. — Urmensch, Welt und Gott. M. 1.50. Gross Lichterfelde-Berlin, Edwin Runge.
- Brausch, A. H. — Stoffe und Probleme des Religionsunterrichts M. 2.40, geb. M. 3.—. Leipzig, B. G. Teubner.
- Broschinski, Fr. — Spielkanon. Wertvolle Turnspiele und volkstümliche Übungen in ihrer natürlichen Folge und Regelentwicklung. Für einfache Schul- und Vereins-Einrichtungen. Geh. M. 2.31, geb. M. 2.80. Leipzig, Dürr'sche Buchhandlung.
- v. Caemmerer. — Geschichte des Frühjahrsfeldzuges 1813 und seine Vorgeschichte. Zweiter Band: Die Ereignisse von Ende April bis zum Waffenstillstand. Mit 15 Textskizzen, 3 Übersichtskarten und 2 Schlachtplänen. Berlin, Ernst Siegfried Mittler & Sohn

- Cauer, Paul. — Grundfragen der Homerkritik. M. 12.—, geb. M. 13 85. Leipzig, S. Hirzel.
- Dammann, Dr. Albert. — Der Sieg Heinrichs IV. in Kanossa. M. 8.— Braunschweig, Benno Goeritz.
- Deutsche Arbeit. — Monatsschrift für das geistige Leben der Deutschen in Böhmen. Jahrgang 8, Heft 5, M. 1,20. Prag, Karl Belimann.
- Qjets, Heinrich. — Die Militärstrafrechtspflege im Lichte der Kriminalstatistik für das deutsche Herr und die Kaiserl. Marine M. 2.—, geb. M. 8.—. Oldenburg i. Gr. Gerhard Stalling.
- Eder, Franz. — Um Scholle und Glauben. M. 1.—. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Elekes, C. J. — Das alte Lied. Erlebnisse eines Fräulein Mutter. Berlin-Leipzig, Modernes Verlagsbureau.
- El-Correi. — Siehe es beginnt zu tagen. Roman, M. 4.—, geb. M. 5.—. Berlin, Concordia, Deutsche Verlagsanstalt.
- Frauenbewegung und Sexualethik. — Beiträge zur modernen Ehekritik. M. 240 geb. M. 8.—. Heilbronn, Eugen Salzer.
- Geert, W. — Jahreszeiten. Fünf Skizzen M. 2.— Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Gerlach, Dr. Otto. — Ansiedlungen von Landarbeitern in Norddeutschland. Erhebungen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft unter Mitwirkung von Dr. Franz Mendelson und Regierungsbaumeister Alfred Blum. (Arbeiten der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft Heft 149.) 817 S. Berlin, Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft.
- Greif, Martin. — Francesca da Rimini. Tragödie in fünf Akten. Zweite Auflage. M.— Leipzig, C. F. Amelang.
- Groh, Friedrich. — Der Zusammenbruch des Reiches Jerusalem 1187—1189. Jenenser Dissertation. Jena, Bernhard Vopelius.

#### Druckfehler-Berichtigung:

Band 135, S. 548 muß es statt „Das Verhältnis der Zahl von Weiß zu Schwarz ist in Britisch-Südafrika wie 1:15“ heißen: 1:5.

Manuskripte werden erbeten an Herrn Dr. Emil Daniels, Berlin W., Luitpoldstr. 3.

Einer vorhergehenden Anfrage bedarf es nicht, da die Entscheidung über die Aufnahme eines Aufsatzes immer erst auf Grund einer sachlichen Prüfung erfolgt.

Die Manuskripte sollen nur auf der einen Seite des Papiers geschrieben, paginiert sein und einen breiten Rand haben.

Rezensions-Exemplare sind an die Verlagsbuchhandlung, Dorotheenstr. 72/74, einzuschicken.

Der Nachdruck ganzer Artikel aus den „Preussischen Jahrbüchern“ ohne besondere Erlaubnis ist untersagt. Dagegen ist der Presse freigestellt, Auszüge, auch unter wörtlicher Uebernahme von einzelnen Abschnitten, Tabellen und dergl., unter Quellenangabe ohne weitere Anfrage zu veröffentlichen.

---

Für die Redaktion verantwortlich: Professor Hans Delbrück, Grunewald.  
Verlag von Georg Stilke, Berlin NW., Dorotheenstr. 72/74.  
Druck von J. S. Preuss, Kgl. Hofbuchdr., Berlin S., Dresdenerstr. 43.

# Entwicklung und Motive der platonischen Staatslehre.

Von

Paul Wendland.

## I.

Der Horizont und die Perspektive der Plato-Forschung wie der Sichtungsschreibung der antiken Philosophie überhaupt haben sich in letzten Jahrzehnten gewandelt und erweitert. Einst war das immer wesentlich gerichtet auf systematische Darstellung des Ideenkomplexes, auf den Zusammenhang der Lehren der Philosophen, und die Geschichte der Philosophie faßte man wesentlich als Ablauf einer in sich geschlossenen und aus sich verständlichen Entwicklung. Es ist begreiflich, daß seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts, als man von Metaphysik und Dogmen sich abzuwenden begann, auch diese Art der Geschichtsschreibung dazu beitrug, daß das Interesse an der Philosophie in weiten Kreisen erweckt wurde. Der ferner Stehende bekam, auch wenn er nicht Examenskandidat war, nur zu leicht den Eindruck, daß jene seltsamen Leute ein recht müßiges Frage- und Antwortspiel trieben. Die Frage der Wahrheit der Dogmen und Systeme, auf die solche Geschichtsschreibung zugespitzt scheint, fand er durch die Tatsache ersetzt, daß die wie im Schattenspiel an uns vorüberziehenden Philosophen sich selbst genügend widerlegten und totschlügen. Die Nation oberflächlicher Skepsis, wie sie das untergehende Alter beherrschte, griff um sich.

Auch Plato gegenüber sind solche Stimmungen zu starkem Ausgesprochen gekommen. Wenn wir, so etwa empfand man, an die Ideen als metaphysische Wesenheiten nicht mehr glauben, wenn wir Vorstellungen vom Vorleben und von den Wanderungen der Seelen für reine Fiktion halten, dann ist die platonische Staatslehre als eine bloße Fiktion zu betrachten. Vgl. CXXXVI. Heft 2.

Seele preisgeben, wenn wir die Auffassung des Erkenntnis als Wiedererinnerung an die Ideen, die wir in unserer Erfahrung geschaut haben sollen, als Mythos verwerfen, sind dann nicht metaphysischen, psychologischen, erkenntnistheoretischen Grundes des platonischen Systems gestürzt? Was ist uns heute noch eine Staatslehre, die mindestens die obere Klasse vom Besitz ausschließt und für sie eine freilich streng geregelte Gemeinschaft fordert, die dem in eine Zwangsanstalt vermittelten Staat alle Aufgaben der häuslichen Erziehung, der Kirche überträgt, die das Regiment der Philosophen fordert? Soll sie uns Modernen, die wir über eine so viel reichere individuelle Erfahrung verfügen und den Wert des historisch Gewonnenen höher schätzen gelernt haben, die wir die Sphären des individuellen und des gesellschaftlichen Lebens nicht mehr völlig gleichgültig uns erinnern, daß die Professoren öfter Mühe gehabt haben, Forscher zu füttern, was sie als Politiker gefehlt haben? Nietzsche haben sich so geäußert. Auch ernst zu nehmende Philosophen haben Platons Glauben an die aus der oberen Welt herabkommende Psyche und seine Metaphysik, alle weltgeschichtlichen Wirkungen geschlossen, für eine bedauerliche Episode der Menschheitsgeschichte angesehen, für eine ungesunde Reaktion, die die naturgemäße Entwicklung der hoffnungsvollen Anfänge exakter Forschung, der demokratischen Schule und ihrer innerweltlichen Erbhäufigkeit hätte.

Bei Plato kann man geradezu sagen, daß eine systematisierende Behandlung das tiefere Verständnis verunmöglicht. Ein System läßt sich mit Sicherheit nur herausfinden bei den Denkern, die die Form der systematischen Vorgehenswandlung haben: Aristoteles, Plotin, Origenes, Augustin. Die Aufgabe muß scheitern oder sie ist doch nur annähernd bei Plato, Paulus, Luther, Goethe. So sehr Plato den Staat idealisiert und ihn immer mehr zum Träger seiner eigenen Sokrates hinausgewachsenen Gedankenwelt gemacht hat, so liegt keinem Zweifel, daß er ihn doch auch Gedanken anläßt, die Plato selbst nicht oder nicht in der Form vertritt. So schwierig und bedenklich es ist, aus den Reden der dramatischen Personen die eigenen Meinungen des Dichters erschließen zu können, so ist es auch nicht leicht, aus dem Dialog, wenn es ein Dialog und ein echtes Kunstwerk ist, die Ueberzeugungen des Dichters sicher zu erschließen. Und vor allem, durch die



risungen haben wir Plato immer mehr kennen gelernt als den rastloser Entwicklung vorwärts strebenden und ringenden, den mer lernenden, in einer Periode seines Lebens sogar alle Voraussetzungen und Ergebnisse seines Denkens wieder in Frage stellenden großen Philosophen.

Die immer noch nicht überwundene Verwerfung der bedeutendsten und gehaltvollsten Dialoge, zu der die Auffassung Platons als eines starren Doktrinärs und zum Systeme erstorenen Dogmatikers führt hat, gibt den besten Beweis, daß die Aufgabe der Rekonstruktion seines Systems, rein wissenschaftlich betrachtet, falsch gestellt und darum unlösbar ist. Das Ganze, das so geschaffen wird, nur ein fiktiver Durchschnittstypus, der in keiner Periode der andlungen reichen Entwicklung Platons reale Existenz gehabt hat. Die wahre Aufgabe aller Platoforschung ist die Wiedergewinnung des echten Platobildes; und indem sie sich immer deutlicher auf das Verständnis der Persönlichkeit, ihres inneren an Gegensätzen und Spannungen reichen Lebens, der Hauptphasen ihrer Entwicklung richtet hat, hat sie nur Bahnen eingeschlagen, in denen sich die wahre Geschichte der Philosophie überhaupt bewegt. Die Wandlung der Interessen hat sich durch die enge Verbindung philosophisch-historischer Forschung mit philologischer und historischer, durch das persönliche Leben und sein Verständnis gerichtete Streben unserer Zeit vollzogen.

So wollen wir auch Plato von dem Ehrenplatze, den ihm so freiwillig und freundlich die Philosophen und die Geschichtsreiber der Philosophie in ihrem metaphysischen Himmel einräumt haben, wieder auf die Erde herabholen, und wie Odysseus

Schatten der Unterwelt Blut zu trinken gibt, damit sie Leben und Empfindung gewinnen, so wollen wir auch diesen philosophischen Schatten, den man nach der Ansicht eines seiner Verehrer überhaupt nicht als Individuum betrachten darf, sondern nur als die Idee der Philosophie, wieder lebendig zu machen suchen, damit wir den antiken Menschen und den Sohn Athens zu sehen bekommen. Dann wird sich offenbaren, daß Platons Bedeutung nicht in den politischen Lehren und in den Lehren liegt, die die einen offen, die andern amüsieren und die dahingewelkt sind, wie es

Schicksal aller Dogmen ist. Die Wurzeln seiner Kraft, das Lebensgemisch seiner Geistesarbeit, die neues Leben zeugende Lebenskraft seines Denkens sind die Grundsätze, die Motive, die Ideale. Sie leben fort und haben dauernd gewirkt, freilich viel

weniger auf Philosophen, Philologen und Historiker, als auf Dichter, die religiösen Genien der Menschen, die großen religiösen Denker.

Den Versuch, die dringendste Aufgabe der Platonforschung, dem ich ein Buch zu widmen gedenke, beschränke ich heute auf ein Gebiet, auf dem sich Platons Innenleben am reichsten und lebendigsten entfaltet, auf dem wir am meisten seine persönlichen Erfahrungen und Erlebnisse und damit die Ausgangspunkte seiner inneren Entwicklung meinen nachzuerleben zu können. Einige Bemerkungen über die Quellen sind unumgänglich. Die antiken Biographien Platons, unter denen die aus den hebräischen Rollen wiedergewonnene Geschichte der Akademie herausragt, geben uns wertvolle, zum Teil auf Schüler Platons zurückzuführende Nachrichten. Für die sizilische Geschichte und Platons Beziehung zu Syrakus liefern uns besonders Plutarchs Dion und die höchst kostbare Material, das zum Teil aus Schriften der Zeitzeugen geschöpft ist, Bilder von einer Anschaulichkeit, daß sie dem Dichter zu einer Tragödie Dion locken könnten. Dazu kommen mehrere auf guter Kunde beruhende Briefe, die meines Erachtens zwar mit Unrecht den Namen Platon tragen, aber wohl von Schülern desselben verfaßt sind. Wenn wir nun auch nicht jene intimen Dokumente besitzen, die der Goethe-Philosoph viel frisches Leben zugeführt und ihr die natürlichen Richtungen gegeben haben, so dürfen wir es dennoch wagen, auch die Platon unter dem Gesichtspunkt von Erlebnis und Dichtung zu betrachten.

Von Platons Werken sind für die Staatslehre die wichtigsten die Politeia, der Politikos, die Gesetze. Daß der Politikos noch von namhaften Forschern für unecht gehalten wird, ist ein schändlicher Undank gegen die Gunst des Schicksals, die uns das Mittelglied, das genau in der Richtung der Entwicklung vom Politikos zu den Gesetzen liegt, erhalten hat.

Den beiden Hauptwerken, an denen Plato viele Jahre gearbeitet hat, sind in der letzten Zeit sehr eindringende, kritische Untersuchungen gewidmet worden. Ihr bleibendes Ergebnis scheint das zu sein, daß wir mit Sicherheit innerhalb dieser Werke verschiedene Stadien der politischen Entwicklung Platons unterscheiden können.

Um nur das Wichtigste hervorzuheben, so hat Plato in den ältesten Teilen des Staates noch nicht den Philosophenstand, die krönende Spitze des Ganzen vorgesehen, die er erst im

(V) VI VII dem älteren Unterbau aufgesetzt hat. Stärker noch die Widersprüche und die Wandlungen des Standpunktes in Gesetzen. In deren ältesten Teilen wird z. B. die Vermirkung des Staatsplanes von der Tyrannis erwartet; in den iteren wird die Tyrannis als eine Verfassung bezeichnet, die überhaupt nicht ernsthaft in Frage komme.

Eine ganz andere Frage ist, ob die philologische Kritik die onologischen Schichten der Arbeit sicher auszulösen und jenen adien der Entwicklung zuzuweisen vermag. Selbstverständlich alle solche Rekonstruktionsversuche hypothetisch und subjektiv. nnoch hat hier wie bei den homerischen Gedichten und in den lischen Schriften die radikale Kritik viel mehr genützt als die die bleme verschleiernde Harmonistik.

Diese Werke sind nun unter dem Gesichtspunkte zu erforschen, che persönlichen Eindrücke und politische Erfahrungen die Entwicklung platonischen Staatslehre in ihren Phasen bestimmt haben. Denn ) bei Plato ist es nicht die Triebkraft abstrakter Begriffe, die die tische Theorie fördert und fortbildet, sondern die Bereicherung h neue Erfahrung und der Einfluß geschichtlicher Erlebnisse.

wollen wir den Versuch machen, diese Werke und die politischen anken anderer Dialoge in die Geschichte der Entwicklung einzihen.

## II.

Plato ist von Geburt Aristokrat, und so hoch er sich später über Parteiinteressen und Standesvorurteile erhoben hat, in seinem finden ist er es sein Leben lang geblieben. Die natürliche Unzheit der Menschen, die Befähigung nur meniger zum Regieren, Verachtung der Masse, die, wo sie als solche auftritt, immer schlechtesten und niedrigsten Instinkte offenbart, die Abneigung alles banausische Wesen — das alles sind Ueberzeugungen, hm früh in Fleisch und Blut übergegangen sind und die er is Leben festgehalten hat. Freilich stehen diesen differenzierenden individualisierenden Tendenzen Triebe einer auffallenden Hierung und Uniformierung entgegen, die in seiner idealistischen sophie wurzeln. Durchdrungen von der Macht des Staatsrkens betont er die Einheit der Staatsgefinnung und die hheit der Bürger mit einer Schärfe, daß man das Gefühl hat, olle in dem Staate die Gesellschaft zu einem Körper und zu 1 Individuum zusammenschließen, und er selbst bedient sich

öfter dieses bildlichen Ausdrucks. Das Streben, auch die in den unmittelbaren Dienst des Staates zu stellen, läßt den Unterschied der Geschlechter verwischen. Den tiefsten Grund, das alles schließlich in seinem Glauben an die himmlische Gottheit, die ja nur ein fremder Gast in diesem Leibe und auf dieser Erde ist, die von Mann und Weib nichts wissen kann. Die Idee der Gleichheit, die daraus folgt, ringt als die größte Forderung beständig mit den Unterschieden der natürlichen und sichichtlich entwickelten Ungleichheit.

Der Eindruck der äußeren und inneren Krisen Athens miterlebte, die scharfe Kritik, die Sokrates freilich nur von rationalen Erwägungen aus an den politischen Einrichtungen übte, die Platons Abneigung gegen die athenische Demokratie nur bei ihm. Wenn seine vornehme Geburt und sein leidenschaftlicher Zudrang ihn zur politischen Laufbahn bestimmten, so hielt er sich durch den Wunsch und auch den dichterischen Trieb zurück, als Sokrates zum Bewußtsein der eigenen Unfertigkeit und Unwissenheit und ihm die sittliche Bildung der eigenen Seele als die wichtigste Lebensaufgabe stellte, die der erfüllen müsse, der andere leitet.

Da kam das Regiment der Dreißig auf (404), und es ist ganz glaubhaft, was der 7. Brief erzählt, daß Plato von einer gerechteren Regierung erwartete und daß sich der Wunsch, am politischen Leben einzutreten, regte; gehörten doch seine nächsten Verwandten, Kritias und Charmides, zu den Dreißig. Aber das Programm der Erneuerung der väterlichen Verfassung schloß in den ärgsten Mißbrauch der Gewalt und in schrecklichen Terrorismus um. Trotz der bitteren Enttäuschung hat Plato Kritias und Charmides ein treues Gedächtnis bewahrt, die die schönste seiner Altersdichtungen dem idealisierten Kritias in den Mund gelegt. Das kann uns befremden; aber erinnern wir uns doch, daß er auch im Gastmahl, unbeirrt von allen Zerrbildern der Parteien Gunst und Haß gezeichnet hatte, den zügellosen Alkibiades in einem Bilde, das die unverhohlene Sympathie des Künstlers verrät, uns lebendig vor Augen stellt. Mehr mag es uns überraschen, daß er in Gorgias die Gorgias-Kallikles, der die abstoßende Lehre von der Macht des Übermuths und Recht sich hinwegsetzenden Herrenmenschen verkündet, mit dem Glanze der Darstellung und mit allem Zauber der Rede ausgestattet hat, so daß wir den Reiz des Grauensvollen wie beim Anblick eines schönen Weibes empfinden. Plato empfing eben von dieser

in den Eindruck der Wahlverwandtschaft feltener, groß angelegter Naturen, aus denen, wie er im Staate so anschaulich schildert, der dem Einfluß schlechter Umgebung und Erziehung, vor allem der politischen Tätigkeit, die sie auf die Gemeinheit und Verwahrlosung des Pöbels, des großen Tieres, einzugehen zwingt, die besten Helden hervorgehen. *Corruptio optimi pessima*.

Plato erlebt dann die Wiederherstellung der Demokratie. Daß von dieser bald stark reaktionären Restauration nichts zu hoffen lehrt ihn der an Sokrates begangene Justizmord. Die nächste Folge ist seine äußere und innere Abwendung von Athen.

Doch halten wir hier einen Augenblick inne, ehe wir die erregenden Äußerungen der Absage an die Heimat und der sich daher verbindenden weltflüchtigen Stimmung überhaupt kennen lernen.

In der rückschauenden Betrachtung des Forschers, der heute die große Tragödie der athenischen Geschichte nach Perikles mit der Entwertung aller Leidenschaften, den wilden Parteikämpfen, den gegenseitigen Katastrophen, der Zersetzung und Auflösung der Gefühle Staatseinheit und Vaterland, der Erschöpfung aller Kräfte anvorüberziehen läßt, wird es klar sein, was dies große Geschichts-drama für Platons Persönlichkeit zu bedeuten hat, und er wird es begreifen dürfen, trotzdem oder gerade weil der Zuschauer dieser unermesslichen Kämpfe sich dieses Einflusses nicht bewußt ist, da das Gefühl des völligen Gegensatzes gegen Staat und Gesellschaft ihn beherrscht. In solchen Zeiten der großen Krisen, der Umwälzungen und Erschütterungen, welche die Völker ergreifen und die tiefsten der Gesellschaft wanken machen, pulsiert das Leben viel heftiger und gewaltfamer als in Zeiten träger Ruhe und befriedigter Stille. Und wie solche Zeiten mit ihrer fieberhaften Erregung äußerster Anspannung des Willens die elementarsten Kräfte der menschlichen Natur, die gemeinsten Triebe in Bewegung setzen, so sind sie doch auch besonders geeignet, die großen Persönlichkeiten über die Masse zu erheben. Der Lebensprozeß, der schon von Natur in ihnen umherwirbt, reicher, lebendiger ist, nimmt nun noch Anteil an der gesteigerten Intensität all des Lebens, das sie umflutet.

Plato hat in diesem Geschichts-drama nur die Symptome einer tödlich führenden Krankheit erblickt, und die nächste Geschichte der Welt darin wie in so vielem den Scharfblick des Sehers bestätigt. Gorgias ist Platons Antwort auf die Verurteilung des Sokrates, die schicksalhafte Absage an die athenische Demokratie und an alles, was ihr heilig und heilig scheint. An dem sokratischen Lebensideal

gemessen, verfällt die Kunst der großen athenischen Staatsmänner in die Poesie und vor allem die Rhetorik, das deutliche Zeichen der heillosen Verberbtheit, der Verdamnis. Athen ist aus so verdorben und unverbesserlich, daß es keinen Platz für die Wirksamkeit des wahren Philosophen. Plato hat diese schroffen Urtheile etwas gemildert, aber der Ueberzeugungsgrund eine politische Tätigkeit für ihn in seiner Vaterstadt undenkbar ist er sein Leben lang treu geblieben. In ruhigeren Zeiten, in dem schon erwähnten Abschnitte des Staates (VI 5 S. 4) das typische Bild der Entwicklung der wahren Philosophen, das im ganzen als der Niederschlag seiner eigenen Erfahrung betrachtet werden darf. Die selten vorkommenden, großartigen Naturen haben auch die größten Versuchungen und Gefahren bestehen: Einflüsse schlechter Erziehung und Umgebung, Verführung durch die niederen Masseninstinkte, wie sie sich in Volksverjammern, Gerichten, Theatern, Heerlagern lärmend kundgeben, die Scheinweisheit der Sophisten, die sich auf alle Schmeichelei für großen Tiere gegenüber verstehen, Einschüchterungen und Drohungen mit Ehren-, Geld-, Todesstrafe, wenn sie sich den niedrigen Urtheilen der Menge nicht gefügig zeigen, der Tyrannei der öffentlichen Meinung sich nicht beugen. Alle Gaben des Glückes, Reichtum, Kraft, einflußreiche Verwandtschaft, hervorragende Tugenden bergen für solche Naturen die größten Gefahren. Sie eignen sich am Gefallen und an Erfolgen berauschende, die Traditionen der Familie, die sie umwerbende Schmeichelei füllen die jugendliche Seele mit Ehrgeiz und treiben in die Laufbahn hinein. Wohl dem, dem ein kluger Berater und Ratgeber zur Seite tritt, der ihm die Augen öffnet über die Nichtigkeit des Strebens und ihm den Weg zur Philosophie weist! Wer dieser Stimme Gehör schenkt! Freilich wird man ihn als Warner bedrohen und zu beseitigen suchen. Allen diesen Gefahren unterliegen fast ausnahmslos die großen Naturen, und aus ihnen die großen Frevler hervor. Nur ein ganz geringer echter Jünger der Philosophie bleibt übrig, die sich rein abheben, weil sie sich vom politischen Leben voll Verachtung abwenden und sich zufrieden, wenn sie, gleich dem, der beim Unwetter ein schützendes Dach tritt, nur sich selbst vor Ungerechtigkeit und Verführung des Bösen bewahren können. Das höchste Lebensziel ist freilich dem Philosophen so verschlossen. Erreichen würde er, wenn er einen ihm angemessenen Staat fände: dann würde

h selbst hinauswachsen und nicht nur sich, sondern das Ganze. Aber einen solchen Staat gibt es nicht. Das allgemeine Verbrechen, die Philosophen seien für den Staat unbrauchbar, ist ganz richtig. Sie sind es wirklich; aber sie sind es nicht, weil sie sich nicht entzögen, sondern weil der Staat sie von sich weist und nicht ein, was zu seinem Heile dient.

Die meisterhafte Kunst Platos in der Benutzung der dialogischen Form offenbart sich auch hier. Muß er auch mit der eigenen Person hinter Sokrates zurücktreten, dennoch weiß er den tiefsten Gehalt seines Selbstbewußtseins, künstlerisch gehoben und gesteigert in typischen Bildern des Lebens jeder wahrhaft großen Menschenseele, offenbaren. Die Kämpfe der hochstrebenden Seele gegen die Gefahren der Welt, gegen die entsittlichenden Mächte der Massenbewegung und des Parteigeistes, gegen die Lockungen des Ehrgeizes, die Rettung durch Sokrates und die Scheidung von den Gefährten, die den Weg des Verderbens eingeschlagen haben, der unauflöschliche Eindruck der ungerechten Verurteilung seines Meisters, der bewußte Verzicht auf Umsetzung der Erkenntnis in die Tat und gleich der tiefe Schmerz, den ihn diese Resignation gekostet hat, —

das zittert wieder in den Worten, deren rasch wechselnde Färbungen uns tief ergreifen. Es ist eine jener Konfessionen, zu denen Goethe redet, die den Dichter von den Zuständen, die seiner Seele lasten, befreien. Wir sehen diese Stimmungen der Abwendung vom Staate und von der Welt überhaupt allmählich entstehen und zu immer schärferem Ausdruck kommen.

Schon der Sokrates der Apologie ist sich des sittlichen Gegensatzes zur Masse bewußt. Dies Bewußtsein hat ihm eine politische Unmöglichkeit, die seinen Untergang herbeigeführt und ihm die Erfüllung seiner höheren Mission unmöglich gemacht hätte, verschlossen. Die Konflikte, in die sein Gewissen mit dem herrschenden System geriet, warnende Stimme in seinem Innern haben ihn in dieser Ueberzeugung befestigt, deren Richtigkeit durch seinen Prozeß bestätigt wird.

In vollster Schärfe wird dieser Gegensatz im Gorgias herausgearbeitet. Sokrates und seine Gegner stimmen hier in der These überein, daß der Philosoph für das Staatsleben unbrauchbar sei, aber sie gehen in der Erklärung der Tatsache auseinander. Wer sich sehr in die Philosophie vertieft, führt hier Kallikles aus, ist für das praktische Leben so ungeschickt, wie der Praktiker für die Untersuchungen der Ideologen. Er wird weltfremd, zieht sich vom Markte von der Öffentlichkeit zurück, weiß sich Angriffen und Anklagen

gegenüber nicht zu raten und zu helfen, spielt vor Gericht eine solche Rolle, verfällt vielleicht durch sein Ungeschick dem Tode. Sokrates gibt das alles als richtig zu und sieht doch keine Nothwendigkeit es abzuändern. Denn das einzige Mittel, sich vor jenen Gefahren zu bewahren, wäre Teilnahme an der Herrschaft oder Anpaßung an die Herrschenden, d. h. Beteiligung am Unrecht und Ansehen der die allgemeine Sittenverderbnis. Schlimmer als alle äußeren Gefahren sind die sittlichen Gefahren, die ihn auf diesem Wege bedrohen. Er wird sich nicht helfen und retten können vor Sünde und Tod, er wird nicht bestehen vor dem göttlichen Gerichte. Für ein politisches Wirken in gemeinem Sinne unmöglich, so ist es aus Grunde sein beständiges Streben, den Bürgern den rechten Lebensweg zu weisen und sie zu ihrem Heile anzuleiten, auch innerlichste Arbeit im höchsten Sinne des Wortes. Daß ihn die Falschheit flirte und in den Tod führen kann, sieht er voraus: aber das ist ja der Güter höchstes nicht.

Ausführlicher und prinzipieller äußert sich der spätere Platon über das Verhältnis der wahren Philosophen zum politischen Leben. \*) Wer wirklich in dem von Plato vorgeschriebenen Gange der wissenschaftlichen Durchbildung die Höhe der Wissenschaft erreicht und die Wonnen der Kontemplation gekostet hat, sein ganzes Sinnen und Denken ist nur noch auf die Welt der ewig Seienden gerichtet; in ihr allein fühlt er sich heimisch. Wenn er führt er ein Leben, wie auf den Inseln der Seligen. Ungern er hinunter auf der Menschen Treiben, ungern befaßt er sich mit den irdischen Dingen, nichtig erscheinen ihm die gewöhnlichen Interessen der Menschen, ein Kampf um Schatten all ihre Bestrebungen. Und dennoch sind allein die Philosophen zum Kampfe berufen; denn nur sie haben den Dingen auf den Grund gesehen und das Ewige erkannt. Freudig und freiwillig werden sie nicht entschließen, aus den Höhen ihrer Kontemplation in die irdischen Herabzusteigen und Aemter zu bekleiden, die ihnen so verächtlich erscheinen. Sollen sie die Sphären reiner Tätigkeit verlassen, so empfinden sie wie jene Höhlenbewohner des platonischen Mythos, wenn man sie wieder nötigen wollte, in die Höhle hinauf zu gehen und nur die Schattenbilder zu sehen, nachdem sie sich erst des Tages gewöhnt haben. Nur der Pflicht und dem Imperium gehorchend werden sie zeitweise in die dunklen Wohnungen der

\*) Die Hauptstellen sind E. 500 C., 517 A. ff., 519 C. ff., 539 E. f.



chen eingehen und sich den Mühseligkeiten der Staatsgeschäfte ziehen, um, wenn die Pflicht sie entläßt, zu ihrer höheren Thätigkeit zurückzukehren.

In stärkstem Kontrast wird endlich in der berühmten Episode Theätet (S. 172 C. ff.) dem öffentlichen Leben mit seiner und Vielgeschäftigkeit, seinen Nichtigkeiten, der aus ihm folgenden Niedrigkeit der Gesinnung das Leben der wahren Philosophen gegenübergestellt. Sie haben nie den Weg zum Markte gelernt; sie wissen nicht, wo der Gerichtshof oder das Rathliegt; sie sehen und hören nichts von Gesetzen und Volksbeschlüssen. An politischen Klubs und Vergnügungsvereinen sich zu betheiligen, kommt ihnen auch nicht im Traume bei. Die Unterschiede hoher oder niedriger Geburt kümmern den Philosophen nicht, sinken ihn wie die Tropfen des Meeres. Und er ist sich dabei nicht bewußt, daß er von dem allem nichts weiß. Denn nicht trotzutun, hält er sich von dem allen fern, sondern wirklich nur sein Leib in der Stadt, seine Seele aber läßt alles Irdische sich, fliegt über Erde und Himmel hinaus, erforscht alles tiefe in seinem Wesensgrunde. So überfieht er freilich leicht Nächste, findet sich in dieser Welt nicht zurecht und wird ein Stummthier der Menge. Ins irdische Treiben verflochten, gleicht er dem Sklaven, der den Sclavendienste verrichten soll. — Alles Streben der wahren Philosophen ist, wie der Phaidon lehrt, aufs Sterben gerichtet.

Uebersichten wir diese Aeußerungen, die ich in der ziemlich festgestellten zeitlichen Folge ausgeführt habe, so fragen wir erstaunt und befremdet nach den Motiven, die die kühnen Antithesen des Platon bar die Paradoxien suchenden und in ihnen schwebenden Philosophen erklären. Der Gegensatz, den Plato selbst zur Gesellschaft und zur öffentlichen Meinung empfindet, und die Verwerfung dieses Gegensatzes durch das Ende des Sokrates — sie genügen nicht, die Schroffheit dieses über alle anerkannten hinausreichenden Idealismus zu erklären. Wir suchen noch anderen und tieferen Gründen, die die sich uns aufdrängenden lösen sollen. Wie erklärt sich die offenbar zunehmende Verwerfung der weltflüchtigen und dem Leben abgewandten Stimmung? Wie erklärt sich die befremdende Tatsache, daß selbst im Wunsch der Philosoph nur durch harten Zwang bestimmt werden kann, der Anschauung der oberen Welt zur politischen Thätigkeit in der irdischen Welt überzugehen? Steht denn nicht dies bittere

Gefühl des Verzichtes und der schmerzlichen Enttäu-  
 chung. Dem Uebergange von der Welt des Gedankens in die der That  
 verbunden sein soll, in unlösbarem Widerspruche zu jenem (S. 200), daß das Dasein des Philosophen seine natürliche  
 endung nur im staatlichen Leben finden könne, daß er das  
 Ziel seines Strebens nur erreiche, wenn er den passenden  
 für die Verwirklichung seines Ideales finde? Der Sag-  
 Philosoph, gerade weil er, von heißer Liebe zu der ober-  
 erfüllt, gar kein Interesse am irdischen Regimente habe, der  
 gerechter Regierung fähig sei, darf nicht als die letzte Ant-  
 unsere Fragen betrachtet werden; denn gewiß hat nicht die  
 erst zur Aufstellung jener Antithese geführt, sondern er hat  
 den Zweck, den vorher schon vorhandenen Gegensatz zu rech-  
 Und das Gewicht aller dieser Fragen verstärkt sich noch, wenn  
 wie die folgende Betrachtung zeigen wird, neben diesen welt-  
 Äußerungen ganz andere Stimmen laut werden hören, in  
 der leidenschaftliche Tatendrang, der die Welt unter seinen  
 zwingen will, sich offenbart.

Ich müßte diesen oft unterschätzten Trieb des Philo-  
 nie in theoretischer Forschung und in der Fortpflanzung sein  
 das höchste Ziel seines Lebens gefunden hat, gar nicht be-  
 ausdrücken als mit den Worten, die Schiller am 13. Juli  
 den Herzog von Augustenburg richtet: „Wäre das Faktum  
 wäre der außerordentliche Fall wirklich eingetreten, daß die  
 Gesetzgebung der Vernunft übertragen, der Mensch als  
 respektiert und behandelt, das Gesetz auf den Thron erhebt,  
 wahre Freiheit zur Grundlage des Staatsgebäudes gemacht  
 so wollte ich auf ewig von den Musen Abschied nehmen  
 herrlichsten aller Kunstwerke, der Monarchie der Vernunft  
 Tätigkeit widmen.“

Herbe Erfahrungen und bittere Enttäuschungen, die  
 kennen lernen werden, helfen dazu, jene dem tatenfreudigen  
 muß so ganz entgegengesetzten Stimmungen verständlich  
 Aber die tiefste Erklärung finden sie nur in der Entwick-  
 religiösen Lebens Platos. Je mehr die Welt der Ideen  
 stalt gewinnt und sich in strahlender Schönheit über der  
 erhebt, je mehr die mystischen Motive Platos sich ver-  
 dem transcendentalen Zuge neuen Schwung verleihen, je  
 Erdenlebens schweres Traumbild sinkt und die Sehnucht  
 seitigen oberen Welt zustrebt, um so tiefer wird der Ab-  
 stieg.

Philosophen von der Gesellschaft, von der herrschenden Sinnes-  
welt, von der Welt überhaupt trennt.

Es ist der Reichtum, aber auch die Tragik dieses Lebens, daß  
er auch auf der Höhe des Lebens den Uebergang zu jener  
Einschränkung nicht gefunden hat, die Grenzenlosigkeit der  
irdischen und jugendlichen Drang auf das Maß der Wirklichkeit  
Möglichkeit zurückzuführen sucht. Darum ist dieses Leben so  
reich an Spannungen, ein beständiger Kampf zum Gleichgewicht  
einander und doch nie ausgeglichener Kräfte, ein Ringen zwischen  
freudigem Optimismus und resignierendem Pessimismus, heißem  
Streben nach Arbeit an der Welt und müder Weltflucht sich be-  
ziehender Stimmungen, die uns den Menschen so nahe bringen, die  
die immer gleichen Kräfte, Wünsche, Hoffnungen, Freuden und  
Leiden des Menschenlebens in seinem Dasein wiederfinden lassen,  
daß hier alles größere Dimensionen annimmt, mit dem allge-  
meinen Schicksale der Menschheit verflochten und darin aufgehend  
ist, der Lebensprozeß von übermenschlichen Kräften bewegt zu  
sein scheint.

### III.

Plato hat sich wiederholt veranlaßt gesehen, von der An-  
sicht der oberen Welt in die Höhle des irdischen Lebens wieder  
aufzusteigen. Freilich sah er seit dem Tode des Sokrates Athens  
Verhängnis für besiegelt an und verzweifelte an seiner Zukunft.  
Er verließ Athen den Rücken, ging nach Megara und füllte die  
letzten Jahre bis zur Gründung der Akademie (ums Jahr 388)  
mit Reisen aus. Ums Jahr 390 hält er sich in Syrakus auf  
und knüpft hier die Beziehungen an, die für sein Leben und auch  
für die sizilische Geschichte so verhängnisvoll werden sollten. Da  
er sich nun gegenüber Dionys I., der gewaltige Realpolitiker,

Sizilien und Unteritalien eine Tyrannis großen Stiles, eine  
mächtige Großmacht im Kampfe mit Karthagern und Italikern ge-  
gründet hatte, und der idealistische Philosoph, der eine sittliche Er-  
ziehung als die notwendige Voraussetzung einer durchgreifenden  
Reform des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens forderte.  
Verstanden sich nicht verstanden; denn Plato gehörte nicht zu den  
Leuten, die um den Preis königlicher Gunst den höfischen Ton  
zu erlernen bereit waren. Der Tyrann übergab ihn dem  
athenischen Gesandten Pollis, der ihn als Sklaven nach Megara  
brachte. Durch Vermittlung eines Freundes kam er frei.

Die nächsten Jahre seines Lebens waren der Lehrtätigkeit der neu gegründeten athenischen Schule und nebenher der Zerstellerschöpfung gewidmet. Die Arbeit an der *Politeia* wird bald sein sein und sich bis über das 3. Jahrzehnt des 4. Jahrhunderts erstrecken haben. In diesem Werke spiegeln sich noch zum Teil die Erfahrungen wieder, die Plato beim ersten sizilischen Aufenthalt gesammelt hatte. Es unterliegt z. B. keinem Zweifel, daß der psychologische Meisterschaft bis in die kleinsten Züge ein ausgemaltes Bild des Tyrannen seine Lebenswahrheit und die seiner Farben den Eindrücken verdankt, die Plato in Syrakus genommen hat. Aber trotzdem sein Verkehr mit Dionysius ein trauriges Ende genommen hatte, scheint Platos Blick doch hoffnungsvoll nach Syrakus gerichtet zu sein. Er sieht die Wege zur Herstellung einer gerechteren Staatsordnung: Es müssen die Philosophen Könige oder die jetzt sogenannten Könige und Machthaber Philosophen werden, in jedem Falle alle Macht und Philosophie ein Bündnis eingehen. Daß Plato die zweite Möglichkeit ein bestimmtes Ziel im Auge hat, macht Stellen wahrscheinlich, in denen er genauer auf Söhne von Königen oder Dynasten hindeutet, die gar wohl mit dem Geiste der Philosophie erfüllt werden könnten.

Was Plato bei Dionysius nicht gelungen war, das kam bei Dion, dem Schwager des Tyrannen, erreicht. Die enthusiastischen Jünglings hatte sich ganz der idealistischen Philosophie und ihrem Propheten hingegeben. Mit Spannung verfolgte Plato die Entwicklung der sizilischen Verhältnisse. Platon war seit langer Zeit im griechischen Mutterlande mit bangen Gedanken auf den kühnen Gewalttherrscher, dessen starke Hand die Politik des Ostens eingriff, um dessen Gunst zu werben. Er hatte längst hatte verstehen müssen! 367 kam ein formelles Verbot, wenige Monate später starb Dionysius.

Es scheint sehr wahrscheinlich, daß Plato und Dionysius auf einen Thronwechsel und auf einen Nachfolger an dem der Makel der Illegitimität und der Bluttaten nicht dachte, der vielleicht sich leichter den politischen Idealen erliebe durch die Tyrannis in das wahre Königtum umgestalten konnte. Auf die politische Theorie zu beschränken, war Plato nicht. Die Tatsache, daß in den sechziger Jahren mehrere Städte ihm an verschiedenen Orten mit politischen und pädagogischen Aufgaben betraut wurden, beweist, daß der Drang zu

im Wirken in ihm stets lebendig war und er nur auf die Einheit wartete, ihn zu betätigen. So besann er sich denn nicht, seine blühende Schule im Stiche zu lassen, als er die Einung des neuen syrakusischen Königs, Dionys II., erhielt. Das irdische Leben nahm nun einen philosophischen Anstrich an. Bächer, jenkische, Tänzerinnen verschwanden, der König und sein Gefolge hneten geometrische Figuren in den Sand, um durch die Pforte Mathematik in das Heiligtum der Philosophie einzudringen. r Bund zwischen Philosophie und Königtum schien realisiert, r er sollte nicht lange vorhalten. Es erhob sich bald gegen die benregierung eine starke Opposition, die in der neuen Richtung e Gefahr für den Bestand des so mühsam geschaffenen Einheits- tes erblickte. Das Ungeschie des wohlmeinenden, aber eigen- ligen Dion gab Dionys die Beweise in die Hand, daß Dion nmächtig Politik trieb. Nun griff der junge Herrscher durch, zu em Schaden nicht mit der Rücksichtslosigkeit seines Vaters. Dion de verbannt, Plato in Syrakus wider seinen Willen festgehalten. nys suchte ihn auf alle Weise an sich zu fesseln und von Dion trennen. Das ganze Verhalten des Herrschers ist übrigens nur tändlich unter der Voraussetzung, daß er in Plato und in der demie einen politischen Faktor von Bedeutung sah.

Endlich entließ er, als der Lukanerkrieg ihn abrief, Plato, ihm die Rückkehr versprach. Nochmals ließ sich Plato h die Hoffnung, eine Verständigung zwischen Dionys und Dion eizuführen, nach Syrakus locken (361). Jetzt erlebte er die ten Enttäuschungen, geriet in die schärfsten Konflikte und er- te nur mit Mühe die Erlaubnis zur Heimkehr (360). Dion, seit seiner Verbannung in dem Kreise der Akademie lebte, hielt nun zu gewaltsamem Einschreiten für berechtigt, sammelte in n Gelder und warb in ganz Griechenland Anhänger. Das ge- ), wenn auch wohl ohne direkte Mitwirkung, so doch gewiß nicht Wissen Platos. Sehen wir doch mehrere Akademiker an den gsrüstungen oder an dem Feldzuge sich beteiligen! 357 führt r seinen kühnen Plan aus, anfangs mit überraschendem Erfolge. es dann aber gilt, in den verworrenen Parteiverhältnissen ung zu schaffen und mit rücksichtsloser Energie durchzugreifen, igt sich eine auffallende Unsicherheit seines Wesens. Notgedrungen t er schließlich zur Gewalt. Aber das vergebliche Streben, andlungen mit seinen Idealen in Einklang zu setzen, die n Taten vorausgehenden Reflektionen und die ihnen folgenden

Strupel verzehren seine Kraft und lähmen seine Entschlüsse. Die Gegner wissen den Eindruck der Schwäche, den er sich beruft, auszubeuten und die niedrigsten Instinkte des Völkers gegen ihn aufzustacheln. Endlich fällt er einem von Platon's Zirkalippos eingefädelten Komplott zum Opfer (353).

So traurig endet der von Platon durch ein halbes Leben verfolgte Plan, in dem großen Griechenstaate des Ostens seine reformatorischen Gedanken durchzuführen. Der Idealismus ist gründlich widerlegt. Hohn und Spott der Menge ergießt über ihn und fand seinen Ausdruck in böshafter Pamphleten, die die Fülle des uns erhaltenen antiken Platonismus zurück. Platon selbst ist an seinen Idealen nicht irre geworden, den Grund seiner Ueberzeugungen hat er unverändert festgehalten. Ermüdet hat er bis ans Lebensende daran gearbeitet, seiner Idee die zur Verwirklichung geeignete Gestalt zu geben.

Doch wir müssen zurückgreifen und die innere Entwicklung der Abfassung der Politeia und dem zweiten sizilischen Aufzuge verfolgen, den Zusammenhang der leitenden Motive, wie sie unter dem Eindruck der neuen Erfahrungen gestaltet, zu sehen. Sicher nach der Politeia, wahrscheinlich zwischen der zweiten und dritten sizilischen Reise, ist der Politikos geschrieben. In ihm noch hatte Platon die Frage, ob der bestmögliche Staat Aristokratie oder Monarchie sein werde, offen gelassen, wenn auch auch die monarchische Tendenz, wohl in Hinblick auf die bestehenden sizilischen Verhältnisse, das Uebergewicht erlangte. Die neue Ueberzeugung ist vom monarchischen Gedanken beherrscht: Die Wissenschaft, die notwendige Grundlage echter Herrschaft ist, kann immer nur in einem oder zweien oder ganz wenigen gefunden werden. Der Inhaber dieser königlichen Wissenschaft herrscht, mag er durch geschriebenen Gesetzen oder ohne solche herrschen, da ist der Staat. Die Herrschaft der Einsicht ist das Ideal, die durch Gesetze ein nicht fehlerfreies Surrogat. Denn die Gesetze können nicht der Starrheit der Mannigfaltigkeit und Wandelbarkeit der menschlichen Verhältnisse, dem unerschöpflichen Reichtum des vollen Lebens nicht gerecht werden; sie bedeuten leicht ein Hindernis für den Fortschritt der sittlichen Erkenntnis. Der wahre Herrscher erhebt sich über den Gesetzen und kann sich deren Fesseln entziehen; denn er selbst ist die Quelle der Gesetze.

Es ist das Programm des aufgeklärten Absolutismus, das in diesen Worten gefaßt wird (296 E vgl. 293 D):

„So wie der Steuermann, indem er den Nutzen des Schiffes der Schiffer im Auge hat, nicht durch Aufstellung schriftlicher Gesetze, sondern durch die Erhebung seiner Kunst zum Gesetz die Schiffsgenossen erhält, auf die gleiche Weise möchte wohl auch von den Königen, die so zu herrschen vermögen, eine richtige Staatsverfassung des Lebens gerufen werden, indem sie die Macht ihrer Kunst über die Gesetze stellen. Und die verständigen Herrscher begehen in allem, was sie tun, keinen Fehler, sofern sie nur das eine Wichtige im Auge behalten, nämlich das durch ihre Vernunft und Kunst als das Beste Erkannte den Bürgern zuzuteilen und dadurch diese zu erziehen und nach Kräften aus Schlechteren zu Besseren zu machen.“ Diese Schilderung dieses wahren Königs mit seiner bis zur Verhängung der Todesstrafe und Verbannung völlig willkürlichen und unumschränkten Macht ruft uns die Gestalten des Kallikles, Thrasymachos, Tyrannen der Politeia ins Gedächtnis. Der neue Idealkönig ist jene Herrenmenschen und wie der Tyrann sind erhaben über das Gesetz, ihr Wille ist Gesetz; nur mit dem entscheidenden Unterschiede, daß in dem einen Falle der Wille durch die sichere Erkenntnis des Guten geleitet ist, in den andern den Naturtrieben des zügellosen Individualismus folgt. Und daß diese weitgehende Übereinstimmung kein täuschender Schein ist, wird durch die auf der einen Seite Tatsache bestätigt, daß Plato das ideale Königtum nicht etwa dem gewöhnlichen Königtum, das er als erste der Abarten der Verfassung zählt, sondern mit der Tyrannis parallelisiert (C. D).

Platos Entwicklung zum Cäsarismus sehen wir vollendet in den ältesten Teilen der Gesetze, die dem Politikos auch zeitlich nahe liegen müssen und die Fäden dieses Dialoges weiterspinnen. „Gebt also“, ruft jetzt der Gesetzgeber (709 E ff.), „einen Staat, der von Tyrannen regiert wird. Der Fürst aber sei jugendlich, gesund, tapfer, edel gesinnt, besonnen. Dazu soll dann noch der beste Glücksfall treten, daß zu seinen Zeiten ein lobenswerter Gesetzgeber ersteht und ihm zur Seite tritt. Damit hat Gott alles, was er tun muß, wenn er einem Staate ein außerordentliches Gutes bereiten will.“ Solche Tyrannis ist der schnellste und sicherste Weg zur Reform. Denn je größer der Umfang der Staatsgewalt, umso gleich geringer die Zahl ihrer Träger ist, um so günstiger sind die Bedingungen für die Umgestaltung. Der Tyrann braucht nicht entschlossen den Weg voran zu gehen, um die anderen durch Überredung oder Gewalt in seine Bahnen zu zwingen.

Die Möglichkeit einer raschen Umwandlung auf das ist unbestreitbar, die Schwierigkeit erhebt sich für Plato die Frage, wie sich jene Personalunion der Weisheit und der Macht herstellen lasse. Tritt einmal durch wunderbare Vereinigung ein, dann wird der beste Staat und die beste Regierung geboren, eine Quelle des größten Glückes für den Herrscher und die Beherrschten.

Uebersichten wir die merkwürdige politische Entwicklung, so sehen wir ihre äußeren Anstöße und inneren Motive zu verfolgen! In der Politeia hatte Plato nach den Erfahrungen, die er mit Dionys I. gemacht hatte, das Bild des Tyrannen entworfen; er erst hatte dem indifferenten üblen Nebensinn des ungerechten und gewalttätigen Herrschers für alle Zeiten aufgeprägt. Wir beobachten dann eine Entwicklung, die allmählich zu immer stärkerem Ausdruck des monarchischen Staatsgedankens drängt. Sie wird mitbestimmt sein durch eine Zeit, die wir überhaupt im 4. Jahrhundert sich verbreiten sehen. Individualismus und Klassenegoismus gegenüber, der das Leben zerlegt und zerrüttet hatte, betont die reaktionäre Theorie dieser Zeit die Bedeutung des Staates, die Notwendigkeit der Unterordnung des einzelnen unter die Interessen des Staates. Die Sehnsucht nach einer starken, Ordnung und Sicherheit verbürgenden Staatsgewalt, die Erfahrung, daß der Zusammenbruch der Stadtstaaten sich die Allmacht schon vielfach als Retterin bewährt hatte, der Hinblick auf die großen Monarchien im Osten und Westen, die jetzt Griechische Geschichte bestimmten, bald auch auf die drohende makedonische im Norden, legten den Gedanken nahe, daß die Staatsgewalt der natürlichste Ausdruck in der Monarchie finde. Wenn wir den Staatsgedanken, die er der individualistischen Wirtschaft der Gesellschaftsordnung seiner Zeit entgegenstellt, Plato die stärkere Konzentration und zu einer Verkörperung in einer Person treibt, so macht er freilich eine Entwicklung durch, die z. B. bei Sokrates und Xenophon nachweisen können. Aber diese Analogien legen den Gedanken nahe, daß nicht die spontane Entwicklung der Theorie allein diesen Fortschritt geführt hat, daß auch äußere Momente und neue Erfahrungen die Gestaltung der politischen Theorie eingewirkt haben.

Wir haben schon, daß die im Staate allmählich herrschende monarchische Tendenz wohl durch den Blick auf den künftigen



en Thronfolger bestimmt ist. Daß das absolutistische Ideal, der Politikos und dann noch schärfer jene ältesten Partien der vertreten, der Zeit angehört, in der Plato die Beziehungen Dionys II. geknüpft hatte und sich mit der Hoffnung einer Umgestaltung seiner Tyrannis in die platonische Idealherrschaft trug, liegt keinem Zweifel. Für den Politikos wird es bewiesen durch den Satz, daß auch der Privatmann die königliche Wissenschaft erlangen kann, wenn er sie auch nicht ausübt oder etwa nur dem Könige als Ratgeber zur Seite steht (259 B. 282 E.); d. h. Plato hofft, die königliche Wissenschaft auf den Herrscher zu übertragen; und es ist evident, daß unter dem Gesetzgeber, der, wie wir nach den Gesetzen neben den jungen Tyrannen treten soll, selbst zu verstehen ist. Und als an jener Stelle die Unterredung mit Staunen und Befremden das Lob der Tyrannis vernimmt, sagt der Athener ironisch, wahrscheinlich hätten sie nie einen von Tyrannen regierten Staat gesehen; in einem solchen Staat würden sie die Richtigkeit seiner Worte durch den Augenblick bestätigt sehen. Deutlicher konnte Plato gar nicht hinweisen auf seine eigenen Erfahrungen, die er am Hof Dionys' II. gesammelt hatte. Diese Worte müssen geschrieben sein vor dem dritten sizilischen Kriege, während dessen alle Hoffnungen, die Plato auf den Staat gesetzt hatte, für immer enttäuscht wurden, seit dem Plato das Ideal des Absolutismus, wie wir sogleich sehen werden, ausdrücklich verleugnet hat.

So scharf war im Politikos die Grenze, die den idealen König von den Tyrannen schied. In ihm und in jenem ältesten Teil der Gesetze ist der Apostel der Gerechtigkeit zum Prediger der Bedeutung der Gerechtigkeit geworden. Ja über der lebhaft bewegten Rede flackert der Schein der Revolution von oben. Aber es ist, als wenn eine stete Ruf „Gebt mir einen Tyrannen“ die warnende Stimme des Bewußtseins übertönen solle. Mit der Erkenntnis, daß der Absolutismus ist, verbindet sich bei Plato das unheimliche Gefühl, das der Absolutismus in der Berührung mit der Realpolitik oft zum Ausdruck gebracht hat, daß „der Besitz der Gewalt das freie Urtheil der Menschen unvermeidlich verderbt,“\*) daß im Grunde doch alle Macht Böses ist.

---

Kant, Zum ewigen Frieden. — Die platonischen Motive sind nicht von Plato konstruiert, sondern sie liegen in den verschiedenen Schichten der Gesetze klar zu Tage.

Welche ungeheuren Spannungen sind doch in diesem Leben vorhanden! Es bedurfte des ganzen künstlerischen Lebens um sie immer wieder zur Harmonie zu zwingen. Während steigende sittlich religiöse Idealismus aus den schmerzlichen Sinnenwelt und dem engen dumpfen Leben in den reinen der Kontemplation flüchtet, treibt das inbrünstige Verlangen von seinen Idealen leidhaft in diese Welt einzuführen, in die dunklen Mächten dieser Welt zu paktieren. Es ist kein Zufall, in derselben Periode der kühne Mut des vor seinen Konkreten zurückschauenden Denkers den Gipfel realistischer Politik erreicht er sich zugleich entschlossen von seiner alten Ideenlehre abzuwenden und seinen Standpunkt wieder mehr in dieser Welt zu verankern beginnt.

Der Bund von Philosophie und Tyrannis, das Ideal des Despotismus der Vernunft, der dem Volke die sittliche Kultur zwingt, der ein System von Gewalt und Lüge in den Dienst der Idee stellt und es damit heiligt, der Zusammensturz dieses Werkes — das ist die große Tragödie in Platons Leben und Wirkungen noch in den letzten Phasen seines politischen Lebens nachzittern. Er hat diese Tragödie überleben können, weil die Reinheit des Herzens und der sittliche Takt zum Glück eine wirklichen Allianz mit Dionys und vor den praktischen Konsequenzen bewahrt hat. Aber Dion ist an dem unvermeidlichen Konflikt zwischen platonischen Ideale mit der Realpolitik zugrunde gegangen.

Ist diese Entwicklung wirklich so undenkbar? Haben wir wirklich nötig, den Politikos dem Plato abzusprechen, die Partien der Gesetze abzuschwächen und umzudeuten? Das sind mit größter Sicherheit zu verneinen. Denn es läßt sich nicht leugnen, daß in den scharfen Gegensätzen dieser Entwicklungsphasen das beherrschende Prinzip und das Ideal im tiefsten Grunde bewegt und unverändert geblieben ist, daß nur die Instrumente, die Kräfte und Organe, die in den Dienst des Ideals zu treten, wechseln. Die Sache, um die es ihm zu tun ist, das Ziel bleibt stets das gleiche: Die Intelligenz als die innere Kraft der Herrschaft. In der Politeia sollen die philosophischen Regenten den Grundsatz verwirklichen. Die Frage nach den wirklichen Trägern der Souveränität und der Staatsmacht ist noch in der Schwebe gehalten; denn es waltet der Glaube, daß die Menschheit leicht zum Ideale zu befehlen im Grunde führt hier die im Gemeinfinn aller Bürger

sophie die Herrschaft. Plato hat dann die harten Realitäten politischen Lebens näher kennen, die Menschen richtiger, d. h. richtiger einschätzen, den Staat als Macht würdigen gelernt. Die nicht mehr in die Höhen der Politeia führende Wissenschaft endet sich nun mit der zuerst im Könige, dann im Tyrannen institutionalisierten Staatsgewalt. Nach dem Scheitern dieses Planes ist er diesen Irrweg und will, wie wir sehen werden, nur Grundgedanken durch das Projekt einer gemischten Verfassung verwirklichen. Diese Entwicklung ist denkbar und möglich, sie liegt endlich in Platons Schriften klar vor, und sie findet endlich eine aufsteigende genaue Parallele im Leben des Rodbertus. Den Grundgedanken der Sozialreform will er zuerst auf dem Wege des Institutionalismus verwirklichen. Dann wendet sich der Demokrat 1848 unter dem gewaltigen Eindruck der Persönlichkeit Bismarcks dem Absolutismus zu, sucht nun das Heil in der Reform, sieht im Cäsarismus, wenn nur der mächtige Staatsmann die soziale Reform gewonnen werden könne, das rascheste und beste Mittel zur Realisierung seiner Ideen. Und als ihn Bismarck enttäuscht, späht er mit zurückhaltender Taktik nach den verschiedensten Möglichkeiten, die sich ihm zur Erreichung des Zieles bieten. Sein höchstes Ideal bleibt das gleiche, Regierungsformen und Parteimächte behandelt er nur als wechselnde und wandelbare Mittel, deren er sich zum höheren Zwecke bedient.

#### IV.

In den Gesetzen selbst kommt noch die ganze Ernüchterung an der Utopie zum Ausdruck, die der Philosoph in Syrakus erlebt. Die Tyrannis ist ihm nun diejenige Verfassungsform, die reformatorische Pläne überhaupt nicht in Betracht kommt. Das Scheitern des Absolutismus der Vernunft, das früher wenn auch nur in den besten Umständen für ausführbar galt, erscheint nun unerreichbar. Schwer genug, heißt es jetzt, ist es schon zu dem wahren Erkenntnis durchzubringen, daß im Staate das Gesehene allen Sonderinteressen übergeordnet ist. Und wenn der Staat dieser Einsicht die souveräne Herrschaft und mit ihr die Möglichkeit, diese Erkenntnis in die Wirklichkeit umzusetzen, erlangt, wird er schwerlich dieser Ueberzeugung treu bleiben und ihren Forderungen entsprechen. Aus der Erfahrung, die er an Dionys II. gewonnen hat, zitiert Plato die Worte (S. 681 C f.): „Es gibt keine sterbliche Person, die jung und in unumschränktem Machtbesitze fähig wäre die

höchste Gewalt unter den Menschen zu ertragen, ohne in schlimmsten Krankheit der Unvernunft ergriffen und dadurch den nächsten Freunden verhaßt zu werden; was zur Folge hat, sie in kurzer Zeit zugrunde gerichtet und ihre ganze Nation vernichtet wird." Die Paarung des Allmachtbewußtseins mit der Herrschaft der niedrigen Triebe scheint eben so notwendig als die Verbindung mit der Herrschaft der Vernunft unmöglich. Die Herrschaft der über Gesetz und Ordnung erhabenen Vernunft ist der höchste Ideal, aber dies Ideal ist übermenschlich; der frühere Staat mit seiner straffen, Weiber und Kinder, Besitz, ja der Gesinnung der Bürger umfassenden Einheit wäre nur als ein von Göttern oder Göttersöhnen denkbar (713 E.). Man hat die Zweitbeste, die Herrschaft der Ordnung und der Gesetze.

So entwirft Plato seinen zweiten Staat, den Staat des Gesetzes, den er schon im Politikos als den nächstbesten bezeichnet. Auch in diesen späteren Entwürfen scheinen sich manche Beziehungen auf die fortschreitende Entwicklung der sozialen Verhältnisse zu finden. Die jetzt empfohlene mittlere Verfassung rührt sich mit den Projekten, die Dion zugeschrieben werden: eine dichterische Fiktion, die den Verfassungsentwurf mit der Gründung einer neuen Kolonie auf Kreta verbindet, erinnert an ähnliche Vorhaben der Kolonisierung, mit denen nach Dions Tode seine Freunde betraut worden haben sollen. Diese Inszenierung bietet Plato den Vorteil, weniger durch die Macht geschichtlicher Traditionen und Widerstand harter Realitäten gebunden und gehemmt zu sein. Entziehen sich auch im einzelnen die geschichtlichen Tatsachen unserer Kenntnis, so ist es um so nötiger daran zu erinnern, daß uns sehr wesentliche Bedingungen für das volle Verständnis dieses Werkes fehlen.

Plato hat in der Politeia nur die Grundlinien seines Staats entworfen, die Ausgestaltung der Verfassung und die Ausführung der Gesetze den philosophischen Regenten überlassen. Was die Macht der Regenten nicht mehr zugetraut wird, das soll nur die Macht der Gesetze leisten. Die Regenten sind jetzt nur die Hüter des Gesetzes, und wer sich ihnen in völligem Gehorsam unterwerfen will, der muß zum Herrschen berufen. Sein früheres Bedenken, daß der starre und tote Buchstabe des Gesetzes in seiner Unfähigkeit auf die Mannigfaltigkeit und Wandelbarkeit der menschlichen Verhältnisse nie die vollkommene Gerechtigkeit verwirklichen kann, er jetzt zu heben, indem er in den der Volkszucht

nenreichen Proömien die Einzelgesetze auf ihre tiefsten religiösen sittlichen Motive zurückführt und so den lebendigen Geist der Verfassung dauernd wirksam erhält. Freilich zeigt er auch hier ein allzu optimistisches Vertrauen auf die Wirkungen der staatlichen Erziehung verbreiteten Erkenntnis.

Die gewichtigsten Einwürfe der Kritik gegen das Unternehmen, Verfassung und Gesetze eines noch gar nicht vorhandenen Staates aufzustellen, hat Plato selbst mit größter Schärfe hervorgehoben. Seinen modernen Kritikern, die ihm mit überlegener Miene gegenübertreten, vormeggenommen. Er ist sich ganz klar, daß es abstrakte, politische Fragen überhaupt nicht gibt, und er überschätzt die Theorie nicht. Seine schriftstellerische Arbeit ist ihm ein Spiel, der theoretische Theoretiker gleicht dem, der Träume vorbringt oder Wachsformen formt. Aber das Spiel ist eine nützliche Vorschule für die praktische Aufgaben. Der Theoretiker, der noch nicht Gesetzgeber ist, gleicht dem Baumeister, der erst das Material bereit stellt den bestmöglichen Plan entwirft. Ist er erst Gesetzgeber, so entwirft er den Plan, der nur paradigmatische und didaktische Bedeutung hat, an der Praxis erproben, wird das Ideal auf das Mögliche und Erreichbare reduzieren, wird sich oft auf Notwendigkeiten anpassen müssen. Nur auf die Grundrichtungen der Vorschläge, auf die Paragraphen der Gesetze kommt es ihm an. Die Kunst ist auch Plato eine Kunst, nicht eine Wissenschaft.

Die von ihm geäußerte, so vielfach mißverstandene Absicht, noch einen dritten Staatsplan zu entwerfen, bringt nur den Gedanken zum Ausdruck, daß die Politik nie ans Ende kommen kann, weil eben unerschöpflich und die Geschichte unendlich ist. Jede Idee ist Plato nur ein Durchschnittstypus, der die mannigfachen Abweichungen der Wirklichkeit gar nicht erschöpfen kann und will.

Plato hat gelernt, den gegebenen Verhältnissen und den praktischen Bedürfnissen des Lebens die Theorie anzupassen. Er betont deutlich, daß das Ideal des früheren Musterstaates für ihn seine Zeit behalte, daß er von ihm auch die maßgebenden Grundsätze der besten Staatsverfassung hergeleitet habe; aber die Durchführung der Forderungen ist jetzt ermäßigt und herabgestimmt, wie ein Vergleich der Grundlinien beider Verfassungen zeigt. Die Staatsverfassung, die früher durch die für den herrschenden Stand geltende Gleichheit und Weibergemeinschaft garantiert wurde, verwirklicht sich in milderer Form: Die bei der Neugründung leicht durch-

zuführende Verteilung gleicher Ackerlose, besondere Maßnahmen eine zu starke Verschiebung der Besitzverhältnisse verhüten. Etheordnungen dienen dem gleichen Zweck, der Zersetzung und Auflösung des Staates durch das Ueberwuchern der Sonderparteien zu wehren.

Die jetzt auch auf die Frauen ausgebreiteten gemeindlichen Mahle, die Festlegung des Staates auf 5040 Vollbürger und die Verhütung der Uebervölkerung, die äußerste Beschränkung Handels und Verkehrs nach außen, die Verhinderung auswärtiger Wirtschaft, alles das sind Maßregeln, die, ähnlich wie die Politeia aufgestellt, darauf berechnet sind, den festen Bestand neuen Staates vor allen ihn von innen und außen bedrohenden Gefahren zu sichern und unverändert zu bewahren.

Die frühere Gliederung des Staates in drei Stände fallen. Da die Herrschaft der Wissenschaft jetzt durch die Philosophie ersetzt ist, da die philosophische Bildung einer gemeindlichen ethischen und religiösen Unterweisung den Platz gerettet, treten die durch sorgfältige Prüfungen bewährten Bürger an die Stelle der philosophischen Regenten. Der besondere Krieg wird durch das Bürgerheer ersetzt. So gibt es nur eine einzige Masse von Bürgern, und sie sind alle Bauern oder Handwerker, da sie die niedrige Arbeit den Sklaven überlassen, oder die Handel und Gewerbe Treibenden, die früher der dritten Klasse zugezählt wurden, werden jetzt zu Beisassen, die strengster Ueberwachung unterliegen, herabgedrückt.

In der Aufstellung von vier Censusklassen, in der Organisation der Volksversammlung und des Rates erkennt man deutlich das athenische Muster; aber die Beschränkung der Befugnisse der Volksversammlung, die Abneigung gegen das Losverfahren, das die wichtigsten Funktionen wenigen Sachverständigen zu übertragen zeigt auch, welche Lehren Plato aus der athenischen Geschichte gezogen hat.

Auf die Einzelheiten des Verfassungsentwurfes kann hier genauer eingegangen werden. Plato empfiehlt ihn noch besonders deshalb, weil er eine gemischte, zwischen Monarchie und Demokratie haltende Verfassung darstelle, die er aus geschichtlicher Erfahrung als die beste zu erweisen sucht. Wie bei der gleichschwebenden Teilung der Staatsmacht die Einheit des Staatswillens und die Souveränität gesichert sein soll, ist nicht recht ersichtlich.

die Einheit der in der Gesetzgebung niedergelegten und durch Erziehung lebendig erhaltenen Gesinnung eine wesentliche Bürgschaft dafür leisten.

Doch dieser Mangel hängt zusammen mit dem ganzen Wesen des Staates, der uns als ein recht kümmerlicher agrarischer Staat erscheint. Seine unabänderliche Gestalt ist gleich bei der Begründung so festgelegt, daß er überhaupt keine Entwicklung, keine Geschichte erleben kann. Es lohnt, die Frage aufzuwerfen, wozu Plato dazu geführt hat, dem Wesen des Staates, in das er seine Einblicke getan hat, in der letzten Phase seiner Entwicklung wenig gerecht zu werden. Er hat das Machttreiben der griechischen Staaten, die äußeren Kämpfe und die inneren Krisen, die es hervorrief, mit scharfem Auge beobachtet und sich davon abgestoßen. Er hat in bitteren Lebenserfahrungen seinen Glauben an die Monarchie als das Werkzeug der Reformation verloren. So hat er denn seinem Staate den Großmachtskizel gründlich ausgetrieben.

In ähnlicher Richtung hat die Beobachtung des wirtschaftlichen Lebens gewirkt. Der Ackerbau hatte in ganz Griechenland unter ständigen Kriegen schwer gelitten. Kapital, Handel, Industrie längst die maßgebenden Faktoren des wirtschaftlichen Lebens. Rückgang der Landwirtschaft und die Anhäufung des Grundbesitzes in den Händen des Kapitals trieben die verarmten Bauern zum Söldnerwesen in die Arme. Unter solchen Eindrücken steigert Platons Abneigung gegen das Geldmachen, sein lebhaftes Bedenken für die sittlichen Gefahren eines auf Erwerb gerichteten Lebens zum Haß gegen Reichtum und Kapitalismus. Und wie in der oberen Klasse die Kräfte absorbierenden Sorge um Mehrung des Besitzes, so in der unteren auf der andern Seite in den unteren Schichten in der durch den Mangel an Nahrung und Kleidung geforderten angestrengten Körperarbeit das Hindernis für die Pflege der sittlichen Persönlichkeit. Darum verbietet er den Handel und die Kapitalwirtschaft auf das Maß der Lebensbedürfnisse und gestattet ihre Ausübung nur den Metöken. Er befreit er seine Bauern von aller banausischen Arbeit, die die Sklaven überlassen bleibt. Daß es doch in beiden Fällen auch Gefahren geben sind, die den sittlichen Gefahren der Gewinnsucht oder der Verflüchtigung in das höhere geistige Streben ersetzender Arbeit preisgegeben werden, daß also der Widerspruch der Wirklichkeit gegen das ethische Postulat auch so keineswegs gehoben ist, verhehlt sich nicht völlig, aber er schiebt die unbequeme Tatsache beiseite.

Was uns an diesem Staate nicht befriedigt, ist die des hochgespannten sittlichen Idealismus. Und darum können die sittlichen Ideale Platos in ihrem hohen Werte anerkannt werden, wenn wir die Mittel ihrer Verwirklichung verfehlt finden.

Die strenge staatliche Zucht soll jetzt leisten, was sich dem guten Willen der Menschen, wenn er nur recht werde, zugetraut wurde. Platos Glaube an die Menschen, jenen, geringschätzigste Äußerungen über menschliche Schwächen und Unvollkommenheit treten mit idealem Reformeifer in Verbindung, die an den Ausspruch Rousseaus erinnert, man solle die Menschen verachten und ihnen helfen. Die menschlichen Schwächen scheinen ihm ernstester Mühe kaum wert; die meisten Menschen sind Drahtpuppen, die von außen bewegt werden und kein eigenes Leben haben; der Mensch ist ein Spielzeug der Gottheit und das Böse überwiegt in der Welt das Gute, und den Menschen überkommt der Gedanke einer bösen Weltseele. Das sind die trüben Resignation und Verstimmung, die aber der Staat den unerschütterlichen Glauben an den Sieg des Guten entgegenkämpft.

Und auf seinen Lebensabend fällt ein verklärter Schimmer, dem die Bilder froher Tage und liebe Schatten wieder kommen und die glühende Liebe zu Altathen und zur Heimat, die die leidenschaftlichen Hassen wie die Glut unter der Asche sich verbirgt, in ergreifenden Tönen hervorbricht. So ist die Timäus-Kritias entstanden, die die geschichtlichen und literarischen Leistungen Athens in dem idealisierten Bilde seiner Vergangenheit feiert. So rühmt er in den Gesetzen Athens das Recht und läßt den Lakonier anerkennen, daß Athener tüchtig seien, es auch in hervorragendem Maße seien. Hier weiß er von dem Idealismus der Perserkriege zu reden. In der Theorie findet hier ihren natürlichen Anschluß an Arbeit, Geschichte und Kultur. Die Gesetzgebung Platos ist im wesentlichen eine Revision des attischen Rechtes und der Versuch, es auf seine sittlichen und religiösen Motive zurückzuführen, ein Recht zu schaffen. Und der dichterische Sinn für die Bedeutung des Hellenismus läßt ihn nun wieder die nationale und die arbeitsreligion zu Ehren bringen.

\*

\*

\*



Ich bin am Schlusse angelangt. Eine Betrachtung, die den Motiven der platonischen Staatslehre gewidmet ist, hat auch die Frage beantwortet, worin ihre bleibende Bedeutung besteht. Sie liegt in dem Seelenleben Platons, in dem Reichtum der Lehren, die sich in ihm niederschlagen, in den Triebkräften, die bewegen. Hier sollen nur noch einige äußere Momente hervorgehoben werden, die die weltgeschichtliche Bedeutung des politischen Denkers erweisen. Die platonischen Gedanken haben den Bestand des antiken Stadtstaates, in dem seine Theorie noch befangen war, gesprengt. Und sie haben in ihrer Zeit keine tiefere praktische Anwendung ausgeübt, weil sie ihrer Zeit weit vorausgeeilt sind. Aber Geschichte hat viele seiner Gedanken bestätigt und erfüllt. Erziehung und Unterricht ist wirklich eine der Hauptaufgaben des modernen Staates. Das Volk in Waffen hat seine Ueberlegenheit über das Söldnerheer oft genug bewährt. Wir haben den von ihm geforderten, durch fachwissenschaftliche Bildung für seinen Dienst vorbereiteten Beamtenstand. Auch wir fassen den Staat mit Recht als Kulturstaat auf, weil er durch das sittliche und geistige Leben des Volkes bestimmt ist.

Für uns steht Plato am Anfang der antiken Staatslehre. Er hat alles und alle seine Nachfolger bauen auf dem Grunde, den er gelegt hat. Alle mittelalterliche und moderne Theorie bewegt sich in den von ihm vorgezeichneten Grundrichtungen. Der Anteil, den die deutsche Staatswissenschaft an dem Aufschwunge des nationalen Lebens genommen hat, wird wesentlich verdankt der Fortwirkung der antiken Staatslehre, wie sie unsere idealistische Philosophie seit Fichte, Lorenz von Stein, Rodbertus, Treitschke geleistet hat, um nur einige hervorragende Namen zu nennen. Eine wachsende Empfindung von Glück begleitet Rodbertus, als er Begriffe in der antiken Staatslehre wiederfindet und an ihrem Orte umflärt und läutert. Und nach einem Ausspruche Treitschkes vom Jahre 1861 ist unsere Zeit berufen, die unvergänglichen Erbschaft der Kulturarbeit, auch der politischen Arbeit des Altertums, zu übernehmen und fortzubilden.

Das Reich dieser Welt, auf das seine heisse Sehnsucht gerichtet hat Plato nicht gründen können; aber das ewige Reich der Wissenschaft hat er geschaffen und hier hat er auch die äußeren Bedingungen gebildet, die bis auf die Gegenwart fortleben. Die Akademie ist die erste Stätte gemeinsamer wissenschaftlicher Forschung,

und die Organisation dieser Hochschule setzt sich fort in der Zeit des Aristoteles, in den wissenschaftlichen Instituten Alexandrias, in den christlichen Gelehrtenschulen, in den mittelalterlichen Universitäten. Der Klang des stolzen Namens erinnert uns noch heute an die Kontinuität des geistigen Lebens, die uns heute noch, ob wir dessen bewußt sind oder nicht, mit Plato verbindet.

Breslau.

Paul Wendland.

# in Vergleich zwischen Stadterweiterung und Landbesiedlung.

Von

med. G. W. Schiele, Stadtverordneter in Raumburg a. S.

---

(Schluß.)

Die öffentliche Stadterweiterung nach Mangoldt.

Iber stellen wir uns mal zu Mangoldt auf dessen Standpunkt, em aus gesehen die Bodenwerte als Monopolwerte durch das pol der Urbesitzer entstehen, und hören wir, was er dagegen t gedenkt.

bisher ist die Stadterweiterung Sache der privaten Spekulation. aben gesehen, daß durch den Zusammenkauf von Land und die Zinsenverluste beim Warten auf die Baureise, das ist uchsreise des Landes, recht erhebliche Kosten auflaufen, die in erstellungspreis eintreten. Das sind die Unkosten der privaten rweiterung. Wenn sie sich vermeiden lassen, dann haben die ingsreformer recht, indem sie behaupten, daß das bisherige : das Wohnen verteuere. Mangoldt kommt „zusammenfassend . äußerst wichtigen Schlusse, daß die öffentliche Stadterwei- seiner Reformstadt die Baustelle außerordentlich viel billiger rn vermöchte, als es auf der Grundlage der jetzt üblichen rweiterung möglich ist“.

ie soll das geschehen?

: verlangt ein schärferes Enteignungsrecht, womit nicht, wie r das Land für die Straße, sondern auch das Land zum genommen werden kann. Das Enteignungsrecht wäre nur eihen, „wenn die Enteignung für die öffentlichen Zwecke der weiterung von aktueller Notwendigkeit wäre“. „Sie müßte eiteres bewilligt werden, wenn ohne sie für die öffentliche

Stadterweiterung nicht mehr hinreichend billiges Land zu bekommen wäre.“ Diese Bedingung ist gegeben, „wenn der freihändige Verkauf für die Aufschließung geeigneten rohen Landes, berechnet zu Augenblick der tatsächlichen Aufschließung, 2 Mark pro Quadratmeter übersteigt“. Auch müßte nicht die Krone, sondern „eine in den tatsächlichen Verhältnissen nahestehende Stelle das Recht verleihen, daß ein „schnelles, billiges und einfaches Verfahren“ sein.

„Außerdem müßten diese Enteignungen auf der Grundlage landwirtschaftlichen, höchstens des Gärtnerei- und Ziegeleierwerkes züglich noch einer mäßigen Entschädigung an die zu enteignenden Besitzer geschehen.“ Damit nicht neue Spekulationswerte entstehen, muß in einer Stadterweiterungstaxe der Wert des gesamten Landes in Zukunft in Betracht kommenden Landes für alle Zeiten festgesetzt werden; dann braucht die Stadt kein Land auf Vorrat zu kaufen und vermeidet den Zinsaufschlag. Auf diese Weise wird die Stadt immer zum billigsten Preise Land haben. Nichts scheint glatter und einfacher als dies. Aber es wäre ein großer Irrtum, zu glauben, daß damit die Aufgabe erschöpft wäre. Es muß nunmehr daran die Verbraucher gebracht werden. Da die einzelnen Bauplätze verschiedene Gebrauchswerte haben werden, so kann eine gerechte Verteilung nicht anders möglich gemacht werden, als indem die unfertigen Baustellen verauktioniert werden. Da besteht die Gefahr, daß die private Spekulation Baustellen auf Vorrat zusammenkauft, um dann das Vermeiden, so müßte alles im Laufe eines Jahres bebaut werden. Land alljährlich von neuem verauktioniert werden. Dann noch wird der private Geschäftssinn es verstehen, die besten Baustellen belegt zu halten, bis sie mit größtem Marktwert sind. Es bleibt also nichts weiter übrig, als das Eigentum am Boden überhaupt zu beschränken. Denn es scheint bei der Weiterveräußerung die hohen Bodentaxen zu wiederholen. Sie entstehen ja nicht im Landangebot, sondern in den Gebrauchswerten, erst im Gebrauch des Bodens. Ich meine muß das Land „auf lange hinaus oder überbaute Zeit unter einem besonderen starken Obereinfluß halten“, d. h. das Obereigentum behalten, darf nur das Erbbaurecht abgeben, sich das Wiederkaufsrecht vorbehalten oder muß selber bebauen, verpachten, oder darf nur an Baugenossenschaften abgeben. So werden den entstehenden Wertzuwachs restlos einziehen. So ziehen sie den ganzen ungeheuren Kredit an Kapitalien, welche die Stadt verschlingt, herbeischaffen. Sie muß Anleihen aufnehmen.

die Straßen herzustellen und das Bauland zu kaufen, sondern um die gesamten Baugelder zu geben, die bisher durch den alten Kredit beschafft werden, sonst würde der Wolf Wohnungser allzu leicht wieder in den Garten der Wohnungsreformer ehehen. Denn als Baugewinn würden die unterdrückten Bauwerte wieder aufleben, immer wiederum aus diesem Grunde:

im Gebrauch der Ursprung der Bodenwerte liegt. Man bedenkt, daß die Ablösung der Apothekenberechtigungen durchaus unthunlich ist, wegen des großen Kapitalbedarfs, so man sich eine Vorstellung machen, was es bedeuten würde, man das private Bauunternehmen auf öffentliche Weise zieren wollte. Es würden dazu jährlich  $\frac{1}{2}$  bis 1 ganze Millionen neuer Anleihen nötig sein. (Caesar Strauß, f. u.)

Endlich würde, was auch bisher die private Spekulation gehabt, zu einer Aufgabe der Behörden werden, nämlich den zugegen Mietsbedarf des Volkes vorausszusehen und im Voraus zu . Trotzdem aber würde im freien Verkehr zwischen Mieter Vermieter die hohe Grundlast wieder entstehen. Denn im auch liegt der Ursprung der Rente.

Man würde auf diesem Wege den größten Teil des privaten in öffentlichen Kredit verwandeln; weil der Baukredit einen starken Bruchteil sämtlicher Kreditverhältnisse bildet —; man auch an Stelle des privaten Bauens das öffentliche Bauen an Stelle des privaten Wohnens das öffentliche Wohnen und, als Wohnen ein sehr wichtiger Teil des Wirtschaftens über ist, so hätte man damit an Stelle der privatwirtschaftlichen Organisation der Arbeit die öffentliche Organisation der Arbeit gebracht. hätte man gebrochen mit dem Prinzip, worauf unser ganzes irdes, unternehmendes, wagenendes, spekulierendes, individualistisches Leben gegründet ist, nämlich daß jedes Ding bewird nach seinem objektiven Gebrauchswert, der vielseitig festwird; — und hätte, an dessen Stelle gesetzt, einen neuen ismus, der einseitig aus der erleuchteten Einsicht einer weisen Wirtschaftlern ihre Plätze anweist.

Es ist freilich nicht die Absicht Mangoldts. Er will „die Gewerke wohl als Hauptträger der öffentlichen Stadterweiterung en“, will aber „keineswegs ein rechtliches Monopol für sie“. „Monopole sind immer gefährlich“, sagt er. „Möge man die private Terrainunternehmung nach wie vor ihr Glück der öffentlichen Stadterweiterung versuchen.“ „Aber freilich

ist es wenig wahrscheinlich, daß sie zu wesentlicher Wirkungslangen würde." Er meint, weil wir für Droschken, Dien- und ähnliche, vergleichsweise bedeutungslose Dienstleistungen haben, so gebiete „die Vernunft, daß wir für ein hundertmal so großes Bedürfnis, von dessen gesunder und vernünftiger Befriedigung geradezu unsere Zukunft abhängt, erst recht uns zu einer Maßregel aufschwingen". Welcher Irrtum. Eben nur für bedeutungslose Dienstleistungen sind behördliche Taxen heute noch. Unser ganzes reiches, riesiges Wirtschaftsleben ist ja erst nachdem wir uns vor hundert Jahren vom letzten Rest des alterlichen Tagewesens freigemacht haben.

Mangoldt findet darin, daß „das Wichtigste an unserer Stadterweiterung im allgemeinen der privaten Tätigkeit überlassen ist, ein denkwürdiges Zeugnis für die privatwirtschaftliche Betätigung unserer Epoche". Ich finde dagegen in seinem Plan der Stadterweiterung ein denkwürdiges Zeugnis für die völlige Verkennung der Grundlagen unserer Existenz, die gerade durch die Stadterweiterung gefährlich wird, weil er nicht selber mitwirkend ist.

Wo kein Markt, da keine Gerechtigkeit, keine wirtschaftliche Freiheit. Die öffentliche Gewalt hat die Pflicht, die wirtschaftliche Sicherheit des Marktes zu erhalten, auch wo Mangel an Angebot ist, dem Markte Ware, d. i. Bauland, zuzuführen, wenn sie den Markt entbehrlich machen, ersetzen will, so daß die Preise, so nimmt sie dem einen und schenkt dem anderen. Wenn das Geschäft der Beschaffung von Bauland in der Stadterweiterung beginnt, findet eine Auswahl der Möglichkeiten der Erweiterung statt, immer viele. Da nimmt man, das andere läßt man liegen, da beginnt die Ungerechtigkeit. Darum ist das Enteignen so schwierig, der richtige Preis gefunden werden muß, der in den Augen aller weder ein Vorteil noch ein Nachteil ist. Erst recht, wenn weiter gegeben werden soll an den Verbrauch, ist die Gerechtigkeit nur auf offenem Markte zu finden.

Mangoldt preist die Baupolitik Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen, die die Stadterweiterung als ihre Aufgabe erfaßt hatten. Nämlich sie nahmen das Land zum Bauen zu einem erzwungen niedrigen Preise ab, gaben es an Baulustige, zwangen sogar die Leute zum Bauen, und die Stadt Berlin groß gemacht. Hören wir die Kritik des von Stein, welcher sagt: „Das ganze Friedrichianische Zeitalter war eine große Verwirrung, die die Stadt Berlin groß gemacht hat."

n östlichen Provinzen unter arger Quälerei der Untertanen auf Bereicherung des Fiskus hinauslief, ist verderblich und thöricht.“ Es ist die neue Zeit, die so spricht, die Zeit der Verwertung der wirtschaftlichen Kräfte des Volkes. Das 60 Millionen-jährige von heute würde seine wirtschaftliche Kraft verderben, wenn es versuchen wollte, in jene frühere Zeit zurückzukehren. Uebrigens ein Wort über die Lebensarbeit eines solchen Mannes, wie reich der Große war, ein Wort, das beweist, wie vergänglich dieser wandelbaren Welt, wie relativ auch das höchste Wert ist.

Es geht nicht anders als im freien Verkehr. Das ist für uns Bunder, die wir eingesehen haben, daß die Rente nicht aus Billfür der Rentner, sondern aus der Fruchtbarkeit der Arbeit ist, nicht vor dem Bauen da ist, sondern erst im Wohnen entsteht, nicht ableitbar ist aus der Spekulationsmut des Bauens, sondern aus dem Gebrauchswert des Wohnens, im Gebrauch sich verbrauchend und im Gebrauch sich beständig verändert. Darum kann die Behörde die Rente abschaffen oder wegsteuern. *Naturam non as furca, tamen usque recurret.* Und sie ist kein Unkraut, sondern der nährnde Weizen selbst. Es tut darum gar nicht nötig, sie *furca expellatis*, ihr Bafelschwinger, ihr Schulmeister der wirtschaftlichen Lebens. Sie ist die gerechte Frucht und Erntezeit.

ußerdem kann bei dem Plane der öffentlichen Stadterweiterung der Praktiker auch noch aus einem andern Grunde schwindlig sein. Mangoldt sagt: „Hier liegt eine der größten Aufgaben der Zukunft. Hier kann das deutsche Beamtentum zeigen, was es kann und was es nicht kann.“

Das deutsche Beamtentum kann Großes und Vieles leisten, viel mehr als Größtes was ein Beamtentum vermag. Aber hierbei könnte es in seiner Gottähnlichkeit bange werden.

Denn aber wäre damit die bürgerliche Selbstverwaltung zu vernichten, denn diese öffentliche Stadterweiterung kann nur von einer Bürokratie geleistet werden. Die bürgerliche Selbstverwaltung lebt und stirbt mit der bürgerlichen individuellen Freiheitsleben. Zum Selbstregieren der Regierten gehört, daß das Regieren auf ein Minimum beschränkt wird. Diese für die deutsche Preußens und Deutschlands sehr wichtige Lehre würde in der Bürokratie der Stadterweiterung verloren gehen.

Mangoldt ist übrigens der Meinung, daß das jetzt geltende deutsche Jahrbücher. Bd. CXXXVI. Heft 2.

Enteignungsrecht alles leisten würde, was er für nötig hält, man nur einen andern Gebrauch davon machen wollte.

Der § 1 des preussischen Enteignungsgesetzes lautet: „Das Eigentum kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohls für ein Unternehmen, dessen Ausführung die Ausübung des Eigentumsrechtes fordert, gegen vollständige Entschädigung entzogen und beschränkt werden.“

Nach seiner Meinung ist die öffentliche Stadterweiterung solches Unternehmen, und man sollte darum versuchen, die Enteignung nicht nur des Straßenlandes, sondern auch des Landes der Baustellen, Häuser usw. schon auf Grund der bestehenden Enteignungsgesetze durchzusetzen.“

§ 10 des preussischen Enteignungsgesetzes lautet: „Enteignung, welche das abzutretende Grundstück erst infolge der Anlage erhält, kommt bei der Bemessung der Entschädigung in Anschlag.“

Er sagt dazu: „Nun ist aber hier das Unternehmen. In Gunsten enteignet werden soll, die Stadterweiterung selbst. Anwendung unsres Grundsatzes, daß derjenige Wert nicht entschädigen ist, der dem Lande erst durch das Enteignungsgesetz selber verliehen wird, kämen wir also hier zu der übereinstimmend aber sehr einfachen Folgerung, daß unter dem System der öffentlichen Stadterweiterung schon nach dem geltenden Enteignungsgesetz in Preußen und vielleicht auch in Sachsen im Enteignungsgesetz nicht die jetzigen hochgetriebenen Landwerte zu entschädigen sind, sondern nur der landwirtschaftliche oder gärtnerische Wert, eine tief einschneidende „radikale Aenderung gegenüber dem jetzigen Zustande.“

„Warum ist nun bisher, soviel wir sehen können, in Sachsen wie in Preußen die Enteignung im allgemeinen nicht auf Grund der eben angegebenen Formeln für die Stadterweiterung überhaupt für zulässig gehalten worden? Sehr einfach. Die Stadterweiterung in Uebereinstimmung mit der bisherigen Auffassung, aber durchaus unberechtigten Auffassung und Behandlung, ein überwiegend privates Unternehmen gehalten und mit der Notwendigkeit der Enteignung für sie verkannt hat.“

Von Mangoldt wird aus einer Schrift über Wohnungswesen und Wohnungspolitik von Regierungsrat Bingner folgendes zitiert: „Das Wohnungsamt muß, um eine Wirksamkeit zu erlangen, das Recht erhalten, innerhalb der zur Bebauung zunächst bestimmten



zone alle andren Grundstücke — also nicht nur zu Straßen — zu enteignen und dafür nur nach Wahl des Eigens zu zahlen: entweder den höchsten örtlichen landwirtschafts Ertragswert oder den mindestens 10 Jahre zurückliegenden Erbspreis oder den am selben Orte von der Baugenossenschaft infamilienhäuser nach Quadratmeter festgesetzten Bodenpreis, letzteren Beträge unter Zusatz der über die gezogenen ngen hinaus während der Besizzeit gezahlten Hypotheken-  
 . . .

Aus der Praxis ist mir bekannt, daß auch für die Enteignung Straßenland das bestehende Gesetz nur ungern, und wenn es anders geht, in Anspruch genommen wird, weil das Verfahren dauert und vor allem weit höhere Entschädigungssätze heraus- als im freien Verkehr. Es wirkt ungerecht und verstimmend, etwa  $\frac{2}{3}$  der Anlieger der zukünftigen Straße ihr Land freis- schon zu einem niedrigen Preise an die Stadt aufgelassen die noch übrigen Anlieger aber, die bisher den Fortgang der verhindert haben, im Enteignungsverfahren einen höheren zugebilligt erhalten. Ein solcher Fall kann jahrelang das terungsgeschäft erschweren. Das Enteignen hat also auch schon seine Nachteile. Noch viel mehr Nachteile würden sich- erden, wenn man nach Mangoldt enteignen wollte. Bei der Handhabung des Geschäfts handelt es sich immer um die ob das Land als Straßenland gebraucht wird, ob also ge- ie Herstellung dieser Straße notwendig ist. Dagegen bei der abung nach Mangoldt wird das Land als Bauand verlangt. ndelt sich also jedesmal um die Frage, ob das öffentliche ffe gerade diesen Fexen Rand zum Bauen verlangen muß. nn die Auswahl des Objektes viel weniger den Charakter der ndigkeit haben, weil ja die hundertfache Oberfläche rings um- i liegt.

ußerdem muß das Unternehmen dem öffentlichen Nutzen ge- sein. Straßenland bleibt immer im öffentlichen Eigentum i öffentlichen Gebrauch. Wenn aber nach Mangoldt Land auen enteignet und bebaut worden ist, wird der erworbene che Nutzen an einzelne private Wohnungslustige wieder ver-

So wird dem einen genommen und dem andern gegeben. ein Handelsgärtner hatte an dieser Stelle einen blühenden ; jetzt sieht er an derselben Stelle den Blumenladen seines renten.

Nichts kann so sehr die Gerechtigkeit nach allen Seiten theilen, als der freie Verkehr in Kauf und Verkauf der Erde. Nichts wirkt ungerechter, als die blinde Verteilung ungleicher Güter durch eine höhere Gewalt.

#### 7. Die jetzige Form der Stadterweiterung.

Mangoldt sagt: „Ein Jahrhundert lang ist auf dem städtischen Bodenfrage in unverantwortlicher Weise gesündigt. In einem Jahrhundert wird es bedürfen, das wieder gut zu machen. Wenn man nun, wie ich, versucht, diesen Reformator zu werden, so übernimmt man eine schwere Verantwortung. Wenn die Kritik erschlägt, so wird vielleicht das Gute mit dem Schlechten erschlagen. Sehen wir uns die Welt der Wirklichkeit an, unseren Augen darauf an, wo sie etwa unvollkommen erscheint.“

Wir betrachten zuerst die öffentliche Arbeit in der Stadterweiterung und dann die Arbeit der privaten Kräfte.

Die Kosten der Stadterweiterung, insbesondere des Straßenbauwerkes und der Pflasterungen werden von den Anliegern bezahlt. Wir wollen zunächst betonen, daß dieser Grundsatz sehr segensreich ist. Denn er ist das Moment, das die Städte trotz der immer wachsenden Schul- und Armenlasten, trotz der Schuldkapitalien, die die Stadterweiterung kostet, und trotz der ungeheuren Nachstellung, die ihnen das Baukonzessionsrecht gegenüber gibt, doch die Stadterweiterung nicht aufhören ließen. Denn dieser Grundsatz erleichtert ihnen die Geldsorge. Wäre das nicht so, so wäre das ungeheure Wachstum der Städte nicht zustande gekommen. Wir sehen das an den deutschen Gemeinden, welche aus Geldsorgen die Ansiedlung fast überhinderen. Auch hat es dieser Grundsatz zuwege gebracht, daß den deutschen Städten die neuentstehenden Straßen sogleich mit dem ganzen Komfort städtischen Wohnens ausgestattet werden konnten: mit Kanalisation, vorzüglicher Pflasterung, Gas, Wasser, Bäumen und Vorgärten.

Aber dieser Komfort wirkt auf die Wohnpreise.

Weil in unserer Stadt eine Baustelle an Anlieger 60 bis 90 Mark auf den laufenden Meter zu tragen hat, den Quadratmeter einer 30 Meter tiefen Baustelle 2 bis 3 Mark Aufschlag macht, so kann der Grundwert für den Quadratmeter niemals niedriger liegen. Vielmehr kommt noch hinzu, daß das Land bisher vielleicht als hochkultiviertes Land, als

der Existenz für einen Handelsgärtner gehabt hat, ferner die Kosten des Zusammenkaufs und der Zerlegung, endlich Steuer- und Zinsverluste, welche den ursprünglichen Wert in kurzer Zeit verdoppeln können.

Der Quadratmeter fertigen Baulandes aber ohne Straßen-  
ellungskosten kostet in unserer Stadt etwa im

Osten	7,50	bis	8,00	Mark
Norden	8,00	"	10,00	"
Süden	10,00	"	12,00	"
Westen	5,00	"	8,00	"

Nun ist es interessant zu sehen, wie das Wachsen der An-  
lieger an den städtischen Komfort den Bau kleiner Wohnungen  
verändert. In einigen Vorstadtstraßen sind die Häuser etwa 100  
Jahre alte Dreifensterhäuser, klein, niedrig, zum Teil höchst un-  
gesund, haben aber den großen sozial-politischen Vorteil, daß der  
Mann bei Seinesgleichen zur Miete wohnen kann. Der eine  
Mann ist Hausbesitzer, die zweite und dritte Familie wohnt zur  
Miete. Die Häuser sind durch Gas, Wasser, Kanal und gute  
Belüftungen sehr verschönt und trotz ihrer innern Unvollständig-  
keiten Werte gehoben, haben aber zu allen diesen Vorteilen, weil  
sie in den alten historischen Straßen liegen, keine Anliegerbeiträge ge-  
zahlen. Auch würden die Anliegerbeiträge nicht sehr groß gewesen  
sein, weil die Straßen sehr eng sind und die Häuser schmal und  
Borgärten. Diese Häuser haben einen Wert von 5000 Mark

Dann wurden in den Jahren um 1870 einige neue Straßen  
gebaut, in denen kleine Häuser für den Mittelstand gebaut wurden,  
die aber auch jetzt vielfach in Arbeiterhänden sind. Die Häuser  
sind größer und gesünder, stehen getrennt und haben Borgärten.  
Wohnt man billig und gesund, aber nicht sehr komfortabel, die  
Straßen sind nur chaussiert, infolgedessen schmutzig und  
da sie müssen bald einmal gepflastert werden, ob aber die  
dann noch Anliegerbeiträge erheben kann, steht dahin. Diese  
Häuser haben einen Wert von 12 bis 10 000 Mark und enthalten  
mehr Wohnungen.

In den neuesten Straßen kann in der alten Weise für den  
Mittelstand nicht mehr gebaut werden. Die kleinste Wohnung  
kostet 200 bis 250 Mark und liegt, wenn auch in einer breiten,  
gepflasterten, kanalisierten und mit allen Leitungen versehenen

Straße und in einem gesund, lustig und lichtgebauten Gebäude doch in größeren Mietskasernen, wo mindestens 7 Familien an der wohnen und die einen Wert haben von 28 bis 30 000. Sowohl die steigenden Material- und Arbeitslöhne, wie die Ansprüche an den städtischen Straßenkomfort, die Forderungen der Baupolizei und das Gesetz über Anliegerbeiträge, machen wirtschaftlich, kleine Häuser für den Besitz des kleinen Mannes bauen. Solche gibt es nur von Alters her in den oben genannten älteren Straßen.

Baupolizei und Anliegerbeiträge verteuern das Wohnen will mir scheinen, daß die Städte aus dem Säckel der Steuer etwas zu großartig wirtschaften, indem sie aus dem nützlichen nötigen Komfort Luxus machen. Unsere Stadt ist umgeben von Promenaden; diese sind zu großen Plätzen erweitert und nach und nach schließen sich Stadtteile mit offener Bauweise an. Die Plätze und breiten Straßen sind mit bestem Material gebaut. Dagegen ist nichts zu sagen. Aber der Wagenverkehr ist sehr teuer. Die großen Pflasterflächen kosten viel Geld, und das Geld verteuert die Grundwerte der Häuser und von da auf die Miete. In der Stadt mag es nötig sein, den Wind in das Häusermeer zu lassen, aber für kleinere Verhältnisse kann es auch zu viel Hysterie sein. Die Wohnungsreformer freilich verlangen noch unendlich mehr und würden damit das Wohnen verteuern. Es ist auch das Wohnen, was verteuert wird durch die Vergrößerung der städtischen Verhältnisse. Z. B. als Arzt muß ich täglich viele ärztliche Besuche machen, um leben zu können. Vorher beschränkte sich die bewohnte Stadt Raumburg auf einen Kilometer, heute bedeckt sie fünf Quadratkilometer mit wohnender Bevölkerung. Ich brauche mein Beinwerk deshalb folglich muß ich einen Wagen nehmen oder mache weniger. In beiden Fällen muß der einzelne Besuch erheblich teurer werden, etwa 2—3mal so teuer. Das ist aber mit jeder Art lebendigem Konsum so. Nehmen Sie den Bäckerjungen, der den Brot aussträgt, den Fleischerjungen, der das Fleisch aussträgt. Sie alle mehr Zeit, und das muß ihre Ware verteuern. Ein Teil der wirtschaftlichen Arbeit überhaupt besteht aus Transport und wird durch die Großräumigkeit verteuert.

Wollte man nun gar die Städte so weiträumig machen, es die Wohnungsreformer verlangen, an Stelle der Mietskasernen

ein Eigenhaus setzen und dadurch den Städteraum verdoppeln vervierfachen, so würde vermutlich unser bisheriger Komfort städtischen Wohnens unmöglich werden. Den Städtern ist es dann möglich, jedes neue Haus mit Kanal, Pflasterung, Gas, Wasser und Elektrizität zu versehen, wenn sie sozusagen ihre Konsumten zusammenreiben und zusammenhalten. Andernfalls werden die Rohrnetze und Kabelnetze so ins ungeheure, daß die kommunalbetriebe unrentabel werden. Je schlechter diese wirtschaften, um so höher müssen die Steuern steigen.

Es liegt im finanziellen Interesse der Stadt, nicht zuviel auf Vorrat herzustellen. Wollte sie das tun, so würde sie Bauwüsten, welche ja immer nur eine beschränkte Zahl sein können, über eine große Oberfläche zerstreuen, würde lange warten müssen, bis sich das Areal füllt, würde für eine geringe Zahl erzähler große Pflasterflächen, große Kanallängen, Gas- und Wasserrohre herstellen und dadurch sich mit großen Unkosten belasten. Es wird von den Wohnungsreformern verlangt, es sollte, als Baustellenangebot zu vermehren und das Monopol der öffentlichen des schmalen Landes zu brechen, von der Stadt möglichst kaufähiges Land, eigenes oder privates, aufgeschlossen werden. Experiment ist in der kleinen Stadt Wermelskirchen gemacht worden, worüber ein sehr schätzenswerter Bericht von dem dortigen Bürgermeister in dem Buch Karl von Mangoldt's zu finden ist. Es sind möglichst viel Straßen aufgelegt worden, um die größte Konzentration der Baustellen herbeizuführen, so daß der Bedarf dort für ein Menschenalter gedeckt ist. Das führte allerdings zum Preisverfall der Baustellen, aber es war auch dafür nicht möglich, die Baustellen in moderner Weise mit Pflaster, Kanal, Gas und Wasser zu versehen, ohne ganz erhebliche Belastung der städtischen Finanzen. Eine moderne Stadt ist ein durch gepflasterte Straßen, Kanäle, Gas, Wasser und elektrische Adern engverbundener Organismus. In einer wohnende Menschenmenge kann nicht beliebig auseinandergerissen werden, ohne daß das Ganze unwirtschaftlich und schließlich zerstört wird. Den Wirtschaftsorganismus einer Millionenstadt zu zerreißen, wäre gar nicht möglich, ohne ihn zu zerstören.

Wenn die Stadt ihr Wasserwerk, ihr Gaswerk rentabel haben will, wenn sie es nicht unsinniges für Pflasterung ausgeben, so muß sie entweder die Einwohner zusammenhalten oder sie muß darauf verzichten, eine komfortable Stadt zu sein, sondern sich entschließen, ein

größeres Dorf zu bleiben, wie viele amerikanische Großstädte sollen.

Mangoldt aber wünscht die Dezentralisation. Er sagt: „In den Gemeinden, in denen die öffentliche Stadterweiterung richtig, wenn auch nicht überstürzten Durchführung gelang, die Miet- und Häuserpreise sich allmählich ermäßigen, die Wohn- und Gesundheitsverhältnisse sich außerordentlich verbessern. Menge kommunaler Aufgaben, für deren Erfüllung vor allem Land und Boden erforderlich ist, wird sich viel leichter und besser lassen. Die Schönheit, Freudigkeit und Annehmlichkeit des Lebens werden durch die einer Gartenstadt viel ähnlichere Art der Bebauungsverhältnisse außerordentlich zunehmen; der Staat wird erleichtert werden. Usw. usw.“

Ich fürchte im Gegenteil, man würde auf diesem Wege Steuern hoch und das Leben teuer machen.

Aber wo bleibt das kleine Eigenhaus? Wenn es eine Utopie ist, unsern Großstädten die Mietskasernen nehmen, ist ein Versuch, der an seinen Folgen erlahmen würde, eben begonnen hat — denn das würde nicht nur das Wohnen, sondern jede Art Arbeit und die öffentliche Wirtschaft der Stadt verteuern —, so hat doch anderseits der Eigenbesitz des kleinen Hauses so großen politischen Wert, weil dieser dadurch mit einem Zuge zu einem vollgültigen Mitgliede unserer wirtschaftenden Gesellschaft wird, der mit uns denkt und mit uns fühlt, daß man das Beste möglich ist, ihn aufs sorgfältigste anpflanzen und bebauen.

Ein Vorwurf aber, der wirklich unserm öffentlichen Stadterweiterung gemacht werden kann, ist der, daß es das Bauen kleiner Eigenhäuser geradezu verhindert, und das geht in den alten Straßen, die vor dem Fluchtliniengesetz von 1873 Wohnstraßen waren, trägt die Stadt die Kosten der Straßenerhaltung und Neupflasterung, wenn sie nötig wird. Diese nennt man historische Straßen. Dagegen in den neuen Straßen trägt die Kosten der Herstellung der Anlieger, und die Stadt stellt sie nur vor. Nun gibt es zwei Arten Straßen in der Stadt. Erstens, es werden die Chaussees und Feldstraßen aus der Stadt herausführen, durch Festlegung der Fluchtlinie, wie man sagt, aufgelegt. Zweitens, es werden neue Straßen aufgelegt, quer durch Ländereien, wo bisher kein öffentlicher Weg führte. Im letzteren Falle hat man es nur mit einem Grundeigentümer zu tun, in dessen Land

ße fällt. Häufig ist dieser Grundeigentümer die Stadtgemeinde oder eine Körperschaft der toten Hand, oder ein großer Privatier, Terrainspekulant, Maurermeister oder dgl. In diesem Falle wird die Straße von Natur aus das, was man eine Unternehmerstraße nennt. Sie wird gewöhnlich angelegt auf Anregung des Unternehmers, hergestellt immer erst, wenn dieser das Land erwerben will, und die ganzen Kosten werden bezahlt bei der ersten Baukonzession. Sämtliche Häuser werden dann gewöhnlich von dem Unternehmer gebaut und langsam in langen Jahren an Dauererben verkauft.

Es kann aber auch sein, daß die Grundbesitzverteilung so ist, wie sie in der Umgebung einer Stadt sein soll, nämlich, daß das zerschnittene Gelände einer großen Zahl kleiner Eigentümer gehört.

In diesem Falle kann die Stadt wohl die Fluchtlinie herzustellen, aber den Straßenbau kann die Stadt erst unternehmen, wenn die Anlieger das Straßenland freiwillig hergegeben haben oder enteignet sind. Wenn sie dann die Straße hergestellt hat, so muß sie lange dauern, bis die Straße voll bebaut ist und die Anlieger Beiträge sämtlich wieder einkommen. Schon bevor die Straße fertiggestellt ist, kann sie jedem einzigen bau lustigen Anlieger die Baukonzession erteilen gegen Sicherstellung der später zu fordernden Beiträge. Dann wird die Straße langsam und unregelmäßig bebaut werden. Sobald einige Häuser dastehen, verlangen Mieter und Eigentümer stürmisch die Herstellung der Straße.

Um nun das ganze Geschäft schneller abzuwickeln, kann sich die Stadt damit helfen, daß sie diese Straße künstlich zu einer Unternehmerstraße macht.

Sie verlangt vor der ersten Baukonzession die Hinterlegung sämtlicher Straßenkosten. Dadurch zwingt sie die Mehrzahl der Eigentümer, ihr Land zu verkaufen an einen einzigen Unternehmer, der dieses übernimmt. Sie treibt also das Grundeigentum auf dem Wege zur Bebauung durch die Hände eines einzigen Spekulanten hindurch und monopolisiert damit das Grundeigentum, obwohl doch eine gesunde Bodenpolitik dafür sorgen müßte, daß das Grundeigentum in möglichst viel Hände verteilt wird.

folgender Fall illustriert das oben Gesagte:

In der Baudeputation unserer Stadt wurde die Fluchtlinie für die neuen Straßen beschlossen. Sie durchschnitt die Grundstücke vieler kleiner Eigentümer, bot also die beste Gelegenheit zur Veräußerung kleiner Eigenwirte. Entsprechend ihrer Lage wurde sie

auch bestimmt zur Wohnstraße für kleinere Mieter. Aber die Deputation befürwortete bei der Baupolizei, um einige Verluste jährlich zu vermeiden, daß erst dann BaufKonzessionen würden, wenn das Pflastergeld für die ganze Straße hinterlegt würde. Diese Forderung kann nur ein größerer Bauunternehmer erfüllen, der die ganze Straße zu bebauen unternimmt. Also dadurch die sämtlichen Grundeigentümer gezwungen, an einen Speculanten zu verkaufen, zu einem geringeren Preise natürlich, als die Stücke später wert sind. Der Unternehmer stellt dann die Häuser in der Regel mit allen Häusern her, und die späteren Eigentümer der Häuser müssen sie fertig vom Unternehmer kaufen. Die Baugewerbe muß diese Geschäfte wagen, sonst hat es keine Zukunft. Es baut Häuser auf Lager nach Schema F. Der Vorteil dieses Verfahrens liegt darin, daß die Stadt eine geringfügige Zinsenverminderung, das Bauamt weniger Arbeit hat und die Straßen ein gleichmäßiges schönes, uniformiertes Aussehen erhalten. Der Nachteil liegt darin, daß der kleine Eigenwirt nicht nach seinem Bedürfnis bauen kann; daß es in unseren Städten wohl Villenviertel gibt, aber keine Eigensitze für den kleinen Mann. Die Handwerker würden gern, wenn auch teurer, im eigenen Hause wohnen, wenn sie es nur haben könnten. Es ist natürlich und politisch besser, daß jeder Einzelne bauen kann.

Bei den großen Chaussees, die aus der Stadt heraus führen, verbietet sich das Verfahren der Unternehmerstraßen geradezu, durch, daß schon einzelne Häuser aus früherer Zeit an den Straßen stehen. Diese Straßen also, welche nicht Unternehmerstraßen sind, bergen die Vorräte an Bauland für alle Geschäftsleute und Leute, die selbst bauen wollen. Hier kann der Einzelne das Bauland kaufen und 5 oder 10 Jahre lang, so lange er will, liegen lassen, bis der Moment gekommen ist, wo er endgültig sich niederlassen kann, sein Geschäft, seinen Wohnsitz zu verlegen. Hätten die Städte Land derart, so könnte jeder kleine Mann sparen, um ein Häuschen zu bauen, sich beizeiten Bauland sichern an einem Ort, wo er's brauchen kann, dort einen kleinen Garten halten, auf dem ertraglosen Lande nach dem gemeinen Wert Steuern zahlen. Es ist ihm die Weisheit der Bodenreformer und Wohnungsreformer aufgeerlegt, auch das Land wieder verkaufen, wenn er stirbt oder die Verhältnisse ändern, auch mit dem Wertzuwachs die Zinsen und Unkosten und Zinsverluste decken, wenn nicht bis dahin der Wertzuwachs straffbar geworden ist, oder er kann in der Nähe



: von einem kleinen Maurermeister ein Haus bauen lassen mit Wohnungen für seinesgleichen, kann diesen gegenüber den Haus-  
 rier spielen an Stelle des unpersönlichen Kapitals, das sonst  
 s Geschäft übernimmt. Vielleicht verschönt er das Straßen-  
 vielleicht verunziert er es durch ein eigenwillig gebautes Haus;  
 falls aber bereichert er mit seiner Individualität das Heer der  
 Kaserne.

Es liegt auf der Hand, daß die Gewohnheit, Unternehmer-  
 en zu konfessionieren, dadurch, daß man die Anliegerbeiträge  
 voraus für die ganze Straße belegt verlangt, die Großunter-  
 ung geradezu züchtet.

Freudenberg berichtet aus Berlin, daß dort nur 3% der  
 er von ihren Eigentümern bewohnt werden. Dagegen be-  
 t er von Karlsruhe, einer Stadt von über 100 000 Ein-  
 ern, daß dort unter 4605 Häusern 3226 von ihren Eigen-  
 n bewohnt werden. Das beweist, daß der Hausbesitz hier wie  
 besten und Süden von Deutschland überhaupt noch nicht zum  
 gewerbebetrieb übergegangen ist. Auch in der sehr modernen  
 : Mannheim gibt es keine Großhausbesitzer. „Sondern der  
 ahreiche Stand der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden“  
 ie meisten Häuser zu eigen, wenn auch unter schweren Schulden.  
 st der dem Süddeutschen innewohnende Drang nach eigenem  
 obesitz und der Spekulationstrieb der Bevölkerung, der das  
 äßt.“

Er fügt hiermit den vielen Unterschieden, die man zwischen  
 Osten und Südwesten Deutschlands kennt, einen neuen, sehr  
 gen hinzu. Zugleich wundert er sich, daß es „in dieser großen  
 keinen Architekten oder Maurermeister gibt, der binnen der  
 vier Jahre mehr als zwei Häuser im Jahresdurchschnitt für  
 Rechnung gebaut hat.“ Er sagt: „Das Karlsruher Bau-  
 e trägt den Stempel einer unglaublichen Kleinheit der Be-  
 “

„Eine Unzahl kleiner und kleinster Architekten, einfacher  
 er und Zimmerleute beteiligen sich am Baugewerbe.“

Dieser Zustand hat vielleicht Nachteile zur Folge, nämlich Un-  
 t des gesamten Baugeschäfts, aber er hat auch große Vor-  
 nämlich daß für die Zukunft jenes südwestdeutsche Ueber-  
 des Kleinbesitzes erhalten bleibt. Kleine Bauunternehmung  
 einer Hausbesitz gehören zusammen, große Bauunternehmung  
 oßer Hausbesitz gehören auch zusammen.

Freudenberg berichtet, daß 30% aller Hausbesitzer Mannheims

mit 98 % vom Werte ihres Grundstücks verschuldet ist. Karlsruhe berichtet er, daß 26 % der Anwesen eine Belastung von 89,4 % aufweisen, 15 % sogar eine von 125,7 %, also eine Uberschuldung. „Solche Hausbesitzer sind also bloß Betrüger der Hypothekengläubiger.“ Sobald ihr Grundstück um ein 6 % im Ertrage zurückgeht, müssen sie das Fehlende durch ihren Ertrag ersetzen.

Aber die Freiheit, auch die wirtschaftliche, verlangt ein Opfer, bringt sie übrigens zumeist auch wieder ein.

Es ist mir immer unklar geblieben, wie man diese Freiheit für etwas Ungesundes halten kann. Man kann doch nicht verlangen, daß nur relativ wohlhabende Leute Grundbesitz haben. Das ist doch eben die Absicht unserer Wirtschaftsordnung, daß das nötigste Arbeitsinstrument, den Boden, erwerben kann, wer es verpfändet, wenn es nicht anders geht, sogar den ganzen Grundbesitz verpfändet. Nun entsetzt man sich über die Höhe der Zinsen und will die Verpfändbarkeit wieder einschränken (Verzinsungsgrenze). Damit verlangt man, daß der Käufer, der den Boden bitter nötig braucht, entweder wohlhabend ist, oder man sein Kreditbedürfnis auf den Personalkredit. Personalkredit gehören aber zu einer wirtschaftlichen Einheit, und wer die sichersten Realien nicht verpfänden kann, die ich habe, der kann nur die unsicheren mobilen Werte oder gar das freie Vermögen Fremder in meine Ehrlichkeit beanspruchen muß, so sieht es nicht besser da, sondern schlechter. So lange das arbeitende Volk den Boden, den es braucht, erlangen soll, ist es nur selbstverschuldet, daß der Boden hoch verschuldet sein muß.

Auch Freudenberg verlangt für den städtischen Grundbesitz Amortisationshypotheken. Aber ich glaube, die Praxis wird immer antworten: nein. Der Einzelne mag von sich eine Amortisation verlangen in Form der Lebensversicherung oder in irgend einer Form des Sparens. Aber die Gesamtheit braucht nicht die Amortisation der Bodenschulden zu verlangen, und wenn sie sie verlangt, wird dieses Amortisieren doch nichts erreichen; denn das Kapital ist vom ersten Augenblick an wieder Gegenstand der Verschuldung.

Was aber jeder Wirtschaftler, der den Boden braucht, verlangen muß, ist, daß der Gebrauch dieses wertvollsten Arbeitsmittels auf Jahrzehnte voraus berechenbar ist, nicht durch katastrophale Schwankungen gefährlich wird für den, der es in die Zukunft bindet. Darum wehrt sich der gesamte Hausbesitzerstand gegen alle

, die durch operative Heilverfuche am Normalen eingebilbete theiten zu heilen fuchen: Steuern nach dem gemeinen Wert, zumachſteuer, verſchärftes Enteignungsrecht, unfaire und unte Bevorzugung des gemeinnützigen Bauens der Baugenoffen- en, welches der Todfeind des kleinen Eigenbefizes iſt. Gerade der Grundbefizer in erſter Linie verlangen muß, nämlich daß rundlaſten genau berechenbar und durch die Jahrzehnte konſtant nſſen, wird bei dem allen verſehen. Was aber der Gewerbe- nde, der gezwungen iſt, Hausbefizer zu ſein, noch zu wünſchen hat, iſt, daß ſeine Hypotheken durch Pfandbriefinſtitute kon- rt werden, damit er in Zeiten ſteigenden Zinsfußes nicht durch he Kündigungen entwurzelt wird.

Das Bild der Wirklichkeit wäre nicht vollſtändig, wenn wir men wollten, die Wohnungsgelegenheit zu ſchildern, die in der ung der Stadt zu finden iſt. Im Oſten und im Weſten ſind

Stadt in einer Entfernung von 1 bis 2 km vom Markte rechnet je ein Dorf vorgelagert. In dieſen Dörfern iſt das n erheblich billiger, und zwar auch deshalb, weil der ſtädtiſche t, Kanaliſation, Waſſer-, Gasleitung noch keinen Einzug ge- hat. In beiden Dörfern ſind die Straßen größtenteils eng, laſtert und ſchmutzig, aber ſie bieten der wohnungſuchenden rung den Vorteil, daß dort kleine und kleinſte Baustellen zu t Mark der Quadratmeter zu finden ſind und dem kleinen die Gelegenheit bieten, ſelbſt zu bauen. Das eine der beiden iſt vor kurzem eingemeindet, und weil es dazu beſtimmt iſt, in die Segnungen ſtädtiſcher Kultur eingezogen zu werden, nunmehr bei der Baukonzeffion auch die Sicherung der zu- n Anliegerbeiträge verlangt. Weil die Straßen eng ſind

der Kleinheit der anliegenden Grundſtücke auch nicht weſent- eitert werden können, ſo werden nur 50 bis 60 Mark für fenden Meter verlangt. Das macht auf eine Tiefe des rücks von 15 m auf den Quadratmeter 2 bis 4 Mark, und er wurden auch bei den letzten Käufen die Grundſtücke nicht . Sie wurden alſo zu dem verkauft, was wir oben den t des Wohnens genannt haben. Die dort gebauten Häuser emöhnlich 3 Kleinwohnungen mit zwei Zimmern und Küche Mark. Die Baustelle von 150 □-m koſtet 600 das Haus tark. Der Anteil des Grundwertes an den Wohnkoſten iſt imal.

• Eingemeindung ſolcher Dörfer beſtet die Finanzwirtſchaft

der Stadt, weil hier, anders als bei der regelmäßigen Stadterweiterung, die Unternehmungen des städtischen Komforts, Kanalisation, Pflasterungen u. dgl. Fehlkosten machen können. Aber der wachsenden Bevölkerung verschafft die Eingemeindung eine so große Anbauecke, die, wie mir scheint, bei der regelmäßigen Stadterweiterung verloren geht, nämlich die Anbauecke für das kleine Gewerbe.

Wenn die Straße hergestellt ist, die Anliegerbeiträge bezahlt sind und die Baukonzession erteilt ist, so hat die Arbeit der Stadt an der Stadterweiterung ihr Ende. Die privatwirtschaftlichen Kräfte vollenden allein das Werk. Diesen wird nun ein schweres Geschäft gemacht, nämlich daß von ihnen nicht nur der Bau kleinerer Häuser vernachlässigt wird, sondern daß sie auch beinahe ganz aufhören in der Herstellung kleiner und kleinster Mietwohnungen.

Aus dem Bericht einer Gesellschaft, die es sich in Frankfurt zur Pflicht gemacht hat, einen Nachweis für kleinste Wohnungen einzurichten, zitiere ich folgendes. Jahresbericht 1905: „Die Nachfrage nach Zwei- und Dreizimmer-Wohnungen war jedoch weit über das Angebot. Und hauptsächlich fehlt es in der Innenstadt im Bahnhofsviertel an geeigneten Wohnungen dieser Art. Diese Erscheinung kann man wohl in der Innenstadt auf die Zerstörung zurückführen, wodurch eine große Anzahl kleiner, auch minderwertiger Wohnungen verschwanden, ohne daß Ersatz geschaffen wurde. An Stelle der verschwundenen Wohnungen werden voraussichtlich große Geschäfts- und Wohnhäuser treten. Der Ausfall wird hauptsächlich von den gewerbetreibenden stark empfunden, die immer mehr aus dem inneren Tätigkeitsbereich nach der Außenstadt gedrängt werden. Im Bahnhofsviertel resp. Fabrikviertel trägt wohl die sich rasch ausdehnende Industrie und der dadurch bedingte Zuzug der Bevölkerung dazu bei, daß auch nicht annähernd der Bedarf vorzugsweise verlangten Zweizimmerwohnungen gedeckt werden kann.“

Jahresbericht 1906: „Ein Angebot von Ein-Zimmerwohnungen mit Küche ist beinahe nicht vorhanden. Daß der Bedarf an dieser Art von Wohnungen aber ein großer ist, beweisen die Anfragen, die fast täglich auf unserem Bureau einlaufen.“

„Es ist ganz ausgeschlossen, daß sich Privatunternehmer den gegenwärtigen Bedingungen mit der Herstellung dieser Wohnungen befassen werden. Sie verhalten sich schon ganz und gar ablehnend zum Bau von Wohnungen von zwei Zimmern.“

he, was daraus zur Genüge hervorgeht, daß auch der Nachfrage  
) diesen kein genügendes Angebot gegenübersteht."

Jahresbericht 1907: „Der Bedarf an Ein-, Zwei- und Dreier-Wohnungen konnte daher auch nicht annähernd gedeckt werden, die natürliche Folge davon ist eine Steigerung der Mietpreise derartige Wohnungen, wie sie sich bereits im abgelaufenen Geschäftsjahre geltend machte.

Die Zunahme der Bevölkerung resp. der ständigen kleineren Haushaltungen steht im umgekehrten Verhältnisse zur Zunahme der für in Betracht kommenden Wohnungen, und die notwendige ist, daß größere Wohnungen geteilt und von mehreren Familienohnt werden müssen. Gleichzeitig werden trotz Verbot der baulichen Vorschriften Räumlichkeiten hergerichtet und vermietet, eigentlich nicht zu Wohnzwecken benützt werden sollen."

Diesem Problem, wie es kommen mag, daß das private Spekulationskapital sich mit dieser Unternehmung zu wenig beschäftigt, um der Gründer der eben angeführten Frankfurter Wohnungsgesellschaft schon vor 10 Jahren auf den Leib gerückt und hat seine interessanten Anschauungen in einer Broschüre niedergelegt: dem Titel: die praktische Lösung der Wohnungsfrage mit des Erwerbskapitals von Cäsar Strauß, Frankfurt a. M. Schnapper 1905.

Er hat gefunden, daß die Frankfurter Häuser, die nur Kleinwohnungen haben, keineswegs etwa eine geringere Rente haben als ce. Nach seinen Berechnungen ergaben sie eine Bruttorente  $6\frac{1}{4}\%$  durchschnittlich. Weil aber die Eigentümer meist sehr schwache Existenzen sind, so haben sie die Häuser meist mit hohen Risikoprämie, also übermäßig teuer gekauft oder selbst it. Wenn diese Häuser von kapitalkräftigen Unternehmern herstellt worden wären, so wären sie billiger ausgefallen, und die eingenommene Miete würde eine noch höhere Bruttorente ausn, nämlich nach seiner Rechnung  $7.78\%$ . Um dieselbe Zeit g sich der Besitzwechsel von Häusern mit größeren Wohnungen einer durchschnittlichen Bruttorente von  $5\frac{7}{8}\%$ — $6\frac{1}{4}\%$ , bei stshäusern sogar auf einer Bruttorente von  $5\frac{1}{2}\%$ .

Er schließt also, daß die private Erwerbstätigkeit keinen mategrund hat, zu versagen. Denn das Haus mit Kleinwohnungen i entsprechend billigen Mietpreisen „ein weit sicherer Rentenals das Haus mit großen Wohnungen“. „Das erstere beruht itlich auf einem Massenbedürfnis der größten Schicht unserer

Bevölkerung, einer Grundlage, welche in allen Fällen als die für wirtschaftliche Unternehmungen betrachtet wird". „In einem Hause mit großen Wohnungen bedarf es nur des Leerliebhabers einer Wohnung, und der Besitzer geht der Rente auf sein eigenes Kapital gewöhnlich verlustig". Warum werden nicht genügend Kleinwohnungen gebaut? Seine Antwort ist: „Der Gegensatz zwischen Hausbesitzer und Mieter ist zu groß geworden durch die veränderten Lebensanschauungen der Parteien, als daß der Unternehmer und Kapitalist noch mit dem persönlichen Betrieb einer großen Anzahl Parteien in einem Hause, mit der Verwaltung der Wohnungen, der Beforgung der kleineren Reparaturen, der Einziehung der Miete, der Erledigung behördlicher Beschlüsse, der Schlichtung von Mietsstreitigkeiten usw., mit anderen Dingen eine vollständigen Verwaltung der Häuser mit kleinen Wohnungen fassen wollten." Darum will er ein Bindeglied schaffen zwischen dem Mieter und dem Besitzer des Hauses mit kleinen Wohnungen. Zu dem Zweck hat er eine Aktiengesellschaft gegründet, in der der Besitzer die Verwertung und Verwaltung solcher Häuser, den Verkehr mit den Einzelparteien gegen eine geringe Gebühr, auch die kleinen Reparaturen für ihn besorgt. Diese Gesellschaft gedeiht seit 10 Jahren. Ihr Grundsatz ist, daß sie als Vermittler, wie es im Geschäftsleben üblich ist, beiden dienen will. Die Absicht dieses Unternehmens ist, dem Kapital den Bau und Besitz von Kleinwohnungen anzuzeigen. Nämlich Strauß legt sehr eingehend dar, daß die nützlichen Baugesellschaften niemals dem großen Wohnungsmangel der unteren Stände genügen können aus dem sehr einfachen Grunde, weil niemals so viel Kapital zusammen zu bringen ist, welches wäre seinen Lebenszweck, die gewinnbringende Verwertung, zu verfolgen und sich in den heiligen Stand der Gemeinnützigkeit zu erheben. Bisher sind von den in Deutschland vorhandenen Kleinwohnungen noch nicht  $\frac{1}{2}\%$  durch gemeinnützige Kräfte hergestellt. Volksbedürfnisse können nicht ohne das Gewinninteresse befriedigt werden. Er betont mit Recht, daß nur diejenige Lösung des Problems Wert hat, die von persönlichen Vorzügen und Opfermut einzelner Kreise unabhängig ist und darum überholt werden kann.

Durch seine Aktiengesellschaft will er Einrichtungen derart, daß das private Kapital an dem Bau, Erwerb und Verwaltung von Häusern mit solchen Wohnungen wieder Interesse be-

Das Gewinninteresse soll das Kapital anlocken. Die Sache hat nur einen Fehler, daß die Aktiengesellschaft, weil sie ihre Dividende auf 4% beschränkt, wiederum nur eine gemeinnützige Gesellschaft ist und darum auch nicht imstande ist, mehr als einen kleinen dürftigen Nutzen zu leisten. Ich will nicht bestreiten, daß sie in großen Städten ansehnliche Erfolge mit ihrer Arbeit haben kann. Aber auch sie bleibt nur ein Nothbehelf.

Wenn der Fehler darin liegt, daß die Spalte zwischen Mieter und Vermieter zu groß ist, so muß die Lösung darin gefunden werden, daß die Spalte verkleinert wird. Das Gesundeste ist, daß der kleine Mann bei Seinesgleichen wohnt. Das gibt es noch, wie wir oben gesehen haben, z. B. in den alten Vorstadtstraßen unserer Städte und überall, wo es viel Kleinbesitz gibt, wie z. B. auch in der großen Stadt Karlsruhe. Und wir erinnern hier noch einmal daran, was oben gesagt worden ist, daß es in Zukunft nur Kleingebäude geben wird, wo es auch kleine Bauspekulation gibt.

Darum Bahn frei für die kleine Unternehmung. Sie mag das kleine Eigenhaus auch in unseren wachsenden Städten zu schaffen und zu erhalten. Sie allein vermag für die untersten Stände die richtigen Mietswohnungen zu schaffen.

Wenn es nun wahr ist, daß die private Bauunternehmung die Herstellung kleinster Wohnungen vernachlässigt, wie helfen sich da die untersten Stände; da sie doch unterkommen müssen?

Es ist interessant, zu sehen, daß gerade die allerbilligsten Wohnungen, zum Preise von 50, 100 bis 150 Mark, Zweizimmer- und auch Einzimmerwohnungen, bei uns im Zentrum der Stadt, nämlich in den Hintergebäuden der riesigen alten Patrizierhäuser, die den Markt umgeben. Sie werden bewohnt von den ärmsten, kinderreichsten oder auch lieblichsten Mietern oder auch von einzelstehenden Personen, die eine größere Wohnung nicht bekommen können. Uebrigens gibt es auch gerade im Mittelpunkt der Stadt sehr preiswerte Wohnungen von 3 bis 400 Mark, die früher herrschaftliche Wohnungen waren, seither aber von den ärmsten Ständen verlassen, im Preise gefallen sind und von kleineren Leuten durch Alstervermietung ausgenutzt werden. Auch für unsere Kleinstädte gilt es, daß die kleinsten, billigsten und schlechtesten Wohnungen im Zentrum der Stadt liegen. Im Bericht jener Erfurter Gesellschaft, die sich mit dem Nachweis von Kleingebäuden beschäftigt, findet sich die Notiz, daß durch die Niederlegung einiger Häuserblöcke zur Verkehrserleichterung im Zentrum der hiesigen Jahrbücher. Bd. CXXXVI. Heft 2.

von Frankfurt a. M. so viel kleinste Einzimmer- und Zweizimmerwohnungen weggefallen waren, daß daraus ein fühlbarer Mangel entstand. Gleichen Erfolg würde auch die sanitätspolizeiliche Sperrung solcher Wohnungen haben; und das wäre um so weniger, als dergleichen Wohnungen neu unter heutigen Verhältnissen nicht gebaut werden und selbst auf der Peripherie nicht gebaut werden können. Da ist also ein Nullwert des Bodens, der noch unter dem Reproduktionswert liegt. Er unterbietet den Kostenwert der Herstellung. Und wo ist dieser Nullwert? Im Centrum, wo auch der höchste Differentialwert liegt, der den Wert, welchen die Bodenreformer Monopolwert, Bucherwert

Die Sache liegt also so: Die private Spekulation schafft sich neue Wohnungen, mit Ausnahme der untersten Preiskategorie. Die zahlreichste Volksklasse verläßt um dieser besseren Wohnungen willen die alten Stadtteile. Dadurch werden Wohnungen frei, die von wohlhabenden Volksklassen bewohnt wurden, und zu niedrigen Preisen. Sie werden durch Teilung nutzbar gemacht für den geringsten und bescheidensten Wohnungsbedarf. Ich kenne in unse- ren Wohnungen, wo vor 30 Jahren noch der vornehmste Adel wohnte, die heute für jede Lehrerfamilie zu schlecht sind und durch noch kleineren Mietern verwertet werden.

Das ist ein Nothbehelf, und ich will nicht bestreiten, daß in manchen Großstädten vielleicht nicht ausreicht.

Der wichtigste und traurigste Grund aber, der die Vermehrung von Kleinwohnungen und kleinsten Wohnungen an die Armen des Volkes zu einem viel zu wenig geübten Geschäft ist, ist der, daß dieses Geschäft den Charakter zugleich der Unethik und Unanständigkeit hat. Bekanntlich ist das Recht des Vermieters zur Pfändung am Eigentum des Mieters stark beschränkt. Die Beschränkung des Pfändungsrechts soll sein eine Wohlthat. Die Armut und das Unglück und ist zugleich eine Veranlassung zur Liederlichkeit. Beide sind Genossen an diesem Tische. Wo ist diese Wohlthat? Nicht der hartherzige Vermieter, denn er geht heraus, ehe er etwas einbüßt, sondern der weichherzige Vermieter, wenn es in diesem Geschäft noch einen gibt; noch viel weniger aber der ordentliche Mieter, der durch seine Leistungen zu decken herein den wahrscheinlichen Ausfall decken muß. Das ist ein böser Fluch, der auf jeder öffentlichen Wohltätigkeit liegt. Immer zu einem Unrecht wird am kleinsten freien Mann das Recht nicht beansprucht.



So geht es auch mit den gemeinnützigen Baugenossenschaften den Vorteilen und Zinsersleichterungen, die ihnen von oben zuandrt werden. Sie sind die schlimmsten Feinde des kleinen Haus-  
 hers, dessen durch jahrzehntelange Mühen behütetes Eigentum auf unfaire Weise entwertet; wenn es ihnen gelingt, — denn gewöhnlich arbeiten sie viel zu teuer, als daß sie es könnten, en auch gerade nicht für die alleruntersten Stände.

Zweimal ist es in der Geschichte dagewesen, daß mit den be-  
 enden Wohlfahrtseinrichtungen im großen Stile aufgeräumt de. Die Reformationszeit vernichtete — und zwar nicht bloß den protestantischen Ländern — mit dem kirchlichen Eigentum ganz ungeheures Gebäude christlicher Liebestätigkeit, in der erzeugung, daß es dem Volke schädlich sei. Ferner war es am e des 18. Jahrhunderts das Lebenswerk und der Lebenserfolg Malthus, daß er der öffentlichen Meinung Englands klar hte: die Armentgesetgebung erniedrigt nicht nur den Armen, ernen vernichtet auch den freien kleinen Mann, der nicht imstande mit der Arbeit der öffentlich unterstützten Armen zu konkurrieren.

So gilt auch heute noch von jeder öffentlichen Wohltätigkeit, auf dem Gebiete der Wohnungspflege, daß sie mehr schadet nützt. Es ist immer ein großer Fehler und ein Unrecht, wenn itliche Gelder zu einem geringeren Zinsfuß an Baugenossen-  
 ten, also an besondere Bevölkerungskreise verliehen, d. h. ver-  
 irt werden, selbst wenn es dabei sich um die untersten Kreise elste, was gewöhnlich nicht einmal der Fall ist. Wie Nießsche : Bei eurer Nächstenliebe muß immer ein fernerer sterben. ichtlich der letzte, unterste, kleinste, freie Mann und Hausbesitzer, nichts erhält.

Allerdings ganz kann die öffentliche Wohnungsunterstützung t fehlen. Für die vielen alleinstehenden Mütterchen, die es im e gibt, gibt es bei uns von Alters einzelne Spital- und Alters-  
 er, in denen sie zum Teil Miete zahlen, zum Teil keine, und n sie meist ganz behaglich untergebracht sind. Diese odische Form der Wohnungsunterstützung ist wirtschaftlich nicht efährlich. Außerdem muß für den letzten und untersten Rest Wohnungsbedürftigen selbstverständlich die öffentliche Armen-  
 ze, sowie für das unverschuldeten Unglück die private Wohltätig-  
 einspringen. Je weniger beide zu tun haben, um so gesünder as wirtschaftliche Leben.

## 8. Die Wohnungsfrage auf dem Lande.

Das Ideal des kleinen Eigenhauses ist für große Städte des Volkes nicht erreichbar, nicht nur darum, weil es in den Großstädten nicht zu haben ist, sondern vor allem auch darum, weil Teile des Volkes es gar nicht brauchen können. Der Mann, der von der einen Stadt in die andere geworfen wird, der Arbeiter, der nicht weiß, wie lange er noch ungekündigt sein wird, der Arbeiter, der bald hier, bald da sein Brot sucht, der einzelne, der entweder innerhalb oder außerhalb des Familienverbandes lebt, das nomadenhafte Volk unserer freizügigen, beständig durcheinanderschüttelten Welt, kann kein kleines Eigenhaus kaufen oder nur mieten, sondern wohnt wirtschaftlicher, bequemer und in den großstädtischen Stagenwohnungen. Freizügigkeit zwingt Mieter. Grundbesitz fesselt.

Aber es gibt andere Volkskreise, die ihrer Natur nach ständig sein können und sollen. Diese festzuhalten ist eine Aufgabe von hoher, politischer und wirtschaftlicher Bedeutung.

Auf dem Lande sollte das deutsche Volk das finden, was die moderne Großstadt nun einmal nicht geben kann, den festen Herd unter eigenem Dach. Hier sollte für die zukünftigen Jahrhunderte die Menschenkraft und Kulturkraft immer von neuem aufgebaut werden, die in den Großstädten nur verbraucht wird. Die Großstädte geben, richtig angesehen, am Baume der Nation immer nur die kurzlebige Frucht, während das Land und die Städte des Landes nährend die Wurzel und tragendes Geäst sind.

Die Morne der Zukunft des deutschen Volkes steht nicht auf das, was in den Großstädten lebt und verdirbt, aber auf die Tatsache, daß das deutsche Landvolk schwindet, zermartert ist und Herz.

Denn, wunderbar, gerade da, wo die kleine Eigenwohnung sein sollte, auf dem Lande, da gibt es wohl von Alters her eine konstante Zahl eigener Herde, die erblichen Stammbauern des deutschen Volkes, im Westen reichlich, im Osten seit der letzten Zeit viel zu wenig. Aber Zuwachs an neuen Herden gibt es nicht. Wohnen wird wohl in deutschen Städten vermehrt, aber auf dem deutschen Lande, wenigstens dort nicht, wo es rein agrarisch ist, durch Industrie und Bergbau noch nicht aufgebrochen.

Im Gegenteil, die Bevölkerung unserer östlichen Provinzen vielmehr aller fast rein agrarischen Gegenden und der kleineren

ht zurück. (Arbeiten von Ehrenberg-Mosk.) Der deutsche Arbeitsmann wandert vom Lande aus, und er würde heute noch wie vor 10 Jahren nach Amerika auswandern, wenn er zurzeit nicht in Berlin und Westfalen bessere Arbeitsgelegenheit fände. Warum geschieht das? Das alte Arbeitsverhältnis des landwirtschaftlichen Tagelöhners, der sich mit seiner Frau zugleich auf Jahresfrist an einen Gutsherrn verdingt und im Tagelöhnerhause des Herrn wohnt, ist in Auflösung begriffen. Der deutsche Arbeiter will dies Arbeitsverhältnis nicht mehr, und braucht es nicht mehr zu wollen. Und das ist es auch ein Fehler des Wohnens, der es ihm unerträglich macht, nämlich das Arbeitsverhältnis und Wohnverhältnis ist zu eng zusammenverflochten. Wenn er sich mit seinem Herrn anstößt oder wenn der Herr mit ihm, was beides unter die Menschenrechte gehört, so wird das Arbeitsverhältnis gelöst und zugleich das Wohnverhältnis. Der Arbeiter muß ausziehen, und das ruiniert den Wohlstand des kleinen Mannes auf dem Lande, welcher nur dann gedeihen kann, wenn er ein wenig Vieh hält, was eine gewisse Seßhaftigkeit voraussetzt. Der Arbeiter muß wohnen bleiben, auch wenn er das Arbeitsverhältnis wechselt. Was ihm also fehlt, ist freies Wohnen. Weil er das nicht findet, geht er ab und wird ersetzt durch den Polen.

Freilich auch in den Dörfern und kleinen Städten verschwindet der deutsche Arbeiter. Es kommt nämlich zu dem Ueberdruß des Arbeiters an dem landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnis noch das Zielwollen der lokalen Verwaltung gegen alle kleinen Leute, die Schul- und Armenlasten vermehren. Manche kleinen Städte und Dörfer unseres Ostens sind drauf und dran, an der Steuerlast zu scheitern. Um sich über dem Wasser zu halten, arbeiten sie verwaltungstechnisch, als wären sie interessiert an der Verödung des Landes statt an seiner Kolonisation. So kommt es zustande, daß, während Deutschland immer menschenreicher wird, unser agrarischer Osten menschenärmer wird. Da nun aber unsere agrarischen Gegenden die Wiege sind für die Menschenmassen, welche der Westen und Großstädte brauchen, so wird bald einmal der Ersatz fehlen, und das Menschendefizit zeigt sich schon in den Massen fremder Arbeiter, die wir über die Grenze ziehen, weil ihre Arbeitskraft gebraucht wird, und in der Polonisierung Westfalens.

Aber das muß nicht so sein. Die Kräfte sind da, die das Land kolonisieren könnten. Der deutsche Mann und junge Familienvater ist noch heute ein solches Talent der Kleinkolonisation, wie das russische. Selbst in den Städten versteht er ein Stückchen Land,

für seine Familie halb Nahrungsquelle, halb Spielzeug, halb Erholungsstätte, festzuhalten mit mehr Opfer als Gewinn. Auf dem Lande aber, das weiß der kleine Mann sehr gut, ist das Leben einer Familie nicht nur Verbrauch, sondern zugleich Production. Frau und Kinder verzehren nicht den Verdienst des Mannes, sondern in der Gartenbestellung und Viehhaltung stellen sie einen Teil ihres eigenen Bedarfes wieder her. Ja das Wachsen der Kinderzahl in der Großstadt eine Familie immer tiefer reißt, bis sie schließlich wegen der Kinderzahl eine anständige Wohnung überhaupt nicht mehr bekommt, ist im Gegenteil auf dem Lande verbessernd.

Also der Kolonisationsfaktor ist da. Auch das Kolonialland. Es gibt für den deutschen Arbeiter auf der ganzen Erde kein sichereres, gesünderes, geistig freundlicheres, als dasjenige, was wir das Mutterland nennen. Verdienst und Arbeitsgelegenheit sind da. Denn die deutschen Bauern und Gutsbesitzer behelfen sich notdürftig mit einer halben Million Osteuropäer und sind bankrott, wenn dieser Arbeiterstrom ausbleibt. Die fremden Arbeiter scheinen vielleicht billiger, sind es aber nicht, weil die Arbeitskraft des selbständigen frei wohnenden deutschen Arbeitsmannes für die Landwirtschaft und besonders bei der Viehhaltung wertvoller ist.

Die disjecta membra der Zukunft liegen bereit: es ist nur das Zauberwort, sie zusammen zu bringen.

Hören wir, wie es bisher auf dem Lande hergegangen ist. Die freie Unternehmung steht bei der Landbesiedlung in schlechtem Ruf. Man nennt sie Güterschlächtereier. Die Kolonisation als Aufgabe oder als gemeinnütziges Unternehmen gräbt ihr das Leben ab und kann das wegen der Umständlichkeit und Schwierigkeit der Landbesiedlung. Eigentlich müßte diese einfacher sein, als die städtische Besiedlung, in Wirklichkeit ist sie umständlicher. Also auf dem Lande ist man der Idee jener städtischen Wohnungsreformer näher, welche aus der Kolonisationsarbeit eine öffentliche Aufgabe machen will. Aber der Erfolg: Die Kolonisation bleibt in ihren Anfängen stecken und leistet nicht den hundertsten Teil dessen, was das Volk braucht. Dagegen die städtische Besiedlung hat das ungeheure Wachstum unserer Städte fertig gebracht, und das ist darum, weil sie nicht nur ein öffentliches Geschäft, sondern eine private Unternehmung, Spekulation gewesen ist. Einen großen Teil des städtischen Wohnungsbedarfes die gemeinnützige und öffentliche Bautätigkeit geliefert hat, ist schon oben erwähnt worden. Die Gemeinnützigkeit nach den Wünschen der Wohnungsreformer

die deutschen Städte gebaut, denn sie kann immer nur einen sehr geringen Bruchteil des Wohnungsbedürfnisses befriedigen, noch die Wohlfahrtspflege irgendwelcher Behörden hat es getan, denn diese sind nicht imstande für ein ganzes Volk und jeden einzelnen zu denken — liegt doch die Schwierigkeit eben darin, daß nur da gerade Wohnungsmöglichkeit geschaffen werden soll und darf, wo Existenzmöglichkeit ist —, sondern allein die freie Unternehmung unzähliger einzelner, wirkliche mannigfaltige Volksarbeit vermag ein so großes Werk zu vollenden.

Sollte es nicht möglich sein, auf dem Lande dieselben freien Kräfte lebendig zu machen, die die deutschen Städte gebaut haben? Die Besiedlung des Landes ist ebenso wie die Städteerweiterung, nicht ein Staatsgeschäft, sondern ein Volksgeschäft.

Die öffentliche und gemeinnützige Kolonisation des Landes hat wenigstens in Bauernhöfen eine relativ ansehnliche Zahl neuer Herde geschaffen. Man sehe nur auf die Arbeit der Ansiedlungskommission. Aber ganz versagt hat sie bis vor kurzem gegenüber dem Bedarf an Arbeiterwohnstätten. Es sind nur einige kümmerliche Ansätze gemacht worden, die in gar keinem Verhältnis stehen zur Größe der Aufgabe.

Und doch ist diese bei weitem die wichtigere. Es ist Aberglaube, daß die Bauernhöfe *rocher de bronce* gegen den Ansturm der Massen sein würden. Sie sind wie Eisberge im Golfstrom, sie müssen schmelzen. Denn der Kleinbauernstand und der Landarbeitersstand sind Blutsbrüder. Sie müssen in einander wechseln können. Der Bauernsohn muß vorübergehend Arbeiter werden können, und aus dem Arbeiterstand muß er wieder in den des Besitzers hinein heiraten können. Der Kleinbauer muß den Arbeiter wie einen Sohn und Bruder an seinen Tisch nehmen können. Darum, wo der deutsche Arbeiter nicht mehr arbeiten kann oder will, da ist auch der deutsche Kleinbauer ein künstliches Gewächs, dessen Tod und Ende kommen muß.

Eigentlich hat es nur in Mecklenburg seit Jahrzehnten so etwas gegeben, was der Stadterweiterung als volkswirtschaftliches Geschäft gleichen werden kann; und auch dort nur veranlaßt dadurch, daß Großherzog in einem ansehnlichen Teil des Landes zugleich Landesherr ist. Vor 60 Jahren erhielten die auf seinem Lande angesehnen Bauern ein annähernd freies Eigentum am Boden in der Form der Erbpacht. Bei dieser Gelegenheit wurde eine Fläche zugeteilt, die nach und nach zu Häuslerstellen ausgelegt wurde. Als Beispiel hat auch Bauernhofbesitzer und Gemeinden in Mecklenburg veranlaßt, Land zu dem gleichen Zweck herzugeben.

Lange Zeit waren dies die einzigen Leistungen in der Kolonisations- und Besiedlung unseres Ostens. Neuerdings haben sich die Leistungen vermehrt. So hat sich in Pommern eine gemeinnützige Gesellschaft, die Pommersche Ansiedlungsgesellschaft, an die Schaffung von Kolonisations- und Besiedlungen gemacht. Beide Unternehmungen, die Mecklenburger und die Pommersche, sind in ihrer Arbeitsweise unter sich vergleichbar. Wir wollen sie vergleichen und berichten über sie nach dem Buch des Amtsassessors Kolbow: „Das Ansiedlungsverfahren in Mecklenburg und Pommern, Rostock 1908. Beide Unternehmungen wollen wir wiederum gegenüberstellen dem Geschäft der Stadterweiterung, wie wir es oben kennen gelernt haben. Wir wollen dazu das Besiedlungsgeschäft in seine einzelnen Teile zerlegen.

### 9. Ein Vergleich zwischen Stadterweiterung und Landbesiedlung.

Die Stadterweiterung beginnt allemal mit der Fluchtliniengrenzfestsetzung. Dadurch wird die eine Grenze der Grundstücke festgelegt, die nach der Straße zu, genau festgelegt. Die weitere Vermessung und Feststellung der einzelnen Bauplätze gegeneinander ist Sache des Privatinteresses, welches zu dieser Arbeit das Katasteramt in Bewegung setzt, und es ist mir nicht bekannt, welche Arbeit Schwierigkeiten macht. Dagegen ist die Vermessungsarbeit auf dem Lande gewöhnlich ein großes Stück in der Kolonisationsarbeit. Es dauert in Pommern durchschnittlich ein bis zwei Jahre, bis die einzelnen Pläne und Baustellen fertig ausgelegt sind.

Bei der Stadterweiterung sucht der private Bauherr eine Baukonzession nach. Diese wird erst gegeben, wenn die notwendigen Sicherungen erfüllt sind, die die Gemeinde verlangen darf. Die Gemeinde darf die Gefahr, daß sie durch die Besiedlung benachteiligt wird, vermeiden. Sie darf sich nicht mehr verlangen, als das Gesetz zuläßt, damit sie nicht willkürlich die Ansiedlung hindere. Denn es ist nicht die Kräfte des Volkes zu fesseln, sondern sie zu entfesseln. Das ist das gemeine Wesen da.

In den Städten werden nur die materiellen Kosten der Stadterweiterung verlangt, nämlich die Straßenbaukosten. Dagegen wird nicht verlangt die Deckung der neu zumwachsenden Schul- und Sozialkosten, welche die Städte vielmehr aus dem Zuwachs an Steuern zu leisten hoffen.

Dagegen auf dem Lande heischen die Gemeinden an

unter den hohen Schul- und Armenlasten, und die Besiedlung hat  
 les zum Feinde, wenn sie diese zu decken im voraus nicht bereit  
 . Darum gehört die Dotation der Gemeinden für ihre Kultur-  
 isgaben zum Hauptgeschäft der Ansiedlungstätigkeit.

Heute liegt die Sache so, daß das platte Land die Schul- und  
 rmenlasten für die großen Städte und Industriegegenden zahlen  
 is, indem es die erwerbsfähigen Leute in einem bestimmten Alter  
 gibt, dagegen die dazu gehörigen Unterstützungsbedürftigen auf  
 n Lande unterhalten muß. Eben durch die freie, selbsttätige Be-  
 lung des Landes kann dies gefährliche Verhältnis abgeändert  
 rden, welches auf die Dauer die gesunde Konstitution des Volkes  
 roht; nämlich indem die privatwirtschaftlichen Kräfte mobil ge-  
 ht werden. Es muß erreicht werden, daß, wenn der junge  
 nn in die Stadt zieht, er oder seine Eltern schon die Kultur-  
 gaben bezahlt haben, welche seine Erziehung gekostet hat. Die  
 bschneidung der Landhunger des Mannes aus dem Volk macht ihn  
 ig, bei seiner Ansiedlung einen Kanon zu übernehmen oder einen  
 jrbetrag auf sein Grundstück zu zahlen, welcher die Kulturlasten deckt.

So ist aber bisher nicht verfahren. Zumeist handelt es sich  
 die Neuschaffung ganzer Dorfgemeinden. Dafür galt in Mecklen-  
 die Erfahrung, daß, um die Gemeindeaufgaben wenigstens in  
 größeren Menge zu decken, es nötig ist, 5% der Dorfflur als  
 eindeland auszutun. So ist bei größeren Aufteilungen ver-  
 n. „Aus den Einkünften dieser Ländereien hat die neue Ge-  
 de die Armen-, Weg- und Deichlasten, die Ausgaben für das  
 rlöschwesen, für Hebamme, Impfarzt, Nachtwächter, Standes-  
 und die regelmäßig wiederkehrenden Schullasten zu bestreiten.“  
 Wo einzelne Stellen in fertigen Gemeinden gegründet wurden,  
 nur in Mecklenburg vorkommt, wurden 5% der Kaufstelle oder  
 lark für jede Häuslerei verlangt und bewilligt. Ist das viel?  
 nserer Stadterweiterung betragen die Anliegerbeiträge für  
 Baustelle von 20 m Straßenfront 1200 bis 1800 Mark, welche  
 ielleicht auf 6 Kleinwohnungen in einem dreistöckigen Haus  
 en. Das macht auf die Wohnung mehr als 200 Mark  
 unallasten, ungerechnet den übrigen Bodenwert. Die Be-  
 3 des kleinen Herdes in der Stadt ist also viel größer. Ich  
 , daß auch auf dem Lande die einzelne Stelle mehr tragen  
 . Das wäre aber sehr wichtig; denn die Besiedlungsarbeit  
 m Lande wird erst dann marschieren, wenn sie für die Ge-  
 n ein gutes Geschäft wird.

In der Stadterweiterung müssen außerdem Baukonzessionen gebühren bezahlt werden, und endlich wird auch das Grundstück zur Gebäudesteuer veranlagt. Dagegen in der Medlenburger Besiedlung geschieht die Auslegung der Stelle immer vollständig frei von Grundlasten. Die Gemeinbedotationen geschehen im Land und nur in den seltenen Fällen, wo einzelne kleine Stellen geschaffen werden, in einer einmaligen Kapitalzahlung. Dies ist aber unzweckmäßig. Will man ein möglichst einfaches Besiedlungsverfahren für einzelne Stellen in jedem Dorf schaffen, so ist viel praktischer und einfacher, man belastete die Stelle mit einem Kanon oder einer Gebäudesteuer, welche die neuentstehenden Steuern und Kulturlasten deckt.

In der Stadterweiterung muß die Baukonzession nach Erfüllung der gesetzlichen Bedingungen erteilt werden und kann verweigert werden. Dagegen auf dem Lande ist die Besiedlung Verhandlungs- und Vertragsobjekt, und es kann auf diese Weise die Besiedlung willkürlich gehindert werden. Bei einem Grundstücksaufteilungsobjekt bot die Medlenburgische Ansiedlungsgesellschaft eine Landdotation von 1800 Quadratruten. Die Gemeinde verlangte 2000 Quadratruten mit der weiteren Einschränkung, daß bei der Auslegung von Häuslerstellen Abstand genommen werden sollte. Der Großherzogliche Amt suchte zu vermitteln und schlug eine Landdotation von 2000 Quadratruten, sowie von 100 Mark für jede Häuslerstelle vor. Die Gemeinde lehnte dies ab und steigerte die Forderung auf 3000. Die Ansiedlungsgesellschaft erklärte sich zu 2400 Quadratruten zu geben und für jede Häuslerstelle 100 Mark zu zahlen und auf die Hälfte der Häuslerstellen zu verzichten. Sie sagt dazu: „Im großen und ganzen wird von den Gemeinden die Vermehrung der kleinen Stellen nicht allzu gern gegeben.“

Auf dem Lande gelingt die Besiedlung überhaupt nur als Unternehmung im großen. Entweder der Kolonisateur ist groß, das Objekt ist groß. In Pommern werden nur ganze Gemeinden geteilt und in Dörfer umgeschaffen. In Medlenburg werden allerdings einzelne Häuslerstellen, in viele Dörfer verteilt. Aber der Kolonisateur ist beinahe in allen Fällen der Medlenburgische Ansiedlungsgesellschaft oder noch häufiger der großherzogliche Domänenkammer. Daß ein beliebiger Privatmann ein beliebiges Landstück unter festgelegten, im voraus berechneten Bedingungen besiedeln könnte wie in den Städten, ist auf dem Lande unmöglich.



Ist auf dem Lande die Schuldotation die Hauptsache, so sind in den Städten die Straßenherstellungskosten. Letztere spielen allerdings auch auf dem Lande eine Rolle, wenn ganze Dörfer neu angelegt werden. Aber wenn nur Schritt für Schritt kleine Stellen angelegt werden sollen, so können sie vermieden werden, weil auf dem Lande immer mehr feste Straßen vorhanden sind, als für die neuen Häuser gebraucht werden. Vernünftigerweise würden die neuen Neubauten nicht an neuen Straßen, sondern an den fertigen Chaussees angegeschlossen werden, wodurch unsere Flachlanddörfer ähnlich würden wie gestreckten Dörfern unserer Gebirge.

Die Baukonzession erteilt in den Städten der Form nach die Polizeibehörde, in Wahrheit die städtische Selbstverwaltung. Dagegen auf dem Lande in Pommern die Generalkommission, in Preußen das Großherzogliche Finanzministerium, außerdem aber auch jede Dorfgemeinde, jeder Gutsbezirk, jeder Kreis, der beauftragt wird.

Mit der Baukonzession und der Herstellung der Straße hat öffentliche Arbeit in der Stadterweiterung ihr Ende. Es beginnt das private Geschäft.

In der Stadterweiterung gehören mindestens folgende Akteure dem Schauspiel der Kolonisation.

1. Der Landgeber.
2. Der Realgläubiger und Kreditgeber.
3. Der Bauunternehmer, der Gewinn und Verlust wagt.
4. Die Hauptperson, der Käufer oder Mietaufsteiger, der in seiner Leistung das ganze Geschäft bestätigt und alle Versprechungen und Hoffnungen verwirklicht. Alles privatwirtschaftliche Kräfte, Volkskräfte, aber keine Behörden. Auf dem Lande fehlt das alles.

Es fehlt zunächst das Landangebot. Ob es wohl in den Städten und Rittergütern ganz Pommerns so viel fertige Baustellen, von irgendwem bebaut werden könnten, gibt, wie in der einen Stadt Stettin? Ich glaube nicht. Warum gibt es das nicht?

Es ist etwa keinen Gewinn in der Gründung neuer Wohnstätten auf dem Lande? Im Gegenteil. „In der Aufsteilung eines Gutes ist erfahrungsgemäß der Bodenpreis nicht unerheblich, auf welcher Höhe der oft recht hohe Gewinn der gewerbsmäßigen Parzellanten beruht.“ In Preußen hält man diesen Gewinn für etwas Nachsichtswürdiges oder Unerlaubtes. Man will nur zum Vorteil des Anbauers kolonisieren. „Das von der Generalkommission befolgte

Grundprinzip, lebensfähige Gemeinden zu schaffen, hat zu einer außerordentlichen Beschränkung des bei der Aufteilung für den Parzellanten aufkommenden Gewinnes geführt, und hierdurch ist es dahin gekommen, daß zurzeit Private nur noch vereinzelt die Aufteilung von Grundbesitz unternehmen.“ „Von der Anschauung ausgehend, daß die Landsteigerung, die durch den Ansiedler hervorgerufen wird, auch wieder zugute kommen müsse, hat die Generalkommission bei den von ihr geleiteten Besiedlungen den den Parzellanten hiebei fallenden Gewinn ganz erheblich eingeschränkt und die so freiwerdenden Werte für die Zwecke der Besiedlung verwendet.“ Sehr meinnützig ist dies Verfahren, aber eben darum unverhältnismäßig unfruchtbar. Hier haben wir das Ideal, welches die hiesigen Wohnungsreformer sich vorstellen, erfüllt. Das gesamte Landangebot geht vom Privatbesitz an eine einzige gemeinnützige Gesellschaft, die Pommerische Ansiedlungsgesellschaft, welche im Verein mit der Behörde, der Generalkommission, das Geschäft lediglich im Interesse des Ansiedlers abwickelt. Da nun diese Gesellschaft der Regierung nur ganze Güter ankauft und in neue Dorfgemeinden vertheilt, so wird diejenige Angabe überhaupt nicht angefaßt, die die wichtigste ist, nämlich daß in allen dörflichen Gemeinden, wo die Gelegenheit ist, sich neue Wohnplätze für freiwohnende deutsche Arbeiter selbsttätig bilden können.

In Mecklenburg gibt es neuerdings eine eben solche gemeinnützige Gesellschaft, und die Behörde zieht es vor, das Landangebot an diese zu weisen. Aber weil das Land noch im herzoglichen Dominium in der Zeit der Agrarreform zurückgehalten hat, das es nach und nach zu Häuslerstellen ausbauen kann, so gibt es wenigstens in diesen wenigen deutschen Ländern das, was in allen anderen fehlt, nämlich Landangebot zur Vertheilung neuer Wohnplätze für Arbeiter. Was aber überall fehlt, das sind feste Normen, unter welchen der eine Privatwirtschafter dem anderen ohne umständliche Verhandlungen mit Behörden Land anbieten mit Gewinn verkaufen könnte. Mecklenburg ist nur insofern besser als dort weniger regiert wird, denn eine „Einwirkung“ auf den Kaufpreis wird von seiten der Behörde nicht ausgeübt. In Preußen muß der Eigentümer sich seinen Gewinn kürzen lassen, die Generalkommission lehnt die Beteiligung an der geplanten Aufteilung ab.

Nach dem Kauf kommt die Hypothekensbewegung. Bei der Stadterweiterung auch ein Geschäft der privatwirtschaftlichen

Ingeheure Summen werden da ohne jede Schwierigkeit geborgt und erliehen. Diese Verschuldung ist nötig, wie oben schon dargelegt, wenn der Boden kein Luxusgegenstand für den Reichen oder Nachtmittel für den Herrn, sondern Arbeitsinstrument für jedermann sein soll, der ihn nötig hat. Der unvermeidliche Nachteil dieser Sache ist freilich das, was der Bodenreformer als Bodenwucher bezeichnet, nämlich daß des öfteren ein Privatwirtschaftler, der sich verrechnet hat, aus irgend welchem Unglück zusammenbricht.

Dagegen in der Kolonisation des Landes, wie sie in Pommern getrieben wird, wird der private Besitz abgelöst, ausgezahlt durch den öffentlichen Kredit. Um diese Kapitalbewegungen zu leisten, sind besondere Fonds nötig. Da haben wir zunächst den weimillionenfonds, aus welchem die gemeinnützige Ansiedlungskommission schöpfen darf, um den Besitzer auszusahlen; und zweitens den Zehnmillionenfonds, mit dessen Geldern nach genauester Prüfung die Besiedlungsfähigkeit des Gutes durch die Generalkommission die Privathypotheken abgestoßen werden können. Der Sinn der Sache ist allemal der, daß auf umständlichen Wegen das Privatkapital als äubiger abgelöst und ausgestoßen wird. Liegt es nicht auf der Hand, daß dies Verfahren die Selbstbesiedlung des Landes in engen Fesseln schnürt? Bodenwucher gibt es freilich nicht. Denn die Anlagen, die unter solcher Fürsorge und Obhut der Behörden anzugeht werden, müssen ja gedeihen. Aber die Pflanzung bleibt immerlich klein. Genau so wie es unmöglich ist, die Gelder zu beschaffen, welche nötig wären, um aus der privatwirtschaftlichen Stadterweiterung ein öffentliches Geschäft zu machen, weil das Werk groß ist — man würde dazu eine halbe Milliarde gebrauchen —; auch so ist auch das Werk der Besiedlung des Landes, wie es sein sollte, zu groß, als daß es aus öffentlichen Mitteln allein geleistet werden könnte.

Wiederum wird in Mecklenburg der einfachere Weg benutzt. Bei Abtrennung von unbebauten Parzellen im Umfange bis zu der Grundfläche des Grundstücks wird die Zustimmung des abtretenden Gläubigers auch ohne Entschädigung ersetzt durch das Häblichkeitsattest. „Bei größeren Abtrennungen muß die Zustimmung der Gläubiger nachgewiesen werden. Die Ansiedlungsgesellschaft hat das Geld ohne staatliche Hilfe zu beschaffen, da ein öffentliches Kreditinstitut für derartige Zwecke in Mecklenburg nicht besteht.“ Wie es scheint, wird in den meisten Fällen der private Kredit auf das neue Objekt überschrieben.

Will man eine wirklich freie Selbstbesiedlung des Landes, so muß man einen direkten privatwirtschaftlichen Weg vom Gläubiger zum Schuldner herstellen.

Weil es keine private Bodenspekulation auf dem Lande gibt, so gibt es auch keinen privaten Baufredit; sondern dieser wird durch öffentlichen Baufredit, ja sogar durch das öffentliche Kapital selbst ersetzt werden, und dazu sind noch größere öffentliche Mittel nötig. In Pommern geschieht „die Bauausführung in der Mehrzahl der Fälle durch den Kolonisator“, „aber unter ständiger Kontrolle des Spezialkommissars, der selbst durch Bauinspektoren die Arbeiten mehrfach revidiert“. „Das Wohnhaus muß massiv und mit Steindach gebaut.“ Die Bauten werden an öffentliche Unternehmer vergeben unter strenger Lieferungsfrist und Strafen und schlüsselfertig der Behörde überliefert. Hier hat sich wieder das Ideal der städtischen Wohnungsreformer. Das Siedlungs- und Besiedlungswerk ist zu einer öffentlichen Arbeit geworden. Das private Gewinninteresse des Landgebers, das private Kapital, der private Baufredit, das private Bauunternehmen, alles ausgeschaltet: nur der Siedler selbst hat in den öffentlichen Bureaukratie Existenzberechtigung.

Aber auch er wird seines privaten Charakters halb beraubt. Jeder sich meldende Käufer wird bezüglich seiner persönlichen wirtschaftlichen Verhältnisse einer eingehenden Prüfung unterzogen. Ein ins einzelne gehender Fragebogen, besonders auch das Privatleben betreffend, muß von der Polizeibehörde seines früheren Wohnorts beglaubigt vorgelegt werden. Daneben werden Erfragen über ihn bei Geistlichen und sonstigen Vertrauenspersonen gezogen. Besonders aber sucht der Spezialkommissar in der mündlichen Unterredung ein Urteil über seine Tauglichkeit zu gewinnen. Die Generalkommission hält es für zweckmäßig, das weitere Erwerben von Arbeiterstellen auch für die Zukunft einer Kontrolle zu unterwerfen und pflegt daher bei diesen Stellen zugunsten der Vorzugsberechtigten das Vorkaufsrecht eintragen zu lassen.“ Noch eine Bedingung: „Stellen, welche nur aus Haus, Hof und Garten bestehen, wie die mecklenburgischen Häuslereien, sind nicht als Rentengüter zu betrachten.“

Das ist das Gegenteil eines freien Siedlungswerkes. Es ist weiter nichts als das, was man jetzt Gemeinnützigkeit nennt, nur eine Wohltat, welche unfrei macht, kein Feld für jeden Mann. So lange die innere Kolonisation keine andere findet, wird sie Stückwerk bleiben.

Wiederum ist in Mecklenburg das einfachere und gesündere Verfahren noch möglich. Dort gibt es einfache Landabtrennung für den Grundeigentümer: „Einwirkung auf den Kaufpreis wird von den der Behörde nicht ausgeübt.“ „Irgendwelche Prüfungen und Ermittlungen bezüglich der wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse der Ansiedler werden nicht veranstaltet. Auch ein Vermögensnachweis wird nicht gefordert.“ „Das Ankaufsgeschäft geschieht ohne finanzielle Unterstützung des Staates.“ „Wie der Ansiedler die Baugelder beschafft, ist seine Sache.“ „Vielfach werden auch die kleinen Bauunternehmer, die, zahlreich in den Dörfern wohnend, im Grunde nichts anderes als gewöhnliche Zimmerer bez. Zimmerer sind, die nötigen Summen vor, ein Umwandeln, der manchmal schlechte Arbeit und hohe Baukosten zur Folge hat;“ manchmal aber durch die Mitarbeit des Ansiedlers selbst auch leichter ausfällt, füge ich hinzu. Das ist in nuce dasselbe Verfahren wie bei der Ansiedlung in den Städten, nur mit der Voraussetzung, daß die öffentlichen Lasten, die bei der Neusiedlung übernommen werden müssen, nicht von vornherein klar festliegen, sondern durch Verhandlung mit Behörden jedesmal gefunden werden müssen. Hier ist der Weg der Zukunft, so bescheiden er auch gegenüber den Leistungen der staatlichen Ansiedlungsarbeit aussieht. Sollte jemand zweifeln, ob diese bescheidenen privatwirtschaftlichen Kräfte die Kleinkolonisation des Landes bewältigen können, denken Sie sich daran erinnern, daß sogar in einer Stadt von 100 000 Bewohnern, wie Karlsruhe, ein geradezu zwerghaftes Bauunternehmertum die meisten Geschäfte besorgt.

Darum Bahn frei für die kleine freie Unternehmung. Und noch mehr als in den Städten ist sie auf dem Lande die beste, die Herde schafft. Was in den Städten vielleicht unerfüllbar ist, Ideal bleiben muß, nämlich das kleine selbstgebaute Eigenheim, das muß auf dem Lande grünende, blühende fruchttragende Fruchtbarkeit werden.

#### 10. Schluß.

Weniger Staatsfürsorge, mehr wirtschaftliche Freiheit mit dieser Lösung sollte das weitere Werk begonnen werden. Es deutet auf einen tieferen Zusammenhang hin, daß die städtische Siedlungsarbeit, die die Bevölkerung der deutschen Städte und Reichthum wohl geradezu verdoppelt hat, im letzten Menschenalter begonnen und gelungen ist unter dem Regiment der Selbstverwaltung. Vielregiererei und bureaukratische Staatsfürsorge ver-

trägt sich nicht mit der Selbstverwaltung. Diese bleibt stehen, wo möglichst wenig regiert wird, wo unter festen gesetzlichen Normen möglichst viel der individualwirtschaftlichen Freiheit gelassen wird. Und umgekehrt: die unbewachte Bureaucratie immer mit ihrer Weisheit die Geschäfte einer Sache, die sie vorgenommen hat, bis ins Einzelnste zu verfolgen: sie handelt ihrer Natur nach staatssozialistisch. Nun kann man, wie wir oben gesehen haben, immer nur ein kleiner und jetzt nebensächlicher Teil des Wirtschaftslebens kommunalisiert, sozialisiert werden, so etwa ein Teil des Verkehrswezens, die Wasserversorgung einer Stadt. Aber nicht einmal in den Städten kann die Wohnungsfürsorge kommunalisiert werden. Es muß unserm ganzen großen privatwirtschaftlichen Wirtschaftskörper eine eiserne Hand um das muskelweiche Herz greifen. Die Volksarbeit muß privatwirtschaftlich sein und bleiben. Sie meint, die Wohnungsfürsorge auf dem Lande könnte von freiwilligen Kräften und nach dem Prinzip der Gemeinnützigkeit geleistet werden, so kennt man noch garnicht die ungeheure Größe dieser Volksarbeit. Wirtschaftliche Freiheit und das Gemeinwohl des Einzelnen allein können sie bewältigen. Dies Gemeinwohl, welches Wort naive Sozialisten nicht aussprechen, ohne sich zu bekreuzigen, hat das ganze ungeheure Gebäude der Volkswirtschaft auf der und von der wir leben, gebaut. Diese Kraft baut auch das Dach über den Häuptern der einzelnen kleinen Familien. Weil die gemeinsame Arbeit fruchtbar ist, können sie alle ihre eigene Seine suchen, die Grundeigentümer, Käufer, Mieter, Pächter und Kreditgeber, und arbeiten doch zusammen zum allgemeinen Nutzen.

Aus Ostpreußen, dem Lande, welches dem deutschen Reich die moderne Selbstverwaltung und bürgerliche wirtschaftliche Freiheit geschenkt hat, kommt der Bedruf, daß die gleiche Wohlfahrt auch dem deutschen Lande zuteil werde. Zwischen der Staatseigenschaft der ostpreußischen Landschaft ist ein interessanter Zwiespalt entstanden, wie die Arbeiterbesiedlung unsres Ostens angeordnet soll. Die Regierung will fortfahren auf dem Wege der freiwilligen, gemeinnützigen Staatsfürsorge mit öffentlichen Geldern. Dagegen die Landschaft als Vertreterin der Grundeigentümer der Provinz verlangt, daß dies große Werk der Selbstverwaltung den öffentlich-rechtlichen Körperschaften anvertraut werde.

In einem offenen Briefe an den Oberpräsidenten von Ostpreußen schließt der Generallandschaftsdirektor Rat:

„Die von der Landschaft gewünschte öffentlich-rechtliche Verfassung des provinziellen Kolonisationsunternehmens ist keine bloße Fiktion. Durch die Verfassung wird der ganze Inhalt und der Verlauf der inneren Kolonisation bestimmt. Erst jüngst wurde die hundertste der Steinschen Städteordnung begangen. Damals, zur Zeit der tiefsten Erniedrigung unseres Vaterlandes, schenkte der Staat mit weitschauendem Blick den Städten die Selbstverwaltung. Aus der nur widerwillig aufgenommenen Gabe erwuchs eine neue ungeahnte kraftvolle Entwicklung städtischen Wesens. In dem nächsten Jahrhundert, in dem wir leben, wird unsere Entwicklung von dem Problem der inneren Kolonisation beherrscht werden. Möge die diesmal unsere Regierung sich der Größe des Entschlusses zeigen, möge sie durch Entgegenbringen von Vertrauen und öffentliches Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühl wecken und auf dem Wege durch Verleihung wahrer Selbstverwaltung die sittlichen und wirtschaftlichen Kräfte lösen, die allein das Gelingen des großen Werkes der inneren Kolonisation sichern können.“

Diese Worte treffen die Sache, Mangoldt glaubt freilich auch an den Plan „öffentlich-rechtliche“ Stadterweiterung nennen zu dürfen. Was er aber in Wahrheit meint, ist bürokratische Wohnungsfürsorge, Stadterweiterung als privatwirtschaftliches Unternehmen, aber mit sozialpolitischem Charakter betrieben nur von der Kommune selbst. Mit jenem Recht nennt Rapp das, was er wünscht, eine „öffentlich-rechtliche“ Verfassung des provinziellen Kolonisationsunternehmens, nämlich daß die „sittlichen und wirtschaftlichen Kräfte auf dem Lande“ unter festgelegten Normen öffentlichen Rechtes und unter Kontrolle der Selbstverwaltung zusammen arbeiten in der inneren Kolonisation.

Möge die öffentliche Meinung des deutschen Volkes erkennen, daß der Geist des wahren, das Volk kräftigenden Liberalismus, des deutschen Steinschen Liberalismus nicht bei den halbsozialistischen Wohnungsreformern ist, sondern bei diesem Versuch der agrarischen Reform Ostpreußens die Besiedlung des Ostens aus einem Werk der Bürokratie zu einem Werk der Selbstverwaltung zu machen. Selbstverständlich müssen bei diesem Werke, wie in den Städten, auch auf dem Lande, die Grundeigentümer die Führer sein. Denn sie allein sind imstande, den großen Arbeitsaufwand wirklicher Selbstverwaltung zu leisten.

Wir haben oben gesagt, daß die ländliche Wohnungsfrage die wichtigere ist. Nicht nur daß die deutschen Städte ihren Menschen- und wirtschaftlichen Jahrbücher. Bd. CXXXVI. Heft 2.

bedarf vom Lande ziehen und daß ihr Wachstum nachlassen muß, wenn die Verödung des Landes den Menschenüberfluß nicht abläßt, oder vielmehr daß dann ihr Wachstum ein ganz anderes werden muß, daß fremde Völker einziehen werden, und die politische Kraft eines Volks gebrochen wird, und die wirtschaftlichen Kämpfe vergiftet werden, wenn in die Klasse der Lohnarbeiter ein Volk fremder Sprache, fremden Glaubens, fremder Rasse einströmt; sondern es ist auch die wirtschaftliche Existenz des gesamten Volkseigentums unseres Ostens in größter Gefahr, zusammenzubrechen, wenn es in der Hand einer auswärtigen Gewalt liegt, ihm die 10 Millionen ausländischer Arbeiter, die es jetzt jährlich braucht, im Augenblick zu sperren; ja es ist vom Gelingen der deutschen Besiedlung des Ostens der alte und gerühmte politische Wert der östlichen Provinzen abhängig; sogar der politische Glanz des Reiches Namens gegen Osten hin steigt und fällt mit diesem Werte. Die Zukunft liegt nicht allein auf dem Wasser, sondern auch an der Ostgrenze. Die Uebersee- und Weltpolitik muß ergänzt werden durch die Kontinentalpolitik. Und es genügt nicht, daß man die Ostgrenze mit den kriegerischen Waffen verteidigen. Wir müssen auch mit wirtschaftlicher Arbeit verteidigen.

Zum Schluß sei es mir erlaubt, einige Leitsätze zu formu-

1. Der Mann auf dem Land braucht freies Wohnen.

D. h.: die Wohnungs- und Arbeitsgelegenheit muß gesichert werden.

2. Wat kost, werd betalt.

D. h. die Besiedlung soll die Schul- und Armenlasten nicht vermehren, sondern durch eine Gebäudesteuer getragen werden.

3. Bau dir dein Nest auf eigene Gefahr.

Keine fürsorgende Behörde und kein Arbeitgeber kann ein Vertragsverhältnis Arbeitsgelegenheit versprechen. Das ist die Wahl des Ortes Sache des existenzsuchenden Ansiedlers.

4. Allein wer sich selber hilft, ist frei.

Darum keine wandelbare Unterstützung und keine Begünstigung der Ansiedler, sondern feste Normen öffentlichen Rechts, die der kleinen Unternehmung die Bahn frei machen.



# Die Mängel der Veranlagung zur Einkommensteuer und Vorschläge zu ihrer Beseitigung.

Von

Oberverwaltungsgerichtsrat **Wrozel** in Stegalitz.

Der ausgesprochene Zweck des Einkommensteuergesetzes vom Juni 1891 war die Besteuerung nach der wirklichen Leistungsgerechtigkeit der Steuerpflichtigen. Daß dieses Ziel nicht durchweg erreicht worden ist, wird jetzt allseits zugestanden. Welcher Stand bei am besten gefahren ist, kann unerörtert bleiben und wird sich auch niemals mit Sicherheit feststellen lassen. Für unsere Ausführungen genügt das Zugeständnis, daß die Veranlagung trotz jetzt achtzehnjährigen Geltung des Gesetzes das wirkliche Einkommen noch nicht zu erfassen vermochte. Die Schuld daran trägt entweder das Gesetz, oder seine Ausführung, oder beide zusammen. Von den gesetzlichen Bestimmungen kommen zunächst die über Veranlagungs- und Rechtsmittelfverfahren in Betracht; sie sollen nur insoweit erörtert werden, als sie die Veranlagung der Steuerpflichtigen betreffen, welche eine Steuererklärung abzugeben

Behufs Veranlagung der Steuerpflichtigen bildet jeder Kreis einen Veranlagungsbezirk. Für jeden Veranlagungsbezirk ist unter Vorsitz des Landrats oder eines von der Regierung ernannten Vorsitzenden eine Veranlagungskommission gebildet, deren Mitglieder von der Regierung ernannt, teils von der Kreisvertretung und teils Stadtfreien von der Gemeindevertretung aus den Einkommensbesitzern des Veranlagungsbezirks, unter möglicher Berücksichtigung verschiedener Arten des Einkommens, auf die Dauer von sechs Jahren gewählt sind. Die Zahl der ernannten und der gewählten Mitglieder ist für die einzelnen Veranlagungsbezirke mit Rücksicht auf deren Größe und auf die Einkommensverhältnisse der Ein-

wohner von der Regierung in der Art bestimmt, daß die ernannten Mitglieder einschließlich des Vorsitzenden die Hälfte der gewählten Mitglieder nicht überschreitet. Alle drei Jahre je die Hälfte der ernannten und der gewählten Mitglieder wird durch neue Ernennungen oder Wahlen ersetzt. Die Entlassenden können wieder ernannt oder gewählt werden. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission hat die Interessen der Steuerpflichtigen zu vertreten und das Veranlagungsgeschäft zu leiten. Er ist verantwortlich, daß die gesamte Veranlagung nach den Vorschriften zur Ausführung gelangt. Zum Zwecke der Veranlagung, insbesondere behufs Prüfung der Steuererklärungen, hat der Vorsitzende über die Besitz-, Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen möglichst vollständige Nachrichten einzuziehen. Er kann den Steuerpflichtigen auf Antrag oder Amtswegen Gelegenheit zur persönlichen Verhandlung über die Veranlagung erheblichen Tatsachen und Verhältnisse geben. Sämtliche Staats- und Kommunalbehörden haben die Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Steuerpflichtigen betreffenden Akten, Urkunden usw. zu gestatten, sofern nicht — mit Rücksicht auf die Staats- und Kommunalbehörden — besondere Bestimmungen oder dienstliche Rücksichten entgegenstehen. Die Einsicht der Bücher, Akten usw. der Sparcassen ist nicht gestattet.

Dem Vorsitzenden können zur Bearbeitung der Steuererklärungen von der Regierung Hilfsbeamte zugeordnet werden, welche diese zum höheren Verwaltungs- oder Justizdienst befähigt sind. Sie regelmäßig zum Stellvertreter des Vorsitzenden der Veranlagungskommission ernannt. Die Ueberweisung von subalternen Geschäften an die Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen findet in der Erledigung desjenigen Teiles ihrer Geschäfte statt, welcher subalternen Expeditions-, Kalkulatur- und Registraturdienst gehört, sowie zur Ausführung der Weisungen des Vorsitzenden über die Einziehung der Nachrichten über die Besitz-, Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen, Einsichtnahme in die betreffenden Bücher, Akten, Urkunden usw. Darüber hinaus derselben die regelmäßig von dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission oder dessen Stellvertreter persönlich wahrzunehmenden Geschäfte, insbesondere die Entgegennahme protokollarischer Erklärungen, die persönliche Verhandlung mit den Steuerpflichtigen bei Beanstandung der Steuererklärungen oder bei Erhebung von Rechtsmitteln nur ausnahmsweise bei dienstlicher Vertretung.

ern anderweite Bedenken nicht obwalten, aufgetragen werden. In Stellvertretung des Vorsitzenden in den Sitzungen der Veranlagungskommission, sowie zur Teilnahme an denselben mit beratender Stimme dürfen Subalternbeamte überhaupt nicht verwendet werden.

Für jeden Regierungsbezirk ist unter dem Voritze eines von dem Finanzminister ernannten Regierungskommissars eine Berufungskommission gebildet, deren Mitglieder teils von der Regierung ernannt, teils von dem Provinzialausschusse aus den Einwohnern des Regierungsbezirks, unter möglichster Berücksichtigung der verschiedenen Einkommensarten des Einkommens, auf die Dauer von sechs Jahren gewählt werden. Alle drei Jahre scheidet die Hälfte der gewählten Mitglieder aus und wird durch neue Wahlen ersetzt. Die Ausscheidenden werden wieder gewählt werden. Der Vorsitzende der Berufungskommission ist in bezug auf die richtige Feststellung der Steuer der Vertreter der Staatsinteressen für seinen Bezirk. Ihm liegt die Leitung des gesamten Veranlagungsgeschäfts im Bezirke ob. Er hat die gleichmäßige Anwendung der Veranlagungsgrundsätze zu bewachen und die Geschäftsführung der Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen zu beaufsichtigen.

Die oberste Leitung des Veranlagungsgeschäfts im Staate geht an den Finanzminister.

Sobald die Steuererklärungen mit der Versicherung, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht seien, eingehen, prüft der Vorsitzende der Veranlagungskommission sie nach Form und Inhalt zu prüfen. Ergeben sich gegen den Inhalt Bedenken, sei es bezug auf die Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit der tatsächlichen Angaben, sei es mit Bezug auf die Einkommensberechnung oder die richtige Anwendung der maßgebenden Veranlagungsgrundsätze, so ist die Steuererklärung zu beanstanden. Hier von hat der Vorsitzende dem Steuerpflichtigen in der Regel noch vor dem Zutritt der Veranlagungskommission unter Mitteilung der Gründe mit der Aufforderung Kenntnis zu geben, sich binnen einer von zwei Wochen über jene oder bestimmte an ihn gestellte Fragen zu erklären. Die Mitteilung soll den Steuerpflichtigen kurz und schöpfend und in verständlicher Weise darüber unterrichten, welche einzelne Angaben die Beanstandung sich bezieht und in welchen Punkten er seine Angaben erläutern, ergänzen oder berichtigen muß, um die dagegen obwaltenden Bedenken zu beseitigen.

Sache des Steuerpflichtigen, der Veranlagungskommission die

Ueberzeugung von der Richtigkeit der beanstandeten Angaben verschaffen, und die zu diesem Zweck dienlichen Beiziehungsmittel (Bücher, Quittungen, Belege, Auskunftspersonen etc.) zuführen. Die vom Steuerpflichtigen angebotenen, geläufigen, an sich geeigneten Beweismittel müssen erhoben werden, soweit nicht die unter Beweis gestellten Tatsachen unstritten oder für die Beurteilung der Sache unerheblich für den Verlauf und die Ergebnisse der stattgehabten mündlichen Verhandlung und einer etwaigen Beweisaufnahme sind anerkannt werden. Schließlich trägt der Vorsitzende in die für den Bescheid bestimmte Spalte der Nachweisung den Steuerbetrag nach seinem pflichtmäßigen Ermessen zu veranlagern an.

Nach Beendigung der Vorarbeiten beruft der Vorsitzende die Veranlagungskommission. Die einzelnen Mitglieder der Kommission können jedoch auch schon vor deren Zusammentritt vom Vorsitzenden bei der Prüfung der Steuererklärungen sowie bei den Verhandlungen mit den Steuerpflichtigen beteiligt werden. Der Vorsitzende unterbreitet der Kommission sämtliche Steuererklärungen und das durch die Verhandlungen mit den Steuerpflichtigen gewachsene Material. Die Kommission unterwirft das gesamte Material unter Verwertung der eigenen Kenntnisse ihrer Mitglieder einer eingehenden Prüfung. Hierbei ist sie an die zur Vorbereitung der Beschlüßfassung ergangenen Verfügungen des Vorsitzenden gebunden und auch ihrerseits befugt, Steuererklärungen zu beanstanden, die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, sonstige zur Feststellung der Tatsachen erforderliche Ermittlungen zu veranlassen, insbesondere auch vom Steuerpflichtigen die Vorlegung seiner Bücher, Kontrakte, Schuldschreibungen, Zinsausweise etc. zu verlangen.

Bei der Festsetzung des Steuerbetrags hat die Kommission die Angaben des Steuerpflichtigen zugrunde zu legen, wenn eine vorschriftsmäßige, nicht beanstandete Steuererklärung vorliegt, oder die Bedenken gegen den Inhalt einer beanstandeten Steuererklärung durch die stattgehabten Verhandlungen beseitigt worden sind. Liegt dagegen eine vorschriftsmäßige Steuererklärung überhaupt nicht vor, oder bleiben der Kommission Zweifel an der Richtigkeit einer beanstandeten Steuererklärung bestehen, so ist das steuerpflichtige Einkommen und den diesem entsprechenden Steuerbetrag nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen auf Grund der Ermittlungen fest. Weicht der Bescheid der Kommission

utachten des Vorsitzenden ab, so sind die abweichenden Annahmen wie die wesentlichen Gründe dafür in der Bemerkungsspalte kurz zugeben. Das Ergebnis der Veranlagung teilt der Vorsitzende r Veranlagungskommission den Steuerpflichtigen mit, welche hiergegen das Rechtsmittel der Berufung haben. Das gleiche Rechtsmittel ist auch dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission geben.

Die Berufung hat der Steuerpflichtige bei dem Vorsitzenden r Veranlagungskommission anzubringen, welcher die Aufgabe hat, ihm die Berufung zu erörtern, die Beweismittel zu erheben und die Berufung für die Entscheidung durch die Berufungskommission zuzubereiten. Nach Beendigung der Erhebungen hat der Vorsitzende der Veranlagungskommission die Berufungen mit allen dazu gehörigen Verhandlungen und seinem Gutachten dem Vorsitzenden : Berufungskommission zu überreichen. Dieser unterwirft das amte Material einer genauen Durchsicht, veranlaßt die nötigen gänzungen in der Anhörung des Steuerpflichtigen und der Erhebung der Beweismittel und legt schließlich die Berufungen mit seinem Gutachten der Berufungskommission vor. Die Kommission fällt auf und des Gesamtergebnisses der Verhandlungen unter Würdigung der Umstände die Entscheidung nach freier Ueberzeugung. Der Entscheidung sind Gründe beizugeben, welche in jedem Falle über von der Berufungskommission angenommene steuerpflichtige Gesamteinkommen, über die angewendeten Rechtsnormen sowie darüber Auskunft geben müssen, welche Stellung in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht die Berufungskommission zu den Ausführungen des Steuerpflichtigen genommen hat.

Gegen die Entscheidung der Berufungskommission ist die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht gegeben. Sie kann nur auf gestützt werden, daß die angefochtene Entscheidung auf der Mißanwendung oder auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechts beruhe oder das Verfahren an wesentlichen Mängeln leide. Erachtet das Oberverwaltungsgericht die Beschwerde für begründet, so kann es die Angelegenheit zur anderweiten Entscheidung an die Berufungskommission zurückgeben oder selbst die Ausfertigung berichtigen. Im ersteren Falle sind die vom Reichsoberverwaltungsgericht über die Auslegung und Anwendung der gesetzlichen Vorschriften gegebenen Weisungen zu befolgen.

Endlich interessieren hier auch die Bestimmungen über die Nachsteuerung: Wer offensichtlich in der Steuererklärung oder bei Be-

antwortung der von zuständiger Seite an ihn gerichteten oder zur Begründung eines Rechtsmittels steuerpflichtigen kommen, welches er nach den gesetzlichen Vorschriften verpflichtet ist, verschweigt, wird, wenn eine Verfürgung der Steuerbehörde stattgefunden hat, mit dem vier- bis zehnfachen Betrage der Verfürgung, andernfalls mit dem vier- bis zehnfachen Betrage der Jahressteuer, um welche der Staat verfürzt werden sollte, mit aber mit einer Geldstrafe von einhundert Mark, bestraft. An Stelle dieser Strafe tritt eine Geldstrafe von zwanzig bis einhundert Mark, wenn aus den Umständen zu entnehmen ist, daß die unrichtige oder unvollständige Angabe oder die Verschweigung steuerpflichtigen Einkommens zwar wissentlich, aber nicht in Absicht der Steuerentziehung erfolgt ist. Der Steuerpflichtige, welcher, bevor er zur Steuererklärung erfolgt oder eine Untersuchung eingeleitet ist, seine Steuererklärung an zuständiger Stelle berichtet und ergänzt und das verbleibende Einkommen angibt, sowie die vorenthaltene Steuer in der gesetzten Frist entrichtet, bleibt straffrei. Die Einziehung der entzogenen Steuer erfolgt neben und unabhängig von der Verurteilung. Die Verbindlichkeit zur Nachzahlung der Steuer verjährt nach zehn Jahren und geht auf die Erben, jedoch für diese mit einer Verjährungsfrist von fünf Jahren und nur auf Höhe ihres Erbtheils über. Steuerpflichtige, welche entgegen den gesetzlichen Vorschriften bei der Veranlagung übergangen oder steuerfrei oder zu einem niedrigeren wirklichen Einkommen nicht entsprechenden niedrigeren Betrage veranlagt worden sind, ohne daß eine strafbare Hinterziehung der Steuer stattgefunden hätte, sind zur Entrichtung des der Steuer entzogenen Betrages verpflichtet. Die Verpflichtung zur Nachzahlung der Nachsteuer erstreckt sich auf drei Steuerjahre und geht auf die Erben über, jedoch nur bis zur Höhe ihres Erbtheils.

Wir haben also gesehen, daß der Steuerpflichtige seine Steuererklärung mit der Versicherung abgeben muß, seine Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben, daß der Steuerpflichtige bei der Veranlagungs- und der der Berufungskommission, wie auch bei beiden Kommissionen selbst die Steuererklärungen beantragen kann, vom Steuerpflichtigen Beweise für die Richtigkeit seiner Angaben verlangen können, andernfalls sie bei der Festsetzung der Steuer die Angaben in der Steuererklärung nicht gebunden sind, daß die Mitglieder der Kommissionen aus den dem Steuerpflichtigen nahestehenden Kreisen, also aus Männern, die mit ihm in einem nahen Verhältnisse stehen, gewählt und ernannt sind, und daß endlich die

ungen mit empfindlichen Geldstrafen bedroht sind; dieses Rüst-  
 z, möchte man meinen, müßte genügen, das wirkliche Einkommen  
 Steuerpflichtigen zu erfassen. Gewiß, vorausgesetzt aber, daß  
 Versicherung der Steuerpflichtigen, die Steuererklärung nach  
 em Wissen und Gewissen aufgestellt zu haben, keine bloße  
 ensart ist, daß die Vorsitzenden die ihnen vom Gesetze gestellten  
 gaben erfüllen, und daß endlich die Kommissionsmitglieder willens  
 geeignet sind mitzuarbeiten und hierzu auch verwendet werden.  
 er treffen aber in der Mehrzahl der Fälle jene Voraussetzungen  
 t zu.

### 1. Die Mängel der Steuererklärungen.

Zunächst kommen hier die Angaben über das Einkommen aus  
 talvermögen in Betracht. Es wird immer unehrliche Leute  
 1, welche ihr Einkommen aus Wertpapieren verschweigen. Be-  
 rlich aber ist es, daß das Gesetz solchen falschen Erklärungen  
 Vorschub leistet; das Reichsschuldbuch, das Staatsschuldbuch  
 die Sparkassen dürfen nämlich über die Guthaben der Steuer-  
 tigen keine Auskunft geben. Wie schädlich diese Vorschriften  
 n, können wir ermessen, wenn wir uns folgenden Fall denken:  
 Mitglied der Veranlagungskommission erklärt eine Steuer-  
 ung für falsch, weil kein Einkommen aus Kapitalvermögen  
 iert sei. Der Vorsitzende erwidert ihm, die Steuererklärung  
 eferhalb bereits beanstandet und mit dem Steuerpflichtigen er-  
 worden, dieser habe aber jedes Einkommen gedachter Art in  
 e gestellt; ohne bestimmte Unterlagen dürfe mit solchem Ein-  
 en nicht gerechnet werden. Das Mitglied bleibt dabei, es  
 Kapitalvermögen vorhanden sein. Da wird ihm erwidert,  
 ht habe der Steuerpflichtige seine Ersparnisse in Sparkassen  
 gt; diese dürften aber über die Einlagen keine Auskunft geben,  
 eßhalb sei nichts zu machen. Muß so ein Fall den Kommissions-  
 dern nicht zu denken geben? Sie werden jene Gesetzes-  
 ung auch am Stammtisch erörtern, und leicht kann dann die  
 ständliche Auffassung entstehen, daß man die Zinsen von  
 en bei der Sparkasse gar nicht zu deklarieren brauche. Aber  
 wenn ein solches Mißverständnis nicht entstehen sollte, so  
 schon die Tatsache, daß den Steuerbehörden Feststellungen aus  
 Sparkassen und dem Staatsschuldbuche unmöglich gemacht  
 ür Leute, deren moralisches Empfinden wenig Festigkeit besitzt,  
 zu einen Anreiz zu falschen Angaben.

Eine andere gesetzliche Bestimmung, die viel zur Abhilfe des Gewissens in Steuerfachen beiträgt, ist die Besteuerung des Gewinnes aus Gelegenheitspekulationen. Als Einkommen des Kapitalvermögens gelten nämlich auch vereinnahmte Gewinne der zu Spekulationszwecken unternommenen Veräußerungen von Grundstücken, Wertpapieren, Forderungen ujm. Die Höhe solcher Gewinne bildet für die Steuerbehörden ein rechtliches Problem. Das ist ganz natürlich. Denn die Spekulationsabsicht ist eine innere Tatsache, und ins Herz kann dem Steuerpflichtigen nicht hineingesehen werden. Oft kann dieser sich nicht einmal selbst darüber geben, ob in dem allein maßgebenden, oft viele rückliegenden Zeitpunkte der Anschaffung des Spekulationsgegenstandes seine Absicht nur auf Nutzung durch Verkauf — oder auf Nutzung durch Besitz und dann noch auf Nutzung durch Verkauf gerichtet war: nur die Spekulationsgeschäfte kommen nämlich für die Besteuerung in Betracht. Freilich darf aus bestimmten äußeren Tatsachen auf sie geschlossen werden, aber Erhebungen in dieser Richtung sind möglichst, wenn die Steuerbehörde von den Spekulationsgeschäften überhaupt Nachricht erhält. Regelmäßig geschieht das nur bei der Veräußerung von Grundstücken. Dagegen entziehen sich Verkäufe von Wertpapieren in den allermeisten Fällen der Kenntnis der Steuerbehörden, weil diese keine Mittel haben, den Steuerpflichtigen zur Angabe der Bestandteile seines Kapitalvermögens zu zwingen. Dazu kommt noch, daß die gelegentliche Spekulation häufig einen Vorgang auf dem Gebiete des Vermögensumschlages darstellt und auch vom Publikum ganz anders als solcher aufgefaßt wird. Damit entschuldigen sich die Steuerpflichtigen, wenn ihnen steuerpflichtige Spekulationsgewinne nachgewiesen werden. Entgeht aber ein Spekulationsgewinn der Besteuerung, und erlangt der Steuerpflichtige von der Besteuerung über die Besteuerung der Spekulationsgewinne später Kenntnis, wird er wohl nur selten so gewissenhaft sein, den Fiskus von der Besteuerung anzugeben; vielmehr wird er regelmäßig getrieben und sich freuen, Steuern gespart zu haben. Aber nicht nur der Steuerpflichtige wird in gleichem Falle wiederum den Fiskus in der Schweigen, diesmal bewußt, weil er die Erfahrung gemacht hat, daß solche Gewinne der Kenntnis der Steuerbehörden entgehen. Erst in diesem einen Punkte die Gewissensbedenken überwindend, werden weitere Unredlichkeiten den Steuerpflichtigen auch nicht mehr



Endlich versuchen manche die Verschweigung von Einkommen & Kapitalvermögen damit zu rechtfertigen, daß sie Vermögenswerte als zum landwirtschaftlichen oder gewerblichen Anlage- und Betriebskapitale gehörig betrachtet hätten, dessen Früchte als bereits der Schätzung des landwirtschaftlichen oder gewerblichen Ertrages rückständig gelten müßten. Das ist eine leere Ausrede, denn wenn Steuerpflichtige nach den Unterlagen seiner Schätzung des Ertrages gefragt wird, so pflegt er das Vorhandensein solcher Kapitalien nicht mit aufzuführen.

Wir wenden uns zum Einkommen aus Grundvermögen und Handel und Gewerbe. Hier hat man zu unterscheiden die Anlagen, welche auf Grund ordnungsmäßig geführter Bücher gemacht werden, und solche, welche auf Schätzung beruhen. Bei den ersteren der häufigste Fehler, daß der Privatverbrauch, zuweilen in die Tausende gehend, ganz oder teilweise den abzugsfähigen Betriebskosten gleich behandelt wird. Durch solche Buchungen wird erreicht, daß der buchmäßige Gewinn sich um jenen Betrag geringer darstellt, als er tatsächlich betragen hat. Dann hört man wohl in den Kommissionen Äußerungen, wie: Wenn man nicht wüßte, daß der Mann nicht wie ein Ehrenmann handelt, müßte man ihn für einen Betrüger halten. Der Steuerpflichtige entschuldigt sich meistens damit, habe sich ohne nähere Prüfung an die Abschlässe gehalten, welche seine Angestellten angefertigt hätten. So unglaublich ist diese Entschuldigung nicht; denn sehr vielen Steuerpflichtigen mit geordneter Buchführung ist diese selbst ein Buch mit sieben Siegeln; sie verlassen sich in dieser Beziehung ganz auf ihr Personal.

Ferner werden offene und versteckte Reserven, welche der sogenannten inneren Stärkung des Unternehmens dienen sollen, außer Rechnung gelassen. Die Anschauungen der Steuerpflichtigen oder gesetzlichen Vertreter entfernen sich da etwas sehr weit von der Auffassung der Steuerbehörden. Es sind das hohe Beträge, welche der Besteuerung entzogen werden.

Zu den versteckten Reserven gehören die übermäßig hohen Abschreibungen auf den Buchwert der Gebäude, Maschinen, Geräte, Vorräte, Bestände aller Art. Kaufmännischer Brauch ist es, in guten Jahren hohe Abschreibungen, in schlechten Jahren geringere zu machen; für die steuerliche Gewinnberechnung kommt aber die wirkliche Wertverminderung in dem maßgebenden Zeitraume in Betracht. Die steuerlich zulässigen Abschreibungen zu bemessen, müssen Sachverständige gehört werden, deren Gutachten oft weit auseinander

andergehen. Ebenso verschieden werden die Festsetzungen der Behörden in den einzelnen Bezirken, ja selbst in einem und demselben Bezirke sein. Das macht böses Blut, denn die Sache wird unter den Interessenten besprochen, und wer sich benachtheiligt fühlt, gerät in Versuchung, sich anderweitig schadlos zu halten.

Große Schwierigkeiten bietet die richtige Bemessung der lässigen Abschreibungen wegen Substanzverringerungen bei den Werken. Sie soll sich zu dem gegenwärtigen Werte der Substanz wie die Jahresforderung zu der gesamten am Anfang des Betriebes vorhandenen Gesamtmenge verhalten. Der gegenwärtige Wert der Gesamtsubstanz soll nach der Rentenrente berechnet werden. Rechnungsfaktoren sind: die Mineralmenge nach den besonderen Verhältnissen des Betriebesjahres abzumessen; der Zinsfuß, welcher bei Bergbauunternehmungen vorliegt; endlich der Substanzwert des geförderten Minerals. In lauter flüssige Größen, welche in jedem Jahre von neuem bestimmt werden müssen, gewiß ein Anreiz für betriebsame Verwaltung. Jedes Jahr von neuem den Kampf mit den Steuerbehörden nehmen, um möglichst hohe Abschreibungen herauszu schlagen, den Steuersatz herunterzudrücken.

Eine eigenartige Entwicklung hat die landwirtschaftliche Verwaltung genommen; sie bildet den Gegenstand besonderer staatlicher Unternehmungen, der sogenannten Rechnungskontoren. Die Landwirten die Bücher aus der Ferne auf Verlangen eingesandten Aufzeichnungen. Die Abschlüsse, welche die Verwaltungstellen ihren Auftraggebern für Steuerzwecke vorzulegen befriedigten diese in so hohem Maße, daß der Kundendienst wuchs. Selbst Besitzer von landwirtschaftlichen Großbetrieben geordneter Verwaltung zogen es vor, mit der Anfertigung der Bücher von ihren Verwaltungen aufgestellten Steuererklärungen den Rechnungskontoren zu betrauen. Die Aufstellungen dieser Kontoren hinsichtlich des Ergebnisses in solchem Mißverhältnisse zu den Feststellungen früherer Jahre, daß große Zweifel an der Richtigkeit und Zuverlässigkeit entstanden sind. Das Oberverwaltungsgericht hat jetzt solchen Zusammenstellungen zu Steuerzwecken Beweiskraft abgesprochen, weil sich ein Ziffernnachweis der Originalaufzeichnungen, nicht aber durch später aus den Aufstellungen zusammenstellungen erbringen lasse, so lange die Übereinstimmung der Zusammenstellung mit dem Original nicht sei.

Unzureichend ist ferner die Buchführung trotz Inventur und Bilanz, wenn der Privatverbrauch nicht buchmäßig nachweisbar ist. Die Steuerpflichtigen füllen diese Lücke in der Buchführung durch Schätzung aus, und die Kommissionen folgen ihnen auf diesem Wege. Hierbei wird übersehen, daß man wohl bestimmte, äußerlich die Erscheinung tretende Aufwendungen schätzen kann, z. B. die Kosten für die Beköstigung oder Bekleidung, nicht aber den gesamten Privatverbrauch eines Steuerpflichtigen, d. h. die Gesamtheit der Aufwendungen, welche dieser für sich und andere aus irgend einem privaten Anlasse gemacht hat. Eine solche Schätzung ist unzulässig, weil sich jede Privatwirtschaft verschieden von der anderen gestaltet und die einzelnen Vorgänge — für sich allein und in ihrem Zusammenhange — sich der Kenntnis anderer entziehen. Wer auf feste Bezüge für seine Lebenshaltung angewiesen ist oder seinen Verbrauch Buch führt, vielmehr aus dem Vollen wirtet, wie das in landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben der Fall ist, der hat keine richtige Vorstellung von seinem Privatverbrauche. Als Beispiel mag folgende Tatsache dienen: Ein sehr ehrenwerter und verständiger Mann deklarierte Handel und Gewerbe schätzungsweise über 7000 Mk. Bei der Veranlagung wurde dieses Einkommen zu mehr als 8000 Mk. angenommen. Der Mann beklagte sich bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission, daß man seiner gewissenhaften Erklärung mißtraue, erklärte aber, keine Berufung einlegen, sondern von nun an Buchführen zu wollen, um der Kommission im nächsten Jahre das Unrecht nachweisen zu können. Bei der nächsten Veranlagung erklärte der Mann seine Steuererklärung persönlich. Er war sehr gut und erklärte, jetzt wisse er erst, was in seinem Hause verkehrt werde. Seine Steuererklärung wies aus Handel und Gewerbe 19 000 Mk. auf! Und zur Ehre des Mannes sei es gesagt, er hat die Buchführung beibehalten und sie auch später seinen Steuererklärungen zugrunde gelegt.

Aber selbst mit dieser Unkenntnis des eigenen Verbrauchs sind die ersten schätzungsweisen Angaben nicht zu entschuldigen, in so fern sie im Widerspruch stehen mit der Wirklichkeit. Leute, welche eine wohlhabende Familie unterhalten, ihren Kindern eine kostspielige Ausbildung zuteil werden lassen und dabei vorwärts kommen, deklarieren jahraus jahrein aus Landwirtschaft oder aus Handel und Gewerbe nur wenige hundert Mark. Warum sollten sie es auch

Wie hoch ihr Einkommen wirklich ist, wissen sie nicht, und

geschehen kann ihnen nichts, weil es sich um Schätzungen, bloß subjektive Meinungen handelt, nicht um die falsche Beurtheilung einzelner Thatfachen. Die Steuerpflichtigen wissen recht gut, daß die Kommission ihren Angaben nicht folgen, sondern diese kontrollieren und dann das Einkommen selbständig festsetzen wird, denn das geschieht es alle Jahre. Aber sie halten es doch für vorteilhaft, die Angaben zu bestreiten und die Sätze möglichst herunterzudrücken; denn das ist richtig ist, weiß doch niemand. Bei diesem Verfahren müßten die Steuerpflichtigen recht gut wegkommen, denn viele mit bloßer Hauswandfreier Buchführung haben diese aufgegeben, oder geben wenigstens vor, keine Bücher zu führen, obwohl ihr Gewerbe nach seiner Eigenart ohne Buchführung nicht bestehen kann, und die Kommissio auch der festen Ueberzeugung ist, daß Buchführung besteht.

Der Mangel einer richtigen Vorstellung von dem Umfang des Privatverbrauchs macht auch die Angaben der Aerzte, Rechtsanwälte, Künstler usw. über ihr Einkommen aus gemüthlicher Beschäftigung wertlos, wenn sie nicht auf geordneter Buchführung beruhen. Der Fehler wird hier noch größer, weil oft Auktionen für recht kostspielige Liebhabereien in Frage kommen.

In den Steuererklärungen endlich der Angestellten im öffentlichen Dienste werden Tantiemen, Natural- und sonstige Begünstigungen in der Berechnung gelassen.

## 2. Die Mängel in der Geschäftsführung des Vorstands der Veranlagungskommission.

Das Einkommensteuergesetz ist ein modernes Verwaltungsorgan, es beruht auf dem Grundsatz der Selbstverwaltung. Alle Bürger sind zur Mitwirkung bei der Veranlagung, der Erfüllung einer Staatsaufgabe, berufen. Der einzelne hat seine Erklärung abzugeben, und die Gesamtheit kontrolliert durch gewählten Vertreter jene Erklärungen, stellt sie auf Grund der Ermittlungen und eigener Sachkenntnis richtig und setzt nach ermittelten wirklichen Leistungsfähigkeit den Steuerbetrag fest. Die Selbstverwaltung steht unter der Aufsicht und der Kontrolle des Staates: Der Vorsitzende der Veranlagungskommission überwacht die Formalien der Veranlagung, unterstützt die materielle Arbeit der Kommission durch Einziehung von Nachrichten, durch Erhebungen usw., überwacht die Arbeiten der Kommission und trägt für die Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften Sorge. Das Amt des Vorsitzenden erfordert volle Hingabe an die Steuerge-

stehende soll die Seele der Veranlagung sein, alle Organe der Veranlagung beleben und zu einer erfolgreichen Zusammenarbeit bringen.

Diese Aufgaben des Vorsitzenden der Veranlagungskommission der Landrat, welchen das Gesetz regelmäßig zu diesem Amte ernannt hat, nicht erfüllen können. Daraus darf ihm kein Vorwurf gemacht werden; von Pflichtwidrigkeit kann keine Rede sein. Schuld liegt am Gesetze, das ihm jene Geschäfte übertragen obwohl sein Geschäftskreis bereits so groß war, daß er selbst diesem nur die wichtigsten Geschäfte persönlich erledigen, im übrigen sich aber auf die Leistungen seines Bureau verlassen mußte. Selbstverständliche Folge war, daß der Landrat auch die Geschäfte der Steueranmeldung dem Bureau überlassen und sich auf gelegentliche Sitzungen sowie den Vorsitz in der versammelten Kommission beschränken mußte. Das führte dann wieder dazu, daß auch die Beschlüsse der Berufungskommission, wenn sie Verfügungen ergaben oder besonderen Inhalts erließen, diese zwar an den Vorsitzenden der Veranlagungskommission adressierten, in Wirklichkeit unmittelbar mit dem Steuersekretär verhandeln und auf diesen Rücksicht nehmen mußten. So liegt die Vorbereitung der Veranlagung und die Entscheidung der Rechtsmittelentscheidungen in den Händen des Bureau. Von dieser Seite wird dieser Zustand als so selbstverständlich angesehen, daß angeregt wurde, ihm zur Entlastung der Landräte die Beschlüsse der Kommission zu geben. Die Steuersekretäre sollten die Geschäfte, welche sie jetzt für den Landrat erledigen, als fiskalische Beamten selbstständig führen, und die Landräte sollten nur den Vorsitz in der versammelten Kommission behalten.

Auf diesem Bureaukratismus in der Steuerverwaltung lastet ein Fluch, der ihn überall hin verfolgt, die Unfruchtbarkeit. Den Beamten persönlich soll damit nicht zu nahe getreten werden; sie sollen, was sie können, und wenn sie die Vorbildung zum höheren Verwaltungs- oder Justizdienste erhalten hätten, würden sie in vielen Fällen das leisten, was von ihren Vorgesetzten gefordert werden würde. Mit der Vorbildung der Steuersekretäre und mit allem, was daraus ergibt, muß aber gerechnet werden. Das Wirkungsfeld des Beamten kann nicht größer sein, als er es übersehen und beherrschen kann; darüber hinaus ist er nicht leistungsfähig. Daß aber

die Einkommensteuer regelmäßig nur der Bureaubeamte tätig ist, ist der Allgemeinheit wie dem einzelnen Nachteil.

Die gesellschaftliche Stellung und die begrenzte Vorbildung er-

schweren dem Steuersekretär den unmittelbaren Verkehr mit Kommissionsmitgliedern und den einflußreichen Personen zu. Daraus entsteht eine gewisse Scheu, solchen Personen die Beanstandung ihrer Steuererklärung entgegenzutreten und mit ihnen zu verhandeln. Die unbedingte Klarheit in den Verhältnissen der Kommissionsmitglieder ist aber gerade die unbedingte Vorbedingung für die richtige Erfassung der Leistungsfähigkeit des ganzen Bezirks. Schwierigen Steuerpflichtigen stehen die Sekretäre oft hilflos gegenüber. Wenn zivil- oder handelsrechtliche Fragen zu erörtern sind, wird es dem Steuersekretär mangels ausreichender Gesetzeskenntnis schwer fallen, den Tatbestand für die Entscheidung der Rechtsfrage klarzustellen. Die Folge ist, daß dem Staate steuerpflichtiges Einkommen entgeht, oder dem Steuerpflichtigen Weiterungen entstehen; dieser ruft schließlich das Verwaltungsgericht an, das dann die Sache zur Klärung der Sach- und Rechtsverhältnisse zurückgibt. So bewirkt die Länglichkeit der Arbeit des Steuersekretärs eine Vermehrung der Arbeitslast für alle beteiligten Behörden.

Alles das führt dazu, daß sich die Haupttätigkeit des Steuersekretärs gegen den Mittelstand und die kleinen Leute richtet. Die Verhältnisse zu übersehen glaubt. Die Geschäfte der verschiedenen Gebiete sind auch so umfangreich, daß sie die volle Arbeitskraft der Bureaus in Anspruch nehmen, handelt es sich doch bei der Besteuerung des landwirtschaftlichen oder gewerblichen Einkommens in fast allen Fällen überall um Einkommen, für dessen Feststellungen buchmäßige Zeichnungen fehlen. Aber gerade diese Tätigkeit des Steuersekretärs erzeugt wieder bei ihm einen gewissen Dünkel; er glaubt, die tatsächlichen Verhältnisse am besten zu kennen und von der Meinung anderer Sachverständigen absehen zu können. Freilich kann man sich vor Sachverständigen eine gewisse Berechtigung nicht verschaffen; denn die dem Steuersekretär regelmäßig zu Gebote stehenden sogenannten Sachverständigen sind in Wirklichkeit fast ausnahmslos mangels ausreichender Buchführung von ihrem Privatvermögen keine Vorstellung haben, und ihnen so jeder Maßstab für die Beurteilung ihrer eigenen Erwerbstätigkeit abgeht; solche Leute können fremde Verhältnisse erst recht nicht beurteilen. So kann es leicht zu verkehrten Gutachten zu den Akten, die für die weitere Entscheidung der Sache recht unbequem werden können.

Auf die bureaumäßige Behandlung der Steuerfälle ist der Erlaß vieler unnötigen Beanstandungen der Steuer-

zuführen. Das erweckt bei den Steuerpflichtigen begreiflichere Erbitterung oder, was noch schlimmer ist, Gleichgültigkeit gegen die Deklarationspflicht. Der Steuersekretär kann formell nichtständig über die Beanstandung entscheiden; die von ihm entlassene Verfügung bedarf vielmehr der Unterschrift des Landrats. Wenn dieser sich durch Stichproben von der Zuverlässigkeit der Bureauarbeit überzeugen will und gelegentlich Ausstellungen macht, ist der Steuersekretär gezwungen, um einen Tadel zu vermeiden, nur unbedeutende Punkte zu rügen, sofern sie die Steuerstufe betreffen. Nehmen wir folgenden Fall: Bei einem Steuerpflichtigen hat die Berufungskommission für das Vorjahr das landwirtschaftliche Einkommen nach langen, für den Steuerpflichtigen mit großen Bewegungen verbundenen Verhandlungen in bestimmter, die Angabe der Steuererklärung weit überragenden Höhe festgesetzt, und der Steuerpflichtige hat jetzt jenes Einkommen zwar nicht ganz so hoch, wie die Berufungskommission festgesetzt, aber doch nur um eine Stufe geringer angegeben. Der Steuersekretär wird die Steuererklärung beanstanden, weil er sich keine Zurechtweisung zuziehen, in der Sache aber auch nicht Vortrag halten will; der Landrat ist vielleicht abwesend. Würde dieser sich ohne die bureaumäßige Vorbereitung über die Beanstandung schlüssig machen, so würde er jedenfalls über den Unterschied in der Steuerstufe hinweggehen, indem er sich sagt: Der Mann hat sich gebessert; vielleicht wird er im nächsten Jahre noch verständiger, wenn er diesmal in Ruhe gelassen wird. So etwas wirkt erziehend. Wird dagegen der Steuerpflichtige immer wieder mit Schreiben und Vorladungen bedrückt, so kommt er schließlich zu der Erkenntnis: Ich kann mir nichts anmerken, wie ich will, Scherereien habe ich doch, also deklarieren wieder wie früher; schließlich schlage ich doch einmal etwas an.

Dem oben erhobenen Vorwurfe der Unfruchtbarkeit des Bureauismus wird man vielleicht den großen Erfolg der Beanstandungen in Preußen entgegenhalten. Hier muß aber zunächst das Erzeugnis der Beanstandung solcher Steuererklärungen ausscheiden, in denen die Angaben des landwirtschaftlichen oder gewerblichen Einkommens auf bloßer Schätzung beruhen. Ein besonderes Verdienst haben diese Beanstandungen nicht, denn sie sind selbstverständlich, die Steuerpflichtigen stehen den Feststellungen der Steuerbehörde ohnehin gegenüber, weil sie eben keinerlei buchmäßige Aufzeichnungen über ihr Einkommen aufweisen können. Und ob in diesen Fällen

die Veranlagung nicht doch noch viel zu niedrig war, und angemäßigere Maßnahmen des Vorsitzenden vielleicht noch ganz zu Erfolge gezeitigt hätten, wer vermag das zu entscheiden? Besonderer Bedeutung sind die Beanstandungen nur in den Fällen in denen gegenüber buchmäßigen Angaben Erfolge erzielt sind. Diese Beanstandungen entfallen sicherlich nicht nur, sondern auch relativ zum allergrößten Theile auf die Thätigkeit besonderen Veranlagungskommissare und vor allem auf die Thätigkeit für die Verwaltung der direkten Steuern, wo seit jeher das persönliche Zusammenwirken der Vorsitzenden der Unterkommission mit deren Mitgliedern Wert gelegt worden ist.

### 3. Die Mängel in der Zusammensetzung der Kommission und in der Tätigkeit ihrer Mitglieder.

Sollen die Mitglieder der Kommission die Leistungen der Einwohner des Veranlagungsbezirks beurteilen können, so müssen sie vor allem die richtige Vorstellung von ihrer eigenen Befähigung haben. Das ist, wie wir eben gesehen haben, nicht der Fall, wenn sie nur schätzungsweise Angaben über ihr Einkommen machen können. Ihr Urtheil ist dann wertlos und bildet ein Hindernis für die zutreffende Veranlagung des Bezirks.

Die Mitglieder der Veranlagungskommission dürfen in ihrer Wirkung nicht versagen, wenn diese seitens des Vorsitzenden Anspruch genommen wird, sonst üben sie einen Verrat an den Staatsbürgern im Einkommensteuergesetze gewährleisteten Recht der Selbstverwaltung und liefern das Veranlagungsgeschäft dem Anarchismus aus. Manche finden den Mut nicht, die Verhandlungen mit den Steuerpflichtigen zu führen; sie fürchten die Feindschaften in der Gesellschaft, in Vereinen u. s. w. Die Moral solcher Gesellschaften, in denen das angegriffene Kommissionsmitglied nicht sofort allseits mit Entschiedenheit in Anspruch genommen wird, wirft das ein schlechtes Licht. Nach dem Gesetz hat jeder Steuerpflichtige, mag er noch so hoch stehen, der Veranlagungsbehörden Rede und Antwort zu stehen. Tut er das nicht, so hat er die Folgen zu tragen. Verfolgt er aber gar den Staat, der der Bürger, der das Recht des Staates geltend macht und der der Gesamtheit einen Dienst erweist, so ist das ein solcher Mangel des Gemeinfinns, daß jeder billig Denkende sich zum Schutze der Allgemeinheit erheben müßte.



Vielen Kommissionsmitgliedern ist die Mitarbeit, welche sie rn geleistet haben, durch die Rechtsprechung verleidet worden. enn Buchungen, welche das Kommissionsmitglied nach pflicht- ißiger Ueberzeugung wegen Unvollständigkeit als wertlos zurück- wiesen hat, als maßgebend und durch Schätzungen ergänz- r erklärt werden, so muß das notwendig Verstimmung bei der ommission hervorrufen. Ferner hat das Oberverwaltungsgericht dem berechtigten Bestreben, die Veranlagung individuell zu ge- sten, für die Feststellung des schätzungsweise zu ermittelnden Roh- rages oft so große Anforderungen gestellt, daß bei Metzgern, lckern, Gastwirten oder Bauern stundenlange Verhandlungen : hogenlangen Protokollen notwendig wurden. Eine solche Arbeit n keinem Kommissionsmitgliede und ebenjowenig dem Vorsitzenden gemutet werden; für beide wäre sie Zeit- und Kraftverschwen- ig. So hat auch die Rechtsprechung dazu beigetragen, das Ver- agungsgeschäft dem Bureau auszuliefern.

Die Kommissionsmitglieder dürfen sich nicht mit der bloßen ziehung zu den Sitzungen der versammelten Kommission zufrieden en, wenn sie das ihnen von der Gesamtheit anvertraute Amt flich wahrnehmen wollen. Sie müssen verlangen, daß in allen itigen Sachen wenigstens einem Mitgliede der Veranlagungsstoff zeitig vor der Sitzung mitgeteilt wird, daß es sich in Ruhe errichten und Erkundigungen einziehen kann und so in den und gesetzt wird, seinen Spruch in der Sitzung nach bestem ssen und Gewissen abzugeben und auch zu vertreten. Tun die ammissionsmitglieder das nicht, so sinkt auch ihr Gelohnis zu einer enlosen Formel herunter; sie geben dann wohl ihren Spruch ) ihrem lückenhaften Wissen, aber nicht nach bestem Wissen und offsen ab. Man wende nicht ein, das lasse sich nicht durch- en. Es muß sich durchführen lassen, oder die Kommission ist bloße Staffage für den Bureaukratismus; dann wäre es rat- er, wenn man die Steuerpflichtigen zur Ehrlichkeit erzielen will, icht die Maske des Veranlagungsbeschlusses fallen zu lassen die Veranlagung dem Vorsitzenden allein zu übertragen

Auch die Mitglieder der Berufungskommission haben es sich llen lassen, daß ihre Beschlüsse reine Bureauarbeit decken. Sie en verlangen müssen, daß alle streitigen Fälle ihnen vorgetragen vor der Sitzung von einem Mitgliede begutachtet und nötigen- erörtert werden. Das wäre um so nötiger gewesen, als die ichtlichen Feststellungen der Berufungskommission, wofern sie ohne

erkennbaren Verfahrensmangel getroffen sind, oder wenn 3. Instanz ein Einkommen von nicht mehr als 3000 M. hat überhaupt nicht mehr anfechtbar sind.

\* \* \*

Haben wir die Mängel des Gesetzes und seiner Ausführung erkannt, so können wir uns auch die Frage vorlegen, ob dem Stande, daß unsere Veranlagung so weit hinter der Wahrheit bleibt, abgeholfen werden kann. Die Frage kann geteilt werden; aber es gibt nur ein Heilmittel: Vollständiger Bruch mit dem Bureaukratismus und freieste Entfaltung der Selbstverwaltung. Alle Hindernisse, welche dieser entgegenstehen, müssen weggeräumt werden, und nach jeder Richtung muß sie gefördert werden.

1. Die Tätigkeit der Selbstverwaltung beginnt mit der Erklärung des einzelnen. Soll der Staatsbürger zu Anstand in Steuersachen erzogen werden, dann weg mit den Bestimmungen, welche sein sittliches Empfinden abstumpfen!

Sparfassen und Staatsschuldbuch dürfen nicht mehr bei Steuerzahlern das Mittel geben, Einkommen aus Kapitalgeheim zu halten; sie müssen wie andere Behörden in Steuer-Auskunft geben. Ebenso muß die Zeugnispflicht der Banken frei gestellt werden.

Die Steuerpflicht der Gewinne aus Gelegenheitspekulation muß aufgehoben werden. Die Gewinne aus gewerbmäßigen Spekulationen würden von dieser Maßregel nicht betroffen werden; als gewerbliches Einkommen auch weiterhin steuerpflichtig. Die Gelegenheitspekulation läßt sich, wie wir oben gesehen haben, schwer feststellen und wird regelmäßig nur dann zur Steuer gemeldet, wenn sie verlustbringend war. Selbst der Gewinn der leichteren feststellbaren Gelegenheitspekulation mit Grundstücken in den zahlreichen Fällen, wo das Grundstück erbt in der Erbfolge oder der damit ausgestatteten Kinder zur Veräußerung gelangt, für die Einkommensteuer verloren. Der Staat wird sicherlich nicht an Einnahmen verlieren, wenn Gewinne und Verluste aus Gelegenheitspekulationen beim Einkommen der Steuerpflichtigen rechnerisch blieben. Die Verluste bringen vielen Steuerpflichtigen volle Steuerfreiheit, was nach jeder Richtung unangenehme Wirkungen äußert: Die Gemeinde kommt der Kommunalsteuer, und der kleine Mann versteht nicht, daß sein kärgliches Einkommen Steuern zahlen soll, während der Millionär frei ausgeht.

Wer sein Einkommen aus Landwirtschaft, Handel und Gewerbe : gewinnbringender Beschäftigung ganz oder teilweise nicht rech- : gsmäßig feststellen kann, darf insoweit nicht zu einer ziffer- : igen Angabe des Einkommens gezwungen werden. Schon jetzt : dem Steuerpflichtigen auf Antrag gestattet werden, soweit es : um nur durch Schätzung zu ermittelndes Einkommen wie den : t der freien Wohnung oder der freien Beköstigung usw. handelt, : der ziffermäßigen Angaben des Einkommens diejenigen Nach- : ungen aufzunehmen, deren die Veranlagungskommission zur : zung bedarf. Der Steuerpflichtige, welcher keine Bücher führt, : aber der Aufgabe, sein landwirtschaftliches usw. Einkommen : mmäßig anzugeben, nicht anders gegenüber; er soll etwas an- : n, was er nicht weiß und von dem er sich auch keine Wissen- : t verschaffen kann. Seine Angabe muß wertlos sein und bedarf : dem Falle der Nachprüfung. In diesem Punkte bildet dann : Steuererklärung nicht, was sie sein soll, ein Hilfsmittel für die : nlagung, sondern ein Hindernis, das erst durch die Bean- : ung der Steuererklärung hinweggeräumt werden muß. Wenn : den den Steuerpflichtigen in solchen Fällen ohne besonderen : ag gestattet werden würde, statt der ziffermäßigen Angaben : über den Umfang des Betriebes, den Umsatz, die Betriebs- : usw. zu machen, so würden die Verhandlungen im Veran- : tungsverfahren wesentlich abgekürzt werden, ein Vorteil, der allen : ligten zugute käme.

2. Sind die Steuererklärungen eingegangen, so muß schon bei : Durchsicht die Selbstverwaltung wieder einsetzen; sie müssen : rsehen, ob und inwieweit sie zu beanstanden sind, von den er- : en oder ernannten Vertretern der Gesamtheit, den Mitgliedern : Veranlagungskommission, geprüft werden. In den Aufgaben : erwählten und ernannten Mitglieder besteht kein Unterschied; : haben weder den Steuerpflichtigen zu vertreten, noch fiskalische : essen wahrzunehmen; vielmehr geloben sie in gleicher Weise, : Ansehen der Person nach bestem Wissen und Gewissen zu ver- : t. Die Kommissionsmitglieder müssen sich in die Arbeit der : sicht der Steuererklärungen nach ihrer Sachkenntnis teilen; : rden die Landwirte das landwirtschaftliche Einkommen, die : chbetreibenden das gewerbliche Einkommen und die Beamten, : , Rechtsanwälte usw. das Einkommen aus gewinnbringender : iftigung zu prüfen haben. Auf diese Weise erhält der Vor- : e eine Unterlage für die nunmehr zu erlassenden Beanstan-

dungen; viele werden vermieden, welche sonst erfolgt wären; viele werden ausgesprochen werden, welche sonst zu Unrecht blieben wären. Auch die Mitglieder der Gewerbevereine können vorher gutachtlich gehört werden, oder sonstige Sachverständige, wie Innungsmeister usw. Nur keine Furcht vor Sachverständigen und kein Argwohn, daß die Kommissionsmitglieder Berufsgegnossen schonen. Herrscht in der Kommission der richtige Geist und den zu erwecken und wachzuhalten ist die Aufgabe der Sitzenden, dann sind Pflichtwidrigkeiten nicht zu befürchten. Landwirte werden die Gewerbetreibenden über die Grundlagen der Schätzungen aufklären und umgekehrt, und so werden beide einander Nutzen ziehen und sich gegenseitig verstehen lernen. Die einfachste Voraussetzung hierfür ist freilich, daß nur wirklich Sachverständige der Kommission angehören. Wer seine eigenen Arbeitsergebnisse nicht rechnergemäß feststellen kann — das immer wieder betont werden —, der ist unfähig, fremde Verhältnisse zu beurteilen; er gehört nicht in die Kommission. Deshalb betrachten auch die Mitglieder der Veranlagungskommission es als Ehrentitel, ihre Einkommensverhältnisse sich gegenseitig klarzulegen. Wer sich hierzu nicht verstehen kann, ist verdächtig und gehört nicht in die Kommission. Man wende nicht ein, daß dann die Sitzenden der Veranlagungskommission schwer zu besetzen sein werden; es gibt in der Gesellschaft so viele ausgezeichnete Kräfte, man braucht nur nach jeder Richtung zu Mitgliedern der Kommission eintreten und muß sie nur ausfindig machen und heranziehen, sei es durch persönliche Empfehlung oder dadurch, daß man sie an maßgebender Stelle der Wahl empfiehlt. Da dürfen politische oder konfessionelle Rücksichten kein Hindernis bilden; die Veranlagung darf grundsätzlich nicht nach Politik oder Religion zu tun haben, sonst bringt sie nicht die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, sondern schreiendes Unrecht. Was nützt eine Kommission, die nur nach Macht und Einfluß zusammengesetzt ist? Nichts! Die Männer, welche die Gesamtheit vertreten, müssen nicht nur arbeiten wollen, sondern auch können. Um aber nur geeignete Kräfte in die Kommission zu bringen, muß die Regierung das Recht erhalten, die Mitglieder zu ernennen. Auch werden die Mitglieder nur auf kurze Jahre gewählt werden dürfen, um Mißgriffe in der Wahl und Ernennung schneller gutmachen zu können.

Sollen die Mitglieder in der Kommission mit Lust zu arbeiten, muß ihnen ihre Tätigkeit auch erleichtert werden.

hten Schwierigkeiten bietet beim Fehlen rechnungsmäßiger Unterlagen für die Feststellung des landwirtschaftlichen oder des gewerblichen Einkommens die Ermittlung des Rohertrages. Alle Beziehungen der Rechtsprechung und der Verwaltung, welche den Änderungen der Rechtsprechung möglichst Rechnung getragen hat, sind in dieser Richtung erfolglos gewesen; im Gegenteil, die einzelnen gehenden schätzungsweisen Berechnungen haben, weil bei ihnen die Schätzung fast bei jedem Rechnungsposten einsetzen muß, Ergebnissen geführt, welche entweder den Steuerpflichtigen oder Kommission, zuweilen auch beide in Staunen gesetzt haben. Es kommt, daß die Zuziehung von Sachverständigen in jedem Einzelfalle gar nicht durchführbar ist. Und ob schließlich das Ergebnis der umständlichen Verhandlungen die wirkliche Leistungsfähigkeit zum Ausdruck bringt, weiß doch niemand. Deshalb herrscht überall Unzufriedenheit; jeder glaubt sich dem andern gegenüber schlechter behandelt.

Wenn hiernach durch die Schätzungen in jedem Einzelfalle die wirkliche Leistungsfähigkeit nicht mit Sicherheit erfaßt werden kann, bleibt nichts anderes übrig, als diesen Weg zu verlassen und an andern einzuschlagen, der mindestens nicht weiter vom Ziele entfernt und bei weitem bequemer ist; es ist dies die Schätzung nach Normalbruttofäßen, welche mit verbindlicher Kraft aufgestellt werden.

Die Wahl dieses Weges kommt in Betracht, daß einerseits die Steuerpflichtigen an der unterschiedlichen Behandlung den meisten Anstoß nehmen, und daß andererseits den individuellen Verhältnissen der Wirtschaft dadurch Rechnung getragen wird, daß jene Normalfäße nur den Rohertrag messen, von dem dann noch die in jedem Einzelfalle besonders zu ermittelnden Geschäftskosten in Abzug zu bringen sind. Um die Schätzung noch individueller zu gestalten,

sind den Veranlagungskommissionen das Recht beigelegt worden, außerordentlich gearteten Fällen von dem Normalrohertrage neben Betriebskosten noch einen Abzug zu machen. Auf diese Weise werden für den Steuerpflichtigen sehr viele Belästigungen und für die Kommission eine Menge von Schreibarbeit wegfallen. Es sind

lediglich die Unterlagen für die Anwendung der Normalfäße Umfang der bebauten Fläche usw. bei der Landwirtschaft, die Fläche usw. beim Gewerbe — sowie die Betriebskosten festzustellen auf Antrag darüber Erhebungen zu machen, ob außerordentlichen Verhältnisse einen Abzug von dem nach Normalfäßen berechneten Ertrage rechtfertigen. Damit könnte auch eine erhebliche Ent-

lastung des Oberwaltungsgerichts erreicht werden. Denn da es wie hoch die Betriebskosten sich stellen und ob außerdem Wirtschaftsverhältnisse vorliegen, sind so rein tatsächliche Fragen, daß darüber die Berufungskommission endgültig entscheiden muß. Aber auch die Frage, ob und inwieweit die Buchführung zur zureichenden Berechnung ausreicht oder Schätzung eintreten muß, ist ganz dem tatsächlichen Gebiete an und braucht deshalb nicht vom Beschwerdegericht nachgeprüft zu werden, nachdem bereits das Rechtsgebiet streifende Frage, ob Bücher im Sinne des Gesetzes geführt werden, seiner Entscheidung entzogen ist. Es empfiehlt sich hiernach die gesetzliche Bestimmung, daß die Berufungskommission über die Frage, ob Schätzung erforderlich ist, und über die Schätzung selbst endgültig entscheidet.

Die Aufstellung von Normalsätzen wird sich auch für landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben zulässigen Abnutzungen wegen Abnutzung von Gebäuden, Maschinen, Geräthen empfehlen, weil die wirkliche Abnutzung nicht ziffermäßig festgestellt werden kann. Außerordentlichen Verhältnissen mit Veranlagungskommission durch einen angemessenen weiteren Nachtrag Rechnung tragen dürfen.

Die Festsetzung der Normalsätze müßte der Einheitlichkeit der Berufungskommission übertragen werden. Diese wird vollständig die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Orten und den einzelnen Betrieben zu berücksichtigen und hierzu Ortsvorstände, sowie Landwirtschafts-, Handels- und Handwerkskammern und sonstige Interessenvertretungen wie auch Sachverständige zu hören haben. Die erste Aufstellung solcher Normalsätze wird viel Arbeit und Mühe machen; dagegen wird es sich durchführen lassen, die Sätze von Jahr zu Jahr den veränderten Verhältnissen (Ernteergebnissen usw.) anzupassen.

Das dringende Bedürfnis einer gesetzlichen Festsetzung für die Abschreibungen wegen Substanzverringerung bei Bergbau und ähnlichen Unternehmungen. Einen Rechnungsfaktor für die Bemessung der Abschreibung bildet hier der reine Mineralwert der Jahresförderung, d. h. der Wert, den das gewonnene Mineral unter im Bergwerke im Zusammenhange mit der Gesamterzeugung des Minerals gehabt hat. Diesen Wert hat noch niemand feststellen können, die Rechtsprechung mußte ihn aber finden. Es soll man den reinen Mineralwert erhalten, wenn man den Erlöse des geförderten Minerals die Betriebskosten und eine angemessene

nzung der in den sonstigen Bergwerksanlagen angelegten Werte abzug bringt. Das ist ebenso richtig oder vielmehr falsch, als man für ein Fabrikunternehmen folgende Rechnung aufstellen wollte: Wenn von dem Erlöse aus dem Verkaufe der Fabrik die Betriebskosten und eine angemessene Verzinsung der Fabrik in Abzug kommen, so bleibt als Rest der Einkaufspreis verarbeiteter Rohstoffe! Wo bleiben der Konjunkturgewinn und Risikogewinn? Alle Vorteile aus der Aufrechterhaltung der Bergung im Betriebe, aus der Ausnutzung der Konjunktur beim Kaufe der geförderten Mineralien und dem Einkaufe der Materialien, aus der Einhaltung der Lieferungsverträge unter Vermeidung von Konventionalstrafen, aus der Ausnutzung des Arbeitskräfte u. s. w. werden dem Substanzwerte des Minerals zugerechnet und gelangen bei der Abschreibung wegen Substanzverminderung mit zum Abzuge. Auf diese Weise entgehen Millionen Einkommen aus Bergbau der Besteuerung. Das darf so nicht gehen. Weil der Mineralwert nicht feststellbar ist, muß die mögliche Substanzverminderung ihrem Werte nach gesetzlich festgestellt werden. Für die abgelehnte Gesellschaftsteuer war jene Abzug bis zu 3% der Roheinnahme aus dem Erlöse der geförderten Mineralien zugelassen. Der Abzug darf aber nicht in jedem Interesse begrenzt werden, er muß im allgemeinen festgesetzt werden, weil er eben nicht bestimmbar ist. Deswegen empfiehlt es sich, den Abzug jener 3% des Rohertrages für Betriebe mit Substanzverminderung bestimmt vorzuschreiben, um Weiterungen in dieser Richtung vorzubeugen.

Die Kommissionsbeschlüsse werden eine zutreffende Veranlagung nicht gewährleisten, wenn sie das wirklich sind, wofür sie sich aussprechen, nämlich Beschlüsse der versammelten Kommission über die zu ihrer Kenntnis gebrachten Tatbestand. Der einzelne Beamte hat ein Interesse daran, daß die Kommission sich in dieser Weise betätigt. Soll das aber erreicht werden, so entzogen wir die Kommission von allem, worüber ihre Entscheidung in Frage ist. Das gilt im Rechtsmittelverfahren von allen Sachen, in denen das zur Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse zugezogene Kommissionsmitglied und der Vorsitzende den Anspruch des Steuerpflichtigen als begründet anerkennen. In solchen Fällen könnte der Vorsitzende der zur Entscheidung über das Rechtsmittel angerufenen Kommission als solcher durch einen sogenannten Vorbescheid die Ermäßigung aussprechen und es dem Steuerpflichtigen aus-

drücklich anheimstellen, falls er noch nicht zufrieden sein sollte, auf der Entscheidung durch die Kommission zu bestehen würden die Veranlagungs- und Berufungskommissionen. Die Arbeit sehr entlastet werden, ohne daß dem Steuerpflichtigen Anspruch auf einen Kommissionsbeschluß entzogen wäre.

In allen streitigen Fällen, über welche die verammelte Kommission zu befinden hat, muß wenigstens ein Kommissionsmitglied über den Tatbestand schriftlich gehört und so in den Streit einbezogen sein, noch Erkundigungen einzuziehen und dann seine Meinung auf Grund besten Wissens zu vertreten. Wird, wie oben bemerkt ist, der Rohgewinn nach verbindlichen Normalsätzen berechnet, sind in den die Mehrzahl aller Streitfachen bildenden Fällen das landwirtschaftliche oder gewerbliche Einkommen geschätzt, nur noch wenige Streitpunkte vorhanden. Der Streit kann dann sehr vereinfacht werden, wenn die Streitpunkte nach einzelnen Arten erledigt werden, z. B. zunächst die Fälle, wo wegen außerordentlicher auf die Ertragerzielung wirkenden Verhältnisse Abzüge von den Normalsätzen zu machen sind, dann die Bemessung der Betriebskosten streitig ist, ferner, wo eine außergewöhnliche Belastung der steuerlichen Leistungsfähigkeit eine Ermäßigung des tarifmäßigen Steuersatzes verlangt wird. Es lassen sich da zum Gebrauche in der Sitzung kurz geordnete Verzeichnisse verwenden, wo der Steuerpflichtige, der Streitpunkt, das Gutachten des Mitgliedes und des Vorsitzenden verzeichnet sind, dann die Entscheidung der Kommission kurz vermerkt wird. Bei dem Zusammentreffen mehrerer Streitpunkte derselben Art, die der Steuerpflichtige in mehreren Verzeichnissen vorkommt, bereinigt die Schwierigkeit; die Zusammenfassung der Einzelerkenntnisse zu einem ganzen ist dann lediglich Bureauarbeit. Diese Einteilung nach den einzelnen Arten der Streitpunkte sichert außerdem eine gleichmäßige Behandlung aller Steuerpflichtigen nach denselben Sätzen, worauf auch seitens der Steuerpflichtigen großer Wert gelegt wird.

3. Wir kommen zu den Vorsitzenden der Kommissionen. Sollen das staatliche Aufsichts- und Kontrollrecht ausgeübt werden, haben wir ausgeführt, daß zu dem Amte eines Vorsitzenden der Veranlagungskommission der Landrat wegen seiner Verbindung mit anderen Verwaltungsgeschäften nicht geeignet ist und überall besondere Regierungskommissare den Vorsitz der Veranlagungskommission übernehmen sollen. Hiergegen sind verschiedene



n geäußert worden, deren Grundlosigkeit an dieser Stelle gewarden soll.

Dem Landrat soll der Vorsitz nicht genommen werden, weil er die Verhältnisse seines Kreises am besten kenne. In diesem Satze liegt die Begründung und die Folgerung falsch. Das wirtschaftliche Leben ist in steter Bewegung, es flutet hin und her. Wer heute großen Erfolge seiner wirtschaftlichen Tätigkeit erfreut, kann morgen auf große Hindernisse stoßen und bald um seine Existenz kämpfen müssen. Diese wirtschaftlichen Vorgänge werden nicht nur von den Beamten, sondern auch von den Bürgern, welche mitten im Verkehrsleben stehen und den gleichen Erfahrungen zu bestehen haben, leicht wahrnehmbar sein; zur Kenntniß der aufmerksamen Beamten gelangen sie erst viel später. Der Landrat kann also nicht die Verhältnisse seines Kreises besser kennen als die Mitglieder seiner Kommission. Lebt er in diesem Irrtum, so wird er glauben, der Mitarbeit der Kommissionsmitglieder entgegen zu können oder sie nur dort einzusetzen, wo er sie nach seiner maßgebenden Meinung für erforderlich erachtet. Damit bildet der Vorsitzende ein großes Hindernis für die Selbstverwaltung, er wirkt sie fast lahm. Man denke sich doch folgenden Fall: Ein Kommissionsmitglied beanstandet eine Steuererklärung als zu niedrig, erhält von dem Vorsitzenden die Belehrung, die Beanstandung sei unbegründet, er als alter Landrat kenne die Verhältnisse besser. Dem Mitgliede wird damit die Lust vergehen, noch weiter seine Meinung zu äußern; es wird gleichgültig und damit für die Veranlagung bedeutungslos. Der Bureaucratismus triumphiert! Solche Erfahrungen können sich allerdings auch entwickeln, wenn besondere Veranlagungskommissare den Vorsitz führen und längere Zeit einen denselben Bezirk verwalten. Für die Finanzverwaltung ergibt sich daraus die Pflicht, die Regierungskommissare keinesfalls länger als vielleicht fünf Jahre in demselben Bezirke zu belassen, um bureaukratische Neigungen gar nicht aufkommen zu lassen. Der Landrat in dem Amte des Vorsitzenden bietet den weiteren Vorteil, daß bei dem Vorsitzenden keine Voreingenommenheit gegen einzelne Steuerpflichtige festsetzt, und daß die Steuerpflichtigen, wenn sie zum Landrat kommen, die gleiche Behandlung erfahren, zu der sie durch den Landrat gelangen, daß gerecht verfahren wird. Auch auf die Mitglieder der Kommission wirkt der Wechsel im Vorstände anregend; er wirkt insbesondere, und gerade das ist von Wichtigkeit, daß sich die Kommission — womöglich unter Führung des Vorsitzenden Gruppen bilden, welche die Veranlagung einseitig gestalten.

Es wird ferner geltend gemacht, der Landrat müsse doch in der Veranlagungskommission behalten, um über die wirthschaftlichen Verhältnisse seines Kreises unterrichtet zu bleiben. In einer Reihe großer Kreise leiten seit Einführung des Einkommensteuergesetzes, also bereits seit achtzehn Jahren, besondere Landräthe das Veranlagungsgeschäft, und erst neuerdings hat die Regierung die Absicht kundgegeben, auch in anderen besonders großen Kreisen, wo der Landrat überlastet ist, den Vorsitz der Veranlagungskommissionen zu übertragen. Wenn in diesen großen Kreisen die politische Verwaltung ohne die Kenntniss der einzelnen Verhältnisse in der Steuerverwaltung ausgekommen ist oder auskommen darf, das gleiche wohl auch für die kleineren Kreise gelten. Die Ergebnisse der Veranlagung erhält der Landrat ohnehin durch die Steuerlisten Kenntniss; auf dieser Grundlage vermag er die Leistungsfähigkeit des einzelnen, der Gemeinden wie auch des ganzen Kreises zu beurtheilen. Andere Unterlagen benutzt auch die Finanzabtheilung der Regierung, wenn sie sich über die Leistungsfähigkeit einer Gemeinde oder einer Korporation zu äußern hat.

Endlich wird von mancher Seite der Widerstand gegen die allgemeine Einführung von besonderen Veranlagungskommissionen mit zu erklären gesucht, daß der Vorsitz in der Veranlagungskommission in der Hand des Landrats ein politisches Machtmittel gebe. Ein Machtmittel kann nur etwas sein, was man nach Belieben und Ermessen in Anwendung bringen kann. Das ist die Einkommensteuer nicht. Denn der Vorsitzende der Veranlagungskommission ist nach dem Gesetze dafür verantwortlich, daß die gesamte Steuer in seinem Bezirke nach den bestehenden Vorschriften obzuehrt und der Person zur Ausführung gelangt. Der Vorwurf, daß die Veranlagung politisch mißbraucht, also bewußt nicht erhoben worden sei, ist zwar schon oft erhoben, aber noch nie als begründet bewiesen worden. Indessen schon der Umstand, daß dieser häßliche Verdacht aufkommen kann, müßte für die Regierung hinreichen, ihm jede Nahrung zu nehmen. Das kann nur geschehen, wenn nicht mehr politische Beamte das Veranlagungsgeschäft leiten. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission darf, wenn er das Vertrauen aller Steuerpflichtigen genießen soll, weder auf politischen Gebieten, noch in wirtschaftlichen oder in Religionsfragen eine Stellung einnehmen. Man ahnt gar nicht, wie segensreich das Vertrauen wirkt, das dem unpolitischen Veranlagungskommissionen

bevölkert entgegengebracht wird. Ein Kommissionsmitglied miete einmal einen solchen Kommissar als den Beichtvater für Konfessionen. Das kann er in der Tat werden. Sehr viele verpflichtete drückt das Bewußtsein der begangenen Steuerhinterzugen; sie sind glücklich wenn sie einen Mann finden, dem sie rückhaltlos offenbaren können und der ihnen durch Entgegennehmen das Bekenntnis erleichtert. Das können und wollen aber steuerpflichtigen natürlich nur gegenüber dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission in eigner Person tun; das Bureau ist nicht dazu da, eine solche Angelegenheit ins reine zu bringen. So bildet der Vorstoß in der Hand des Landrats, mit welchem persönliche Verhandlung in Steuerfachen immer ein Ereignis ist, auch in dieser Beziehung ein Hindernis für die richtige Veranlagung.

Sie glauben hiermit die Bedenken gegen die allgemeine Veranlagung besonderer Veranlagungskommissare zerstreut zu haben. Man muß höhere Verwaltungs- oder Justizbeamte den Vorsitz geben. Damit ist es aber noch nicht getan. Die Finanzverwaltung muß mit allem Nachdruck darauf halten, daß bei diesen Beamten die Bureauarbeit nicht etwa in gleicher Weise wie bei den Landräthen Platz greift; denn sonst könnte ebenso gut alles beim alten bleiben. Nein, die Bureauarbeit muß auf das ihr früher vom Finanzminister vorgeschriebene Maß, die subalterne Erledigung des Rechnungswesens, Kalkulations- und Registratordienstes, die Einziehung von Steuern und die Einsicht von Akten usw., zurückgeführt werden.

Die persönliche Verhandlung mit den Steuerpflichtigen muß der Vorsitzende regelmäßig selbst führen, jedenfalls in allen wichtigeren Angelegenheiten, insbesondere auch, wenn Bücher vorgelegt werden. Wenn der Vorsitzende zu den nötigen Kenntnissen ist er verpflichtet sich anzueignen. Anzuweisen, daß materielle Verfügungen, betreffend die Veranlagung von Steuererklärungen oder die Beweiserhebung im Rechtsverfahren, zunächst im Bureau ohne vorherige Anweisung des Vorsitzenden und dann dem Vorsitzenden zur Durchsicht und Unterschrift vorzulegen, muß mit Strunk und Stiel ausgerottet werden. Das Bureau hat die Steuererklärungen nur rechnerisch durchzusehen und die nötigen Auszüge aus den Listen beizubringen; der Vorsitzende hat sich dann über die Veranlagung zu machen und die nötige Verfügung zu treffen. Hierbei darf sich verabredeter Zeichen bedienen, nach denen dann das Bureau die Verfügung expediert.

Der Vorsitzende der Veranlagungskommission muß darauf bedacht sein, auf Grund seiner Verhandlungen im Publikum die Persönlichkeiten ausfindig zu machen, welche verständige dienen und als Mitglieder der Kommissionen usw. in Betracht kommen können. Das ist von großer Bedeutung von der richtigen Zusammensetzung der Kommissionen der Ausgang der Veranlagung ab. Jeder Gruppenbildung in der Kommission, jeder Neigung zur unterschiedlichen Behandlung der Verpflichtigen nach politischen oder sonstigen Rücksichten muß der Vorsitzende mit Festigkeit begegnen; er kann sicher sein, hierin der Kommission volles Verständnis zu finden, wofür er seine ganze Geschäftsführung sich das Vertrauen der Anwesenden erworben hat.

Werden Normalbruttosätze mit verbindlicher Kraft festgesetzt, so muß sich der Vorsitzende die Beschaffung des nötigen Materials für ihre Bemessung angelegen sein lassen. Steuerpflichtige, deren Ertrag rechnungsmäßig feststellen, werden zur Ausfertigung bereit sein und ihre buchmäßigen Unterlagen gern zur Verfügung stellen. Ferner werden die gerichtlichen Prozeßakten, Schadensersatzansprüche, Verkaufsgeschäfte, Erbanprüche etc. reichlichen Stoff bieten. Wird erst das Streben der Vorsitzenden nach einer gerechten Veranlagung bekannt, werden die Steuerpflichtigen ihm auch unaufgefordert hierzu beizutragen. Nur eines muß der Vorsitzende unterschiedlos zurückschlagen: die anonymen Anzeigen; solche dürfen niemals den Ausgangspunkt von Untersuchungen oder auch nur von Ermittlungen sein.

Damit kommen wir zu dem Verhalten des Vorsitzenden über falschen Angaben in der Steuererklärung. Selbstverständlich müssen böswillige Hinterziehungen, welche nicht freigesprochen werden, mit Strafe geahndet werden. Im übrigen muß der Vorsitzende es den Steuerpflichtigen so leicht wie möglich machen, früheres Unrecht wieder gut zu machen. Er muß für die Steuerpflichtigen innerhalb der Dienststunden stets zu sprechen sein. Wenn eine Steuererklärung oder eine Verhandlung mit dem Vorsitzenden erfolgt, daß dieser nunmehr ein früher verschwiegenes eingibt, so darf ihm daraus nicht gleich hinsichtlich der Strafe vorgegangen werden; vielmehr muß der Sachverhalt so ausgelegt werden, daß der Steuerpflichtige mit seiner neuen Angabe seine unvollständigen berichtigen wollen. Der Steuerpflichtige

ner solchen Erklärung gern bereit finden lassen und die hinter-  
 liegende Steuer der früheren Jahre bezahlen, herzlich froh, ohne  
 seine Steuersünden gut machen zu können. So etwas spricht  
 herum, der Steuerpflichtige vertraut sich einem Freunde an,  
 ist in der gleichen Lage und beeilt sich, seine Sache auch ins  
 Gute zu bringen. So geht das weiter; man glaubt gar nicht, wie  
 das Bedürfnis ist, von Steuersünden das Gewissen zu  
 freieren. Wenn dagegen bei jedem Unterschiede in den Angaben  
 einzelnen Steuererklärungen gleich die Untersuchung eröffnet und  
 Steuerpflichtige, obwohl er alles gut machen will, in Strafe  
 genommen wird, so wirkt das abschreckend, aber nicht in der Rich-  
 tung, daß falsche Deklarationen nicht mehr vorkommen, sondern ge-  
 gen die entgegengesetzte Richtung, daß die Steuersünden nicht  
 abgemindert, sondern noch ängstlicher verdeckt und gegebenenfalls hart-  
 bestritten werden.

1. Wir sehen, daß das Amt des Vorsitzenden nicht nur viel  
 Scharfblick und Tatkraft, sondern auch Takt und Lebens-  
 weisheit erfordert. Alle diese Kräfte und Fähigkeiten zu wecken und  
 zu erhalten, muß das dauernde Bestreben der Finanzverwaltung  
 sein. Dazu gehört vor allem, daß die Vorsitzenden der Berufungs-  
 kommission, welche die Aufsicht über die Vorsitzenden der Veran-  
 lagungskommission führen, jene Fähigkeiten in einem noch höheren  
 Maße besitzen, also Meister in ihrem Fache sind. Trifft dies nicht  
 zu, schleifen bald die Zügel am Boden, und es tritt in der Aus-  
 übung der Veranlagung alsbald ein Stillstand und damit ein Rück-  
 gang ein. Entfernt sich aber die Veranlagung wieder von der  
 eigenen Leistungsfähigkeit der Steuerzahler, so gehen damit nicht  
 Staatseinnahmen verloren, sondern, was das schlimmste ist, die  
 Veranlagung enthält wieder Ungerechtigkeiten, und damit entstehen  
 neuen Unzufriedenheit und der Anreiz zu weiteren Steuerhinter-  
 zügen; gerade das schlechte Beispiel der Drückeberger wirkt noch  
 schneller als das gute der Befehrten.

Die Vorsitzenden der Berufungskommission müssen ihr Auf-  
 sicht über die Tätigkeit der Veranlagungskommission so aus-  
 üben, daß diese in ihrer Selbständigkeit nicht beschränkt werden.

Das selbständige Schaffen gibt die Berufsfreudigkeit; zu einer  
 Gesamtheit gedeihlichen Entwicklung werden die Vorsitzenden  
 der Berufungskommission jenes Bestreben dadurch bringen, daß sie  
 aus dem Schatze ihrer eigenen Erfahrung und aus den Wahr-  
 heiten, welche sie in den anderen ihnen unterstellten Ver-

anlagungsbezirken gemacht haben, Anregungen geben, zu mittel hinweisen und so die Tätigkeit der Kommissionen und Vorsitzenden in die richtigen Bahnen lenken. Gegen die allerdings, vor allem gegen bureaukratische Beschränkung der Tätigkeit der Kommissionsmitglieder, müssen die Vorstände der Berufungskommission mit allem Nachdrucke einschreiten.

5. Die Berufungskommissionen entscheiden schon jetzt die Veranlagung von Einkommen von nicht mehr als 3000 Mark letzter Instanz. Nach unserem Vorschlage sollen sie auch Einkommen von mehr als 3000 Mark nicht nur über die Bücher im Sinne des Handelsgesetzes geführt werden, sondern darüber, ob überhaupt eine buchmäßige Berechnung Platz greift oder ob Schätzung notwendig ist, und über die Schätzung gültig entscheiden. Daß hier überall die gleichen Grundsätze Anwendung gelangen und die Rechte der Steuerpflichtigen verkürzt werden, können die kurzen Revisionen aus dem Ministerium nicht sicherstellen. Das erfordert eine umfängliche und eingehendere Akteneinsicht, als sie jetzt durchführbar ist. Die Berufungskommissionen sollen ferner nach unserem Vorschlage die Veranlagungskommission bindenden Normalbruttoeinkünfte für die Schätzung des landwirtschaftlichen und gewerblichen Einkommens festsetzen. Daß hier überall mit der nötigen Sorgfalt verfahren wird und die Erfahrungen, welche in den verschiedenen Bezirken gemacht werden, ausgetauscht und unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse auch benutzt werden, läßt sich durch schriftliche Verfügungen und Anweisungen nicht erreichen. Je mehr die Steuer verfaßt und verfügt wird, umso weniger wird es gelesen, verstanden und behalten. Nur der mündliche Verkehr, die unmittelbare Berührung von Person zu Person kann hier einheitlich wirken. Es sollen im Finanzministerium drei oder vier Stellen für vortragende Beamte geschaffen werden, denen keine andere Aufgabe übertragen wird als die der Berufungs- und Veranlagungskommissionen zu beobachten, deren Geschäftsgang zu überwachen. Diese Beamten sollen ihre Wahrnehmungen sich gegenseitig mitteilen, sich über die verschiedenen Maßnahmen klar werden und wieder in ihren Aufsichtsbezirken anregend und fördernd wirken. Von oben ein erfrischender Luftzug die ganze Steuerverwaltung durchströmen und alle Organe zu freudiger und vor allem zweckmäßiger Arbeit anregen und beleben. Dann wird die Verwaltung unter dem Schutze, der Aufsicht und der Kontrolle

ates die schönsten Früchte tragen. Die Veranlagung zur Einkommensteuer wird, wo sie wegen Schätzung die Wahrheit nicht sehen sollte, dieser nahe kommen und jedenfalls verhältnismäßig gut sein und so die berechtigten Klagen der ehrlichen Landwirte, Kaufleute mit einwandfreier Buchführung, der ehrlichen Kapitäne und der Beamten und Arbeiter, welche ihr Einkommen bis den letzten Pfennig versteuern, verstummen machen.

\* \* \*

Zum Schlusse noch ein Wort der Beruhigung für ängstliche Mütter, denen die Aufbringung der Kosten für die Neuanstellung Beamten Sorge machen könnte. Nach unserem Vorschlage soll Schätzungsverfahren wesentlich vereinfacht und die Bureauarbeit stlich auf das vorgeschriebene Maß zurückgeführt werden. Daß wird die Bureauarbeit so verringert werden, daß das jetzt den Landräten vorhandene Steuerbureaupersonal keinesfalls einer Mehrung bedürfen wird; vielleicht wird es sogar noch einer Verringerung der Geschäfte in Folge Zunahme der Bevölkerung und des Ehrers eine Zeitlang gewachsen bleiben. Die Ausgaben für die neuen Beamten werden allerdings zunehmen. Hier bleibt folgendes zu berücksichtigen: Die Anstellung einer Anzahl neuer Veranlagungskommissare war schon jetzt in Aussicht genommen; kleineren Kreisen kann dem Kommissar der Vorsitz in mehreren Gbarten Bezirken übertragen werden; die Verluste, welche der Staatskasse im Ergebnis aus der Besteuerung der Gewinne aus Genheitspekulationen und weiterhin aus der unzumutbaren Schenkung der Abschreibung wegen Substanzverringerung entstanden sollen wegfallen; endlich soll eine zutreffende Erfassung der Vermögensfähigkeit vieler Steuerzahler erst herbeigeführt werden. Da man mit Sicherheit erwarten, daß die verhältnismäßig höheren Einnahmen aus der Einkommensteuer die neuen Ausgaben so sehr decken werden, daß dem Staate aus der Erfüllung einer Forderung der Gerechtigkeit auch noch ein beachtenswerter finanzieller Gewinn erwachsen wird.

# Das soziale Werk der Heilsarmee in London

Von

J. Siegmund-Schulze.

Es gibt noch immer Menschen, die nicht wissen, was die Salvation Army ist. Es ist einer der seltsamsten Fehler, der einem sogenannten gebildeten Menschen passieren kann. In England gibt es sicherlich nicht viele Menschen, die nicht oft in ihrer Lektüre und ihrer Praxis der Heilsarmee wären. Wenn man sich einen Tag in London herumtummelt, man sicherlich Heilsoldaten; wenn man gar nachts die Stadt sieht, noch sicherer; vollends wenn man das soziale Leben Londons studiert, findet man sich auf Schritt und Tritt Spuren der Salvation Army. Wenn man die Hermiten der Arbeitslosen und Strafentlassenen fragt, wohin sie gehen: „Zur Heilsarmee!“ Wenn man Leute, die einst tief in den Slums lebten, fragt, wie sie sich herausgearbeitet haben, dann heißt's: „Die Heilsarmee half mir.“ Wenn ich erfahre, inwieweit ein Londoner die Heilsarmee kennt, dann weiß ich auch, inwieweit er sich um die Nöte kümmert. Nicht als ob alle Arbeit in dieser Beziehung der Heilsarmee getan würde; aber: man kann nicht an dieser Richtung, ohne ihr zu begegnen.

Aber auch diejenigen, die ihr nicht begegnen auf ihren Straßen im Westen Londons, sollten sich klar machen, daß sie fast alles von ihr zehren, daß sie vielleicht ihre Ruhe und ihr Glück der Heilsarmee verdanken. Olive Christian Malvern, die seit Jahren auch in Deutschland bekannt geworden ist durch die Verfassung ihres Buches „Vom Markte der Seelen, Entdeckung einer sozialen Frau im Lande Armut“ (bei H. Voigtlander, Leipzig, 1907), schreibt in einer Sammlung von Urteilen über das soziale Werk der Heilsarmee (London 1907): „Jetzt weiß ich



ommt, daß wir sicher in unsern bequemen Betten schlafen können, während Tausende heimatlos sind, und wie es kommt, daß Verflung und Leidenschaft nicht verzweifelte, hungernde Geschöpfe Aufruhr und Mord drängen. Weil, ungekannt von der sorglosen Welt, Scharen von geduldbigen, liebevollen Dienern Gottes ihr Leben hingeben, für diese furchtbare Menge zu sorgen. Glaubt mir, es ist nicht das Recht und nicht die Polizei, die schreckliche Ausbrüche Verbrechens wirksam niederhalten; es ist die göttliche Arbeit der Liebe aller der Menschen, die, verloren für die Welt, sich unerbötlich quälen und leiden für die Menschheit.“

Ähnlich schreibt W. Elwin Oliphant, der Kommandeur der Heilsarmee in Deutschland, im diesjährigen Jahresbericht über die Tätigkeit der Heilsarmee in Deutschland („Deutschland für Gott“). Mitglied der Heilsarmee-Grundstücksgesellschaft, Berlin):

„Wenn die Tausende von Männern, Frauen und Kindern am Ende des letzten Jahres nicht unsere Versammlungen besucht hätten, nicht in unsern Anstalten erwärmt und gekleidet, in unsern Wohnhäusern gespeist und beherbergt und an unsern Arbeitsstätten beschäftigt worden wären, ob dann nicht die Gefängnisse Deutschlands voll, viele Familien unglücklicher und die deutschen Bürger nicht sicher wohnen würden?“

Freilich lassen sich die Erfolge und Leistungen der Heilsarmee in Deutschland nicht entfernt mit denen in England vergleichen; und es sich bei uns um Wirkungen auf einzelne handelt, kann in England in der Tat von einer Wirkung auf das ganze Volk

Auch das läßt sich nicht leugnen, daß London die Heilsarmee nötiger braucht als Berlin und daß sie gewachsen ist auf dem Boden Londons. Insofern ist sie ein „ausländisches Gewächs“ wird zweifellos einige Merkmale des englischen Geblüts noch an der Stirn tragen. Auch wird das Werk, solange es lebt, was es ist, weiter von England aus regiert werden; der Kaiser ist Diktator. Auch werden noch eine Zeitlang die führenden Persönlichkeiten in Deutschland Engländer sein, nämlich solange die deutsche Armee noch nicht ihre Führer selbst hervorbringen kann. In Deutschland ist auch bisher der Einschlag Gebildeter weit anders als in England. Aber es bleibt doch die Tatsache bestehen, auch in Deutschland die Not nach Hilfe schreit und daß das Land nur ganz allmählich auf diesen Notschrei hören lernt. Und es ist die auf sozialem oder kommunalem Wege vielfach geleistete Verrückung der äußeren Lage noch keine wirkliche Hilfe; wenn

die Leute nicht neue Menschen werden, helfen die neuen nichts! —

Die Berliner Asyle für Obdachlose geben sich keinen Gedanken darüber hin, daß an den Gästen, die dort einkehren, mit kommunalen Gastfreundschaft irgend etwas gebessert wird. Natürlich sein Gutes, daß nicht 500 Betrunkene, die am Abend in der „Palme“ einkehren, auf den Straßen Berlins auch wird gelegentlich einem, der in augenblickliche Nothilfe geleistet; aber die Leute werden dort nicht gehoben. Der Engländer, der kürzlich die Berliner sozialen Einrichtungen sprach offen aus, wie gering er den Erfolg eines solchen Schutzes, wenn die Obdachlosen ohne jegliche Arbeitsleistung davor Bodenschwinger hat in seinen Arbeiterkolonien die Sache angefaßt und kann insolgeßessen von Leuten berichten, aus dem geworden ist. Eben dies, daß aus den Menschen etwas auch die Heilsarmee mit ihren sozialen Einrichtungen im

Eine Seite an ihr würde jedem deutschen Soldaten sein; d. i. die Disziplin. In England liebt man im allgemeinen keine strenge Disziplin nicht; jeder will sein eigener Herr sein. In äußeren Dingen. Der Engländer von heutzutage ist der Individualist; und nichts nimmt er so übel, als wenn man in dieser Beziehung nahe tritt. Als in diesem Sommer allerorts das Old Age Pension Bill besprochen wurde, war es eine Wendung in den Reden: „Zu den deutschen Verhältnissen wir uns natürlich nie verstehen.“ Oder: „Einen Zwang einzurichten, werden wir nie lernen.“ Wer nicht eingeweiht ist, kann kaum verstehen, was mit solchen Bemerkungen gemeint ist. Ein Hindernis, die deutsche Altersversicherung irgendwie anzunehmen oder für wünschenswert zu halten, liegt in der Tatsache, daß die deutschen Arbeiter gezwungen sind, sich zu versichern. Da es sich jetzt darum handelt, bessere Wohnungsverhältnisse für das arme Volk zu erzielen, dann ist das große Hindernis zu überwinden: niemand hat sich um das Wohnen des Einzelnen gekümmert. Ich wendete ein, und zwar sprach ich zu einem ernstlich interessierten Geistlichen: „Aber Sie wollen ja nur dem betreffenden helfen!“ Er: „Ja aber wir lieben es nicht, uns irgend jemand in unsre privaten Angelegenheiten drängen zu lassen.“

In einem solchen Lande hat ein Mann, der General Booth oder besser ein Geist, der diesen Mann und die Arbeit seiner Seele, es dahin gebracht, daß ihm jeder seiner Zehntausende

t folgt. Ich bin zu der Meinung gekommen, daß William  
h größere Macht besitzt als der König von England. Und  
meine ich hiermit nicht die geistige Macht die beide ausüben,  
rn ich meine den tatsächlichen Einfluß auf das Leben der  
schen. Ich kann dies Urteil nicht beweisen und ein andrer  
das Gegenteil nicht beweisen; ich kann nur sagen, welche  
rücke ich erhalten habe, wenn ich das englische Volk sah.

Dieser Einfluß des Generals geht von der Spitze durch alle  
er bis hin zu jedem unterstützenden oder unterstützten Glied.  
Gehorsam wird geleistet nicht nur dem obersten Kommandeur,  
rn jedem übergeordneten Offizier. Ich habe Gelegenheit ge-  
zu beobachten, wie der ältere an Jahren dem jüngeren Vor-  
ten aufs Wort gehorchte. Ich habe gehört und gesehen, wie  
Befehle prompt ausgeführt wurden, wenn sie noch so schwer  
r. Ich habe totmüde Mädchen gesehen, Offizierinnen, die auf  
Posten aushielten, und wenn sie tot umfallen sollten. Und  
llen habe ich Begeisterung gefunden für diesen unbedingten  
sam, der leßthin Gott geleistet wird.

Nun aber ist das Schöne: es ist nicht so, daß die Disziplin  
individuellen Regungen tötet. Es ist nicht so wie in der  
e, daß die Disziplin eisern ist auch in der Hinsicht, daß da  
Abweichung von der Regel nicht möglich ist; daß jeder Marsch  
jeder Tritt und jeder Griff nun einmal festliegt. Vielmehr:  
Offizier der Heilsarmee hat ständig seine selbständigen Ent-  
e und Befehle. In den Kreisen der niederen Soldaten  
st natürlich im allgemeinen weniger Initiative; daher vielleicht  
in religiöser Beziehung sehr vielfach Schablone: man macht's,  
man's gesehen hat von seinem Vorgänger und wie's bei ihm  
reich gewesen ist; man macht's im letzten Grunde, wie's der  
al macht. So mag's bei denen sein, die fürs Nacharbeiten  
ffen sind. Vom Stabe kann man sagen: Da herrscht keine  
lone. Da ist Disziplin — aber ohne daß der Einzelne darin  
windet.

Wir müssen bedenken, daß kein Fall von Arbeitslosigkeit dem  
a gleich ist, daß kein Mensch genau so aussieht wie der andre;  
noch soll allen geholfen werden und wird so vielen geholfen.  
gehe durch die verschiedenen Einrichtungen und sehe sich die  
edenen Typen an; dann wird man einen Eindruck von der  
igfaltigkeit der Individualitäten bekommen.

Ich will im folgenden nicht die „Feldarbeit“ schildern, das soeben Gesagte noch mehr gilt als in dem anderen Zweig der Heilsarmee, der „sozialen Arbeit“. Bei der werden Andersdenkende stets sagen können: die Bildnisse herausgreift, sind keine typischen Fälle. Bei der sozialen kann man einfach von jedem Arbeitsgebiet einen Typus nehmen, die anderen Anstalten derselben Art sind genau ebenso.

Dem Räte eines Stabsoffiziers folgend, begann ich eine Wanderung durch die sozialen Einrichtungen Londons mit einer Anstalt, mit der die heruntergekommensten der Armen ihren Weg durch die Anstalten beginnen, nämlich mit Black Home, dem Ort, wo am Sonntag morgen den Leuten ein Frühstück gereicht wird. Wer einmal selbst einen Eindruck von der Leute und ihrem Zustand erhalten will, wenn sie im Morgengrauen sich zu der Suppe oder dem Tee herandrängen, kann ähnliches in der Berliner Schrippenkirche sehen. Endlich die Stadtmision in Berlin zu diesem Frühstück früh um 8 Uhr ihren Heimen am Johannestisch und auf der Ackerstraße herumtrunkene zuläßt, so auch nicht die Heilsarmee. Aber nicht in den Berliner Schrippenkirchen immer nur ein verhältnismäßig kleiner Prozentsatz nach dem Frühstück um Arbeit bemüht. Am folgenden Tage, ist in den Londoner Anstalten der gute Erfolg der Arbeit unter diesen Leuten viel größer. In einer Veröffentlichung der Salvation Army vom letzten Winter heißt es: „Bei der ersten mitternächtlichen Suppenverteilung an obdachlose Leute im November dieses Jahres (1907) in unserm Weimarsaal fast nebenan zum Oberhaus, wurden die 380 anwesenden Leute anständig gekleidet und sauber, aber fast erfroren waren. Wer von ihnen Arbeit annehmen wollte, wenn sie ihm am nächsten Tag angeboten würde, — und jeder hob die Hand, es waren zu unserm Erstaunen nur wenige schmutzige und blaue Gesichter in dieser traurigen Menge.“

Soll sich dann noch irgend eine britische Zeitung oder ein Journalist hücken, um Schlamm auf solche Leute zu werfen, so ist es lauter Nachtgestalten, während es doch so oft Opfer der Glückseligkeit sind!“

Oder: „Als es im letzten Jahr eine Londoner Arbeiterin wagte, das Experiment zu versuchen, hundert Leuten für eine Straßenreinigung als Arbeit anzubieten, bekamen wir die 100 in wenigen Minuten innerhalb eines Raumes unteres Rasen-

yls zusammen. Jeder einzelne von diesen Leuten trat um 5 Uhr früh an seinem Posten an; und 99 von den 100 vollzogen ihr Tagewerk zur Befriedigung der zuständigen Stelle. Der übrige hatte nämlich vor Ablauf des Tages auf die Sanitätsstation gebracht werden müssen.“

Man sieht, nicht nur verworfene Kreaturen werden unterstützt; lohnt sich wirklich zu helfen. Das zeigt sich schon auf der niedrigsten Stufe.

Die zweite Stufe in der Leiter ist der Shelter. Leute aus allen Teilen der Stadt kommen abends in der Gegend dieser Obdachlosen zusammen. Ein großer Teil von ihnen kommt regelmäßig — beachtenswerter Unterschied von den Berliner Obdachlosen. Dafür bezahlen sie auch. Ich fragte, ob man auch ohne Geld aufgenommen, wenn der Betreffende in großer Not sei. Ich bekam die Antwort: Ja, aber nur in Ausnahmefällen, und dann ganz heimlich. Wenn die Leute wüßten, daß sie eventuell auch ohne Geld hereinkommen könnten, würden sie betteln. Deshalb ist es besser, daß die Aufnahme ein für allemal festliegen. Um 6 Uhr abends werden die Shelters geöffnet; auch im Sommer wird stets alles voll; einige Betten werden reserviert für die regelmäßigen Gäste, auch wenn sie nicht pünktlich zur Stelle sind. Aber an den geschlossenen Shelters bleiben trotzdem immer ein paar stehen, in der Hoffnung, vielleicht doch die Zahl 310 — das ist die Zahl des Shelters in der Middlesex Street — nicht ganz voll ist oder jemand auskommt. Leute, die angetrunken zu sein scheinen, werden nicht aufgenommen. Ich sah auch an dem Abend, an dem ich den Betrieb des Middlesex Street beobachtete, nur einen Betrunkenen, der einzukommen versuchte, aber herausbefördert wurde. In dieser Gegend von London, wo des Abends jeder dritte Mann nicht zuhause geht, ist es ein Zeichen für die strenge Disziplin, die in dem Hause herrscht, daß nicht mehr Gesellschaft von dieser Art den Shelter versucht. Auch war die Haltung der Leute ausgezeichnet. Wenn man die abendlichen Gäste der Berliner „Palme“ damit vergleicht, erscheint es kaum glaublich; aber die wenigen officers der Heilsarmee kommen tatsächlich ohne Schwierigkeiten durch; und zwar brauchen sie keinen Wasserschlauch und keine andern Kraftmittel, um sie zu schüßen. Freilich ist der Grund für diese glückliche Art in der Behandlung der Leute nicht nur die Energie und wahre Freundlichkeit der Offiziere und Soldaten der Salvation Army, sondern auch die Haltung der Obdachlosen. Jeder, auch der Ärmste, will

Gentleman sein. Ich stand dabei, wie ein Polizist zu einem Elevators einen soeben entlassenen Verbrecher brachte. Seine Erklärung dem Offizier gegenüber mit den Worten: „Gentleman hat den Wunsch, auf einige Zeit hierher zu kommen.“ So auch die Leute im Shelter. Sie drängen sich nicht am Eingang zum Opernhaus oder sonstwo in Berlin zu sammeln. Sie gehen langsam nacheinander zu der Kasse, wo sie fünf Marken kaufen. Eine Pennymarke verschafft ihnen dann am nächsten Tag einen Teller Suppe und eine dicke Schnitte Brot. Wenn sie mehr haben wollen, müssen sie einen halben Penny zulegen. In der Halle mit den 300 zusammen unten in der Halle, meist ziemlich früh zu beginnt einer eine Unterhaltung mit seinem Nachbarn. Die Asylanten im Osten Londons sind nach meinem Eindruck die ärmsten und noch schmutziger als die Obdachlosen Berlins: in der Halle von Westminster, von der in dem oben mitgeteilten Bericht die Rede war, ist das natürlich anders. Doch gibt es keinen Zwang zum Abendbrot gehen die Leute in den Waschkraum; er ist meist eingerichtet, aber im allgemeinen nicht so groß als die Berliner Asyl-Halle. Um 10 Uhr muß völlige Ruhe herrschen. Die große Halle beherbergt über 100 Leute! Und zwar sind die Räume lange „Handtücher“, wie man die langen Räume mancher Asyl-Halle nennen könnte, sondern es sind meist große quadratische Räume. Die Bettstellen mit Strohmattlage und Decke sind gut und nicht zu nahe aneinander.

Religiöse Versammlungen finden Dienstag, Donnerstag und Sonntag abend statt. Der Kommandant sagte mir, daß man dort ein neues Leben, wenn auch nicht so viele, als man erwarten wollte. Auch sucht man, wenn sich eine gute Gelegenheit bietet, mit den Einzelnen zu reden; auf diese Weise werden langsame Mitgehen mehr erreicht. Die Bußbank spielt im Shelter keine Rolle; der Offizier sagte mir: wir können den Leuten nicht erwarten. Sie werden allmählich höher gehend hindurch durch die andern Einrichtungen und Stationen der Armee.

Die andern Shelter sind nicht wesentlich anders: die ältesten, wie z. B. der auf Whitechapel Road, sind ebenfalls eingerichtet.

Von all diesen Orten, vom Blackfriars Home, von den Shelters und den Mens Hotels kommen die Leute, die nicht

en wollen, zum sog. „Elevator“. Auch eine Menge Straftäter werden dorthin gewiesen. Die Erziehung beruht auch dort auf Disziplin und Arbeit. Die letztere ist dieselbe wie in deutschen Anstalten der Heilsarmee. Der Bermondsey Elevator war schon ein Vorbild für das neue Kölner Männerheim. Hier stehen im Dienst dieses Elevators; immer zwei Leute sitzen auf einem dieser Pferde und einem Karren hinaus auf die Straßen und sammeln Papier und alte Bücher. In einem der Räume des Elevators wird das Papier ausgesucht; in einem andern wird es zusammengebunden, in mächtigen Maschinen gepreßt und in den Hallen in Ballen von etwa 2 cbm Größe aufgestapelt. Hier findet sich sogleich Verwendung in Papiermühlen, nur im Winter stockt das Geschäft gelegentlich.

Über 300 Leute sind im Bermondsey Elevator auf Spa Road beschäftigt. Die Arbeit ist vielleicht nicht sonderlich gesund, aber sie ist doch billiger. Vor allem zeigt sich auch hier, daß heruntergekommene Leute mit Hilfe der Heilsarmee zu einem Arbeitsleben kommen werden. Besonders die leibliche Verpflegung ist sehr gut; die Mahlzeiten sind abwechslungsreich und nahrhaft. In einem der Fabrikgebäude ist die unterste Etage als Speisesaal verwandelt, wo die Leute in zwei Raten (Dinner um 12 und um 2 Uhr)

In den drei Stockwerken darüber schlafen sie; die Betten stehen auch hier weiter auseinander, als in den meisten deutschen Anstalten.

Leute, die sich dort bewähren, kommen entweder in Stellung oder in einen der sog. Workshops. In Hanbury Street ist eine Reihe alter Häuser für solche eine Arbeitsstätte angekauft; da findet sich noch ein überdachter Hof, in dem die meisten Tischlerarbeiten, getan wird. Dort werden die Balken beschnitten; oben werden sie in Stücke zersägt; in den Häusern selbst machen geschicktere Leute mit Maschinen und tun die Kleinarbeit an einzelnen Holzteilen. Schließlich werden die Teile zusammengefügt und in einem der andern Häuser poliert. Aussernet praktische Schränke usw. finden sich da im „Laden“, und nicht nötig, sie weit zu versenden, da alles schnell gekauft von Leuten der Nachbarschaft, die wissen, daß es gute Arbeit ist.

Die Arbeiter selbst stehen den Tag über unter den Gesetzen des Workshop. Sie müssen früh an der Andacht teilnehmen — ein Arbeiter sagte, das sei schon deshalb nötig, weil sonst sich die

Leute teilen würden und dazu die Aufsicht nicht ausreichend sei nötig; auch sei nicht viel Widerwille dagegen. Bezahlt wird statt je nach Leistung; d. h. nur in besonderen Fällen gegeben außer den Mahlzeiten. Die Arbeiter wohnen in Schelter, teils anderswo. Sie machen meist einen guten Eindruck.

Viele, die in einem dieser Workshops gearbeitet haben, sind von dort aus eine gute Anstellung. Freilich arbeitet auch eine Menge alter Leute dort, die sonst nicht mehr genommen werden, aber ein guter Teil ist auch von denen, die „emporgegehoben“ sind. Viele wieder von ihnen suchen nicht eine Situation in der Heimat, sondern lassen sich nach Canada schicken, wo die Salvation Army ihnen die Farmen und andere Stellen vermittelt. Die Emigration Offices füllen ein Haus auf der Queen Victoria Street. In der Halle kann man Tarif und Fahrpläne aller Dampferlinien erhalten, alles Mögliche und Nötige an Reise Nachrichten. Auch Wohnungen werden gemietet und die Auswanderer prompt an Ort und Stelle gebracht. In Canada sind andere Offices zum Empfang der Einwanderer. In einem der Säle der Londoner Emigration Offices befinden sich die Akten aller Personen, die mit Hilfe der Salvation Army emigriert sind. Briefe, Pässe, Telegramme und andere Sachen liegen dort zusammen, nach Nummern und Alphabet trefflich geordnet. Die letzte Nummer ist über 50 000!

Für die andern, die im Lande selbst Arbeit finden, steht das Labour Bureau in Whitechapel. Die Arbeit dort ist ständig wachsende. Zumal in diesem Jahre zeigt ein Vergleich der Listen der Applikanten jeder Woche mit den entsprechenden des vorigen Jahres, daß die Bedürfnisse nach Arbeitsnachhilfe gestiegen sind. Mehrere Hundert mehr kommen in dieser Woche. Und während im vorigen Jahr durchschnittlich nur dem dritten Teil der Applikanten Arbeit vermittelt werden konnte, ist es in diesem Jahre durchschnittlich weniger als ein Viertel. Der letzte Winter war ja in England besonders schlecht: und die traurigen Existenzen rührt noch jetzt im Sommer von dort her, so daß man mit Sorge dem kommenden Winter entgegen sieht.

Auch die Leute, die aus den Gefängnissen kommen, werden dort beraten. Im Gegensatz zu früherer Zeit wird jetzt bei der Heilsarmee kein Unterschied mehr gemacht zwischen den einen und den andern. Sie sollen keinen Makel haben, der ihnen wieder in die Höhe zu kommen. Viele von ihnen kommen in die Elevators.



Schließlich die Trinker! In die Shelters kommen sie nur, wenn sie nüchtern sind; zu den Elevators können sie sich schwer verstehen; auch dürfen sie nicht dableiben, wenn sie sich halten. Es kommt hinzu, daß sie innerhalb der Stadt weder Versuchung vermeiden können, noch Arbeitsbedingungen haben, um Ueberwindung des Lasters beitragen. Die Landkolonie für Männer, die auf einen Aufruf des Generals hin durch öffentliche Sammlungen gegründet und jetzt von der Heilsarmee unterhalten liegt im Südosten außerhalb Londons, ein paar Meilen von der Victoria Station entfernt. Die Farm Colony besteht aus der Zitadelle, wo die Aufnahme und Besprechungen stattfinden, dem Home Office, dem Speiseraum der Regierung des Ganzen, einem Leseraum, den Schlafgebäuden, die zum Wohnen dienen, Landhäusern, Scheunen, Läden und all dem andern, zur Feldarbeit gehört. Alles ist geräumig und lustig und die Insassen selbst sauber gehalten. Es ist dies um so ehrenswerter, als z. B. recht vornehme Leute diesen letzten Versuch machen, vom Trinken loszukommen; Männer der Aristokratie, Männer der Wissenschaft finden sich immer wieder ein. Daß man in der Farm Colony, ist ein Beweis für den Erfolg der Arbeit. Denn leicht ist es nicht. Jede Art von Arbeit wird ihnen zugemutet. Matratzen und die Decken sind nicht weich wie im Westen Londons. Die Nahrung ist gesund, aber grob, und Tisch. Decken und viel Geschirr gibt es nicht. Alkohol ist absolut verboten. Nur Männer, die sich darum bewerben, werden aufgenommen; keiner wird aufgenommen, der nicht von einem der Arbeitsbureaus in dieser Stadt für ehrlich gehalten wird; er muß bereit sein, Lumpen zu sammeln und in Hableigh (so heißt die Kolonie kurz) von unten zu arbeiten. Denn die Land Colony hat ein ganz bestimmtes System der Erziehung und Hebung. Jeder, der hinkommt, muß auf der niedrigsten Stufe anfangen, d. h. mit der niedrigsten Arbeit und geringsten Komfort. Mit seiner Leistungsfähigkeit wächst auch sein gutes Betragen — die Güte der Verpflegung. Anfangs erhält er nur Nahrung und Wohnung, dazu 50 Pfg. für Tabak wöchentlich. Aber schon in der nächstfolgenden Periode erhält der Mann Ueberzüge für sein Bett und ist Mittag am gedeckten Tisch; auch Bezahlung für besseres Logis wird dann entgegengenommen; vor allem erhält der betreffende Kolonist einen höheren Lohn, nämlich allmählich den, der in dem betreffenden Distrikt den Arbeitern derselben Branche gezahlt wird. Es kommt vor, daß Leute 12 Mk. wöchentlich sparen können. Ein Drittel des

Extralohnes wird vom „Home Office“ aufgehoben, der wieder fortgehende Kolonist später das Nötigste auf dem Land bekommen kann. Jemand, der sich bewährt hat, genießt den Vorzug, gehen noch den Vorteil, die Empfehlungen der Salvation Army bei der Erlangung irgendeiner Arbeit benützen zu können: und die Heilsarmee hat meist genug Beziehungen, um den Betreffenden Arbeit zu bringen, in der er ausgebildet ist. Nach den Berichten des Home Office gelingt das in 65 % der Fälle — jeder, der die Zahlen der Trinkerheilanstalten kennt, wird diesen Erfolg beurteilen. Und er bleibt enorm, auch wenn man für die Rückfälle der Geheilten annimmt. Das Arbeitsloien-Büro in London hat kürzlich offiziell erklärt, daß die Methode der Farmkolonie „überaus erfolgreich“ sei. Ein großer Vorteil dabei ist auch, daß viele Leute für Landarbeit interessiert werden, ihre in der Kolonie gewonnene Ausbildung in der Farmarbeit sie befähigt, solche Arbeit anzunehmen; die Nachfrage ist daher in der Hand. Zumal nach Canada gehen viele, andere auch nach Farmkolonien der Heilsarmee in Ontario. Auch gerade bei uns ist die Erfahrung zutage, daß man einen Menschen nicht retten kann, wenn man ihn nicht aus der Situation rettet, die für ihn die Versuchung ist. In unsern deutschen Verhältnissen sollten wir auch einsehen und auf den Wegen weitergehen, wie sie die Heilsarmee mit „Hoffnungstal“ gewiesen hat.

### Frauenwerk.

Wenn man einen Eindruck haben will von der Not unter den Frauen, dann muß man erst einmal durch die Gassen des Ostens von London gehen. Das was speziell uns dort als das Schrecklichste erscheinen muß, ist das Leben der Frauen. Ich kam in Bethnal Green an Schankstätten vor, die von Frauen gefüllt waren; meist sind es ältere. An jeder Straßenecke in diesen Stadtteilen ist solch eine Schenke, an der nicht nur zu trinken; die Engländer hindern's nicht, weil „jeder das Recht haben soll“! Die Licensing Bill, die einem Teil dieser Schenken zu Leibe gehen soll, stößt auf den größten Widerstand, weil das einzige Mittel ist, dem Uebel zu steuern. Denn selbst die Heilsarmee, die nun einmal in ihrem Körper die Versuchung anwachsen lassen, ständig die Stätten der Versuchung vor sich hat, ist an eine Hilfe in größerem Maßstabe nicht zu denken.

sich in Deutschland gar keine rechte Vorstellung von der Tiefe dieses Lasters. Und zwar gilt das nicht nur für London, sondern auch für die anderen englischen, speziell aber die schottischen Städte. Wie groß der Vertrieb ist, zeigt ein Bild, das ich in der Nähe der Towerbridge selbst beobachtete. Ein Maun stand am Eingange einer größeren Schenke und händigte jedem Eintretenden ein Pilsener-Bier (50 Pfg.) ein. Es wird also darauf gerechnet, daß jeder soviel trinkt, daß der Wert von 50 Pfg. nicht mehr in Betracht kommt gegen die Menge des dann zu Bezahlenden. Tatsächlich sparen ja auch die Engländer nie; Lebens- und Altersversicherung muß in den Kirchen angeraten werden. Man kann sich denken, wie es dann in den Familien aussieht. Der Mann erhält den Verdienst überhaupt nicht nach Hause; die Frau verzehrt das was sie für die Wirtschaft erhält. Auf die Folgen für die Sittlichkeit brauche ich nicht erst hinzuweisen. Aber in den äußeren Gegenden im Osten Londons ist in dieser Beziehung bis jetzt nicht viel zu helfen; die Schande spielt sich sozusagen ganz auf dem Höhe des Verkehrs ab; Unsittlichkeit ist so auf der Tagesordnung, daß die Betreffenden gar keine Ausnahmestellung einnehmen. Auch gibt es nur wenige Häuser in diesen Stadtteilen — auch die Häuser so klein sind (2 Fenster Front und einstöckig meist), die nur für eine arme Familie berechnet sind —, in denen mehrere Parteien zusammen wohnen. Hier können die Settlements und Parochiearbeiten, d. h. solche Missionen, die für eine bestimmte Lokalität arbeiten, vielfach mehr tun als die mehr ins Allgemeine gehende Arbeit der Salvation Army.

Anders steht es mit der Arbeit unter den Dirnen im Westen Londons. In der Gegend von Piccadilly Circus gehen Nachts Heilsarmistinnen durch die Straßen, um den leicht erkennbaren Frauen nachzugehen oder zu begegnen. Fast nie freilich ist es ihnen, ein Gespräch anzuknüpfen, sondern der meist eingeschlagene Weg besteht darin, den Mädchen einen Zettel zu geben im Vorbeigehen.

Darauf ist geschrieben, daß man sich herzlich freuen würde, sie zu dem in der Nähe gelegenen Heim in der Nähe der Oxford Street kommen wollten. Dort werden sie, wenn sie kommen ausgehen, gut aufgenommen und finden zunächst für diese Nacht eine gute Unterkunft.

Die Erklärung dafür, daß tatsächlich viele auf diesem Wege geholfen werden, liegt wohl in dem Umstande, daß so viele nur aus Not oder aus Verlangen nach mehr Geld sich für ihr Gewerbe

hingeben. Auch finden sich immer wieder Geschöpfe, die erst in London verkauft worden sind.

Wer nun den Willen hat weiterzukommen, kann in der Midnight Post weitergehen zum Receiving House in der Nähe des Ostens von London. Mrs. Bramwell Booth empfängt die kommenden meist selbst, um ihnen den Platz anzuweisen, der richtig für sie hält. 52 können in diesem Heim aufgenommen werden und irgend eine Gelegenheit abwarten, in Zukunft eine Anwendung zu kommen. Für je 12 von ihnen sind 12 Offiziere da, die in dem Raum daneben schlafen; der Offiziersraum liegt neben dem Tor, so daß von dort aus nachts die Aufnahme erfolgen kann. Dies Haus wie alle die nun Erwähnung finden sollen, ist natürlich stets von Frauen haben es aber auch angenehm; sie erhalten sofort Kost, kommen, reine Kleidung; die Mahlzeiten sind gut; die Arbeit ist groß und freundlich, vor allem stets sauber; die Arbeit ist work (Hausarbeit) und dann needle work (Handarbeit), anstrengend; zu den Gebetsversammlungen scheinen sie zu kommen, eben weil sie den Willen haben — oder wenigstens wenig Absicht zum Willen —, aus ihrer früheren Lage zu finden. Tatsächlich finden sich auch unter den jetzt gestellten der verschiedenen Häuser so prächtige Beispiele, daß jemand dort ein anderer Mensch wird, daß sich die Arbeit selbst rechtfertigt.

Aus allen Gegenden Londons und aus allen Teilen kommen sie zu diesem Aufnahmehaus. Ein Kontingent wird auch gestellt von den Personen, die im Shelter längere Zeit zugebracht haben. Eine der häßlichsten Straßen ist Hanbury Street, so schmutzig und widerwärtig wie manche Plätze in Whitechapel, was viel besagen will. Aber das Shelter (Frauenasyl) ist eine kleine Oase in der Wüste; dort die Ärmsten der Armen sich einfinden, sieht's dort nicht als in jedem andern Haus. Dabei ist jedes Fleckchen Land ausgenutzt; die 370 Bettstellen stehen ziemlich nah beieinander; sind Holzkästen mit Matratze und Decke. Der Versammlungssaal wird allabendlich auch in einen Schlafraum verwandelt. Hundert eiserne Bettstellen hineingetragen werden. Es ist nicht soviel Schwierigkeiten, als man sich nach Deutschland hin schicken denkt. Die Leiterin mit ihren paar Offizierinnen kann alles; nie war ein Polizist oder sonstiger

Betrunkenen Frauen sollen natürlich nicht eingelassen werden. Oft genug ist es nicht so sicher zu erkennen im Anfang, und später wird eine Flasche heimlich mit hineingeschmuggelt. Die dort ist wahrhaftig nicht leicht, aber die Leute sind fröhlich. In dem der Räume schlafen die Kinder neben ihren Müttern. Kinder haben immer zusammen einen Schlafkasten; jedes hat auf einer Seite seine Mutter; so daß die Reihenfolge ist: Mutter, zwei Kinder, eine Mutter; eine Mutter, zwei Kinder, Mutter. Wenn eine Mutter zwei Kinder mitbringt, wird es etwas enger; denn sie hat nur die Hälfte eines Schlafkastens zur Verfügung. Nur ein kleiner Teil der Frauen wird in der Nacht im Hause behalten, zur Reinigung; die andern treiben ihren Geschäfte tagsüber.

\*

\*

\*

Alle müssen vom Receiving House ins Maternity Hospital (Entbindenheim), das ganz in der Nähe liegt, gebracht werden. Eindrücke, die ich dort von der Tätigkeit der Heilsarmee gesehen habe, sind mit die tiefsten, die ich in sozialer Arbeit übersehen habe. Die Mädchen, die gerade wieder anfangen ihre Arbeit herumgehen zu lassen, blicken in helle saubere Zimmer, wo man ein unfreundliches und kein aufdringliches Wort gesagt wird. Die Mädchen werden aufgenommen, die zum erstenmal Mütter sind. So handelt es sich meist um solche, die noch nicht erleben kennen gelernt haben. Mrs. Bramwell Booth hat für einen guten Blick. Sehr viele sind dort, denen ihre Arbeit zum Fallstrick wurde. Auch arme Diensthöten sind dabei. Alle alleinstehende Mädchen. Meist ca. 20 Jahre alt.

Ich berührte wie ein Wunder, daß diese Frauen trotz ihrer Arbeit und trotz der Scham, die sie offenbar bei den Besuchen von den Hebammen (die übrigens ganz selten nur hineingeführt werden) zeigen, einen Zug von stiller Fröhlichkeit auf ihrem Gesicht haben. Schon daß jede ihr Kind neben sich hatte, gut gepflegt, muß dazu beitragen. Aber es kommt doch noch etwas hinzu; denn bekanntlich sehen reiche Mütter nicht immer anders aus. Die Freundlichkeit der Pflege ist doch schließlich der Grund.

Ich werde die Leiterin des Hauses nicht vergessen; mit welcher Freigebigkeit sie alles, was Hilfe war für ihre Pflegebefohlenen! Ich sprach sie auch mit ihnen! Und wie gut mußte sie auch

mit den Wärterinnen und Hilfsarbeiterinnen umzuges. Mädchen aus aller Welt sind dort zusammen, um Monate dies Werk kennen zu lernen und zu helfen. Den Wohnraum der Damen kam, waren wir von fünf Leute. Alle sahen vergnügt aus, trotzdem sie alle mußten, wie schwer dies Werk ist. Noch schwerer habens die Wärterinnen. Aber alle sind freundlich. Und ruhig. Ein Zimmer, in dem eine Wärterin vier Babys besorgt war gesund und schlief, das zweite war nicht zum Leben bringen, das dritte hatte die Wärterin auf dem Arm, krank und unruhig; das vierte mit einer Decke unter der Oberin wollte sie aufheben, aber die Schwester war zu — das Kind war kurz vorher gestorben.

Ich habe nicht gehört, wie es der Mutter dieses Kindes worden ist, daß es tot sei. Aber ich habe den Eindruck, Maternity Hospital ein Ort ist, in dem die Mütter das ertragen können. An Stätten der Lieblosigkeit würde die Nachricht zweifellos zur Verzweiflung oder zur Vertiefung hier führt sie zur Vertiefung. Immerhin wenn ich an die Genesenden denke, die unten in dem hübschen Zimmer, im Gartenfenster saßen, in hellen reinen Kleidern und mit beschäftigt, die sicher mit ihren Gedanken viel bei den tätigen Kindern waren, die oben von der Wärterin gehalten, wenn ich denke, daß die Offizierin dann hereintrat in das Zimmer und die eine mit sich führte und erzählte, was geschehen war mit dem Kind, um das sie so viel gelitten, um dessenwillen sie gekommen worden war aus ihrem Kreise, für das sie vielleicht gebetet und für das sie mit dem Tode gerungen hatte. Das Kind gestorben sei — dann erscheint die Arbeit, die die Offizierin haben, so groß und reich, daß ich es nur jedem Mädchen könnte, dort Pflegerin zu werden. Denn das eben ist der Druck, den man dort aus dem Verhalten der Pflegerinnen, daß sie es verstanden, ihren Pflegebefohlenen Tapferkeit zugleich zu übertragen. Das geht schon daraus hervor, daß Angestellte frühere Insassen der verschiedenen Heime sind, in der Familie Booth erbliche Gabe, den richtigen Platz, die richtige Stelle zu finden, bewährt sich überall.

Das andere Vaster, gegen das die Heilsarmee in London ist die Trunksucht der Frauen. Die Frauen-Offiziere der Heilsarmee suchen natürlich auf den Straßen Londons überall

Frauen davon zu retten und abzubringen; viele die auf der Straße angetroffen werden und mitgehen wollen, werden nach dem Eintreffen bei Oxford Circus gebracht. Aber ein eigentliches Inebriate Home wie das auf Rookwood Road im Norden Londons, nimmt solche auf, die sich darum bewerben und auch von diesen wieder nur einen Teil. Die Applikationen gehen entweder direkt an das Home oder werden — in selteneren Fällen — durch das visiting House vermittelt. Jede Aufgenommene muß mindestens Monate dableiben; oft sind sie auch ein ganzes Jahr dort. In diesen Jahren trinken die englischen Frauen seltener; es sind solche über 30 Jahre. Nun verlassen sie z. T. ihre Familien, verlassen das Trinkerheim die Herrschaft über ihren Körper zurückzugeben. Wie dankbar können die sieben Offiziere dieses Werkes sein, wenn sie sagen können, daß durchschnittlich die Hälfte der Entlassenen völlig geheilt worden ist. Viele, die nicht verheiratet sind, haben dann gute Stellungen. Die Leute scheinen auch — abgesehen von der Schwierigkeit, die ihnen das Nichttrinken bereitet — gern im Hause zu sein. Die Hausordnung ist natürlich streng, aber gesund. Um 6½ Uhr wird aufgestanden, dann Frühstück, Gebet; bis ca. 10 Uhr das house work, d. i. Reinigung und Ordnung der Zimmer; dann needle work im work room, d. h. Handarbeiten, die zum Besten der Heilsarmee verkauft werden; die Frauen meist nicht in der Lage sind, irgend etwas für ihren Unterhalt im Heim zu zahlen, ist das eine notwendige kleine Einnahmequelle. Um 12 Uhr ist dinner; danach „twelve thirty“ (12 Uhr dreißig), d. i. das Mittagsgebet; danach eine viertel bis halbe Stunde Ausruhen im Garten. Arbeit bis zum tea um 4 Uhr, im Anschluß daran wieder Bibellesen und Gebet. Die Frauen dankbar, das zu haben; wenn eine wirkliche Not und der Wille, sie zu überwinden da ist, dann sind Menschen geneigt, Hilfe zu suchen. Nach dem supper von 7 Uhr an kann jede ihr eigenes tun oder ausruhen. Das ist der Tageslauf. Aber auch hier gilt wieder: es ist nicht eigentlich Schablone. Notwendige Regeln da, aber jeder Offizier steht darüber und befiehlt, wie es das Ergebnis erfordert. Auch im Äußeren kann man sehen, wie alles nach der Schablone, sondern den Bedürfnissen angepaßt ist. Während in den Häusern, in die nur die Ärmsten kommen, auch die Offiziere in spärlicheren und ärmere Räume haben, ist im Trinkerheim, wo auch besser situierte Frauen hinkommen, etwas mehr Komfort; auch die Offizierszimmer sind etwas nobler ausgestattet, z. B. das Wohnzimmer.

Empfangszimmer. Dies war noch vor wenigen Jahren das Zimmer des Generals. Das Haus hat schon seine Geister.

Auch daran kann man sehen, wie sehr sich die Leiter der Seele der Frauen hineinzudenken vermögen, daß es in der Trinkerinnenheim streng vermieden wird, daß ein Besucher der Besucherin die Leute zu Gesicht bekommt. Es ist das merkwürdiger, als der Engländer sonst wenig Rücksicht auf derartige Empfindungen. Die Offiziere der Salvation Army auch in diesem Punkt von innen heraus zu solchem Takt geformt.

Ein Teil der Frauen, vor allem jüngere, kommen aus dem Heimen, wo sie im Augenblick der Not Aufnahme finden, in eins der Mädchenheime. Da existieren z. B. Stridenheim, Näherinnenheime. Vor allem aber ist die Stellenvermittlung Heilsarmee so gut, daß man sich immer wieder dazu drängt.

Die Einzelarbeit auf den verschiedenen Gebieten kann nicht erwähnt werden; nur ein paar Zahlen aus der Arbeit der Dienstboten seien hier gegeben für die Zeit von Oktober bis September 1907: Unterhaltungen mit Dienstboten 6600, Suche von Dienstboten in den Heimen 43 288, Haushälterinnen 8710, Briefe an Dienstmädchen 13 665, usw.

Schließlich ist hier auch nicht näher beschrieben das *Work*, das — zumal im Osten Londons — seine Zentralen hat; es lohnt sich, nach London zu fahren, um die von den Zentralen ausgehenden Expeditionen der Heilsarmee zu begleiten! —

Man ist versucht zu fragen, woher all die Frauen und Mädchen kommen, die diese Arbeit tun; woher sie diese Energie und Kraft nehmen, die überall erforderlich ist. Ich bin auf meinen Wanderungen durch all die Häuser nicht einer Einzigen begegnet, die nicht völlig den Platz auszufüllen schien; im Gegenteil schien gerade für ihre Stellung wie geschaffen. Dies ist nicht ihr eigenes Verdienst in erster Linie, sondern dessen, was der Platz anweist. Und diese Gabe ist offenbar in der Heilsarmee in ganz einzigartiger Weise vorhanden. Aber man fragt sich immer wieder, woher diese z. T. so jungen Offiziere ihre Fachbildung haben. Schließlich liegt auch für dies Rätsel das Wort in den leitenden Personen; denn das Training home gibt nicht die Antwort darauf. Jede Heilsarmefeldistin muß 6 Monate nach ihrem Eintritt — für etwa 10 Monate im Training home gehen. Ueber 50 sind darin. Unterrichtet



vor allem in Vibel lehre, sowie Geschichte, Art und Lehren der Armee. Daneben her gehen ständig praktische Übungen; die Lernenden werden von erfahrenen Offizieren in alle Branchen sozialen Werkes mitgenommen. Diese soziale Ausbildung ist eine andere als die der Feldoffiziere; wie überhaupt social field work getrennt sind und die einzelnen Offiziere meistens für eins von beiden ausgebildet werden. Aber wie gesagt, die Ausbildung ist gut. Gerade das Jahr in dem Training home hat viele einen großen praktischen Nutzen, weil dort manches in der Jugend nachgeholt werden kann, was denjenigen, die aus niederen Herkommen, fehlt. So hat dort auch der ganze Betrieb gewissen Schluß, der bei der Einfachheit wohlthuend berührt.

### Kinderwerk.

Bümmert sich die Salvation Army auch um die Kinder? Ich beginne hier ab vom Maternity Hospital und allen mehr gelegentlichen Leistungen der Einzelnen und berichte nur von dem Institutionellen. In dem Nordosten Londons, am Springfield Park, ein reizender Ort, ein hübsches Haus mit großem Garten, genannt: „Das Nest“.

50 Kinder wohnen in diesem Hause; aber es gibt noch ein anderes „Nest“. Leider sind's bisher, abgesehen von ganz wenigen kleinen Kerlchen, nur Mädchen, die ein „Nest“ gefunden haben. Aber da das Bedürfnis nach einem Nest auch für die Jungen vorhanden ist — wenn auch nicht so stark wie nach einem Nest für Mädchen — und immer wieder neue Bitten einlaufen, wird es wohl nicht so lange dauern, bis es auch fertig ist.

Aufgenommen werden nur Kinder, die irgendwie empfohlen sind. Es ist natürlich nicht möglich, alle Kinder armer Familien zusammenzunehmen. Sie finden sich in allen Altersstufen, von 6 Monaten bis zu 16 Jahren. Von 16 Jahren an kommen sie entweder in eine Abteilung oder sonst an ihren Platz; meist erhalten die dort erzogenen Mädchen recht gute Stellungen; es sind immer mehr Anstellungen, als aus dem Heim erfüllt werden können. Der Unterricht ist auch gut zu sein; er steht mindestens auf der Höhe des englischen Schulunterrichts überhaupt. Die Kinder sind sehr bei der Sache in den Unterrichtsstunden; für mich hatte es beinahe etwas Unheimliches an sich, wie sich die Kinder an der Schule freuten. Auch wird's auch viel interessanter gemacht als in Deutschland: Es wird gesungen und marschiert zwischen den theoretischen Fächern.

Die meisten Kinder sind kerngesund. Sie leben auch meist im Freien. Eine der Schlafstuben ist die Glasveranda. Das Essen ist ausschließlich vegetarisch, auch für die sieben Offizierinnen dieses Hauses.

Außer dem Schulunterricht, der den Jüngeren den Vormittag über, den Mädchen vom 14. zum 16. Jahr an zwei Nachmittagen der Woche erteilt wird, lernen sie alles, was sie später in Stellungen als Dienstmädchen gebrauchen können, auch Handarbeiten aller Art. Wäsche usw. und Kochen. Wie dankbar diese Mädchen später auf ihre Zeit in diesem Heim zurückblicken, zeigt sich darin, daß die früheren Böglinge gern am Sonntag nachmittag sich zusammen dort einfänden. Sie haben in diesem Hause einen Raum für sich, wo sie sich gemütlich unterhalten können.

Regelmäßiges Gebet ist selbstverständlich in dem Hause. Am Sonntag sind drei Sonntag-Schulklassen für die verschiedenen Altersstufen. Aber wie ich sah, nimmt auch im Werktags-Unterricht die Religion eine hervorragende Stellung ein.

Eins der Betten und damit eins der Kinder wird von einem Kreis von Mädchen der Nachbarschaft unterhalten. Sie kommen den Sonnabend nachmittag zusammen und treiben Handarbeit: diese wird verkauft, und der Erlös reicht, ein Kind zu unterhalten. Es sind Mädchen im Alter von etwa 12—14 Jahren, die das tun!

Jeder Besucher des Nestes wie der anderen Anstalten müßte erstaunt sein über das Maß von hingebender Liebe, das in den Menschen verborgen ist. Und keiner würde sich wohl auch dem Eindruck entziehen können, daß der, der diese Liebe in all den Männern und Frauen dort geweckt hat, kein anderer ist, als eben der, zu dem sich alle diese Menschen bekehrt haben: Jesus von Nazareth.

\* \* \*

Um einen Begriff von der Größe des sozialen Wertes der Heilsarmee in England zu geben, seien zum Schluß noch einige Zahlen genannt. Während des Jahres 1907 sind  $5\frac{1}{2}$  Millionen Mahlzeiten an den Nahrungs-Ausgabestellen der Heilsarmee in England gereicht worden; in demselben Jahr 1 872 116 Schlafstätten an Obdachlose; 5333 Versammlungen sind in den Hülen gehalten worden; 26 200 Arbeitslose sind vom Arbeitsbureau beraten worden; 4410 sind in die Fabriken der S. A. aufgenommen worden; über 16 000 Arbeitslosen ist eine Anstellung vermittelt

worden; 249 entlassene Strafgefangene sind in Anstalten aufgenommen, 241 anderwärts untergebracht worden; nach 2656 Verlorenen ist gesucht, 517 sind gefunden worden; 3162 Frauen und Mädchen kamen in die Rettungshäuser; 2764 fanden von dort aus Stellung; 86 664 Familien wurden in den Slums besucht; mit beinahe 50 000 hat man beten können; über 50 000 Destillationen sind besucht worden, desgl. 2717 Hotels; in 888 von diesen sind Versammlungen abgehalten worden; 14 000 Kranke sind gepflegt worden.

Das sind Zahlen für 1907! Im Jahre 1908 ist das Werk zweifellos wieder bedeutend gewachsen. In der Zeit, seit die Heilsarmee besteht, haben mehr Personen von ihr Nahrung erhalten, als Deutschland Einwohner hat; Schlafstätten erhielten in der ganzen Zeit fast so viele, als Preußen Einwohner hat; Anstellung fanden durch die Heilsarmee soviel Leute, als heut in Magdeburg wohnen; besucht wurden so viel Familien, als in der Provinz Sachsen wohnen.

Mit diesem Werk der Salvation Army in England wetteifern ihre Arbeiten in Amerika und Australien. Deutschland kann sich noch nicht damit messen. Immerhin unterhält die Heilsarmee schon jetzt in unserm Vaterlande 182 Stationen, von denen 30 soziale Einrichtungen sind, nämlich 7 Rettungshäuser für Mädchen (in Berlin-Friedenau, Hamburg-Alsterdorf, Köln-Müngersdorf, Straßburg i. E., Königsberg i. Pr., Leipzig-Lindenau und Dresden), 11 Männerheime, d. h. Arbeitsstätten für Arbeitslose, Obdachlosenhäuser, Besserungsanstalten für entlassene Strafgefangene usw. (in Hamburg 2, Hannover, Köln, Mühlheim a. d. Ruhr, Solingen, Freienwalde a. O., Düsseldorf, Elberfeld, Mühlhausen i. E., Mainz), 7 Samariterheime (in Berlin 2, Köln, Mühlhausen, Reutlingen, Lüdenscheid, Straßburg i. E.), ein Wöchnerinnenheim (in Berlin N.), eine Mädchen-Metropole mit Logier- und Speisehaus für allein stehende Frauen und Mädchen (in Berlin S.), 2 Kinderkrippen (in Pforzheim und Meissen) und eine Gefängnismission (in Bochum).

Als in diesem Jahre der General der Heilsarmee William Booth wieder im Zirkus Busch in Berlin seine großen Versammlungen abhielt, mußte man schon mehr von ihm als früher. Mancher sozial interessierte Mann ging zu der Nachmittagsversammlung, in der der General über die soziale Lage sprach. Am Abend war der Zirkus überfüllt; und noch immer steckte in dem fast 80 jährigen eine geheimnisvolle Kraft.

William Booth ist heut Ehrenbürger von Nottingham, wo er geboren wurde, und London, für das er geboren wurde; er ist wie unser Kaiser seit dem vorigen Jahre Ehrendoktor von Oxford — kurz: in England zweifelt an seiner sozialen Bedeutung kein denkender Mensch mehr. Seit 1890 sein Buch „Im dunkelsten London“ erschien, wird er als ein Wohltäter der Menschheit gepriesen. Aber die Wohltat bestand nicht eigentlich in diesem Buche, durch das er bekannt wurde, sondern in dem, was der Untertitel jenes Buches sagt „der Weg hinaus“; diesen Weg hat er gezeigt im sozialen Werk seiner Armee.

---

# Seneca und Paulus.

Von

Wilhelm Soltau.

Merkwürdig! Trotz der Universalität unserer Bildung, und trotzdem auch von dem Fachgelehrten jetzt ein weit höheres Maß allgemeiner Kenntnisse verlangt wird, als vor einigen Menschenaltern, bewegt sich doch die Forschung der einzelnen Disziplinen oft genug ohne Fühlung mit den Untersuchungen der Gelehrten anderer Fakultäten weiter, auch wenn das Wissensgebiet nahe verwandt und, sozusagen, benachbart ist. Der Theologe operiert mit den Begriffen Christentum, Glauben, Kirche, Heidentum, als wären das gegebene Größen, jedenfalls sehr oft, ohne ihre Bedeutung klar abzugrenzen und in einen hinreichenden Zusammenhang mit dem zu bringen, was in der antiken Welt, aus welcher das Christentum hervorging, an verwandten Ideen und Institutionen vorgefunden ward.

Noch kürzlich klagte ein bekannter theologischer Schriftsteller der jüngeren Generation, wie sehr er es bedaure, daß ihm auf dem Gymnasium und auf der Universität so gar keine genügende Kunde von der römischen Kaiserzeit zuteil geworden sei. Ja, recht viele Theologen kommen nicht einmal zu dem Bewußtsein dieses Mangels! Ähnlich geht es umgekehrt auch manchen Philologen und Historikern. Die eigentlichen philosophischen und religiösen Zeitprobleme sind z. B. denen, die sich mit der politischen Kaisergeschichte beschäftigen, meist nur oberflächlich bekannt.

Und doch gibt es auf diesem Gebiete zahlreiche Probleme ersten Ranges, zu denen ein jeder Historiker wenigstens eine bestimmte Stellung eingenommen haben muß, wenn er mit Erfolg auch die historische Entwicklung im engeren Sinne richtig beurteilen will.

Ich wähle, um dieses an einem bedeutsamen Falle klar zu machen, das interessante Problem

### Seneca und Paulus!

Zwar ist dasselbe alt, fast schon ebenso alt, wie das Christentum selbst. Dennoch aber ist es nicht veraltet. —

Seneca, der heidnische Philosoph, ist schon früh für einen Gesinnungsgenossen und Freund des Apostel Paulus angesehen worden. Im 4. Jahrhundert kannte man einen Briefwechsel zwischen beiden. Einige jener gefälschten Briefe aus demselben wurden im Mittelalter gern gelesen und sind noch jetzt erhalten. Senecas moralische Schriften genossen im Mittelalter ein großes Ansehen, und das um so mehr, als ja die christliche Sittlichkeit sich allmählich der stoischen Ethik assimiliert hatte. Das Moralwerk des Kirchenvaters Ambrosius war weniger christlich als stoisch: eigentlich nur eine „erneute Auflage“ der Schrift Ciceros „von den Pflichten“ (vgl. mein Buch: „Das Fortleben des Heidentums“, 1906, S. 65). Da konnten die oft erhebenden und tiefergehenden Sittenforderungen Senecas mit gutem Grund auch den Christen ans Herz gelegt werden. Vielfach hielt man Seneca sogar für einen geheimen Christen und verehrte ihn wie einen Heiligen. An seinen Dramen erbaute sich die Renaissance und diese ahmte seine rhetorischen Darstellungen wie seine moralisierenden Ausführungen nach.

Man rechne ferner hinzu die auffallende Ähnlichkeit in den letzten Schicksalen beider Männer, welche Aufsehen erregen und einen Vergleich veranlassen mußte.

Paulus hatte um 58 an die Römer geschrieben, sein Name war daher damals in den Juden- und Christenkreisen der Hauptstadt weitbekannt geworden. Als Gefangener weilte er seit 61 in Rom, gerade damals — als Seneca auch von seiner Höhe gestürzt bei Nero in Ungnade gefallen war. Beide erlitten in Rom, auf Geheiß des Tyrannen, den Tod (Paulus 63/64, Seneca 65). Da lag die Vermutung nahe, daß beide Männer vielleicht auch persönlich sich näher getreten sein könnten.

Mehr aber als alles dieses fiel ins Gewicht, daß Senecas Schriften nicht nur mit manchen biblischen Stellen, sondern auch mit zahlreichen Worten und Ideen des Paulus eine unleugbare Verwandtschaft zeigen. Der Darlegung dieser Beziehung, welche zwischen den Schriften des Paulus und des Seneca bestehen, hat

das berühmte Haupt der Tübinger Schule, Christian Ferdinand Baur, seine letzte ausgezeichnete Abhandlung gewidmet (s. Hilgenfelds Zeitschrift für wissenschaftliche Theologie, 1858).

Was ist von diesen Beziehungen zu halten?

Diese Frage wäre sehr einfach zu beantworten, wenn es überhaupt glaubhaft gemacht werden könnte, daß Seneca mit christlichen Ideen und christlichen Schriften in Berührung gekommen wäre.

Sollte aber sich diese Annahme als unmöglich herausstellen, so zerfällt die Hauptfrage in eine Reihe von Nebenfragen, welche schwerer lösbar sind, und die wenigstens tief verschlungen und verflochten sind mit einer Fülle von andern wichtigen Problemen der damaligen Zeit- und Kulturentwicklung.

Um zu zeigen, wie zu entscheiden ist und worauf dabei ein besonderes Gewicht gelegt werden muß, möge dem Leser hier einiges über Senecas Lebensschicksale und seine schriftstellerische Tätigkeit ins Gedächtnis gerufen werden.

Seneca war gleichzeitig mit Christus um das Jahr 4 vor Christus zu Corduba in Spanien geboren, als Sohn des bekannten Rhetor Seneca. Er erhielt eine ausgezeichnete Erziehung zu Rom, wo er im Hause seiner mit Vitrasius Pollio verheirateten Tante lebte. Sein Schwager war längere Zeit (16 Jahre) Präfekt von Aegypten gewesen, dessen Sohn war Prokurator daselbst, und so ist es denn höchst wahrscheinlich, daß auch Seneca längere Zeit sich in Aegypten aufgehalten hat. Jedenfalls beschäftigte er sich viel mit der Geschichte und Geographie dieses Landes und widmete ihr eine seiner ersten Schriften, die leider verlorene Schrift über Aegypten (*de situ et sacris Aegypti*).

Als Kaiser Claudius im Jahre 41 zur Regierung kam, verbannte er die sittenlose Schwester des Kaisers Caligula und zugleich auch den Seneca (41—49), welcher in den Hoffskandal mit verwickelt gewesen zu sein scheint. Während der Zeit seiner Verbannung in Korsika schrieb Seneca, neben Tragödien, die Trostschriften an seine Mutter Helvia und an Polybius; und ebenfalls fallen noch in die Zeit des Kaisers Claudius die wichtigen Schriften über den Zorn, über den Seelenfrieden und über die Kürze des Lebens. Von Agrippina, der Mutter Neros, zurückgerufen (49), wurde er zum Erzieher ihres Sohnes gemacht und für ihn leitete er während der ersten Regierungsjahre Neros (54—60) fast allein die Regierung.

Um auf den jungen Fürsten günstig einzuwirken, verfaßte Seneca in jener Zeit eine Reihe von philosophischen Schriften, welche den jungen Herrscher auf den Weg der Tugend führen sollten.

Die letzten Jahre seines Lebens (62—65) lebte er dann zurückgezogen und widmete sich der Ausarbeitung mehrerer naturwissenschaftlicher und philosophischer Werke, von welchen noch die Rede sein wird.

Daß in jener Zeit noch keines unserer Evangelien existierte, ist für jeden Kundigen ausgemacht. Von den Briefen des Paulus aber, welche allein in Betracht kommen — die Korintherbriefe und der Römerbrief — steht im allgemeinen so viel fest, daß, selbst wenn ihre Abfassung etwas früher als in die Jahre 56—58 zu setzen wäre, doch keiner derselben auf die zu Anfang von Neros Regierungszeit ausgearbeiteten Schriften Senecas einen Einfluß ausgeübt haben kann.

Nur seine Schriften der 60er Jahre könnten allenfalls von den Ideen Paulinischer Briefe abhängig sein.

Es ist wahr, daß manche erhebende Stellen aus den letzten philosophischen Schriften Senecas, wie, besonders in der großen Sammlung von Briefen an Lucilius, echt christlichen Anschauungen entsprechen und eine nahe Verwandtschaft mit Worten des Paulus aufweisen.

Seneca sagt z. B. schon (epist. 120): „Die menschliche Seele hat nichts über sich als den Gottesgeist, von welchem ein Teil auch in diese Brust sich ergossen hat.“ „Dieser Körper ist keine Heimat der Seele, sondern nur eine Herberge für kurzes Verweilen.“ An verwandten Vorstellungen fehlt es bei Paulus nicht. Und dennoch!jene Worte können nicht aus Paulus' Briefen stammen, da Seneca schon eine Reihe von Jahren früher die gleichen oder ähnlichen Ideen ausgesprochen hat.

Seneca hat sich schon um 56 in der Schrift vom Wohltun (4, 7) rein monotheistisch geäußert: „Ob du das höchste Wesen Natur, oder Geist, oder das Schicksal nennst: wie du ihn auch anredest, es gibt nur einen Urgrund der Dinge, von dem alles abhängt.“ Und gerade in den Schriften der 40er Jahre, in den Trostschriften an die Helvia und an die Marcia, ist ein Glaube an Unsterblichkeit und ein Geist religiöser Ergebung zum Ausdruck gekommen, der mehr noch als der Inhalt der spätesten Schriften einen christlichen Ursprung zu haben scheint, zu einer Zeit also, da von



einer Beeinflussung durch Christi Lehre überhaupt noch keine Rede sein kann.

Wenn also die religiösen Ideen Senecas nicht aus den Evangelien, nicht aus Paulus' Briefen hergeleitet werden dürfen, so kommt es darauf an, klarzulegen, woher denn sonst die dem Neuen Testament verwandten Anschauungen Senecas stammen, soweit sie nicht nur einige schöne philosophische Theorien, sondern wirklich religiös ergreifende Gedanken enthalten.

Gehen wir hierbei von dem Sichersten aus.

Seneca war ein Eklektiker. Er sammelte die Körner der Lebensweisheit bei den verschiedensten Philosophen und Schulen. Seine Moralvorschriften knüpften vielfach an die stoische Ethik an. Nicht aber aus den älteren Stoikern, sondern von den humanen Anschauungen der stoischen Lehren seiner Zeit trug er das Beste und Erhabenste zusammen. Und diesen Ideen näherten sich vielfach in ihren idealen Forderungen auch die Lehren Jesu. Wählen wir z. B. einige Worte des jüngeren Zeitgenossen Senecas, des Epiktet, der noch nicht vom Christentum beeinflusst war, um klar zu machen, welche Theorien die damaligen Stoiker verkündeten. „Wir sind Gottes Nachkommen,“ sagt Epiktet. \*) „Jedes von uns kann sich ein Gotteskind nennen. Wie unser Körper mit dem Universum verwandt ist, so lange wir leben, den gleichen Kräften unterworfen, wenn wir sterben, in die gleichen Elemente zerfallend, so sind unsere Seelen an Gott gebunden und nicht nur mit ihm verwandt, denn sie sind ein Teil von ihm und ein Stück seines Wesens. Da gibt es keine Regung, die er nicht wahrnimmt, weil er und wir von gleicher Art und Wesen sind. Alle Herzen sind vor ihm offen, alle Wünsche ihm bekannt. Wir mögen gehen, reden oder essen, so ist er bei uns, wir sind seine Altäre, seine lebendigen Tempel, ja wir sind Er im Fleisch. Diese Gemeinsamkeit erhebt uns zur ersten Stelle im Reiche der Geschaffenen.“

Das sind Gedanken, wie sie genau denen des Seneca entsprechen, welche zugleich aber auch den Anschauungen des Paulus (z. B. 1. Kor. 6, 19) nahe verwandt sind. Es ist darin die religiös-philosophische Weltanschauung niedergelegt, welche die ernsteren Geister jener Epoche überhaupt befeelte, schon bevor oder gerade

---

\*) Vgl. Hatich, „Griechentum und Christentum“ (übersetzt von Breuichen), S. 113.

zu der Zeit, als Jesu Lehre in die große Welt eintrat und dort Ausbreitung und Anerkennung fand.

Desgleichen sind die humanen weltbürgerlichen Anschauungen des Paulus nicht etwa zuerst von Jesus oder von Paulus aufgestellt, sondern eine köstliche Mitgift der Weltanschauung gewesen, welche sich überhaupt oder allgemein seit Beginn der Kaiserzeit ausgebildet hatte.

Noch Cicero sah, wie Aristoteles, den Sklaven als eine Sache an. Seneca mahnt in ihm den Mitmenschen, den lieben Bruder zu sehen: „Der Mensch soll dem Menschen eine heilige Sache sein.“ „Wenn auch gegen einen Sklaven (gesetzlich) alles erlaubt ist, so verbietet dieses doch das gemeinsame Recht aller lebenden Wesen, weil er derselben Natur ist wie du.“

Es waren eben seit Augustus' Zeit, nicht etwa durch christliche Einflüsse mildere Grundsätze bei Behandlung der Sklaven und für die Theorie der Sklaverei aufgestellt worden. Die Rechte des Herren wurden unter Augustus und seinen Nachfolgern beschränkt. Freilassungen nehmen in einem bisher nicht gekannten Maße zu. Der Humanitätsgedanke sprengte die Fesseln des engherzigen römischen *ius civile*.\*)

Nicht nur der römische Bürger, nein auch der Provinziale sollte als Mensch geachtet werden. „Wer möchte“, meint Seneca (*de vita beata* 24), „seine Mildtätigkeit auf die Italiker beschränken? Die Menschen zu fördern ist ein Gebot der Natur. Seien es Freie oder Unfreie, Freigelassene oder Freigeborene: wo ein Mensch ist, da ist auch das Wohltun am Platze. Wir sollen nicht aufhören,“ sagt er anderswo, „uns um das Wohl aller kümmern, dem Nächsten zu helfen, sogar den Feinden mit mildtätiger Hand beizustehen.“ „Es ist unrecht dem Vaterlande zu schaden, also auch dem Mitbürger, denn dieser ist ein Teil des Vaterlandes.“ Die Gesellschaft kann nur gesund sein, „wenn ihre Teile sich beschützen und lieben“.

Der Grundsatz des Paulus, daß vor Gott kein Ansehen der Person bestehe, ist hier bereits vorgezeichnet. Vor allem aber das berühmte Wort Galat. 3, 28 — „Hier ist kein Jude noch Grieche, hier ist kein Knecht noch Freier, hier ist kein Mann noch Weib:

\*) Vgl. „Humanität und Christentum in ihren Beziehungen zur Sklaverei“ in: Neue Jahrbücher für Philologie 1908 S. 305 f.

ihr seid allzumal Einer in Christo —“ ist auf demselben Boden des Weltbürgertums entsprossen, auf dem der Kosmopolitismus Senecas erwachsen ist. Von Entlehnung kann hier keine Rede sein.

Der Hinweis auf die nahe Verwandtschaft, welche zwischen den sittlichen und religiösen Anschauungen des philosophisch-gebildeten Gelehrten der ersten Kaiserzeit und den humanen und idealen Anschauungen eines Paulus besteht, genügt aber noch lange nicht, um alle Beziehungen zwischen Seneca und Paulus klarzulegen. Krehler hat in seiner Schrift „Lucius Annaeus Seneca und seine Beziehung zum Christentum“ (Berlin 1887) außerdem noch auf die mancherlei Verwandtschaft hingewiesen, welche besteht — oder wenigstens seiner Ansicht nach bestehen soll — zwischen Aeußerungen Senecas und dem Alten Testament. Krehler ist dabei in seinen Hoffnungen, etwas bewiesen zu haben, oft zu sanguinisch gewesen. Eine Kunde der griechischen Uebersetzung des A. T. ist bei Seneca nicht nachweisbar. Wohl aber weisen manche Wortanklänge auf eine indirekte Beziehung hin. Seneca wird, zumal wenn er längere Zeit in Aegypten gewohnt hat, aber auch abgesehen davon, mit der alexandrinischen Philosophie bekannt gewesen sein. Ihre Vertreter Aristobul und Philo hatten das Bestreben, überall von den Schriften des Alten Testaments auszugehen und mit ihnen die Ergebnisse der griechischen Philosophie zu verbinden. Dabei nahmen sie die wörtliche Inspiration der biblischen Schriften an, suchten aber durch allegorische Auslegung und Umdeutung des Wortlauts einen den Anschauungen griechischer Philosophie entsprechenden Inhalt zu gewinnen. Die Eigenschaften Gottes, die Weisheit, die Herrlichkeit, die Vernunft Gottes identifizierten sie mit platonischen Ideen, diese wohl auch wieder mit den Engeln und Geistern.

Es ist klar, daß auch eine nur oberflächliche Vertrautheit mit den Schriften eines Philo den Seneca mit manchen Worten und Anschauungen der Bücher Mose, der Psalmen und einiger Propheten bekannt machen mußte.

Selbst wenn aber der Umfang dieser Kenntnisse bei Seneca geringer bemessen werden mußte, so kann doch Eins nicht bestritten werden. Eine der wichtigsten Schriften unter den Apokryphen ist die sogenannte: „Weisheit Salomonis“. Sie gehört in das 1. Jahrhundert vor Christus, vielleicht mehr in die zweite Hälfte. Dieselbe enthält sehr merkwürdige, dem Christentum verwandte Anschauungen. So herrscht in ihr ein fester Glaube an Unsterblichkeit, eine Ver-

herrlichung der Weisheit Gottes, wie sie sich namentlich in der Führung des Volkes Israel gezeigt hat. „Zur Unvergänglichkeit führt die Gesekestreue; unsterblich wird man, wenn man Gott nahe ist“ (6, 19—20). Das Herannahen eines Gottesreiches ist zu erhoffen. Gott ist dann König der Seligen (3, 8). „Der Gerechte ist Gotteskind und rühmt sich Gottes als seines Vaters (2, 13), Gott liebt die Menschen und führt sie liebevoll zur Besserung“ (11, 23 f.).

Es steht nun fest, daß gerade auf die Anschauungen dieser Schrift auch der Apostel Paulus großen Wert gelegt hat und ihr in seiner ganzen theologischen Ausbildung sehr viel verdankt. Weniger der palästinische Pharisäismus, als vielmehr die Ideen des alexandrinischen Judentums und der dortigen Philosophie haben stark auf Paulus' Ausbildung eingewirkt. „In der Tat“, sagt Holzmann, Neutestamentliche Theologie II, 2, „erinnern nicht bloß die allegorisierende Methode der Schriftenauslegung, sondern auch mancherlei Besonderheiten der Gedankenbildung des Paulus an Philo, und wenn bei ihm von dessen Schriften keine handgreifliche Nachwirkung aufzuweisen ist, so doch um so gewisser von der alexandrinischen Schrift der Weisheit Salomonis.“

Das einzige Mal übrigens, wo der Name Philosophie (*φιλοσοφία*) im Neuen Testament vorkommt (Coloff. 2, 8), ist von Paulus an die philonische Philosophie gedacht worden (Theol. Studien und Kritiken, 1905, S. 539). Was man aber so bekämpft, das muß man doch einigermaßen gekannt haben.

Eben diese philosophische Richtung und speziell die Weisheit Salomonis können dem Seneca, dem Zeitgenossen Philos, mit dem er gleichzeitig in Alexandria und auch in Rom zusammengetroffen ist, nicht unbekannt geblieben sein, und es bedarf wohl nur noch weniger Spezialuntersuchungen, um den Umfang und die Bedeutung dieser Abhängigkeit festzustellen. Die Tatsache selbst wird nicht zu bestreiten sein. (Vgl. vor allem Grafe in den Theologischen Abhandlungen, E. v. Weizsäcker gewidmet, S. 251 f.)

Hier ist die Quelle, aus der bei beiden Männern das gleiche Wasser des Lebens, die gleiche Reinheit sittlicher Forderungen stammt, und woraus die gleiche metaphysische Gedankenwelt entsprungen ist. Des Apostels Briefe weisen ja, was Sprachgut und Rhetorik, zuweilen sogar Empfindungsweise und Weltanschauung betrifft, nicht weniger überraschende Beziehungen zum Griechentum auf. Und anderseits ist die hellenistische Philosophie, nicht nur die

stoische Schule, der Nährboden gewesen, auf dem die philosophischen Erörterungen des geistreichen Effektiers Seneca erwachsen sind.

Aber noch eine Seite gibt es, welche besonders anziehend ist für jeden, welcher sich mit diesen beiden Persönlichkeiten beschäftigt.

Nicht nur die Ähnlichkeit, welche zwischen der Gedankenwelt dieser bedeutenden Zeitgenossen besteht, sondern auch der große Gegensatz, welcher nicht nur in der Handlungsweise, sondern auch in dem ganzen Gefühlsleben beider besteht.

Trotz aller Verwandtschaft der Gedanken, die sich bei beiden Schriftstellern findet: Welch ein Abgrund bestand zwischen ihren Charakteren, zwischen dem religionslosen Weltmann und dem von einem neuen göttlichen Leben erfüllten Apostel!

Seneca faßt in seinen Werken noch einmal die erhabensten Gedanken der antiken Philosophie zusammen und zeigt uns klar, welche Uebergänge von ihr zu den Ideen des Christentums hinüberführen. Aber ihm selbst fehlte es an einem wirklich religiösen Leben. „Der Tugend- und Philosophenmantel mußte gar oft die Hohlheit seines Wesens verhüllen.“ Seneca predigte allgemeine Menschenliebe und war zugleich ein arger Wucherer. „Seine Worte strotzten von Menschenwürde, und er schmeichelte zugleich in hündischer Weise den Tyrannen. Er pries das innere Glück des Weisen und strebte begierig nach Reichtum und Ehren. Seine Philosophie und sein Leben waren zweierlei.“ (Vgl. Soltau, Ursprüngliches Christentum in seiner Bedeutung für die Gegenwart, 1902, S. 129.)

Wie völlig anders war ein Paulus. Alle Leiden und Verfolgungen erträgt er gern um seines Herrn willen. Als er vergeblich um Befreiung von seinem — ihn tief demütigenden — körperlichen Leiden zu Gott gefleht, da vernimmt er das versöhnende Wort in seinem Herzen: „Laß dir an meiner Gnade genügen, denn Gottes Kraft ist in den Schwachen mächtig“ (2. Kor. 12, 9). Welch ein himmlischer Friede durchzieht dieses von Drangsal zerrissene Herz! Diese mächtige Kampfesnatur sang das hohe Lied der Liebe! (1. Kor. 13.)

Wer magt noch bei dieser Zusammenstellung von Seneca und Paulus den gewaltigen Gegensatz zwischen philosophischer Erkenntnis und religiösem Leben zu verleugnen? Dort das Wissen um alles Edle und Schöne, ohne daß dasselbe das Innere durchleuchtet und veredelt hätte. Hier jenes völlige Aufgeben der eigenen Persönlichkeit gegenüber den himmlischen Zielen, denen er in seinem ganzen irdischen Wirken

nachstrebt. „Dort eine Humanität und Menschenliebe, welche doch mit allen möglichen Flecken belastet war. Hier eine Liebe, die alles trägt, alles glaubt, alles hofft, alles duldet. Dort ein schwindfüchtiges Hin- und Herschwanke zwischen Todesfurcht und Todeshoffnung, hier eine Lust abzuschneiden und bei Christo zu sein.“

Auch nach dieser Seite hin eröffnet sich also dem Auge des Forschers eine reiche Perspektive. Je mehr er dem Problem „Seneca und Paulus“ auf den Grund zu kommen sucht, um so reichere Ausblicke wird er gewinnen.

# Die soziale Bedeutung der gegenwärtigen Ärztebewegung.

(Erwiderung auf die Ausführungen des Herrn Kreisarzt Dr. Wengler  
im Märzheft.)

Von

**Dr. med. Carl Wiebel, Leipzig.**

---

Wer die gegenwärtige Ärztebewegung verstehen und ihren zum Teil von der Ueberlieferung abweichenden Erscheinungsformen gerecht werden will, der muß mit ihrem geschichtlichen Werdegang rechnen, im besonderen mit der Tatsache, daß die öffentlich-rechtliche Stellung des ärztlichen Standes sowohl, als auch seine wirtschaftlichen Lebensbedingungen seit einigen Jahrzehnten entscheidend beeinflusst werden von sozialpolitischen gesetzgeberischen Maßnahmen und deren Folgen; er muß ferner im Auge behalten, daß die Ärzteschaft erst dann notgedrungen sich zur Selbsthilfe entschloß, als der Schutz des Staates, obwohl Jahrzehntelang mit Nachdruck gefordert, ihr verjagt blieb.

In das auf rein menschliche Beziehungen aufgebaute Verhältnis zwischen Arzt und Patient schob die Krankenversicherungs-Gesetzgebung ein staatlich bevollmächtigtes Zwischenglied ein, die Krankenkasse, welche die ärztliche Produktion gleich einer Ware weitergibt oder vermittelt an die Personen, deren ärztliche Versorgung ihr obliegt. Die Festsetzung des Preises für die ärztliche Leistung wird hierbei der Vereinbarung zwischen Geber und Empfänger entzogen, sie geschieht einseitig durch den Zwischenhändler, die Kasse. Desgleichen wird die Wahl des Arztes dem Kranken entzogen: an die Stelle des Vertrauens, an die Stelle des „innigen persönlichen Verhältnisses“, welches seither für die Wahl des Arztes entscheidend war, tritt der Befehl des Kassenvorstandes, der den Kranken zu einem bestimmten Arzte zwingt.

Schon diese Erscheinungen führen in eine Begriffswelt, die auf den Laien äußerst befremdlich wirkt, denn sie weichen ab von der Ueberlieferung und von dem natürlichen Bild des Verhältnisses zwischen Arzt und Patient.

Sie erklären aber auch die veränderten Formen der ärztlichen Berufsauffassung nach der wirtschaftlichen Seite hin, denn der Arzt ist heute nicht mehr nur Vermittler seiner Kunst, Freund und Berater des Leidenden, sondern er ist auch ein Bestandteil des technischen Betriebes der Krankenkasse, teilweise sogar leider **nur** noch ein solcher. Lediglich in dieser Eigenschaft zieht er die Folgerungen aus der unnatürlichen Zwangslage, aus der Begriffsverschiebung, mit der das Krankenversicherungsgeß und seine Folgen ihn bedacht haben.

Die Erkenntnis dieser veränderten Wechselbeziehungen kam leider dem ärztlichen Stande später als den Krankenkassen; gewohnheitsgemäß durchdrungen von der natürlichen und überlieferten Auffassung des Berufes und eingelebt in die hieraus sich ergebenden Verhältnisse, merkten die Ärzte nicht alsbald, daß die Gesetzgebung den Kassen einen entscheidenden Einfluß auf die wichtigsten Lebensbedingungen ihres Standes, eine fremdartige Einmischung in die persönlichen Beziehungen zwischen Patient und Arzt, insbesondere aber eine völlig einseitige Festsetzung der Entlohnung ermöglichte. Das Gesetz, ohne sachverständige ärztliche Berater und ohne jede Erfahrungsgrundlage entstanden, ließ nämlich die Frage nach der Regelung des kassenärztlichen Dienstes und nach dessen Bezahlung völlig offen; es legte lediglich den Kassen die Pflicht der Sicherstellung ärztlicher Versorgung für ihre Mitglieder auf und stellte ihnen im übrigen anheim, diese Versorgung in besonderen Fällen „bestimmten Ärzten“ zu übertragen. Die Kassen, deren leitende Kreise zum großen Teil politische und wirtschaftliche Schulung besaßen, machten in kluger Voraussicht alsbald diese Ausnahme zur Regel, indem sie, sich selbst zu Arbeitgebern der Ärzte aufwerfend, einzelne Ärzte bei einseitiger Honorarfestsetzung anstellten; die Allgemeinheit der Ärzte wurde damit von einem großen Teil der Praxis völlig ausgeschaltet.

Bei jenem Vorgehen kam nun den Kassen die „wirtschaftliche Konjunktur“ im ärztlichen Stand und der Mangel entsprechender Organisation desselben weitgehend zu Hilfe: das Studium der Medizin, vordem schon überfüllt, nahm zu, weil die Aussicht auf die anscheinend mit auskömmlichem Gehalt und sicherer Stellung verbundenen kassenärztlichen Stellen dazu verlockte. So überstieg bald das ärztliche Angebot bei weitem die Nachfrage der Kassen. Der überfüllte Arbeitsmarkt setzte naturgemäß die Höhe des ärztlichen Leistungswertes herab; das wirtschaftliche Niveau der Ärzte und ihre soziale Stellung sank zusehends, da der Zwang zur Unterbietung und Stellenjagd, verbunden mit dem demütigenden Gefühl hilfloser Abhängigkeit die berufliche Sittlichkeit des einzelnen entwertete. Tadel und Zwang der Massenbetrieb des Kassenarztes zur Oberflächlichkeit der Berufsausübung, die ärztliche „Mittelmäßigkeit“ wurde mit offenen Armen empfangen, sofern sie nur durch unterwürfiges Verhalten ausgeglichen wurde, „empfortreibende ärztliche Kräfte“ fanden „die Bahn überall ver-



sperrt“, und der junge Arzt, der im Besitz seines Approbationscheines von der ihm zustehenden Niederlassungsfreiheit Gebrauch machen wollte, „sah überall verschlossene Türen“ (Märzheft, S. 447).

Obwohl die staatlichen Gebührenordnungen bestimmte Sätze als Norm für die Einzelleistung bei Kassenmitgliedern ausdrücklich festlegten, setzten die Kassen das Honorar ihrer angestellten Ärzte in Gestalt von Pauschalbeträgen fest: für den Kopf des Kassenmitgliedes erhielt der Arzt den Jahresbetrag von 2 Mark und darunter, in ganz vereinzelt Fällen auch darüber; auf seine einzelnen Arbeitsleistungen entfielen Beträge, die etwa der Forderung eines Baders entsprachen und vielfach nur wenige Pfennige betrugen. Forderte der Arzt als Angestellter der Kasse eine bessere Entlohnung oder suchte er sich gegen unwürdige Behandlung durch Kassenorganisation oder Arbeiter Recht zu verschaffen, so entließ man ihn; lag doch reichlicher Ersatz auf der Straße, der womöglich noch billiger zu arbeiten bereit war. Die Ärzteschaft stand am Grabe ihrer beruflichen und individuellen Freiheit.

Im Jahre 1884 beschäftigte sich zum ersten Male ein deutscher Arztetag mit dem Verhältnis der Ärzte zu den Krankenkassen. Der Arztetag bildet die alljährlich zusammentretende Vertreterversammlung des deutschen Ärztevereinsbundes, der einzigen Organisation, die die Ärzte damals hatten. Dieser Bund bezweckt gemeinsame Betätigung auf dem Gebiete der wissenschaftlichen, praktischen und sozialen Beziehungen des Standes, dementsprechend war er nicht geeignet zur erfolgreichen Vertretung wirtschaftlicher Interessen. Trotzdem nahm er sich der Regelung des Verhältnisses zwischen Ärzten und Kassen tatkräftig an und machte zunächst 1891 zur Grundlage seiner grundsätzlichen Forderungen die freie Arztwahl und die Festsetzung einer Höchsteinkommensgrenze für die Versicherten, nachdem er — wie gesagt — schon seit 1884 mit der Regelung dieser Verhältnisse eingehend sich beschäftigt hatte.

Von nun an erfolgte eine Eingabe der Arztetage nach der andern an die gesetzgebenden Körperschaften, an Reichstag, Bundesrat, Ministerium und Reichskanzler — — — der Erfolg blieb aus, und der ärztliche Stand blieb nach wie vor schutzlos der Willkür der Kassenvorstände überlassen.

Diese Feststellung ist wichtig, denn Herr Bezirksarzt Wengler fordert am Schluß seines Aufsatzes, die Ärzte sollten sich „darauf beschränken, den Schutz des Staates mit Nachdruck zu fordern in dem gegenwärtigen Ausgleichskampf der Stände, weil eine Beteiligung an diesem Kampf mit der Berufspflicht des Arztes unvereinbar sei“ (Märzheft, S. 459).

„Kampf der Stände“. — — — Auf der einen Seite steht der Stand der Ärzte, und auf der andern? — Doch wohl kein Stand im sozialen Sinne, mit dem der erstere um einen Ausgleich ringen müßte; oder sollte dem Herrn Verfasser der wirtschaftliche und politische Interessenkampf beispielsweise zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen arm

und reich, oder zwischen rechts und links vorschweben? Dann freilich würden auch die Ärzte den letzten Rest von Gegnerschaft, der durch Gesetz und Parlament nicht ausgeglichen werden kann, mit den Waffen der Selbsthilfe aus der Welt schaffen dürfen, gleichwie es ihre Gegner tun, der „Stand“ der Krankenfrankenvorstände. Diese machen Gebrauch von der Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes, von Streik und Koalition: sie sperren 10 Ärzte aus und stellen dafür einen an; sie vereinigen sich um zur Befriedigung ihrer vermeintlichen Bedürfnisse als Zwischenmeister den einzelnen Bestandteilen ihrer Organisation billige und willfährige ärztliche Angestellte zu verschaffen, um die Allgemeinheit auszuschalten nach dem Grundsatz: „Teile und herrsche!“

Sollten und durften unter solchen Verhältnissen die Ärzte dem rapiden Siechtum ihres Standes noch weiter zusehen, mit verschränkten Armen und hoffend auf die „weise Einsicht des Staates“ (Heft 3, S. 459)? oder hatten sie vor der Geschichte, vor ihrem Gewissen und vor allem vor den Kranken und wirtschaftlich Schwachen, zu deren Dienst sie berufen sind, die Pflicht, den Ernst und die Würde ihres Berufes nicht zum Zerrbild, den sozialen Grundgedanken der allerhöchsten Botschaft nicht zum Tummelplatz politischer Herrschaftsgelüste werden zu lassen?

Weshalb der Staat dieser beklagenswerten Entwicklung gegenüber untätig blieb — — — wer vermag es zu sagen? Auf jeden Fall konnte er ohne eingreifende Aenderung der bestehenden Wohlfahrtsgesetze seither nicht einschreiten, und die Erkenntnis, daß der Arztstand, wenn auch zum Teil unbewußt, in seinem Kampf gegen parteipolitische Willkür der Krankenkassen und gegen Herabwürdigung seiner inneren und äußeren Werte ein gutes Teil vaterländischer und staatserkaltender Arbeit unbeirrt leistet, in den leitenden Kreisen und auch den Männern der Politik leider erst in allerletzter Zeit gekommen. Fest steht aber, daß die Ärzteschaft es an Vertrauen auf die „Einsicht“ und auf den „Schutz“ des Staates, sowie an durchführbaren Vorschlägen seit Jahrzehnten nicht hat fehlen lassen. Sie griff deshalb erst gezwungen zur Selbsthilfe, und es muß ferner festgestellt werden, daß der Verband der Ärzte Deutschlands, der dieser Selbsthilfe dient, nicht etwa „die neue Ärztebewegung in Szene gesetzt hat“ im Gegensatz zu anderen ärztlichen Organisationen, sondern daß er in vollem Handinhandgehen mit dem 1873 gegründeten deutschen Ärztevereinsbund und in Uebereinstimmung mit dessen langjährigen grundsätzlichen Forderungen sich auf den freiwilligen Zusammenschluß von etwa 24<sup>000</sup> deutschen Ärzten, die überwiegende Mehrzahl der Gesamtheit, stützt.

Die freie Arztwahl als Grundlage der sittlichen und wirtschaftlichen Freiheit und als Voraussetzung der sozialen Erfüllung der allerhöchsten Botschaft forderte bereits der deutsche Arztetag von 1891, während der wirtschaftliche Verband der Ärzte erst 9 Jahre später gegründet wurde.

Diese freie Arztwahl sieht allerdings anders aus, als sie Herr Kreisarzt Dr. Wengler schildert. Zunächst ist sie nicht „unbeschränkt“, an ihr soll vielmehr nur der Arzt teilnehmen, der sich auf die zwischen Kassenorganisation und Ärzteorganisation vereinbarten Vertragsbedingungen bindend verpflichtet hat. Sie zielt auch nicht „auf Entfremdung zwischen Arzt und Auftraggeber“ hin — man müßte denn die Krankenkasse als Auftraggeber des Arztes in dem Sinne auffassen, wie es Herr Dr. Wengler tut. Mit ihr, als dem durch die Gesetzgebung in das Verhältnis zwischen Arzt und Patient eingeschobenen Zwischenglied haben sich die Ärzte sehr wohl abgefunden, weil sie gern bereit sind, an der Erfüllung der sozialen Aufgaben des Staates mitzumirken. Deshalb erstrebt auch die ärztliche Organisation ein friedliches, dieser Erfüllung förderliches Verhältnis zu den vom Staat eingesetzten Auftraggebern, die sie als Bindeglied zwischen Arzt und Versicherten betrachtet. Um aber im Sinne der erwähnten Aufgaben ersprießlich wirken zu können, muß das Verhältnis des ärztlichen Standes würdig sein, nicht aber darf es die wirtschaftliche und ideelle Abhängigkeit des ärztlichen Standes bedingen, sonst leidet die Berufstätigkeit und damit der Kranke Not.

Im Sinne der ärztlichen Berufsethik ist andererseits der Auftraggeber des Arztes ausschließlich der Kranke; zwischen ihm und dem Arzte eine „Entfremdung“ zu vermeiden, bzw. zwischen beiden ein innerliches Verhältnis überhaupt zu ermöglichen, ist eine der sittlichen Grundlagen der freien Arztwahl. Dagegen bedarf das Verhältnis zwischen Kassenvorstand und Arzt keiner Innerlichkeit, sondern nur der beiderseitigen Vertragserfüllung.

Ferner ist es nicht zutreffend, daß die ärztliche Organisation „die ärztliche Leistung verabreicht (Märzheft, S. 442)“, oder „daß die Ärzte über das Amt des Kassenarztes aus freier Hand unter sich verfügen“. Die Ärzteorganisation stellt lediglich der Kasse eine Anzahl vertragswilliger Ärzte zur Verfügung, aus deren Zahl sich der Kranke ohne jede Beeinflussung von dritter Seite seinen Arzt nach Maßgabe des Vertrauens wählt. Auf diesem Wege allein nähert man sich dem „Ideal der humanen freien Arztwahl nach dem Muster der Einrichtung des Hausarztes“ (Märzheft, S. 444).

Wie oben gesagt, gründet sich die freie Arztwahl versicherungstechnisch auf eine Vereinbarung zwischen Kassenorganisation und Ärzteorganisation. Eine solche Vereinbarung ist notwendig, weil die Ärzteschaft, im Gegensatz zu Herrn Dr. Wengler, die Krankenkasse nicht als ihren Arbeitgeber oder Auftraggeber (Märzheft, S. 442) anerkennt (siehe oben) und dementsprechend eine einseitige Festsetzung der Vertragsbestimmungen des ärztlichen Standes nicht für würdig hält. Sie hält vielmehr beide Parteien für gleichberechtigt. Da der Arzt, auf sich allein angewiesen, naturgemäß durch die Uebermacht der Kasse in die untergeordnete Stellung eines Arbeitnehmers herabgedrückt würde, so kann nur seine Standesorganisation seine berechtigten Interessen wirksam wahrnehmen. Sie schiebt sich in derselben Weise

zwischen Arzt und Kasse, wie sich die letztere in das Verhältnis zwischen Arzt und Patient einschiebt.

Jene „Vereinbarung“ dient bei der freien Arztwahl nicht zum letzten den Interessen der Kasse; sie sichert ihr eine Anzahl vertragswilliger Ärzte zur unbeeinflussten Auswahl durch die Kranken, sie schützt die Kasse gegen mißbräuchliche Inanspruchnahme ihrer Geldmittel durch übereifrige Ärzte, indem sie sogenannte Kontroll-Kommissionen vorsieht, denen die Beaufsichtigung der kassenärztlichen Tätigkeit zusteht; sie vermittelt schließlich den Weg zur Entlarvung und Unschädlichmachung von Simulanten durch Hand in Handgehen beider Kontrahenten.

Die „Vereinbarung“ bezieht sich aber auch auf die Höhe des Honorars. Ueber die Angemessenheit desselben kann man natürlich verschiedener Meinung sein; daß aber die ärztlichen Forderungen sich nach wie vor in den bescheidensten Grenzen bewegen, erhellt schon daraus, daß die in den staatlichen Gebührenordnungen ausdrücklich vorgesehene tagmäßige Bezahlung der Einzelleistung bis heute noch zu den größten Seltenheiten gehört, daß vielmehr die kassenärztliche Entlohnung fast allgemein in Gestalt von Jahrespauschalbeträgen geschieht, teilweise sogar ohne Berücksichtigung der in Betracht kommenden Mitgliederzahl. Auch diese Pauschalbeträge suchen die Kassen möglichst niedrig zu halten, während sie anderseits für freiwillige Wohlfahrts Einrichtungen, wie zum Beispiel Versicherung der Familienangehörigen der Kassenmitglieder, Errichtung von Genesungsheimen, Ausdehnung der Unterstützungsdauer auf das Doppelte der gesetzlichen Vorschrift, schließlich für Schaffung und Vermehrung von Reservefonds über die gesetzliche Höhe hinaus ihre Mittel uneingeschränkt zur Verfügung stellen, desgleichen für ihre eigenen Verwaltungszwecke. Alle diese Aufwendungen mögen erfreulich und notwendig sein — sie dürfen aber nicht auf Kosten der berechtigten Honoraransprüche der Ärzte geschehen. Wenn die Kassen mit ihrem Etat nicht auskommen, so haben sie die gesetzliche Möglichkeit, durch dauernde oder vorübergehende Erhöhung der Mitgliederbeiträge einen Ausgleich zu schaffen. Ueber diese Möglichkeit hinaus sind seitens der Ärzte niemals Zumutungen gestellt worden, es wird vielmehr nur ein angemessener Anteil der Gesamtausgaben beansprucht zur Befriedigung der berechtigten ärztlichen Honoraransprüche. In sehr vielen Fällen wird bei Einführung der freien Arztwahl überhaupt keine Erhöhung des seither gezahlten Gesamthonorars verlangt, sondern nur eine Verteilung desselben auf mehrere Ärzte nach Maßgabe ihrer Arbeitsleistung.

Daß die organisierte freie Arztwahl, wie sie die ärztliche Organisation fordert, sich mit den Kassenfinanzen sehr wohl verträgt, ist längst bewiesen durch einwandfreie Statistik, und anerkannt durch große Krankenkassen und staatliche Behörden. So ist im Königreich Württemberg bei den staatlichen Krankenkassen der gesamten Eisenbahn, sowie bei der Post jenes Zwi-

eingeführt. Ueber das Ergebnis dieses Versuches berichtet ein Erlaß der kgl. Regierung an alle Krankenkassen, der folgende Ausführungen enthält:

„Die inzwischen mit diesem System in Württemberg gemachten Erfahrungen sind durchaus günstige. Das System entspricht ebensowohl dem Interesse der Versicherten, denen die Behandlung durch den Arzt ihres Vertrauens gewährt ist, wie den berechtigten Standesinteressen der Ärzte, und es sind die früher an dasselbe geknüpften Befürchtungen einer finanziellen Ueberlastung der Kassen nicht in Erfüllung gegangen, und zwar, soweit sich von hier beobachten läßt, auch da nicht, wo von den Kassen die Einzelleistung unter Zugrundelegung der staatlichen Minimalsätze honoriert wird. Den Krankenkassen kann hiernach der Uebergang zur freien Arztwahl, wo dieselbe noch nicht eingeführt ist nur dringend empfohlen werden.“

Man sieht, dieses Bild der freien Arztwahl weicht von dem des Herrn Dr. Wengler wesentlich ab.

Es muß überhaupt angenommen werden, daß sich seine Erfahrungsbegründungen beziehen auf irgendwelche örtliche Verhältnisse, bei denen die freie Arztwahl nicht im Sinne der grundsätzlichen Forderungen der deutschen Ärzteschaft, sowie technisch unzulänglich durchgeführt ist, oder aber auf mißverständliche Auffassung der Maßnahmen irgend einer örtlichen Ärzteorganisation, für deren etwaige Unzulänglichkeit aber weder die Gesamtorganisation der Ärzte, noch das Grundsätzliche der „Ärztebewegung“ an sich verantwortlich gemacht werden kann. Wie übrigens nichts auf der Welt ohne Entwicklung vollkommen ist, so muß auch die Durchführung der freien Arztwahl in allen Einzelheiten Hand in Hand gehen mit einer Anpassung der Beteiligten an die zum Teil neuen Verhältnisse, und die moderne Ärztebewegung hält es für eine ihrer vornehmsten Aufgaben, gerade die Ärzte so zu erziehen, daß bei voller Wahrung der materiellen und sittlichen Rechte des Berufsstandes ihre wirtschaftlichen Ansprüche nicht mit den berechtigten Interessen der Kassen und der Versicherten zusammenstoßen. Was in dieser Hinsicht die „Ärztebewegung“ in innerer und äußerer Arbeit inzwischen erreicht hat, das dient dem Pflichtgefühl der Ärzteschaft und ihrem gereiften Verständnis für soziale und volkswirtschaftliche Verantwortlichkeit zum höchsten Lobe. Diese Erwägung gehört auch zur „soziologischen Beurteilung der Ärztebewegung“ (Märzheft, S. 455); bei dieser gelangt freilich der Herr Verfasser zu dem entgegengesetzten Ergebnis, wie die ärztliche Allgemeinheit, welche letztere die „individuelle Freiheit“ (Märzheft, Seite 455) für gefährdet hält, solange dem Arzt durch Beschluß eines Kassenvorstandes die gesetzlich gewährleistete Niederlassungsfreiheit beeinträchtigt werden kann, solange sich in sein Verhältnis zu der kranken Menschheit ein Verwaltungsorganismus eindrängt, solange ihm für einen großen Teil der Bevölkerung der freie Wettbewerb der Leistungen dur-

Beischluß eines Kassenvorstandes unmöglich gemacht und seine Trümmers jederzeit durch grundlose Kündigung seines Vertragsverhältnisses vernichtet werden kann.

Solange dieses alles möglich ist, können auch keine „persönlichen Beziehungen zwischen dem Arzt und dem Objekt der Behandlung“ zustande kommen. Daß andererseits die ärztliche Organisation sich in diese Beziehungen einmischt, ist eine völlig irrige Auffassung, deren Herkunft besonders aus dem „Wesen der heutigen Ärztebewegung“ unmöglich hergeleitet werden kann. Bei der freien Arztwahl soll jeder Arzt tätig sein dürfen, der sich auf die zwischen Ärzteorganisation und Kasse vereinbarten Vertragsbedingungen verpflichtet hat, alsdann kann sich der Kranke den Arzt seines Vertrauens wählen, und es wird dem Verhältnis zwischen beiden „der Charakter des Persönlichen“ gegeben. Die zweite Möglichkeit für den Kranken, einen Arzt zu erhalten, besteht darin, daß der Kassenvorstand ihm einen solchen zuweist, ohne ihn zu fragen. Ob auf dem letzteren Wege der angeblich verloren gegangene Begriff „Arzt“ wiederhergestellt werden kann, das mag dem Urteil des Lesers überlassen bleiben, es sei nur noch darauf hingewiesen, daß die Kassen gelegentlich ihrer Kämpfe gegen die standestreue Ärzteschaft weder nach der Herkunft der jetzt anzustellenden Ärzte fragen, noch nach ihrer beruflichen und sittlichen Vergangenheit. Auf diesem Wege werden allerdings die „Beziehungen des Arztes zum Menschen schematisiert“ (Märzheft, S. 457), bei diesem System ist „der Kranke unentrinnbar an den ihm zugewiesenen Arzt gefesselt“. Daß dagegen, wie behauptet wird, die ärztliche Organisation bei freier Arztwahl die Kranken eines bestimmten Distriktes einem bestimmten Arzt zuweist, ist völlig unmöglich und mit dem Grundsatz der freien Arztwahl unvereinbar.

Auf alle Einzelheiten des Bildes einzugehen, welches der Herr Verfasser von der Ärztebewegung entwirft, ist innerhalb des zur Verfügung stehenden Raumes unmöglich, es wäre wohl auch für den Leserkreis nicht von besonderem Interesse. Die Hauptfrage ist wohl diese, ob der ärztliche Stand sittlich und gesetzlich berechtigt ist, den Gedanken freiwilliger Koalition in Anspruch zu nehmen zur Verteidigung seiner beruflichen Freiheiten und zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Rechte, nachdem die Folgen der Krankenversicherungs-Gesetzgebung ihm schwere Wunden zugefügt und sein Ansehen herabgedrückt haben. Unsozial wäre es gewesen, hätte der ärztliche Stand nach Jahrzehnten vergeblichen Hoffens auf die Hilfe der Regierung, untätig seiner völligen Entwertung und Proletarisierung zugeesehen, unsozial hätte er auch gehandelt an den Millionen von Versicherten, denen die Willkür der Kassenvorstände das menschliche Recht auf den Arzt des Vertrauens und damit die sozialen Segnungen der Wohlfahrtsgesetze vorenthält.

Trotz Inanspruchnahme von Koalition und „Arbeitsverweigerung“ be-

Die Ärzteschaft ihre sozialen und sittlichen Pflichten noch nie aus dem Auge verloren. Wenn in „einen Streif eingetreten wurde“, so bedingte ein solcher lediglich das Aufhören des Vertragsverhältnisses zu den Klassen, und zwar nach ordnungsmäßiger Kündigung desselben. Den erkrankten Klassenmitgliedern stand der Arzt trotzdem zur Verfügung. Wenn in ganz vereinzelt Fällen auch dem Kranken die Hilfe verweigert wurde, so geschah es stets nur dann, wenn die Klasse, die gesetzlich für ärztliche Hilfe zu sorgen hat, bekannt gab, daß für solche ausreichend anderweitig gesorgt sei, und auch erst dann, wenn im Verzweiflungskampf um die eigene und der Familie Existenz kein anderes Mittel übrig blieb.

Wenn die Ärzte bei ihrem Vorgehen einstweilen auf das Verständnis der Öffentlichkeit nicht allgemein rechnen können, so sind sie doch der Zustimmung der besten ihres Standes sicher. In dieser Gewißheit und im vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit und des sittlichen Ernstes, der ihr Verhalten leitet, warten sie einstweilen das Urteil der Geschichte ab: diese wird die gegenwärtige Arztbewegung als eine soziale Tat verzeichnen.

Anm. d. Red. Die Replik des Herrn Dr. Wengler ist leider für dies Heft nicht rechtzeitig eingetroffen und wird deshalb im nächsten Heft erscheinen.

## Notizen und Besprechungen.

### Geschichte.

Das Ergebnis der friederizianischen Städteverwaltung und die Städteordnung Steins. Am Beispiele der schlesischen Städte dargestellt von Dr. Johannes Ziefursch, Privatdozent an der Universität Breslau. Jena, Hermann Costenoble. 1908.

Eine der besten Monographien, die uns das vergangene Jahr gebracht hat. Der Verfasser, der den Lesern dieser Zeitschrift nicht unbekannt ist und auch sonst schon treffliche Proben seines Wissens und Könnens abgelegt hat, schildert zunächst die Lage der schlesischen Städte vor der Katastrophe des Jahres 1806. Er bestätigt und überbietet hier die Ergebnisse der Studien, die ich in meinem Buche über den Freiherrn vom Stein vor-gelegt habe.

Auch in Schlessien waren die Städte völlig abhängig teils von einem Gutsherrn, teils von der staatlichen Bureaucratie. In den sogenannten Mediat-Städten ließ es die Regierung dabei bewenden, daß der Gutsherr den Magistrat setzte (nur die Ernennung des „Polizei-Bürgermeisters“ behielt sie sich vor) und daß die Bürger ihre Kinder zum Gefindedienste stellten, ansehnliche Zehnten entrichteten, sogar Fronden leisteten. In den „Immediat-Städten“ war schließlich jedes Wahlrecht, auch die Kooperation erloschen: die Regierung ernannte einfach die Mitglieder des Magistrats. Dem entsprach, daß die materiellen Mittel, über welche die Städte in ihren „Kämmereien“ verfügten, meistens mehr als bescheiden waren. So hatte z. B. das 2. Glogauer Departement (15 Städte) und ebenso das 2. Breslauer (16 Städte) seine Bedürfnisse mit derselben Summe zu decken, die als Gehalt an den Chef, die Ober- und Unterbeamten der Breslauer Kammer gezahlt wurde, und die 11 Städte des 7. Breslauer Departements hatten ungefähr so viel Einnahmen wie der Minister der Provinz. Tagegen waren diese Städte, die einzigen Aufenthaltsorte des Heeres (denn die Kavallerie lag nicht mehr auf den Dörfern), mit Leistungen an den Staat, naturalen und pekuniären, überbürdet. Am schwersten hatten sie wohl unter der Akzise zu leiden, mehr noch als die Kommunen der übrigen Provinzen. Zwar war überall in Preußen das Prinzip, daß die aus-



schließlich mit der Akzise beladenen Städte dafür Gewerbe und Handel samt ihrem Gewinnst für sich haben sollten, nur halb und unehrlich durchgeführt; sowohl die Domänenpächter wie die Rittergutsbesitzer machten ihnen eine rücksichtslose und oft wenig lautere Konkurrenz. In Schlesien aber kam noch hinzu die ansehnliche Menge der Dorfhandwerker und Dorfsträmer. Sie waren seit Jahrzehnten und Jahrhunderten vorhanden, und die österreichische Regierung hatte daraus die Konsequenz gezogen, daß sie die Akzise auf Stadt und Land legte. Der preußische Eroberer dagegen beschränkte diese Steuer auf die Städte, ohne die unbedingt erforderlichen Vorbedingungen zu erfüllen. In den alten Provinzen des preußischen Staates war, im großen und ganzen wenigstens, darauf gehalten worden, daß das Dorf nur 5 Arten Handwerker hatte (Schmiede, Rademacher, Zimmerleute, Leineweber, Schneider), und auch diese in beschränkter Zahl; bei der Vollendung des Akzisenwerks war Friedrich Wilhelm I. nicht davor zurückgeschreckt, die überschüssigen Dorfhandwerker in die Städte zu verpflanzen. Daß wäre nun in Schlesien nicht ganz leicht gewesen, da Tausende von Handwerkern, die das alte Preußen als spezifisch städtische qualifizierte, auf dem Dorfe wohnten. Die preußische Regierung ließ sie, wo sie waren, und begnügte sich, einige Einschränkungen ihres Betriebes zum Schutze des städtischen Handwerks zu verfügen. Aber es war vergeblich. Da die Dorfhandwerker erheblich geringere Steuern zu zahlen, für Lebensmittel und Rohmaterial weniger auszugeben hatten, auch durch keinen Zunftzwang beengt waren, konnten sie mit dem städtischen Handwerk einen nur allzu oft siegreichen Kampf beginnen. Sie wurden dabei, trotz aller staatlichen Verbote, von mancher Behörde sowohl wie namentlich von ihren Herren, den Rittergutsbesitzern, unterstützt. Und dieselben Adligen ließen nun den Bürgern in Anlegung von Fabriken und in Ausbeutung der Bergwerke den Rang ab, wieder mit Zustimmung der Regierung. Ueberdies von Steuern wenig gedrückt, bei der Regelung ihres Schuldenwesens von der Regierung befördert, durch die Wertsteigerung der Bodenprodukte begünstigt, verbesserten sie ihre wirtschaftliche Lage beständig. Es war die Zeit, wo die Güter sprunghaft im Preise stiegen und Theodor v. Schön auf einer Reise durch Schlesien schreiben konnte: „Der Adel hat Geld und schwelgt, der Bauer ist arm und hungert.“ Er hätte auch die Städte bedauern können. Sie sanken in demselben Maße, wie die Rittergüter stiegen. Schon 1763 erklärte ein gescheiter Beamter, es sei mathematisch zu beweisen, daß die Städte bei dem von der Regierung angenommenen System nicht würden bestehen können. Nicht lange darauf beginnen die Klagen über den Verfall, der Minister der Provinz selber stimmte in sie ein. Langsam nahm die städtische Bevölkerung zu, rasch ihre Schuldenlast. Sogar die Einwohnerzahl der Hauptstadt stagnierte; 1756 zählte man 54774 Köpfe, 1800: 54299. Alles, erklärte 1807 die Breslauer Kammer in einem rückschauenden Berichte, alles, „was Kunstfleiß noch erwarb und sich aus den Städten irgend entfernen konnte“, sei auf das Land gezogen.

Beschränkt man sich auf die Lektüre des Buches von Ziefurth, so meint man wohl, der Reformator Preußens hätte aus Schlesien kommen müssen. Er kam aber, und das ist kein Zufall, aus den westlichen Provinzen des Staates, die von dem friderizianischen System nicht, wie Schlesien, durchdrungen, sondern nur gestreift und berührt waren. Stein, der ehemalige Oberpräsident der westfälischen Kammern, lernte den Zustand der Kommunen des Ostens kennen seit 1804, in seiner Eigenschaft als Minister des Akzise- und Zolldepartements, aus den Akten sowohl wie aus eigener Anschauung: er war in Ost-, West- und Südpreußen, in Pommern und Brandenburg, auch in Schlesien. Wie weit von diesen Provinzen dasselbe gilt wie von Schlesien, wird sich zeigen, wenn man auch über sie eindringende und zuverlässige Untersuchungen beibringt. Aber schon heute läßt sich übersehen, daß der Unterschied nicht sehr erheblich gewesen sein wird. Bürgerinn konnte in keiner Provinz aufkommen, wenn der Bürger, nach dem klassischen, oft zitierten Zeugnis des Ostpreußen Frey, durch das Militär beschimpft und gemißhandelt, wenn er wie durch Duzende von Dokumenten verbürgt wird, von der Bureaukratie am Gängelbände gehalten wurde. Ebensowenig kann bezweifelt werden, daß die Städte aller Provinzen dringende Kulturbedürfnisse unzureichend befriedigt sahen, weil sie — abgesehen von einigen wenigen, die Handel in größerem Stile trieben oder einträgliche Fabriken hatten — arm waren: arm gemacht oder in Armut erhalten durch die ungerechte Verteilung der Steuern. Als Stein 1805 die Besteuerung des ländlichen Gewerbes in Angriff nahm, motivierte er sie mit dem Sage: die kleinen Städte erredet im allgemeinen, nicht etwa von einer einzelner Provinz, verfallen hauptsächlich deshalb, „weil sie mit Abgaben gegen das platte Land prägraviert sind“.

Um so kühner und größer erscheint das Werk der Städteordnung von 1808. Ihr ist das letzte Kapitel von Ziefurth gewidmet, das wieder eine Fülle interessanter Einzelheiten bietet. Es war selbstverständlich, daß das Gros der Bureaukratie sich gegen das Neue, das hier anhub, verständnislos, ja feindlich verhielt. Wie so manche spätere Gegnerschaft, welche die Städteordnung fand, suchte sich auch diese den Paragraphen zunutze zu machen, der schon bei der Formulierung des Gesetzes Streitapfel zwischen den Parteien gewesen war: die Befugnis, staatliche Polizeiverwaltungen einzurichten. Aber auch die mit der Reform Beschenkten, mißhandelt und mißtrauisch wie sie waren, standen vor dem Gesetz oft genug fragend und zweifelnd. Wahrhaft beschämend war eine andere Nachwirkung des vornehmlich der Militarisierung zugewandten friderizianischen Systems: in manchen Orten Ober-Schlesiens konnten viele der gewählten städtischen Vertreter weder lesen noch schreiben, und auch in Niederschlesien gab es Analphabeten. So haperte es denn anfangs bald hier, bald dort. Sollte der Urheber des Gesetzes von diesen Schwierigkeiten erfahren haben, so würden sie ihn weder verwundert noch beunruhigt haben. Denn von vorn-

herein verband Stein mit dem Gesetze einen erzieherischen Zweck, wie er ihn in jenem Schreiben an Hardenberg formulierte, das die Quintessenz seiner Reformen enthält: „Man muß die Nation daran gewöhnen, ihre eigenen Geschäfte zu verwalten und aus jenem Zustande der Kindheit hinauszutreten, in dem eine immer unruhige, immer dienstfertige Regierung die Menschen halten will. Der Uebergang aus dem alten Zustand der Dinge in eine neue Ordnung darf nicht zu hastig sein, und man muß die Menschen nach und nach an selbständiges Handeln gewöhnen, ehe man sie zu großen Versammlungen beruft und ihnen große Interessen zur Disposition anvertraut.“ Merkwürdig schnell zeigte sich in Schlesien die erste Frucht dieser politischen Pädagogik. Im Jahre 1810 siderte etwas durch von den neuen Plänen, die Napoleon gegen Preußen im Schilde führte: es hieß: Schlesien solle an Oesterreich fallen. Von einer solchen Aenderung wollten die Bürger, wenigstens die im Kern der Provinz, nichts wissen; denn sie besorgten, „daß dann ihre republikanische Verfassung alteriert werden könnte“. „Dieselben Bürger,“ bemerkt Ziefursch treffend, „die 1807 dem Zusammenbruch des friderizianischen Staates gleichgültig zugesehen hatten, waren durch die Verleihung der Städteordnung mit dem preußischen Staate ansehgöhnt worden.“

Göttingen.

Max Lehmann.

### Philologie und Pädagogik.

Wilh. v. Christ, Geschichte der griechischen Literatur. Fünfte Aufl., bearb. von Wilh. Schmid. I. Teil: Klassische Periode der griech. Literatur. München 1908, Beck. 716 S. Lex.-Okt.

An griechischen Literaturgeschichten ist bei uns kein Ueberfluß. Als die jetzt absteigende Generation studierte, war sie für weite Strecken ganz auf sich selbst angewiesen. Vor zwanzig Jahren erschien dann, in Ivan Müllers großem Handbuch der klassischen Altertumswissenschaft, die Literaturgeschichte von Christ, und war in zwei Jahren vergriffen. Und heute liegt, nach des Verfassers Tode besorgt von Wilh. Schmid in Tübingen, die erste Hälfte in fünfter Auflage vor, ein Erfolg, der nachträglich die Not früherer Zeiten illustrieren mag; denn für das Buch selber, dem bisher weder ein schriftstellerischer Wert noch wissenschaftlich irgend hervorragende Bedeutung zukam, beweist es doch nur die Brauchbarkeit. Da, wo Christ am meisten Eignes zu geben versucht hatte, hat nun der ungemein unterrichtete und gewissenhafte Bearbeiter ihm vorläufig das Wort noch unverkürzt lassen wollen; aber kein Zweifel, im Laufe der Zeit wird noch manches allzu anpruchshlose Raisonnement dem Notstift erliegen und einem herzjasteren Urteil weichen müssen. Wenn wir einen Wunsch aussprechen dürfen, so möchten wir die Zusätze des Bearbeiters, obwohl sie durchweg geeignet erscheinen, das Werk auf eine höhere Stufe zu heben, doch hinfort

lieber den kritischen als den allgemein betrachtenden Teilen zugute kommen sehen. Dies Buch hat alle Aussicht, einmal ein vortreffliches Arbeitsinstrument zu werden, wie wir ja gerade Tübinger Gelehrsamkeit ein solches für die römische Literatur verdanken.

Paul Cauer, *Grundfragen der Homerkritik*. Zweite, stark erweiterte und zum Teil umgearbeitete Auflage. Leipzig 1907. Hirzel. 552 S. 8°.

Cauers *Grundfragen der Homerkritik*, zuerst 1895 erschienen, jetzt um drei Viertel ihres Umfanges vermehrt, werden auch in der neuen Gestalt eifrige und dankbare Leser finden. Des Verfassers Gabe, knapp, klar und fesselnd zu schreiben, ist bekannt; ebenso seine Fähigkeit, Verworrenes zu entwirren und auch über Dinge, die seiner Natur ferner liegen, ein begründetes Urteil sich selber zu bilden und andern annehmbar zu machen. Cauers Kritik erfreut, trotz mancher kleiner Bitterkeiten und noch häufiger eingestreuter, heut etwas altfränkisch anmutender Höflichkeiten, durch eine kühle Sachlichkeit, und wenn ihr auch, bei der dreifachen Panzerung der Probleme, eigentliche Durchschlagskraft ver sagt ist, so ist die Auffassung doch nie flach, und die Einwendungen fast immer erwägenswert: nicht kann es dies Prädikat zugestehn manchen Bemerkungen sprachlicher Art, z. B. gegen die Schreibung *Klytaemestra* oder über das zeitliche Verhältnis von Gleichnis und Metapher. Vor allem aber ist Cauer selber bestrebt gewesen zuzulernen; ja es ist ihm sogar gelungen, bis zu einem gewissen Grade umzulernen, in der Richtung namentlich auf die von Wiener sogenannte transzendente Kritik.

Wir lassen heute das Heldenepos nicht mehr aus Liebern zusammen gesetzt sein, noch nehmen wir es, wie es da ist, als eine Schöpfung aus einem Guß, wobei von angeblich dem ganzen Dichtergelichter zutretender Lizenzen ein unverantwortlicher Gebrauch gemacht zu werden pflegt; wir begnügen uns auch nicht mehr mit einer Scheidung jüngerer und älterer Schichten, aus dem einfachen Grunde, weil manche Stücke, wie „Die Besandtschaft an Achill“, ganz Altes in junger Darstellung zeigen; wir erkennen verwischte, nur noch halb verstandene und auch bewußt veränderte Motive und suchen uns ein Bild zu machen von den gesungenen Vorstufen des breitausladenden Sprech- und Lesegebichts. Und hier arbeiten sich gerade jetzt griechische und nordische Forschung auf das fruchtbarste in die Sack oder richtiger: hier hat die Homerkritik, wie schon Haupt mit Nachdruck forderte, bei der Kritik des Epos überhaupt in die Schule zu gehen. Der Namen des Dänen Olrik, des Deutschen Heusler und des Engländers Her dürfen wir hoffen, in der dritten Auflage der *Grundfragen* zu begegnen.

Georg Finsler, *Homer*. Aus dem Erläuterungswert „Aus dem Griechischen Lesebüchern“. Leipzig 1908, Teubner. 618 S. Gr.-8°.

Das Homerbuch des durch ein Platonbuch vorteilhaft bekannten Verfassers

bringt eine nicht geringe Enttäuschung; und wer hätte gedacht, daß ein Mann, der etwas Neues über Homer zu sagen hat, wie der Verfasser der Programmhandschrift (Bern 1906) „Ueber die olympischen Szenen der Ilias“, statt die dort begonnenen Gedanken weiter zu denken und zu läutern, diese und andere unausgetragene Reime in einer mächtigen Homerenzyklopädie vergraben werde? Und das in einer Form, die von dem ziemlich übel berufenen „Erläuterungswerk“, als dessen Teil sie sich gibt, nicht einmal sonderlich absticht! Die Forschung wird das Buch kaum ernst nehmen, und das große Publikum, für das es bestimmt ist, nicht viel damit anzufangen wissen. Schade!

Thaddäus Zielinski, Cicero im Wandel der Jahrhunderte. Zweite vermehrte Auflage. Leipzig 1908, Teubner. 453. 8°.

Das Plaidoyer für den Satz, daß Cicero nicht minder als Erzieher zu einer sittlichen Lebensauffassung, denn als Stilmuster gewirkt habe, ist in dieser stark erweiternden Ausführung eines kleinen Vortrages dem Verfasser, der, ein russischer Philologieprofessor, über eine erstaunliche Allgemeinbildung und eine noch erstaunlichere Beherrschung der deutschen Sprache verfügt, glänzend gelungen. Das große vielbändige Werk, das einmal geschrieben werden muß, „Nachleben der Antike in Mittelalter und Neuzeit“, denkt man sich jedoch etwas anders. Zwei, drei solcher Bände zu lesen, muß ungefähr so wirken wie reichlicher Genuß von Kuchen mit geschlagener Sahne. Um der ernstesten und schwierigsten Aufgabe gerecht zu werden, bedarf es allerdings einer geistigen Beweglichkeit, wie sie dem Verfasser eigen ist, daneben aber auch einiger hier zuweilen vermischter ganz schlichter Philologentugenden, wie der Abneigung gegen allen falschen Tiefsinn und einer unbeirrten Schärfe der Interpretation, die allein das Plaidoyer zum Verweis erheben.

Berlin.

Otto Schroeder.

H. Fischer: Erziehung und Naturgefühl. Ein Beitrag zur Kunst-erziehung. Berlin-Leipzig, Modernes Verlagsbureau (Curt Wigand), 1907. 92 S.

Im Gegensatz zum hergebrachten, einseitig auf Verstandesbildung zielenden Unterrichtsbetrieb ist in den letzten beiden Jahrzehnten mehr und mehr die Wichtigkeit der auch das Gemüt in Anspruch nehmenden Kunst-erziehung betont worden. Man hat dabei vorwiegend an die Einwirkung des Kunstschönen gedacht, ob es nun im Bild oder im Gedicht an das Kind herangebracht oder in zeichnender Tätigkeit von ihm selbst gestaltet wird. Unzweifelhaft darf man aber auch dem Naturschönen ähnlichen Wert für die ästhetische Bildung zuschreiben. Es ist daher eine durchaus im Rahmen der modernen Bildungsbestrebungen liegende Aufgabe, das Verhältnis von Naturgefühl und Erziehung zu untersuchen und die Wege aus-

findig zu machen, wie Haus und Schule das Naturgefühl des vorschulpflichtigen Kindes und des Schülers entwickeln und für die Zweite seiner allgemeinen Bildung nutzbar machen können.

Diese Aufgabe hat sich in der vorliegenden Schrift N. Fischer gestellt und löst sie in einer sprachlichen Form, welche überall eine dem Gegenstande angemessene Höhe einzuhalten bestrebt ist, wobei allerdings zumweilen die Klarheit des Gedankenganges unter dem Trachten nach gewähltem Ausdruck leidet. Bei der Durchführung seiner Aufgabe faßt Fischer den Begriff des Kunstschönen, zu dem doch auch das Humorvolle gehört, etwas zu eng, so daß er mit Entrüstung aus der Kinderstube den Struwpeter verjagen will und es begegnet ihm, wie gerade die Hineinziehung dieser Bilderbücherfrage zeigt, daß er, die Grenzen seines Themas verlassend, auf das Gebiet des Kunstschönen überspringt. Auch ereifert er sich, wie man aber dem pädagogischen Reformator zu gute halten wird, gelegentlich unverdienterweise über das „Schreckgespenst“ der Schule, wenn er z. B. ihr allein das meist im Laufe der Schulzeit bei der Jugend beobachtete Erlahmen der Phantasiekräft zu Last legt, während es in Wahrheit auf einem Entwicklungsgeſetz der menschlichen Seele beruht, daß der Verstand mehr und mehr fortschreitet, die Phantasie aber fast im gleichen Maße zurücktritt.

Nach mancherlei Winken über die früheste ästhetische Erziehung des Kindes im Elternhause oder im Kindergarten wird in dem längsten Abschnitt des Buches (Kap. IV) der Schulunterricht durchmustert. Daß die Schule viel Gelegenheit hat, an das Naturgefühl anzuknüpfen, wird von vornherein wenigen einleuchten. In der That wäre ein Religionsunterricht, der, wie der Verfasser zu empfehlen scheint, sich darauf beschränkt, die Kinder Gott in der Natur finden zu lassen, sehr dürftig. Auch würde der deutsche Unterricht durch Einseitigkeit ermüden, der Zeichenunterricht an Anfänger unausfüllbare Forderungen stellen, wenn die Übungen in sprachlicher Darstellung und im Zeichnen sich nur auf das in der Natur Geschaute beziehen sollten. Dagegen ist Fischer mit seiner Forderung im vollen Recht, daß der geographische Unterricht und besonders der Unterricht in der Naturkunde, sich mehr noch als bisher allgemein geschieht, an das Naturgefühl des Schülers wenden soll. „Das Naturkennen“, heißt es treffend S. 62, „ist nicht Auswendiglernen, nicht Systematik, nicht bloße Beschreibung toter, gemalter, getrockneter oder ausgestopfter Naturkörper, sondern anschauliches Beobachten der Dinge und Lebewesen selbst, ihrer Umgebung und Gruppierung, ihres Werdens, Wachsens und Vergehens (biologischer Naturunterricht) in dem großen Naturalienkabinett der Natur.“ Demselben Zwecke sollen Schulgärten, Freiluftmuseen und größere Schülerausflüge dienen.

Mit Uebergang des fremdsprachlichen Unterrichts kommt der Verfasser zuletzt noch auf den Turnunterricht zu sprechen, dessen Vorzug ich mich aber nicht entschließen kann mit ihm darin zu finden, daß er den „leichtbekleideten nackten Menschenleib, den eigenen wie den fremden, sehen“ lehrt. Die Vorgänge der letzten Jahre ermutigen nicht dazu, den Sinn der Jugend

auf Körperformen, und wenn es sich auch um das eigene Geschlecht handelt, zu lenken, weil die Gefahr einer Abirrung der Phantasie zu groß ist.

Man sieht, es sind sehr interessante, schwierige Fragen, zu denen Fischers Buch anregt. Kein Wunder, wenn vielfach Verfasser und Leser verschiedene Antworten versuchen. Das Verdienst aber, die Lösung wichtiger Erziehungsprobleme gefördert zu haben, soll Fischer in keiner Weise abgestritten werden.

Fr. W. Foerster, Christentum und Klassenkampf. Sozialethische und sozialpädagogische Betrachtungen. Zürich 1908. Druck und Verlag von Schulthess & Co. 296 S. (inzwischen ist das 10. Tausend erschienen).

Von dem bekannten — man darf nachgerade sagen berühmten — Pädagogen Foerster die soziale Frage betreffende Aufsätze auf dem Büchertisch der Pr. Jahrb. zu finden, wird auch die meisten seiner Verehrer wundernehmen. Indessen hat der Verfasser in einer früheren, fast zehn-jährigen Beschäftigung mit der modernen Arbeiterbewegung Blicke in die tieferen Gründe des Klassenkampfes getan, und das Bindeglied zwischen dieser sozialpolitischen — er selbst würde gewiß lieber sagen: sozialethischen — Schriftstellerei und seiner jetzigen pädagogischen Lebensarbeit ist offensichtlich genug: Soziale Reform heißt zur Hauptsache für ihn teils Sozialpädagogik, teils Selbstreform.

Dies ist zugleich der Punkt, welcher dem für diese Sammlung von Aufsätzen gewählten Titel „Christentum und Klassenkampf“ Berechtigung verleiht. Nicht als ob man darin viel von Christentum zu lesen bekäme; aber Jesu in dem bekannten Worte „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“ auf den kürzesten Ausdruck gebrachter Grundgedanke, daß es ein Reich innerer Freiheit und Vollendung gibt, oder, anders ausgedrückt, daß der Mensch trotz aller äußeren Verhältnisse frei, stark und rein sein kann, ist die Voraussetzung, auf welcher Försters soziale Erziehungslehre beruht.

Als Objekt der Erziehung kann nun entweder der Arbeiter oder der Arbeitgeber ins Auge gefaßt werden. Da Foerster seine Leser innerhalb des letzteren Kreises zu erwarten hat, so ist es begreiflich, daß er vor allem darauf bedacht ist, bei der herrschenden Klasse das innere Verhältnis zur dienenden in wahrhaft sozialem Sinne umzugestalten. Diese Einseitigkeit hat auch ihre Berechtigung. Derselbe Verfasser, welcher (S. 101) den jungen Akademikern dringend empfiehlt, die wirklichen Zustände der unteren Schichten kennen zu lernen und z. B. sich tätig an der Armenpflege zu beteiligen, um zu erkennen, „wieviel soziale Misere im Charakter der Menschen begründet liegt“, weiß sicherlich so gut wie andere, daß Raschhaftigkeit, Vergnügungssucht, Pussucht, die Gedanken der Diensthoten ganz in Anspruch nehmende Liebeleien, Gleichgültigkeit gegen die Interessen der Herrschaft und Bequemlichkeit die nie versiegenden Quellen häuslichen

Vergerß sind. Trophdem läßt er in dem Aufsatze über „Die Dienstboten und die Hausfrauen“, einem Aufsatze, der wohl auf das brennendste Interesse der Leser und Leserinnen rechnen darf, darüber kein Wort hören. Sondern beschränkt sich darauf, zu zeigen, welcher Gewinn für die Zufriedenheit und Arbeitsfreudigkeit der Dienenden daraus erwachsen wird, wenn die Herrschaft sich entschließt, in ihnen die Menschen zu sehen, sich in ihre Lage hineinzudenken, ihnen als Entgelt für ihre körperlichen Arbeitsleistungen anstatt der bloßen Geldzahlung die Wohlthat einer durch wahre überlegene Bildung gehobenen häuslichen Atmosphäre zu bieten und ihnen unnötige oder demütigende Dienste zu ersparen.

Ähnliche Gedankengänge und dazu eine Fülle goldener Worte enthalten auch die andern Aufsätze, deren zum Lesen lockende Ueberschriften noch folgen mögen: „Die Stellung der Geistlichen zur sozialen Frage“, „Soziale Arbeit der studierenden Jugend in England und in Amerika“, „Klassenkampf und Ethik“, „Psychologische und pädagogische Gesichtspunkte für Unternehmer und Betriebsleiter“, „Können Attentate den gesellschaftlichen Fortschritt befördern?“, „Der Bildungswert des häuslichen Berufs“. Was aber Foerster will, und daß der von ihm gewiesene Weg wirklich dazu beitragen kann, den Klassenkampf, wenn nicht aufzuheben, so doch zu mildern, wird aus dem besprochenen Abschnitt besonders klar werden.

Karl Muthesius, Goethe und Pestalozzi. Leipzig, Verlag der Deutschen Buchhandlung, 1908. 275 S.

In den ersten 4 Kapiteln dieses Buches wird man vor allem die Gründlichkeit des Verfassers bewundern, der in Ermangelung offenkundiger persönlicher Beziehungen zwischen Goethe und Pestalozzi — denn auch die Annahme einer im Jahre 1792 stattgehabten Begegnung lassen sich nur Wahrscheinlichkeitsgründe geltend machen — es unternimmt, allen den verdeckten Verbindungsfäden nachzugehen, welche gemeinsame Freunde zwischen ihnen hergestellt haben oder hergestellt haben können. Wenn aber z. B. der Nachweis, daß Goethe zur gleichen Zeit im Jahre 1797 in dem in der Züricher See gelegenen Stäfa weilte, als Pestalozzi dort angelegentlich beschäftigt war, die hochgehenden Wogen politischer Unruhen zu beschwichtigen, mit dem Geständnis enden muß, daß jener sich dort im Verkehr mit seinem Freunde Johann Heinrich Meyer ganz anderen Betrachtungen widmete und daß der Name Pestalozzis höchstens flüchtig an sein Ohr gedrungen sein kann, so wird der Wert solcher Nachweisungen etwas zweifelhaft.

Entschieden wertvoll dagegen ist die im Hauptteil des Buches folgende Gegenüberstellung Goethes und Pestalozzis. Sie hat das Ergebnis, daß Goethe, wenn er ihn auch einmal „einen bedeutenden, lieben und guten Mann“ genannt hat, weit davon entfernt gewesen ist, den großen Lehramts- und der neueren Unterrichtskunst nach seiner vollen Bedeutung zu würdigen. Es war zu viel Widersprechendes und für Goethe geradezu Abstoßendes an Pestalozzis Art: er drang auf Anschauung und bot an deren Stelle



straktionen; er wollte Sachkenntnis und blieb in dem von Goethe „bejammerten“ mathematischen Formalismus stecken; ihn besaßte ungeheurer Ernst, und er verfiel in Spielereien. Goethe hat nicht verstanden, an ihm Schale und Kern zu unterscheiden, und hat in diesem Falle verkannt, welche Begeisterung für eine große Sache bei anderen Wärme des Herzens und Feuereifer zu entzünden vermag.

Aber diese Gegenüberstellung gibt nicht nur Gelegenheit zu einem Ueberblick über die Pestalozzischen Bestrebungen, sondern führt den Verfasser auch dazu, die weniger beachteten Gedanken Goethes über Bildung und Erziehung (man beachte besonders das 8. Kapitel!) klar zu entwickeln, und liefert insofern einen in der Literatur bisher noch vermißten Beitrag zur Geschichte der Pädagogik wie der Goetheskunde.

C. Borkowsky, Das alte Jena und seine Universität. Eine Jubiläumsausgabe zur Universitätsfeier. Mit 107 Abbildungen. Verlegt bei Eugen Diederichs in Jena, 1908. 287 S.

Daß diese Jubiläumsausgabe zur vorjährigen Universitätsfeier Jenas erst nach den kleineren, reizvolle Ausschnitte aus dem Jenenser Universitätsleben bietenden Veröffentlichungen Kelters und ein wenig post festum in diesen Blättern zur Anzeige kommt, beruht zwar auf keiner Absicht, ist aber auch als kein Unglück anzusehen, weil Borkowskys Buch, das in Bild und Wort eine umfassende Geschichte Jenas und besonders seiner Universität enthält, auch über die Erinnerungstage hinaus einen dauernden Wert behauptet. Es fesselt auch nicht bloß jetzige und ehemalige akademische Bürger Jenas, sondern erweitert sich durch die Notwendigkeit, einen Vergleich zu gewinnen, stellenweise zu einer Geschichte der deutschen Universität im allgemeinen, während es in andern Abschnitten — man braucht nur an die mit Jena eng verknüpften Namen Fichte, Schelling, Schiller, Goethe, W. Humboldt, Schlegel zu denken — interessante Beiträge zur deutschen Literaturgeschichte liefert.

Bei der Vielseitigkeit seines Inhalts überläßt das Buch vielleicht nur eine Aufgabe späterer Nachforschung. Es weiß aus der vorklassischen Zeit vom Studentenleben wenig mehr als ein müßes, tolles, in Saufen, Raufen und Dirnenliebe aufgehendes Treiben zu berichten. Daß aber Jenas Studenten nicht lauter „verlorene Söhne ohne versöhnenden Schluß“ gewesen sein können, beweist die Tatsache, daß dort Männer gereift sind und Kenntnisse erworben haben, die als Theologen und Beamte im späteren Leben würdig ihren Platz ausgefüllt haben. Vielleicht gelingt es noch einmal, an der Hand von Tagebüchern, wie mir ein solches, von einem sehr arbeitsamen Studenten geschrieben, für Göttingen aus der Zeit des siebenjährigen Krieges vorliegt, auch das in Studentenlied, Stammbuchbild und Renommier Erzählung begreiflicher Weise zurücktretende Arbeitsleben der älteren Studentenschaft zur Darstellung zu bringen.

Deutsche Seebücherei: Erzählungen aus dem Leben des deutschen Volkes zur See für Jugend und Volk. Von Prof. Dr. J. B. Dr. Richter, Altenburg (Stephan Geibel), 1908.

Bd. 17: Die Erwerbung unserer ersten Südpolarkolonien.

Bd. 18: Die preussische Expedition in Japan (1860—1861).

Bd. 19: Die preussische Expedition in China (1861).

Bd. 20: Die preussische Expedition in Siam (1861—1862).

Die „Deutsche Seebücherei“, aus der schon früher 16 Bändchen erschienen sind, für die sie den Stoff größtenteils älterer deutscher Vergangenheit entnahm, hat im vorigen Jahre eine neue Reihe folgen lassen, deren Inhalt aus den oben stehenden Ueberschriften ersichtlich ist.

Wenn das Programm des ganzen Unternehmens ist, daß „alle Bändchen eine echt nationale Tendenz“ haben sollen, daß sie „die Belebung vaterländischer Gesinnung, das Verständnis für eine zielbewußte Weltpolitik und starke nationale Seemacht in den weitesten Kreisen der Jugend und des ganzen Volkes herbeizuführen streben“, so behalten auch die vorliegenden Bändchen dieses Ziel fest im Auge und es mag besonders anerkannt werden, daß sie eine billige (Preis des kartonierten einfachen Bandes nur 1 M.) und wirklich gesunde Lektüre bieten, die den Reiz fremden Landes und fremden Lebens auszunutzen weiß, ohne in Phantastereien den Boden geschichtlicher Wirklichkeit zu verlassen. Am günstigsten darf das Urteil über Band 17 lauten, der die Erwerbung des Kaiser Wilhelm-Landes, des Bismarck-Archipels, der Marshall- und Salomoninseln behandelt. Hier sind alle geschilderten Verhältnisse einfach und durchsichtig, die Begebenheiten selbst liegen nicht viel mehr als 20 Jahre hinter der Gegenwart zurück.

Einen nicht so glücklichen Griff hat der Herausgeber mit der auf zwei Doppelbändchen und ein einfaches Bändchen verteilten, noch immer nicht gekürzten Wiedergabe der offiziellen Berichte über die erste Ausreise der preussischen Flotte und ihre erste in die Jahre 1860—1862 fallende asiatische Expedition getan. Gewiß liegen hier die Anfänge wichtiger Handelsverträge und einer wirksamen Vertretung deutscher (damals noch preussischer) Handelsinteressen im fernen Asien. Wenn aber jeder Freund des deutschen Vaterlandes und der deutschen Flotte diese unscheinbaren Anfänge kennen muß, so ist damit noch nicht gesagt, daß er sich auch in die umständlichen Vorbereitungen, langwierigen Verhandlungen und verworrenen politischen Verhältnisse Japans, Chinas und Siams zu vertiefen braucht. Die dazu längst nicht mehr die gleichen sind. Wir Durchschnittsdeutschen sind z. B. sehr zufrieden damit, wenn wir über Siam (dessen alte Hauptstadt Ayutia der Herausgeber übrigens beharrlich Ayntia nennt!) ein wenig aus der Regierungszeit des jetzigen Herrschers Chula-Vongforn wissen. Und nun sollen wir uns hier in die Absonderlichkeiten seines schon 1868 verstorbenen Vorgängers Somdet-Phra-Paramender-Maha-Mongkut und seiner noch längerbenannten Minister einleben! Auch diese drei Bändchen enthalten ganz vortreffliche, zum Teil klassische Schilderungen über Land und

Leute, die man sich sogar versucht fühlen könnte, für deutsche Lesebücher „auszuschneiden“. Aber man muß sich durch ziemlich tiefen Sand hindurchpflügen, um an diese Oasen zu gelangen.

So viel möge gesagt sein, um damit Wünsche für die weitere Fortsetzung eines Unternehmens anzudeuten, dem ich den allerbesten Erfolg gönne, und daß, je mehr es in die jüngste Vergangenheit hineinführt, eines solchen auch sicher ist.

Dr. Hugo Gruber. Zeitiges und Streitiges: Briefe eines Schulmannes an eine Mutter. Leipzig (Verlag der Dürrschen Buchhandlung), 1909. 167 S.

Der Verfasser, bekannt als Leiter einer höheren Töchterschule und eines Lehrerinnenseminars in Berlin, ist ein Schulmann, der auf dem gesamten Gebiete des Mädchenschulwesens, einschließlich der durch die neue Mädchenschulreform und die sittlichen Gefahren der Großstadt bedingten Verhältnisse, seine Beobachtungen gemacht hat, vielleicht noch tiefer eindringende, als dies Buch zu äußern verstattet, und zugleich einen genauen Einblick gewonnen hat in die Wünsche, Sorgen, Bedenken und Anklagen des Hauses gegenüber der Schule. In diesen Briefen kommt es ihm darauf an, die Eltern, insbesondere die Mütter, über das, was ihren Töchtern in der Jetztzeit not tut, aufzuklären und zum Nachdenken anzuregen.

Im einzelnen können die Meinungen natürlich auseinandergehen. Im Widerspruch mit dem Verfasser möchte ich behaupten, daß auf der höheren Stufe auch Mädchen gegenüber die von Harnack empfohlene kritisch-historische Methode des Religionsunterrichtes nicht ganz abzuweisen ist, weil sie sonst später jeder zufällig an sie herantretenden religiösen Beeinflussung kritiklos zum Opfer fallen werden, und daß der Wiedereinführung der Vollbibel in die Schule, und gerade in die Töchterschule, doch die Notwendigkeit entgegensteht, alle sittlich bedenklichen oder wenigstens dem Mißbrauch unterliegenden Stellen auszumerzen, wie es in den Schulbibeln geschieht.

Aber was will das sagen im Vergleich mit der Fülle der Anregungen, welche diese kurzen, die verschiedensten pädagogischen Fragen in einer für jedermann verständlichen Sprache behandelnden Briefe enthalten! Man hat jetzt vielernwärts, um das Verständnis des Hauses für die Zwecke und Aufgaben der Schule zu fördern, sogenannte Elternabende eingerichtet. Das wird sich nicht überall durchführen lassen. Einen gewissen Ersatz dafür aber bietet Grubers Buch: Es ist, als ob der Verfasser den Eltern ihre angelegentlichsten Fragen abgelauscht hat und beantwortet, und zwar so beantwortet, daß ihnen auch zum Selbstdenken etwas übrigbleibt.

Prof. Dr. Ad. Matthaei.

## Literatur.

Gertrud Prellwitz: Vom Wunder des Lebens. Jena. Eugen Dieberichs. Preis 1 Mark. 40 Seiten. 1. Aufl. bereits vergriffen.

Aus Schmerzen und Nöten der Krankheit reicht uns Gertrud Prellwitz eine Ostergabe, die den Hauch unvergänglichen Lebens ausströmt. Eine Dichtung vom Wunder des Lebens, vom Geheimnis seines Werdens, von seiner Schönheit. Anhebend von schauernder Ahnung bis zur Vollendung seiner Offenbarung. Aus Ehrfurcht geboren vor den heiligen Gesetzen der Natur, führt sie uns bis zur Anbetung ihrer Wunder.

In der letzten Zeit ist gar manchem bange geworden vor dem Ueber-eifer guter Leute, die geschlechtliche Aufklärung der Jugend fordern und predigen. Vor den Mißgriffen, die das Heiligtum im Kinde zu schädigen drohen, und durch Massenaufklärung das Geheimste und Persönlichste der Einzelseele unheilbar verletzen. Wie man durch gewaltsames Öffnen der Knospe der Blume verwehrt, sich zu entfalten und der Frucht zu reifen Wohl gibt es Schriften, die der Mutter den Weg weisen wollen zur Erfüllung einer Aufgabe, die sich der gegenwärtigen Generation dringend darstellt als früheren Zeiten. Schriften voll Zartheit und Reinheit. Aber irgendwo doch ein Manko, so daß man sie aus der Hand legt mit: „Es geht es doch nicht.“

Anderes hier. Gesprächsweise, im Aufmerken auf das wortlose Fragen, das sich in den Kindern zu regen beginnt, führt die Mutter sie stufenweise ein in das Heiligtum des Werdens alles Lebendigen. Das Wunder des Lebens tritt in überpersönlicher Hoheit selbst vor uns hin. Es redet nicht in Symbolen, nicht in Gleichnissen. Fest auf dem Boden der Wirklichkeit stehend, atmet es Reinheit der Paradiesesluft und reicht uns die Frucht vom Baum der Erkenntnis und vom Baum des Lebens auf einer Schale. Angesichts der Verdorbenheit, die uns gerade auf diesem Gebiet in Wort und Schrift geboten wird und die Gesundheit der Volksseele untergräbt, wirkt dies Büchlein wie ein Gesundbrunnen.

Die Sprache aber, in der hier der Alltag zum Feiertag wird, ist von einer Kraft, Hoheit, Klarheit und Suggestivität, in der die Worte zu lebendigen Mächten werden. Wem es aber gegeben ist, die elementaren Bedingungen unseres Daseins religiös zu erleben und ihre Heiligkeit aus aufleuchten zu lassen, der hat ein Anrecht auf das Gehör weiter und weitester Kreise. Möge das Büchlein hinausgehen und in vielen Seelen eine Ahnung wachrufen von den tiefen, unerschöpflichen Wundern des Lebens.

Dem Verleger aber sei Dank, der ihm eine des Inhalts würdige festliche Ausstattung gegeben. Er legt es dem Leser für den Feiertag geschlossen wie ein Brevier in die Hand. Wer die Bänder löst, soll wissen, daß er nun heiliges Land betritt. Charlotte Broicher.

Der weiße Fächer. Ein Zwischenspiel von Hugo von Hofmannsthal, mit vier Holzschnitten von Eduard Gordon Craig, erschienen im Inselverlage zu Leipzig.

Mit dieser Ausgabe hat der Inselverlag für Liebhaber und Sammler seltener, mit precioser Kunst ausgestatteter Bücher ein ganz besonders wertvolles Kleinod schaffen wollen. Schon der Preis, 20 Mark, schützt das Buch vor Massenverbreitung. Außerdem ist es nur in 800 nummerierten Exemplaren gedruckt. Der ungewöhnlich hohe und breite Foliant, der mit einer verschwenderischen Fülle von sehr schönem Papier ausgestattet ist und in den Farben und der Musterung des Deckenpapiers und in der Färbung und Anordnung des Drucks einen vornehmen, von japanischer Kunst beeinflussten Geschmack zeigt, auch mit vier seltsamen Holzschnitten geschmückt ist, hat zum Inhalt eine dramatische Kleinigkeit von Hofmannsthal.

Aber dennoch scheint mir der Inhalt den Wert der Ausstattung zu übertreffen. Die Holzschnitte von Craig sind es, deren künstlerische Höhe an die der Dichtung bei weitem nicht heranreicht. Was mag denn dem feinsinnigen Verlag an diesen wunderlichen Blättern Hofmannsthal so verwandt erschienen sein? Sie sind freilich apart und auffallend, aber auf eine gesuchte, gezielte, äußerliche und kalte Weise. Das kann man zwar alles von Hofmannsthals Kunst auch sagen; aber zunächst ist sie doch immer Poesie! Auch spielt diese kleine Dichtung freilich auf dem Kirchhof; aber es ist etwas Lächelndes und Leuchtendes darin, etwas Scherzendes, Blühendes und Lebensfeierndes, das von dem Dichter durch die Kraft des Kontrastes, die der düstere Schauplatz gibt, auf eine höchst geistreiche Weise zu ergreifender Wirkung gebracht wird. In den Craigschen Schwarzweiß-Blättern aber ist nur Kirchhof und Theater.

Gerade diese kleineren dramatischen Dichtungen zeigen ja Hofmannsthals Können im hellsten Lichte. Wenn er ganz große Stoffe wählt, sieht man leicht neben feinen formenprunfelnden, glänzenden, seltsam kalten, und doch immer poesieumwitterten, Stimmungdurchflungenen, farbenschillernden Gebilden eine Vision: da stehen in ruhiger Majestät, die hohen Häupter leuchtend vom Firn, andere Dichtungen, jene, die aus diesem Stoffe hätten werden können und werden müssen. Wo aber Hofmannsthal wie hier einen unbedeutenden Inhalt wählt (es ist das boshafte Scherzmotiv des Volksmärchens vom Fächer, mit dem die junge Witwe das Grab des Gatten trocken fächelt, dem sie versprochen, nie wieder zu heiraten, der sie darauf gebeten: „nur bis mein Grab trocken ist, denke an keinen Andern.“ Das groteske Motiv klingt nur leise an, ins Vornehme umgewandelt) und wenn er nun nach seiner Art die Dinge zum Geistreichen und Tiefsinnigen wendet, sie mit ergreifenden Dämmerfarben beleuchtet, auf sie deutet wie auf große Symbole des Lebens und sie mit einer Flut von tönenden, leuchtenden Versen umschäumt — wie bedeutend erscheint da, was er schafft! Und unsere Freude und Bewunderung ist uneingeschränkt.

Gertrud Prellwitz.

Aus der Gedankenwelt großer Geister. Eine Sammlung von Auswahlbänden. Herausgegeben von Lothar Brieger-Wasservogel. Band II. Balzac. Verlag von Robert Luz in Stuttgart.

Das Ziel des Herausgebers wie des Verlegers der Sammlung „Aus der Gedankenwelt großer Geister“ ist: „die Neubelebung der Weltliteratur für die Gegenwart“, ein Ziel durchaus des Schweißes der Edlen wert, aber läßt es sich dadurch erreichen, daß aus den Gesamtwerken der Dichter und Denker, die uns fremd geworden sind, einzelne aus dem Zusammenhang herausgerissene Stellen abgedruckt und uns zum Nachdenken empfohlen werden? Es ist ja schade, daß so viele Große, die Wertvolles zu sagen gehabt haben, in ihrem Eigensten und Besten nicht mehr zu Worte kommen, aber wie läßt sich's ändern? Die Anforderungen, welche die wissenschaftlichen und literarischen Erscheinungen der Gegenwart an die Zeit und die Kraft des heutigen Geschlechtes machen, sind so überwältigend, daß es für die Werke von Schriftstellern der Vergangenheit, die nicht unbedingt zu den ewig Großen gehören, keine mehr übrig hat, auch nicht einmal, wenn sie ihm in Auswahlbänden geboten werden. Auch ist es noch fraglich, ob es wirklich wohlgetan ist, die Menge mit einer Art Quintessenz der Weltanschauung eines Dichters oder Denkers bekannt zu machen? Es könnte doch in vielen den Wahn nähren, daß sie ihn genügend kennen, wenn sie seines Geistes kaum einen Hauch verspürt haben, und Oberflächlichkeit und Halbbildung machen sich schon breit genug. Balzac hat achtzig Bände hinterlassen. Aus ihnen herauszufuchen, was gewissermaßen Ewigkeitswert hat, wäre eine Niesenarbeit, die sich kaum lohnen dürfte. Geistreiche Anekdoten wie, „daß ein Ehemann niemals zuerst einschlafen und niemals zuletzt aufwachen sollte“, „daß man reich werden kann, aber elegant von Natur sein muß“, „daß für einen Arzt der Wagen wichtiger ist als das Wissen“ oder ansehbare Behauptungen wie die, „daß das Genie wie das Kaiser ein unaufhörlicher Erzeß ist, der Zeit, Geld und die Gesundheit auftrifft und schneller ins Hospital führt als die ärgsten Ausschweifungen“, sind kaum geeignet, dem Nichtkundigen eine Ahnung von Balzacs Bedeutung für die Weltliteratur zu verschaffen.

Die Halbseele. Roman von Arthur Brausewetter. (H. Zerkow).

Drittes und viertes Tausend. Berlin, 1908. Verlag von Otto Janke.

Wie den beiden Romanen „Die Kirche siegt“ und „Die neue Götterwelt“ die ihrem Verfasser so viel Anerkennung gebracht haben, liegt auch diesem Roman ein aktuelles Problem zugrunde. Die beiden Hauptpersonen sind Chirurgen, ein berühmter Professor, der Chefarzt eines großen Krankenhauses, und sein Assistent. Der erstere, ein Uebermensch jenseits von Gut und Böse, ist der Ansicht, daß sein Beruf kein „weichliches“ Gewissen verlangt, rühmt sich, „bis in die Knochen Realist zu sein“ und hat sich mit niemals die geringsten Skrupel gemacht, wenn einer seiner Patienten durch Blutverlust oder Schwäche gestorben ist. Der Assistent, den der Verfasser

wohl nicht ganz mit Recht, eine Halbseele nennt, gehört zu den Menschen, bei denen the native hue of resolution is sicklied o'er with the pale cast of thought. Trotz hoher Begabung für seinen Beruf und hervorragender Tüchtigkeit fühlt er, wenn es sich um Leben und Tod handelt, die Ohnmacht, des menschlichen Könnens und, wenn ein Patient stirbt, den nagenden Zweifel, ob er nicht vielleicht schuld daran ist. Daß er in dem Kampf, der zwischen beiden entbrennt, unterliegen muß, ist von Anfang an vorauszusehen, und wenn man den Roman trotzdem mit größter Spannung bis ans Ende liest, so ist das ein glänzender Beweis für des Verfassers Darstellungstalent. Daß er in den Mittelpunkt der Handlung einen Mann gestellt hat, für dessen Seelenkämpfe wir freilich Verständnis haben, dem aber zu einem rechten Manne eben das fehlt, was Hamlet die angeborene Farbe der Entschließung nennt, gereicht aber dem Roman nicht zum Vortheil; es kommt dadurch etwas Zwiespältiges in unsre Empfindung. Zwiespältig ist unsre Empfindung nicht nur dem Assistenten, sondern auch dem Rivalen des großen Chirurgen gegenüber; die Zeichnung seines Charakters ist nicht ganz klar, wir wissen nicht, ob er durch und durch ein Ehrenmann ist, oder nicht; zuerst halten wir ihn dafür, zuletzt wird es uns zweifelhaft. Immerhin ist der Griff, den der Verfasser auch in diesem Buch wieder ins volle Menschenleben getan hat, ein sehr glücklicher gewesen. Der beste Beweis dafür ist, daß bereits das dritte und vierte Tausend davon erschienen sind.

Der Marquis von Wehermoor. Roman von Luise Westkirch  
Berlin W. 30. Concordia. Deutsche Verlagsanstalt. Hermann  
Ehbock.

Wie in „Mains Entführung“ sucht Luise Westkirch uns auch in diesem Roman das harte Bauerngeschlecht eines einsamen Dorfes im Moor, über dem das Schweigen der Wüste lagert, menschlich nahe zu bringen und uns verständlich zu machen, wie es durch die freudlose und schwere Arbeit des Torfstechens in der schwermütigen Landschaft, deren Schilderung in all ihren Schattierungen von nicht gewöhnlicher dichterischer Kunst zeugt, so wortfarg und starkköpfig werden muß. Die Charaktere sind scharf umrissen und heben sich plastisch ab von dem finsternen Hintergrunde. Die dramatisch bewegte Handlung ist folgerichtig aufgebaut. In ihrem Mittelpunkt steht ein junger Bauernbursche, der als jüngster Sohn nicht erbberechtigt ist und aus seiner Soldatenzeit die Sehnsucht nach einem menschenwürdigerem Dasein in der Stadt als das eines Knechtes ist, mitzurückgebracht hat, aber durch den eisernen Willen des Vaters auf der Scholle festgehalten wird. Wie er sich durch die Heirat mit einer reichen Witwe, die sich in ihn verliebt hat, die Freiheit vom väterlichen Joch erkaufte, dadurch aber in Gefahr gerät zu verlumpen, und nach dem Tode der Frau in den Verdacht kommt, diese ermordet zu haben, ist lebenswahr und kraftvoll geschildert. Durch die Treue des einst von ihm verlassenem

armen Mägdleins kommt aber das Gute in seiner Brust zum Siege und die Tragik seines Geschicks zu einem versöhnenden Schluß. Wenn uns der Roman trotz seiner Vorzüge nicht recht zu erwärmen vermag, so liegt das wohl daran, daß uns die darin geschilderten Menschen und die Verhältnisse, in denen sie leben, zu fremdartig sind, um uns recht verständlich zu werden. Einzelnes, allerdings nur Nebensächliches, scheint auch nicht recht glaubwürdig. Wie kommt, um nur ein Beispiel dafür anzuführen, ein nie aus dem Moorland herausgekommener Bauernknecht dazu, seiner feiner gearteten früheren Mitknecht, als dieser es zu Reichtum und Ansehen gebracht hat, den ausländischen Titel Marquis als Spitznamen beizulegen? Wäre nicht Baron oder Graf viel natürlicher gewesen? Dem sei aber, wie ihm wolle. Da Dorfgeschichten, seit sie den bestechenden Namen Heimatskunst tragen, viele neue Bewunderer gewonnen haben, wird sicher auch der Marquis von Weyermoor zahlreiche Leser finden.

Aus alter Truhe. Novellen und Erzählungen von Timm Kröger. Hamburg 1908. Alfred Janssen.

Die Eigenart des holfsteinischen Heimat- und Volksdichters: seine sonnige Lebensanschauung, sein behaglicher Plauderton, seine Vorliebe für weltabgeschiedene Einsamkeit und versonnene Charaktere, kommt auch in diesen Erzählungen und Novellen zur Geltung. Sie erinnern in Ton und Inhalt oft an Novellen aus Storms frühester Zeit. Die landschaftliche Schilderung der meerumschlungenen Nordmark mit ihren Heiden und Mooren und fetten Marschen und die Schilderung der nachdenklichen matts-fargen Menschen, die sie bewohnen, geben ein Bild, dessen sanfte Farbtöne durch ihren harmonischen Zusammenklang sehr reizvoll wirken. Die Einsamkeit und die Einsamkeit, in die „kein Ton der aufgeregten Zeit dringt“, wird in manchen der Geschichten dem Leser fast körperlich fühlbar.

Theobald Hüglin. Roman aus Schwaben von Otto Frommel. Berlin. Verlag von Gebrüder Paetel. 1908.

Das liebevolle Verständnis des Verfassers für die Schönheit seiner Heimat, — die Frommels sind Söhne des Schwarzwalds — die anschauliche Schilderung alles Zuständlichen verbunden mit jener Andacht des Gemüts, welche auch das Kleinste heiligt, geben diesem Roman den Hauptreiz. Die Erlebnisse des in ein einsames Gebirgsdorf verschlagenen, mehr dichterisch als theologisch veranlagten jungen Pfarrers, die darin erzählt werden, sind wenig glücklich erfunden, und die Seelennot, in die er gerät, als er sich in heißer Stunde gegen das christliche Sittengesetz vergangen hat, dessen Heiligkeit ihm von Jugend auf eingeprägt worden ist, vermag unsere Sympathie auch nicht in so hohem Grade zu erregen, daß wir mehr Mitleid als Tadel für seine Schuld haben. Es fehlt der Schilderung seiner Kämpfe zwar nicht an psychologischer Feinheit, aber an Wärme und Schwung. Daß er nicht den Mut hat, der prächtigen Frau, die er wahr-



heiratet, die er liebt und von der er sich geliebt weiß, seine Jugendsünde zu gestehen und sein Kind, das seit dem Tode der jungen Mutter lieblosen Fremden überlassen ist, anzuerkennen, ist unverzeihlich, und die Gewissensbisse, die er über seine Feigheit empfindet und die ihn um das Glück bringen, das er von seiner Ehe erhofft hatte, vermögen nicht, uns mit seiner Charakterchwäche auszusöhnen. Im ganzen überwiegt in dem Lebensbilde, das der Roman uns vorführt, Naturerleuchtung und Seelenmalerei zu sehr das Tatsächliche; die wenig erfindungsreiche Handlung verflüchtigt sich zu oft in Stimmung und Empfindung. D. Frommel ist wohl überhaupt mehr Lyriker als Epiker; manche der eingestreuten Gedichte zeichnen sich nicht nur durch Zartheit und Innigkeit der Empfindung, sondern auch durch Klangschönheit aus.

Betty Rosa. Erzählung von Karin Michaelis. Deutsch von Mathilde Mann; Berlin W. 30. Concordia. Deutsche Verlagsanstalt. Hermann Chbock.

Unfruchtbar. Roman von Edith Nebelong. Deutsch von Helene Klepetar. Berlin W. 30. Concordia. Deutsche Verlagsanstalt. Hermann Chbock.

Da es eine der Aufgaben der Kritik ist, die Unwerte zu bekämpfen, die geeignet sind, den Geschmack und das sittliche Urteil der Menge zu verwirren, so muß sie immer wieder hinweisen auf das Unheil, welches Bücher wie die beiden obigen anrichten können. Daß solche ästhetisch und sittlich gleich ansehbaren Bücher in Deutschland Uebersetzerinnen und Verleger finden und gelesen werden, ist ein trauriges Zeichen für den Tiefstand der Bildung aller derer, die sich von der Reklame einreden lassen, daß es sich darin um „ergreifende Seelentrageödien“ handelt, die „uns zum Denken anregen und beitragen zur Lösung des uralten Rätsels Weib“. Finden Karin Michaelis' psychopathische Heldinnen und Edith Nebelongs Sezierungen des weiblichen Herzens und Hirns auch in England und Frankreich Leser? Es läßt sich kaum annehmen, daß man dort Gefallen hat an so verzerrten Bildern des Lebens, wie wir sie in „Betty Rosa“ finden, oder an solchen psychologischen Rätseln, wie sie uns in „Unfruchtbar“ geboten werden, deren Lösung sich nicht der Mühe lohnt. Auch wir Deutsche sollten es ablehnen, „in die Tiefen des Daseins hinabzusteigen, in welche die beiden nordischen Dichterinnen (!) mit hellster Fackel hineinleuchten“ und uns den Anblick „des erschütternden Elends ersparen, mit dem der Heißhunger der Leidenschaft zu enden pflegt“. Sie können nach jeder Richtung hin nur verderblich wirken.

Wenn die Sonne untergeht. Roman von Emma Böhmner. Geleitwort von Georg Engel. Berlin W. 30. Concordia. Deutsche Verlagsanstalt. Hermann Chbock.

Wenn Georg Engel in dem Geleitwort, daß er dem Roman mit-

gegeben hat, von diesem sagt, daß er „ernst und bescheiden vor uns tritt, als eine Stimmung aus der guten Stube und aus dem guten Herzen.“ so ist das nicht ganz zutreffend. Ernst und bescheiden und aus gutem Herzen ist wohl richtig, aber die gute Stube hat einen kleinbürgerlichen Beigeschmack, und Kleinbürgerlichkeit haftet ihm in keiner Weise an. Die Lüneburger Heide in ihrer sommerlichen Blütenpracht und der Ausschnitt aus dem modernen Berliner Leben mit seinem Künstler- und Literatentum und seiner Vereinigung studierender Frauen im Lyceumland, die uns darin vorgeführt werden, haben nichts gemein mit einer guten Stube. — Wer sich trotz des elektrischen Lichtes und dem Automobiltempo des heutigen Lebens Verständnis und Liebe für das Hellbunzel in der Schicksale und das Rührende einer in klagloser Resignation ausklingenden Lebensmelodie bewahrt hat, wird das feinsinnige Buch mit warmem Herzensanteil lesen, obgleich es nur die alte, wenn auch ewig neue Geschichte erzählt, wie ein Mann, der eines besseren Loses wert gewesen wäre, achtlos an der blauen Blume der echten Liebe, die an seinem Lebenswege erblüht, vorübergeht und sich von einer herzlosen Kokette betören läßt, die ihn zugrunde richtet. Das künstlerische Geschick, mit dem die Verfasserin des Lebens wechselvolles Spiel zu schildern weiß und die anziehende Gestalt des jungen Mädchens, das im Mittelpunkt der Handlung steht und das trotz eines heißen Temperamentes die Kraft stiller Entsagung und fleißiger Arbeit hat, sichern dem Buch hoffentlich „die guten und herzenswarmen Leser“, die der Schreiber des Geleitwortes ihm wünscht.

M. Fuhrmann.

## Theater-Korrespondenz.

---

Shakespeares Othello im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhause.

Im vorigen Jahre zeigte die genannte Bühne, daß sie einen Richard III. in sich barg, der sich im königlichen Schauspielhause sehen lassen konnte — im Shakespeareschen Historienzyklus sprang Holthaus plötzlich für den erkrankten Pohl in dieser schwierigen Rolle ein —; die jetzige Othello-Vorstellung hat einen vortrefflichen Jago (Rudolf Lettinger) ans Licht gelockt.

Jago, wie ich das vor einigen Jahren an dieser Stelle bei Besprechung des Matkowskischen Othello auseinandergesetzt habe, ist keine in sich konsistente Charakterschöpfung; der leidenschaftliche Pessimismus, welcher den Dichter in den ersten Jahren des 17. Jahrhunderts beherrschte, hat diesen Bösewicht ins Unnatürliche verzerrt: für die Vernichtung Othellos hat er sozusagen nur vorgeschützte Gründe, für die Hinopferung Desdemonas gar keinen. Hier fällt also dem darstellenden Künstler die selbständige Tätigkeit des Nachbesserns zu, die ihm niemand absprechen darf, da er auch an seinem Teile auf eine möglichst tiefe, also widerspruchslöse Wirkung des Kunstwerks hinarbeiten hat. So ist es schon ein Fehler, wenn Jagos Maske seinem Inneren entsprechend häßlich und abstoßend ist. Der Jago dieser Bühne war ein jugendlicher, formgewandter Offizier, wie Cassio und Montano, der die Ehrlichkeit, die Othello ihm zutraute, sehr glaubwürdig spielte. Je gastlicher seine Erscheinung ist, desto verständlicher wird seine verhängnisvolle Einwirkung auf Othello. Ebenjowenig angebracht ist es, die teuflische Bosheit seines Handels äußerlich zu betonen, etwa um Effekt zu machen. Wenn er z. B. in der Szene, wo Desdemona ihn um Trost und Hilfe angeht und Emilia die Schuld an Othellos Eifersucht „einem höll'schen Schurken“ zuschreibt, der „sich Lügen ausgedacht“ habe, die Worte

„Pfui, solchen Menschen gibt es nicht, 's ist unmöglich!“

mit besonderem Aplomb spricht, so wird die übertreibende Unnatur dieser Charakteristik jedem offenbar. Der Vorzug der Lettingerschen Darstellung beruhte darin, daß er solche Effekte niemals suchte, sondern den harmlosen Biedermann andern gegenüber immer zur Geltung brachte. Nur einmal tat er zuviel: als in eben dieser Szene die trostlose Desdemona mit seiner Frau sich entfernte, lachte er höhnisch in sich hinein. Das heißt jede

menschliche Empfindung abstreifen; die einzige Haltung, die er bei dem Anblick des Leidens, das er dem unschuldigen Weibe bereitet, beobachten kann, ist die einer sich selbst ermannenden, finstern Entschlossenheit. Die bekannte Rede Jago's in der Szene mit Roderigo, mit dem immer wiederholten Refrain: „Du Geld in deinen Beutel!“ — ein bekanntes Stückenpferd für Effekthascher — hatte dagegen eine vorzügliche Wirkung, weil diese Worte zwar jedesmal in anderem Tone, aber immer ohne Empfindung, nur nebenhin gesprochen wurden.

Eine weniger ausgeglichene Leistung war der Othello (Rudolf Berner), der besonders unter der überhasteten Sprechweise des Darstellers im Zustande der Leidenschaft litt — und von der dritten Szene des dritten Aktes ab befand er sich fast immer in diesem Zustande. Abgesehen davon, daß die Worte des Textes trotz der außerordentlich sonoren Stimme des Sprechers vielfach nicht verständlich wurden, ging dadurch auch zum Theil die Feinheit der Charakteristik verloren, auf die bei der äußerst schwierigen Rolle des Othello alles ankommt. Denn der darstellende Künstler hat bei diesen Charaktergemälden, das ebenfalls eine Reihe von widersprechenden Jüger zeigt, noch mehr zu leisten als bei dem des Jago. Es wäre eine naheliegende Ueberbrückung der in dieser Rolle liegenden Schwierigkeiten, den Helden als einen unbesonnenen Hitzkopf darzustellen, wobei freilich von einer tragischen Wirkung nicht mehr die Rede sein könnte: aber das ist tatsächlich unmöglich und vom Dichter nicht gewollt. Es kann keine wirklichen Feldherren geben ohne Besonnenheit und Selbstbeherrschung, und Othello ganz von diesen Eigenschaften in den Szenen mit Brabantio und dem trunkenen Cassio bewundernswürdige Proben. Und wie nun dieser ruhige Mann und Liebende, vertrauensvolle Gatte in den Zustand wahnwitziger Eifersucht gerät! diesen Vorgang hat Shakspeare mit einer Verkürzung dargestellt, deren geniale Gewagtheit nur noch von der Werbungsszene im ersten Akt von Richard III. überboten wird. Anna wird von dem ingrimmigen Haß gegen die Mörder ihres jungen Gemahls zur Liebe bekehrt in 200 Zeilen; Macbeth wird vom vornehmen, ritterlichen Mann zum Mörder in mehr als 400 Zeilen: von den Worten Othello's:

Leb wohl, mein Herz, ich folge gleich dir nach.

bis zu seinem Racheschwur gegen die Heißgeliebte werden nicht ganz 300 Verse gesprochen: also in etwa zwanzig Minuten spielt sich dieser ganze Gefinnungswechsel ab; und doch, trotz dieser gewaltigen Handlungsverdichtung, hat die reife Kunst Shakspeare's nicht eine Stufe in dem Uebergangswort ausgelassen und so dem Unmöglichen den Schein der Wirklichkeit gegeben. Es ist klar, daß bei der Aufführung nicht ein Wort von dieser Szene fehlen darf und jedes nach Sinn und Stimmungsgehalt von dem Darsteller aufs tiefste überlegt werden muß. Nun aber war hier selbst diese Szene noch gekürzt, und das maßlose Tempo der Rede reduzierte dann den ganzen Vorgang auf die Dauer von zehn Minuten. — — Im übrigen brach

der Darsteller manche zarten und mannhaften Züge des Helden zu schöner Geltung, wie man überhaupt anerkennen muß, daß bei allen Mitwirkenden von Desdemona bis Montano das Bestreben, ihr Bestes zu leisten, sichtbar war. Ganz vorzüglich wurde die Kurtisane Bianca gegeben. Der Choleriker Brabantio ließ es an temperamentvoller Deklamation nicht fehlen; nur hätte der häufige Einschlag eines weinerlichen Tones ausgeschlossen werden müssen durch den Zorn, der seinem väterlichen Schmerze reichlich beigemischt ist; und die Haltung hätte der eines stolzen venetianischen Senators mehr nachgeahmt sein können. Roderigo wurde als Narr gegeben; er ist aber nur ein eitler und unerfahrener Mensch, der für den Gimpelfang sich eignet. In den beiden ersten Szenen zeigt er eine Energie und in dem zweimaligen Angriff auf Cassio einen Mut, welche einem Bleichenwang nicht gegeben sind.

Besonders zu erwähnen ist, daß die widerwärtige deutsche Bühnens-tradition, Othello als Neger zu geben, — welche auf der mißverständlichen Uebersetzung des Shakspereschen black mit „schwarz“ statt mit „braun“ beruht — hier verlassen war. Othello war dunkelbraun geschminkt; er hätte hellbraun sein können, dann wäre der von Shakspeare gewollte Moor, Maure, Araber, korrekt dargestellt worden.

Hermann Conrad.

## Politische Korrespondenz.

---

Die Unzulänglichkeit des Reichstages. — Die Berufsvereinigungen in der Politik. — Vergleich der deutschen Zustände mit den englischen und französischen. — Ein neuer Kompromiß-Vorschlag in der Nachlaß-Steuer.

Der Satz, daß die Völker immer diejenige Regierung haben, die sie verdienen, wird zwar oft ausgesprochen, seine innere Berechtigung darüber doch wohl angezweifelt werden. Sicherer scheint zu sein, daß jedes Volk diejenige Volksvertretung hat, die es verdient, denn es wählt sie ja selbst. Aber wenn man näher zusieht, stimmt's auch hier nicht. Kommt bei Wahlen wirklich das heraus, was das Volk will? Gerade jetzt können wir es ja mit Händen greifen, daß das deutsche Volk besser, viel besser in seine Vertretung. Das Volk will, daß die Steuerreform zustande kommt, die Reichsboten, in die kleinlichsten Interessenkämpfe verstrickt, in der geschicktesten Weise hin- und hertastend, kommen nicht von der Stelle. Die Herren haben versucht, sowohl in der Presse wie in der Budgetkommission ihre geringen Leistungen mit der ungeheuren Schwierigkeit und Komplexität der Steuervorlagen zu entschuldigen. Aber das sind leere Ausreden. Gewiß ist die Ausarbeitung jedes dieser Gesetze ein sehr großes Stück Arbeit, aber daß man für diese technische Seite der Aufgabe längere Zeit gebraucht, hat gar nicht die Enttäuschung der öffentlichen Meinung erzeugt. Was man den Abgeordneten übelnimmt, ist vielmehr, daß sie nicht vornehmlich über die Prinzipienfrage sich zu einem brauchbaren Kompromiß vereinigt haben und selbst in diesem Augenblick noch nicht damit fertig sind. Es wird ja nun wohl in den nächsten Tagen gelingen, aber wenn es gelingt, so geschieht es nur unter dem Druck der öffentlichen Meinung. Hätten die Abgeordneten nicht auch aus freien Stücken gekonnt, was sie jetzt gezwungenerweise tun? Damit ist der Beweis, daß sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind, doch wohl gegeben.

Der hauptsächlichste Grund für die Verschleppung bleibt, daran ist nichts zu drehen und zu deuteln, der Widerstand der Besitzenden gegen ihren zugeordneten Anteil an der Belastung, und zum Träger dieses Widerstandes machte sich der Bund der Landwirte. Ohne die unverantwortlichen

Demagogie des Bundes wären die Konservativen und Nationalliberalen, die sich jetzt endlich für die Besteuerung beim Erbfall entschieden haben, längst zu der Einsicht gekommen, daß diese Steuerform nach der Lage der Dinge die allein zweckmäßige sei. Bei den überaus geringen Sätzen der Steuervorlage und den besonderen für die Landwirtschaft zugefügten Privilegien ist die Belastung für diese so gering, daß die Agitation gegen die Steuer nur um so unverantwortlicher ist. Nach der Berechnung des Reichsschatzamts sollten es nur 22 % der Nachlaßsteuer sein, die auf die Landwirtschaft fallen. Nach einer Revision dieser Berechnung, die Herr R. E. May in Schanz' Finanzarchiv (Märzheft) vorgenommen hat, sind es sogar nur 11% (9,7 Mill.). Wenn trotzdem die städtische Bevölkerung sich im ganzen und großen für die Steuer, die ländliche aber dagegen erklärt hat, so würde das ein äußerst ungünstiges Licht auf den Patriotismus und die Opferwilligkeit der landwirtschaftlichen Bevölkerung werfen, wenn man nicht eben in Betracht ziehen müßte, daß sie unter der Führung der Demagogie des Bundes steht.

Diese demagogischen Berufsvereinigungen, die sich nicht scheuen, das Heil des Reiches dem Meinsten eigenen Vorteil zum Opfer zu bringen, sind die größte Gefahr, mit der der moderne Staat zu kämpfen hat. Auch die auswärtige Politik kann dadurch aufs verhängnisvollste beeinflusst werden. Wenn die Friction zwischen Oesterreich und Serbien jüngst bis an die Grenze des kriegerischen Konfliktes führte, so haben einen großen Anteil daran die österreichischen Agrarier, welche im rücksichtslosesten Standesinteresse verhindern, daß Oesterreich dem kleinen Serbien einen guten Handelsvertrag gewährt und es dadurch an seine Interessensphäre fesselt. Unsere eigenen Agrarier haben ja die Klugheit gehabt, den Widerstand gegen den Ausbau unserer Flotte sehr bald fallen zu lassen, aber der Druck, den sie sonst auf den ganzen Gang unserer Gesetzgebung seit fast 15 Jahren ausüben, hat doch schon oft einen bedenklichen Grad erreicht. Man muß deshalb jetzt, wo sie selber durch Ueberspannung des Bogens ihre Waffe ruiniert haben, darauf ausgehen, ihrem Einfluß für die Dauer einen Dämpfer aufzusetzen. Nicht nur die Erbschaftssteuer in dieser oder jener Form muß gegen den Willen des Bundes durchgesetzt, sondern es muß ihm jetzt überhaupt das Rückgrat gebrochen werden. Durch das bloße Wort ist das nicht möglich, denn eine solche Interessentenorganisation ist eine gewaltige Macht, und der Bund hat tatkräftige, talentvolle und völlig rücksichtslose Führer. Man kann nur Macht gegen Macht setzen, mit anderen Worten: die eine Interessentenorganisation gegen die andere. Die Proklamation des Widerstandes gegen die Erbschaftssteuer durch den Bund war ja von vornherein insofern ein Fehler, als der allergrößte Teil seiner eigenen Mitglieder, nämlich alle Kleinbauern mit einem Vermögen unter 20 000 Mark, gar kein eigenes Interesse an der Sache haben, und selbst die Mittelbesitzer bei der Erbschaftssteuer nicht schlechter fahren, als bei irgend einer andern Vermögenssteuer. Nur die Großbesitzer, die vermöge

der Staffellung etwas schärfer genommen werden, sind an einer Ablehnung der Erbschaftsteuer materiell interessiert. Die geborenen Vertreter des entgegengesetzten Interesses aber sind die Beamten und der kleine Gewerbestand in den Städten. Kame es jetzt zu einer Auflösung des Reichstages so würden die Abgeordneten, die sich auf den Standpunkt des Bundes der Landwirte stellen, in den Städten überhaupt keine Stimmen mehr bekommen und auf dem Lande nur einen geringen Teil ihres bisherigen Ansehens behalten. Die „Deutsche Tageszeitung“ höhnte, als ich es zuerst an dieser Stelle aussprach, daß bei einer Auflösung die konservative Partei in die Luft fliegen würde; jetzt zweifelt niemand mehr daran, daß ich mit dieser Prophezeiung die Volkstimmung richtig charakterisiert hatte.

Der Herr Reichskanzler also hat das Schicksal der Reform in der Hand. Man fürchte sich nicht etwa davor, daß die Sozialdemokratie bei einer Neuwahl im Trüben fischen und verstärkt zurückkehren würde. Diese Partei ist in einer inneren Auflösung, die jeden äußeren großen Erfolg ausschließt. Führer, die so sehr und so deutlich den Glauben an die eigenen Prinzipien verloren haben, wie die jüngsten Schriften von Bernstein und Kautsky zeigen, können eine Partei nicht mehr zum Siege führen. Eine Auflösung mit der Parole, daß der Reichtum mehr Steuern zahlen soll, würde den Genossen direkt den Wind aus den Segeln nehmen und die Mittläufer in Massen zu den Regierungskandidaten hinüberführen. Es ist also gar keine Gefahr dabei. Der Herr Reichskanzler braucht nur zu wollen.

Gerade wenn der Herr Reichskanzler aber zeigt, daß er will, wird die Auflösung überflüssig werden, und das wäre natürlich besser. Aber selbst wenn wir ihr entgegen, so muß man sein Augenmerk darauf richten, das Volk in der Stimmung, in der es jetzt ist, bis zu den nächsten Wahlen festzuhalten. Wenn es bisher der Bund der Landwirte durchgesetzt hat, daß, wo auch immer ein konservativer oder nationalliberaler Kandidat aufgestellt wurde, seine Approbation dazu nötig war, so müssen das nächste Mal die Mittelstands- und Beamten-Vereinigungen denselben Anspruch erheben, und sie werden es auch vermutlich tun. Das wird zunächst eine Art von unmöglichem Zustand ergeben — aber schließlich, irgend einer muß gewählt werden und wenn nach langem Zerrren und Zanken schließlich neue Kombinationen und neue Persönlichkeiten im Reichshause erscheinen, so wird das gewiß nicht eine Wendung zum schlechteren bedeuten.

So bestimmt wir nun auch annehmen, daß der Druck der öffentlichen Meinung schließlich eine Steuer beim Erbübergang durchgesetzt wird, so ist doch keine Aussicht, daß die konservative Fraktion gleichfalls sich auf diese Seite stelle. Das Gesetz wird also mit Hilfe einer Anzahl von Zentrumsstimmen gemacht werden müssen, und wenn die Sozialdemokraten dann noch hinzutreten, kann es sogar eine sehr ansehnliche Majorität erlangen. Der Block aber macht das Gesetz nicht; soviel hat der Bund der Landwirte erreicht. Macht der Block nicht die Erbschaftsteuer, so macht



er auch vielleicht nicht die Branntweinsteuer, sondern überläßt es wiederum dem Zentrum, die Stimmen zu stellen, die hier vom Freisinn ausfallen. Ist der Block damit tot? Das ist nicht notwendig. Was man heute Block nennt, ist mit etwas andrer Zusammensetzung ungefähr dasselbe, was man 1887 Kartell nannte. Zu den Aufgaben, die dem Kartell gestellt waren, gehörte auch die Invaliditäts- und Altersversicherung, aber zehn Nationalliberale und einige Konservative und Freikonservative versagten sich schließlich aus doktrinär-wirtschaftlichen Gründen. Das Gesetz wäre gefallen, wenn nicht umgekehrt eine Gruppe von dreizehn Zentrumsabgeordneten unter Führung des Freiherrn von Frankenstein auf die positive Seite übergegangen wäre. Es scheint, daß wir jetzt etwas ähnliches erleben werden. Die Hauptmasse der Zentrumswählerschaft ist zwar agrarisch, aber schließlich sind doch auch erhebliche städtische Elemente in der Partei vorhanden, und die Kapläne sind wohl eifrige Verteidiger des Grundbesitzes, aber keineswegs des Großgrundbesitzes. Es ist daher durchaus nicht unwahrscheinlich, daß aus dem Zentrum heraus ein gewisser Druck sich geltend gemacht hat und eine gewisse Anzahl Stimmen auf die Blockseite hinüberführen wird. Wenn selbst Windthorst nicht imstande war, durch Fraktionsdisziplin jene Absplitterung beim Invaliditätsgesetz zu verhindern, so wird auch heute die Fraktionsdisziplin den Uebergang nicht hindern. Ja vielleicht ist es sogar ein höherer taktischer Gesichtspunkt, der den Zentrumsführern den Disziplinbruch ganz erwünscht erscheinen läßt. Rein parlamentarisch gedacht wäre es ja ganz richtig, wenn das Zentrum sagte: wir sind jetzt Opposition; ihr selbst wollt es so; zu diesem Behuf habt ihr den Block gegründet und erklärt uns immer wieder, daß ihr unsere Hilfe gar nicht wollt. Nun wohl! so macht auch eure Steuern allein. Ähnlich hat schon mancher Zentrumsmann gesprochen, und man kann keinen Vorwurf daraus ableiten. Aber wir leben nicht im parlamentarischen Staat, und Windthorst hat niemals, seit die Weilegung des Kulturkampfes auch nur in Aussicht kam, zugelassen, daß das Zentrum eine reine Oppositionspartei werde. Mit außerordentlicher Kunst hat er stets den Gesichtspunkt der Fraktion, die ihre Macht=Politik verfolgt, verbunden mit dem Grundsaß, daß das Zentrum als große Partei eine Mitverantwortung für das Reich trage, der es sich nicht entziehen dürfe. Er verhandelte unter Umständen seine Hilfe, aber er versagte sie doch nicht ganz. Stellt wirklich das Zentrum jetzt wieder die Hilfstruppen, deren Sukkurs die Reichsfinanzreform rettet — muß die Regierung dann nicht irgendwie ihre Dankbarkeit bezeugen?

Wir ändern aber, wir wollen es den Mitgliedern des Blocks, die durch ihre Eigenbrüdelei oder aus schändem Geiz dies Eingreifen des Zentrums erforderlich machen und verschulden — wir wollen es ihnen bei den nächsten Wahlen gedenken!

Der Zustand der deutschen Reichsfinanzen nach achtunddreißig Jahren Frieden, die Schwierigkeiten einer Reform, der Mangel an politischen Talenten

bei allen Parteien im Reichstag, alles das läßt die deutschen Zustände in trübem Lichte erscheinen. Wo soll die Besserung herkommen? Vor vier Monaten wogte die allgemeine Entrüstung auf gegen das persönliche Regiment — was hätten wir erst zu erwarten, wenn der Reichstag regierte?

Vielleicht aber würden, wenn der Reichstag erst die wirkliche Macht hätte, andere Persönlichkeiten aus den Wahlen hervorgehen. Heute ist der Reichstag, wie man sagt, eine Sackgasse; für ehrgeizige Persönlichkeiten ersten Ranges bietet er weder einen Spielraum noch eine Aussicht. Minnie kann man bei uns auf dem Wege der Auszeichnung im Parlament nicht werden. Ein Mann wie Bennigsen hat es nie bis über den Oberpräsidenten gebracht, und wir haben in Deutschland eine ganze Reihe von ehemaligen Ministern, v. Berlepsch, Graf Zedlitz, Graf Posadowsky u. a., die dem Reichstag nicht nur zur Zierde gereichen, sondern ihm sofort eine ganz andere Physiognomie geben würden als die jetzigen Führer. Aber sie sind nicht Mitglieber. In jedem anderen Lande wären sie es, und aber darum jene anderen Länder im ganzen besser daran und besser regiert als das Deutsche Reich? Die „Frankfurter Zeitung“, deren demokratischer Charakter genügend verbürgt ist, hat jüngst dicht hintereinander einen Bericht aus London und einen aus Paris gebracht, die mir so interessant erscheinen, daß ich die Hauptstücke daraus hier einfach anfügen möchte. Erst dann, wenn man diese drei Länder, England, Frankreich und Deutschland mit einander vergleicht, gewinnt man für alle drei die richtigen Maßstäbe.

Der Bericht aus London lautet:

„Da nach einer in Deutschland verbreiteten Annahme in England „das Volk regiert“, so ist es vielleicht orientierend, sich zu vergegenwärtigen, wie das englische Regierungssystem in seiner heutigen Form in Wirklichkeit beschaffen ist.

Es sind zwei Kammern da, von denen die eine immer den Konserverativen gehört. Wenn daher diese Partei in den Wahlen auch im Unterhause die Mehrheit erhält, so übt ihre Regierung, das heißt die zwei oder drei Männer des innersten Ringes eine Diktatur aus, von der das Land sieben Jahre lang kein Mittel hat, sich zu befreien. So gut wie der konservativen Konkurrenz wird es den liberalen Woffen, wenn sie im Unterhause die Macht bekommen, nicht. Die Drähte, an denen die „Peers des Königreichs“ tanzen, münden im Central Office der konservativen Partei und deren Führer kann daher die Tätigkeit der Regierung durch das Unterhaus stilllegen und damit Auflösung und Neuwahlen erzwingen. Zunächst sind die jetzigen Häupter der Torypartei, Herr Arthur Balfour und Lord Lansdowne, in dieser Richtung schon sehr weit gegangen. Fragt man, warum sie der liberalen Regierung bis jetzt überhaupt eine Gnade nicht gegeben haben, so ist die Antwort, daß das Instrument des Oberhauses entzwei gehen kann, wenn man es unvorsichtig gebraucht. Das Volk der Lords muß die Gasse für sich haben; wenn die Liberalen dem ersten Manne seinen Schnaps mißgönnen, indem sie die Zahl der Kneipen zu

zwei Straßenecken von drei auf zwei reduzieren wollen, dann springt Englands Hochadel in die Bresche und schirmt die Volksrechte. Uebrigens sind Taktiker der konservativen Partei viel zu kluge Männer, um ihren Erfolg durch Ueberreilung zu gefährden. Der liberale Fisch mag sich erst abzappeln, ehe sie ihn auf den Sand ziehen. Man gibt dem Lande einige Jahre Zeit, sich zu überzeugen, daß die Gegner nichts können. Dieses Spiel könnte die jetzige Regierung sofort zerstören, wenn sie ihrerseits auflöste. Aber das ist sehr riskant und sehr kostspielig; also bleiben wir lieber. Die Folge dieser Zustände ist ein Kompromiß zwischen den führenden Gruppen beider Lager. Die Liberalen bleiben vorläufig „drin“, aber sie konformieren sich den Forderungen der anderen Seite, soweit es ohne völlige Zerrüttung der eigenen Truppen möglich ist. Es wird Herrn Asquith nicht ganz leicht, diese eigentümliche Politik durchzuführen, er muß die Disziplin schon jetzt sehr stark anspannen, aber es geht bisher noch. Es ist nämlich durch die ungesunde Entwicklung des Parteiwesens in England dahin gekommen, daß, wer sich gegen die „frei gewählten“ Führer der Partei auflehnt, fast immer seine politische Existenz einbüßt. Die Verhältnisse sind durchaus anders bei den bürgerlichen Parteien Deutschlands. Das Wort „Wer nicht pariert, fliegt hinaus“ ist in England Grundsatz. Die Abgeordneten werden in London in den Parteizentralbureaus gemacht. Wie soll der Einzelne gegen deren Geldmittel, Organisation und Presse aufkommen?

Gesetzgebung und Exekutive also überläßt das Parlament einer kleinen Gruppe, die, in teilweisem Einverständnis mit einer andern kleinen Gruppe, tatsächlich ihren Willen oktroyiert. Die Frage ist, wo nun eigentlich der große Unbekannte draußen, der Herr pp. Volk, ins Spiel kommt; denn es kann doch wohl nicht das Ziel eines Jahrhunderts demokratischer Entwicklung sein, nachdem man die unbedingte Verfügung über die Staatsmaschine dem sogenannten „Gesalbten des Herrn“ fortgenommen hat, sie ebenso unbedingt einem sogenannten „Erwählten der Volksvertretung“ anzuvertrauen? Das Interpellationsrecht besteht für den Abgeordneten in Reih und Glied nur auf dem Papier. Allerdings Herr Balfour hat es sich soeben leisten können, ein Tadelsvotum auf die Tagesordnung zu bringen; aber gerade der unabhängige Politiker, der für sich weder Amt noch Macht verlangt kann es nicht. Anfragen werden namentlich in den Ressorts, auf die es jetzt am meisten ankommt — Auswärtiges, Krieg, Marine — kurz, trocken, ja oft schnöde beantwortet. Seine Beamten geben dem Minister das Material zur Hand; er und sein Privatsekretär üben alsdann die Kunst, ein Minimum von Auskunft in einen Eßlöffel farbloser Worte zu schütten. Wenn der Fragesteller damit nicht zufrieden ist, interveniert sofort der Sprecher: „Der ehrenwerte Herr hat von dieser neuen Frage vorher (nämlich 24 Stunden) Notiz zu geben.“ Vergleicht man die Armee- und Marinadebatte im Reichstage und im Unterhause, so muß man zu dem Schlusse kommen, daß Einem und Tirpitz wirklich demo-

trastischer auftreten als Salbane und Mc Kenna. Der Reichstag sieht doch die Leute vor sich, die schließlich alles machen, er kann sie, namentlich in der Kommission, stellen, er gewinnt einen Eindruck von den Persönlichkeiten. Was aber der englische Flottenmachthaber, Admiral Fisher, eigentlich für ein Mann ist, das wissen die wenigsten Abgeordneten. Sie kennen ihn nur aus der Presse und durch Gerüchte. Er wird von den einen als ein großes Genie, von den anderen als ein Pfluscher und Intrigant obendrein geschildert. In der auswärtigen Politik endlich erfahren, wie es scheint selbst das russische und türkische Parlament mehr als das englische. Freilich wird den Abgeordneten in der Lobby, in ihren Klubs und in der Gesellschaft mancherlei zugeflüstert. Es ist zweifellos, daß bei der jüngsten Panik die Regierung stark hat „hintenherum“ arbeiten lassen. Allein dieses Gemunkel, für das niemand eine Verantwortung trifft, ist kein Ersatz für die legitime parlamentarische Auskunft. Außerdem verliert die Öffentlichkeit, deren vornehmste Informationsquelle in der Volksvertretung fließen sollte, dabei alles.

Wenn man diese letzte Panik hier mitangesehen hat, muß man doch mit mancherlei Besorgnissen in die Zukunft blicken und es macht auch keiner besonderen Eindruck auf uns, daß man sich auf beiden Seiten guter Annotationen versichert. Die jetzt Regierenden sind gewiß sehr brave Leute. Aber alles liegt in der Hand weniger Menschen, und es haben schon sehr gewissenlose Leute die Macht gehabt. Dies ist nun wohl immer so gewesen. Was aber neu ist und erschrecken muß, ist die Leichtigkeit, mit der man hier eine solche Panik machen und wie man damit jeden Widerstand überrennen kann. Sollte eine englische Regierung einmal in einem günstigen Momente entschlossen sein, den Krieg herbeizuführen, so findet sie weder im Parlamente noch außerhalb Opposition. John Bull, der sich selbst immer noch als wohlgenährten, festen Landemann porträtiert, ist längst ein großstädtischer Neurastheniker geworden. Ein starker Teil der Schuld liegt auch an der Entwicklung des Zeitungswesens. Wohin ist die englische Presse in zehn Jahren gekommen! In England kann sich heute der hochmütigste Verächter der Zeitungschreiber überzeugen, daß es einen Unterschied macht, ob ein Land eine gesunde, selbst achtende Presse hat oder nicht. Es gibt keine Presse, die so schlecht wäre, daß die Leute aus Verzweiflung wieder zu den Klassikern griffen. Die Zeitungen mögen sinken, aber das Publikum sinkt mit. Eine wirkliche objektive Orientierung wird man aus englischen Blättern selten gewinnen können. Alle Informationen werden durch den unsinnig übertriebenen Parteigeist gefälscht. In den konservativen Blättern lebt der deutsche Arbeiter glücklich im Schatten seiner Schutzzölle, als zufriedener, rüstiger Mann. In den liberalen Blättern erscheint derselbe deutsche Arbeiter als elender Jammermensch, der froh ist, wenn er gelegentlich etwas Pferdefleisch genießen kann. Bei den Freihändlern ist Holland ein reiches und glückliches Land, das unvergleichlich höher steht als

großer Nachbar Deutschland. (Herr Chiozza Money in der heutigen Nummer der „Daily News“.) Nach den Protektionisten geht es in Holland so miserabel zu, daß die Bevölkerung in hellen Haufen über die Grenze ins schutzöllnerische Deutschland abwandert. (Herr Ellis Barker in der heutigen Nummer des „Daily Express“.) Ueber eine für England jetzt so ungeheuer wichtige Frage wie die der allgemeinen Dienstpflicht werden keine Aufklärungen, sondern nur extreme Parteimeinungen mitgeteilt. In einem großen radikalen Blatte war kürzlich zu lesen, daß in der deutschen Armee die Offiziere Päberasten, die Mannschaften geschlechtskrank seien, gleichsam als ob das in den Kriegsartikeln stünde. Eine solche Beschränktheit in den Ansichten führt auch zur Verrohung der politischen Sitten, denn wenn man einmal den Gegner nicht verstehen will, so ist es ja das Einfachste, ihn auf den Schädel zu schlagen. Daher gedeiht hier jetzt ein nationalistisches Morbidityum, dessen man sich früher doch wohl geschämt hätte. Die eben gegen Deutschland losgelassene Panik, an der die Regierung ihr volles Teil der Schuld trägt, hat unerfreuliche Dinge gezeigt. Es ist keine Ehre für England, wenn bei einem Diner, über das in den Zeitungen berichtet wird, ein pensionierter Admiral die Deutschen „schmutzige Schufte“ nennen kann, ohne daß die Öffentlichkeit protestiert. Wie soll man sich darüber wundern, wenn nach einer gestrigen Mitteilung im Unterhause ein anderer Admiral öffentlich sagen konnte, falls er die Macht hätte, so würde er den früheren Premierminister Campbell-Bannermann wegen Hochverrats auf Trafalgar-Square aufhängen lassen! Dies von einem Manne, der seit einem Jahre im Grabe liegt!

Ein Faktor, der den Panikmachern ihr Geschäft erleichtert, ist die politische Unerzogenheit des englischen Proletariats. Es ist in Deutschland üblich, gegenüber den bedauerlichen Einseitigkeiten und der doktrinarischen Verranntheit der Sozialdemokratie auf die kluge „praktische Politik“ der englischen Trade-Unionisten zu verweisen. Möge diese praktische Politik der Teufel holen! Es gibt noch einen Mittelweg zwischen Prinzipienreiterei und der öden Ideenblindheit, die hier herrscht. Wenige unter den englischen Arbeiterabgeordneten vermögen sich zu allgemeineren Ansichten zu erheben. Sie vertreten Interessenten, das ist alles: Eine gewisse demokratische Tendenz ist da, im übrigen ist die große Frage, was, je nachdem die Eisendreher oder die Kohlengräber oder die Zinngießer profitieren. In der Flottenfrage sind die Vertreter der Werftarbeiter, so von Woolwich, für möglichst große Schiffsbauten. Ist dies in Hamburg und Kiel auch so? Im ganzen Lande gibt es keine einzige sozialistische Tageszeitung. Die Arbeiter lesen meist die billigen Sensationsblätter. Sie verfallen daher einer Panik leicht, wie die sehr lehrreiche Ersatzwahl in Croydon am 30. März wieder gezeigt hat. Im Jahre 1906 wurden hier 17991 Stimmen abgegeben, von denen der Konservative 8211, der Liberale 7573, der Arbeiter 4007 erhielt. 1909 waren es 20916 Stimmen, und die Parteien in derselben Reihenfolge bekamen 11989, 8041, 886. Vier Fünftel der

„Sozialisten“ gingen infolge des Flottengeschreies zu den Tories über. Dieser Bericht aus England ist wichtig nicht nur wegen des realistischen Bildes von dem Funktionieren der Verfassung unter dem Gesichtspunkt der inneren Politik, sondern namentlich auch für die auswärtige Politik. Die schwerste Sorge, die heute einen weiterblickenden Politiker erfüllen muß, ist die Möglichkeit, daß doch einmal eine englische Regierung komme, die sich entschließt, Deutschland zu überfallen, um die weitere Entwicklung unserer Seemacht abzuschneiden. Eine grauenhafte Krisis würde dann nicht nur über uns, sondern über ganz Europa hereinbrechen, der einmal gezündete Krieg würde sozusagen kein Ende haben. Man wehrt wohl die Besorgnis ab mit dem Satz, die Engländer von heute seien nicht mehr die Engländer der Epoche der beiden Pitt. Damals war England ein aristokratisch regiertes Land, heute regiert die Demokratie, und die Demokratie ist nicht geneigt, die ungeheuren Opfer auf sich zu nehmen, die heute ein Krieg gegen Deutschland verlangen würde. Welche Subsidien müßte England nicht allein an Rußland zahlen! Ich glaube schon, daß dieser Gedankengang prinzipiell richtig ist, aber ist es wirklich die Demokratie, die in England regiert? Die vorstehenden Betrachtungen verneinen diese Frage.

Gehen wir über zu Frankreich. Die erstaunliche Leichtigkeit, mit der es der Republik in den letzten Jahren gelungen ist, den mehr als anderthalb Jahrtausende alten Körper der katholischen Kirche in diesem Lande zu zerstören, schien der inneren Kraft der jetzigen Regierung ein gutes Zeugnis auszustellen. Aber in demselben Augenblick hat auch wieder eine rationalistische Bewegung eingesetzt. Steht wirklich etwas dahinter? Die „Action française“ führt immer von neuem und mit der größten Verwegenheit Gedanken aus, daß der soziale Friede nur herstellbar sei durch einen Staat, der in sich selbst ruhe und nicht erst durch die sich bekämpfenden sozialen Potenzen konstituiert werde, d. h. nicht durch eine gewählte Regierung, sondern durch eine Monarchie. Der Streik der Postbeamten war doch ein höchst merkwürdiges Symptom für die innere Haltlosigkeit dieses modernen republikanischen Systems, wo der Beamte nicht mehr durch Tüchtigkeit, sondern nur noch durch parlamentarische Protection avanciert, und daß es nicht bloß die „Camelots du roi“, die getreuen Katholiken, die unzufriedenen Beamten und die begehrlichen Arbeiter sind, die die Republik hassen, das zeigt ein Artikel in der „Revue“, der offenbar aus den Reihen der Kreise selbst stammt und dessen Substanz ich nunmehr nach den Heften der „Frankf. Ztg.“ hier anfüge.

Von den Idealen der dritten Republik wird hier ausgeführt, sie sei noch kein einziges verwirklicht worden. Die Republik sollte mit den Vergewaltungen des Kaiserreiches gründlich aufräumen, gerecht, billig, brüderlich, menschlich, uneigennützig sein, sich von den erhabenen Ideen der Verträge und Menan leiten lassen usw. Statt dessen haben die jungen Generanten, die den Sturz des Kaiserreiches mit Jubel begrüßten, den Opportunismus und dessen Mafel, den Boulangismus und dessen Laster, die durch-

Nur des Dreyfuß-Handels gesehen, um schließlich in den Radikalismus des Herrn Carrien und den planlosen Individualismus des Herrn Clemenceau zu verfallen. Die ganze Vorhut der Demokratie sei tief enttäuscht und beunruhigt. Die Gebieter des allgemeinen Stimmrechts seien der Alkoholismus und das Spiel, der Schankwirt und der Spielpächter, vor denen sich nicht nur die Gewählten der Nation, in Wirklichkeit die Diener der Wähler, sondern selbst die Minister verneigen müssen. Nur allzuviel Politiker bedienen sich ihrer Stellungen im Parlamente, um sich einträgliche Posten in Banken, industriellen Unternehmungen, Versicherungsgesellschaften usw. zu verschaffen oder sich vom Staate in der Verwaltung oder in der Diplomatie versorgen zu lassen. Wie oft wurde bereits im Parlamente darüber geklagt, daß zwischen den Gesetzgebern und den für den Staat arbeitenden Unternehmungen allzu enge Beziehungen bestehen, die die Kontrolle des Parlaments rein illusorisch machen! Die Milliarden, die ohne Nutzen für die Nationalverteidigung verschwendet wurden, liefern hierfür den triftigsten Beweis. Und das Günstlingswesen! Alles, was über dieses Schandmal der dritten Republik bereits geschrieben wurde, bleibe noch weit hinter der Wirklichkeit zurück. Das Verdienst gelte gar nichts, die Empfehlung allein alles. Indes die besten Stellen an Günstlinge vergeben werden, vegetieren die Beamten der Laufbahn ohne jede Hoffnung, je für ihre Verdienste und ihre Arbeit belohnt zu werden. Statt der enthusiastisch verkündeten und sehnächtig erwarteten Freiheit herrsche überall schrankenlose Willkür. Die Diplomatie ihrerseits sei durch die Finanz ersetzt worden, da Frankreich nicht mehr der Kämpfe des Rechtes und der Gerechtigkeit, sondern nur noch der Bankier der ganzen Welt sei.

Die Errungenschaften auf sozialem Gebiete seien in Wirklichkeit zu gering, als daß von ihnen die Rede sein könnte. Der Arbeit fehle es noch immer an Gesetzen, an Organisation, der Berufsunterricht stecke in den Kinderschuhen, das Versicherungswesen sei ein Monopol einiger bevorzugter Gesellschaften, zumeist amerikanischer, der Fortbildungsunterricht bestehe fast nur auf dem Papiere, kurz, auch hier habe die Demokratie ihre eierlichen Verpflichtungen nicht eingelöst. Geradezu niederschmetternd sei die Wahrnehmung des Verfalles auf künstlerischem Gebiete. Die öffentlichen Staatsausstellungen seien nur noch Pariser Jahrmärkte, die offiziellen Käufe und Bestellungen kaum etwas anderes als Dankesbezeugungen für erfreundene Abgeordnete oder Verdauungs-Bisitenarten für ein gutes Essen. Die Zensur, die für die wahren Künstler so streng sei, lasse den Pornographen freies Spiel, die die kleine Bourgeoisie und die Arbeiter ansaulen. Im Handel und in der Industrie haben die alten und bewährten Prinzipien des ehrlichen Wettbewerbs den Kniffen und Spitzfindigkeiten weichen müssen, durch die man raschen und leichten Gewinn und mithin Befriedigung der maßlosesten Genußsucht zu finden hoffe. Von den Intellektuellen, die in den schweren Zeiten des Dreyfuß-Handels den harten Kampf an der Seite der Arbeiter geführt haben, sei jetzt fast keine Spur zu entdecken. Man

begeisterte sich nicht mehr für Ideen. An die Stelle der Presse, die Ideen und Doktrinen vertritt, sei die Geschäftspresse, die amerikanisierte Presse mit ihren Uebertreibungen und Sensationshaschereien getreten. Für Entdeckungen und Errungenschaften der Wissenschaft habe man keinen Platz, dagegen fülle man Spalten mit dem Seitensprünge eines Priesters, der Verbrechen eines Apachen, der Chronique scandaleuse. Gelehrte wie Urr werden erst bekannt, wenn ein Unfall ihren Tod verursache. Die Informationen aus dem Auslande erstrecken sich nur auf Sensation und Geschwätz, und die hohen wirtschaftlichen Interessen werden entweder ganz vernachlässigt oder völlig entstellt. Die Republik stehe nunmehr vor der schwierigsten Aufgabe, vor der Erziehung der Massen, vor der Reinigung des politischen Lebens, und diese Aufgaben müsse sie erfüllen, wenn sie nicht vollständig zugrunde gehen wolle.

So weit der Bericht. Ich habe diese von der Demokratie selbst gezeichneten Stimmungsbilder aus den großen Kulturnationen des Westens hergeseht, um hinzuführen auf die Stärke unseres Regierungssystems, das auf der einen Seite freilich im Reichstag den Interessengruppen und den Individuen einen Spielraum gewährt, der fast anarchisch erscheint, auf der anderen Seite aber doch das Prinzip der Autorität so fest „stabilisiert“, daß schließlich ein gutes Ergebnis doch noch zu erwarten ist.

So auch jetzt mit der Finanzreform. Seit das Vorstehende gechildert wurde, ist der Vorschlag der Konservativen herausgekommen, die Erbschaftsteuer zu ersetzen durch eine Wertzuwachssteuer auf Immobilien und Aktien. So wie der Vorschlag in die Öffentlichkeit getreten ist, ist er unbrauchbar: er trifft nicht alle, sondern einige willkürlich herausgegriffene Vermögensobjekte; er ist praktisch so gut wie unausführbar; er hat nicht einmal den Vorzug, der Landwirtschaft vorteilhafter zu sein als die Erbschaftsteuer: er zieht den Klein=Besitz mit heran, den die Nachlaß=Steuer freiließ. Trotzdem läßt sich damit vielleicht etwas machen. Man kann die Idee, daß nicht das Vermögen, sondern der Vermögenszuwachs besteuert werden soll, annehmen, ihn mit der Nachlaßsteuer kombinieren und dadurch den Konservativen die Brücke zu einem Kompromiß bauen. Zu diesem Zweck müßte man die Erbportionssteuer fallen lassen, zur ursprünglichen Lage der Regierung, der Nachlaßsteuer zurückkehren und dieser, nach den Ideen Dewitz=Camp, den Zusatz hinzufügen, daß beim ersten Erbfall das ganze Vermögen, bei jedem zukünftigen jedoch immer nur der seitdem hinzugekommene Zuwachs mit einem aufs doppelte erhöhten Steuersatz versteueret werde. Das ist innerlich berechtigt, weil ein Vermögen, das sich im Laufe einer Generation nicht vermehrt hat, in der Tat als schonungsbedürftig angesehen werden kann; umgekehrt aber der Zuwachs gut und gern einer sehr erhöhten Steuersatz zu tragen fähig ist. Das finanzielle Ergebnis würde daher dasselbe, vielleicht noch ein besseres sein, da man annehmen darf, daß im Laufe einer Generation sich das Volksvermögen mehr als verdoppelt; 1895 betrug das veranlagte Vermögen in Preußen 64 Milliarden.



1907 91,6 Milliarden; es hatte sich also in 12 Jahren schon um 43 % vergrößert. Taktisch aber hat das System, später nur den Zuwachs zu besteuern, den großen Vorzug, den einzigen Einwand, der mit einem gewissen Schein von Recht gegen eine Nachlaßsteuer erhoben werden kann, abzuschneiden, nämlich, daß ein demokratischer Reichstag und eine konnivente Regierung einmal geneigt sein könnten, die Steuer in ungebührlicher und wirtschaftlich wie sozial schädlicher Weise zu erhöhen. Ist das künftig greifbare Objekt nicht das Vermögen als Ganzes, sondern nur der Vermögenszuwachs, so sind erstens alle älteren Vermögen von vornherein gesichert, zweitens aber ist die Steuerskala für den Zuwachs von vornherein so hoch, daß eine sozialistische Ausgestaltung (deren Gefahr ich überhaupt mehr für eingebildet halte) sich von selbst verbietet. Bietet also dieser Vorschlag den Konservativen den Vorzug, daß er die alten, überlieferten, also wesentlich auch die ländlichen Vermögen schont, so ist er doch auch für die Liberalen und die Regierung annehmbar, weil sie für die erste Generation ihren Willen voll durchsetzen, und die zukünftige Beschränkung auf den Vermögenszuwachs praktisch nicht unbillig ist und finanziell keinen Verlust bringen würde.

25. 4. 09.

D.

### Koloniales.

Die große Studienreise des Unterstaatssekretärs v. Lindequist nähert sich jetzt ihrem Ende. Voraussichtlich wird man Herrn v. Lindequist im Laufe des Mai in Berlin begrüßen können. Nach den kurzen Mitteilungen, die über den Verlauf seiner Reise bisher bekannt geworden sind, handelt es sich um eine Information, wie sie in diesem Umfange und mit dieser Gründlichkeit von einem hohen Vertreter unserer heimischen Kolonialverwaltung noch nie in einer Kolonie unternommen worden ist. Es erscheint bemerkenswert, daß das Zusammentreffen zwischen dem Unterstaatssekretär und der weißen Bevölkerung bisher überall in sehr erfreulichen und beiderseits entgegenkommenden Formen erfolgt ist. Aus privaten Briefen, die mir aus Ostafrika zugegangen sind, und die sich zum Teil mit der Lindequistreise beschäftigen, möchte ich die folgenden Ausführungen wiedergeben, die mir auch aus dem Grunde das Interesse unserer Leser zu verdienen scheinen, weil sie einen weiteren Einblick in die Brauchbarkeit des nördlichen Teiles von Ostafrika für die Besiedlung mit Weißen eröffnen. Man schreibt mir:

Moshi, den 25. Februar 09.

— — — Lindequist scheint von seiner bisherigen Reise nur die besten Eindrücke erhalten zu haben. Schon daß sich die als wasserlos verschrieene Idassefera als gutes Weideland entpuppte, in der die Karawane in der heißten Trockenzeit keinen Wassermangel litt, bedeutet einen guten Anfang. Das Gebiet von Tratu, Umbugwe, bis zum Longido, wurde eingehend

untersucht, wobei sich die Expedition, um das ganze Land genau untersuchen zu können, in mehrere Teile trennte. Alle diese Gebiete hält Vindequist wegen der vorzüglichen Weide- und Wasserverhältnisse zur Viehhaltung mit Weißen für sehr geeignet. Besonders von Schafzucht verspricht er sich nach dem Vorbild Britisch-Ostafrikas sehr viel. Welche Menge Fleisch diese Gebiete produzieren könnten, kann man sich leicht berechnen, wenn man annimmt, daß sich zwischen dem Kilimandscharo und dem Viktoria-Njara ca. 100 000 qkm für Viehzucht geeignetes Land befinden. Rechnet man nun auf 10 ha ein Stück Vieh (wahrscheinlich wird man mit der Hälfte auskommen), so könnte dieses Gebiet eine Million Stück Rindvieh ernähren. Rechnet man weiter, daß von den Herden jährlich 15 % verkauft werden können, so wird dieses Gebiet im Jahr 150 000 Stück Vieh produzieren können, und diese Tatsache würde allein die Rentabilität der Bahn nach Uruscha gewährleisten. Vindequist besuchte hier fast sämtliche in deutscher Besitz befindliche Ansiedlungen und schien sehr erfreut über das geübte Wohlthun der überall von ihm gezeigte Liebenswürdigkeit und die große Sachkenntnis in allen Dingen wirtschaftlicher Natur. In West-wo er Anfang Dezember weilte, fand ihm zu Ehren ein allgemeiner, von über 60 Personen besuchter Bierabend statt. Wegen des Bahnbaus äußerte er sich vorsichtig und zurückhaltend, besonders wegen der schlechten Finanzen. Persönlich ist er natürlich für die Bahn. — — — — —

Nach diesen vorläufigen Mitteilungen scheint also der Umfang des besiedlungsfähigen Gebietes, wie ich ihn nach meinen eigenen ostafrikanischen Erkundungen im diesjährigen Januarheft der Jahrbücher skizziert habe, in der Richtung auf die englische Grenze im Norden noch erweitert werden zu müssen. Es ist merkwürdig, wie lange es gedauert hat, bis endlich eine richtige wirtschaftliche und siedlungspolitische Schätzung des ostafrikanischen Hochlandes, soweit es den Steppentypus darstellt, sich geltend macht. Das ursprüngliche Urteil des Ostafrikaners gegenüber seiner Steppe ging viel zu sehr von der Idee aus, daß Plantagenbau und sonstiger landwirtschaftlich-agrarer Betrieb die normale und ganz überwiegend in Betracht kommende Nutzungsform sei und daß die Steppen entweder gar keinen oder höchstens für die Viehzucht der Eingeborenen einen gewissen Nutzungswert beäßen. Für den Südafrikaner ist diese Vorstellung ganz und gar einseitig. Seit das anglo-burische und das deutsche Südafrika und die Art und Weise seiner wirtschaftlichen Nugbarmachung aus eigener Anschauung kennt, der sieht, daß große Teile der ostafrikanischen Gras- und Buschsteppe ein besseres Weideland darstellen, als Südafrika je aufweisen kann, und daß hier und dort dieselbe Art des extensiv wirtschaftenden Viehfarmbetriebs angebracht ist. Aus diesem Grunde ist es für Ostafrika besonders zu begrüßen. Als Herr v. Vindequist eine ausgiebige persönliche Anschauung der südafrikanischen Verhältnisse besitzt. Auch seine Vorliebe für die weiße Kleinriedung, die in Südwestafrika leider zu wenig mit den bestehenden natürlichen Verhältnissen rechnete und aus diesem Grunde dort Schiffbruch erlitten hat.

auf ostafrikanischem Boden an nicht wenigen Stellen durchaus berechtigt. Trotz des entschiedenen Widerspruch, den Dr. Rathenau im Einverständnis mit dem Staatssekretär Dernburg gegen die weiße Besiedlung Ostafrikas erhoben hat und trotz der ablehnenden Haltung des jetzigen Gouverneurs von Ostafrika gegenüber den Vorkämpfern der Besiedlungsidee muß mit Nachdruck daraufhin gewiesen werden, daß ein deutsches Ostafrika in dem Sinne, wie ich es vor einigen Monaten in den „Preussischen Jahrbüchern“ ausgeführt habe, eine Möglichkeit und darum eine absolute nationale Notwendigkeit ist. Es ist im höchsten Grade erfreulich, daß durch die Lindequist'sche Expedition die Tatsache, die mir schon im vorigen Jahre bei meinem Besuch im Kilimandscharo- und Merugebiet von allen Seiten versichert wurde, endgültig bestätigt wird: daß die Steppenhochländer zwischen dem Kilimandscharo, dem Viktoriassee und der Wembere-Senke im großen und ganzen für die farmwirtschaftliche Ausnutzung der deutsche Ansiedler -- teils in der Form einer extensiven Viehzucht, teils auf kleinerem Areal unter Kombination von Acker- und Viehwirtschaft -- ausnuzbar sind. Das ist für die Kenntnis unserer weiteren kolonial interessierten Kreise in Deutschland eine ganz neue Tatsache -- eine Tatsache, die aber geeignet ist, auch ein neues Verständnis für den Gesamtwert unserer ostafrikanischen Kolonie zu erschließen. Es ist dankenswert und es war im höchsten Grade notwendig, daß die Dernburg'sche Expedition, die im Kolonialamt zu einer einseitigen Ueberschätzung des speziell handelswirtschaftlichen Wertes und der Zukunft der reinen Eingeborenenkulturen in Ostafrika geführt hat, durch die Expedition v. Lindequist's eine Ergänzung erfahren hat.

Während der Anwesenheit v. Lindequist's im Kilimandscharogebiet überreichte ihm der wirtschaftliche Verband vom Kilimandscharo eine Aufzeichnung der wichtigsten wirtschaftlichen Wünsche und Beschwerden der im Bezirk ansässigen weißen Bevölkerung. Der Inhalt dieses Schriftstückes berührt sich zum Teil mit meiner Darstellung der Verhältnisse im Kilimandscharogebiet im Januarheft der Jahrbücher. Trotzdem wird es zweckmäßig sein, die Denkschrift der Ansiedler hier im Wortlaut mitzuteilen, um an diesem Beispiel zu zeigen, wie wenig extrem und wie diskutabel die Wünsche des besonnenen und führenden Teils der ostafrikanischen Weißen sind. Die Denkschrift umfaßt folgende Punkte:

#### 1. Verlängerung der Usambarabahn nach Moschi und Uruscha.

Von allen im Inneren Deutschostafrikas gelegenen Bezirken hat sich Moschi in den letzten Jahren am schnellsten entwickelt. Leider wird diese Entwicklung dadurch gehemmt, daß keine Bahnverbindung mit der Küste besteht. Es existiert zwar schon seit Jahren eine Wagenverbindung mit Voi an der Ugandabahn. Doch ganz abgesehen davon, daß dieser sehr zeitraubende und kostspielige Wagenverkehr niemals die ganzen Transporte zum Kilimandscharo bewältigen konnte, funktionierte er wegen der vielen Viehseuchen und der da-

durch verursachten Grenzsperrern selten regelmäßig, so daß die größten Mißstände vorlamen.

Wie groß der Warenverkehr des Bezirkes ist, mag daraus zu sehen werden, daß im Jahre 1907 mindestens 1000 Tonnen an Getreide und zur Küste befördert wurden. Nachdem nun in den letzten Jahren eine große Menge von Ansiedlern in den Bezirk strömte, der Kilimandscharo allein wurden durch etwa 50 Pflanzler und Farmer 15 000 Hektar Land aufgenommen, und davon bisher über 20 Prozent kultiviert) wird in den nächsten Jahren eine Verkehrssteigerung eintreten, der kein Wagenverkehr auf die Dauer genügen kann.

Nach einer im Bezirksrat Moschi vorgenommenen vorläufigen Schätzung könnte eine bis nach Mruſcha gehende Bahn im Jahre 1913 auf eine Beförderung von

35 000 Tonnen Gütern und  
10 000 Stück Großvieh

rechnen, und dieser Verkehr würde der Bahn bei einer durchschnittlichen Beförderungslänge von 200 km und dem Durchschnittssatz von 10 Pfg. pro Tonnenkilometer, unter Hinzurechnung des Personenverkehrs eine Einnahme von mindestens einer Million Schilling bringen.

Der Bahnbau würde dabei verhältnismäßig billig zu stehen kommen, da in der Steppe längs des Pangani die Steigungen und Terrainverhältnisse äußerst günstig liegen, und die Entfernung von der jetzigen Endstation am Pangani bis nach Mruſcha nur 260 km beträgt. Bei Ausnützung der Wasserkräfte des Pangani und der Bergströme des Kilimandscharos ließen sich, wenn die Bahn elektrisch betrieben würde, die Betriebskosten erheblich herabdrücken.

Jedoch auch, wenn die Bahn in den ersten Jahren die Kosten für Betrieb und Verzinsung nicht aufbringen könnte, so würde dies doch für die Regierung keinen Verlust bedeuten, da sie mit Sicherheit auf eine Steigerung ihrer sonstigen Einnahmen rechnen könnte. So würden sich die Zolleinkünfte erhöhen und die Hüttensteuer besonders in Traku, Trangi u. größere Mehrerträge erwarten. Vermittelt der Bahn könnten Eingeborenenaufstände, die erhabungs- gemäß in von der Kultur noch wenig erschlossenen und mit Wäldern wenig besiedelten Gebieten (S. Aufstände in Traku, Turu u. d. häufigsten vorkommen, mit Leichtigkeit im Keime erstickt und unterdrückt werden. Denn die Schutztruppe wird dann bewegungsfähiger und es können so die militärischen Machtmittel des Landes besser ausgenützt werden.

Eine Ersparnis würde für die Regierung ferner durch die billigen und schnellen Reisen ihrer Beamten, sowie durch den billigeren Transport ihrer Lasten eintreten. Daß von der Bahn durchgehende

Gebiet würde im Werte erheblich steigen und der Besiedlung würden neue Gegenden (z. B. am Oberlauf des Pangani) erschlossen.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung wäre es bei dem chronischen Arbeitermangel, daß die unproduktive Trägerarbeit für die produktive Plantagenarbeit frei würde.

Die Plantagen, die sich bisher wegen der hohen Transportspesen nur der Kultur hochwertiger Produkte wie Kautschuk widmen konnten, werden dem Kaffeebau, der jetzt am meisten unter den schwierigen Transportverhältnissen leidet, wieder größere Aufmerksamkeit schenken. Auch könnte man dann daran denken, Massenprodukte wie Baumwolle, Sisal, Mais, Gerberrinden, Kartoffeln, Weizen usw., anzubauen, da für die Kultur dieser Produkte hier zum Teil äußerst günstige Vorbedingungen bestehen. Der Transport, der für einen regelrechten Pflanzungsbetrieb notwendigen Maschinen, Gelbbahnen, Baumaterialien, Düngemitteln u. kann an und für sich nur durch eine Bahn erfolgen.

Von größter Bedeutung wird die Bahn für die Entwicklung der Viehzucht werden, die jetzt noch in den Kinderschuhen steckt, die aber gerade für den hiesigen Bezirk die größte Bedeutung erlangen kann. In erster Linie werden dann die beim Fahren und Treiben von Vieh unvermeidlichen Verluste vermieden werden können, dann wird der Verschleppung von Viehseuchen Einhalt getan, und ferner können mit der Bahn gefahrlos wertvolle Zuchttiere zur Verbesserung der Rindviehzucht eingeführt werden.

Erst die Bahn wird es dem hiesigen Farmer ermöglichen, sich der Pferde-, Maultier-, Schaf- und Ziegenzucht zuzuwenden, für die hier ebenfalls günstige Aussichten bestehen.

In der Zukunft könnte dann die Küste von hier aus nicht nur mit Schlachtvieh, Butter, Käse und Gemüse, sondern auch, was besonders wichtig ist, mit Lebensmitteln für die dortigen Plantagenarbeiter versorgt werden. Von geringerer Bedeutung wird die Bahn für die Forstwirtschaft sein. Immerhin wird sie die Ausnützung wenigstens eines teils der jetzt brach liegenden Holzbestände ermöglichen und der geregelten Forstkultur Eingang verschaffen. Die Eingeborenen können in der Zukunft ihren Ueberschuß an Produkten leicht absetzen, andererseits bei Lebensmittelmangel sich mit dem billigen Reis von Indien ernähren, so daß auf jeden Fall die riesigen Menschenverluste, die früher zeitweise durch Hungersnöte veranlaßt wurden, vermieden werden können. Die landschaftlichen Reize des Bezirks und seine abwechslungsreiche Jagd würden eine Menge Touristen und Sportsleute anziehen, wodurch der Bahn weitere Einnahmen erwachsen würden. Ferner hätten dann die erholungsbedürftigen Pflanzer und Beamten von der Küste die Möglichkeit, schnell ein gesundes Klima aufzusuchen. Würde der Schienenstrang

nur bis Same, etwa 100 km über den jetzigen Endpunkt hinaus verlängert, dann wäre zum mindesten der Bezirk von Zuzuhren mit dem englischen Gebiet unabhängig gemacht.

Eine sehr große Bedeutung würde die Bahn für das Hinterland vom Kilimandscharo und Meru haben. Dort, z. B. in Njathangi u. s. sind große Flächen bejüngungsfähigen Landes, wo nach dem Beispiel der Eingeborenen Rindviehzucht in größtem Maßstab möglich wäre. Die Bahn würde den ganzen Verkehr zu den neuen Goldfeldern in der Wemberesteppe an sich reißen und vielleicht auch Ausbeutung der riesigen Salzlager des Natronsees, wegen der die Engländer allein schon eine Zweigbahn von der Ugandabahn anlegen wollten, ermöglichen.

## 2. Arbeiterfrage.

Während die Pflanzungen an der Küste momentan schwer genügend Arbeiter erhalten können, nimmt der Arbeitermangel bei am Kilimandscharo von Tag zu Tag größere Dimensionen an. Die allerwenigsten Pflanzler haben ausreichend Leute; die meisten verfügen über wenig oder gar keine Arbeiterkräfte, und nur die Hoffnung auf eine bessere Zukunft hält viele davon ab, den Betrieb einzustellen. Dabei kommen die Wadschagga unpünktlich zur Arbeit, leisten wenig und stellen fortwährend höhere Lohnforderungen. Wenn weiß sind, wenn überhaupt, nur sehr schwer zu erhalten, kosten das Anvergebelder und hohen Lohn und laufen vielfach, trotz konstantlicher Verpflichtung, von der Arbeit weg. Es soll zwar nicht bekannt werden, daß am Kilimandscharo und Meru jetzt eine große Teuerung herrscht. Jedoch auch in Zeiten, wo Lebensmittel im Überfluß vorhanden waren, hatten die wenigsten Pflanzler genügend Arbeiter. Diesem Mangel an Lebensmitteln, der hauptsächlich die Folge der sorglosen trägen Natur der Schwarzen ist, gedenken die hiesigen Ansiedler in Zukunft dadurch abzuwehren, daß sie selbst die Lebensmittel für die eigenen Arbeiter anbauen, und einige Pflanzler sind hierin schon mit gutem Beispiel vorangegangen. Dabei hat sich gezeigt, daß die herrschende Anschauung, wonach der Weiße den Anbau vieler Produkte mit dem Schwarzen nicht konkurrieren kann, keine Berechtigung hat. Der Ansiedler kommt sogar, wenn er Lebensmittel zum Verkauf an Schwarze anbaut, auf seine Rechnung und verdient damit manchmal mehr, wie mit dem Anbau von Exportprodukten. Aber auch wenn hier der europäische Pflanzler den Lebensmittelanbau nur eben auf seine Kosten käme, würde er nicht unterlassen, dies in der Zukunft zu tun, denn nur auf diese Weise ist er dauernd imstande, seine Leute so zu ernähren, daß diese gute Arbeitsleistungen vollbringen können.

Wenn unsere jetzige Regierung besonders um das Wohl der

Wehe ihrer farbigen Untertanen besorgt ist, so können wir Wirtschaftler dies nur mit Genugtuung begrüßen, denn auch uns liegt daran, daß der Neger gut ernährt wird, daß er gut gekleidet ist, daß er hygienisch einwandfrei lebt, und daß er jederzeit sein Recht findet, denn nur gesunde, kräftige, zufriedene Leute können uns als Arbeiter etwas nützen. Wir können nur der Regierung nicht auf dem Wege folgen, den sie zur Erreichung ihres Zieles einschlägt. Das „laissez faire laisser aller“ ist hier ebenjowenig angebracht, wie etwa in der Schule oder beim Militär. Der Schwarze ist ein unerzogenes Kind, das eine starke Hand über sich fühlen muß. Erziehung tut da in erster Linie not, und jeder Weiße, der aus anständigen Motiven in dieses Land kommt, wird sein Teil mit zur Erziehung der Neger beitragen. Es ist kein Zufall, daß in Afrika gerade die bestregierten Eingeborenen-Staaten Despotien waren und daß fast jeder tüchtige Schwarze, der ohne Aufsicht über seinesgleichen schalten und walten kann, sich zum Despoten entwickelt. Die Völker des Kilimandscharo, vor Einzug der deutschen Herrschaft in steter Feindschaft unter einander und mit den Massai lebend, wurden früher sämtlich despotisch regiert und durch ihre Oberhäuptlinge zu einer gewissen militärischen Disziplin erzogen, die jedoch häufig in die barbarischste Grausamkeit ausartete. Der einzelne konnte selten über seine Zeit und seine Arbeitskraft verfügen, mußte bei jeder Gelegenheit für das gemeinsame Wohl und für den Häuptling arbeiten, fand selten sein Recht und war nie seines Lebens und Eigentums sicher. Da kam die deutsche Regierung und dauernder Friede und geordnete Rechtspflege zogen mit ihr ein. Als Gegenleistung zahlt der Schwarze ganze 3 Rps., die er sich mit Leichtigkeit durch Verkauf einer Ziege oder durch 10—20 Tage Arbeit bei einem Europäer verschaffen kann. Das ist keine Gerechtigkeit, denn zum mindesten sollte der Neger soviel bezahlen, daß die Kosten für die Regierung, die doch hauptsächlich für ihn da ist, auch von ihm größtenteils gedeckt würden. Der Weiße bezahlt außer der höheren Häusersteuer sehr hohe indirekte Steuern. Hier herrscht bei allen Weißen die Ueberzeugung, daß die Hüttensteuer am Kilimandscharo gut auf 18 Rps. erhöht werden könnte, und diese Steuer sollte dann den Leuten, die mehrere Monate bei einem Europäer gearbeitet hätten, teilweise erlassen werden. Falls eine derartige Erhöhung der Hüttensteuer nicht durchzuführen wäre, würden wir zum mindesten die Einführung eines leichten Arbeitszwanges, wie in Bezirk Wilhelmstal für dringend nötig halten. Dort darf jeder Schwarze erst dann seine 3 Rps. Hüttensteuer bezahlen, wenn er durch seine Arbeitskarte nachweist, daß er 90 Tage bei einem Europäer gearbeitet hat. So wie jetzt kann es nicht weiter gehen, wenn es nicht zu ernststen Unzuträglichkeiten führen soll. Der Schwarze, der früher die

straffte Disziplin gewohnt war, verliert unter der milden deutschen Herrschaft, die sich mit den paar Rupees Hüttensteuer begnügt, die Leute für die öffentlichen Arbeiten, wie Wegebauten, noch jeden Sinn für Zucht und Ordnung, und gerade die Missionare, die engste Fühlung mit den Leuten haben, beklagen dies bitter.

Die Regierung befolgt weiter jetzt und von je her das System, den Schwarzen möglichst viel Land zu reservieren, damit sich die später ausdehnen können. Wir würden das umgekehrte System, dem Beispiel Transvaals für zweckmäßig halten und empfehlen, den Eingeborenen nur das Land zu lassen, das sie jetzt besitzen, und den Rest weißen Ansiedlern zu geben. Auf diese Weise würden die Schwarzen, wenn ihnen der Platz zu eng würde, gezwungen, den Weißen zu arbeiten und sich auf deren Gebiet anzusiedeln. Das wäre absolut kein Nachteil für die Schwarzen, denn der Weiße muß die Leute, schon um sie zu halten, gut behandeln und verpflegen, daß aber der Neger als Arbeiter des Weißen höhere Werte schafft als in seiner eigenen Wirtschaft, bedarf wohl keines weiteren Beweises.

Vielfach wird empfohlen, den Schwarzen höhere Löhne zu zahlen, um sie auf diese Weise zu veranlassen, häufiger zur Arbeit zu kommen. Die Erfahrung hat das Gegenteil bewiesen, denn der Schwarze, der nur danach strebt, sein Existenzminimum zu bestreiten, arbeitet für den doppelten Lohn eben nur halb so lange, besonders da er fast kein Bedürfnis für europäische Waren hat. In dieser Beziehung wird hoffentlich die Bahn nach dem Beispiel von Mtgororo in etwas Wandel schaffen. Wegen dieser Bedürfnislosigkeit der Neger wird von einzelnen Wirtschaftlern gefordert, daß die Höchstsöhne für die einzelnen Stämme regierungsseits fixiert werden sollen, wie dies bereits in Britisch-Ostafrika geschehen ist.

Für sehr wünschenswert halten wir die Einführung des Zwanges, zum mindesten für auswärtige Arbeiter. Ohne Zwang sind Arbeitsverträge zwecklos und auch Strafverfolgungen werden meist unmöglich gemacht, da der Schwarze einfach mit seinem Votum den Namen zu wechseln braucht, um sich dem Arm des Gesetzgebers zu entziehen. Die Hüttensteuer könnte event. in den höher entwickelten Distrikten des Bezirks in eine Kopfsteuer umgewandelt werden. Ferner müßte die Hüttensteuer in den einzelnen Distrikten des Bezirks, je nach der Wirtschaftsweise der Eingeborenen, verschieden hoch erhoben werden, und der Bezirksrat könnte ja die Höhe der Steuersätze für die einzelnen Distrikte festsetzen.

### 3. Landfrage.

Im Bezirk Moschi ist es üblich, den einzelnen Pflanzern ein allgemeines nicht mehr wie 200 ha Plantageland abzugeben. Sie bitten nun darum, jedem Pflanzler, der dies wünscht, im Anbetracht



an diese 200 ha eine gleich große Fläche zu reservieren, die er dann nach Kauf der ersten 200 ha pachten könnte. Es würde diese Maßregel eine Prämie für den strebsamen Ansiedler bedeuten, der so die Möglichkeit hätte, sich in der Zukunft, wenn auch in beschränkter Weise, auszudehnen. Eine weitere Unterstützung für die Ansiedler würde es bedeuten, wenn die Land- und Pachtpreise dauernd möglichst niedrig blieben. Besonders den ersten Ansiedlern müßte die Regierung hierin entgegenkommen, denn dies ist doch das einzige Äquivalent dafür, daß diese Leute alle Kulturversuche auf ihre eigenen Kosten machen und das Land trotz der im Anfang besonders zahlreichen Hindernisse erschließen. Bezüglich der Abgabe von Weideland bitten wir darum, dem einzelnen mindestens 2000 ha zu verpachten und ihm im Anschluß daran ein ebenso großes Stück für eine gewisse Reihe von Jahren zu reservieren. Da für die Ernährung von ein Haupt Großvieh je nach Lage 4—10 ha nötig sind, so würde die Abgabe kleinerer Weideflächen sehr bald zu den größten Unzuträglichkeiten führen. Ferner müßte jeder Viehzüchter das Recht haben, sein Weideland, nachdem er es umzäunt und eine Reihe von Jahren mit einer gewissen Stückzahl Vieh bestockt hat, käuflich zu erwerben.

Der größte Teil der am Kilimandscharo ansässigen Pflanzer will neben Pflanzenbau Viehzucht betreiben, da der einzelne bei dieser Doppelwirtschaft die hier unvermeidlichen Krisen leichter überwinden kann und ferner dadurch die Möglichkeit hat, das für seine Pflanzung nötige Arbeits- und Schlachtvieh selbst zu produzieren. Besonders die billige Produktion von Schlachtvieh für die eigenen Arbeiter halten wir für sehr wichtig, da der Neger, der an und für sich meist unterernährt ist, unbedingt der Fleischnahrung bedarf, wenn er dauernd große Arbeitsleistungen vollbringen soll.

#### 4. Verschiedenes.

Die Bekämpfung der Viehseuchen, die unbedingt notwendig ist, wenn die Viehzucht dieses Landes gedeihen soll, erscheint bei systematischem Vorgehen als nicht allzu schwierig. Die Regierung müßte nur darauf dringen, daß alle Weideflächen eingezäunt würden, an wichtigen Punkten, wie Moschi und Aruscha, Tierärzte stationieren und dort Quarantänestationen einrichten. Das Treiben von Vieh dürfte nur auf gewissen Straßen erlaubt und unter Umständen das Wild ganz oder teilweise zum Abschuss freigegeben werden. — Die Viehzucht, die jetzt nicht viel mehr wie ein besseres Lotteriespiel ist, wird nach Bekämpfung der Seuchen bald einen der wichtigsten Wirtschaftszweige Deutschostafrikas bilden.

Weitere Wünsche der hiesigen Europäer betreffen die Einrichtung einer wenn auch beschränkten Selbstverwaltung, so in erster Linie

Wahl der Bezirksräte durch die europäische Bevölkerung, und die der Gouvernementsräte durch die Bezirksräte. Den Gouvernementsräten sowohl wie den Bezirksräten müßte dann zum mindesten der größte Teil der Beratungsgegenstände beschließende statt beratende Stimme gegeben werden.

Für sehr wünschenswert halten wir ferner die Heranziehung geheimer Privatpersonen zur lokalen Verwaltungs- und Rechtsprechung nach Art der Amtsvorsteher in Preußen. Dies ist besonders unserem Bezirk dringend notwendig, da einige Distrikte sehr weit von jeder Regierungsstation entfernt sind und es zeit- und geldraubend ist, wenn man wegen jeder geringfügigen Angelegenheit die Züge aufsuchen muß.

Das Wasserrecht erfordert besonders wegen der Bewässerungsanlagen am Kilimandscharo und Meru eine baldige gesetzliche Regelung.

Die Errichtung eines eventuell staatlichen Kreditinstituts würde die Entwicklung des Landes bedeutend fördern und wird auch in nicht zu ferner Zukunft eine nicht zu umgehende Notwendigkeit sein.

Bezüglich der Zuckerfrage, deren Regelung für uns jetzt nicht vordringlich ist, stehen wir auf demselben Standpunkt wie die Pflanzler an der Küste."

Die Wünsche der Ansiedler im Kilimandscharo-Merugebiet sind diese: 1. Bahnbau bis Uruscha; 2. Unterstützung in der Arbeiterfrage; 3. Liberale Abgabe von Land an weiße Ansiedler; 4. Bekämpfung der Viehseuchen; 5. Zugeständnis einer wenn auch beschränkten Selbstverwaltung; außerdem einige minder wichtige mehr für die Zukunft berechnete Wünsche.

Wie werden nun diese Anliegen im einzelnen begründet? Bezüglich der Eisenbahnfrage wird man einzelnen Gedanken der Pflanzler nicht weiter beipflichten können. So ist z. B. ein Durchschnittssatz von 10 Mk. für den Tonnenkilometer auf der zukünftigen Kilimandscharobahn viel zu niedrig; wie ich (Februarheft S. 304) ausgeführt habe, kann man ihn unter den Durchschnittstarif der übrigen afrikanischen Kolonialbahnen, d. h. 20—25 Pfg. für den Tonnenkilometer, herabgehen. Dieser Punkt ist aber nebensächlicher Natur; bei einem höheren Tarif würde sich ja die von den Pflanzern vorläufig angenommene Summe der Bahneinnahmen noch erhöhen. Alles übrige ist durchaus verständlich und vorsichtig; so auch die Bereitschaft der Ansiedler, sich im Notfall mit einer vorläufigen Verlängerung der Bahn bis Same, 100 km über den jetzigen Endpunkt hinaus, zu begnügen.

Was zweitens die Arbeiterfrage betrifft, so ist der Hinweis darauf durchaus richtig, daß die Anschauung, der Weiße könne beim Anbau mancher Produkte mit dem Schwarzen nicht konkurrieren, am Kilimandscharo

durch die Praxis widerlegt ist. Ebenso wird ausdrücklich die Bereitschaft zur Abstellung des früher auch von mir monierten Mangels erklärt, daß auf den Pflanzungen selbst keine Lebensmittel für die eingeborenen Arbeiter angebaut werden. Die Ansiedler bekennen sich zu dem Grundsatz, daß nur gesunde, kräftige und zufriedene Leute als Arbeiter leistungsfähig sind, und daß der Neger daher gut ernährt und gut gekleidet werden, gesunde Lebensverhältnisse finden und jederzeit zu seinem Recht kommen müsse. Wogegen die Ansiedler sich wenden, das ist das ihrer Meinung nach von der Regierung befolgte Prinzip, sich der Beeinflussung des Negers zur Annahme von Arbeit beim weißen Ansiedler ausdrücklich zu enthalten. Dem gegenüber könnte ja die Regierung mit einem Schein des Rechts, aber auch mit nicht viel mehr als einem Schein, erwidern, daß sie durch die Schaffung von Arbeiterkommissaren, durch Regelung des Arbeiterwesens und dergleichen, ja den Wünschen der Ansiedler entgegenkomme. Bei Lichte besehen, stellen sich sowohl die Tendenz als auch die Wirkung dieser Maßnahmen in der Praxis so dar, daß zwar für das Interesse der Neger, nicht aber auch in der entsprechenden Weise für das Interesse der Weißen gesorgt wird. Es heißt, daß die Neger vor Ausbeutung durch die Anwerber und die Ansiedler geschützt werden müßten. Das ist vollkommen berechtigt und dafür lag auch eine gewisse Veranlassung vor, wenn auch die Vorstellungen, die der Staatssekretär Dernburg über die Behandlung der Neger durch die Pflanzler in Ostafrika von seiner Reise mitbrachte, entschieden nicht frei von einer gewissen Beeinflussung in einem den Pflanzern gegnerischen Sinne waren. Was aber bei den Maßnahmen der Regierung in der Arbeiter- und Eingeborenenfrage bisher vermißt wird, das ist eine gewollte Beeinflussung der Neger dahin, daß sie tatsächlich zur Arbeit beim Weißen gehen. Diese Arbeit soll ihnen ja bezahlt werden, gut bezahlt werden, und durch sie soll z. B. der Bezirk Moschi, der ein schönes und zukunftsreiches Stück des kommenden deutschen Ostafrika ist, entwickelt, sollen seine Produktion, seine Steuerkraft, seine Bevölkerung gesteigert werden. Dem Vorschlag der Ansiedler, zunächst einmal mit einer Erhöhung der Hüttensteuer und event. mit einer Arbeitsverpflichtung wie in Westusambara vorzugehen, wo die Eingeborenen drei Monate im Jahr arbeiten müssen, aber unter freien Bedingungen, unter freier Verabredung über den Lohn und freier Wahl der Arbeitsstelle, ist durchaus diskutabel. Ebenso bleiben die Ideen der Kilimandscharoansiedler über Landpolitik, Lohnhöhe und Paßzwang auf vollständig gesundem Boden. Endlich die Landfrage. Hier wird der Satz vertreten, daß es wirtschaftlich von Vorteil ist, den Käufern von Pflanzland durch gleichzeitige Ueberlassung von Weideland eine Doppelwirtschaft zu ermöglichen. Das ist eine verständige Idee. Ebenso ist es ein in allen Kolonialländern anerkannter Satz, daß die ersten Pioniere dafür, daß sie das erste Risiko übernehmen, auch eine etwas liberalere Ausstattung mit Land verdienen.

Ueber die weiteren Wünsche der Ansiedler ist es nicht nötig, etwas

besonderes zu sagen. Worauf es mir an dieser Stelle ankommt, ist gesagt dieses: an einem praktischen Beispiel wie dieser Ansiedlerdenkmal zu zeigen, daß es durchaus möglich ist, mit den ostafrikanischen Ansiedler auf vernünftiger Grundlage zu verhandeln und ihren Wünschen ohne Preisgabe von Grundsätzen der Humanität oder des Regierungsinteresses ein gut Stück Weg entgegenzukommen. Ob man ihnen 1000 oder 2000 ha Weideland bewilligen will, ob ein Stück Großvieh am Kilimandscharo wirklich 4—10 ha Weideland braucht oder weniger, das sind Einzelfragen, die können nicht schematisch erledigt werden, und über die wird jeder verständliche Ansiedler mit sich reden lassen. Man wird auch fest davon überzeugt sein dürfen, daß sich Herr v. Lindequist auf seiner Informationsreise den Germanen gegenüber auf den Standpunkt der prinzipiellen Bereitschaft zu freundlichen Verhandlungen über ihre Wünsche und Interessen gestellt hat. Ich habe bereits in meiner letzten kolonialpolitischen Korrespondenz in den Jahrbüchern darauf hingewiesen, daß Staatssekretär Dernburg sich in einem ganz entschiedenen Irrtum befindet, wenn er die Mißstimmung gegen das ihm gestützte und gebilligte Reichenbergische System in Ostafrika als eine wenig verbreitete, auf vereinzelte persönliche Motive zurückgehende und auf grundsätzlicher Nichtachtung zu behandelnde Erscheinung hält. Es ist das kein Zufall, wenn nachgerade in allen Kolonien, die eine stärkere menschliche Bevölkerung haben, Ostafrika, Südwestafrika, Samoa und selbst Neuguinea das Verhältnis der Ansiedler zum Gouvernement oder zur heimischen Kolonialverwaltung ein ausgesprochen schlechtes geworden ist und sich, wie es scheint, noch fort und fort verschlechtert. Man kann sich unmöglich auf die Dauer auf den Standpunkt stellen, daß es dem weißen Ansiedler in den Kolonien gleichgültig zu sein hat, wie er regiert wird und welcher Standpunkt die Regierung in den wichtigsten ihn angehenden politischen und ökonomischen Fragen vertritt. Das Prinzip, daß die Weißen in den Kolonien erst von dem Zeitpunkt an etwas zu sagen haben, wo sie vollständig die Kosten der Kolonie, einschließlich ihres militärischen Schutzes aufbringen, ist unhaltbar. Auch englische Kolonien, deren militärischer Schutz zum großen Teil das Mutterland übernimmt, wie z. B. Südafrika haben Selbstverwaltung, und soviel Selbstverwaltung wie etwa die deutsche Kolonie hat, will ja kein vernünftiger deutscher Ansiedler in Ostafrika oder Südwestafrika haben.

Unter diesem Gesichtspunkt kann es auch nicht unbedenklich erscheinen, wenn die rückwärtslose Monopolisierung des Diamantenabbaus in Südwestafrika, zugunsten der südwestafrikanischen Kolonialgesellschaft und des Reiches die Unzufriedenheit in Südwestafrika allmählich aufs höchste treibt. Es liegt weder eine rechtliche Notwendigkeit vor, die Kolonialgesellschaft in der extremen Weise zu bevorzugen, wie es seitens des Kolonialamts geschehen ist, noch ist es unmöglich, auf andere Weise der Gefahr einer Stilllegung des Diamantenabbaus oder einer Herrschaft der englischen Interessen im südwestafrikanischen Diamantengebiet zu begegnen. Die neue Verordnungs-

daß alle Diamantenproduzenten ihre Steine an die staatliche Regiegesellschaft abzuliefern haben, verlegt den Diamantenhandel kurzerhand von Süderibbucht nach Europa und macht Süderibbucht, das auf dem Wege war, ein Kimberley in beschränkterem Maßstabe zu werden, wieder zu einem kleinen und wenig belebten Ort. Für die landwirtschaftliche Produktion Südwestafrikas ist es von entscheidender Bedeutung, ob der Diamantenhandel in der Kolonie oder in Europa erfolgt, ob eine in Deutschland domicilierende und ihre Gewinne nach Deutschland ziehende großkapitalistische Monopolgruppe den ganzen Vorteil von den Diamanten hat, oder ob auch auf die Bevölkerung des Landes ein angemessener Anteil entfällt. Was jetzt in Süderibbucht geschieht, ist, wie man mir aus Südwestafrika schreibt, ein Gegenstück zu der Politik der Engländer in Johannesburg. Die Burenregierung wirkte durch gesetzgeberische und andere Maßnahmen darauf hin, daß auch die Einheimischen ihren Anteil an den Goldfeldern und am Johannesburger Markt im allgemeinen erhielten. Mit dem Beginn der englischen Herrschaft trat ein vollkommener Wechsel in diese Politik ein, eine absolute Herrschaft des Großkapitals und der Großunternehmer, Deckung aller Bedürfnisse nach Möglichkeit bis ins kleinste außer Landes und, damit eine ruinöse Schädigung der kleineren und mittleren Leute, die bisher mit von der Goldindustrie gelebt haben. Die Frage nach der Organisation des Diamantenabbaus und des Diamantenhandels ist indes verwickelter, als daß sie in kurzem erschöpfend behandelt werden könnte. Ich behalte mir eine solche Darstellung des Sachverhalts für später noch vor, wenn sich die Wirkungen der bisher vom Kolonialamt eingeschlagenen Diamantenpolitik genauer werden übersehen lassen. Bis dahin möchte ich auch davon absehen, die mir zugehenden, jetzt im Augenblick der ersten Erbitterung vielleicht etwas gar zu leidenschaftlich und radikal gefärbten Äußerungen aus südwestafrikanischen Kreisen hier weiterzugeben.

Paul Rohrbach.

### Die türkische Revolution.

Als die Jungtürken im Juli vorigen Jahres fast ohne Blutvergießen den Absolutismus stürzten und Sultan Abdul Hamid zur Wiederherstellung der Konstitution von 1876 zwangen, äußerte ganz Europa seine lebhafteste Bewunderung über die Tugenden und Fähigkeiten der jungtürkischen Partei. Von der Existenz einer solchen hatten die Zeitungen des Weltteils vorher schlechterdings nichts gewußt, vielmehr unisono behauptet, das Jungtürkentum bestehe lediglich aus einer Handvoll mit ihrer Beförderung unzufriedener Staatsdiener, die von der europäischen Bildung wenig mehr als die Niederlichkeit angenommen hätten. Eine beliebte Karikatur war der jungtürkische Effenbi, welcher der abendländischen Welt sein Verständnis für die Reize der freien Liebe beweisen wollte, und zu diesem Zweck in einem

vornehmen Wiener Restaurant mit einer vierzig- bis fünfzigjährigen Kellnerin am Arm erſchienen.

Diese gering geſchätzten Herren bemächtigten ſich nun durch einen Handſtreich, der ihnen zum allgemeinen Erſtaunen glänzend gelang, der Herrſchaft in einem Reiche, das noch immer zu den größten und ſchönſten der Welt gehört. Sie ſetzten ihren Fuß auf den Nacken eines Souveräns, der zwar keine ſchöpferiſchen politiſchen Gaben beſiſt, aber in ſeiner Zeit doch zu den bedeutendſten öffentlichen Erſcheinungen unſerer Zeit gehört, da Abbul Hamid während einer jezt dreiunddreißigjährigen Regierung, von innen und von außen bedroht wie kein anderer Fürſt, ſich immerhin verſönlich zu behaupten verſtanden hat, wenn er auch trotz Bahnbauten und Militärreformen das immer tiefere Sinken des oſmanischen Gemeinweſens nicht zu hemmen vermochte.

Kein Wunder, daß die urplötzlich auf der weltgeſchichtlichen Bühne auftauchenden Beſieger des wegen ſeiner List und blutigen Gewaltſamkeiten geſürchteten Deſpoten von der öffentlichen Meinung in den Kulturländern auf's Allergünſtigſte beurteilt wurden. Man hörte auf, in ihnen verſchuldete Pflaſtertreter mit okzidentalischer Tünche zu erblicken. Die Jungtürken ſchienen fähig zu ſein, die Regeneration ihres Vaterlandes, an der allen Völkern behufs der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts viel gelegen ſein muß, erfolgreich einzuleiten. Zwar führte die türkiſche Revolution dazu, daß Deſterreich Bosnien und die Herzegowina, welche formell noch immer zur Türkei gehörten, nun vollſtändig vom oſmanischen Reich losriß und annektierte, während Fürſt Ferdinand von Bulgarien dem Sultan ſein Vaſallenverhältnis kündigte und ſich zum König oder Zaren aufwarf. Beides vermochte die jungtürkiſche Regierung nicht zu hindern, aber der kranke Löwe offenbarte anläßlich des Boykotts öſterreichiſcher Waren und Schiffe eine ſo große und unerwartete Reißkraft, daß die Hoffnungen auf eine Verjüngung der Türkei zum mindeſten nicht geringer wurden. Als dann die Kammern zuſammentraten, zeigte ſich bei den Geſeßgebern unverkennbar eine Neigung zu ſachgemäßer und verträglicher Diſkuſſion, auch ſollten nach dem Urteil eines ſolchen Kenners, des General v. d. Golz, ſchon namhafte und nützliche Erſparniſſe im Budget erzielt worden ſein. Die Leidenschaft, mit welcher die Volksvertretung des Großvezier Riamil angriff und ſeinen Sturz herbeiführte, ſchien allerdings auf parlamentariſche Unreife hinzudeuten, aber die ſpäteren Ereigniſſe haben dargetan, daß das Mißtrauen der Deputierten gegen den Sultan und ihre Furcht vor dem Staatsſtreich nur zu gegründet waren.

So brachte denn das Abendland den türkiſchen Konſtitutionellen nach wie vor eine recht freundliche Stimmung entgegen. Das Vertrauen war ſo groß, daß ſchon von der Aufhebung der Kapitulationen geſprochen wurde, ſowie von dem Verzicht der europäischen Regierungen auf eigene Poſtämter.

Da kam der Staatsſtreich vom 13. April, und nun erklärte auf er-

mal die ganze Presse des Weltteils, der Aufschwung der Jungtürken sei bloß ein „Bluff“ gewesen. Die Zeitungen waren gerade dabei, jene lustigen Karikatur-Menschen der Jeune Turquie ihren Lesern aufs neue vorzuführen, als die Jungtürken mit 30 000 Mann auf Konstantinopel marschierten und den Sultan überwältigten.

Es wird geklagt, der Diplomatie fehle es an Voraussicht; unter den Dilettanten und Laien müsse man die tüchtigen Kräfte suchen, welche dem gealterten Stande der Diplomatie frisches Blut zuzuführen geeignet seien. Man sieht aber, daß sich in der Gegenwart, wie immer in der Geschichte, die neu auftauchenden weltbewegenden Mächte höchstens von einzelnen erlesenen Geistern vorausschauen oder im voraus abschätzen lassen.

Nach der türkischen Revolution vom Juli 1908 ist ein sehr tüchtiges Buch erschienen: „Geschichte des Machtverfalls der Türkei“, von Ritter Karl v. Say, Wien 1908. Der Verfasser kennt den Orient aus eigenem Augenschein und schöpft zum Teil aus den türkischen Originalquellen, hier und da sogar aus ungedruckten. Recht deutlich geht aus der Say'schen Publikation hervor, daß die Reformbestrebungen innerhalb des osmanischen Volkes, welche ihre Spitze jetzt gegen den Sultan gefehrt haben, durchweg von oben ausgegangen sind. Seit Sultan Selim III., welcher zur Zeit der französischen Revolution und Napoleons versuchte, europäische Bildung und Militäreinrichtungen nach seinem Reiche zu verpflanzen, sind es stets die Sultane und ihre Ratgeber gewesen, welche bestrebt waren, Elemente der europäischen Zivilisation dem widerstrebenden türkischen Volkskörper einzuimpfen. Auch Abdul Hamid hat sich um den Ausbau der Militärschulen sowie überhaupt um die Europäisierung der Armee Verdienste erworben, welche ihm heute übel gelohnt worden sind. In diesem Punkt wie in mancher anderen Hinsicht auch weist die türkische Geschichte eine große Ähnlichkeit mit der russischen auf. Die Zaren waren früher die Bahnbrecher des Fortschritts gegenüber dem streng konservativen russischen Volk. Dann entstanden unter Alexander I. die geheimen Offiziers-Gesellschaften, und es kam beim Regierungsantritt Nikolaus' I. die militärische Verschwörung der Defabristen zum Ausbruch (1825), die wesentlich mit deshalb scheiterte, weil die gemeinen Soldaten den altrussischen Idealen treu blieben. Allerdings zeigte sich auch inmitten des russischen Offizierskorps bei weitem nicht der revolutionäre Einnut, der gegenwärtig bei den Offizieren Abdul Hamids zutage tritt, aber Offiziersverschwörungen sind bis zum heutigen Tage im Zarenreich an der Tagesordnung geblieben, während die Gärung unter den Mannschaften sich in der Hauptsache auf die Spezialwaffen beschränkte, auch hier vorzugsweise von Offizieren genährt.

Im osmanischen Reich sind die gemeinen Soldaten gegen die revolutionäre Ansteckung fast ganz immun geblieben, aber ohne daß dies dem Khalifen etwas zu helfen vermochte. Sein trotz gewisser schon erwähnter Verdienste politisch unfruchtbares, in der Hauptsache bloß auf persönliche Selbstbehauptung gerichtetes System hatte sich im Lauf einer langen

Regierung vollständig abgenutzt; nur die gedankenlose Masse hing zum Sultan Abdul Hamid noch an; irgendwie hervorragende Männer, welche sich ihm für die Staatsgeschäfte zur Verfügung gestellt hätten, vermochte er trotz aller Korruption kaum noch aufzutreiben. Vielmehr bildete die ganze türkische Gesellschaft Eine konstitutionelle Phalanx. Selbst die Kodizes erklärten nach der Kontrerevolution vom 13. April, zur Wiederherstellung des Absolutismus würden sie niemals die Hand bieten, denn es bleibe ihnen unvergeßlich, daß der Sultan auch die frommen Bücher habe verbrennen lassen.

Aus persönlichen wie aus sachlichen Gründen haben die Zaren immer Männer gefunden, welche ihre geistigen und moralischen Kräfte in den Diensten der rechtgläubigen Selbstherrschaft stellten, die Katkov, Aksakoff, Ignatiev, Pobjedonoszeff, Gringmuth usw. Der altgläubige Islam schlummert, denn wie gesagt, wissen seine Theologen keine andere Idee aufzustellen als die der christlichen Welt entlehnte konstitutionelle. Das kommt den Jungtürken natürlich ungeheuer zu statten. Hegel setzt am Schlusse seiner Religionsphilosophie auseinander, daß Kantianismus und Aufklärung eine innere Verwandtschaft mit dem Mohammedanismus hätten. Die konkreten Jungtürken von heute sind nun freilich nichts weniger als Kantianer, und man tut ihrem Nationalismus wahrscheinlich auch zuviel Ehre an, wenn man sie Voltairianer nennt. Einer der tüchtigsten Verwaltungsbeamten der jungtürkischen Parteirichtung, Hilmi Pascha, äußerte jüngst, es sei dringend nötig, Buckle ins Türkische zu übersetzen. Wenn das das geistige Niveau der Partei ist, wird einem auch verständlich, wie im Jahre 1867 Midhat Pascha zu Ritter von Sax sagen konnte, in fünfzig Jahren werde es weder Moscheen noch Kirchen mehr geben, die vernünftig gewordenen Levanten würden nur noch Schulen und Humanitätsanstalten gründen.

Die geistige Tiefe scheint also bei den türkischen Revolutionärs nicht größer als bei den russischen zu sein. Wir gelangen an diesem Punkte unserer Erörterung zu der Erkenntnis, daß die anfangs getadelten Kartirierungen des Jungtürkentums doch nicht so ganz schlecht waren, wobei zu beachten ist, daß die Kartikatur notwendig mit äußerlichen Mitteln arbeiten muß. Im übrigen kann aber niemand behaupten, daß der Nationalismus, der philosophisch längst überwunden wurde, auch praktisch tot sei. Im Gegenteile! In Europa noch immer sehr mächtig, hat er sich in Asien eben erst ein neues ungeheures Feld der praktischen Betätigung erschlossen. Die gute Mannszucht, welche die jungtürkischen Eroberer Konstantinopels bis jetzt beobachten, scheint darauf hinzudeuten, daß die Gedanken der Aufklärung, so leicht und trivial sie uns erscheinen mögen, im Orient noch immer als fruchtbare Keime der Gesittung wirken können.

Freilich bleibt immer fraglich, ob die innere Kraft des osmanischen Reformertums gegenüber den Mächten des Beharrens und des Rückwärtens so lethargisch diese selber gegenwärtig erscheinen mögen, sehr weit zurück wird. Und dazu kommt, daß die neuen Beherrscher der Türkei nicht zu



Gewißheit darauf rechnen dürfen, vom Ausland her ungestört zu bleiben. Die Geschichte lehrt, daß innere und äußere Politik stets in der regsten Wechselwirkung stehen, aber so, daß die äußere Politik nicht bloß die eine Hälfte des Staatslebens ausmacht, sondern übergreifend ist. Schon während der ersten Phase des wiederhergestellten Verfassungsbauseins haben die bosnischen und bulgarischen Angelegenheiten den gesamten Rest der öffentlichen Angelegenheiten vollkommen in den Schatten gestellt, so nötig das osmanische Reich gesetzgeberische und administrative Veränderungen hat. Im übrigen gibt es in der türkischen Politik einen Punkt, wo innere und äußere Geschäfte sich dermaßen vermischen, daß sie kaum von einander zu trennen sind. Ich meine das Verhältnis der herrschenden Glaubensgemeinschaft zu den Christen. In der alten Türkei gehörten die Angelegenheiten der Majah zum Ressort des Reis Efendi, des Ministers des Auswärtigen. Formell ist das geändert worden, aber virtuell stehen alle Giaurs noch wie vor dem mohammedanischen Staatswesen, dem sie unterworfen sind, als Erb- und Todfeinde gegenüber. Zwar ist der bulgarische Freischarenführer Paniza Arm in Arm mit den Freiheitsvorkämpfern osmanischen Stammes in Stambul eingezogen. Aber die Veröffentlichung von Sax lehrt, daß das ganze 19. Jahrhundert hindurch die mohammedanischen Staatsmänner und Parteien die Unterstützung der Giaurs gesucht und manchmal auch gefunden haben. Deshalb ist die Kluft doch unausgefüllt geblieben, welche im türkischen Reich noch viel tiefer als in Rußland zwischen dem herrschenden Stamm und den Fremdvölkern gähnt. Wird es dem aufgeklärten Nationalismus mit Bucklescher Färbung gelingen, durch die gesetzgeberische Arbeit des „Komitees für Einheit und Fortschritt“ monogamische und polygamische Nationen zu einem innerlich zusammenhängenden, lebenskräftigen Reichsorganismus zu verschmelzen? Und mag das Werk gelingen oder scheitern — wie wird sich der alte türkische Feind, der Moskowiter, und der nicht viel ehrlichere neue Freund, der Britte, zu der in eine neue Aera ihrer vielhundertjährigen Geschichte eingetretenen Türkei stellen?

Es ist bekannt, wie oft der Untergang der Türkei vorausgesagt wurde und nicht eingetreten ist. Andererseits sind auch alle Regenerationshoffnungen unerfüllt geblieben. Möglich, daß der Eintritt des osmanischen Reichs in den Kreis der konstitutionellen Gemeinwesen wiederum nichts Wesentliches ändert, sondern nur die Oberfläche der türkischen Dinge umgestaltend berührt, während die Sorge um den allgemeinen Frieden und das europäische Gleichgewicht die fremden Mächte noch für Generationen davon zurückhalten, der Existenz des entkräfteten Reichs von außen her ein Ende zu bereiten.

Daniels.

Von neuen Erscheinungen, die der Redaktion zur Besprechung zugegangen, verzeichnen wir:

- Hatschek, Dr. Julius.** — Allgemeines Staatsrecht. 8 Bde. (Sammlung Göschen No. 415 bis 417.) I. Teil: Das Recht der modernen Monarchie. II. Teil: Das Recht der modernen Demokratie. III. Teil: Das Recht der modernen Staatenverbündung. In Leinw. geb. jeder Band 60 Pf. Leipzig, G. J. Göschen.
- Hochland.** — Monatsschrift für alle Gebiete des Wissens, der Literatur und Kunst herausgegeben von Karl Muth. Heft M. 1.50. München u. Kempten, Jos. Kösel.
- v. Holleben.** — Geschichte des Frühjahrsfeldzuges 1918 und seine Vorgeschichte. Erster Band. Vorgeschichte und Geschichte des Feldzuges bis zum 28. April 1918. Berlin, Ernst Siegfried Mittler & Sohn.
- Kindermann, C.** — Volkswirtschaft und Staat. M. 1.—, geb. M. 1.25. Leipzig, Quelle & Meyer.
- Kisch, Dr. Wilhelm.** — Deutsches Zivilprozessrecht. 8 Bände. (Sammlung Göschen No. 428–80.) Geb. jeder Band 80 Pf. Leipzig, G. J. Göschen.
- Kleis, Ernst.** — Suleika. Ein Liebesleben in Gedichten. M. 1.—. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Klassner, Dr. Gustav.** — Was ist Christentum? M. 6.—, geb. M. 7. Leipzig, J. C. Hinrich.
- v. Kraft, Ottokar.** — Die Liebe in Richard Wagners Musikdramen. M. 1.—. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- v. Below, Dr. G.** — Das parlamentarische Wahlrecht in Deutschland. M. 2.—, geb. M. 8.20. Berlin, Karl Curtius.
- Bentler, Robert.** — Die Reichsbank. Ihre rechtliche Natur und Zweckbestimmung. Berlin, Dr. Walther Rothschild.
- Friedlieb, G. A.** — Das Gesetz von der Erhaltung der Substanzintelligenz. M. 5. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Hatschek, Julius.** — Das Interpellationsrecht im Rahmen der modernen Ministerverantwortlichkeit. M. 2.20. Leipzig, G. J. Göschen, Verlagshandlung.
- Hochland.** — Monatsschrift für alle Gebiete des Wissens, der Literatur und Kunst. 5. Heft M. 1.50. München u. Kempten, Jos. Kösel'sche Buchhandlung.
- Kucynski, Dr. R.** — Die Entwicklung der gewerblichen Löhne seit Begründung des Deutschen Reiches. M. 2.—. Berlin, Georg Reimer.
- Meyer, Wilhelm.** — Briefe von Fritz Reuter, Hans Groth und Brinckmann an Eduard Hohen. M. 1.20. Berlin, Weidmann'sche Buchhandlung.
- Morgan, Lloyd.** — Instinkt und Gewohnheit. M. 5.—. Leipzig, B. G. Teubner.
- Siegen, Dr. Karl.** — Weimars Fürstenhaus ein Hort der Künste. Preis 60 Pfg. Leipzig, Verlag Deutsche Zukunft G. m. b. H.
- Sautz, Dr. Ulrich.** — Kirchenrechtliche Abhandlungen. 57. Heft: Zwingli's Lehre von der Obrigkeit. M. 4.—. Stuttgart, Ferdinand Enke.
- Weiss, Kurt.** — Das Sündenkind und andere Skizzen. Preis 80 Pfg. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Wittich, Dr. Werner.** — Kultur und Nationalbewusstsein im Elsass. M. 1.20. Strassburg i. E., Verlag der Illustr. Elsass. Rundschau.
- Zeitschrift für deutsches Altertum.** 50. Band, IV. Heft. Berlin, Weidmann'sche Buchh.

Von dem Verlage Curt Wigand, Modernes Verlagsbureau, Berlin und Leipzig, sind uns zugeschickt worden:

- Cossel, Agnes.** — Prinz Heinzels Brautfahrt. Ein lustiges Waldmärchen. M. 2.—.
- Fals, Henri, da.** — Carmina Neo-Latina. M. 1.50.
- Garrison, Robert.** — Nachtfalter. Gedichte. M. 1.—.
- Griechische Anthologie.** Sammlung moderner griechischer Gedichte, metrisch ins Deutsche übertragen von Anton D. Sofiano. M. 1.—.
- Gühr, Erwin.** — Konrad der Rude. Schauspiel in 5 Aufzügen. M. 2.—.
- Hasenclever, Walter.** — Nirwana. M. 8.—.

- Hitchings, Robert.** — Nach vielen Tagen! Drama in einem Akt. M. 1.—  
**von Hof, Pauline.** — Der Böbel und andere heitere Geschichten. M. 8.—  
**Hohlbaum, Robert.** — Ein Leben. Dichtungen. M. 1.—  
**Jacobs, Lydia.** — Ehrlich gekämpft. Ein Frauenleben. M. 8.—  
**v. Konarski, M.** — Aus der engen und weiten Welt. Gedichte. M. 2.—  
**Kann, Conrad.** — Eugen von Eichhorst. Trauerspiel in 5 Akten. M. 8.—  
**Lange, E. H.** — Am Wege gepflückt. Novellen. M. 4.—  
**Leopardo, Giacomo.** — Gedichte. Uebersetzt und erläutert von Heinrich Mück. M. 4.—  
**Liebrecht, Eilfriede.** — Muhme Strehlen. Märchen in Versen. M. 1.50.  
**Löwe, Robert.** — Conterbunt. Neue Schlesche Gedichte. M. 1.—  
**Maack, Fritz.** — Opfer. Vier Einakter. M. 2.—  
**Maeyers, K.** — Der Wurzelenen Sendling. Eine Wunder- u. Wandergeschichte. M. 1.50.  
**Mayl, Karl.** — Schuld und Sühne. Schauspiel in vier Akten. M. 1.50  
**Meyer, Karl Heinrich.** — Cheruskia. Ein Schauspiel. M. 2.—  
**Neckarsulmer, Ernst.** — Irene. Geschichte einer Liebe. M. 8.—  
**Oberle, E.** — Vielumworben. Roman. M. 8.—  
**Pachulcke, Arthur.** — Auf Posten im Osten. Erzählung aus der Ostmark und Kleinstadt. M. 8.—  
**Scholl, Emil.** — Arnold Bach. Roman in zwei Teilen. M. 12.—  
**Schoppe, K.** — Die Grube. Trauerspiel in 5 Akten. M. 2.—  
**Schüren, Gustav.** — Ausländische Skizzen. M. 1.—  
**Spohr, Wilhelm.** — Bilder und Stimmungen. Gedichte. M. 1.—  
**Stein, Georg.** — Gedichte. M. 2.—  
**Webinger, Hugo.** — Römischer Liebesfrühling und andere Gedichte. M. 1.20.  
**Zimmermann, Arthur.** — Der Geiger von Laufenburg. Eine Spielmannsmär. M. 4.—
- Klempa, Dr. Rudolf.** — Die deutschen Personennamen, ihre Entstehung und Bedeutung. (Sammlung Götschen No. 424) Geb. 80 Pfg. Leipzig, G. J. Götschen.  
**König, Dr. E.** — Die Lösung des Lebensrätsels. Mit zahlreichen Abbildungen im Text und 2 kolorierten Tafeln. Geb. M. 2.—, geb. M. 3.—. Stuttgart, Max Kiemann.  
**Lampung, Willy.** — Mussestunden eines Musikanten. M. 1.50 Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.  
**Landleben. Das.** Ein Bauernbuch für Kurse und Haus. Herausgegeben von Arbeiterwohl, Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege. II. Teil: Haus und Hof. Buchschmuck von K. Köster. Geb. jeder Teil 75 Pfg., zu zwanzig 70 Pfg., im Hundert 65 Pfg., im halben Tausend 60 Pfg., Porto 20 Pfg. M. Gladbach, Volksvereins-Verlag 1909.  
**Lutz, Hermann.** — Das achte Jahr im deutschen Landerziehungsheim. Schloss Bieberstein, Haubinda, Ilseburg. 112 S. Leipzig, R. Voigtländer.  
**Lüders, Gustav.** — Die demokratische Bewegung in Berlin im Oktober 1848. M. 6.—. Berlin und Leipzig, Dr. Walther Rothschild  
**Mewer, Erich.** — Der Sonnenschein in Russland. Berliner Dissertation. Berlin, Buchdruckerei A. W. Schade.  
**Merkle, Dr. S.** — Die katholische Beurteilung des Aufklärungszeitalters. M. 2.—. Berlin, Karl Curtius.  
**Monatsschrift für Soziologie.** Herausgegeben von Eleutheropulos u. Baron v. Engelhart. I. Jahrg. Heft 1. Preis pro Jahrgang M. 20.—. Leipzig, Fritz Eckardt.  
**Müller, G.** — Die chemische Industrie. M. 11.20, geb. M. 12.—. Leipzig, B. G. Teubner.  
**Müller-Bohn, Hermann.** — Die deutschen Befreiungskriege. Deutschlands Geschichte von 1806–1815. Herausgegeben von Paul Kittel. Bilderschmuck von Carl Röchling, Richard Knötel, Woldemar Friedrich und Franz Stassen. Zwei Bände. Berlin, Paul Kittel, Historischer Verlag.  
**Paulsen, Dr. P.** — Du Seele, woher und wohin? Ausgewählte Stücke aus Platos Werken. Mit Einleitung u. Anmerkungen. Kart. M. 2.—. Hamburg, Agentur d. Rauhen Hauses.  
**Politisches Handbuch für Frauen.** Herausgegeben von Allg. Dtsch. Frauenverein. M. 1.20. Leipzig, B. G. Teubner.  
**Quandt, Franz.** — Die Schlacht bei Lobositz. Berliner Dissertation. Charlottenburg, Max Pfeiffer.  
**Regensberg, Fr.** — 1866. Letzte Kämpfe und Friederschluss. M. 2.—. Stuttgart, Franckh'sche Verlagsbuchhandlung.  
**Belehnungsblatt,** herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amte, Abteilung für Arbeiterstatistik. Jahrg. 7. No. 2 u. 3. Jedes Heft 10 Pfg. Berlin, Carl Heymann.  
**Riedl, Peter.** — Wieland der Schmied. Ein dramatisches Heldengedicht in zwei Teilen. Prag, Gustav Fanta Nachf.

- Ritter, Constantin.** — Platons Staat. Darstellung des Inhalts. M. 4.50. Stuttgart W. Kohlhammer.
- Roquette, Henri.** — König Otto. Drama. M. 2.50. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Rothschild, Leopold.** — Die Lösung des Finanzproblems. 10 Pfg. Berlin, Hermann Walter.
- Schaub, Franz.** — Die katholische Caritas und ihre Gegner. M. 2.20, frk. M. 2.50. M. Gladbach, Volksvereins-Verlag.
- Schmidt, Max C. P.** — Altphilologische Beiträge III. M. 1.80. Leipzig, Dürr'sche Buchh.
- Schneider, A.** — Die Energiequellen der modernen Gesellschaft. Strassburg i. E., Josef Singer.
- Schöpps, G.** — Das Mädchenschulwesen in Preussen. M. 2.80, geb. M. 3.20. Leipzig, Dürr'sche Buchhandlung
- Schuder, Kurt.** — Friedrich Hebbel. Denker, Dichter, Mensch. 68 S. Leipzig, Otto Weber.
- Sternberg, Kurt.** — Versuch einer Entwicklungsgeschichte des kantischen Denkens bis zur Grundlegung des Kritizismus. Berliner Dissertation. Berlin, Wilhelm Borngräber.
- Simon, Helene.** — William Godwin und Mary Wollstonecraft. M. 5.—. München, Beck'sche Verlagsbuchhandlung Oskar Beck.
- Stolmann, Rudolf.** — Der Zweck in der Volkswirtschaft. XXIV. 777 S. M. 16.—. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht.
- Wagener, Dr. Clemens.** — Die Höherbelastung fundierter Bezüge. M. 8.—. Berlin, R. Trenkel.
- Walther, Dr. Andreas.** — Die burgundischen Zentralbehörden unter Maximilian I. und Karl V. M. 5.50. Leipzig, Duncker & Humblot.
- v. Wiese, Dr. Leopold.** — Posadowsky als Sozialpolitiker. Ein Beitrag zur Geschichte der Sozialpolitik des Deutschen Reiches. 199 S. Cöln, Christl. Gewerkschaftsverlag.
- Wilkins, Thies.** — Friedrich Wilhelm III. und die Konvention von Taurroggen. Berliner Dissertation. Berlin, R. Trenkel.
- Winkler, P.** — Im Spukfelsen. Erzählung. M. 1.—. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Wolke, Dr. Alfred.** — Postrecht. (Sammlung Götschen No. 425.) Geb. 80 Pfg. Leipzig, G. J. Götschen.
- Zoltan, Wilhelm.** — Das Ende des Spieles. Novellen. M. 1.—. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.

Manuskripte werden erbeten an Herrn Dr. Emil Daniels, Berlin W., Quitpoldstr. 3.

Einer vorhergehenden Anfrage bedarf es nicht, da die Entscheidung über die Aufnahme eines Aufsatzes immer erst auf Grund einer sachlichen Prüfung erfolgt.

Die Manuskripte sollen nur auf der einen Seite des Papiers geschrieben, paginiert sein und einen breiten Rand haben.

Rezensions-Exemplare sind an die Verlagsbuchhandlung, Dorotheenstr. 72/74, einzuschicken.

Der Nachdruck ganzer Artikel aus den „Preussischen Jahrbüchern“ ohne besondere Erlaubnis ist unter sagt. Dagegen ist der Presse freigestellt, Auszüge, auch unter wörtlicher Uebnahme von einzelnen Abschnitten, Tabellen und dergl., unter Quellenangabe ohne weitere Anfrage zu veröffentlichen.

# Der Kampf der Mechanik gegen den Psychologismus.

Von

Ferdinand Jakob Schmidt.

---

Ohne daß das Alltagsleben bisher nachdrücklich dadurch berührt worden wäre, spielt sich seit einer Reihe von Jahren im Reich der Geister ein Kampf ab, der im weiteren Verlauf dereinst für die Entwicklung der Bildungsgeschichte im zwanzigsten Jahrhundert von grundlegender Bedeutung sein dürfte. Dieser Zwist ist zunächst auf einem einzelnen Gebiet, nämlich auf dem der mechanischen Naturforschung, entbrannt, wo er sich naturgemäß innerhalb enger Grenzen halten muß, da die Schwierigkeit des Gegenstandes hier von selbst eine allgemeine Teilnahme an der Erörterung ausschließt. Es könnte daher die Frage entstehen, ob denn überhaupt ein Anlaß vorliege, daß diese Bewegung sich weiter ausdehne und den ganzen Areopag der Wissenschaft ergriffe. Das würde verneint werden müssen, wenn der Prinzipienstreit, der zwischen der klassischen Mechanik und dem Psychologismus der energetischen Naturphilosophie aufgelodert ist, auch auf dem naturwissenschaftlichen Boden endgültig geschlichtet werden könnte. So aber ist es nicht. Es zeigt sich vielmehr, daß dieser Methodenstreit eine neue Fassung der logischen Grundlagen aller Erkenntnis überhaupt notwendig macht und nur auf diesem Wege zu entscheiden ist. Die Ablehnung der energetischen Naturphilosophie durch die klassische Mechanik ist daher mehr als nur ein naturwissenschaftlicher Fachstreit. Es tritt in all diesen speziellen Auseinandersetzungen über die einheitliche Gestaltung der Naturerkenntnis ein Moment von universal-wissenschaftlicher Bedeutung zutage, und dieses Moment ist die unter allen Wissenschaften prinzipiell zuerst

von der Mechanik aufgenommene Zurückweisung des psychologischen Monismus.

Die gegenwärtige Situation ist dadurch charakterisiert, daß der psychologische Positivismus, der in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts seine Herrschaft über alle wissenschaftlichen Disziplinen ausbreitete, gegenwärtig immer stärker werdende, ihn an der Wurzel treffende Rückschläge erfährt. Will man indessen ganz genau sein, so wird gesagt werden müssen, daß es sich hierbei nicht handelt um die Psychologie im engeren Sinne, sofern sie sich auf die beschreibende Analyse der subjektiven Bewußtseinsphänomene gewissenhaft beschränkt. Diese propädeutische Unterweisung über die Vergliederung unseres subjektiven Erfahrungszusammenhanges wird um so höher geschätzt, je strenger sie sich in ihren Grenzen hält. Aber darüber hinaus ist nun die neuere Psychologie von der universalen Tendenz ergriffen worden, sich zur Grundwissenschaft zunächst der Geisteswissenschaften und dann aller Erkenntnis überhaupt zu machen, und gegen diesen tendenziösen Uebergriff, der aus der Psychologie einen naturphilosophischen Psychologismus macht, hat in unseren Tagen der Entscheidungskampf begonnen. Damit hat jetzt ein Umschwung der geistigen Entwicklung eingesetzt, der von neuem zu einer tieferen Erfassung der Grundlagen unseres wissenschaftlichen Denkens und Erkennens führt.

Soll die naturphilosophische Tendenz der empirischen Psychologie auf ihren einfachsten Ausdruck gebracht werden, so kann an dem angeknüpft werden. Auch dieser hat seinem ganzen Kritizismus der grundlegenden Satz vorangestellt: „Daß alle unsere Erkenntnis mit der Erfahrung anfangt, daran ist gar kein Zweifel.“ Aber er hat sofort nicht minder nachdrücklich hinzugefügt: Wenn aber gleich alle unsere Erkenntnis mit der Erfahrung anhebt, so entspringt sie darum doch nicht alle aus der Erfahrung.“ Verbindet man dagegen diese beiden Sätze so, daß man sagt: alle unsere Erkenntnis fängt nicht nur mit der Erfahrung an, sondern sie entspringt auch alle aus der Erfahrung als dem energetischen Zusammenhang der Sinnesempfindungen, so ist man auf dem Standpunkt des modernen Psychologismus angelangt. Aus dieser erkenntnistheoretischen Behauptung ergibt sich alsdann der ontologische Fundamentalsatz der sensualistischen Naturphilosophie: alles, was ist, ist lediglich ein Komplex in wechselseitiger Beziehung stehender Empfindungselemente.

Diese jüngste aller metaphysischen Hypothesen kam einem gewissen sensualistischen Zuge der Zeit entgegen und vermochte

daher so lange unerschüttert zu halten und auszubreiten, als sie noch Halt machte vor der strengen auf Notwendigkeit und Allgemeingültigkeit ihrer Erkenntnisse gerichteten Naturwissenschaft. Auf diesem Standpunkt erhebt die empirische Psychologie nur erst den Anspruch, Ergänzungswissenschaft der Naturwissenschaft zu sein und in entsprechender Weise wie die Mechanik für die Erkenntnis des objektiven Erfahrungszusammenhanges ihrerseits für diejenige des subjektiven, inneren Erfahrungszusammenhanges die Grundwissenschaft zu bilden. Am prägnantesten ist diese Auffassung in dem psychologischen System Wundts zum Ausdruck gekommen, der im Anschluß an die Charakteristik der Physiologie von der Psychologie sagt: „Sie ergänzt hier wie überall den naturwissenschaftlichen Standpunkt in dem Sinne, daß sie eben jene subjektiven Elemente der Erfahrung, die der erstere aus seiner Interpretation des objektiven Seins und Geschehens ausschaltet, aufnimmt, und ihre Aufgabe darin sieht, aus den Verbindungen dieser Elemente den gesamten Tatbestand der unmittelbar und eben in dieser Unmittelbarkeit auf das wahrnehmende Subjekt selbst bezogenen Erfahrung zu begreifen. Damit wird dann die psychologische Betrachtung zu einer ebenso einheitlichen, wie die physiologische es ist. Aber da sie sich überall auf die unmittelbaren Bewußtseinsinhalte bezieht, so ist sie zugleich in allen ihren Bestandteilen konkret und anschaulich.“ Darüber hinaus, die Psychologie zu einer Schwesterwissenschaft der Naturwissenschaft zu machen, will Wundt nicht gehen, und doch macht sich in dieser seiner Darlegung ganz unfreiwillig die weitergehende Tendenz geltend, daß die Psychologie, einmal auf diesen Weg geleitet, darüber hinausstreben muß. Denn wenn sie es mit denselben Elementen wie die Naturwissenschaft zu tun hat, nur daß sie das Subjektive daran, das jene ausschaltet, aufnimmt und so „den gesamten Tatbestand“ in seiner Konkreteten, d. h. doch die ganze Wirklichkeit umfassenden, Anschaulichkeit zu begreifen sucht, so kann die von den subjektiven Bestandteilen der Erfahrungselemente abstrahierende Naturwissenschaft auch nur noch einen besonderen Fall der das konkrete Ganze erforschenden Psychologie darstellen. Die Naturwissenschaft ist dann nicht mehr Ergänzungswissenschaft der Psychologie, sondern Subalternwissenschaft.

Wundt hat diese Konsequenz nicht oder doch nicht vollständig gezogen. Das aber ist sehr bald geschehen; am nachhaltigsten von Ivenarius und Mach. Gilt es auch hierbei wieder, das Problem auf den entscheidenden Punkt zu konzentrieren, so läuft letztlich alles darauf hinaus, daß der Grundfaktor, den die spekulative

Mechanik sei es als Substanz oder als Materie oder als Materie. Anspruch nimmt, neben den Empfindungselementen jede selbständige Bedeutung verliert und nur noch ein energetisches Beziehungsprodukt der „sinnlichen Elementarkomplexe“ darstellt. Die Behauptung nun, daß die Materie lediglich eine sekundäre Vorstellungsform, aber kein reeller Grundfaktor des Erfahrungszusammenhanges sei, bringt uns die der empirischen Psychologie innewohnende naturphilosophische Tendenz zur vollen Entfaltung und setzt den Psychologismus in einen ausschließenden Gegensatz zu der Mechanik. Das ist am bestimtesten von Mach formuliert worden, indem er erklärt, es bliebe nur eine Art von Beständigkeit, die alle vorkommenden Fälle der Beständigkeit umfaßt, die Beständigkeit der Verbindung (oder Beziehung). Auch die Substanz, die Materie sei kein bedingungsloses Beständiges. „Was wir Materie nennen, ist ein gewisser gleichmäßiger Zusammenhang der Elemente (Empfindungen).“ Nach dieser Auffassung setzen sich die Wahrnehmungen sowie die Vorstellungen der Wille, die Gefühle, kurz die ganze innere und äußere Welt aus einer geringen Zahl von gleichartigen Elementen in bestflüchtigerer, bald festerer Verbindung zusammen. Diese machen ebenso den Bestand des Ichs wie der Körper aus. „Nicht das Ich ist das Primäre, sondern die Elemente (Empfindungen). — Die Elemente bilden das Ich.“ Und entsprechend heißt es: „Nicht die Körper erzeugen Empfindungen, sondern Elementenkomplexe (Empfindungskomplexe) bilden die Körper. Erscheinen dem Physiker der Körper als das Bleibende, Wirkliche, die ‚Elemente‘ hingegen als ihr flüchtiger vorübergehender Schein, so beachtet er nicht, daß die ‚Körper‘ nur Gedankenymbole für Elementenkomplexe (Empfindungskomplexe) sind.“ Weiter wird dann behauptet, daß die große Kluft zwischen physikalischer und psychologischer Forschung nur in der gewohnten stereotype Betrachtungsweise bestehe. Eine Farbe ist ein physikalisches Objekt, sobald wir z. B. auf ihre Abhängigkeit von der beleuchtenden Lichtquelle achten. Achten wir dagegen auf ihre Abhängigkeit von der Netzhaut, so ist sie ein psychologisches Objekt, eine Empfindung. „Nicht der Stoff, sondern die Untersuchungsrichtung ist in beiden Gebieten verschieden.“ Die Bedeutung dieser Auffassung wird dann dahin zusammengefaßt, daß gesagt wird: „Wenn wir nun die ganze materielle Welt in Elemente auflösen, welche zugleich auch Elemente der psychischen Welt sind, die wir solche letzten gewöhnlich Empfindungen heißen, wenn wir ferner die Erforschung der Verbindung, des Zusammenhanges, der gegenseitigen



Abhängigkeit dieser gleichartigen Elemente aller Gebiete als die einzige Aufgabe der Wissenschaft ansehen; so können wir mit Grund erwarten, auf dieser Vorstellung einen einheitlichen, monistischen Bau aufzuführen und den leidigen verneinenden Dualismus los zu werden. Indem man die Materie als das absolut Beständige und Unveränderliche ansieht, zerstört man ja in der Tat den Zusammenhang zwischen Physik und Psychologie.“ Die Tendenz der empirischen Psychologie, sich als allgemeine Grundwissenschaft zu konstituieren, eine Tendenz, für welche die bloße Koordination von Psychologie und Naturwissenschaft nur eine schnell überholte Durchgangsstufe ist, würde erst mit der Eliminierung der Materie samt ihren Atomen und Molekülen vollkommen in Wirksamkeit gesetzt sein, und zwar in Gestalt der psychologistischen Naturphilosophie. Es wird erforderlich sein, diese Tendenz bestimmt zu charakterisieren.

Zwei Momente sind es gewesen, denen die psychologistische Tendenz des neunzehnten Jahrhunderts ihre Entstehung und ihre Ausbreitung verdankt, und beide erweisen sich als eine notwendig gewordene Reaktion gegen die spekulative, d. h. rein theoretische Erkenntnis. Das eine dieser Momente ist hervorgerufen durch eine Unterlassungssünde der spekulativen Philosophie, das andere durch eine solche der spekulativen Mechanik. Beide Wissenschaften hatten das große Ideal der „Einheit und Harmonie des Universums“ immer mehr aus den Augen verloren, wenn auch in ganz verschiedener Weise. Die klassische Philosophie hatte zwar als Endergebnis ihrer Bestrebungen in der Logik Hegels ein grandioses Einheitsystem entworfen; aber auf Kosten der Einheit und Allgemeinheit war in diesem System die Bedeutung der natürlichen Welt des Mannigfaltigen und Individuellen in einer Weise zu kurz gekommen, daß hiergegen unausbleiblich ein Rückschlag erfolgen mußte. Umgekehrt hatte die spekulative Mechanik zwar den Zusammenhang mit der Welt der sinnlichen Erfahrung beständig aufrecht erhalten, aber ihr war dafür die Idee der universalen Einheit unter den Händen entlitten, so daß sie ihren Erkenntnissen eine Form gab, welche die innere Vermittlung mit der organischen und dann der psychischen und geistigen Welt unmöglich machte. In unklaren Köpfen mußte daraus die Weltanschauung des Materialismus erwachsen, und wenn die Unhaltbarkeit dieser Auffassung sichtbar war, der mußte zum wenigsten dem Versuch, aus der vorliegenden Formulierung der mechanischen Erkenntnisse den vermittelnden Uebergang zur Entstehung der Bewußtseinsvorgänge zu finden, ein absolutes „ignorabimus“

entgegensetzen. So forderte also auch die spekulative Mechanik nicht durch ihre Erkenntnisweise selbst, auch nicht dadurch, daß sie an der Realität der Materie festhielt, sondern dadurch, daß sie die materielle Bedingtheit ihrer Untersuchungsobjekte als die absolute Realität oder als die Realität aller Realitäten in Anspruch nahm, entschieden zu einer Gegenwirkung heraus. Es ist dahin gekommen, daß ihr heut auch die sekundäre Realität des Begriffs der Materie vom Psychologismus streitig gemacht wird.

Handelte es sich in diesem Zeitalter der empirischen Reaktion zunächst darum, gegenüber der nicht zureichenden Behandlung durch die spekulative Philosophie das Recht der sinnlichen Erfahrung und der individuellen Natur wieder gebührend zur Geltung zu bringen, so bot sich hierfür von selbst die empirische Psychologie an. Der Gegenstand ihrer Forschung ist gerade der subjektive Erfahrungszusammenhang des Individuums. Als solche wurde die Psychologie aber nunmehr von der Tendenz ergriffen, sich der spekulativen Methode der reinen Vernunftserkenntnis selbständig entgegenzustellen und sich damit zuvörderst zur Grundwissenschaft der Welt der inneren Erfahrung zu machen. Diese selbständige Konstituierung hat sich durch die Bestimmung ihres Verhältnisses zur objektiven Naturwissenschaft einerseits als Psychophysik, anderseits als physiologische Psychologie zu erreichen gesucht. Aber, selbst wenn die empirische Psychologie dadurch mehr als nur eine Hilfswissenschaft der Physiologie, wenn sie wirklich autonom zu werden vermöchte, so müßte damit die Folge verknüpft sein, daß durch diese grundsätzliche Koordination ihrer selbst und der Naturwissenschaft der Zugang zur Einheit der universellen Erkenntnis für immer verbaut wäre. Die Erweiterung der empirischen Psychologie zur Grundwissenschaft ist also in dieser Form schon deshalb nicht haltbar.

Das zeigt sich nun schon darin, daß die physiologisch interpretierte Psychologie selbst bereits den Ansatz enthält, der über sie hinausweist. Denn, sofern sie davon ausgeht, daß es dieselben Erfahrungselemente seien, die von ihr und der Naturwissenschaft nur in verschiedener Form und Richtung erfaßt werden, so liegt dort bereits die Notwendigkeit des dialektischen Ueberganges zu einem neuen Erkenntnisverfahren, durch das die Dieselbigkeit jener Elemente (vor ihrer Differenzierung in den objektiven und subjektiven Erfahrungszusammenhang) als der einheitliche, immanente Grund der verschiedenen Erscheinungsformen zu ermitteln wäre. Das aber ist der Schritt, den der Psychologismus tatsächlich mit der als Inre-

wählten Erkenntnisweise Machs vollzogen hat. Worauf beruht nun der charakteristische Grundzug dieser Methode? Erstens darauf, daß der objektive (physische) und der subjektive (psychische) Erfahrungszusammenhang nach ihr nur verschiedene Symbole irgendwelcher ihnen gemeinsam zugrunde liegender Elementarkomplexe sind; zweitens aber darauf, daß diese Grundkomplexe qualitativer und nicht quantitativer Natur sind, als welche sie auch Empfindungskomplexe genannt werden. Es ist nur eine weitere Folgerung daraus, daß diese Grundkomplexe an sich weder rein materieller noch rein spiritueller Beschaffenheit sein dürfen, da sie sonst nicht die beiden Arten von Symbolen, die der physischen Welt und die der psychischen Welt erzeugen könnten, wohl aber daß sie leistungsfähig sind, durch verschiedene Beziehung auf einander in jene beiden Erscheinungs- oder Energieformen überzugehen. Genügt diese naturphilosophische Erklärung allen wissenschaftlichen Ansprüchen, die wir zu stellen berechtigt sind, so wäre damit erreicht, was im Kampf gegen die spekulative Philosophie und gegen die spekulative Mechanik erreicht werden sollte, nämlich einerseits die gerechte Würdigung der Erfahrung und andererseits die Erfassung der durchgängigen Einheit und Harmonie des Universums. Erst mit dieser Erweiterung zur Naturphilosophie auf der Grundlage der energetischen Empfindungskomplexe ist der Psychologismus auf dem Standpunkt angelangt, sich ernstlich als Grundwissenschaft zu konstituieren. Eben deswegen hat die psychologistische Naturphilosophie aber auch hier erst ihre entscheidende Feuerprobe zu bestehen; kann sie dies nicht, so mag der Psychologismus fortan seine Rolle in den Köpfen der Halbdenker noch fortzuspielen suchen, für den Fortgang der Wissenschaft kommt er dann ernstlich nicht mehr in Frage.

Seit einer Reihe von Jahren hat sich nun tatsächlich eine so tiefgehende Polemik zwischen den Vertretern der klassischen Mechanik und der energetischen Psychophysik entsponnen, daß sie nur mit der prinzipiellen Ueberwindung der einen oder der anderen Richtung enden kann. Soll, ohne daß der geschichtliche Verlauf dieser Polemik hier näher verfolgt werden kann, ein äußeres Datum dafür angegeben werden, seit wann dieser Gegensatz nach längerem Vorspiel sich zur vollen Schärfe entwickelt hat, so dürfte dafür die Lübecker Naturforscherversammlung vom Jahre 1895 geltend gemacht werden. Es waren namentlich die Vorträge von Helm und Ostwald, die den Anstoß gaben und zu einer ausschließenden Entscheidung hinvorrängten. In seinem Buch „Die Energetik nach ihrer geschichtlichen

Entwicklung“ hat dann Helm den unüberbrückbaren Zwiespalt zwischen der mechanischen und energologischen Methode dahin zusammengeführt, daß er sagte: „Wider die Omnipotenz, welche die mechanische Methode unsere Erfahrungen theoretisch wiederzugeben, beansprucht, tritt ein junges Verfahren auf, das weit unmittelbarer die Erfahrungen zu beschreiben gestattet und doch die Allgemeinheit der Begriffe erreicht, die für jede zweckmäßige theoretische Wiedergabe der Natur unumgänglich ist. Faßt man das Gebiet der Energetik in dieser Weite, in der allein man ihren Bestrebungen gerecht werden kann, dann steht die Entscheidung sehr einfach: Die Scholastik — die Energetik — das ist die Wahl!“ Aber trotz dieses zur Sache getragenen Siegesbewußtseins ist dem monistischen Energologismus, — so will ich die Energetik zum Unterschied von der mechanischen Behandlung des Energiegesetzes nennen, eine überlegene Gegnerschaft erwachsen — besonders durch das Eingreifen Boltzmanns und Plancks. Es ist der letztere, der neuerdings in einem Vortrage, gehalten vor der naturwissenschaftlichen Fakultät des Studentenkorps an der Universität Leyden, über das engere Fachgebiet hinaus seine grundsätzliche Ablehnung der energologischen Bestrebungen in ihrer umfassenden Bedeutung ausgesprochen hat.\*) Diese eindrucksvollen Darlegungen sind trefflich dazu geeignet, das universal-wissenschaftliche Fundamentenproblem, das sich in diesem Streite bemerkbar macht, kritisch betonen zu haben.

Auch dieser Forscher betont, daß das letzte, höchste Ziel der Naturbetrachtung die Zusammenfassung der bunten Mannigfaltigkeit der physikalischen Erscheinungen in ein einheitliches System sei. Aber er aber bestreitet ist dies, daß ein solches der Wahrheit und Wirklichkeit gerecht werdendes Einheitsystem aus dem psychologischen Erfahrungszusammenhange ermittelt werden könne. Er nennt jedes derartige Verfahren anthropomorph, weil es immer dazu Veranlassung gebe, die Wirklichkeit lediglich nach der psychischen Erfahrung unserer individuell beschränkten Sinnesstätigkeit zu deuten, und weist im Gegensatz dazu auf die unleugbare Tatsache hin, daß der wissenschaftliche Fortschritt gerade auf der zunehmenden Eliminierung der anthropomorphen Vorstellungsweise unserer psychischen Setzung beruhe. „Die Signatur der ganzen bisherigen Entwicklung der theoretischen Physik ist eine Vereinheitlichung ihres Systems, welche erzielt ist durch eine gewisse Emanzipation von den anthropomorphen Vorstellungen.“

\*) Die Einheit des physikalischen Weltbildes. — Leipzig, E. Vieweg, 1900.

pomorphen Elementen, speziell den spezifischen Sinnesempfindungen. Bedenkt man nun anderseits, daß doch die Empfindungen anerkanntermaßen den Ausgangspunkt aller physikalischen Forschung bilden, so muß diese bewußte Abkehr von den Grundvoraussetzungen immerhin erstaunlich, ja paradox erscheinen. Und dennoch liegt kaum eine Tatsache in der Geschichte der Physik so klar zutage wie diese. Fürwahr es müssen unschätzbare Vorteile sein, welche einer solchen prinzipiellen Selbstenttäußerung wert sind! Eben diese Paradoxie wollen die psychologistischen Naturphilosophen mit ihrem „jungen Verfahren“ vermeiden, und sie glauben es mit Hilfe der Energievorstellung zu können, wonach Körper und Geist nur verschiedene Energieformen derselben elementaren Empfindungskomplexe sind. Und nun weiß ich nicht, ob Planck in diesem Punkte Ernst Mach ganz richtig verstanden hat, wenn er von ihm sagt: „Danach gibt es keine andere Realität als die eigenen Empfindungen, und alle Naturwissenschaft ist in letzter Linie nur eine ökonomische Anpassung unserer Gedanken an unsere Empfindungen, zu der wir durch den Kampf ums Dasein getrieben werden.“ Es muß hier jedes Mißverständnis vermieden werden, damit nicht dadurch gerade der Hauptpunkt unserer Blicke entschwindet.

Dem Grundzuge der neueren Philosophie folgend, daß das Selbstbewußtsein das allein unmittelbar Gewisse sei, oder wie Planck sagt, daß doch die Empfindungen anerkanntermaßen den Ausgangspunkt aller physikalischen Forschung bilden, hat Mach und mit ihm der ganze Psychologismus allerdings geglaubt, den Begriff der Empfindung als Grundbegriff der gesamten Erkenntnis aufstellen zu müssen. Nicht aber haben diese damit sagen wollen, daß es keine andere Realität als die eigenen Empfindungen gebe. Seine Behauptung geht vielmehr dahin, daß sowohl die eigenen oder die Ichempfindungen wie auch die Komplexe der Körperempfindungen nur sekundäre Erscheinungsformen oder Gedankensymbole seien der primären Empfindungskomplexe als der Urrealitäten, die weder subjektiv noch objektiv, wohl aber leistungsfähig seien, in Erscheinungsformen dieser Art überzugehen. Daß dies die ausgesprochenste Metaphysik alten Schlages ist, braucht für den Kundigen nicht erst bemerkt zu werden, wohl aber ist darauf der Finger zu legen, daß zu dieser metaphysischen Hypothese gerade die Energievorstellung den Anlaß gegeben hat. Um das zu verstehen, müssen wir dieses dogmatische Gewebe nachzukunftrieren suchen. Den Ausgang bilden die Sinnesempfindungen; sie sind ihrem Inhalt nach

qualitative Bestimmungskomplexe; als solche erscheinen sie in einer doppelten Beziehung, nämlich einerseits als Zustandsbestimmungen unseres Ichs, anderseits als Eigenschaften der Körper. Nehme ich nun diese qualitativen Bestimmungskomplexe der Körperwelt und der Ichwelt als Resultate verschiedengerichteter energetischer Beziehungsfunktionen, so sind die sich in dieser funktionalen Leistung identisch erhaltenden Komplexbestimmtheiten die behaupteten Urrealitäten. Es ist nur irreführend, daß Mach diese metaphysischen Elementarkomplexe auch noch Empfindungskomplexe nennt, während sie deutlicher als Qualitätskomplexe bezeichnet worden wären. Darin wird nun sehr auffällig erscheinen, daß die Energologie zwar der Mechanik die Verwendung des Materie- und Aetherbegriffs als scholastisches Rudiment vorwirft, daß sie selbst dagegen die „*qualitates occultae*“ ganz unbefangen wieder einführt. Indem sie dem hält sie entgegen, daß dies gleichwohl ein metaphysikfreies und exaktes Verfahren sei, und zwar auf Grund einer erweiterten Anwendung der Energievorstellung. Wie dies Mach gemeint hat, ist besonders in seiner Wärmelehre von ihm dargelegt worden. Es ändert aber trotzdem für jeden logisch geschulten Kopf nichts an der Hauptsache, daß jene energetisch illustrierte Annahme solcher qualitativen Elementarkomplexe, die den immanenten Grund der subjektiven Empfindungskomplexe bilden sollen, schlechterdings nichts anderes sei als eine mit Hilfe formaler Abstraktion aufgestellte metaphysische Hypothese. Es gibt nicht bloß eine transzendente, sondern auch eine immanente Metaphysik. Die Behauptung der energologischen Naturphilosophie, daß ihre Methode metaphysikfrei sei, muß als Aberglaube zurückgewiesen werden.

Aber an diesem Punkt, ob metaphysisch oder metaphysikfrei, hängt die Entscheidung nicht. Denn hierauf vermöchte die Energologie mit Recht zu entgegnen: mag die Annahme qualitativer, in allen Verbindungen identisch bleibender Elementarkomplexe immer eine immanente Metaphysik sein, so ist doch damit der Fortschritt erreicht, daß auf diese Weise einerseits ein prinzipiell einheitliches und anderseits ein dem Erfahrungsgrunde möglichst genau angepaßtes Erkenntnisssystem ermöglicht wird. Träfe das zu, so könnte es der Naturphilosophie ganz gleichgültig sein, ob man das angewandte Verfahren als metaphysikfrei oder nicht bezeichnet, denn das ist nur ein Streit um Vokabeln und als solcher bedeutungslos. Es gibt ein ganz anderes Moment, das in allerletzter Linie den Ausschlag gibt, ob jene naturphilosophische Hypothese mit ihren qualita-

Elementarkomplexen wahr oder falsch sei, und es wird alles davon abhängen, daß die ganze Streitfrage mit entschiedener Klarheit auf diesen Punkt gebracht werde.

Um es gleich vorweg zu sagen: die Methode des energologischen Psychologismus beruht auf einem fundamentalen Denkfehler, nämlich auf der irrigen Vorstellung von dem unsere ganze Erkenntnis konstituierenden Einheitsbegriff. Daß es sich so verhält, ist zuerst auf naturwissenschaftlichem Gebiet dadurch zum Ausdruck gekommen, daß hier die Anwendung jenes irrtümlichen Einheitsbegriffes dazu geführt hat, den für die Naturforschung grundlegenden Begriff der materiellen Realität nicht etwa auf sein richtiges Maß zu bringen, sondern als konstituierenden Faktor überhaupt auszuschalten. Wenn hierbei die ganz allgemeine Bezeichnung „materielle Realität“ gewählt wird, so geschieht dies in der ausgesprochenen Absicht, um diese Kernfrage nicht damit zu vermengen, ob jener Begriff nun auch durch die Physik der Materie und die Physik des Aethers zureichend interpretiert sei. Nicht um die noch unzureichende Interpretation, sondern um die Realität der räumlichen Substanz handelt es sich. Es kommt für diese Erörterung nicht darauf an, ob der gegenwärtig noch bestehende Gegensatz zwischen der Mechanik und der Elektrodynamik schon jetzt ausgeglichen werden kann; es kommt vielmehr darauf an, ob es überhaupt eine den Empfindungsbestimmtheiten entgegengesetzte Realität giebt. Nachs Elementarkomplexe sind zwar auch in gewisser Beziehung unabhängig von ihrer subjektiven Erscheinungsform, aber sie sind ihrer Natur nach eine mit dieser psychischen Form identische, nicht ihr entgegengesetzte Realitätsvorstellung. Plancks erneuter Protest in dem erwähnten Vortrage gipfelt dagegen gerade in dem Nachweise, daß der Aufbau einer strengen Naturwissenschaft unmöglich gewesen wäre und noch wäre, wenn es nicht einen zu den Empfindungsbestimmtheiten im Verhältnis der Realopposition stehenden Faktor gäbe, der allen objektiven Verknüpfungen, und zwar sowohl den menschlichen Körpern wie den entferntesten Himmelskörpern konstant zugrunde liegt. „Ich möchte“, sagt dieser Forscher, „um so ausdrücklicher hervorheben, daß die Angriffe, welche von jener (naturphilosophischen) Seite her gegen die atomistischen Hypothesen und gegen die Elektronentheorie gerichtet werden, unberechtigt und unhaltbar sind. Ja, ich möchte ihnen geradezu die Behauptung entgegensetzen: die Atome, so wenig wir von ihren näheren Eigenschaften wissen, sind nicht mehr und nicht weniger real als die Himmelskörper oder als die uns um-

gebenden irdischen Objekte." Dieses Reale, das die Mechanik und damit fordert, müsse ein Konstantes sein, das von jeder menschlichen überhaupt jeder intellektuellen Individualität unabhängig ist. Man könne zugegeben werden, daß dem Machschen System, wenn es wirklich folgerecht durchgeführt werde, kein innerer Widerspruch nachzuweisen sei, aber ebenso ausgemacht sei es, daß seine Bedeutung im Grunde nur eine formalistische sei. Nun sei jedoch kein formalistisches Prinzip jemals imstande, das Wesen der Naturwissenschaften zu erschöpfen, und dies deshalb, weil ihm das vornehmste Kennzeichen jeder naturwissenschaftlichen Forschung: die Forderung eines konstanten, von dem Wechsel der Zeiten und Völker unabhängigen Weltbildes fremd sei. „Das Machsche Prinzip der Stetigkeit bietet hierfür keinen Ersatz; denn Stetigkeit ist nicht Konstanz.“ Es ist also die Unfruchtbarkeit, nicht ein logischer oder mathematischer Widerspruch, weswegen die psychologische Naturphilosophie grundsätzlich abgelehnt wird, und das hatte Planck schon früher einmal in das Ergebnis zusammengefaßt: „Nichts, schlechterdings gar nichts hat die Energetik bis zum heutigen Tage an positiven Leistungen aufzuweisen!“

Der entscheidende Grund also, weshalb der naturphilosophische Psychologismus von der spekulativen Mechanik verworfen wird, ist der, daß die echte Naturforschung gegenüber den subjektiv-psychischen Erfahrungscomplexen unumgänglich einer Realopposition bedarf, die es ihr erst ermöglicht, über das sich der Wahrheit und Wirklichkeit bloß individuell anpassende Wissen hinaus zu einer notwendigen und allgemeingültigen Wissenschaft zu gelangen. Aber nur könnte dieser ihrer Verurteilung von der monistischen Energologie entgegnet werden, daß sie zwar zu den großen Errungenschaften der klassischen Mechanik bis jetzt noch nichts beigetragen habe, daß sie sich aber gerade dazu berufen fühle, alle die der mechanistischen Theorie noch anhaftenden Widersprüche nunmehr erst mit Hilfe ihres monistischen Prinzips aufzulösen und so ein hypothesenfreies Erfahrungssystem zu errichten. Und dazu glaube sie sich um so mehr außersehen, als ja zugestanden werde, daß sie die schon gefundenen Ergebnisse der mechanischen Forschung auch von ihrem Standpunkt aus widerspruchsfrei darzulegen vermöge. Werde gesagt, daß ihre Darlegungen nur formalistisch und daher unfähig seien, gerade das Wesentliche der Natur fortschreitend zu enthüllen, so stehe lediglich Behauptung gegen Behauptung, und die Energologik ist sich dadurch nicht abhalten, den von ihr eingeschlagenen Weg zu



den aussichtsvolleren weiter zu verfolgen. Denn nur ihr Verfahren eröffne die Aussicht, mit Hilfe der Energievorstellung den Zusammenhang zwischen dem Anorganischen und dem Organischen und zwischen diesem und dem Bewußtsein einwandsfrei darzutun. Indessen damit geht die naturphilosophische Energetik dem springenden Punkte doch nur aus dem Wege. Dieser ist aber, wie Planck jetzt bestimmt genug gezeigt hat, der etwa folgendermaßen wiederzugebende Einwand: ihr Energologen möget immerhin früher, als man von der Grundlage der Mechanik dazu gelangt, zu einer euch genügend erscheinenden und der Erfahrung.angepaßten Annahme über den einheitlichen Zusammenhang der körperlichen und geistigen Welt gelangen; eins aber könnt ihr auf diese Weise niemals erreichen, nämlich eine Wissenschaft von objektiver Allgemeingültigkeit; ihr könnt es deswegen nicht, weil euer monistisches Energieprinzip wissenschaftlich untauglich ist. In dieser fundamentalen Angelegenheit ist also dies die Kardinalfrage, von deren Beantwortung alles weitere abhängt: ist Wissenschaft überhaupt im Gegensatz zu jeder Art von Monismus nur möglich auf Grund einer gegen die psychische Erfahrung geltend zu machenden Realopposition?

Hat es sich, um zu einer prinzipiellen Entscheidung zu kommen, als erforderlich erwiesen, die ganze Erörterung auf eine so umfassende Fragestellung zu bringen, so tritt damit zutage, daß wir es hier mit einem logischen Grundproblem zu tun haben. Kann nicht gezeigt werden, daß die von Planck für die Naturforschung aufgestellte Forderung im Wesen der wissenschaftlichen Erkenntnis überhaupt begründet ist, so wird es kein Mittel geben, dem Verfahren des Energologismus die wissenschaftliche Berechtigung abzusprechen. Wie steht es damit?

An einem Musterbeispiel, nämlich an dem sogenannten Entropiegesetz oder dem Gesetz von der Zerstreuung der Energie hat Planck eindrucksvoll gezeigt, wie sich der Fortschritt von dem bloß psychologisch gefaßten oder anthropomorphen Erfahrungswissen zur strengen Wissenschaft vollzieht. Hat die Begründung jenes Satzes durch Clausius noch wesentlich die Form der sinnlichen (psychischen) Anpassung an die Heraushebung des objektiven Tatbestandes, so ist Boltzmann inzwischen zu einer Fassung gelangt, die jetzt die Gesundenheit an die subjektive Sinneserfahrung so gut wie ganz eliminiert, und zwar so, daß durch eine vertiefende Erkenntnis der molekularen Struktur der Materie zu einer begrifflichen Formulierung fortgegangen wird. Dabei zeigt sich folgendes. Immer

wenn durch Beobachtung und Experiment ein neuer Erfahrungsvorgang von objektiven Wert festgestellt ist, richtet sich unsere Erkenntnisbewegung darauf, zwischen einem solchen Objekt des Erkennens und dem Erkennen selbst eine ihre Identität darstellende Gleichung zu finden. Was ist nun ein Objekt? Zunächst wie alles übrige auch: ein Erfahrungskomplex; aber doch wieder von Erfahrungskomplexen anderer Art dadurch wesentlich unterschieden, daß ihm der Charakter der Notwendigkeit und strengen Allgemeinheit unmittelbar anhaftet. Dies ist bei unseren subjektiven Erfahrungszusammenhängen unmittelbar nicht so, und darin liegt, daß unsere psychischen Erfahrungszustände eben wegen der individuellen Unterschiede nur eine besondere, endliche, spezifisch beschränkte Art der Erfahrung sind. So finden wir denn in dem Erfahrungsganzen jenen bedeutungsvollen Gegensatz zwischen objektiver und subjektiver Erfahrung oder zwischen Erfahrungsobjekten und dem Erfahrungssubjekt. Daraus entsteht nun der Drang, jenen unmittelbaren Gegensatz zwischen den objektiven Gegebenheiten unserer Erfahrung und dieser selbst auszugleichen, zu identifizieren oder m. a. W. in die Form einer Erfahrungsgleichung zu bringen. Solche Gleichungen zu finden, nennen wir „Erkenntnis“. Welches sind nun die einzelnen Stufen dieses Erkenntniserfahrens?

Die erste richtet sich darauf, den objektiven Erfahrungsbestand mit dem subjektiven Erfahrungszusammenhang in der Weise auszugleichen, daß die notwendige Allgemeingültigkeit des objektiven Gegebenen subjektiviert, d. h. nach Art unserer sinnlichen Vorstellungsweise zum Bewußtsein gebracht wird. Das Objektive wird subjektiv erfaßt. Dadurch aber, daß es so zunächst in die Form der endlichen, beschränkten, individuellen Subjektivität gebracht wird, erhält es eine unserer sinnlich besonderten Menschlichkeit angepasste, d. h. anthropomorphe Gestalt und diese erweist sich eben deswegen als unzureichend. Immerhin ist dies der Anfang, aber auch nur der Anfang aller Erkenntnis, und darum erklärt Pland mit Recht: die ganze Physik, sowohl ihre Definitionen als auch ihre ganze Struktur, trägt ursprünglich in gewissem Sinne einen anthropomorphen Charakter.

Unzureichend ist jener Anfang aber deshalb, weil es auf diese Weise gar nicht zu einer wahren Gleichung zwischen der Erfahrung des Objektiven und der subjektiven Erfahrung kommen kann, sondern nur zu einer Reduzierung des Notwendigen und Allgemeingültigen auf das Relative der individuellen Subjektivität.

Demnach muß der zweite höhere Schritt der Erkenntnis dahin gehen, die menschliche Subjektivität von ihrer eigenen individuellen Begrenztheit zu befreien, um sie zu befähigen, jene notwendige All-gemeingültigkeit des objektiv Gegebenen adäquat zu erfassen. Nichts anderes ist der tiefere Sinn aller Gleichungen der Mechanik. Denn, was sie besagen, ist immer dies: alles Objektive ist zwar nicht schlechthin ein Subjektives, wohl aber die Wahrheit und das Wesen des Subjektiven; es ist mit diesem identisch und darum tatsächlich in einer Gleichung darstellbar. In aller wahren Erkenntnis findet also stets und ständig zweierlei statt, nämlich erstens, daß das unmittelbare Gegebene der objektiven Erfahrung zuvörderst durch das induktive Erfahrungswissen subjektiv vermittelt wird, zweitens aber, daß die erkennende Subjektivität von ihrer individuellen Zufälligkeit und Relativität gereinigt wird und in diesem Läuterungsprozeß ihre Identität mit der Gestaltung des Objektiven begreift. Die Behandlung des zweiten Hauptsatzes der Thermodynamik in ihrem Fortgange von Clausius bis zu Boltzmann ist ein sprechendes Beispiel für diesen Erkenntnisprozeß. Worauf beruht nun diese Entwicklung vom Wissen zur Wissenschaft?

Wird hier geantwortet: sie beruhe auf dem denkenden Begreifen, so ist damit zunächst noch nicht viel gesagt, weil man sich unter „Denken“ sehr Verschiedenartiges vorzustellen pflegt. Es ist zu zeigen, was dies für ein Denken sei, und dazu wird man sich zunächst einmal ebenso von der bloß sinnlichen Verallgemeinerung, Gruppierung und induktiven Zusammenfassung des psychologischen Denkens wie von dem einseitigen Verfahren der formalen Logik freimachen müssen. Es handelt sich jedenfalls um eine Fähigkeit, die nicht nur das Objektive und Subjektive der Erfahrung sinnlich zu erfassen, zu unterscheiden und auf einander zu beziehen vermag, sondern die imstande ist, die Identität jener beiden Faktoren wahrhaft zu vermitteln, und zwar so, daß das Objektive als die Wahrheit und Wirklichkeit der sie begreifenden Subjektivität erkannt wird.

Es ist sehr zu bedauern, daß wir für diese wissenschaftliche Grundtätigkeit kein anderes Wort zur Verfügung haben, welches dieses „Denken“ von dem psychologischen und formalistischen Denken deutlich unterscheidet. Handelt es sich in der Psychologie und der formalen Logik um das niedere, endliche Denken, so hat es das wahrhaft philosophische Denken mit der Erkenntnis des Unendlichen zu tun, und wie es eine infinitesimale Mathematik gibt,

so gibt es auch zum mindesten seit dem Zeitalter des klassischen Idealismus eine infinitesimale Logik. Diese zur vollen Reife herauszuarbeiten, ist die Fundamentalaufgabe nicht nur der Philosophie, sondern aller wahrhaft wissenschaftlichen Erkenntnis überhaupt. Nun aber liegt dieses Arbeitsfeld seit jener klassischen Epoche völlig brach, und wir müssen heute erst mühsam anfangen, dieses Gebiet der höheren Logik entsprechend dem fortgeschritteneren Standpunkt der empirischen Wissenschaften neu neuem anzubauen. Darüber müssen zur Entscheidung der anliegenden Streitfrage folgende Andeutungen genügen.

Erkenntnis der Wahrheit und Wirklichkeit, d. h. Wissen ist nur dann möglich, wenn der uns unmittelbar gegebene Erfahrungszusammenhang von einer einheitlichen, alles Wirkliche und Mögliche aus sich und durch sich bestimmenden Grundtätigkeit gestaltet wird. Nehmen wir für die Urenergie, wie sie in der Wissenschaft als die logische Grundlage aller Erkenntnis zur Darstellung kommt, die Bezeichnung „Denken“ in Anspruch, so muß diese zur Erkenntnis gelangende Tätigkeit also eine solche sein, daß sie sich nicht nur die notwendigen und allgemeingültigen Bestimmungen der jeweiligen Erfahrungswirklichkeit, sondern diejenige aller überhaupt möglichen Erfahrung schlechthin zu entwickeln vermag. Gibt es nun ein solches Denken? Gibt es ein Denken, das uns frei macht von der subjektiven Beschränktheit unserer sinnlichen Erfahrung oder mit anderen Worten gibt es ein Denken, das sich nicht bloß aus unserer endlichen Subjektivität, sondern mittelbar aus der Subjektivität überhaupt zugrunde liegenden Urenergie selbst bestimmt?

Unsere klassische Philosophie hat darauf eine bejahende Antwort gegeben. Sie hat diese Möglichkeit dadurch zu erweisen gesucht, daß sie zeigte, es gibt eine reine, von allen sinnlichen Erfahrungsinhalten unabhängige Denktätigkeit, in der sich das Denken zum Objekt seines eigenen Erkennens zu machen und dadurch die Grundbestimmungen aller Objektivität überhaupt aus sich zu entwickeln vermag. Auf diese Weise gelang es in der Tat, alle unsere wissenschaftliche Erkenntnis konstituierenden Kategorien auf dem eigenen Selbstbestimmungsprozeß des Denkens zu vermitteln. Damit schien denn die gewaltige Aufgabe gelöst, die das hellenische Altertum zwar noch formuliert, selbst aber nur phänomenologisch vorbereitet hatte, nämlich die Forderung des Aristoteles: Das Denken des Denkens als die Urtätigkeit der Weltvernunft systematisch zu begründen.

Es kann dahingestellt bleiben, ob Aristoteles mit diesem Denken des Denkens, wie es später entwickelt wurde, nicht doch eine tiefere Idee verbunden hatte. Sicher ist, daß die Logik Hegels, einen so ungeheuren Fortschritt sie bedeutete, den materialen Faktor des Seins doch noch nicht zureichend zu bestimmen vermocht hatte und daher von der empirischen Forschung abgelehnt wurde. Hier muß eine befriedigendere Fassung jenes Problems gesucht werden, und es kann gezeigt werden, daß das Denken selber dazu treibt.

Soll hier nun mit einem Wort gesagt werden, worauf es ankommt, so ist es dies: es ist die Grundnatur der unendlichen Denkenergie, daß sie nicht sich selber zum Objekt macht, sondern gerade umgekehrt die Setzung und Aufhebung ihres Gegenteils. Die reine, sich selbst zum Objekt habende Denktätigkeit ist auch nur eine Abstraktheit; sie wird aber konkret, insofern sie die Tendenz zur Produzierung und Re-integrierung ihres Gegenteils in sich begreift. Nur das Denken, welches sich das Nichtdenkende entgegensezt, um diesen Gegensatz alsdann in sich aufzuheben, ist das wahrhaft unendliche Denken und es ist zugleich unter allen die einzige Tätigkeit, die dies tut, und sich somit von den endlichen psychischen Tätigkeiten des Empfindens, Wahrnehmens und Vorstellens charakteristisch unterscheidet.

Erst mit der Erfassung dieses kontrapositorischen Wesens des allbegreifenden Denkens ist das logische Grundprinzip aller wissenschaftlichen Erkenntnis überhaupt ausgesprochen, und nur auf Grund der Entwicklung dieses Denkens erhebt sich die wissenschaftliche Forschung über die endliche, beschränkte Sphäre des subjektiven Erfahrens und Vorstellens. Wieso?

Ist das Denken diejenige Energie, die nicht bloß dieses oder jenes oder auch sich selbst denkt, sondern zugleich sich und sein Gegenteil, d. h. das Nichtdenkende oder das Energielose, so kann es weder im Himmel, noch in der Hölle, noch sonstwo etwas geben, das nicht durch dieses Denken mitbegriffen wäre. Man kann sich vielleicht den Luxus der Annahme gestatten anzunehmen, daß man in dem Weltraume einmal auf eine sehr entfernte Gegend tieße, wo das räumliche Krümmungsmaß wesentlich verändert erschiene. Das kann man tun! Aber niemals, wie zügellose Ausschweifungen einer feiner Phantasie auch gestatte, kann man in dem ganzen Universum jemals etwas zu finden erwarten, daß durch die Aufhebung des Gegensatzes zwischen dem Denkenden und dem Nichtdenkenden nicht mitbegriffen und somit den notwendigen und allge-

meingültigen Bestimmungen dieses unendlichen Denkens subjektiv wäre. Die physische und die psychische Welt sind nur die endlich einander ausschließenden und einseitigen Erscheinungen ihres kontrapositorisch entfaltenden Wesensgrundes. Infolgedessen vermögen wir die Wahrheit weder durch ein materialistisches noch durch ein platonisch-logisches Verfahren zu erfassen, weil jedes nur sich selbst und nicht zugleich auch sein Gegenteil mitzubefassen vermag. Dagegen ist das philosophische Denken deswegen allbegreifend, weil es nicht bloß das Selbst, seine bloßen Denkformen, sondern zugleich den Begriff seines substantziellen Gegenteils und damit erst das unendliche Ganze in seinen notwendigen und allgemeingültigen Selbstbestimmungen aus sich zu entwickeln imstande ist. Das also ist der Grund, weshalb wir sagen müssen: als geistiges Instrument für die Erforschung der Wahrheit und Wirklichkeit kann nur ein solches Erkennen dienen, das die Totalität seines Gegenteils mitbegreifend in sich aufzuheben vermag.

Wie nun dieses unendliche Denken selbst die reine Grundursache ist, so gehört es notwendig zu ihrem Wesen, sich das Nichtdenkende, das Nicht-selbst-Energiehabende oder kurz den Inhalt des Materiellen entgegenzusetzen und diesen ihren Gegensatz denken zu re-integrieren. Aus diesem Grundprozeß aber läßt sich durch eine fortschreitende Differenzierung und Integrierung und ohne Zuhilfenahme unserer subjektiven Wahrnehmungsvorgänge das gesamte System der notwendigen und allgemeingültigen Denkbestimmungen rein begrifflich entwickeln. Diese Entwicklung in ihrer ganzen Strenge zu geben, ist die Aufgabe der philosophischen Logik. Die Unterschiede von allen jenen formalen und psychologischen Darstellungen endlicher Erkenntnisprozesse, die man sonst wohl als Logik nennt. Nur diese so gefasste philosophische Logik ist wahr und wirklich zugleich. Sie ist wahr, weil sie nichts entwickelt als die immanente Notwendigkeit des Begriffs von dem unendlichen Ganzen, wie es sich als denkendes lebendiges Wissen frei von allen Anthropomorphismen selbst weiß; und sie ist wirklich, weil sie das Unendliche als ein solches erfährt, wie es sich in der Erzeugung und Aufhebung des Nicht-selbst-Wirklichen durch sein Wirken konstant erhält. Das Wirkliche ist die Konstanz der energetischen Differenzierung und ihrer Re-integrierung, und die Entgegensetzung des Denkens und des Nichtdenkenden ist das Koordinatensystem der höheren Logik.

Und nun wähne man nicht, daß die Logik so schon von der Natur begründet worden ist. Die Notwendigkeit des Gegensatzes kommt zwar auch er in seinem Verfahren, wie vor ihm schon Aristoteles.

zur Grundbestimmung des logischen Entwicklungsprozesses gemacht; aber er hat diesen Gegensatz doch noch in die homogene Sphäre des Denkens gelegt und so in nicht völlig zureichendem Maße erfasst. Bei ihm setzt das Denken nicht das Nichtdenkende und entwickelt erst aus diesem Gegensatz seine Bestimmungen; sondern das Denken geht nach seiner logischen Methode von der allgemeinsten Bestimmung seiner selbst, nämlich dem Sein aus, und treibt nun erst den Gegensatz an dieser seiner Bestimmung denkend hervor. So ist denn nach Hegel der Grund der Wahrheit lediglich die innere Selbstbestimmung des Denkens, während die eigene Notwendigkeit des Denkens dazu führt, sich selbst ein Nichtdenkendes oder Form- und Energieloses entgegenzusetzen. Die empirischen Wissenschaften hatten daher Recht, wenn sie sich dagegen sträubten, den transzendentalen Gegensatz des Geistes und der Materie mit Hegel darauf zu reduzieren, daß das Denken sich selber gleichsam verdoppelt; nicht dagegen die Totalität seines Gegenteils zum Objekt seines Denkens macht.

Ist nun dieses logische Grundgesetz der energetischen Kontraposition einmal erkannt, so tritt mit aller Deutlichkeit zu Tage, worin das Unzureichende liegt, den universellen Erfahrungszusammenhang rein monistisch als ein System elementarer Empfindungskomplexe hinstellen zu wollen. Es erweist sich als fundamentaler Irrtum, die Totalität der Natur und des Geistes aus der wechselseitigen Beziehung einfacher Elemente energetisch ableiten zu wollen, weil das Wesen der denkend erfassten Energie gerade darin besteht, ihr eigenes Gegenteil, das Energielose zu setzen und diesen Gegensatz alsdann zu re-integrieren. Wie das Denken überhaupt erst dadurch die unendliche Totalität begreift, daß es sich das Nichtdenkende entgegensezt und diesen Gegensatz als solchen überwindet, so setzt nun auch in der endlichen Sphäre des subjektiven Erkennens die Empfindung das Nicht-Empfindende, die Wahrnehmung das Nicht-Wahrnehmende, die Vorstellung das Nicht-Vorstellende voraus, um erst durch die Aufhebung eines solchen Gegensatzes zur Erkenntnis zu gelangen. Niemand verkennt daher das Wesen der Weltenergie mehr als diejenigen, welche vorgeben, durch die Eliminierung des Begriffs der Materie und seiner Hilfsgriffe ein neues Verfahren der Naturerkenntnis begründen zu wollen. Denn man schalte den Gegensatz der Materie, das Energielose, aus dem Begriff der Energie aus, so hebt man diese dadurch über auf, weil eine Energie, die nichts energiert, tot an ihr selber

ist. Und nicht in der eigenen Verdopplung, wie Hegel wollte, kann die schöpferische Arbeit der Urenergie bestehen, sondern nur in der konstanten Produktion und Re-integration der Totalität ihres reinen Gegenteils, weil nur durch einen solchen Gegensatz der Umfang und Inhalt aller überhaupt möglichen Erfahrung genetisch begriffen wird. Hegels Verdopplung der logischen Urenergie ist nur ein inneres Spiel Gottes mit sich selber; Gott aber spielt nicht, sondern seine schöpferische Urtätigkeit ist das freie Prinzip jener Arbeit, welche sich den Inbegriff alles Nichtgöttlichen gegenüberlegt, um auch dieses durch die Aufhebung jenes Gegensatzes in seinen göttlichen Schoß aufzunehmen und so alles in ihm selber zu beschließen. Der naturphilosophische Monismus ist wie aller Monismus überhaupt ein Reich des Todes.

Berufen sich die psychologischen Naturphilosophen darauf, daß noch nie ein Mensch Materie oder Atome oder Aether gesehen, geschmeckt, empfunden hätte, so ist dieser Einwand nach dem vorher aufgestellten Erkenntnisprinzip sehr naiver Art. Denn nach diesem Prinzip besteht nunmehr auch darüber volle Klarheit, daß die Realität der Materie gar nicht darauf beruhen kann, daß sie sinnlich wahrgenommen wird. Alles, was wir wahrnehmen, sind nicht mehr immer schon bestimmte Arten von Aufhebungen des Gegensatzes zwischen der Materie und der Urenergie, deren Gegensatz ja ist. Alle sinnliche Erfahrung ist daher nie die Wahrnehmung eines Einfachen, sondern ein Produkt dieser beiden Uraktoren, und in jedem solchen Produkt ist die Materie als das Energielose stets bereits in irgendeiner Weise negiert. Ist aber das Objekt unserer Empfindung nicht die Materie selbst, sondern die Stufenreihe ihrer Determinationen, so weisen diese mit Notwendigkeit auf eine ihnen zugrunde liegende Realität hin; und, was den sinnlichen Erscheinungen zugrunde liegt, kann selbstverständlich nicht unmittelbar sondern nur mittelbar erkannt werden. Der grobe Irrtum des Psychologismus entspringt daraus, daß die einzelne Sinnesempfindung für ein einfaches Element gehalten wird, während sie in Wahrheit ein aufgehobener Gegensatz ist. Soweit die Sinnlichkeit reicht, gibt es überhaupt kein Einfaches, kein Elementares: nur solches wird nur in der Abstraktion des Denkens erfaßt. Es ist eine Metaphysik allerhöchster Art, wenn die Naturphilosophen ihre Empfindungskomplexe für Elementarkomplexe ausgibt.

Andererseits hat zwar nicht die strenge Mechanik, wohl aber der metaphysische Materialismus den entgegengesetzten Irrtum be-



gangen, die Materie als das einfache und ursprüngliche Wesen aller Dinge und alles Lebens geltend zu machen. Dem gegenüber ergibt sich aber aus dem aufgestellten Energieprinzip nunmehr folgendes: Erstens, die Materie ist selbst nichts ursprünglich durch sich selbst Seiendes, sondern sie ist ein notwendig Geseßes, und ist als solches nichts für sich, sondern nur als Gegensatz Seiendes. Sie ist der Inbegriff des Energielosen, das sich die Grundenergie entgegenseßt, um es als solches fortschreitend zu negieren. Zweitens, die Materie ist keine einfache, endliche Realität, sondern als der konstante Uebergang von ihrer Setzung zu ihrer Aufhebung, von der Position zur Negation eine infinitesimale Realität. Drittens, die Materie ist keine der Urenergie koordinierte, sondern eine subordinierte Realität. Das Denken setzt sich das Nichtdenkende nicht gegenüber, um es dann gleichberechtigt neben sich bestehen zu lassen, sondern um es denkend aufzuheben. Infolgedessen sind auch Geist und Natur, Seele und Leib, Vernunft und Sinnlichkeit keine koordinierten Größen, sondern das zweite Glied steht zu dem ersten stets in einem subordinierten Verhältnis.

Wie immer aber auch sonst der Begriff der Materie eingehender zu bestimmen sei — denn hier kommt er nur als das Energielose oder genauer als das Nicht-selbst-Energie-habende in Frage —, so geht doch aus dem Urprinzip des universellen Denkens mit zwingender Gewißheit hervor, daß die Setzung der Materie nicht etwa nur eine zweckmäßige Hypothese, sondern eine notwendige Bedingung der Erfahrung überhaupt ist. Denn das unendliche Denken, in welchem sich die Weltenergie, frei von allen Anthropomorphismen, seiner selbst bewußt wird, hat seine eigene Notwendigkeit darin, daß es sich das Nichtdenkende, das Energielose entgegensetzen muß. Von diesem Prinzip sind alsdann alle abgeleiteten Denk- und Erkenntnisprozesse bestimmt. Will man daher ganz exakt sein, so wird man vorsichtigerweise sagen müssen, nicht die Materie als solche, sondern die konstante Setzung und Wiederaufhebung der Materie durch die ihr zugrunde liegende reine Energie ist eine allgemeine Erfahrungsbedingung und demgemäß notwendige Realität.

Auch darauf kam es hier nicht an, zu zeigen, wie sich der Begriff der Materie aus dem allgemeineren Begriff der Substanz entwickelt und dementsprechend als „räumliche Substanz“ zu bestimmen ist. Sagt das logische Grundprinzip, daß die Notwendigkeit des Denkens darin besteht, das Nichtdenkende zu setzen und in einer

stetigen Entwicklung aufzuheben, so entspringt hieraus die Kategorie der Substanz. Aus dieser ergibt sich aber auch für alle abgeleiteten Substanzen, wozu in erster Linie die Materie gehört, daß ihre Realität nicht in der einfachen Setzung eines der reinen Energie entgegengesetzten beharrlichen Etwas besteht, sondern in der Setzung und Re-integration dieses Beharrlichen zugleich. Die Materie ist daher unzureichend und falsch bestimmt, wenn nur der Faktor der Beharrlichkeit und Undurchbringlichkeit an ihr geltend gemacht wird, sie ist selbst gar nichts Beharrliches, sondern nur ein beharrlich Gesetztes, das als solches immer bereits im Begriff ist, fortschreitend wieder aufgehoben zu werden. Erst diese beiden entgegengesetzten Faktoren, nämlich das konstante Setzen und Aufheben eines Energielosen, konstituieren in ihrem Zusammenwirken den Begriff der Substanz, wie weiterhin den der Materie. Das ist zugleich der bereits erwähnte Grund, weshalb nie die Materie selbst, sondern nur die Erscheinungen der aufgehobenen Materie Gegenstand der sinnlichen Erfahrung sein können. Es kann daher zusammenfassend gesagt werden: „Der Begriff der Energie ist notwendig mit dem Begriff der Substanz verbunden, denn „Substanz“ drückt gar nichts anderes aus als die Notwendigkeit des Fortbegriffs aller energetischen Leistungen, nämlich die Notwendigkeit, das Energielose konstant zu setzen und fortschreitend wieder aufzuheben.“

Nicht also bornierte Scholastik ist es, wie Helm meint, nur die strenge Mechanik die psychologische Naturphilosophie als unwissenschaftlich verwirft. Denn was die Mechanik für die wissenschaftliche Erforschung ihres Sondergebietes prinzipiell verlangt, erweist sich als in der Denknöthwendigkeit der universalen Erkenntnis überhaupt begründet. Ist aber die erste dieser Forderungen die, daß die Wissenschaft sich von allen subjektiven, psychologischen Antriebsmorphismen zu befreien habe, so können sich jene Naturphilosophen dem nur widersetzen, wenn sie das Mittel nicht kennen, das eine solche Reinigung der wissenschaftlichen Erkenntnis ermöglicht. Ein solches Mittel gibt es aber, und zwar in dem infinitesimalen Denken, das freilich ein anderes Denken ist als dasjenige jener Grundriss der Naturphilosophie. Dieses Totalitätsdenken stellt nichts dar, als wie sich die altschöpferische Weltenergie der notwendigen und allgütigen Bestimmungen ihrer unendlichen Arbeitsleistung bemächtigt, und es ist daher ganz unabhängig davon, wie eingeschränkt immer unsere subjektive Erfahrung ist. Dieses selbe Denken erreicht

aber auch die zweite Forderung der Mechanik, nämlich die Inanspruchnahme einer konstanten, von jeder menschlichen Individualität unabhängigen Realität, als notwendig begründet. Dazu bedurfte es allerdings der hier gekennzeichneten Fortbildung der klassischen Logik; es war zu erkennen, daß die Notwendigkeit des Denkens nicht bloß, wie Hegel meinte, zur Entwicklung einer intellektuellen Objektivierung des Denkens selbst, sondern zu einer realen Entgegensetzung der Totalität des Nichtdenkenden zwingt. Ist diese logische Notwendigkeit nun erst einmal als Grundprinzip ermittelt, so ist damit erwiesen, weshalb die Mechanik schlechterdings nicht auf die Geltendmachung einer materiellen Realität verzichten kann, wonach der Veränderung der mechanischen Energien die konstante Setzung eines Energielosen zugrunde liegen muß. So erleben wir denn auch hier, was Planck im allgemeinen charakterisiert hat, nämlich daß die Mechanik vor allen Dingen den Begriff der Materie fort und fort von seiner anthropomorphen Vorstellungsweise reinigen muß, um ihn in seiner wahren Bedeutung zu erfassen.

Wenn daher die klassische Mechanik jede Art psychologischer Naturphilosophie als unwissenschaftlich zurückweist, so läuft diese Abwehr im letzten Grunde darauf hinaus, daß die sogenannte Energetik sich gerade der fortschreitenden Erkenntnis desjenigen Grundbegriffs entzieht, ohne dessen Vertiefung keine zureichende Naturerkenntnis möglich ist — nämlich den Begriff der räumlichen Substanz. Nicht anders steht es aber mit dem Verhältnis des Psychologismus zur Psychologie. Auch diese muß den gesamten modernen Psychologismus als völlig unwissenschaftlich zurückweisen, weil er sich hier ebenso unfähig erweist, an der Lösung der Fundamentalaufgabe aller Philosophie, nämlich der Befreiung des Denksystems von aller Gebundenheit an die anthropomorphe, psychische Vorstellungsweise, von seinem Standpunkt aus mitzuarbeiten.

Aber nicht der Philosophie, sondern der Mechanik gebührt das Verdienst, als erste von allen Disziplinen der Erkenntnis darauf hingewiesen zu haben, daß das Verfahren des energetischen Psychologismus nur zu einer Verflachung und Nivellierung der wissenschaftlichen Forschung führt. Ist nach ihr die sinnliche, subjektive Erfahrung nicht nur der Ausgang, sondern auch das entscheidende Kriterium aller Erkenntnis, dann gibt es allerdings nur ein mehr oder weniger zutreffendes Wissen von den Dingen und dem Leben, aber keine Wissenschaft mehr; dann ist alles Streben nach notwendiger und allgemeingültiger Erkenntnis eitle Prahlerei und leere Selbsttäuschung,

und der Weisheit letzter Schluß ist der Relativismus und die sinnliche Anpassung an den Sinnenchein. Dieses Lied ist uns seit mehr als einem halben Jahrhundert in den berückendsten Tönen vorgesungen worden, und die große Mehrzahl der Gebildeten ist diesem Sirenengefangen kritiklos zum Opfer gefallen. Sokrates ist in den Tartarus hinabgestürzt worden: Protagoras aber ist uns auferstanden, und seine Aflerweisheit, daß das sinnliche Individuum das Maß aller Dinge sei, hat geradezu Orgien des wilden Subjektivismus entfacht. Aber auch hier ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Nicht zwar die Religion, die Kunst, noch auch die Theologie oder die Ethik, sondern die mathematische Mechanik hat den Psychologismus, als er unter der Gestalt des energetischen Subjektivismus auch in ihr Heiligtum einzudringen suchte, energisch wieder daraus verwiesen. Ihr verdanke wir es, gegenüber aller anthropomorphen Schwarmgeistererei zunächst für die Naturerkenntnis die echte Wahrheit verteidigt zu haben. Die Wissenschaft nicht Psychologismus, sondern Eliminierung des Psychologismus ist.

Es ist dies die erste, gründliche Ablehnung, welche die physikalische Naturalphilosophie von seiten einer strengen Wissenschaft erfährt. Mag es nun auch noch eine Zeitlang währen, bis auch die anderen Wissenschaften wieder auf die echten Grundlagen aller vernünftigen Erkenntnis besinnen, so ist doch ein siegreicher Anfang gemacht. Und daß dies hier geschehen ist, muß als unverkennbares Zeichen dafür gelten, daß ein entscheidender Wendepunkt in unserem Geistesleben eingetreten ist.

## Lamarck und Darwin.

Von

Walther May, Karlsruhe.

---

In diesem Jahre feiert die biologische Wissenschaft ein dreifaches Jubiläum: den 100. Geburtstag Charles Darwins, den 100. Geburtstag der „Zoologischen Philosophie“ Lamarcks und den 50. Geburtstag der „Entstehung der Arten“. Da liegt es nahe, das Verhältnis des großen englischen Biologen zu dem genialen französischen Naturphilosophen zur Sprache zu bringen.

Persönlich sind beide Männer nie mit einander in Berührung gekommen. Als Lamarck starb, war Darwin ein zwanzigjähriger Jüngling, der an Deszendenztheorie noch nicht dachte. Doch hatte bereits in seiner Edinburgher Studienzeit von dem französischen Naturphilosophen gehört. Auf einem Spaziergang des jungen Studenten mit seinem Freunde Dr. Grant sprach dieser voll hoher Bewunderung von Lamarck und seiner Entwicklungslehre. Darwin wurde in schweigendem Erstaunen zu, aber ohne daß Grants Plaudereien irgend eine Wirkung auf seine Seele hervorgebracht hätten. Später hat sich der gereifte Forscher wiederholt in seinen Briefen über Lamarck geäußert. Aber nicht gerade anerkennend lautet das Urteil und doch sonst so mild und gerecht denkenden Mannes über seinen unverkannten Vorgänger. „Der Himmel bewahre mich vor Lamarckschem Unsinn einer Neigung zum Fortschritt, der Anpassungen Folge des langsam wirkenden Willens der Tiere“, ruft er in dem Briefe aus, in dem er am 11. Januar 1844 dem Botaniker Hooker zum erstenmal seine feyerischen Ideen über die Veränderlichkeit der Arten mitteilte. Und in einem andern Brief an Hooker aus derselben Zeit lesen wir: „Was Bücher über diesen Gegenstand besitzst, so kenne ich keine systematisch davon handelnden, ausgenommen von Lamarck, was wirklich wertlos ist. Ist es nicht merk-

würdig, daß der Verfasser eines solchen Werkes wie die „*Animals sans Vertèbres*“ geschrieben haben kann, daß Insekten, die niemals ihre Eier sehen (ebenso Pflanzen ihre Samen), von bestimmten Formen sein wollen könnten, um besondern Gegenständen angepaßt zu werden?“ Einige Jahre später schrieb Darwin an denselben Freund, Lamarck sei die einzige Ausnahme eines sorgfältigen Beschreibers von Spezies, der nicht an beständige Spezies geglaubt habe aber mit seinem widersinnigen, wenn schon geschickten Betrug dem Gegenstand geschadet. In mehreren Briefen an den Geologen Lyell vom Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre klagt er sich darüber, daß dieser wiederholt seine Ansichten als eine Modifikation der Lamarckschen Lehre bezeichne. Er glaube, die Art den Fall darzustellen, sei für die Annahme der Ansicht schädlich, da sie seine Lehre in enge Verbindung mit einem Betrug bringe, das er nach zweimaligem überlegtem Lesen für ein ekelhaftes und für ihn absolut nutzloses Buch halte, aus dem er nichts gewonnen, nicht eine Tatsache und nicht eine Idee entnommen habe. Auch dem Mathematiker Hopkins wirft er in einem Brief an den amerikanischen Botaniker Asa Gray vor, daß er in seinem Aufsatz über die Ansichten von Lamarck und Darwin die Verschiedenheiten beider bezüglich der Erklärung der Anpassungen, des Prinzips der Divergenz, der Zunahme der herrschenden Gruppen und des notwendigen Erlöschens der weniger herrschenden und kleinern Gruppen nicht gebührend gewürdigt habe.

Darwin hat uns selbst den Schlüssel zu diesem auf den ersten Blick rätselhaften Verhalten gegenüber seinem großen Vorläufer gegeben. In einem der Briefe an Lyell bekennt er, seine Geringschätzung des Lamarckschen Buches sei wohl eine Folge davon, daß er immer die Bücher nach Tatsachen durchsucht habe, vielleicht davon, daß er wußte, sein Großvater habe früher dieselben Spekulationen angestellt. Dies zweite Moment dürfte wohl kaum in Anschlag zu bringen sein, dagegen scheint mir das erste Darwins Verstimmung gegenüber Lamarck zu erklären, und ich will versucht haben, dies im einzelnen auszuführen, wobei sich einige fundamentale Verschiedenheiten zwischen der Lamarckschen und der Darwinschen Behandlung der descententheoretischen Fragen ergeben werden.

Zunächst waren die Ausgangspunkte der biogenetischen Spekulationen beider Forscher durchaus verschieden. Lamarck war Naturphilosoph, er hatte, als er seine „*Zoologische Philosophie*“ veröffentlichte, eine dreißigjährige Tätigkeit auf dem Gebiete der botanischen

und zoologischen Systematik hinter sich. Bereits 1778 war seine dreibändige „Französische Flora“ erschienen, und wenige Jahre später hatte er in vier Bänden der großen französischen Enzyklopädie alle damals bekannten Pflanzen, deren Namen mit den Buchstaben A bis P beginnen, beschrieben und in seiner ebenfalls der Enzyklopädie einverleibten „Illustration der Genera“ die Charaktere von 2000 Gattungen dargestellt und illustriert. 1794 hatte er seine Vorlesungen über wirbellose Tiere im Pariser Museum eröffnet, die Einteilung der Tiere in Wirbeltiere und Wirbellose aufgestellt und die Wirbellosen wieder in Weichtiere, Insekten, Würmer, Strahltiere und Polypen gegliedert. In den folgenden Jahren hatte er die Krebse, Spinnen, Ringelwürmer, Infusorien und Rankenfüßer als weitere selbständige Gruppen der wirbellosen Tiere abge sondert. Diese glänzenden systematischen Arbeiten, die später in der siebenbändigen „Naturgeschichte der wirbellosen Tiere“ ihren Abschluß fanden, begründeten nicht nur Lamarcks Ruf als Naturforscher, sondern bilden auch die Grundlagen seiner bezugendenztheoretischen Spekulationen. Das systematische Studium der Tiere und Pflanzen führte ihn zu der Erkenntnis, daß eine allmähliche Abstufung in der Ausbildung der tierischen Organisation vorhanden ist, und diese glaubte er am besten durch die Annahme einer Entwicklung von niedern zu höhern Formen erklären zu können. „Wie hätte ich auch“, schreibt er im Vorwort seiner „Zoologischen Philosophie“, „die eigentümliche Abstufung, die sich in der Organisation der Tiere von den vollkommensten bis zu den unvollkommensten zeigt, betrachten können, ohne nach der Ursache einer so positiven, so wichtigen und durch so viele Beweise verbürgten Tatsache zu fragen? Mußte ich nicht annehmen, daß die Natur die verschiedenen Organismen nacheinander in der Weise hervorgebracht habe, daß sie vom Einfachen zum Komplizierteren überging, da sich ja doch die Organisation in der tierischen Stufenleiter von den unvollkommensten Tieren an stufenweise auf höchst bemerkenswerte Art kompliziert?“

Diesem Ausgangspunkt entsprechend beginnt auch das Hauptwerk Lamarcks mit systematischen Erörterungen. Ja, mit Ausnahme des vierten und siebenten Kapitels ist der ganze erste, der eigentlich bezugendenztheoretische Teil des Werkes systematischen Inhalts. Lamarck will zunächst zeigen, daß die Klassen, Ordnungen, Familien und Gattungen sowie ihre Benennungsweisen von uns erfundene künstliche Hilfsmittel der Naturwissenschaften sind und daß die Natur in Wirklichkeit in ihren Erzeugnissen weder konstante Klassen, Ord-

nungen, Familien und Gattungen noch auch konstante Arten gibt, hat, sondern nur Einzelwesen, die aufeinander nachfolgen und denen gleichen, die sie hervorgebracht haben. Er will beweisen, daß die wohl abgetrennten systematischen Kategorien nur in unserer Bildung existieren und zugleich ein Resultat der Schranken unseres Kenntniß der lebenden und ausgestorbenen Tiere sind. Er will zeigen, daß wir, je mehr unsere Beobachtungskenntnisse fortschreiten, um so mehr Beweise dafür erhalten, daß die Grenzen der Klassen selbst derer, die am meisten abgesondert erscheinen, sich vermischen. Er tadelte die Naturforscher, daß sie das, was der Kunst angeblich von dem, was der Natur eigen ist, nicht unterscheiden und künstlich statt natürliche Systeme aufgestellt haben. Nachdem er dann noch auf die Wichtigkeit der Betrachtung der natürlichen Beziehungen zwischen den systematischen Gruppen für eine naturgemäße Einteilung hingewiesen hat, versucht er den Artbegriff bei den Organismen festzustellen und zu zeigen, daß je weiter unsere Kenntnisse über die verschiedenen Organismen fortschreiten, um so mehr unsere Verlegenheit wächst, wenn wir das bestimmen wollen, was als Art bezeichnet werden soll. Nur solche, meint er, die sich lange und eifrig mit der Bestimmung der Arten befaßt und reichhaltige Sammlungen von Naturate gezogen haben, können wissen, wie weit die Arten in einander übergehen, nur sie haben sich überzeugen können, daß, wenn wir irgendwo isolierte Arten sehen, dies nur daher kommt, daß wir die ihnen nahestehenden noch nicht kennen. Des Weiteren untersucht er den gegenwärtigen Zustand der Anordnung und Einteilung der Tiere, um darzutun, daß die Natur sowohl im Pflanzen- als auch im Tierreich eine wahre Stufenleiter hinsichtlich der wachsenden Ausbildung des Baues aufgestellt hat, deren Stufen jedoch nur in den Hauptgruppen der allgemeinen Reihe, nicht aber in den Arten noch selbst in den Gattungen erfasst werden können. Um die Abstufung der Organisation im einzelnen zu erweisen, durchläuft er die verschiedenen Klassen des Tierreichs von den Säugetieren durch die Vögel, Reptilien, Fische, Mollusken, Cirripeden, Anneliden, Crustaceen, Arachniden, Insekten, Würmer, Strahltiere und Polypen bis zu den Infusorien. Und endlich geht er das ganze Tierreich noch einmal in umgekehrter Reihenfolge durch, von den Infusorien bis zu den Säugetieren, um deutlich zu machen, wie naturgemäß die Reihenfolge und Anordnung der Tiere sei. Er teilt dabei alle Organisationsformen in sechs Stufen ein, von denen vier den Wirbellosen und zwei den Wirbeltieren angehören. Mit Hilfe dieses Ansatzes



glaubt er leicht den Gang der Natur bei der Schöpfung der Tiere studieren und die in der Ausbildung der Organisation erworbenen Fortschritte erkennen zu können.

So bildet die Systematik nicht nur den Ausgangspunkt, sondern geradezu die Grundlage und den Hauptinhalt der Lamarckschen Deszendenztheorie. Auch Darwin hatte, ehe er seine „Entstehung der Arten“ schrieb, auf systematischem Gebiet gearbeitet. Acht Jahre lang, von 1846—1854, hatte ihn seine große Monographie der Cirripeden oder rankenfüßigen Krebse beschäftigt, ein Werk, das ihm für alle Zeiten einen der ersten Plätze unter den Systematikern der Zoologie gesichert hat. Aber von so großem Nutzen diese Arbeit, einem eigenen Ausspruch nach, auch für ihn war, als er in seiner „Entstehung“ die Grundsätze einer natürlichen Klassifikation zu erratern hatte, so wertvoll sie für seine Erziehung zum Naturforscher als eine Schule in Systematik war, so sehr sie seine Methoden verfeinerte und ihm die Augen öffnete für die Schwierigkeiten und Verdienste der Systematiker, einen Ausgangspunkt seiner deszendenztheoretischen Spekulationen bildete sie nicht. Wohl trat auch ihm bei seiner Arbeit das entgegen, was Lamarck so stark beeinflusst und um Deszendenztheoretiker gemacht hatte: die Schwierigkeit, Arten hart zu unterscheiden. „Systematische Arbeit“, schreibt er an Hooker, würde leicht sein ohne diese verwünschte Variation, die mir indessen als einem Spekulant angenehm ist, so widerwärtig sie mir als Systematiker ist.“ Und in einem andern Brief lesen wir: „Nachdem ich eine Anzahl von Formen als verschiedene Arten beschrieben, mein Manuskript zerrissen und sie zu einer Spezies vereinigt, dann dies wieder zerrissen und sie zu besondern Arten gemacht, sie dann noch einmal vereinigt hatte (was mir passiert ist), habe ich mit den Jähnen geknirscht, Spezies verwünscht und mich gefragt, was für eine Sünde ich begangen habe, daß ich so bestraft werde.“ Aber als Darwin dies im Jahre 1853 schrieb, stand seine Ueberzeugung von der Veränderlichkeit der Spezies längst fest. Hatte er doch bereits 1844 eine ausführliche Skizze seiner Theorie im Manuskript niedergeschrieben, zu einer Zeit, als ihm die Schwierigkeiten des Systematikers bei der Artunterscheidung praktisch noch nicht entgegengetreten waren. Und auch später hat das Studium der Cirripedenpezies, wie wiederum aus einem Brief an Hooker hervorgeht, auf seine Abänderungstheorien keine große Wirkung gehabt.

Von ganz andern als systematischen Gesichtspunkten aus ist Darwin zu die Speziesfrage herangetreten. Als er auf seiner Weltreise Süd-

amerika und die ihm benachbarten Inseln betrat, da überraschte ihn gewisse Tatsachen in bezug auf die Verbreitung der Fauna und die geologischen Beziehungen der jetzigen zu der früheren Bevölkerung dieses Erdteils. Drei Klassen von Erscheinungen trafen ihn damals, wie er in einem Brief an Haeckel mitteilt, sehr lebhaft vor die Seele: erstens die Art und Weise, in der nahe verwandte Spezies einander vertreten und ersetzen, wenn man von Nord nach Süden geht, zweitens die nahe Verwandtschaft der Spezies, die auf den Südamerika benachbarten Inseln leben, und der Spezies, die diesem Festland eigentümlich sind, und drittens die nahe Beziehung der lebenden Fehlzähner und Nagetiere zu den ausgestorbenen Arten. Diese Tatsachen schienen ihm einiges Licht auf den Ursprung der Arten zu werfen und machten es ihm mehr scheinlich, daß nahe verwandte Spezies von einer gemeinsamen Stammform abstammen könnten. Nach Hause zurückgekehrt fing er an, alle Arten von Tatsachen zu sammeln, die möglicherweise mit irgend einer Beziehung zur Speziesfrage stehen konnten. Da magte ihm, entsprechend seinem Ausgangspunkt, die Tatsachen der geologischen Aufeinanderfolge und der geographischen Verbreitung der Organismen vor allen andern interessiert haben. Das beweist auch sein im Jahre 1837 begonnenes Notizbuch, in dem geographische und geologische Erwägungen eine Hauptrolle spielen. Ebenso zeigen die drei umfangreichen Kapitel in der „Entstehung der Arten“ über geologische Aufeinanderfolge und geographische Verbreitung, in denen ein erstaunliches Tatsachenmaterial zusammengedrängt ist, welches die Bedeutung Darwin diesen Erscheinungen zugeschrieben hat. Wenn er aber bei Lamarck nach solchen Tatsachen suchte, so mußte er dessen Buch enttäuscht aus der Hand legen. Denn in der „Zoologische Philosophie“ spielen biologische Geographie und Paläontologie fast keine Rolle. Sie konnten es allerdings auch nicht, denn beide Wissenschaften waren damals so gut wie noch nicht vorhanden. Und was von den Tatsachen der Paläontologie und biologischen Geographie gilt, das gilt auch von denen der Embryologie und vergleichenden Anatomie. Auch in bezug auf diese, für seine Theorie so wertvollen Wissenschaften, denen das vorletzte Kapitel seines Hauptwerkes gewidmet ist, konnte Darwin bei Lamarck nichts gewinnen. Er fand bei diesem nur allgemeine systematische Erörterungen über den Artbegriff und die Abstufung der Organismen, aber keine paläontologischen, chorologischen, embryologischen und morphologischen Daten, die ihm von Nutzen sein konnten. So dürfen wir uns nicht wundern, wenn ihm das Buch nutz- und wertlos erschien.

Aber Darwin suchte nicht nur solche Tatsachen, die indirekt zugunsten einer Umbildung der Organismen sprechen konnten, sondern er suchte vor allem auch direkte Beweise für die Umbildung. Solche boten ihm die Bücher und Zeitschriften der Gärtner und Tierzüchter in reichem Maße, solche schöpfte er aus seinen eigenen Züchtungsversuchen, Lamarck aber ließ ihn auch hier im Stich. Freilich ist dieser keineswegs achtlos an den Erscheinungen der Domestikation vorübergegangen. Er erinnert daran, daß viele von Natur aus sehr behaarte Pflanzen unter dem Einfluß der menschlichen Züchtung glatt, viele kriechende aufrecht, manche dornige dornenlos, manche holzige krautartig werden. Im kultivierten Weizen, in unserem Kohl und Rattich sieht er nicht weniger Produkte der menschlichen Züchtung als in den verschiedenen Rassen der Hühner und Tauben, der Enten und Gänse, der Hunde und Pferde. Aber was Lamarck darüber sagt, füllt nicht mehr als zwei Seiten seines über fünfhundert Seiten starken Buches, es sind nur Hinweise auf allgemein bekannte Erscheinungen, die dem nach den feinsten Detailbeobachtungen ahnenden Darwin nichts bieten konnten. Und zudem mußte die Erklärung, die Lamarck von diesen Umbildungen und den Veränderungen im Naturzustand bot, Darwin vollständig unzulänglich erscheinen. Die zentrale Idee des Lamarckismus, die Lamarck im ebenen Kapitel seines Werkes entwickelt hat, die Idee, daß die Bedürfnisse und Funktionen der Organe diese Organe entwickelt und ins Dasein gerufen haben, verwarf Darwin allerdings keineswegs, er hat in seinem Hauptwerk diese Idee vielfach angewendet und teilweise sogar durch von Lamarck gebrauchte und übereinstimmend erklärte Beispiele zu belegen versucht, ohne indes Lamarck zu erwähnen. Schon der Zoolog Claus hat auf dieses, von Darwins sonstigen literarischen Gewohnheiten gänzlich abweichende Verhalten hingewiesen. Wenn aber Darwin auch dem Gebrauch und Nichtgebrauch eine gewisse Bedeutung für die Umbildung der organischen Formen zuschrieb, so hielt er diesen Faktor doch bei weitem nicht für ausreichend, um die zahllosen Fälle zu erklären, in denen Organismen aller Art ihrer Lebensweise angepaßt sind, wie z. B. ein Fledermaus oder Laubfrosch zum Erklettern der Bäume oder ein Same seine Verbreitung mittelst Haften oder Fiedern. Ihm waren derartige Anpassungen immer sehr aufgefallen, und so lange sie nicht erklärt werden konnten, schien ihm der Versuch fast nutzlos zu sein, durch direkte Beweise festzustellen, daß Spezies modifiziert worden sind. Schließlich führte ihn das Studium von Malthus auf die Zucht:

wahltheorie, die sich zu einer Hauptidee seiner Lehre ausgestaltet und deren positiver und negativer Erörterung nicht weniger als acht Kapitel der „Entstehung“ gewidmet sind.

Lamarck fehlt diese Idee der Zuchtwahl völlig, trotzdem er den Kampf ums Dasein nicht übersehen hat. „Die Tiere“, schreibt er, „fressen einander auf, ausgenommen die, die von Pflanzen leben. Diese ihrerseits werden indessen von den fleischfressenden Tieren verschlungen. Man weiß, daß die stärkern und besser bewaffneten die schwächern auffressen und daß die großen Arten die kleinen verschlingen. Nichtsdestoweniger fressen die Individuen derselben Art einander selten, sie stellen andern Arten nach. Die Vermehrung der kleinen Tierarten ist so bedeutend, und die Generationen folgen so schnell aufeinander, daß diese kleinen Arten den andern den Platz auf dem Erdboden versperren würden, wenn die Natur nicht ihrer verschwenderischen Vermehrung eine Grenze gesetzt hätte. Weil sie aber einer Menge anderer Tiere zur Beute dienen, und ihre Lebensdauer sehr beschränkt ist und das Sinken der Temperatur sie zugrunde richtet, so hält sich ihre Menge immer in den richtigen Größenverhältnissen für die Erhaltung ihrer und für die der andern Arten.“ Also nur für die Erhaltung des Gleichgewichtes in der Natur ist der Kampf ums Dasein für Lamarck von Bedeutung, nicht für die Höherentwicklung der organischen Formen. Zudem berücksichtigt er nur den Kampf, der sich zwischen verschiedenen Arten abspielt, läßt dagegen den für die Zuchtwahltheorie noch wichtigern Kampf zwischen den Individuen einer und derselben Art außer Betracht. Ja, er betont geradezu, daß die Individuen derselben Art einander selten auffressen und daß sie nur andern Arten nachstellen. Schon der französische Geschichtsschreiber der vordarwinschen Entwicklungslehre, Edmond Perrier, hat auf diese Verschiedenheit in der Auffassung des Kampfes ums Dasein bei Lamarck und Darwin hingewiesen. Auch in dieser Hinsicht konnte also Darwin von Lamarck keine Anregung erfahren.

Noch eines fundamentalen Unterschiedes zwischen dem Lamarck'schen und dem Darwinschen Werk müssen wir hier gedenken. Es ist schon in den Titeln beider Bücher zum Ausdruck gebracht. Darwin hat sich auf ein einziges, scharf abgegrenztes naturwissenschaftliches Problem beschränkt, er hat sich die Aufgabe gestellt, Licht über den Ursprung der Tier- und Pflanzenarten zu verbreiten. Sein ganzes Werk vom ersten bis zum letzten Kapitel ist dieser Frage gewidmet, ist eine einheitliche Beweisführung für die S-

änderlichkeit und Entwicklung der Spezies. Wohl zieht er auch die geistigen Fähigkeiten der Tiere in den Kreis seiner Erörterungen, aber ausdrücklich betont er, daß er nichts mit dem Ursprung der geistigen Grundkräfte noch mit dem des Lebens selbst zu schaffen habe. „Zu untersuchen,“ schreibt er auch in der „Abstammung des Menschen“, „in welcher Weise die geistigen Fähigkeiten zuerst in den niedrigsten Organismen sich entwickelt haben, ist eine ebenso hoffnungslose Untersuchung als die, wie das Leben zuerst entstand. Dies sind Probleme für eine ferne Zukunft, wenn sie überhaupt je von Menschen gelöst werden können.“ Als Darwin kurze Zeit nach der Niederschrift dieser Worte Bastians großes Werk zugunsten der Urzeugung las, sprach er in einem Brief an Wallace zwar sein tiefes Interesse an dem Gegenstand und seine Bewunderung für des Verfassers Fähigkeiten aus, blieb aber im wesentlichen auf seinem skeptischen Standpunkt. Er sei nicht überzeugt worden, meint er, zum Teil wegen der deduktiven Form des Raisonnements. Niemals habe er sich durch Deduktion überzeugt gefühlt, selbst nicht in dem Fall von Herbert Spencers Schriften. Er möchte es wohl erleben, daß Urzeugung als richtig bewiesen würde, denn das würde eine Entdeckung von transzendentaler Bedeutung sein, oder wenn sie falsch sei, möchte er sie durch Beweise widerlegt sehen, das alles werde er aber nicht mehr erleben.

So spricht der Naturforscher Darwin. Ganz anders tritt der Naturphilosoph Lamarck an diese letzten Fragen heran. Er scheut nicht vor ihnen zurück, sondern versucht kühn ihre Lösung. Er beschränkt seine Aufgabe nicht auf das Deszendenzproblem, er schreibt eine umfassende Zoologische Philosophie. Nur der erste Teil seines Werkes ist deszendenztheoretisch im eigentlichen Sinn, nur er läßt sich mit der Darwinschen „Entstehung“ vergleichen. Der zweite und dritte Teil behandeln gerade jene Fragen, denen Darwin geflüchtet ist aus dem Weg gegangen war: das Wesen des Lebens und seine erste Entstehung, die physischen Ursachen des Gefühls und der Verstandesprozesse. „Ich kann beweisen,“ sagt Lamarck mit fast vermessenhaft zu nennender Sicherheit, „daß die Alten nicht im Irrtum waren, als sie der Natur die Fähigkeit, direkte Zeugungen zu bewirken, zuschrieben.“ Es ist für ihn eine ganz evidente Wahrheit, daß die Natur mit Hilfe der Wärme, des Lichtes, der Elektrizität und der Feuchtigkeit direkte spontane Zeugungen am Anfang der pflanzlichen sowohl als der tierischen Stufenleiter bildete und daß solche Bildungen in den dafür günstigen Verhältnissen noch beständig

vor sich gehen, indem sonst die Ordnung der Dinge, die wir beobachten, nicht existieren könnte. Und nicht weniger kühn und bemessen tritt Lamarck den psychologischen Problemen gegenüber. „Man kann gegenwärtig nicht mehr daran zweifeln,“ lautet das entschiedene Urteil, „daß die Verstandesprozesse bloß Organisationsverrichtungen sind.“ Hauptsächlich dem Zoologen teilt er dabei die Aufgabe zu, zu untersuchen, was die Ideen sind, wie sie gebildet werden, wie sie sich erhalten und wie das Gedächtnis sie erneuern zurückruft und von neuem zum Bewußtsein bringt. Und so will er denn als Zoolog zeigen, wie die Natur das Organ des Gedächtnisses und durch dieses die erzeugende Kraft der Handlungen geschaffen hat, wie mit Hilfe eines besondern Organs für den Verstand Ideen, Gedanken, Urteile und Gedächtnis bei den Tieren, die dieses Organ besitzen, zustande kommen können.

Eine tiefe Kluft gähnt hier zwischen Lamarck und Darwin. Dem agnostischen Sinn des Weisen von Down mußten diese Teile des Lamarckschen Werkes als wilde Spekulationen einer erbgeworbenen Phantasie erscheinen. Darwin hat das nie ausgesprochen, aber nicht empfunden. Er suchte nach Tatsachen für die Abänderung der Spezies, und er fand über die Hälfte des Werkes, das mehr als alle andern berufen schien, ihm solche zu bieten, allgemeinen Betrachtungen über die physischen Ursachen des Lebens und des Gedächtnisses gewidmet, Problemen, die er für unlösbar hielt. Da kann es nicht wieder nicht wundern, wenn er enttäuscht dem Buche den Rücken wandte und erklärte, es habe dem Gegenstande mehr geschadet als genützt.

So wird uns das harte Urteil Darwins über Lamarck verständlich. Damit soll nicht gesagt sein, daß dies Urteil gerecht sei. Darwin hat in den erwähnten Briefstellen nicht als Historiker über Lamarck geurteilt, er hat ihn nicht aus den Bedingungen seiner Zeit heraus zu verstehen versucht. Er hat lediglich seinem Unmut darüber Ausdruck verliehen, daß nicht bei ihm gefunden zu haben, was er bei ihm suchte. Da wo er Lamarck als Historiker gegenübertritt, wie in der historischen Skizze seiner „Entstehung der Arten“, hat er sich weit milder, wenn auch immer noch sehr zurückhaltend über ihn ausgesprochen. Da nennt er ihn den mit Recht gefeierten Naturforscher, der das große Verdienst habe, die Aufmerksamkeit zuerst auf die Wahrscheinlichkeit gelenkt zu haben, daß die Veränderungen in der organischen wie in der unorganischen Welt die Folgen von Naturgesetzen und nicht von wunderbaren Zirkeln

fallen sind. Daß damit Lamarcks Stellung in der Geschichte der Biologie richtig gewürdigt sei, wird niemand behaupten wollen. Eine gerechte Würdigung seiner Verdienste ist ihm durch Darwin ebensowenig zu teil geworden wie durch seinen Zeitgenossen Cuvier, der in seiner Gedächtnisrede auf Lamarck dessen Lehre mit folgenden Worten abfertigte: „Ein System, das sich auf solche Grundlagen stützt, kann wohl die Einbildungskraft eines Dichters amüsieren, ein Metaphysiker kann daraus eine ganze Reihe neuer Systeme ableiten, aber es kann auch nicht einen Augenblick die Prüfung jemandes aushalten, der eine Hand, ein Eingeweide, ja nur eine Feder zergliedert hat.“

Darwin und Cuvier, die beiden größten Biologen des 19. Jahrhunderts, begegnen sich also in ihrem Urteil über Lamarcks Werk, obwohl sie von entgegengesetzten Gesichtspunkten ausgingen, sie vermischten beide bei Lamarck das, worauf sie ihre Ideen aufbauten: Tatsachen und Beweise.

# Ein Besuch in den altgriechischen Heilstätten zu Athen und Epidauros.

Von

Carl Schultze.

Als Sokrates den Giftbecher getrunken hatte und merkte, daß das Gift ihn betäubte, da verhüllte er das Haupt und sprach zu Kriton: „Wir schulden dem Asklepios einen Hahn; darum opfert ihn und versäume es nicht“. Der feste Glaube an die Unsterblichkeit hatte die Schrecken des Todes überwunden, und für den Greis, der ohne Krankheit und Todesangst an der Pforte der Ewigkeit stand, war der Tod nur eine Erlösung von den Leiden des irdischen Lebens. Das drückte er aus, indem er auch für diese Erlösung, für diese Genesung zu Ehren des Heilgottes Asklepios das Opfer anordnete, das damals die Genesenen diesem gewöhnlich darbrachten.

Wenn die Jugend mit empfänglichem Sinne den Platonischen Phaidon liest, so haftet außer den großen Hauptgedanken auch dieses letzte Wort in ihrem Gedächtnis, und gewiß hat der Schluß des Platonischen Gespräches schon manch einen zu den Fragen veranlaßt: „Wer war Asklepios? Seit wann verehrte man ihn in Athen? Wo war die Hauptstätte seiner Verehrung?“ Mir hat die Teilnahme an der fünften Badischen Studienreise im Mai 1906 Gelegenheit geboten, diese Fragen zu beantworten.

Der Gott, dem Sokrates für seine Genesung danken will, ist nicht der alte Heilgott der Athener; er ist ein Neuling im attischen Lande, wo sein Heiligtum erst in den Mannesjahren unseres Sokrates zwischen 420 und 412, erbaut ist. Sein Name kommt, wenn ich richtig gezählt habe, am Mittelmeere in sechzehn verschiedenen Formen vor, unter denen Asklepios (Ἀσκληπιός) in Athen, Asklepias (Ἀσκληπιάς) in Epidauros und Aesculapius in Rom die



kannteiten sind. Der zweite Teil des Namens bezeichnet sein Wesen, denn mild und gütig ( $\Phi\iota\lambda\omicron\varsigma$ ) ist er gegen die Menschen; was der erste Teil bedeutet, ist schwerer zu sagen: man will darin die Bedeutung „Glanz“ oder „Unermüdlichkeit“ oder gar den Namen eines Königs Askles erkennen, den er dann von einem Augenleiden befreit haben soll.

Die weitverzweigte Ueberlieferung über seine Herkunft haben unter anderen U. von Wilamowitz-Möllendorff in den Untersuchungen über Iphlos (1886) und Thraemer in den Handbüchern von Roscher und Pauly-Wissowa zusammengetragen und gesichtet. Für unsern Zweck genügt wohl eine kurze Angabe der Hauptberichte.

Ursprünglich ist der Gott in Thessalien heimisch und gilt in der Ilias (4, 219) noch nicht als Gott, sondern als Schüler des kräuterkundigen Cheiron; als solcher hat er seinen Söhnen, den Heroen Machaon und Podaleirios, Mittel gegen Schußwunden vermag. Auch Pindar in seinem Trostbriefe an den kranken Hieron (3. pyth. Ode) läßt ihn aus Thessalien stammen. Dort ist er von Apollon in Lafereia erzeugt, aber seine Mutter Koronis gab sich nachher dem Arfader Ischys hin und wurde deshalb von Artemis getötet. Wie sie nun auf dem Scheiterhaufen verbrannt werden soll und die Flamme schon emporlobert, kommt Apollon und rettet seinen Sohn, den sie von ihm trägt. Cheiron erzieht ihn und lehrt ihn, leidbringende Krankheiten den Menschen zu heilen. Aber als Asklepios sich durch Gold verleiten läßt, einen vom Tode ergriffenen Mann aufzuwecken, da trifft ihn der Donnerkeil des Zeus, wohl weil er durch seine Kunst die Weltordnung gefährdet hat. In Thessalien ist Trifa, jetzt Trifkala, der Hauptort seiner Verehrung gewesen, und erst vor wenigen Jahren hat die griechische archäologische Gesellschaft dort die Reste seines Heiligtums ausgegraben.

Mit den Bewohnern Thessaliens ist die Verehrung des Heilgottes nach Süden gewandert; er hat an vielen Stellen Wurzel geschlagen, aber am tiefsten bei Epidaurios im Argolischen Berglande. Hier entstand eine hoch berühmte Heilstätte, die ihren Ruf weniger auf ihre gesunde Luft und Heilquellen, als auf die Behauptung gründete, daß Asklepios dort geboren sei und seine Heimat vor allen andern Orten liebe. Diese Form der Sage erzählt um 300 vor Chr. Iphlos in seinem Lobgesange auf „den besten Gott“. Er beschreibt, wie sich Apollon der Nigla, die wegen ihrer Schönheit auch Koronis hieß, im Hause des Malos nahte und sie im duftenden Haine ohne Schmerzen ein Kind gebar. Nach Nigla nennt Apollon

den Knaben Asklepios, ihn, „den Beender der Krankheiten, den Geher der Gesundheit, das große Geschenk für die Sterblichen“.

Wenn auch das Delphische Orakel diese Form der Legende billigte und der Hymnos des Pyllos dann in Stein gehauen und dem Apollon Maleatas und Asklepios geweiht wurde, so war es doch etwas stark, daß man in Epidauros die bekannten Ansprüche Thessaliens einfach übersah. Deshalb bequemt man sich zu der vor-mittelnden Form der Legende, die wir im zweiten Jahrhundert nach Chr. bei Pausanias II, 26 aufgezeichnet finden. Nach dieser ist Phlegyas mit seiner Tochter Koronis von auswärts in den Peloponnes gekommen, ohne zu wissen, daß Koronis von Apollon schwanger ist. Sie gebiert den Knaben im Lande der Epidaurier und setzt ihn auf dem Myrtenberge aus, der seitdem Ziegenberg (Tizibon) heißt. Eine Ziege des Aresthanas säugt das Kind, und sein Hund bewacht es. Als der Hirt dann seine Tiere sucht, findet er den kleinen Gott und will ihn aufnehmen, aber er steht von ihm ab, weil ein Blick von ihm ausgeht. „Und sogleich meldete man vor ihm über die ganze Erde und das Meer, daß er für die Kranken alle Heilmittel finden könne und die Toten auferstehen lasse.“ Hier ist wenigstens zugegeben, daß die Mutter des Gottes nicht aus Epidauros stammt, und zugleich erklärt diese Geschichte, warum im Heiligtum das Opfern von Ziegen verboten ist und die Hunde ihm eine solche Rolle spielen.

Seit dem fünften Jahrhundert vor Chr. wird der Beistand des heilenden Gottes immer höher geschätzt, denn er hat nicht bloß Macht über Krankheit und Tod, sondern er hilft auch im Kriege und auf der See. Deshalb hat man ihm an vielen Orten Tempel errichtet, und an 186 Orten sind solche bereits nachgewiesen. Mehrere sind von Epidauros aus gegründet und rühmen sich dieser Etz. Andere suchen sich gegen diese Mutterchaft zu wehren, vor allem der von der Insel Kos, der uns neuerdings durch den in Aegypten gefundenen, vierten Mimos von Herondas und 1902 durch die Ausgrabungen von Rudolf Herzog bekannter geworden ist. Hier war schon zu Platons Zeit der „Asklepiade“ Hippokrates ein berühmter Arzt, in dessen „Buch der Träume“ die Worte stehen: „Das Pferd ist etwas Schickliches und sehr Gutes, man muß aber selbst Hund anlegen, wenn man die Götter zu Hilfe ruft.“ So dachte man in Kos, und der andere Geist, der in Kos lebte, veranlaßte seine Priester, die direkte Herkunft ihres Asklepiosdienstes aus Thessalien zu betonen.

Zugestanden ist die Herkunft von Epidauros bei dem Heiligtum in Rom, das 231 vor Chr. auf der Tiberinsel ganz in der Art der griechischen gegründet und später verwaltet ist. Wer Ovids *Metamorphosen* auch nach der Tertianerzeit in die Hand genommen hat, wird sich der Schilderung XV, 622—744, erinnern, wie die Römer auf Befehl des Delphischen Gottes den Aesculapius selbst zur Bekämpfung der Pest in ihre Stadt holen wollen. Statt des Gottes bringen die Abgesandten seine Schlange, und diese erwählt sich die Tiberinsel zum Wohnsitz.

In der auf den Schulen gelesenen klassischen Literatur wird der spät emporgekommene Gott wenig genannt, aber für das Privatleben wächst vom fünften Jahrhundert an seine Bedeutung. So ist seine Gestalt nicht mehr durch die Gedichte eines Homer, Hesiod oder der großen Tragiker volkstümlich geworden und verschönert, sondern durch die bildenden Künstler, besonders durch die Bildhauer. Den meisten dient als Vorbild das große Tempelbild, das Thrasymedes von Paros im Anfange des vierten Jahrhunderts für Epidauros hergestellt hatte und das Pausanias mit den Worten beschreibt: „Der Gott, ganz aus Gold und Elfenbein gebildet, sitzt auf einem Throne, die rechte Hand auf einen Stab gestützt, während er seine Linke über dem Kopfe einer Schlange hat. Ein Hund liegt bei ihm.“

Das wertvolle Tempelbild ist natürlich ebenso verloren gegangen wie die Zeusstatue von Phidias, aber ein Relief aus Epidauros entspricht in den erhaltenen Teilen dieser Schilderung und zeigt uns den Gott als gereiften, bärtigen Mann mit edlen Zügen, aus denen das Wohlwollen des Freundes der leidenden Menschheit spricht. Die Schlange läßt ihn als den in der Erde waltenden Gott erkennen, denn man legt sich auf die Erde, damit der Gott im Traum erscheine und helfe; es ist der gelbliche oder schwärzliche coluber Aesculapii, der eine Länge von 125—190 cm erreicht. Diese „Aesculapyschlange“ ist mit den Römern und vielleicht durch sie aus Südeuropa nach Deutschland gekommen und findet sich über den an Heilquellen reichen Taunus hinaus auch in Thüringen und im Harz. Daniel läßt einen älteren Geographen zur Erklärung des Namens von Schlangenbad im Taunus sagen: „Es wird darum so genannt, weil die Schlangen da herum nicht eßtisch sind und bisweilen auch den Gästen im Bade eine Bistite geben, aber niemand keinen Schaden tun.“ Sie läuft an Mauern und Baumstämmen in die Höhe und ist leicht zähmbar. So war

sie denn auch in den Asklepiosheiligtümern in vielen Exemplaren vertreten und erscheint in den Heilberichten als Gehilfin des Gottes. Ist auch deshalb zum Abzeichen des ärztlichen Standes geworden.

Die Asklepiosbilder in Berlin, Florenz, Neapel, Paris und besonders die im fünften Saale des Nationalmuseums in Athen mögen nach dem des Thrasymedes gearbeitet sein, doch wissen wir daß auch Skopas und Phrymachos berühmte Bilder des Gottes geschaffen haben, die doch jedenfalls nicht bloße Nachbildungen waren.

Diese Schätze des Athenischen Museums sind zum größten Teil in dem Asklepieion gefunden, das zwischen den Jahren 420 und 412 am südlichen Abhange des Akropolis erbaut ist. Wollte man eine Stelle im alten Athen suchen, um dort Kranke nachts in offenen Hallen zu betten, so konnte man keine günstigere finden. Hier kommt der Nordostwind, der Boreas, nicht hin, der nicht nur dem König Erechtheus in der mythischen Zeit seine Töchter entführt hat: auch heute noch fällt ihm im Winter manches zarte Kind, mancher Erwachsene zum Opfer. So hat man gewiß mit gutem Bedacht gerade hier das Heiligtum für Asklepios gegründet, der sich dann unter einem halben Duzend anderer Götter bis zum Ende des Heidentums als der beliebteste Heilgott behauptet hat.

Der ganze Platz war unter dem von der Akropolis herabgeworfenen Schutt vergraben, als die griechische Archäologische Gesellschaft ihn im Jahre 1876 freilegte. Unser Führer, Herr Geheimrat von Duhn, war bei dieser Ausgrabung zugegen und hat 1877 einige der dort gefundenen Marmortafeln in den Mitteilungen des Archäologischen Instituts veröffentlicht. Wer sich nicht eines solchen Führers erfreut, tut gut, das 1881 erschienene Buch von P. Girard zur Hand zu nehmen.

Auf der Südseite der Akropolis, zwischen dem großen Theater des Dionysos und dem Theater von Herodes Atticus, steigt man zu einer kuppelförmig erweiterten Grotte hinauf, in der Wasser mit brackigem Beigeschmack hervorquillt. Seit dem Mittelalter ist sie als Kapelle eingerichtet, und noch heute mag, wer sich vor Typhus nicht fürchtet, aus den bereitstehenden Bechern das heilkräftige Wasser trinken. Vor diesem Brunnenhause stellte man seit dem Jahre 420 vor Chr. eine 100 m lange und 30—40 m breite Terrasse her. b. pflanzte sie mit Bäumen, legte zwei Brunnen an und baute den kleinen Tempel, die Liegehalle und die andern für den Betrieb nötigen Gebäude. Die ursprüngliche Anlage scheint später erneuert

oder verdoppelt zu sein. Der kleine Tempel, der das Götterbild enthielt, füllte sich mit zahlreichen Bildern und Weihgeschenken, und manchesmal mögen diese in den 8 Jahrhunderten, während der man hier Heilung suchte, veräußert und durch moderne Gaben wieder ersetzt sein.

Jeder Besucher des Museums hat seine Freude an den köstlichen Botivtafeln, die eine Höhe von einem Viertel bis einem Meter gehabt haben mögen und ursprünglich am Tempel oder vor den Liegehallen wie kleine Grabsteine gestanden haben. Wir sehen auf ihnen die Menschen, wie sie dem Asklepios ihre Gaben bringen, um seine Gunst zu gewinnen oder um ihm für ihre Genesung zu danken. Der Gott, den der Künstler darstellt, ist nicht das Tempelbild selbst, es ist eine überlebensgroße aber doch lebende Person, die mit milde gefenktem Blick das Gelübde oder den Dank der kleinen Menschen anhört. Meistens sitzt er auf einem Stuhle und hat die Schlange unter sich oder an einem Baume neben sich. Ihm zur Seite oder hinter ihm stehen seine lieblichen Helferinnen, Hygieia (die Gesundheit), Iaso (die heilende) und Panakeia (die alles heilende), von denen wohl eine den Heiltrank bereit hält.

Der schönen, vertrauenerweckenden Gruppe naht sich dann das Menschenkind, entweder ein Mann mit einem Opfertiere oder ein junger Ritter mit seinem Pferde oder eine ganze Familie mit großen und kleinen Kindern, auch eine Dienerin, die einen riesigen Korb mit Gaben auf ihrem Kopfe trägt. Das ist dieselbe Auffassung, wie wenn Holbein auf seinem Madonnenbilde den Bürgermeister Meyer und dessen Familie mit verewigt. Zu den Gaben im Korbe gehören nach einer Vorschrift, die sich im Piräus gefunden hat, besonders kleine Kuchen, und solche liegen auch bei einzelnen Bildern auf dem Altar vor dem Gott. Aber auch wertvollere Opfer sind ihm und seinen Priestern angenehm, und zu diesen gehören die Botivtafeln selbst, die wir uns mehrfarbig bemalt zu denken haben.

Die genannten Tafeln sind flache Reliefs mit bildlichen Darstellungen und bieten außer diesen höchstens noch den Namen des Hebers. Auf andern lesen wir kurze Gebete, auf einzelnen aus der Römerzeit in Versen den Dank des Geheilten oder die rührende Bitte des hoffnungslos Kranken. Sie alle erfüllten auch den Zweck, daß sie den Besuchern des Heiligtums die Macht des Gottes unendlich zeigten und die Kranken mit Mut erfüllten.

Wieder andere geben uns vielfache Auskunft über die Verwaltung des Heiligtums und seine Besucher. Die Oberaufsicht hat der

Priester, der ehrenamtlich auf ein Jahr durch das Los bestimmt wurde, und der Zakoros, der anfangs subaltern war, dann aber immer größere Macht gewann. Auch er ist anfangs nur auf ein Jahr gewählt, später aber vielleicht auf Lebenszeit; in ihm haben wir den eigentlichen Vermittler zwischen den Kranken und dem Götzen zu sehen, und als solcher muß er, wenn auch nicht ärztliche Kenntnisse, so doch einige Erfahrung in medizinischen Dingen gehabt haben. Die andern Beamten sind Unterbeamte; eigentliche Ärzte hatten wohl auch Beziehungen zum Heiligtum, indem sie die Ausführung der Vorschriften überwachten, die der Gott den Kranken im Traum gegeben hatte.

Die größten Bauten auf der Tempelterrasse sind die beiden Liegehallen, in denen die Heilung oder doch der Tempelkrankheit (incubatio, ἐγκοιμησις) stattfand, besonders die nach Süden geöffnete große Halle von fast 50 m Länge und 10 m Tiefe. Wir haben nicht wenige Andeutungen, wie es dort herging, und aus der Römerzeit sogar ausführliche Berichte, aber keiner hat das Heilverfahren so drastisch geschildert, wie Aristophanes in seinem Lustspiel *Plutos*. Der Dichter hatte die Götter in den Vögeln und in den Tieren schon in bedenklichen Situationen auf die Bühne gebracht, aber in seinem *Plutos* (Reichtum), der im Jahre 408 in erster und im Jahre 388 in zweiter Bearbeitung aufgeführt wurde, geht er einen Schritt weiter. Handelt es sich doch hier nicht um einen altheidnischen, sondern um einen neu eingeführten Gottesdienst, und auch davon abgesehen schmerzen die Wunden, die der unbekannte Dichter in seinem Uebermute den Frommen schlägt, nicht so, wie die naturgetreuen Schilderungen, die uns Zola von Lourdes gibt.

Der Grundgedanke des Stückes ist bekanntlich der, daß der Gott Reichtum infolge seiner Blindheit in die Macht der Argsten und Aergsten geraten ist. Nun kommt er endlich in die Hände der guten, alten Chremylos, der für seine Heilung sorgt und in den Besitz der ganzen Macht gelangt, die ihm seine Geldmittel verschaffen können. Die Heilung aber erfolgt natürlich nach der damals neuesten Methode im Asklepios-Tempel, der erst vor wenigen Jahren fertig geworden ist, und wie es dabei herging, erzählt uns der pfiffige, alte Sklave Karion, wobei er oft von der Freude über den soeben reich und glücklich gewordenen Chremylos unterbrochen wird.

Sobald wir zum Heiligtum gekommen waren, führten uns Plutos zuerst zum „Meere“ (der brackischen Quelle) und dann ihn hinein. Dann gingen wir zum Tempel, opferten Gebet

durch Feuer verbrannt wurde, betteten den Plutos, wie es sich gehörte, und legten uns selbst auf Streu nieder. Der blinde, diebische Neokleides und Leute mit Gebrechen aller Art sind auch da, dann werden die Lampen ausgelöscht, und der Diener des Gottes (jedenfalls der Zaforos) fordert uns auf, einzuschlafen und uns ruhig zu verhalten, wenn wir Geräusch hören. Karion aber kann nicht einschlafen, denn er überlegt, wie er dem alten Mütterchen, das neben ihm liegt, einen Topf Grütze wegnehmen kann, den sie sich für die Nacht mitgenommen hat. Als er dabei die Augen aufschlägt, sieht er den Priester das Gebäck und die frischen Feigen vom Opfertisch wegnehmen und in einen Sack tun. Schnell, ehe der Priester auch den Topf nehmen kann, eignet ihn sich Karion an, und als die Alte sich regt, faucht er sie an, wie eine Schlange. Dann kommt der Gott mit seinen Töchtern, und Karion sieht durch seinen Kittel, wie ein Bursche ihm einen steinernen Mörser, einen Stämpfel und eine Schachtel gibt. So macht er zuerst eine Salbe für Neokleides und bestreicht ihm die Wimpern, so daß dieser schreiend davonlaufen will.

Als dies geschehn war, setzt er sich zum Reichtum hin;  
Zuerst befühlte da und dort er ihm den Kopf;  
Dann nahm er ein rein Linnenstücklein, trocknete  
Die Augenlider lind ihm aus. Panakeia kam  
Und küßte mit dem Purpurschleier rings das Haupt  
Und ganze Angesicht ihm ein. Jetzt pfiß der Gott —  
Da schossen gleich zwei Schlangen von dem Innern her,  
Von ungeheurer Größe — o, du lieber Gott, —  
Und schlüpfen unter den Purpurschleier flink hinein  
Und leckten die Augenlider ihm rings, so schien es mir.  
Und während du kaum 10 Schälchen Wein herunter trinkst,  
Stand, denk dir, Herrin, unser Reichtum sehend auf.  
Ich aber klatschte in die Hände voller Lust  
Und weckte den Herrn auf; doch der Gott, er war im Nu  
Verschwunden mit den beiden Schlangen im Heiligtum.  
Die aber neben ihm da gelegen, du glaubst es kaum,  
Wie die den Reichtum herzten und die ganze Nacht  
So froh verwacht ward, bis das Frührot leuchtete. (Drohsen.)

Der Dichter hat natürlich seiner Phantasie die Zügel schießen lassen, aber wie es wirklich beim Tempelschlaf und der Wunderheilung herging, erkennen wir auch aus dieser Karikatur. Bevor man die Kranken in der Liegehalle bettet, taucht man sie in das brackige Wasser der heiligen Quelle. Die Kranken bringen selbst ihre Decken mit und die Gaben für die Götter, die sie unter Gebeten auf dem

Altar verbrennen; das übrige kommt dem Priester zu. Wer notwendig ist, nimmt sich auch noch Nahrung für die Nacht mit. Dann werden die heiligen Lampen in der Halle angezündet, und bei Auslöschten fordert der Zakoros die Daliegenden auf, nun einzuschlafen. Die heilige Nacht hat begonnen. Was dann bei Antiphanes folgt, ist Dichtung: Karions Benehmen, Neokleides, der Aufzug des Asklepios und seines Gefolges. Aber daß der Priester umhergeht zur Aufsicht und die Opfergaben einsammelt, entspricht der Wirklichkeit.

Dann erscheint der Gott den Kranken, deren Phantasie durch alles Voraufgegangene erregt ist, im Traum und gibt ihnen den Weg zur Heilung an, indem er ihnen etwa kalte Bäder, Trank von Kaltwasser oder Schierling, Reiten, Turnen, Barfußgehen v. ordnet. Auf der Tiberinsel hat man beim Aeskulaptempel eine Anweisung zu bestimmten, schmerzstillenden Umschlägen gefunden, die ganz wirksam sein sollen. Eine sehr große Rolle spielt bei den v.ordneten Kuren das Wasser der heiligen Quelle, und sie wird Tage von den Gläubigen umlagert. In gewissen Fällen konnte auch in der Nacht Operationen gemacht oder äußerlich Arzenei angewendet sein. Dann erfolgt die Heilung schon in der Nacht für gewöhnlich erzählt der Kranke am nächsten Morgen seine Träume und das Personal des Heiligtums ist ihm bei ihrer Deutung in der Ausführung der Ratschläge behilflich. Jede Heilung erregt einen großen Freudensturm, denn den Kranken gibt sie die Hoffnung, daß auch sie bald an die Reihe kommen werden. Selbst eine vorübergehende Besserung, etwa eines Schwindtsüchtigen oder Wahn- süchtigen wurde da als Heilung gefeiert, und so mancher mag, nachdem er das Dankopfer gebracht hatte, wieder von der Krankheit befallen sein und schon unter der Erde ruhen, wenn die andern Kranken seine Dankinschrift lesen. Oft müssen die Kranken viele Nächte warten, ehe sie einen rettenden Traum haben, und Unwürdigen versagt der Gott seinen Beistand überhaupt.

Bei den Festen und in den Nächten, die ihnen vorausgingen, ist die Phantasie aufs höchste erregt. Dann drängen sich die Kranken mit ihren Angehörigen heran, und wenn sie geheilt zu glauben, kaufen sie von den Händlern die kleinen Weihgaben am Tempel. Die Bemittelten und Frommen lassen es sich Mühe und Geld kosten. Sie stellen die Weihbilder auf, von denen sich noch manche im Museum finden, oder sie lassen aus Stein Heilberichte in den Stein hauen. Bescheidene Gaben waren z.



tottfiguren ohne Kunstwert oder Körperteile aus Gold und Silber. Was zählen da die Inventarien nicht alles auf! Das Gesicht, die untere Hälfte des Gesichtes, Augen, Mund, Nase, Kinnbacken, Zähne, Ohren, Hals, Brüste, Hände, Finger, Knie, Schenkel, Füße, Geschlechtsteile, Hüften, Lungen, Herzen. Besonders häufig kommen die Augen vor. Dann verschiedene Ziergefäße, Spiegel, Fächer, weibliche Kleidungsstücke, Schmucksachen, Edelsteine, musikalische Instrumente, Tierbilder, Würfel und andere Dinge, deren Namen man kaum versteht. Die Geschenke zeigen auch, daß Leute aus allen Gesellschaftskreisen, namentlich aber Frauen und Mädchen den Gott erfragten.

Die Heilanstalt am Südbhange der Akropolis lag für die Kranken aus Athen und Attika sehr bequem und wurde von vielen besucht, denen die Kunst der Ärzte nicht geholfen hatte. Auch in den Tempeln anderer Götter kommen wunderbare Heilungen vor, und ihre Zahl wuchs durch die aus dem Osten kommenden neuen Götter, die große Mutter, Isis und Serapis. Sie alle verdankten ihre Kundschaft oder ihre Verehrer dem Bedürfnisse der großen Stadt Athen und nur dieser. Aus ganz Griechenland aber, aus der ganzen griechischen Welt reisten die Kranken nach Epidauros, woher auch Athen und Rom ihre Kulte erhalten hatten. Eine Reise dorthin ist auch jetzt noch jedem zu empfehlen, der sich über den Asklepiosdienst unterrichten will, und auf dem Umwege über Nauplion läßt sich ohne große Beschwerde ausführen.

Das Heiligtum liegt in der Mitte der Halbinsel Argolis, die sich zwischen den Meerbusen von Argina und Nauplion ausdehnt und bei einer Breite von 44—18 km etwa 2000 qkm groß ist. In ihrem westlichen Teile erhebt sich das Kalkmassiv von Cheli im Tschernaion (jetzt heil. Elias) 1198 m hoch, im östlichen ist das Kalkgebirge von Phanari, ebenfalls mit Höhen von 1102 und 76 m. Zwischen beiden Bergländern ist eine Furche, in der die Straße von Nauplion über Phygurio nach der Stadt Epidauros führt, ohne eine Höhe von 300 m zu erreichen. Hier finden wir nämlich Sandstein oder Schiefer der Kreideformation, die der Verwitterung weniger standgehalten haben, so daß die Senkung entstehen mußte; sie ist früher als der nächste Weg von Athen über Argina, Epidauros und Vessa nach Nauplion viel benutzt, bis sie durch die Eisenbahnen im Westen und die Dampfschiffe im Osten ihren Wert verloren hat.

Eine kleine Gesellschaft, die nicht mit der Zeit zu geizen braucht,

kann auch heute die Reise noch auf dem alten Wege machen. Er fährt morgens früh vom Piräus mit dem Dampfer nach Agi und von dort, je nach dem Winde, in 3—8 Stunden mit dem Segelboot nach Alt-Epidauros. Hier übernachtet man und reist dann in drei Stunden durch die mit Getreide und Südfrüchten baute Küstenebene in das Bergland hinein und über Ngurio zum dem alten Heiligtum (Hieron).

Wir Teilnehmer der badischen Studienreise mit einigen Damen waren zu viele Personen, um in Epidauros oder im Heiligtum nur ein bescheidenes Unterkommen erwarten zu können. Deshalb reisten wir über Korinth und Mykenai mit der Eisenbahn nach Nauplion und fuhren am 14. Mai 1906 in vierstigen Wagen in der gut gepflegten Chaussee dahin. Unser Weg ging zunächst durch die engen Straßen der Stadt, am hochragenden Palamidenberg vorbei nach der Vorstadt Pronoia. Dann führt er über mehrere Bergrücken auf die Nordseite eines schon im Mai fast wasserlosen Baches und auf kleinen Brücken über dessen Zuflüsse hinweg. Argolis im Regenschatten der Arkadischen Gebirge liegt, der Pflanzenwuchs verkümmert, doch findet man bei den wenigen Häusern die bescheidenen Oliven, wilde Birnbäume und Blumeneinzeln begegnet uns auch eine Heerde, die hier den Winter wegen des milderer Klimas verbracht hat, und nun, da die Quellen im lieblichen Mai nicht mehr fließen, für den Sommer in die grünen Arkadien zieht. Nach  $2\frac{3}{4}$  Stunden kommen wir in das große Dorf Ngurio mit einem stattlichen Schulhause und durch ein Seitental in einer weiteren halben Stunde zum Heiligtum.

Dicht beim alten Theater liegt das Haus des Kustos, der uns erwartet und uns, da in Griechenland der erste Mai ist, reichlich mit Blumen beschenkt. Während die acht Wagen nacheinander eintrudeln und unser mitgebrachter Proviant in großen Körben entladen und seiner Bestimmung näher gebracht wird, sehen wir im Tale des Hieron um. Auf dem „Ziegenberge“ (Titthion) uns ist der Gott geboren, und zu unserer Rechten hinter dem Theater geht es zum „Hundeberge“ (Kynortion) hinauf. Dort stehen aus dem Kalkstein der Argolischen Berge, aber an den Füße treten Urgesteine zutage, und in der Nähe des Tempels eine klare Quelle entspringen, die noch jetzt Spuren von salzigem saurem Natron (Glaubersalz) und Rochsalz enthält. Somit ist Wasser auch in diesem Tale knapp, und die beiden Bäche, die den heiligen Bezirk begrenzen, sind schon im Mai fast wasserlos.

Unser Führer erinnert sich noch der Zeiten, wo die Ruinen unter Schutt und einem spärlichen Pflanzenwuchs verborgen lagen. Damals war das Ganze malerischer, aber die griechische Archäologische Gesellschaft hat sich durch die Freilegung doch ein großes Verdienst erworben. In ihrem Auftrage hat Kavvadias seit 1881 ausgegraben und 1893 den ersten Band der Fouilles d'Epidaure erscheinen lassen. Für einige Jahre hat ihn Stais, der zukommende und verdienstvolle Direktor des Nationalmuseums in Athen, vertreten; und vollständig hat die Arbeit seitdem hier nie geruht; auch während unserer Anwesenheit ist man mit dem Bau eines neuen Museums beschäftigt, dessen Pläne und Konstruktionen auch uns schon gute Dienste leisten. Die neueren Bücher, das von Kavvadias von 1900 und ein schon 1895 erschienenes Prachtwerk von A. Desfrasse und H. Lechat habe ich nicht gesehen und sie auch noch nicht entbehrt, da die Inschriften im Corpus Inscriptionum und anderwärts mustergültig herausgegeben sind. Bis 1899 waren nur etwa 100 000 Mark (130 000 Drachmen) verausgabt und dafür auch das Wächterhaus, das höchst einfache alte Museum und das Fremdenhaus mit dem Zimmer für den Ephoros hergestellt. Dazu wird in den letzten zehn Jahren allerdings noch eine bedeutende Summe hinzugekommen sein.

Unser erster Gang führt uns in das nahe Theater am Abhange des Rhynortion, das von allen altgriechischen Theatern am besten erhalten ist. Darum ist seine Aufnahme durch Dörpfeld im Jahre 1884 bahnbrechend für das Verständnis der griechischen Bühne geworden, und das Verdienst dieser Ausgrabung kann nur der recht würdigen, der selbst in der Finsternis irre ging, die seit dieser Zeit allmählich gewichen ist. Ich habe vorher den König Oedipus mehrere Male bei Schulfesten unter Leitung wissenschaftlich tüchtiger und geschmackvoller Amtsgenossen aufführen sehen. Da war die Bühne nach der römischen Vorschrift Vitruvs aufgeschlagen, und ich habe selbst als Souffleur unter dem Podium gesessen, auf dessen Höhe die Schauspieler ihre Rollen zur Darstellung machten und mit dem Chor verhandelten, der sich unten in der Orchestra bewegte. Als Studenten hatten wir uns im Seminar mit der Lösung des Rätsels beschäftigt, wie sich auf einer solchen Bühne die antiken Stücke aufführen ließen.

Von diesem „wunderlichen Zerrbilde, das uns als griechisches Theater geläufig geworden war“, hat uns das Theater von Epidauros mit Dörpfelds Hilfe befreit, und die spätere Untersuchung

hat erwiesen, daß auch die andern griechischen Theater keine von der Orchestra getrennte Bühne als gesonderten Standplatz für die Schauspieler gehabt haben und die erhöhte Bühne auch in Athen erst in römischer Zeit errichtet ist.

Im einzelnen wissen wir natürlich auch über dieses Theater noch nichts sicheres, doch ist wohl erwiesen, daß es im vierten Jahrhundert erbaut ist, als ein starker Fremdenverkehr die erste Blütezeit des Heiligtums heraufführte. Erbaut hat es der jüngere Polikrates oder ein dritter Meister dieses Namens, und dessen Ansehen muß bewirkt haben, daß selbst in der römischen Zeit sein Grundplan nicht verändert ist. Als Musterbild des altgriechischen Theaters ist es jetzt durch viele Abbildungen, auch in den Schulausgaben der alten Tragödien, bekannt. Nach Nordnordwesten geöffnet, steigt es aus 52 Stufen 22,5 m hoch an, so daß die oberste Sitzreihe 59 m von der Orchestra entfernt ist. Die kreisrunde Orchestra, auf der eben gut die Schauspieler wie der Chor auftraten, hat einen Durchmesser von 10,15 m; genau in der Mitte steht ein 71 cm dicker, runder Stein, den man für die Thymele, den Altar des Gottes Dionysos hält. Zwischen ihm und den Türen des Bühnengebäudes mußten sich die Schauspieler aufhalten, wenn sie am besten gesehen und verstanden werden wollten.

Die Grundmauern des Bühnengebäudes sind freigelegt und erhalten: rechts und links standen Flügelgebäude mit drehbaren Kulissen davor, zwischen diesen die Vorderwand (das Proskenion) des Hauses mit 14 ionischen Halbsäulen und drei Türen, die während der Aufführungen mit Holz und Leinwand verkleidet waren. Endlich über der Vorderwand ein vorn von Säulen getragenes Dach, unter dem man auf Steiltrampen die Maschinen hinauffahren und die Götter hinaufgehen lassen konnte.

Wer mit einiger Phantasie und den nötigsten antiquarischen Kenntnissen ausgerüstet ist und sich hier auf den Stufen des Zuschauerraumes niederläßt, vor dessen Augen erstehen die zerfallenen Gebäu-

Aufgetan ist das weite Theater, es stürzt durch seine

Sieben Mündungen sich stutend die Menge herein,

Wimen, wo bleibt ihr? Hervor! Das bereitete Opfer vollende

Atrous' Sohn, dem Drest folge der graulende Chor.

Dörpfeld, der uns so oft in Klein-Asien und Athen geführt hat, war nicht bei uns. Er schreibt: „Wem es vergönnt war, eines antiken Dramas in dieser Orchestra aufgeführt zu sehen, hat einen Begriff bekommen von dem starken Eindruck, den

solches Spiel hervorruft; dem wird auch beim Lesen eines antiken Dramas für alle Zeiten gerade das Theater von Epidauros mit einem Steinkreise als Spielplatz vorschweben“. Dieser Anblick war uns versagt, aber wir hatten die Aufführung des König Oedipus noch in frischer Erinnerung, den wir vierzehn Tage vorher während der Olympischen Spiele im Stadion zu Athen so aufführen sahen, wie es durch die Epidaurischen Funde als richtig erwiesen ist. An Ort und Stelle konnten wir nur die auch nach dem Abbruch des Bühnengebäudes unübertreffliche Akustik bewundern: der Jüngste von uns deklamiert in der Orchestra das Schillersche Siegesfest, ohne daß mir, der ich oben auf der höchsten Stufe saß, eine Silbe entging. Und wie man bei allen antiken Theatern von den höchsten Klagen eine überraschende Fernsicht hat, so sieht man von hier oben das einsame, schweigende Bergland und dahinter, weit hinter Lauplion, das glänzende Meer.

Wenn das Theater gefüllt war, müssen nach meiner unmaßgeblichen Schätzung über 6000 Menschen darin Platz gehabt haben, woraus sich ergibt, daß es nicht, wie in modernen Bädern, zum allabendlichen Zeitvertreib der Badegäste bestimmt war, sondern für einige wenige Feste, zu denen sich eine größere Anzahl von Ehren Gästen (Thearen) aus fremden Städten und andern Besuchern einfinden, ähnlich wie bei den andern großen Nationalfesten der Griechen. Als solches Fest werden im Juni oder Juli die großen Asklepieen genannt, die in jedem fünften Jahre 9 Tage nach den Isthmischen Spielen stattfanden. In der Kaiserzeit kam dazu noch ein Kaiserfest und ein Apollofest. Natürlich wird man den schönen Festraum des Theaters auch zur Aufführung der heiligen Hymnen und von attischen Dramen verwendet haben, aber einen schriftlichen Beweis dafür finde ich in unserer Uebersetzung nicht.

Gehen wir nun zum heiligen Bezirk hinab, der den Namen *hieraio* (τὸ ἱερόν) beim Volke im Wechsel der Zeiten behauptet hat, haben wir zwischen den beiden Bächen einen Raum von etwa 100 m Länge und 400 m Breite vor uns. Es war nur ein mit Tempeln und öffentlichen Gebäuden geschmückter heiliger Hain, in dem niemand sterben und die Weiber nicht gebären sollten. Dieses Gebot ließ sich hier noch schwerer befolgen, als auf der Insel Delos, denn ihrer schweren Krankheiten oder der Schwangerschaft wegen fanden sich ja die Fremden hier ein.

Eine Aufzählung der vielen Grundmauern von Priesterwohnungen, Tempeln und tempelartigen Gebäuden, von Zisternen und Postamenten, Preußische Jahrbücher. Bd. CXXXVI. Heft 3. 28

die sich auf der weiten Fläche finden, hat keine Interesse. Die großen Bauten stammen aus dem vierten Jahrhundert vor Chr. und sind in der Kaiserzeit modernisiert und vermehrt, teilweise zu Kosten eines sonst unbekannten römischen Senators Antoninus. Er hat um Epidaurios ähnliche Verdienste, wie Herodes Atticus in Athen und Delphi. Am Ende der Römerzeit, als Zucht und Ordnung im Reiche aufhörten, mußte man das Heiligtum und seine Götter durch eine Festungsmauer gegen Räuber schützen. Dann hat mit dem Heidentum die Verehrung des Gottes hier ganz aufgehört, und die darauf beginnende Ausraubung und Zerstörung ist durch das große Erdbeben von 521 und 551 vollendet.

Verhältnismäßig gut erhalten ist das Stadion, dessen Abflaßseite nahe dem Tempel liegt. Niedrige Erdwälle boten auf beiden Seiten Stehplätze für viele Zuschauer, doch gab es in der Mitte der Abflaßstelle einige steinerne Sitzreihen. So ist die Bahn auch heute noch zu gebrauchen, und die Jüngeren boten uns das Schauspiel eines Wettlaufs, nicht um Gold und Silber, sondern um den ortsüblichen Mastix.

Das Gymnasion, das mit einer Grundfläche von 5000 qm den schönsten Raum für Turnübungen bot, war jedenfalls der reichlichste Raum der ganzen Heilanstalt gewesen. In der Römischen Zeit wurden auch die Hellenen bequemer und ließen sich ihre Turnübungen vorführen, als daß sie selbst turnten, und da auch einige kleinere Hallen demselben Zwecke dienten, baute man damit in das große Gymnasion ein Odeion, d. h. ein gedecktes Theater mit erhöhter Bühne hinein. Nun hatte man ein Kurtheater, in dem sich Gesunde und Kranke bei schlechtem Wetter der leichtgeschürzten Muse des Mimos und Pantomimos freuen konnten. In diesem Gebäude wie auch beim Tempel und beim Kuppelbau bedienten wir die Rampen, die zum Hinauffahren von Kranken benutzbar waren, eine Einrichtung, die sich in der Heilanstalt nicht wohl zu beharren ließ.

Von allen Bauten der wichtigste ist der Tempel des Asklepios, von dem einige Bauglieder und der Unterbau erhalten sind. Er stand, von 30 dorischen Säulen umgeben, der Tempel selbst außer der Vorhalle nur einen Hauptraum hat und darum verhältnismäßig klein ist. Das Ganze ist nur 24,7 m lang und 13,2 m breit. Die Sima war von pentelischem Marmor: in den Nischen der Giebelplastiken erkennt man Kentauren und Amazonen, als Akroterien dienten schöne Nereiden, deren eine durch den Gipsabguß im Berlin-

Museum wohlbekannt ist. Eine 306 Zeilen lange Bauinschrift gibt die Preisanschläge mit der Genauigkeit eines Warenhauses, z. B. 299 Drachmen und 5 Obolen oder 799 Drachmen für einzelne Posten und die Gesamtausgabe mit 94408 Drachmen an. Nach diesem Anschläge wird die Ausführung an den Mindestfordernden vergeben, wobei die Auswärtigen einheimische Bürgen stellen müssen. Die Bauinschriften zeigen neun verschiedene Münzzeichen, von 1000 Drachmen bis zur Kupfermünze herab, und belehren uns über alle Preise ganz genau. So erfahren wir z. B., daß der Architekton Theodotos 4 Jahre 8 Monate und 10 Tage als Bauleiter täglich eine Drachme bekommen hat, denselben Preis, den man in Athen dem Baumeister des Erechtheion bezahlt hat, während man bei den Tempeln in Eleusis und Delos das Doppelte bewilligt hat. Timotheos hat für die Modelle der Skulpturen 900 Drachmen erhalten, der Parier Thrashmedes hat das große Kultbild aus Gold und Elfenbein gemacht, hielt sich aber auch nicht für zu vornehm, für 9500 Drachmen die Holzdecke und die beiden Türen anzufertigen.

Im heiligen Bezirk hat man viele bearbeitete Steine gefunden, mit und ohne Inventarzeichen und Inschriften, z. B. steinerne Tröge zum Tränken der Hunde und niedrige Tische mit hohen Rändern, zwischen denen Linien und Zahlen eingegraben sind, die sie als Spieltische für müßige Leute kennzeichnen. Ein ähnlicher mit bezeichnender Inschrift steht noch heute auf dem Markt des alten Ephesos. Auch Sitzbänke mit hoher, schützender Rückwand standen auf dem Platze beim Tempel, und hier saßen wohl die Kranken, die vor der mühseligen Reise nach Epidauros in der Heimat alles versucht hatten, die Einäugigen, die Lahmen, die Verwundeten, die unfruchtbaren Frauen und die von andern inneren Leiden heimge suchten. Im berühmtesten Heiligtum hofften sie durch ein Wunder Rettung von ihrem Heiland, von dem seligen, besten, mächtigsten Heilgotte. „Bei Deinem Vater“, so sagt Diophantos in Athen, „flehe ich Dich an, Du Großer, denn keiner von den irdischen Menschen kann mir Erlösung von solchen Schmerzen bescheren. Du allein, seliger Gott, vermagst es. Dich, den Erbarmen, haben die allmächtigen Götter den Sterblichen verliehen, zur Erlösung von den Schmerzen“. In dieser Hoffnung werden sie durch die Weihgaben und Heilinschriften bestärkt, und wenn sich dann die großen, erzbeschlagenen Türen des Tempels öffneten und das helle Licht des südlichen Himmels auf das freundlich ernste Antlitz des helfenden Gottes fiel, dann erwachte in ihnen neuer Mut, und voll Vertrauen brachten sie ihre Opfer dar.

Das Heilverfahren beginnt mit der Benutzung der großen Liegehallen (ἐγκομῆταιρα) die nach Ravvabias' Meinung beide nördlich vom Tempel am Abhange des Hügels liegen; die eine ist einstöckig, die andere zweistöckig, und zusammen sind sie 70 m lang. In der Ost Ecke der östlichen Halle ist ein 17 m tiefer Brunnen, der wohl der alte Heilbrunnen des Gottes ist, und neben diesem standen an der Ostwand die Vasen der bereits genannten Heilinschriften. Verschweigen darf ich nicht, daß Holwerfa in dieser Anlage Wandelhallen und die Liegehallen in einem rings von Zimmern umschlossenen Hofe erkennen will.

Da das athenische Heiligtum nach dem Muster von Epidauros eingerichtet ist, haben wir uns das Verfahren hier ebenso vorstellen wie dort. Ueber seine Erfolge berichten uns mehrere Heilinschriften aus der alten, wundergläubigen Zeit, die auf das Bestehen „das nicht alt und nicht klug wird und immer kindisch bleibt“, und später noch Eindruck machen mußten, und eine ganz andersartige aus dem zweiten Jahrhundert nach Christo, in der die einem überstudierten jungen Herrn angeratene vernünftige Heilmethode geschildert wird. Alle stehen oder standen im alten Museum, und die Lektüre ist auch für den Ungeübten ein leichtes, unterhaltendes Spiel. Aber wer nur einen Tag in Epidauros ist, soll nicht zu viele Zeit darauf verwenden, denn zu Hause am Schreibtische kann man sie in guten Ausgaben noch bequemer.

Die erste, die auch Pausanias sah, enthält auf einer Marmortafel 20 Heilungen und hebt an mit den Worten: „Gott, mit gutem Glück, Heilungen des Apollon und Asklepios.“ Dann wird erzählt (1, 2) wie Kleo nach fünfjähriger, Isthmonika aus Pellana nach dreijähriger Schwangerschaft im Heiligtum schläft und ein Kind gebiert. (3) Ein Mann mit gelähmten Fingern verspottet andere Heilberichte. In der Nacht träumt er, er würfelse beim Würfeln und der Gott mache ihm dabei die Finger beweglich und frage ihn ob er nun noch ungläubig sei. Da geht er in sich und mit Tagesanbruch ist er gesund. (4) Die einäugige Ambrosia aus Athen bezweifelt, daß der Gott durch einen Traum die Blinden sehen und die Lahmen gehen machen könne. Sie legt sich aber doch nieder und der Gott verspricht, sie zu heilen, wenn sie zum Befestigen ihrer Torheit ihm ein silbernes Schwein stifte. Als sie das geschehen hat, reißt er ihr das kranke Augenlid auf und gießt ein Heilmittel hinein. Nach Tagesanbruch geht sie gesund von dannen. (5) Ein stummer Knabe erhält seine Sprache wieder. (6) Pandares



Thessalien hat Ausschlag auf der Stirn und wird im Schlafe rein, nachdem der Gott ihm eine Binde umgelegt hat. (7) Er gibt das Geld für ein Weihgeschenk dem Schedoros; dieser behält es für sich und bekommt zur Strafe den Ausschlag. (8) Der kleine Euphanes aus Epidauros hat Steinschmerzen und verspricht dem Gott zehn Astragalen (Würfel), wenn er ihn davon befreie. Dieser lacht und macht ihn gesund. (9) Ein Mann hatte von dem einen Auge nur noch die Augenlider und keinen Rest des Auges darunter, so daß die Leute ihn auslachten, daß er auf Genesung hoffe. Im Traume sieht er, wie der Gott ein Mittel kocht und es ihm in die Augen gießt, und wird gesund. (10) Der Gott heilt einen zerbrochenen Krug, der ihm dann geweiht wird. (17) Eine heilige Schlange heilt mit ihrer Zunge eine Wunde. (19) Heraieus aus Mytilene hat kein Haupthaar mehr, aber einen starken Bart. Der Gott salbt ihm den Kopf, so daß er Haare bekommt. (20) Der blinde Olyson oder Thyson aus Hermione wird durch einen Hund des Heiligtums geheilt.

Auf der zweiten Säule sind 23 Fälle verzeichnet: (1) Eine Frau aus Lakonien schläft für ihre wassersüchtige Tochter Arata, sieht einen ganz wüsten Traum und findet die Tochter nach ihrer Heimkehr gesund. (2) Hermon (aus Thasos?) wird von seiner Blindheit geheilt, erblindet aber wieder, weil er die Kosten nicht bezahlt. Dann schläft er wieder, und der Gott macht ihn gesund. (3) Heilung von einem Bandwurm. (4) Ein Vater findet durch einen Traum sein verlorenes Kind wieder. (5) Sostrata aus Bherä ist ein Jahr schwanger und schläft ohne Erfolg. Auf dem Rücktransport begegnet ihr ein Mann, schneidet ihr den Leib auf, nimmt Würmer und zwei Fußbänke heraus und heißt sie die Gebühren nach Epidauros senden. (13) Thersandros aus Halike wird von der Schwindsucht geheilt. Die Schilderung seiner Heilung ist leider nicht mehr zu verstehen, weil der Stein beschädigt ist.

Diese 19 von 43 Fällen mögen eine Vorstellung davon geben, daß sich die verschiedensten Kranken von nah und fern hier einfanden. Die Entbindungen und die Heilung von Wunden, Ausschlag und Augenleiden mögen sich auf ganz natürliche Weise durch Operationen und Behandlung mit Arzneien erklären, und vieles weist darauf hin, daß man die Hilfe des Gottes und seiner Kinder bei Augenleiden oft und mit Erfolg in Anspruch nahm. So erzählt Pausanias am Ende seiner Beschreibung Griechenlands, der eische Phalysios aus Naupaktos habe 2000 Statere, d. h. etwa

30 000 Mark, nach Epidaurós geschickt, weil der Gott ihm das Augenlicht wieder gegeben hatte. Die Heilung der gelähmten Finger läßt an einen hypnotischen Zustand des Geheilten denken, der sich dem Willen des Priesters ganz passiv hingeeben hat. In manchen Geschichten ist die Moral, daß der Geheilte seine Schulden an den Gott bezahlen sollte, recht handgreiflich, und sie einzuschärfen mochte in Griechenland ebenso nötig sein, wie in andern Ländern. Einzelnes ist auch einfach unsinnig, aber nur Weniges geht doch über das hinaus, was auch im 20. Jahrhundert in Deutschland und Frankreich getan und geglaubt wird.

Die meisten Heilberichte schließen mit den Worten, daß der Kranke bei Tagesanbruch gesund erwachte. Zuweilen ist aber nur gesagt, daß der Gott ihn gesund machte, und es wird auch wohl das Gewöhnliche gewesen sein, daß der Kranke im Traum ein Mittel gegen sein inneres Leiden sah oder der Priester seinen Traum so deutete, daß er das Heilmittel durch den Gott erfahren zu haben glaubte.

Du Prel hielt es für möglich, daß ein Kranker im Traum ein Mittel sieht, das ihn von seinem Leiden befreien kann, gerade wie der Hungerige und der Durstige im Traume Speise und Trank sieht, die ihn von den Leiden des Hungers und des Durstes befreien. Dieser Analogie-Schluß ist wohl etwas zu kühn, aber er beruht auf dem, daß Melanchthon im Traume gesehen habe, daß er durch Anwendung von Euphrasia (Augentrost) sein Augenleiden verlieren werde, und Mark Aurel nach seiner Angabe durch ein Mittel geheilt ist, das ihm Asklepios im Traume angab. So viel ist wohl auch sicher, daß ein Priester oder anderer Beamter des Heiligtums durch geschickte Unterhaltung und Fragen in einem Kranken Traumerfahrungen hervorrufen konnte, die seinen Absichten entsprachen. Das würde indessen einen Erfolg nur verbürgen, wenn das Personal im Heiligtum die Krankheit richtig erkannt hätte und ein Mittel zu ihrer Heilung gekannt und gehabt hätte. In solchen Fällen haben die Priester gewiß so gehandelt, aber man wirft ihnen gerade vor, daß sie das große Krankenmaterial nicht benutzt haben, um selbst zu lernen und die medizinische Wissenschaft zu fördern.

Der Priester selbst konnte und wollte keine großen medizinischen Kenntnisse haben, denn er war ein braver, wohlhabender Bürgermann, der durch das Vertrauen seiner Mitbürger oder durch ein Los auf ein Jahr gewählt wurde und später nicht wieder gewählt werden konnte. Wenigstens nennen unsere Inschriften in den 21 Sab-

des Baues der Tholos in jedem Jahre einen andern. Er konnte und durfte keinen andern Ehrgeiz haben, als den, sein Amt zur Ehre des Gottes und zum Nutzen des Heiligtums zu verwalten, und wenn man nicht die ganze Stadt Epidaurios für eine Anstalt hält, in der die Bürgersöhne zum Betrügen herangebildet wurden, kann man nicht alle Priester für Betrüger halten. Sie hielten fest an dem Gedanken, daß der Gott heile, und was sie selbst dabei taten, taten sie nach altem Herkommen im Vertrauen auf seine Hilfe. Anders wird es in Kos gewesen sein, wohin der Ruf des Hippokrates und seiner Schüler Patienten aus der Fremde zog, und „der Heilbetrieb, wenn er auch von den Priestern mit religiösem Beiwerk umkleidet wurde, unter der Kontrolle der Ärzteschule stand“. (Herzog, S. 206.)

In Epidaurios beruht die Heilwirkung auch wohl auf der Erfahrung des Tempelpersonals, das schon viele Kranke beobachtet hatte und deshalb durch seinen Rat nützlich sein konnte. Sein fester Glaube an die Macht des Gottes erfüllte die Kranken mit Zuversicht und veranlaßte sie zu längerem Bleiben im Heiligtum, wo eine vernünftige und heitere Lebensweise ihnen die Gesundheit wiedergab oder ihre letzten Lebenstage verschönte.

Anderer Art, als die alten Heilberichte, ist die Inschrift des Markos Ioulios Apellas aus dem zweiten Jahrhundert nach Christi Geburt. Der Verfasser ist ein junger, fränklicher Mann aus Mysia in Kleinasien, der später durch sein Geld und durch eine Heirat in die Gumpulidenfamilie hineinkam und ein hochangesehener Mann in Athen wurde. Weil er oft krank wurde und Verdauungsbeschwerden hatte, hat ihn der Gott nach Epidaurios kommen lassen, und nach seiner Heilung hat er dankbar seine Heilungsgeschichte aufgezeichnet. Die Uebersetzung von Wilamowitz-Möllendorff gibt die Naivität des jungen Mannes köstlich wieder, aber ich muß es mir ersagen, sie hier vollständig abdrucken zu lassen. Sich nicht viel zu ärgern, bei Regenwetter den Mantel über den Kopf zu ziehen, Käse, Brot und Sellerie Salat essen, Limonade trinken, sich selbst beien, spazieren gehen, baden und laufen, alles das sind jedenfalls in einen verwöhnten Studenten, der zu viel studiert und unordentlich gelebt hat, recht vernünftige Ratschläge. Nützlich ist es auch, wenn er nach Wörishofener Art barfuß spazieren geht, Wein in das eise Badewasser gießt, und dem Bademeister ist es nützlich, wenn ihm jedesmal eine Drachme gibt. In mehreren Nächten hört pellas vom Gott Ratschläge, die er gewissenhaft befolgt, und mit

gutem Erfolge wendet er Milch und Honig, Einreibungen mit Senf und Senfteig gegen seine Leiden an, und gegen das vom Studien kommende Kopfschmerz gebraucht er Del und Anis. Was der Gott ihm im Traume gesagt hat, ist alles so vernünftig, daß es das verlangte Honorar wohl wert ist.

In der Nähe des Tempels findet sich noch das Fundament eines großen Rundbaues (Tholos), von 11 m Radius und 380 qm Grundfläche, der in den Baurechnungen Thymele, d. h. Erntstätte, heißt. Rätselhaft sind die jetzt freiliegenden, irrgeordnet angeordneten Fundamente, bei denen man nicht weiß, ob sie Speisekammer oder Schatzkammer, oder nur einfach zum Tragen des Gebäudes dienten. Von außen umgaben den Rundbau 26 dorische Säulen und trugen ein Gebälk von hoher Schönheit, das man im neuen Museum würdig rekonstruiert. Das Innere des großen Rundbaues hatte fast 120 qm Grundfläche und war mit 14 ionischen Säulen und einigen Gemälden des Malers Pausias geschmückt. Eines stellte den Liebesgott dar, wie er Bogen und Pfeile zerworfen und statt ihrer die Leier genommen hat; das andere die Methe, die Trunkenheit, die aus einer Kristallschale trinkt, durch die man das Bild einer Frau sieht.

Wenn diese Bilder auf den Zweck des Gebäudes Licht werfen lassen, so scheint Wein, Weib und Gesang bei den Mahlzeiten im Rundbau nicht gefehlt zu haben. Es gab ja in den Askleionheiligtümern viele Leute, die durch ein schwelgerisches Leben krank geworden waren und auch im Heiligtum nicht davon loskommen konnten.

So traf Apollonios von Thyana in Aigai einen jungen Mann, „der in Trinkgelagen lebte oder vielmehr starb.“ Obwohl er der Wasser sucht litt und sein Leib austrocknete, stellte er doch nicht aufhören zu trinken ein.

Daher vernachlässigte ihn Asklepios und erschien ihm nicht im Traume. Als er sich hierüber beklagte, trat der Gott zu ihm und verwies ihn an Apollonios, der ihm sagte: „Der Gott der Gesundheit nur denen, die sie begehren. Du aber arbeitest der Krankheit in die Hände, denn indem du dich dem Wohlstand ergibst, füllst du deine durchnähten und verderbten Eingeweide mit leederer Kost an und schüttest dem Wasser Schlamm zu.“

Für solche Mahlzeiten unvernünftiger Badegäste beiderlei Geschlechts scheint mir die Thymele, die unter Aufsicht der Priester und auf Kosten der Tempelkasse 21 Jahre lang von den bedeutendsten Künstlern gebaut war, doch etwas zu gut zu sein. Sie fanden auch wohl Platz in dem großen Gebäude von 75 m im Quadrat, das 160 Fremden ein bequemes Unterkommen und Räume für Geselligkeit bot. In dem herrlichen Rundbau bewirtete man wohl nur die Ehrengäste der fremden Städte, die zu den großen Festen als Thearen kamen und mit Rücksicht behandelt werden mußten.

Auf den übersichtlichen Plänen an den Wänden des neuen Museums und an einzelnen Stellen auf unserer Wanderung sehen wir auch die Anstalten für die Wasserversorgung. Zisternen im Bezirke und auf den Höhen sorgten in der Römerzeit dereinst dafür, daß es auch im heißen Sommer nicht an einem kühlen und gesunden Trunk fehlte, obgleich das hier nicht so leicht möglich war, wie in der wasserreichen Gegend von Olympia.

Die fünf- bis sechsstündige Zeit unseres Aufenthalts im Heiligtum haben wir gut benutzt, und auch der Körper ist im Fremdenhause zu seinem Rechte gekommen. Dann fahren wir den weiten Weg nach Nauplion zurück, und unterwegs tauschen wir im Wagen unsere Eindrücke und Gedanken über das Gesehene aus. Handelt es sich hier und in Athen wirklich nur um ein Gewebe von Lug und Heuchelei, dem das entschuldigende Prädikat der Frömmigkeit nicht mehr zukommt? War die Bezahlung der Honorare und die Ausnutzung der Fremden für die Gemeinde von Epidauros und die Verwalter des Heiligtums die Hauptsache? Löste 1000 Jahre hintereinander ein Betrüger den andern im Priesteramte ab? Diese Fragen mit „ja“ zu beantworten, bin ich nicht Pessimist genug. Bei einzelnen Priestern und Beamten mag der Verdacht berechtigt gewesen sein, und vielleicht sind auch viele in ihrem Amte zu der Ahnung gekommen, daß der ganze Heilbetrieb menschlich, allzu menschlich war. Geschadet haben auch sie den Hilfesuchenden nicht, denen im damaligen Griechenland kein Arzt hätte helfen können, und durch die Hoffnung auf den Beistand ihres Gottes haben sie auch dem hoffnungslos Kranken die letzte Lebenszeit erleichtern können.

Bei Sokrates, um auf diesen zurückzukommen, ist die Anerkennung, die er dem noch neuen Heiligtume des Asklepios mit seinem letzten Worte ausspricht, nicht zu verwundern. Er nimmt

an, daß die Götter, da sie gut seien, den Menschen, die nicht wissen, was sie tun sollen, die Zukunft offenbaren. Er selbst beruft sich auf die göttliche Stimme, die ihm warnend ertöne, so oft er etwas Schädliches zu tun im Begriffe stehe. Wenn er es also auch für töricht hält, die Götter über Dinge zu befragen, die er selbst durch Nachdenken finden könne, so konnte doch auch er als Philosoph einen Gott befragen, wenn ihm der Grund einer Krankheit und die Mittel zu ihrer Heilung unbekannt waren.

---

# Von der Königin Luise, dem Minister v. Stein und dem deutschen Nationalgedanken.

Von

Hans Delbrück.

Die Steinsche Städteordnung. Rede zur Feier des Geburtstages Seiner Majestät des Kaisers und Königs gehalten in der Aula der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin am 27. Januar 1909 von Otto Gierke 35 S. Berlin, Universitäts-Buchdruckerei von Gustav Schade (Otto Franke).

Weltbürgertum und Nationalstaat. Studien zur Genese des deutschen Nationalstaates von Friedrich Meinecke. 498 S. München und Berlin, R. Oldenbourg 1908.

Königin Luise. Ein Lebensbild von Paul Baillet. 389 S. Berlin und Leipzig, Giesecke und Devrient 1908.

Die drei Schriften, deren Besprechung ich hier in einer allgemeineren Betrachtung zusammenfasse, hängen zunächst nur dadurch zusammen, daß sie sich auf dieselbe Epoche beziehen, aber es werden sich uns auch gewisse innere Beziehungen ergeben, die die Gemeinsamkeit rechtfertigen.

Gierkes Rede ist die Krönung der großen, auch hier mehrfach behandelten Kontroverse v. Meier-Lehmann über den Einfluß der Ideen von 1789 auf die preußische Reform. Es ist die Krönung, weil der Autor nicht bloß sein gewichtiges Votum abgibt zugunsten dieser, zu ungunsten jener Auffassung, sondern weil er, nachdem er sich hier entschieden, weiterbaut. Gierke steht durchaus auf dem Boden Lehmanns. Zwar sagt auch er, es wolle ihm scheinen, als ob Lehmann den Einfluß französischer Ideen auf Stein weitaus zu hoch bewerte und infolge hiervon gerade die Städteordnung in solche Beleuchtung rücke, aber irgend etwas konkretes, was Lehmann gesagt hat, wird nicht abgewiesen; der Einwand entspringt wohl nur dem lebhaften Ton der Lehmannschen Darstellung, der, wie ich

auch schon seinerzeit hervorgehoben, in der That bei einem wenig vorsichtigen Leser zu einem Mißurteil führen kann. In der That sieht auch Gierke in der Steinschen Gesetzgebung und im besonders der Städteordnung ganz wie Lehmann eine Amalgamierung deutscher und preussischer historischer Bildungen und Traditionen mit den neuen Ideen, die in der französischen Revolution ihren radikalsten Ausdruck fanden. Diese Amalgamierung verschiedener, ja in gewisser Beziehung entgegengesetzter Prinzipien ist ein Prozeß, der mit einzelnen groben Strichen nicht zu zeichnen ist; er bedarf einer sorgfältigen und im höchsten Sinne tendenzfreien Analyse, um wahrheitsgemäß dargestellt zu werden. Das war so recht eine Aufgabe für einen Gelehrten wie Gierke, der wie wenig Andere echten historischen Sinn mit juristischer Begriffsbildung vereinigt. Er hat sie meisterhaft gelöst. Als das Ueberlieferte, Deutsche erkennen wir den Begriff der in ihrem Kreise selbständigen Gemeinde; als das aus den neueren rechtlichen Ideen, den Ideen von 1789 entstammende Element erkennen wir die Repräsentation der Bürgerschaft in der Stadtordneten-Versammlung, und dieser Repräsentativ-Gedanke (unter Ausschließung der alten Korporations-Verbände, der Zünfte) ist um so bedeutsamer, als er das Vorbild geworden ist für die Repräsentation des Volkes auch im Staate. Indem Stein den Franzosen die Repräsentativ-Gedanken als Grundlage des städtischen Lebens annahm, hat er fast mehr als an irgend einer anderen Stelle gezeigt, wie offenen Sinnes er, der eigentlich nicht ohne eine gewisse Schwärmerei den mittelalterlich-romantischen Ideen huldigte, zu den universalen demokratischen Zug der Gegenwart zu würdigen wußte.

Was die „selbständige Gemeinde“ betrifft, die Stein in Erinnerung an die Selbständigkeit der deutschen Städte im Mittelalter neu belebte, so ist es kaum nötig oder vielleicht heutzutage auch gar nicht nötig, ausdrücklich zu sagen, daß es sich natürlich nicht um eine besondere psychologische Anlage des deutschen Volkes etwa im Unterschied zu den Franzosen handelt, sondern um den Gang der historischen Entwicklung. Die Bürgerschaften der französischen Städte haben auch ihre kommunale Selbständigkeit gehabt und im Mittelalter und noch bis in die Hugenottenkriege mit der höchsten Hingebung und Leidenschaft für sie gekämpft, aber sie sind schließlich dem stärkeren nationalen Königtum erlegen. Auch im alten römischen Kaiserreich war jedes Staatsganze auf eine sehr weitgehende Selbstverwaltung der Gemeinden aufgebaut. In England ist die Selbständigkeit der Gemeinden spät entstanden und immer in sehr enge Schranken ge-



geschlossen gewesen. In Deutschland brachte die Auflösung des Reichs und der Stände-Staat auch die selbständige Stadt, und gab so eine Ueberlieferung, an die man trotz der dazwischen liegenden Epoche des Absolutismus noch im 19. Jahrhundert wieder anknüpfen konnte.

An die Rede des Juristen Gierke schließe ich das umfassende Werk des Historikers Friedrich Meinecke „Weltbürgertum und Nationalstaat“. Ehe ich auf dieses Werk selbst einige persönliche Bemerkungen. Meinecke ist seit dem Jahre 1894 der Herausgeber der „Historischen Zeitschrift“ und hat diese Zeitschrift in dem Programm ihrer Leistungen auf höchst dankenswerte Weise erweitert. Im übrigen aber versagt die Zeitschrift in mancherlei Beziehung. Ihr Beruf und ihre Aufgabe wäre, die Führung zu haben bei den historischen Studien in Deutschland, Falsches, das auftritt, abzulehnen und zu bekämpfen, neuen Forschungen und Entdeckungen die Bahn zu ebnen und den Resonanzboden zu schaffen. Es ist aber keine Uebertreibung, wenn ich sage, daß so ziemlich für alle die schönen und großen Entdeckungen, die in den letzten Lustren in Deutschland von den verschiedensten Persönlichkeiten gemacht worden sind, gerade in der „Historischen Zeitschrift“ das Verständnis immer wieder gefehlt hat. Es ist vorgekommen, daß ein grundlegender Aufsatz eines jüngeren Gelehrten über frühes Mittelalter von ihr abgelehnt ist und in einer philologischen Zeitschrift hat einen Unterschlupf suchen müssen. Unter den Mitarbeitern der „Historischen Zeitschrift“ sind zwar immer noch viele unserer ersten Gelehrten, aber daneben finden wir Arbeiten bald von Schaumschlägern, bald von Leimfiedern, wie sie es ja immer und in jeder Wissenschaft gibt und von denen eine Zeitschrift ganz rein zu erhalten schwer ist, die hier aber einen unerlaubt großen Platz einnehmen. Werke, deren geringer wissenschaftlicher Wert notorisch ist, sind hier in den höchsten Tönen gelobt worden. Es fehlt dem Herausgeber an der für eine Fachzeitschrift besonders wichtigen Eigenschaft, dem wissenschaftlichen Instinkt. Wenn Meinecke selbst etwas bearbeitet, wird es immer mit der größten Sorgsamkeit und gutem Urteil geschehen, aber ehe er nicht selbst alle Quellen gelesen und den Stoff systematisch bis auf den Grund durchgearbeitet hat, bleibt er skeptisch und aus Skeptizismus konservativ. Es wird ihm schwer, den Wert der Unwert einer neuen Auffassung, die im Gewande der Wissenschaftlichkeit auftritt, schnell herauszufinden. Die freilich schwierige Aufgabe, die Geister sicher zu unterscheiden, die Geister derer, die erufen sind zur Wissenschaft und derer die es nicht sind, liegt ihm

als Redakteur nicht. Er kann sich freilich etwas darauf zu gut tun, daß er an einem so vortrefflichen Mann, wie dem verstorbenen Louis Erhardt, den eine sehr angesehene Fakultät als Privatdozent abgelehnt hatte, festhielt und ihm einen weitgehenden Einfluß auf die Zeitschrift gewährte. Aber die Mißgriffe auf der andern Seite sind gar zu zahlreich, und so ist es gekommen, daß ein führendes Organ der Geschichtswissenschaft in Deutschland heute nicht haben, und das ist wahrlich ein Mangel. Ich nehme das bei dieser Gelegenheit aus, erstens um der „Historischen Zeitschrift“ selber einmal einen Spiegel vorzuhalten, zweitens um einem lange aufgesammelten Aerger, von dem ich weiß, daß er bei vielen Anderen geteilt wird, Luft zu machen, drittens, um auf die Folie Meinedes Werk zu besprechen, damit niemand meine, ich hätte für den Verfasser voreingenommen. Es ist nämlich, um es vornehmein zu sagen, auch in meinen Augen ganz ausgezeichnet. In Meinede den Grundgedanken zum erstenmal in seinem „Zeitalter der deutschen Erhebung“, \*) ebenfalls einer kleinen literarischen Beilage andeutete, lehnte ich ihn mit einem gewissen Erstaunen ab. Er erschien mir geradezu wie eine Entgleisung. Aber ich habe mich eines Besseren belehren lassen. Freilich, auch hier handelt es sich wieder um Erscheinungen, über die man nicht so mit einem groben Besen hinschweifen kann. Auch ist es nicht ein Thema für Jedermann. Ideen-Geschichte ist ein überaus delikater Gegenstand. Ich will versuchen, obgleich nicht ohne ein gewisses Zittern, ob es mir gelingen wird, ohne irgendwie im Ausdruck fehlzugreifen und Mißverständnisse zu erregen, die Summe wiederzugeben.

Wir sind gewohnt, die Anschauung des 18. Jahrhunderts als kosmopolitisch anzusehen, welcher Kosmopolitismus dann aber in den Nationalitätsgedanken, als die Franzosen unter Napoleon Miene machten, den theoretischen Kosmopolitismus in eine praktische Universalmonarchie umzusetzen. Meinede weist nun nach, daß dieser Umschlag sich keineswegs so plötzlich vollzog, indem die Nationen der Engländer, Spanier, Russen und Deutschen sich plötzlich selbst besonnen, sich verbündet und das französische Joch abgeworfen hätten, sondern das Merkwürdige ist, daß dieser gemeinsame Kampf der Nationen für die Errettung ihrer Nationalität noch einen starken kosmopolitischen Zug hatte. Ich habe das in

\*) Das Zeitalter der deutschen Erhebung (1795—1815) von Friedrich Meinede (Monographien der Weltgeschichte XXV.) 133 S. Bielefeld und Leipzig: Velhagen & Klasing.

einmal so ausgedrückt (Gneisenau II, 15), „der Kosmopolitismus der napoleonischen Universalmonarchie rief einen Antikosmopolitismus hervor: mit Gewalt abstrahierten gerade die edelsten und kräftigsten Führer der Gegenbewegung von den Interessen Preußens, Oesterreichs, Rußlands, Englands und widmeten sich der Idee der allgemeinen staatlichen und nationalen Unabhängigkeit; wie Gneisenau es im Jahre 1812 einmal in einem Brief an Gröben (26. Oktober) ausgedrückt hatte: „Die Welt scheidet sich ab in solche, die gezwungen oder freiwillig für Bonapartes Ehrsucht oder dagegen sehten. Auf das Gebiet der Länder scheint es hierbei weniger anzukommen als auf das der Grundsätze.“ Dem einträchtigen Streben, das sich auf diese Weise bildete, war das glückliche Ergebnis des Feldzuges von 1813 zu danken.“

Hier ist also das Zusammenwirken der großen Koalition aufgefaßt als das Produkt einer praktischen politischen Notwendigkeit. So war es auch, aber Meinecke hat noch tiefer gegraben. Er geht der allmählichen Entwicklung des Nationalitätsgedankens bei Wilhelm v. Humboldt, den Romantikern, Fichte, Adam Müller, Stein, Gneisenau, Arndt nach und findet, daß er bei ihnen allen dauernd eingebettet bleibt in kosmopolitische Vorstellungen. Der Nationalitätsgedanke, der uns heute in Fleisch und Blut lebt und so selbstverständlich erscheint, ist erst durch Hegel, Ranke und Bismarck zu seiner vollen Ausbildung gelangt. Als Fichte die Reden an die deutsche Nation hielt, sah er in ihr nicht das deutsche Volk neben andern Völkern, sondern das Volk, das bestimmt sei, das Universalvolk zu werden, das heißt, denjenigen Geist zu erzeugen, den auch alle anderen Völker schließlich, um zur Höhe der Menschheit zu gelangen, anzunehmen hätten.

Diese Unterscheidung ist nicht etwa bloß eine theoretische Klugelei, sondern in ihr liegt die tiefere Erklärung sowohl für das Völkerbündnis von 1813 im Großen wie für eine Reihe von Einzelvorgängen, die bisher in den historischen Darstellungen wohl erzählt, aber eigentlich nur wie nebenherlaufende Kuriositäten mitgenommen worden und unerklärt geblieben sind.

Wie kam es, daß die großen Väter des neuen Deutschland sich auf dem Wiener Kongreß der grotesken Illusion hingaben, die andern Großmächte sollten helfen, daß dem deutschen Volk eine angemessene Verfassung geschaffen werde?

Am 1. November 1812 schrieb Stein: „Die deutschen Angelegenheiten müssen durch England, Oesterreich, Rußland geordnet und Preußen mit fortgerissen werden.“ Stürzt der Himmel über

uns zusammen? Das ist ein Ausspruch Steins? Die Russen und Engländer sollen bestimmen, was in Deutschland rechtens ist und dazu auch noch Preußen zwingen, daß es freundlichst helfe das Rechte zu tun? Aber tatsächlich ist ja dem deutschen Volk eine seinem „ureigenen Geist“ entsprechende Verfassung zuerst zugelegt worden in einer Proklamation nicht des Königs von Preußen sondern des russischen Feldmarschalls Kutusoff.

Der Freiheitskampf der Nationen entbrannte in der That nicht bloß auf Anrufung des nationalen Gedankens, sondern alle die Propheten und Jünger dieses Gedankens waren sich gleichzeitig bewußt, daß es noch ein den Nationen übergeordnetes, allgemeines Interesse gäbe, welches bei edlen und selbstlosen Persönlichkeiten und Staatsmännern dazu führen könne und solle, nicht bloß für die eigene, sondern auch für das wahre Wohl und Heil der andern Nationen zu sorgen. Das war gleichzeitig eine ungeheure Wahrheit denn ohne diese Idee hätte man niemals die Einheit der Staatsmänner und Feldherren geschaffen, die zum Siege von Leipzig führten und eine ungeheure Illusion, denn schließlich mußte doch jede Nation und jeder Staat sich von dem eignen wohlverstandenen Interesse leiten lassen, und der allgemeine europäische Kongreß zu Wien war deshalb nicht die geeignete Instanz, dem deutschen Volke eine Verfassung zu geben.

Es hat einen ungemeinen Reiz, bei Meinecke zu lesen, wie er nächst die heilige Allianz, dann aber auch noch die wunderlichen Ideen König Friedrich Wilhelms IV. über das deutsche Kaisertum auf diese Wurzel zurückgehen, auf die Vorstellung nämlich, daß das Kaisertum nicht bloß eine nationale, sondern zugleich eine universelle Würde sei. Wir lächeln — wenn wir nicht gar in ein höhnisches Lachen ausbrechen — indem wir lesen, wie der König von Preußen sich abmühte, eine staatsrechtliche Form zu finden, in der er als der Kaiser von Oesterreich sozusagen zusammen das deutsche Kaisertum verwalteten, wie er sich bereit erklärte, sich mit der „Kaiserfeldherrnschaft“ zu begnügen, und als solcher dem Kaiser bei der Krönung das silberne Waschbecken halten wollte — aber schließlich liegt in solchen Ideen nicht schon ein Fortschritt, verglichen mit der Vorstellung, daß die Russen und Engländer ein moralisches Recht und die moralische Pflicht hätten, dem deutschen Volk eine Verfassung zu bauen? Mit der noch Jahrzehnte lang festgehaltenen Vorstellung, daß England (in Personal-Union mit Hannover) beteiligt sei, auch in der deutschen Politik eine stimmführende, vielleicht

maßgebende Macht zu sein? Wiederum: kehren wir doch auch einmal den Gesichtspunkt um: war es nicht auch etwas Großartiges dieser Gedanke, daß nicht der kalte Egoismus, die reine Nützlichkeitsrechnung der einzelnen Völker die Politik bestimmen dürfe, sondern daß ein großes Kultur- und Freiheitsinteresse die edelsten Völker zu einer höheren Einheit verbinde und die Einzelnen im Dienst dieser höheren Einheit zu arbeiten hätten? Gerade heute ist es wohl nicht so unangebracht, zuweilen daran zu erinnern, daß unsere Väter so gedacht haben. In dieser Gesinnung war es, daß Gneisenau im Mai 1815 das gesamte preußische Heer nach Belgien vorstob und die eigenen preußischen Rheinlande ungedeckt ließ, selbst die Niederlage von Wigny nahm er dabei in den Kauf — aber der schließliche Lohn war: Belle-Alliance.

Als einst in den Klopstock, Lessing, Herder das erste Ahnen vom Wesen und Wert der deutschen Nationalität aufstieg, war es nur die Kulturnation, die ihnen vor Augen schwebte und der politische Gedanke noch welkenfern. Leuchtet er einmal auf, so zeigt er den kosmopolitischen Hintergrund, indem als natürliche Folge nationaler Staaten der allgemeine Friede vorausgesetzt wird — denn warum sollten Völker sich hassen und miteinander schlagen? Die Kriege entspringen dem Ehrgeiz und der Ruchlosigkeit der Kabinette. Lessing schrieb: „Kabinette mögen einander betrügen; politische Maschinen mögen gegen einander gerückt werden, bis eine die andre zersprengt. Nicht so rücken Vaterländer gegen einander: sie liegen ruhig nebeneinander und stehen sich als Familien bei. Vaterländer gegen Vaterländer im Blutkampfe ist der ärgste Barbarismus der menschlichen Sprache.“ Wie sehr hat der große Mann sich hier geirrt! Sollen wir sagen: leider? Wer will die Weltgeschichte meistern? Sicher ist, daß die Folge der Bildung der großen Nationalstaaten und der Durchbringung der Völker mit dem Nationalstaatsgedanken nicht zu allgemeiner Verbrüderung, sondern zu tiefer, ingrimmiger Feindseligkeit geführt hat und daß, wenn wir dennoch in einer Friedensperiode leben, das ganz gewiß nicht der gegenseitigen Liebe und Achtung, sondern dem Satz „si vis pacem, para bellum“ zu danken ist.

Es steht noch viel Interessantes in Meinekes schönem Buche, besonders über das Verhältnis Preußens zur Forderung des deutschen Nationalstaats im Jahre 1848, aber wir wollen heute darauf nicht eingehen und nur noch auf den Zusammenhang der Meinekeschen Forschung mit der Kontroverse über die geistigen

Wurzeln der preußischen Reform hinweisen. Geradezu platt erheben jetzt die Vorstellung, die Reform habe sich ausschließlich aus preußisch-deutschen Keimen entwickelt, nachdem man sich aus Meinede überzeugt hat, daß sogar der Nationalitätsgedanke nicht einfach erdgeboren ist, sondern einen Teil seiner Kraft aus dem Universal-Ideenkomplex der Epoche gezogen hat.

Gehen wir über aus der Sphäre der Ideengeschichte, der schwierigen, Anspannung erfordernden philosophischen Abstraktion auf das menschlich Greifbarere, dem Gemüt wie dem unmittelbaren Verständnis leichter sich Erschließende und nicht weniger Wichtig- und Bedeutsame des Persönlichen in der Geschichte, auf die neu. Biographie der Königin Luise. Nicht ohne ein gewisses Bangen nähert sich der kritische Historiker den Ereignissen und Persönlichkeiten, die ein legendarischer Duft umschwebt. Wie wenn nun die unerbittliche Sonde der Kritik die schönsten und anmutigsten Stücke aus dem Heiligenbild entfernt? Meist ist der Gang der Dinge der, daß zunächst die rohe Bilderstürmerei der Parteilucht über die legendarischen Gestalten herfällt, sie zu zertrümmern und womöglich in den Schmutz zu treten sucht. Das macht aber auf die Anhänger und Verehrer der Legende keinen dauernden Eindruck: man sieht, daß diese Kritik selber nicht aus der Wahrheit stammt und bleibt bei seinem Glauben, auch wenn man jene nicht direkt zu widerlegen vermag. Endlich kommt die wahre und zuverlässige objektive Kritik von der man von vornherein weiß, daß Heilige für sie kein Begriff sind, die aber Menschen ebenso oft und ebenso gern aufs Pödel stellen als von ihm herunterstürzt.

Paul Baillet hat seit vielen Jahren das Material für eine Biographie der Königin Luise zusammengesucht und gesammelt und schon hier und da schöne Stücke daraus mehr oder weniger bearbeitet publiziert. Auch andre mittlerweile erschienene Biographien haben davon schon Vorteil gezogen. Der eigentliche literarische Nachlaß der Königin ist zwar unmittelbar nach dem Tode Friedrich Wilhelms III. gemäß dessen Anordnung vernichtet worden, aber es hat sich an den verschiedensten Stellen doch noch an Briefen von ihr und an sie gefunden, namentlich der Briefwechsel zwischen ihr und ihrem Mann und der Briefwechsel mit Geschwistern, daß ein höchst lebendiges Bild in Fleisch und Blut sich hat herstellen lassen. Gott sei Dank, die Königin ist gebildet, was sie uns war: weder eine Heroine noch eine Prophetin, die lieblichste und beste der Frauen, die, sich äußerlich und innerlich

ihrem Gatten unterordnend und anschniegender, nach den höheren Zielen ausschauende, für die ihm Blick und Sinn fehlten, und tatsächlich dazu beigetragen hat, ihn in entscheidenden Momenten über sich selbst zu erheben und mit den Männern in Verbindung zu bringen, auf denen die Zukunft und das Heil des Staates Preußen wie des deutschen Volkes beruhte. Freilich, den König so zu dirigieren, daß sie den Staat gelenkt hätte, so weit reichte ihre Kraft nicht, reichte sie nicht entfernt. Sie hätte dann im Winter 1808/09 die Geschäfte in die Hand nehmen, die Erhebung gegen Napoleon von weit her vorbereiten, die Verbindung mit England und Oesterreich anknüpfen und im Frühjahr 1809, als Schill mit einem Regiment auszog, das Königreich Preußen in den Kampf führen müssen. Daß man sich dann gegen Napoleon hätte behaupten, ihn gemeinsam mit den Oesterreichern über den Rhein hätte treiben können, kann heute, wo wir die gesamte politische Situation überschauen und die Kräfte hüben und drüben genau abzuwägen imstande sind, keinem Zweifel mehr unterliegen. Was weiter geschehen wäre, vermag keine Phantasie auszumalen. Die Königin Luise hat aber an ein derartiges Dirigieren der Politik niemals gedacht, hätte es bei ihrem Gemahl auch nicht durchsetzen können, und es war doch auch gut so. Denn die Mißgestalt des ehelichen Verhältnisses, die dabei vorausgesetzt werden mußte, hätte jeden noch so großen politischen Vorteil aufgehoben und erdrückt. Man mag vielleicht fragen, ob, wenn die Königin 1813 noch gelebt hätte, sie wenigstens den früheren Beginn der Rüstungen durchgesetzt und dadurch die Niederlagen von Groß-Görschen und Bautzen verhindert haben würde. Aber selbst das ist sehr zweifelhaft, denn sie war viel zu sehr gewohnt und sah es als ihr Gesetz an, mit ihrem Gemahl zu empfinden und zu denken und sich ihm als ihrem Herrn ein- und unterzuordnen, und im November, ja sogar im Dezember 1812 verstand selbst Hardenberg die neue Situation noch nicht und man hat keine Spur, daß er dem König zu Rüstungen geraten habe. Von der Königin darf man aber vielleicht sagen, daß sie ihren Gemahl wohl fort und höher hinaufgezogen, aber nur da, wo er ohnehin die Richtung einschlug. Von einem Ringen zwischen ihnen, wie etwa zwischen dem Kaiser Wilhelm und der Kaiserin Augusta, ist nie die Rede gewesen. Eben darum aber behielt die Königin Luise den Zauber der Weiblichkeit und Holdseligkeit, der ihr die Herzen der Mit- und Nachwelt gewonnen hat. Diesen Gesichtspunkt muß man von vornherein nehmen, um ihre Persönlichkeit und historische Stellung und Bedeutung

richtig zu würdigen. Hätte die Königin auch nur angefangen, kritisch ihrem Gemahl gegenüber zu empfinden, sich den Unterschied ihres Wesens und ihren eigenen höheren Wert bewußt zu machen — man weiß nicht, was aus dieser Ehe hätte werden sollen. Aber so war Luizens Sinn nicht; sie war und wollte nichts sein als die Frau, die ihres Mannes Gefährtin und ihm zugleich untertan ist. Sie hat ihm gegenüber keinen Willen, schrieb ihr Bruder Georg. Mit absoluter Hingebung sah sie in ihm und wollte in ihm nichts sehen als was gut, lieb und würdig an ihm war. Die Treue und Liebe, die der König ihr trotz seines mürrischen Wesens doch dauernd darbrachte, lohnte sie mit der rührendsten und nie nachlassenden Hingebung. Wenn sie einmal einen Zweifel an ihm andeutet, so bezieht er sich immer nur auf die Mängel in der politischen Befähigung des Königs, nie auf seine Persönlichkeit. Diese schöne und liebenswürdige Frau, die, wie ihre Briefe hundertfach bezeugen, den großen Problemen der Zeit ein tiefes, instinktives Verständnis entgegenbrachte und auch den sprachlichen Ausdruck für ihre Empfindungen fand, blieb in der inneren Einheit mit dem kleinen leinenen Gatten, der eigentlich keine andere Eigenschaft hatte, als daß er eine respectable Persönlichkeit und ein stattlicher Mann war und sie wieder liebte. Als Kaiser Alexander in ihren Gesichtskreis trat, der mit der schönen männlichen Erscheinung alle die Eigenschaften verband, die sie an ihrem Gemahl vermissen konnte, schwärmte sie ihn wohl an und machte kein Hehl daraus, so daß die Lästermäuler das übliche Gezißel anstellten und auch ernste Männer es ihr übel genommen haben, aber der Inhalt dieser Schwärmerei war schließlich kein anderer, als wenn Friedrich Wilhelm selber trotz seiner schönen Frau eine kleine Herzensengereizte für die jüngste Schwester des Zaren, eine schon ganz jung verstorbene Herzogin von Mecklenburg, einmal empfunden hat.

Es ist ein hoher Genuß, das Bailleusche Buch zu lesen. Es ist auf dem Hintergrund der mit vollem Verständnis von unserer Autor dargestellten Welt- und Staatsverhältnisse dieses Familienleben und dieses weibliche Herz mit seinen kleinen Schwächen und Liebhabereien, seinem höheren Streben, seiner Empfindung für das Große und Edle sich vor uns öffnet und sein Innerstes enthüllt.

Der eigentliche Kernpunkt ist natürlich das Verhältnis zwisch dem Königspaar selbst. Friedrich Wilhelm war kein liebenswürdiger Ehegatte. Unentschlossen und indolent, wie er in den großen Staatsangelegenheiten war, war er doch daheim ein Haustyrann. S



die großen politischen Entscheidungen herannahen, zog er sich nach Pareß zurück, wo er nicht so bald zu erreichen war, nur um der Entschlußfassung zu entgehen. Den wichtigsten Vortrag ließ er abbrechen, um auf eine Wachtparade zu gehen und sich so einer Entscheidung zu entziehen. „Mir war, als ob der Leichenstein meines Vaterlandes sich auf meine Brust wälzte“, fügt Boyen hinzu, wo er uns dieses Erlebnis mitteilt. Dieser selbe Mann aber bestand sehr hartnäckig und zäh auf seinem Willen und peinigte selbst seine leidenschaftlich geliebte Frau mit seinen steten „Humeurs“. Da er selber ohne Bildung und ohne geistige Interessen war, so wünschte er auch nicht, daß seine Frau nach vertiefter Bildung strebe. In Luise lebte, wie Bailieu in Anknüpfung an die Erzählung von ihrer Verlobung sagt, „ein angeborener Aufwärtsdrang, trotz oder infolge der nie wieder ausgeglichenen Mängel ihrer Erziehung eine heiße Sehnsucht nach einem höheren Bildungsleben; ihr reicher und schöner Geist umfaßte Anlagen, die in bräutlichem Getändel keine Befriedigung fanden, eine emporstrebende Welt von Gedanken und Gefühlen, die neben Friedrich Wilhelm, wie er war und blieb, verstummen und verkümmern mußte.“

Sie hatte das Glück in Frau von Kleist und Frau von Berg zwei Freundinnen zu finden, die ihrem besseren Streben die ersehnte und unentbehrliche Anleitung und Stütze gewährten. Frau v. Kleist, geb. v. Gualtieri, war die Frau eines Hauptmanns in Potsdam, eine Tante Heinrichs; Frau v. Berg, geb. v. Häfeler, lebte in Berlin und machte ein Haus in der Thiergartenstraße, wo sich die hervorragendsten Persönlichkeiten trafen. Sie stand in Beziehungen zu Jean Paul, zu Goethe, namentlich aber zu Herder und zu manchem anderen bedeutenden Mann der Epoche. In diese Welt suchte sie nun auch Königin Luise einzuführen. Es war nicht Teilnahme nur für eine aus beklemmender Enge in befreiende Weiten, aus dem Schatten nach Licht und Sonne verlangende Seele. Frau v. Bergs Absicht auf das Große und Allgemeine gerichtet, ging höher. Als das wichtigste Moment in der deutschen Geschichte der nächsten Jahre erscheint uns heute die Verschmelzung des alt-preußischen Geistes mit dem Geiste der neuen deutschen Bildung, auf der die preußische und die deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert beruht: Frau v. Berg hat dieser Entwicklung mit Bewußtsein vorgearbeitet (Bailieu S. 118) und in diesem Sinne auf die Königin eingewirkt. Auch mit Stein war Frau v. Berg befreundet. Die Königin selbst ist zu einem näheren persönlichen Verkehr mit

den großen Geistern der Zeit, wie etwa ihre Vorgängerin Sophie Charlotte, nicht gekommen, aber es ist nicht zu vergessen, daß sie erst 32 Jahre alt war, als sie starb und ihr Leben durch ihre sieben Kinder und zuletzt von den furchtbaren politischen Sorgen ausgefüllt war, ihr Gemahl aber, von Bildung überhaupt nichts wissen wollte und sie mit Bewußtsein in dem harmlos phäakischen Leben, wo man sich mit Topfschlagen und Blindfuhspielen vergnügte, hielt. Noch aus seiner späteren Zeit sind mir einige Anekdoten mündlich überliefert, von denen ich nicht weiß, ob sie schon gedruckt sind und die deshalb hier eingeflochten sein mögen. Als seine beiden angewachsenen Töchter anfangen für Goethe zu schwärmen, regte er sie gern etwas mit der Frage: „Wie heißt er doch noch, der große Mann in Weimar?“ Als er „Romeo und Julia“ gesehen hatte, gab er sein Urteil dahin ab: „Und wenn das Stück von dem großen Goethe wäre, es könnte nicht langweiliger sein.“ General v. d. Marwitz erzählt in seinen Memoiren, offenbar nach seiner Frau, die Hofdame bei der Königin gewesen war, diese habe eine hübsche Stimme gehabt und gern gesungen; dann aber sei der König gekommen und habe angefangen auf dem Instrument zu spielen, das er gelernt hatte, nämlich der Trommel und dadurch die Königin gezwungen aufzuhören. Das Geschichtchen mag, wie alle solche Anekdoten, in seiner strikten Wortlaut angezweifelt werden, aber es malt richtig und es ist daher kein Wunder, daß wie der Bruder Luise's, Prinz Georg einmal an eine Schwester schrieb, manche heimliche Träne in diesem Königschlosse geflossen ist.

Es war gewiß eine der wunderlichsten Verirrungen, die die wissenschaftlichen Forschungen aller Zeiten aufzuweisen haben. Daß man versuchte, aus Friedrich Wilhelm III. einen Staatsmann zu machen, in ihm persönlich den Träger der preussischen Reformen zu finden, Führer zum und im Freiheitskampfe zu sehen.

Selbst aus dem Jahre 1806 hat man ja bereits eine Reformbewegung in Preußen entdecken wollen, die durch die Katastrophe nicht ausgelöst, sondern eher unterbrochen worden sei. Baillet-Latour sagt von diesen spontanen Reformbestrebungen des Königs sehr richtig: „Seine Neigung geht doch eigentlich weniger auf die Einführung von Reformen, am wenigsten von grundstürzenden, als auf die Abschaffung von Mißbräuchen. Und wie sehr blieb dabei das Regierungsprogramm, wenn wir das Wort wiederholen dürfen. Es geht hauptsächlich zurück hinter den theoretischen Forderungen der rationalistischen Aufklärung nicht bloß, sondern auch hinter den realen Bedürf-

des preußischen Staates! Es ist nur zu wahr: Die Absichten des Königs ebenso wie seine nächsten Maßnahmen berührten nur oberflächlich den eigentlichen Sitz der Krankheit des preußischen Staatswesens, sie griffen nicht hinein in die großen Lebens- und Daseinsfragen.“ Seine auswärtige Politik stand nicht höher; sie hatte kein anderes Ziel als die Erhaltung von Ruhe und Frieden. Möchte Nelson die französische Flotte bei Abukir vernichten, Napoleon Bonaparte Aegypten erobern, Rußland sich mit England und Oesterreich zu neuem Kampfe gegen Frankreich rüsten: in Charlottenburg beharrte der Erbe der Monarchie Friedrichs des Großen in dem bequemen Wohlleben eines vermögenden Gutsbesizers inmitten seiner Familie, seiner Verwandten und Freunde und wollte sich unter keinen Umständen in dieser Politik der Neutralität und des Friedens stören lassen (B. S. 96). So ist Friedrich Wilhelm zu allen Zeiten geblieben. „Der beste Wille erschöpft sich und aller Enthusiasmus, mit dem man zum guten oder doch zum lindernden Zweck wirken möchte,“ schrieb Graf Lehndorf aus Memel nach dem Frieden von Tilsit, „scheitert an der Eisklippe der Gleichgültigkeit und Unentschlossenheit, die noch immer besteht und die kein Ereignis umwerfen kann.“ Es ist der König, der nach dem Siege bei Leipzig kein Wort des Dankes für Gneisenau hatte und das Yorksche Armee-korps nicht in Paris einziehen ließ, weil es ihm nicht propper genug war. „Stahl und Eisen formen sich unter den Schlägen des Hammers,“ schrieb Clausewitz, „aber ein zäher Schwamm behält eigensinnig seine Form“. Noch jüngst haben wir das groteske Nachspiel zu der Glorifizierung dieses Monarchen erlebt, daß man eine geheime Instruktion aufgefunden haben wollte, gemäß welcher York die Konvention von Tauroggen abgeschlossen haben sollte. Auch auf diesen Humbug ist, ich kann mir den Stich nicht versagen, es gehört in das Kapitel vom mangelnden historischen Instinkt, die „Historische Zeitschrift“ hereingefallen. \*) Das Buch über die Königin Luise dürfte der Heroisierung Friedrich Wilhelms III. (ich bekenne, ich habe ihr selbst einmal etwas nachgegeben) für alle Zeit ein Ende bereiten. Friedrich Wilhelm war zäh im Beharren in einer einmal eingeschlagenen Richtung, geduldig im Ertragen, hielt fest an den Personen, die er einmal eingesetzt hatte (selbst Stein entließ er

\*) Die letzte Arbeit über diese Kontroverse, die das Geipenst hoffentlich definitiv aus den Gefilden der Wissenschaft vertrieben hat, ist die Berliner Dissertation „Friedrich Wilhelm III. und die Konvention von Tauroggen“ von Thies Willens, Verlag von R. Trenkel, Berlin 1909.

ungern), sein Sinn hatte immer die Richtung auf das Gute, aber zu irgend welchem Handeln war er unfähig. Daß seine Position nicht bloß nach dem Frieden von Tilsit, sondern auch vor 1806 sachlich durchaus nicht einfach, sondern überaus schwierig und kompliziert war, darf dabei natürlich nicht unerwähnt bleiben und muß ihm zugute gehalten werden.

In der unbedingten Unterwerfung unter den Willen des Gatten in rückhaltloser Hingabe an das ihm bequeme inhaltlose Dasein war auch Luizens Persönlichkeit mit allem schlummernden Reichtum ihrer Begabung und den sehnsuchtsvollen Anläufen unentwickelt geblieben, wenn nicht der große Treiber, das Leiden über sie gekommen wäre. Kein geringerer als Heinrich von Kleist hat in einem Briefe an seine Schwester (6. Dez. 1806) über die Königin geschrieben: „In diesem Kriege, den sie einen unglücklichen nennt, macht sie einen größeren Gewinn, als sie in einem ganzen Leben voll Frieden und Freuden gemacht haben würde. Man sieht sie einen wahrhaft länglichen Charakter entwickeln. Sie hat den ganzen großen Gegenstand, auf den es jetzt ankommt, umfaßt; sie, deren Seele noch so kurzem mit nichts beschäftigt schien, als wie sie beim Tanzen oder Reiten gefalle. Sie versammelt alle unsere großen Männer, die der König vernachlässigt, und von denen uns doch nur allein Rettung kommen kann, um sich; ja sie ist es, die das, was noch nicht zusammengefallen ist, hält.“ Mit den intimsten Dokumenten und Zeugnissen können wir es jetzt belegen, daß Kleist richtig gesehen hat. Sie bestärkte den König, als er den freilich für den Augenblick verderblichen, für seinen Nachruhm aber unschätzbar wertvollen Beschluß faßte, sich nicht von Rußland zu trennen, sondern den Krieg fortzusetzen; sie blieb auch fest, als diese Tapferkeit zum Nachteil ausgeschlagen war; sie hielt ihren Gemahl aufrecht, als er zu zweifeln wollte; sie führte ihn auf die Persönlichkeiten aus dem Trümmer gegangenen alten Beamtentum, in denen die Schöpferkraft für ein neues Staatswesen lebte.

Der hauptsächlichste Vorwurf, der in politischer Beziehung der Königin gemacht wird und schon damals von den besten Männern gemacht worden ist, bleibt, daß sie im Herbst 1808 Stein nicht gehalten, sondern sich sogar denen beigegeben habe, die seine Entlassung drangen. Die Tatsache ist richtig, aber es kommt darauf an, sie richtig einzuordnen und zu werten. Sehr zutreffend und verständig urteilt darüber Bailleu. Stein war das Haupt der Partei, die die nationale Erhebung gegen die Franzosen vorbereitete.

Er war nicht nur das Haupt dieser Partei, sondern er hatte sich auch in seinem unvorsichtigen Briefe an den Fürsten Wittgenstein dazu bekannt und war durch die Veröffentlichung dieses Briefes im „Moniteur“ vor aller Welt als solches gekennzeichnet. Nun hatten Napoleon und Alexander ihre Zusammenkunft in Erfurt, aus der sich ergab, daß Rußland den Kampf gegen Frankreich vorläufig nicht wieder aufnehmen werde. Preußen hätte nichtsdestoweniger in den Kampf eintreten können an der Seite Oesterreichs, von dem man schon sah, daß es sich dafür vorbereite. Friedrich Wilhelm aber entschied sich anders. Er beschloß, sich an den Zaren anzulehnen, der ihm eben in Erfurt im eigenen Interesse gewisse Erleichterungen und Sicherungen verschafft hatte. In diesem Sinne nahm er auch die Einladung Alexanders zu dem Besuch in Petersburg an, der so viel gescholten und als bloße Vergnügungstour der Königin hingestellt worden ist, zu dem aber auch, eben aus politischen Gründen, Hardenberg geraten hatte. Wie konnte Stein unter solchen Umständen Minister bleiben, selbst wenn die Franzosen nicht deutlich genug zu verstehen gegeben hätten, daß sie seine Entfernung forverten? Stein wollte eine bestimmte Politik; der König hatte sich für die entgegengesetzte entschieden, und Steins Bedeutung in der preussischen Geschichte ist ja gerade, daß er als Minister nicht bloß Handlanger des Königs war und sein wollte — wie konnte er also Minister bleiben, nachdem es entschieden war, daß der König seine Politik verwerfe und einen anderen Weg einschlage?

Man kann sich ja etwa vorstellen, daß Stein im Einverständnis mit der Königin scheinbar auf die andere Seite getreten wäre, sich dadurch im Ministerium gehalten, im Geheimen aber den Abfall vorbereitet und im letzten Augenblick die Maske abwerfend den König im Frühjahr 1809 zum Anschluß an Oesterreich herumgerissen hätte. Aber ganz abgesehen davon, daß es doch für den Minister nach der Veröffentlichung des Briefes an Wittgenstein schon unmöglich gewesen wäre, die Miene eines Franzosenfreundes anzunehmen und Napoleon wie seinen eigenen König über seine wahre Gesinnung täuschen — er hatte gar nicht den Willen dazu. Er konnte ihn nicht haben, denn eine solche Doppelrolle paßte schlechterdings nicht in seine Natur und seinen Charakter. Er hätte es niemals fertig gebracht, wie es Hardenberg im Januar 1813 getan hat, das Doppelspiel durchzuführen. Angenommen, Friedrich Wilhelm hätte aber, sei es aus eigenem Antrieb, sei es unter dem Einfluß seiner Gemahlin im Herbst 1808 den Entschluß gefaßt, sich nur scheinbar dem

russisch-französischen Einvernehmen anzuschließen, 1809 aber mit Oesterreich loszuschlagen — bei seinem Charakter eine völlige Unmöglichkeit — so hätte er doch, um das durchzuführen, als erstes die Entlassung müssen, um seinen Plan zu maskieren.

Man sieht also, wie man es auch drehe und wende: Stein's Entlassung im Herbst 1808 war eine durch die Umstände und durch ihn selbst herbeigeführte unvermeidliche Notwendigkeit. Die Königin Luise trifft keinerlei Vorwurf, weil sie dabei mitgewirkt hat.

Die Momente, wo die Königin direkt und mit positivem Einfluß auf die Politik Preußens eingewirkt hat, sind zuerst beim Tode Steins und dann namentlich bei der Berufung Hardenbergs zum Ministerium, wenige Wochen vor ihrem Tode. Ihr freundlicher Zureden überbrückte den scharfen Gegensatz der Charaktere zwischen dem König und Stein, der das Zusammenwirken noch im letzten Augenblick unmöglich zu machen drohte. Hardenbergs Wiederrufung im Jahre 1810 aber ist geradezu ihr Werk. Hardenberg war schon seit dem Jahre 1806 der Mann ihres Vertrauens. Als er im Jahre 1807 auf Napoleons Verlangen aus dem preussischen Dienste weichen mußte, war es auf seinen Rat, daß der König die Entlassung befahl, und sein Rat gab auch den Ausschlag, daß er ihn bald wieder entließ, immer mit Zustimmung der Königin. Die politische Wertung der Königin Luise hängt daher aufs engste mit der Person Hardenbergs zusammen und diese Wertung ist überaus wichtig und kompliziert. Die Fehler im Charakter Hardenbergs liegen auf dem Tage, seine Fehler in der Politik sind zahllos. Er hatte nicht den schöpferischen, wahrhaft führenden Geist. Aber dennoch hat Preußen nicht nur tatsächlich geführt, sondern er war auch der Einzige, der es konnte. Stein gab die großen Impulse, aber die Eigenschaften eines systematisch führenden Politikers fehlten ihm.

Von 1808 bis zum Wiedereintritt Hardenbergs im Jahre 1810 entbehrte Preußen überhaupt eines leitenden Staatsmannes und die Folge war die über alle Maßen klägliche Haltung während des österreichischen Krieges im Jahre 1809. Ob alles anders gekommen wäre, wenn Hardenberg unmittelbar Steins Nachfolger hätte werden können (Napoleons Gebot stand dazwischen), das wissen wir nicht. Jedenfalls ist Hardenberg es gewesen, der durch die Einigung der Routine des Diplomaten mit der Anempfänglichkeit für die großen Ideen der Zeit, der höfischen Kunst, den König zu überzeugen und handeln mit dem Verständnis für die starken Persönlichkeiten: Scharnhorst, Gneisenau, Blücher, Grolman, Boyen tatsäch-

Kräfte zusammengebracht und aneinandergesetzt hat, deren Vereinigung für den Freiheitskampf unentbehrlich war. Hardenbergs Kanzlerschaft aber ist das Werk der Königin Luise. Noch auf ihrem Sterbebett, als der König in seiner Verzweiflung zu ihr sagte: „Du bist ja mein einziger Freund, zu dem ich Vertrauen habe,“ warf sie ihm ein „und Hardenberg“.

Suchen wir den Schluß wieder auf den Anfang unserer Betrachtungen zurückzuführen, indem wir die Persönlichkeit und die Anschauungen der Königin Luise einordnen in die allgemeinen Ideen der Zeit. Sie lebte zunächst in den dynastischen Empfindungen, die in dem Staat „das Erbe ihrer Kinder“ und in der Politik persönliches Uebelwollen oder Wohlwollen, Feindschaft und Freundschaft, Tugend oder Bosheit der Staatsmänner und Monarchen sah. Wir sind es heute gewohnt, in der Politik nichts als objektive Interessenberechnung zu erblicken, und der Versuch der Königin Luise, durch ihre persönliche Liebenswürdigkeit und Anmut in Tilsit auf den Sieger einzuwirken, um mildere Friedensbedingungen zu erlangen, ist uns nichts als eine Verirrung, deren Fehler wir dadurch vor uns selber zu verbergen suchen, daß wir Napoleon (nicht einmal mit Recht, wie auch Bailieu betont), unritterliches Benehmen vorwerfen. Aber von einer gewissen Einseitigkeit ist doch auch die moderne Anschauung, so überlegen sie sich dünkt, nicht frei. Gewiß war es eine Unmöglichkeit, von einem Napoleon Magdeburg mit einer Kose zu erbitten, aber wäre die allgemeine Erhebung möglich gewesen ohne die Entzündung des furchtbaren persönlichen Hasses gegen den ortsichen Drachen, ohne die Vorstellung, daß die Guten zusammenwirken wollten gegen den Bösen, daß es ein Kampf sei der sittlichen Erhebung und Erneuerung jenseits aller politischen Berechnung? Auch Königin Luise wußte sehr wohl, daß der Staat Preußen noch etwas anderes sei, als das Erbe ihrer Kinder; sie hatte sich die Ehre des preußischen Staatsgedankens zu eigen gemacht, und noch mehr, sie hatte auch eine Empfindung von Deutschland und der Aufgabe Preußens für Deutschland. Friedrich Wilhelm IV. schreibt in einem Brief an Bunsen (7. April 1849), wie ihm die Liebe zu Deutschland von seiner schmerzreichen Mutter eingepflanzt sei, daß er an Deutschland mit der Liebe hänge, mit der man am Namen seiner unvergleichlichen Mutter hänge und daß dies Wort ihn seit 50 Jahren mit dem Schauern der Begeisterung durchbohre (Meinecke S. 259). Daß gerade Friedrich Wilhelm IV. so schrieb, der mit dieser deutschen Begeisterung doch

erwachten volksmäßigen Richtung doch bald auch auf die Erörterung der deutschen Sprache an. „Nachdem alle Menschen“, so heißt es bei dem vielgeschmähten, aber in der protestantischen Kirchengeschichte als bahnbrechenden und auch als Schriftforscher bedeutenden Flacius Illyricus, „gern von ihren Eltern und Vorfahren wissen wollen, auch alles, so bei ihnen gewöhnlich und gebräuchlich hochhalten; weil auch alle Menschen gern etwas, beides von uralten und von fremden Sprachen, wissen, so muß einer, der ein Stod und so zu reden kein rechter Teutischer sein, der nur gern etwas wissen wollte von der alten Sprach seiner Vorfahren und Eltern.“ Erst Luthers, des großen Sprachmeisters, mächtiges Vorbild hat die erste neudeutsche Grammatik möglich gemacht: die von Clajus (Klaj): *Grammatica Germanica ex libris Lutheri Germanicis et aliis eius libris collecta* (Leipzig 1572). Ein eifriger Anhänger Luthers ist auch der Verfasser des ersten deutschen Wörterbuchs gewesen: Erasmus Alberus. „reicht wie zum Zeichen, daß das deutsche Volk von Natur poetisches sei“,\*) 1540 ein Reimwörterbuch unter dem Titel *Novum dictionarii genus* veröffentlichte. Schon in diesem ältesten deutschen Wörterbuch ist eine Mundart (die Wetterauer) stark herangezogen. Frühere Wörterbucharbeiten, wie der *Vocabularius Theutonicus* des Gerhard van der Schüren (Köln 1475) und der *Vocabularius theutonicus* von Konrad Zeninger (Nürnberg 1490) können nur als deutsch-lateinische Wörterbücher, nicht als eigentliche deutsche gelten.\*\*). Hier und da hat auch ein deutscher Dichter, aber lediglich aus praktischen Gründen, nicht um der deutschen Sprache selbst willen, lateinisch geschriebenen Werken Verdeutschungen in alphabetischer Anordnung beigegeben, so der gelehrte Begründer der wissenschaftlichen Mineralogie, Georg Agricola (Bauer, † 1555) der seiner ersten mineralogischen Schrift: *Bermannus, sive de rebus metallicis*. Basileae 1530 „rerum metallicarum appellatio iuxta auernaculam Germanorum linguam“\*\*\*)) angehängt hat. Diese alphabetisch geordnete Verdeutschung der lateinischen und griechischen

\*) Karl Weigand in der Vorrede zum 1. Bande seines *Deutschen Wörterbuchs*.

\*\*) In diese Gruppe gehören auch Petrus Daisypodius (Hase oder Daisypodius, *Dictionarium latinogermanicum*), Joh. Frijius und Simon Frijius (16. Jahrh.)

\*\*\*)) Diese Verdeutschung rührt her von Agricolas Freunde Petrus Bermanus, dem ausgezeichneten späteren Rektor (1535—46) der Lateinschule.



bergmännischen u. a. Fachausdrücke gab Agricola auch seiner Schrift *De animantibus subterraneis* (Basel 1549) und seinem berühmten Hauptwerk *De re metallica* (Basel 1556) bei. Viele dieser Verdeutschungen aus dem Bergbau sind dauernd in den Sprachschatz der übrigen europäischen Kulturvölker übergegangen.

Die weiteren größeren Wörterbucharbeiten des 16. und die des 17. und 18. Jahrhunderts — Josua Maaler (1561); Georg Henisch (1616), Georg Schottel (1663),\*) Kaspar Stieler (1691); Christoph Ernst Steinbach (1734), Johann Leonhard Frisch (1741), Johann Christoph Adelung und sein Ergänzer Joachim Heinrich Campe — sind u. a. von Jakob Grimm und Karl Weigand in den Vorreden zu ihren Deutschen Wörterbüchern gewürdigt worden. Eine genauere Betrachtung verdienten einmal bes. die Wörterbuchpläne der Fruchtbringenden Gesellschaft. Großartig, aber unbearbeitet geblieben ist der Plan zu einem Deutschen Wörterbuch, den Leibniz, der Begründer der Berliner Akademie der Wissenschaften, in seinen „Unvorgreifflichen Gedanken, betreffend die Ausübung und Verbesserung der Deutschen Sprache“ entworfen hat.\*\*)

Auf Leibnizens Anregung hin entstanden im 18. Jahrhundert die ersten Sammlungen mundartlicher Sprachschätze, Idiotika, und eine ganze Reihe von etymologischen Versuchen. „Die Lust um Etymologisieren liegt dem Deutschen im Blute.“ Die „Etymologie“, meint Jakob Grimm in der Vorrede zum 1. Bande des Deutschen Wörterbuchs, „ist das Salz oder die Wurze des Wörter-

\*) Nicht in Schottels, des „Jakob Grimm des 17. Jahrh.“, „Deutscher Sprachkunst“ 1641, wie J. Grimm und mit ihm Weigand annahmen, kommt zum erstenmal die Form „Wörterbuch“ (für das ältere „Wortbuch“) vor, sondern — nach R. Hildebrand, „Zur Vorgeschichte von Grimms Wb. im 17. und 18. Jahrh.“ (Gesammelte Vorträge u. Aufsätze [1890] S. 21) — in einem Briefe des Halleischen Rektors Christian Gueinz an den Fürsten Ludwig von Anhalt-Köthen, den ersten Vorsitzenden der Fruchtbr. Gesellschaft, v. J. 1640: „weil in Welschland und Frankreich anjeho die deutsche Sprach mit großem Fleiß, wie ich berichtet werde, getrieben wird, so were es gut, daß ein Wörterbuch (lexicon) wie auch phrasen oder Redensartbuch, mit ehesten aus den besten Schriften verfertigt, ans Tagelicht keme.“ — Schottel ist auch der älteste deutsche Literaturgeschichtschreiber, nicht Daniel Morhof, der sonst immer dafür gilt: am Schlusse seiner 1641 herausgegebenen „Deutschen Sprachlehre“ gibt Schottel einen sehr ausführlichen „Abschnitt über die deutsche Literatur“, über 20 Jahre früher als Morhof: Ed. Engel, Gesch. der d. Lit., I (1906), S. 261.

\*\*) Vgl. die Abhandlungen von Paul Pietich, „Leibniz und die deutsche Sprache“ in den Wiss. Beihften z. Ztschr. des Allg. D. Sprachv., 29 u. 30. (1907 f.)

buchs, ohne deren Zutat seine Speise noch ungeschmack blieb. Diese Kunst steht übel in Ruf, weil es nah lag, sie früh, schon zu bloßen Wortspiel, zu versuchen und zu mißbrauchen.“ „Der Beweis, wie tief der Gedanke (an das Deutsche Wörterbuch) Herzen der Nation faß, ist der Umstand, daß er in Knabenherzen die erste Wärme der Begeisterung anfachen konnte.“\*) So ergab der 1751 geborene Rüdiger, der 1778 den von einem Herrn Brabecß ausgesetzten Preis gewann mit einer Schrift über die Einrichtung und Ausarbeitung eines vollständigen deutschen Wörterbuchs, er habe als Knabe, da er noch den Repos las, sich das Steckenpferd ausersuchen und sich in einem wachenden Traume mit herrlichen Seelenschmaus damit gegeben, wie er einmal ein deutsches Wörterbuch schreiben wollte.“\*\*)

Ebenso erzählt der Osnabrücker Publizist und Staatsrechtler Justus Möser (geb. 1720), er habe in seinem zwölften Jahre mehreren Freunden eine gelehrte Gesellschaft errichtet, worin jeder einer von ihnen erfundenen eigenen Sprache bedient und eine beider Grammatik wie ein Wörterbuch geschrieben hätten. Als sich infolge Zwistigkeiten die Gesellschaft getrennt hatte, gründete der junge Möser eine neue, die sich die Florentische nannte.\*\*\*) Bis an sein Ende blieb er ehrmwürdige *advocatus patriae*, der Verfasser der „Patriotischen Phantasien“ und der „Osnabrückischen Geschichte“, sprachwissenschaftliche Forschungen, insbesondere lexikographischen Arbeiten, zugetan. Er sammelte die Schriften der „Etmologisten“ eifrig und besaß eine eigene Bibliothek von etymologischen Werken“. Die etymologischen Wörterbücher von Bossius und Spellmann und das Glossarium Germanicum von Wachter (Leipzig, 1727) führt er gelegentlich an. Das Glossarium von Ihre hätte er gern, schreibt er, an seinen Freund Friedrich Nicolai. Daß jemand ein Wörterbuch der alten friesischen Sprache liefern möchte, wünscht er gelegentlich.

Die Berliner Akademie, zu deren Aufgaben von Haus aus Leibnizens Absichten die Arbeit an einem Deutschen Wörterbuch gehörte, hat sich durch ihn zu keiner erheblichen Teilnahme für

\*) Hildebrand a. a. O. S. 26.

\*\*) Hildebrand a. a. O. S. 26.

\*\*\*) Etwa im Hinblick auf die *Academia della Crusca* (gegründet 1583 in Florenz)? — Vgl. J. Möser's sämtliche Werke, herausgegeben von J. Meinen, 2. Ausg., Berlin 1858, Bd. X, S. 9, 88 f.

†) Vgl. meine Abhandlung: „Justus Möser und die deutsche Sprache“, Zeitschrift für den deutschen Unterricht. 21. Jahrgang (1907) S. 107.

große nationale Unternehmen anregen lassen, und auch nach Friedrichs des Großen Tode, als der Plan von neuem erwogen wurde, hat weniger die Akademie, als der Staatsminister von Herzberg sich ernstlicher damit beschäftigt. Die löbliche Absicht Herzbergs, der schon Jahre lang vorher nach seiner eigenen Versicherung dem großen König „viele mündliche und schriftliche Vorstellungen getan hatte, um ihm einen bessern Begriff von der deutschen Sprache und Literatur und auch selbst von seiner Nation beizubringen“,\*) kam, wohl mit infolge der bald hereinbrechenden weltgeschichtlichen Begebenheiten, nicht zur Ausführung.

Von den deutschen Wörterbuchschriftstellern vor den Brüdern Grimm hat weitaus die größte Bedeutung erlangt Joh. Christoph Adelung. In den Jahren 1774—86 erschien sein „Versuch eines vollständigen grammatisch-kritischen Wörterbuchs der Hochdeutschen Mundart“ (5 Teile), die zweite Ausgabe 1793—1801 in 4 Teilen unter dem Titel: „Grammatisch-kritisches Wörterbuch der Hochdeutschen Mundart“.

Adelungs Wörterbuch ist ein Zeugnis deutschen Fleißes, aber es ist bei der damals noch geringen Kenntnis der älteren deutschen Sprache und Literatur auf unzureichenden wissenschaftlichen Grundlagen aufgebaut. Engherzig wie sein Vorbild Gottsched, der selber kurz vor seinem Tode († 1766) „unbefriedigende Proben eines umfassenden deutschen Wörterbuchs hatte ausgehen lassen“ (Grimm, Vorrede), verwarf Adelung alles Mundartliche und alle Provinzialismen, und es fehlte ihnen, wie auch Adelungs Nachfolger und Ergänzer Joachim Heinrich Campe („Wörterbuch der deutschen Sprache“, 5 Bde., 1807—11), alles Verständnis dafür, daß die Sprache etwas Lebendiges, in Werden und Wechsel sich Entwickelndes sei. „Sie warfen sich als Sprachmeister auf und wollten sich gesetzgeberisch über die Sprache stellen, ihren lebendigen Entwicklungsgang hemmen und sie in eine von ihnen bestimmte Form festsetzen: diese war für Gottsched die meißnische Mundart, für Adelung das Deutsch Gellerts und seiner Zeitgenossen (Gottsched, Hagedorn, Zeiß). Die folgenden Geschlechter haben die Einseitigkeit dieses Standpunktes erkannt und bekämpft, so Bodmer, Wieland und andere bis auf J. Grimm, der diese Sprachmeister mit den Schreckensmännern der französischen Revolution verglichen hat.“\*\*)

\*) Brief Herzbergs an Möser 1782, 1. Juni: Möser's Werke X, S. 247.

\*\*) Wadernell, „Eine Rektor-Rede über die Gesch. der neuhochdeutschen Lexikographie“ in den Wiff. Beihften des Allg. Deutschen Sprachvereins Nr. II (1891), S. 56.

buchs, ohne deren Zutat seine Speise noch ungeschmack bliebe, aber diese Kunst steht übel in Ruf, weil es nah lag, sie früh, schon im bloßen Wortspiel, zu versuchen und zu mißbrauchen.“ „Der beste Beweis, wie tief der Gedanke (an das Deutsche Wörterbuch im Herzen der Nation saß, ist der Umstand, daß er in Knabenherzen die erste Wärme der Begeisterung anfachen konnte.“\*) So erzählt der 1751 geborene Rüdiger, der 1778 den von einem Herrn von Brabeck ausgesetzten Preis gewann mit einer Schrift über die Einrichtung und Ausarbeitung eines vollständigen deutschen Wörterbuchs, er habe als Knabe, da er noch den Nepos las, „sich das Steckenpferd ausersuchen und sich in einem wachenden Traume manchen herrlichen Seelenschmaus damit gegeben, wie er einmal ein teutisches Wörterbuch schreiben wollte.“\*\*)

Ebenso erzählt der Osnabrücker Publizist und Staatsmann Justus Möser (geb. 1720), er habe in seinem zwölften Jahre mit mehreren Freunden eine gelehrte Gesellschaft errichtet, worin sie sich einer von ihnen erfundenen eigenen Sprache bedient und eine besondere Grammatik wie ein Wörterbuch geschrieben hätten. Als sich infolge von Zwistigkeiten die Gesellschaft getrennt hatte, gründete der junge Möser eine neue, die sich die Florentische nannte.\*\*\*) Bis an sein Ende blieb der ehrwürdige *advocatus patriae*, der Verfasser der „Patriotischen Phantasien“ und der „Osnabrückischen Geschichte“, sprachlichen Forschungen, insbesondere lexikographischen Arbeiten, zugetan.†) Die Schriften der „Etmologisten“ sammelte er eifrig und besaß „eine eigene Bibliothek von etymologistischen Werken“. Die etymologischen Wörterbücher von Vossius und Spellmann und das Glossarium Germanicum von Wachter (Leipzig, 1727) führt er gelegentlich an. Das Glossarium von Thre hätte er gern, schreibt er 1775 an seinen Freund Friedrich Nicolai. Daß jemand ein Idiotikon der alten friesischen Sprache liefern möchte, wünscht er gelegentlich.

Die Berliner Akademie, zu deren Aufgaben von Haus aus nach Leibnizens Absichten die Arbeit an einem Deutschen Wörterbuche gehörte, hat sich durch ihn zu keiner erheblichen Teilnahme für dieses

\*) Hildebrand a. a. O. S. 26.

\*\*) Hildebrand a. a. O. S. 26.

\*\*\*) Etwa im Hinblick auf die *Academia della Crusca* (gegründet 1582) zu Florenz? — Vgl. J. Möser's sämtliche Werke, herausgeg. v. B. A. Abeken, 2. Ausg., Berlin 1858, Bd. X, S. 9, 88 f.

†) Vgl. meine Abhandlung: „Justus Möser und die deutsche Sprache“ in der Zeitschrift für den deutschen Unterricht. 21. Jahrgang (1907) Heft 3–5.

große nationale Unternehmen anregen lassen, und auch nach Friedrichs des Großen Tode, als der Plan von neuem erwogen wurde, hat weniger die Akademie, als der Staatsminister von Herzberg sich ernstlicher damit beschäftigt. Die löbliche Absicht Herzbergs, der schon Jahre lang vorher nach seiner eigenen Versicherung dem großen König „viele mündliche und schriftliche Vorstellungen getan hatte, um ihm einen bessern Begriff von der deutschen Sprache und Literatur und auch selbst von seiner Nation beizubringen“,\*) kam, wohl mit infolge der bald hereinbrechenden weltgeschichtlichen Begebenheiten, nicht zur Ausführung.

Von den deutschen Wörterbuchschreibern vor den Brüdern Grimm hat weitaus die größte Bedeutung erlangt Joh. Christoph Adelung. In den Jahren 1774—86 erschien sein „Versuch eines vollständigen grammatisch-kritischen Wörterbuchs der Hochdeutschen Mundart“ (5 Teile), die zweite Ausgabe 1793—1801 in 4 Teilen unter dem Titel: „Grammatisch-kritisches Wörterbuch der Hochdeutschen Mundart“.

Adelungs Wörterbuch ist ein Zeugnis deutschen Fleißes, aber es ist bei der damals noch geringen Kenntnis der älteren deutschen Sprache und Literatur auf unzureichenden wissenschaftlichen Grundlagen aufgebaut. Engherzig wie sein Vorbild Gottsched, der selber kurz vor seinem Tode († 1766) „unbefriedigende Proben eines umfassenden deutschen Wörterbuchs hatte ausgehen lassen“ (Grimm, Vorrede), verwarf Adelung alles Mundartliche und alle Provinzialismen, und es fehlte ihnen, wie auch Adelungs Nachfolger und Ergänzer Joachim Heinrich Campe („Wörterbuch der deutschen Sprache“, 5 Bde., 1807—11), alles Verständnis dafür, daß die Sprache etwas Lebendiges, in Werden und Wechsel sich Entwickelndes sei. „Sie warfen sich als Sprachmeister auf und wollten sich gesetzgeberisch über die Sprache stellen, ihren lebendigen Entwicklungsgang hemmen und sie in eine von ihnen bestimmte Form festbannen: diese war für Gottsched die meißnische Mundart, für Adelung das Deutsch Gellerts und seiner Zeitgenossen (Gottsched, Hagedorn, Weiße). Die folgenden Geschlechter haben die Einseitigkeit dieses Standpunktes erkannt und bekämpft, so Bodmer, Wieland und andere bis auf J. Grimm, der diese Sprachmeister mit den Schreckensmännern der französischen Revolution verglichen hat.“\*\*)

\*) Brief Herzbergs an Möser 1782, 1. Juni: Mölers Werke X, S. 247.

\*\*) Wadernell, „Eine Rektor-Rede über die Gesch. der neuhochdeutschen Lexikographie“ in den Wiff. Beiheten des Allg. Deutschen Sprachvereins Nr. II (1891), S. 56.

Der allzu eifrige Sprachreiniger Campe ist in den Goethe-Schillerschen Xenien mit den Worten gegeißelt worden:

„Zinnreich bist du, die Sprache von fremden Wörtern zu läubern.  
Nun so sage doch, Freund, wie man „Pedant“ uns verdeutlicht?“

Dem „nüchternen“ Adelung und seinem Fortsetzer Campe wirft J. Grimm auch vor, sie hätten nicht genug Gedichte ausgezogen, Campe beschuldigt er außerdem des „unleidlichen Purismus“ und der „Leblosigkeit“. Trotz aller Mängel hat „Adelungs Wörterbuch und seine ‚Deutsche Sprachlehre‘ (1781) mindestens zwei Menschenalter hindurch den deutschen Sprachgebrauch in allen Zweifelsfällen entscheiden helfen“.\*)

Während Adelung mit dem Drucke des ersten Teils seines Wörterbuches beschäftigt war, 1773, unternahmen drei Mitglieder des Hainbundes, Johann Heinrich Voß, Johann Martin Miller und Ludwig Höltz, einen Anlauf zu einem allgemeinen deutschen Wörterbuch, aber dieses kam nicht zustande. Doch hat Voß den Gedanken nicht fallen lassen und bis in seine letzten Lebensjahre († 1826) Stellen aus älteren deutschen Schriften in ein Exemplar des Adelung und zwei Exemplare des Frisch eingetragen.\*\*)

Noch 1820 ist Jean Paul „nach seinem deutschen Wörterbuche lüstern, das uns das verlorene von Lessing\*\*\*) ersetzen könnte“.†)

Erst Jakob Grimms grundlegende Arbeiten (Deutsche Grammatik, Rechtsaltertümer, Mythologie) und „die vom Sanskrit her erregte vergleichende Sprachwissenschaft“ (Grimm, Vorrede) haben im 19. Jahrhundert den Wunsch nach einem wahrhaft wissenschaft-

\*) E. Engel, Gesch. der d. Lit. I, S. 505. Wieland schrieb: „Meine Frau muß es bezeugen, wie oft ich täglich diesen Hund (Adelung) nachschlaue, aus Angst, ein undeutliches Wort zu schreiben“; ebenda.

\*\*) Weigand, Deutsches Wörterbuch, Vorrede zum 1. Bd. S. XII. Ein Exemplar des Frisch mit Vossens Einträgen ist 1835 bei der Versteigerung von Vossens Bibliothek in Weigands Besitz gekommen; ebenda.

\*\*\*) Vgl. darüber unten S. 17.

†) Briefwechsel zwischen Heinrich Voß (dem Jüngern) und Jean Paul. Herausgegeben von Abraham Voß. Heidelberg 1833. S. 116. — Aus einer Stelle in Jean Pauls „Vorrede der Aesthetik“ (1813) möchte man vermuten, daß auch der mit Jean Paul innig befreundete älteste Jean der ersten Meisters neudeutlicher Uebersetzungsmut. Heinrich Voß, Poet und Professor in Heidelberg († 1822), mit Wörterbucharbeit beschäftigt gewesen sei. Jean Paul schreibt: „Wollte man die bedeckten Goldschätze“ altdeutscher Sprachschätze wieder öffnen, so könnte man z. B. aus Kochers Werken allein ein Wörterbuch erheben. Kein frommer Wunsch wäre es — und doch zu erfüllen, von Heinrich Voß und einigen andern — ein bloßes Wörterbuch aller seit einigen Jahrhunderten ergrauten Wörter zu bekommen.“

lichen deutschen Wörterbuch, „der Jahrhunderte lang in den Herzen der besten Männer des Vaterlandes gelebt hatte“, der Erfüllung nähergebracht.

## 2. Die Stellung unserer klassischen Dichter zur Wörterbuchfrage.

Der Ueberzeugung, daß es wünschenswert sei, den Wortschatz der deutschen Sprache zu sammeln und wissenschaftlich zu bearbeiten, haben die meisten unserer großen Dichter Ausdruck verliehen, aber eigene lexikalische Versuche finden wir nur bei Lessing und, in geringerem Umfang, bei Klopstock.

Von Goethe führt R. Hildebrand (Gef. Auff. S. 28) einen Ausspruch an, den der große Dichter in seiner Besprechung von Hebels Allemannischen Gedichten getan hat: „So sehr zu wünschen ist, daß uns der ganze deutsche Sprachschatz durch ein allgemeines Wörterbuch möge vorgelegt werden, so ist doch die praktische Mittheilung durch Gedichte und Schrift sehr viel schneller und lebendig eingreifender.“

Häufiger kommt Herder, auch in sprachwissenschaftlichen Dingen einer der tiefsten Denker und kühnsten Bahnbrecher, auf die Notwendigkeit eines deutschen Wörterbuchs zu sprechen, besonders in den „Fragmenten zur deutschen Literatur“ (1767). „Man sollte nicht glauben, heißt es da, wie dürftig unsere Sprache auch an den unentbehrlichsten Hülfsmitteln sei . . . Wenn jener arabische Weise sechzig Kamele allein mit den Wörterbüchern seiner Sprache beladen konnte, so gehört kaum ein Maulesel dazu, unsern Frisch und unsern Bödiker wegzutragen; denn die meisten unserer vielen deutschen Gesellschaften haben an dies edle Unternehmen auch nicht im Traume gedacht, ihre Sprache zum vollkommenen Werkzeug der Wissenschaften zu machen, auch nur sofern dies Nachwerk mechanische Arbeit forderte.“ „Jede Nation hat ein eignes Vorratshaus (solcher) zu Zeichen gewordenen Gedanken, dies ist ihre Nationalsprache: ein Vorrat, zu dem sie Jahrhunderte zugetragen, der Zu- und Abnahme, wie das Mondlicht, erlitten, der mehr Revolutionen und Veränderungen erlebt hat, als ein Königschatz unter ungleichartigen Nachfolgern . . . Schriftsteller der Nation, wie könnt ihr ihn nutzen? und ein Philolog der Nation, was könnte er nicht in ihm zeigen, durch ihn erklären? Alles, was dieser Nationalschatz Eignes hat: Ursprung, Geschichte und wahre Art dieser Eigenheit: das Besondere desselben in Fächern der Armut und des Ueberflusses; das Sehens-

würdige in Gestalten der Schönheit, und in Mißgeburten: Nur die wohl oder übel geprägt sind . . . . hundert unerhörte Dörfer mehr würden uns über diesen Gedankenvorrat eines Volkes geben werden können, die jeder Eingeborene der Sprache mit begierig Ohr hörte. Allein die Stelle eines solchen Sprachforscher freilich schwer zu besetzen, weil in sie ein Mann von drei Künsten gehört, der Philosophie und Geschichte und Philologie verbindet, der als Fremdling Völker und Nationen durchwandert und ihre Sprachen und Sprachen gelernt hätte, um über die seinige zu reden.“ Ein halbes Jahrhundert später ist die von Herder erwähnte Wissenschaft der Sprachvergleichung ins Leben getreten! An einer andern Stelle der „Fragmente“ sagt er: „Erit sollte man doch man über deutsche Schreibart sprechen will, selbst lernen.“ Er empfiehlt diesem Zwecke einen Kommentar zu Luthers Werken und ein Glossarium über Opizens Sprache. Das „Aufsuchen der Quellen unserer Sprache, um an ihnen Saft und Stärke zu trinken.“ ist ein Trank, der unserer ermatteten lechzenden Schreibart gewiss tun müßte“. Auf's lebhafteste empfiehlt Herder die Pflege der mundartlichen Eigenart der Sprache, der Idiotismen. Schafhäuser, der Verfasser eines Wörterbuches dürfe kein Gesetzgeber sein. Ein Reich einer lebenden Sprache sei Demokratie, das Volk regiere, es dulde keine Tyrannen, der Sprachgebrauch herrsche:

hunc penes arbitrium est et vis et norma loquendi.

In seiner „Deutschen Gelehrtenrepublik“ handelt Klopstock (1774) „von einem zu schreibenden deutschen Wörterbuche“. Er meint, dieses müsse wegen des zu großen Umfangs der Sprache „wenigstens von einigen geschrieben werden, aber nicht müßten ja in keine Gesellschaft zusammengeknüttelt sein. Jeder soll schreiben, aller gegen alle. Ueber ein einziges Wort, besonders wo viele und bedeutende Abkömmlinge hat, müssen sich oft zehn Stimmen mehr widersprechen“. Mit richtigem Gefühl weist Klopstock wenige Jahre zuvor Herder in der eben angeführten Stelle zurück, „daß diejenigen, die Wörterbücher schreiben, die Sprache festsetzen sollten“. „Festsetzen? Als wenn die Sprache nicht schon beinahe durchgehends festgesetzt wäre, und es eine Sprache niemals ganz würde! Und dann sollten es vier, zehn, zwölf Männer tun können? Seit wann haben die Nationen aufgehört, ihre Sprache festzusetzen?“ An einer



Stelle der Gelehrtenrepublik freilich spricht Klopstock ganz im Sinne Gottscheds: man müsse sich hüten, Wörter aus den gemeinen Landes Sprachen ins Deutsche aufzunehmen. Zur Ausführung seiner Absicht, „nächstens einmal ein paar Scherfe eines ersten Beitrags (zu einem deutschen Wörterbuch) mitzubringen“, ist er wohl nicht gekommen.\*)

An Klopstock, „den das Altertum und die Schöne unsrer Sprache entzündete, der ihre grammatischen Eigenheiten fein herausfühlte“, tadelt Jakob Grimm (Vorrede), daß er „aus den (freilich damals nur spärlich herausgegebenen) Quellen, bes. in altfächsischer Zunge, nur ganz dilettantische Kenntnisse zu ziehen verstanden“.

Den hellen, scharfen Geist Lessings, so urteilt J. Grimm an derselben Stelle, lenkte seine Vorliebe für Fabel und Spruch nur zu wenigen altdeutschen Dichtern zweiten oder dritten Rangs; hätte er die besten je gelesen, er würde auch Mittel gefunden haben, für sie zu gewinnen. Ulfilas sei Lessing bekannt gewesen, aber er habe bei der Heranziehung „des im gesamten Altertum unsrer Sprache durch die Untiefen der Vorzeit wie ein Fels ragenden Hauptwerkes nur dem mageren theologischen Gewinn, nicht dem großen sprachlichen nachgedacht“.

In einem Briefe vom 20. Nov. 1773 schreibt Karl Lessing an seinen Bruder Gotthold Ephraim: „Ich habe gehört, daß Du oft Tag und Nacht über der Vollendung eines deutschen Lexikons hinwegst.“\*\*) Darauf erwidert der ältere Bruder unter dem 2. Febr. 1774\*\*\*): „Deine Nachrichten von mir müssen nicht die zuverlässigsten sein. Ein deutsches Lexikon zusammenzuschreiben, diesen albernem Gedanken habe ich lange aufgegeben, und ich würde ihn nun wohl am wenigsten wieder hervorsuchen, da ich ihn taliter qualiter von einem andern ausgeführt sehe. Aus diesem taliter qualiter wirst du indes abnehmen, daß ich mit Uebersungs Arbeit nicht ganz zu-

\*) Einige lexikographische Bemerkungen Klopstocks und kurze Abhandlungen über deutsche Grammatik finden sich in der „Deutschen Gelehrtenrepublik“ und in seinen sprachwissenschaftlichen Schriften („Grammatische Gespräche“ und „Fragmente über die deutsche Sprache“). Unter der Ueberschrift „Wortklauberei“ bemerkt er z. B.: „Thyrn deutete bei uns vor alters eben das an, was heutiges Tages Tyrann: beide sind aus einer und ebender selben Quelle geschöpft. Wir haben aber Thyrn verloren und an dessen Statt Tyrann aus dem Griechischen genommen.“ Für kritisch, kritisieren, Kritiker schlägt er das alte kritisch (niederdeutsch kriddest), kritis (got. fritan), Kritler und Kritmann (im Bremischen Wörterbuch = Richter) vor.

\*\*) Ich muß zittern nach der 1. Gesamtausgabe von Lessings Werken (30 Bde.) Berlin, Boß, 1771—94. Die obige Briefstelle i. Bd. 30, 277.

\*) Ebenda S. 284.

frieden bin. Was ich daran auszufegen habe, sollst du dich weitläufig zu lesen bekommen. Denn ich bin wirklich willens, darüber drucken zu lassen und eine kleine Probe beizufügen: ungefähr meine Arbeit in diesem Felde ausgesehen haben wird. Das ist es, was mich eigentlich eine Zeit her beschäftigt hat: ich müßte, meinem ersten Anschläge nach, auch schon damit sein, wenn es mir nicht schlechterdings unmöglich wäre, an die Striche an der nämlichen Sache zu arbeiten. Die öftere Unterbrechung der Arbeit ist noch das einzige, was mich erhält.“ „Ein völlig fertige Abhandlung von Einrichtung eines deutschen Wörterbuchs“ und „mit ihr zugleich eine Menge Dinge, die ihm unendlich waren“ (darunter „an die 40 neue Fabeln, von denen er wiederherstellen konnte“) sind, wie Lessing am 16. Juni 1775 seinen Bruder Karl schreibt, i. Z. 1775 in einer Kiste nach Leipzig und Braunschweig\*\*) verloren gegangen, vielleicht unter den verlorenen Handschriften auch seine 1774 angefangene „weitläufige Arbeit über Adelsungs Wörterbuch“. Die enthaltene lexikographische Schrift Lessings\*\*) sind seine „Beiträge zum Kennntnis der deutschen Sprache“ (Werke 8, S. 117–285).

Diese enthalten ein „Wörterbuch über Friedrich von Schlegels Sinngedichte“ (1759) und „Fragmente aus [des schlesischen Dichters Andreas] Scultetus Gedichten“ (1769). In der Vorrede zu den Sinngedichten des von ihm der Literatur gewonnenen Logau heißt es: „Ähnliche Wörterbücher über alle guten Schriftsteller würden, ohne Zweifel, der erste näher zu einem allgemeinen Wörterbuche unserer Sprache sein. Aber die Bahn hierin, wo nicht brechen, doch wenigstens zeigen.“ In dem Wörterbuche selbst „richtet er bes. auf die veralteten sein Augenmerk“ und hat „diese guten, brauchbaren Wörter sorgfältig gesammelt. „Unsre Redner und Dichter, welche genug hätten, die besten derselben wieder einzuführen, mußten

\*) Nach Fr. Nicolais Anmerkung zu seinem Briefe an L. v. 5. 1775 (Werke 27, 228). Karl Lessing läßt (Vorbericht zum 2. Bd. 3. Aufl.) die Kiste „in Leipzig in der Ostermesse 1775“ verloren gehen.

\*\*) In den nach Lessings Tode von Joh. Joachim Eichenburg herausgegebenen und weiter ausgeführten „Kollektaneen zur deutschen Sprache“ (Werke Bd. 15 und 16. Berlin 1793) behandelt Lessing die Gegenstände „antiquarischen, artistischen und literarischen Nachrichten“. In diesen finden sich darin aber auch sprachlich-etymologische Bemerkungen. Eine Hinweise auf „die alten Wörterbücher“ von Stieler („Der Deutsche“ 8, 202), Steinbach, Schilter, Wachter, Haltaus („Glossar der deutschen Sprache“), Frisch, Adelung. Auf das Plattdeutsche und Englische wird in den „Kollektaneen“ öfter Bezug.

Sprache dadurch einen weit größern Dienst tun, als durch die Prägung ganz neuer Wörter, von welchen es ungewiß ist, ob ihr Stempel ihnen den rechten Lauf so bald geben möchte.“ Ferner hat Lessing „seinen Fleiß auf die Provinzialsprache des Dichters (Vogau) gerichtet. Die schlesische Mundart ist deswegen einer kritischen Aufmerksamkeit vor allen andern Mundarten würdig, weil wir in ihr die ersten guten Dichter bekommen haben. Die Vortheile, welche diese Männer an eigenen Wörtern, Verbindungsarten und Wendungen darin haben, verdienen, wo nicht für allgemeine Vortheile der Sprache angenommen, doch wenigstens gekannt und geprüft zu werden.“ (Werke 8, 124.)

### 3. Plan zu einem Deutschen Wörterbuch von Friedrich Nicolai.

Einen nicht zur Ausführung gelangten, nur wenig bekannt gewordenen „Plan zu einem vollständigen Deutschen Wörterbuche“, der in manchen Stücken dem Grimmschen Wb. verwandt ist, hatte in den 60er Jahren des 18. Jahrhunderts der vielgeschmähte, aber sicherlich von dem ehrlichsten Willen, der deutschen Literatur und Sprache zu nützen, beseelte Berliner Aufklärer Friedrich Nicolai entworfen. Er hatte „oft mit Moses Mendelssohn und auch mit Lessing darüber gesprochen, obgleich seine Kollektaneen\*) nach einem ganz andern Plane gemacht waren.“ Nicolais „Idee“, die er in einer Anmerkung zu seinem Briefe an Lessing vom 5. Juni 1769 (Lessings Werke in der 1. Gesamtausgabe, Bd. 27, S. 228 ff.) entwickelt, war folgende: Ein Wörterbuch soll nicht dienen, die Sprache zu bestimmen oder sie festzusetzen, wie die Franzosen meinten. Jede Sprache bildet sich durch den Gebrauch, der davon gemacht wird, und verändert sich notwendig wieder, wenn sich die Begriffe der Nation verändern. In Frankreich und England wird die Sprache der Schriftsteller durch die Konversationsprache in den Hauptstädten ausgebildet. In Deutschland müssen wir einen großen

\*) In dem schon mehrmals angezogenen Briefe v. 5. Juni 1769 hatte Nicolai den zu einer Reise nach Italien aufbrechenden Freund Lessing gebeten: „Da Sie nun doch allem deutschen Schreiben entlagen wollen, so sollten Sie mir wohl Ihre Kollektaneen zu einem deutschen Wörterbuche hier lassen . . . Ich könnte doch vielleicht einmal etwas davon nützen und Ihnen möchten Sie auf der Reise verloren gehen . . .“ In der ebenfalls schon erwähnten, in dem 27. Bde. der 1. Gesamtausgabe hinzugefügten ausführlichen Anmerkung klagt Nicolai: „Ich wünschte, daß L. dieses Verlangen erfüllt hätte, so würden diese interessanten Kollektaneen noch vorhanden sein.“

Teil dieses Vorteils entbehren, weil wir keine Hauptstadt haben . . und weil der größte Teil unsers feinern und vornehmern Publikums sich noch immer nach fremden Sitten formt, unter Begierde aufwächst, die von fremden Nationen entlehnt sind, und fremde Sprachen spricht. Daher findet man in unsern Lustspielen und Romanen sehr deutlich, wie arm und ungebildet unsere Konversationssprache ist, obgleich unsere Sprache sonst für so reich und gebildet gelten kann. Man merkt es in deutschen Schriften sehr deutlich, daß wir in unserer Literatur mehr eine lesende als eine sprachende Nation sind . . .\*)

Nicolai weiß „kein andres Mittel, zu einem vollständigen und recht brauchbaren Wörterbuch zu gelangen, als aus allen deutschen Schriftstellern selbst herauszuziehen, welche Wörter sie gebraucht, in welcher Verbindung und zu welchem Zwecke sie dieselben gebraucht hätten.“ Für das von ihm geplante Wörterbuch wählte Nicolai „alle deutschen Schriftsteller unter etwa zwanzig arbeitender deutschen Sprache nicht unfundige Leute auszuwählen und durch die Stellen ausziehen lassen, welche den Gebrauch jedes Wortes zeigten.“ Er habe sich eingebildet, in zehn Jahren könne wohl eine Sammlung fertig sein. Wenn dieser ungeheure Vorrat, *multorum camelorum onus*, dann nach alphabetischer Ordnung geordnet würde, so müßte ein Mann von geprüften Kenntnissen das eigentliche Wörterbuch daraus verfertigen. Die deutschen Schriftsteller wählte Nicolai „zum Behufe des Wörterbuchs“ in vier Klassen teilen:

1. Klassische Schriftsteller, z. B. Klopstock, Wieland. Aus diesen müßte jedes Wort ausgezogen werden. Auch wenn sie ein Wort einmal fehlerhaft gebraucht haben sollten, würde eine Untersuchung darüber bei solchen Schriftstellern immer lehrreich sein. „Klassische“ aber würde er nur diejenigen nennen, „durch welche unsere Sprache irgend eine Art von Bildung erhielt“. Nicolai

\*) Diese durchaus berechtigten Klagen über die damalige deutsche Konversationssprache und die „Buchsprache“ der Deutschen finden wir in ähnlichem Wortlaut in Justus Möser's Schrift „über die deutsche Sprache und Literatur“ (Osnabrück 1781: Werke 9, 136–157), der besten Beschränkung gegen Friedrich II. 1780 erschienenen Schreiben: „De la littérature allemande“, in welchem der große König ein vernichtendes Urteil über zeitgenössische deutsche Literatur fällt. Möser und Nicolai waren befreundet: sie standen 28 Jahre lang in Briefwechsel und trafen sich jahrelang regelmäßig im Bade Pyrmont; der ihnen beiden am Herzen liegende Zustand — die deutsche Sprache sei eine tote Buchsprache, die deutsche Konversationssprache arm — bildete häufig das Thema ihrer schriftlichen und mündlichen Unterhaltung.

geneigt“, Peter Hefserich Sturz unter die klassischen Schriftsteller zu setzen, und aus ihm würde er in seinem Wörterbuche jedes Wort ausziehen und die Art bestimmen lassen, wie er es gebraucht hat. „Sturz war einer der ersten Schriftsteller, der nicht als ein Gelehrter schrieb, sondern als ein Weltmann, der die große Welt gesehen und fein beobachtet hatte.“ Daher liegt in seinen Schriften für unsre so arme Konversationssprache mancher Schatz.

2. Gute Schriftsteller. Deren hat unsre Sprache viele, und zum Theil vortreffliche. Aus ihnen würde Nicolai nichts anderes ausziehen lassen, als was richtig oder lehrreich wäre. Doch gibt es gute Schriftsteller, die nicht allemal korrekt sind, z. B. Gellert, Zachariä usw. Hier müßten die kleinen Fehler solcher Schriftsteller angeführt werden, damit man sie nicht nachahme.

3. Gemeine und schlechte Schriftsteller. Sie sind Legion! Aus diesen würde weniger ausgezogen, indessen findet sich in ihnen manches Lehrreiche für die Sprache.

4. Alte Schriftsteller. Zu ihnen rechnet er alle, die vor Wolf geschrieben haben, denn durch dessen Philosophie und durch die darauf gebaute veränderte Theologie ward unsre Prosa zuerst, obgleich freilich sehr einseitig, umgebildet. Unsre Poesie war damals nicht viel mehr als Prosa. Als die ersten neueren Dichter gelten ihm Hagedorn und Haller.

Sein Wörterbuch wollte Nicolai nach den Primitivwörtern ordnen. Auf keine andre Art würde man die der deutschen Sprache so eigenen Verbindungen und Zusammensetzungen, die erlaubten wie die unerlaubten, zweckmäßig übersehen können. Am Ende würde durch ein alphabetisches Register für die Bequemlichkeit des Nachschlagens gesorgt werden können.

In den 70er Jahren fing Nicolai an, den vorstehend gezeichneten Plan auszuarbeiten. Er wollte die deutschen Schriftsteller klassifizieren und Beispiele von einigen Wörtern hinzufügen, die zeigen sollten, wie er sich die Behandlungsart denke. Dann wollte er einige Jahre die Stimmen der Kenner abwarten, hierauf eine Anzahl fleißiger Hände suchen, die alle deutschen Schriftsteller nach dem vorgeschriebenen Plan auszögen, und es darauf ankommen lassen, ob sich nach zehn Jahren ein Kopf fände, der ihren Vorrat verarbeiten könnte.

Der Druck dieses Planes und die Ausführung der Sache selbst wurde durch mehrere Umstände verhindert, so durch die „unverünftigen und niederträchtigen Klopischen und damit verwandten

Anfälle“, die Nicolai ermüdeten und ihm viel edle Zeit dazu kamen die unsägliche Mühe und die großen Kosten, die schon in den 70er Jahren mit der Herausgabe der Allgemeinen deutschen Bibliothek verknüpft waren. Zu der „sehr großen Unternehmung des Wörterbuchs, die unbeschreiblich viel Mühe, Sorgen und Arbeit erfordert haben würde“, fehlten ihm Geld und Zeit, und er sagte diesem Plane, wie so manchem anderen, wozu er Kraft und Talent bei sich fühlte“. Nicolai schließt die lange Anmerkung (Vossings Werke 27, 228—237) mit den Worten: „Ob mich die Entäußerung gleich etwas kostete, so gereuet sie mich nicht, aus dem großen Nutzen, den die Allgem. deutsche Bibliothek gestiftet hat. Ich mache hier die Hauptidee eines entworfenen Wörterbuchs bekannt, vielleicht kann sie jemand nutzen.“

Der groß angelegte Plan Friedrich Nicolais hat, so man sieht, nirgends die verdiente Beachtung gefunden. „Da für Wer bereits Klopstock, Wieland und der junge Goethe als epochemachende Meister der poetischen Sprache galten, so ist klar, daß sein Plan schon dadurch vor dem zunächst ausgeführten Adelungischen Vorzug verdient hätte.“\*) Erst mehr als zwei Menschenalter nach ihm wird das große Werk in dem von Nicolai beabsichtigten Umfang von anderer Seite in Angriff genommen: das Grimmische Wörterbuch sollte den von den Besten unseres Volks so lange gehegten Wunsch der Erfüllung näher bringen!

#### 4. Zur Geschichte des Grimmischen Wörterbuchs.

Mitteilungen zur Geschichte des Grimmischen Wörterbuchs, die wenig bekannt geworden sind, finden sich in dem Briefwechsel zwischen den Brüdern Grimm, Dahlmann und Gervinus. (Herausgegeben von Eduard Toppel. 2 Bde. Berlin 1890.) Er läßt uns einen Einblick tun in die ungeheuren Schwierigkeiten und Mühseligkeiten der Arbeit am Wörterbuch, die schon der Kaspar Stieler mit verzweifeltsten Worten geschildert hat.\*\*

Es ist bekannt, wie i. J. 1837 König Ernst August von Hannover sieben Göttinger Professoren — außer den vier oben genannten noch Albrecht, Heinrich Ewald und Wilhelm Weber — sie gegen den Bruch der Verfassung Verwahrung einlegten

\*) M. v. Leger, Zur Gesch. der neuhochdeutschen Lexikographie. Festzeitung 1890, S. 16.

\*\*) Alfred Wöge, Das deutsche Wörterbuch der Brüder Grimm. Sitzungsber. des Allg. d. Sprachvereins. Heft 23/24 (1903) S. 1.

Amtes entsetzte. Der Historiker Dahlmann fand in Leipzig eine Zuflucht, Gervinus wandte sich seiner Heimat Darmstadt zu, später wurde er Professor in Heidelberg, Jakob Grimm ging nach Kassel zurück, Wilhelm Grimm blieb noch ein Jahr in Göttingen. In dieser Zeit, „nach langem, vergeblichem Harren, daß sie ein deutsches Land in seinen Dienst aufnehmen werde, faßten die Brüder den Mut, ihre Zukunft sich selbst zu erfrischen, zu stärken und sicher zu stellen. Sie unterfingen sich eines großen deutschen Wörterbuchs, das die Weidmannsche Buchhandlung in Verlag genommen hat, eines schweren, weitaussehenden Werkes, dem sie unter der Last von alltäglichen Berufsgeschäften nicht so würden gewachsen gewesen sein.“\*)

Aus einem unter dem 2. März 1838 aus Leipzig an Jakob Grimm gerichteten Briefe Dahlmanns scheint hervorzugehen, daß „der literarische Plan für ein großes deutsches Wörterbuch an Adolungs Stelle“ von dem nachmals berühmt gewordenen Dr. Moritz Haupt (1837 Dozent, 1841 Prof. der Philologie in Leipzig) ausgegangen ist.\*\*) Die lebhafteste Zustimmung und Förderung fand der Plan von Anfang an bei Dahlmann. Haupt setzte sich in Verbindung mit den Besitzern der Weidmannschen Buchhandlung in Leipzig, Karl Reimer und dessen Schwager Salomon Hirzel („einem fein urteilenden Manne“: Dahlmann) und wandte sich in dieser Angelegenheit am 2. oder 3. März 1838 brieflich an Wilhelm Grimm. Am 6. März schreibt Jakob an Dahlmann: „Von Haupt's Plan vernehme ich bisher noch nichts. Eigentlich gestehe ich, daß mir vor neuen Unternehmungen bangt, da ich mich in mehr alte verwickelt sehe, als mein Leben zu vollführen ausreicht.“ Auf eine erneute Aufforderung Dahlmanns (v. 19. März), sich „über den Haupt'sch-Weidmann'schen Plan baldmöglichst zu erklären, da Dr. Haupt und die Verlags-handlung sehnlichst die Annahme wünschten“, antwortet Jakob

\*) Aus der J. Grimm'schen Anzeige in der Leipziger Allgem. Zeitung 1838, 28. Aug., Nr. 241; abgedruckt bei Zoppel, Briefwechsel II, 482.

\*\*) Für Haupt's (nicht Hirzel's: v. Leger a. a. O., S. 21) Urheberschaft scheint auch folgende Stelle in dem Briefe von Gervinus an J. Grimm (27. März 1851: Briefw. II, 103) zu sprechen: „Neulich scherzte jemand, wenn Haupt (der als Mitglied des „Deutschen Vereins“ des Hochverrats angeklagt worden war) verurteilt würde, so sollte man seine Strafe dahin kommutieren, daß er Ihnen das Wörterbuch abnehmen müsse.“ Hierher gehören auch folgende Briefstellen: Dahlmann an Jakob 19. März 1838: „Dr. Haupt und die Verlags-Handlung wünschen sehnlichst die Annahme (des Wörterbuch-Antrags).“ Antwort Jakobs an Dahlmann 22. März 1838: „Grüßen Sie herzlich den guten Haupt, ich schreibe ihm nächstens selbst.“

am 22. März, „in all der Unsicherheit seines gegenwärtigen Daseins sei ihm der Reimer-Hauptische Plan nicht recht willkommen.“ Die Sache bedarf keiner Eile. Wilhelm, an den die Briefe gerichtet waren, hat die förmliche Antwort zu erteilen. Ich habe mich erst an Vachmann\*\*) gewandt und will dessen Rat, Zustimmung oder Abneigung erkundigen.“ Am 7. April teilt er Dahlmann mit: „Die beiden Freunde (Karl Reimer und Moriz Haupt) sind angekündigtermaßen gestern eingetroffen, und da gibts viel zu besprechen, auch, weil Wilhelm von allem in Kenntniß gesetzt werden soll, zu schreiben. Soviel vorauszusehen ist, gehen wir auf die Vorschläge ein, weil eine solche Arbeit unleugbar zeitgemäß und, näher ermögen, unsrer jetzigen Lage zusagend ist.\*\*\*) Nicht gering freut mich dabei zugleich, daß sie mit Ihren Wünschen übereinstimmt.“ Am 30. April 1838 teilt Dahlmann, der eben nach Jena übersiedelt war (1842 ging er nach Bonn), dem Freunde mit, Reimer biete den Brüdern „auf Abschlag bis zur Abrechnung jährlich zusammen 1000 Taler und wolle ihnen dreierlei honorieren: red. Materialien, ausgearbeitete Beiträge und Redaktion“. Die Verlags- handlung bitte, näher zu bestimmen, zu ändern, zu verwerfen: er würde mit allem zufrieden sein. Daß die Brüder selbst Haupt- arbeiter werden (nicht bloß die Redaktion übernehmen) würde seine Reimern zwar unerwartet, aber höchst erfreulich zu sein. Am 7. Mai schreibt J. Grimm an Dahlmann: „Für 2000 Reichsthaler fünf oder vier Folianten redigieren mag ich nicht, wohlverstanden

\*) Bald darauf sah er das Unternehmen mit günstigeren Augen an: I. 227 Seite.

\*\*) Offen spricht sich Jakob Grimm über den großen Philologen Karl Vachmann († 13. März 1851) in einem Brief an Gerwinus aus (27. März 1851): „Ich war seit 1820 mit ihm (Vachmann) befreundet und stets in ganz Vernehmen, doch war unser brieflicher Verkehr wärmer als der persönlich nachher. Sein Charakter war mir zu fertig und abgegeschlossen: während ich mich bereit fühlte, immer Neues in mich aufzunehmen, hatte er für die meisten meiner Arbeiten gar kein Interesse und schwieg dazu still.“

\*\*\*) Ähnlich in dem Briefe Jakobs an Dahlmann 14. April 1838: „Als im 1838 oder 1839 von Weidmanns der Antrag geschah, so stand zunächst unsere damalige ungewisse, hilflose Lage, die wohl verleiten konnte, die Danken anderswohin zu wenden, als sie sonst gegangen wären. Die Idee des Unternehmens stand mir wohl im Geiste vor, und es war kein Verstand, der mich in die Annahme des Vorschlags willigen ließ, es lag da malß etwas Unausweichliches darin.“ (Briefw. I, 539, ähnlich in der Rede zum 1. Bande und in einem Brief an Kurfürstin Auguste von Hessen v. 12. Dez. 1833, worin Jakob die Hoffnung ausdrückt, „aus der äußere Ertrag (des weitausgehenden d. Wb.) werde von der Art sein, daß er uns peinlicher Sorgen um die Zukunft überhebt und zu unermesslicher mäßigen Ansprüchen und Bedürfnissen ausreicht.“ (Briefe des J. Grimm an beff. Freunde, gesammelt von E. Stengel, S. 418.)



eines Wörterbuchs, wobei fast alles von Plan und Redaktion abhängt und ausgeht. Der Begriff von Redaktion ist ein ganz schwankender, und darum erbieten wir uns zum Beginn (als Hauptarbeiter), um erst ein ordentliches Ansehen in die Unternehmung zu erlangen. An den jährlichen Vorschüssen von 1000 Rtlr., die hernach wieder in Abzug kommen, liegt uns nichts; das wäre bloß etwas, wenn wir in Not steckten.“ Im Juni d. J. hatte J. Grimm den ihm von Dahlmann und wohl auch von der Verlags-handlung nahegelegten „Entschluß ihres Ueberzugs nach dem vornehmen und staubigen Leipzig schon halb gefaßt“, und auch Wilhelm fand es „am verständigsten, wenn sie nach Leipzig gingen, wo sich wenigstens das Wohlwollen der Menschen nicht zu verbergen brauche.“\*) Anfang Juli war er in Leipzig, „Reimers und Hirzels überhäuften ihn mit Freundschaft, und Haupt tut ihm alles zuliebe.“ Er berichtet dies Dahlmann in einem in trüber Stimmung abgefaßten Briefe, „Donnerstag, 5. oder 6. Juli“ 1838 aus Leipzig. Darin heißt es: „Das weit aussehende Unternehmen mit dem Wb. fordert gerade schon im Beginn die Seelenruhe und Unabhängigkeit, die mir jetzt mangelt. Die Arbeit mag also aufgeschoben, oder völlig, was meine Mitwirkung anbetrifft, aufgehoben bleiben. Doch habe ich bis jetzt noch nicht getraut mit Reimer von dem Gegenstande zu reden; es wird am besten sein, mich dem Haupt zu entdecken.“ Den Plan, hauptsächlich wohl wegen des Wörterbuchs nach Leipzig überzusiedeln, ließ Jakob fallen, aber zum Glück auch die Absicht, von der Wörterbucharbeit abzustehen, die er in den Stunden der Mutlosigkeit über „die Nähe und Enge der Hindernisse, die ihnen (den Brüdern) auf ihrem Pfade entgegentraten“, gefaßt hatte. Wenige Wochen später, unter dem 28. August, erließ er in der Leipziger Allgemeinen Zeitung 1838, Nr. 241, ohne seinen Namen zu nennen, die erste Anzeige und den Plan des beabsichtigten Wörterbuchs, mit dem „endlich einmal einem von Deutschen wie von Fremden längst gefühlten Bedürfnis werde abgeholfen werden“. „Es soll von Luther bis auf Goethe den unendlichen Reichtum unserer vaterländischen Sprache, den noch niemand übersehen und ermessen hat, in sich begreifen. Alle edeln Schriftsteller sollen vollständig eingetragen, die übrigen ausgezogen werden; das Ergebnis wird überraschend sein. Alle Wörter mit ihren Bedeutungen, alle Redensarten und Sprich-

\*) Brief Wilhelm Grimms an Frau A. v. A., geb. von Harthausen, Kassel 1838, 26. Mai: gedruckt in den „Freundesbriefen von W. und J. Grimm“. Herausgeg. von M. Reifferscheid, Heilbronn 1878, S. 152.

wörter sind aus den Quellen zu belegen; die alphabetische Ordnung ist hier die angenehmste und bequemste. Das Wörterbuch Adelungs das unter allen Vorgängern allein nennenswerte, ist weit hinter die Fülle des Materials zurückgeblieben und ruht auf keiner ausreichenden grammatischen Grundlage, die, wie sich von selbst versteht, nur eine historische sein kann.“\*) Es soll „so eingerichtet werden, daß es auch von Ausländern gebraucht werden könne, ungefähr in Art und Weise des Vocabulario della Crusca,\*\*) dessen Muster das überhaupt mehr vorgeschwebt hat, als der Plan und die Anordnung der übrigen bedeutenden Wörterbücher“.

Schon bald darauf beginnen die Klagen über die Schwierigkeiten des „mit bleiernem Gewicht drückenden“ Wörterbuchnehmens, die alle Befürchtungen übertrafen. „Mit dem Wb. hat es gut, schreibt am 31. August 1839 Wilhelm Grimm an Jakob Grimm, aber die bloße Korrespondenz und die Instruktionen machen Arbeit genug; es ruht so ziemlich alles auf uns allein, wie ich das vorausgesehen habe. Wir bedürfen einer langen Reihe von Jahren und ungestörter Muße, wenn es soll zustande kommen, und so, so man Freude daran hat. Ich selbst habe schon eine hübsche Anzahl von Büchern aus dem 17. und der ersten Hälfte des 18. ausgezogen.“\*\*\*) Am 9. Oktober desselben Jahres teilt Wilhelm Grimm Gervinus mit, daß bereits mehr als 50 Mitarbeiter†) in Tätigkeit seien. (Briefw. II, 19f.)

\*) Ähnlich in einem Briefe Wilh. Grimms an Gervinus 9. Okt. 1839 (Zypel, Briefw. II, 19). Vgl. auch Jakobs Brief an Lachmann v. 31. Okt. 1838. W. Scherer, J. Grimm. 2. Aufl. S. 305f.

\*\*) Herausgegeben von der 1582 gegründeten Academia della Crusca („Schule der Aelce“) in Florenz, nach deren Muster 1617 zu Weimar eine fruchtbringende Gesellschaft gestiftet wurde.

\*\*\*) Aus den obigen Darlegungen geht hervor, daß die Brüder Grimm (geb. 1775, bez. 1786) noch nicht 65, bez. 64 Jahre alt waren, als sie das Wörterbuchwerk begannen, und daß Wilhelm nicht bloß 9 Jahre daran gearbeitet hat (Wiss. Beih. 23/24, S. 82 des Allg. D. Sprachb.); wenn Jakob 18. Febr. 1853 an E. Hitzel schreibt: „Bei meiner Arbeit Beginn. ist im Jahre 1850, war ich bereits 65“, meint er nur die eigentliche Bearbeitung des mühevoll gesammelten Stoffes.

†) Als Helfer nennt Jakob in der Vorrede zum 2. Bde. des Wb. R. Brand, Riedel, Weigand, Menge, H. Wolff in Stuttgart, P. Palm in Breslau, Crecklius (dem Prof. Dr. Wilh. Creck in Elberfeld dankt auch Wilhelm Grimm, Vorrede, für wertvolle Beiträge), Erk in Berlin, Kudel in Gießen, Seidemann in Eichdorf (bei Pirna, Pfarrer, verdient um die Informationsgeschichte). Auch Hedwig und Eleonore Wallot, Mainzerinnen, jetzt (1860) in Heidelberg, haben ihm ungemein viele Mitteilungen gemacht. Ebenso half Dortchen Grimm, Wilhelmss Schwester, ihre Mitarbeit war willkommen wegen ihrer Kenntnis der hebräischen Sprache (Briefw. II, 124). Von Hermann Grimm, Wilhelmss Sohn,

Unter dem 13. Oktober 1839 klagt auch Jakob in einem Briefe an Dahlmann: „Die Arbeit fürs Wb. besteht noch hauptsächlich in unendlichem Briefwechsel wegen der Beiträge, die langsam, langsam eingehen, so daß 1840 noch keine Hand angelegt werden kann an die Ausarbeitung. Reimer und Hirzel müssen sich mutig gebulden.“ Schon 1838 hatte Jakob betont, vor einigen Jahren könne gar nicht ordentlich begonnen werden, erst müsse „das Graffische Wörterbuch“\*) vollständig erschienen sein und auch das über die Sprache des 13. Jahrh. (von Wackernagel\*\*) vorliegen. Dann erst käme mit Zug die Reihe an die heutige Sprache. Wozu da drängen?“ (Brief an Dahlmann 22. März 1838: Briefw. I, 145.) Ziemlich mutlos schreibt er am 5. Dez. 1840 an Wilmar: „Der ganzen Arbeit Erfolg und Ausgang ist in mehr als einem Betracht noch sehr zweifelhaft.“\*\*\*)

Die Zeit wirtschaftlicher Sorge endigte für das unvergleichliche Gelehrtenpaar mit ihrer Berufung an die Berliner Akademie (1840). Die Brüder, der verheiratete Wilhelm und der unverheiratete Jakob, blieben von nun an „in steter Lebens- und Gütergemeinschaft“, wie sie mit Ausnahme der wenigen Jahre nach ihrer Absetzung „von Kindesbeinen an brüderlich zusammengelebt und einer unge störten Gemeinschaft gepflegt hatten“. (J. Grimm an Dahlmann 14. Apr. 1858: Briefw. I, 538.) Freudigen Herzens teilt Jakob am 8. Nov. 1840 dem Freunde Dahlmann mit, „heute morgen sei ein förmlicher Ruf durch Eichhorn (den Minister), datiert vom 2. Nov., an sie gekommen. Für den Augenblick sei zwar weder bei der Universität noch bei den übrigen wissenschaftlichen Instituten (Anspielung auf die Bibliothek) eine geeignete Stelle ledig, es werde sich hoffentlich in Zukunft erwünschte Gelegenheit dazu bieten; unterdessen wolle der König uns in den Stand setzen, unsern Arbeiten und namentlich dem unternommenen Wörterbuch in sorgenfreier Muße obzuliegen, und es werde uns aus allgemeinem Staatsfonds ein jährlicher Gehalt von 2000 Taler zugesichert, der den etatsmäßigen

1828, seit 1873 ord. Prof. an der Univerf. Berlin) schreibt Jakob 1854 an Luise Dahlmann: „Er ist außerordentlich anftellig, beholten und geichidt, hat mir auch beim Wb. willkommene Dienfte geleiftet.“ (Briefw. I, 529).

\*) Erichfen u. d. Z. „Althochdeutscher Sprachfhaß“ Z. 1 — 6. Berlin 1831—42.

\*\*) Gemeint ist der 1842 nachgelieferte Anhang zu der 1839 erschienenen 2. Aufg. von Wackernagels Altdcutfchem Lefebuch; erst 1861 als felbftändiges Wb. erfchienen.

\*\*\*\*) Briefe der Br. Grimm an heififche Freunde, gefammelt von G. Stengel Z. 307.

Gehalt so lange vertreten könne, bis jene anderweite Anstellung erfolge.

Aber schon vor derselben stehe mir als Mitglied der Akader das Recht zu, Vorlesungen bei der Universität zu halten: für Schelling, welcher der Akademie als Korrespondent angehöre, werde nicht schwer fallen, wenn er erst dort sei, eine gleiche Befugnis zu bewirken.“ (Briefw. I, 419 f.) Am 10. Febr. 1841 meldet Dahlmann, daß die Aussicht, „in Berlin von 2000 aufgesetzt zu werden“, sich nunmehr verwirklicht habe. „Dadurch unsere äußere Lage endlich einmal gut geworden und (in dieser Beziehung) auf den grünen Zweig gekommen.“ (Briefw. I, 439.) In den bestimmten Worten des Briefes vom 8. Nov. 1840 möchte man schließen, daß die preussische Akademie der Wissenschaften, die ihr zweimal — unter Friedrich I. (Leibniz), und kurz nach Friedrich des Großen Tode durch die Anregung des Ministers Herzberg den Plan eines großen deutschen Wörterbuches, freilich ohne rechten Nachdruck und daher erfolglos, gefaßt hatte, um das nun endzustande gekommene Werk wenigstens insofern ein Verdienst beanspruchen dürfe, als sie die beiden Hauptarbeiter durch die Berufung in ihre Körperschaft der Sorge um das tägliche Brot enthebt und ihnen dadurch die ungestörte Arbeit an dem Wörterbuch ermöglicht. Aber die Berufung der Brüder nach Berlin, wohin sie am 15. M. 1841 übersiedelten, ist weniger das Verdienst der Akademie, als des Königs Friedrich Wilhelm IV.\*) Auch bei diesem dritten Lauf zur Herausgabe eines D.W. fehlte der gelehrten Körperschaft die innere Teilnahme, ja selbst Mitglieder, wie der hochverehrte Philolog Lachmann, dem Grimms Pläne verfrüht erschienen. (In dem nationalen Werke Widerstand entgegen.\*\*)

\*) Reifferscheid (Freundesbriefe von J. u. W. Grimm, S. 246) sagt, daß der bei Friedrich Wilhelm IV. in hoher Gunst stehende August von Haythausen, ein Freund der Grimmischen Familie, meiste Anteil an der Berufung Jakobs und Wilhelms nach Berlin habe. Haythausen war auch für die Berufung von Friedrich Rückert.

\*\*) Gervinus schrieb am 20. Febr. 1841 an Dahlmann: „Von Lachmann wollte mir jemand sagen, daß er sich in der Frage ihrer (der Br.) Berufung nicht sehr freundschaftlich benommen habe“ (Briefw. II). Lachmann widerstrebte jedoch nicht aus persönlichen Gründen, und hat seinem Charakter jederzeit Achtung gezollt: vgl. Jakob an Gervinus 1841, 6. Sept.: „Lachmann ist unsre alte Freundschaft und bleibt auch herzlich und untadelhaft gegen uns, obgleich wir schon eigens nach ihm ein wenig stören.“ (Ebenda II, 50.) „Unter Lachmanns mächtiger philologischer Ausschließlichkeit steckt eine ehrliche Haut“ (ebenda 1844, 13. Apr.: ebenda II, 76). Vgl. auch seine schöne „Lachmann“ (1851), in der er Lachmanns „innerstes Wesen“ und

Infolge dieser Hemmnisse hat sich die Hoffnung, die der König durch Savigny in den Brüdern Grimm erweckt hatte: „daß durch akademische oder ähnliche Fonds Mittel zur Unterstützung der Herausgabe ihres herrlichen Werkes (d. i. des DWB.) gefunden werden würden“,\*) nicht erfüllt, und aus diesen Enttäuschungen erklären sich die bitteren Worte, die Jakob Grimm im Vorworte zum DWB. (1852) ausgesprochen hat: „In Deutschland haben bei dem geringen Ansehen, dessen die eigene Sprache genoß, unsre vormaltend klassische und orientalische Philologie, Naturwissenschaft und Geschichte hegenden Akademien niemals weder dem Entwurfe eines neuen, noch der Gut und Unterstützung eines in Arbeit begriffenen deutschen Wörterbuchs ihre Aufmerksamkeit zugewandt“,\*\*) und ferner: „Durch warme Teilnahme des Volks allein ist die Erscheinung dieses Deutschen Wörterbuchs möglich und sicher geworden, das also im aufsteigenden Gegensatz steht zu den Wörterbüchern anderer Völkersprachen, die, von gelehrten Gesellschaften ausgegangen, auf öffentliche Kosten an das Licht getreten sind, wie es in Frankreich, Spanien, Dänemark geschah.“ Das Verdienst also, das große Unternehmen ins Leben gerufen und allen Hemmnissen zum Trotz aufrecht erhalten zu haben, gehört nicht zu den Ruhmestiteln der Preussischen Akademie der Wissenschaften, wie man nach einer Stelle in Jarnacks Geschichte der Akademie I, 98 (Friedr. Kluge a. a. O., S. 342) annehmen möchte, sondern gebührt einer Verlagsbuchhandlung, der Weidmannschen, und ihren von Dr. Moriz Haupt beratenen, opferwilligen Besitzern Karl Reimer und Salomon Hirzel, die „in die Sammlung und Herbeischaffung des (oft sehr untauglichen) Materials bedeutendes Geld gesteckt haben.“\*\*\*)

chiedenheit ihres philologischen Standpunkts fein und tief darlegt. („Wiederholentlich bekannte er mir seine Unfähigkeit zu legalistischen Arbeiten.“ — „Seiner Natur widerspricht, einen ganzen Vorrat von Wörtern gleichmäßig zu behandeln. . .“ „Der vergleichenden Sprachwissenschaft hat er sich eher abhold als hold gezeigt.“)

\*) Näheres s. bei Friedr. Kluge, Das Grimm'sche Wörterbuch: Zeitschrift für Deutsche Wortforschung, VII. Bd. (1906). S. 342 f.

\*\*) R. Hildebrand (Bes. Aufst., S. 29) will die deutschen Akademien gegen „diesen ausnahmslosen Vorwurf“, den ihnen J. Grimm hier (und auch in der Leipziger Antündigung des DWB. 1838) gemacht hat, in Schutz nehmen: „selbst einem J. Grimm schienen die zweimaligen Abpläne der Preuß. Ak. (s. vor. S.) unbekannt geblieben zu sein.“ Aber die treibende Kraft scheint in der Tat in allen drei Fällen nicht die Akademie gewesen zu sein, sondern einzelne, den Plan verständnisvoller würdigende Männer: Veibniz, Herzberg, Friedrich Wilhelm IV.

\*\*) J. Grimm an Gervinus 31. Jan. 1850 (Briefw. II, 99) u. 9. Apr. 1851 (ebenda S. 105).

Die Ausführung des nationalen Werkes „rückte zunächst in die Ferne, bis weitläufige Zurüstungen beendigt sein würden. Gern andere Geschäfte lagen vor und wurden ergriffen“. Zunächst wurde jahrelang gesammelt; „solange das Material nicht beisammen war, ließ sich nicht beginnen; wäre die Unruhe von 1848—49 nicht in zwischen getreten, hätte doch einige Jahre früher können angehebt werden.“ (S. Grimm an Dahlmann, 14. Apr. 1858.) Schon 1848 klagt Jakob über den „unendlichen Briefwechsel wegen der Beiträge. Auch die Art, wie die zum Teil bezahlten Mitarbeiter ihre Aufgaben angriffen, erregte häufig Jakobs Mißbilligung. „Allen Anordnungen zum Trotz, schreibt er 1852 an Hirzel, haben solche Schlingelärten Mitarbeitern nur nach Wörtern gesucht, die in ihren Gedanken wichtig waren, die aber, worauf es ankam, unausgezogen gelassen.“ und 1858: „Die Exzerpierenden berücksichtigten vorzugsweise die ihnen unbekannten und selten scheinenden Wörter und gingen an bekannten vorbei, auf deren leise Färbung und Verwendung gerade ankommt.“\*) Das Erscheinen des ersten Heftes verschob infolge dieser Hindernisse bis zum Mai 1852. Die Fortführung des Unternehmens war für die Brüder, insbesondere für Jakob, Gegenstand beständiger Sorge, „die Seite, von welcher her der Wörterbuche Gefahr droht, ist unser beider Alter“, schreibt er 1851 an Hirzel, und schon 1850 klagt er Gerbinus: „meine Gesundheit und noch mehr die Wilhelms, fängt an zu wanken.“ (Briefw. II, 9.)

Am 18. März 1854 entschuldigt sich Jakob in einem Briefe an Luise Dahlmann wegen des verspäteten Dankes für die prächtigen Weihnachtsgeschenke, die sie ihm zu Weihnachten geschenkt und mit denen er nach manchen Winter die Kälte zu verjagen gedenke, mit den Worten: „Um diese Zeit hatte ich gerade eine mühsame Vorrede zum Buch zu überlegen und niederzuschreiben, da mußte ich mir geloben, andere von mir abzuhalten, auch das Liebste und Nötigste. Jetzt ist sie gedruckt. Nun ist ein Band des schweren Werks vollendet. . . . ich gedenke jetzt loszukommen und für andere Arbeiten aufzuatmen, aber es geht doch nicht. Mir ist heimlich angst vor dem Zeitpunkt, wo Wilhelm eintreten soll, es wird notwendig ein gleiches Werk werden, da in solchen Dingen zwei nicht übereinander arbeiten können. Dazu ist er fortwährend schwermütig und

\*) Leger a. a. O., S. 23, dort auch der Auszug eines Briefes Jakob an L. Uhland v. 18. Jan. 1840, der uns Aufschluß gibt über die Beschlüsse, die Jakob bei den Auszügen aus den Schriftstellern beachteten wünscht.

sinnig . . . Ich selbst bin zuweilen herzkrank, wobei die Pulsschläge einhalten, doch vergeht's auch wieder, und dann denke ich nicht weiter dran, wie mir überhaupt Gott leichten Sinn verliehen hat." (Briefw. I, 528 f.) Ueber die Nachteile, die der Mangel einer einheitlichen Leitung, sowie die verschiedene Arbeitsweise und Naturanlage der Brüder dem Wörterbuche brachten, hat er sich mehrmals ausgesprochen, so besonders in dem schon wiederholt herangezogenen Briefe an Dahlmann vom 14. Apr. 1858: „Alles, was Wilhelm arbeitet, geschieht mit fleißiger Sorgfalt und Treue, allein er geht langsam zu Werke und tut seiner Natur keine Gewalt an. Ich habe mir oft im Herzen vorgeworfen, daß er durch mich eigentlich in grammatische Dinge getrieben worden ist, die seiner inneren Neigung fern liegen, er hätte sein Talent, ja alles, worin er mir überlegen ist, besser auf andern Feldern bewährt. Diese Wörterbucharbeit verursacht ihm zwar auch Freude, doch noch mehr Pein und Not, dabei fühlt er sich selbständig und vereinbart sich ungern da, wo die Ansichten abweichen. So kommt es denn, daß die Gleichartigkeit des Plans und der Ausführung leidet, was dem Werke schadet, denn es auch einigen Lesern sogar angenehm erscheint. In seiner Ausarbeitung ist mir darum einiges nicht recht, so wie umgedreht an der meinigen ihm einzelnes mißfallen mag. Ein solches Werk muß, wenn es gedeihen soll, in einer Hand liegen." Schon 1852 hatte er Gervinus gegenüber geäußert, er habe „noch keine Vorstellung von der Möglichkeit des Zusammenarbeitens. Wenn ein Maler die Landschaft, der andere die Figuren lieferte, das ginge, aber wie innen zwei jeder einen Teil des Bildes fertig machen?" (Briefw. II, 118.) Daß „ein deutsches Wörterbuch einen Arbeiter und Verfasser fordere", betont er auch Hirzel gegenüber mehrmals (Zeger a. a. O., S. 26).

Lebhaftesten und dauernden Anteil nahm Dahlmann an dem Wörterbuch. Im Jahre 1844 fordert er die Brüder auf, „das Wörterbuchs-Unternehmen nun entschieden anzugreifen"; „ich bin innig überzeugt, daß auf keinem andern Wege Sie beide dem Vaterlande den so allgemein einleuchtenden Dienst leisten und den unwiderstehlichen Beweis liefern könnten, wie eng Ihre Studien auch gerade mit der vaterländischen Gegenwart verbunden sind."\*) „An dem gemeinsamen Wörterbuche", schreibt er 24. Dez. 1852 an Gervinus, „erquickte ich mich sehr; nicht leicht ein Artikel, aus dem ich nicht

\*) Dahlmann an J. u. W. Grimm 22. März 1844: Briefw. I, 498.

etwas lerne. Darum ist mir das lieblose Bemäkeln des Werkes nicht recht, wiewohl in hohem Grade erwartet; wie wir Deutschen einmal sind, gibt es kein größeres Verbrechen, als ein hohes, vaterländisches Verdienst erwerben in der Art, wie andere es wohl laien sollten. Als die Brüder das Werk unternahmen, mußten sie recht gut, daß es ohne vielfältige Verstöße im einzelnen nicht zu bringen sei. Statt ihnen das zum Verdienst anzurechnen, daß sie sich dadurch nicht schrecken ließen, bemüht man sich schadenfroh, ihnen zu verleiden, was doch, hoffe ich zu Gott, nicht gelangt wird.“ Briefw. II, 343.

Auch Dahlmanns Gattin Luise hatte ein liebevolles Verständnis für das vaterländische Werk, und wenn Jakob Grimm in seiner Vorrede die Hoffnung aussprach, das Wörterbuch möge ein deutsches Hausbuch werden, so war diese in der Dahlmannschen Familie erfüllt: der große Geschichtsschreiber und Politiker, „ein verehrungsvoller und aufmerksamer Leser“ des Wörterbuchs (Servinus), „zählte seiner Gattin von einzelnen Artikeln oder las ihr abends daraus vor“.\*) Kurz nach ihrem Tode schreibt Dahlmann am 30. März 1858: Briefw. II, 526) an Jakob: seine Frau habe in ihrer letzten Zeit so oft aufgefordert: „Du solltest doch Adolph und Wilhelm einmal darüber schreiben und ihnen recht sagen, daß du an dem Werk hängst“, „man müsse nicht träge sein, da zu lesen, wo man so viel zu danken hat“. „Dieser Tage“, fährt Dahlmann fort, „war Hirzel mit (Dr. Moritz) Haupt hier (in Bonn). Er sprach nur sehr „mißtröstig“, wie man an der Dittfe sagt, über den Fortgang des Wörterbuchs, indem er sich auf Ihre eigenen Anforderungen, lieber Jakob, bezog, und hat mich dadurch sehr beunruhigt. Denn so hoch ich auch die Pläne halte, die Ihnen mutigen zu erfüllen, so bin ich doch innig überzeugt, daß Ihnen das Vaterland und was man im wärmsten Sinne das deutsche Volk an keine Gabe herzlicher und dauernder danken wird als die Durchführung des Wörterbuchs, welches das Ganze unsrer Erkenntnis mächtig fördert und jedem einzelnen in seinen stündlichen Bedürfnissen, die er kaum anderen gestehen mag, wahrhaft beichtväterliche Beistand verleiht.“ Bei Gelegenheit eines Besuches bei dem erkrankten Freunde\*\*) hatte Jakob gemeint, „in fünftehalb J-

\*) Dahlmann an J. Grimm 30. März 1858: Briefw. II, 526.

\*\*) 1852. Im Aug. d. J. lag Dahlmann schwer krank an einem gefährlichen Fieber danieder. Jakob „drang gegen des Arztes Willen bis zum 30. Briefw. II, 524 zu Nr. 295.



mit dem Ganzen fertig zu sein“. „Wenn nun gleich dieser Gedanke“, bemerkt Dahlmann dazu in dem eben ausgezogenen Briefe vom 30. März 1858, „viel zu verwegen für die Wucht des Unternehmens war, so kann und mag ich mich doch von der Hoffnung nicht trennen, daß dieses edle Denkmal des Grimmschen Namens von denselben Händen werde vollendet werden, die seinen unvergänglichen Grund gelegt haben.“ In seiner Antwort auf diesen Brief Dahlmanns, der ihn „liebevoll und dringend zu eifrigerer Fortarbeit“ ermahnt hatte, schreibt Jakob 14. Apr. 1858: „Hirzels Briefe tropfen schon jahrelang anhaltend auf denselben Fleck, zwar mit feinsten Schonung, doch so, daß, wie wenn Frauen schreiben, daselbe Anliegen immer darin enthalten ist, und auch, falls ich sie nicht läse, ich doch wüßte, was darin steht.“ Jakob war damals drei Monate lang „fast immer krank gewesen und wenn er oft schlaflos zu Bette lag, fuhr ihm auch das Wörterbuch durch den Sinn“.

Ergreifend sind die folgenden Worte desselben Briefes: „Denken Sie ja nicht, daß das Wörterbuch keinen Lohn und kein Behagen in sich trage und mit sich führe. Es zwingt mich, zahllose Einzelheiten vorzunehmen und zu entdecken, an die ich sonst nicht gedacht hätte; der Gewinn ist mir willkommen. Allein ich erkenne auch, was ich im ganzen dabei einbüße. Ich empfinde weit mehr Lust, die Grammatik, der ich doch am Ende alles verdanke, was ich erreichte, überhaupt zu vollenden, jetzt wächst sie über mich und ich muß sie unvollendet liegen lassen, vermag ihr nicht zu geben, was n meinen Kräften stände, wenn ich mich frei fühle. Unterdessen auch haben sich manche andere und neue Gegenstände vor mir aufgetan, deren Behandlung mir weit näher zu Herzen ginge als das Wörterbuch; sie könnte ich erreichen, während das Ende des Wörterbuchs unnahbar steht. Hätte ich diese ganze schwierige Lage vorausgesehen, ich würde damals mit Händen und Füßen das Wörterbuch begewehrt haben. Meine Besonderheit und Eigentümlichkeit leidet unter Abbruch. — — Doch ich weiß, wozu ich verbunden bin, und habe bereits vor acht Tagen nach Leipzig gemeldet, daß ich (schon diesen Monat\*) anfangen will; ich werde also den Hals wieder unter das Joch beugen und erwarten, was die Zukunft bringt und wie sie es für mich ausgleicht.“

\*) Mit dem 3. Bande; zwei waren, wie er in demselben Briefe mitteilt, erschienen.

Derselben Klage begegnen wir in einem Briefe an Gervinus v. 5. Febr. 1859: „Ueber diesem Buch (dem Wb.) gehen andere zu Grunde, die ich in mir trage und lieber schreibe, es sollte auf jedem der fünf Finger meiner Hand eins hervorgehen. Sie fragen was es sei? Ich will wenigstens eins nennen, auf das ich mit dem Daumen drücken wollte: eine Rechtfertigung der Eöth-Ossians,\*) aus der sich nebenbei auch Wichtiges für unser Heidentum ergäbe. Sagen Sie's aber noch nicht weiter, mein Leben ist ja schon im abschüssigen Fall und kann vorher verrinnen.“

Im Gegensatz zu Dahlmann riet Gervinus — aus denselben Gründen, die Jakob selbst wiederholt geltend macht — die Freunde von einer allzu ausschließlichen Beschäftigung mit der Arbeit am Wörterbuch ab, wenn er auch schon 1839 dieses Buch und die Bemühungen um unsre vaterländischen Schätze als „würdig und großartig“ anerkennt. (Gervinus an W. Grimm: Briefw. II, 2. „Darf ich ehrlich sein?“ so heißt es in einem Briefe v. 27. Nov. 1851. „Ich wollte, Sie gäben sich nicht zu viel mit dem Wörterbuch ab. Wie viel Besseres, oder daß ich richtiger sage: Eigenes können Sie uns noch geben, und wie vieles steht noch zurück, zu eben nur Sie geben können. Findet sich denn unter Ihren Schülern nicht einer, den Sie mit einer halbjährigen Anweisung ganz zu dieser Arbeit in Ihrem Sinne zureichten könnten? Ich dachte mir, dies müsse nicht ganz so schwer sein.“ (Briefw. II, 102 f. und II, 548 zu Nr. 44.) Ebenso widerrät Gervinus, daß entschiedenste die von Jakob (31. Jan. 1850: Briefw. II, 109) geäußerte Absicht, „die Schreibung zu ändern“.\*\*) „Ueber den orthographischen Punkt, antwortet er am 13. Mai 1851, bin ich nicht angst und bange, wissen Sie das? Wollen Sie denn den neunten Jahrhunderten gar keine Rechte geben? Um Gottes willen, lassen Sie uns die Unrechtschreibung, wie sie ist, wenigstens zum Nachschlagen, und geben Sie uns das Recht höchstens in den Parenthesen. Ich stifte Ihnen sonst den Verleger auf, Protest einzulegen, für den das Unternehmen möglicherweise allein das Nachschlagen kann. Lassen Sie sich herab, mit unseren Schwächen und Unwissenheiten Geduld zu haben!“ (Briefw. II, 109.) Auch Gervinus spricht bald nach seinem abmahnennden Briefe

\*) Der Anfang dieses Buches zeigt Kleine Schriften 7, 537 ff.

\*\*) Eine eigene Schrift darüber hat Jakob nicht herausgegeben, sondern seinen Brief „an die berühmte Weidmannsche Buchhandlung“: Kleine Schriften 7, 218 ff. und die Vorrede zum Wb. 1, LIV ff.

(v. 27. März 1851), nach dem Erscheinen der ersten Hefte, mit höchster Anerkennung von der „Riesenarbeit“. Er dankt (17. März 1853) für „das letzte Heft Wörterbuch“; „er halte es damit, wie mit dem vorigen und nasche darin tageweise . . . An einer Reihe von Artikeln könne man ordentliche Studien machen.“ (Briefw. II, 127.) Ueber diese veränderte Stellung des Freundes zum Wörterbuch ist Jakob glücklich. In einem Briefe aus dem Jahre 1852, der zugleich die Antwort auf des Gervinus Anregung v. 27. März 1851, die Hauptarbeit auf jüngere Schultern zu legen, enthält, schreibt Jakob: „Nicht wenig befriedigt mich, daß Sie das begonnene Wörterbuch, das Sie mir sonst vom Halse wünschen und schaffen wollten, jetzt gutheißen. Das zweite Heft ist schon fertig geschrieben und halb gedruckt und hoffentlich besser als das erste. Die Arbeit auf andere, Schüler und Helfer, auch nur zum Teil zu übertragen, scheint mir außerordentlich schwer, ja untunlich. Soll ein solcher Stoff in heilsamen Fluß kommen, so darf man nichts einzelnes aus der Hand lassen, damit es nicht erkalte. Ich freue mich jetzt doch des mühevollen Geschäfts und seines Ertrags, wie weit ich damit kommen werde, bedenke ich gar nicht.“ (Briefw. II, 118.)

Da Wilhelm zwar „sehr hübsch und gewissenhaft, aber zu langsam und langsam arbeitete, daß Hirzel zu jammern und zu quälen anhub“ (J. Grimm an Gervinus 5. Febr. 1859: Briefw. II, 135; auch Vorrede zum 2. Bde. des Wb. S. I), lastete die Hauptarbeit auf Jakobs Schultern. Mit eisernem Fleiße und „seiner unmäßigen Arbeitslust“, die nach der Ueberzeugung des Neffen Hermann Grimm das Leben des herrlichen Mannes um einige Jahre verkürzt hat, gab sich der greise Gelehrte — einen „unverwüßlichen Menschen“ nennt ihn bewundernd Gervinus — der mühevollen Arbeit am Wörterbuche hin, zu der ihn nicht eigene Neigung getrieben hatte. Schon 1846 versichert er, er habe nur ein Mittel, sich zu retten und im Leid zu trösten, „nämlich anhaltendes, ungestörtes Arbeiten.“ „Meine Freude und Heiterkeit“, sagt er in seiner schönen Gedächtnisrede auf den 1859 verstorbenen Bruder Wilhelm, „bestand eben in der Arbeit selbst, während es Wilhelm Freude und Beruhigung geachtete, sich in der Arbeit gehen, umschauend von ihr erheitern zu lassen“. „Wie kann ich Sie beneiden um diese Unererschöpflichkeit Ihrer schaffenden Kräfte!“ ruft ihm in demselben Jahre der zwanzigjährige jüngere Gervinus glückwünschend zu und zweifelt nicht daran, daß eben diese „Beschäftigung, die nie ermattet, wieder wie ein jüngerer Brunnen sein wird, der Sie noch lange uns allen zu

Freude und Nutzen erhält" (Briefw. II, 138). Daß die besorgte Frage, die Gervinus einmal an Wilhelm Grimm richtet: „Uebertreibt er auch seinen enormen Fleiß nicht zu sehr?“ berechtigt war, erhebt wir aus folgenden Worten Jakobs an den drängenden Verleger: „Ich arbeite unablässig fort alle Tage bis abends elf Uhr, worüber Sie meine Hausleute verhören können. Ich gehe fünfmal monatlich zur Akademie und laufe bei gutem Wetter jeden Tag eine Stunde den Kanal entlang; Gesellschaften besuche ich nie und empfangen darum auch von hiesigen Bekannten keine Besuche“.\*)

Mit der Ausarbeitung des gesammelten Materials wurde 1851 begonnen. „Hatte von allen Arbeiten, die er jemals angenommen, keine schwerer auf Jakobs Schultern gedrückt“, als die „lange Vorbereitung“ zum Wb., so „wurde das Ausarbeiten sich sobald es begonnen werden konnte, dagegen kühlend und erfrischend“ (Brief an Hirzel 1857). Am 22. Okt. d. J. schreibt er an Gervinus: „Mich heften jetzt tausend Klammern an den Buchstaben A. Die Arbeit ist kleinlich und ermüdend, doch trägt die Notwendigkeit der nichts vorbeilassenden Musterung manchen unerwarteten Lohn. Die Dinge tun sich auf, an denen man sonst vorüberseht“ (Briefw. II, 117). In Zeit von drei Jahren\*\*) hatte er, wie er 1858, 14. Jan. Dahlmann mitteilt, für die Buchstaben ABC geliefert 2464 gedruckte Spalten, welche in seinem Manuskript 4516 Quartseiten ausmachten. „Hier will alles, jeder Buchstabe eigenhändig gezeichnet sein, und fremde Hilfe ist unzulässig. Wilhelm wird in den darauf gefolgten Jahren das D, obgleich er es dem Plan entgegen zu setzen ausführt, in 750 Spalten darstellen. Die Buchstaben ABC reichen noch nicht ein Viertel des Ganzen. Es bleiben also, noch angeschlagen, noch gegen 13000 gedruckte Spalten oder nach dem meines Manuskripts 25000 Seiten zu schreiben. Fürwahr eine schreckende Aussicht.“

Hierauf schildert Jakob die mannigfachen äußeren (z. B. die geringe Benützung der Menge von Büchern) und „viel schwerere inneren Hindernisse, die aus dem Zusammenarbeiten mit dem Verleger hervorgehen“,\*\*\*) und fügt gegen den Schluß des langen und herzigen Briefes hinzu: „Manche Leute sagen und meinen, daß

\*) N. Göthe a. a. O., S. 92 f.

\*\*) Also bis 1854: vgl. N. Göthe a. a. O., S. 92, wo es (nach der Briefstelle) auf der vorletzten Textzeile wohl „bis zum Jahre“ heißen muß.

\*\*\*) Verschiedene sich darauf beziehende Stellen des Briefes sind schon angedeutet worden, s. o. S. 18 f.

die beiden (bis 1858 fertigen) Bände werde dargelegt, wie die folgenden bearbeitet werden müssen, damit sei genug geschehen. Am Ende ist's auch fast einerlei, ob wir am dritten Band sterben oder am sechsten, achten. Sie stellen sich kaum vor, wie mir von Bekannten und den Nächsten im Hause, zumal Dortchen\*) und Gustchen\*\*), die mir sehr vertraut ist, zugesetzt und aufs Wörterbuch gescholten wird“.

In dem nächsten Briefe, 29. Aug. 1858, teilt er Dahlmann mit, er sei jetzt von neuem eingespannt und habe bereits acht Bogen zu einem Heft aus dem E geschrieben. „Der Himmel wird dann auch weiter helfen.“

Das Wörterbuch war schon damals über den ursprünglich angenommenen Umfang — nach der Voranzeige 1838 sollte das gesamte Werk 6 oder 7 starke enggedruckte Bände umfassen — hinausgewachsen, und wenn Jakob früher einmal (1852) an einen Abschluß des Ganzen in „fünftehalb Jahren“ gedacht hatte, so kam er im weiteren Verlaufe der Wörterbucharbeit mehr und mehr von diesen hoffnungsfrohen Erwartungen zurück.

Am 5. Febr. 1859 meldet er Gervinus, „er stecke wieder bis an die Ohren im Wörterbuch und habe eben ein neues Heft lassen ausgehen“. „Bei dieser Arbeit sind so vielfache, sich begreiflich immer noch mehrende Manipulationen, daß darüber alle Zeit und aller Raum verloren geht und versperrt wird, ohne daß sich ein Ziel absehen läßt; ich habe bloß die Aussicht, in den folgenden Jahren, wenn ich leben bleibe, etwa 12000 bis 14000 Quartseiten Manuskript abfassen zu müssen“. Mitten in die schwere Mühe der Wörterbucharbeit „schlug der Verdruß, daß die Reibhämmer Wurm\*\*\*) und Sanders†) mit ihren Büchern auftreten und das

\*) Wilhelm Grimms Frau.

\*\*) Wilhelm Grimms Tochter.

\*\*\*) Christian Friedrich Ludwig Wurm, Gymnasialprof. in Nürnberg, Hof, Augsburg, geb. 1801, gest. 1861 zu München. Er veröffentlichte 1852 f. zwei Besprechungen des Grimmschen Wörterbuchs: f. bei Zppel, Briefw. II, 550 unter Nr. 55.

†) Daniel Sanders, geb. 189 zu Altstrelitz, 1843 Direktor der dortigen Schule, seit 1852 nur noch literarisch tätig, schrieb: „Das deutsche Wörterbuch von J. und W. Grimm kritisch beleuchtet.“ 2 Hefte, Hamburg 1852 f.: f. bei Zppel, Briefw. II, 550. — Gegen Wurm und Sanders richtet sich Jakob, ohne ihre Namen zu nennen, in der Vorrede zum Wb. I, LXVIII: „Zwei Spinnen sind auf die Kräuter dieses Wortgartens getrocknet und haben ihr Gift ausgelassen“; er will diesen häßlichen Gejellen nicht „die Ehre antun, eine Silbe auf die Noheit ihrer Ansehung zu erwidern“. Er tadelt an seinen Gegnern, „die nicht einmal Halbkenner unsrer Sprache heißen können“, den Mangel der gelehrten Forschung und der Auffassung der poetischen und naiven Bestandteile der Sprache“.

Publikum zu irren suchen. Ist es nicht einer der frevelhaftesten, abnormsten Zustände, daß gegenwärtig sechs deutsche Wörterbücher auf einmal unter der Presse sind? (1. unser. 2. Hofmann. 3. Weigand.\*\*) 4. Wurm.\*\*) 5. Sanders.†) 6. Rosgarten††) 7. Groth,†††) wenn er auftauchen wird). Geboten wäre doch, wenn wahrer Spracheifer und wirklicher Beruf dabei waltete, daß man doch ein Werk erst vollständig erscheinen ließe und dann mit neuem Plan und neuen Mitteln aufträte. Hoffentlich werden jetzt Sanders und Wurm einander selbst auffressen und ihre Verleger bald zu drucken ermüden. Unser Buch kommt mir doch appetitlich und genießbar vor; ihre Arbeit bleibt verworren und ohnmächtig. Ich will erwarten, ob andere ebenso urteilen“ (Briefw. II, 135). Der berühmte Mann, der noch in seinem Todesjahre den schönen Auspruch

\*) Wilhelm Hofmann, Vollständiges Wb. der deutschen Sprache etc. Bb. 1–6. Leipzig 1859–61.

\*\*) Friedr. Ludw. Karl W., Deutsches Wb., 3. völlig umgearb. Aufl. des Friedr. Schmitthenners kurzem d. Wb. Bb. 1. 2. Gießen 1857. 61. Bb. vollendet und mehrmals neu aufgelegt; jetzt in Neubearbeitung. — Weigand geb. 1804 zu Untersforst in der Wetterau, seit 1851 Prof. für d. Sprache und Lit. zu Gießen, † 1878, namhafter Germanist, setzte seit 1863 in Rudolf Hilbrand das Grimmsche Wb. fort. Die Mitarbeit bewundert Jakob in der Vorrede zum 2. Bde., S. VI.

\*\*) Wurm, Wb. der d. Sprache, von der Druckerfindung bis zum heutigen Tage. Bb. 1, Lief. 1–6. Freiburg 1858 f. Mehr ist nicht erschienen.

†) Sanders, Wb. der d. Sprache. Mit Belegen von Luther bis zur neuesten Gegenwart. Bb. 1. 2. Leipz. 1859. 1864. Später kamen noch ein 3. und ein Ergänzungsband hinzu. Der Wert des Sandersischen Wb. liegt in seinem Stoffreichtum.

††) Joh. Friedr. Ludw. Rosgarten, Wb. der niederdeutschen Erbb. älterer und neuerer Zeit. Bb. 1, Lief. 1–3. Greifswald 1856. Mehr ist nicht erschienen. — Rosgarten, Sohn des Dichters Ludw. Theobul R., Orientalist, machte sich um die Kenntnis des Plattdeutschen verdient; geb. 1792 zu Altenkirchen auf Rügen, † 1860 als Prof. zu Greifswald.

†††) Ist nicht erschienen. — Der holsteinische Dichter Klaus Groth, geb. 1819 mit Dahlmann befreundet, hatte 1858 an Gerbinus „hintereinander sehr traurig verbitterte Briefe geschrieben. Er ist jetzt auf den Entschluß gekommen, ein niederdeutsches Idiotikon zu seiner Lebensaufgabe zu machen. Ginge er mit Fleiß und Ernst daran, so dürfte ich, möchte er da etwas Nützliches beginnen“; Gerbinus an J. Grimm 1858, 12. Nov. (Briefw. II, 132). Jakob antwortet 1859, 5. Febr.: „Groth hat jetzt eine kleine Stellung zu Kiel (als Dozent an der Univ.) erlangt, und will er sich Sprachstudien legen, so muß er sich erst bewähren, das Büchlein über niederdeutsche Sprache ist sehr mittelmäßig und ein weitaussehendes allgemeines Wb. zu unternehmen, jetzt gerade, wo ein solches von Rosgarten begonnen und im Gang ist, scheint ganz verkehrt.“ Der König von Hannover scheiterte daran, das Geld für den Druck der neuen, vermehrten, schriftlich hinterlassenen Ausgabe von Schmellerss Bayerischem Wb. zu geben. (Briefw. II, 134.) — Gerbinus an Dahlmann 1855, 12. Febr.: „Groth hat uns von Gemütsseite gar sehr gefallen. Wird er aber ein wenig zu viel von dem ersten Erfolge (1852 war der „Liederkreis“ erschienen) zehren, und eine frische Fortbildung versäumen?“ (Briefw. II, 134.)

getan hat: „Alle meine Arbeiten wandten sich auf das Vaterland, von dessen Boden sie auch ihre Kraft entnahmen“,\*) konnte gestrohten Herzens dem Urteil der Nachlebenden entgegensehen.

Noch als Achtundsiebzigjähriger plante der unermüdlche Gelehrte neue wissenschaftliche Unternehmungen und wollte auch fleißig am Wörterbuche fortarbeiten. „Meine Mutter und Schwester, erzählt sein Neffe Hermann Grimm,\*) lockten ihn planmäßig von Zeit zu Zeit von seinem Schreibtische fort, denn er würde, hätte man ihn gewähren lassen, den ganzen Tag durchgeschrieben haben. Das für ihn, wie für Wilhelm, mit breitem Rande gedruckte Exemplar des Wörterbuchs lag in einzelnen Bogen zu einem dicken Stöße aufgeschichtet neben seinem Schreibtische, und die Ränder sind auf vielen Seiten schwarz von nachträglichen Einzeichnungen.“

Am 20. Sept. 1863 schloß Jakob Grimm seine treuen Augen für immer. Von dem Wörterbuch waren bis zu seinem Tode erschienen Band 1—4, Lieferung 3, von denen Wilhelm den Buchstaben D, er selbst A, B, C, E und den größten Teil von F ausgearbeitet hatte. Bei dem Artikel „Frucht“ entfiel ihm die rastlose Feder! Noch im Mai hatte er seinem Mitarbeiter Weigand berichtet: „Letzte Woche habe ich drei schwere Wörter: „fliegen“, „fliehen“ und „fließen“ fertiggebracht und einiges Neue darüber vorgetragen.“

Die unglücklichen Schicksale des Grimmschen Wörterbuchs, das trotz der fleißigen Arbeit tüchtiger Nachfolger\*\*) auch heute noch nicht vollendet ist, sind oft geschildert und beklagt worden.\*\*\*) Mögen über dem großen Werke günstigere Sterne leuchten und die düstere Prophezeiung eines Ungenannten („Grenzboten“ 1903, S. 677 f.), man werde im Jahre 1952 „die Säcularfeier des unvollendeten Grimm begehen können“, zu Schanden werden!

Das von den Brüdern Grimm mit für unsre heutigen Begriffe unzulänglichen Vorarbeiten und wissenschaftlichen Hilfsmitteln be-

†††) In diesem Sinne sind auch die schönen Worte gehalten, die Jakob und Wilhelm Grimm i. J. 1843 an die ihnen ein Ständchen bringenden Berliner Studenten richteten: Briefw. II, 513.

\*) „Zur Rede auf Wilhelm Grimm“ in der Auswahl aus den kleineren Schriften von Jakob Grimm. Berlin 1871, S. 144.

\*\*) Bes. Weigand, Hildebrand, Moriz Heyne, Matthias von Leger, Ernst Wülder, Hermann Wunderlich, Karl von Bahder.

\*\*\*\*) Vgl. A. Göbe, „Das deutsche Wörterbuch der Brüder Grimm“ mit Vorbemerkung von Paul Pietsch: Wiss. Beih. 23/24 des Allg. D. Sprachv. 1903, S. 86 ff. Fr. Kluge, das Grimmsche Wb. i. Zeitschr. f. Deutsche Wortforschung VII. Bd. (1906) S. 341 ff. Hier auch beachtenswerte Vorschläge zur Besserung.

gonnene Wörterbuch, „über den besten früheren hocherbauten“ (Weigand), ist ein wahrhaft vaterländisches Werk. Mögen auch manche Wünsche in ihm unerfüllt geblieben sein, so die Aufnahme der Fremdwörter, an Fülle und Großartigkeit des Stoffes, an Mannigfaltigkeit und Reichtum der darin behandelten Mundarten übertrifft es die Wörterbücher der anderen Nationen bei weitem. Als ein „Riesenwerk“, ein „monumentum aere perennius“, preist es der Norweger Peter Andreas Munch, einer der größten und vielseitigsten Gelehrten des Nordens.\*) Auf dem bunten, farbenreichen Hintergrund der Mundarten stellt sich das Schriftdeutsch erst in seinen ganzen Werten dar.\*\*) Das Deutsche Wörterbuch wird von selbst zugleich zu einem Buche deutscher Geschichte, denn mit und in den Wörtern zieht zugleich das Leben der Nation, das innere und äußere, an uns vorüber wie in herausgeschnittenen Bildern.\*\*\*) Diese Schatzhaus des deutschen Sprachgeistes ist zugleich das natürlichste Werkzeug zur Klärung und Schärfung des Sprachgefühls und Sprachbewußtseins. Auch in ihrem Wörterbuch spürt man den erfreulichen Hauch der lebenswerten Persönlichkeit der beiden Brüder, die nicht bloß große Gelehrte, sondern auch feinsinnige Dichternaturen gewesen sind. Ein Kunstwerk ist Jakobs Vorrede zum ersten Band, noch heute „ergreift sie jeden Leser mit der stillen Gewalt ihrer Darstellung“. Auch die weit kürzere Vorrede zum zweiten Band (1860) empfand der befreundete Gervinus als „rührend“.

Das deutsche Wörterbuch der Brüder Grimm ist nicht das geworden, was einst Jakob Grimm vorgeschwebt hat und was es der Familie Dahlmann und Gervinus in der Tat gewesen ist: ein Hausbuch, das mit Verlangen und Andacht gelesen würde, aus dem man Vater ein paar Wörter aushebt und sie abends mit den Kindern durchgeht, dabei zugleich ihre Sprachgabe prüfend und die eigene auffrischend. Und auch die Worte, die der Herausgeber Hirzel 1871 an Jakob Grimm mit innerster Befriedigung schreiben konnte, treffen für unsere Tage wohl nicht mehr zu: „Gewiß die Hälfte der Teilnehmer des Wörterbuchs gehört dem gebildeten Publikum im weitesten Sinne des Wortes an.“ Es läßt sich nicht leugnen, auch wenn

\*) Munchs Brief an J. Grimm 1852, 9. Mai bei Ernst Schmidt S. 237. — Munch bittet in einem späteren Briefe (1853, 2. April) um die fehlerhafte Bezeichnung „altnordisch“ im DW. durch „altnormannisch“ zu ersetzen: ebenda S. 240.

\*\*) Rud. Hildebrand, „Ueber Grimms Wörterbuch in seiner wiss. u. neuzeitl. Bedeutung“; Ges. Aufs. u. Vortr. Leipzig 1890, S. 7 f.



den Gebildeten kennt man wenig mehr als seinen Namen. Aber die Besten unseres Volkes wissen seinen Wert auch heute noch zu schätzen; Rudolf Hildebrand, dessen stille, sinnige Art der der Brüder geistesverwandt war, „wußte von vielen, die das Erscheinen eines neuen Heftes mit Sehnsucht erwarteten, auch von solchen, die sich dann darüber setzten, ähnlich wie man sich in Jünglingsjahren an einem Sonntagmorgen über einen Lieblingsdichter setzt, der uns unser erwachendes Gemütsleben wunderbar auslegt“. Die in dem Wörterbuche niedergelegten das Vaterland umfassenden Studien haben nach Wilhelm Grimms Worten\*) den eigenen Reiz, den das Heimische für jeden immer besitzt; den nichts Fremdes ersetzen kann, sei es auch noch so vorzüglich. Sie wollen nicht bloßer Bierat, nicht müßige Gelehrsamkeit sein; dies Erkenntnis unseres Altertums, seiner Sprache, seiner Poesie, seines Rechts, seiner Sitte will die Geschichte erklären, beleben, erfrischen und schmücken, will den Baum des deutschen Lebens tränken aus eigenem Quell.“ Und wenn die Erforschung des deutschen Altertums in immer weiteren Kreisen „wie alles, was lebendig machen soll, ein ernstes und inniges Streben und die Begeisterung findet, auf der die Zukunft ruht“,\*) so wird auch aus dem von den edlen Brüdern begonnenen Werke in immer reicherer Fülle der Segen ausströmen, der auf allem Vaterländischen ruht. —

---

\*) Rede Wilhelm Grimms an die Berliner Studenten, gehalten an seinem Geburtstage, 24. Febr. 1843: Briefw. II, 513.

# Die kommerziellen Mißerfolge der Vereinigten Staaten im Stillen Ozean.

Von

Dr. Ernst Schulze, Hamburg-Großborstel.

Der hochgespannte Optimismus der Nordamerikaner hatte in eine Zeitlang daran gewöhnt, die ganze Zukunft so rosenrot zu sehen, daß ein Rückschlag der mächtig aufstrebenden Entwicklung Nordamerikas ausgeschlossen erschien. Vielmehr glaubte man, daß die außerordentlichen Erfolge, die Industrie und Handel der Vereinigten Staaten errungen hatten, sich in gleichem Tempo fortsetzen würden. Schon träumte man nicht nur von einer wirtschaftlichen Eroberung Europas, sondern auch davon, daß die Länder Ostasiens wirtschaftlich völlig von den Vereinigten Staaten abhängig gemacht würden. Die ausgedehnte Boykott amerikanischer Waren in China 1905 machte den ersten großen Strich durch die Rechnung. Unmittelbar darauf folgten die Schwierigkeiten mit den Japanern in Nordamerika, die wiederum die Entstehung einer scharfen amerikafeindlichen Stimmung in Japan zur Folge hatten. Die Schwierigkeiten, in welche das Draufgängertum Kaliforniens und der anderen westlichen Staaten die Union verwickelt hatte, wurden zwar durch geschickte diplomatische Verhandlungen mit Japan behoben, und nachdem man die amerikanische Schlachtflotte nach Ostasien entsandt hatte, glaubte man den Japanern so viel Respekt eingeflößt zu haben, daß weitere Schwierigkeiten nicht zu befürchten seien. Aber man hat in dieser Voraussetzung getäuscht. Und was in den Vereinigten Staaten vielleicht noch niederdrückender wirkt, ist die Tatsache, daß der Handel zwischen Nordamerika und Ostasien, aus dem die amerikanische Seefahrt großen Vorteil zu ziehen hoffte, mit merkwürdiger Schnelligkeit und unabänderlicher Gewalt in die Hände der Japaner über-

Der Plan, die amerikanische Schifffahrt nach Ostasien zu größerem Umfange zu entwickeln, wurde insbesondere von James Jerome Hill, dem tatkräftigsten und befähigtesten unter den nordamerikanischen Eisenbahnkönigen,\*) daneben auch von seinem bittersten Konkurrenten Harriman, gefördert. Hill hatte schon als Knabe von der wirtschaftlichen Erschließung des Orients geträumt. Die orientalischen Pläne Napoleons besaßen für ihn eine magische Anziehungskraft. Als er dann in der rastlosen Arbeit mehrerer Jahrzehnte seine drei großen Eisenbahngesellschaften (die Great Northern, die Northern Pacific und die Chicago, Burlington & Quincy Railroad) aufgebaut und mit ihrer Hilfe die Besiedlung und die wirtschaftliche Entwicklung des Nordwestens der Vereinigten Staaten in erfolgreichster Weise gefördert hatte, griff er auf die Pläne und Träume seiner Jugend zurück. Vor allem wollte er versuchen, für den amerikanischen Weizen in dem überfüllten Japan Absatz zu schaffen. „Unser Weißbrot“, meinte er, „gleicht dem Lotos. Kein Volk, das einmal davon gegessen hat, mag wieder zu ärmllicherer Nahrung zurückkehren.\*\*) Ich habe die Absicht, für die Millionenbevölkerung des Orients Weizen so billig zu machen wie Reis, und unsere Farmer werden von dieser neuen Nachfrage Vorteil haben.“

Um diese weitschauenden Pläne zu verwirklichen, veranlaßte Hill zunächst eine japanische Dampferlinie, ihre Schiffe nach Seattle laufen zu lassen. Später hat er selbst zwei Riesendampfer für den Verkehr auf dem Stillen Ozean bauen lassen. Auch gelang es ihm, der amerikanischen Industrie von Japan den ersten Auftrag auf Schienen zu verschaffen, ebenso auf Baumwolle. Immer arbeitete er dabei mit weitschauenden Mitteln. So ließ er z. B. kleine Flugchriften über die Verwendung von Weizenmehl in chinesischer und japanischer Sprache drucken, um sie in Hunderttausenden von Exemplaren nach China und Japan zu schicken und dort verteilen zu lassen. Ebenso ließ er chinesischen Kaufleuten in Seattle und Portland praktisch vorführen, wie Brot gebacken werden sollte. So wurde denn nach langen Verhandlungen mit seinem chinesischen Freunde Chin-Gi-Hi die erste Ladung amerikanischen Weizenmehles

\*) Siehe über Hill meine Studie „Ein amerikanischer Eisenbahnkönig“ in einer der nächsten Nummern von „Westermanns Monatsheften“.

\*\*) Eine etwas kühne Behauptung, die europäische Reisende in Amerika kaum unterschreiben werden, da ihnen ganz im Gegenteil das amerikanische Brot in seinem Geschmack fade und allzu zähe erscheint. Dies liegt aber nicht an dem Weizen, aus dem das Brot bereitet wird, sondern einzig und allein an der unjagdmäßigen Zubereitung.

versuchsweise nach China gesandt. Bald gingen jährlich etwa 150—200 000 Tonnen Weizenmehl über Tacoma und Seattle nach Ostasien, während die Ausfuhr von Baumwolle nach Japan sich auf etwa 166 Millionen Pfund jährlich stellt.

Aber in diesem schönen Gebäude, das Hill aufbauen wollte und das er mit großer Liebe entworfen hatte, ist ein arger Mangel entstanden. Die Ausfuhr von Weizenmehl geht zurück, und sie wird von der Einfuhr von Nahrungsmitteln von Japan überboten: 1907/08 betrug der Wert der amerikanischen Ausfuhr von Weizenmehl nach Japan etwa  $12\frac{1}{2}$  Mill. Mk., während gleichzeitig für etwa 36 Mill. Mk. Soja-Bohnen und für 60 Mill. Mk. Reis aus Japan eingeführt wurden. Die Ausfuhr von Baumwollzeug aus den Vereinigten Staaten insgesamt ist von 1906 auf 1907 um mehr als die Hälfte zurückgegangen: von 43 auf 21 Mill. Dollars. Und dieser Rückgang ist einzig und allein durch den Zusammenbruch des amerikanischen Baumwollhandels in China veranlaßt worden. Die Chinesen haben sich (weil man ihre Landsleute in Nordamerika schlecht behandelt) von dem Ankauf amerikanischer Baumwolle so weit wie möglich zurückgezogen und haben es dadurch fertig gebracht, daß gegenüber einer Einfuhr amerikanischer Baumwollzeuge von 29,6 Mill. Dollars im Jahre 1906, im nächsten Jahre nur noch für 5,7 Mill. Dollars amerikanische Baumwollzeuge eingeführt wurden, also weniger als der fünfte Teil!

Aber noch nicht genug des Unheils. Einer der prächtigsten Riesendampfer Hills, die „Dakota“, die er erst vor 5 Jahren bauen ließ, liegt als Wrack auf ein paar Felsen am Eingange zum japanischen Hafens, und es besteht nicht die geringste Absicht, sie ein Ersatzschiff zu bauen. Ja, Hill würde wahrscheinlich froh sein, wenn er ihr Schwesterschiff, das er noch für den Verkehr nach Ostasien besitzt, zu einem irgend annehmbaren Preise los schlagen könnte, selbst wenn dieser weit unter dem Buchwert stünde. Und ebenso wie ihm geht es auch den Besitzern der übrigen amerikanischen Schifffahrtslinien nach Ostasien: sie würden gern ihre Hände ganz aus einem Geschäft ziehen können, bei dem sie in den letzten Jahren entweder mit Verlust oder doch nur mit so geringem Gewinn gearbeitet haben, daß sich eine Verzinsung des Anlagekapitals mit kaum mehr als 1 % ergab.

Der Grund dieser Entwicklung ist kaum in einem dauernden Rückgange des Handels zwischen Nordamerika und Ostasien zu suchen, der sich, wenigstens für einen Zeitraum von mehreren Jahren

jammenfassend betrachtet, normal entwickelt, wenn er auch keine überraschenden Fortschritte macht. Es ist nur unverkennbar, daß die Schifffahrt im Stillen Ozean mit reißender Schnelligkeit alle anderen Flaggen abstößt und sich der japanischen Flagge zuwendet.

Bisher haben sich in die Frachtenbeförderung zwischen Nordamerika und Ostasien drei Gruppen geteilt: die in regelmäßigen Fahrten laufende amerikanische Schifffahrt, die englische Tramp-Schifffahrt (also eine nicht nach festen Fahrplänen geregelte Schifffahrt von Fall zu Fall) und die japanischen Schifffahrtslinien, die, wie die amerikanischen, nach festen Fahrplänen fahren. Nun aber kann die erste Gruppe den Wettbewerb mit der letzten nicht mehr aushalten, während die zweite nach wie vor ihren Verdienst findet, weil dieser ein ganz gelegentlicher ist.

Als am 31. August 1896 das erste Schiff der Nippon Yusen Kaisha in Seattle vor Anker ging, um die erste Frachtsendung der Hill'schen Great Northern-Bahn nach Ostasien an Bord zu nehmen, und als vor 5 Jahren in New London (Connecticut) die „Dakota“ vom Stapel lief, glaubte Hill nicht im entferntesten, daß die Verhältnisse sich so schnell und so zu seinen Ungunsten verschieben würden.

Die amerikanischen Schifffahrtsgesellschaften, die außer den Dampfern der Hill'schen Bahnen den Verkehr nach Ostasien vermitteln, sind die folgenden: die Pacific Mail, die Boston Steamship Company und die Flotte der kanadischen Pacificbahn. Noch übersteigt\*) die Tonnenzahl der unter amerikanischer Flagge fahrenden Schiffe die Tonnenzahl der Schiffe irgend einer anderen Nation im Verkehr zwischen Nordamerika und Ostasien. Selbst die Flotte der Canadian Pacific Railway mit ihren 30 000 Tonnen geht nur wenig über die Tonnenzahl des einen Riesendampfers hinaus, der Hill geblieben ist. Die drei großen japanischen Dampfer, die von San Francisco auszulafen pflegen, besitzen zusammen nur eine Tonnenzahl von 18 600 Tonnen, während die Pacific Mail-Gesellschaft zwei Schiffe von je 27 000 Tonnen und fünf andere mit zusammen 64 700 Tonnen besitzt. Alle japanischen, kanadischen und deutschen Schiffe auf diesen Linien zusammen erreichen kaum die Tonnenzahl der drei größten amerikanischen Konkurrenten, der „Mandschuria“, der „Mongolia“ und der „Minnesota“. Die beiden

\*) Nach Angaben der amerikanischen Zeitschrift „The Worlds Work“.

erstgenannten Schiffe gehören der Union Pacific-Bahn, die bekanntlich in den Händen Mr. Harrimans, des ärgsten Konkurrenten und schlimmsten Feindes HILLS, sich befindet.

Indessen darf man sich von diesen Zahlen nicht blenden lassen. Die Tatsache bleibt bestehen, daß alle Fracht, die von einem der amerikanischen Häfen des Stillen Ozeans nach Ostasien gehen soll, von den englischen Tramp-Dampfern, deren Zahl etwa ein Duzend betragen mag, oder von japanischen Dampfern billiger übernommen wird, als die amerikanischen Riesendampfer zu übernehmen können. Tun sie dies dennoch, wie es in letzter Zeit geschehen ist, um die Dampfer nur einigermaßen zu füllen, so arbeiten sie mit starken Verlusten. Der einzige bescheidene Gewinn läßt sie von ihnen erzielen, wenn die Frachtgüter weit her aus dem Westen der Vereinigten Staaten auf den Schienensträngen heranrollen, die HILL gehören. Und auch dies läßt sich nur durch Ausnahmetarife erzielen, die natürlich nur dann bewilligt werden, wenn die betreffenden Frachtgüter sogleich für einen HILLSchen Dampfer eingeschrieben, also nicht einer japanischen Schifffahrtslinie oder einem englischen Tramp-Dampfer übergeben werden. Das Gleiche gilt für die Schiffe Harrimans und seine Southern Pacific-Bahn.

Aber die HILLSchen Frachtagenturen im Osten der Vereinigten Staaten haben dafür wiederum einen bitteren Kampf mit den Schifffahrtslinien zu kämpfen, welche die Verfrachtung von New York über den Suezkanal übernehmen. Das sind insbesondere folgende fünf: die American Asiatic Steamship Company, Hornum, Moulber & Co., Barber & Co., Funch, Edye & Co. und die American and Mandshurian Line. Die Agenturen dieser Linie sind in doppeltem Vorteil, weil alle Frachtgüter nach Ostasien zu gehen pflegten, so daß der Verkehr also hier den gewohnten Bahnen folgt, und weil die Hauptausfuhr der Vereinigten Staaten nach Ostasien (neben der Baumwolle) in Fabrik-Erzeugnissen besteht, die aus den industrievorgeschrittensten Teilen des Landes, eben aus dem Nordosten stammen. Es handelt sich insbesondere um Maschinen, um Eisen und Stahl, um fertig verarbeitete Baumwolle und um Halbfabrikate. Der Westen und namentlich der Nordwesten der Union erzeugt diese Güter nicht, die vielmehr, mit Ausnahme der Baumwolle, aus den Südstaaten herrührt, fast ausschließlich aus den Südinglandstaaten und aus den Industriestaaten New York, Pennsylvania usw. kommen. Werden z. B. Maschinen von Philadel-

aus nach Ostasien aufgegeben, so wählen sie den gewohnten Weg über den Suezkanal, wo sie 70 Cents für 100 Pfund bezahlen. Wollten die Hüllschen Agenten etwas von diesen Gütern über Seattle und die Hüllsche Schifffahrtslinie leiten, so müßten sie diese Frachtsätze unterbieten, und das könnten sie nur tun, wenn sie auf jeden Gewinn verzichteten oder gar mit Verlust arbeiteten.

Ziemlich die einzigen Güter, welche der Westen Nordamerikas regelmäßig nach Ostasien verschifft, sind daher Petroleum und Weizenmehl. Daß die Menge des letzteren nicht beträchtlich ist, ist bereits erwähnt worden. Petroleum wird entweder als Rohöl nach Ostasien verschickt, oder nachdem es in San Francisco raffiniert worden ist. Die kalifornischen Petroleumquellen können so billig liefern, daß z. B. innerhalb des Staates Kalifornien sehr viele Dampfmaschinen und Lokomotiven mit Petroleum geheizt werden und daß die Straßen nicht mit Wasser besprengt, sondern mit Petroleum geölt zu werden pflegen. Der Weizen, der von Seattle aus nach Ostasien verschifft wird, ist entweder an den Küsten des Stillen Ozeans gewachsen, oder er kommt aus den Weizenstaaten des Nordwestens, allerhöchstens von Minneapolis her, und dann zu so niedrigen Beförderungsbedingungen, daß er mit dem Weizen der Küstenstaaten des Stillen Ozeans in Wettbewerb treten kann.

Was der amerikanischen Schifffahrt auf dem Stillen Ozean die Konkurrenz mit der Beförderung über den Suezkanal aber noch anz besonders schwer macht, ist eines der neuesten Eisenbahngesetze der Vereinigten Staaten, das 1906 erlassene Hepburn-Gesetz. Die Eisenbahnen sind dem Publikum und der Regierung in den Vereinigten Staaten so über den Kopf gewachsen, daß diese nun sogar solchen Abwehrmaßregeln greifen, welche die Fortentwicklung der Eisenbahnen schwer schädigen müssen. Wenigstens bin ich der Ansicht, daß viele Bestimmungen des Hepburn-Gesetzes so beurteilt werden müssen. Es schreibt unter anderem vor, daß jede Veränderung in Frachttarifen 30 Tage vorher bekannt gemacht werden muß. Die amerikanischen Eisenbahnen mögen sich diese Bestimmung durch die rücksichtslose Dividenden- und Ausbeutungs-Politik selbst zugezogen haben — auf alle Fälle muß sie ihnen verderblich werden. Am leichtesten zeigt sich die schädigende Wirkung dieses Gesetzes in keinem anderen Falle schärfer und deutlicher wie den Hüllschen Bahnen in Verbindung mit ihrer Schifffahrtslinie gegenüber. Ihnen ist dadurch der Wettbewerb mit dem Wege über den Suezkanal einfach unmöglich gemacht. Die Schifffahrtslinien, die durch den Suezkanal

führen, sind den Bestimmungen des Hepburn-Gesetzes nicht unterworfen, können also ihre Tarife Tag für Tag ändern. Sobald also die Hill'schen Eisenbahnen, den Bestimmungen des genannten Gesetzes folgend, eine Frachttarif-Ermäßigung ankündigen, die nach 30 Tagen in Kraft treten soll, haben die Agenten der Suezlinie es in der Hand, 14 Tage danach oder früher oder später ihrerseits eine noch größere Ermäßigung anzuzeigen — und damit können jede Tarifmaßnahme der Hill'schen Bahnen mühelos durchkreuzt werden. Der Erfolg ist für die letzteren ruinös gewesen: nachdem der Frachtverkehr auf den Hill'schen Bahnen für die Ausfuhr nach China sich von 1902 bis 1905 von 54 211 auf 299 884 Tonnen gehoben hatte, ging er 1906 mit einem Schlage auf 89 599 Tonnen zurück und verringerte sich 1907 sogar auf 61 411 Tonnen.

Hill hat sich daher an den „Zwischenstaatlichen Handelsausschuß“ (Interstate Commerce Commission) in Washington gewandt, um aus dieser üblen Lage befreit zu werden. Wirklich hat ihm der Ausschuß am 1. Januar 1908 zugestanden, daß er in Zukunft bei einer Ermäßigung der Frachttarife für Exportzwecke nach China nur 3 Tage vorher, von einer Erhöhung nur 10 Tage vorher Mitteilung zu machen brauche. Hill hofft nun, einen Teil der üblen Folgen vermeiden zu können, welche das Gesetz mit sich gebracht hat und welche die Fracht nach Ostasien in immer größerem Maße von seiner Linie abzogen, um sie auf die Suezlinien oder auf englische Trampdampfer oder gar auf japanische Schiffe zu drängen.

Auch eine andere Bestimmung der nordamerikanischen Eisenbahngesetzgebung wird von Hill als sehr störend empfunden. Jede Eisenbahn ist verpflichtet, wenn sie Frachtgüter übernimmt, zu Schiff weitergehen, genau anzugeben, wie viel von den geforderten Frachtraten auf die Eisenbahnbeförderung zu Lande und wie viel auf die Beförderung zu Schiff entfällt. Werden also Stahlbleche von Pittsburgh nach Yokohama zu einem Satze von 10 Dollars die Tonne befördert, so ist die Eisenbahn verpflichtet, anzugeben, wie viel davon für die Beförderung nach Seattle berechnet wird und wieviel für die Verfrachtung von Seattle nach Yokohama. Es muß sich also sehr in die Karten sehen lassen, und es ist sehr peinlich für sie, daß die Beförderung zu Schiff weit billiger ist, als sie sie zu leisten vermag.

Alles das aber würde noch nicht den unbezweifelbaren Rückgang der amerikanischen Schifffahrt im Stillen Ozean herbeiführen, wenn nicht eben der scharfe Wettbewerb der Japaner



sprache. Diese aber reißen einen Teil der Schifffahrt im Stillen Ozean nach dem anderen an sich. Haben sie es doch sogar fertiggebracht, die berühmteste englische Dampferlinie, die bekannte P. & O. Line (Peninsular and Oriental Steamship Company) aus dem ostasiatischen Geschäft völlig zu verdrängen. Ein halbes Jahrhundert lang hat diese englische Linie den Küstenverkehr im Gelben Meer und in der Japanischen See mit Erfolg betrieben und hat ihre Schiffe von Japan nach China, Korea, Australien, den Straits Settlements, nach Indien und durch den Suezkanal nach England laufen lassen. Jetzt gibt die Direktion der P. & O. Line offen zu, daß sie von der japanischen Schifffahrt immer mehr verdrängt wird.

Ebenso hat die Boston Steamship Company ihre bisher im Verkehr mit Ostasien beschäftigten Dampfer „Plejades“, „Hyades“ und „Thra“ zurückgezogen, um sie nun nur noch in dem amerikanischen Küstenverkehr zwischen Seattle und Nome zu verwenden. Als Grund dieses Zurücktretens vom ostasiatischen Verkehr wurde einerzeit das Scheitern der Vorlage für die Schifffahrtssubsidien im Bundeskongreß in Washington angegeben. Auch eine andere große amerikanische Schifffahrtsgesellschaft, die Oceanic Steamship Company, hat dies als Grund angegeben, als sie einen Teil ihrer Dampfer aus dem Verkehr mit Australien zurückzog und die Zurückziehung auch der übrigen androhte. Eine japanische Schifffahrtsgesellschaft hat sich damals sofort, die ausgeschalteten Dampfer billig zu kaufen. Ebenso soll eine japanische Linie damals (d. h. etwa Ende 1866) Angebote auf die Riesendampfer „Mongolia“ und „Mandchuria“ der Union Pacific-Bahn gemacht haben. Aber damals waren die Verhältnisse für Amerika noch nicht so ungünstig, daß man darauf hätte eingehen mögen.

Wie hat die japanische Schifffahrt solche Erfolge erzielen können?

Noch vor 15 Jahren hatte sie, mit Ausnahme der kümmerlichen kleinen „Sampanns“, die nur Küstenschifffahrt betrieben, kaum irgendwelche Handelsschiffe aufzuweisen. Die Politik der Tokugawa-Mogune, die vor 300 Jahren jeden Verkehr mit dem Auslande abschneiden suchte und die den Schiffsverkehr nach außerhalb mit Absicht belegte, war so erfolgreich gewesen, daß die japanische Schifffahrt völlig zugrunde gegangen war. Noch lange Zeit, nachdem der amerikanische Admiral Perry die Öffnung der japanischen Häfen 1854 erzwungen hatte, spielte sich der gesamte Schiffsverkehr zwischen europäischer und amerikanischer Flagge ab. In den letzten

12 Jahren erst hat Japan seine Schiffe nach China, nach Indien, nach Australien, nach England und nach Amerika auslaufen lassen. Die Küstenschiffahrt Ostasiens weist fast allenthalben japanische Linien auf, die mindestens einmal wöchentlich ein Schiff abgehen lassen.

Die Schifffahrtssubventionen, die von der japanischen Regierung bewilligt werden, haben viel zu dieser schnellen Entwicklung beigetragen. Im Jahre 1906 zahlte Japan 15,71 Mill. M. Subvention an Schifffahrtslinien. Größtenteils wurde sie für Dampfer gewährt, die mindestens 1000 Tonnen saßen und mit einer Geschwindigkeit von mindestens 10 Knoten die Stunde ergaben. Ist der Raumgehalt größer und wird eine größere Geschwindigkeit erzielt, so erhöht sich die Subvention. Die Linien, welche den Verkehr mit China, Korea und Australien vermitteln, erhalten besonders hohe Unterstüzungen: sie beliefen sich 1906 auf 3,8 Mill. M. Die höchsten Subventionen aber werden den Schifffahrtslinien gewährt, die nach Amerika und nach Europa laufen. Sie erhielten 1906 nicht weniger als 8,86 Mill. M. Die Regierung hofft, sie mit diesen reichlichen Unterstüzungen gegen die ausländischen Konkurrenzfähig zu machen, was ja auch durchaus eingetroffen ist.

Man sollte indessen nicht übersehen, daß die japanische Regierung sich bei Gewährung dieser Subventionen vielfach in eine Zwangslage gegenüber der japanischen Schifffahrt befunden hat. Im Kriege mit Rußland hatte man so viele Dampfer erworben, daß soviel Kapital hineingesteckt, daß sie nach dem Friedensschlusse irgendwelche Beschäftigung haben mußten. Dazu traten die Schiffe, die während des Krieges erbeutet worden waren. So stellte die Regierung z. B. der Reederei Toyo Kisen Kaisha 3 Dampfer aus Kriegsbeute zur Verfügung, um einen regelmäßigen Dienst nach Mexiko, Chile und Peru zu ermöglichen. Als später die japanische Einwanderung nach diesen Ländern auf Schwierigkeiten stieß, wurde von der Regierung des eigenen Landes nicht mehr gern geachtet, mußte die Reederei die Verwendung der Schiffe ohne weiteres aufgeben und erlitt dabei außerordentliche Verluste. Ähnlich ist es anderen Reedereien ergangen. Sie sind in ihrem Bestreben, nun einmal erworbenen Schiffe durch Eröffnung neuer Linien nutzbar zu machen, nicht immer glücklich gewesen und haben oft keinen Verdienst dabei nicht gefunden.

Daß die Japaner überhaupt imstande waren, eine eigene Schifffahrt von dem Umfange der gegenwärtigen zu entwickeln, hängt

selbst wohl vor 20 Jahren, ja noch vor 10 Jahren kaum für möglich gehalten. Noch vor einem Jahrzehnt wurden die japanischen Schiffe von weißen Kapitänen geführt: meistens von Amerikanern oder Engländern. Auch die Besatzung bestand hauptsächlich aus Amerikanern und erst in zweiter Linie aus Japanern und Chinesen. Nach einiger Zeit pflegte man neben den weißen Kapitän einen japanischen zu stellen, so daß das Schiff nun von zwei Kapitänen geführt wurde. Als später genügend viele für den Schiffahrtsdienst ausgebildete Japaner vorhanden waren, entließ man die weißen Kapitäne, die man bis dahin beschäftigt und die man anständig bezahlt hatte. Sie hatten meist amerikanische Löhnung erhalten, d. h. ziemlich die höchste, die irgendwo gezahlt wird. Auch die Matrosen waren allmählich durch gelbe ersetzt worden. Und so sind denn heute Offiziere und Matrosen der beiden größten japanischen Schiffahrtsgesellschaften, der Nippon Yusen Kaisha und der Toyo Kisen Kaisha, so gut wie ausschließlich Japaner und Chinesen.

Die Löhnung der gelben Matrosen ist bekanntlich sehr viel niedriger als die der weißen. Amerikanische Matrosen pflegen monatlich 60—180 Mk. zu erhalten; werden die Offiziere mit eingerechnet, so schätzt man die Durchschnittslöhnung auf den Kopf der Besatzung auf 120 Mk. monatlich, außer der Beköstigung. Dem steht eine Durchschnittslöhnung von weniger als 40 Mk. monatlich für den Kopf der Besatzung auf japanischen Schiffen gegenüber. In der Beköstigung nun gar verlangt der Amerikaner sehr viel mehr als der Japaner oder Chineser: man schätzt den Unterschied auf 100—300 %.

Es kommt hinzu, daß auch der Schiffsbau in Japan viel billiger ist als in Amerika. Ich will davon absehen, daß die japanischen Werften ebenfalls Regierungsunterstützungen erhalten. Im Jahre 1906 wurden dafür etwa  $1\frac{1}{2}$  Mill. Mk. ausgegeben. Aber die Arbeitslöhne sind in Japan wesentlich niedriger als in Nordamerika: die Arbeiter der japanischen Schiffswerften bekommen täglich etwa nur 1,30 Mk., während die Arbeiter auf den amerikanischen Schiffswerften 16 Mk. täglicher Löhnung zu erhalten pflegen! Auf den 216 japanischen Werften sind fast 20 000 Mann tätig. Zudem ist das Holz, neben und über dem Eisen doch immer noch das unentbehrlichste Schiffsb Baumaterial, in Japan wesentlich billiger als in Amerika. Denn Japan besitzt noch mehr als etwa 20 Mill. Hektar gut gepflegter Wälder, während die Vereinigten Staaten

zwar ebenfalls noch über einen stattlichen Waldbestand verfügen, dieser aber im Verhältnis zu der Größe des Landes und zu dem früheren Waldbreichtum durch den unverantwortlichen Raubbau, den man jahrzehntlang betrieben hat, furchtbar gelitten hat. Die Japaner bis vor kurzem nicht hatten und gegen hohe Bezahlung vom Auslande kaufen mußten, das waren Schiffsmaschinen, Stahlplatten, Nieten usw. Aber die Regierung hat in Wakamatsu große Werkstätten geschaffen, um auch diese Metallteile soviel wie möglich im eigenen Lande herzustellen. Auch der Schiffsbau arbeitet allmählich in Japan unter günstigeren Bedingungen.

So kann es nicht wundernehmen, daß die Verzinsung der Papiere der japanischen Schiffahrtsgesellschaften eine sehr gute zu sein pflegt — 12 % Dividende sind keine Seltenheit — während die amerikanischen nach Ostasien fahrenden Schiffahrtsgesellschaften keinen oder so gut wie keinen Gewinn mehr haben. Der Umfang des Jahresgeschäfts der Pacific Mail-Gesellschaft beträgt etwa 20 Mill. Mk.; als Reingewinn sind davon 400 000 bis 1 200 000 Mk. zu betrachten. Während ihre Aktien im Jahr 1907 über einen Kursstand von  $41\frac{1}{2}$  % nicht hinausgingen, wurden die Aktien der Nippon Yusen Kaisha an der Börse in Tokio zu einem Durchschnitt zu etwa 300 % notiert.

So untergräbt die japanische Schiffahrt der amerikanischen, und auch der europäischen Schiffahrt im Stillen Ozean immer mehr das Dasein. Der Tonnengehalt der japanischen Handelsflotte ist in den letzten 10 Jahren folgendermaßen gewachsen:

1898	. . .	477 430	Tonnen
1899	. . .	510 007	"
1900	. . .	543 365	"
1901	. . .	583 532	"
1902	. . .	610 446	"
1903	. . .	663 220	"
1904	. . .	798 240	"
1905	. . .	939 749	"
1906	. . .	1 041 569	"
1907	. . .	1 115 880	"

Lehrreich ist auch das allmähliche Anwachsen der japanischen Schiffsbeteiligung am ausländischen Handel. Sie betrug für dieselben Jahre

1898	. . . .	35,6 %
1899	. . . .	37,5 %
1900	. . . .	35,4 %
1901	. . . .	37,0 %
1902	. . . .	35,1 %
1903	. . . .	38,9 %
1904	. . . .	8,9 %
1905	. . . .	12,7 %
1906	. . . .	38,5 %
1907	. . . .	43,6 %

Nur für die Jahre des russisch-japanischen Krieges ist die Beteiligung also stark zurückgegangen, danach aber sofort wieder in die Höhe geschneellt und noch weiter gewachsen.

Die Aussichten für die amerikanische Schifffahrt im Stillen Ozean sind demnach überaus schlechte. Ja, man sieht vielleicht nicht zu schwarz, wenn man ihr den gänzlichen Untergang voraussagt. Die hohen Schutzzölle, welche die Vereinigten Staaten erheben, haben dem Lande zwar erheblichen Reichtum gebracht, haben aber auch seine Industrie und Schifffahrt in ihrer Wettbewerbsfähigkeit arg geschwächt. Heute ist das ganze Wirtschaftsleben in den Vereinigten Staaten auf so hohe Löhne gestellt, daß in einem Falle, in welchem der Schutzzoll machtlos ist — wie eben gerade auf dem Gebiete der Schifffahrt —, die Vereinigten Staaten gegenüber andern Ländern unterliegen müssen. Wenn sie nun gar mit einem Lande in Wettbewerb treten sollen, in welchem die Löhne eine ganz besondere Niedrigkeit haben wie in Japan, so ist es für die Vereinigten Staaten aussichtslos, diese Konkurrenz zu schlagen.

Bei dieser Sachlage ist es für die nordamerikanische Union natürlich ohne jeden Nutzen, daß der erste der 5 Punkte des japanisch-amerikanischen Uebereinkommens vom 30. November 1908 bestimmt: „Es ist der Wunsch der beiden Regierungen, die freie und friedliche Entwicklung ihres Handels im Stillen Ozean zu ermutigen.“

Die Vereinigten Staaten haben daher nur einen schwachen Öffnungsschimmer. Die Wirtschaftspolitik Japans ruht nicht auf ganz soliden Grundlagen. Die Subventionen, welche die Schifffahrtsgesellschaften, die Schiffswerften, die Fabriken usw. beziehen, können diesen Zweigen der Volkswirtschaft wohl vorübergehenden Erfolg verleihen, können sie aber nicht auf die Dauer stark machen.

Der Krieg mit Rußland hat dem Lande finanziell schwere Wunden geschlagen, die noch nach vielen Jahren nicht geheilt sein werden. Die Armut im Lande wächst, obwohl die Löhne in vielen Betrieben steigen. Gelernte Arbeit können die Fabriken Japans im Augenblick nur erst in wenigen Ausnahmefällen leisten. Es ist nicht unmöglich, ja eher wahrscheinlich, daß man auch dies lernen wird. Gleichzeitig aber werden zweifellos auch die Löhne in die Höhe schnellen und damit würde alsdann ein Teil der gelben Gefahr hinzukommen, unter der die amerikanische Schifffahrt im Stillen Ozean augenblicklich so schwer zu leiden hat. Ob die Entwicklung so verlaufen und wieviel Zeit dazu erforderlich sein wird, das kann jetzt noch niemand voraussagen.

---

## Notizen und Besprechungen.

---

### Die freie Arztwahl.

#### Entgegnung.

Aus Entgegnung auf die im vorigen Heft abgedruckte Erwiderung des Herrn Dr. Wiebel und auf die mannigfachen Angriffe, welche sich sonst aus Anlaß meines Aufsatzes im Märzheft „über das Unsoziale der gegenwärtigen Ärztebewegung“ gegen mich gerichtet haben, bemerke ich folgendes:

Vom volkswirtschaftlichen Rechtsstandpunkt ist die Streikorganisation der Ärzte unbedingt zu verwerfen, wenn auch zugegeben werden muß, daß das rechtswidrige Auftreten der Ärzte als Reaktion auf die langjährige Ärzteausbeutung durch die Krankenkassen sozialpsychologisch erklärlich ist. Es muß auch mit Genugtuung konstatiert werden, daß der Leipziger Verband den engherzigen Kassenvorständen die Augen geöffnet hat über die ungeahnten Machtmittel, welche die Ärzteschaft entfalten kann, wenn sie wirtschaftlich zu Boden getreten wird.

Jetzt aber, da dieser Erfolg eingetreten ist, müßten sich die Ärzte rechtzeitig warnen lassen, die Saiten nicht zu straff zu spannen. Wie leicht könnte die von der bürgerlichen Gesellschaft ausgehende Gegenaktion auch übers Ziel schießen und den deutschen Ärzten ihr höchstes Gut rauben, die Freiwilligkeit der ärztlichen Leistung, ein Gut, welches die Ärzte mancher Kulturländer gar nicht besitzen. Eine Entschuldigung für in derartiges Vorgehen der bürgerlichen Gesellschaft würde leicht in dem Umstand gefunden werden, daß ja die deutschen Ärzte in dem Augenblick, so sie die Freiwilligkeit der ärztlichen Leistung zu Streikzwecken benutzten, erwiesen haben, daß sie eines so hohen Gutes nicht würdig sind. —

Was das Arztsystem anlangt, so bin ich der Ansicht, daß bei Krankenkassen das System des fixierten Kassenarztes (bei großen Kassen mehrerer fixierter Kassenärzte) für Kassenmitglieder und Ärzte weitaus das Beste ist.

Ich meine da allerdings nicht das Zerrbild, welches Herr Dr. Wiebel aus den dunkelsten Zeiten des Kassenbruchs hervorgeholt hat, sondern das System des fixierten Arztes, wie ich es in meiner Arbeit dargestellt habe, und wie es beispielsweise bei den preußischen und den bayerischen Eisenbahnkassen eingeführt ist.

Das System des fixierten Klassenarztes erinnert an die Einrichtung des Hausarztes. Ebenso wie der Hausarzt in ein inniges Verhältnis zur Familie tritt, so entstehen enge Beziehungen zwischen dem Klassenarzt und der Gesamtheit der Klassenmitglieder.

Bei der freien Arztwahl gehen natürlich die Vorteile des Zustandekommens inniger Beziehungen zwischen dem Arzt und der Gesamtheit der Arbeiter einer bestimmten Art verloren, da ja der Arzt bald in dieser bald in jener Klasse behandelt. Die Behandlung ist dann in bezug auf die Berücksichtigung der Einflüsse der Eigenart des Betriebes auf den Mensch nicht mehr individuell, sondern rein schematisch.

Trotz meiner Vorliebe aber für das System des fixierten Klassenarztes liegt es mir fern, den Arbeitern dieses System aufzwingen zu wollen, wie es von seiten der Herzteorganisation in Bezug auf das System der „organisierten“ freien Arztwahl geschieht. Die Arbeiter mögen sich nach ihrem Gutdünken entscheiden. Die Herzteschaft muß gegenüber dem Arbeiter „strenge Neutralität“ wahren, wie es auch in der von Herrn Heimrat Dr. Roepfel-Berlin geplanten Organisation gehalten werden soll. Es ist doch wirklich kein unbilliges Verlangen, wenn man dem Arbeiter in Bezug auf die Form, nach welcher er sich in Krankheitsfällen den Arzt beschafft, die Verfügung überlassen wissen will.

Was bleibt denn aber bei finanziell existenzfähigen Massen der „organisierten“ freien Arztwahl von Freiheit der Wahl übrig, wenn man die gewerkschaftliche Standesempfindlichkeit der Ärzte, das lästige und unerwünschte Wirken der Kontrollkommission, den Ausschluß sämtlicher individualisierter veranlagter Ärzte in Rücksicht zieht? Der Arbeiter wird keinen Augenblick schwanzen, das System des fixierten Klassenarztes vorzuziehen, welchem er unter Umständen, ohne auf Standesempfindlichkeit zu achten, auch die Hilfe eines anderen Arztes beanspruchen kann, nur auf die Gefahr hin, ihn unter Umständen bezahlen zu müssen.

Bei der „organisierten“ freien Arztwahl ist der Arbeiter, wenn sich, meist doch nur dem Zufall folgend, einen Arzt gewählt hat, für ein Vierteljahr vertragsmäßig vollständig an diesen Arzt gefesselt. Mögen die Verhältnisse zwischen Arzt und Patient auch noch so unangenehm werden, der Patient kann, selbst auf eigene Kosten, einen anderen Arzt nicht finden.

Wenn es nun auch in manchen Gegenden, z. B. in Württemberg, der Leipziger Verband gelungen ist, die Schäden des Systems der „organisierten“ freien Arztwahl dem Blick des Verwaltungsbeamten durch präfunktionierende Kontrollkommissionen äußerlich zu verbergen, so hat das System doch in den meisten Orten Deutschlands, wie deutlich zutage tritt, Mißstände geschaffen.

Das Machtgefühl, welches den auf Bahnen des Streits wandernden organisierten Ärzten die Unentbehrlichkeit der ärztlichen Leistung verleihen läßt, läßt sich immer nur für kurze Zeit mit Aufgebot der gesamten Organisations-technik niederhalten.



Verfolgen wir mit aufmerksamem Auge die gegenwärtige Entwicklung der ärztlichen Streikorganisation, wie sie sich entsprechend der menschlichen Unvollkommenheit und der Begrenztheit der verfügbaren Geldmittel gestalten muß, so erblicken wir überall Gewissenszwang und Vergewaltigung, und zwar nicht nur in dem Verhältnis der Streikorganisation zu den Ärzten und zu den Krankenkassen, sondern auch in ihrem Verhältnis zum großen Publikum. Ich führe als symptomatisch bedeutungsvoll aus der letzten Zeit zwei Lebensäußerungen der ärztlichen Organisation an:

1. Vor einigen Monaten gaben die Ärzte von Kirchheimbolsanden folgende offizielle Erklärung ab: „Wir verweigern künftig die ärztliche Hilfe denjenigen Familien, welche bei Verletzungen zuerst den Arzt rufen und dann unter rücksichtsloser Beiseiteetzung desselben sich von Kurpfuschern weiter behandeln lassen. Ausgenommen ist ein einmaliger Beistand in Notfällen.“

Nun — Kurpfuscher hat es immer gegeben, sogar teilweise recht verdienstvolle, wie den Bauer Prießnitz, den Pfarrer Kneip usw., Kurpfuscher wird es auch immer geben.

Trotzdem ist es im allgemeinen eine große Verkehrtheit, sich an den Kurpfuscher zu wenden, anstatt an den Arzt. Der vernünftige Arzt hat für solche Torheit aber nur ein überlegenes Lächeln. So geharnischte Erklärungen, wie die der Ärzte von Kirchheimbolsanden, erwecken beim Publikum nur Verwunderung und Bestürzung.

2. In dem im Kampfe gegen die Lebensversicherungen von dem Leipziger Oberkommando am 7. 12. 1908 ausgegebenen Tagesbefehl steht als vierte Kampfbestimmung:\*) „4. Sperrung der Todesurkunden bei Sterbefällen Versicherter.“ Nehmen wir nun an, die Lebensversicherungen hätten nicht nachgegeben und die Kampfbestimmung hätte folgendes praktische Ergebnis gehabt:

Ein Familienvater, der sein Haus richtig bestellt, seine Angehörigen durch rechtzeitige Versicherung seines Lebens vor materieller Not geschützt hatte, liegt im Sterben und bittet seinen Arzt, ihm doch das Sterben durch

\*) Der betreffende Passus des Tagesbefehls lautet: Der Vorstand des Leipziger Verbandes hat beschlossen, „nunmehr mit schärferen Maßregeln vorzugehen. Vorerst sind folgende neue Kampfbestimmungen getroffen, deren genaue Einhaltung wir Ihnen dringend ans Herz legen:

1. Sperrung sämtlicher Lebensversicherungszeugnisse für Lebensversicherungs-Gesellschaften.

2. Sperrung sämtlicher Unfallzeugnisse für Lebensversicherungs-Gesellschaften, die gleichzeitig das Unfallversicherungsgeschäft betreiben.

3. Sperrung sämtlicher Zeugnisse für Invaliditäts-, Kranken- und ähnliche Versicherungsgesellschaften.

Die Formulare für die unter 3 erwähnten Versicherungsarten entsprechen vielfach so sehr den Formularen für Lebensversicherung (z. B. bei „Deutscher Anker“ u. a.), daß Mißbrauch nicht ausgeschlossen ist.

4. Sperrung der Todesurkunden bei Sterbefällen Versicherter.

Kein Arzt ist gezwungen zur Ausstellung von Bescheinigungen zur Erhebung von Versicherungsbeträgen verpflichtet.“

das Versprechen zu erleichtern, dem Leipziger Verband nicht folgen, sondern eintretendenfalls die Todesurkunde im Interesse der Hinterbliebenen ausstellen zu wollen.

Ich glaube nicht, daß ein Arzt das Herz gehabt hätte, dem im Sterben Liegenden zuzurufen: „Ich bin organisiert, ich kann leider Ihren Wunsch nicht erfüllen.“

Derartige Kampfbestimmungen sind ungehörig und verderben den Charakter unserer Ärzte. —

Man kann das Prinzip, nach dessen Gesetzen sich die gegenwärtige Ärzteorganisation bewegt, nach seinem Hauptgrundpfeiler auch das Prinzip der sogenannten freien Arztwahl nennen. Ist es doch gerade vor der bunten Bilde der Erscheinungsformen der freien Arztwahl, welche sich nach den lokalen Verhältnissen in den mannigfaltigsten Entwicklungsstadien befindet, unmöglich, sich ohne einen Leitgedanken zurechtzufinden.

Ich führe nur, um zu beweisen, wie grundverschieden die Folgen des selben Systems sein können, zwei Beispiele an.

Erstes Bild: — Großstadt; viel zu zahlreiche, auf Erweiterung der Kassenpraxis sehr bedachte, einen unbemerkten Einbruch in das Gebiet der Kollegen teilweise nicht scheuende Ärzte, Ueberanspannung und Verfall der Kontrollkommission. — Resultat: Vuhlen der Ärzte um die Gunst der einzelnen Arbeiter, finanzieller Ruin der Kasse. — So war es in Mar (vergl. Stier-Somlo, Reformblatt für Arbeiterversicherung 1909, Seite 4 u. 5) in Offenbach (vergl. die Deutsche Krankenkassenzeitung) usw.

Zweites Bild: — Landbezirk oder der Großstadt jerner Industriebezirk; Ärztemangel; wenige in stillem Einverständnis in Bezug auf den status quo lebende, in ruhigem ungestörten Besitz sich wohlfühlende, der Hilfe des Leipziger Verbandes jeden Eindringling abwehrende Ärzte. Resultat: Nichtberücksichtigung der billigsten Wünsche der Bevölkerung, schroffes Gegenstück der humanen freien Arztwahl, Platzversperrung für die strebende ärztliche Talente. — So gestaltet es sich in zahlreichen Landkreisen.

Zwischen diesen beiden Stadien gibt es die mannigfachsten Uebergänge. Welcher Entwicklungsform der freien Arztwahl nun aber auch die Ärzte huldigen, nach außen sind sie fest geschlossen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch warnen vor einer übermäßigen Ausdehnung des Krankenkassengesetzes auf weitere Gesellschaftskreise.

Das Verhältnis zwischen Arzt und Krankenkasse muß sich erst gestalten haben, ehe man in dem praktischen Ausbau des sozialen Gedankens der Krankenkassengesetzgebung fortfahren kann.

Auch ist die Anzahl der gegenwärtig vorhandenen Ärzte zu gering für eine Erweiterung der Krankenkasseneinrichtung. Wir haben es zu bedauern, daß bei Inkrafttreten der Krankenkassengesetzgebung mit der Vertreibung der Apotheken das Arztbedürfnis und damit die Nachfrage nach Ärzten bedeutend stieg (ein Umstand, den die Ärztführer bei dem Verzicht

Nachweises einer unverhältnismäßigen Arztzunahme geflüffentlich ver-  
schweigen).

Dies würde auch bei einer Erweiterung der gesetzlichen Krankenkassen-  
einrichtung der Fall sein. Wir würden in große Verlegenheit geraten, die  
nötigen Arztstellen zu besetzen; denn wir haben gegenwärtig bereits, so sehr  
es auch von einer gewissen Seite bestritten wird, einen empfindlichen  
Arztmangel.

Der Ärzteüberfluß in Berlin beweist gar nichts. Der Reiz der  
Großstadt lockt so viele Ärzte nach Berlin und hält sie da fest, obgleich  
sie genau wissen, daß sie nur Aussicht auf geringe Einnahmen haben.  
Sie darben lieber, als daß sie dem in den verschiedensten Gegenden und  
Betrieben herrschenden Arztmangel abhelfen.

Ganz zu schweigen von dem Mangel an Krankenhausassistenten, über  
welchen alle Anstaltsleiter klagen; ganz zu schweigen von dem Mangel an  
Missionsärzten, welcher für Deutschland England gegenüber geradezu be-  
schämend ist (vergl. „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 43), wie steht  
es denn mit der ärztlichen Versorgung der Landbevölkerung?

Von dem zahlreichen Material, welches mir über den Arztmangel  
auf dem Lande zur Verfügung steht, zitiere ich nur einen Brief, den ich  
vor 4 Wochen (am 29. März 1909) von der Geschäftsstelle Danzig des  
Deutschen Ostmarkenverein erhielt. Es heißt da: „hier in Westpreußen  
ind zurzeit 10 Stellen in mittleren und kleineren Städten und in größeren  
Landgemeinden mit deutschen Ärzten zu besetzen, für die seit Jahr und  
Tag Bewerber gesucht werden. Es gibt darunter Stellen zu 6—9000 M.,  
nicht unter 4000 M.; vielfach sind staatliche Beihilfen in Aussicht gestellt,  
um dem Arztmangel abzuhefen. Uns ist mitgeteilt worden, daß jüngere  
Ärzte lieber in der Großstadt hungern wollen, als eine gute Landpraxis  
bernehmen. Der Leipziger Ärzteverband steht unseren Bestrebungen auf  
eranziehung deutscher Ärzte in die Ostmark unfreundlich gegenüber. Ver-  
schiedene Stellen könnten besetzt sein, wenn der Verband uns nicht ent-  
genwirkte.“

Trotz des bestehenden Arztmangels werden aber die Warnungen vor  
m Medizinstudium immer noch bis in die kleinsten Provinzblätter lanziert.  
1 wirken sie unwidersprochen fort und schrecken die Söhne der Beamten  
d Gutbesitzer ab. Bald wird das Medizinstudium zum Monopol der  
rößlinge der Geschäftswelt werden. —

Als Ursache des Arztmangels auf dem Lande kommt neben dem  
oluten Arztmangel auch die durch die freie Arztwahl bedingte schlechte  
erteilung der Ärzte in Betracht.

Die Ärztesührer begründen ja ihre Forderung der freien Arztwahl  
5 damit, daß alle Ärzte ebenso wie die Arbeiter das Recht auf Arbeit  
en. In dem Munde der Anhänger eines freien Berufes, der doch, ab-  
hen von der Lohnarbeit, noch komplizierte geistige Interessen hat, klingt

ireilich eine solche Forderung zum mindesten seltsam. Die geringen Interessen der gegenwärtigen Aerzte locken sie z. B. fast alle nach der Großstadt.

Nun frage ich: Ist es notwendig, der ohnehin bestehenden Gefahr, der Aerzte zur Landflucht noch dadurch Vorschub zu leisten, daß ihnen eine sofortige Gelegenheit zur Ausübung von Praxis in der Großstadt in Aussicht gestellt wird? Sollen denn z. B. die Berliner Massen vertrieben sein, die Schar von Aerzten, welche alljährlich, die Landbevölkerung im Stich lassend, nach Berlin zieht, zu ernähren? Dr. Bengler.

### Geographie und Kolonien.

Die russische Polarfahrt der „Sarja“. 1900—1902. Aus den hinterlassenen Tagebüchern von Baron Eduard v. Toll. Herausgegeben von Baronin Emmy v. Toll. Mit 1 Porträt, 4 Tafeln und 40 Textabbildungen. Berlin. Verlag und Druck von Walter Reimer. 1909. 635 Seiten.

Der ostsibirischen Eismeerküste ist im Norden, etwas jenseits der Lenamündung, die Neusibirische Inselgruppe vorgelagert, die seit etwa dem sechsten Jahrhundert von den sogenannten sibirischen Promyschlennik, Sammlern von Mammuth-Elfenbein, ausgebeutet werden, außerdem aber wiederholt das Ziel wissenschaftlicher Expeditionen gewesen sind. Die Inseln während des größten Teiles des Jahres durch eine feste Eisddecke mit dem Festlande von Sibirien verbunden und haben keine dauernden menschlichen Bewohner. In geologischer Beziehung enthalten sie außer den Überresten jener großen Säugetierfauna viel Interessantes, so z. B. das sogenannte fossile oder Steineis. Dieses Steineis stammt zwar aus der Zeit des Tertiär, ist aber älter als das Zeitalter der Mammuthen, während das nördliche Sibirien nicht wie heute eine Tundra, sondern noch ein Eisgebiet war. Die nördlichen Wälder, in denen das Mammuth lebte, ruhen auf Schichten, die das Steineis, ein nie geschmolzener Ueberrest der pleistocänen Eiszeit, in der Tiefe noch unterlagerte.

Der eingeborene Promyschlennik Jakob Sannikow, ein Begleiter des russischen Polarforschers Hedenström, brachte im Jahre 1805 den ersten Sommer auf der größten der neusibirischen Inseln, der Kotelnische Insel, zu. Von der Nordspitze Kotelnys, die unter dem 76. nördlicher Breite liegt, sah er an klaren Sommertagen im Norden nur noch vier Berge, die sich in weiter Ferne, aber deutlich und scharf über den Horizont des Eismeeres abhoben. Im nächsten Sommer erblickte von der östlicher gelegenen Insel Neusibirien aus ein ähnliches hohes Gebirge am Nordhorizont. Im Jahre 1824 erhielt der Marineleutnant Anjou von der russischen Regierung den Auftrag, nach diesen von Sannikow genannten Ländern zu forschen, aber seine Expedition kehrte ohne Ergebnis zurück und Anjou war der Ueberzeugung, daß Sannikow sich getäuscht habe.

müsse. Die jakutischen und tungusischen Promyschlenniks aber, die Jahr für Jahr den neu-sibirischen Archipel besuchten, bestätigten dauernd die Angaben Sannikows, daß sowohl von Kotelnj als auch von der Insel Neusibirien aus gegen Norden am Horizont noch Land zu sehen sei. 75 Jahre nachdem die ersten Nachrichten über diese fernen Inseln bekannt geworden waren, brachte die unglückliche Expedition des amerikanischen Schiffs „Jeannette“ doch die Bestätigung dafür, daß wenigstens das zweite von Sannikow gesehene Land tatsächlich existierte: es war die von dem Kapitän der Jeannette, de Long, als Bennett-Insel benannte Insel, an die sich dann in weiterem Abstände gegen Osten noch die Henrietta- und die Jeannetteinsel reißen. Es blieb aber noch das Problem des Sannikowlandes. Im Jahre 1886 machte ein junger Geologe aus Estland, Baron Eduard v. Toll, die von Dr. M. Bunge geleitete Expedition der kaiserlich russischen Akademie der Wissenschaften nach Neusibirien mit, und er erblickte wiederum bei völlig klarem Wetter von der Nordspitze der Insel Kotelnj ungefähr gegen Norden die scharfen Konturen von vier stumpfkegeligen Tafelbergen, an die sich im Osten ein niedriges Vorland anlehnte. Die Entfernung des Sannikowlandes von der Insel Kotelnj schätzte v. Toll auf 150—200 Werst oder  $1\frac{1}{2}$ —2 Breitengrade. Diese Schätzung wurde, wie v. Toll in einem Aufsatz, den er 1898 in der deutschen St. Petersburger Zeitung über das Problem des Sannikowlandes veröffentlichte, auch durch Ranssen bestätigt, der in jener Gegend auf seiner berühmten Eisdrift mit der „Fram“ einem von Norden kommenden Schwarm Stelzvögel (Schneppen) begegnete, „was als sicherer Beweis dafür gelten muß, daß hier in der Nähe Land vorhanden ist, und zwar nicht nur ein felsiges Eiland, sondern eine Insel ähnlich den Neusibirischen. Ranssen hat das Sannikowland selbst zwar infolge des dichten Nebels nicht gesehen und meint, daß es wahrscheinlich nur eine unbedeutende Insel sein könne, die sich nach Norden nicht weit ausdehne. Ob er darin recht hat oder nicht, läßt sich heute allerdings nicht sagen; daß Sannikowland aber ein Teil eines noch nicht entdeckten Archipels ist, dafür sprechen viele Tatsachen und darin stimmt Ranssen mit mir vollkommen überein.“ Baron v. Toll führt in dem Artikel, dem diese Zeilen entnommen sind und der als Einleitung in die Publikation seiner hinterlassenen Tagebücher mit abgedruckt ist, noch weitere Argumente für das Vorhandensein unentdeckter Landmassen im Norden der Neusibirischen Inseln an und sagt weiter, daß es für die Erdgeschichte im allgemeinen und für die Geologie Nordasiens im besonderen von größter Bedeutung sei, den geologischen Bau jenes vermuteten Archipels kennen zu lernen, da für eine ganze Reihe wichtiger Fragen nur hier der Schlüssel gefunden werden könne. Seinen Bemühungen gelang es, zur Erreichung dieses Zieles eine besondere Expedition, die wiederum von der Akademie der Wissenschaften ausging, zustande zu bringen. Ein norwegisches Fangschiff „Harald Harjager“ wurde gekauft und in „Sarja“ (Morgenröte) umgetauft, und im Juli 1900 ging die Expedition von Tromsø in Norwegen aus in See. Der Stab

der Expedition bestand außer dem Leiter Baron v. Toll aus drei Offizieren der russischen Marine, einem Zoologen, einem Arzt und einem Astronomen. Dieser letztere, Oberlehrer der Physik an der reformierten Schule zu St. Petersburg Friedrich Seeberg, ist mein alter Schulkamerad vom Gymnasium zu Mitau her, und diese der Arbeit und dem Andenken zweier bald verstorbenen Landsleute und Helden der Wissenschaft gewidmeten Zeilen sollen ihm mit besonders einen Gruß hinaus über das Grab, das er in den Eismassen des Polarmeers gefunden hat, zurufen.

Die Expedition gelangte im Sommer 1900 bis kurz vor das Kap Tscheljuskin, die Nordspitze Asiens, wo überwintert wurde. Im folgenden Jahre drang die Sarja bis nördlich von den Neu-sibirischen Inseln vor, sichtete die Bennettinsel, konnte aber in das Packeis, das in der Richtung des vermuteten Sannikowlandes lag, nicht eindringen und auch wegen des herrschenden Nebels keinerlei Sicht in der Richtung gewinnen. Um den Einfrieren im offenen Eismeer zu entgehen, mußte schleunigst ein Winterhafen an der Küste Kotelnys aufgesucht und dort zum zweiten Male überwintert werden. Da Baron v. Toll vermutete, daß sich die auf Sannikow-Land erhofften geologischen Aufschlüsse auch auf der Bennettinsel erzielen lassen, so entschloß er sich, mit dem Astronomen Seeberg und zwei eingeborenen Jägern am 5. Juni 1902 über das Eis mit Hundeschlitten nach der Bennettinsel zu gehen. Von dort sollte ihn die Sarja nach Aufbruch des Eises im August oder September abholen; für den Fall aber, daß es dem Schiff nicht gelänge, an die Insel heranzukommen, wollte Toll mit seinen Begleitern nach dem Wiedergefrieren des Polar-meeres zu Fuß den Rückmarsch nach Neu-sibirien antreten.

Der Versuch der Sarja, nach dem Aufgehen des Eises bis zur Bennettinsel vorzubringen, mißlang. Das Packeis hielt in dem Jahre 1902 an den Küsten des Archipels und die Sunde zwischen seinen einzelnen Inseln so dicht, daß es nicht möglich war, die Nordspitze von Neu-sibirien zu umsegeln, geschweige denn, bis zur Bennettinsel zu gelangen. Es trat also der Fall ein, daß die Expeditionsmitglieder mit eigenen Kräften über das Eis nach Neu-sibirien zu gelangen versuchen mußten. Die große Gefahr hierbei, über die sich Toll mit seinen Gefährten auch von vornherein klar war, bestand darin, daß die See zwischen der Bennettinsel und Neu-sibirien niemals ganz zufriert. Zwischen den Eismassen bleiben auch auf der Höhe des Polarwinters immer noch offene Stellen, sog. Polynjen, und um das sowohl beim Hinmarsch als auch im Falle eines Rückzuges zu überwinden, hatte Toll außer den Hundeschlitten auch noch Kajaks, Eskimoboote, sowie eine Kiste aus festem Holz mit Seehundsfell überzogen, mitgenommen. Auf diese Weise ist er auch, wie sich später herausstellte, glücklich nach Neu-sibirien gelangt.

Auf jeden Fall hätte man also spätestens zu Beginn des folgenden Jahres Nachricht von dem Wiedereintreffen der Expedition, sei es auf Neu-sibirien, sei es auf dem Festlande, erhalten müssen. Schon vorher

hatte die bei der Akademie der Wissenschaften eingesetzte Kommission zur Ausrüstung der russischen Polarexpedition beschlossen, eine Hilfsexpedition nach der Bennetinsel auszusenden, da es sich ja wohl denken ließ, daß Toll und seine Begleiter dort auch gegen ihren Willen durch unvorhergesehene Umstände zurückgehalten werden konnten. Die Hilfsexpedition gelangte Anfang Juni nach der Kotelnjinsel und ging von dort mit einer großen Schaluppe nach Bennettland in See. Im Gegensatz zum Sommer 1902 war das Polarmeer sehr eisfrei und am 17. August landete Leutnant Koltšak auf der Insel. „Noch hatten wir“, schreibt Leutnant Koltšak, „das Walboot nicht verlassen, als Schelesnikow (Steuermannsmaat), der mit dem Bootshafen auf der Back stand, am Wasserspiegel einen blühenden Gegenstand erblickte, der sich als Deckel eines Aluminiumkessels erwies, das die Tollsche Expedition mitgebracht hatte. Als wir an Land gegangen waren, fanden wir zugleich einen kleinen Cairn mit einem Bärenfell darunter, und in der Nähe waren die Spuren eines Lagers zu sehen: angekohltes Treibholz, Rentier- und Vogelknochen, Patronenhülsen, zerbrochene Jagdmessergriffe, abgeschnittene Bronzebeschläge von Zeltpfählen usw. Die Tatsache, daß Baron v. Toll hier gewesen war, war also sofort konstatiert. Nachdem wir das Boot ans Ufer gezogen und Nachtruhe gehalten hatten, begab ich mich mit Bogitschew und Rogatschew, dem Jäger vom Wesen, am andern Tage nach dem Kap Emma, wo nach der Verabredung ein Signal von Baron Toll vorhanden sein mußte. Wir mußten das mit Firn bedeckte innere Plateau der Insel übersteigen, denn die Ufer sind vielerorten absolut unzugänglich und bilden mehrere hundert Fuß hohe senkrechte Felswände. Die Höhe des Plateaus beträgt etwa 900 Fuß. Als wir uns dem Kap Emma näherten, fanden wir an zwei Stellen Spuren der Anwesenheit des Barons und seiner Begleitung: eine Feuerstelle, einen behauenen Treibholzbalken, Rentiergeweihe mit Spuren von Arthieben und Fersen eines zweiten Bärenfelles, das vermutlich von anderen Bären zerrissen worden war. Am Kap Emma gewahrten wir auf einer Schutthalde in etwa 60 Fuß Höhe über dem Meeresspiegel einen Cairn mit einem hineingestoßenen Rajastruder mit einem Blatt, etwa  $3\frac{1}{4}$  bis 4 Fuß hoch, an dessen Fuß eine Flasche mit drei Schriftstücken lag. Das erste von diesen gab Nachricht von der glücklichen Ankunft der Expedition Baron Toll auf der Insel am 3. August 1902, das zweite enthielt einen Plan und eine Anweisung zur Auffindung eines Wohnplatzes, während das dritte, von Seebergs Hand, das zweite näher erläuterte und eine Veränderung im Orte der Schutzhütte angab.“

Nach den an Kap Emma gefundenen Angaben gelang es Leutnant Koltšak leicht, die Schutzhütte der Expedition aufzufinden. Sie war zur Hälfte mit zu Eis gefrorenem Schnee gefüllt, und nachdem dieser losgerochen war, fand sich unter einem Steinhäufen eine in Segeltuch eingehüllte Kiste und darin das letzte Dokument der Expedition. Es war an den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg ge-

richtet, russisch und deutsch geschrieben, enthielt einen kurzen Bericht über den Uebergang Tolls von Neusibirien nach Bennettland, eine kurze Beschreibung dieser Insel und zum Schluß die Mitteilung, daß die Expedition am 8. November 1902, mit Mundvorrat für 2 bis 3 Wochen versehen, nach Süden aufgebrochen sei! Seit diesem Datum waren also am 17. August 1903, dem Tage, an dem Leutnant Koltšak die Bennettinseln betreten hatte, etwas über neun Monate vergangen. Daß sich noch jemand von der Tollschen Expedition auf der Bennettinsel befand, war nach den Untersuchungen des Eilandes des Leutnant Koltšak und seine Leute ausgeschlossen. Auf Neusibirien oder dem Festlande war aber niemand angelangt. So blieb nur der Schluss übrig, daß Toll mit seinen Begleitern in der Finsternis der Polarzone beim Marsch über die in unausgesetzter Bewegung befindliche, von weichen eisfreien Partien und hohen, schwer übersteigbaren Eismälen zerbrochenen Eisdecke des Ozeans, der Bennettland von den neusibirischen Inseln trennt, zugrunde gegangen war!

Dies ist der Zusammenhang, in dem die hinterlassenen Tagebücher des Chefs der russischen Polarexpedition verstanden und gewürdigt werden wollen. Sie reichen vom 21. Juni 1900 bis zum 3. Juni 1902, umfassen also volle zwei Jahre. Baron v. Toll ließ sie zusammen mit den wissenschaftlichen Spezialaufzeichnungen über die Ergebnisse seiner Expedition an Bord der Sarja zurück, als er nach Bennettland aufbrach. Die Expedition erreichte nach ihrem vergeblichen Versuch, Bennettland anzulanden, glücklich die Penamündung, und alle Dokumente und Aufzeichnungen samt den geographischen und zoologischen Sammlungen gelangten unverfehrt nach St. Petersburg. Jetzt, sieben Jahre nach dem Tode ihres Mannes im nördlichen Eismeer, hat Baronin v. Toll das Tagebuch herausgegeben, und wer die Blätter gelesen hat, wird beides begreifen: daß die Herausgeberin nicht den Entschluß zur Veröffentlichung hat finden können, und daß sie sich schließlich doch überwunden hat. Noch längere Zeit, nachdem der Ausgang der Expedition im Grunde keinen Zweifeln mehr unterliegen konnte, wurden doch noch hier und da Hoffnungen laut, daß es Toll, dessen Energie und Erfahrung allgemein bekannt waren, gelungen sein könnte sich zu retten, ohne die neusibirischen Inseln zu berühren. Man ergründete die Möglichkeit, ob er direkt das sibirische Festland oder vielleicht das Sannikowland erreicht haben könnte, oder ob eine Eisdüfte ihn nach Franz Josefs-Land hätte verschlagen können. Selbst Nansen dachte an letztere Möglichkeit, ließ sie aber sofort fallen, als er von den geringen Hilfsmitteln hörte, mit denen Toll zur Ueberwindung der tatsächlich so kurzen Strecke von Bennettland nach Neusibirien aufgebrochen war. Eine akute Katastrophe, eine Zertrümmerung der Kajak durch Eisberg oder dergleichen, ob ein langsamer Untergang auf dem westwärts treibenden Eise stattgefunden hat, ob Baron v. Toll vielleicht doch noch, durch unvermutet günstige Verhältnisse während des Marsches, sich zu



letzten Versuch auf Sannikowland entschlossen hat und dabei vom Verberben getroffen worden ist — darüber sind nachträglich ja nur Vermutungen möglich. Irgendeine Spur von ihm und seinen Begleitern ist nie wieder ans Licht gekommen.

„Ausdruck und Form des Tagebuches,“ schreibt die Baronin v. Toll, „die oft in Briefform übergeht, habe ich gewahrt; doch erwiesen sich bei der Sichtung des Materials, das nur in einzelnen Partien ausgearbeitet vorlag, Kürzungen und Ausschaltungen im Sinne des Autors als notwendig. Alles auf die Familie bezügliche ist der Mitteilung entzogen, soweit es nicht erforderlich war, um Situationen und Stimmungen zu beleuchten und zu verstehen. . . . Obgleich wohl ursprünglich nicht zur Veröffentlichung bestimmt, vermochte ich die Aussprüche und Betrachtungen, die dem inneren Leben des Autors Ausdruck verleihen, nicht ganz auszuschalten: denn ich meine, daß sie durch die Weiße des Todes in eine Sphäre gezogen sind, zu der nicht nur die Angehörigen in Beziehung stehen, sondern alle, die Wert darauf legen, teilzunehmen an dem Seelenleben eines Mannes, der es ernst mit dem Leben nahm, der die Arbeit nicht entbehren konnte, aber auch nicht rastlos in ihr aufging, dem es vielmehr Lebensbedürfnis war, selbst in der größten Arbeitshitze sich Rücksicht abzulegen über Tat und Gesinnung und sich zu klären über das Woher und Wohin des Lebens mit seinem Problem, eines Mannes, der so warm an die Bedeutung und Entwicklung der Individualität glaubte und dessen ausgeprägter Eigenart keine wesentlichen Schranken der Entwicklung gezogen sein konnten, weil seine Seele in der Zusammengehörigkeit mit dem Reiche des Ewigen wurzelte und aus diesem Reich Gottes, das in Kraft besteht, ihre Nahrung zog.“ Tolls Tagebuch gewährt in der Tat einen tiefen Einblick in eine edle Seele, die neben dem Idealismus der wissenschaftlichen Forschung von dem steten Problem des Kampfes zwischen dieser wissenschaftlichen Forscherpflicht und der des Vaters und Vaters gegen seine Familie bewegt wurde. An vielen Stellen geht sein Tagebuch direkt in die Form des Briefes, der Anrede an die in der Heimat weilende Gattin und an die Kinder über. „Nur über jenen fremden Hafen auf Bennettsland geht mein Weg zu Dir“, schreibt er am 21. Mai 1902 an seine Frau in das Tagebuch, und drei Tage später: „... O Gott, laß mich nach Hause kommen! Wie möchte ich so gern mit Dir und den Kindern Geschichte, Kunst, Philosophie, ja alles zusammen betreiben, welche Wonne wird das sein! Aber zuerst eine Schlacht mit der Natur mit Gottes Widerstand. Jeder Tag bringt mir bei wissenschaftlicher Vorbereitung neue Lockungen zur Erforschung der Bennettsinsel, die Periode der östlichen Winde scheint aufgehört zu haben, in dem Falle schließt sich vielleicht die Polynja (offene Stelle im Eismeer) enger zusammen, aber dann gibt es Gegenwind beim Paddeln; ist sie breiter, nun so haben wir Backstagwind, auch gut!“ Am 26. Mai, wenige Tage vor dem Ausbruch nach Bennettsland, gelangte noch eine letzte Heimatpost durch Eilboten von Jakutsk in

das Expeditionslager auf der Kotelnyinsel. „Heute morgen früh um 5 Uhr unerwartet noch eine Post ein! Die lieben, lieben Briefe, wie sie von Gott gesandter Segen zur Fahrt nach Norden! Wieder soviel Beweis des Vertrauens, und ich bin gar nicht so stark, wie Ihr alle glaubt. Ich hoffe aber, daß Liebe und Vertrauen stärkend wirken müssen. Die Idee ist es, daß ich diese Post noch erhalten habe und nicht früher aufgebracht bin. Auch für die Arbeit ist das von Wert, denn die Post hat die bestellten Uhren, Kompassse und Aneroide gebracht, den Nautical Alman. und 10 Reservethermometer, die sehr erwünscht sind. Ich brenne jetzt in Ungeduld, ans Ziel zu kommen, nicht nur des Zieles wegen, sondern auch durch die Tat die Zeit zu kürzen, die dann, wenn ich abgeholt werde, von Gott helfe, schnell in so dankbarem Arbeitsfelde vergehen wird. Der heutige Tag ist mit der Lektüre der Post hingegangen, ein hoher Abend und morgen muß es mit vielfacher Kraft an die Vorbereitungen gehen, denn es taut schon am Tage und Ende dieser Woche müssen wir los. Auch eine Kiste mit Liebesgaben von Euch und die Bilder meiner lieben Töchter kamen jetzt an! — Was in meinem Herzen vorgeht, wenn ich an Euch denke, das vermag ich nicht zu Papier zu bringen. Der schönste Ausdruck zu verleihen, dazu fehlt mir die Macht. Alle Fasern meines Nerven spannen sich an zu dem Sprunge über die Zeit von sechs Monaten über Polynen und Berge, über Torosse und Meer zurück zur Heimat. Was geschehen soll, das wird geschehen!“

Ähnliche ergreifende Stellen finden sich verschiedentlich in dem zusammenhängenden Fluß der Tagebuchdarstellung eingestreut: außerdem auch interessante wissenschaftliche Exkurse über das Mammuthzeitalter, über die Gründe des Unterganges dieser Riesentiere, über das Polarlicht, über das Leben der sibirischen Eingeborenen, und dazwischen wieder philosophische, literarische Gedanken, Zitate aus den Klassikern der Dichtung, wie die Naturwissenschaften, aphoristische und trotzdem tiefe Exkurse über den Determinismus, die Entwicklungslehre und andere Probleme. Eine rührende und in ihrer Bescheidenheit oft wahrhaft ergreifende Selbstkritik begleitet die ganze Darstellung des Vordringens, der Aufenthalte und der Arbeiten der Expedition. Fast auf keiner Seite bekommt der Leser etwas von der Wiederkehr der unendlichen Monotonie zu spüren, die namentlich während der arktischen Winternacht über dem Leben aller Polarexpeditionen herrscht und die sich auch bei den meisten literarischen Darstellungen solcher Unternehmungen mit oder ohne Bewußtsein der Autoren in ihren Büchern bemerkbar macht. Erst wenn man sich vorstellt, unter welchen Verhältnissen lange Stücke des Tagebuchs geschrieben sind: im Zelt, auf der Schlussexpedition, bei 30 Grad Frost, in der geschlossenen Winterhütte eines Promyschlenniks von wenigen Quadratmetern Grundfläche, mit einem Duzend und mehr in Felle und Pelze gehüllter, nie gewaschener Jaken und Tungusen zusammengepfercht, bei qualmendem Feuer aus Treibholz kochen — erst dann wird man die Energie, den Idealismus und die Tat-

stellungskraft dieses Mannes nach Gebühr bewundern können. Um auch in der Zeit des endlosen deprimierenden Wartens auf das Ende tagelanger Schneestürme eine geistige Beschäftigung zu haben und sich zu Aufzeichnungen zu zwingen, läßt er sich von seinen Gefährten, den Matrosen, den sibirischen Kasaken und den Eingeborenen, ihre Lebensgeschichte erzählen und schreibt sie nieder. Der Oberheizer der Sarja ist ein deutscher Kolonist von der Wolga, der, obwohl seine Familie schon seit Generationen im Gouvernement Samara einheimisch ist, noch den ursprünglichen bayrischen Dialekt dieser Ansiedler spricht. Dieser Heizer, Iwan Kluch, liegt am Abend des deutschen Weihnachtstages mit Baron v. Toll, in der Beobachtungshütte am Lande sitzend, in dem russischen illustrierten Journal Niwa. Vom Blatt aufblickend, sagt er: „Wie das doch in früheren Zeiten einigen so glücklich gegangen ist: da war es der „Anjäs“ (Fürst) Bismarck, daß er 25 Millionen geschenkt kriegt hat.“ „Das ist nun nicht wahr,“ sagt ihm Toll, „soviel hat er nie gehabt, aber er hätte verdient, daß er mehr als 25 Millionen gehabt hätte.“ „Ja, was war er denn?“ fragte Kluch in bayrischer Mundart. „Wie“, sagte Toll, „haben Sie nie etwas von Bismarck gehört?“ „Nein, wir haben nichts gehört!“ Dann wieder eine Reflexion über den Konflikt zwischen dem Dienst der Wissenschaft und dem Ideal des Familienlebens — so am Geburtstag Tolls am 15. März 1901: „Es ist 4 Uhr nachmittags, zu Hause 12 Uhr mittags! Bald kommt mein Töchterchen aus der Schule und hat gewiß ein tröstendes, liebes Wort und eine Umarmung für die Mutter an diesem Tage, an welchem sie weiß, wie sehr die Gedanken hierher gerichtet sind. . . . Diese Trennung wäre ein schweres Unrecht, wenn ich nicht als ein gereifter und besserer Mensch heimkehren könnte, dazu bedarf es der Anspannung aller moralischen Kräfte, der Unterordnung unter die höchste Moral, unter das, was wir Gottes Gebot nennen, indem sich das Gewissen verfeinert, die Selbstkritik verschärft, das Temperament gezügelt wird und das Herz für die Liebe zum Menschen im allgemeinen empfänglicher wird. Ich habe geglaubt, die Berechtigung, ja Verpflichtung zu haben, meiner individuellen Veranlagung zu folgen, und habe das große Unternehmen begonnen und hoffe, daß bei weiterer Entwicklung meiner Eigenart auch meine Arbeit nützlich und fruchtbringend für die Wissenschaft und, wenn auch indirekt, für die weitere Menschheit sein werde. Aber was ist das Positive in meiner Natur, welches mich berechtigt, der Ausbildung meiner Individualität nachzugehen? . . . Mein Leben mit all seinen Voraussetzungen und Bedingungen zieht an mir vorüber. . . . Ererbung und Erziehung haben Gegensätze gegeben, die durch eigene Arbeit und durch das Leben ausgeglichen werden sollen, soweit es möglich ist. . . . Daß es bei anderen Anlagen wie den meinigen möglich wäre, auch zu Hause auf dem Boden der Wissenschaften etwas zu leisten, habe ich mir immer gesagt, aber leider bin ich eine Natur, die nur durch „erratische“ Arbeiten etwas Eigenartiges leisten kann, und so mußte ich Dir dieses schwere Opfer auferlegen, das

meine Arbeit erfordert! Diese Arbeit gibt mir dieselbe Kraft, die Arne durch seine Lieder empfängt, von denen er sagt:

„Die Kraft, die mir gab mein schlichter Gesang,  
Verband mich mit allem, wonach ich gestrebt:  
Drum kann mich von allem, womit ich verwebt,  
Zurück auch nicht halten selbstflüchtiger Hang.  
Ich mußte vorwärts ohne Schmerz und Reu  
Und fand mich heimwärts zu Lieb und Treu!

Die Kraft, die mir gab mein schlichter Gesang  
Sie stärkt mich zu Dingen, zu vielen andern,  
Damit ich vom Wege, auf dem ich darj wandern,  
Noch manchen erblick auf dem Lebensweg “

Paul Rohrbach.

Leo Frobenius. Im Schatten des Kongostaats. Bericht über den Verlauf der ersten Reisen der Deutschen Innerafrikanischen Forschungs-Expedition von 1904—1906, über deren Forschungen und Beobachtungen auf geographischem und kolonialwirtschaftlichem Gebiet. Mit 8 Kartenblättern, 33 Tafeln und ca. 318 Illustrationen und Geländedarstellungen im Text. Berlin. Georg Reimer. 1907.

Frobenius ist ein interessanter Erzähler. Seine ausgesprochen bunte, kose Art wird vielleicht nicht jedermanns Geschmack sein, aber sie entspricht offenbar seiner Persönlichkeit und sie wirkt nicht selten so aufrichtig erfrischend, daß man sich auch einmal ein solches Buch gefallen lassen kann. Es ist ja jetzt Mode geworden, von derartigen Expeditionen alsbald nach der Heimkehr einen etwa zu gleichen Teilen aus Illustrationen und Text zusammengesetzten Vorbericht für das große und an den eigentlichen Forschungsergebnissen oberflächlicher interessierte Publikum zu geben. So auch Frobenius. Die Illustrationen seines Buches haben dadurch noch ein besonderes Interesse, daß sie zum großen Teil nicht photographische Aufnahmen, sondern Reproduktionen von Zeichnungen und Selbststudien sind. Ein Maler, Herr Hans Martin Lemme, hat an der Expedition teilgenommen und nach den hier veröffentlichten Proben eine Menge interessante und wertvoller Studien gemacht. Ein Bild z. B., wie das auf Tafel XXI (Nachtmarsch nach Luebo, nach Selbststudie reproduziert) ist mit der Kamera überhaupt nicht festzuhalten, gibt aber einen der wirkungsvollsten Eindrücke, die mit solch einer Unternehmung im innersten Afrika nur verbunden sein können, auf das Schönste wieder. Anderseits existiert natürlich auch eine gewisse Gefahr derartiger „malerischer“ Aufnahmen mit Pinsel und Stift statt mit dem photographischen Objektiv. Was dabei unter Umständen herauskommen kann, zeigt die Nebeneinanderstellung zweier Bilder aus

„Nichthofenfall“ des Zuluafusses (Seite 338): 1. „gemalt“ vom Zeichner der Expedition, 2. „photographiert“. Frobenius' Hauptziele bei seiner Expedition waren ethnographische. Die Schilderung der Erwerbs der ethnographischen Materialien, die er mitgebracht hat, bildet einen Hauptbestandteil seiner Erzählung. Dabei tritt aber derjenige Zug, um dessentwillen ich dem Leserkreis der Preussischen Jahrbücher die Lektüre des Buches besonders empfehlen möchte, sehr schön hervor: die Befähigung des Verfassers, mit dem Neger zu verkehren und über den Neger zu urteilen. Natürlich wird selten jemand, der von einer solchen Reise heimkehrt, geneigt sein, in dieser Beziehung sein Licht nachträglich unter den Scheffel zu stellen. Vielleicht wird er im Gegenteil sogar versuchen, es etwas heller brennen zu lassen, als es seinerzeit in den entscheidenden Momenten wirklich gebrannt hat. Wer Frobenius liest, wird aber nicht auf diesen Verdacht kommen. So etwas wie die Serien von Bildern und Merkwörtern: „Übungen in der humoristischen Betrachtung des Negers“ (Seite 286—294) bringt nur ein wirklicher Afrikaner fertig, der die Gabe des Vorwärtskommens unter allen Umständen in Busch und Steppe und zugleich die des menschlich-natürlichen und doch autoritativen Verkehrs mit den Negern als schönstes Stück in seiner Expeditionsausrüstung besitz.

Nachträglich von Bedeutung sind auch die Erfahrungen, die Frobenius sowohl mit der Verwaltung des Kassaiengebiets durch die dortige belgische privilegierte Handelskompagnie als auch mit der Leitung des Kongostaats selbst gemacht hat. Sie haben offenbar zu dem Titel „Im Schatten“ des Kongostaats geführt. Danach sind die Zustände, wenn auch nicht von direktem Händelabhandeln en masse die Rede ist, zur Zeit, da der Autor sich im Lande aufhielt, doch höchst unerfreuliche gewesen, namentlich auf dem Verwaltungsgebiet der Handelsgesellschaft. Dinge, wie die von Frobenius hier erzählten, wären denn doch in keiner deutschen Kolonie auch nur annähernd möglich gewesen, ohne daß sofort die schärfste Remedur eingetreten wäre. Man braucht ja nur an das Schicksal des früheren Gouverneurs von Togo zu denken, der nicht einmal durch direkten Befehl, sondern durch eine wenn auch grobe Fahrlässigkeit den Tod eines schwarzen Untersuchungsgefangenen verschuldete.

Frobenius' Art erinnert etwas an die ein Jahr später erschienene Arbeit eines anderen ethnographischen Forschers, des Direktors des Museums für Völkerkunde in Leipzig Carl Weule über seine Expedition nach dem Süden von Deutschostafrika (Dr. Carl Weule. Negerleben in Ostafrika. Leipzig. F. A. Brockhaus 1908), auf das bei dieser Gelegenheit gleichfalls hingewiesen sei. Beide Bücher lesen sich auch in formaler Beziehung gut, was leider nicht von all unserer neuen Afrikaliteratur gesagt werden kann.

Paul Rohrbach.

Hauptmann M. Bayer, Mit dem Hauptquartier in Südwestafrika.  
Mit 100 Abbildungen, 1 Karte und Skizzen. 6. Tausend. Berlin  
1909. Wilhelm Weicher, Marine- und Kolonialverlag. 310 Seiten  
Großoktav. Preis 5 Mk.

Der Verfasser war während des südwestafrikanischen Krieges zunächst im Generalstab der Schutztruppe, erst im Stab des Marine-Expeditionskorps, dann bei Oberst Leutwein und nach dessen Rücktritt im Hauptquartier des Generalleutnants v. Trotha. Schon während des Feldzugs lag ihm im wesentlichen die Bearbeitung des Presseefforts ob; ebenso hat er nach seiner Rückkehr in die Heimat durch zahlreiche öffentliche Vorträge über den Krieg betätigt. Bayers Buch ist in literarischer Beziehung, was Klarheit und Anschaulichkeit der Darstellung betrifft, eine nicht gewöhnliche Leistung. Von der Natur des Feldzugs in Südwestafrika gibt er in seiner Art ebenso vortreffliche Schilderung, wie die vor anderthalb Jahren an dieser Stelle angezeigten Erinnerungen des Divisionspferars Schmidt und es ist wirklich nichts Geringes, wenn dem Leser, der nach einer genauen Anschauung jenes schwersten Kolonialkrieges verlangt, den wir bisher beschreiben müssen, drei so vortreffliche Sachen empfohlen werden können. Schmidt, Bayer und das kürzlich hier besprochene Sammelwerk „Deutscher Reiter in Südwest“.

Auf der andern Seite darf freilich nicht verschwiegen werden, daß der Autor seine ganze literarische Geschicklichkeit dazu benutzt hat, um das Bedenkliche und alle minder erfreulichen Erscheinungen, die jene südwestafrikanische Probe auf unser koloniales Können neben den unzweifelhaft vorhandenen Leistungen auch gezeigt hat, so zu glätten und an einzelnen Stellen direkt wegzuretouchieren, daß der unkritische Leser von jenen Unstimmigkeiten kaum noch die leiseste Spur merkt. Ich halte es gleichwohl nicht für nötig, Dinge, die besser vergessen und begraben bleiben, als neuem aufzurühren, oder vor einem Publikum von militärischen oder Diskussionen über taktische und strategische Streitfragen zu führen, bei dem selbst die Fachleute verschiedener Meinung sind. Hierunter fällt es mir nicht mehr, wenn Bayer nicht nur mit keinem Wort auf den bekannten Befehl des Generals v. Trotha eingeht, alle gefangenen Hereros niederzumachen, sondern es versucht, direkt den gegenteiligen Eindruck über das Verfahren gegen die Gefangenen hervorzurufen (z. B. Seite 190, 191). Das heißt nicht mehr, Unerfreuliches mit Stillschweigen übergehen, sondern das heißt schon das Urteil des Lesers mit Absicht, sei es auch in guter Absicht, seitwärts vom richtigen Wege führen. Ebenso muß es als unflüchtig bezeichnet werden, wenn auch an einer solchen Stelle erneut der Versuch gemacht wird, das Urteil über die Anlage der Gefechte am Berg am 11. August 1904 nachträglich so zu wenden, als ob damals niemand im Hauptquartier an die vollkommene „Vernichtung“ der Hereros gedacht hätte und jedermann von vornherein gewußt hätte, daß es unmöglich sein würde, den Gegner einzufesseln. Der Tagesbefehl des Generals

v. Trotha für den Gefechtsstag ist doch nicht unbekannt, und ebensowenig die Anordnung des Oberkommandos, gemäß der schon lange vorher in Otahandja ein gewaltiger Kral aus Dornbüschen und Stacheldraht gebaut wurde, und sogar ganze Frachtladungen von Fesseln angeschafft wurden, um doch nur ja die vielen tausende von Gefangenen, die man am Waterberg erwartete, festzuhalten. Daß es nicht gelang, die Hereros am Waterberg festzuhalten, ist nachgerade so bekannt, wie daß es wahrscheinlich gelungen wäre, wenn man dem Rat der alten afrikanischen Offiziere hätte folgen wollen und wenn die Abteilung Deimling nicht jenen gänzlich verkehrten Marsch parallel der Mauer des Waterberges auf die Station Waterberg zu gemacht hätte, durch den sie die Hereros vom Berge fort und gegen die schwachen Umfassungsabteilungen auf der Gegenseite drückte. Selbst das Generalstabswerk läßt ja diesen Sachverhalt deutlich genug erkennen, und in Südwestafrika selbst ist der Sachverhalt, wie mir geschrieben wird, auch in der Auffassung der militärisch maßgebenden Kreise ganz unzweideutig anerkannt.

Wayer schreibt (Seite 196 f.), nachdem er über das Verhör der gefangenen Häuptlingstochter Amandu von Otjimbingue berichtet hat: „Die Aufschlüsse, die wir hier erhalten hatten, waren von größtem Wert, denn sie ergaben, daß der Widerstand des Feindes vollständig gebrochen war; sie zeigten ferner, daß unser Sieg am Waterberg viel größer und nachhaltiger gewesen war, als wir gedacht hatten; und schließlich bewiesen sie, daß unsere Verfolgung völlig ihren Zweck erfüllt hatte, den Aufstand der Hereros zu einem gründlichen und dauerhaften Abschluß zu bringen.“ Diese Worte beziehen sich auf das Ergebnis der Verfolgung der Hereros nach den Gefechten am Waterberg in das wasserlose Sandfeld. Während dieser Verfolgung ging fast das sämtliche Vieh der Hereros zugrunde, und im Sandfeld selbst kam bekanntlich ein großer Teil des Volkes infolge des Wasser- und Nahrungsmangels um. Daß man diese Art von Ergebnis als eine materielle Vernichtung des Gegners bezeichnen kann, darüber ist natürlich kein Streit. Daß es aber ein sehr großer Fehler war, nach den Waterberggefechten allein noch den Gesichtspunkt der militärischen Vernichtung walten zu lassen, statt den der möglichen Erhaltung des Volkes und seiner Viehbestände, darüber ist außerhalb eines extrem militärischen Kreises gleichfalls kaum noch eine Verschiedenheit der Meinungen möglich. An der Leitung der Operationen hatten aber die alten Afrikaner, die nicht nur Soldaten, sondern auch Kenner des Landes und seiner wirtschaftlichen und natürlichen Verhältnisse waren, leider keinen Anteil mehr. Natürlich mußte das Ziel die Entwaffnung der Hereros sein. Diese aber wäre nach der alten Leutweinschen Methode nach Waterberg sicher auf dem Wege zu erreichen gewesen, daß derjenige Teil der Hereros, der von vornherein nicht recht hatte kämpfen wollen und der jetzt des Krieges erst recht satt war, zur Niederlegung der Waffen gegen Zusicherung des Lebens, der persönlichen Freiheit und eines kleinen Viehbestandes bewogen wurde. Schließlich hat man sich ja sogar den letzten kämpfenden Hottentotten gegenüber zu derselben Bedingung verstanden; bei einem Volke wie den Hereros wäre sie

noch leichter zu gewähren gewesen, als bei den Bondelswarts, die uns vielleicht noch Schwierigkeiten genug machen werden. Die nötigen Anknüpfungspunkte zu Verhandlungen, zunächst mit einem Teil des Batabergstammes und mit den Hereros von Djiimbingue, waren vorhanden. Das zuerst aufgestellte Ziel der Bestrafung aller Häuptlinge und Rädelführer ist in der Folge trotz der Vernichtung des halben Volkes und des gesamten Viehs im Sandfeld doch nur zum verschwindenden Teil erreicht worden.

Ebenso vermißt man bei der Darstellung, die Bager von der Entstehung des Witbooi-aufstandes gibt, die Rücksicht auf die politische Eigenart des alten Witbooi und seines Volkes. Nicht die Lügen einiger desertierten Witboois oder das Auftreten des falschen Propheten Stütermann haben bei dem Kapitän den Ausschlag zum Abfall gegeben, sondern höchst wahrscheinlich die Ersetzung des Gouverneurs Leutwein im Oberbefehl und die Nachricht, daß der fremde General, der ihn nicht mehr kannte und der befohlen hatte, alle Herero bis auf den letzten Mann zu töten, nunmehr allein im Lande befehle. Witbooi hat unmittelbar nach seinem Abfall im Oktober 1904 selbst noch gesagt: Wenn er es mit dem alten Gouverneur allein zu tun gehabt hätte, so wäre es nicht so weit gekommen.

Gegenüber diesen grundsätzlichen Ausstellungen an dem sonst so gesagt sehr schönen lesens- und empfehlenswerten Buche wollen einzelne Irrtümer, die dem Verfasser mit untergelaufen sind, wenig besagen. Ein solcher Irrtum ist es z. B., wenn er den großen Bruckaros südlich von Gibeon als einen erloschenen Vulkan bezeichnet. Das ist er nicht. Der Berg besteht vielmehr aus Porphyrtuff. Auch daß die Hauptströme Südwestafrikas noch vor 50 Jahren ständig geflossen seien (!), ist ein ganz merkwürdiger Irrtum Bagers. Die südwestafrikanischen Riviere sind nicht nur vor 50, sondern wahrscheinlich auch schon vor 50 mal 50 und noch viel mehr Jahren dasselbe gewesen, was sie heute sind. Wenn sie, so möglich erscheint, in weit entlegener Vorzeit tatsächlich dauernd Wasser geführt haben, so ist diese Vergangenheit jedenfalls bereits eine geologische. Der Satz: „Das Schutzgebiet verlor durch die Trägheit seiner eingebornen Bevölkerung fortgesetzt an Befähigungsfähigkeit“ (Seite 287), ist daher unberechtigt. Soviel wir nach den vorhandenen Anhaltspunkten urteilen können, haben erst die Hereros, die am Ende des 18. und am Anfang des 19. Jahrhunderts einwanderten, die Rindviehzucht nach Südwestafrika gebracht und damit eine verhältnismäßig gehobene Kulturepoche für das Land eingeleitet, während vormals wenigstens der Norden und die Westküste gänzlich besigungslosen Bergkaffern und Buschleuten auf der niedrigsten Entwicklungsstufe gehört zu haben scheint. Schließlich noch eine Frage. Der Verfasser schreibt (Seite 194), Divisionspfarrer Schmidt habe eine ergreifende Predigt, anknüpfend an die Bibelstelle, gehalten „wo Paulus das Haus eines sterbenden reichen Kaufmanns tritt, der ihn mit den Worten empfängt: sprich mir ohne Weitläufigkeiten von Gott und von der Ewigkeit“.



keit!" Unsere Theologen werden dem Autor sicher sehr dankbar sein, wenn er ihnen diese Bibelstelle, die sich jedenfalls nur in einem bisher unbekannten Paulusbrief befinden kann, nachweist.

Wie bereits betont, möchte ich die Kritik, die ich an dem Bayerschen Buche üben mußte, keinesfalls als eine Herabsetzung oder Verkleinerung der ganzen Arbeit und noch viel weniger natürlich als eine Unfreundlichkeit gegen unsere vortreffliche und nach Tapferkeit und Hingabe über alles Lob erhabenen Schutztruppe aufgefaßt sehen. Es kam mir einzig darauf an, gegenüber einem Werke, das sich durch seine ansprechende, zum Teil glänzende Darstellung zweifellos einen hervorragenden Platz in der Südwestafrika-Literatur schaffen wird, ja schon geschaffen hat, auf die Notwendigkeit gewisser Vorbehalte im Interesse der Tatsachen und der objektiven Richtigkeit hinzuweisen.

Paul Rohrbach.

### L i t e r a t u r.

Alexander L. Kiellands Gesammelte Werke übersezt von Dr. Friedrich Leskien u. Marie Leskien=Lie. Herausgegeben und durchgesehen vom Verfasser. Sechs Bände. Leipzig, Georg Meiseburger, 1907.

Alexander Kielland, dessen Werke jetzt in guter Uebersetzung zusammenhängend erschienen sind, ist ein Schriftsteller von in mancher Hinsicht sehr starker Kraft. Wenn der deutsche Herausgeber deshalb die Dreieit durchzusetzen sucht: Ibsen, Björnson, Kielland, so ist das verständlich.

Es ist dennoch nicht zu billigen. Unsere kämpfende Zeit vergißt allzuleicht, daß Schneidigkeit und Rücksichtslosigkeit im Kampf sehr schätzenswerte Eigenschaften sein mögen, ohne deshalb gerade den dichterischen Fähigkeiten ihres Besitzers zu gute kommen zu brauchen. Aekende Schärfe in der Debatte und freiheitliche ehrliche Gesinnung sind im allgemeinen nicht Korrelate mit dichterischer Kraft, so angenehm es sein mag, wenn sie zusammentreffen.

Was Kielland betrifft, so darf man nicht vergessen, daß Jonas Lie nicht nur rein dichterisch ihm überlegen ist, sondern auch auf dem eigensten Gebiet Kiellands, dem der Gesellschaftskritik, bereits seit einem Jahrzehnt gewirkt hatte, als Kiellands erste Arbeiten erschienen — die übrigens noch garnicht in dieser Richtung wiesen, sondern mehr in der Art Jacobsens kleine gutgesehene Lebensausschnitte oder Szenen stimmungsvoll formten.

Auch die eigentliche Programmforderung der Norweger, um die sich auch bei Kielland alles dreht, die Wahrheitsforderung, hatte eben derselbe Jonas Lie bereits zehn Jahre vor Kielland in „Der Lotse und sein Weib“ aufgeworfen, freilich noch ganz zukunftsgläubig und wenn man will optimistisch. Wann und durch wen, ob noch durch Lie oder erst durch Ibsen oder durch welchen dritten der pessimistische Zug hineinkam, bleibe hier unerörtert. Genug, bei Kielland ist er zur höchsten Schärfe ausgebildet, wenn auch vorläufig nicht in der eigentlich ironischen Schlußwendung, die er später

bei Jbsen erhielt, und die Kielland erst lange nach Abschluß seiner eigentlichen Schriftstellerei im „Jakob“ 1891 aufnahm.

Die Schriftstellerei Kiellands enthält nämlich ein eigentümliches Geheimnis in sich: Sie beschränkt sich streng genommen auf die vier Jahre von 1880—83. Vorher, 1879 sind nur die Novelletten erschienen, die ten dichterisch zum besten gehören, was er geschrieben hat, die aber sein eigentliches schriftstellerisches Thema noch kaum andeuten. Nach 1883 andererseits erscheinen nur noch wie nachfallende Tropfen nach einem starken Regen 1886 „Schnee“, das sehr fein, aber erkennbar von außen angeregt ist und „Sankt Johannesfest“, das wohl bei dem Thema mit abfiel, sowie 1891 sein vielleicht bester Roman „Jakob“, der dem Wunsch entsprungen zu sein scheint, seiner eigentlichen Schriftstellerei in Jbsen'scher Weise einen ironischen Epilog nachzuschicken. Erst kurz vor seinem Tode erschien dann noch einmal eine Arbeit von ihm. Sie war gänzlich anderer Art als alles Vorherige: das Buch „Rund um Napoleon“, das man als eine sehr künstlerisch gehaltene Biographie ansprechen kann. Der Nachlaß gab noch einige Kleinigkeiten her. Die eigentliche Lebensarbeit konzentriert sich zu die drei Romanzyklen: die zwei Schiffer-Vorsegelgeschichten, die zwei ersten der drei Romane in „Gift“ (als dritte trat später „Sankt Johannesfest“ dazu) und den ersten Roman in „Arbeiter“ (als zweiter wurde nachmals „Jakob“ mit ihm vereinigt), dazu die Novelle „Else“.

Alle diese Romane hängen teils durch einzelne Personen, teils durch die geschilderten Verhältnisse, meist durch beides eng mit einander zusammen. Man hat durchaus den Eindruck, daß die verschiedenen Verhältnisse, Gesellschaftsphären, Zustände einer einzelnen Stadt und ihrer ländlichen Umgebung hingestellt sind. Das Ganze wirkt wie etwas Zusammenhängendes.

Es ist doch wohl dies, woraus sich das Verstummen erklärt. Es hat dem Dichter garnicht daran zu schreiben. Es lag ihm irgend etwas Bestimmtes am Herzen, und nachdem er es ausgesprochen hatte, schwieg er. Nur noch Nachträge konnten erscheinen, die durchaus den Charakter der Zusätze („Schnee“), Steigerungen („Sankt Johannesfest“) und Berichtigungen („Jakob“) hatten.

Die Kürze der Zeit, in der die eigentliche Arbeit geleistet wurde, erklärt auch ihre innere Heftigkeit und Leidenschaftlichkeit.

Es sind gewiß nicht wenige der größten Dichtwerke, die wir zu bewundern, bestimmten Tendenzen lesterdings zu danken. Dantes Göttliche Komödie ist kaum ohne das zu erklären. Anderer nicht zu gedenken.

Daß sie trotzdem Dichtungen wurden, hat daran gelegen, daß der künstlerische Gestaltungstrieb in ihren Meistern größer war als die Tendenz. Der künstlerische Trieb hat seine eigenen Gesetze. Er pflegt auf Nachtriebe und persönliche Tendenzen nicht die geringste Rücksicht zu nehmen. Er setzt die Form durch, unerbittlich, auch gegen den Wunsch des Subjekts im Dichter. Es ergibt einfach keine Formung, wenn auf der einen Seite nur Licht, auf der andern nur Schatten ist. Die primitivsten künstlerischen

Forminstinkte verwehren eine solche Darstellung, wie sie von der Tendenz gern gegeben worden wäre.

In Kielland ist die dichterische Kraft sehr stark, aber die tendenzgebende persönliche Wucht und Wut noch stärker, und es ist nun sehr interessant, zu sehen, durch welche Mittel der im allgemeinen unterliegende Künstler den Kämpfer doch wieder einzuordnen versucht.

Vielleicht gehört sogar das eigentlichsste Kiellandsche Kampfmittel selbst hierher. Man vergleiche den Pastor in „Schnee“, den Professor in „Gift“. Die künstlerische Gerechtigkeit scheint bis zum äußersten getrieben. Der Dichter macht sich fast zum Anwalt des Mannes. Nur eine sehr fühlbare eijige Kälte und nebenbei Szenen, die alles als heuchlerisch beurteilen. Die scheinbar so verständnisvolle Parteinahme für die Person diene nur der desto vollständigeren Entlarbung. Der Dichter wirkt fast wie ein agent provocateur.

Es war eben doch nicht der Künstler, der mit seinem Verständnis und mit seiner Liebe in diese Personen so stark eingedrungen war. Oder war er es, so war ihm der Kämpfer dazwischen gekommen und hatte des Dichters Verständnis ironisiert.

Müßte man nicht überall bemerken, wie stark die künstlerische Kraft ist, die Kielland einzusetzen hat, so könnte man auch annehmen, es offenbare sich in diesen Heucheleischilberungen einfach jenes frühere, niedrigere Niveau künstlerischer Formungsfähigkeit, das sich mit Vorliebe in Heuchelei und Intrigue auszudichten pflegt.

Ich glaube nämlich, daß es sich bei dem bekannten Spannungsbedürfnis der Anfänger in künstlerischem Genuß, das die Intriguedichtung (Kriminalromane!) zu befriedigen sucht, nicht einfach um Nervenkitzel handelt, sondern um eine erste noch plumpe Befriedigung eines gewissen künstlerischen Formverlangens. Die Person, das Schicksal, die Situation soll Abstand, Besonderheit, Eigenwert bekommen. Hebt sich der Held einfach von seinen Feinden ab, wie in den alten Abenteurergeschichten so ist gewiß schon ein Anfang kräftiger Raumwirkung sozusagen da. Aber alle Verhältnisse scheinen eine größere Tiefe zu bekommen, wenn dieser feindliche Hintergrund selbst wieder in sich weiter zu führen scheint: was man sieht, ist nur vorgegeben, es geht in Wahrheit noch weiter zurück: der eigentliche Charakter der Feinde liegt viel tiefer.

Dies braucht natürlich nicht ohne weiteres auf Heuchelei zu beruhen; wenn der eigentliche Charakter ist auch bei ehrlichen Personen nicht der Vordergrundaspekt. Aber es ist sehr schwer, sich die durchgängige Romliziertheit menschlicher Motive klarzumachen. Das einem einfachen volkstümlichen Denken Nächstliegende ist immer an Verstellung zu denken. Eine Tat hat erkennbar einige edle, aber auch einige materielle Motive: also sind sie edlen vorgeführt. Die schlechtesten sind die wirklichen, je edler, desto mehr geheuchelt.

Was Kielland anbetrifft, so kommt er der Wahrheit und damit einer

wirklich großzügigen Personenschilderung manchmal merkwürdig nahe. Immer wieder kommt es dann wie Eiswasser dazwischen geistert: Sauter!

Die schrecklichste Szene der Art, die ich mich entsinne, geleien zu haben bei Kielland, ist die, wo die beiden Heuchler zusammenstoßen, der betrug und selbstsichere Professor, der Unternehmer geworden war, und der Vater, der ihm all sein Geld anvertraut hatte.

„Er lief gerade auf den Professor los, freideweiß im Gesicht, wenn der kalte Schweiß ihm auf der Stirne stand.

„Mein Geld — mein Geld! rief er heiser.

„Der Professor hatte sich erhoben und hielt sich am Fensterrahmen. Seine Lippen bebten und seine Augen hefteten sich seit auf das betrogene Gesicht des Pastors, reden konnte er nicht.

„Mein Vater ist ruiniert — ich weiß! — aber mein Geld? — es ist in Sicherheit — nicht wahr? — natürlich! — geben Sie es mir heraus, rasch!

„Was? — Sie haben es nicht? — es ist fort — verloren — verschwunden! Oh, Sie Mensch! Sie haben uns betrogen! Sie müssen bestraft werden — nein — Sie sollen mir nur mein Geld noch beschaffen.

„Der Professor war ein paar Sekunden wie gelähmt gewesen. Dann hob er seine weiße Hand, lächelte wehmütig und antwortete:

„Mein lieber Pastor Kruse! Sie wissen selber, daß ich in dem Augenblicke nicht imstande bin, Ihnen dies Geld zu beschaffen. Aber ich will etwas anderes für Sie tun, etwas, das vielleicht ebenso gut und nützlich für Sie sein kann.

„Was ist es? — schnell! — Sie wissen einen Ausweg! — oder ich bin gelobt.

„Morten Kruse zitterte am ganzen Leib; noch war Hoffnung. Das merkwürdige Mann, zu dem er so blindes Vertrauen gehabt hatte, erbot sich vielleicht noch eine Hilfe — eine Hilfe für ihn allein.

„Der Professor legte ihm väterlich die Hand auf die Schulter und sagte:

„Ich will zu Jesus beten, daß er Ihnen helfe.

„Der Pastor taumelte zurück, als ob man ihm mit diesem Namen einen Schlag ins Gesicht versetzt hätte. Die beiden Männer standen unbeweglich still und hielten die Augen fest aufeinander gerichtet. Das gemeinsame Geheimnis band ihnen die Zunge, wer hatte das Recht, dem andern ein Wort zu sagen? — keiner hatte dem andern ein Wort zu sagen, und der Blick des Pastors glitt zuerst zur Seite; er nahm seinen Hut und trat hinaus. Carlsten Lövdahl sank in seinen Stuhl nieder. Das war der erste Sieg.“

Das ist gewiß eine sehr starke Szene; aber ist sie nicht zugleich ein wenig sozusagen volkstümlich grob in der zugrunde gelegten Psychologie oder vielmehr in ihrer künstlerischen Verwendung? Würde ein Dichter

der sich in seine Personen hineingebacht hat, sie so leichten Herzens in die niederträchtigste Heuchelei versinken lassen? Würde er nicht vielleicht sogar eine Aufgabe darin erblicken, den Weg, den er sie gehen läßt, als einen ihnen selbst ehrenhaft erscheinenden verstehen zu lassen?

Es ist nicht der Künstler, es ist der Kämpfer gewesen, der den starken aber groben Effekt vorzog.

Es sei zum Beweis die Einleitung der Szene gegeben:

„Und doch eine Waffe war ihm geblieben, eine Waffe, deren Anwendung er sogar in letzter Zeit geübt hatte.

„Professor Lövdahl kannte seine Zeit und seine Gesellschaft. Er wußte, daß in dieser Zeit und dieser Gesellschaft, wo es faktisch kein Christentum gibt, wo aber alles darauf ankommt, daß diese Tatsache nicht ausgesprochen wird; wo alle Kraft darauf gerichtet ist, die Ehrlichkeit zu unterdrücken, damit nicht die ungeheure Spiegelfechtereie, daß alle sich für Christen ausgeben, dadurch an den Tag komme, daß einer den Mut faßt, den Mund aufzutun und ehrlich zu sagen: ich spiele nicht mehr mit, er wußte, daß in dieser Gesellschaft die Heuchelei die Hauptsache ist.

„Er wußte, nichts ist so stark wie diese Heuchelei, die nie errötet. Keine Rechtsschaffenheit, keine Tugend kann so die Bosheit entwaffnen und gegen Argwohn beschützen, wie die Heuchelei, die sich nicht schämt. Er wußte, einer, der eine volle Rüstung von diesem Stoff anlegte, womit die meisten Menschen sich nur stückweise bedecken, würde durch dieses Fegfeuer, das ihm bevorstand, schreiten, von neuem festen Fuß fassen, ja vielleicht seine Schande in eine Glorie umwandeln können, die niemand den Mut haben würde, ihm zu entreißen.

„Und doch zögerte er. Die letzten reinlichen Reste in ihm empörten sich gegen diese tiefe Gemeinheit; er erinnerte sich seiner Jugend, des kurzen, klaren Tags seiner Wissenschaft, er dachte an Wenche Knorr, seine verstorbene Frau, und er konnte sich nicht hinabgleiten lassen in den schleimigen Abgrund.

„Aber was half es, immer wieder tauchte der Gedanke vor ihm auf. Es würde nicht weiter auffallen; Prüfungen haben so manchen zur Religion geführt, und außerdem hatte er schon lange Klara in die Kirche begleitet und an ihren frommen Versammlungen teilgenommen; — warum? wenn nicht gerade in dem unklaren Drang nach einem Ausweg, damals als die Möglichkeit des großen Unglücks ihm zu dämmern begann.

„Wenn er jetzt, ein alter, gebeugter Mann, seine Hände faltete: Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen, der Name des Herrn sei gelobt! . . .

„Und doch endete es nicht damit, daß er bewußt den Weg des Heuchlers wählte —“

Und hier setzt die Szene mit dem Pastor ein.

Es kommt für unsere Untersuchung nicht im geringsten darauf an, ob diese Schilderung von irgend einem moralischen oder religiösen Standpunkt Preussische Jahrbücher. Bd. CXXXVI. Heft 3. 34

auss oder auch „objektiv“ zutreffend ist. Es kommt lediglich darauf an unter welchem Gesichtswinkel sie gesehen ist.

Ist sie künstlerisch gesehen? Ist es vielleicht nur eine gewisse Mannheit des Sehens, die bei einer Sinnesänderung stets nur Heuchelei sieht? Kann, weil sie die zweiten und dritten, die tieferen oder verinnerlichten die weniger bewußten Motive überhaupt nicht gesehen hat und daher auch nicht das allmähliche Hinüberwechseln wahrnehmen konnte?

Und wenn auch, — sieht ein Künstler solche Allgemeinheiten. Kann er sie sehen: „eine Zeit, wo es faktisch kein Christentum gibt“? „wo die Kraft darauf gerichtet ist, die Ehrlichkeit zu unterdrücken“? Ist das nicht der Blick des Moralspredigers?

Daß Kielland eine eminent künstlerische Kraft jedenfalls ist, das werden wohl auch diese Proben zeigen; aber doch auch, daß er nicht nur Künstler, nicht einmal in erster Linie Künstler, daß er noch vorher Agitator und Kämpfer war; und daß seine Dichtung von hier aus Ziel und Charakter erhielt.

Dies würde mit den namhaft gemachten äußeren Tatsachen seiner Dichtung dahin zusammenstimmen, daß sie im wesentlichen einen zusammenhängenden Angriff auf die Gesellschaft um ihn her darstellte, und daß sie deshalb von selbst ihr Ende fand, als der Stoff der Anklage erledigt war.

Es handelt sich nämlich nicht nur um die Kirche, sondern um alle übrigen Verhältnisse ähnlich. Um die Frömmigkeit der kirchenfeindlichen (und deshalb verhältnismäßig gut behandelten) Sekten, um das Schulwesen, um die Beamtenhierarchie, das Geldwesen, das Grundbesitzverhältnis, den Handel, die Presse, das Parlament. Nur ist die Stärke der Feindschaft ein wenig abgestuft. Es scheint, daß sie desto schärfer hervortritt, je mehr es sich um offizielle und beamtete Personen handelt.

Der Hauptfeind ist indessen die Kirche und wohl nicht nur als Institution, sondern auch die Religion selbst, wenigstens ihre historische Form, wie die Bekämpfung des Sektenwesens erkennen läßt.

Vielleicht leitet ihn doch auch da die gleiche Empfindung. Gerade es sich im christlich-religiösen Wesen nicht in der Tat zum großen Teil darum, daß die menschlichen Gefühle eine gewissermaßen offizielle Vertretung erhalten, zum mindesten eine offizielle Formung, Maske, Amtssprache, in der sie einhergehen, und mit der zu verwachsen als Ziel gilt.

Indessen wie dem sei, und wo er hinschlägt, es bleibt sich stets gleich der Eindruck, daß nicht ein warmes Verstehenwollen von innen her, sondern ein kaltes scharfsinniges Durchschauens- und Entlarvenwollen der Mäße leitet.

Man braucht nur einmal einen ähnlich wie er gesonnenen, nur durch die größere dichterische Kraft von ihm sich unterscheidenden Mann wie Björnson mit ihm zu vergleichen.

Björnson, der ja seine Tendenz viel ungeschminkter zugegeben hat, für meist desto erbarmungsloser zu verfehlen pflegt, hat einmal eine an-

kleine Geschichte unter dem bezeichnenden Namen „Staub“ geschrieben, um die frommen Vorstellungen ad absurdum zu führen. Aber da schlägt einem eine andere Luft entgegen. Da sind die frommen Vorstellungen in ihrem inneren und eigentlichen Gemütszusammenhang geblieben. Man kann sie anders deuten, man kann sie in noch anderen Typen sehen, — aber auf jeden Fall: sie sind überhaupt gesehen, in ihrer Welt, in ihrer Atmosphäre. Nicht aus irgend einem überlegenen, kalten Menschenverstand her, der das Wertvollste von vornherein garnicht erst bemerkt. Und so sehr vertieft sich alsbald der Dichter in diesen Zusammenhang, daß ihm, wie das bei Björnson gemeinhin geschieht, die Tendenz nahezu entfällt und der Hörer jedenfalls mehr für das eingenommen wird, daß er eigentlich verachten soll, als für die brave Aufklärung, die ihm eigentlich zugeführt werden soll.

So etwas könnte Kielland nie zustoßen. Und es ist ihm auch nicht zugestoßen, als er in seinem „Schnee“ das Problem Björnsons aufzunehmen und gründlicher zu lösen beschloß. Sondern da sitzt alles sicher und fest in der allgemeinen Vernunft, und keiner kann je darüber in Zweifel geraten, wohin er seine Sympathien, wohin er seine Entrüstung zu wenden habe.

Kielland ist nie eigentlich tief, er ist nicht besonders reich. Er ist scharfsinnig und mit einer guten künstlerischen Logik und Beobachtungswie Gestaltungsgabe ausgerüstet.

Die Stimme eines Entrüsteten, mit großer Künstlerschaft und Wirksamkeit vorgetragen, — das ist Kielland. A. Bonus.

---

Henrik Pontoppidan. Das gelobte Land. Roman. Erste Auflage. Jena 1908. Verlegt bei Eugen Diederichs. Berechtigte Uebersetzung von Math. Mann.

Dieser Roman soll in Dänemark eins der gelesensten Bücher sein, und das läßt sich begreifen. Wer die von Grundtvig hervorgerufene religiös-sozialistische Bauernbewegung mit ihren Folgen: Der Gründung der ländlichen Hochschulen, den Brüderversammlungen und Freundesgemeinschaften mit ihren verschwommenen Weltverbesserungsplänen, und dann das Abflauen der Gärung im Volk und das Verrauschen der Begeisterung bei den Idealisten, die sich von der Bewegung eine Erhebung der Masse zu einem höheren und reineren Dasein versprochen hatten, in nächster Nähe miterlebt hat, kann gar nicht anders, als es mit der wärmsten Anteilnahme lesen. Aber auch für uns, die wir die bauerlichen und kirchlichen Verhältnisse Dänemarks nicht aus eigener Anschauung kennen, und für die diese trotz aller Plastik und Lebenswahrheit, mit welcher der Dichter sie geschildert hat, etwas Fremdartiges behalten, das ihr Verständnis erschwert, birgt das rein Menschliche darin, das bei allen Kulturvölkern trotz des verschiedenen Gewandes, in das es sich kleidet, dasselbe ist, so viel des Ernstes und Er-

greifenden, daß wir dem Drama, das sich darin vor unsern Augen abspielt, bis zur Schlußkatastrophe mit tiefer Bewegung folgen. Ohne lehren zu wollen, lehrt es, daß es unmöglich ist, die Vielen auf die Dauer zu idealen Bestrebungen zu gewinnen, daß das Gemeine immer wieder aus der Flut emportaucht, die es hat wegpülen sollen, und daß derjenige, der versucht, die Masse zu bessern und zu bekehren, wie einst so auch jetzt, schließlich gekreuzigt und verbrannt wird. Der von religiöser Begeisterung und reinstem Idealismus erfüllte junge Pastor Emanuel Handied, der seiner Gemeinde das Beispiel eines Heiligen und Propheten hat geben wollen, geht an der Erkenntnis zu grunde, daß das Werk, dessen er sich vermessend hat, über seine Kraft geht. In dem Bewußtsein seiner Richtigkeit hat er Weib und Kind die schwersten Opfer zugemutet und von der Gemeinde Unmögliches verlangt, und so kommt die Stunde, die unausweichlich ist, in der sich das Hosiannah, mit dem man ihn zuerst umjubelte, zu ein „Kreuziget ihn“ verwandelt und er zusammenbricht. Die Unnahbarkeit dieses Schicksals wirkt echt tragisch und erfüllt uns mit Furcht und Mitleid. Wie der Wankelmuth der Menge, die wohl einer vorübergehenden Begeisterung, aber keiner dauernden Erhebung fähig ist, und der reinen, aber nicht genügend starken Wille des Asketen zusammenwirken zu seinem Untergang herbeiführen, wird uns in einer Weise vorgeführt, deren künstlerische Vollendung bewundernswert ist. Auch das ist echt dickdarmig, daß die wichtigsten Ereignisse der dramatisch bewegten Handlung stimmungsvoll eingeleitet werden durch die Schilderung von Naturereignissen, die uns darauf vorbereiten, daß etwas Schicksalvolles naht. So beginnt das erste Kapitel, das uns mit der Ankunft des jungen Schwarmgeistes in seiner neuen Wirkungskreise bekannt macht, mit der Schilderung eines Unwetters, das über den Schauplatz der Handlung dahinstrast, und das die Dorfbewohner angstvoll fragen läßt, ob es nicht die Vorbedeutung eines Unheils sei, das in allernächster Zeit über Dorf und Gemeinde, oder vielmehr sogar über das ganze Land hereinbrechen werde, und die Schlußkatastrophe wird von einem Gewitter begleitet, dessen Vorboten ein Abbild der Zornstimmung sind, die in der Versammlung herrscht, bevor der Unglückliche zum letztenmal auftritt. Eine unheimliche Finsternis macht es schon um 12 Uhr nachmittags unmöglich, die Uhr zu erkennen, und heftige Windstöße hüllen die Gegend in Wolken von ascheähnlichem Staub. Als er zum Himmel erhebt und zu reden versucht, erklingt in der Ferne ein dumpfes Donnergetöse, und als er zusammenbricht und mit stöhnendem Schluchzen ausruft: „Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen!“ rollen gewaltige Donnerschläge über das Haus hin, und eine Hagelförnern vermischter Regen prasselt gegen die Fensterscheiben. Der erste Buch des Romans heißt „Erde“, das zweite, das ihm den Himmel gegeben hat, „Das gelobte Land“, und das dritte „Das Gericht“, das enthält das Gericht über die undankbare Gemeinde, die sich für einen Heiligen hält, aber voll Neid und Habguth ist, und über den Weltverbessern



die Grenzen der Menschheit nicht anerkennt und sich vermißt, mit dem Scheitel die Sterne zu berühren.

Nirgendß haften dann  
Die unsicheren Sohlen,  
Und mit ihm spielen  
Wollen und Winde.

Hans Aanrud. Erzählungen. Erstes und zweites Tausend. Einzig autorisierte Uebersetzungen von Dr. Friedrich Leskien und Walther R. Schmidt. Leipzig. Verlag von Georg Meiseburger. 1909.

Durch sein „Sibsel Langröckchen, eine Erzählung für große und kleine Leute“, die allerliebste ist, und sein „Kroppzeug, zwölf Geschichten von kleinen Menschen und Tieren“, die in seinem Heimatlande Gemeingut geworden sein sollen, ist der Norweger Hans Aanrud auch bei uns schnell bekannt und beliebt geworden. Wird sich die Zahl seiner deutschen Bewunderer durch die Bauerngeschichten, die der vorliegende Band bringt, vermehren? Müde Kulturmenschen, die sich aus dem lästigen Glanz und dem schwindelhaften Luxus ihrer mit allem Komfort der Neuzeit ausgestatteten Wohnungen hinaussehen in eine einfache Welt, in der die Sitten der unverfälschten Natur noch näher stehen, weil die Instinkte noch nicht durch die Reflexion verkümmert sind, werden sicher Gefallen daran finden. Sie enthalten fast gar keine Handlung, gewähren aber einen interessanten Einblick in das Gemütsleben und die Daseinsformen des norwegischen Bauern, der dem unsrigen so nahe verwandt und doch so verschieden von ihm ist. Wie der deutsche vereinigt er eine reiche Innerlichkeit mit einer derb realistischen Anschauungsweise und weiß er seinen Vorteil mit ziemlich strupelloser Schlaueit wahrzunehmen. Er steht aber, nach Hans Aanruds Erzählungen zu urteilen, noch weit mehr unter dem Einfluß biblisch-kirchlicher Vorstellungen und denkt mehr an seiner Seelen Seligkeit als unsere ländliche Bevölkerung, ohne im übrigen besser zu sein. Daß, um nur ein Beispiel anzuführen, eine gesunde, tätige Bauernfrau sich krank ängstigt, weil sie, ohne sich einer Missetat bewußt zu sein, infolge einer Predigt über Matthäi 12, V. 31 u. 32 fürchtet, die Sünde begangen zu haben, die nicht vergeben wird, dürfte bei uns kaum vorkommen. Alle Gestalten, die der Dichter uns vorführt, sind scharf umrissen, und die Welt, in der sie sich bewegen, steht mit einer Deutlichkeit vor uns, die nicht übertroffen werden kann. Die durch die Sonne der Kultur noch nicht abgeblaßte Ursprünglichkeit ihres Wesens und ihre Umwelt, in der uns so vieles fremdartig anmutet, regen die Phantasie angenehm an, und mancher wird diese nordischen Bauerngeschichten den heimischen vielleicht vorziehen.

Am Wege gepflückt. Novellen von H. E. Lange. Berlin-Leipzig. Moderne Verlagsbuchhandlung Curt Wigand. 1909.

Die Blumen, die bei uns am Wege wachsen, zeichnen sich weder durch heraufschendenden Duft noch durch Farbenpracht aus, und wenn die Verfasserin

ihren Novellen den Gesamttitel gegeben hat „Am Wege gepflücht“, so hat sie vermutlich damit andeuten wollen, daß sie darin schlicht und einfach Ereignisse und Menschen schildert, die sich weder durch Seltenheit noch durch Glanz auszeichnen. Sie hätte sie aber auch schlicht und einfach mit Novellen, sondern Erzählungen oder Geschichten nennen sollen. In der Novelle verlangt dichterisches Kompositionstalent; sie soll einen Knoten schürzen, eine spannende Handlung zur Krisis bringen, ein psychologisches Problem wenn nicht lösen, so doch wirkungsvoll beleuchten und uns trotz aller Kürze ein anziehendes Zeitbild geben. Wer nur ein Erlebnis zu erzählen hat, soll sich, auch wenn es ein Stück Menschenschicksal enthält, mit dem guten deutschen Wort Erzählung begnügen. Wenn eine Erzählung keine zu verbrauchten Motive enthält, weder zu phantastisch noch zu banal ist, hat sie literarisch ebenso viel Berechtigung wie die kunstreichere Novelle. Die vorliegende Sammlung enthält also keine Novellen, sondern nur ganz unterhaltfame lebenswahre Erzählungen. Einige, wie „Der fliegende Ehemann“, „Der Ruß“, „Durchlaucht“, gewinnen uns manch bezauberndes Lächeln ab durch ihre reizvolle Schalkhaftigkeit und freudige Lebensbejahung; andere, wie „Noch einmal ein Frühlingstraum“, „Die Eheverlorenen“ (besser „Die für die Ehe Verlorenen“) zeigen uns Entsetzliches ohne jede pessimistische Anwandlung in wohlthuender Beleuchtung. Kurz, ein Buch mit gesunden Familienblattgeschichten, die den hypermodernen, psychopathischen Romanen und Novellen noch immer eine erfreuliche Konkurrenz machen.

Grau und Golden. Hamburger Geschichten und Skizzen von Frau Stadenhagen. Mit Buchschmuck sowie mit einer Einleitung über das Dichters Leben und mit seinem Bilde. Hamburg. Im Gutenberg-Verlag. Dr. Ernst Schulze. 1908. 2. bis 4. Tausend.

Wie die Dramen des nach entbehrungsreicher Jugend und barmherzigen Ringen um das tägliche Brot schon im 30. Lebensjahre hingerafft des Dichters die deutsche Bühne nicht erobert haben trotz ihrer von den Urteilsfähigen bewunderten Vorzüge, weil das Verständnis der plattdeutschen Mundart, in der sie gedichtet sind, auf Niederdeutschland beschränkt ist, und weil wir so wenige Schauspieler haben, die plattdeutsch sprechen können, werden auch seine Hamburger Geschichten und Skizzen ihres Dialekts wegen wahrscheinlich weniger gelesen werden, als sie verdienen. Sie zeugen von einer außerordentlichen Fähigkeit, die der Wirklichkeit abgelaugte, wetterfesten Menschen an der Waterkant sicher und eindrucksvoll vorzustellen, und die uns meist recht unbekannten Natur- und Kulturverhältnisse, unter denen sie leben, anschaulich und glaubhaft zu schildern. Der Hintergrund, auf dem sich die Handlung abspielt, bildet die Elbinsel Altona nördlich bei Hamburg, deren eigenartige, knorrige, oft harte Bäume plastisch deutlich vor uns hintreten. Die Führung der Handlung ist dramatischer Straffheit, wie das bei einem Dichter natürlich ist.

Hauptbegabung auf dem Gebiet des Dramas lag. Die tragisch endende Liebesgeschichte „Fischerjugend“ ist mit Kellers „Romeo und Julia auf dem Dorfe“ verglichen worden, aber mit Unrecht; ihr dichterischer Wert ist entschieden weniger groß. Die plattdeutsch-hochdeutsche Mischsprache, die in einigen der Geschichten, wie in „Krischan Kattun“ gesprochen wird, wirkt ganz ergötzlich, wenn sie auch Onkel Bräsiges Missingsch an Humor und Drolligkeit längst nicht gleich kommt. Daß die frische Natürlichkeit und die realistische Kunst, mit der sie erzählt sind, den Hamburger Geschichten viele Freunde gewonnen haben, wird dadurch bewiesen, daß eine Neuauflage derselben nötig geworden ist. Diese Freunde werden unter den Gebildeten zu suchen sein, auf welche die Darstellung von Menschen und Zuständen, die von den ihnen bekannten so sehr abweichen, schon durch den Reiz des Kontrastes wirkt. Der dritte und vierte Stand lieft lieber Geschichten, die ihn über die Prosa seiner Lebensverhältnisse hinausheben und seiner Phantasie lockendere Ziele geben; Geschichten, die ihm seine eignen, ihm genügend bekannten Lebensgewohnheiten vorführen, sind, wenn sie nicht wie Fritz Reuters Lüsschens und Niemeis mit Humor durchtränkt sind, für ihn reizlos. Das Buch ist mit einem Bilde des Dichters geschmückt und enthält eine warmherzig geschriebene Einleitung über Leben und Bedeutung des Dichters von Dr. Ernst Schulze.

Nordische Volks- und Hausmärchen. Gesammelt von P. Th. Asbjørnsen und Jörgen Moe. Ausgewählt und herausgegeben von Björn Björnson. Deutsch von Pauline Kläiber. Albert Langen. Verlag für Literatur und Kunst. München 1909.

Wie in dem Märchen vom Königssohn, der ins unwegsame Dickicht eindringt und das verzauberte Dornröschen wachküßt, die Heldensage vom furchtlosen Siegfried nachklingt, der durch die Waberlohe dringt und Brunnhild aus dem Zauberschlaf erweckt, und wie diese Sage wieder nur eine Umbildung des Mythos vom Frühlingsgott ist, der die Erdjungfrau vom Eispanzer befreit, so tönt uns aus den meisten Volksmärchen ein leises wunderbares Echo uralter Götter- und Heldensagen entgegen, und das gibt ihnen einen Reiz, den jedes, selbst das sinnigste, von einem echten Dichter erfundene Kunstmärchen entbehrt. Auch in den nordischen Volks- und Hausmärchen sieht man hier und da einen Strahl von der Naturallegorie des ursprünglichen Göttermythos ausblitzen, wenn er auch gleich wieder verbännt und zerflattert, und wir Deutsche sollen ihnen eine gewisse Pietät entgegenbringen wie unseren eigenen, von den Gebrüdern Grimm gesammelten Märchen, sind wir doch eines Blutes mit den Skandinaviern und besitzen in der in Island vom Untergang geretteten Edda, den Urgroßmuttermären, einen gemeinsamen Schatz. Ob die Sammler sie mit demselben feinen Verständnis für Sprache und Poesie und mit derselben „Andacht zum Unbedeutenden“ dem Volksmunde abgelauscht haben, läßt sich nach der Uebersetzung nicht beurteilen. An Treuherzigkeit und

Sinnigkeit stehen sie den unsrigen wohl im ganzen nach; dafür gibt ihnen das Fremdartige, das ihnen auch dort eigen ist, wo sie mit ihnen auf gemeinsamem Boden stehen, einen besonderen Reiz. Wie aus unsern Märchen lacht uns auch aus ihnen ein erfrischender, oft etwas derber Humor entgegen, wie er allen germanischen Völkern eigen ist. Björn Björnson hat ihnen eine lezenswerte Einleitung mitgegeben und drei berühmte Norweger haben sie mit wunderhübschen Bildern versehen.

Julius Grosse, Ausgewählte Werke. Mit einer Biographie des Dichters von A. Bartels, unter Mitwirkung und mit Einleitungen von A. Bartels, J. Ettlinger, H. v. Gumpenberg und J. Wunder herausgegeben von Antonie Grosse. Berlin. Alexander Duncker Verlag.

Die Werke des Dichters Julius Grosse haben weder bei seinen Lebzeiten noch nach seinem Tode im Jahre 1902 die Verbreitung gefunden, die sie nach der kritischen Würdigung, die ihnen von Berufsleuten wie Paul Heyse, Emanuel Geibel, Graf Schenk und anderen zuteil geworden zu verdient hätten. In seinen Lebenserinnerungen „Ursachen und Wirkungen“, die leider nur bis 1870, dem Jahre seiner ersten Uebersiedlung nach Weimar, reichen, wo er an Ferdinand Kurnbergers Stelle Generalsekretär der Schillerstiftung wurde, nennt er sich, weil ihm trotz aller günstigen Kritiken ein durchschlagender Erfolg versagt geblieben ist, einen Reckbock; aber war es wirklich nur Reck, war es nicht doch die natürliche Folge davon, daß er in übergroßem Produktionsdrange fast alle Gebiete der Dichtung betrat, sich unablässig zu neuen Schöpfungen angeregt fühlte und sich keine rechte Zeit ließ, sich die Stoffe, die ihm zuströmten, völlig zu eigen zu machen und sie aus seinem Innersten heraus wahrhaft zu gestalten? Eine so reiche schöpferische Phantasie, wie er sie besaß, bringt immer die Gefahr mit sich, die Stoffe nicht genügend zu verarbeiten und zu viel zu dichten, und dieser Gefahr ist er vielfach unterlegen. Der Literaturhistoriker Adolf Stern bedauert, daß sich bei ihm zwischen Dichtungen, die seine Vorzüge ins beste Licht setzten, immer wieder neue, nur bald ausgereifte drängten, zu deren rasch erfaßten Stoffen er keine innere Beziehung gewonnen hatte, und die deshalb etwas Phantastisch-Unwahres an sich trugen, und daß er namentlich in seinen Prosaerzählungen zu wenig Gewicht gelegt habe auf die völlige Durchbildung des Stoffes, Gleichmaß der Gesamtausführung, Proportionalität der Teile, Klarheit und Kraft des Stils. — Sein dichterisches Lebenswerk umfaßt mehr als 100 Bände, und da im Drange der Gegenwart niemand mehr Zeit hat, diese zu lesen, ist es ein dankenswertes Unternehmen, durch eine Auswahl seiner bedeutendsten Werke die Erinnerung an sein Bestes im deutschen Volke wach zu erhalten, diesem einen Einblick in sein vielseitiges und unermüdeliches Schaffen zu gewähren und die Möglichkeit zu geben, es gerecht zu werden. Der Name der Männer, welche die Auswahl getroffen

haben, bürgt dafür, daß es mit Verständnis und Liebe geschehen ist. Die Lebensskizze des Dichters und die feinsinnige Einleitung zu den lyrischen Gedichten sind von Adolf Bartels geschrieben, und zwar ohne den Gefühlsüberschwang, die einem so manche Dichterbiographie verleidet. Seine lyrischen Gedichte haben Julius Grosse zuerst bekannt gemacht, und sie werden seinen Ruhm vielleicht am längsten erhalten. Sie sind von großer Innigkeit und Tiefe der Empfindung und von einer sprachlichen Bildkraft, die immer wurzelkräftig aus der Anschauung emporstrebt. A. Bartels bezeichnet sie sehr glücklich als Phantasielyrik, weil sie nicht von einer durch sein Leben gegebenen Gelegenheit ausgeht, sondern sich eine seiner Empfindung entsprechende Situation schafft und an „ein empfindungsdurchtränktes Phantasiebild“ anknüpft. Sie hat immer einen eignen Ton, und manches Gedicht ist von einem hinreißenden Klang, wie z. B. das bekannte

„Sehnsucht, auf den Knien  
Schauest du himmelwärts.“ —

Die Einleitung zu den epischen Gedichten, die neben seiner Lyrik das Beste in seinem künstlerischen Schaffen bedeuten, ist von Franz Muncker. Daß sie nicht alle auf gleicher Höhe stehen, ist selbstverständlich; aber die einst wohl am meisten bewunderten „Das Mädchen von Kapri“ und „Gundel vom Königssee“ vermögen auch jetzt noch, so sehr sich unser literarischer Geschmack seit den Jahren 1856 und 1865, in denen sie erschienen, infolge der naturalistischen Revolution geändert hat, jedes Gemüt, das sich Empfänglichkeit für Poesie bewahrt hat, zu erfreuen. In der Kunst der Seelenmalerei, in Reichthum an poetisch schönen und menschlich ergreifenden Zügen, in anmutiger Naturschilderung, in plastischer Darstellung des Zuständlichen und in sicherer Beherrschung der Form stehen sie mancher Novelle in Versen, die größeren Ruhm erlangt hat, wie z. B. Scheffels Trompeter von Säckingen, wohl kaum nach. Der Dichter selbst soll sein letztes und umfangreichstes episches Werk, das „Wolframslieb“ am höchsten eingeschätzt haben; aber die Nachwelt wird sich ebenso wenig für diesen Zeitroman begeistern, in dem die ganze Weltgeschichte von 1848 bis 1871 in einer Fülle von metrischen Formen, in reimlosen und gereimten, antiken und modernen Versen, deutschen und ausländischen Strophen an uns vorüberzieht, wie es seine Zeitgenossen zu seiner Entschung getan haben. Wenn es auch reich an Schönheiten ist und darin überall das umfassende Wissen und die hohe Besinnung des Dichtersutage tritt, so fehlt es darin doch zu sehr an einem festen Aufbau und an der rechten Verschmelzung der geschichtlichen Vorgänge mit den persönlichen Schicksalen des Helden, um es als ein Werk aus einem Guß erscheinen zu lassen, das Aussicht hat, der Zeiten Wechsel zu überdauern, und die Herausgeber der ausgewählten Werke haben recht getan, es nicht darin aufzunehmen, wenn vielleicht auch hauptsächlich sein allzugroßer Umfang sie

dazu bestimmt hat. Daß der Dichter sich über die Art seiner Begabung getäuscht und das Drama für sein eigentliches Fach gehalten hat, — zu seinem eignen Auspruch hielt er jedes Jahr für verloren, das ihm mit ein neues Stück gereift hatte, — setzt uns nicht in Erstaunen, glaubt doch auch Paul Heyse in seinen Dramen sein Bestes geleistet zu haben: es nur zwei Tragödien von ihm sind überhaupt aufgeführt worden und bekommen nur ein kurzes Bühnenleben gehabt. Die Brudertragödie „Der Inglinger“, der ein sagenhafter, nordisch=phantastischer Stoff zugrunde liegt, hat auf der Münchener Hofbühne einen Achtungserfolg gehabt, und „Tiberius“ einen solchen auf mehreren größeren Theatern, auch in Braunschweig und Berlin, und nur diese beiden hat Hans von Gumppenberg in die ausgewählten Werke aufgenommen. Wenn sie auch dem heutigen Geschmack nicht mehr entsprechen, so kommt doch des Dichters dramatische Begabung, sein bühnentechnisches Geschick, seine Kraft, lebendige Gestalten vor uns hinzustellen und die Handlung energisch zu kommentieren, darin zur vollen Geltung, und eine Wiederbelebung für die Tagesbühne würde sich wohl scheinlich durchaus lohnen, besonders die des Tiberius, ist es doch ein Bestreben der Gegenwart, nicht nur die Verbrecher, von denen die Zeitungen berichten, sondern auch die Schreckgestalten der Geschichte aus dem zwingenden Voraussetzungen zu verstehen und milde zu beurteilen, wenn nicht gar naturalistisch zu rechtfertigen. Die Ansicht, daß Tiberius nicht ganz das Ungeheuer gewesen ist, als das Tacitus ihn hinstellt, sondern ein Mensch, der „ebenso viel Versündigung erlitten als begangen hat“, entspricht dem Empfinden unserer Zeit, wenn man auch nicht gerade so weit geht wie einst Adolf Stahr, der ihn für einen bemitleidenswürdigen Unglücklichen hielt, den nur die Umstände zu all den Greueln zwangen, die er beging, und der mit seinem jetzt wohl vergessenen Buch über die Mode, historische Missetäter zu retten, einleitete. Ein etwas beschränkter Kritiker meinte damals zwar, man wisse nicht, wen man mehr bedauern solle, ob Adolf Stahr, daß er keinen Würdigeren zu retten gefunden habe, oder Tiberius, daß kein Würdigerer versucht habe, ihn zu retten. Die Tatsache ist, daß viele seitdem ihre Ansicht über „den greisen Tyrannen“ geändert haben, und Großes Tragödie würde jetzt vielleicht das Publikum mehr fesseln, als sie es zur Zeit ihres Erscheinens tat. Nimmt man rein dichterisch ohne Hinblick auf historische Wahrheit, ist ihr dramatische Kraft und Wirkung nicht abzuspochen, und die Stellung des Kaisers zum Christentum, seine Auseinandersetzung mit dem heimkehrenden Pontius Pilatus und seine prophetische Ueberantwortung der Welt Herrschaft an germanischen Barbaren würde vielen gewiß sehr sympathisch sein. — Wenigstens Aussicht auf eine dauernde Wiederbelebung haben jedenfalls des Dichters Romane und Novellen, aus deren viele Bände umfassenden Werke Josef Ettinger nur vier ausgewählt hat, die beiden Novellen „Der Heinz“ und „Ravensbeck“ und die beiden Romane „Das Bürgerweib von Weimar“ und „Der Spion“; aber obgleich diese seine Vielseitigkeit

finden und Erfinden von Stoffen und Motiven, seine Gabe, den Knoten einer Handlung zu schürzen und zu entwirren, ohne den Tatsachen Gewalt anzutun, ins hellste Licht setzen, entspricht doch vieles darin unserem geschärften Wirklichkeitsgefühl nicht mehr und mutet uns als recht altfränkisch an. Vielleicht hätte sich der 1885 erschienene Zeitroman „Der getreue Eckart“, der in bezug auf Komposition und Gestaltensfülle wohl sein bestes und jedenfalls sein persönlichstes Werk ist, mehr dazu geeignet, das Andenken an sein Schaffen auf diesem Gebiet wach zu erhalten und ihm neue Freunde zu gewinnen; aber der Umstand, daß er gar zu viele lange Gespräche enthält, die, so geist- und gedankenreich sie auch sein mögen, den Leser leicht ermüden, und daß das soziale Zeitmotiv, das ihm zugrunde liegt, zu tendenziös hervortritt, wird die Herausgeber, die ihres Amtes mit so liebevollem Fleiß gewaltet haben, veranlaßt haben, ihn nicht in die ausgewählten Werke aufzunehmen. Möchten diese recht viele Leser finden, damit der Name des Dichters für das lebende Geschlecht seinen guten Klang behalte und auch für das kommende noch recht lange mehr als Schall und Rauch sei.

M. Fuhrmann.

Carl Hilsm, Satan. Verlag „Lumen“, Wien 1908, Leipzig.

Wenn man den Cain Carl Hilsm mit dem Byrons, an den er sich der inneren Auffassung nach unmittelbar anschließt, vergleicht, so fällt der ungeheure religiöse Fortschritt auf, den die moderne Dichtung enthält. Er liegt darin, daß sie nicht bei klagender, zweifelnder, anklagender Auflehnung gegen den kindlich gedachten, inkonsequenten, überweltlichen Gott Adams und Abels stehen bleibt, sondern auf die Vorstellung von einem echteren und wahreren Gott hinzielt, der im Menschenherzen selbst sich offenbaren will. Deswegen ist Cain so unruhevoll, weil ihm in der Brust der andere Gott keimt. Er hat ihn noch nicht entdeckt, aber er ist's, der ihn reizt, sich gegen das Oberflächliche, Inkonsequente, Unwahrhaftige des üblichen Gottesdienstes aufzulehnen, und ihn zur Unglücksstat treibt, die ihn aus der Reihe jener Glücklichen hinaus schleudert, welche jeden Zweifel durch fromme Gebete ersticken. Denn er soll gehen, und ehrlich und tief erlebend, leidend und ringend den wahren Gott entdecken, der ihm im Herzen reden will, und sich ihm darbieten zur Auswirkung seines Willens auf Erden. So wird er ein neues Eden schaffen, das nun erst ein wahres Paradies sein kann.

So ist die Dichtung ein bedeutendes Dokument der Religionsauffassung, des religiösen Erlebnisses unserer Zeit.

Zur vollen Ausgestaltung dieser Idee aber reichte der Stoff der Cain-Legende nicht aus. Schon die Voraussetzung, daß der Held, der unter solchen Konflikten leidet, zu den allerersten Menschen gehört, ist störend. Aber es ist überhaupt der Kreis eines Menschenlebens zu eng begrenzt, als daß diese wunderbare Entwicklung an ihm zur vollen Anschauung gebracht werden könnte. Heute tritt Carl Hilsm noch einmal mit demselben Dichte-

rijschen Vorwurf auf den Plan; Kain aber hat sich ausgewaschen vor Satan! Und jene Entwicklung hat weltumspannende Bedeutung gewonnen.

Satan ist es, der zum Christus wird! Ein Riesenmythus ist es der Gotteskraft, die sich selbst in Starrheit und Unbewußtheit gebannt hat, um zu schaffen, um als innere Lebendigkeit die Starrheit zu vermannen und zu erlösen. In der Dumpsheit erwachend, zunächst nur als ertrüberischen Troß entdeckt, sie sich selbst in ihrer Einzelheit, wider den tyrannischen Gott anstürmend, der die unselige Welt geschaffen. Aber im gigantischen Kampfe, bei dem Sterne zertrümmern und Welten vergehen, entdeckt der siegende Satan voll Enttäuschung und Verzweiflung, daß die geträumten Himmel leer sind und daß es den fernern, egoistischen Welt herrscher gar nicht gibt. Nun wendet er sich in schmerzlichem Liebesdrange zur unseligen Welt, um sie zu kennen und ihr zu helfen. Da entdeckt er in der ringenden Flamme des eignen Innern die leuchtende Spur des wahren Gottes; sich selbst mit der eignen Empörungslust lernt er als eine lebendige schaffende Kraft dieses Gottes begreifen. In Schöpfermuth inbrünstig liebenden Erlösungstaten findet er in sich den Weg beim zu leuchtenden Urgrund, und führt er die Welt zu Gott zurück. Als Christus verblutet er am Kreuz, denn die Starrheit des Irdischen muß immer wider die göttliche Lebendigkeit kämpfen, und nicht durch Gewalt zu äußeren Sieg, sondern durch die verwandelnde Kraft des inneren Sieges bei äußerem Unterliegen durchbringt der Geist erlösend den Stoff. Auch der Dichter solchermaßen eine Psychologie des Erlösungstodes, so hält er sich doch von realistischen Zügen in der äußeren Erscheinungsform der Erde von Golgatha fern. Denn jene Zeit und unsere und die kommende Zeiten fließen ihm in eins zusammen. Die Erlösungstat der Erde ist aber noch nicht vollendet. Und der Narrenstaat, den er verspottet, der auf dem Wahn und den Egoismus gebaut ist, gleicht dem Gesellschaftszustande, den wir kennen, gar sehr. Fort und fort aber werden Kräfte aus ihm, aus innerer Lebendigkeit geweckt und hinübergerettet in das neue selige Reich der Gnade und des Lichts, in welchem ein jeder sich selbst als schaffende Gotteskraft und in Freude für das Ganze wirkt, sicher geleitet von dem Lichte des Inneren.

Wahrhaft bewunderungswürdig ist die seelische Kraft, mit der der Riesenstoff bewältigt worden ist. Der Geist dieses Buches ist ein wahrhaft feuriger, aufregender, schaffender Frühlingsgeist. Leicht zu verstehen ist das Buch nicht. Nicht einmal leicht zu ertragen. Es dringt mit gewaltiger Wirkung ins Innere, ruft alle Kräfte zu äußerster Tätigkeit auf und treibt hoch empor zu reiner leuchtender Schau.

Ueberreich ist die Fülle von interessanten Entwicklungsstadien und Beziehungseinzelheiten, durch die die Handlung führt. Sehr stark ist die Kritik heutiger Zustände, wenn unsere Welt von außen her angegriffen wird, von der besseren Welt aus, die die erwachten Geister sich ge-



Aber nicht Kritik und Satire, sondern die produktive Kraft neuer, höherer Vorstellungen ist der Zweck und die Stärke des Buches. Die Schilderung der neuen Welt ist sehr reich, erhaben und lichtvoll. An einer einzigen Stelle nur, bei der Darstellung der Liebe, bleibt die Schilderung negativ, durch den Gegensatz zu heutigen Zuständen bedingt, und wirkt darum ärmlich. Da wird so etwas wie freie Liebe verkündet. Aber es gehört sich doch, daß dort unter Liebenden ein so seliges Erkennen urewiger Zweieinigkeit ist, und daß aus göttlicher Tiefe her dort Monogamie so selbstverständlich ist, daß auch der Widerspruch gegen das Zerrbild: eine Monogamie, die nur durch äußeren Zwang zusammenhalten wird, unnötig wurde. Dort sollte Liebe so frei sein, daß sie es nicht zu versichern braucht, zugleich aber tief gebunden, und auch dieses wäre selbstverständlich. So nur will es mir zu den kühnen Harmonien passen, in denen der Sang von jener Welt erklingt.

Die ungeheuren Dimensionen der Dichtung sprengen das feste dramatische Band. Die Form ist dem zweiten Teil des Faust nachgebildet. Auch die Sprache schließt sich unmittelbar an dessen Sprache an. Auch wo sie dort greisenhaft ist, werden ihre Eigentümlichkeiten mit aufgenommen.

Das widerspricht dem jugendlichen Geist der Dichtung, wirkt als Nachlässigkeit und stört zuerst sehr. Mit der Zeit gewöhnt man sich daran. Man erkennt, daß dem Dichter seine Aufgabe vielleicht ins Uebermenschliche gewachsen wäre, wenn er versucht hätte, die Ausdrucksform an Bedeutung dem geistigen Gehalt der Dichtung anzunähern. Man lernt es allmählich so ansehen, daß auf Form eigentlich überhaupt verzichtet und nur gestammelt wurde, und schätzt es als eine geniale Vereinfachung, die die Dichtung vielleicht erst möglich machte. Es entstand der äußerste Gegensatz zur *l'art pour l'art*-Kunst: hier ist der Gehalt alles. Sehen wir es einmal so an, so öffnet sich uns der Sinn dafür, daß dieses Stammeln doch das eines Formgewaltigen ist.

Gertrud Prellwitz.

## Theater-Korrespondenz.

### Shakespeares Macbeth im Charlottenburger Schiller-Theater.

Was bei der „Cäsar“-Vorstellung des Schiller-Theaters geschah, muß bei diesem Drama, welches wegen seines das Gewöhnliche weit überragenden Heldenpaares zu den am schwersten aufzuführenden gehört, wiederholt werden: es ist eine Freude zu sehen, wie sich diese Volkstheater an die höchsten Aufgaben der Kunst nicht bloß wagt, sondern sie unter einer offenbar energischen, einsichtsvollen und in materieller Begabung großdenkenden Leitung in würdiger Weise zu lösen versteht. In der Leistungsfähigkeit steht das Schiller-Theater mit seinen außerordentlich geringen Preisen wahrscheinlich allein in der Welt da. Und da die Bühnen, welche sonst zur Gestaltung der höchsten dramatischen Gebilde die besten und finanziellen Mittel haben, mit ihren ungeheuren Preisen sich an die Reichen wenden — die Reichen, denen Belehrung, geistiger Genuß und seelische Erbauung aus hundert Quellen zufließen —; da die wohlhabenden Weltstadtbewohner und vor allem die Weltstadtjugend auf derartigen Genüssen verzichten müssen, welche die Mittelstädte ihrem Publikum reichlich bieten: so kann das Bestreben des Schiller-Theaters nicht hoch genug anerkannt werden, zumal da die großen Bühnen gar nicht daran denken, nach künstlerisch und pekuniär reichlichen Neueinstudierungen klassischer Dramen mit einem kleinen Opernensemble nationale Pflicht zu erfüllen und in verbilligten Einzeldarstellungen oder Zyklen dem großen Publikum diese wirkungsvollsten Kunstgenüsse zugänglich zu machen. Daß das in der heutigen im Materialismus verkommenen Zeit eine nationale Pflicht ist, daran kann nur derjenige zweifeln, dem das Theater bloß ein Geschäfts- oder ein Vergnügungshaus ist. In Wirklichkeit sollte es sein ein Tempel, der auf dem Boden der Kunst steht. Als ich eine spätere Vorstellung des Macbeth besuchte, war das Theater noch immer bis auf den letzten Platz besetzt. Das Publikum ist also für die idealen Bestrebungen des Leiters und seiner Mitarbeiter: wir dürfen hoffen, daß es ihrem Eifer gelingen wird, für unsere Willkür etwas Eigenartiges zu schaffen: eine billige Musterbühne.

Die Wahl der Vertreter der ersten Rollen hängt immer von dem derzeitigen Personal der Gesellschaft ab, und es ist nicht immer möglich, diese Rollen ganz genau den Intentionen des Dichters gemäß zu besetzen. So war es einer unserer vornehmsten Bühnen nicht möglich, einen jugendlichen Jago aufzutreiben; einen jugendlichen Hamlet habe ich überhaupt noch niemals gesehen. Hier war der Macbeth (Herr Pategg) älter, als Shakspeare ihn sich gedacht hat. Shaksperes Macbeth ist kaum ein Vierziger, ein jugendlicher Mann: das zeigt die leichte Erregbarkeit, die unbeherrschte Leidenschaft, die sinnliche Zärtlichkeit in dem Verhältnis zu seiner schönen Gemahlin, die ihr einen so verhängnisvollen Einfluß auf sein Handeln sichert, und vor allem seine ganz uneingedämmte, jugendlich üppige Phantasiethätigkeit. Diese Phantasie ist der Urgrund zu seinem Verbrechen und enthüllt ihn schließlich der Welt als Mörder. Jahre hindurch hat sie ihm das Bild des königlichen Macbeth in seiner Macht und Herrlichkeit gezeigt — allerdings ein naheliegendes Bild für den heldenhaften Vetter des Königs eines Wahlreiches. Sie wird nicht müde, ihm die Brauengemälde entgegenzuhalten der Thaten, die er begehen will und die er beangen hat. Sie läßt ihm nach dem Königsmorde keine Ruhe auf dem Throne, wo er sich geborgen fühlen könnte: in dem ihm ewig nahen Bilde des in Todesqual verzerrten Greisenantlitzes sieht er sich selbst als das Opfer des gleichen Verbrechens; und die Angst vor Entdeckung, die er in der Mordnacht empfand, als das furchtbare Klopfen ertönte, überschattet sein ganzes späteres Leben. Daher sein freudloses Königsein. — Nebenbei bemerkt: wie seelenverwandt ist ihm sein Weib! Auch sie — das zeigt uns die Szene ihres Nachtwandels — verfolgen die Bilder der Mordnacht ohne Ermatten wie wiruri und treiben sie in den Tod. — Schließlich wird Macbeths Phantasie durch die Nachricht von der auf sein Geheiß vollführten Ermordung Banquos so erregt, daß sie das lebhafteste innere Bild von dem schauerlichen Leichnam nach außen projiziert, es in einer Halluzination scheinbar handgreiflich vor ihn hinstellt und zur Verrätherin an ihm wird. Zum tragischen Verhängnis aber kann diese innere Kraft doch wohl nur bei jugendlichen Menschen werden.

Der Macbeth des Schiller-Theaters zeigte die Ruhe in seiner Haltung, Gemächlichkeit der Bewegungen, wie sie einem späteren Alter eignen. Er ist nicht elastisch, temperamentvoll, nervös genug, wie ein junger Rassenmensch sein muß. Ein solcher zuckt sichtlich zusammen, wenn ihm der Gegenstand seines heißesten Wunsches, die Krone, prophezeit wird. Die Erfüllung der ersten Prophezeiung, die Ernennung zum Than von Camdor, ist für ihn nur die halbe Erfüllung der zweiten: sie trifft ihn noch tiefer, und seine zweite Erschütterung, als ihm jetzt zum erstenmal das Bild des gewaltsamen Conraubes vor die Seele tritt, ist so stark, daß sie in halblauten Worten strömt. Die Darstellung dieser Situation war unverständlich. Macbeth ließ seine geheimen Gedanken ganz laut aus, während seine Begleiter in der Nähe standen und ihn beobachteten und anhörten. Banquo soll wohl

Macbeths Erregung bemerken als erstes Verdachtszeichen, aber er darf ja doch nicht von Anfang an durchschauen. Auch in der Mordscene hat Pategg zu laut, besonders die letzten Worte:

Der Tat bewußt — — besser bewußtlos sein.

Klopf' Duncan aus dem Schlaf! — Ach, wenn du's könntest!\*

mußten von den Klopfen am Thor gehört werden und Macbeth gestört werden. Zwischen solchem und einem sinnlos leisen, ganz unverständlichem Vortrag gibt es ja einen Mittelweg.

Im übrigen wurde diese realistisch furchtbarste Szene, die je für die Bühne geschrieben ist, von der jede Zeile ein Charaktergemälde enthält, zu einem so meisterhaften Zusammenspiel dargestellt, wie es schwerlich getroffen werden kann. Besonders die Rede mit dem wiederholten „Schlaf nicht mehr!“ machte die Zuhörer wie die Gattin starr vor Gram. Wundervoll gelang auch, wie manche andere, die Rede „Sie hätte nicht sterben sollen“. — Vielleicht könnte noch etwas mehr aus den beiden Reden Macbeths vor dem Morde herausgeholt werden: hier ist doch viel Wort dichterisches und dramatisches Gold, das der Seele des Zuhörers in zufügen in Scheidemünzen ausgezahlt werden sollte. Die Gastmahlscene, von der noch später die Rede sein wird, kam zu ihrer ganzen großen Wirkung, und so muß neben einzelnen Ausstellungen im kleinen die Gesamtleistung dieses Macbeth als eine bedeutende bezeichnet werden.

Es ist bekannt, daß die Lady Macbeth früher gewöhnlich als nordische Megäre aufgefaßt und von dem ausgesprochensten Mannweibe der betreffenden Gesellschaft dargestellt wurde; weniger bekannt, daß Friedrich Büchser, Dr. Jameson und vor allem die berühmteste Darstellerin dieser Rolle, Mrs. Siddons, diese Auffassung für positiv falsch erklärt haben. Mrs. Siddons, die mit ihrer zarten, durchgeistigten Persönlichkeit eine wilde Baderin niemals hätte darstellen können, gab sie als junge, schöne, zärtliche Gattin, die aus falsch verstandener Liebe ihren vergötterten Gemahl um jeden Preis zum Könige machen möchte. Ihre Kraft besteht in gewaltig gespannten Nerven, die, übermäßig angespannt, zusammenbrechen. Das ist die richtige Auffassung.

Die furchtbaren Worte der Lady:

Kommt, ihr Geister,

Die ihr todbringenden Gedanken dient,

Entweibt mich hier, küßt mich vom Scheitel bis

Zur Geh'randvoll mit wilder Grausamkeit usw.

haben viel Unheil angerichtet, weil man sich nicht klar gemacht hat, daß hier nicht von Eigenschaften die Rede ist, welche die Lady be-

\*) Meine Uebersetzung; im Schiller-Theater lauteten die Worte wie in Dorothea Tieck'schen Uebersetzung, welche aber glücklicherweise für die Aufführung nicht allein maßgebend war. In dem offenbar effektvolleren Original klangen manche Stellen prosaisch.

sondern gerade von solchen, die sie nicht besitzt, die sie aber braucht, um das von ihr erstrebte Ziel zu erreichen. Also die „Grausamkeit“, von der sie spricht, liegt nicht in ihrer Natur; sie will nur ihre wahrhaft weibliche Natur zu ihr versagten Eigenschaften hinaufschrauben durch einen gewaltsamen, nervösen Willensakt; ein solcher Willensakt aber, der sich in der Wirklichkeit stumm in starrer Haltung, mit weitgeöffneten Augen und bebenden Gliedern vollzogen haben würde, muß auf der Bühne sich in Worten darstellen, und diesem Zweck können nur wildklingende Worte dienen. Ebenso wie ihr Gatte nicht leichtthin, ohne Selbstermannung, den Mord vollführen kann, so braucht die Lady zu ihrem Verbrechen die Entweibung, d. h.: sie ist von Natur ein Weib und muß verlernen, eins zu sein. Shakspeare kann in der gewaltig zusammengepreßten Handlung nur wenig Raum darauf verwenden, zu zeigen, daß sie eben doch nur ein Weib ist; aber er tut es auf seine feine, energische Art, z. B. in den unbewachten Worten, als sie wartend im Schloßhofs steht, während der Mord geschieht:

Ach,

Er glied im Schlafe meinem Vater so,  
Sontst hätt' ich es getan. —

Worte, zu kindlich, zu kindisch für eine Mörderin von Beruf. Als sie in der nächsten Szene die entsetzlichen Wirkungen der Tat in dem gänzlich veränderten Wesen ihres Gemahls und in dem fassungslosen Entsetzen der Gäste erschaut, kann sie den Anblick nicht ertragen, sie bricht ohnmächtig zusammen. Wo ist die Hergenshärte, die Verstellungskraft, die sie sich und ihrem Gemahl vorgespielt hat? Und wo bleibt der Stolz, die Genugthuung nach errungenem Erfolge? — Fast die ersten Worte, die wir im dritten Akt von ihr hören, sind:

O, kein Gewinn und nur Verlust,  
Erfüllter Wunsch in friedensarmer Brust.

Ihr Seelenfrieden ist nach der Tat ebenso ganz und für immer dahin, wie der ihres Mannes. Macbeth weiß natürlich, wie es in seinem zweiten Akt aussieht: er schont sie, indem er sie nicht mehr zur Mitwisserin seiner weiteren Mordpläne macht. Sie sieht seelisch dahin, der Schlaf flieht sie, wie ihren Gatten, sie sinkt in halben Wahnsinn und wirft das unerträgliche Leben schließlich von sich. Das soll eine Brunhild sein?

Solch ein Weib könnte ihr edler, hochherziger Gemahl auch nimmermehr lieben; er würde es verabscheuen. Und so sind denn die Liebkosungen in seinem Munde, „teuerste Genossin meiner Größe“, „mein teures Leben“, „mein liebste Weib“ und „süßes Töubchen“, sichere Beweise von der anziehenden Weiblichkeit dieser Verbrecherin aus liebendem Ehrgeiz; denn kein Wort in dieser reißten Periode des Shakspereschen Schaffens ist zwecklos.

Nun aber kann diese Auffassung nicht von jeder Vertreterin dieser Rolle gestaltet werden; dazu gehört eben die feine, nervöse, komplizierte Künstlerindividualität einer Mrs. Siddons: wie sie erzählt, schloß sie

wochenlang nicht vor der Kreierung dieser Rolle. Und jeder Künstler hat das Recht seiner Individualität, und er kann nicht anders, als seine Seele aus seiner Individualität heraus schaffen. Der Lady Macbeth des Schiller-Theaters (Fräulein Anna Feldhammer) lag offenbar eine harte, egoistische nicht für ihren Gatten ehrgeizige Frau näher als eine andere; wenn sie aber ihre Konzeption zu vollendeter Verkörperung brachte, so verrichtete sie unter allen Umständen eine bedeutende künstlerische Tat. Und die Durchführung der Rolle in dieser Auffassung war von Anfang bis zu Ende bewundernswert. Die Bedenken, die sich bei ihrem Auftreten an ihre nicht imposante Persönlichkeit knüpften, zerstreute sie nach den ersten Tönen durch ihr sicheres, charaktervolles Spiel. Jenes furchtbare Entweibungsgebet sprach sie mit gewaltiger Wirkung; es war, als ob die alte Zeit mit ihrem Glauben an böse Geister, die in Billionen den Menschen lauernd umschweben sollten, wieder lebendig geworden wäre, als sie mit gekrümmten Händen die Morddämonen aus den Lüften zu sich herabholte; und der Bürger einer gesittet zahmen Epoche graute vor dieser Kraft urwüchsiges Leidenschaft.

Wie soll die leicht erregbare Seele des liebenden Macbeth solcher Kraft widerstehen! Und so blieb die Künstlerin die ganze Mordhandlung hindurch der böse Geist ihres Gatten, niemals sie selbst, immer Lady Macbeth, nieder für sich, immer mit und in ihrem Opfer lebend. Und noch einmal jagte sich ihre suggestive Macht in der Bankett-Szene in voller Größe, dann freilich, als sie trotzdem alles verloren sieht, zusammenbrechend. Wunderbar fein ausgearbeitet war die Szene des Schlafwandels; ihre furchtbaren Träume aus der Vergangenheit, die sprunghaft, flüchtig vor uns erscheinen, um dann wieder ins Nichts zu sinken, spielten sich mit krasser Naturwahrheit vor uns ab.

Zweierlei hätte in dieser hervorragenden Leistung vermieden werden müssen. Das eine war das Schütteln Macbeths in der Gastmahl-Szene, als er im Bann seiner Halluzination stand; es gibt eine Grenze, wo die Energie des stärksten Weibes Halt machen muß: die Handgreiflichkeit. Die andere waren am Schluß der letztgenannten Szene die stummen Gewissensqualen, dargestellt durch krampfhaftes Windungen des Körpers. Es ist wirklich bedauerlich, daß selbst tüchtige Schauspieler öfters die Neigung zeigen zu dem, was der Dichter bietet, noch etwas ganz Besonderes hinzuzufügen, um die Intention ihres Spiels dem Zuschauer recht klar zu machen, und unter auch um einen Gründlingseffekt zu erluchsen. Es gibt keinen stumpfen Zuschauer, den diese entsetzliche Szene nicht packte. Also stelle dar, was der Dichter geschaffen hat, so gut man kann, und laß wirken; zu vertiefen ist solche Wirkung nicht durch aufgeklebte Realitäten.

Auch Macduff, der in den Händen eines geschickten und temperamentvollen Künstlers lag (Georg Paeschke), tat stellenweise, zur Kennzeichnung seines Schmerzes, äußerlich zuviel; dieser herrlichen Mannesgestalt kann genuggetan werden durch ein ganz einfaches, tief verinnerlichtes Spiel.

Das stumme Gebet freilich, das er zum Himmel schickte um Verzeihung für sich und um Bestrafung des Mörders seiner Lieben, gehörte ganz in den Rahmen dieses meisterhaften Gemäldes. Banquo (Heinz Berneder) wurde würdig dargestellt, aber die Kompliziertheit seiner Natur kam nicht zum Ausdruck. Ganz ehrlich ist er nicht; als Macbeth ihm in der Aufregung vor dem Königsmorde höchst unvorsichtige Andeutungen macht, erkennt er deren Sinn, wie seine Rede beweist, in der er sich auf alle Fälle vor möglichen bedenklichen Folgen zu salvieren sucht. Er weiß, daß Macbeth der Mörder Duncans ist; und Macbeth weiß, daß er ihn durchschaut. Der kluge und furchtlose Macduff, der ebenfalls in Macbeth den Mörder sieht, versagt diesem die Anerkennung und Huldigung; Banquo dagegen spielt den Harmlosen und bleibt an Macbeths Hofe, um hier, wenn die Umstände es so fügen, seine Machtstellung zum Sturze des Königs zu verwerten. Für diese Zweideutigkeit des Handelns erleidet er den Tod nicht ganz unverdient.

Schließlich zur Einrichtung der Gastmahl-Szene, die auf unsern Bühnen immer zu wünschen übrig läßt, weil die Regisseure die gesellschaftlichen Verhältnisse der alten Zeit nicht kennen, unter denen sie sich abspielt. Bei Beginn des Mahles pflegt bei uns der eine Mörder — nebenbei ein Edelmann und nicht, wie er an andern Bühnen gewöhnlich erscheint, ein Strolch — aus der vorderen Seitentür zu treten und Macbeth leise, aber doch allen sichtbar Bericht von dem Tode Banquos zu erstatten. Als ob die Gäste blind wären und nicht aus diesem sonderbaren Zwiegespräch Verdacht schöpfen müßten. Die Regie des Schiller-Theaters hatte dieses ganz sinnlose Arrangement vermieden, indem sie zum Schmuck des Saales Rüstkisten aufgestellt hatte, hinter deren einer der Mörder niederkniete und sich zu verbergen suchte, aber nicht verborgen war. Die verdächtige Haltung Macbeths mußte der Königin und allen Gästen offenbar werden.

Die Situation eines altenglischen Königsmahls war eine derartige, daß der König ganz unauffällig mit dem Mörder sprechen konnte. In dem Bericht über das Gastmahl zur Feier des Friedensabschlusses mit Spanien (1604), an welchem nur fünf Personen teilnahmen, heißt es, daß die auf eine Estrade gestellte königliche Tafel mit Schranken umgeben war, an welchen die Hofleute und Adligen standen und der feißen Staatsaktion zuschauten. So sitzt denn auch bei Shakspeare Macbeth nur mit wenigen höchsten Würdenträgern am Krönungsmahl; die Königin an einem Ende der parallel mit dem Bühnenrande gestellten Tafel auf einem 'state', einem erhöhten Brunkfessel mit Baldachin. Von der Hinterwand nach dem Bühnenrande, zu beiden Seiten der Mitteltür, durch welche die Gesellschaft einzieht, sind zwei Schranken gezogen, an welche aus den Seitentüren die adligen Zuschauer herantreten. Nun begrüßt der leutselige König, ehe er sich an die Tafel setzt, an den Schranken entlanggehend, diesen und jenen Edelmann und spricht mit ihm ein paar Worte. Der Mörder tritt aus der vordersten Tür an die Schranke; zu ihm tritt Macbeth zuletzt und spricht länger mit ihm, ohne

daß jemand darin etwas Verdächtiges finden könnte. — Und nun denke man an die furchtbare Wirkung, wenn der Geist Banquos zur Mittelstirn hineintritt und sich, allen sichtbar und von keinem gesehen, langsam auf den leeren Stuhl an der Tafel hinbewegt. Sich setzen und wieder aufstehen darf er als Geist natürlich nicht, weil er ja seinen Stuhl nicht wegrücken kann und mit den Nachbarn nicht kollidieren darf. Das Schiller-Theater hatte die taktvolle Auskunft getroffen, daß er stehend zum Niveau der Sitzenden hinabsank und schließlich in der Versenkung verschwand.

Die Auslassungen waren maßvoll, vorwiegend im fünften Akt; die Szene, in der Banquo ermordet wird, durfte unter keinen Umständen fehlen, so lästig sie wegen des Szenenwechsels der Regie sein mag. Die Ausstattung war ungemein stimmungsvoll, und was das Schloß-Innere betraf, in dem sich der Königsmord vollzieht, sehr praktisch. Der Anblick der bergigen Heide, aus der sich vereinzelte Felspartien erhoben, versetzte uns mit einem Schlage in das schaurige Nebelland, in dem die Heger ihr Wesen treiben; und bei dem Ernst der Handlung erfreute den Zuschauer in den Szenerien der letzten drei Akte der Durchblick in eine schöne Berglandschaft. Schließlich verdienen die Heger (dieses Mal verkleidete Männer), die ihr Amt besonders ausführlich und eindrucksvoll walteten, ein Lob.

Germann Conrad.



## Politische Korrespondenz.

Oesterreich und die ungarische Krise. — Bundesgenossen für das Magyarentum. — Erzherzog Franz Ferdinand.

Dem ungarischen „Uebergangsministerium“ Welerle-Andrassy-Kossuth-Apponyi ist es nach dreijährigem heißen Bemühen endlich gelungen, sich in Wien unmöglich zu machen. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. April erklärte der abtretende Ministerpräsident, die Demission seines Kabinetts erfolge, weil „das Projekt der Kartellbank gescheitert und eine andere verfassungsmäßige Form für die Errichtung einer selbständigen ungarischen Bank nicht gefunden worden sei und da die Mitglieder der Regierung in der Frage der Notenbank zu keiner einhelligen Vereinbarung kommen könnten, die auf konstitutionelle Annahme rechnen konnte.“ „Unter solchen Umständen, sagte Herr Welerle weiter, „fühlen wir nicht die Kraft, das Parlament zu führen und die verfassungsmäßigen Interessen in jeder Hinsicht zur Geltung zu bringen, weswegen der Ministerrat gestern die Demission beschlossen hat.“

Diese Erklärung des Herrn Welerle verrät ein erschütterndes Ausmaß von Aufrichtigkeit, als in solchen Fällen zur Anwendung zu kommen pflegt. Das volle Verständnis für den Grund der ungarischen Krisis geht uns aber erst auf, wenn wir uns die Aeußerung vergegenwärtigen, die der österreichische Ministerpräsident, Baron Bienerth, einige Tage früher in einer gemeinsamen Ministerberatung tat. Er stellte nämlich fest — ohne durch irgend eine von außen kommende Veranlassung dazu gezwungen worden zu sein — daß „die österreichische Regierung nicht in der Lage sein werde, in naher Zeit auf dem Gebiete der aufzurollenden militärischen Fragen irgendwelche Zugeständnisse (an das Magyarentum) machen zu können, da die Parteien, auf die sich das gegenwärtige österreichische Kabinett stützt, jeden Versuch, durch den die Hegemonie der ungarischen Nation gehoben werden könnte, auf das energischste zurückweisen.“ Der Gewährsmann des Pester Blattes, der hierüber noch vor dem Abgang des ungarischen Koalitionsministeriums berichtete, setzte hinzu, diese Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten habe auf die an den Verhandlungen teilnehmenden ungarischen Staatsmänner wie ein kaltes Sturzbad gewirkt.

Genau eine Woche nach dieser in Wien gepflogenen Ministerberatung machte Herr Welerle im Pester Parlament die Mitteilung vom Rücktritt des Gesamtkabinetts mit der angegebenen Begründung. Später wurde diese ergänzt durch die stellenweise recht elegisch gefärbten Anmerkungen der andern ungarischen Minister; Kossuth schloß im Klub der Unabhängigkeitspartei seine Betrachtungen über die Lage mit den Worten: „Das größte Uebel ist, daß man uns in Wien sehr haßt!“ Und Apponyi fand die Lage „äußerst kritisch“ und „sehr gefährlich“; er befürchtet, daß die Krise die Grenzen der Bankfrage überschreite, — „man müsse immer auf dem Sprung sein“.

Inzwischen ist der König von Ungarn nach Ofenpest gezogen, hat dort eine größere Reihe magyarischer Politiker empfangen und ihre Vorträge und Entwurfsvor schläge angehört, aber keine Entscheidung getroffen. Ueber die Audienzen soll Kaiser Franz Josef — nach einer Meldung des gewöhnlich gut unterrichteten „Neuen Pester Journals“ — gesagt haben: „Die meisten Herren wollen Konzessionen. Einen annehmbaren Plan aber habe ich von niemandem gehört.“ Die längere Dauer der Krisis spricht für die Annahme, daß der Monarch in der That von den ihm vorgelegten Plänen nicht befriedigt wurde. Höchstwahrscheinlich will er aber auch keine Entscheidung treffen, ohne die Ansicht des Thronfolgers gehört zu haben, dessen Person noch nie so auffällig in den politischen Vordergrund trat, wie im Verlaufe dieser ungarischen Krise. Unmittelbar nach der entscheidenden Audienz, die Welerle beim Kaiser gehabt, wurde der abtretende ungarische Ministerpräsident ins Belvedere befohlen, wo er mit dem Erzherzog Franz Ferdinand eine dritthalbstündige Unterredung hatte. Diese Audienz hat in magyarischen Kreisen sehr große Beunruhigung hervorgerufen, ja man versetzte sich in diesem Zusammenhang dort sogar zu der Behauptung, „es sei klar, daß die österreichischen Bestrebungen dahin gerichtet seien, Ungarn in einen neuen nationalen Widerstand zu treiben, da nach österreichischer Auffassung Ungarn aus diesem Kampfe nur als Besiegter hervorgehen könne.“ Eine wesentliche Verschärfung erfuhr die Krise noch durch den Umstand, daß auch Graf Khuen-Hedervary zur Audienz in die Ofener Königsburg befohlen worden war, von dem man aus Erfahrung weiß, daß er bereit ist, gegebenenfalls auch gegen den Willen der Reichstagsmehrheit und überhaupt ohne Mitwirkung des Parlaments Krisen zu beseitigen. Er erachtet aber die Zeit noch nicht für gekommen, um von äußersten Mitteln Gebrauch zu machen. Andererseits ist man auch in Wien noch nicht so weit, um Vertreter der nichtmagyarischen Bevölkerung zur Beratung über die Richtlinien einer neuen Politik heranzuziehen, die sich auf den Boden der im Gesetz festgelegten Gleichberechtigung der Nationalitäten stellt. Aber die besonderen Umstände unter denen sich die Krise entwickelte, bedeutet immerhin den Anfang einer Kursänderung. Oesterreich hat in diesem Falle gesiegt, und das Wort des Thronfolgers fiel schwer in die Waagschale, — das sind zwei Momente, wodurch die Bedeutung der gegenwärtigen Krise weit hinausgehoben wird über den Zwischenfall eines gewöhnlichen Ministerwechsels.

Das Magyarentum fühlt sich auch offenbar in seiner Position wesentlich geschwächt und sieht sich darum nach neuen Bundesgenossen um. Einen vorläufigen Gewinn zieht aus dieser veränderten Konstellation das ungarländische Deutschtum. Seit einiger Zeit werden ihm gegenüber die Zügel auffallend weniger straff angezogen. Im Banat und in Siebenbürgen endigten soeben zwei politische Prozesse, deren Ausgang in Ungarn sonst stets im voraus beschlossen ist und die bisher in der Regel auf eine Verurteilung der „nationalistischen Aufwiegler“ hinausliefen, mit Freispruch; ferner werden deutsche Theatervorstellungen in Südungarn — sogar in Temesvar — geduldet, und endlich ist man in allerjüngster Zeit von der Praxis abgekommen, die politischen Versammlungen der nationalen Deutschen im Banat zu verbieten oder aufzulösen.

Man trägt offenbar dem Ernst dieser Volksbewegung mehr und mehr Rechnung. In Ofenpest aber besteht die vielumstrittene neugegründete deutsche Schule nun wirklich, wenn auch vorläufig noch ohne formelle behördliche Genehmigung, die indes nicht ausbleiben kann, da hier das Deutsche Reich als Vertreter seiner Staatsangehörigen der mächtige Sachwalter ist. Und Deutschland, dessen Brauchbarkeit man bei der Erledigung der serbischen Affäre am eignen Leib erfuhr, will man in Ofenpest auch als Bundesgenossen gewinnen, vielleicht in der stillen Hoffnung, daß ein freundschaftliches Verhältnis des Magyarentums zum starken deutschen Nachbarn auf dem Weg über Wien eine günstige Rückwirkung auf die innere ungarische Politik ausüben könnte. Es wäre nicht das erstemal, daß man sich von Pest aus nach Berlin gewendet hätte, um in Wien etwas herauszupressen. Im „Budapesti Hirlap“ wurde ja ernstlich Klage darüber geführt, daß Freiherr von Lehrenthal einen Besuch des deutschen Kaisers und des Kronprinzen in Ofenpest hintertrieben habe. In Ungarn versteht man es doch so trefflich, solche Besuche politisch auszunutzen, und jetzt fiel bei den Wiener Kaisertagen nichts besseres ab, als die für derartige Zwecke immer brauchbare, nun aber auch nicht mehr ganz neue Redensart von den „ritterlichen Magyaren“.

Die Deutschen in Ungarn wären die ersten, die den Magyaren den Rechtsanspruch auf dies Epitheton zubilligen wollten, nur müßte die freundschaftliche Gesinnung auch für das ungarländische Deutschtum sich dauernd und ausgiebiger erproben. Eine einseitige, wirklich wertvolle Bevorzugung des deutschen Elements in Ungarn verbietet sich aber schon durch die Struktur der ungarischen Verfassung; das Nationalitätenproblem muß dort im Ganzen gelöst werden. Und das ist nur möglich durch eine generelle Erweiterung der politischen Rechte. Das verfloffene Ministerium, das vorläufig nur die Geschäfte weiterführt, konnte sich dazu nicht entschließen, obwohl seine Hauptaufgabe gerade in der Einführung des allgemeinen Wahlrechts bestehen sollte. Nun heißt es, die kommende Regierung müsse sich dieser Aufgabe unterziehen. Unter den magyarischen Staatsmännern, die in den ersten Maitagen vom ungarischen König um ihre Meinung befragt

wurden, befand sich auch der frühere Minister Kristoffy, der diese Frage zuerst aufgerollt hatte. Das ist gewiß kein Zufall, denn der Name bedeutet ein Programm. Auch Herr von Kristoffy hat zwar versichert, daß seine Zeit noch nicht da sei, aber seine Berufung ad audiendum verbum ist doch ein deutliches Zeichen dafür, daß man ihn nicht vergessen hat und daß die Idee, für die er seinerzeit fiel, nicht begraben ist. Sie wird immer lebensfähiger werden, je mehr Einfluß auf die Führung der Staatsgeschäfte dem Thronfolger eingeräumt wird. Und die Ereignisse der letzten Wochen zeigen, daß Kaiser Franz Joseph gewillt ist, mit dem Erben des Reiches in die Verantwortung für dessen Zukunft sich selbstlos zu teilen. So wird es vielleicht am ehesten gelingen, das Staatsschiff ohne merkbare Erschütterung in die Bahnen einer neuen Zeit hinüberzuleiten, denn Kommen von Millionen Besitzenden mit Bangen erwartet, von Abermillionen Entrechteten sehnsüchtig herbeigewünscht wird.

Luß Korobi.

#### Konservative Steuern, liberale Regierung.

Die Hoffnung, die ich vor vier Wochen an dieser Stelle aussprach, daß die Blockparteien sich jetzt über die Steuerreform einigen würden, ist nicht in Erfüllung gegangen. Ob wir sie definitiv aufgeben müssen, die Frage wollen wir am Schluß dieser Betrachtung noch einmal aufwerfen.

Für den Augenblick ist an die Stelle des Blocks der Plan getreten, die Steuerreform durch das Zentrum und die Konservativen zu machen, indem an die Stelle der Erbschaftsbesteuerung ein Komplex von erhöhten Stempelsteuern, eine Steuer auf Wertpapiere, eine Wertzuwachssteuer an Immobilien und eine Steuer auf Fideikomnisse tritt. (Antrag Richter.)

Dieser Plan scheint ganz wohl durchführbar. Die Einzelheiten sind noch nicht geprüft, aber jedenfalls verbesserungsfähig. Die Stempelsteuern und die Steuern auf Wertpapiere lehnen sich an das französische Muster an und haben sich dort wohl als sehr drückend, aber nicht als unerträglich erwiesen. Frankreich ist trotz ihrer ein wirtschaftlich blühendes Land mit einer sehr üppigen Börse. Erweiterte man den Plan noch dahin, daß künftig alle Stempelsteuern auf das Reich übergehen und dieses dann wieder an die Bundesstaaten nach der Matrikel herauszahlt, statt zu fordern, so wäre der neue Plan noch sehr verbessert.

Aber die Nachteile gegenüber der Erbschaftsbesteuerung sind bei weitem überwiegend und mit Händen zu greifen.

Es soll eine Steuer auf den Besitz sein, aber große Teile des Besitzes, der Besitz an deutschen Reichs- und Staatsanleihen, der Besitz an Hypotheken, der Besitz derjenigen Immobilien, die nicht durch Verkauf an andere Hände übergehen, das Betriebs- und Anlagekapital der Industrie und des Gewerbes, soweit es sich nicht um Aktiengesellschaften handelt, alle diese Objekte fallen aus und der Zufall des Verkaufs verteilt die Lastung ganz überaus ungleichmäßig.

Da die Steuer dasselbe und sogar noch mehr einbringen soll, als die geplante Erbschaftsbesteuerung und doch so vielen Besitz garnicht, den andern ungleichmäßig trifft, so muß sie im einzelnen Fall überaus hart und drückend sein und das wirtschaftliche Leben im ganzen, wenn es auch nicht (vergleiche Frankreich) erstickt wird, doch sehr erheblich schädigen. Ja trotz des französischen Beispiels ist es nicht unmöglich, daß die Steuer bei uns einen großen Teil des Verkehrs wirklich erstickt, denn die Verhältnisse hüben und drüben sind verschieden. Der französische Kapitalmarkt hat andere Vorteile, die ihn die Rotierungssteuer ertragen lassen; daß die deutsche Börse sie ausheulte, die mit manchen sonstigen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, ist darum noch nicht gesagt. Auch soll tatsächlich das Emissionsgeschäft gerade in soliden Anlagen in Paris durch die Steuer sehr eingeschränkt sein, und dieses Geschäft ist ein Hauptnahrungszweig vieler deutscher Banken.

Die Erbschaftsbesteuerung hat, wie hinreichend nachgewiesen, keinerlei wirtschaftlich schädliche Nebenwirkungen, selbst dann nicht, wenn sie so hoch ist, wie in England. Sie hat sie namentlich deshalb nicht, weil sie sich dem Vermögen jedes Einzelnen anpaßt, während jene anderen Steuern die Vermögenslage des Besteuernten ganz außer Betracht lassen.

Im besondern ermöglicht die direkte Belastung des Einzelbesitzes durch die Erbschaftsteuer, statt der indirekten Belastung des Besitzes im allgemeinen bei Gelegenheit des Verkehrs, die Anwendung des Grundsatzes der Progression. Nach der Vorlage der Regierung sollte bei Nachlässen unter 20 000 Mark nichts, bei Nachlässen von 20 000 Mark  $\frac{1}{2}\%$  und dann stufenweise steigend bis zu 3% bei einem Nachlaß von einer Million gezahlt werden. Daß dieser Grundsatz der Progression, den wir auch bei der Einkommensteuer haben, gerecht und volkswirtschaftlich gesund ist und sich praktisch bewährt hat, ist jetzt von allen Seiten anerkannt. Es gehört zu den wesentlichen Vorzügen der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer, daß sie die Anwendung dieses Grundsatzes gestatten. Die Stempelsteuern, die Steuer auf Wertpapiere, selbst die Wertzuwachssteuer belastet immer mit dem gleichen Prozentsatz, mögen sie einen Mann von geringem, mögen sie einen von größtem Reichtum treffen. Der Versuch, beim Verkauf von Immobilien nach der Größe eine gewisse Staffelung einzuführen, hilft wenig und hat andere sehr große Nachteile dafür.

Schließlich muß ich noch aufs stärkste den indirekten Vorteil der Erbschaftsbesteuerung hervorheben, daß sie die Veranlagung bei der Einkommen- und Vermögenssteuer kontrolliert und verbessert. Erst durch die Debatten über die Reichsfinanzreform ist ja zutage gekommen, wie kolossal die Fehler bei der Veranlagung der direkten Steuern sind. Die Zahlen, die ich darüber berechnet habe, sind noch von keiner Seite mit irgendwelchem wesentlichen Erfolg angegriffen worden\*). Vielleicht gelingt es, diesen oder jenen

\*) Die einzige gedruckte sachliche Kritik, die mir bisher zu Gesicht gekommen ist, ist ein Aufsatz in den „Grenzboten“ 1909 Bd. II S. 307 von E. Riese. richtig. Der Autor weist in sehr interessanter Weise an dem Beispiel von

Posten um einige Milliarden in der Schätzung herabzudrücken, dafür aber steigen andre wieder herauf. Ich gedenke darauf noch einmal eingehend zurückzukommen, will aber, damit man sich die ganze Tragweite dieses Moments klar mache, hier noch gleich einige Zahlen einfügen. Das steuerpflichtige Vermögen, das sich nach meiner Berechnung, die ich, wie gesagt, noch keinen Grund gefunden habe, weiter zu reduzieren, der Veranlagung entzieht, beträgt in Preußen 50 Milliarden Mk., während 91,6 versteuert werden. Die Vermögenssteuer, die dem Staate von diesen 50 Milliarden entgeht, macht 25 Millionen aus; die Einkommensteuer, die natürlich ebenfalls wenig bezahlt wird, bei einem Durchschnittssatz von 3 %, 60 Millionen Summa 85 Millionen. Wenn bloß an Einkommen aus Kapital und Grundvermögen 60 Millionen zu wenig gezahlt werden, so müssen wir annehmen, daß auch aus andernweitem Einkommen dem Fiskus sehr wenig entgeht. Wir werden, ohne besonders hoch zu greifen, die Hälfte bis ein Drittel von jener Summe ansetzen dürfen, das sind 35 Millionen. Summa 120. Das gibt, aufs Reich übertragen, 200 Millionen. Damit aber ist die Rechnung noch nicht erschöpft. Ein großer Teil unserer Finanzkraft entspringt ja den mehr als 4 Milliarden Schulden, die das Reich eingekauft hat, weil die Steuern immer wieder für die laufenden Ausgaben nicht ausreichen. Nicht weniger als 200 Millionen haben wir heute an Zinsen und Amortisation für diese Schulden zu bezahlen. Wären von den Steuern richtig veranlagt gewesen, so wären wir von der Last der Schulden und Zinsen frei. Ja, man kann noch einen Schritt weiter gehen. Nach der Berechnung von Prof. Schanz hätten schon 70 Millionen höherer Steuerertrag jährlich seit dem Jahre 1877 genügt, damit heute das Reich schuldenfrei wäre. (Vgl. Preuß. Jahrb. Bd. 134 S. 377.) Wir können also bei korrekter Steuerveranlagung noch einen Ueberschuß erzielen. In der letzten Zeit vielfach gehörte Wort: „wenn die Steuern alle richtig bezahlt würden, so wäre die ganze Reichsfinanzreform überflüssig“. In

Breslau nach, daß die Feuerversicherungen durchschnittlich viel zu hoch sind und will deshalb die 180 Milliarden, wie er sagt, auf 130 reduzieren. An anderer Stelle aber gibt er selber an, daß ich garnicht 180, sondern 140 Milliarden (im Jahre 1907) angenommen und diese auf 140 reduziert. Die Differenz, die noch bleibt, beträgt also nur 10 Milliarden, und auch das schwindet, wenn man sich klar macht, daß der Autor selber zugibt, daß die Katastrophwerte, von denen er ausgeht, um einiges zu niedrig sind. — Von den 140 Milliarden bin ich wieder auf 170 emporgestiegen durch Zuschlag aller versicherbaren, aber nicht versicherten Objekte. Dieser Zuschlag ergibt sich auf die doppelte Autorität einerseits des Versicherungsdirektors und andererseits des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung. Schließlich die Tatsache, daß die Feuerversicherung noch in den letzten Jahren 6—7 Milliarden jährlich gewachsen ist, was schlechterdings nicht bloß die Neuwerte begründet werden kann, sondern zeigt, daß noch viel unversicherte Objekte vorhanden sind, die erst allmählich in den Kreis der Versicherung hineingezogen werden. Hiergegen hat Kiserichsky nicht das geringste zu bringen vermocht, so daß ich also seinen Aufsatz nicht als eine Widerlegung sondern als eine Bestätigung meiner Berechnung ansprechen darf.

wirklich berechtigt. Die ganzen 500 Millionen, die heute gefordert werden, hätten auf diese Weise gedeckt werden können, wobei ich freilich nicht unterlassen will, sofort hinzuzufügen, daß die Forderung einer absolut richtigen Veranlagung der Einkommen- und Vermögenssteuer natürlich nie erfüllt werden kann. Aber so gewiß die absolut richtige Veranlagung ein ewig unerreichbares Ideal bleibt, so gewiß bleibt der jetzige Zustand hinter dem erreichbaren noch sehr weit zurück und ist nicht nur finanziell höchst unbefriedigend, sondern auch von einer unerträglichen Ungerechtigkeit. Die alte Vorstellung, die Einkommen- und Vermögenssteuern seien die gerechtesten, weil sie sich der Leistungsfähigkeit des Einzelnen anpaßten, muß geradezu umgekehrt werden. Durch ihre fehlerhafte Veranlagung werden diese Steuern zu den allerungerechtesten. Es gibt ganze Schichten der Bevölkerung, die wirklich das zahlen, was das Gesetz verlangt, in erster Linie die Beamten und Offiziere, die nur von ihrem Gehalt leben, dazu alle die Privatbeamten und Industriearbeiter, deren Gehalt und Verdienst die Arbeitgeber durch die letzte Novelle verpflichtet worden sind, der Steuerbehörde mitzuteilen, schließlich alle diejenigen, die richtig deklarieren. Demgegenüber gibt es unzweifelhaft zahllose Gewerbetreibende, Kaufleute, Rentner und Landwirte, die die Hälfte und vielleicht nur ein Drittel von dem zahlen, was sie sollten, und vermöge dieser ihrer Unterveranlagung auch die Kommunalzuschläge für die andern mit heraufstreben. Wir haben in unserm vorigen Heft den Aufsatz des Oberverwaltungsgerichtsrats Trozel veröffentlicht, in dem eine Reihe von Mitteln zur Verbesserung der Veranlagung angegeben werden; ein besonders wirksames Mittel aber würde unzweifelhaft die Vervollständigung unsres Systems direkter Steuern durch eine Besteuerung der Erbschaften sein. Ohne die gegenseitige Kontrolle der verschiedenen Arten von Deklarationen und Veranlagungen ist bei dem Mangel an Einsicht und der positiven Böswilligkeit so vieler Menschen, daß den einmal bestehenden schlechten Gewohnheiten, schlechterdings nicht abzuhelfen.\*)

Was hat allen diesen Vorteilen gegenüber der konservative Besitzsteuerschlag für Vorzüge? Schlechterdings gar keine. Dahingegen sehr erhebliche Nachteile.

Sei es die wirtschaftlich-sozial-technische Betrachtung. Nun die ökonomische. Die konservative Fraktion im Reichstag will schlechterdings an der Erbschaftsbesteuerung nicht heran. Der Zustand des Deutschen Reiches

\*) In besonders wirkungsvoller Weise sind die Vorzüge, ja die Notwendigkeit der Erbschaftsbesteuerung dargelegt in der Schrift „Reichsnachlasssteuer oder Reichsvermögenssteuer?“ von Dr. Heinrich Diegel, Prof. an der Universität Bonn. (M. d. Volkswirtschaftlichen Zeitfragen.) Verlag von Leonh. Simion, Berlin. 1 M. Nur in dem Punkt möchte ich Diegel widersprechen, daß er auch den Hausrat und den Schmutz versteuern will. Das führt zu Schnüffeleien, die unendlich viel Ärger erregen und doch wenig einbringen. Mit einer minimalen Steigerung der Progression erreicht man dasselbe ohne jede Friction.

schreit zum Himmel. Maßgebende konservative Stimmen haben sich eben für diese Art der Besteuerung ausgesprochen. Ein sehr großer Teil der Konservativen im Lande ist dafür. Der Reichskanzler, der Schapierstein, die Bundesregierungen erklären diese Steuer für unentbehrlich. Die anderen Blockparteien verlangen, daß unbedingt an ihr festgehalten werde. Es macht alles keinen Eindruck: die Konservativen bestehen auf ihrem Willen. Man zerbricht sich den Kopf, was eigentlich das letzte Motiv dieser Forderung sei. Die einen meinen, im Grunde gelte der Kampf gar nicht um die Steuer, sondern dem Fürsten Bülow, dem preußischen Ministerpräsidenten, der die Reform des preußischen Wahlrechts angekündigt habe. Die anderen glauben, der letzte Grund sei die Furcht vor der zukünftigen Ausdehnungsfähigkeit dieser Steuer, sobald sie einmal eingeführt sei. Andere wieder meinen, es sei gerade das, was wir als den indirekten Vorteil ansehen, die zu erwartende schärfere Veranlagung der anderen Steuern. Noch andere glauben, es sei nichts als die der Fraktion über den Kopf gemachte Agitation des Bundes der Landwirte: anfangs habe man dieser die Fänge schließen lassen, in der Hoffnung, sich mit den Liberalen über irgendeine Erbschaftsteuer einigen zu können, und schließlich habe man nicht mehr zurückgekonnt, obgleich sehr viele es gern getan hätten.

Es wird wohl an allen diesen Motiven zugleich etwas Wahres sein. Fest steht jedenfalls, daß das Groß der Konservativen zurzeit für die Erbschaftsbesteuerung, in welcher Form es auch sei, nicht zu haben ist.

Die Reichsfinanzreform aber ist darum noch nicht verloren. Das Zentrum, das anfänglich von den geforderten 500 Millionen nur 300 oder höchstens 400 bewilligen wollte, hat sich jetzt bereit erklärt, die ganze Forderung anzunehmen und ist dadurch in eine Linie mit den Blockparteien gerückt.

Im besonderen der neue Besitzsteuervorschlag der Konservativen hat auch den Beifall des Zentrums gefunden, und da auch die Polen und Antisemiten sich dafür erklärt haben, so ist eine Majorität für die Reichsfinanzreform da. Die Regierung braucht sie bloß anzunehmen. Die Harmonie der wirtschaftlichen Anschauungen zwischen Konservativen und Zentrum hat sich als eine stärkere Potenz erwiesen, als die politische Idee, die den Block zusammenbrachte. Treten schließlich noch die Konservativen unter dem patriotischen Gesichtspunkt, daß unter allen Umständen etwas zustande gebracht werden müsse, auf diese Seite, so ist die Majorität des Reichstags, die die Reform machen wird, sogar recht erheblich, etwa 240 Stimmen gegen die 150 der Nationalliberalen, Nationalen und Sozialdemokraten.

Der nächste Gedanke ist, daß wenn auf diese Weise die Finanzreform durch eine konservativ-kerikale Koalition bewirkt wird, damit der Block zerstört sei und die alte Präponderanz des Zentrums, wegen der der Reichstag im Jahre 1906 aufgelöst wurde, wieder hergestellt.

Aber das ist zu schnell geschlossen. Die neue Koalition, die



wegen der Teilnahme der Antisemiten und Polen etwa als blau=schwarz=rosa bezeichnen könnte, ist nicht regierungsfähig. Es ist richtig, daß auch Graf Caprivi einst seine großen Geseze, die Armeereform, die Schiffsbauten, den russischen Handelsvertrag mit Hilfe der polnischen Stimmen durchgebracht hat; es ist richtig, daß das Zentrum viele Jahre lang die ausschlaggebende Partei gewesen ist und als solche, es ist unnötig, es zu leugnen, auch vieles Gute geschaffen hat. Aber wenn man ehemalige Verhältnisse wiederherstellt, sind sie darum doch nicht ganz das, was sie waren. Der Gegensatz zu den Polen ist noch sehr viel verbitterter geworden als er 1890 war, und die Polen haben an Macht und Selbstbewußtsein sehr zugenommen, und eine wiederhergestellte Zentrumshegemonie würde selbstverständlich noch viel strenger und drückender werden, als sie vor 1906 war. Nicht bloß die städtischen, sondern selbst ein großer Teil der agrarischen Wähler der Konservativen würden in Entrüstung aufbrausen, wenn ihnen ein konservativ=kerikal=polnisches Regiment angekündigt wird, und die weitere Gefolgschaft verweigern. Die Finanzreform könnte die neue Koalition machen; weiter aber könnte sie nichts. Wir brauchen, wie man sagt, gar keine Angst vor ihr zu haben.

Was also würde werden, wenn die liberalen Parteien ruhig bei ihren bisherigen Erklärungen verbleiben und darauf hinweisen, daß sie bei den indirekten Steuern zu sehr großen Konzessionen bereit gewesen seien, daß sie aber einer Reform ohne Erbschaftsbesteuerung ihre Zustimmung versagen müßten? Würden sie deshalb nunmehr aus der Regierung ausgeschaltet werden, in der Weise wie 1907 das Zentrum ausgeschaltet worden ist? Ganz gewiß nicht — im Gegenteil, die Regierung müßte suchen, sie auf irgendeine Weise sofort wieder heranzuziehen.

Die großen praktischen Fragen, deren Entscheidung sich unmittelbar an die Finanzreform anschließen muß, sind die Wiederbesetzung des Kultusministeriums und die Wahlreform. Es ist ja ein wahrhaft grotesker Zustand, daß das größte und vielleicht wichtigste aller Ministerien fast ein Jahr lang von den Geheimräten ohne einen verantwortlichen Minister verwaltet worden ist, weil es schlechterdings unmöglich war, eine Persönlichkeit zu finden, die den beiden Flügeln des Blocks zugleich genehm gewesen wäre. Haben wir nunmehr Aussicht auf einen konservativ=kerikalen Kultusminister? Ein solcher Minister würde ganz unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen. Allerdings ist für Einzelfragen wohl eine konservativ=kerikale Majorität im Abgeordnetenhaufe vorhanden, und Herr Schwarzkopf hat als Ministerialdirektor vieles in diesem Sinne im letzten Jahr durchgesezt und dafür Beifall gefunden, aber ein Minister, der mit dem Stigma, der Exponent eines konservativ=kerikalen Blocks zu sein, das Portefeuille übernehme, würde von dem Zentrum mit solchen Forderungen überschüttet werden und wäre bei jedem Schritt, den er tut, auch ganz harmlosen Sachen, solchem Verdacht ausgesezt, daß er sich nicht behaupten könnte.

Ganz ebenso in der preußischen Wahlrechtsfrage. In dem Augenblick, wo das Zentrum wieder zur Regierungspartei würde, müßte es die Wahlreform aufnehmen und würde auf eine Demokratisierung des Wahlrechts dringen, die den Konservativen unannehmbar wäre.

Wie soll die Regierung aus diesen Schwierigkeiten herauskommen? Es gibt eine Lösung, die auf den ersten Anblick paradox erscheinen mag und doch schließlich, so weit ich zu sehen vermag, als die einzig realistische erscheint. Mag das rosa-schwarz-blaue Kartell die Finanzfrage leitet, die liberale Tendenz in der inneren Politik wird darum dennoch die Oberhand behalten: der neue Kultusminister wird, wenn nicht wirklich ein Liberaler, doch jedenfalls kein Antiliberaler werden, und die in der Thronrede angekündigte Wahlreform wird kommen, beides, weil man nur auf diese Weise verhindern kann, daß die Liberalen jetzt ganz in die Topoioten gehen, und weil man nur auf diesem Wege dem Zentrum den unermesslichen Lohn für seine Hilfe bei der Finanzreform zuwenden kann. Sollen denn nicht aber auch die Konservativen ihren Lohn? Nein, sie verdienen ihn nicht, denn sie sind es ja, die jedes Opfer geweigert und durch ihre Hartnäckigkeit den Block, den die Regierung so gern erhalten hätte, gespalten haben. Auf ihre Kosten also muß sich von Rechts wegen die weitere Entwicklung der inneren Politik vollziehen, und die Konzessionen, die dem Zentrum zugestanden werden, müssen solche sein, die nicht den Konservativen, wohl aber den Liberalen zusagen.

In der Wahlreform ist es nicht so sehr schwer, einen Kompromiß zu schaffen zwischen dem Zentrum und der Linken. Zwar will das Zentrum keine Neueinteilung der Wahlkreise, auf die die Linke viel Wert legt, es will dafür eine viel weiter gehende Demokratisierung des Wahlrechts, was es den Nationalliberalen erwünscht ist, aber hier wie dort ist es recht möglich, sich auf einer mittleren Linie zu einigen und die Konservativen mit ihrer starren Negation beiseite zu lassen.

Ganz ebenso erlauben es die Grundsätze des echten Liberalismus, Schulwesen, in der Sprachenfrage, in der Privatschule dem Zentrum gewisse Konzessionen zu machen, die der von den Konservativen protegierte starre Bureaucratismus bisher verweigert hat.

Das Programm: keine Wahlreform, ein streng kirchlich-bureaucratisches Kultusministerium führt in den inneren Zuständen Preußens nicht nur zu Stagnation, sondern geradezu zur Anarchie: Die ungeheure Macht unseres Volkes wird und will sich einem solchen Programm nicht unterwerfen. Gerade je mehr die Konservativen in der Finanzreform mit dem Zentrum zusammengehen, desto weniger werden sie nachher die moralische Kraft haben, ein streng konservativ-klerikales Regierungssystem durchzuführen: desto mehr wird bei vielen von ihnen selber die Neigung wachsen, das Zentrum wieder abzurücken und es gut zu heißen, wenn wieder die Freisinnigkeit mit dem Liberalismus gepflegt wird.

So stehen also die Dinge. Hätten die Konservativen die Erbschaft

besteuerung angenommen und die Finanzreform mit dem Block gemacht, so hätten sie sich ein so großes Verdienst erworben, daß man über sie in den sonstigen Fragen der inneren Politik nicht wohl hinweggehen könnte, sowohl einen neuen Kultusminister zu finden, wie die Ankündigung der Reform des Wahlrechts in der Thronrede zu erfüllen.

Indem die Konservativen die Regierung zwingen, statt der Erbschaftssteuer, die so ungemein viel schlechtere Besitzsteuer des Antrages Richthofen anzunehmen, manövrieren sie selber die Liberalen in eine viel günstigere Position, als sie sie bisher im Block hatten. Sollten die Konservativen sich über diese Folgen ihres Tuns nicht, noch ehe die letzte Entscheidung fällt, selber klar werden? Der Reichstag ist jetzt vertagt, die Reichsboten sind auf einige Wochen nach Hause gegangen, in diesen Wochen wird immer deutlicher werden, welche Nachteile auch für weite, den Konservativen nahestehende Schichten des Volkes der Antrag Richthofen nach sich ziehen muß. Ich halte es nicht für so ganz ausgeschlossen, daß mancher konservative Abgeordnete mit veränderten Anschauungen nach Berlin zurückkehren wird. Die Herrschaft des Bundes der Landwirte ist ein Joch, das je länger je härter auf den Konservativen lasten muß und ihnen schließlich schier unerträglich werden wird. Seht der Bund jetzt wirklich seinen Willen durch, so kostet das der konservativen Partei einen großen Teil sowohl ihres Einflusses bei der Regierung wie ihrer Wählerschaft. Es kann, wenn die Gegner gezeit genug sind, geradezu zum Ruin der Konservativen führen. So sehr die augenblickliche Situation dagegen zu sprechen scheint, so halte ich es deshalb für, wenn auch nicht wahrscheinlich, so doch auf keineswegs ausgeschlossen, daß die Erbschaftsbesteuerung noch wieder auflebt. Es gibt ja noch den Vorschlag Dewitz, den wir bereits im vorigen Heft erörtert haben, und der einen sehr annehmbaren Kompromiß zwischen der Wertzuwachssteuer und der Erbschaftssteuer darstellt. Diese Steuerform, die man als Erbzunwachssteuer bezeichnen könnte, ist bisher in der Öffentlichkeit noch kaum erörtert worden. Sollte es so ganz unmöglich sein, daß die Konservativen doch noch darauf zurückkommen?

Die Personenfrage habe ich bei diesen Betrachtungen gänzlich ausgeschaltet. Kann Fürst Bülow bleiben, wenn der Reichstag die Erbschaftssteuer definitiv verwirft und sie durch den Antrag Richthofen ersetzt? Wenn statt des Blocks die Konservativen mit dem Zentrum und den Polen die Majorität aufbauen? Fürst Bülow könnte selbstverständlich nicht bleiben, wenn die unvermeidliche Folge einer derartigen Verschiebung die Etablierung eines dauernden konservativ-kerikalen Regiments wäre. Das ist aber, wie wir gesehen haben, nicht nur nicht wahrscheinlich, sondern sogar unmöglich. Also warum soll Fürst Bülow nicht bleiben, wenn er zwar die Rosa-Schwarz-Blauen die Steuern bewilligen läßt, zugleich aber die innere Politik nach wie vor im Geiste des Blocks, sogar mit einer noch schärferen Betonung des Liberalismus in ihm, führt und führen läßt? Wenn er aber dennoch ginge, wäre sein Nachfolger, sei es nun Graf Wedel

oder ein anderer, imstande, eine wesentlich abweichende Richtung einzuschlagen? Im Gegenteil, jeder Nachfolger müßte nur um so entschiedener betonen, daß er nicht gewillt sei, dem Bunde der Landwirte in Deutschland die Herrschaft zu überlassen, und daß er die Blockpolitik durchsetzen werde, koste es, was es wolle. Ich verstehe es, wenn Fürst Bülow den Gedanken einer abermaligen Auflösung des Reichstages ablehnt. Ein seinem Nachfolger aber, wenn es dem jetzigen Kanzler wirklich nicht gelingen sollte, die nötigen Steuern bewilligt zu erhalten, kann man mit Sicherheit annehmen, daß er auflösen würde, und diese Auflösung, ich wiederhole es, wäre durchaus ungefährlich. Die heutige Stärke des Zentrums ist ja nur dadurch entstanden, daß bei den Stichwahlen im Jahre 1907 die Blockparteien doch noch lieber für einen Zentrumsmann als für einen Sozialdemokraten stimmten und aus Rache dafür wieder die Sozi ebenfalls für das Zentrum stimmten. Mir liegt eine sorgfältig statistische Berechnung vor, wonach schon bei diesen Wahlen es erreicht gewesen wäre, daß die Konservativen (mit den Bündlern und Antisemiten) etwa 20, ebenso das Zentrum etwa 20 Stimmen weniger bekommen hätten, von denen höchstens 19 den Sozialdemokraten, die anderen den Liberalen zugefallen wären. Heute, bei der Spaltung der Konservativen in der Erbsteuerfrage würde das Ergebnis für die Liberalen noch viel günstiger werden, ohne daß die Sozialdemokraten dabei wesentlich gewinnen. Aber wenn auch — welche Demagogie ist denn heute für das Deutsche Reich die schädlichere und gefährlichere, die rote oder die agrarische?

22. 5. 09.

2.

### Englische Stimmungen.

Die wichtigsten außerpolitischen Begebenheiten des jüngsten Monats waren die Zusammenkünfte, welche zwischen den Königen von Italien und England in Vajae, dem König von Italien und dem deutschen Kaiser in Brindisi, und dem deutschen Kaiser und dem Kaiser von Oesterreich in Wien stattgefunden haben. Als Victor Emanuel III und Eduard VII sich in Vajae begrüßten, hieß es, es beständen einige Differenzen zwischen Italien und Großbritannien bezüglich der Cyrenaica und Arabiens. Beide Provinzen gehören vorläufig noch zur Türkei. Sollte aber dieses Staatswesen aufgelöst werden, so könnte es den Engländern nicht gleichgültig sein, wo die Grenze gezogen werden würde zwischen Ägypten und der Cyrenaica, welche Landschaft die Italiener im Falle des Unterganges der Türkei für sich beanspruchen. Diese Frage soll zu diplomatischen Erörterungen zwischen Wien und London geführt haben und ebenso ein Versuch Italiens, von der kleinasiatischen Kolonie aus am entgegengesetzten Ufer des Roten Meeres Arabien Einfluß zu gewinnen.

Näheres über die bezeichneten Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden sonst so befreundeten Mächten sind nicht in die Öffentlichkeit gedrungen. Jedenfalls glauben die Italiener Gründe zu haben, ihre Stellung im Dreibunde bis auf weiteres beizubehalten. Die Kundgebung, welche Franz Josef I und Wilhelm II von Wien aus an den dritten Fürsten des Dreibundes erlassen haben, beweist, was zur Zeit der serbischen Krisis in Mitteleuropa vielfach bezweifelt wurde, daß das deutsch-österreichisch-italienische Bündnis noch immer ein lebensfähiges diplomatisches Gebilde repräsentiert.

Den Hut in der Hand stehe Italien vor den beiden anderen Mächten des Dreibundes, so schrieb ein weit verbreitetes Organ der britischen Publizistik schon vor den eindrucksvollen Wiener Festtagen. Die Stimmung jenseits der Nordsee ist überhaupt gedrückt und gereizt. Die Freundschaft zwischen der Habsburgischen Monarchie und dem Deutschen Reich ist durch die türkisch-serbischen Wirren nur noch befestigt worden und steht heute da als ein *rocher de bronze*. Im letzten Heft der „Contemporary review“ erzählt Herr E. J. Dillon, vor der türkischen Julirevolution habe eine europäische Macht in der bosnischen Frage Oesterreich einen Vorschlag gemacht, der, „wenn angenommen, einen Schatten auf die österreichisch-deutsche Freundschaft geworfen haben würde“. Herr Dillon tadelt, daß man die Sache, nachdem sie in Wien zunächst kalt aufgenommen worden sei, gleich habe fallen lassen. Der Triumph der Tripelallianz über die Tripelentente in der bosnisch-serbischen Frage bedeute eine schwere Erschütterung des europäischen Gleichgewichtes. Die Flagge der Tripelentente wäre niedergeholt worden, ihr Prestige hätte die schlimmste Einbuße erlitten, denn die Schwäche der pazifistischen Mächte — so bezeichnet Herr Dillon England, Rußland und Frankreich — liege klar vor den Augen der Welt.

Diese drei formell im Einverständnis befindlichen Mächte, so glaubt unser Autor beweisen zu können, hätten virtuell in der bosnisch-serbischen Frage fünf kollidirenden Willensmeinungen gehuldigt. Von milder Angst gepackt — in diesem temperamentvollen Vergleich faßt Herr Dillon seinen pessimistischen Rückblick zusammen — wären drei wollige Schafe vor zwei stark gebauten Wölfen nach drei verschiedenen Richtungen hin ausgerissen.

Ein anderer englischer Schriftsteller, Herr J. S. Garvin, der in der Unterwerfung Serbiens unter den österreichischen Willen gleichfalls eine verhängnisvolle Niederlage der Tripelentente erblickt, führt in der „Fortnightly Review“ aus: die Dinge würden eine bessere Wendung genommen haben, wenn sich nicht die zur Zeit des Krieges gegen Japan durch Entsendungen geschwächte Artillerie des westlichen Rußland noch immer in wenig kriegsbereitem Zustande befunden hätte.

So zittert die ungeheure durch die europäische Krisis des letzten Frühjahres hervorgerufene Erregung in der englischen Presse noch immer nach. Ruhiger ist die Stimmung, in welcher man auf den britischen Inseln die beiden im April in der Türkei vorgefallenen Ummwälzungen betrachtet. Die

Meinungen über die Zukunft des osmanischen Reiches sind geteilt. Die einen glauben, es könne sich vielleicht noch verjüngen, die andern sagen, der fünfte Aufzug habe begonnen.

Daß die Lage im Orient nach wie vor den Weltfrieden mit Gefahren bedroht — in dieser Auffassung sind Engländer und Deutsche einig. Während in Stambul der gezüchtete liberale Osmanenfäbel von allen Völkern der Türkei Verschmelzung mit dem Osmanentum heischt und den Nationalitäten keine besonderen Mittelschulen mit nichttürkischer Schulsprache erlauben will, stehen die gehegten Armenier die drei Entente-Mächte um Intervention an. Wenn man bedenkt, daß eine viel gelezene, einflussreiche Zeitschrift jenseits der Nordsee in der staatsrechtlich-formellen Legalisierung des seit einem Menschenalter faktisch bestehenden bosnischen Zustandes in etwas wie den Umsturz des europäischen Gleichgewichts zu erkennen glaubt, wird man zu einer sehr ernsten Auffassung der levantinischen Schwierigkeiten geleitet. Die wilden Gewässer der orientalischen Politik können versumpfen, wie sie schon so oft versumpft sind, aber jeden Tag müssen wir auch darauf gefaßt sein, daß sie alle Dämme sprengen und die zivilisierten Mächte in ihre Wirbel hineinreißen.

In der Erkenntnis, daß die soeben akut gewesene Weltkriegsgefahr latent fortbauert, äußert die englische Publizistik sehr schwere Sorgen und Befürchtungen bezüglich des Anwachsens der deutschen Flotte. Zwar lassen die Engländer für jedes unserer neuen Kriegsschiffe ihrerseits zwei bis drei vom Stapel, aber eben hierauf ist es zum großen Teil zurückzuführen, daß der Schatzkanzler 17 Millionen Pfund Sterling (340 Millionen Mark) neue Steuern vom Parlament verlangt. England verarme, zum guten Teil infolge des Steuerdrucks, klagt Herr J. Ellis-Barker. Ersichtlich sei das Maß seiner finanziellen Spannkraft erreicht, und vielleicht näh sich der Augenblick, wo es den übernommenen Verpflichtungen nicht mehr gerecht zu werden vermöge. Der Deutsche Steinmann-Bucher, der in seinem Buch zu dem Resultat gelange, daß der deutsche Nationalreichtum der englischen erheblich übertreffe, sei noch hinter der Wahrheit zurückgeblieben. Industriell und politisch sei Deutschland Englands mächtigster und gefährlichster Nebenbuhler. Deshalb müsse es als großes Unglück angesehen werden, daß Großbritannien auf den Kopf der Bevölkerung eine doppelt so schwere Staatssteuerlast zu tragen habe wie das Deutsche Reich und dessen Einzelstaaten. Inbezug auf die Vorkriegssteuern stehe das Verhältnis eher noch etwas ungünstiger für England.

Alle Klassen in England verarmten. Die Einlagen in den Sparkassen hätten sich, wie eine amtliche Statistik der Vereinigten Staaten berichtet, im letzten Jahr bei den Nordamerikanern vermehrt um 208 Millionen Dollars, bei den Deutschen um 192, in England nur um 20 Millionen Dollars, weniger als in Oesterreich (76 Millionen Dollars), Rußland und Italien. So gehe es den Armen in England. Die Reichen verarmen nach der Steuerstatistik weniger Wein und andere Luxusartikel in reizen

Abnahme, die Häuser für die vornehmen Klassen sanken im Wert. Früher sei England der größte Käufer von Kunstwerken gewesen, heute stehe es als der bereitwilligste Verkäufer da. Mit kränkendem, aber nicht ungegründetem Mitleid, erzählt Herr Ellis-Barter, habe ein Amerikaner ihm gesagt: „Britannia ist eine alte Dame, die bessere Tage gesehen hat. Heute verklopft sie, was sie kann.“

Ebenso wie die reichere Klasse, führt unser Autor weiter aus, wäre der Mittelstand heruntergekommen; das folge z. B. aus der ständig wachsenden Schwierigkeit, die Lokalsteuern einzuziehen. Behördliche Mahnungen müßten an die säumigen Steuerzahler zu Tausenden erlassen werden. In einer einzigen Vorstadt von London seien mit Einem Schlage 11 000 verschickt worden.

„Früher war England der Bankier der Welt. Britische Ingenieure und britisches Geld bauten die Haupteisenbahnen auf dem Kontinent und in den Vereinigten Staaten. Zahllose kontinentale Wasser- und Gasleitungen, Schlachthäuser, Fabriken, Minen, Docks, Lagerhäuser gehörten Großbritannien. . . Fast alle kontinentalen Unternehmungen Großbritanniens sind an Ausländer verkauft worden. Unser Besitz an amerikanischen Eisenbahnaktien und kontinentalen Staatsanleihen ist bis auf einen winzigen Rest zusammengeschmolzen. . .“

Da es mir nur darauf ankommt, ein Bild der momentanen Stimmungen und Strömungen im englischen Volk zu geben, verzichte ich darauf, auseinanderzusetzen, was an dem Gemälde des Herrn Ellis-Barter richtig und was schief gezeichnet ist. Genug, daß die Leser der „Preussischen Jahrbücher“ sehen, wie sehr sich die Engländer heute in den Wurzeln ihrer Macht bedroht fühlen: „Die Tatsache, daß Deutschland reicher als Großbritannien ist,“ urteilt Herr Ellis-Barter, „trägt einen außerordentlich beunruhigenden Charakter, denn das größte Portemonnaie kann die stärkste Flotte bezahlen.“

Betreffs des zuletzt berührten Punktes steht der pessimistischen Ansicht des Herrn Ellis-Barter die optimistischere des Herrn Conning Tower gegenüber. Die englische Flotte, äußert dieser Herr, erhält durch ihre wachsende Stärke das Gleichgewicht und den Frieden Europas aufrecht und Zivilisation und Menschlichkeit. Gegen wen? Nun! Gegen Deutschland und seine Marine: „Wir könnten die ganze Streitfrage entscheiden“, meint Herr Conning Tower, „indem wir der deutschen Flotte, sobald sie in See sticht, das Lebenslicht ausbliesen. Aber wir verfahren nicht so, und kein überzeugenderer Beweis für die Aufrichtigkeit unserer friedlichen Aeußerungen läßt sich führen als in der Selbstbeherrschung liegt, welche wir üben.“

In der That! Nur die nationale Voreingenommenheit kann es läugnen: England hat ein angestammtes Vorrecht auf die Beschützung von Zivilisation und Menschlichkeit, und Deutschland ist ein stark gebauter Wolf.

Dem englischen Publizisten, welcher sich das Verdienst erworben hat, die Aehnlichkeit der Deutschen und Oesterreicher mit jenen im zivilisirten

Europa sonst so ziemlich ausgerotteten Bestien herauszufinden, Herrn E. J. Dillon, soll am Schluß dieser Zitatensammlung noch einmal freundlich Gelegenheit gegeben worden, ein kräftiges Wörtlein anzubringen: „Der gedankenloseste Steuerzahler“, heißt es bei ihm, „beginnt jetzt einzusehen, daß es Deutschland ist, was ihn zwingt, seinen Beitrag zur Staatskasse zu vermehren, damit mehr Dreadnoughts gekauft werden. In ein oder zwei Jahren erwächst ihm vielleicht die Verpflichtung, den Geldopfern den persönlichen Militärdienst hinzuzufügen, und die Ursache wird wieder Deutschland sein. Mit Einem Wort — Deutschland ist ein Militär- und Raubstaat.“ (A military and a predatory state.)

Ein vor ein paar Monaten in London erschienenes Buch, in dem von Deutschland wenig oder garnicht die Rede ist, bekundet auf vielleicht noch eindrucksvollere Weise als jene Invectiven, wie das Mißtrauen gegen die Staatskunst des deutschen Reiches in England zu einem allgemeinen Vorurteil geworden ist. Ich meine „The M. P. for Russia; Reminiscences and correspondence of Madame Olga Novikoff. Edited by W. T. Stead. Two volumes. — London Andrew Melrose. 1909.“ Madame Novikoff, die Tochter eines der vornehmsten russischen Adelsgeschlechter, bringt seit vielen Jahren einen großen Teil ihrer Zeit in London zu und hält oder hielt dort bis vor kurzem einen Salon, welchen die berühmtesten Staatsmänner und Gelehrten Englands mit Vorliebe besuchten. Die des mündlichen und schriftlichen Gebrauchs der englischen Sprache in erstaunlichem Maße kundige Russin hält es für ihre Lebensaufgabe, ein Bündnis der russischen und britischen Nation zu Stande zu bringen. Mit lebendigem Eifer strebt nach dem gleichen Ideal der Herausgeber ihrer Erinnerungen und Briefe, Mr. Stead, einst die rechte Hand Gladstones bei der Agitation gegen den Unspeakable Turk und überhaupt ein Mars von der feinsten Witterung für jeden Hauch der britischen Volksseele. Ein Feuerwerk, hörbar für die ganze Welt, nennt Herr Stead die Fürsten-Zusammenkunft am 9. Juni 1908, welche seine der Türkenherrschaft feindlich gestimmte Seele mit Jubel erfüllt. Er erwartet von der englisch-russischen Entente die Befreiung der Armenier von ihren muhamedanischen Peinigern. Ueberhaupt glaubt Herr Stead mit der größten Entschiedenheit und Leidenschaft an die Richtigkeit der heute von beiden Parteien Englands gut geheißenen Politik, welche es mehr mit den ersichtlich aufstrebenden christlichen Völkern der Levante als mit dem möglicherweise immer tiefsinkenden Osmanentum halten will.

Daß England und Rußland in der orientalischen Frage Hand in Hand gehen, ist nach Herrn Stead nicht nur politisch zweckmäßig, sondern auch ein Gebot des Christentums. Der Herausgeber der Erinnerungen der Madame Novikoff berührt mit seinem Appell an den antimuhamedanischen Religionseifer der Engländer eine besonders klangvolle Saite des britischen Volksgemüts. Allerdings regte sich dieses früher auch heftig gegen die Barbarei des Russentums, wie dieselben u. A. in der Unterdrückung



der Polen, den antisemitischen Prologs und der Behandlung der politischen Gefangenen in Sibirien zu Tage trat. Vor der Entrevue von Reval spielten sich auf englischem Boden vielfach imposante Meetings ab, welche gegen das innerpolitische System der russischen Regierung weithin tönende Proteste einlegten. Zum guten Teil, Dank dem Steadschen Buch, werden solche Protestversammlungen, welche den Nachhabern in Petersburg manchmal recht unbequem waren bis auf weiteres nicht mehr vorkommen. Denn die Art und Weise, auf welche Herr Stead die Briefe der Madame Novikoff wiedergibt und die Kommentare, mit denen er sie begleitet, müssen auf die englischen Leser den Eindruck machen, daß sie dem Zarismus öfter Unrecht getan haben. Das russische Regierungssystem in Polen, die Judengesetze sowie die Zustände in den sibirischen Gefängnissen dürften, solange die Tripelentente in Kraft bleibt, von der öffentlichen Meinung Englands so angesehen werden, wie Madame Novikoff und Herr Stead sie vereinigt darstellen, nämlich als historisch erwachsene und damit relativ berechnete Eigentümlichkeiten des Zarenreiches, die das Ausland mit Zurückhaltung und Milde beurteilen muß.

Daß diese Gesinnung bezüglich des alten russischen Rivalen die herrschende werden konnte im englischen Volke, ist nur aus dem scharfen Gegensatz der britischen Politik gegen die deutsche zu erklären. Berlin wird an der Themse gefürchtet, Petersburg nicht mehr. Herr Stead hat an der Agitation zur Verstärkung der britischen Flotte wirksamen Anteil genommen. Dagegen rechnet dieser kluge Publizist kaum ernsthaft mit der Möglichkeit, daß ein Zusammengehen Rußlands und Englands gegen die Türkei, anstatt die nationale Befreiung der orientalischen Christen zu bewirken, dazu führen könnte, die Armenier und Konstantinopel mit Gallipoli unter russische Herrschaft zu bringen und dem Zarenreich den Weg in das Mitteländische Meer zu eröffnen. Derartige Hintergedanken den geschwächten Russen zuzutrauen, hält der englische Herausgeber der Erinnerungen der Madame Novikoff offenbar für einen Anachronismus. Erklärt doch auch Herr Garvin die russische Artillerie für absolut unzureichend und im Einklang hiermit Dillon die Moskowiter für eine „pazifistische“ Macht.

Ob der britische Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey, ebenso denkt, ist allerdings sehr zweifelhaft. Zu den Ursachen, aus denen die Mächte der Tripelentente anläßlich der bosnischen Affäre nach verschiedenen Richtungen auseinander strebten, gehörte auch der Widerspruch des Kabinetts von St. James gegen die Oeffnung der türkischen Meerengen für russische Kriegsschiffe. Hinsichtlich Persiens haben die englischen und russischen Diplomaten zwar ein Abkommen zustande gebracht, aber es ist lückenhaft. Trotz seiner ließ sich während des ganzen noch immer unentschiedenen Kampfes zwischen dem Schah und den persischen Konstitutionellen nicht verkennen, daß der Argwohn zwischen den beiden großen Nachbarn des aus seinem Schlummer erwachenden Iran fortbauert.

Auch die Japaner, welche ja gegen das russische Landheer nur mit

relativem Erfolg gestritten haben, fahren fort, das von der öffentlichen Meinung West- und Mitteleuropas militärisch wahrscheinlich unterschätzte Rußland zu fürchten. Jedenfalls verlautet aus Wien, das Kabinett von Tokio habe mit dem Wiener für den Fall eines österreichisch-russischen Krieges eine Kriegskonvention geschlossen. Vor einiger Zeit wurde aus der österreichischen Hauptstadt gemeldet, Japan bereite seinen Verzicht auf die Allianz mit Großbritannien vor, wegen des Verhältnisses, in welches diese Macht mit Rußland getreten sei. Beide Nachrichten sind zu beachten, wenn auch ihre Authentizität noch nicht ganz feststeht. Sie vergegenwärtigen jedenfalls in der anschaulichsten Weise, ein wie flüchtiges Element die Politik ist. Vor nicht allzu langer Zeit hielten die Engländer für nötig, Singapore zu befestigen. Wie britischerseits kaum in Abrede gestellt wurde, geschah dies, um den damals noch eng mit England verbündeten Japanern, falls eine andere Gruppierung der Mächte eintrete, den Weg in die indischen Gewässer zu versperren. Heute kündigen sich, wenn auch noch in unsicheren Umrissen, diplomatische Verschiebungen an, welche jene Voraussicht der politischen und militärischen Behörden Englands rascher, als irgend jemand glaubte, rechtfertigen können.

Wenn es aber in den Beziehungen der Mächte überhaupt nichts Bestimmtes gibt, wenn sowohl zwischen England und Italien als auch innerhalb der Tripelentente, wie schließlich zwischen England und Japan alles im Fluß ist, so gilt dies auch von dem Verhältnis zwischen Großbritannien und Deutschland. Die Briten haben Welkenntnis genug, um zu wissen, daß die Deutschen nicht ihre einzigen Rivalen sind. Wenn sie uns jetzt für ihre gefährlichsten Nebenbuhler halten, so kommt das zwar keineswegs ausschließlich, aber doch zu einem sehr namhaften Teil daher, daß sie sich erst an die Existenz einer mächtigen deutschen Kriegsflotte gewöhnen müssen. Dazu gehört Zeit. Bei weitem nicht alle Engländer hassen Deutschland, nicht einmal im Augenblick, wo die Stimmungen jenseits der Nordsee uns so ungünstig sind. Beispielsweise ist der oben zitierte Herr Stead erklärtermaßen ein Freund Deutschlands so gut wie Rußlands. Hoffentlich überzeugen sich die Briten recht bald, daß die Deutschen zwar niemals wieder auf den Besitz einer imposanten Marine verzichten werden aber nach wie vor den Schwerpunkt ihrer Macht im Landheer suchen und es durchaus ehrlich meinen, wenn sie beleuern, eine der englischen auch nur annähernd gleiche Flotte weder bauen zu können noch zu wollen. Wenn wir in der Flottensache das Vertrauen der Engländer zurückgewinnen, können die deutschfeindlichen Stimmungen auf den britischen Inseln um so rascher umschlagen, als nach allen Lehren der Geschichte die Stellung der Mächte zu einander überhaupt in fortwährendem Wechsel begriffen zu sein pflegt und es Ruhe und Beharren auf diesem Gebiet ebensowenig gibt wie eine Voraussicht der kommenden weltbewegenden Ereignisse.

Daniels.

Von neuen Erscheinungen, die der Redaktion zur Besprechung zugegangen, verzeichnen wir:

- v. Alten, Georg.** — Handbuch für Heer und Flotte. Liefgr. 2 u. 8 à M. 2.—. Berlin, Deutsches Verlagshaus Bong & Co.
- Arndt, Ernst Moritz.** — Meine Wanderungen und Wandelungen. M. 1.—. Hamburg Alfred Janssen.
- Brandl, Karl.** — Die Renaissance in Florenz und Rom. M. 5.—, geb. M. 6.—. Leipzig, B. G. Teubner.
- Class und Beventlow.** — Reinertrag der Reichspolitik seit 1890 M. 0.80. Berlin, Karl Curtius.
- Corneilius Tacitus.** — Die neue Germania. Ein satirischer Scherz. M. 2.—. Lissa i. P., Oskar Eulitz.
- Dähnhardt, Oskar.** — Natursagen. Band II, geh. M. 8.—. Berlin und Leipzig, B. G. Teubner.
- Deutsche Arbeit.** — Monatsschrift für das geistige Leben der Deutschen in Böhmen. Jahrgang 8, Heft 8. M. 1.20. Prag, Karl Bellmann.
- Dressler Jr., Adolf.** — Mohnblüten. Ein Novellenreigen aus den Tagebuchblättern meines Lebens. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- v. Escher-Eschenbach, Marie.** — Ein Buch, das gern ein Volksbuch werden möchte. M. 2.—. Berlin, Gebr. Paetel.
- Eichbaum-Lange.** — Ferne Fahrt. Reisebilder Brasilien u. Ostasien. M. 3.—. Tübingen, H. Laupp.
- Eichendorff, Josef Frhr. v. und Schnelder, Ludwig.** — Hermann und Thunelda. Ein Schauspiel. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Ewald, Oskar.** — Gründe und Abgründe 2 Bde. Berlin, Ernst Hofmann & Co.
- Fournier, Dr. August.** — Wie wir zu Bosnien kamen. Eine historische Studie. M. 2.—. Wien, Christoph Reissers Söhne.
- France, Anatole.** — Die Insel der Pinguine. Deutsch von Paul Wiegler. München, R. Piper & Co.
- Hammerschmidt, Dr.** — Die provinzielle Selbstverwaltung Westfalens. Aus Anlass des fünfzigsten Zusammentritts des Westfälischen Provinziallandtages dargestellt von Landeshauptmann Dr. Hammerschmidt und den oberen Provinzialbeamten. Münster i. W. Johannes Bredt.
- v. d. Hellen, Eduard.** — Goethes Mutter. In einer Auswahl aus ihrem Briefwechsel. (Cottasche Handbibliothek Nr. 167) M. 1.—, eleg. geb. M. 1.50. Stuttgart und Berlin, J. G. Cotta Nachf.
- Hochland.** — Monatsschrift für alle Gebiete des Wissens, der Literatur und Kunst von Karl Muth. Heft 8. M. 1.50. München und Kempten, Jos. Kösel.
- Hofmann, Karl.** — Zur Literatur und Ideen-Geschichte. Zwölf Studien 165 S. Charlottenburg, Günthersche Buchhandlung.
- Jaeger, Heinrich.** — Deutsche Gänge in Politik und Kultur. M. 1.60. München, C. H. Beck.
- Jensen, Wilhelm.** — Sonne und Schatten. Roman 2. Auflage M. 6.—. Berlin, Gebrüder Paetel.
- Kellen, Tony.** — Dichter- und Schriftsteller-Anekdoten. Charakterzüge aus der Literaturgeschichte. Dritte Auflage. Anekdoten-Bibliothek Achter Band) M. 2.50, geb. M. 3.50. Stuttgart, Robert Lutz.
- Kisch, Wilhelm.** — Praktikum des Zivilprozessrechts. M. 4.80. Leipzig, G. J. Göschen.
- Keyserling, Hermann Graf.** — Individuum und Zeitgeist. Rede gehalten zu Reval am 15. Dezember 1908 21 S. Leipzig, Rudolf Hartmann; Reval, Kluge & Ströhm.
- Kochler, F.** — Frei und gewiss im Glauben. Geb. M. 2.—, geb. 2.80. Berlin, Arthur Glaue.
- Kohlhepp, Carl.** — Der Totenschädel. Ein Gedichtbuch. M. 1.50. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Kromm, Mite.** — Ist das — das Leben? Roman. M. 4.—, geb. M. 5.—. Berlin, Concordia Deutsche Verlagsanstalt.
- Kurz, A.** — Geschichte einer Liebe. Gedichte. M. 2.—. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Lehmann, Emil.** — Gesammelte Schriften. M. 1.25, geb. M. 2.25. Dresden, C. Weiske.
- Lindner, Theodor.** — Weltgeschichte seit der Völkerwanderung in neun Bänden. VI. Bd. M. 5.50. — Stuttgart, J. G. Cotta'sche Buchh. Nachf.
- Lorenz, E.** — Weltsprache und Wissenschaft. M. 1.—. Jena, Gustav Fischer.
- Morre, Harold.** — Die Drei. Roman. M. 2.—, geb. M. 3.—. Berlin, Hesperus-Verlag.
- Müller, P. Joh.** — Kraft und Stoff im Lichte der neueren experimentellen Forschungen. M. 1.20. Leipzig, Joh. Ambrosius Barth.
- Pauli, E.** — Kirche und Schule im Kampfe um Gott. 35 S. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Prelitz, Dr. Max.** — Gottfried Kellers dramatische Bestrebungen. M. 4.40. Marburg 1909, D. G. Elwert.
- Quintus** — Rabel die Seherin. Dramatisches Zeitbild. M. 1.—. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Radeswill, M.** — Singspiele. M. 1.40. Leipzig und Berlin, B. G. Teubner.

- Seller, Dr. Johannes.** — Die Anschauung Goethes von der deutschen Sprache. M. 3.— Stuttgart, J. G. Cotta'sche Buchh.
- Solff, K.** — Der Kampf ums Luftmeer. Ein modernisierter Mythen-Zyklus. Illustrationen von Fritz Kollhuth. Berlin, Hesperus-Verlag.
- Sperl, August.** — Die Fahrt nach der alten Urkunde. Neunte bis zwölfte Auflage. M. 2.80. München, C. H. Beck.
- Stutz, Dr. Ulrich.** — Kirchenrechtliche Abhandlungen 58. Heft: Der neueste Stand des Bischofswahlrechts M. 9.— Stuttgart, Ferdinand Enke
- Tovote, Helms.** — Fräulein Grisebach. Roman. M. 4.— Berlin-Grünwald, F. Fontane & Co.
- Bäumer, Gertrud.** — Goethes Freundinnen Briefe zu ihrer Charakteristik ausgewählt und eingeleitet. Mit 12 Bildnissen. (Deutsche Charakterköpfe. Bd. V/VI.) M. 3.— Leipzig, B. G. Teubner.
- Behelm Schwarzbach, Bruno.** — Liebe und was drum und dran. Ernstes und Heiteres dem Unerwünschten entnommen. 284 S. Berlin-Leipzig, Curt Wigand.
- Bernhard, Ludwig.** — Die Städtepolitik im Gebiet des deutsch-polnischen Nationalitätenkampfes. M. 1.— Leipzig, Duncker & Humblot.
- Bernoulli, Carl Albrecht.** — Der Ritt nach Fehrbellin. M. 2.— Jena, Eugen Diederichs.
- Biederk, Dr.** — Die wirtschaftlichen Vorteile eines langen und gesunden Lebens für den Staat und die Gesellschaft. (Separat-Abdruck aus Alfred v. Lindheims „Salutis senectutis.“) Leipzig und Wien, Franz Deuticke.
- Biermer, Dr. Magnus.** — Der Kampf um die Nachlasssteuer. Sammlung national-ökonomischer Aufsätze und Vorträge. Zweiter Band (3. Heft). 60 Pf. Giessen, Emil Roth.
- Bredt, Victor Joh.** — Die Polenfrage im Ruhrkohlengebiet. M. 8.— Leipzig, Duncker & Humblot.
- Brie, Schulse, Weinberg.** — Kleidung und Wäsche in Herstellung und Handel. (Wissenschaft und Bildung, Bd. 24.) M. 1.—, geb. M. 1.25. Leipzig, Quelle & Meyer.
- Buckers, G. P.** — Die Abstammungs-Lehre. M. 4.40. Leipzig, Quelle & Meyer.
- Huber, Martin.** — Ekstatische Konfessionen. M. 6.— Jena, Eugen Diederichs.
- Croce, B.** — Lebendiges und Totes in Hegels Philosophie. Mit einer Hegel-Bibliographie. Deutsche, vom Verfasser vermehrte Uebersetzung, von K. Bächler. M. 5.— Heidelberg, Carl Winter.
- Eisler, Dr. Rudolf.** — Wörterbuch der philosophischen Begriffe. Dritte völlig neu bearbeitete Auflage. In 14 Lieferungen zu M. 2.50. Preis des vollständigen Werkes M. 35.—. Lieferung 1. Berlin, Ernst Siegfried Mittler & Sohn.
- Foerster, W. Fr.** — Lebensführung. M. 5.— Berlin, Georg Reimer.
- Fränkel, Jonas.** — Goethes Briefe an Charlotte von Stein. 3 Bde. M. 9.— Jena, Eugen Diederichs.
- Garfeld-Garschl, Dr. Stan.** — Ein neuer Versuch über das Wesen der Philosophie. 207 S. Heidelberg, Carl Winter.
- Garr, Max.** — Die Ineratensteuer. (Wiener wissenschaftliche Studien. Neunter Band, zweites Heft.) M. 2.50. Wien und Leipzig, Franz Deuticke.
- Gesell, Silvio, Frankfurth, Ernst.** — Aktive Währungs-politik. Eine neue Orientierung auf dem Gebiet der Notenemission. 96 S. Berlin-Gross Lichterfelde, Physiokratischer Verlag. Leipzig, Bernhard Hermann.
- Grosse, Julius.** — Ausgewählte Werke. Mit einer Biographie des Dichters von A. Bartels, herausgegeben von Antonie Grosse. Drei Bände in Leinen M. 12.—, in Halbfranz. M. 18.—. Berlin, Alexander Duncker.
- Grünwald, Dr. Eugen.** — Veröffentlichungen der Vereinigung der Freunde des humanistischen Gymnasiums in Berlin und der Provinz Brandenburg 1. Heft. 87 S. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung.
- Hainisch, Dr. Michael.** — Einige neue Zahlen zur Statistik der Deutschösterreicher. Leipzig und Wien, Franz Deuticke.
- Hippius, D. A.** — Der Kinderarzt als Erzieher. M. 4.—. München, C. H. Beck.
- Hochland.** — Monatsschrift für alle Gebiete des Wissens, der Literatur und Kunst. Heft 7. M. 1.50. München und Kempten, Jos. Kosel.
- Jahresbericht und Mitteilungen der Handelskammer zu Köln 1908.** Heft 5. Köln, M. Du Mont Schauberg.
- Jahresbericht der Handelskammer Chemnitz 1908.** 1. Teil. 283 S. Chemnitz, Eduard Focke.
- Jahresbericht der Königlich Preussischen Regierungs- und Gewerbe-Räte für 1908.** Berlin, v. Decker.
- Jentsch, Karl.** — Christentum und Kirche in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Brosch. M. 10.—. Leipzig-R., E. Haberland.
- Kabitz, Dr. Willy.** — Die Philosophie des jungen Leibniz. Untersuchungen zur Entwicklungsgeschichte seines Systems. M. 4.20. Heidelberg, Carl Winter.
- Kern, Dr. Berthold.** — Das Problem des Lebens in kritischer Bearbeitung. 592 S. Berlin, August Hirschwald.
- Kropotkin, Peter.** — Die französische Revolution. Geb. M. 6.—. Leipzig, Theod. Thomas.

- Krumbacher, Karl.** — Populäre Aufsätze. 888 S. Leipzig, B. G. Teubner.
- Kühne, Jalle.** — Gesammelte dramatische Werke. M. 4.—. Leipzig-Gohlis, Bruno Volger.
- Gedichte und Sprüche. M. 250. Leipzig, Bruno Volger.
- Leonhard, Dr. H.** — Der Handwerker in Staat und Recht. M. 160. Leipzig, Quelle & Meyer.
- L-sings Werke.** — Geb. 3 Bände M. 5.—. Berlin, Deutsches Verlagshaus, Bong & Co.
- Lutz, Walter.** — Thomas Münzer. Drama. Stuttgart, Robert Lutz.
- Matthaei, Dr. Adolf.** — Lebenserinnerungen von Johann Dietrich Rohde. (1842–1864.) Herausgegeben mit Erlaubnis der Familie. Mit 2 Anhängen von Prof. Hindrichson. und Direktor Dr. K. Lohmeyer. M. 1.—. Cuxhaven, G. Rauschenplat & Sohn.
- Michelagnolo, Buonarroti.** — Dichtungen. M. 550. Jena, Eugen Diederichs.
- Mitteilungen der Handelskammer Graudenz.** Herausgegeben von der Handelskammer als ihr amtliches Organ, Jahrgang 4, No. 3. Graudenz.
- Münch, Wilhelm.** — Kultur und Erziehung. M. 4.—. München, C. H. Beck.
- Nowicow, J.** — Das Problem des Elends. M. 350, geb. M. 450. Leipzig, Theodor Thomas.
- Novikoff, Olga.** — The M. P. for Russia. Reminiscences & Correspondence. Edited by W. T. Stead. Two volumes. London, Andrew Melrose.
- Oppenheimer, Dr. Franz.** — David Ricardos Grundrententheorie. Darstellung und Kritik. M. 6.—. Berlin, Georg Reimer.
- Peltzer, Rud. Arthur.** — Geschichte der Messingindustrie und der künstlerischen Arbeiten in Messing (Dinanderie) in Aachen und den Ländern zwischen Maas und Rhein von der Römerzeit bis zur Gegenwart. Mit 18 Abbildungen. Aachen. Cremerische Buchhandlung.
- Petersen, E.** — Die wunderbare Geburt des Heilandes. (Religionsgeschichtliche Volksbücher, herausgegeben von Fr. Michael Schiele. I. Reihe, 17. Heft.) 50 Pf., geb. 80 Pf. Tübingen, J. C. B. Mohr.
- Pohlmann-Hohensasse, A.** — Der erste Schritt zu gesunden Finanzen. Ein Beitrag zur Reichsfinanzreform. (Kultur und Fortschritt No. 28/34.) Einzelheft 25 Pf. Gautschi b. Leipzig, Felix Dietrich.
- Rausch, Dr. Alfred.** — Elemente der Philosophie. M. 460. Halle a. S., Verlag der Buchhandlung des Waisenhauses.
- Rosen, Erwin.** — In der Fremdenlegion. Erinnerungen und Eindrücke. Vierte Auflage. 317 S. Stuttgart, Robert Lutz.
- Saizer, Dr. Anselm.** — Illustrierte Geschichte der deutschen Literatur. 29. Lieferung. M. 1.—. München, Allgemeine Verlags-Gesellschaft m. b. H.
- Schanz, Martin.** — Geschichte der römischen Literatur bis zum Gesetzgebungswerk des Kaisers Justinian. Erster Teil. Zweite Hälfte. M. 10.—. München 1909, C. H. Beck.
- Scheerbart, Paul.** — Kater-Poesie. M. 125. Leipzig, Ernst Rowohlt.
- Schmidt, Dr. Erich Ludwig.** — Schopenhauer und die Mystik. M. 050. Halle a. S. Carl Marhold.
- Schmidtman, Dr.** — Orthhygiene Wasserversorgung. (Sonder-Abdruck aus der Festschrift des Preussischen Medizinalbeamten-Vereins: Das Preussische Medizinal- und Gesundheitswesen in den Jahren 1883–1908.) 23 S.
- Schmidt-Hartlieb, Max.** — Joachim Nettelberg, Bürger von Kolberg. Eine Lebensbeschreibung von ihm selbst aufgeschrieben. Aus der Hakenschen Ausgabe in Auswahl herausgegeben. (Deutsche Charakterköpfe, Bd. IV.) M. 2.—. Leipzig und Berlin, B. G. Teubner.
- Schulthess' Europäischer Geschichtskalendar.** Neue Folge. Vierundzwanzigster Jahrgang 1908. (Der ganzen Reihe XLIX. Band.) Herausgegeben von Gustav Roloff. M. 10.—. München, C. H. Beck.
- Schwartz, Rudolf.** — Jahrbuch der Musikbibliothek Peters für 1908. Fünfzehnter Jahrgang. Leipzig, C. F. Peters.
- Schwarz, Paul.** — Die Abbasiden-Residenz Samarra. (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Erdkunde. Herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Fachgelehrter von Dr. R. Stäbe-Leipzig. Bd. I.) 42 S. Leipzig, Otto Wigand.
- Schwarze, K.** — Herbert Spencer. (Aus Natur und Geisteswelt, No. 245.) Leipzig, B. G. Teubner.
- Spiro, H.** — Geschichte der deutschen Lyrik seit Claudius. (Aus Natur und Geisteswelt, Bd. 245.) M. 125. Leipzig, B. G. Teubner.
- Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin.** 81. Jahrgang, enthaltend die Statistik der Jahre 1906 und 1907 (zum Teil auch 1908). Im Auftrage des Magistrats herausgegeben von Prof. Dr. H. Silbergleit. Berlin, P. Stankiewicz.
- Stoltsmann, Rudolf.** — Der Zweck in der Volkswirtschaft. Die Volkswirtschaft als sozial-ethisches Zweckgebilde. Versuch einer sozial-organischen Begründung der Volkswirtschaftslehre. M. 16.—. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht.

- Thirlmere, Rowland. — Kaiser Wilhelm II. Aus dem Englischen. 50 Pf. Berlin, Karl Curtius.
- von Tiedemann, Christoph. — Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei unter dem Fürsten Bismarck. Erinnerungen. M. 10.—. Leipzig 1909, Verlag S. Hirschel.
- v. Toll, Baron Ed. — Die russische Polarfahrt der Sarja. M. 14.—. Berlin, Georg Reimer.
- Unger, A. W. — Wie ein Buch entsteht. Zweite Auflage. (Aus Natur und Geisteswelt No. 175.) M. 1 25. Leipzig, B. G. Teubner.
- Verwey, Johannes. — Das Problem der Willensfreiheit in der Scholastik. Auf Grund der Quellen dargestellt und kritisch gewürdigt. M. 6 80. Heidelberg, Carl Winter.
- Waldschmidt, Wolfram. — Altheidelberg und sein Schloss. M. 5.—. Jena 1909. Verlag Eugen Diederichs.
- Weiss, D. Johannes. — Christus. Die Anfänge des Dogmas. (Religionsgeschichtliche Volksbücher. 18/19. Heft.) M. 1.—, geb. M. 1 80. Tübingen, J. C. B. Mohr.
- Wernhoven, Dr. F. J. — Deutsch-französisches und französisch-deutsches Liliput-Wörterbuch. Geb. à 90 Pf. Leipzig, Schmidt & Günther.
- Wille, Bruno. — Der heilige Hain. M. 3.—. Jena 1909, Verlag Eugen Diederichs.
- Windelband, Wilhelm. — Die Philosophie im deutschen Geistesleben des XIX. Jahrhunderts. Tübingen, J. C. B. Mohr.
- Wyncken, G., und A. Halm. — Wickersdorfer Jahrbuch 1908. M. 1 50. Jena, Eugen Diederichs.
- Zitlaff, Vossberg, Karpinski. — Preussische Städte. M. 4 80. Leipzig, Duncker & Humblot.

---

Manuskripte werden erbeten an Herrn Dr. Emil Daniels, Berlin W., Luitpoldstr. 3.

Einer vorhergehenden Anfrage bedarf es nicht, da die Entscheidung über die Aufnahme eines Aufsatzes immer erst auf Grund einer sachlichen Prüfung erfolgt.

Die Manuskripte sollen nur auf der einen Seite des Papiers geschrieben, paginiert sein und einen breiten Rand haben.

Rezensions-Exemplare sind an die Verlagsbuchhandlung, Dorotheenstr. 72/74, einzuschicken.

Der Nachdruck ganzer Artikel aus den „Preussischen Jahrbüchern“ ohne besondere Erlaubnis ist unterjagt. Dagegen ist der Presse freigestellt, Auszüge, auch unter wörtlicher Uebernahme von einzelnen Abschnitten, Tabellen und dergl., unter Quellenangabe ohne weitere Anfrage zu veröffentlichen.

GENERAL LIBRARY  
UNIV. OF MICH.  
JUN 15 1909

# Prenßische Jahrbücher.

Herausgegeben

von

**Hans Delbrück.**



## Inhalt:

Seite

- Dr. Ferdinand Jakob Schmidt**, Direktor der Margaretenschule, Berlin:  
Der Kampf der Mechanik gegen den Psychologismus . . . 383
- Dr. Walther May**, Prof. in Karlsruhe:  
Lamarck und Darwin . . . 407
- Dr. Carl Schultheß**, Direktor der Realschule in Hamburg-Eilbek:  
Ein Besuch in den altgriechischen Heilstätten zu Athen  
und Epidauros . . . 418
- Hans Delbrück**:  
Von der Königin Luise, dem Minister Stein und dem  
deutschen Nationalgedanken . . . 441
- Dr. Reinhold Hofmann**, Zwickau i. Sa.:  
Zur Geschichte des deutschen Wörterbuchs . . . 459
- Dr. Ernst Schulze**, Hamburg-Großborstel:  
Die kommerziellen Mißerfolge der Vereinigten Staaten  
im Stillen Ozean . . . 492

(Fortsetzung siehe Innenseite.)



Erscheint jeden Monat.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter.

Preis vierteljährlich 6 M. — Einzelheft 2 M. 50 Pf.



**Berlin**

Verlag von Georg Stilke.

1909.

## Notizen und Besprechungen.

Dr. Josef Bengler, Alsfeld: Die freie Arztwahl. Entgegnung. (S. 505.)

**Geographie und Kolonien.** Dr. Paul Rohrbach, Friedenau: E. v. Toll, Die russische Polarfahrt der Sarja. (S. 510.) — L. Frobenius, Im Schatten des Kongostaats. (S. 518.) — M. Bayer, Mit dem Hauptquartier in Südwestafrika. (S. 520.)

**Literatur.** Arthur Bonus, San Domenico: A. Kielland, Gesammelte Werke. (S. 523.) — Marie Fuhrmann, Greifswald: Henrik Pontoppidan, Das gelobte Land. (S. 529.) — H. Anrud, Erzählungen. (S. 531.) — H. E. Lange, Am Wege gepflückt. (S. 531.) — F. Stavenhagen, Grau und Golden. (S. 532.) — P. Ch. Asbjörnsen und J. Moe, Nordische Volks- und Hausmärchen. (S. 533.) — J. Grosse, Ausgewählte Werke. (S. 534.) — Gertrud Presslitz, M.-Schreiberhau: E. Hilin, Satan. (S. 537.)

## Theater-Korrespondenz.

Hermann Conrad: Schakspere's Macbeth im Charlottenburger Schiller-Theater. (S. 540.)

## Politische Korrespondenz.

Luž Korodi: Oesterreich und die ungarische Krise. — Bundesgenossen für das Magyarentum. Erzherzog Franz Ferdinand. (S. 547.)

D.: Konservative Steuern, liberale Regierung. (S. 550.)

Dr. Emil Daniels: Englische Stimmungen. (S. 558.)



### Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. = (Alte Stuttgarter) =

— Gegründet 1854. —

*Alle Überschüsse gehören den Versicherten.*

Versicherungsbestand . . . . . Mark 860 Million.

Bankvermögen . . . . . " 316 "

Seither i. d. Versich. erzielte Überschüsse . . . . . " 156 "

Bei Erwerbsunfähigkeit (Invalidität) Befreiung v. der Prämienzahlung.

Verlag von Georg Stilke in Berlin NW. 7.

## MÄRCHENSTRAUSS

für Kind und Haus.

Mit Bildern von Prof. Paul Mohn.

Quart-Format, 45 Illustrationen in Chromolitographie, mit Text,  
in elegantem farbigen Original-Einband.

Preis Mk. 4.—.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.





# *Empfehlenswerte Havana Cigarren*

sind u. a. die Marken:

El Aguila de oro (Bock y Cia.)	von M. 240.—	bis M. 4000.—	d. Tsd.
Flor de Henry Clay	„ M. 250.—	„ M. 2600.—	„
La Rosa Aromatica	„ M. 160.—	„ M. 820.—	„
La Devesa (Pedro Murias)	„ M. 140.—	„ M. 2500.—	„
Flor de Yncian	„ M. 300.—	„ M. 2060.—	„
Cabañas y Carbajal	„ M. 220.—	„ M. 1300.—	„

Augenblickliches Lager von über 700 verschiedenen Sorten  
in der Preislage von M. 12.— bis M. 4000.— p. Tsd.

**OTTO BOENICKE**

Hoflieferant Sr. Majestät  
des Kaisers und Königs

BERLIN W 8, Französische Straße 21.

PROBEN,  
auch von anderen Cigarren,  
in beliebiger Anzahl!



Vollständige Preislisten  
kostenfrei!



# M. PECH G. m. b. H. BERLIN W. 35

Verbandstoff und Krankenmöbelfabrik.

Zentrale: Am Karlsbad 15. :: 18 eigene Geschäfte.

## Sämtliche Artikel zur Krankenpflege:

Lieferung kompl. Wochenbett- und Säuglingsausstattungen.

Kindermöbel. — Kinderwannen. — Kinderwagen.

Gummistrümpfe. — Bruchbänder. — Leibbinden.

Die Anfertigung der Bandagen erfolgt in eigener Werkstatt.

Fahrstühle für das Zimmer und die Strasse, auch leihweise.

## Verleihen von Elektrisierapparaten

(Konstanter Batterien-Induktionsapparate).

Hausapotheken und Taschenapotheken in jeder Preislage.

Russische

Amerikanische

Fabrikate



Deutsche  
Gummi-Schuhe

für Kinder	per Paar	Mk.	1.95
„ Damen	„	„	2.75
„	„	„	4.50

Verlag von GEORG STILKE, Berlin N.W. 7.

## :: Geschichte der Kriegskunst ::

*im Rahmen der politischen Geschichte*

Von

**Hans Delbrück.**

Zweiter Teil: Die Germanen.

Zweite, neu durchgearbeitete und vervollständigte Auflage  
31<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Bogen, Groß-Oktav, eleg. broschiert M. 10.—, geb. M. 12.—

## **Neue Erscheinungen** aus dem Verlag der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart.

**Wlad. Georgewitsch,**  
**Golgatha.** Ein Balkan-Roman.  
 Geheftet M. 6.—, gebunden M. 7.—

Der Roman des Königs Milan von Serbien.  
 Meisterhafte Milieu- und Charakterschilderungen mit zahlreichen intimen Details.

**August Sperl,**  
**Richiza.** Roman. Geheftet M. 4.50  
 gebunden M. 5.50

Ein farbenprächtiges, figurenreiches Gemälde aus dem deutschen Mittelalter, reich an leidenschaftlich bewegten Szenen und Bildern voll zarten lyrischen Zaubers.

**Adolf Schmitthenner,**  
**Die sieben Wochentage** und  
 andere Erzählungen.  
 Geheftet M. 3.50, gebunden M. 4.50

Realistische und märchenartige Erzählungen, die das Erzählertalent des verewigten Verfassers im hellsten Lichte erstrahlen lassen.

**Auguste Supper,**  
**Lehrzeit.** Ein Stück aus  
 einem Leben.  
 Geheftet M. 4.—, gebunden M. 5.—

Gehaltvoller fesselnd geschriebener Schwarzwaldroman, in dem die sittlichen Probleme mit zartem Empfinden behandelt u. eine Fülle von Gestalten mit sicherer Hand gezeichnet sind.

## **Volkvereins-Verlag, G. m. b. H., M.-Gladbach.**

**Soziale Kultur.** Der Zeitschrift Arbeiterwohl und der Christlich-sozialen Blätter neue Folge. 29. Jahrgang. 1909. 64 S. gr. 8°. monatlich. Preis vierteljährlich M. 1,50.

**Die deutsche Hausindustrie.** Von Dr. Heinrich Koch. S. J. 112 S. gr. 8°. Preis M. 1,—.

**Arbeiterräusschüsse.** Von Dr. Heinrich Koch. S. J. XVI, 160 S. gr. 8°. Preis M. 2,—.

**Einführung in die Arbeiterinnenfrage.** Von Elisabeth Gnauck-Kühne. 4. bis 7. Tausend. 96 S. 8°. Preis kartoniert M. 1,—.

**Die katholische Caritas und ihre Gegner.** Von k. Lyzealprof. Dr. Franz Schaub. gr. 8°. 240 Seiten. Preis 2,20 Mark.

**Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1908.** Für den praktischen Gebrauch in Vereinen und Versammlungen erläutert von einem Reichstagsabgeordneten. 48 S. 8° gebund. Preis 50 Pfg.

**Verzeichnis sozialer Literatur.** Eine systematische Zusammenstellung und Beurteilung der wichtigsten sozialwissenschaftlichen und sozialpolitischen Schriften. 20. bis 25. Taus. 8°. 140 S. 50 Pfg.

———— Durch jede Buchhandlung zu beziehen. ————

## Herdersche Verlagshandlung zu Freiburg im Breisgau.

Soeben ist erschienen und kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden:

**Kostanecki, Dr. A. v.,** Universitäts-Professor in Freiburg i. d. Schw., **Arbeit und Armut.**

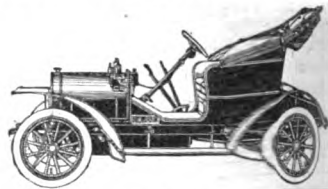
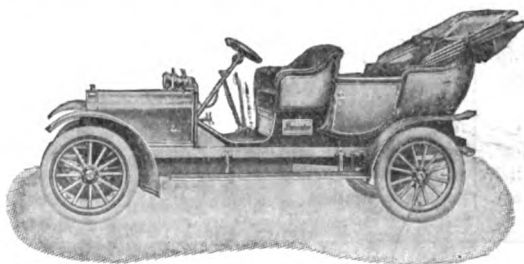
Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte sozialer Ideen. gr. 8<sup>o</sup> (VI u. 210) M 3.50;  
geb. in Leinw. 4.30

Der Verfasser erblickt in dem Wandel der Anschauungen über Arbeit und Armut bzw. Armenpflege die grosse Entwicklungslinie der sozialen Ideen. Die Genesis des Proletarierbegriffs aufdeckend, glaubt er zugleich in sein tiefstes Wesen hineinzuleuchten und seine epochemachende Bedeutung zu erweisen.

6/8 P.S. Zwei-Cylinder  
12/14 P.S. Vier-Cylinder

# Brennabor

leistungsfähigster  
aller Wagen.



Ständige Ausstellung: Kronenstrasse 11, Berlin W. 8.



**DOKUMENTE DES  
FORTSCHRITTS  
INTERNATIONALE REVUE**

**MAIHEFT:  
ARBEITERSCHUTZ**

BEITRÄGE VON MAGISTRATS-  
RAT v. SCHULZ, STAATSMINIS-  
TER HUTCHINSON, DR. LEO EH-  
RENROTH, HENRI DAGAN, EDW.  
R. PEASE, DR. J. DEUTSCH U. A.

EINZELHEFT M. 1.—  
PROBENUMMER GRATIS

VERLEGT BEI GEORG REIMER:BERLIN

# Bad Reinerz

Grafschaft Glatz  
Mittelschlesien  
Bahnhofstation

568 m, waldreicher klimatischer Höhen- und Luftkurort, kohlensäure alkalische Eisenquellen, modernes Heilverfahren, Bäder aller Art, Inhalationen, Kaltwasser-, Milch- und Molkenkuren. Heilkräftig bei Erkrankungen der Nerven, des Herzens, der Atmungs-, Verdauungs-, Harn- und Unterleibs-Organen, bei Asthma, Gicht, Rheumatismus etc. Prachtvolle Berglandschaften, herrliche Anlagen und Promenaden. — Elegantes Badeleben. — Brunnenversand durch Apotheke. Bücher frei durch sämtliche Büros Rudolf Mosse und die Badeverwaltung.

Saison Mai—Oktober.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

# Die Bank

Monatshefte für Finanz- und Bankwesen

Herausgeber: Alfred Lansburgh

**Die Bank**  
Charlottenburg, Wielandstr. 13

enthält regelmässig:

Chronik des deutschen Bankwesens. — Kritik der Emissionen. — Bank und Börse. — Staats- und Reichsfinanzen. — Statistik der Gründungen und Kapitalserhöhungen. — Währungsfragen. — Wirtschaftliche Monatsübersichten. — Zur Erneuerung des Reichsbank-Privilegs. — Revue der europäischen Notenbanken. — Tätigkeit der Handelskammern. — Wertvolle allgemein-wirtschaftliche Aufsätze usw.

Die Hefte erscheinen Mitte jeden Monats. Preis des Einzelhefts 1,50 M.  
Quartal 4,00 Mk. — Bank Verlag, Charlottenburg IV.

# Schiller von Karl Berger

In 2 Bänden mit Bildnissen  
in Gravüre. In Leinen  
geb. 14 Mark, 17 Mark  
in Diebstahls-  
band

Die auf  
Berger's  
Arbeit gesetzten  
Hoffnungen haben sich  
erfüllt, wir besitzen nun  
mehr die Schiller-Biographie.  
Prof. Dr. Sprengel, Frankfurt a. M.  
C. F. Beck'sche Verlagsbuchhandlung  
Dresden

## Adolf Schustermann

Zeitungsnachrichten-Bureau

**BERLIN SO. 16**

□ Spreepalast □

Größtes Nachrichten-Bureau mit Abteilungen  
für Bibliographie, Politik, Kunst, Wissen-  
schaft, Handel und Industrie. Liest neben  
Tageszeitungen des In- und Auslandes die  
meisten Revuen, Wochenschriften, Fach-  
..... illustrierte usw. Blätter .....

Das Institut  
gewährleistet zuverlässigste  
und reichhaltigste Lieferung  
von Zeitungsausschnitten für  
jedes Interessengebiet.

— Prospekte gratis —

Verlag von Georg Stilke, Berlin N.W. 7.

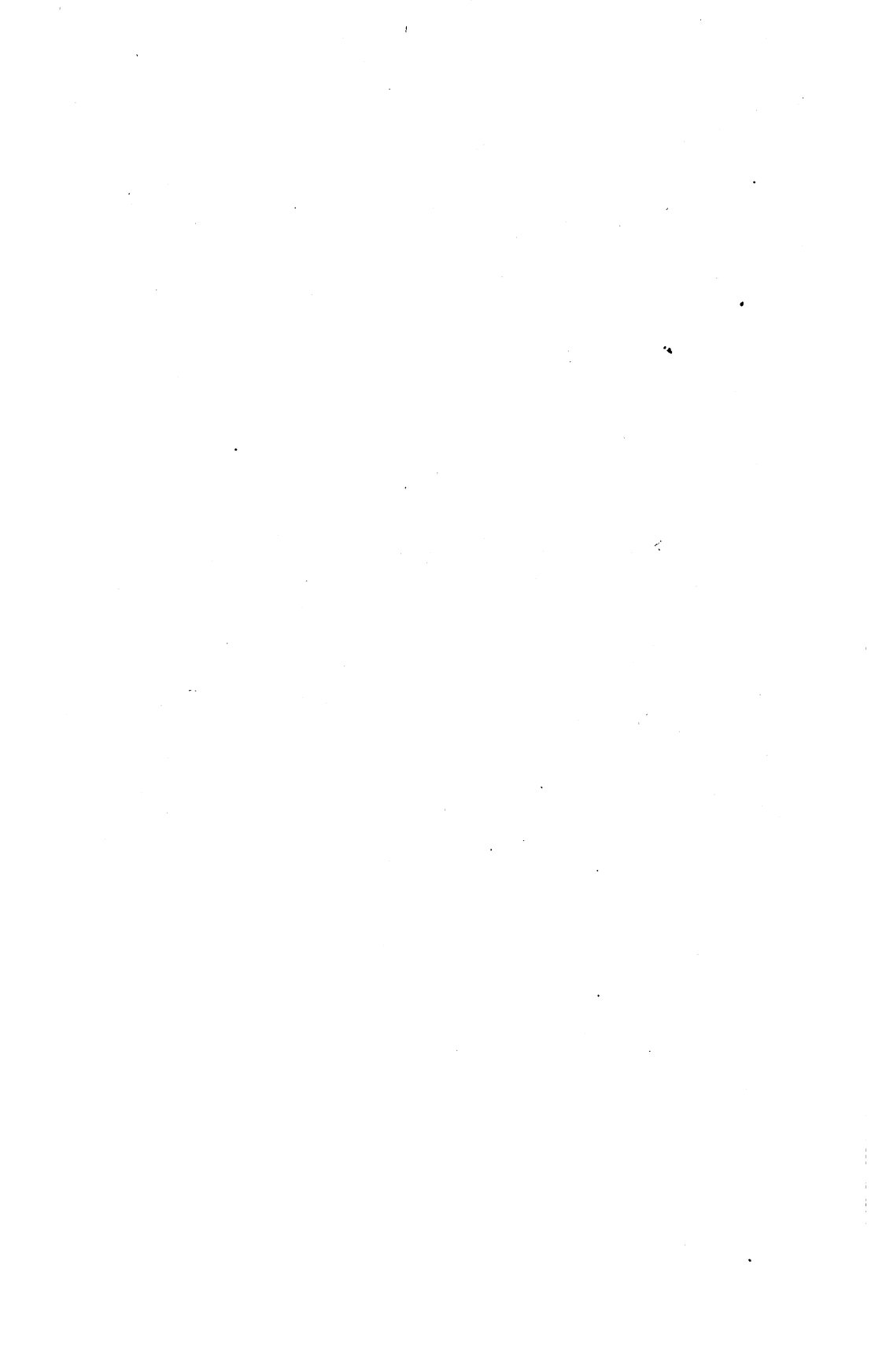
Soeben erschien:

## Geschichte der Schloßgarde-Kompanie S. M. des Kaisers und Königs

im Auftrage des Kommandeurs bearbeitet von Leo von Pfannenbergl.

Die Geschichte greift bis auf die Stammtruppen der Schloßgarde-Kompanie, die  
früheren Haustruppen und Leibtrabanten der Markgrafen und Kurfürsten von  
Brandenburg zurück und ist bis zum 80. Stiftungstage der Kompanie (30. März 1909)  
durchgeführt. Das Werk ist reich illustriert.

— || Elegant gebunden M. 18. — ||







UNIVERSITY OF MICHIGAN



3 9015 03507 8123



